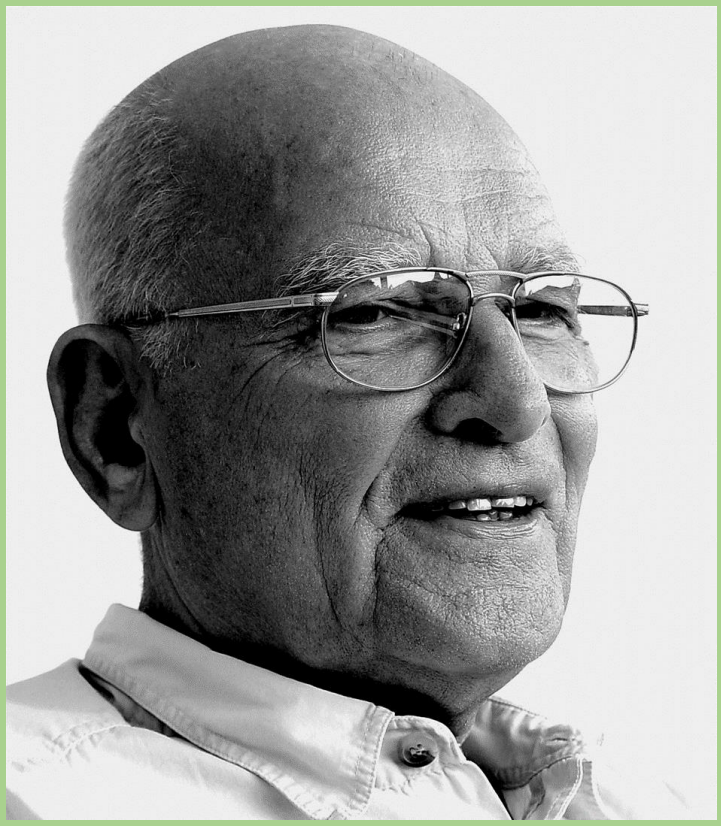
Kurt Pätzold

Vorwärts und nicht vergessen



Reden, Vorträge, Aufsätze,
Rezensionen, Glossen
aus dem Nachlass
Band 2: 1999-2003

Herausgegeben
von
Friedrich-Martin Balzer
Marburg 2024

Kurt Pätzold
(1930-2016)

Vorwärts und nicht vergessen

Reden, Vorträge, Aufsätze, Rezensionen, Glossen aus dem Nachlass

Band 2: 1999-2003

Herausgegeben
von
Friedrich-Martin Balzer

in Zusammenarbeit
mit dem Max-Stirner-Archiv Leipzig

Marburg 2024

Für Dr. Barbara Pätzold mit herzlichem Dank für Ihre Genehmigung von Veröffentlichungen aus dem Nachlass.

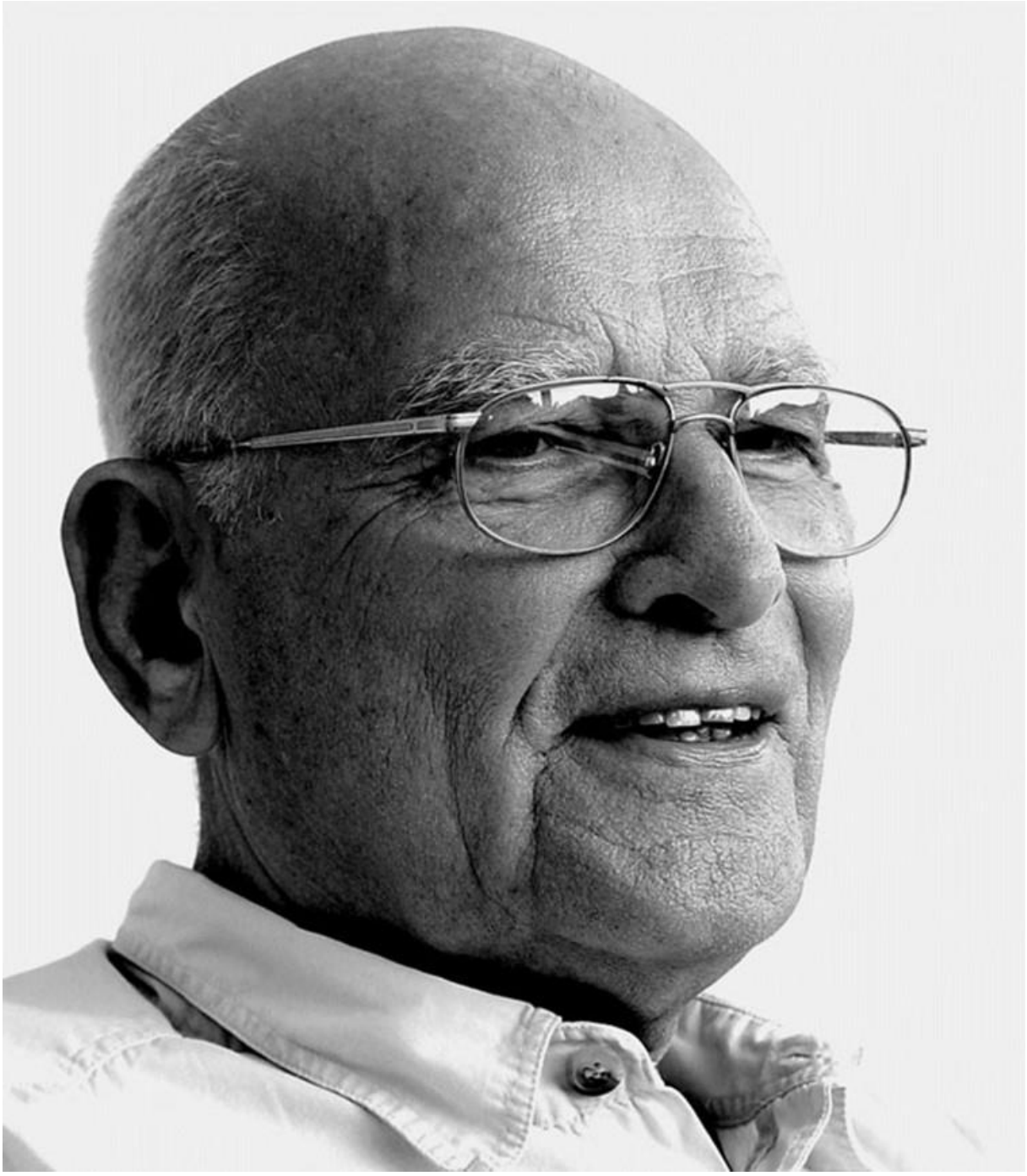


Foto: Friedrich-Martin Balzer

Inhalt Band 2

Von den frühen Memoiren deutscher Wirtschaftsführer
zu den aktuellen Auseinandersetzungen um Zwangsarbeit und Raubgold 10
Der „Führer“ und die Kriegswirtschaft 23
Antiziganismus und Antisemitismus im Vergleich 40
Rezension von Ian Kershaws Hitlerbiographie 42
Politik und Vernichtung. Rezension 47
Faschismustheorien und ihre Bedeutung für eine antifaschistische Orientierung 52
Zweierlei Debatten 66
Peter Longerich, Politik der Vernichtung 71
Ian Kershaws Hitlerbiographie 76
Außenseiter und Querdenker 82
Mehr als eine spezielle Frage 84
Aus der Totale 85
Gegen die Perspektive des Schlüssellochs 87
Erinnern – Wissen – Gedenken. Fragen, die dem Wie vorausgehen 88
Jüngst in Regensburg 91
Deutsche Straßenkämpfe (1) 93
Deutsche Straßenkämpfe (2) 95
Der Massenmord an Juden und Kriegsgefangenen im Kontext untersucht 97
En Gros 98
Auftragsgeschichte 100
Die elitären Fans von Hitler 102
Verdecktes Visier 104
Denklähmung 106
Leere Lehre 108
Zurück zur Normalität 110
Toleriert? 111
Verklärung 112
Von denkwürdigen Schwierigkeiten mit der Geschichte einer deutschen Republik 113
Chronische Kärrnerarbeit 122
Gratulation? 124
Kein Antifaschismus verordnet 125
„Mit deutschem Gruß. Gez. Käse“ 127
Die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg 129
Versuch, zu warnen 140
Sehen und Senden 141
Charakterpuppen – robust und patriotisch 143
Nach dem Kriegt Anlass, die Welt neu zu überdenken 146
Modellkleider aus dem Ghetto 147
Mordalltag. Himmlers Kalender 149
Eine Frage, die nicht verstummt 151
Holzweg zum „Anschluss“ 153
Der Bericht über ein unglaubliches Leben 155
Kommando: „Herz verschließen“ 157

Ermutigung ... 159
Teufelspakt? ... 161
Der verschobene Y-Tag ... 164
Infame Wiederaufführung ... 166
Zwei Lebenswege – vor, im und nach dem Holocaust ... 169
Wider Mythen und Legenden ... 170
Schwarzbraune Hölle ... 173
Der erste Septembertag und die Deutschen ... 174
Lügnerische Kürzel entlarvt ... 176
Schuften im Reich ... 178
Sozialist und General ... 179
Blindgänger im Kalten Krieg ... 181
Konstante Interessen ... 183
Vive Robespierre ... 186
Gegen Barrikaden des Vergessens ... 188
Striking back ... 190
Keimfreies Erinnern in Ravensbrück ... 191
Des Guten zu viel getan? – nun ja, Kollege Kocka ... 193
Speer-Legende fürs Gehobene ... 195
Etikett für das Jahrhundert ... 198
Erst nach dem Dritten? ... 200
Die Wehrmacht und ihre Kriegsgefangenen ... 202
Gedenkstätten: nicht Heldenkult, nicht Opferbrei ... 204
1938 – das Jahr auf der Schwelle zum zweiten Weltkrieg ... 208
Da ist der Pfennig, doch wo ist die Mark? ... 217
Deutsche entschädigen? ... 218
Der Führer auf der Couch ... 219
Annäherung an den geschichtlichen Ort der DDR ... 220
Mehr als Frauengeschichten ... 225
Die Urlegende ... 226
Rechtskenner – Rechtsbrecher ... 229
Mehr Raffinesse ... 232
Das Schicksal war's ... 234
Schuld wegschieben ... 236
Alleranständigst ... 238
Anpassungsdruck ... 240
Die „Überläufer" ... 242
Als Alibi ungeeignet ... 244
Langer Schatten ... 246
Die schleichende Revision ... 249
Vorläufige Bilanz einer Hinterlassenschaft ... 251
Schmerzhaft, aber wegweisend ... 254
Die unbeendete Geschichte eines Denkmalstreits ... 256
Ehrungen ... 258
Traditionsbruch in München ... 260
IG Auschwitz ... 262

Verbrecher 264
„Unsere Jagdflieger“ 265
Die Ahndung von NS-Verbrechen in der DDR 266
Lektion in Völkerrecht 268
Geschichtsvermittlung im Schongang 270
Gruselstunde 272
Rückkehr der Helden – schleichend 274
Vorwurfsfrei 276
Nicht Liebe oder Hass, sondern Kalkül. Hitler und die Reichshauptstadt 279
Die Mär von den ritterlichen Jagdfliegern 283
Auf langem Wege 287
Das alte Land 289
Legenden und Fakten 291
Unbestechlich 298
„Deutschland-Menü“ 299
Mit anderer Brille 303
Schlussbemerkungen 305
Nicht nur in Wildost 307
Wenig an wenige – und das möglichst spät 348
Rückkehr der „Wehrmachtsausstellung“? 350
Zwangsarbeit im Raketentunnel 352
Liebe zum deutschen Kaiser 354
Ein langer Weg 356
Aus der Reparaturwerkstatt in die Rumpelkammer 361
Täterforschung 363
Zwischenbilanz 365
Von den Argumenten zu den Quellen 367
Guttun und Unbehagen 369
„... über alles in der Welt“? 371
Judenverfolgung auf dem Kriegspfad 381
Von Kriegslegende zu Kriegslegende 395
Blick zurück nach vorn 400
Hinter den Fronten: die Gestapo 401
Antisemitismus im Deutschen Idealismus 403
Lustvoll in die Abgründe? 406
Bittere Bilanz 408
Leben, Studium und gemeinsame Anfänge
wissenschaftlicher Forschungen in Jena (1950-1961) 410
Bequemes Schuhwerk für Nazis 419
Alte Bekannte 421
Von den Stolzdeutschen 423
Salbadern hilft nicht 425
Wolfsburg. Die Stadt, die auf einen Namen wartete 427
Seltener Fund 429
Feind oder Verbündeter? 430
Arbeitslosigkeit 434

Das Gewicht der Erinnerung ... 439
Zu diesem 22. Juni ... 440
Ein prophetisches „Bisher“ ... 442
Er ist wieder da ... 444
Servus! ... 446
Professor Unding ... 448
Ins Bewusstsein geraten ... 450
Fälle erledigen ... 451
„Der uns aufgezwungene Krieg“ ... 453
Details in Kniehöhe ... 455
Die nationale Fitness-Frage ... 457
Point of no return ... 459
Die Spur der Kriegsverbrechen ... 461
Der Blick in den Spiegel ... 463
Hosenneurosen ... 465
Legende ... 467
Hitler von unten ... 468
Eindringlinge ... 469
„Wie das Kommerzium so geht ...“ ... 477
Giftblüten und Wurzelgeflecht ... 479
Wieso, weshalb, warum? ... 481
Der siebte Streich ... 482
„Soldaten, wie andere auch ...“ ... 483
Alle Gutmenschen schlecht? ... 487
Die Schwierigkeiten mit der Wahrheit ... 489
Die Kriegslüge ... 491
Rassenideologischer Vernichtungskrieg? ... 493
Gut gemeint reicht nicht ... 497
Im Felde unbesiegt, den Dolchstoß im Rücken ... 499
Der Persilschein-Klüngel ... 505
Verbrecher am Wannsee ... 507
Täter und Opfer lassen sich nicht verscheuchen ... 510
Eine Allianz fürs Sterben ... 512
Besiegte lernen rascher ... 515
The Germans to the front ... 517
Die Hierarchie der Motive ... 520
Sozialdemokratische Kleinarbeit gestern und heute ... 522
Gegenvorschlag ... 524
Blutige Kittel ... 525
Historische Hausiererware ... 526
Preußisches Kulturerbe ... 528
Wer waren die 999er? ... 530
„Sonnenblumen, soweit das Auge reicht“ ... 531
In den Stunden der Agonie ... 535
Mörderische Antwort ... 537
Platz für die „Arier“ schaffen ... 539

Zur Wolga! Zum Erdöl! 540
„Wehrsold fürs Lügen“ 544
„... alles beym Militär ist Verwüstung“ 547
Moment mal 549
„Es steht ein Soldat am Wolgastrand ...“ 551
Sterbende Krieger 555
Eine geplante hannoversche Schummelei 556
Die Deutschen und jener 1. September im Jahre 1939 557
Die Perspektive der Hauptquartiere 560
Was nun? Was tun? 564
Berlin – Kurfürstenstraße 135 568
Von Sprüchen und Fallen 571
Fischer aufs Stühlchen 574
Ist noch Platz? 575
Unvollendetes 577
Demagogen in Erklärungsnot 578
Nirgendwo Triumph 581
Verblichen 585
Die Tücke des Objekts. Deutsche Feldpostbriefe aus Stalingrad 586
Aufbruch in die Gegenmacht? 590
Intrige gegen die Republik 591
Operation Uranus 595
Die Sache mit dem Gewissen 599
Mehr als ein Lehrbuch 601
Emigranten bitten für Ostdeutsche 602
Der Kommunist (West) 604
Dunst im Talkessel 605
Sie kennen Chino nicht? 607
Wessen Jungs? 608
Faschismus. Erinnern und Durcharbeiten 609
Von „Deutschland erwache“ bis „Wollt ihr den totalen Krieg“ 616
Briefe eines Aufrechten 622
Das abgewiesene Kapitulationsangebot 624
Das dramatische Ende einer Demokratie 628
Deutsches Schweifen zum Wolgastrand 631
Buch des Monats 632
Botschaft mit Klischees 634
Der historische Platz des Faschismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts 635
Kanzlermacher 646
Stalingrad – gestern und heute 648
Der Anfang vom Ende 650
Der Stachel Niederlage 654
Sondermeldung mit Variation 657
„Stunde der Idiotie“ 659
Streit um einen Feldmarschall 661
Schon verloren? 663

Oppositionsposse 665
Tabubrecher? 667
Hindenburg und die Ehre 669
Zugezogene Vorhänge 670
„Gerhard, bleibe stark“ 671
„Arierparagraph“ 674
Feindliche Übernahme 676
Rückblick aus gründlich veränderten Weltzuständen 678
Wenn die Grenzen verwischen 682
Unakzeptierte Erfahrung 684
Ausbildungsziel Judenmord. Rezension 686
Name, wechsel dich 688
Unter den Etiketten 690
Alarmstufe 692
Der zweite Weltkrieg in Film- und Fernsehdokumentationen der DDR 693
Auch die Geschichte kennt ihre Zahltage 701
Gegenrevolutionäre? Patrioten? Antifaschisten? 710
Platzverweis 715
„Es war einmal eine Stadt ...“ 716
Zum Beispiel Breslau 718
Täterland unter 722
Ohne Geschrei 724
Immer wieder Ärger mit der DDR-Geschichte 726
Septembertag: Gedenken und Nachdenken 728
Der Massenmord an den europäischen Juden und die Geschichtswissenschaft 731
Der eigentliche Streitwert 759
Buch & Deckel 760
In der Sackgasse gelitten 761
Davongekommen 763
Deutsches Leid 765
Opfertausch 769
Studium im Gulag 771
Gemälde und Wodkaflaschen 773
Wider die Feindbilder 774
Überlegungen nach einem naturwissenschaftlichen Vortrag
mit dem Thema „Raumschiff Erde“ 776
Mehrfach Beifall 780
Schmale Kost 782
In mildes Licht getaucht 783
Personenregister 785

Von den frühen Memoiren deutscher Wirtschaftsführer zu den aktuellen Auseinandersetzungen um Zwangsarbeit und Raubgold[1]

I.

Mit Memoiren von Parteigängern des deutschen Faschismus, die in der Bundesrepublik Deutschland erschienen – die frühesten und zahlreichsten Autoren kamen aus den langen Reihen der Wehrmachtsgenerale, hat sich zeitiger als die Historiker in der DDR Franz Fühmann befasst. 1954 legte er eine kleine Schrift vor, der er den Titel *Die Literatur der Kesselrings* gab und den Untertitel *Ein Pamphlet* hinzufügte. Die Broschüre erlebte noch im gleichen Jahr ihre zweite Auflage. Sie erschien im Verlag der Nation, der Eigentum der Nationaldemokratischen Partei war, der Fühmann nahestand und kann in gewisser Hinsicht als Vorbote jener Memoirenreihe einstiger Wehrmachtgenerale und -offiziere gelten, die später im gleichen Verlag herauskam und deren Autoren nicht wenig dazu beitrugen, ein wirklichkeitsnahes, kritisches und auch selbstkritisches Bild von der Geschichte dieses Krieges zu vermitteln.

Aus Fühmanns Bändchen sprach weniger der Schriftsteller als der einstige Wehrmachtsoldat, der wie viele andere in sowjetischer Kriegsgefangenschaft zu neuen Einsichten gelangt war und an ihnen auch festhielt, als er sich wieder auf freiem Fuß befand. Das Neugewonnene war in dem Satz komprimiert: „Wir waren einmal ein Werkzeug in Verbrecherbänden.“[2] Doch ging es dem Autor nicht um seine Biographie. Er bezog sich auf Erinnerungen, deren Autoren GFM Albert Kesselring[3], Generaloberst Heinz Guderian[4], SS-General Paul Hausser[5] und Fallschirmjägergeneral Hermann-Bernhard Ramcke[6] waren. Diese hatte er aus dem – wie er vermerkte – inzwischen 200 Titel umfassenden „Hagelsturm der Kriegsverbrecherliteratur“ herausgegriffen, der seit Beginn der fünfziger Jahre auf die Bürger der Bundesrepublik niederging.[7] Kesselrings *Soldat bis zum letzten* Tag nannte Fühmann „eine schmutzige Schwarte“. Die Autoren dieser Literatur charakterisierte er aus doppeltem Grunde als Kriegsverbrecher. Sie seien es gewesen und wollten es offenkundig wieder sein, wenn es erneut zum Kampf gegen den Bolschewismus „anzutreten“ galt. Mit den Büchern der Wehrmachtgenerale sei bereits die zweite Etappe verfälschender Darstellungen der jüngsten Vergangenheit erreicht worden.

Die erste Etappe sah er eröffnet in den Memoiren – und das führt mich näher an mein Thema – Hjalmar Schachts.[8] Der einstige Reichsbankpräsident, kommissarische Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigte für die Aufrüstung hatte 1 947 – im September 1948 aus dem Internierungslager Ludwigsburg entlassen – eine kleine Schrift, die bei Rowohlt im Rotationsverfahren gedruckt worden war, unter die Leute gebracht, der er den Titel *Abrechnung mit Hitler* gab. In der Etappe, die Schacht eröffnete und repräsentierte, sei es – so Fühmann weiter – darum gegangen, die Leser einzulullen. Jetzt hingegen werde mit den Erinnerungen der Generale darauf gezielt, diese einzufangen und zwar für die Aufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen der sog. europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Fühmanns Einschätzung traf ins Schwarze.[9] Nicht anders sein Urteil, diese Literatur sei zugleich Ausdruck eines längeren intellektuellen und moralischen Abstiegs, wie ihr Vergleich mit Schriften preußischer Reformer vom Beginn des 19. Jahrhunderts zeige. Diese hätten nach verlorenem Kriege doch kritisches Bewusstsein und Verantwortung vor der Geschichte bewiesen.

---

1 Vortrag auf dem Kolloquium zum 70. Geburtstag von Dietrich Eichholtz am 9.9.2000 in Berlin.

2 Franz Fühmann: Die Literatur der Kesselrings. Ein Pamphlet, Berlin 1954, S. 55.

3 Albert Kesselring: Soldat bis zum letzten Tag, Bonn 1953.

4 Heinz Guderian Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951.

5 Paul Hausser: Waffen-SS im Einsatz, Göttingen 1953 (in vielen weiteren Aufl.) Erweiterte Fassung unter dem Titel Soldaten wie andere auch. Der Weg der Waffen-SS, Osnabrück 1966.

6 Hermann Bernhard Ramcke: Fallschirmjäger – damals und danach, Frankfurt 1955.

7 Fühmann, Die Literatur der Kesselrings, S. 9.

8 Ebenda, S. 6.

9 Er irrte einzig mit seiner Feststellung, es habe diese Literatur „überhaupt keine Vorgänger in unserer Geschichte“. (S. 1 4) Die existierte reichlich in der Memoirenliteratur, die nach dem ersten Weltkrieg rasch auf den Markt kam.

II.

Jene frühen Memoirenschreiber, das war die grundlegende Gemeinsamkeit der Texte der Politiker, Militärs und Wirtschaftsführer und setzte die Praxis der Verteidigung während der zwölf Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse fort, suchten das machtpolitische Beziehungsgeflecht, das den Faschismus hervorgebracht hatte und ihm seine verheerenden Kräfte verlieh, in tiefes Dunkel zu tauchen und jeden Einblick in die Funktionsweise des Regimes zu verhauen. Schacht, der wie kein zweiter aus dieser Gruppe von sich sagen konnte, er habe Hitler den Weg in die Wilhelmstraße geebnet, war da voran gegangen. Seine unter dem Titel 76 *Jahre meines* Lebens erschienenen Erinnerungen sind so wortreich wie nichtssagend. Von den nahezu 700 Druckseiten seines Buches befasste sich ein sechs Seiten umfassendes Kapitel mit der Aufrüstung. In ihnen wie an anderen Stellen des Bandes geht es dem Autor vor allem um seine eigene komplette Verteidigung und insbesondere um den Nachweis, als Wirtschaftsminister und Bankpräsident einzig für eine Aufrüstung zu Verteidigungszwecken eingetreten zu sein, sich permanent für die Verlangsamung des Rüstungstempos eingesetzt und –welch Wunder – die weitere Aufrüstung durch die Beendigung der Praxis der Mefowechsel gar unterbunden zu haben.[10] An einer Stelle nur kam er auf das Interesse von Rüstungsindustriellen an den Geschäften mit dem Staat zu sprechen, und das geschah, um sich eine einsame Rolle zuzuschreiben. Es hätten sich die Wirtschaftsführer um Göring – nicht um ihn – gesammelt, da er ihr wichtigster Auftraggeber gewesen sei. Doch wolle er diese Haltung nicht kritisieren. Die Unternehmer hätten sich um Lohn und Brot ihrer Arbeiter sorgen müssen. Und die Verantwortung dafür, was in ihren Werken produziert würde, trügen nicht sie, sondern die Auftraggeber.[11] Diese Argumentation ist später – mit dem Blick auf die massenweise Verwendung von Zwangsarbeitern – erweitert worden zu der These, dass Eigner und Manager auch nicht dafür verantwortlich zu machen wären, wer in ihren Betrieben und unter welchen Umständen gearbeitet habe. Schacht nannte auf den Seiten, auf denen er die Geschichte der Aufrüstung fälschte, nicht einen einzigen Bankier oder Industriellen beim Namen. An keinen vermochte er sich erinnern. Wo die wenigen Bezugnahmen auf Personen der Wirtschaft erfolgten, wird „irgendein Bekannter aus der Wirtschaft“ oder „ein erfolgreicher Verleger“ erwähnt.[12] Das erinnert an das Lied der Tschekisten und dessen Strophe „Namen bleiben geheim ...“. Doch hier äußert sich in dem Verfahren Schachts eine über den Mai 1945 hinausgehende Solidarität oder richtiger: Komplizenschaft jener Wirtschaftsführer, die an staatlichen Machthebeln oder an den Steuerrudern ihrer eigenen Werke gestanden hatten. Nicht wenige betätigten die einen wie die anderen.

Schachts Gefolgschaft auf dem hier in Rede stehenden literarischen Felde wurde nicht sonderlich groß. Bereits eine flüchtige Bestandsaufnahme zeigt, dass das Bedürfnis der Militärs, sich in Rückblicken auf ihr Leben und ihre Rolle zu äußern, ungleich größer war als das der Wirtschaftsführer. Das Deutsche Reich hatte, sieht man von der episodenhaften Figur Alfred Hugenbergs, der die Abfolge eröffnete, einmal ab, zwischen 1933 und 1 945 vier Wirtschaftsminister. (Kein anderes Ressort weist übrigens in jenen Jahren einen so häufigen Wechsel auf.) Nur einer aus dieser Reihe – Schacht – schrieb Memoiren. Hermann Göring wurde hingerichtet. Walther Funk verbüßte Jahre seiner Haft in Spandau und wurde aus ihr aus Krankheitsgründen vorzeitig entlassen. Indessen haben sich die Inhaber benachbarter staatlicher Machtfelder über ihr Leben und Wirken geäußert. Das tat Hitlers Finanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk. Sein „*Memoiren“* genanntes Buch erschien erst

---

10 Hjalmar Schacht: 76 Jahre meines Lebens, Bad Woerishofen 1953, S. 456 ff. u. 464. Im Jahre 1968 folgte „1933. Wie eine Demokratie stirbt.“ Bis heute hat kein Wirtschaftshistoriker eine Biographie Schachts vorgelegt. Zehn Jahre nach Schachts Tode, er starb 93jährig 1970 in München, legte ein früherer Sachbearbeiter des Reichswirtschaftsministeriums in der Reichsstelle Außenhandel eine Darstellung von dessen Leben vor, wozu ihn Freunde Schachts und dessen Witwe aufgefordert hatten. Es entstand so etwas wie ein Denkmal: Heinz Pentzlin: Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit, Berlin 1980. Das zusammenfassende Urteil des Vf. lautet, Schacht habe sich in Hitler – zu dem es keine annehmbare Alternative gegeben habe – geirrt, sei von diesem getäuscht worden und habe seine eigenen Kräfte und Möglichkeiten überschätzt. Die Erwähnung dieses „Irrtums“ verblasst vor dem Loblied, Schacht wäre die Arbeitsbeschaffung noch der Weltwirtschaftskrise zu danken und ebenso der Wirtschaftsaufschwung in den Vorkriegsjahren, in dem der Autor gar eine Voraussetzung für den erneuten wirtschaftlichen Aufstieg noch 1945 erblickt. S. 282.

11 Ebenda, S. 467.

12 Ebenda, S. 461 f.

1977[13] Jedoch hatte sich sein Autor bereits zuvor mehrfach Geschichte schreibend zu Worte gemeldet.[14] Keine seiner Schriften erregte besondere öffentliche Aufmerksamkeit.

Das aber taten die wieder und wieder aufgelegten Erinnerungen des Nachfolgers von Fritz Todt und letzten Ministers für Bewaffnung und Munition. Albert Speers Buch kam bald nach seiner Entlassung, er hatte die ihm zudiktierte Haftzeit 1966 vollständig verbüßt, auf den westdeutschen Buchmarkt. Da begann eine Minderheit von Angehörigen der jüngeren Generationen ein kritisches Verhältnis zu Faschismus und Krieg zu gewinnen und das bedeutete, dass an die Glaubwürdigkeit dieses Textes besondere Anforderungen gestellt werden mussten.

Mit der Erwähnung von Schacht, Schwerin-Krosigk und Speer sind die Inhaber jener drei Ressorts bezeichnet, die schon von Amtswegen eine besondere Nähe zu Großindustriellen der Rüstungsindustrie herzustellen haften. Das galt auch für die Militärs an der Spitze der Waffenämter von Heer, Luftwaffe und Marine. Doch ist aus den Schriften dieser staatlichen Auftraggeber und Zahlmeister kaum Substantielles über ihre Beziehungen zu den Auftragnehmern zu erfahren. Albert Kesselring, der als Amtschef die Verwaltung im 1933 gegründeten Reichsluftfahrtministerium leitete und den Start der Hochrüstung der deutschen Luftwaffe aus dieser intimen Perspektive erlebt hatte – er war so etwas wie der Kassenwart Görings gewesen – erwähnte einzig, wie segensreich und arbeitsbeschaffend die Aufträge waren, die beim Bau von Kasernen, Flugplätzen und deren Folgeeinrichtungen der Bauindustrie erteilt wurden. Über die Chefs der Flugzeugindustrie wird Labendes gesagt und lediglich erwähnt, sie hätten mitunter zum Ausbau ihrer Werke auch vorangetrieben werden müssen, da sie der Dauerhaftigkeit des Auftragssegens misstrauten. Diese Aussage deckt sich mit der vielzitierten Rede Görings vor Flugzeugindustriellen, in der er Großinvestitionen – „man muss etwas riskieren“ – forderte und den Kapitaleignern – „dann ist Deutschland reich“ – goldene Zeiten in Aussicht stellte. Und was die Kriegszeit anlangte, während der Luftmarschall zunächst Luftflotten befehligte und später Heeresverbände in Italien und Westeuropa, so war Kesselring überzeugt, dass die Niederlage nicht auf das Konto der Rüstungsindustriellen zu schreiben wäre. Speer habe sie voll verantwortlich in die Lenkung der Produktion eingeschaltet. Und: „So wurde das Unwahrscheinliche Wirklichkeit.“[15] Diese Aussage bezeichnet eine zweite Linie von Solidarität und Komplizenschaft. Die Militärs, die ihre Verdienste auf Schlachtfeldern beanspruchten, ließen den Managern die ihren in der Rüstungsschlacht.

Es war einer dieser Rüstungsindustriellen, der auch als Konstrukteur wesentlich dazu beigetragen hatte, dass der sog. Luftkrieg aus den Kinderschuhen des ersten Weltkrieges heraus gelangte und sich im zweiten Weltkrieg zu furchtbar zerstörerischer Kraft entwickelte, der früh Memoiren schrieb. Unter dem Titel Stürmisches Leben kamen 1953 die Ernst Heinkels heraus. Ein Vierteljahrhundert später erlebten sie in der Bundesrepublik ihre 5. Auflage.[16] Das war ein Anzeichen unter vielen, wie populär es geworden war, sich mit der Geschichte von besonderen Waffen und insbesondere mit jener der Flugzeuge aus den Werken der Heinkel, Messerschmidt, Dornier und Focke-Wulf zu befassen. Mehr als ein halbes Jahrhundert danach bieten die Buchhandlungen der Bundesrepublik Deutschland auf Glanzpapier für „Technikinteressierte“ Groß- und Prachtbände über die Geschichte deutscher Kriegsflugzeuge. Deren Piloten – konkurrierend mit den Kommandanten von Unterseebooten – stellten die zahlenstärkste Gruppe von Kriegshelden der Wehrmacht. Und was wären die Mölders, de Maizière, Rudel und Galland ohne die Waffen gewesen, die ihnen, Konstrukteure, Ingenieure und Arbeiter der Flugzeugindustrie bereitstellten?

Heinkel war nun nicht nur ein besessener Konstrukteur, sondern kriegsbegeistert und ruhmredig. Als die Luftwaffe noch siegte und die Deutschen noch nicht verstanden hatten, was das aus der Sicht der deutschen Führung betrachtete, aber nicht eingestandene Scheitern der sog. Luftschlacht um England

---

13 Lutz Schwerin von Krosigk: Memoiren, Stuttgart 1977.

14 Ders.: Es geschah in Deutschland, Menschenbilder unseres Jahrhunderts, Tübingen 1951; Die großen Schauprozesse. Politische Prozesse von der Antike bis zur Gegenwart, Bergisch-Gladbach 1983.

15 Albert Kesselring: Gedanken zum zweiten Weltkrieg, Bonn 1955, S. 187.

16 Ernst Heinkel: Stürmisches Leben, hrsg. von Jürgen Thorwald, Stuttgart 1953, ^{5}1978.

bedeutete, publizierte er 1941 eine kleine Schrift unter dem Titel *Meine Flugzeuge im großdeutschen Freiheitskampf.* In seinen Nachkriegsmemoiren nun verriet sich, dass er nicht anders als die meisten Militärs unbelehrt geblieben war. Wie die entging er nicht der Versuchung, sich auf das weitläufige Thema einzulassen, auf welchem Wege der Krieg von den Deutschen doch hätte gewonnen werden können. Er befand verfehlt ausgerichtete Entwicklungs- und Konstruktionsarbeit und falsche Entscheidungen dafür verantwortlich, dass 1940 kein Fernbomber zur Verfügung gestanden habe. Durch dessen Einsatz aber – Heinkel zufolge – wäre es möglich gewesen, die gesamte Rüstungsindustrie Großbritanniens in Grund und Boden zu bombardieren. Er und seine Erfinder hätten eine solche Waffe die He 177, entwickelt und sogar schon erprobt gehabt, seien aber an deren Durcharbeitung zu lange gehindert worden. Der (tote) Ernst Udet, Leiter des Technischen Amtes im Luftfahrtministerium, wäre ein zu schwacher und auch inkompetenter Mann gewesen und hätte die siegverheißenden Vorschläge nicht durchzusetzen vermocht.[17]

Obwohl sich abzeichnete, dass Großbritannien alsbald ein NATO-Verbündeter der Bundesrepublik sein würde, richteten sich die Rückblicke von „Hitlers Kriegern“ noch immer insbesondere auf den August und September 1940, einen Zeitpunkt, da sie sich dem Sieg über den letzten kriegsfähigen Gegner besonders nahe geglaubt hatten. Die Monate nach dem unerwartet rasch und leicht errungenen Triumpf über Frankreich und der Flucht der britischen Truppen über den Kanal zog das Denken derer, die den Krieg noch einmal durchspielten, immer wieder magisch an. Nun schrieben sie, Großbritannien wäre zu besiegen gewesen, wenn ausreichend Fernkampfbomber zur Verfügung gestanden, die Jagdflugzeuge eine größere Reichweite und damit die Fähigkeit besessen hätten, diese vor der gegnerischen Abwehr zu schützen, und wenn die Heimatfront von einer Fliegerabwehr verteidigt worden wäre, die effektivere Geschosse verwenden, besessen und einsetzen konnte.

Alle diese und verwandte Vorschläge verbanden sich ausgesprochen oder indirekt mit einer Kritik an den staatlichen Entscheidungen während des Vorkriegs. Die Deutschen und insbesondere die Arbeiter in der Rüstungsindustrie hätten schon vor dem Beginn des Krieges wirtschaftlich total mobilisiert werden müssen. Zumindest aber wären mit dem 1. September 1939 jene Maßnahmen erforderlich gewesen, die später – und wie es nun hieß: versjätet – im Zeichen des erklärten „totalen“ Krieges ergriffen wurden. Der Ausstoß der Rüstungsproduktion während der Jahre 1942 bis 1944 wurde zum Argument gegen die angeblich viel zu rücksichtsvollen Praktiken der Vorkriegs- und ersten Kriegsjahre. Sie dienten der Begründung für die These von den „verpassten“ Gelegenheiten. Die Frage, welche weiteren Lasten das Regime den Arbeitern in der Industrie während der „Friedensjahre“ hätte aufbürden können, ohne an Akzeptanz erheblich zu verlieren, befand sich weder im Gesichtsfeld der Generale noch der Wirtschaftsführer. Hauptsache ihre Siegrechnungen „gingen auf“.

Es ist nicht leicht zu klären, warum Schacht und Heinkel mit ihren im gleichen Jahr – 1953 – herausgegebenen Erinnerungen so wenig Nachfolge fanden. Ein Grund dafür mag darin gelegen haben, dass sich die Situation von Industriellen und Militärs im zeitigen Nachkrieg sehr unterschiedlich darstellte. Die Wehrmachtgenerale gehörten schon zur zweiten „Generation“ deutscher Militärs, die einen Krieg verloren hatte. Sie waren in persona an beiden Niederlagen beteiligt gewesen. Im Verhalten der Generalität nach dem ersten Weltkrieg entdeckten sie viel Vorbildhaftes und Nachahmenswertes. Zudem sahen sie sich unter einem, gewiss nicht unausweichlichem Zwang, sich öffentlich zu erklären und ihre Sicht auf die jüngste Geschichte und ihre Stellung darin (von Anteil wollten sie zumeist nicht reden) bekanntzumachen. Zudem: Nach zwei Kriegen mit Millionen Toten haften die Deutschen vom Kriegsführen genug und neigten dazu, nächst Hitler und einigen seiner “alten Kämpfer“ sowie den Militärs die Schuld daran zu geben, dass sie in den „Schlamassel“ geraten waren. Auch daraus erwuchs ein kräftiger Impuls für Generale und Generalstäbler zur „Vorwärtsverteidigung“ überzugehen. Sie schrieben sich den Opferstatus zu und wiesen die Verantwortung für Entstehen, Verlauf, Dauer und Folgen des Krieges weit von sich.

Nicht weniger wichtig war ein von außen kommender Impuls. Im Ausbruch des kalten Krieges und im Weg der Bundesrepublik, der schließlich in die NATO führte, erblickten die deutschen Militärs

---

17 Heinkel, Stürmisches Leben, S. 435 u. 443.

ihre Chance. Sie wünschten sich als kompetente Fachleute darzustellen, die ohne einen – dazwischenredenden und befehlenden – Hitler noch erfolgreicher gewesen wären. Damit begründeten sie ihren Anspruch auf Wiederverwendung. Der erforderte auch die Zurückweisung des Vorwurfes, Kriegsvölkerrecht missachtet und gebrochen zu haben und an den scheußlichen im Kriege massenhaft begangenen Verbrechen verantwortlich beteiligt gewesen zu sein. Zu den aktuellen Gründen, die Generale und Generalstäbler zur Feder greifen ließen, kam ein traditioneller hinzu: Seit längerem gehörte es zum „Geschäft" der Militärs, sich nach Kriegen auch gedruckt zu äußern, nicht unbedingt in Form von Lebenserinnerungen, aber jedenfalls in kriegsgeschichtlichen Werken und Studien und mit dem Blick auf den nächsten Krieg.

Erheblich anders war hingegen die Lage der Wirtschaftsführer, der Großindustriellen, seien sie Eigner oder Manager oder beides in einer Person gewesen. Ihr Anteil an Entstehung, Entfesselung und Führung des Krieges war ungleich schwerer feststellbar als jener der Militärelite, und sein Nachweis hatte schon den in Nürnberg agierenden Staatsanwälten der Siegermächte erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Schacht hatten die Richter gar bescheinigt, seine Wirtschaftspolitik wäre nicht von kriegsstiftendem Typ gewesen. In den Prozessen, die vor amerikanischen Militärgerichtshöfen gegen Gruppen von Chefs der IG Farben AG, des Flick- und des Krupp-Konzerns stattfanden, war die Anklage, sie wären an der zum Kriege führenden Politik des deutschen Faschismus beteiligt gewesen, fallen gelassen worden. Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, seit 1943 als Nachfolger seines Schwiegervaters Alleineigentümer des Konzerns, und weitere Angeklagte wurden vor allem wegen *während* des Krieges begangener Verbrechen verurteilt, namentlich wegen der schamlosen und völkerrechtswidrigen Ausbeutung jener Arbeitskräfte, die aus den sog. Feindstaaten herbeigeschleppt oder herbeigelockt worden waren, und auch wegen Plünderung, also wegen der Ausraubung besetzter Länder, aus den Maschinen und Rohstoffe herangeschafft wurden, insbesondere um die durch den Luftkrieg verlorenen gegangen zu ersetzen. Das betraf Untaten einer besonderen Kategorie, begangen an „Fremden", den „Feinden" von gestern. Die Deutschen in der BRD interessierten sich dafür viel weniger als für die Rolle der Militärs, die doch die „eigenen Leute", Väter, Söhne, Brüder in den Tod kommandiert hatten. Folglich existierte für die Großindustriellen und -bankiers in den westlichen Besatzungszonen ein spezielles Rechtfertigungsbedürfnis gegenüber den eigenen Landsleuten alsbald nicht mehr. Selbst als Kriegsgewinnler galten die deutschen Monopolherren anders als nach dem ersten Weltkrieg weithin nicht. Unter allen Strichen erschien der Krieg auch für sie ein Verlustgeschäft gewesen zu sein. Die Trümmerhaufen industrieller Anlagen, himmelwärts ragende, nicht mehr rauchende Schornsteine, die Eisengewirre und Steinhaufen, die einmal Werkhallen gewesen waren, hauptsächlich Folge der angloamerikanischen strategischen Luftoffensive, schienen das sinnfällig zu beweisen.

Anders stand es hingegen, sobald sich der Blick auf das Ausland richtete. Dort war die Praxis der „Neuordnung" Europas noch in frischer Erinnerung und mit ihr diejenige der Führer und Beauftragten der deutschen Unternehmen in den Besatzungsjahren. Millionen von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, unter ihnen die Gefangenen der Konzentrationslager, vermochten sich lebhaft daran zu erinnern, wie es ihnen ergangen war, als sie für die deutschen Herren schuften mussten. Dagegen war mit Erklärungen und wortreichen Memoiren nicht anzukommen. Darüber sollte und musste einfach Gras wachsen. Wichtig um des eigenen Ansehens und der eigenen Geschäfte willen war, dass man den Geruch des Kriegstreibers loswurde. Dafür fanden sich Helfer auch jenseits der deutschen Grenzen bald. Sie konnten als Autoren ungleich mehr Glaubwürdigkeit beanspruchen als die Beschuldigten und Angeklagten. Kurzum und formelhaft: Die Unternehmer ließen schreiben, vornehmlich Juristen und noch nicht oder nur selten Historiker, und machten sich nur in Ausnahmefällen selbst an diese Arbeit. Sie kümmerten sich vollbeschäftigt um Behauptung, Verwertung, Mehrung, teils auch Rückgewinnung ihres Besitzes. Erst später gaben Jubiläen Anlass, Werksgeschichten verfertigen zu lassen, in denen über Jahrzehnte hinweg auch mehr verschwiegen als ans Tageslicht gebracht wurde. Wer etwa die Werksgeschichte der Jenaer Zeiss-Werke – vor 1990 in der DDR erschienen – mit jenen vergleicht, die dann in den neunziger Jahren erschienen sind, wird unschwer bemerken, dass und wie der Wechsel der Eigentümer zu einer Sicht geführt hat, die die politische Rolle der Manager in Vor-

krieg und Krieg ausblendet und nur festhält, was sich nicht bestreiten lässt: die Tatsache der Rüstungsproduktion und der riesigen Rüstungsgewinne.

Die anfängliche Beschäftigung mit der Betriebsgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland diente vor allem der Wiederherstellung des ramponierten nationalen und internationalen Ansehens der Industriellen und der Hervorhebung der Verdienste, die sie um den Fortschritt „im Dienste der Menschheit“ sich erworben haften. Dafür waren die Jahre des Faschismus ungeeignet, und die Flucht in die Vergangenheit lag nahe. Dafür steht u. a. eine kleine Schrift, die 1957 unter dem Titel *Krupp – Geschichte einer Unternehmer-Familie* in einer von zwei Universitätsprofessoren herausgegebenen Reihe publiziert wurde.[18] Der Autor, Leiter des Werkarchivs der Firma und mit dem Zugang zum Familienarchiv, beendete seine Darstellung 1887 mit dem Tode Alfred Krupps und hielt es für geraten, nicht einmal auf die Rolle der Firma vor dem ersten Weltkrieg einzugehen. Ein Jahr vor dem Erscheinen des Buches hatte in der Villa Hügel sinnigerweise eine Ausstellung *Werdendes Abendland* stattgefunden. Auch dort dürfte der Beitrag des Krupp-Konzerns zu dessen mehrfacher Zerstörung kaum erwähnt worden sein.

Unter den Aktivitäten, die den Mächtigen der Wirtschaft neues Ansehen verschaffen wollten, waren zunächst jedoch diejenigen der juristischen Weißwäscher wichtiger als die der Historiker. Von ihnen wurde der Nachweis erwartet, dass die Nürnberger Urteile gegen die Industriellen des IG-Farben und des Krupp-Konzerns keinen Rechtsboden besaßen, Angeklagte und Verurteilte also unbescholtene Personen seien. Damit ließen sich die Interessenten keine Zeit. Ein Mitarbeiter des an der Göttinger Universität etablierten Instituts für Völkerrecht befasste sich 1951 polemisch mit dem Krupp-Urteil und kam natürlich zu dem Resultat, dass es juristisch unhaltbar sei. Diese These knüpfte er jedoch nur an die Erörterung jenes Teils von Anklage und Urteil, der sich auf die Ausplünderung von Industriewerken in eroberten Ländern gründete.[19] Die selektive und einen Verdacht lassende Herangehensweise erklärte der Direktor des Instituts, Herbert Kraus, mit dem Verweis auf die Komplexität des Themas, das eben von irgendeiner Seite angegangen werden müsse. Deshalb hätte der Autor die „sogenannte ‚Sklavenarbeit‘“ in die Betrachtung nicht einbezogen.

Wie die Militärs in ihren Memoiren berief sich der Autor auf die Einwände der Verteidiger vor Gericht und folgte deren Argumenten. Wo konkrete Aufstellungen nicht vorgebracht werden konnten, erfolgte der Rückzug – wiederum wie in den Darstellungen der Generale – auf nicht näher beschriebene Kriegsnotwendigkeiten, die vor dem Kriegsvölkerrecht hätten weichen müssen. Das habe sich ohnehin nicht mehr auf der Höhe der Zeit befunden, sei doch der „totale“ Krieg wesentlich auch Wirtschaftskrieg. Folglich müssten die wirtschaftlichen Maßnahmen einer neuen Bewertung unterliegen.[20] Das Privateigentum der Kriegsgegner sei zwar zu schützen gewesen, aber eben im Rahmen dieser Notwendigkeiten. Zudem, wurde vorgebracht, hätten die Manager von Krupp niemals die Initiative ergriffen, um Hand an Eigentum in Feindesland zu legen. Sie erschienen gleichsam als die unfreiwillig Beschenkten.

Wie im Falle dieses in Form eines Gutachtens geschriebenen Buches über das Krupp-Urteil blieben die Darstellungen der Geschichte der deutschen Konzerne und ihrer Führer vor allem durch Auslassungen gekennzeichnet, die kühn genannt werden müssten, hätte die Gefahr bestanden, es würden sich einflussreiche Wahrheitssucher im eigenen Lande oder unter den neuen Verbündeten protestierend regen. Ein Autor, der sich auf diesem Felde intim auskannte wie kein zweiter und folglich be-

---

18 Ernst Schröder: Krupp – Geschichte einer Unternehmerfamilie, Göttingen 1957 (= Persönlichkeit und Geschichte, 5)

19 Dr. Hermann M. Maschke: Das Krupp-Urteil und das Problem der „Plünderung“. Göttingen 1951 (= Göttinger Beiträge für Gegenwartsfragen). Die Anklage des Autors gegen die amerikanischen Juristen kondensiert in der These, sie wären Gesetzgeber und Richter zugleich gewesen. S. 137.

20 Die einschlägige Passage aus der HLKO, Artikel 22 untersagte namentlich „die Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums außer in den Fällen, wo diese Zerstörung öder Wegnahme durch die Erfordernisse des Krieges dringend erheischt wird.“ *Handbuch der Verträge*, hrsg. von Helmuth Stoecker unter Mitarbeit von Adolf Rüger, Berlin, 1968, S. 112. Diese Bestimmung war freilich ungleich unbestimmter und dehnbarer als die konkreten über die Behandlung von Militär- und Zivilpersonen in den eroberten Gebieten.

fähigt gewesen wäre, sich kritisch zu äußern, war Albert Speer. Doch das Bündnis, das er während seiner Ministerjahre mit den Mächtigen der Industrie eingegangen war, die dann sämtlich so viel glimpflicher davonkamen als er – die Verurteilten befanden sich schon 1951 wieder auf freiem Fuß –, hatte Gerichtsprozess und Haftzeit offenbar unbeschädigt überdauert. Zudem wäre unausdenkbar gewesen, dass Speer als Berater, der ihm während der Abfassung seiner Memoiren zur Seite stand, den Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Joachim Fest hätte gewinnen können, wäre er auf eine geschichtliche Abrechnung aus gewesen, anstatt sie nur vortäuschen zu wollen.

Sieht man von einer geradezu zart vorgetragenen und ein Detail betreffenden kritischen Bemerkung über Ferdinand Porsche ab, von dem gesagt wird, er habe Hitler in dessen Vorliebe für überschwere Panzer – auch um dessen Wohlgefallen zu erregen – bestärkt[21], so findet sich in Speers Memoiren kein Wort, das die Mitverantwortung dieser Gruppe der deutschen Elite für die Katastrophe betrifft, in die sie Deutschland und die Deutschen stürzen halfen. Seine Mitarbeiter und Ratgeber an industriellen und staatlichen Steuerrudern charakterisiert Speer als unbestechliche Fachleute. Generaldirektor Albert Vögler, der mächtige Mann an der Spitze der Vereinigten Stahlwerke, war ihm schon beim Zusammentreffen auf der ersten Sitzung, an der Speer als Minister teilnahm, als Experte aufgefallen, der auf äußerste Effektivität der Produktion drängte. Bis in die Endphase des Krieges hätten Vögler und andere Industrielle mit ministerieller Rückendeckung und Unterstützung sich dagegen gewandt, dass Sachunkundige – beispielsweise die Gauleiter – in die Belange der Kriegsproduktion hineinregierten und dadurch deren Ausstoß senkten.[22]

Wo Speer Chefs von Konzernen und Großbetrieben erwähnte, wird ihr sicherer Blick für Waffen hervorgehoben, die der jeweiligen Kriegssituation angemessen waren. Für deren Konstruktion oder Fertigung hätten sie begründete Vorschläge unterbreitet. So habe Ernst Heinkel ihn, Speer, frühzeitig, 1941 bei einem Treffen in dessen Rostocker Werk, darauf aufmerksam gemacht, welche Bedeutung Strahltriebwerke für die Modernisierung der Luftwaffe und den Gewinn von deren Überlegenheit hätten.[23] Von Karl Krauch sei er durch eine Denkschrift am 29. Juni 1943 zeitig angeregt worden, die Entwicklung der Raketenwaffen nicht für Zwecke des Angriffs, sondern mit dem Ziel der verbesserten Luftverteidigung zu betreiben.[24] Vögler verdankte er wiederum den Hinweis auf die nicht genügend geförderte Grundlagen- und insbesondere auf die vernachlässigte Atomforschung.[25]

Speer beriet sich – und hier wird, ein wenig nur, der Schleier gelüftet und das Ausmaß der Zusammenarbeit von Politikern, Militärs und Wirtschaftsführern erkennbar – mit führenden Experten der Kriegswirtschaft auch über strategische und operative Fragen der Land- und der Luftkriegführung. Er nannte die Heranziehung von Hermann Röchling und Walter Rohland zur Erörterung der Frage, welche Konsequenzen der Verlust der Manganvorkommen bei Nikopol für die Stahlproduktion bedeuten werde. Sie seien zu dem Schluss gelangt, dass der weitere Rückzug der Wehrmacht an der deutsch-sowjetischen Südfront für einen längeren Zeitraum durchaus kompensierbar sei und hätten das dem Chef des Heeresgeneralstabs mitgeteilt.[26] In einer anderen Expertenrunde unter Beteiligung von Rohland, Paul Pleiger und Dr. Carl (Elektroindustrie) wurde – wie Speer noch Jahrzehnte nach Kriegsende bedauerte: zu spät – erwogen, welche industriellen Anlagen des Gegners bevorzugte Angriffsziele der deutschen Bomberflotte zu sein hätten. Als solche wurden die englische Kohle- und die sowjetische Elektroindustrie angesehen.[27] Mit Vögler habe er ohne sein Wissen über Hitlers Absicht einer Offensive gegen die anglo-amerikanischen Streitkräfte zu decouvrieren in der zweiten

---

21 Albert Speer Erinnerungen, Frankfurt/M. 1976, S. 248.

22 Dies wird im Zusammenhang mit den Versuchen erwähnt, durch die Mobilisierung der NSDAP die Anstrengungen im „totalen Krieg“ noch zu steigern und zu diesem Zweck die Befugnisse der Gauleiter zu erhöhen. Nach Speers und der Industriellen Ansicht hatten die aber vor den Werktoren zu enden und auch der Griff nach unentbehrlichen deutschen Facharbeitern hatte zu unterbleiben. Darüber sprach Speer unter anderem mit dem Leiter des Hauptausschusses Waffen Arthur Tix. S. 405.

23 Ebd., S. 372.

24 Ebd., S. 572.

25 Ebd., S. 239.

26 Ebd., S. 321.

27 Ebd., S. 294 f. u. 556.

Jahreshälfte 1944 darüber gesprochen, wo die letzten Kräfte der Wehrmacht eingesetzt werden sollten, wobei sich der Industrielle für die Ostfront ausgesprochen habe.[28]

Die Summe all dieser Details besagt, es hätte dieser Krieg, wenn nicht gar gewonnen werden, so zumindest anders enden können, wären die Ideen von Experten aufgenommen und verwirklicht worden. Eben das behaupteten auf ihrem Gebiet auch die Militärs. Die Deutschen, so der dem Leser nahegelegte Gedanke, waren wie immer die Größten, wenn auch mehrfach nur im Reich des Geistes, gleichsam auf Reißbrettern und in Laboratorien. *Verlorene Siege*, der Titel von Mansteins Memoiren, konnte auch über den Passagen stehen, in denen Speer von den nicht aufgegriffenen Absichten der Waffenentwicklung handelte.

Je mehr dessen Darstellung zu Deutschlands militärischer Niederlage fortschreitet, umso kräftiger die Farben, die Speer wählte, um die Großindustriellen als Skeptiker zu zeigen, die gar vis-à-vis von Hitler den Mut aufgebracht hätten, das Debakel der Rüstungswirtschaft und deren Ende zu bezeichnen.[29] Immer wieder werden namentlich genannte Partner Speers als Leute dargestellt, die in den Augen des Sicherheitsdienstes längst zu „Defätisten“ geworden seien und von denen er mehrere nach dem 20. Juli 1944 vor der Gefahr der Verhaftung hätte retten müssen und können.[30] Schließlich sei aus diesen Kreisen auf die Beendigung des Krieges gedrängt worden. Bestimmt habe das Friedrich Lüschen, einer der Chefs des Siemens-Konzerns, getan, der zu den Lenkern der Elektrowirtschaft gehörte und den Speer seinen väterlichen Freund nennt. Auch Vögler hätte sich 1944 ihm gegenüber deutlich dahin geäußert, es müsse nach einer letzten Offensive aber mit dem Krieg Schluss sein. Gleichsam nebenher entsteht so auch ein Selbstbild eines außergewöhnlichen Ministers, mit dem sich über alles habe vertraulich reden lassen und der unter den Politikern des Regimes eine Ausnahmeerscheinung gewesen sei. Eben das hatte für sich auch Schacht in Anspruch genommen.

1944, so die Darstellung Speers, seien er und diese Wirtschaftsführer zu Widerständlern mutiert, die allerdings nicht zum Zuge gekommen wären. In vertrautem Gespräch habe er mit dem Leiter des Hauptausschusses Munitionsfertigung erörtert, Hitler im Bunker der Reichskanzlei dadurch umzubringen, dass in deren Luftschächte tötendes Gas geleitet würde. Den Gedanken, dem er rückblickend selbst einen „Anflug von Lächerlichkeit“ zuschreibt, hätten er und Dieter Stahl weiterverfolgt, ohne ihn jedoch zur Tat führen zu können.[31] Aber: Entschlossen und ungetrübten Mutes wie sie in den Krieg gegangen wären, so das Zeugnis des Memoirenschreibers, hätten die Großindustriellen auch sein Ende in den Blick genommen und die Zukunftsaussichten nüchtern beurteilt. Röchling, der von dem bevorstehenden Verlust der Gebiete unterrichtet wurde, in dem der Hauptteil seiner Gruben und Werke lag, habe die Nachricht gefasst aufgenommen und erklärt, es sei das Saargebiet schon einmal verloren gegangen und wieder gewonnen worden.[32]

In den Schilderungen Speers fehlt auch eine Farbe nicht, die in vielen Memoiren deutscher Wehrmachtgeneräle immer wieder verwendet wurde: der Anspruch, sich im Kriege ritterlich verhalten zu haben. Im September 1944 hätte er eine Nachricht Röchlings bekommen, dass die französischen Erzgruben, als das Gebiet von Longwy aufgegeben werden musste, „betriebsbereit übergeben (!)“ worden wären. Doch noch behauptete die Wehrmacht jenes Territorium, in dem sich das Elektrizitätswerk befand, das die Wasserpumpen in Gang hielt und die Gruben vor dem Absaufen bewahrte. Röchling habe in dieser Situation vorgeschlagen, über die unzerstört gebliebenen Leitungen weiter

---

28 Ebd., S. 423.

29 So in einer Sitzung, die im Mai 1944 auf dem Obersalzberg stattgefunden habe, nachdem der erste verheerende Angriff auf die Leuna-Werke erfolgt war und gezeigt hatte, dass und in welchem Grad die deutsche Kriegswirtschaft an einem ihrer empfindlichsten Punkte getroffen werden konnte, der Treibstoff- und Schmierstoffproduktion. S. 358. Von den Teilnehmern der Beratung bei Hitler werden genannt: Krauch, Pleiger, Bütefisch und E. R. Fischer.

30 Ohne im Einzelnen zu seiner Rolle Stellung zu nehmen, nennt Speer in einer Fußnote in diesem Zusammenhang die Namen von Vögler, Bücher (AEG), Meyer (MAN), Stinnes, Haniel, Reuter, Meinen und Reusch (Gutehoffnungshütte), S. 575.

31 Ebd., S. 437 f. Lüschen vermochte diese Darstellung nicht zu bezeugen. Speer zufolge hatte er, der Berlin beim Herannahen der sowjetischen Truppen nicht verlassen wollte, am Ende des Krieges Selbstmord begangen.

32 Ebd., S. 447.

Strom zu liefern, und Speer hätte dem zugestimmt.[33] Die Episode, ihre Wahrheit einmal unterstellt, beweist indessen nicht mehr als dass sich der Minister wie der Konzernchef auf den Moment vorbereiteten, da ihnen von den Siegern die Rechnung für ihre Taten aufgemacht werden würde.

Das hier über die Erinnerungen Speers Gesagte könnte den Eindruck erwecken, der Autor habe den Industriellen in seinem Text besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Das ist nicht der Fall. Das hier Zusammen- und Vorgetragene findet sich vereinzelt an verschiedenen Stellen des Wälzers und nirgendwo wird auch nur der Versuch gemacht, sich mit den Fragen und Anklagen kompakt auseinanderzusetzen, die Gegenstand der drei Prozesse gegen deutsche Industrielle vor US-amerikanischen Gerichtshöfen gewesen waren und über die sich Speer selbstverständlich unterrichtet hafte. Im Gegenteil: Der Raub fremden industriellen Eigentums wird bezeichnenderweise im Zusammenhang mit einem Versuch Himmlers erwähnt, sich für die SS einen ungarischen Konzern anzueignen, was von Speer als eine Störung deutscher Rüstungsinteressen markiert wird, weil auf diese Weise Unkundige in die funktionierende Branche geraten wären.

In ihrem faktischen Gehalt ärmlicher noch als diejenigen Speers waren die Lebenserinnerungen des Reichsfinanzministers, die 1977 erschienen, in dem Jahr, in dem Schwerin von Krosigk neunzigjährig starb.[34] Der Graf, der sich über seine Teilnahme an Jagden und seine Eindrücke von den Olympischen Spielen des Jahres 1936 liebevoll ausließ und die Verlässlichkeit seiner Beamten mit wenigen Ausnahmen in hellen Tönen pries, schien mit der Finanzierung der Rüstungswirtschaft und der Vorbereitung des Krieges nichts zu tun gehabt zu haben. Ein Gedanke daran kann beim Lesen des Textes über die Vorkriegsjahre nur an einer Stelle aufkommen und das auch nur dem Leser, der weiß, zu welchem Zweck unter Aufwendung von Millionen Reichsmark aus dem Staatshaushalt die Industrieanlagen bei Salzgitter geschaffen wurden. Darüber schrieb Schwerin von Krosigk blumig, es hätte das dort „im Boden ruhende Volksvermögen nutzbar“ gemacht werden sollen. Der Autor erwähnt seine angenehmen Zusammentreffen – habe er doch sehen wollen, „wo mein Geld blieb“ – mit Paul Pleiger, der die Reichswerke „Hermann Göring“ leitete und mit Staatsgeldern besonders sparsam umgegangen sei.[35] Lobend wird Pleiger dann noch einmal wegen seines Verhaltens bei Kriegsende erwähnt, als auch er Zerstörungen verhütet habe.[36]

Ein zweiter Name eines Wirtschaftsführers kommt im gesamten, die Jahre 1933 bis 1945 betreffenden Text Schwerin von Krosigks nicht vor. Und der Name des Bosch-Konzerns taucht in ihm nur auf, weil der Verfasser eine kurz vor dem 20. Juli 1944 erfolgte dienstliche Begegnung mit Carl Goerdeler anführt, bei der über Steuer- und Kreditfragen des Unternehmens gesprochen worden sei.[37] Über Prinzipien, Praktiken und Folgen der Finanzpolitik, die Schwerin von Krosigk zu verantworten hatte – in einer vertraulichen Denkschrift der Mitglieder des Reichsbank-Direktoriums vom 7. Januar 1939 war unverblümt von „ungeheurer Anspannung der Steuerschraube“ geschrieben worden[38] –, ist in dessen Memoiren nichts zu erfahren, will man dafür die wiederholte Mitteilung nicht gelten lassen, er hätte auf seinen Reisen in die Staaten der Verbündeten dort auf eine antiinflationäre Politik hingewirkt, im besetzten Frankreich in Paris während eines Vortrags vor einem deutschen Publikum sich gegen die Auffassung ausgesprochen, Geld spiele in einem Kriege keine Rolle, und sich auch in einer Rede in Budapest zu nicht bezeichneten finanzpolitischen Fragen geäußert.[39] Auf finanzpolitische Maßnahmen im Reichsgebiet kam Schwerin von Krosigk nur marginal zu sprechen. Er habe sich für eine niedrige Besteuerung des Lohnes für „Fremdarbeiter“ eingesetzt, sich gegen die Demütigung mit dem Abzeichen „Ostarbeiter“ gewandt und sei dafür eingetreten, gegenüber der Bevölkerung der

---

33 Ebd., S. 410.

34 Lutz Graf Schwerin von Krosigk: Memoiren, Stuttgart 1977.

35 Ebenda, S. 177 f.

36 Ebenda, S. 238 f. Zu Pleigers Rolle als Chef des Konzerns siehe August Meyer: Hitlers Holding. Die Reichswerke „Hermann Göring“, München 1999 (1986 bereits unter dem Titel: Das Syndikat erschienen), sowie Helmut Fiereder: Reichswerke „Hermann Göring“ in Osterreich (1938-1945), Wien, 1983, sowie die Rezension von Hans G. Helms: Paul Pleigers Nazi-Supertrust. In: junge Welt, 9./10. September 2000.

37 Ebenda, S. 237.

38 Zitiert in: Schacht, 76 Jahre meines Lebens, S. 459.

39 Schwerin von Krosigk, Memoiren, S. 229, 220 f., 227.

eroberten Gebiete der UdSSR als Befreier aufzutreten und den Aufbau der Wlassow-Armee zu unterstützen. Deren Führern sollten deutsche Privatbanken eine Anleihe zur Verfügung stellen, wozu es freilich nicht gekommen sei.[40] All dies lief auf die Erörterung hinaus, wie sich der Krieg gegen den Bolschewismus vielleicht doch hüfte gewinnen lassen und deckte sich auch wieder mit den vielen in gleiche Richtung verlaufenden Gedankenspielen in den Memoiren von Militärs und von Mitarbeitern Alfred Rosenbergs im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete.

Die Aussagen Schwerin von Krosigks über die ungenannt gebliebenen Mächtigen der Wirtschaft flossen ihm in eine „Richtigstellung" ein, die sich auf eine Passage in den Memoiren des US-amerikanischen Botschafters William E. Dodd bezog, der ein Gespräch beider wieder gegeben habe. Nein, er hätte mit dem Diplomaten nicht davon gesprochen, dass Deutschland von „Finanz- und Industriegruppen" in den ersten Weltkrieg getrieben worden sei.[41] Dass sich im Verlaufe des zweiten überhaupt Industrielle für Eroberungen und die Möglichkeit der wirtschaftlichen Expansion interessierten, wurde der Graf zufällig im Reichskommissariat der Niederlande gewahr, wo er von der Absicht dortiger Kapitalisten erfuhr, sich kollaborierend an der Kolonisierung im sowjetischen Gebiet zu beteiligen – auch als Kompensation für die verloren gegebenen Unternehmen in den überseeischen Kolonien. Vordem war ihm von solchen und ähnlichen Plänen nichts zu Gesicht oder zu Ohren gekommen.

Von der Denkweise des Ministers, der sich als Gegner des Krieges bezeichnet und behauptet, ihn habe von Hitler und seinem engeren Kreis eine Welt getrennt und sich am Kriege nicht beteiligt fühlte[42], sprach dann aber seine Stellungnahme: Er habe es für selbstverständlich gehalten, dass solche Initiative sich nicht auf die Hergabe von Kapital beschränken könne, sondern auch die Entsendung von Menschen in das zu kolonisierende Gebiet einschließen müsse.[43] Dass die „Germanen" aus Großdeutschland und den Niederlanden im neu gewonnenen Osteuropa zusammenwirken sollten, war ihm ein vertrauter Gedanke, den übrigens auch Hitler erwog. So erweist sich auch Schwerin von Krosigk – ganz im Gegensatz zu seiner Selbstdarstellung – als ein ganz durchschnittlicher deutscher Imperialist der dreißiger und vierziger Jahre.

III.

Es könnte gefragt werden was der erneute Blick in die Memoiren der Schacht, Speer und Schwerin von Krosigk oder in die Erinnerungen Ernst Heinkels einträgt – Jahrzehnte, nachdem sie auf den westdeutschen Buchmarkt gelangten. Ist nicht die Wirtschaftsgeschichtsschreibung längst üben sie hinweg und hin zu den Quellen gegangen? Wurden sie nicht im wissenschaftlichen Sinne vollständig erledigt und existiert nicht allenfalls nur noch ein dahinschmelzendes historiographisches Interesse an diesen Produktionen? Ist nicht, seit sich Historiker von den Chefs industrieller Firmen und von Banken angeheuert sehen, die Geschichte dieser Unternehmen zu schreiben, und ihnen zur Erfüllung dieses Auftrags vollständig oder doch weitgehend Zugang zu Firmenarchiven gewährt wird, ein grundlegender Wandel eingetreten? Stehen für ihn nicht die Expertengruppen, von denen sich manche gar „Wahrheitskommissionen" nennen, eine Bezeichnung, die insbesondere frühere DDR-Bürger an den berühmten Roman Stefan Heyms „Der König David Bericht" erinnern mag. Werden Historiker nicht inzwischen an der Spitze großer Konzerne ebenso geschätzt und hoch dotiert wie bislang nur die Rechtsanwälte?

Die Memoirenliteratur aus der Feder der Wirtschaftsführer und weitere frühe Schriften aus deren Umfeld können den Blick dafür schärfen, entlang welcher Linien (um nicht zu sagen Stellungen oder gar Fronten) die Wirtschaftsführer nach dem Mai 1945 ihre Verteidigungsposten bezogen. Thesenhaft lassen sie sich so kennzeichnen: 1. An der Errichtung der Hitlerregierung und der Etablierung des faschistischen Regimes seien sie nicht beteiligt gewesen. 2. Gegen die Hoch- und Überrüstung hätten sie sich gewehrt und sie zu bremsen gesucht, soweit das in ihren Kräften gestanden habe. 3. Den Krieg hätten sie nicht gewollt, auf Eroberung seien sie nicht ausgewesen. 4. Als er begonnen hatte,

---

40 Ebenda, S. 211 ff.
41 Ebenda, S. 185.
42 Ebenda, S. 169 u. 196.
43 Ebenda, S. 235 f.

hätten sie sich als gute Patrioten selbstredend für den deutschen Erfolg einsetzen müssen. Doch ein erheblicher Teil des Beitrags und eben mehr als der, den sie dazu aus freiem Willen leisten wollten, wäre ihnen aufgezwungen worden. Im Übrigen seien sie die Urheber brauchbarer, guter, aber unberücksichtigt gebliebener Vorschläge für ein siegreiches, später für ein erträgliches Ende Krieges gewesen. 5. Als sie dessen katastrophalen Ausgang vor Augen gehabt hätten, seien sie für seine Beendigung eingetreten, wehrten sie sich zumindest gegen weitere Zerstörungen und suchten die Substanz der deutschen Wirtschaft im „Volksinteresse“ zu erhalten, womit sie sich auf andere Weise wiederum als Patrioten gezeigt hätten.

Davon ist im Einzelfall manches wahr, im Besonderen vieles geschönt und im Ganzen handelt es sich um ein Lügengebäude. Kaum jemand hat in den seit Jahren andauernden deutschen und internationalen Debatten über die Ausbeutung der Zwangsarbeiter, die Wege des Raubgolds, den Verbleib von Versicherungssummen und Bankeinlagen Hingemordeter angemerkt, dass sie schon in ihrer begrenzten Fragestellung die Grundfesten dieses apologetischen Gebäudes nicht einmal touchieren. Um nicht missverstanden zu werden, die Bearbeitung dieser Themen, die unter viel öffentlichem Druck und bei ebensolcher Aufmerksamkeit erst in den neunziger Jahren zum Gegenstand eingehender Forschungen wurden, war überfällig seit Jahrzehnten. Dieser Teil des Kriegsgeschehens sollte nun bis in seine letzten Winkel ausgeleuchtet werden. Es müssten die Überweisungen, ohnehin nur Geldsummen von gestenhafter Bedeutung und nicht etwa in Höhe des unbezahlten Lohnes und seiner inzwischen aufgelaufenen Verzinsung, an die mitunter in elenden Verhältnissen lebenden und hochbetagten Zwangsarbeiter endlich erfolgen.

Doch es täuscht sich, wer meint, dass mit der Auseinandersetzung über das Ob, das Wieviel, das Wem und das Wann des Zahlens die Verbreitung von sehr vielen Kenntnissen unter den Deutschen verbunden gewesen sei. Es täuscht sich, wer vermeint, dass sie jetzt wüssten, was den Zwangsverschleppten in Deutschland wirklich geschah und dass die Bilder von „unserer Marie“ und „unserem Jean“ (die es in unserer Familie so guthatten) in die Gedächtnisse richtig, nämlich als Ausnahme- und insgesamt als Minderheitserscheinungen, eingeordnet worden wären. Gefragt und geschrieben wird in ermüdenden Wiederholungen davon, wer zu zahlen hat, wer wieviel schon bezahlte, wer noch zahlungspflichtig sei, wer sich verweigert und warum, wer die erforderliche Bürokratie leiten darf usw. ad infinitum. Unter allen Strichen bleibt die dürre „Erkenntnis“, es ist im Kriege in Deutschland massenhaft unbezahlte Arbeit zwangsweise geleistet worden. Die das taten sind zumeist tot. Die Überlebenden sollen Geld erhalten, obendrein auf Kosten von Generationen, die an ihrem Schicksal nicht schuld sind. Sobald das aber geschehen sein wird, ist die unbezahlte Arbeit, wenn auch nicht vollständig bezahlt, so doch irgendwie beglichen und somit auch dieser leidige „Restposten“ aus dem zweiten Weltkrieg erledigt. Zu alledem hat die Auseinandersetzung über Zahlungspflichtige immer mehr die Tendenz gewonnen – unter aktiver Beteiligung einzelner Historiker, von Journalisten und in ihren Motiven durchaus ehrenhafte weiterer Personen – die Deutschen allesamt haftbar zu machen, was die bald nach Kriegsende entstandenen Praxis fortsetzt, Verantwortung und Schuld für Faschismus und Krieg möglichst gleichmäßig zu verteilen und zu nivellieren.

Was würde sich ergeben, wenn ein deutscher Geschichtslehrer im Herbst 2000 nach den langwährenden Diskussionen über Zwangsarbeit den Schülern einer Gymnasialklasse abverlangen würde darzustellen, was sie an Erkenntnissen über das Leben (und das auch meist unerwähnt gelassene Sterben, das berührt die Hinterbliebenen) der Zwangsarbeiter aus Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsendungen erfahren haben? Würde sich das Resultat oberhalb des Niveaus der Tatsachen bewegen, die der verantwortliche Arzt, der in Essen die Lager von Krupp-Zwangsarbeitern beaufsichtigte, dem Internationalen Gerichtshof im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher als Zeuge mitteilte? Damals war davon die Rede, dass Ärzte sich weigerten, manche dieser Lager zu betreten, weil sie nicht von Ungeziefer angefallen werden wollten. Es seien, sagte der Mediziner, die Leiter des Unternehmens von den Zuständen durch ihn unterrichtet worden. Würden sie wissen, dass beispielsweise Niederländer in Hütten hausten, die für Hunde, aber nicht für Menschen geeignet waren? Hätten sie eine Vorstellung davon, wie weit die Verschläge, in denen Zwangsarbeiter schliefen und sich beim Schlafen schichtweise ablösten, von den Tag und Nacht dröhnenden Maschinen entfernt waren, die sie zu be-

dienen haften. Würden sie erfahren haben, was mit den Tuberkulose Erkrankten, was mit den schwangeren Frauen und was mit ihren Kindern geschah? Hätte auch nur einer von jenen bei Kriegsende in Deutschland herumirrenden Zwangsarbeitern gehört, Männern, Frauen und Kindern, die von einer SS-Einheit umgebracht wurden? Und von dem über die Untat verhandelnden Amsberger Prozess, der 1951 die Mörder mit schandbar niedrigen Strafen davonkommen ließ und von der Bundestagsdebatte, die sich daran anschloss?

In Deutschland geschieht etwas Hochmerkwürdiges. Es wird über Geschichte geredet, ohne das damit eine geschichtliche Aufklärung sich verbindet. Hingegen breitet sich nicht nur der postmoderne Sumpf des „Nicht-Erklären-Wollens", sondern weithin auch die Praxis des „Nicht-einmal-Beschreiben-Wollens" aus. Worin besteht der Erkenntnisfortschritt gegenüber jener Darstellung, die 1960 die Autoren des vielbenutzten Ploetz gaben, zu denen Andreas Hillgruber gehörte, als sie die schändliche Unterbringung und unzureichende Ernährung von Zwangsarbeitern zwar erwähnten, sie aber als Folgen der Bombenkriegsschäden, der allgemeinen Ernährungslage und irgendwelche Missstände bezeichneten?[44] Das las sich wie: Den Deutschen ging es im Kriege schlecht, wie konnte es da Zwangsarbeitern gut gehen?

Es heißt, ein Vorgang oder Prozess sei besser oder überhaupt erst zu ergründen, wenn man seine Geschichte kenne. Was eigentlich hat es dahin kommen lassen, dass mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem die Überlebenden der hierher gelockten oder geschleppten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschland verlassen konnten, das Unerledigte „wiederentdeckt" wurde? Ist das ein Zeichen eines neugewonnenen aufrichtigen und moralischen Verhältnisses zu deutscher Vergangenheit? Dass sich solche Bestrebungen jüngst geltend machten, sei unbestritten. Auslösend haben sie nicht gewirkt. Die Wahrheit ist ebenso einfach wie ernüchternd. Das Beschweigen war eine Frucht des Kalten Krieges und das jetzige Bereden ist Folge seines Endes und die Abwicklung eines aufgeschobenen Geschäfts. Der kalte Krieg trug schon in der Phase seiner Entstehung Politikern, Militärs und Wirtschaftsführern des Faschismus nicht nur Nachsicht ein, sondern erzeugte die Nachfrage nach ihrer Mitwirkung im Kampf gegen den „Bolschewismus". Sie waren als Bundesgenossen gefragt, auch alsbald umworben, und verstanden, daraus vielfachen Nutzen zu ziehen. Gefängnistüren öffneten sich, Karrieren wurden möglich, beschlagnahmtes Eigentum zurückgegeben, Kritik ganz zurückgenommen oder abgemildert und weiterhin unterlassen. Einer der Aktivisten der schweizerischen „Wahrheitskommission" schrieb kürzlich erhellend: „Mit dem Ende des Kalten Krieges entstand eine kritische Masse von Umständen, die es möglich machte, diese Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Ursprünglich war es ja der Kalte Krieg ... der sie davon abgesetzt hat."[45] Und weiter: Dieser Krieg habe „nicht allein sämtliche Fragen, die derzeit zur Diskussion stehen, auf Eis gelegt; er diente auch als wirksame Schranke gegen den Versuch, sie in ihrer gegenseitigen Wechselwirkung zu durchleuchten, sobald an dem Problem der Rolle der Wirtschaftsunternehmen im Nationalsozialismus gerührt wurde."[46] Es sei der kalte Krieg gewesen, der „Banken und Industriekonzerne lange zögern (ließ), ihre Archive zu öffnen."[47]

Vom kalten Krieg profitierten aber nicht nur die deutschen Kapitalisten aus Industrie und Bankwesen. Wie der US-amerikanische Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat mit etwas gekünstelt angemerktem Zweifel befand, hätten die Politiker „ihr Augenmerk vornehmlich auf die Drohung des kommunistischen Umsturzes" gerichtet und seien bemüht gewesen, auch die neutralen Staaten, das eben betrifft die Schweiz vor allem, in „die westliche Völkerfamilie" einzugliedern.[48] Mithin: Die Rechnungen waren beiseitegelegt, aber nicht vernichtet worden.

---

44 Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Teil I: Die militärischen und politischen Ereignisse. Bearbeitet von Percy Ernst Schramm und Hans O. H. Stange unter Mitarbeit von Andreas Hillgruber, Sonderausgabe Ploetz: Auszug aus der Geschichte, 25. Aufl. Würzburg 1960, S. 48 ff.

45 Gerald D. Feldman Unternehmensgeschichte im Dritten Reich und die Verantwortung der Historiker. Raubgold und Versicherungen, Arisierung und Zwangsarbeit. In: Geschichte vor Gericht. Historiker, Richter und die Suche nach der Gerechtigkeit, hrsg. von Norbert Frei, Dirk van Laak und Michael Stolleis, München 2000, S. 110.

46 Ebenda.

47 Ebenda, S. 111.

48 Zitiert ebenda, S. 110.

Warum aber haben die deutschen Firmen, deren wirtschaftliche und politische Position ungleich stärker als in den ersten Jahren nach dem Kriege ist, dem Ansinnen, ihnen einige Milliarden abzufordern nicht stärkeren Widerstand entgegengesetzt? Auch darüber schrieb Gerald Feldman Klartext: Sie mussten „befürchten, dass die amerikanischen Aufsichtsbehörden ihnen das Recht entziehen, weiterhin in den Staaten Geschäfte zu machen, dass ihnen aufgrund von Boykott und einem ungünstigen öffentlichen Image Kunden verloren gehen und dass ihre Angestellten demoralisiert werden.“ Mehr noch: „Die unter Beschuss geratenen Unternehmer stehen so vor der Wahl, entweder hinzunehmen, dass die Medien Informationen über sie verbreiten, die wie Hammerschläge auf ihre Köpfe niederprasseln, oder darauf zu bestehen, dass ihre Geschichte, wie schrecklich sie auch gewesen sein mag, nüchtern und kontextbezogen dargestellt wird.“[49] Die Entscheidung fiel umso leichter, als die Vorstände der Großunternehmen von einer anderen Generation gestellt werden, die sich in diesem Punkte unbelastet fühlen kann.[50]

Freilich ist dafür Sorge getragen, dass das Fragen in dem geschäftsfördernden Bezirk verbleibt und jene Verteidigungsstellungen behauptet werden, die schon Schacht und andere vor Jahrzehnten aufgebaut haben. Daran hält sich auch der „Wahrheitssonderkommissar“ Feldman strikt. Er bescheinigt früheren Generationen von Managern deutscher Unternehmen, dass sie „den verständlichen und historisch richtigen Standpunkt“ eingenommen hätten, „Hitler nicht an die Macht gebracht zu haben“, wenn ihnen auch nachgesagt werden müsse, dass sie dazu beitrugen, die „Weimarer Republik zu untergraben.“[51] Zwar, urteilt Feldman für seine Zunft, sei sie nunmehr „zu der Erkenntnis gelangt, dass Unternehmen in Deutschland (allerdings auch in den besetzten und neutralen Ländern) gleicherweise in die finanziellen und wirtschaftlichen Untaten des nationalsozialistischen Regimes – oftmals wissentlich und willens – verstrickt waren.“[52] Doch scheint diese vielfach vernebelte Tatsache weiterer Erforschung nicht zu bedürfen: „Es bringt einen nicht viel weiter, über die Kooperation der Unternehmer mit Görings Vierjahresplan zu moralisieren; weitaus wichtiger ist der Versuch herauszufinden, ob sie diese Zusammenarbeit aus Begeisterung oder aus Notwendigkeit leisteten und auf welchen Vorstellungen ihre beruflichen Verpflichtungen beruhten.“[53] Das läuft auf die alte, schon vor den Gerichtshöfen geübte Praxis hinaus, mildernde Umstände herbeizuziehen und sich vor allem auf die ideologischen „Welten“ zu berufen, die den nüchternen Unternehmer von dem Abenteurer Hitler angeblich getrennt hätten. Das Ende des kalten Krieges habe aber den Mächtigen der Wirtschaft nicht nur die jetzigen Unannehmlichkeiten gebracht. Ungleich größer bewertet Feldman den dauernden Gewinn, der durch den Untergang des sozialistischen Staatensystems eingetreten sei: „Die Dichotomie Kapitalismus – Kommunismus ist schlichtweg uninteressant geworden, ... was ... den Vorteil hat, dass man vom alten Ballast, so dem Streit über die Rolle des ‚big business‘ bei Hitlers Machtergreifung ... befreit ist.“[54] Dieser Aussage ist nicht Gewalt angetan, wenn ihr hinzugefügt wird, auch die bürgerliche Geschichtswissenschaft konnte zu ihren normalen Geschäften zurückkehren. Machen wir uns also nichts vor über die Fortschritte, die sich mit den gegenwärtigen Diskussionen über Zwangsarbeit und Raubgold verbinden – und lesen wir die Bücher und Artikel von Dietrich Eichholtz.

Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V., Heft 16, Thema: Faschismusforschung in der DDR, Berlin 1999, S. 75-94.

---

49 Ebenda, S. 118.
50 Ebenda, S. 119.
51 Ebenda, S. 111.
52 Ebenda, S. 109.
53 Ebenda, S. 122.
54 Ebenda.

Der „Führer“ und die Kriegswirtschaft

Am Anfang mag die mit Zweifeln beladene Frage stehen, ob ein Thema, das Hitlers Rolle in der deutschen Kriegswirtschaft ins Visier bringt, überhaupt irgendetwas zum tieferen Verständnis des deutschen Faschismus und seiner Bewegungsgesetze beitragen kann. Hat dieser Hitler sich denn während seiner Herrscher- und Regierungszeit und namentlich in den Kriegsjahren je intensiv mit Fragen der deutschen Wirtschaft befasst? Läuft das Unterfangen nicht darauf hinaus, sich auf die Spur eines Dilettanten zu begeben, der sich auf nahezu allen Feldern menschlichen Denkens und Entscheidens für hochkompetent hielt, in Wahrheit aber, wo er sich einschaltete und einmischte, nur abträglich und schädigend wirkte?

Die Antworten auf diese Fragen, die sich in der Geschichtswissenschaft finden lassen, widersprechen sich völlig. Zwei ältere Aussagen könnten für die Fruchtlosigkeit unserer Fragestellung stehen. Der Hitler-Biograph Alan Bullock meinte: „Im Grunde war er überhaupt nicht an der Wirtschaft interessiert.“[1] Louis P. Lochners Urteil lautete: „Hitler hat sich niemals mit ökonomischen Fragen ernsthaft beschäftigt.“[2] Beide Feststellungen sind merkwürdig unbestimmt formuliert. Was heißt denn „im Grunde“, und was besagt „niemals ... ernsthaft“? Die Einschätzungen Lochners wie Bullocks sind durch spätere Forschungen erledigt, nicht zuletzt durch diejenigen von Dietrich Eichholtz.[3] In dessen Veröffentlichungen wurde nachgewiesen, in welchem Grade und in welcher Weise sich Hitler mit kriegswirtschaftlichen Fragen befasste, beginnend mit der strategischen Orientierung der deutschen Wirtschaft auf den Krieg und namentlich auf eine Kette von Blitzkriegen, und endend mit seinen letzten Entscheidungen im Frühjahr 1945, dem sog. „Nero-Befehl“ und dessen Abschwächung. Diese Beschäftigung Hitlers ergab sich aus der Logik und unter dem Zwang imperialistischer Zielsetzung. Später, in den Kriegsjahren, wurde sie mehr und mehr von dem Bestreben diktiert, die Fortführung des Krieges materiell zu sichern und der Niederlage zu entgehen.

Dass Hitler sich selbst zunehmend mit Fragen und Problemen der Kriegswirtschaft zu beschäftigen hatte und sie nicht wie andere Aufgaben ganz an einen seiner Mitstreiter delegieren konnte, hatte mehrere Ursachen. Die erste und wichtigste bildete seine Stellung als oberster militärischer und politischer Führer des Regimes. Die zweite ergab sich aus dem Zusammenhang von militärischen und ökonomischen Entwicklungen im modernen („totalen“) Krieg. Die dritte entsprang seiner Überzeugung, dass er auch auf diesem Gebiet es mit den Experten aufnehmen könne und müsse, weil auch da sein überlegener und unorthodoxer Verstand und Weitblick unersetzbar und für die Herbeiführung des Endsiegs unentbehrlich sei.

Dass Hitler auf die Beurteilung kriegswirtschaftlicher Fragen durch systematische Studien und Unterweisungen so wenig vorbereitet war wie auf die militärischer, hat die Vorstellung plausibel gemacht, dass seine „Einmischung“ auf diesem wie auf jenem Gebiet vor allem negative Folgen besessen hätte. Während die wirklichen oder auch nur vorgeblichen Erfolge Hitlers seinen überlebenden Beratern zugeschrieben, von manchen auch in Memoiren für sich selbst in Anspruch genommen wurden, blieb ihm, dem Toten, häufig nur die Verantwortlichkeit für die Misserfolge und natürlich für das definitive Desaster.

Gewiss: Hitler hatte weder praktisch noch theoretisch einen Kurs der Nationalökonomie absolviert. Er besaß bis zum Beginn seines vierten Lebensjahrzehnts, also bis zu seinem Entschluss, in der Politik Karriere zu machen, keine praktische Erfahrung auf irgendeinem Platz in Wirtschafts- oder auch nur Produktionsprozessen. Er wuchs in einer kleinbürgerlichen Beamtenfamilie behütet auf, der wirtschaftliche und soziale Sorgen fremd blieben. Was hinter Toren und Ummauerungen von Werksanlagen geschah, hat Hitler auch während seiner kurzen Schülerzeit in Steyr nicht gekümmert, einer Stadt, die am Ausgang des 19. Jahrhunderts zu den Zentren der österreichischen Industrie gehörte.

---

1 Alan Bullock, Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Kronberg/Ts. 1977, S. 384.

2 Louis P. Lochner, Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer, Darmstadt 1955, S. 31.

3 Vor allem durch seine dreibändige Darstellung: Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Berlin 1969 ff. u. München 1999.

Dass er in Wien auf dem Bau gearbeitet habe, erscheint als eine Legende. Dort war er, nachdem er seine Erbschaft durchgebracht hatte, zeitweilig ganz unten, aber nicht in den Reihen der Arbeiterschaft angekommen. In dem Männerheim in der Meldemannstraße wurde über wirtschaftliche und soziale Verhältnisse natürlich gesprochen und mehr noch räsoniert. Und Hitler hat sich nach glaubwürdigen Aussagen daran beteiligt. Doch seine Beziehungen zu Wirtschaft, Handel und Gewerbe der Monarchie waren marginal.

Erst in den Jahren des Ersten Weltkriegs gewann Hitler ein – vermitteltes – Verhältnis zur Industrie. Ihm wurde in den „Materialschlachten" auf dem Boden Frankreichs die Bedeutung der Massenproduktion und -verfügbarkeit von Waffen und Munition für die Entscheidung von Schlachten bewusst. Diese Lektion konnte er nahezu vier Jahre lang studieren. Doch erscheint fraglich, ob sie sich ihm damals schon einprägte. In seinen Kriegserinnerungen auf den Seiten von „Mein Kampf" ist davon wenig und obendrein Falsches zu lesen. Genereller Äußerungen über die Menge und Qualität der eingesetzten Waffen enthielt sich Hitler ganz. Obwohl er seinen Lesern weismachen wollte, dass die gesamte deutsche Produktion 1916/1917 „unter der Kontrolle des Finanzjudentums" gestanden habe, scheint daraus den Bedürfnissen der Front kein Schaden erwachsen zu sein. Noch im Januar 1918 seien zur Vorbereitung neuer siegverheißender Offensiven auch endlose Transporte von Material an die Front gerollt. Nach seinem Urteil hatte selbst der von ihm so beschimpfte Munitionsarbeiterstreik keinen Munitionsmangel zur Folge gehabt.[4]

Mit der Wirklichkeit der Kriegsjahre 1917 und 1918 hat diese Darstellung nichts zu tun. Sie war nur geeignet, das von Hitler ebenso dramatisch wie verfälschend geschilderte „Kriegstheater" einem Höhepunkt entgegenzuführen: dem „Dolchstoß" in den Rücken der Front. Jedoch war von des Gefreiten obersten Feldherrn, dem Marschall Paul von Hindenburg, längst – freilich nicht öffentlich – eingestanden worden, dass man es auf den Schlachtfeldern „mit der Industrie der ganzen Welt" zu tun habe, der Feind an Kriegsgerät überlegen sei und über mehr Artillerie und mehr Munition verfüge als die eigenen Armeen.[5] Auch deutet in Hitlers Kampfbuch nichts darauf hin, dass er sich, wie manche seiner Kameraden es getan hatten, darüber Gedanken gemacht hätte, wieviel die deutschen ebenso wie die Waffenlieferanten der Kriegsgegner an ihren profit- und todbringenden Sendungen verdienten.

Doch müssen die Einsichten, die Hitler aus dem Krieg mitnahm, und die Auslassungen in seinem zu Werbezwecken geschriebenen Buch nicht identisch sein. Anzunehmen ist aber, dass er zweierlei gelernt hatte. Im sog. Trommelfeuer des Stellungskrieges, in dem er als Melder eines Regimentsstabes aus der schutzbringenden Deckung herausmusste, um Befehle und Nachrichten zu überbringen, erfuhr er am eigenen Leibe, was es bedeutete, über unerschöpfliche Vorräte an Kriegsmaterial zu gebieten und überlegene Waffen zu besitzen. Hitlers letzte Kriegseindrücke waren Erfahrungen mit Giftgas und mit der Tankwaffe, wie die Panzerwaffe anfangs hieß. Und zweitens hatte sich ihm eingeprägt – das spricht vor allem aus seinen späteren Reden –, welche Folgen der Verfall der Stimmung im Hinterland zeitigte. Beides nahm er später als Kriegs- und Feldherr jedenfalls in seine Rechnungen auf.

Die Erkenntnis, dass der Ausgang eines Krieges zu einem erheblichen Teil bereits im Vorkrieg durch das Erreichen eines Rüstungsvorsprungs und die Schaffung einer ausreichenden Rüstungsbasis entschieden werden würde, leitete Hitler schon bei seinen ersten Entscheidungen als Reichskanzler. Zudem hatte er im Ersten Weltkrieg erlebt, dass nicht wie in früheren Kriegen an ihrem Ende mit den gleichen Waffen gefochten wurde wie an ihrem Beginn. Ein waffentechnischer Vorsprung, wie ihn die Preußen gegen die Österreicher im kurzen Krieg von 1866 besessen hatten, konnte eingebüßt werden, der Gegner mit neuartigem Kriegsgerät auf dem Kampfplatz erscheinen. Daraus zog Hitler später den Schluss, dass der einmal gewonnene Vorteil rasch und entschlossen genutzt werden müsse, bevor er zusammenschmolz oder ganz verloren ging.

---

4 Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1942, S. 212 ff.

5 Schreiben des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg an Reichskanzler Georg Michaelis vom 10. September 1917, in: Der erste Weltkrieg. Dokumente. Ausgewählt und eingeleitet von Helmut Otto und Karl Schmiedel, Berlin 1983, S. 252 f.

Das waren selbstredend keine spezifischen Hitlerschen Erkenntnisse. Sie lagen der generellen Auswertung des Ersten Weltkriegs zugrunde, wie sie in Reichswehr und Reichsmarine während der Weimarer Republik betrieben wurde. Ähnlich dachten die Spezialisten in den Forschungs- und Konstruktionsbüros der Konzerne und Betriebe, die in Deutschland legal oder illegal nach 1919 an der Vervollkommnung von Waffen und anderem Kriegsgerät weiterarbeiteten und offiziell nur die Reichswehr versorgten. Sie standen vor dem Dilemma, unerlaubte Neuentwicklungen für die Zeit aufzusparen, da die offene Wiederaufrüstung Deutschlands möglich sein würde, oder sie über Strohmänner auf den internationalen Waffenmarkt zu bringen. Geschah das, so gewannen daraus womöglich gerade die Gegner in einem kommenden Kriege einen Vorteil. Geschäftsbilanz und „Patriotismus“ ließen sich mitunter nicht vereinbaren.

Doch soll Hitlers Beschäftigung mit der Ökonomie und selbst mit der Kriegsökonomie nicht auf einen zu frühen Zeitpunkt datiert werden. Von seiner Unbedarftheit zeugen für den Beginn der zwanziger Jahre seine geradezu hymnischen Äußerungen über die Ideen Gottfried Feders: In dessen Vortrag über die „Brechung der Zinsknechtschaft“ habe er 1919 „eine gewaltige Parole für dieses kommende Ringen“ gegen das internationale Kapital gespürt. Er habe darin sofort „eine theoretische Wahrheit von immenser Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes“ erkannt.[6] In Wirklichkeit entnahm der NSDAP-Führer der einfältigen Lehre Feders jedoch einzig eine Anregung für den demagogischen Trick, zwischen dem „internationalen“ Börsenkapital und dem „nationalen“ Industriekapital zu trennen und jenes als das „raffende“ und „jüdische“ abzustempeln, während dieses als „schaffend“ und „schöpferisch“ ausgegeben wurde. Für Hitlers eigenes Verhalten zu den deutschen Wirtschaftsführern verlor diese „scharfe Scheidung“[7] jede Bedeutung in dem Augenblick, da sich seine Partei unterschiedslos um Akzeptanz und Förderung durch die Wirtschaft bemühte.

Auf dem Wege Hitlers zum Parteiführer und vor allem in den Jahren, da er an die Spitze der Staatsmacht strebte, machte er viele Erfahrungen und verarbeitete sie zu Vorstellungen, die später seine Entscheidungen und Handlungen als Diktator bestimmten. Er traf in den Jahren von 1930 bis 1932 wiederholt mit Mächtigen der deutschen Wirtschaft zusammen. Die einen saßen ihm bei einem Vortrag gegenüber und gaben ihre Vorstellungen von einer Veränderung der staatlichen Zustände und den Verwertungsbedingungen des Kapitals in wohlformulierten Kommentaren zu erkennen. Anderen begegnete er in vertraulichen Gesprächen. Dabei lernte er ihre Art und Weise zu denken kennen und informierte sich über ihre objektiven Interessenlagen in einem Moment, da Kapitaleigner und -manager die tiefste ökonomische Krise zu meistern suchten und auch von politischen Zukunftsängsten umgetrieben wurden. Sprach Hitler wie in der bekannten Rede am 26. Januar 1932 im Düsseldorfer Industrie-Club vor führenden Unternehmern, so trug er diesen Interessen und der Mentalität seines Publikums geschickt Rechnung. Er versicherte seinen Zuhörern, dass er ihre Stellung als Wirtschaftspioniere und -führer nicht nur nicht antasten, sondern ihrer Führerrolle und Initiative im „Dritten Reich“ erst vollständig Raum schaffen werde.

Die Angesprochenen hörten das beifällig und verstanden, dass dieser Hitler ihnen eine zeitgerechte Erneuerung ihrer diktatorischen Stellung in den eigenen Unternehmen versprach. Aus seinen Äußerungen über die Gewerkschaften konnten sie unschwer herausfiltern, dass sich dieser Politiker nur aus taktischen Gründen zu deren Existenz bekannte, ihnen aber im künftigen „nationalen“ und „volksgemeinschaftlichen“ Staat keinen Platz mehr einräumen wollte. Von Gewerkschaften, Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten ungestört, würden sie wieder sein, was sie und ihre Vorgänger gewesen waren: „Herren im Hause“. Die Frage, die sich ihnen stellte, betraf einzig die Möglichkeit, wie ein derartiges Regime zu installieren sei und welche Gefahren sich ergeben könnten, wenn dies versucht würde. Gefahrenquellen wurden zum einen im Widerstand der linken Arbeiterorganisationen gesehen, zum anderen – und nicht weniger – in den mit revolutionären Phrasen überfütterten Gefolgsleuten Hitlers. Sie könnten im Moment ihres vermeintlichen Sieges einfordern, was ihnen versprochen und verheißen worden war.

---

6 Hitler, Mein Kampf, S. 232 f.

7 Ebenda, S. 232.

Nicht Feder gelangte 1933 auf den Posten des Reichswirtschaftsministers, sondern Politiker mit direkter Erfahrung bei der Führung großer Wirtschaftsimperien. Alfred Hugenberg, der erste in der Reihe von insgesamt fünf Reichswirtschaftsministern (auf keinem anderen Platz in der Reichsregierung erfolgte binnen zwölf Jahren ein so häufiger Wechsel) war einst Direktor bei Krupp gewesen und dann der Chef des Medien-Konzerns geworden, der seinen Namen trug. Hugenbergs – wie sich bald erwies – nur kurzzeitiger Aufstieg zum „Wirtschaftsdiktator" konnte vor den Anhängern der NSDAP noch als Konzession an den anfänglich unentbehrlichen Koalitionspartner hingestellt werden. Auf ihn folgte jedoch in gleichsam freier Wahl Hitlers wiederum kein wirtschaftspolitischer Spezialist aus dem „Braunen Haus", sondern am 29. Juni 1933 mit Kurt Schmitt ein Experte aus der Versicherungs-Branche. Ihn löste nach einem reichlichen Jahr 1934 der Bankier und Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht ab, der in Personalunion den Ministersessel besetzte. Schacht, der wie kein zweiter Wirtschaftsführer hätte von sich sagen können, dass er Hitler den Weg in die Wilhelmstraße geebnet hatte, trat für etwas mehr als drei Jahre kommissarisch an die Spitze des Schlüsselministeriums. Zu dieser Zeit verlor Feder selbst seinen Posten als Staatssekretär und wurde auf einen einflusslosen Platz an der Technischen Hochschule Berlin zurückgestuft.

Schacht setzte während der nächsten Jahre in jener Doppelfunktion als „Wirtschaftsdiktator" die Rüstungswirtschaft in Gang, und Hitler, der weder Neigung besaß noch die Notwendigkeit verspürte, sich mit den damit zusammenhängenden Fragen im Einzelnen zu befassen, schätzte die Verdienste seines „Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft" hoch. Denn der Wirtschaftsminister und Bankpräsident trug zunächst keine Bedenken, den bereits in den ersten Tagen der Regierung eingeschlagenen Kurs weiter zu steuern und noch zu beschleunigen, um alle materiellen Voraussetzungen und finanziellen Bedingungen für den Übergang zur Aufstellung eines modern ausgerüsteten Massenheeres zu sichern. So waren bereits am 9. Februar für die Luftrüstung 40 Mio. RM geordert worden.[8] Auch Schachts Tätigkeit bewertend, sprach der Generalstabschef des Heeres, Franz Halder, im April 1939 davon, dass für den Krieg ein „mit allem Komfort der Neuzeit ausgerüstetes Heer" bereitstünde.[9]

In der von Hitler Ende August 1936 diktierten Denkschrift über den „Vierjahresplan" wurde dann die Generallinie für den wirtschaftspolitischen Weg zum Kriege fixiert. Dem Dokument war ablesbar, wie sich Hitler die deutsche Rüstungsbasis bei Kriegsbeginn vorstellte. Sie sollte so beschaffen sein, dass dem Entschluss zum Kriege und der Wahl der Angriffsrichtung nicht durch kriegswirtschaftliche Abhängigkeiten Fesseln angelegt würden. Die Freiheit der Entscheidung, wer zuerst bekriegt werden sollte, wer in einer späteren Phase der Eroberungen, müsste ebenso gewährleistet sein wie die ungehinderte Ausnutzung eines günstigen Moments für den Beginn eines Krieges, der sich aus einer internationalen Konstellation ergeben konnte. Das verlangte die maximale Erweiterung der eigenen für Kriegszwecke nutzbaren Produktionsbasen und erforderte insbesondere die weitgehende Unabhängigkeit vom Import kriegswichtiger Rohstoffe. Eben darauf zielte die Vierjahresplan-Denkschrift Hitlers, die auch das damals noch zusammengerufene Kabinett komplikationslos passierte. Das Vorhaben wurde auf dem Parteitag der NSDAP im September 1936 verkündet. Es folgte die Schaffung einer eigenen Behörde für den Vierjahresplan. Hitler setzte an ihre Spitze Göring, wie er vor Industriellen sagte, seinen „besten Mann". Die Denkschrift schloss mit den Worten: „Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein."[10] 1940 sollte die gewaltsame Expansion demnach begonnen werden können.

Der Plan entsprach den Interessen der Militärs, die aus ihren Weltkriegserfahrungen um die Bedeutung eines verlässlichen kriegswirtschaftlichen Potentials wussten. Seine ersten Nutznießer wurden die deutschen Konzerne der chemischen Industrie, der Eisen- und Stahlbranche, des Flugzeug- und

---

8 Olaf Groehler, Geschichte des Luftkriegs 1910-1970, Berlin 1975, S. 144 f.

9 Christian Hartmann/Sergej Slutsch, Franz Haider und die Kriegsvorbereitungen im Frühjahr 1939. Eine Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 486.

10 Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges. Hrsg. und eingeleitet von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969, Dok. 48, S. 144 ff., hier 150.

Schiffbaus, der Elektro-Industrie und der Feinmechanik und Optik, die aus dem Aufrüstungsgeschäft permanent und mehr profitierten als aus den Geschäften mit ihren nichtmilitärischen Waren. Dabei erweist die Entstehungsgeschichte dieses Vierjahresplans den Begriff „Nutznießer“ genaugenommen als apologetisch.[11]

Mit der Inangriffnahme und Verwirklichung dieses Plans gewann die Rüstungspolitik zunehmend an Abenteuerlichkeit. Schacht erwies sich nicht als der geeignete Mann, auch in dieser Etappe führend voranzugehen. Seine Ablösung erfolgte wie seine Ernennung in zwei Schritten. Den Platz des „Rüstungsdiktators“ besetzte 1938 Göring, Hitlers engster Vertrauter unter seinen Mitstreitern. Er führte seit 1937 zusätzlich zur Leitung der Vierjahresplan-Behörde zeitweilig auch die Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums, das er seinem Apparat zuordnete und im folgenden Jahr an einen alten Gefolgsmann Hitlers, Walther Funk, übergab, den der „Führer“ Anfang 1939 auch zum Reichsbankpräsidenten machte. Nun waren Görings Kenntnisse auf wirtschaftlichem Gebiet so gering wie die Hitlers. Doch verstand er, Ratgeber und Mitarbeiter um sich zu scharen, die so bedenkenlos wie er selbst dachten und handelten. Während es über die militärischen Pläne auf dem Weg in den Krieg Ende 1937 zu erheblichen und unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten kam, die 1938 in der Ablösung des Kriegsministers und Oberbefehlshabers der Wehrmacht, Werner von Blomberg, des Oberbefehlshabers des Heeres, Werner Freiherr von Fritsch, und im Rücktritt des Generalstabschefs des Heeres, Ludwig Beck, gipfelten, vermochte Göring als Nachfolger Schachts dessen führende Mitarbeiter zu übernehmen und sich vor allem auf seine noch aus der „Kampfzeit“ herrührenden, inzwischen vor allem durch seine Funktion als Oberbefehlshaber der Luftwaffe gefestigten Verbindungen zu führenden Kreisen der Industrie zu stützen.

Mit Görings Wahl hatte sich Hitler zugleich erneut von einer permanenten gedanklichen und praktischen Teilnahme an der Lösung wirtschaftlicher Fragen und Probleme entlastet. Seine Energien galten vor allem den direkt militärischen und diplomatischen Kriegsvorbereitungen. In welchem Grade Hitler von Göring vor Kriegsbeginn mit den praktischen Fragen der Rüstungswirtschaft überhaupt befasst wurde, lässt sich schwer beurteilen. Während der Beratungen beider fehlten Zeugen. Auch Niederschriften sind nicht überliefert. Indessen dürfte Görings häufige Berufung auf Aufträge oder den Willen des Führers keineswegs eigenmächtig und nur von ornamentaler Bedeutung gewesen sein. Der inzwischen auch durch seine Beförderung zum Generalfeldmarschall – einen zweiten aktiven General dieses Ranges gab es in Deutschland nicht – deutlich herausgehobene Göring verstand sich als „Berater“ Hitlers und ließ zur Untermauerung seiner eigenen Weisungen immer erkennen, auf wie vertrautem Fuße er mit dem „Führer“ stand.[12]

Hitler konnte sicher sein, dass sich Göring wie er selbst gegen jeden Gedanken sperrte, Tempo und Ausmaß der Rüstung mit Rücksicht auf internationale Geschäfte und inflationäre Gefahren zu verlangsamen. Deshalb brauchte Hitler sich über Grundsatzentscheidungen hinaus bei Einzelheiten der Rüstungswirtschaft nicht aufzuhalten. Die generelle Orientierung auf Angriffswaffen zur Führung von „Blitzkriegen“ war vereinbart. Und Übereinstimmung herrschte auch darüber, dass sich die Aufrüstung in allererster Linie auf das erkennbare profitgeleitete Interesse und die Erfahrung der Industriellen, der Spitzentechniker und ihrer Mitarbeiterstäbe stützen sollte. Die Waffenämter der drei Wehrmachtsteile hingegen hätten aufgrund von Kriegserfahrungen und -prognosen an die Industrie

---

11 Siehe im vorliegenden Band Dietrich Eichholtz, Ökonomie, Politik und Kriegführung. Einen ebenso knappen wie instruktiven und abwägenden Überblick über die kontroversen Sichten auf die Rolle des Kapitals unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur gibt Jan Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1988, S. 111 ff.

12 So beispielsweise auch eingangs der Sitzung, die am 12. November 1938 im Reichsluftfahrtministerium unter seinem Vorsitz stattfand und sich hauptsächlich mit der Taktik der „Arisierung“ und der Vertreibung der Juden aus dem Deutschen Reich beschäftigte. „Ich habe einen Brief bekommen, den mir der Stabsleiter des Führers, Bormann, im Auftrage des Führers ...“ und „Durch telefonischen Anruf bin ich gestern vom Führer ...“. Zitiert in: Kurt Pätzold, Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933-1942, Leipzig 1991, S. 175 f. Zum Selbstverständnis Görings s. neuerdings auch die Studie von Dietrich Eichholtz, Hermann Göring „... dann kommt die Stunde, wo Deutschland reich ist“, in: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Stufen zum Galgen, Leipzig 1996, insbesondere S. 31 ff.

ihre Forderungen zu stellen und deren Einhaltung zu kontrollieren, jedoch ihren Ehrgeiz nicht in eigene Konstruktionen zu setzen. Hitler war von der Leistungskraft der Wissenschaftler, Erfinder und Ingenieure der privaten Wirtschaft überzeugt. Er übertrug dem Generalfeldmarschall auch die rascheste Einbeziehung und Ausnutzung der Rüstungsindustrie in Österreich und im „Protektorat Böhmen und Mähren“.

Selbstredend spielte die materielle Aufrüstung der drei Wehrmachtsteile während aller Zusammenkünfte Hitlers mit Generalität und Admiralität eine Rolle. Der Oberbefehlshaber ließ sich projektierte Waffen in Bild und Modell und die fertigen Fabrikate in Aktion vorführen. Kein Staatsoberhaupt besuchte häufiger Truppen, Schießplätze und Manöver als er, ließ so oft Paraden an sich vorbeiziehen oder begab sich immer wieder zu Stapelläufen von Kriegsschiffen. Gelegentlich überzeugte Hitler sich demonstrativ von der Waffenproduktion und deren Serienfertigung, mit Vorliebe tat er das in den Essener Krupp-Werken. Am bekanntesten wurde der gemeinsame Besuch dort mit seinem Gast Benito Mussolini im Jahre 1937. Mehrfach inspizierte er den Fortgang der unter der Führung der Organisation Todt vor der französischen Grenze errichteten „Westwall“. Am Tage seines 50. Geburtstags ließ Hitler mehr als vier Stunden lang die größte Militärparade an sich vorüberziehen, die es je in einem neuzeitlichen Staat gegeben hatte. Deren berechnete Aussage wurde in die Feststellung der Veranstalter gefasst: „Der Aufbau der Wehrmacht ist vollendet.“[13]

Indessen mussten sich die Militärs die Frage stellen, was das Maß dieser „Vollendung“ sei. Es konnte sich nur an den Aufgeboten der sicheren oder wahrscheinlichen Kriegsgegner bemessen. Da fielen die Resultate für die einzelnen Wehrmachtsteile ganz unterschiedlich aus. Auf dem Gebiet der Seerüstung konnte, verglichen mit den Streitkräften Großbritanniens und Frankreichs, von einer „Vollendung“ keine Rede sein. Hitler bereitete das wenig Kopfzerbrechen. Der geplante Krieg würde zu Lande entschieden werden müssen, in Kombination der Hauptkräfte des Heeres mit denen der Luftwaffe. Darauf war die materielle Aufrüstung ausgerichtet worden. Auf diesen Feldern existierte 1939 ein erheblicher Rüstungsvorsprung. Hitler, der in seiner geheimen Ansprache vor dem engsten Kreis seiner militärischen und politischen Berater am 5. November 1937 die Jahre 1942. bis 1945 als den Zeitraum des spätesten Kriegsbeginns angegeben hatte, kam 1939 zu dem Schluss, dass eine ins Gewicht fallende Erweiterung des eigenen Rüstungsvorsprungs und damit eine weitere Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zu Deutschlands Vorteil nicht mehr erreicht werden könne. Er drängte auf den Beginn des Krieges. Deutschland hatte nach seinem Urteil die Gunst der Stunde am Beginn des Jahrhunderts verpasst. Das sollte sich nicht wiederholen.

Schon im Vorkrieg hatte sich Hitler mehr und mehr Kenntnisse über Waffen und deren Eigenschaften sowie über die Voraussetzungen von deren Entwicklung und Produktion angeeignet. Seine rasche Auffassungsgabe kam ihm dabei ebenso zugute wie auf anderen Gebieten. Zudem machte ihm, wie massenhaft durch fotografische und andere Zeugnisse belegt ist, gerade dieser Teil seines Regierungsalltags sichtliches Vergnügen. Offenbar entzündete sich daran auch seine Phantasie von den kommenden Siegen auf den Schlachtfeldern. Hitler, der selbst ein Autonarr und in der Weimarer Republik als einziger Parteipolitiker während der Wahlkämpfe im Flugzeug von Stadt zu Stadt gehetzt war, teilte indessen mit vielen Laien illusionäre Vorstellungen darüber, was technisch und wirtschaftlich wirklich in den Bereich des in absehbarer Zeit Machbaren gehörte.

Bald nach dem Sieg über Polen, als er den Feldzug gegen Frankreich noch für das Jahr 1939 projektieren ließ, sah er sich zum ersten Mal mit den unabweisbaren Tatsachen des Ausstoßes der Waffen- und Munitionsproduktion konfrontiert und mit Berechnungen über den Pro-Tag-Verbrauch an Kriegsmaterial, das nicht aus Vorräten verfügbar war. Als ihm im Frühsommer 1940 klar wurde, dass sich Großbritannien unter dem Chamberlain-Nachfolger Winston Churchill auf einen langdauernden Krieg einstellte, hatte sich Hitler verstärkt mit der eigenen Produktion von Waffen, Munition und weiterem Kriegsgerät zu befassen.

---

13 Im Einzelnen zur Bedeutung des Tages: Kurt Pätzold, Hitlers 50. Geburtstag am 20. April 1939, in: Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold (Hrsg.), Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), Berlin 1989, S. 309 ff.

Das erforderte insbesondere sein Entschluss, die Sowjetunion spätestens 1941 mit Krieg zu überziehen. Der richtete sich zum einen auf das Hauptziel des Krieges, im Osten des Kontinents ein bis zum Ural reichendes Kolonialreich und Rohstoffimperium zu erobern. Doch flossen in den Entschluss und insbesondere in die Bestimmung des Zeitpunkts für die Eröffnung des auf die Dauer von nicht mehr als zwei bis drei Monaten voraus- und demnach fehlberechneten Feldzugs auch andere kriegswirtschaftliche Erwägungen Hitlers ein. Er entwickelte sie zu Jahresanfang 1941 vor Generalen mit dem Hinweis, dass die Luftwaffe der UdSSR das rumänische Öl-Gebiet, das für Deutschland und seine Verbündeten „lebenswichtig" sei, „in ein rauchendes Trümmerfeld" verwandeln könne.[14] Es mag in diese Argumentation durchaus die Absicht hineingespielt haben, die Militärs restlos von der Notwendigkeit zu überzeugen, die UdSSR zu bekriegen, bevor Großbritannien noch besiegt sei. Doch spiegelt die Redepassage wider, dass sich Hitler über die kriegswirtschaftlichen Konsequenzen Rechenschaft gegeben hatte, die sich aus der langwierigen militärischen Auseinandersetzung mit Großbritannien ergaben.

Schon seit am 17. März 1940 ein eigenes Ministerium für die Munitionsbeschaffung gebildet worden war, besaß Hitler mit Fritz Todt einen versierten Fachmann an seiner Seite.[15] Der neuernannte Minister verfügte über reiche Erfahrungen in der Kooperation mit der Industrie, vor allem mit den Großunternehmen des Bauwesens. In seiner Eigenschaft als Generalinspektor für das Straßenwesen beim Autobahnbau und als Chef der „Westwall" bauten erwarb er sich auch verwertbare Erkenntnisse bei der raschen Mobilisierung und dem massenhaften Einsatz von Arbeitskräften. Doch am 8. Februar 1942, in der kritischen Situation nach der Niederlage vor Moskau, kam Todt bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Sein Nachfolger wurde der Architekt Albert Speer, der sich während seiner Arbeit an den Großbauten in Berlin und Nürnberg ähnlich wie sein Vorgänger erhebliche organisatorische Fähigkeiten angeeignet hatte.

Den Platz, den Hitler von nun an einnahm, charakterisierte – ganz anders, als es Alan Bullock und Louis P. Lochner getan hatten – Willi A. Boelcke. Als er vor Jahren die Niederschriften über die Zusammentreffen des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht mit Rüstungsminister Speer edierte, nannte er Hitler den eigentlichen Lenker der Kriegswirtschaft. Die Zahl der Einzelentscheidungen, die Hitler allein auf diesem Felde getroffen habe, bezifferte er mit ca. 2.500.[16] Nun besagt diese Zahl nicht, dass Hitler alle diese Entscheidungen auch ersonnen hätte. Es war vor allem Albert Speer, der drei Jahre lang des „Führers" Weisungen und Befehle für die Kriegsrüstung vorbereitete. Speer tat das, wie schon sein Vorgänger Todt, zur Zufriedenheit Hitlers. Indessen hat dieser weder dem einen noch dem anderen blind vertraut und einfach gutgeheißen, was sie ihm, selbst wiederum mit Mentoren, Ratgebern und Mitarbeitern ausgestattet, jeweils vorlegten. Hitler besaß über die Art der Waffen, welche die Streitkräfte benötigten, über die Menge, die verfügbar sein sollte, und über die Zeiten, in denen sie zu beschaffen waren, seine eigenen Vorstellungen, die mitunter von denen seiner Minister abwichen. In seinen Forderungen und Entscheidungen mischten sich – wovon die Rede noch sein wird – Kenntnisse und Wünsche, wurden Berechnungen nicht selten von Träumereien überlagert.

In der Literatur werden zumeist zwei Paradefälle vorgeführt, die Hitlers Inkompetenz beweisen sollen: Der eine betrifft die Orientierung auf die Entwicklung und Produktion von Panzern. Als Antwort auf die überlegenen sowjetischen T 34-Panzer wollte Hitler vor allem über schwere gepanzerte und schwerstbewaffnete Kolosse hergestellt wissen.[17] Der andere bezieht sich auf die Konstruktion und Verwendung des strahlgetriebenen Flugzeugs Me 262. Hitler wollte es lange Zeit zuerst als

---

14 IMT, Bd. 34, S. 469, Dok. C-134, Rede v. 20.1.1941.

15 Zu den Umständen von Todts Beauftragung s. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. 1, S. 121.

16 Willi A. Boelcke, Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer, Frankfurt am Main 1969. Die Angabe übernimmt Martin Moll, der mit einem „Editionsvorhaben zu Hitlers schriftlich ergangenen Befehlen ziviler Natur 1939-1945" befasst war und darüber einen Zwischenbericht gab: s. Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Bulletin Nr. 4, Berlin 1995, S. 56-64. Molls Werk ist inzwischen erschienen: „Führer-Erlasse" 1939-1945, Stuttgart 1997.

17 Albert Speer, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1976, S. 247 f.

Bombenflugzeug ausgelegt sehen.[18] Doch handelte es sich in den meisten dieser Streitfälle keineswegs um Situationen, in denen der Oberbefehlshaber einer Front von Ratgebern gegenübergetreten wäre und deren Ansicht ignoriert hätte. Vielmehr wurden seine Auffassungen auch von Fachleuten geteilt. Manchmal freilich – das eine schloss ja das andere nicht aus – traten ihm Personen an die Seite, die sich ihm skrupellos andienten und unterordneten.

Vor allem aber werden die Bedeutung dieser Auseinandersetzungen um Einzelfragen und die in diesem Zusammenhang von Hitler getroffenen Entscheidungen für das Kriegsganze zumeist weit überschätzt. Nicht anders als von Militärs wurde nach dem Kriege von beteiligten Wirtschaftsspezialisten noch einmal durchgespielt, wie der Eroberungszug gleichsam ohne Hitlers „Dazwischentreten" hätte gewonnen werden können. Auch Albert Speer will Wege zum „Endsieg" erdacht haben. Dabei kam er nicht umhin zuzugeben, dass seine kriegswendenden Ideen immer erst geboren worden waren, nachdem die Voraussetzungen zu deren Verwirklichung bereits nicht mehr existierten. Das galt für Speers famosen Plan, den Krieg gegen Großbritannien durch Luftschläge auf dessen Handelshäfen zu gewinnen, ebenso wie für das Hirngespinst, die Sowjetunion durch Angriffe von Fernbombern auf deren Elektrizitätswerke niederzuringen.[19] Hitler war unter denen, die kriegswirtschaftliche Fragen zu entscheiden hatten, nicht der Einzige, der mitunter fixe Ideen verfolgte ...

Die Niederlage der deutschen Eroberer war nicht die Folge von einzelnen Fehlentscheidungen Hitlers und nicht einmal von deren Summierung. Sie war ebenso wenig der Missachtung von Vorschlägen durch den Oberbefehlshaber geschuldet. Das gilt militärisch wie kriegswirtschaftlich. Die Niederlage des Reiches war unter jeglichem Aspekt total. In ihr drückte sich auch das vollständige Debakel der deutschen Kriegswirtschaft aus, deren Möglichkeiten nicht anders als die militärischen weit überschätzt und lange Zeit nur unter den günstigsten Bedingungen ihrer Entfaltung betrachtet und in Ansatz gebracht worden waren. Mehr noch: Das Tempo, in dem die Niederlage, nachdem sie lange vorhergesehen werden konnte, 1944/1945 schließlich eintrat, war gerade dadurch bestimmt, dass die Kriegswirtschaft, das materielle Rückgrat der Armee, vollständig zerbrach. Es existierten im Frühjahr 1945 in der deutschen Wehrmacht noch immer Marschälle, Admirale und Generale, die weiterschießen wollten. Ihnen gehorchten noch immer Millionen Soldaten widerspruchslos. Doch es gingen ihnen von Tag zu Tag mehr die Mittel aus zu ruinieren und zu töten. So fand der Krieg auf deutschem Boden ein Ende, und auch der fanatischste NS-Krieger musste einsehen, dass er in jeder Hinsicht verloren war.

* * *

Hitler hätte die Wehrmacht und ihre Waffen am liebsten 1938 in einem begrenzten Krieg gegen einen schwächeren Gegner erproben wollen. Dieses Vorgehen hätten auch die Militärs bevorzugt. Doch zeichnete sich seit dem Frühjahr 1939 ab, dass ein separierter Krieg gegen Polen, das nächste nach Österreich und der Tschechoslowakei ins Visier genommene Opfer gewaltsamer Eroberungspolitik, immer unwahrscheinlicher wurde. Die Gefahr eines kräfteraubenden, in seinem Verlauf schwer kalkulierbaren Zweifrontenkrieges sollte nach Hitlers Plan dennoch diplomatisch und militärisch abgewendet werden: durch die Verhinderung eines denkbaren Bündnisses der Westmächte mit der UdSSR und durch eine blitzartige Niederwerfung Polens, wofür die rigorose Konzentration der eigenen Kräfte im Osten (bei gleichzeitiger Entblößung der Westgrenze) erfolgen sollte. Beides gelang als Folge eigenen und fremden Zutuns im Spätsommer 1939. Weder wünschten die Westmächte ein gleichberechtigtes Militärbündnis mit Moskau, noch besaßen die Generalstäbe Frankreichs und Großbritanniens ein offensives Konzept, mit dem sie Polen hätten zu Hilfe kommen und die Strategie der Wehrmacht durchkreuzen können.

Die Art und Weise, wie Hitler den Zweiten Weltkrieg eröffnen konnte, bedeutete nicht nur einen militärischen, sondern ebenso einen kriegswirtschaftlichen Vorteil. Es war möglich, den Krieg gegen Polen, gestützt auf die Vorräte an Waffen und Munition, zu gewinnen, die vordem aufgehäuft worden waren. Das gleiche galt 1940 für die Feldzüge in Nord- und in Westeuropa. Die eigenen Ressourcen

---

18 Speer, Erinnerungen, S. 372 ff. und Groehler, Geschichte des Luftkriegs, S. 540 f.

19 Speer, Erinnerungen, S. 294.

waren hochbeansprucht, mussten aber nicht überstrapaziert werden. Die Eingriffe in die zivile Produktion hielten sich in Grenzen. Die „friedlichen“ Atempausen zwischen den Feldzügen im Herbst und Winter 1939/1940 und 1940/1941 – die eine betrug mehr als sechs, die andere nahezu zwölf Monate – ermöglichten die Entlassung bzw. Beurlaubung von Soldaten für ihren Einsatz in Industrie und Landwirtschaft. Zudem wurden Arbeitskräfte aus den eroberten Ländern herangeschafft, vor allem aus Polen. Die Kräfte der deutschen Bevölkerung, namentlich die „Soldatenfrauen“ ließen sich schonen. Die Zahl der berufstätigen Frauen ging zunächst sogar erheblich zurück.

Den Deutschen gestattete die Ausplünderung der eroberten Staaten und Ländereien ein auskömmliches Leben ohne einschneidende materielle Entbehrungen. Dies schien auch wirtschaftlich ein ganz anderer Krieg zu sein als der von 1914 bis 1918. Hitler konnte mit seinem Verlauf hochzufrieden sein. So etwa hatte er sich die Entfaltung der mobilisierten deutschen Kräfte vorgestellt. Doch waren seine Erwartungen noch übertroffen worden. Er hielt 1940 die deutsche Wehrmacht für fähig, die Rote Armee zu besiegen, und die Kriegswirtschaft für imstande, sie dafür auszurüsten. Die Forderungen, die er mit diesem Ziel stellte, waren in ihrem ganzen Umfang unerfüllbar. Doch keiner seiner militärischen oder zivilen Berater sah daraus ernsthafte Folgen entstehen. Sie alle verhielten sich auf kriegswirtschaftlichem Gebiet nicht anders als auf militärischem: überheblich, erfolgs- und siegessicher.

Das Erwachen kam mit dem Ende der „Blitzkriege“ in der Schlacht vor Moskau.

Nun erst wurde die Probe auf die tatsächliche Leistungskraft der deutschen Kriegswirtschaft gemacht. Wie abrupt Hitler vom Wechsel der Situation getroffen wurde, lässt sich daran erkennen, dass er noch im Juni/Juli 1941 angewiesen hatte, sich auf die Umorientierung der Rüstungen zugunsten der Luftwaffe und der Seekriegsflotte einzustellen. Es war mit einer Entlassung der Soldaten von 50 Heeres-Divisionen gerechnet worden, was bedeutete, dass etwa 300.000 Arbeitskräfte hauptsächlich in die Industrie zurückkehren sollten.[20]

Nun aber hatte Hitler mit seinen Militärs und den Wirtschaftsführern zum ersten Mal während des Krieges eine unvorhergesehene Situation zu meistern: seine Fortführung gegen einen ganz und gar kapitulationsunwilligen Gegner zu Lande, und das unter den Bedingungen des russischen Winters. Das Verkehrswesen und damit der Nachschub für die Fronttruppen brachen weitgehend zusammen. Waffen verschlissen massenhaft oder wurden funktionsuntüchtig. Bei den Rückzügen seit Anfang Dezember 1941, die partiell in Flucht ausarteten, ging erstmals massenhaft Kriegsgerät aller Art verloren. Tote und Verwundete mussten ersetzt werden. Einberufungen von bisher in der Kriegswirtschaft als unentbehrlich angesehenen Arbeitskräften wurden unvermeidlich. Und vor allem: Hitler, der im Spätsommer 1941 bei der Bestimmung der Hauptstoßrichtung im Osten – wie der scharfsichtige Beobachter Ulrich von Hassell in sein Tagebuch schrieb – sich auf die „Richtung Petroleum“ festgelegt hatte, war bei weitem nicht an sein Ziel gelangt.

In der Tat stellte der Krieg gegen die UdSSR, der auf die dauernde Inbesitznahme eines riesigen Kolonialreichs zielte, ganz unmittelbar ja auch einen Kampf um die Gewinnung der wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Weiterführung des Krieges gegen Großbritannien und – seit Dezember 1941 – auch gegen die USA dar. Anders als bei den bisherigen Feldzügen hatte Hitler Göring ausdrücklich ermächtigt, den „vordersten Truppen“ spezielle Stäbe unmittelbar folgen zu lassen. Sie sollten sichern, dass Rohstoffvorräte und Industrieanlagen unversehrt blieben und sofort genutzt werden konnten.[21] Statt an dieses Teilziel zu gelangen, wodurch Deutschland und seine Verbündeten auf Jahre hinaus wirtschaftlich kriegsfähig gemacht werden sollten, wurde der Eroberer in eine unvorhergesehene Lage gestürzt. Sie zwang, alle Fragen der Weiterführung des Krieges neu zu stellen.

Mit der Jahreswende 1941/1942 trat der Krieg für Deutschland auch kriegswirtschaftlich in eine neue Phase. Sie fand ihren Niederschlag alsbald in Hitlers Erlass „Rüstung 1942“ vom 10. Januar 1942. Er forderte darin, alle Kräfte auf die Herbeiführung des Sieges zu konzentrieren und sie nicht für später

---

20 Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin 1986, S. 136.

21 Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. 1, S. 233 u. 239.

zu lösende Aufgaben abzuziehen. Weitere Nachkriegsplanungen wurden ausdrücklich untersagt.[22] Hitler hatte sich angesichts der Materialverluste und wegen seines Plans, 1942 einen zweiten Großangriff zu unternehmen, von da an ungleich mehr mit den Problemen der Waffen- und Kriegsgeräteproduktion zu befassen. Unausgesetzt wuchs nun die Zahl der zu entscheidenden Fragen, die sämtlich die materiellen Voraussetzungen für die Weiterführung des Krieges an den Fronten betrafen. Alsbald erwies sich, dass es Hitler besonders schwer fiel, sich und vor seiner Umgebung die Tatsache der sich anbahnenden Wende des Krieges einzugestehen, sich zu der für das militärische wie für das waffentechnische Gebiet gleich wichtigen Erkenntnis durchzuringen, dass die Zeit der Offensive vorüber war und die der strategischen Defensive angebrochen war. Aggressiv und offensiv hatte er schon in den Jahren auf dem Wege zur Staatsmacht gedacht, befohlen und gehandelt. Die triumphalen Siege, die bis in den Herbst 1941 errungen werden konnten, bildeten diesen seinen Denkstil und seine ohnehin angriffsorientierte Mentalität noch stärker aus. Zudem mochte die Erinnerung an seine Weltkriegserfahrungen aus den Jahren von 1914 bis 1918 nachwirken, die ihn schmerzhaft gelehrt hatten, dass der Übergang vom Bewegungs- zum Stellungskrieg und zur Verteidigung der Anfang vom Weg in die Niederlage gewesen war. Das Wichtigste aber war wohl, dass ihm mit dem Wechsel zur strategischen Defensive der Sinn des Krieges und mit ihm der Sinn seines Lebens verlorenging, den er doch in der Errichtung eines Weltreiches gesehen hatte, das an Rang, Glanz und Dauer diejenigen des Altertums weit übertreffen sollte. Immer wieder und bis in die letzten Monate des Krieges hinein hielt der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht, die Fähigkeit zu ungeschönter Einschätzung der Gesamtlage an den Fronten und im Hinterland mehr und mehr verlierend, danach Ausschau, wie sich militärische Offensiven einleiten ließen, an die sich seine realitätsfernen Hoffnungen knüpften.

Dieser Unwille zum Umdenken erwies sich u. a. an den sich bis in das Jahr 1944 hinschleppenden Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Waffen angesichts der veränderten Kriegslage und der Stärke der Gegner nun vorrangig produziert werden müssten. Am stärksten hat sich wegen seiner verheerenden Folgen der Streit um die Frage eingeprägt, welche Flugzeugtypen mit Vorrang hergestellt werden sollten. Hitler wünschte sich die Möglichkeiten für Bomberoffensiven zu erhalten, während die Bombardements auf deutsche Städte bereits eine Vorahnung des Kommenden vermittelten. Doch auch in diesem Punkte stand er nicht allein. Es sekundierte ihm ein unbestreitbarer Fachmann, der Chef des Generalstabs der Luftwaffe, Hans Jeschonnek (später Günter Korten).[23]

Seit der Krise im Winter 1941/42 wurde Rüstungsminister Speer häufiger und alsbald ständiger Besucher Hitlers in seinen Hauptquartieren. Speer war lange Zeit dort wohl der willkommenste Gast. Er konnte – anders als die Heerführer – bis weit in die Phase der immer schwereren militärischen Niederlagen hinein seinem „Führer“ mit Erfolgsmeldungen aufwarten und von gesteigerter Produktion an Kriegsgerät berichten. Hitler hatte mit Speer wiederum einen Mann gewählt, der sein Vertrauen mehr als rechtfertigte. An Vorarbeiten anknüpfend, die schon unter Todt geleistet worden waren, schuf der Rüstungsminister ein organisatorisches System kriegswirtschaftlicher Anstrengungen von hoher Effizienz. Dabei bediente er sich im sogenannten System der „industriellen Selbstverantwortung“ der organisatorischen Erfahrungen und des technischen Könnens von Konzerndirektoren, Betriebsleitern, Erfindern, Konstrukteuren und Ingenieuren. Sie waren bereit, aus ihren deutschen Arbeitern und Angestellten und ebenso aus Kriegsgefangenen, zivilen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen alles an Arbeitskraft herauszuholen, was der Kriegsproduktion dienen konnte. Die Wende des Krieges war schon erreicht und lange überschritten, als die deutsche Kriegswirtschaft erst ihre höchste Leistungskraft erreichte. Diese behauptete sie bis nahezu in die Mitte des Jahres 1944, in bestimmten Zweigen (Panzer, Artillerie) bis Ende 1944.

Das Weiterfunktionieren der Kriegswirtschaft besaß drei grundlegende Voraussetzungen:

1. die Behauptung und Ausbeutung der Rohstoffbasen, 2. die Erhaltung und Erweiterung der Produktionskapazitäten und 3. die Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Ihnen hatte Hitler, bei nachlassenden und unzuverlässig werdenden eigenen Körperkräften und zunehmend durch die Entscheidungen über

---

22 Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, S. 150 f.

23 Groehler, Geschichte des Luftkriegs, S. 389.

den Einsatz und die Auffüllung der Armeen an den Fronten beansprucht, seine permanente Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sehr allmählich begann sich unter dem Druck der Ereignisse sein eigenes Kriegsbild zu wandeln. „Blitzfeldzüge“ und „Blitzsiege“ mit ihren dazwischenliegenden Atempausen waren nur noch bloße Erinnerung. Hitler entwickelte in geheimen und auch in öffentlichen Reden die Ersatzvorstellung vom Abnutzungs- und Erschöpfungskrieg, der nun den Endsieg eintragen sollte. Wenn Deutschland nur aus- und durchhielte, werde – so eines seiner bevorzugten Bilder – der deutsche Soldat als letzter und das hieß: als Sieger den Kampfplatz verlassen.

Diese Strategie des dumpfen und stumpfen Weitermachens verband sich bis Anfang 1945 in Hitlers Kopf mit der Vorstellung, die gegnerischen Truppen würden sich in den Kämpfen „ausbluten“. Es schien nun gleichgültig zu sein, wo der Krieg geführt wurde. Politisch und psychologisch wichtig war, dass er noch immer weit von den deutschen Grenzen entfernt stattfand, dass die Front „hielt“. Dies setzte wiederum voraus, dass ersetzt wurde, was an eigenen Kräften, menschlichen wie materiellen, verlorenging. Angesichts der Massenverluste an Soldaten und Offizieren während des Feldzugs gegen die Sowjetunion erhob sich bereits 1941/1942 die aus dem Ersten Weltkrieg wohlbekannte Frage: Wie viele deutsche Männer sollten unter Waffen stehen und wie viele sollten Waffen produzieren? Es entwickelte sich – so Alfred Jodl in einem Vortrag vor höchsten Parteifunktionären am 7. November 1943 – das „Dilemma des Menschenmangels“.[24]

Doch 1942 schien der Übergang zu einer veränderten Kriegführung und einem neubestimmten Weg zum „Endsieg“ noch im Reich der Möglichkeiten zu liegen. Nahezu über ganz Europa wehte das Hakenkreuz. Die Eroberer verfügten über schier unbegrenzte Ressourcen an Rohstoffen und Produktionskapazitäten. Sie geboten über eine Unmasse von Arbeitskräften. Und sie glaubten, ihre Lage noch weiter verbessern zu können, durch den Vorstoß in den Süden der UdSSR und zu den Ölquellen des Kaukasusgebiets.

Ein reichliches Jahr später, im Herbst 1943, begann sich die kriegswirtschaftliche Situation radikal zu verändern. Das Donez-Gebiet war vollständig verloren. Es drohte der Verlust von Kriwoj Rog und Nikopol und damit der letzten wichtigen Gruben auf dem Territorium der Ukraine, aus denen Manganerz gefördert wurde. Hitler befahl seine befähigtsten Militärführer vor Ort. Er schärfte den Generalen ein, die kriegswichtigen Quellen unter allen Umständen zu verteidigen. Doch vermochten auch sie deren Verlust nur geringfügig hinauszuzögern. Der Krieg im Osten erwies sich wegen der Toten und Verwundeten, infolge des riesenhaften Materialverschleißes und der Aufwendungen für die Transporte als eine immer weiter klaffende und schwärende Wunde und wurde zur stärksten Belastung für das deutsche Hinterland. Schon die erste Bedingung für die Weiterführung des Krieges, die Behauptung des Eroberten, ließ sich nicht in dem gewünschten Maße gewährleisten.

Mit den Rohstoffquellen gingen Produktionskapazitäten verloren. Doch war ihr Verlust 1943 noch kompensierbar. Die Fertigungsstätten für Kriegsgerät im großdeutschen Reichsgebiet gelangten jetzt erst auf Hoch- und Höchsttouren. Doch stellte sich immer dringlicher die Frage, wie sie gegen irreparable Zerstörungen durch Luftangriffe zu verteidigen seien. Diese Entwicklung war angesichts des Kriegsverlaufs vorauszusehen. Doch nicht nur Hitler stellte sich ihr nicht. Niemand legte ein geschlossenes Konzept für die Luftverteidigung des Reichsgebiets vor, das freilich nur auf Kosten anderer Aufwendungen zu verwirklichen gewesen wäre. Denn die Führung befand sich bereits in der Situation, dass jede Entscheidung für das eine den Verzicht auf etwas anderes, aus ihrer Sicht nicht weniger Dringendes bedeutete.

Diese Dilemmata – „Wenn-dann“ – waren nicht neu und existierten schon seit den Tagen der Aufrüstung im Vorkrieg. Nur hatte sich die Situation grundlegend verändert, und der eigene Krieg-Sieg-Plan war gescheitert. Das führte unvermeidlich zu zunehmenden Auseinandersetzungen über die Nutzung der schrumpfenden Möglichkeiten. Jene reduzierten sich erst, als diese auf ein Minimum herabgesunken und die Situation gleichsam vereinfacht und leicht überschaubar geworden war.

---

[24] Zur Rede des Chefs des Wehrmachtsgeneralstabs s. Kurt Pätzold, Alfred Jodl „... weil ich nichts zu verbergen hatte“, in: Pätzold/Weißbecker (Hrsg.), Stufen zum Galgen, Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, Leipzig 1996, S. 349 f.

In diesem Prozess wurden mehr und mehr Entscheidungen an Hitler herangetragen. Die Liste der Themen, die allein Speer mit ihm abzuhandeln hatte, verlängerte sich 1943/1944. Die Probleme komplizierten sich, und die Entschlüsse waren schwerer zu fassen, denn die Realitäten wurden den eigenen Wünschen immer feindlicher. Das führte wiederum dazu, dass Hitler (und nicht er allein) sich mehr und mehr Scheinrealitäten aufbaute, in denen die eigenen Rechnungen noch stimmten. Voluntarist, der er seit seinem Eintritt in die Politik war, klammerte er sich an die Auffassung, es sei auch alles, was an materiellen Mitteln der Kriegführung in Wirklichkeit unersetzbar verloren ging, durch die Substitution einer unvergleichlichen neuen Waffentechnik und die vermeintlich allen anderen überlegenen Willenskräfte der deutschen Soldaten auszugleichen. Was seine Hoffnung auf die unversiegbaren Kräfte der Deutschen an den Fronten wie in den Rüstungszentren anlangte, erwies sich Hitler immer deutlicher auch als ein Opfer seines eigenen Rasseglaubens und der von ihm selbst betriebenen Propaganda.

Mit der wirklichkeitsfernen Vorstellung von den deutschen „Übermenschen“ kontrastierte, dass es Hitler offenbar am schwersten fiel, von ihnen in einem Appell, sofern er sich nicht an die Soldaten und Offiziere in den Streitkräften richtete, die schonungslose Aufbietung aller ihrer Kräfte zu fordern. Zudem: Was vom Raubzug nach Osten noch behauptet worden war, als 1943/1944 Landstrich für Landstrich unter dem Ansturm der sowjetischen Armeen aufgegeben oder fluchtartig verlassen werden musste, war die ungeheure Zahl von Zwangsverschleppten und Kriegsgefangenen, die in der deutschen Kriegswirtschaft ausgebeutet wurden. Über lange Zeit ermöglichte ihr Einsatz weitgehende Rücksichtnahme auf die deutschen „Kriegerfrauen“, diejenigen in der Landwirtschaft ausgenommen. Doch im Augenblick, da die erneuten Verluste an der Ostfront aus dem Feldzug des Jahres 1942. und der Niederlage bei Stalingrad durch weitere Mobilisierungen ausgeglichen werden sollten, reichte die Produktionskraft der aus den besetzten Ländern herangeschafften Menschen schon nicht mehr aus. Die Schonfrist für die Heimat war vorbei. Die 1943 und 1944 erlassenen Gesetze und Verordnungen, mit denen das bis dahin kriegswirtschaftlich ungenutzte Arbeitskräftepotential der Deutschen mobilisiert wurde, betrafen in erster Linie Frauen.[25]

Hitler hat sich gegen allzu rigorose Schritte am längsten zu wehren gesucht und sich vielen ihm unterbreiteten Einzelvorschlägen lange verweigert. Was er nun zu entscheiden hatte, widersprach seinem bisherigen Kriegsbild gänzlich und ging ihm auch ideologisch gegen seine Überzeugungen. Ihn hatten keine Skrupel geplagt, als der Apparat des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ (GBA), zu dem er den Thüringer Gauleiter Fritz Sauckel bestellt hatte, im eroberten Gebiet auf Menschenfang ging. Diese Ausbeutung von „Fremdarbeitern“ galt Hitler nicht einfach nur als eine Maßnahme, die den Kriegsnotwendigkeiten geschuldet war. Sie gehörte schon zu seinen kriegswirtschaftlichen Planungen. Die ersten Ausländer, denen Hitler vor Kriegsbeginn die Rolle von billigen Arbeitskräften in der deutschen Wirtschaft zugedacht hatte, waren im „Protektorat Böhmen und Mähren“ lebende Tschechen. Für direkte Kriegsdienste schienen sie ihm unzuverlässig. Also versicherte er den Generalen im Mai 1939, sie stünden für Arbeitsleistungen zur Verfügung.[26] Nach der Eroberung des östlichen Nachbarlandes ließ Hitler massenhaft Polen als Zwangsarbeiter ins Reich holen. Bis zum 31. Mai 1940 war ihre Zahl auf 803.000 Zivilisten und 348.000 Kriegsgefangene angeschwollen.[27]

Zu ihnen kamen im Verlaufe des Sommers 1940 kriegsgefangene Franzosen und Belgier hinzu. Deutschland verwandelte sich in ein riesiges Zwangsarbeitslager, dessen Insassen in Gefangenenlagern, auf dem Gelände von Betrieben, in denen sie arbeiten mussten, oder auch, wenn sie in der Landwirtschaft eingesetzt wurden, auf Gütern oder bei Bauern lebten. Als dann im Sommer und Herbst 1941 mehr als 3,3 Millionen sowjetische Soldaten und Offiziere in deutsche Gefangenschaft gerieten, wehrte sich Hitler – und erneut nicht er allein – aus sicherheitspolitischen wie ideologischen

---

25 Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, S. 278. Den Eröffnungszug für diese Schritte bildete ein Geheimerlass Hitlers vom 13. Januar 1943, der unter dem Eindruck der sich abzeichnenden Bilanz von Stalingrad zustande gekommen war.

26 Ebenda, S. 37.

27 Ebenda, S. 39.

Gründen zunächst dagegen, die „Untermenschen“ anders als zu Arbeitsdiensten im Rücken und unter der Bewachung des deutschen Heeres zu verwenden. Doch die eigenen Verluste und die absehbar längere Kriegsdauer erzwangen bald eine veränderte Haltung. In zwei Schritten, durch Entscheidungen vom 15. und 31. Oktober 1941, genehmigte er den „Großeinsatz“ der sowjetischen Kriegsgefangenen – und später auch den von verschleppten sowjetischen Zivilisten und von Gefangenen, die beim Kampf gegen Partisanen gemacht worden waren – im Reich, insbesondere, um die durch Einberufungen immer aufs Neue geschlagenen Lücken in der Kriegswirtschaft zu schließen.[28]

Die letzte große Gruppe von Zwangsarbeitern bildeten Italiener. Hitler entwickelte nach der Kapitulation der Badoglio-Regierung im Herbst 1943 die illusorische Vorstellung, aus der Masse der nun in Gefangenschaft gebrachten italienischen Soldaten und aus Norditalien drei Millionen Menschen nach Deutschland transportieren zu können. Doch die Apparate Sauckels verbuchten in Italien (und auch in Frankreich) immer geringere Erfolgsquoten, obwohl ihre Methoden stets rigoroser wurden und die Rücksichten außer Kraft gesetzt worden waren, die für die bisher Verbündeten gegolten hatten. Die Widerstandsbewegung im deutsch-besetzten Italien machte die Pläne des Menschenfangs weitgehend zunichte.

Hitler waren die Lebensumstände, unter denen im Reichsgebiet zivile Arbeitskräfte und Kriegsgefangene lebten und vegetierten, nicht unbekannt. Doch interessierten ihn weder die international vereinbarten Grundsätze für die Behandlung der Militärangehörigen von Feindstaaten noch die ebenfalls in Verträgen festgeschriebene Sorgepflicht des Eroberers für die in seine Hände gefallene Zivilbevölkerung. Gegenüber den einstigen italienischen Soldaten leiteten ihn wie viele Deutsche kalte Gefühle der Rache. Erst nach wiederholtem Drängen und nachdem er sich selbst dem Ersuchen Mussolinis verweigert hatte, wurde für die italienischen Soldaten im Juli 1944 der Status des Militärinternierten aufgehoben. Von da an konnte ihnen die Behandlung als Zivilarbeiter zuerkannt werden. Dazu mussten sie eine Erklärung unterschreiben, dass sie ihre Arbeitsplätze nicht verlassen würden.[29]

Schließlich stimmte Hitler zu, dass in das für „judenfrei“ erklärte Reich aus den Lagern im Osten und aus Ungarn jüdische Arbeitskräfte herangeschafft wurden. Dem Programm der „Endlösung“ zufolge sollten sie ermordet werden oder schon längst ermordet sein. Hitler hatte unter dem Druck der Kriegslage, dem „Moloch Krieg“ Rechnung tragend, auf kriegswirtschaftlichem Gebiet und namentlich zur Sicherung der dritten obengenannten Bedingung für die Weiterführung des aussichtslosen Kampfes eine Kette von Entscheidungen getroffen, die zugleich Widerrufe darstellten. Er wollte im Reich keine „Bolschewiken“ und er genehmigte ihren Herantransport. Er wollte mit den Italienern Mussolinis siegen, und er ließ dessen einstige Gefolgschaft, treu oder untreu, ärger als die einstigen Kriegsgegner behandeln. Er wollte die Juden ausrotten, und er konnte einen verbliebenen Rest der Opfer nicht entbehren, um Produktionsanlagen zu errichten oder intakt zu halten.

Zudem zögerte Hitler lange, die Lebensbedingungen der Deutschen im Hinterland extrem zu verschlechtern. Zu tief saßen in ihm die Erinnerungen an das Ende des Ersten Weltkriegs, die auf mehreren Seiten des Buches „Mein Kampf“ beschriebenen Eindrücke von der Kriegsmüdigkeit seiner Landsleute, die er während eines Urlaubs und eines Lazarettaufenthalts in Berlin und in München angetroffen hatte. Er wusste aus eigenem Erleben um den Zusammenhang zwischen den Stimmungen an der Front und im Hinterland und konnte sich unschwer ausmalen, was es für die Kampfmoral der Soldaten bedeuten würde, wenn sie unausgesetzt Klagebriefe ihrer Frauen und Kinder erhielten. Es werde, hatte er in Reden vor dem Krieg und im Kriege versprochen und gedroht, in Deutschland nie wieder einen 9. November 1918 geben. Das setzte voraus, dass nicht jene elenden sozialen Zustände entstünden, welche die Jahre 1917 und 1918 geprägt, zu Hungerunruhen, Demonstrationen gegen den Krieg und zu Streiks geführt hatten – den Vorboten der Revolution.

Auch die Tagebücher von Joseph Goebbels, mag ihre Diktion auch stark dem Bedürfnis des Autors nach Dramatisierung zugeschrieben werden, sprechen vom Zögern und Zaudern des „Führers“, wenn

---

28 Ebenda, S. 135, 139 u. 141.

29 Ebenda, S. 262.

ihm Entscheidungen vorgelegt wurden, aus deren Wirkungen er einen Verfall der Kriegsstimmung befürchtete. Ein grundlegender Wandel in Hitlers Haltung trat erst in den Tagen nach dem Attentat des 20. Juli 1944 ein. Dabei bildete Stauffenbergs Tat nur das auslösende Moment. Die Kriegsereignisse, die am 6. Juni geglückte Landung im Westen und die wenig später erfolgende Zertrümmerung der deutschen Ostfront im gesamten Mittelabschnitt, bewirkten den endgültigen Wandel mehr als Vorschläge und Überredungskünste seiner Mitführer. Nun wurden die „Volksgenossen“ bis zum letzten Aufgebot mobilisiert. Anfang 1945 wandte sich Hitler in einem Appell schließlich expressis verbis selbst an die „Gebrechlichen“.

Unersetzbar war der Verlust von Rohstoffquellen im Osten und Südosten, von den Nickelvorkommen im hohen Norden bis zu den Erdölquellen Rumäniens. Ebenso wenig konnte die Einbuße von Produktionsstätten, vor allem der gesamten Industrie Frankreichs und Belgiens, ausgeglichen werden. Irreparabel war die Zerstörung von Schlüsselbereichen der deutschen Rüstungsproduktion, die im Februar 1944 mit den Luftangriffen auf die deutschen Flugzeugwerke einsetzte und mit den Attacken auf die Hydrierwerke im Mai des gleichen Jahres fortgesetzt wurde. Sie hatten bereits der unmittelbaren Vorbereitung der Landung in Frankreich und der Eröffnung der „zweiten Front“ gegolten, und ihr Ziel bestand darin, die deutsche Luftwaffe vollständig lahmzulegen und auch die Treibstoffversorgung des Heeres zu unterbrechen. Schließlich richteten sich die Attacken der Bomberverbände seit September/Oktober 1944 auf die Wasserstraßen und das Eisenbahnnetz, wodurch die Transportstränge zwischen den hochspezialisierten Produktionsbetrieben – den Zulieferern und der Endfertigung – und insbesondere die Belieferung der Kraftwerke und anderer Verbraucher mit Kohle empfindlich und schließlich katastrophal getroffen wurden. Immer mehr Arbeitskräfte hatten sich mit der notdürftigen Wiederherstellung des Zerstörten zu befassen, immer weniger konnten störungsfrei produzieren. Die Beratungen von Hitler und Speer, bei denen Hiobsbotschaft auf Hiobsbotschaft von den zurückweichenden Fronten und vom Verlauf des Luftkriegs über Deutschland eingingen, betrafen mehr und mehr nur noch Aushilfen.

Doch erwuchsen daraus im Frühjahr und Sommer 1944 keineswegs nur hilf- und folgenlose Gedankenübungen und papierne Anweisungen. Neue Programme wurden unter Speers Leitung entworfen, von Hitler bestätigt und in Angriff genommen, um die Erzeugung von Rohstoffen und die Herstellung von als unentbehrlich geltenden Waffenarten aufrechtzuerhalten und erlittene Einbrüche durch außerordentliche Anstrengungen wettzumachen. Am bekanntesten wurde das unter dem Kommando des „Jägerstabs“ teilverwirklichte Vorhaben, die Flugzeugherstellung neu zu organisieren und sie und andere Fertigungen zum Teil – nach dem Vorbild der V-2-Produktion im Kohnstein-Massiv bei Nordhausen – in Höhlen unter der Erde fortzusetzen. Ein weiteres Sonderprogramm richtete sich auf außerordentliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der zerstörten überirdischen Produktionsanlagen für die Benzinherstellung, die sich nicht „verbunkern“ ließen. Einerseits wurden durch Gewaltschritte noch einmal Voraussetzungen für die Fortsetzung des Krieges geschaffen, der anders aufgrund der materiellen Erschöpfung wohl schon am Ausgang des Jahres 1944 zu Ende gegangen wäre. Andererseits wurde nun jeder Teilerfolg auf einem als unverzichtbar geltendem Produktionsgebiet – so etwa die Aufrechterhaltung und erneute Steigerung der Produktion von Jagdflugzeugen – mit Einbußen und Misserfolgen auf anderen Gebieten bezahlt.

Wenn von Speers Rolle an der Seite Hitlers die Rede ist, wird in aller Regel auf das Verhalten des Ministers in der Endphase des Krieges Bezug genommen, als er aus dessen bedingungsloser Gefolgschaft ausscherte und sich der von Hitler angeführten Clique der „Fanatiker und Bürokraten des Todes und der Zerstörung“ – so eine Formulierung von Eichholtz – entgegenstellte.[30] Der Mut, den diese Handlungsweise erforderte, wird durch den Verweis nicht bestritten oder gemindert, dass Speer mit aller seiner persönlichen Energie noch bis in das Jahr 1945 hinein darauf hingewirkt hat, die Kriegsfähigkeit Deutschlands aufrechtzuerhalten. Sein und seiner Mitarbeiter Anteil an der Verlängerung des Krieges ist größer als der vieler Generale und Generalstäbler. Und das hatte zur Folge, dass Deutschland im letzten Kriegsjahr weithin ein Trümmerhaufen wurde.

---

30 Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 63 und S. 656 ff.

Der kriegswirtschaftliche Bankrott konnte durch alle Anstrengungen, die freiwilligen des Ministers wie die mit Todesdrohung erzwungenen der Zwangsarbeiter in den unterirdischen Produktionsanlagen, hinausgezögert, nicht aber verhindert werden. An jenen Anstrengungen hatten im System der „Selbstverantwortung“ die führenden Industriellen maßgeblichen Anteil, denen die äußerste Zentralisation der verbliebenen Kapazitäten mitunter noch erweiterte Machtbefugnisse einräumte. Speer suchte die einflussreichsten unter den Lenkern der Kriegswirtschaft noch im Frühsommer 1944 mit aufpulvernden Reden zu motivieren. Er veranlasste nach seinem eigenen Zeugnis schließlich Hitler, am 26. Juni in der Nähe seines „Berghofs“ vor einem ausgewählten Kreis von etwa 150 Wirtschaftsführern zu reden. Es wurde seine letzte Ansprache vor einer leibhaftigen Zuhörerschaft, denn alle seine späteren Reden wurden in Rundfunkmikrophone gesprochen.

Hitler erweckte Hoffnungen auf den Endsieg und malte zugleich aus, was den Versammelten nach seinem Urteil im Falle der Niederlage geschehen würde. Dann könnten sie sich den Strick nehmen oder sich auf „Sibirien“ einrichten. Zugleich nahm Hitler einen Rat Speers auf und versicherte den Anwesenden, dass die unter dem Druck der Kriegslage unvermeidlichen Eingriffe in das Verfügungsrecht von Kapitaleignern kein neues Verhältnis von Staat und Wirtschaft begründen würden. Vielmehr werde nach dem Sieg die größte Zeit der deutschen Privatwirtschaft anbrechen.

Die Vorgeschichte dieses letzten Treffens von Hitler mit führenden deutschen Großindustriellen bezeugt auf ihre Weise, in welchem Grade Hitler nicht nur die im eigentlichen Sinne kriegswirtschaftlichen Ratschläge seines Ministers aufnahm, sondern dass er sich von ihm auch politisch-taktisch beraten ließ. Speer hatte schon kurze Zeit vorher bei einem Zusammentreffen mit Ruhr-Industriellen versichert, er lehne es ab, „auf die Dauer“ Kommissare in die Betriebe zu entsenden.[31] Hitler nahm während seines Auftritts den Gedanken auf und erklärte generalisierend, dass sich der Staat aus der Wirtschaft nach dem Sieg zurückziehen werde. Seine Zuhörer sollten nicht glauben, „dass ich ein paar staatliche Konstruktionsbüros oder ein paar staatliche Wirtschaftsbüros mache“.[32]

Zu diesem Zeitpunkt, im Sommer 1944**,** begann die Interessenidentität zwischen der politisch-militärischen Führung und den Mächtigen der deutschen Wirtschaft jedoch unbehebbare Risse zu bekommen und auseinanderzubrechen. Die nüchtern denkenden „Wehrwirtschaftsführer“ sahen, dass sie sich auf ihr Überleben unter den Bedingungen der unabwendbar gewordenen militärischen Niederlage einzurichten hatten. Das ließ sie über die von Tag zu Tag fortschreitende Zerstörung ihrer Produktionsanlagen anders denken als Hitler. Sie waren jedenfalls nicht bereit, ihre eigene Zukunft an die des „Führers“ zu binden, dem ein internationales Tribunal angekündigt war.

Dieses Auseinanderfallen von Interessen und Perspektiven, das hier nicht weiter erörtert werden kann, gebar jedoch keine Industriellenfronde gegen die Weiterführung des Krieges. Die personelle Zusammensetzung der breitgefächerten Bewegung des 20. Juli, die Hitler stürzen und den Krieg beenden wollte, bestätigt das sinnfällig. Indessen: Seit die Truppen der Alliierten im Herbst 1944 die Reichsgrenze bei Aachen erreicht hatten, konnten die deutschen Industriellen, die ihre Werke im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, im Saarland und in weiteren Gebieten des deutschen Westens besaßen, damit rechnen, dass ihr Eigentum und sie selbst in das von den Mächten der kapitalistischen Rivalen besetzte Gebiet geraten würden. Darauf stellten sie sich ein – auf ein Deutschland ohne Hitler, in das der Arm Stalins nicht reichen würde.

* * *

Hitler und die deutsche Kriegswirtschaft – das hier nur in Umrissen behandelte Thema erweist sich als viel weniger exotisch, als vorurteilsgeprägte, aber tatsachenarme Bilder es darstellen. Die historische Wirklichkeit zeigt einen politischen und militärischen Führer, der bei aller in vielen Reden sich aussprechenden Überbetonung subjektiver Faktoren sehr wohl um die unentbehrlichen materiellen Voraussetzungen des Krieges und des Sieges wusste. Die Wirklichkeit zeigt einen Führer, der sich auf

---

31 Ebenda, S. 45.

32 Max Domarus, Reden, Bd. II/2, S. 2115 u. Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, Hitler. Eine politische Biographie, S. 552 ff.

einen außerordentlich befähigten, organisatorisch hochbegabten, ehrgeizigen Mitführer- und Beraterstab zu stützen vermochte und das in aller Regel auch tat. Das Verhältnis beider ist mit der Gegenüberstellung des Dilettanten und Illusionisten auf der einen und der Experten und Realisten auf der anderen Seite verfehlt dargestellt – jedenfalls wenn die längste Zeit des Krieges in Betracht gezogen wird. Unbestritten ist, dass Hitler in öffentlicher Rede und unbekümmert um die Tatsachen des materiellen Kräfteverhältnisses als Großmaul auftreten konnte. So gab er sich beispielsweise am 4. September 1940 im Berliner Sportpalast, als er folgenschwer und zugleich unausführbar drohte, die englischen Städte würden „ausradiert“ werden.[33] Dokumentiert ist, dass Hitler sich, wie auf allen Gebieten, so auch auf dem kriegswirtschaftlichen in fixe Ideen verbeißen konnte. Das geschah beispielsweise, als er 1944 meinte, es ließen sich die durch die strategische Luftoffensive gegen Deutschland entstandenen Probleme durch den Bau riesiger ober- und unterirdischer Bunker beheben, die Produktionsanlagen aller wichtigen Fertigungen bombensicher aufnehmen könnten. Auch darin ließ er sich übrigens von Afterrednern bestärken.[34] Doch gleichzeitig vermochte er realistisch zu fragen, wieviel „Minimalwirtschaftsraum“ unbedingt notwendig sei, wie weit also die Fronten zurückgenommen und damit verkürzt werden könnten, wenn die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und also der Streitkräfte mit Kriegsgerät überhaupt noch gesichert bleiben sollte.[35]

Unter Hitlers Ratgebern in den Fragen der Kriegswirtschaft besetzte Speer weit vor allen anderen den ersten Platz. In seinen Händen lag „die tatsächliche, wenn auch nicht unangefochtene Führung der deutschen Kriegswirtschaft ... solange die Wirtschaft überhaupt funktionsfähig und lenkbar blieb“.[36] Speer stand an der Spitze einer ihm unter- oder zugeordneten Zahl von Spezialisten der Wirtschaft, Technik und Organisation, welche mit Divisionsstärke anzusetzen ist. Er konnte über das geballte Wissen und Können dieser Mit- und Zuarbeiter verfügen. Er verstand es, diese Fähigkeiten zu mobilisieren. Und er war zumeist imstande, Hitler davon zu überzeugen, dass bessere Vorschläge und Entscheidungen, als er sie unterbreitete, in Deutschland nicht zu haben waren.

Speer rühmte sich noch lange nach der Niederlage, dass er Hitler mit seinem und seiner Mitarbeiter Sachverstand erfolgreich konfrontiert hatte. Zu diesem Zweck habe er aus seinem Stab zu Berichterstattungen in das Führerhauptquartier mehr Spezialisten mitgenommen, als dies sein Vorgänger Todt getan hatte.[37] Das bedeutet aber doch, dass Hitler, der in anderen Fällen oft durch einen Wink verdeutlichte, wen er nicht zu sehen wünschte, diese Arbeitsweise des Ministers guthieß. Speer kam in seinem neuen Amt anfänglich das besondere Vertrauen zugute, das Hitler ihm, seinem Leibarchitekten, entgegenbrachte. Das hätte verloren gehen können. Doch Speers Erfolge wurden zu seinen Argumenten. Sie trugen ihm weiteren Vertrauensvorschuss ein, mit dem Hitler gewöhnlich geizte. Die Ergebnisse der industriellen Produktion sprachen für den Rüstungsminister und sein Vorgehen. Eine Zeitlang waren die „stundenlangen Konferenzen über Rüstung und Kriegsproduktion“, wie Speer beobachtet haben will, für Hitler Gelegenheit zur Entspannung von den Anstrengungen der militärischen Beratungen.[38] Das erscheint für jene Kriegsphase durchaus denkbar, da an den Fronten Siege nicht mehr erzielt wurden, in der Rüstungsfertigung qualitativ und quantitativ Fortschritte aber noch erreichbar waren. Schließlich blies der Zwang der Kriegslage in die Segel des Ministers. Er war gewiss nicht unersetzbar, aber Hitler wusste oder ahnte doch, dass galt: „Einen bess’ren find’st Du nicht ...“. Einflüssen, die ihn gegen den Minister seiner Wahl einnehmen wollten, der als Rüstungsdiktator Befugnisse besaß wie niemand zuvor, ist er daher nicht erlegen.

Speer und Hitler stimmten darin überein, dass sie auf die Fachleute setzen mussten, auf die Chefs und Experten der Großkonzerne und Großunternehmen, die in den Rang von „Wehrwirtschaftsführern“ gehoben worden waren und die Plätze in der „industriellen Selbstverantwortung besetzt hatten. Hitler hatte deren Leistungen mit Preisen, Titeln, Orden und Belobigungen gewürdigt, ihre Autorität

---

33 Max Domarus, Reden, Bd. II/1, S. 1580.
34 Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 26.
35 Ebenda, S. 53 ff.
36 Ebenda, S. 71.
37 Speer, Erinnerungen, S. 245 f.
38 Ebenda, S. 249.

gestärkt und sie auch angespornt. An diesem Verhältnis änderte sich bis in die Zeit der Niederlagen und des nahenden definitiven Debakels nichts. In der Endphase des Krieges setzte Hitler keinen NSDAP-Gauleiter an die Spitze der Kriegswirtschaft im Rhein-Ruhr-Gebiet, sondern Albert Vögler.[39]

Mitunter hat der „Führer“ bei Tische über die „Intellektuellen“ räsoniert und abfällig geurteilt. Er schob ihnen im Winter 1941/1942**.** die Schuld an der Niederlage von Moskau zu: bezichtigte die Techniker, keine tieffrosttauglichen Schmiermittel hergestellt zu haben, sagte den Meteorologen nach, sie hätten die Unbill des Winters im Osten nicht prognostiziert, warf den Eisenbahnspezialisten der Reichsbahn vor, sie müssten den Zusammenbruch des Transportwesens in Eis und Schnee verantworten. Darin drückte sich auch der immer wieder verdrängte, aber nie überwundene Minderwertigkeitskomplex des Autodidakten aus, der eine Befriedigung darüber empfinden konnte, in einem Gespräch über einen Gegenstand besser informiert zu sein als der „Studierte“.

Aber Hitler ließ sich bei seinen Entscheidungen nicht von derartigen Gefühlen leiten. Er hatte im Hinblick auf die Fachleute und deren Behandlung während seiner gesamten Regierungszeit womöglich nur eine schwerwiegende Fehlentscheidung getroffen. Sie betraf die jüdischen Naturwissenschaftler, Betriebswirtschaftler, Techniker und Erfinder, deren Exodus 1933 Lücken riss, die durch kein „Arieraufgebot“ zu schließen waren. In diese Anfänge der Judenvertreibung spielte, wie uns durch ein Gespräch Hitlers mit Max Planck überliefert ist, auch seine Unfähigkeit hinein, den Zusammenhang von Grundlagen- und angewandter Wissenschaft zu verstehen.

Bestimmend für Hitlers Verhalten zu den „arischen“ Leitern, Forschern und Organisatoren der deutschen Industrie blieb seine nationalistisch und rassistisch geprägte Vorstellung von der absoluten Überlegenheit des „deutschen Geistes“ und von der Unübertrefflichkeit der Willensqualitäten der deutschen Eliten. Damit ist gesagt: Das Bild von Hitler als dem Lenker der deutschen Kriegswirtschaft ist nur richtig, wenn es die Rolle des „Führers“ nicht verabsolutiert, sondern sie in einem vielgegliederten, hochorganisierten System mit vielen Befehlsstellen und Schaltzentralen sieht, in dem Hitler seinen Platz beanspruchte, erhielt, besetzte und ausfüllte.

Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945. Hrsg. v. Dietrich Eichholtz. Reihe: Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945. Band 9, Metropol Verlag 1999, S. 43-68.

---

39 Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. III, S. 65 f.

Antiziganismus und Antisemitismus im Vergleich

Unter den deutschen Historikern, die sich mit der Geschichte der Menschenvernichtung, verübt in den Jahren deutsch-faschistischer Herrschaft, forschend befassen, gibt es nur wenige, die sich gleichermaßen der Untersuchung des Massenmordes an den Juden und dem an den Sinti und Roma zuwandten und darüber vergleichende Betrachtungen anzustellen vermögen. Der Autor dieses Bandes gehört zu ihnen. Er ist schon vor mehr als einem Jahrzehnt mit einer Untersuchung über die „nationalsozialistische“ Verfolgungspolitik in Frankfurt am Main hervorgetreten, dessen erster Band die Verbrechen an den Juden, dessen zweiter die an Sinti und Roma darstellte.

Um es nicht zu vergessen: Zu den nicht gering zu schätzenden Vorzügen des vorliegenden Buches gehört dessen Preis, der hoffen lässt, dass es in die Hände vieler Schüler und anderer Jugendlicher gelangt, die schließlich darüber entscheiden werden, wie Menschen sehr verschiedener Herkunft, Geschichte, Tradition und Mentalität miteinander leben können. Dieser Vorzug könnte sich aber vor allem deshalb geltend machen, weil der Verfasser, dessen Texte zumeist aus der Arbeit mit Studenten hervorgehen, seine Ansichten mit einer Systematik und in einem Stil darzulegen versteht, der intellektuellen Anspruch mit Klarheit und Lesbarkeit vereint.

In drei Kapiteln befasst sich Wolfgang Wippermann mit der Geschichte von Antijudaismus, Antisemitismus und Antiziganismus seit dem Mittelalter, wobei er knappe, aber wesentliche Kenntnisse über das Leben der Minderheiten vermittelt. Seine Periodisierung umfasst jeweils die Zeitspannen bis zur Aufklärung, zwischen dem ausgehenden 18. Jahrhundert und dem Ende der Weimarer Republik und schließlich die zwölf Jahre der faschistischen Herrschaft. Unmöglich, hier auch nur eine Vorstellung von den vielen Informationen zu geben, die diese Kapitel enthalten. Streitbar wie in allen seinen Publikationen lässt der Verfasser nichts und niemanden aus, der durch Wort und Schrift während dieser Jahrhunderte dazu beitrug, dass ein dummes, verlogenes, böswilliges, häufig im Aufruf zu Vertreibung und Mord mündendes Bild von Sinti und Roma entstand und sich verfestigte. Er inspiziert die daran jeweils in unterschiedlichem Grade Beteiligten „von Goethe bis Karl May“. Er lässt die romantisierenden Verklärungen des „Zigeunerlebens“ (Lenau) nicht aus, die nur die dünne Hülle über jenem falschen Bild von den Taugenichtsen und Tagedieben bilden, die zwischen den rechtschaffenen „Deutschen“ faulenzen. Er zerpflückt die zähen Legenden von den „Teufelskindern“ und den „Hexen“, den Nichtsesshaften und den Heiden. Er streitet gegen die Verleumdungen von den „Kriminellen“ und den „Asozialen“.

Wippermanns Grundthese lautet, dass sich Antisemitismus und Antiziganismus verhalten wie ein System kommunizierender Röhren. Das Bild ist einprägsam und ließe sich in ein politisch-moralisches Gebot so übersetzen: Niemand kann in Deutschland ein Gegner der Antisemiten sein, ohne sich zugleich gegen die Antiziganisten zu wenden. Tatsächlich aber klaffen beide Haltungen offenkundig auseinander. Und das Bild von den verbundenen Röhren wird durch die Ausstellung des Verfassers wieder fragwürdig gemacht: „Während die überlebenden Juden (in der BRD – K. P.) zu ‚jüdischen Mitbürgern‘ ernannt wurden, blieben die Sinti und Roma im Wesentlichen das, was sie immer gewesen waren, nämlich ‚Zigeuner‘ bzw. wie man jetzt geradezu pleonastisch sagte, ‚Asoziale und Randgruppen‘.“ (S. 190) Auch der durch Befragungen ermittelte unterschiedliche Grad an Feindseligkeit, dem Juden und Sinti/Roma in der Bundesrepublik begegnen, verweist darauf, dass die Beziehungen zwischen den beiden Erscheinungen von komplizierterer Natur sind.

Nichtsdestoweniger bildet Wippermanns viertes Kapitel, in dem er die Entwicklung und Wirkung von Antisemitismus und Antiziganismus nach 1945 vergleicht, eine unabweisbare Herausforderung, die Auseinandersetzung mit tradierten rassistischen Vorstellungen und Haltungen zu verstärken. Die lange unterlassene und nach wie vor nicht definitiv geregelte Anerkennung aller Sinti und Roma als Opfer der Naziherrschaft samt den sich daraus ergebenden Verpflichtungen habe dazu beigetragen, dass in der deutschen Bevölkerungsmehrheit ein Schuldgefühl gar nicht erst aufkam. Überzeugend wird der Nachweis geführt, dass alltägliche Vorurteile durch Publikationen, die keineswegs in erster Linie dem rechtsextremen Feld entstammen, in die Gesellschaft eindringen, die sie in einer Skala von Aktionen – von Maßnahmen des Staates bis zu Pogromen – wieder „ausschwitzt“.

Leser in den neuen Bundesländern werden Urteile, die der Autor über die geistige Befindlichkeit der Ostdeutschen zum Zeitpunkt des Untergangs der DDR fällt, mindestens mit Kopfschütteln lesen. Wippermann weiß, dass zur Verwunderung der Ermittler Befragungen des Jahres 1990 einwandfrei nachwiesen, dass Rassismus und Antisemitismus in der DDR-Bevölkerung signifikant weniger anzutreffen waren als unter den Bewohnern der (Alt-)Bundesrepublik. Das nun erklärt er – weil dem Wirken von Medien, Wissenschaft, Kultur, Heranwachsenden- und Erwachsenen-Bildung im untergegangenen Staat eben doch nichts zugeschrieben werden darf außer Verdummung – als eine Gegenreaktion auf den staatsoffiziellen Antizionismus, der obendrein mit Antisemitismus gleichgesetzt wird. Die einstigen DDR-Bürger seien demnach in höherem Maße Anti-Antisemiten als die Westdeutschen gewesen, weil sie sich einem Staat widersetzten, der sie zu Antisemiten erziehen wollte. Gegen diesen Schwachsinn wurde bereits angefragt: Warum wurden die Brüder und Schwestern im Westen, die doch erklärtermaßen zu Antikommunisten ausgebildet werden sollten, unter dem Einfluss dieser staatlichen Verordnung nicht in erheblicher Zahl Anti-Antikommunisten?

Indessen: Durch derlei Tiefflug sollten sich die in diesem Punkte bereits abgehärteten Neubürger nicht davon abhalten lassen, lesend zu prüfen, wie es mit ihrem Gedanken- und Gefühlshaushalt gegenüber den Sinti und Roma stand und steht.

Wolfgang Wippermann: „Wie die Zigeuner“. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich, Elefanten Press, Berlin 1997, 268 S.

Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V., Heft. 12, Thema: „Rundfunkverbrechen“ vor Sondergerichten, Berlin 1999, S. 109-111.

Rezension von Ian Kershaws Hitlerbiographie

Im September 1998 konnte Ian Kershaw seine unter Fachleuten erwartete Biographie Hitlers in Berlin der Presse und einem Publikum vorstellen. Der erste Band des auf zwei Bände ausgelegten Unternehmens erschien in deutscher Übersetzung zeitgleich mit dem britischen Original. Demnächst wird das Werk auch von einem Verlag in den USA herausgegeben werden. In der Geschichte der Forschungen über den deutschen Faschismus handelt es sich in mehrfacher Hinsicht um ein außergewöhnliches Ereignis.

Erstens legte zum zweiten Mal ein britischer Historiker eine Biographie Hitlers vor. Die erste erschien 1952, entstammte der Feder Alan Bullocks und wertete vor allem die Dokumente aus, die unmittelbar nach Kriegsende zur Verfügung standen und vor allem von den Richtern in Nürnberg benutzt worden waren. Zweitens präsentiert der Autor die Biographie Hitlers in einem Umfang, der den aller bisherigen und selbst die bis dahin voluminöseste von Joachim Fest, die 1973 erschien, um mehr als das Doppelte übertrifft. Allein dieser Umfang bot die Chance, das ungemein angewachsene Tatsachenmaterial gebührend zu berücksichtigen. Drittens ging der etwa zehnjährigen Forscherarbeit Kershaws eine intensive und kritische Auseinandersetzung mit der vorhandenen Literatur und den zwischen ihren Produzenten entbrannten Kontroversen voraus. Deren Frucht war die historiographisch angelegte Studie „Der NS-Staat“ aus dem Jahre 1988. Viertens aber, und das erst macht die Publikation zu einem Ereignis, das manche überraschen mag: Es ist diese Hitler-Biographie die erste aus der Feder eines Historikers, der sich der Richtung der Sozialgeschichtsschreibung zuzählt und sich zugleich über deren Potenzen wie über deren Grenzen Rechenschaft gegeben hat. Kershaw bezeichnete das Ergebnis seiner Arbeit als „sozialgeschichtlich orientierte Biographie“. Dies hat – fünftens – ein Ergebnis gezeitigt, mit dem nun eine bisher ungelöste Aufgabe bewältigt zu sein scheint: die Zusammenführung der deutschen Geschichte und der Biographie des Mannes, der sie in zwölf Jahren mehr als jeder andere prägte, in einer geschlossenen Darstellung. Das werden alle Nichthistoriker begrüßen, brauchen sie doch nicht mehr zwei Werke, eine allgemeine und eine biographisch orientierte Darstellung der Zeit, durch eigene Arbeit ineinander zu fügen.

Insbesondere der Weg, die Geschichte des deutschen Faschismus über die Biographie Hitlers anzugehen, hat unter jenen Fachleuten immer Skepsis erzeugt, die sich strikt gegen eine hitlerzentristische Betrachtung der Zeit wandten.[1] Die vorliegenden Hitler-Biographien gaben den Bedenken mehr rechtfertigenden Stoff als dass sie die Einwände vermindert hätten. „Der biographische Ansatz kann eine extreme Personalisierung komplexer Prozesse nicht vermeiden und reduziert solche Probleme auf Fragen zu Hitlers Persönlichkeit und Ideologie“, schrieb auch Ian Kershaw vor einem Jahrzehnt in seiner schon erwähnten Bestandsaufnahme der NS-Forschung. Damals heftete er sich auf die Spur zweier konkurrierender Sichtweisen, von denen die eine als „intentionalistisch“, die andere als „strukturalistisch“ bezeichnet wurden. Ihre Vertreter lagen seinerzeit gleichsam im Clinch. Kershaw rief kein „Break“, sondern erörterte Vor- und Nachteile der vorgewiesenen Resultate. Er machte kein Hehl aus seiner Ansicht, dass die „Strukturalisten“, als deren Häupter der bald darauf verstorbene Martin Broszat und Hans Mommsen angesehen wurden, mit ihren nicht biographisch angelegten Forschungen auch zur Bestimmung der Rolle Hitlers Überzeugenderes beigetragen hätten als die Autoren von Biographien und biographischen Studien von Bullock bis Fest.

Dennoch, meinte Kershaw, sei die Aufgabe nicht gelöst. Es müssten die partiell erwiesenen Vorzüge und die positiven Ergebnisse beider Richtungen zusammengeführt und nach einer Synthese von „Intention“ und „Struktur“ gesucht werden, die nicht als polare Gegensätze gesehen werden sollten. Das war nicht der Rat eines Versöhnlers oder Eklektikers. Kershaw stimmte der Meinung seines Landsmanns Tim Mason zu, dass das „Dritte Reich“ einen klassischen Beweis für den Marxschen Satz liefere: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten

---

1 Kershaw äußerte sich zu den Problemen und Schwächen des biographischen Ansatzes in seinem Buch „Der NS-Staat“, S. 129.

Umständen.“[2] Damit war den Versuchen eine deutliche Absage erteilt, Hitler und dessen Weltanschauung als alleinige Quellen des Geschichtsprozesses zu markieren.

Nun also ist Kershaw selbst – nach einigem Zögern, wie er mitteilt – unter die Hitlerbiographen gegangen und das bedeutet, auch er muss sich an den Grundsätzen messen lassen, die er für Hitlerforschung und -bewertung vor einem Jahrzehnt formuliert hatte. Für eine „neue Biographie“ Hitlers sei nach Bullock und Fest Platz wieder geworden, meint er. Und das nicht deshalb, weil die Historiker über neue Quellen gebieten könnten. Zu den seit langem bekannten seien als bedeutende nur die Tagebücher des Joseph Goebbels und die in einer – wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden – Edition publizierten Hitler-Reden aus den Jahren bis 1 933 hinzugekommen. Doch der Fortschritt, der seit den siebziger Jahren durch die Erforschung der Geschichte des Regimes erzielt werden konnte, wäre enorm und habe sich in einer Unmenge Literatur niedergeschlagen. Sie vor allem und zusätzlich einige neu erschlossene, wenn auch Hitlers Leben nicht direkt betreffende Archivalien in Moskau und in Washington, böten Anreiz und Möglichkeit zu neuen Interpretationen.

Die zentralen Fragen jeder Hitler-Biographie lauten: Wie gelangte gerade dieser Mann auf seinen herausragenden Platz? Wer und was ermöglichte ihm seine zweifelsfrei weltgeschichtliche Rolle? Die Antwort auf die erste dieser beiden Fragen muss mit der Untersuchung und Wertung seines Eintritts in die Politik einsetzen und erklären, wie Hitler unangefochtener Führer einer zunächst regional einflussreichen politischen Partei werden konnte. Die führt in die Frühgeschichte der NSDAP, die sich in den Jahren von 1919 bis 1923 ereignete und etwa vier Jahre umfasst. Welches Bild gibt Kershaw von ihr und wie platziert er Hitler darin? Er behandelt diese Phase drei von insgesamt 13 Kapiteln seines bis in das Jahr 1936 führenden ersten Bandes. Deren Überschriften lauten: „Entdeckung einer Begabung“, „Der Bierkelleragitator“ und „Der ‚Trommler‘“. Alle diese Überschriften zielen auf Hitler den Propagandisten, den Agitator, den Redner.

Kershaws Ausgangsthese lautet, dass erst Kriegsniederlage und die Kämpfe von Revolution und Gegenrevolution die Entstehung von Parteien vom Typ der DAP, alsbald NSDAP und den Einstieg von Personen vom Typ Hitler in die Politik überhaupt ermöglichten. Dieser wie jene wären im Kaiserreich unvorstellbar gewesen, für sie wäre kein gesellschaftlicher Bedarf und also neben anderen Organisationen und Personen gar kein Platz gewesen. Davon ausgehend räumt der Biograph mit der Legende auf, es sei Hitlers Entschluss gewesen, Politiker zu werden. Seine Sicht mündet in die prägnante Feststellung: Nicht Hitler suchte die Politik, sondern die Politik suchte ihn. So jedenfalls interpretiert Kershaw die Rolle von Hitlers Vorgesetzten in der entstehenden Reichswehr, die seine Eignung und Fähigkeiten erkannten, ausbilden ließen, ihn einsetzten und dem zur Demobilisierung anstehenden Gefreiten damit die Chance gaben, zu erfahren, dass er seinen Unterhalt anders bestreiten konnte denn als Zeichner und Maler. Indem Kershaw die spezielle politische Situation des Landes Bayern und die Verstärkung von dessen reaktionärer Rolle nach dem gescheiterten Kapp-Putsch herausarbeitet, gelangt er zu dem Schluss, dass diese Gegend des Reiches geradezu das ideale Betätigungs- und Erfolgsfeld für Hitler und die NSDAP abgab, er seinen Weg schwerlich hätte nehmen können, wenn er sich in eine Tochter Pasewalks verliebt hätte und dort gleichsam hängen geblieben wäre.

Zu den Legenden, denen sich der britische Historiker annimmt, gehört auch die von Hitler als dem Schöpfer des „Nationalsozialismus“. Der sei entschieden älter als Hitlers Beschäftigung mit politischen und weltanschaulichen Fragen (S. 178 f.). Überhaupt habe die NSDAP gedanklich in keiner Hinsicht etwas Neues geboten, sondern sich des vorhandenen Angebots an reaktionären Ideen bedient, deren Kern Antisemitismus, extremer Nationalismus und Antikapitalismus gebildet habe. Für Hitler gelte, dass er den immer wieder aufgehetzten Zuhörern nichts Neues und nichts Anderes bot als das, was auch andere um Einfluss konkurrierende Agitatoren boten. Doch entscheidend sei gewesen, dass er es anders zu sagen wusste und er bei den einfachen Leuten wie in den Oberschichten als ein „ehrlicher Kerl“ galt, der ganz uneigennützig handelte und dessen Aufzug schon darauf hindeutete, dass es ihm nicht um Geld und Geltung zu tun sei.

---

[2] Kershaw, NS-Staat, S. 163.

Hier liegt ein Punkt in der Biographie Hitlers, der Widerspruch hervorrufen mag. Kershaw ordnet, wie die Bezugnahme in den Überschriften (Agitator, Trommler) anzeigt, Hitler in die Frühgeschichte der NSDAP als den Mann ein, der die Massen anzog wie kein zweiter Parteiredner, der deshalb sich unentbehrlich machte, seine Forderungen stellen konnte, der sich selbst aber auch als nichts anderes sah und nichts anderes wollte, denn eben dieser Rufer zu sein und der es dann anderen überlassen würde, sie zu führen. Erst im Verlaufe des Jahres 1923 und definitiv nach dem gescheiterten Putsch habe Hitler auch die Führerrolle akzeptiert, die ihm andere schon zuvor antrugen. Der sich 1922 bemerkbar machende Führerkult, gegen dessen Aufkommen Hitler allerdings keine Einwände erhoben hätte (S. 233), sei Hitlers Entschluss, auch der Führer zu werden, vorausgeeilt (S. 230). Irgendwie begännen bereits 1923 auch die Scheidelinien zwischen dem Trommler und dem Führer zu verschwimmen (S. 234). Kershaw bringt eine Vielzahl von Äußerungen Hitlers bei, um diesen Prozess, in dem Hitler von sich und seiner Zukunft ein neues Bild gewann, glaubhaft zu machen. Immer wieder – und noch 1924 – hatte Hitler betont, dass er für sich selbst nichts wolle, ausgenommen der „Zerbrecher des Marxismus“ zu sein. Doch fragt er sich schließlich selbst, ob in den Erklärungen und Beteuerungen Hitlers, nichts anderes als der „Trommler“ sein zu wollen, nicht schon ein taktisches Kalkül mitgeschwungen habe. In der Tat wird man die Ausbildung der Fähigkeit Hitlers, anderen über seine Motive und Ziele zu täuschen, ja ihnen etwas vorzulügen, kaum zu spät ansetzen können. Dass er erst in Landsberg eine korrigierte Vorstellung von seiner Rolle zu gewinnen und sein Führertum neu zu sehen begann (S. 276), kontrastiert mit der Tatsache, dass er sich in der Regierung, welche der Putsch in München an die Macht bringen sollte, bereits den ersten Platz und im Staate den zweiten nach Ludendorff reserviert hatte. Neu war gewiss, dass er sich von 1924 an mehr und mehr in die Rolle des „Retters“ Deutschlands hineinsteigerte. (S. 236)

Zweifellos muss Kershaws Bild von der Unentbehrlichkeit Hitlers als des einflussreichsten Agitators der NSDAP zugestimmt werden. Doch knüpft sich daran die generalisierende, nicht nur auf jene Frühzeit getroffene Feststellung, es habe sich für Hitler Politik überhaupt auf Propaganda reduziert. (S. 218) Die „zusammen getrommelten“ Massen waren ihm hingegen nur das Faustpfand, ohne dass er als Politiker chancenlos geblieben wäre. Und die Erwägungen, mit denen er 1925 in die Öffentlichkeit zurückkehrte, bezeugen sein Reifen als ein Politiker, der sich als fähig erwies, von einer gescheiterten zu einer neuen, ihm Erfolg versprechenden und schließlich den Erfolg bringenden Strategie des Machtgewinns (die fälschlich als Taktik bezeichnet wird – von der Putsch- zur Legalitätstaktik) überzugehen.

Die Frühgeschichte der NSDAP bestand indessen nicht nur aus Hitler-Versammlungen, und der Mann, der sich mit dem Amt des Parteivorsitzenden 1921 als Führer durchsetzte, lernte zeitig, dass nur ein Repertoire von Mitteln den Aufstieg der Partei zu sichern vermochte. Der wichtigste Grundsatz lautete, es müsse um jeden Preis fortgesetzt Aufmerksamkeit erzeugt werden. Dazu eigneten sich neben übervollen Sälen, in denen Rede- und schließlich auch Bierseidel- und Stuhlbeinschlachten stattfanden, öffentliche Aufmärsche in Uniformen und mit Fahnen, in deren Verlauf es am besten auch zu Handgreiflichkeiten mit Gegnern kommen musste, und Provokationen auf Straßen und Plätzen jeglicher Art. Vor allem musste immer wieder Massengefolgschaft und Massenzustimmung zur Schau gestellt werden. Kershaw berichtet von alledem eindrucksvoll. Ungewollt entsteht dadurch der Eindruck, hier schon formiert sich die alles besiegende Kraft, und das geschieht deshalb, weil die Gegenkräfte demgegenüber verblassen, von deren Zahl und Aktion keine Vorstellung gegeben wird, es sei denn, sie erscheinen als Störkraft in NSDAP-Versammlungen. Erst im Zusammenhang mit der Schlappe, welche die Partei und andere Verbände am 1. Mai 1923 erleiden, wird sichtbar, dass und welche anderen alternativen Kräfte wirken.

Zu den Vorzügen von Kershaws Darstellung gehört, dass er den Weg der NSDAP und Hitlers in jenen frühen Jahren nicht nur als den Erfolg bei einer fanatisierten Anhängermasse darstellt. Diese Partei und dieser Mann wären nicht vorangekommen, hätten sie sich nicht den Zugang in die sogenannten Oberschichten öffnen können. Das Geflecht der Beziehungen, die dazu notwendig, der Schliche, die dabei zu gehen waren, ist schwer rekonstruierbar. Die ersten Türen wurden durch Offiziere der Münchener Garnison und die wenigen frühen Parteimitglieder geöffnet, die in Bürgerhäusern und -villen

und in Adelskreisen verkehrten. Dann ließ sich gleichsam von einem Zimmer in das nächste gelangen, aus einem Salon direkt in den anschließenden kommen. Kershaw verweist darauf, dass der Agitator Hitler für sich ein eigenes Geflecht von Verbindungen herzustellen wusste und dass er dafür das Interesse auszunutzen verstand, dass seine Person in Kreisen Münchens mehr und mehr erregte. Das Beziehungssystem der Partei war mit diesem nicht von Anfang an identisch. Das betraf offenbar auch deren materielle Bedeutung. Jedoch dürften in dem Maße, wie Hitler und die NSDAP durch dessen Rolle als der „Führer“ identisch wurden, auch diese Verbindungen kongruent geworden sein.

So wichtig diese Welt der Oberen für Hitlers Weg, für seine und der Partei Finanzierung war oder werden mochte, so stark interessiert die Frage, was er selbst aus diesen Begegnungen nicht nur an Eindrücken, sondern auch an Hinweisen und Ratschlägen insbesondere auch für das taktische Verhalten mitnahm. Gerade in diesem Punkte lassen den Forscher die Quellen aber weitgehend im Stich. Die frühen „Bekannten“ Hitlers haben in ihren späteren Berichten beschrieben, wie Hitler gekleidet war, was und wie er aß, wie elegant oder linkisch er sich bewegte, kurzum: welchen Eindruck sie von ihm gewannen. Was sie ihm sagten, worüber sie sprachen, welche Meinungsverschiedenheiten sie erwähnten oder spürten, davon ist wenig oder nichts zu erfahren. Die Berichte erwecken den Eindruck, als hätten sie sich mit Hitler nur so etwas wie eine interessante Figur aus dem Theater geliehen, um in ihre sonst ewig gleichen Abende ein neues Gesicht, eine andere Figur zu bringen.

Hitlers und der NSDAP Aufstieg erfolgte in scharfer Konkurrenz zu anderen Parteien auf der äußersten Rechten. Daran knüpft sich die Frage, warum sich eben die von Hitler geführte Partei durchsetzen konnte, wenngleich andere Organisationen zeitweilig vor dieser manchen Vorsprung aufweisen konnten. Diesen Erfolg führt Kershaw im Wesentlichen auf Hitler und seine taktischen Entscheidungen zurück, auf sein Gespür dafür, was seine eigene Stellung an der Parteispitze stärkte oder schwächte und auf seine immer wieder hervorgehobene Bereitschaft, nach der Devise zu verfahren „Alles oder nichts“.

Ist Kershaw bei der Darstellung der Frühgeschichte der NSDAP und Hitlers Aufstieg in ihr der von ihm gesehenen Gefahr ganz entgangen, Geschichte „extrem“ zu personalisieren, was doch heißt, dem Individuum mehr Anteil an ihrer Tendenz und ihrem Verlauf zuzuschreiben, als ihm zukommt? Mit wenigen Einschränkungen lässt sich die Frage bejahen. Und wo die zu machen wären, verweisen sie mehr auf Forschungs- denn auf Interpretationsprobleme. An welcher Stelle seines Lebens Hitlers Weg seit seinem Eintritt in die Politik auch immer erörtert wird, es stellt sich die Frage, woher er seine Ideen nahm und wer seine Entschlüsse und Handlungen beeinflusste. Soweit es sich dabei nicht um Bücher handelt, richtet sich die Frage an die Personen seiner Umgebung. Doch gerade über die geistigen Beziehungen zwischen den Mitkämpfern, Förderern und Sympathisanten Hitlers wissen wir wenig. Dass er darüber nur in Ausnahmefällen Auskunft gegeben hat, besaß in der Selbststilisierung zum herausragenden und schließlich zum genialen Führer seine Ursache. Von anderen konnten darüber zu Hitlers Lebzeiten nur diejenigen berichten, die sich von ihm und der NSDAP getrennt, ins Ausland gegangen und dort publiziert hatten. Diese Zeugnisse erweisen sich aber auch als sehr stark von Interessen geleitet, denkt man allein an die sich wiederholenden Erzählungen über die nahezu hypnotischen Fähigkeiten Hitlers, denen diese frühen Parteigänger verfallen sein wollen. Das erschien ihnen offenbar viel weniger kritikwürdig oder blamabel als das Eingeständnis, dass sie seine antihumane Weltanschauung und seine rabiaten, menschenverachtenden Methoden politischen Kampfes gutgeheißen hätten. In Parenthese: In diesem Punkte misst Kershaw Aussagen wie denen Luedeckes oder den späteren von „Putzi“ Hanfstaengl mitunter wohl zu viel Wahrheitsgehalt zu. (Vgl. S. 237)

Wichtiger, und das betrifft das Hitlerbild gravierender, ist demgegenüber jedoch die Brechtsche Frage „Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?“ Auf unser Thema bezogen lautet sie: Hatte Hitler nicht wenigstens einige Berater um sich? Der Begriff Berater taucht in Kershaws Biographie spät und erst im Zusammenhang mit der unmittelbaren Vorgeschichte des November 1923 auf.[3] (S. 259) Da wird festgestellt, dass er sich über die schwerwiegende Frage, ob der Putsch versucht werden solle,

---

[3] Kershaw bezieht sich auf die Beratungen am 6. November 1923.

mit Angehörigen seiner Umgebung beriet. Das gleiche Problem, des Anteils des Einzelnen an einer komplexen Entwicklung mit vielen Beteiligten, ergibt sich auch im Hinblick auf Hitlers Rolle beim Aufstieg der NSDAP-Organisation. Über sie teilt Kershaw nur gelegentlich Tatsachen wie die Besuchermenge ihrer Versammlungen und den Anstieg der Mitgliederzahlen der Partei und der SA mit. Er sieht das Wachstum der NSDAP vor allem als die Frucht von Hitlers nahezu unausgesetzten Auftritten als Redner und sicher machten sie die Kraft aus, die den Sog vor allem erzeugte. Demgegenüber aber tritt die Bedeutung der Organisation und der Personen, die sie funktionstüchtig machten, zu weit zurück. Verbreitung und Einfluss des *Völkischen Beobachters* werden nicht erörtert. Das Interesse von anderen Personen an der Parteispitze, die wie er eine politische Karriere suchten, scheint nicht auf. Gemessen an den allgemeinen nationalen und regionalen Bedingungen, die Hitler ermöglichten, mag dieses unmittelbare Umfeld Hitlers in den Bereich der Mikrobedingungen gehören, doch waren diese so notwendig wie jene. Der Agitator brauchte einen Apparat, der die Versammlungssäle bestellte, die Veranstaltungen bekanntmachte, den Ordnungsdienst einsetzte, die finanziellen Fragen regelte – kurzum einen leistungsfähigen Organisationsapparat. Dass Hitler sich damals schon für den wenig interessierte, mindert seine Bedeutung nicht um ein Jota. Hier liegen die Lücken der „sozialgeschichtlich orientierten Biographie“, die dem Autor nur bedingt anzulasten sind. Doch haben sie zur Folge, dass Fragen ungestellt und unbeantwortet bleiben. Was trieb welche Leute dazu, sich für diese Parteidienste zur Verfügung zu stellen? Wer von ihnen wurde bezahlt – gewiss doch Hitlers Leibwächter – und in welcher Höhe? War es nur das Geschäftsinteresse der Eigentümer der großen Münchener Bierpaläste, das sie veranlasste, für die Partei und für diesen Mann ihre hunderte und tausende Menschen fassenden Etablissements zur Verfügung zu stellen? Floß ein Teil ihrer Gewinne in die Parteikasse der NSDAP zurück?

IAN KERSHAW: Hitler 1889-1936. Aus dem Englischen von Jürgen Peter Krause und Jörg W. Rademacher, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1998, 725.

Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V., Heft 13, Thema: Die Wehrmacht und die Massenverbrechen an griechischen Zivilisten 1941-1944, Berlin 1999, S. 84-91.

Politik und Vernichtung. Rezension

Politiker debattieren mit Schriftstellern, die wieder mit Verbandsfunktionären, Christen mit Atheisten, Nichtjuden mit Juden und diese auch untereinander darüber, wann, wie, wie oft und wo sich die Deutschen des gemeinhin „Holocaust“ genannten Massenmords an den europäischen Juden erinnern sollen. Dabei wird häufig unterstellt, dass der Gehalt des Erinnerns fest und ein für alle Mal bestimmt sei. Historiker machen das durch Forschungen fragwürdig, die sich auf die nähere Bestimmung des Platzes des Verbrechens in der Geschichte des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts richten. Vor etwa einem Jahrzehnt noch stritt man sich in der Zunft aus Stellungen, die mit Schützengräben verglichen worden sind. Die Sichten sind nicht vereinheitlicht, doch entstand eine Atmosphäre, die durch neue Forschungen bestimmt wird und wohltuend auf sie zurückwirkt, wenn auch nicht übersehen werden kann, dass Bedürfnisse der Konkurrenz und der Reklame in anderer Weise sie wieder beschädigen.

Im Prozess der „Normalisierung“ hat – gleichsam en passant – auch jene Arbeit den ihr angemessenen Platz gefunden, die kurzzeitig für so viel Erregung sorgte.[97] Sie zog jedenfalls in Deutschland Aufmerksamkeit von anderen Publikationen ab, denen diese mit gleichem oder größerem Recht zugekommen wäre. Das gilt für Henry Friedlanders Monographie, die 1995 unter dem Titel „The Origins of Nazi Genocide. From Euthanasia to the Final Solution“ in den USA und in England und zwei Jahre später in deutscher Übersetzung vorlag.[98] Und es trifft ebenso auf den 1997 publizierten ersten Band von Saul Friedländers „Nazi Germany and the Jews“ zu, der die Jahre von 1933 bis 1939 behandelt und dessen deutsche Fassung ein Jahr darauf in den Buchhandel kam.[99]

Beide Historiker gehören zu den Überlebenden des „Holocaust“. Während der 1930 in Berlin geborene Henry Friedlander Auschwitz und weitere Konzentrationslager durchlitt und 1947 in die USA gelangte, konnte der zwei Jahre jüngere, in Prag geborene Saul Friedländer vor Judenjägern versteckt in Frankreich die Befreiung erleben. Die Arbeit des Letztgenannten, Professor in Tel Aviv und Los Angeles, zielt auf eine Gesamtdarstellung und richtet die Scheinwerfer auf Täter und Opfer gleichermaßen. Der als Professor in New York tätige Henry Friedlander konzentrierte sich, nachdem er sich über viele Jahre und anfänglich einsam mit dem Gegenstand beschäftigt hatte, auf die Bloßlegung des Zusammenhangs zwischen dem 1939 eingeleiteten Mord an den Behinderten und der 1941 ins Werk gesetzten Ausrottung der Juden und untersuchte zudem deren Beziehungen zur Liquidierung der Zigeuner. Für beide Werke wurde mit der Quellenmasse eine immense Zahl von speziellen Untersuchungen durchgearbeitet. Ausdruck und Tribut des Forscherfleißes sind Anhänge mit Nachweisen, die nahezu oder auch schon mehr als 100 Druckseiten füllen.

Nun ist den beiden Werken von Rang ein weiteres beigesellt worden. Peter Longerich, früher am Münchener Institut für Zeitgeschichte tätig, nun an der Universität in London lehrend, u. a. mit Quelleneditionen zu Judenverfolgung und Judenmord hervorgetreten, hat eine (einbändige) „Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung“ vorgelegt. Von Friedländers unvollendetem Vorhaben unterscheidet sie sich auf den ersten Blick durch zwei Charakteristika. Longerich bewegt sich in der (bundes)deutschen Tradition, die ihren erstrangigen Gegenstand auf dem Felde der „Täterforschung“ fand und dafür gute Gründe geltend machen konnte. Und er setzt die Reihe jener Monographien fort, die sich in erster Linie an Spezialisten wenden, zuzüglich jene wenigen Laien, die von den „letzten“ und verästelten Antworten der Wissenschaft sich unterrichten wollen. Zugespitzt ließe sich sagen: Der Autor argumentiert „nach innen“, Saul Friedländer wendet sich an seinesgleichen und ist zugleich mit beeindruckendem Erfolg bemüht, die anspruchsvollen, aber begrenzten Detailinteressen von Nichtfachleuten zu befriedigen. Die Unterschiede bedeuten nichts für die Bemessung des wissenschaftlichen Wertes der Resultate. Jedoch könnten sie darauf hindeuten, dass die

---

97 Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

98 Henry Friedlander: Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung. Aus dem Amerikanischen von Johanna Friedmann, Martin Richer und Barbara Schaden, Berlin Verlag Berlin 1997.

99 Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. Erster Band. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939. Aus dem Englischen übersetzt von Martin Pfeiffer, München 1998; gleichzeitig wurde wieder vorgelegt: Saul Friedländer, Wenn die Erinnerung kommt. Aus dem Französischen von Helgard Oestreich, München 1998.

kürzlich begonnene, nicht sehr tiefgehend geführte Debatte über die öffentliche Wirkung von Publikationen deutscher Historiker fortgeführt werden müsste.

Die Abhandlung setzt 1933 ein und gibt zunächst eine hochinformative Darstellung der Vorgeschichte der antijüdischen „Vernichtungspolitik“. Drei Phasen werden unterschieden und machen den Inhalt der ersten drei Kapitel aus: die eröffnende, die bis Ende 1934 reichte, die folgende der Segregation und umfassenden Diskriminierung, die bis Ende 1937 datiert wird, und schließlich die sich bis zum Kriegsbeginn erstreckende Zeit der Entrechtung und forcierten Vertreibung. Der Verfasser entwickelt sein Bild von Antrieben, Funktionen und Zielen dieser Politik, von deren Schritten und Kalkülen. Er stellt die Entstehung der Institutionen und Apparate dar, die zunächst auf die Vertreibung der Juden zielten, und analysiert deren wechselnden Einfluss. Er nimmt das Führungspersonal, das den Prozess vorantrieb, ebenso in den Blick wie die auf mittlerer und unterer Ebene mitunter auch spontan agierenden Antisemiten in den NSDAP-Organisationen.

Wie üblich werden die wirtschaftlichen Interessen am Rande behandelt. Bei der Erörterung der „Arisierung“ richtet sich die Aufmerksamkeit vorzugsweise auf die Vertreibung der kleinbürgerlichen Konkurrenten und also auf die kleinen Gewinner. Über diejenigen, die sich an den „Filetstücken“ bereicherten, wird hinweggegangen. Selbst nach Namen wie Flick oder Petschek muss man im Register nicht suchen. Doch hat sich der Autor Platz für knappe, überzeugende Hinweise auf berechnete oder „automatische“ Rückwirkungen der Verfolgung der Juden auf die nichtjüdische Mehrheit der Deutschen gelassen. Er verweist auf die disziplinierenden und demoralisierenden Folgen.

Dann folgt die Darstellung der – im eigentlichen Sinne – „Vernichtungspolitik“, die Longerich in fünf Kapitel gliedert: vom Kriegsbeginn bis Mitte 1941, darauf die wenigen Wochen bis zum Spätsommer des gleichen Jahres, dann die Zeitspanne bis zur „Wannsee-Konferenz“, schließlich die Eskalation des Mordens im Jahr 1942 und die „geographische Ausdehnung“ des Verbrechens nach der Kriegswende. In der chronologischen Struktur ordnet er das immense Material immer wieder politisch-geographisch. Schon in seine Darstellung des Vorkriegs bezog er Seitenblicke auf die Verfolgung von „nichtjüdischen Gruppen“ ein. Seine dazu an den Kapitelenden platzierten Angaben bezeugen eher den Vorsatz, diese Perspektive zur Geltung zu bringen, als von dessen Ausführung.

Was dem Autor als sein eigener Forschungsbeitrag gilt, macht er abschließend unter der Überschrift „Ergebnisse“ kenntlich. Hier wird auf die ersten drei Kapitel kein Bezug mehr genommen, sondern einzig von den Jahren bis 1941 bis 1944/45 gehandelt. Er bietet eine Periodisierung der Vernichtungspolitik, die vier „Eskalationsstufen“ aufweist. Der Beginn der ersten wird auf den Kriegsbeginn festlegt. Von da an hätten die Machthaber wechselnde Projekte verfolgt, die Juden in „Reservaten“ zusammenzudrängen und darin Bedingungen auszuliefern, die früher oder später zum Tode der Deportierten führen sollten. Longerich stimmt jenen Historikern zu, die diese Vorhaben als früheste Ausprägung des Vernichtungswillens werten. Wie die Vertreibung als ein sich lang hinziehender Prozess vorgedacht worden war, so nun auch die Liquidierung des Judentums durch Hunger und Seuchen, physische und psychische Qualen.

Die zweite Stufe datiert Longerich auf die Zeit nach dem Einfall in die UdSSR, in den Sommer und Herbst 1941. Sie sei durch den beginnenden Massenmord an den im eroberten sowjetischen Gebiet vorgefundenen jüdischen Männern und die bald folgende Ausweitung des Verbrechens auf Frauen und Kinder charakterisiert. Die Initiative für diese Massaker wird Himmler zugeschrieben, der sie von Hitler sanktionieren ließ. So hätte der Reichsführer SS seinen Anspruch deutlich machen wollen, auch in den nun besetzten Gebieten als „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ anerkannt zu werden. Das Argument könnte überzeugen, wenn ihm in dieser Rolle ein Konkurrent erwachsen wäre.

Die dritte Stufe sieht Longerich im September 1941 erreicht. Ihr Verlauf sei durch zwei Entschlüsse gekennzeichnet. Der erste sah vor, alle im Reich lebenden Juden noch im gleichen Jahr nach Polen und im darauffolgenden Jahr weiter „nach dem Osten“ zu verschleppen. Der zweite, den der Verfasser nicht rekonstruierbar nennt, hätte sich darauf gerichtet, in ausgewählten Gebieten Polens und auf sowjetischem Territorium mordend „judenfreie Räume“ zu schaffen, um den ersten verwirklichen zu

können. Diesem Vorhaben werden die Schaffung der Tötungsstätte Chełmno ebenso zugeordnet wie die Errichtung und Inbetriebnahme des Vernichtungslagers Belzec. Ende März 1942 würde diese Stufe enden, womit ihr Longerich auch die beginnende Deportation von Juden aus der Slowakei und aus Frankreich noch zurechnen muss.

Mit April/Mai 1942 datiert der Autor den Übergang auf die vierte Stufe. Er sei markiert durch die Entscheidung, ausnahmslos alle Juden im Zugriffsbereich der deutschen Machthaber zu töten. Nun erst wäre der definitive Abschied von jedem Gedanken an die Schaffung eines „Judenreservats" erfolgt. Diese Idee sei „unter dem Eindruck des in Gang gekommenen Massenmordes immer mehr zur Fiktion" geworden. (S. 585) Diese Formulierung lässt mehrerlei Deutungen zu. Sie verweist auf die Vorstellung, die dieser Periodisierung zugrunde liegt: Nach und aufgrund einer Kette von Teilentscheidungen sei im Frühjahr 1942 der definitive Entschluss gereift, nun die Juden allesamt umzubringen.

Die Akzeptanz dieses Bildes stellt die Glaubensfähigkeit auf eine harte Probe. Der weit vorangeschrittene Massenmord an jüdischen Bürgern der Sowjetunion, Polens, Serbiens und die begonnene Tötung von jüdischen Angehörigen weiterer Nationen – inzwischen betrug die Zahl der Opfer mehr als eine Million Menschen – gehört in dieser Sicht zur Vorgeschichte des Verbrechens. In dieses Bild kann schon die Niederschrift über die Konferenz vom 20. Januar 1942 nicht eingepasst werden, auf der von der restlosen Vernichtung der Juden ausgegangen wurde, diejenigen eingeschlossen, die nach dem gedachten „Endsieg" erst noch in den Gewaltbereich der Judenmörder fallen sollten.

Angesichts der Lückenhaftigkeit der Dokumente, auf die sich eine Rekonstruktion der Entscheidungen stützen, ist es angeraten zu fragen: Könnte es nicht ganz anders gewesen sein? Zudem erscheint es unerlässlich, dass die mit dieser Rekonstruktion Befassten sich Rechenschaft darüber geben, in welchem Grad ihre Urteile von der Vorstellung abhängen, die sie vom Herrschaftsstil, von den Entscheidungsrechten und -praktiken, von Weisungs- und Befehlswegen besitzen. Ausgeschlossen erscheint den meisten Forschern, dass Juden zu Hunderttausenden umgebracht wurden, ohne dass Hitler, der sich auf allen Gebieten für höchst kompetent, auf keinem aber für so beschlagen hielt wie auf dem des „Kampfes gegen den Juden", das Morden guthieß. Erwiesen ist, dass sich der Diktator schon im Vorkrieg bis in Details Entscheidungen über die Steigerung, auch über das zeitweilige Abbremsen oder Abstoppen der Judenverfolgung vorbehielt. Damals waren die innen- und außenpolitischen Folgen jedes Schritts, dessen materielle wie immaterielle Wirkungen weitgehend vorauszuberechnen.

Wer wusste aber, als der systematische Mord bald nach dem Einfall der Wehrmacht in die UdSSR ins Werk gesetzt wurde, wie Millionen Menschen, Nichtkombattanten, umgebracht werden konnten? Es existierte keine Erfahrung, wie lange die Mörderschwadronen „durchhalten" und welche „Erfolgsquote" sie erreichen würden. Ist also nicht eine Entscheidung denkbar, die besagte: Wir beginnen mit der Vernichtung des Judentums ähnlich wie mit einem Kriegszug oder einem anderen unbekannten Unternehmen und sehen in Abhängigkeit von dessen Verlauf, wie wir unserem Ziel näherkommen? Ist in den Gehirnen der Hitler, Himmler und Heydrich nicht die Überlegung denkbar, die Einsatzgruppen zunächst zum Zwecke der Heranführung an ihr beispiellos blutiges Tagewerk mit der Ermordung der Männer beginnen zu lassen, dadurch eine Gewöhnung zu bewirken und dann auch Frauen und Kinder vor die Gewehrläufe zu schleppen? Ist eine Generalermächtigung auszuschließen, die neue Entschlüsse auf der höchsten, der „Hitler-Ebene" nur erforderte, wenn sich gravierende Schwierigkeiten einstellten?

Kurzum: Die Dokumente sprechen ebenso wenig wie der Vergleich mit anderen Praktiken der Machthaber dafür, dass jedem eskalierendem Schritt immer neue Grundsatzentscheidungen vorausgehen mussten. Longerich ist insoweit zuzustimmen, als er angesichts der Lückenhaftigkeit der Quellen auf den Zwang verweist, vom Geschehen auf die Entschlüsse zurückzugehen. Doch kann dieses Verfahren zur Falle werden, wenn von jeder Veränderung der höllischen Szene auf einen Entschluss rekurriert wird.

Zu den Vorzügen der Arbeit gehört, dass er die Verfolgung und vor allem den Judenmord in Beziehung zum Krieg setzt. Er grenzt sich von Ansichten ab, die zwischen beidem eine Art Parallelkrieg

sehen. Er geht davon aus, dass die Judenvernichtung bei Kriegsbeginn noch auf dem Nachkriegsprogramm der Machthaber figurierte. Doch wurde diese Absicht schrittweise geändert und schließlich das Ziel verfolgt, die „Endlösung“ noch vor (oder mit) dem „Endsieg“ zu erreichen. Dieser Wandel sei nicht dadurch verursacht gewesen, dass der Krieg besondere Möglichkeiten bot, das Verbrechen zu verüben, wiewohl die entstandenen Chancen ins Konzept der Judenmörder passten und von ihnen genutzt wurden. Die zweite Dimension im Verhältnis von Krieg und Judenmord ergibt sich dem Verfasser aus den Generalabsichten der deutschen Führer. Sie wollten, so Longerich, nach dem „Endsieg“ über Verwendung, Vermehrung, Leben oder Tod großer Menschengruppen entscheiden. Fragwürdig ist hingegen die Kennzeichnung dieses Ziel als „neue“ Gesellschaft. Für sie besitzt der Autor keinen Begriff, den er entschlüsseln könnte. Entweder bezieht er sich à la mode als deren Ursprung allein auf die „nationalsozialistische“ Utopie oder er leiht sich Phrasen aus dem Sprachgebrauch der Ideologen des Regimes. Inwiefern verdient Vertreibung oder Vernichtung von Menschen, die als „unnütze Esser“, „nicht brauchbare Arbeitskräfte“ oder „Störenfriede“ angesehen wurden, also Ausbeutung und Beherrschung der eroberten Territorien gefährdeten, Bezeichnungen wie – von Longerich mit oder ohne Anführungszeichen versehen – „biologische Revolution“ (S. 234) oder „völkische Flurbereinigung“ (S. 238). Beide dienten mit anderen, der Rechtfertigung eigenen Handelns und zur Verbreitung eines demagogischen Nebels, der ein imperialistisches Projekt verbergen sollte, das keineswegs gänzlich neu war. In ihm verkörperte sich zum einen die (nicht nur deutsche) Tradition feudaler und kolonialer Expansion, untermischt mit Anleihen aus Zeiten der Sklaverei, zum anderen der Bruch, der sich aus der spezifisch „nationalsozialistischen“ Umprägung dieser Tradition ergab.

Die siegreichen Kaiserreiche der Hohenzollern und der Habsburger hätten im Falle ihres Kriegssiegs in ihren vergrößerten Reichen die Juden leben und eine Minderheit wohl auch an den neugewonnenen Möglichkeiten des Gewinnens und Profitierens teilhaben lassen. Im gedachten „großgermanischen Weltreich“ war kein lebender Jude „vorgesehen“. Eine „biologische Revolution“? Die siegreichen Monarchen wollten, wie erprobt, in nichtdeutschen Ländereien, die sie zu gewinnen hofften, mit den bürokratischen Apparaten und gestützt auf kollaborationswillige Kräfte vieler Zungen herrschen. Der siegreiche „Führer“ und die Seinen verachteten diese herkömmlichen Mittel nicht. Doch setzten sie auf die „Germanisierung“, auf die Durchdringung der Gebiete mit „arischen“, d. h. vorwiegend deutschen Siedlern, denen einige Niederländer, Dänen, Flamen und Norweger beigesollt werden sollten. Eine „neue Gesellschaft“? En passant erledigt Longerich mit seinem Bild von Krieg und Kriegszielen alles, was in der Bundesrepublik seit Fritz Fischer über das Verhältnis von erstem und zweitem Weltkrieg und die jeweiligen deutschen Kriegsziele ermittelt worden ist.

Mitunter stellt sich der Eindruck ein, als sei der theoretische Feinschliff des Autors Sache nicht. Einerseits misst er dem Judenmord im Kriegsverlauf eine aktuelle und auch im Kriegszielkonzept der deutschen Machthaber reale Funktion zu. So verweist er darauf, dass die gemeinsam mit Verbündeten und Kollaborateuren verübte Untat einen besonderen Kitt ergab und Gefolgschaftstreue sichern sollte. Andererseits meint er, mit dem Krieg sei 1939 die „Vernichtung zum eigentlichen Ziel der Verfolgung“ (S. 229) geworden, was doch nur heißen kann, sie habe sich mit keinerlei anderen wesentlichen Zielen mehr verbunden. Solche Verquickung existierte, meint auch Longerich, in den Jahren der Vertreibung. Für sie verweist er auf Kalküle, die Juden als Geiseln zu benutzen, um dem Ausland wirtschaftliche und politische Zugeständnisse abzupressen. Noch 1938, als die Politik der „Arisierung“ ihrem Höhepunkt zusteuerte, verbanden sich mit ihr u. a. von Göring angestellte Überlegungen, wie sich die in Deutschland verbliebenen reichen und begüterten Juden in kollektive Haftung nehmen ließen, damit auch die Armen und Ärmsten der Verfolgten über die Grenze geschafft en könnten.

Mit seiner These aber, dass sich die „Geiselnahme“ 1941 mit der Deportation der Juden „nach dem Osten“ fortsetzte und dass damit die USA vom Kriegseintritt abgehalten werden sollten, gibt Longerich seinen Lesern ein Rätsel auf. Denn – erstens – war in den USA die Parteinahme gegen einen Sieg Deutschlands schon erfolgt. Und – zweitens – hätten die bekannten, aber in Ausmaß und Folgen nicht entschlüsselten Verschleppungen aus dem Reich schwerlich Entscheidungen in Washington zu

beeinflussen vermocht.[100] Obendrein war das Thema im Dezember 1941 erledigt. Mit dieser Spekulation wird allerdings die Möglichkeit unterstellt, die deutschen Juden wären belassen worden, wo drängt lebten, hätten die USA ihre Deutschlandpolitik korrigiert. Da drittens kein stichhaltiges Dokument für dieses Kalkül steht, werden wir ins Methodische zurückgeführt.

In dem Bestreben, die wirkliche oder angenommene Entscheidungskette vollständig zu rekonstruieren und die jeweiligen Motive der deutschen Machthaber ganz zu enthüllen, lässt Longerich seiner Phantasie auch die Zügel schießen. Wo Beweise für Annahmen oder Feststellungen lückenhaft sind oder fehlen, steht „offensichtlich". Verlegenheit entsteht, wenn der Leser sich das Offensichtliche vors geistige Auge führen will. Sie ähnelt derjenigen, die sich häufig mit mathematischen Ableitungen verbindet, wenn es dort heißt „daraus folgt ...". Doch selbst und vielleicht gerade dort, wo des Verfassers Argumentation ins Schwimmen gerät, geht Anregung nicht völlig verloren. Derart werden Felder für weitere Forschungen markiert. Das Buch beweist einmal mehr, dass die Geschichte des „Holocaust" eine der stärksten intellektuellen und moralischen Herausforderung an die Historiker bleibt. Sie wird sicher in das kommende Jahrhundert mitgenommen werden.

Peter Longerich: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, Piper Verlag, München 1998, 772 S.

Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V., Heft 13, Thema: Die Wehrmacht und die Massenverbrechen an griechischen Zivilisten 1941-1944, Berlin 1999, S. 97-105.

---

100 Siehe dazu neuerdings auch: Richard Breitman: Staatsgeheimnisse. Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert. München 1999. Der Untertitel der deutschen Ausgabe verfälscht allerdings den Sinn der Schlussfolgerungen des Autors.

Faschismustheorien und ihre Bedeutung für eine antifaschistische Orientierung

Es vergeht in Deutschland kein Tag, an dem nicht Politiker, Wissenschaftler, Kirchenleute einzeln oder in Gemeinschaften sich „Gegen den Rechtsextremismus“ erklären und vor den von ihm ausgehenden Gefahren warnen. Die so entstandenen Schriftstücke würden, in Büchern gedruckt, inzwischen ganze Regalreihen füllen können. Es vergeht in Deutschland kein Tag, an dem nicht in Parteien, Vereinen, religiösen Gemeinschaften, hier und da auch an „runden Tischen“ beraten wird, wie der Sammlung von, vorwiegend jungen Deutschen an einem Ort entgegengewirkt werden kann, die gemeinhin als der „rechte Rand“ der Gesellschaft bezeichnet wird. Wer sich die Resultate dieser vielen Anstrengungen, denn darum handelt es sich zweifelsfrei, vor Augen hält oder sie zu addieren sucht, kommt – bildlich gesprochen, nicht in die schwarzen Zahlen. Es entsteht der Eindruck, dass die Erklärungen und Beschlüsse, die Vorsätze und Programme eher die Hilflosigkeit der Gesellschaft gegenüber diesem Zustand verdecken, denn Abhilfe schaffen. Und in der Tat: Die Verlautbarungen bleiben zu einem erheblichen Teil folgen- und wirkungslos, und derart erweisen sie, dass diese Gesellschaft doppelt hilflos ist geistig wie praktisch. Ihr Dilemma beginnt damit, dass es über Jahre hinweg an der Spitze eben dieser Gesellschaft und insbesondere in den Kreisen der Regierenden an der Bereitschaft fehlte, auch nur auszusprechen, was ist, was sich entwickelt hatte und welche Tendenzen sich verstärkten. Der Umgang mit den vorgeblichen „Einzelereignissen“ in Einheiten der Bundeswehr lieferte für diese Praxis das denkwürdige Paradebeispiel. In dieser Hinsicht wurde das Wahlergebnis im Lande Sachsen-Anhalt mit seinen nahezu 13 Prozent Stimmanteilen der Deutschen Volks-Union, das entsprach etwa 200.000 Wählern, zu einer gewissen Barriere. Es erschwerte die unredliche Reduzierung der Bestandsaufnahme auf allzu oberflächliche Befunde. Dennoch liegen sie keineswegs hinter uns.

Tagtäglich wird die Analyse gedanklich auf Nebengeleise geschoben und um Tatsachen herumgeredet, klaren Urteilen wortreich ausgewichen. Monate nach dieser Wahl hat eine Ministerin der Regierung in Magdeburg das Ergebnis einer Studie vorgestellt und hervorgehoben, dass sich der „ideologisch in sich gefestigte rechte Kern“ ,unter den 18- bis 27jährigen „allenfalls“ auf einen Anteil unter 3 Prozent belaufen würde. Zu denen kämen dann allerdings weitere 8 Prozent hinzu, die einigen nicht näher als rechtsextrem bestimmten Ansichten zustimmen würden.[1] Erinnern wir uns auch der mit Vorliebe diskutierten Fragen: Wieviel von diesem meist „Rechtsextremismus“ genannten Denken und Verhalten geht auf das Konto der untergegangenen DDR, wieviel auf dasjenige der (Alt-)BRD und wieviel auf das der gegenwärtigen Gesellschaft? Wieviel Ideologie drückt sich in einer Gewalttat der „Rechtsextreinen“ aus? Handelt es sich nicht eventuell um eine „Gewalttat an sich“, ohne irgendwelchen politischen Hintergrund, so dass die Untat in der Statistik in eine andere Verbrechengruppe aufgenommen werden kann? Dabei ist, um es hier gleich zu sagen, für die geplanten wie für die spontanen Gewaltaktionen der Rechtsextremisten einwandfrei nachgewiesen, dass keine von ihnen ungezielt erfolgte, sondern die „Fremden“, die „Zecken“ und wer ihnen immer als Feind gilt, als Ziel und Opfer vorher ausgemacht waren.

Die Vernebelung der Tatsachen und Zusammenhänge beginnt auch bereits mit ihrer häufig schwammigen begrifflichen Kennzeichnung. So wenig sich auf die übergreifende Charakteristik „Rechtsextremismus“‘ verzichten lässt, so unzulässig erscheint es, seine Fraktionierung zu übergehen und über dessen äußerste Gruppierung zu schweigen. Denn in diesem „Rechtsextremismus“ existiert ein Flügel, der keine andere Bezeichnung verdient als „Faschisten“. Wenn sie sich auch so nicht nennen, sondern wie ihre Vorläufer als „Nationalsozialisten“, auch „National-Sozialisten“, andere wieder in Anlehnung daran als „Volkssozialisten“ auftreten, so sagen ihre Parolen, ihre Farben, ihre Fahnen, ihre Grußformeln und Rituale, ihre Lieder und die Namen ihrer lärmenden Musikstürme genug.

Dass die Faschisten nicht „Faschisten“ genannt werden, kommt zunächst einmal ihnen zugute, ihrer Tarnung und ihrer Behandlung, die durch Polizei und Justiz eingeschlossen. Zweitens und wichtiger

---

[1] So nach einem Bericht in „Der Tagesspiegel“ unter der bezeichnenden Überschrift „Kein Hort rechtsextremen Gedankenguts“ (Ausgabe vom 28. Oktober 1998), in dem die Ansicht übernommen wird, die jungen Leute seien nicht eigentlich rechtsextrem, sondern unzufrieden mit der parlamentarischen Demokratie.

aber: Wenn die Faschisten, an denen wirklich wenig „Neo“ zu entdecken ist, als solche markiert würden, dann ergäbe sich ein Fixpunkt, von dem aus sich auch der Charakter anderer Strömungen des „Rechtsextremismus“ exakter beurteilen ließe. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen ihnen träten dann deutlicher hervor und es würde ausgesprochen werden müssen, ohne sie alle über einen Leisten zu schlagen, dass in diesen verschiedenen Strömungen ideologisch wie meist auch politisch und taktisch ein „Stück Faschismus“ steckt. Anders ausgedrückt, dass zwischen ihnen bei aller Rivalität, ja mitunter auch offener Verfeindung politische Verwandtschaften und Sippschaften bestehen, die doch bewusst gemacht werden müssten, anstatt über sie schamhaft hinwegzugehen. Auf geistigem Gebiet erweist sich diese Verwandtschaft vor allem auf den Feldern der nationalistischen, der rassistischen und der sozialen Demagogie.

Doch lässt sich auf dem Wege des historischen Vergleichs auch unschwer erkennen, wie oft und wie genau die Nachfolger ihr Original auf dem Gebiet taktischen Verhaltens imitieren und sich den Bedingungen einer bürgerlich-demokratischen Republik anpassen. Sie wissen, dass sie bei völlig offenem Visier leicht mit einem Verbot belegt werden können, weshalb sie sich dagegen durch Beteuerungen zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ und auf andere Weise rückzuversichern suchen und sich sogar für eine Ausweitung der Bürgerrechte (Volksbefragungen, Volksentscheide) einsetzen. DVU-Vorsitzender Frey erklärte auf einer Pressekonferenz auch: „Wir sind keine Ausländerfeinde, wir begrüßen auch die integrierten Ausländer und die wirklichen Asylanten.“[2]

Dabei würde es zu kurz greifen, würden alle diese Erklärungen und Beteuerungen nur als der Versuch gewertet, sich die Pfoten weiß zu schminken. Wie einst im Weimarer Staat, so streiten die Rechtsextremen auch heute über den aussichtsreichsten Weg zu Masseneinfluss und Erfolg. Da passt ihnen womöglich ein Volksentscheid genauso ins Konzept, wie er 1929 ihren Vorgängern in deren demagogischem Kampf gegen den Young-Plan nutzte. Dessen eingedenk, und natürlich auch, um aus den Berichten und mehr noch aus den Aktivitäten des Verfassungsschutzes herauszukommen, versuchen die „Republikaner“ sich als eine gemäßigte Rechtspartei zu präsentieren, Seriosität und Kompetenz nachzuweisen, und zu letzterem bieten ihnen, selbstredend die Podien von Landtagen – in Baden-Württemberg den Republikanern, in Sachsen-Anhalt den Abgeordneten der DVU – besondere Gelegenheit.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Es kann sich nicht darum handeln, in deutschen Landen möglichst viele Faschisten auszumachen. Es muss – ganz im Gegenteil – immer wieder daran erinnert werden, wieviel Unheil der falsche und leichtfertige Umgang mit der Bezichtigung des „Faschismus“ (Sozial-, Brüning-, Papen-Faschismus) in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung angerichtet hat. Diese Warnung zu bedenken, sollte aber nicht verhindern, die Berührungspunkte und ganzen Berührungsflächen zu benennen, die es zwischen den Strömungen der äußersten Rechten damals gab und heute gibt. Daraus erwächst, und auch das bestätigen geschichtliche Erfahrungen, nämlich die Möglichkeit für ihre Bündnisse zur Aktion und ihre organisatorischen Zusammenschlüsse. Franz von Papen, der 1932 kein faschistisches, wenn auch ein antidemokratisches Herrschaftskonzept verfocht und sich stark genug glaubte, Hitler und dessen Partei. in Dienst nehmen wollte, hatte 1933 keine Schwierigkeit, als Vizekanzler an Hitlers Seite in eine Regierung einzutreten, die faschistisch war.

Obwohl solche Besinnung erhellend ist, verläuft die Bestandsaufnahme des „Rechtsextremismus“ bis in die Reihen der Linken hinein weitgehend geschichtslos oder geschichtsarm. Mitunter, wie in einer lesenswerten Broschüre, die von der IG Metall herausgegeben wurde, wird einfach und ohne jeden Vergangenheitsbezug von der „neuen Rechten“ geschrieben, ohne dass deren Neuigkeitswert überhaupt in Frage gestellt wird. Dabei gibt es kein zweites Land in Europa, in dem es so viele Gründe dafür gäbe, sich gerade vis-à-vis von DVU, Republikanern, Nationalen und wie sie sich sonst nennen mögen, der Geschichte zu erinnern. Und es sind – bei allen Unzulänglichkeiten, von denen wohl ein Gutteil aus Unwissenheit herrührt – zweifelsfrei die Linken, die sich von allen Beteiligten am stärksten darum kümmern, die deutsche Vergangenheit auch in diesem Punkte zum Reden zu bringen.

---

[2] Dieter M. Michel, DVU sieht sich bereits im Bundestag. In: „Neues Deutschland“, 12./13. September 1998.

Nun verbindet sich der Blick in die Geschichte aber immer mit Gefahren, die nicht gering veranschlagt werden sollen. Die einen machen sich gedanklich dadurch zu ihren Sklaven, dass sie eine vollständige Wiederholung des Vergangenen erwarten und nicht selten in die Gegenwart Fakten und Tendenzen hineinsehen und hineinreden, aus denen sie dann wiederum herauslesen können, dass die Faschisten ante portas ständen, und läuten Daueralarm. Andere wieder fixieren sich ganz oder vorwiegend auf die Differenzen, die sich bei einem Vergleich der zwanziger und der neunziger Jahre unschwer feststellen lassen, und geben sich und ihrer Umgebung Entwarnungssignale.

Was also geben die Erfahrungen der zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre, von denen uns doch nun schon ein Menschenalter trennt, für unsere gegenwärtigen Überlegungen, Entscheidungen und Handlungen her? Oder: Wie begann die Formierung der Kräfte, die nach nur 12 oder 13 Jahren der Republik den Garaus machten? Davon seien einige Grundtatsachen genannt.

Erstens: Die militante Rechte formierte sich nach Krieg und Revolution in einem gegenrevolutionären Prozess, und sie besaß alsbald einen Führerkader, der sich aus befehlserprobten Offizieren des Krieges rekrutierte oder aus Menschen, die sich an diesem Kader ein Vorbild nahmen und ihm nacheiferten. Der Gefreite Hitler war seinem Militärrang nach die Ausnahme. Die Mehrheit stellten Figuren wie der höchstdekorierte Hauptmann Hermann Göring, der erste Führer der SA, der ebenfalls aus dem Fliegerkorps stammende Leutnant Rudolf Heß, der Sekretär des „Führers“ wurde, der Leutnant Julius Streicher, der eine eigene faschistische Partei in Nürnberg gegründet hatte, die er der NSDAP zuführte, die später hinzugestoßenen Oberleutnant Gregor Strasser und Leutnant Otto Strasser, der Hauptmann Ernst Röhm, keiner von ihnen ohne die Auszeichnung mit dem Eisernen Kreuz.

Zweitens: Die antirepublikanische, auf Revanche versessene Rechte existierte anfänglich in einer Vielzahl von Gruppen, die konkurrierten, sich befehdeten, um den Führungsanspruch rangen, über Strategie und Taktik stritten und die allesamt den Durchstoß zu einer Massenpartei suchten. Das gelang nur der NSDAP, die seit ihrer Wiedergründung 1925 das Feld beherrschte. Sie wurde das Sammelbecken, und dabei spielte keine geringe Rolle, dass sie es war, die einen charismatischen Führer aufzuweisen hatte, über den die Konkurrenz nicht verfügte. Niemandem hat Hitler später mehr Dankbarkeit bezeugt als denen, die in dieser Frühzeit ihre Organisationen der seinen unterstellten und sich zu seinen Paladinen machten. Das gilt für Streicher, den „Frankenführer“ und Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes „Der Stürmer“. Niemanden hat er schärfer verfolgt, als jene, die diese Einheit der Faschisten gefährdeten. Das erfuhr Gregor Strasser, der in einem kritischen Moment, Ende 1932, sich auf eine Extratour begab und dafür anderthalb Jahre später während der „Röhm-Affäre“ ermordet wurde.

Drittens: Diese zunächst organisatorisch zersplitterte und ideologisch zerfahrene, dann sich konzentrierende Rechte bediente sich von Anfang an der schamlosesten Demagogie. Sie betraf geschichtliche Vorgänge, wie Krieg und Revolution. Sie bezog sich auf die Rivalen und Kontrahenten, deren Absichten bedenkenlos verteufelt wurden. Und sie galt insbesondere der Vernebelung der Ursachen für nationales und soziales Elend, die auf „Versailles“ auf „die Juden“, auf „die Marxisten“ und andere zurückgeführt wurden. Was immer sich hochtrabend und werbend. als „nationalsozialistische Weltanschauung“ präsentierte und zweifelsfrei auf Teile der jungen Intelligenz wirkte: Der geistige Anspruch, der an die Masse der Gefolgschaft gestellt wurde, war äußerst gering. „Glauben, gehorchen, kämpfen“, lautete die zentrale Forderung des italienischen Faschismus an die Mitgliedermasse seiner „Bünde“, und wiewohl diese Losung von der NSDAP nicht wortwörtlich übernommen wurde, galt sie. doch exakt auch in ihren Reihen. Von Wissenschaft, zu der Kritik und Zweifel gehören, war nicht die Rede.

Viertens (und das ist womöglich am meisten vergessen oder auch am wenigsten wahrgenommen worden): Diese Rechte besaß nicht von allem Anfang an jenes Profil, das sich am deutschen Faschismus an der Macht erkennen lässt. Hier hat innerhalb der Linken oft eine irreführende Verlängerung der vielgeschmähten „Dimitroff-Formel“ zurück in die zwanziger Jahre gewirkt. Dabei wurde übersehen, dass die soziale Demagogie der NSDAP anfänglich gegen die Schwerreichen zielte. Als solche wurden zunächst vor allem, aber nicht nur, die „Juden“ ausgemacht und hingestellt. Doch appellierten

die Werber Hitlers am Beginn ihres Weges deutlich an die kleinen, natürlich „arischen“ Kapitalisten, die mit den Folgen des Krieges und der Inflation mehr zu kämpfen hatten als die Konzerne. Und in der Tat stehen ja an der Wiege und in den frühen Kindheitsjahren als Ziehmütter und Ziehväter der NSDAP Personen, Familien, Unternehmer, die nach dem heutigen Sprachgebrauch zum Mittelstand gerechnet werden würden.

Die von Hitler geführte Partei durchlief auch, gemessen. an ihren programmatischen Verlautbarungen, zwischen den Jahren 1920 und 1928/29 eine Metamorphose. Von ihr gingen viele irritierende Wirkungen aus. Nicht zufällig wurde von Fachleuten in der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Deutschen Reichsbank noch 1930 und 1931 bei der Abfassung von Expertisen darüber gerätselt, was eigentlich das Wesen dieser Partei sei und ob wie es in einem Bilde hieß – als ihr Endprodukt ihres erkannten Wandels Wein oder Essig zu erwarten wäre.

Im Verlaufe des Jahres 1932 fielen die Urteile dann schon klar aus: Die Führungsgruppe um Hitler hatte in mehreren Schritten durchgesetzt, dass die deutsche Großbourgeoisie und der deutsche Großgrundbesitz von der Partei schließlich nicht mehr befeindet und die soziale Demagogie auf das internationale, angeblich jüdische Kapital gerichtet wurde. Unklar und ungewiss und unentscheidbar blieb nun nur noch, ob die Führerschaft, einmal, an die Staatsmacht gebracht, dieses ihr Konzept gegenüber der eigenen Gefolgschaft, die auf eine „Revolution“ orientiert worden war, würde durchsetzen können.

Um es hier gleich anzufügen: Die an die kleine und mittlere Unternehmerschaft adressierte Reklame charakterisiert auch heutige rechtsextremistische Parteien, die Wähler und Förderer suchen. Deshalb wird gefordert: „Statt einseitig Großkonzerne (mit ihrer Lobby in Bonn) fördern, den Mittelstand unterstützen, denn er ist der größte Arbeitgeber, nicht die Bosse der Multis.“[3] Die NPD gab die Existenz eines in ihren Reihen gegründeten Wirtschaftsausschusses „gegen den globalen Internationalismus des Großkapitals“ bekannt.[4] Das erinnert an die Existenz einer gewiss ungleich besser ausgestatteten Wirtschaftspolitischen Abteilung, über welche die Reichsleitung der NSDAP in München verfügte. Die dort 1932 ausgearbeiteten Programme besaßen freilich einen „Mangel“: Die Führungsgruppe und namentlich Hitler scherten sich schon zum Zeitpunkt von deren Ausarbeitung keinen Deut um sie, und der oberste Führer hielt sich seine eigenen engen Wirtschaftsberater.

Fünftens: Der Durchbruch von der Kaderpartei zur Partei mit Masseneinfluss gelang den Hitlerfaschisten 1923 nur in Bayern, reichsweit erst sechs Jahre später am Beginn der Weltwirtschaftskrise. Der kündete sich regional bereits an, und zwar zum einen in den Gebieten, die von den Segnungen der sehr kurzen „goldenen Zwanziger“ unberührt geblieben waren. Dazu gehörten die damals auch staatlich ausgewiesenen Armuts- und Elendsgebiete, beispielsweise in Mittelgebirgsgegenden wie denen des Thüringer Waldes. Zum anderen wurde die NSDAP auf der von ihr miterzeugten Welle von Wut und Hass hochgespült, die sich 1929 gegen den Young-Plan erhob. Der sah eine Umschuldung und mit ihr vor, dass Deutschland seine aus dem Krieg her gerechneten Zahlungen Mitte der achtziger Jahre beendet haben würde. Aus dieser Kampagne rührte auch das erste Bündnis der beiden Hauptrivalen auf der seinerzeitigen Rechten, der konservativen Deutschnationalen Volkspartei Alfred Hugenbergs und der NSDAP, die zunächst die Rolle des Juniorpartners einnahm, davon aber erheblich profitierte.

Sechstens: Die NSDAP – hier nun begebe ich mich in die Rolle des rückwärtsgewandten Propheten – bezog ihre Kräfte nur zu einem Teil aus sich selbst, der sich zwar nicht bemessen lässt, der aber doch beträchtlich War. Hitler wusste schon, warum er in der nach 1933 immer wieder vorgetragenen „Parteierzählung“ darauf bestand, es sei nur sein und seiner Anhänger Glaube gewesen, der sie zum Sieg trug. In Wahrheit haben sie aus dem Zustand dieser Gesellschaft Nähr- und Kraftstoffe die Masse bezogen, auf ideologischem Felde am meisten dadurch, dass sich die Hauptkräfte und -parteien dieser Weimarer Republik nie von der Vergangenheit klar losgesagt, nie zu einem Schlussstrich gefunden haben. Bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein – hier machten wirklich einzig die Kommunis-

---

3 So in der Sonderausgabe von „Deutsche Wochen-Zeitung“, September/Oktober 1998, die als Wahlzeitung vor der Bundestagswahl 1998 verbreitet wurde.

4 Zitiert in: René Heilig, Glatzen sind nicht nur Hohlraumdeckel. „Neues Deutschland“, 11. September 1998.

ten eine Ausnahme – war man stolz darauf, im Kriege, und nicht nur das, sondern auch Frontsoldat gewesen zu sein. Und die NSDAP sah sich begünstigt von der Lässigkeit, mit der diese Republik sich gegenüber den Umtrieben der Faschisten verhielt. Es war sicher von den Herausgebern, dem Historiker Schönhoven und dem Politiker Vogel, beides Sozialdemokraten, nicht beabsichtigt, mit ihrer kürzlich erschienenen Veröffentlichung davon abzulenken. Darin finden sich – mit antipluralistischer Auslassung der Kommunisten – Parlamentsreden von Politikern der Weimarer Republik gegen den Faschismus zusammengestellt und gedruckt. An sie zu erinnern und auch aus ihnen Anregungen und Argumente für die Gegenwart zu beziehen, erscheint geboten. Unvergessen soll auch bleiben: Wer sich in den Parlamenten der Weimarer Republik den Fraktionen der NSDAP entgegenstellte, Ziele und Methoden dieser Partei bloßlegte, brauchte nicht nur Wissen und Überzeugung, sondern auch Mut, denn er setzte sich damals schon den Drohungen und Angriffen der Entlarvten aus. Doch was folgte auf diese Debatten? Was nahm beispielsweise Reichsminister Carl Severing davon in sein Innenministerium und in den Regierungsalltag mit?

Am 3. Juni 1929, das war eben jene Zeit, da den deutschen Faschisten Flügel zu wachsen begannen, antwortete er einem besorgten Bürger, der ihm aus Ulm geschrieben hatte: „So sehr ich Ihre Auffassung von dem ständig im ‚Stürmer' erscheinenden Satze ‚Die Juden sind unser Unglück' verstehe und teile, so bedaure ich doch, mit Verwaltungsmaßnahmen gegen die Zeitung nicht einschreiten zu können, da mir das Gesetz hierzu keine Handhabe bietet. Im Allgemeinen können Herausforderungen dieser Art nur strafrechtlich verfolgt werden. Ob im vorliegenden Fall der Tatbestand einer strafrechtlichen Verfolgung gegeben ist, lasse ich dahingestellt, möchte ihnen aber vorschlagen, den Satz nicht gar zu ernst zu nehmen und ihn am besten mit Nichtachtung zu übergehen." Dieser Text legt den Gedanken nahe, wie heute denen geantwortet wird, die meinen, es sollte nicht länger gestattet sein, diese Parole auf die verschiedenste Weise zu variieren, jedoch so, dass alle ihre Varianten immer nur besagen: „Die Ausländer sind unser Unglück." Und dies führt zurück in die Gegenwart und zu einem nun womöglich tatsachengestützteren Vergleich zwischen den zwanziger und den neunziger Jahren deutscher Geschichte.

Dieser Vergleich muss aber nicht auf der Ebene der Organisationen von einst und jetzt, nicht mit der direkten Konfrontation heutiger „Rechtsextremisten" und deren fernen Vorfahren und Gründervätern beginnen. Die einen wie die anderen sind in ihre Zeit zu stellen, wenn insbesondere ihre Strategie und Taktik und ihre Chancen nüchtern beurteilt werden sollen. Hinter der Mehrheit der heutigen Einwohnerschaft der Bundesrepublik Deutschland liegen Jahrzehnte des „Wirtschaftswunders" und des Aufstiegs zu einem der reichsten kapitalistischen Länder der Erde. Als die parteipolitischen Architekten dieser Entwicklung gelten, der Mehrheit der Bevölkerung CDU und CSU und die Sozialdemokratie, in einem schwer zu ermessenden Umfang auch die FDP. Diese Parteien zehren bis heute von diesen zurückliegenden, aber nachwirkenden Resultaten ihrer Politik. Ihnen wird zugetraut, dass sie die „Wohlstandswahrungsgesellschaft" schaffen und die weithin wahrgenommenen oder dumpf befürchteten Gefahren abwenden können, die Labilität und Brüchigkeit der aktuellen sozialen Zustände anzeigen. In einem erheblichen Grad sind die Großparteien der Bundesrepublik heute „Rentner aus der Vergangenheit". Deshalb bezweifelte niemand ernsthaft, dass die genannten Parteien zusammen genommen bei der Bundestagswahl weit mehr als zwei Drittel des Wahlvolkes zu rekrutieren vermögen.

Und das macht den grundlegenden Unterschied zur Weimarer Republik aus, in der sich die „Parteien der Mitte" (Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei – sämtlich strikt die kapitalistische Gesellschaft verteidigend) als die große Krise ausbrach, nicht auf eine derartige, über Jahrzehnte erwiesene Bewährung berufen konnten, weshalb, 1930 einsetzend, ihr Wählerschwund rasch und alsbald galoppierend vor sich ging. Dieser ganz andere Sachverhalt setzt, auf das Ganze der Bundesrepublik gesehen, die momentanen Chancen des „Rechtsextremismus" bei bundesweiten Wahlen erheblich herab. Niemand würde aus deren Reihen einen Mann oder eine Frau benennen können, dem das Amt eines Wirtschafts- oder Finanzministers zugetraut werden würde. Das zeigte sich dann auch am 27. September 1998 im Wahlverhalten. Einem Teil der potentiellen Wähler galten die Stimmen für eine der drei rechtsextremen Parteien offenbar als verloren, denn keiner von ihnen wurde der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde wirklich zugetraut, zumal sie nicht nur getrennt mar-

schierten, sondern sich teils erbittert bekämpften. Dennoch war das erzielte Ergebnis nicht einfach ernüchternd. In Sachsen kamen die Rechtsextremen, zählt man den „Bund Freier Bürger“ hinzu, zusammen auf 6,2 Prozent der Stimmen, wobei der Kurort Rathen mit mehr als 15 Prozent wohl den absoluten Spitzenreiter. stellte. In einer Anzahl von Städten, Stadtbezirken und Ortschaften können die Rechtsextremen bei Kommunalwahlen damit rechnen, demnächst in die Parlamente zu gelangen. Das gilt für alle Stadtbezirke im Osten Berlins und für einige auch im Westteil der Stadt. Dadurch werden ihnen neue Profilierungsmöglichkeiten entstehen. Sie vermögen dann ihre eigenen Kader herauszustellen und sie auch auf ihre Fähigkeiten hin zu prüfen.

Denn generell – und nun also zum direkten Vergleich – fehlt es dieser politischen Strömung an einer Führungsgruppe ebenso wie an einer herausragenden Führungsfigur. Vereinzelt wurde bereits bei der Bundestagswahl versucht, seriöse Personen sichtbar auf den Listen zu platzieren. In Sachsen warb die DVU mit einem ehemaligen Mitglied der CDU, das bereits Erfahrungen als Angehöriger des Bundestags besitzt, und die NDP setzte an die Spitze ihrer Landesliste einen Rechtsanwalt aus Zittau. Von Besetzungen mit ehrgeizigen Leuten, die eine politische Karriere suchen, gehen nicht selten zusätzliche Antriebe aus, die gegen eine Vereinigung oder auch nur ein Zusammenwirken der Rechtsextremisten wirken. Doch wird ihre Zersplitterung, deren Ergebnisse ja an den Wahlergebnissen des 27. September ablesbar sind, auch als ein Hemmnis empfunden. Schon liegen Namen für eine Einheitsfront vor, wofür „Vaterländisches Bündnis“ oder „Patriotische Liga“ vorgeschlagen wurden. Doch dürfte das Gegeneinander – schon hat die in Sachsen stärkste der rechtsextremistischen Parteien, die NPD, ihre eigene Liste für die 1999 kommende Landtagswahl aufgestellt[5] – kaum zu überwinden sein, solange sich nicht wenigstens in einer dieser Parteien eine Personage von Führern und ein ideologisch-politisches Kraftzentrums herausgebildet hat.

Welche Wirkung das Auftreten eines als geeignet angesehenen Führers haben könnte, zeigt eine Befragung in Sachsen-Anhalt unter 834 jungen Leuten im Alter von 18 bis 27 Jahren an. Von ihnen meinte ein Drittel, Deutschland brauche „wieder einen starken Mann“.[6] Erhebungen, die jüngst in ausgewählten deutschen und ausländischen Städten unter Angehörigen der jüngeren Generationen angestellt wurden, bestätigten die weite Verbreitung von Vorstellungen, dass ein herausragender Führer den jeweils gewünschten Wandel durchzusetzen imstande sei. Rechtsextremisten in Deutschland empfanden sogar einen Erklärungsbedarf für das Fehlen einer Führergestalt. Sie fassen eine besondere, der geschichtlichen Erfahrung entgegengesetzte Abfolge der Überwindung ihrer Schwäche ins Auge. Nachdem es heißt, „ein Adolf Hitler wird einem Volke nur einmal in tausend Jahren geschenkt“ und so die Vergeblichkeit des Wartens auf einen zweiten Führer seiner Größe ausgesprochen ist, wird Hoffnung darauf geweckt, dass sich eine Führung doch herausbilden könnte, wenn alle Kräfte „der Rechten“ zusammenrücken würden.[7]

Also: Entwarnung? Die Antwort „Nein“ gründet sich auf eine Anzahl weiterer Beobachtungen. Erstens auf die erwiesene und in vielen Umfragen in Zahlen erfasste Tatsache, dass es in dieser Gesellschaft ideologisch und moralisch ein erhebliches Potential an völkischem, nationalistischem und rassistischem Denken gibt. Es drückt sich gegenwärtig nicht annähernd im Wahlverhalten der Bürger aus, doch gibt es keine Sicherheit dagegen, dass es im Weiteren nicht in einen Zustand des politischen Vagabundentums übergehen kann. Vorerst fallen das ideologisch-politische und das Wählerpotential also auseinander. Doch wenn das erstgenannte sich zusammenschließen würde, hätte das fraglos auf seine Anziehungskraft eine verstärkende Wirkung und. es wäre dann die Entstehung eines Sogs denkbar, der Wähler aus CSU, CDU und anderen Parteien herauszieht.

Wenn die Größe rechtsextremistischer Gefährdung beurteilt und abgeschätzt werden soll, dann dürfen nicht nur die organisatorischen Stützpunkte der bekannten Parteien (Republikaner, Nationaldemokra-

---

5 Die Angaben über Sachsen sind entnommen: Was droht bei einer „rechten Einheitsfront“? In: junge Welt, 12. Oktober 1998.

6 Durchgeführt wurde die Befragung vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum in Berlin-Brandenburg e. V., S. „Kein Hort rechtsextremen Gedankenguts“, in: „Der Tagesspiegel“, Ausgabe vom 28. Oktober 1998. Nahezu der gleiche Anteil – 34 Prozent – stehe Ausländern „ablehnend“ gegenüber.

7 René Heilig, Glatzen sind nicht nur Hohlraumdeckel. „Neues Deutschland“, 11. September 1998.

ten und Deutsche Volks-Union) sowie deren Mitglieder- und Wählerzahlen ins Blickfeld genommen werden. Sie besitzen ihr strukturiertes Reservoir in den vielen ihrerseits um Vernetzung bemühten örtlichen, in keinem Vereinsregister, sondern allenfalls in den Überwachungsberichten erfassten Zusammenschlüssen, in denen militante Kräfte dominieren. Deutlich erkennbar bemühen sich die rechtsextremen Parteien um deren Gewinnung, wobei sie beachten, dass sie ihre Legalität nicht gefährden. Deshalb distanzieren sie sich öffentlich von den verbrecherischen Gewaltaktionen dieser Kleingruppen („braunen Kameradschaften“[8] und versuchen sogar, zum Zwecke von deren Indienstnahme an ihnen eine gewisse Umerziehungsarbeit zu leisten, die sich offenkundig nicht auf die Ideologie, aber auf die Taktik des Vorgehens bezieht. Wer durch Nazipropaganda und fremdenfeindliche Gewalttaten in Erscheinung getreten ist, dem wird derzeit von der DVU auch, die Aufnahme als Mitglied verweigert.[9] Frey erklärte in der schon erwähnten Pressekonferenz gar: „Wer mit ihnen (kriminellen Banden) Kontakt hält, wird aus der DVU gefeuert.“[10] Zur gleichen Zeit, und das zeigt, wie weit die Rechtsextremisten taktisch auseinander liegen können, aber suchte die NPD in Rostock einen Aufmarsch ihrer Anhänger an eben jenem Ort durchzusetzen, an dem sechs Jahre zuvor ein Asylheim für Ausländer in Brand gesetzt wurde.

Jenseits der Parteien und Kleingruppen aber existiert ein Massenpotential, das die in ihnen nicht vertretene Bürgerschaft bildet. Das zeigte sich zuerst und am drastischsten in Hoyerswerda und in Rostock-Lichtenhagen. Gewalt gegen Menschen, Fremde und Einheimische, wurde akzeptiert, beklatscht, und das konnte von den Tätern nur als eine Ermutigung und Bestätigung verstanden werden. Weit über den Kreis der Brandstifter, Totschläger und Mörder hinaus hat sich in der Gesellschaft ein neues Verhältnis zur Aggression gegen Individuen und Gruppen herausgebildet. Dieses Verhältnis zur Gewalttätigkeit, das die Naziführer von den Schlachtfeldern und aus den Schützengräben des Ersten Weltkriegs mitbrachten, verbreitet sich heute in Generationen, die glücklicherweise keinen Krieg erleben mussten. Die Quelle ihrer gedanklichen und emotionalen Einstellung zu Menschenleben missachtender Tat erwächst aus dem Boden einer Gesellschaft, in der die Konkurrenz unter und zwischen Kapitalisten, kleinen Warenproduzenten, Arbeitern und Angestellten an Schärfe extrem zugenommen hat.

Die ethischen, vom Christentum, von der Aufklärung und in der Arbeiterbewegung postulierten Werte wirken für immer weniger Menschen orientierend. Das Ja zur Gewalt dringt durch die verschiedensten Poren in die Gesellschaft und sie schwitzt es auf vielerlei Weise wieder aus. Nur wenige nehmen den alltäglichen Vorgang überhaupt wahr. Nach dem jüngsten Fall von Rowdytum auf der Rennstrecke in Belgien erschien eine Boulevardzeitung mit der Balkenüberschrift „Schumacher, der Hass fährt nun mit“. Wie kann das noch von Aufhetzung zum Totschlag mittels eines Mordfahrzeugs unterschieden werden? Welcher Presserat zuckt da überhaupt noch? Denn gegen wen richtet sich dieser Hass? Gegen wen soll er sich entladen? Gegen den Ausländer am Lenkrad des anderen Rennwagens, der „dem Deutschen“ den Weg zur Weltmeisterschaft versperren will, wie es. unlängst bei einem anderen Geschäft angeblich ein norwegischer Schiedsrichter getan haben soll.

Wenn irgendwo in diesem Deutschland eine Gewalttat an einem Fremden begangen wird, lautet die erste Frage, war es eine politische Untat und war sie ideologisch geprägt? Geschah es nicht vielleicht „nur“ aus Langeweile und hervorgerufen durch „unpolitische Trunkenheit“? Auch an den Ursachen, aus denen sich die DVU-Wähler in Sachsen-Anhalt formiert hatten, wurde mit Vorliebe herumgerätselt. Wollten sie den Politikern nicht einfach einen „Denkzettel“ verpassen? Hatten sie ihre Entscheidung nicht aus Protest getroffen, das meint: „nur“ aus Protest getroffen? Und war reaktionäre, gar faschistische Ideologie daran ganz unbeteiligt? Zum einen ist die Alternative konstruiert, und zum anderen ist zu fragen: Wieviel nationalistische, rassistische geistige Aufladung muss es denn sein, bis jemand als ideologisiert angesehen wird? Angesichts solchen Fragens fühlt man sich an die SA-Leute

---

8 Zu den Erscheinungsweisen dieser Kleingruppen, ihrer Kleidung, ihren Zeichen und Symbolen, ihrer Grußformeln und anderer Codes s. Markus Wallenberg, „Mit verbotenem Gruß!“ In: „Neues Deutschland“, 12./13. September 1998.

9 Nach der Auskunft des Vizepräsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt, Werner Sprado. In: Weniger dumm als erhofft. „Neues Deutschland“, 11. September 1998.

10 Dieter H. Michel, DVU sieht sich bereits im Bundestag. In: „Neues Deutschland“, 12./13. September 1998.

Görings, Pfeffers und Röhms und die SS-Leute Himmlers erinnert. Die werden zu Recht als geistig faschisiert wahrgenommen, ihre Nachfahren und Nachahmer hingegen merkwürdigerweise nicht. Welche Vorstellungen haben fahndende Kriminalpolizisten und ermittelnde Staatsanwälte im Jahre 1998 von der Ideologisierung der Mörder von Potempa 1932? Die hätten doch auch keine Prüfung über „Mein Kampf", Darrés Blut-und-Boden-Mythologie oder Rosenbergs „Mythos" bestanden. Es genügte ihnen völlig, den Arbeiter, den sie zu Tode trampelten – dem Opfer wurde die Halsschlagader durch Fußtritte zerrissen – als einen „linken und polnischen Hund" auszumachen. Ein paar dürftige Versatzstücke menschenverachtender Ideologie reichten damals und reichen heute hin, um Täter zu formieren. Das Orakeln über deren Geistesverfassung ist gekünstelt und die These von den Verführten mehr dazu geeignet, von den Sachverhalten abzulenken, als Hilfestellung für nüchterne Bilanz und zur Bekämpfung der „Rechtsextremisten" zu geben. Denn für die übergroße Masse der Gefolgsleute der äußersten Rechten galt noch stets, dass sie verführt, also gegen ihre eigenen Grundinteressen ausgerichtet wurde. Es ist geradezu zynisch, über Irrtum und Verführung daher zu reden, wenn Körperverletzung und Totschlag, Verwüstung und Brandstiftung, Jagd und Vertreibung sich immer wieder auf die ideologisch markierten Opfer richten. Von Verführung kann und muss indessen geredet werden, wenn nach Barrieren gefragt wird, welche den weiteren Zustrom in diese Gruppen verhindern könnten.

Zurück zur Antwort auf die Frage: Warum keine Entwarnung. *Zweitens:* Das erwähnte Massenpotential, geprägt durch – allgemein gesprochen – reaktionäres Denken und eine verdorbene Gefühlswelt kann in Bewegung geraten und unter veränderten Bedingungen neues politisches Gewicht gewinnen. Eine solche Veränderung ist angesichts der Unwägbarkeiten der Entwicklungen und Folgen von Europäisierung und Globalisierung von niemandem wirklich auszuschließen. Ein erheblicher Teil der Deutschen wird heute, ohne darauf selbst mit einer direkten Entscheidung Einfluss genommen zu haben, auf den Weg nach Europa geführt. Und diese Mehrheit geht ihn jedenfalls geistig mit einem Übergepäck von fremdenfeindlichem und nationalistischem Denken. Sie ist davon überzeugt, dass die Deutschen die leistungsstärksten unter allen Europäern sind. Die Ergebnisse der Arbeit von Millionen während der Nachkriegsjahrzehnte werden als Beweis für besondere biologische und charakterliche Eigenschaften der „Nation" gewertet. Diese Mehrheit vermag sich ihre Stellung im Europa der Zukunft nur als herausragend zu denken, sich aus ihr nur Nutzen und Vorteil zu errechnen (das schließt Befürchtungen ganz anderer Art nicht aus). Sie zieht nach Europa mit dem festen Willen den „Standort Deutschland" zu verteidigen, was nichts anderes heißt als wirtschaftlich, sozial und geistig auf dem Kontinent den führenden Platz zu beanspruchen. Und wenn diese Knabenträume nicht reifen? Wessen Weizen wird dann blühen?

Drittens schleppt die deutsche Gesellschaft auf diesem in seinem Verlauf unbestimmten Zug nach Europa im Kopf wie im Bauch eine Unmasse unverdauter Geschichte mit sich. (Dass das auch für die anderen Züge gilt, schafft keine Beruhigung und ergibt keinen Gleichstand, denn diese deutsche Geschichte ist gravierend anders verlaufen als die aller anderen Europäer.) Wer sich über dieses Unverdaute nach der Goldhagen-Debatte noch täuschen mochte, der wurde spätestens durch den immer wieder aufflammenden Streit um die Ausstellung „Vernichtungskrieg" eines anderen belehrt, und zwar sowohl durch die Bilder aus den Straßen Münchens *wie* auch durch die Texte mehrerer Bundestagsreden und die in Bonn getroffenen Entscheidungen. Dabei nehmen die verschiedenen Lager der Rechtsextremisten zur Geschichte des deutschen Faschismus und des Zweiten Weltkriegs keine einheitliche Haltung ein. Während eine Minderheit sich auf das Leugnen auch der längst und unabweisbar erwiesenen Verbrechen verlegt, bezieht die Mehrheit und beispielsweise auch die Führungsgruppe der DVU eine flexiblere, aber nicht weniger verlogene Haltung. Sie beteuert: „Wir bedauern zutiefst das NS-Unrecht", setzt dem aber die Zurückweisung deutscher „Kollektivschuld", die kaum jemand behauptet, voran und lässt darauf die Attacke gegen die „ewigen Sühnekampagnen" folgen. Auf diese Weise wird das unverbindliche und folgenlose „Bedauern" gegenüber den härtesten Verweigerern der Wahrheit entschärft und für sie verträglich gemacht. An anderer Stelle des DVU-Wahlprogramms folgt dann jedoch Klartext mit der bekannten Formel „Ehrenschutz für ehemalige und gegenwärtige deutsche Soldaten". Unaufrichtigkeit gegenüber der jüngsten deutschen Geschichte ist allen Strömungen und Färbungen des „Rechtsextremismus" gemein, die – nicht anders als einst die

NSDAP – das deutsche Volk als ein Opfer von Herabsetzung und Misshandlung durch ausländische Kräfte erscheinen lassen wollen, denen deutsche Politiker dienstbar sind.

Die heutige geistige Befindlichkeit von Millionen Deutschen ist jedoch, und das erinnert auch an die zwanziger Jahre, nicht das Produkt des Wirkens der „Rechtsextremen“ allein und nur zu einem geringen Teil ihr Werk. Diese profitieren – wie damals die NSDAP–von den unrühmlichen Leistungen der Parteien und Politiker, die sich als diejenigen der Mitte bezeichnen. Wie nach dem Ersten Weltkrieg, so wurde nach dem zweiten zu politischen Zwecken ein Zerrbild der Rolle der Deutschen, ihrer Führer wie der Massen verbreitet. Der Weg für die Fälscher war im zweiten Falle wegen vieler unabweisbarer Tatsachen und Erkenntnisse länger. Sie sind ihn dennoch gegangen und massenhaft an ihr Ziel gelangt. Es ist gelungen, in den Köpfen von Millionen Wesen und Rolle des deutschen Faschismus zu beschönigen.

Die Geschichte dieses geistigen Betrugs und Selbstbetrugs ist lang. Sie begann nicht nur in Rede und Schrift, sondern mit gezielten Aktionen, von denen politische und geistige Wirkungen auf die Masse der Bevölkerung in der (Alt-)Bundesrepublik ausgingen. Konrad Adenauer und Theodor Heuss setzten sich, ohne dafür Reklame zu machen, für die Freilassung derjenigen ein, die in Nürnberg 1945 von den Alliierten zu Haftstrafen verurteilt worden waren. Dann wurde den eben Freigelassenen die Möglichkeit eingeräumt, ihr Geschichtsbild unter die Bewohner der Bundesrepublik zubringen. Da das weithin vergessen worden ist, sei an die zweibändigen Memoiren des aus Spandau entlassenen Oberkommandierenden der Kriegsmarine Erich Raeder erinnert, in denen er 1956/57 sich als „ein Seemann und Soldat“ vorstellte, der „voll Mühe und Arbeit“ einem „herrlichen Beruf“ nachgegangen sei und nur „für den Schutz des Reiches nach außen“ eintrat. 1958 folgten die Erinnerungen des ebenfalls aus dem Gefängnis in Spandau entlassenen Großadmirals, des Hitler-Verehrers und Hitler-Nachfolgers Karl Dönitz. Der konstatierte: „Es war im Kriege meine wie unser aller Pflicht als Soldaten, unter vollem Einsatz alles zu tun, um ihn militärisch zu gewinnen.“ Und an anderer Stelle: „Niemand sollte das Soldatentum des letzten Krieges herabsetzen.“ Das wurde vor vierzig Jahren gedruckt und diese Denkweise erhielt sich und gehört eben zu jenem Übergepäck, mit dem so viele Deutsche nach Europa gehen. Was Väter einst als Lektüre gierig verschlangen, wirkte – wie in München und anderswo demonstriert – unter den leiblichen und geistigen Nachkommen der faschistischen Krieger nach. Diese Art, deutsche Geschichte zu betrachten, gipfelt, in der These, die Deutschen würden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ungerecht behandelt und in einen Sonderstatus gezwungen. Daraus folgt dann beispielsweise die von der DVU ebenso wie von anderen Rechtsextremen erhobene rein demagogische Forderung: „Gleichberechtigung für das deutsche Volk muss durch konsequente Politik endlich Wirklichkeit werden.“[11]

Es. gehörte zur Volksverdummung und -verhetzung durch die Hitlerpartei – und deren Vorgehen wird auch in. diesem Punkte von den Nachfolgern und Nachahmern fortgesetzt – Ängste auszubeuten oder sie zu erzeugen. So wurde den Deutschen eingeredet, sie seien von vielen furchtbaren Feinden umgeben. Von diesen „Feinden“ wurde ein geheimnisvolles und verschwommenes Bild gezeichnet. Das betraf seinerzeit in erster Linie die Juden, deren Synagogen als Orte dargestellt wurden, in denen die geheimsten und bedrohlichsten Pläne geschmiedet und Geschäfte abgewickelt würden. Es liegt exakt auf dieser Argumentationslinie, wenn, nun gegen die türkischen Anhänger des Islam gerichtet, ähnliche Horrorbilder entworfen werden. So wird jungen und ahnungslosen Mitgliedern und Anhängern der „Republikaner“ in München bei einer „Schulung“ über den „Koran“ erzählt, Moslems würden mit der Absicht nach Deutschland kommen, es zu unterwandern und gegen das Christentum vorzugehen. Was die Tempel der Juden waren, sind nun die Moscheen, hinter deren Türen niemand sehen und hören könne und in denen sich irgendwelche Verschwörer verabreden würden. Was den deutschen Faschisten einst die erfundenen „Protokolle der Weisen von Zion“ waren, dazu soll deren Nachfahren der „Koran“ dienen. Im einen wie im anderen Falle werden Ahnungs- und Urteilslosigkeit und die Blödheit von provinziellen Deppen ausgebeutet.[12]

---

11 DVU-Wahlprogramm 1998. Zitiert nach Flugblatt.

12 Claudia Peter, Hilfe, die Scharia kommt. „Neues Deutschland“, 11. September 1998

So viele Verdienste sich die demokratische Strömung der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung um die Charakterisierung der Naziideologie und der Methoden, sie unter die Massen zu bringen, erworben hat, soviel sie zur Aufhellung der Ursachen der Geschichte des Zweiten Weltkriegs leistete, nicht sie hat je das Geschichtsbewusstsein der Massen in der Bundesrepublik zu bestimmen vermocht. Doch geht es inzwischen nicht nur um den verklärten Blick in die Jahre von 1933 bis 1945, für den das Wort „Verharmlosung" die falsche Vokabel ist. Längst ist ein weit in die deutsche Vergangenheit zurückreichendes, von nationalistischer Überheblichkeit geprägtes Bild deutscher Geschichte gezeichnet und unter die Leute gebracht worden, das zum einen deren durch imperialistischen Expansionismus gekennzeichnete Besonderheit zum Normalfall moderner Staatengeschichte erklärt („... die anderen auch ...") und zum anderen – wie erwähnt – den Deutschen besondere und einmalige Eigenschaften beilegt, die sie schon immer über andere Völker herausheben würden. Dazu greift in der extremen Rechten ein Germanenkult, wie er sich etwa im Namen „Café Germania" ausdrückt[13], eines Treffpunktes in Berlin-Lichtenberg, um sich, der aus grauer mythischer Vergangenheit angeblich den Deutschen allein zuzuschreibenden Tugenden herleitet: Geschlossenheit und Disziplin, Treue und Gemeinsinn, Arbeitsfreude, Ehrlichkeit und Sauberkeit usw. Da hinein ordnet sich auch, dass die rechtsextremen Parteien wie die DVU in ihrem Wahlflugblatt für die Bundestagswahl und bei vielen anderen Gelegenheiten sich als diejenigen anbieten, die den entschlossensten Kampf gegen „Kriminalität" zu führen beabsichtigen und fordern, gegenüber den „Schwerverbrechern" die Samthandschuhe auszuziehen und der angeblichen „weichen Welle" ein Ende zu machen. In einer Volksbefragung – da tauchte der gedachte Zweck der Demokratisierung der Verfassung wieder auf – soll' über die „Einführung der Todesstrafe bei Kindesmord" entschieden werden.[14] Solche Sicht braucht geradezu Gegenbilder und erhält sie – wie einst – nicht nur in Gestalt der verschiedensten Fremden, sondern auch in derjenigen von Deutschen, deren Verhalten diesem Ideal nicht entspricht und die dieses ganze Geschwätz allein durch ihr Dasein ad absurdum führen. Jedenfalls und im Widerspruch zu allen Erklärungen, denen zufolge sich die Deutschen unter der Führung ihrer gewählten Politiker an der Spitze des Zuges nach Europa befänden, verbreitet sich – und dies noch bevor überhaupt negative Erfahrungen vorliegen – in Deutschland von der Oder bis zum Rhein eine nationalistisch betonte Gesinnung, über deren mögliche Transformation in politische Voten und Haltungen derzeit niemand etwas Genaues vorhersagen kann.

Genügen diese drei Überlegungen nicht, um im Hinblick auf Möglichkeiten, die künftige geschichtliche Entwicklung prägen können, Phantasie zu entwickeln und die gegenwärtigen Erscheinungen des „Rechtsextremismus" in eine denkbare Perspektive zu bringen? Es geht nicht um Horrorszenarien und schon gar nicht darum, vor deren Hintergrund sich selbst in Pose zu setzen. Zu erinnern ist vielmehr daran, dass es schon einmal ein Mangel an geschichtlicher Phantasie war, der den Faschisten und anderen Rechtsextremisten der zwanziger. Jahre zugutekam. „Deutschland ist nicht Italien", lautete damals eine der Fehldiagnosen, die Beobachter sehr verschiedener politischer Couleur stellten. Damals verbanden sich die Hoffnungen auf die Behauptung der Republik mit dem Vertrauen darauf, es werde so schlimm schon nicht kommen, nach dem in diesen Bereichen deutlich als falsch erwiesenen Sprichwort, wonach nichts so heiß gegessen wie gekocht wird. Die Krise, so wurde gehofft, werde abflauen und das Potential der Nazis sich so rasch wieder verlaufen, wie es sich gesammelt hatte. Dabei hatten diese Prognostiker einen wesentlichen Faktor in ihre Rechnung nicht eingeführt, das Interesse des Kapitals zum Zwecke der Behauptung und Befestigung des eigenen Herrschaftssystems an Stelle der verlorenen eine neue Massenbasis zu gewinnen, gleichgültig unter welcher Flagge. Kurzum: Es fehlt nicht an Gründen, die Gefahren die den bürgerlich-demokratischen Zuständen drohen, eingedenk der Warnung, den Anfängen zu wehren, ernst zu nehmen und zu sorgen, dass ihnen keine Fortsetzungen folgen.

Das führt zurück zu der Eingangsthese von der Hilflosigkeit der Gesellschaft. Ist sie es wirklich oder hat sie nur die in ihr existierenden Kräfte nicht freigesetzt? Und wenn das letztere zutrifft: Hat sie es bisher einfach nicht für nötig gehalten, weil der „Rechtsextremismus" als eine marginale Erscheinung

---

13 Einig gegen Neonazi-Treff, „Neues Deutschland", Berliner Ausgabe, 16. September 1998.

14 DVU. Was wollen wir wirklich? Flugblatt 1998.

galt, oder wird sie von anderen gesellschaftlichen Kräften daran gehindert? Ernstlich beunruhigt vom gegenwärtigen Anwachsen des „Rechtsextremismus“ und den daraus möglicherweise entstehenden Folgen ist in der Bundesrepublik Deutschland nur eine Minderheit der Gesellschaft. Diese Minderheit ist nicht weniger fraktioniert als ihre Gegner. Getrenntes Operieren kennzeichnet sie stärker als Aktionsbündnisse und „runde Tische“. Notwendig aber wäre eine Bündelung der verstreut wirkenden oder gefesselten Energien. Was steht ihr entgegen? Zuvörderst jener aggressive Antisozialismus, der nicht nur gegen die Sozialisten und alle Linken zielt, sondern alle disziplinieren soll, die sich nicht an Vorurteilen orientieren, sondern anhand ihrer eigenen praktischen Erfahrungen, und die haben vielen erwiesen, dass es auf der Linken eine verlässliche und zunehmend kritisch aufgearbeitete Tradition des Kampfes gegen die Rechtsextremen gibt. Kooperation wird weiterhin von der verbreiteten Spielart des Anti-Antifaschismus behindert, dessen Verfechter behaupten, der Antifaschismus sei nur ein Etikettenschwindel der Linken oder diene ihnen als Tarnkappe.

Doch täuschen wir uns nicht darüber, in welchem Maße in den Flüssen, Bächen und Rinnsalen der Linken, die insgesamt auch keinen Strom ergeben, sich zumindest missverständliche Losungen, elitäres Auftreten, verkrustete Vorstellungen und Praktiken über Strategien und Taktiken antreffen lassen, die auf denkbare Partner nur abschreckend wirken können. Nicht zuletzt tut das der bornierte Antinationalismus jener „Antideutschen“, die sich offenbar für eine besonders fortgeschrittene Elite von Inter- oder Transnationalen halten und deren intellektueller, aber dummer Hochmut beschreibbar ist. Dämliche Losungen wie „Nie wieder Deutschland“ oder „Nie wieder Heimat“ mögen von manchen ihrer Verfechter subjektiv vernünftig und durchdacht gemeint sein. Doch was ist eine Parole, deren Erklärungs- und Einschränkungsbedarf einen Text im Umfang einer Broschüre verlangt? In mancher linken Reihe scheint zudem ein aus unheilvoller deutscher Vergangenheit bekannter Grundsatz noch immer zu gelten, der besagte: „Viel Feind’, viel Ehr’“. Der ist erwiesenermaßen aber halsbrecherisch.

Ohne einen Führungsanspruch geltend zu machen, können deutsche Linke sich jedoch mit vollem Recht darauf berufen, dass ihnen aus ihrer Geschichte im Kampf gegen die „Rechtsextremen“, in der es rühmliche und unrühmliche Seiten gibt und – leider – häufiger Niederlagen als Siege, Erfahrungen zugewachsen sind, die andere nicht besitzen und die sie nicht als ein zu wahrendes Monopol betrachten. Deren kritische Aufarbeitung scheint nicht in allen gegenwärtigen Strömungen der Linken gleichermaßen fortgeschritten zu sein. Diese Erfahrungen liegen nicht ungeordnet vor, sondern sind schon von denen, die sie gewannen, auch theoretisch verarbeitet worden. Das führte frühzeitig zu dem Versuch, Wesen und Erscheinung des eben aufgekommenen Faschismus zu sondieren und dieses Wesen zu erfassen. Gründlich wurde die Ideologie des Faschismus analysiert, seine Programmatik, die Praxis seiner Politik auf dem Wege zur Macht, die Ursachen seines Massenzulaufs u. a. m.

Heute hindern wohl vor allem eine Tatsache und zwei Argumente die angemessene Berücksichtigung dieser verdienstvollen theoretischen Arbeit, an der Marxisten vieler Länder – Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten – beteiligt waren. Die Tatsache lässt sich schlicht in das Wort: Unkenntnis fassen. Dafür trifft auch die Gesellschaftswissenschaftler der DDR ein gerüttelt Maß an Schuld, denn sie haben sich dieser Erbschaft, angehäuft in den zwanziger und dreißiger Jahren, in seiner ganzen Fälle verweigert und es stattdessen nur selektiv zur Kenntnis genommen und verbreitet. Und von den beiden Argumenten lautet das eine, schon erwähnte: Wir hätten es mit einem völlig neuartigen „Rechtsextremismus“ zu schaffen, so dass die Rückbesinnung auf Geschichte und Theorie für dessen Erfassen nur hinderlich sei. Und das andere verkürzt die marxistische Faschismustheorie auf die sogenannte „Dimitroff-Definition“ und sieht in ihr eine Leerformel, die weder zum Verständnis des seinerzeitigen noch des heutigen Phänomens irgendetwas tauge. Es erfordert Geduld, sich mit diesen Fehl- und Vorurteilen auseinander zu setzen. Tatsächlich führt der Rückgriff auf die Definition des Komintern aus dem Jahre 19343 nicht weit. Sie bezog sich auf den *an die Macht* gelangten Faschismus. Mit dem hat es in Deutschland und Europa heute niemand zu tun. Eine vergleichbar verknappte definitorische Bestimmung des Faschismus *vor der Macht* wurde nie gegeben, was aber eben nicht bedeutet, dass sein Auftauchen kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs von Marxisten nicht augenblicklich auch als eine theoretische Herausforderung begriffen worden wäre. Ohne den Weg der

Erfassung des neuartigen Phänomens des Faschismus in seinen Erscheinungsweisen als Partei, Ideologie, Organisation und Bewegung hier nachzeichnen zu können, soll doch der Extrakt dieser Arbeit summiert werden. *Erstens:* Die marxistischen Theoretiker haben den Faschismus schon im Stadium seines Entstehens als eine politische und geistige Strömung entlarvt, die nicht über den Kapitalismus hinauswollte (also nicht radikal gegen ihn, sondern extrem in ihm platziert war), sondern auf eine andere Verfasstheit dieser Gesellschaft aus war, die sie ein für alle Mal von allen kritischen Zuständen befreien und ihr eine nie gekannte Stabilität geben werde. Sie haben nachgewiesen, dass in den faschistischen Parteien und Gruppierungen die Interessen des Kapitals und nicht die der Arbeiter und der Kleinbürger vertreten wurden. *Zweitens:* Die Marxisten haben innerhalb der faschistischen Bewegung von vornherein zwischen der Führungsgruppe berufsmäßiger Politiker, die eine Karriere suchten und dann von Parteiführern zu Staatsmännern und historischen Größen aufsteigen wollten, und deren Anhängern unterschieden, die sich diesen Führern leichtsinnig und gläubig anvertrauten. Auf diesen Widerspruch gründete sich ein Gutteil ihrer Gegenstrategie. *Drittens:* Sie haben Politik und Programm der Faschisten als ein Angebot an die Herrschenden und Mächtigen in der kapitalistischen Gesellschaft angesehen und herausgearbeitet, dass das Echo darauf zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern unterschiedlich ausfiel und dass es in einem erheblichen Grad nicht nur von der Situation, sondern auch von den jeweiligen Traditionen abhängig war. Viertens: Sie haben den antihumanen Charakter der Ideologie und der Ziele des Faschismus herausgearbeitet und nachgewiesen, dass es sich beim Faschismus nicht nur um eine Bewegung gegen die sozialistischen Bestrebungen der Arbeiter handelte, sondern um eine Totalabsage an jede aufklärerische Idee und Programmatik. Die Faschisten wurden als die gefährlichste Spezies der Dunkelmänner dieses Jahrhunderts begriffen und bloßgestellt. Von diesen fest gegründeten Urteilen marxistischer Faschismusanalyse ist heute kaum noch die Rede, indessen und umso mehr von ihren Irrtümern und Irrwegen. Diese Verfahrensweise schädigt die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen und ihrem äußersten Flügel, den (Neo-)Faschisten. Denn es ist heute wie damals notwendig, die Führer und ihre Programme zu entlarven – und eben dafür bietet der vor einem Menschenalter ausgetragene antifaschistische Kampf, der in Italien, Deutschland und Spanien mit Niederlagen, in Frankreich mit einem Erfolg endete, Anregungen die Menge. Wie die Rechtsextremisten und die (Neo-)Faschisten, man sehe sich ihre Farben, Zeichen, Losungen, Symbole, Plakate, Zeitungen und Programme an, das Fahrrad nicht neu erfunden haben, so brauchen das auch ihre Gegner nicht zu tun.

Heute wie damals ist es unerlässlich, der Gefolgschaft dieser rechtsextremen Führer, statt sie als Verführte und Missbrauchte zu bedauern oder gar zu hätscheln, unmissverständlich zu sagen, mit wem und worauf sie sich da eingelassen haben, und ihnen zu verdeutlichen, dass sie einer Übermacht entgegenstehen. An letzterem mangelt es vor allem und an einer Verständigung darüber, wie das zu bewerkstelligen ist. Es geht nicht nur und nicht einmal im ersten Schritt darum, Rechtsextreme eines Besseren zu überzeugen, sondern sie einfach zu entmutigen, sie einer spürbaren Verachtung auszusetzen, ihnen ihr Außenseiterdasein zu veranschaulichen.

Damit habe ich mich schon – abschließend– auf Gedanken zur praktisch-politischen Auseinandersetzung mit dem „Rechtsextremismus“ eingelassen. Das führt über das mir gestellte Thema hinaus und ist nicht mehr als ein Beitrag zur Diskussion über die anti-rechtsextremistische Strategie und Taktik, über die mehr gestritten und die vor allem breiter erprobt werden sollte. Die direkte Konfrontation mit den dreist hervortretenden Rechtsextremisten, die nach alter Devise verfahren – sie lautete „Die Straße frei den braunen Bataillonen ...“ und sie heißt heute in der Formulierung des Führers der NPD Udo Voigt wenig verändert „Kampf um die Straße“[15] – ist notwendig, erfordert Mut und verlangt Respekt. Mittlerweile sollte aber darüber geredet werden, ob diese Aktionen nicht etwas Rituelles gewonnen haben und worin dann ihre Effekte bestehen.

Gefragt werden muss auch, ob Antifaschisten und Anti-„Rechtsextremisten“ mit ihren Gegendemonstrationen nicht ein geschichtliches Muster verabsolutieren, dass damals schon seine Grenzen besaß. Wäre nicht in viel stärkerem Maße zu versuchen, die Kräfte zu mobilisieren, die über ungleich

---

15 René Heilig, Glatzen sind nicht nur Hohlraumdeckel. „*Neues Deutschland*“, 11.9.1998.

mehr Mittel und Macht verfügen, mit denen die Ausuferung dieses rechtsextremen Stroms verhindert werden könnte? Sind die Demonstrationen und Forderungen also immer richtig adressiert? Ergäbe es nicht – beispielsweise – einen Sinn, zu den Ministerien der Justiz und für Volksbildung und vergleichbaren Einrichtungen zu ziehen und von deren Leitern Rechenschaft darüber zu verlangen, wie sie ihre Mittel einsetzen und ihre in aller Regel doch schon gemachten Versprechungen erfüllen? Die Lehrerschaft an allgemeinbildenden und Berufsschulen besitzt ihre Möglichkeiten, den Zustrom zu den Rechtsextremisten zu blockieren. Aber wie weit sind die entwickelt? Und was hat das Familienministerium eigentlich getan, um Tausenden heute noch ratlosen Eltern zu helfen, in der eigenen Wohnung zu verhindern, dass immer mehr Kinderstuben in ihrer Drapierung von Devotionalienläden der Rechtsextremen nicht unterschieden werden können? Ein demokratischer Rückenwind könnte helfen, Bildungs- und Trainingsprogramme gegen den „Rechtsextremismus“ für alle durchzusetzen, die mit jungen Leuten zu tun haben, also den erwähnten Lehrern ebenso wie den Richtern und Staatsanwälten und auch den künftigen und den bereits tätigen Bundeswehroffizieren. Ihr Wissen und ihre pädagogisch-psychologischen Fähigkeiten wären auf einen der Bedrohung angemessenen Stand zu bringen. Das mag manchem viel zu staatsfromm erscheinen oder als wenig erfolgreich vorkommen. Doch ist die Probe aufs Exempel nicht ernsthaft gemacht. Und tatsächlich gibt es bereits eine Vielzahl von Initiativen, deren Ansätze, Pläne, Verlauf und Ergebnisse meist wenig bekannt gemacht werden. Das führt notwendig zu der Frage nach der Rolle der Medien, von denen nicht wenige darauf spezialisiert sind, Neugier und Sensationslust auf die Untaten der Rechtsextremisten zu richten, statt über Widerstand und Gegenwehr zu berichten.

Gewiss, um zu meinem Ausgangspunkt zurückzukehren, diese Gesellschaft leidet gegenüber der Erscheinung des „Rechtsextremismus“ auch an einer strukturellen Hilflosigkeit. Diese war und ist deren Nährboden, und der Verweis auf das Treiben von eben solchen Gruppen, die in der Krise der DDR-Gesellschaft aufkamen und begannen, ihr Unwesen zu betreiben, vermag daran nichts zu ändern. Wir haben es auch im Osten nicht in erster Linie mit unbestreitbar vorhandenen Nachwirkungen aus DDR-Zeit zu tun, sondern mit den aus der kapitalistischen Gegenwart und deren materiellen und geistigen Wirkungen hervorwuchernden Antrieben. Diese letzte Quelle der Hilflosigkeit kann von heute auf morgen nicht ausgetrocknet werden. Doch lassen sich erwiesenermaßen auch unter der jetzigen sozialen und politischen Verfassung unausgeschöpfte Möglichkeiten mobilisieren, den „Rechtsextremismus“ zurückzudrängen. Doch scheint der entschiedene, den gegenwärtigen Trend wendende Schritt von der Möglichkeit in die Wirklichkeit undenkbar ohne eine erhebliche Verstärkung des außerparlamentarischen wie des parlamentarischen Drucks auf die Regierenden im Bund und in den Ländern und auch auf die Politiker an der Spitze von Kommunen. Dazu gehört auch die entschiedene Einflussnahme auf diejenigen Verwaltungsgerichte, die entgegen den Wünschen der Legislative und der Exekutive in Städten und im Widerspruch zu den Interessen und Forderungen von deren Bewohnern immer wieder Genehmigungen für Aufmärsche von militanten Rechtsextremisten aussprechen und damit zudem Ländern und Kommunen immense Summen aufbürden, die für den Einsatz der Polizei erforderlich werden. So hat allein eine am 11. Juli 1998 in Chemnitz erlaubte Kundgebung der NPD den Freistaat Sachsen 1,56 Mill. DM gekostet, die an benachbarte Bundesländer für die aus ihnen herbeigerufenen Polizisten zu zahlen waren. Zu diesem Betrag kamen die Kosten für den eigenen Aufwand hinzu.[16]

Zumindest in ähnlicher Größenordnung dürften sich die Kosten für die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern bewegt haben, als das Oberlandesgericht in Greifswald für den 20. September 1998 einen als Wahlkundgebung deklarierten Aufmarsch der NPD in einem Stadtteil Rostocks zuließ. Der Bürgermeister der Stadt, die erste juristische Instanz und die Mehrheit der Bewohner hatte sich gegen den Auftritt der Rechtsextremen gewandt, dessen provokatorischer und ausländerfeindlicher Charakter die Tatsache sinnfällig zum Ausdruck brachte, dass der Aufmarsch – wie schon erwähnt – ursprünglich für exakt den Ort (Rostock-Lichtenhagen) beantragt wurde, an dem Jahre zuvor ein Aufnahmelager für ausländische Flüchtlinge in Flammen gesetzt worden war.

---

16 Diese Angaben wurden als Antwort auf eine Anfrage im Landtag des Freistaats gemacht S. Marcel Braumann, Teure Nazis: Des einen Freud, des andern Leid. „*Neues Deutschland*“, 18. September 1998.

Wie viele dieser und weiterer: Möglichkeiten sich letztlich mobilisieren lassen, ist keine Frage eines akademischen Streits über den Charakter dieser Gesellschaft und dieses Staates, sondern wird in der praktischen Aktion entschieden. Auch wenn 1999 kein Hitler vor den Toren steht, bleibt eine geschichtliche Erfahrung der frühen dreißiger Jahre zu bedenken, die zugleich die Erinnerung an einen verderblichen Irrtum der Kommunisten wachruft. Die verkannten, dass der Kampf gegen die von den Faschisten verkörperte Gefahr des „Rechtsextremismus“ in den Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft geführt werden musste, solange die nicht aufgesprengt werden konnten. Damals waren die Potenzen für eine geschichtliche Alternative nicht vorhanden und es bestand keine begründete Aussicht dafür, dass sie sich in relevanter Zeit schaffen ließen. Heute gilt das nicht anders als 1932.

Wider die Verfälschung deutscher Geschichte. Beiträge zum antifaschistischen Widerstand in Deutschland und zur Gründung der BRD und der DDR. (Hrsg.) Günter Judick/Hans Joachim Krusch, Essen 1999, S. 31-49.

Zweierlei Debatten

Von Goldhagen zu Courtois & Genossen

Am Ende dieses Jahrhunderts sind auf dem deutschen Büchermarkt Forscherarbeiten zur Geschichte erschienen, die wahre Kämpfe auszulösen vermochten. Sie wurden nicht „mit Pulver und Blei“ ausgetragen, aber doch vielfach mit äußerster Schärfe und Erbitterung. Dennoch hat sich so etwas wie Nebel über die Flächen gelegt, auf denen die Scharmützel, Gefechte und Schlachten stattfanden. Was geschah, als er sich auflöste und abgezogen war? Die Rede ist von den Debatten, die sich zuerst an Daniel Jonah Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ und danach an das „Schwarzbuch des Kommunismus“ anschlossen. Beide wurden von den herausgebenden Verlagen mit einem erheblichen Reklameaufwand auf den Markt geworfen. In beiden Fällen reisten die Autoren bzw. Herausgeber, ein Amerikaner und ein Franzose, durch deutsche Länder und präsentierten die Werke vor Publikum, Fernsehkameras und in Diskussionsrunden. Beide Bücher gerieten auf die Bestsellerlisten für Sachbücher. Das Vorgehen derer, die 1997 den „Nachläufer“ herausbrachten, war gewiss von den Erfahrungen mit dem „Vorläufer“ inspiriert. Und doch: Die Geschichte wiederholt sich nicht, weder in den großen, Weltpolitik genannten Dimensionen noch auf einem vergleichsweise so miniaturhaften Felde wie es der Buchmarkt darstellt. Angesichts der Art und Weise, in der Goldhagens Buch unter Käufermassen gebracht wurde, die auf fremde Urteile vertrauen mussten, wurde die Besorgnis laut, andere Werke, die in der Forschung einen höheren Rang beanspruchen könnten, würden es schwer haben, die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zu finden.

Der wesentlichste Unterschied, der sich in der Präsentation der beiden Bücher feststellen ließ, bestand im Verhalten der Fachleute. Als Goldhagens Arbeit in Übersetzung erschien, konstatierte der Stuttgarter Historiker Eberhard Jäckel knapp, es handle sich um ein schlechtes Buch, und empfahl gleichsam, zur Tagesordnung überzugehen. Aber es geschah etwas ganz anderes. Kaum einer der geladenen (ausschließlich westdeutschen) Experten, verweigerte sich der Einladung, vor den Kameras und in Riesensälen vor erwartungsgeladenem Publikum mit dem Autor zusammenzutreffen und seine Ergebnisse und Ansichten zu diskutieren. Obendrein befanden sich diese Diskutanten in einer schwierigen Lage, weil das Opus mit den Vokabeln „gut“ oder „schlecht“ nicht abzufertigen war. Vor allem aber hatte Goldhagen Fragen gestellt, die sich umso weniger abweisen ließen, als die deutschen Forscher sie über Jahre nicht oder nur am Rande ihrer Interessen verfolgt haften. Und dass Christopher Browning, wie Goldhagen USA-Bürger, nach dem Studium des dokumentarischen Schlüsselmaterials, das auch der Verfasser von „Hitlers willige Vollstrecker“ durchgesehen hatte, eben diese Fragen in seinem Buch „Ganz normale Männer“ bereits aufgeworfen und auf sie eine wohlabgewogene überzeugende Antwort gegeben hatte, war in das Bewusstsein selbst der historisch Interessierten nicht gelangt. Die Situation komplizierte sich, wie schon die Debatten in den USA gezeigt haften, weil das Publikum in seiner übergroßen Mehrheit den einfachen, leicht aufzunehmenden und leicht im Gedächtnis zu behaltenden Antworten zuneigt. Goldhagen bot sie in der einprägsamsten Form an. Und es kam ihm zugute, dass sich auch in Kreisen in Deutschland, die sich den sogenannten gebildeten Schichten zurechnen, ein halbes Jahrhundert nach dem Geschehen nicht herumgesprochen hatte, dass es außerordentlicher Anstrengungen bedarf, um in das „Geheimnis des Holocaust“ einzudringen. Jeder dieser mit Abitur und Hochschulabschluss Versehenen hat keine Schwierigkeit, sein Scheitern auf einer gewissen Stufe der Mathematik zuzugeben. Dass es ein Scheitern vor der Geschichte gibt, das freilich nicht – wie im Falle der Mathematik – als Kapitulation in Erscheinung tritt, sondern als Flucht ins unangemessen Vereinfachte, das einzugestehen, fällt ungleich schwerer oder wird von vornherein ausgeschlossen.

Nun also sind die aufgeregten Wochen lange vorbei. Und was geschah, nachdem sich in die Spalten der Bestsellerlisten andere Titel vordrängten? Zunächst wurde die Diskussion über die sich aus Goldhagens Buch ergebende Kernfrage „Die Deutschen und der Holoocaust“ dort weitergeführt, wo sie nach den Vorstellungen vieler Experten, die sich nach dem Erscheinen der Originalausgabe in Washington zur Diskussion eingefunden hatten, hätte beginnen sollen: in den Fachzeitschriften. Zudem wurden jetzt Urteile öffentlich gemacht, die kompetente Wissenschaftler unterlassen hatten, da

sie nicht in den Trubel und Jubel des von Reklame gesteuerten Willkommens hineinzugeraten wünschten. Raul Hilberg, der berühmte Wegbereiter der „Holocaust“-Forschung, äußerste sich nach eigener Aussage erst, als er in Rechnung zu stellen hatte, sein Schweigen könne als Zustimmung gedeutet werden. Dieter Pohl, Autor einer quellenfundierten Monographie („Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens“, München 1996, vgl. die Rezension im vorliegenden Heft), sah seine fundierte Kritik an Goldhagens Buch in den renommierten Münchener „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“ verzögert im ersten Heft des Jahrgangs 1 997 veröffentlicht. Dann folgte im März 1 997 das in Cambridge erscheinende „Historical Journal“ (ebenfalls Heft 1/1997) mit einem von deren Redaktion erbetenen Beitrag, den Ruth Bettina Birn geschrieben hatte. Die in Kanada arbeitende Historikerin war vor Jahren mit einer Studie über die in den besetzten Gebieten der UdSSR tätigen Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) bekannt geworden. Sie gehört zu den intimen Kennern jener Archivbestände, aus denen auch Goldhagen in Ludwigsburg vor allem geschöpft hatte. Pohl wie Birn haben der grundlegenden Kritik, die vordem in Tageszeitungen und allgemeinen Wochenzeitschriften an „Hitlers willige Vollstrecker“ geäußert worden war, thematisch keine weitere Seite hinzufügen müssen. Doch sie stellten diese Kritik auf ein ungleich festeres Fundament und wiesen im Detail nach, dass sich Goldhagen gegenüber Tatsachen, die er aus den Akten oder der Literatur entnahm, wenn sie seinem Konzept widersprachen, nicht verhalten hat, wie das in der Wissenschaft gemeinhin gefordert werden muss. Darauf war auch bereits hingewiesen worden, doch nun kamen Weg–und Auslassungen ans Licht, die Fragen nach der Redlichkeit und – allgemeiner gesprochen – nach dem Ethos des Wissenschaftlers aufwarfen.

Kurzum: die „Noten“, die Goldhagens Buch erhielt, näherten sich der Jäckels. Doch während dessen frühe Äußerung Proteste hervorgerufen hatte, wurden sie, wenn überhaupt zur Kenntnis, nun kommentarlos hingenommen. Hilberg sprach von der irreführenden und verheerenden Wirkung des Buches, als er – aus Anlass der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ nach Marburg eingeladen – interviewt wurde. Das Buch sei „eine Katastrophe“. Der amerikanische Politologe Norman Finkelstein schrieb in der britischen Zeitschrift „New Left Review“ eine vernichtende Kritik als ein „Nicht-Experte“, der vor allem die logischen Widersprüche und Ungereimtheiten aufs Korn nahm. Er nannte Goldhagens Buch „als Forschungsarbeit wertlos“. Man wird in den Ereignissen des deutschen Buchmarktes länger zurückdenken müssen, um auf einen ähnlichen Vorgang zu stoßen: Ein Buch, dessen Autor mit dem vermessenen Anspruch hervortritt, das vor ihm Geschriebene könne nahezu ganz vergessen werden, denn er habe die Antwort gefunden, wird von der Fachkritik erledigt. Sein Faktenbestand wird auf das heruntertransformiert, was er darstellt, die Quellenbasis für eine Dissertation – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Indessen die Fragen sind geblieben, und sie sind nicht vergessen.

Davon zeugt der weitere Gang der Forschungen und die dichte Folge der erscheinenden Bücher, die der Geschichte der massenweisen Menschenvernichtung gelten, die sich auf dem Wege zu einem vom deutschen Imperialismus beherrschten Europa zutrug. Rasch sind weitere, zuerst in den USA erschienene Werke in deutschen Übersetzungen herausgegeben worden. Das schon vor Goldhagens Buch 1995 in Chapell Hill und London edierte Werk von Henry Friedlander „Der Weg zum Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung“ erlebte 1997 seine zu wenig beachtete deutsche Ausgabe, zumal in ihm der seltene Versuch gemacht wurde, die Massenmorde an den Behinderten, den Juden und den Zigeunern in einem geschichtlichen Zusammenhang zu sehen. Ein Jahr später lag übersetzt der erste Band des 1997 in New York publizierten Werkes „Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939“ vor, der Saul Friedländer zum Verfasser hat, einen der herausragenden Kenner der Geschichte des deutschen Faschismus und der Judenverfolgung. Auch die Zahl der speziellen Untersuchungen ist weiter im Anwachsen begriffen. Gebiet für Gebiet des zeitweilig von der Wehrmacht besetzten Teiles der UdSSR wird von jüngeren Forschern anhand der in den Archiven der Nachfolgestaaten der UdSSR lagernden Dokumente untersucht. Demnächst wird eine Abhandlung von Christian Gerlach über die Morde in Weißrussland erscheinen, die als Dissertation bereits angenommen wurde. Inzwischen hat der Autor Detailforschungen zur Vernichtungspolitik unter dem Titel

„Krieg, Ernährung, Völkermord“ veröffentlicht, in denen der Zusammenhang zwischen dem Mord an den Juden und dem an den sowjetischen Kriegsgefangenen dargestellt und analysiert wird. Gerlach ist ebenfalls – möglicherweise im Sog des Aufstiegs von Goldhagen, worauf hier nicht weiter eingegangen werden muss – mit dem Anspruch hervorgetreten, eine ganz außerordentliche Entdeckung gemacht zu haben. Sie besaß freilich nicht die Dimension jener, die der Professor aus Harvard gefunden zu haben glaubte. Gerlach vermeinte jedoch, den Tag bestimmen zu können, an dem Hitler die „Internationalisierung“, d. h. die Ausdehnung der Morde auf alle europäischen Juden beschlossen und bekanntgegeben habe. Über die spitzfindige Konstruktion wird aller Wahrscheinlichkeit nach bald kaum jemand noch reden.

Kurzum: Die Veranstalter von Universitätsseminaren hätten hinreichend aktuellen Stoff, an dem sich ihre Studenten systematische Erkenntnisse darüber erwerben können, wie sich in einer so rasch und so erheblich veränderten Welt der Medien und der Kommunikation die Situation der Geschichtswissenschaft und ihr Interesse darstellt, ihr Neuwissen unter die Leute zu bringen, was immer die dann damit anfangen wollen und können. Dazu kann in anderer Weise auch die kürzere und viel weniger eindrucksvolle Geschichte des „Schwarzbuches“ dienen, die freilich insofern anderes und lehrreiches Material bietet, als das Werk in ungleich mehr Sprachen übersetzt wurde (oder noch werden wird?) als dasjenige Goldhagens.

Gegen das Resultat des Unternehmens der renommierten französischen Forschungseinrichtung erhoben sich schon nach dem Erscheinen der französischen Ausgabe – lauter als 1996 in den USA gegen das Buch eines einzelnen Forschers –erhebliche Einwände. Sie richteten sich gegen die Anlage des Buches, mit der für sehr verschiedene und also nach ihrer Herkunft, ihren Triebkräften und ihren Ergebnissen zu differenzierende Prozesse ein Dach gezimmert worden war. Sie betrafen die Verwendung von Begriffen, angefangen bei dem des „Kommunismus“, der eben dieses Dach bezeichnete, unter dem Vorgänge wie die in Ungarn unter dem Parteivorsitzenden János Kádár mit den Massenverbrechen in Pol Pots Kambodscha gemeinsam gleichsam endgelagert werden sollten. Sie erhielten ihren Stoff durch das Bekenntnis des Herausgebers, er habe mit diesem Buch einen vernichtenden Schlag jedenfalls gegen den Kommunismus in Frankreich führen wollen. Die Spuren, die dieser Vorsatz in der Beweisführung in jenen Teilen des Buches hinterließ, die Courtois selbst geschrieben hatte, waren überdeutlich und bezeugten nur aufs Neue, was entsteht, wenn Forschungen auf ein politisches Ziel zulaufen. Die Einwände erreichten eine besondere Schärfe im Hinblick auf die Beziehungen, die der Herausgeber zwischen „Kommunismus“ und „Nationalsozialismus“ hergestellt hatte. Zwei der Wissenschaftler, die zu den Autoren des Buches gehörten, distanzierten sich ausdrücklich von diesen Vergleichen und erklärten, diese hätten nicht in ihrem Forschungsprogramm gelegen.

Das „Schwarzbuch“ konnte zwar auf den Beststellerlisten nach ganz oben gelangen, aber sein Widerhall in den geschichtsinteressierten Kreisen der deutschen Bevölkerung blieb ungleich geringer als der des Buches über die „willigen Vollstrecker“. Nicht entfernt löste es derartige Emotionen aus. Sie blieben auf einzelne Auftritte des Herausgebers in Deutschland — beispielsweise in Berlin – beschränkt, wo es zu lautstarken Protesten kam. Auch die „Nachfolgeliteratur“, in der gewöhnlich die Pressestimmen als paperback zusammengefasst und umfassendere Kommentare veröffentlicht ~werden, hielt sich in geringerem Umfang. Wie ist das zu erklären? Zum einen stellten sich diesmal Spezialisten nicht annähernd in solcher Zahl und von solchem Rang zur Verfügung wie während der „Goldhagen-Debatte“. Das lässt sich schwerlich daraus erklären, dass es dem Piper Verlag gegenüber dem von Siedler an Erfahrungen und Möglichkeiten zu deren Mobilisierung gefehlt haben würde. Vielmehr hatte Piper die Lücke erkannt, die dem französischen Original anhaftete. Es war in der langen Reihe der Staaten und Parteien, die unter den Begriff „Kommunismus“ gepresst wurden, ausgerechnet die Deutsche Demokratische Republik nicht aufgenommen worden. Das musste nachgeholt werden, geschah aber in einer Weise, die dem Buch, dessen Kritiker – der Rhein bildete da keine Schallmauer – doch hierzulande schon hörbar geworden waren, kein zusätzliches Renommee verschaffen konnte. Es fanden sich nämlich keine deutschen Historiker, welche die Lücke hätte ausfüllen wollen. So blieb dem Verleger nur der Rückgriff auf Autoren, die in dieser Sache stets in den Startlöchern hocken, die Pfarrer in der Bundesbehörde des Beauftragten für die papierne Hinterlassenschaft der Staatssicherheit der DDR. Aus

deren Hause kamen zwei ergänzende Beiträge, und eben die verstärkten nur den Eindruck, den schon Courtois so überzeugend geschaffen hatte: Politik vor Wissenschaft.

Der Hauptbeitrag aus dem „Hause Gauck“ suchte Abscheu gegenüber ausnahmslos allen Verfechtern kommunistischer Ideen zu erzeugen und das mit den Mitteln der Verteufelung. „Das zynische Mordverlangen ist die Vernunft des Kommunismus“, war da zu lesen und weiter: Die „kommunistischen Revolutionen“ seien „eine Metapher zur Veredelung von Verbrechen“. Die Methode des Vergleichs aufnehmend wurde behauptet, die nationalsozialistische Ideologie stelle sich gegenüber der kommunistischen als nichts anderes dar denn als „Kinderbuchphantasien von Kleinbürgern“. Diese Art von Geschichtsbetrachtung traf 1998 nun aber in der Bundesrepublik auf eine sich sehr allmählich durchsetzende Stimmung, die von dieser Art Darstellung der Geschichte der DDR nachgerade genug hatte oder sie einfach ignorierte. In den führenden Kreisen der Politik begann sich, nicht zuletzt im Hinblick auf den sich entwickelnden Bundestagswahlkampf, die Ansicht zu verbreiten, dass die Ostdeutschen und deren Leistungen in mehr als vier Jahrzehnten zumindest nicht vollständig auf Nenner wie „marode Wirtschaft“ und „legitimationswütige Wissenschaft“ gesetzt werden könnten. Mochte das auch nur vom Kalkül mit Wählerstimmen hervorgerufen sein, das Klima begann sich sehr allmählich zu ändern. Noch atmete der Bericht der Enquetekommission des Bundestages vom Juni 1 998 nach Inhalt und Stil jene DDR-Geschichtsschreibung, auf die sich die Parteien der Regierungskoalition und die größte Oppositionspartei, bei Meinungsverschiedenheiten im Sekundären und Marginalen, geeinigt haften. Aber im Bereich der Wissenschaft konnten Versuche bemerkt werden, nun auch im Hinblick auf die Geschichte des untergegangenen deutschen Staates sich jenes methodologischen Instrumentariums zu bedienen, das gemeinhin benutzt wird. Noch sind die Zeiten der „Schlüssellochperspektive“ (Christopher Browning) auf den ostdeutschen Staat nicht vorbei, aus der nur Staatssicherheit, Bautzen, Volksarmee und Waldheim wahrgenommen werden können, aber sie gehen zu Ende. Die Ausbreitung eines Missvergnügens an bloß auswahlweiser Beschreibung führt zu Fragen wie denen nach den Interessen und Antrieben zurück, allgemeiner gesprochen nach dem „Warum?“. Anders ausgedrückt: Trotz des Verkaufserfolgs des „Schwarzbuches des Kommunismus“ kam es zur Unzeit über den Rhein. Es wäre anders aufgenommen worden, hätte es in jener nahezu schon und nicht ohne Absicht vergessenen Phase des Anschlussprozesses vorgelegen, da Ärzten in DDR-Kliniken verleumderisch nachgesagt wurde, sie würden Frühgeborene, die lebensfähig seien, verenden lassen, und gleichsam mit gezücktem Instrumentarium neben noch Lebenden stehen, ihnen die Organe zur Transplantation zu entreißen. Die Geschichte des „Kommunismus“ als eine einzige Abfolge von Horrorszenarien wird nicht geglaubt, denn sie widerspricht den Lebenserfahrungen von Millionen.

„Warum?“, so lautete auch die Kernfrage, der Goldhagen nachgegangen war und für die er die vereinfachende Antwort vom „eliminatorischen Antisemitismus“ der Deutschen anbot, die gleichsam nur auf einen Führer gewartet hätten, der ihnen Wege und Mittel wies, zu tun, was sie lange gewollt hatten: die Juden umzubringen. Diese Antwort ist erledigt. Die Frage, auf die andere Forscher begründete Teilantworten und auch Entwürfe für eine Generalantwort gaben, ist geblieben. Im „Schwarzbuch“ lautet die Überschrift eines ganzen Kapitels „Warum?“ Die Antwort des Herausgebers übertrifft an Einfachheit noch diejenige, die von Goldhagen auf seinem Felde gegeben worden war. Courtois benennt als „das eigentliche Motiv des Terrors“, auf den er den „Kommunismus“ reduziert sehen will: „die leninistische Ideologie und der völlig utopische Wille, eine Doktrin anzuwenden, die keinerlei Bezug zur Realität hat“. Geschichtliche Prozesse des Ausmaßes, wie sie sich zwischen 1917 und 1989/1990 vollzogen, hergeleitet aus Ideologie und Willen? Das will im Lande, in dem der deutsche Historismus einst dominierte, nun doch niemand mehr als einen Ansatz für die Betrachtung der Geschichte akzeptieren. Und obendrein scheint durch diese Argumentation wiederum zu sehr die politische Absicht hindurch, jedes Projekt, das über die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaft hinausführt, des potentiellen Massenmördertums zu verdächtigen.

Indessen, nicht anders als im „Fall Goldhagen“ bleiben die Fragen. Die während der „Schwarzbuch“-Debatte der Lernunwilligkeit geziehene „Linke“ scheint nichtsdestoweniger diejenige gesellschaftliche Gruppe zu stellen, die sich mit den Verbrechen am meisten und schwersten herumschindet, die

auf das Konto der Staaten und Gesellschaften gehen, in denen so viele meinten, sie schüfen die Voraussetzungen und Bedingungen für ein humanes Zusammenleben der Menschen. Kein anderes Verhalten stünde ihr auch zu. Alles, was auf den Seiten des „Schwarzbuches“ an gesicherten Fakten festgehalten ist, hat sie zur Kenntnis zu nehmen. Alles, was daran an Zusammenhängen entwickelt wird, hat sie vorurteilslos zu durchdenken. Was sie nicht kann, wiewohl es von ihr mitunter und unredlich gefordert wird, ist derzeit, die Forschungen anderer durch eigene zu ergänzen und den Resultaten beflaggter Antikommunisten eigene Antworten entgegenzustellen. Dazu fehlt es ihr an nahezu allen Mitteln. Das treibt auf das Gleis der Widerworte, der bloßen Polemik und birgt die Gefahr, auf das Abstellgleis zu geraten.

Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V., Heft. 12, Thema: „Rundfunkverbrechen“ vor Sondergerichten, Berlin 1999, S. 66-73.

Peter Longerich, Politik der Vernichtung

Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, Piper Verlag GmbH München 1998, 772 S.

Politiker debattieren mit Schriftstellern, die wieder mit Verbandsfunktionären, Christen mit Atheisten, Nichtjuden mit Juden und diese auch untereinander darüber, wann, wie, wie oft und wo sich die Deutschen des gemeinhin „Holocaust“ genannten Massenmords an den europäischen Juden erinnern sollen. Dabei wird häufig unterstellt, dass der Gehalt des Erinnerns fest und ein für alle Mal bestimmt sei. Historiker machen das durch Forschungen fragwürdig, die sich auf die nähere Bestimmung des Platzes des Verbrechens in der Geschichte des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts richten. Vor etwa einem Jahrzehnt noch stritt man sich in der Zunft aus Stellungen, die mit Schützengräben verglichen worden sind. Die Sichten sind nicht vereinheitlicht, doch entstand eine Atmosphäre, die durch neue Forschungen bestimmt wird und wohltuend auf sie zurückwirkt, wenn auch nicht übersehen werden kann, dass Bedürfnisse der Konkurrenz und der Reklame in anderer Weise sie wieder beschädigen.

Die meisten Verdienste erwarben sich Forscher der jüngeren Generationen, denen sich mit der Öffnung von bisher unzugänglichen Archiven eine Chance bot, die Geschichte der Judenvernichtung in Regionen zu studieren, über die bislang keine oder nur lückenhafte Daten vorlagen. Die Masse der durch hochspezialisierte Monographien bekannt gewordenen Fakten hat sich bedeutend vermehrt. Zugleich entstanden Darstellungen, in denen das ältere und das neuere Wissen zu einem aktuellen Gesamtbild zusammengefügt wurde – eine ebenso begrüßenswerte wie risikoreiche Arbeit, denn parallel dazu schreiten Einzeluntersuchungen fort.

Im Prozess der „Normalisierung“ hat– gleichsam en passant – auch jene Arbeit den ihr angemessenen Platz gefunden, die kurzzeitig für so viel Erregung sorgte.[117] Sie zog jedenfalls in Deutschland Aufmerksamkeit von anderen Publikationen ab, denen diese mit gleichem oder größerem Recht zugekommen wäre. Das gilt für Henry Friedlanders Monographie, die 1995 unter dem Titel „The Origins of Nazi Genocide. From Euthanasia to The Final Solution“ in den USA und in England und zwei Jahre später in deutscher Übersetzung vorlag.[118] Und es trifft ebenso auf den 1997 publizierten ersten Band von Saul Friedländers „Nazi Germany and The Jews“ zu, der die Jahre von 1933 bis 1939 behandelt und dessen deutsche Fassung ein Jahr darauf in den Buchhandel kam. 119

Beide Historiker gehören zu den Überlebenden des „Holocaust“. Während der 1930 in Berlin geborene Henry Friedlander Auschwitz und weitere Konzentrationslager durchlitt und 1947 in die USA gelangte, konnte der zwei Jahre jüngere, in Prag geborene Saul Friedländer vor Judenjägern versteckt in Frankreich die Befreiung erleben. Die Arbeit des Letztgenannten, Professor in Tel Aviv und Los Angeles, zielt auf eine Gesamtdarstellung und richtet die Scheinwerfer auf Täter und Opfer gleichermaßen. Der als Professor in New York tätige Henry Friedlander konzentrierte sich, nachdem er sich über viele Jahre und anfänglich einsam mit dem Gegenstand beschäftigt hatte, auf die Bloßlegung des Zusammenhangs zwischen dem 1939 eingeleiteten Mord an den Behinderten und der 1941 ins Werk gesetzten Ausrottung der Juden und untersuchte zudem deren Beziehungen zur Liquidierung der Zigeuner. Für beide Werke wurde mit der Quellenmasse eine immense Zahl von speziellen Untersuchungen durchgearbeitet. Ausdruck und Tribut des Forscherfleißes sind Anhänge mit Nachweisen, die nahezu oder auch schon mehr als 100 Druckseiten füllen. Früher als wird zu entscheiden sein, wie in diesem Punkte weiter verfahren werden soll.

Nun ist den beiden Werken von Rang ein weiteres beigesellt worden. Peter Longerich, früher am Münchener Institut für Zeitgeschichte tätig, nun an der Universität in London lehrend, u. a. mit Quellenedi-

---

117 Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker, Ganzgewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

118 Henry Friedlander, Der Weg zum NS-Genocid. Von der Euthanasie zur Endlösung. Aus dem Amerikanischen von Johanna Friedmann, Martin Richer und Barbara Schaden Berlin Verlag Berlin 1997.

119 Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden. Erster Band. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939. Aus dem Englischen übersetzt von Martin Pfeiffer, München 1998; gleichzeitig wurde wieder vorgelegt: Saul Friedländer, Wenn die Erinnerung kommt. Aus dem Französischen von Helgard Oestreich, München 1998.

tionen zu Judenverfolgung und Judenmord hervorgetreten, hat eine (einbändige) „Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung“ vorgelegt. Von Friedländers unvollendetem Vorhaben unterscheidet sie sich auf den ersten Blick durch zwei Charakteristika. L. bewegt sich in der (bundes)deutschen Tradition, die ihren erstrangigen Gegenstand auf dem Felde der „Täterforschung“ fand und dafür gute Gründe geltend machen konnte. Und er setzt die Reihe jener Monographien fort, die sich in erster Linie an Spezialisten wenden, zuzüglich jene wenigen Laien, die von den „letzten“ und verästelten Antworten der Wissenschaft sich unterrichten wollen. Zugespitzt ließe sich sagen: L. argumentiert „nach innen“, Saul Friedländer wendet sich an seinesgleichen und ist zugleich mit beeindruckendem Erfolg bemüht, die anspruchsvollen, aber begrenzten Detailinteressen von Nichtfachleuten zu befriedigen. Die Unterschiede bedeuten nichts für die Bemessung des wissenschaftlichen Wertes der Resultate. Jedoch könnten sie darauf hindeuten, dass die kürzlich begonnene, nicht sehr tiefgehend geführte Debatte über die öffentliche Wirkung von Publikationen deutscher Historiker fortgeführt werden müsste.

L.s Abhandlung setzt 1933 ein und gibt zunächst eine hochinformative Darstellung der Vorgeschichte der antijüdischen „Vernichtungspolitik“. Drei Phasen werden unterschieden und machen den Inhalt der ersten drei Kapitel aus: die eröffnende, die bis Ende 1934 reichte, die folgende der Segregation und umfassenden Diskriminierung, die bis Ende 1937 datiert wird, und schließlich die sich bis zum Kriegsbeginn erstreckende Zeit der Entrechtung und forcierten Vertreibung. Der Vf. entwickelt sein Bild von Antrieben, Funktionen und Zielen dieser Politik, von deren Schritten und Kalkülen. Er stellt die Entstehung der Institutionen und Apparate dar, die zunächst auf die Vertreibung der Juden zielten, und analysiert deren wechselnden Einfluss. Er nimmt das Führungspersonal, das den Prozess vorantrieb ebenso in den Blick wie die auf mittlerer und unterer Ebene mitunter auch spontan agierenden Antisemiten in den NSDAP-Organisationen.

Wie üblich werden die wirtschaftlichen Interessen am Rande behandelt. Bei der Erörterung der „Arisierung“ richtet sich die Aufmerksamkeit vorzugsweise auf die Vertreibung der kleinbürgerlichen Konkurrenten und also auf die kleinen Gewinner. Über diejenigen, die sich an den „Filetstücken“ bereicherten, wird hinweggegangen. Selbst nach Namen wie Flick oder Petschek muss man im Register nicht suchen. Doch hat sich der Autor Platz für knappe, überzeugende Hinweise berechnete oder „automatische“ Rückwirkungen der Verfolgung der Juden auf die nichtjüdische Mehrheit der Deutschen gelassen. Er verweist auf die disziplinierenden und demoralisierenden Folgen.

Dann folgt die Darstellung der – im eigentlichen Sinne – „Vernichtungspolitik“, die L. in fünf Kapitel gliedert: vom Kriegsbeginn bis Mitte 1941, darauf die wenigen Wochen bis zum Spätsommer des gleichen Jahres, dann die Zeitspanne bis zur „Wannsee-Konferenz“, schließlich die Eskalation des Mordens im Jahr 1942 und die „geographische Ausdehnung“ des Verbrechens nach der Kriegswende. In der chronologischen Struktur ordnet L. das immense Material immer wieder politisch-geographisch. Schon in seine Darstellung des Vorkriegs bezog er Seitenblicke auf die Verfolgung von „nichtjüdischen Gruppen“ ein. Seine dazu an den Kapitelenden platzierten Angaben bezeugen eher den Vorsatz, diese Perspektive zur Geltung zu bringen, als von dessen Ausführung.

Was L. als sein eigener Forschungsbeitrag gilt, macht er abschließend unter der Überschrift „Ergebnisse“ kenntlich. Hier wird auf die ersten drei Kapitel kein Bezug mehr genommen, sondern einzig von den Jahren 1941 bis 1944/45 gehandelt. Der Vf. bietet eine Periodisierung der Vernichtungspolitik, die vier „Eskalationsstufen“ aufweist. Der Beginn der ersten wird auf den Kriegsbeginn festlegt. Von da an hätten die Machthaber wechselnde Projekte verfolgt, die Juden in „Reservaten“ zusammenzudrängen und darin Bedingungen auszuliefern, die früher oder später zum Tode der Deportierten führen sollten. L. stimmt den Historikern zu, die diese Vorhaben als früheste Ausprägung des Vernichtungswillens werten. Wie die Vertreibung als ein sich lang hinziehender Prozess vorgedacht worden war, so nun auch die Liquidierung des Judentums durch Hunger und Seuchen, physische und psychische Qualen.

Die zweite Stufe datiert L. auf die Zeit nach dem Einfall in der UdSSR, in den Sommer und Herbst 1941. Sie sei durch den beginnenden Massenmord an den im eroberten sowjetischen Gebiet vorge-

fundenen jüdischen Männern und die bald folgende Ausweitung des Verbrechens auf Frauen und Kinder charakterisiert. Die Initiative für diese Massaker wird Himmler zugeschrieben, der sie von Hitler sanktionieren ließ. So hätte der Reichsführer SS seinen Anspruch deutlich machen wollen, auch in den nun besetzten Gebieten als „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ anerkannt zu werden. Das Argument könnte überzeugen, wenn ihm in dieser Rolle ein Konkurrent erwachsen wäre.

Die dritte Stufe sieht L. im September 1941 erreicht. Ihr Verlauf sei durch zwei Entschlüsse gekennzeichnet. Der erste sah vor, alle im Reich lebenden Juden noch im gleichen Jahr nach Polen und im darauffolgenden weiter „nach dem Osten“ zu verschleppen. Der zweite, den der Vf. nicht rekonstruierbar nennt, hätte sich darauf gerichtet, in ausgewählten Gebieten Polens und auf sowjetischem Territorium mordend „judenfreie Räume“ zu schaffen, um den ersten verwirklichen zu können. Diesem Vorhaben werden die Schaffung der Tötungsstätte Chełmno ebenso zugeordnet wie die Errichtung und Inbetriebnahme des Vernichtungslagers Belzec. Ende März 1942 würde diese Stufe enden, womit ihr L. auch die beginnende Deportation von Juden aus der Slowakei und aus Frankreich noch zurechnen muss.

Mit April/Mai 1942 datiert der Vf. den Übergang auf die vierte Stufe. Er sei markiert durch die Entscheidung, ausnahmslos alle Juden im Zugriffsbereich der deutschen Machthaber zu töten. Nun erst wäre der definitive Abschied von jedem Gedanken an die Schaffung eines „Judenreservats“ erfolgt. Diese Idee sei „unter dem Eindruck des in Gang gekommenen Massenmordes immer mehr zur Fiktion“ geworden. (585) Die Formulierung lässt mehrerlei Deutungen zu. Sie verweist auf die Vorstellung L.s, die seiner Periodisierung zugrunde liegt: Nach und aufgrund einer Kette von Teilentscheidungen sei im Frühjahr 1942 der definitive Entschluss gereift, nun die Juden allesamt umzubringen.

Die Akzeptanz dieses Bildes stellt Glaubensfähigkeit auf eine harte Probe. Der weit vorangeschrittene Massenmord an jüdischen Bürgern der Sowjetunion, Polens, Serbiens und die begonnene Tötung von Juden und jüdischen Angehörigen weiterer Nationen– inzwischen betrug die Zahl der Opfer mehr als eine Million Menschen – gehört in dieser Sicht zur Vorgeschichte des Verbrechens. In dieses Bild kann schon die Niederschrift über die Konferenz vom 20. Januar 1942 nicht eingepasst werden, auf der von der restlosen Vernichtung der Juden ausgegangen wurde, diejenigen eingeschlossen, die nach dem gedachten „Endsieg“ erst noch in den Gewaltbereich der Judenmörder fallen sollten.

Angesichts der Lückenhaftigkeit der Dokumente, auf die sich eine Rekonstruktion der Entscheidungen zu stützen vermag, ist es angeraten zu fragen: Könnte es nicht ganz anders gewesen sein? Zudem erscheint es unerlässlich, dass die mit dieser Rekonstruktion Befassten sich Rechenschaft darüber geben, in welchem Grad ihre Urteile von der Vorstellung abhängen, die sie vom Herrschaftsstil, von den Entscheidungsrechten und -praktiken, von Weisungs- und Befehlswegen sie besitzen. Ausgeschlossen erscheint den meisten Forschern, dass Juden zu Hunderttausenden umgebracht wurden, ohne dass Hitler, der sich auf allen Gebieten für höchst kompetent, auf keinem aber für so beschlagen hielt wie auf dem des „Kampfes gegen den Juden“, das Morden guthieß. Erwiesen ist, dass sich der Diktator schon im Vor-Krieg bis in Details Entscheidungen über die Steigerung, auch über das zeitweilige Abbremsen oder Abstoppen der Judenverfolgung vorbehielt. Damals waren die innen- und außenpolitischen Folgen jedes Schritts, dessen materielle wie immaterielle Wirkungen weitgehend vorauszuberechnen.

Wer wusste aber, als der systematische Mord bald nach dem Einfall der Wehrmacht in die UdSSR ins Werk gesetzt wurde, wie Millionen Menschen, Nichtkombattanten, umgebracht werden konnten? Es existierte keine Erfahrung, wie lange die Mörderschwadronen „durchhalten“ und welche „Erfolgsquote“ sie erreichen würden. Ist also nicht eine Entscheidung denkbar, die besagte: Wir beginnen mit der Vernichtung des Judentums ähnlich wie mit einem Kriegszug oder einem anderen unbekannten Unternehmen und sehen in Abhängigkeit von dessen Verlauf, wie wir unserem Ziel näherkommen? Ist in den Gehirnen der Hitler, Himmler und Heydrich nicht die Überlegung denkbar, die Einsatzgruppen zunächst zum Zwecke der Heranführung an ihr beispiellos blutiges Tagewerk mit der Ermordung der Männer beginnen zu lassen, dadurch eine Gewöhnung zu bewirken und dann auch

Frauen und Kinder vor die Gewehrläufe zu schleppen? Ist eine Generalermächtigung auszuschließen, die neue Entschlüsse auf der höchsten, der „Hitler-Ebene“ nur erforderte, wenn sich gravierende Schwierigkeiten einstellten?

Kurzum: Die Dokumente sprechen ebenso wenig wie der Vergleich mit anderen Praktiken der Machthaber dafür, dass jedem eskalierendem Schritt immer neue Grundsatzentscheidungen vorausgehen mussten. L. ist insoweit zuzustimmen, als er angesichts der Lückenhaftigkeit der Quellen auf den Zwang verweist, vom Geschehen auf die Entschlüsse zurückzugehen. Doch kann dieses Verfahren zur Falle werden, wenn von jeder Veränderung der höllischen Szene auf einen Entschluss rekurriert wird.

Zu den Vorzügen von L.s Arbeit gehört, dass er die Verfolgung und vor allem den Judenmord in Beziehung zum Krieg setzt. Er grenzt sich von Ansichten ab, die zwischen beidem eine Art Parallelkrieg sehen. Er geht davon aus, dass die Judenvernichtung bei Kriegsbeginn noch auf dem Nachkriegsprogramm der Machthaber figurierte. Doch wurde diese Absicht schrittweise geändert und schließlich das Ziel verfolgt, die „Endlösung“ noch vor (oder mit) dem „Endsieg“ zu erreichen. Dieser Wandel sei nicht dadurch verursacht gewesen, dass der Krieg besondere Möglichkeiten bot, das Verbrechen zu verüben, wiewohl die entstandenen Chancen ins Konzept der Judenmörder passten und von ihnen genutzt wurden. Die zweite Dimension im Verhältnis von Krieg und Judenmord ergibt sich dem Vf. aus den Generalabsichten der deutschen Führer. Sie wollten, so L. begründet, nach dem „Endsieg“ über Verwendung, Vermehrung, Leben oder Tod großer Menschengruppen entscheiden. Fragwürdig ist hingegen die Kennzeichnung dieses Ziel als „neue“ Gesellschaft. Für sie besitzt der Vf. keinen Begriff, den er entschlüsseln könnte. Entweder bezieht er sich à la mode als deren Ursprung allein auf die „nationalsozialistische“ Utopie oder er leiht sich Phrasen aus dem Sprachgebrauch der Ideologen des Regimes. Inwiefern verdient Vertreibung oder Vernichtung von Menschen, die als „unnütze Esser“, „nicht brauchbare Arbeitskräfte“ oder „Störenfriede“ angesehen wurden, also Ausbeutung und Beherrschung der eroberten Territorien gefährdeten, Bezeichnungen wie – von L. mit oder ohne Anführungszeichen versehen – „biologische Revolution“ (234) oder „völkische Flurbereinigung“ (238). Beide dienten mit anderen der Rechtfertigung eigenen Handelns und zur Verbreitung eines demagogischen Nebels, der ein imperialistisches Projekt verbergen sollte, das keineswegs gänzlich neu war. In ihm verkörperte sich zum einen die (nicht nur deutsche) Tradition feudaler und kolonialer Expansion, untermischt mit Anleihen aus Zeiten der Sklaverei, zum anderen der Bruch, der sich aus der spezifisch „nationalsozialistischen“ Umprägung dieser Tradition ergab.

Die siegreichen Kaiserreiche der Hohenzollern und der Habsburger hätten im Falle ihres Kriegssiegs in ihren vergrößerten Reichen die Juden leben und eine Minderheit wohl auch an den neugewonnenen Möglichkeiten des Gewinnens und Profitierens teilhaben lassen. Im gedachten „großgermanischen Weltreich“ war kein lebender Jude „vorgesehen“. Eine „biologische Revolution“? Die siegreichen Monarchen wollten, wie erprobt, in nichtdeutschen Ländereien, die sie zu gewinnen hofften, mit den bürokratischen Apparaten und gestützt auf kollaborationswillige Kräfte vieler Zungen herrschen. Der siegreiche „Führer“ und die Seinen verachteten diese herkömmlichen Mittel nicht. Doch setzten sie auf die „Germanisierung“, auf die Durchdringung der Gebiete mit „arischen“, d. h. vorwiegend deutschen Siedlern, denen einige Niederländer, Dänen, Flamen und Norweger beigesellt werden sollten. Eine „neue Gesellschaft“? En passant erledigt L. mit seinem Bild von Krieg und Kriegszielen alles, was in der Bundesrepublik seit Fritz Fischer über das Verhältnis von Erstem und Zweitem Weltkrieg und die jeweiligen deutschen Kriegsziele ermittelt worden ist.

Mitunter stellt sich der Eindruck ein, als sei der theoretische Feinschliff L.s Sache nicht. Einerseits misst er dem Judenmord im Kriegsverlauf eine aktuelle und auch im Kriegszielkonzept der deutschen Machthaber reale Funktion zu. So verweist er darauf, dass die gemeinsam mit Verbündeten und Kollaborateuren verübte Untat einen besonderen Kitt ergab und Gefolgschaftstreue sichern sollte. Andererseits meint er, mit dem Krieg sei 1939 die „Vernichtung zum eigentlichen (? K. P.) Ziel der Verfolgung“ (229) geworden, was doch nur heißen kann, sie habe sich mit keinerlei anderen wesentlichen Zielen mehr verbunden. Solche Verquickung existierte, meint auch L., in den Jahren der Vertreibung. Für sie verweist er auf Kalküle, die Juden als Geiseln zu benutzen, um dem Ausland wirtschaftliche

und politische Zugeständnisse abzupressen. Noch 1938, als die Politik der „Arisierung“ ihrem Höhepunkt zusteuerte, verbanden sich mit ihr u. a. von Göring angestellte Überlegungen, wie sich die in Deutschland verbliebenen reichen und begüterten Juden in kollektive Haftung nehmen ließen, damit auch die Armen und Ärmsten der Verfolgten über die Grenze geschafft werden könnten.

Mit seiner These aber, dass sich die „Geiselnahme“ 1941 mit der Deportation der Juden „nach dem Osten“ fortsetzte und dass sie damit die USA vom Kriegseintritt abgehalten werden sollten, gibt L. seinen Lesern ein Rätsel auf. Denn – erstens – war in den USA die Parteinahme gegen einen Sieg Deutschlands schon erfolgt. Und – zweitens – hätten die bekannten, aber in Ausmaß und Folgen nicht entschlüsselten Verschleppungen aus dem Reich schwerlich Entscheidungen in Washington zu beeinflussen vermocht.[120] Obendrein war das Thema im Dezember 1941 erledigt. (Nebenbei: Der spekulative Gedanke mündet logisch in einen weiteren von gleichem Typ, wird mit ihm doch die Möglichkeit nahegelegt, die deutschen Juden wären belassen worden, wo sie bedrängt lebten, hätten die USA ihre Deutschlandpolitik korrigiert.) Da – drittens – kein stichhaltiges Dokument für dieses Kalkül steht, werden wir ins Methodische zurückgeführt.

In dem Bestreben, die wirkliche oder angenommene Entscheidungskette vollständig zu rekonstruieren und die jeweiligen Motive der deutschen Machthaber ganz zu enthüllen, lässt L. seiner Phantasie auch die Zügel schießen. Wo Beweise für Annahmen oder Feststellungen lückenhaft sind oder fehlen, steht „offensichtlich“. Verlegenheit entsteht, wenn der Leser sich das Offensichtliche vors geistige Auge führen will. Sie ähnelt derjenigen, die sich häufig mit mathematischen Ableitungen verbindet, wenn es dort heißt „daraus folgt ...“. Doch selbst und vielleicht gerade dort, wo des Vf. Argumentation ins Schwimmen gerät, geht Anregung nicht völlig verloren. Derart werden Felder für weitere Forschungen markiert. L.s Buch beweist einmal mehr, dass die Geschichte des „Holocaust“ eine der stärksten intellektuellen und moralischen Herausforderung an die Historiker bleibt. Sie wird sicher in das kommende Jahrhundert mitgenommen werden.

junge Welt, Mittwoch, 27. Januar 1999. (Pseudonym Dietrich Laubers)

---

120 Dazu S. neuerdings auch: Richard Breitman, Staatsgeheimnisse, (mit dem den Sinn der Schlussfolgerungen des Autors verfälschenden Untertitel der deutschen Ausgabe) Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert, München 1999.

Ian Kershaws Hitlerbiographie

Seit dem Erscheinen der Hitlerbiographie von Joachim Fest ist ein Vierteljahrhundert vergangen. Jetzt hat sich, was die Breite des Ansatzes anlangt, ein Nachfolger gefunden. Ian Kershaw meinte, wie er während der Vorstellung seines Buches in Berlin sagte, es sei wieder Platz für eine Darstellung des Weges des Mannes geworden, der wie kein zweiter die Geschichte unseres zu Ende gehenden Jahrhunderts bestimmt habe. Dieser Zustand existierte freilich seit langem. Denn die Forschungsrichtung, welcher der britische Historiker zuzuzählen ist, hat mit dem deutschen Historismus nichts gemein, der bekanntlich in den großen Männern und deren Ideen die wesentlichste Quelle des geschichtlichen Prozesses erblickte. Auch die seelenzerfasernde Analyse geschichtlicher Figuren ist Kershaw fremd. Er erklärt von sich, er habe eine sozialgeschichtlich orientierte Biographie geschrieben.

Das will in erster Linie besagen, er hat seine Scheinwerfer nicht nur auf die Person gerichtet, sondern auf die deutsche Gesellschaft insgesamt. Wirklich: Dieses Buch enthebt Interessenten an der deutschen Geschichte zwischen den Jahren 1920 und 1945 der lästigen Aufgabe, zusammenzudenken, was die Geschichtsforscher bisher nicht zwischen zwei Buchdeckel zu bringen vermochten: Die Zeiten und diesen Mann. Indessen, und um genau zu sein, muss dem hinzugefügt werden, dass der Biograph dazu auch nicht nur zwei, sondern vier brauchen wird. Vorerst hat er den ersten Band seines Werkes vorgelegt. Der abschließende ist für Ende 1999 angekündigt. Seine Darstellung ist bis zu den Ereignissen des Frühjahrs 1936 gelangt, der Besetzung der bis dahin aufgrund des Versailler Vertrags entmilitarisierten Zone des Rheinlandes, wodurch die Wehrmacht bis an die Grenzen Frankreichs und Belgiens vorrückte. Vier Jahre später stürmte sie von da in das Land der friedlichen Nachbarn. Eine Zäsur in Hitlers Leben bildet dieses 1936er Datum wohl nicht, weder im Hinblick auf seine Möglichkeiten, noch auf sein Selbstverständnis. Die laschen Reaktionen auf die erneute einseitige Liquidierung einer wesentlichen Vertragsbestimmung von 1919 besagte nur, dass Frankreichs herrschende Kreise auf das Arrangement und nicht auf die Konfrontation oder gar auf einen neuen Waffengang aus waren. Kurzum, der vorgenommene Schnitt ist wohl mehr buchbinderischen Erfordernissen geschuldet. Und – wie erwähnt – lange werden die Leser auf die Fortsetzung nicht zu warten haben.

Hitler lebte 56 Jahre. Die ersten dreißig davon war er, was man heute auch in Deutschland einen Nobody nennt. Ihn kannten ein paar Verwandte und Mitschüler, einige Bekannte aus Wiener Zeiten, mit denen er jedoch 1919 keinen Kontakt mehr pflegte, die Zimmervermieter in Wien und München, einige Leute aus der Stadt an der Isar, mit denen er durch den Verkauf seiner Zeichnungen und Aquarelle in Beziehung getreten war und dann und zuletzt Offiziere und Soldaten aus dem bayerischen Infanterie-„Regiment List“, dem er seit Kriegsbeginn freiwillig angehört hatte. So viel diese drei Jahrzehnte auch durchforscht worden sind und so akribisch sich Forscherfleiß auf die frühen Spuren Hitlers setzte – man denke nur an die jüngst erschienene beeindruckende Studie Brigitte Hamanns mit dem Titel „Hitlers Wien“ – im entstandenen Bild sind viele Konturen unscharf und graue mit schwarzen und wenigen hellen Tönen vermischt. Einige Fragen, zu denen die Historiker immer wieder zurückkehrten, lassen sich offenbar nicht eindeutig beantworten. Das gilt vorzugsweise für die Datierung der Stufen, über die Hitler zu einem blindwütigen Judenhasser wurde, der obendrein den Anspruch erhob, die „Judenfrage“ sich wissenschaftlich beantwortet zu haben. Gewiss ist nur, dass er, als er im von der Gegenrevolution geprägten München als Redner vor Massen hervorzutreten begann, gegen die Juden mit all jenem Repertoire aufputschte, das er sich bei Vorläufern angelesen oder abgehört hatte.

Nichtsdestoweniger wurde das Wichtigste in den verflossenen Jahrzehnten doch getan: Die Legenden über Hitler, zu einem erheblichen Teil von ihm selbst in die Welt gesetzt, sind als solche nachgewiesen. Das bedeutet freilich nicht, dass sie nicht immer wieder auftauchen und neuen Zwecken dienstbar gemacht würden. Unlängst geschah das durch den „Fernsehhistoriker“, der in einer seiner Serien in Großaufnahme einen zerschundenen und zerstörten Obdachlosen ins Kamerabild setzen ließ und dadurch den Eindruck erweckte, so ähnlich habe dieser Hitler in seiner Wiener Zeit ausgesehen. Inzwischen ist klar: Der Mann verfügte, als er nach Wien ging, über ausreichende Mittel, sich zu bilden. Die vertat er. Er verdiente zeichnend jedoch so viel, dass er den Aufenthalt in einem Männerwohn-

heim zahlen konnte, das in der Hauptstadt der Habsburger Monarchie zu den sozialpolitischen Vorzeigeobjekten gehörte. (Der Aufenthalt in einem Asyl für Obdachlose war eine Episode von wenigen Wochen.) Er war nie, wie er später immer wieder anbiedernd behauptete, auf dem „Bau“ und kannte auch durch keine andere Tätigkeit den Alltag der Proletarier. Er versäumte seine Meldepflicht, als sein Jahrgang für die Armee gemustert werden sollte. Er verließ Wien, in dem er so erfolglos gewesen war, in Richtung München mit finanziellen Mitteln, die ihn dem Dasein in Heimen entkommen ließen. Wieder lebte er dort 1913/1914 bescheiden von dem Verkauf der Produkte seiner Kunst. So, ohne einen Kreis von Freunden oder auch nur näheren Bekannten, hätte er wohl auch fortgelebt, wäre da nicht die Weltgeschichte in Gestalt der eroberungshungrigen deutschen Imperialisten in sein Dasein getreten, der sich zum blutigen Griff nach der Weltmacht anschickte.

Kershaw schildert diese Jahrzehnte aufgrund der vollkommenen Kenntnis der Literatur wie der Dokumente. Die hatte er schon vor 10 Jahren nachgewiesen, als er eine Bestandsaufnahme der (vor allem) deutschsprachigen Forschung zur Geschichte des deutschen Faschismus vorlegte. Sie wurde bis heute durch keine weitere Arbeit übertroffen, sondern erscheint einzig ergänzungsbedürftig. Der britische Wissenschaftler schreibt einen sachlichen und häufig auch plastischem Stil, der jenen nicht gefällt, die an die wortreich-gedrechselte, permanent psychologisierende Sprachkost gewöhnt sind, mit der sie sich für das Abtauchen ins Dunkle und Mystische versorgen. Er charakterisiert Hitler und den Wandel von dessen Persönlichkeit, aber ebenso die Umstände, in denen er lebte und die ihn und seinen Weg beeinflussten und prägten. Er zeigt, dass aus diesem Manne weder in der Habsburger noch in der Hohenzollern-Monarchie auf politischem Feld etwas hätte werden können. Der Typ war nicht gefragt, für ihn existierte kein Bedarf. Im Grunde war er gar kein Typ. Doch brachte der Mann von der bayerisch-oberösterreichischen Grenze in die Schützengräben des Krieges unbezweifelbar jene großdeutsch-imperialistische Gestimmtheit schon mit, die 1918 einen schweren Dämpfer erhielt, aber nicht nur mit ihm weiterlebte und sich steigerte und die Millionen Deutsche, die später seine Gefolgschaft wurden oder unter sein Kommando gerieten, noch schwer und mit dem Leben bezahlen sollten.

Kershaw meint, dieser Krieg habe Hitler erst zum Fanatiker gemacht. Merkwürdig, dass der Biograph in diesem Zusammenhang nicht zu erörtern sucht, was Hitler über Wesen und Ziele des Weltkriegs dachte, ja dass er überhaupt das Thema nicht ausleuchtet, das doch alsbald für den Aufstieg des Mannes eine so erhebliche Rolle spielte. Kein Wort über die Kriegszielprogramme und deren Diskussion, kein Wort über deren Urheber und Verfechter in dem Abschnitt, in dem Kershaw dem Gefreiten von Frontabschnitt zu Frontabschnitt, vom Lazarett in Beelitz in den Heimaturlaub, dann wieder von der Front ins Pasewalker Lazarett auf den Fersen bleibt. Die „Lücke“ zeitigt Folgen, spielte doch die geistige Auseinandersetzung Hitlers mit der Vorgeschichte, der bündnispolitischen Konstellation und dem Verlauf des Ersten Weltkriegs auf seinem Kriegspfad in den zweiten, eine kaum zu unterschätzende Rolle.

Kershaws produktive Grundthese für den weiteren Weg Hitlers lautete, dass der Mann stärker gemacht worden ist, als dass er sich selbst machte. An sich selbst habe er vor allem entdeckt, dass er ein politischer Redner sein zu könne. Dazu hatten ihm seine Vorgesetzten die Chance eröffnet. Dann boten sich ihm als einem der Aktivisten dieser noch kaum bekannten (NS)DAP in der Atmosphäre des nach Revolution und Gegenrevolution aufgeheizten München Gelegenheiten über Gelegenheiten, diese Gabe einzusetzen und auszubilden. Nun verdiente er mit der Stimme und nicht mehr mit Stift und Pinsel seinen Lebensunterhalt. Er spürte den Bedarf und trat ihm mit seinem Angebot gegenüber, scharfmacherischen, antibolschewistischen, antisozialistischen, nationalchauvinistischen Reden, die Hunderte und dann gar Tausende von Zuhörern fanden, fesselten und überzeugten. Was wäre aus dem Manne geworden, wäre er, genesen, im pommerschen Pasewalk hängen geblieben, weil ihn da, was auch schwer vorstellbar ist, eine Kleinstadtschöne gefesselt und versorgt hätte? Kershaw formuliert zugespitzt und treffend: Die Politik sei zu Hitler gekommen, nicht er zu ihr. Doch ebenso klar ist, dass er nach diesem Zusammentreffen zum ersten Mal in seinem Leben eine Karriere vor sich sah. Die Vorstellung von ihr, meint der Biograph, habe sich jedoch erst 1923 definitiv herausgebildet. Da und nachdem andere von ihm bereits als dem „deutschen Mussolini“ geschwärmt hatten, habe er

sich entschlossen, es nicht beim Trommeln für einen Retter zu belassen, sondern der „Führer“ zu werden. Seitdem verkrallte er sich in die Vorstellung, selbst Deutschlands Erlöser zu werden.

Dass diesem Entschluss die gelungene Tat folgte, daran haben zum einen diejenigen keinen geringen, durch weitere Forschungen aber erst noch zu bestimmenden Anteil, die wie er im Kampf gegen die Republik ihren Weg nach oben suchten. Ohne sie und den organisatorischen Eifer der „Mitkämpfer“ hätte es der seit seiner Jugend regelmäßige und sich wiederholende Arbeit scheuende Mann schwerlich weit gebracht. Rudolf Heß, die beiden Strassers, die SA-Führer – durchweg Weltkriegsoffiziere mit organisatorischen Fähigkeiten –, dann Gauleiter wie Sauckel in Thüringen und Goebbels in der Reichshauptstadt bauten den Parteiladen und die paramilitärische Formation auf, ohne deren Wirken bzw. Existenz Hitler allenfalls einmal als Spaziergänger durch die Berliner Wilhelmstraße geschlendert wäre. Zum anderen erhielt sich auch in den „goldenen“ zwanziger Jahren, es waren nicht mehr als fünf, das Interesse an einer politischen Kraft wie sie die NSDAP darstellte. Nicht, dass ihre Leute auf die Ministerbänke sollten, aber sie war wie viele reaktionäre Organisationen bestens tauglich, Menschen gegen die sozialdemokratische, gewerkschaftliche und kommunistische Arbeiterbewegung zu formieren und sie, wenn auch nicht an diesen Staat, so doch an die kapitalistische Gesellschaft zu binden.

Hitler und der NSDAP wäre diese bescheidene Rolle geblieben, weist Kershaw nach, wäre nicht die Weltwirtschaftskrise mit sozial verheerender Wucht über Deutschland hereingebrochen. Wenig mehr als ein Jahrzehnt nach ihrer Gründung geriet die Weimarer Republik auf ein Krankenbett, das ihr Todesbett werden sollte. Dass die deutschen Faschisten bei deren Tode die ausschlaggebende Rolle spielen konnten, sieht der Hitlerbiograph auch nicht als unausweichlich an. Es hätten, so seine Diagnose, sogar bis in den Januar 1933 noch alternative Entwicklungsmöglichkeiten existiert. Jedoch gelangte Hitler schließlich in die Wilhelmstraße, weil entscheidende Kräfte der sozialen Oberschichten die Liquidierung der Republik gewollt hätten. Kershaw nennt sie die Verfechter der „Gegenrevolution“, und tatsächlich lässt sich mit ihm die Geschichte des 1919 gegründeten Staates als ein langwieriger antirevolutionärer Prozess verstehen, der sich zeitweilig verstärkte und dann auch wieder abschwächte, um schließlich in den 30. Januar 1933 auszumünden.

Und erneut wendet sich der Historiker gegen die Legende, diese NSDAP und ihr oberster Führer wäre aus eigener Kraft gegen übermächtige Gegner an die Staatsmacht gelangt. Er sieht die Wegbereiter, doch hat er mit ihnen eine doppelte Schwierigkeit. Die erste besteht darin, sie klar zu benennen. Die zweite erwächst ihm aus der Bestimmung der Ziele, welche sie mit dem „Projekt Hitler“ verfolgten. Kershaw folgt in der Darstellung der an der Aufrichtung der Diktatur Beteiligten und ihres jeweiligen Anteils ganz und diskussionslos den Fußstapfen des amerikanischen Geschichtswissenschaftler Henry Ashby Turner jun., der ihm, je mehr sich der Text dem ominösen letzten Januartag 1933 nähert, zum Führer und Kronzeugen wird. Turner machte die großagrarischen Kräfte in höherem Maße für den Durchbruch der Faschisten in die Staatsmacht verantwortlich als die Großbankiers und Großindustriellen. Das aber wird, wiewohl der direkte politische Einfluss dieser Landeigner (namentlich im Militär und in der Außenpolitik) noch größer war als ihr sinkender ökonomischer, dennoch den tatsächlichen Schubkräften nicht gerecht.

Gewiss hatte Hitler schon mit seinem 1928 vorgenommenen verräterischen Zusatz zum Parteiprogramm von 1920, der die faktische Lossage von jeder Art von Bodenreform bedeutete, diesem Teil der ausbeutenden Klasse signalisiert, dass er nichts zu befürchten hätte, wenn die Führungsgruppe der NSDAP unter seiner Leitung die Regierungssitze bezog. Doch neigten diese Standesgenossen der gestürzten Monarchen zu einem erheblichen Teil strikt konservativen Lösungen der Machtfrage zu und besaßen jedenfalls gegenüber den nicht völlig zu entschlüsselnden Losungen des „nationalen Sozialismus“ und der „Volksgemeinschaft“ mindestens so viele Vorbehalte wie die wirtschaftlich mächtigeren und politisch einflussstärkeren Führer im Bankwesen und an der Spitze von Industriegiganten.

Eigentlich also hatte die Mehrheit der Großen Bourgeois, meinte schon Turner jun., den Franz von Papen behalten wollen. Nur eben besaß der Mann, von allen Volksschichten isolierter als jeder Kanz-

ler vor ihm, keine Aussicht, die deutschen Zustände stabilisieren zu können. Es sei Ausdruck der Schwäche der alten Eliten gewesen, konstatiert Kershaw, dass sie schließlich auf den Hitler zugreifen mussten. Diese These lässt sich stützen, wenn von denen nicht viel oder gar nicht die Rede ist, die früh nach den Reichstagswahlen des 14. September 1930 Hitler zu favorisieren begannen und für ihn aktiv wurden. Das tut Kershaw ganz im Gegensatz zu seiner sonstigen Detailtreue. Emil Georg von Stauß, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, früh mit Göring bekannt, nach 1933 mit dem sicher bereits dekorativen Posten eines stellvertretenden Reichstagspräsidenten geehrt, ist ihm keiner Erwähnung wert. Ungenannt bleiben auch Namen der Großindustriellen, die sich im Oktober 1931 beim Treffen in Bad Harzburg einfanden, als der Plan geschmiedet wurde, die Regierung Brüning umgehend auf parlamentarischem Wege auszuhebeln und da schon das Duo Hitler-Hugenberg an die Staatsspitze zu setzen. Die bekannte und überbewertete Tatsache, dass so viele aus den Kreisen der Schwerreichen vor den letzten Reichstagswahlen, die in der bereits arg amputierten Republik am 6. November 1932 stattfanden, sich für Papen und die ihn stützende Deutschnationale Partei um Hugenberg aussprachen, besagte doch nur, dass für den zu erwartenden, auch in diesen Kreisen gewünschten oder als unvermeidlich angesehenen Schritt, Hitler zum Reichskanzler zu machen, Sicherungen erwünscht waren. Die eben wurden in einer möglichst ministerstarken DNVP als Koalitionspartner der noch immer wirtschaftlicher Experimentierlust verdächtigter NSDAP-Führer erblickt.

Und was die Ziele anlangt, so meint Kershaw, es hätten diejenigen, die Hitler schließlich durchsetzte oder zumindest seinen Weg zum Regierungschef begünstigten und guthießen, zwar mit ihm und von ihm die Gegenrevolution gewollt, aber nicht, was sie tatsächlich bekommen hätten. Das sei die „Rasserevolution“ gewesen. Was das ist, wäre zu klären und vielleicht werden wir über Kershaws Vorstellungen davon im nächsten Band auch mehr erfahren. Sicher ist zunächst, dass dieser Begriff bei Hitler selbst entlehnt wurde, der davon sprach, dass er nur eine Revolution kenne, die „Revolution der Rasse“. Das sollte natürlich anzeigen, dass er auf keinerlei soziale Revolution aus war, und es besagte zugleich – denkt man an sein von 1918 herrührendes Revolutionstrauma und seine immer wieder beschwörend geäußerten Worte, es werde einen „zweiten“ 9. November 1918 in Deutschland nicht mehr geben –, dass er ein Feind jeder politischen Revolution der Massen war. Was immer noch zu lesen sein wird: eine „Revolution der Rasse“ hat es bis 1945 in Deutschland nicht gegeben und also können die Großbankiers und Großindustriellen auch keine bekommen haben. In diesem Zusammenhang bietet auch Victor Klemperer eine Gedankenhilfe mit seiner sarkastischen Bemerkung, er wisse zwar nicht, ob es diesem Hitler gelungen sei, eine „Auf-Nordung“ zu erreichen, so etwas wie eine „Aufjudung“ habe er allerdings bewirkt.

Nun ist unbestritten, dass für die deutschen Oberschichten 1933 zutrifft, was für die Handelnden in der Geschichte bis auf den heutigen Tag gilt. Das eingetretene Resultat entsprach noch nie ganz den Idealen, Vorstellungen, Plänen und Berechnungen der Akteure. Doch so sehr wich es nach jenem 30. Januar von dem Gewünschten nicht ab und die Kapital- und Landeignern hatten keinen Grund, unzufrieden oder gar unglücklich zu sein. Kershaw erweckt aber mehrmals diesen Eindruck. Wir lesen bei ihm, dass die Großindustriellen sich von Hitler, Göring und Schacht Millionen abpressen ließen, dass sich Krupp, als er Juden aus der Zentrale des Reichsverbandes der deutschen Industrie hinauswarf, sich auch äußerem Druck habe beugen müssen, dass die Reichswehr Hitlers „Werkzeug“ wurde. In Deutschland wäre demnach so etwas wie ein kopfstehender Kapitalismus entstanden, denn der Kapitalismus blieb zwar „unangetastet, fungierte aber als Gehilfe des Staates“. Es habe wenig Zweck, meint Kershaw, Auseinandersetzungen mit existierenden Definitionsangeboten meidend, für ein solches „Wirtschaftssystem“ Begriffe zu erfinden. Ohne einen anzubieten, läuft seine Sicht doch auf so etwas wie den staatshelfenden Kapitalismus hinaus – die Krupp und Flick, die Röchling und deren Gleichgewichte letztlich in der Rolle als „Hitlers Helfer“. Wäre das nichts für eine weitere Serie des „Fernsehhistorikers“? An einer von ihnen hatte Kershaw übrigens als Berater schon mitgewirkt, und er war in dieser Gesellschaft von „Aufarbeitern“ deutscher Geschichte eigentlich schwer vorstellbar.

Was Kershaw offenbar weit unterschätzt, und hier zeigt sich auch die Folgewirkung der „Lücke“, die er bei der Analyse des Ersten Weltkriegs gelassen hat, das ist die weitgehende Übereinstimmung, die zwischen der Führungsgruppe der NSDAP und den Mächtigen der Wirtschaft im Hinblick auf eine

Außenpolitik existierte, die ihre vorkriegerischen Mittel eines Tages erschöpfen und dann Kriegs- und Eroberungspolitik werden musste. Dass Hochrüstung kein Selbstzweck ist und sie nun mit dem Blick auf die vollständige Korrektur des Versailler Vertrags und die Erreichung der im Weltkrieg verfehlten Ziele vorangetrieben wurde, wussten sie aus eigener Erfahrung und aus „Mein Kampf", ein Buch, das sie aber nicht selbst gelesen haben mussten. Das darin mit Deutlichkeit ausgesprochene außenpolitische Programm hatte sich in ihren Kreisen ebenso herumgesprochen wie in denen der Militärs.

Kershaw lässt, darin besteht einer der Vorzüge seines Bandes, keinen Zweifel daran, dass dieses faschistische Regime vom Tage seiner Errichtung an auf den Krieg zusteuerte und dass Hitler unter vielen doch der schärfste Kriegstreiber war. Nur ist nicht einzusehen, warum der Mann, der 1934 in der Nachfolge Hindenburgs komplikationslos auch Staatsoberhaupt und Oberster Befehlsherr der Streitkräfte (Reichswehr und Reichsmarine) wurde, die Militärführer „auf unbekanntes Terrain" geführt haben soll. Das gilt weder im Hinblick auf die imperialistischen Eroberungsziele im Allgemeinen noch für die wesentlichen politisch-geographischen Richtungen. Eine Ausnahme stellte einzig der den Feldmarschällen tatsächlich unvertraute 1941 begonnene Kriegszug gegen die UdSSR dar. Aber gerade den hielten sie, anders als den „Westkrieg" ein Jahr zuvor, für leicht und rasch gewinnbar, was sonst sie auch über seine Zweckmäßigkeit denken mochten.

Kershaw zeigt für die ersten drei Jahre der Diktatur, dass Hitler sich vorwiegend auf Fragen der Aufrüstung, der Militarisierung der Gesellschaft und auf die Außenpolitik konzentrierte, deren Generalziel darin bestand, für die künftigen Eroberungen günstige internationale Bedingungen zu schaffen. Das hieß: die im Visier befindlichen Feindmächte zu spalten und auch eigene Verbündete zu gewinnen. Der Biograph hebt hervor, dass sich Hitler auf diplomatischem Parkett – beispielsweise als ihn hochrangige britische Politiker 1934 zum ersten Mal besuchten – rasch als lernfähig und geschickt erwies. Zweifel kommen aber gegenüber der Bewertung auf, die Kershaw dem Anteil Hitlers an der Innenpolitik gibt. Unbestritten ist, dass er für Arbeiten von bürokratischer Natur und für organisatorische Aufgaben nach wie vor wenig Neigung zeigte. Doch zum einen stellte seine Konzentration auf die strikte Einhaltung des gewählten Kurses und die sich aus ihm ergebenden Grundsatzfragen, immer gemessen an den vereinbarten Vorsätzen und Plänen, ein Positivum dar. Zum anderen war Hitler zur Stelle, wenn auch auf ihn nicht sonderlich und permanent interessierenden Feldern, wie beispielsweise der eng verzahnten Wirtschafts- und Sozialpolitik Probleme auftauchten.

Sein Hauptanteil an der Innenpolitik bestand jedoch für jedermann sichtbar darin, dass er sich in persona unausgesetzt um die Festigung der Massenbasis des Regimes kümmerte. Er verwandte viel Zeit darauf, vor seiner rasch zunehmenden Gefolgschaft zu erscheinen, massenwirksame Reden zu formulieren und zu halten, menschliche Verbundenheit mit den „alten Kämpfern" zu zeigen oder auch nur vorzutäuschen. Das alles befriedigte nicht nur sein unstillbares Bedürfnis, zu reden, gefeiert und bejubelt zu werden. Wie dieser „Führerstaat" sich ausprägte, durfte der oberste aller Führer den Millionen nicht entrückt leben. Später im Kriege, als das während seiner Monate im „Führerhauptquartier" der Fall war und Hitler nicht wusste, wie er die Kriegssituation schönreden sollte, wurde sein Fehlen – beispielsweise von Goebbels auf dessen Tagebuchblättern – schmerzlich vermerkt. Selbst der Propagandaminister konnte ihn auf diesem Felde nicht und zum wenigsten zu einer Zeit, als das Reich die „Heimatfront" hieß, ersetzen. Die Bindungen der Mehrheit der Deutschen an das Regime liefen auf eben diesen Hitler zu. Sie ließen sich nicht ummodeln. Nur ihm wurde zugetraut, dass er – um es mit den Worten eines später entstandenen antifaschistischen Liedes zu sagen – „aus dem Salat" führen könne. Das erwies sich als ein Irrtum der Gläubigen.

Das letzte führt über den zeitlichen Rahmen bereits hinaus, bis zu dem die Riesenarbeit Kershaws gelangt ist. Der Autor selbst befindet sich offenkundig auf einem schwierigen methodologischen Wege. Er möchte erklärtermaßen die Vorzüge der beiden Hauptrichtungen vereinen, die sich seit den siebziger Jahren in der Geschichtsschreibung über den deutschen Faschismus, vor allem in der Bundesrepublik, herausbildeten und die als „intentionalistisch" und als „funktionalistisch-strukturalistisch" bezeichnet worden sind. Zugleich gehört Kershaw nicht zu den Leuten, die sich bei der Analyse geschichtlicher Prozesse den Anregungen verweigern, die Karl Marx gab. Dessen Fragestellungen

kennt und beherrscht er. Doch die Konsequenz, sie auch zu verfolgen, verlässt ihn mitunter. Wohin Kershaws Forscherweg führt, wird sich bestimmen lassen, wenn wir seinen zweiten Band gelesen haben werden, der – dies vorher zu sagen, braucht es keine Prophetie – des kritischen Lesens nicht weniger wert sein dürfte als der vorliegende.

Ian Kershaw, Hitler 1889-1936. Aus dem Englischen von Jürgen Peter Krause und Jörg W. Rademacher, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1998, 972 S., DM 88,00.

Marxistische Blätter, Heft 1, 1999, S. 82-86.

Außenseiter und Querdenker

Sebastian Haffner im Alter von 91 Jahren gestorben

Der Mann, der am 2. Januar in Berlin verstarb, gehörte zu den Zeugen des Jahrhunderts und zu jenen Deutschen, die in ihm nach eigenen Vorstellungen und Kräften wirken und Geschichte mitgestalten wollten: Sebastian Haffner Der 1907 in der Hauptstadt des Deutschen Kaiserreiches geborene Jurist und Publizist verließ 1938 aus politischen und persönlichen Gründen das in den Griff rassistischer Machthaber geratene Deutschland. Großbritannien wurde seine Wahlheimat. Später wird er sagen, dass er im Lande, das ihn als Gast aufnahm, ein „englischer Patriot“ geworden sei. Ungeachtet dessen, dass er mit anderen deutschen Emigranten, die gleichfalls ihre antinazistische Haltung bewiesen hatten, bei Kriegsbeginn zeitweilig interniert wurde.

Unter den deutschen Flüchtlingen war und blieb er, der die Herausgabe einer in London erscheinenden deutschsprachigen Zeitung angeregt hatte, ein Außenseiter. Seine radikalen Vorschläge, wie die Alliierten nach dem Siege Deutschland behandeln sollten, hatten wohl dazu beigetragen. Schon in jenen Jahren, in denen er dem Journalistenstab des liberalen „Observer“ als Korrespondent angehörte, übte er eine Rolle, die er später wiederholt einnahm: die des Querdenkers, der seine Meinung, gelegen oder ungelegen, sagte und druckte und sich durch das Echo nicht beirren ließ.

So haben ihn auch im Nachkriegsdeutschland Millionen kennengelernt, die ihn am Tische des Fernseh-Frühschoppens argumentieren hörten – zu einer Zeit, da das Geschwafel heutiger Talkshows noch nicht in Mode gekommen war und Ansichten, überzeugend oder nicht, noch begründet werden mussten. Haffner, der 1948 britischer Staatsbürger geworden war, hatte sich 1954 mitten im sich verschärfenden Kalten Krieg nach Westberlin versetzen lassen. Der Ort entsprach seinem Wunsch, selbst einen antisowjetischen Kampfplatz einzunehmen. Das entfernte ihn von seinen Londoner Auftraggebern und führte ihn – folgerichtig – in die Dienste der „Welt“. Des Blattes, das zum westdeutschen Flaggschiff eines Kurses wurde, der das Risiko des Dritten Weltkriegs nicht scheute.

Diesen aber fürchtete Haffner. Und er begann, eigene Entscheidungen zu überprüfen. Als Kolumnist bei „Stern“ und „konkret“ wurde er weithin bekannt und von da an auch einer der umstrittensten Publizisten der Bundesrepublik. Sein Wirken richtete sich vor allem auf die Stabilisierung des Friedens in Europa, dem er alle anderen Optionen nachordnete. Er sah die Spaltung Deutschlands nicht als das letzte Wort der Geschichte, was ihn nicht hinderte, sich für die Anerkennung der DDR einzusetzen. Er war und blieb durch und durch ein bürgerlicher Mann, der allerdings auch keine Beklemmungen kannte, den Sozialismus „solide und vernünftig“ zu nennen.

Haffner wurde einer der nicht so zahlreichen, anfänglich erbittert befeindeten geistigen Wegbereiter der „neuen Ostpolitik“. Sein 1968 publizierter 20-Punkte-Vorschlag für die Außen- und Innenpolitik der Bundesrepublik umfasst Forderungen, die den Koalitionspartnern der gegenwärtigen Bundesregierung in ihrem Programm gut anstehen würden. Sie – reichten vom Übergang von Militärbündnissen zu einem europäischen Sicherheitssystem und der Schaffung einer „kleinen Berufsarmee“ über eine Strafgesetzgebung gegen Friedensgefährdung bis hin zur kostenlosen Volks- und Hochschulbildung sowie zur Schaffung von Kinderhorten und -gärten „für alle“.

Haffner ist seit den Jahren der Emigration immer wieder als Buchautor hervorgetreten. Sein „Jekyll and Hyde“, 1940 in London und erst kurz vor seinem Tode in deutscher Übersetzung im Verlag 1900 erschienen, stellte in der Nachfolge anderer Publikationen deutscher Hitlergegner den Versuch dar, ein fundiertes Bild vom faschistischen Deutschland und davon zu geben, was von seinen Machthabern zu erwarten war.

Seit der Mitte der 60er Jahre erschienen in rascher Folge aus Haffners Feder neben einer Biographie von Winston Churchill (1967) vor allem Bücher zur deutschen Geschichte. Bei seiner Beschäftigung mit ihr fand er Legenden im Übermaß. Gegen sie empfand er so etwas wie eine Allergie. Und so steht er in der Tradition verdienstvoller deutscher Publizisten, die bereits in der Weimarer Republik gegen die Verherrlichung der Hohenzollern, der Reichseinigung, von Kriegen und verlorenen Siegen angetreten waren. Haffners bevorzugte Themen bildeten die preußische bzw. deutsche Historie des

ausgehenden 19. und des 20. Jahrhunderts und insbesondere Ereignisse, die er als verpasste Wendepunkte der deutschen sowie der europäischen Geschichte ansah. Bemerkenswert „Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19“ (1970), in der er den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als einen Auftakt „zu den millionenfachen Morden in den folgenden Jahrzehnten“ bezeichnete. Denen, die nach 1949 beschworen, dass „Bonn nicht Weimar“ sei, hielt er entgegen, dass die Deutschen dieser Zeit noch nicht entronnen wären und die Untat des 15. Januar 1919 noch immer „wie ein tödlicher Laserstrahl“ in die deutsche Gegenwart hineinwirke. Und immer und immer wieder hat er gegen die zählebig sich haltende Präventivkriegsthese polemisiert, die den Überfall Nazideutschlands auf die UdSSR 1941 bis heute rechtfertigen soll.

Zu Haffners meistgelesenen Büchern gehören seine „Anmerkungen zu Hitler“ (1978). Es wurde als Paperback in der alten BRD auch durch staatliche Bildungszentralen verbreitet. Es schließt mit einer Klage darüber, dass die älteren Deutschen die Erinnerung an Hitler verdrängen, die meisten Jüngeren „rein gar nichts mehr von ihm wissen“. Der Publizist, der nie beanspruchte, Historiker zu sein, mit seinen Büchern aber Vorstellungen und Bilder von der Vergangenheit weithin wachzurufen verstand, praktizierte allerdings mitunter einen Umgang mit Fakten, der selbst wieder Legenden Vorschub leistete. Das brachte ihm die Kritik von Historikern ein. Dessen ungeachtet bleibt es sein Verdienst, dazu beigetragen zu haben, die Geschichte für eine bessere Gegenwart aufzuschließen.

Haffners Art, in deutsche Vergangenheit zurückzublicken, war unbequem. Sie enthielt, mochte man seinen meist einprägsam verkürzt vorgetragenen Darstellungen zustimmen oder nicht, Herausforderungen die Menge. Vor allem aber fehlte ihnen jede beschauliche Unverbindlichkeit. Ohne ins Inquisitorische zu geraten, entließ er seine Leser doch immer mit der Frage, wie sie es selbst mit der deutschen Geschichte halten und sich in deutscher Gegenwart bewegen. Begabt mit geschichtlicher Phantasie, die freilich mitunter ins Galoppieren geriet, beförderte er das Nachdenken über mögliche Alternativen in der Geschichte. Jenen, die offen oder versteckt dem Grundsatz folgten „Weiter so, Deutschland“, warf er den Fehdehandschuh hin. Mit Sebastian Haffners Tod fehlt den Deutschen ein demokratisches Urgestein von seltenem Typus.

Neues Deutschland, Montag, 4. Januar 1999, S. 12.

Mehr als eine spezielle Frage

In einem Bericht über den Besuch von Bezirksparlamentariern im Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin-Adlershof, kurz: WISTA, war im „Treptower Blättchen“ (Nr. 185, S. 1) zu lesen: „Auf eine spezielle Frage erläuterte Dr. Seiff, dass bei der Abwicklung der Akademie der Wissenschaften der DDR 2.000 Wissenschaftler übernommen werden konnten. 3.000 mussten sich ‚initiativ umschauen‘. Ein großer Teil hätte eigene Firmen gegründet. 123 sind bekannt.“

Wer würde, dies lesend, auf den Gedanken kommen, er habe den Text aus einer Zeitung vor sich, die von Mitgliedern der Partei des Demokratischen Sozialismus herausgegeben wird? Wer würde nicht viel eher meinen, hier übe der Redakteur einer ganz anderen Zeitung schon einmal Inhalt und Stil, in dem im bevorstehenden Jahr 1999 die jüngste Geschichte der Bundesrepublik anlässlich des 50. Jahrestags ihrer Gründung weithin dargestellt werden wird: Hinwegsehend über ein paar Kleinigkeiten und überstrahlt von mildem Glanze. Was spricht für diese Vermutung?

Erstens zählte die Akademie der Wissenschaften nicht 5.000 Mitarbeiter, sondern ein Vielfaches davon, und das Verhältnis von „Übernommenen“ und „Abgewickelten“ stellt sich, aufs Ganze der einst DDR-weiten Einrichtung gesehen, erheblich anders dar als im „Falle Treptow“. Das mag der Flüchtigkeit und einem freilich merkwürdigen Blick geschuldet sein, der über Treptow nicht hinausreicht. Zweitens: Selbst wer nur die Mitarbeiter der in Treptow gelegenen Akademie-Einrichtungen vor Augen hat, muss sich fragen, mit welchem Recht ein PDS-Blättchen mit so großzügigen Abrundungen auf die tausenden Stellen (2.000, 3.000) operiert? Kommt es auf ein paar „Abgewickelte“ mehr oder weniger nicht an? Das kontrastiert zudem merkwürdig mit der – unterstellen wir ihre Richtigkeit – exakten Angabe über Firmenneugründungen.

Drittens wird die Situation vieler aus der Masse der „Abgewickelten“ mit der Kennzeichnung, sie hätten sich „initiativ umschauen“ müssen, in einer unsäglichen Weise bagatellisiert. Da helfen auch Gänsefüße nicht. Denn der Begriff ist nicht nur geprägt, um Tatsachen wie Abbruch von Forschungsthemen, zwangsweisen Vorruhestand, Arbeitslosigkeit, Übergang in höchst ungewisse und unsichere Arbeitsverhältnisse, Annahme von Tätigkeiten unterhalb der eigenen Qualifikation u. a. zu verschleiern, sondern er steuert auch zum modischen DDR-Bild bei: Die etwas verschlafenen „Ossis“ hätten eben mal aufwachen und „initiativ“ werden müssen. Viertens schließt sich an diese Beschönigung nahtlos die Mitteilung an, „ein großer Teil“ sei Firmengründer geworden. Ja, so genau wollen es die Genossen vielleicht auch gar nicht wissen.

Wollen sie es wirklich nicht? Glückwunsch und weiterhin zur Tüchtigkeit auch Glück denen, die sich gegen alle Widrigkeiten als Wissenschaftler und sonst als Mitarbeiter der einstigen Akademie der Wissenschaften der DDR haben behaupten können. Ja, zu allen Anstrengungen, Arbeitsplätze zu behaupten und neue zu schaffen. Jedoch: Ankommen im Sumpf eines die Wirklichkeit beschönigenden und verschleiernden Journalismus? Aus diesem „Standort“ schreiben andere täglich. Dieser Journalismus gehört obendrein auch zu jenem Teil des gespaltenen Erbes der DDR, der von niemandem mitgeschleppt werden muss. Vielleicht ist er im konkreten Fall auch weniger ein Erbschaftsteil, sondern ein Zeichen von Anpassung. Das mag entscheiden, wer kann.

Wichtiger ist, dass die PDS-Bezirksparlamentarier die Wirklichkeit weder durch diese Brille des Redakteurs noch durch jene Kristallstücke wahrnehmen, die sie – fröhlich schließt der Bericht – von ihrem „Rundgang“ durch den WISTA mitnehmen durften.

junge Welt, Dienstag, 05.01.1999.

Aus der Totale

Zu Peter Longerichs höchst lückenhafter Gesamtgeschichte des „Holocaust“

In den letzten Jahren ist die Literatur über die Verfolgung und den Massenmord an den europäischen Juden in einem Umfang angewachsen, der auch Spezialisten in Verlegenheit zu bringen beginnt. Wer auf deren Wissen zugreifen will, steht inzwischen vor der Frage, welcher der jüngst erschienenen Darstellungen, die ihm einen Gesamtblick auf den „Holocaust“ anbieten, er den Vorzug geben soll. Zu den Offerten hat sich soeben eine Darstellung gesellt, die einen deutschen Verfasser hat. Sie entstammt der Feder von Peter Longerich, der in London lehrt. Vordem war der Historiker am renommierten Münchener Institut für Zeitgeschichte tätig. Dort schon hat er sich einen Namen gemacht, vor allem durch sein maßgebliches Mitwirken an einer Pionierarbeit. Es entstanden die durch langwierige Recherchen partiell rekonstruierten, jetzt durch eine Sammlung von Mikrofiches in wissenschaftlichen Bibliotheken benutzbaren Akten der Parteikanzlei der NSDAP – jener zentralen Dienststelle also, die zuerst von Rudolf Heß, da noch unter der Bezeichnung „Stellvertreter des Führers“, und nach dessen Abflug von Martin Bormann geleitet worden war.

Von Longerich erschien auch eine Darstellung der SA, die den Titel „Die braunen Bataillone“ trägt. Gegen deren Ende wird ihr Gehalt an Information und Interpretation dünn. Daran erinnert sich, wer sei neuestes Buch liest, dem eine Publikation vorausging, in der wesentliche Dokumente zur Geschichte der Judenverfolgung gesammelt waren. Denn es scheint, als hätte ihn mit dem Fortschreiten seiner Forschungen der unerlässliche starke Antrieb verlassen, ohne den ein Werk dieses Ausmaßes nicht durchgängig auf hohem Niveau entstehen kann. Zudem erschien, unmittelbar bevor Longerichs Buch auf den Markt gelangte, der erste Band von Saul Friedländers auf zwei Bände berechneter Darstellung des gleichen Themas. Das ist – wie hier schon früher erwähnt – in vieler Hinsicht ein Meisterwerk an Geschlossenheit. Eben das lässt sich von der Neuerscheinung nicht sagen. Mit Gewinn kann die Geschehnisse der Vorkriegszeit verfolgen, wer in Kauf nimmt, dass auch hier schon die Sicht – entgegen einer sich erfreulicherweise durchsetzenden Tendenz – auf die Täter fokussiert ist. Dann jedoch wird die Abhandlung über die ersten beiden Kriegsjahre und mehr noch für die Zeit nach den Entscheidungen von 1941 merklich blasser. Sie beginnt zunehmend zu zerfasern. Geduld oder Fähigkeit, Herr der Tatsachenmasse zu werden, haben den Autor verlassen. Zu dieser hat er aber, das gehört zu den Vorzügen des Bandes, durch Neuentdeckungen von Dokumenten in den jetzt zugänglichen osteuropäischen Archiven beigetragen. Nicht zuletzt das wird seiner Arbeit einen Platz in der Fachliteratur sichern, aber womöglich nur einen als Steinbruch, in dem Material zu eigener weiterer Verarbeitung gesucht und gefunden werden kann. Longerich hat viel Ehrgeiz darauf verwendet, die lange Zeit und neuerdings wieder unter Historikern umstrittene Frage zu beantworten, wann an der Spitze des Naziregimes die definitive Entscheidung fiel, Europa „judenfrei“ zu machen. Sein Plädoyer für einen in die Mitte des Jahres 1942 gelegten Termin ist wenig überzeugend. Dessen Akzeptanz verlangt ein Übermaß an Glaubensfähigkeit und eine etwas abwegige Vorstellung von der Funktionsweise der Diktatur. Es müsste nämlich anerkannt werden, dass der Massenmord an den sowjetischen Juden, die Vernichtung der Juden in Serbien, die Morde an polnischen Juden in der Vernichtungsstätte in Chełmno mittels Gaswagen, der Beginn der Tötungen in Auschwitz, die Deportationen aus dem Reichsgebiet und aus Frankreich, der Beginn des Baus der Vernichtungsstätten im Rahmen der „Aktion Reinhard“ im Osten Polens nur so etwas wie ein grauenhaftes Vorspiel gewesen wären, wobei noch nicht darüber befunden wurde, ob das verbrecherische Hauptstück eigentlich stattfinden solle.

Wer sich an die Gesamtdarstellung des „Holocaust“ macht, braucht ein strengeres Konzept und muss gegen alle Versuchung gefeit sein, über einem Teil oder gar Detail – mit Thomas Mann zu reden – die Feder „lässig ausständeln“ zu lassen. Auch können dann Fragen wie die nach der Rolle der Deutschen nicht ausgeklammert, verkürzt oder schöngeredet werden. Dass von den deutschen Kapitaleignern, die sich auch an der Ausbeutung von Juden gesundstießen, so an deren Entkräftung und Tod schuldig wurden, wieder nicht die Rede ist, mag in Werken aus „bundesdeutschen“ Schulen schon nicht mehr verwundern.

Peter Longerich: Politik der Vernichtung – Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Bertelsmann Verlag, München 2009, 772 Seiten, 16,95 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 27.01.1999. Dietrich Laubers, Pseudonym von Kurt Pätzold.

Gegen die Perspektive des Schlüssellochs

Außerhalb des Kreises der Spezialisten wurde der Name des Autors, Professor an der Pacific Lutherian Universität in Tacoma im Staate Washington, in Deutschland wohl erst durch seine Teilnahme an der Kontroverse bekannt, die das Buch Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ auslöste. Kaum ein zweiter vermochte den darin vorgetragenen Thesen vom „eliminatorischen Antisemitismus der Deutschen“ mit mehr Sachkenntnis zu widersprechen als Christopher Browning. Denn er hatte früher als der Harvard-Professor jenen Aktenbestand durchgearbeitet, der von den Verbrechen des Hamburger Polizei-Bataillons 101 zeugte, und darüber sein Buch „Ganz normale Männer“ vorgelegt Darin werden die unterschiedlichen Lebenswege von Deutschen nachgezeichnet und gruppiert, die so viele von ihnen zur aktiven Beteiligung am Massenmord an den Juden auf dem Territorium der UdSSR, Serbiens und Polens geführt und befähigt hatten.

Nun werden acht Beiträge publiziert, die Browning zum gleichen Thema zwischen 1986 und 1996 zumeist in amerikanisch-sprachigen Fachzeitschriften veröffentlichte. Sie betreffen sämtlich den Judenmord sowie dessen unmittelbare Vorgeschichte während der Jahre von 1939 bis 1941. Eingehend hat sich der Forscher vor allem mit der Ghettoisierung der Juden im eroberten Polen und dann mit der 11 Monate umfassenden Phase ihrer Ausrottung befasst. Dazu gehören die entsetzlichen Massaker die während der sog. Ghettoräumungen und bei den Jagden auf Juden verübt wurden, die sich in den Wäldern versteckt hielten, um der Deportation in die Vernichtungsstätten zu entkommen. Browning schildert die Logistik des Vorgehens der Deutschen und ihrer Kollaborateure und – en passant – erledigt er die Legende, es sei dafür ein besonders großer Aufwand an militärischem und polizeilichem Personal notwendig gewesen.

Browning hat die Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden stets im weiteren Sinne als eine Herausforderung zum Nachdenken über die Gegenwart und Zukunft der Menschheit verstanden. Sich gegen jede „Schlüsselloch“-Perspektive der Geschichtsbetrachtung wendend, fernab von allen die Deutschen entlastenden Formeln wie „Die anderen auch“, gelangt er mit dem Blick in die Jahrzehnte der zweiten Jahrhunderthälfte zu dem Schluss: Wenn Angehörige von Völkern in Europa, in Afrika und in Asien „mit entsetzlicher Grausamkeit verbundene Massen- und Völkermorde begehen können, müssen wir uns jene universellen Aspekte der menschlichen Natur ansehen, die über die kognitiven und kulturellen Bedingungen gewöhnlicher Deutscher hinausgehen.“ Diese Aufgabe steht der internationalen Wissenschaft bevor und vor ihrer intensiven Inangriffnahme erheben sich viele zu beseitigende Hindernisse.

Christopher Browning: Der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter. Aus dem Amerikanischen von Jürgen P. Krause, Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Bonn 1998, 231 Seiten, DM 39,80.

antifa, Februar 1999, S. 28.

Erinnern – Wissen – Gedenken. Fragen, die dem Wie vorausgehen

Gegen Jahresende 1998 stritten Politiker mit Schriftstellern, die wieder mit Verbandsfunktionären, Christen mit Atheisten, Nichtjuden mit Juden, diese auch untereinander, heftig darüber, wie, wie oft, wo und in welcher Weise sich die Deutschen des gemeinhin „Holocaust“ genannten Massenmords an den europäischen Juden erinnern sollen. Wie üblich beruhigte sich die Aufregung alsbald wieder. Die Medien wandten sich anderen Themen zu. Bilanzen bleiben dem späteren Urteil von Historikern vorbehalten. Wer eine vorläufige anstellte, dem fiel auf, dass das Ergebnis der Kontroverse dürftig geblieben war und vor allem der Feststellung unabweisbarer Konsequenzen für diejenigen entbehrte, deren Tagewerk die Vermittlung von Kenntnissen über die Vergangenheit und Gegenwart deutscher Zustände ist. Was womöglich nur Ostdeutschen auffiel: Die Debatte gewann, als sie auf die inhaltsleeren oder -armen Gedenkreden und die eingeübten Gesten der Betroffenheit kam, eine Beziehung zu der immer wieder gegen die einstigen DDR-Bürger gerichteten Bezichtigung, Antifaschisten per Verordnung gewesen zu sein. Niemand schien sich jedoch an den Unsinn erinnern zu wollen. Jetzt kamen Rituale zur Sprache, die nicht vom Zentralkomitee der SED bestätigt worden waren.

Das so getan wurde, als wäre wieder einmal ein ganz neues und neuentdecktes Problem zu bewältigen, war zu bedauern. Denn in der Abwehr gegen die Klischees über die Geschichte des ostdeutschen Staates wurde viel Bedenkenswertes vorgebracht. War doch erörtert worden, mit welchen Inhalten und wer in DDR-Zeit Vergangenheit durcharbeitete. Die Rede kam auf Stückeschreiber und Theaterintendanten, auf Drehbuchautoren und Regisseure von Kino- und Fernsehfilmen, auf Schauspieler, Schriftsteller und Verleger, auf Zeitungen, Zeitschriften und Journalisten, auf Historiker, Lehrer, Schulbuchverfasser und Schüler. Soll und Haben gerieten ins Blickfeld. Gewogen wurde das gespaltene Erbe der untergegangenen Gesellschaft. Dessen ernsthafte Durchsicht ist bei weitem nicht beendet und sie begegnet auch mannigfachen Hindernissen.

Gemeinsam *erinnern* sollen sich die Deutschen, lautete eine Hauptforderung der jüngsten Debatte. Das erscheint, wird der Begriff des Erinnerns nicht maßlos überdehnt und auf Tätigkeiten ausgeweitet, für welche die deutsche Sprache andere Kennzeichnungen bietet, dreifach fragwürdig. Erstens ist die Fähigkeit, sich der geistigen und – in unserem Falle zugleich psychischen – Anstrengung des Erinnerns zu unterziehen, höchst unterschiedlich entwickelt. Zweitens kann sich Erinnerung nur auf eigenes Erleben, Erfahren, im geringsten Falle auf nur Gehörtes gründen. Folglich weichen die Erinnerungen von Zeitgenossen erheblich voneinander ab. Drittens – das führt ins Groteske – mag man sich eine 1950 geborene Lehrerin vor den 1983 geborenen Schülern ihrer Klasse vorstellen, die sagt: Erinnern wir uns also gemeinsam der „Reichskristallnacht“.

Ernstgemeint müsste, statt eines bloßen Appells, die Aufgabe verständlich und herausfordernd formuliert werden. Nicht nur für die Nachgeborenen. Auch für den Rest der Zeitgenossen von Faschismus und Krieg. Für die einstige Kleinbäuerin aus dem Schlesischen stellen sich rückblickend andere Gedanken und Empfindungen ein als für die Bewohnerin einer westfälischen Kleinstadt. Offenbar geht es darum, sich das Geschehen gerade nicht nur aus eigener Erinnerung (oder der anderer) wahrzunehmen. Das mündet zu oft in Aussagen wie: Ich habe nichts gewusst. Ich war nicht dabei. Ich konnte nichts tun. Anders die Frage: Was haben wir oder unsere nicht sehr fernen Vorfahren vor etwa einem halben Jahrhundert während einer sehr kurzen Zeitspanne in Europa angerichtet? Wie konnten wir es zu den Verbrechen an politischen Gegnern, Kranken und Behinderten, Kriegsgefangenen, Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen, Angehörigen von Völkern vieler Zungen überhaupt kommen lassen? Mit den unvermeidlichen Scheuklappen, die mit dem Rückzug aufs eigene Erinnerungsvermögen nun einmal angelegt sind, kann das nicht abgemacht werden. Zudem geht es nicht um Rechtfertigung, sondern um Erkenntnis.

Wer den Heutigen die Anstrengung abfordert, sich mit der Geschichte von Faschismus und Zweitem Weltkrieg zu befassen, hat das zu begründen. Die bloße Tatsache, dass uns mit der zeitlichen Nähe auch Wissen verloren geht, das andere in vielen durchlebten Alltagen sich erwarben, reicht dafür nicht aus. Auch das Ausmaß der unter direkter und indirekter Massenbeteiligung verübten Untaten gibt die Begründung allein nicht her. Wenn aber die ohnehin nicht vorstellbaren Leichenhaufen sie

nicht sein können, wer oder was dann? Die überzeugende Antwort besteht wohl allein in dem Nachweis: Wir haben uns zwar zeitlich vom Geschehen entfernt, aber wir sind der Epoche, in der Millionen mit System hingemordet wurden, nicht entronnen.

Dem wird vielfach entschieden und mit Gründen widersprochen, die auf den ersten Blick plausibel erscheinen. Leben wir nicht in einer Zeit ohne Gestapo und Konzentrationslager, ohne marschierende Kolonnen und hysterischen Führerglauben? Wer von Einfluss hierzulande hegt denn Pläne für einen Weltkrieg, für Eroberung von Nachbarstaaten und die Ausrottung von deren Bevölkerung? Die Mehrheit der Deutschen hörte gern und befriedigt zu, als ihr Daniel J. Goldhagen bescheinigte, sie seien ganz andere Leute geworden. Wofür aber sprechen die Auseinandersetzungen, die seit dem Skandal in München noch an jedem Orte entstanden (und nicht importiert werden mussten), an dem die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ gezeigt wird? (Und wovon zeugt das Vorstellung und Haltung so vieler deutscher Zeitgenossen grundstürzend verändernde – mitunter sie auch nur bloßstellende – Geschehen, das begann, als dieser Artikel bereits geschrieben war: der Krieg der NATO gegen Jugoslawien?)

Nein, es bleibt zu sorgen, dass es nicht wieder geschieht. Die Rede ist auf die Toten *und* die Lebenden zu bringen, auf Vergangenes *und* Gegenwärtiges. Nicht länger dürften Fragen hierzulande auf die „zwei deutschen Diktaturen“ reduziert werden. Zu verlassen ist auch der Pferch der Betroffenheit. Betreten werden muss das weite Feld, auf dem das Nachdenken darüber möglich wird, was uns mit dem Vergangenen verbindet oder auch von ihm trennt. Da erheben sich andere Fragen als die nach Scham und Schande. Da erledigt sich die den Nachgeborenen immer wieder soufflierte und aufgedrängte Frage, wie sie sich verhalten hätten, wären sie 1932 Wahlbürger oder 1941 Soldat gewesen. Und an die Stelle des Hypothetischen tritt das Reale: Wie verhalte ich mich heute im Wissen um die Erfahrung meiner Eltern und Großeltern?

Auch das Ansinnen, das Nachdenken vor das verlangte, jedoch unmögliche „Nachfühlen“ zu setzen, und sich das Konzentrat von Erkenntnissen anzueignen, das in einem halben Jahrhundert von Forschern angehäuft wurde, begegnet Einwänden. Würde dies zum Ausgangspunkt gewählt, heißt es, erstürben die Gefühle. Bewiesen ist das nicht. Zutage liegt hingegen die Folgenlosigkeit von bekundetem Entsetzen und der versicherten Unfähigkeit, Texte und Bilder der äußersten Menschenverachtung auch nur zur Kenntnis nehmen zu können. Fruchtlos auch das grübelnde Kopfschütteln. Irrwegweisend die Klagen: Non possumus.

Vor Jahren schon hat ein Bundespräsident den Westdeutschen spät klarzumachen gesucht, dass der Beginn des Unheils nicht auf den 1. September 1939, sondern auf den 30. Januar 1933 zu datieren ist. Dem kann hinzugefügt werden, dass der Schritt aus der Republik von Weimar ins Reich mit dem Hakenkreuz kurz war. Der „Sprung“ und seine Ursachen und Verursacher waren und sind zu begreifen. Ohne ihn würden Millionen Europäer in ihren Betten gestorben sein und nicht in Gaskammern, vor Erschießungsgräben, auf Schlachtfeldern.

Gedanken an Vorsorge verbinden sich folglich in erster Linie mit den frühen, nicht mit den späten dreißiger Jahren. Doch die Deutschen werden vom Staats- wie vom Privatfernsehen weiter mit Bildern aus den Jahren des Schießens, Tötens und Sterbens unterhalten. Die Nachgeborenen wissen jetzt in etwa, was die Vorfahren mit Feuer und Schwert in die Geschichte der europäischen Völker geschrieben haben. Manche meinen, das sei ihnen nun genug vorgeführt worden. Mit Sicherheit unterversorgt sind sie hingegen mit Antworten auf das Warum und das Weshalb. Das gilt inzwischen auch schon für Jahrgänge junger Leute in den neuen Bundesländern. Zehn Jahre vermögen viel und viele zu verändern. Das macht ein Vergleich zwischen dem Befinden der Deutschen im Jahre 1929 und im Jahre 1939 rasch klar.

Dem Vorschlag, das Wissen um das Was des Geschehenen vor das Wie des Gedenkens zu stellen, wird auch mit der Frage begegnet: Wieviel muss man von deutscher Geschichte wissen, um sich heute als „anständiger Mensch“ zu verhalten? Lassen sich Kinder nicht zur Freundlichkeit gegenüber Fremden erziehen, zur Mitmenschlichkeit gegen ihresgleichen, ohne dass sie eine einzige dieser Geschichtsstunden erteilt bekamen? Unbezweifelbar. Nur gehen Frage und Antwort an gesellschaftli-

chen Prozessen vorbei. Denn es ist erwiesen, dass aus vielen Anständigen in veränderten Verhältnissen Menschen werden können, die sich sehr wenig anständig verhalten. Einwandfrei ist dokumentiert, dass – um nicht von den Mördern in Auschwitz zu reden – in jenen Zeiten faschistischer Herrschaft Millionen Deutsche auf Kosten anderer Menschen ernährt wurden, von denen nicht wenige Hungers starben. Darüber machte sich kaum einer der Nutznießer einen Gedanken. Dokumentiert ist, dass Millionen Deutsche einem Regime Beifall zollten, das sie, zur Herrenrasse deklariert, auf Dauer auf einen privilegierten Platz setzen, sie materiell und geistig als Staatsbürger eines „tausendjährigen Reiches“ korrumpieren wollte. Diese Aussicht beunruhigte die wenigsten.

Wo diese Zusammenhänge heute bedacht werden, kann sich – beispielsweise – die Überlegung anschließen, wovon die Deutschen heute leben. Welchen Anteil am verfügbaren und noch zu gewinnenden Reichtum der Erde beanspruchen sie und auf wessen Kosten? Das führt hinaus über den wichtigen Bezirk von Elternhaus, Kinderstube und Lehrerverantwortung in die Gesellschaft als Ganze. Die Mehrheit der heutigen Deutschen beschäftigen Fragen dieser Art so wenig, wie sie ihre Vorfahren kümmerten. Einer Minderheit sollen sie noch ausgeredet werden. Und viel geschieht tagaus tagein, Menschen von solcher Nachdenklichkeit wegzulenken. Denn sie steht unter dem nicht völlig unberechtigten Verdacht, revolutionierende Gedanken wachrufen und gesellschaftliche Bewegung in unerwünschte Richtung hervorbringen zu können.

Demnächst wird wieder einmal und nun definitiv über die Gestaltung eines Gedenkortes entschieden werden, der inmitten Berlins, einer der von Touristen meist besuchten Gegenden Deutschlands, entstehen soll. Viele Lösungen sind denkbar. Keine wird unumstritten bleiben. Deren Wirkung aber wird wesentlich davon bestimmt sein, ob die Deutschen sich jenem Zeichen wissend und fragend nähern oder es in Erwartung tun können, auf eine Sehenswürdigkeit zu treffen, die man ausflugsweise einmal begafft haben muss wie schon andere Wallfahrtsorte der Nation zuvor zwischen Kelheim, Kyffhäuser und Laboe. Da fanden sich seit Generationen schon Millionen ein, die von der Geschichte und ihren Warnungen meist wenig oder nichts verstanden hatten. Und denen aus ihrem Nichtwissen auch selbst Schaden erwuchs.

Icarus, 1999/2, 16. Heft, S. 44-46.

Jüngst in Regensburg

Eine Nachbetrachtung zu einer Rede, gehalten aus Anlass des 27. Januar 1999

Wie andere Städte auch hatte Regensburg kürzlich seine offizielle Gedenkfeier, ohne deren rituelle Veranstaltung künftig dieser Januartag nicht abgehen wird. Sie fand an einem Ort statt, der zum Nachdenken besonderen Anlass gibt: im „Velodrom“, erbaut inmitten der Stadt auf Initiative und aus den Mitteln eines ihrer jüdischen Bürger, den faschistische Judenmörder mit seiner Ehefrau deportierten und den sie nach einem gescheiterten Fluchtversuch umbrachten. Der Oberbürgermeister der Stadt leitete die Veranstaltung mit einer eigenen Rede ein. Ob sie für vergleichbare Ansprachen innerhalb und außerhalb von Bayerns Grenzen typisch genannt werden kann, würde sich erst durch weitläufige, vielleicht aber lohnende vergleichende Studien feststellen lassen. Denkwürdig aber war diese Rede des CSU-Politikers allemal.

Unzitiert bleiben hier jene Sätze, in denen OB Schaidinger das obligatorische Soll präsentierte, ohne dass neuerdings kein Staatsredner bei diesem und anderem ähnlichen Anlass aus- und wegkommt. Die erforderlichen Vokabeln fließen aus Federn, Computern und Mündern. Rasch und in der Abfolge des Regensburger Redetextes sind sie aufgezählt: Willkürherrschaft, Opfer, unmenschlich, Holocaust, Verbrechen, Menschlichkeit, unermessliches Leid, Zorn, Scham, verdrängen, vergessen, Verantwortung, Gefahren, Erinnerung, sensibel, wachsam, Trauer, Menschenwürde, entsetzt, sprachlos, Mahner, Reue, Besinnung, Lehren, Schlussstrich.

Was hatte der Mann den Versammelten wirklich mitzuteilen? Welchen Platz in der eben geführten und noch nicht erloschenen Debatte um das „rechte Erinnern“ hat er selbst eingenommen und seinen Zuhörern empfohlen? Das verraten Sätze in anderem Zusammenhang und schon der erste, der zur Sache auf eine langwierige Begrüßung folgte, die mit den Vertretern der Jüdischen Gemeinde begann und mit dem Willkommen für einen General und den Polizeipräsidenten endete. Dieser Satz bezeugte Selbstmitleid – die schon gegen Ende des Zweiten Weltkriegs von der Mehrheit der Deutschen bevorzugte Droge. Sie half über die noch frische Erinnerung an eigenes Tun und Lassen glatt hinweg. O-Ton Schaidinger: „Auch Regensburg und seine Bürgerinnen und Bürger haben die Willkürherrschaft des NS-Regimes schmerzlich fühlen müssen.“

Das wurde wie folgt erläutert: „Die meisten Opfer dieser Stadt verloren ihr Leben als Soldaten an den Fronten oder in Kriegsgefangenschaft. Es gab ebenso Ziviltote der Vertreibung, Ziviltote des Luftkrieges, ermordete Juden, Christen, Roma und Sinti, Andersdenkende, ermordete Kinder und Kranke, verhungerte, an Krankheit verstorbene und erschlagene Gefangene, Opfer unmenschlicher Strafmaße, im Widerstand Gefallene.“ Das verdient, ein Geschichtsmix genannt zu werden, auf den so leicht keiner kommen mag, es sei denn, die Unterscheidung zwischen Tätern und Opfern, zwischen Mittätern, die Opfer wurden, und solchen, die glimpflich und ungeschoren davonkamen, ist ihm lästig. Und schließlich: Was kann der Schaidinger dafür, dass es in Regensburg so viele wehrdiensttaugliche arisch-deutsche Männer gab und so viel weniger Juden? Die Masse macht es, und so gehören auch die Männer und Frauen des Widerstands, „Gefallene“, wie der Zivilist sie nennt, an das Ende der Reihe auf den letzten der zu vergebenen Plätze. Wie hört sich nach solchem Satz der Appell an: „Nichts darf verdrängt werden“, um auf eine der obligatorischen Bekennervokabeln zurückzukommen, und wie der andere: „Wir Deutschen haben unsere Lektion gelernt“, der doch weitergedacht werden soll und der in seiner Fortsetzung lautet: „Jetzt sind die anderen an der Reihe, denen wir ein Beispiel gegeben haben“. An deren Stecken befindet sich eben und nämlich Dreck, was gerade an diesem Tage einmal gesagt werden muss, an dem sich an die jugoslawischen und griechischen Partisanen, an Seeleute Norwegens, an die Angehörigen so vieler Völker und Nationen denken ließe, die die Wege nach Auschwitz, Dachau, Sachsenhausen freigemacht haben. Nein: „Ebenso wenig wie alle Deutsche pauschal Täter sind (hier fehlt auch das verlogene Präsens nicht, das im Geschichtsrevisionismus der Rechtsextremen unentbehrlich ist – K. P.), sind alle Nichtdeutschen pauschal unfehlbar.“ Was, wie alle deutschen Untäter ja wissen, diese Nichtdeutschen immer wieder unverfroren behaupten. „Hört endlich auf“, die Stimme musste sich der Oberbürgermeister doch aus dem Spiegel leihen, „Täter zu benennen, die keine sind“. Das war auch den Autoren der Ausstellung „Vernichtungskrieg.

Verbrechen der Wehrmacht“ noch einmal nachgerufen, nachdem sie ihre Ausstellung endlich nordwärts befördert haben.

Schlussstrich? Mitnichten. Beileibe: Nein! Und warum nicht? Niemand in der Welt, an deren Bewohner sich der Schaidinger nun wendet, dürfe sich „auf das Ruhekissen der Selbstzufriedenheit zurückziehen“. Denn das geschieht doch nicht, um ein wenig zu schlummern, so fährt er unmittelbar und denunzierend fort, sondern „um allein und unverändert uns Deutsche für Taten zu verteufeln, die Geschichte sind“. So also versteht der Mann in Regensburg die Aufgabe des Erinnerns und die Abwendung von Gefahren.

Wer bis dahin nicht begriffen hatte, von welcher Art diese vorgeblich kritische Sicht in die Vergangenheit ist, dem wurde abschließend gesagt: Ja, es ließ sich „mit sauberen Händen“ aus diesem „Dritten Reich“ herauskommen. Aber „nicht jeder“ – tatsächlich: nicht jeder – konnte das. Dieser Hinweis auf menschliches, allzu menschliches Versagen, das von historischen Voraussetzungen und gesellschaftlichen Bedingungen und Interessen absieht, ist der Startplatz, von dem aus Schaidingers Logik erst ihren Höhenflug antritt: „und deshalb“, weil die einen konnten, andere aber nicht, „hat niemand heute ein Recht, einen Stein aufzuheben und auf den zu werfen, der dies nicht geschafft hat“. So lässt sich christliche Nächstenliebe auch interpretieren und so soll sie praktiziert werden – beispielsweise zugunsten der Direktoren der Deutschen und einiger anderer Banken und zum Nutzen von deren Nachfolgern, denen internationaler Druck vielleicht doch noch ein paar D-Mark zugunsten der wenigen noch lebenden Opfer brutaler Auspowerung wird abpressen können, eine Summe freilich, die dem Kleinsparer imponieren mag, die in Wirklichkeit eine finanzielle Lächerlichkeit aus Zinsen und Zinseszinsen darstellt, die inzwischen aufgelaufen sind.

junge Welt, Donnerstag, 11.02.1999.

Deutsche Straßenkämpfe (1)

Zum Beispiel: Saarbrücken

Nein, sie werden nicht hinter Barrikaden und nicht mit Wasserwerfern ausgetragen, die „Straßenkämpfe“, die derzeit in deutschen Städten im Gang und eine Fortsetzung von Auseinandersetzungen sind, die mit wechselndem Erfolg seit Jahrzehnten stattfinden. Ausgefochten werden sie – wie richtige Straßenkämpfe zumeist – unter Einsatz von ungleichen Waffen. Die Minderheit der Akteure verwendet zudem Instrumente, die heute immer seltener zur Geltung gebracht werden: Waffen des Geistes. Damit ist auch schon verraten, dass derzeit nicht wirklich um die Herrschaft über Straßen, ganze Quartiere oder gar Städte und Staaten gerungen wird, sondern schlicht und einfach um den Verbleib oder die Beseitigung von Straßennamen, die auf vielerlei Weise in deutsche Geschichte verweisen, insbesondere in die braune, die von der zunehmenden Zahl Farbenblinder vorzugsweise die dunkle genannt wird.

Wer sich in Saarbrücken, Völklingen, Neunkirchen oder sonst wo im Saarland heute noch an den Januartag 1935 erinnern kann, da er sich aus besonderem und einmaligem Anlass zu seinem Wahllokal aufmachte, hat seinen 80. Geburtstag hinter sich. An jenem Tag entschieden sich mehr als 90 Prozent der Bewohner des Saargebiets für dessen Anschluss an jenes Deutschland, in dem seit nahezu genau zwei Jahren die Faschisten regierten. Dabei hatten sie eine Wahl. Zugegeben: Die Alternativen waren nicht sehr attraktiv, aber sie waren jedenfalls vernünftig.

Das galt weniger für die Möglichkeit, für die Einbeziehung des Territoriums in die Französische Republik zu stimmen. Das Saargebiet, entstanden aus preußischen und bayerischen Landesteilen, war in dieser Form eine Schöpfung des Versailler Vertrages und an die herrschenden Kreise Frankreichs zur Ausbeutung namentlich seines Kohlereichtums übergeben worden. Diese Regelung war auf 15 Jahre begrenzt, und diese Frist lief 1935 ab. Die Bevölkerung hatte, wie ihr versprochen worden war, über das Weitere zu entscheiden – zwei Jahre nach dem Ende der Weimarer Republik.

Das tat sie nun, und sie schlug auch die zweite der alternativen Möglichkeiten aus: ein Votum für die zeitweilige Aufrechterhaltung des Status quo, also für eine Weiterexistenz des Landes als eines besonderen Gebiets unter der Aufsicht des Völkerbundes und mit einer womöglich gemilderten Dominanz der ungeliebten französischen „Gäste“. Für diese Lösung hatten sich die Kommunisten und Sozialdemokraten des Landes ausgesprochen, unterstützt von einer geringfügigen Minderheit christlich-orientierter Politiker und deren zahlenschwacher Gefolgschaft.

Doch ihr Projekt erlitt eine verheerende und folgenschwere Niederlage. Die bei sonstigen Wahlen starke Anhängerschaft der beiden Arbeiterparteien wurde bei weitem nicht erreicht, sie zerstreute sich nahezu spurlos. Es regierte die nationale Trunkenheit. Darauf hatten die Führer in Berlin und München geschickt gesetzt. Ihre eigene Parteiorganisation verkroch sich in dem der Abstimmung vorausgehenden Kampf in einer „deutschen Front“. Sie agitierte mit populären, aber ebenso inhaltslosen Parolen und Phrasen, darunter solchen in der Mundart des Landes. „Nix wie hemm“, lautete eine von ihnen, und sie war in einer Weise bebildert, die vielen aus rührseligen Geschichten vor Augen stand. Die Verlorenen kehren heim zur Mutter.

Die Entscheidung fiel am 13. Januar des erwähnten Jahres 1935, und an sie erinnert in der Landeshauptstadt bis heute eine Straße. Die Taufpaten benannten sie so aus Ruhmredigkeit. Zeitgenossen und Nachfahren des Ereignisses hat das bis dato nicht oder nur wenig angefochten. Nun haben „Straßenkämpfer“ mobilgemacht und erheblich verspätet auf Großplakaten auf das – um ein stärkeres Wort zu vermeiden – Versäumnis aufmerksam gemacht. Und siehe da: Es finden sich Leute, denen die Trennung von der teuren Erinnerung immer noch schwer zu fallen scheint.

Dass am 30. Januar 1933 die Deutschen einen Reichskanzler Hitler bekamen, das hatten die großkapitalistischen, großagrarischen und militaristischen Kanzlermacher bewirkt, aber sich doch auch nahezu 40 Prozent der Deutschen, also eine starke Minderheit der Wahlbevölkerung, auf das Gewissen geladen. Mit ihren Wahlstimmen war der Führergruppe um Hitler das Gewicht gegeben worden, das sie für die neuerdings vorwiegend hinter dem Namen „Eliten“ versteckten Oberschichten erst voll-

ends interessant gemacht hatte. Die Saarländer hingegen entschieden sich zu 90 Prozent und mehr für das Leben im Reich des Adolf Hitler und das, nachdem ihnen zwei Jahre Beobachtungszeit jenseits der Grenzen geblieben war. Zeit zur Wahrnehmung der Liquidierung der parlamentarischen Bürgerrechte, der Errichtung der Folterlager, der Betätigung der Guillotine gegen Antifaschisten, der beginnenden Judenverfolgung und der einsetzenden Aufrüstung.

Müssen sich die wenigen hochbetagten Mitwirkenden von einst und vor allem die übergroße Zahl der Nachgeborenen daran erinnern? Das wäre auch in unseren Tagen durchaus nützlich. Aber brauchen sie zu diesem Zweck einen Straßennamen? Genügt nicht die Erwähnung dieses Fehlentscheids in Schulgeschichtsbüchern und in der übrigens reichen regionalgeschichtlichen Literatur des Landes? Zudem liegen die Folgen jener Abstimmung zutage. Auch nicht mehr ganz junge Saarländer erinnern sich an die fünf Jahre nach ihrer „Heimkehr“ in den Grenzorten einsetzende Evakuierung der Bevölkerung ins Reichsinnere, womit Schussfeld für den Krieg gegen Frankreich freigemacht wurde. Anderen ist der Luftkrieg über ihren Städten in grausiger Erinnerung geblieben. Dritten das Erbe, das sie antraten. Über die Folgen dieses 13. Januar 1935 kann es schwerlich zweierlei Meinung geben. Doch gibt es sie an der Saar inzwischen auch und vermehrt über die Bewertung jenes „Dritten Reiches“.

junge Welt, Freitag, 19.02.1999.

Deutsche Straßenkämpfe (2)

Zum Beispiel: Regensburg

Der Stein des Anstoßes bildet keine Neuentdeckung. Er heißt Florian-Seidl-Straße. Seine Entdeckung liegt fünf bis sechs Jahre zurück. Da wurde an der Universität Regensburg eine Magisterarbeit geschrieben, deren Thema das Wirken und die Hinterlassenschaft eben dieser Namenpatrons war – eines „deutschen Dichters“, um es vorwegzusagen. Genauer: eines Heimatdichters, wenn der Begriff nicht zu eng gefasst wird. Dieser Barde nun hatte dem Adolf Hitler zum ersten Jahrestag, an dem der den Überfall auf Polen befohlen und damit den Zweiten Weltkrieg provoziert hatte, ein mehrzeiliges Gedicht gewidmet, dem er die damals modische Überschrift „Dem Führer“ gab. Und das beginnt so: „Du zwangst Dein ganzes Volk zu Deiner Größe / und hältst es milde an der starken Hand / wo eine Schwäche war und eine Blöße / Du hast sie mit dem Feuer ausgebrannt.“ Sieht man einen Moment von der erwähnten Größe und Milde ab, so kann dem Text ein gewisser Wahrheitsgehalt nicht abgesprochen werden, vorausgesetzt, man nimmt auch das Feuer nicht ganz wörtlich, sondern übersetzt es sich in Hand- und Fallbeil, in Antifaschisten- und Judenmord. Schenken wir uns die zwei folgenden Strophen und auch die freilich schwer zu verdrängende Frage, ob in den zwei Jahrzehnten, die zwischen dem Tod dieses Nazis und der Anfertigung jener Magisterarbeit im Jahre 1993 vergangen waren, sich nicht wenigstens ein Bürger Regensburgs an diesen Sohn der Stadt und dessen Dichten und Schreiben zu erinnern vermochte und den nicht allzu hoch zu veranschlagenden Mut besaß, sein Wissen bekanntzumachen. Denn der Hitler-Verehrer hatte auch ein 1941 publiziertes Buch hinterlassen, in dem er, so auch dessen Titel, für „Das harte Ja“ plädierte, das den inzwischen weit vorangetriebenen Vernichtungsmaßnahmen gegen Kranke und Behinderte eine weitere Rechtfertigung liefern wollte. Jedenfalls konnte sich auch daran niemand erinnern. Die christlichen Politiker im Rat der Donaustadt ließen nur ein Jahr nach dem Tode des Seidl vergehen und dann schon benannten sie 1973 eine Straße nach ihm. (Übrigens: Wessen Büste in der nahen Walhalla aufgestellt werden soll, dessen Tod muss zwanzig Jahre zurückliegen.)

So klar die Tatsachen am Tage lagen: Während sich die Stadtväter um die Ergebnisse der Magisterarbeit nicht scherten, ging eine Enkelin des Nazidichters juristisch gegen deren Autorin und einen Regensburger Journalisten wegen „Verunglimpfung Verstorbener“ vor. Das wäre nicht weiter erwähnenswert, hätte es sich dabei nicht um eine Professorin der Tübinger Universität gehandelt und hätte der mit dem „Fall“ befasste Richter sich nicht mit der „Erkenntnis“ aus der Affäre gezogen, dass offenbar im Hinblick auf die beanstandeten und angefeindeten Aussagen keinerlei Wiederholungsgefahr bestünde. Die Ermittlungen wurden also eingestellt.

Nun drängt seit Jahren eine Minderheit von Leuten mit Anstand darauf, diesen Beschluss rückgängig zu machen und damit die Folgen einer schandbaren Tat. Lange vollkommen erfolglos. Für einige junge Leute zu lange. Sie entschlossen sich am Tage, da in Deutschland der Befreiung von Auschwitz (möglichst – wie im Bonner Bundestag geschehen – ohne die Erwähnung der sowjetischen Armee und der Taten und Opfer anderer Befreier) gedacht wurde, den Skandal erneut öffentlich zu machen. Angetan mit T-Shirts, auf die sie die Forderung nach der Beseitigung des Straßennamens geschrieben hatten, betraten sie den Saal, in dem die von den Stadtoberen ausgerichtete Gedenkfeier stattfand. Sie gewannen das Hin und das Her mit bereitstehenden Ordnungshütern nur, weil ein Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde für sie Partei ergriff. So konnten sie im Saal bleiben und – während der Oberbürgermeister seine Ansprache vortrug (vgl. junge Welt vom 11.2.1999) – sich auf der Bühne in dessen Rücken postieren und schweigend verdeutlichen, worum es ihnen und nicht ihnen allein ging. Die Zustimmung, die Teilnehmer der Veranstaltung den Akteuren bekundeten, schützte die vier Antifaschisten nicht vor der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens. Die Polizeidirektion lud ein. Nicht, um sich über die Biographie des Seidl aufklären zu lassen, sondern um einen Verstoß gegen das Versammlungsrecht aufzuklären. Da geschah ein Fall von Zivilcourage, wie er in diesem Lande so häufig nicht vorkommt. Es meldeten sich zwei an Jahren ältere Aktivisten, die dem Zusammenschluss „Pax Christi“ zugehören und im Ökumenischen Netz der Stadt wirken, mit einer Selbstanzeige. Sie hatten während der besagten Veranstaltung zwar keine T-Shits, aber Buttons mit der gleichlautenden

Aufschrift getragen und verlangt: „Keine Florian-Seidl-Straße in Regensburg“. Die Begründung ihres Schrittes war solidarisch: Sie wollten die Jüngeren „unbequemen Leute“, denen nach ihrer Ansicht von Staatswegen von vornherein der Schneid abgekauft werden sollte, nicht allein lassen. Die Ausweitung des Falles warf Sand ins Getriebe der Staatsmaschinerie. Sie knirscht und wird in diesem Falle zum Stehen kommen.

Auch die Tage, da der Name des „Heimatdichters“ von Straßenschildern prangt, scheinen gezählt. Noch 1996 lehnte die Mehrheit der CSU-Fraktion im Stadtrat deren Beseitigung mit einer doppelt faulen Begründung ab. Verwiesen wurde auf die bei einer Umbenennung entstehenden öffentlichen und privaten Kosten, und darauf, dass der Seidl doch nicht hinreichend tiefgebräunt gewesen sei. Der Beschluss war umso beschämender, wandte er sich doch gegen den Antrag auf Umbenennung, den ein katholischer Priester und Heilpädagoge gestellt hatte. Er leitet ein Heim für behinderte Kinder, gelegen an eben jener Straße.

Nun – Kosten hin, Farbskala her – die Seidl-Patrioten treten den Rückzug an, verschämt und ihn einnebelnd. Denn sie haben kürzlich, nun keine Aufwendungen scheuend und sich auf deutsche Gründlichkeit besinnend, beschlossen, in der Stadt eine generelle Überprüfung „problematischer Straßennamen“ vorzunehmen. Da würden nicht nur die Regensburger fündig werden, und dazu sollten sie auch Stadtmütter und -väter aus ihrer Umgebung einladen. Denn nicht weit, in ihrer Nachbarschaft, wird mit einem Straßennamen noch immer eines der frühesten Parteigänger der Nazipartei aus den Reihen der deutschen Wissenschaftler gedacht. Sein Name: Johannes Stark. Die Verteidiger seines öffentlichen Andenkens können an seiner Biographie nichts deuteln. Doch sie fuchteln mit seinem Nobelpreis, der offenbar aufwiegen soll, was auch der Mann in Deutschland und Europa anrichten half.

junge Welt, Sonnabend, 20.02.1999.

Der Massenmord an Juden und Kriegsgefangenen im Kontext untersucht

Der Autor wurde bekannt, als er kürzlich in einer Arbeit die These vertrat, Hitler habe am 12. Dezember 1941 in einer Rede, die er in Berlin vor Reichs- und Gauleitern hielt, den Massenmord an den Juden bekanntgegeben. Daran schloss sich die Behauptung, der Entschluss, das Verbrechen gegen ausnahmslos alle Juden im faschistischen Machtbereich zu richten und es im Kriege zu verüben, sei erst unmittelbar davor gefallen. Von da an datiere ein „grundlegender politischer Kurswechsel“, eine neue, die eigentliche Phase der Judenvernichtung. In diesem Bilde erscheinen die Tötungen im besetzten Gebiet der UdSSR seit dem Juli des gleichen Jahres, die Morde mittels „Gaswagen“ in Chełmno im eroberten Polen, die Anfang Dezember, also vor dieser Rede bereits ins Werk gesetzt waren, die erfolgten Massenerschießungen von Juden in Serbien unter dem Vorwand der Bekämpfung des Widerstands, die Transporte deutscher und österreichischer Juden „nach dem Osten“ als Vorgeschichte des „Holocaust“, nicht als dessen Beginn und einem anderen Kurs zugehörig. Darüber sind Fachleute in einen wissenschaftlichen Streit geraten, der nicht als beendet angesehen werden kann. Gerlachs Publikation bildet, geringfügig erweitert, das Zentrum des Bandes, in dem er sich in einem Nachwort mit den Einwänden auseinandersetzt, die seine Kritiker erhoben haben.

Was dem Buch Aufmerksamkeit verspricht, ist der in zwei weiteren Untersuchungen gegangene Schritt, den Massenmord an den sowjetischen Kriegsgefangenen, die zu Millionen an Unterernährung und infolge von Kälte, nicht in erster Linie durch Seuchen, in den deutschen Gefangenenlagern zugrunde gingen, und die Ausrottung der osteuropäischen Juden „zusammenzudenken“. Das ist nicht neu. Vor allem in historisch-materialistischen Analysen wurde, ausgehend von den imperialistischen, rassistisch geprägten Zielvorstellungen der Faschisten, auch das Verbindende betont, dass zwischen den Strängen der menschenmordenden Strategie existiert.

Seinen gedanklichen Ausgangspunkt bilden die Berechnungen und Planungen darüber, wie die Deutschen, namentlich die in die UdSSR einfallenden drei Millionen deutscher Soldaten, die zunehmende Zahl der „Fremdarbeiter“ im Reichsgebiet, die Menschen in den eroberten Gebieten Nord- und Westeuropas und die Polen ernährt werden sollten. Er weist nach, dass die lange vor dem 22. Juni 1941, schon seit Jahresbeginn, getroffenen Entscheidungen ziviler und militärischer Stellen des Reiches darauf hinausliefen, 30 Millionen Menschen im Gebiet westwärts des Ural dem Hungertode preiszugeben. Diese Entscheidung, die er zu Recht einen „Hungerplan“ nennt, habe zuerst und vollständig diejenigen getroffen, die sich – schärfer noch als die Juden in den Ghettos – von aller eigenen Beschaffung von Nahrungsmitteln abriegeln ließen: die sowjetischen Kriegsgefangenen in den Lagern, die sich auf dem Territorium der UdSSR, Polens und Deutschlands befanden. Gerlach führt die fundamentale Arbeit Christian Streits („Keine Kameraden“), der nicht viel Nachfolge gefunden hat, verdienstvoll weiter. Auch bei der Ausrottung der Juden im sowjetischen Gebiet und in Polen, so der Autor, hätten Überlegungen, „unnütze Esser“ loszuwerden, eine besondere und in vielen Dokumenten nachweisbare Rolle gespielt. Sie vollständig zu erfassen und zu werten, setzt weitere Forschungen in Regionen und Städten voraus. Doch ist offenbar bereits erwiesen, dass zumindest mancherorts die Reihenfolge der Tötungen durch das durchgesetzte Interesse mitbestimmt wurde, Lebensmittel zu sparen, um sie der Wehrmacht am Orte, für Lieferungen ins Reich oder auch der unterernährten nichtjüdischen Bevölkerung am Orte zur Verfügung zu stellen, die für die Besatzer schuften sollten.

Gerlach lässt eine deutliche Neigung zu Mutmaßungen erkennen und knüpft an manche Dokumente, aus denen er „Absichten“ und „Hinweise“ filtert, Schlussfolgerungen, die in erster Linie Phantasie bezeugen. Freilich, wer sich gegen die etablierten Forscher zur Geltung bringen will, muss klappern. Gerlach verfügt dafür über ein solideres Instrumentarium als Goldhagen, dessen vielfach faktenferne Interpretation er auch kritisiert. Nur hat die „Goldhagen-Debatte“ gezeigt, wie viel davon abhängt, dass dem Instrumentalisten auch Lautverstärker zu Hilfe kommen.

Christian Gerlach: Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg. Hamburger Edition, Hamburg 1998, 308 S., DM 24,00.

antifa, März 1999, S. 25.

En Gros

Mammutveranstaltung in Berlin soll offiziöses Geschichtsbild der BRD präsentieren

Berlin steht ein geschichtspolitisches Großereignis ins Haus. Seinen Anlass bietet der 50. Jahrestag der beiden Staatsgründungen auf deutschem Boden. Mehr als vierzig deutsche und ausländische Institutionen werden eine „Geschichtsforum“ genannte Serie von öffentlichen Veranstaltungen vom 28. bis zum 30. Mai im Preußischen Landtag und der Humboldt-Universität ausrichten. Es wird fünf Plenarsitzungen geben und 60 in Sektionen mit mehr als 270 in- und ausländische Referenten, die zu einem erheblichen Teil parallel tagen müssen.

Das Projekt heißt „Getrennte Vergangenheit – gemeinsame Geschichte?“ Dieser Generaltitel soll nicht auf die Apothekerwaage gelegt werden. Sinn macht ohnehin nur das Fragezeichen. Das gilt indessen nicht für die wenig einladende Idee, die dem Programm vorangestellt worden ist. Gefragt werden soll während der drei Tage nämlich, ob sich die zweistaatliche deutsche Geschichte zwischen 1949 und 1990 „zu einer deutschen Nachkriegsgeschichte vereinen lassen“ würde. Das ignoriert, dass sich Geschichte zwar beschreiben und dabei immer wieder auch verfälschen, aber nicht mehr ändern lässt. Das letztere zählen Historiker, womit immer sie sich befassen, zu den Glücksumständen ihrer Profession. Doch die Einlader sind von hartnäckigem Typ. Unter den „Leitfragen“ wiederholen sie: „Bleibt sie (die Nachkriegsgeschichte) die Geschichte zweier Staaten, die sich nicht zu einer gemeinsamen Vergangenheit vereinen lässt?“ Genügt nicht die Frage schon, um sich bei dem Gedanken an eine – horribile dictu – Zwangsvereinigung zu erschrecken? Denn das Forum soll den Blick für die „Elemente eines gemeinsamen Nationalbewusstseins“ und die „gemeinsamen kulturellen Lebensformen“ schärfen, die über die Systemgrenzen erhalten geblieben seien.

Wer aber so dunkel und hilfesuchend fragt, kann sicher sein, dass Politiker ergehende Einladungen annehmen. Schirmherr Thierse erscheint und eröffnet. Zu Worte kommen, selbstredend jeweils in Plenartagungen, Rainer Barzel, Helmut Schmidt, Rainer Eppelmann und die Gebrüder Vogel. Gerhard Schürer ist vermutlich wegen der – noch näher zu untersuchenden – Ausgewogenheit zu Tische gebeten. De Maizière wurde in eine Sektion verwiesen. Auf Gauck und Mitarbeiter kann weder da noch dort verzichtet werden. Ihrer aller Rolle wird durch den Umstand erleichtert, dass sie systematisch dargelegte Forschungsresultate sich nicht anzuhören noch diese gar zu liefern brauchen. Anlage und Stil geschwätziger Fernsehrunden scheinen auch auf die Veranstalter eine inspirierende Wirkung ausgeübt zu haben.

In jeweils etwa 90 Minuten sollen zumeist vier oder fünf Leute zu Worte kommen. Da kann – wie allabendlich – der Moderator erforderlichenfalls von der tieferen Erörterung aller Themen wegleiten, die das Publikum beunruhigen, verärgern oder gar gedanklich beschweren könnten. Die Bestimmung der Themen war von dem abhängig, was in den letzten Jahren vorzugsweise erforscht werden konnte, das heißt auch und nicht zuletzt: wofür Forscher Mittel aufzutreiben vermochten. Politische Themen aus der Geschichte der beiden Staaten sind überrepräsentiert, die vergleichsweise Vernachlässigung der Wirtschafts-, Kultur-, Kunst- und Sozialgeschichte wird offensichtlich. Wo sie aufscheint, lässt sich womöglich Interessantes erwarten. Das könnte etwa der Fall sein, wenn der „Ansprechpartner“ der FU Berlin für seine Sektionen kompetente Partner finden würde. Sie sollen sich mit den Systemen der ambulanten Versorgung im Nachkrieg, mit Prävention und Prophylaxe am Beispiel der Versorgung/Fürsorge für Mutter und Kind befassen, woran sich als Drittes die aktuelle Frage „Erneuerung oder Wende in der gesundheitlichen Versorgung?“ anschließen wird.

Manche Themen könnten auch aus anderen Gründen als denen des Forschungsrückstandes gemieden worden sein. Angeboten ist „Die Sowjetunion und die deutsche Frage“. Ein vergleichbares Thema für die Westmächte fehlt. Zu den Offerten gehört die „Bonner Deutschlandpolitik“. Auch hier gibt es kein Pendant über die entsprechende Politik unter Grotewohl, Ulbricht und Honecker. Es wird eine Sektion angeboten, die sich mit „SED und Mittelstand“ befasst. An eine komplementäre zu dem Thema „CDU, SPD und das Großkapital“ ist jedoch nicht gedacht worden. Das Thema Antifaschismus wurde nicht gänzlich ausgespart. In Anführungszeichen gesetzt – wer denkt da nicht an die „DDR“ – kommt

er im Zusammenhang mit der Behandlung von „Ordnung in der frühen Nachkriegszeit“ vor. Erst der Untertitel sagt, wovon exakt die Rede sein soll, vom „Wiederaufbau der Polizei in Ost und West“. Das verspricht nichtsdestoweniger Spannung. Und dies nicht nur, weil die Berliner „Topographie des Terrors“ die Veranstaltung ausrichtet, sondern auch, weil man auf teilnehmenden Zauberkünstler hoffen darf, welche die „antifaschistischen“ Polizeioffiziere in Bonn, München und Nürnberg aus ihren präparierten Hüten hervorziehen werden.

Interesse kann der Veranstaltungsmarathon aber auch wegen der zugelassenen Teilnehmer beanspruchen. Die Ausrichter haben sich der Mitwirkung von Wissenschaftlern, Publizisten und Zeitzeugen versichert, die in DDR-Zeit lebten und wirkten. Von denen haben wiederum manche – wie ihre häufig an versteckter Stelle erschienenen Druckschriften zeigen – seit dem Untergang des ostdeutschen Staates vieles an Erkenntnissen hinzugewonnen, aber auch nicht alles vergessen müssen, was sie seinerzeit mit Wahrheitsgewinn für sich gelernt und unter anderen verbreitet haben. Zu hören sein werden die einstige Leichtathletin Ruth Fuchs und der frühere Nationaltorwart Jürgen Croy, der Reporter Heinz-Florian Oertel und ebenso Gesellschaftswissenschaftler aus dem Umfeld der „Hellen Panke“, jenes regen PDS-nahen Vereins, der sich mit seinem breiten und unverwechselbaren Bildungsangebot in Berlin einen Namen gemacht hat. Von da wird übrigens das die Geschichte von SED und PDS berührende Thema „Von der Staatspartei auf die Oppositionsbank“ avisiert. Und ein Schelm, der sich aber als Mecklenburger nicht zu erkennen gab, soll im Büro der Veranstaltung angefragt haben, ob in der ausgesandten Vorankündigung nicht die beiden Worte „und zurück“ versehentlich vergessen worden wären.

Jedoch: Diese Teilnahme ließe sich als ein Schritt in Verhältnisse ansehen, über deren Obwalten freilich in Frankreich oder in Italien kaum jemand ein Wort verlieren würde. Hierzulande sind mehr als zwei notwendig. Es fehlen auf der Liste der Geladenen nämlich zu viele Forscher. Mag die eine oder der andere auch für ein Stelldichein zum Smalltalk die eigene Arbeit nicht haben unterbrechen wollen. Fürs Ganze kann das wohl nicht gelten. Beispiele: der Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler, der sich auf dem Felde von „Arbeiter, Gewerkschaften und Betrieb“ auskennt, die Juristen Erich Buchholz und Uwe-Jens Heuer, die aus sehr verschiedener Arbeitsperspektive sich zum Thema „Aufarbeitung durch Recht“ zu äußern vermöchten, der Dokumentarist Karl Gass, der die Sektion „Dokumentarfilm und deutsche Zeitgeschichte Ost-West“ bereichern könnte. Die Diskussion über die „Wahrnehmung von Juden in beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften“ hätte unter Beteiligung Hermann Simons ebenso stattfinden können wie mit Mario Keßler. Dass anderer Namen hier nicht genannt werden, hängt damit zusammen, dass „ihre“ Themen nicht vorgesehen sind. Sonst könnten einem für eine reizvolle Debatte über die Emigration der deutschen Künstler und deren Rolle in den deutschen Nachkriegsgesellschaften die Germanisten Dieter Schiller und Werner Mittenzwei einfallen.

junge Welt, Sonnabend, 06.03.1999.

Auftragsgeschichte

Eine Diskussion über Nazihistoriker und ihre westdeutschen Schüler in Berlin

Es war eine Gruppe vorwiegend junger Historiker, die vor allem auf dem Historikertag im September 1998 in Frankfurt/Main das geschönte Bild von der Rolle der beamteten Geschichtsschreiber im Nazistaat zerstörte. Was sie erforscht und publiziert hatten, zwang die älteren Jünger der Klio, sich mit einigen grauen und weißen Flecken zu befassen, die sie in ihren Publikationen gerade dort gelassen hatten, wo sie auf die Vergangenheit ihrer Disziplin und die Biographien ihrer Lehrer hätten kommen müssen. Professoren, die inzwischen selbst auf der Schwelle zur Emeritierung stehen oder sie schon überschritten haben, sahen sich gefragt, ob sie als Studenten und Assistenten nie bemerkt hatten, welche braune Soße diese Lehrer auf den Innenseiten ihrer demokratisch gewendeten Westen versteckten, und warum es auch im Jahre 1968 möglich war, dass – während in mehreren wissenschaftlichen Disziplinen eine in die Jahre von 1933 bis 1945 führende Debatte begann – die Historiker über sich schweigen konnten.

Während an den Befunden über die geistige Urheberschaft der Otto Brunner, Theodor Schieder und Werner Conze an den „Entjudung“, „Umvolkung“, „Flurbereinigung“ oder wie immer benannten Verbrechen an großen Menschengruppen nicht mehr zu deuteln ist, überzeugen die Antworten auf die vielen Fragen nicht, die sich daran knüpfen. So eine nicht überzeugende Antwort gab zum Beispiel Hans-Ulrich Wehler dem Publikum im prallvollen Senatssaal der Humboldt-Universität Berlin am Sonntag während einer Diskussion über Nazihistoriker und ihre westdeutschen Schüler. Wenn er noch einen, an entlegener Stelle veröffentlichten, ihm damals aber nicht bekannten Artikel eines seiner Lehrer gelesen haben würde, dann wäre er wohl stutzig geworden. Ins Allgemeine gewendet, sollte das wohl besagen, dass es der Mangel an Informationen (und womöglich auch an ausdauerndem Interesse) gewesen wäre, der die Wahrheitsfindung verhindert habe. Das schien einigen, die der Einladung der Böll-Stiftung zu erneuter Erörterung des Verhältnisses von „Historiker und Nationalsozialismus“ gefolgt waren, doch ergänzungsbedürftig.

So sah sich der Bielefelder Sozialhistoriker über gesellschaftliche Verhältnisse und politische Zustände belehrt, die in den frühen Jahrzehnten der BRD herrschten. Eine Diskutantin: Wenn man sich als eine Studentin an der Westberliner Universität für Fragen der Wirtschaftsgeschichte interessiert habe, hätte man sich an Forscher in den USA, in England und in „Ostberlin“ halten müssen. Da konnte, wer konnte, sich an Jürgen Kuczynski, Hans Mottek und deren Schüler erinnern, die einst im gleichen Saale zu sehen und zu hören gewesen waren. Die „Ergänzung“ relativierte – en passant – auch die These, dass die Spur, welche die von „Volks-“ zu Struktur- und Sozialforschern Gewendeten in den westdeutschen Nachkriegsstaat zogen, nicht sonderlich bedeutend gewesen sei. Denn erstens hielten sie über viele Jahre die Plätze besetzt, auf die sie keinerlei wissenschaftlichen und moralischen Anspruch geltend machen konnten. Von ihnen her bestimmten sie auch die Berufungspolitik. Karl Dietrich Bracher wurde erwähnt, der in der „Zunft“ keine Chance erhielt und auf einen politologischen Lehrstuhl gelangte. An Ernst Wolfgang Böckenförde wurde erinnert, der durch seine fundierten kritischen Publikationen zum Verhältnis von katholischer Kirche und deutsch-faschistischer Herrschaft Persona non grata wurde.

Zweitens – und bedeutender als ihr Einfluss auf Personalentscheidungen – behinderten diese „Übernommenen“ Forschungen, die unter die Oberhaut des „Nationalsozialismus“ gegangen und auf die Felder ihrer eigenen Tätigkeit geführt haben würden. Keiner von ihnen hat ein kritisches Wort zu eigenem Wirken gefunden. Auch in Nachlässen ist derlei nicht entdeckt worden. Sie verhielten sich wie der „Stellvertreter des Führers“ im Spandauer Gefängnis, der während seiner Amtszeit die „Volksforschung“ und die Mobilisierung der Auslandsdeutschen für imperialistische Zwecke besonders förderte.

Wer erklären wolle, warum diese auch Schreibtischtäter genannten Wissenschaftler in der Bundesrepublik wirken und weiter und hoch aufsteigen konnten, so eine weitere „Ergänzung“ aus dem Publikum, könne nicht davon absehen, dass diese „antibolschewistisch gesonnenen Ostforscher“ in der Atmosphäre des Kalten Krieges willkommen waren und vorzüglich in sie hineingepasst hätten. Das

legte den Gedanken nahe: Auch der über die Werke seiner Lehrer vollständig belesene Wehler hätte es nicht richten können. So war die Rede dank einer kritischen Zuhörerschaft doch auf das Thema gekommen, das ungleich mehr Interesse zu beanspruchen vermag als biographische Details. Sie kam auf das Verhältnis von Gesellschaft, Staat und Wissenschaft – einst und jetzt.

Es scheint unter den derzeit beamteten Historikern Mode zu werden, darüber ein wenig zu klagen. Wissenschaftswidrige Einflüsse des Staates, vor kurzem noch ausschließlich als Charakteristikum von Diktaturen angesehen, und ebensolche, die von den Geldgebern aus Kreisen der Wirtschaft herkommen, werden bedauernd erwähnt. Wieso, wurde vom Podium gefragt, komme eigentlich ein Ministerium für Vertriebene überhaupt dazu, Historikern den Auftrag zu geben, die „Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa“ zu dokumentieren – auch daran waren die einstigen Erforscher des „Volksbodens“ führend beteiligt. Einen Auftrag, den die Gebetenen nicht deshalb annahmen, weil sie sonst ans Hungertuch geraten wären, sondern deshalb akzeptierten, weil sie mit der politischen Zweckbestimmtheit des Projekts ganz konform gingen.

Da stand sie also im Saale, die Frage nach den Inhalten und Zwecken heutiger Aufträge und den Interessen derer, die sie formulieren und über ihre Finanzierung entscheiden. Eher nebenbei wurde auf die aktuellen Schwierigkeiten bei der Erforschung der DDR-Geschichte verwiesen, die von Staats wegen bestellt und von Staats wegen zum Massenkonsum bestimmt ist. Irgendein hilfreicher Hinweis darauf, vor welche Entscheidungen sich das überwiegend studentische Publikum eines Tages gestellt sehen könnte, wurde aber nicht gegeben. Es müsse verhindert werden, dass sich „Fünfundvierzigjährige mit doppelt gebrochenem Rückgrat habilitierten“. Wie aber, wenn die Verhältnisse kreuzbrecherisch angelegt sind?

Die im Hinblick auf die Vergangenheit informative Veranstaltung scheiterte nicht deshalb, weil die falschen Experten gebeten waren. Mommsen und die anderen, die zuerst mitmachen wollten, dann aber ausblieben, hätten schwerlich besser abgeschnitten. Es war vielmehr die weitgehend abstinente Haltung, welche die überwiegende Zahl der maßgeblichen Historiker der Bundesrepublik gegenüber den brennenden Fragen der Zeit einnimmt.

Wissenschaftspolitisch aktiv geworden war eine größere Anzahl von ihnen nur, als es darum ging, in Ostdeutschland die historisch-materialistisch orientierte Konkurrenz auszuschalten. Darauf nahm Kittsteiner, der moderierende Philosoph, aber keinen Bezug, als er sein Wissen um den Sündenfall der Historiker mitteilte. Alles Unheil und Unvermögen sei in der Geschichtswissenschaft auf dem Wege ihrer „Verwissenschaftlichung“ entstanden, auf dem sich die Historiker von jeder geschichtsphilosophischen Fragestellung verabschiedet hätten.

Hätte am Ende ein Preis für die Frage vergeben werden können, die am meisten zum Nachdenken anregte, dann wäre er wohl dem Teilnehmer zugefallen, der bemerkte: „Was wäre aus Eric Hobsbawm geworden, würde er in Deutschland gearbeitet haben?“ – und arbeiten?

junge Welt, Mittwoch, 10.03.1999.

Die elitären Fans von Hitler

Wilhelm von Oertzen und die Mecklenburger „Herrengesellschaft“

Für den mecklenburgischen Rittergutsbesitzer Wilhelm von Oertzen war der Marxismus ein undeutsches Produkt „jüdischer Weltanschauung“. Seine Tochter, eine Freifrau zu Innhausen und Knyphausen, hatte ein halbes Jahrhundert später keine Bedenken, mit einem Manne Kontakt aufzunehmen, der sich Zeit seines Lebens als ein Historiker der Marxschen Schule verstand und von dem sie erfuhr, dass er sich mit der Biographie ihres Vaters forschend befasste. Die Rede ist vom Rostocker Hochschullehrer Lothar Eisner, nach 1990 an seinem Arbeitsplatz nicht länger geduldet. Das hielt die adlige Frau nicht davon ab, sein Unternehmen zu fördern. Die Drucklegung des Manuskripts erlebte der Autor jedoch nicht mehr. Seine Witwe gab den Text heraus. Das Buch ist fortan nicht zu ignorieren, wenn es um die Aufhellung des Verhältnisses des grundbesitzenden Adels zur Weimarer Republik und zur faschistischen Herrschaft geht.

Wilhelm von Oertzen entstammte einem Adelsgeschlecht, dessen Familienchronik bis ins 13. Jahrhundert zurückreicht. 1911 übernahm er den Stammsitz der Familie, das hoch verschuldete Rittergut Roggow, unfern von Rerik. 1926 gründete er mit weiteren Grundbesitzern die „Herrengesellschaft Mecklenburg“. Hindenburg war im Jahr zuvor Reichspräsident geworden. Hoffnungen auf den baldigen Tod der Republik keimten auf. Die Gesellschaft zählte 1933 nahezu 300 Mitglieder Sie konnte sich einen Verdienst daran zuschreiben, dass der „Misthaufen“, so Oertzen über die Gründung von 1919, schließlich verrottet war.

Antirepublikanismus bildete das stärkste Band, das die Adligen, Großbürger, evangelischen Kirchenführer, Ärzte, Juristen, Professoren und Lehrer in dieser „Herrengesellschaft“ zusammengeführt hatte. Regelmäßig traf man sich, tauschte sich aus, hörte Vorträge. 1928 versuchte Oertzen, auch Hitler als Referenten zu gewinnen. Doch erhielt er eine Absage. 1931 schickte er einen mecklenburgischen Herzog vor, um den begehrten Gast zu engagieren. Wieder vergeblich. Oertzen vermutete Vorbehalte Hitlers gegenüber dem Adel. Jedoch: Wer sich auf die Landproletarier als Stimmvieh orientierte, konnte sich nicht in einem elitären Herrenkreis öffentlich präsentieren. Oertzens exponierte Stellung ließ 1931 auch seinen Versuch scheitern, Mitglied der NSDAP zu werden. Drei Jahre später glückte sein erneuter Anlauf.

Da hieß die „Herrengesellschaft“ inzwischen „Deutscher Klub Mecklenburg“. Der Name biß sich weniger mit den Phrasen von der „Volksgemeinschaft“. An Exklusivität war nichts aufgegeben worden. Die Herren marschierten stramm an der Seite der Nazis aus der „undeutschen“ Republik von Weimar in den „Beginn eines völlig neuen Zeitalters“, wie Oertzen meinte. Er feierte den Wahltag am 5. März 1933, als Roggow nahezu „Sozialistenfrei“ geworden war, und ließ für seine Leute „ein paar Fässchen Bier anrollen“. Am Tag von Potsdam sprach er euphorisch gestimmt vor SA, Stahlhelm und Kriegervereinen.

Gebührend honoriert empfand Oertzen seinen und seiner adligen Gefährten Anteil am Entstehen des „Dritten Reiches“ jedoch nicht. Offenbar trug man ihnen noch nach, dass sie 1932 für ihren Standesgenossen Franz von Papen eingetreten waren. Und so richtig konnte sich der Aristokrat auch im „neuen Deutschland“ nicht heimisch fühlen. Unterhalb des „Führers“, den er „genial“ nannte, tummelten sich zu viele Karrieristen, die er verachtete. Oertzen zählte sie zur „Mittelware“ und befürchtete, es drohe die „Herrschaft der Minderwertigen“. Auch manch anderes fand nicht seine ungeteilte Zustimmung. Als er am 30. Juni 1934 die Nachricht über die Ermordung der SA-Führer um Röhm erhielt, schrieb er: „Etwas Undeutsches, Asiatisches, Japanisches ist in dem Bilde Hitlers aufgetaucht.“ Vermeintlich „Undeutschem“ begegnete er beim Pogrom gegen die Juden 1938 wieder. Zwar sah er im Attentat in Paris „einen abgekarteten Racheakt jüdischer internationaler Kreise“, doch sei das Brandstifter- und Zerstörungswerk im November ’38 deutschem Ansehen schädlich. Es entging ihm nicht der nachfolgende Raubzug, die „Arisierung“ jüdischen Eigentums: „Das war vielleicht der eigentliche Zweck des ganzen Unternehmens.“

Doch Bedenken und Vorahnungen wurden verdrängt, die Aufrüstung gebilligt, bejubelt jeder außenpolitische Erfolg der Hitlerregierung. Aus Frankreichs Kapitulation könnte „ein Wendepunkt ... sogar der Weltgeographie“ hervorgehen, triumphierte Oertzen. Anderthalb Jahre später, die Schlacht vor Moskau ist verloren, erkannte er den „Anfang der Niederlage“. Der Tod seiner beiden Söhne, die Nachrichten vom zerstörten Lübeck und des in Trümmern liegenden Rostock ließen ihn nachdenken. Über die Antwort „Hitler war schuld“ kam er nicht hinaus.

Oertzen beklagte, „in diese Zeit hineingeboren zu sein“. Er sah auch das Ende seines Besitzes voraus. Mit der tragischen Hinterlassenschaft, an der er mitschuldig war, wollte er sich nicht auseinandersetzen. Das überließ er seinem Gesinde. Ihn beschäftigte die Frage, wie ein Selbstmord sicher gelingt. Wenige Stunden nach dem Eintreffen der Sowjetarmee erschoss er seine Frau und sich.

Eisner konnte das Leben des Rittergutsbesitzers anhand von dessen Tagebuch plastisch nachzeichnen. Er formuliert Bekenntnisse und Geständnisse nicht zu billiger Verdammung um. Die Zitate aus der Feder des Aristokraten sprechen für sich, sind beredtes Zeugnis über den Adelsstand im Untergang. Für diesen gibt es kein Zurück mehr, ebenso nicht für die Enteignung ihres Großgrundbesitzes dereinst im Osten.

Lothar Eisner Die Herrengesellschaft. Leben und Wandlungen des Wilhelm von Oertzen. Bearbeitet von Eva-Maria Eisner und Heinz Koch. Weymann-Bauer Verlag, Rostock 1998. 219 S., br., 24,80 M.

Neues Deutschland, Freitag, 12. März 1999, S. 13.

Verdecktes Visier

Knopps Propagandakompanie war wieder im ZDF aktiv

Über die Art und Weise, wie die Rückblicke von Deutschen und Angehörigen der Royal Air Force auf den Luftkrieg des Zweiten Weltkrieges am letzten Sonntagabend unter dem Titel „Deutsche Schicksalstage“ im ZDF gemixt wurden – übrigens nach den Kommentaren, die bevorstehende „Luftschläge“ auf Jugoslawen rechtfertigten – sind ein paar Sätze zu verlieren. Denn dieser Luftkrieg gegen Nazi-Deutschland dient Verfälschern des Zweiten Weltkriegs bis heute als ein von Fragen an die deutsche Geschichte ablenkendes Starargument. Er gibt den Hauptnenner für die Gegenrechnung ab, der lautet: „Die anderen auch“.

Eben diese Art der „Aufarbeitung“ deutscher Geschichte hat die Propagandakompanie um Guido Knopp erneut bedient. Nicht mit offenem Visier freilich. Also wie? Indem sie die Mär von der weitgehenden, wenn nicht völligen kriegswirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit dieses Bombardements erneut verbreitete und damit die Sicht stützte, es sei dies lediglich auf ein Morden an Frauen, Kindern und anderen kriegsuntauglichen Personen hinausgegangen.

Dass dieser Teil der Kriegführung in seinen Wirkungen unter den Erwartungen derer blieb, die sie planten, befahlen und ausführten, ist unbestritten. Doch die den Zuschauern präsentierte These, wonach der Ausstoß der deutschen Kriegsproduktion 1941 dreimal so groß gewesen sei wie 1944, bewegt sich auf dem Niveau der „Tonnenmessung“. Nicht erst die konzentrierten Angriffe auf Hydrier- und Flugzeugwerke vor dem Beginn der Invasion im Juni 1944 beschränkten die Möglichkeiten der deutschen Gegenwehr. Zunehmend richteten sich die Angriffe dann gezielt auch gegen das gesamte Transportwesen, auf den Schienen ebenso wie auf den Wasserstraßen. Die Zerstörungen von Wohnungen und von Industrie- und Verkehrsanlagen banden schon seit 1942 einen zunehmenden Teil von Menschen: deutsche Zivilarbeitskräfte, Insassen von Gefängnissen und Konzentrationslagern, Kriegsgefangene und zivile Zwangsverschleppte, die sonst und anders zur Fortführung der Waffenproduktion hätten eingesetzt werden können. Sie erforderten den aufwendigen Bau von Bunkern und anderen, meist nutzlosen Vorkehrungen. Die im Hagel der Bomben elend starben – und darunter waren Kinder ebenso wie Frauen und Männer aus den überfallenen Ländern, die zu Kriegsdiensten nach Deutschland gelockt oder gepresst worden waren –, wurden vordergründig und direkt Opfer dieses Luftkriegs. Doch entfaltete der seine massentötende Wirkung erst vollends, als die militärischen und zivilen Führer Deutschlands 1942 den Entschluss fassten, den erkennbar nicht mehr zu gewinnenden Krieg weiter zu führen in der Hoffnung, aus ihm möglichst glimpflich herauskommen zu können. Und eben das war nicht Hitlers Entschluss allein.

Der wurde am Sonntag – wie schon obligatorisch – mit wenigen seiner Mitführer wieder als der Verantwortliche hingestellt. Als hätte er und Göring nicht ein paar Generalstäbler zur Seite gehabt, die skrupellos entschieden, eine nicht zur Festung erklärte Stadt in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Dass sich so viele Angehörige der deutschen Eliten, Manager der kapitalistischen Industrie, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler tagaus und tagein anstrengten, ihren Beitrag zur Weiterführung dieses Krieges zu leisten und sich dafür mit Kriegsverdienstkreuzen behängen ließen, dass erst hat dazu geführt, dass sich Pforzheim, Dresden, Chemnitz, Jena oder deren Zentren noch 1945 in Trümmerhaufen verwandelten.

In stumpfem und dumpfem Gefolgschaftstrott machten die Deutschen weiter, und die Millionen Männer in der Wehrmachtsuniform, die „heldenhaft“ kämpften, trugen ihren Teil dazu bei, dass im nicht mehr existierenden Hinterland ihre eigenen Familien zugrunde gingen. Das sind schreckliche, aber unabweisbare Zusammenhänge. Wer den Nachgeborenen erklären will, was im zu Ende gehenden Jahrhundert geschah, sollte und dürfte um sie keinen Bogen machen. Dürfte vor allem nicht so tun, als lastete die moralische Verantwortung für die Opfer des Bombenkrieges auf denen, die in Großbritannien mit der todbringenden Last starteten und nicht wussten, ob ihre Frauen morgen Witwen und ihre Kinder morgen Waisen sein würden. Dass altgewordene britische Kriegsteilnehmer heute selbst mit Grauen an die Befehle denken, die sie damals ausführten, spricht für ihre Nachdenklichkeit jenseits von allem kriegerischen Mordspatriotismus. Dass deutsche Fernsehmacher deren Äußerun-

gen geschickt montieren und sie als Kronzeugen für die erwähnte Sicht „Die anderen auch“ erscheinen lassen, spricht für etwas anderes.

Der Krieg konnte angesichts des Funktionierens dieses Nazi-Regimes bis in die Stunde seiner Agonie nicht anders verkürzt werden als durch die Anwendung aller Mittel, mit denen Deutschland kleinzukriegen war und seine Führer schließlich zur Kapitulation gezwungen wurden. Von der Dauer des Krieges hing ab, wie viele Insassen von Konzentrationslagern lebend angetroffen werden, wie viele Juden, Sinti und Roma den Tag der Befreiung sehen würden, wie lange die Polen unter der Knute ihrer Peiniger leben mussten. Darauf hat einer der interviewten britischen Soldaten zurückhaltend verwiesen. Und darüber hätte ein redlicher Kommentar vertiefend reden müssen. Beispielsweise auch über den Hinweis, dass das Kriegskabinett in London den ihm schon 1942 nahegebrachten Gedanken ablehnte, eine deutsche Stadt mit der Begründung zu zerstören, es sei dieser Luftangriff erfolgt, um das Massenmorden an den Juden zu rächen und auf diese Weise womöglich die deutschen Führer zu bewegen, mit deren Vernichtung einzuhalten. Stattdessen wurden die Zuschauer mit der Frage entlassen, ob es sich bei dem Bombardement auf deutsche Städte nicht um ein Verbrechen gehandelt habe und ihnen auch die Richtung der Antwort bereits gewiesen. Uneingeschränkt werden sie mit der apologetischen Geschichtsdeutung der Neonazis und deren Verwandten versorgt. Derweil empören sich Fernsehmoderatoren und deren Gesprächspartner über den Anschlag auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg“.

junge Welt, Donnerstag, 25.03.1999.

Denklähmung

Ein Geschichtsbuch für Schulen im blauweißen Freistaat

Soeben kam im Freistaat für die „Hauptschule Bayern“ ein neues Werk in Gebrauch, das in den Fächern Geschichte, Sozial- und Erdkunde benutzt wird. Der Hauptteil befasst sich mit der – vorwiegend deutschen – Geschichte von der letzten Jahrhundertwende bis in das Jahr 1945. An ihm waren rund 20 Mitwirkende beteiligt, deren jeweiliger Anteil nicht ausgewiesen wurde. Solche Gemeinschaftsarbeit sichert vor allem Uneinheitlichkeit. Davon mag mancher aufgeweckte Schüler profitieren können. Zum Beispiel, wenn er sich für die Rolle der Vorfahren jener Wirtschaftsmächtigen interessiert, von deren Interessen und Politik möglicherweise und alsbald sein eigener künftiger Arbeitsplatz abhängen wird.

Fragt er nach deren Rolle in den Jahren vor und im Ersten Weltkrieg, stößt er auf einen merkwürdigen Widerspruch. Im Kontext deutscher Politik kommen sie nicht vor. Vom Kriegseintritt der USA 1917 aber ist zu erfahren, die transozeanischen Finanzgewaltigen wären daran aus Gründen ihrer Profite und insbesondere der Eintreibung der Schulden wegen interessiert gewesen, mit denen Großbritannien und Frankreich bei ihnen in der Kreide standen. Der feine Unterschied ist ein wenig anrüchig, denn er könnte an die Unterscheidung zwischen Kapitalisten und Plutokraten denken lassen.

Damit ist eine Überleitung zur Darstellung des deutschen Faschismus an der Macht schon gefunden. Wie also endete die Republik? „In langwierigen Verhandlungen einigten sich die Nationalsozialisten, führende Vertreter der konservativen Parteien und Wirtschaftsführer im Januar 1933 auf eine gemeinsame Regierung von NSDAP und DNVP.“ Das wäre als Eigentor fett zu drucken, würden die Hauptschüler nicht sogleich auf einen Abweg gedrängt. Sie sollen eine Antwort darauf finden, warum „führende Wirtschaftsvertreter Hitlers Kanzlerschaft forderten“. Die können auch die intelligenteren unter ihnen aus dem dafür gebotenen Dokument nicht erschließen. Geboten wird ihnen ein Auszug aus der „Industrielleneingabe“ vom November 1932, die an Hindenburg gerichtet worden war. Darin stand nichts von der Beseitigung der Republik, nichts von der Illegalisierung aller demokratischen und sozialistischen Bestrebungen der Arbeiter und Intellektuellen, nichts von der Verfolgung der Pazifisten, nichts vom Verbot der Gewerkschaften und von den anderen Segnungen, die von der Diktatur erwartet wurden.

Drei Ziele der Wirtschaftspolitik des Regimes werden genannt: „Aufrüstung, Volksbeschäftigung, Autarkie“, was – auch in der wohl gemeinten Bezeichnung „Vollbeschäftigung“ – nur den falschen Eindruck erwecken kann, es handele sich um gleichrangige Vorsätze. In Wirklichkeit ging die Beseitigung der Arbeitslosigkeit mit dem Rüstungsboom und der Militarisierung der Gesellschaft einher, und die „Autarkie“ zielte auf die Erreichung eines Rüstungsvorsprungs.

Wenn so die „Wirtschaftseliten“ ungeschoren davonkommen, wäre es ein Akt besonderer Ungerechtigkeit, würde mit der „Militärelite“ anders verfahren. Auch auf ihrem Felde entschied nur Hitler, einen erwähnenswerten Feldmarschall oder General hatte er nicht bei sich. Nur Rommel taucht auf, weil er seinen „Führer“ gehorsamst auf den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch der Westfront aufmerksam machte.

Um nicht missverstanden zu werden, auf den Seiten dieses Bandes wird über die Verbrechen des deutschen Faschismus an Juden, Bürgern der Sowjetunion, Polen, Behinderten und den Angehörigen anderer Völker in Wort und Bild geschrieben. Doch die Zuordnung von Planung, Täterschaft, Mittun, Verantwortung ist falsch oder unterbleibt, von den Funktionen dieser Untaten ganz zu schweigen. Der Begriff „Kriegsziele“ taucht nirgendwo auf, ausgenommen dort, wo von den alliierten Gegnern geschrieben wird.

Die Art und Weise, in der Schülern auf den Seiten dieses Buches von Geschichte berichtet wird, verweist in die deutsche Historiographie des 19. Jahrhunderts, aber nur, wenn man die von Marx, Engels, Kautsky und Mehring ausnimmt. Es ist der abgestandene Personenkult erledigter Geschichtsschreiber, der dumpf und stumpf ausgebreitet wird: Hitler errichtete, kontrollierte, wollte, erstrebte, arbeitete hin, befahl und so ad Infinitum. Hitler der Übermensch, der mit den Propagandabildern der

NSDAP und des Regimes in Schwarzweiß und in Farbe mehrfach präsentiert wird. Dazu – sie bilden das auf den abgedruckten Fotos meist gezeigte Sujet – die jubelnden Massen, in Reih' und Glied, an Straßenrändern, auf Aufmarschwiesen, SA, HJ, BDM etc. Das kostete Platz und beschnitt den für andere Themen. Und führt nun zum „Widerstand".

Der Abschnitt ist mit der Überschrift „Deutsche leisten Widerstand" versehen, die sich in einem merkwürdigen Widerspruch zu der an anderer Stelle formulierten Aufgabe befindet: „Diskutiert darüber, warum sich die Juden ohne Gegenwehr in ihr Schicksal fügten." Besser als Zitate charakterisieren die Namen der genannten Teilnehmer des Kampfes gegen Hitler das Bild, das die Schulbuchschreiber vermitteln wollen. Sie nennen den Pastor Martin Niemöller, den Jesuitenpater Rupert Mayer, den Weihbischof Neuhäusler, der selbst früh als ein Geschichtsverfälscher hervortrat, den Bischof Graf Galen, die Hitler-Attentäter Hans Georg Elser und Graf Stauffenberg, den Professor Kurt Huber und die Geschwister Scholl. Namen herausragender Persönlichkeiten des Arbeiterwiderstands sind im Autorenkreis demnach nicht bekannt geworden.

Ein Wort zu Begriffen und Sprache: In Zeiten, in denen die Mehrheit der Medien und gerade die einflussstärksten tagaus und tagein für die Verhunzung und Verarmung der Sprache sorgt und auch damit auf die Lähmung des Denkvermögens zielt, könnte begrenzte Hoffnung vielleicht vom prophylaktischen oder heilenden Wirken der Schule erwartet werden. Dann aber dürfte nicht distanzlos in Überschrift oder Text von „Rassenlehre", „Rassegesetzen" und „Rassenfrage" geschrieben werden. Dann dürfte es nicht in wörtlicher Übernahme aus einem Manuskript des Kommandanten des Vernichtungslagers Auschwitz heißen, die Juden „gingen in die Gaskammern". Dann hätte unter einer Übersichtskarte nicht zu stehen: „wichtige" – tatsächlich: wichtige – Konzentrations- und Vernichtungslager.

Der Schluss des Textes lässt mehr als andere Passagen das politische Regionalkolorit des Territoriums erkennen, für das er bestimmt wurde. Gehandelt wird von der „gewaltsamen Vertreibung der Deutschen". Kein Wort wird darüber verloren, dass sie in weiten Gebieten des Ostens mit den Befehlen der deutschen zivilen und militärischen Stäbe begann, die ihre kriegsmüden Landsleute bei Nacht und Nebel in den Schnee und die Kälte des Winters 1944/1945 trieben, damit freies Schussfeld für einen längst militärisch verlorenen Krieg geschaffen und „Festungen gehalten" werden konnten. Nachdem die Schüler den faksimilierten Sonderbefehl eines sowjetischen Kommandanten, der im Juli 1945 die „Umsiedlung" der verbliebenen deutschen Bewohner einer schlesischen Stadt anordnete, durchgelesen haben, wird ihnen auf einem reproduzierten „feinen Blatt" ein Hitler-Wort nahegebracht, das sich Nazis weiland an die Stubenwand hängen sollten. Es lautet: „In diesem Kriege siegt nicht das Glück, sondern endlich einmal das Recht."

Daneben wurde die Aufgabe gesetzt: „Überlegt gemeinsam eine Antwort auf die Aussage Hitlers„. Da das Zitat eine Frage nicht stellt, könnte eigentlich nur eine Erwiderung oder Entgegnung auf die Worte des großmäuligen Propheten gemeint sein. Schulbuchautoren müssten derlei Unterscheidungen womöglich kennen.

Nie wieder befasst sich die Mehrheit der Menschen in Ländern, in denen allgemeine Schulpflicht herrscht, so intensiv mit Geschichte wie während der Schuljahre. Zuerst und vielfach auf Lebensdauer werden dort Vorstellungen von der Vergangenheit und den Kräften ausgebildet, die in ihr wirkten und womöglich noch fortwirken. Die Demokraten sollten sich um das, was in der Mitte der Gesellschaft ihren Kindern, Enkeln oder jüngeren Geschwistern angetan wird, lebhaft kümmern. Die Losungen, die Neonazis auf Straßen präsentieren, erreichen ungleich weniger Menschen als die staatlich genehmigten und vermittelten Geschichtsbilder. Das weist nicht auf eine Alternative des Handelns hin, aber auf die Notwendigkeit, die eigenen Kräfte mit Bedacht einzusetzen.

junge Welt, Sonnabend, 27.03.1999.

Leere Lehre

Hier irrt der Dichter: Der Kosovo-Krieg der NATO hat mit dem Münchner Abkommen von 1938 nichts zu tun

Die Biographie Stefan Heyms ist die eines Mannes, der im Verlaufe seines langen Lebens immer wieder bewiesen hat, dass er sich auch in komplizierten geschichtlichen Situationen zu orientieren verstand und das nicht nur aus der Perspektive des Beobachters. Vor diesem lebensgeschichtlichen Hintergrund besitzt seine in dieser Zeitung veröffentlichte Äußerung zum Krieg der NATO gegen Jugoslawien Gewicht und sie verwundert zugleich. Der begonnene Krieg erinnert den Schriftsteller an einen unterlassenen. Er denkt an das Jahr 1938 zurück, als Politiker in London und Paris vor der Alternative standen, die Außenpolitik Hitlers zu durchkreuzen oder sie zu akzeptieren, den Bestand der Tschechoslowakischen Republik zu sichern oder sie preiszugeben. „Wenn man zur Zeit von München den Hitler angegriffen hätte, dann wäre der ganze Zweite Weltkrieg nicht passiert“, argumentiert Heym.

Der Kontext gibt den Sinn her: Der NATO-Überfall erscheint als eine „Lehre von München“. Sie gezogen zu haben, beanspruchten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs Politiker aller Seiten und verschiedenster Couleur immer wieder. Damit begründeten und rechtfertigten sie namentlich ihre Entscheidungen und Schritte im Kalten Krieg. Sieht man von den Bezugnahmen ab, die aus dem Interesse der Verteufelung der sowjetischen Vorkriegspolitik erwuchsen und sich auf den deutsch-sowjetischen Pakt vom August 1939 richteten, so ist tatsächlich kein anderes diplomatisches Ereignis der europäischen Geschichte der dreißiger Jahre häufiger angerufen worden als das Treffen von Hitler, Mussolini, Daladier und Chamberlain und ihr Pakt auf Kosten der Tschechen und – wie sich alsbald erweisen sollte – des Friedens. „Münchener Politik“ – die Wortwendung steht für eine verfehlte, jämmerliche, opportunistische, von eigenen imperialistischen Interessen geleitete, auf dem Rücken eines kleinen Volkes ausgetragene und schließlich folgenschwer gescheiterte Politik.

Sich 1999 auf sie zu beziehen, stellt Assoziationen her. Der Mann an der Spitze Jugoslawiens erscheint als ein Nachfolger Hitlers. Jugoslawien sieht sich in die Rolle eines den europäischen Frieden bedrohenden Staates gedrängt. Die Politiker von Clinton und Blair bis Schröder und Fischer werden als lernfähige Kerle präsentiert, welche die Fußstapfen der Chamberlain und Daladier meiden.

Wer sich die Situationen der Jahre 1938 und 1999 nüchtern vor Augen hält, begegnet diesem Vergleich samt seinen Kurzschlüssen mit Skepsis. Hitlers erpresserische Politik zielte im letzten Vorkriegsjahr darauf, für den bereits fest ins Visier genommenen „großen“ Krieg die eigene ökonomische, demographische und militär-geographische Ausgangsbasis zu verbessern. Den Generälen hatte er das im engsten Kreis bekannt. Ein Geheimnis war diese Absicht dennoch nicht.

Der Mann war mit seinen Zielen entlarvt, bevor er Reichskanzler und „Führer“ wurde. Von den Kommunisten bis in die Reihen der Konservativen gab es mit jeweils unterschiedlichen Prozentteilen über diese Bewertung keinen Zweifel. In dem Teil der Welt, in dem Heym, von den deutschen Faschisten vertrieben, damals leben musste, wurde über den Kriegskurs des Naziregimes offen geschrieben.

Hingegen 1999: Selbst diejenigen, welche die führenden Politiker Jugoslawiens in der Gestalt von Ungeheuern zeichnen, können nicht beweisen, dass sie Europa oder auch nur den Balkan in einen Krieg zu stürzen, andere Länder erobern und deren Bewohner versklaven oder liquidieren wollen. Dies allein würde hinreichend klarstellen, dass die Bezugnahme auf Hitler im Zusammenhang mit dem Überfall auf den Staat an der Adria mehr als verfehlt ist.

Das gilt aber in anderer Hinsicht durchaus nicht. Hitler und die Meute seiner politischen Reklamechefs verstanden es, im September 1938 eine sich ständig steigernde hysterische Stimmung zu erzeugen. Millionen machten sie glauben: Entweder die Gebiete der Sudetendeutschen würden zum „Reich“ kommen oder es würde Krieg geben. Denn, so die Begründung, die deutschen Bewohner der Randgebiete der Tschechoslowakei wären in ihrem Leben bedroht, die Tschechen wollten sie ausrotten. Das war eine glatte Lüge. In Wahrheit hatten die faschistischen und die deutsch-nationalistischen Aktivisten im Nachbarstaat das bis dahin im Ganzen friedliche Zusammenleben von Deutschen und

Tschechen in jenen Gebieten gebrochen, in denen sie bis dahin miteinander ausgekommen waren. Dabei wurden die Provokateure der Krise von Berlin und München aus gelenkt, einmal gebremst, dann wieder vorwärtsgepeitscht. Schließlich waren sie zu bewaffneten Überfällen auf Tschechen und zu Terrorakten gegen Einrichtungen des Staates übergegangen, die nicht unbeantwortet blieben. Das wiederum lieferte das gewünschte Material, dessen sich der „Völkische Beobachter“, der „Angriff“ und alle Nazi-Zeitungen bedienten. Deren Beitrag zur Aufheizung einer Vorkriegsatmosphäre bewertete Hitler derart hoch, dass er etwa 400 Spitzenleuten aus dieser skrupellosen Meute nach gelandetem Coup während einer geheimen Zusammenkunft ausdrücklich dankte.

Wer auch nur einen Blick auf die Frontseiten der deutschen Zeitungen jenes September 1938 wirft, fühlt sich in die Gegenwart versetzt. Die Bilder mit den Gesichtern gejagter und gequälter, womöglich auch an dem Leid, das sie zu ertragen haben, ganz unschuldiger Menschen lieferten den Politikern die benötigte öffentliche Rechtfertigung für die Androhung und danach für die Anwendung lebensvernichtender Gewalt. Und sie waren und sind dazu bestimmt, die „zum Einsatz kommenden“ Mörder und deren Familien zu beruhigen, falls sie doch ein Schuldgefühl beschleichen sollte. Dabei könnten die Heutigen, würden sie mit der Vorgeschichte von München bekannt sein, rasch erkennen, dass sie auf den gleichen Leim gehen, auf den schon ihre Großväter zweimal gegangen waren. Auch als sie im September 1939 schwerstbewaffnet auszogen, taten sie es angeblich nur, um „die Volksdeutschen in Polen“ vor der Vernichtung zu retten. Was im Jahre zuvor gegenüber der Tschechoslowakei funktioniert hatte, um eine Aggression vorzubereiten, wurde im Sommer 1939 exakt wieder aufgeführt. Erneut wurde auch die „Fünfte Kolonne“, die antipolnischen Aktivisten der deutschen Minderheit, in Aktion gesetzt. Dann bekamen die Deutschen in Spielfilmen mit den Titeln „Feinde“ und „Heimkehr“ die Rechtfertigung in raffinierten Bildern noch einmal aufgetischt, und die Künstler in den Filmateliers in Berlin, Wien und München waren selbstredend mit von der Partie.

Man mag über die Innen- und namentlich die Nationalitätenpolitik der jugoslawischen und serbischen Führer so kritisch, ablehnend und verurteilend denken wie immer. Sie sehen sich einer internationalen politischen und militärischen Front gegenüber, deren Anführer ähnlich wie die vier „Münchener“ 1938 von ihnen die Amputation ihres Staatsgebiets fordern. Die diese Politik in Washington, London, Paris und Bonn nun blutig durchsetzen wollen, verfechten Interessen, die mit denen von keiner einzigen Menschengruppe in der kritischen Region identisch sind. Sie erstreben die dauernde und feste Beherrschung eines politisch-geographischen Raumes.

Die Inszenierung dieser Politik ähnelt derjenigen des Jahres 1938 wie ein Ei dem anderen. Die Albaner im Kosovo sind in diesem Spiel Schachfiguren, wie es die Deutschen in der Tschechoslowakei waren. Zunächst hatten die ferngelenkten willfährigen Führer der Sudetendeutschen nicht mehr gefordert als die „Autonomie“. Anfangs heuchelten sie Verständigungsbereitschaft mit der Prager Regierung. Doch das Endziel war von Anfang an im Visier. Schließlich wurden sie losgelassen und verlangten „Los von Prag – Heim ins Reich“.

Ja, es können Zeitgenossen des Jahres 1999, Deutschen zumal, beim Rückblick auf das Jahr 1938 sehr beziehungsreiche Tatsachen und Zusammenhänge aufstoßen. Vorausgesetzt, es ist ihnen nicht entfallen, dass in dieser Welt zunehmend globalisierte Herrschafts- und Machtinteressen imperialistischen Ursprungs dominieren, die eine lange verfestigte Tradition besitzen.

junge Welt, Montag, 29.03.1999.

Zurück zur Normalität

Holocaust-Forschung – eine Zwischenbilanz

Am 13. April wurde in Israel der Tag des Holocaust mit ehrendem Gedenken begangen. In Deutschland ist die Debatte, wie die Deutschen sich des Verbrechens an den europäischen Juden und generell der Nazivergangenheit erinnern sollen, noch heftig im Gange. Während Politiker, Schriftsteller, Publizisten und wer sich sonst noch für kompetent hält miteinander streiten, sind Historiker weiter damit befasst, noch ungeklärte Fragen nach dem Was, Wann und Warum zu beantworten, die ihnen der Massenmord an den Juden aufgibt.

Ein Fortschritt ist es, dass die Tötung von Behinderten und Kranken, der Mord an Kriegsgefangenen und Zigeunern sowie den Juden nicht mehr voneinander separiert werden. Und die Diskussion hat nach den aufgeregten Inszenierungen um das weithin überbewertete Buch von Daniel J. Goldhagen Normalität zurückgewonnen, was (leider) auch bedeutet, dass wichtige Publikationen nicht die Aufmerksamkeit erfahren, die sie beanspruchen können. Das betrifft etwa die 1998 bzw. 1997 in deutscher Übersetzung herausgegebenen Bücher der amerikanischen Forscher Saul Friedländer („Das Dritte Reich und die Juden“) sowie Henry Friedlander („Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung“).

Nun bietet auch Peter Longerich, der an der Universität London lehrt, eine Darstellung der Vorgeschichte der gegen die Juden gerichteten „Vernichtungspolitik“ der Nazis. Der Autor unterscheidet drei Phasen: die eröffnende, die bis Ende 1934 reichte; die folgende Periode der Segregation und der umfassenden Diskriminierung der deutschen Juden bis Ende 1937; und schließlich die sich bis zum Kriegsbeginn erstreckende Zeit der Entrechtung und forcierten Vertreibung. Longerich entwickelt ein nahezu vollständiges Bild von Antrieben, Funktionen und Zielen, den einzelnen Schritten und den beteiligten Institutionen und Organisationen. Wie üblich werden allerdings die wirtschaftlichen Interessen eher am Rande behandelt.

Der Verfasser kommt auch zu der „deutschesten“ aller auf den Judenmord gerichteten Fragestellungen: der sogenannten Entschlussbildung, die vor anderthalb Jahrzehnten Gegenstand einer internationalen Tagung in Stuttgart gewesen war Wird zwar nicht mehr so verkrampft wie seinerzeit darüber gestritten, wann die definitive Entscheidung gefallen sei, ausnahmslos alle jüdischen Menschen im Zugriffsbereich der deutschen Eroberer zu vernichten, so hat sich diese Frage als intellektuelle Herausforderung doch keineswegs erledigt. Die Historiker nennen diverse Daten vom Beginn des Jahres 1941 bis in das Frühjahr 1942. Longerich plädiert für den spätesten Termin. Dieses Thema könnte einzig als ein Steckenpferd der Experten angesehen werden, doch verbindet sich mit den abweichenden Argumentationen die Aufhellung der tatsächlichen Vorgänge. Es lässt aber auch angesichts lückenhafter Dokumente viel Platz für Annahmen, Mutmaßungen und Hypothesen. Von solchen ist in diesem Fall auch Longerichs Darstellung nicht frei. Dessen ungeachtet ist ihm zweifelsohne eine außerordentlich konzentrierte, hilfreiche und anregende Zwischenbilanz der Holocaust-Forschung gelungen.

Peter Longerich: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Piper Verlag, München 1998. 772 S., geb., 78,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 16. April 1999, S. 13. Maximilian Reich. Pseudonym von Kurt Pätzold.

Toleriert?

Die Alliierten und die NS-Verbrechen

Erscheint deutschen Verlagen, die Bücher aus anderen Sprachen übersetzen und drucken lassen, der Originaltitel nicht in ausreichendem Maße Käufer anlockend, dann tritt an die Stelle einer adäquaten Aussage eine knallige, und es kommt nicht mehr darauf an, ob diese die Absicht des Autors noch angemessen wiedergibt. Das war schon bei Walter Laqueurs Buch so, dessen englischer Titel „Das furchtbare Geheimnis“ sich im Deutschen in „Was niemand wissen wollte“ verwandelte.

Nun ist ein Buch aus dem Amerikanischen ins Deutsche übertragen worden, dessen Autor Laqueurs Forschungen aufnahm und fortsetzte. Richard Breitman geht der Frage nach, was die Alliierten und namentlich die Politiker an der Spitze Großbritanniens und der USA wussten, als im Sommer 1941 der Massenmord an den europäischen Juden auf dem sowjetischen Territorium begann und im von den Deutschen eroberten Gebiet von Land zu Land ausgeweitet wurde. Sein Buch „Staatsgeheimnisse“ war in New York mit dem Untertitel erschienen „Was die Nazis planten. Was die Briten und die Amerikaner wussten“. Die deutsche Ausgabe macht daraus: „Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert.“ Das verdient, eine Unverfrorenheit genannt zu werden. Denn bei aller Kritik, die der Verfasser an den politischen Führern der beiden westlichen Kriegsgegner Deutschlands übt, es kommt ihm nicht in den Sinn, sie der Duldung der NS-Verbrechen zu zeihen. Sein Fazit ist abgewogen und dennoch klar Es stellt fest, „dass die amerikanische und die britische Regierung 1942 und 1943 im Allgemeinen nicht alles versuchten, was hätte funktionieren können“, um den Mördern einen Teil ihrer Opfer zu entreißen.

In seiner Analyse der quälenden Frage, warum so wenig Juden ihren Mördern entkommen konnten, setzt der an der American University Washington D. C. wirkende Historiker, der bislang unzugängliche Quellen in Archiven der USA und Großbritanniens sichtete, bei Churchill und dessen Kriegskabinett an. Über welche Informationen verfügte man, welche Schlüsse wurden gezogen? Breitman verschaffte sich Zugang zu den von britischen Spezialisten decodierten Meldungen, die Kommandeure der deutschen Ordnungspolizei per Funk an ihre Zentrale gaben, als sie 1941 hinter der Wehrmacht auf das Territorium der UdSSR vordrangen. Diese rapportierten ihre Untaten exakt nach Ort, Zeit und Zahl der von ihnen in Massakern getöteten Menschen. Dass dies in der Mehrzahl Juden waren, konnte nicht bezweifelt werden.

Dann fragt der Autor weiter- Wurden diese Informationen mit anderen – beispielsweise mit aus dem Funkverkehr der Deutschen Reichsbahn bzw. Hinweisen aus dem polnischen Widerstand – zusammengefügt und so tiefer entschlüsselt? Wann konnte erkannt werden, dass es sich um die Verwirklichung eines generellen Vorhabens handelte? Welche politischen und psychologischen Hemmnisse existierten, die furchtbare Wahrheit anzunehmen? Welche Vorschläge wurden gemacht, auf irgendeine Weise den Mördern in den Arm zu fallen? Wer hat sie unterbreitet, wer ignoriert, wer abgelehnt, wer sie aufgenommen?

Breitmans kritische Erörterung beginnt mit einer Unterlassung. Die erblickt er darin, dass die sich verdichtenden Informationen nicht frühzeitig und konzentriert verbreitet wurden, um die Opfer zu warnen. Zur Sprache kommt auch die dogmatisierte Festlegung, dass nur ein rascher militärischer Sieg Menschenleben zu retten vermag. Ins Blickfeld genommen werden der Einfluss von Antisemitismus und nationalem Egoismus sowie das opportunistische Verhalten von Politikern. Lektüre also zum Nachdenken – nicht nur über die Vergangenheit.

Richard Breitman: Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert. Karl Blessing Verlag, München 1999 414 S., geb., 44,90 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 16. April 1999, S. 13.

Verklärung

Braune Eliteschüler

Die Beschönigung der „braunen Jahre“ dringt durch tausend Poren in die Gesellschaft der Bundesrepublik, und nicht nur mittels der Redaktionen und Verlage, die sich Rechtsextremisten geöffnet haben. Auch mit manchen Verlegern, die sich als Demokraten verstehen, geht das Geschäftsinteresse zuweilen durch. Davon zeugt z. B. ein Band, in dem vom Innenleben der Eliteschulen des Nazireiches (Nationalpolitische Erziehungsanstalten, Adolf-Hitler-Schulen, Reichsschule der NSDAP Feldafing) berichtet wird.

Der Untertitel ist pure Prahlerei. Denn mit Büchern zu diesem Thema ist der (Alt-)Bundesbürger seit längerem so überversorgt wie mit Publikationen über Mutterkreuze oder den U-Bootkrieg. Da muß zusätzlicher Käuferanreiz her. Den soll die Mischung der ausgewählten Zeitzeugen liefern. Sie reicht von einem österreichischen Ex-Minister der FPÖ über einen gewesenen Präsidenten der UNO-Vollversammlung und die Söhne von Nazigrößen – bis hin zu Hardy Krüger und Hellmuth Karasek. Überwiegend nach deren Tonbandaussagen hat der Herausgeber (autorisierte?) Texte niedergeschrieben, die er zwar als subjektive Sichten kenntlich macht, von denen er – heilige Einfalt – aber meint, sie gäben in der Menge ein objektives Bild. Und die hier gebündelten Aussagen lassen sich durchaus auch als eine Anregung verstehen, darüber nachdenken, ob wir derartige Anstalten nicht wieder brauchen – nicht in einem „Vierten Reich“, sondern jetzt und bald und zur Heranbildung leistungsstarker Bundesbürger Denn was haben die von NS-Kommissionen ausgesiebten Söhne der Offiziere, der Parteifunktionäre und der mehr oder weniger kleinen Nazis denn zwischen Plön, Schulpforta und Sonthofen gelernt und gewonnen, wo nach vieler Zeugnis das „nationalsozialistische Gedankengut keineswegs auffällig“ war und eigentlich nur etwas mehr „Leibesübungen“ und militärischer Drill herrschte als an den üblichen Gymnasien unter dem Hakenkreuz?

Der eine erinnert sich an eine „glückliche Insel“, ein anderer an eine „idealistische Oase“, dieser erwähnt das „moderate Klima“, jener denkt an „das Glück meiner Jugend“. Ein späterer Landarzt weiß sich an der Napola „zu einem durchaus kritischen, fürsorglichen, mitdenkenden Gehorsam erzogen“. Der Bormann-Sohn, der später Priester wurde, schreibt der Reichsschule das Verdienst zu, er habe dort „selbständig denken gelernt und ein relativ richtiges Gesamt-Weltbild erhalten.“ Die einzige zu Worte kommende Absolventin einer derartigen Anstalt, derer es drei für Mädchen gab, sieht sich durch die „Erziehung im Dritten Reich“ dankbar geprägt, insbesondere „was Disziplin, Einsatzbereitschaft und kritisches Denken angeht“. Die spätere Gattin eines Generals der Bundeswehr bringt die Dinge auf den Punkt, wenn sie schreibt, dass sie „fast im preußischen Sinn gelernt habe, meine Pflicht zu tun, mich anzupassen und Leistung zu bringen“. Und einer der einstigen „Jungmannen“ bekennt, er habe in seiner Anstalt das „Rüstzeug“ erhalten, mit dem er später „im Berufsleben in der BRD“ sich durchzusetzen vermochte.

Und so liest man hier denn auch, es sei „läppisch zu sagen, es war alles schlecht“ und vielmehr schlecht, „wenn man das Gute von damals einfach unter den Teppich kehrt“. Kein Wort kritischer Distanz? Doch, am ehesten noch bei Hardy Krüger, dessen Weg, als sein Typ für „Junge Adler“ gebraucht wurde, von Sonthofen in die Studios nach Babelsberg führte und der dort das wirkliche Glück hatte, auf Nazigegner zu treffen. Ansonsten kein Wort prinzipieller Kritik. Und keine Äußerung der Dankbarkeit gegenüber den Soldaten der Alliierten, die jene Eliteschüler eben noch rechtzeitig vor den ihnen vorgezeichneten Wegen ins faschistische Verbrechertum bewahrten.

Johannes Leeb: Wir waren Hitlers Eliteschüler Ehemalige Zöglinge der NS-Ausleseschulen brechen ihr Schweigen. Rasch & Röhring Verlag, Hamburg 1998. 212 S. 34,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 16. April 1999, S. 13. Paul Neumann. Pseudonym von Kurt Pätzold.

Von denkwürdigen Schwierigkeiten mit der Geschichte einer deutschen Republik

Noch auf Jahre hinaus werden diejenigen, die in der Deutschen Demokratischen Republik lebten und – zumindest zeitweise – darauf stolz waren, zu ihren Erbauern zu gehören, mit der Frage beschäftigt sein, welches Gepäck und welches Übergepäck sie aus den Jahrzehnten des untergegangenen Staates mit sich schleppen. Das gilt selbstredend auch für die Historiker und für sie womöglich in besonderem Grad. Und unter ihnen trifft es wiederum auf die Geschichtsforscher der neuzeitlichen Perioden stärker zu als für jene, die sich mit zurückliegenden Jahrhunderten befassten.

80 Jahre nach der Gründung der Weimarer Republik – das könnte ein für die einst in der DDR forschenden Historiker Anlass sein, sich eingehender darüber zu verständigen, wie wir in diesen kurzlebigen deutschen Staat zurückblickten. Das geschah in den vier Jahrzehnten, die mitunter nahezu ein ganzes Forscherleben ausmachen können, zwischen 1949 und 1989 nicht in der gleichen Weise. Die Betrachtung des Staates, der an einer tiefgreifenden Wende deutscher Geschichte entstand und als eine der denkbaren Alternativen historischer Entwicklung verstanden wurde, unterlag einem Wandel. Kontinuität und Diskontinuität können in Darstellungen und Urteilen auch derjenigen aufgefunden werden, die in ihrer Herangehensweise weitgehend oder gar völlig übereinstimmten. Zudem bildete die Historikerschaft in DDR-Zeit keineswegs die geschlossene Marschkolonne, als die sie mitunter nach außen hin erschien und als die sie heute meist dargestellt wird.

Die Möglichkeiten, den geschichtlichen Ort des Weimarer Staates und die Nachwirkungen seiner Existenz zu bestimmen, sind heute ungleich günstiger, als zu dem Zeitpunkt, da über seine Geschichte in Deutschland selbst erstmals offen gesprochen werden konnte. Da gehörte die Republik auch in dem Sinne bereits der Geschichte an, dass sich zwischen ihren Untergang und den historischen Standort der Betrachter bereits das Ende eines weiteren deutschen Staates „geschoben“ hatte, die Vernichtung der faschistischen Diktatur. So lange sie existierte, zwischen 1933 und 1945, konnte von einer Erforschung der Geschichte dieser ersten deutschen Republik keine Rede sein. Sie wurde im Nazireich, wie vor dem bereits in der an die Macht strebenden NSDAP, schlechtweg als „System“ abgetan und als „marxistische Misswirtschaft“ verunglimpft. Je dunkler ihre Farben gemalt wurden, umso heller sollten diejenigen des „Dritten Reiches“ erscheinen.

Indessen hatten an den weit auseinander liegenden Plätzen des deutschen antifaschistischen Exils intensive Erörterungen über das dramatische Ende der Republik bereits eingesetzt. Sie war in Kämpfen untergegangen, die nicht bis zur äußersten Zuspitzung ausgetragen wurden. Das trug zusätzlich dazu bei, das Fragen darauf zu konzentrieren, warum sie eine so leichte Beute derer geworden war, die ihr nach dem Leben trachteten. Es wurde begonnen, von Illusionen Abschied zu nehmen, die für Deutschland das Sinken in den faschistischen Abgrund ausgeschlossen hatten. Konstruktionsmängel der Verfassung wurden festgestellt. Die Rolle der Parteien und vieler anderer Kräfte geriet nun auch in das Visier kritischer Betrachtung derjenigen, von denen die Widerstandsfähigkeit der Gründung von 1919 lange überschätzt worden war.

1945 konnte sich ein erheblicher Anteil der deutschen Bevölkerung noch des Endes der Republik und manche deutlich ihrer Gründung erinnern. Millionen waren in unterschiedlichen Graden Beteiligte gewesen mit ihren Handlungen und ihren Unterlassungen. Die Frage „Wie konnte es geschehen“ betraf ihre Biographien. Diese Zeitgenossen hätten sich – um vom vergleichsweise einfachsten zu reden – fragen können, wie sie im letzten Jahr des Weimarer Staates, als die Wahlen zum Reichstag und zu vielen Landtagen einander geradezu jagten, mit ihren Stimmzetteln verfahren waren. Für nahezu vier von zehn Deutschen galt, dass sie – damals am 31. Juli 1932 – die NSDAP gewählt hatten. In ausgedehnten Gebieten des Reichs hatte die Nazipartei gar die absolute Mehrheit der deutschen Wähler gewonnen. Solche Konstellationen sind wenig geeignet, nennenswerte Teile der Bevölkerung dazu zu veranlassen, die Geschichte und ihren Anteil an ihr durchzuarbeiten. Zudem und vor allem richtete das Nachkriegselend die Kräfte der meisten ganz auf die Notwendigkeiten des Tages.

Demgegenüber steht der Vorteil der heutigen Warte außer Frage: Mit der Distanz vom Geschehen, mit dem Fortschreiten des Geschichtsprozesses lassen sich neue und mitunter verblüffende Einsichten gewinnen. Die jüngste, die in diesem Beitrag noch vor Monaten gewiss nicht erwähnt worden wäre, lautet: Diese Weimarer Republik war der einzige kapitalistische deutsche Staat in diesem Jahrhundert, der keinen seiner nahen oder fernen europäischen Nachbarn bekriegte. Er war, jedenfalls nach außen, ein Friedensstaat. Diese Formulierung wäre, als die ersten Anstrengungen auf dem Felde der Geschichtsforschung unternommen wurden, wohl keinem Historiker in die Feder gekommen.[1] Weimar galt als die Vorstufe des Nazifaschismus, gleichsam als die historische Einlaufkurve auf die Gerade hin zum Zweiten Weltkrieg. Nicht wenige der frühen Arbeiten befassten sich übrigens mit dem Verhältnis dieses Staates zu seinen östlichen Nachbarn, namentlich zu Polen und der Tschechoslowakei, und analysierten die Vorläufer von im deutschen Weststaat wieder aktiv gewordenen revanchistischen Organisationen. Diese Publikationen konnten auch angesichts der Verweigerung dieses Staates, die Oder-Neiße-Grenze und die Folgen der Zerschlagung und Versklavung der Tschechoslowakei anzuerkennen, ein geschichtspolitisches Verdienst beanspruchen.

Die Scheinwerfer waren auf die viele Lehren bietenden Wurzeln des Unfriedens gerichtet, der 1939 in den Beginn des Zweiten Weltkriegs mündete. Hervorgehoben wurde, und das unterliegt keinem Zweifel, dass einflussstarke Kräfte diesen Staat als ein Provisorium betrachteten und den bis 1918 währenden Krieg nicht als beendet, sondern nur als unterbrochen ansahen. Eine Charakteristik des Ganzen aber konnte diese Perspektive „Von Krieg zu Krieg“ nicht hergeben. Im folgenden kann, allein schon aus Gründen der Zeit, aber auch wegen des Fehlens von Analysen, die nur aus den Anstrengungen vieler hervorgehen können, nur versucht werden, Vorschläge für eine Herangehensweise an die Durcharbeitung der geschichtswissenschaftlichen Arbeit von Jahrzehnten zu unterbreiten. Dass diese Arbeit von denjenigen, die an ihr teilnahmen, soweit sie dazu noch in der Lage sind, bald geleistet werden muss, dass die Hinterlassenschaft zu sondern ist, dafür lassen sich viele Begründungen nennen. Zu ihnen zähle ich zuletzt auch den der Selbstachtung und eine wahrzunehmende Verpflichtung gerade auch denen gegenüber, die nicht mehr leben.

Die Weimarer Republik wurde 1945, übrigens nicht anders als die DDR noch immer seit 1990, vor allem von ihrem Ende her betrachtet. Sie galt, wenn auch von Fortschritten etwa in Bezug auf die Reichsverfassung die Rede war, als die verfehlte Alternative zum Kaiserreich und rangierte als so etwas wie ein historischer Fehlstart. Diese Betrachtungsweise, so beirrend sie uns heute erscheinen kann, war nichts weniger als willkürlich. Sie nahm Forschungen und Erörterungen auf, die bald nach 1933 im deutschen Exil eingesetzt hatten und sich eben auf die Ursachen richteten, die zum Untergang des Staates und zur grundstürzenden Wende deutscher Zustände geführt hatten. Unter dem Druck der Tatsachen – Führer ehedem mächtiger Parteien sahen sich in den verschiedensten Ländern Europas in Kleingruppen wieder, die auf die Dinge in dem Land, aus dem sie hatten fliehen müssen, keinen Einfluss mehr besaßen – gelangten die einen, denkt man an das „Prager Manifest“ der Sozialdemokraten zu tiefen Einsichten, während andere bereits am apologetischen Kostüm nähten oder strickten. Zu beantworten waren quälende Fragen namentlich von denjenigen Zeitgenossen, die viele ihre Mitstreiter, Kameraden und Freunde unter den Toten der Konzentrations- und später der Vernichtungslager oder unter den durch die Nazijustiz aufs Schafott gebrachten wussten. Es ist immerhin bemerkenswert, wie wenig dieser Zusammenhang denen ins Bewusstsein geraten ist, die sich heute mit der DDR-Geschichtsschreibung über die Jahre 1918 bis 1933 befassen. Ihre Ausgangs- und Bezugspunkte sind meist eng und heißen: Stalinismus, Beschlüsse der SED über Erforschung und Verbreitung der Geschichte und die Tätigkeit der verschiedensten Kontrolleure. Die Grundtatsache, dass Geschichte noch stets von Menschen geschrieben wurde, die unter Einflüssen ihrer Zeit standen und diese wiederum selbst zu beeinflussen trachteten, dass sie durch Herkunft, Ausbildung, Erziehung,

---

[1] Von dieser Seite der Geschichte sprach jedoch 1987 an der Universität Jena, als er von der dortigen Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät ehrenpromoviert wurde, in seinem „Nachdenken über Weimar“ genannten Vortrag Wolfgang Rüge: „Die Weimarer Republik war ein Staat, von dem kein Krieg ausgehen konnte. Nicht etwa, weil die Herrschenden nach Frieden lechzten. Vielmehr, weil die Fackel nass geworden war, mit der sie die Welt hätten in Brand stecken können. Eine Tatsache. Festhaltens wert.“ In: Ehrenpromotion Wolfgang Ruge, Jena 1988, S. 12 f. (= Ausgewählte Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena).

Überzeugung, ganz allgemein durch Erfahrungen und deren Verarbeitung geprägt und geleitet werden, wird zwar in der Historiographie heute nicht mehr bestritten. Im konkreten Falle aber, wenn es um die Geschichtsschreibung in der DDR geht und die an ihr beteiligten Personen und Generationen scheinen diese Gesichtspunkte vernachlässigenswert. Sie verderben auch nur das gewollte Klischee von den Chronisten als ideologischen Hampelmännern der Staats- und Parteiführer.

Nun kamen nach dem Mai 1945 von denen, die begonnen hatten, sich im Exil mit der jüngsten deutschen Geschichte zum Zwecke des Erkenntnisgewinns für neue Wege zu befassen, vergleichsweise erheblich mehr in den Osten denn in den Westen Deutschlands. Nicht allein ihr geschichtstheoretischer Standort, nicht weniger ihre eigenen lebensgeschichtlichen Erfahrungen bestimmten die Art ihrer Fragestellung an die erste deutsche Republik. Diese war angereichert durch den erzwungenen Aufenthalt in Staaten und Gesellschaften sehr unterschiedlichen Charakters. Zudem blieben die nun beginnenden Diskussionen über die „Republik auf Zeit“ und das „Ende von Weimar“ keineswegs eine Angelegenheit von Spezialisten des Zeitabschnitts, die es anfänglich gar nicht gab. An ihr nahmen ohne Unterschied ihres jeweiligen speziellen Forschungsinteresses nahezu alle teil, die zu Begründern und Beginnern einer sich neu orientierenden Gesellschaftswissenschaft gehörten: Hermann Duncker, Albert Schreiner, Alfred Meusel, Jürgen Kuczynski, Walter Markov, Leo Stern, Walter Bartel, Erich Paterna, Ernst Engelberg und andere – jeder dieser Namen verbindet sich mit einer Biographie im antifaschistischen Kampf, die jedenfalls in die zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre zurückreichte.[2] Nichts erscheint einfallsloser als die Art und Weise, in der damals in den Staat „vor dem Faschismus“ zurückgeschaut wurde, als das bloße Produkt einer Verordnung zu betrachten. Die frühe Beschäftigung mit der Geschichte der Republik, für die der 30. Jahrestag der Novemberrevolution einen besonderen Anlass bot, galt alsbald auch der Frage, welche Bedeutung der Verfassung des Weimarer Staates für die Ausarbeitung des Grundgesetzes der DDR zuzumessen war. Ungeachtet der radikalen Kritik an den sozialen und politischen Zuständen der Republik wurde der Verfassungstext des Jahres 1919 als ein wichtiges Erbe angesehen und diente als einer der Ausgangspunkte für die Formulierung des eigenen, 1949 von der Volkskammer der DDR beschlossenen Gesetzes.

Neuerdings lässt sich in den Analysen, die über die Geschichte der Geschichtsschreibung in der DDR massenhaft und unter den Bedingungen der Konkurrenz auch rasch geschrieben und gedruckt werden, die Forderung lesen, es müssten jene politisch intendierten Auswahlverfahren aufgegeben werden, die nur die Aufnahme von ins eigene Bild passenden Tatsachen ermöglichen, denen sodann meist kenntnisarme Wertungen folgen. Stattdessen sei, „die komplexe Wirklichkeit der zweiten deutschen (das ist; die in der DDR – K. P.) Geschichtswissenschaft“ wahrzunehmen.[3] Wer diese Devise akzeptierte, hätte das Wirken dieser Geschichtswissenschaft in Beziehung zu einem Staatswesen zu sehen, das nicht als „Unrechtsstaat“ abgetan werden kann. Wer die Kurskorrektur ernsthaft wollte, müsste die soziale, politische und geistige Herkunft der Begründer jener ostdeutschen Richtung der Historiographie in die Betrachtung einbeziehen, die von den Marxschen Fragestellungen herkamen. Ohne biographische Details geht das nicht ab. Denn es bestand diese Kleingruppe aus sehr eigenständigen, vielfach auch eigenwilligen Persönlichkeiten, die mit und durch ihre ausgewiesenen Haltungen auch den Politikern in der Führung der noch jungen Sozialistischen Einheitspartei als gleichberechtigt zu begegnen vermochten und – anders als die folgende Generation – mit Achtung behandelt und als Ratgeber geschätzt wurden.

Ja, die an die Spitze der Politik getretenen Personen suchten für sich und diejenigen, deren Führung sie übernommen hatten oder erstrebten, gültige, d. h. aufbauende Antworten gerade auf die Grundfragen der zeitlich nächstliegenden deutschen Vergangenheit. Dazu gehörte die 1919 gegründete Republik auch deshalb, weil diese Politiker doch in ihr gescheitert waren und nicht wünschen konnten,

---

2 Zu den Biographien von Duncker, Meusel, Paterna, Schreiner und Stern siehe die jeweiligen Beiträge in; Heinz Heitzer, Karl-Heinz Noack, Walter Schmidt (Hrsg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin 1989.

3 So Konrad H. Jarausch, Matthias Middell und Martin Sabrow, Störfall DDR-Geschichtswissenschaft. Problemfelder einer kritischen Historisierung, in; Georg Iggers (Hrsg.), DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, München 1998 (= Historische Zeitschrift; Beihefte N. F., Bd. 27), S. 4.

dass ihnen das ein zweites Mal widerfuhr. Daher schlugen sie sich, ob Wilhelm Pieck oder Otto Grotewohl, Otto Nuschke oder Johannes Dieckmann, doch mit den im Kern gleichen Fragen herum, denen auch das Interesse der Historiker und anderer Gesellschaftswissenschaftler und die allmählich einsetzende Quellenforschung galt. Von ihr kann – mit Vorläufern, die sich mit der 1953 erfolgten Gründung der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" datieren lassen"[4] – etwa seit der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren die Rede sein. Dann aber entwickelte sich die Auseinandersetzung mit der wenig mehr als 13 Jahre umfassenden Geschichte der Republik zu einem bevorzugten Feld der ostdeutschen Historiographie. Zwischen 1963 und 1968 erschienen in rascher Folge Monographien sowie Überblicks- und Nachschlagewerke, die in diesem Umfang seinerzeit noch auf keinem zweiten Gebiet deutscher Geschichte vorgelegt werden konnten.[5] Dabei entstand nach sowjetischem Vorbild eine zunehmende, sich vor allem in den neugeschaffenen zentralen Einrichtungen der Geschichtsforschung verfestigende Arbeitsteilung zwischen den Wissenschaftlern, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und da wieder vor allem mit der Kommunistischen Partei Deutschlands befassten, und jenen, deren Aufgabe es war, den „Rest" zu bewältigen. Auf dem Felde der Geschichte der Arbeiterbewegung, und das galt gleichermaßen für alle ihre Strömungen, war angesichts der dürftigen Hinterlassenschaft der an diesen Themen weitgehend desinteressierten Vorläufer viel und in mancher Hinsicht geradezu alles nachzuholen. Denn wer für diese Bewegung auch nur Sympathie bekundet hatte, war im Kaiserreich und auch in der Weimarer Republik am Rande des Forschungsbetriebs geblieben. Es genügt hier an das Schicksal eines ihrer Vertreter, des hochverdienten Gustav Mayer, des Biographen von Ferdinand Lassalle und Friedrich Engels, zu erinnern, der keine Chance besaß, an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin einen Lehrstuhl zu erhalten. So notwendig und normal diese generelle Spezialisierung erscheint, mit ihr ging – wovon zu reden sein wird – über die gerechtfertigte Rollenverteilung hinaus eine weitere einher, die der Geschichtswissenschaft in der DDR insgesamt zunehmend abträglich wurde und de facto die Gleichberechtigung der an ihr Beteiligten aufhob.

Schon in den fünfziger Jahren traten meist junge Historiker hervor, die von da bis zum Ende der DDR die KPD-Geschichte erforschten. Zu ihnen, die sich mit Publikationen für die Jahre zwischen dem Ende des Kaiserreiches und dem Beginn der faschistischen Diktatur befassten, gehörten Klaus Mammach, Heinz Karl, Walter Wimmer, Lothar Berthold, Johannes Zelt, Stefan Weber, Siegfried Ittershagen, Horst Naumann, später auch Hans-Joachim Krusch. In diesem Kreis nahm als der Älteste Arnold Reisberg durch seine Biographie und sein Forscherinteresse eine Sonderstellung ein. Ernst Diehl, zugleich Mitglied des ZK der SED, leitete diesen geschichtswissenschaftlichen Bereich des Instituts viele Jahre. Die in ihm gewonnenen Einsichten und Urteile wurden zunehmend als Vorgaben für die Gesamtbetrachtung der Geschichte der Weimarer Republik angesehen und vorgestellt. Gestützt auf die politische Autorität der SED-Führung beanspruchte diese Forschergruppe so etwas wie eine führende Rolle in der Historiographie oder nahm sie Jedenfalls wahr. Sie erlangte indessen nie ein absolutes Monopol der Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und konnte sich dieses Ziel umso weniger setzen, als an den Einrichtungen des Hochschulwesens Ja nicht nur Lehrende wirken sollten, die ihr Wissen aus zweiter Hand bezogen. So bildeten sich, allerdings mit vergleichsweise bescheidener personeller und finanzieller Ausstattung in Universitäts- und Hochschulinstituten kleinere Gruppen von Wissenschaftlern, die mit eigenen Forschungen hervortraten, mitunter eigene Wege gingen, insgesamt Jedoch das Bild namentlich der Parteigeschichte schon deshalb

---

4 In ihr veröffentlichte Albert Schreiner 1954 eine Disposition für ein Lehrbuch, das die deutsche Geschichte in den Jahren zwischen 1918 und 1945 umfassen und in seinem ersten Teil die Geschichte der Weimarer Republik darstellen sollte. ZfG, Jg. 1954, H. 5., S. 701-758.

5 Von der Unwilligkeit, die Entstehung einer in Deutschland bisher nur als Außenseitertum existierenden Strömung der Geschichtswissenschaft zur Kenntnis zu nehmen, zeugten die Reaktionen von Historikern in der Bundesrepublik. Den Widerwillen gegen die Existenz des ostdeutschen Staates drückte im politischen Sprachstil der Adenauer-Ära schon im Titel seiner Arbeit aus; Reinhart Beck, Die Geschichte der Weimarer Republik im Spiegel der sowjetzonalen Geschichtsschreibung, Berlin 1965. Er bezeichnete die Historiker in der DDR als den „Typ des Funktionärs ... der ganz im Dienst der Staatspartei Geschichte schreibt". S. 66. Nicht dieser Autor allein verbreitete dieses Bild, das die Vorstellung von Marionetten erzeugen sollte, die von fremder Hand an Strippen geführt wurden.

nicht zu differenzieren vermochten, weil sie – abgesehen von abgelegenen Publikationsmöglichkeiten in universitätseigenen Schriftenreihen oder von den meist vervielfältigten, einzig in Bibliotheken zugänglichen Dissertationen – keine Möglichkeit besaßen, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen.[6]

Die Liste der Erforscher der Weimarer Republik, die sich mit dem Anwachsen des eigenen Wissensfundus und den erweiterten Möglichkeiten der Forscherarbeit mehr und mehr der ganzen Breite der Gesellschaft zuwandten, ist lang. Sie umfasst die Namen von Wolfgang Ruge[7] Karl Obermann, der sich nur anfänglich nach seiner Rückkehr aus dem Exil auch mit Fragen der Weimarer Republik befasste, Kurt Gossweiler, Günter Paulus, Joachim Petzold, Erwin Könnemann, Manfred Weißbecker, Heinz Habedank, Helga Gottschlich, Günter Rosenfeld, Kurt Finker, Werner Bramke, Hans Radandt, Bruno Buchta, Helga Nussbaum, Lotte Zumpe, Berthold Puchert, sowie Reinhard Brühl, Gerhard Förster, Paul Heider, und weitere Militärhistoriker.[8] Und größer noch ist die Zahl derjenigen, die in Debatten sich äußerten, ohne selbst mit eigenen Monographien hervorzutreten, denkt man etwa an Aufsätze, mitunter auch nur Einwürfe von Ernst Engelberg, Joachim Streisand oder von Fritz Klein, dessen frühe Beiträge über die Rolle von Monopolkapitalisten in der Endphase der Weimarer Republik zu den Startaufsätzen gehörten, die auf Quellenfunden und -Studien fußten. Nach wie vor bilden gemeinsam mit den einschlägigen Bibliographien die drei Sonderbände der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, die 1960, 1970 und 1980 aus Anlass der internationalen Historikerkongresse erschienen sind, eine erstrangige Quelle für nahezu lückenlose Informationen über das Publizierte.[9] Bei allem Wert kam jedoch keiner dieser Bände für die infrage stehende Zeit über den Charakter einer kommentierten Buchhaltung hinaus und so bezeugte jeder auf seine Weise die jedenfalls öffentlich, aber nicht nur da höchst unentwickelte Weise der DDR-Historiker, sich mit den Ergebnissen ihrer Arbeit kritisch auseinanderzusetzen.

Wie auf anderen Feldern auch lässt sich heute fragen, was aus diesen Jahrzehnten länger wirken könnte, was gegenüber allen Bestrebungen, die Historiographie der DDR vergessen zu machen, nicht auszutilgen war. Eine generelle Antwort erscheint unmöglich. Es müsste der Finger auf jeden Posten gelegt werden. Schwerpunkte des Interesses, in der Innenpolitik etwa die Jahre 1923 und 1932, Ereignisse wie der Kapp-Putsch und die Kampagne für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten, auf dem Gebiet der Außenpolitik die Verträge von Versailles (1919), Locarno (1925) und Berlin (1926) würden da hervortreten. Doch immer wieder liefen die Forschungen auf jene Prozesse hin, die der Vorgeschichte des 30. Januar 1933 zugerechnet werden müssen. Seit Albert Schreiner die später und fälschlich, weil verkürzend als „Industrielleneingabe“ bezeichnete Petition deutscher Wirtschaftsführer an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg veröffentlicht hatte[10], konzentrierten sich die Forschungen vieler auf die Angehörigen der sogenannten Eliten, der zivilen wie der

---

6 In der Diskussion zu diesem Beitrag machte Klaus Kinner (Leipzig) zu Recht darauf aufmerksam, dass aus diesen Gruppen nach 1990 Veröffentlichungen hervorgingen, die nun vor allem in der Tagespresse („Neues Deutschland“, Berlin) weite Verbreitung fanden und bewirkten, dass eine grundlegend neue Betrachtungsweise auch der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik einsetzte.

7 Eine Auswahlbibliographie seiner Schriften siehe Ehrenpromotion Wolfgang Ruge, a. a. O., S. 23 ff.

8 Nicht für alle Beteiligten sind leicht Überblicke über ihre Arbeiten zu gewinnen. Jedoch: Wissenschaftliche Publikationen von Kurt Gossweiler, zusammengestellt von Margarete Riesche, in: Bulletin für Faschismus und Weltkriegsforschung, H. IG, Berlin 1998, S. 62-73 und dto. von Paul Heider, zusammengestellt von ders., in: Ebd., Bulletin Nr. 8, Berlin 1997, S. 105-112.

9 Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongress in Stockholm 1960. (= ZfG, Sonderheft VIII, Jg. 1960, 634 S., dto. Zum XIII. Kongress in Moskau, (ZfG, Sonderband XVIII, 1970) 836 S., dto. Zum XV. Kongress in Bukarest 1980 (ZfG, Sonderband, 1980), 884 S. Ein vierter Bd., der anlässlich des Kongresses in Madrid 1990 erscheinen sollte, war im Manuskript fertiggestellt. Es wurde angesichts der veränderten Verhältnisse, die auch durch den Beginn einer kritischen Auseinandersetzung der Historiker in der DDR mit ihren eigenen Leistungen und ihrer eigenen Rolle gekennzeichnet wurden, nicht mehr gedruckt. Das Manuskript befindet sich im Besitz der Redaktion der ZfG. Absichten, es nachträglich als eine Quelle für weitere Forschungen durch einen Druck leicht zugänglich zu machen, sind offenbar aufgegeben worden.

10 Albert Schreiner, Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung zum Reichskanzler, in: ZfG, Jg. 1956, H, 2, S. 366-369.

militärischen, und insbesondere auf ihre Rolle in der Phase der Agonie der Republik.[11] Dass dabei der Antrieb mitbestimmend wirkte, „den Imperialismus anzuklagen“, wurde offen bekannt, und dies umso ungenierter, als es sich dabei keineswegs um eine politische Fremdbestimmung der Forschenden handelte, sondern um eine Vorgehensweise, die aus jeweils eigenen Überzeugungen herrührte. Denn die Mehrheit derjenigen, die seit dem Ende der fünfziger Jahre als Berufshistoriker wirkten und alsbald die Beginner ablösten, besaßen mit diesem deutschen Imperialismus ihre eigenen Erfahrungen und die waren durchweg trübe. Viele waren mit dem sprichwörtlichen „blauen Auge“ bis zum Mai 1945 gekommen. Niemand gelüstete es nach Wiederholungen. In diesem Punkte gab es übrigens eine weitgehende prinzipielle Identität der Biographien dieser neuen Historikergeneration, die sich in den beiden deutschen Staaten auf die Weltkriege und die Jahre zwischen ihnen spezialisierte. Das prägte bei zunehmender Entspannung ihre heute weitgehend ignorierten Beziehungen mit.

Wer in den Arbeiten der fünfziger und sechziger Jahre liest, dem fallen theoretische und methodische Unzulänglichkeiten, die sich vor allem im Mangel an Tiefgang und Differenzierung ausdrücken, vorschnelle Verallgemeinerungen, Textstellen, aus denen nichts denn politischer Übereifer spricht, wieder und wieder auf. Unverkennbar sind dogmatische Positionen, die sich insbesondere in Darstellungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung antreffen lassen. Vor allem aber, und das bedarf weder einer Erklärung noch einer Entschuldigung, fallen die Frontstellung gegen Missinterpretationen auf Seiten der ideologischen Konkurrenz auf, die sich in vielen Veröffentlichungen niederschlugen[12] und keinesfalls immer zum Nachteil ihrer Qualität. Jedoch; Kaum einer der Autoren würde heute wohl noch zustimmen, seine Publikationen unergänzt oder unverändert zu veröffentlichen. Eine Lossage oder einen Widerruf muss das weder im Einzelnen noch aufs Ganze bedeuten. Wenn – übrigens – die „Industrielleneingabe“, freilich in einer an den Schongang einer Waschmaschine erinnernden Weise, in einem 1998 im Freistaat Bayern für die Hauptschule eingeführten Geschichtsbuch erwähnt ist[13], so mag auch dieses episodenhafte Vorkommnis anzeigen, dass etwas geleistet worden ist, das sich nicht nur in einer Fußnote unterbringen lässt.

Die Herausforderung, die von der DDR-Geschichtswissenschaft gerade im Hinblick auf die Bestimmung des Verhältnisses von bürgerlicher Gesellschaft und aufkommendem Faschismus ausging, trug ihr bei ausländischen Historikern Anerkennung und das Interesse an Kontakten ein. Deutlich entsinne ich mich einer Einladung von George W. Hallgarten, der am Rande des 1970 in Moskau tagenden Internationalen Historikerkongresses eine Gruppe von DDR-Forschern zu einem nächtlichen Kolloquium in sein Hotel einlud, das im Wesentlichen aus der von ihm vorgenommenen Examinierung der Spezialisten bestand, deren Antworten von zwei japanischen Professoren, die seine Schüler waren, protokolliert wurden. Anders die Reaktion in der dominierenden internationalen Strömung. Henry Ashby Turner jun., der 1987 mit einer US-amerikanischen Gruppe von Historikern aufgrund eines Abkommens zu einem Kolloquium in die DDR nach Berlin kam, hat die wohl eindrucksvollste Entgegnung auf DDR-Forschungen zum Republikende vorgelegt und die war fraglos von apologetischer Natur. Dass darauf eine kompakte Erwiderung nicht erfolgte, war weder gedankenlose Unterlassung noch Zeichen von Unvermögen. Dies entsprach einem sich in unserer Historiographie mehr und mehr ausprägendem Missverhältnis zwischen der Arbeit an Gesamtdarstellungen und der Teilnahme an

---

11 Von dieser Orientierung zeugte auch der über die DDR-Forschungen zur Geschichte der Weimarer Republik 1960 gegebene, für den Stockholmer Historikerkongress angefertigte und schon erwähnte Bericht Wolfgang Ruges bereits in seiner Überschrift, die lautete: Arbeiten zur Rolle der Bourgeoisie in der Weimarer Republik. Siehe Anm. 9. Sie wurde auch durch die Arbeit der Archivare unterstützt, die vorzugsweise jene Bestände der wissenschaftlichen Forschung zugänglich machten, die aus der Tätigkeit von wichtigen und einflussstarken Bank- und Industrieunternehmen herrührten, so z.B. den im Zentralarchiv in Potsdam lagernden Bestand der Deutschen Reichsbank.

12 Davon gibt einen kompakten Überblick das in mehreren Auflagen erschienene Handbuch: Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, Herausgeberkollektiv: Gerhard Lozek u. a., 3. neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 1977, darin insbesondere der Beitrag: Zur Geschichte der Weimarer Republik von 1919 bis 1933 von Wolfgang Ruge, S. 317-333.

13 Menschen, Zeiten, Räume. Arbeitsbuch für Geschichte, Sozialkunde, Erdkunde, Hauptschule Bayern, Bd. 8, Berlin 1998, S. 154.

nationalen oder internationalen Debatten. Man erinnere sich nur an das nahezu vollständige Schweigen zum westdeutschen „Historikerstreit“.

In der Beschäftigung mit der Geschichte der Weimarer Republik wirkten in den Jahrzehnten, in denen es eine ausgebildete und organisierte, sich Forschungspläne gebende und sich an sie bindende Geschichtsforschung im ostdeutschen Staat gab, zwei Tendenzen. Zum einen gewann das Bild jener Zeit seit den siebziger Jahren an Farbe und an Tiefenschärfe. Die Forschungen wurden thematisch ausgreifender. Vielleicht zeugt davon nichts eindrucksvoller als das mit dem Zentrum an der Universität Jena entstandene mehrbändige „Lexikon zur Geschichte der bürgerlichen Parteien und Verbände“[14], das zu den Hinterlassenschaften von Dauer gerechnet werden kann. Zum anderen aber gelangte die Historiographie zu keinem Zeitpunkt über das Interesse hinaus, die Politik der KPD in einem geschönten Licht zu zeigen, was selbstredend wieder zu partiellen Verdunkelungen anderer politischer Kräfte führte. Unter den Bedingungen des als Gutachtertätigkeit bezeichneten Kontroll- und Einspruchsrechts, das beim Institut für Marxismus-Leninismus lag, hat das nahezu alle Arbeiten in ihrer Wirkung nach innen wie nach außen beschädigt.

Zwischen den Vertretern beider Tendenzen herrschte lange Zeit eine faule Koexistenz, die der ausgegebenen Devise folgte „Wir lassen uns vom Gegner nicht auseinanderdividieren“. Diese Position wurde in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre unhaltbar, weil sich unter Historikern der KPD-Geschichte eine Sicht durchsetzte, die – das entsprach der Erstarrung des Systems – hinter alle gewonnenen kritischen Positionen zurückführte, die des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und der sog. Brüsseler Konferenz der KPD eingeschlossen. Und diese Kritiken waren ohnehin ergänzungsbedürftig. Zum nicht öffentlichen Eklat kam es 1989 während einer Sitzung der Redaktionskommission des Großunternehmens zur „Deutschen Geschichte“, als das weit gediehene Manuskript des 7. Bandes vorgelegt wurde.[15] Die Kritiker an den Fehlern und Irrtümern der KPD-Politik und die sich nur auf geringfügige Einschränkungen einlassenden Verteidiger des seinerzeitigen offiziellen Parteikurses vertraten Positionen, die keinen Brückenbau mehr zuließen. So schieden wir. Und das ist keine bloße Reminiszenz, sondern führt mich an das Ziel meines Beitrags.

Denn worum ging es im letzten Grunde? Um das bis dahin nie durchgearbeitete Verhältnis zu den demokratisch-parlamentarischen Rechten und Freiheiten, die in der Verfassung des Jahres 1919 niedergelegt waren.[16] Von deren Erörterung wurde häufig rasch zur Verfassungswirklichkeit übergegangen und zu Recht auf die Defizite ihrer Wahrung und Gewährleistung verwiesen, die sich in der Geschichte der Republik in einer endlosen Kette auffinden und nachweisen ließen.[17] In der aus dem Jahre 1988 stammenden letzten Ausgabe des DDR-Schulgeschichtsbuches, in dem die Geschichte der Republik dargestellt wurde, schlug sich prägnant nieder, worin das Defizit bestand. Die Verfas-

---

14 Sein Vorläufer stammt bereits vom Ende der sechziger Jahre; Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Hrsg. Redaktionskollegium unter der Leitung von Dieter Fricke, Bd. 1 und 2, Leipzig 1968 und 1970.

15 Das Gesamtvorhaben ist bis zum Band 5, d.h. zeitlich bis zur Darstellung des Endes des 19. Jahrhunderts gediehen. Der 9. Bd., der die Vorgeschichte der DDR und der BRD darstellte, wurde als letzter außer der Reihe mit dem Blick auf die 40. Jahrestage vorgelegt. Der Band 6, der dem Verlag vorlag, und der hier erwähnte 7. Bd. blieben ungedruckt.

16 Siehe Verfassungen und Verfassungswirklichkeit in der deutschen Geschichte. Hrsg. Wolfgang Rüge u. a., Berlin 1968 und darin den Beitrag Ruges, Papierne Deklarationen der ersten bürgerlichen deutschen Republik. Die Weimarer Verfassung von 1919.

17 In diesem Beitrag wird die Frage, welches Bild sich von der Weimarer Republik im Geschichtsbewusstsein der DDR-Bürger bilden konnte, ganz ausgeklammert. Dieses Bild ist wie in anderen Fällen auch in erheblichem Grad durch Literatur und Kunst geprägt worden. Beispielsweise fanden die Schriften von Kurt Tucholsky und anderer Kritiker des Systems weite Verbreitung. 1973 lag eine sechsbändige Tucholsky-Ausgabe vor. Dessen Verdienst wie das von Carl von Ossietzky als Streiter für die Republik und die Achtung ihrer Verfassung würdigten viele Artikel in der Zeitschrift *„Die Weltbühne“*. Das Thema verdiente eine eigene Erörterung. Ähnliches gilt für den Kinofilm und das DDR-Fernsehen bereits seit deren Anfängen. Friedrich Karl Kauls Darstellungen der Geschichte der Weimarer Justiz anhand einzelner Gerichtsprozesse (Kleiner Weimarer Pitaval, Berlin 1959) wurden in einer Serie verfilmt, in der erstrangige und beliebte Schauspieler als Darsteller mitwirkten. Diese Filme zählten zu den meistgesehenen Sendungen.

sung, soviel treffendes über sie im Einzelnen gesagt war, wurde außerhalb jeder historischen Perspektive dargestellt. Weder setzten sie die Autoren, und das waren ausgewiesene Historiker, die am Akademie-Institut für deutsche Geschichte arbeiteten, in Beziehung zur Verfassung von 1871 noch zu den Forderungen und Errungenschaften der Revolutionäre von 1848 und von 1789. Die lobende Generalaussage lautete, diese Verfassung sei „die fortschrittlichste der imperialistischen Welt" gewesen.[18] Bedenkt man, dass aus dieser Welt natürlich niemand irgendeine politische Anregung beziehen wollte, hatte sich damit auch die Frage nach der Erbschaft und dem Umgang mit ihr erledigt. In der Sicht mancher Historiker missriet die Betrachtung bis zur Behauptung, 1932 hätten als Folge des nun präsidial gestützten Systems nur noch „Reste" der Demokratie existiert, woraus sich wiederum die – von manchen beabsichtigte – Anschlussfrage herleiten ließ, was an diesem Punkte der geschichtlichen Entwicklung gegen den faschistischen Ansturm eigentlich noch zu verteidigen gewesen wäre. Dabei wurde der Maßstab, nachdem die bürgerlich-demokratischen Rechte beurteilt wurden, durch den die Urteile regierenden Gesichtspunkt zusätzlich verengt, welchen Einfluss das Parlament auf Politik und Gesetzgebung besaß.

Das Thema berührte Geschichte und Politik, Vergangenheit und Gegenwart. Schon die Bestandsaufnahme der historischen Tatsachen war beim Blick auf die Arbeiterbewegung und deren revolutionären Flügel unvollständig. „Republik das ist nicht viel, Sozialismus heißt das Ziel," lautete eine der nicht diskutierten Devisen. Die politischen Gassenhauer, die Kampftruppen der Linken sangen, wurden kaum als Ausdruck von Ideologie genommen und nicht in ihrer Wirkung auf Denken, Mentalität und Verhalten befragt, ebenso wenig wie – man mag über Staatsfahnen denken wie immer – die Bezeichnung der Republikfarben, die ungeachtet ihrer historischen Herkunft in sich revolutionär dünkenden Kreisen auch „schwarz-rot-mostrich" hießen. Unter den für die Verwirklichung eines revolutionären Programms Kämpfenden lebte in Jenen Jahren die Erinnerung an die in der Revolution 1918/19 ermordeten Genossen. In ihnen bebte die Enttäuschung über das Verfehlte. Sie wollten den Platz der Verlierer der Geschichte – und sie sahen sich gemessen an ihren Zielen und namentlich im Vergleich mit Sowjetrussland ausschließlich als Verlierer – ihren Feinden abtreten. Doch so berechtigt die Verweise auf die vielen Gründe waren, die Millionen von Proletariern und Kleinbürgern besaßen, diese Republik abzulehnen, über sie hinaus in einen anderen Staat und eine sozial gerechte Gesellschaft zu wollen und sich dafür einzusetzen, so sicher diese Republik selbst dazu beitrug, Verfassung, Demokratie und Parlamentarismus zu diskreditieren, eine geschichtliche Auseinandersetzung konnte bei diesen Tatsachen nicht stehen bleiben. Noch weniger durfte sie diese als Argument nutzen, um einen auf einer Fehlbeurteilung politischer Möglichkeiten fußenden, also in Irre und Bankrott führenden Kurs einzunebeln.

Dass es zu einer wirklichen radikalen Durcharbeitung der Geschichte des Endes der Weimarer Republik in diesem Punkte nicht kam, bediente die zunehmenden Interessen hohler Heroisierung der Parteigeschichte, die mit der Biographie Thälmanns ihren Höhepunkt erreichte. Die Akzentuierung des Fragens und Antwortens auf die Grenzen von staatsbürgerlichen Freiheiten und Rechten im Weimarer Staat enthob die DDR-Gesellschaft des Nachdenkens über den Wert der 1919 gewonnenen Freiheiten und Rechte und jeder Anstrengung zu deren kritischer Aufhebung. Dass dem Antifaschismus der Demokratismus verlorenging, und das war seine eigentliche Amputation, wurde in dieser Atmosphäre kaum noch bemerkt. Klagen äußerten sich im privaten Raum.

Ein Beispiel? Am 26. Juni 1956 besuchte der Romanist und exzellente Kenner der Literatur, welche der Revolution von 1789 voraufging und ihr folgte, Victor Klemperer, eine Sitzung des französischen Parlaments. Nach seiner Rückkehr von der Tribüne der Kammer notierte er, der damals der Volkskammer der DDR als Mitglied angehörte, in einem Gefühl erweckten Neides: „Es ging doch lebendig zu, man discutierte, man sprach leidenschaftlich, es gab Zwischenrufe und Lachen. Gewiss: die Finanzmacht u. corruption, gewiss Anführungsstriche um die ‚Freiheit der Wahl' – aber bei alledem doch ein bisschen mehr Demokratismus als bei uns, wo das Parlament vollkommen überflüssig ist und dieselbe Scheinrolle spielt wie im Hitlerstaat."[19]

---

18 Geschichte. Lehrbuch für die Klasse 9, Berlin 1988, S. 33.

19 So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1950-1959, Berlin 1999, Bd. 11, S. 568.

In einer Vereinfachung ließe sich von dem Umgang der Historiker mit der Weimarer Republik sagen: „Wir haben sie, in einer nie kritisch aufgebrochenen Tradition stehend, die längste Zeit unseres Wirkens vor allem unter dem Blickwinkel der Grenzen der staatsbürgerlichen Freiheiten gesehen und uns über deren Werte unter sich wandelnden Bedingungen nicht zu verständigen vermocht. Diese Erfahrung muss nicht zu dem bekannten Pendelausschlag führen, so dass nun gleichsam in einer Art gedankenschwacher „Wiedergutmachung“ nur von Werten und nicht mehr von Grenzen gesprochen wird. Dazu bieten generelle, aber insbesondere auch aktuelle Erfahrungen – man denke an die deutliche Differenz zwischen dem in Umfragen ermittelten Willen der Wähler und dem Stimmverhalten der Abgeordneten des Deutschen Bundestag im Lalle des Krieges gegen Jugoslawien – ohnehin wenig Anlass.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Die Weimarer Verfassung von 1919. Anspruch, Ambivalenz, Erbe, Kolloquium in Weimar 16./17. April 1999. Hrsg. RLS, Protokolle 2/1999, S. 215-231.

Chronische Kärrnerarbeit

Victor Klemperers Nachkriegstagebücher: Eine Quelle für die Geschichte der Intelligenz in Ostdeutschland

Die sieben Worte des Buchtitels – „So sitze ich denn zwischen allen Stühlen“ – wurden auch diesmal aus dem Tagebuch-Text Victor Klemperers ausgewählt. Sie geben das sich zeitig einstellende Selbstverständnis des Autors über den Platz wieder, den er in den politischen Kämpfen seiner späten Jahre einzunehmen sicher war. Zeitgenossen, die den Romanisten kannten, ist dieser Platz anders vorgekommen und nicht aufgrund einer Täuschung, die ihnen angetan wurde. Klemperer war im frühen Nachkrieg im Osten Deutschlands ein politischer Aktivist.

Geprägt von den Nazijahren der Verfolgung und der Todesdrohung, entschied er sich für einen Neuanfang und zögerte nicht mit seiner Parteinahme. Er wurde Mitglied der KPD, gehörte zu den Mitbegründern des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, beteiligte sich an maßgeblicher Stelle auch am Aufbau der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, wurde Abgeordneter der Volkskammer und vor alledem einer der Mitbegründer eines grundlegend neuen Hochschulwesens.

Die Blätter seines Tagebuchs sind prall gefüllt mit Berichten über seine Teilnahme an den verschiedensten Initiativen und Projekten, Angaben über seine geradezu einander jagenden Reisen zwischen Dresden, Halle und Berlin, seinen wichtigsten Arbeitsorten, und vielen weiteren großen und kleinen Städten in der DDR, in denen er Vorträge hielt. Zu Fragen der Kultur-, der Literatur- und der Sprachgeschichte und zu den politischen Problemen des Alltags. Nahezu unfassbar erscheint, wie der Mann, nach den Strapazen, die hinter ihm lagen, obendrein seit frühen Jahren gezwungen, mit einem geschwächten Kreislauf zu leben, dieses Pensum bewältigte – bis in seine letzten Monate. Zwischen allen Stühlen?

Klemperers Leiden an der neuen Wirklichkeit, für deren Entstehen er so viel tat, begannen früh. Eher als andere machte er sich ein Bild von den Folgen der immer kritikloseren Übernahme eines politischen Systems, das unter schwer vorstellbaren historischen Bedingungen in Russland entstanden war, später zusätzlich deformiert wurde und sein Grundbedürfnis nach Freiheit des Denkens, Redens und Handelns immer weniger befriedigte. Im Kern aller seiner Notizen steht alsbald die bittere Klage über das Fehlen demokratischer Verfahren, das Zurschaustellen von Einheit und Geschlossenheit (zudem in Formen, die ihn unausgesetzt an die „Hitlerzeit“ erinnerten), die dummen und unbegründeten Verfolgungen, denen antinazistische Wissenschaftler ausgesetzt waren, die viele Zeit, die so viele und er auf Sitzungen verbrachten, auf denen Bekenntnisse abgelegt und „Probleme“ erörtert wurden, die keine waren, und solche, die den Namen wirklich verdienten, sorgsam vermieden wurden.

Diese Republik wird dem Umtriebigen immer mehr zum „kleineren Übel“, verglichen mit dem westdeutschen Staat, in den ihn niemand und nichts zieht. Deshalb leidet er unter Mitmenschen, die unfähig sind, dieser Gesellschaft und dem Staat, die sich – wie er während einer Reise nach Frankreich bemerkte – von außen besser ansehen denn von innen, Gerechtigkeit nicht werden lassen. Warum aber macht er trotz aller seiner Einwände mit derartigem Einsatz solange mit, da er doch längst bemerkt hat, wie wenig er im Grundsätzlichen zu bewirken vermag? Weil ihm eine Alternative fehlt und das im zweifachen Sinne. Zum einen kann er sich einen dritten Staat nicht aussuchen, er bleibt an diesen geographisch-politischen Ort gebunden, womöglich gekettet. Zum anderen ist er von einer unstillbaren Gier nach Anerkennung seiner Person, seiner Arbeit und Leistung erfüllt. Er braucht Zuhörerschaft nicht nur im Hörsaal und Seminar, Zustimmung, Beifall, Ehrung, Auszeichnung permanent. Die findet er hier, wenn auch niemals in ihm ausreichendem Maße. Und er weiß und klagt ebenso unausgesetzt darüber, dass er sich nicht dazu durchringen kann, sich an seinen Schreibtisch und über seine unvollendeten Manuskripte zu setzen.

Es ist diesen Seiten des Tagebuchs, auf denen der Leser Politikern und Wissenschaftlern aus den Anfängen der DDR im Urteil des Autors in großer Zahl begegnet, Zeiterkenntnis womöglich schwerer abzugewinnen als den Teilen seiner Aufzeichnungen, die bisher veröffentlicht wurden. Doch lässt

sich davon in diesen beiden Bänden eine Menge auffinden, die den Inhalt von Hunderten jener staatsbeflissenen Verrisse der ostdeutschen Geschichte aufwiegt, welche derzeit unter die Leute gebracht werden. Klemperers chronistische Kärrnerarbeit, aus welchen Antrieben er sie sich nach dem Mai 1945 auch weiter aufbürdete – eine Balancierstange war sie ihm nun nicht mehr, eher und zunehmend eine Last – dürfte eine der erstrangigen Quellen der DDR-Geschichte werden. Sie kann vor allem Forschern nutzen, die auf eine Geschichte der Intelligenz aus sind, die in diesem Staate wirkte. Vorausgesetzt, sie sind frei von der Absicht, deren massenhaft Abwicklung rechtfertigen zu wollen.

Wieviel aber kann in der Hinterlassenschaft Klemperers auch über den entschwundenen Alltag nachgelesen werden! Beispielsweise über die Art und Weise, wie an einem Universitätsinstitut aus internem Anlass gefeiert wurde...

PS. Diesmal hat der Verlag die bewährte Gestaltung des Bände dadurch vermehrt, dass er dem Leser, der den Buchdeckel aufschlägt, einen Blick auf Blätter des Tagebuchs und damit auf das Schriftbild bietet, in dem sie überliefert sind. Wer bisher keine Vorstellung von dem Verdienst besaß, das sich der Herausgeber, der das Notierte entzifferte und druckfähig machte, über Jahre erworben hat, kann das mit eigenem Versuch nachholen, sich schon da über das Lesen zu machen. Danke, Walter Nowojski!

Victor Klemperer so sitze ich zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1950-1959, Hrsg. von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Christian Löser, Bde. 1 u. 2, 863 u. 961 S. Aufbau Verlag Berlin 1999, DM 98,00.

junge Welt, Montag, 26.04.1999.

Gratulation?

Wer sich einen jener Brockhaus-Abrisskalender 1999 geleistet hat, der über die Historie unterrichten soll – der mag erstaunt gewesen sein, als er den 19. April „abgerissen“ hat. Denn da schaut ihn heilgrüßend „Der Führer“ an. Dessen 110. Geburtstag war zu erinnern. Der Text neben dem reproduzierten Staatsfoto verweist auf den denkwürdigen 20. April 1939, als sich Hitler zu seinem 50. von einem tumben Volk feiern ließ. In einem Nebeneingang der Reichskanzlei wurden als Geschenke auch selbstgestrickte Wollsocken abgegeben. Die hatte der Jubilar sicher schon abgewetzt, bevor „seine“ Soldaten sie vor Moskau hätten gut gebrauchen können. Dass es diese in unwirtliche Ferne verschlagen würde, war bereits am besagten Tage zu ahnen. Dröhnten doch damals zu „Führers“ Ehren in Berlin auf der am Abend zuvor eingeweihten „Ost-West-Achse“ (von Hitlers Baumeister Speer rechtzeitig vor Kriegsentfesselung fertiggestellt) die Motoren der Panzer. Ein Foto hiervon im Kalender hätte andere Assoziationen geweckt, andere Kommentare verlangt, so zum Anteil deutscher Wissenschaftler, Ingenieure und Militärführer, für die es nach der Parade in NS-Zeitungen viel Lob gab: „Der Aufbau der Wehrmacht ist vollendet.“ Zu vermerken wären auch die Vorkriegsgewinne der Rüstungskonzerne gewesen. Davon kein Wort bei Brockhaus. Gratulation.

Neues Deutschland, Freitag, 7. Mai 1999, S. 12.

Kein Antifaschismus verordnet

Schludrig: August Meyers Studie über die „Reichwerke Hermann Göring“.

Auch der Markt der wissenschaftlichen Bücher kommt ohne irreführend aufgemachten Mogelpackungen nicht mehr aus. Titel oder Untertitel der Waren weichen immer mehr häufiger vom tatsächlichen Inhalt ab. Der Trend macht um kaum einen Verlag einen Bogen. Da es mit Rezensionen seine Zeit braucht, Schludereien, Rücksichten und Gefälligkeiten auch da um sich greifen, kaum jemand rasch eine Übersicht über die ohnehin nicht ausnahmslos besprochenen Publikationen zu gewinnen vermag, können dieser Praxis Absatz und Gewinn fördernde Entwicklungen risikolos vorausgesagt werden. Manch Bücherfreund denkt an frühe Druckwerke, auf deren Titelseiten die Verfasser ausführlich angaben, was sie an Gelehrsamkeit und Unterhaltung anzubieten hatten. Seinerzeit galt so etwas wie „Ehrlich währt am längsten ...“. Nun scheint sich durchzusetzen „Ehrlich liegt am längsten ...“. Und Bücher, obwohl ohne Verfallsdatum, sollen so rasch aus den Regalen wie Frischfisch.

Der Autor des vorliegenden Buches verstarb 1997 und dürfte an dessen Aufmachung nicht mehr beteiligt gewesen sein. Seine Hinterlassenschaft wird als „Überarbeitete und aktualisierte Neuauflage“ gekennzeichnet. Das Jahr des ersten Erscheinens darf der Leser erraten. Die „Einführung“ trägt kein Datum und gibt keinen Hinweis darauf, was an Fragen, Erkenntnissen und denkbaren Korrekturen gegenüber der ursprünglichen Fassung hinzugewonnen wurde. Wer sich im Literaturverzeichnis berät, entdeckt, dass die jüngste Darstellung, die August Meyer heranzog, anderthalb Jahrzehnte zurückliegt. Tatsächlich war seine Arbeit 1986 publiziert worden (Das Syndikat. Die Reichswerke). Zeitgemäß kam der Hitler nun zu Titelehren. Wenngleich Wirtschafts- und Betriebsgeschichte nicht zu den Feldern der Historiographie gehören, auf denen Druckerzeugnisse einander jagen, ist das eine lange Zeitspanne. „Aktualität“ erscheint hier demnach in verlagseigener Verwendung.

Dies könnte als Vorwarnung gelesen und ist es auch. Doch wäre sie totalisiert missverstanden. Der Autor, in dessen Biographie die Mitgründerschaft der Tageszeitung *„Die Welt“* und eine aktive Rolle im SDS gehören, arbeitete als Assistent auf der Vorstandsetage im Hüttenwerk Salzgitter und leitete deren Versorgungsbetriebe. Dort gewann er sein Interesse an der Geschichte des Konzerns, die er – dessen Führungspersonal fest im Visier – kritisch beschreibt. Er besaß Zugang zu den Akten im Werkarchiv, auf die sich seine Arbeit vorwiegend stützt. Zu den aktuellen Seiten des Bandes gehören die Partien im Abschnitt „Das Problem der Arbeitskräfte“, in dem Meyer die Ausbeutung von Fremd- und Zwangsarbeitern, Kriegs- und Militärstrafgefangenen, Häftlingen aus Konzentrationslagern und die Praxis der Vernichtung durch Arbeit behandelt.

Zu den überraschenden Entdeckungen mag sein knapper Blick in die noch zu schreibende Geschichte der Auseinandersetzung gehören, die sich, von der Mehrheit der bundesrepublikanischen, mit ihren eigenen Rentenansprüchen befassten Gesellschaft unbemerkt, um Zahlungen an die seinerzeit Geschundenen entwickelten. Am 28. März 1950 bereits habe eine in London existierende Vertretung von aus Polen stammender „Displaced Persons“ Ansprüche gegenüber der Bundesrepublik geltend gemacht, die Eigentümer der einstigen „Reichswerke Hermann Göring geworden sei. Das vom Bundesfinanzministerium herbeigezogene Rechtsgutachten eines in Köln lehrenden Völkerrechtlers wies das Verlangen wie gewünscht zurück und stellte sich auf den Standpunkt, nicht der Einzelne, sondern nur der Staat, also Polen, könne allenfalls Rechtsansprüche geltend machen. Doch wurde dem beruhigend hinzugefügt, dass sie nicht zu gewärtigen seien, hätten die Kläger doch nicht die Absicht, wieder in den Staat zurückzukehren, aus dem sie nach Deutschland verschleppt worden waren.

Da bricht Meyer ab und entlässt den Leser mit der Frage, wie sich die Finanzminister bis Lafontaine und ihre Gutachter später verhielten. Über den bestallten Experten des Völkerrechts hätte Meyer übrigens bei einem Blick in Kürschners Deutschen Gelehrten-Kalender (Ausgabe 1940/41, Bd. II) Auskunft gewonnen. Ulrich Scheuner schaffte den Sprung auf die Professorenstelle 1933, enttäuschte seine Förderer nicht und gab 1940 seinen Beitrag zum Endsieg u.a. mit einer Publikation über Die deutsche Staatsführung im Kriege“. Nein, diese Elite war 1945 nicht „auszutauschen“. Wie sonst hätten Gutachten in Sachen Wiedergutmachung ausgesehen!

Meyers faktenreiches Buch enthält einen nahezu 200 Druckseiten umfassenden Anhang. Dieser informiert über die Struktur des Konzerns und dessen Expansion im Gefolge der deutschen Eroberungen vor und im Kriege, über Werksgründer, Aufsichtsräte und Vorstandsmitglieder. Er bietet Kurzbiographien von Naziführern (Göring, Schacht, Speer, Sauckel, Kehrl, Keppler u. a.), die dirigierenden Einfluss besaßen, jedoch kaum über das vor Ort agierende Führungspersonal des Konzerns sowie Dokumente, die bis in die Zeit der Nachkriegsprozesse und -ermittlungen reichen.

Mitunter genügen wenige Zeilen in einer Quelle, um sich vor Augen zu führen, warum so viele der großen und kleinen Verbrecher aus der Industrie ganz ungeschoren „durchkamen“. Da ermittelt 1947 ein Staatsanwalt gegen einen SS-Obersturmführer, einst Leiter der Dienststelle des Sicherheitsdienstes bei den Reichswerken, und fragt beim Betriebsrat: War der Mann an Misshandlungen von Kriegsgefangenen, Fremdarbeitern und alliierten Fliegern beteiligt oder besaß er von diesen Verbrechen Kenntnis? Nach einem Vierteljahr lautet die Antwort, es sei nicht in Erfahrung zu bringen gewesen, mit wem der SS-Offizier „gearbeitet hat“. Der habe auch sein Geld nicht von den Reichswerken, sondern von seiner SD-Dienststelle erhalten. Ja, Antifaschismus war da niemandem verordnet worden.

Gescheitert ist der Verfasser bei dem Versuch, die arbeitsteiligen Beziehungen zwischen den politischen und den Wirtschaftsführern zu entschlüsseln, deren Machtanteile zu bewerten und Kontinuität und Diskontinuität in der Stellung der Kapitaleigner und -manager in der Weimarer Republik und während der faschistischen Diktatur zu gewichten. Auf diesem Felde mögen ihn, wie mit Gründen vermutet werden darf, wohl schon während seines Studiums der Volkswirtschaft seine Lehrer im Stich gelassen haben.

August Meyer, Hitlers Holding. Die Reichswerke „Hermann Göring“, Europa Verlag München-Wien 1999, 509 S., 49,80 DM.

junge Welt, Sonnabend, 22.05.1999.

„Mit deutschem Gruß. Gez. Käse“

Keine zweite Kirche in Deutschland konnte es an Ausstattung mit dieser aufnehmen: Ritterrüstungen, Kanonenrohre, Fahnen der eigenen Regimenter, auf verschiedensten Schlachtfeldern eroberte Feldzeichen, dazu die goldblinkende Krone und der sich aufschwingende Adler, von dem in lateinischen Lettern behauptet wurde, er weiche nicht einmal der Sonne. So bot sich die „Königliche Hof- und Garnisonskirche“ dar, einst Prunkstück und Wahrzeichen Potsdams. Dann legte sie ein Angriff britischer Bomber in Schutt und Asche, darunter große Teile des Zentrums der Stadt an der Havel. Das geschah kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs.

Ein halbes Jahrhundert später zeigte sich die Stadtbevölkerung zweigeteilt: Während eine Minderheit sich dem Aufbau der Kirche verschrieb, lehnt die Mehrheit das Projekt ab. Auf die Dauerhaftigkeit dieses Stimmenverhältnisses scheint Karl Gass keine Wette eingehen zu wollen. Jedenfalls gab dem Dokumentaristen die sich in den neunziger Jahren ausbreitende Preußenseligkeit wohl den letzten Anstoß, eine Darstellung der Geschichte dieser Kirche zu schreiben, eines Gebäudes, das niemand, der mit seiner Rolle auch nur einigermaßen vertraut ist, ein Gotteshaus nennen mag. Wie Gass in seinen Filmen Bilder, die zu ganz anderen als den von ihm verfolgten Zwecken hergestellt worden waren, zum Sprechen zu bringen vermochte, so nun auch die schriftliche Hinterlassenschaft, die von den Tagen zeugt, da in den Bau einmarschiert, in ihm getönt, gelobt und verdammt und vor allem verdummt und gelogen wurde.

Schwer vorstellbar, dass die Vertiefung in die Reden der Garnisonspfarrer, in die Berichte der monarchischen Kriechtiere, die sich Zeitungsredakteure nannten, und in die peniblen Befehle und Weisungen, welche von „allerhöchster“ Stelle für den Betrieb in und um das Gebäude ergingen, sonderliches Vergnügen machte. Darum ist es Gass auch bei seiner früheren Arbeit nicht gegangen. Anders mag es den Konsumenten des Resultats ergehen, das aus seiner Arbeit erwuchs. Sie brauchen sich nicht zu schinden, und erfahren jedenfalls den Genuss neugewonnener (womöglich auch aufgefrischter) Kenntnisse und Einsichten.

Lachend lässt sich von diesem Teil preußisch-deutscher Geschichte gewiss nicht Abschied nehmen. Immer wieder stellt sich beim Lesen Ekel ein. So, wenn vom Alltag der „Langen Kerls“ berichtet, die Misshandlung und Ausbeutung der Kinder im Militär-Waisenhaus geschildert, die Ansprachen jener Pfaffen zitiert werden, die in der Erwartung, dass ihnen der Herrgott ein langes Leben bescheren möge, jungen Burschen den Tod im Dreck eines Schlachtfeldes verklärten. Nicht anders, wenn von der nahezu unbeschreiblichen Arroganz derer gehandelt wird, die von ihren Untertanen mit lieblichem Glockenspiel verlangten, immer „Treu‘ und Redlichkeit“ zu üben, während ihnen diese Männer nichts anderes waren als – im wahrsten Wortsinn – Manövriermasse und Kerle, die nicht ewig zu leben brauchten.

Der Mann, auf dessen Befehl die Kirche erbaut wurde, Friedrich Wilhelm I., der „Soldatenkönig“, eröffnet den Reigen der plastisch vorgestellten Gestalten, welche eine Kirche dieses Typs mit ihren militaristischen Zeremonien für Herrschaftszwecke brauchten und einsetzten. Hindenburg und Hitler beenden ihn. Dazwischen die aus der Darstellung besonders herausragenden Figuren der Königin Luise und des Predigers Rogge. Gass‘ Darstellung zielt gegen die Legende, die unter den vielen, welche sich um die Kirche ranken, den zentralen Platz besetzt. Des Autors These: Keine Rede könne davon sein, dass die Kirche missbraucht worden sei, denn sie wurde – was immer bigotte Machthaber von sich meinten und Kirchenleute im Riesenbau von Erhöhung salbadern mochten doch von Anfang an für –Zwecke der Erniedrigung von Menschen bestimmt und benutzt.

Und dieser präzise Nachweis gerät zum schärfsten Argument gegen alle, die unter Berufung auf neugewonnenen Freiheiten diesen Zucht- und Ruhmestempel der Hohenzollern wieder errichten möchten. Den Gegnern eines Neubaus wird nichtsdestoweniger entgegengehalten: Die kritikwürdigen Zeiten seien doch vorbei, Souveränität gegenüber der Geschichte möglich. Es würde jeder Stadtführer in Potsdam künftig vor einer wiedererrichteten Garnisonskirche frank und frei sagen können, was er von den Hohenzollern und deren Politik hielte. Nicht mehr müssten, wie nach 1933 von Reisebus-Unternehmen Texte ihrer Geschichtserklärer vorab zur Genehmigung von Staatswegen eingereicht werden,

was der Inhaber eines derartigen Geschäfts gehorsamst erledigte und abzeichnete: „Mit deutschem Gruß. Gez. Käse“.

Und gar: Abgeschafft sei das blutige Spießrutenlaufen, nicht mehr ertönten die Befehle „Brust raus“ und „Kinn an die Binde“. So klar liegen die Verhältnisse aber bei näherem Hinsehen nicht. Umstände und Formen, die auf menschlicher Unterwerfung zielen, sind gewiss „humanisiert“. Doch zum Spießrutenlaufen kann unversehens kommen, wer nicht pariert. Man möge sich beispielsweise nach der Atmosphäre in und um den Bundestag erkundigen, welche Abgeordneten der PDS entgegenschlug, nachdem sie den Gleichschritt verweigert und sich gegen den Krieg gegen Jugoslawien gewandt hatten. Und „Kinn an die Binde“? Ja, in welcher anderen Haltung können denn jene Parteisoldaten der SPD und der Grünen, denen eigentlich zum Kotzen ist, das herunterwürgen, was ihnen ihre „Allerhöchsten“ derzeit schon zu schlucken gegeben haben? Und wie groß ist der Wesensunterschied zwischen der Heuchelei von jener Potsdamer Kanzel und jener vom Pult des Bundestags?

Karl Gass, Der Militärtempel der Hohenzollern. Aus der Geschichte „unserer lieben“ Garnisonskirche zu Potsdam, Das neue Berlin, Berlin 1999, 319 S.

junge Welt, Sonnabend/Sonntag, 29./30.05.1999.

Die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg

Legendenbildung und Geschichtswissenschaft

Kein zweites Ereignis in der Geschichte des 20. Jahrhunderts wurde von Historikern derart intensiv erforscht wie der Zweite Weltkrieg, der mit dem deutschen Angriff auf Polen in Europa begann und mit Japans Kapitulation in Asien endete. Die längst nicht mehr überschaubare Zahl an wissenschaftlichen Publikationen befasst sich zumeist mit kriegs- und militärgeschichtlichen Ereignissen, mit strategischen, operativen und taktischen Plänen und deren Ausführung oder Scheitern, mit Teilkriegen, Feldzügen, Schlachten und selbst mit Gefechten. Wie nach jedem Krieg, seit deren Geschichte von Chronisten verzeichnet wird, war das Bedürfnis der Feldherren und Befehlshaber nach der Darstellung ihrer Taten und Verdienste groß. Es steigerte sich jeweils, wenn über die Anteile an Siegen oder Niederlagen gestritten wurde, sei es innerhalb von Staaten, sei es nach Koalitionskriegen die Staatsgrenzen überschreitend. Sozialgeschichtliche Fragestellungen, die sich auf den Kriegsalltag der Masse der Teilnehmenden, Soldaten und Zivilisten, richteten, traten gegenüber den traditionellen Kriegsgeschichten auch nach 1945 wieder weit in den Hintergrund und sind in vielen Ländern dort bis heute geblieben. Bald begann der Kalte Krieg die Weltkrieg-II-Forschungen zu beeinflussen und sie vielfach auch zu verderben.

In der Geschichte der Erforschung der Ereignisse und Zusammenhänge dieses Krieges lässt sich zwischen den Staaten eine bemerkenswerte Ungleichzeitigkeit feststellen. So trat die Historiographie des Landes, das in Europa lange Zeit die Hauptlast des Kampfes gegen den faschistischen Mächteblock trug, spät in Erscheinung. Sowjetische Publikationen von Gewicht – sei es nur im Faktologischen – gab es noch anderthalb Jahrzehnte nach Kriegsende nicht. Zu diesem Zeitpunkt, etwa 1960, hatten die Reihen der amtlichen und offiziösen Darstellungen der Weltkriegsgeschichte in mehreren Ländern – so in Großbritannien und in den USA – hingegen bereits zweistellige Zahlen erreicht. Selbst in Italien war eine entsprechende Ausgabe bis zum elften Band vorangekommen. Nichts deutet darauf hin, dass J. W. Stalin der Aufgabe, die Geschichte dieses Krieges schreiben zu lassen, besondere Bedeutung zumaß. Möglicherweise meinte er, dass seine aus der Kriegszeit stammenden und im unmittelbaren Nachkrieg gehaltenen Reden ausreichende Orientierung boten.

Auch in den Auseinandersetzungen und Wirren nach dem Tode des Generalissimus kam die sowjetische Geschichtsschreibung über den Krieg nur schwer in Gang. Die sich fortschleppende widerwissenschaftliche Ausprägung der Beziehungen zwischen Politik und Geschichtswissenschaft türmte neue Hindernisse auf. Das tat beispielsweise der Sturz des wichtigsten und verdienstvollsten unter den Heerführern und Generalstäblern an der Seite des Obersten Befehlshabers. Des Marschalls G. K. Shukow „Fall“ musste zur Begründung eines merkwürdigen Schrittes herhalten. Die Leitung der Arbeiten an der ersten mehrbändigen Darstellung des Krieges – seit ihrer Inangriffnahme war nach Kriegsende mehr als ein Jahrzehnt vergangen – wurde in Moskau nicht dem Militärgeschichtlichen Institut, sondern dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU übertragen. An deren Spitze trat mit E. A. Boltin ein Historiker, der es im Kriege bis zum Generalsrang gebracht hatte. Während einer Rede, die er auf der deutsch-sowjetischen Historikerkonferenz in Berlin 1957 hielt, erklärte er, dass die sowjetische Historiographie den namentlich in der Bundesrepublik inzwischen weit verbreiteten kritikwürdigen Darstellungen kein ins Gewicht fallendes Werk entgegengesetzt habe. Doch gab er ein optimistisches Zukunftsbild. Er kündigte eine fünfbändige Darstellung an.[1] Deren erster Band lag 1961 auch in deutscher Übersetzung vor. Die ebenfalls avisierte mehrbändige Sammlung von Dokumenten erschien hingegen nie. Boltin verlangte auch eine enge Zusammenarbeit der sowjetischen und der deutschen Historiker in der DDR, ein Schritt, der ihm vor allem als Hilfe mir die letzteren galt.

In der DDR, das weisen ihre Beiträge der erwähnten Konferenz von 1957 und auch der folgenden von 1959 aus, wurden erst zu diesem Zeitpunkt unsichere und zaghafte Schritte auf dem Wege der

---

1 Evgeni A. Boltin, Über den Stand und einige Probleme der Erforschung der Geschichte des zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (fortan: ZfG), VI (1958), H. 5, S. 990 f.

Erforschung dieses Krieges gegangen.[2] Vordem waren auf dem noch ärmlichen Buchmarkt nahezu ausschließlich Publikationen aus der Feder von Politikern erschienen, die forschend und mit dem Hintergrund des Zeitzeugen Überblicke über den Zeitabschnitt von 1933 bis 1945 gaben.[3] Von den bürgerlichen Forscher ebenso wie auch aus der kleinen Gruppe von Historikern und anderen Gesellschaftswissenschaftlern, die aus dem Exil nach Deutschland und in die Sowjetische Besatzungszone zurückgekehrt waren, beschäftigte sich kaum jemand anhand von Quellen mit der Geschichte dieses Krieges, deren wichtigste zugriffsbereite damals die 42 bändige Veröffentlichung über den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher waren. Leo Stern, durch seine Biographie dafür prädestiniert, spielte für die künftige geschichtspolitische Orientierung eine wesentliche Rolle, aber seine eigenen Beiträge erschöpften sich in polemischer Auseinandersetzung mit den westdeutschen Spezialisten der Kriegsgeschichte und den Arbeiten einflussreicher Publizisten.[4]

Eine denkwürdige Ausnahmestellung nahm in dieser Gruppe jedoch Albert Schreiner ein, der sich als Militärhistoriker bereits im Exil durch Veröffentlichungen ausgewiesen hatte, von denen der französische Generalstab, wären sie ihm nur die Aufnahme in das Lektüreprogramm seiner Kriegsschulen wert gewesen, 1940 viel hätte profitieren können.[5] Schreiner wurde der Autor des wegweisenden Aufrisses, der einer Darstellung der deutschen Geschichte von 1918 bis 1945 zugrunde gelegt werden sollte.[6] Die einschlägigen Bände erschien erst Jahre nach seinem Tode im Rahmen der 12bändigen Darstellung der deutschen Geschichte von den Anfängen bis zum Jahr 1945 und gelangten, als Hochschullehrbuch deklariert, vor allem in die Hände von Studenten.[7] Bevor eigene Forschungsarbeiten von Gewicht über den Zweiten Weltkrieg vorgelegt werden konnten, musste sich in der DDR – wie auf anderen Feldern der Geschichtsschreibung auch – eine Spezialistengruppe für die Weltkrieg-II-Geschichte aus jungen Forschern erst entwickeln. An ihrer Ausbildung erwarb sich Ernst Engelberg während seiner Zeit als Hochschullehrer an der Leipziger Universität einen besonderen Anteil.

Erst in den siebziger Jahren gewannen Forschungen in der DDR auf diesem Felde internationale Reputation. Sie wurden vor allem in einer Arbeitsgruppe des Zentralinstituts für Geschichte geleistet, die Wolfgang Schumann leitete. Der Titel des DDR-Unternehmens *Deutschland im Zweiten Weltkrieg* war Programm und bezeugte, das der Blickwinkel weit gewählt worden war. Von seinem Beginn bis zu seinem Abschluss waren die Arbeitsschritte an diesem Großunternehmen durch die Gleichzeitigkeit monographischer Untersuchungen und deren Verdichtung zu Kapiteln und Abschnitten des Werkes charakterisiert.

1974 lag der erste Band der ursprünglich auf vier Bände projektierten, dann auf sechs Bände erweiterten Darstellung vor.[8] Er erregte, da ein westdeutsches Pendant ungeachtet des Umfangs der in der BRD entstandenen Einzeluntersuchungen nicht in Sichtweite war, augenblicklich besondere Aufmerksamkeit. Andreas Hillgruber, seit der Mitte der fünfziger Jahre mit der Weltkriegsgeschichte

---

2 Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. bis 30. November 1957, Bd. 2, Berlin 1958 und Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, 5 Bde., Berlin 1960-1962.

3 Walter Bartel, Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933–1945, Berlin 1956. Das Manuskript erschien zuerst als ein vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut im Auftrag des Ministeriums für Volksbildung herausgegebener Lehrbrief (Geschichte Nr. 20). Es wurde seit 1955 in einer erneuten Ausgabe auch in den 12. (Abitur-)Klassen der allgemeinbildenden Schulen verwendet. Zuvor: Otto Winzer. Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands 1933-1945, Berlin 1955).

4 S. beispielsweise sein Referat im Protokoll der deutsch-sowjetischen Konferenz von 1957 (Anm. 2): Leo Stern, Die Haupttendenzen der reaktionären Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg.

5 (Albert Schreiner), Hitler treibt zum Krieg. Dokumentarische Enthüllungen über Hitlers Geheimrüstungen. Hrsg. Dorothy Woodman, Paris 1934.

6 Albert Schreiner, Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes (1918-1945). In: ZfG. II (1954), H. 5, S. 702 ff.

7 Der Zeitraum der faschistischen Diktatur wurde in zwei Banden behandelt: Erich Paterna u. a., Deutschland 1933-1939, und Deutschland 1939-1945, jeweils Berlin 1969 (= Lehrbuch der deutschen Geschichte – Beiträge, Bd. 11 u. 12).

8 Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Wolfgang Schumann. 6 Bde. Bd. 1: 1974, 2: 1975, 3: 1979. 4: 1981. 5: 1984, 6: 1986, sämtlich Berlin.

forschend befasst, zuletzt Ordinarius an der Universität Köln und in der BRD unstreitig lange deren herausragender Kenner, erblickte im Erscheinen dieses Bandes eine Herausforderung. Er bemerkte, es könne der westdeutsche Vorsprung bei der Erforschung des Krieges verloren gehen und die DDR mit diesem Werk auch international, so in Staaten der Dritten Welt, Einfluss gewinnen. Die ostdeutsche Initiative bewirkte, dass in Westdeutschland ein ähnliches Vorhaben, dort unter der Federführung des dem Bundesministerium für Verteidigung nachgeordneten Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (damals Freiburg, jetzt Potsdam) in Angriff genommen wurde. Sie beeinflusste auch dessen Anlage. Das auf 10 Bände vorausberechnete Großwerk unter dem Titel „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ umfasst bisher 6 Bände und hat in seinem Fortgang mehrere Krisen durchlaufen.

Als sich Historiker der DDR auf das Terrain der Weltkrieg-II-Forschung begaben, waren dort zwei Pflöcke bereits eingeschlagen. Der eine trug Hammer und Sichel, der andere den Bundesadler. Trotz des internationalen Zurückbleibens der sowjetischen Historiographie waren von ihr Grundaussagen über die Vorgeschichte und die Geschichte des Krieges gegen Ende der fünfziger Jahre bereits getroffen. Sie galten für die Forscher in der DDR als verbindlich. Das betraf die Rolle der UdSSR in den Vorkriegsjahren und während der Vorkriegskrise (mit den Auslassungen, die deutsch-sowjetische Verträge von August und September 1939 betreffend), die Ursachen und den Charakter des Krieges (mit den an die jeweiligen politischen Interessen angepassten, folglich wechselnden Bewertungen durch Stalin und ihm folgend durch die Führer der Komintern), die Anteile der Mächte und Kräfte an der Zerschlagung des faschistischen Blocks, die Politik der UdSSR in der Antihitlerkoalition und viele Fragen des Kriegsverlaufs, darunter die Ursachen für die verheerenden Niederlagen der sowjetischen Armee in den Jahren 1941 und 1942 (mit der Übertreibung der Rolle des „Überraschungsfaktors“ und dem Verschweigen insbesondere der folgenschweren Enthauptung der Armeekader in den Jahren 1936 bis 1938).

Zu nahezu allen diesen Fragen hatte die „westliche“, insbesondere die westdeutsche Historiographie ihre Sicht festgeschrieben, die – fixiert man die sowjetische am Ende einer Skala aller denkbaren Antworten – das entgegensetzte markierte. Den Schwerpunkt der bundesrepublikanischen Forschungen bildeten die Rolle der Wehrmacht, verengt auf ihre Feldzüge und Schlachten und die Hervorhebung ihrer Leistungen während der Kämpfe vom Nordkap bis in den Norden Afrikas und auf den Weltmeeren. Diese Ausrichtung war durch die erste Gruppe der Kriegshistoriker erfolgt, die mit Veröffentlichungen seit dem Beginn der fünfziger Jahre hervortrat und deren Bücher den Markt in der BRD alsbald überschwemmten. Unter den Autoren waren Feldmarschälle, Generale und Admirale, zahlreiche Offiziere, die als Generalstäbler ausgebildet und eingesetzt worden waren, und versierte Militärhistoriker Insgesamt war das ein hochgeschultes Personal, das die Feder führen konnte und sich teils schon seit 1939 auf die spätere Darstellung des Krieges, freilich lange mit anderen Erwartungen seines Verlaufs vorbereitet hatte. Viele ehemalige Generale und Offiziere der Wehrmacht begannen sich unmittelbar nach Kriegsende, als sie sich in britischer oder us-amerikanischer Gefangenschaft befanden, mit der Kriegsgeschichte zu beschäftigten. Anfangs taten sie das in direktem Auftrag der Siegermächte, für dessen Ausführung ihnen angenehme Bedingungen geschaffen wurden. Andere, wegen Kriegsverbrechen inhaftiert, debattierten in Gefängnissen und fertigten dort Manuskripte an. Während die einen sich an die reichlich vorhandenen Vorbilder der Memoirenliteratur anlehnten, die nach 1918 entstanden war, orientierten andere sich an Anlage und Stil jener militärgeschichtlichen Werke, die sie vordem an Kriegsschulen und -akademien benutzt hatten. Nicht selten wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie als Lehrbücher für die im Aufbau befindliche westdeutsche Armee bestimmt wären. Auch in einem Atomkrieg könnten die Weltkrieg-II-Erfahrungen nützlich sein, hieß es beispielsweise aus der Perspektive eines Spezialisten der Panzerwaffe wie eines Fachmanns der Seeminen.[9]

---

9 Aus einer Vielzahl von ähnlichen Äußerungen s. Ferdinand Maria von Senger und Etterlin, Die deutschen Geschütze. Mit einem Geleitwort von Dipl. Ing. Generalleutnant Erich Schneider, München 1960, 2. Aufl. und Winfried B. Hagen. Operative Probleme des Minenkrieges. In: Jürgen Rohwer (Hrsg.), Seemacht heute. Beiträge

Kaum jemand setzte sich mit den politischen Zusammenhängen auseinander, aus denen der Krieg entstand, oder schenkte seine Aufmerksamkeit der Frage, mit welchen Zielen er deutscherseits geführt worden war. Ein weiteres Interesse galt allenfalls der Frage, wann und wie er sich hätte gewinnen lassen oder wie man aus ihm hätte glimpflicher herauskommen können, nachdem die vermeintlichen Chancen des eigenen Sieges vorgeblich vertan worden seien. Die Militärs erklärten sich insgesamt für die Politik als unzuständig. Für den Weg in den Krieg trügen sie keinerlei Verantwortung. Meist betonten die Autoren schon einleitend, sie würden sich ausschließlich mit Fragen befassen, die in ihrem Aufgabenbereich gelegen hätten. Doch verfallen sie nicht zu erwähnen, dass ihnen von den Politikern, und namentlich von Hitler, eine militärisch unlösbare Aufgabe gestellt worden sei.

Indessen gab es früh auch Werke, die von diesem Grundsatz abwichen. Eines davon stammte aus der Feder des früheren Generals der Infanterie Kurt von Tippelskirch, der als Oberquartiermeister IV im Generalstab des Heeres mit der Beurteilung fremder Heere befasst gewesen war und während des Krieges als Divisionskommandeur, Oberbefehlshaber eines Armeekorps und schließlich einer Armee verwendet wurde. Noch im Frühjahr 1945 hatte er in Mecklenburg den aussichtslosen Kampf an der „Ostfront“ fortgesetzt. Auch er kannte für das Geschehene nur einen Verantwortlichen: Hitler. Dem ließ Tippelskirch jedoch nicht einmal die letzte Urheberschaft am Kriege, denn, so schrieb er, 1939 hätte ein Krieg begonnen, an dem „nur eine Macht wirklich interessiert sein konnte – die Sowjet-Union“. Auch für die Entstehung des Kalten Krieges, träfe sie die Hauptschuld.[10] Doch seien auch die Westmächte an den gegenwärtigen Zuständen nicht schuldlos, hätten sie doch das Bündnis mit der Großmacht im Osten rechtzeitig aufbrechen müssen. Diplomatisch wären Amerikaner, Briten und Franzosen weit hinter dem ihm – Tippelskirch – als Weise erscheinenden Politikern zurückgeblieben, die 1815 nach dem Sieg über Napoleon nicht die Franzosen für dessen Kriege haftbar gemacht hätten.[11]

Bereits ein Jahr zuvor war eine Publikation von Kurt Assmann erschienen, der schon im Haupttitel seines Werkes das „deutsche Schicksal“ in die Betrachtung einführte. Der ehemalige Vizeadmiral, ein ausgewiesener Militärhistoriker, hatte in den dreißiger und vierziger Jahren am Amtlichen Seekriegswerk zur Geschichte des Ersten Weltkrieges (6 Bde.) mitgearbeitet. Nach Kriegsende sei er, seiner Darstellung zufolge, einem Ruf der britischen Admiralität gefolgt und hatte 3 Jahre Gelegenheit erhalten, in London Studien unter Verwendung von Unterlagen „der anderen Seite“ zu betreiben. Auch er ließ sich auf eine breitere Fragestellung ein und begann im Jahre 1933 und mit einer Charakterisierung Hitlers. Der dürfe nicht schwarz in schwarz gemalt werden, denn: „Es hat auch bei Adolf Hitler, vor allem in seinen Anfängen, manche weißen Stellen gegeben, das Unglück wollte es, dass sie von den schwarzen allmählich überwuchert und schließlich ganz erstickt wurden.“[12] Assmann zufolge sei Hitler nicht auf Krieg, sondern auf seine Friedensaufgaben aus gewesen, eine Version, die vollständig des „Führers“ Selbstdarstellung folgte, der von den „plutokratischen Kriegstreiben“ behauptet hatte, sie hätten ihn durch ihr Kriegsgelüst mitten in seinem Friedenswerk gestört. Assmann behauptete wie Hitler, der Zweite Weltkrieg sei entstanden, weil der „Hilferuf“ der Deutschen in Polen gehört werden musste, der seinen Ursprung in den Grenzregelungen von Versailles gehabt hätte. Würde nun, schrieb er, die Oder-Neiße-Grenze Wirklichkeit, werde sie zur Ursache eines „neuen Weltbrandes“ werden.[13] Keine Rede könne von deutschen Weltherrschaftsplänen sein, schrieb Assmann, habe doch Hitler von Großbritannien nichts gewollt, sehe man von den lediglich aus Prestigegründen verlangten einstigen deutschen Kolonien ab. Nicht Expansion, „Bekämpfung des Kommunismus“ hätte sich Hitler zur Lebensaufgabe gemacht. Dass die Wehrmacht im Kriege dann Land für Land überfiel, hätten nur militärische Gründe erfordert und zeuge nicht von Eroberungsgelüst.[14] Auch die Generale der Wehrmacht würden nichts als den Frieden gewollt haben. Früher sei

---

führender amerikanischer und deutscher Fachleute. Mit einem Geleitwort von General Heusinger, Oldenburg 1957, S. 218 f.

10 Kurt von Tippelskirch, Geschichte des zweiten Weltkrieges. Bonn 1951, S. 6 u. 605.

11 Ebenda. S. 606.

12 Kurt Assmann, Deutsche Schicksalsjahre. Historische Bilder aus dem zweiten Weltkrieg und seiner Vorgeschichte, Wiesbaden 1950.

13 Ebenda. S. 541 f.

14 Ebenda. S. 537 ff.

ein Militärführer, der nie in einem Kriege befehligt habe, in die Rolle eines Schriftstellers oder Dramatikers gelangt, dessen Werft zu seinen Lebzeiten nie aufgeführt wurde. Doch hätte sich mit dem Wandel des herkömmlichen zum „totalen Krieg“ die Mentalität der Generalität verändert. Sie sei nicht mehr darauf aus gewesen, die Waffen auch zu erproben. Assmann konnte vier Jahre nach dem Hauptkriegsverbrecher-Prozesses eine so weitgehende Unkenntnis von dessen Verlauf und Urteilen voraussetzen, dass seine Behauptung ungewagt war, derzufolge „die Legende von dem angriffslustigen deutschen Generalstab“ in Nürnberg völlig zusammengebrochen sei.[15]

Nach Friedensbeteuerungen handelte der Admiral dennoch ab, wie der Krieg deutscherseits erfolgreicher hätte geplant und vorangetrieben werden können, und wie sich, wenn schon kein Sieg zu erringen gewesen war, der „unglückliche Ausgang des Krieges“ hätte vermeiden lassen. Von Anfang an habe es an der genügenden Beratung Hitlers durch sachkundige Militärs gemangelt und so etwas wie die – bei den westlichen Alliierten üblichen – „round table conferences“[16] gefehlt. Jedoch habe die Vorsehung im Frühjahr 1941 dem Führer geradezu die Hand gereicht. Die sei aber ausgeschlagen worden. Einmal in Griechenland am östlichen Nordrand des Mittelmeers angekommen, bot sich der Weg nach Suez und in den vorderen Orient an. Das geschlagene Frankreich hätte unter Pierre Laval zu einem Wechsel der Koalition gebracht, sodann Spanien als Kriegsverbündeter gewonnen, Gibraltar erobert werden können usw.[17] Den Überfall auf die UdSSR hielt Assmann für einen Fehler. Indessen: Zwar sei dies ein Präventivkrieg im engeren Sinne nicht gewesen, „doch auf lange Sicht gesehen“ hätte Hitler die Situation richtig beurteilt, denn der „bolschewistische Imperialismus“ wäre eines Tages aggressiv hervorgetreten. Nur Hitlers Ableitung aus dieser Erkenntnis sei falsch gewesen. Hätte er den Krieg gegen Großbritannien erfolgreich weitergeführt, dann wäre Deutschland stark und unangreifbar und die kommunistische Gefahr dauernd abgewendet worden. So aber existiere als Folge der deutschen Kriegsniederlage die Barriere gegen diese Gefahr nicht mehr.[18] Gegenüber dem Konzept von der ausgeschlagenen Hand der Vorsehung wurden die Erörterungen über den 1941 – nicht anders als einst unter Napoleons Befehl geschehen – um Wochen verspäteten Angriffsbeginn und die Frage, was die Einnahme von Moskau bedeutet haben könnte, zweitrangig.[19]

Assmann ließ sich, anders als viele andere Autoren, die in jenen frühen Jahren das Thema mieden, auch auf Erwägungen zu den Plänen ein, Hitler zu beseitigen. Zuerst hätten das die Westmächte durch das 1938 in München geschlossene Abkommen verhindert. Dann habe der Beginn des Krieges blockierend gewirkt, weiljeder Soldat verpflichtet gewesen sei, für den Sieg zu kämpfen. Danach machten militärischen Erfolge ein Vorgehen unmöglich, würden die Deutschen in diesem Moment einen Angriff auf den „Führer“ am wenigsten verstanden haben. Doch auch die Etappen der Niederlagen seien für solche Aktion ungünstig gewesen, hätte sie doch nun keinerlei Erfolgsaussicht versprochen, weil die bedingungslose Kapitulation gefordert worden war. Hut ab bekannte und verlangte Assmann, der sich von der „Bewegung des 20. Juli“ distanzierte, am Ende versöhnend sowohl vor denen, die wie er den Eid auf Hitler gehalten, wie vor anderen, die ihn gebrochen hatten. Schimpf und Schande wünschte er hingegen auf alle herab, die als Verräter mit dem Feind kollaboriert hätten.[20]

Die Herangehensweisen von Tippelskirch und Assmann, so einflussreich sie wurden, stellten Ausnahmen dar. Die übergroße Zahl der Abhandlungen blieb streng beim Detail. Davon kann hier nur ein Überblick gegeben werden. Bis zum Ende der sechziger Jahre gab es faktisch kein wesentliches Ereignis aus der Geschichte der Feldzüge der Wehrmacht, das nicht wenigstens eine, mitunter bereits mehrere spezielle Darstellungen erfahren hätte. Das galt nicht nur für kompakte Kriegshandlungen, sondern auch für einzelne Schlachten und selbst für Handstreiche, also für Narvik und Eben Emael, für Dünkirchen und El Alamein usw. Die meisten Publikationen aber hatten den Krieg gegen die

---

15 Ebenda, S. 471.

16 Ebenda, S. 534. Auch Kesselring, ob aus eigenem Überlegen oder Assmann folgend, fand heraus, dass es an einem Kriegskabinett und an einem „wohldurchdachten“ Kriegsplans gefehlt habe. Albert Kesselring. Gedanken. S. 44.

17 Ebenda. S. 529 u. 532 f.

18 Ebenda, S. 536 f.

19 Ebenda, S. 285.

20 Ebenda, S. 486.

UdSSR zum Gegenstand. In ihnen spiegelte sich nicht nur dessen Bedeutung wider, sondern auch, dass die deutschen Hauptkräfte dort gekämpft hatten und die Niederlagen den Militärs mit Ostfront-Erfahrungen tief in das Gedächtnis eingeprägt waren. Auch die Sieger und neuen Verbündeten zeigten sich an der Durcharbeitung dieser Feldzüge besonders interessiert.

1960 lagen u. a. Untersuchungen über die Vorstöße der vier Panzerarmeen im Jahre 1941 vor, die im Konzept des geplanten „Blitzkrieges“ die ausschlaggebende und siegbringende Kraft hatten darstellen sollen. Dabei war nahezu ausnahmslos von den Kriegshandlungen an der Front und in der Nähe der jeweiligen Hauptkampflinie die Rede. Die Rolle der Sicherungsdivisionen im Hinterland, das Schicksal der Kriegsgefangenen oder das der Zivilbevölkerung im eroberten Gebiet blieb ausgespart oder wurde nur ausnahmsweise erwähnt, wenn – wie im Falle des Feldmarschalls Erich von Manstein – später erhobene Anklagen und Gerichtsurteile das unumgänglich machten. Mehrfach wurde eingestanden und mit den altbekannten antibolschewistischen Argumenten gerechtfertigt, dass der Krieg im Osten sich von dem in anderen Gebieten unterschied, was in dieser Absolutheit der Aussage den Tatsachen des Krieges auf dem Balkan widersprach. Jedoch bot der „Ostkrieg“ für die Darstellung der „Ritterlichkeit“ der Kriegführung und für Lobhudeleien auf die „saubere Wehrmacht“ wenig glaubhaft zu machendes Material.

Die Legende von der an den Verbrechen unbeteiligten Wehrmacht knüpfte sich vor allem an den Krieg „im Westen“, in Nordafrika, an Luftkämpfe und Seeschlachten. Sie besaß ihren Ursprung bereits in Kriegszeiten, war sie doch seit 1939 in Zeitungen und Zeitschriften, in den Vorläufer der späteren „Landserhefte“, durch die Filmwochenschauen und nicht zuletzt auch in Befehlen verbreitet worden. In einem Tagesbefehl des Kommandeurs an die Soldaten seiner Infanterie-Division, erlassen am 26. Oktober 1941, hieß es im Abschnitt „Manneszucht“: „Die 251. Infanterie-Division wird eine Division sein und bleiben, die ... (im Kampf – K. P.) nie vergisst, ihren Ehrenschild rein und fleckenlos zu erhalten. Der Soldat des nationalsozialistischen deutschen Reiches ist kein Landsknecht, sondern Kämpfer und Vertreter des größten Kulturvolkes der Welt.“[21] Was hier von einer Einheit behauptet wurde, beanspruchte der letzte Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 9. Mai 1945 für alle Soldaten. Nun wäre „ein fast sechsjähriges heldenhaftes Ringen zu Ende“ gegangen. Nach großen Siegen, aber auch schwere Niederlagen sei die Wehrmacht einer gewaltigen Übermacht erlegen. Der deutsche Soldat habe für immer Unvergessliches geleistet. Die wichtigsten Sätze gegen Ende des Berichts lauteten: „Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.“ Und: „Der deutsche Soldat kann deshalb die Waffe aufrecht und stolz aus der Hand legen“.[22] Der Text enthielt das sprachliche Kernmaterial für den gewünschten Rückblick auf den Krieg lückenlos: Siege und Niederlagen, Übermacht, Eid, Treue, Gehorsam, Disziplin, Leistung, Ruhm, Ehre, Opfer, Stolz. Die Urlegende war formuliert, was folgte waren Bekräftigungen, Ableitungen und Variationen.

An ihnen arbeiteten Militärs, angefangen von ihren Zeugenaussagen in Nürnberg und dann in ihren für den Massenkonsum bestimmten Publikationen weiter, denn die Selbstgewissheit vorgebende Erklärung, das Urteil über sich und ihre Soldaten solle der Geschichte überlassen bleiben, hatten Generale und Admirale nicht sonderlich ernst gemeint. So findet sich in ihren Memoiren der von Karl Dönitz, Wilhelm Keitel und Alfred Jodl im Mai 1945 verabschiedete OKW-Schlusstext immer wieder. Der ehemalige Chef des Generalstabs des Heeres, Generaloberst Franz Halder, lobte in einem Geleitwort ein Buch, in dem er „die überall mitschwingende bewundernde Anerkennung des Geistes und der soldatischen Leistungen des deutschen Frontkämpfers und seiner Führer“ angetroffen hatte.[23] Der ehemalige Generalfeldmarschall Albert Kesselring forderte „Stolz auf die Taten unserer Wehrmacht“.[24] Assmann hatte die „unvergleichlichen Leistungen der deutschen Soldaten zu Lande, zu

---

21 Zitiert in Hans Meier-Welcker. Aufzeichnungen eines Generalstabsoffiziers 1939- 1942. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg 1982 (= Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges, 26) S. 217.

22 Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Bd. 3: 1. Januar 1944 bis 9. Mai 1945, München 1985, S. 569.

23 (Generalmajor) Hans Doerr, Der Feldzug nach Stalingrad. Versuch eines operativen Überblicks. Darmstadt 1955.

24 Albert Kesselring, Gedanken zum zweiten Weltkrieg, Bonn 1955, S. 192.

Wasser und in der Luft“ hervorgehoben.[25] Generaloberst Heinz Guderian, einer der Nachfolger auf Halders Platz an Hitlers Seite, hielt es sechs Jahre nach Kriegsende für angezeigt, den Ruhm seiner alten Soldaten „der Vergessenheit“ zu entreißen.[26]Aus keiner der vielen Wortmeldungen sprach Trauer darüber, dass unter der Befehlsgewalt dieser Militärs, die unversehrt überlebt hatten, Millionen[27] Deutscher auf Schlachtfeldern elend umgekommen waren. Alle Toten und Tode schienen gerechtfertigt.

Mitunter, so bei Kesselring geriet die Sprache, in der über den Krieg berichtet wurde, in die Nähe der Berichterstattung über Sportereignisse, wenn es hieß, es seien „Klingen gekreuzt“ worden, oder wenn von einem „Spiel“ geschrieben wurde, das hätte gewagt werden sollen oder müssen.[28] Kesselring betonte seine Absicht, mit seinen Memoiren „ein Ehrenbuch für unsere Wehrmacht zu schaffen“[29] und „unseren hervorragenden deutschen Soldaten“ ein „Denkmal zu setzen“[30], und verlangte, „stolz auf die Taten unserer Wehrmacht“ zu sein.[31] Werner Baumbach, einer der hochdekorierten Kriegsflieger, bezeichnete den „Krieg im Mittelmeer“ als „Ruhmesblatt in der Geschichte deutschen Soldatentums“ und versicherte. der „Soldat an allen Fronten“ habe „in diesem Kriege Leistungen vollbracht, denen eine objektive Geschichtsschreibung einmal die gebührende Würdigung nicht versagen wird.“[32] Nicht anders der letzte Militärkommandant von Paris, der den Truppen der Wehrmacht nachrühmte, dass sie „bis in den Tiergarten von Berlin dem Feinde Widerstand leisteten.“ Prophetisch schloss der einstige Infanteriegeneral: „Keine Worte werden je ausreichen, um das Heldenlied der deutschen Soldaten zu singen.“[33] Das Traditionsverständnis von dem der ehemalige Generalleutnant Hans Speidel geleitet wurde, drückte sein auf die sogenannte Lapplandarmee gemünztes Lob aus, die zwar „keine nach außen hin glänzenden Waffentaten“ vollbracht habe, jedoch „nicht minder groß leuchten Leistung und Haltung von Führung und Truppe, die auf scheinbar verlorenem Posten stärker waren als das Schicksal und in den Operationen ‚Birke‘ und ‚Nordlicht‘ Natur und Feind überwanden.“[34] Wieder und wieder tauchte in den Memoiren die „Welt von Feinden“ auf, der sich die deutschen Soldaten solange erwehrt hatten. Wilhelm Ritter von Leeb, beim Überfall auf die UdSSR 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, wünschte sich, dass die Soldaten der Bundeswehr vom „gleichen Geist der Treue, der Hingabe, der Kameradschaft, des Durchhaltens und der Opferbereitschaft beseelt“ sein mögen wie die der Wehrmacht.[35]

Heute wird nicht bestritten, dass dieses Geschichtsbild in den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik vorherrschend wurde und dann Jahrzehnte dominierte. Dass es diesen Platz besetzen konnte, dafür war eine Anzahl begünstigender Bedingungen verantwortlich. Zuerst und vor allem die Tatsache, dass die Bundesrepublik sich auf dem Wege in einen neuen militärischen Verbund befand. Die Spezialisten der Wehrmacht, sofern sie nicht durch verbrecherische Befehle oder deren Durchführung extrem belastet waren, sollten für den Aufbau der Bundeswehr gewonnen werden. Außenpolitisch hatte das zur Folge, dass in den Staaten der einstigen Siegermächte und nunmehr der Verbündeten in

---

25 Kurt Assmann, Deutsche Schicksalsjahre. Historische Bilder aus dem zweiten Weltkrieg und seiner Vorgeschichte, Wiesbaden 1950, S. 533.

26 Heinz Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 423.

27 Die Ermittlung einer auch nur annähernd genauen Zahl der deutschen Kriegstoten war auch mehr als vier Jahrzehnte nach dem Ende des Krieges noch nicht erfolgt. S. dazu: Rüdiger Overmanns, Die Toten des Zweiten Weltkrieges in Deutschland. In: Der Zweite Weltkrieg. Analysen. Grundzüge. Forschungsbilanz. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1989, S. 858 ff.

28 Albert Kesselring, Gedanken. S. 192 und 50.

29 Albert Kesselring, Soldat bis zum letzten Tag, S. 43.

30 Ebenda. S. 457.

31 Ders., Gedanken zum Zweiten Weltkrieg, Bonn 1955, S. 192.

32 Werner Baumbach, Zu spät?, S. 207 u. 15.

33 Von Choltitz, Soldat unter Soldaten, S. 315.

34 Hans Speidel zu Hermann Hoelter, Armee in der Arktis. Die Operationen der deutschen Lappland-Armee, Bad Nauheim 1913. Die Operationen bezeichnen Tarnnamen für die Rückzugsbewegungen aus Finnland nach dessen Ausscheiden aus dem Kriege im September 1944.

35 Deutscher Soldatenkalender, Jg. 1955. Zitiert in: Fritz Köhler, geheime Kommandosache. Aus den Dokumenten des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher, Berlin 1956, S. 172.

spe Verfälschungen der Kriegsgeschichte immer weniger widersprochen wurde. Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer und der erste Bundespräsident, Theodor Heuss, setzten sich in persona für die moralische Rehabilitierung auch verurteilter Kriegsverbrecher ein. Als der einstige Fallschirmjägergeneral Bernhard-Hermann Ramcke, ein Haudegen schon des Ersten Weltkrieges, nach verbüßter Haft in die Bundesrepublik kam, wurde er gleichsam auf dem Heimweg von Adenauers Staatssekretär Franz Josef Strauß empfangen. Dann feierte ihn eine Volksmenge in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt, in die er zurückkehrte, enthusiastisch. Wochen später sprach er auf einem Treffen von 5.000 ehemaligen Fallschirmjägern in Braunschweig und wandte sich gegen die Haltung des „Ohne uns“, knüpfte an die Mitwirkung der „Ehemaligen“ am Aufbau der Bundeswehr die Bedingung, dass alle „Kameraden“ aus Haft und Gefangenschaft entlassen werden müssten.

Heuss trug zur Einnebelung der Vergangenheit u. a. durch eine –nach dem Ende seiner Präsidentschaft – gehaltene Rede anlässlich des 150jährigen Bestehens der Kruppwerke in Essen bei und konnte dort erklären, der inzwischen wieder an der Spitze des Konzerns stehende Chef sei wegen der doch in vielen Ländern üblichen und nicht als strafbar geltenden Waffenproduktion verurteilt worden. Zwölf Jahre nach dem Ende der Nürnberger Prozesse konnte auch er darauf vertrauen, dass sich kaum jemand an die Urteile sowie deren Begründungen zu erinnern vermochte, die Gerichte der Alliierten gegen Militärs, Politiker und Industrielle ausgesprochen und formuliert hatten. Zu dieser „Vergesslichkeit“ trug die Publikationspolitik lange bei. Während in der DDR Dokumentenbände[36] erschienen, die eine Auswahl von Quellen lesbar machten, die von den verübten Kriegs- und Menschheitsverbrechen zeugten, und der Völkerrechtler und Rechtshistoriker Peter Alfons Steiniger schon zuvor zwei Bände aus den Akten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses[37] vorgelegt hatte, existierte in Westdeutschland über Jahrzehnte nichts Vergleichbares.

Dass das verfälschte Geschichtsbild über den Zweiten Weltkrieg und die Wehrmacht so lange unangefochten blieb, besaß eine weitere Bedingung im Verhalten der Historikerzunft. Dass die bereits aus den faschistischen Jahren mit dem Regime verquickten und ihm dienenden Historiker kein Interesse an der Wahrheitsfindung besaßen, und sie besetzten die Lehrstühle der Universitäten, bedarf keines Kommentars. Doch wirkten die gesellschaftlichen Zustände in den fünfziger Jahren auch auf die Forscher einer neuen Generation. Auch sie wichen den Kernfragen aus und begeben sich ebenfalls auf das weniger unebene Feld der Darstellung von Kriegshandlungen. Auf diese Weise ließen sich Konflikte umgehen, und die beispielsweise in dem einflussreichen Arbeitskreis für Wehrforschung gewonnenen Kontakte der meist jüngeren Forscher mit den einstigen Wehrmachtsgeneralen blieben unbeschädigt. An der Wiege der zunftmäßigen bundesrepublikanischen Weltkrieg-II-Historiographie standen Militärs, die wachten, dass ihr und das Bild der Wehrmacht so rein blieb, wie sie es entworfen hatten. Andreas Hillgruber, der sich später auf diesem Gebiet hohes Verdienst erwarb, griff 1953 in den eben gegründeten *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* den amerikanischen Forscher Gerhard L. Weinberg an, der die These vom Präventivkrieg gegen die UdSSR anhand von Dokumenten zerzaust hatte.

In den siebziger Jahren wurden diese Wege verlassen. Den herausragenden Beitrag zur Erforschung der Weltkriegsgeschichte leisteten Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes unter dem Leitenden Direktor Manfred Messerschmidt, der über den Kreis der Spezialisten hinaus durch sein geschichtspolitisches Engagement und zudem infolge seiner Mitwirkung in der Kommission bekannt wurde, die sich mit der Kriegsbiographie des früheren Generalsekretärs der UN und damaligen österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim befasste. Mit Bezug auf die quellengesättigten Publikationen dieser Expertengruppe und im Hinblick auf den Beitrag, den Mitarbeiter des Instituts für

---

36 Herausgegeben wurden Dokumente, die aus den Verhandlungen vor in Nürnberg in den Jahren 1946 bis 1948 tagenden US-amerikanischen Gerichtshöfen herrührten, den sog. Nürnberger Nachfolgeprozessen. Es handelte sich um die Fälle 3, 5, 6, 7. 9. 12. Die bibliographischen Angaben s. Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, 1952, Nr. 1-4, S. 210 f., Nr. 2260-2265.

37 Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Peter Alfons Steiniger, 2 Bde. Berlin 1957.

Zeitgeschichte in München unter dem Direktorat Martin Broszats geleistet hatten, konnte rechtens gesagt werden, es biete die zuerst 1995 gezeigte Ausstellung des Hamburger Instituts mit dem Titel *Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944* nichts Neues, d. h. nichts, was nicht in der Bundesrepublik gewusst werden konnte, vorausgesetzt nur, es hätte ein Interesse an solchem Wissen existiert.

Nur eben: weder der Start noch einflussstarke parteipolitische Kräfte hatten ein solches Interesse geweckt, sondern vielmehr war durch sie der Legendenbildung lange Vorschub geleistet worden. Dagegen waren die Historiker und anderen Sozialwissenschaftler nie – um den hier im Sinne der Militärs benutzen Begriff zu gebrauchen – angetreten. Die Motive dieses Verhaltens mögen mehrschichtig sein und vom Selbstverständnis der Zunft bis zur politischen Konfliktscheu reichen. Unstrittig ist, dass so über Jahrzehnte ein friedliches Nebeneinander zwischen den Verfechtern der Legende und denen bestand, die massenhaft Wissen anhäuften, das diese Legende komplett widerlegte. Letztere konstatierten nun, es sei mit dieser Ausstellung erreicht worden, was sie zu erzeugen außerstande gewesen waren. Die Fragen beginnen jedoch erst hinter dieser Feststellung.

Die Spezialisten in der DDR-Historiographie haben sich mit der Literatur, die in der Bundesrepublik über den Zweiten Weltkrieg erschien, permanent in kritischen Besprechungen befasst, sofern es sich um Werke wissenschaftlicher Natur handelte. Seit 1975 durch eine Konferenz in Weimar mit internationaler Beteiligung auch persönliche Kontakte mit Forschern aus der BRD hergestellt waren, riss die Verbindung über die Grenze nicht mehr ab. Die ostdeutsche Forschergruppe wurde gleichberechtigten Mitglied in der Internationalen Kommission zur Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und entsandte einen ihrer Vertreter auch in deren leitendes Gremium. Auf den im Abstand von fünf Jahren stattfindenden Kongressen der internationalen Historiker-Organisation hielt diese Kommission eigene Sitzungen ab. Spezialisten aus der DDR waren daran regelmäßig als Vortragende beteiligt.

Von veränderten Beziehungen der Forscher in den beiden deutschen Staaten zeugte die mit dem B fick auf den fünfzigsten Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges in Angriff genommene Arbeit, die den Titel *Die deutschen Eliten und der Zweite Weltkrieg* erhalten sollte. Kurz vor deren Abschluss wurde das Vorhaben durch eine Intervention aus dem Zentralkomitee der SED gestoppt, ohne dass dafür auch eine nur die DDR-Beteiligten überzeugende Argumentation gegeben wurde. Die derart Bevormundeten halfen obendrein, die wahren, aber ungenannten Gründe mit einer eigenen Erklärung einzunebeln. Die jeweiligen Aufsätze erschienen dann in der DDR und in der BRD in gesonderten Druckwerken.[38]

Wie auf anderen Feldern des Faches auch brachen die in den Jahren der Zweistaatlichkeit entstandenen Beziehungen nach 1990 mit der Liquidierung der Institute alsbald und abrupt ab, die in Berlin und Potsdam an den Forschungen über den Zweiten Weltkrieg vor allem beteiligt gewesen waren. Dazu mag auch der frühe Tod Martin Broszats, des Leiters der Instituts für Zeitgeschichte München, beigetragen haben, eines Mannes von außerordentlicher Sachlichkeit, der sich für diese Arbeitskontakte in der Bundesrepublik besonders eingesetzt hatte. Im Unterschied zu den rabiaten Verfahren der Beseitigung ganzer Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Hochschulen wurde mit der Forschergruppe der am Potsdamer Institut für Militärgeschichte tätigen Angehörigen der Nationalen Volksarmee vergleichsweise moderat verfahren. Das jetzt dorthin übergesiedelte, vordem in Freiburg etablierte Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr unterhält lose, aber beständige Kontakte mit einstigen DDR-Spezialisten.

Darin mag sich auch Respekt vor einer Leistung äußern. Ein einziges auf die Erforschung der Geschichte des 20. Jahrhunderts gerichtetes Vorhaben der Historiker der DDR hat das Jahr 1990 überdauert. Es geht in seinem Ursprung auf die 6-bändige Darstellung *Deutschland im Zweiten Weltkrieg* zurück. Nach deren Erscheinen wurde in den achtziger Jahren die Dokumenten-Edition *Europa*

---

38 Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989 u. Ludwig Nestler (Hrsg.), Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg. Nachtrag zu einer verhinderten deutsch-deutschen Publikation. Berlin 1990.

unterm Hakenkreuz in Angriff genommen, wobei daran gedacht war, jeweils zu den 50. Jahrestagen des deutschen Überfalls einschlägige Quellen in einem Band zu publizieren, der insbesondere die politischen, ökonomischen, militärischen und sonstigen Interessen der Besatzungspolitik erfasste. Diese Reihe begann 1958 mit dem Band über (den Sonderfall) Österreich und die Tschechoslowakei zu erscheinen[39] und fand 1989 und 1990 mit den Bänden über Polen und Frankreich ihre Fortsetzung. Nach dem Ende der DDR und des Verlags der Wissenschaften wurde das Projekt jedoch nicht abgebrochen. Das Bundesarchiv Koblenz, heute Berlin-Lichterfelde, nahm es auf, so dass es inzwischen vollständig und mit einem analytischen Band abgeschlossen werden konnte.[40] Es dürfte für längere Zeit zur Standardliteratur gehören. 1999 ist auch die von Dietrich Eichholtz verfasste und 1969, 1984 und 1996 gedruckte dreibändige *Geschichte der Kriegswirtschaft* in einem internationalen Verlag als Reprint erschienen. Überblicksdarstellungen und Dokumenten-Editionen aus DDR-Zeit sind heute in Antiquariaten gefragt und dort selten und zu erheblichen Preisen zu kaufen. Sie sind in Handapparaten mancher Universitätsbibliotheken greifbar, deren Installateure indessen von Ort zu Ort ganz unterschiedlich und manche als Bücherstürmer verfuhren.

Umso mehr verwunderte 1998 die Herausgabe einer in Auswahl vorgelegten Bibliographie zur Weltkrieg-II-Forschung, die auf Veranlassung des erwähnten internationalen Komitees entstand und von einem niederländischen Historiker angefertigt worden war. Sie ignorierte die Publikationen aus DDR-Zeit und von ostdeutschen Forschern glatt. Auf eine Initiative der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung hin wurde darauf mit einem Protest reagiert, der nicht nur den Eingang von Entschuldigungsschreiben deutscher und ausländischer Mitglieder des leitenden Gremiums zur Folge hatte, sondern auch die Einladung, durch den Druck eines gesonderten Bandes das falsche Bild zu korrigieren.[41] Das Manuskript wurde inzwischen übersandt.

Die Deutschen in der Bundesrepublik haben über die ominöse Jahrhundertschwelle sowohl die lange Buchreihen füllende Produktion von wissenschaftlicher Literatur über den Zweiten Weltkrieg mitgenommen wie auch die Wehrmachtslegende. In den Buchhandlungen sind in 15. Auflage die beiden wohl meist verkauften Memoirenwerke von Wehrmachtsbefehlshabern wohlfeil zu kaufen, von Mansteins *Verlorene Siege* und Guderians *Erinnerungen eines Soldaten*. Dass die Ausstellung Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944 einer Reparatur unterzogen werden musste, ließ nicht nur aus dem Kreis ihrer bekannten, weil früher schon hervorgetretenen Gegner Stimmen laut werden, sie gehöre für immer in die Rumpelkammer. Jüngst hat der Leiter des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, dessen Berufung und Wirken einen Bruch mit der Tradition der Einrichtung markiert, sich in die Frontlinie gegen die Ausstellung begeben und ihren Autoren die Schuld dafür angelastet, dass sich rechtsextreme Kräfte durch sie herausgefordert sahen und ihr Einfluss erstarkte.[42] Horst Möller, einer der einflussreichen Historiker der Bundesrepublik, trug alle wesentlichen Argumente erneut vor, die in Leserbriefspalten von Regionalzeitungen überall gedruckt wurden, wo die Ausstellung zu sehen war. Diese sei „im Kern“ verfehlt und misslungen. Sie betreibe Legendenbildung und „schaukele“ alte Legenden gar hoch. Möllers Forderung lautet, es müssten die Verbrechen „der Anderen“ zusammen mit denen der Deutschen gezeigt werden, so beispielsweise, dass deutsche Kriegsgefangener in der UdSSR „ebenso elend zugrunde gingen“ wie sowjetische in deutschen Lagern. Verlangt wird, zwischen „völkerrechtlich anerkannten Formen der Bekämpfung von Partisanen“ und „der massenhaften und willkürlichen Erschießung von Zivilisten“ zu unterscheiden. Behauptet wird, dass diese Bekämpfung deutscherseits die Antwort auf den „von Stalin massenhaft völkerrechtswidrig, systematisch und unter Anwendung zum Teil barbarischer Kampfmethoden“ organi-

---

39 Wolfgang Schumann/Ludwig Nestler (Hrsg.), Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945) Achtbändige Dokumentenedition. Bd. l: Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei, Dokumentenauswahl und Einleitung von Helma Kaden u. a. Berlin 1988.

40 Europa unterm Hakenkreuz. Analysen, Quellen Register. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Heidelberg 1996.

41 Reaktionen auf den Offenen Brief von Historikern aus der DDR an das Comité international d'histoire de la deuxième mondial. In: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, 1999, H. 13. S. 132 ff.

42 Horst Stifter, Eine Blamage, wahrlich keine Pionierleistung. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Januar 2000. S. 8.

sierten Partisanenkampf gewesen sei. Es müsse, das sei die entscheidende Frage, die Barbarisierung des Krieges im 20. Jahrhundert untersucht werden, die das Resultat des Wirkens von Ideologien und hier wieder des „Nationalsozialismus“ und des „Bolschewismus“ wäre. Im Grunde zielt der Vorstoß darauf, die Wehrmacht zu einer „normalen Armee“ im eben zu Ende gegangenen Jahrhundert zu erklären. Dass nicht zu leugnende Verbrechen vorkamen, wird u. a. der Tatsache angelastet, dass „die national-konservativ, preußisch, traditionalistisch orientierten Offiziere (in der Wehrmacht) längst eine kleine Minderheit“ darstellten und auch damit erklärt, dass die an Menschenzahl schwache kleine „regierende“ Militärverwaltung im Jahre 1942 im eroberten sowjetischen Gebiet, das inzwischen dreimal so groß gewesen sei wie die heutige Bundesrepublik, schließlich nicht den Überblick behalten konnte. Diese Wortmeldung zeigt am deutlichsten an, dass der Streit um die Wehrmacht in eine neue Phase eingetreten ist.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 35, Jahrgang 1999, 8. Juni 1999, S. 49-67.

Versuch, zu warnen

Im Aufbau-Verlag ist Arnold Zweigs „Bilanz der deutschen Judenheit 1933“ neu erschienen.

Arnold Zweig: Bilanz der deutschen Judenheit 1933. Ein Versuch. Aufbau Verlag Berlin 1998, 441 Seiten. DM 68.– (= Arnold Zweig: Berliner Ausgabe. Bd. III/3,2, hrsg. von der Humboldt-Universität zu Berlin und der Akademie der Künste Berlin. Wissenschaftliche Leitung Frank Hörnigk in Zusammenarbeit mit Julia Bernhard)

Widriger lassen sich die Umstände kaum vorstellen, unter denen dieses Buch entstand: Arnold Zweig, von den Faschisten aus Deutschland vertrieben, seine Bücher auf Plätzen deutscher Städte – vorzugsweise denen, die Universitäten beherbergten – verbrannt, reiste via Tschechoslowakei und Schweiz nach Frankreich. Dort, am Ostrand der Provence und dann in Paris, entstand in der zweiten Hälfte des Jahres seine „Kampfschrift“ gegen das Naziregime. Als sie vom Querido Verlag in Amsterdam Anfang 1934 herausgegeben wurde, befand sich der Romancier bereits in Palästina. Dort lebte er, bis er sich zur Rückkehr nach Deutschland entschloss.

Zweigs Buch, ursprünglich als ein Essay geplant, hatte der Dichter als eine Warnung für Leser im Ausland geschrieben und da wiederum vor allem für die Nachbarn dieses „Dritten Reiches“. Denn Zweig, ohne sich zum Propheten zu machen, ließ sich über dessen Aggressivität nicht im Geringsten täuschen. Bewirkt aber hat das Buch so wenig wie andere um diese Zeit erschienene Publikationen deutscher Nazigegner. Nach einem Jahr Existenz des weithin ungeliebten Regimes begannen sich Regierungen und Regierte an den Neuling zu gewöhnen und auch schon, sich über seine anfänglich gefürchteten Pläne zu beruhigen. Diese Situation zeigte sich dem Autor vor allem an dem Scheitern aller Absichten, das Buch in Übersetzungen gedruckt zu sehen. Erst 1937 erschien in London eine britische Ausgabe. Da war der die deutsche Seerüstung begünstigende Flottenvertrag zwischen Deutschland und Großbritannien schon zwei Jahre alt, und die Politiker der Beschwichtigung und der Befriedigung nazideutscher Ansprüche hatten in London das Sagen.

Zweigs Buch gehört in eine Reihe denkwürdiger Publikationen jener Minderheit deutscher Intellektueller, die der demokratischen oder der sozialistischen Linken zugehörten. Sie suchten sich schreibend nicht zuletzt selbst Rechenschaft darüber zu geben, „wie es geschehen“ und diese deutsche Republik von der politischen Landkarte verschwinden konnte, ohne dass es in ihrer Endphase zu zugespitzten politischen Kämpfen um deren Bestand gekommen war. Darüber lassen sich auf den Seiten des Bilanzbuches noch immer erheblich mehr Erkenntnisse gewinnen als in den derzeit hierzulande gebräuchlichen Schulgeschichtsbüchern. Das Unverwechselbare des Werkes besteht aber in seiner Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und dem aus tiefer Kenntnis der politischen, der Kultur-, Religions- und Mentalitätsgeschichte der Deutschen unternommenen Versuch, dessen weit in die Geschichte zurückreichende Wurzeln bloßzulegen.

junge Welt, Sonnabend, 19.06.1999.

Sehen und Senden

An der braunen Wiege des braunen Fernsehens

Wie kommt ein staatliches Postunternehmen in einem Regime zu massenhaft Geld, um Fernsehsendungen zu betreiben, die über Jahre hinweg allabendlich und für wenige Stunden nicht einmal so viel Zuschauer erreichen können, wie eine deutsche Kleinstadt Einwohner zählt? So lautete die interessanteste der Fragen, die nach der Voraufführung des Beitrags, den Mitarbeiter von TV-Spiegel über die Anfänge des deutschen, und das hieß: des „braunen“ Fernsehens hergestellt haben. Dabei stützten sie sich auf Archivbestände, die über Jahrzehnte im Filmarchiv der DDR lagen. Da riefen sie niemandes Interesse hervor, weil die Goebbels'sche „Deutsche Wochenschau“ und viele andere überlieferte Streifen genug und übergenug Material hergaben, um die offizielle Propaganda des Regimes vorzuführen. Nun erst, in den Zeiten des auch hochkommerzialisierten Fernsehbetriebs, ist nachgesehen worden, was sich an Sendens- und das will nicht auch heißen: Sehenswertem in jenen kaum beachteten Rollen befand, die – wenn auch höchst unvollständig – davon Zeugnis geben, was wenigen Deutschen in den Jahren seit 1935 in den nicht eben überlaufenen Fernsehstuben gezeigt wurde, die sich in Berlin, später auch in Nürnberg, München und Hamburg befanden, vors erstaunte Auge geführt wurde.

Vom Repertoire bereits alles, was die bundesdeutsche Mehrheit heute vor heimischer Glotze konsumiert. Es bot Nachrichtensendungen, bei denen die „Volksgenossen“ mit Heil Hitler begrüßt, ansonsten aber nicht weniger staatsoffiziell oder staatstreu irregeführt wurden wie heutzutage die vermeintlich „mündigen Bürger“. Es lieferte „bunte Sendungen“, damit sich der Rüstungsarbeiter, wenn er nicht Couch und Bett vorzog, beim Anblick der pfeifenden Ilse Werner entspannen konnte. Es zeigte „Vorortberichte“ aus einer KdF-Reitschule, der Reichsbräuteschule und von der Internationalen Jagdausstellung. Es offerierte Interviews mit Prominenten, so im Jahre 1938 eines mit Heinrich George, der die Intendanz des Berliner Schiller-Theaters angetreten hatte und versicherte, dass die Übernahme eines derartigen Postens nicht eben schwer sei, denn „Reich und Führer“ hätten alles aufs Beste gerichtet. Es versorgte die Hausfrau mit Ratschlägen für die Küche und die von unreiner Haut Geplagten mit der Hoffnung auf Abhilfe, die irgendein Schlamm schaffen werde.

Aufregend ist das nicht eben. Es zeige, was hier zum Stoff zweier Sendungen gemacht wurde, die Wirklichkeit des Naziregimes unmittelbarer und unverfälschter als es andere propagandistische Bildstreifen aus jener Zeit, meinen die Hersteller. Ja, so geübt wie es in den bereinigten Wochenschauen sich ansah und klang, redeten die seinerzeit vor Kamera und Mikrofon befragten Staatsgrößen noch nicht daher. Davon kann man sich am Geschwafel des Arbeitsfrontführers Ley überzeugen und erkennen, welcher Gewinn darin besteht, dass die zivilgewandeten Herren, die in unseren Tagen gerade eine Sitzung des „Bündnisses für Arbeit“ hinter sich haben, nun aalglatt zu schwadronieren vermögen. Damit ist die nachdrücklichste Empfehlung schon ausgesprochen, sich das Produkt des Umkopierens, Auswählens, Datierens und Kommentierens anzusehen. Es gestattet, indem es den Blick auf die Frühgeschichte des Fernsehens in Deutschland richtet, Vergleiche und vermittelt Einsichten darüber, wie die Staatsdroge, die in Variationen heute auch auf dem Umweg über Private verabreicht wird, vervollkommnet wurde.

Ja, und warum der seinerzeitige Aufwand bis in das Kriegsjahr 1944 hinein, als die verfügbaren Fernsehgeräte sich in Gemeinschaftsräumen von Wehrmachtslazaretten rund um Berlin befanden, wo Schwerstverwundeten in einer Sendung gezeigt wurde, wie geschickt sich diejenigen doch noch bewegen können, die eines ihrer Beine in „Russland“ gelassen haben? Nicht, um den Durchhaltewillen im imperialistischen Krieg zu stärken, denn dazu war die Zahl der Empfänger viel zu geringfügig und der vor Kriegsbeginn in Aussicht gestellte Volksfernseher wurde so wenig produziert wie der Volkswagen. Zum einen, meinte ein in der Geschichte der Technik bewanderter Museologe, weil es sich beim Fernsehen für die Naziführer um ein Prestigeobjekt handelte, das etwa mit dem gegenwärtigen Renommiervorhaben Transrapid vergleichbar sei. Mehr noch aber aus der Erwartung, dass die Forschungen und Fortschritte auf diesem Spezialgebiet auch zu militärisch Verwertbaren führen würden. Hoffnungen wurden auf die Herstellung eines Geräts gesetzt, das es ermöglichen sollte, Bomben auf

einzelne Objekte wie beispielsweise Brücken zielgenau hinzulenken. Das ist inzwischen ja gelungen, wie nicht nur die Bürger des jugoslawischen Novi Sad erfahren haben. Diese aber am eigenen Leibe. Schade, dass von jenen Motiven im Kommentar der Sendung nicht gesprochen wird.

Spiegel TV-Reportage „Fernsehen unterm Hakenkreuz – Unbekanntes von der braunen Mattscheibe“.

junge Welt, Montag, 21.06.1999.

Charakterpuppen – robust und patriotisch

Käte Kruse.
Eine Geschichte um die „Puppentante“, ihre Erben und die Lietzenburg in Kloster

Über Hiddensee windet und stürmt es. Das macht ein fernes, aber kräftiges Orkantief. Wetter, bei dem man keinen Hund auf die Straße jagt. Der Briefträger hat es nicht so gut, er muss die Post bei jeder Witterung austragen. Wo es denn zu dem großen Haus an der Anhöhe gehe, wird er gefragt. „Das Schloss?“ lautet seine Gegenfrage, der mit der Wegweisung hinzugesetzt wird, es sei verfallen und würde ziemlich zuwachsen. Das verfallende Gebäude war einmal „Die Lietzenburg“ und noch vor einem Jahrzehnt ein gern besuchtes „Ferienobjekt“, erhalten und genutzt von der Universität Greifswald. Wer in den frühen Jahren nach dem Kriege als Student dort einen Urlaubsplatz erhielt, hatte so etwas wie das große Los gezogen. Nun also warnt ein Schild ausdrücklich vor dem Betreten des Gebäudes. Es ist überflüssig. Bretterverschlagene Türen verwehren den Einritt. Vor allem: Niemand und nichts laden ein.

So mag sich der Mann den Zustand seines Anwesens nicht vorgestellt haben, nachdem nur nahezu ein Jahrhundert vergangen ist. Mit ihm hatte er sich einen Traum verwirklicht. Damals schrieb man das vierte Jahr dieses 20. Jahrhunderts. Es waren eben erst zwölf Jahre vergangen, seit der auf den Namen „Caprivi“ getaufte „Salon- und Postdampfer“ regelmäßig auch nach Hiddensee dampfte.

Oskar Kruse, der aus Stettin stammende Berliner, hatte von der Stadt Stralsund, der nahezu das ganze Inselland gehörte, ein umfängliches Stück kaufen können. Er war während eines Kaufmannsleben reich geworden und gebot zudem über ein ansehnliches Erbe. Mit dem Bau der im Jugendstil gehaltenen und an englische Landsitze erinnernden „Burg“, deren Entwurf aus einem Preisausschreiben hervorgegangen war und die von den einen trotzig und klotzig, von anderen würdig und stilvoll, von dritten gar märchenschön genannt wurde, hatte sich ihm die Idee verbunden, hier eine Künstlerkolonie begründen zu können. Das ist ihm, der im Alter eine Begabung und Neigung zur Malerei entdeckte, nicht gelungen. Doch hinterließ er einige stimmungsvolle Inselbilder

Oskar habe in die Lietzenburg sein Geld „verplempert“ und es habe nicht einmal ausgereicht, so dass die Geschwister aushelfen mussten, wird später seine Schwägerin schreiben. 1932, nachdem auch ihr Mann, der Bildhauer Max Kruse verstorben war, wurde sie Erbin des Anwesens. Und sie erst hat den Namen „Kruse“ in Deutschland und über dessen Grenzen hinaus viel mehr bekanntgemacht als die beiden Brüder, der Erbauer des Hauses und ihr Ehemann, Vater ihrer acht Kinder, Vizepräsident der Berliner Sezession, der Büsten Gerhart Hauptmanns, Walter Leistikows, Max Liebermanns und Friedrich Nietzsches schuf und dessen Statue „Siegesbote von Marathon“ in der Berliner Nationalgalerie besichtigt werden kann. Die Rede ist von Käte Kruse, der aus Breslau Gebürtigen, die noch nicht achtzehnjährig ein Engagement in der Reichshauptstadt am Lessing-Theater erhielt, hier den um vieles älteren Bildhauer kennenlernte, ihn heiratete und die Bühne zunächst gegen Wochenbett und Kinderstube tauschte. Bei dieser Beschäftigung blieb es nicht.

„Die Puppentante?“ lautet 1999 die Frage der Großmütter, sobald der Name Kruse fällt. Die wenigsten von ihnen haben eine der Käte-Kruse-Puppen, nach denen heute Museumsdirektoren häufig vergeblich fahnden und für die erhebliche Summen gezahlt werden, je ihr Eigentum genannt. Aber gesehen hatten sie alle irgendwann wenigsten auf einem Bild oder hinter einem Schaufenster eine der Schöpfungen dieser vielseitig talentierten Frau, deren Name heute die Namen anderer Puppenmacher verdrängt hat. Wer außer Volkskundlern und Sammlern kennt sie noch, die Gebrüder Heubach, die Kämmer & Reichardt, die Simon & Halbig, die Kestner, die Kling, mit deren Erfindungen und Betrieben die Geschichte der Puppen und ihrer Herstellung in Manufakturen und Industriebetrieben verbunden ist? Zeitweilig gaben sie auf dem Weltmarkt nicht nur den Ton an, sondern beherrschten ihn auch. Will jemand von ihnen erzählen, muss er sich in Lichte, Waltershausen, Gräfenhain, Ohrdruf, Hildburghausen oder sonst wo im und um den Thüringer Wald herumfragen. Wer etwas von Käte Kruse wissen will, braucht nicht nach Bad Kosen zu reisen, wo sich die Leiterin ihrer Werkstätten, gleichsam vor der Grenze zur thüringischen Konkurrenz, niedergelassen hatte, nachdem ihr die

eigene Berliner Werkstatt zu klein geworden war. Auf die Erfinderin und Unternehmerin stößt auch, wer in Texten von Thomas Mann oder von Günter Grass liest.

Der Aufstieg der Kruse hatte 1910 begonnen. Seine Vorgeschichte ist zu einem Teil Familiengeschichte. Sie bastelte Puppen für ihre Kinder, da deren ästhetisch anspruchsvollem Vater die handelsüblichen nicht zusagten. Mit deren Ablehnung stand er nicht allein. Und so ist die Vorgeschichte zum anderen und wesentlicheren Teil, ein Stück Gesellschaftsgeschichte. Gesucht wurde der Weg von der „Salon-“ zur „Charakterpuppe“, Begriffe mit denen sich der Wunsch nach Spielpuppen ausdrückte, die nicht nur betrachtet, sondern ohne Rücksicht auf Zerbrechlichkeit behandelt werden konnten, die sich anschmiegten, an- und ausziehen, drücken, baden und auch verdreschen ließen. Käte Kruse mag um diese Bestrebungen gewußt haben oder nicht. Sie konnte eine von ihr hergestellte Puppe vor Weihnachten 1910 im Berliner Kaufhaus Hermann Tietz zeigen, wo „Spielzeug aus eigener Hand“ ausgestellt wurde, und sie fand ihre Schöpfung als Sensation bewundert. Sie geriet in die Zeitungen. Aufträge gingen ein, die ersten nicht zufällig aus zahlungskräftigen Käuferkreisen in den USA. Denn die handgefertigte „Hemdchenpuppe“ der Kruse kostete in den Vorweltkriegszeiten 25 Reichsmark, eine Summe, die sie für die Masse der Eltern völlig unerschwinglich machte. Auch später blieben die Puppen aus den Kruse’schen Werkstätten Waren für die Reichen und Begüterten. Sie entsprachen dem Schönheitsideal der Erwachsenen und sie begeisterten die Puppenmütter Dazu mag zusätzlich auch ihr in manchen Variationen wiederkehrendes, etwas dümmlich vergnatztes „Charaktergesicht“ beigetragen haben, gab es doch stets und ständig eine Begründung dafür her, den Puppen Strafpredigten zu halten, Bestrafungen zu verhängen, um sich danach großzügig versöhnend hervorzutun.

Rasch wurden das Produkt und seine Herstellungsweise vervollkommnet. Auch der Krieg tat dem aufblühenden Geschäft keinen Abbruch. Zudem ließ es sich die patriotische Kruse nicht nehmen, nun auch einen deutschen Dragoner und dessen „Gegner“ in Puppengestalt auf den Markt zu bringen. Der technisch hochgeschulte, in der Bearbeitung vieler Stoffe erfahrene Ehemann, wenngleich er sich den Geschäften jetzt und später fernhielt, steuerte doch konstruktive Lösungen bei. Patente und Schutzmarken wurden erworben. 1922 war alle Produktion ganz nach Kosen verlagert. Die Kruse, die mit 38 Jahren ihr letztes Kind zur Welt gebracht hatte, um neue Ideen nicht verlegen, ausgestattet mit einer enormen Arbeitsfähigkeit, leitete als Prinzipalin den etwa 100 Arbeiter zählenden Betrieb, von denen ein Teil kostensparend in Heimarbeit beschäftigt wurde. Zudem und nahezu nebenbei besaß und betätigte sie ihre besonderen Fähigkeiten als Reklamechefin ihres Unternehmens, in das einige ihrer älteren Kinder früh einbezogen wurden. Als sich eine renommierte Münchener Firma des „gehobenen“ Textilhandels an sie wandte, Schaufensterpuppen herzustellen, die etwa kindsgroß sein und zur Reklame für Kinderkleidung dienen sollten, wurde die Produktion fortan entsprechend erweitert. 1937 reiste Käte Kruse mit einer ihrer Töchter zur Weltausstellung nach Paris. Sie kamen mit einer Goldmedaille für die Gruppe der Schaufensterpuppen zurück, die ganz das Glück einer blonden deutschen Familie ausstellte, nahezu kinderreich. Gewollt oder nicht: Das entsprach passgenau dem damals gewünschten Propagandabild vom friedlichen Deutschen Reich der Volksgenossen.

Der zweite Weltkrieg ging an Familie und Geschäft nicht so spurlos vorüber wie der erste. Das Material wurde knapp. Zur Produktion gehörten Schuhe aus einem Kunststoff, der Igelitt genannt wurde. Einer der Söhne Käte Kruses kam während des Feldzugs gegen die UdSSR um. 1944 drängten sich die vor dem Kriegsgeschehen geflohenen Kinder und Enkel im so lange kriegsfernen Mutterhause in Bad Kosen, dem sich die Armeen der Sieger von West und Ost nun näherten. Vom Personenwagen über die wertvollen Formen der Produktion bis zum Festporzellan wurde versteckt und vergraben, was durch Diebstahl gefährdet schien. Zuerst kamen die Amerikaner Von denen kannten zumindest einige die Käte-Kruse-Dolls. Mit vorhandenen Beständen ließ sich von ihnen offenkundig mancherlei einhandeln. Als sie abzogen, begab sich auch ein erheblicher Teil der Familie westwärts. Nun kamen „die Russen“. Käte Kruse blieb. Sie besaß zudem die Möglichkeit, ihren Aufenthalt zwischen der Kleinstadt an der Saale und einer Wohnung in Berlin-Halensee zu wechseln, die allen Bombenkrieg überstanden hatte. Das eröffnete zusätzliche Möglichkeiten, die Produktion recht und schlecht aufrecht zu erhalten, während sich die hauptsächliche Aktivität der Familienangehörigen – folgt man

dem Bericht Käte Kruses, dann geschah das ohne irgendeinen Zwang – auf die „Verlagerung“ des Betriebes in die Westzonen richtete.

Auf Umwegen gelangten Formen, Schnitte und Maschinen aus Kosen nach Donauwörth in Schwaben. Andere Habe wurde unkomplizierter über die Sektorengrenze ins westliche Berlin transportiert. Die Prinzipalin verließ Kosen für immer, als ihr das Eintreffen einer „strengen Kommission“ von befreundeter Seite avisiert worden sei. Dabei hätte sie doch nach eigenem Urteil „keinen Dreck am Stecken“ gehabt.

Nein. Alles hatten sie und ihre Kinder nicht westwärts mitnehmen können. Als die Kruse in Heidelberg 1951 Erinnerungen veröffentlichte, schrieb sie: Verloren war auch „die Lietzenburg auf Hiddensee“. Nicht für immer für die große Schar der Nachkommen der „Puppentante“ wurde 1990 zum gesegneten Jahr Rückgabe, und zwar vor Entschädigung. Nun sind sie die von Staatswegen rechtmäßigen Eigentümer des Hauses am Hang oberhalb von Kloster geworden. Doch ließ sich das Geschenk bis dato weder vermarkten, noch scheint es sich rasch vereuroen zu lassen, erzählt eine Hiddenseeerin.

Warum findet sich unter den Millionären dieses Landes kein Interessent, fragt der ahnungslose Besucher Das läge am „Standard“. Hier gäbe es weder einen Flug- noch einen Golfplatz. Und obwohl die Insel schon nicht mehr autolos genannt werden könne, so kämpften doch noch immer und ausdauernd viele Einwohner, von ihren wiederkehrenden Sommergästen unterstützt, gegen weitere Neuzulassungen von Motorfahrzeugen. So einfach wie in DDR-Zeiten sei dabei aber nicht mehr zum Erfolg zu kommen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 26./27. Juni 1999, S. 16.

Nach dem Kriegt Anlass, die Welt neu zu überdenken

Während diese Zeilen geschrieben werden, rufen die Urheber des Krieges auf dem Balkan „Sieg“, rühmen sich die zivilen und militärischen Führer des Kriegsbündnisses der Erreichung ihrer Ziele, dringen die militärischen Verbände ausländischer Mächte in Jugoslawien ein, fliehen Serben aus dem Kosovo, kehren Kosovaren in ihre Ortschaften zurück. Wer sind die Verlierer? Nach ihnen wurde schon gefragt, als der Versuch, den Staat an der Donau in die NATO-Mitgliedschaft – denn darauf zielt die Absicht, das gegenwärtige Regime in Belgrad zu stürzen, mittelfristig – zu bomben, noch allnächtlich auf die Bewohner des Landes niederging, die so oft in ihrer Geschichte geschunden wurden. Die Bilanz ist unübersichtlich, vorläufig und vor allem nicht geschlossen.

Die einen verloren ihre Väter und Großväter, ihre Söhne und Töchter, ihre Brüder und Schwestern, andere ihre Wohnungen, ihre Habe, ihre Arbeitsplätze. Sie leben in einer verpesteten Umwelt. Sie schmerzt, was sie unwiederbringlich einbüßten oder was nur schwer und in mancher Lebenszeit nicht wird ersetzt werden können. Andere Verluste verblassen demgegenüber momentan. Manche sind verdient, denkt man an den zählbaren Rückgang von Wählern und Mitgliedern, den Parteien verzeichnen, welche den Krieg unterstützten. Oder an das gesunkene Ansehen von Wissenschaftlern, Künstlern, Schriftstellern, di~ sich für die Politik aussprachen, an deren Spitze der Präsident der transatlantischen Weltpolizeimacht steht, oder die bekannten, sie vermöchten sich in den Informationen nicht mehr auszukennen, zwischen wahr und falsch nicht mehr zu unterscheiden und die sich derart aus der Verantwortung abzumelden versuchten. Oder die, die einfach berechnend schwiegen.

Doch so berechtigt der Blick in den vergangenen Wochen auf die Kriegsurheber und Kriegsgewinner und auf jene Gruppen gerichtet worden ist, die sich als die Eliten der Nationen verstehen es kann nicht davon abgesehen werden, dass die Mehrheit der Europäer in den NATO-Staaten während der zurückliegenden Wochen eine Rolle spielte, für die ihnen in persona oder ihren Nachfahren die Rechnung noch gemacht werden wird. Die muss nicht so ausfallen wie diejenige für den „Irrtum“ von Millionen ihrer Vorfahren, die sich in der zweiten Hälfte der 30er Jahre so gründlich darüber täuschten, was den Frieden bringt und was den Krieg gebiert, die seinerzeit meinten, sie würden glimpflich davonkommen, als sie der Bürgerkrieg in Spanien nicht scherte und sie die Tschechen ungerührt ihre Haut zum Markte tragen ließen. So sicher die Geschichte nicht zu Ende ist, so gewiss werden die Folgen des Slawen- und Serbenhasses, der Gewaltanbetung, der Gleichgültigkeit, der Trägheit der Gedanken und der Herzen und der meist selbstverschuldeten Blindheit zu tragen sein. Dafür wurde in der jüngsten Geschichte noch nie Absolution erteilt.

Zu den Verlusten gehören Hoffnungen auf ein Europa, das mit berechtigter Aussicht auf Frieden über die Jahrhundertschwelle tritt. Diese Hoffnungen verbanden sich mit Illusionen, antreffbar bis weithin in jene Kreise, die als links und aufgeklärt gelten. Und so gesehen, wäre dem Verlust nicht nachzutrauern. Es könnte aus ihm ein Gewinn erwachsen. Nicht automatisch, denn auf verlorene Illusionen folgt oft genug nichts anderes als Resignation. Nicht notwendig, denn die liebgewonnenen Zukunftsvorstellungen erweisen sich nicht so selten als zählebig.

Die Ostdeutschen insbesondere haben Anlass, über die Welt, in die sie geraten sind und ankommen sollten, neu nachzudenken. Das gilt für alle, wenn der gewonnene Denkstoff auch nicht derselbe ist. Für diejenigen, die vermeinten, sie wären mit revolutionärem Schritt aus dem „Reich des Bösen“ hinausgelangt, stellt er sich anders dar, als für jene, die manche Lektionen über die Geschichte des Kapitalismus in diesem Jahrhundert nicht vergessen hatten und sich nun doch neubelehrt sehen.

Die Projektanten, die sich mit der Reformfähigkeit dieser Gesellschaftsordnung befassen, werden die Erfahrung in Sachen „Außenpolitik“ in Erinnerung an das Richtige, was sie womöglich in Sachen Dialektik einmal gelernt hatten, auf das Feld der Innenpolitik übersetzen müssen.

Wer, wie, von welchen Interessen geleitet, Geschichte macht, kann und muß neu studiert werden. Vor allem anderen aber werden diejenigen, die sich jetzt mehr denn noch vor Wochen in der Rolle des Sisyphus sehen, einander Mut machen müssen. Denn es sind uns Machtverhältnisse vorgeführt worden, die das Fürchten lehren sollten. Und wer, wenn er denn ein Mensch ist, ist frei von Furcht?

antifa, Juli 1999, S. 2.

Modellkleider aus dem Ghetto

Eine Ausstellung im Berliner Haus der Wannseekonferenz

Ursprünglich hat Wolfgang Haney in seiner Freizeit nur seinem Hobby, der Numismatik, gefrönt. Seit einem Jahrzehnt Pensionär hat ihm, dem Sohn einer Frau, die als Jüdin die Nazizeit überlebte, das allein nicht mehr genügt. Er begann sich zu „spezialisieren“ und fahndete nach Scheinen und Münzen, die in Ghettos und anderen Lagern in Umlauf waren, welche die Faschisten in Europa errichtet hatten. Dann begannen ihn auch andere Zeugnisse zu interessieren: Briefe und Postkarten, die zwischen den Verschleppten und ihren noch in Freiheit befindlichen Angehörigen gewechselt wurden. Er fand Lebensmittelkarten oder andere Berechtigungsscheine gleichen Ursprungs. Eine seinem Fundus entnommene Auswahl solcher Dokumente aus dem Ghetto in Litzmannstadt, wie das polnische Łódź seit April 1940 hieß, kann besichtigen, wer sich in die Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz am Stadtrand Berlins begibt. Dort liegen die stummen Zeugnisse aus, knapp, aber instruktiv kommentiert. Dazu hat der Historiker Peter Klein beigetragen. Er stellte sich die Aufgabe, die Geschichte dieses größten Ghettos zu erforschen, das in den Grenzen des auf Kosten Polens im Oktober 1939 erweiterten Reichsgebiets existierte. Es nahm unter den Schreckensorten gleichen Namens eine besondere Stellung ein, war es doch ursprünglich zur Durchgangsstation bestimmt gewesen, in welcher die Łódźer und aus dem Reichsgau Wartheland zusammengetriebenen Juden darauf warten sollten, weiter „nach Osten“ in das Gebiet des sogenannten Generalgouvernements abgeschoben zu werden. Als das zunächst vertagt wurde, dann sich wegen der Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR als unmöglich erwies, begannen die faschistischen Stadtoberen und deren Ghettoverwaltung darüber nachzudenken, wie sie ihre nach Zehn- und Hunderttausenden zählenden Gefangenen für Kriegszwecke und profittragend ausbeuten konnten. Dieser Vorsatz traf sich mit dem nicht nur dort erwogenen Kalkül der Insassen des Ghettos, den Machthabern Dienste anzubieten, welche sie am Weiterleben und also einer wenigstens kargen Ernährung der Juden interessiert machte. Es war bei diesem Rettungsversuch naheliegend, dafür vor allem die Herstellung und Instandsetzung von Textilien und ähnliche Arbeiten, so denen von Sattlern, Schuhmachern u. a., anzubieten, befanden sich doch im Lager Tausende von Juden, die in der durch die Textilindustrie geprägten polnischen Stadt ihren Lebensunterhalt auf solche Weise recht und schlecht verdient hatten.

Hauptauftraggeber und Nutznießer der Zwangsarbeit der Ghettoinsassen wurde die deutsche Wehrmacht, die über genügend Einfluss verfügte, das benötigte Rohmaterial zu ordern und nach Litzmannstadt bringen zu lassen. Uebelhoer, der in der Stadt residierende Regierungspräsident, prahlte, durch die Arbeit der Juden würden deutsche Handwerker in Divisionsstärke für die Wehrmacht und die Fronten freigemacht. Ähnlich wurde in anderen Ghettos auf dem Gebiet des zerschlagenen Polen Juden vor ihrer Vernichtung zu Hilfskräften des Militärs und der Eroberer gemacht.

Zu Kleins Funden gehören Dokumente, die selbst Kenner der Materie bis dahin schwerlich zu Gesicht bekommen haben dürften. Sie stammen aus dem staatlichen Archiv der Stadt Łódź. Ausgestellt werden Schreiben von renommierten Berliner Konfektionsbetrieben und Schneidereien, die in permanenter Verbindung mit der Ghettoverwaltung standen. Sie ließen von den Juden Kleidungsstücke für den Verkauf an zahlungskräftige hauptstädtische „Arier“ anfertigen und brachten diese auf den als Kriegsfolge immer enger gewordenen Markt. Der Inhaber der „Kunstwerkstätten P. Lindhorst“, die sich in der Oranienstraße 125 befanden, schrieb am 9. September 1942 an die Ghettoverwalter, wie zufrieden er mit „der ersten größeren Lieferung“ sei, und hoffte, „dass sich weiter eine angenehme Zusammenarbeit ergeben“ werde. Die Firma Bertram von Hobe, sesshaft in der Charlottenstr. 24, bestätigte schon am 11. Februar 1942 die „Teilsendung“ von 39 Modellen „Maxim“ und zeigte sich ebenso zufrieden. Auch sie hoffte, „dass von nun an ein flüssiges Arbeiten zwischen Ihnen und uns vonstattengeht“. Damit es voranging, kündigte sie die Lieferung von 8.000 Metern Nähseide an.

Von der Firma Charlotte Röhl (LORÖ) am Hausvogteiplatz 11A, einer Herstellerin „jugendlicher Kleider“, hatte sich 1941 ein Mitarbeiter direkt nach Litzmannstadt begeben, um das Geschäft zu regeln. Nun wurde der Eingang von 80 Kleidern bestätigt und bescheinigt: „dieselben sind wirklich tadellos gearbeitet und sitzen gut“. Euphorisch hieß es: „Ich gebe mich der angenehmen Hoffnung

hin, dass Sie wie versprochen laufend für mich arbeiten werden und auch schnell liefern.“ Mitarbeiter der Ghettoverwaltung überbrachten den Berliner Betrieben die Ware mitunter persönlich, wie im Fall der „18 Schottenkleider“, welche die Firma „Bärbel“ geordert hatte, Alleinherstellerin der gleichnamigen Kleider. Die Verwalter in Litzmannstadt kassierten und quittierten. So über einen Scheck der Firma Heinrich Leineweber vom Köllnischen Fischmarkt, die im Briefkopf als ihr beziehungsreiches Gründungsjahr 1938 angab. Auch Karstadt und Neckermann ließen die Juden schuften.

Die Ausstellung macht ein weiteres Fenster auf, durch das sich die Geschichte des Judenmords wahrnehmen lässt. Denn die Insassen des Litzmannstädter Ghettos wurden – Kinder, Alte, Kranke und sonst Arbeitsunfähige voran – in mehreren Aktionen deportiert und umgebracht. Dieweil flanierten Berlinerinnen in Modellkleidern daher. Das Wissen ergibt Fragen an die Vergangenheit. Auch an die Herkunft unserer Kleidungsstücke, von denen nicht wenige von Bewohnern von Armenvierteln und Slums angefertigt werden. Dafür mögen sich die Träger der Importwaren so wenig interessieren, wie es die Käufer bei von Hobe und Leineweber einst taten. Umso nachdenklicher stimmte die Mitteilung Haneys, dass sich der Senat und auch Schulen auf sein Angebot hin nicht gerührt haben, kostenlos seine Sammlung vorzustellen und über seine Erfahrungen und Motive zu sprechen. Demnächst wird im Abgeordnetenhaus dann wieder ein Bericht der Senatoren entgegengenommen, was sie gegen den Rechtsextremismus und speziell gegen den Antisemitismus verdienstvoll getan haben werden ...

junge Welt, Montag, 05.07.1999.

Mordalltag. Himmlers Kalender

Die Wortwendung vom „SS-Staat“, so der Titel des nach wie vor lesenswerten Buches von Eugen Kogon, hat ohne Absicht und Zutun des Autors in der Bundesrepublik lange dazu gedient, ein grob verzeichnetes Bild von Machtverhältnissen und Herrschaftsanteilen im Nazireich zu verbreiten. Inzwischen ließ Forscherarbeit von den Versuchen nichts übrig, Verantwortung und Schuld total auf die Angehörigen des schwarzuniformierten Korps und namentlich auf Heinrich Himmler, Reinhard Heydrich, (Gestapo-)Müller, Werner Best, Adolf Eichmann, Rudolf Höß und einige andere exponierte Massenmörder hinzuwälzen. Diese Korrektur wurde jetzt auf bemerkenswerte Weise bekräftigt: Anhand des weitgehend rekonstruierten Tagesablaufs des Reichsführers Heinrich Himmler während der Jahre 1941/42. Das Resultat einer Kärrnerarbeit wurde am vergangenen Mittwoch im Haus der Wannseekonferenz vorgestellt.

Acht Historiker, geboren in den Jahren zwischen 1945 und 1964, haben nach fünfjähriger Arbeit eine Dokumentation vorgelegt, die an die akribische Aufschließung des Überlieferten höchste Anforderungen stellte. Denn: Was sich – mit einigen Lücken – auf den Tageweise angelegten Zetteln mit den Eintragungen Himmlers oder seiner Sekretärin im Moskauer Sonderarchiv fand, war zum wenigsten für die Historiker der Nachwelt bestimmt und mit Sicherheit nicht für diejenigen, die sich der Papiere nun angenommen haben. In den meisten der Fälle fanden sich darauf nur der Name eines zum Rapport bestellten Untergebenen, ein Termin für ein Zusammentreffen mit Hitler oder Göring, eine Eintragung über einen Flugtermin oder eine Autofahrt, die Personennamen einer Gesellschaft, in der ein Abend verbracht werden sollte. Viel seltener wurde dem ein Hinweis angefügt, der zum Gegenstand eines Gesprächs führen kann. Darauf geben mitunter, wiederum keineswegs vollständige, Stichworte einen Hinweis, die Himmler vor oder nach Beratungen angefertigt hatte. Sollten die Stücke dieses Puzzles zum Reden gebracht werden, musste eine Masse von weiteren Dokumenten verschiedenster Herkunft mit ihnen gedanklich kombiniert werden. Das waren vor allem Notizen über Telefonate, die Himmler führte, und Tagebuchaufzeichnungen, die von Mitarbeitern seiner Adjutantur bzw. seines Persönlichen Stabes stammen.

So hat die aus Berlinern und Hamburgern bestehende Historikergruppe die dürftigen und hingeworfenen Worte mitunter geradezu aufgebrochen. Wolfgang Scheffler, als „guter Geist“ des Unternehmens bezeichnet, nannte es einen Glücksumstand, dass sich diese Fachleute zusammengetan haben, die jeder für sich spezielle Kenntnisse aus Forschungsarbeiten an vorliegenden oder noch entstehenden Dissertationen schon mitbringen konnten. Im Verlauf ihrer Tätigkeit mussten sie feststellen, welche Teilgebiete von der Faschismusforschung nicht oder seit längerem nicht mehr (z. B. die Rolle der Waffen-SS) tiefer beackert wurden, so dass sie selbst neue Furchen erst zu ziehen hatten. Gleichzeitig wurden Erwartungen gedämpft, es würden nach diesem Beginn für weitere Jahre ähnliche Editionen sogleich folgen. Hochspezialisierte Gruppen dieser Art zerfallen nicht nur, weil sich ihre Angehörigen neuen Interessengebieten zuwenden wollen, sondern schlicht und einfach auch deshalb, weil die Beteiligten Wissen und Arbeitskraft aus ganz materiellen Gründen erneut und anderwärts verkaufen müssen.[1]

Was bietet solche Publikation, deren Entstehungskosten und Buchpreis hoch ist und die alles andere denn ein Lesebuch darstellt, dem vielberufenen historisch interessierten Laien? Zunächst ein Heilmittel gegen vorschnelle Urteile und die weitverbreitete Vorstellung, es ließe sich über die Geschichte allein deshalb kundig reden, weil man ja dabei gewesen ist. Vor allem aber kann die dem Band vorangestellte Einleitung, die in weiten Passagen einen Separatdruck wert wäre, allzu exotische Vorstellungen vom Charakter und des Naziregimes erledigen helfen. Gezeigt wird seine arbeitsteilige Funktionsweise. Rolle und Tätigkeit werden bei alle ihren unvorstellbar mörderischen Konsequenzen nicht überzeichnet. Vielmehr tritt die Eingegrenztheit seines Platzes neben dem anderer Mitführer Hitlers hervor. Der Reichsführer SS war ohne Einfluss auf die militärischen (strategischen und operativen) Entschlüsse und besaß ebenso wenig auf dem Feld der Außenpolitik eine zählende Stimme.

---

1 Bis hier abgedruckt in: junge Welt, Sonnabend, 03.07.1999.

So, indem sein Alltag erkennbar wird – er kümmerte sich vor allem um die Ausstattung der Waffen-SS-Verbände und ihre Auffüllung, um die Vertreibung von „Volksfremden“ und die „Germanisierung“ und wieder und wieder um die Ingangsetzung und Inganghaltung des Massenmordens an Juden und weiteren „Rassefeinden“ – lässt sich die Entdämonisierung des deutschen faschistischen Regimes ein weiteres Stück voranbringen. Die aber ist Voraussetzung dafür, eine Antwort auf die Frage zu finden, was und wieviel die Geschichtserfahrung aus den Jahren von 1933 bis 1945 für die Gegenwart bedeutet.

Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42. Bearbeitet, kommentiert und eingeleitet von Peter Witte, Michael Wildt u. a., Christians Verlag Hamburg 1999, 787 S. (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Quellen, Bd. 3) 128,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 16. Juli 1999.

In etwas abgeänderter Form auch in junge Welt, 3./4. Juli 1999: Mörder-Alltag. Eine Historikergruppe hat den Dienstkalender Heinrich Himmlers herausgegeben und kommentiert. Zu: Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 19141/42, Bearbeitet, kommentiert und eingeleitet von Peter Witte u. a., Hamburg 1999.

Eine Frage, die nicht verstummt

Versäumten die Alliierten Möglichkeiten, den deutschen Mördern einen Teil ihrer Opfer zu entreißen?

Bücher haben ihre Geschichte, und die Geschichten mancher Bücher sind mitunter nicht weniger interessant und aufschlussreich als deren Inhalt. Das gilt für Richard Breitmans neuestes Werk in besonderem Maße. Und der Autor, der an der American University in Washington DC arbeitet, war so freundlich, die Geschichte seines Unternehmens dem Leser bis in die Details mitzuteilen.

Es begann mit der Verständigung einiger Fachleute für die Geschichte Zentraleuropas, die in den USA in einer 700 Mitglieder umfassenden Spezialorganisation der Historikergesellschaft zusammengeschlossen sind. Diese Experten waren sich Gewiss, dass in Archiven ihres Landes Material liegen musste, das aus der Tätigkeit des britischen Geheimdienstes während des Zweiten Weltkriegs stammte, und zwar jener Arbeitsgruppen, die mit Abhören und Entschlüsseln von gegnerischen Funksprüchen befasst waren.

Die offizielle Anfrage an das zuständige Archiv ergab zurückhaltende Auskünfte. Die interessierten Forscher und namentlich Breitman ließen aber nicht locker. Bald sahen sie, dass sie sich auf einer heißen Spur befanden. Es handelte sich zu einem Teil um decodierte Funkmeldungen von Formationen der deutschen Ordnungspolizei mit Informationen darüber, wo sie im besetzten Teil der UdSSR Massaker angerichtet und wie viele Menschen sie umgebracht hatten. Die Masse der Opfer bildeten, das verrieten die Texte zweifelsfrei, Juden.

Alsbald wurde Breitman auch die Unvollständigkeit des Materials bewusst, das aus Großbritannien erst am Beginn der 80er Jahre auf Anforderung des US-Justizministeriums in die USA gelangte. Für Breitman ging es darum, in Großbritannien selbst Verbündete zu finden, die alle Bestände der Forschung zugänglich machten. Mehr als ein halbes Jahrhundert, nachdem die Papiere entstanden, konnten sie dann tatsächlich benutzt werden. Man fragt sich: Warum erst so spät? Die Beteiligten befinden sich nahezu ausnahmslos nicht mehr unter den Lebenden. Welches Interesse also spielte da so lange noch mit? Irgendetwas anderes als die Gewohnheit von Sicherheitsdiensten, auf Papieren, die sich in ihren Händen befinden, fest sitzen zu bleiben? Die Dokumente werfen einige Fragen neu auf. Was wussten die Mitglieder des britischen Kriegskabinetts von den Verbrechen, die zwischen Juni und Juli 1941 auf dem eroberten Territorium der UdSSR begonnen wurden? Waren sie imstande gewesen, die einzelnen Nachrichten einem gesamten Vorhaben, das später „Holocaust“ genannt wurde, richtig zuzuordnen? Flossen die eingehenden Meldungen – sie stammten von in Deutschland befindlichen Ausländern, aus dem polnischen Widerstand und eben aus der Decodierung der Funksprüche – überhaupt an einer Stelle zur Auswertung zusammen? Das war nach den Erkenntnissen Breitmans nicht der Fall. Und ebenso wenig ließ sich feststellen, dass Churchill, seine Kollegen und Berater die ihnen zu Gebot stehenden Quellen regelmäßig ausgeschöpft und an einem bestimmten Punkt in eine prinzipielle Beratung über die Möglichkeiten eingetreten wären, den Tätern auf irgendeine Weise Einhalt zu gebieten.

Das führt zu der bereits mehrfach diskutierten Frage, ob es Chancen eines derartigen Eingreifens überhaupt gegeben hatte und ob nicht vielmehr die entschlossenste Kriegführung allein Aussicht bot, einen Teil derjenigen zu retten, die nach den Plänen der deutschen faschistischen Machthaber ausgerottet werden sollten. Plausibel erscheint zunächst, dass die schrecklichen Nachrichten jedenfalls früher als geschehen hätten verbreitet werden können, um den Opfern die eindrücklichste Warnung zugehen zu lassen. Sie würde wenigstens einen Teil von ihnen zu den extremsten Anstrengungen herausgefordert haben, sich auf irgendeine Weise zu retten. Doch wohin sollten sie sich wenden? Für diejenigen, die zwischen dem Atlantik und dem Osten Europas alsbald deportiert und ermordet wurden, stellte sich die Situation nicht gleich dar.

Konnten also neutrale Staaten und Satelliten Deutschlands, in denen – wie in Ungarn – Juden noch vergleichsweise unbehelligt, wenn auch nicht sicher, lebten, dahin gebracht werden, Flüchtende auf-

zunehmen? Wie stand es mit der Chance, z. B. auf die Türkei politischen Druck auszuüben, damit sie Juden aus dem nahen Bulgarien oder aus Rumänien ins Land ließ?

Die Erörterung von geschichtlichen Entwicklungen, die sich nicht vollzogen haben, aber als eine Möglichkeit erkennbar sind, führt auf unsicheren Pfad. Völlig ungeeignet ist das Thema für Zwecke der Entlastung der Mörder und ihrer Helfer. Doch es besitzt hochgradige Aktualität angesichts der Tatsache, dass heute unausgesetzt Menschen Zuflucht vor ihren mörderischen Häschern suchen und dies in einer Zeit, in der ungleich günstigere Umstände für ihre rettende Aufnahme existieren als während des Zweiten Weltkrieges. Ein Element, das seinerzeit bewirkte, dass nach Breitmans Urteil so viel weniger geschah oder auch nur versucht wurde, als hätte unternommen werden können, bildeten Antisemitismus und nationaler Egoismus, die in Staaten verbreitet waren, deren Regierende – soweit sich unter ihnen nicht selbst Judengegner dieser oder jener Couleur befanden – nur fürchteten, die Öffnung ihrer Tore für flüchtende Juden würde ihnen neue Ungelegenheiten bereiten.

Der Autor des lesenswerten Buches beharrt darauf, dass es in Archiven nach wie vor Aktenbestände geben müsse, welche der Forschung vorenthalten würden. In manchen Fällen wird das auch eingestanden. Für manches Dokument ist ein Ende der Sperrfrist für den Tag angekündigt, da nach seiner Entstehung 75 Jahre vergangen sein werden.

Richard Breitman: Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert. Karl Blessing Verlag, München 1999, 414 Seiten, DM 44,90.

junge Welt, Sonnabend, 17.07.1999.

Holzweg zum „Anschluss“

Vor 65 Jahren wurde Österreichs Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordet

Der Tag war mit Bedacht gewählt. Reichsminister Rudolf Heß, Stellvertreter des „Führers“ für die Angelegenheiten der NSDAP, reiste nach Klagenfurt, die Hauptstadt Kärntens. Dort sollte er die Gauleiter und Reichsstatthalter für die „Ostmark“ vereidigen. Der Kalender verzeichnete den 25. Juli 1938. Es waren wenig mehr als vier Monate vergangen, seit der deutsche Faschismus den ersten europäischen Staat von der Landkarte getilgt hatte. Die Instrumente seines Coups waren die Wehrmacht und – im Innern des durch politische Gegensätze und eine sich hinschleppende wirtschaftliche Krise geschwächten Landes – die „fünfte Kolonne“ der großdeutschen „Nationalsozialisten“.

Am Tage der Heß-Reise waren exakt vier Jahre vergangen, seit das erste Unternehmen scheiterte, den Weg nach Großdeutschland freizumachen. 1934 hatten die Hitlerfaschisten des Alpenlandes, denen seit dem Sieg der „Mutterpartei“ im Jahre zuvor der Kamm mächtig geschwollen war, versucht, die Wiener Regierung zu stürzen und sich selbst an die Macht zu putschen. Ihre Aktion war so kläglich gescheitert wie der am 9. November 1923 unter Hitlers Führung in München initiierte „Marsch zur Feldherrnhalle“, dem nach italienischem Vorbild der „Marsch nach Berlin“ folgen sollte. An der Isar endete das politische Abenteuer für einige der Putschisten an Ort und Stelle tödlich. Für den Aspiranten auf den Reichskanzlerstuhl und einen Teil seiner Gefolgsleute hingegen folgte eine nur wenige Monate dauernde Nobelhaft. Sie gab eben Zeit, sich zu besinnen und die weitere Strategie und Taktik im Kampf gegen die Weimarer Republik festzulegen.

Im Februar 1934 hatte die Regierung Dollfuß eine offen terroristische Diktatur errichtet und im Mai 1934 eine Verfassung verabschiedet, die die vom italienischen Faschismus stammende Idee des Ständestaates auf Österreich übertrug. In dieser Zeit begannen die österreichischen Nazis gegen die Regierung aufzutreten, um eine Angliederung Österreichs an Deutschland zu erzwingen. Als die Regierung daraufhin die Nazipartei verbot, antworteten diese mit individuellem Terror, obwohl Dollfuß für die Beteiligung an Terrorakten die Todesstrafe eingeführt hatte.

Bewaffnete Organisationen, die SA und die SS, wurden nach Vorbild der deutschen Faschisten geschaffen. In München und anderen deutschen Städten wurden Abteilungen einer Österreichischen Legion aufgebaut, die bereit stand, auf den ersten Wink Hitlers hin die Grenze nach Österreich zu überschreiten.

Am 25. Juli 1934 besetzten die österreichischen Nazis die Wiener Rundfunkstation und den Amtssitz des Kanzlers, ermordeten Dollfuß und verkündeten die Bildung einer neuen Regierung unter ihrem Gefolgsmann von Rintelen. Innerhalb weniger Stunden wurde der Putsch niedergeschlagen, da Hilfe aus Deutschland ausblieb. Mussolini hatte sofort vier Divisionen zur österreichischen Grenze in Marsch gesetzt und erklärt, er werde einen Anschluss Österreichs an Deutschland nicht zulassen. Da die deutschen Faschisten noch nicht darauf vorbereitet waren, ihre Pläne auf kriegerischem Weg in die Tat umzusetzen, musste Nazideutschland vorerst zurückweichen.

Die Masse der SA- und SS-Leute suchte das Weite. Sie flohen nach Deutschland. Auch ein Gebiet in Kärnten hatte ein Zentrum des Putsches gebildet. Dann rückte das Bundesheer heran. Die Geschlagenen setzten sich ab. Bayern war zu weit, die Grenze ins Jugoslawische nahe. Dort ließen sie sich internieren. Sie hatten abzuwarten, bis sie ins Reich „heimgeholt“ wurden, auf andere Weise, als sie es sich vorgestellt hatten. Dort fanden sie sich in besondere SA-Formationen zusammengefasst und kaserniert. Sie waren aufgespart für einen anderen Tag.

Sie unternahmen ihren Vorstoß auch zur Unzeit. Schon waren von großdeutschen Politikern in Wien nämlich diskrete Fäden zur Dollfuß-Regierung geknüpft worden, die sich – so die Pläne – sukzessive in Zugseile verwandeln sollten. So konnte der „Anschluss“ etappenweise und unspektakulär eingeleitet werden. Diese Taktik versprach Erfolg, denn innerhalb der bourgeoisen Oberschichten des Landes gab es in zunehmender Zahl Kräfte, die bereit waren, die Selbständigkeit Österreichs aufzugeben. Sie gedachten auf den an Fahrt gewinnenden Zug aufzuspringen, der das „Dritte Reich“ zu seinen großmachtpolitischen Zielen bringen sollte. Da schienen sich verlockendere Aussichten zu bieten.

Das Gespinst dieser Fäden war von den Ungeduldigen zerrissen worden, denen das Augenmaß für die Begrenztheit ihrer Kräfte ebenso gefehlt hatte wie ein nüchternes Urteil über die internationale Konstellation.

Denn zum einen konnten die Kräfte der österreichischen Bourgeoisie und der katholischen Obrigkeit, die auf ein selbständiges Österreich orientiert waren, noch immer auf die Hilfe des italienischen Faschismus rechnen. Dessen Führung wollte eine Staatenbrücke über Wien bis Budapest zusammenzimmern und hoffte auf diese Weise, eine Basis für die expansive Balkanpolitik zu gewinnen. Zum anderen waren die Berliner Machthaber noch einigermaßen weit davon entfernt, säbelrasselnd Außenpolitik betreiben zu können. Und obendrein hatte das Regime soeben die blutige Aktion des 30. Juni 1934 hinter sich gebracht. Die Ermordung Ernst Röhms und weiterer SA-Führer, zweier Generäle, darunter eines ehemaligen Reichskanzlers – ein in der deutschen Geschichte beispielloser Vorgang – und mehrerer unliebsamer Personen ließ das internationale Renommee dieses „Dritten Reiches“ auf einen neuen Tiefpunkt sinken. Auch nur in Worten zugunsten der Putschisten zu intervenieren, lag jenseits des Interesses der Führer in Berlin und München.

Nun, 1938, war Hitler auch der Führer der „Ostmärker“ und die internationale Szene gewandelt. Italiens Österreich-Pläne gehörten der Vergangenheit an. Der Brenner bezeichnete die Grenze zweier frisch verbündeter Staaten. Und die Großmächte im Westen hatten den „Anschluss“ hingenommen. Da musste sich Heß in Klagenfurt Zurückhaltung nicht mehr auferlegen. Nicht nur, dass er die bis dahin verborgene Sympathie mit den Putschisten offen bekannte. Nun deklarierte er den 25. Juli 1934 zum Tag der „nationalen Erhebung“. Die von den damaligen austrofaschistischen Machthabern 13 Gehenkten erhielten die Gloriole von „Blutzeugen“ gewunden. Ob Sieg oder Niederlage, die ostmärkischen Hitlerfaschisten bekamen, wenn auch noch nicht in martialischer Architektur so doch in Worten, ihren Heidentempel.

So wurden sie auf eine Stufe mit den Altreichsdeutschen gehoben, den so glimpflich davongekommenen Putschisten von 1923. Heß tat in seiner Rede ein Übriges, um dem Putsch wie dem „Anschluss“ die höheren historischen Weihen zu verleihen. Er behauptete von der Geschichte Österreichs und der Rolle seiner Herrscher, alte tausend Jahre währenden Kämpfe hätten stets dem „Reiche aller Deutschen“ gegolten. Durch dynastische, soziale und religiöse Interessen sei dieses Ziel immer nur verkleidet worden.

Schließlich, obwohl die Parteien der Kommunisten und Sozialisten schon 1933 und 1934 von den austrofaschistischen Wiener Machthabern verboten worden waren, schrieb Heß Hitler das Verdienst zu, das Land vor dem Bolschewismus gerettet zu haben. Je dreister die Politik, je weitgesteckter ihre imperialistischen Ziele, umso unverfrorener deren Einnebelung mit Hilfe von Legenden und durch glatte Lügen.

Es mögen Zweifel darüber gewesen sein, ob die Mehrheit der Einwohner Wiens in den wenigen Monaten seit sie Reichsdeutsche geworden waren, bereits die richtige Einstellung zu den Ereignissen des Juli 1934 gefunden hatte. Jedenfalls verlief das Gedenken an den Putsch dort vergleichsweise schlicht. Zur gleichen Stunde wie vier Jahre zuvor traten vor der Bundesturnhalle in der Siebensterngasse die etwa 200 alten Kameraden jener SS-Standarte zu einem Gedenkmarsch an. Er führte sie wieder auf den Ballhausplatz. Dort, in seinen Amtsräumen, war Bundeskanzler Engelbert Dollfuß kurzerhand ermordet worden. Eine Gedenktafel wurde angebracht, die an die Mörder fortan rühmend erinnern sollte. Ein Rest von Scheu, sich zu der Bluttat offen zu bekennen, war noch geblieben. Als ein Münchener Historiker 1938 parteidiensteifrig „Das Buch von der deutschen Ostmark“ vorlegte, schrieb er vage: „Im Bundeskanzleramt hat Dr. Dollfuß sein Leben verloren.“

junge Welt, Sonnabend, 24.07.1999.

Der Bericht über ein unglaubliches Leben

Wie die beiden Forscher der State University Kalifornien auf den Mann trafen, dessen Geschichte sie erzählen, hielten sie nicht für erwähnungswert. Jedenfalls waren Samuel P. Oliver, 1930 in Polen geborener Jude, der während der Zeit der mörderischen Verfolgungen durch die deutsch-faschistischen Okkupanten bei einem Bauern untertauchen konnte, und die nach Kriegsende in Kanada geborene Kathleen M. Lee – er Professor, sie Dozentin für Soziologie – mit einem Projekt beschäftigt, dessen Ergebnis 1988 zu einem Buch unter dem Titel gedieh „The Altruistic Personality: Rescue of Jews in die Nazi Occupied Europe“ (New York 1988). Dafür hatten sie u.a. zwei Tage lang den Mann interviewt, der zurückgezogen an der Bucht von San Francisco lebte und dem an seiner Wiege im polnischen Bielsko, das die Deutschen Bielitz nannten, nicht gesungen worden war, dass sein Leben am Ostrand des Pazifik enden werde. Denn dort war Wilhelm Bachner kurz nach seiner Ehefrau 1991 gestorben, wenige Monate, bevor die Wissenschaftler ihn wieder besuchen wollten. Was sie von ihm nicht mehr erfahren konnten, zwang sie auf die Spur derer, die den Mann überlebt hatten, der ihnen nach Vater und Mutter gleichsam zum zweiten Mal das Leben geschenkt, weil verhindert hatte, dass sie in Gaskammern oder während eines Massakers endeten.

Die Geschichte dieser Rettung beginnt mit dem Entschluss Wilhelm Bachners, der 1940 in Warschau mit seiner Ehefrau und Anverwandten bereits im – noch nicht hermetisch abgeschlossenen – Ghetto leben muss, sich jenseits von dessen Grenzen im Büro eines deutschen Bauunternehmers vorzustellen und seine Dienste als Ingenieur anzubieten. Dazu hatte sich der junge Mann an der deutschen Technischen Hochschule in Brünn, dem tschechischen Brno, jüngst ausbilden lassen. Er, sich als Pole ausgebend, wird nicht nur angenommen, sondern alsbald mit selbständigen Aufträgen betraut, bei denen er sich Ansehen und Einfluss verschaffen kann. Anfangs kommt er Tag für Tag aus dem Ghettobezirk, dann verlässt er ihn dauernd, gelegentlich seine Familienangehörigen besuchend und sie regelmäßig mit Geld versorgend. Das ermöglicht ihnen eine Zeit lang, dem auszehrenden Hunger zu entgehen. Aufgaben führen Bachner dann außerhalb Warschaus. Er leitet eine Baustelle auf einem deutschen Militärflughaufen in Ostpolen. Nach dem Überfall auf die UdSSR wird er Leiter eines Bautrupps, der den Hauptbahnhof im Kiew voll funktionsfähig zu machen hat. Wie er dort lebt, Polen und Ukrainer dirigiert, nach und nach seine Verwandten und wiederum deren Verwandte aus dem Ghetto in Warschau und aus anderen Städten Polen herausholt und in die Metropole am Dnjepr schleust, wie er sie auf die zunehmende Zahl der Arbeitsstellen verteilt und durchbringt, wie er einen seiner Onkel aus einer Arbeitskolonne in Ostpolen in abenteuerlicher Aktion entführt, wie sich, als die deutschen Eroberer westwärts fliehen müssen, sein Betriebsteil in einen Ausbesserungszug der deutschen Reichsbahn verwandelt, dessen Angehörige im Frühjahr 1945 in Westsachen und der Niederlausitz befreit werden – das gehört unter den Tausenden unwahrscheinlichen Lebensgeschichten aus den Jahren des Zweiten Weltkriegs zu den unglaublichsten.

Dass sie nicht tragisch endete, Bachner etwa 50 Juden retten konnte, darunter seinen Vater, nicht aber seine Mutter und seinen jüngsten Bruder, hatte Voraussetzungen. Viele lagen in der Person des außergewöhnlichen Mannes, der von Statur nichts von einem Recken an sich hatte. Manche beruhten auf Zufällen. Bachner sprach perfekt Deutsch, verstand sich, wiewohl er wenig Berufserfahrung besaß, auf sein Fach, ließ sich nach seinem Erscheinungsbild nicht sogleich als Jude verdächtigen, verstand ebenso Vertrauen zu erwecken wie – wenn nötig – durch Dreistigkeit auch SS-Offizieren Respekt einzuflößen oder sie einfach zu düpieren. Ausschlaggebend aber wurde seine Entschlossenheit, sich nicht schicksalsergeben in die Zukunft zu schicken, die ihm die deutschen Judenfeinde zugedacht hatten.

Seine Geschichte, von so vielen Toten sie berichten muss, bietet eine Ermutigung. Sie lautet, dass es sich noch in aussichtslos erscheinenden Lagen lohnt, den Versuch des Widerstands zu wagen und sich als Mensch unter „Unmenschen“ zu behaupten. Eben das hat Oliver/Lee veranlasst, Bachner ein Denkmal zu setzen. Und zudem wünschten sie den Mythos vom „passiven Juden“ zu widerlegen. Für dessen Entstehung nennen sie Gründe: „Schuldgefühle der Alliierten wegen ihres Nichteingreifens; der Wunsch des jungen Staates Israel den heroischen israelischen Juden von seinem europäischen Vorgänger abzusetzen; sowie tief verwurzelte Klischees vom feigen und stillschweigend duldenden

Juden.“ Darüber ist ebenso nachzudenken wie über die unbestreitbare Tatsache, dass Millionen – schuldhaft oder schuldlos – Juden und Nichtjuden in Verhältnisse gerieten, in denen alle Gelegenheiten verpasst waren, da sie sich noch hätten wehren können.

Für die Darstellung der „Wilhelm Bachner Story“, die im Amerikanischen unter dem Hauptteil „Who shall live“ erschien, haben die beiden Autoren eine Erzählform gewählt, die dem Roman nahekommt. Sie erscheint passagenweise mit einem Zuviel an Weltkriegsgeschichte befrachtet. Nicht durchweg sind die eingeflochtenen Informationen verlässlich. So, wenn von den Folgen alliierter Luftangriffe gesagt wird, die Deutschen seien in Panik geraten. Vielmehr machten sie dumpf und stumpf und diszipliniert weiter. Befehlsgewohnt und befehlsgehorsam. Vielleicht wird nicht nur der Historiker bedauern, dass von den Tonbändern, die von den Gesprächen mit Bachner existieren, auch kein Ausschnitt in Transkription angeboten wird. Denn wer kommt schon nach Arcata, Kalifornien, wo sie und Tondokumente derer verwahrt werden, die Bachner retten und die noch berichten konnten. Denn die meisten von ihnen waren inzwischen in den USA, Israel, Brasilien, Mexiko, Norwegen, der Bundesrepublik verstorben.

Ganz außerhalb des Interesses der beiden Forscher blieb die Person des deutschen Kapitalisten, bei dem sich der jüdische Ingenieur verdingen und eine Stellung gewinnen konnte, die ihm auch den Zugriff zu Dokumenten erlaubte, mit denen Juden der Kontrollen ihrer Verfolger entgehen konnten. Johannes Kellner blieb nach dem Kriege am Hauptsitz seiner Firma in München. Bachner habe ihn mit Lebensmitteln und Geld versorgt. Das könnte auf ein sehr abweichendes Dasein eines immerhin „erfolgreichen“ Unternehmers in Westdeutschland hindeuten. So tief vielen diejenigen nicht, die sich seit 1939 im Osten – zuerst in Polen, dann in der UdSSR – für Wehrmacht und Reichsbahn nützlich und dabei ihren „Schnitt“ machten. Nicht zu vergessen: Der deutsche Verlag bietet das Buch mit einer zusätzlichen Kennzeichnung an und nennt Bachner reklameträchtig, aber geschmackloserweise einen „jüdischen Oskar Schindler“.

Samuel P. Oliver/Kathleen M. Lee, Bleicher Verlag Gerlingen 1999, 301 S.

junge Welt, Freitag, 21.08.1999.

Kommando: „Herz verschließen“

Noch zehn Tage bis zum ersten Schuss – vor 60 Jahren begann der Zweiten Weltkrieg (Teil 1)

Eine überraschende Mitteilung konnten die höchsten Wehrmachtsgenerale, die der Oberbefehlshaber am 22. August 1939 zu sich befahl, nicht erwarten. Seit April waren sie nach einer Weisung des Oberkommandos damit beschäftigt, den Überfall auf Polen vorzubereiten. Der Angriffstermin war festgesetzt, die Truppen und deren Aufmarschräume bestimmt. Es brauchte nur noch der letzte unwiderrufliche Befehl erteilt zu werden und die stärkste Streitmacht, über die deutsche Militärs je verfügt hatten, würde ihren todbringenden Marsch beginnen. Was also war noch zu regeln, da sich in den zurückliegenden Monaten unter den Militärführern doch nirgendwo auch nur der leiseste Einwand gegen das Verbrechen des Friedensbruchs geregt hatte?

Hitler, seit Februar 1938 auch de facto oberster Befehlshaber der Wehrmacht hatte mehrere Gründe, vor diesem handverlesenen Kreis noch einmal das Wort zu nehmen. Obzwar von den beiden Ansprachen, die er Militärs an diesem und dem folgenden Tage während ihrer hochgeheimen Zusammenkünfte hielt, keine stenographischen Protokolle vorliegen, lässt sich die Absicht des Diktators doch aus anderer Überlieferung entschlüsseln. Das ermöglichen vor allem zwei Niederschriften, die von den Aktenfahndern der Siegermächte bald nach Kriegsende im Beutegut gefunden wurden und bereits während des Hauptkriegsverbrecher Prozesses Anklägern und Richtern vorlagen. Die eine stammt von dem Wehrmachtsadjutanten beim Führer, Schmundt, der Jahre später zu den Leuten in Hitlers Umgebung gehörte, die beim Attentat des Grafen Stauffenbergs ums Leben kamen. Die andere hatte ein Admiral der Marine angefertigt. An der Echtheit und Verlässlichkeit der Texte haben auch die in Nürnberg Angeklagten, die damals Hitler hörten, Zweifel nicht geäußert.

Zum einen wollte der „Führer“ die Militärs wenige Tage vor Kriegsbeginn in Persona noch einmal dazu antreiben, den bevorstehenden Feldzug in größter Eile hinter sich zu bringen. Die war nicht nur geboten, damit man mit dem Kriegsgerät nicht auf die von Herbstnässe aufgeweichten Wege und Felder geriet. Wichtiger noch war die Gewährleistung des Plans, die Masse des im Osten eingesetzten Heeres, wenn nötig rasch westwärts „schwenken“ zulassen. Denn es galt als eine durchaus offene Frage, ob Großbritannien und Frankreich den Überfall auf Polen ebenso tatenlos hinnehmen würden, wie sie eben noch – am 15. März 1939 – die Liquidierung der Resttschechoslowakei akzeptiert hatten. Zudem sollte vom ersten Kriegstag an der „deutsche Soldat“ zu äußerstem und das eigene Leben missachtenden Kräfteeinsatz vorangetrieben werden. Denn die Vernichtung des so viel schwächeren Gegners im Osten wurde als Auftakt von Schlachten gedacht, die schwerer zu gewinnen sein würden als die unmittelbar bevorstehenden. Und schließlich: Der Polenfeldzug war auch schon auf seine einschüchternde Wirkung auf jeden künftigen Kriegsgegner berechnet.

In Hitlers Worten hörte sich das so an: „Schnelligkeit der Entscheidung notwendig. Festen Glauben an den deutschen Soldaten. Krisen sind nur auf das Versagen der Nerven der Führer zurückzuführen ... Unsere technische Überlegenheit wird die Nerven der Polen zerbrechen. Jede sich neu bildende lebendige polnische Kraft ist sofort wieder zu vernichten. Fortgesetzte Zermürbung. ... Schnelligkeit ist die Hauptsache. Verfolgung bis zur völligen Vernichtung.“ Und dann sind da die sechs Stichworte überliefert, mit denen der oberste Kriegsherr dieser Ansammlung von Militaristen, die sich Jahre später aus ihrer Rolle als Kriegsverbrecher herausschwindeln wird, noch vor dem Beginn des ersten Gefechts, noch vor der Begegnung mit dem ersten Partisanen erklärte, dass sie auf das geschriebene Kriegsrecht Rücksicht nicht zu nehmen brauchten: „Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen.“ Und an anderer Stelle: „Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg.“

Vorerst ging es um den Beginn und dafür musste für die eigene Bevölkerung und ebenso für das Ausland eine Rechtfertigung her. Die hat seitdem Schule gemacht. Die NS-Propaganda war schon seit Wochen dabei, zu erklären, die Mittel politisch-diplomatischer Verständigung mit der Regierung In Warschau würden sich erschöpfen. Die begründeten und bescheidenen deutschen Forderungen aber müssten durchgesetzt werden. Den Generalen hingegen kam Hitler nicht mit Danzig, das „Heim

ins Reich“ wolle, und mit den angeblich von Ausrottung bedrohten „Volksdeutschen“. Ihnen sagte er unumwunden: „Ich werde propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht.“ Diese Passage verrät vor allem den Grad an Übereinstimmung, dessen Hitler in seinem Verhältnis zu den Militärs bereits vor dem Kriege sicher sein konnte. Er trug keine Bedenken, diesem Kreis zu einzubekennen, dass die Millionen „Volksgenossen“ tagaus und tagein über die wahren Hintergründe der politischen Krise belogen wurden. Und die hielten das offenbar für den Normalfall, wussten sie doch aus den Vor-Weltkrieg-I-Zeiten um das Problem, die Massen – damals die sozialdemokratischen – in der richtigen Stimmung in den Krieg zu bekommen.

Der Oberste Befehlshaber hielt sich bei jenem Treffen auch an den Grundsatz, der vielen politischen Gewalttätern vor und nach ihm galt: Nichts hält Komplizenschaft so beieinander wie das Interesse, die Geheimhaltung ihrer gemeinsam geplanten und dann begangenen Untaten zu sichern. Nur er – der Sieg – verspricht, das Verbrechertum als Heldentum sich darzustellen vermag. Also setzte Hitler an jenem Augusttag diesen zum Kriege Verschworenen noch einmal auseinander, dass es hier nicht um Entscheidungs- und Lebensrechte von Deutschen jenseits der Staatsgrenzen ging, sondern um die Eroberung von Kolonien. Es werde in Osteuropa eine „neue deutsche Grenzführung“ geben, eventuell ein weiteres Protektorat – also ein zweites Gebiet mit nichtdeutscher Bevölkerung, die zwangsweise dem Reich einverleibt werden würde. Das sei zum „Vorgelände“ bestimmt. Kein Zweifel konnte unter den Teilnehmern dieser Zusammenkunft auch darüber aufkommen, dass der Krieg gegen Polen, den sie wie Hitler sich als einen durch kein Eingreifen anderer Mächte gestörten Feldzug wünschten, den Auftakt für eine Kette von Kriegen bilden sollte, und sie sich alsbald gegen Frankreich und Großbritannien zu wenden hatten. Hitler hatte von den „glücklichen“ und das hieß doch siegverheißenden Umständen der internationalen Konstellation gesprochen, die derzeit für das „Antreten“ und „Losschlagen“ existieren, in zwei oder drei Jahren aber nicht mehr bestehen würden. Wer das Einmaleins beherrschte, kam unschwer auf das Jahr 1940 als spätesten Termin für den Angriff im Westen.

Es gibt viele Gründe, die diese Rede Hitlers denkwürdig macht. Zwei seien genannt. Sie verweist auf Tatsachen, die dem Kriege vorausgingen, und die keine „Wehrmachtsausstellung“ ins Bild zu setzen vermag. Und sie wirft die Frage auf, welche Reden jenen Generalen gehalten wurden, die in diesem Jahre 1999 den jüngsten europäischen Krieg befehligten. Unsere vorläufige Wissenslücke mag indessen nicht groß sein. Mit Sicherheit nicht in dem Punkte, der die Missachtung von Menschen-, Völker- und Kriegsrecht angeht, 1939 wie 1999.

junge Welt, Sonnabend/Sonntag, 21./22.08.1999.

Ermutigung

Der Bericht über ein unglaubliches Leben

Wie die beiden Forscher der State University Kalifornien auf den Mann trafen, dessen Geschichte sie erzählen, hielten sie nicht für erwähnungswert. Jedenfalls waren Samuel P. Oliver, 1930 in Polen geborener Jude, der während der Zeit der mörderischen Verfolgungen durch die deutsch-faschistischen Okkupanten bei einem Bauern untertauchen konnte, und die nach Kriegsende in Kanada geborene Kathleen M. Lee – er Professor, sie Dozentin für Soziologie – mit einem Projekt beschäftigt, dessen Ergebnis 1988 zu einem Buch unter dem Titel gedieh „The Altruistic Personality: Rescue of Jews in die Nazi Occupied Europe“ (New York 1988). Dafür hatten sie u.a. zwei Tage lang den Mann interviewt, der zurückgezogen an der Bucht von San Francisco lebte und dem an seiner Wiege im polnischen Bielsko, das die Deutschen Bielitz nannten, nicht gesungen worden war, dass sein Leben am Ostrand des Pazifik enden werde. Denn dort war Wilhelm Bachner kurz nach seiner Ehefrau 1991 gestorben, wenige Monate, bevor die Wissenschaftler ihn wieder besuchen wollten. Was sie von ihm nicht mehr erfahren konnten, zwang sie auf die Spur derer, die den Mann überlebt hatten, der ihnen nach Vater und Mutter gleichsam zum zweiten Mal das Leben geschenkt, weil verhindert hatte, dass sie in Gaskammern oder während eines Massakers endeten.

Die Geschichte dieser Rettung beginnt mit dem Entschluss Wilhelm Bachners, der 1940 in Warschau mit seiner Ehefrau und Anverwandten bereits im – noch nicht hermetisch abgeschlossenen – Ghetto leben muss, sich jenseits von dessen Grenzen im Büro eines deutschen Bauunternehmers vorzustellen und seine Dienste als Ingenieur anzubieten. Dazu hatte sich der junge Mann an der deutschen Technischen Hochschule in Brünn, dem tschechischen Brno, jüngst ausbilden lassen. Er, sich als Pole ausgebend, wird nicht nur angenommen, sondern alsbald mit selbständigen Aufträgen betraut, bei denen er sich Ansehen und Einfluss verschaffen kann. Anfangs kommt er Tag für Tag aus dem Ghettobezirk, dann verlässt er ihn dauernd, gelegentlich seine Familienangehörigen besuchend und sie regelmäßig mit Geld versorgend. Das ermöglicht ihnen eine Zeit lang, dem auszehrenden Hunger zu entgehen. Aufgaben führen Bachner dann außerhalb Warschaus. Er leitet eine Baustelle auf einem deutschen Militärflughaufen in Ostpolen. Nach dem Überfall auf die UdSSR wird er Leiter eines Bautrupps, der den Hauptbahnhof im Kiew voll funktionsfähig zu machen hat. Wie er dort lebt, Polen und Ukrainer dirigiert, nach und nach seine Verwandten und wiederum deren Verwandte aus dem Ghetto in Warschau und aus anderen Städten Polen herausholt und in die Metropole am Dnjepr schleust, wie er sie auf die zunehmende Zahl der Arbeitsstellen verteilt und durchbringt, wie er einen seiner Onkel aus einer Arbeitskolonne in Ostpolen in abenteuerlicher Aktion entführt, wie sich, als die deutschen Eroberer westwärts fliehen müssen, sein Betriebsteil in einen Ausbesserungszug der deutschen Reichsbahn verwandelt, dessen Angehörige im Frühjahr 1945 in Westsachen und der Niederlausitz befreit werden – das gehört unter den Tausenden unwahrscheinlichen Lebensgeschichten aus den Jahren des Zweiten Weltkriegs zu den unglaublichsten.

Dass sie nicht tragisch endete, Bachner etwa 50 Juden retten konnte, darunter seinen Vater, nicht aber seine Mutter und seinen jüngsten Bruder, hatte Voraussetzungen. Viele lagen in der Person des außergewöhnlichen Mannes, der von Statur nichts von einem Recken an sich hatte. Manche beruhten auf Zufällen. Bachner sprach perfekt Deutsch, verstand sich, wiewohl er wenig Berufserfahrung besaß, auf sein Fach, ließ sich nach seinem Erscheinungsbild nicht sogleich als Jude verdächtigen, verstand ebenso Vertrauen zu erwecken wie – wenn nötig – durch Dreistigkeit auch SS-Offizieren Respekt einzuflößen oder sie einfach zu düpieren. Ausschlaggebend aber wurde seine Entschlossenheit, sich nicht schicksalsergeben in die Zukunft zu schicken, die ihm die deutschen Judenfeinde zugedacht hatten.

Seine Geschichte, von so vielen Toten sie berichten muss, bietet eine Ermutigung. Sie lautet, dass es sich noch in aussichtslos erscheinenden Lagen lohnt, den Versuch des Widerstands zu wagen und sich als Mensch unter „Unmenschen“ zu behaupten. Eben das hat Oliver/Lee veranlasst, Bachner ein Denkmal zu setzen. Und zudem wünschten sie den Mythos vom „passiven Juden“ zu widerlegen. Für dessen Entstehung nennen sie Gründe: „Schuldgefühle der Alliierten wegen ihres Nichteingreifens;

der Wunsch des jungen Staates Israel den heroischen israelischen Juden von seinem europäischen Vorgänger abzusetzen; sowie tief verwurzelte Klischees vom feigen und stillschweigend duldenden Juden.“ Darüber ist ebenso nachzudenken wie über die unbestreitbare Tatsache, dass Millionen – schuldhaft oder schuldlos – Juden und Nichtjuden in Verhältnisse gerieten, in denen alle Gelegenheiten verpasst waren, da sie sich noch hätten wehren können.

Für die Darstellung der „Wilhelm Bachner Story“, die im Amerikanischen unter dem Hauptteil „Who shall live“ erschien, haben die beiden Autoren eine Erzählform gewählt, die dem Roman nahekommt. Sie erscheint passagenweise mit einem Zuviel an Weltkriegsgeschichte befrachtet. Nicht durchweg sind die eingeflochtenen Informationen verlässlich. So, wenn von den Folgen alliierter Luftangriffe gesagt wird, die Deutschen seien in Panik geraten. Vielmehr machten sie dumpf und stumpf und diszipliniert weiter. Befehlsgewohnt und befehlsgehorsam. Vielleicht wird nicht nur der Historiker bedauern, dass von den Tonbändern, die von den Gesprächen mit Bachner existieren, auch kein Ausschnitt in Transkription angeboten wird. Denn wer kommt schon nach Arcata, Kalifornien, wo sie und Tondokumente derer verwahrt werden, die Bachner retten und die noch berichten konnten. Denn die meisten von ihnen waren inzwischen in den USA, Israel, Brasilien, Mexiko, Norwegen, der Bundesrepublik verstorben.

Ganz außerhalb des Interesses der beiden Forscher blieb die Person des deutschen Kapitalisten, bei dem sich der jüdische Ingenieur verdingen und eine Stellung gewinnen konnte, die ihm auch den Zugriff zu Dokumenten erlaubte, mit denen Juden der Kontrollen ihrer Verfolger entgehen konnten. Johannes Kellner blieb nach dem Kriege am Hauptsitz seiner Firma in München. Bachner habe ihn mit Lebensmitteln und Geld versorgt. Das könnte auf ein sehr abweichendes Dasein eines immerhin „erfolgreichen“ Unternehmers in Westdeutschland hindeuten. So tief vielen diejenigen nicht, die sich seit 1939 im Osten – zuerst in Polen, dann in der UdSSR – für Wehrmacht und Reichsbahn nützlich und dabei ihren „Schnitt“ machten. Nicht zu vergessen: Der deutsche Verlag bietet das Buch mit einer zusätzlichen Kennzeichnung an und nennt Bachner reklameträchtig, aber geschmackloserweise einen „jüdischen Oskar Schindler“.

Samuel P. Oliver/Kathleen M Lee, Bleicher Verlag Gerlingen 1999, 301 S.

junge Welt, Sonnabend/Sonntag, 21./22.08.1999.

Teufelspakt?

Noch neun Tage bis zum ersten Schuss – vor 60 Jahren begann der Zweite Weltkrieg (Teil 2)

Wer immer sich auch nur ein wenig mit der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs befasst hat, kann die Personen des nebenstehenden Fotos ebenso identifizieren wie Datum und Ort benennen, an dem es entstand. Es zeigt den Außenminister und Regierungschef der UdSSR Wjatscheslaw Molotow, das soeben vereinbarte diplomatische Papier unterzeichnend. Und hinter ihm, stehend, dessen deutscher Partner Joachim von Ribbentrop, Seite an Seite mit einem entspannt und zufrieden dreinblickenden Josef Stalin, dem Herrn nicht nur im Kreml. Dort waren soeben Verträge ausgehandelt worden, mit denen die diplomatische Situation in Europa am Vorabend des Krieges noch einmal eine dramatische, aber von hellsichtigen Beobachtern nicht unerwartete Wende nahm.

Die Masse der Europäer aber wurde von der sogleich verbreiteten Nachricht völlig überrascht, dass die von den deutschen Machthabern seit Jahren verteufelten „Bolschewisten“ sich mit den nachweisbar wiederholt wortbrüchigen Politikern an der Spitze des Deutschen Reiches auf einen Pakt eingelassen hatten, den diese doch, bot sich ihnen dazu nur Gelegenheit, zerreißen würden wie einen Fetzen wertlosen Papiers. Was am 22. Juni 1941 geschah – mit der faulen Ausrede, die deutsche Wehrmacht hätte einem Angriff der nun wieder verteufelten „judäobolschewistischen“ Politiker in Moskau zuvorkommen müssen.

Es verging nach jenem 23. August 1939 kein vollständiger Monat, und es wurde offensichtlich, dass die beiden Vertragspartner sich nicht nur auf das Dokument verständigt hatten, das von ihnen öffentlich präsentiert worden war. Während die deutschen Truppen Polen überrannten und dessen Eroberung nur eine Frage von Tagen war, rückten sowjetische Divisionen ein, ohne dass es noch zu einer zweiten polnischen Front hätte kommen können.

Niemand konnte ernsthaft glauben, dass Stalin Hitler mit einem militärischen Coup gleichsam dessen Konzept partiell verdorben hatte. Vielmehr war offensichtlich, dass die Rote Armee den „Preis“ in Besitz nahm, den der Diktator in Moskau für jenen Pakt eingehandelt hatte, an dessen Zustandekommen die auf den Krieg gegen Polen fixierte deutsche Seite erheblich mehr und drängend interessiert gewesen war als die sowjetische. Denn der Zweck dieses Schrittes, dessen sich der „Führer“ vor seinen Generalen rühmte, bevor die Tinte unter den Vertragstexten noch trocken war, lag zutage. Mit ihm sollten die Regierungen in London und Paris jenen Schock erhalten, der sie von allen Verpflichtungen zurücktreten ließ, die sie zur Unterstützung Polens für den Fall eines deutschen Angriffs übernommen hatten. Mittelfristig war die diplomatische Aktion darauf berechnet, ein unwahrscheinliches, aber im Verlauf des Krieges nicht auszuschließendes politisch-militärisches Bündnis der Westmächte mit der UdSSR zu blockieren.

Was aber hatte die sowjetische Seite bestimmt, sich für einen Vertrag mit den Faschistenführern zu entscheiden? Zum einen das Scheitern ihrer ab 1934/35 unternommenen Versuche, zu einem politischen und militärischen Verbund mit den europäischen Staaten zu gelangen, die wie sie an einem Krieg in Europa desinteressiert waren. München 1938 hatte das definitive Ende dieser Bestrebungen bezeichnet, die nichtsdestoweniger im zeitigen Frühjahr 1939 noch einmal aufgenommen worden waren. Jedoch mit ungleich weniger Erfolgschancen, als ihnen in der Mitte der dreißiger Jahre eingeräumt werden konnten. Zum anderen die unschwer vorauszusehende Situation, binnen kurzem dieses eroberungslüsterne deutsche Regime mit seiner hochgerüsteten Wehrmacht zum unbequemsten und gefährlichsten Nachbarn im Westen zu bekommen. Dieser Vertragsabschluss bekräftigte zumindest, dass die UdSSR aus der Sicht der deutschen Welteroberer zunächst nicht einen Zeitgewinn verbuchen konnte. Unter Umständen konnte sie hoffen, ganz aus dem Krieg herauszubleiben, dessen Beginn sicher war.

Dieses Kalkül haben Politiker schon 1939 und später auch Historiker, die keine Sympathien für das sowjetische System besaßen, erkannt und daran nichts zu kritisieren gefunden. Von ihnen war die These, es habe Moskau Berlin „grünes Licht“ für den Kriegsbeginn gegeben und derart die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zwischen „den beiden Diktatoren“ zu teilen, begründet

zurückgewiesen worden. Die Clique um Hitler und namentlich er selbst waren fest entschlossen, Polen zu zerschlagen und einen Krieg auch mit den Westmächten zu riskieren – mit oder ohne diesen vorgeblichen „Teufelspakt“. Anders fielen die Urteile über dieses geheim gehaltene „Zusatzprotokoll“ aus, mit dem vereinbart wurde, dass die UdSSR der zweite Nutznießer der Zerschlagung des polnischen Staates sein würde.

Wie wenig dieser Pakt mit den verkündeten Grundsätzen sowjetischer Außenpolitik vereinbar war, wurde durch nichts stärker bewiesen als durch die Tatsache, dass seine Existenz über Jahrzehnte von den wechselnden Mächtigen im Kreml geleugnet und folglich von den Historikern des eigenen Landes wie von denen der „Bruderländer“ meist diskret übergangen wurde. Erst der 11. Kongress der Volksdeputierten der UdSSR verurteilte am 24. Dezember 1989, nachdem er den Bericht einer Kommission „über die politische und rechtliche Bewertung“ des Vertrages von 1939 angehört hatte, in einem in manchen Passagen halbherzigen Beschluss das „Geheime Zusatzprotokoll“ und die anschließenden geheimen Abmachungen und erklärte sie „für null und nichtig vom Augenblick ihrer Unterzeichnung an“.

Nahezu ein halbes Jahrhundert lang aber brachte die staatsoffizielle Ableugnung des Nichtzuleugnenden vor allem Geschichtsschreiber – uns in der DDR eingeschlossen – in eine zwielichtige Situation und dazu, auf internationalen Kongressen mit einer „Exportversion“ der Vorgeschichte des Krieges zu operieren. Denn es konnte sich nur lächerlich machen, wer die Existenz dieses Dokuments bestritt. Sein Wortlaut war bald nach Kriegsende bekanntgeworden. Im Beutegut, das den Westmächten aus den Beständen des Auswärtigen Amtes in die Hände fiel, hatte sich auch dieser Text befunden.

Den ersten Versuch, das „Zusatzprotokoll“ für politische Zwecke einzusetzen, unternahm, noch bevor es im Kalten Krieg wieder und wieder die Notwendigkeit beweisen sollte, sich gegen den „sowjetrussischen Imperialismus“ aufs schwerste zu bewaffnen, einer der Verteidiger der 1945/1946 in Nürnberg angeklagten Hauptkriegsverbrecher. Nach dessen Aussage hatte ihm ein Journalist das Papier zugespielt. Nun sollte es dazu dienen, Ankläger und Richter der UdSSR als „befangen“ hinzustellen, den Prozess am besten überhaupt aufzusprengen oder wenigstens die Autorität des Gerichts herabzusetzen und seine zu erwartenden Urteile zu desavouieren. Das misslang. Weder die Westmächte noch die UdSSR besaßen ein Interesse daran, die diplomatische Vorgeschichte des Krieges mit den Verträgen von München und Moskau zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Dieses Verhalten ließ sich wohl begründen. Denn wie immer sich die nichtfaschistischen Staaten damals auch verhielten, welche der Alternativen sie für die Herstellung oder Verweigerung von Bündnissen genutzt oder ausgelassen hatten, die Schuld am Friedensbruch und an den im Verlauf des Krieges begangenen Verbrechen war dadurch nicht gegeben. Die deutschen Imperialisten hatten diesen Krieg gewollt, ihre Kontrahenten und Rivalen hingegen fanden – aus sehr unterschiedlichen Gründen keine Mittel, diese Absicht zunichte zu machen. Und so gingen die Juristen der vier Mächte über den Vorstoß des Verteidigers von Hans Frank und Rudolf Heß hinweg und zur Tagesordnung des Prozesses über. Und es wäre diese Episode hier nicht zu erwähnen gewesen, hätte es der Provokateur in der Anwaltsrobe nicht später bis zum Minister des Freistaats Bayern gebracht.

Was in den Jahrzehnten nach dem Kriege von den Totalverteidigern des deutsch-sowjetischen Vertragswerks vom 23. August 1939 zu dessen Rechtfertigung vorgebracht wurde, blieb oberfaul. Das galt auch für das Hauptargument, es sei mit ihm das Unrecht des sowjetisch-polnischen Friedensvertrags von 1920 und einer ungerechten Grenzziehung korrigiert worden. Damit wurde von jedem konkreten historischen Kontext, der Abgrenzung von „Interessenssphä-ren“ auf Kosten Dritter, abstrahiert. Mit diesem Pakt hatte die sowjetische Außenpolitik grundlos ein Renommee eingebüßt, das sie sich namentlich unter dem 1939 von seinem Posten abgelösten Außenminister Maxim Litwinow erworben hatte. Nun hatte sie Völkerrecht flagrant verletzt. Sie verursachte eine Krise in der Kommunistischen Internationale. Sie stieß Sympathisanten der UdSSR massenhaft ab. Sie lieferte den Antikommunisten in aller Welt unabweisbare Argumente. Sie setzte sich als Besatzungsmacht und Okkupant zudem über Menschenrechte brüsk hinweg. Sie hatte einige Millionen Einwohner jenseits von Bug und San – Polen, Weißrussen, Ukrainer, Juden – vor dem Zugriff der Faschisten zeitweilig bewahrt. Doch gehörte das nicht einmal zu den Antrieben ihres Schrittes. Denn sie praktizierte im

eroberten Terrain eben jene terroristischen Methoden, die sie bis dahin schon im eigenen Staatsgebiet angewendet hatte, um wirkliche oder meist – nur vermeintliche Gegner mörderisch zu bekämpfen. Sie hatte nicht einmal einen militärischen Vorteil gewonnen, denn sie erwies sich außerstande, in den bis zum Überfall vergehenden knapp 22 Monaten das eroberte Gebiet in ein Glacis gegen den deutschen Angriff zu verwandeln.

Die Rechnung der deutschen Seite wies rote und schwarze Zahlen auf. Die Erwartung, Großbritannien und Frankreich würden von ihren Beistandspflichten zurücktreten und Polen preisgeben wie vordem die Tschechoslowakei, erwies sich als trügerisch ...

junge Welt, Montag, 23.08.1999.

Der verschobene Y-Tag

Noch sieben Tage bis zum ersten Schuss: Vor 60 Jahren begann der Zweite Weltkrieg (Teil 3)

Als Hitler sich vor dem Beginn des Überfalls auf Polen mit den höchstgestellten Befehlshabern der Wehrmacht traf, hatte er ihnen gesagt, sie müssten zu diesem Krieg auch vorbehaltlos für den Fall stehen, dass dieser sich sogleich zur militärischen Auseinandersetzung mit den Westmächten ausweite. Seitdem waren die Generale und Admirale darüber ins Bild gesetzt, dass die ursprüngliche Einschränkung, in Polen nur einfallen zu wollen, wenn insbesondere Frankreich – durch innere oder äußere Faktoren bedingt – außerstande wäre, seinerseits einzugreifen, inzwischen aufgegeben worden war. Der Grad der Risikobereitschaft des Obersten Befehlshabers und seiner Berater war erkennbar erhöht.

1937 hatte er im engsten Kreis der Militärführer die Jahre zwischen 1942 und 1945 als diejenigen angegeben, an denen der Krieg um die eigene Vorherrschaft spätestens begonnen werden müsse. Nun war er entschlossen, diese Absicht vorfristig zu verwirklichen und noch vor dem Herbsteinbruch 1939 den Zweiten Weltkrieg zu eröffnen. Sie wäre folgenlos geblieben, hätte eine Gruppe von kommandierenden Generälen dagegen auch nur mit militärischen Argumenten Einspruch erhoben. Doch hatten sie während der letzten Jahre nichts anderes getan als ihre unter kaiserlichem Oberbefehl stehenden Vorgänger ein Vierteljahrhundert zuvor. Der „Kriegsherr“ hatte seitdem gewechselt, die Gesinnungen waren geblieben. Auch und gerade in dieser von wenigen nachdenklichen Personen befreiten Kaste galt: Führer befiehl, wir folgen!

So erhob sich im August 1939 anders als während der Besprechung am 5. November 1937 keine Stimme mehr, die dem denkbaren Schritt über die Schwelle des zweiten Weltkriegs widersprochen haben würde. Und das, wiewohl mehrere Armeeführer der Ansicht waren und das wenig später gegenüber dem Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, auch ausdrückten, dass Frankreich mit seinem Verbündeten und Hilfskräften diesmal so wenig total zu besiegen wäre wie 1914. Am 23. August 1939 notierte der oberste Generalstäbler des Heeres, Franz Halder, also: „Y-Tag = 26.8. (Sonnabend) endgültig.“ Doch sollte es dabei nicht bleiben. Vorerst, jedoch für kaum mehr als 24 Stunden, nährte sich die Hoffnung auf einen isolierten und kurzen Krieg mit Polen an der Nachricht vom unterzeichneten deutsch-sowjetischen Vertrag.

Zunächst erhielt der britische Botschafter in Berlin, Neville Henderson, aus London den Auftrag, sich unverzüglich bei Hitler zu einem Besuch anzumelden, um ihm als Antwort auf die Meldung über den in Moskau geschlossenen Vertrag zu eröffnen, dass sich an der Haltung der britischen Regierung für den Fall eines Angriffs auf Polen nichts geändert habe. Mehr noch: Am 25. August bekräftigte das Kabinett Chamberlain die Ende März Polen einseitig gegebene Garantie-Versicherung durch einen militärischen Beistandspakt, der mit dem osteuropäischen Staat geschlossen wurde. Hitler konnte diesen Schritt nicht leicht als leere Drohung abtun und ebenso wenig im Zweifel sein, dass eine Kriegserklärung Londons zugleich auch eine weitere – Frankreichs Kriegserklärung –, zur Folge haben würde. Doch war er nicht ganz ohne Hoffnung, dass es im Inselreich wie jenseits des Rheins Politiker gab, die weiterhin der militärischen Konfrontation mit dem hochgerüsteten Deutschland auszuweichen suchten. So ließen sich die von da zu hörende (am Kern der Alternativen vorbeigehende) Frage „Für Danzig sterben?“ ebenso deuten wie wiederholte Erklärungen, man werde sich mit einer Veränderung der Besitzstände Deutschlands und Polens, also einer letztlich doch erpressten Preisgabe von polnischen Gebieten durch die Warschauer Regierung, abfinden, nur müsse sie als Resultat von „gleichberechtigten“ Verhandlungen der beiden Staaten erfolgen und nicht auf dem Kriegsweg.

So unternahm Hitler, der an eine „Wiederholung von München“ nicht glaubte, einen Versuch, die Londoner Regierung mit einer freilich ganz unverlockenden Offerte wenigstens hinzuhalten. Sein „Angebot“ lief darauf hinaus, Deutschland solle in Osteuropa weiter freie Hand gelassen, Polen also geopfert und Großbritannien dafür mit einer „Verständigung“ über die Abgrenzung der „Interessensphären“ belohnt werden, die ihm den Bestand seines Empire sichere. Decouvriert hieß das aber: Die britischen Politiker sollten darauf hoffen, dass die Wehrmacht „nach Polen“ sich nicht gleichsam umdrehen und westwärts wenden, sondern alsbald weiter ostwärts marschieren werde.

Der Gedanke besaß nach dem eben geschlossenen deutsch-sowjetischen Vertrag wenig Wahrscheinlichkeit. Tatsächlich hatte Hitler sich inzwischen auf die Reihenfolge seines Vorgehens festgelegt, und ihr entsprachen auch die Aufmarschpläne. Erstens: Polen. Zweitens und daran baldmöglichst anschließend: „der Westen“. Drittens und nur zeitlich noch unbestimmt: die UdSSR. Dem lag nicht zuletzt seine Vorstellung vom Schwierigkeitsgrad der „Aufgaben“ zugrunde. Die Führer der Westmächte galten ihm spätestens seit München, wie er den Generälen sagte, als „Würmchen“.

Dennoch: Hendersons Besuch und die Nachricht vom Beistandspakt hatten Hitler beeindruckt, und das war an jenem 25. August der entscheidende Faktor, der ihn noch einmal ins Grübeln geraten ließ. Den zweiten bildete eine Nachricht aus Rom. Mussolini, der im Mai 1939 mit seinem „Freund“ den „Stahlpakt“ geschlossen hatte, der die beiden faschistischen Staaten im wie immer zustande kommenden Kriege auf Gedeih und Verderb aneinanderband, ließ mitteilen, dass er nicht kriegsbereit sei. Diese Kunde hatte der Duce dem Führer ein wenig verpackt. Italien würde am Kriege unter der Bedingung teilnehmen können, dass ihm von deutscher Seite umfangreiche wirtschaftliche Lieferungen garantiert würden.

Der Inhalt der Botschaft war dennoch klar. Im Falle einer Kriegserklärung der beiden Westmächte an Deutschland würde die „Antwort“ aus Rom ausbleiben, also Frankreichs Armee und das zu erwartende britische Expeditionskorps sich auf den Krieg an der Rheinfront und entlang der Grenze zum Saargebiet konzentrieren können und auch nicht ein Teil der an Kampfkraft weit überlegenen Flotten der beiden Staaten im Mittelmeer gebunden werden.

So wurde an diesem 25. August – die deutschen Armeen befanden sich auf dem Marsch in ihre Ausgangsstellungen vor der polnischen Grenze – ein Befehl zum Anhalten erteilt. Und der Y-Tag verging, ohne dass der erste Schuss fiel.

Als der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, der nicht zu den Abenteurern gehörte, aber sich alsbald als ein skrupelloser Mitmacher an herausragendem Platz erweisen sollte, sich zwei Wochen nach dem Beginn des Krieges Notizen über diesen Tag machte, schrieb er: „Übrig bleibt aber doch die Frage, warum diese Gründe: Italiens Fernbleiben und Englands und Frankreichs Beteiligung ... uns erst ad oculos demonstriert werden mussten, damit wir sie glaubten, und die noch dunklere Frage, weshalb diese Erkenntnis sechs Tage nach dem 26.9. nicht mehr als so bedeutsam galt, um uns vom gleichen Schritt abzuhalten.“

Das vermeintliche Rätsel erscheint lösbar. Politiker und Ideologen, und nicht nur die vom „Typ Hitler“, überzeugen sich mit ihren Argumenten vor allem selbst und dies offenbar umso gründlicher, je bestimmter sie diese auch anderen und gar wirklich oder vermeintlich Widerstrebenden vortragen. Der „Führer“ hatte vor der Generalität entwickelt, dass eben jetzt der günstigste Zeitpunkt sei, die mit ihren Heeres- und Luftwaffenrüstungen hinter Deutschland zurückgebliebenen Westmächte zu bekriegen. Er hatte auseinandergesetzt, dass der ideale Fall zunächst die Führung zweier Kriege sei, die nach kurzer Umgruppierung der eigenen Kräfte aufeinander folgen sollten. Doch der Idealfall galt ihm – wie er auch öffentlich bekannte – nicht als der einzig akzeptable Fall. Nicht, dass er nun im „Wort“ gewesen wäre und vor allem um sein Prestige hätte fürchten müssen. Er war vor allem wirklich der Meinung, und das wussten nicht nur die Militärführer, sondern seit Jahren alle Leser von „Mein Kampf“, dass die deutschen Politiker am Jahrhundertbeginn den günstigsten Zeitpunkt für den Beginn des Kampfes um die Stellung als Weltvormacht verpasst hatten. Ihm sollte das nicht passieren.

Im Wechselbad des Erfolgs von Moskau und der ernüchternden Nachrichten ging der „Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht“ die Kriegsrechnung noch einmal durch. Doch es gab keine Gruppe ziviler oder militärischer Führer, die ihm in diesem Moment der Verunsicherung auch nur unter den sanften Druck ihrer Argumente gesetzt haben würde. Denn sie lebten unter der nie aufgegebenen Vorstellung, dass die „großen Fragen“ der Weltpolitik und Weltgeschichte durch Schießeisen und mit dem Blut der nun „Volksgenossen“ geheißenen Untertanen entschieden werden müssten.

junge Welt, Mittwoch, 25.08.1999.

Infame Wiederaufführung

Noch sechs Tage bis zum ersten Schuss: Vor 60 Jahren begann der Zweite Weltkrieg (Teil 4)

Wie weit reichte das Erinnerungsvermögen der Mehrheit der Deutschen eigentlich zurück, als der Sommer des Jahres 1939 sich neigte? Wie viele wurden sich bewusst, dass ihnen das „Stück“, das ihnen soeben aufgeführt wurde, schon einmal gegeben worden war? Seitdem waren nicht mehr als elf Monate vergangen. Gewechselt hatte nur der Ort der Aufführung. Sie fand nicht in der Reichshauptstadt, sondern in der Hauptstadt der Steiermark im äußersten großdeutschen Südosten statt. Verändert waren auch die Hauptdarsteller. Nicht der „Führer“ übernahm diesmal die Heldenrolle des Anklägers, sondern sein „Stellvertreter“.

Ausgewechselt waren zudem die Darsteller, die den Leibhaftigen zu verkörpern hatten. Nicht der Tscheche Edvard Beneš konnte sie noch spielen, sondern nun wurde sie dem Briten Neville Chamberlain oktroyiert. Am stärksten fiel noch der Austausch der Masse der aufgebotenen Kleindarsteller auf. Indessen war der Typ unverändert geblieben. Waren zur 1938er Uraufführung ein paar tausend Faschisten Berlins aufgeboten worden, so hatten während dieser 7. Reichstagung der Auslandsdeutschen aus vielen Ländern herbeigerufene Nazis Sieg und Heil zu brüllen. Und dies passte ins Bubenstück, mit dem der Welt und vor allem den Deutschen selbst nun glaubhaft gemacht werden sollte, die „Volksdeutschen“ in Polen seien von der Ausrottung bedroht und ihr Schutz einen Krieg wert. (Foto: „Verzweiflungskampf der Volksdeutschen gegen Polens Ausrottungsfeldzug“ titelte der Berliner „Lokalanzeiger“ am 27. August 1939)

Das war am 26. September 1938 schon einmal und eben von Hitler selbst auf jener hysterischen Kundgebung im Berliner Sportpalast behauptet worden, während der er seine wilde Entschlossenheit zur Schau stellte, die angeblich vom „Volkstod“ bedrohten Sudetendeutschen in den böhmischen und mährischen Ländern der – inzwischen liquidierten – Tschechoslowakei erretten zu müssen. Darauf folgten „München“ und der tödliche Stoß gegen das Nachbarland. Warum aber überließ Hitler seinen damals gespielten Part diesmal Rudolf Heß, dem „Stellvertreter des Führers“ für die Angelegenheiten der NSDAP und Reichsminister, der übrigens ein nicht eben mitreißender Redner war? Die Antwort fußt auf einer begründeten Vermutung. An einem Tage, an dem der Krieg nach dem ursprünglichen Zeitplan eigentlich schon geführt werden sollte, wollte Hitler öffentlich weder den Eindruck des Friedenspredigers noch den des Kriegstreibers erwecken. Zudem war Heß in dem Metier auch nicht unerfahren. Als er ein Jahr zuvor in Stuttgart vor der Tagung der „Auslandsdeutschen“ gesprochen hatte, war er noch vor seinem „Führer“ als Plakatausmaler des Schreckens und der Morde aufgetreten, denen die Deutschen jenseits des schlesischen, sächsischen und bayerischen Gebirgskamms angeblich ausgesetzt seien. Nun also übernahm er die Wiederaufführung in Graz.

Tags darauf erschien die Presse im Reichsgebiet mit der Großaufmachung „Heß antwortet Chamberlain!“ Warum war die demagogische Attacke gerade gegen den britischen Kabinettschef gerichtet und nicht – wie im Jahr zuvor – gegen den Regierungschef des Staates, in dessen Grenzen die Angehörigen der deutschen Minderheit angeblich terrorisiert und ausgerottet wurden? Zum einen gab es nach dem Tode des Józef Piłsudski, des Nationalheros von Millionen im Nachbarvolk, unter den polnischen Obristen keine herausragende und von der Mehrheit der Deutschen auch nur wahrgenommene Figur, gegen die sich das chauvinistische Feuer eindrucksvoll konzentrieren ließ. Wichtiger aber war, dass die Haltung der Regierenden in Warschau, ausreichend begründet schon in der frischen Erfahrung des Untergangs der Tschechoslowakei, sich durch das nun auch völkerrechtlich verbindlich gegebene Beistandsversprechen Großbritanniens verfestigt hatte. Mit Chamberlains Namen verband sich dieser Schritt vor allem. Und das machte ihn, der jedenfalls auch unter politisch wenig oder desinteressierten „Volksgenossen“ seit München nach Mussolini zum bekanntesten ausländischen Politiker avanciert war, zur bevorzugten Zielscheibe des Angriffs der politischen Führer Deutschlands, die noch immer auf einen Separatkrieg gegen Polen hofften. Getreu dem von Hitler ausgegebenen taktischen Grundsatz, in der Propaganda immer nur einen einzigen und zwar einen personifizierten Feind zu präsentieren – das bringt die tumbe Masse nicht erst auf den Gedanken, mit welchen

tatsächlichen Kräften man sich da einlässt –, gab Heß von der nach München eingeschlagenen britischen Politik ein wissentlich verlogenes Bild.

Während die Londoner Regierung im März 1939 den Bruch des soeben geschlossenen Münchner Abkommens ohne eine ernsthafte Gegen- oder Folgemaßnahme hingenommen hatte, behauptete der „Stellvertreter“ dreist, England habe nach dem Oktober 1938 eine „Bedrohung Deutschlands durch Aufrüstung der Tschechoslowakei geschaffen“. Das war mehr als lächerlich, denn in Wahrheit hatten die beiden Westmächte sich mit der Preisgabe der Tschechoslowakischen Republik eines militärisch gewichtigen Verbündeten beraubt. Das Regime nach Beneš war auf dem Wege, ein Satellit Deutschlands zu werden und eine von ihm ausgehende Bedrohung des Reiches reine Erfindung.

Dann ließ Heß die Legende vom „Langmut“ ohne Beispiel folgen, den Deutschland angeblich gegenüber Polen bewiesen habe, der nun aber – wie schon ein Jahr zuvor – erschöpft sei. Im Grunde hätten die vorgeblich bescheidenen Forderungen Deutschlands, die in Wirklichkeit bloße Vorspiegelung waren und den Vernichtungswillen gegenüber dem Nachbarstaat tarnen sollten, längst erfüllt sein können, wäre da eben nicht Chamberlain. „Der Verantwortliche für die Unverantwortlichkeit Polens ist England“, so lautete der Kernpunkt der Anklage, die zugleich eine kaum verhüllte Klage darüber war, dass die auch nach der Überzeugung des „Stellvertreters“ so nahen und so reichen Rasseverwandten die deutschen Annexionisten nicht gewähren ließen.

So markierte Heß ausgerechnet den Mann, der im letztlich missverstandenen Interesse des britischen Imperialismus sich für die partielle Befriedigung der Ansprüche der deutschen Faschistenführer eingesetzt hatte, freilich nur insoweit sie die Substanz der eigenen Besitztümer nicht minderten, als Kriegstreiber. Hitlers Politik aber lobte der „Stellvertreter“, auf den soeben geschlossenen deutsch-sowjetischen Vertrag Bezug nehmend. Dessen Abschluss hatte nicht zuletzt die Führer und Aktivisten der Auslandsdeutschen überrascht. Heß lobte den Pakt als Beitrag „für den Frieden der Welt“.

Seine Rede ordnete sich nicht nur der Absicht zu, die wirklichen Ursachen des Krieges, auf dessen Schwelle die deutschen Machthaber schon getreten waren, tief zu verhüllen und die „britischen Plutokraten“ zu den Hauptverantwortlichen für den Beginn des Zweiten Weltkriegs zu erklären. Mit der Aufhetzung der Deutschen gegen die vorgeblich massenmordenden Polen bereitete diese Ansprache – ganz im Einklang mit der seit Wochen sich austobenden antipolnischen Propaganda – jene vom Dünkel der „Herrenmenschen“ und des Slawen- und Judenhasses geprägte Besatzungspolitik vor. Zum Zwecke ihrer Vervollkommnung schlug Heß’ Amt des „Stellvertreters“ alsbald vor, gegen die ins deutsche Reichsgebiet gezwungenen Polen im Rahmen eines Sonderrechts die Prügelstrafe einzuführen.

Wer sich der Hetzkampagne gegen die angeblich Deutsche fressenden Polen im Sommer 1939 erinnert, in deren Verlauf die Grazer Rede von Hitlers „Stellvertreter“ den letzten Höhepunkt im Vorkrieg darstellte, dem drängen sich noch sechzig Jahre später bedrückende Fragen an Vergangenheit und Gegenwart auf. Hätten sich die Deutschen 1939 nicht wenigstens überlegen können, warum sich die Polen, die mit den Deutschen in ihrem Staate nach 1918 friedlich-schiedlich zusammengelebt hatten, solange Nachkriegsdeutschland schwach war, sich gerade in einem Augenblick auf die Angehörigen der Minorität stürzen sollten, da sie es mit einer bis an die Zähne bewaffneten „Schutzmacht“ zu tun bekommen würden? Solches Fragen aber war an deutschen Schulen weder im Weimarer noch im Hitlerstaat gelehrt worden. Und also ergibt sich die Anschlussfrage, wie es derzeit mit dem Erlernen des Fragens steht.

Und weiter: Sind die Deutschen heute mit größerem Erinnerungsvermögen ausgestattet als ihre Väter und Großväter? Denn auf die Wiederaufführung des Stückes, das ihnen soeben während des Weiteren blutigen Schrittes zur Zerschlagung Jugoslawiens aufgeführt wurde, wodurch eine Lücke bei der harmlos „Ost-Erweiterung“ genannten Etablierung der NATO geschlossen werden soll, dürfen sie gefasst sein. Die ethnische Situation in nahezu allen Gegenden des Erdballs fordert Politikern keine Erfindungsgabe ab, ihre Macht- und Eroberungsgelüste zu begründen. Und dies – nicht anders als 1938 und 1939 geschehen – in der heuchlerisch-humanen Pose, Minderheiten vor der Ausrottung durch Mehrheiten bewahren zu müssen. Den Deutschen wurde diese Version übrigens nicht nur in

den Tagen des Vorkriegs und während des Feldzugs in Polen eingebläut. Alsbald gab es zur Vertiefung abendfüllende Spielfilme mit den Titeln „Feinde“ und „Heimkehr“ unter der Mitwirkung der ersten Garnitur der Reichsschauspieler. Willi Bürgel und Brigitte Horney, Attila Hörbiger und Paula Wessely waren zur Stelle, als die Rührstücke gedreht wurden. Wer hält dagegen, dass uns derlei – demnächst in diesem Theater – wieder geboten werden wird?

junge Welt, Donnerstag, 26.08.1999.

Zwei Lebenswege – vor, im und nach dem Holocaust

Unter denen, die den Massenmord an den europäischen Juden überlebten, starben Tausende, ohne dass sie über diese dramatischste und furchtbarste Zeit ihres Lebens der Nachwelt einen Bericht hinterlassen hätten. Umso bedeutsamer, dass sich vermehrt Autoren finden, die Biographien derer aufzeichnen, die selbst zur Feder nicht greifen wollen oder können. Günther Schwarberg ist die Geschichte des Samuel Antmann, drei jüngeren Gesellschaftswissenschaftlern die des Hans Frankenthal zu danken. Wer die Biographien des Juweliers aus dem slowakischen Nitra und des Metzgers und Viehhändlers aus Schmallenberg im Sauerland liest, dem bietet deren Vergleich überraschende Entdeckungen.

Beide kamen, der eine 1908, der andere 1926 geboren, auf den Weg in die Vernichtungsstätten. Um Politik hatten sie sich nie groß gekümmert. Dafür sahen sie keine Gründe. Sie lebten in begüterten kleinbürgerlichen Familien, eines Erbes und ihrer Fähigkeiten sicher, die sie ein Leben lang tragen würden. Doch folgten für den einen Majdanek und Sachsenhausen, für den anderen Auschwitz-Monowitz. Beide erschienen ihren Schindern zeitweilig als verwertbar. Den Juwelier „entdeckte“ die SS als unentbehrlichen Helfer bei individueller und gemeinschaftlicher Bereicherung. Den körperlich kräftigen Fleischer beutete die IG Farben AG aus. Beide überlebten auch die „Todesmärsche“.

Nach der Befreiung führte der Weg Antmanns über Schwerin und Lübeck nach Prag und von da 1968 nach Zürich, wo er bis zu seiner Pensionierung als Fachmann bei einer Schweizer Bank arbeitete. Frankenthal ging zurück in seine Heimatstadt. Was er, der von sich sagt, dass nicht nur er sein Überleben mitinhaftierten organisierten Kommunisten verdanke, in der Gesellschaft des Anti-Antifaschismus erlebte, gibt auch eine Antwort auf die Frage, warum Juden, die in der DDR lebten, in ihr mehr als nur das „kleinere Übel“ erblicken konnten. Beeindruckend vor allem, wie Antmann und Frankenthal, nachdem sie sich lange von jeder öffentlichen Zeugenschaft fernhielten, sich eines Tages herausgefordert sahen, diese Haltung aufzugeben. Der eine sagte im Düsseldorfer Majdanek-Prozess aus. Der andere wurde im Rheinland und über dessen Grenzen hinaus einer der jüdischen Aktivisten, die sich für waches Erinnern einsetzen.

Günther Schwarberg, Der Juwelier von Majdanek, Steidl Verlag Göttingen 1998, 222 S.

Hans Frankenthal, Verweigerte Rückkehr. Erfahrungen nach dem Judenmord. Unter Mitarbeit von Andreas Plake, Babette Quinkert und Florian Schmaltz, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M. 1999, 190 S.

Neues Deutschland, Freitag, 27. August 1999, S. 13.

Wider Mythen und Legenden

Hinter den „unbefleckten Schild“ der Wehrmacht geleuchtet

In den ersten anderthalb Jahrzehnten des Nachkriegs wurde der westdeutsche Buchmarkt mit Memoiren von Feldmarschällen, Generalen und Admiralen, hohen Offizieren der Wehrmacht geradezu überschwemmt. Es erschienen Erinnerungen des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine Erich Raeder, der eben aus dem Kriegsverbrechergefängnis in Spandau entlassen worden war, des von 1938 bis 1942 amtierenden Generalstabschefs des Heeres Franz Halder, des vorletzten Chefs des Generalstabs Heinz Guderian, der Generalfeldmarschälle Manstein und Kesselring, eines Generalobersten der Wehrmacht und eines weiteren der Waffen-SS und mehrerer Generale und Generalstabsoffiziere.

Die Aufzählung ist unvollständig. Einige dieser Memoirenschreiber, die bis 1945 zur Militärkaste gehört hatten, konnten sich auf ihren Part als Schriftsteller bereits in der Gefangenschaft vorbereiten, als sie in den Diensten der US-Armee ihre Kriegserfahrungen niederschrieben. Damals verfassten sie noch Texte, die zunächst nur für den Gebrauch des Auftraggebers bestimmt waren. Die Arbeit wurde in trauter Gemeinschaft und unter der Anleitung von eigenen Vorgesetzten geleistet, die in diesen Kreisen an Autorität nichts eingebüßt hatten. So ergab sich ganz unproblematisch Einhelligkeit in der Grundlinie. Von ihr ist auch später niemand abgewichen, als für das große Publikum geschrieben und das Interesse verfolgt wurde, sich und seine Kaste auf privilegierte Plätze in der Nachkriegsgesellschaft zu bringen.

Die Atmosphäre, in der diese Urgeneration der Kriegsschriftsteller des Zweiten Weltkriegs tätig wurde, machte eine Debatte im Deutschen Bundestag deutlich, die am 17. September 1952 stattfand und in der ein Abgeordneter forderte, „das Wort ‚Kriegsverbrecher‘ allgemein zu vermeiden; es sind ja im Wesentlichen keine Verbrecher, sondern unschuldig Verurteilte“. In dieser Atmosphäre konnten im zeitlichen Vorfeld des NATO-Beitritts der Bundesrepublik auch bereits heroisierende Geschichten einzelner Truppenteile der Wehrmacht, der Feldzüge und Schlachten zu erscheinen beginnen. 1954 wurde ein „Ehrenbuch der deutschen Wehrmacht“ publiziert. Da diesen Veröffentlichungen damals kaum jemand widersprach und auch die Mehrheit der Historiker in den neuverbündeten Staaten schwieg, entstand schon im Verlauf der fünfziger Jahre das Bild vom „unbefleckten Schild“ der Wehrmacht. (Foto: Minsk im Oktober 1941: Stabsoffiziere der 707. Infanteriedivision der Wehrmacht bei der „Ehrenarbeit“)

Den geschichtsfälschenden Literaturprodukten trat im ostdeutschen Staat eine sich erst formierende Geschichtswissenschaft noch mehr mit Polemik denn mit eigenen Ergebnissen forscherischer Arbeit entgegen. Und dann auch Autoren, die unter dem Eindruck von Krieg und Gefangenschaft aus dieser Militärkaste ausgebrochen waren. Unter ihnen befand sich kein Großadmiral und kein Generalfeldmarschall, kein von einem Gericht verurteilter Kriegsverbrecher, aber auch kein Unschuldiger und Unbescholtener. Nur eben: Die Korffes und Adam, die von Frankenberg und von Kügelgen, die Steidle und Winzer, deren Memoiren in Berlin-Ost erschienen, entsannen sich anders. Man könnte sich fragen, ob eine vergleichende Studie über die Erinnerungen der Wehrmachtsgenerale und -offiziere hier und dort nicht eine Dissertation wert wäre.

Jedenfalls ist das Thema frei und wurde auch in dem Gemeinschaftswerk „Wehrmacht. Mythos und Wirklichkeit“ nicht abgehandelt, dessen Studium hier dringend anempfohlen werden kann, im Wissen, dass mit dem Wälzer der Kurzurlaub nicht zu erwerben ist, der draufgehen kann, um die Beiträge von Autoren zu lesen, deren Nennung und Vorstellung am Band-Ende selbst neun Druckseiten erforderte. Wer sich in der (Alt-)Bundesrepublik Meriten auf dem Felde einer kritischen Kriegs- und Wehrmachtsgeschichtsschreibung erwarb, hat dazu beigetragen. Dazu wirkten Autoren aus anderen Ländern mit, aus Schweden, Kanada, den USA, Israel, der Schweiz und Großbritannien. Auf den ersten Blick vermisst man Beiträge von Manfred Messerschmidt, langjähriger wissenschaftlicher Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und also Vorgänger eines der beiden Herausgeber, und von Wolfram Wette. Zur Mitarbeit aufgefordert wurden zwei aus dem Kreis der einstigen DDR-Spezialisten. Paul Heider schrieb über Reaktionen in der Wehrmacht auf die Nachrichten von der Gründung und vom Wirken des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, und Gerhart Hass bilan-

zierte knapp und vorläufig das „Bild der Wehrmacht in der Geschichtsschreibung der DDR“, wofür es ein Gegenstück für die Bundesrepublik im Band leider nicht gibt.

Der Bogen, nein, die Frage- und Gedankenbögen dieses Bandes können weiter kaum vorgestellt werden. Sie reichen von den Bildern der Wehrmacht (in Großbritannien, den USA, der UdSSR, selbst in der neutralen Schweiz und in Schweden) bis zu der Stellung der katholischen und der evangelischen Kirchen zum Kriege. Sie erfassen den „Kameradschaftsmythos“ und führen über die „Maler an der Front“ (mit eindrucksvoller Auswahl von deren Produkten im Farbdruck) bis zu „Frauen im Umfeld der Wehrmacht“. In dieser Fundgrube von Tatsachen und ihrer akribischen Auswertung und Darbietung fallen auch wegen ihrer Aktualität auf die Beiträge von Hans Umbreit (Die Verantwortlichkeit der Wehrmacht als Okkupationsarmee), Jürgen Förster (Wehrmachtskrieg und Holocaust) sowie die Studie der durch ihre sachkundige Kritik an Goldhagens Buch auch außerhalb der Zunft wahrgenommenen Ruth Bettina Birn (Wehrmacht und Wehrmachtsangehörige in deutschen Nachkriegsprozessen). Die in Kanada im Justizministerium arbeitende Forscherin weist nach, dass das von Feldmarschällen, Generalen und Stabsoffizieren entworfene Bild der Wehrmacht nicht nur ideologische Konsequenzen für das Geschichtsbewusstsein in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft besaß, sondern dass es von Juristen während Ermittlungen, in Prozessen und bei ihren Urteilen benutzt wurde, um aus ihm Argumente zugunsten Angeklagter zu beziehen. Zu den Forschungsfunden Birns, die eine Atmosphäre charakterisieren, gehört der Einspruch einer Verteidigung, der sich gegen ein Urteil wandte, das wegen der Teilnahme an der Ermordung von Juden, darunter Frauen und Kleinkinder, ergangen war. Die Begründung dieser Widerrede lautete, es habe der Gerichtsvorsitzende einem Zeugen, der den Mordbefehl verweigert hatte, die Hand gedrückt, und zudem hätte sich unter den Geschworenen ein Kommunist befunden.

Apropos „Kommunisten“. Das ist die Hürde, vor der die aktuelle Geschichtsschreibung hierzulande bockt oder ins Straucheln gerät, mitunter auch Kapriolen bietet. Die Wehrmacht sei in der DDR verteufelt, ihr Realbild verschwiegen, verfälscht oder verkürzt worden. Der das weiß, schreibt im gleichen Text, die Wehrmacht „wurde von den deutschen Kommunisten von Anfang an als Instrument einer verbrecherischen Führung verurteilt“. Und weiter: „Gleichwohl wurde nach 1945 nicht jeder deutsche Soldat als Kriegsverbrecher abgestempelt.“ Aus dem Postbeamtendeutsch in einen Klartext gebracht heißt das doch, dass die Verantwortung für Faschismus, Krieg und (das imperialistischen Antrieben und Zwecken entspringende und ihnen dienende) Verbrechertum nicht dogmatisch auf 18 Millionen Angehörige der Wehrmacht vom Feldmarschall bis zu den im Frühjahr 1945 eingezogenen Rekruten und Volkssturmmännern verteilt, sondern der wirklichen Rolle gemäß abgestuft worden ist. Und da mag sich der einigermaßen informierte Leser fragen: Sind das nicht jene Grundaussagen, die mit der Verspätung von etwas mehr als einem halben Jahrhundert nun zwischen Hamburg und München via Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ etwas weiter bekanntgemacht werden sollen?

Schade, dass sich für das Thema „Die Erinnerung an die Wehrmacht in den beiden deutschen Staaten“ kein kompetenter Autor gefunden hat. Darin äußert sich Gewiss auch das allgemeine Dilemma jedweder Bestrebung, zwischen der DDR und der Bundesrepublik wissenschaftlich redlich zu vergleichen. Dieser Beitrag aber ist schon in seiner Quellenbasis so dürftig wie überhaupt nur denkbar. Seinen vermessenen Flachgang drückt u. a. der geschwollene Satz aus: „Für die Bundesrepublik der fünfziger Jahre lässt sich in Gestalt der Vergangenheitspolitik der Regierung Adenauer noch ein gesellschaftlich dominierendes erinnerungspolitisches Konzept ausmachen.“ Das meint, dass dem Adenauer der Manstein gerade recht kam. Und umgekehrt. Danach habe die Regierung in Bonn die Deutungsmacht über Krieg und Wehrmacht gleichsam eingebüßt. Während in der Diktatur usw. ... Dies mündet in die Legende von der kritischen Öffentlichkeit im Westen, die mit der Aufgabe zwar noch nicht ganz fertig geworden ist, und den vom „verordneten Antifaschismus“ eben befreiten Ostdeutschen, die erst begonnen haben, über Geschichte richtig nachzudenken.

Es spricht womöglich für die Toleranz und die Nachsicht der beiden verdienstvollen Herausgeber, dass sie derlei akademisch aufgeputztes Klischee haben durchgehen lassen. Denn insgesamt ist ihr Werk ein gewichtiger Beitrag zu der neu entbrannten Auseinandersetzung und geeignet, den Bestre-

bungen voran zu helfen, mit denen den Wehrmachtslegenden endgültig der Garaus gemacht werden soll.

Die Wehrmacht. Mythos und Realität. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann, R. Oldenbourg Verlag München 1999, 1318 Seiten, DM 98,00.

junge Welt, Sonnabend, 28.08.1999.

Schwarzbraune Hölle

Als Anfang 1947 unter britischer Aufsicht in Hamburg ein Prozess gegen die Mörder von Ravensbrück stattfand, war die Autorin dieses Buches, delegiert von zwei Organisationen von Widerstandskämpfern, die einzige Orts- und Zeitzeugin aus Frankreich, die an dem Verfahren teilnahm. Ein Jahr zuvor hatte sie ihren ersten Bericht über das Frauenkonzentrationslager publiziert. Dabei konnte sie sich auf eigene Aufzeichnungen stützen, die sie noch während ihrer Gefangenschaft gemacht hatte und erweiterte, als sie kurz vor Ende des Krieges auf Initiative des Schwedischen Roten Kreuzes aus den Fängen der· Faschisten befreit worden war und sich mit einigen hundert ihrer Leidensgefährtinnen in einem Erholungsheim des nordeuropäischen Staates befand.

Dem ersten Bericht folgten zwei neu bearbeitete und zu einem Buch erweiterte Fassungen, in die Germaine Tillion auch ihre persönlichen Erlebnisse und mit aller Zurückhaltung einen Teil ihrer Lebensgeschichte aufnahm. 1942 war sie, durch einen Kaplan verraten, von den Deutschen verhaftet, im Herbst des gleichen Jahres nach Ravensbrück verschleppt worden. Gleiches geschah ihrer Mutter, die im Lager ermordet wurde.

Das mit Tatsachenangaben prall gefüllte, nach der letzten französischen Ausgabe von 1997 übersetzte Buch greift in vielen Partien weit über die Geschichte dieses KZ hinaus. Es untersucht die Frage, was in Frankreich 1942 über die Massentötungen in deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern bekannt war, erörtert die Rolle des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, und geht auf den Umgang mit Zellgenaussagen ein. Dicht sind Tillions Argumente gegen die deutschen und französischen „Auschwitzleugner“. Schade, dass der Verlag niemanden gesucht oder gefunden hat, der in ein Nachwort die Biographie der Verfasserin dargestellt und den Platz des Buches in der Ravensbrück-Literatur bestimmt hätte.

(jW) Pseudonym von Kurt Pätzold

Germaine Tillion: Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Aus dem Französischen von Barbara Glaßmann mit einem Anhang „Die Massentötungen durch Gas in Ravensbrück“ von Anise Postel-Vinay. Zu Klampen, Lüneburg 1998, 410 Seiten, DM 68,00.

junge Welt, Sonnabend/Sonntag, 28./29. August 1999. Nr. 200, S. 5.

Der erste Septembertag und die Deutschen

Die letzten Tage des Friedens – vor 60 Jahren begann der Zweite Weltkrieg (5. Teil)

In den frühen Morgenstunden dieses ersten Septembers erfuhren die Deutschen an ihren Arbeitsstätten aus den über den Rundfunk verbreiteten Nachrichten, dass seit einigen Stunden an der deutsch-polnischen Grenze „zurückgeschossen“ wurde. Mit diesem Wort, alsbald übertönt durch die Lüge „vom uns aufgezwungenen Krieg“ hatte Hitler vor dem „Großdeutschen Reichstag“ vernebelt, was wirklich geschehen war. Nach Plänen, die seit April des Jahres von den deutschen Generalstäblern ausgearbeitet wurden, fielen die Armeen aus Schlesien, Brandenburg, Pommern und von Ostpreußen her ins Nachbarland ein (Foto: Die „Schleswig-Holstein“, Ende August angeblich zum Freundschaftsbesuch in Danzig eingelaufen, eröffnete am 1. September 1939 um 4:45 Uhr das Feuer auf die polnischen Festungsanlagen der Westerplatte).

Nirgendwo in den Städten des Reichs versammelten sich Menschen auch nur zu kleineren Kundgebungen, mit denen der Beginn des Krieges bejubelt worden wäre. Auch in den folgenden Tagen ähnelten die Bilder nicht denen des August 1914, als sich das Kaiserreich in einem Taumel nationalchauvinistischer Begeisterung befunden hatte. Es erfolgte kein Aufruf zu einer politischen Kundgebung. Dabei hätte es für die Machthaber ein Leichtes bedeutet, beispielsweise in dem für derartige Zwecke bevorzugten Berliner Sportpalast Tausende ihrer Gefolgsleute aufmarschieren zu lassen und eine Kundgebung zu veranstalten ähnlich jener, die dort 1943 stattfand, als der „totale Krieg“ verlangt wurde. So etwas Ähnliches hätte Goebbels auch am ersten Kriegstag fertiggebracht. Denn an uniformierten und zivilen Claqueuren würde es ihm nicht gefehlt haben. Es mangelte nicht an – namentlich männlichen Deutschen – in deren Bewusstsein und Gefühlswelt der Erste Weltkrieg noch immer nicht zu Ende, sondern nur unterbrochen und erst noch zu gewinnen war. Um von den ahnungslosen jungen Faschisten zu schweigen ...

Warum also nichts von alledem? Die „Unterlassung“ erklärt sich aus dem Bewusstsein, dass solche Aktionen weder nach innen ins ideologische und massenpsychologische noch nach außen ins politische Konzept gepasst haben würden. Die von Hitler am 10. November 1938 vor einem vertrauten Kreis von Spezialisten der Massenverdummung erhobene Forderung, die Deutschen allmählich „umzustellen“ und sie auf den Einsatz kriegerischer Mittel vorzubereiten, war bei weitem nicht in dem Grad verwirklicht worden, in dem die Machthaber das wünschten. Das Erleben des Krieges der Jahre von 1914 bis 1918 war noch frisch.

Während die NATO-Krieger des Jahres 1999 auch davon profitieren konnten, dass sich die Mehrheit der Europäer an keinen selbst durchlittenen Kriegstag mehr zu erinnern vermochte, wussten nahezu alle Deutschen, die 1939 fünfunddreißig Jahre und älter waren, noch aus eigener Erinnerung, was Krieg bedeutete. Auch manche von den Jüngeren besaßen davon eine Ahnung, weil sie die Folgen wahrgenommen hatten. Sie waren an der Seite von Kriegerwitwen aufgewachsen oder von Vätern, die lebenslang von ihren Kriegsverwundungen gekennzeichnet blieben.

Gewiss: Weder der Begriff „Pazifist“ oder gar der des „Kriegsgegners“ bezeichnet die Verfassung dieser deutschen Volksmehrheit treffend. Aber die Furcht vor dem Ungewissen, dem Unheimlichen, dem Bedrohlichen, das Krieg ihnen bedeutete, saß fest. Das befand sich seit 1933 im Kalkül der Herrschenden. Mit keiner anderen Beteuerung hatten Hitler und die anderen „Frontkämpfer“ unter seinen Mitführern so viel Zustimmung gefunden wie mit ihrer verlogenen Aussage, sie wüssten schließlich, was Krieg bedeute, und das allein genüge schon, um sie nichts anderes wünschen zu lassen als Frieden. Die Politik der Hochrüstung wurde diesem vorgeblichen Konzept der Friedensbewahrung zugeordnet.

Dann freilich, 1938, rasselten diese Friedenshüter unüberhörbar mit dem Säbel und drohten – nein, nicht den Tschechen, aber „Herrn Beneš in Prag“ – mit Krieg. Das hatte angeblich genügt. Und im März 1939, ehe sich die Deutschen wie andere Zeitgenossen recht versahen, waren die Einheiten der Wehrmacht gleichsam nach Prag „durchgefahren“. Hitler besaß offenbar einen sechsten Sinn dafür, wie sich die „deutschen“ Forderungen am Rande des Krieges durchsetzen ließen. Säbelrasseln, aber

nicht Säbel ziehen. Während der Monate der „Polenkrise“ hofften die Deutschen, die internationale Krise würde wiederum nach diesem Muster und mit Erfolg ablaufen. Sie lief nicht zu einem zweiten „München“, sondern mündete im Krieg. Die Deutschen sahen sich in ihrer Mehrheit davon überrumpelt. Schuldlos war ihnen das nicht passiert.

Es war zum einen diese Stimmung, die es den gerissenen deutschen Imperialisten nicht angemessen erscheinen ließ, den Einfall in Polen auch nur von ihren dichtesten Gefolgsleuten bejubeln zu lassen. Zum anderen sollte demonstriert werden, dass Hitler und sein Volk an nichts anderem interessiert gewesen wären als am „nationalsozialistischen“ Aufbau. Aus dem hätten sie die Polen nun herausgerissen, denn – so war schon im Falle der Sudetendeutschen gelogen worden – es gelte, die deutsche Minderheit in Polen vor ihrer Ausrottung zu retten. So wurde die demagogische Grundlinie beibehalten, ja noch weiter ausgezogen: Die Deutschen – Führer wie Volksgemeinschaft – wüssten, was der Krieg sei, hätten ihn nicht gewollt und schritten nun, so lautete eine besonders infame propagandistische Wendung, in ihn eben nicht taumelig wie im August 1914, sondern diesmal ernst „wie in ein Gebet“. Das Konzept war raffiniert und doch durchsichtig. Kurzfristig sollte die verunsicherte Mehrheit der Deutschen an die neue Situation gewöhnt werden, sich mit dem Eingetretenen als etwas Unausweichlichem abfinden. Langfristig aber wurde ihr ein verlogenes Bild von den Kriegszielen gegeben, mehr noch: jede Kriegszieldiskussion gemieden, eingedenk der Erfahrung, die 1914/15 mit dem großmäuligen Hinausposaunen des eigenen Eroberungsgelüsts gemacht worden war.

Nein, eigentlich hatte Deutschland keine Ziele, die einen Krieg erforderten. Zum Schießen war es nur gekommen, weil den Regierenden in Warschau von den Politikern in London der Rücken gegen die angeblich bescheidenen Forderungen Deutschlands gestärkt worden war. Und hinter denen in Downing-Street 10 standen natürlich „die Juden“. Erst tröpfchenweise wurde dem deutschen Michel dann beigebracht, dass – wenn es nun schon einmal zum Kriege gekommen sei – die ungewollte Gelegenheit nicht ungenutzt bleiben solle, den einen oder den anderen berechtigten Anspruch, der gar nicht auf der „Friedenswunschliste“ gestanden hatte, zu verwirklichen.*

Wer sich freilich die am 6./7. Oktober 1939, nach einem Feldzug von nur etwa drei Wochen, neu gezogene Reichsgrenze im Osten ansah, wer sich auch nur ungefähr vergegenwärtigte, wie viele Nichtdeutsche nun ins Reich gepresst oder – wie sich bald herumsprach – aus den neuen Gauen vertrieben wurden, der konnte, wenn ihn nicht schon der Marsch nach Prag stutzig gemacht hatte, nun über den imperialistischen Appetit der Machthaber nicht mehr im Zweifel sein. Nur eben: das scherte die Deutschen schon nicht mehr, die ohnehin im Geographieunterricht mit nachdenklich stimmenden Informationen über Länder und Leute nicht überversorgt worden waren und sich zumeist um „die Polacken“ und deren Schicksal schon immer wenig gekümmert hatten. Als wichtiger kam ihnen vor, dass der Krieg diesmal anders zu verlaufen schien als der fünfundzwanzig Jahre zuvor begonnene. Die Schulen im Osten, als Hilfslazaret-te eingerichtet, konnten wieder bezogen werden. Landwirte wurden demobilisiert und kamen zur Herbstbestellung noch zurecht. Aus Polen brachten die Sieger zudem allerlei mit, was auf deutschen Märkten rar geworden oder von ihnen verschwunden war. Wenn da nicht dieser erklärte, aber nicht geführte Krieg im West gewesen wäre.

junge Welt, Mittwoch, 01.09.1999.

---

* Bis zu dieser Stelle stimmt der Text mit dem in der jungen Welt, 01.09.1999, überein.

Lügnerische Kürzel entlarvt

Internationale Historikertagung – nicht nur über den Krieg vor 60 Jahren

Politiker belieben, was sie tun, als historisch zu deklarieren. Das verlangt, eigenes Handeln beständig in Beziehung zur Geschichte zu setzen. Die wird dann „instrumentalisiert“. Wer das verhindern wollte, müsste die Politiker abschaffen. So eingeordnet wurden sogleich auch die Unternehmen des Staatsoberhaupts und des Regierungschefs der Bundesrepublik, die sich aus Anlass der 60. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs am Monatsanfang nach Polen begaben. Von Versöhnung, die in DDR-Zeiten eine inzwischen verschwiegene Vorgeschichte hat, war da viel, von Konkreta des geschichtlichen Ereignisses wenig die Rede. Wie es zum 1. September 1939 kam, wer die europäische Geschichte auf diesen Zeitpunkt hintrieb, welche Absichten dabei leiteten, wird nicht mehr erfragt. Hier scheint zu gelten: Wehret den Anfängen. Das will in diesem Falle besagen: Sprecht, besonders, wenn es um Kriege geht, nicht von Interessen, es könnte derlei Sicht in die Gegenwart transponiert werden und sich aktuell auf den Krieg gegen Jugoslawien richten. Wenn, was doch unvermeidlich, die Sprache auf Verantwortung und Schuld kommt, weist auf „die Anderen“.

Nassforsch hat das schon der erste Geschichtsschreiber deutscher Feder versucht, der 1951 in der BRD eine kompakte Geschichte des Zweiten Weltkriegs vorlegte. Der hochdekorierte General der Infanterie Kurt von Tippelskirch schrieb damals, im Rückenwind des Kalten Kriegs, es habe 1939 nur eine am Kriege interessierte Macht gegeben – die Sowjetunion. Das Lügenbild ist inzwischen durch ein Kürzel ersetzt: „Hitlers Krieg“. Dagegen schreiben Historiker an. Einige von ihnen – ein halbes Hundert – fanden sich am vergangenen Wochenende in Pankow zu einer Tagung ein, die erneut den „Weg in den Krieg“ ins Visier nahm. In den Beiträgen deutscher Forscher wie denen aus Österreich, Polen, Finnland und Norwegen wurde deutlich, dass zwischen dem Niveau ihrer Forschungen und dem vor allem durch Fernsehen und Zeitschriften verbreiteten Bild von dem zwischen 1939 bis 1945 geführten Krieg Welten liegen. Ökonomische Interessen, politische Kalküle, militärische Pläne – entlang dieser Stichworte bewegten sich Beiträge und Debatten. Defizite der Forschung liegen bei dem Erstgenannten. Da schlägt die Absicht durch, Monopol- und Großkapital ganz aus jeder gedanklichen Schusslinie zu bringen. Denkmalskonzepte werden dem ebenso zugeordnet wie Zahlungen an die letzten aus dem Millionenheer der ausgebeuteten „Fremdarbeiter“, die im Gegensatz zur Dimension demonstrativ-aufdringlicher Erinnerung geringfügig bemessen werden sollen.

Die verwickelten Beziehungen zwischen materiellen Expansionsinteressen und ihrer Transformierung in Außenpolitik und militärische Angriffspläne gehören nicht in die Kategorie von Einmaleins-Rechnungen. Wer die Autoren dieser nur als dienstwillige Handlanger oder beflissene Agenten jener ansieht, geht in die Irre. Das machten die Vorträge von Karl-Heinz Roth (Hamburg), Dietrich Eichholtz (Borkheide) und Manfred Messerschmidt (Freiburg) über die inneren Kriegsursachen ebenso klar wie Martin Moll (Graz) und Werner Röhr (Berlin), die sich mit den über Wien und Prag führenden Schritten zum Angriff auf Polen befassten, über dessen unmittelbare Vorgeschichte Ryszard Nazarewicz (Warschau) referierte.

So sehr sich Historiker an die tatsächliche Geschichte halten, sie stellen unvermeidlich die Frage nach Alternativen und mithin nach einem denkbaren, aber ungeschehenen Geschichtsverlauf. Im Hinblick auf den Weg zum verhängnisvollen Septembertag kondensiert sie in die Überlegung, warum sich die drei Großmächte Frankreich, Großbritannien und die UdSSR nicht rechtzeitig zur drohenden Gegenfront zusammenzuschließen vermochten. Antikommunismus war da im Spiel, wies der Englandspezialist Siegfried Bünger (Berlin) nach. Dass dessen Rolle zeitweilig überzeichnet wurde, berechtige nicht dazu, seine Wirkung jetzt zu ignorieren. Doch sei ohne die Beachtung von schlichten intellektuellen Fehlleistungen von Politikern, von deren charakterlicher Arroganz und Selbstüberschätzung nicht auszukommen, wenn Entscheidungen entschlüsselt werden sollen.

Über den Krieg des Jahres 1939 reden und über den gegen Jugoslawien geführten des Jahres 1999 schweigen, das erschien den Veranstaltern, der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, obszön. Zudem sind es die Fakten selbst, die den Gedankenschritt aufdrängen. Ernstgert Kalbe (Leipzig) sprach abschließend über „Hintergründe des Untergangs Jugoslawiens

1989-1999“. So inkongruent die Kriegsereignisse und deren Rechtfertigung, so nahverwandt die Antriebe. Für den Zarismus bildete der Bosporus, für den kaiserlichen deutschen Imperialismus Bagdad den Zielpunkt. Nun sollen die Wege zu jenem politisch-geographischen Raum fest in den Griff genommen werden, wo sich der übergroße Teil der Welterdöllager befindet. Belgrad befindet sich gleichsam auf einer Strecke, auf der einst Wien, Prag, Warschau und eben 1914 und 1941 zweimal schon die Hauptstadt der Serben und Jugoslawen lag. „Freiwillige“ Unterwerfung mit Rechenvorteilen für Kollaborateure und Satelliten oder gewaltsame Niederwerfung – das scheint das von der imperialen Außenwelt bestimmte Los der Völker des Balkans zu sein.

Neues Deutschland, Freitag, 24. September 1999, S. 3. Maximilian Reich, Pseudonym von Kurt Pätzold.

Schuften im Reich

Italienische Fremdarbeit in Nazideutschland

Das Bild steht mir deutlich vor Augen: Die Kolonne der italienischen Landarbeiter, die allabendlich von den Flachsfeldern auf den Gutshof zurückkehrte, um für den nächsten Tag und für eine der schwersten Arbeiten Kräfte zu schöpfen, die in diesen Gegenden zu verrichten war. Ein paar Tage nach dem Beginn der Flachsernte schwollen Finger und die meist nur notdürftig bandagierten Handgelenke von der drehenden Bewegung an, mit der die Pflanzen aus dem Boden gerissen wurden. Das geschah im Akkord. Morgens wurden die einzelnen Feldstreifen markiert, auf denen sich der gebückte Haufen dann bis zum Abend vorarbeitete. Kontakte zwischen den deutschen Gutsarbeitern und den in einer Baracke nächtigenden Italienern existierten kaum, schon die Sprachbarriere verhinderte sie.

Die Gruppe auf den schlesischen Feldern bildete nur eine Minderheit derer, die seit 1938 über die Alpen in das Land des Verbündeten kamen. Die einen suchten hier der Arbeitslosigkeit zu entkommen, die in ihrem aufrüstenden Land nie beseitigt werden konnte. Andere und namentlich die Facharbeiter aus den nördlichen Provinzen lockte die bezahlte Arbeit. Die Geschichte dieser Arbeiter kann für die Jahre 1938 bis 1943, als die „Achse“ zerbrach und Italien ein besetztes Land wurde, jetzt in einem Band nachgelesen werden, den drei italienische Historiker, erstklassige Kenner der Materie, geschrieben haben.

Auf einen einleitenden Abriss Sergio Bolognas über die Geschichte der italienischen Migrationsarbeit folgen die beiden Beiträge, die dem eigentlichen Thema gelten. Cesare Mermani stützte seine Forschungen in erster Linie auf mündliche Zeugnisse. Er befragte nicht nur Arbeiter, die damals nach Deutschland gingen, sondern auch katholische Priester. Sie waren als Hirten der verstreuten Herde gefolgt, die zu einem Gutteil in evangelisch dominierten Landesteilen des Reiches lebte. Wo die Erinnerung offenkundig trog oder unverlässlich war, hätte man sich eine kritische Korrektur denken können.

Brunello Mantelli hat seine Arbeit vor allem auf die deutschen und italienischen Archive gestützt, die reiches Dokumentenmaterial enthalten. Denn der Transfer beschäftigte staatliche Stellen der Wirtschaft beider Länder ebenso wie die faschistischen „Gewerkschaften“ in Italien und die Deutsche Arbeitsfront. Ihm wandten Polizei und Geheimdienste beider Mächte ihre Aufmerksamkeit zu, um Protest- und Widerstandsaktionen zu bekämpfen, und später vor allem, um der gegen Kriegsende zunehmenden Abwanderung der Italiener Herr zu werden. Das Thema italienische Arbeiter in der deutschen Industrie (anfänglich vorwiegend im Bauwesen, dann auch konzentriert im Bergbau und in der metallverarbeitenden Industrie) und Landwirtschaft beschäftigte die Botschaften in Berlin und Rom und vermehrt seit 1942, als das Mussolini-Regime auf die Rückkehr der Landsleute drängte. Das geschah erklärtermaßen aus fiskalischen Gründen. Denn faktisch bezahlte der schwächere Verbündete, der aus Deutschland Kohle und Treibstoffe brauchte, einen erheblichen Teil dieses Arbeitseinsatzes aus dem eigenen Staatshaushalt. Es war Hitler selbst, der für den Abbruch des Einsatzes grünes Licht gab, und es waren der Rüstungsminister Speer und der Generalbevollmächtigte für die Herbeischaffung ausländischer Arbeitskräfte, Sauckel, die seine Entscheidung nach Kräften sabotierten, weil nach der Niederlage bei Stalingrad und mit den weiteren Einberufungen zur Wehrmacht die Arbeitskräftesituation immer kritischer wurde. So lebten noch weit mehr als 100.000 italienische Arbeiter im Reich, als sie sich von einem Tage auf den anderen in einer neuen Situation sahen und erleben mussten, dass die entwaffneten Soldaten der Armee des Duces nun als Zwangsarbeiter nach Deutschland gebracht wurden ...

Cesare Mermani/Sergio Bologna/Brunello Mantelli: Proletarier der „Achse“. Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943. Übersetzt von Lutz Klinkhammer. Mit einem Vorwort von Karl Heinz Roth. Akademie Verlag, Berlin. 418 S., geb., 84,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 10. September 1999, S. 13.

Sozialist und General

Ausstellung „Bersarin, Nikolai. Generaloberst. Stadtkommandant (Berlin)“ in Karlshorst eröffnet.

Was bedeutete die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 durch die Faschisten auf dem Platz im Zentrum Berlins, der einmal nach August Bebel benannt worden war? „Eigentlich eine Harmlosigkeit“, gemessen an den Büchervernichtungen, die sich im Baltikum nach der Liquidierung der drei Staaten ereigneten, in die Truppen der sowjetischen Armee 1940 eindrangen. Die dort begangene Untat gehöre auf das Konto des Generals der Sowjetarmee Nikolai Bersarin. Deshalb habe dessen Name aus der öffentlichen Erinnerung Berlins zu verschwinden. So lautete die verlogene Begründung derer, die das Stadtbild Berlins 1990 zu „reinigen“ begannen. Dreist vertrauten sie wie in anderen ähnlichen Fällen auch darauf, dass ihre Behauptungen ad hoc niemand zu widerlegen vermochte. Das geschieht nun durch eine einzige knappe Feststellung, die in der soeben eröffneten Ausstellung über Bersarin im Karlshorster Museum zu lesen ist. Die Aussage lautet: der Beschuldigte war zu dieser Zeit nicht einmal am Orte.

Es sei die Absicht auch dieser fünften Sonderausstellung, sagte der Direktor des Hauses Peter Jahn, zu informieren. Wenn dabei der Eindruck einer Ehrung zustande gekommen wäre, so wolle man sich von der nicht distanzieren. Unklar blieb, ob das Werk der Museologen schon im Prozess seines Entstehens bewirkte, dass im Berliner Abgeordnetenhaus demnächst über den inzwischen eingereichten Antrag abgestimmt werden muss, den sowjetischen General wieder in eine Liste der Ehrenbürger der Stadt aufzunehmen. Denn „im Zuge der Vereinigung“ war der erste Stadtkommandant Berlins aus dem staatsoffiziellen Gedächtnis gestrichen worden. Damals wurden auch Tote „evaluiert“. Im Osten der Stadt war das Andenken an einen Mann bewahrt worden, von dem seine Kampfgenossen mit dem Blick auf seine ersten Entscheidungen sich verwundert gefragt haben sollen, was er denn sei – ein Russe oder ein Deutscher.

Die schamlose Handlung war nicht die einzige in der mehrjährigen „Reinigungsaktion“ geblieben. Der damalige Senator für Verkehrswesen wies den Bezirksbürgermeister von Friedrichshain an, neben der Bersarinstraße (heute Petersburger Str.) auch den Bersarinplatz binnen gesetzter Frist umzutaufen. Dabei konnte er sich auf Empfehlungen einer Expertenkommission berufen, die auch keine Skrupel besaß, die Clara-Zetkin-Straße zur Umbenennung vorzuschlagen. Und das verweist darauf, dass die auf der einleitenden Tafel angebotene Erklärung, die Liquidierung des Bersarin-Gedenkens sei durch die seinerzeit ungeklärt gebliebenen Anschuldigungen und auch als Folge der Ritualisierung der Erinnerung herbeigeführt worden, doch zu kurz greift. Es wurde schlicht ein Opfer eines ebenso bornierten wie skrupellos verordneten Antikommunismus.

Allerdings nicht total. Und das lag daran, dass sich Ostberliner gegen die Geschichtspolitik der weißen Flecke zur Wehr setzten. Auch der Bürgermeister des Bezirks machte sich nicht zum hirnlosen Befehlsempfänger. Er parierte nicht. Der Bersarin- wurde nicht zum Baltenplatz. Möglicherweise steht dem Berliner Parlament nun eine Entschuldigungsrede ins Haus. Der müsste sich ein Paar (in Worten: zwei) Geschichtsprofessoren der Humboldt-Universität als Gäste anschließen, sofern sie sich ihrer ruhmlosen Rolle als „Sachverständige“ noch zu erinnern vermögen.

Nicht nur deren Studenten sei zur Aufbesserung ihrer Vorlesungskost der Weg nach Karlshorst empfohlen. Die Ausstellung, die sich schwerer machen ließ als manche der voraufgegangenen und zu der die Familie Bersarins und das Moskauer Armeemuseum beeindruckendes Anschauungsmaterial beisteuerten, gibt ein Bild vom Leben des Mannes, der einen Biographen in UdSSR-Zeiten und bis auf den heutigen Tag nicht gefunden hat: 1918 machte sich der Vollwaise in Petrograd ein Jahr älter, um als vorgeblich Fünfzehnjähriger das Mindestalter vorzutäuschen, das damals für den Eintritt in die Rote Armee gefordert wurde. Damit begann ein Leben in Uniform. Es führte nach dem Bürgerkrieg über Kurse und Offiziersschule von Stufenleiter zu Stufenleiter einer militärischen Karriere und 1938 in die Kämpfe gegen die japanischen Aggressoren. Zu dieser Zeit geriet auch Bersarin nahe an die Todesmühlen Stalins, in der die Elite der sowjetischen Heerführer umkam. Traurig und angewidert ist man von in Karlshorst zu sehenden Dokumenten, in denen sich Kommunisten – zur Rettung des

eigenen Lebens gezwungen – von „Volksfeinden“ distanzieren und Treuebekenntnisse abgeben, obwohl das eigene Leben über Gesinnung und Haltung genug sagte.

Aus Sibirien 1941 an die Westgrenze der UdSSR gelangt, kommandierte Bersarin vom ersten bis zum letzten Kriegstag Armeen, unterbrochen nur durch eine als Folge einer schweren Verwundung erzwungene Genesungspause. Am 21. April 1945 erreichte die von ihm befehligte 5. Stoßarmee bei Marzahn den Stadtrand Berlins. Tage später sah er sich zum Kommandanten einer der größten Ruinenstädte Europas ernannt. Das blieb er nur acht Wochen. Dann raste er mit seinem Motorrad in einen Armeelastwagen und war sofort tot. Doch die knappe Zeitspanne seines Wirkens genügte, dass der Mann sich denen fest einprägte, die sich der Politik zur Verfügung stellten. Es ging darum, zunächst das Überleben zu sichern. Er kümmerte sich um die Beerdigung der im Stadtgebiet nur notdürftig verscharrten Toten ebenso wie um das Funktionieren von Krankenhäusern und die Tätigkeit von Religionsgemeinschaften. Von seinem Tagesablauf wäre mehr noch zu erfahren gewesen, hätten russische Archivare auch den Dienstkalender Bersarins zur Verfügung gestellt. Doch existieren unverdächtige Zeugnisse, so die eines späteren Bundesministers und eines evangelischen Bischofs, die sich mit Anerkennung über den Mann mit dem roten Stern geäußert hatten. Auch derlei Stimmen galten nach 1990 nichts. Nun sind sie nachlesbar neben Bildern, die eine dichte Vorstellung davon vermitteln können, was das war: Berlin im Mai 1945.

Über den Generaloberst fielen am Tage der Eröffnung der Ausstellung viele treffliche Worte. Er habe Achtung, ja Popularität gewonnen, sich human und ritterlich verhalten. Warum nur kam niemand auf den Gedanken, dass er womöglich ein Sozialist im Generalsrock gewesen sein könnte? Dafür ist es vielleicht noch zu früh. In Karlshorst wird wiederum ein redlicher Umgang mit der jüngsten Geschichte bezeugt. Wer die Wahl zwischen der Propagandaschau im Gropiusbau und der Reise in den Berliner Osten zu treffen hat, dem sollte sie nicht schwerfallen.

junge Welt, Freitag, 10.09.1999.

Blindgänger im Kalten Krieg

Vor 40 Jahren jubilierte die Jenaer Universität doch

Wie das Lautsignal dem „Pawlowschen Hund“ den Mund wässern sollte, so soll die Vokabel „Kalter Krieg“ dem deutschen Michel die Assoziation „Mauer“, „Stacheldraht“ und „Todesschützen“ herstellen. Dieser Krieg besaß, folgt man den gegenwärtig vorherrschenden Darstellungen, die Merkwürdigkeit, dass er nur von einer Seite geführt worden ist, von den auf ihn und seine Ausweitung versessenen Kommunisten. Das wäre zu überprüfen, zum Beispiel an einer jetzt vierzig Jahre zurückliegenden Episode, die eine gewisse Denkwürdigkeit beanspruchen kann.

Für Ende August 1958 hatte die Friedrich-Schiller-Universität in Jena eingeladen, mit ihren Hochschullehrern, Studenten, Arbeitern und Angestellten das 400-jährige Jubiläum ihrer Gründung festlich zu begehen. Das Signal „Willkommen“ wurde in fünf Erdteile gerichtet, konnte sich doch die Salana zu den bekannteren deutschen Hochschulen rechnen, mit deren Geschichte sich das Wirken einer ganzen Plejade berühmter Denker verband. Die letzte Feier dieser Art war in das – freilich von vielen der damaligen Professoren und Studenten nicht als solches empfundene – Unheilsjahr 1933 gefallen. Der 350. Geburtstag fand in der Vorzeit des Ersten Weltkrieges statt, doch verband sich mit der Erinnerung daran, die Dankbarkeit für eine Gabe von hohem und bleibendem Wert. Damals war der (noch namenlosen) Universität ein neues Hauptgebäude geschenkt worden.

Dieses Jubiläum nun fiel, 13 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in die Zeit des Kalten Krieges. Was das bedeuten könnte, ließ sich an Erfahrungen ablesen, welche aus ähnlichem Anlass von der Leipziger Universität gesammelt worden waren. Da hatte sich gezeigt, dass die Hallstein-Doktrin nach dem Willen der in Bonn regierenden Politiker auch gegen wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen der DDR gerichtet wurde. Das hieß nun: Die Feier in Jena war zu boykottieren, von den Gelehrten im eigenen, dem westdeutschen Staate und auch von denen in allen Ländern weltweit, mit denen die Bundesrepublik ihre diplomatischen Beziehungen mit der Drohung ihres Abbruchs verband, sollten sie auch den anderen deutschen Staat anerkennen. Diese Politik der Isolierung der Wissenschaftler im Osten Deutschlands war kalkuliert und Bestandteil einer Strategie, die den konkurrierenden Staat im Wettstreit der Systeme immer weiter ins Hintertreffen geraten lassen und für ihn die bei weitem nicht überwundenen Folgen der Nazijahre noch vertiefen wollte.

Was ist auf diesem Kriegspfad in den Monaten und Wochen vor dem Ereignis erreicht worden? Was hat die Herausforderung bewirkt? Die Hochschullehrer in Jena, ganz überwiegend der „alten“ Intelligenz entstammend, wurden unter einen vielen von ihnen unwillkommenen Zwang gesetzt, über die deutschen Zustände und über die vom DDR-Staat an sie gerichteten Forderungen gründlicher nachzudenken, als sie es bis dahin getan hatten. Denn weit verbreitet war die mehr und mehr der Wirklichkeit widersprechende Vorstellung von der „Einheit der deutschen Wissenschaft“. Die wurde als so etwas wie das letzte Band angesehen, welches über den Graben reichte. Deshalb eben müsse diese Einheit bewahrt werden. Deshalb auch wurde der inhaltlich noch wenig konturierten Losung von der „Sozialistischen Universität“ verbreitet mit Skepsis und Ablehnung begegnet, würde weiterer Wandel doch besagter Einheit nur Abbruch tun. Der DDR-Staat galt, nicht anders als der westdeutsche, als ein Provisorium. Wie das Dritte, das aus beiden eines nicht vorher zu bestimmenden Tages entstehen könnte, beschaffen sein würde, darüber ließen sich begründete Überlegungen kaum anstellen.

Der Ruf zum Boykott passte nun freilich in diese Denkweise und Stimmungslage auch nicht hinein. Wäre er einzig von der Bonner Regierung ergangen, hätte er womöglich weniger provokatorisch gewirkt. Indessen und in schlechter deutscher Tradition hatten sich maßgebliche Wissenschaftler, vereint in der westdeutschen Rektorenkonferenz, der Kabinettslinie ausdrücklich beigesellt. Der Kalte Krieg besaß auch auf diesem Felde seine Anführer und seine Gefolgschaft. Je deutlicher sich aber abzeichnete, dass die Kollegen im Weststaat der Staatspolitik gehorsam folgen würden, was sich an ausbleibenden oder verbogenen Reaktionen auf die ergangenen Einladungen ablesen ließ, umso stärker machte sich in der Jenaer Professorenschaft eine Haltung geltend, die sich dagegen wehrte, als Wissenschaftler zweiter Klasse behandelt zu werden. Damit hatten viele Hochschullehrer ohnehin ihre Erfahrungen. Vor ihren Reisen zu Kongressen, die in kapitalistischen Staaten stattfanden, muss-

ten sie das in Westberlin befindliche „Alliierte“ Reisebüro besuchen, dort ihre Papiere beantragen und dann wieder in Empfang nehmen. Da schon wurde ihnen spürbar gemacht, dass allein ihr Verbleiben in diesem Staat DDR, wenn schon nicht straf-, so zumindest kritikwürdig sei.

Wer sich in dieser Situation am schwersten tat, Flagge zu zeigen, war der Rektor der Universität, Josef Hämel, Dermatologe und Direktor der Hautklinik. Er wurde 1951 zum ersten Mal und dann wiederholt in sein Amt gewählt. Nachdem er es so lange schon ausgeübt hatte, lag ein Wechsel nahe. Doch konnten die Senatsmitglieder unschwer bemerken, dass er doch noch der Jubiläumsrektor sein wollte. Das hatte schließlich ihre Entscheidung bestimmt. Die zeitigte eine vollkommen unerwartete Folge. Wenige Tage vor dem Jubiläum und wenige Stunden vor dem Beginn einer Pressekonferenz, die in Berlin stattfand und auf der Hämel und weitere Wissenschaftler zur Situation Rede und Antwort stehen und eine vom Senat verabschiedete Erklärung bekanntgeben sollten, verließ der Rektor die DDR mit einer S-Bahn-Fahrkarte. Unverzüglich wurde er in die Bundesrepublik ausgeflogen. Dort erwarteten ihn Journalisten. Der Kalte Krieg um das Jubiläum in Jena hatte seinen Skandal, seinen „Helden“ und zugleich sein prominentestes Opfer.

Hämel hatte sich einfach weit über- und den Zwang zur unausweichlich gewordenen Parteinahme entsprechend unterschätzt. Das mag manchem als eine zu milde Beurteilung erscheinen. Doch unterscheidet sie zwischen der zweifelsfreien Tatsache, dass der vom Senat verurteilte Schritt Hämels den Organisatoren des Boykotts vollständig in die Karten passte, und dem ebenso wenig zu bezweifelnden Tatbestand, dass Hämel in den folgenden Tagen keine Eignung und keinen Ehrgeiz zeigte. sich als Agitator für die vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen organisierte Kampagne zu betätigen. Die gipfelte übrigens in einer „Gegenfeier“, für die kein symbolträchtigerer Ort gefunden wurde als die Stadt Coburg.

Das Fest in Jena fand mit einer beeindruckenden Teilnahme von ausländischen Wissenschaftlern statt. Demonstrative und wissenschaftliche Veranstaltungen prägten es. Die Arme der Regierung in Bonn hatten sich als zu kurz erwiesen. Ihr Vorhaben erlitt eine doppelte Niederlage. Denn es gab dieser dreiste Versuch der Einmischung dem Innenleben der Universität ganz andere als die beabsichtigten Impulse. Über derlei Effekte, die sich zu verschiedener Zeit wiederholten, wird mehr zu erfahren sein, wenn das Auf und Ab in den Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten in den DDR-Jahren anhand von Dokumenten und um Objektivität bemühten Zeugenaussagen in den Blick genommen werden wird. Dazu ist die Folie zu entfernen, hinter der diese Beziehungen als ein sich unausgesetzt verschärfendes Täter-Opfer-Verhältnis erscheinen. Ganz erfolglos aber waren die Boykotteure nicht. Sie erreichten durch ihre Aktion – wie durch ähnliche Praktiken kalter Kriegführung – dass der DDR zusätzliche Anstrengungen und Aufwendungen abverlangt wurden, um zu ihren eigenen Zielen zu gelangen. Die lassen sich zu einem Teil in der eigenen wie in fremder Währung ausdrücken. Auch deshalb schließen mir vorläufig nicht Tränen in die Augen, wenn ich von Geldbeträgen lese, die nun und seit Jahren schon für die Brüder und Schwestern in den Neuen Bundesländern von Steuerzahlern in den alten aufgewendet werden.

Freilich und wie fast immer in der Geschichte: Die einst Kassierenden und die später Zahlenden sind nicht identisch. Experten der Finanzgeschichte, sie sind so dicht nicht gesät, werden noch viel Arbeit damit haben, historisch saubere Rechnungen und Gegenrechnungen über die Ausgaben im Kalten Krieg aufzustellen, wobei so viele versteckte Posten zu berücksichtigen sind. Wann aber werden sie zu diesem Werk antreten können? Gibt es doch so viele, die an derlei Forschungen desinteressiert sind und bleiben werden. Und gerade die wieder verfügen über die Forschungsgelder, mit denen die Wege der Erkenntnis gepflastert werden müssen.

junge Welt, Dienstag, 15. September 1998.

Konstante Interessen

Wissenschaftliche Tagungen zum Zweiten Weltkrieg in Berlin

Um diesen 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs, der von Deutschland ausging, wurde in dem Staat, der sich als den Rechtsnachfolger des „Dritten Reiches“ betrachtet, nicht eben viel Aufhebens gemacht. Das gilt für die Politik wie für die Medien ebenso wie für Wissenschaft und Öffentlichkeit, versteht man darunter hier die in Deutschland lebenden Deutschen. Deren übergroße Mehrheit plagen eigene Erinnerungen an den ersten Septembertag des Jahres 1939 nicht. Zu ihrem Glück. Sie besitzt aber auch von Ursachen und Interessen, aus denen dieser Krieg hervorging, wenig Kenntnisse. Deshalb konnte sie in diesem Frühjahr, als der Krieg gegen Jugoslawien geführt und ein neues und mit dem Blut „anderer“ geschriebenes Blatt in der deutschen Nachkriegsgeschichte gefüllt wurde, leicht düselig geredet werden. Das könnte sich weiterhin noch als vieler Unglück erweisen. Es müssen nämlich nicht immer „die anderen“ sein, nicht Serben, Albaner, Kosovaren oder Roma, die umkommen oder leiden, wenn gebombt und geschossen wird. Offenbar existierten Gründe, die in der imperialistischen Verwandtschaft der Ereignisse von 1939 und 1999 liegen, die Regierenden und Herrschenden in Deutschland angeraten sein ließen, um das „Jubiläum“ einen Bogen zu machen. Einen angemessenen freilich.

Der 1. Septembertag konnte nicht gut übergangen werden. Er gab den Politikern in Bonn/Berlin Gelegenheit, den Polen zu versichern, wie anheimelnd wohl sie sich im immer festeren neuen Verbund mit den Kürzeln EU, NATO etc. fühlen werden, hätten sie nur erst alle Vorleistungen und Bedingungen erfüllt, ohne die sich das Eintrittsbillett in die beste aller Welten nicht ausstellen lässt. Also reisten Staatsoberhaupt und Regierungschef ostwärts und demonstrierten die weißen Flecken ihres Geschichtsbildes, in dem sie sich und ihre Vorgänger als die Urarchitekten eines neuen Verhältnisses zwischen Deutschen und Polen aufführten, zu recht an Willy Brandt erinnerten und zu Unrecht nicht erwähnten, dass es einen Ministerpräsidenten Otto Grotewohl gab, der bereits 1950 in Görlitz seine Unterschrift unter ein Grenzabkommen setzte, das eine der für Millionen schmerzlichsten Bestimmungen der Siegermächte früh ausdrücklich anerkannte.

Auch dass an der Seite dieses Deutschen ein Volksbildungsminister arbeitete, der sich über deutsch-polnische Geschichte viel Gedanken gemacht hatte und sich 1952 mit einer Rede „Wie es zur Oder-Neiße-Grenze kam“ insbesondere an die Lehrerschaft wandte, ist keiner Erwähnung mehr wert. Sein Name war übrigens Paul Wandel. In solchem Staatsrahmen stören Wissenschaften, die Vergangenes ohne Auslassungen rekonstruieren. Und da aus mancherlei Gründen viele ihrer Jünger als Störenfriede nicht gelten wollten, was wieder in den Tagen des Jugoslawienkrieges bewiesen wurde, haben auch sie sich gegenüber diesem Jahrestag zumeist rücksichtsvoll gezeigt. Mit Ausnahmen. Und nicht deshalb, weil sie an Neuentdeckungen dem Ereignis und seiner Folgen nichts mehr abzugewinnen gehabt hätten.

Dass Wissenschaften mit dem Gegenstand weiter und weltweit befasst sind, bewiesen in Berlin Germanisten und Medienwissenschaftler der Humboldt-Universität, die auf Initiative von Ursula Heukenkamp, Wolfgang Mühl-Benninghaus, Jens Ebert und Monika Melchert zu einer Konferenz vor einigen Tagen einluden, deren Thema „Kriegserlebnis und Kriegsdeutung in deutschen Medien während der frühen Nachkriegszeit“ ausmachten. Die Rede war von den Jahren 1945 bis 1960, von den Verdiensten von Schriftstellern und Filmemachern, von den Arbeiten der Fachleute des Rundfunks und der Pioniere des Fernsehens in Ost und in West, von Soll und Haben, von Hörberichten des Berliner Rundfunks aus den Tagen des Nürnberger Prozesses und von Fernsehspielen, deren Inhalte heute nur noch durch Befragungen ihrer letzten noch lebenden Mitgestalter verlässlich zu erschließen sind, weil keine Konserve sie aufbewahrt. Gäste aus Polen redeten davon, wie in ihrem Lande Kunde und Wissen von einer neuen deutschen Literatur aufgenommen wurde, die gutnachbarlichen Beziehungen die Bahn brechen wollte. Ein japanischer Teilnehmer sprach über die „Hiroshima“-Lyrik in seinem Lande und machte ein Gedicht bekannt, das Klage über und Anklage gegen die Verbrechen der japanischen Imperialisten in Nanking erhebt.

Könne ein Lehrer im fernen Inselreich solche Verse 1999 an einer allgemeinbildenden Schule im Literaturunterricht behandeln, wurde der Gast am Rande des lehrreichen Treffens gefragt. Ja, solche „Fälle“ gäbe es, ausnahmsweise. Den Veranstaltungen im polnischen Kulturzentrum, zu ihnen gehörte die Vorführung von selten zu sehenden Nachkriegsfilmen, wäre ein zahlreicheres Publikum zu wünschen gewesen. Das dürfte – siehe oben – nicht nur durch den Haupttitel der Konferenz „Schuld und Sühne“, den die Veranstalter eingestandenermaßen am Ende nicht glücklich fanden, abgehalten worden sein. Zur Konferenz, deren Reden bald in einem voluminösen Band zu lesen sein sollen, gehörte auch ein Beitrag, der die verbalen Bezugspunkte erörterte, die von Politikern, Ideologen und Schriftstellern vom Jugoslawienkrieg zum Zweiten Weltkrieg hergestellt wurden. Der Vortragende versah seine gelehrten Bemerkungen mit der Hervorhebung, zum eben beendeten Krieg wolle er selbst aber in der Sache nicht Stellung nehmen ...

Das wäre auf der Tagung nicht widerspruchslos durchgegangen, zu der sich auf Einladung der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung Historiker und Politologen von Tübingen bis Greifswald mit polnischen, österreichischen, norwegischen und finnischen Gästen am vergangenen Wochenende zusammenfanden. Diese Gesellschaft war zum Zeitpunkt ihrer Gründung ein Produkt der Abwicklung und in den Plänen von deren Vollzugsbeamten nicht vorgesehen. Sie stand im Geruch, ein „linker“ Verein zu sein und eine Ansammlung von Beduinen aus der soeben entdeckten Wissenschaftswüste DDR. Der Geruch verfliegt nur langsam. Sponsoren drängen sich da nicht. Es wird nicht leicht sein, die Vorträge zu Buche zu bringen, die sich um das Generalthema „Der Weg in den Krieg“ gruppierten.

Deren Schwerpunkt bildete das noch immer unterbelichtete Verhältnis von Ökonomie und Politik (schon) in der Phase der friedlichen Aggressionen Deutschlands 1938/1939. Erfrischend der in Referaten von Dietrich Eichholtz (Borkheide), Karl Heinz Roth (Bremen) und Manfred Messerschmidt (Freiburg) zum Auftakt erbrachte Nachweis, dass allzu mechanische Verzahnungen der Rolle und der Aktionen von Politikern, Militärs und Wirtschaftsführern inzwischen bei den Akten liegen. Doch dass sich die Ziele des Krieges auf sehr handfeste Herrschafts- und Vorherrschaftsziele richteten, die materiellen Interessen Handlungsräume verschaffen sollten, gab in den Debatten keinen Streitpunkt her. Nachdenklich wurde von den Möglichkeiten gesprochen, den Einfluss jener objektiven und subjektiven Faktoren zu gewichten, welche die deutsche und dann die europäische und Weltgeschichte auf den Kriegspfad lenkten. Von handelnden Personen – von Chamberlain, Daladier, Stalin, Politikern in Österreich, Polen und Finnland – musste die Rede sein, als die außenpolitisch-diplomatische Vorgeschichte des Krieges von Siegfried Bünger (Berlin), Jouko Jokisalo (Oulu) und Ryszard Nazarewicz (Warschau) erörtert wurde. Da kam unvermeidlich zur Sprache, wer, wann, wem, wo, was gesagt, übermittelt, angedroht oder versprochen hatte.

Es wurde das weite und unbefestigte Feld betreten, auf dem zu prüfen ist, was von alledem Ausdruck von wirklichem Wollen oder Wünschen oder was nur Nebel und Rauch war, hinter dem sich die realen Absichten zu verbergen suchten. Wo von den Führern der nichtfaschistischen kapitalistischen Staaten gesprochen wurde, musste deren Antikommunismus als eine, aber eben nicht alleinige Leitidee für ihre Entscheidungen behandelt werden. Dass die notwendige Korrektur verkürzter Geschichtsbilder vielfach mit dem Verzicht auf deren die Wirklichkeit treffende Grundfarben einhergeht, wurde ebenso kritisiert wie etwa die in Polen anzutreffende NATO-beflissene Umschreibung der Geschichte, deren Autoren über die deutsche Okkupation mehr und mehr schweigen, über die mit ihr gleichgesetzte sowjetische aber en Detail publizieren. Als bloßer nachholender Umgang mit bis dahin verschwiegener Wahrheit wäre diese Verschiebung zu gering bewertet, sucht sie doch ein sehr altes Verhältnis zu Russland neu zu beleben.

Der Gedankenschritt vom Jahre 1939 in die Gegenwart verlangt keine Verrenkung. Ernstgert Kalbe (Leipzig) sprach abschließend unter der Dachzeile „Geschichte als Farce“ über die historischen Hintergründe des Untergangs Jugoslawiens 1989-1999 und wies nach, dass bei allen auch verwirrenden Unterschieden in den Erscheinungsbildern von 1914, 1941 und 1999 das Interesse konstant blieb, die Völker im Südosten Europas den Interessen von Großmächten anzupassen. Die richteten sich stets über diesen Raum hinaus, zum Bosporus, nach Bagdad, heute zur Kaspi-See und deren Erdölvorkom-

men, die locken und – wie gehabt – drohen. Denn es könnte sich aus dem Wettlauf um deren Besitz und die Vorteile und Profite, die sich mit ihm verbinden, Entwicklungen ergeben, die den furchtbaren und infamen Krieg gegen Jugoslawien zu einem matten Vorspiel herabstufen.

junge Welt, Mittwoch, 22.09.1999.

Vive Robespierre

„Meine vier Leben“: Walter Grab hat seine Erinnerungen aufgeschrieben

Zu den Historikern, die sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf neuen Wegen der Erforschung deutscher Geschichte einen Namen machten, gehört der Autor dieser Memoiren. Walter Grab kann von sich mit vollem Recht sagen, er habe mehrere Leben gelebt. Er gehört zu jenen „Verspäteten“, die ihre Dissertationsschriften zu schreiben begannen, als die Mehrheit der Akademiker vor und neben ihm stattliche Veröffentlichungslisten schon aufzuweisen hatte. Dem in Wien Geborenen verstellten die deutschen und österreichischen Faschisten den geraden Weg zu einem Universitätsstudium.

Er begann es, aus der „Ostmark“ mit Hilfe einer in Palästina lebenden Tante eben noch rechtzeitig geflohen, als er das vierte Lebensjahrzehnt schon fast durchschritten hatte, und betrieb es als Externer in Tel Aviv nach einem Tagewerk, mit dem er als Kaufmann sich und seiner Familie den Lebensunterhalt verdienen musste. Grab stand im dreiundvierzigsten Lebensjahr, als er durch ein Examen die Befähigung erworben hatte, Geschichte an Gymnasien zu unterrichten. Doch es zog ihn in die Forschung. Ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung ermöglichte ihm die Inangriffnahme einer Dissertation.

Er wandte sich an den in Hamburg lehrenden Fritz Fischer. Einen der auf den Lehrstühlen der Bundesrepublik verbliebenen einstigen Nazis wollte er sich ebenso wenig zum Doktorvater wählen wie einen der großdeutschen Konservativen. Der war mit den Ergebnissen seiner Forschungen über die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg und durch seinen Nachweis kontinuierlicher Elemente, die zum Zweiten hingeführt hatten, eben in das Fadenkreuz wütender Angriffe der Zunftmehrheit geraten. Grabs Wahl war eine Parteinahme.

Noch bevor Grab seine Arbeit verteidigte, wurde er als Forscher bekannt, der mit seinen Arbeiten über die (nord)deutschen Jakobiner Neuland betrat. Kaum promoviert, hatte ihn Walter Markov, der Leipziger Historiker, dessen 90. Geburtstages in dieser Zeitung kürzlich gedacht wurde, 1965 auf einer speziellen Veranstaltung des Internationalen Historiker-Kongresses in Wien der erlesenen Gesellschaft von Experten präsentiert, die sich mit der Geschichte der Französischen Revolution und ihren Helden befasste. Nach seinem Auftritt fand sich Grab inmitten der 26 Redner des Tages an der Tafel eines Restaurants wieder und hörte stehend, mit allen Versammelten das mit Rotwein gefüllte Glas erhoben, Albert Soboul sagen: „Vive Robespierre“.

Von Episoden, die sich in solcherlei absonderlichen Historikerkreisen zutrugen, berichtet Grab viele. Denn er wurde in der Gesellschaft, die sich mit der Frühgeschichte des Demokratismus befasste, kein flüchtiger Gast. Die Revolutionen von 1789, 1830 und 1848 und deren Folgen (samt der Frage nach den ausgebliebenen) bildeten die Fixpunkte seines forschenden Interesses. Sein immenses Lebenswerk hat ihn dennoch nie nur an den Schreibtisch gefesselt. Er stand in Israel in der Bewegung gegen den Krieg der USA, der Vietnam niederzwingen sollte. Er engagierte sich gegen die nationalistisch oder religiös begründeten Projekte von Groß-Israel. Er vertrat stets eigene Positionen, und er suchte die Bekanntschaft und fand die Freundschaft von Leuten, die wie er originell denken und gegen den Strom schwimmen konnten. Auf den Seiten seines Buches begegnet man vielen von ihnen, u. a. dem Marburger Historiker und Politologen Wolfgang Abendroth, dem Gewerkschafter und Sozialpolitiker Jakob Moneta, dazu Geschichtswissenschaftlern aus der DDR: Karl Obermann, Eberhard Czichon und Heinrich Scheel.

Die Urteile über sie und andere sind mitunter zugespitzt subjektiv, manche Information wie die über die strafweise Entfernung Obermanns von seinem Arbeitsplatz auch falsch. Doch mindert das nicht das Vergnügen an den Erinnerungen, aus denen etwas von jenem demokratischen Urgestein strahlt, das hierzulande in der Intelligenz rar war und geblieben ist. Und: Wer sagt schon unumwunden von sich, er habe sich bei einem Gespräch mit einem jungen schwarzafrikanischen Wissenschaftler auf seine Bemerkung, wozu man in Ghana die Philosophie Hegels brauche, die ihn niederschmetternde Antwort eingehandelt: „Hören Sie, vielleicht sind meine Vorfahren noch auf den Bäumen herumge-

klettert, als Ihre Vorfahren bei Hegel studierten. Aber Auschwitz haben wir nicht gemacht!“ Grab, der so vielen mit seinem Wissen und seiner Haltung weitergeholfen hat, akzeptierte die Lektion. Dabei ist allein in der Pinkas-Synagoge zu Prag der Name Grab zwölfmal verzeichnet, erinnernd an diejenigen seiner Verwandten, die von den braunen, schwarzen und feldgrauen Judenmördern umgebracht wurden, darunter war einer seiner Brüder.

Ob dieser Lebensbericht in Geschichtsseminaren deutscher Universitäten durchgearbeitet oder auch nur empfohlen werden wird, darauf würde ich eine Wette nicht eingehen. Gründe dafür ließen sich viele nennen. Einer von ihnen liegt darin, dass Grabs Vita auch in einer weiteren Hinsicht ein Orientierungsangebot bietet. Denn er gehört zu den Historikern, die sich in der deutschen Literatur und Literaturgeschichte nicht nur auf seiner „Spezialstrecke“, dem ausgehenden 18. und dem 19. Jahrhundert, auskennen wie andere nicht in ihrer Westentasche. Leichtsinnigerweise habe ich bei unserem einzigen Treffen, der Mann interessierte sich nach der „Wende“ sogar für Leben und Arbeit abgewickelter ostdeutscher Kollegen, im Gespräch ein Wort Schiller zugeordnet, es stammte aber von „dem anderen“, wie mir freundlich bedeutet wurde. „Vive Robespierre“!

Vive Walter Grab! Und gute Wünsche an den Ostrand des Mittelmeeres.

Walter Grab: Meine vier Leben. Gedächtniskünstler, Emigrant, Jakobinerforscher, Demokrat. PapyRossa, Köln 1999, 432 Seiten, DM 48,00.

junge Welt, Mittwoch, 13.10.1999.

Gegen Barrikaden des Vergessens

Erinnerung an den Historiker Joseph Wulf

Wer 1974 zu den Lesern von „Neues Deutschland“ gehörte, fand in einer Ausgabe an unauffälligem Platz eine kleine Notiz. Sie besagte: Erich Honecker habe einen in Berlin-West lebenden Historiker namens Joseph Wulf zu einem Gespräch empfangen. Die Nachricht hätte zu Zeiten seines Vorgängers weniger überrascht als jetzt, hatte sich Walter Ulbricht doch gelegentlich in seinem „dritten Beruf“ als Historiker bezeichnet. Mit der Meldung wie mit dem Namen des Gastes wussten DDR-Bürger kaum etwas anzufangen. Denn es existierte auch eine geistige Mauer der Unwissenheit selbst zu jenen vielen, die dem ostdeutschen Staat nicht feindlich gegenüberstanden und deren Bestrebungen den eigenen sogar in dieser oder jener Weise verwandt waren. Auch im Hinblick auf Wulfs beeindruckende forscherische und publizistische Leistung – er hatte in 18 Büchern gegen das Vergessen der Untaten des Faschismus angeschrieben und mehrmals die Kontinuitäten in den Führungsschichten vom Nazi- zum Bundesstaat in Rede gebracht – traf das zu.

Wie und warum war es zu diesem außergewöhnlichen Treffen gekommen, fragten sich kürzlich Zeitzeugen, die anlässlich des 25. Todestages des Historikers während einer Veranstaltung im „Haus der Wannsee-Konferenz“ seines Lebens und seiner Verdienste gedachten. Gerhard Schoenberner und Manfred Rexin konnten auf Berichte zurückgreifen, die ihnen Wulf noch unter dem frischen Eindruck seiner Fahrt in der Staatslimousine über die Grenze und des Zusammentreffens gegeben hatte. Wulf habe den DDR-Politiker auf seine Produktion aufmerksam gemacht und sei daraufhin eingeladen worden. Der Gastgeber wäre bestrebt gewesen, zu erklären, dass die Vorbehalte, die es gegen die Politik Israels gebe, keine antijüdische Position ausdrückten oder begründeten. Ein Motiv dafür, dass es zu der Begegnung kam, könnte gewesen sein, dass Wulfs Verbindungen zum Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses bekannt waren und auf diese Weise auch ein Signal dahin ausgesendet werden sollte. Ein Jahr nach dieser Begebenheit wurde im Verlag Volk und Welt eine der kommentierten Dokumentationen Wulfs herausgegeben. Für „Das Dritte Reich und die Juden“ hatte der „sozialdemokratischen“ arani Verlag, der das Original 19 Jahre zuvor auf den Buchmarkt gebracht hatte, die Lizenz erteilt. Die Publikation war damals in der Bundesrepublik so unwillkommen gewesen wie die folgenden Bücher Wulfs, die sich mit den „Dienern“ und den „Vollstreckern“, mit Zivilisten und Militärs, Juristen und Journalisten, Bankiers und Industriellen und deren Rolle im faschistischen Reich anhand von deren eigener schriftlicher Äußerung und Hinterlassenschaft befassten.

Prompt fanden sich Leute aus der Zunft, die an den „editorischen Prinzipien“ und der Kommentierung des Mannes herumzunörgeln hatten und doch nicht verhindern konnten, dass von seinen Büchern ein Anstoß ausging. Die Barrikaden gegen das Vergessen wurden, wenn auch nicht gestürmt, so doch allmählich geräumt. Einige ihrer Verteidiger hatten sich nach Skandalen von ihren Plätzen zurückzuziehen. Der Mann, der an diesem Wandel einen nicht unbedeutenden Anteil besaß, hat den eigenen geringgeschätzt.

In einem Zustand tiefer Depression, der ihn nach dem Tode seiner Frau wieder und wieder packte, und auch unter dem Eindruck des Krieges der USA in Vietnam, der ihn daran zweifeln ließ, dass Menschen die Lektionen der Geschichte lernen wollen, stürzte sich Wulf aus dem Fenster seiner Wohnung in den Tod. Den Antisemitismusforscher Wolfgang Scheffler erinnerte dies daran, wie einst Juden aus den brennenden Häusern im Warschauer Ghetto sprangen, um dem ihnen bestimmten Gastod zu entgehen.

So endete das Leben des Mannes tragisch. In Chemnitz hatte es begonnen, in Krakau dann war Wulf in religiöser Erziehung aufgewachsen. Frau und Kind überlebten, bei polnischen Bauern versteckt, während er als Partisan in die Hände der deutschen Okkupanten fiel, in Auschwitz-Monowitz ausgebeutet wurde, und im Nachkriegspolen begann, an Opfer und Täter zu erinnern. Über Paris, wo er mit Léon Poliakov zusammenarbeitete, kam er nach Deutschland. Nach seinem Tod wurde er, wie zuvor seine Frau, in Tel Aviv begraben. Bis heute erinnern einzig eine Tafel an seinem Wohnhaus und die nach ihm benannte Mediothek im „Haus am Wannsee“ an ihn.

Dass in der Villa, in der sich damals ein Schülerlandheim des Bezirks Neukölln befand, eine Forschungs- und Gedenkstätte errichtet werde, die sich nicht nur mit dem „Nationalsozialismus“, sondern auch mit dessen Folgen zu befassen hätte, suchte Wulf vergebens zu erreichen. Der Verein, der das Vorhaben auf den Weg bringen sollte, löste sich 1973 auf. Sozialdemokratische Senatspolitiker schoben die Kinder vor und deren wahlberechtigte Eltern. Sie fürchteten Verluste, die eine Umwandlung der Bestimmung des Hauses der eigenen Partei eintragen, und Gewinne, die sie den Rechten verschaffen könnte.

Ob Joseph Wulf die weitere Entwicklung der Erforschung des Genozids an den Juden, die Verbreitung von Wissen und die Inszenierung von Gedenken hätte optimistisch stimmen können, darüber waren sich diejenigen, die jüngst seiner gedachten, im Zweifel. Andreas Nachama berichtete eingangs von fortgesetzten Untaten auf dem Friedhof in Berlin-Weißensee.

Joseph Wulf, der Mann, der „ein Aufklärer im besten Sinne des Wortes“ genannt wurde, sollte stärker in das Gedächtnis der Nachgeborenen gerückt werden: in der Stadt seines Wirkens, an der Freien Universität, deren Ehrendoktor er war, und in seiner sächsischen Geburtsstadt.

Gerhard Schoenberners Text auf Joseph Wulf kann nachgelesen werden als Beitrag in. Claudia Fröhlich/Michael Kohlstruck (Hrsg.): Engagierte Demokraten. Vergangenheitspolitik in kritischer Sicht. Verlag Westfälisches Dampfboot, 48,00 DM.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 16./17. Oktober 1999, S. 15.

Striking back

Kommando der Verfolgten

Wo von Krieg die Rede ist, kommen meist Namen von Armeen und ihrer Führer in den Blick. Denen von Shukow, Montgomery oder Eisenhower ist begegnet, dessen Interesse für Schlachten nicht eben groß sein mag. Erst jüngst wurden hierzulande unbekannte Kommandos wahrgenommen, deren Angehörige auf verschlungenen Wegen Soldaten der Antihitlerkoalition wurden, nachdem ihre Länder in die Gewalt der deutsch-faschistischen Eroberer geraten waren. Biografien dieser Polen, Norweger, Franzosen muten oft Unwahrscheinlich an.

Eine, seine eigene, berichtet Peter Masters, der einmal Peter Arany hieß. Die Antisemiten vertrieben ihn aus Wien. Auf der britischen Insel fand er Zuflucht in ärmlichen Verhältnissen, arbeitete auf einem Bauernhof, dann als Laufbursche. Er wurde interniert, als 1940 die Invasion drohte, kam aber durch einen Trick frei. Rasch meldete er sich zur einzigen britischen Truppe, in der – anfänglich – Ausländer seiner Herkunft Aufnahme fanden: zum Pionierkorps. Er geriet in eine uniformierte Transportkolonne und zu sehr unheroischer Beschäftigung. Dabei wollte er gegen die Faschisten kämpfen, auch um eine ganz persönliche Rechnung zu begleichen. Der Originaltitel des in den USA erschienenen Buches: „Striking back“. Der Krieg eines jüdischen Kommandos gegen die Nazis drückt das aus. Dasselbe wünschten sich im Korps andere Deutsche, Österreicher und Ungarn, in der Mehrzahl Juden.

1943 wurde Masters Soldat in einem Spezialkommando, erhielt eine Ausbildung, die vom Erklettern von Steilwänden über das Fallschirmspringen bis zum Knacken von Schlössern reichte und auf besondere Einsätze vorbereitete. Trupps erkundeten u. a. die Küstenabschnitte, die für die Eröffnung der „zweiten Front“ vorgesehen waren. Am D-Day war Masters dabei. Er verließ seine Elitetruppe, als sie sich bis zum Rhein vorangekämpft hatte. Dann besuchte er einen Offizierslehrgang. Sein letzter Einsatzort als Soldat. Ghana. Nach Deutschland zog es ihn nicht zurück, wo „niemand Nazi gewesen sein wollte und alle behaupteten, nichts von den vor ihrer Nase verübten Verbrechen geahnt zu haben.“

Peter Masters: Kommando der Verfolgten. 87 Elitesoldaten im Kampf gegen Hitler Schneekluth Verlag, München. 453 S., geb., 39,90 DM.

Neues Deutschland, 13.-18. Oktober 1999, S. 12.

Keimfreies Erinnern in Ravensbrück

Die letzten Überlebenden scheinen schon gestorben

Jüngst waren 40 Jahre vergangenen, seit die Gedenkstätte im Weichbild der brandenburgischen Stadt Fürstenberg ihrer Bestimmung übergeben wurde. Sie erinnerte auf einem Teilstück des ehemaligen Konzentrationslagers Ravensbrück, gelegen am malerischen Schwedt-See, an das terroristische Regime der faschistischen Herrschaft und an die Leiden und das qualvolle Sterben der – vor allem – Frauen, Kinder und später auch Männer, die hierher verschleppt worden waren. Wer das Gelände seitdem betrat, dessen Blick wurde auf die mächtige, auf einem Sockel stehende Skulptur gelenkt, die den Namen „Die Tragende“ erhalten hat. Eine dieser Anstrengung noch fähige Frau trägt eine Zusammengebrochene auf ihren Armen. Wohin? Ins Grab? Auf eine Ruhestätte? In ein Versteck, um sie, die nun „unbrauchbar“ Gewordene, den Blicken und dem Zugriff der Mörder eben noch zu entziehen? Will Lammert hat in früher DDR-Zeit eines jener Denkmäler geschaffen, dessen Sprache eindeutig ist. Es redet zu uns von den Elenden und von Menschlichkeit, von Trauer und von Solidarität. Es passt nicht ins Klischee derer, die neu entdeckt haben, es seien diese damals mit dem Zusatz „national“ bedachten Stätten einzig zu dem Zweck geschaffen worden, Aufmarsch- und Bekenntnisplätze für die „zweite deutsche Diktatur“ zu gewinnen, die derart von den Verbrechen der „ersten“ noch profitiert haben soll.

Im zehnten Wendejahr wäre es denkbar gewesen, gegen diesen Unsinn in einem Buch anzugehen, das aus Anlass eben jenes 40. Jahrestages der feierlichen Eröffnung des Gedenkstättenkomplexes herausgegeben worden ist, zumal es darin um die Sprache der Steine geht, der behauenen und der unbehauenen, um Aussagen der ganzen Anlage wie ihrer Teile, um Inschriften und museale Zeugnisse. Stutzig macht bei der ersten Durchmusterung des Bandes indessen, dass in ihm jede eigene Stimme einer der wenigen überlebenden Frauen fehlt. Das ist die neue Art des Sich-Erinnerns, und es kommt der Verdacht auf, die letzten dieser „Ravensbrück-Erinnerungen“ seien es, welche die akademisch aufgemotzte Art des „Gedenkens“ heute eben noch stören. In der Einleitung der drei Herausgeberinnen, unter ihnen die Leiterin der Gedenkstätte fraglos in besonderer Verantwortung für das publizistische Unternehmen, kommen die einstigen „Häftlingsfrauen“ in einer einzigen marginalen Erwähnung vor. Dort, wo von Debatten über Lammerts Entwurf die Rede ist und nicht angemerkt wird, dass auch sie bezeugen, wie um die Gestaltung des Ortes gerungen und manchmal auch gestritten worden ist. Das passt so wenig ins Klischee wie die zurückhaltende Erinnerung, die Ludwig Deiters, der an der Gestaltung der Gedenkstätte als Mitglied einer Gruppe junger Architekten und Landschaftsgärtner beteiligt war, für den Band geschrieben hat. Er wurde ebenso an dessen Ende platziert wie ein auf viele neuentdeckte Quellen gestützter Beitrag von Erika Schwarz/Simone Steppan, in dem die Vorgeschichte der Stätte, angefangen von den ersten Überlegungen der Befreiten und der Initiative einer einzelnen Frau, Fanny Mütze-Specht mit Namen, bis zu den Beiträgen der Anna Seghers und der Rolle des Kulturministeriums der DDR erzählt wird. Die angesichts der Beteiligung von rund zwei Dutzend Autoren überflüssige Bemerkung, nicht alle Aussagen stellten die Meinung der Herausgeberinnen dar, mag sich auf diese, zur Gesamtanlage des Buches quer liegenden, von anderer Hand aber nicht zu bekommenden Aufsätze beziehen. Hingegen wäre zu wünschen, dass sie jenem schwer zu lesenden Beitrag einer Doktorandin der FU Berlin gelten würde, die in der Biographie der Olga Benario-Prestes herumgestochert hat.

Der Skandal des Bandes aber besteht darin, dass die Sprache der Überlebenden ignoriert wurde. Warum kam niemand der Beteiligten – zu ihnen zählen mit Bernd Faulenbach und Peter Steinbach, der eine an der Ruhr-Universität in Bochum lehrend, der andere an der FU Berlin, Historiker, die in der Gedenkstättenpolitik der Bundesrepublik nicht das letzte Wort sprechen – auf den Gedanken, einen Beitrag darüber anzuregen, was die einstigen Gefangenen heute über Entstehung und Geschichte und Zukunft dieser Stätte denken, was sie heute sagen, wenn sie sich Fragen der Jüngeren ausgesetzt sehen und ob es noch die gleichen Geschichten sind, von denen sie berichten? Welche Erfahrungen haben sie als Zeitzeugen in den grundstürzend veränderten deutschen Zuständen gesammelt und – womöglich – welchen Abstand haben sie von ihrer eigenen früheren Rolle als Mittler gewinnen

können und müssen? Warum wurde niemand ausgeschickt, das in Interviews aufzuklären, was am 50. Jahrestag der Existenz der Gedenkstätte doch kaum noch zu erfahren sein wird?

Warum interessierte, so interessant sie ist, die – mitunter missdeutete – Sprache der Steine mehr als die der Menschen?

Diese Anmerkungen werden nicht jedem Beitrag gerecht, verlangen folglich gegenüber Verfassern von zu würdigenden Aufsätzen eine hiermit ausgesprochene Entschuldigung. Denn zu verlieren ist zudem ein Wort über den kläglichen Provinzialismus, der die Herangehensweise an die Beurteilung von geschichtlichen Abläufen, von Verdiensten und von Versagen spricht. Die gleichen Autoren, die sich Maul und Feder zerreißen, wenn es darum geht, die beiden „deutschen Diktaturen“ zu vergleichen, verweigern auf nahezu allen politisch-kulturellen Feldern den Vergleich zwischen den beiden deutschen Staaten, die zwischen 1949 und 1989/90 existierten. Im vorliegenden Fall wäre ein historisch gerechtes Bild zu haben gewesen, wenn statt mancher Aufsätze, die sich auch in anderem Zusammenhang hätten publizieren lassen, Leute zu Worte gekommen wären, die Entstehung und Gestaltung vergleichbarer Gedenkstätten in West und Ost unter die kritische Lupe genommen hätten. Die einen mögen dazu aus Unkenntnis unfähig sein, bei anderen hat sich diese Verweigerung längst zur Methode entwickelt, mit der sich trefflich herabsetzen lässt, was in die Niederungen eigener Beschränktheit gezogen werden soll. Die engagierte Barbara Distel in Dachau könnte eine Empfehlung für eine sachlich-kritische vergleichende Studie sein. Sie hätte durch die Öffnung eines Fensters den provinziellen Mief aus diesem Band vielleicht nicht herausbefördern, aber womöglich verdünnen können, wenn schon im wissenschaftlichen Personal und engeren Umfeld der Gedenkstätte von Ravensbrück dazu niemand in der Lage war. Diese Publikation bezeugt mit ihren in den Vordergrund gerückten Beiträgen schließlich, dass sich des Gedenkens Leute bemächtigen, die es akademisch kodifizieren, und das heißt auch: weitgehend entpolitisieren und das mit der Rechtfertigung, sie würden auf diese Weise der „Instrumentalisierung“ von Gedenken ein Ende machen. Angesichts dieses Vormarsches können sich die Rechten die Hände reiben.

Und der Ministerpräsident des Landes, in dem die Gedenkstätte liegt, wird sich bei nächster Gelegenheit wieder eine Kerze kaufen und ein trauriges Gesicht machen. Und das wird wieder die Neunazis furchtbar erschrecken.

Ines Eschebach, Sigrid Jacobeit, Susanne Lanwerd (Hrsg.): Die Sprache des Gedenkens. Zur Geschichte der Gedenkstätte Ravensbrück 1945-1995. Edition Hentrich Berlin 1999, 323 Seiten (Schriftenreihe der Brandenburgischen Gedenkstätten, Bd. 11), DM 39,80.

junge Welt, Sonnabend, 23.10.1999. Dieter Laubers. Pseudonym von Kurt Pätzold.

Des Guten zu viel getan? – nun ja, Kollege Kocka

Anmerkung zu einem Interview in „Sozialismus“

[Mitautor Manfred Weißbecker]

Wie gelangen Historiker zu ihren Themen? Wie erklären sich ihre Interessen an Zeiten und Ereignissen, Prozessen und Personen? Welche Hinwendung entspringt Antrieben, die sich aus dem logischen Fortgang ihrer Beschäftigung ergeben, welche ist Reflex gesellschaftlicher Veränderungen, welche rührt aus aktuell-politischem Auftrag her? Fragen, die ins Beziehungsgeflecht von Wissenschaft und Politik führen.

Seit einiger Zeit befasst sich die bestallte Zunft deutscher Historiker forschend und debattierend mit Themen, die sie über Jahrzehnte mied. Sie wandte sich „weißen Flecken“ der Geschichtsschreibung über den deutschen Faschismus zu. Am meisten öffentliches Aufsehen erregten die nicht mehr zu kaschierenden „dunklen Seiten“ deutscher Bank- und Industriekonzerne, die Ausbeutung von KZ-Häftlingen, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Es kam die eng verflochtene Aktion von Politikern, Kapitaleignern und Managern in Rede. Die an dieser „Verstrickung“ (wie eine freundlich umschreibende, an Omas Lieblingsbeschäftigung erinnernde Kennzeichnung lautet) beteiligten Personen sind mittlerweile tot.

Das gilt auch für die Angehörigen des ungleich weniger beachteten Personals, die unter Hitler und dann im Westdeutschland der Nachkriegszeit die geschichtswissenschaftlichen Lehrstühle der Universitäten eingenommen und teils staatliche Großaufträge erhalten hatten. Sie waren die Lehrer derjenigen, die heute als Professoren selbst an der Schwelle zur Emeritierung stehen. Jedoch nicht die Schüler, sondern jüngere Wissenschaftler lenkten die Blicke zurück auf die Anfänge und zwangen diejenigen zum Reden und Schreiben, die Studenten und Assistenten jener Spezies von „Hitlers Helfern“ waren. Nun wird von ersteren erklärt, man habe gewusst, aber tieferes Fragen unterlassen. Der eigenen Karriere förderlich wäre das auch kaum gewesen. Doch geht es nicht darum, dass die Enkel den Vätern zum Vorwurf machen, sie hätten sich gegenüber den Großvätern als Opportunisten verhalten. Gelichtet wird der Nebel, der über der Frühgeschichte der Bundesrepublik liegt. Doch nur ein wenig, wie ein in der Zeitschrift „Sozialismus“ (Nr. 9, S. 17-20) veröffentlichtes Interview mit Jürgen Kocka, Professor an der Freien Universität Berlin, unter der Überschrift „Historiker als Vordenker der Vernichtung?“ zeigt.

Ja, die „Kultur des Schweigens“ war besorgniserregend, antwortet Kocka. Und: „Ein Stück Verdrängung war in gewisser Weise Bedingung des Aufschwungs.“ Über diese „Dialektik“ lohne es sich weiter nachzudenken. Tut er aber nicht. Die Historiker, die nach 1945 ungeschoren davonkamen, waren Nutznießer einer Politik der Restauration der Kapitalherrschaft und alsbald auch des Kalten Krieges. Wo Urteile alliierter Gerichte gegen Kriegsverbrecher herabgesetzt wurden, Verurteilte wenig später auf freien Fuß gelangten, der Bundeskanzler den im Zeichen der deutsch-französischen „Aussöhnung“ freigekommenen Fallschirmjägergeneral Ramcke zur Audienz empfing – wer richtete da Scheinwerfer auf ein paar Geschichtsprofessoren, die zwar, wie Kocka hervorhebt, für die Vertreibung von Menschengruppen in und aus den eroberten Ländern des Ostens eingetreten waren, aber doch nicht für deren Vernichtung? Differenzierung gehört gewiss zur Wissenschaft. Aber Tote hat es nicht nur bei der Vertreibung der Deutschen nach Kriegsende gegeben.

Die Vor- und Frühgeschichte der BRD soll wohl, obendrein im Feierjahr 1999, nicht unter die Lupe genommen werden. Lediglich eine Ursache des Schweigens und Verdrängens sieht der Forscher: „In dem Maße, in dem seitens der DDR, durch Sprecher und auch durch Historiker der DDR, der Vorwurf der nationalsozialistischen Vergangenheit auch instrumentell eingesetzt, häufig auch übertrieben wurde, in dem Maße haben sich Westdeutsche, die eine nationalsozialistische Vergangenheit tatsächlich hatten, sicher fühlen können, weil sich die westdeutsche Kritik angesichts der schrillen Herausforderung aus dem Osten zurückhielt.“

Ins Allgemeine gehoben: Wie viel schöner hätten sich die frühen Jahre der Bundesrepublik gestaltet, hätte es den ostdeutschen Staat nicht gegeben, in dem Geschichtsprofessoren wirken konnten wie Leo

Stern, vordem Offizier der sowjetischen Armee, Alfred Meusel, vordem Flüchtling in Großbritannien, Walter Markov, vordem Häftling im Zuchthaus Siegburg, Walter Bartel, vordem Häftling im KZ Buchenwald, Erich Paterna, vordem Häftling im Zuchthaus Brandenburg-Görden usw. Erst mit dem Ende der DDR, so Kocka, sei eine „gewisse Befreiung“ eingetreten. Seitdem habe im Westen die „Selbstkritikfähigkeit“ zugenommen. Nun kennen wir die Zusammenhänge, die dazu führten, dass deutsche Großindustrielle so spät ihr beschämendes Zahlungsangebot an die von ihnen ausgepowerten Sklavenarbeiter machten.

Wenden wir uns dem Gedankensprung zu, ohne den es am Ende des Interviews nicht abging, denn die Biographien der ersten Nachkriegsgruppe westdeutscher Historiker kamen doch jüngst auch deshalb in Rede, weil sich deren Lebenswege nach dem Untergang des faschistischen Staates so erheblich von den Wegen der DDR-Historiker nach 1990 unterscheiden. Es ergab sich ein Erklärungs- und Rechtfertigungsbedürfnis. Das verspürt Kocka auch für sich, denn er war an der Herstellung dieser Differenz beteiligt. Doch vermerkt er seine Rolle gar bescheiden, wenn er, damals Mitglied des Wissenschaftsrates der Bundesrepublik, von sich sagt, er habe „am Rande teilgehabt“, „an einigen Teilentscheidungen, die im Zuge (sic!) der Wiedervereinigung anfielen“.

Immerhin, Kocka bekennt sich zu seiner Tätigkeit während der „Abwicklung“ ostdeutscher Wissenschaftler, wenn er sie auch nicht in den Zusammenhang stellt, in den sie gehört. Angehörige seiner Lehrergeneration nennt er klar „Komplizen, Helfershelfer oder Kollaborateure“, beschreibt sich selbst hingegen als „Teilhaber“ an der Schließung so renommierter wissenschaftlicher Einrichtungen wie des Akademieinstituts für Wirtschaftsgeschichte, das – gegründet von Jürgen Kuczynski, vordem Emigrant in Großbritannien – in der Tradition marxistischer Kapitalismuskritik stand. Kocka nennt sich Mithelfer bei einem „Personalaustausch, insbesondere auf der obersten Ebene der einflussreichen Professuren“. Diese Formulierung erfüllt den Tatbestand der Beschönigung von Geschichte mittels unangemessener Wortwahl. Wenn der Personalchef eines Großunternehmens die Direktoren des Betriebes A nach B und B nach A schickt, damit sie an anderem Orte Erfahrungen sammeln, dann wurde Personal ausgetauscht. Wenn die Inhaber von „einflussreichen Professuren“ von ihren Arbeitsplätzen in Arbeitslosigkeit oder Vorruhestand befördert werden und die freigemachten Plätze Wissenschaftler, die nicht bei den Arbeitsämtern notiert sind, einnehmen – inwiefern ist das „Personalaustausch“?

Es handelt sich wohl nicht um einen gesprächsweisen Lapsus, wie der einfühlsame Satz am Ende des Interviews bezeugt, der den Bogen von 1945 zu 1990 schlägt: „Ich kann gut verstehen, dass Betroffene des erzwungenen Personalaustauschs nach 1989/90 jetzt, wenn sie diese Befunde über Erdmann, Conze und Schieder lesen, darauf aufmerksam machen, dass jene eine zweite Chance bekamen, sie selbst aber nicht.“ Also, die Ostdeutschen sind doch nicht ausgetauscht worden, sondern sie waren chancenlos. Und das betraf auch jüngere Instituts-Mitarbeiter, die sich heute berufsfremd durchschlagen oder die Geschichte von Sparkassen, Schützenhäusern und Schrebergärten-Vereinen schreiben.

Heute ist Kocka der Meinung, es sei damals beim Abwickeln und Kündigen doch „des Guten zu viel getan worden“. Nun ja. Wie unlängst im britischen Wissenschaftsmagazin „Nature“ zu lesen war, ist die Zahl ostdeutscher Professoren weiter gesunken. Das wird so fortgehen, weil hoffnungsvolle Wege zu Promotion und Habilitation nach 1990 gnadenlos gekappt worden sind. Die Berufung einer „oststudierten“ Chemikerin auf einen Lehrstuhl in Rostock scheint heute eine bemerkenswerte Tat, ist sie auch. Freilich, niemand wird ihr wendende Wirkung zuschreiben.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 30./31. Oktober 1999, S. 15.

Speer-Legende fürs Gehobene

Joachim Fest hat wieder einen Nebelschleier um den deutschen Faschismus gelegt.

Als der letzte Rüstungsminister des Nazistaates nach zwanzig Jahren Haft, die ihm das Internationale Militärgericht 1946 zugemessen hatte, das Spandauer Gefängnis verließ, warteten auf ihn nicht nur eine Meute von Journalisten und Pressefotografen, sondern auch mehrere Verleger, die das Geschäft mit den Memoiren des Mannes witterten, von dem die Legende schon damals verbreitet hatte, er sei als ein fanatischer Fachmann mehr oder weniger gedankenlos und zufällig an die Seite der Verbrecher, namentlich an die Hitlers, geraten, habe sich lange zu deren Instrument gemacht, sei gegen Ende seiner Karriere aber von ihnen abgerückt und so etwas wie ein Opfer geworden. Fast wäre er, hatte Speer den erstaunten Richtern in Nürnberg erzählt, schließlich sogar ein Tyrannenmörder geworden. Doch hatte er es nicht einmal so weit gebracht wie der mutige Graf von Stauffenberg.

Wie sich Speer gezeichnet hatte, so wollten in der Bundesrepublik inzwischen Millionen ihr einstiges Verhältnis zu den Machthabern des „Dritten Reiches“ sehen. Speer lesen, das würde der eigenen Lebenslüge aufhelfen. Der Verkaufserfolg dessen, was der Autor schon im Gefängnis zu Papier gebracht und aus dessen Ummauerung hatte herausschaffen lassen, war sicher.

Unter den Konkurrierenden machte Siedler das Rennen. Es musste nur noch ein Mitwirkender gefunden werden, der den Ausfluss des Häftlings auf ein lesbares Maß und in die glaubwürdige Fassung brachte. Denn an der Aufrichtigkeit von Speers Aussagen und Beteuerungen vor Gericht waren schon im Prozessverlauf Zweifel die Menge laut geworden. Er hatte für alles die Verantwortung übernommen, wohl wissend, dass diese Richter niemanden „für alles“, sondern jeden der Angeklagten wegen seiner erwiesenen eigenen Rolle verurteilen würden. Folglich hatte er nicht eine einzige Untat, die auf sein Konto ging, auch als die seine zugegeben.

Der Gesuchte fand sich. Es war Joachim Fest, der gegenüber den Ergebnissen der Geschichtswissenschaft ein genügend souveränes, will sagen: nichtachtendes Verhältnis schon bewiesen hatte. Das zu wahren verlangte 1966 in der Bundesrepublik nicht eben viele Anstrengungen. Erst seit dem Ende der fünfziger Jahre waren der Flut von Memoiren der Generale, Diplomaten und Minister Publikationen entgegengesetzt worden, die nicht den Zwecken eigener Rechtfertigung dienten.

Speers Lebensbericht erschien 1969. Dessen Zurichtung zum Buchtext hatte doch Zeit in Anspruch genommen. Denn rasch war bemerkt worden, dass der Autor einige Fragen nun nicht mehr würde umgehen können. Worum es sich handelte, lässt Fest in knapper Anmerkung erkennen. Eine der „fehlenden Stellen“ war Speers Darstellung seiner Reaktion auf die sogenannte Reichskristallnacht, eine andere betraf die der Haltung des Hitlergünstlings zum Kriege usw. Ja, ja: Eine fehlende Stelle war die Darstellung! Wer die deutsche Sprache beherrscht wie Fest und ins Schreibstottern gerät, will Klartext nicht geben. Kurzum, dem Autor musste nahegelegt werden, dass da zeitgerecht nachzubessern war. Das gelang. Die „Erinnerungen“ wurden ein Bestseller.

Nahezu zwanzig Jahre nach Speers Tode 1980, also zur Autobiographie die Biographie „Speer. Eine Biographie“ von Joachim Fest. (Vordem Geschriebenes, zuletzt von Gitta Sereny 1995 „Das Ringen mit der Wahrheit“, lässt Fest als Biographie nicht gelten.) Nun sind in den zwischen 1969 und 1999 vergangenen drei Jahrzehnten über die Geschichte des deutschen Faschismus von der internationalen Historikerschaft Quellen und Interpretationen vorgelegt worden, die jeden, der das Terrain forschend betritt, allein wegen ihrer Menge das Fürchten lehren können. Nicht aber Fest, der weiß, dass die Experten zum Kern nirgendwo vorgedrungen sind, und ohne jede Einschränkung schreiben kann: „Aber die Rätsel sind geblieben.“ Glücklich, wer sich seinem Thema so unbeschwert zu nähern vermag. Der kann, nachdem die sozialen und sozialpsychologischen, die materiellen wie die geistigen Bedingungen und auch das politische und sonstige Personal, die den 30. Januar 1933 ermöglichten, wieder und wieder ausgeleuchtet worden sind, schreiben: „Hitler kam gleichsam aus dem Nirgendwo“. Derart knackt Fest Geschichtsrätsel.

Das Basismaterial, dessen er sich dabei bedient, sind Aufzeichnungen, die er sich vor Jahrzehnten nach den Gesprächen mit Speer machte. Da hatte er sich beispielsweise eine Episode notiert, die sich

bei einer Gesprächsrunde in Hitlers Hofstaat ereignet haben soll. Speer habe seinem Herrn beiläufig erklärt, er halte die „nationalsozialistische Weltanschauung“ für einen „Humbug“. Das wird unbesehen hingenommen und (1999!) einem Publikum serviert, das auch in seiner veränderten biologischen Zusammensetzung nur zu gern glaubt, so richtige waschechte Nazis habe es unter den Deutschen eigentlich nur als Ausnahmen gegeben. Denn namentlich gegenüber der Ideologie des Faschismus hätten die Bewohner des Landes von Goethe und Schiller doch Vorbehalte die Menge gehabt – ausgenommen allenfalls die jüngere Generation.

Fest macht den Speer wieder zu dem, als der er selbst schon auf der Anklagebank erscheinen wollte. Anhänger einer zutiefst unmenschlichen Denkweise? Fehlanzeige. Ideologie? So wenig gehabt wie ein Überbein oder einen Buckel. Das hatten sich die Generale schon so zurechtgelegt. Nur eben konnten Historiker inzwischen deren Verlogenheit nachweisen und zeigen, dass, wo man auch nur ein wenig an der Schminke wischt, Judenfeindlichkeit, Eroberungsgelüst, Kriegsversessenheit zum Vorschein kommen. Indessen: Es kann darauf vertraut werden, dass die Masse der lesenden Deutschen die Resultate dieser Kärrnerarbeit nicht zur Kenntnis genommen hat. So kann auch Fest wieder risikolos verbreiten: Eigentlich waren diese Angehörigen der deutschen Oberschichten alle doch bessere Menschen, nur eben verführbar. Und dieser Mangel erscheint als eine Fehlkonstruktion der Schöpfung. Nicht, so oft das auch bekundet werden mag, Pater peccavi, sondern umgekehrt: Er hat gesündigt, wir sind Ihm misslungen und mit uns eben auch dieser 1980 verblichene Speer. Der jedoch nicht ganz.

Fest lässt den Rüstungsminister während der letzten Monate des „Dritten Reiches“ als einen zum Retter Gewandelten glänzen, der nun, nachdem er über Jahre durch seine unermüdliche Aktivität bei der Produktion von Waffen und Sprengstoffen führend daran beteiligt gewesen war, weite Teile Europas in Trümmerhaufen zu verwandeln, zum großen Bewahrer geworden sei, die Politik der „verbrannten Erde“ entgegen Hitlers Befehl nicht fortgesetzt, sondern unter Einsatz seines Lebens sabotiert habe. Nun vollbrachten in diesen Monaten und Wochen nicht wenige Deutsche mit ungleich weniger Möglichkeiten als der Minister Rettungstaten, retteten Brücken vor der Zerstörung, sorgten in einigen – zu seltenen – Fällen für die Übergabe ganzer Ortschaften und Städte an die heranrückenden Truppen der Alliierten und bewahrten diese so vor Zerstörung. Jetzt desertierten Soldaten in größerer Zahl, versteckten Mütter ihre Söhne vor dem Zugriff des „Volkssturms“. Es begann den Deutschen zu dämmern, dass es ein Leben „nach Hitler“ doch geben könne. Mit bescheidenen Kräften sorgten sie vor. Viel später und viel weniger erfolgreich als die deutschen Industriellen, die sich zeitiger fragten, was sie in ihren Betrieben produzieren lassen würden, wenn die Aufträge des unersättlichen Rüstungsministers nicht mehr erteilt würden.

Welches Bild aber zeichnet zum höheren Ruhme Speers Fest von den Deutschen in jener Phase der Agonie des Regimes? Alle Schichten bis „in die Souterrains der Gesellschaft“ hätten sich im Sog eines „Vernichtungsrausches“ befunden. Der „elementare Überlebensinstinkt“ schien merkwürdig „ausgesetzt“ zu haben. Ein „großer Teil der Bevölkerung“ hätte das „Selbstvernichtungsgebot der Machthaber“ befolgt. Ganz anders und herausragend hingegen der Rüstungsminister, der nun einem „unkorrumpierten Überlebenswillen und wohl auch einem höheren Verantwortungsbewusstsein“ gehorcht habe. Und woher ist ihm dazu die Kraft gekommen? Beileibe nicht aus einem Kalkül, das jenem verwandt gewesen sein könnte, das die strategischen und taktischen Schritte in den Chefetagen der deutschen Bank- und Industriekonzerne bestimmte. Vielleicht, mutmaßt Fest, sei ihm diese Kraft aus der Erinnerung an seine Herkunft erwachsen, „die, wie alle bürgerliche Daseinsvorstellung, aufs Bewahren überhaupt ging.“ So also, spät freilich, ist der Speer – Fest zufolge – in die humane Welt der deutschen Bourgeoisie zurückgekehrt.

Muss noch gesagt werden, dass Fest im Abschnitt über den Prozess in Nürnberg nicht ein Dokument der Anklage auch nur in einem Halbsatz zitiert hat? Dass er keine Äußerung eines Staatsanwalts im Wortlaut zur Kenntnis bringt? Und ebenso mit der Begründung des Urteils verfährt? Dass er, wo von der Auspowerung von Zwangsverschleppten, Kriegsgefangenen und der wieder ins „judenfreie“ Reich zurückgeschafften Juden geredet werden müsste, eben noch „von Arbeitslagern im Umkreis(!) der Firma Krupp“ schreibt, so die Grundtatsache der persönlichen und juristisch fassbaren Verant-

wortlichkeit der deutschen Kapitaleigner und ihrer Manager einnebelnd. Muss erwähnt werden, dass Fest auch darauf vertrauen kann, dass sein Lesepublikum selbstredend nicht zur Kenntnis genommen hat, was der obendrein in DDR-Zeit forschende Wirtschaftshistoriker Dietrich Eichholtz in seiner dreibändigen „Geschichte der Kriegswirtschaft“ über den einstigen Rüstungs- und späteren Medienstar zutage gefördert hat? Ein Werk, das übrigens soeben als Reprint für sehr zahlungskräftige Käufer wieder zugänglich gemacht worden ist.

Zwischen den Deckeln der Speer-Biographie lässt sich eine Entdeckung machen. Auszugsweise zitiert Fest einen Artikel, in dem Sebastian Haffner 1944 im „Observer“ über Speer schrieb: „Die Hitler und die Himmler mögen wir loswerden. Aber die Speers, was immer auch im Einzelnen mit ihnen geschieht, werden lange mit uns sein.“ Und mit ihnen die Fests und deren Werke, denn welchem Gegenstand sie sich auch immer zuwenden mögen, unter ihren Federn verwandelt er sich in eine Barriere, hinter der die realen Interessen sich verstecken lassen, um deren Durchsetzung willen Politik und Geschichte „gemacht“ werden.

junge Welt, Montag, 01.11.1999.

Etikett für das Jahrhundert

Die Verleitung, dem Jahrhundert ein Etikett zu verpassen, mag für Publizisten derzeit groß sein. Meist haften die Klebezettel nicht. Was Eberhard Jäckel als Bilanz des „deutschen Jahrhunderts“ anbietet, lässt sich schon auf den ersten Seiten als wenig mehr denn ein weiterer Abriss deutscher Geschichte ausmachen. Der Autor schreibt einleitend selbst, die beherrschende Frage seiner Buchkapitel sei, wie und unter welchen Umständen Hitler „aus der deutschen Geschichte hervorging“. Darüber hat Jäckel, ehedem an der Stuttgarter Universität arbeitend, bekannt von Fernsehauftritten und verdient u. a. um die Veranstaltung des Internationalen Historikerkongresses 1985, der in der Stadt am Neckar tagte, mehrfach publiziert. Manches davon übernahm er eingestandenermaßen wortwörtlich.

Der emeritierte Hochschullehrer war immer ein Mann einprägsamer Formulierungen, gleichsam zur raschen Aufnahme und zum Mitschreiben für seine Studiosi. Er kann Sätze zu Papier bringen wie: „Staatsgewalt ist die Möglichkeit, die Gesetze und Weisungen zu erlassen, die der Staatsapparat ausführt.“ Oder: „Der Kaiser war auch ganz geknickt und kleinlaut“. Oder: „Die Mehrheit von 397 war und ist 199.“ Oder: „Was es nicht gibt, das kann man auch nicht benutzen.“ Oder: „Wirtschaftsgeschichte ist nicht einfach, bisweilen sogar noch schwieriger als die politische Geschichte.“ Oder: „Es gibt jedoch auch Gesellschaften, in denen zeitweise die allgemeine Ordnung umstritten ist.“ Derlei Kostbarkeiten würden nicht ausreichen, das Buch anzuzeigen. Das legt indessen die Apologie nahe, mit der auf seinen Seiten die Innen- und Außenpolitik deutscher Reiche und Staaten dargestellt wird.

Das Kaiserreich und seine Bewohner, lernen wir, bildeten am Jahrhundertbeginn ein glückliches Land. Für sie „schien ein goldenes Zeitalter anzubrechen“. Es herrschte „ein hohes Maß an persönlicher Freiheit“ ebenso „an Rechtssicherheit und an öffentlichem Rechtsbewusstsein“. Nicht zu vergessen sei, dass „die Bürger reisen konnten, wohin sie wollten“. Lebhaften Gebrauch machten sie davon, dass sie „fast alles sagen“ konnten, was sie so eben dachten. Dieser Staat war „beinahe eine parlamentarische Demokratie“. Dass sich kaisertreue Parteien 1907 zu einem Block zusammenschloss und die Abgeordneten nun Diäten erhielten, wird ein „tüchtiger Schritt“ auf dem Wege zu „einer vollen parlamentarischen Demokratie“ genannt. Ein Jahr darauf schien Deutschland gar „auf dem besten Wege zu einer vollen Demokratie“. Ein paar Jahre noch „Weiter so, Deutschland“ und das Reich Wilhelms II. hätte möglicherweise eine sozialdemokratisch geführte Regierung besessen. Doch die Idylle endete: „Da brach der Krieg aus“. Der Autor beunruhigt seine Leser nicht mit der Frage, ob zur Beinahe-Demokratie nicht das Recht der Abgeordneten zu zählen gewesen wäre, sich zur Frage von Frieden oder Krieg zu äußern. Später wird beiläufig mitgeteilt, dass sie in Angelegenheiten der Außenpolitik überhaupt das Maul zu halten hatten.

Kommt der Historiker in die Augusttage 1914, ist das Thema der Kriegsursachen unumgänglich. Beim fröhlichen Jahrhundertausklang soll keine Idee aufkommen, es habe je so etwas wie einen deutschen oder anderen Imperialismus gegeben, oder gar jemandem die Frage aufgedrängt werden, ob davon etwas geblieben wäre. Ursachen seien, doziert Jäckel, „gedankliche Konstruktionen“, denen in der Realität nichts entspreche. Sie würden nur dazu dienen, „die Beschreibung verständlich zu machen.“ Dann wird es dennoch konkret. Nein, ein „Streben nach deutscher Vorherrschaft in Europa“ sei nicht im Spiel gewesen. Die deutschen Führer hätten einzig den maroden österreich-ungarischen Bundesgenossen vor dem tödlichen Infarkt retten und einen Ring der „Einkreisung“ aufsprengen wollen, der möglicherweise als Folge eines „Versagens der Staatskunst“ entstanden war. Der Kaiser habe „wohl die Wahrheit gesagt“, als er am 4. August erklärte: „Uns treibt nicht Eroberungslust“.

Freilich, nachdem die ersten und wie sich erweisen sollte, faulen Früchte des Völkermordens geerntet werden konnten, wären in Deutschland landgierige Leute aufgetaucht. Jäckel identifiziert sie als „diejenigen“ und lässt sich die Gelegenheit entgehen, auf die Volksweisheit zurückzugreifen, der zufolge Gelegenheit Diebe machen soll. Ja, in Brest-Litowsk wurde „eine beträchtliche Erweiterung des deutschen Raumes“ in Osteuropa durchgesetzt. Doch erscheinen die Konstrukteure des der Sowjetmacht zudiktierten Friedens nicht sonderlicher Kritik würdig, hätten sie doch berücksichtigt, dass die „überseeischen Besitzungen“, die gewöhnlich Kolonien heißen, verloren zu gehen drohten. Eine Formulierung des Autors variierend und sie mit einer Wortwendung des Karl Marx kombinierend, die sich

in einem Brief an Freund Engels findet, ließe sich über diesen Teil des Buches sagen: Es ist nicht ganz richtig, aber auch nicht ganz falsch, dass der Autor über dem Grabe Fritz Fischers sein Wasser abgeschlagen hat. Der Hamburger Historiker war der Mann, der bürgerlichen Legenden über den Ersten Weltkrieg vor nunmehr vierzig Jahren den Garaus machte und damit wütende Angriffe von deren Verteidigern hervorrief.

Wer nicht spätestens an dieser Stelle die weitere Durchsicht der „Bilanz“ verweigert, erfährt noch, dass 1917 der „tatsächliche Durchbruch zum Parlamentarismus“ erfolgte, im gleichen Jahr „die Parlamentarisierung ohne Änderung der Verfassung weithin durchgesetzt“ war, und also „die deutsche Demokratie im Kaiserreich begründet wurde und nicht in Weimar“. Die Überflüssigkeit jener die Kriegsniederlage „begleitenden revolutionären Unruhen, die die Deutschen die Novemberrevolution nannten“, liegt mithin zutage und Recht tun folglich alle, die eben erst wieder darauf verzichteten, dem 9. November 1918 einen erinnernden Gedanken zuzuwenden.

Viel später lernen unverdrossene Leser dann noch, dass im weiteren Jahrhundertverlauf „ein fremder Staat auf deutschen Boden“ entstand, nach dessen Beseitigung Deutschland „über die Katastrophen hinweg zu seinen Grundlagen zurückgekehrt“ ist. Jäckel schließt mit dem Bedauern, darüber, dass die Deutschen das 20. Jahrhundert nicht mit der „gleichen starken Zuversicht verlassen“, mit der sie es betreten haben sollen. Dabei hätten sie dazu „noch mehr Anlass“, abgesehen von ein paar Problemen, die es im 21. Jahrhundert auch geben könne. Doch würde sich Deutschland nach aller Wahrscheinlichkeit nicht in deren Zentrum befinden. Das Werk endet als Erbauungsschrift. Die Noten zu „Lieb’s Vaterland, magst ruhig sein“ wurden nicht beigegeben.

Eberhard Jäckel, Das deutsche Jahrhundert. Eine historische Bilanz, Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt a. M. 1999, 283 S.

junge Welt, Sonnabend, 13.11.1999. Dieter Laubers. Pseudonym von Kurt Pätzold.

Erst nach dem Dritten?

„Jeder Soldat kann die Waffe aufrecht und stolz aus der Hand legen.“ So lautet der Kernsatz im letzten Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 9. Mai 1945. Die Masse der Deutschen mochte dem Text wenig Aufmerksamkeit zuwenden, wenn er sie überhaupt erreichte. Indessen: die Urlegende über die Wehrmacht war in die Welt gesetzt.

Im November begannen indessen die Verhandlungen des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg. Der verurteilte fünf der führenden Befehlshaber der Wehrmacht, drei von ihnen zum Tode und ließ sie hinrichten. Weitere Prozesse schlossen sich an. Deutsche Feldmarschälle und Generale sahen sich in mehreren Staaten angeklagt und abgeurteilt. Jedoch wurde in Westdeutschland wenig getan, um die Tatsachen unter die Leute zu bringen, die von verbrecherischen Befehlen und deren Befolgung zeugten. Dass die Verurteilten im Zeichen des neu entstehenden Bündnisses und unter dem Druck der Bonner Regierung bald freikamen, erweckte den Eindruck, dass alles nicht so schlimm gewesen war und zur neuen politischen Tagesordnung übergegangen werden könne.

Es entstand das Bedürfnis und der gedankliche Freiraum für die Verbreitung eben jener Legende, deren Muster in Flensburg im Mai 1945 gestrickt worden war. Über die Bundesrepublik ergoss sich eine Flut von Memoiren, deren Autoren das Bild vom Kriege auf Jahrzehnte hinaus prägen sollten. Kam die Rede überhaupt auf Verbrechen, wurden sie – nicht anders als die Verantwortlichkeit für die Niederlagen – Hitler zugeschrieben. Es publizierten: die beiden einstigen Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, der frühere bis 1942 amtierende Generalstabschef des Heeres, der vorletzte Chef des Generalstabes, der letzte Chef des Generalstabes der Luftwaffe, zwei Generalfeldmarschälle, zwei Generaloberste der Wehrmacht und einer der Waffen-SS, der deutsche General beim italienischen Hauptquartier, der deutsche General beim finnischen Oberkommando, der Leiter der Kriegsgeschichtlichen Abteilung der Kriegsmarine, der zeitweilige Chefadjutant der Wehrmacht bei Hitler, der Adjutant der Kriegsmarine im „Führerhauptquartier“, der höchstdekorierte Offizier der Wehrmacht, der zum Kriegshelden stilisierte und bis zum General beförderte Jagdflieger, der gleichfalls zum Idol erhobenen erfolgreichste Offizier der Sturzkampfflieger. Die Liste ist unvollständig. Es erschienen die Divisionsgeschichten und die Landser-Hefte.

Pars pro toto mag daran erinnert werden, was der General der Fallschirmtruppen Bernhard Ramcke, vorzeitig aus einem französischen Gefängnis entlassen und sogleich von Konrad Adenauer empfangen, damals schrieb. Mit der Rechnung und Gegenrechnung müsse nun Schluss sein: „Wir sind bereit mit gutem Willen die Vergangenheit zu vergessen“. Jedoch falle das den Deutschen angesichts ihrer in Trümmern liegenden Städte, der ihnen seit 1945 angetanen Gewalttaten und wegen der Hilferufe der Kameraden, die sich noch in Kerkern befänden, nicht leicht. Deshalb sei eine Bedingung, die das „misshandelte Volk“ zu stellen habe, dass, „wenn wir vergessen, auch sie vergessen, wenn wir wieder gut machen, auch sie wieder gut machen“. Ramcke rief seine Kameraden auf, sich der „Einigung der freien Völker“ und dem Aufbau der Streitkräfte der Bundeswehr nicht aus Verbitterung zu verweigern. Allerdings habe diese Mitwirkung drei Voraussetzungen: die vollständige Gleichberechtigung, das Ende der Diffamierung der deutschen Soldaten einschließlich der Angehörigen der Waffen-SS und der Polizeiverbände und die Freilassung der noch in alliierten Gefängnissen befindlichen deutschen Militärs, die Ehrenmänner seien, allenfalls abgesehen von einigen „Kriminellen“. Anders und geradezu galant warb der Fliegergeneral Adolf Galland für das neue Militärbündnis. Vornehmheit und Ritterlichkeit bestimmten seine Töne. Im Grunde hatte man niemals etwas gegeneinander gehabt, hätte eigentlich mit Briten oder Franzosen im gleichen Geschwader fliegen und schießen können. Nur Kraft höherer Gewalt wäre man gegeneinander in den Krieg geraten. Warum sollten leidenschaftliche Flieger nicht in anderer Konstellation tun, was ihnen 1939 verwehrt war?

Nur in einem Punkte ließ sich den Autoren dieser Memoiren bedenkenlos glauben. Er betraf ihren durch die im Osten erlittene kriegswendende Niederlage frisch gespeisten Antisowjetismus und Antikommunismus. Seit jeher habe, schrieb ein Autor, der Wert des preußischen und deutschen Generalstabes „in der missionarischen Verteidigung des Vaterlandes gegen asiatische Übergriffe“ gelegen. Zwischen 1941 und 1945 hätte die Wehrmacht „auf Wacht für Europa“ gestanden und für den „Fortbestand der europäischen Kultur“ gekämpft. Ein anderer Wehrmachtsgeneral bezog in diese Sicht aus-

drücklich die Waffen-SS ein. Sie habe „Bande zwischen den Nationen geknüpft, die besser nicht zerrissen worden wären.“ Es erschien als die direkte Fortsetzung dieser „Mission“, wenn die Spezialisten ihre Kräfte nun dem „derzeitigen Beschützer des Abendlandes und der christlichen Kultur“ zur Verfügung stellten.

Gegen dieses Bild vom Zweiten Weltkrieg begann gegen Ende der fünfziger Jahre zögernd und auch inkonsequent eine Gruppe zumeist jüngerer Historiker in Fachzeitschriften anzuschreiben. Öffentliche Konfrontation wurde angesichts des Kräfteverhältnisses in aller Regel gemieden. In der Bundesrepublik entstanden die Jahrzehnte währende überaus friedliche Koexistenz zweier unvereinbarer Geschichtsbilder vom Auftrag und der Rolle der Wehrmacht. Fakten und Argumenten, die in mehr oder weniger umfänglichen Buchbänden etwa der in Freiburg arbeitenden Militärhistoriker ausgebreitet wurden, nahm die breitere Öffentlichkeit nicht wahr. Und die Forscher ihrerseits, aus welchen Gründen auch immer, entschlossen sich nicht dazu, aus ihrer marginalen Rolle herauszutreten.

Was die Zunft mit ihren bevorzugten Mitteln nicht zu Wege brachte, bewirkte erst in der Mitte der Neunziger die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“. Sie löste eine öffentliche Diskussion aus, wie sie vordem nicht für möglich gehalten wurde. Redaktionen von Regionalzeitungen öffneten ihre Seiten für viele Leserbriefe. Die Gesellschaft der Bundesrepublik zeigte sich tief gespalten. Die Lieblingsthese der Regierenden, sie und ihre Landsleute hätten „ihre Geschichtslektion“ gelernt und nun seien andere an der Reihe, die ihre zu begreifen, verlor an Glaubwürdigkeit. Und das nicht nur wegen der mit der Reichskriegsflagge Aufmarschierenden. Das Dilemma machte die sogleich schöngeredete Debatte im Bundestag ebenso deutlich wie die Haltung von Mehrheiten in Landtagen und von Oberbürgermeistern, die versuchten, die Ausstellung auf abgelegene Orte abzudrängen. Das half nichts.

Es entwickelte sich, was neudeutsch ein „Selbstläufer“ genannt wird. Wo die Bilder und Dokumente nahe der eigenen Haustür gezeigt wurden, machte sich auch auf, wer sich um Faschismus und Zweiten Weltkrieg kaum mehr gekümmert hatte. Es war „in“ das Gebotene gesehen zu haben und mitreden zu können. Und da die Deutschen durch bunte Illustrierte und ihr Fernsehen längst darauf eingestellt sind, Geschichte und Gegenwart mehr über Bilder denn durch das gedruckte oder gehörte Wort aufzunehmen, verfehlte das dokumentarische Material eine Tiefenwirkung nicht. Die Wehrmachtslegende erhielt den ärgsten Schlag, der ihr in der Bundesrepublik in ihren alten Grenzen, seit Kriegsende zugefügt worden war. Deren Verteidiger gerieten in arge Verlegenheit, wenn sie auch in keinem Moment aufgaben.

Nun hat sich die Szene noch einmal gewandelt. Zwar vermag berechtigte Kritik an den auch gerichtsnotorisch gemachten Grundtatsachen, von denen die Ausstellung nur einen Bruchteil darbietet, nichts zu ändern: die Wehrmacht führte einen verbrecherischen Krieg und setzte in einer Arbeitsteilung mit anderen militärischen Einheiten und der Okkupationsverwaltung auch krimineller Mittel ein, um zu ihren Zielen zu gelangen. Doch ist durch die Ignoranz gegenüber begründeten Einwänden, die aus einer aufgrund infamer Attacken entstandenen Festungsmentalität allein nicht glaubwürdig erklärt werden kann, schwer zu ermessender Schaden entstanden.

Alsbald wird ein Gutachtergremium in Aktion treten, dessen Zusammensetzung an Kompetenz nichts zu wünschen übriglässt, auch wenn – wie in ähnlichen Fällen – kein Experte zu Tische gebeten wird, der sich in der DDR um die Verbreitung der Wahrheit verdient machte. Die Ausstellung könnte, anders als ihre Gegner es jetzt jubelnd erhoffen, durch die Mitwirkung dieser Fachleute an Authentizität gewinnen. Was das für ihre Wirkung bedeuten kann, bleibt abzuwarten.

Sicher ist einzig, dass eine erhebliche Zahl Deutscher mit der Wehrmachtslegende in das 21. Jahrhundert marschieren wird. Angesichts dessen stellt sich die beunruhigende Erinnerung ein, dass die Masse unserer Vorfahren die Unschulds- und die Dolchstoßlegende, Kernbestände ihres Geschichtsbildes über den Ersten Weltkrieg, entweder mit ins Grab nahm oder sich von ihnen erst Jahrzehnte nach dem Zweiten zu trennen vermochte.

Ossietzky, 1999, H. 23, 20. November 1999, S. 800-803.

Die Wehrmacht und ihre Kriegsgefangenen

Was eine eigene Ausstellung wert wäre

1954 erschien in einem Stuttgarter Verlag ein *Ehrenbuch der deutschen Wehrmacht*. Zu seinen Autoren gehörten die Generalfeldmarschälle Albert Kesselring und Gerd von Rundstedt, die Generale Lothar Rendulic und Siegfried Westphal sowie der Generaladmiral Marschall, der auch zu Überlegungen anregen wollte, „wie es vielleicht besser zu machen war".

Der Grad unverfrorenen Umgangs mit der Geschichte eines Verbrechens war schon an der Bebilderung des Bandes erkennbar. Eine ganzseitig gedruckte Propaganda-Fotografie zeigte beispielsweise einen Wehrmachtssanitäter, der einem sowjetischen Kriegsgefangenen einen Verband anlegt. General Dietrich von Choltitz behauptete in seinen Erinnerungen: „Die (deutschen) Soldaten haben sich an den Gräueln nicht mehr beteiligt, als ein Krieg das immer mit sich bringen wird. Sie haben sich im Vergleich zu dem Auftreten der Roten Armee auf das alleranständigste verhalten." Ritterlich hätten sie sich gezeigt, wenn „der Landser dem müden und entwaffneten Iwan Brot und Zigaretten darbot."

Angesichts dieses „Beginns" und der Tatsache, dass sich Geschichtsforscher derartigen Verklärungen, die besser Verdunkelungen genannt würden, nicht entgegenstellten, erfüllt es den Tatbestand der Beschönigung, wenn der Autor des hier zu besprechenden Bandes schreibt, die Geschichte der Kriegsgefangenen und der -lager sei in der Bundesrepublik „lange Zeit stiefmütterlich behandelt" worden. Dass um dieses Thema ein Bogen gemacht wurde, bis 1977 Christian Streit seine Pionierarbeit „Keine Kameraden" vorlegte, hatte Gründe.

Sie erscheinen nicht in milderem Lichte, weil es in diesem Punkte keine Herausforderung von Seiten der DDR gab. Wenn ostdeutsche Forscher auch an der Grundtatsache des schuldhaft verursachten, von den Militärs entweder gutgeheißen oder doch hingenommenen massenhaften Todes sowjetischer Soldaten in den Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht keinen Zweifel ließen, so wurde der Toten in der Öffentlichkeit doch wenig und spät und nur selten an den Orten ihres Sterbens und vor ihren Gräbern gedacht.

Kamen sowjetische Staatsgäste in die DDR, legten sie ihre Kränze am Ehrenmal in Berlin-Treptow nieder. Undenkbar, dass ein zu einer Visite herbeigeflogener Generalsekretär auf den Lagerfriedhof des Stalag III (für den Wehrbezirk III) A gereist wäre, um sich dort zu verneigen. Erst viele Jahre nach dem Krieg und unter der zeitweilig und in Grenzen befreienden Wirkung des XX. Parteitages der KPdSU konnten in der Sowjetunion Filme gedreht werden, in deren Mittelpunkt die Geschichte eines sowjetischen Soldaten stand, der in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten war. Die Filmstreifen vermochten nur einen Bruchteil der grausigen Wahrheit in Bild und Bewusstsein zu setzen. Zum einen war da die Unmöglichkeit, die tatsächlichen Verhältnisse nur annähernd wieder vorzuführen, zum anderen wurde die Auseinandersetzung mit dem Nachkriegsschicksal der heimkehrenden Minderheit, welche die Gefangenschaft überlebte, noch immer gemieden. Auch in diesem Punkte blieb es während der gesamten Dauer der Existenz der UdSSR bei Inkonsequenz und Halbherzigkeit in der Durcharbeitung des Regimes, für das Stalins Name steht.

Auch in der DDR wurde die Chance des „Tauwetters" wenig genutzt. In Betrieben und an Bauwerken, in Dörfern und in Kirchen fehlten zumeist bis in das Jahr 1989 Tafeln, die an diese Opfer aus den Ländern zwischen Brest und Wladiwostok hätten erinnern können. Deren Anbringung war nicht verboten, aber auch nicht verlangt. Initiativen eines unverordneten Antifaschismus bleiben auf diesem Felde besonders denkwürdig. Im abschließenden Teil dieses Buches wird an einen Luckenwalder Lehrer erinnert, der sich 1966 mit einer 8. Schulklasse auf die Spuren des Stalag III A begab, Sein Wirken sicherte viele Zeugnisse, von denen manche im Heimatmuseum der Stadt zu besichtigen sind.

Wiewohl Uwe Mai in seiner Abhandlung immer wieder Vergleiche zwischen der Situation in den einzelnen Stalags anstellt, so das Allgemeine wie das Spezifische dieses Lagers nahe der brandenburgischen Kleinstadt erkennbar machend, verweigert er sich, wo er auf die Geschichte der früheren Kriegsgefangenenlager zu sprechen kommt, dem DDR-BRD-Vergleich. Indessen hätte er dazu eigene Forschungen nicht anstellen müssen, gibt es doch inzwischen Darstellungen, die von diesen

Stätten im späteren Staatsgebiet der (Alt-)Bundesrepublik handeln. Mit seinem „Verzicht“ bleibt der Autor im Hauptstrom und macht – leider – die Redlichkeit seiner Bestrebungen partiell ein wenig unglaubwürdig.

Denn insgesamt ist „Kriegsgefangen in Brandenburg“ eine Arbeit, die offensiv und en passant mit vielen Legenden aufräumen hilft. Angefangen mit jener auch auf die Ruhmredigkeit des „Führers“ zurückgehenden Mär von der perfekten Vorbereitung des Krieges. Sie wird doppelt bloßgestellt. Zunächst durch den Nachweis, dass die am 15. August 1938 im Oberkommando der Wehrmacht gebildete Gruppen Kriegsgefangenenwesen, die im Blick auf den geplanten Krieg gegen die Tschechoslowakei zustande kam, bis zum Überfall auf Polen mehr Schreibtischarbeit verrichtete, als dass tatsächliche Vorkehrungen für die geplante massenhafte Gefangennahme der gegnerischen Soldaten getroffen wurden, die in weiträumigen Angriffsaktionen erreicht werden sollte. Dann wird nachgewiesen, dass mit den Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte schon im Vor-Krieg gerechnet wurde und ihr Einsatz in der Landwirtschaft und noch zur Herbsternte 1939 erfolgen sollte. Die deutsche Kriegsmaschine knarrte von Anbeginn an vielen Stellen, doch der Masse der Deutschen machten die Siegesmeldungen die bedrohlich klingenden Töne lange unhörbar.

Verdienst und Stärke der Arbeit liegen in der aufwändigen Rekonstruktion des Faktischen. Klar ist das Bild von der unterschiedlichen Behandlung der Kriegsgefangenen (Polen, Juden, Franzosen, Jugoslawen „Sowjets“, Afrikaner, Asiaten) gezeichnet. Plastisch tritt die Tausende von sowjetischen Kriegsgefangenen dahinraffende Fleckfieber-Epidemie in der Darstellung hervor. Eingehend wird in einer Auseinandersetzung mit leichtfertigen Schätzungen und ungestützten Behauptungen erörtert, wie viele Gefangene wirklich umkamen, deren Leichname sich zumeist heute in 30 Massengräbern befinden. Die Blindstelle der Arbeit bildet hingegen das Thema des Umfelds des Lagers.

Erwähnt werden Rassismus verbreitende Berichte in der Lokalzeitung. Jedoch hätten Zeitzeugen eben noch sagen können, was sie vom Leben hinterm Stacheldraht wussten, welche wirtschaftlichen Beziehungen zur Lagerverwaltung bestanden, d.h. auch, wer an dessen Existenz verdiente. Was erzählten die Bewacher in den Kneipen? Und was bekamen damals oder später die zuhören, die den Führer des Sterbebuches im Standesamt Luckenwalde kannten? Doch scheinen mündliche Zeugnisse unter den vielen Quellen nicht auf, die der Autor in Deutschland und Russland ausfindig machte.

Grotesk missraten, und das vor dem Hintergrund des widerwärtigen Streits um bescheidene und letztlich doch nur symbolische Zahlungen an die Minorität der noch lebenden ausgebeuteten Zwangsarbeiter, ist einzig die Überschrift eines Kapitels, die lautet „Arbeiten für Hitler„. Nein, es ist von keinem mit dem „KG“-Zeichen kenntlich gemachten Stiefelputzer oder Kammerdiener des „Führers“ in der Berliner Vossstraße oder am Obersalzberg die Rede. Der Verfasser nennt Daimler Benz in Genshagen, die Arado Flugzeugwerke in Brandenburg, die zum Zeiss-Konzern gehörenden optischen Betriebe in Rathenow, aber auch die Obstbauern in Werder und die Eigentümer von Gütern als Anforderer, Nutznießer und Profiteure der billigen Arbeitskräfte, die in ihrer Mehrheit sich in 1.000 Arbeitskommandos über das ganze Land Brandenburg verteilten, während nur eine Minderheit dauernd im eigentlicher Stalag verblieb. Indessen, in ein Betriebsarchiv hat sich Mai nicht begeben. Wo er ins Analytische vorstößt, findet er sich aus den Stereotypen, die ihm die dominierende Richtung der Faschismusforschung in der BRD vorgab, nicht heraus.

An einer Stelle behauptet er, dass sich bei der Behandlung der Kriegsgefangenen im Verlauf des Krieges der „Primat des Biologischen“ durchgesetzt habe. An anderer macht er den „Erhalt der Arbeitskraft“ der Herbeigeschafften als „handlungsleitend“ fest. An dritter ist wieder „das rassische Primat“ dasjenige, das die Entscheidungen bestimmte. Doch das Dilemma, das sich bei der Entschlüsselung der Dialektik von Politik, Ökonomie und Ideologie im Zweiten Weltkrieg antreffen lässt, geht nicht in erster Linie zu Lasten des Autors.

Uwe Mai, Kriegsgefangen in Brandenburg. Stalag III A in Luckenwalde 1939-1945, Metropol Verlag Berlin 1999, 239 S., 38,00 DM.

junge Welt, Sonnabend, 20.11.1999.

Gedenkstätten: nicht Heldenkult, nicht Opferbrei

Nachdenkliches zur Kultur des Gedenkens

Kürzlich hat die in Berlin erscheinende sozialistische Tageszeitung ein Interview mit Dr. Volkhard Knigge, dem Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, veröffentlicht, das viele Fragen aufwirft und auch empörte Reaktionen hervorrief. Sie gipfelten im Abdruck der Forderung, den Posten neu zu besetzen. Die Veröffentlichung verdient Aufmerksamkeit umso mehr, als darin programmatische Positionen entwickelt und begründet wurden, die im Verlauf des Gesprächs durch Nachfragen auf keinerlei Prüfstand gerieten. Das berührt das aus Talkshows bekannte leidige Thema, welche Fachkenntnisse von Journalisten rechtens verlangt werden können, die sich auf schwierige und kontroverse Themen einlassen.

Dr. Knigge hat seine Überzeugung auseinandergesetzt, dass die Gestaltung der Gedenkstätte in einer vollständigen Entgegensetzung zu dem geschehen muss, was vor dem Jahre 1989 entstand, und dass der „Umgang“ mit der Hinterlassenschaft zuerst aus faschistischer und dann aus DDR-Zeit völlig anders erfolgen müsse. Seine Vorstellung drückte er in dem Bild aus, es müssten für diejenigen, die heute die Stätte besuchen, die Schreie der Opfer und zwar aller Opfer hörbar gemacht werden. Wenn das gelänge, würde sich, meint er abschließend „etwas ändern“, andernfalls nicht. Worauf das heute zielt, blieb ungefragt und unausgesprochen.

Hier soll dahingestellt bleiben, ob die These berechtigt ist, die Hunderttausende, die vom Zeitpunkt der Gründung der Gedenkstätte Buchenwald bis zum Ende der DDR den Ort besuchten, seien gegenüber dem Leiden, Stöhnen und Sterben der dort Gefangengehaltenen vor Ort (oder schon vorher) gehörlos gemacht worden.

Viele Zeitzeugen unterschiedlicher Generationen beschreiben ihre früheren Wege über das historische Terrain anders. Von ihnen war nicht nur auf dieser Zeitungsseite keine Rede. Auch eine jüngst im Buchhandel erschienene Publikation, die aus Anlass des 40. Jahrestags der Eröffnung der Gedenkstätte Ravensbrück geschrieben wurde, spart diese Erinnerung aus. Mehr noch, sie vermeidet es auch in der Bebilderung durch die Wiedergabe von Fotos, Besuchern des Ortes ins Gesicht zu sehen. Bevorzugt wurde der Abdruck von Aufnahmen, die fahnentragende Demonstranten, uniformierte Gruppen und militärische Formationen zeigen. Das gehört in die Reihe der fortgesetzten Versuche, über die Biographien von Menschen in DDR-Zeit und ihren Weg zu antifaschistischen Überzeugungen hinwegzugehen. Die Absicht ist klar, es muss eine Begründung dafür her, dass in Jahrzehnten gewonnene ostdeutsche Erfahrungen darüber, wie Deutsche zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte angeregt worden sind, zu nichts anderem taugen, als dem eigenen Verfahren die Weihe des reinigenden Neuerertums aufzuschminken.

Solche Beweihräucherung wird auch mit dem Argument bedient, in DDR-Zeit hätte ein vollkommen falsches Bild von der faschistischen Macht und der Funktion dieser Lager existiert, so dass ihrer Wirklichkeit niemand gerecht zu werden verstand. Nunmehr würde die Arbeit auf wissenschaftliche und also vermeintlich unanfechtbare Grundlage gestellt. Nur mit diesem in besagtem Interview erhobenen Anspruch wollen wir uns im Folgenden befassen.

Das Interview, das Christina Matte mit Volkhard Knigge führte, veröffentlichte Neues Deutschland, 23/24. Oktober 1996, S. 13. – Der aus Anlass des 40. Jahrestages der Einweihung der Gedenkstätte in Ravensbrück erschienene Band wurde herausgegeben von deren Leiterin Sigrid Jacobeit u. a. (Die Sprache des Gedenkens. Zur Geschichte der Gedenkstätte Ravensbrück 1945-1995) und ist in der Edition Hentrich Berlin 1999 in der Schriftenreihe der Brandenburgischen Gedenkstätten, Bd. 11 erschienen. – Ausführlicher als in diesem Beitrag hat sich der Autor mit der These „Judenmord vor Kriegssieg“ in dem gemeinsam mit Erika Schwarz publizierten Buch „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof“ auseinandergesetzt, das im Metropolverlag Berlin 1994 erschienen ist.

Das ist unerfreulich genug und nicht nur deshalb, weil der Anspruch und das auf ihn Folgende sehr weit auseinanderklaffen, sondern vor allem wegen der Methode, sich nicht mit den in der DDR von Historikern und Publizisten verfochtenen Ansichten über den Faschismus auseinander zu setzen, sondern sich die „Erfolgsquote“ dadurch zu sichern, dass ein „Pappkamerad“ aufgebaut wird. Denn was von Dr. Knigge über die Charakteristik des Faschismus durch die Verfechter historisch-materialistischer Methodologie der Geschichtsanalyse gesagt wird, verzerrt deren Vorstellungen – wie üblich –

ins Vulgärmaterialistische. Es sei, wird behauptet, doch verfehlt gewesen, „Auschwitz“ damit zu erklären, „dass man auch noch damit Profit machen will, dass man aus Menschen Seife kocht“.

Welcher Historiker hat denn diese Position vertreten? Wer hat die Gedenkstätte Buchenwald zu DDR-Zeit mit solcherlei oder ähnlicher „Erkenntnis“ verlassen oder verlassen sollen? Mitgenommen wurde von da und anderenorts freilich mit anderem das Wissen, dass staatliche und private Betriebe durch die Ausbeutung der Arbeitskraft von Häftlingen bis hin zur Methode „Vernichtung durch Arbeit“ profitiert hatten. (Merkwürdig, dass in diesem Interview in einem Augenblick, da um eine ohnehin nur symbolische, wenn auch für viele wichtige Entschädigung einstiger Zwangsarbeiter, darunter auch für ehemalige KZ-Häftlinge, von deutschen Unterhändlern widerwärtig gefeilscht wird, davon nicht die Rede war – hingegen von „Seife“.) Ob sich „Auschwitz“ und das Lagersystem gesamtgesellschaftlich, worauf Volkhard Knigge Bezug nimmt, „rechnete“ oder nicht, ist eine Frage, hinter der nicht versteckt werden sollte, dass es sich für viele deutsche Unternehmer durchaus „rechnete“.

Auch für den Eigentümer jener Apoldaer Fleischwarenfabrik, dem in den Jahren meiner Studentenzeit in Jena öffentlich der Prozess gemacht und der in dessen Verlauf überführt wurde, wissentlich minderwertiges Fleisch für die Häftlingsküche auf dem Ettersberg geliefert zu haben. Andere sicherten sich größere Vorteile als dieser. Nur dass von solcher Vorteilsnahme unterhalb der schwer zu ziehenden Grenze des Finanzkapitals und der ganz großen Nutznießer nicht die Rede gewesen sei, gehört auch in das Reich der Legenden. Mit den Jahren sei das zu wenig geschehen? Zu wenig herausfordernd? Das ist unbestritten, gemessen an eigenen Vorsätzen, indessen nicht, wenn grenzüberschreitende Vergleiche in Rede kommen, aus denen Entschuldigungen für eigene Unterlassungen freilich nicht bezogen werden sollen.

Buchenwald rechnete sich für die IG Farben durch die einmalige Gelegenheit in ihrem Labor im Block 50 unbegrenzt Menschen als „Versuchskaninchen“ für ihre Fleckfieberexperimente zur Verfügung zu haben.

Dr. Knigge vertritt die Auffassung, dass es in der Geschichte der Konzentrationslager und namentlich in der Buchenwalds zwei voneinander scharf abzugrenzende Perioden gegeben habe, die das Jahr 1937 trennt. Für die Zwecke der Bekämpfung politischer Gegner seien sie von da an nicht mehr notwendig gewesen. Eigentlich hätten die Faschistenführer die Lager nun auflösen können, wie es „klassische Diktaturen“ getan haben würden. (Von solcher spekulativen Erörterung kehrt Dr. Knigge wenig später zu der Feststellung zurück, dass mit jedem besetzten Land, angefangen mit Österreich, immer wieder Politische „kamen“. Doch ging derlei Ungereimtheit im Interview – siehe oben – glatt durch.)

Von nun an, so jedenfalls Dr. Knigges Sicht, hätten die Konzentrationslager einer anderen Funktion gedient, der mörderischen Durchsetzung jener von rassistischen Ordnungs- und Zielvorstellungen geleiteten Politik. Von nun an seien diese Lager der Verwirklichung der „fürchterlichen Vorstellung von der Reinheit des Volkskörpers“ dienstbar gemacht worden. Diese verabsolutierte Periodisierung, welche die Fortexistenz der Lager nun als Ausgeburt bloßer menschenfeindlicher Rassenideologie betrachtet, steht in Widerspruch zu massenhaften Tatsachen und vielen offenkundigen Zusammenhängen. Sie steckt zudem und ganz à la mode das Gedankenfeld so ab, dass auf ihm für reale Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen kein Platz mehr bleibt.

Die Konzentrationslager aber, geschaffen zum Zwecke der Herrschaftssicherung in deren Etablierungsphase und zugleich als Stätten, in denen sich das Rachegelüst der Sieger des Jahres 1933 austobte, verloren ihre ursprüngliche Bestimmung nie. Das galt real wie prophylaktisch. Die Führer dieses dem Krieg zustrebenden Regimes schleppten mit sich das Trauma der Revolution von 1918. Sie waren sich bewusst, dass sie in Krisenzeiten geraten könnten. Sie brauchten und erhielten die Lager daher permanent als Drohung und als Stätten der Verwirklichung dieser Drohung. Dafür stehen die Biographien von Hunderten und Tausenden von politischen Häftlingen und nicht nur von Deutschen.

Die Machthaber nutzten die Lager später als – bei weitem nicht die einzigen – Orte zur Ausmordung der „Bolschewisten“. Auch deren Erschießung und Tötung mittels Gas hatte mit durchaus realen Herrschaftsinteressen zu tun und nichts mit der „Reinheit des Volkskörpers“. Nichts anderes wäre

von der Verschleppung der Täter und Mittäter des 20. Juli 1944 und deren unbeteiligten Angehörigen in die Lager zu sagen.

Aber auch die ausschließliche Zuordnung der Einpferchung, Drangsalierung und Ermordung der „Arbeitsscheuen“, der „Gewohnheitsverbrecher“, der „Prostituierten“ in das rassenideologische Konzept geht an den realen, im Kalkül der Machthaber befindlichen Interessen vorbei. Zu ihm gehörte die Unterwerfung aller deutschen Werktätigen unter die Knute eines Arbeitsregimes, das im Vorkrieg das deutsche „Rüstungswunder“ schaffen sollte, und dies aus dem Wissen, dass dieser erstrebte Krieg nicht erst auf den Schlachtfeldern entschieden werden würde, sondern zu einem erheblichen und entscheidenden Teil bereits in den deutschen Rüstungswerken, bevor noch der erste Schuss fiel. Und wiederum: Nicht anders wirkte im Kriege die Drohung mit der Einlieferung in ein Konzentrationslager auf die herbeigeschleppten oder herbeigelockten Arbeitskräfte aus den unterworfenen Ländern und Gebieten, die sich widerstandslos auspowern lassen sollten. Das mag dem Historiker Dr. Knigge eine zu sehr ins „Materialistische“ weisende Betrachtung sein. Doch die Tatsachen stehen ihr nicht entgegen, sondern stützen sie und sie lassen natürlich fragen, wie wirklichkeitsnah Gedenkorte gestaltet werden, deren Installateure die Verfolger als bloße Rassenfanatiker betrachten und das obendrein für einen Fortschritt in der Faschismusanalyse halten.

Um nicht missverstanden zu werden: Die Hitler, Heydrich, Himmler und Zehntausende und mehr deutsche Faschisten waren zweifelsfrei Rassisten und in ihre Entscheidungen und Maßnahmen spielte diese antiaufklärerische, ihrer Politik Rechtfertigungsgründe liefernde, sie selbst vorantreibende, jedwedes Verbrechen ermöglichende Haltung beständig hinein – angefangen von jener besonderen Misshandlung, der ein Sozialdemokrat oder Sozialist oder Kommunist in den frühen Konzentrationslagern ausgesetzt war, wenn er in der Wahrnehmung und Kategorisierung seiner Peiniger zudem als „Jude“ galt.

Der strittige Punkt ist, welchen Rang dieser vorwiegend antisemitisch, antislawisch und antiasiatisch (mit der widerwillig getroffenen Ausnahme der Japaner) ausgeprägte Rassismus besetzte und welchen gedanklichen und praktischen Zusammenhang er mit dem imperialistischen Streben nach Vorherrschaft in Europa und dem „Griff nach der Weltmacht“ besaß. Dem sei er, sagt er, übergeordnet gewesen. Und zum Beweis dessen beruft er sich wie viele vor ihm auf die vorgebliche Tatsache, es sei doch dem Hitler und seinen Mordgesellen schließlich mehr um die Ermordung von Menschen gegangen als um deren Ausbeutung und den Sieg im Kriege. Denn: die Züge mit den Nachschubtransporten für die Ostfront seien den Transporten nach Auschwitz nachgeordnet worden. Judenmord vor Kriegssieg – das ist eine Legende, deren Ursprung zur Aussage eines SS-Offiziers, des Dieter Wisliceny, führt, der nach dem Kriege hingerichtet wurde. In Wahrheit lagen die Dinge anders. Nicht nur, dass es kein einziges Dokument gibt, das direkt oder indirekt von der Beschwerde eines Militärbefehlshabers zeugen würde, seine Soldaten seien wegen der Transporte von Juden ohne „Nachschub“ geblieben. Das ließe sich womöglich noch aus dem Grunde erklären, dass Generale oder Offiziere dieses Thema nicht hätten berühren wollen. (Aber auch in der Flut von Memoiren der Generale, die nach dem Kriegsende in der Bundesrepublik erschienen und in denen viele Ausreden für die Niederlagen erfunden wurden, findet sich meines Wissens keine Beschwerde darüber, dass eine derartige Rangfolge geherrscht habe.) Positiv hingegen ist durch Dokumente überliefert, dass Himmler bei vollem Verständnis und Wissen um den Vorrang der Frontbedürfnisse den Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium ersuchen ließ, einige Eisenbahnzüge gleichsam einzuschieben, mit denen die Juden aus dem Ghetto Warschau nach Treblinka und in die Gaskammern gefahren wurden.

Das ist seit langem bekannt und während des übrigens abgebrochenen Prozesses gegen eben diesen Staatssekretär auch in die Gerichtsakten gelangt. Ja, die Lossage von dem als Schlussstein benutzten, aber eben faulen Argument, mit dem der deutsche Faschismus aus seinen unauflöslichen Beziehungen mit dem deutschen Kapitalismus und dessen Expansionsstreben herausgeschafft werden soll, fällt schwer.

Das führt zu der in jenem Interview mehrfach gestellten Sinnfrage. Der Begriff „Sinn“ schillert im Deutschen bunt. Welchen Platz besetzte der Wahnsinn dieses Massenmordens in den Zielkoordinaten

der Machthaber? Dass sie, je mehr sie eroberten, je mehr Menschen in ihre Gewalt gerieten, sich gleichsam bereits überfressen hatten und ihnen für ihre langfristigen Herrschaftsinteressen eine Dezimierung der als minderwertig betrachteten oder als Untermenschen gesehenen Bevölkerung als dienlich galt, kommt in den Faschismusvorstellungen Dr. Knigges nicht vor. So profane Überlegungen wie die, dass sich die Führer des Faschismus in den okkupierten Territorien Osteuropas der von ihnen als unnütze Esser und als überflüssige Arbeitskräfte eingestuften Millionen entledigen wollten, liegen außerhalb seiner Erwägungen von der „Reinheit des Volkskörpers“.

Zuzustimmen aber ist Dr. Knigge, wenn er sich dagegen wendet, dem Hinsterben und Hingemordet werden der Opfer einen „Sinn“ zu unterlegen und aus derlei Konstruktion billigen Trost zu beziehen. Aber es findet sich an dieser Stelle der Argumentation eine Auslassung, die auch deshalb verwundert, weil der Gedenkstättenleiter ja dafür plädiert, den Toten und den Überlebenden ein Gesicht, d. h. doch wohl eine Biographie zu geben (was ohnehin nur in einer Auswahl möglich ist). Ist das ernst gemeint, muss von ihrem „Vorleben“, von dem Leben die Rede sein, dass sie lebten, bevor sie in die Gewalt ihrer Peiniger fielen. Dr. Knigge hebt darauf ab, die Gefangenen im „Zustand ihres Opferseins“ darzustellen, den er vom und gegen den „Zustand ihrer Auferstehung“ abgrenzt, mithin gleichsam „nach hinten“ und gegenüber jenen Bestrebungen, die Opfer für dieses oder jenes zu vereinnahmen.

Nur: Wie steht es mit dem Davor ihres Lebens? Da stellt sich die Sinnfrage anders. Welchen Sinn haben die „Politischen“ ihrem Leben gegeben? Das war zumeist ein antifaschistischer. Um dieses Sinnes willen gerieten sie ja in die Todesmühlen derer, denen sie unterlegen waren. Und welchen Sinn konnten Sinti und Roma ihrem Leben geben? Welchen gaben diejenigen ihm, die aus den elenden Zuständen jahrhundertelanger Zarenherrschaft herausstrebten? Soll die Erinnerung an „jeden Toten als einen unersetzlich verlorenen Menschen“ das einebnen wie zu DDR-Zeiten andere Tatsachen, Zusammenhänge und Differenzierungen eingeebnet worden sind? Der Leiter der Gedenkstätte verfolgt ein Konzept, die Biographien der Geschundenen und Gemordeten an ihrem Endpunkt darzustellen, an dem sie als „Opfer nämlich ziemlich verzweifelt vor uns“ stehen.

Seine Frontstellung gegen den leichtfertigen und beruhigenden und über unbequeme geschichtliche Wahrheiten hinweghelfenden Heidenkult teile ich ganz. Nur eben: Vor dem Opfersein war das Menschsein und mit dem Menschsein vieler auch das Kämpfersein oder, wem das eine zu hoch gegriffene oder zu stark abgenutzte Formulierung ist: das mutige und selbstlose Aufbegehren gegen schlimme, ungerechte, unmenschliche Weltzustände. Ich werde den Verdacht nicht los, dass die Deutschen Gedenkstätten verordnet bekommen werden, in denen die Erinnerung an dieses Aufbegehren sehr an den Rand gerückt werden soll und das in der Absicht, „damit sich nichts ändert“. In einem Moment, da hierzulande Visionen leichthin als Illusionen abgetan werden, passen die Visionäre nicht in die Gedenkorte.

antifa, Januar 2000, S. 17-20.

1938 – das Jahr auf der Schwelle zum zweiten Weltkrieg[1]

Die Vorstellungen, die sich von Deutschland und dem Leben der Deutschen im Jahre 1938 im Gedächtnis von Zeitgenossen erhalten haben und auch den Nachgeborenen zu Bewusstsein gebracht werden, ähneln bis heute ungleich mehr dem Propagandabild der damaligen Machthaber als der geschichtlichen Wirklichkeit. Sie sind viel stärker ein Produkt des Joseph Goebbels, gleichsam ein Ausdruck seines späten Triumphs, als das Resultat kritischer Historiographie. Wie lässt sich das erklären? Die wenigen Überlebenden jener Zeit, die eigene Erinnerungen besitzen, mögen an das letzte Jahr des Friedens denken, als ihnen ihre Welt nach heil zu sein schien und sie voller Lebenspläne waren, die dann unwiederbringlich zerstoben. Den Nachgeborenen, der überwiegenden Mehrheit der heute lebenden Deutschen, wird vor allem via Fernsehfilm, in Gestalt sogenannter Dokumentationen, und auf Glanzpapier, in Form sogenannter Chroniken, zumeist eine Zusammenstellung jenes Bildmaterials vorgeführt, das nahezu ausschließlich aus der Fabrikation der Fachleute des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda stammt. Sie zeigten weisungsgemäß die Festtage des Regimes: den auf Kundgebungen umjubelten Führer, begeisterte Menschenmassen, die Bürgersteige von Straßen dicht besetzend, die Hitlers Fahrzeugkolonne passierte oder auf denen Paraden der Wehrmacht oder die Vorbeimärsche der verschiedenen Formationen stattfanden. Sie führten die nach Zehntausenden zählenden Bauern beim Reichserntedankfest auf dem Bückeberg vor, die Arbeiter beim Bau von Reichsautobahnen, bei Stapelläufen mit Schiffstaufen und bei anderen Gelegenheiten, die durchweg von den Ergebnissen emsiger Arbeit zeugen, die Erholung suchenden Urlauber während Fahrten von KdF-Schiffen und auf Wanderungen in den Bergen usw. ad infinitum oder soweit die Filmmeter reichten. In diese Bildwelt hinein passt dann die These aus Joachim Fests Hitlerbiografie: „Wenn Hitler Ende 1938 einem Attentat zum Opfer gefallen wäre, würden nur wenige zögern, ihn einen der größten Staatsmänner der Deutschen, vielleicht den Vollender ihrer Geschichte zu nennen.“ Diese Feststellung wurde 1973 gedruckt und mit den vielen, die Hitler solchen Lorbeer winden würden, war mithin nicht die Generation an seiner vorgestellten Bahre gemeint.

Nun sind besagte Fotografien und Filmstreifen jede und jeder für sich genommen keine Fälschungen. Diesen Führerkult gab es ebenso wie die Glücksgefühle von Millionen. Doch wieviel Wirklichkeit enthalten die eingefangenen Momente und die berechnend gewählten optischen Perspektiven? Wie groß sind die Ausschnitte, die sie vom Leben der Masse der Deutschen wirklich bieten? Und was sagen sie über die Richtung aus, in der sich die deutsche Geschichte bewegte? Wer darauf antworten will, muss diese Zeitdokumente mit anderen konfrontieren, an denen es in den Archiven nicht fehlt, die aber den Zwecken abendlicher Fernsehunterhaltung mit und durch Geschichte nicht dienen können.

Von besonderer Aussagekraft ist der erste der überlieferten, umfassenden Jahresberichte, den das von Reinhard Heydrich geleitete Sicherheitshauptamt des Regimes über die deutschen Zustände im Jahre 1938 anfertigte. Dieser Text liegt wie alle Berichte aus der Zentrale des Sicherheitsdienstes seit 1984 auch im Druck vor, doch haben deren Inhalte, die ein kritisches Bild von der jeweiligen innenpolitischen Lage geben, ebenso wenig wie verwandte Dokumente Eingang in das öffentliche Geschichtsbild gefunden. Auch die gebräuchlichen Schulgeschichtsbücher bedienen sich zur Illustration ihrer Darstellungen der Fotos, Plakate und Bilder, mit denen die Propaganda operierte, ohne eine Handhabe anzubieten, sie kritisch zu lesen. Sie verzichten ganz oder weitgehend darauf, die von den Machthabern selbst angefertigten wirklichkeitsnahen Eingeständnisse vom Leben der Massen und der Wenigen, der Reichen und der Armen, der Herrschenden und der Beherrschten heranzuziehen, die doch und nicht zuletzt – dies nebenbei – auch wirksame Argumente gegen Verklärungen neonazistischer Demagogen bieten könnten.

In diesen SD-Berichten finden sich freilich auch Aussagen, die das in der Bundesrepublik vorherrschende Gesamtbild vom Wesen der faschistischen Diktatur in Frage stellen. Das ist nicht das Thema

---

[1] Vortrag auf der Tagung „Der Fall Weimar. Moderne und Antimoderne im Spannungsfeld des 20. Jahrhunderts“ der Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar vom 3. bis 6. Juni 1999. Das Thema wurde mit Bezug auf den Tag gewählt, an dem die Ausstellung „Entartete Musik“ in Düsseldorf aus Anlass der „Reichsmusiktage 1938“ gezeigt wurde.

dieses Vortrags, mag aber wenigstens anhand zweier Textstellen belegt werden. Über die Situation im Bankgewerbe wird festgestellt: „Die politische Entwicklung des Jahres (1938) brachte im Bankwesen eine weitere Verschiebung zu Gunsten der Großbanken ... Hinzukommt, dass die wichtigen Arisierungen mit Hilfe der Großbanken erfolgten, die sich meist einen entscheidenden Einfluss sicherten. Die Neuordnung in der Ostmark und im Sudetengebiet kam fast restlos den Großbanken zugute.“[2] Den seit 1933 eingetretenen Wandel in den Eigentumsverhältnissen in der deutschen Industrie, die sich immer stärker zur Rüstungsindustrie hin entwickelte, schildern die Spezialisten des Sicherheitsdienstes so: Es sei „die Verlagerung des Kräfteverhältnisses zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb ... zu Gunsten der Großbetriebe und Konzerne in der gesamten Industriewirtschaft zu erkennen ..., sowie die weiterhin ungehinderte Expansionsbewegung dieser wirtschaftlichen Gebilde aus eigenem Machtstreben.“[3]

Der Jahresbericht 1938 beginnt – das entsprach der Hauptaufgabe des Dienstes – mit der Analyse wirklicher oder vermeintlicher gegnerischer Kräfte und ihres Wirkens und endet mit einem Abschnitt über die Wirtschaft, der zugleich der umfassendste des gesamten Dokuments darstellt. Was ist sein Fazit über das Leben im eben mehrfach – durch die Liquidierung Osterreichs und die Aneignung der Sudetengebiete – vergrößerten Reich? In seinem Teil über die wirtschaftliche Entwicklung besteht er aus einer Aneinanderreihung von Warnsignalen, die auf bereits eingetretene oder zu erwartende Fehlentwicklungen hinweisen und Gegenmaßnahmen anraten. Die Kernaussage lautet: In Deutschland wurden auf dem Wege der äußersten Forcierung der Rüstungswirtschaft die vorhandenen materiellen und menschlichen Reserven bereits weitgehend erschöpft, die zu Gebot stehenden Kräfte sind bedenklich überspannt, in der Wirtschaft erhebliche Disproportionen entstanden und krisenhafte Erscheinungen nicht mehr zu übersehen. Letzteres gelte auch für die Naturwissenschaften, in denen sich eine Verlagerung der Kräfte von den Grundlagen- auf die Zweckforschung vollzogen habe, weshalb Deutschlands führende Stellung insbesondere auf dem Gebiet von Physik und Chemie verloren zu gehen drohe mit allen sich daraus in späteren Jahren ergebenden wirtschaftlichen Folgen.[4] Ein „beachtlicher Prozentsatz der gesamten deutschen Lehrstühle“ sei „unbesetzt oder nur kommissarisch besetzt“.[5] Das hieß, die Deutschen lebten 1938 zu einem bedenklichen Teil auf Kosten von Leistungen der Vergangenheit und unter Vernachlässigung der Vorsorge für die Zukunft. Das Erscheinungsbild der Gesellschaft und die ihrer Entwicklung innewohnende Tendenz fielen mithin weit auseinander.

Diese Urteile gründen sich auf eine Vielzahl von Fakten, von denen hier nur die markantesten genannt werden können. Die Politik des auf die Kriegs- und das hieß: Angriffsfähigkeit gerichteten Vierjahresplans mit den industriellen Investitionen hatte zu einer zunehmenden Landflucht geführt, die bei gleichzeitiger Erweiterung des Inlandmarktes in der Landwirtschaft zu einem Rückgang der Erzeugung und zu extensiven Methoden der Produktion führte. Die Einbringung der Ernte wurde vielfach nur durch Sondereinsätze der Wehrmacht, des Reichsarbeitsdienstes und von Einheiten der faschistischen Organisationen gesichert, deren Arbeit das wirkliche Ausmaß der Krise noch überdecken konnten. Trotz der Zuwanderung von Arbeitskräften in die Städte reichte das Potential an verfügbaren Arbeitern in vielen Industriezweigen und Bereichen nicht mehr aus, denn gleichzeitig wurde ein wachsender Teil von jungen und leistungsfähigen Arbeitern von der Wehrmacht eingezogen oder sonst im Prozess der Militarisierung der Gesellschaft aus Arbeitsprozessen gerissen. Die Folge war eine Verlängerung des Arbeitstages erheblich über acht Stunden hinaus mit bereits deutlich zu bemerkenden Erscheinungen sinkender Intensität und mit zunehmenden Unfällen und Krankheiten.

Die kritischsten Entwicklungen waren im Verkehrs- und im Bauwesen zu bemerken. Die Vernachlässigung von Investitionen bei der Reichsbahn führte zu spürbaren und die arbeitende Bevölkerung zunehmend belastenden Ausfällen oder Verzögerungen von Transporten. Der Wohnungsbau hatte

---

2 Meldungen aus dem Reich. Die Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SD 1938-1945. herausgegeben und eingeleitet , Herrsching 1984, (im Folgenden: Meldungen 2) S. 182.

3 Ebd., S. 187.

4 Ebd., S. 81.

5 Ebd., S. 82.

wegen des Einsatzes von Menschen und Material beim Bau des Westwalls und anderen Militärbauten sowie bei der Errichtung von repräsentativen Staatsgebäuden einen absoluten Tiefstand erreicht und mit ihm herrschte in vielen Städten, insbesondere in den Großstädten Wohnungsnot. Die Vernachlässigung des Wohnungsbaus und der -instandsetzung galt als derjenige Faktor, der am stärksten auf die Stimmung von Teilen der Bevölkerung drückte und eine das Regime ablehnende Haltung begründete. Ausbleibende Investitionen und fehlende Arbeitskräfte brachten es beispielsweise auch mit sich, dass es an Einrichtungen der Kinderbetreuung fehlte. In Berlin wurde die Zahl der – so die Formulierung des SD-Berichts – herumlungernden Kinder, deren Eltern arbeiteten, auf etwa 5.000 geschätzt. Natürlich hat sie kein Filmakteur vor eine Kamera geholt; ebenso wenig die Tausende, die in der Reichshauptstadt in übervölkerten Kellerwohnungen lebten. Die Bilder, auf denen kraftstrotzende Männer des Reichsarbeitsdienstes mit dem geputzten und geschulterten Spaten zu sehen sind oder die gutgenährte und gepflegte Mädchen bei Sport und Spiel vorführen, sind eine Kulisse vor weiten Bereichen der Wirklichkeit und vor allem vor der Tatsache, dass ein erheblicher Teil der deutschen Bevölkerung nicht so sehr mangelhaft, aber falsch und schlecht, mit in der Qualität verschlechterten Nahrungsmitteln ernährt wurde.

In den Reden, die Rudolf Heß alljährlich am Ende der Nürnberger Reichsparteitage vor den Gau- und Kreisleitern der NSDAP hielt und die nur intern veröffentlicht wurden, gab der „Stellvertreter des Führers“ ein Bild von der tatsächlichen Lage der arbeitenden Massen, das von jenem der Propaganda weit abwich. Zugleich aber begründete er, warum sich die Parteifunktionäre nicht zum Sprecher einer Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter zu machen hätten. Viele Löhne, sagte et 1936, würden sich „an der Grenze des Existenzminimums bewegen“. Würden sie nicht auf diesem niedrigsten Niveau belassen, würde sich die kaufkräftigen Nachfragen auf dem Markt für Nahrungsmittel niederschlagen und folglich müssten mehr Devisen für deren Einfuhr aufgewendet werden. Diese aber seien für den Import von Rüstungsrohstoffen bestimmt. Klar war Heß auch, dass sich als Folge der Vierjahresplan-Politik auf Jahre hinaus am „Wohnungselend der breiten Masse“ nichts ändern würde.[6] 1938 kam der „Stellvertreter“ vor der gleichen Zuhörerschaft wieder auf die „sehr geringen Löhne“ zu sprechen und verteidigte sie diesmal zusätzlich mit der wohlfeilen These vom „Volk auf zu engem Raum“.[7]

Wer die Berichte liest und dazu die erwähnten und weitere interne Reden des Stellvertreters des Führers heranzieht, wird zu der Frage gedrängt, welche Tatsachen die negativen Wirkungen der genannten mehr oder weniger kompensierten und dem Regime. dennoch jene Gefolgschaft sicherten, über die es gebieten konnte. Nach übereinstimmenden Urteilen von Nazigegnern, wie sie etwa den Bewertungen zu entnehmen sind, die von Sozialdemokraten vorgenommen, ins Ausland geschafft, beim Exilvorstand gesammelt und in dessen Informationsberichten verbreitet wurden, war das hauptsächliche Argument zugunsten der Machthaber, mit dem sich wieder und wieder eigene und fremde Einwände zum Schweigen bringen ließen, einfach und lautete: „Aber sie haben Arbeit geschaffen“. Dessen Wirkung wird nur ermessen, wer die kaum fünf Jahre zurückliegende Massenarbeitslosigkeit in Rechnung stellt, deren zermürbende und verelendende Wirkungen heutige Erscheinungen weit übertrafen. Alles andere schien demgegenüber sekundär. Die massenpsychologische Wirkung dieser Veränderung bestand in erster Linie darin, dass den Machthabern auch zugetraut wurde, dass sie ihre Versprechungen über eine Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter, Bauern und Angestellten noch einlösen würden. Das war freilich mehr als leichtsinnig und nur jenen – allerdings vielen – Deutschen möglich, die erhebliche Verdrängungskünstler waren.

Hinzu kam, dass ein Teil der Arbeiter nicht nur wieder Arbeit erhalten hatte, sondern eine hochqualifizierte Minderheit der Arbeiter – ungeachtet der verkündeten Politik des Lohnstopps – wurde aufgrund der zunehmenden Konkurrenz um sie mit höheren Löhnen und besonderen Vergünstigungen gelockt und geworben. Andere Arbeitergruppen verdienten mehr aufgrund der erhöhten Entlohnung ihrer Überstunden. Wenn auch diese Mehrverdienste sich infolge von Preiserhöhungen nur teilweise

---

6 Rede auf dem Parteitag der NSDAP, zum internen Gebrauch verschickt am 15. April 1937. BA NS 802, Bl. 78 ff. Hier die S. 7 u. 9.

7 Beispielsweise in der Parteitagsrede 1938. BA NS 6/802, BI 94.

in vermehrter Kaufkraft niederschlugen und das Warenangebot der Konsumgüterindustrie quantitativ und qualitativ erhebliche Lücken aufwies, so war der Zugriff von Millionen auf den Markt doch vermehrt und die Hoffnung geweckt, mit den Jahren würde sich mancher Wunsch erfüllen lassen. Den verstärkte auch die Propaganda, die den Eindruck erweckte, dass – wäre erst die sogenannte Wehrfreiheit erreicht, die Rüstung der Wehrmacht bis zu einem gewissen Punkte gebracht – die Aufwendungen vor allem der besseren Versorgung mit Lebensmitteln, Industriewaren und Wohnungen dienen würden. So glaubten 1938 viele, eines Tages würden auch sie gleichsam „an die Reihe“ kommen. Diese Hoffnungen machte ein Jahr darauf der Beginn des Krieges zunächst für unbestimmte Zeit und dann für immer zunichte.

1938 aber war es eine Mischung von erfüllten und gehegten Erwartungen, die dem faschistischen Regime eine außerordentliche innere Stabilität gaben, von der die Regierenden in den meisten anderen kapitalistischen Staaten Europas nur träumen konnten. Frankreich erlebte in diesem Jahre drei Regierungen und einen Massenstreik gegen den Abbau der Gesetze, die unter den Volksfrontkabinetten beschlossen worden waren. In Großbritannien kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verfechtern und den Gegnern der Appeasement-Politik, und der Rücktritt des Außenministers Anthony Eden löste eine Regierungskrise en miniature aus. In Spanien tobte das dritte Jahr der Bürgerkrieg. Deutschland erschien auch vor diesem Hintergrund als eine Insel der volksgemeinschaftlichen Eintracht, seine Bewohner schienen nach den Jahren der scharfen und erbitterten politischen Auseinandersetzungen des Kampfes müde und von dem Bedürfnis nach nationaler Harmonie beherrscht. Nicht wenige Angehörige der herrschenden Schichten in anderen europäischen Staaten wünschten sich ähnliche Zustände auch in ihren Ländern, was nicht bedeuten mußte, dass sie die Methoden der Faschisten anzuwenden gedachten.

Die Machthaber in Deutschland aber waren mit dem Erreichten nicht gleichermaßen zufrieden. Das lag an den Maßstäben, die sie anlegten, und die waren von dem unverrückbaren Vorsatz hergeleitet, in einen Eroberungskrieg zu ziehen, genauer: durch eine Kette von Kriegen ihre imperialistischen Ziele zu erreichen, die weiter und partiell anders abgesteckt waren als diejenigen, die der kaiserlich deutsche Imperialismus von 1914 bis 1918 verfolgt hatte. So gemessen, waren sie mit ihren Erfolgen auf ideologischem Feld viel weniger zufrieden als auf dem Gebiet der materiellen und organisatorischen Kriegsvorbereitung. An diesem Zustand waren sie, wie sie sich insgeheim eingestanden, selbst nicht schuldlos. Sie hatten sich vom ersten Tage ihrer Herrschaft an vorgenommen, mit den Kommunisten und den Sozialdemokraten alle Pazifisten zu bekämpfen und ihnen tatsächlich jedwede Möglichkeit der Organisation und des Wirkens genommen. Gleichzeitig aber waren sie, da sie ihre aggressiven Absichten tarnen mussten, selbst zu Reklamerednern des Friedens geworden. Die fortgesetzten Beteuerungen des Friedenswillens – bei Hitler etwa unter Berufung auf seine Erlebnisse als Soldat des ersten Weltkriegs – klangen den Deutschen wohl. Dann erlebten sie, was wider ihr Erwarten ohne Schuss, ja nicht einmal durch Drohung und Säbelrasseln erreicht werden konnte. Aus Osterreich wurde sozusagen über Nacht die „Ostmark“. Die Feiern anlässlich der Ausrufung von „Großdeutschland“ waren überschwänglich. Doch konnten außenpolitische Erfolge stets nur ein kurzzeitiges Stimmungshoch schaffen, danach schlugen die Sorgen des Alltags wieder unabgelenkt durch.

Ein halbes Jahr später, als die fünfte Kolonne der Sudetendeutschen mobilisiert wurde, um die Tschechoslowakische Republik durch eine Amputation aus dem europäischen Kräftefeld auszuschalten, kam es zu einem internationalen Konflikt, der alsbald als die „Septemberkrise“ bezeichnet wurde. In Europa roch es – nahezu zwanzig Jahre waren vergangen – das erste Mal seit 1918 wieder nach Pulver und Blei. Hitler, inzwischen Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberkommandierender der Streitkräfte in einer Person, drohte dem Nachbarstaat unverhohlen mit Krieg. Über mehrere Wochen wurde die deutsche Bevölkerung unter Ausnutzung des Informationsmonopols mit Lügen über die Politik der Prager Regierung überschüttet und Edvard Beneš zum alleinigen Störenfried in Europa erklärt. Mehrere Staaten begonnen, ihre Armeen zu mobilisieren. Doch die übergroße Mehrheit der Deutschen ließ erkennen, dass sie Frieden wollte und nicht gesonnen war, wegen der angeblich von Ausrottung bedrohten deutschen Minderheit in einen Krieg zu ziehen. Die Beobachter des Sicherheitsdienstes stellten fest, dass das Abhören der ausländischen Rundfunksender zunahm, weil den Mel-

dungen der deutschen Nachrichtenagentur misstraut wurde.[8] Deutlich spürbar war die Erleichterung, als in München mit der Hilfestellung Frankreichs, Großbritanniens und Italiens auf diplomatischem Wege erreicht wurde, wonach es den deutschen Machthabern auf dem Wege in den Krieg gelüstete.

Die Mehrheit der Deutschen, noch immer meinend, der „Führer“ setze berechtigte nationale Forderungen durch, beruhigte sich rasch und vertraute darauf, dass dieser ihnen als genial präsentierte Politiker alles erreichen würde, indem er am Rande des Krieges operierte. Das Erlebte des Spätsommers 1938 wurde nicht als ein Menetekel gedeutet und verstanden, sondern als Beweis dafür, dass die Politik der Drohung erfolgreich sein könne und Hitler ein Fingerspitzengefühl dafür besäße, wie weit er gehen könne. Auch die längst nicht mehr geheim gebliebene Tatsache, dass sich deutsche Soldaten der Luftwaffe und der Kriegsmarine schwerstbewaffnet in Spanien an einem blutigen Bürgerkrieg beteiligten, wurde nicht als Warnung begriffen. Gleiches galt für die Bündnisbeziehungen mit Italien, das Abessinien bekriegt, erobert und annektiert hatte, und mit Japan, das auf dem asiatischen Kontinent auf Eroberungen ausging.

Hitler hingegen reagierte auf die Erfahrung der Septemberkrise umgehend. Er instruierte die für die Meinungsmanipulation verantwortlichen Spezialisten selbst über ihre Aufgabe, den Deutschen zu erklären, dass nicht alles, was wünschbar sei, auf die gleiche oder eine ähnliche Art und Weise gewonnen werden könnte wie Osterreich und die Randgebiete Böhmens und Mährens. Dabei erweckte er während seiner Rede am 10. November 1938 vor etwa 400 Spezialisten der Propaganda den Eindruck, als sei während der eben zurückliegenden Wochen bereits bewirkt worden, was doch in Wirklichkeit erst zu erreichen war. Er benutzte das Präteritum, meinte aber doch das Futurum, als er sagte, es sei notwendig gewesen, dem Volke „langsam klarzumachen, dass es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nur die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, dass die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann.“

Indessen hatte trotz aller Anstrengungen diese „innere Stimme“ der übergroßen Mehrheit der Deutschen weder nach Krieg geschrien noch auch nur geschwiegen, sondern sich gegenüber einem Krieg spürbar ablehnend geäußert. Wiewohl Hitler diesen Sachverhalt natürlich kannte und sich schwerlich der Illusion hingab, die Stimmung im Berliner Sportpalast, wo Hitler am 26. September 1938 eine chauvinistische Rede gehalten hatte[9], sei die der Millionenmassen im Lande gewesen, war er nicht einmal in diesem Kreis bereit, den Sachverhalt unumwunden zu benennen. Doch seine Zuhörer verstanden, dass sie die Propaganda jetzt umzusteuern hatten, um die Deutschen, wie Hitler das formulierte, dazu zu bringen, „geradezustehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt“.[10] Der „Führer“ wies dabei selbst die Wege, wie seine vielzitierte Rede am 30. Januar 1939[11] zeigte, die meist nur als Beleg für die Absicht zitiert wird, die Juden zu vernichten. Jedoch wurde sie gerade durch jenen Prozess der Umsteuerung charakterisiert und stellte eine Mischung von Friedensdemagogie („die Völker wollen nicht mehr auf den Schlachtfeldern sterben“) und der direkten Vorbereitung auf einen Krieg dar. In diesem Zusammenhang wurde das „internationale Judentum“ als sein allein denkbarer Urheber vormarkiert, während in Wahrheit der Krieg an der Regimespitze ein beschlossenes und seit Anfang April 1939 auch ein durch Befehl fixiertes Vorhaben war.

---

8 Diese Erscheinung flaute noch dem Ende der Krise nicht ab. Im SD-Bericht für das erste Vierteljahr 1939 hieß es im Abschnitt Rundfunk: „Fast in allen deutschen Hörerkreisen werden seit der Septemberkrise noch wie vor regelmäßig deutschsprachige Nachrichten und Sendungen ausländischer Sender gehört. Es handelt sich hierbei vorwiegend um die Sender London, Straßburg, Lilie, Nizza.“ Meldungen 2, S. 278.

9 Sie gipfelte in der Herausforderung Hitlers, „Herr Benesch“ habe jetzt die Entscheidung in der Hand „Frieden oder Krieg“. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945-1. Oktober 1946 (im folgenden MG), Bd. XXXIX, Nürnberg 1949, S. 281.

10 Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1958, H. 2, S. 182 f.

11 Rede Hitlers vor dem „Großdeutschen Reichstag“ aus Anlass des 6. Jahrestages der „Machtergreifung“. Zitiert in: Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung – Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933-1942, hrsg. Kurt Pätzold, Leipzig 1983, S. 215 ff.

In die Atmosphäre des Vorkriegs gehören auch die Aktivitäten der Machthaber, die sich nur mit einigem Widerwillen unter dem Begriff Kulturpolitik zusammenfassen lassen. Um ihre Ausgangspunkte wie ihre Zielsetzungen zu verstehen, muss bedacht werden, dass die Politiker um Hitler durchweg Zeitgenossen der Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg gewesen waren. Die Legende, dass dieser Krieg verloren worden war, weil der Front der Dolch in den Rücken gestoßen worden sei, war nicht nur für die tumben Toren bestimmt, sondern gehörte zu ihren Grundüberzeugungen und bei einigen zu ihren geradezu traumatischen Erinnerungen. Die immer wieder beschwörend vorgetragene Prophezeiung, es werde in der deutschen Geschichte keinen zweiten 9. November 1918 geben, war zugleich eine programmatische Aussage. Bereits im Vorkrieg sollte eine Einheit des Denkens, Wollens und Handelns hergestellt werden, die allen Belastungen standhalten würde. Die Deutschen, so das Idealbild, müssten als eine geschlossene Marschkolonne in den Krieg und bis zum Endsieg ziehen. Dies und nicht nur der Grundsatz der Machtbefestigung in und für Friedenszeit bestimmten die Maßnahmen, die im Verlauf des Jahres 1938 ergriffen wurden.

Die zahlreichsten Opfer dieses Kriegskurses wurden 1938 die deutschen Juden, denn der Übergang zu ihrer forcierten Vertreibung, für den der Pogrom des 9./10. November den Auftakt gab, zielte darauf, möglichst viele der als *Rassefeinde* diffamierten Menschen aus dem Reichsgebiet zu treiben[12] und durch deren Beraubung auch die Rüstungskasse zu füllen. Es konnte nach allem, was ihnen angetan worden war, nicht erwartet werden, dass sie im Kriege, den sie nach ihrer ganzen Lage nicht zu sabotieren imstande waren, einen deutschen Sieg herbeiwünschen würden. Gleichzeitig wurde in diesem Jahr turbulenter innerer und außenpolitischer Ereignisse versucht, jeden nicht völlig systemkonformen geistigen Einfluss auf die deutsche Bevölkerung zurückzudrängen und am besten völlig auszuschalten. Zu diesem Zweck wurden die letzten Reste selbständiger organisatorischer Zusammenschlüsse beseitigt, die aus der Weimarer Zeit noch überdauert hatten. Während die einen dem nationalsozialistischen Organisationsgefüge eingegliedert wurden, verfielen andere – Verbände, Vereine, Gesellschaften etc. – dem Verbot. Weiteren, insbesondere den großen Kirchen und Religionsgemeinschaften, wurde ihr Aktionsradius eingeschränkt. Partei- und Staatsbürokratie arbeiteten auf die totale „Gleichschaltung“ hin, die 1933 begonnen worden war und nun vollendet werden sollte. Ein permanentes Thema namentlich unter den Ideologen der Führungsgruppe bildete die Frage, wie die einstigen Angehörigen als verdächtig geltender Zusammenschlüsse – etwa die Freimaurer oder die früheren Mitglieder der Anthroposophischen Gesellschaft – zu behandeln, namentlich welche Chancen ihnen im Staate zu gewähren oder zu verbauen wären.

Das Interesse der totalen geistigen Ausrichtung der Deutschen nach den Normen der rassistisch-imperialistischen Weltanschauung regierte auch gegenüber den Wissenschaften und den Künsten und stieß hier zum Ärger der Machthaber auf besondere Hindernisse. Deren Ursachen waren nicht in erster Linie gefestigte antinazistische Überzeugungen in der Intelligenz oder gar die Entschlossenheit zum Widerstand. Sie entsprangen vielmehr dem Unwillen, sich bedingungslos auf Forderungen einzulassen, die schlechthin als dilettantisch, dogmatisch, unvernünftig, auch als grotesk oder absurd erschienen. Insbesondere auf den Gebieten wissenschaftlicher und künstlerischer Betätigung, auf denen die Arbeit ganz oder weitgehend vereinzelt geleistet wird, beobachteten die Machthaber trotz der seit 1933 erfolgten zwangsweisen Erfassung der Künstler und Publizisten aller Genres und Sparten in der sogenannten Kulturkammer bzw. ihren Gliederungen viele Erscheinungen, die ihnen nicht als „nationalsozialistisch“ galten, ein Kriterium, mit dessen Bestimmung sie freilich permanent Schwierigkeiten hatten. Darauf weist auch die Tatsache hin, dass sie viel häufiger zur negativen Bestimmung ihrer Forderungen griffen, also sagten und schrieben, was sie nicht lesen, sehen oder hören wollten, als dass sie ihre eigenen Standpunkte anders als phrasen- und nebelhaft hätten formulieren können. Darin drückte sich nicht nur intellektuelles Unvermögen aus. Die tiefste Ursache dieses Zustands lag darin begründet, dass sie sowohl in den Künsten als auch auf Gebieten der Wissenschaft vermeiden mussten, ihre letzten Zwecke zu enthüllen, ja sie im vielmehr Dunkeln zu halten wünschten. Deutlicher und früher als in der Musik zeigte sich, was gewollt wurde, in den bildenden Künsten, als 1937

---

12 Hitler in der Rede am 30. Januar 1939: „Wir sind entschlossen, ... dieses Volk (tatsächlich: die deutschen Juden – K. P.) abzuschieben“. Ebd. S. 215 f.

die „Große Deutsche Kunstausstellung“ in München eröffnet wurde, der 1938 die über die „Entartete Musik“ in Düsseldorf folgte. Hitler verlangte von Malern und Bildhauern, dass sie die „Größe der Zeit“ darstellten. Was gemeint war, sagte am klarsten die Auswahl der ausgestellten Porträts von Militärführern, unter denen auch im Katalog diejenigen der Generalfeldmarschälle August von Mackensen, des hochbetagten Parteigängers des Regimes, und Werner von Blomberg, des Generalobersten Eugen Ritter von Schobert und der Generale Hans von Seeckt und Franz Xaver Ritter von Epp besonders hervorgehoben wurden. Der eingeforderte Kriegseinsatz der Künste wie der Wissenschaft begann viel früher als der Krieg. Doch wurde diese Arbeit nicht so benannt, bis vorgeblich „zurückgeschossen“ wurde und sich die Deutschen im „uns aufgezwungenen Krieg“ – dies die beiden Grundlügen der Eroberer – befanden.

Nur wer die programmatische Rede, mit der Hitler das „Haus der deutschen Kunst“ eröffnete, sehr genau verfolgte, konnte seinen Worten entnehmen, wohin Deutschland und die Deutschen gesteuert wurden. Denn die wenigen „Eingeständnisse“ des hauptsächlich Gewollten, waren überwuchert von einem Dschungel aus unflätigen Beschimpfungen, mit denen die Künstler und Kunstrichtungen belegt wurden, deren Geltung offenbar im Verständnis des Redners nichts anderes war als eine betrügerische jüdische Mache, angefertigt, die Deutschen ihres Wesens zu berauben und sie zu verdummen: „Sogenannte Kunst“, „Verfallskunst“, „Auchkünstler“, „Dilettanten“, Nichtskönner“, „Kultur-“ und „Kunstbolschewisten“ lauteten schon die Beschimpfungen minderen Grades. Dann folgte eine ununterbrochene Reihe von Schimpfworten, die hier nur in Erinnerung gebracht werden, um die ungeistige und jeden Abweichenden bedrohende Atmosphäre zu verdeutlichen: „Kleine Gegenwartskunstfabrikanten“, „Kunstschmierantentum“ „kleinste Kunstproduzenten“, „kleinste Kunstlibellen“, „Kunstzwerge“, „Kunstschwadroneure“, „Kunstvertreiber“, „Kunstkleckser“, „Kunstpinsler“, „prähistorische Kunststotterer“, „Kunstmisshandler“, „Kunstbetrüger“, „Kultur-Steinzeitler“, „klägliche Wichte“, „Schmiererei“, „Schund“, „Frechheit“, „Wahnsinn“, „Kunstgestammel“, „internationale Kritzeleien“. Wer sich nicht zum „Künder deutscher Art und deutschen Wesens“ machen wollte, dem drohte Hitler die Irrenanstalt oder den Staatsanwalt oder den Chirurgen an, der entsprechend dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses zum Operationsbesteck greifen müsste. Diese Rede war beispiellos. Nun sollte Kunst wieder aus „tiefstem deutschen Herzen“ geschaffen werden. Welche? Die Gegenüberstellungen, die das zu verdeutlichen hatten, besaßen das entsprechende Niveau. Nicht länger entartet, sondern artgemäß, nicht krank, sondern gesund, nicht unverständlich, sondern einfach und klar, nicht modern, gegenwärtig und vergänglich, sondern erhaben und ewig, nicht hässlich, sondern schön, nicht international, sondern deutsch und volksverbunden und – wie die Deutschen eben so sind – aufrichtig, anständig und wahr. Jede dieser Kennzeichnungen entstammt dem Redetext, in dem an einer einzigen Stelle und auch da geschwollen und verquast formuliert wurde, wohin die geschichtliche Entwicklung auch durch den Einsatz der Kunst im „Endresultat“ führen sollte. Wir wünschen uns eine Kunst, sagte Hitler, „die immer mehr der Vereinheitlichung dieses Rassengefüges (damit war das deutsche Volk gemeint, das in dieser Rede bemerkenswerterweise nicht als reinrassig, sondern als das Produkt einer Mischung hingestellt wurde, allerdings mit einem „Kernbestand“ – K. P.) Rechnung trägt und damit einen einheitlich geschlossenen Zug annimmt“.[13] 65 Millionen Deutsche als geschlossene Kolonne unter dem Befehl ihrer Führer, die mit Panzern und Sturzkampfflugzeugen Weltgeschichte schreiben wollten.

Im bereits mehrfach herangezogenen Jahreslagebericht des Sicherheitshauptamtes 1938 hieß es dann, dass im Jahresverlauf eine „Besserung vor allem im Musikschaffen und in der bildenden Kunst“ festgestellt worden sei und sich das „nationalsozialistisch ausgerichtete Musikleben“ vor allem unter Anteilnahme der Jugend entwickelt habe. „Dagegen“, wird dem sogleich hinzugefügt, wäre „die Isolierung negativer Kräfte aus dem Kunstschaffen“ auch im zurückliegenden Jahr „nur zu einem geringen Teil“ erreicht worden. Im Einzelnen wird beklagt, dass die Entwicklung, die sich angeblich von Gemeinschafts- immer mehr zu Einzelleistungen hin verlagert habe „auch in Bahnen volksfremden Schaffens“

---

13 Rede Hitlers zur Eröffnung der Großen Deutschen Kunstausstellung 1937, in: Die „Kunststadt“ München 1937. Nationalsozialismus und „Entartete Kunst“, hrsg. von Peter-Klaus Schuster, München 1987, S. 242 ff., hier: S. 246.

gelangt sei und „den Gleichklang völkischer Gemeinsamkeit vermissen“ lasse. Dessen Herstellung stand nach Ansicht der Autoren im Wege, dass in deutschen Konzertsälen zu viele ausländische Musiker aufträten, die Juden aus dem Musikschaffen nicht restlos ausgeschaltet wären, führende Musikverlage noch immer Notenwerke „jüdischer Komponisten“ herausgeben würden und im Handel noch Schallplatten „jüdischer Künstler und Komponisten“ zu kaufen seien. Das Fazit lautete, dass auf dem gedachten Wege, der einmal „Erneuerungsbestrebungen auf musikalischem Gebiet“ genannt wird, dann wieder „kulturpolitischer Aufbau auf musikalischem Gebiet“ heißt, „von „einem einheitlichen und klar herausgearbeiteten Standpunkt noch nicht gesprochen werden“ könne.[14]

Im ersten Vierteljahresbericht 1939 – freilich auch dort nur zwischen den Zeilen –, wird dann eingestanden, dass die klaffende Lücken, welche die Politik der Judenvertreibung gerade auf dem Gebiet des Musiklebens geschlagen hatte, unschließbar waren. Da finden sich ohne nähere Erläuterungen Klagen über dilettantische Ausbildung des Nachwuchses und die Feststellung, dass während der Reichsmusiktage Kompositionen junger Autoren, die als „HJ-Angehörige“ apostrophiert werden, „allgemeine Ablehnung“ erfahren hätten.[15] Dass in den Berichten, die aus dem Amte Heydrichs kamen, immer wieder Bezug auf die im ganzen unbefriedigende Situation der Nachwuchsausbildung und auf die Rolle der Hitlerjugend, im Musikleben Bezug genommen wird, lässt ebenfalls das Hauptinteresse der Machthaber erkennen, insbesondere aus den Jahrgängen der jungen Generation auf dem Weg in den Krieg eine singende und dröhnende Kolonne zu formieren. Mit allen ästhetischen und mehr noch ideologischen Folgen ist das weitgehend gelungen. Die faschistischen Liedtexte hafteten fester als die in den Schulen gelernten unvertonten Gedichte der Nazibarden. Alsbald wurden die zu jedem neueröffneten Feldzug geschaffenen Märsche und deren Texte so etwas wie die neuen deutschen Volkslieder. Die Szene hatte gewechselt. Noch 1937 verbot Rudolf Heß den Formationen der NSDAP in einer Weisung das Singen des Liedes ‚Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen‘, auch in einer, wie es hieß, in letzter Zeit zu hörender Umdichtung, in der Frankreich durch Russland ersetzt worden war. Keine drei Jahre vergingen und es tönte tagtäglich „Über die Schelde, die Maas und den Rhein, ziehen wir siegreich nach Frankreich hinein“.[16]

Im Jahr 1938, dem Jahr auf der Schwelle zum Kriege, gewann der Plan der Eroberungen in den Köpfen der führenden Politiker und Militärs mehr und mehr Kontur. Während in Hitlers Weisung an die Wehrmacht vom 21. Oktober 1938[17] die „Erledigung der Rest-Tschechei“ und die „Inbesitznahme des Memellandes“ als diejenigen „Fälle“ bezeichnet wurden, auf welche sich die Streitkräfte vorzubereiten hätten, reichten die Kriegsplanungen bereits über diese vorbereitenden Schritte hinaus und richteten sich auf die Hauptgegner. Hermann Göring, dazu neigend, die eigene Politik brutaler zu charakterisieren als viele andere Mitführen Hitlers, bekannte in einer Rede, die er am 8. Juli 1938 vor Flugzeugindustriellen hielt, seine Überzeugung, „dass es doch einmal einen größeren Kladderadatsch geben wird und dass wir dann einmal den großen Kampf machen müssen“. Das werde, davon hatte schon bald nach dem Ende des ersten Weltkriegs Hans von Seeckt gesprochen, wieder ein Krieg gegen eine Übermacht sein. In den Worten des Oberbefehlshabers der Luftwaffe und Chefs der Behörde für den Vierjahresplan hörte sich das so an: „Denn wenn es zur Entscheidung kommt, werden wir wieder zunächst einmal eine Masse uns gegenüber haben, wenn ich das ganze Weltreservoir sehe, das die Feindstaaten besitzen.“ Die gleiche Sicht entwickelte der Chef der deutschen Kriegsflotte, Admiral Rolf Carls, im September 1938, der es ebenfalls für unwahrscheinlich hielt, dass Deutschland eine „gesicherte Weltmachtstellung“ ohne Krieg mit Großbritannien würde erreichen können. Er schrieb in einen Stellungnahme zur „Entwurfsstudie Seekriegführung gegen England“: „Den Krieg gegen England bedeutet gleichzeitig Krieg gegen das Empire, gegen Frankreich, wahrscheinlich auch gegen Russland und eine große Reihe überseeischer Staaten, also gegen ½ bis ⅔ der Gesamtwelt.“[18] Unter diesen Vorzeichen

---

14 Ebd., S. 113 ff.

15 Ebd. S. 274.

16 Amtliche Mitteilungen der Reichsmusikkammer, IV/9, 1. Juli 1937, S. 45. Zitiert nach Fred K. Prieberg: Musik im NS-Staat, Frankfurt a. M. 1982, S. 376.

17 IMG, Bd. II, Nürnberg 1947, S. 140 f.

18 IMG, Bd. II, S. 163 f.

verband sich die Vorstellung vom zu erreichenden Sieg mit dem Einsatz von zwei Faktoren: den rascheren Vorbereitung auf den Krieg und der Ausbildung und Ausschöpfung der angeblich überlegenen Willensqualitäten den Deutschen. Noch einmal in Görings Wortwahl: „Es kommt nur darauf an, dass nicht wieder schlapp gemacht wird.“[19]

Die deutschen Militärs planten wieder in kontinentweiten politisch-geographischen Dimensionen. Jeder praktische Schritt zum Kriege hin prägte diese ihre Mentalität weiter aus. In Spanien betraten deutsche Offiziere und Soldaten nach dem verlorenen Krieg zum ersten Mal wieder ein Schlachtfeld mit scharfem Schuss. Prompt galt es dem zum Oberkommando der Kriegsmarine gehörenden Fregattenkapitän Hellmuth Heye in einem Bericht als selbstverständlich, dass Deutschland durch die Teilnahme am Bürgerkrieg sich auf der Pyrenäen-Halbinsel dauernd eine „ausreichende Gewähr für die Wahrung unserer politischen und militärischen Interessen“ zu sichern habe.[20]

Umstritten war zu jener Zeit in den Kreisen den zivilen und militärischen Eliten nicht mehr, dass ein neuer „großen“ Krieg geführt werden müsse, sondern – und das war nach den Erfahrungen von 1918 nichts wenigen denn verwunderlich – der Grad des Risikos, das dabei eingegangen werden solle. Arnold Rechberg schlug am 18. November 1938 in einer Denkschrift, die er an den Chef den Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers richtete, vor, sich auf den „deutschen Expansionskrieg gegen Osten“ zu konzentrieren und Gebiete „bis einschließlich des Ural mit seinen gewaltigen Erzvorkommen“ zu erobern. Das sollte in einer „europäischen Front“ der Antibolschewisten geschehen. Erst wenn sie nicht zustande gebracht werden könne, „muss ... das Risiko des deutschen Expansions-Krieges gegen Osten auch gegen den Widerstand der Westmächte gelaufen werden.“ [21] Joachim von Ribbentrop, der nur Wochen später zum Reichsaußenminister berufen wurde, befasste sich am zweiten Tag des Jahres 1938 ebenfalls mit dem Umfang des einzugehenden Risikos, als er sich in einer Niederschrift zur „Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen“ unten dem Gesichtspunkt äußerte, wie die Neutralität Großbritanniens und Frankreichs zu erreichen wäre, wenn Deutschland „den status quo im Osten“ gewaltsam ändere. Seine Antwort lautete, und sie verwies auf das Ausmaß des gedachten Krieges, es müssten Italien und Japan zu einer drohenden Haltung gegenüber Großbritannien gebracht wenden, um die beiden Westmächte dazu zu drängen, die deutschen Eroberer im Osten gewähren zu lassen. Auch auf die Frage, wie diese Haltung der beiden Verbündeten zu bewerkstelligen sei, besaß Ribbentrop bereits eine vage, aber doch vielsagende Antwort: durch den Hinweis „auf später zu lösende gemeinsame Ziele“.[22] Göring malte am Ende seiner schon zitierten Rede den Luftfahrtindustriellen, sie zur Akzeptanz des hohen ökonomischen und politischen Risikos anspornend, das Resultat eines gewonnenen Krieges aus: „Dann ist Deutschland die erste Macht den Welt, dann gehört Deutschland der Markt der Welt, dann kommt die Stunde, wo Deutschland reich ist. Aber man muss was riskieren, man muss was einsetzen.“[23]

Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Heft 14, Thema: Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomik und Politik der „friedlichen“ Aggressionen Hitlerdeutschlands 1938/39, Berlin 2000, S. 42-56.

---

19 IMG, Bd. XXXVIII, Nürnberg 1949, S. 379 ff.

20 Zitiert in: Horst Kühne: Revolutionäre Militärpolitik 1936-1939. Militärpolitische Aspekte des nationalrevolutionären Krieges in Spanien, Berlin 1969, S. 352. Heye brachte es im Kriege bis zum Vizeadmiral und Befehlshaber der sog. Kleinkampfverbände. In dieser Eigenschaft feuerte er die jungen deutschen Soldaten, die mit den Einmann-Torpedobooten in zumeist tödlich endende Kriegsabenteuer kommandiert wurden, in einem Befehl an, „Winkelriede für die hart kämpfende Landfront“ zu sein, die in Frankreich vergeblich die Invasion zu stoppen versuchte. BAJMA, Freiburg, RM 7/63, Bl. 72, KTB/SKL vom 4.8.44.

21 Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, herausgegeben und eingeleitet von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 194.

22 IMG, Bd. XXXIX, S. 91 ff.

23 IMG, Bd. XXXVIII, Nürnberg 1949, S. 379 f.

Da ist der Pfennig, doch wo ist die Mark?

Die Fremdheit eines Gedenktages

Gedenktage werfen Gesprächsrunden derer voraus, die ihre Hand am politischen Puls der Bundesdeutschen halten oder das auch nur von sich glauben. So auch diesmal. Und da war zu hören, es sei dieser Tag des Gedenkens von so vielen im Lande nicht angenommen worden. Das gibt Stoff für Erörterungen darüber, woher das rühre und wie dem abgeholfen werden könne. Gesagt wird: Es hätten sich Politiker, die sich als Vordenker und Führer verstehen, nach dem vor Jahren gefassten Beschluss, den Tag der Befreiung von Auschwitz zum Gedenktag zu erklären, zufrieden zur Ruhe gesetzt, die nur durch die üblichen Rituale unterbrochen werde, wenn das Kalenderblatt den 27. Januar anzeigt. Dann sind betroffene Reden zu halten, traurige Gesichter vor Fernsehkameras zu machen und Kranzschleifen zu ordnen.

Manche meinen, es läge die Fremdheit dieses Gedenktages schon darin begründet, dass er der Mehrheit durch die Minderheit verordnet worden sei. Einen solchen hatte die Mehrheit der Bundesdeutschen schon einmal – den 17. Juni, der ihnen wenigstens ein arbeitsfreier Tag gewesen sei und sich wegen der günstigen Lage im Jahr gut für Ausflüge und für Spaziergänge nutzen ließ.

Wieder andere sehen in der vermeintlichen Enge des Bezugs des 27. Januar, der Konzentration auf die ermordeten Juden und der Auslassung der anderen Opfer, die demnächst auch in der Stadtmitte Berlins monumentiert werden wird, einen Grund für ihren Befund. Auch das erkennbar wachsende Desinteresse an jedweder Politik trage dazu bei, dass dieser Gedenktag von den Deutschen nicht angenommen werde.

Wie weit muss man eigentlich in die deutsche Geschichte zurückgehen, um auf einen Tag zu stoßen, der ein geschichtliches Ereignis bezeichnete und von Massen „angenommen“ wurde? Ja, es gab eine Zeit, da das für den 1. Mai galt, der auf das blutige Ereignis des Jahres 1890 zurückwies. Der Tag war von keiner deutschen Regierung beschlossen worden; seine den Sinn verkehrende Verwandlung in einen „Feiertag der nationalen Arbeit“, die 1933 erfolgte, kann dafür nicht gelten. Vordem aber hatten die Deutschen, und das waren nicht die gleichen, die den ersten Maitag feierten, ihren „Sedantag“. Da erhob sich die Seele! Da war nach deutschnationalem Verständnis der Erbfeind verdroschen und Deutschland auf Schlachtfeldern vereint worden. Da ließen sich lebende Helden feiern und – glücklicherweise nicht zu viele – tote Helden in Reden und Gebete einschließen. Da konnten Marschlieder angestimmt und Fahnen geschwenkt werden. Der „stolze Tag“ ging den Deutschen verloren, nachdem 1918 die Rollen getauscht waren.

Von denen, die seit Jahren fordern und wünschen, es müsse endlich über die ohne allzu präzise Angaben beklagten „zwölf Jahre“ zurück in hellere Seiten der deutschen Geschichte geblickt werden, kann nur beschränkter Sinn erwarten, dass sie diesen „Auschwitztag“ annehmen. Von denen, die Ja sagten zu den jüngst auf Serben, Albaner, Roma abgeworfenen Bomben (von den Juden, welche in Jugoslawien die Massaker von SS und Wehrmacht über- und nun NATO-Krieg erlebten, sprach kaum jemand) wird angenommen, dass sie sich um die Verbrechen von gestern kümmern, um die vor mehr als einem halben Jahrhundert vergasten Opfer scheren und sich um Denk- und Handlungsanstöße sorgen, die sie daraus beziehen könnten?

Die Erklärungsmuster und Besserungsvorschläge, die angesichts dieses 27. Januar in Talkrunden angeboten werden, greifen im Einklang mit dem Zeitgeist kurz. Tiefere Analysen des Zustands der Gesellschaft sind unerwünscht. Über Mängel in Schullehrplänen darf immerhin gesprochen werden. Das ist – um mit Kurt Tucholsky, einem der frühen Opfer – zu sprechen, der Pfennig, aber wo ist die Mark? Im Hinblick auf das Geschichtsverständnis der Deutschen und ihres Verhältnisses zur Politik muss ungleich mehr auf- und umgeräumt werden, als uns da empfohlen wird. Damit an die Stelle von gelegentlichen Demonstrationen Verhaltensweisen in den Alltag einer Gesellschaft treten, die wirklich Menschenrechte bewahrt und wenn notwendig menschlich verficht.

Neues Deutschland, Donnerstag, 27. Januar 2000, S. 3.

Deutsche entschädigen?

Interview von Karlen Vesper mit Kurt Pätzold

Die bayerische Regierung will die „Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter prüfen". So ein Sprecher der Staatskanzlei. Was sagen Sie dazu?

Das erinnert mich an eine Rede, die 1951 auf öffentlichem Platz in Braunschweig vor 5.000 ehemaligen deutschen Fallschirmjägern gehalten worden ist. Da hieß es: „Wir sind bereit zu vergeben, wenn die anderen vergeben. Wir sind bereit zu vergessen, wenn andere vergessen. Wir sind bereit, wieder gutzumachen, wenn andere wieder gutmachen." Der Redner war der Wehrmachtsfallschirmjägergeneral Hermann Bernhard Ramcke, der bis zuletzt an Kriegshandlungen in Frankreich beteiligt gewesen war, bei denen Städte und Ortschaften bis zur Unkenntlichkeit zerstört worden sind und der gerade aus der Haft kam. Es ist das alte Lied, dass im Refrain lautet: „Die anderen auch." Gegenseitige Aufrechnung, bei Verkehrung von Ursachen und Folgen.

Inwiefern haben Deutsche nach dem Krieg Zwangsarbeit geleistet?

Verschiedentlich. Dazu könnte man jene Frauen zählen, die auf Befehl des ersten US-Kommandanten von Weimar im KZ Buchenwald Aufräumungsarbeiten zu leisten und die auf den Tod geschwächten Überlebenden des Lagers zu versorgen hatten. Dazu könnte man auch die Kriegsgefangenen mit Mannschaftsgraden rechnen, die gemäß dem internationalen Kriegsvölkerrecht, in Frankreich oder in der Sowjetunion, über Jahre hinaus gearbeitet haben. Im weiteren Sinne ebenso die deutschen Wissenschaftler und Techniker, die in die UdSSR bzw. in die USA gebracht worden sind. Wiedergutmachung schloss nach alliierter Vereinbarung auch die Heranziehung von Arbeitskräften ein.

Ist ein Vergleich, wie ihn der bayrische Vorstoß suggeriert, möglich zu den Zwangsarbeitern im NS-Reich?

Der grundlegende Unterschied besteht darin, dass die einen Sklavenarbeit unterm Hakenkreuz leisten mussten, für die deutschen Imperialisten, die am Krieg profitierten, während die anderen vorwiegend die Kriegszerstörungen, die von ihnen bzw. in ihrem Namen angerichtet worden sind, mit beseitigen sollten.

Von den 2.000 deutschen Unternehmen, die Zwangsarbeiter beschäftigt haben, sind noch nicht einmal 200 bisher bereit, dem Entschädigungsfonds beizutreten. Wie ist diese Verweigerung zu erklären?

Es gibt eine Gruppe von „nachgewachsenen" Managern, die auf ihre Weise eine Schlussstrich-Politik betreibt und zur Entschädigung bereit ist. Und es gibt eine andere, offenbar größere Gruppe, die sich dagegen sperrt. Die Motive mögen breit gefächert sein. Einige Unternehmensführer werden wohl niemals ernsthaft über das nachgedacht haben, was die Vorgänger auf ihren Stühlen in der Welt angerichtet haben. Andere mögen sich von reinen Profitüberlegungen leiten lassen.

Bayerns Regierung verhehlte nie ihre Vorbehalte gegenüber dem Fonds.

Und dass sie jetzt diese Forderung ins Spiel bringt, kann kein Zufall sein. Das ist ein Ablenkungsmanöver zugunsten derjenigen, die sich nach wie vor weigern. Man stelle sich vor, die Alliierten hätten die Reihenfolge des Wiederaufbaus derart festgelegt, dass die Deutschen erst, wenn sie alles von ihnen in Europa Kaputtgeschlagene wieder in Ordnung gebracht haben, sich um ihr eigenes Land kümmern dürften. Ich denke, auch in Bayern hat man genügend Fantasie, sich auszumalen, wie Deutschland heute aussähe.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 12./13. Februar 2000, S. 8.

Der Führer auf der Couch

Bertelsmann und die späte Entdeckung eines Psycho-Professors

Den Adolf Hitler möglichst weit aus der deutschen Geschichte heraus zu befördern und ihn namentlich von denjenigen Kreisen der deutschen Gesellschaft weit weg zu rücken, die mit den Stichworten Kapital, Großgrundbesitz und Militär erfaßt sind, bleibt seit Jahren ein Grundinteresse aller, denen jener Stapel von Dokumenten im Magen liegt, der gehegte, erfüllte und dann auch enttäuschte Hoffnungen belegt, die sich in Konzernetagen, auf Gütern und in den Stäben von Reichswehr und Wehrmacht mit dem Diktator verbanden. So viele sich an dem weit gesteckten und schwierigen Vorhaben bereits beteiligten, es konnte zu einem glücklichen Ende nicht gebracht worden, und das bloße Beschießen jenes Pappkameraden, der als das Hitlerbild des historischen Materialismus aufgestellt wird, befriedigt nicht.

Also erzeugt die ungestillte Nachfrage immer neue Angebote. Das jüngste zielt auf die definitive Lösung. Im – mit Verlaub – Westen hat sich ein Professor der Psychologie gefunden und für dessen Erguss ein Verlag. Es ist das übrigens das Haus Bertelsmann, das dieser Tage schon durch einen Zwischenbericht über die Geschäfte, welche seine einstigen Lenker mit dem Naziregime machten, in die Spalten nahezu aller Zeitungen geriet. Mit der bloßen Aufklärung des eigenen braunen Gestrüpps wollen sich die Nachfolger offenkundig aber nicht zufriedengeben.

Sie drucken eines Psychologen späte Entdeckung, wonach es das Ziel des schwulen Hitler gewesen sei, dass sich ihm nicht ein einzelner Pimpf, sondern eine ganze Generation junger Männer hingab, indem sie sich und ihr Leben „ohne Widerspruch für seine Ideen und seine Hirngespinste hinstrecken“. So referiert der Mann, der einst in Koblenz gelehrt haben soll und nun in Österreich lebt, das Resultat seiner „langjährigen Studie“, die ihn zu der Erkenntnis geführt hat, dass es nach seinem Wissen ein Bild „Hitler mit einem nackten Pimpf in einer bestimmten sexuellen Position“ nicht gibt. Jedoch vermöchte er durch sein neues Bild vom homoerotischen Hitler eine von ihm dem Historiker Hans Mommsen zugeschriebene These sehr gut zu unterbauen, wonach Hitler ein Idiot gewesen sei und ein extrem böser Mensch zu alledem, der von einem „immensen Futterneid“ und von einem „unmittelbaren Raub-, Wegnehm- und Umverteilungsmoment“ beherrscht wurde.

Und, so hätte einer meiner Lehrer gefragt: Was lernt uns das? Es wäre der unheilvolle Mann womöglich nicht zum Zuge gekommen, wenn man „ihm früh genug geholfen hätte“. Dazu aber müßten Gesetzgebung und gesellschaftliche Stimmung in der K. u. K.-Monarchie emanzipatorischer gewesen sein. Damit ist dem Endkampf gegen ein nicht völlig auszuschließendes Wiederauftauchen dieses Typus in der deutschen Politik präzise Richtung gewiesen und fröhliche Hoffnung verheißen.

Wer derlei verzapft, wird – wie geschehen – selbstverständlich vor bundesdeutsche Fernsehkameras geladen und kronzeugt für den wissenschaftlichen Pluralismus, von dem nur jene Dogmatiker ausgeschlossen bleiben, welche der Dimitroff nachgesagten „Faschismus-Formel“ nicht gänzlich abschwören wollen und noch immer meinen, dass die verwickelten, von realen Interessen geprägten Beziehungen zwischen den deutschen Eliten und der NSDAP und dem Naziregime weitere Forschungen wert sind.

Warum aber wird auf den raren Seiten dieser Zeitung über das Vorkommnis berichtet? Damit für den Fall einer bevorstehenden Evaluation dem Entdecker eine verdiente Höherstufung zuteil werde oder – falls ihm solches von Staats wegen nicht mehr bevorsteht – diejenigen Konzerne, die von diesem Hitlerbild so hübsch profitieren, ihm ein wenig von jenen Ersparnissen zuwenden, die ihnen aus Zeiten blieben, da sie die Zwangsarbeiter auspowerten. Vielleicht, einnehmerisch und knausrig, wie die Herren in den Chefetagen sind, spendieren sie dem Forscher wenigstens die Aufarbeitung jener Couch, die Adolf bei dem Professor durchgelegen hat.

junge Welt, Freitag, 18.02.2000. Dieter Laubers, Pseudonym von Kurt Pätzold.

Annäherung an den geschichtlichen Ort der DDR

Diskussionsbeitrag auf der Konferenz „Das lange Leben der DDR“, Weimar am 10./11. März 2000

In einem Punkte, er betraf ein Eingeständnis, waren sich Historiker nach dem Jahre 1990 in Ost wie in West weithin einig: Sie bekannten, dass sie die jähe Wende nicht vorhergesehen hatten, die, wie manche heute meinen, sich als eine Epochenwende darstellt. Diese Erfahrung zeitige wiederum Überlegungen, die sich auf die lange – namentlich unter Marxisten – vielfach überschätzte Leistungsfähigkeit der Geschichtswissenschaft richten. Sie wurden aber bisher nicht sehr weit getrieben. Dabei erscheint es als unabweisbar, sich neu über den Platz zu verständigen, den Historiker in der Gesellschaft rechtens beanspruchen können und daher auch beanspruchen sollten. Auf diese Notwendigkeit weist auch der verbreitete Missbrauch hin, der tagaus tagein mit Tatsachen aus der Vergangenheit in allen Bereichen der Politik getrieben wird. Denn die derzeit vielberufene Praxis, sich durch Bezugnahmen auf die Geschichte zu „legitimieren“, war beileibe kein Spezifikum führender Politiker der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Weltanschauliche Fragen beschäftigten stets nur eine Minderheit von Menschen, Angehörige der Intelligenz eingeschlossen. Und das wiederum bewirkt gegenwärtig, dass sich die Zunft der Historiker besonderen Herausforderungen aus der gesellschaftlichen Öffentlichkeit nicht gegenübersieht und ihre Angehörigen nicht gedrängt werden, ihre schockierende Beobachtung an und mit sich selbst zu verarbeiten und die Resultate öffentlich bekannt zu geben. Doch rechtens können sich dieser Aufgabe am wenigsten jene entziehen, die geglaubt hatten, um die Gesetze zu wissen, nach denen sich die Weltgeschichte bewegt und in deren Bahnen sie künftig verlaufen würde. Das nahmen vor allem wir, die von Marx und dessen Geschichtsverständnis Herkommenden, für uns in Anspruch. So besitzen die Historiker aus DDR-Zeit zunächst einmal einen aus ihrer Herkunft und Vergangenheit sich ergebenden Grund, ihre schmerzlich neugewonnenen Einsichten zu ordnen und sich womöglich zu Erkenntnissen durchzuarbeiten. Das bloße forschende Fortschreiten von einem Thema zum nächsten und der Nachweis, dass man sich auf einem begrenzten Feld mit sicherem Instrumentarium bewegen kann, erscheint als angemessen. Freilich: Über den Schwierigkeitsgrad dieser Rechenschaftsgabe können schwerlich zweierlei Meinungen existieren.

Zu diesem Antrieb aus Eigenem tritt hinzu, dass, nachdem die Gewissheit des historischen Ortes ihnen verloren gegangen ist, sich eine Minderheit von (vorwiegend Ost-) Deutschen fragt, an welchem Punkt national- und weltgeschichtlicher Entwicklung sie überraschend und unfreiwillig, aber auch nicht schuldlos angelangt ist. Die Frage besitzt viele und vor allem politische Dimensionen. In zugespitzter Formulierung lautet sie: Ist auf der Schwelle des 21. Jahrhunderts mit dem Blick in die Zukunft nur noch an eine ausbessernde Reform der existierenden gesellschaftlichen Form, also der kapitalistischen Zustände, zu denken, (woran sich die weiteren Frage schließen, wie die bewirkt werden, wie sie aussehen und wohin sie führen könnte), oder ist eine Entwicklung vorstellbar, und nicht nur als ein Traum- oder Wunschbild – Vision lautet das modische Austauschwort für Ziel –, die über diese Zustände hinausführt in eine sozialistische Gesellschaft (und auch daran schließt sich dann wieder eine Fragenkette). Wie die Antwort ausfällt, das vermag sehr verschiedenes praktisches Verhalten in der Gesellschaftspolitik hervorzurufen und zu begründen. Tun und lassen können sich da rechtfertigen.

Gegenüber den beiden beschriebenen Sichten existiert eine gleichsam vermittelnde, die den Kapitalismus bereits in einem Wandel und durch sozialistische Elemente gekennzeichnet sieht. Der Sozialismus wird als „work in being“, also als Resultat einer nicht näher beschriebenen, schon im Gange befindlichen fortgesetzten reformierenden Veränderung verstanden. Da Auffassungen, denen mehr Überzeugungskraft verliehen werden soll, meist nach autoritativen Stützen verlangen, ist Eduard Bernstein wieder in Rede gekommen. Das ist zum einen verständlich, haben die Sozialisten doch allen Grund, was je und immer über den Ausweg aus dem Kapitalismus gedacht wurde, vor dem Hintergrund ihrer neuen Erfahrung kritisch zu durchmustern. Doch muss das nicht auf eine Suche nach neuen Säulenheiligen hinauslaufen. Indessen und immer wieder: Je stärker die Ungewissheiten

empfunden werden, umso dringender artikuliert sich das Bedürfnis, auf irgendeine Weise festen Boden unter sich zu wissen [...]

Die gegenwärtige Debatte besagter Minderheit über weltverändernde Zukunftschancen kann fraglos gewinnen, wenn es gelänge, Klarheit über den verlorenen geschichtlichen Ort zu gewinnen. Das verlangt zweierlei: diesen Ort richtig zu bestimmen und den Abschied von den Einbildungen und Irrtümern, die seine offenkundig falsche Kennzeichnung hervorriefen. Schon das ist erwiesenermaßen schwierig genug. Faschismusforscher mögen sich daran erinnern, wie unterschiedlich der historische Platz dieser nach dem Ersten Weltkrieg entstehenden Bewegung, die Partei, Staat und eine Zeit lang Supermacht wurde, gesehen und bestimmt worden ist. Dass der Faschismus zu den Krisenerscheinungen der kapitalistischen Welt gehört, hat sich auch mit der zeitlichen Entfernung von seiner Hochzeit bestätigt. Diese Krise aber erfordert auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert selbst eine Neubewertung. Sie schließt eine Auseinandersetzung mit den Imperialismustheorien der Linken ein.

Die bezeichnete Aufgabe wird zusätzlich dadurch erschwert, dass sie unter einem immensen ideologischen und propagandistischen Druck derer erfolgt, welche die DDR inzwischen in der deutschen und der Weltgeschichte fest platziert haben. Dass sie eine von deren „Fußnoten“ sei, war eine vergleichsweise noch harmlose Fehlnotierung. Im Hauptstrom der Deutungen gilt die DDR als eine Abweichung vom Entwicklungsgang der Nationalgeschichte, wird das Leben in ihr und für sie als die vertanen Jahre einer Millionenzahl von Deutschen umgewertet, die durch eine fremde Macht davon abgehalten worden seien, ihren Weg zu gehen. Mit mehr oder weniger geschichtsphilosophischem Aufwand werden Entstehen und Geschichte der ostdeutschen Republik dem Versuch zugeordnet, eine Gesellschaftsutopie zu verwirklichen, der – so wird behauptet – unvermeidlich zu Unrecht, Terror und vielen katastrophalen Folgen für Einzelne, ganze Gruppen und die davon betroffenen insgesamt führen musste.

Um dieser These, die eine Zwangsläufigkeit, wenn nicht Gesetzmäßigkeit postuliert, die für andere Prozesse strikt abgelehnt wird, mehr Glaubwürdigkeit zu geben, wird es als das Hervorstechendste unter den Charakteristika des 20. Jahrhundert bezeichnet, dass in seinem Verlauf zweimal versucht worden sei, Utopien zu verwirklichen. Das eine Mal hätten das die Faschisten getan, das andere Mal wäre es durch die Kommunisten geschehen. En passant werden die faschistischen Bewegungen und Staaten als bloßer Ausfluss eines falschen Denkens und Projektierens dargestellt, als Gestalt gewordene gesellschaftliche Utopie, als Erzeugnis der totalitären Weise, Zukunft zu denken. Hitler, Rosenberg u. a. erscheinen als Utopisten und diese werden dann – das ist die nicht ausgesprochene aber naheliegende und logische Konsequenz – mit Marx und Engels, mit Bebel und Kautsky auf eine Stufe gestellt. Sie gelten samt und sonders als die gescheiterten Architekten einer verbrecherischen Politik. Ihre Biographien seien zu nichts gut, ausgenommen für die Verfertigung von Warn- und Gefahren- und vor allem für Verbotstafeln. Über den aktuellen politischen Nutzen dieser Methode, die Ablehnung und Hass gegen den Faschismus auf die Mühlen des Antikommunismus und Antisozialismus leitet, muss kein weiteres Wort verloren werden.

Für alle Menschheitszukunft aber sehen sich die Lebenden der Forderung gegenüber: Verabschiedet Euch von allen Gesellschaftsutopien, sofern ihr mit ihnen einen Vorsatz zu eingreifendem Handeln verbindet. Gleichsam verzuckert wird dieses Verlangen, beispielsweise von dem Hitlerbiographen Joachim C. Fest. Der machte kürzlich in einem Rundfunkinterview vor den utopischen Denkern vorvergangener Jahrhunderte eine Verbeugung, markierte danach aber den Sündenfall an dem Punkte im 18. Jahrhundert, da zuerst Gedanken und Pläne aufgekommen wären, den vorgestellten Ort menschlichen Zusammenlebens auch zu erreichen. Dieser Wechsel sei verhängnisvoll gewesen. Als „regulative Idee“, was immer darunter verstanden wird, zum Zwecke moralischer, sittlicher und ethischer Selbstbestimmung (und das Ich aufwertender Erbauung) ließe sich schon an utopischen Vorstellungen festhalten. Werde ihnen aber praktisch zugestrebt, würde es fürchterlich. Das erinnert an die Textzeilen jenes in der frühen Arbeiterbewegung gesungenen Liedes: „Freiheit, die ich meine, die mein Herz erfüllt, komm’ mit deinem Scheine, süßes Engelsbild. Magst du nie dich zeigen der bedrängten Welt, führest Deinen Reigen nur am Sternenzelt?“

Ja, am Sternenzelt dürfen Utopien festgemacht werden, nicht aber beheimatet sein in politischen Bewegungen. Es braucht keinen Beweis, dass diese geschichtsphilosophische und -theoretische Sicht, Skepsis – sie nennt Fest die erste demokratische Tugend – und auch Resignation verbreitet. Sie ist bestens geeignet, die politischen Ansprüche der „Unterprivilegierten“ kleinzuhalten und sie Bescheidenheit zu lehren. Wer sich diese Sicht auf die historischen Bestrebungen in einem erheblichen Teil des Erdballs zwischen dem Pazifik und der Ostsee angeeignet hatte, braucht sich mit der Analyse der Jahrzehnte zwischen der Oktoberrevolution und der Wende von den achtziger zu den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts nicht aufzuhalten, sondern kann sich damit begnügen, Einzelheiten, sofern von ihnen überhaupt die Rede ist, diesem Grundmuster zuzuordnen.

Nun kann dem Klischee vom Scheitern aus Gründen der menschlichen Natur, denn darauf läuft die These von der Verführungskraft von Utopien ins Verbrecherische doch hinaus, eine Betrachtung entgegengesetzt werden, die sich in der Tradition geschichtswissenschaftlichen Forschens bewegt. Die verlangt, sich an die Tatsachen zu halten und sie möglichst vollständig zu erfassen, umso dann ihre Wirkungszusammenhänge aufzudecken. Derart kann die Entwicklung zwischen 1917 und 1990, in die seit 1949 auch die DDR gehörte, als eine geschichtliche Existenzkrise des Kapitalismus verstanden werden, die er hauptsächlich überstanden hat und aus der er mit neuer gestaltender, zugleich zunehmend zerstörerischer Kraft hervorgegangen ist. Diese Krise wurde durch zwei Prozesse charakterisiert: Zunächst – und eben mit dem Sturz des Zarismus in Russland und mit dem Aufbruch eines Armenhauses in eine neue und unbekannte Zukunft einsetzend – durch die Entstehung einer nichtkapitalistischen Alternative. Damit zerbrach die eine Welt und ihre Protagonisten vermeinten, „Kapitel zwei“ der Weltgeschichte aufgeschlagen zu haben. Dieser Prozess weitete sich in den etwa anderthalb Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und kam am Beginn der sechziger Jahre zum Stillstand. aus. Der Sozialismus hatte sich auf asiatischem Boden ausgebreitet und sich vor dem amerikanischen Festland etabliert. Ja, er schien Afrika und womöglich Mittel- und Südamerika zu erreichen.

Der zweite, diese Krise charakterisierende Prozess bestand im Zerfall des Kolonialsystems, der – einmal begonnen – ein galoppierendes Tempo annahm. Er verband sich bei den einen mit der Hoffnung, bei anderen mit der Befürchtung, es werde der Weg aus der Befreiung vom Kolonialjoch alsbald in sozialistische Bahnen gelangen. Entwicklungen vor allem in einstigen Kolonien Frankreichs in Asien und Portugals in Afrika, aber auch in manchen arabischen Staaten und in Staaten am Osthorn des „schwarzen Kontinents“ schienen darauf hinzudeuten, dass sich in ihnen politische Führungseliten formierten, die ihre Länder nicht nach den Prinzipien zu gestalten wünschten, die in den „Mutterländern“ herrschten.

Doch es kam nicht, wie 1928 auf dem VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale vorgedacht oder erwartet, zu einer Vereinigung dieser beiden kritischen Ströme. Das hatte gewiss mehrere Gründe. Nicht der geringste bestand darin, dass sich die anziehenden und unterstützenden Kräfte des Sozialismus in den vielen Kämpfen um die Zukunft der neuen Staaten in Afrika und Asien als zu schwach erwiesen. Es triumphierte der Neokolonialismus. Das Kapital begann die staatlich veränderten Weltteile auf neue Weise zu beherrschen. Die Kräfte, die in ihren Ländern an einen Weg aus Elend, Armut hin zu sozialer Gerechtigkeit geglaubt hatten und ihn zu ebnen suchten, erlitten eine nachhaltige Niederlage. Verloren hatten auch diejenigen, die weltweit auf diese Entwicklungen als Schubkraft für das Entstehen neuer nichtkapitalistischer Gesellschaftsformen gesetzt hatten.

Nur ist der Verlauf der Ereignisse, von dessen furchtbaren Folgen uns tagtäglich Nachrichten namentlich aus Afrika erreichen, so nicht gelesen worden. In ihm drückte sich doch auch ein Schwächezeichen des Sozialismus aus, das jedoch selbstberuhigend und optimistisch als Wachstumsschwäche gedeutet wurde, während sich in Wahrheit in dem Geschehenen bereits mehr, ein zunehmendes Versagen des Sozialismus im Wettbewerb mit seinem historischen Kontrahenten ausdrückte. Zunehmend offenbarte sich, wie kurz die Arme der sozialistischen Staatengruppe waren und wie lang die der kapitalistischen Großmächte. Bilder wie die vom Bau des Assuan-Staudamms in Ägypten oder von Stahlwerken in Indien gehörten in die Wirklichkeit jener Jahre, und in ihrer Vergrößerung verdeckten sie die Realität zugleich.

Jedenfalls wurde das Ausbleiben der Transformation der nationalen in die sozialen Befreiungsbewegungen nicht als Herausforderung angenommen, das Kräfteverhältnis und die Kräftepotentiale ernst zu erforschen und zu gewichten. Die Idee, die eigenen Möglichkeiten auf andere Weise zu verwirklichen, die Anstrengungen neu anzusetzen, kam erst Mitte der achtziger Jahre in der UdSSR auf und dann wurde sie auf einem dilettantischen Niveau zu verwirklichen gesucht. Damals aber, in den Fünfzigern und Sechzigern, schien das Bild von der „Dritten Welt“, dessen Staatsmänner nach Moskau reisten wie die Pilger nach Mekka und das sich in einem Staatenverbund manifestierte, an dessen Zustandekommen Indien und Jugoslawien einen besonderen Anteil besaßen, zu vielen Erwartungen zu berechtigen. Aber es veraltete. In einem bei weitem nicht so spektakulären Prozess wie jenem am Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger zerfiel diese diesseits und jenseits des Äquators gelegene „Welt im Aufbruch“, bevor sie sich noch eigentlich konsolidiert hatte, entfremdeten und verfeindeten sich ihre Teile, gebar sie Konflikte, Kriege und Gemetzel, die mit jenen früheren der Kolonialisten an grausigen Folgen konkurrieren. Diesem Auseinanderdriften der „Dritten Welt“ (statt ihres erhofften Zusammenschlusses) folgte derjenige der Zerfall der „zweiten“ Welt, dem ein kurzes, ihr Ende anzeigendes Auseinanderdriften vorausging.

Nun also hätten wir die eine, einheitliche Welt? Nicht ganz. Denn vollständig sind die beiden erwähnten Prozesse nicht abgeschlossen und noch ist nicht definitiv entschieden, ob ihr Abschluss denen gelingen wird, die ihn mit vielen, d. h. mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln betreiben. Davon zeugt der Versuch, Kuba mit ökonomischen Mitteln zu erwürgen, ebenso wie der kaum noch beachtete Krieg gegen den Irak und jüngst auch der gegen Jugoslawien geführte. In einem weiteren Sinne lässt sich diese Politik als Kurs begreifen, auf dem die vollständige Liquidierung der Krise, die 1917 begann, durchgesetzt werden und die Welt bis in den letzten Winkel neu geordnet werden soll, ein Vorhaben, bei dessen Verwirklichung zum einen bereits Ernüchterung eingetreten ist. Das Verlangen, sich gegen irgendwelche „Schurkenstaaten“ und deren Atomwaffen schützen zu müssen, bezeichnet unter anderem das Eingeständnis von Grenzen der eigenen Außenpolitik. Zum anderen scheint sich auf diesem Feld die Gefahr des blinden Umsichschlagens zu vermehren.

Die Politik, deren Führung die USA behaupten und zementieren wollen, erinnert an ein von Hitler benutztes Bild, wonach es darauf ankäme, den Kuchen handlich zu zerteilen. Die Verbissenheit und Brutalität, mit der dieser Großmachtkurs verfolgt wird, bezeugt die ungehemmte Empörung der Sieger darüber, dass diejenigen, die zu den Geschlagenen gehören, sich nicht geschlagen geben wollen, dass über Havanna nicht endlich weiße Fahnen gehisst werden und dort sich nicht wie anderswo Arme zum Zeichen der Kapitulation erheben. Auch das beschwört eine Erinnerung: die an die barbarische Wut, mit der die deutschen „Sieger“ seit 1941 in ihrem Herrschaftsgebiet die Partisanen bekämpften.

Was hat das alles mit der Bestimmung des geschichtlichen Ortes der DDR zu tun? Es ist der Versuch ihrer historiographischen Wiedereinordnung in einer weltgeschichtlichen Periode, über dessen Ursachen, Triebkräfte und Folgen wir noch lange nachzudenken haben, ja, für die wir noch immer einen zutreffenden Namen suchen. Anders ausgedrückt: Es ist ein Vorschlag, sich nicht nur auf dem kleinkarierten Tableau zu bewegen, auf dem Fragen nach der DDR-Geschichte meist abgehandelt werden. Um keine Missverständnisse zu erzeugen: Es bleibt unbestreitbar wichtig zu prüfen, inwieweit die Entstehung des ostdeutschen Staates ein Werk aus eigenen Kräften, inwieweit ein Produkt des Einwirkens anderer Kräfte, also auch so etwas wie eine Gemeinschaftsarbeit war. Die Diskussion über das verfehlte Verhältnis von Sozialismus und Demokratie kann und darf nicht abgewertet werden. Von Personen und Personengruppen und ihrer Rolle muss die Rede sein, d. h. die muss weiter erforscht werden. Doch keine dieser Debatten, kein auf ein einzelnes Ereignis, eine einzelne Person oder einen einzelnen Prozess gerichtetes Forschungsunternehmen vermag den erhellenden Blick auf das weltgeschichtliche Ganze zu ersetzen. Nur wenn auf beiden Forschungsebenen gearbeitet wird, lässt sich das Konstrukt vom gesetzmäßigen Zusammenhang von sozialistischer Utopie samt dem Versuch, an ihr praktisches Handeln zu orientieren, und dem Weg ins Verbrechertum als ein verfehltes Geschichtsbild erweisen. Es kommt darauf an, radikal weltveränderndes Eingreifen nicht nur moralisch zu rechtfertigen. Das scheint angesichts der massenhaften Tatsachen, die von Elend, Gewalt,

Unrecht, Verbrechertum, Kriegen zeugen, eine lösbare Aufgabe. Denn wer stellt sich schon auf einen Markt und ruft dieser Welt sein uneingeschränktes Ja zu? Verbreitet hat sich aber gegenüber den beklagten Zuständen ein Achselzucken, ein Grundgefühl, das ihre Unabänderlichkeit an- und hinnimmt, eine Ratlosigkeit, die nicht vorgetäuscht ist. Und unausgesetzt wird die Sackgasse, in welche die Menschheit zu geraten droht, wenn sie sich nicht überhaupt bereits in ihr befindet, als ihr Weg ins Freie ausgegeben.

Demgegenüber kann auf absehbare Zeit hin niemand für das Bild einer anderen Gesellschaft Reklame machen, der die Jahre zwischen 1917 und 1990 nicht auf ihre Wirklichkeit hin untersucht, ihre Vorgeschichte und Geschichte kritisch erforscht, Gebundenheit und die Alternativen der Handelnden ermittelt, die Gründe des Aufstiegs, denn den gab es, und des Abstiegs und des Scheiterns feststellt. Nicht nur gedanklich durchzuarbeiten, sondern auch mental zu bewältigen war und ist das Ausmaß des Scheiterns hochfahrender Pläne wie – ungeachtet ihres Scheiterns – das der gewaltigen und berechtigten Anstrengungen. Das verursacht zum einen und unvermeidlich Ernüchterung, mitunter Resignation und wohl auch Depressionen. Zu den Liedversen, die hierzulande gesungen oder gehört worden sind, zählte auch: „... und den Kindern ein Leben von Blüten beschneit, in einer glückstrahlenden Welt“. Diesen Vorsatz haben wir nicht einlösen können. Doch zugleich und nicht zum Troste und nicht für beckmesserische Rechnungen steht neben der Tatsache des Misslingens und der Vergeblichkeit wie mehrfach in der Geschichte das „Wir haben es gewagt“. Geben wir diese Dialektik von Wagnis und Scheitern auf und preis – etwa und beispielsweise im umstrittenen Parteiprogramm der PDS –, dann würde das nicht nur aus der Geschichte in dem Sinne herausführen, dass dann nicht mehr von ihr, sondern von einem Falschbild gehandelt würde. Zugleich aber würden wir uns einer historischen, intellektuellen und moralischen Kraftquelle begeben. Wir sollten uns die Utopie der besseren Welt nicht kaputt reden lassen von An- und Gesundbetern der gegenwärtigen Zustände. Die Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ ist verschärft. Die Offenheit, ja Ungewissheit des Ausgangs künftiger Prozesse und Kämpfe kann Begründungen für eine Bescheidenheit des Denkens, Planens und Versuchens liefern. In die Gesellschaft derer, die vor den Herausforderungen bereits kapituliert haben, sollten sich Sozialisten, so gebeutelt wir sind, nicht steuern lassen. Da würden wir einer historischen Sandbank aufsitzen, von der keine Schlepper herunterhelfen und die Katastrophe wäre dann sicher.

Das lange, kurze Leben der DDR. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 2000, S. 57-64.

Mehr als Frauengeschichten

Eva Maria Engel, Mediävistin und bis zu dessen Abwicklung am Institut für deutsche Geschichte an der DDR-Akademie arbeitend, kam im Jahre 1998 bei einer Selbstbefragung auf die Idee, sich an Frauen ihres großen Bekanntenkreises zu wenden und zu ermitteln, ob sie bereit wären, wenige Seiten nur über ein Erlebnis oder ein Ereignis aus dem sich seinem Ende zuneigenden Jahrhundert aufzuschreiben, das sie besonders beeindruckt, berührt oder auch bedrückt habe. Daraus ist das vorliegende Büchlein hervorgegangen. Ihm hat der kleine in Berlin befindliche und versteckt auf einem Hinterhof in der Stadtmitte etablierte Verlag, der sich den Namen des großen Meisters der Buchkunst erwählte, eine außergewöhnlich ansprechende Form gegeben.

Von etwa 140 Frauen, an die sich die Herausgeberin wandte, erhielt sie 80 Zusagen, von denen schließlich Dreiviertel auch eingehalten wurden. Die absagten, verwiesen auf Ungeübtheit beim Schreiben, auf eine zu geringe Zahl an gelebten Jahren, sagten, sie wollten sich an schlimme Zeiten nicht erinnern oder hätten sie erst noch zu verdauen. Was Frauen und Mädchen im Alter zwischen 14 und 86 Jahren aus der Perspektive der Gymnasiastin, der Universitätsprofessorin, der Krankenschwester, der Lehrerin, der Verwaltungsangestellten oder der Ärztin zu Papier gebracht haben, bildet eine einmalige Sammlung, die nachdenklich stimmt und nicht so selten sich auch vergnüglich liest. Berichtet wird von Eindrücken, die an sehr verschiedenen Arbeitsplätzen gewonnen wurden. Geschildert sind Begegnungen mit Menschen, denen ein achtungs- oder liebevolles Andenken bewahrt wird, darunter Verwandte und – in erheblicher Zahl – Lehrerinnen und Lehrer, die den Autorinnen Gedanken und Haltungen auf den Lebensweg gaben, die ihnen nicht verloren gegangen sind. Da die Zahl der an dem Buche Mitwirkenden, die älteren Generationen angehören, überwiegt und von diesen wieder ein erheblicher Teil ihr Leben in der DDR verbrachte, spiegeln sich in vielen Episoden Seiten von deren Geschichte. Und in manchen lassen sich auch Vorsätze und Erfahrungen aus den Jahren eines gründlich veränderten Lebens nach deren Untergang antreffen. Nicht zuletzt kommen Erwartungen zur Sprache, die über diese magisch erscheinende Jahresschwelle mitgenommen wurden. Ungewissheiten, die einbekannt werden, sind Hoffnungen benachbart.

Was ein Jahrtausend sei. Lass mich's bedenken. Frauen im 20. Jahrhundert, edition bodoni berlin 1999, DM 10,00.

Ossietzky, 2000/Nr. 5, 11. März 2000, S. 179.

Die Urlegende

Noch einmal: Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt. (Teil 1)

Als die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ aus dem Verkehr gezogen wurde, um unter Mitarbeit von Experten der Geschichte des Zweiten Weltkrieges geprüft und in Teilen korrigiert zu werden, atmeten alle auf, die, nun unbehelligt, die Legende von der anständigen, sauberen, ritterlichen Wehrmacht mit ins Jahr Zweitausend schleppen konnten. Ist sie doch besonders zur Rechtfertigung dafür geeignet, dass deutsche Soldaten nun bewaffnet und schießend eingesetzt werden, um weltweit die Ordnung der Moderne zu schaffen. Was die Ausstellung auch bei einer erneuten Präsentation nur in Andeutungen wird zeigen können, ist die Geschichte der Legende, zu deren Zerstörung das Hamburger Institut beitragen wollte. Unsere heute beginnende Serie wird – Schritt für Schritt – eben dieser Legende nachgehen. Wir beginnen mit ihren Ursprüngen.

Die Kalender zeigten den 9. Mai 1945, als in der nördlichsten Hafenstadt Deutschlands, im schleswigschen Flensburg, die um den Großadmiral und Hitler-Nachfolger Karl Dönitz versammelten deutschen Generale und Admirale den letzten offiziellen Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) bekanntmachten. Er begann wie üblich mit der militärischen Lage. Zunächst rühmten die Verfasser die Taten von Befehlshabern und Untergebenen an der deutsch-sowjetischen Front in Ostpreußen und in Kurland sowie in der zur Festung erklärten schlesischen Stadt Breslau. Erwähnt wurden die deutschen Truppen „zwischen Fiume und Dresden“ und auch die auf den Ägäischen Inseln und in Norwegen, als hätten die Eroberer ausdrücklich feststellen wollen, in welchen Gegenden sich Teile der Wehrmacht noch behaupteten oder befanden. Einem der Generale, unter dessen Befehl der längst aussichtslos gewordene Kampf fortgesetzt worden war, sei einer der höchsten Kriegsorden verliehen worden. Zu drei Befehlshabern von Heeresgruppen wäre die Verbindung verlorengegangen, wurde weiter mitgeteilt. Die entscheidende Aussage des Textes aber bestand in der Mitteilung, dass an alle Truppen der Befehl ergangen sei, die Kampfhandlungen einzustellen und, den unterzeichneten Kapitulationsbedingungen entsprechend, an den Orten zu verbleiben, an denen sie sich eben befanden. Nun sollte nicht mehr geschossen werden. Damit hätte der Bericht enden können, wie es vordem der letzte Heeresbericht getan hatte, mit dem die 1918 geschlagenen deutschen Militärs ihre Kapitulation bekanntgemacht hatten.

Indessen: Die deutschen Militärführer wussten, wie später der Vertreter der US-amerikanischen Anklage in Nürnberg, Telford Taylor, sagen würde, was für sie auf dem Spiel stand. Daher fuhren die sonst als wortkarg geltenden und zu befehlsknapper, verstümmelter Sprache neigenden deutschen Militärs fort und gaben ihrem Bericht einen feierlichen Schluss. Sie mochten sich an ihre eigene, kaum mehr als ein Vierteljahrhundert zurückliegende Erfahrung erinnern, die ihnen sagte, welche Bedeutung die Art und Weise für die Zukunft gewinnen konnte, in der man selbst als Geschlagener aus einem Kriege herauskam.

In der Tat: Der Gedanke an den 11. November 1918 und den damals im fernen Walde von Compiègne unterzeichneten Waffenstillstand war unabweisbar. Dort hatten deutsche Militärs schon einmal eingestanden, dass sie am absoluten Ende aller ihrer Möglichkeiten angekommen waren, den Krieg billig zu beenden. Die das diesmal bekennen mussten, waren damals unbekannte junge Leute und an den Ereignissen auf der dramatischen Weltbühne selbst nicht beteiligt gewesen.

Großadmiral Dönitz, bei Kriegsbeginn 1939 Befehlshaber der U-Boot-Flotte, dann Oberbefehlshaber der Kriegsmarine und nun für ein paar Tage gar Staatsoberhaupt, war 1918 als Siebenundzwanzigjähriger Kommandant eines U-Bootes gewesen und bei dessen Versenkung in britische Kriegsgefangenschaft geraten. Wilhelm Keitel, seit 1938 Chef des OKW und bis zum Rang eines Generalfeldmarschalls aufgerückt, wirkte 1918, mit 36 Jahren noch einer der jüngeren Generalstabsoffiziere, bei einem Marinekorps in Flandern. Alfred Jodl, während des Zweiten Weltkriegs als Chef des Wehrmachtsgeneralstabs einer der engsten militärischen Berater Hitlers im „Führerhauptquartier“, erlebte das Ende des Ersten als artilleristisch ausgebildeter Truppenoffizier.

Gemeinsam war den Biographien dieser drei führenden Militärs, dass sie von der drastischen Reduzierung des Kaiserheeres auf die 100.000-Mann-Armee der Weimarer Republik und von der Begrenzung der Reichsmarine auf 15.000 Mann unbetroffen geblieben waren. Seit sie ihre militärische Ausbildung begonnen hatten, zog keiner von ihnen die Uniform je aus. Im Grunde hatten sie den Ersten Weltkrieg nie als beendet, sondern nur als unterbrochen angesehen und strikt auf die Revanche hingearbeitet. Die Legende vom „im Felde unbesiegten“ deutschen Heer spielte dabei eine fundamentale Rolle. Mit ihr hatte sich in einer geschickten Verkoppelung mit einer anderen, der zufolge den im Grunde Unbesiegbaren von Pazifisten und Revolutionären der Dolch in den Rücken gestoßen worden sei, der Glaube an einen siegreichen neuen „Waffengang“ verbreiten lassen.

Nun war die Situation des Mai 1945 gemessen an der des November 1918 ausgesprochen unfreundlich für derlei Legenden und ihre Verbreitung. 1918 hatte kein ausländischer Soldat auf dem Boden des deutschen Reiches gestanden, als die Kapitulationsurkunde ausgefertigt werden musste. Noch waren Teile Frankreichs und Belgiens in deutscher Hand gewesen und weiteste Gebiete Sowjetrusslands besetzt, dessen Friedensangebot die deutsche Führung, den Vertrag von Brest-Litowsk brechend, eroberungsgierig ausgeschlagen hatte. Diesmal hingegen waren die Truppen der Kriegsgegner im April 1945 mitten in Deutschland aufeinandergetroffen. Ihre Begegnung nahe Torgau am Mittellauf der Elbe hatte auch bei den letzten Illusionisten die Hoffnung auf eine Kriegswende durch den Einsatz von Wunderwaffen oder das Zerbrechen der gegnerischen Koalition endgültig schwinden lassen. Am 2. Mai waren die letzten fanatisierten Verteidiger Berlins, das zur größten Trümmerwüste Deutschlands geworden war, gezwungen gewesen, die Waffen zu strecken. Da ließ sich vom „im Felde unbesiegten Heer“ nicht daherreden.

Von den Siegern war jene Lage erreicht worden, die sie erklärtermaßen angestrebt hatten. Die deutschen Machthaber mussten bedingungslos kapitulieren. Also würde es in Deutschland keine Nachkriegsregierung geben, das ganze Land besetzt und das Regiment von den Hauptmächten der Antihitlerkoalition übernommen werden. Und: Diesmal hatten auch die Generale und Admirale anders als 1918 den Weg in die Gefangenschaft anzutreten. An einer „inneren Front“ zum Kampf gegen Revolutionäre wurden sie nicht gebraucht. Die Deutschen hatten keinerlei revolutionäre Gelüste gezeigt. So zeichnete sich ab, dass die eben noch mächtigen Herren an der Spitze der Wehrmacht für eine schwer bestimmbare Zeit öffentlich würden schweigen müssen.

Umso weniger wollten sie mit dem bloßen Eingeständnis ihrer Niederlage, ohne eine Bewertung des Krieges und der Rolle der Wehrmacht gegeben zu haben, von der Bühne, die sie auch „Kriegstheater“ nannten, kommentarlos abtreten. Und also verkündeten sie in erhabenem Stil, nun wäre „ein fast sechsjähriges heldenhaftes Ringen zu Ende“ gegangen. Nach großen Siegen, aber auch schweren Niederlagen sei die Wehrmacht einer gewaltigen Übermacht erlegen. Der deutsche Soldat – und also selbstredend auch sie als seine Befehlshaber – habe für immer Unvergessliches geleistet. Die beiden wichtigsten Sätze gegen Ende des Berichts lauteten: „Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.“ Und: „Der deutsche Soldat kann deshalb die Waffe aufrecht und stolz aus der Hand legen.“ Der Text enthielt somit alle Stichworte für den gewünschten und gewollten Rückblick auf den Krieg lückenlos: Siege und Niederlagen, Übermacht, Eid, Treue, Gehorsam, Disziplin, Leistung, Ruhm, Ehre, Opfer, Stolz.

Bald sollte sich zeigen, dass die Bereitschaftserklärung der Generale und Admirale der Wehrmacht, das Urteil über sich und ihre Soldaten der Geschichte und folglich späteren Zeiten zu überlassen, nicht sonderlich ernst gemeint war. Rascher, als sie es wohl selbst vermutet hatten, sollten sie wieder zu Wort kommen, ihre Geschichte aufschreiben und unter die Leute bringen können. Diese Gelegenheit nutzten sie dann natürlich. Freilich wurden, bis es dahin kam, von anderer Seite noch ein paar und völlig andere Begriffe in die Betrachtung des Zweiten Weltkriegs eingeführt: Friedens- und Vertragsbruch, Aggression und Okkupation, Völker- und Kriegsrecht, Gefangenen-, Partisanen-, Geisel- und Völkermord, Verbrechen während Kriegshandlungen und in den besetzten Gebieten.

Es ist nicht feststellbar, wie viele Deutsche an jenem 9. Mai 1945 den letzten Bericht des OKW noch hörten oder lasen. Die Möglichkeiten vieler waren begrenzt, sich durch Radiostationen oder Nachrichtenblätter zu informieren. Und interessant war an diesem wortreichen Bericht einzig, dass sich von nun hoffen ließ, dass, wer lebte und nicht auf den Tod verwundet oder erkrankt war, Aussicht, wenn auch nicht Gewissheit gewonnen hatte, zu überleben. Doch die letzte Verlautbarung des OKW blieb denkwürdig, denn sie enthielt, was die deutsche Urlegende über den Zweiten Weltkrieg genannt werden kann: Sie erzählte von der anständig und sauber, ja ritterlich kämpfenden Wehrmacht. Und sie erwies sich als orientierend und zählebig. Bevor sie aber massenhaft Einfluss gewinnen konnte, wurde dagegen eine Barriere errichtet.

junge Welt, Montag, 13.03.2000.

Rechtskenner – Rechtsbrecher

Harte Tatsachen – präsentiert in Nürnberg (Teil 2)

Am 20. November 1945 begann der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg sein Verfahren, das in die Geschichte als Prozess gegen die (deutschen) Hauptkriegsverbrecher einging. Der Prozess war seit langem angekündigt. Die Alliierten hatten schon während des Krieges bekanntgemacht, dass eines ihrer Ziele darin bestand, die für diesen Krieg und die in ihm begangenen Verbrechen Verantwortlichen anzuklagen und abzuurteilen. Für diesen ersten und dann durchaus beispielhaften Schritt lagen völkerrechtliche Grundlagen vor, andere mussten geschaffen werden. Das letzte hat wieder und wieder Anlass geboten, den Richtern von Nürnberg vorzuwerfen, sie hätten die Angeklagten wegen Taten verurteilt, die vordem von niemandem als strafbar kodifiziert worden wären. Folglich hätten die Täter auch ein Unrechtsbewusstsein nicht haben können. Das war zum einen frei erfunden, denn in Nürnberg wurden zu einem erheblichen Teil Verbrechen bestraft, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts, namentlich in der Haager Landkriegsordnung, als Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht markiert worden waren. Und zum anderen: Wer wäre im Jahre 1938 auf den Gedanken gekommen, in das Völkerrecht einen Artikel aufzunehmen, der die Tötung von Juden, von Sinti und Roma, von Kriegsgefangenen in eigens für diesen Zweck konstruierten Gaskammern mit einer Strafandrohung belegte? Dieses Massenmorden, 1941 ins Werk gesetzt, war damals selbst den späteren Tätern noch unvorstellbar. Vor allem aber – und ohne einen derartigen Artikel – war die Tötung von Menschen ganz allgemein in den Landesgesetzen vieler Staaten unter die schwersten und vielfach unter die Todesstrafe gestellt.

In Nürnberg hatten nicht nur zivile deutsche Politiker auf der Anklagebank Platz zu nehmen, sondern auch fünf Militärs. Der einstige Reichsmarschall und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Hermann Göring, besetzte den ersten Platz. Auf dem dritten hatte der frühere Generalfeldmarschall und Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, Platz zu nehmen. In der zweiten der beiden Reihen erhielten die einander 1943 folgenden Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, die Großadmirale Erich Raeder und Karl Dönitz, sowie der Generaloberst und Chef des Wehrmachtsgeneralstabes, Alfred Jodl, Sitze zugewiesen. Es fehlten die beiden Oberbefehlshaber des Heeres. Der Ende 1941 von seinem Posten abgelöste Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch wurde von der Anklage verschont und lediglich im Zeugentrakt platziert. Hitler, dessen selbsternannter Nachfolger, war tot. Ganz vollständig war die Liste also nicht. Es fehlte der langjährige Chef des Generalstabs des Heeres, Franz Halder, der von Kriegsbeginn bis in den Sommer 1942 an Hitlers Seite dessen wichtigster Planungsgehilfe und Ratgeber gewesen, nach seiner Ablösung aber nicht wieder „verwendet“ worden war. Auch er wurde als Zeuge nach Nürnberg gebracht.

Die Lebenswege der fünf angeklagten Militärs wiesen viel Gemeinsames auf. Sie waren in jüngsten Jahren in das kaiserliche Heer bzw. die kaiserliche Flotte eingetreten und hatten in niederen Offiziersrängen am Ersten Weltkrieg teilgenommen. Als er endete, war Göring Hauptmann und ein hochdekorierter Flieger gewesen. Keitel, ebenfalls im Hauptmannsrang, hatte Generalstabserfahrungen gesammelt. Diejenigen Jodls rührten aus seinem Einsatz als Artillerieoffizier her. Raeder, gleichfalls zeitweilig im Generalstabsdienst verwendet, hatte es bis zum Kapitän zur See und Kommandanten eines Kleinen Kreuzers gebracht, während Dönitz ein Unterseeboot kommandiert hatte. Raeder stieg am steilsten auf. Kaum war 1928 ein sozialdemokratischer Reichskanzler an die Spitze des Kabinetts getreten, erhielt er die Stellung des Chefs der Marineleitung. Er war damit der Oberbefehlshaber aller Seestreitkräfte.

Zum Bildungsgang aller dieser Offiziere hatte es selbstverständlich gehört, dass sie sich mit dem geltenden Kriegsrecht bekanntmachen mussten. Die am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts vereinbarten Bestimmungen, die das Verhalten während der Kriegshandlungen zu Lande und zur See – eine Luftwaffe existierte noch nicht –, die Behandlung von Kriegsgefangenen und von Zivilisten in eroberten und besetzten Gebieten und weitere Fragen regelten und künftige, absehbar immer mörderischere Kriege „zivilisieren“ sollten, waren Lehrstoff der Kriegsschulen. Dieses Kriegsrecht war, namentlich was die später getroffenen Vereinbarungen über die Stellung von Parti-

sanen betraf, lückenhaft, aber es war ausreichende Grundlage, um 1945 den deutschen Oberbefehlshabern eine unangreifbare Liste ihrer Verstöße gegen geltendes, auch von Deutschland akzeptiertes Kriegsrecht in Form einer Anklageschrift überreichen zu können.

Und natürlich war allen Angeklagten schon zum Zeitpunkt der auch von Deutschland vorgenommenen Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes (bekannter unter der Bezeichnung „Briand-Kellogg-Pakt“) bekannt gewesen, dass dessen Artikel I besagte, der Krieg werde als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilt und es solle in den künftigen Beziehungen der Staaten auf ihn als Werkzeug internationaler Politik verzichtet werden. Niemand wusste 1939 besser als diese inzwischen zu Generals- und Admiralsrängen aufgestiegenen Militärs – denn sie hatten es auch aus Hitlers Munde gehört –, dass dieser Krieg von seinem ersten Tage an nicht um Danzig und nicht um Lebensrechte der „Volksdeutschen in Polen“ geführt wurde, sondern dass es sich exakt um einen Fall von Krieg handelte, der durch eben den Pakt von 1928, dem 63 Staaten beigetreten waren, ausgeschlossen werden sollte.

Diejenigen, die den Nürnberger Prozess als einen Willkürakt der Siegermächte hinstellen, spekulieren bis heute vor allem auf Rechtsunkenntnis. Jodl machte dagegen im Prozess kein Hehl daraus, dass er auch im Führerhauptquartier auf seinem Schreibtisch die einschlägigen Bestimmungen zur Hand gehabt hätte und Befehle ergehen ließ, deren Unvereinbarkeit mit dem geltenden Recht ihm durchaus gegenwärtig war.

Doch selbst wenn den deutschen Generalen und Admiralen entfallen gewesen wäre, was sie an Artikeln und Paragraphen einst gelernt hatten – dass Zivilisten – wie in der UdSSR geschehen – nicht dem Kältetod ausgesetzt werden durften, indem man ihnen die Winterbekleidung raubte, bei Rückzügen ihnen die Dächer über den Köpfen anzündete und ganze Dörfer abbrannte, dass Teilnehmer sogenannter Kommandounternehmen nach ihrer Gefangennahme nicht kurzerhand niedergeschossen werden durften, dass Soldaten – wie es eben noch kriegsverbündeten Italienern geschah, die sich ergeben hatten – nicht aus Rachegelüst niedergemacht werden durften, dass politische Offiziere gegnerischer Streitkräfte – die Kommissare in der sowjetischen Armee – nicht liquidiert werden durften, dass in Gefangenschaft geratene Gegner zu ernähren und nicht dem Hungertod zu überlassen waren, dies alles verstand sich im Grunde von selbst. Was an diesem Krieg und der Art, in der er geführt worden war, neu und bis ins Extrem barbarisch war, vermochten gerade diejenigen vollständig zu beurteilen, die ihn von seinen Befehlen bis zu deren Ausführung aus eigener Erfahrung mit jenem von 1914 bis 1918 vergleichen konnten, in dessen Verlauf es auch Kriegsverbrechen gegeben hatte.

Spät, sehr spät haben beteiligte deutsche Offiziere und Soldaten öffentlich einbekannt, dass sie das Bewusstsein des Unrechts bereits beschlich, als sie Zeugen der Untaten waren oder doch von ihnen gehört hatten. Einer von ihnen war der erste Chef des Militärgeschichtlichen Amtes der Bundeswehr, Oberst Hans Meier-Welcker, der es in der Wehrmacht bis zum Oberstleutnant gebracht hatte. Er veröffentlichte seine Tagebuchblätter und Brieftexte ausgewählt, gekürzt und kommentiert vierzig Jahre später im Jahre 1982, als er aus der Bundeswehr bereits ausgeschieden war und sein Schritt schon keine Tat mehr darstellte. Denn die Legende vom ritterlich geführten Krieg war inzwischen zu einem dünnen und durchlöcherten Gespinst geworden. Wenn er auch das Ausmaß des Unheils, das die deutschen Eindringlinge über die Bürger der UdSSR brachten, immer wieder zu verdrängen suchte, so war seinen zeitgenössischen Aufzeichnungen doch Ahnung und Wissen abzulesen, dass und wie kodifiziertes Kriegsrecht gegenüber Zivilisten und Kriegsgefangenen, insbesondere auch den Kommissaren, missachtet wurde. Das bereitete ihm immerhin Unbehagen. Doch aus den Tagen, da er an der Spitze der führenden militärgeschichtlichen Einrichtung der Bundeswehr gestanden hatte, ist keine Spur erkennbar, dass er sich für eine rückhaltlos ehrliche Durcharbeitung der Wehrmachtsgeschichte eingesetzt hätte.

Göring, Keitel und Jodl wurden 1946 zum Tode durch den Strang verurteilt und gehenkt. Raeders Urteil lautete auf lebenslängliche Haft. Krankheitshalber wurde er 1955 auf freien Fuß gesetzt. Er schrieb und veröffentlichte in der BRD seine Memoiren in zwei Bänden, die 1956/57 erschienen. Dönitz hatte in Spandau eine zehnjährige Haftstrafe zu verbüßen, kam 1956 frei und danach blieben

ihm noch 24 Jahre, in denen er sich mehrfach als unbelehrter Memoirenschreiber und Analytiker des Seekriegs hervortat.

Die fünf Urteile des internationalen Militärtribunals und die ihnen zugrundeliegenden Tatsachen hätten die Wehrmachtslegende nahezu vollständig erledigen und sie zu nur kläglichem Weiterleben einzig in privaten Zirkeln „Ehemaliger“ verbannen können. Freilich war dieser Erfolg nur unter gewissen gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen und bei Vorhandensein begünstigender innerer und äußerer Bedingungen zu erwarten. Die wurden nicht in allen Teilen Deutschlands hergestellt. Und, das mag als ein Treppenwitz der Weltgeschichte erscheinen: Während im Verhandlungssaal des Nürnberger Gerichts Feldmarschällen, Generalen und Admiralen der Prozess gemacht wurde, arbeiteten nur wenige Gebäudetrakte entfernt andere deutsche Militärführer die Wehrmachtslegende aus.

junge Welt, Dienstag, 14.03.2000.

Mehr Raffinesse

Vom Schwert zur Feder (Teil 3)

Kein Krieg in neuerer Zeit, um den sich nicht Legenden ranken. Berichteten sie nur von einzelnen „Kriegshelden“ und deren Taten, mochten sie als harmlos gelten. Für Generationen war der gefürchtete Gebhardt Leberecht von Blücher als eine solche Gestalt in die Geschichte einsortiert worden. Er figurierte nicht nur in Städten als Namensgeber von Plätzen, blickte nicht nur von Denkmälern herab oder aus Leinwänden hervor, die „Kriegsmalern“ zum Opfer gefallen waren. Der Haudegen lebte auch in der Umgangssprache der Deutschen fort. Die gingen, wenn sie ein Werk besonders schwungvoll begannen, „’ran wie Blücher an der Katzbach“. Das war ein Nebenfluss der Oder, an dem der „Marschall Vorwärts“ den „Erbfeind“ geschlagen hatte. Inzwischen hatten Kriegslegenden der Deutschen freilich einen anderen und folgenreicheren Charakter angenommen. Das galt namentlich für die nach dem Ersten Weltkrieg aufgekommenen. Zwei waren von besonders verderblicher Wirkung gewesen. Die eine behauptete die eigene Kriegsunschuld. Vor der ebenfalls unwahren These der Sieger, die Deutschland und seinen Verbündeten die alleinige Urheberschaft des Krieges zuschrieb, ließ sie sich leicht unter die Leute bringen.

Ähnlich leicht verkäuflich war die zweite der Weltkrieg-I-Legenden, die vom Dolch, welcher dem unbesiegten Heer von den Kriegsunwilligen und Revolutionären in den Rücken gestoßen worden sei. Aber bevor Millionen für das Ende des Krieges aufstanden, war der Krieg an den Fronten schon verloren. Generale hatten von den Politikern den Waffenstillstand gefordert, bevor die Fronten brachen. So endete der Krieg, als noch kein Soldat einer gegnerischen Armee auf deutschem Boden stand. Da ließ sich behaupten, die Deutschen seien „im Felde unbesiegt“ geblieben. Auf das „unbesiegt“ kam es an. Kein Dolch im Rücken, dann der Sieg – beim nächsten Mal.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Zeiten legendenunfreundlich beschaffen. An eine deutsche Unschuld war nicht gut zu glauben. Und die totale Niederlage ließ sich nicht vertuschen. Der Krieg endete im Tiergarten von Berlin. Die zerbombten Städte redeten ihre steinerne Sprache. Und da war das stumpfe und dumpfe Weitermachen deutscher Soldaten und Zivilisten bis zu den sprichwörtlich gewordenen fünf Minuten nach zwölf. Die Kapitulation lautete diesmal auf: bedingungslos. Da erforderte Legendenbildung ungleich mehr Raffinesse als ein Vierteljahrhundert zuvor. Die an ihr Interessierten gingen dennoch ohne Verzug zu Werke.

Während die Mehrheit der Deutschen zusah, wie sie sich ernähren, Behausungen winterfest machen und Verheizbares erlangen konnte, saßen ehemalige Befehlshaber nicht eben bequem, aber von solchen Sorgen ungeplagt in Gefängnissen und Gefangenenlagern und verständigten sich, wie die jüngste Vergangenheit und ihre eigene Rolle zunächst den Alliierten gefällig dargestellt werden könnten. Die Gemeinschaft, gedankliche Schulung und Vorbildung, die sie nach den Weltkrieg-I-Tagen im Lügen sich schon angeeignet hatten, ließen sie rasch vorankommen.

Einer dieser „Treffpunkte“ und Arbeitsplätze von geschlagenen Befehlshabern befand sich in Nürnberg. Dort waren im Zeugentrakt des Gefängnisses deutsche Generale versammelt worden, um für Vernehmungen in Reichweite zu sein, falls das der Prozessverlauf erfordern sollte, in dem ihre einstigen höchsten Vorgesetzten angeklagt wurden. In dieser Gruppe entstand, nicht klammheimlich, sondern im Auftrag des US-Generals William J. Donovan, die erst viel später bekannt gewordene „Generalsdenkschrift“. Sie war niedergeschrieben worden als Gegendarstellung zu jener Anklage, die sich gegen das Oberkommando der Wehrmacht und den Generalstab richtete. Die Gefangenen, die sich in einem besonderen Arbeitsraum treffen konnten, beendeten ihren Text am 19. November 1945, einen Tag vor dem Beginn des Prozesses und übergaben die Denkschrift „Das deutsche Heer von 1920-1945“ den Auftraggebern.

Verfasst hatten sie der Oberkommandierende des Heeres (bis 1941), der einstige Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch, der ehemalige Generalfeldmarschall Erich von Manstein, der bis 1944 eine Heeresgruppe im Süden der Ostfront kommandiert hatte, der ehemalige Chef des Generalstabs des Heeres (bis 1942), Generaloberst Franz Halder, der stellvertretende Chef des Wehrmachtsgeneralstabs,

General Walter Warlimont, und der frühere General Siegfried Westphal. Was von ihrer einleitend gegebenen Beteuerung „rückhaltloser Offenheit“ zu halten war, verdeutlichte der kaum mehr als drei Druckzeilen umfassende Abschnitt mit der Überschrift „Die Judenverfolgungen“. Er lautete: „Die Maßnahmen gegen die Juden wurden vom Reichsführer SS getroffen und durchgeführt. Sie erfolgten außerhalb des Machtbereiches der Heeresdienststellen und ohne deren Kenntnis.“ Ähnlich aufschlussreich las sich die nicht zu vermeidende Erwähnung des Massensterbens von sowjetischen Kriegsgefangenen. Das Heer wäre anders als in früheren Kriegen für deren Behandlung nicht zuständig gewesen. Hitler und das OKW hätten den Transport der Gefangenen in das Reichsgebiet verhindert, wo „die Vorbereitungen für ihre Betreuung getroffen“ gewesen seien. Keine Frage, diese Autoren hatten den letzten Wehrmachtsbericht gleichsam fortgeschrieben und ihn zudem ein wenig ausgeschmückt.

Dass die in Nürnberg zusammenwirkenden Personen später in Gefangenenlager verlegt wurden, gab ihnen willkommene Gelegenheit, Inhalt und Linie ihrer Denkschrift bekanntzumachen und ebenso die Erfahrungen, die sich aus dem Prozess und speziell während des Auftretens von Zeugen der Verteidigung hatten gewinnen lassen. Alsbald bot sich einst führenden deutschen Militärs die Chance, als Schilderer und Analytiker der von ihnen geplanten und unternommenen Feldzüge in die Dienste der amerikanischen und der britischen Armee zu treten, anfänglich in der Rolle von ungenannten Zuarbeitern für die Darstellung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges durch die offizielle Kriegsgeschichtsschreibung der Sieger, alsbald aber als Mittler kriegerischer Erfahrungen zu deren Weiterverwendung bei der Ausbildung von Offizieren und Soldaten.

Bereits im Januar 1946 wurde eine bei der Historical Division des US-amerikanischen Heeres etablierte spezielle deutsche Gruppe (Operational History – German Section) gebildet, deren Leitung dem amerikanischen Oberst H. E. Potter und praktisch Franz Halder übertragen wurde. Ihre Angehörigen arbeiteten zunächst im Status von Kriegsgefangenen. Später setzten sie ihre Tätigkeit, die sich mehr und mehr auf Erfahrungen richtete, die für den aktuellen Zweck eines eventuellen Krieges mit der UdSSR verwendbar zu sein schienen, als Privatpersonen in „Heimarbeit“ fort.

Dieser Tätigkeit widmeten sich einige der nun in einer sogenannten „Control Group“ zusammengefassten ehemaligen Generale der Wehrmacht über Jahre. Halder wurde am 24. November 1961 für seinen herausragenden Anteil mit dem Civilian Service Award ausgezeichnet, der höchsten derartigen Anerkennung, welche die USA an ausländische Zivilpersonen vergeben.

Später als das Heer fasste die US-Navy deutsche Admirale am 9. April 1949 zu einer ähnlichen Arbeitsgruppe (Naval Historical Team) zusammen, die von Anbeginn mit Beiträgen zur Planung der gedachten Seekriegführung gegen die UdSSR im Gebiet der Ostsee befasst war. Zu deren Leiter wurde der ehemalige Generaladmiral Otto Schniewind bestimmt, und zum engeren Mitarbeiterkreis, der nach Bedarf erweitert wurde, gehörten u.a. die Vizeadmirale Friedrich Ruge und Helmuth Heye und Konteradmiral Gerhard Wagner. Diese Gruppe besaß ihr Zentrum bis zum 31. Dezember 1952 in Bremerhaven. Später wurde es nach Karlsruhe verlegt, wo inzwischen auch die Fäden der unter Halder geleisteten Arbeiten zusammenliefen.

Nach einem treffenden Ausdruck hatten die deutschen Generale und Admirale vom Schwert zur Feder gegriffen. Doch schrieben sie nicht nur über den Krieg, um die einen ihre Haut, die anderen ihr Renommee zu retten. Sie schrieben alsbald für neue Verbündete, für die Fortsetzung des Kampfes gegen den „Bolschewismus“, und manche, um ihre Auftraggeber vom Nutzen ihrer Wiederverwendung zu überzeugen. Alsbald sollte die Sicht der so Geübten auf den Krieg und seine Vorgeschichte auf dem westdeutschen Buchmarkt erscheinen.

junge Welt, Mittwoch, 15.03.2000.

Das Schicksal war's

Blaue Jungs an Deck (Teil 4)

Die erste Darstellung des Zweiten Weltkriegs, die aus der Feder eines deutschen Militärs auf den noch ärmlichen Buchmarkt der Bundesrepublik gelangte, hatte einen unbekannten Admiral zum Autor, der in keinem Wehrmachtsbericht als „Held" erwähnt worden war. Seine Karriere war in der Kriegsmarine verlaufen und er brachte für sein Vorhaben als Militärhistoriker beste Voraussetzungen mit. Kurt Assmann war an der Abfassung des Amtlichen Seekriegswerks zur Geschichte des Ersten Weltkrieges (sechs Bände) beteiligt gewesen. Während des Zweiten Weltkrieges, als die „blauen Jungs" beim Untergang ihrer Über- und Unterwasserschiffe elend zugrunde gingen, blieb der Vizeadmiral an Land beschäftigt und bereitete sich auf die Herstellung weiterer Kriegsschriften vor.

Diese Biographie, meinten die Kriegsgegner 1945, verriet einen brauchbaren Mann. Sie hielten Assmann als Mitarbeiter für ihre Unternehmen geeignet. So erhielt er einen Ruf der britischen Admiralität und dreieinhalb Jahre Gelegenheit, in London Studien zu treiben. Auch Unterlagen „der anderen Seite" durfte er verwenden. Auf der Insel arbeitete der einstige Vizeadmiral nicht nach der Aschenputtel-Devise, gab also die Guten nicht nur fleißig ins Töpfchen und beim Chefkoch ab, sondern bereitete auch die Herausgabe eines eigenen Werkes vor. Es war ursprünglich nicht für deutsche, sondern für britische und amerikanische Leser geschrieben worden. Doch wer nur ein paar Seiten des Buches gelesen hat, versteht, warum es diese Bestimmung nicht erlangte.

Kurt Assmanns „Deutsche Schicksalsjahre" erschien 1950 in Wiesbaden. Dem letztlich unerforschlichen Schicksal begegneten bundesdeutsche Leser in Titeln und auf Seiten von Kriegsbüchern von da an immer wieder. Bereits ein Jahr zuvor war aus der Feder des Freiherrn Hans Gerd von Esebeck ein Buch mit dem Titel „Afrikanische Schicksalsjahre" herausgegeben worden, worin es nicht um das „Schicksal" gegangen war, das der „Krieg der weißen Männer" im Norden und Osten des „schwarzen" Kontinents über Afrikaner brachte, sondern um das der Deutschen, die uneingeladen, bewaffnet und schießend in Libyen erschienen waren.

Assmann griff weiter aus als der Freiherr, schrieb nicht über einen Wehrmachtsteil, eine Waffengattung oder Armee, sondern nahm den Krieg ins totale Visier und lieferte eine Vorgabe, wie er künftig von Deutschen gesehen werden sollte. Seine Herangehensweise war denkbar einfach: Die Politiker hatten den Militärs eine unlösbare Aufgabe gestellt. Nicht erst auf den Schlachtfeldern war dieser Krieg verloren worden, sondern schon vor seiner Schwelle. Damit war die Verantwortung für den Krieg, die Niederlage und deren Folgen weit von allen Militärs gewiesen. Und leuchtete das nicht ein? Welcher Militärführer wollte schon einen Krieg beginnen, wenn er sicher sein konnte, dass „die Aufgabe" nicht zu lösen war, zumal wenn in seiner Biographie schon einen Krieg verzeichnet war, an dessen Ende er sich auf der Seite der Verlierer befunden hatte? Die kühlen Rechner in den Generalstäben seien doch keine Abenteurer gewesen!

Assmann machte die „Rechnung Hitler" auf. Dieser dürfe nicht schwarz in Schwarz gemalt werden: „Es hat auch bei Adolf Hitler, vor allem in seinen Anfängen, manche weißen Stellen gegeben, das Unglück wollte es, dass sie von den schwarzen allmählich überwuchert und schließlich ganz erstickt wurden." Hitler sei nicht auf Krieg, sondern auf Friedensaufgaben aus gewesen. Damit folgte der Vizeadmiral a. D. jener unverfrorenen Darstellung des Selbstmörders, der von „plutokratischen Kriegstreibern" behauptet hatte, sie hätten ihn aus seinem Friedenswerk gerissen. Keine Rede könne von Weltherrschaftsplänen sein. Hitler habe von Großbritannien nichts gewollt, wenn man von den lediglich aus Prestigegründen verlangten einstigen deutschen Kolonien absehe. Nicht Expansion – „Bekämpfung des Kommunismus" hätte sich der Mann zur Lebensaufgabe gemacht. Von den „Anderen" wäre er dabei nicht gelassen worden.

Auch die Generale der Wehrmacht hätten nichts außer Frieden gewollt. In früherer Zeit mochten Militärs noch anderen Sinnes gewesen sein. Jeder von ihnen, der nie in einem Kriege befehligt habe, hätte sich da in der Rolle eines Dramatikers fühlen können, dessen Werk zu eigenen Lebzeiten nie aufgeführt wurde. Doch seien mit dem Schritt zum „totalen Krieg" Denken und Mentalität der Generalität gänzlich verändert worden. Sie wäre nun nicht mehr darauf aus gewesen, die Waffen auch zu

erproben, die sie besaß, wussten deren Angehörige doch am besten um die verheerenden Folgen. Assmann setzte vier Jahre nach dem Hauptkriegsverbrecher-Prozess eine so weitgehende Unkenntnis von dessen Verlauf und Urteilen voraus, dass er dreist behauptete, „die Legende von dem angriffslustigen deutschen Generalstab“ sei in Nürnberg „völlig zusammengebrochen“.

Doch: Trau, schau wem. Dann begann der friedfertige blaue Jung’ abzuhandeln, wie der Krieg von der deutschen Führung erfolgreicher hätte geplant und vorangetrieben werden können, und wie sich, wenn schon kein Sieg zu erringen gewesen wäre, wenigstens sein „unglücklicher Ausgang“ hätte vermeiden lassen. Von Anfang an habe sich Hitler mit den Militärs nicht genügend beraten. Dabei habe die Vorsehung im Frühjahr 1941 dem „Führer“ erkennbar die Hand gereicht. Einmal in Griechenland am östlichen Nordrand des Mittelmeers angekommen und mit einer eigenen Armee auf afrikanischem Boden, bot sich – nach Assmann – der Kriegspfad nach Suez und in den vorderen Orient geradezu an. Auch das geschlagene Frankreich hätte zu einem Wechsel der Koalition gebracht, Spanien als Verbündeter an Deutschlands Seite gezogen, Gibraltar erobert werden können usw. Wäre der Krieg im deutsch beherrschten Mittelmeer entfaltet und von da ostwärts getragen worden, hätte sich England womöglich doch ...

Den Krieg gegen die UdSSR hielt Assmann, ungeachtet der antikommunistischen Lebensaufgabe des „Führers“, für dessen Fehler. Ein Präventivkrieg im engeren Sinne sei das auch nicht gewesen. Doch „auf lange Sicht gesehen“ hätte Hitler „die Situation richtig beurteilt“, denn der „bolschewistische Imperialismus“ wäre eines Tages Gewiss aggressiv hervorgetreten. Nur die Ableitung Hitlers aus dieser Erkenntnis hätte nicht gestimmt. Es musste eben doch konzentriert gegen Großbritannien weitergekämpft werden. Dann wäre Deutschland stark und unangreifbar gewesen und die kommunistische Gefahr dauernd abgewendet worden. So spielte einer der Friedfertigen den Krieg noch einmal durch, und alsbald bastelten viele seiner Couleur daran gedanklich weiter: Vorstoß über den Suezkanal, die Gewinnung arabischer Politiker als Verbündete gegen England, dann vom Vorderen Orient Abschwenken nach Süden Richtung Indien und nach Norden Richtung Sowjetunion und in beiden Fällen in Richtung Erdöl. Stattdessen aber: Missachtung des Schicksalswinks aus den Maitagen 1941, als die Reichskriegsflagge auf der Akropolis wehte – und alles sei verdorben worden.

Merkwürdigerweise ließ sich Assmann, der über Hitler so teilnahmsvoll urteilte, auch auf ausführliche Erwägungen über die Versuche ein, ihn zu beseitigen. In einer entscheidenden Phase des Vorkriegs wären derlei Pläne durch die Westmächte verhindert worden, die Hitlers Stellung in München stärkten. Dann „kam“ der Krieg, in dem jeder Soldat verpflichtet sei, für den Sieg zu kämpfen und nicht den Oberbefehlshaber umzubringen. Daran schloss sich die Phase der Erfolge, in der die Deutschen einen Anschlag auf den „Führer“ nicht verstanden haben würden. Aber auch in der Periode der Niederlagen versprach die Aktion keinerlei Erfolgsaussicht, denn die Alliierten hätten ihr den Preis genommen, der doch nur im glimpflichen Austritt aus dem Kriege zu sehen gewesen sei. „Hut ab!“ bekannte und verlangt Assmann, der sich von der „Bewegung des 20. Juli“ distanzierte, am Ende versöhnlich sowohl vor denen, die wie er den Eid auf Hitler gehalten, wie vor den anderen, die ihn gebrochen hätten.

Indessen: Schimpf und Schande wünschte er auf alle herab, die als Verräter mit dem Feind kollaboriert hätten. Assmann behauptete wie Hitler, der Zweite Weltkrieg sei entstanden, weil der „Hilferuf“ der Deutschen in Polen gehört werden musste, der seinen geschichtlichen Ursprung in den Grenzregelungen von Versailles gehabt hätte. Würde nun, schrieb er in der Rolle des Propheten, die Oder-Neiße-Grenze Wirklichkeit, dann werde sie zur Ursache eines „neuen Weltbrandes“ werden.

Solcherlei Drohung samt der Weißwäscherei an Hitler wollten Verlage in Großbritannien oder in den USA vier Jahre nach Kriegsende offenbar doch nicht drucken. In der eben gegründeten Bundesrepublik, obwohl sie in die vollständige Souveränität noch nicht entlassen war, machte das aber schon keine Schwierigkeiten. Und auch nicht, dass Assmann selbstverständlich die Leistungen rühmte, die von deutschen Soldaten im ritterlichen Kampfe errungen wurden. Vor der einen Niederlage lagen schließlich die vielen Siege.

junge Welt, Donnerstag, 16.03.2000.

Schuld wegschieben

General von Tippelskirch und die neue Kriegsunschuldslegende (Teil 5)

Weite Verbreitung und auch internationale Beachtung fand in jenen frühen Nachkriegsjahren eine 1951 auf den westdeutschen Buchmarkt gelangte Darstellung, die schon im Titel beanspruchte, die ganze „Geschichte des zweiten Weltkrieges“ darzustellen. Ihr Autor war der einstige General der Infanterie Kurt von Tippelskirch, früher zeitweise Oberquartiermeister IV und Chef der Abteilung Fremde Heere im Generalstab des Heeres. Während des Krieges hatte er eine Division kommandiert, dann ein Armeekorps und schließlich eine Armee befehligt. Mit ihr setzte er noch im Frühjahr 1945 in Mecklenburg den längst aussichtslos gewordenen Kampf fort. Er kannte, nicht anders als die Angeklagten und deren Verteidiger in Nürnberg, für das Geschehene nur einen Verantwortlichen: Hitler. Diese Sicht beherrschte alsbald die Veröffentlichungen jener Jahre nahezu ohne Ausnahme.

In dieser Art wurde, wenn überhaupt, auch an westdeutschen Universitäten Geschichte des Zweiten Weltkriegs gelehrt. Denn nicht anders las es sich in einem Beitrag des in Bonn dozierenden Universitätsprofessor Max Braubach. Dessen Text war für eine mit einem Vorwort von Verteidigungsminister Franz Josef Strauß versehene Buchserie zur politisch-historischen Bildung der eben gegründeten Bundeswehr bestimmt, die sich – so der Titel – nicht mit realen Interessen politischer Kräfte, sondern mit „Schicksalsfragen“ befasste. Braubach handelte die Vorgeschichte des 1. September 1939 als die Entstehung von „Hitlers Krieg“ ab. Immerhin wusste er, dass „Gewiss kein Zweifel darüber bestehen“ kann, „dass bei der Entstehung des zweiten Weltkriegs auch wirtschaftliche und soziale Gegensätze eine Rolle gespielt haben“. Jedoch besäßen sie nicht jene Bedeutung, die ihnen „vor allem von russischer Seite“ zugemessen würde. Deshalb sollten sie „höchstens gestreift“ werden. Selbst der Vorsatz schien dem Autor weiterschreibend in Vergessenheit geraten zu sein. Das Thema wurde für die Innere Führung der Bundeswehr als ungeeignet oder unwichtig angesehen.

Tippelskirch ließ Hitler nicht einmal die letzte Urheberschaft des Krieges. Er behauptete, 1939 hätte ein Krieg begonnen, an dem „nur eine Macht wirklich interessiert sein konnte – die Sowjet-Union“. Auch für den inzwischen entstandenen Kalten Krieg träfe sie die Hauptschuld. Schon war die Zeit wieder gekommen, da sich der deutsche Kriegshistoriker berufen fühlte, die Siegermächte zu belehren: Es hätten die Westmächte das Bündnis mit der Großmacht im Osten rechtzeitig aufbrechen müssen. Hingegen seien sie diplomatisch weit hinter den ihm als „weise“ erscheinenden Politikern zurückgeblieben, die 1815 nach dem Sieg über Napoleon nicht die Franzosen für dessen Kriege haftbar gemacht hätten. Das war 1951 eine frühe und eben doch verfrühte Aufforderung, unter die Vergangenheit einen Schlussstrich zu ziehen. Dazu waren die Wunden der Völker noch zu frisch.

Doch wurde dieser Art, Geschichte zu fälschen und die Kernfragen für immer zu verabschieden, in den USA und in Großbritannien nur von wenigen Spezialisten widersprochen. Das neue politisch-militärische Bündnis war bereits auf dem Wege; und in den Berichten des John J. McCloy, Hochkommissar der USA für Deutschland, an seine Regierung sprach sich eine wenn auch nicht übermäßige Sorge darüber aus, dass nicht alle Westdeutschen der Abforderung ihres „Verteidigungsbeitrags“ zustimmten, wodurch Hoffnungen auf eine Vereinigung der Teile Deutschlands in sehr weite Ferne rücken mussten.

Manche Historiker im Ausland waren jedoch nicht bereit, die alsbald ins Kraut schießenden unverfrorenen Verfälschungen der Rolle des deutschen Militarismus widerspruchslos hinzunehmen. Eine derartige Ausnahme bildete der US-amerikanische Forscher Gerhard L. Weinberg. Er wandte sich 1953 entschieden gegen die Bedrohungslüge, mit welcher der Überfall auf die UdSSR ganz nach dem Vorbild Hitlers gerechtfertigt wurde. Als der wohl beste Kenner der in Deutschland erbeuteten, damals noch in den USA befindlichen Aktenberge wies er nach, dass sich Hitler seit dem 31. Juli 1940 mit dem Angriff befasste und er und seine Generalstäbler bei dieser Beschäftigung geblieben waren, unabhängig von Taten und Unterlassungen der Moskauer Regierung. Mehr noch: Hitler hatte, weil er fürchtete, es könne der Besuch des Außenministers W. Molotow im Oktober 1940 in Berlin unter Militärs, die mit dem Feldzugsplan befasst waren, falsch beurteilt werden und deren Eifer bremsen, ausdrücklich befohlen, alle Vorbereitungen unbeirrt fortzusetzen.

Weinbergs Artikel rief den prompten Widerspruch zweier westdeutscher Historiker hervor. Sie wollten in der eben gegründeten Fachzeitschrift „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ nachweisen, Hitler habe 1940 einen Krieg mit Russland „auf politischem Wege zu vermeiden“ gesucht und nur für den Fall seines Scheiterns einen Angriff vorbereitet. Ja, so behaupteten sie, der deutsche Diktator hätte sich im Oktober 1940 angestrengt, einen Ausgleich zu erreichen.

Diese Deutung lieferte der Adenauer-Regierung eine historische Rechtfertigung dafür, die Bundesrepublik aufrüsten zu müssen. Kaum ein Spezialist des Zweiten Weltkrieges unter den Geschichtsschreibern in der BRD mochte später noch an diese ruhmlosen Anfänge erinnert werden. Stattdessen erhielt sich die Legende von der unbefleckten Geburt einer neuen der Wahrheit verpflichteten Historiographie, die namentlich nach 1990 dazu diente, die DDR-Zunft als legitimierende Büttel der Politik darzustellen. Die Zeiten, in denen der Übergang von den Selbstdarstellungen der einstigen Generale Hitlers zu Thesen der Berufshistoriker durchaus fließend war und sich die Standpunkte nicht selten nur durch das Ausmaß der Ignoranz gegenüber Fakten voneinander unterschieden, waren da zweckdienlich der Vergessenheit anheimgefallen. Weinberg hatte damals etwas angewidert auf die Methode des beliebigen Umgangs mit Quellen reagiert und in der Präventivthese die Bedienung politischer Interessen gesehen. Die Redaktion der Zeitschrift zog sich auf den Pluralismus zurück und forderte ihre Leser auf, das Für und Wider zu eigenem Urteil zu verarbeiten.

So blieb keineswegs nur in Publikationen, die sich in Randzonen der Gesellschaft etablierten, viel Platz, die Kriegsschuld von deutschen Politikern und Militärs weit wegzuschieben. Das galt nicht nur für 1941 und den Einfall in die UdSSR, sondern fürs Ganze. Schon während des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46 war von Angeklagten und Verteidigern die historisch letzte Verantwortung und die Schuld für den 30. Januar 1933 und seine Folgen den Siegern des Ersten Weltkriegs und namentlich den Architekten der imperialistischen Nachkriegsordnung von 1919 zugeschrieben worden. Erst das verletzte Nationalgefühl der Deutschen (und nicht das imperialistische Revanche- und Eroberungsgelüst der deutschen Oberschichten) hätten Hitler möglich gemacht. Demzufolge waren diese Verletzungen und deren Urheber – nicht die Verletzten – für die Folgen haftbar zu machen. Dem hatten die Richter kurz und treffend entgegengehalten, dass, was immer sich gegen das Diktat von 1919 sagen ließe, nichts auch nur ein milderndes Licht auf die Verbrechen werfen könne, die seit dem 1. September 1939 von den Eroberern begangen worden waren.

Dennoch kann dieses intellektuelle Ablenkungsmanöver auch nach mehr als einem halben Jahrhundert in deutschen Geschichtsbüchern noch immer angetroffen werden. So schrieb ein Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes 1991 im ersten von drei Bänden „Geschichte des Zweiten Weltkrieges“, es sei die „Versailler Ordnung“ gewesen, welche die Militärs in Hitlers Arme getrieben habe. Das kommentierte ein österreichischer Rezensent mit der Feststellung, es würde eine Interpretation der deutschen Geschichte erneut salonfähig gemacht, die längst überwunden geglaubt worden sei. Salonfähig – dies bezog sich auf die Tatsache, dass der Leiter des Amtes – auch unter Berufung auf einen vorgeblich erkenntnisfördernden Pluralismus – dem ersten Band eine Einleitung vorausgeschickt hatte, die als Empfehlung gelesen werden konnte.

Den meisten Autoren schien es jedoch in jenen frühen Nachkriegsjahren am besten, die Kernfrage des Krieges, die nach seinen Ursprüngen und Verursachern, ganz aus allen Debatten herauszuschaffen. Gegenüber den Opfern der Soldaten, schrieb Professor Helmut Arntz in einem „Bilanz des Zweiten Weltkrieges“ betitelten und 1953 erschienenen Sammelwerk, sei der Disput, „ob die Motive eines Krieges gerecht waren, von beinahe akademischer Bedeutung“. Hitlers Krieg – das blieb in west-(nun gesamt-)deutschen Betrachtungen über den Zweiten Weltkrieg das meist gebrauchte Kürzel. Es bietet keinen Extrakt geschichtswissenschaftlicher Arbeit, sondern ist Produkt und Vehikel all jener Kräfte, die nicht wollten und nicht wünschen, dass die Rede auf sie kam. Und das Etikett lässt sich so leicht merken, nachplappern und handhaben.

junge Welt, Freitag, 17.03.2000.

Alleranständigst

Ritter zu Lande, zu Wasser und in der Luft

Im ersten Jahr ihrer Existenz wurde die Bundesrepublik Deutschland von Kriegsliteratur in der Art einer Springflut überschwemmt. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung machte es möglich, dass die einstigen Marschälle und Generale Hitlers, die das Urteil über Krieg und Wehrmacht und sich selbst doch nicht der Geschichte überlassen wollten, den Bundesbürgern dreist eine Legende nach der anderen anbieten konnten. Buchverlage schienen sich um die Manuskripte geradezu zu reißen, denn Käufer fanden sich in Scharen. Sie wurden nicht nur durch die handelsübliche Reklame gewonnen, sondern bald auch in den landesweit entstehenden Traditionsverbänden und -kameradschaften gefunden. Deren Publikationsorgane sorgten dafür, dass das richtige Buch zum passenden Mann kam. Denn es waren die Männer, die einst in feldgrau, flieger- oder marineblau, panzer- oder SS-schwarz Krieg geführt hatten, die die Masse der Konsumenten dieser Literatur ausmachten. Die etwa eine halbe Million deutscher Frauen, die gegen Kriegsende an verschiedensten Plätzen uniformiert in der Wehrmacht „dienten“, waren als Kriegsthema noch nicht entdeckt worden. Alsbald konnte nahezu jeder „Ehemalige“ einen gedruckten Text finden, der heroisierend von Ereignissen erzählte, bei denen er „dabei gewesen“ war.

Generaloberst Franz Halder, bis 1942 Generalstabschef des Heeres und einer der engsten Ratgeber Hitlers, lobte in einem Geleitwort ein Buch, in dem er „die überall mitschwingende bewundernde Anerkennung des Geistes und der soldatischen Leistungen des deutschen Frontkämpfers und seiner Führer“ angetroffen hatte. Generaloberst Heinz Guderian, Nachfolger auf dem Platz Halders 1944/45, hielt es sechs Jahre nach Kriegsende für geboten, den Ruhm seiner alten Soldaten „der Vergessenheit“ zu entreißen. Albert Kesselring, Generalfeldmarschall und letzter Oberbefehlshaber West, forderte „Stolz auf die Taten unserer Wehrmacht“. Ein „Ehrenbuch“ müsse für sie geschaffen und „unseren hervorragenden deutschen Soldaten“ ein Denkmal gesetzt werden. Werner Baumbach, höchstdekorierter Fliegeroffizier, bezeichnete den „Krieg im Mittelmeer“ als „Ruhmesblatt in der Geschichte deutschen Soldatentums“ und versicherte in buchstäblicher Nachschrift des letzten Wehrmachtsberichts, der „Soldat an allen Fronten“ habe „in diesem Kriege Leistungen vollbracht, denen eine objektive Geschichtsschreibung einmal die gebührende Würdigung nicht versagen wird“. Der letzte Militärkommandant von Paris, Infanteriegeneral Dietrich von Choltitz, der sich im August 1944 in Gefangenschaft begeben hatte, rühmte die Truppen der deutschen Wehrmacht, die „bis in den Tiergarten von Berlin dem Feinde Widerstand leisteten“. Prophetisch schloss er: „Keine Worte werden je ausreichen, um das Heldenlied der deutschen Soldaten zu singen.“

Das Traditionsverständnis des einstigen Wehrmachtsgenerals Hans Speidel, der alsbald höchste Kommandos in der Bundeswehr erlangte, drückte sich in einem speziell auf die sogenannte Lapland-Armee gemünzten Lob aus. Sie habe zwar „keine nach außen hin glänzenden Waffentaten“ vollbracht, „aber nicht minder groß leuchten Leistung und Haltung von Führung und Truppe, die auf scheinbar verlorenem Posten stärker waren als das Schicksal und in den Operationen ‚Birke‘ und ‚Nordlicht‘ (so waren Rückzüge aus Finnland nach Norwegen tarnend benannt worden – K. P.) Natur und Feind überwanden“. Genug. Es schien, als habe es die Prozesse in Nürnberg und deren anklagenden Dokumente nie gegeben. Was in deren Verlauf enthüllt, dokumentiert und gerichtsnotorisch gemacht worden war, „kam nicht vor“.

Die einen, vorzugsweise ehemalige Generalstabsoffiziere, beschränkten ihre Darstellungen zumeist ganz auf das Militärische. Sie rekonstruierten anhand von Erinnerungen und Kriegstagebüchern bis in Details die Rolle einer Armee oder Division während eines Feldzuges oder einer Schlacht. Andere legten Memoiren vor, die zu Bestsellern wurden wie die Guderians und die des Generalfeldmarschalls Erich von Manstein, dessen Truppen 1942 die Ölfelder von Maikop, Grosny und Baku in die Hand der deutschen Eroberer bringen sollten. Diese Bücher erlebten Auflage nach Auflage.

Natürlich wussten die einstigen Feldherren, dass ihr und ihresgleichen Bild nicht unter allen, die dereinst unter ihre Befehlsgewalt geraten waren, unumstritten war – was sie nicht sonderlich plagte. Vielmehr trugen sie dem mehrfach schon in den Buchtiteln Rechnung. Da berichtete nicht ein

Marschall oder General, es erinnerte sich vielmehr „ein Soldat“, es schrieb ein „Soldat unter Soldaten“, es berichtete ein „Soldat bis zum letzten Tag“. Und ein Rechtsanwalt, der höchstgestellte Militärs vor Gericht vertreten hatte, wählte für seine Schrift den Titel „Verteidigung deutscher Soldaten“.

Die Herren mit den roten Streifen an den von ihren Burschen gepflegten Hosen traten gleichsam zurück ins Glied. Sie wünschten auch nachzuweisen, dass aus ihren Reihen zumindest relativ nicht weniger Kriegstote zu verbuchen seien wie unter den Mannschaften. Bereits 1952 wurde in der Reihe „Gegen Diffamierung der Wehrmachtführer“ ein Band mit dem Titel „Opfergang der Generale. Die Verluste der Generale und Admirale und der im gleichen Dienstrang stehenden sonstigen Offiziere und Beamten im zweiten Weltkrieg“ vorgelegt. Dessen Autoren zählten unbekümmert die Generale, die nach dem Attentat auf Hitler am Galgen geendet oder sich selbst den Tod gegeben hatten, mit jenen zusammen, die bei Kriegshandlungen, während Verkehrsunfällen oder durch Flugzeugabstürze umgekommen waren oder sich erst bei Kriegsende selbst umgebracht hatten. Auf den kleinen Unterschied kam es ebenso wenig an wie darauf, dass für diese Generale der Tod ein Risiko eines von ihnen gewählten Berufs gewesen war, während die Mehrheit ihrer toten Soldaten nur zwischen der Befolgung ihrer Einberufungsbefehle oder dem Militärgericht hatten wählen können.

Ob Memoiren oder Schlachtenbericht, die Autoren stimmten überein, dass sie und ihre Untergebenen sich im Kriege aufs Ritterlichste verhalten hatten. Derlei ließ sich von Luftkämpfen, für Kriegshandlungen auf See und in Nordafrika leichter – wenn auch keineswegs wahrheitsgetreu – behaupten als von den Feldzügen auf dem Balkan, in den weiten Landstrichen der westlichen Sowjetunion oder auch in der Mitte Italiens, nachdem der Verbündete ausgeschert war. Doch nahm Guderian niemanden aus, als er in seinen Erinnerungen im Befehlston forderte: „Richtet Euch auf, meine Kameraden, und tragt den Kopf hoch wie einst zur Parade! Ihr braucht Euch eurer Taten wirklich nicht zu schämen. Ihr waret die besten Soldaten.“ Dietrich von Choltitz behauptete: „Die (deutschen) Soldaten haben sich an den Gräueln nicht mehr beteiligt, als ein Krieg das immer mit sich bringen wird. Sie haben sich im Vergleich zu dem Auftreten der Roten Armee auf das alleranständigste verhalten.“

Ritterlich hätten sie sich gezeigt, wenn „der Landser dem müden und entwaffneten Iwan Brot und Zigaretten darbot“. Ein anderer Autor stellte den Krieg als Gelegenheit dar, die Deutschen und Angehörigen anderer Völker in den besetzten Gebieten vielfach Möglichkeit bot, einander kennenzulernen. Er gelangte zu dem Fazit, „dass im Ganzen gesehen der deutsche Soldat keinen schlechten Eindruck hinterlassen hat und dass umgekehrt viele deutsche Soldaten freundliche Erinnerungen an die Menschen des fremden Landes in sich tragen“.

Die Beziehungen zwischen Eindringlingen und Einheimischen, wurde wieder und wieder behauptet, wären noch freundlicher gewesen, hätten die Partisanen sie nicht gestört, die nur Repressalien provozieren und damit Hass erzeugen wollten. Den Gipfel der Verharmlosung des Geschehenen markierte Fliegergeneral Adolf Galland, der auch für das neue Militärbündnis warb. Er schrieb ein Vorwort für die Biographie über den britischen Flieger Douglas Bader, der, obwohl ihm nach einem Unfall Amputationen an beiden Beinen vorgenommen werden mussten, am Krieg in der Royal Air Force weiter teilgenommen hatte und 1941 in Kriegsgefangenschaft geraten war. Vornehmheit und Ritterlichkeit bestimmten Gallands Darstellung ihrer Begegnung. Im Grunde hatte man niemals etwas gegeneinander gehabt, hätte eigentlich Seite an Seite im gleichen Geschwader starten, fliegen und schießen können. Nur durch höhere Gewalt sei bewirkt worden, dass man gegeneinander geriet. Warum also sollten leidenschaftliche Flieger nicht in anderer Konstellation tun, was ihnen 1939 verwehrt war?

Diese Rittergeschichten bestimmten auf Jahrzehnte hinaus das Bild vom Kriege. Sie fanden weiteste Verbreitung in Landserheften, in Reihen wie die „Die Wehrmacht im Kriege“ oder „Ritterkreuzträger“, in Divisionsgeschichten, Fortsetzungsserien der Illustrierten und alsbald auch auf der Kinoleinwand. Ein Verdrängungsprozess ohne Beispiel konnte sich nahezu ungehindert ausbreiten. Das führt zu der Frage, was die Zunft aufbot, deren Angehörige es doch anders wussten?

junge Welt, Sonnabend, 18.03.2000.

Anpassungsdruck

Die Jünger der Clio und die Wehrmachtslegende (Teil 7)

Gegen Ende der fünfziger Jahre – Generaloberst Franz Halder (1949), General Adolf Heusinger (1950), Generaloberst Heinz Guderian (ebenfalls 1950), General Dietrich von Choltitz (1951), Generalfeldmarschall Albert Kesselring (1953), Admiral Friedrich Ruge (1954), Generalfeldmarschall Erich von Manstein (1955), Generaloberst Hans Frießner (1956), Generaladmiral Erich Raeder (1956/57, zwei Bände) hatten ihre Werke über den Zweiten Weltkrieg bereits auf den Buchmarkt gebracht – begann sich in der Bundesrepublik eine Gruppe von jüngeren Historikern zu bilden, die sich ebenfalls mit der Geschichte des damals ein reichliches Jahrzehnt zurückliegenden Krieges befasste. In ihr fanden sich Angehörige einer anderen Generation zusammen. Auch sie hatten meist in der Wehrmacht „gedient", manche waren als junge Offiziere nur knapp dem „Heldentod" entronnen.

Angesichts der inzwischen erfolgten politischen Platzierung der Bundesrepublik war das wissenschaftliche Klima nicht eben günstig. Die zu lebenslänglichen und anderen langen Haftstrafen verurteilten Wehrmachtsbefehlshaber befanden sich zumeist seit 1951 wieder auf freiem Fuß, und nicht wenige von ihnen waren unter die Kriegsschriftsteller gegangen. Manche hatten als Berater der Regierung Verwendung gefunden. Wieder andere waren in hohen Rängen an der Spitze der Bundeswehr mit deren Aufbau befasst. Juristen erinnerten sich in ihren Schriften ihrer Rolle als Verteidiger der Wehrmachtsmilitärs, sie attackierten und diffamierten Grundlage und Verlauf der von den Siegern geführten Prozesse. Schon am 17. September 1952 war in einer Debatte des Deutschen Bundestages gefordert worden, „das Wort ‚Kriegsverbrecher' allgemein zu vermeiden; es sind ja im Wesentlichen keine Verbrecher, sondern unschuldig Verurteilte." Nicht nur der Bundeskanzler, sondern auch der US-amerikanische General Dwight D. Eisenhower hatten inzwischen und nur mit geringfügigen Einschränkungen für die Wehrmacht gutgesagt.

Wer sich auf das Feld der Weltkrieg-II-Geschichte begab und dort den Grundsatz „sine ira et studio" [ohne Zorn und Eifer] befolgen wollte, musste gegen den Strom schwimmen. Karriereförderndnd konnte das nicht sein. Dokumente zwar lagen reichlich, wenn auch noch stark lückenhaft vor, denn ein erheblicher Teil des Beutegutes an Akten befand sich im Gewahrsam der Siegermächte. Zwischen 1947 und 1949 war jedoch die deutsche Ausgabe der 42 Bände umfassenden Dokumentation des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses erschienen.

In der Tat begannen die „Jungen" sich durch die Herausgabe von Dokumenten bemerkbar zu machen. Auf diese Weise ließ sich die Konfrontation mit den einflussstarken Memoirenschreibern meiden, freilich aber nicht annähernd die Wirkung erzielen, die von der Flut der Erinnerungen der „Dabeigewesenen" ausging.

Auch die ersten für Informations- und Lehrzwecke gedachten Überblicke gelangten auf den Buchmarkt. 1960 lag die als „der Ploetz" bekannte „Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Die militärischen und politischen Ereignisse" in einer Sonderausgabe vor. An ihr hatte auch Andreas Hillgruber mitgearbeitet, der sich später als einer der herausragenden Kenner und Erforscher der Geschichte der Jahre von 1939 bis 1945 profilierte. Als Schöpfer der Geschichte und nahezu alleiniger Urheber aller Verbrechen wurde ganz nach der Mode der Generale Hitler dargestellt.

Zahlreich waren die Erklärungen und Entschuldigungen für die verschiedensten Untaten, etwa für die schändliche Unterbringung und unzureichende Ernährung von Millionen Zwangsarbeitern. Dafür wurden nicht eine vorsätzliche Politik, sondern die Folgen der Bombenschäden, die allgemeine Ernährungslage und irgendwelche nicht genannten Missstände verantwortlich gemacht. Vom Kommissar-Befehl hieß es, er sei von der Wehrmacht „umgangen" worden.

Die Kriegsgefangenen der Westmächte wären „im Übrigen" einwandfrei behandelt worden – abgesehen von gerichtsnotorischen Ausnahmen wie z. B. der Ermordung britischer Fliegeroffiziere, die aus dem Lager Sagan in Schlesien geflohen, ergriffen und erschossen worden waren. Die gefangengenommenen Italiener blieben außer Betracht. Und: Bei Erwähnung der „Vernichtungsaktion" unterlief den Verfassern schon einmal die von den Tätern übernommene und deren Selbstverständnis

ausdrückende Formulierung vom „Kampf gegen die Juden“. Keine Frage, der allgemeine wie der spezielle Anpassungsdruck auf diese Geschichtswissenschaftler war erheblich und ihr Widerstand dagegen nicht besonders bemerkenswert.

Als der einstige Generalfeldmarschall Erich von Manstein, der 1948 von einem britischen Militärgericht zu 18 Jahren Haft verurteilt worden, 1953 aber wieder auf freien Fuß gelangt war, 1967 seinen 80. Geburtstag beging, vereinten sich der Generalinspekteur der Bundeswehr General Ulrich de Maizière, frühere „alte Kameraden“ des Jubilars und der Historiker Hillgruber zu einer Festschrift unter dem schönen Titel „Nie außer Dienst“. Der Beitrag des letzteren – als Betrachtung aus kritischer Sicht angekündigt – konnte den kriegsrechtswidrigen Befehl Mansteins vom 20. November 1941 nicht umgehen, in dem er volles Verständnis seiner Untergebenen für die Besonderheiten der Kriegführung und die Massaker an den Juden verlangt hatte. Hillgruber fand angesichts von etwa 90.000 in Mansteins Befehlsbereich ermordeten Juden, dass „überhaupt eine genauere Analyse des Wortlauts (dieses Befehls – K. P.) bei partieller Übernahme der vorgeschriebenen Phraseologie eher späte Nachwirkungen des Schocks der bolschewistischen Revolution auf den konservativen Offizier erkennen lässt als eine Übereinstimmung mit der für von Manstein seiner Herkunft wie seinem Weltbild nach völlig unfassbaren Vernichtungspolitik Hitlers„. Herkömmlicher Antibolschewismus galt als quasi-entschuldigende Erklärung dafür, dass ein Feldmarschall seit Jahrzehnten kodifiziertes Kriegsrecht absolut missachtete. Und natürlich war unschicklich zu erwähnen, dass dem Feldmarschall, als er in Nürnberg 1946 als Zeuge aussagte, besagter Befehl ganz und gar entfallen und er sicher war, sich nie in dieser oder ähnlicher Weise geäußert zu haben – bis ihm der amerikanische Ankläger Telford Taylor das Dokument präsentierte. Der Festband illustrierte sinnfällig, wie weit sich „kritische Sicht“ damals vorwagte.

Erst in den siebziger Jahren und dann unter der maßgeblichen und orientierenden Wirkung von Manfred Messerschmidt formierte sich am Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr eine Forschergruppe, die sich in ihren Veröffentlichungen den Legenden und Mythen entgegenstellte. Allerdings geschah das nicht in einer angesichts der Bewusstseinslage der Gesellschaft notwendigen, Aufsehen erheischenden Weise, d. h. man ging nicht auf Konfrontation zu jenen Auslassungen, Beschönigungen, Verdrehungen, Fälschungen, die wie eine dichte Nebelwand den Blick auf die „einfachen Wahrheiten“ verstellte. Das unbestrittene wissenschaftliche Verdienst und dessen politische Reichweite fielen auch deshalb weit auseinander, weil das Klima im Staat sich nicht tiefgreifend gewandelt hatte. Die Traditionspflege der Bundeswehr, am augenfälligsten in den Namen von Kasernen, blieb janusköpfig.

Erst an die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ knüpfte sich die Hoffnung Wolfram Wettes, der durch seine Weltkrieg-II-Forschungen eigenes Verdienst erwarb, dass „die letzte große Legende der Nazi-Zeit fällt“. Während Wette die Aufgabe noch nicht als vollkommen gelöst ansah, urteilte Norbert Frei in einem Artikel „Arbeit am Ehren-Epos oder: das lange Leben der Wehrmachtslegende“ optimistisch und meinte, sie wäre „bis eben noch wirksam“ gewesen.

Doch sollte nicht übersehen werden, dass sich das Ausbreitungsgebiet des Zerrbilds von der Wehrmacht nach 1990 ostwärts erweiterte. 1999 war im sachsen-anhaltinischen Weißenfels, Schloss Neu-Augustusburg, eine Ausstellung zu besichtigen, in der die Wehrmacht mit dem Blick auf die einstige und jetzige Garnisonsstadt bar jeder Kritik dargestellt wurde. Weniger überraschend mag gewesen sein, dass im Jahr zuvor im Rathaussaal zu Salzburg unter dem Titel „Schicksal in der Hand des Gegners – Kriegsgefangen“ eine andere Ausstellung besichtigt werden konnte, veranstaltet von einem einstigen Obersturmführer und Angehörigen der 1. SS- Panzerdivision „Leibstandarte-SS Adolf Hitler“, der es später im österreichischen Bundesheer bis zum Brigadier gebracht hatte.

Während die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ sich in Reparatur befindet, wird die Forderung lauter, sie ganz aus der Öffentlichkeit verschwinden zu lassen. Dafür plädierte inzwischen auch der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München. Die Anstrengungen, die Rolle der Wehrmacht in den Jahren 1939 bis 1945 auf den geschichtlichen Nenner der „ganz normalen Barbarei des 20. Jahrhunderts“ zu schreiben, vermehren sich zusehends.

junge Welt, Montag, 20.03.2000.

Die „Überläufer“

Hannes Heers selbstverordnete Einäugigkeit

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ hat das Erscheinen einer Fülle von Veröffentlichungen zur Folge gehabt. Die sie zählten, sind auf mehr als eineinhalb Dutzend gekommen. Nicht wenige befassen sich mit dem Echo und den Reaktionen derer, die Bilder und Texte sahen, aber auch jener, die sie nicht sehen wollten. Das darüber angehäufte Material dürfte noch mehreren Magister- und Doktorarbeiten Quellenstoff bieten.

Auch die jüngst erschienene Sammlung von aus den Jahren 1994 bis 1998 stammenden Aufsätzen von Hannes Heer „Tote Zonen. Die deutsche Wehrmacht an der Ostfront“ stützt und kommentiert nicht nur das Gezeigte. Auch sie handelt von Wirkungen der Ausstellung hier und dort. Das Merkwürdigste an der Art, in der sich der Autor äußert, ist seine ins Auge springende Weigerung, die Tatsache auch nur zu erwähnen, dass es in Nachkriegsdeutschland zwei Staaten gab und dass deren Umgang mit der geistigen und mentalen Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkriegs nichts weniger denn identisch war. Mit dieser Haltung tritt Heer ins lange Glied derer, die verbissen und verbiestert angetreten sind, an die DDR nur zu erinnern (oder sich an sie nur erinnern zu lassen), wenn die Stichworte „Mauer“, „Stacheldraht“, „Stasi“ fallen oder ein paar ihnen verwandte Signale gegeben werden.

Unbekümmert und uneingeschränkt schreibt Heer vom „monolithischen Block der Erlebnisgemeinschaft der Soldaten“, der sich geweigert habe, sich den Tatsachen des Krieges und seiner eigenen Rolle zu stellen, konstatiert die „Hegemonie der Generalsmemoiren“ vom Typ Guderian, Manstein u. a. und bemerkt, dass „die Geschichtswissenschaft“ sich lange nicht in der Lage gezeigt hätte, eine „objektivierende Deutung“ zu liefern. Diese Betrachtungsweise erfüllt den Tatbestand des rückwärtsgewandten Alleinvertretungsanspruchs. Der Vergleich wird verweigert. Reaktionen auf die Ausstellung in den neuen Bundesländern interessieren nicht, Vergleiche sind nicht gefragt.

Nichtsdestoweniger: Es hat sie tatsächlich gegeben, die einstigen Wehrmachtsgenerale im östlichen der beiden deutschen Staaten und in manchen öffentlichen und in vielen privaten Bibliotheken einstiger DDR-Bürger haben ihre Memoiren überdauert, manche auf minderwertigem Nachkriegspapier gedruckt, so dass sie mitunter nicht mehr „außer Haus“ entliehen werden und nur mit dem schriftlichen Befehl „Kopierverbot“ versehen ausgehändigt werden. Diese Erinnerungen haben mit denen, die in der Bundesrepublik erschienen, eines gemein: auch sie waren Bestseller. Wieder und wieder sind die Memoiren von Rudolf Petershagen aufgelegt worden, die den Titel erhielten „Gewissen im Aufruhr“ und den Stoff für eine mehrteilige Verfilmung boten, die mit erstklassigen Schauspielern (u. a. Erwin Geschonneck, Inge Keller) besetzt war und den Mann und seine Biographie noch weiter populär machten. Auch andere Publikationen signalisierten bereits in ihren Titeln einen anderen Umgang der einstigen Offiziere und Generale, die sich 1958 in der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere zusammengeschlossen hatten, an ihre Vergangenheit. Ein hoher Offizier der einstigen Stalingradarmee nannte sein Buch „Der schwere Entschluss“, die Erinnerungen eines anderen hießen „Genesung in Jelabuga“. Alle bezeugten einen Wandel. Die Ruhmredigkeit fehlte ganz. Die Autoren hatten kritisch über sich und ihre Zeit nachgedacht. Das war mindestens ein Grund dafür, dass ihre Schriften später, erst in den sechziger Jahren, gedruckt vorlagen. Petershagens Buch war ein Vorläufer. Der Mann hielt sich etwas darauf zugute, dass er die Hanse- und Universitätsstadt Greifswald, die bis in das Frühjahr 1945 vom Kriege weitgehend verschont geblieben war, der heranrückenden, sturmbereiten sowjetischen Armee kampflos übergeben hatte. Den auf diese Weise erhaltenen Marktplatz der Stadt sollte alsbald Hermann Kant durch eine Episode in seinem Roman „Aula“ republikbekannt machen. Seine einstigen Kameraden rühmten hingegen die „Verteidiger“ im Berliner Tiergarten.

In der Reihe der kritischen Memoiren, die vom Verlag der Nation in Berlin (Ost) herausgegeben wurde, fehlten die des Mannes, der unter allen Generalen – insgesamt eine kleine Gruppe –, die nach Jahren ihrer Gefangenschaft im Osten Deutschlands geblieben waren, einst der dienstranghöchste gewesen war. Der ehemalige Generalfeldmarschall Friedrich Paulus hatte zehn Jahre in sowjetischem

Gewahrsam verbracht, wählte dann Dresden zu seinem Wohnsitz und war wohl entschlossen, sich über sein Leben als Berufssoldat zusammenhängend zu äußern. Er starb schon 1957. Und es ist im Einzelnen fraglich, wie ein Buch aus seiner Feder sich gelesen haben würde und ebenso, ob es in der DDR hätte erscheinen können. Der einstige Oberbefehlshaber der 6. Armee, die in und bei Stalingrad – geschlagen – unterging, hinterließ indessen Aufzeichnungen, die sein Sohn mit dem Nachlass übernahm und die in der Bundesrepublik veröffentlicht wurden, freilich, ohne dort besondere Aufmerksamkeit zu erregen. Der Mann war als einer, der zum alten und neuen Gegner angeblich übergelaufen war, ein Kommunistenknecht also, längst markiert. Das war schon geschehen, nachdem er zur Überraschung des Gerichts wie vor allem der Angeklagten während des Nürnberger Prozesses 1945/46 als Zeuge in den Gerichtssaal trat und wahrheitsgemäß berichtete, wann und wie der Krieg gegen die UdSSR vorbereitet worden war und auf diese Weise beitrug, die Lüge vom Präventivkrieg bloßzustellen.

Friedrich Paulus' Sohn Ernst Alexander, einst Offizier in einem Panzerregiment der 6. Armee, aber vor deren Einschließung in Stalingrad verwundet, lebte in Westdeutschland und hatte seinen verwitweten Vater mehrmals in der DDR besucht. Dabei hatte er einen eigenen Eindruck von dessen Art und Weise erhalten, sich mit der faschistischen Herrschaft, dem Krieg und seiner eigenen Rolle auseinander zu setzen. Das Nachwirken dieser Begegnungen ließen ihn in einem Geleitwort für diesen Band von seinem Vater schreiben: „Was ihn bewegte, war nicht die Sorge um den eigenen Ruf, sondern die Frage, wie eigentlich das deutsche Volk die Geschichte dieses zweiten Weltkrieges recht verstehen wollte, wenn es sich mit Legenden und Sensationsberichten begnügte?“ Das machte klar, was Vater und Sohn von der Art und Weise hielten, in der in der Bundesrepublik von Krieg und Wehrmacht geschrieben wurde.

Die Aufzeichnungen, die der Oberbefehlshaber der 6. Armee während seiner Gefangenschaft angefertigt hatte, in der er sich spät – erst nach dem Attentat auf Hitler – am 8. August 1944 auf die Seite des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes deutscher Offiziere stellte, bezeugten schwer erarbeitete Kritik an der eigenen Biographie und deuteten auf eine Arbeit, die nicht beendet war. Paulus berichtete nicht von dem inzwischen so viel beschworenen Heroismus der „Stalingradkämpfer“, sondern von der zunehmenden Apathie der ihm untergebenen, unterernährten, immer mehr und vielfach auf den Tod geschwächten, medizinisch nicht mehr versorgten Soldaten. Auf ihm lastete die Erinnerung an deren „Leiden“, an die erreichte „Grenze der menschlichen Leidensfähigkeit“ und an die Bilder des Elends. Er bekannte die Gefühle eigenen Mitleides und dass sie dennoch seine Entscheidungen nicht bestimmt hatten. Er bekannte, dass er die „Opfer“ damals als notwendig angesehen habe, um „größere Opfer“ an anderen Stellen der deutsch-sowjetischen Front zu vermeiden. Er gestand, dass er sich eine tieferlotende Sinnfrage nicht gestellt hatte. Doch von der Richtigkeit seines damaligen Standpunktes schien er vor allem sich selbst im Rückblick nicht mehr vollständig überzeugen zu können. Paulus hatte, wenn er sie auch nur in einem knappen Text erwähnte, auch das Los der im „Kessel“ verbliebenen sowjetischen Kriegsgefangenen nicht vergessen, und erinnerte sich daran, dass er sich um die Ausführung einer sie betreffenden Weisung nicht mehr gekümmert habe. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe, Generalfeldmarschall von Manstein, hätte ihm, so war es Paulus im Gedächtnis geblieben, wohl den Denk- und Gewissenskonflikt erleichtern wollen, als er ihn Anfang 1943 wissen ließ: „Für das, was danach kommt, tragen Sie keine Verantwortung.“ Eben diese Sicht seines einstigen Vorgesetzten hat sich Paulus nicht zu eigen gemacht. Deutlich war, mitten im Kalten Krieg, als die Pläne hin und her gewälzt wurden, wie der „Kommunismus“ zurückgerollt werden könnte, seine Parteinahme dafür, ein für alle Mal die Politik der Stärke aufzugeben. Dass der Krieg und der Überfall auf die UdSSR, den er im Generalstab des Heeres mit vorbereitet hatte, eben diesem Politiktyp zugehört hatte, war ihm unzweifelhaft. Er war nicht bereit, die Feldzüge und Schlachtfelder aus ihren geschichtlichen Zusammenhängen herauszulösen und sie zur Weiter- und Wiederverwendung zu präsentieren, wie das Chirurgen mit einem Organ tun, das sie einem leblosen Körper entnehmen konnten.

junge Welt, Dienstag, 21.03.2000.

Als Alibi ungeeignet

Eine weitere Analyse des militärischen Widerstandes gegen Hitler

Im Juni 1948 saßen der Vertreter der US-amerikanischen Anklagebehörde Robert M. W. Kempner und Fabian von Schlabrendorff einander gegenüber. Der einstige Wehrmachtsoffizier, der zum deutschen militärischen Widerstand gehört hatte, suchte den aus Nazideutschland emigrierten Juristen davon zu überzeugen, dass der frühere Reichskriminaldirektor Arthur Nebe als zeitweiliger Kommandeur einer der massenmordenden Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD versucht habe, die Ermordung von Juden und Russen zu verhindern. Darauf entgegnete Kempner: „Als Sachverständigen der Widerstandsbewegung frage ich Sie dann als Schlussfrage: Wie viele Juden darf man denn ermorden, wenn man das Endziel hat, Hitler zu beseitigen – wie viele Millionen?“ Der Jurist, der, während die Regierung in Washington schon auf das Ende der Prozesse gegen deutsche Kriegsverbrecher zu drängen begann, noch immer mit deren juristischer Verfolgung beschäftigt war, machte deutlich, dass der Widerstand gegen Hitler mit den Verbrechen an der Seite und im Gefolge Hitlers nicht aufgerechnet werden könnte. Genau das aber gehört zu den bis heute praktizierten Methoden von Weißwäschern.

Über Jahre zog die Ausstellung „Vernichtungskrieg“ zunehmend Aufmerksamkeit auf sich. Daneben entging manchem hierzulande eine andere zu gleicher Zeit auf Wanderschaft befindliche Exposition. Anfang 1998 wurde sie in Frankfurt am Main 1998 gezeigt. Ihr Thema lautete „Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regie 1933-1945“. Der Haupttitel war eine Anleihe bei Annedore Leber, der Witwe des sozialdemokratischen Widerstandskämpfers, die ihren ermordeten Gatten ein literarisches Denkmal gesetzt hatte. Doch die These vom aufgestandenen Gewissen verdeckt „den differenzierten Tatbestand, dass ein Mann wie Leber seit 1933 ein grundsätzlicher Gegner des Nationalsozialismus war, während die Angehörigen der militärischen Elite, die das Attentat vom 20. Juli 1944 begingen, erst ein Jahrzehnt lang mit der Hitlerbewegung und dem NS-Staat kooperierten.“

Das konstatiert der in Freiburg lehrende Wolfram Wette in einer Anmerkung zu seinem Beitrag zum eben erschienen Band. Dessen Entstehen geht auf eine Tagung zurück. Veranstaltet hatte sie das in der Mainmetropole ansässige Fritz-Bauer-Institut. Die Einladenden protestierten auf diese Weise auch dagegen, dass der damals noch in Bochum lehrende Hans Mommsen, ursprünglich als einer der die Ausstellung eröffnenden Redner vorgesehen, nicht akzeptiert worden war. An seine Stelle trat der belesene Klaus von Dohnanyi. Der Manager wurde gegen den Historiker getauscht, weil letzterer „des Verdachts verdächtig“ war, das gewünschte Bild von den „reinen Helden“ nicht abzuliefern. Nach denen aber verlangt die längst aufrecht daherkommenden Nation im Prozess ihrer „Bewältigung“ der Vergangenheit, die Beunruhigung beim Blick in die Gegenwart nicht schaffen soll. Wie der „Ersatzmann“ seine Aufgabe anpackte, analysiert der einleitende Beitrag (Hanno Loewy). Er ist den Erwartungen gerecht geworden.

Dann folgen Aufsätze, die durchweg von Spezialisten des Gebietes verfasst wurden und von denen daher – naturgemäß – manches Gedruckte so oder ähnlich an anderen Stellen schon gelesen werden konnte. Die Personen, die sich spät entschlossen, den Obersten Befehlshaber zu beseitigen, so lautet das Fazit, seien als „Alibi für die Wehrmacht“ ungeeignet. Das wird bewiesen vor allem im Teil mit der Überschrift „Die Konfrontation militärischer Verschwörer mit den NS-Verbrechen im Vernichtungskrieg an der Ostfront“. Vier Beiträge folgen den Spuren der Heeresgruppen Nord, Mitte und Süd beim Einfall in die UdSSR folgen (Peter Steinkamp, Christian Gerlach, Winfried Heinemann, Christian Streit). Das Ja zu den barbarischen Maßnahmen im Partisanenkrieg, die in höherem Maße die Zivilbevölkerung trafen als die tatsächlich Kämpfenden, ist da zu lesen, vertrug sich für manche Verschwörer mit ihrem Umsturzplan auch deshalb konfliktfrei, weil sich deren Pläne auf die Zeit nach Hitler mit einer Verständigung mit den Westmächten verbanden. Die in diesem Buchteil dargestellten Fakten fundiert ein Dokumentenanhang, der etwa zwei Fünftel des Gesamtumfangs beansprucht. Er enthält zum größten Teil unveröffentlichte Texte aus dem Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg.

Dass derartige Unternehmen unter Ausschluss von Historikern, die in der DDR forschten, betrieben und deren Arbeiten (Kurt Finker) schlicht totgeschwiegen werden, scheint mittlerweile eingeübt und verursacht den Veranstaltern keine Skrupel. Ein Dokument hat Aufnahme gefunden, das aus einer von Norbert Müller vorlegten Sammlung (Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR, 1980) stammt; es bezeugt die Zustimmung des Oberbefehlshabers der der Heeresgruppe Nord unterstellten 18. Armee, Generaloberst Georg von Küchler, zum Antrag eines Armeekorpses auf Ermordung der Geisteskranken der Anstalt Makarjewo. Nahezu überflüssig anzumerken, dass zur Kennzeichnung des Krieges gegen die UdSSR, was immer dessen nach Land- und Bodenschätzen lechzende Eroberer einbekannten, das Klischee vom „eigentlichen ideologischen Ziel des Krieges“ benutzt wird. Es passt auch zu vorzüglich in das modische, Gegensätze ignorierende und Unterschiede einebnende Geschwätz von den zwei mörderischen Utopien, die das vergangene Jahrhundert gekennzeichnet haben sollen. In diesem lesenswerten Buch sticht es besonders hervor. Denn es ist doch gerade auch als begründeter Einspruch gegen eine – Differenzen glattwalzende – Geschichtsbetrachtung vorgelegt, die bei der Analyse des Widerstandskampfes gegen das Naziregime dessen Motive, Ursprünge und Ziele einzig aus einem gemeinsamen Ethikfond herleitet und sie damit auf einen widerhistorischen Nenner setzt.

Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, Primus Verlag Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 2000 (= Schriftenreihe des Fritz Bauer Instituts, 18), 214 S., DM 49,90.

junge Welt, Sonnabend, 08.04.2000.

Langer Schatten

Die Macht der SED-Tradition und die PDS

Die Tagung der Partei des Demokratischen Sozialismus zu Münster hat Denkstoff in Menge hinterlassen. Durch Kommentare zu ihrem Verlauf und ihren denkbaren Folgen ist er vermehrt worden. Manches kann übergangen werden, vieles ist durchzuarbeiten. Es zeigte sich erneut, dass der Weg dieser Partei auch mit Maßstäben vermessen wird, an denen sich ihre Entfernung von jener Partei ablesen lassen soll, auf deren Trümmern sie entstand und über deren geschichtlichen Platz begründete Urteile weitergesucht werden. In dieses Verfahren spielen viele Interessen hinein. Die einen wollen zeigen, wie weit sie sich von der gescheiterten Partei wegbewegt haben, andere wünschen, die Klebefestigkeit des Etiketts „Nachfolgepartei“ zu verbessern. Nun hat Münster neuen Anstoß gegeben, die Messinstrumente hervorzuholen.

Und nicht nur das: Wieder ist der Lorbeer an diejenigen verteilt worden, die sich ihres Verdienstes und ihres Willens rühmen, diese Entfernung zu vergrößern, und der Stein gegen andere geworfen worden, denen nachgesagt wird, sie seien die Rückwärtsgewandten und die Rückwärtswollenden.

1. Das Abstimmungsergebnis, mit dem die Delegiertenmehrheit sich gegen einen Antrag des Bundesvorstandes wandte, trat naturgemäß in den Mittelpunkt der Erörterungen. Es ist als Anzeichen einer Krise gewertet worden, als Ausdruck eines Desasters, ja gar einer Katastrophe. Vom Schritt in die Politikunfähigkeit ist die Rede, was fragen lässt, wie sehr die Bestimmung zur Fähigkeit des Politikmachens verengt werden kann. Das Votum galt auch als Beweis für einen Fortschritt. Denn niemand vermag sich vorzustellen, dass Gleiches in SED-Zeit hätte geschehen können. Und kaum denkbar ist Ähnliches auch in konkurrierenden Parteien. Mit einer Mischung von Genugtuung, Schaudern und Beruhigung mögen die Regierenden aus den Reihen derer mit den verwaschenen rosaroten und grünen Fahnen daran denken, wie sie dagestanden hätten, wäre ihnen das eigene Parteivolk in die Parade gefahren, als sie Jugoslawien bekriegten.

2. Indessen erweist sich der wiederholt erwähnte Fortschritt als höchst widersprüchlich. Er wurde nur wahrnehmbar, weil in gewählten Parteigremien ein Wahrnehmungsverlust eingetreten war. Einbekannt wurde inzwischen eine partielle Entfernung von der Basis der Partei, das meint: von einer Mehrheit der Mitgliedschaft. Und das erinnert in anderer Weise an SED-Zeit. Gefragt werden muss wohl, wie es dazu gerade in einer Führungsgruppe kam, die wieder und wieder und auf unbestrittenes Verdienst verweisend, für eine Erneuerung der Partei eintritt. Warum also hat sie der Weg gerade in diesem Punkte in Zustände geführt, die davon nichts erkennen lassen, sondern so sehr an Altes erinnern? Welchen Platz besetzt die Achtung vor der Mitgliedschaft und den Sympathisierenden in diesem Nachdenken über Erneuerung? Über diese Fragen nicht rasch hinwegzugehen, sich darauf Antworten mit Hilfe auch von Parteisoziologen zu holen, vor allem aber eine Selbstbefragung vorzunehmen, die nicht bei der bloßen Feststellung des Offensichtlichen stehen bleibt, erscheint dringend. Es könnte so auch eine verwertbare Eintragung in das „Stammbuch“ der nachfolgenden Neuen formuliert werden.

3. In den Auseinandersetzungen über Wege und Ziele in der PDS gibt es unvermeidlich auch Überschießendes. Die diese Partei schufen, waren Menschen mit Überzeugungen und Leidenschaften. Die als Jüngere oder Ältere zu ihnen stießen, sind vom gleichen Typ. Nun also wurden – wieder einmal – Wunden geschlagen, die nicht rasch vernarben. Es ist zu hoffen, dass sie nicht dauernd mitleidheischend vorgewiesen werden, und zu wünschen, dass nicht zu zählen versucht wird, wer mehr ausgeteilt, wer mehr abbekommen hat. Die Forderung, in der Partei nicht wild und besser überhaupt nicht um sich zu schlagen – der Nächststehende lässt sich immer am leichtesten treffen –, wäre zu befolgen.

Dieses Verlangen wurde häufig in die Kurzfassung gebracht, es müsse eine Kultur des Umgangs miteinander her. Sie wäre genauer noch gegen die Unkultur abzugrenzen. Zu letzterer gehören Gewiss Schimpfkanonaden und Unflätigkeiten, die weder mit der Freiheit der journalistischen noch der schriftstellerischen Sprache gerechtfertigt werden können. Im Kern geht es um die Praxis, die Widersacher, d. h. hier: die in der Sache einander Widersprechenden, als etwas Anderes auszugeben, als sie

in Wahrheit sind, sich dadurch die eigene Argumentation zu erleichtern und über das jeweilige Terrain des Streits einen mehr oder weniger dichten Nebel zu legen.

Das Verfahren gemahnt auch an SED-Zeit. Da gab es stets die Marxisten-Leninisten und dann einmal die Titoisten, dann die Trotzkisten, dann wieder die Kosmopoliten, immer mal wieder die Objektivisten, häufig die Opportunisten und die Anhänger des Sozialdemokratismus. Heute, im Zeichen eines gewissen Pluralismus des Formulierens, haben wir die Erneuerer und – ihnen gegenüber – die Gralshüter, die Bremser der Erneuerung, die Dogmatiker, die Stalinisten und ein halbes Dutzend weiterer Bezeichnungen, die alle den Zweck der Herabsetzung und der Befeindung erfüllen. Der Unterschied zwischen einst und jetzt scheint darin zu bestehen, dass seinerzeit die Feinde der „Linie“ zu einer bestimmten Zeit immer nur eine Diffamierung erfuhren, derzeit aber ein nahezu inflationäres Angebot an Markierungen zur Verfügung steht, die auch nur bewirken, das Nachdenken zu verbarrikadieren.

Fortschritt wird das nicht zu nennen sein. Gleiches gilt von der Forderung, „Frontstellungen“ zu klären. Die Diskussion in der PDS könnte ohne derlei Vokabeln besser vorankommen. Niemand braucht Generalstabsoffiziere, zu deren Zuständigkeit gewöhnlich die „Feindaufklärung“ gehörte.

4. Wer jüngste Debatten in der PDS durchmustert, stößt auf Erscheinungen, die in die Kategorie der Gemeinheiten gehören. Das betrifft die Unterscheidung, wonach die einen mit dem Kopf, die anderen aus dem Bauch entscheiden würden. Sie führt gedanklich wiederum in SED-Zeit zurück. Kann doch niemand auf dem Wege einer Erneuerung wollen, dass die Mitgliedschaft – wie erlebt – sich weithin wieder aus der Verantwortung begibt und sagt, die „da oben“ werden sich schon etwas dabei gedacht haben. Besagte Unterteilung weist eine Nähe mit einem in der Partei umgehenden Wort auf, dem von den „Vordenkern“. Nun bestreitet niemand, dass es unter Mitgliedern und Sympathisanten solche gibt, denen Probleme eher ins Bewusstsein treten als anderen. Nur – erstens – sind diese Rollen nicht auf Dauer verteilt, wie sich auch an der Geschichte der SED und ihrer einmal führenden, dann einfallslosen Köpfe zeigen ließe. Und – zweitens – haben die Vordenker noch immer von den Mit- und Nachdenkern profitieren können, vorausgesetzt, es hat sie nicht jene eingebildete Haltung regiert, sie hätten alles und jedes bedacht und befänden sich schon im Besitz der allein möglichen Lösungen für alle Rätsel.

In die Kategorie der Gemeinheiten gehört auch die Bezichtigung, ein Mitglied oder Sympathisant der PDS, der sich kritisch äußere, hätte dies in DDR-Zeit gegenüber der SED nicht getan. Wer selbstkritisches Nachdenken rechtens verlangt, kann redlich so nicht argumentieren, ausgenommen, er bekenne sich zu dem Standpunkt, die seinerzeit öffentlich Schweigenden seien an diese Haltung bis zu ihrem Tode genagelt wie Christus an das Kreuz.

5. Das Letztgenannte berührt zudem ein umfassenderes Thema aus der SED-Geschichte: das Verhältnis der Parteispitze und des Parteiapparats zur Intelligenz. Es gab kaum eine zweite Partei in einem so kleinen Staat wie die DDR es war, die über ein derart großes Potential an wissenschaftlich ausgebildeten Menschen verfügen konnte. Es blieb groß, selbst wenn man Wenig- oder Unschöpferische abzog. Auf dieses Potential wurde nur auswahlweise zurückgegriffen und gerade nicht auf jenen Teil, der gelegen oder ungelegen sagte, was ihm zu Problemen der Zeit einfiel.

Zwischen Politik und Wissenschaft existiert ein Spannungsverhältnis, das unaufhebbar ist. Ob die PDS zu einer erneuerten Partei wird, lässt sich auch daran erkennen, wie sich in ihr Politiker und Wissenschaftler zueinander verhalten, das heißt, ob sie dieses Spannungsverhältnis aushalten und fruchtbar machen können. Dem Politbüro waren diejenigen willkommen, die mit wohl bemessenen Vorschlägen im Detail seinen Mitgliedern bescheinigten, dass sie im Ganzen und Wesentlichen alles schon wussten und immer recht hatten. Begegnungen zwischen Wissenschaftlern und Mitgliedern der Parteiführung gerieten zu Kanzelvermeldungen derjenigen, welche die Grüße des Generalsekretärs überbrachten.

Und der Bundesvorstand der PDS? Kann er und können Gremien an der Spitze von Landesorganisationen sagen, wie anders sie mit den – noch verfügbaren – Kräften umgehen? Warum kam niemand

auf den Gedanken, diesen Teil der Mitgliedschaft und ebenso Sympathisanten nicht nur auswahlweise, sondern in toto an Ratstische zu bitten.

Zugegeben, die Wissenschaft betreiben, erzeugen Zweifel, und die sich hauptberuflich mit der Politik befassen, gehetzt in tausenderlei Tagesgeschäften, verlangt es nach Gewissheiten. Aber stehen die Sozialisten nicht, anders als die aus ihren Bastionen agierenden Träger der kapitalistischen Gesellschaft, und dies zumal nach den grundstürzenden Veränderungen der Welt unter einem unvergleichlichen Zwang, alle Möglichkeiten der Selbstverständigung zu nutzen? Stattdessen werden Leute, deren Geschäft die geistige Arbeit ist, mit dem – übrigens in den meisten Fällen obendrein haltlosen – Vorwurf bedacht, sie würden der politischen Praxis fernstehen. Das ist auch keine neue Art, Urteile und Vorurteile über Angehörige der Intelligenz zu nutzen.

6. Inzwischen sind rasch Namen für diejenigen genannt worden, die an der Parteispitze nachfolgen könnten. Forderungen werden erhoben, es möchten auch vorgebliche Anti-Erneuerer ihre Hüte in den Ring werfen, als wären die Vorstände und ähnliche Gremien bisher monolithischer Natur gewesen. Sollten vordem nicht Ansprüche begründet und Erwartungen verbindlich vereinbart werden, die an alle Verbleibenden und jeden Nachfolgenden zu stellen wären?

junge Welt, Dienstag, 25.04.2000.

Die schleichende Revision

Der Zweite Weltkrieg wird zweigeteilt und Prag liest Hitler

Wer 16jährig in den Volkssturm geraten war, hat heute das achte Lebensjahrzehnt erreicht. Bald wird dieser Krieg nur noch für Nachgeborene ein Gegenstand der Vergegenwärtigung sein, den einen als Ereignis, das zum Nachdenken nötigt, anderen nur Stoff zur Ablenkung und Unterhaltung.

Vor allem junge Historiker haben im letzten Jahrzehnt unser Wissen über den Krieg weiter vervollständigt. Ihre Arbeiten bezeugen ein Spezialinteresse, dem außerhalb der Zunft nur wenige noch folgen können. In einiger Entfernung von Büchern der Experten schreien den Käufer in Buchhandlungen großformatige Bildbände über Schlachten und Feldzüge an, deren Autoren an technisches Interesse anknüpfen oder auf die Gier nach Sensationen spekulieren. Auf keinem Gebiet der Zeitgeschichte klafft in der Bundesrepublik das wissenschaftliche Angebot und das Geschichtsbewusstsein von Millionen so weit auseinander wie auf dem der Geschichte des Zweiten Weltkriegs.

In den europäischen Staaten bietet sich im Hinblick auf die Erforschung und Darstellung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges in den letzten zehn Jahren ein uneinheitliches Bild. In einigen Ländern sind Tabus angerührt worden. In Dänemark und im neutralen Schweden wurde nach Kollaborateuren gefragt, in den Direktionen von Wirtschaftsunternehmen wie auch in den SS-Uniformen des „Germanischen Korps“. In Frankreich wurden die dunkelsten Seiten der Beihilfe für die Okkupanten erhellt. Weiße Flecken verschwinden so aus den Geschichtsbüchern. In ost- und südosteuropäischen Staaten wiederum werden Umwertungen des Krieges vorgenommen, die ins Pseudowissenschaftliche weisen. Neudeutungen verraten einen fanatischen Antikommunismus. Auf den Buchmärkten erschienen im Zeichen freier Marktwirtschaft Übersetzungen von Kriegsbüchern, auf deren Verbreitung früher mit Gründen verzichtet worden war. Unsere tschechischen Nachbarn können nun z. B. die Erinnerungen des als Flieger-As gefeierten Adolf Galland lesen, die in den frühen 50er Jahren in der Bundesrepublik unter dem Titel „Die Ersten und die Letzten“ erschienen waren. Selbst Hitlers „Mein Kampf“ ist dieser Tage in Prag als unkommentierte Ausgabe herausgebracht worden. Das sind leicht zu entschlüsselnde Signale.

Die europaweite Umwertung des Geschichtsbildes der Jahre zwischen 1939 und 1945 erfolgt im Zeichen der wiederbelebten Totalitarismus-Doktrin. Wer die Geschichte der Sowjetgesellschaft auf die eines Verbrecherstaates reduziert, gelangt folgerichtig zu einer Sicht, die auch ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg neu bewertet. Nicht der Krieg gegen die UdSSR an sich ist demnach als ein Verbrechen zu verurteilen, sondern die Abgrenzung erfolgt lediglich noch von denen, die ihn mit Hitler befehligten, und schließt allenfalls Methoden ein, deren sie sich bedienten. Das hatten wir schon einmal. Aber als der um die Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges verdiente Kölner Universitätsprofessor Andreas Hillgruber in den 80er Jahren erklärte, seit der Krieg 1944 die Reichsgrenze in Ostpreußen erreicht hätte, wäre der Widerstand gegen die Rote Armee ein Verdienst gewesen, stieß er noch im sogenannten Historikerstreit auf entschiedenen Widerspruch und scharfen Protest. Es habe, wurde ihm entgegengehalten, dieses stumpfe und dumpfe Weitermachen nichts anderes bewirkt, als Tote, verlängerte und vermehrte Leiden der Insassen von Konzentrations- und Vernichtungslagern, der Kriegsgefangenen und Verschleppten, auch deutscher Militär- und Zivilpersonen, denkt man allein an die Folgen des Bombenkrieges für die Bewohner von Pforzheim und Chemnitz, von Jena und Potsdam. Nun wurden die Scheinwerfer aufs Neue anders ausgerichtet.

Während einstige Zwangsarbeiter auf einen Anteil an den symbolischen Zahlungen warten, die ihnen in Aussicht gestellt sind, fließen Gelder für die einstigen Fremdenlegionäre in den Formationen der deutsch-faschistischen Streitmacht regelmäßig. Der Krieg, den die Sowjetunion führte, um ihr Land von den Eindringlingen zu befreien, erscheint als ein Sonderkrieg, dem und dessen Teilnehmern das Verdienst nicht zukomme, Europa vom Hakenkreuz befreit zu haben. Der Export des Stalinismus, die unter führender Mitwirkung sowjetischer Politiker in osteuropäischen Ländern begangenen Verbrechen scheinen alles Verdienst nicht nur relativiert zu haben, worüber zu forschen und zu reden ist, sondern es gänzlich aufgehoben zu haben. Die, um sie für viele zu nennen, in Auschwitz befreiten wenigen überlebenden Juden zählen in dieser Geschichtsbetrachtung ebenso wenig, wie die Jahrgän-

ge junger Deutscher, die um den Heldentod nur deshalb herumgekommen sind, weil die sowjetische Armee ein Tempo ihres Vormarsches einschlug, das ihr zusätzliche Opfer eintrug, deutsche aber ersparte. Da lässt sich lange und mit ausgewählten Fakten über die menschenverachtende Kriegführung der „Roten“ und den Dilettantismus des Generalissimus reden, während die Namen deutscher Durchhalte-Generale Kasernentore zieren. Der Zweite Weltkrieg wird zweigeteilt ...

Das Bild vom Schlussstrich, der endlich gezogen werden soll, erfasst nur einen Teil der Wirklichkeit. Ein anderer ist hierzulande durch den Versuch gekennzeichnet, die Rechnung erst richtig aufzumachen. Während einer Debatte, die kürzlich in einer Berliner Buchhandlung stattfand, bemerkte ein Historiker, es sei auf den Internationalen Historikerkongressen langweiliger geworden, seit die Marxisten da fehlen würden. Das betrifft nur das Innenleben der Zunft. Im Außenleben stellt sich für Zeithistoriker, deren Stimmen in deutschen Landen heute hörbar gemacht werden können, an diesem Jahrestag erneut und ungleich schärfer als vor einem Jahrzehnt die Frage, ob sie sich der Gegenaufklärung wirksam konfrontieren wollen, die schleicht und marschiert.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 6./7. Mai 2000, S. 15.

Vorläufige Bilanz einer Hinterlassenschaft

Die DDR-Geschichtswissenschaft und der Zweite Weltkrieg, der nur in Europa vor 55 Jahren zu Ende ging

Kürzlich fragte mich im Hessischen ein Lehrer, woher er „die anderen sechs Bände“ bekommen könne. Gemeint waren Bücher einer Reihe aus früher DDR-Zeit. Sie enthielten Dokumente aus Prozessen, die vor US-amerikanischen Gerichtshöfen stattfanden. In Nürnberg hatten zwischen 1946 und 1948 insgesamt zwölf Verfahren stattgefunden. Jedoch brachte es die kleine Gruppe von Historikern nur bis zu Publikationen aus sechs dieser sogenannten „Fälle“. Die beiden (Fall VII und Fall XII) gegen Wehrmachtsgenerale waren darunter. Das Ausgewählte war meist solide kommentiert, wie ein auch nur flüchtiger Blick beispielsweise in den Band zeigen kann, der das Verfahren gegen die sogenannten Südostgenerale der Wehrmacht zum Gegenstand hat.

Das damals Gedruckte ist heute in besseren Antiquariaten gelegentlich noch aufzutreiben. Dort hatte mein Gesprächspartner seinen Besitz zu einem mehrfachen als dem ursprünglichen Preis auch erwerben können. Seine Sammlung war vollständig. Auf etwas Gleichwertiges, das sie aus der Produktion von BRD-Verlagen hätte vervollständigen können, konnte nicht verwiesen werden. Die Begegnung mit dem Manne, den Geschwätz über die ostdeutsche Wissenschaftswüste unbeeindruckt gelassen hatte, gab erneut Anstoß, über die umstrittene Hinterlassenschaft der DDR-Historiker zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges weiter nachzudenken. Der 55. Jahrestag des Kriegsendes mag rechtfertigen, davon einiges knapp mitzuteilen, das Bestandteil einer umfassenderen Bilanz sein könnte, die aussteht.

Zudem: Während in vielen Staaten Forschungen über diesen verheerendsten Krieg des 20. Jahrhunderts weiter betrieben werden, ist diejenige der DDR mit dem Ende des Staates abgebrochen worden. Wenn auch nicht alle Forscher zwangsweise aufgegeben haben, so gehören ihre Kollektive doch zur Vergangenheit. Die Literatur, die aus ihrer Arbeit hervorging, verschwand aus Buchhandlungen vollständig. Dort prangen auf Tischen Bildbände, in denen Kriegshandlungen knapp beschrieben und vor allem Kriegstechnik großformatig präsentiert wird. Und in den Regalen mit der vermeintlich anspruchsvolleren Literatur stehen die Memoiren des Generalfeldmarschalls Erich von Manstein und des Generalobersten Heinz Guderian, jeweils in 15. Auflage angeboten. Im Internet wird eine weitere Ausgabe der Erinnerungen des Generalfeldmarschalls Albert Kesselring angezeigt.

Auf diesen Feldern konnte und wollte die Geschichtspublizistik im ostdeutschen Staat zum wenigsten konkurrieren. Generell gilt, dass ihre in etwa drei Jahrzehnten erschienenen Druckwerke sich neben den Regalreihen anderer bescheiden ausnehmen. Der Inhalt dieser Produktion jedoch ist einer redlichen Bewertung erst noch zu unterziehen, zumal bislang von westdeutschen Inspizienten über Bedingungen der Arbeit von DDR-Historikern ungleich mehr geschrieben wurde als über deren Inhalte. Zu den Fragen, auf die sich das Interesse von DDR-Forschern im Blick auf den Weltkrieg II richteten, gehörten vor allem (erstens) die Kriegsursachen, (zweitens) die an den Fronten, im besetzten Gebiet und im deutschen Hinterland begangenen Verbrechen, (drittens) die Kriegsziele.

Von den Ursachen

Während bald nach dem Kriegsende in der Bundesrepublik immer wieder Hitler als der Alleinverantwortliche für den Krieg dargestellt und zudem mit dem Verweis auf das Friedensdiktat von Versailles versucht wurde, die Schuld auch am Zweiten Weltkrieg gleichsam zu exportieren, trug die DDR-Historiographie dazu bei, den Krieg als die entfesselte Herrschaft gesellschaftlicher Widersprüche darzustellen. Sie ließ keinen Zweifel daran, dass es die Führungsschichten des Naziregimes, in einer Arbeitsteilung operierend, gewesen waren, die den bereits im Weimarer Staat eingeschlagenen Kurs zum 1. September 1939 hingetrieben hatten. Diese waren in ihren Krieg nicht hineingeschlittert. Sie hatten ihn gewollt, wenn sie ihn auch nicht exakt in der Gestalt bekommen hatten, die ihnen vorschwebte. Doch so war es anderen vor ihnen schon ergangen. Kontinuität und Diskontinuität deutscher Staatspolitik seit dem Jahrhundertbeginn bildeten ein zentrales Thema ostdeutscher Forschungen. Als Fritz Fischer mit seinem Buch „Griff nach der Weltmacht“ den ersten Historikerstreit in der

Bundesrepublik auslöste, konnte der Hamburger Gelehrte deshalb, soviel aus seinem Werk zu lernen war, ein Aha-Erlebnis zwischen Elbe und Oder nicht bewirken.

Als schwieriger erwies sich für die DDR-Forscher die Antwort auf die Frage, warum diese Kriegsabsicht nicht rechtzeitig durchkreuzt werden konnte. Sowjetische Vorgaben stellten in diesem Punkte verbindliche Richtlinien dar. Sie besagten wahrheitsgemäß, dass sich die UdSSR, ihren außenpolitischen Kurs korrigierend, 1934 und 1935 angestrengt hatte, ein System kollektiver europäischer Sicherheit zu schaffen. Das sabotierten die herrschenden Kreise Großbritanniens, und die in Frankreich setzten sich dafür nicht entschieden ein. Eine einseitige Darstellung erfuhren hingegen die im Frühjahr und Sommer 1939 auf sowjetische Initiative belebten diplomatischen Versuche, die auf eine gemeinsame Abschreckung der deutschen Imperialisten zielten. Richtig war, dass die Westmächte halbherzig reagierten und manche ihrer Politiker und Militärs auch unaufrichtig. Doch die Politik Moskaus hatte die Ablehnenden und Zögernden auch mit Argumenten beliefert und ihnen mit anderen Einwänden die Frage aufgegeben, wie verlässlich ein Verbündeter sein würde und wie hoch sein militärischer Wert zu veranschlagen sei, der soeben die Führung seiner Streitkräfte mörderisch hingemacht hatte.

Davon war in den sowjetischen Werken und folglich in denen in DDR-Zeit keine Rede. Auch nicht von den kaum zu bemessenden, aber nicht zu bestreitenden Folgen, die dieses Verbrechen nach dem 22. Juni 1941 zeitigte. Es hätte sonst geschrieben werden müssen, dass die ungeheuren Blutopfer, die der Krieg gegen die Deutschen und deren Verbündete von der Roten Armee forderte, zu einem Teil auf die Unerfahrenheit der militärischen Führer zurückging, die an die Stelle der Ermordeten in mitunter steilen Karrieren getreten waren, und mehr noch auf die vom „Stalin'schen Geist" bestimmte Atmosphäre, in der sie befehligten und kommandierten.

Von Verbrechen

Bevor noch die ersten Darstellungen der Geschichte des Krieges aus der Feder von DDR-Historikern erschienen, hatten sie und mit ihnen Juristen begonnen, Dokumente in Sammlungen bekanntzumachen, die von den Methoden zeugten, mit denen nicht nur der Kriegssieg erzwungen, sondern auch schon das riesige Herrschaftsgebiet gestaltet werden sollte, das sich die deutschen zivilen und militärischen Führer als Frucht ihres Triumphes vorstellten.

Früher noch als durch Gesellschaftswissenschaftler war die grausige Wahrheit über die faschistische Kriegführung und Fremdherrschaftspraxis im Osten Deutschlands auf andere Weise eindringlich dargestellt worden. 1946 wurde der Film „Die Mörder sind unter uns" gezeigt, 1947 erschien die Übersetzung von Martha Dodds „Die den Wind säen". Im Film war es ein Hauptmann des Heeres, im Roman ein General der Flieger, die im Zentrum der verbrecherischen Handlungen standen. Als ein halbes Jahrhundert später in ostdeutschen Städten die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" zu sehen war, konnte sie unter denen, die sich zu DDR-Zeit mit jüngster Geschichte befasst und die Schulen des Landes besucht hatten, einen umstürzenden Eindruck nicht hervorrufen. Das tschechische Lidice, das französische Oradour waren im Bewusstsein. Wenn dieses Wissen auch durch Namen von Mordstätten in Griechenland, Italien und in der Sowjetunion zu konkretisieren war; dass die Deutschen sengend und mordend durch nahezu ganz Europa gezogen waren, bestritt niemand.

Dafür haben die Deutschen eines Tages zahlen müssen, die Ostdeutschen in ihrer Masse mehr als die Westdeutschen und zu Zeiten, da sie im eigenen Elend des unmittelbaren Nachkriegs die Forderungen hart trafen. Doch von den einen wie von den anderen wäre die ganze Rechnung nie zu begleichen gewesen. Fachleute der Historie haben diese Zusammenhänge im Osten Deutschlands ins Bewusstsein vieler gerückt und sie bewegt, ohne einen Gedanken an Revanche zu leben.

Von den Zielen

So wenig sich die Geschichtsschreibung der DDR mit der Formel von Hitlers Krieg zufrieden gab, so wenig tat sie es mit der komplementären, die das große Thema auf Hitlers Ziele verkürzt. Sie wies nach, dass die faschistische Kriegszielplanung und die Besatzungspolitik, die auf sofortige Ausbeutung des Eroberten zielte und die künftige in einem Großgermanischen Reich vorbereitete, alle Züge kapitalistischen Interesses trug, umgeprägte, aber doch unverwechselbare. Damit war eine Kenn-

zeichnung des Krieges kritisiert, die heute namentlich für den Teil des Weltkrieges sich durchgesetzt hat, der in Osteuropa geführt wurde. Sie lautet: „Ideologischer Vernichtungskrieg“.

So Gewiss wie die Praxis des Krieges und der Okkupationsherrschaft ohne die verheerenden Auswirkungen des Antikommunismus und Rassismus, des Antisemitismus und des Slawen- und Asiatenhasses nicht gedacht werden kann, so sicher ging es den deutschen Machthabern und Kriegsinteressen nicht nur um Vernichtungs- und Ausrottungsprozesse. Von deren Grausamkeit und Ausmaß war nichts genommen, wenn festgestellt wurde, dass sie einem umfassenderen Konzept zugehörten, dessen Kern das Gelüst nach Herrschaft, Profit, Vorteil und Genuss ausmachte. Mit dessen Verwirklichung verband sich die Vorstellung, es würden die Deutschen in aller Zukunft, auf Kosten anderer Menschengruppen im Wohlstand leben, die einen herrschend und im Reichtum, die anderen dienend und im Wohlstand. Das war das totale Gegenprogramm zu allen Ideen und Bestrebungen der Aufklärung und zu jedweder in der Arbeiterbewegung gehegten Zukunftsvorstellung.

Diese Auffassung von den imperialistischen Kriegszielen bot eine Kapitalismuskritik, wie sie schärfer aus den Tatsachen und Prozessen des vergangenen Jahrhunderts nicht herausgearbeitet werden konnte. Und sie bot wenig Raum für Totalitarismusdogmatiker. Beides genügte, um alle Formationen der geistigen Nebelwerfer in die Schlacht zu rufen.

Vom Gebliebenen

Die in der Bundesrepublik herrschenden Oberschichten zeigten immer wieder ihre Freude über das Ende der DDR, verbargen deren wahre Ursachen aber tief. Zu denen gehörte auch das Bewusstsein, die stärkste Gruppe ihrer ideologischen Widersacher nun entmachtet, ihr die Basis entzogen zu haben und dafür sorgen zu können, dass die Schulen marxistischen Denkens geschlossen würden. Das waren die Antriebe, die regierten, als die verschiedenen Varianten der „Abwicklung“ gerade der Historiker erprobt und durchgesetzt wurden. Deutschland sollte wieder auf das Niveau zurückgeschnitten werden, das schon die Weimarer Republik kennzeichnete, in der marxistische Historiker auch keine Chance besaßen, an einer deutschen Universität einen Lehrstuhl zu finden und ihre Ansichten über den Ersten Weltkrieg vor Studenten zu entwickeln. Die Differenz besteht darin, dass damals wohl das Wort „Pluralismus“ für diese Praxis noch nicht erfunden worden war.

Nichtsdestoweniger: Noch lässt sich das begründete Kontrastbild der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, das aus DDR-Produktion stammt, zur Kenntnis nehmen. Die Bücherstürmerei im Bibliothekswesen besaß ihre Grenzen und der vorauseilende Gehorsam ostdeutscher Bibliothekare auch. Noch ist nicht ausgeschlossen, dass Verlage die Mittel auftreiben, Nachdrucke vorzulegen. Ihnen könnte das erkennbare, wenn auch in seiner Breite nicht zu vermessende Interesse entgegenkommen, sich nicht allein mit Spezialliteratur zu Detailfragen zu begnügen, sondern nach dem Ganzen zu fragen. Solchen Vorhaben könnten unfreiwillig auch die zuarbeiten, die mit traurigen Mienen und trauerumflorter Stimme zu diesem Krieg keinen anderen Kommentar geben als jenes: Wessen ist der Mensch doch fähig, was kann er seinesgleichen doch antun.

Mit zwei Gemeinschaftsproduktionen verbindet sich die Hinterlassenschaft der DDR-Geschichtsschreibung über die Jahre 1939 bis 1945 vor allem. Zum einen ist das die sechsbändige Darstellung „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“, für deren Entstehung das Hauptverdienst dem früh verstorbenen Wolfgang Schumann gebührt. Das Unternehmen, das einem ähnlichen im westdeutschen Militärgeschichtlichen Forschungsamt betriebenen und bisher nicht beendeten vorausging, hat dessen Konzeption teilweise mitbeeinflusst und den Gedanken erledigt, ein Weltkriegswerk vorzulegen, das aus einer bloßen locker verbundenen Aneinanderreihung von monographischen Arbeiten bestand.

Das zweite Unternehmen wurde zu einem Unikat. Mit dem Blick auf die damals bevorstehenden 50. Jahrestage des Einfalls deutscher Truppen in die europäischen Länder war in der Mitte der achtziger Jahre eine Reihe konzipiert worden, in der zumeist unbekannte Dokumente der Okkupationspolitik vorgelegt werden sollten, die auf die Rolle militärischer wie ziviler Dienststellen und Behörden verwiesen. Die Reihe erhielt den Titel „Europa unterm Hakenkreuz“, ihre Väter waren Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler.

junge Welt, Montag, 08.05.2000.

Schmerzhaft, aber wegweisend

Tagung anlässlich des 50. Jahrestags des Abkommens von Görlitz

Dass nach Kriegen eine Rechnung vorgelegt wird, den Besiegten von den Siegern, hätten sich die Deutschen aus ihrer jüngeren Geschichte einprägen können. 1871 hatte ihre damals kaiserliche Regierung das mit den Franzosen praktiziert. Nach 1918 war ihnen Ähnliches in noch größerem Maßstab geschehen. Doch die Sprüche von der Schmach, der Schande, den Ketten von Versailles vernebelten die Köpfe massenhaft. Nur eine Minderheit drang zu der Einsicht vor, dass die in einem mörderischen Kampf um Einflussgebiete und Herrschaftsvorrang obsiegenden Rivalen getan hatten, was die eigenen Regenten getan haben würden, hätten ihnen die Militärs nicht nach vier Jahren Krieg erklären müssen, dass sie am Ende ihres Lateins waren.

1945 fiel die Rechnung nach einem Krieg, der zwar als der Zweite Weltkrieg gezählt wurde, aber nach den Zielen der deutschen Machthaber und nach den Methoden, mit denen er Deutscherseits geführt worden war, auch eine neue Qualität darstellte, noch länger und schmerzhafter aus. Der wesentlichste Posten, den sie enthielt, betraf die Amputation weitester Gebiete des untergegangenen Deutschen Reiches, den Verlust ganzer Provinzen und, damit verbunden, diesmal auch die weitgehende „ethnische Bereinigung“. Sie war von den Nazifaschisten in der Endphase des Krieges eingeleitet worden, als sich – vor dem herannahenden Krieg und der Roten Armee fliehend oder zur Räumung ihrer Wohnorte von Parteibonzen und Militärs gedrängt – bereits Millionen auf den Weg machten. Da glaubten die westwärts Ziehenden freilich noch, sie würden in ihre Städte und Dörfer zurückkehren und weiterleben können, nachdem der letzte Schuss gefallen war.

Mit diesem Blatt deutscher und europäischer Geschichte befasste sich in einer Veranstaltung, ausgerichtet von mehreren, nicht eben im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit stehenden Organisationen, ein knappes halbes Hundert Geschichtsinteressierte in einer Art Lerntag. Zum Anlass ihrer Zusammenkunft hatten sie den 50. Jahrestag jenes Abkommens zwischen den Regierungen der DDR und der Volksrepublik Polen genommen, mit dem in Görlitz die Grenze an Oder und Lausitzer Neiße nicht geschaffen worden war, aber ihre Markierung beschlossen und vereinbart wurde, sie dauernd als unantastbar anzusehen und zu achten.

Mit der diplomatischen Vorgeschichte dieses Abkommens befasste sich die Leipziger Historikerin Eva Seeber und entwickelte, dass diese nicht in Moskau und mit Stalin, sondern in London und dort in frühen Erörterungen in der bürgerlichen polnischen Exilregierung begann. Deren Mitglieder stellten zuerst Erörterungen über den künftigen Verlauf der polnischen Westgrenze an, die sie an die britische Regierung herantrugen, lange bevor der deutsche Faschismus zur Strecke gebracht, ja zu einem Zeitpunkt, als das noch nicht gewiss war.

Als das Thema seit 1943 zum Gegenstand von Beratungen der drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition wurde, dachte niemand mehr an die Grenze von 1937. Meinungsabweichungen existierten nicht über die Grenzführung am Mittel- und Unterlauf der Oder – sieht man von deren genauer Bestimmung im Mündungsgebiet ab –, sondern einzig darüber, wo sie in Schlesien verlaufen sollte. Da war und blieb sie Verhandlungsmasse bis Potsdam. Doch bestand Winston Churchill, der hartnäckiger als die Politiker der USA um die von der UdSSR verfochtene maximale Lösung stritt, am Ende nicht auf der weitgehenden Teilung Schlesiens. Davon blieb nur ein heute dem Lande Sachsen einverleibter Rest.

Dass die Entscheidung, die von den Unterzeichnern des Potsdamer Abkommens vereinbart und in die sehr verschieden interpretierbare Formel gegossen wurde, es seien die bezeichneten Gebiete unter polnische Verwaltung zu stellen, bis ein Friedensvertrag eine endgültige Regelung treffe, deutschen Nachkriegspolitikern so etwas wie einen Rucksack aufbürdete, von dem sie nicht wussten, wie sie seine Lasten schleppen konnten, war am wenigsten den deutschen Antifaschisten unklar, die in der sowjetischen Besatzungszone sich an die Spitze eines Neubeginns stellten. Der Niederländer Eduard van der Wal, derzeit in Berlin forschend, befasste sich denn auch insbesondere mit der Haltung, welche die der Vereinigung zustrebenden und sich dann in der SED zusammenschließenden Politiker in

den Jahren vor Görlitz zur Grenzziehung einnahmen. Er berichtete von deren anfänglich verweigertem Ja, die Otto Grotewohl früh einen Rüffel der Sowjetischen Militäradministration einbrachte, von Hoffnungen, die Entscheidung partiell korrigiert zu sehen, und von Stalins 1947 gegebenem Einverständnis damit, dass die deutschen Genossen in ihrem öffentlichen Auftreten sich in diesem Punkte nicht zum Nachsprecher der sowjetischen Position machten.

In dem Grade freilich, in dem eine neue politisch-militärische Blockbildung entstand, der westdeutsche Revanchismus die Ostgrenze zu seinem Hauptthema machte, die USA und Großbritannien von Potsdam abrückten, wiewohl sie die Vereinbarungen über die Aufnahme der einstigen Bewohner der verlorenen deutschen Ostgebiete mitgetragen hatten, und der Beitritt der Bundesrepublik zum neuen antisowjetischen und antisozialistischen Bund nur noch eine Zeitfrage war, gewann die Stellung zur Grenze im Osten einen neuen Rang. Dem trugen die Politiker in Ostberlin mit dem Abkommen von 1950 Rechnung, nicht begeistert, nicht vollständig aus freien Stücken, nicht unbesorgt um den Ansehensverlust, den sie damit in Teilen der Bevölkerung hinnahmen, aber doch davon überzeugt, dass der zunehmend bedrohte Frieden diesen bitteren Schritt jetzt erforderte. Prof. Jerzy Sułek (Warschau), Diplomat in verschiedensten Verwendungen, zeitweilig stellvertretender Verteidigungsminister Polens und nun Professor an einer privaten Hochschule, die Studenten für den diplomatischen und sonstigen Außendienst vorbereitet, nannte den Vertrag, was den Geist, der aus seiner Präambel sprach, verfrüht, stand aber nicht an, die Tat als wegweisend zu bezeichnen. Ihr Echo war ebenso bedeutend wie bezeichnend. Während der KPD-Vorsitzende Max Reimann sich im Parlament in Bonn einen Ordnungsruf einhandelte, weil seine Zustimmung zu dieser Wende in den deutsch-polnischen Beziehungen als so etwas wie eine Beleidigung der (revanchistischen und Rache-) Gefühle der Abgeordnetenmehrheit eingestuft wurde, mussten die polnischen Mitarbeiter des in München stationierten Senders Free Europe ihren Vorgesetzten auseinanderlegen, dass sie gegen diesen Vertrag nicht polemisieren könnten, wenn sie in Polen nicht jegliche Glaubwürdigkeit verlieren wollten.

Sułek, an den Verhandlungen des Jahres 1990 beteiligt, die sich am Rande, aber nicht im Schlagschatten der Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik vollzogen, nannte es ein doppeltes Verdienst ostdeutscher Politiker, dass in den vertraglichen deutsch-polnischen Regelungen dieses Jahres ausdrücklich auf den über Jahrzehnte von der westdeutschen Regierung abgelehnten und auch befeindeten Vertrag von Görlitz positiv Bezug genommen wurde. Erworben hatten es sich diejenigen, die vierzig Jahre vorher den Mut zur unpopulären Maßnahme besaßen, und diejenigen, die dann als letzte DDR-Politiker diese Bezugnahme auf den Vertrag formulierten. Freilich: Sie hätten sich gegen die Regierung des Bundeskanzler Kohl nicht durchsetzen können, der sich bis zu diesem Zeitpunkt jeder Sanktionierung der Grenzziehung verweigert hatte, würde der nicht erkannt haben, dass diese De-facto-Anerkennung einer Leistung der geschmähten ostdeutschen „Kommunisten“ die am meisten gefürchtete Gefahr abwenden konnte, das Thema eines Friedensvertrages könnte noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt werden. Jedenfalls gehört der Vertrag von Görlitz zum aufgenommenen Erbe der Diplomatie des ostdeutschen Staates, der nicht der Urheber dieser Grenze war, der sich, indem er sie akzeptierte und respektierte, mit der Hinterlassenschaft von Faschismus und Krieg praktisch und geistig auseinandersetzte. Und das zu einer Zeit, als vor seiner Westgrenze von den einen zum revanchistischen Sammeln geblasen, von anderen der Revanchismus als Instrument ihrer Machtbefestigung im Innern eingesetzt wurde. Letzteres wiewohl die Politiker, die das taten – am Beispiel Adenauers wurde es nachgewiesen – sehr wohl wussten, dass die territoriale Entscheidung über die deutsche Ostgrenze endgültig sein würde.

Rechtens herrschte in Referaten und Beiträgen, die übrigens von aller Ruhmredigkeit frei waren, die Frage nach Interessen von Staaten und deren Regierenden vor. Auch davon, dass gerade den Politikern der DDR eine Aktion, die auch für sie den Verlust ihrer Geburtsheimat bedeutete, schwer wurde, war die Rede. Zu wenig kamen die Motive derjenigen zur Sprache, die sich der deutschen Verbrechen schämten und früh erkannten, dass kein Quadratmeter Erdbodens einen Streit mit den Kriegsgegnern von gestern wert war, geschweige denn eine neue gewaltsame Konfrontation. Sie schrieben mehr damit mehr als eine Fußnote in die europäische Geschichte.

junge Welt, Mittwoch, 31.05.2000.

Die unbeendete Geschichte eines Denkmalstreits

Ein Buch über die Vorgeschichte des Mahnmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin

Die Geschichte von Denkmälern, denkt man etwa an die Flut der für Kaiser Wilhelm I. und für Bismarck errichteten, ist prall gefüllt mit Kontroversen über das Ob und das Wie. Immer wieder standen sich im Streit um die bronzenen Ungetüme Ansichten über geschichtliche Personen und Ereignisse gegenüber. Politische Tages- und Zukunftsinteressen bestimmten das Dawider ebenso wie das Dafür, des So oder des Anders. Am Ende hatten die Deutschen ihre Sehenswürdigkeiten und ihre Wallfahrtsorte.

Nicht anders die Vorgeschichte des Denkmals, die nun seine entschiedenste Verfechterin Lea Rosh erzählt. Nur eben: Mit dem Zeichen, für dessen Aufrichtung sie sich einsetzte, sollte keiner Schlacht, keines Feldherrn, Gelehrten oder Dichters gedacht werden, sondern der Ermordung der europäischen Juden. Da war Streitmasse vorhersehbar. Die Auseinandersetzungen begannen, kaum dass der Vorschlag an die Öffentlichkeit drang. Schärfe und Unsachlichkeit kennzeichneten sie bald. Rosh hat Recht, wenn sie in deren Verlauf „ein Spiegelbild des moralischen und politischen Zustandes der Republik“ erblickt, den sie nicht näher charakterisiert.

Die Autorin lässt die Themen der Kontroverse noch einmal Revue passieren und begründet die Argumente, die sie mit Gleichgesinnten für ihre Grundidee und deren Ausführung ins Feld führte. Von denen ließen sich die einen überzeugen, andere kapitulierten womöglich nur aus taktischen Gründen. Denn man mag über Standort und Gestaltung des „Holocaust“-Mahnmals denken wie auch immer: Die Deutschen werden eine weitere Sehenswürdigkeit kriegen. Und deshalb wird der unsägliche Wunsch des Bundeskanzlers, sie sollten zum Denkmalsort dereinst gern hingehen, im Hinblick auf die Mehrheit, sich wohl erfüllen. Es wird zu gaffen geben. Also muss man dort gewesen sein, um mitreden zu können. Dieser Effekt war nur zu vermeiden, wenn für das Anliegen eine Lösung gefunden worden wäre, die eines vermied: neuer Befriedigungsstoff für die auf Schaulust hin getrimmten und tieferen Nachdenkens Enthobenen zu sein.

Ins Zentrum des Streits war bis zum Bundestagsbeschluss die Frage getreten, ob mit einem Denkmal an alle Opfer faschistischen Massenmordens erinnert werden soll oder ob ein Denkmal für die ermordeten Juden das erste von weiteren sein werde, mit denen aller Opfergruppen gedacht werden soll. Die Befürworter der beschlossenen Lösung haben sich anheischig gemacht, für sie eine wissenschaftliche Begründung zu geben. Sie verweisen auf die Einzigartigkeit der Judenausmordung. Lea Rosh meint, es würde die Kenntnisnahme einer einzigen „Ereignismeldung“ der Täter genügen, um sich zu verdeutlichen, „weshalb der Mord an den Juden eben nicht vergleichbar ist mit den Verfolgungen und Inhaftierungen und Ermordungen anderer Opfer.“ Eberhard Jäckel hingegen schreibt wenige Seiten später: „Unvergleichbarkeit ist ein besonders unzulänglicher und irreführender Begriff. Er suggeriert, dass bestimmte Ereignisse nicht miteinander verglichen werden können oder dürfen.“

Dass zwei so verdienstvolle Verfechter der Denkmalsidee in diesem Punkte nach vielen gemeinsam geschlagenen Rede- und Schreibschlachten einander widersprechen, führt den Versuch ad absurdum, ihrem Konzept die Unangreifbarkeit des wissenschaftlichen Fundaments zu geben. Aber im Hauptstrom der Faschismus-Darstellung bewegen sie sich schon. Denn auf dem munteren Marsch, der von theoretischen Analysen wegführt, wird es wieder und wieder zur Aufgabe der Wissenschaft schlechthin erklärt, Unterscheidungen zu treffen. Verallgemeinerungen sind aus der Mode. Und also ist kein Zufall, dass auch in diesem Buch nicht gefragt wird, welchem gemeinsamen Ziel die Politik der Ausmordungen von Menschengruppen zugeordnet war und was die Verbrechenskette mit den größenwahnsinnigen Weltherrschaftsplänen zu tun hatte. Die Realgeschichte des deutschen Imperialismus kommt nicht in den Blick. Der ist zentriert auf die – unverzichtbare – Jahrtausende währende Judenverfolgung und ihre äußerste Aufgipfelung in den Morden mit Infanteriewaffen, mittels Gaskammern, durch Aushungerung und „Vernichtung durch Arbeit“. Nein, ob der Ermordeten aller verfolgten Groß- und Kleingruppen an einem Ort gemeinsam oder an mehreren gesondert gedacht wird,

konnte mit Anstand so oder anders entschieden werden. Der Segen der Clio war weder für den einen Entschluss noch für andere zu haben. Die Dame konnte unbelästigt bleiben.

Wo Mitautoren von Rosh sich in deren Bezirk begeben, werden landläufige Meinungen auch ungeprüft nachgesprochen. Das tut Tilman Fichter, der wiederholt, es hätten die Züge, die Juden zu den Mördern transportierten, Vorrang vor kriegswichtigen Transporten besessen. Die haltlose These passt so vortrefflich ins konstruierte Bild vom Judenmord als selbstständigem Hauptziel faschistischer Politik, dass sie unverzichtbar zu bleiben scheint. Ermöglicht sie doch, von der Untat zu sprechen und von den Endsiegzielen der Eroberer und den ihnen zugrundeliegenden materiellen Interessen zu schweigen oder sie als dem Ziel der „Endlösung der Judenfrage“ gleichrangig einzustufen.

Was die Autoren des Buches mit den Politikern, ob sie mit ihnen stritten oder deren Unterstützung fanden, gemein haben, ist die Überzeugung, dass wie diese für alle ihre Unternehmen so auch sie für ihr Vorhaben die beste aller Lösungen gefunden haben. Merkwürdig, dass bei der Durchmusterung der Argumente nie in Rede kam, dass durch die Wahl des Ortes eine weit in die geschichtliche Vergangenheit zurück reichende Tradition aufgerufen wird. Nicht selten überbauten Eroberer die zerstörten Bauten der Besiegten, um ihren Sieg absolut zu setzen und Erinnerung an die Unterlegenen auszulöschen. Was also besagt die in dem Band getroffene Feststellung, dort, wo das Denkmal stehen wird, sei der richtige Ort, denn dort habe u. a. die Goebbels-Familie gewohnt? (Eine These, die schon leichtes Rütteln nicht verträgt. Als die Juden ermordet wurden, wusste der Reichsminister seine Familie dem Bombenkrieg am Stadtrand entrückt.)

Die Autoren scheinen sicher zu wissen, was das Denkmal nicht nur bewirken soll, sondern auch in denen bewirken wird, die es besuchen werden. Was der Ort südlich des Brandenburger Tores sein und das Vis-à-vis mit den stummen Steinen wachrufen werde, schildert der Band wortreich: Ein „Ort der Stille“ – als solchen werden ihn nicht einmal sommersüber Besucher vor Sonnenaufgang erleben können. Er werde Erinnerungen wecken – eine Phrase, die den Begriff des Erinnerns sinnentleert und an den eben 30jährigen Lehrer denken lässt, der seinen 17jährigen Schülern sagt: Erinnern wir uns also gemeinsam der Schlacht bei Stalingrad oder der Seeschlacht bei Salamis. Auch solle der Ort zum Nachdenken anregen, was voraussetzt, dass in den Köpfen der Kommenden Denkstoff schon haust. Als „Zeichen der friedlichen Absicht“ wollte eine sozialdemokratische Bundestagsrednerin am 25. Juni 1999 das Denkmal gedeutet wissen. Da hatten Serben, Roma, Albaner und – ja auch – Juden, von letzteren war in den Tagen des Bombardements übrigens nie die Rede, in dem Balkanstaat darüber gerade eine Lektion erhalten. Kurzum, nottäte: Weniger hochtrabendes Gerede, Stattdessen Klartext darüber, dass und warum diejenigen, die mit den Verbrechen nichts zu tun hatten, sich durch seine Geschichte doch hindurcharbeiten müssen und das zu dem einen Zweck, damit es durch sie oder mit ihnen nicht wieder geschieht.

Lea Rosh: Die Juden sind doch die anderen. Der Streit um ein deutsches Denkmal. Mit Beiträgen von Eberhard Jäckel, Tilman Fichter, Jacob Schulze-Rohr, Wolfgang Ullmann und einem Geleitwort von Michel Friedman, Philo-Verlagsgesellschaft Berlin/Wien 1999, 276 Seiten. DM 39,80.

junge Welt, Sonnabend, 03.06.2000.

Ehrungen

Zwei Ereignisse aus der zweiten Maihälfte sind zu vermelden, die Historiker zusammenführten, aber nicht nur deren Interesse beanspruchen konnten. In Berlin wurde durch die Technische Universität die Leiterin der KZ-Gedenkstätte in Dachau, Barbara Distel, ehrenpromoviert, in Leipzig des Historikers Manfred Kossok in einem Kolloquium gedacht, das aus Anlass von dessen 70. Geburtstag stattfand. Das erste hätte mit Gründen auch in der Universität in München stattfinden können, wenn es dort auch nicht recht zu denken war. Das zweite hätte in einen Raum der Universität Leipzig gehört. Dort hatte der Frühverstorbene studiert, war er der Meisterschüler Walter Markovs geworden, hatte er dessen Werk aufgenommen und fortgeführt, über Jahrzehnte gelehrt und selbst schulbildend gewirkt. Doch in den Raum im Haus des Buches, in dem sich anderthalb Dutzend Spezialisten, unter ihnen Gäste aus Russland, den USA und Spanien, einfanden, verirrte sich weder ein Offizieller aus der Alma Mater noch einer ihrer aus dem Westen zugereisten Hochschullehrer auch nur für eine Zuhörerstunde. In welche Zeiten deutscher Hochschulgeschichte muss zurückgedacht werden, um Analoges aufzufinden?

Die Ehrung, die Barbara Distel erfuhr, galt einer engagierten Frau, die an ihrem Arbeitsplatz, als Herausgeberin der „Dachauer Hefte“ (gemeinsam mit dem Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung Wolfgang Benz), des wichtigsten deutschsprachigen Periodikums zur Geschichte der Konzentrationslager, und als Mitarbeiterin in mehreren Gremien, deren Gegenstand die Erinnerungsarbeit bildet, weithin bekannt wurde. Wo sie zu Worte kommt, erweist sie sich als Sachkennerin von Graden, ihre Persönlichkeit wird ebenso geschätzt wie ihr Rat. Wiewohl die Einladung das Ereignis traditionell als „Verleihung der akademischen Würde“ bezeichnen musste, ging es im Charlottenburger Bau zwar festlich, aber ohne feierliche Steifheit her. Dafür sorgte schon der TU-Präsident, der die Ehrung auch als Ausdruck dafür gewertet wissen wollte, dass der gegen die Hochschule erhobene Vorwurf ungerechtfertigt sei, sie befände sich in einem Elfenbeinturm, eine Aussage, deren instrumentelle Bedeutung vorwiegend darin besteht, Wissenschaftlern und Studenten die Geldzufuhr zu drosseln.

Nein, nicht die Wissenschaftler an den höchsten Lehranstalten, sondern die Politiker säßen in einem Elfenbeinturm. So drehte Yehuda Bauer, der derzeit als Gast an der TU lehrende Direktor des International Institute for Holocaust Research at Yad Vashem (Jerusalem) den Spieß in seinem Festvortrag um. Und es sei die Aufgabe jener, diese daraus hervorzulocken. Sie müssten zunächst gedanklich vor jene Wirklichkeiten zu gestellt werden, denen sie sich mit Vorliebe verweigerten. Dazu zählte Bauer, der über „Versuche der Aktualisierung des Historischen“ sprach, vor allem die Notwendigkeit, die Politiker an der Spitze der Staaten davon zu überzeugen, dass Genozide, die heute vorhergesagt werden könnten, verhinderbar wären. Für diesen Zweck empfahl er unter anderem das Argument, dass eine Politik, die sich auf Prävention richte, „billiger“ sei als die Auseinandersetzung mit den Folgen solcher Massaker. Wenigstens davon erhoffte sich der Historiker Wirkung bei Menschen, die sich gemeinhin nicht für Geschichte interessieren, wohl aber ihren Wählern versprechen würden, die Steuern zu senken.

Keine Lebenserfahrung hat Bauer jenen tatentschlossenen aufklärerischen Optimismus rauben können, der auch ein Kennzeichen Barbara Distels ausmacht und einen ihrer Antriebe bildet. Klarheit des auf Erkenntnis justierten Gedankens, so ließe sich eine an sich selbst und dann erst an andere gerichtete Forderung formulieren. Die Öffnung eines unverstellten Blicks auf die Wirklichkeit des Faschismus und seines Terrorapparats könnte als das Kernziel ihrer Anstrengungen benannt werden. Die Verbreitung von Betroffenheitsdunst war und bleibt ihr zuwider, war auch aus ihrem Dank-Wort wieder zu entnehmen.

Die nun bundeshauptstädtische Technische Universität, indem sie die Historikerin aus Oberbayern ehrte, ehrte zugleich sich selbst. Das wurde nicht nur als Floskel gesagt. Ähnliches hätten die Leipziger Hochschullehrer tun können, und dies wäre zugleich ein Akt der – soweit das posthum eben möglich ist – der Wiedergutmachung gewesen. Denn Manfred Kossok wurde von der Stätte seines Wirkens im „Einheitsprozess“ vertrieben. Das war jedenfalls ein Sargnagel für einen Mann, der über

Jahre an eine jener blutreinigenden Maschinen angeschlossen werden musste und, während das in den USA, in einem der südamerikanischen Staaten, in Spanien oder in einer Klinik an seiner Wirkungsstätte geschah, sich auf seinen nächsten Vortrag oder auf die bevorstehende Universitätslektion vorbereiten konnte. Des Leipziger Historikers war mithin als eines der Opfer an einer deutsch-deutschen Grenze, der historischen von 1990, zu gedenken – nicht des einzigen in der Heldenstadt an der Pleiße.

Allein als Spezialist für die Geschichte Lateinamerikas, in Sonderheit für den Zeitraum vom Beginn des 19. bis zum Ausgang des 20. Jahrhunderts, hätte Kossok nicht annähernd jenen Bekanntheits- und Wirkungsgrad erlangt, den er zu gewinnen vermochte. In den Spuren Markovs wurde der international bekannte Gelehrte über Jahre zum Mittelpunkt und Kraftzentrum eines Arbeitsverbundes, der ostdeutsche Spezialisten der Revolutionsforschung, sofern sie sich mit Entwicklungen vom Ausgang des 15. bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts befassten, in strenger Regelmäßigkeit zu kritischer Debatte zusammenführte. Da wurde über Forschungsresultate und Arbeitsvorhaben freimütig gestritten, Leipzig zum Mekka dieser Forschergruppe, Kossok indessen nicht deren Prophet. Die Grenzen dieses Verdienstes, erinnerten sich die einst Teilnehmenden, bestand freilich darin, dass ihre wissenschaftlich wie politisch gleichermaßen bedeutsamen Ergebnisse, zu denen ein vertiefendes und hochaktuelles Verständnis des dialektischen Verhältnisses von Revolution und Reform gehörte, selbst in den eigenen weiteren Historikerkreisen, zu schweigen von der Öffentlichkeit, zu wenig wahrgenommen wurden.

Von Manfred Kossoks Leben und Arbeit reden, dem Wirken eines marxistischen Historikers, dem allein der Gedanke eines Abschwurs verächtlich war, das provozierte die Frage nach dem: Was bleibt? Darüber war sich die Runde nicht vollständig einig. Die wissenschaftliche Institution, die auf Karl Lamprecht zurückgeht, existiert ... und in deren Tradition Markov-Kossok wirkten, existiert nicht mehr. Noch wirken jedoch Schüler vor allem in Leipzig und in Köln, von denen sich der eine womöglich als Ausnahme- oder Zufallserscheinung, ein anderer als letzter der Mohikaner begreifen mag. Im wahrsten Wortsinn greifbar aber war das Verdienst derer, die eine dreibändige Werkauswahl aus dem Oeuvre Kossoks vorlegen konnten. In ihr lässt sich eine nahezu dreißig Druckseiten umfassende Bibliographie seiner Veröffentlichungen nachlesen. Dort finden sich auch jene Aufsätze vermerkt, die Don Manfredo in der „Weltbühne“ schrieb, wenn er von Studien und Kongressen in den Süden des transatlantischen Kontinents zurückgekehrt war. Sie sind mehr als Reisebilder eines Historikers, und vielleicht lassen sich eines Tages Kräfte und Mittel auftreiben, auch sie wieder unter die Leute zu bringen.

Manfred Kossok, Ausgewählte Schriften. Bd. 1: Kolonialgeschichte und Unabhängigkeitsbewegung in Lateinamerika, Bd. 2: Vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit, Bd. 3: Zwischen Reform und Revolution: Übergänge von der Universal- zur Globalgeschichte. Hrsg. Matthias Middell in Verbindung mit Michael Zeuske, Wolfgang Küttler und Katharina Middell, Leipziger Universitätsverlag 2000.

Ossietzky, 2000, H. 11, 3. Juni 2000, S. 394-395.

Traditionsbruch in München

Oder: Worum ging es Martin Broszat, als er Ernst Nolte kritisierte?

Die Nachricht, der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München habe die Rolle des Laudators bei der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises an Ernst Nolte übernommen, rief eine Frage in Erinnerung. Irgendjemand hat sie auch vertont, und zu DDR-Zeit sangen sie die Jungen Pioniere, wenn sie zur sommerlichen Fahrt in die Ferienlager von Betrieben und Verwaltungen gezwungen wurden: „Wohin soll denn die Reise gehen? Wohin? Ja, wohin?“ Das hörte sich lustig an und von Politik wurde da auch im weiteren Text nicht gehandelt.

Von beidem kann freilich angesichts besagter Meldung nicht die Rede sein. Die war mit der Mitteilung verbunden, Horst Möller habe bei dieser Gelegenheit gar nicht als Direktor des renommierten Hauses der Wissenschaft in der Leonrodstraße gesprochen, auch nicht als Professor der Universität, sondern gleichsam als der Privathistoriker. Ehrlich oder geheuchelt, aus dieser Äußerung lässt sich auf das Bewusstsein schließen, dass dieser Auftritt jedenfalls einen Bruch mit der Tradition einer Forschungseinrichtung bedeutete und dieser in ihrem Innern wie von außen mindestens bedauert, wenn nicht verurteilt wird.

Ehrlich kann, trotz aller sich wiederholenden Abgrenzungen des Lobredners von Ansichten des Preisträgers, die Rede Möllers freilich nicht genannt werden. Verbarg sie doch hinter viel akademischem Nebel gerade den Punkt der Auseinandersetzung, den sein Vorgänger im Amt ins Zentrum seiner Entgegnung auf jenen Aufsatz Noltes gestellt hatte, der seinerzeit den Anstoß zum „Historikerstreit“ gab. Dieser Vorgänger hieß Martin Broszat, und sein Name fällt im Redetext auch beiläufig, aber eben ohne die Erwähnung jener kritischen Passage, in welcher die Methode von Noltes Umgang mit der Geschichte des Faschismus und namentlich mit der Vorgeschichte des Massenmordes an den europäischen Juden als „spitzfindige Apologetik“ qualifiziert und als eine gewisse Nähe zu „querulatorischer Spitzfindigkeit“ markiert wurde. Solcherlei Erinnerung hätte freilich zur Feier schlecht gepasst.

Was Broszat nach seinem Bekenntnis fassungslos gemacht hatte, war die These Noltes, der zufolge Hitler 1939 ein Recht gehabt hätte, die in Deutschland befindlichen Juden als Kriegsgefangene zu behandeln und sie zu internieren. Dieses Recht, so hatte die Begründung gelautet, hätte wiederum aus der „Kriegserklärung“ hergeleitet werden können, die im September 1939 vom Leiter der Jewish Agency, Chaim Weizmann, gegen Deutschland gerichtet worden sei. In Wahrheit hatte Weizmann die Juden aufgefordert, im Kriege sich fest an die Seite der Gegner Deutschlands zu stellen und für die Niederlage Hitlerdeutschlands zu kämpfen. Man musste nicht Historiker sein, um sich zu sagen: Wozu hätte der Mann sonst aufrufen sollen angesichts der Misshandlungen und Vertreibungen der deutschen Juden, angesichts der ruinierten Synagogen, der um Leben und Gesundheit gebrachten jüdischen Männer, die nach dem Pogrom in die Konzentrationslager geschleppt worden waren, um sie und ihre Angehörigen zu zwingen, aus Deutschland in panischer Angst unter Zurücklassung ihres Eigentums zu fliehen?

Diese Frage hat Broszat Nolte nicht einmal gestellt, sondern sich darauf konzentriert und beschränkt, ihm die gleichsam handwerkliche Unsauberkeit seines Argumentierens nachzuweisen. Wörtlich schrieb er: „Dass der Weltkongress der Zionisten, in dessen Namen und Auftrag Weizmann im September 1939 nur sprechen konnte, kein Völkerrechtssubjekt war und deshalb die von Weizmann übermittelte Botschaft des Kongresses niemals die völkerrechtliche Bedeutung und Qualität einer ‚Kriegserklärung‘ haben konnte, mag ein rechtsradikaler Publizist mit mangelnder Schulbildung übersehen, der Universitätsprofessor Nolte darf es nicht.“ Ein vorsätzlicher Apologet sei Nolte nicht, aber den Punkt objektiver Apologie habe er erreicht, lautete der Befund, dem Broszat hätte hinzufügen können, dass die These von der angeblichen „Kriegserklärung der Juden“ an Deutschland einen Eckstein in der judenhetzerischen Propaganda des Joseph Goebbels und des Julius Streicher dargestellt hatte.

Broszat war kein Mann der Keule oder auch nur des Säbels. Doch er stand nicht an, sich deutlich von der Frageweise Noltes zu distanzieren, und bestand darauf, dass auch schon die Formulierung von

Fragen sich wissenschaftlichen Kriterien zu unterwerfen habe. Das dümmliche „Man-wird-doch-mal-fragen-dürfen“ hatte für ihn im Bezirk der Wissenschaft keinen Platz. Und diese Haltung haben die offenen und versteckten Sympathisanten und Verteidiger Ernst Noltes lärmend als angebliches „Frageverbot“ denunziert, so als die Verfechter der Freiheit der Wissenschaften posierend.

Das führt zum Laudator zurück. Der hatte, damals Professor an der Universität Erlangen und im Streit vergleichsweise spät das Wort nehmend, in eben dieses Horn getutet. Er plädierte dafür, dass die „Interpretationsansätze“ Noltes „im Rahmen einer pluralistisch verstandenen Wissenschaft in einem demokratischen Staat möglich sein müssen“. Dazu passt ein freilich nicht gegen Möller gerichtetes Urteil, das lautet: „Manche Bekenntnisse zum pluralistischen Charakter der Wissenschaft und zum Ethos der Gelehrtenrepublik enthüllen sich für den, der die Dinge überblickt, als nur floskelhaftes Gerede.“

Der Satz stammt von Joachim Fest und auch aus dem „Historikerstreit“: Er ist erhellend, aber doch nicht zur Gänze. „Floskelhaftes Gerede“? Diese Bewertung erscheint als Beschönigung. Denn mit ihm verband sich noch stets die eine oder die andere Absicht. Den Rittern mit den Fahnen des Pluralismus ging es 1986 darum, Freiraum für Interpretationen der Geschichte zu gewinnen, die von jenem in der Bundesrepublik nur schwer gewonnenen Geschichtsbild wegführten, das Broszat „kritisch-aufklärerisch“ genannt hat. Pluralismus war nie die Parole, mit der diejenigen, die sie am meisten auf dem Schilde führten, für die Möglichkeiten derer stritten, deren Herangehensweise an die Geschichte sich in der Tradition eines Marx, Mehring oder Kautsky bewegt. Denn was hat auch Möller an Noltes Werken am meisten gelobt? Dass in ihnen die Geschichte aus dem Wirken von Ideologien erklärt wird. Eine besonders tiefsinnige Formulierung seiner Rede bietet seine Charakteristik des Verhältnisses des faschistischen Deutschlands zur Sowjetunion, das er als den „zunächst ideologischen“, seit 1941 auch materiellen „Krieg der beiden Ideologien“ bezeichnet. Der ideologische Krieg der Ideologien. Einprägsam liest sich das schon und es soll sich ja auch leicht merken lassen ...

Als Gradmesser der Leistung erscheint mithin, wie weit eine Interpretation den Faschismus aus dem Bereich realer und keineswegs nur und nicht in erster Linie ideologiebedingter Interessen herausgerückt hat. Mögen die Nachrichtensender stündlich die Börsenkurse melden, die Kunden von gelungenen und gescheiterten Fusionen von Konzernen einander jagen, mag der ökonomische und militärische Kampf um die Regionen mit Erdölfunden Tag für Tag geführt werden, als Hitler regierte, hat es nach dieser Sicht derlei Interessen nicht gegeben. Dass das behauptet wird, lässt sich wiederum letztlich aus Interessen erklären. Schwieriger erscheint hingegen die Erklärung dafür, warum und von wie vielen das geglaubt wird.

[Wohin also soll die Reise gehen? Politisch in die Freiräume für eine Interpretation der Geschichte des Faschismus, die ihn aller Bezüge zur kapitalistischen Gesellschaft entkleidet. Wissenschaftlich in einen Bezirk des Nachdenkens über soziale Zusammenhänge in Vergangenheit und Gegenwart, den man sich amputierter und ärmlicher kaum vorstellen kann. Verwunderlich ist an dieser Preisverleihung nicht die Institution, die sie vornahm, nicht die Wahl und die Zusage des Laudators, nicht die Person, die „es traf“. Verwundern könnte allenfalls, dass Ernst Nolte so nobel war, den Autoren den Text nicht zurückzugeben, den sie ihm auf die Verleihungsurkunde schrieben. Da steht nämlich, es sei sein Verdienst, dass er mit seinem Lebenswerk „das eingleisige Geschichtsdenken im zwanzigsten Jahrhundert überwand“. Dieses Ruhmesblatt hätte er, der doch um die unaufhebbare Vielgleisigkeit des Nachdenkens über und des Verfälschens von Geschichte weiß, sich von Lobschwätzern nicht anheften lassen sollen. Das ihm angedichtete Verdienst, heißt es dann weiter, habe „nicht nur der deutschen Geschichtsforschung und Geschichtsdeutung eine neue Freiheit erkämpft.“ Eben – und siehe oben – eine gewisse Freiheit.][1]

junge Welt, Donnerstag, 08.06.2000.

---

[1] Der Text in Klammern gehört zum Text, fehlt aber in der *jungen Welt*.

IG Auschwitz

Das hoch einträgliche Zusammenwirken von Wirtschaft und SS. Neue Quellenarbeit vorgestellt

Die Nachricht war am Tage nach diesem 14. Juni 1940, von dem uns 60 Jahre trennen, nicht in deutschen Zeitungen zu lesen. Auf annektiertem polnischem Gebiet, seinem zur Provinz Schlesien geschlagenen Teil, war ein weiteres Konzentrationslager in Funktion gesetzt worden. Seine Errichtung hatte der Höhere SS- und Polizeiführers Südost, Erich von dem Bach-Zelewski, mit Sitz in Breslau vorgeschlagen. Das Lager entstand in Auschwitz auf dem Gelände einer tristen Kaserne, die sich dort bereits befunden hatte, als die Kleinstadt noch zur KuK-Monarchie der Habsburger gehörte. Nach der Wiedergründung eines polnischen Staates diente der Gebäudekomplex einer Artillerieeinheit als Stützpunkt. Der nächste Hausherr wurde 1939 die Wehrmacht. Sie trat die Immobilie der SS ab, die schließlich in die Verfügung des Inspekteurs der Konzentrationslager geriet.

So begann Auschwitz, die von Polen und Juden und einer deutschen Minderheit bewohnten Stadt, eine neue Bedeutung zu erhalten. Nicht mit einem Schlage, aber über mehrere, zeitliche und funktionelle Stufen. Zunächst wurde das KZ für keinen anderen Zweck bestimmt als jenen, dem auch die Lager im „Alt-Reich“ vorwiegend zugeordnet waren. In ihnen wurden Gegner des faschistischen Regimes unter Umgehung jedes Gerichtsurteils inhaftiert. Im Unterschied zu den bisherigen Stätten des Terrors war diese für Polen bestimmt, konnten die Eroberer doch nicht damit rechnen, dass die in ihre Hände gefallenen „Fremdvölkischen“ sich widerstandslos unterwerfen würden.

An jenem 14. Juni kamen, wie die Auschwitz-Chronik von Danuta Czech verzeichnet, 728 Männer in das Lager und wurden, einsetzend mit der Nr. 31, als dessen Insassen bürokratisch erfaßt. Die ersten dreißig Nummern waren an zuvor aus dem KZ Sachsenhausen herbeigeschaffte deutsche Häftlinge vergeben worden, die dort wegen krimineller Delikte gefangen gewesen waren und geeignet schienen, der verlängerte Arm der deutschen KZ-Aufseher zu sein. Als solcher wirkten sie auch gegenüber den nun heran transportierten Polen. Diese waren im Generalgouvernement inhaftiert worden. Unter ihnen, meist jüngeren Männer, befanden sich solche, die nach Frankreich gelangen wollen, das zwar während des deutschen Angriffs gegen Polen keine militärische Initiative entwickelt hatte, nun aber die eigenen Streitkräfte auch durch Formationen von Polen verstärkte. Die Basis dafür bildeten Angehörigen der geschlagenen polnischen Armee, die sich der Gefangenschaft hatten entziehen und auf dem weiten Weg über Rumänien oder auf andere abenteuerliche Weise nach Frankreich gekommen waren. Andere diesen ersten polnischen Auschwitzhäftlinge befanden sich weiter Opfer der AB-Aktion (AB für Allgemeine Befriedung). Mit ihr war versucht worden, die gewünschte Friedhofsruhe dadurch herzustellen, dass als besonders gefährlich geltende, weil als Führer des Widerstands geeignete Polen liquidiert oder dauernd isoliert wurden.

Diese Anfänge des KZ Auschwitz, das alsbald unausgesetzt expandierte, dabei mehrfach seine Funktionen ausdehnte und zum Instrument gefächerter Interessen und Ziele wurde, sind überdeckt von der Bedeutung, die der um Auschwitz-Birkenau erweiterte Lagerkomplex 1942 gewann. Er wurde zur Vernichtungsstätte für die Juden aus so vielen Ländern Europas und dann auch von Sinti und Roma bestimmt. Dahinter blieben auch die Konturen von Auschwitz-Monowitz nur schwach erkennbar, das bei seiner Gründung 1942 ein Nebenlager darstellte, dann aber eine eigene Einheit im KZ-Imperium wurde. Dabei waren wesentliche Seiten von dessen Geschichte schon früh aufgeschlagen und entschlüsselt worden, zuerst durch Staatsanwälte und Richter der USA, die im Fall VI in Nürnberg gegen Manager der IG Farben AG verhandelten. Denn Auschwitz-Monowitz war ein KZ auf dem Gelände eben jenes Konzerns und bestimmt gewesen, Zwangsarbeiter für den Aufbau von Industrieanlagen bereitzustellen, in denen der Buna genannten synthetische Kautschuk hergestellt werden sollte, ohne den viele Räder von Heer und Luftwaffe nicht rollten.

Über das damals verfügbare Wissen haben Forschungen vieler hinausgeführt. Einen der jüngsten Beiträge dazu gab Florian Schmaltz in seiner Magisterarbeit „Die Entstehung des Konzentrationslager Auschwitz Monowitz, die Wolfgang Wippermann betreute. Dass der Autor am 13. Juni seine Forschungsresultate in der Berliner Gesellschaft für Faschismusforschung zur Diskussion stellte, war

nicht als besonderes Gedenken gedacht, zeugte aber neuerlich für jene nützliche Art des Erinnerns, die Vergangenheit durcharbeitet und auf die Entschlüsselung von Zusammenhängen, also auf Erkenntnisgewinn zielt. Die thematische Achse der Arbeit bilden die Vor- und Frühgeschichte der IG Auschwitz. Auf deren Spuren hat sich der Autor in vielen Archiven gesetzt, mit dem Instrumentarium und der Ausdauer des Historikers und zudem mit der Penibilität eines ermittelnden Staatsanwalts, der die Richter mit Fakten überzeugen und den Verteidigern keinen objektiven Einwand lassen will.

Die Arbeit setzt in dem Moment ein, da sich die Blicke führender IG-Manager, die den geeigneten Platz für den Bau eines Hydrierwerks suchten, auf die Umgebung der südwestpolnischen Stadt richteten. Sie geht dann der Entscheidung nach, dort mit dem Bau des vierten Buna-Werkes (nach Schkopau, Hüls und Ludwigshafen) zu beginnen. Sie schildert, wie es nach Verhandlungen mit den verschiedensten staatlichen Dienststellen zu Vereinbarungen über die Mobilisierung von Arbeitskräften kam. Diese besagten zum einen, dass polnische Arbeiter zunächst von der auf die „Germanisierung“ zielende Aussiedlung ausgenommen werden sollten, und legten zum anderen fest, dass als Bauarbeiter die SS tausende von KZ-Häftlingen bereitstellen werde. Bedeutete das erste einen zeitweiligen Stopp von Plänen der Okkupanten, so das zweite deren Beschleunigung. Der Ausbau des KZ Auschwitz erhielt durch die Nachbarschaft des projektierten Industriegiganten einen nachhaltigen Impuls. Diese Tatsache war bekannt, wurde aber nun durch eine Fülle von Fakten erhärtet. Sie zeigen, welche Rolle die Manager der IG Farben zunächst beim Ausbau von Auschwitz I spielten, dass sie sich aktiv in die Beschaffung des Baumaterials einschalteten, das notwendig war, um Unterkünfte für die künftigen Häftlinge zu schaffen. Die Arbeit rekonstruiert schließlich den Entschluss, ein separates KZ auf dem Werkgelände zu errichten. Es war das erste dieser Art und lieferte über seinen unmittelbaren Zweck hinaus Erfahrungen, die für weitere ähnliche Einrichtungen in anderen Großbetrieben verwertet werden sollten.

Schmaltz gibt ein Bild von der Zusammenarbeit zwischen den Größen der SS und denen des Chemieriesen seit deren ersten Kontakten. Für Legenden bleibt da wenig Raum. Vor allem nicht für jene, welche die IG-Manager als bloße von Politikern und Militärs vorangetriebene Helfer erscheinen lässt, die wider eigenen Willen handeln mussten. Überzeugend wird die These widerlegt, es sei die Gründung des KZ Monowitz eine Reaktion auf eine in Auschwitz-Birkenau ausgebrochene Epidemie gewesen, und nachgewiesen, dass Idee und Planung für dieses Lager von dem Interesse ausgingen, die Häftlingsarbeitskraft ungekürzt, also nicht durch Strapazen der An- und Abmärsche vermindert, nutzen zu können.*

Dicht auch die Zeugnisse vorwärtstreibender Initiative, derer, die das Staats- und Wehrmachtsinteresses ausbeutend den Fiskus für die Investitionskosten nach Kräften plünderten, am Kriege verdienten und nach dem Sieg in der „germanisierten“ Stadt eine Bastion für ihr Ausgreifen nach Osteuropa besitzen wollten. Unabweisbar die Dokumente, die belegen, wie strikt die SS auf allen Stufen den Befehl Hermann Görings befolgte, allen Wünschen der IG Farben nachzukommen, die sich auf die rascheste Errichtung des Werkes richteten. Ohne dass der Autor darüber viele Worte macht, die Darstellung lässt keinen Zweifel, dass „Auschwitz“ für die Manager, aber ebenso auch die herbeigelockten oder -kommandierten deutschen Facharbeiter so etwas wie ein offenes Buch war. Die Verantwortlichen waren nicht nur über die Behandlung der Häftlinge informiert waren, eingeschlossen die Ermordung der nicht mehr Brauchbaren. Sie schlugen beispielsweise vor, um die Arbeiten nicht zu stören, „Bestrafungen“ nicht sofort am Arbeitsort, sondern später im Lager vorzunehmen. Nicht widerstreitende, sondern gleichgerichtete Interessen bildeten und blieben das Fundament dieser für beide Seiten, die Wirtschafts- wie die SS-Führer hoch einträglichen Zusammenwirkens.

Die Arbeit von Florian Schmaltz liegt vor: FU Berlin, Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften, Friedrich-Meinecke-Institut.

junge Welt, Freitag, 16.06.2000.

---

* Bis zu dieser Stelle stimmt der Text mit dem in der jungen Welt, 16.06.2000, überein.

Verbrecher

NS-Gauleiter Forster

Danzig sei nicht das Objekt, um dessen Willen der Krieg gegen Polen begonnen werde, hatte der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht den Spitzen der Generalität unumwunden eröffnet, bevor er die Armeen und Luftflotten zum Überfall auf das Nachbarland befehligte. Zumindest diesen Auserwählten war am 1. September 1939 bewusst, dass die Rechtfertigung des Angriffs mit der These von der Rettung der in ihrer Existenz bedrohten Deutschen in Polen eine Zwecklüge war. Das hat sie nicht irritiert. Um Danzig ging es den Eroberern aber auch. Es wurde Anfang Oktober 1939 dem Deutschen Reich en passant einverleibt und zum Zentrum eines neuen „Reichsgaus“ gemacht: Danzig-Westpreußen. Dort, in einem überwiegend von Polen bewohnten, nun aber zur Germanisierung bestimmten Gebiet, residierte als Gauleiter und Reichsstatthalter Albert Forster, bis die sowjetische Armee seinem Terror- und Blutregiment 1945 ein Ende setzte.

Hitler hatte den aus Franken stammenden „alten Kämpfer“ bereits in die Hansestadt geschickt, als er noch nicht in die Wilhelmstraße eingezogen war. Die Mehrheit, welche die NSDAP nach 1933 in Danzig bei Wahlen erreichte, brachte ihre Führer gemeinsam mit den Deutschnationalen in die Stadtregierung. Schon lange vor der Einverleibung des Territoriums begann dessen zunehmende Gleichschaltung mit dem „Reich“, das Verbot der Betätigung von Kommunisten und Sozialdemokraten und die antijüdische Gesetzgebung eingeschlossen. 1937 räumten auch die Deutschnationalen das Feld und im Jahr darauf wurde die Zentrumspartei verboten, ohne dass sie auch nur einen verbalen Protest erhob.

Die „Größen“ der NSDAP aus dem „Reich“ gingen in der Stadt selbstherrlich aus und ein, als sie noch ein selbstständiges und vom hilf- und tatenlosen Völkerbund kontrolliertes Territorium war. Aggressiver Nationalismus und skrupelloses Anti-Polentum charakterisierten die in Danzig herrschenden Faschisten im besonderen Maße. Sie zogen und hinterließen seit dem September 1939 eine blutige Spur, vom Autor des hier anzuzeigenden Buches, das weit mehr als eine Forster-Biografie bietet, exakt nachgezeichnet. Eine Blindstelle der gut recherchierten Studie ist jedoch, dass sie sich auf die politischen Machtverhältnisse und staatlichen Strukturen konzentriert, soziale und wirtschaftliche Verhältnisse nur tangiert. Eher beiläufig erwähnt Dieter Schenk, dass Forster die Tochter „eines wohlhabenden Danziger Unternehmers“ ehelichte.

Dafür wendet er sich dankenswerterweise ausführlich dem Thema zu, wie sich die Justiz der Bundesrepublik den Tätern gegenüber verhielt. Seinen mit exakten Zahlen versehenen Befund fasst der ehemalige Kriminaldirektor in einem Wort zusammen: Schande. Keine Rede kann davon sein, es habe sich um Versäumnisse gehandelt. Schenk schildert die Folgen einer Komplizenschaft, die über das Ende des Naziregimes hinausreichte. Woher er allerdings die Falschinformation nahm, die einschlägigen Stellen der DDR hätten die Rechtshilfe bei Ermittlungen gegen Tatverdächtige verweigert, die zu Forsters Personal gehörten, bleibt rätselhaft.

Dieter Schenk: Hitlers Mann in Danzig. Gauleiter Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen. J. H. W. Dietz Verlag, Bonn 2000. 351 S., geb., 44,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 16. Juni 2000, S. 13.

„Unsere Jagdflieger“

Auch unter Scharping Vorbild für die Bundeswehr: Hitlers Held Mölders

Unter den Tausenden von Stadteinwohnern, die an die Straßenränder gelockt, beordert oder kommandiert waren, befanden sich auch die Kinder aus Breslauer Schulen. Wir standen an der Straße der SA, der nach Süden aus der Stadt herausführenden Magistrale, die der Zug mit der „sterblichen Hülle“ von Werner Mölders gemessen passierte. Die Kriegsbegeisterten unter uns warteten darauf, zum Kämpfen noch zurecht zu kommen. Der Sarg auf der Lafette irritierte sie nicht. Ein Held zu werden und als solcher in die Geschichte und in die Schulbücher einzugehen, war ihnen längst als Lebenserfüllung angepriesen worden. Bevor noch Mölders schoss und hochdekoriert und zum Idol wurde, war das schon in den Darstellungen über die Anfänge der Kriegsfliegerei geschehen. Von Richthofen, Immelmann, Boelcke und ihresgleichen waren die Hauptheldenverlogener Schilderungen aus fremder oder eigener Feder. Die groteskeste erzählte von einem Luftkampf, der mit dem Abschuss eines jener abenteuerlichen Ungetüme endete, in dem der deutsche Pilot, sich aufrichtend und militärisch seinen Gegner grüßend, erdwärts gestürzt und von da nach Walhalla aufgefahren war.

Das setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Kriegsliteratur der Bundesrepublik ungebrochen fort. „Ritterlichkeit ist eine unabdingbare Eigenschaft des Jagdfliegers.“ Er kämpfe, auf welcher Seite auch immer, ohne jeglichen Hass und „im Glauben an das Recht“, das sind Textstellen aus dem einschlägigen Buchangebot. Luftkämpfe zwischen Jagdfliegern blieben der Traditionslinie mittelalterlicher Ritterspiele eingeordnet. Die sie führten, wurden als „Ritter der Luft“ bezeichnet. Ein „Fliegerass“ Hitlers beschrieb seine Erinnerungen an die Begegnung, die er mitten im Kriege in Frankreich mit einem abgeschossenen britischen Flieger hatte. Der nahm am Krieg gegen Deutschland teil, obwohl ihm nach einem Unfall beide Beine hatten amputiert werden müssen. Nobel sei es bei diesem Treffen im Jahre 1941 zugegangen. Keiner hatte irgendetwas gegen den anderen. Es waren die Verhältnisse, die sie zu Feinden gemacht hatten. Eigentlich hätte man in einer Staffel fliegen und schießen können. Das wurde zu Zeiten gedruckt, als sich das neue Militärbündnis schon anbahnte, dessen aus Flugzeugen mordendes Personal jüngst in Jugoslawien eine Probe seines Könnens gab.

Nun also findet ein sozialdemokratischer Minister nichts daran auszusetzen, dass kriegerische Unternehmen völlig aus ihren Zusammenhängen herausgelöst werden, dass nach Recht, Sinn, Zwecken und Zielen nicht gefragt und Mölders in Kasernen der Bundeswehr weiter geehrt wird. Die von technischem Können, Wagemut, Unerschrockenheit, Todesverachtung, nicht zuletzt von Ruhmsucht zeugende Kriegstat an sich. Das Vorbild für alle Zeit. Diese Ausblendung begann, kaum dass nach dem Zweiten Weltkrieg ein Jahrzehnt vergangen war und nicht nur auf dem Buchmarkt. Ein denkwürdiger Meilenstein auf diesem Wege war der unsägliche Beschluss des Deutschen Bundestages, es dürften die Kriegsorden dieses Eroberungs- und Vernichtungskrieges wieder getragen werden, wenn aus ihnen nur das Hakenkreuz entfernt würde. Als könnte der Verzicht auf ein Zeichen einen Deut am verbrecherischen Charakter dieses Krieges ändern, den er von seinem ersten Kriegstag an besaß. Dabei war erst kürzlich in einem Berliner Blatt wieder zu lesen, es hätten die Deutschen von zu vernachlässigenden Ausnahmen abgesehen ein kritisches Verhältnis zu Faschismus und Krieg und zu ihrer oder ihrer Vorväter Rolle mittendrin gewonnen und gäben anderen Völkern auch in diesem Punkte ein Vorbild. Dann wäre der Minister, der das Verteidigung benannte Ressort leitet, eine Ausnahme?

junge Welt, Sonnabend, 01.07.2000.

Die Ahndung von NS-Verbrechen in der DDR

In Amsterdam entsteht eine bemerkenswerte Edition

An der Universität Amsterdam steht eine wissenschaftliche Arbeit vor ihrem Abschluss, deren Veröffentlichung über ihren unmittelbaren Gegenstand hinaus alle Aussicht hat, in der Erforschung der Geschichte der DDR einen besonderen Platz einzunehmen und weiteren Unternehmen Maßstäbe zu setzen. Sie besitzt eine lange Vorgeschichte. Schon Ende der 60er Jahre hatte der Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht C. F. Rüter versucht, die von ihm und seinen Mitarbeitern unternommene Erfassung der Strafurteile wegen NS-Verbrechen, die von der Justiz in der BRD gesprochen worden waren, mit denen in der DDR in Vergleich zu setzen. Der Gedanke stieß jedoch, wie sich Rüter erinnert, bei deren Behörden „auf wenig Gegenliebe“. Eine Veröffentlichung gemeinsam mit den westdeutschen Verfahren war wohl unerwünscht. So kam das Unternehmen erst nach dem 3. Oktober 1990 auf den Weg.

Der bereits seit längerem vorliegenden mehrbändigen Darstellung über „Die westdeutschen Strafverfahren wegen NS-Tötungsverbrechen“ folgen nun also die entsprechenden Untersuchungen zur DDR-Justiz. Nach einer Kärrnerarbeit im Archivgut des untergegangenen Staates konnten 870 Gerichtsverfahren festgestellt werden, in deren Verlauf 1568 Personen angeklagt wurden und 1605 Entscheidungen ergingen. Dabei handelt es sich – wie im Falle Bundesrepublik – ausschließlich um Prozesse, in denen die Anklage auf Tötungsverbrechen lautete, eine Kategorie, die im konkreten Falle Mord und Totschlag, aber auch „Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Rechtsbeugung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (insbesondere Denunziation) einbegreift, soweit dadurch der Tod eines Menschen verursacht wurde oder zumindest versucht worden ist, seinen Tod herbeizuführen“.

Der erreichte Stand der Arbeiten – die ergangenen Urteile sind zu 90 Prozent ausgewertet – erlaubte Rüter erste Verallgemeinerungen und einen Vergleich des Vorgehens der Justizorgane in den beiden deutschen Staaten. Dies ist von aktueller Bedeutung schon allein wegen der Versuche, die Delegitimierung des ostdeutschen Staates auch auf die These zu stützen, es habe in der DDR nur eine von Politikern kommandierte, aber keine nach eigenem und internationalem Recht urteilende Justiz gegeben. Zudem wurde der Eindruck erweckt, es hätte in der DDR um die Ahndung der NS-Verbrechen nicht anders gestanden als in der Bonner Republik. Dieses Zerrbild haben sich beflissen vereinzelt auch Forscher außerhalb der deutschen Grenzen zu eigen gemacht. Davon zeugt ein Blick in die Arbeiten eines polnischen Soziologen, der sich jüngst wieder mit der Strafverfolgung der SS-Täter im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz befasste und dabei indizienlos orakelt, erst Blicke in die Akten der Geheimdienste würden Aufschluss darüber geben, wie viele Angehörige der Auschwitzer SS-Besatzung in der DDR „ungestört wohnen und leben konnten“.

Rüter hält sich an die Fakten und bei deren Bewertung zurück, wo sie erst vorläufige Befunde erlauben. Jedoch habe ihn die Tatsache, dass 20 Prozent der vor Gerichten der DDR Angeklagten unbestraft blieben und eine erhebliche Zahl von Gerichtsurteilen von den nächst höheren Gerichten aufgehoben worden sind, zu „einigen Zweifeln“ an der – in Umlauf gesetzten – Version geführt, die ostdeutsche Rechtsprechung sei „vor allem die justizförmige Absegnung außerhalb der Justiz getroffener Entscheidungen“ gewesen. Von dieser Einschätzung sind indes die „Waldheim-Verfahren“ ausgenommen, die wegen ihrer außerordentlichen Stellung in der Publikation auch eine besondere Darstellung und Analyse erfahren.

Die Angaben, die inzwischen über die Angeklagten, deren Zugehörigkeit zu Dienststellen der faschistischen Machtapparate, über Opfer, Tatkomplexe, Tatländer und Tatorte vorliegen, belegen den großen Anteil von DDR-Juristen an der Ahndung dieser Verbrechen. Dabei zeigt ein Vergleich mit dem Vorgehen der westdeutschen Justiz Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten, aber auch gravierende Unterschiede: Während die Mehrzahl der ostdeutschen Verfahren bereits unmittelbar nach Kriegsende stattfand, wurde die Justiz in Westdeutschland erst später mobil. Die Justiz in beiden Staaten befasste sich im Zeitraum bis 1960 vornehmlich mit in Deutschland gegen Deutsche begangenen Straftaten, wobei die Ahndung von Verbrechen an jüdischen Opfern relativ selten war. In der DDR wurden in den ersten anderthalb Jahrzehnten nach Beendigung des Krieges vor allem Personen angeklagt, die

sich als Denunzianten zu Helfern des Terrorapparates gemacht hatten. Demgegenüber befassten sich die BRD-Gerichte vorzugsweise mit Untaten, die als „Verbrechen der Endphase des Krieges“ bezeichnet werden, also beispielsweise mit den Morden an jenen Deutschen, die nicht länger für „Führer, Volk und Vaterland“ sterben wollten.

Erhebliche Abweichungen zeigt auch die Analyse der verhandelten Tatkomplexe und die Zusammensetzung der Opfer der belangten Täter. In der DDR wurden bis 1960 mehr Delikte verhandelt und abgeurteilt, die sich gegen Zivilisten gerichtet hatten, denn sie vor allem waren an Denunzianten geraten. Nach 1960 aber war hier die Zahl der verfolgten Verbrechen der Wehrmacht größer als in der BRD, wobei es sich vornehmlich um solche handelte, die im Krieg gegen die UdSSR und dort im Kampf gegen die Partisanen begangen worden waren. Drastisch höher ist auch die Zahl der ostdeutschen Verfahren zur Ahndung von Verbrechen, die an Kriegsgefangenen und Widerstandskämpfern verübt wurden.

In einem wesentlichen Punkte wird die Dokumentation zur DDR-Justiz über jene hinausgehen, welche die einschlägigen Urteile der BRD erfasste. Diesmal wurden auch die Verfahren einbezogen, die Verbrechen betrafen, die vor dem 1. September 1939 geschahen. Erfasst sind Daten aus 103 Prozessen, bei denen 336 Personen angeklagt wurden, in erster Linie wegen Untaten, die sich in der offen terroristischen Etablierungsphase des Naziregimes ereigneten.

Schließlich haben die Forscher um Rüter auch jene Rehabilitierungsverfahren aufgenommen, die nach der deutschen Vereinigung in Gang kamen, als Verurteilte oder deren Nachkommen berechtigt wurden, Anträge zur Überprüfung und Aufhebung der Urteile zu stellen. Das geschah in nicht mehr als sechs Prozent aller Fälle. Wenngleich davon ausgegangen werden kann, dass solches Verlangen nur dann erhoben wurden, wenn sich ein Erfolg denken ließ, hat auch die Tätigkeit der Gerichte nach 1991 keineswegs zu einer „Entlarvung“ der DDR-Justiz geführt. In 42 Prozent selbst dieser Fälle wurden die Anträge auf Rehabilitierung vollständig abgewiesen. Weitere 29 Prozent der ergangenen Urteile wurden nur im Hinblick auf die erfolgte Einziehung des Vermögens korrigiert, im Übrigen aber aufrechterhalten. Für weitere zehn Prozent erfolgte eine Reduzierung der Strafe. Über das verbleibende knappe Fünftel der DDR-Urteile, die für „rechtsstaatswidrig“ erklärt oder durch Freisprüche ersetzt wurden, wäre nicht unter dem Thema „Justizwillkür“ zu reden, sondern u. a. mit dem Blick auf die in Ost und West unterschiedlich erfolgte Bewertung der Tötung von Zivilisten im Partisanenkampf. Da folgte die westdeutsche Rechtsprechung, wie inzwischen an Hand von deren früheren Urteilen nachgewiesen worden ist, den Klagen der Nazigenerale über den „grausamen“, „brutalen“, „hinterhältigen“ Kampf der Partisanen, die das einträchtige Verhältnis von deutschen Soldaten und Einheimischen gestört hätten.

Bei einer Durchsicht fällt auf, dass von den 97 in der DDR zwischen 1956 und 1990 wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verkündeten Entscheidungen nur das Urteil gegen den BRD-Minister Theodor Oberländer mit der aus zwei Sätzen bestehenden Begründung aufgehoben wurde, das Abwesenheitsurteil sei gesetzwidrig. In einem weiteren Fall ist ein 1973 vom Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt verkündetes und vollstrecktes Todesurteil auf lebenslängliche Haft ermäßigt worden.

Das Amsterdamer Unternehmen hebt sich ab von jener Flut von Publikationen über die DDR, deren Ausgangspunkt aus politischem Interesse geborene Klischees bilden. Gegeben werden hier hingegen eine solide Bestandsaufnahme und Bewertung von Vorgängen in den beiden deutschen Staaten, die stärker als zwei beliebige andere europäische Länder in ihrer Geschichte „aufeinander bezogen“ waren.

Weitere Informationen im Internet unter htp://www.jur.uva.nl/junsv sowie unter junsv@jur.uva.nl. Eine Übersicht über die erschienenen 22 Bände zur BRD gibt „Die westdeutschen Strafverfahren wegen NS-Tötungsverbrechen“, APA-Holland University Press und K. G. Saur Verlag, 1998.

Neues Deutschland, Freitag, 8./9. Juli 2000, S. 15.

Lektion in Völkerrecht

Deutschland im Spiegel zweier Vorschläge für Lehrstühle an seinen Universitäten

In kurzem Abstand sind zuletzt zwei Vorschläge unterbreitet worden, die nach der Neueinrichtung von Lehrstühlen an deutschen Universitäten verlangen. Das wäre besonderer Betrachtung nicht wert, gehören Neugründungen, Umstrukturierungen und Umbenennungen an den Hochschulen doch nahezu zum Alltag. Fortschritte in der Wissenschaft und Forderungen aus gesellschaftlichen Praxisfeldern machen sie, wenn schon nicht notwendig, so doch ratsam. In beiden hier vorliegenden Fällen haben wir es mit anderen Motiven zu tun, und die lohnen einen Moment des Nachdenkens.

Die „Landsmannschaft Schlesien“ hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsförderung dazu angeregt, einen Lehrstuhl für die Erforschung der Vertreibung zu schaffen. Damit ist selbstredend die Vertreibung von Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße gemeint, die einst zum „Großdeutschen Reich“ gehörten. Dies teilte ein Blättchen mit, dessen Artikel vorzugsweise der früheren niederschlesischen Gauhauptstadt Breslau gelten und da wieder allem, was aus deren Geschichte der nationalen Erbauung zu dienen vermag. So jüngst die Mitteilung, dass in der einstigen Hofkirche der Stadt eine Tafel wiederentdeckt und endlich restauriert worden sei, die an die deutschen Kriegstoten des Ersten Weltkrieges mit einer Inschrift erinnert, die besagt, sie seien für das Vaterland und „für uns gefallen“. Diese Art Erinnerung an die Schlachten, die in imperialistischem Interesse geschlagen wurden, lässt sich zunehmend rechts und links der Oder antreffen. Als nahe Niesky im vergangenen Jahr ein einschlägiges Denkmal eingeweiht wurde, spielte die Blaskapelle des Oberlausitzkreises „Ich hatt’ einen Kameraden“. Die bundesrepublikanischen Neubürger haben sie also wieder, die Kameraden, die einmal die „besten Soldaten“ waren. Nur eben die Ländereien nicht, die als Folge ihres Schießens, Zertrümmerns und Mordens verlorengingen.

Von den Verursachern dessen ist die Rede in besagtem Blättchen nicht. Und auch nicht vom Hergang der Vertreibung in der Stadt, die heute Wrocław heißt. Diese besorgten, wenn von der übergroßen Mehrheit ihrer Einwohner, von mehr als drei Vierteln, die Rede ist, die Nazibonzen in der letzten Januardekade des Jahres 1945. Sie liefen treppauf und treppab, um den Breslauern Beine zu machen, und sie hatten damit wenig Mühe. Die Angst vor dem Kriege, die Ahnung, dass Richter und Rächer nahten, die Furcht vor dem „Bolschewismus“, der ihnen seit 1917 als mörderisches Gespenst auf Plakate gemalt worden war, ließ die Stadtbewohner ein paar Sachen packen, ließ die einen sich mit Schlitten auf den ungewissen Weg in bittere Kälte machen, die anderen zu den Bahnhöfen drängen. So begann die Vertreibung zum Zwecke, die Stadt in eine „Festung“ verwandeln und den Krieg bis „fünf Minuten nach zwölf“ weiterführen zu können. Denn wären die Leute geblieben, wo sie waren, hätte es weder ausreichend Schussfeld noch genügend Lebensmittel gegeben, das aussichtslose Schießen und Sterben bis in die ersten Maitage fortzusetzen.

Davon soll am Lehrstuhl genauso wenig gesprochen werden wie das sonst der Fall ist, wenn in Deutschland das Wort „Vertreibung“ fällt, denn es müsste dann von der Dumpfheit und Stumpfheit des Weitermachens und jener – wäre das nicht eine Beleidigung für das Tier, ließe sich sagen: hündischen – Gefolgstreue gehandelt werden, die den Krieg erst am 8. Mai 1945 zu Ende gehen ließ und die so viel Stoff für heutiges Nachdenken liefert. Wovon also soll die Rede sein? Von der Vertreibung, die ihrem Umfang nach vor jener zu nennen wäre, die bei der „Teilung Indiens“ geschehen sei (immer geschieht hierzulande das Größte) und vom „Holocaust an den Deutschen“, eine Formulierung, für die sich Gesetzgeber und Staatsanwälte interessieren könnten, denn sie gehört zu den engen Verwandten der Auschwitz-Lüge.

Keine Frage, dass die „Berufsschlesier“ mit ihrem Ansinnen nach Bayern schielen, doch wäre ihnen, gäbe es dort eine einschlägige Anstalt, natürlich auch Niesky oder Frankfurt recht. Das brandenburgische, nicht das hessische.

In Frankfurt am Main wird dagegen bereits über die Einrichtung eines Lehrstuhls gesprochen, dessen Gegenstand die Erforschung des Massenmords an den europäischen Juden sein soll, und – wie zu lesen war – bereits über dessen personelle Besetzung gestritten. Diese Arbeit ist seit den außerhalb

Deutschlands geleisteten Pionierarbeiten Gerald Reitlingers und Raul Hilbergs auch durch Beiträge deutscher Forscher weit vorangeschritten und erhielt noch einmal einen starken Impuls, als es möglich wurde, Archive in Russland und in anderen Nachfolgestaaten der UdSSR zu benutzen, die bis dahin verschlossen gewesen waren. Kein Thema, das die Untaten der deutschen Faschisten und ihrer Büttel betrifft, wurde in einer internationalen Gemeinschaft oder doch in grenzüberschreitender Wahrnehmung so gründlich erforscht wie das „Holocaust“ genannte Verbrechen. Dass daran Forscher und Hochschullehrer an vielen deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen beteiligt waren, kann wegen der Anregungen für deren Studenten und dem Wirken in den jeweiligen Regionen nur als ein Gewinn angesehen werden.

Nun also – so der Vorschlag – soll in Verbindung mit dem Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt am Main ein besonderer Lehrstuhl geschaffen werden. Und das lässt mit dem Blick auf das Geleistete und anderswo auf den Weg Gebrachte fragen, inwiefern er die Wissenschaftslandschaft sinnvoll ergänzen könnte. Zum einen dürfte der Lehrstuhl gedanklich nicht so eng konzipiert werden wie das Denkmal, das in Berlins Zentrum entsteht. Zum anderen müsste er sich in einem besonderen Grad zum Ziel setzen, deutsche Politiker zu beraten, die keine Gelegenheit auslassen, durch die Absonderung unverbindlicher Phrasen zum Widerstand gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenhass und Ausländermord aufzurufen, anstatt einen Plan zur Mobilisierung der anständigen und aktionsbereiten Minderheit im Land vorzulegen und ihn ins Werk zu setzen. Vor allem aber wären Name, Wirken und Hinterlassenschaft des Juristen Fritz Bauer eine Fundgrube für ein Konzept, das auf eingreifende Wissenschaft zielt. Bevor noch der faschistische Mächteblock besiegt war, schrieb der spätere hessische Generalstaatsanwalt 1944 im schwedischen Exil: „Das deutsche Volk braucht eine Lektion in Völkerrecht.“ Denn es „weiß kaum, was Völkerrecht ist. Wir, die an deutschen Gymnasien und Universitäten aufgewachsen sind, haben immer gehört, der Zweck heilige die Mittel, sobald es um’s Vaterland geht.“

junge Welt, Mittwoch, 02.08.2000.

Geschichtsvermittlung im Schongang

In Ingolstadt liegen nicht nur die Anfänge der Stadt im schriftlichen Dunkel

Die Stadt an der Donau hat soeben ihr 750jähriges Bestehen mit ein paar besonders festlichen Tagen begangen. Wie andere vor ihr ließ sie sich die Erinnerung an Vergangenes und die Unterhaltung ihrer vielen Gäste etwas kosten. Über Relikte aus verflossenen Zeiten kam kaum Verlegenheit auf, wenn auch, wie es in einem Reklametext merkwürdig heißt, „Ingolstadts Anfänge im schriftlichen Dunkel“ liegen.

Hier gab es dereinst eine der ältesten Universitäten in deutschen Landen, die freilich früh weiterzog, zuerst nach Landshut und dann nach München. Hier war, bis zum Aussterben der blaublütigen Linie, der Stammsitz eines Herrschaftsgeschlecht. Danach wurde Ingolstadt ein Teil von „Neubayern“. Freilich: Mit dem Namen der Stadt verbindet sich vor allem ihre Vergangenheit als Festungs- und Garnisonsstadt. In ihren Mauern verstarb der Haudegen Bayerns und des Kaisers Johann, Serclaes Graf von Tilly dreiundsiebzigjährig, nachdem er vierzehn Tage zuvor bei Rain am Lech schwer verwundet worden war. Napoleon hat die Festungswerke dann schleifen, die Bayern sich das auf Dauer jedoch nicht antun lassen. Bald gingen sie daran, modernere zu bauen und scheuten keine Kosten.

Die Herstellung von Pulver und allerlei Kriegsgerät blieb in der Stadt zu Hause, die unter ihren im Jahr 1900 gezählten 22.207 Einwohnern „3141 Evangelische und 99 Israeliten“ hatte. Das war zu Zeiten, da von Amts wegen nach der Religion, nicht nach der „Rasse“ gefragt wurde. Von letzteren, den Bayern jüdischer Herkunft, gleichgültig, ob sie es mit dem alten oder dem neuen Testament oder – immerhin möglich – auch mit Marx hielten, erzählt ein Teil der zum Jubiläum geschaffenen (und noch bis zum 3. September 2000 zu sehenden) Ausstellung des Stadtmuseums unter dem Titel „Geschichten und Gesichter“. Sie zeigt vor allem Photographien: Zeitgenössische aus privaten und öffentlichen Beständen sowie aktuelle Aufnahmen, die eine Wiener Photographin von Juden, die aus Ingolstadt vertrieben wurden, oder deren Nachfahren machte. Dazu musste sie weit herumreisen: Nach Israel, in die USA, nach Großbritannien und gar bis nach Argentinien. Wer auf diese Bilder schaut, der wird die Andere oder den Anderen nicht entdecken. Das mag in einem Lande für sich schon wichtig sein, in dem Juden für viele noch immer oder wieder vor allem „die Anderen“ sind.

Freilich wird dem Besucher gedanklich nicht weitergeholfen, gelinde gesagt. Nimmt er den Wegweiser durch die Räume in die Hand, stößt er auf Formulierungen, die aus einem Gemisch von Unbeholfenheit, Unverstand und Schönfärberei bestehen. Alles ist angepasst an eine Geschichtsbetrachtung, die tieferes Nachdenken nicht befördert, Aufregung nicht erzeugen soll. Es ginge nicht um „eine endgültige Darstellung des Geschehens“, wird überflüssigerweise mitgeteilt, denn wann wäre Geschichte je endgültig dargestellt worden. Dass von Tätern nur mit der allgemeinen Bemerkung die Rede ist, es seien Juden von ihren eigenen Kameraden aus dem Ersten Weltkrieg ermordet oder vertrieben worden, verdeckt kaum den offenkundigen Unwillen, im Stadtmuseum wirklich von Handelnden zu berichten, die in dieser Stadt gelebt haben. Stattdessen: Die Juden „wurden ihres Vaterlandes beraubt“ und die „Anfeindung“, der sie sich ausgesetzt sahen, steigerte sich „zur organisierten Unmenschlichkeit“. Über die jüdischen Ingolstädter „bricht ein Übermaß an Leiden“ herein.

Schließlich erhält das Geschehene die Bezeichnung „diese Katastrophe“. Geschichtsvermittlung im Schongang. Der abschließende Kommentar trägt die alles und nichts versöhnende Überschrift „Das Leben geht weiter“ und wählt die Perspektive „60 Jahre nach der Großen Katastrophe“. Er entlässt den Betrachter mit der Frage, ob es denn Gerechtigkeit geben werde und zweiteilt sie sogleich: Für die Opfer? Für die Täter? Letzteres meint die Ungenannten, die Unabgebildeten, die aus dem Gedächtnis Geratenen.

Was den Juden als stärkster Beweis ihrer Zugehörigkeit zur übergroßen nichtjüdischen Mehrheit von Ingolstädtern vieler Generationen angerechnet wird, ist aber, dass es jedem kriegsfähigen Manne selbstverständlich war, „dass man sein Vaterland Schulter an Schulter mit allen anderen verteidigte.“ Und damit es sich einprägt: „Viele haben ihrem deutschen Vaterland im 1. Weltkrieg wie jeder andere Deutsche gedient“. Darüber kann man sich in der einstigen „Militärstadt“ nicht genug freuen, und so heißt es übertreibend denn auch, „durch die Jahrhunderte hindurch“ hätten viele Juden in den Armeen

der deutschen Staaten gedient. Freilich, der Zusatz lag nahe: Nicht in „Altbayern“, waren sie da doch wie andernorts in deutschen Staaten lange nicht geduldet, rund gerechnet 350 Jahre lang.

Heute birgt die Stadt auch das Bayerische Armee Museum und das ist eine Kostbarkeit für sich. Ingolstadt war nicht dessen ursprünglicher Standort. Dazu wurde es erst, nachdem im Zweiten Weltkrieg das Gebäude in München zerstört worden war, das die Sammlung zuvor beherbergte. Auf die Dauer wollte sich der Freistaat auch auf diesem Terrain nicht unhistorisch zeigen, und so wurde das Museum 1972 im Schloss und in der Reduit Tilly neu eröffnet. Feierlich, versteht sich. Denn, so rühmen die Veranstalter, es handelt sich immerhin um das „älteste und bedeutendste militärgeschichtliche Museum in Deutschland“. Dort lässt sich also besichtigten, was an Mordwerkzeugen im eigenen und in fremden Ländern seit dem Ende des 14. Jahrhunderts hergestellt und meist auch benutzt wurde. Und wer vom Sehen nicht genug hat, kann beim Hinein- oder Herausgehen sich eine ganze Sammlung von neuerer Kriegstechnik verherrlichender Literatur zusammenkaufen. Nur die herabgesetzten Preise könnten daran erfreuen, wären sie ein verlässliches Zeichen für Ladenhüter oder Verfallszeiten.

Den – richtig verstanden – Höhepunkt dieser Sammlung bildet der abschließende Teil, dessen Gegenstand die Geschichte des Ersten Weltkrieges ausmacht. Er werde, 33 Räume beanspruchend, in „einer in Deutschland einzigartigen Ausführlichkeit dargestellt“, sagt die Werbebroschüre. Die Wiedergabe bunter Schlachtengemälde lockt zusätzlich. „Panzerbekämpfung durch bayerische Jagdflieger 1918“ steht unter einem der abgebildeten Schinken, der zeigt, wie es die tapferen Vorfahren dem Erbfeind in seinen stählernen Ungetümen von oben herab tüchtig gegeben haben. Die Texte, mit denen Vorgeschichte und Verlauf des Krieges beschrieben werden, lassen nicht einen Anhauch kritischen Geschichtsverständnisses spüren. Wie die Deutschen in diesen Krieg gerieten? Wer sie hineinführte? Die Antwort liest sich so: „In relativ kurzer Zeit vollzog sich die ‚Einkreisung‘ der Mittelmächte durch die Entente. Das Deutsche Reich musste erkennen, dass es nur noch in Österreich-Ungarn einen zuverlässigen Verbündeten besaß.“

Kriegsursache? Kriegsziele? Fehlanzeige: „Der Mord in Sarajewo löste 1914 eine Krise aus, die mit politischen Mitteln nicht mehr eingedämmt werden konnte und in den Krieg führte.“ Die Herrschenden in Berlin waren offenkundig abgetreten und hatten die Führung des Deutschen Reiches bis auf weiteres der „Krise“ überlassen. Vordem wollte die Staatsführung mit politischen Mitteln, so wird suggeriert, den Frieden behaupten, aber die waren dann eben erschöpft. Das erinnert an die Kriegsrechtfertigungspropaganda der NATO, als sie gegen Jugoslawien losbombte. Doch während in diesem Fall das Lügengebäude bald zum Einsturz gebracht wurde, vermochten sich die Ingolstädter Stadthistoriker noch 75 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges von einem seiner Vorbilder nicht zu lösen. Als hätte es Fritz Fischer, sein Buch „Griff nach der Weltmacht“ und den (ersten) Historikerstreit in der Bundesrepublik nie gegeben.

Beruhigt kann der Wissbegierige den Werbetext aus der Hand legen und Gewiss sein, dass er und die von ihm gewählten Politiker den Krieg, dessen ferner Zeuge er eben wurde, nicht zu verantworten haben. Schuld tragen letztlich die toten Architekten der Nachkriegsordnung des Ersten Weltkrieges: Dass dieser „noch bis in die Gegenwart wirkt, zeigen die jüngsten Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien, welches diesem Krieg sein Entstehen verdankte.“ Wäre der verdammte Balkanstaat damals nicht geschaffen worden, hätten wir und „unsere Jungs“ usw. – den Rest kann sich jeder denken.

junge Welt, Montag, 07.08.2000.

Gruselstunde

„Hitlers Krieg im Osten“ – eine BBC-Dokumentation

Aufsehenerregendes Archivmaterial, Augenzeugen, die ohne Zensur reden, spektakuläres Fotomaterial, erste Farbaufnahmen – das ist das übliche Geschrei, das um Bild-Text-Bände über die Geschichte des Zweiten Weltkrieges gemacht wird. Was ist die „Wolle“, die ein weiteres Buch und ein darauf fußender Film zu bieten haben, die den Krieg gegen die Sowjetunion schon im Titel zum Krieg eines Mannes machen? (Im britischen Original lautet entgegen der Verdeutschung à la Knopp: War of the Century.)

Im Reklametext heißt es, man wisse verhältnismäßig wenig über den „zentralen Schauplatz“ dieses Krieges. Wer aber ist: man? Im Vorwort konkretisiert der britische Historiker Jan Kershaw, gemeint sei der „Westen“. Die „Lücke“ könne nun geschlossen werden. Hier ist nicht Platz, sich zu dem im Kern unbezweifelbaren Befund kritisch und differenzierend zu äußern. Nur warum findet ihn Kershaw erstaunlich? Während die Bundesbürger Anfang der fünfziger Jahre in den US-amerikanischen Spielfilm „Der Wüstenfuchs“ rannten, sich die Abenteuer unter dem Befehl des Generalfeldmarchalls Erwin Rommel anzusehen, für die sie sich schon als Reichsbürger erwärmt hatten, ließ der Generalinspekteur der Bundeswehr ein Jahrzehnt später eine abendliche Alarmübung ansetzen, als im westdeutschen Fernsehen ein Film über die Stalingrader Schlacht gezeigt wurde, weil der nicht in die Vorstellungen der Militärführer über das Verhalten der Soldaten in einem künftigen Krieg passte. Auch in der Bundeswehr sei in aussichtsloser Lage weiter zu kämpfen, besagte eine Instruktion ...

Vor dem Hintergrund fauler Ausreden, die sich in noch immer aufgelegten Memoiren von Wehrmachtsgeneralen lesen lassen, mag ein Gewinn sein, dass Laurence Rees einräumt, diesen Krieg hätten doch auch ein paar dieser Generale gewollt, vorbereitet und für gewinnbar gehalten, dass nicht die SS allein für den kriminellen Charakter der Kriegführung und Besatzungsherrschaft verantwortlich sei, dass der „Kommissar-Befehl“ von der Mehrheit der deutschen Divisionen durchgeführt wurde, dass das Terrorisieren und Ausmorden von vielen skrupellos mitgetragen und praktiziert wurde und dass die These vom Präventivkrieg verlogen ist. (Doch wird letzteres nur auf ihre grobschlächtige Form bezogen, die behauptet, Hitler sei Stalin aktuell zuvorgekommen. Dass der „Führer“ mit seiner Annahme Recht hatte, Stalin könnte sich später auf Gegners Seite doch am Kriege beteiligen, wurde westdeutschen Publikationen seit langem vertreten, die nahelegten, sich doch auch ein wenig in die Sorgen Hitlers hineinzudenken.)

In das Reich der „höheren Mathematik“ gehören derlei Einsichten nicht. Und sie werden im Film noch einmal reduziert. Die Texte sind tendenziös verknappt. Werden im Buch die enormen Verluste der Deutschen schon während ihres Vordringens erwähnt, wird im Film vor allem von der schlechten Bewaffnung der sowjetischen Soldaten gesprochen und der Eindruck einer Führung erweckt, die statt Rückzugsbefehle zu erteilen, Menschen gnadenlos in Kämpfe hetzte. Die Frage, welche Alternative ihr in verzweifelter, teils selbstverschuldeter Lage blieb, bleibt ungestellt. Eigentlich, so die Grundaussage, kämpften zwei „Reiche des Bösen“ gegeneinander. Was als Aufklärung daherkommt, dient der Vertiefung eines primitiven Antikommunismus. Und den alten Herren, die ihn einst unter dem Hakenkreuz schießend und mordend praktizierten, die sich – zum wievielten Male – vor Filmkameras spreizen, wird unwidersprochen erlaubt, sich als Überzeugungstäter hinzustellen, die natürlich geglaubt hatten, dass der „Bolschewismus“ und das „Judentum“ die Welt bedrohten, und also im Bewusstsein einer Tat für die Welt „antraten“. Nur eine Bemerkung („Wir haben wenig nachgedacht“) lässt den Verdacht aufkommen, dass sich diese Zeitzeugen zu befehlsgewohnten Volksgenossen und Landsern gemacht haben. Ein Interviewter sagt, er schäme sich seiner damaligen Denkweise. Der ihn befragte sprach derweil freiweg von „Rasse“.

Dieses Angebot war – vom Osten zu schweigen – auch im Westen seit längerem besser, gründlicher und vor allem eindeutiger zu gewinnen und nicht nur in Fachzeitschriften. Seit Christian Streits „Keine Kameraden“ – das Buch fehlt im Literaturverzeichnis – waren Zweifel am Massenmord an den sowjetischen Kriegsgefangenen unmöglich. Seit Christopher Brownings „Ganz gewöhnliche Männer“ existierte ein plastisches Bild von der Rolle einer (Hamburger) Polizeieinheit bei der

Vernichtung jüdischer Einwohner im eroberten sowjetischen Gebiet. Wissen können und wissen wollen, sind bekanntlich zweierlei. Und die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ hat zutage gebracht, wie zäh Zeitgenossen und Nachgeborene das Prinzip Nicht-wissen-wollen verteidigen. Das ist ihnen nicht vererbt und angeboren. Dem Wunsche Rees’, es möge über diesen Krieg in Schulen Klartext geredet werden, lässt sich zustimmen. Wenn freilich nicht mehr vermittelt werden soll als Beweise darüber, „wozu Menschen im 20. Jahrhundert fähig waren“, dürfte sich Geschichtsunterricht in eine bloße Gruselstunde verwandeln und jede Wiederholung wird so wenig Aufmerksamkeit finden wie eine Geisterbahn auf einem Rummelplatz, deren Besuch bereits absolviert ist. Mit der Frage nach dem „Warum“ lässt der Autor Leser und Zuschauer allein. Dabei drängte gerade sie sich im Mai 1999, als er seine Einleitung verfasste, aufs Neue auf. Da wurde Jugoslawien gebombt.

Laurence Rees, Hitlers Krieg im Osten. Mit einem Vorwort von Ian Kershaw, Wilhelm Heyne Verlag München 2000, 256 S. 46,00 DM.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 12./13. August 2000, S. 7.

Rückkehr der Helden – schleichend

Oder: Wanderer kommst Du nach Duben in Brandenburg

Glücklich sei das Land, das keine Helden brauche, hat Bertolt Brecht gemeint. So weit haben es die Deutschen in keiner Phase ihrer Geschichte gebracht. Im ostdeutschen Staat waren sie immerhin von den Kriegshelden auf die Helden der Arbeit gekommen. Dann, als der unterging, bekamen sie gar eine ganze Heldenstadt. Das war kein Schlusspunkt. Denn nun kehren die Kriegshelden von einst zurück. Nicht leibhaftig und nicht überall mit Marschmusik, wenn auch – beispielsweise die Blaskapelle von Niesky in der Lausitz – das „Ich hat' einen Kameraden" schon darbieten kann. Sie nahen eher schleichend.

Ganz ausgezogen waren die Helden freilich auch aus den Ländereien zwischen Oder und Elbe nicht. Pietät und später eine zunehmend souveräner Umgang mit der deutschen Geschichte trugen mancherorts dazu bei, dass namentlich in Kirchen der toten „Helden" mitunter denen von mehreren Kriegen gedacht wurde. In diesem Punkte war Deutschland nie vollständig gespalten und auseinandergedriftet. Nur wurden die alten Texte in West und Ost womöglich anders gelesen. Und das immer wieder zitierte, von schriftgewandten Malern kunstvoll an Wände und auf Tafeln geschriebene Bibelwort – es hätte niemand größere Liebe denn die, welche ihre Leben ließen für ihre Freunde – war im DDR-Staat, in dem die Sicht des Hamburger Historikers Fritz Fischer auf den Ersten Weltkrieg keinen Streit auszulösen vermochte, zumeist als Ausdruck falschen Geschichtsbewusstsein und einer Verklärung des elenden Todes auf Schlachtfeldern wahrgenommen worden.

Die Soldaten des Zweiten Weltkrieges als Helden zu bezeichnen, wäre schon zu Zeiten der Sowjetzone in deren Ländern nur noch wenigen in den Sinn gekommen. Diejenigen, von denen einst gesagt und geschrieben wurde, sie seien „Für Führer, Volk und Vaterland" gefallen, galten in ihrer übergroßen Mehrheit als Opfer. Was an dieser Betrachtung auszusetzen war, betraf die nicht genügend plastisch gemachte Tatsache, dass und wodurch und wie sie vordem sich zu Instrumenten gemacht hatten. Der Dichter Franz Fühmann, einer der sich und den Ostdeutschen Antifaschismus verordnete, schrieb den Grundsachverhalt früh nieder. Gegen „Die Literatur der Kesselrings" gewandt, eine Wortwendung, mit der er die ins Kraut schießenden, verlogenen und ruhmredigen Memoirenschriften deutscher Wehrmachtsgenerale benannte, bekannte in seinem im Jahre 1954 in der DDR gedruckten Pamphlet früh von sich und von Millionen Wehrmachtssoldaten: „Wir waren einmal ein Werkzeug in Verbrecherhänden." Zu dieser Erkenntnis rangen sich viele durch und verabschiedeten sich von Helden in feldgrau, marine- und fliegerblau.

Nun aber sind sie zurückgekehrt und ihr Wiedererscheinen lässt fragen, wie stabil Einsichten waren, die seinerzeit gewonnen wurden und warum wieder einmal zehn Jahre ausgereicht haben, sich von Wahrheiten zu verabschieden. Davon jedenfalls kann sich überzeugen, wer aus Bedürfnis, Gewohnheit, oder weil er Gott für einen soeben glimpflich abgegangenen Autounfall danken will, von der Autobahn Berlin-Dresden nur ein paar Meter abbiegt, um die in der Ortschaft Duben gelegene „Autobahnkirche" aufzusuchen. Er muss vorbei an dem restaurierten Denkmal auf dem er liest „Ihren gefallenen Helden in dankbarem Gedenken von der Gemeinde Duben" und dazu in güldener Schrift zu den Jahreszahlen 1914-1918 auch die 1939-1945.

Da fragt sich der Gast, wofür die Dubener ihren Wehrmachtshelden denn danken? Und warum, wenn einige von ihnen schon auf den Wahnsinnseinfall gekommen sind, sich niemand zu Worte meldete, der das Unheil erinnernd aufrief, dass diese „Helden" über die Europäer und nicht nur über diese brachten. Was denkt sich der Pfarrer, wenn er da vorbei in das Gotteshaus geht? Was sagt der Lehrer den Schülern, die auf ihren Schul- oder sonstigen Wegen dort vorbeigekommen sind? Und was denken die Schüler über ihren Lehrer und ihren Pfarrer, nachdem ihnen pflichtgemäß im Fach Geschichte wenigstens einige Wahrheiten über diesen Krieg verdeutlicht worden sind?

Und – um von vergleichsweise harmlosen zu den ernsteren Fragen fortzuschreiten – was spielt sich in den Köpfen derjenigen jungen oder auch weniger jungen Leute ab, die ihr verkorkstes deutschnationales Weltbild schon fertig haben? Dasjenige über den Zweiten Weltkrieg eingeschlossen.

Könnten sie sich da nicht eine Bestätigung ablesen und vermeinen, „der Nation“ auf dem richtigen Marsch kämpferisch voranzugehen?

Die alltägliche Begegnung mit der Geschichte in den öffentlichen Räumen, das wissen viele ihrer Gestalter sehr genau, bewirkt mehr als allerlei Aufklärung in Schul- und Konfirmandenstuben. Das gegenwärtige Rätselraten darüber, wie gegen den Rechtsextremismus, der ohne „deutsche Helden“ nicht auskommt, mit Erfolg vorzugehen sei, könnte auch dadurch festen Boden gewinnen, dass über den Zusammenhang von Geschichtslügen und Gewalttätigkeit nachgedacht würde. Diese wird nicht eingedämmt werden können, ohne das jene attackiert wird.

junge Welt, Donnerstag, 17.08.2000.

Vorwurfsfrei

Am schwarz-weiß-roten Bande: Deutsche Orden

Diejenigen, die mit Fahnen schwarz, weiß und rot provozierend durch die Straßen deutscher Städte ziehen oder sich auf den Tribünen von Fußballplätzen versammeln dürfen, können nicht für sich in Anspruch nehmen, diese Farben im Staate Bundesrepublik wieder eingeführt zu haben. Das Verdienst gebührt anderen.

Am 28. August 1951 versammelte sich unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer das Kabinett zu seiner routinemäßigen Sitzung. Der Bundeskanzler konnte den Ministern mitteilen, dass der Herr Bundespräsident ihm bei einem Zusammentreffen den „sehr glücklichen Vorschlag“ gemacht hatte, einen kleinen Ausschuss zu bilden. Der solle sich mit der in dieser Runde bereits ergebnislos debattierten „Ordensfrage“ befassen. Die war in der Tat in mehrerlei Hinsicht heikel.

In deutscher Geschichte, man möchte es nicht glauben, hatte es tatsächlich einen Staat gegeben, der darauf verzichtet hatte, seine Bürger mit Blech, Bronze oder anderem Metall zu behängen. Der war 1919 entstanden, und dieser Verzicht war eine Reaktion auf den Segen an preußischen, bayerischen und anderen Orden, der während der Kriegsjahre und schon davor auf die Kinder seiner Majestät niedergegangen war. Vom Adlerorden der niedrigsten Klasse, verächtlich auch Kutscherorden genannt, bis zum begehrten, am Halse zu tragenden Pour le Mérite der Friedens- und der Kriegsklasse waren Militärs wie Zivilisten, vermeintliche und mitunter auch wirkliche Verdienste – so etwa wissenschaftliche Leistungen – bedacht worden. Der Verzicht auf Lametta dieses Typs hatte den Staat von Weimar in den Augen seiner vielen Gegner auf der Rechten freilich zusätzlich zu einem „Un-Staat“ gemacht, einem zu verachtenden und bei günstiger Gelegenheit abzuschaffenden Gebilde.

Dabei war die Entscheidung halbherzig genug. Wie die Gründung von 1919 auf anderen Gebieten mit deutschem Plunder nicht aufgeräumt hatte, so auch nicht mit dem Behang aus wilhelminischer Zeit. Und so durften die alten Kameraden an ihren schon ein wenig verbleichenden Uniformröcken doch öffentlich zeigen, was sie dereinst für mörderisches Schießen erhalten hatten. Die Bilder von den Aufmärschen der Soldatenbünde von „Stahlhelm“ bis „Kyffhäuser“ bezeugen es. Und auch Staatsakte. Wie hätte man sich den Heldengreis, der seit 1925 das Staatsoberhaupt gab und sich als Platzhalter seiner Majestät verstand, ohne die ordensbeladene Brust vorstellen können?

Nun gab es sechs Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in westdeutschen Landen eine ganz und gar ordenslose Zeit. Sichtbar geworden war sie zuerst und vor aller Welt, als die einstigen militärischen Reichsgrößen, die Göring und Dönitz, die Keitel und Jodl in ihren Uniformen auf der Nürnberger Anklagebank Platz zu nehmen hatten und darin, allen schmückenden Beiwerks entkleidet, aussahen, als wären sie eben nur beim Schneidermeister zu einer Anprobe vorbeigekommen. Die Alliierten wollten diesen Heldenklimbim auch auf deutschen Straßen nicht sehen.

Ein „Un-Staat“ aber wie die Weimarer Republik wollte die Bonner nicht sein und also wurde, kaum dass sie zwei Jahre existierte, die Frage akut und zu einer „Chefsache“, ob nicht dieses oder jenes Verdienst mit einer kleinen Medaille von Staatswegen anerkannt werden solle. Das war ein Thema nach Geschmack echter Deutscher und vor allem die Gelegenheit zu fragen, wie es denn aber mit den Orden sei, die in so großer Zahl sich in Kästen und Schubladen doch noch befanden. Das Hakenkreuz störte, das beispielsweise in das 1813 gestiftete, bei Kriegsbeginn 1939 erneuerte „Eiserne Kreuz“ hineingekommen war. Darauf musste doch wohl verzichtet werden, meinte die Ministerrunde nach einigem Nachdenken.

Nun also: der Ausschuss. Sein Vorsitz wurde einem inzwischen hochbetagten einstigen Minister der Weimarer Republik, also jenes ordenslosen Unstaatsgebildes, angetragen und angemessener Weise jenem, der für die Reichswehr zuständig gewesen war. Otto Geßler, inzwischen Präsident des Deutschen Roten Kreuzes in der Bundesrepublik, ließ sich so wenig bitten wie die Herren der inzwischen gegründeten Soldatenbünde, die sich mit ihm versammelten. Sie vermochten sich, wie später berichtet wurde, nicht darüber zu einigen, ob die gedachte Amputation wirklich vorgenommen und künftig

derart historisch unechte Orden getragen werden sollten. Geßler verstarb, und der glückliche Gedanke des Theodor Heuss endete schmählich.

Begraben werden aber konnte er nicht, war inzwischen die Bundeswehr doch im Aufbau und das unter reichlicher Verwendung von hochdekorierten einstigen Wehrmachtsoffizieren und auch -generalen, und was machte das für einen Eindruck, wenn sie ohne jede Insignie militärischen Verdienstes und Ruhmes da zwischen den Militärs der Verbündeten herumstanden wie zufällig Hinzugekommene. Obendrein lagen inzwischen auch massive Beschwerden aus den Reihen jener Soldatenbünde vor. Hatten sich einige ihrer Mitglieder doch mit ihren alten ostmärkischen Kriegskumpanen getroffen und schmerzlich bemerken müssen, dass diese nicht daran gehindert wurden zu zeigen, wie tapfere Soldaten des Führers sie dereinst gewesen waren. Hier musste also eine Gleichstellung vorgenommen werden.

1957 kam das Thema vor den Bundestag und zwar in Gestalt eines Gesetzes über „Titel, Orden und Ehrenzeichen“, darin wohlverpackt gab es einen Paragraphen sechs, der das umstrittene Thema wieder aufnahm. Demokraten auf zum Streit hieß es da, und nun wurden die Wortklingen gekreuzt. Unter Vermeidung eines Themas, das vor allen anderen da zu erörtern war: die Klarstellung, wofür die Orden verteilt worden waren, die nun auch wieder öffentlich an deutsche Männerbrüste sollten. So wenig wie das Kabinett das für wesentlich angesehen hatte, so wenig tat es das Parlament und in ihm die sozialdemokratische Opposition. Deren Redner verhielten sich, als hätten sie nun einen zweiten 4. August nachzuholen. Hitler hatte sie, anders als der Kaiser, 1939 nicht um ihre Zustimmung zu den Kriegskosten ersucht. Nun war Gelegenheit, wenn auch nicht zum Kriege in toto, so doch zu Kriegstaten – wenn auch verspätet – ja zu sagen. Kräftig, aber nicht uneingeschränkt.

Der Hakenkreuzverzicht konnte zum Gegenstand von Fundamentalopposition freilich nicht gemacht werden. Zu ihm hatten sich schon die Regierungsparteien durchgerungen. Aber: Da war doch das schwarz-weiß-rote Bändchen, an dem die Kreuze getragen wurden! So ließ sich ein munterer Streit darüber anfachen, ob denn darauf nicht auch verzichtet werden solle. Welche Rolle also hatte diese Farbzusammenstellung in deutscher Geschichte gespielt, diskutierten die Herren Abgeordneten und mit ihnen eine Dame engagiert und unversöhnlich. Gab es nicht in Weimarer Zeit schon so gefärbte Rollkommandos, die Sozialdemokraten zusammengeschlagen hatten? Und waren das nicht überhaupt, vermochten sich sozialdemokratische Redner zu erinnern, die Zeichen jener, die sich zeitig zu Kollaborateuren des Mannes gemacht hatten, gegen dessen Ordensstiftungen sie ansonsten nichts weiter einzuwenden hatten? Mitnichten, antworteten die Konservativen. Wie schmerzlich sei es den Verehrern jener Farben gewesen, dass es ihnen nach 1933 unmöglich gemacht wurde, sie als Zeichen ihres Protestes gegen das Hakenkreuz weiterhin zu zeigen. Im Bundestag entwickelte sich eine denkwürdige Geschichtsstunde, an die sich heute freilich kaum einer mehr erinnern kann und Enkel sich auch nicht erinnern mögen, zumal sie mit Vorliebe darüber reden, welche Anleihen die DDR-Konkurrenz in deutscher Vergangenheit nahm.

Sozialdemokratische Parlamentarier, seit langem auf die Suche nach Auswegen aus verzwickten Lagen spezialisiert, finden immer ein Angebot. Und die Lage war verzwickt, denn ein schwarz-rot-gold gefärbter Textilstreifen ließ sich wahrlich nicht gut ersatzweise anbieten. Es solle, sagte einer ihrer Sprecher in der Debatte, das Eka am besten doch an einem schwarzen Bande getragen werden. Warum aber das, würde dann ein Offizier der Bundeswehr mit verwundertem Blick auf dessen Brust von einem seiner ausländische NATO-Kollegen gefragt werden, wenn sie sich bei einem Zusammentreffen zur Beratung über die Erhaltung des Friedens begegneten. Und aufklärend und traurig könnte dieser dann, so stellte der Abgeordnete dem Hohen Hause die Szene vor das Auge, antworten: Das schwarze Band sei das Zeichen der Trauer über die Spaltung des Vaterlandes. Schön! Oder nicht? Aber nicht angenommen. Und darin zeigte sich eine gewisse Weitsicht, denn was wäre aus dem schwarzen Bande geworden, als 1990 Trauer der Freude wich?

Die Parlamentsmehrheit wollte schwarz-weiß-rot. Der Bundesinnenminister, selbst kräftig angebräunt und deshalb gezwungen, später seinen Platz zu räumen, stellte in jener Debatte am 28. Juni 1957 mehrfach klar, welcher Fortschritt darin bestünde, dass die Orden vom Hakenkreuz „bereinigt“

getragen würden. Und dann grundsätzlich werdend: Es sei doch nur ein kleiner Prozentsatz gewesen, der diese Auszeichnungen missbräuchlich erworben habe. Die „große Menge der Anständigen“ aber habe sie „vorwurfsfrei“ erworben. Das war auch schön gesagt. Nur wann hätten Deutsche von ihren Vorgesetzten je derlei Zeichen „vorwurfsvoll“ an die Brust geheftet oder an den Hals gehängt bekommen?

Irgendetwas wusste auch der Minister davon, dass es in diesem Kriege Verdienste gegeben hatte, die er lieber unerwähnt ließ. Missbräuche waren vorgekommen ...

Bis in unsere Tage lautet die erste Frage der Herrschenden, passiert in diesem Lande, für das sie so viel Verantwortung tragen, etwas, das auch in ihrer Bewertung als unanständig gilt, etwas zweifelsfrei Verbrecherisches gar: Was soll sich denn das Ausland dabei denken? Diese Frage stellte in besagter Debatte ein Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, wenn er auch nicht eigentlich an das Ausland denken mochte, denn so wollte er die Brüder und Schwestern im Osten nicht angesehen wissen. Aber, wandte er gegen das Hervorholen des Heldenzeugs zart ein: Was sollten sich eigentlich Besucher aus diesem Osten, der DDR, denken, wenn sie auf Straßen und Plätzen der Bundesrepublik Männer mit solcherlei Zeichen begegnen würden? Wie würden sie sich wundern? Der Mann besaß eine Ahnung von den Wirkungen des verordneten Antifaschismus. Aber er wusste nicht zu überzeugen. Das Parlament ging auch über seinen Einwand zur Tagesordnung über. Die Orden gehörten herbei-, die Verwunderung gehörte abgeschafft.

junge Welt, Sonnabend, 19.08.2000.

Nicht Liebe oder Hass, sondern Kalkül. Hitler und die Reichshauptstadt

Kommt die Rede auf Hitler und Berlin, folgt unvermeidlich die Feststellung. Er habe die Stadt nicht geliebt. Die Aussage scheint eine andere unerwähnt einzuschließen, die besagt, er habe irgendeine andere deutsche Stadt geliebt. Gedacht wird dabei vor allem an München, die „Hauptstadt der Bewegung“, oder an Nürnberg die „Stadt der Reichsparteitage“. In der oberbayerischen wie in der fränkischen Stadt hatte die faschistische Partei so viel früher schon festen Fuß gefasst als in der Reichshauptstadt an der Spree. Erwähnt wird mitunter auch das niederösterreichische Linz. Welcher Name aber auch fällt, dieser Führer, freilich nicht er allein, hat alle diese Städte hochgradig zerstört, namentlich deren Zentren als Trümmerhaufen hinterlassen oder aber sie – wie die Stadt an der Donau – mit einer mehr oder weniger großen Zahl abscheulicher Bauten versehen. Was davon blieb kann demonstrieren, was dem Diktator diese und weitere Städte in Deutschland waren: Bühnen und Kulissen für seine Auftritte als Parteiführer und Staatsmann und für das steinerne und martialische Zurschaustellen von Macht, immer mehr Macht und eben das Verlangen nach deren Vermehrung ins Gigantische, Beispiellose.

Einige dieser Zeugnisse haben in Berlin den Bombenkrieg und in die Erdkämpfe des Frühjahrs 1945 in einem Zustand überdauert, der ihre weitere Nutzung ermöglichte. Das gilt für den Riesenbau am Werderschen Markt, erbaut zwischen 1934 und 1938, der als Zentrale der Reichsbank diente und dessen erster Hausherr der Präsident von dessen Direktorium, komm. Reichswirtschaftsminister und Generalbeauftragte für die Rüstung, Hjalmar Schacht war. Am westlichen Ende der Leipziger Straße blieb der 1935 und 1936 entstandene nicht minder protzige und weitläufige Sitz des Reichsluftfahrtministers und Oberbefehlshaber der Luftwaffe Hermann Göring erhalten, der von Schacht die Aufgabe der Zentralisierung und Forcierung der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen übernahm. Ein Rest nur lässt, heute durch andere Bauten verdeckt und ein wenig versteckt, die Ausmaße des Baus erahnen, der für das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda 1938/39 am Wilhelmplatz errichtet wurde und in dem Joseph Goebbels herrschte. Alle diese Zeugen von Größenwahn blieben indessen weit hinter den Vorstellungen des Diktators zurück, die sich auf Berlin nach dem „Endsieg“ richteten. Der Mann und sein Leib- und Lieblingsarchitekt besaßen nicht die Spur von Achtung vor denen, die in Berlin einst gebaut und es jedenfalls in vielen seiner Teile auch zu einer sehenswerten Stadt gemacht hatten.

Liebe hin, Hass her – es ist produktiver, Hitlers Rolle im Hinblick auf die Geschichte dieser Stadt zu bilanzieren. Sie ging zunächst aus der frühen Erfahrung hervor, dass es mit dem „Marsch auf Berlin“, der 1923 nach dem italienischen Vorbild angetreten werden sollte, nichts geworden war, weil das putschistische Unternehmen bereits in der Innenstadt Münchens ruhmlos geendet hatte. Als sich der NSDAP-Führer darauf von dem Gedanken, durch einen Gewaltstreich an die Staatsspitze zu gelangen, verabschiedete, stellte sich für ihn auch und gerade im Hinblick auf die Reichs- und preußische Hauptstadt die Frage, wie sich hier eine massenhafte Anhänger- und Wählerschaft gewinnen ließe. Angesichts der Stärke der sozialistischen, wenn auch gespaltenen Arbeiterbewegung und eines beträchtlichen Teils von katholischen Bürgern, die nach den Weisungen ihrer Kirchenoberen die Zentrumspartei wählten, war das ein schwieriges Unterfangen.

Hitler schickte aus dem Ruhrgebiet, also einem Arbeitermilieu par excellence, einen seiner als Demagoge schon bewährten Unterführer, den Dr. Joseph Goebbels, nach Berlin. Der trat seinen Gauleiterposten zunächst in Gemeinschaft für Berlin und Brandenburg am 1. November 1926 an und praktizierte eine Methode, die derzeit von Rechtsextremisten getreulich wieder kopiert werden kann. Er suchte mit seinen anfangs noch kleinen Haufen vor allem Skandal zu machen, um überhaupt Aufmerksamkeit zu erregen. Und er gab sich stärker noch als seine Komplizen in anderen Gauen als ein Revoluzzer, der in der Gesellschaft angeblich das Unterste zuoberst kehren wolle. Erst die Weltwirtschaftskrise mit ihren sozialen, geistigen und psychischen Verheerungen anrichtenden Folgen trieb immer mehr Berliner diesen „Nationalsozialisten“ zu. Goebbels, zugleich Reichspropagandaleiter seiner Partei, wurde einer der Erfolgreichsten in der nicht so sehr langen zweiten Reihe hinter jenem zur Erlöserfigur zurechtgemachten Hitler, der wusste, was ihm insbesondere auch sein „Doktor“ wert war und ihn daher dann lebenslang mit immer neuen Gunstbeweisen pflegte.

Nachdem in Preußen das Redeverbot, das gegen den Putschisten Hitler ausgesprochen worden war, ihm aber erlaubte, in den freilich wenig geliebten geschlossenen Veranstaltungen seiner Partei aufzutreten, nicht mehr existierte, war für den ersten Mann der Partei auch der Weg in die Versammlungssäle und -hallen Berlins frei. Den ersten dieser Auftritte absolvierte Hitler am 16. November 1926 im Sportpalast in der Potsdamer Straße. Danach begann die Kette jener Großveranstaltungen, vorzugsweise anberaumt am gleichen Ort, die nach einem festen Ritual geplant wurden und abliefen. Lange vor dem Eintreffen des Hauptredners war der Raum geöffnet. Auf Plakaten oder durch Annoncen wurde in den kalten Monaten angekündigt, daß er gut beheizt sei. Das lockte insbesondere jene, die in aus Geldmangel schlecht- oder unbeheizten Wohnungen leben mussten, frühzeitig herbei. Unterhalten wurden sie von einer Kapelle, die tatsächlich den Namen „Fusel“ trug. Dann heizten Vorredner die Stimmung an. Schließlich kam ER. Hier wie andernorts kam es schon nicht mehr darauf an, was der Mann sagte. Es genügte, daß er, auf den die Hoffnungen gerichtet und gehäuft worden waren, *erschien*. Hitler gab den Erlöser und seine bequeme Botschaft fing Leichtgläubige ein, die auf ihre eigenen Kräfte nicht vertrauten und denen das „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun“ nichts zu sagen vermochte.

Dann richtete sich Hitler in einer Zimmerflucht des Berliner Nobelhotels „Kaiserhof“ eine Nebenresidenz zu jenem Braunen Haus in München ein. Sie war gleichsam nur einen Steinwurf vom Gebäude der „alten“ Reichskanzlei und dessen bescheidenem, erst in den Jahren der Weimarer Republik erfolgten, ebenso schmucklosen wie architektonisch deplatzierten Anbau im Nordteil der Wilhelmstraße entfernt. Dort, im Zimmer, in dem einst Bismarck regiert hatte, wollte er sich und wollten seine Anhänger ihn sehen. Am 30. Januar 1933 konnte er im Ergebnis einer politischen Großintrige, deren Drahtzieher einflussreiche Persönlichkeiten der deutschen Großindustrie und des Großagrariertums gewesen waren, in das Zentrum der Macht als Reichskanzler einziehen. Eine neue Beziehung zur Stadt und seinen Bewohnern konnte das nicht begründen.

Hitler verzichtete auch darauf, in Berlin einen privaten Wohnsitz zu erwerben, der seiner ausgedehnten Stadtwohnung im Zentrum Münchens oder dem exklusiven Haus am Obersalzberg in Berchtesgaden vergleichbar gewesen wäre. Er legte Wert auf den Eindruck, ein „billiger“ Kanzler zu sein, der in seiner Arbeit für das Volk ganz aufging, ein Privatleben nicht besaß und der obendrein noch auf sein Gehalt als Reichskanzler verzichtete und von seinen Einkünften als „Schriftsteller“ lebte.

Nichtsdestoweniger war und blieb er auch im engeren Sinne – zu schweigen von den Folgen seiner und seiner Mitführer Politik – der kostspieligste Kanzler, den das Deutsche Reich seit seiner Gründung 1871 besessen hatte. An Verschwendungssucht übertraf er sie alle. Das bezeugen augenfällig die Bilder der 1939 eingeweihten Reichskanzlei in der Wilhelm- und Voßstraße, in deren Bunker sich Hitler schließlich umbrachte. Diese Wirklichkeit wurde nicht nur durch den Kontrast verdeckt, den beispielsweise bei ihren gemeinsamen öffentlichen Auftritten der putzsüchtige Göring neben dem so viel einfacher kostümierten Hitler erzeugten. Der „Führer“ tat auch selbst, was ihm angemessen schien, sich als bescheiden und anspruchslos darzustellen. Als er Anfang 1939 bei einem Richtfest zu den Erbauern der Reichskanzlei sprach, vergaß er nicht zu erwähnen, daß die Ausmaße dieses Gebäudes nicht auf ihn zugeschnitten wären, sondern einzig die Bedeutung des „Dritten Reiches“ ausdrückten. Dieser Kommentar schien ihm auch geboten, war doch der Wohnungsneubau in Berlin und nicht nur hier als Folge dieser Bautätigkeit und mehr noch der Verwendung von Arbeitskräften und Rohstoffen für Aufrüstungsbauten (Kasernen, Westwall, Flugplätze, Erweiterung von Rüstungsbetrieben) auf einem Tiefpunkt angelangt.

Ein Foto, das Hitler auf einem Spaziergang im Tiergarten zeigen würde? Oder ein anderes, das ihn am Müggel- oder am Wannsee bei einer zufälligen Begegnung mit Berlinern festgehalten hätte? Er gar inmitten eines Volksfestes? Nichts dergleichen. Seine Auftritte fanden statt auf dem eigens für diesen Zweck entworfenen und angebauten Balkon am Erweiterungsbau der Reichskanzlei, in der Straße Unter den Linden, wenn dort der „Helden“ gedacht wurde, in den Sälen und Hallen der Reichskanzlei, in Theaterbauten, beispielsweise als darin Görings Hochzeit pompös gefeiert wurde, auf der Tribüne des faschistischen Reichstages, der in der Kroll-Oper zusammentrat und schließlich 1939 auf der eben fertiggestellten Ost-West-Achse, die am 20. April – zu Hitlers 50. Geburtstag – die größte

Militärparade erlebte, die in der Neuzeit stattgefunden hatte und deren Sprache eindeutig war: der Aufbau der Wehrmacht sei vollendet, hieß es dazu großsprecherisch. Zu sehen war er auf auch dem Tempelhofer Flugfeld, wenn es zu Massenkundgebungen genutzt wurde oder Hitler dort auf dem Luftweg eintraf, wofür durch einen in den Jahren 1936 bis 1941 geschaffenen Riesenbau eine weitere Kulisse geschaffen wurde.

Aus diesen „Erscheinungsweisen“ fiel womöglich nur sein Auftauchen an den Stätten der Olympischen Spiele 1936 heraus, einem zwischen 1934 und 1936 errichteten Komplex von Gebäuden und Wettkampfstätten. Doch dorthin führte den Mann, der jeder körperlichen Anstrengung abgeneigt war, und der sich auch als Zuschauer sonst für sportliche Veranstaltungen nicht interessierte, nichts anderes als das politische Kalkül. Es bot ihm dieses „Fest der Jugend“ doch die willkommene Gelegenheit, sich zusätzlich als ein Politiker der Völkerverständigung und Völkerversöhnung zu präsentieren. Sein Stellvertreter in Parteiangelegenheiten, Rudolf Heß, wusste und sagte es einer geschlossenen Versammlung von Parteiführern auch: Es wäre der Beschluss, diese Olympiade in Berlin stattfinden zu lassen, im Internationalen Olympischen Komitee (IOC) nie gefasst worden, wenn Hitler damals schon in Berlin regiert haben würde.

Hitler hat nur wenige Politiker von internationalem Rang empfangen und nur einen in Berlin. Neville Chamberlain, den britischen Premierminister, und Ėdouard Daladier, den Regierungschef der Republik Frankreich, begrüßte er 1938 in München. Sei einflussreichster Gast kam im Herbst 1940 nach Berlin. Das war der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Wjatscheslaw Molotow, der diesen Besuch in seiner Eigenschaft als Außenminister und als Gegenvisite zu dem Besuch des deutschen Chefs des Auswärtigen Amtes Joachim von Ribbentrop antrat. Dieses Zusammentreffen blieb eine folgenlose Episode, die später nur durch Missinterpretationen aufgewertet wurde. Molotow kam, um die Bereitschaft zu verdeutlichen, daß die Sowjetunion sich weiter aus dem Kriege heraushalten wolle, entwickelte, was Stalin und ihm als berechtigte Sicherheitsinteressen des Landes erschien und suchte zu ergründen, welche Pläne die deutsche Führung hegte. Gerade darüber wollte der Gastgeber den Mann aus dem Kreml täuschen. Hitler hatte seinen Generalen, die über den Angriffsplänen gegen die UdSSR saßen, bereits vor dem Zusammentreffen mitteilen lassen, sie hätten ihre Arbeit weiter unbeirrt zu verrichten. Nein, weltdiplomatischer Glanz wurde der deutschen Hauptstadt in jenen Jahren nicht aufgeschminkt. Immer häufiger blickte das Auslands aber seit der Mitte der dreißiger Jahre, als 1935 in Berlin die Wiedereinführung der Wehrpflicht von Hitler vor dem Reichstag verkündet wurde, besorgt auf dieses Machtzentrum.

Für Hitler war und blieb Berlin eine neben anderen Stätten seines Wirkens. Für seinen Regierungsstil brauchte er ohnehin keine auch Behaglichkeit atmenden Arbeitsräume, in denen er sich wie manche seiner Vorgänger durch Aktenberge hätte arbeiten können. Kein zweiter europäischer Politiker hielt sich so viel wie er in militärischen Komplexen, bei Manövern, auf Erprobungsplätzen von Waffen, bei Stapelläufen von Kriegsschiffen und in Rüstungswerken auf. Allein die Meldungen, die es erlaubten, seinen Tagesablauf zu verfolgen, hätten verlässliche Schlüsse auf sein politisches Totalprogramm, weltweite Eroberung durch Krieg, zugelassen.

Und die Berliner und Hitler? Das Thema harrt noch weiterer Ausleuchtung. Die Bilder von den unter den Hakenkreuzen jubelnden Berlinern geben einen Teil der Wirklichkeit und sind zugleich auf ihre Motive hin zu entschlüsseln. Ja, von den etwa 4 Millionen seiner Einwohner sind zu den Aufmärschen und zu den immer wieder inszenierten Spalieren an die Straßenränder Hunderttausende geströmt, nicht anders als in anderen deutschen Städten. Manche dieser Fotografien und der Tondokumente bezeugen eine aufgeregte und hysterisch agierende Masse, denkt man an die durch die Straßen hallenden Rufe „Duce! Duce! Duce!“, die den 1937 Berlin besuchenden italienischen Diktatur Benito Mussolini begleiteten, oder vergegenwärtigt man sich die Szenen, die sich abspielten, als die „heimkehrenden“ Truppen bewillkommnet wurden, nachdem Frankreich siegreich geschlagen war. Da drückte sich Siegesbegeisterung nationalistische Hochstimmung ebenso aus wie Friedenshoffnung, Bewunderung über den „Blitzkrieg“, Erleichterung wegen der geringen Zahl an Opfern, an Toten, Verwundeten, Vermissten, und auch neu gefestigter Führerglaube. Zu solchen Inszenierungen muss-

ten nicht alle Stadtbewohner zusammenströmen, um den gewünschten Eindruck und die beabsichtigten Rückwirkungen zu erzeugen.

Nur eben – und das bleibt womöglich das Denkwürdigste und Beunruhigendste an diesen Erinnerungen – noch Mitte März 1933 hatte in weiten Teilen der Stadt sich eine absolute Mehrheit der Bevölkerung bei den auf 13 Jahre hinaus letzten Kommunalwahlen für die beiden rivalisierenden Arbeiterparteien entschieden. Der Rückblick in das „braune Berlin“ lässt nach Verführern und Verführten fragen und der Leichtigkeit so mancher Siege der ersteren über die letzteren. Und da Berlin in jenen Jahren auch ein Zentrum war, von dem die folgenschwersten, bis dahin in der an Massenmorden reichen Weltgeschichte noch ungekannten Verbrechen ausgingen, vertieft und verschärft sich diese Fragerichtung um ein Vielfaches.

Im Nebel der Klage darüber, wessen der Mensch doch fähig ist, sollte das Fragen nicht ins Belang- und Folgenlose abgedrängt werden. Zu reden ist, wie stets in der Geschichte von Interessen, die Staaten, Nationen, Völker, Menschengruppen und Individuen leiten, wohl- und missverstandenen. Eine sich seit 1930 unausgesetzt vergrößernde Mehrheit auch der Berliner hatte sich jedenfalls darüber, wer ihre Interessen verfocht und mit welchen Methoden das geschehen könnte, gründlich geirrt. Der Historiker sieht keine Gewähr, geschweige denn eine feste Garantie dafür, daß sich dies nicht wiederholen könnte. Doch muss das in keiner Variation geschehen. Eine Vorsorge besteht mit Sicherheit darin, gerade dieses Jahrzwölft der berlinischen Geschichte auf seinen Erkenntniswert durchzuarbeiten (das ist nicht „bewältigen“), statt es nur als exotische Episode oder gar als einen gelegentlich willkommenen Gegenstand von Unterhaltung auszubeuten.

Hitler und Berlin. Wer mag sich ohne Grausen vorzustellen, wie die Stadt ausgesehen haben würde, hätten der „Führer“ und sein Speer jene Projekte verwirklichen können, die sich bereits auf Planzeichnungen befanden und für die Modelle schon existierten. Und nicht nur das: Wofür Vorarbeiten für das Entstehen der Nord-Süd-Achse in Angriff genommen waren und Abrissarbeiten betrieben wurden, bis die Krise und die Wende des Krieges den Verunstaltern Berlins „dazwischen“ kamen.

„Germania“ – das Machtzentrum des siegreichen deutschen Imperialismus? Dieser Horrorgedanke wird freilich weit übertroffen durch eine auch nur ungefähre Vorstellung davon, was das für die Mehrheit der Europäer bedeutet haben würde – der Kontinent unter dem Hakenkreuz.

Der Autor lebt als Historiker in Berlin, gehört dort zu den aus Schlesien spät und auf Umwegen zugewanderten Stadtbewohnern und schrieb für ein in Frankreich erschienenes Buch *Berlin 1933-1945. Séduction et terreur: croisade pour une catstrophe. Dirigé par Lionel Richard, Paris 1995* einen Beitrag *Hitler et les Berlinois,* der das am Ende des vorstehenden Aufsatzes behandelte Thema ausführlicher darstellt, als es hier möglich ist.

Berlinerische Monatsschrift, 2000, H. 9, S. 27-35.

Die Mär von den ritterlichen Jagdfliegern

Vor 60 Jahren begann die deutsche Luftwaffe den Massenmord an der Londoner Zivilbevölkerung

Im Besitz der Staatsbibliothek zu Berlin befindet sich ein Buch mit einem bemerkenswerten Eintrag. Ihn hat der Lageroffizier eines Kriegsgefangenenlagers Nr. 11 am 28. Februar 1947 vorgenommen. Er lautet: „Dieses Buch ist das persönliche Eigentum des Gen. W. v. Hippel.“ Merkwürdiger noch als der Weg, den das Druckwerk in das Haus Unter den Linden genommen haben mag, könnte derjenige gewesen sein, der es in die Hand seines derart legitimierten (ersten?) Inhabers gelangen ließ. Denn es war 1945 in der Schweiz verlegt worden. Sein Titel lautete „Trumpf oder Bluff“ und bezog sich auf die deutsche Luftwaffe, die in wenigen Vorkriegsjahren zu einer gefürchteten Streitmacht entwickelt worden war. Darüber wusste der Autor, einer ihrer Generale, etwas aus eigener Erfahrung zu sagen.

Herbert Joachim Rieckhoff, kurz vor Kriegsende in die Reserve versetzt und in der Nähe des Bodensees lebend, hatte es beim Herannahen französischer Truppen vorgezogen, seine Gefangennahme zu vermeiden und über die Grenze in den neutralen Alpenstaat zu gehen. Dort hatte er sich unverzüglich ans Schreiben gemacht. Sein Buch erlebte keine weiteren Auflagen. Und das war kein Zufall. In diesen frühesten zu Papier und zum Druck gebrachten Memoiren eines deutschen Wehrmachtsgenerals, denen eine Flut noch folgen sollte, drückten sich eine Haltung und Erkenntnisse aus, die in das Kalte-Kriegsdenken nicht hineinpassten.

In England landen?

Rieckhoff gehörte zu den Formationen der deutschen Luftwaffe, die 1940 eine Aufgabe lösen sollten, vor der bis dahin kein deutsches militärisches Oberkommando gestanden hatte. Zwar waren deutsche Truppen in den anderthalb Jahrhunderten zuvor mehrfach auf französischen Boden vorgedrungen, doch gerieten sie dabei nie in die Situation, die im Sommer 1940 entstand. Napoleon verfolgend, waren sie 1814 in den Nachbarstaat eingedrungen, kriegsverbündet mit den Engländern und hatten schließlich ein Jahr darauf mit diesen bei Waterloo endgültig triumphiert. 1870, als sie Frankreich besiegten und vor Paris standen, wahrte der Inselstaat Neutralität. Von 1914 bis 1918 bekriegten sie die verbündeten französischen und britischen Streitkräfte, ohne sie besiegen zu können. London war für das deutsche Heer im Ersten Weltkrieg so fern wie New York. Unerreichbar.

Ein Vierteljahrhundert später, mit dem Hakenkreuz auf Eroberungszug, standen die deutschen Befehlshaber mit ihren Truppen siegestrunken entlang den nach Westen weisenden Küsten des Kontinents vom äußersten Norden Norwegens bis an die Grenze Spaniens in Front zum – wie es schien – letzten handlungsfähigen und vom Festland vertriebenen Kriegsgegner. Zum ersten Mal und sie überraschend tat sich vor den Militärführern die Frage auf, wie der vor ihren Panzerdivisionen sich auf auftuende „Graben“ zu überwinden sei. In England landen? Nur, wenn das nicht zu einem Debakel führte, lautete die einhellige Antwort der Militärs. Das zu vermeiden, setzte eigene Luftherrschaft voraus. Ohne sie ließen sich Truppenmassen weder sicher anlanden noch entfalten und versorgen. So kam die Luftwaffe zu ihrer Aufgabe, auf die sie so wenig vorbereitet war wie die Kriegsmarine auf die ihre.

Der Versuch einer Invasion der Insel ist nicht unternommen worden. Die Rechnung, in mehreren Schritten – Dezimierung der britischen Jagdabwehr, Zerstörung der Flugplätze und Zertrümmerung der Werke der Flugzeugindustrie – die Grundbedingung für eine Invasion zu schaffen und so das Tor zum „Endsieg“ aufzustoßen, erwies sich als fehlerhaft. Die Verluste an eigenen Flugzeugen und geschulten Besatzungen stiegen und waren viel höher, als öffentlich eingestanden wurde. Die Deutschen erlitten ihre erste Niederlage im Zweiten Weltkrieg, aber die einen merkten es nicht, die anderen verdrängten es. Der Nimbus von der Unbesiegbarkeit blieb unbeschädigt. Dazu trug bei, dass der Luftkrieg über und gegen Großbritannien fortgesetzt wurde, als sein ursprüngliches Ziel bereits aufgegeben war. Nun trat an die Stelle des verfehlten ein anderes. Es gründete sich auf die Vorstellung, es sei gar nicht notwendig, mit Landstreitkräften auf die Insel zu gelangen, um den Gegner zur Kapitulation zu zwingen, sondern diese könnte auch erreicht werden, wenn den Einwohnern Englands die

Überlegenheit der deutschen Waffen demonstriert und ihr Wille zu weiterer Kriegführung gebrochen würde. Die Regierung unter Winston Churchill wäre dann gezwungen – so die Spekulation –, ihren Kurs auf- und klein beizugeben.

Dahin sollte das barbarische Luftbombardement führen, dem englische Städte ausgesetzt wurden. Es begann am 7. September 1940 nachmittags und in der darauffolgenden Nacht, als deutsche Bomberverbände London verheerend heimsuchten, weite Teile des Ostens und Westens der Stadt in eine Trümmerlandschaft verwandelten und mehr als tausend Einwohner töteten. Dafür waren nahezu 1.300 Bomben- und Jagdflugzeuge gestartet. Der Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht besagte lapidar und verlogen, es seien in London „wehrwirtschaftlich besonders wichtige Objekte" in mehreren Wellen angegriffen worden, wobei schwerste Bomben abgeworfen wurden. Wörtlich hieß es: „Große Feuersbrände wüten in der Umgebung der Docks." Dann folgte eine Aufzählung weiterer Städte Großbritanniens, die dem auch dort wieder gegen Industrie und Hafenanlagen gerichteten Bombardement ausgesetzt waren. Das Kriegstagebuch der Wehrmacht verzeichnete bereits vorab den „Ost- und Westteil" der Hauptstadt als Angriffsziel und vermerkte am 9. September 1940, als auf Umwegen verlässliche Berichte über die Folgen der Bombenwürfe eingegangen waren: „Wirkung im Herzen Londons wie ein Erdbeben."

Hoffen auf Kriegsende

Und die Deutschen? Wie nahmen sie die Nachrichten auf, die ihnen doch eine ungefähre Vorstellung von dem Geschehen gaben? Ihre Stimmung war im Verlauf des zu Ende gehenden Sommers 1940 hin- und hergerissen. Während die einen die Invasion erwarteten, meinten andere, es würden die Briten doch die Aussichtslosigkeit ihrer Lage einsehen und aufgeben, ohne dass eine Landoperation überhaupt notwendig sein werde.

Beide Erwartungen aber wurden von Woche zu Woche enttäuscht, und ein Ende des ganzen Krieges zeichnete sich nicht ab. Mehr noch: Der Gegner, der sich vermeintlich in einer Situation ohne Ausweg befand, schickte eigene Luftverbände bis in das Reichsgebiet. Er demonstrierte auf eindrucksvolle Weise sein Dasein, seine Entschlossenheit, nicht zu kapitulieren, und vor allem die Durchlässigkeit der vielgerühmten deutschen Abwehr, die das Großmaul Hermann Göring, Oberkommandierender der Luftwaffe, zu der nun vielzitierten Aussage verleitet hatte, er wolle Meier heißen, wenn auch nur ein feindliches Flugzeug in den deutschen Luftraum eindringe. Das geschah nun täglich, Nacht für Nacht.

Ein Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht, der von dem Abwurf von mehr als einer Million Kilogramm „Bomben aller Kaliber" auf London berichtete, besagte im Weiteren, in Süddeutschland gefallene Bomben hätten keinen Schaden angerichtet. Durch Abwürfe, die eigentlich Berlin gelten sollten, wäre eine Kirche in Hamm – dort hatte die Liebfrauenkirche einen Volltreffer erhalten und war schwer beschädigt worden – getroffen worden.

Die wenigen Militärs, denen die Geheimen Tagesberichte der deutschen Wehrmachtführung vor Augen kamen, vermochten sich ein genaueres Bild zu machen und wussten, dass in Hamm auf eine Kaserne Brandbomben niedergegangen waren. Sie besaßen auch ein vollständiges Bild davon, dass in der Nacht vom 7. zum 8. September 1940 im Reichsgebiet Bomben nicht nur in Hamm, sondern auch in Aachen, Saarbrücken, nahe Recklinghausen bei Offenburg, in Freiburg im Breisgau und in weiteren Orten gefallen waren. Jedoch hatten sie nirgendwo ernsthafte Folgen gehabt. Dach- und Flurschäden wurden verzeichnet und gelöschte Brände gemeldet. Noch waren die Orte und Plätze, an denen Bomben explodiert waren, für die Deutschen so etwas wie Sehenswürdigkeiten. Sie wurden zu Pilgerstätten. Nun bekam man nicht nur auf den Leinwänden der Kinos etwas vom Krieg zu sehen.

Rachegelüste

Trotz der Geringfügigkeit der Zerstörungen verbreitete die deutsche Propaganda Rachegelüste an der „Heimatfront". Der Bericht, der die massierten Angriffe auf London bekanntgab, bezeichnete sie als „Vergeltung für die von London begonnenen und in den letzten Wochen gesteigert geführten britischen Nachtangriffe auf Wohnviertel und andere nichtmilitärische Ziele im Reichsgebiet". Wer sich

auch nur einen Rest eigenen Urteils bewahrt hatte, konnte sich zweifelnd fragen, ob denn das Bombardement auf kriegswichtige Anlagen und das auf Wohnviertel eine angemessene „Vergeltung“ darstellte. Und das taten viele Deutsche umso mehr, als Hitler wenige Tage zuvor eine antibritische Rede gehalten hatte, die alle Drohungen übertraf, die er bisher an diesen Kriegsgegner gerichtet hatte. Der erste Bericht des Sicherheitsdienstes über das Echo dieser „Führerrede“ im Volke hielt fest, dass insbesondere „die sarkastische Art, mit der der Führer über England sprach, besonderen Eindruck gemacht hat“.

Was hatte Hitler gesagt, was gleichsam zwischen den Zeilen angekündigt? Er hatte den Gedanken an eine bevorstehende Invasion genährt und damit die Hoffnung der Deutschen, dass der Krieg noch 1940 zu Ende gehen und also ein zweiter Kriegswinter gar nicht zu bestehen sein werde. Deklarierter Anlass der Kundgebung war hingegen die Eröffnung des 2. Kriegswinterhilfswerkes. Am meisten Eindruck habe die Ankündigung Hitlers gemacht, hieß es in einem weiteren Bericht der Beobachter und Analytiker der Bevölkerungsstimmung: „Wir werden ihre Städte ausradieren.“ Und das erwartete ein erheblicher Teil der Volksgenossen nun, jüngere wie ältere, die sich der Ersten-Weltkrieg-Parolen noch erinnern mochten: „Immer feste druff!“ Sie kritisierten, dass zivile Ziele nicht angegriffen würden. Andere meinten hingegen, das geschehe schon, würde offiziell nur nicht mitgeteilt. Und dritte kamen zu dem Urteil, die Menschenverluste seien „bereits weitgehend abgegolten“. Dass, wer Wind sät, Sturm ernten kann, war – folgt man diesen Berichten – unter den Deutschen im September 1940 kein Gesprächsthema. Kaum jemand glaubte an eine Wende des Kriegsgeschehens. Und die verschwindende Minderheit, die sie herbeiwünschte, hütete sich, darüber ein Wort dort laut werden zu lassen, wo tödliche Folge drohten.

Nun, da das Bombardement auf die Zentren britischer Städte begann, erwiesen sich die Angriffe auf Warschau und Rotterdam als ein Vorspiel nur. Zum ersten Mal in der Kriegsgeschichte wurde eine Luftwaffe dafür verwendet, durch die Zerstörung ziviler Anlagen, von Wohnvierteln und ganzen Stadtgebieten, durch die Tötung von Frauen, Kindern, Greisen, Hilflosen, einen Gegner zu demoralisieren und den Kriegssieg herbei zu bomben. Nicht nur die Militärs, die das befahlen und ausführten, wussten, was sie anrichteten. Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers, drohte im Mai 1941 den Briten, denen er nach seiner Fallschirmlandung in Schottland gegenübersaß, mit noch verheerenderen Luftattacken auf die Bevölkerung britischer Städte. In diesen Wochen aber nahm der Luftkrieg über England, längst nicht mehr mit der Erwartung verbunden, auf diese Weise zum Kriegsziel zu gelangen, eine Wende. Es setzte die Umgruppierung der deutschen Luftwaffenverbände für den Krieg gegen die UdSSR ein. Die Hoffnung, nach dessen rascher Beendigung zu einer gigantischen Luftrüstung überzugehen und sich dann konzentriert erneut auf die Bevölkerung des Inselstaates zu stürzen, zerschlug sich an den Widerstandskräften der Roten Armee und des überfallenen Landes.

Bis heute keine Scham

Während der mörderischen Luftoffensive des Spätsommers 1940, die zeitweilig von Göring selbst geleitet wurde, kommandierte Albert Kesselring die 2. Luftflotte. Von ihm, der nach Kriegsende von einem britischen Militärgericht in Venedig wegen in Italien begangener Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt, dann zu lebenslänglicher Haft begnadigt wurde, sich 1951 aber bereits auf freiem Fuß befand, war so wenig wie von anderen deutschen Befehlshabern ein Wort der Anteilnahme für diejenigen zu hören, denen sie Tod und Unheil gebracht hatten. Kesselring rühmte sich schon im Titel seiner Memoiren, Soldat bis zum letzten Tag gewesen zu sein. Und dieser Geist beherrschte auch den Stahlhelm-Soldatenbund, dessen Vorsitz er übernahm und bis zu seinem Tode beibehielt.

Keine Spur von Beschämung oder Trauer auch in den Erinnerungen des Fliegergenerals Theo Osterkamp, der während der „Luftschlacht um England“ das Geschwader 51 kommandiert hatte. Er erblickte die Tragödie auf Seiten der deutschen Flieger, nicht unter den Zehntausenden ihrer britischen Opfer. Im Stil der Landserhefte sprach er von denen, die diese Seite der „Moderne“ mörderisch aufschlugen, als von „unserem Haufen“. Und zugleich versicherte er, die Jagdflieger, die den Bomben tragenden Verbänden Geleitschutz gegeben und so eine Bedingung für die Verrichtung von deren Vernichtungswerk erst geschaffen hatten, hätten ritterlich und ohne Hass gekämpft. Und fast, sin-

nierte er, wäre ja „das Wunder vollbracht“ worden. Johannes Steinhoff, eines des Fliegerasse Görings, 1966 bis 1970 Inspekteur der Luftwaffe der Bundeswehr, leitete 1966 ein aus dem Englischen übersetztes Buch über die „Luftschlacht um England“ u. a. mit dem Satz ein: „Hier sprechen sie noch einmal die Fliegersprache jener Tage; geben sich burschikos und überlegen und äußern den makabren Humor von Männern, die genau wissen, wie gering ihre Chance zu überleben ist. Dabei ist die Ähnlichkeit dieser Spezies von jungen Einzelkämpfern beider Seiten – genannt ‚Jagdflieger‘ – frappierend.“ Sinnlos sei freilich das „Duell zwischen den besten Söhnen zweier Nationen“ gewesen. Das Duell junger Abenteurer – darin verrät sich der Versuch, über die Kriegsziele zu schweigen und ebenso über die Methoden, mit denen sie erreicht werden sollten.

junge Welt, Mittwoch, 06.09.2000.

Auf langem Wege

Einer von denen, die es nicht gab, feierte einen Runden.
Dem Historiker Dietrich Eichholtz zum 70.

„Im Übrigen gab es nur vereinzelt kommunistische Historiker, die sich auf dem Gebiet der Wirtschaft, mit Sicherheit aber nicht auf dem der kapitalistischen Wirtschaft auskannten.“ Der Satz findet sich in einem eben erschienenen Sammelband, und formuliert hat ihn Gerald Feldman, Geschichtsprofessor an der Universität im kalifornischen Berkeley – ein Mann, dem man aufgrund seines Fachgebietes derlei Dahergeschreibe nicht zugetraut hatte. Pikant, dass er derzeit u. a. zu den Wahrheitssonderkommissaren gehört, die sich – nicht mit der Geschichtsforschung im ostdeutschen Staat – als Teil einer größeren Gruppe speziell mit jenen Seiten der Geschichte des schweizerischen Bankwesens befassen, welche dessen Beziehungen zu Nazideutschland betreffen.

Doch wissen könnte Feldmann immerhin, dass die ursprünglich dreibändige Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft aus der Feder von Dietrich Eichholtz 1999 in einer (fünfbändigen, mit einem Gesamtregister versehenen) Reprintausgabe vom Saur Verlag in München herausgegeben wurde, der in der Bundesrepublik und in den USA etabliert ist. Dieser nur von Krösussen und gut dotierten Bibliotheken anzuschaffenden Ausgabe soll in ein oder zwei Jahren noch eine erschwingliche Paperback-Ausgabe folgen, was das Werk dorthin gelangen lassen könnte, wohin es gehört, in die Bücherregale und vor die Augen von Studenten der Geschichte und der Wirtschaftswissenschaften. Worauf es hier ankommt: Saur hat einen Namen und also auch einen zu verlieren; er befasst sich nicht mit der Edition von Produkten von Dilettanten.

Das Hauptwerk von Eichholtz gehört zur internationalen Standardliteratur über die Geschichte von Faschismus und Zweitem Krieg. Es war nie als Ganzes auf dem Markt gewesen, der erste Teil – 1969 gedruckt – war alsbald vergriffen, der zweite – erschienen 1983 – nicht anders (indessen verscholl ein Teil davon in den Wendezeiten, in denen Kulturbanausen besondere Triumphe feierten, auf irgendeiner Müllhalde), der dritte lag 1996 vor und war zwei Jahre später auch nicht mehr zu haben, es sei denn in Antiquariaten und dort nicht als Schnäppchen.

Was immer Forschende über die Methode Marxscher Analyse des Kapitalismus denken mögen: Wer kein Ignorant ist, macht sich mit den Ergebnissen und der Vorgehensweise bekannt, die den insgesamt mehr als 1900 Seiten der dreibändigen Ausgabe abgewonnen werden können. Sie ist Resultat einer Kärrnerarbeit über Jahrzehnte. Bot der Gegenstand schon Schwierigkeiten genug, so wurden sie vermehrt durch Aufträge, die der Wirtschaftshistoriker an seiner vieljährigen Arbeitsstätte, dem Zentralinstitut für deutsche Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, erhielt. Insbesondere galt das für seine Mitarbeit an der auf sechs Bände anschwellenden Gesamtdarstellung „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“, einer Gemeinschaftsarbeit, für die er in gedrängter und allgemein verständlicher Form jene Partien schrieb, die sich mit der Rüstungs- und Kriegswirtschaft befassen.

Die Jahre am Akademie-Institut hat Eichholtz hauptsächlich, aber nicht nur forschend verbracht. Er lehrte zeitweilig an der Universität Greifswald, und diese Erfahrung kam ihm zugute, als er nach der Abwicklung dieser Arbeitsstätte 1994/95 Lehrveranstaltungen an der Technischen Universität Berlin halten konnte. Im letzten Semester seiner Tätigkeit dort hat er Fachleute aus den alten und neuen Bundesländern zu einer Vorlesungsreihe vereint, deren Beiträge inzwischen auch gedruckt nachgelesen werden können. (Dietrich Eichholtz, Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Metropol Verlag Berlin 1999) Doch den Kontakt mit jungen Leuten hat der inzwischen wie mancher seiner Kollegen vor die Tore Berlins Gezogene mit dem Ausscheiden aus der Hochschularbeit nicht aufgegeben. Wo ihn Gymnasien zu Vortrag und Gespräch einladen, macht sich der Nichtautofahrer auf die Reise.

So lange Wege archivalischer Arbeit Eichholtz allein gegangen ist, er hat sich immer wieder anregend und leitend auch an der Zusammenführung von Forschungen beteiligt, wobei ihn diejenigen, die sich noch im Prozess ihres Werdens befanden, mehr noch anzogen als das – zunächst – Abgeschlossene. Davon zeugt vor allem der gemeinsam mit Kurt Gossweiler 1980 herausgegebene Band „Faschismus-

forschung. Positionen – Probleme – Polemik“, in dem auf wichtigen Feldern Standpunkte von DDR-Forschern dargelegt wurden. Kollegen zu streitbaren Diskussionen zusammenzuführen, hat Eichholtz immer auch Vergnügen bereitet, wie er umgekehrt seine Enttäuschung nicht verbirgt, wenn der von ihm erwartete und denkbare Ertrag nicht erreicht wurde. Zu schweigen von seinen an der Grenze zum Unwirschen eben noch beherrschten Reaktionen auf wiederkäuendes Geschwätz. Mit dieser Haltung gehört er zu den Aktivposten jener Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, die nach der Abwicklung der DDR-Geschichtsinstitute und dem Ende der Historikergesellschaft entstand, nicht als Traditionsverein von Ostdeutschen, sondern offen für Mitglieder wie für Gäste, Vortragende, Diskutierende und Zuhörer.

Wer wissen will, was Eichholtz nach rund einem halben Jahrhundert intensiver und mitunter auch zäher Beschäftigung mit der Geschichtswissenschaft an Schriftlichem vorgewiesen hat, kann zu einem Bulletin dieser Gesellschaft (1996/Nr. 6) greifen. Darin wurde aus Anlass seines 65. Geburtstages eine Bibliographie seiner wissenschaftlichen Publikationen gedruckt. Wer sie in toto zur Kenntnis nehmen wollte, müsste russisch, tschechisch, polnisch englisch, französisch, italienisch und griechisch lesen können. Unter den langfristigen Forschungsvorhaben, die Eichholtz verfolgte, widmet er sich noch immer vorzugsweise der Untersuchung der „Neuordnungspläne“, die in den Jahren der Kriegssiege des deutschen Faschismus und noch darüber hinaus ins Kraut schossen. Und jüngst hat er sich – auch in den Spalten dieser Zeitung – wieder zu dem Thema Zwangsarbeit der nach Deutschland Herbeigelockten und Herbeigeschleppten geäußert und sich mit seinen Beiträgen jener Sichtweise entgegengestellt, die einzig danach fragt, wer zahlungspflichtig war und ist, und aus der ansonsten über die Wirklichkeit von Ausbeutung und Auspowerung und modernem Sklavenhaltertum kaum etwas erfahren werden kann.

Von Historikern ist gesagt worden, sie lohnten sich nur, wenn sie alt würden. Nicht nur deswegen, in Freundschaft: Auf viele Jahre, Dietrich Eichholtz.

junge Welt, Freitag, 08.09.2000.

Das alte Land

Aus linker Perspektive

Anzuzeigen ist das Erscheinen eines außergewöhnlichen Buches. Es setzt im doppelten Sinne ein Denkmal. Zum einem jener Welt jüdischen Lebens in Osteuropa, die es nicht mehr gibt. Zum anderen dem jüdischen Fotografen, den ukrainische Judenmörder 1941 in Tarnopol erschlugen, als ihnen die erobernden Deutschen die Mörderhände freigemacht hatten. Bis dorthin war Alter Kacyzne auf der Flucht vor der Wehrmacht gelangt. Zunächst 1939 bis nach Lwów, die damals sowjetische Stadt. 1941 hatte ihn der Angriff auf die UdSSR weiter ostwärts getrieben, aber er gelangte nicht weit genug. Zwei Jahre später brachten die Judenmörder seine Frau in der Vernichtungsstätte Belzec um.

Kacyzne, im zum Zarenreich gehörenden Wilna geboren, im Süden der Ukraine zum Fotografen ausgebildet, hatte in den zwanziger Jahren im eben wieder und neu gewordenen Staat Polen mit seinen Apparaturen weite und mitunter beschwerliche Reisen in bekannte Städte und entlegene Dörfer unternommen. Zuerst im Auftrage einer US-amerikanischen Hilfsorganisation, sodann in Diensten der in den USA erscheinenden jüdischen Zeitung *Forverts* machte er Aufnahmen in einer Lebenswelt, der diejenigen, die sie betrachteten, bereits entrückt oder richtiger wohl: entflohen waren. Ermahnung, sich den in Armut und vielfach in elenden Zuständen Lebenden solidarisch zu erweisen, und Erinnerung an Menschen und Orte, in denen die Leser der Zeitung Kindheit und Jugend und manche auch schon die längste Zeit ihres Lebens verbracht hatten – das war die ursprüngliche Bestimmung dieser Fotografien.

Ihr Bestand, insgesamt 700 Stücke umfassend, befindet sich heute im YIVO Institute for Jewish Research in New York. Auf ihn haben Publizisten immer wieder zurückgegriffen. Nun liegt zum ersten Mal eine Auswahl jener Bilder vor, die 150 Aufnahmen umfasst. Was sie von ähnlichen – es sind nur wenige – Überlieferungen unterscheidet ist der Blickwinkel des Mannes hinter dem Apparat. Er habe, heißt es einleitend, eine besondere Beziehung zu seinen Fotomotiven besessen und sei den Menschen, die auf Bildern festhielt, tief verbunden gewesen. Welche Beziehung? Welche Menschen? Davon zeugt am stärksten die unter der Überschrift „Bei der Arbeit“ zusammengefasste Bildergruppe. Wer den Frauen und Männern – Stickerinnen und Näherinnen, Schneidern und Schustern, Schlossern und Tischlern, Seilern und Sattlern, Schmieden und Uhrmachern – in das Gesicht blickt, auf ihre Hände sieht, ihre Haltung wahrnimmt, entdeckt, wenn es ihm nicht schon früher begegnete, das jüdische Proletariat und Kleinbürgertum Polens, der Mehrheit dieser damals 3,1 Millionen Menschen ausmachenden Minderheit, die unter Polen, Ukrainern, Deutschen und weiteren Bevölkerungsanteilen des Landes lebte.

Bei Kacyzne sind wirklich wohlhabende und moderne, städtische Juden eher selten zu finden, bemerkt der Herausgeber. Der hält sich bei der politischen Standortbestimmung des Fotografen, der sich auch als Dichter und Verleger bekanntmachte, auffällig zurück und es scheint, dass er vom Hass der faschistischen Antisemiten auf die „jüdischen Bolschewisten“ und den der Wehrmacht erteilten Befehlen nie etwas gehört hat, wenn er von Kacyzne schreibt, er „glaubte“ (!) sich beim Herannahen der deutschen Truppen wegen seiner Arbeit für die kommunistische Presse besonders gefährdet.

Der außergewöhnliche Mann, in Warschau lebend und dort zu den begüterten Kreisen der jüdischen Intelligenz gehörend, war 1935 Herausgeber der kommunistischen Tageszeitung *Der Fraynd* geworden und hatte an seinem Zufluchtsort Lwów unter anderem als Redakteur eines jiddischen Programms im sowjetischen Rundfunk und als künstlerischer Leiter des Jiddischen Theaters gearbeitet. Wo rauf Kacyzne seine Hoffnungen setzte, drückt wohl am deutlichsten eine Fotografie aus, die – anders als die meisten anderen – „gestellt“, gleichsam komponiert ist. Sie zeigt eine Gruppe von Lederarbeitern, Mitglieder des „Bundes“, der mitgliederstärksten sozialistischen Partei der polnischen Juden, in einer genossenschaftlich betriebenen Werkstatt: kraftvolle Gestalten, intelligente und nachdenkliche Gesichter, nicht ausgerichtet, nichts demonstrierend, selbstbewusst, zusammengehörend. Wie anders die Aufnahme, die den Band beschließt! Sie zeigt in einem Eisenbahnabteil Frauen, Männer und Kinder dicht gedrängt auf der Fahrt nach Gdánsk, wo die Überfahrt zu neuen Lebensufern angetreten werden soll.

Dem 1999 in New York erschienenem Buch wurde der Originaltitel nicht gelassen. *Poyln. Jewish Life in the Old Country* – das drückte exakt die Perspektive derer aus, die in der Neuen Welt angekommen waren, allein oder mit ihren Familien, manche diesen vorausreisend, in der Absicht, die Ihren nachkommen zu lassen, wenn erst das Geld für eine Reise erschuftet, für den Lebensunterhalt an neuem Ort gesorgt war. Für deutsche Leser erschien das dem Verleger wohl zu anspruchsvoll. Das ersatzweise gefundene *Eine untergegangene jüdische Welt* – bezeugt auch für Vergesslichkeit, hatte doch – es liegt nicht mehr als eineinhalb Jahrzehnte zurück, der in Köln lehrende Historiker Andreas Hillgruber mit seiner Wortwendung vom „zweierlei Untergang“ einen der Stoffe für jene „Historikerstreit“ genannte Auseinandersetzung geliefert, während der sich westdeutsche Geschichtswissenschaftler über eine der Wirklichkeit angemessene oder sie einnebelnde Darstellung deutsch-faschistischer Verbrechen stritten. Damals schon war darauf bestanden worden, dass da nichts untergegangen sei. Diese Welt ist ausgemordet worden. Wann, wie und von wem und mit welchen Zielen, darüber hätten sich in einem Anhang zur deutschen Ausgabe ein paar Worte mehr, nüchterne Angaben über Zeiten, Orten und Täter, denken lassen.

Alter Kacyzne, Poyln. Eine untergegangene jüdische Welt. Hrsg. Marek Web. Aus dem Englischen von Chris Hirte und Gunnar Cynybulk, Aufbau Verlag 2000.

junge Welt, Mittwoch, 11.10.2000.

Legenden und Fakten

Über die Anfänge der Darstellung und Erforschung des „Holocaust“ in der DDR

Unter den Themen, mit denen sich nach 1990 Politiker, Publizisten und – seltener – Historiker befasst haben, wenn von der DDR-Geschichtswissenschaft die Rede war, besetzten Antisemitismus, Judenverfolgung und Judenmord in der deutschen Geschichte, namentlich in den Jahren zwischen 1933 und 1945 einen besonderen Platz. Vielfach äußerte sich darin ein doppeltes Gleichstellungsbemühen. Es richtete sich erstens darauf, in diesem Punkte die Wege der beiden deutschen Staaten nach 1945 zu parallelisieren. Das bedeutete, der Vergangenheit des ostdeutschen Staates einige Besonderheiten zu nehmen und gleichzeitig ihr Eigenheiten anzudichten, die sie nicht besessen hatte. Zweitens – und ganz anders gerichtet – war es dazu bestimmt, die These von der „zweiten deutschen Diktatur“, die der ersten faschistischen direkt gefolgt sei, zu stützen. Mit dem für die DDR behaupteten Antisemitismus von Staats wegen sollte diesem wenig kunstvollen Gedankengebäude gleichsam der Schlussstein eingefügt werden – von der braunen zur roten Judenfeindschaft. Über das – auch doppelte – politische Interesse, das diesen Zerrblick in die DDR-Geschichte erzeugte und zutage liegt, ist hier kein Wort zu verlieren.

Die Frage lautet, wie es in dieser Hinsicht um uns wirklich stand. Früh entbrannte darüber in den Spalten der Zeitschrift „Konkret“ eine Debatte, die durch einen Artikel Olaf Groehlers ausgelöst wurde und an der sich mit Repliken Jürgen Kuczynski, Kurt Gossweiler und auch ich beteiligten.[1] Groehler wird in diesem Punkte von mehreren Autoren als eine Art Kronzeuge zitiert. Der Frühverstorbene kann sich gegen diese Inanspruchnahme nicht wehren. Später und eingehender haben sich Angelika Timm[2] und Mario Keßler[3] aus verschiedenen Gesichtswinkeln geäußert. Ich tat das in einer britischen Fachzeitschrift[4] und – das erlaubt mir hier eine starke Verkürzung – umfangreicher in einem Abschnitt eines eben erschienenen Buches.[5]

Vorweg und um die allgemeinste politische Bedingung für das Wirken von Geschichtswissenschaftlern im Hinblick auf die hier interessierende Frage zu benennen: In Punkto Kampf gegen den Antisemitismus haben die sozialistischen Staaten nichts weniger als eine weiße Weste. Die Positionen, die sich in Lenins berühmter Rede gegen die Schande der Judenpogrome ausdrückte und sich auch in der Presse der KPD aus den zwanziger Jahren, beispielsweise in einem Bildbericht der „Arbeiterillustrierten“ finden lässt, der vom neuen Leben von Juden in einer von ihnen betriebenen ukrainischen Kolchose Kunde gab, wurden nicht gefestigt. Stalin und eine seiner letzten Verfolgungskampagnen gegen jüdische Ärzte, zu Beginn der fünfziger Jahre der Slánský-Prozess in der Tschechoslowakei, die erneute Verfolgung im volksdemokratischen Polen, die Ende der sechziger Jahre den Rest der den Faschisten entkommenen Juden durch eine Vertreibungswelle noch einmal dezimierte, bezeichnen fortdauernde Erscheinungen von Judenfeindschaft, das Vorhandensein und die Propagierung von antijüdischem Wahn und seine Verwendung für Herrschaftszwecke. Die Stellungnahme der SED-Führung zum Prozess gegen den Generalsekretär der tschechoslowakischen Partei ist vielfach in Erinnerung gerufen worden.[6] Der Vorwurf antijüdischer Haltung ließ sich auch im Zusammenhang mit den

---

1 Olaf Groehler, „Aber sie haben nicht gekämpft“, In: Konkret (Hamburg) 5/1991, S. 38 ff.; Jürgen Kuczynski, Material fürs Siegertribunal? Wo wäre das anders gewesen, ebd. 8/1992, S. 44 ff.; Kurt Gossweiler, Aus dem Arsenal des Kalten Krieges, in: ebd., S. 46 ff.; Kurt Pätzold, Antisemitismus und NS-Geschichte, in: ebd., 11/1992, S. 52 ff.; Olaf Groehler, „Juden erkennen wir nicht an‘, in: ebd. 3/1993, S. 59 ff.

2 Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

3 Mario Keßler, Die SED und die Juden - zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995 (= Zeithistorische Studien Bd. 6. Hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam)

4 Kurt Pätzold, Persecution and the Holocaust. A Provisional Review of GDR Historiographie. In: Leo-Baeck-Institute Year Book XL, 1995, S. 291-312.

5 Kurt Pätzold, „Ihr waret die besten Soldaten. Ursprung und Geschichte einer Legende, Leipzig 2000. Darin das 16. Kapitel: Antisemitismus und Judenmord im ostdeutschen Faschismusbild, S. 159-168.

6 Wortlaut neuerdings bei Mario Keßler, a. a. O., S. 153 ff.

Verfolgungen erheben, denen Paul Merker und weitere Funktionäre der SED ausgesetzt waren.[7]

Für uns, die Historiker, verbindet sich damit die belastende Erinnerung, dass wir in keiner späteren Phase diese geschichtlichen Tatsachen kritisch thematisiert und gefragt haben, warum und wodurch diese den Idealen und Programmen von Sozialisten krass entgegenstehenden Erscheinungen möglich wurden, wovon die zeugten und ob wir uns gegen deren Wiederkehr versichert, sie endgültig hinter uns gelassen hatten. Zudem: Das Fort- bzw. Wiederaufleben von Antisemitismus und Judenfeindschaft in Staaten, in denen das Privateigentum an der Masse der Produktionsmittel nicht mehr existierte und die Ausbeutung der Menschen durch ihresgleichen aufgehoben war, stellte eine harte Herausforderung an unser Verständnis der Dialektik von Basis und Überbau dar und war mit dem partiell berechtigten Hinweis auf Muttermale der alten Gesellschaft nicht zu erledigen. Aufgeworfen waren Fragen nach den Möglichkeiten und den Grenzen der Aufklärung. Nun stellen sie sich nach dem Zusammenbruch des Systems sozialistischer Staaten verschärft. Denn mit dem Kapitalismus sind Antisemitismus und Judenfeindschaft in ungeglaubter Quantität und Qualität in Regionen zurückgekehrt, in denen sie marginalisiert worden waren.

Die seit rund einem Jahrzehnt vorgebrachte Kritik behauptet, es habe in der DDR an der Staatsspitze einen versteckten und in der Bevölkerung einen latenten Antisemitismus gegeben. Im ostdeutschen Staat hätten sich die Ideologen den politischen Vorgaben auch in diesem Punkte angepasst oder einfach Winken der Obrigkeit gehorcht. Zumindest habe auch in ihren Reihen ein antijüdischer Vorbehalt existiert, und der eben hätte sich in der Art und Weise ausgedrückt, wie Historiker und Lehrer an den Schulen, letztere entlang der Schulbücher, den Gegenstand behandelt oder eben nicht behandelt oder ihn bis zur Nichtwahrnehmbarkeit an den Rand ihres politisch-pädagogischen Interesses gerückt hätten. Jüngst konnte ein Mitarbeiter des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit dergleichen via sozialistische Tageszeitung erneut verbreiten, freilich auf den Widerspruch von Lesern stoßend.

Dass ich über das Thema „Geschichtswissenschaft in der DDR und die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Judenfeindschaft“ hier einige durch die vorgeschrittene Zeit verkürzte Bemerkungen mache, hat mit eigenen Forschungen und Publikationen zu tun, geschieht aber nicht um deren Verteidigung willen. Walter Schmidt gab 1998 in einem inzwischen gedruckten Vortrag,[8] den er vor dem Verein „Porta Pacis“ in Berlin hielt, einen Überblick über einschlägige DDR-Forschungen und stellte sie einem öffentlichen Publikum zur Diskussion, das sich als gesamtdeutsch bezeichnen lässt. Auch dort ging es nicht um Rechtfertigungsgründe. Die DDR hat, wie Schmidts Rede überzeugend verdeutlichte und der Direktor des Centrum Judaicum, Hermann Simon, in einem Beitrag hervorhob, in diesem Punkte eine Erbschaft hinterlassen, die besichtigt und auf ihre Verwendbarkeit hin durchgesehen werden sollte. Das scheint in einem Augenblick besonders geboten, da der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden in Deutschland, Paul Spiegel, die Frage „wahrscheinlich berechtigt“ nannte, „ob es richtig war und ist, jüdische Gemeinden in Deutschland wieder aufzubauen“.[9]

Ich werde nicht so weit greifen wie dieser Vortrag, sondern mich auf die Anfänge konzentrieren. Das geschieht auch deshalb, weil sich für die frühen (namentlich für das Ende der vierziger und die fünfziger) Jahre eine Vorstellung festzusetzen scheint, die in das Reich der Legenden gehört. Gab es so bald nach Kriegsende wirklich so etwas wie „antisemitische Jahre“ der DDR? Verbreitete sich Judenfeindschaft als wellenschlagartige Folge des Slánský-Prozesses? Verstärkte sie sich als Folge der Parteinahme für die Befreiungsbewegungen der Araber, die sich wiederum mit dem Streben nach der Durchbrechung der Hallstein-Doktrin und internationaler Anerkennung der DDR verband? Konser-

---

7 S. die Dokumente 3-6. Ebd. S. 156 f.

8 Walter Schmidt, „Jüdisches Erbe in der DDR“. In: November 1938. Vom Pogrom zum Völkermord. Dokumentation einer Veranstaltung des Vereins Porta Pacis am 7. November 1998 im Gedenken an die Reichspogromnacht vor 60 Jahren, o. O. 1999, S. 57 ff.; ders., Jüdisches Erbe in der DDR. In: Rassismus – Faschismus – Antifaschismus. Hrsg. von Manfred Weißbecker und Reinhard Kühnl unter Mitwirkung von Erika Schwarz, Köln 2000, S. 311 ff. Und vordem: ders., Jüdisches Erbe deutscher Geschichte im Erbe- und Traditionsverständnis der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 37. Jg. H. 8, S. 692 ff.

9 Hier zitiert nach: Neues Deutschland, 4. Oktober 2000.

vierte oder erzeugte die vielfach undifferenzierte Kritik an der antiarabischen Politik israelischer Führer nicht wiederum Antisemitismus? Gegen dieses Bild von den frühen DDR-Jahren sprechen zunächst Leistungen, an denen die sich erst formierende materialistische Geschichtswissenschaft nicht und an denen sie später allenfalls indirekt beteiligt war. Denn das Hauptverdienst an der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Judenfeindschaft gebührt in jener Anfangsphase und, wie es mir vorkommt, für die gesamte Dauer der Existenz des ostdeutschen Staates Theater- und Filmregisseuren, Schauspielern, Schriftstellern, darunter Lyrikern, Novellisten, Romanciers und auch bildenden Künstlern. Es entstanden Werke von internationalem Rang und aktuellem Wert, die, wie Auflagenzahlen von Büchern und Besucherzahlen von Kinofilmen beweisen, keineswegs nur eine Elite erreichten, sondern das Denken und Fühlen von Millionen beeinflussten. Davon zeugen auch die Angaben, die bald nach dem Ende der DDR durch Befragungen gewonnen wurden, die Vergleiche zwischen der Haltung der West- und der Ostdeutschen zu Antisemitismus, zu den Juden und zum Staate Israel ermöglichten.

Wer ein redliches Urteil über die Geschichtspublizistik und -forschung in der DDR gewinnen will, hat zweierlei zu tun.

Er muss – dies erstens – die Aufmerksamkeit, die Judenverfolgung und Judenmord in der DDR fanden, in einen internationalen Vergleich setzen und vermeiden, einen zeitlosen oder zeitverzeichneten Maßstab anzulegen. Heute werden auch die Staatsanwälte und die Richter von Nürnberg, die 1945/46 so viel zur Bloßlegung des Verbrechens und der Ermittlung jener getan haben, die es in Szene setzten, kritisiert. Ihnen wird vorgeworfen, in Anklage und Urteil das inzwischen Holocaust genannte Verbrechen nicht richtig platziert zu haben. Von ihnen wird in einer ahistorischen Weise verlangt, sie hätten Thesen wie die vom Zivilisationsbruch oder von der Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit des Massenmordes an den europäischen Juden verfechten sollen, die – dies nebenbei – unter den „Holocaust“-Forschern keineswegs unumstritten sind. Noch anderthalb Jahrzehnte nach dem Auftakt-Prozess in Nürnberg, so erfahren wir aus seinen Erinnerungen, musste Raul Hilberg einen langen und lange vergeblichen Kampf darum führen, seine Dissertation, die später weltberühmt wurde, gedruckt zu erhalten. In Israel gelang das nicht, und anfänglich auch nicht an Universitäten der USA.

Es sind Tatsachen, die gegen die These sprechen, dass in Ostdeutschland und nach 1949 in der Frühphase der DDR die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus anhand der Geschichte des deutschen Faschismus wie sie durch den Film „Ehe im Schatten“ und durch die Schriften von Siegbert Kahn und Stefan Heymann begonnen worden war, erlahmt und zeitweilig eingestellt worden wäre. Diese Interpretation findet sich auch in der lesenswerten Monographie von Mario Keßler. Er beschrieb als Folge der „Angelegenheit Merker-Field“ (dies bei ihm in Anführungszeichen) das Entstehen einer Atmosphäre, von der er sagt, sie habe „auch unter der Historikerzunft für eine Tabuisierung der heiklen ‚jüdischen‘ Problematik gesorgt“ Und weiter: „Die prominenten Fachvertreter jüdischer Herkunft vermieden öffentliche Äußerungen diese (? – K. P.) Art“. In dem Zusammenhang nennt er Jürgen Kuczynski, Leo Stern, Hans Mottek, Stefan Doernberg und Arnold Reisberg.[10] Gehen wir von der „Atmosphäre“ zu den Quellen.

In den fünfziger Jahren fand unter Historikern der DDR eine Diskussion über ein Konzept statt, das einer Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte zugrunde gelegt werden sollte. Sie lässt sich, wenn auch nicht vollständig, in den frühen Jahrgängen der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft verfolgen. Eines ihrer Themen war die Frage, welchen Platz die Geschichte der Judenverfolgung darin zu beanspruchen habe. Besonders lebhaft war das Echo auf den von Albert Schreiner verfassten Aufriss für den Band, der die Jahre von 1918 bis 1945 umfassen sollte.[11] Zuschriften forderten Klartext über den geistigen und mentalen Zustand der Deutschen und die von ihnen begangenen Verbrechen. Es müsse gesagt werden, dass es den Machthabern gelungen sei, „sehr große Teile des deutschen Volkes

---

10 Mario Keßler, a. a. O., S. 107.

11 Albert Schreiner, Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes (1918-1945). In: ZfG, 11,1954, H. 5, S. 702 ff.

mit der faschistischen Ideologie zu verseuchen".[12] Eine andere Äußerung verwies darauf, „dass sich mit den ersten Siegen, besonders gegenüber Frankreich, eine den Krieg bejahende Räuberideologie breit machte".[13] Erwähnenswert sei, regte eine Ausarbeitung an, dass die in KZ verschleppten Kommunisten „Juden vor den faschistischen Banditen schützten und ihnen halfen, soweit das in ihren Kräften stand".[14]

Schreiner hatte in seiner Disposition die Verfolgung und Ermordung der Juden in mehreren zusammenhängen erwähnt.[15] Nun musste er in seiner Antwort. auf den Einwand[16] eingehen, es werde sich, würden seine Vorschläge befolgt, ein Missverhältnis zwischen der Darstellung der Judenverfolgung und des Kampfes der Widerständler ergeben. So viel Raum er den Verdiensten der Nazigegner zu geben wünschte, wies Schreiner dies doch bestimmt zurück: „Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass das deutsche Volk zu seinem eigenen Schaden der antisemitischen Vergiftung in einer Weise verfallen war, die ihm die Hemmungen nahm, der Nazibarbarei anderen Völkern gegenüber Widerstand entgegen zu setzen. Aus sachlichen und moralischen Gründen halte ich es für gerechtfertigt, der Judenverfolgung in Deutschland den ihr gebührenden Platz einzuräumen."[17] Hier war zwar nur vom ausgebliebenen Widerstand, nicht von Teilnahme die Rede. Doch fand sich bereits der wichtige Gedanke, dass es zwischen der Ideologie und Praxis des Antisemitismus im Vorkrieg und den Verbrechen während des Krieges einen Zusammenhang gab und die Masse der Deutschen geistig und mental schon so etwas wie eine Vorschule der Barbarei durchlaufen hatte, als der 1. September 1939 erreicht war.

Schreiners Forderungen drückten sich im kurz darauf erschienenen Überblick zur Geschichte der Jahre von 1933 bis 1945, einer Pionierarbeit von Walter Bartel, nur zu einem Teil aus. In dem schmalen Band wurden Judenboykott und Judenverfolgungen im Vorkrieg erwähnt und auf deren Funktionen eingegangen. Sie hätten eine Mobilisierung der Asozialen dargestellt, der Ablenkung der Volksmassen gedient, auf den Raub des Eigentums anderer vorbereitet und die Bereicherung durch „Arisierung" ermöglicht. Als deren Nutznießer wurden Konzerne (Dresdner Bank, Siemens, AEG, Mannesmann, Friedrich Flick)[18] aufgezählt, weitere Profiteure aus den unteren Schichten der Bevölkerung blieben ungenannt. Der Pogrom des November 1938 war erwähnt, nicht aber die Verschleppung jüdischer Männer in Konzentrationslager, eine Auslassung, die deshalb verwundert, weil Bartel, der als Emigrant in der Tschechoslowakei beim Einmarsch der deutschen Wehrmacht nicht mehr hatte entkommen können, zu den Häftlingen des KZ Buchenwald gehörte. In das Lager waren wie auch nach Dachau und Sachsenhausen nach der „Reichskristallnacht" Tausende Juden verschleppt worden.[19] Unter den Widerstandsgruppen führte der Autor die „rein jüdische Gruppe Baum" auf, von der es in

---

12 So die Formulierung von Walter Schmidt/Wilhelm Wehling, ZfG, 1955, H. 2, S. 264.

13 In der von Schreiner in seiner Antwort zitierten Stellungnahme aus dem Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim Zentralkomitee der SED. ZfG, 1955, H. 3, S. 428. Vom Platz der Debatte in der Historiographie der DDR zeugte auch, dass sich am 23. und 24. Juni 1955 etwa 60 Historiker die Disposition, die eingesandten Zuschriften und die Antwort Schreiners erörterten. Sie diskutierten vor allem Fragen der Novemberrevolution, der Frühgeschichte der KPD und deren Verdienste und Fehler in den Jahren der Weimarer Republik und im Kampf gegen den Faschismus. S. den Bericht Fritz Kleins, in dem wiederum auf die Bedeutung der Erforschung der Tatsachen verwiesen wurde, in: ZfG, 1955, H. 5, S. 750. Zu den Teilnehmern gehörte auch der an der Berliner Humboldt-Universität lehrende sowjetische Gastprofessor W. G. Brjunin, dessen schriftliche Äußerung in: ZfG, 1955, H. 2, S. 251.

14 Karl Fugger (Direktor der Gewerkschaftshochschule Bernau bei Berlin), ebd., S. 274.

15 In der Disposition waren für die Behandlung von Themen und Ereignissen nur stichwortartig Angaben gemacht. Sie lauteten für die Jahre vor 1941 „Barbarische Unterdrückungs- und Ausrottungsmethoden gegen die jüdische Bevölkerung", für die 1941 einsetzende Phase „Die Ausrottung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung wurde in größtem Maßstab durchgeführt" und schließlich „Die Verbrechen der SS-Sonderkommandos. Der grausame Massenmord an den Juden." ZfG, II, 1954, H. 5. S. 749, 751, 755.

16 Die vielen Zuschriften zu Schreiners Vorschlag wurden umfänglich, aber nur zu einem Teil gedruckt, so dass sich die Argumentation nicht im Detail verfolgen ließ. Es äußerten sich sowohl einzelne Personen wie ganze Gruppen kritischer Leser. ZfG, 1955, H. 2.

17 ZfG, 1955, H. 3, S. 423.

18 Walter Bartel, Deutschland 1933-1945, S. 185.

19 Ebd., S. 112 u. 158 f.

einer Übertreibung der Tat hieß, sie habe die im Berliner Lustgarten gezeigte Ausstellung „Sowjetparadies“ niedergebrannt.[20] Wo von Verbrechen während der Kriegshandlungen und der Okkupation gehandelt wurde, war die Erschießung der Juden unter den sowjetischen Kriegsgefangenen erwähnt. Die Systematik der Ausrottung der Juden in und aus den besetzten Gebieten Europas, den Staaten der Verbündeten und dem „Großdeutschen Reich“ und ihr totales Ziel machte das Buch nicht erkennbar.

Wer die Pionierarbeit Walter Bartels in ihrer Zeit beurteilen wollte, der könnte sie mit einer in Westdeutschland entstandenen und publizierten Darstellung aus der Feder von Hermann Mau konfrontieren. Sie bot mehr Einzelheiten als die Bartels, ließ aber im Zeichen der Wiederverwendung deutscher Generale und Offiziere beim Aufbau der Bundeswehr die mörderischen Ereignisse als das Diktat eines Einzelnen erscheinen. Hitler habe den „Mordauftrag“ vor der Wehrmacht verheimlicht. Als deren Befehlshaber dessen Inszenierung erkennen konnten, seien sie durch „andere Sorgen belastet“ und „von der Ungnade des Diktators bedroht“ gewesen. So hätten sie sich von den Geschehnissen abgewandt, die eine immer größere „Entfremdung gegenüber der Staatsführung“ bewirkt haben sollen.[21]

Die Passage weist eine bemerkenswerte Übereinstimmung mit den Ausflüchten auf, die vordem bereits von Marschällen und Generälen der Wehrmacht formuliert und publiziert worden waren. Sie trifft sich gedanklich ganz mit der früh erschienenen Darstellung des letzten Chefs des Generalstabs der Luftwaffe Karl Koller, der behauptet hatte: „Gleicherart (das sollte besagen: wie das ganze deutsche Volk – K. P.) wusste auch die Wehrmacht nichts von den bestialischen Vorgängen. Man hatte ihr zudem wohlweislich keinen Einblick gegeben. Kein Soldat hätte solche Maßnahmen gebilligt.“ Und weiter: „Im Kriege waren wir von unseren Aufgaben voll ausgelastet und fernab der Heimat und haben von solchen Grausamkeiten nichts erfahren können.“[22]

Eine dichte Information über Judenverfolgung und Judenmord bot Lesern in der DDR das Buch „SS im Einsatz“. Es enthielt in einem eigenen Kapitel[23] die wichtigsten einschlägigen Dokumente, die während des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher und danach während des Verfahrens gegen Alfried Krupp von Bohlen und Halbach und mehrere Direktoren des Konzerns herangezogen wurden, aber in ihrem Wortlaut kaum weiter bekannt geworden waren. Zudem griffen die Herausgeber auf spätere Funde aus den Akten des Reichssicherheitshauptamtes zurück. Gegliedert in ‚Judenverfolgung“, „Kristallnacht“ und „‚Endlösung der Judenfrage‘ – sechs Millionen Tote“ unterbreiteten die Autoren die bis dahin wohl vollständigste, einem breiteren deutschsprachigen Benutzerkreis zugänglich gemachte Sammlung aus der schriftlichen Hinterlassenschaft der Judenmörder. Sie vermittelte ein vollständiges Bild vom Ausmaß des „Holocaust“ und der Methoden der Menschenvernichtung (Massenerschießungen, Aushungerung, „Vernichtung durch Arbeit“, Erstickung durch Motorabgase in stationären Anlagen und in Lastkraftwagen und durch die Verwendung von Zyklon B in „Gaskammern“). Vollständig wiedergegeben wurde die von Adolf Eichmann gefertigte Niederschrift über den Verlauf der sog. Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942.

Dass Judenverfolgung und Judenmord in das Forschungsprogramm der DDR-Historiographie gehörten, betonte auch der aus einer österreichischen jüdischen Familie stammende, an der Universität

---

20 Ebd., S. 239.

21 Mau/Krausnick, S. 169. Der Text war zuerst 1955 als Teil des von Peter Rassow herausgegebenen Handbuchs Deutsche Geschichte im Überblick und im Jahr darauf als Separatum erschienen. Mau hatte ihn nahezu vollendet, als er verstarb und Krausnick vervollständigte das Manuskript. Was im Osten Deutschlands 1944/45 an „Mord, Brand und Frauenschändungen“ durch die Sowjetarmee verübt worden sei, bezeichnete er als weit erschreckender als die deutschen Untaten. S. 197 f.

22 Karl Koller, Der letzte Monat, S. 181 f. Der Autor berichtete, KZ-Häftlingen nur einmal begegnet zu sein, und zwar 1944 bei seiner Inspektion eines Werkes von BMW. Dort hätten sie einen „gut ernährten Eindruck“ gemacht. Leider habe ihn die SS gehindert, mit ihnen zu sprechen. (S. 182 f.)

23 SS im Einsatz, Kapitel III: Dokumente und Berichte über die Verfolgung und Vernichtung jüdischer Menschen, S. 87-144. Zu den Texten enthielt der Band eine große Zahl von Fotos und Faksimiles von Dokumenten, so dass er in gewisser Weise einen Vorgänger des bedeutenden Werkes von Helmut Eschwege, Kennzeichen J – Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945. Mit einem Geleitwort von Arnold Zweig, einer Einleitung von Rudi Goguel und einer Chronik der faschistischen Judenverfolgungen von Klaus Drobisch, Berlin 1966, darstellte.

Halle lehrende Historiker Leo Stern auf einer Zusammenkunft von 60 Geschichtswissenschaftlern, zu der die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED am 17. Dezember 1958 nach Berlin lud.[24] Sie diente auch der Vorbereitung auf jene (zweite) Tagung, die im folgenden Jahr Historiker der DDR und der Sowjetunion erneut zusammenführen sollte. Zu den Teilnehmern der Beratung gehörten Walter Ulbricht und Kurt Hager. Stern sagte, nachdem er auf die Rolle der rassistischen und der sozialdarwinistischen Dogmen während der ideologischen Vorbereitung der Deutschen auf den Krieg eingegangen war: „Die übelste Rolle ... spielte jedoch der brutale Antisemitismus." Nach dem Hinweis auf die Saat des Hofpredigers Adolf Stöcker und die Verbreitung der erfundenen „Protokolle der Weisen von Zion" konstatierte er: „Von dieser massiven Judenhetze bis zur Ermordung und Vergasung von Millionen Juden und anderer sog. minderrassigen Völkern, zu denen die Slawen und die Zigeuner zählten, in den KZ und Nazi-Folterkammern ging ein gerader Weg."[25]

Unter den frühen Arbeiten der DDR-Historiographie war es sodann ein Beitrag Eva Seebers im Band „September 1939", der die Vernichtung der polnischen Juden skizzierte, das Verbrechen den Okkupationszielen zuordnete und es als den geplanten und dann weitgehend verwirklichten Vorläufer auch der massenweisen Liquidierung der Slawen darstellte. Die totale Vernichtung der jüdischen und die Dezimierung der nichtjüdischen Bevölkerung Polens wurde zu den kurz- und langfristig bemessenen Herrschafts- und Brauchbarkeitskalkülen der faschistischen Kolonisatoren in Beziehung gesetzt.[26]

Fazit: Dass das Thema Judenverfolgung und Judenmord die Historikerzunft in der DDR, seit sie sich formierte, zeitweilig nicht beschäftigt hätte, gehört in den Bereich der Legende. Wahr ist, dass aus jener frühen Zeit keinerlei Arbeiten vorliegen, die es in einem Überblick dargestellt hätten. Darüber lässt sich heute umso leichter von allen reden und schreiben, die aus eigener Erfahrung keine Vorstellung vom Schwierigkeitsgrad des Gegenstandes besitzen. Hilberg hat später freimütig eingestanden, er habe sich die Frage nach dem Warum des Judenmordes nicht gestellt, sondern sich auf die Bloßlegung des gesamten Instrumentariums und die Personage konzentriert, die das Morden ermöglichten und ausführten.

Für die marxistische Geschichtsschreibung galt fälschlich, d. h. in überzogener Abwertung, die bloße Beschreibung eines geschichtlichen Ablaufs als ungenügend. Sie wurde mitunter als Objektivismus abgetan oder auch gebrandmarkt. Damit war eine Messlatte gelegt, die zu bewältigen sich niemand zutraute. Die Betonung des Zusammenhangs zwischen Kapitalinteresse, Krieg und Judenmord beschränkte sich daher auf seine mit keiner überzeugenden Begründung versehene Behauptung und

---

24 S. auch den Bericht: Die ideologische Offensive der Partei und die Historiker. Zu einer Beratung mit Genossen Historikern. In: Neues Deutschland, 28. Dezember 1958, der die wenig konkreten Vorgaben Ulbrichts für die Teilnahme der Historiker an den politischen Kämpfen referiert.

25 Leo Stern, Die westdeutsche Geschichtsschreibung im Dienst der psychologischen Kriegsführung. In: Einheit (14) 1959, H. 2, S. 250 ff., hier: S. 254. Diese Hervorhebung ergänzte jedenfalls die von Stern in seinem Referat auf der 1957er Konferenz gegebene Aufzählung der Forschungsaufgaben, in der die Erwähnung der Okkupation und der während der Besatzungszeit begangenen Verbrechen fehlte und Konzentrationslager nur im Zusammenhang mit der Erforschung des Widerstands erwähnt worden waren. Leo Stern, Die Haupttendenzen der reaktionären Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg, in: ZfG, 1958, H. 1, S. 89. Sterns Bilanz über den Stand der Weltkrieg-II-Forschung in der DDR fiel 1958 insgesamt kritisch aus. Mit der Thematik hätten sich bislang „vor allem Partei- und Staatsfunktionäre beschäftigt", von denen er Walter Ulbricht, Otto Winzer, Paul Wandel und Albert Norden nannte (S. 260). Von den Historikern wurde festgestellt, sie würden „zu sehr aus der Defensive" arbeiten (S. 259 f.), womit erneut auf fehlende eigene quellengestützte Forschungen hingewiesen war. Dies berechtigte Stern zu der Vorhersage, eine „umfassende Gesamtdarstellung" des Weltkriegs sei „noch nicht zu erwarten" (S. 261). Sie erwies sich als richtig. Es verging noch ein Jahrzehnt bis das ins Auge gefasste und von Schreiner zuerst konzipierte Vorhaben in Form des Hochschullehrbuchs verwirklicht worden war. Dass Schreiners Pionierarbeit keine Erwähnung fand (S. Wolfgang Bleyer u. a., Deutschland von 1939 bis 1945, Lehrbuch der deutschen Geschichte – Beiträge –, Bd. 12, Berlin 1969, Vorwort) erscheint als Nachlässigkeit gegenüber einem denkwürdigen Verdienst. In dieser und in der zweiten Aufl. (1975) wurden die Verbrechen klar benannt, aber nicht auf angemessenem Raum dargestellt. (S. für 1975 den Abschnitt „Die faschistische Barbarei in Deutschland und in den okkupierten Ländern: S. 201 ff.) Sterns Bild vom geraden Weg soll hier nicht kritisch diskutiert werden.

26 Eva Seeber, a. a. O., S. 131 f. Die Verfasserin vertrat die These, dass auch den nichtjüdischen Polen zu dem Zeitpunkt, da sie nicht mehr gebraucht werden würden, die totale Ausrottung bestimmt gewesen sei.

geriet zur Phrase. Jedoch kann beim Rückblick nicht unbedacht bleiben, dass die Rekonstruktion des gesamten – wie heute fachmodisch geschrieben wird – Kontextes des Verbrechens und dessen Einordnung in der Geschichte der faschistischen Diktatur bis heute ungelöste Probleme bietet. Spezialisten, deren Verdienste unbestritten sind, platzieren die Frage nach dem Warum in einen Bezirk jenseits unseres Erkenntnisvermögens.

Mehr noch: Vier Jahrzehnte später – man mag zu seiner Kritik an der Ausbeutung des Massenmordes an den europäischen Juden für sehr irdische politische und materielle Zwecke stehen wie auch immer – wendet sich Norman Finkelstein mit Gründen gegen die Verbreitung des irrationalen Dunkels über der Untat und verlangt, sie wieder in ihre geschichtlichen Zusammenhänge zu stellen. Nahezu am Ende seiner Streitschrift stehen die beiden Sätze: „Heute besteht die Herausforderung darin, die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wieder zu einem rationalen Forschungsgegenstand zu machen. Nur dann können wir wirklich etwas daraus lernen.“[27]

Tatsächlich klafft die Flut von Fakten, die über den Hergang des Verbrechens und die an ihm Beteiligten zu Tage gefördert werden, und die Aufmerksamkeit für die Kernfrage, wie sie in die Geschichte des Systems und seiner Endziele einzuordnen sind, weit auseinander. In diesem Punkte ist auch die DDR-Historiographie über Anfänge nicht hinausgekommen, aber dass sie sich in späteren Jahren in dieser wie in anderer Richtung der Frage nach dem Warum stellte und sich mit dem bloßen Verweis auf die schwer zu gewichtende, unbestreitbare Rolle einer wahnhaften Ideologie nicht zufriedengab, ist nachlesbar.

Geschichtsschreibung in der DDR. Rück-Sichten auf Forschungen zum 19. Jahrhundert und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena 2001. 13./14.10.2000, S. 156-164.

---

[27] Norman Finkelstein, Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird, München 2001, S. 153.

Unbestechlich

Zum Tode der Historikerin Sybil Milton

Ihr Bekanntheitsgrad in der deutschen Öffentlichkeit kann sich mit dem von Daniel Goldhagen oder Norman Finkelstein nicht messen. Doch die Forscherin, die am 16. Oktober erst 59jährig in Bethesda/Maryland verstarb, dürfte eine tiefere Spur hinterlassen als die beiden Autoren von so viel Aufsehen erregenden und durch eine geschickte Reklame hochvermarkteten Büchern. Diese Feststellung gilt für unser Geschichtsbild von den Massenvernichtungen in der Zeit der deutsch-faschistischen Herrschaft über weite Teile Europas.

Geschichtslehrern und deren Schülern könnte der Name Sybil Miltons in dem kürzlich vollendeten Unternehmen „Lernen aus der Geschichte. Projekte zu Nationalsozialismus und Holocaust in Schule und Jugendarbeit“ begegnen, das als Buch und auf CD-ROM vorliegt – beide zu erhalten über das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Milton, Senior Historian am US Holocaust Memorial Museum, Washington DC, hatte an diesem Projekt mit ihren in den USA und in Deutschland gewonnenen Erfahrungen mitgearbeitet und über die „Unterschiede des Diskurses“ in den beiden Staaten geschrieben. Wer die wenigen Seiten dieses Textes liest, gewinnt einen Eindruck von der unbestechlichen Denkweise, der die Historikerin stets Ausdruck gab. So erlebte ich sie in Princeton während eines Kolloquiums von Spezialisten der USA und der DDR im Jahre 1989 oder in Wien bei einem Treffen von Historikern, die sich mit den Gerichtsprozessen befassten, die in vielen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg stattfanden und bis heute nicht annähernd erforscht wurden.

Die Stadt an der Spree besuchte sie in den Jahren der Zweiteilung und danach immer wieder. Hier hatte sie als Beraterin Pflichten in Gremien übernommen, die sich wie die „Topographie des Terrors“ und das „Haus der Wannseekonferenz“ mit der Darstellung und Vermittlung geschichtlichen Wissens befassen. Auch andernorts war ihr Wissen gefragt. Zuletzt wirkte sie als Vizepräsidentin der Expertenkommission, die der Bundesrat der Schweiz Ende 1996 zur Untersuchung des schweizerischen Verhaltens im Zweiten Weltkrieg und danach einsetzte.

Was wird von der Ruhelosen bleiben? Vor allem ihr immer wieder erfolgtes Eintreten für eine Erforschung der Genozid-Politik der deutschen faschistischen Eroberer, die niemanden ausnimmt und die Opfer nicht hierarchisiert. Auf diesem Felde war sie eine leidenschaftliche Wegbereiterin. Dass der „Holocaust“ in den achtziger Jahren in den USA aufgrund von Forschungen und als Folge von Initiativen von Organisationen der Sinti und Roma, der Behinderten, der Zeugen Jehovas, der Polen nicht mehr „nur ausschließlich als jüdische Tragödie“ dargestellt wurde, erfüllte sie mit Befriedigung. Sie selbst hatte durch Untersuchungen, die ihren Niederschlag u. a. in ihrer Arbeit „Antechamber to Birkenau. The Zigeunerlager after 1933“ fanden, dazu viel beigetragen. Der Blick auf das Geschehene sei erweitert, wodurch „zunehmende historische Genauigkeit“ erreicht werden könne – ihre Kritik konnte sie freundlich formulieren. An Bestimmtheit verlor sie dadurch nicht. Das macht ihre Abgrenzung von Etikettierungen klar, die immer wieder auch die Holocaustforschung behindern. Begriffe wie „Einzigartigkeit“ und „Universalität“ hielt sie auf diesem Felde für unentbehrlich und definierbar, schrieb aber: „Weder Einzigartigkeit noch Universalität bieten letztlich Kategorien zum Verständnis, da diese allgemeinen Stereotypen die Besonderheit der historischen Realität zwischen 1933 und 1945 verzerren.“

Kürzlich wurde ein Appell an den Bundestag und das Abgeordnetenhaus von Berlin formuliert und verbreitet, nun ein Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma zu errichten. Nicht irgendwo abseits der Wege, sondern „auf dem zugesagten Standort beim Reichstag“. Er trägt auch die Unterschrift Sybil Miltons.

junge Welt, Dienstag, 24.10.2000.

„Deutschland-Menü“

Geschichte und Geschichten am Wege. Usedom zwischen Peenemünde und Ahlbeck

Die Taufe ist noch nicht erfolgt. Vorerst heißt die Einrichtung, die sich am nordwestlichen Ende Usedoms befindet, „Historisch-technisches Informationszentrum“. So könnte sich auch eine Stätte nennen, an der ausgemusterte Gerätschaften der Backindustrie ausgestellt werden. Indessen: Beabsichtigte Irreführung liegt hier nicht vor. Wer vor die Tore dieses Geländes gelangt, weiß ohnehin, worauf er sich einlässt. Am Eingang passiert er eine metallene Stele, die ihm sagt, er befände sich auf einem Terrain, das endgültig noch nicht gestaltet ist. Also werden Besucher um Nachsicht gebeten, sollten sie das eine oder das andere vermissen oder nur unvollkommen dargestellt finden.

Im Weiteren wird, lässt sich vermuten, auch eine treffendere Bezeichnung für das Ganze gesucht werden. Und da wird sich der Hinweis auf einen Krieg nicht vermeiden lassen. Denn das Gebiet wäre ein idyllischer Ort geblieben, hätten sich nicht deutsche Militärs nach dem Ersten Weltkrieg vorgenommen, den zweiten „Griff nach der Weltmacht“ zu probieren. So wurde hier eine Heeresversuchsanstalt eingerichtet, mit der Aufgabe, gegenüber den gedachten Gegnern einen waffentechnischen, Sieg verheißenden Vorsprung zu gewinnen.

„Die Raumfahrt“

Wer dem Hauptweg folgt, wird in ein Gebäude zu einer hochtrabend „Multivisionsschau“ genannten Filmdarbietung mit dem Titel „Es begann in Peenemünde“ geführt. Die Behauptung ist programmatisch. Sie meint: die Raumfahrt. Nicht dass verschwiegen würde, welchen Zwecken Forschungen, Konstruktionen und Fertigungen dienten, die hier seit 1936 betrieben wurden. Wer es nicht gewusst hat, erfährt einleitend, wofür jene Rakete erdacht, erprobt und hergestellt wurde, die 1944 als Waffe diente, gegen die kein Abwehrmittel existierte und die zuerst gegen die Wohnviertel Londons eingesetzt wurde. Angeblich als eine der V-Waffen – V für Vergeltung –, der weitere folgen würden.

Es fehlen in dem Streifen Bilder und Zahlen, aus denen sich entnehmen ließe, wie viele Londoner mit den Mitteln zu Tode gebracht wurden, die deutsche Wissenschaftler hier ersannen und bauen ließen. Das könnte rasch ergänzt werden. Doch müsste dazu von jenem Blickwinkel Abschied genommen werden, der das Janusköpfige jener Forschungen überbetont und den Zuschauer mit dem angenehmen Gedanken entlässt, dass am Ende doch alles zum Guten sich wandte. Denn, so wird berichtet: Mit Hilfe von Raketen lassen sich heute Wettervorhersagen präzisieren, Schiffe über Ozeane lenken, Reichtümer der Erde entdecken usw. So erscheint Peenemünde als ein Ort, auf den die Deutschen mit Grund stolz sein dürften, auch wenn der von Postkarten traulich dreinblickende Wernher von Braun ein Amerikaner wurde. Na, wenigstens Staatsbürger eines Militärverbündeten und der Führungsmacht obendrein.

Wer sich vor dem Militärschrott, der auf dem weiträumigen Freigelände aufgestellt ist, nicht zu lange aufhält, hat Stehvermögen genug, um die Hauptausstellung zu besichtigen. Da, in der einstigen Steuerzentrale der Kraftwerksbeschickung, kann der Interessierte mehr erfahren, als sich bei einem Besuch aufnehmen lässt. Dies auch deshalb, weil das Ausgestellte mitunter nur in Kniebeuge beschaut werden kann. Das gilt etwa für eine Zeitungsseite aus dem Jahre 1993, auf der schon in der Überschrift vermerkt wird, es hätten die Deutschen Schwierigkeiten mit manchen Seiten ihrer Vergangenheit. Die Bemerkung bezieht sich auf den Ort, an dem die Serienproduktion der Rakete erfolgte, auf die Stollen im Kohnsteinmassiv bei Nordhausen, wo KZ-Häftlinge unter mörderischen Bedingungen das Kriegsgerät herzustellen gezwungen wurden.

Darüber gehörte in die Ausstellung ein beträchtliches Mehr an Informationen und die Erwähnung, dass der deutsche Kommunist Walter Bartel, ehemals Häftling in Buchenwald, als er Professor an der Humboldt-Universität in Berlin war, eine Gruppe von Studenten um sich versammelte, die sich forschend mit der Geschichte des KZ Dora befasste und aus deren Arbeit Veröffentlichungen hervorgingen, die noch heute in einschlägigen Büchern des Auslandes erwähnt werden. Demgegenüber wären die Tafeln entbehrlich oder doch zu verkleinern, auf denen sich „die Peenemünder“ mit ihren Unterschriften verewigten, wenn sie sich zu Traditionstreffen fanden. Zu vergrößern wäre hingegen

die Information, dass aus diesem Kreis kein Wort verlautete, das jenem selbstkritischen Bekenntnis der in den USA forschenden Physiker und Techniker an die Seite gestellt werden könnte, die – wie Oppenheimer – prophezeiten, es werde der Tag kommen, da Menschen die Namen der Orte verfluchen würden, an denen die Atombombe erdacht, konstruiert, erprobt wurde. So äußerten sich Leute, die von sich sagen konnten, sie hätten – wenn auch vergebens – sich gegen den Abwurf der Bombe auf bewohnte Gegenden ausgesprochen und eine Demonstration an menschenleerem Ort vorgeschlagen, um die Machthaber Japans drohend von der Aussichtslosigkeit der Fortführung des Krieges zu überzeugen.

Warum kann nicht auf den Vorschlag wenigstens eines jener „Peenemünder“ verwiesen werden, gemeinsam ein Wort an die Londoner, die Hinterbliebenen der V2-Opfer zumal, zu richten? Die Antwort ließe sich im Museumsshop finden, wo Opa dem Enkelchen das Material für den Nachbau einer jener Raketen kaufen oder ihm unter einem reichen Angebot von kriegstechnischer Literatur ein Buch als Mitbringsel auswählen kann. Da gibt es Geschichten der deutschen Luftwaffe (noch nicht über deren Teilnahme am Jugoslawien-Krieg), Heldenerzählungen über den als „Stern von Afrika“ verklärten deutschen Fliegeroffizier Marseille und natürlich Literatur über Peenemünde. Letzteres auch für englischsprachige Besucher.

Das veranlasste mich zu der Frage an die diensthabende Verkäuferin, ob denn noch kein Gast aus dem westeuropäischen Inselstaat sich daran gestoßen hätte, dass sich darin nicht ein einziges Foto von den Verwüstungen findet, die in seinem Lande von den Raketen angerichtet wurden. Nein, derlei sei noch nicht vorgekommen. Und außerdem: Es wären schließlich auch anderswo Zerstörungen vorgefallen, zum Beispiel in Deutschland. Das könnte die Frau in der „Multivisionsschau“ gelernt haben. Denn dort steht es gleichsam eins zu drei. Auf ein Foto aus dem zerstörten London folgen die von Hamburg, Berlin und Dresden.

Namen und Namenlose

Am Eingang von Karlshagen liegen zwei Friedhöfe. Wer nicht die Straße benutzt, sondern sich ihnen von der Seeseite durch den Kiefernwald nähert, muss ein wenig suchen. Die ortskundige junge Frau, die in DDR-Zeit noch die Unterstufe einer Schule absolviert haben könnte, reagiert auf die Frage nach dem Wege mit einer Gegenfrage: „Meinen Sie den Friedhof für die Helden?“ Ja, der Friedhof aus Kriegszeiten solle besichtigt werden. Nur: Wie komme sie auf die Bezeichnung „Helden“? Da lägen doch Soldaten, lautet die Erklärung, die nicht verblüfft haben würde, hätte sie sich mit dem Verdacht verbunden, es artikuliere sich hier die Anhängerschaft jener Rechten, die im nahen Wolgast bei Wahlen überdurchschnittliche Gewinne verbuchten.

An den Ortsfriedhof direkt angrenzend liegt das Gräberfeld derer, die bei dem ersten Bombenangriff der Royal Air Force umkamen, der in der Nacht vom 17. zum 18. August 1943 die Anlagen von Peenemünde zum Ziele hatte und die nahen Wohnsiedlungen und deren Bewohner ungleich mehr traf. Dem folgte 1944 ein zweiter. Auf Tafeln stehen die Namen der Umgekommenen. Manche der aufgereihten Steine bezeugen das Ende ganzer Familien. Auf anderen sind Dienstgrade der „Helden“ vermerkt – Soldat, Gefreiter. Die Zivilisten überwiegen bei weitem. Nicht alle wären mit der Hinordnung zu den Tätern richtig kategorisiert. Jedenfalls die Kinder nicht.

Kaum irgendwo sonst liegen – im historischen Sinne – Täter und Opfer in so großer Zahl dicht beisammen. Denn die Bomben trafen auch jenes Lager, in dem Häftlinge aus dem KZ Ravensbrück und Zwangsarbeiter untergebracht waren, die im militärischen Komplex schuften mussten. Ein Schild verweist auf 56 Häftlinge, die in einem Massengrab liegen, und lässt die Frage unentschieden, ob sie alle durch die Bomben umkamen oder manche nicht erschossen wurden. Ist Forscherarbeit hier wirklich an ihr Ende gelangt? Hat sich nicht der Name eines einzigen dieser Getöteten ermitteln lassen? Gab es nicht einen Überlebenden, der sich an seine Kameraden erinnern konnte? Muss dauernd das in einen Stein gehauene Bibelwort für alle stehen, wonach der Herr die Namen kenne? Der Gedenkort, der in DDR-Zeit hier geschaffen wurde, vertrüge eine Restaurierung gut und eine sanfte Neugestaltung, die ihm die Erinnerung an einen Appellplatz nimmt.

Preußen und Preußenhof

Wo die Strandstraße in Zinnowitz seewärts endet, befindet sich eines jener im Bäderstil errichteten Gebäude, deren Steine viel zu erzählen hätten, wenn sie reden könnten. Das tut in seinem Inneren Stattdessen ein Mitglied des kleinen, 16 Mitglieder zählenden Geschichtsvereins, der ein Heimatmuseum eingerichtet hat. Es ist stundenweise geöffnet, und den Gästen des Hauses, einem Hotel, dient es zugleich als Frühstücksraum. Eigentlich wollten die rührigen Hobbyhistoriker hier ein Bademuseum einrichten. Doch dann hat ihnen das nicht genügt. Sie spendierten dem Hotelier aus früher Seebadzeit allerlei Fotos und Gegenstände. So konnte der seinem Etablissement zusätzlich den Namen „Museumskaffee“ geben. Der kontrastiert ein wenig mit dessen Generalbezeichnung, denn die lautet „Preußenhof“. Mit einem doppeltem s, bitte, in Anlehnung an den Namen des Eigentümers. Der heiße nämlich Preuss, wie wiederum vom freundlichen Museumsführer zu erfahren ist.

Ein Schelm also, wer meint, auch hier seien die Preußen heimgekehrt? Mitnichten, verrät die Speisekarte. Deren Verfasser fragt den Gast: „Sie wollten schon immer essen wie der Prinz von Preußen?“, lässt ihm dann die quälende Wahl zwischen dem „Badekur Menü von Friedrich Wilhelm“ und einem „Fridericus Menü“ und unterrichtet ihn durch Preisangaben davon, dass die Leitung des Hauses zwischen einem bloßen Prinzen und einem richtigen König zu unterscheiden weiß. Völlig angemessen erscheint die Differenz freilich nicht. Sie beläuft sich auf bloße vier Mark 50. Wer es nur prinzlich will, zahlt DM 36 glatt.

Preußenhof, pardon: Preußenhof hatte der Bau schon einmal geheißen. Doch war das nicht seine erste Benennung. Die hieß, als das adlig-großbürgerliche Badewesen seinen Anfang nahm, schlicht „Kurhaus“ und erhielt später den Zusatz „Strandhotel“. Das genügte, bis Mitte der zwanziger Jahre jener gewesene Kronprinz Wilhelm, der es 1918 vorgezogen hatte, Deutschland zu fliehen und das weitere in den Niederlanden abzuwarten, nach seiner Heimkehr auf Schloss Oels das Bedürfnis nach Seeluft verspürte. Er stattete dem Hause einen eintägigen Besuch ab. Das Auftauchen des Nichtsnutzes, der sich bei seinen Standesherren im Schlesischen von Jagdvergnügen zu Jagdvergnügen durchfraß, so dass Breslaus Erzbischof Kardinal Bertram sich sorgte, wieviel Gelder derlei kostspielige Veranstaltungen für die Kasse der Alleinseligmachenden übriglassen würden, hatte den Eigentümer des Hotels enthusiasmiert. Er nahm die geringfügigen Kosten auf sich, die ihm der Namenswechsel verursachte. Des Beifalls seiner Stammgäste durfte er sicher sein. Und gegenüber Häusern, die auf Namen wie „Odin“ oder „Freya“ getauft worden waren, mochte er sich sogar einen Vorteil ausrechnen.

Wie dem auch gewesen sein mag: Eines Tages – 1947, erinnert sich wieder der Museumsführer – kamen „die Roten“ in Gestalt der IG Bergbau und besaßen genug Geld, dem Eigentümer das Anwesen abzukaufen und damit das Recht zu gewinnen, ihm einen Namen nach eigenem Gutdünken zu geben. Nicht „Roter Oktober“, nicht „Roter Partisan“ hieß es fortan. Es empfing die Bergmannsleute mit dem Gruß, den sie auf dem Weg zu ihrer Arbeit tauschten: „Glückauf“. Das ist Vergangenheit. Vor der Verwandlung des Hauses, das sich den optimistischen Gruß auf die Stirn hatte schreiben lassen, in seine heutige Gestalt agierte die Treuhand. So billig wie sie war vordem niemand zu dem Anwesen gekommen.

Auch auf die Frage, wie Inselorte zu ihrer heute auf Land- und Postkarten zu lesende Bezeichnung „Kaiserbäder“ kamen, weiß der Mann im Museum Antwort. Mit Tradition habe das nichts zu tun. Zwar seien Hohenzollern-Sprösslinge in den Bädern gelegentlich aufgetaucht, zuletzt noch, als sie in Swinemünde liegende Einheiten der Flotte besichtigten, doch auf die Idee, sich als Kaiserbäder zu deklarieren, sei in der ersten, der Weimarer Republik, niemand verfallen. Das ereignete sich erst in der Bonner Republik, die neuerdings Berliner genannt wird.

Auf der Suche nach einem werbewirksamen Etikett hätten die Nachbarn in Heringsdorf, Bansin und Ahlbeck entschieden, sich so zu titulieren. Waren es Studien an Nordseeständen oder, weniger preiswert, Ratschläge von Instrukteuren aus dem Westen, die das Reklameschild zeitigten? Gleichviel. Der Weg war gewiesen und führte von da geradewegs zur in Heringsdorf jüngst vorgenommenen Gründung einer Spielbank, denn Hasardeure waren die Kaiser, der letzte vor allem, ja gewesen. Freilich: Ein leibhaftiger Hohenzoller ließ sich zur Eröffnung des Tempels der Noblen nicht auftreiben.

So beschied man sich mit zwei einstigen Innenministern des Landes, Leuten mit CDU-Mitgliedsbuch, jener Partei, die auf der Insel, dem Hauptstrom der Wählenden trotzend, bei der letzten Bundestagswahl noch immer das stärkste Aufgebot präsentierte. Zudem waren zwei Olympiasieger mit DDR-Biographie zur Hand, die grünen Tische einzuweihen. Gold besaßen die ja schon.

Wo Kaiser und Prinzen zurückkehren, haben Kommunisten auch im Umfeld zu weichen. Davon zeugt im Museum ein Schild, das vor Jahren eine Zinnowitzer Straße bezeichnete. Die war zu DDR-Zeit nach Johannes ter Morsch benannt worden, einem Mann aus dem Widerstand, einem Niederländer, der 1941 in den Ort gekommen war und mit seiner Familie im Haus seiner Schwiegermutter gewohnt hatte. Der kleine Widerstandskreis, der sich in seinem Hause traf, hatte weitgesteckte Pläne, die sich auf die Sabotage der Arbeiten in Peenemünde richteten. Sie ließen sich nicht verwirklichen. 1943 wurde der aufrechte Mann verhaftet, ein Jahr darauf nach einem Urteil des Volksgerichtshofes hingerichtet. Wie zu hören ist, wird ihm der Rostocker Historiker Karl-Heinz Jahnke demnächst ein publizistisches Denkmal setzen.

Zurück nach Peenemünde

Jahnkes Buch gehörte dann in den „Museumsshop“ in Peenemünde und könnte dort gut Schwarten wie „Stukas der Meere“ oder „Die Geschichte des Afrikakorps“ ersetzen. Und wäre der Laden in Peenemünde nicht der geeignete Ort, um Bertha von Suttners „Die Waffen nieder“ anzubieten und ein wenig andere Literatur von Leuten, die der Friedensidee Bahn zu brechen suchten? Könnten die nicht auch andernorts, wo einst staatlich lizenzierte Mordwerkzeuge präsentiert werden, ernüchternde Kommentare abgeben? Denn das ist das eigentlich zu Korrigierende an den Darbietungen im „historisch-technischen Informationszentrum“ am Peenestrom: Sie entbehren der Warnung. Sie täuschen vor, jetzt befänden sich Raketenkonstruktion und -verwendung auf dem rechten Wege. Sie verschweigen, dass immer mehr Staaten und deren Armeen sich mit den weittragenden Trägermitteln ausrüsten und fähig sind, was die deutschen Faschisten zum Überlebensglück vieler nicht vermochten, sie mit Atomsprengköpfen auszustatten.

Diese auf die waffenstarrende NATO schielende „Auslassung“ trägt – wohl unbewusst – auch das evangelische Pfarramt in Trassenheide mit, das für die Inschrift an der Kirche zu Peenemünde verantwortlich zeichnet. Es habe das Gotteshaus glücklich zwei Militärdoktrinen überstanden, ist da zu lesen. Offenbar besaß der fromme Verfasser weder von der einen noch von der anderen Kenntnis, wichtig war ihm offenbar, dass sein Text mit der modischen Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus übereinstimmte.

junge Welt, Mittwoch, 25.10.2000.

Mit anderer Brille

Historiker aus DDR-Zeit diskutierten über Erreichtes und Verfehltes

Jena war über einige Jahrzehnte das Mekka der Spezialisten für die Faschismusforschung. Während der Islam aber den Gläubigen vorschreibt, sich einmal im Leben auf die fromme Reise zu machen, begaben sich Forscher von Akademien, Universitäten und Hochschulen der DDR alle Jahre auf den Weg, um in der Stadt an der Saale über Resultate und Vorhaben ihrer Arbeit zu sprechen. Manfred Weißbecker, solange ihm die Chance gelassen wurde, war der Rufer. Wer irgend konnte, kam. Ähnliches galt für Zusammenkünfte von Spezialisten der Liberalismus- und Demokratieforschung. Das gehört zur Vergangenheit. Überliefert ist damals Gesagtes in den *Jenaer Beiträgen zur Parteiengeschichte*.

Nun versammelten sich in der Universitätsstadt, freilich ohne Zutun der Hochschule, Historiker, zu einer breiteren Fragestellung. Das Generalthema hieß „Rück-Sichten auf Forschungen zum 19. und zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ und betraf eine Hinterlassenschaft. Dem Treffen war intern eine Diskussion darüber vorausgegangen, welchen Nutzen ein derartiges Unternehmen eintragen könne. Die einen meinten, es sei dafür zu früh – ein Argument, das sich anhand einer Liste derer erledigt, die mit Sicherheit zu Tische gekommen wären, hätte sie der Tod nicht dahingerafft: Wolfgang Schumann, Ludwig Nestler, Siegfried Schmidt, Gustav Seeber, Manfred Kossok, Olaf Groehler, Joachim Petzold. Andere glaubten voraussehen zu können, es werde nichts anderes zustande kommen als eine Erinnerungsfeier. Dagegen sprachen kritische und selbstkritische Äußerungen von Historikern, so die Biographien von Fritz Klein, Wolfgang Jacobeit und die – aus seinem Nachlass zu erwartende, von ihm zum Zwecke prüfender Durchsicht seinen Kollegen noch bekanntgemachten – Erinnerungen von Joachim Petzold. Auch Fachleute anderer Teildisziplinen schrieben Rückblicke, die – wie etwa die des DDR-Forschers Günter Benser – nicht eben Trutz und Trotz, sondern wissenschaftliche Antriebe bezeugen.

Die Mehrheit der Befragten hielt schlimme Befürchtungen für unangebracht und ließ sich mit Gründen auf das Unterfangen ein. Zum einen sehen sich Historiker, die über lange Zeit das Geschichtsbild in der DDR prägten, in der Pflicht, denen, an die sie sich einst wandten, Rechenschaft zu geben, an welchen Überzeugungen und Urteilen sie festgehalten haben und welche sie aufgeben mussten. Zum anderen ist der verbliebene Teil aus dieser Zunft nach wie vor mit der „Materie Geschichte“ befasst und wünscht, für eigene Arbeit aus der Abwägung von Rück-Sichten zu profitieren. Hinter diesen Motiven trat das mitschwingende weit zurück, sich gegen Anschuldigung und Diffamierung zu wehren.

Der Tagung kam sehr zugute, dass sich in Jena DDR-Historiker zusammenfanden, die – soweit es ihre eigenen früheren Forschungen anlangte – in unterschiedlichem Maß Ursache hatten, mit sich zu Gericht zu sitzen und deren Wege nach der Wende nicht parallel verliefen. Ihre Blickwinkel waren, bestimmt aus dem Bezug auf das Jahr 1990, jedoch nicht nur auf das Davor, sondern auch auf das Danach gerichtet. Detailfragen kamen ebenso zur Sprache wie die Beurteilung der theoretischen Positionen, von denen aus Geschichte erforscht wurde. Zu letzteren trug vor allem das einleitende Referat Wolfgang Küttlers bei, in dem die Frage nach den Wirkungen der Vorstellung von einem Gang der Geschichte, der in sozialistischen Zuständen enden müsse, gestellt wurde, auf die spätere Redner – Walter Schmidt in seinem Bericht über die Forschungen zur Revolution von 1848 und Helmut Bock in seinem Beitrag, der insbesondere der Rezeption der Französischen Revolution und der antinapoleonischen Bewegung galt – zurückkamen. Denn das selbstgewisse, zu Bruch gegangene Bild von der weltgeschichtlichen Zukunft hatte die historiographische Platzierung vieler Prozesse, Ereignisse und Personen sowie Urteile über Reformen und Revolutionen zumindest mitbestimmt.

Die nun in schwerwiegenderer Bedeutung gewonnene Einsicht, dass die Weltgeschichte offen ist, bedeutete im weitgehenden Einverständnis der Anwesenden nicht, die Preisgabe von Kategorien, die historisch-materialistisches Geschichtsdenken ermöglichen, erfordere wohl aber, Begriffe wie Klassen, Interessen, Staat, Macht, Ideologie von dogmatischer Bestimmung zu befreien sind. Wie sich im Rückblick auf die Faschismusforschung ungeschönte Selbstprüfung und begründetes Selbstbewuss-

tsein vertragen, machte Werner Röhr deutlich, dessen Beitrag wiederum eine Diskussion darüber auslöste, inwieweit die Georgi Dimitroff zugeschriebene Formel aus dem Jahre 1933, die den Staat gewordenen Faschismus markierte, forschungshemmend gewirkt habe. Nicht den Zeitgenossen, sei die Zählebigkeit der holzschnittartigen Charakteristik anzulasten. Diese gehöre auf das eigene Konto umso mehr, als Einzelforschung inzwischen über sie vielfach hinausgeführt hatte, nicht aber zu differenzierter Wertung verdichtet worden war. Auch die Debatten über die Erforschung der Geschichte des Liberalismus, über die Bewertung der Sozialdemokratie in den verschiedenen Etappen ihrer Entwicklung und über die Wege des deutschen „Parteikommunismus“ listeten Soll und Haben auf und begriffen ins Aktuelle weisende Fragen ein, wie die nach dem Verständnis von Liberalität und Pluralismus, von Gewalt und Macht.

Immer wieder wurde gefragt: Wie haben wir es mit der Wahrhaftigkeit und gegenüber außerwissenschaftlichen Forderungen gehalten? Berufungen auf eigene Abweichungen von der „Linie“ waren als Untertöne gelegentlich schon hörbar. Gesprochen werden musste von politischen Vorgaben, die schon seit dem Ende der vierziger Jahre erfolgten, so beispielsweise, und durch Jahrestage angeregt, während der Bezüge auf 1813, 1848 und 1875 (Vereinigung der Lassalleaner und Eisenacher). Manche erstgepflockten Bewertungen wurden lange als bindend akzeptiert, andere überwunden. Barrieren, nicht immer von wissenschaftsfremder Hand errichtet, entstanden jedoch permanent. Unter den Versammelten herrschte die Sicht auf eigene Verantwortung für Geschriebenes und Gesagtes vor. Da die Messen gelesen sind, fiel auch das Eingeständnis leichter, vieles gewusst, aber davon nicht alles auch nur versuchsweise zur Geltung gebracht zu haben. Das sei, lautete ein Einwurf, unrühmlich, aber eben noch verständlich und weniger verwerflich, als wissentlich Falsches unter die Leute zu bringen.

Im Schlusswort, das wegen der Fülle der Beiträge nicht gehalten wurde, lautete die Kritik: „Die doppelte Aufgabe der Wissenschaft, Gewissheiten zu vermitteln und zugleich Zweifel zu säen, aus der Geschichte gewonnene Herausforderungen an sich selbst und andere zu formulieren, blieb ungelöst. Politiker verlangen Gewissheiten und wollen von Zweifeln nicht irritiert sein, um Optimismus und am besten Siegesgewissheit überzeugt und überzeugend verbreiten zu können. Die Wissenschaft aber gebiert Zweifel. In diesem Spannungsfeld haben DDR-Historiker im realsozialistisch genannten System einen angemessenen Platz nicht eingefordert und im Kern versagt, sich dafür schon in ihren Kreisen nicht ausreichend präpariert.“

Das ist ein bitteres Fazit, betrifft es doch den „Beitrag“ potenter Wissenschaftler zur geistigen Erstarrung in DDR-Zeit mitsamt ihren für das Ganze tödlichen Folgen. Diese Feststellung, aus eigenem Maßstab gewonnen, besagt nicht, dass die Hinterlassenschaften der DDR-Historiker sich erledigt hat. In einem Augenblick – um nur diesen Aspekt zu benennen – da Rassismus, Antisemitismus und tödlich praktizierte Fremdenfeindlichkeit zu einem Markenzeichen der Republik zu werden drohen, erscheint der Rückgriff auch auf das geboten, was in erklärtem Gegensatz zu verhängnisvollen Traditionen deutscher Geschichte und Geschichtsschreibung im Osten Deutschlands erforscht und publiziert wurde.

Historiker, die im untergegangenen Staatswesen wirkten, haben unter fast durchweg widrigen Bedingungen ihre Forschungen fortgesetzt. Ihre Publikationen, ob an prominenter Stelle oder mangels anderer Gelegenheit „versteckt“ erschienen, werden von Zeitungen und Fachzeitschriften meist ignoriert, während manches von ihnen früher Geschriebene neuerdings einen Bezugspunkt jüngerer Forscher bildet, die sich von Vorurteilen unbeeinflusst zeigen. Angeregt wurde, Publikationen der letzten zehn Jahre bibliographisch zu erfassen. Sie und die Hauptbeiträge dieser Tagung will die Jenaer Dependance der Rosa-Luxemburg-Stiftung, deren Unterstützung das Treffen ermöglichte, bald gedruckt vorlegen.

junge Welt, Freitag, 27.10.2000.

Schlussbemerkungen

Das Ziel unserer Zusammenkunft bestand darin, eine Selbstverständigung über programmatische Fragen der PDS herbeizuführen, insbesondere inhaltlichen Schwerpunkte für eine Überarbeitung des derzeitigen Parteiprogramms zu bestimmen und weitere Wege der Programmdebatte zu erkunden. Wir haben so etwas wie einen Lerntag oder eine Rüstzeit hinter uns. Hier ist nichts zu beschließen. Das Folgende fasst Überlegungen und Gedanken nur thesenartig zusammen, die hier geäußert wurden. Sie könnten uns bei unserem weiteren Vorgehen in den Basisorganisationen und in Arbeitsgruppen – oder wo immer sonst Genossen diskutieren und sich zu verständigen suchen – leiten.

1. Niemand hat sich hier dahin geäußert, dass die programmatische Arbeit unserer Partei derzeit überflüssig sei. Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts, die in der Welt und insbesondere die in Deutschland eingetretenen Veränderungen sowie sich abzeichnende Entwicklungen bieten Stoff genug, sich zu fragen, wie wir Weg und Ziel genauer bestimmen, also das vorhandene Programm ergänzen, korrigieren, präziser fassen können. Vorausgesetzt, wir bieten die dafür nötigen Kräfte auf, über die die PDS verfügt, und führen sie zusammen.
2. Übereinstimmend wurde eine gründliche theoretische Arbeit und eine öffentliche Debatte verlangt und betont, dass ihr Ausgangspunkt die genaue Bestimmung und begrifflich scharfe Erfassung der gesellschaftlichen Zustände ist, in denen wir wirken und unsere Vorstellungen zu verwirklichen trachten. Niemand hat Gründe gesehen, diese Arbeit zu überstürzen. Sie soll konzentriert und zügig erfolgen.
3. Die Debatte über das Programm soll erheblich verbreitert. Alle Mitglieder und Sympathisierenden, die daran teilzunehmen wünschen, sollten dazu in den Basisorganisationen Gelegenheit erhalten. Dort könnte sie auch die Funktion einer systematischen Schulung gewinnen, an der es in der es bisher mangelt.
4. Die Arbeit am Programm und die sie begleitende und fördernde Diskussion sollte die vielerorts zu beobachtende nationale Enge verlassen. Dazu sind die Wahrnehmung und gedankliche Einbeziehung gleichgerichteter Bestrebungen anderer Parteien nötig und folglich eine geeignete Information der Mitgliedschaft über deren Bestrebungen und Standpunkte.
5. Nötig und dringend wäre es, zwischen Gruppen von Genossen, die sich vorwiegend mit programmatischen Fragen befassen, stabile Arbeitsbeziehungen herzustellen. Die Programmkommission der Partei könnte sich mit Expertengruppen umgeben, die kontinuierlich an Teilaufgaben arbeiten und in denen Genossen zusammengeführt werden, von denen bekannt ist, dass sie in ihrer theoretischen Arbeit zu unterschiedlichen Resultaten gelangt sind. Strittige Fragen und abweichende Meinungen sollten dort kameradschaftlich erörtert und die Standpunkte der Mitgliedschaft während des Arbeitsprozesses bekannt gegeben werden.

Drei Themenkomplexe haben sich in den Diskussionen hier als diejenigen herausgeschält, denen in der weiteren programmatischen Arbeit besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden sollte. Das ist – erstens – die klare Kennzeichnung der Welt, in der wir arbeiten und leben. Die gründliche Analyse der Macht- und Herrschaftsverhältnisse ohne Verwendung einer rosaroten Brille bleibt die unabdingbare Voraussetzung, eigene Möglichkeiten nüchtern zu bestimmen, sie nicht zu verfehlen, aber auch keinen Illusionen aufzusitzen. Das ist – zweitens – die Frage von Krieg und Frieden. Die Tage der Selbstgewissheit, nun, nachdem die Konfrontation der großen militärischen Blöcke im Kalten Krieg nicht mehr existiert, in friedlichen Zeiten unbedroht zu leben, ist dahingeschwunden. Es breitet sich das Wissen oder auch nur die Ahnung aus, dass die Anstrengungen vermehrt werden müssen, Kriegskatastrophen mit unübersehbaren Folgen zu vermeiden. Die PDS muss klar kenntlich machen, was sie dazu beizutragen gedenkt. Das ist – drittens – die Frage unserer geistigen Auseinandersetzung und unseres politischen Kampfes gegen Neofaschismus und Rechtsextremismus. Dazu hat Ellen Brombacher heute Morgen Treffliches gesagt. Dem sei hinzugefügt, dass die PDS programmatisch auf dem antifaschistischen Erbe bestehen sollte, das die Geschichte der DDR durch die Anstrengungen von Millionen Bürgern, insbesondere aber durch die Arbeit von Schriftstellern und Künstlern und auch von Wissenschaftlern angehäuft hat, das gebraucht wird, zu sondern und nicht mit dem schwindelhaften Etikett „verordneter Antifaschismus“ zu entsorgen ist.

Heute ist an Friedrich Engels' Bild erinnert worden, der das Programm der Partei als eine Fahne bezeichnet hat. Darunter stellen wir uns mit ihm auch ein Zeichen vor, unter dem sich nicht nur diejenigen sammeln, die sich zu sozialistischen Ideen schon bekannt haben und sie zu verwirklichen trachten, sondern das Ausstrahlungs- und Anziehungskraft besitzt – in unserem Falle also vor allem hilft, der Partei neue und jüngere Mitstreiter zu gewinnen. Diese Eigenschaft aber kann ein Programm der PDS nur dann gewinnen, wenn es unzweifelhaft sagt, dass diese Partei, was immer sie durchzusetzen versucht, um die aktuellen gesellschaftlichen Zustände für die arbeitenden und die von den Arbeitsprozessen ausgeschlossenen Massen zu verbessern, über diese Verhältnisse hinausstrebt und dass ihr der Sozialismus nicht nur ein märchenhaftes und erbauliches Bild ist, sondern ein geschichtliches Ziel bleibt, das beschreibbar und vor allem lohnend ist. Dass die Wege und Etappen dahin heute nicht zu markieren sind, dass die geschichtlichen Subjekte, die über den Kapitalismus hinaus führen, nicht bestimmt werden können, kann nur von denen als Grund für die dauerhafte Aussöhnung mit Kapitalismus und Imperialismus akzeptiert werden, die nach dem Untergang des realsozialistischen Systems im geschichtlichen Sinne hoffnungslos geworden sind und an das angeblich schon eingetretene Ende der Geschichte glauben, denen der Gedanke an jähe Wendungen der Geschichte verloren ging. Das Wort „Trotz alledem" stammt aus Zeiten der Enttäuschungen und der Niederlagen. Und für dieses „Trotz alledem" bietet die Welt an der Schwelle des neuen Jahrhunderts massenhaft Gründe.

Marxistisches Forum, Heft, 32/33/11-2000, S. 77.

Nicht nur in Wildost

Über Ursachen des Rechtsextremismus und Schritte seiner Bekämpfung.

Wer sich in Deutschland heute auf einen Forschungsgegenstand einlässt, der mit den Begriffen und Worten Rechtsextremismus, Nazis, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit signalhaft bezeichnet ist, sieht sich einer Fülle von Literatur gegenüber. Auf Hunderten von Buchtiteln findet sich schon der Begriff Rechtsextremismus, die Zahl der sich mit dem Thema befassenden Aufsätze dürfte längst vierstellig geworden sein. Greifbar sind im Buchhandel und in Bibliotheken Handbücher[1] und Lexika, Monographien, Dokumentationen, Gesprächsprotokolle, Redetexte, pädagogische Leitfäden, Dissertationen und Staatsexamensarbeiten. Nachgelesen werden kann, wie wiederum allein schon den Titeln zu entnehmen ist, über die Entwicklung des Rechtsextremismus in Europa[2], in Deutschland[3], der Schweiz[4], Österreich, Russland[5], Litauen[6] und in den USA[7] sowie in einzelnen deutschen Ländern und Regionen so in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Bremen, Berlin[8], Thüringen[9], Mecklenburg-Vorpommern und Rostock [10]. Die Autoren befassen sich mit dem Rechtsextremismus als „kulturelle Subversion“ und mit dem Blickpunkt auf Geschlechtern[11], Altersstufen[12] und Adoleszenz[13]. Sie schreiben über das Verhältnis der Rechtsextremisten zu Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus,

---

1 Bernd Wagner (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus. Netzwerke*, *Parteien*, *Organisationen*, *Ideologiezentren*, *Medien*, Reinbek 1994, Jens Mecklenburg (Hrsg.), *Handbuch deutscher Rechtsextremismus*, Berlin 1996.

2 Franz Gress u.a., *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik*, *Frankreich*, *Großbritannien*, Opladen 1990.

3 Konferenz des Aspen-Instituts Berlin in Zusammenarbeit mit dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft e.V. und der Friedrich-Ebert-Stiftung über Rechtsextremismus im vereinigten Deutschland, warum – und was nun? – 11./12. Oktober 1992) Berlin (1992); Wolfgang Benz (Hrsg.) *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen*, *Zusammenhänge*, *Wirkungen*, Frankfurt/M. 1992 (= *Fischer Taschenbücher*, *4446*), Aktualisierte Neuausgabe; Manfred Funke, *Rechtsextremismus in Deutschland. Historische Entwicklung und aktuelle Bedeutung*, Melle 1994 (= *Deutschland- Report*, *22*); Anja Oden, *Ursachen und Einstiegsmuster für Rechtsextremismus*, Bremen 1995 (= *Arbeitsberichte*, *Wissenschaftliches Institut für Schulpraxis*, *109*); Hans-Günther Heiland (Hrsg. im Auftrage der Sektion Soziale Probleme und soziale Kontrolle der Deutschen Gesellschaft für Soziologie), Opladen 1996), *Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus*, Opladen 1996; Marcus Neureiter, *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Eine Untersuchung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster und Erklärungsansätze*, Marburg 1996. Für die in der Bundesrepublik vor 1989 erschienene Literatur zum Rechtsextremismus sei auf die Literaturangabe am Ende des Artikel *Extremismus* verwiesen in: Wolfgang W. Mikel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1986, S. 136. (= *Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung*, *Bd. 237*).

4 Urs Altermatt (Hrsg.), *Rechtextremismus in der Schweiz. Organisation und Radikalisierung in den 1980er und 1990er Jahren.* Zürich 1995.

5 Eberhard Schneider, *Rechtsextremismus in Russland*, Köln 1995 (= *Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien*, 1995, 53).

6 Vytautas Paulauskas, *Erscheinungen des Rechtsextremismus und Nationalismus in Litauen*, Köln 1996 (= *Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien* 1996, 21).

7 Thomas Aage Herz, *Soziale Bedingungen für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten. Eine vergleichende Analyse der Anhänger der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands und der Anhänger von Georg C. Wallace*, Meisenheim 1975 (= Politik und Wähler, 12).

8 *Rechtsextremismus an Berliner Schulen.* Hrsg. Antifa-AG der Alternativen Liste, Antifa Jugendfront, Berlin (1988).

9 Rainer Fromm, *Rechtsextremismus in Thüringen*, Hrsg. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1992.

10 *Rechtsextremismus und Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern und Rostock*, Rostock 1993.

11 Wilhelm Heitmeyer, *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeitstudie zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*, Weinheim 1993 (2. Aufl.); Gertrud Siller, *Rechtsextremismus bei Frauen. Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen*, Opladen 1997 (= *Studien zur Sozialwissenschaft*)

12 Ders., *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*, Weinheim 1992, 4. Aufl.

13 Ludger van Gisteren (Hrsg.), *Schwerpunktthema: Adoleszenz und Rechtsextremismus*, Gießen 1996. (*Psychosozial*, 64 – Jg. 19, H. 2).

zum Faschismus und Nationalsozialismus und über deren Weltbild[14], Sprache[15] und Symbole[16]. Sie äußern sich über deren Chancen und ebenso über die strafrechtlichen Mittel ihrer Bekämpfung. Sie nehmen die Darstellung des Rechtsextremismus im öffentlich und im privaten Fernsehen, in deutschen und polnischen Massenmedien und in britischen Dramen zum Thema. Sie fragen, ob die Achtundsechziger an ihm schuld und seine Gegner hilflos sind. Es finden sich Untersuchungen, die sich als sozialwissenschaftlich, -psychologisch und psychoanalytisch[17] oder pädagogisch ausweisen. Vorschläge für Gegenstrategien werden gedruckt. Eine Schrift trägt den Titel *Rechtsextremismus und Armut*[18]. Nur selten tauchen in Titeln oder Untertiteln die Begriffe Ursprünge und Ursachen auf.[19]

Zahlreich sind Publikationen geworden, die sich ausschließlich mit dem Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern befassen. Ihr Erscheinen setzte 1990 ein und begann wohl mit *Glatzen am Alex. Rechtsextremismus in der DDR*[20]. Vermutlich noch im gleichen Jahr erschien *Jugend und Rechtsextremismus in Berlin-Ost*[21] und eine weitere Arbeit mit dem dann vielfach wiederkehrenden Haupttitel *Rechtsextremismus in der DDR*[22]. 1991 folgte mit dem gleißnerischen Titel *Auferstanden aus Ruinen*[23]. 1992 gelangten auf den Buchmarkt *Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Ausdrucksformen sozialpsychologischer Erklärungsansätze und Auswirkungen auf die pädagogische Praxis*[24] und mit dem gleichen Titel wurde eine Schrift der Landeszentrale für politische Bildung in Thüringen[25] herausgegeben. Ebenfalls aus dem Jahre 1992 stammt *DDR-Jugend zwischen Anpassung und Aufbegehren. Empirische Ergebnisse zum politischen Einstellungswandel unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsextremismus*[26]. Im Jahr 1993 gab der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eine Schrift unter dem Titel *Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS*[27] heraus und an der Freien Universität Berlin lag die

---

14 Helmut Reinalter (Hrsg.), *Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung*, Innsbruck 1998.

15 Siegfried Jäger, *Wie die Rechten reden. Sprachwissenschaftliche und diskursanalytische Veröffentlichungen zu den Themen Faschismus*, *Rechtsextremismus und Rassismus. Eine kommentierte Bibliographie*, Duisburg (1996) (= *DISS-Texte*, 29).

16 Herbert Kloninger (Hrsg.) *Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus: Symbole*, *Neonazis*, *Skinheads*, Brühl/Rheinland 1998 (= *Beiträge zur inneren Sicherheit*, 7, Hrsg. Fachhochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung Köln, Fachbereich Öffentliche Sicherheit).

17 Horst-Eberhard Richter, *Psychoanalytische Beiträge zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, Münster 1995 (= *Materialien aus dem Sigmund-Freud-Institut*, *14*).

18 *Rechtsextremismus und Armut. Beiträge zur Diskussion um die „Krise des Sozialen“.* Duisburg 1995 (= Studien Kritisches Forum e.V., 1).

19 *Ursachen und Auswirkungen von Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft. Öffentliche Anhörung*, *9. Mai 1990.* Hrsg. Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz, Arbeitskreis Rechtsradikalismus/Rechtsextremismus, Mainz 1990.

20 Frank Schumann, *Glatzen am Alex. Rechtsextremismus in der DDR.* Berlin 1990. Im April 1988 hatte das Ministerium des Innern der DDR einen Forschungsauftrag vergeben, als dessen Ziel die Ermittlung der Ursachen für das Auftreten von Skinheads in der DDR bezeichnet wurde. In der Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität zu Berlin wurde dieser Auftrag von Loni Niederkirchner bearbeitet, die als ein Teilergebnis im Februar 1989 einen Forschungsbericht unter dem Titel *Das politische Wesen der Skinheadgruppierungen und ihre Sicherheitsrelevanz* vorlegte, der als Vertrauliche Verschlusssache eingestuft war. 1990 erschien die Arbeit der Soziologin *Zu den Ursachen rechtsradikaler Tendenzen in der DDR*. In: *Neue Justiz*, Nr. 1, S. 16 ff.

21 Roland Bach (Red.), *Jugend und Rechtsextremismus in Berlin-Ost. Fakten und Gegenstrategien.* Berlin (1990). Hrsg. Magistratsverwaltung für Jugend, Familie und Sport).

22 Peter Ködderitzsch/Müller, Leo A., *Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen 1990* (= Lamuv-Taschenbuch, 88).

23 Bernd Siegler, *Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR*, Berlin 1991 (= Critica diabolis, 32).

24 Michael Roick/Marianne Knief, *Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Ausdrucksformen sozialpsychologischer Erklärungsansätze und Auswirkungen auf die pädagogische Praxis*, Berlin 1992 (= Arbeitspapiere, Pädagogisches Zentrum, 10).

25 Peter Reif-Spirek (Red.), *Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern*, Erfurt 1992.

26 Wilfried Schubarth, *DDR-Jugend zwischen Anpassung und Aufbegehren. Empirische Ergebnisse zum politischen Einstellungswandel unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsextremismus*, Berlin 1992 (= Arbeitspapiere, Pädagogisches Zentrum, 15).

27 Walter Süß, *Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS*, Berlin 1993 (= der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen Deutschen demokratischen Republik: Reihe B, Analysen und Berichte, 93,1).

Diplomarbeit *Rechtsextremismus in den fünf neuen Bundesländern 1990-1992*[28] vor. 1994 schlossen sich an *Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland vor und nach der Wende*[29], sodann wieder um *Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Erklärungsansätze, Einstellungspotentiale und organisatorische Strukturen*[30], den eine Forschungsgruppe Deutschland herausgab, sowie *Staatssicherheit und Rechtsextremismus*[31] und – von einem Berlin-Brandenburger Bildungswerk erstellt – *Rechtsextremismus in Ostdeutschland.*[32] Ohne dass die Reihe damit geendet hätte, sei hier nur noch aus dem Jahre 1996 genannt *Rechtsextremismus in der DDR bis 1989.*[33] Niemand geht mit der Schlussfolgerung ein Risiko ein, dass die explosionsartige Entwicklung dieser Literatur etwas über den Staat aussagt, in dem sie erscheint, und über dessen Zustände.

1. Auf der Schwelle zum 3. Jahrtausend

Deutschland, dem Land, in dem die Schwestern und die Brüder namentlich hier in Berlin vor einem Jahrzehnt zu Zehntausenden einen Wendepunkt seiner Geschichte feierten, machte im Herbst 2000 einen aufgescheuchten Eindruck. Entlang verschiedener Linien, die teils den Charakter von Fronten angenommen haben, werden ideologische und politische Kontroversen ausgetragen. Die Stichworte, die sie bezeichnen lauten: Rentenreform, Entschädigung von Zwangsarbeitern, Verbot der NPD, Einwanderungsgesetz, „deutsche Leitkultur“, Deutschlandliebe. Für dieses Land ist Gewalt gegen Fremde, gegen Behinderte – wie jüngst im brandenburgischen Eberswalde gegen eine Gruppe gehörloser Jugendlicher -, gegen Alte und Schwache, gegen Obdachlose[34], selbst gegen zufällige Passanten auf Straßen und Plätzen zum Alltag geworden. Die beteiligten Täter werden immer jünger, viele sind den Kinderschuhen kaum entwachsen und besuchen noch allgemeinbildende Schulen.[35] Die Nachrichten, die Zeitungen über politisch-kriminelle und allgemein-kriminelle Gewalt verbreiten, jagen einander. Heute gelesen, sind sie morgen meist vergessen oder von anderen verdrängt.

Nach einem einzigen Wochenende, dem letzten vor Weihnachten 2000, wurden u.a. gemeldet: Eine genehmigte und von Polizei geschützte Demonstration von etwa 350 Rechtsextremisten in Dortmund, eine Hetzjagd von Jugendlichen auf zwei afrikanische Asylbewerber in der Minden, Sieg-Heil-Rufe einer Gruppe von Männern auf dem Rostocker Weihnachtsmarkt, ein Skinhead-Konzert in Zschopau in Sachsen, nach deren Auflösung die Polizei Maschinenpistolen, Handgranaten und ein Scharfschützengewehr sicher gestellt haben soll, ein Treffen von 100 Neonazis in Lindhorst (Sachsen-Anhalt), eine Wintersonnenwende auf einem Bauernhof in Eschede (Niedersachsen). Als jüngst das Bundeskriminalamt in Wiesbaden seine Jahrestagung abhielt, berichtete der Innenminister als Bilanz der ersten neun Monate des Jahres 2000 von 6918 rechtsextremistischen, 2220 fremdenfeindlichen und 707 antisemitischen Straftaten, von denen 649 (also 8,9 Prozent) Gewalttaten gewesen seien, – Angaben, über deren Verlässlichkeit noch ein Wort zu sagen sein wird.[36]

Inzwischen gelten der Polizei ganze Städte als Schwerpunkte rechtsextremistischer und insbesondere fremdenfeindlicher Gewalt, wie in Brandenburg Königs Wusterhausen, Eberswalde, Frankfurt/O.,

---

28 Cordula, Harders, *Rechtsextremismus in den fünf neuen Bundesländern 1990-1992*, Berlin 1993.

29 Frank Neubacher, *Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland vor und nach der Wende*, Bonn 1994, (= Umwelt, Kriminalität, Recht, 2).

30 Thomas Lillig, Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Erklärungsansätze, Einstellungspotentiale und organisatorische Strukturen, Mainz 1994, (= Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, 1).

31 Heinrich Sippel/Walter Süß, Staatssicherheit und Rechtsextremismus, Bochum 1994 (=Kritische Aufarbeitung der DDR und Osteuropas, 2)

32 Berlin 1994.

33 Harry Waibel, *Rechtsextremismus in der DDR bis 1989*, Köln 1996 *(PapyRossa-Hochschulschriften, 11)*

34 Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe wurden seit 1989 mindestens 107 wohnungslose Menschen getötet, 203 erlitten schwere Verletzungen. Die Meldung spricht von jungen Männern mit rechtsextremem Hintergrund, von denen die Verbrechen meist begangen worden seien. Seit 1991 seien mindestens 189 Menschen, die auf der Straße leben, erfroren, wobei in den letzten Jahren die Kältetoten als Folge von Hilfsmaßnahmen rückgängig sei. S. 107 Obdachlose erschlagen. *Neues Deutschland (fortan: ND)*, 20. Dezember 2000, S. 4.

35 So wurde an einem Tage aus dem Lande Brandenburg im Kleingedruckten gemeldet: Der Überfall eines 16jährigen Schülers auf eine „dunkelhäutige“ Schülerin und ein weiterer Überfall von 3 Tätern von 15, 16 und 17 Jahren auf zwei Vietnamesen. *ND*, 13./14. Januar 2001, S. 18.

36 Schily: 9.845 rechte Straftaten. *ND*, 22. November 2000. S. 1.

Guben und Rathenow. In diesem Bundesland, das über eine inzwischen von 50 auf 200 Mann vergrößerte polizeiliche Mobile Einsatzgruppe gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit (MEGA) verfügt, haben politisch motivierte Gewalttäter in einem Jahrzehnt 19 Menschen umgebracht, woran u.a. Angehörige der „1. Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg", einer „Nationalistischen Front" und Täter der sog. unorganisierten rechtsextremen Szene beteiligt waren.[37]

Diese Entwicklung zeichnete sich ab, doch wurde sie u.a. von der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten heruntergespielt. Im von ihr gebilligten Schlussbericht einer Enquête-Kommission wurde für Ostdeutschland zwar der Zusammenhang zwischen dem „Verlust von beruflicher und sozialer Sicherheit" und dem Entstehen eines Nährbodens „für mögliche Gefährdungen durch extremistisches (sic – K. P.) Gedankengut" vermerkt, auch festgestellt, dass dort eine „rechtsextreme Szene" agiere, die Jugendeinrichtungen und -lokale besetzen und sich ein örtliches Monopol zu schaffen suche, sodann aber behauptet, die damit verbundenen Erscheinungen würden in der Öffentlichkeit stark überzeichnet und die Medien hätten ihren Blick auf die „besonders gefährdeten Gruppen" fokussiert. Vor allem wurde – der Bericht stammt vom 10. Juni 1998 – noch der Eindruck erweckt, es handle sich um zeitweilige Erscheinungen des sog. Transformationsprozesses in Ostdeutschland.[38] Obendrein hofften die Autoren dieses Berichtes auf die Übernahme einer neuen Werteskala durch die Jugendlichen im Osten, bei denen Arbeit und Beruf noch immer einen anderen und höheren Rang besetzen würden als bei ihren Altersgenossen im Westen. Jene würden sich von diesen zudem durch ihr „erhöhtes Sicherheitsbedürfnis" und ihre „Sehnsucht nach sozialer Einbindung" unterscheiden.[39]

Lange unter den Teppich gekehrt, haben die Vorkommnisse bundesweit ein Ausmaß angenommen, das dies jedenfalls aufs Staatsganze gesehen nicht mehr zuließ. Daran erwarb sich die Redaktion der *Frankfurter Rundschau* mit ihrer Ausgabe vom 14. September 2000 und der Dokumentation „Den Opfern einen Namen geben" ein Verdienst, die 93 Opfer der rechtsextremen Gewalt und deren Geschichten ins Bewusstsein rief. Die Zahl der rechtsextremen „Vorfälle" hatte sich nach Auskunft des Wehrbeauftragten des Bundestages in den ersten zehn Monaten des Jahres 2000 gegenüber dem Vorjahr um 20 erhöht und wurde mit 154 angegeben.[40] Das Kleinreden des Geschehens hat seit dem Herbst im Umfeld der Regierung zunächst aufgehört. Es und ist ersetzt worden durch das Großreden der dagegen ergriffenen Maßnahmen, insbesondere auch der finanziellen Aufwendungen, wo sehr verschiedene Ausgaben dem Kampf gegen den Rechtsextremismus zugerechnet werden.[41] Jedoch wurden auch die ersten sich bietenden oder auch nur vermuteten Gelegenheiten genutzt, um zur alten Praxis zurückzukehren: „Wir dürfen weder bagatellisieren noch überdramatisieren" (Bundesinnenminister Otto Schily) oder „Es ist nicht die Aufgabe der Politik, Hysterie zu schüren." (FDP-Ehrenvorsitzender Otto Graf Lambsdorff). Hingegen sprach der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, zu Jahresbeginn 2001 von der Existenz von 150 sog. Kameradschaften, in denen deren erfasste 2.200 Angehörige sich zusammengeschlossen haben, und warnte vor der in diesen Reihen steigenden Zustimmung zur Gewaltanwendung.[42]

Im Einzelnen aber versucht jede deutsche Stadt- oder Landgemeinde weiter den Nachweis, es gäbe in ihren Grenzen keine einheimischen Nazis. Tatsachen, die dem entgegenstehen, werden entweder zu verheimlichen gesucht oder als zufällig oder marginal heruntergespielt. So jüngst auch in der 43.000 Einwohner zählenden nordostbayerischen Stadt Weiden in der Oberpfalz, wo im Mai 2000 das Mahnmal, das an den Judenmord erinnert, geschändet wurde, im Juni die Fenster der Synagoge barsten, im September das jüdische Gemeindezentrum – Sammelpunkt für 300 Gemeindemitglieder, größtenteils aus Russland stammend – beschmiert wurde, im November schließlich die Fensterschei-

---

37 Rechte Gewalt kostete 19 Menschenleben. *ND*, 24. November 2000, S. 20.

38 Es handelt sich um den Bericht „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit", Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11000, 10. Juni 1998. S. 203 ff. Die Enquete-Kommission war am 22. Juni 1995 eingesetzt worden.

39 Ebenda, S. 205.

40 Bundesverdienstkreuz für Waffen-SS- und NPD-Mann, *ND*, 11./12. November 2000, S. 1.

41 Terrorwelle von rechts. *Arbeiterstimme. Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis.* September 2000. Nr. 129/29. Jahrgang, S. 6.

42 Warnung vor Nazigewalt, ND, 4. Januar 2001, S. 4.

ben des Geschäfts mit Pflastersteinen zertrümmert wurden, das die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde betreibt, die in den folgenden Tagen und Wochen Drohbriefe erhielt, in denen von einem „neuen Holocaust“ die Rede ist und davon, froh ein Deutscher und kein Jude zu sein. Während der Oberbürgermeister (CSU) gegen das Öffentlichmachen des Geschehenen, beispielsweise durch das Fernsehen und in der Kirche Front nahm, ermittelte eine Sondergruppe der Kriminalpolizei, wird bekannt, dass der „Staatsschutz“ im Raum Weiden bereits vor den Ereignissen 80 Rechtsextreme namentlich kannte. Nürnberger Polizisten ziehen im Dezember allabendlich zum Schutz von Personen und Sachen in Weiden ein.[43] Eine Stadt in Bayern – nicht in, aber wie in Sachsen oder in Mecklenburg-Vorpommern. Im altbundesrepublikanischen Freistaat im oberbayerischen Dorf namens Dorfen verübt eine Gruppe von 8 Personen einen Anschlag auf ein Sozialheim. In Neubundesland gehen Verkaufsstände und Verkaufswagen, mit denen Araber oder Afrikaner ihren Lebensunterhalt verdienen, in Flammen auf. Vokabeln wie die von den „braunen Wirrköpfen“ oder den „paar tausend fehlgeleiteten Menschen“ werden der Wirklichkeit nicht gerecht.

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden in Deutschland hat unter dem Eindruck jüngster Geschehnisse gefragt, ob sich in diesem Staate die Gründung weiterer Gemeinden empfehlen lasse. Ignatz Bubis hatte schon 1998 gesagt, er könne die Frage, ob in zehn oder zwanzig Jahren noch Juden in Deutschland würden leben können, nicht mehr uneingeschränkt bejahen.[44] Was sich im Sommer und im Herbst 2000 in Deutschland abgespielt habe, hätte er nicht für möglich gehalten, so wieder Paul Spiegel jüngst, der bemerkte, es werde ihm in der „feinen Gesellschaft“ entgegengehalten, die Juden würden durch die Forderungen des Mahnmals in Berlin und nach Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeit den Antisemitismus erzeugen.[45] Fakten wie die, dass von jüdischer Seite wiederholt erklärt wurde, sie – die Juden – brauchten das Mahnmal im Zentrum der Hauptstadt nicht, werden eben so wenig zur Kenntnis genommen wie die Tatsache, dass sich unter Juden wie Nichtjuden Leute fanden, die sich mit akzeptablen historischen, politischen und ästhetischen Begründungen gegen Dimension und Gestaltung des Mahnmals ausgesprochen haben, aber am Ende im Bundestag „überstimmt“ wurden. Dass der Antisemitismus in Deutschland, einst in der Alt-BRD „nur“ stammtischfähig nun gesellschaftsfähig geworden sei, bildet nicht nur eine Beobachtung Spiegels. In diesem Punkte scheint die zweite deutsche Republik sich wieder dem Niveau der ersten anzunähern, wo in der sog. besseren Gesellschaft zwar der Radauantisemitismus der Goebbels und Streicher abgelehnt wurde, aber Vorurteile und Ablehnungen „der Juden“ bis weit in alle Kreise der Eliten hineinreichten und auch ungeniert ausgesprochen wurden.

In Österreich, das wegen des Eintritts von Politikern der Haider-Partei in die Bundesregierung internationalen Maßnahmen des Boykotts ausgesetzt war, wird über die Grenze ins „Reich“ verwiesen. Deutsche Politiker, die sich zu offiziellen Besuchen in das Ausland begeben, werden – wie dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern jüngst in Japan geschehen, nachdem in Rostock ein japanischer Student überfallen worden war – von ihren Partnern gefragt, wie es um die Sicherheit ihrer Landsleute in Deutschland steht. Dabei hatte der vorletzte Bundespräsident nach einer seiner vielen Auslandsreisen noch berichtete, er habe dort gehört, die Vergangenheitsbewältigung sei zwar in Deutschland auch nicht hundertprozentig gelaufen, aber auch bestätigt erhalten, dass Deutschland den Gastgebern „in vielen Punkten voraus“ wäre.[46] Inzwischen warnte das Washingtoner Außenministerium US-amerikanische Deutschland-Touristen vor Übergriffen von Rechtsextremisten.[47] Die Bewerbungen von Ausländern an deutsche Universitäten sind um mehr als 8 Prozent zurückgegangen; Ausländer, die hier studieren, erklären, dass sie sich in der außeruniversitären Öffentlichkeit vielfach unsicher und bedroht fühlen. In Frankfurt/O. trauen sich die dort studierenden Polen aus

---

43 Hässliche Ereignisse. *Der Spiegel*, Nr. 51/2000, S. 36 f.

44 Joachim Rohloff, *Kriegsverwendungsfähig. Zwei Möglichkeiten*, *Auschwitz zu benutzen*, *um es zu erledigen*. In: Wolfgang Schneider, *Wir kneten ein KZ. Aufsätze über Deutschlands Standortvorteil bei der Bewältigung der Vergangenheit*, Hamburg 2000, S. 60.

45 *Spiegel* beklagt Antisemitismus. *ND*, 23./24. Dezember 2000, S. 6.

46 Joachim Rohloff, Kriegsverwendungsfähig. A. a. O., S. 54.

47 Terrorismus-Ansätze in der Neonazi-Szene. *ND*, 23. November 2000, S. 1.

Angst vor Rechtsextremisten abends nicht in das Stadtzentrum.[48] Die Besorgnisse über das Ansehen, das die Bundesrepublik im Ausland genießt, wachsen. Sie bildeten ein Argument dafür, dass der Generalbundesanwalt die Verfolgung von rechtsextremen Straftaten seit neuestem an sich ziehen darf, dann nämlich, wenn sie geeignet erscheinen, eben das gewünschte menschenfreundliche Staatsabbild jenseits der Grenzen zu beschädigen. In der Maßnahme mag sich ein gewisses Misstrauen gegen die Herangehensweise von Gerichten und Staatsanwaltschaften vor Ort ausdrücken, deren Praktiken und Urteile den Verdacht aufkommen ließen, sie könnten zusätzlichen Ansehensverlust hervorrufen. In der Tat hatten alarmierend niedrige Bewährungsstrafen, die Gerichte auswarfen, den Bundeskanzler zu dem kritischen Bemerken veranlasst, derlei Strafmaße seien freundlich. Und auch der Bundestagspräsident war mit der Forderung nach härteren Strafen hervorgetreten.[49] Bundespräsident und Bundesjustizministerin wieder kritisierten adressiert ein gegen 11 Gewalttäter in Guben ergangenes Urteil.[50] Während die einen sagen, die Gesetze reichten aus, entschieden vorzugehen, fordern andere – so Kreise in der CDU – deren Verschärfung und das Beschreiten eines Weges, der in demokratischen Kreisen mit äußerstem Misstrauen betrachtet wird, wäre er doch mit dem Eingreifen in Bürgerrechte, wie einer weiteren Verschärfung der Staats- d. h. in diesem Falle doch der Geheimdienstrechte auf Telefon-, Post- und Videoüberwachung und ähnlichem verbunden. Zudem würde er – zumindest künftighin – denen Handlungsmöglichkeiten eröffnen, die noch stets die Linke im Visier ihres Feindbildes hatten. Wie um derlei Befürchtungen zu erhärten, beklagte der brandenburgische Innenminister, General a. D. Schönbohm, prompt, dass der Linksextremismus aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt werde und vermeldete, die Zahl der Sachbeschädigungen durch dessen Anhänger wären dreimal höher als die von Rechtsextremisten begangenen.[51]

2. Rätselraten oder Analyse

In der Bundesrepublik Deutschland leben 7,32 Mio. Ausländer. 2,11 Mio. Türken, das sind 28,8 Prozent, bilden deren größte Gruppe, gefolgt von etwa 720.000 Jugoslawen – Menschen aus Serbien und Montenegro – die 9,8 Prozent ausmachen. Diese Zahlen stammen vom Jahresende 1998 und dürften sich seitdem nicht gravierend verändert haben. Sie besagen, dass der Anteil der in der Bundesrepublik lebenden Menschen ohne deren Staatsbürgerschaft 8,9 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt. Für viele von ihnen sind in jüngster Zeit Ängste, Befürchtungen und Bedrohungen entstanden, die sie bis dahin nicht kannten. Wo sich einzelne verzweifelt zur Wehr setzen, passiert dann dies: Im sächsischen Bernsdorf sticht ein 15jähriger Vietnamese einen 21jährigen Nazi mit Todesfolge nieder, der ihn zuvor auf dem Weihnachtsmarkt beschimpft und einen Angriff auf den Textilstand seiner Eltern unternommen hatte. Daraufhin haben die dort lebenden 15 Vietnamesen den Ort fluchtartig verlassen, der jetzt eine „fidschibefreite“ Zone darstellt. Einem Bericht eines Journalisten zufolge gehörte zur Mahnwache der Gesinnungsgenossen des Opfers der Schriftzug „Odin“, ein Bild des „Eisernen Kreuzes“ und die auf den Gehsteig gesprühte Inschrift „Nur fürs Deutsche Vaterland.“[52]

Die Beobachtungen des Geschehens, die sich mit diesen Zahlen und Fakten verbinden, sind indessen in der deutschen Bürgerschaft ungleichmäßig verteilt. Das rührt aus der unterschiedlichen Geschichte der beiden deutschen Staaten her, die bis 1990 existierten. Zudem ist der Anteil der Ausländer in den Regionen, Städten und Ortschaften höchst unterschiedlich. Und hinzukommt: Wer morgens von seiner Garage zur Garage oder zum Parkplatz seiner Arbeitsstelle fährt und nachmittags den gleichen Weg zurücknimmt, in Berlin keinen S-Bahnhof betritt und keinen S-Bahnzug benutzt, der begegnet in aller Regel wenig Ausländern. Wer nie über einen Ort wie den Alexanderplatz geht, der nimmt auch nichts oder kaum etwas vom Leben der Deutschen und Ausländer wahr, die am Rande der Gesellschaft existieren. Er kann oder muss auch von Obdachlosigkeit, Armut, Absinken von Menschen in Alkoholkrankheit nichts bemerken. Rundfunk und Fernsehen unterrichten ihn darüber meist schonend. In Zeitungen gehören auch Meldungen über tätliche Angriffe mit politischem Hintergrund, über

---

48 „Freundliches Frankfurt“ gegen fremdenfeindliches Image. *ND*, 29. November 2000, S. 20.

49 Terrorwelle von rechts. *Arbeiterstimme.* A. a. O., S. 7.

50 Koch gibt Medien Schuld an Straftaten. *ND*, 23. November 2000, S. 4.

51 „Zerstörerische“ Linksextreme, *ND*, 3. Januar 2001.

52 Fürs deutsche Vaterland. *Der Spiegel*, Nr. 51/2000, S. 38.

gewalttätige Provokationen, Schändungen von Synagogen und Friedhöfen, von Denkmälern und Gedenktafeln meist bereits in das Kleingedruckte. Sie verschwinden in Nachrichtenspalten selbst in Blättern, deren Redakteure nicht zu den Gesundbetern gehören.

Zudem sind die offiziellen Zahlen namentlich über die „rechte Gewalt", also über die Straftaten von Rechtsextremisten keineswegs verlässlich, weil viele dieser Straftaten politisch nicht eingeordnet werden und daher in Statistiken nicht aufscheinen. Und dies seit einem Jahrzehnt, wie der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Bernhard Falk, gegen Ende des Jahre 2000 auf einer Tagung dieses Amtes erklärte Die angegebene Zahlen über die von Rechtsextremen Getöteten seien zu niedrig angegeben. So war selbst die Untat, der zuerst der Buchhändler in Berlin-Marzahn zum Opfer fiel und danach ein Polizist in Schleswig-Holstein nicht in der entsprechenden Statistik erfaßt worden. Einschlägige Straftaten werden nicht aufgenommen, wenn Täter, obwohl sie als Rechtsextremisten bekannt sind, über ihre Motive schweigen oder wenn es sich bei den Tätern um Kinder handelt. In den Angaben der Landeskriminalämter herrsche Durcheinander und Chaos, und sie verfahren bei der Erfassung nach unterschiedlichen Kriterien. Manche Länder unterlassen Meldungen an das BKA in Wiesbaden über Hakenkreuzschmierereien an Schulen ganz. So werden auch alle Vergleiche zwischen den Ländern der Bundesrepublik fragwürdig. Sich darauf berufend erklärte der Leiter des LKA für Thüringen, wenn sie die Zählungsverfahren anderer übernähmen, würde von den bei ihnen erfassten Straftaten gerade einmal ein Drittel übrigblieben. Thüringen liegt mit 1142 rechtsextremen Straftaten, davon 121 Gewaltdelikten an der Spitze der Länder, während Mecklenburg-Vorpommern an deren Ende rangiert.[53] Es liegt auf der Hand, dass auf diese Weise Landespolitiker nicht nur falsch informiert werden, sondern sich gegebenenfalls auch rühmen können, Erfolge in der Zurückdrängung oder Eindämmung von Rechtsextremismus erzielt zu haben – die sich freilich nur aus wirklichkeitsfernen Papieren ergeben. Nur unter Vorbehalt lassen sich folglich die Zahlen lesen, die über die fremdenfeindlichen Straftaten angegeben werden. die in den ersten zehn Monaten des Jahres 2000 verübt worden sind. Nach Auskunft der Bundesregierung waren das 1807 gegenüber 1457 im voraufgegangenen Jahr 1999. Auch die Zahl der verletzten Personen stieg an.[54]

Gegenüber der Frage, woher der rapide Wandel im öffentlichen Leben der Gesellschaft, der sich nicht von einem Tag auf den anderen vollzog, denn gekommen sei, herrscht weitgehendes Rätselraten, verbunden oder benachbart mit dümmlicher oder absichtsvoller Missinterpretation. Die politischen und intellektuellen Kräfte, die der Fähigkeit zumindest verdächtig sind, diskutable Antworten anzubieten, sind separiert und werden von niemandem kompakt zusammengeführt. Gewiss, es fehlt in den Städten nicht an Veranstaltungen, die den Rechtsextremismus und ganz allgemein die Gewalttätigkeit zum Gegenstand haben und auch nicht an Ermahnungen und Bekenntnissen, sich ihnen zu widersetzen. Jedoch und beispielsweise: Anhörungen im Bundestag und in den Länderparlamenten, die Experten verschiedener Disziplinen und unterschiedlicher, ja gegensätzlicher analytischer Ausgangspunkte zu Worte kommen ließen, stehen aus. Mit Vorliebe kramen seit Jahrzehnten hartgesottene Gegner der DDR und mit ihnen Bürgerrechtler, die sich vor den Scherbenhaufen ihrer Träume sehen, sekundiert von konjunkturgeleiteten Sozialwissenschaftlern, weiter nach Ursachen der Veränderungen zum Schlechteren einzig im untergegangenen ostdeutschen Staat. Das „totalitäre" Regime wird als ein Staatsunwesen dargestellt, das die Menschen denaturierte und versaute und zu dessen ekelhafter Hinterlassenschaft gleichsam unvermeidlich nicht nur Neonazis gehören, sondern auch massenhaft Menschen vom „Typ Sebnitz", die – 250 davon in einem Freibad vereint zu einer „Spaßgesellschaft" („Neues Deutschland") – vor ihren Augen einen kleinen und hilflosen Jungen ertränken lassen „wie eine Katze" (Frankfurter Rundschau"), die imstande sind, einem „rassistischen Mord („taz") zuzuschauen und ihn danach wie die „ganze Stadt" totzuschweigen („Bild") vermögen. Die westdeutschen Gutmenschen als Produkt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung – die ostdeutschen Schlechtmenschen als Hinterlassenschaft der „stalinistischen" Diktatur, die sich noch immer nicht auf den Weg in die Zivilgesellschaft machen wollen. Das ist das Klischee, das seine Zählebig-

---

53 S. den Bericht über die Tagung Polizei operiert bei rechter Gewalt mit falschen Zahlen. *Süddeutsche Zeitung*, 23. November 2000.

54 Deutlich mehr rechtsextreme Gewalttaten. *ND*, 20. Dezember 2000, S. 4.

keit an der Pressekampagne um Sebnitz bewies, ungeachtet von Solingen und Mölln und Weiden usw. Eine originelle Ergänzung dieses Bildes stammt vom Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse, der entdeckt hat, dass sie spezifische Ausprägung der Gleichheitsvorstellung (die in der DDR herrschte – K. P.) eine Rückseite hat: den Konformitätszwang, die Unfähigkeit mit Differenzen umzugehen und soziale, kulturelle, weltanschauliche Differenzen auszuhalten.“[55] Ja, im untergegangenen Staat ist Menschen nicht beigebracht worden, sich widerspruchslos in den Grad sozialer Ungerechtigkeit, Ausgegrenztheit, Perspektivlosigkeit zu schicken, den sie nun am eigenen Leibe erleben. Dafür existierte keine Notwendigkeit.

Für das verbreitete und blutige Hervortreten von Rechtsextremisten in den Neuen Bundesländern wird in Sonderheit das angebliche Versäumnis der DDR verantwortlich gemacht, sich kritisch mit dem meist Nationalsozialismus genannten deutschem Faschismus auseinandergesetzt zu haben. Unter der Schlagzeile „Im Osten fehlt die Vergangenheitsbewältigung“ bot kürzlich die Monatszeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ihren Mitgliedern, also auch den einstmals in der DDR Unterrichtenden, eine Gastkolumne des französischen konservativen Publizisten Alfred Grosser an, der, wenn es gegen den „Kommunismus“ ging, sich um die Faktenbasis seiner Argumente nie sonderlich sorgte. Grosser konstatierte eine „weitgehend gelungene deutsche Vergangenheitsbewältigung“ und schränkte dann ein: „Aber dies betrifft nur die ‚alte‘ Bundesrepublik.“[56] Damit wird nur eine willkommene Bestätigung einer Sicht in die DDR-Geschichte gegeben, die inzwischen Mode geworden und dreist in den Rang einer wissenschaftlich begründeten Aussage gehoben worden ist. Beispielsweise von Angestellten des Potsdamer Instituts für zeithistorische Forschungen, denen die sozialistische Tageszeitung zur Verbreitung ihrer Ansicht verhalf: „Von Beginn der SED-Herrschaft an ist jedoch in der SBZ/DDR keine öffentliche Debatte über den Nationalsozialismus geduldet worden.“[57] In der von der Bundeszentale für politische Bildung herausgegebenen Wochenschrift *Das Parlament* war zu lesen: „Eine Aufarbeitung des Dritten Reiches hat es in der DDR nicht gegeben. Unter der Decke des ‚Antifaschismus’ fand keine Auseinandersetzung über die Wirkungsweise der Nazidiktatur statt.“[58] Dass in der DDR „Antisemitismus und alltäglicher Nationalsozialismus nie aufgearbeitet“ wurden, hat auch ein Forscher des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes herausgefunden.[59] Ob Franzose oder Pole, die Chefs in den Redaktionen der meisten deutschen Medien sind dankbar, wenn ihnen ihr Bild vom untergegangenen deutschen Staat bestätigt wird. So kann sich der an der Universität Frankfurt/O. tätige polnische Politologe Jerzy Macków in einer im Lande Brandenburg erscheinenden Zeitung mit folgendem Urteil zu Worte melden, das die Exzesse der Gewalttäter als „eine direkte Folge der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der DDR“[60] ausgibt: „Zum Zeitpunkt der Wende bestand die DDR-Gesellschaft zum größten Teil aus dem Typus des Sowjetmenschen, der von sich sehr angetan ist, Freiheit aber nicht kennt und sich das Leben ohne die Fürsorge des allzuständigen Staates kaum vorstellen kann ... Die Eltern gingen weitgehend als Opportunisten ohne Zivilcourage in einem repressiven Staat durch ihr Leben, die Kinder sind ‚mutiger’: Sie überfallen – immer in Gruppen – Einzelne und schlagen sie blutig oder tot, um dann vom Rechtstaat Resozialisierungschancen zu verlangen ... Eine neue Generation der Sowjetmenschen ist in Ostdeutschland aufgewachsen – diesmal in Springerstiefeln.“[61] Diese Bilder von den DDR-Bürgern sind von der Wirklichkeit so weit entfernt wie jene, die Goebbels und Streicher von „dem Juden“ zeichneten. In der schon erwähnten Gewerkschaftszeitschrift lesen sich die Folgen, erkennbar zum Horrorszenario verdichtet, dann so: In Ostdeutschland seien „rechtsextreme Tendenzen und völkische Stimmungen ... inzwischen zum Mainstream der Alltagskultur

---

55 *Parlament*, 6/13. Oktober 2000, Zitiert nach: Kurt Finker, Von Anfang an nicht geduldet und gedeckelt? ND, 28./29. Oktober 2000, S. 17.

56 Alfred Grosser, Deutsche Besonderheit. *Erziehung und Wissenschaft*, *Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft*, 11/2000, S. 2.

57 Die DDR selbst ist die Hypothek. *ND*, 25. August 2000, S. 16.

58 Marion Brabant-Busch, Zahlreiche Initiativen in den neuen Ländern helfen Vorurteile abzubauen. *Das Parlament*, 8./15. September 2000, S. 6.

59 Erhard Neubert, Diktaturschäden des Ostens. *Das Parlament*, 8./15. September 2000, S. 14.

60 Lutz Elm, Vertane Chancen und neu zu eröffnende Möglichkeiten. *antifa*, 10/2000, S. 18.

61 Sowjetmenschen in Springerstiefeln. *Potsdamer Neueste Nachrichten*, 15. August 2000, S. 8.

geworden“ und „gerade in den neuen Ländern (wären) mancherorten Lehrer und Schulleiter eine unheilige Allianz mit den ortsansässigen Neonazis eingegangen“.[62] Ein anderes Urteil, das des in Erfurt lehrenden Philosophieprofessors Eberhard Tiefensee, „sieht ganz Ostdeutschland ‚im Kernschatten der Gottesfinsternis’“.[63] Die DDR und der Antifaschismus – das war und ist eines der umstrittensten Themen in der geistigen Auseinandersetzung, in der die einen dem ostdeutschen Staat jede historische, politische und moralische Legitimation entziehen und gleichzeitig das Licht westdeutscher Vergangenheitsbewältigung hell erstrahlen lassen wollen, andere – herausgefordert – einen Gutteil ihrer Lebensleistung verteidigen und darauf bestehen, das antifaschistische Erbe nicht der Vergessenheit anheim zu geben, sondern es für die aktuelle Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu nutzen. Naturgemäß haben die erwähnten Bezichtigungen empörten und leidenschaftlichen Widerspruch gefunden. Fakten zu ihrer Widerlegung sind längst ausgebreitet. Unter den Historikern hat sich daran mehrfach Kurt Finker beteiligt.[64] Er zitiert den Kölner Sozialwissenschaftler Christoph Butterwegge, der seit Jahren über Rechtsextremismus forscht und publiziert, mit den Worten: „Ich spreche keinen ostdeutschen Gewalttäter frei, aber das Problem auf Ostdeutschland abzuschieben ist ein Ablenkungsmanöver.“[65] Nun enthalten die zitierten Argumente aber nicht nur eine Provokation, sondern sie bieten durch ihre Primitivität auch eine Verleitung, das Thema, das die geistige und mentale Hinterlassenschaft der DDR und die Verfassung von deren Bürgern zum Zeitpunkt des Untergangs des Staates betrifft, allzu leicht abzutun und sich ihm nicht mit eigenen Fragestellungen zu konfrontieren. In dieser Weise wirkte auch die erinnerliche Äußerung des inzwischen zum Justizminister des Landes Niedersachen aufgestiegenen Kriminologen Christian Pfeiffer, der die Ursachen für ausländerfeindliche Gewalt in Ostdeutschland u. a. in den erzieherischen und praktischen Methoden fand, die in den Kinderkrippen und Kindergärten der DDR angewendet worden waren. Pfeiffer erwarb sich mit seiner Entdeckung der nachhaltig autoritären Wirkung des „Töpfchens“ der Kleinkinder in diesen Einrichtungen den Beinamen „Vater der Nachttopftheorie“. Diese Art der Nachsinnens über Wurzeln von Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern drückte der Jurist in anderem Zusammenhang – den von der sächsischen Polizei schlampig untersuchtem Tod eines Jungen in einem Freibad in Sebnitz (Sachsen) in dem Rat aus: „Wenn ein halbirakischer Junge in einer ostdeutschen Stadt getötet wird, muss man (bei der Aufklärung der Todesursache – K. P.) leider immer extrem gründlich sein.“[66] Es leuchtet indessen nicht ein, warum ein Kriminologe die Forderung nach gründlichem Vorgehen der Ermittlungsorgane politisch-geographisch eingrenzt. Die Formulierung „halbirakisch“, wohl zur Vermeidung von „halbdeutsch“ gewählt, ruft zudem Erinnerung an Klassifizierungen auf, für die eine demokratische Herkunft nicht nachgewiesen werden kann.

Auch Pfeiffers nachträgliche Beobachtung in DDR-Kindergärten bezeugte nicht eben forscherischen Tiefgang, rief Widerspruch, Spott und Hohn hervor, wie sie ein russischer Karikaturist übrigens in einer Zeichnung ausdrückte, die drei Kleinkinder sitzend auf den ominösen Geräten zeigt, zwei davon brav bei ihren Geschäften, das dritte jedoch dabei, den nassen Inhalt des Topfes sich über den Kopf leerend, was den einen der Dressierten die neben ihm hockende Dressierte fragen lässt: Ist das ein Wessi? Solcher Kommentar ist hochverdient. Die Tatsachen – Statistik hin, Statistik her, von Winston Churchill ist in diesem Zusammenhang der Ausspruch überliefert, er glaube nur jenen Zahlen, die er selbst gefälscht habe – die eine erhebliche Verbreitung rechtsextremer Ansichten und eine noch größere, bis weit in die Reihen der PDS hineinreichende Ablehnung von Fremden, wenn sie nicht vereinzelt auftreten, sind unbestreitbar und die sich daran anschließenden Fragen stehen steil im Gedankenraum derer, die von sich sagen können, dass sie die DDR gemacht oder im Doppelsinn des Wortes mitgemacht haben.

---

62 Silke Kirschnick, „Ausländer erst mal wegsperren“ und Jeanette Goddar, Unheilige Allianzen, *Erziehung und Wissenschaft*, *Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft*, 11/2000, S. 9 bzw. S. 14.

63 In der Gottesfinsternis. In: *Focus* 51/2000, S. 42.

64 Beispielsweise: Gab es in der DDR keine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus? *Geschichtskorrespondenz.* Hrsg. Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS, 4/6. Jg., Oktober 2000, S. 8 ff.

65 Kurt Finker, Von Anfang an nicht geduldet und gedeckelt? *ND*, S. 17.

66 Leserbrief „Warnlampen des Vaters der Nachttopftheorie“, *ND*, 5. Dezember 2000, S. 16.

3. Mitgift aus DDR-Zeit?

„Wie antisemitisch war eigentlich die DDR?“ lautet eine der besonders beliebten Fragen, die von rechts bis links erörtert wird. Wiederum in den Nachrichtenspalten und an unauffälliger Stelle ließ sich indessen dieser Tage lesen, dass sich im dritten Quartal 2000, also zwischen Juli und September, die Zahl der antisemitischen Straftaten laut Auskunft der Bundesregierung auf 291 belief, gegenüber 157 im voraufgegangenen Quartal. Die meisten ereigneten sich in Baden-Württemberg mit 50, gefolgt von Niedersachsen mit 47, Nordrhein-Westfalen mit 36 und Hessen mit 33, das ergibt in den vier alten Bundesländern insgesamt 166 von insgesamt 291. Von den 27 Tatverdächtigen, die festgenommen wurden, entfielen hingegen 22 allein auf das Land Brandenburg.[67]

Nun kann kein Argument den einstigen ostdeutschen Staat in den Augen vieler näher an die faschistische Diktatur rücken und mehr zur Befestigung des von der Totalitarismus-Doktrin geprägten Geschichtsbildes beisteuern als eben dieses. Seit der Faschismus als vor allem (mitunter ausschließlich) antisemitisch gezeichnet wird, um den traditionellen deutschen Imperialismus im „Holocaust“ zu verstecken, wirkt die Bezichtigung des Antisemitismus gegen ehem. Machtinhaber, Funktionäre und Bürger der DDR besonders und zusätzlich herabsetzend und diffamierend. Auch in puncto ihres Verhältnisses zu den Ausländern seien die Neubürger aus ihrer Vergangenheit nichts weniger denn unbescholten, wird behauptet.

Es lässt sich mit dem Blick auf die DDR und insbesondere für ihre Endphase unschwer eine Liste von berechtigten Vorwürfen zusammenstellen, die das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit, von Propaganda und Realität auch im Hinblick auf den Internationalismus feststellt. Die Integration der Gastarbeiter aus Afrika und Asien ist nicht gelungen. Konflikte, die sich aus ihrem bloßen Hiersein ergaben, wurden nicht thematisiert. Die zwischen den Regierungen vereinbarte Verhinderung von Familiengründungen von vietnamesischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die in der DDR lebten und arbeiteten und dabei ausgebildet wurden, war inhuman. Ein Bleiberecht wurde nicht diskutiert. Auch auf ideologischem Feld lässt sich eine Sündenliste schreiben. Antipolnische Töne waren erlaubt und wurden benutzt, wenn sie ins politische Konzept passten. Ähnliches gilt für die Pädagogik. Als in den achtziger Jahren an Schulen Berlins „Judenwitze“ die Runde machten, ergriff der Stadtschulrat keinerlei Maßnahmen und die Lehrerzeitung, in der ich darauf aufmerksam machte, wollte die Textstelle nicht drucken, tat es aber dann doch, als ich auf den Druck des Artikels sonst ganz verzichten wollte. In der nationalen Erbe- und Traditionspflege gab es Überschießendes. Ein redlicher Blick in die Geschichte wird aber zugleich festhalten, dass dieser Liste, die gleichsam mit roten Zahlen zu schreiben ist, andere gegenüberzustellen sind, die schwarz ausfallen. Die breite Solidaritätsbewegung mit Befreiungsbewegungen wie denen in Algier, Vietnam, Kuba, Chile und weiteren Staaten und Regionen konnte keineswegs „verordnet“ werden. Sie besaß viele Aktivisten vor allem auch unter jungen Bürgern, unter denen unter der Losung „Zärtlichkeit ist die Solidarität der Völker“ bis heute fortlebt und sich beispielsweise in den Geldsammlungen fortsetzt, die Milchlieferungen für die Kinder in Kuba ermöglichen sollen.

Von der Aufnahme von Traditionen des Internationalismus, die in der Arbeiterbewegung wurzeln, durch viele Ostdeutsche sprachen auch Befragungen, die nach dem Untergang der DDR angestellt wurden und zwar von Institutionen und Personen, die irgendwelcher Sympathien für den „realsozialistischen“ Staat vollkommen unverdächtig sind. Ihr hier nicht im Einzelnen zu referierendes Ergebnis bewies, dass die eben zu Neubürgern der Bundesrepublik gewordenen Ostdeutschen in den heute im Brennpunkt der Auseinandersetzungen stehenden Fragen des Internationalismus und Nationalismus, des Verhältnisses zu Ausländern und zu Juden erheblich besser abschnitten als diejenigen, die unter den Verhältnissen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gelebt hatten oder auch nur sie kannten.

Annegret Ehmann, Leiterin der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schulen (RAA) in Brandenburg, vordem pädagogische Leiterin im Hause der Wannseekonferenz in

---

67 Immer mehr antisemitische Straftaten, *ND*, 3. November 2000, S. 4.

Berlin, die über eine reiche Erfahrung im politisch-pädagogischen Umgang mit Jugendlichen aus vielen Bundesländern verfügt, schrieb: „Bei den Ostdeutschen zeigte sich nach Umfragen, die 1990 und 1994 im Auftrag des „American Jewish Committee“ vom Emnid-Institut durchgeführt wurden, sogar weniger antisemitische Einstellungen als bei Westdeutschen. Die Bevölkerung der DDR war Juden und Israel gegenüber deutlich positiver eingestellt als die DDR-Staatsbehörden aber auch als die Westdeutschen. Dass Israel angesichts der NS-Verbrechen für Deutsche „ein Staat wie jeder andere“ sei, meinte im Westen 57 Prozent, im Osten nur 40 Prozent. Ein besonderes Verhältnis zu Israel spürten im Westen nur 28 Prozent, im Osten 39 Prozent der Bürger. Auch bezüglich der Ablehnung von „braunen“ Interpretationen der NS-Geschichte schnitten die Ostdeutschen besser als die Westdeutschen ab.“

Für die Annahme, dass die Ergebnisse dieser Untersuchungen inzwischen gänzlich überholt seien, gibt es nach Ansicht der Autorin keine hinreichenden Gründe. Inzwischen haben sich aber doch – leider – manche Zahlen auf dem Niveau der politischen Leitkultur angeglichen und die Westdeutschen wurden von den Ostdeutschen mitunter eingeholt und überholt. Ehmann referiert die Ergebnisse einer weiteren Recherche: „Eine Forsa-Umfrage vom Mai/Juni 1998 ... stellte bei 17 Prozent der über 14-Jährigen in Ostdeutschland rechtsextreme Einstellungspotenziale fest. Bundesweit betrug der Anteil 13 Prozent.“[68] Vor allem jedoch bieten die ostdeutschen Bundesländer stärker noch als die westdeutschen ein Bild politisch motivierter Gewaltdrohung und -tätigkeit gegen Personen und Sachen.

Dennoch und damit scheint erwiesen: Das Herumkramen in der DDR-Vergangenheit ist – absichtsvoll oder nicht – folglich ein Suchen in der falschen Richtung. Gefragt werden muß, woher feindliche Ablehnung und blutiger Hass in dieser Gesellschaft rühren. Dazu gibt es für den Osten Deutschlands eine unumgängliche Zusatzfrage: Warum hat der gewesene Staat in seinen Bürgern und namentlich unter denen, die beim Untergang der DDR Schulkinder waren, nicht mehr fortwirkende Abwehrkräfte gegen Erscheinungen der Unmenschlichkeit erzeugt und hinterlassen. Diese Zusatzfrage erledigt sich auch nicht durch die zweifelsfreie Feststellung, dass die entscheidende Prägung vieler Untäter nicht mehr aus DDR-Jahren stammt, in denen sie nur ihre früheste Kindheit verbrachten, denn da gab und gibt es doch im ostdeutschen Staatswesen geprägte Eltern und Großeltern, die 1990 nicht einfach weggestorben oder völlig ausgeschaltet waren. Auf diesem Gedankenweg gelangt man zu einem weithin ungeliebten Thema, es betrifft die „Schattenseiten der in der DDR herrschenden Ideologie“. Das ist belangvoller als die vordergründige Frage, wie viele von den zuständigen Stellen der Staatssicherheit und der Kriminalpolizei erfasste DDR-Bürger es gab, die ein rechtsextremes Weltbild besaßen und ein diesem entsprechendes Verhalten an den Tag legten. Die letzteren lassen sich mit Recht als eine Randerscheinung im DDR-Staat einstufen, die von aktuellen politischen Interessen nachträglich mächtig aufgeblasen worden sind, eine Methode, die auch dazu diente, die Vergeblichkeit des angeblich „verordneten Antifaschismus“ zu beweisen. Im Urteil einer Betroffenen, der als Kind in der DDR Rassismus begegnete, wird die Veränderung so beschrieben: „Nach der Wende ist alles explosionsartig nach oben gespült, was bis dahin versteckt war. Rassismus wurde gesellschaftsfähig.“[69] Auch die vor allem für interne Zwecke hergestellten, aber keineswegs geheimen Einschätzungen über das Vorhandensein und die Rolle von Neonazis, vor allem von Skinheads, in der DDR hielten früh fest, dass die diskontinuierlichen Erscheinungen auf dem Wege aus dem untergegangenen Staat in die BRD auch in diesem Punkte überwogen. Erstens sei schon der Umfang dieser Personengruppe erst nach der „Öffnung der Mauer“ rasch erheblich angewachsen und hatte sich bereits bis Ende 1992 etwa auf das Vierfache vergrößert. Zweitens hätten diese Rechtsextremisten in der DDR zwar auch Gewalt ausgeübt, doch sei die nicht bis zu menschengefährdender Brandstiftung, Totschlag oder

---

68 Annegret Ehmann Der Erkenntnistransfer scheint nicht zu funktionieren. Die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust in der politischen Bildung: Wo stehen wir, was bleibt, was ändert sich? Frankfurter Rundschau 17. August 2000. Der vollständige Text in: Erziehung nach Auschwitz in der multikulturellen Gesellschaft, Hrsg. Bernd Fechler u. a.

69 Keiner hilft, wenn die Glatzen treten. Eine dunkelhäutige Berlinerin über Zuschläger, Zuschauer und Verharmloser, *ND*, 25. Januar 2001, S. 18.

Mord getrieben worden. Drittens: mit Ausnahme von nazistisch orientierten Fußballfanklubs würden kaum formalisierte Strukturen existiert haben. Viertens hätte es zwar schon vor dem November 1989 Verbindungen zu rechtsextremen und neonazistischen Organisationen in der Bundesrepublik gegeben, doch erst nach der Öffnung der Staatsgrenze hätten sie eine bedeutende Rolle zu spielen begonnen, denn dann wären „auf dieser Schiene" von West nach Ost nicht nur schnell „Ansprechpartner" gefunden, sondern es „auch die ‚höhere Organisationskultur' des Neonazismus in der alten Bundesrepublik in den Osten transportiert" worden.[70] Wer das Thema auf die Frage reduziert, wie viele Skinheads und deren Verwandte es in der DDR gab, ist mit dem Antworten rasch fertig.

Brisanz besitzt erst ein anderes Thema, dass sich mit der im DDR-Staat dominierenden Ideologie und Mentalität befasst und sie daraufhin prüft, ob ihr nicht Elemente innewohnten, die keineswegs notwendig, aber eben unter den gesellschaftlichen Umständen, die sich nach 1990 im Osten entwickelten, als Brückenbausteine für einen Weg nach „ganz rechts" dienen konnten. Das führt, wie leicht ersichtlich, gedanklich vom Rande in das Zentrum der realsozialistisch genannten Gesellschaft. Mit dem Fragenkomplex befasste sich in einem knappen Zeitungsartikel, gedacht als Beitrag zur aktuellen Rechtsextremismus-Debatte, der Entwicklungspsychologe Hans-Dieter Schmidt, der bis zu seiner Emeritierung Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin war.[71] Seine Eingangsfeststellung lautet: „Gesinnung und Motivation Jugendlicher und junger Erwachsener, die heute durch rechtsgerichtete Überzeugungen oder rechtsradikal begründete Gewalthandlungen auffallen, sind im Wesentlichen durch Einflüsse des letzten Jahrzehnts geprägt worden."[72] Dann fährt Schmid in die schon bezeichnete Richtung forschend fort: „Aber zuvor waren sie Kinder, deren Sozialisation begünstigende Voraussetzungen einer solchen Entwicklung erzeugte." Für das Gebiet der Altbundesrepublik liegen diese Begünstigungen zutage. Aber für die DDR? Was gilt da für die heute 20 bis 25jährigen, die 1990 die 4. bis 8. Klassen der DDR-Schulen besuchten und bis dahin in Elternhäusern lebten, in denen es zumeist bescheiden zugehen mochte, in denen Arbeitslosigkeit oder die Bedrohung durch sie aber unbekannt waren? Das führt zu der gewiss ungeliebten, aber unabweisbaren Frage, die auch in der PDS umstritten ist, und die in einer ihrer stellvertretenden Vorsitzenden zugeschriebenen Formulierung den „Anteil der DDR am Neofaschismus in Ostdeutschland"[73] betrifft.

Schmidt meint: „Die Frusterfahrungen der Nachwendezeit" – er weiß, wovon er schreibt, denn da war er u. a. Prorektor der Humboldt-Universität und er übernahm in dieser Funktion die ihm sichtlich unangenehme Aufgabe mir im Auftrag der Präsidentin zu erklären, dass meine Meinung falsch sei, es gehe jetzt um die vollständige Vertreibung der von der Marxschen Theorie herkommenden Gesellschaftswissenschaftler von den Universitäten – „so negativ sie im Einzelfall auch sein mögen (warum nur mögen, sie waren es doch im Einzelfall massenhaft, K. P.), reichen als Erklärung des massiven ostdeutschen Rechtsradikalismus nicht aus." Dieser Aussage ist geschichtlich „nach vorn" und auch „nach hinten" zuzustimmen. Denn in die Gegenwart hinein dauern diese herabstimmenden Anfangserfahrungen an und sind dauernd bestätigt und ergänzt worden. Auch für die vor 1990 liegenden Jahre ist die Feststellung erhellend, wenn berücksichtigt wird, dass gegen Ende der DDR mit

---

70 Walter Süß, *Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS*, a. a. O., S. 44 f. Welchen Grad diese Organisiertheit inzwischen erreicht hat, davon zeugen auch Berichte über den Zusammenhalt und die Betreuung von verurteilten und inhaftierten Rechtextremisten in den Gefängnissen. Dafür sei 1997 eine eigene Mitglieder-„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" (HNG) geschaffen worden. Nazinetzwerk funktioniert auch im Gefängnis. *ND*, 17. Januar 2001, S. 17.

71 Taten gegen Rechts. *ND*, 25./26. November 2000, S. 24. Dort auch die folgenden Zitate.

72 Diese Feststellung deckt sich in etwa mit dem Urteil einer Enquete-Kommission des Bundestages aus dem Jahre 1998: „Die Jugendlichen selber sind heute inzwischen alle bereits Kinder des Transformationsprozesses, die mit dem SED-Staat allenfalls noch Kindheitserinnerungen und die Erzählungen der Verwandtschaft verbinden können." Schlussbericht „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit", Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11000, 10. Juni 1998. S. 204. Das Urteil mag in dieser Absolutheit überzogen sein und übergeht beispielsweise, dass zur Erinnerung vieler Jugendlicher nicht nur die – inzwischen propagandistisch herabgezogene – Erlebniswelt der Kindergärten gehört, sondern auch die wohltuende Erfahrung, dass ihre Eltern für sie unter DDR-Bedingungen mehr Zeit und Konzentration aufzubringen vermochten als unter denen der Bundesrepublik.

73 Soziale Antworten auf rechte Tendenzen, *ND*, 20. November 2000. S. 3.

dem Verlust der Glaubwürdigkeit des Staatsganzen und seiner Führung auch und unvermeidlich ein Verlust an weltanschaulicher Überzeugungskraft einherging, der die Lehrer in der Schule ebenso betraf wie viele Elternhäuser.

Von Generation zu Generation wurden im DDR-Staat sehr verschiedene Erfahrungen gemacht. Während die Beginner noch das Erlebnis demokratischer Mitbestimmung und -gestaltung kannten, während sie noch an Auseinandersetzungen um Weg und Ziel teilgenommen hatten, war den letzten der heranwachsenden Bürger des bereits in einer geschichtlichen Sackgasse angekommenen Staatswesens die Rolle von Erben eines auf dem besten aller denkbaren Wege befindlichen Werkes zugedacht, dessen Plan im Großen und Ganzen als fertig und perfekt ausgegeben wurde, an den sie sich nur strikt zu halten und dessen Verwirklichung sie zu übernehmen hatten. Mit dem Wort „Demokratieverluste" erscheint der Wandel nicht ausreichend bezeichnet. Es geht hier sprachlich um eine Kleinigkeit, die Differenz von Plural und Singular, in der Sache aber um einen politischen Großbetrag, die Tatsache nämlich, dass Antifaschismus und Sozialismus der demokratischen Ausgestaltung, Bewahrung und Fortentwicklung entbehrten. So saßen in den achtziger Jahren junge Leute vor Lehrern, Ausbildern und Eltern gleichsam auf unbeantworteten und nicht einmal gestellten Fragen. Zwischen den Generationen begann sich auch eine mentale Entfremdung zu entwickeln. Die Ältesten hatten unter den harten Zwängen von Faschismus, Krieg und Nachkrieg gelebt, die Älteren waren unter ihnen aufgewachsen und beide hatten sich an Entbehrungen, Verzichte, Dauersorgen und dann an ein teils bescheidenes, teils reiches, aber gesichertes Dasein gewöhnt. Die Jüngeren und Jüngsten waren Nutznießer des Erreichten und formulierten ihre Ansprüche nach einer anderen Freiheit, nach Ungebundenheit, nach Buntheit bis in die Haarfarben, nach weniger Vorschriften und nach Rechten des Individuums gegenüber der Masse und das alles in der Nachbarschaft einer kapitalistischen Gesellschaft, die sie nur vom Fernsehen und durch den gelegentlichen Genuss der von daherkommenden Warenwelt kannten. Es entstand eine Spannung, die in ihrem Ausmaß nicht wahrgenommen, in ihrer Tendenz nicht begriffen wurde. Das Getön von den „Erbauern des Kommunismus" verkleisterte die Tatsachen. Darüber geben sich die heute älter und alt gewordenen Eltern und Großeltern in aller Regel wenig Rechenschaft.

In diesem Zusammenhang hat Michael Schumann, einer der Ideologen an der PDS-Spitze, von der in der DDR erhobenen, so zwar nicht formulierten Forderung der „Fügsamkeit" gesprochen, was im Kern das verlangte fraglose Aufsichnehmen der „historischen Mission" meint, für deren Einlösung die Führung alle Wege und Methoden kannte.[74] Und in der Tat: Demokratische Mitgestaltung des Gesellschafts- und Staatsganzen war zu einer bloßen Phrase verkommen, was nicht bedeutet, dass Schüler heutiger Schulen damit sehr viel bessere Erfahrungen machen würden. Das erfuhren eben erst auch Schüler einer Strausberger Schule, die ihrer Anstalt den Namen Tamara Bunkes geben wollten, wogegen sich die Schulleitung mit ihrem Gegenvorschlag glattdurchsetzte.[75] Schumanns Wort von der Fügsamkeit, das ein Kern-Übel der Erziehung in der DDR-Gesellschaft bezeichnen soll, heißt in der Literatur der – meist – westdeutschen Forscher „autoritäre Sozialisation". Annegret Ehmann, sich auf Bernd Wagner berufend, einen früheren Mitarbeiter der Volkspolizei, der mit der kriminalistischen Beobachtung von Erscheinungen des Rechtsextremismus und Faschismus unter Jugendlichen befasst gewesen war und landauf landab als Spezialist von deren Interpretation auftritt, schreibt: „Der Erziehungsstil in Familie, Schule und staatlich organisierter Jugendarbeit blieb durchweg autoritär. Nicht der kritische Umgang mit Autorität, sondern die Anpassung an die Normen des Systems

---

74 Michael Schumann in seiner Rede am 18. November 2000 in Frankfurt/O. Teilabdruck: Auch die NSDAP startete einst als parlamentarischer Außenseiter. *ND*, 23. November 2000, S. 16. Wenn er dies die „neue" Fügsamkeit nennt, die er auf die „alte", d.h. die durch militärische Befehle eingeforderte und durchgesetzte der deutschen Faschisten folgen lässt, dann freilich bedient er nur die Verfechter des Postulats von der Wesensgleichheit der Diktaturen. Die sekundäre Tugend der Disziplin war im einen (der schicksalhafte Auftrag der „Arier", Weltbeherrscher zu sein) und im anderen (die historische Mission der Arbeiterklasse und der Erbauer des Sozialismus) Falle sehr verschiedenen Zielen zugeordnet. Inzwischen liegt der Redetext vollständig vor: Der Rechtsextremismus und die Gegenwartsgesellschaft. *Utopie kreativ*, Nr. 123, Januar 2001, S. 5 ff. (Schon die Überschrift vermeidet, vom gegenwärtigen Kapitalismus zu sprechen und bevorzugt nichtssagend Gegenwartsgesellschaft.)

75 Norbert Müller, Auszurichten ist zumeist nichts. *ND*, 24. November 2000, S. 15.

war angestrebt.“[76] Das ist in der Absolutheit der Aussage sicher überzogen, im Ganzen aber richtig. Nur erklärt es nicht, was zu erklären ist, denn die „Anpassung an die Normen des Systems“ war auch nach 1990 sofort gefordert. Also fragt sich, warum ein Teil der jungen Leute sich weigerte, den angepassten Umgang mit der Obrigkeit von der alten auf die neue Staatsautorität zu übertragen und sich stattdessen neue außer- und „gegenstaatliche“ Autoritäten suchte.

Der Frage, warum diese Minderheit dort anlangte, wo sie ankam, in einer „braunen“ Denkwelt und Kumpanei, wendet sich Schmid zu. Er konstatiert zunächst das Unbestreitbare, dass nämlich der „ideologische Bazillus der braunen Vergangenheit“ unter den DDR-Bürgern nicht anders als unter denen in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg virulent gewesen sei. Dessen Bekämpfung, die in der DDR erfolgte, wäre jedoch nicht weit genug getrieben worden. Denn es hätte im ostdeutschen Staat „bis in die 80er Jahre hinein keine akzentuierten öffentlichkeitswirksamen Signale zu ernsthafter innerer Aufarbeitung persönlicher Mitschuld an den Naziverbrechen“ gegeben. Diese Aussage deckt sich mit einer auch von Ehmann getroffenen. In deren Formulierung lautet sie: „Eine Auseinandersetzung mit individuellen biografischen Verwerfungen und eigenen historischen Brüchen während der Zeit des Nationalsozialismus fand, anders als in Westdeutschland in den späten sechziger Jahren als Gespräch zwischen den Generationen, nicht statt, allenfalls in gesellschaftlichen Nischen wie Kirchenkreisen und der Aktion Sühnezeichen.“[77] Das habe – nun wieder Schmid – Folgen gezeitigt: „Faschistoide und nazistische Ideologieelemente“ wären so vor 1989/90 und danach in die „familiäre Sozialisation der Heranwachsenden eingespeist“ worden.

Diese apodiktischen Feststellungen, möglicherweise der Verkürzung geschuldet, scheinen mir die Wirklichkeit DDR nicht zu treffen. Das gilt schon für die Prämisse. Die These von den fehlenden öffentlichkeitswirksamen Signalen für eine ernsthafte innere Aufarbeitung geht an den Wirkungen von Filmen, Theateraufführungen, Romanen, Biographien wie denen der ehem. Generale und Offiziere der Wehrmacht, die Bestseller wurden, allzu nichtachtend vorbei. Gewiss, da von Signalen die Rede ist und die gingen von der Spitze der SED aus: Die mehr und mehr – vermeintlich – alles lenkende Staatspartei hat keinen Beschluss über eine Kampagne gefasst, in der persönlicher Mitschuld ausdrücklich bekannt und durchgearbeitet werden sollte. Doch der Appell zur geistigen und moralischen Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit erging permanent und beeinflusste, wie tief oder wie flach, wie kurz oder wie nachhaltig auch immer, das Leben jedes Heranwachsenden.

Warum denn die ganze Kampagne gegen den „verordneten Antifaschismus“, die das Werk der Delegitimierung der DDR vollenden sollte, hätte nicht der Eindruck existiert und zwar weit über die Grenzen dieses Staates hinaus, dass er sich mit der Vergangenheit ungleich früher und gründlicher auseinandergesetzt habe als der westdeutsche? Wozu die andauernden, aber haltlos-lächerlichen Versuche, die Geschichte der DDR auf ausgewählten Gebieten auf das Niveau der westdeutschen herabzuziehen, wie etwa durch die Behauptung, hier wie dort seien ehemalige hochgestellte Nazis an führenden Plätzen in Staat und Kultur verwendet worden, wenn sie sich nur den neuen Forderungen unterwarfen? (Das Unternehmen war früh gescheitert: Dem „Braunbuch“, das die DDR veröffentlichte und das 2300 Nazi- und Kriegsverbrecher mit ihren Kurzbiographien namhaft machte, die in der Bundesrepublik wieder zu Einfluss gelangt waren, vermochte schon der „Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen“ in seinem Material „Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten“, das 1965 in 5. Auflage erschien, nicht mehr als 198 Namen entgegenzusetzen, von denen keiner einen Lebenslauf aufwies, der in Widerspruch zu den Normen stand, die von den Siegermächten als Voraussetzung für eine politische oder kulturelle Karriere in Nachkriegsdeutschland festgesetzt worden waren. Nichtsdestoweniger hält sich die Legende vom „Hier wie dort“ hartnäckig. Sie wurde nach 1990 neubelebt und erhielt sich in ansonsten selbständig denkenden Köpfen wie dem von Günter Gaus, der nach einer kürzlichen Erklärung spät mitbekommen haben wollte, dass die Nazis in der DDR nur besser versteckt gewesen seien als in der Bundesrepublik.[78]) Warum, um die Fragereihe abzuschließen, jüngst in einer Fernsehsendung der Versuch, die SED in ihren Anfängen als eine Partei aus

---

76 Annegret Ehmann, a. a. O.

77 Ebenda.

78 Nach versteckten „DDR-Globkes“ sucht man vergebens. *ND*, 21. November 2000. S. 16.

ehemaligen Nazis darzustellen? (Nachdem längst bekannt gemacht war, dass 1951 von 1.256.000 ihrer Mitglieder 153.170 Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen oder in der Wehrmacht Offiziere, Oberfeldwebel und Feldwebel gewesen waren.[79])

Ernster zu nehmen scheint mir der Hinweis des Entwicklungspsychologen auf die Frage nach dem in der DDR vermittelten Welt- und Menschenbild, das der eigenen Gesamtverantwortung für gesellschaftliche Zustände und deren Betätigung geringen Raum ließ, auf Führer- und Führungsgläubigkeit orientierte, enge Vorstellungen von politischer und allgemein-menschlicher Toleranz einschloss, grobschlächtige Feindbilder enthielt. Hieraus konnte sich eine Anfälligkeit gegenüber den neuen ideologischen und praktisch-politischen Angeboten der Rechten und der Rechtsextremisten, also „begünstigende Voraussetzungen“ für deren Eindringen entwickeln, anstatt dass sich – wie viele fälschlich erwartet hatten – deponierte Abwehrkräfte frei geworden und diese sich geltend gemacht hätten.

Eine Zwischenbilanz des bisher Gesagten ließe sich so formulieren: Wer, das bildet unter ernsthaften Analytikern keinen Streitpunkt, den Ursachen der deutschen Zustände im Jahr 2000 und namentlich den ostdeutschen nachforscht, darf den untergegangenen Staat nicht auslassen, kommt aber mit dem starren Rückblick in die DDR nicht weit. Er hat eine Faktorenreihe in Betracht zu ziehen, muss ganze Bündel von Ursachen und Einflüssen zur Kenntnis zu nehmen. Einen bescheidenen Ansatz solchen Zusammendenkens ließ jüngst auch Manfred Stolpe mit der hingeworfenen Bemerkung erkennen, Massenarbeitslosigkeit und ausländerfeindliche Übergriffe „das hängt ja alles ein bisschen zusammen.“ Zugleich meinte er, auf seine eigene Beschäftigung mit der Ursachenforschung zurückblickend, dann aber, er habe durch sie gelernt, „wer erklärt, wer differenziert, beschönigt objektiv solche Verhaltensweisen.“ Und deshalb sei er – Stolpe – nun zu dem Schluss gelangt, „ganz vorn muss das harte Urteil stehen.“ Und weiter: die „Härte der Staatsmacht“ sei gefragt.[80] Das ist zum einen ein merkwürdiger gedanklicher Kurzschluss und zum anderen der – zudem späte – Ruf der einen Staatsgewalt nach der anderen, der Exekutive, die kein Programm für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besitzt, nach der Jurisdiktion, die für den Justizvollzugsdienst nach vermehrten und sichereren Gefängnisbauten verlangt, da die vorhandenen Anstalten überfüllt und veraltet seien.

4. Nicht nur im wilden Osten

1. Im Osten Deutschlands vollzog sich nach 1990 abrupt ein gesellschaftlicher Wandel, der alle Bereiche der Gesellschaft erfasste und der keinen einzigen Bürger nicht betraf. Dieser Wandel, den manche als Revolution bezeichnen und der inzwischen in seiner psychologischen Wirkung auf die Bevölkerung der Neuen Bundesländer auch „Anpassungsschock“[81] genannt wird, war tiefgreifender als die eingreifenden Veränderungen in der deutschen Geschichte seit Generationen. 1871 gerieten die Deutschen, deren bisherige Staaten – sieht man vom preußisch-österreichischen Konflikt ab – nicht ausgesprochen verfeindet waren, auf dem Wege über den deutsch-französischen Krieg und durch die Vereinbarungen, die Bismarcks Diplomatie bewirkte, in einen neuen größeren Staat, nicht aber in eine neue Gesellschaft. Gleiches galt für die Revolution von 1918 und für die Gegenrevolution von 1933. Diesmal 1990 optierte ein gewähltes Parlament nicht nur für den Beitritt in einen anderen Staat, für die Übernahme von dessen völlig anders beschaffener Verfassung, sondern für die Rekapitalisierung, für den Abriss der realsozialistischen Zustände. Damals glaubten viele, sie könnten bald so leben und sich so fühlen wie die Altbundesbürger. Inzwischen, einer Anfang November 2000 verbreiteten Meldung zufolge, erklären 70 Prozent der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns, sie fühlten sich in der Bundesrepublik als Bürger zweiter Klasse. Nach der gleichen Quelle, dem Bielefelder Emnid-Institut, meinten 1995 noch 58 Prozent der Bürger, sie wären gleichberechtigt, während diese Zahl nun auf 27 Prozent der Befragten zurückgegangen sei.[82]

---

79 S. den Leserbrief der Historikerin Wilfride Otto in *ND*, 7. Dezember 2000, S. 4.

80 Interview mit Manfred Stolpe, „Ich bin da mehr Pragmatiker ...“. ND, 2. 1. 2001, S. 3.

81 So auch – mit der Hinzufügung, dass es sich um eine keineswegs überwundene, sondern um eine noch fortwirkende Erscheinung handele – von Wolfgang Thierse in seinen Thesen zur Lage in den neuen Bundesländern. Auszüge s. Ostdeutschland auf der Kippe. *ND*, 17. Januar 2001, S. 5.

82 Wachsendes Gefühl der Benachteiligung, *ND*, 10. November 2000, S. 4.

Derlei Urteilen liegen handfeste und inzwischen ein Jahrzehnt umfassende Erfahrungen als Bürger der Bundesrepublik zugrunde. Die spürbare und durch viele Befragungen erwiesene Unzufriedenheit mit den eingetretenen Entwicklungen bezieht sich aber nicht nur auf materielle Tatbestände, sondern jedenfalls bei einem Teil der Bürger in den Neuen Bundesländern auch auf die politische und geistige Situation, in die sie geraten sind. Während die Staatspropaganda unausgesetzt behauptet, es seien an die Stelle diktatorischer Zustände und reglementierten Lebens nun Demokratie und Freiheit getreten, stellt sich denen, die den Vorzug haben, zwei Staaten zu kennen und sie vergleichen zu können, die Wirklichkeit erheblich anders dar. Im Osten der Bundesrepublik, schreibt einer der wenigen Beobachter „aus dem Westen", der nicht in den Chor derer einstimmt, die meinen, dass die Neubürger nörgelten, undankbar seien, nicht genügend Geduld aufbrächten usw., werde der Gegensatz zwischen Demokratie und Kapitalismus besonders empfunden.[83] In dieser kritischen Sicht verberge sich „der Vorwurf, dass wir im Westen nicht sehen wollen, wie die demokratische Kultur durch einen aggressiven Kapitalismus permanent unterminiert wird." Und weiter: „Gleichzeitig drückt sich darin aber auch der intellektuelle Stillstand aus, den der Westen in der Gleichsetzung eines nationalstaatlich und demokratisch gezähmten Kapitalismus gleichsam als Endzustand der Gesellschaftsgeschichte pflegt." Dass im Westen nicht mehr über Alternativen nachgedacht werde, empfänden jene im Osten, die sich mit ihrer Situation nicht abfinden können oder wollen, als eine Art Neuauflage von Zuständen, die sie aus den letzten Jahren der DDR bereits kennen. Erneut begegnet ihnen die systematische und erstickende Verleugnung der Wirklichkeit.

Dieser bemerkenswerte Befund endet mit der Behauptung: „Mit einem gewissen Schmunzeln wird gesehen, dass das, was war wir noch als historisch einmaligen Vollzug im Zusammenbruch der DDR erlebt haben. sich jetzt in Schritten und Schrittchen im Westen wiederholt und dass wir Alles-und-besser-Wessis genauso hilflos diesen Verfallsprozessen gegenüberstehen."[84] Ob Schmunzeln die Sache trifft, sei dahingestellt und bezweifelt, richtig ist jedenfalls, dass es sich bei der Befindlichkeit der Ostdeutschen im Staate BRD auch um geistige und mentale Faktoren geht und keineswegs nur und überall um den Geldbeutel. Das wahrzuhaben fällt den etablierten Politikern und wohlbestallten Soziologen aber am schwersten, denn es berührt ihr zufriedenes Selbstverständnis.

Doch gewiss ist, dass den Ostdeutschen ihre Nichtgleichberechtigung durch zweierlei Tag für Tag deutlich gemacht wird, durch die Massenarbeitslosigkeit und durch die Differenz in der Entlohnung sowie in der Rentenzahlung bei faktisch gleichen Lebenshaltungskosten. Die „Ostlöhne" betrugen Ende 2000 im Durchschnitt 72 Prozent der in den alten Bundesländern gezahlten, wobei 44,6 Prozent der ostdeutschen Lohnempfänger Löhne erhalten, die weit unter dem Durchschnitt liegen. Die Renten lagen um etwa 13 Prozent unter den westdeutschen. Nach Vorstellungen der Rentenversicherer sollen sie in der zweiten Dekade des Jahrhunderts, also zwischen 2011 und 2020 das „Westniveau" erreichen.[85]

Ende November 2000 betraf die Arbeitslosigkeit in Deutschland total 3, 645 Mio. Menschen. In den alten Bundesländern lag sie zwischen 4, 9 und 12, 1 Prozent und im Durchschnitt bei 7,2 Prozent, in den neuen hingegen zwischen 14,1, und 18,8 Prozent und einem Durchschnitt von 16,3. Hinzu kam, dass die Höhe der Arbeitslosigkeit im Osten stagnierte, ja zwischen Rügen und Rhön saisonbereinigt gegenüber dem Vorjahr absolut um 3000 Personen noch zugenommen hatte, während sie im Westen leicht rückläufig war. Inzwischen liegen die Zahlen für Dezember vor und besagen, es seien im Bundesgebiet total 3.808.900 Arbeitslose registriert worden, was einen Wert von 9,3 Prozent ergibt. In

---

83 In der Formulierung verklausuliert, aber im Kern nicht anders haben auch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages den ostdeutschen Jugendlichen eine besondere Fähigkeit zu kritischem Urteil über die Gesellschafts- und Staatsverfassung der Bundesrepublik zugeschrieben. Allgemein sei die „Bewertung der Leistungsfähigkeit des demokratischen Systems" bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen „verhältnismäßig negativ" und diese Einschätzung wäre wiederum „bei „ostdeutschen jungen Staatsbürgern deutlich stärker ausgeprägt als bei westdeutschen." Schlussbericht „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit", Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11000, 10. Juni 1998. S. 205.

84 Ulrich Beck. Freiheit oder Kapitalismus. U. Beck im Gespräch mit J. Willms, Frankfurt/M. 2000, S. 122 f.

85 Sozialverband: Volle Rente für Ostdeutsche ab 2004. *ND*, 12. Januar 2001, S. 1. Die Bruttolöhne werden in den alten Bundesländern mit 5.350 DM, in den neuen mit 3.8.63 angegeben.

den alten Bundesländern betrug die Arbeitslosenquote 7,4 in den neuen 17,2 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt waren im Dezember 2000 etwa 210.000 Personen weniger arbeitslos als im gleichen Monat 1999. Doch ging diese Entwicklung an den neuen Bundesländern weitgehend vorbei. Während in ihnen zu mehr unternehmerischem Geist und zu Betriebsgründen aufgerufen wird, die sich auf technologische Neuerungen orientieren und durch deren Produktion und Entwicklungen behaupten sollen, dauert gleichzeitig bei „großen Arbeitgebern" wie Bahn, Post, öffentlicher Dienst, Braunkohleindustrie der Stellenabbau an.[86]

Wer diese Zahlen perspektivisch lesen will, muss sie vor dem Hintergrund von weltwirtschaftlich günstigen Rahmenbedingungen und vor der positiven Wirkung sehen, die für den Warenexport aus Deutschland als Folge der Euroschwäche und der gesunkenen Lohnstückkosten entstanden waren. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs bundesweit im Jahre 2000 um 3,1 Prozent.[87] Die Auslandsnachfrage schuf volle Auftragsbücher und schlug sich ungeachtet von verbalen Protesten der Gewerkschaften und deren Verlangen nach Neueinstellungen in einem weiteren Anwachsen der Zahl der geleisteten Überstunden nieder. Große Unternehmen erzielten riesige, zum Teil märchenhafte Gewinne, und ihre Forderung nach weiterer Deregulierung des Arbeitsmarkts[88] richtet sich darauf, ihre überragende Stellung unter den Bedingungen von Europäisierung und Globalisierung zu behaupten und auszubauen.

„Wenn die erste Erfahrung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung", schrieb Alfred Grosser, „die Arbeitslosigkeit ist, ist die Versuchung gering, den Rechtsstaat und seine friedliche, gewaltfeindliche Ordnung als solche anzuerkennen."[89] Nun handelt es sich nicht mehr nur um die erste, sondern um wiederholte Erfahrungen, die von Einzelnen oder in Familien gemacht worden sind. Und das sprichwörtliche Ende des Tunnels ist nicht in Sicht. Der Sachverständigenrat der sog. Fünf Weisen hat für das Jahr 2001 einen Rückgang der Quote der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit um 0,7 Prozent vorausgesagt, der aber im Wesentlichen nur demographisch bedingt, weil Folge des Ausscheidens von Älteren aus dem Arbeitsprozess sei. Daraus leitete das Gremium die an die Regierung gerichtete Forderung ab, Reformen auf dem Arbeitsmarkt vorzunehmen. [90] Es ist diese soziale Realität mit ihren für viele düsteren Aussichten vor der die Demonstranten der NPD ihre Transparente mit den Aufschriften „Ausbildungsplätze", „Arbeitsplätze", „Soziale Sicherheit", „Soziale Armut bekämpfen" „National aus sozialer Verantwortung" und gegen die Ausgabe von Staatsmitteln für „teure Denkmäler" entfalten. Die neoliberale Regierungspolitik von Sozialdemokraten und „Grünen", die den Abschied von der sozialen Komponente der Marktwirtschaft bedeutet und rasant vollzieht und damit den Graben zwischen Arm und Reich vertieft, schafft den Rechtsextremen tagtäglich neuen Agitationsboden.

2. Der Wandel in hohem Tempo, der Ostdeutschland erfasste, löste unter Millionen Bürgern Prozesse der Anpassung aus. Getrieben von der Frage und Sorge, wie sie unter den neuen Verhältnissen leben (für manche galt: überleben) würden und könnten, breiteten sich – nicht ohne meist kurzfristig wirkende Gegentendenzen – in galoppierendem Tempo Entsolidarisierung, Individualismus und Egoismus aus, erfolgte Anpassung und Eingliederung in Zustände, die auch als „Ellbogengesellschaft" bezeichnet werden. Gelerntes und Angewöhntes, freiwillig oder erzwungen Befolgtes aus DDR-Zeit war entwertet, taugte nicht mehr. Es vollzogen sich, so wenig das viele auch vor sich selbst zuzugeben bereit waren, charakterliche Veränderungen. Sie bildeten sich unter der Wirkung von Angst vor tatsächlicher oder auch nur eingebildeter Bedrohung heraus, sie entsprangen Statussorgen, stellten Re-

---

86 Mildes Plus bei Zahl der Arbeitslosen, *ND*, 10. Januar 2001, S. 1.

87 Hohes Wachstum – nicht im Osten, *ND*, 12. Januar 2001.

88 Gewerkschaftskritik zur Arbeitslosigkeit. Junge Welt, 10. Januar 2001, S. 5. Die Forderungen der Verbände der Industrie lauten, unter Berufung darauf, dass der deutsche Arbeitsmarkt der bei weitem regulierteste nicht nur in Europa, sondern weltweit sei: Abbau von Bindungen jeglicher Art, kein neues Teilzeitarbeitsgesetz, kein neues Arbeitsförderungsgesetz. kein neues Mitbestimmungsgesetz (es sei denn eines, das die Rechte und die Zahl der Betriebsräte herabsetzt), Abbau des Kündigungsschutzes.

89 Alfred Grosser, Deutsche Besonderheit. *Erziehung und Wissenschaft*, *Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft*, 11/2000, S. 2.

90 Kein Rückgang der Massenarbeitslosigkeit. *ND*,16. November 2000, S. 4.

aktionen und Folgen von Arbeitslosigkeit und auf den Absturz in ungesicherte und ärmliche Verhältnisse dar. Letzteres betraf nicht nur die aus dem Arbeitsprozess zeitweilig oder dauernd Geworfenen, sondern auch einen erheblichen Teil derer, die ihren Arbeitsplatz behielten oder einen neuen erlangen konnten.

Nach einer Studie, die im Arbeitsministerium angefertigt wurde und im Entwurf vorliegt, klaffen in Deutschland Reichtum und Armut immer wieder auseinander. Wer mit weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Bruttojahresverdienstes von 60.000 DM auskommen muss[91], lebt hierzulande in relativer Armut. Das gilt im Osten Deutschlands für jeden dritten, in Westdeutschland für jeden fünften Bürger. Inzwischen zählen – so die Angabe für 1998 – auch 44 Prozent der Arbeitenden zu dieser so berechneten Gruppe der Armen. (Die entsprechende Zahl für 1993 lautete 38.)[92] Kürzlich hielt die PDS-Bundestagsfraktion ihre erste kinderpolitische Fachtagung ab, die unter dem Motto stand „Reiches Land, arme Kinder". Die dort mitgeteilten Tatsachen und Zahlen lauten: 22 Prozent der Menschen, die in Deutschland Sozialhilfe erhalten, sind Kinder. 15 Prozent aller deutschen Kinder wachsen in Armut heran. Auf 100.000 wird die Zahl der Kinder geschätzt, die ihr Leben auf der Straße fristen. Die Lebenschancen dieser Kinder sind extrem schlecht. Körperlich zurückgeblieben, vielfach spiel- und sprachgestört, schafft nur ein kleiner Teil von ihnen den Sprung in die Grundschule. Und umgekehrt werden intelligente Kinder aus ärmlichen Verhältnissen in Schulen eingestuft, in die sie nicht gehören.[93] Zu diesen Fakten passt, dass der Bundespräsident kürzlich an der Einweihung eines Gebäudes der Internatsschule in Salem teilnahm, deren Besuch erfordert, dass Eltern pro Schüler im Jahr 50.000 DM (ohne Taschengeld) aufbringen können. Der Bericht darüber war mit dem Zusatz versehen, dass einige der Schwerreichen finanziell minderbemittelten, aber hochbegabten jungen Leuten Stipendien auswerfen, so dass ihre Töchter und Söhne nicht vollständig unter sich bleiben.

Eine andere Studie von Sozialwissenschaftlern, die sich ausschließlich mit dem Leben jener Ostdeutschen am Ende des Jahres 2000 befasst, die älter als 50 Jahre sind, kommt zu dem Schluss, dass das „Potenzial an Altersarmut" sich vergrößert. Von den Zugehörigen der heute sog. rentennahen Jahrgängen gelten 24 Prozent als arm; viele davon – die heute 50-59jährigen wurden nach 1990 arbeitslos mit den entsprechenden Folgen für ihre Rentenansprüche.[94] Vor diesem Hintergrund nimmt es sich mindestens komisch aus, dass der Begriff Klassengesellschaft inzwischen bis in die Reihen der „Linken" weitgehend gemieden wird. Und das mit der Begründung, er erfasse nicht das „Ganze" der komplizierten Gesellschaft, als sei das je von Sozialwissenschaftlern behauptet worden.

3. Die einschneidenden Veränderungen wurden nicht nur in den einzelnen Gruppen der in Auflösung und Zerstörung befindlichen DDR-Gesellschaft (also den Arbeitern, den Bauern, der Intelligenz, den Handwerkern und Händlern, den Angestellten usw.) unterschiedlich erlebt, sondern auch zwischen den Generationen. Binnen kurzem erschien alles als entwertet, ja wertlos, was die Älteren in Jahren und Jahrzehnten geschaffen hatten, ihr Weg stellte sich als ein einziger – freiwillig oder widerwillig oder einfach mitgehend beschrittener – Irrweg dar, als ein „verlebtes" Leben. Dies war mit einem – auch beispiellosen – Autoritätsverlust der älteren Generationen verbunden. Nicht nur deren Denk- und Verhaltensweisen wurden infrage gestellt. Die in vielen Familien von Kindern tagtäglich gemachte Beobachtung eines veränderten Verhaltens ihrer Eltern in den sich rasant wandelnden Verhältnissen, das opportunistisch war oder gewertet wurde, tat ein Übriges. Hinzu kommt, dass in der Gesellschaft ganz allgemein – in den alten nicht anders als in den neuen Bundesländern – der Familieneinfluss vor allem unter den 14- bis 19jährigen am stärksten abnimmt. Rapide verringert hat sich nach einer Erhebung beispielweise die elterliche Orientierung des Leseverhaltens von Kindern und

---

91 Andere Berechnungen wieder setzen die Armutsgrenze jedenfalls für die „Ostdeutschen" bei einem individuellen Nettoeinkommen fest, das unter 50 Prozent des Durchschnittseinkommens von 2386 Mark liegt, also weniger als monatlich 1193 DM beträgt. S. Potential an Altersarmut nimmt zu. *ND*, 24. November 2000, S. 2.

92 *ND*, 4./5. November 2000, S. 4.

93 Armut hat individuelle Gesichter. *ND*, 13. November 2000, S. 2.

94 S. Es handelt sich um den Bericht des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg, der von dessen Leiter Gunnar Winkler, der zugleich Vizepräsident der Volkssolidarität ist, vorgestellt wurde. Potential an Altersarmut nimmt zu. *ND*, 24. November 2000, S. 2.

Jugendlichen.[95] „In der DDR war die Familie wichtig, deshalb wurden mehr Familiengeschichten erzählt," schreibt ein früherer DDR-Bürger, der in den Jahren der Wende an der Liquidierung des Staates mitgearbeitet hatte, nun mit einem unverkennbaren Anflug des Bedauerns. Familiengeschichten vermittelten von Generation zu Generation aber auch Denk- und Verhaltensweisen und zu allermeist doch humanistische. Bei dem Fahnden nach Ursprüngen des Rechtsextremismus und Neonazismus sind auch Tendenzen anzutreffen, die diese ganz in die Familien „verlegen" und das insbesondere wieder in solche, die nicht in Takt, sondern zerrüttet sind. Diese Betrachtung führt eine Interpretin dann zu dem Schluß, faschistische Ideologie werde eine „ständige Option" sein und es werde „immer Leute geben ..., die sich ihr Heil davon versprechen". Hier spricht sich der zweifelhafte „Trost der Kapitulation" aus.[96]

4. Der bezeichnete Generationenkonflikt spielte sich in besonderer, aber eher verdeckter Weise in den Schulen zwischen Lehrern und Schülern ab. Der für die Ausbildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen wichtigste Teil der Intelligenz war selbst in höchstem Grad verunsichert, nicht selten besorgt um Behauptung des Arbeitsplatzes, dem Druck von Überprüfungen ausgesetzt, manche schielten auf baldige „Verbeamtung". Der Übergang der in erheblichem Umfang nicht eben aus Herzensrepublikanern bestehenden Lehrerschaft aus der Weimarer Republik in den Faschismus war gegenüber der jetzt geforderten Kür eine leicht zu erledigende Pflichtübung gewesen. Vor allem aber: Nirgendwo sollten sich die früheren Bürger des liquidierten Staates mit dessen Herkunft, Existenz und Untergang prüfend auseinandersetzen, sie sollten ihn verdammen und damit – nolens volens – doch auch und massenhaft ein Stück oder das Ganze ihrer Biographie.

Nicht alle haben den Schritt vom einen in den anderen Staat so leicht bewerkstelligt wie eine Lehrerin für Politik an einem brandenburgischen Gymnasium, die ihre einstige Mitgliedschaft in der SED mit der in der FDP vertauschte und erklärte, wie sehr sie in DDR-Zeit verdummt worden sei und wie frei sie sich jetzt ihre Meinung bilden könnte. Nachdenklich stimmt die auch aus neuester Zeit stammende Meldung aus einem seit sechs Jahren bearbeiteten Forschungsprojekt, das Potsdamer Psychologen betreiben. Der zufolge befänden sich ein Viertel der Lehrer in Deutschland „glücklich" und gesund", während ein Drittel der etwa eine knappe Million umfassenden Lehrerschaft sich als beruflich ausgebrannt einstufe, wobei die Klagenden in den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt besonders zahlreich seien.[97] Auch verbreitete Angst von Lehrern vor ihren Schülern dürfte zu den neuen Erscheinungen gehören und Verhaltensweisen im Ausbildungsprozess zumindest mitbewirken. Jüngste Meldungen sprechen von einem dramatischen Mangel an verfügbaren Berufsschullehrern.

5. Die drastischen Veränderungen im Osten Deutschlands erfassten auch die einzelnen Regionen und Städte mit ungleicher Härte. Das gilt für die Arbeitslosigkeit, für die Aussichtslosigkeit einer Besserung auf dem Arbeitsmarkt in absehbarer Frist, für den Verfall und die Beseitigung von Einrichtungen der Freizeit und der Kultur, für die Zerreißung sozialer Bindungen und Kontakte. Als sich kürzlich in Magdeburg zur 73. Vollversammlung Funktionäre der im Deutschen Bundesjugendring zusammengeschlossenen Organisationen trafen, wurde insbesondere der Zustand der Jugendeinrichtungen in den Neuen Bundesländern kritisch bewertet und hervorgehoben, dass sie – im Unterschied zu den vergleichbaren westdeutschen Stätten – zu einem erheblichen Teil mit ungeschultem, nur befristet eingestelltem Personal arbeiten würden. Die entsprechenden Zahlen lauten für Mecklenburg-Vorpommern, wo SPD und PDS regieren, dass 150 hauptamtlichen Jugendarbeitern 2000 befristet Tätige gegenüberstehen.[98] Von Kontinuität des Zusammenseins und Zusammenarbeitens mit Jugendlichen kann unter diesen Umständen keine Rede sein, sie aber ist eine Voraussetzung des Erfolgs. Nicht zufällig tauchen in den Berichten über allgemeine und politische Gewalt- und Schandtaten die Namen von manchen Kleinstädten immer wieder auf, in denen sich Massenarbeitslosigkeit und eine Langeweile und Öde des öffentlichen Lebens verbinden. Die Abwanderung des beweglichsten, geistig

---

95 Heike Schmoll, Quergelesen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. November 2000, S. 16.

96 Christina Matte, „Mein Sohn, der Nazi" (d. i. die Besprechung einer Hörfunksendung über eine niederbayerische Familie), *ND*, 12. Januar 2001, S. 11.

97 Viele Lehrer ausgebrannt, *ND*, 3. November 2000, S. 4.

98 Klubs werden zur aussterbenden Spezies, *ND*, 28./29. Oktober 2000, S. 5.

aktivsten und charakterlich stärksten Teils junger Leute aus diesen Städten und Regionen „nach dem Westen“ – noch stets sind Menschen solchen Typs auf die Suche nach besseren Lebensmöglichkeiten mehr oder weniger fern von ihren bisherigen Lebensorten gegangen – bewirkt eine zusätzliche Verschlechterung der Situation.

Diese Abwanderung setzte bei einem Teil der Jugendlichen bereits unmittelbar nach dem Ende der Schulzeit und der vergeblichen Suche nach einem Arbeitsplatz an ihren Heimatorten oder in der -region ein. In Thüringen, wo sich das Versprechen der Wirtschaft, im Jahre 2000 rund 1400 Arbeitsplätze mehr anzubieten als 1999 als leer erwies und die Zahl dieser Plätze gar um 63 zurückging (nach Angaben des DGB), erreichte der Anteil der Jugendlichen, die nach Sonderprogrammen berufsgeschult werden und dann erfahrungsgemäß größte Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden, inzwischen 25 Prozent. Er wäre noch höher gewesen, wenn nicht jeder 10 Betroffene sich selbst einen Ausbildungsplatz in den alten Bundesländern gesucht haben würde. Inzwischen „pendeln“ nach Angaben des DGB-Thüringen jährlich 3000 Jugendliche zur Ausbildung in die alten Bundesländer.[99] Wie es in der neumodischen Sprache der Presse heißt, gehen dem Land dadurch „die cleversten und flexibelsten jungen Leute“ verloren.[100] Selbst wenn das am Ende nicht geschieht, bedeuten die weiten, von vielen täglich zurückzulegenden Wege eine permanente Reduzierung des Nachtschlafs mit seinen absehbaren gesundheitsschädigenden Folgen. Inzwischen treten diejenigen, die es dazu kommen ließen, für Gegenmaßnahmen ein. So forderte die Bundestagsfraktion der CDU eine sog. Mobilitätshilfe, die Jugendlichen helfen soll, nach ihrer Ausbildung im Westen wieder in den Osten zurückkehren zu können.[101] Andere sind gleichzeitig oder danach auf den gleichen Gedanken verfallen; die sächsische SPD schlägt vor, junge Leute mit einer 5000 DM-Prämie zur „Rückkehr in die Heimat“ zu locken und bezeichnet das als eine wirkliche Zukunftsinvestition.[102]

Die Soziologen des Leipziger Instituts für Marktforschung geben derartigen Maßnahmen wenig Chancen. 78 Prozent derjenigen, die sie befragten, gaben die besseren Aussichten auf einen Lehr- oder Ausbildungsplatz als Ursache ihres Weggangs an, 43 die bessere Bezahlung, 36 die Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes im Osten. Nachdem, so die Statistiker, die ostdeutsche Einwohnerzahl im letzten Jahrzehnt sich um 1,2 Millionen verringert habe, sei bis 2020 noch ein weiterer Weggang von 1 Million Menschen vorauszusehen. Ihr Schluss lautet, es würden dann zwei Drittel der Verbliebenen sich im Rentenalter befinden würden.[103] Es existieren folglich Gründe, die das Alarmzeichen rechtfertigen, dass der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse spät mit der Formulierung gab, der Osten „stehe auf der Kippe“[104], und die eine schwache Unterstützung durch einige Linke in seiner Partei erhielt, jedoch augenblicklich prononcierte Dementis von den verschiedensten Seiten, seine sozialdemokratischen Parteikollegen eingeschlossen, hervorrief und ebenso den Widerspruch der Wirtschaftsminister der ostdeutschen Länder, die diese Zustandsbeschreibung in einem gewissen Grade auch als Kritik an ihrer eigenen Politik verstehen mussten.

Die für Thüringen geschilderte Entwicklung, die zudem in den offiziellen Statistiken geschönt wird, damit die Regierung in Erfurt auf Erfolge ihrer Jugendpolitik verweisen kann, keine Ausnahmeerscheinung bietet. Im Herbst 2000 waren in Ostdeutschland insgesamt 15.000 Jugendliche unter 25 Jahre mehr arbeitslos als ein Jahr zuvor.[105] Nun soll dem durch die Ausweitung der Praxis der staat-

---

99 Wirtschaftspolitisches Notstandsgebiet Thüringen. *ND*, 30./31. Dezember 2000, S. 9.

100 Jugend auf dem Abstellgleis, *ND*, 9. November 2000, S. 10. Zur Situation in Thüringen s. auch die Bewertung durch den regionalen DGB und dazu: Bildungsbündnis für DGB gescheitert. 13.000 Ausbildungsbewerber blieben ohne Platz. *ND*, 11. Dezember 2000, S. 11.

101 Flaute auf Lehrstellenmarkt Ost. *junge Welt*, 11./12. November 2000, S. 4.

102 Sachsen-SPD will Rückkehrerprämie. *ND*, 2. Januar 2001, S. 4.

103 Rückendeckung für Thierse aus der CDU. *ND*, 13./14. Januar 2001, S. 5. Die Zahl der Ostdeutschen, die nach dem Westen gingen, wird angegeben für 1998 mit 182.000 für 1999 mit 195.530.

104 So die Formulierung in Thesen, deren Gegenstand die Lage in den neuen Bundesländern bildet. Auszüge s. Ostdeutschland auf der Kippe. ND, 17. Januar 2001, S. 5.

105 Nach den letzten vorliegenden Zahlen der Nürnberger Bundesbehörde waren Ende November 2000 in den neuen Bundesländern 144.400 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos, was gegenüber dem Vorjahr ein Ansteigen um 11 Prozent bedeutete. In der Altersgruppe der 20-25jährigen betrug im November die Arbeitslosigkeit in

lichen Lohnkostenzuschüsse entgegengesteuert und damit Betriebsinhabern ein zeitweiliger – auf ein Jahr bemessener – Anreiz gegeben werden, die in außerbetrieblichen Sonderprogrammen ausgebildeten jungen Leute einzustellen und sich von der Solidität von deren Berufskenntnissen zu überzeugen. Das Konzept dieses Verfahrens ist so angelegt, dass es ebenfalls eine weitere Westdrift bewirken kann.[106] Auch in Mecklenburg-Vorpommern, wo jährlich 4000 bis 5000 meist gut ausgebildete junge Leute das Land verlassen, sollen ein „Zukunftsfonds" und ein Sonderprogramm Abhilfe schaffen.[107] Die Fraktion der PDS im Landtag ließ mitteilen, sie wolle nun „Druck machen" und mit einem Programm unter dem – missverständlichen – Arbeitstitel „Jugend in Arbeit" offenbar dem aus den eigenen Reihen gestellten Arbeitsminister voran helfen.[108] Hinter diesen Vorhaben stehen Prognosen wie die des Greifswalder Geographieprofessors Helmut Klüter, wonach im Jahre 2005 als Folge dieser Landflucht nach Westen die „Versorgung mit jungen (qualifizierten – K. P.) Arbeitskräften" im nordostdeutschen Bundesland abrupt zusammenbrechen könne.[109] Damit wäre dann ein weiteres und schwer behebbares Hindernis für den „Aufschwung Ost" entstanden.

Die Westwanderung läuft indessen keineswegs nur spontan ab und betrifft auch nicht nur Ausbildungsplätze suchende Jugendliche. Gerade qualifizierte Arbeitskräfte werden, wie jüngst die Industrie- und Handelskammer Rügen beklagte, dort dem Tourismusgewerbe von – höhere Löhne zahlenden Unternehmen in Bayern – erfolgreich abgeworben. Entgegenwirken. Staatliche „Greencards" sind auf dieser Ebene der Ab- und Anwerbung nicht erforderlich. Der Vergleich ist angemessen, denn im einen wie im anderen Falle bedienen sich die Reicheren in den Regionen der Ärmeren und vermehren dadurch deren soziale und menschliche Probleme. Davon ist, verglichen mit dem „Aufbau Ost", wenig die Rede. Während Gemeinden in den Neuen Bundesländern sich Bürgersteige pflasterten, gingen ihnen die Bürger zunehmend verloren, die sie benutzen werden, ausgenommen diejenigen mit Stöcken und Krücken. Binnen eines Jahres, sagt ein eben erschienener Bericht des Statistischen Landesamtes für Sachsen-Anhalt, habe die Zahl der Wegzüge aus diesem Bundesland die der Zuzüge um 13.870 übertroffen. Die neuen Wohnsitze liegen meist im nahen Niedersachsen, gefolgt von Nordrhein-Westfalen und Bayern.[110]

„Verloren gehen" die westwärts Ziehenden aber, wenn auch nicht unbedingt dauernd, nicht nur dem Land und ihren Heimatorten als womöglich steuerzahlende Bürger, sondern auch ihren Eltern und Großeltern mit allen voraussehbaren Konsequenzen der Lockerung und der Auflösung von Familienbindungen. Eine weitere Folge dieser Abwanderung besteht in der Zunahme der leerstehenden Wohnungen im Osten und der Überalterung in ganzen Wohnvierteln, die absichtsvoll mit dem Begriff „Platte" abrissreif geredet werden. In Wolfen-Nord, einem Wohngebiet, das als Folge des Ausbaus der chemischen Industrie in DDR-Zeit entstanden war, beträgt der Altersdurchschnitt der jetzt dort wohnenden 51 Jahre.

Während Maßnahmen ergriffen werden, die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen einzudämmen und einem Teil der Betroffenen eine berufliche Perspektive zu eröffnen, schürzen sich auf andere Weise bereits Knoten, die neu entstehende Probleme auf Arbeitsmärkten erkennen lassen und zwar u.a. gerade in Regionen, in denen bereits jetzt massive Erscheinungen von Fremdenfeindlichkeit und gegen Fremde gerichteter Gewalttätigkeit zu beobachten ist. Sie zeichnen sich in ostdeutschen Landstrichen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Osterweiterung der Europäischen Union (EU) ab. Ansiedlung von Polen und Pendler aus dem Nachbarland könnten nach einer Prognose des Schweriner Arbeitsministeriums auf dem Arbeitsmarkt namentlich in Vorpommern, das eine „Problemzone" genannt wird, weitere Konflikte schaffen und insbesondere die Löhne für unqualifizierte Arbeit sinken

---

absoluten Zahlen 112.800, was 13 Prozent ausmachte. Zugenommen habe auch die Langzeitarbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe, die allerdings insgesamt kürzere Zeit ohne Arbeit wäre als die älteren Jahrgänge. Mehr junge Arbeitslose im Osten. *ND*, 6. Dezember 2000, S. 2.

106 Ost-Jugendliche sollen über „zweite Schwelle" kommen. *ND*, 15. November 2000, S. 1 (als Aufmacher).

107 Zukunftsfonds soll junge Leute halten. *ND*, 18./19. November 2000, S. 5.

108 PDS-Pan für „Jugend in Arbeit", *ND*, 11. Januar 2001, S. 4.

109 In fünf Jahren gibt es keine Arbeitskräfte mehr. *Tagesspiegel*, 13. Januar 2001, S. 18.

110 Sachsen-Anhalt ist ein Auswandererland. *ND*, 7. Dezember 2000, S. 5.

lassen.[111] Was hier für einen begrenzten Bezirk vorhergesehen wird, dürfte für weitere Grenz- oder grenznahe Gebiete gelten und nicht ohne Folgen bleiben, zumal die ältere wie die jüngere Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses mit seinen ideologischen und psychologischen Folgen sich von der vergleichbaren Situation an den Westgrenzen erheblich unterscheidet. Vorerst soll, wie jüngste Vorschläge andeuten, der Eintritt osteuropäischer Staaten in die EU mit Übergangsregelungen verbunden werden, die den Zustrom von Arbeitskräften über die Grenze vorwiegend nach Deutschland und Österreich blockieren oder zumindest dämpfen.

6. Je länger je mehr breiteten sich gerade unter Teilen der ostdeutschen Bevölkerung, die mit gedankenloser Euphorie „in die Einheit“ mehr taumelten als gingen, Enttäuschung, Ablehnung, Ohnmachtsgedanken, Verlassenheitsgefühle aus und äußerten sich bei vielen Angehörigen der älteren Generationen in Resignation, gehäuften Krankheitsbefunden, bei anderen in die Zuflucht in Betäubungsmittel vom Dauerfernsehen bis zum Alkohol und ins Glücksspiel. Der Grad der Ernüchterung lässt sich an den Ergebnissen vieler Befragungen ablesen, so auch an den Fakten, die sich in der Studie „Politische Kultur im Freistaat Thüringen“ finden. 68 Prozent der Befragten trauen der Bundesrepublik (der „Demokratie“, wie es heißt) nicht zu, für die soziale Sicherheit ihrer Bürger sorgen zu können, das ist ein erheblich größerer Prozentsatz als der von sozialer Unsicherheit betroffenen Thüringer. Diese Erfahrung hat auch zu einem neuen DDR-Bild geführt, das bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung das erste aus der Wende von den achtziger zu den neunziger Jahren ersetzt hat. 48 Prozent hätten den Sozialismus als eine gute Idee bezeichnet, die nur schlecht ausgeführt worden sei. Ungeachtet der Dauerpropaganda gegen den untergegangenen Staat hätten noch 21 Prozent gemeint, die beseitigte Gesellschaft habe mehr gute als schlechte Seiten besessen.[112] Die Resultate zeigen eine nicht überraschende Relation zwischen dem erreichten Lebensstandard und der Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen der Bundesrepublik, allerdings mit einer erheblichen Abweichung. Sie betrifft die Intelligenz, in deren Reihen mindestens bei einem Teil andere Kriterien dominieren. Die werden durch Mitteilungen genährt, wonach die neuen Herren in der Heimatstadt des Filmregisseurs Egon Günther ihn nicht für würdig hielten, deren Ehrenbürger zu werden. Auf der gleichen Ebene lag, dass sich die Leitung des Germanischen Museums in Nürnberg der Entscheidung der bayerischen Kulturpolitiker unterwarf, eine Ausstellung der Werke Willi Sittes unter fadenscheinigen Vorwänden zu „vertagen“ und zuvor ein Kolloquium abzuhalten, das sich auch mit der politischen Rolle des Malers in DDR-Zeit befassen sollte. Das veranlasste den Künstler das Vorhaben zu untersagen.

Die Reaktion von Jüngeren auf den Frust, den ihre schlechte oder unsichere Lebenssituation erzeugt, ist bei nicht so wenigen der Versuch, den eigenen Misserfolg durch die Inanspruchnahme der Erfolge anderer als eigene (siehe die Tobenden auf den Fußballplätzen) zu kompensieren oder solchen „Erfolg“ auf dem Wege der verschiedensten Proteste zu erlangen. Dabei sind für manche – wie Gerichtsverfahren beweisen – Personen und Gegenstände solcher „Erfolge“ vollkommen gleichgültig geworden. Bei diesen Attacken und Aktionen wird Befriedigung gewonnen, entstehen Überlegenheitsgefühle gegenüber den Opfern ebenso wie gegenüber den Älteren, den Untätigen, wird gegen Langeweile und Eintönigkeit des Daseins blutig getrotzt.

Solche Proteste drücken nicht nur einen hilflosen Aufruhr gegen die materiellen Lebensbedingungen aus, die sich z.B. in einer Meldung erkennen lässt, die sich auf eine Weihnachtsaktion im Jahre 1998 bezog. Im 9. Jahr des deutschen Einheitsstaates wurde die „Solidarität mit den Ärmsten der Region“ so herausgestellt: „35 Hotels und Gaststätten (der Insel Usedom) deckten die ‚Wolgaster Tafel’ (und konnten) 100 Bedürftige zu einem Festessen im Wolgaster Speicher einladen.“ Dies steht nur wenige Zentimeter neben einer anderen Nachricht mit der Dachzeile „Heringsdorfer Glanzlichter“. Sie lautete, es sei wenige Monate zuvor in Heringsdorf das „erste kommerzielle Casino in Mecklenburg-Vorpommern“ eröffnet worden, u. a. von zwei ehemaligen Innenministern des Landes, Mitgliedern der CDU, in Gemeinschaft mit zwei aus DDR-Zeiten bekannten Sportlern und Olympiasiegern.[113]

---

111 Holter will Plan für EU-Erweiterung, *ND*, 15. November 2000, S. 12.

112 Immer noch hängen Leute an sozialistischen Ideen. *ND*, 2./3. Dezember 2000.

113 *Inselzeitung* (Wolgast/Usedom), 30. September 2000.

Die Tendenz dieser Entwicklung drückt sich auch in der Angabe aus, dass die Zahl junger Sozialhilfeempfänger in Brandenburg in der zweiten Hälfte der 90er Jahre deutlich erhöht hat. Sie betrug nach einer Angabe des zuständigen Arbeitsministers 1998 etwa 9500 junge Leute im Alter von 18 bis 25 Jahren (1996 waren das 6705, 1997 schon 8814). Drastisch angestiegen sei auch die Zahl der Sozialhilfeempfänger, die noch die Schule besuchen.[114] Jedes zehnte Kind dieses Bundeslandes erhielt nach einer Angabe des Bildungsministers im Jahre 1998 Sozialhilfe und jedes vierte Kind lebt in einem „sozial benachteiligten" Elternhaus. Dies lasse ein Ansteigen von „Gesundheitsstörungen" erwarten, weshalb der Minister Lehrer, Ärzte und Gesundheitsdienste dazu aufrief, die Eltern davon zu unterrichten, dass sie das Angebot „kassengestützter gesundheitlicher und sozialer Betreuung" nützen könnten.[115]

In den ostdeutschen Bundesländern hat sich binnen zehn Jahren ein Auseinanderklaffen von Reichtum und Armut entwickelt, das die DDR nicht kannte und vor der die 1990 geschehene emotionale Aufpulverung von Bürgern des ostdeutschen Staates gegen das Wohlleben in der Politbürosiedlung in Wandlitz nahezu lächerlich wirken könnte. Denn *in diesem Punkte* war den dort Wohnenden einzig vorzuhalten, dass sie sich mit „Westwaren" versorgten, also mit Konsumartikeln, auf die die große Masse der Bevölkerung keinen Zugriff hatte. Die damit einhergehende Heuchelei, an die sich freilich die Mehrheit der Jüngeren heute kaum erinnert, findet ihre Fortsetzung in einer anderen Gesellschaft, in der Gesundbeter, Beschöniger der Zustände, Beruhiger der Betroffenen auch fortgesetzt salbadern und in der eine öffentliche Lüge der anderen folgt, mag es sich um Versprechen vor einer Wahl oder um den Krieg der NATO gegen Jugoslawien handeln. Die Proteste drücken – gebrochen oder nicht – das Missvergnügen am deutlichen Auseinanderfallen von Worten und Taten der Regierenden und der Herrschenden aus.

7. Die Richtung dieser Proteste selbst entwickelte sich nichts weniger denn zufällig nach „rechts". Der Untergang der DDR und der weitesten Teile des realsozialistischen Staatensystems hat alle „linken" Lösungen der Menschheitsprobleme, die sich am Ausgang des 19. und im Verlauf des 20. Jahrhunderts schürzten und derzeit eine neue Qualität annehmen, in höchstem Grad diskreditiert. Aus dem Reservoir von Ideen und Erfahrungen des Sozialismus und der Arbeiterbewegung schien nach dem „Stalinismus" und der auf den Begriff „Diktatur" verkürzten Geschichte des Staatsozialismus nichts mehr zu gewinnen. Wie die einschlägigen Bücher in Müllcontainern und auf Müllhalden verschwanden, so schienen auch die Ideen zum „historischen Abfall" zu gehören, von dem man sich wie von jedem anderen trennte.

Hinzu kam, und das war eine unvermeidliche Folge dieser Art, die Geschichte des Realsozialismus und der DDR zu verstümmeln, dass die aus der DDR herkommenden Neubürger der Bundesrepublik in einem geschichtslosen Land gelebt zu haben schienen. Von der 40 Jahre umfassenden jüngsten Vergangenheit galt nichts als erwähnenswert, ausgenommen deren grobe Kennzeichnung mit Vokabeln wie Unrecht, Zwang, Unterdrückung, marode Wirtschaft, Wissenschaftswüste, bürokratisches Chaos, Politbürokratie usw. Das lag im politischen Interesse der „Delegitimierung". Es hat diese Herangehensweise aber bis heute sich nur deshalb fortsetzen können, weil die Zeithistoriker mitmachten. Einer der das aus einer intimen Nähe beobachtet hat, denn er gehörte als ein Aktivist des Unabhängigen Historikerverbandes zu den zunächst Angenommenen, schrieb, es habe „eine westlich dominierte Zunft die DDR-Geschichte zum Schlachtfeld ihrer obsoleten ideologischen Stellungskriege gemacht". In ihr gehe es um doktrinäre Rechthaberei, professorale Eitelkeiten und Verteilungskämpfe. Die soziologisch orientierte Gesellschaftsgeschichte versucht, den Diktaturbegriff zu relativieren, die Konservativen haben den Totalitarismus aus der Mottenkiste geholt und wollen Nazidiktatur und Kommunismus zu einem Einheitsbrei verrühren." Und weiter: Die Ostdeutschen hingegen „wurden flächendeckend aus den wissenschaftlichen Institutionen verdrängt. Die letzten Ossis im Wissenschaftsbetrieb klammern sich ängstlich und überassimiliert an jede befristete Drittmittelstelle und sind dadurch weder willens noch in der Lage, kreativ zu arbeiten. Das traurige Fazit nach zehn Jahren

---

114 Mehr junge Sozialhilfeempfänger, *ND*, 11. Dezember 2000, S. 13.

115 Jedes zehnte Brandenburger Kind ist arm. *ND*, 18. Dezember 2000, S. 13.

Vereinigung lautet: Die Betroffenen spielen im öffentlichen Diskurs um ihre eigene Geschichte nur noch als Außenseiter eine Rolle."[116]

Diese Art, mit der Geschichte des untergegangenen Staates und mit der Lebensarbeit von Millionen umzugehen, hat bei einer Minderheit Trutz und Trotz und Gegenwehr hervorgerufen. Unter vielen jungen Leuten aber trug sie dazu bei, nach vermeintlich ganz neuen bewährten „Lösungen" zu suchen. Die bunte Warenwelt des reichen Westens schien für derlei Lösungen zu stehen. Antworten wurden folglich dort gesehen, Hoffnungen an jene geknüpft, die sich als „die Sieger der Geschichte" sahen und mit einem geschichtlich beispiellosen politischen Reklameapparat daran gingen, die aus dem Geschichtsverlauf gewonnenen vermeintlich ehernen Erkenntnisse zu zementieren. Erst beides, der Untergang des Realsozialismus und dessen Deutung durch jene, die den Kapitalismus als die beste aller denkbaren und erstrebenswerten Formen menschlichen Zusammenlebens ausgeben, hat denjenigen, deren Erfahrungen die Akzeptanz dieser These unmöglich machen, den einen Gedankenweg verbaut und sie gleichsam für Antworten geöffnet, die ihnen von der äußersten Rechten offeriert wurden, also für nationalistische und „nationalsozialistische" Ideen, für Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Solche gedankliche Öffnung gelingt den Agitatoren des Rechtsextremismus wohl am leichtesten bei geistig wenig anspruchsvollen jungen Leuten und deren Zahl nimmt überall, aber unter den erwähnten Bedingungen in den neuen Bundesländern besonders rasch zu. Es würde zu kurz greifen, die Anfälligkeit gegen rechtsextremes und namentlich faschistisches Gedankengut einzig in Abhängigkeit vom Wissens- und Bildungsniveau zu sehen und das Heil vor allem von „Veränderungen in der Bildungspolitik und der Wertevermittlung"[117] zu erhoffen. Gegen eine solche Sicht spricht deutlich auch, dass sich an Universitäten und Hochschulen rechtsextremes Gedankenungut ausbreitet und sich auf deren Kathedern – wie jüngst der „Fall Zehm" in Jena zeigt – Lehrer zu behaupten vermögen, die nicht beanspruchen können, demokratischen Grundsätzen einschränkungslos verpflichtet zu sein. Die Rechtsextremen da und dort, am Boden der Gesellschaft und in ihrer Elite, sind derzeit organisatorisch weit voneinander entfernt. Sie agieren in weit voneinander entfernten gesellschaftlichen Räumen und auf verschiedene Weise. Doch welche Garantie existiert, dass das so bleiben muss?

Die geschulten Ideologen des Rechtsextremismus haben gewiss umso leichteres Spiel, je weniger kritikfähig diejenigen sind, an die sie sich wenden. Insofern stellt die Ausbreitung reaktionären Gedankenguts auch ein Problem von Wissen und Bildung dar, das aber nicht nur die Schule und den Bereich betrifft, der gemeinhin Bildungspolitik genannt und von Professionellen bestritten wird. Für Hans-Dieter Schmidts Forderung nach einer „antifaschistisch zentrierten Bildungsoffensive auf allen Ebenen" lassen sich Begründungen massenhaft und leicht herbeitragen. Er selbst verweist auf das mehr als dürftige Wissen von Heranwachsenden und jungen Erwachsenen „über die verheerenden Folgen des Naziregimes".[118] Die auf diesem Felde berufsmäßig tätig sind, stehen angesichts von allgemeinen Rahmenbedingungen, die nicht sie zu verantworten haben, jedoch zunehmend auf schwierigem Posten. Denn die ganze Gesellschaft durchlebt einen Prozess des rasanten Verfalls der Denkansprüche soweit sie nicht durch Arbeitsprozesse herausgefordert und also produktivitäts-, geschäfts- und profitfördernd sind. Der geistige Sinkflug droht zum Sturzflug zu werden.

Man mag über die Tendenz der politischen Sendungen in den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten denken wie immer – Vorreiter im Kampf gegen den Rechtsextremismus sind sie gewiss nicht –, wenn aber in den privaten Anstalten des Fernsehens (SAT 1, RTL, tm7 u. a.) der Anteil der politischen Sendungen inzwischen drei Prozent und weniger beträgt, also in jenen Sendern, die vorzugsweise

---

116 Stefan in der *Zeit*, 9. November 2001.

117 In diese Richtung geht die Ursachenerforschung, einem Bericht zufolge, auch bei der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, Cornelie Sonntag-Wolgast. S. Zahl der Opfer brutaler Gewalt im Jahre 2000 deutlich höher. *ND*, 10. Januar 2001, S. 4. Dass dieses Bundesministerium für die hier in Rede stehende Bildungsarbeit zusätzlich Mittel bereit zu stellen hätte, kann schwerlich bestritten werden. Ungleich mehr Mittel aus dem Staatshaushalt sind aber erforderlich, um dem gesellschaftlichen Grundübel, der Arbeitslosigkeit, Herr zu werden.

118 Taten gegen Rechts. *ND*, 25./26. November 2000, S. 24.

oder ausschließlich von Leuten ohne anerzogenes Bedürfnis nach Denkanregungen konsumiert werden, dann trägt auch das indirekten dazu bei, dass die Agitatoren des Rechtsextremismus ungestört zum Zuge kommen. Wo politische und kulturelle Aufklärung nottäte, regiert die Dauerdarbietung von Gewalt, die zu den „Kampfmethoden" des harten Kerns der Rechtsextremen gehört, die sich zu „politischer" Gewalt bekennen und gleichzeitig unter Berufung auf „unpolitische" Gewalt, das Umsichgreifen von Raub, Diebstahl usw., sich als die Vorkämpfer für ein „Deutschland der Ordnung" ausgeben.

Und: Das Zeittotschlagen der einen mittels primitivstem Spaß, geistlosester Ablenkung, Flucht in Glücksspiele und auf Wegen, die alle menschlichen Lüste verhunzen, überlässt den anderen das Feld und wird ihnen wiederum zum Argument für ihre Agitation, in diesem Falle für die „Wahrung der deutschen Kultur", die angeblich von den Fremden gefährdet sei, im Fernsehen, wo die US-amerikanische Filmproduktion dominiert, und im Berliner Tiergarten, wo Türken angeblich Hammeln schlachten würden, sich feiertags in Familien friedlich auf ihre Weise erholen, die übrigens sehr derjenigen ähnelt, die in der deutschen Arbeiter- und namentlich in der Naturfreundebewegung einmal verbreitet gewesen ist. Der entsprechende und nichts denn ausländerfeindliches Denken bedienende Kommentar eines Mannes, der für dessen Bekämpfung zuständig ist – es handelt sich um den brandenburgischen Innenminister, General a. D. Schönbohm –, lautete jüngst, „in Teilen Berlins fühle man sich schon nicht mehr wie in Deutschland".[119] Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin sprach, bevor er noch in Berlin sein neues Amt antrat, von „multikulturalistischer Romantik."[120] Solche Äußerung wie auch die des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoibers von der „durchrassten Gesellschaft" und der „demographischen Zeitbombe", die in Deutschland ticke, sind den Rechtsextremen unabhängig von jedem „mildernden" Kontext ein gefundenes Fressen.

Der Prozess, in dem die äußerste Rechte Anziehungskraft gewann, wurde zu einem Teil ermöglicht und jedenfalls verstärkt durch die ideologische, politische und organisatorische Zerrissenheit der Linken, die um Programm, Strategie, Taktik und ihr Geschichtsbild von sich selbst ringt und streitet und sich darüber mitunter verfeindet. Dass Rechtsextreme sich, wie in Sachsen und dort bei Wahlen mit Erfolg geschehen, in Flugblättern auch als diejenigen aufspielen konnten, die sich gegen die Verteufelung der DDR wandten, erscheint grotesk, wurde aber zu einem Teil dadurch ermöglicht, dass in der parteipolitischen Linken keine konzentrierte Auseinandersetzung über die Geschichte des untergegangenen Staatswesens stattfindet, sondern es – zum Beweise eines vorgeblich grundlegenden Wandels – Mode geworden ist, über ihn daher zu reden und zu blödeln. Ost-Lyrik, DDR-Verhübschung, „Arbeiter und Mauerstaat" (Hans-Dieter Schütt") gehören zu letzterem, während Formulierungen wie die von der „Einmauerung einer ganzen Bevölkerung in der DDR" (Peter Porsch, Vorsitzender der PDS in Sachsen) den ideologischen Schulterschluss mit den Geschichtsschreibern der nach Pfarrer Gauck benannten Staatsbehörde verwirklichen.

Wie hochempfindlich reagiert wird, sobald eine Stimme der DDR lässt, was ihr gehört, erwies sich, als die PDS-Landtagsabgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern, Heike Lorenz, den ostdeutschen Staat sozial gerechter nannte als die Bundesrepublik. Sie sah sich wütender Attacken Vorort ausgesetzt, denen sich der gewesene CDU-Arbeitsminister Blüm geharnischt anschloss. Die erbosten Versuche, jedes Detail bis hin in jene aus dem Alltagsleben der DDR-Bürger tief zu schwärzen, erreichten jüngst ein groteskes Ausmaß mit dem Verlangen, es müsse, wenn in einem historischen Museum eine passable Kücheneinrichtung aus ostdeutscher Produktion ausgestellt werde, auch zu sehen sein, welches Gemüse seinerzeit darin verarbeitet werden konnte.[121]

---

119 Verhaltenstraining gegen Rassismus, *ND*, 21. November 2000, S. 20.

120 So zitiert ihn die *junge Welt* in ihrer Ausgabe 10. Januar 2001, S. 3.

121 Wegen der guten Wohnstuben in der DDR fliegen die Fetzen. *ND*, 13./14. Januar 2001, S. 3. Der diese Forderung erhob, war Friedrich Schorlemmer, einst Gründer der SPD in der DDR und derzeit stellvertretender Direktor der evangelischen Akademie in Sachsen-Anhalt. Dem Verlangen, die angebliche Tristesse in den Wohnungen zur DDR-Zeit auszustellen, war übrigens eine Schau vollständig nachgekommen, die anlässlich des 50. Jahrestag der BRD-Gründung im Berliner Gropius-Bau gezeigt wurde. Diese hatte u.a. die Kritik eines Autors einer Berliner Zeitung hervorgerufen und die Leitung dazu veranlasst in einer Sonderführung zu erklären, es wäre nicht

Die Rechtsextremen profitieren sowohl von der direkten Zuarbeit, die ihnen vor allem aus den Reihen von CDU und CSU zuteilwird, wie auch von den indirekten Vorteilen, die sich aus der Tatsache schöpfen, dass sie – zwar kümmerlich und reaktionär – Ideale und Ziele in einer Gesellschaft vor sich her tragen, deren Politiker und Ideologen erklären, es brauche an den Grundstrukturen der Gesellschaft nichts geändert zu werden und jeder Versuch, das in einer Weise zu tun, die humanistische Gleichheitsprinzipien durchsetzen wolle, würde nur mit dramatischen Verlusten individueller Freiheit und letztlich in fürchterlichen diktatorischen Zuständen enden. Die Frontstellung gegen den Egalitarismus mit der These, er „sei ein Komplize der Tyrannei“[122], kann, wie immer sie von deren Verfechtern gemeint sein mag, auch Rechtsextremen und Neonazis vortrefflich dienen, sind doch auch sie gegen „Gleichmacherei“, freilich mit dem Unterschied, dass sie die mit nationalistischen und rassistischen Argumenten ablehnen und bekämpfen. Die geistige Situation wird gleichsam dadurch weiter verschärft, dass sich Linke unbestimmt von der Fixierung fest umrissener sozialer Zukunftsziele auf Vision und Utopie zurückgezogen und Schwierigkeiten haben, zu sagen wie eine Welt von Bestand denn beschaffen sein könnte, die doch nur als nach sozialistischen Prinzipien gestaltet denkbar ist,

8. Die Missachtung der antifaschistischen Hinterlassenschaft der DDR, der andauernde und verbissen unternommene Versuch, Antifaschismus auf eine Ideologie und Politik herabzustufen, die einzig der Befestigung „kommunistischer“ Herrschaft gedient habe und dafür „instrumentalisiert“ worden sei, bewirkten nicht nur – wie beabsichtigt –, dass der bereits der Geschichte angehörende Staat auch moralisch vollständig demontiert und historisch „delegitimiert“ wurde. Die Beseitigung des Andenkens an deutsche und an Antifaschisten anderer Länder in öffentlichen Räumen (Namen von Straßen, Plätzen, Gebäuden etc.), eine Kampagne, die einem Bildersturm gleichkam[123], der übrigens – wie die Streichung des Namens Peter Edel an einem Kulturhaus in Berlin-Weissensee[124] ebenso beweist wie die Verweigerung der Wiederherstellung der Ehrenbürgerschaft des ersten sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin, General Nikolai Bersarin, dessen Name unter falschen Anschuldigungen aus der Liste gestrichen worden war – nicht beendet ist, die Diffamierung von kommunistischen Antifaschisten als Häftlinge und Häftlingsfunktionäre in Konzentrations- und Vernichtungslagern, die Entfernung einschlägiger Literatur aus den öffentlichen Bibliotheken usw. haben Freiräume geschaffen, in die rechtsextreme Agitation, die noch stets und zuerst antikommunistische und ganz allgemein gegen Linke gerichtete Manipulation war, hineinstoßen konnte. Es kommt den Nazis und anderen Rechtsextremen, die sich jeder kritischen Sicht in die deutsche Vergangenheit verweigern und diese als „Nestbeschmutzung“ und ähnlich diffamieren, natürlich entgegen, wenn andere die gegenständliche Erinnerung an diese Vergangenheit auslöschen, wie das im Fall des einstigen KZ Lichtenburg bei Prettin im Landkreis Wittenberg zumindest weitgehend geschehen würde, wenn es zum Verkauf des ehemaligen Schlosses käme, in dem von 1933 bis 1939 politische und andere Gefangene des Regimes, Männern und Frauen, litten, von denen die einen später nach Buchenwald, die anderen nach Ravensbrück verschleppt wurden.[125] Es kommt den gleichen Leuten entgegen, wenn die Erinnerung an jegliches antifaschistische Verdienst der DDR ausgelöscht werden soll, wozu Hermann Kant auf dem Felde seiner Arbeit bemerkte: „Bei dem Bemühen, keine Zeichen von DDR mehr zu haben, ist die Literatur eine so bekämpfte Angelegenheit wie kaum eine andere. Und weiter: „In den Prozess der Delegitimierung ist die Delegitimierung eines gewissen Antifaschismus einbegriffen. Wenn man das zulässt, brechen Hemmungen weg.“[126] Im Kern geht es darum, den Begriff Antifaschismus aus dem aktuell-politischen Sprachgebrauch zu verbannen, ihn als einen „Kampfbegriff“ zu charakteri-

---

ihr Anliegen gewesen und hätte außerhalb ihrer Möglichkeiten gelegen, die DDR-Vergangenheit entsprechend zu präsentieren.

122 S. die Rezension von Hermann Klenner, Sprechen wir doch vom Eigentum zu: *Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte der neuen Egalitarismuskritik.* Hrsg. von Angelika Krebs, Frankfurt/M. 2000. *ND*, 12. Januar 2001.

123 Raik Wieland, *Dialog mit den Kunden. Zur Debatte um das Holocaust-Mahnmal*. In: In: Wolfgang Schneider, *Wir kneten ein KZ. Aufsätze über Deutschlands Standortvorteil bei der Bewältigung der Vergangenheit*, S. 79.

124 Peter Edel – würdiger Name für Kulturhaus. Schriftsteller erinnern sich an den Antifaschisten. *ND*, 25. Januar 2001.

125 Hans Daniel, Wörlitz ja, Lichtenburg nein? *junge Welt*, 12. Dezember 2000, S. 12.

126 Interview mit Hermann Kant, Der Vorgang meiner Vereinzelung, *Berliner Zeitung*, 23./24. September 2000, Magazin S. 6 f.

sieren, der in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nichts mehr bewirken könne als Unfrieden, und in historischen Museen und in die geschichtswissenschaftliche und politologische Literatur abzulegen. Selbst auf letzteres war in der (Alt-)Bundesrepublik staatoffiziell bereits verzichtet worden. Das von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Handlexikon der Politikwissenschaft kannte 1986 das Stichwort Antifaschismus bereits nicht mehr.[127] Immer häufiger aber wird, wie beispielsweise in den Berichten des Amtes für Verfassungsschutz das Wort Antifaschismus wie einst DDR in pejorativ gemünzte Anführungszeichen gesetzt. Der Zweck dieses Verfahrens besteht darin, denen, die als Antifaschisten gegen Rechtsextremisten auftreten, das antifaschistische Interesse abzusprechen und zu suggerieren, es sei nur vorgetäuscht und diene in Wahrheit einzig dazu, ganz andere Interessen zu vertreten und gleichzeitig zu verbergen.[128] So erscheint es als eine Aufgabe, das Wort Antifaschismus als „positiven Begriff“ wieder zu gewinnen[129], was freilich nur für den – allerdings größeren – Teil der Gesellschaft gelten kann, dem er wie in der Alt-Bundesrepublik entweder nie etwas bedeutete oder dem er als Folge von propagandistisch-demagogischem Gewalteinsatz nach 1990 abhandenkam.

Die erwähnten Freiräume werden durch eine vielfach anzutreffende Neubewertung der Geschichte von Faschismus und Krieg vergrößert, die im Wortsinn inmitten der Gesellschaft stattfindet. Wenn wie beispielsweise auf einem Denkmal vor der Autobahnkirche in Duben in Brandenburg die Gemeinde der „Gefallenen“ des Krieges von 1939 bis 1945 – so die Erweiterung des Textes auf einem ursprünglich nur den Toten des Ersten Weltkrieges geltenden Denkmals – „in dankbarer Erinnerung“ anstatt in Trauer und Scham gedenkt, dann bedeutet das in der Betrachtung dieses Krieges – verglichen mit der in DDR-Zeiten – eine gedankliche Wendung um 180 Grad. Sie kann jene (neo-)faschistischen und rechtsextremen Kräfte nur mit Genugtuung erfüllen, ist doch von dieser Art des Gedenkens bis zu ihrem „Wir sind stolz ...“ nur ein ungleich kürzerer Schritt als der seit 1990 bereits gegangene. Veränderungen wie in Duben gehen in erster Linie auf das Konto von Pfarrern, Lehrern und Gemeindevertretern, die gedankenlos oder willentlich eben denen vor- oder zuarbeiten, die sich in Gruppen zusammenfinden und schon an ihrer Kleidung deutlich machen, etwa mit Kennzeichnungen wie „Stahlpakt Thüringen“, wes Geistes Kinder sie sind. Solche Aufführung erregt kaum noch Anstoß, dabei beleiht die Charakteristik sich an jenem Vertrag Deutschlands und Italiens, der, unmittelbar vor Kriegsbeginn geschlossen, imperialistische Eroberungen zum Ziele hatte und wenig später – 1940 – Handlungsrichtlinie der beiden faschistischen Mächte wurde. Die Geschichte des deutschen Faschismus und des zweiten Weltkrieges wird in der Bundesrepublik zunehmend zu einem historischen Kramladen für allerlei Schauen, deren tatsächlicher aufklärerischer Wert äußerst geringfügig oder überhaupt zweifelhaft ist. Dazu gehörte auch die Absicht, des Schlossberg-Museums in Chemnitz, eine Ausstellung mit Zeichnungen Lothar Buchheims, eines Ehrenbürgers der Stadt, aus dessen Kriegsberichterstatter-Zeit zu veranstalten. Zu ihr gehörten sog. Kommandantenbilder, die von Hitler hochdekorierte „Helden“ des Krieges darstellen. Das sollte gezeigt werden, damit sich die Besucher „eine Meinung“ bilden könnten, lautete die Rechtfertigung des Leiters der Einrichtung, als ob es dafür nicht ganz andere – auch bildhafte – zeitgenössische Zeugnisse im Überfluss gäbe.[130]

Wer sich den Weg, der seit der Zerschlagung des deutschen Faschismus in der Bundesrepublik zurückgelegt wurde, verdeutlichen will, Ostdeutsche vollzogen ihn in verkürzter Rekapitulation binnen eines knappen Jahrzehnts, mag sich fragen, wie zu Zeiten des Potsdamer Abkommens und der Hauptkriegsverbrecher-Prozesses in Nürnberg auf derartige Bekundungen und Symbole geantwortet wor-

---

127 Wolfgang W. Mikel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1986, (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 237).

128 Rosemarie Müller-Streisand, Der Feind steht links. Was der Verfassungsschutzbericht über den Zustand der Republik verrät, *junge Welt*, 16. Januar 2001, S. 10 f. Den vollständigen Text des Artikels. Weißenseer Blätter H. 4/2000.

129 Stoppschild ins Grundgesetz. *ND*, 25. Januar 2001.

130 Erst als es zu Meinungsverschiedenheiten mit Buchheim über dessen Forderungen und die Tilgung einiger kritischer Bemerkungen aus dem Entwurf des Katalogs zur Ausstellung kam, und nicht schon aufgrund der voraufgegangenen Einsprüche und Proteste demokratisch gesonnener Bürger entschloss sich der Museumsleiter, das Vorhaben aufzugeben.

den wäre und das von allen Besatzungsmächten. Wie hätten deren Organe reagiert, wenn damals Möbelstücke mit den Bezeichnungen „Adolf“, „Hermann“, „Rommel“, „Paulus“ auf den Markt gebracht worden wären, wie jüngst durch einen Möbelhändler in Hildesheim geschehen? Und wie auf die Verwendung von Nazisprüchen für andere Reklamezwecke?[131] Um das mindeste zu sagen: Die Sensibilität der Gesellschaft gegenüber Kennzeichnungen, Symbolen, Parolen und Sprüchen aus Nazizeiten geht zunehmend verloren und auch dadurch entstehen Gedanken- und Handlungsräume für jene, die eine antidemokratische Neuformierung der Deutschen anstreben.

9. Eine ähnliche Wirkung ging von den Angriffen gegen und dem Umgang mit der Intelligenz des untergegangenen Staates aus, die – insbesondere gilt das für Künstler und Wissenschaftler – einen erheblichen Anteil daran besaß, dass sich in der DDR antifaschistische Überzeugungen und Haltungen verbreiten konnten. Die Zerschlagung von Organisationen und Verbänden der Künstler, die Liquidierung von Verlagen und Redaktionen oder deren Umprofilierung unter neuen Eigentümern, die Abwicklung insbesondere von Instituten der Gesellschaftswissenschaften waren Maßnahmen, die insgesamt zur Folge hatten, dass Menschen, die sich antifaschistisch engagierten, in ihrem Aktionsradius zumindest beschnitten wurden. An deren Stelle aber trat nicht ein ausgeprägtes Engagement beispielsweise der Philosophen, Historiker und anderen Hochschullehrer, die auf die Plätze der Entfernten berufen worden sind. Die veränderte Situation machte zuletzt noch der Kongress der Historiker in Aachen klar, für den erst nachträglich eine spezielle Veranstaltung aufgenommen wurde, die sich mit dem denkbaren Beitrag zum Kampf gegen den Rechtsextremismus befasste, ohne dass von ihr auch nur ein hörbarer Ruf an die Öffentlichkeit ausgegangen wäre.

10. Diese kapitalistische Gesellschaft demonstriert und verherrlicht im Alltag fortgesetzt Kampf und Gewalt, angefangen von den Filmen für die Zwecke der Massenproduktion, über die Berichterstattungen von Sportereignissen wie Boxen und Autorennen bis zum Einsatz von Polizeikräften insbesondere gegen sich autonom organisierende Antifaschisten, die den Rechtsextremen die Straße streitig machen wollen. In dieses Umfeld von Gewalt und Brutalität gehört auch die unsägliche Instrumentalisierung einer Sexualität, die jeder Erotik bar ist und für Zwecke der Reklame oder einfach der Ablenkung eingesetzt wird. Unberuhigt und genüsslich können diejenigen, die an der Darstellung von Gewalt verdienen, die andauernden Debatten darüber verfolgen, ob zwischen dem permanenten Anschauen beispielsweise von Filmen, in denen sich Mord an Mord, Körperverletzung an Körperverletzung reiht, und dem Verhalten der Zuschauenden ein Zusammenhang derart existiert, dass sie nachahmen, was ihnen vorgeführt wurde. Erwiesen ist durch eine hinreichende Zahl von Untersuchungen, dass jedenfalls in vielen Fällen die Hemmschwelle gegen Gewalt, sei es ihre Betätigung oder sei es ihre billigende Duldung, herabgesetzt wird und so werden jene „bystander“, jene Zuschauer, gemacht, welche die Geschehnisse der Wirklichkeit nicht anders beglotzen als die für Fernsehen und Kino inszenierten und ihnen schon vertrauten. Eine Studie der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen fand schon vor acht Jahren heraus, dass durchschnittlich pro Woche über alle Fernsehkanäle hinweg bis zu 4000 Leichen in fast 500 einzelnen Mordszenen zu sehen sind. Die Mehrheit, die vielleicht nicht zu diesen Konsumenten gehört, nimmt das hin. Bescheiden fordert die Vorsitzende der Fachgruppe Journalismus in der IG Medien Franziska Hundseder, es müsse die Identifikation mit den Tätern in den Filmen aufhören und bemerkt, die Opfer kämen zu kurz.[132] Inzwischen ist das Angebot virtueller Gewalt auf das Internet ausgedehnt.

11. Ein erheblicher Teil der Strukturen, in denen sich rechtsextrem gesonnene, hauptsächlich männliche und hauptsächlich junge Leute in den ostdeutschen Bundesländern nach 1990 zu sammeln begannen, wurde durch die abgesandten Instrukteure aus den alten Bundesländern, die dort seit langem legal wirken und legal Erfahrungen sammeln konnten, aufgebaut. Nicht selten, erinnerte sich kürzlich der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe, habe er Spuren davon entdeckt, dass solche „Agitatoren angereist“ wären.[133] Sie brachten die gedankliche und die technische Erstausstattung mit

---

131 Adolf in der Kuschelecke, *ND*, 5. Dezember 2000, S. 2.

132 Mord vor der Tagesschau. *ND*, 28. November 2000, S. 5.

133 Interview mit Manfred Stolpe, „Ich bin das mehr Pragmatiker ...“ *ND*, 2.1.2001, S. 3.

und konnten manche Verbindungen nutzen, die sie bereits vorher und grenzüberschreitend illegal in der DDR gewonnen hatten. Dies bestimmte vor allem das Tempo der Ausbreitung rechtsextremer Denk- und Verhaltensmuster. Darüber wie von anderer in diesem Zusammenhang zu erwähnender westdeutscher Mitgift im Vereinigungsprozess wird weiter hartnäckig geschwiegen. Doch die Parteien, Organisationen, Gruppen, Verlage, Redaktionen von Zeitschriften und Zeitungen der Rechtsextremen existierten 1990 zweifelsfrei und gefestigt einzig in der Altbundesrepublik. Deren immer wieder gezählte Gesinnungsgenossen im Osten, die sich auf die Instrukteure – wie diese umgekehrt – sogleich orientierten, stellten daran gemessen ein klägliches und einflussloses Häuflein dar. Der Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz zählte für 1990 69 solcher Organisationen, Gruppen und Vereinigungen mit 32.000 Mitgliedern auf, dazu 34 organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste, 71 periodische Publikationen, von denen 53 mindestens viermal im Jahr erschienen. Die Gesamtauflage der Druckerzeugnisse wurde mit 8.551.000 Exemplaren angegeben. Verzeichnet wurden für 1990 2 Tötungsdelikte, 12 Brandanschläge und 51 Körperverletzungen.[134]

5. Gegenstrategien – unernste und diskutable

Damit sind der Boden, die Wurzeln und die Entstehungs- und die Wachstumsbedingungen bezeichnet, die insbesondere in den ostdeutschen Ländern, aber keineswegs nur dort, rechtsextreme Gruppen und Zusammenschlüsse ins Kraut schießen ließen und zu jener Kette von Untaten führten, die uns Tote, Verkrüppelte und Verwundete beklagen und fordern lässt, diesem Treiben mit allen gebotenen Mitteln ein Ende zu machen. In diese Richtung aber kann ernsthaft nichts in Gang gesetzt werden, solange statt einer Analyse des Woher Ausflüchte angeboten werden der Art: die totalitär erzogenen Ostdeutschen müssten Demokratie und Pluralismus erst erfahren und erlernen, sie müssten sich an das Zusammenleben mit vielen Ausländern erst gewöhnen usw. Locker gehen Politikern, Forschern, Funktionären, beispielsweise auch aus der DGB-Jugend, die Phrasen von den Lippen und aus den Schreibfedern, wonach unter jungen Ostdeutschen „fehlendes Vertrauen und Erfahrungen im Umgang mit Demokratie“ anzutreffen wären und dies zu den wichtigsten Ursachen des „Rassismus im Osten“ zähle.[135] Könnte es nicht geradezu umgekehrt sein, dass es – wie einst in der Weimarer Republik – die „Erfahrungen mit der Demokratie“, richtig oder falsch interpretiert, sind, die zur Ursache für die Ablehnung der folgsamen Ein- und Unterordnung in den politischen Hauptstrom geworden sind. Vieles spricht jedenfalls dafür, dass die Hauptschwierigkeiten von Ostdeutschen, sich in die neue Gesellschaft einzugewöhnen und in ihr „anzukommen“, von ganz anderer Natur und durch Belehrung und Gewöhnung nicht zu beheben sind. Noch aber sind auch die Versuche nicht verstummt, die die in einem Atemzug genannten Gewalttaten von Rechts- und des Linksextremisten vollständig aller sozialen Zusammenhänge entkleiden möchten. Die Gewalt als Versuch zu beschreiben, „politische Ziele durchzusetzen oder auf Missstände im politischen Umfeld aufmerksam zu machen, ist wenig hilfreich“, belehrt die Leser einer Zeitschrift ein Psychologe, Vorstandsmitglied einer Münchener Unternehmensgruppe, der seine Erfahrungen im Umfeld von Großbürgern und Managern gesammelt haben muss. Die psychologischen Ursachen der Gewaltausbrüche lägen „in einer pathologischen Störung der Ich-Identität.“ Die Leute hätten einfach ihre Stärken und ihre Schwächen, ihre Chancen und ihre Grenzen weder erkannt noch akzeptiert. Notwendig sei „eine natürliche Identitätsbildung“. Folglich, sofern die Betroffenen sich nicht selbst zu helfen wüssten, ist der Psychotherapeut zuständig, der vor allem Heranwachsenden helfen soll, ein „gesundes Selbstwertgefühl zu entwickeln“.[136] So schwadroniert ein Klopffechter des Kapitals. So trauen sich Politiker, gleich welcher Partei, schon nicht mehr zu reden.

---

134 Lutz Elm, Vertane Chancen und neu zu eröffnende Möglichkeiten. *antifa* (*Berlin*), 10/2000, S. 18. Die Zahlen für 1984 lauten: 89 Organisationen mit 22.100 Mitgliedern, 34 Gruppen mit krimineller Energie, Gesamtzahl der Exemplare rechtsextremer Druckschriften: 8,45 Mill. Pro Woche verkaufte Exemplare der Wochenzeitung *Deutsche National-Zeitung* 100.000. Wolfgang W. Mikel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, S. 136.

135 Keine Konsequenzen aus der Sommerdebatte, *ND*, 3. November 2000, S. 5.

136 Rechts oder links – Gewalt ist unpolitisch. Die Täter folgen immer den gleichen Motiven. Von Wolfgang D. Salewski. *Focus*, 52/2000, S. 46.

Nicht wenige Vorschläge zum Kampf gegen den Rechtsextremismus, wenn sie nicht überhaupt lächerliche, aber in die auf Jux und Fun orientierte Gesellschaft hineinpassende Mittel empfehlen – wie der in Berlin offerierte Kneipenvorschlag „Sauffen gegen Rechts“ – wollen Herr der Erscheinungen werden ohne deren Ursachen auch nur teilweise zu benennen, geschweige denn sie zu vermindern oder gar auszuräumen. Es werden – um ein geläufiges Bild zu benutzen – Schmerztabletten gegen Krebs verordnet. Viele Losungen bleiben, so richtig ihre Aussagen sein mögen, im rein Plakativen. Sie ziehen keinerlei Handlungsfolgen für ihre Verfechter nach sich oder formulieren Forderungen, die sich an andere richten. Manche Praktiken zielen auf nicht mehr, als auf die Beobachtung und Ruhigstellung der Gruppen von Rechtsextremisten. Dazu gehört es beispielsweise, dass die Stadtverwaltung in der ostsächsischen Stadt Zittau einer derartigen festformierten Gruppe seit Jahren ein Haus als Heim zur Verfügung stellt. Der Rechtfertigung dieses Vorgehens dient das Argument, auf diese Weise hätte man sie unter Kontrolle. Dem „Vorteil“ steht gegenüber, dass die Tätigkeit dieser „Nationalen“ öffentlich legalisiert wird, sie einen Treff- und Anziehungspunkt erhalten, für sie kommunale Mittel aufgewendet werden und zu alledem eine Begegnungsstätte geschaffen ist, an der sich gelegentlich auch Gleichgesinnte aus dem benachbarten Polen und Tschechien einfinden können. Denn tatsächlich geschieht am Orte offenbar nichts, was dazu dienen könnte, diesen Zusammenschluss zu beeinflussen.[137]

Hart umstritten sind auch Ansatz und Methodik der Arbeit jener Streetworker, die jenseits aller politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit Gruppen junger rechtsextrem orientierter Jugendlicher gleichsam ablenkende Freizeitprogramme veranstalten, von denen eine Zurückdrängung von Aggressivität und Gewalt erhofft wird. Junge Antifaschisten sehen das als Fehlinvestition an. Auf einer ähnlichen Ebene liegt ein jüngste bekannt gewordenes „Experiment“, polizei- und justizbekannte Gewalttäter durch abenteuerliche und belehrende Erlebnisse, wie etwa auf dem Wege über eine Weltreise, mit Gesellschaft, Staat und Umgebung auszusöhnen und ihnen einen neuen Lebensansatz zu offerieren.[138] Darauf zielt auch der Innenminister mit seinem Vorschlag ein sog. Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten anzuwenden, zu dem der Schutz derjenigen gehört, die gewalttätige Gruppen verlassen wollen, aber deren Rache fürchten müssen. In die gleiche Richtung soll die nicht nur für diesen Bereich von Kriminalität bestimmte Kronzeugenregelung führen, die straffällig gewordenen Rechtsextremisten eine mildere Behandlung durch die Justiz zusichert, wenn sie weitere Straftaten verhindert.[139] Die Wiedereinführung des 1999 abgeschafften Verfahrens stößt auf Widerspruch, der ebenso auf die Verletzung verfassungsrechtlicher und anderer Prinzipien verweist wie auf die wenig überzeugenden Erfahrungen aus jüngster Zeit.[140]

Im Lande Brandenburg, wo das Jahr 2001 mit rechtsextremen Attacken in Cottbus, Potsdam und Rathenow sowie in der Ortschaft Bruel im Landkreis Parchim, mit Schändungen und Zerstörungen auf jüdischen und sowjetischen Friedhöfen begann wie es geendet hatte, will die Polizei nun die ihr bekannt gewordenen Rechtsextremen durch Hausdurchsuchungen, Beschlagnahme von Propagandamaterial und technischem Gerät, deutlich zur Schau gestellte Beobachtung, sowie zielgerichtete direkte warnende und ermahnende Ansprachen einzelner Personen usw. beeindrucken und einschüchtern. Landtagsabgeordnete verlangten, Polizeiangehörige „über die Nazizeit“ besser zu unterrichten und dazu Historiker und Zeitzeugen einzubeziehen.[141] Es zeichnet sich das Suchen und die praktische

---

137 Nach einem Bericht aus *Der Spiegel*, Nr. 2/1950, S. 44 f.

138 Neonazis werden auf Afrika-Tour geschickt. *ND*, 6./7. Januar 2001, S. 6.

139 Pläne Schilys für Aussteiger. ND, 8. Januar 2001.

140 Neuauflage der Kronzeugenregelung stößt auf Skepsis, *ND*, 9. Januar 2001, S. 2.

141 Land will Druck auf rechte Szene erhöhen. *ND*, 10. Januar 2001, S. 20. Nach dem Bericht der *Lausitzer Rundschau* vom gleichen Tage ist daran gedacht, die Polizisten auch über die Rolle der „Polizei in den Diktaturen“ zu informieren. Was immer sich mit diesem Vorschlag an Vorstellungen und Erwartungen verbindet, es würde eine ernst gemeinte Beschäftigung mit dem Thema auch zur kritischen Durchsicht jener Erfahrungen führen, die von Staatssicherheit und Polizei in der DDR während der achtziger Jahre bei der Bekämpfung einer allerdings relativ kleinen Zahl von Skinheads gemacht worden sind und von denen keineswegs alle in einem parlamentarisch-verfassten Staat unbeachtet bleiben müssten. Das gilt insbesondere für den Bereich der präventiven Maßnahmen. S. dazu die im Anhang der Veröffentlichung Walter Süß, *Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS*, a. a. O., abgedruckten Dokumente (S. 100 ff.).

Erprobung von Gegenstrategien in zwei Richtungen ab, von denen die eine direkt auf die Rechtsextremisten zielt, die andere ihnen den Zulauf sperren will, in dem sie sich an diejenigen wendet, die als deren Reservoir angesehen werden. In der zweiten Richtung kommt den allgemeinbildenden Schulen gewiss eine Schlüsselrolle zu. Nur ist es mit ministeriell verordneten Sonderstunden, Kampagnen also, auch hier und hier am wenigsten getan. Die Bröndby-Oberschule in Berlin-Lankwitz hatte sich im Programm, das sie anlässlich ihres 25jährigen Bestehens veranstaltete, auch Politiker eingeladen, die sich den Schülern zu einer Debatte über „Gewalt und Terror von Rechtsextremisten" stellten. Im naiv-phrasenhaft formulierten Satz einer Lehrerin hieß es über deren Verlauf: „Die Ursachen für den Rechtsextremismus konnten die Politiker nicht richtig erklären – hier haben sie noch etwas aufzuarbeiten."[142] Als handle es sich hier um ein intellektuelles Versäumnis und nicht um das Verhalten von Politikern, die sich der Wirklichkeit der Gesellschaft nicht konfrontieren und nicht in den Spiegel schauen wollen.

Indessen bleibt die Erkenntnis der Ursachen eine zentrale Aufgabe, ohne die viele Unternehmen einfach ins Leere gehen oder nur einen sehr begrenzten Erfolg eintragen. Nun lassen sich auch in den Reihen der Linken, denen eine gewisse Fähigkeit der Gesellschaftsanalyse zugesprochen wird, Interpretationen antreffen, die wenig besagen und sich als Folge des Abrückens oder Verwässerns der Marxschen Kapitalismuskritik erkennen lassen, an deren Stelle ein zunehmendes Jonglieren mit den buntschillernden Begriffen „Moderne" und „Modernisierung" getreten ist. In der klugen Rede, die der wenige Tage später tragisch ums Leben gekommene Michael Schumann auf einer Tagung „Wegsuche in das 21. Jahrhundert. Für Gerechtigkeit, Toleranz und Weltoffenheit – der extremen Rechten kein Feld überlassend" in Frankfurt/O. hielt[143], werden „tiefgreifende Modernisierungsprozesse, deren Subjekte riesige wirtschaftliche Machtgruppierungen sind" für das Entstehen des „Resonanzbodens für Rechtsextremismus" verantwortlich gemacht. Dessen Hervortreten sei Revolte „gegen gesellschafts- und gemeinschaftszerstörende Tendenzen kapitalistischer Modernisierung", brächten doch die „modernen Entwicklungserfordernisse" Anforderungen hervor, die „von immer mehr Menschen als nicht mehr zu bewältigende Zumutungen empfunden werden." Man muss keine Neigung zum Silbenstecher besitzen, um zu erkennen, dass in dieser Analyse die „Moderne" den Kapitalismus gleichsam hoch überwölbt und ihn sprachlich soweit verdrängt hat, dass „kapitalistisch" nur noch als eine zusätzliche Charakteristik und Präzisierung der Moderne gebraucht wird. Schumanns Fazit: Da der Boden für Rechtsextremismus als „Reaktion auf ein gesellschaftliches und politisches Regulierungsdefizit" entstehe, müsse Regulierung erfolgen und zwar einem anderen als dem neoliberalen Weltbild folgend. Für dieses Bild existiert in der Analyse kein Name, notwendig sei „eine umfassende gesellschaftspolitische Kurskorrektur". Das meint sicher mehr als dasjenige, was die von sozialdemokratischen Politikern geführte Regierung für notwendig hält.

Nun also ruft der Staat laut nach den Bürgern und heißt sie, ihr Gewissen aufstehen zu lassen. Die Politiker geizen nicht mit Sprüchen und Losungen. Der Bundesinnenminister fordert einen solchen Aufstand jeden Tag. Eine Polizeipräsidentin verlangt mehr Bürgermut.[144] Nicht wenige Bürger rufen ihrerseits nach dem Staat, manche vor allem nach Polizei und Justiz, von denen sie Abhilfe erhoffen und verlangen. Geschwollene, beschwörend klingende Formulierungen wie die von der „Selbstverteidigung der bürgerschaftlichen Demokratie" werden in Umlauf gebracht. In den Rufen vermischen sich Vorsatz und Ratlosigkeit, Entschlossenheit und Zaudern, Programmatik und Beliebigkeit, Erfahrung und Hilflosigkeit, Konsequenz und Halbherzigkeit. Indessen scheint so etwas wie ein bisher nie zustande gekommener Zusammenschluss von politisch unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Kräften zu erfolgen. Sein Dokument war der Aufruf zu einer Demonstration am 9. November 2000. Wer das

---

142 Jugendliche diskutieren mit Politkern über Rechtsextremismus. *blz*, *Zeitschrift der GEW Berlin*, Nr. 1/2001, S. 26.

143 Auch die NSDAP startete einst als parlamentarischer Außenseiter. *ND*, 23. November 2000, S. 16. Dort die folgenden Zitate

144 Das tat zu Jahresanfang die in der brandenburgischen Stadt Eberswalde, die einen Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten bildet. ND, 3. Januar 2001, S. 5. Gleichzeitig beklagte sie die Finanzierungskonzepte der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit, die den armen Kommunen zu viel zumuten würden.

begrüßenswerte Vorhaben und dessen Aussichten bewerten wollte, täte gut, die Interessen unter die Lupe zu nehmen, die ihm zugrunde liegen.

Mancher erinnert sich wohl noch, dass als das erste Datum eines solchen Hervortretens der 27. Januar 2001 genannt worden war, was nicht sogleich einen Aufschrei zeitigte, der hätte lauten können: Wieviel Zeit haben wir eigentlich in dieser Sache! Nun also war es der mit geschichtlichen Erinnerungen beladene 9. November als ein vorgezogenes Datum, – eine Anerkennung von Dringlichkeit und zugleich eine Bezugnahme, die auf Antisemitismus und Judenmord in der deutschen Geschichte verweist. Der Tag war gut gewählt und – wie der 27. Januar – doch eindeutig mit Ritualen behaftet, ein Thema, das gerade im Hinblick auf den DDR-Antifaschismus strapaziert worden war. Das weckte oder erneuerte die Erfahrung, nicht der Bürger solle bestimmen, wann er in Aktion tritt. So machte nicht ein außergewöhnliches Datum das Außergewöhnliche der Situation klar, sondern ein Tag, der schon seit längerem für derlei Demonstration bestimmt worden war. Das spricht nicht gegen das Engagement für die Aktion, gehört aber zu ihrer Abwägung.

Und weiter: Die Erstunterzeichner des Aufrufs waren nicht alle sofort zur Stelle, manche mussten zum Tische, da sie ihre Unterschrift leisteten, gleichsam erst getragen werden. Sie haben ehrlicherweise, möchte man ihnen zubilligen, offen gesagt, dass ihnen dieser Stil des Demonstrierens nicht passt, dann aber doch ihre Bedenken zurückgestellt. Warum? Weil sie nicht als diejenigen dastehen mochten, die zumindest in ein Zwielicht geraten mussten. Und warum wollten sie das nicht? Weil sie – nun ist von den Verbänden der großen Wirtschaft die Rede – längst gelernt haben, dass innenpolitische Zustände ihre Geschäftsinteressen zu schädigen vermögen und zwar nachhaltig. Solche Erfahrungen rühren schon aus der Weimarer Republik her, als die Distanzierung von den militanten Gegnern des Versailler Vertrages notwendig zu sein schien. Sie entstammen auch den Jahren der faschistischen Herrschaft, als die beabsichtigte Enteignung der Juden mehrmals aufgeschoben und die entsprechenden Maßnahmen modifiziert wurden. Und jüngst erst war im Zusammenhang mit den Forderungen nach Zahlung an Zwangsarbeiter deutschen Konzernen und anderen Großfirmen bedeutet worden, dass ihre Exportgeschäfte leiden könnten, wenn sie sich nicht zu dem längst überfälligen Schritt bequemen würden. Also: In einem Augenblick, da Führungskräfte in der deutschen Politik und Wirtschaft ein Europa nach ihren Interessen zu gestalten wünschen, passt die Kette der Toten und Verletzten, passen die geschändeten Synagogen und Friedhöfe nicht ins Konzept. Den Spätgekommenen geht es nicht um Moral, nicht um Anstand, sondern um ihre Politik und um ihre Geschäfte.

Dass also Heuchelei und Kalkül im Spiel sind, muss dennoch nicht bedeuten, dass dieser Zusammenschluss als eine Missgeburt anzusehen ist, und als eine Initiative, die nicht mehr bewirkt, als dass sie das „saubere Deutschland“ einzig für ein paar Stunden und für die Augen des Auslandes ins Fernsehbild setzt. Wenn der Tag aber das nicht hinterlassen sollte, dann war und ist gefordert, dass alle Beteiligten beim Wort, beim Einfluss, bei ihren materiellen und finanziellen Möglichkeiten genommen werden, also auf das errichtete und gegebene Signal auch die Fahrt folgt – ein allerdings zweifelhaftes Bild, denn die Schienen sind nicht verlegt und ein Fahrplan fehlt, denn ein von breiten staatlichen und außerstaatlichen Kräften vereinbarte und getragene Gegenstrategie, welche die unterschiedlichsten Programme und Initiativen des Kampfes gegen den Rechtsextremismus umfassen und für sie Platz lassen kann, existiert bisher nicht. Man sehe sich nur den tastenden und umstrittenen Schritt an, der zu einem Verbot der NPD hinführen soll. Es muss insbesondere auch die Janusköpfigkeit der Regierungspolitik ans Licht der Kritik, die zum einen zum Aufstand des Gewissens bläst und gleichzeitig eine Asylpolitik und „Abschiebepraxis“ betreibt, die von den verschiedensten deutschen und internationalen Menschenrechtsorganisationen beklagt und attackiert wird, weil sie Asylsuchende in jämmerlichen und diskriminierenden Verhältnissen leben lässt, abgewiesene und zur Deportation bestimmte Menschen in den Haftanstalten zum Selbstmord treibt, und dieses Vorgehen jedenfalls Parolen und Forderungen der Rechtsextremen ideologisch begünstigt. Mehr noch tun jene den Rechtsextremisten mindestens verwandten Angehörigen der Polizei, die bei Verhaftungen von Ausländern brutale, der Situation keineswegs angemessen Gewalt anwenden.

Seit die Berliner Demonstration am 9. November 2000 und mehrere vorangehende und folgende in anderen Städten die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Auseinanderset-

zung mit dem Rechtsextremismus lenkten, Bundespräsident und Bundeskanzler, nahezu die gesamte Staatsprominenz und Führer der Opposition sich dabei in Szene setzten, wird auch in Kreisen, die sich vorher kaum um das Thema scherten, ein eigener Beitrag überlegt. Unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern soll im Lande ein „Preis für Zivilcourage" an Personen verliehen werden, die bei der Verhinderung oder Aufklärung von „extremistischer" Gewalt sich hervorgetan haben. Die Stifter dieses Preises sind Unternehmer und ihre Verbände, die auch eine „Plakataktion" in öffentlichen Verkehrsmitteln finanzieren wollen, die dort zur „Zivilcourage" aufruft.[145] Natürlich lässt sich nicht von der Hand weisen, dass hier die Autofahrer die Benutzer von Bahn und Bus aufrufen, mutig zu sein. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) veranstaltet eine Ausstellung, die auf überragende Leistungen ausländischer Studenten hinweist, die in Deutschland studieren. Wer aber kann glauben, dass diejenigen, die sich an Ausländern vergehen, sich für deren Verdienste auch nur interessieren, geschweige, dass sie daraus Schlüsse zu ziehen bereit wären? Was wäre erreicht, wenn Stadtreinigungsbetriebe in einer ähnlichen Aktion darauf verwiesen, welches Verdienst ihre nichtdeutschen Arbeiter um die Sauberkeit von Straßen und Plätzen besitzen? Würden die Rechtsextremen nicht darauf verweisen, dass sie die Vorkämpfer für „deutsche Sauberkeit" gegen dreckige „Zecken" und Ausländer sind?

Gewiss: Es mangelt nicht an ernsthaften Ideen und prüfungswerten Vorschlägen künftigen Vorgehens und auch an praktischen Erfahrungen fehlt es nicht. Täglich unternehmen die verschiedensten Gruppen, Kreise, Zirkel und Organisationen, was sie für richtig halten und ausrichten können, um den Rechtsextremismus einzudämmen, Ausländer zu schützen, Opfern beizustehen. Tausende Menschen, vornehmlich aus den Kreisen der von den einen misstrauisch beobachteten, von anderen verachteten Linken, engagieren sich in allen Teilen des Staatsgebietes und nicht erst seit dem Spätsommer. Sie verwenden darauf ihre Freizeit und setzen ihre Mittel ein. Und sie taten das früher – wiederholt der Panikmache und unlauterer politischer Absichten bezichtigt – als diejenigen, die jetzt aus den Oberklassen und der politischen Kaste sich ihnen beigesellt haben, sich im bildlichen Wortsinn an die Spitze der Bewegung setzten und ihr Reden, Handeln und Unterlassen zu diktieren wünschen.

In den letzten Wochen haben sich die verschiedensten Personen und Institutionen mit alten und neuen Ideen zum Kampf gegen den Rechtsextremismus gemeldet oder hervorgetan. Soweit sie von Politikern der aktuellen oder gewesenen Regierungsparteien kommen, stehen in ihrem Zentrum stehen Maßnahmen der Justiz, der Polizei und des Bildungswesens. Der Brandenburgische Bildungsminister will die Unkenntnis von Jugendlichen über den Völkermord beheben, künftig verhindern, dass die Beschäftigung mit derlei Themen in Schulen einfach „abgewählt" werden kann und setzt auf eine verbindlich zu absolvierende „Holocaust Education".[146] Kommunalbeamten und Übungsleitern von Sportvereinen bietet – vom Bildungsministerium unterstützt – eine „Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung" eine Handreichung an, die ihnen zu richtigen Reaktionen helfen soll, wenn sie sich mit fremdenfeindlichen Verhalten konfrontiert sehen.[147] Der Berliner Landesparteitag der SPD wieder hat ein ganzes Programm gegen den Rechts-Extremismus beschlossen, das „Prävention und Wertevermittlung" verstärken, die Jugendarbeit besser unterstützen, den Schulsenator dafür finanziell kräftiger ausstatten will und im Einzelnen vorschlägt, 250.000 DM zusätzlich für Gedenkstättenfahrten Jugendlicher bereit zu stellen.[148] Im Unternehmen EKO Stahl AG in Eisenhüttenstadt, wo der Grundsatz angewendet wird, Gewalttätern einen Ausbildungsplatz zu verweigern, wurde ein Jugendtag genutzt, mit 300 Auszubildenden zu diskutieren, werden Ausbilder auf Betriebskosten im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenhass geschult, wurde ein Kulturfest unter der Devise „Musik statt Gewalt – Gesang statt Fremdenhass" veranstaltet und der Stadt eine Mehrzweckhalle geschenkt, die auch Möglichkeiten zur Gestaltung der Freizeit von Jugendlichen bieten soll.[149]

---

145 Unternehmer fördern private Courage. *ND*, 16./17. Dezember 2000, S. 5.

146 Rechte Gewalt kostete 19 Menschenleben. *ND*, 24. November 2000, S. 20.

147 Verhaltenstraining gegen Rassismus, *ND*, 21. November 2000, S. 20.

148 SPD beschließt Programm gegen Rechtsextremismus. *ND*, 20. November 2000, S. 13.

149 Soziale Antworten auf rechte Tendenzen, *ND*, 20. November 2000. S. 3.

Soweit es um staatliche Maßnahmen geht, ergab sich die Frage, wohin die für die aufzuwendenden Gelder zu lenken sind, zur Verwirklichung von neuaufgelegten Sonderprogrammen oder zur Unterstützung der Arbeit bewährter sog. freier Träger vor Ort[150], die mitunter absichtsvoll kurzgehalten oder auch kaputt gemacht werden, weil deren positive politische Richtung Geldverwaltern und -verteilern in Ministerien und Senaten nicht genehm ist. Die Innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke, setzte sich, frühere Forderungen der Gewerkschaft der Polizei aufnehmend, dafür ein, durch eine Ergänzung des Grundgesetzes stärker als im Artikel 139 zu verdeutlichen, dass jede Form der geistigen Wiederbelebung des Nazismus verboten sei.[151] Sie bekräftigte die Forderung, die Mittel für Aufklärungsprogramme gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erheblich auszuweiten.[152] An diese Forderung muss sich freilich nach aller Erfahrung eine weitere anschließen: die nach der Mitbestimmung über ihre Verwendung. Wenn sie geschieht wie im Falle der Wanderausstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die in Weimar, Leipzig und (Ost-)Berlin, dort in der Aula einer Grundschule, gezeigt wurde, ihren Weg also in den Neuen Bundesländern begann – Köln und Kiel sollen folgen –, dann verbindet sich „Aufklärung“ gegen rechts durch dieses (das ist eine Selbstkennzeichnung) „Frühwarnsystem der Freiheit“, mit der Diffamierung der Linken. Die Warnungen, die darin auf den Nenner „rot gleich braun“ und in Wort und Bild gesetzt werden, gelten Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus, Linksextremisten, der DKP, der PDS, der PKK, der RAF, den Autonomen in bunter Mischung mit Neonazis, Skinheads usw. Erich Honeckers Bild ist in der Nachbarschaft eines Pappmaché-Goebbels gerückt, Fidel Castro und Che Guevara werden mit Gewehren als Gewalttäter vorgeführt. Auf dem Umschlag der Ausstellungsbroschüre sind eine nach den Vorschriften des Islam gekleidete Frau mit Kalaschnikow, ein Neonazi mit Drohgebärde und randalierende Autonome vereint. Es gäbe, heißt es in einem Zeitungsbericht, in dieser ganzen Ausstellung kein Bild davon, was Rechtsextremisten in Deutschland inzwischen angerichtet haben, weder eines von den menschlichen Opfern, noch eines von den Zerstörungen beispielsweise auf jüdischen Friedhöfen.[153]

6. Rollen, die verteilt werden müssen

Seit die Eindämmung des Rechtsextremismus als eine ernst zu nehmende Aufgabe auch von denen angenommen wird, die sie bisher im doppelten Sinne nicht wahrnehmen wollten, ertönen laut Rufe danach, weitgehend verloren gegangenen Werte, Gebote, Normen im Denken und Verhalten der Menschen wieder Platz zu schaffen und dadurch gleichsam die Gesellschaft zu heilen. Herbeigerufen wird Johann Wolfgang von Goethe mit seinem Appell, sich edel, hilfreich und gut zu verhalten, und Immanuel Kant mit seinem kategorischen Imperativ. Humanistische Grundsätze müssten von Kindesbeinen an wieder in den Elternhäusern vorgelebt und anerzogen werden. Da äußert sich der Glaube, das allgemeine Bewusstsein und die Moral der Massen könnten sich turmhoch über die soziale Wirklichkeit erheben und sie korrigieren. Da spricht sich die Hoffnung aus, dem allgegenwärtigen „Bereichert Euch“ ließe sich mit dem Gebot „Tue Gutes“ begegnen. Nun existiert seit eh und je zwischen menschenfeindlichen sozialen Zuständen und dem Verhalten der Individuen kein Automatismus, keine absolute Abhängigkeit, der nicht zu entkommen wäre. Wie sonst hätten Minderheiten in Gesellschaften dem durch Individualismus und Egoismus geprägten Hauptstrom des Denkens und Verhaltens Widerstand entgegensetzen können? Nur vermochten diese Minderheiten in der Geschichte niemals auf dem Wege von Beispiel, Lehre und Ermahnung vorherrschend zu werden. Nichtsdestoweniger: in Grenzen waren sie imstande bessernden Einfluss auszuüben, und das spricht

---

150 Soziale Antworten auf rechte Tendenzen, *ND*, 20. November 2000. S. 3.

151 Die PDS-Fraktion des Deutschen Bundestages hat vorgeschlagen, den Artikel 26, Abs, 1 des Grundgesetzes durch eine Hinzufügung zu ergänzen, die Versuche, „nationalsozialistisches Gedankengut wiederzubeleben“, ausdrücklich für verfassungswidrig erklärt. S. Stoppschild ins Grundgesetz, *ND*, 25. Januar 2001.

152 NPD erfüllt klar Kriterien für Verbot. *ND*, 16. November 2000, S. 4.

153 Till Meyer, Geschichtsloser Gemischtwarenladen, *junge Welt*, 16. November 2000, S. 5. Das Motto der Ausstellung lautet „Es betrifft Dich! Demokratie schützen – Gegen Extremismus in Deutschland“. So auch der Titel der Broschüre zur Ausstellung vom April 2000. Dass die PDS in die Nähe der Linksextremisten gerückt wird, begründen die Autoren der Ausstellung unter anderem mit dem Satz: „Des Weiteren pflegt sich intensive Kontakte zu ausländischen kommunistischen Parteien.“ Broschüre, S. 16.

dafür, diese Traditionen des Humanismus, der Solidarität, des Internationalismus aufzunehmen, anstatt sie weiter verkümmern zu lassen oder sie als bloße soziale Flickschusterei abzutun, die der Gesellschaft – das ist freilich ein unvermeidliches Nebenprodukt – einzig Schminke auflegt. Die Linke hat Samaritertum selbst geübt, es freilich stets noch mit der Forderung verbunden, es nicht bei aktueller Hilfe für Verfolgte und Arme zu belassen, sondern die Verfolgungen und die Armut abzuschaffen. Viele, die an diese Möglichkeit geglaubt haben, tun das heute nicht mehr. Weniger Reden jedoch neue Erfahrungen könnten das Vordringen von Resignation stoppen und einen neuen historischen Optimismus verbreiten. Es gilt, dass die Propagierung humanistischer Werte und die Betätigung von Mitmenschlichkeit – nicht zu verwechseln mit ihrer fortgesetzten Anrufung in Staatsreden – einen Bestandteil des Kampfes gegen den Rechtsextremismus und seine Folgen bildet. Aktionen wie die in Brandenburg und Berlin ins Werk gesetzte unter der Devise „Noteingang", die auf Schutzräume vor rassistischen Übergriffen verweisen, sind aufs Ganze gesehen kleine Mosaiksteine, aber unentbehrlich gewordene.[154] Die Aktion fand in Halle/Saale Nachahmer, wo vor Geschäfts- und Gaststättentüren Aufkleber in deutscher, englischer, französischer Sprache angebracht wurden, die besagen „Wir bieten Schutz und Information bei rassistischen und faschistischen Übergriffen." Der Landtagsfraktionsvorsitzende der CDU erblickte darin für die Stadt einen Image-Schaden, da der Eindruck erweckt werden, es herrschten in ihre „bürgerkriegsähnliche Zustände".[155]

Allerdings gibt es inzwischen kaum eine Aktion in der zur Kampagne gewordenen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, die nicht auch Trittbrettfahrer erhält, die in ihr nicht eigennützige Interessen verfolgen würde. Sinnfällig wurde das kürzlich in Bremerhaven, wo sich die dort im Lokalparlament vertretene DVU-Fraktion am Aufruf zur Bildung einer Lichterkette beteiligte, was ihr freilich erst durch dessen politische Zahnlosigkeit – er enthielt nicht einmal den Begriff Rechtsextremismus – erleichtert oder möglich gemacht wurde. (Es nahmen an der Kundgebung dann 30.000 Menschen teil und das war ein im Verhältnis zur Einwohnerschaft noch größeres Aufgebot, als aus gleichem Anlass sich in Berlin versammelte.) Weniger sinnfällig ist hingegen, wie die erwähnte Diskussion über die Verbreitung und Durchsetzung humanistischer Werte genutzt wird, um auf diesem Wege konservative, gemeinhin als Tugenden bezeichnete Normen in die Gesellschaft zu schmuggeln. Das Preußenjahr 2001, diesmal veranstaltet aus Anlass der vor 300 Jahren erfolgten Erhebung des Staates zum Königreich, bietet dazu willkommenen Anlass. In gewiss guter Absicht verlangte es in diesem Zusammenhang kürzlich auch einen früheren Kulturminister der DDR nach der Neubesichtigung dieser Tugenden, die er mit dem Bild einer Blüte verbindet, aus der freilich stets Berechtigte und Unberechtigte sich Nektar saugend bedienen würden. In den Anfängen Preußens, auf die mit dem Jubiläum Bezug genommen wird, und bis hin zu König Friedrich II. hätten da die tugendhaften Grundsätze – Toleranz, Gemeinsinn, Bescheidenheit, Tapferkeit werden aufgezählt – gegolten, von denen „aber leider" dann in „unsäglichen Zeiten" tatsächlich „abgewichen" wurde.[156]

Darauf folgt unter falscher Berufung auf den Königsberger Philosophen eine Eloge auf die Pflichterfüllung, der weder Inhalt noch Ziel zugeordnet wird. Da äußerte sich der bei dem Griff nach dem Amt des USA-Präsidenten eben gescheiterte Al Gore, bevor er noch Clintons Vizepräsident geworden war, in seinem 1992 erschienenem Buch „Wege zum Gleichgewicht, Ein Marschallplan für die Erde", ungleich konkreter und bestimmter: „Wir haben uns so weit von jeglichem Pflichtgefühl entfernt, dass es schwierig geworden ist, dagegen eine angemessene Rechtfertigung von Gemeinschaftsinteressen und nationalen Interessen aufzubieten – ganz zu schweigen von den Rechten der ganzen Menschheit und der Nachwelt."[157] Daran wird hier erinnert, weil die Aussage auch einen Fingerzeig für die Auseinandersetzung mit dem von nationalistischem Egoismus gekennzeichneten Programm der Rechtsextremisten gibt. Dessen Verfechtern sollten die realen Weltprobleme entgegengehalten werden, die dramatischen Entwicklungen, vor denen die jetzt heranwachsenden Generationen stehen werden, und auf die (nicht nur) die Führer von NPD, DVU, Republikanern und all der „nationalen"

---

154 Kleiner Mosaikstein. *junge Welt*, 25./26. November 2000, S. 4.

155 Nur die CDU bleibt beim „Notausgang" vor der Tür. *ND*, 10. Januar 2001, S. 5.

156 Hans Bentzien, Die Tugend, die zum Teufel ging. *ND*, 23./24. Dezember 2000, S. 25.

157 Zitiert bei Harry Nick, Wie ein Frosch im heißen Wasser. *ND*, 8. Dezember 2000, S. 15.

Fronten, Stoßtrupps, Kräfte, Fähnlein etc. keine einzige Antwort wissen außer eben der einen: Deutsche! Lebt reich auf Kosten der anderen. Das war schon die Devise der Hitlerleute, und deshalb ist selbst das „Neo“ vor dem Namen Nazis im Kern eine Irreführung. Und was das Preußenjubiläum anlangt: Notwendig wäre im erneuten Gedenkjahr, mit dem sich wiederum ideologische wie kommerzielle Interessen verbinden, darauf hinzuweisen, dass sich die Führer der Rechtsextremisten besagte Tugenden, insbesondere deren Rolle in der Geschichte des Deutschen Reiches von 1871 bis 1945 verschweigend, auf ihr Panier schreiben und sich wie schon ihre Vorgänger als die „saubere“ Bewegung gegen eine „schmutzige“ Welt darstellen, sich als die Sparsamen gegen die Verschwender anbieten usw. Wenn nicht von den Beweggründen gesprochen wird, um derentwillen die Betätigung von Tugenden aufgerufen wird – eine Reklameschrift, die im Preußenjahr 2001 für den Besuch des entsprechend eingerichteten „Schauplatz Museum“ wirbt, zählt auf: Sparsamkeit, Schlichtheit, Toleranz, Selbstdisziplin, Verantwortungsgefühl, Ordnung, Pünktlichkeit, Leistungs- und Opferbereitschaft, Treue und vor alledem als ausdrücklich hervorgehobene Höchstwerte Pflichtgefühl, Härte gegen sich und Anstand – dann werden nicht nur Erzkonservative, sondern nicht als die Letzten gerade die Rechtsextremen Nutznießer solcher Art von Tugend-Propaganda sein. Notwendig wäre, darüber zu reden, wie in der Geschichte Preußens Untertanen gemacht wurden, eigene und fremde, die stets nach der Obrigkeit schielten und sich ihr lebenslang unterwarfen. Indessen gewinnt schon bei Beginn dieses Preußenjahres die Frage, wer von dem Tugenderbe den rechten Gebrauch mache, groteske Formen. In einer Zeitung war zu lesen: „Einem Preußen wie Jörg Schönbohm ist es zuzutrauen, dass er der rechtsextremen Gewalt entschlossen entgegentritt.“[158] Aus diesem Kommentar schaut vor allem jene borussische Geschichtsauffassung heraus, der zufolge alle wesentlichen Fragen im Staate, seien es die der Innen- oder der Außenpolitik – durch große und entschlossene Männer, in diesem Falle einem General a. D., Minister und CDU-Politiker gelöst werden. Am meisten umstritten ist die von autonomen Linken seit Jahren praktizierte Methode, den Rechtsextremisten auf deren Propagandamärschen die Straße streitig zu machen, was immer wieder zu Konfrontationen mit der Polizei führte, die diese legalen Demonstrationen schützt. Über die Methode, immer dann auf die Straße zu gehen, wenn die Gegner das taten und sich mit ihnen ins Handgemenge zu stürzen, lässt sich mit Gründen streiten. Nun aber, am letzten Novemberwochenende, hat in Berlin und in München diese Auseinandersetzung eine neue Färbung erhalten. Zum einen stellten sich einem wiederum zugelassenen Aufzug der NPD in der Hauptstadt Menschen entgegen, die es nicht bei dem wenige Wochen vorher anberaumten Bekenntnis belassen wollten und die diesmal nicht aus höchstem Staatsmund gerufen waren (etwa 3000, von denen manche mit Bezug auf den 9. November auch fragten, wo die fehlenden 197.000 denn geblieben seien). Die Polizei hatte es zum wenigsten mit Vermummten zu tun. Angesichts dieser Konfrontation scheiterte sie bei dem Versuch, den Rechtsextremen die Straße freizumachen. Deren Zug mußte umgeleitet, dann abgebrochen und die Teilnehmerschaft zu S-Bahnhöfen geleitet werden. Zum anderen ergab sich die paradoxe Situation des Polizeieinsatzes zur Gewährleistung der Demonstrationsfreiheit der NPD und des gleichzeitigen öffentlichen Aufrufes des Bundestagspräsidenten, des laut Protokoll zweiten Mannes im Staate, der von den Bürgern verlangte, in ihren Städten keine Aufmärsche der Rechtsextremen zu dulden. Das ergab eine merkwürdige Rollenverteilung. Jedoch stellte der Verlauf von Demonstration und Gegendemonstration in Berlin eher eine Ausnahme dar. An anderen Orten, so geschehen – wie erwähnt – in Dortmund am 16. Dezember 2000 und dann in kleinerem Maßstab auch in Greifswald[159] am 14. Januar 2001, richtete die zum Schutze der aufmarschierenden Rechtsextremen eingesetzte Polizei ihre Kräfte wiederum gegen diejenigen, die ihren Protest gegen das legalisierte Hervortreten von Antidemokraten und Fremdenfeinden ausdrückten, kesselte sie ein, schritt zu Festnahmen und Personalfeststellungen, deren Effekt – beabsichtigt oder nicht – die Einschüchterung antifaschistisch gesinnter Menschen ist. Ein Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz hebt derartiges Vorgehen als beabsichtigten Erfolg so hervor: „Das eigentliche Ziel (der Gegendemonstranten – K. P.) Aufmärsche von Rechtsextremisten zu

---

158 Preußische Tugend. *Die Welt*, 19. Januar 2001.

159 War das Vorgehen der Polizei brutal? *ND*, 16. Januar 2001, S. 5.

verhindern, wurde wegen massiver Polizeieinsätze nur selten erreicht.“[160] Nach wie vor ergehen auch Aufrufe, man solle die Rechtsextremisten bei ihren öffentlichen Auftritten unbeachtet und unter sich lassen. Darin äußert sich keineswegs nur, dass die Polizei den Rechtsextremen zu den Rechten verhilft, die ihnen die Verfassung einräumt, sondern ebenso die Wirkung einer über Jahrzehnte ausgeprägten Denkweise und der mit ihr einhergehenden eingeübten Praxis, die in den „Linken“ immer den Hauptfeind gesehen hat und das auch in allen demokratischen Unterweisungen so lehrte.[161]

Müssen die Aktivisten der anti-rechtsextremistischen Bestrebungen, die seit Jahren ihre Erfahrungen sammeln, nicht intensiver darüber reden, woran es liegt, dass alle Anstrengungen bisher so wenig fruchten? Die gesellschaftlichen Erscheinungen, die sie bekämpfen, haben zu- nicht abgenommen. Doktern sie, das ist keine Missachtung des Einsatzes, nicht hauptsächlich an Symptomen herum? Müssen sie ihre Aktivitäten nicht bis zu einem gewissen Grad korrigieren und diejenigen, die über ganz andere Kräfte und Mächte gebieten, dahin drängen, die ihren auch einzusetzen, zumal sie das ja neuerdings lauthals versprechen? Anders ausgedrückt: Der Kampf gegen den Rechtsextremismus muss als Auseinandersetzung mit einer Erscheinung geführt werden, die von dieser Gesellschaft hervorgebracht wurde und von ihr bis auf den heutigen Tag genährt wird, die nicht irgendwie via Irrtum, Zufall oder eben via DDR in diese Zustände hineingeraten ist und folglich nicht aus ihr herausgebracht werden kann, ohne dass diese gesellschaftlichen Verhältnisse selbst verändert werden, ohne dass sich Politiker korrigieren müssten. Wiewohl sich in dieser Gesellschaft, obwohl sie das verdiente, das Unterste nicht zu Oberst kehren lässt, verlangt doch allein der Kampf gegen den Rechtsextremismus, das über sie Klartext geredet wird, denn wie sonst soll überhaupt mit einem von den Demagogen umworbenen Jungen oder Mädchen ein offenes und neuorientierendes Gespräch zustande kommen, wenn der verführerischen, im Grunde harmlosen und nur für umstürzend gehaltenen Gesellschafts- und Staatskritik nicht eine zu den Wurzeln führende, von humanistischen Grundsätzen geleitete Kritik entgegengesetzt wird?

Am Beginn jeder Verständigung muss das Aussprechen dessen stehen, was existiert. Noch einmal dazu Al Gore: „Wir treffen jeden Tag Milliarden von wirtschaftlichen Entscheidungen und die Folgen bringen uns unaufhaltsam an den Rand der ökologischen Katastrophe.“ Wir, das meint doch wohl die Herrschenden und Regierenden des kapitalistischen Systems, sind nicht einmal bereit, „die Vergiftung unseres Wassers, die Verschmutzung unserer Luft, die alljährliche Vernichtung von Zehntausenden von Tier- und Pflanzenarten auch nur zur Kenntnis zu nehmen.“[162] In manchen Diskussionen wie jüngst, als ein Berliner Zusammenschluss sich auf die Suche nach einer Strategie seines Vorgehens begab, wird „der Spagat zwischen kleinen Schritten und Strukturveränderungen“ debattiert.[163] Dieser Spagat ist nicht dadurch zu vermeiden, dass von den Strukturen, deren Herkunft, Tendenzen und Verteidigern nicht geredet wird.

Ein Kampf gegen den Rechtsextremismus, ohne dass von Gebrechen und Mängeln der sozialen Zustände die Rede ist, ohne ein Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gegen die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und jungen Leuten, ist weniger als halbherzig und entbehrt häufig auch der Aufrichtigkeit. Denn wie immer man die Zusammensetzung der Faktoren wählt, ihre exakte Quantifizierung ist ohnehin hin nicht möglich, die den Boden für rechtsextreme Haltungen und Untaten abgeben, von der Arbeits- und der mit ihr häufig einhergehenden Perspektivlosigkeit kann nicht abstrahiert werden. Was sollen sich ein Arbeit suchender Jugendlicher oder junger Mann oder eine junge Frau denken, wenn sie dieser Tage erfahren, dass die Senkung der amtlichen Arbeitslosenziffer im Oktober 2000 auf 3.611.000 Personen (das bedeutet eine Arbeitslosenrate von 8,9 Prozent, die

---

160 Zitiert bei Rosemarie Müller-Streisand, Der Feind steht links. Was der Verfassungsschutzbericht über den Zustand der Republik verrät, *junge Welt*, 16. Januar 2001, S. 11.

161 Beispielsweise auch in denen der Bundeszentrale für Politische Bildung, wo in dem von Wolfgang W. Mikel herausgegebenen Handlexikon zur Politikwissenschaft zunächst der Linksextremismus abgehandelt und durch die dort angeführte Zahl seiner Anhänger der Eindruck erweckt wird, dass von ihm vor allem Gefahr drohe. A. a. O., S. 135.

162 Zitiert bei Harry Nick, Wie ein Frosch im heißen Wasser. *ND*, 8. Dezember 2000, S. 15. Ebenda.

163 Neue Strategien im Kampf für Gewaltfreiheit. *ND*, 16./17. Dezember 2000, S. 5.

sich aber in 7,1 Prozent in den alten und 16,1 Prozent in den neuen Bundesländern gliedert) als ein Erfolg angesehen und gleichzeitig erklärt wird, 3,62 Mio. werde auch die Zahl für die Durchschnittsarbeitslosigkeit im Jahre 2001 sein? Was können sie sich da ausrechnen? Dabei macht erst die Spezifizierung dieser Zahlen vollends deutlich, was geschieht. In Thüringen waren Ende Oktober 2000, also in jenem Monat, in dem insgesamt eine positive Entwicklung konstatiert wurde, rund 21.000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, das waren 2500 mehr als im gleichen Monat des Jahres 1999. In Erfurt gab es über 2000 Arbeitslose dieser Alterskategorie, in Gera rund 1280.[164] Zwar wird noch immer vorwiegend im Bereich von Bildung, Wertevermittlung, Schule und Familie nach den Wurzeln des Rechtsextremismus gesucht und das Angebot für Gegenmaßnahmen auf diese Gegenstände und Felder konzentriert, doch ist der Zusammenhang von sozialer Lage und dem rechtsextremistischen Protestverhalten inzwischen so zutage getreten, dass ernsthafte Analysen notwendig vor allem von den materiellen Umstände handeln müssen. Das trifft auch auf die Äußerung des Bundestagspräsidenten zu, dass „soziale Instabilität in vielen Regionen Nährboden für Rechtsradikalismus“ sind und bleiben werden, wenn ihnen nicht auch mit einer eingreifenden staatlichen Wirtschaftspolitik begegnet wird. Inzwischen würden die beklagenswerten Zustände in Ostdeutschland auch nicht mehr als Folgen eines Übergangs anzusehen sein, sondern sie erschienen als Verhältnisse von Dauer. Um sie zu verändern wird eine „Investitionsoffensive“ verlangt, sollen „öffentliche Infrastruktur-Investitionen“ gefordert[165], also eine Regierungspolitik, die den Staat vom Bund über die Länder bis in die Kommunen, nicht aus der Wirtschaft zurückzieht, sondern sein Engagement anstrebt.

Damit ist festgestellt, dass Maßnahmen, die den Rechtsextremismus erheblich eindämmen, nicht erst als ein Ergebnis der Überwindung des Kapitalismus angesehen werden müssen. Gewiss: Diese Gesellschaft von Herrschenden und Beherrschten, von Ausbeutern und Ausgebeuteten, von Steinreichen und Bitterarmen wird, von Ausnahmezeiten abgesehen, auf Dauer sowohl mit Arbeitslosen wie mit Menschen leben, die reaktionäre Projekte für Gesellschaft und Staat anbieten und verfechten. Die Frage ist, in welchem Ausmaß beides auftritt und hingenommen wird. Diese Gesellschaft besitzt Mittel der Abwehr und der Gegenwehr. Ihre Mobilisierung hängt nach allen Erfahrungen – denken wir an die qualvollen und nicht beendeten Auseinandersetzungen um eine finanzielle Geste gegenüber den einstigen Zwangsarbeitern des Naziregimes – jedoch davon ab, ob sich in ihr Kräfte finden, die sich für eine Gegenoffensive einsetzen: im Staat (und gegebenenfalls gegen seine Dirigenten), in Parteien und anderen Organisationen (und gegebenenfalls gegen deren unwillige oder zaudernde Führer), an Arbeitsplätzen und sonst in aller Öffentlichkeit. Die Wortwendung vom „Druck machen“ gehört zu den Politslogans der Republik, die mehr im Munde geführt werden als Leitlinie gesellschaftlichen Handelns sind. Doch bei Zuständigkeit aller Bürger, die sich den demokratisch Gesinnten zuzählen, ist auch auf dem Felde der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus der Grad der Verantwortung unterschiedlich verteilt, als Folge von gesellschaftlicher Stellung, politischem und anderem Einfluss, Wissen, Erfahrung usw. Folglich muss sich mobilisierender Druck in eben jene Richtungen entwickeln, wo Macht und Einfluss sind. Der Appell „von oben“ an Oma und Opa, die in Berlin abends die S-Bahn ohnehin nur benutzen, wenn das unvermeidlich ist, und ihre Unterweisung, wie sie sich zu benehmen habe, wenn da Gewalttätige zu Werke gehen, wäre nur dumm zu nennen, stellte er nicht in Wahrheit eine Zumutung dar. Das ist keine Ablehnung der eigenen Initiative, wo immer ihr eine Erfolgschance gegeben ist. Jeder durch Solidarität vor Unheil bewahrte Ausländer, jeder geschützte Schwache ist ein Gewinn. Wie die Dinge aber insgesamt liegen, fehlt in Deutschland die „Appellrichtung“ von „unten nach oben“.

Gebraucht wird ein von gesellschaftlichen, staatlichen und privaten Teilnehmern vereinbartes und getragenes Aktionsbündnis gegen den Rechtsextremismus, mit einer deutlichen Prioritätenliste von Maßnahmen, ausgestattet mit finanziellen Mitteln, die deren Verwirklichung ermöglichen. Gebraucht wird eine Haltung, die niemanden ausgrenzt, der sich an der Arbeit – denn es handelt sich um Arbeit

---

164 Jugend auf dem Abstellgleis, *ND*, 9. November 2000, S. 10.

165 So in den Thesen Wolfgang Thierses zur Lage in den neuen Bundesländern. Auszüge s. Ostdeutschland auf der Kippe. *ND*, 17. Januar 2001, S. 5.

– beteiligen will. Gebraucht wird die Einsicht, dass es sich um dauerhafte und beharrlich zu unternehmende Anstrengungen handelt, denn was über Jahre gewachsen und mittlerweile tief verwurzelt ist, lässt sich nicht wie in der Landwirtschaft mitunter durch die einmalige Gabe eines Gegenmittels beseitigen. Gebraucht wird der permanente Erfahrungsaustausch der Mitwirkenden, denn in mancher Hinsicht wird das Vorgehen über Versuch – Irrtum – Fehlschlag – neuer Versuch verlaufen. Gebraucht wird inzwischen auch eine über Staatsgrenzen hinausgehende Aktivität und ein Vergleich von Erfahrungen, denn nach dem Urteil des BKA verfügen die deutschen Rechtsextremisten über Verbindungen zu ihresgleichen in etwa 40 Staaten.[166] Diese Forderung richtet sich beispielsweise und geographisch naheliegend an Polen, wo von antifaschistischen Jugendlichen in einer „Chronik faschistischer Umtriebe und Gewalttaten" seit 1990 50 Tote und 16.000 Überfälle, Schlägereien und ähnliche Vorkommnisse" verzeichnet wurden, zu denen die polnische Polizei eine eigene Gegenrechnung nicht vorgelegt hat. Wie in Deutschland verfügen die nazistischen Gruppen auch dort längst über internationale Verbindungen.[167]

Doch es gibt kein nahes oder fernes Nachbarland der Bundesrepublik, in dem mit Nationalismus und Rassismus in jüngster Zeit nicht schlimme und häufig blutige Erfahrungen gemacht worden wären. Die Situation in Österreich ist vor allem durch einen in dieser Intensität bisher nicht gekannten Nationalismus gekennzeichnet, der aber bereits seit der Waldheim-Affäre „ausgebrütet" wurde. Dort hat sich der alte Deutschnationalismus mit einem auf nationalistisch gewendeten konservativen Österreich-Patriotismus verbündet, materialisiert in der gegenwärtigen Regierungskoalition. Die politischen Führer der Europäischen Union (EU) haben dieser Regierung dann auch noch dadurch aufgeholfen, dass sie ihr – im Zeichen von „Antifaschismus" und „Antirassismus" – mit Boykottmaßnahmen Munition für eine chauvinistische Kampagne lieferten, die mit dem Bild vom kleinen, armen Österreich operierte, dass von einer feindlichen Umwelt umgeben sei und dass bis weit in die SPÖ hinein seine Wirkung getan hat.[168]

In Schweden, wo Regierungsstellen nicht anders als in der Bundesrepublik anfänglich marginalisierend von „Einzelaktion", einem „Streich betrunkener Jugendlicher" sprachen und die „Sicherheit des Reiches" nicht gefährdet sahen, wenn Faschisten in Aktion traten – und das taten sie 1999 durch einen Doppelmord an zwei Polizisten und danach durch einen weiteren Mord an einem linken Gewerkschafter, sowie durch Drohungen gegenüber Journalisten, Attentate auf sie verübten, auch Zeugen ihres Unwesens und ihrer Untaten unter Druck setzten, die vor Gericht schweigen sollten und dann auch geschwiegen haben – gingen die Chefredakteure der vier größten schwedischen Zeitungen zu einem Gegenangriff über und veröffentlichten unter ihrer Verantwortung einen fünfseitigen Bericht mit Namen und Fotos von 62 Neonazis in ihrem Lande samt der Schilderung von deren Rolle.[169] Auch dieses, übrigens nicht unumstrittenen Vorgehen, bildet eine Erfahrung, deren Auswertung sich über Grenzen hinweg lohnen würde.

Ein Wort ist abschließend zu einem verbreiteten Irrtum notwendig, der tagtäglich durch die Nachrichten genährt wird, die von Gewalttaten gegen Fremde berichten. Die Tätergruppen bestehen zumeist aus jungen Leuten, die den sog. unteren Volksschichten angehören und meist auch eine unter dem Durchschnitt der Bevölkerung liegende Bildung besitzen. Aus diesem Befund wird dann nicht selten auch darauf gehofft, dass eine solidere Bildung – also gewiss notwendige schulpolitische Maßnahmen – eine Austrocknung der rechtsextremen Szene bewirken könnten. Indessen lässt sich von diesen Gruppen von Gewalttätigen nicht verlässlich auf die geistige Haltung der nicht an solchen Gewalttaten Beteiligten, ja sie ablehnenden Teilen der Bevölkerung schließen. Auch Befragungen führen da nicht zu exakten Auskünften, worauf der an der Freien Universität Berlin lehrende Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer hinwies: „Es deutet vieles darauf hin, dass gebildetere Bürger in höherem Maße rechtsextreme Meinungen vertreten, als sie es in Umfragen zugeben, weil sie besser

---

166 Terrorismus-Ansätze in der Neonazi-Szene. *ND*, 23. November 2000, S. 1.

167 Neonazis sind auch ein polnisches Problem, *ND*, 3. November 2000, S. 7.

168 Unter Verwendung des Textes eines im Dezember 2000 geschriebenen Privatbriefes des österreichischen Historikers Friedel Garscha (Wien) an den Autor.

169 Neonazis am Pranger der größten Blätter. *ND*, 2. Dezember 1999.

einschätzen können, was gesellschaftlich toleriert wird. Menschen mit geringerer Bildung vertreten demgegenüber ihre rechtsextremen Meinungen offener."[170]

Das gilt auch wiederum nur mit Einschränkungen. Die Angehörigen einer schlagenden Jungburschenschaft, die sich inzwischen auch in einzelnen Städten Ostdeutschlands, so etwa in Greifswald, unter Gymnasiasten gebildet hat und aus deren Reihen früh der Nachwuchs für entsprechende Gruppen an den Universitäten und Hochschulen rekrutiert wird, machten bei ihrer Begegnung mit Journalisten der Zeitschrift *Stern* kein Hehl aus ihrer reaktionären Gesinnung. Und auch das ist ein untrügliches Zeichen für ein verändertes Klima in der deutschen Gesellschaft, in der solcher Gesinnung zwar zumeist kein Beifall gezollt wird, aber Widerwille, Widerspruch und Widerstand zu selten entgegenschlägt. Von diesem Wandel und einem Verlust an politisch-moralischer Sensibilität zeugte jüngst auch, bis der Einspruch von der „linken" Seite kam, dass in Berlin S-Bahnwagen mit einer Reklameaufschrift verkehrten, die sich der von den Nazis vielbenutzten Parole „Gelobt sei, was hart macht" bediente.[171] Die Parolen des Faschismus stoßen in der Gesellschaft offenkundig auf immer geringere Hemmschwellen. Nachdem die Schnellimbisskette Burger Kling in Erfurt bereits 199 mit dem Slogan „Jedem das Seine" Reklame gemacht hatte, wählte nun auch die Merkurbank in Thüringen, also in der direkten Nahbarschaft des einstigen KZ Buchenwald, an dessen Eingangstor dieser Spruch die Häftlinge verhöhnte, den Text für eine Werbeaktion.[172] Und der Skandal wird nicht dadurch gemindert, dass vor dem die finnische Firma Nokia, Mikrosoft und auch Rewe sich des Spruchs bereits für ihre Zwecke bedient hatten. Auf der gleichen geistig-politischen Tiefebene liegt jener CDU-Lokalpolitiker und Leiter der Stadtwerke in einer nordrhein-westfälischen Kleinstadt, der seine Weihnachtsadresse an die Mitarbeitenden mit „Heil und Sieg" unterzeichnete oder wenn Polizeibeamte in Cottbus Menschen, die sich bedroht fühlen, statt Schutz „Schutzhaft" anbieten.[173] Aber was ist all das gegenüber der Absicht der Magdeburger Landesregierung, das ehemalige als fürstlicher Witwensitz erbaute Schloss im sachsen-anhaltinischen Prettin, die Lichtenburg, seit 1812 Zuchthaus, seit 1933 Konzentrationslager, dann vor der Errichtung von Ravensbrück erstes Frauen-KZ in Deutschland zu versteigern, weil es als Gedenkstätte angeblich nicht von überregionaler, nationaler Bedeutung sei?[174] Arbeitet ein solches Vorhaben nicht direkt denen zu, die endlich genug haben von der Erinnerung oder auch nur der Erwähnung von Faschismus und Zweitem Weltkrieg?

Vor uns liegt ein langer Weg. Es ist notwendig, sich über seine Beschaffenheit und seinen anfänglichen Verlauf ins Bild zu setzen. Seine Länge hingegen scheint unbestimmbar, was Hermann Kant auf die Frage, welche Prognose er dem Rechtsextremismus in Deutschland gäbe, mit dem Bemerken verdeutlicht hat: „Zu Prognosen gehört der Faktor Vernunft. Den sehe ich nicht."[175] Zunächst ist es notwendig, die wirtschafts- und sozialpolitischen, die allgemein-politischen, die geistigen und kulturellen Bedingungen für die Existenz und die Ausbreitung des Rechtsextremismus drastisch zu verschlechtern.[176] In einem ersten Schritt dürfte es darum gehen, durch eine Art innenpolitischen „Cordon sanitäre" den rechtsextremistischen Organisationen und Zusammenschlüssen den Zulauf abzuschneiden wie überhaupt in der vielzitierten Mitte der Gesellschaft humane Einstellungen zu verbreiten und sie fest zu verankern. Ob die Bundesrepublik Deutschland mit dem Blick in die deutsche Geschichte gegenüber anderen Staaten, in denen – wie in ihr bis vor kurzem – „die Gefahr großräumiger neofaschistischer Komplotte verharmlost wird", sich gar eine „Vorreiterfunktion zuordnen" sollte[177], mag dahin gestellt

---

170 Rechtsextremismus nicht verharmlosen. *Dialog. Zeitschrift für Alter und Ruhestand* (Hrsg. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), Nr. 2/2000 – November 2000, S. 8.

171 S-Bahn entfernt fragwürdige Werbung. *ND*, 8. Dezember 2000, S. 5.

172 Bank wirbt mit KZ-Spruch. ND, 5. Januar 2000, S. 1.

173 Wünsche eines „alten Demokaten" und Nazis nicht „Feld überlassen", *junge Welt*, S. 6 u. 5.

174 Kostümfest auf dem KZ-Appellplatz, *ND*, 5. Januar 2001, S. 3.

175 Interview mit Hermann Kant, Der Vorgang meiner Vereinzelung, Berliner Zeitung, 23./24. September 2000, Magazin S. 6 f.

176 Dazu sprach auf der bereits erwähnten Konferenzen Frankfurt/O. Rolf Richter in einem Beitrag unter der Überschrift: Mit weiter Sicht Spielräume nutzen. S. Soziale Antworten auf rechte Tendenzen, *ND*, 20. November 2000. S. 3.

177 So ein Vorschlag Hans-Dieter Schmidts am Ende seines Artikels. Taten gegen Rechts. *ND*, 25./26. November 2000, S. 24.

bleiben. Es würde genügen, wenn sich im Zentrum des Kontinents klare demokratische Verhältnisse, in der Bürgerworte nicht nur die Luft bewegen, Zustände sozialer Sicherheit für alle und ein kulturvolles nationales und internationales Miteinander durchsetzen ließen.

Mehrfach ergänzter Vortrag, zuletzt gehalten am 4. November 2000 vor der Jahresversammlung des Verbandes Deutscher in der Résistance, den Streitkräften der Alliierten und in der Bewegung Freies Deutschland (DRAFD) in Berlin, Jena 2001, 75 S. (= Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Texte.)

Wenig an wenige – und das möglichst spät

Ein Buch über die Entschädigungsdebatte für Zwangsarbeiter und eine bevorstehende Demonstration

Dass eine junge Frau, die selbst auf dem Wege zu einer Dissertation ist, für ein Buch ein Dutzend Autoren zusammenführt, von denen sie die meisten bis zum Beginn ihres Unternehmens nur dem Namen nach kannte, kommt nicht alle Tage vor. Dass sie dafür Mitwirkende gewinnt, die mit einer Ausnahme sämtlich älter sind als sie selbst, wird niemand alltäglich nennen. Und ungewöhnlich auch, dass sie, eine „Altbürgerin“ der BRD, in ihr Vorhaben drei international renommierte Historiker zu ziehen vermag. Die gehören freilich zu den „Neubürgern“ und heißen Dietrich Eichholtz (Borkheide), Thomas Kuczynski (Berlin) und Manfred Weißbecker (Jena). Die ersten beiden haben mit der Herausgeberin Ulrike Winkler kürzlich im Berliner Haus der Demokratie den Band „Stiften gehen“ vorgestellt, gemeinsam mit dem Volkswirt Rüdiger Lötzer, Mitarbeiter der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke.

Das „Geheimnis“ dieser rasch und komplikationslos zustande gekommenen Autorenvereinigung liegt in ihrem gemeinsamen Interesse an dem Thema, das der Untertitel des Bandes nennt: „NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte“. Mehrere Verfasser der hier vereinten Aufsätze sind auf dem Felde öffentlich (auch in dieser Zeitung) hervorgetreten. Sie gehören zu der Minderheit von Angehörigen der deutschen Intelligenz, die Flagge gezeigt und die Partei derjenigen ergriffen haben, die einen Rechtsanspruch gegenüber denen geltend machen können, die sie – überlebende KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter – während der Kriegsjahre schuften ließen, ausbeuteten, aber nicht annähernd angemessen entlohnten, bekleideten, verpflegten oder gar behausten.

Den ersten Teil des Bandes hat Eichholtz mit einem Überblick über die Zwangsarbeit vor allem in der deutschen Rüstungsindustrie eingeleitet, den zweiten eröffnet Kuczynski, der – wie er es schon in seinem Gutachten getan hatte – noch einmal die Entschädigungsansprüche begründet und sich dabei mit den Argumenten dezidiert auseinandersetzt, die in Chefetagen und Pressebüros deutscher Konzerne und Unternehmerverbände ebenso wie an Stammtischen ausgeheckt und vertreten worden sind, um sich um die Liquidierung von Schulden zu drücken, die nun spät für einen Rest von „Gläubigern“ – schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen – eingeklagt werden. Bei weitem nicht für alle: Nicht für die wider die Artikel der Haager Landkriegsordnung zur Zwangsarbeit gezwungenen Kriegsgefangenen, nicht für die inzwischen Verstorbenen oder deren Hinterbliebene.

Der Bogen der Beiträge ist weit gespannt. Wo die Geschichte der Zwangsarbeit untersucht wird, reicht er von der Rolle des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, (Autor: Weißbecker) über die der Arbeitsverwaltung, des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes (Dieter G. Maier bzw. Jan Erik Schulte) und der Kommunen (Karola Fings) bis zur Situation der Herbeigelockten und meist Herbeigeschleppten in der Landwirtschaft (Katharina Hoffmann) und in Hauswirtschaften, einem bisher kaum beachteten Thema, das die Herausgeberin erforscht, und zwar in einer Fallstudie über die Situation im einstigen NS-Gau Moselland. In viele Richtungen ausgeleuchtet wird auch die Entschädigungsdebatte bis zum Punkt, den sie eben erreicht hat. Sie ist von der Öffentlichkeit in Deutschland – trotz der Widerspiegelung, die sie in der Presse fand – ungleich weniger beachtet worden als beispielsweise die Auseinandersetzung über die Rolle der Wehrmacht. Dabei hat das Gerangel und Gefeilsche von Wirtschaftsführern und Politikern der BRD um die Höhe der Zahlungen, um die Anspruchsberechtigten sowie deren Ermittlung und Anerkennung, über den Modus und den Beginn der Auszahlungen schon jetzt alle Aussicht gewonnen, als ein schandbares Kapitel in die Geschichte deutscher Bank-, Industrie- und Handelsunternehmen einzugehen.

Die Aufsätze dieses Teils befassen sich mit der vieljährigen Verweigerung gegenüber den Ansprüchen der Opfer (Rolf Surmann), dem Verhalten der deutschen Zivil- und Arbeitsgerichtsbarkeit (Wolf Klimper-Auerbach), den Verhandlungen der letzten Jahre, die diesen Namen eigentlich nicht verdienen (Lothar Evers) und dem Zustandekommen des Bundestagsgesetzes, das als „Gesetz zum Schutz der deutschen Wirtschaft“ bezeichnet wird (Jelpke/Lötzer). Diese Texte vermitteln einen vorläufigen Eindruck von den Aufschlüssen, die allenfalls künftige Historiker erhalten werden, falls sie sich für

die Strategie und Taktik der Eigentümer, Manager, Politiker, Juristen und Journalisten interessieren, die – als die Politik der Totalverweigerung nicht länger durchzuhalten war – auf der Linie operierten, so wenig wie möglich an so wenige wie möglich so spät wie möglich zu zahlen und dafür bescheinigt zu bekommen, dass die Ausgebeuteten weder im Hinblick auf die Vergangenheit Rechtsansprüche besaßen noch in aller Zukunft solche geltend machen werden. Den Band beschließt eine gründliche Analyse der antisemitischen Stereotype, die in der Entschädigungsdebatte eingesetzt wurden; eine Gruppe in Frankfurt am Main hat ihn beigesteuert.

Wie viele echte Fürsprecher haben die Zwangsarbeiter eigentlich in Deutschland gefunden, lautete eine der Fragen, die während der Buchvorstellung aufgeworfen wurde. Warum waren es nicht mehr, vor allem aus den Reihen der „Zunft“, also der Historiker und der Wirtschaftshistoriker? Wo waren die Stimmen derjenigen zu vernehmen, die sich in den Debatten über das Buch von Daniel J. Goldhagen und jetzt wieder über das von Norman Finkelstein und im Streit um die Hamburger Ausstellung in die Spalten der Zeitungen drängten und vor die Fernsehkameras? „Nennen Sie mir drei aus dieser Gruppe (von etablierten Wissenschaftlern), die in diesem Streit überhaupt öffentlich Position bezogen haben, gleichgültig, in welcher Weise“, sprach Kuczynski in das spärlich versammelte, aber sachkundige Publikum. Es wurden keine zwei gefunden. Und das muss nicht an Gleichgültigkeit liegen und auch nicht an einer Parteinahme, die sich besser nicht zu erkennen geben will. Flagge zeigen konnte diesmal bedeuten, sich mit Sponsoren der „freien Wirtschaft“ anzulegen, und wer wollte das schon, obendrein in Zeiten, in denen die staatlichen Mittel sich in ein Rinnsal zu verwandeln beginnen? So konnten, nahezu unbehelligt von Angehörigen der deutschen Wissenschaftselite, diejenigen das Feld der Auseinandersetzungen beherrschen und die öffentliche Meinung vorgeben, die mit dem geringsten finanziellen Aufwand zum Schlussstrich gelangen wollten.

Für den 9. November ist zu einer Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit in Berlin aufgerufen. Worum haben sich die Organisatoren nach einem eben erschienenen Bericht einer Berliner Postille vorrangig zu sorgen? Ihnen seien „gute Fernsehbilder mindestens so wichtig wie die Anzahl der Teilnehmer“. Mindestens! Denn es sollen den ausländischen Fernsehsendern scharfe Bilder der „Gutdeutschen“ geliefert und von diesen verbreitet werden. Wie viele der Demonstrierenden werden an diesem Tage auch nur bemerken, dass sich unter diejenigen, die zu diesem Zug durch das Brandenburger Tor aufgerufen haben, auch Fremdenfeindliche hineinmogeln konnten? Denn die Entschädigungsdebatte, geprägt von den Mächtigen in den Unternehmen und Verbänden der BRD-Wirtschaft und ihren als redliche Makler getarnten Politikern, gehört zur Geschichte zeitgenössischer, nicht auf Straßen und Plätzen, aber an Schreibtischen getätigter Fremdenfeindlichkeit. Wegen dieses Sachverhaltes, der – vermutlich kurzzeitig formierten – „nationalen Front“ aus Anstand, Aufbegehren und Geschäftsinteresse muss und sollte niemand zu Hause bleiben. Es könnten jedoch die richtigen Transparente mitgebracht und vor die Fernsehkameras gehalten werden.

PS. Zu den nicht gering zu schätzenden Vorzügen des Bandes gehört, dass sich in der Liste der Autoren auch deren Internetadressen finden und so die unkomplizierte Möglichkeit eröffnet ist, mit ihnen direkt Kontakt aufzunehmen.

junge Welt, Montag, 06.11.2000.

Rückkehr der „Wehrmachtsausstellung“?

Vor dem Gutachten der Professoren gutachtete ein Student

In dürren Worten haben die meisten Zeitungen die Agenturmeldung wiedergegebenen, am 15. November werde die Historiker-Kommission, die gebildet worden war, um die an der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht (1941-1944)“ geübte Kritik zu prüfen, der Öffentlichkeit ihr Gutachten übergeben. Diese Prüfung – Spezialisten der Kriegs- und Militärgeschichte aus DDR-Zeit waren an ihr nicht beteiligt – hat erheblich länger gedauert als die ursprünglich angekündigten drei Monate. Erinnert wurde in den Mitteilungen auch an die Gründe, die dazu geführt hatten, dass die Bild-Text-Dokumentation des Hamburger Instituts für Sozialforschung Ende 1999 als reparaturbedürftig aus dem Verkehr gezogen worden war. Eine geringe (gemessen an der Gesamt-) Zahl von Fotodokumenten war falsch zugeordnet worden. Darauf hatten zwei ausländische Historiker aufmerksam gemacht.

Die Tatsache allein, dass die Verantwortlichen sich nicht in allen Fällen versichert hatten, dass die von ihnen gezeigten Fotografien Verbrechen der Wehrmacht bezeugten und so Bilder von Massakern in die Ausstellung geraten waren, die von sowjetischen Kommandos verübt wurden, bevor sie sich vor der in das Land einfallenden Wehrmacht zurückzogen, hätte allein nicht genügt, dass es um eine Exposition rasch still, geworden war, die vordem so viel Aufsehen, Kommentare und Streit ausgelöst und selbst den Bundestag beschäftigt hatte. Zwei Dinge kamen hinzu: Das unverständliche, in seinem Kern wohl arrogante Verhalten der Autoren des Unternehmens, die, als sie auf die Mängel ihrer Arbeit aufmerksam gemacht worden waren, statt die Kritik anzunehmen und die Kritiker an deren Beseitigung zu beteiligen, sich auf das hohe Ross gesetzt hatten. Ein Verhalten, das wiederum darauf schließen ließ, dass ihnen die Rolle, in der sie sich unerwartet versetzt sahen, denn schwerlich konnten sie voraussehen, Mittelpunkt einer geschichtspolitischen Diskussion dieses Ausmaßes zu werden, irgendwie zu Kopfe gestiegen war. Ähnliches war vor ihnen schon anderen passiert ...

Wichtiger aber war der verhaltene, aber deutliche Triumph derer, denen das Unternehmen ein Dorn im Auge war, die anders als die lautstarken Verteidiger der „sauberen“ Wehrmacht und der „tapferen“ Väter und Großväter bis dahin ihren Unmut zurückgehalten hatten, ihm nun aber freien Lauf ließen. Auf den Müllhaufen mit der Ausstellung, forderten sie. So auch der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, der in einem ganzseitigen Artikel in der ersten im Jahre 2000 erschienenen Ausgabe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* so etwas wie eine „Einzelfallprüfung“ für die etwa 18 Millionen Wehrmachtssoldaten forderte, wobei es ihm nicht um eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für verdienstlose Historiker ging, die vor allem als Folge der „Abwicklung“ in den Neuen Bundesländern angetroffen werden können, sondern offenkundig darum, das Urteil über die Rolle der Wehrmacht im Kriege auf den St.-Nimmerleinstag zu verschieben und so den Freiraum für Verklärungen und Beschönigungen wieder zu gewinnen.

Der war weitgehend verloren gegangen, denn das Verdienst der Ausstellung hatte darin bestanden – so der in Bochum lehrende Historiker Norbert Frei –, dass der „Nachweis des engen Zusammenhangs von Kriegführung und Judenmord, so wenig neu er sich aus fachwissenschaftlicher Perspektive darstellte, nun erstmals gesellschaftlich durchdrang.“ Die Formulierung ist präzise. In der Tat war klargemacht, was in Forscherkreisen längst niemand mehr bestritt, dass der Massenmord an den Juden, die Massaker unter den Partisanen und an weiteren Bewohnern der besetzten Gebiete nicht neben dem Kriegsgeschehen stattgefunden hatte, also von den erobernden und sichernden Einheiten der Wehrmacht nicht getrennt werden konnte. Deren Soldaten waren Beteiligte und in einem durch jüngste Forschungen immer deutlicher gewordenen Ausmaß Täter und Mittäter. Was die Ausstellung nicht leistete, und das war offenkundig kein Versehen und auch nicht den damit verbundenen Schwierigkeiten geschuldet, war die Darstellung einer weiteren und der nicht weniger wichtigen Dimension des Mordens: seines Zusammenhangs mit den *Kriegszielen*. Denn die Vernichtung von Millionen Juden und Slawen, von Tausenden Zigeunern und Behinderten, von Landeseinwohnern war nur zu einem Teil aus Interessen der *Kriegführung* hervorgegangen. Sie entsprang in ungleich größerem und massenmörderischem Grad erst den Vorstellungen vom Endsieg, also dem Kriegszielbild der

deutschen Faschisten. (Das hat an einem Territorium, dem Baltikum, in dieser Zeitung unlängst Martin Seckendorf knapp dargestellt. jW, 28./29. Oktober 2000, S. 6) Nun lassen sich unerreichte Kriegsziele – die „germanisierten“ sog. Protektorate und Gouvernements und Kommissariate, die bis zum Ural entstehen sollten, beherrscht von deutschen Ausbeutern und bewohnt von einer nach strikten Bedarfsrechnungen bemessenen Schar von Heloten – nicht durch Bilddokumente anschaulich machen. Doch existiert eine beachtliche Zahl von schriftlichen Dokumenten, Reden, Sitzungsprotokolle, Notizen der verschiedensten Art, die das Bild vom gedachten Nachkriegseuropa unterm Hakenkreuz einwandfrei belegen. Ihre Verwendung vermochte der Ausstellung geschichtliche Tiefenschärfe zu geben und das deutsch-faschistische System nach Tradition und Neubestimmung als imperialistisch zu entlarven und die Frage aufzuwerfen, wer und in wessen Interesse dieser Krieg so geführt worden war, wie ihn die Bilder darstellten. Damit wäre der Begriff „Vernichtungskrieg“ mit den Vorstellungen aufgefüllt worden, die jene hegten, die ihn planten und oberbefehligten.

Auf diesen Mangel verweist ein „Gutachten“ aus ganzer anderer Quelle, das dieser Tage auf den Buchmarkt gelangt ist. Es findet sich in einer umfassenderen Examensarbeit, die in Marburg bei Reinhard Kühnl angenommen wurde und mit der ihr Autor seine Studien abschloss. Zwischen einer Analyse der „Goldhagen-Debatte“ und der Kampagne um das „Schwarzbuch des Kommunismus“ äußert sich Michael Klundt zu Verdiensten und Grenzen der „Wehrmachtsausstellung“. Letztere erblickt er in einem Geschichtsbild und einer aus ihm hervorgegangenen Konzeption, die sich einer Analyse verweigern, durch die jene, auf die deutschen Soldaten gemünzte Ausflucht hätte verhindern können, die unverbindlich über das Gute und das Böse im Menschen dahin- und daher philosophiert und die Frage nach den menschenfreundlichen und den menschenfeindlichen Gesellschaftszuständen, ihrer Entstehung und ihrer Abschaffung, geflissentlich salbadernd umgeht.

Es war nicht die Sache der Historiker-Kommission, deren Gutachten – sein Umfang wird mit 80 Seiten angegeben – nun bevorsteht, sich zu dieser Perspektive zu äußern. Doch soll nicht völlig ausgeschlossen werden, dass die Fachleute, einmal an ihre Aufgabe gesetzt, sie sogar „übererfüllten“. Die nicht so erhebliche Spannung wird sich bald lösen.

Michael Klundt, Geschichtspolitik. Die Kontroverse um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung und das „Schwarzbuch des Kommunismus“, PapyRossa Verlag Köln 2000 (= Hochschulschriften, 34).

junge Welt, Sonnabend, 11.11.2000.

Zwangsarbeit im Raketentunnel

Ein profundes Werk über das KZ Dora mit einigen merkwürdig übersetzten Textstellen

Der Geschichtslehrer André Sellier war 23 Jahre alt, als er 1943 in Cambrai von den deutschen Besatzern verhaftet wurde. Im Februar brachten sie ihn in das damals noch als Nebenlager des KZ Buchenwald figurierende, dann zu einem Lager unter eigener Regie deklarierte Terrain mit der zum Zwecke strenger Geheimhaltung gewählten Bezeichnung D für Dora. Deren Zentrum bildeten die im Kohnstein-Massiv gelegenen unterirdischen Produktionsstätten für die Waffen V2 und – später – V1. Was der Franzose dort erlebte, hätte ein Erinnerungswerk reichlich gefüllt. Doch der Autor, nach 1945 wieder Lehrer, dann auch im diplomatischen Dienst, hat, auf seine Biographie zurückgreifend und „zum Gedenken an alle jene, die nicht zurückgekehrt sind“, ein Buch anderer Dimension geschrieben, eine Geschichte dieses KZ, die für ausstehende Unternehmen beispielhaft sein kann.

Das hervorstechende Merkmal seines Konzepts, das freilich auch den Umfang des Unternehmens bestimmte, war sein Vorsatz, das Feld gedanklich ganz auszuschreiten und die Zusammenhänge bloßzulegen, aus denen die Verbindung einer auf Forschungen, die man wegen ihrer Bestimmung fortschrittlich nicht nennen mag, beruhenden Waffenproduktion und einer menschenmordenden Ausbeutung von Arbeitern vieler Länder hervorging. Selliers Darstellung setzt mit Informationen über den Beginn der wissenschaftlichen Arbeiten ein, die zur Herstellung ballistischer Raketen führten, und verfolgt ihren Fortgang in den Heeresversuchsanstalten von Kummersdorf und Peenemünde. Erst dann gelangt er zu jener Entscheidung vom August 1943, nach dem Angriff britischer Bomberverbände auf die Forschungs- und Fertigungsstätten auf Usedom die Produktion der V2 in die nahezu fertig gestellten, ursprünglich für andere Zwecke bestimmten Tunnel im Süden des Harzes zu verlegen und mit einer Minderheit deutscher Arbeiter und einer Mehrheit von KZ-Insassen zu betreiben.

Das zweite Charakteristikum dieses Buches ist die hochdetaillierte Darstellung des Lebens, Schuftens und Sterbens der Franzosen, Belgier, Russen, Polen, Slowenen, Tschechen, Italiener, Spanier und weiterer Häftlinge im KZ Dora und seinen Nebenlagern. Sellier schildert deren elendes Dasein in dominierender Abhängigkeit vom Plan der Machthaber, in den Besitz von Waffen zu gelangen, von denen sich manche kriegswendende Wirkung versprachen. Er enthüllt das Bündnis von Forschern, Militärs aus dem Bereich des Heereswaffenamtes und der SS-Befehlshaber des KZ. Er schildert die Rolle von Reichsminister Albert Speer, Wernher von Braun, General Walter Dornberger, SS-Gruppenführer Hans Kammler und der Lagerkommandanten. Deutlich werden Entwicklungsetappen des Projekts, Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Häftlinge an verschiedenen Orten, in unterschiedlichen Kommandos und zu verschiedenen Zeiten. Erkennbar werden Phasen, in denen sich für manche Gruppen von ihnen Überlebenschancen auftaten, und andere, in denen vieler Hoffnungen zunichtewurden, der Hölle eines Tages zu entrinnen.

Diese Darstellung fußt auf Hunderten von Berichten einstiger Arbeitssklaven, namentlich auf denen, die auf Initiative der nach Frankreich und Belgien Zurückgekehrten entstanden, die auch das Chaos und die Massaker der Endphase, die Todesmärsche und -transporte überstehen konnten. Ausführlich lässt der Autor seine Kameraden zu Worte kommen, jene, die ihm im Lager begegneten, und die vielen, von deren Erlebnissen er aus Berichten erfuhr. Mehrfach wird ein und dasselbe Ereignis aus der Perspektive unterschiedlicher Beobachter beleuchtet. Dann tritt Übereinstimmendes ebenso hervor wie Abweichendes und einander Widersprechendes. Markiert wird, wo die Überlieferung unsicher ist. Das gilt insbesondere vieles verloren Gegangene aus dem Erleben von Häftlingen aus osteuropäischen Ländern.

Sellier schließt nicht mit dem Moment der Befreiung. Er stellt die Gerichtsverfahren und Urteile dar, die Gerichte gegen eine Minderheit von Beteiligten (SS-Leute und Kollaborateure) aussprachen. Er verfolgt den Weg der Spezialisten in die USA und in die UdSSR und geht den Bestrebungen in Großbritannien und in Frankreich nach, sich in den Besitz von Erfahrungen der deutschen Waffenspezialisten zu setzen. Schließlich wendet er sich den Stufen der Erforschung der Geschichte des KZ und

den Schritten zu, die Erinnerung an das KZ Dora dort zu erhalten, wo es sich befand, sowie an den Plätzen einstiger Außenlager.

Von sich selbst schreibt Sellier: „Ich war ein Häftling wie viele andere und gehörte nicht wie mein Vater, mit dem ich gemeinsam verhaftet wurde und der damals in Buchenwald inhaftiert war, zu den Führern der Résistance. Ich hatte keinerlei Funktion im Lager.“ Aber als „Elektriker“ in einem Kommando, das Anlagen in der unterirdischen Fabrik überwachte, und später durch Gespräche und Studien fügte sich ihm ein Bild von der Rolle der Kapos, der „Grünen“ und der „Roten“, ihren Funktionen im Lager, dem Verhältnis der SS zu diesen Häftlingsfunktionären, mit deren Hilfe sich die Herrschenden ihre Arme zu verlängern suchten und die – machten sie sich nicht zu gewissenlosen Bütteln ihrer Auftraggeber – mit ihrer Stellung risikovolle Möglichkeiten gewannen, aus der ihnen zugedachten Aufgabe partiell auszubrechen und das Leben ihrer Kameraden, niemals aller, um ein Weniges zu erleichtern, was wiederum ein Viel bedeuten konnte.

Es ist ein Wort zur Übersetzung des französischen Originals notwendig, das 1998 in Paris erschien. Die sie redigierten haben eine Anleihe bei jenen Interpretationen der Situation innerhalb des Lagers genommen, die seit der Veröffentlichung von Lutz Niethammer über die „roten Kapos“ in Mode kam, dadurch aber an Wahrheitsgehalt nichts gewinnen konnte. An mehreren Stellen berichtet Sellier, was es für die Masse der Häftlinge bedeutete, wenn „Grüne“ einflussreiche Häftlingsfunktionen besetzten, und davon hebt er die Rolle der „Politischen“, namentlich der Kommunisten, ab, ohne auf deren Sabotagehandlungen weiter einzugehen. Klar bezeichnet er das Interesse der deutschen Faschisten, diese Gruppe von Häftlingen im Angesicht der nahen Niederlage zu beseitigen oder sie zu dezimieren. Die Endfassung der Übersetzung macht aus diesen Häftlingen, die häufig nach Auseinandersetzung mit den „Grünen“ Einfluss gewonnen hatten, mehrmals eine „Lagerselbstverwaltung“ (im Original hingegen: „l’administration interne du camp“). Und der Autor drei deutsche Kommunisten, die verantwortliche Posten im Lager innehatten („Trois communistes allemand ayant occupé des fonctions à l’époque ...“) erwähnt, werden ihnen, um des stereotypen Bildes wegen, im Deutschen „Funktionen in der Lagerleitung“ zugeschrieben. Das Ziel ist klar: Die kommunistischen Funktionshäftlinge werden von ihren Leidensgefährten weg und zur SS hin auf die Seite der Machthaber gerückt. Das passt in das politisch gewollte Geschichtsbild, das diese Gruppe wie die gesamte Bewegung nicht solidarisch, sondern machtbesessen darstellt. Zufällig dürfte das Verfahren im Verlagshause also nicht gewählt worden sein.

André Sellier, Zwangsarbeit im Raketentunnel. Geschichte des Lagers Dora, zu Klampen Lüneburg 2000, 627 S.

junge Welt, Sonnabend, 11.11.2000.

Liebe zum deutschen Kaiser

„Majestät brauchen Sonne“ – was brauchen deutsche Republikaner?

Dieweil sich eine Großbäckerei nicht entblödet, in Berlin ihr „Kaiser-Wilhelm-Brot“ anzubieten, wird ein paar Straßen weiter in einem Kino klargestellt, dass Majestät selbst nicht Brot, sondern Sonne brauchte. Die Rede ist von Peter Schamonis Film „Majestät brauchen Sonne“ und dem letzten deutschen Kaiser, dem dritten in der kurzen Reihe der gekrönten Staatsoberhäupter, die an der Spitze der 1871 gegründeten, konstitutionellen Monarchie standen. Dass auf den ersten und den zweiten Wilhelm – dazwischen der nur 99 Tage regierende, liberaler Neigungen verdächtige Friedrich III. – nicht weitere Hohenzollern folgten, machte die Revolution von 1918. So schwach fundamentiert ihre Ergebnisse waren, die Wiedereinführung der Monarchie konnte nie wieder populär gemacht werden. Zwar blieb kaisertreuen Verbänden Spielraum für Agitation, aber die Masse der Bevölkerung hatte von der Politik, für die der letzte Wilhelm stand, und vom majestätischen Plunder genug.

Die Hoffnungen vieler richteten sich, je stärker der Überdruss am nach-revolutionären Staatsgebilde wurde, nicht über die Grenze, sondern auf einen zugewanderten „Mann aus dem Volke“. Der hatte in jungen Jahren schon ins große Reich gewollt, das er sich noch größer wünschte. Dorthin zog es ihn 1913. Da hatten sich dessen Herrschende auf den Griff nach der Weltmacht vorbereitet. Dieser Hitler ließ, nachdem er in die Wilhelmstraße gehievt worden war, die Frage nach der Verfasstheit des „Dritten Reiches“ an seiner Spitze zunächst im Nebel. Hoffnungen, die der Hohenzollern eingeschlossen, knüpften sich an den italienischen Monarcho-Faschismus.

Taktierend beschied Hitler einem Abgesandten Wilhelms: Seine Majestät habe ihren Posten nach einer militärischen Niederlage verloren, also würde ein militärischer Sieg der geeignete Moment sein, an dem sie auf ihn zurückkehren könnte. Da lebte der Herzensmonarchist Paul von Hindenburg noch, der sich als Staatsoberhaupt (seit 1925) als Platzhalter seines obersten Kriegsherrn verstand. Doch noch bevor der Feldmarschall den letzten Atemzug getan hatte, war klargestellt, dass der deutsche Faschistenführer den Weg Mussolinis nicht gehen werde. Die monarchistischen Organisationen wurden zunächst nicht verboten, aber in Hinterzimmer von Gaststätten und an andere abgeschiedene Plätz verwiesen mit Türaufschriften „Nur für Mitglieder“. Der Kaiser blieb, unvermisst, wo er war. Dass zwei seiner Söhne dem Hitler in die Reichskanzlei geholfen hatten, Kronprinz Wilhelm mit den Deutschnationalen, Prinz August Wilhelm (vulgo: Auwi) gar als SA-Führer und Propagandist der Nazis, wurde nicht honoriert.

Der Papa nahm das dauernd nicht übel. Als der Erbfeind 1940 besiegt war, sandte er von Schloss Doorn, das nun im „Reichskommissariat der Niederlande“ lag, Hitler seine Gratulation. Ein Jahr darauf verschied er. Dann: Kein „Endsieg“ und also keine Probe auf die ohnehin nicht ernst gemeinte Bemerkung, Hitler könne sich hinter einer Majestät auf den zweiten Rang setzen. Ehe der „Führer“ sich entleibte, erlebte er die Genugtuung, dass seine Staatskonstruktion, anders als die Mussolinis, sich in der Krise als stabiler erwies.

Ein legaler Sammelpunkt für eine Opposition, den es 1943 im Reich des südländischen Verbündeten gab, existierte in Deutschland nicht. Die Illegalen des 20. Juli 1944 waren nicht durchgekommen.

Und nach dem Mai 1945? Wer sollte da auf die Idee verfallen, auf die Hohenzollern zurückzugreifen, die in das erste Kriegsdebakel geführt hatten? Manchen dämmerte der Zusammenhang des Ersten mit dem Zweiten Weltkrieg. Im Osten gelangten Leute an die Staatsspitze, die am Sturz der Monarchie beteiligt gewesen waren. Hier richtete sich die kritische Durchsicht deutscher Geschichte auf den blutgetränkten geschichtlichen Holzweg, der seit der Jahrhundertwende eingeschlagen worden war. Bis Majestäten wieder auftauchten, vergingen auch im Westen Jahre. Nicht so viele, wie die Sissy-Filme erinnerlich machen. Darin war vom Wiener Franz-Joseph als Kriegsmacher und Schreibtischmörder seiner vielsprachigen Untertanen keine Rede. Stattdessen wurden Freuden und Leiden ins Bild gesetzt, die der pflichttreue Büroarbeiter auf dem Thron mit dem Import aus Bayern durchlebte.

So wenig Verwandtschaft nach Idee und Genre der Schamoni-Streifen mit den Filmen über die österreichisch-ungarische Elisabeth besitzt, in einem Punkte kann es jener mit diesen aufnehmen: im

Auslassen. Was der Darstellung des Kaisers als Armer-Leute-Kinder- und Friedensfreund widerspricht, wird unterschlagen. Beispielsweise die kürzlich aus Anlass des 100. Jahrestags in überregionalen deutschen Zeitungen erwähnte Rede, in der er das Korps, das zur Niederschlagung des Boxer-Aufstandes nach China gesandt wurde, mörderisch aufhetzte. Der Mann, wird suggeriert, hatte mit dem Weltkrieg I nichts zu tun. Die Aufrüstung war zur Verteidigung gedacht. Der Krieg das Werk einiger Militärs und Minister. Seine Majestät vermochte sie nicht zu zügeln, da sie sich gerade auf Nordlandreise befand. Dann, als der Krieg wegen der sich in ihn einmischenden USA nicht mehr zu gewinnen gewesen sei, habe Wilhelm, abtretend, den Weg zum Frieden freigemacht.

Die Filmreklame bietet Pressestimmen: „Filmmaterial, das die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts auf eine Weise erhellt, wie man es nicht für möglich gehalten hätte.“ Gleich des ganzen! Und „erhellt“! Wenn an diesem Streifen etwas bewundernswert ist, dann die Unverfrorenheit, mit der seine Hersteller ihre Geschichtsfälschung fabrizierten. Nicht nur Ältere mögen sich an die frühe DEFA erinnern, die im nach Heinrich Manns „Der Untertan“ gedrehten Film in einer Szene mehr über den Beginn des imperialistischen Weges deutscher Politik darstellte, als in dieser – auch langweiligen – Aneinanderreihung von Auftritten des Kaisers und seines Hofstaates jenseits von allem, was in die erste Katastrophe des vergangenen Jahrhunderts führte. Keine wichtigere Geschichtsquelle war zur Kommentierung der Bilder zur Hand, als des Kaisers Memoirenbände, und daraus vorzugsweise Passagen, in denen er sich als kultur- und kunstbeflissen inszeniert. Wer nicht auf die Leinwand geglotzt hat, mag sich beim Anblick der Kinderschar am Strand von Ahlbeck, die sich um Seine Majestät drängt, gefragt haben, wie viele daraus einige Jahre später „Kriegswaise“ hießen.

Nun versichern Rezensenten des Films, es müsse eine Rückkehr der Hohenzollern nicht gefürchtet werden. Aber genügt nicht die entschuldigende Aufwertung jenes blaublütigen Klüngels, der zur parasitären Oberschicht dieser Republik gehört und sich an der „deutschen Einheit“ eben mehrfach bereicherte? Für wen dieser Film maßgeschneidert ist, machte die „Vorpremiere“ auf dem Sitz der Fürstenbergs in Donaueschingen klar, wo der Schlossherr vor hochadliger Gesellschaft daran erinnerte, dass sein Großpapa hier Wilhelm zur gemeinsamen Niedermetzelung des Wildes begrüßte.

Nicht anders die Gesellschaft, die sich in Berlin zur Premiere einfand. Deren Star war ein Ururenkel seiner Majestät. Da hatte auch der hannoversche Ernst-August wieder einen Auftritt. Prompt stellten sich Journalisten ein und ließen sich ins Mikrofon sagen, vielleicht kämen die Deutschen doch noch dahin, sich einen König zu wählen.

Ja, das wäre eine Aufgabe, Politikern der deutschen Sozialdemokratie angemessen. Denn wenn ihre Vorfahren an der Parteispitze auch an der Revolution des Jahres 1918 schuldlos waren, sie riefen doch die Republik aus und stellten mit Friedrich Ebert den ersten Nachfolger des letzten deutschen Kaisers. Ein später Akt der Wiedergutmachung steht mithin aus. Vorerst arbeiten wir uns erst einmal zur Wiedererrichtung des Berliner Schlosses vor. Dafür, gestand Schamoni – Politik habe er nicht im Sinne gehabt –, wolle auch er mit seinem Film ein wenig werben. Kommt's dazu, könnte sich Mobiliar auf dem Antiquitätenmarkt finden. Aus den Niederlanden, die einst die Forderung der Siegermächte nach Auslieferung des Ex-Kaisers zurückgewiesen hatten, denn es sollte ihm ein Prozess wegen Kriegsverbrechen gemacht werden, war jüngst zu erfahren, man wolle das Museum Schloss Doorn nicht länger unterhalten. Seine Ausstattung rechtfertige das nicht. Immerhin: Auf 135 Millionen DM wurde geschätzt, was sich Majestät aus Deutschland nachschicken lassen konnte, was ihr dann so geschenkt wurde und sie aus eigener Tasche dazu erwarb. Wenn das Zeug greifbar wäre, entfielen auf jeden deutschen Steuerzahler samt Transport- und Aufbaukosten kaum mehr als zwei DM. Und der Spaß, wenn an Stammtischen das „Wir wollen unsern alten Kaiser Wilhelm wiederhaben“ im benebelten Bewusstsein gegrölt wird, dass wenigstens sein Morgenmantel wieder in deutschem Besitz ist. Da werden sich Republikaner doch nicht lumpen lassen und sich einen Grund schaffen, dieses Deutschland ein Stück mehr noch zu lieben.

junge Welt, Mittwoch, 15.11.2000.

Ein langer Weg

Über Ursachen des Rechtsextremismus und Ausgangspunkte seiner Bekämpfung

Deutschland macht im Herbst 2000 einen aufgescheuchten Eindruck. Entlang ideologischer und politischer Linien werden Kontroversen ausgetragen. Stichworte bezeichnen sie: Rentenreform, Zwangsarbeiter, NPD-Verbot, Einwanderungsgesetz, „Leitkultur“, Deutschlandliebe. Im Land gehören Gewalt gegen Fremde, Behinderte – wie jüngst in Eberswalde –, Alte und Schwache, Obdachlose und zufällige Passanten auf Straßen zum Alltag. Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden fragte, ob sich in diesem Staate die Gründung weiterer Gemeinden empfehle. Bei vielen der mehr als sieben Millionen Migranten wuchsen Ängste. Die praktische Erfahrung des Geschehens ist in der deutschen Bürgerschaft ungleichmäßig verteilt. Wer von seiner Garage zum Parkplatz seiner Arbeitsstelle fährt, in Berlin keinen S-Bahnzug benutzt, nie über einen Ort wie den Alex geht, muss Obdachlose, Arme, Alkoholkranke nicht bemerken. Rundfunk und Fernsehen unterrichten meist schonend. In Zeitungen gehören Meldungen über tätliche Angriffe mit politischem Hintergrund, geschändete Synagogen, Friedhöfe, Denkmäler und Gedenktafeln meist ins Kleingedruckte.

Bei der Frage, woher die brutale Gewalttätigkeit rührt, herrschen Rätselraten oder absichtsvolle Missinterpretation. Kräfte, die diskutable Antworten anbieten könnten, führt niemand zusammen. Gern wird nach Ursachen im untergegangenen Staat gekramt. „Wie antisemitisch war die DDR?“ lautet eine beliebte Frage. Kein Argument rückt den ostdeutschen Staat in vieler Augen näher an die Nazidiktatur als der Antisemitismusvorwurf. Auch in puncto ihres Verhältnisses zu Eingewanderten und Asylsuchenden seien die Neubürger nicht unbescholten. Jedoch: Im dritten Quartal 2000 wurden laut Bundesregierung 291 antisemitische Straftaten verübt (157 im zweiten Quartal); davon 50 in Baden-Württemberg, 47 in Niedersachsen, 36 in Nordrhein-Westfalen, 33 in Hessen.

Sündenliste der DDR

Für die DDR lässt sich unschwer eine Liste zusammenstellen, die das Auseinanderklaffen von Wirklichkeit und internationalistischem Anspruch feststellt. Die Integration der Vertragsarbeiter war nicht gelungen. Konflikte, die sich aus ihrem Hiersein ergaben, wurden nicht thematisiert. Familiengründungen von vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeitern wurden verhindert, ständiges Bleiberecht nicht diskutiert. Auch auf ideologischem Feld ließe sich eine Sündenliste schreiben. Antipolnische Töne wurden benutzt, wenn sie ins politische Konzept passten. In der nationalen Erbe- und Traditionspflege gab es Überschießendes. Ein redlicher Blick in die Geschichte wird aber zugleich festhalten, dass den roten Zahlen schwarze gegenüberstanden.

Davon sprachen auch Befragungen nach dem Untergang der DDR. Die ostdeutschen Neubürger schnitten in Fragen von Internationalismus und Nationalismus, des Verhältnisses zu Migranten und Juden erheblich besser ab als jene, die in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gelebt hatten. Inzwischen haben sich die Zahlen auf dem Niveau der politischen Leitkultur angeglichen. Zudem bieten die ostdeutschen Länder stärker noch als die westdeutschen ein Bild politisch motivierter Gewalttätigkeit gegen Personen und Sachen. Gefragt werden muss, woher feindliche Ablehnung und blutiger Hass rühren. Die entscheidende Prägung vieler Untäter im Osten stammt nicht mehr aus DDR-Jahren, in denen sie nur ihre früheste Kindheit verbrachten. Im Folgenden sollen vor allem Faktoren erörtert werden, die zwischen Ostsee und Thüringer Wald das „Aufholen“ bewirkten.

Entwertung und Anpassung

1. Dort vollzog sich nach 1990 ein Wandel, der alle Bereiche der Gesellschaft erfasste und alle Bürger betraf. Er war tiefgreifender als die Veränderungen in der deutschen Geschichte seit Generationen. 1871 gerieten die Deutschen in einen größeren Staat, nicht aber in eine neue Gesellschaft. Gleiches galt für die Revolution von 1918 und die Gegenrevolution von 1933. 1990 hingegen optierte ein Parlament nicht nur für den Beitritt zu einem anderen Staat, sondern für die Rekapitalisierung, den Abriss der realsozialistischen Zustände.

2. Dieser Wandel löste unter Millionen ostdeutscher Bürger Prozesse der Anpassung aus. Getrieben von Sorge, wie sie unter den neuen Verhältnissen leben könnten, griffen – nicht ohne Gegentendenzen, aber galoppierend – Entsolidarisierung, Individualismus und Egoismus um sich, die Eingliederung in die „Ellbogengesellschaft“. Gelerntes und Angewöhntes aus DDR-Zeit taugten nicht länger. Ängste vor tatsächlicher oder auch nur eingebildeter Bedrohung, vor allem aber als Folge von Arbeitslosigkeit und einem Absturz in ungesicherte, ärmliche Verhältnisse bewirkten charakterliche Veränderungen. Selbst das Bundesarbeitsministerium stellt in einer Studie fest, dass in Deutschland Reichtum und Armut immer weiter auseinanderklaffen.

3. Die Veränderungen wurden nicht nur in den einzelnen Gruppen der in Auflösung befindlichen DDR-Gesellschaft unterschiedlich erlebt, sondern auch zwischen den Generationen. Binnen kurzem erschien Jüngeren entwertet, was die Älteren in Jahrzehnten geschaffen hatten, ihr Weg stellte sich als „verlebtes“ Leben dar. Dies war mit einem – auch beispiellosen – Autoritätsverlust der älteren Generationen verbunden. Nicht nur deren früheres Denken und Verhalten wurde in Frage gestellt. Die von Kindern tagtäglich gemachte Beobachtung eines neuen Verhaltens von Eltern, Großeltern, Lehrern, Bekannten in den sich überstürzenden Ereignissen, das opportunistisch war oder gewertet wurde, tat ein Übriges.

4. Der Generationskonflikt spielte sich auch in Schulen zwischen Lehrern und Schülern ab. Der für die Ausbildung der Heranwachsenden wichtigste Teil der Intelligenz war selbst verunsichert, nicht selten besorgt um den Arbeitsplatz, Überprüfungen ausgesetzt, wurde mit „Verbeamtung“ gelockt und geknebelt. Nirgendwo, auch in den Schulen nicht, sollten sich DDR-Bürger mit Herkunft, Existenz und Untergang ihres gewesenen Staates abwägend auseinandersetzen. Verlangt war, ihn zu verdammen und damit doch auch ein Stück oder das Ganze der eigenen Biographie. Aktuell melden Potsdamer Psychologen, dass ein Drittel der eine knappe Million umfassenden Lehrerschaft sich als beruflich ausgebrannt einstuft, wobei die Klagenden in den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt besonders zahlreich seien.

Ohnmacht und Verlassenheit

5. Die Veränderungen im Osten erfassten die einzelnen Regionen mit ungleicher Härte. Das gilt für die Arbeitslosigkeit, die Aussichtslosigkeit einer Besserung in absehbarer Frist, den Verfall und die Beseitigung von Einrichtungen der Freizeit und Kultur, für das Zerreißen sozialer Bindungen und Kontakte. Kürzlich bewerteten Delegierte der im Deutschen Bundesjugendring zusammengeschlossenen Organisationen den Zustand der Jugendeinrichtungen in den ostdeutschen Bundesländern als besonders kritisch, die – im Unterschied zu westdeutschen Stätten – zu einem erheblichen Teil mit ungeschultem, befristet eingestelltem Personal arbeiten würden. In Mecklenburg-Vorpommern stehen 150 hauptamtlichen Jugendarbeitern 2000 befristet Tätige gegenüber. In Berichten über Gewalt- und Schandtaten tauchen die Namen mancher Kleinstädte immer wieder auf, in denen sich Massenarbeitslosigkeit und Öde des öffentlichen Lebens überlappen. Die Abwanderung vieler geistig aktiver und charakterstarker junger Leute aus diesen Städten und Regionen „nach dem Westen“ verschlechtert die Situation zusätzlich.

6. Je länger desto mehr breiteten sich unter denjenigen Ostdeutschen, die euphorisch „in die Einheit“ taumelten, Enttäuschung, Ablehnung, Ohnmachtsgedanken, Verlassenheitsgefühle aus und erzeugten bei vielen Älteren Resignation, gehäufte Krankheitsbefunde, bei anderen Flucht in Betäubungsmittel vom Dauerfernsehen bis zum Alkohol.

Die verwandte Reaktion Jüngerer ist der Versuch, eigenen Misserfolg durch Inanspruchnahme der Erfolge anderer (z. B. in Sportstadien) zu kompensieren oder „Erfolg“ durch öffentliche oder geheime Proteste zu erlangen. Dabei sind für manche Personen und Gegenstände ihrer „Erfolge“ vollkommen gleichgültig. Derart wird Befriedigung gewonnen, entstehen Überlegenheitsgefühle gegenüber Opfern und Älteren, den Untätigen, wird gegen das triste Dasein blutig getrotzt. Diese Proteste drücken nicht nur Aufruhr gegen materielle Lebensbedingungen aus, sondern auch das Missvergnügen an Gesundbeterei und Verlogenheit.

Ächtung des Antifaschismus

7. Die Richtung dieser Proteste verlief nicht zufällig nach „rechts“. Der Untergang der DDR hat alle „linken“ Projekte zur Lösung der Menschheitsprobleme, die sich seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts schürzten und derzeit eine neue Qualität annehmen, nachhaltig diskreditiert. Mit ihnen scheint sich angesichts der auf „Stalinismus“ und „Diktatur“ verkürzten Erfahrung nichts bessern zu lassen. Neue Hoffnungen wurden nun an jene geknüpft, die als „Sieger der Geschichte“ erschienen und ihren Reklameapparat einsetzten, die neue „Geschichtsphilosophie“ zu zementieren. Erst beides, der Untergang des Realsozialismus und dessen Ausdeutung, hat die Ohren nicht nur für die Offerte des Neoliberalismus geöffnet, sondern auch für die Propaganda nationalistischer und „nationalsozialistischer“ Ideen, für Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Dies wurde verstärkt durch das Zerrissensein der Linken, die um Programm, Strategie und Taktik streitet. Weitere Impulse gingen von der Politik der regierenden Sozialdemokratie und der „Grünen“ aus.

8. Die Missachtung der antifaschistischen Hinterlassenschaft der DDR, der Versuch, Antifaschismus auf eine Ideologie und Politik herabzustufen, die einzig der Befestigung „kommunistischer“ Herrschaft dienten, wollte Gewiss „nur“ den bereits der Geschichte angehörenden Staat auch moralisch demontieren und historisch delegitimieren. Die Beseitigung des Andenkens an deutsche und an Antifaschisten anderer Länder in öffentlichen Räumen, die Diffamierung von kommunistischen Antifaschisten als Häftlingsfunktionäre in KZ und Vernichtungslagern, die Entfernung einschlägiger Literatur aus öffentlichen Bibliotheken usw. schufen indessen Freiräume, in die neofaschistische antisozialistische Agitation (gegen „die Zecken“), hineinstoßen konnte.

9. Ähnliche Wirkung ging vom Umgang mit der wissenschaftlichen und künstlerischen DDR-Intelligenz aus, die Anteil daran besaß, dass sich im Osten antifaschistische Überzeugungen verbreiteten. Die Zerschlagung von Verbänden der Künstler, die Liquidierung von Verlagen und Redaktionen oder deren Umprofilierung, die „Abwicklungen“ beschnitten den Aktionsradius von Menschen erheblich, die sich antifaschistisch engagierten. Deren Rolle hätten Philosophen, Historiker und andere Hochschullehrer, die auf die Plätze der Entfernten berufen wurden, übernehmen können. Die veränderte Situation machte kürzlich ein Kongress der Historiker klar. Die erst nachträglich ins Programm genommene Veranstaltung über einen denkbaren Beitrag zum Kampf gegen den Rechtsextremismus ging ohne hörbaren Ruf an die Öffentlichkeit aus.

10. Die kapitalistische Gesellschaft demonstriert im Alltag fortgesetzt Kampf und Gewalt, angefangen bei der Konkurrenz um Arbeitsplätze, über die Verherrlichung der Gewalt in Film und Medien bis hin zum Polizeieinsatz gegen autonome Antifaschisten, die Rechtsextremen die Straße streitig machen. In dieses Umfeld von Brutalität gehört auch die Darbietung einer Sexualität, die – bar jeder Erotik – Reklame, Ablenkung, Betäubung bezweckt.

Ausflüchte statt Analyse

Auf diesem Boden entstand jene Kette von Untaten, die uns Tote, Verkrüppelte und Verwundete beklagen und fordern lassen, diesem Treiben mit allen Mitteln ein Ende zu machen. Diese Mittel können weder gefunden noch erprobt werden, solange statt einer Analyse des Woher Ausflüchte geboten werden. Locker geht Politikern und Funktionären die Phrase über die Lippen, wonach jungen Ostdeutschen „Vertrauen und Erfahrungen im Umgang mit Demokratie“ fehlten und dies zu den wichtigsten Ursachen des „Rassismus im Osten“ zähle. Könnte es nicht umgekehrt sein, dass „Erfahrungen mit der Demokratie“ zur Ursache für die Ablehnung der folgsamen Einordnung in den Hauptstrom geworden sind?

Nun ruft der Staat die Bürger und heißt sie, ihr Gewissen aufstehen zu lassen. Bürger wiederum rufen nach dem Staat, von dem sie Abhilfe verlangen. Geschwollene Formulierungen wie die „Selbstverteidigung der bürgerschaftlichen Demokratie“ sind in Umlauf. Vorsatz und Ratlosigkeit, Entschlossenheit und Zaudern, Programmatik und Beliebigkeit vermischen sich. Nun erfolgte am 9. November 2000 ein Zusammengehen von politisch unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Kräften. Manche schlossen sich spät an. Die Interessen waren nichts weniger als einhellig. Gut gewählt war der Tag.

1938 hatten Millionen Deutsche untätig zugesehen, wie eine Minderheit Juden drangsalierte, beraubte, umbrachte. Das kann Denkanstoß sein, ergibt aber kein brauchbares Aktionsprogramm zur Eindämmung des Rechtsextremismus.

Manches an diesem Tage war auch Nebel und Anderes Kalkulation. Innenpolitische Zustände vermögen Geschäftsinteressen zu schädigen. So kamen auch jene in den Zug, kaum in Persona, deren Widerstand gegen die Zahlungen an Zwangsarbeiter Fremdenfeindlichkeit gegen insgesamt 1,5 Millionen Menschen bekundet. Heuchelei war im Spiel. Wenn der Tag also nicht einzig beweisen soll, dass die Antinazis zahlreicher sind als die Nazis, dann ist gefordert, dass alle Beteiligten beim Wort, beim Einfluss, bei ihren materiellen und finanziellen Möglichkeiten genommen werden, damit dem Signal auch die Fahrt folgt. Ein zweifelhaftes Bild, solange Schienen nicht verlegt sind und ein Fahrplan – ein Aktionsprogramm – fehlt. Dafür mangelt es nicht an Vorschlägen und Erfahrungen. Täglich unternehmen Gruppen, Kreise, Zirkel und Organisationen, was sie für richtig halten und gegen den Rechtsextremismus ausrichten können.

Tausende Menschen treten hervor, verwenden darauf ihre Freizeit. Müssen sie nicht darüber reden, warum ihre Anstrengungen bisher so wenig fruchten? Doktern sie an Symptomen herum? Müssen sie nicht ihre Aktivitäten korrigieren und jene, die über andere Kräfte gebieten, drängen, sich und sie einzusetzen?

Gegenoffensive

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus muss als Auseinandersetzung mit einer Erscheinung geführt werden, die von dieser Gesellschaft hervorgebracht wurde und von ihr genährt wird. Sie kann also aus ihr nicht herausgebracht werden, ohne gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern, ohne dass Politiker sich korrigieren. Die Auseinandersetzung gewinnen zu wollen, ohne von Gebrechen unserer sozialen Zustände zu reden, ohne Konzept gegen die Arbeitslosigkeit ist weniger als halbherzig. Denn: Wie immer auch die Faktoren beurteilt werden, die den Boden für rechtsextreme Haltungen und Untaten abgeben, von Arbeits- und der mit ihr einhergehenden Perspektivlosigkeit kann nicht abstrahiert werden. Die amtliche Arbeitslosenziffer für Oktober nennt 3.611.000 Personen (Rate: 8,9 Prozent, 16,1 Prozent im Osten). Es wird erklärt, 3,62 Millionen werde die Durchschnittsarbeitslosigkeit auch im Jahre 2001 betragen. Diesen Zusammenhang feststellen, bedeutet nicht, Maßnahmen, die den Rechtsextremismus eindämmen, erst als Ergebnis überwundener kapitalistischer Zustände zu erwarten.

Aktionsbündnis gebraucht

Die deutsche Gesellschaft von Herrschenden und Beherrschten, Steinreichen und Bitterarmen wird auf Dauer sowohl mit Arbeitslosen wie mit Menschen leben, die extrem reaktionäre Projekte verfechten. Die Frage ist, in welchem Ausmaß sie beides hinnehmen wird. Noch besitzt sie Mittel der Abwehr. Deren Mobilisierung hängt nach allen Erfahrungen jedoch davon ab, ob sich in ihr Kräfte finden, die sich für eine Gegenoffensive einsetzen: im Staat, in Parteien und anderen Organisationen, gegebenenfalls gegen deren unwillige oder zaudernde Führer, an Arbeitsplätzen, in aller Öffentlichkeit. Bei Zuständigkeit aller Bürger, die sich den demokratisch Gesinnten zuzählen, bleibt Verantwortung unterschiedlich verteilt. Folglich muss sich mobilisierender Druck in Richtungen entwickeln, wo Macht- und Einflussmittel konzentriert sind.

Gebraucht wird ein von gesellschaftlichen, staatlichen, kirchlichen und privaten Teilnehmern vereinbartes Aktionsbündnis, mit einer Prioritätenliste von Maßnahmen und ausgestattet mit finanziellen Mitteln. Gebraucht wird eine Haltung, die niemanden ausgrenzt, der sich an der Arbeit – es handelt sich um Arbeit – beteiligen will. Gebraucht wird die Einsicht, dass es sich um beharrlich zu unternehmende Anstrengungen handelt. Was tief verwurzelt ist, lässt sich nicht (wie in der Landwirtschaft) durch die einmalige Gabe eines scharfen Gegenmittels beseitigen. Gebraucht wird permanenter Erfahrungsaustausch. Häufig wird das Vorgehen über Versuch – Irrtum – Fehlschlag – neuer Versuch verlaufen. Gebraucht wird ein über Staatsgrenzen reichender Vergleich von Erfahrungen, etwa über die Grenze zu Polen, wo antifaschistische Jugendliche in einer „Chronik faschistischer Umtriebe“ seit

1990 bisher 50 Tote und 16.000 Überfälle, Schlägereien und ähnliche Vorkommnisse verzeichneten, zu der die Polizei eine eigene Gegenrechnung nicht vorgelegt hat. Vor uns liegt ein langer Weg. Es ist notwendig, sich über seine Beschaffenheit und seinen Verlauf ins Bild zu setzen.

junge Welt, Donnerstag, 16.11.2000.

Aus der Reparaturwerkstatt in die Rumpelkammer

Wehrmachtsausstellung: Bilder auswechseln – und dann?

Ohne die Mitwirkung einer Mischung von Unkenntnis, Schlamperei und Arroganz ist der Weg nicht vorstellbar, der die so genannte Wehrmachts-Ausstellung nicht – wie beabsichtigt – in weitere deutsche Städte und die USA, sondern zunächst in die Reparaturwerkstatt führt. Der Vorgang ist eigentlich im Leben so außergewöhnlich nicht, wenn er auch meist andere Objekte betrifft. Die Autoindustrie ruft gelegentlich ganze Serien von Fahrzeugen zurück, um Mängel zu beheben. Das ist zeitweilig markenschädigend und verursacht Ungelegenheiten und Kosten, doch niemand ruft nach dem Schrotthändler.

Im Falle *der* Ausstellung aber ist das anders. Denjenigen, denen das ungeschönte Bild über die Rolle der Deutschen im Zweiten Weltkrieg und namentlich der Wehrmacht schon immer ein Gräuel war, bot sich die willkommene Gelegenheit, ihre Forderung zu begründen, Texte und Bilder dorthin zu befördern, wohin sie diese seit langem wünschten: in die Rumpelkammer oder auf den Müllhaufen. Aggressiv begleitet und bekräftigt wurde diese Forderung von einem Protestmarsch in München, unsäglichen Leserbriefen, die die Regionalpresse überall dort verbreitete, wo das Werk des Hamburger Instituts für Sozialforschung besichtigt werden konnte, und schließlich sogar von einem Sprengstoffanschlag in Saarbrücken.

Zwanzig von rund 800 untersuchten Fotografien müssen nach dem Befund der Historiker-Kommission aus der Ausstellung entfernt werden. Friedrich Kahlenberg, Präsident des Bundesarchivs in Koblenz, verwies in diesem Kontext darauf, dass Ausstellungen schwerlich besser sein können als die Archive. Eine Entlastung für versäumte Quellenkritik der Ausstellungsgestalter kann dieser sicher berechtigte Einwand freilich nicht sein.

Die Kommission bestätigte, dass die Ausstellung „keine Fälschungen im Sinne der leitenden Fragestellungen und Thesen“ enthalte. Es sei unbestreitbar, dass sich die Wehrmacht in den besetzten Gebieten der Sowjetunion an den Massakern gegen Juden und Zivilbevölkerung sowie an den Verbrechen an Kriegsgefangenen „teils führend, teils unterstützend“ beteiligt habe. Die Kommission bemängelte aber „1. sachliche Fehler, 2. Ungenauigkeiten bei der Verwendung des Materials und 3. vor allem durch die Art der Präsentation allzu pauschale und suggestive Aussagen“. Dadurch sei sie auch nicht als eine Ausstellung über die Besonderheiten des in der Sowjetunion geführten Vernichtungskrieges, sondern über „die“ Wehrmacht an sich rezipiert worden.

Bleibt zu fragen: Haben die Ausstellungsmacher pauschal zu beweisen gesucht, dass die deutsche Wehrmacht ein Haufen sadistischer Männer gewesen sei, die ihre mörderische Veranlagung auf und hinter den Schlachtfeldern ausleben wollten? Dies hatte schon zu Anfang des Jahres Horst Möller, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, in der FAZ der Reemtsma-Truppe zu unterstellen versucht. Nahezu auf einer ganzen Seite hat er seine Forderung begründen dürfen, die Ausstellung nicht wieder öffentlich zu zeigen. Und damit zugleich einmal mehr seinen radikalen Bruch mit der aufklärerischen Tradition des Münchener Instituts demonstriert, die sich vor allem mit dem renommierten Namen des früh verstorbenen Martin Broszat verbindet.

Nein, die Hamburger Ausstellung weist mit der von Möller und den Attentätern auf die Schau unterstellten Pauschalität keine Verwandtschaft auf. Ihre Frontstellung richtete sich aber sehr wohl gegen eine zählebige Legende – gegen die von der sauberen Wehrmacht und ihrem ritterlichen Kampf. Dagegen hatte sich eben auch Broszat immer wieder und wieder gewandt. Er, seine Mitstreiter und insbesondere die Gruppe von Militärhistorikern um Manfred Messerschmidt im Militärgeschichtlichen Forschungsamt besaßen besonderen Anteil daran, dass auch in der Bundesrepublik längst alle Fakten zusammengetragen worden sind, um dieser Legende den Garaus zu machen. Doch war es, wie auch das Echo auf diese Ausstellung zeigte, offenbar nicht gelungen, dieses Wissen auch zu einem Gemeingut zu machen.

Insofern ist nun zu fragen, was der ebenfalls gegen die Ausstellung vorgebrachte Einwand, sie biete in ihren Kernaussagen nichts Neues, eigentlich besagt? So viel wie das Wort eines Arztes, der seinem

Patienten mit einer epidemischen Krankheit herablassend eröffnet, diese biete ihm nichts Neues und deshalb brauche er sich weiterhin nicht zu sorgen. Auf diese Weise sollen erhebliche Scharen von Deutschen, die vorzugsweise in den alten Ländern das Gepäck dieser Legende mit sich schleppen, unbekümmert weiter über die Jahrhundertschwelle marschieren.

Versucht wurde auch, die in dieser Ausstellung nachgewiesenen Verbrechen der Wehrmacht als Ausnahmeerscheinungen bzw. als lage- und situationsbedingt auszugeben. Das verstellt wiederum die Wahrheit, dass es das Wesen des Regimes und seine weltweiten imperialistischen Ziele waren, derentwegen die militärische Streitmacht handelte, wie sie es tat. Weil indessen nicht zu leugnen ist, dass im Verantwortungsbereich und unter Mitwirkung der Wehrmacht Untaten begangen wurden, werden dafür Erklärungs- und Entschuldigungsgründe ausgebreitet. Die Millionen an vorderster Front wussten nicht, was um sie herum und im eroberten Hinterland geschah. Danach werden die Sicherungsdivisionen als ein Bruchteil der Millionenarmee und mit ihnen die Militärverwaltung bedauert. Denen sei die unlösbare Aufgabe gestellt worden, Herr der Lage in einem besetzten Gebiet der UdSSR zu werden, das dreimal so groß gewesen wäre wie die heutige Bundesrepublik. Vor allem aber habe der von Stalin befohlene Partisanenkampf zur Brutalisierung beigetragen – ein Argument, das beflissentlich auslässt, dass in Jugoslawien, Italien, Griechenland und Frankreich, wo Stalin zweifelsfrei nicht befehligte, der Widerstand der Bevölkerung mit der gleichen Grausamkeit niedergehalten wurde und Unbeteiligte auf dieselbe barbarische Weise umgebracht wurden wie in Russland oder Belorussland.

Das famoseste Argument in der ganzen hitzigen Debatte um die Ausstellung aber war jenes, dass da lautete: In den Reihen der Wehrmacht hätten während des Krieges die Offiziere der alten preußischen, konservativen und deutschnationalen Schule nur noch eine Minderheit dargestellt. Das sollte wohl heißen: Die Untaten wären bei einem anderen personellen Kräfteverhältnis nicht geschehen? Zum einen haben die Prozesse vor alliierten, amerikanischen, britischen, jugoslawischen und anderen Gerichtshöfen anhand von Dokumenten nachgewiesen, dass diese Altgeschulten keine Bedenken trugen, im Vernichtungskrieg zu führen. Selbst wenn dieser Nachweis nicht hätte erbracht werden können, bliebe zum anderen die Tatsache, dass es seit den Nach-Versailler-Tagen gerade die geschlagenen Militärs des Ersten Weltkriegs waren, die nach einer Massenarmee lechzten, in der es fraglos Menschen gab, die von verbrecherischem Typus waren und ein entsprechendes Vorleben aufwiesen. Jedoch: Spätestens seit Christopher Brownings (lange vor Goldhagen erschienenem) Buch – und noch davor in dem 1959 vor einem westdeutschen Gericht abgehaltenen sogenannten Ulmer Einsatzprozess – ist klargestellt, dass es „ganz normale Männer“ waren, welche Massaker verübten und sich um geschriebenes und per Gewohnheit überliefertes Kriegsvölkerrecht so wenig scherten wie ihre Befehlshaber und Kommandeure. Nein, nicht massenhafter Sadismus, sondern die bereitwillige oder auch nur sklavisch befehlsgehorsame Verfassung und Haltung Millionen deutscher Soldaten, die sich zu Instrumenten eines Programms machten, das auf die Weltvorherrschaft zielte, brachte die deutsche Kriegführung hervor. Und von daher ist dieser Vernichtungskrieg nicht zu einem Normalkrieg des 20. Jahrhunderts herab zu stufen und in eine lange Reihe von Kriegen zu stellen. So unbestritten das eben zu Ende gegangene Jahrhundert auch durch eine Kette barbarischer Kriege gekennzeichnet ist, so gewiss sind es nicht nur das geografische Ausmaß des Zweiten Weltkrieges, die Zahl der Getöteten und der Umfang der materiellen Zerstörungen, die diesen Krieg deutlich unterscheidbar machen. Das sollte gerade die Deutschen (im eigenen Interesse) veranlassen, diesen Krieg nicht nach der Devise einzuebnen: Die anderen auch.

Insofern war es befriedigend in Frankfurt (Main), aus dem Munde des Leiters des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, zu erfahren, dass die Ausstellung in überarbeiteter Fassung weiter gezeigt werden soll. Bleibt nur zu hoffen (und zu wachen), dass sie nicht doch noch sang- und klanglos aus der Reparaturwerkstatt in die Rumpelkammer abgeschoben wird, wie manche sich das wünschen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 18./19. November 2000, S. 21.

Täterforschung

Ein Band über Motive von Gruppen- und Einzeltätern im deutschen Faschismus

Im weitesten Sinne begann die Forschung nach den deutschen und anderen Tätern, die sich der Verletzung des Völkerrechts schuldig gemacht oder sonst Verbrechen begangen hatten, noch bevor der Zweite Weltkrieg zu Ende gegangen war. In den Staaten der späteren Siegermächte entstanden Listen mit Namen derer, die vor Gericht gestellt werden sollten. Sie umfassten vor allem die Häuptlinge des Naziregimes. Gefahndet wurde jedoch auch nach den Tätern, die auf den unteren Stufen Verbrechen ausgeführt hatten. Soweit man ihrer habhaft werden konnte, wurden einige von ihnen unverzüglich angeklagt, so die Entschlossenheit demonstrierend, diesmal – und anders als nach dem Ersten Weltkrieg – über die Untaten kein Gras wachsen zu lassen.

Schon 1943 fand im befreiten Charkow ein Gerichtstag gegen deutsche Kriegsgefangene statt, die schwerer Verbrechen überführt wurden. Zu den Angeklagten gehörte auch ein ukrainischer Kollaborateur. Wer sich über den Prozessverlauf durch einen Augenzeugen unterrichten will, kann das anhand von Konstantin Simonows Kriegstagebüchern tun.

Nahezu sechs Jahrzehnte später hat sich als spezielle Richtung in der Faschismus- und Weltkrieg-II-Forschung das Interesse an einer Täterforschung entwickelt, die sich viel weiter ausgreift. Es äußert sich nach wie vor in der Erforschung der Biographien von herausragenden Figuren des Naziregimes, legt seinen Schwerpunkt aber mehr und mehr „nach unten“ und versucht die Rolle ganzer Gruppen zu erfassen, die der Politik des deutschen Imperialismus jene Effizienz gaben, die sich soweit und so fürchterlich auswirkte. In den Blick genommen werden alle Gruppen der Verfolgten, Geknechteten, Unterdrückten und Hingemordeten und mithin das gesamte Feld der Tatbeteiligten. Die von den Juristen früh zu klärende Frage, worin der jeweilige Tatanteil an den geschichtlich beispiellosen Verbrechen bestand, ist nicht verschwunden, aber hat ihre Ergänzung durch die Versuche gefunden, die Motive der Handelnden genauer zu ergründen. Das bereitet Schwierigkeiten die Menge, namentlich wenn es um die „Durchschnittstäter“ geht, denen sich der vorliegende Band zuwendet.

Nicht, dass die Autoren sich eine Holzfigur zurecht geschnitzt hätten. Doch sie fragen berechtigt nach den Gemeinsamkeiten der Antriebe und Verhaltensweisen von Gruppenangehörigen. Dieses Tor hatte der US-amerikanische Forscher Christopher Browning mit seinem Buch „Ganz normale Männer“ weit aufgestoßen, als er sich über einen vergleichsweise dichten Quellenbestand machte, der die Rolle eines Hamburger Polizeibataillons betraf. Nur in Ausnahmefällen stehen Zeugnisse dieser Qualität zur Verfügung. Die reichlich vorhandenen Akten aus Gerichtsverfahren sind gerade in puncto Motivermittlung unzuverlässig, waren die Angeklagten, damit ihnen nicht der Vorwurf der niederen Beweggründe gemacht werden konnte und ihre Strafen auf das Höchstmaß lauteten, doch bestrebt, sich als Handelnde darzustellen, die ergangenen Befehlen folgten, denen sie nicht hätten ausweichen können.

Dass die Täterforschung bisher vor allem Personen und Personengruppen gerichtet ist, die ihre Verbrechen in den eroberten Gebieten, in Vernichtungs- und Konzentrationslagern, in Zuchthäusern und Gefängnissen begingen, spiegelt auch der vorliegende Band aus der renommierten Reihe wider, die 1985 zu erscheinen begann, einen festen Platz in der Historiographie des Faschismus besetzt, nun bis Band 16 gediehen ist und deren Herausgeberkreis sich verändert, ergänzt und verjüngt hat. Zwei Beiträge klären das Geschehen des Judenmord weiter auf und gelten der Rolle der Grenzpolizei und des Zollgrenzschutzes sowie der Zentralbauleitung in Auschwitz.

Ein Aufsatz, der die Rolle von „Wachmannschaften in Lagern für sowjetische Kriegsgefangene“ zum Gegenstand hat, ist mit dem Untertitel „Eine Annäherung“ versehen, der den Rückstand anzeigt und die Schwierigkeiten verrät, die bei der Aufhellung der Geschichte der Kriegsgefangenen existieren.

Zwei weitere Beiträge befassen sich mit dem „Streifendienst der Hitlerjugend“ und in einer regionalen Studie anhand des Münchner Wohlfahrtsamtes mit jener Sozialpolitik, die diese – noch immer meist positiv besetzte – Bezeichnung nicht verdient, folgte sie doch u. a. der Losung „Fürsorgeausnüt-

zer wurden ausgemerzt“ und bezeichnet eine Denkweise, die in Deutschland bis heute nicht als überwunden angesehen werden kann.*

Dem Band sind zwei Dutzend Rezensionen angefügt, die sich mit Publikationen aus den Jahren 1998 bis 2000 befassen, die zum Generalthema gehören oder eine Beziehung besitzen. Für das kommende Jahr künden die Herausgeber einen weiteren Band an, der unter der Überschrift „Bürokratie. Initiative und Effizienz“ Beiträge zur Tätigkeit von Institutionen der Wehrmacht, der SS und der zivilen Verwaltung bieten wird.

„Durchschnittstäter.“ Handeln und Motivation. Hrsg. und Red.: Christoph Dieckmann, Christian Gerlach u. a. Verlag Assoziation-Schwarze Risse-Rote Straße Berlin 2000, (= Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, 16) 270 S.

junge Welt, Sonnabend/Sonntag, 18./19.11.2000.

* Bis zu dieser Stelle stimmt der Text mit dem in der jungen Welt, 18.11.2000, überein.

Zwischenbilanz

Forschungen zum KZ Ravensbrück

Vor den Fragen nach dem Woher, Wieso und Warum, die sich nicht nur Historiker mit dem Blick in die Geschichte stellen, stehen Fragen nach dem Was, Wo und Wann, auch des Wieviel, also die Erfassung der „nackten“ Tatsachen. Aus solcher Arbeit, die – was über ihre Schwierigkeit nichts sagt – eigentlich Vorarbeit ist, Vorverständnis von Geschichte schafft, sind für weiterführende Forschungen anregende Publikationen entstanden. Als unentbehrlich haben sie sich auch für die hochkomplizierte Rekonstruktion der Geschichte der Konzentrations- und Vernichtungslager erwiesen, deren Beherrscher eine teils penible, teils schlampige Bürokratie betrieben, von der nur ein Teil erhalten blieb.

Das vorbildhafte Werk, das eine solche frühe Durcharbeitungsstufe repräsentiert und zugleich die Schwelle von der Ermittlung der Fakten hin zu deren sachkundiger Zuordnung überschreitet, betrifft Auschwitz und ist Danuta Czech zu danken. Deutsch erschien es zuerst 1989. Die Arbeit hat jüngst Aufnahme in das fünfbändige profunde Werk „Auschwitz 1940-1945“ gefunden. Daran orientierte sich Grit Philipp mit ihrer Veröffentlichung, einem Kalendarium der Ereignisse des KZ Ravensbrück. Es setzt mit dem 1. Januar 1940 ein und endet am 30. April 1945, ein Schluss, der die Nachgeschichte ausklammert, die eigene Forschungen über die Prozesse gegen die Peiniger, die Rückkehr der Überlebenden, die Aufnahme in ihren Ländern usw. verlangen würde. Des Weiteren enthält der Band Fotos aus einem sogenannten SS-Album, die der Propaganda dienten. Sie werfen die Frage auf, wie es um die fotografische Dokumentation der Wirklichkeit steht, zumindest im Moment, da sowjetische Truppen das Hauptlager erreichten. Sodann sind „Zugänge“ aufgelistet, einsetzend am 25. Mai 1939, endend mit dem 26. Januar 1945. Eine Auswahlbibliographie beschließt das repräsentativ gestaltete Buch.

Dessen Nützlichkeit wird im Vorwort rechtens herausgestellt, dessen Rang ein wenig überbewertet, wenn der Band uneingeschränkt an die Seite des polnischen gerückt wird. In diesem Text hätte man sich Unterrichtung über den Forschungsstand zur Geschichte des KZ gewünscht, Informationen über Fortschritte und Desiderate, die sich bei allen in dreijähriger Arbeit verdienstvoll ermittelten Fakten doch im Kalendarium niedergeschlagen haben. Die Verfasserin verweist selbst auf zwei Lücken, die fehlenden Daten zum Männerlager und zu „verschiedenen Außenlagern“. Was das Letzte für das Gesamtbild bedeutet, wird allein an dem Faktum klar, dass seit 1943 etwa die Hälfte aller Häftlinge sich zum Zwecke ihrer Ausbeutung in der Rüstungsindustrie oder in sonst kriegswichtigen Einrichtungen außerhalb von Ravensbrück befand. Da wären die Namen von Betrieben zu erfassen gewesen. Sie erscheinen vereinzelt im Text und sind einmal (Auer) im Ortsregister versteckt, ein anderes Mal (Hasag) auch dort nicht aufgenommen. Register der Außenlager und Einrichtungen, in denen die Häftlinge arbeiteten, fehlen. Das erinnert an den Satz aus einem Brecht-Drama, wonach nichts passiert sei, solange kein Name genannt würde. Hier hätte sich der Rat der Mitglieder der Fachkommission Brandenburgische Gedenkstätten (A. Leo und B. Faulenbach werden bedankt) geltend machen können.

Kurz gesagt: Das Vorliegende wäre vorerst eher als Arbeitsmaterial zu bestimmen gewesen und zur Orientierung und Weiterarbeit aller, die sich mit der Geschichte von Ravensbrück befassen. Deren Zahl ist erfreulich gewachsen, ebenso die Zwischenergebnisse ihrer Forschungen, die wie andernorts und massenhaft meist auf prekären, häufig unterbezahlten Arbeitsstellen verrichtet werden. Zu ihnen zählt das soeben greifbar gewordene Totenbuch des Lagers. Es liegt in begrenzter Zahl vervielfältigt vor und ist unter der Redaktion von Bärbel Schindler-Saefkow aus Recherchen in vielen Ländern hervorgegangen. Ermittelt wurden bisher die Namen einer Minderheit der Getöteten, von 10.331 Insassen, und, soweit feststellbar, deren Geburts- und Todesdatum, Wohn- und Sterbeort. Von manchen Häftlingen werden nur Nummern angegeben, unter denen sie erfaßt gewesen waren. Die Beteiligten hoffen, mit der Hilfe vieler weiter und zu einem repräsentativen und würdigen Gedenkbuch zu kommen.

In einem ergebnisreichen Stadium befinden sich Arbeiten, die auf die Außenlager gerichtet sind. Würden Historiker in der Lage sein, politisch-geographische Karten Deutschlands und einzelner seiner

Länder herzustellen, die alle KZ samt Außen- und Nebenlagern, Lagern für Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und weitere Häftlinge markierten, würde sich eine häufig gestellte Frage erledigen: Was haben die Deutschen vom Leiden und Sterben derer gewusst, die in die Gewalt der Faschisten geraten waren. Es würde dann ein Blick darauf genügen, um eine andere Frage zu stellen: Was haben sich Deutsche gedacht, die „zwischen“ diesen Lagern lebten?

Indessen erweist sich, nicht erst, seit sich forschende Aufmerksamkeit auf die Außenlager richtete, dass ein Teil auch der Nachgeborenen sich an deren Existenz weitgehend desinteressiert zeigt. Die einen meinen, es sei genug über Faschismus und Krieg geredet und geschrieben worden. Andere möchten den Schmutz im Nest ihrer Vorfahren unerwähnt lassen. Dritte besorgen sich um den Ruf ihres Ortes und fürchten um die Wirkung geschäftstüchtiger Reklame. Kommunalpolitiker glauben, sich mit wichtigerem befassen zu müssen und schielen auf Wähler, die in herausgeputzten Ortschaften leben wollen, auf die kein Schatten außer dem der Bäume und des Kirchturms fällt.

Zu diesen Hindernissen kommen weitere: Wer vor Ort nach den materiellen Zeugnissen der Lager forscht, bemerkt, dass über sie im wahrsten Wortsinn vielfach Gras gewachsen ist. Häufig bereitet es Mühe, auch nur deren Umrisse, geschweige denn Reste von Gebäuden aufzufinden. Die Zahl ortskundiger Zeitzeugen schrumpft jedes Jahr. Dennoch ist eine komplettierte Übersicht über die Außenlager des KZ Ravensbrück, in denen die Häftlinge gegen die Niederlage des Regimes anschuften mussten, entstanden. Mit ihr zeichnet sich, unterschiedlich scharf, auch eine Geschichte dieser Stätten ab.

Was jetzt notwendig erscheint und schließlich dazu führen soll, dass die einstige Existenz dieser Lager ins Bewusstsein derer tritt, die heute in ihrer Nähe leben, ist die Zusammenführung aller, die sich der Aufgabe bisher widmeten oder das nach Amt und Würden tun müssten. In manchen Orten haben sich Menschen aus eigenem Antrieb der Geschichte ihrer Lebensräume angenommen. Ohne deren Arbeit wäre vieles verloren gegangen. Andere, Lehrer und Pfarrer, könnten gewonnen werden, dem Beispiel einiger Amtskollegen zu folgen. Eine Zwischenbilanz von Erforschtem und Gesuchtem und der Austausch gewonnener Erfahrungen mit Forschern, die sich der Geschichte anderer KZ zugewandt haben, bleibt dringlich. Ohne verstärkte ideelle und materielle Förderung dieser Arbeit durch die Landesregierungen in Potsdam und Schwerin, Landräte und Bürgermeister wird oft nicht voranzukommen sein. Dabei käme es darauf an, das Eis zum Schmelzen zu bringen, das sich wie ein Panzer mancherorts vor die Begegnung mit der Geschichte gelegt hat, sofern diese nicht die Leidensgeschichte der „eigenen“ Leute ist.

Dass auf Friedhöfen an Wehrmachtssoldaten erinnert wird, die im Kriege umkamen, kann mit moralisch vorweisbaren Argumenten nur gutheißen, wer diejenigen nicht ignoriert, die massenhaft erst aufgrund der militärischen Siege eben dieser Soldaten aus einem friedfertigen Leben gerissen und denen, wenn nicht das Leben genommen, so Jahre davon unwiderbringlich gestohlen wurden. Frauen und Männer aus so vieler Herren Länder waren für Jahre auch „Einwohner“ deutscher Ortschaften, wenn sie auch von deren „Ureinwohnern“ als solche nicht behandelt wurden, wenn auch ihre Behausungen meist Wohnungen nicht genannt werden können, wenn sie auch mit einem Gebet an einen anderen Gott oder mit einem gegen die Deutschen gerichteten Fluch gestorben sein mögen. Wo sich das Bewusstsein vom Leben der Zwangsarbeiter in der Mitte der deutschen Gesellschaft durchsetzt und ihrer pietätvoll gedacht wird, wäre mehr als ein flüchtiges Zeichen wider die Nazis unserer Tage und deren Sympathisanten gesetzt.

Auschwitz 1940-1945. Studien zur Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Fünf Bände. Hrsg. Wacław Długoborski/Franciszek Piper. Aus dem Polnischen von Jochen August, Verlag des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau, Oświęcim 1999.

Grit Philipp, Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Ravensbrück 1939-1945. Unter Mitarbeit von Monika Schnell, Metropol Verlag, Berlin 1999.

junge Welt, Montag, 18.12.2000.

Von den Argumenten zu den Quellen

Über den Historiker Wolfgang Schumann

In diesem Jahre wäre der Historiker Wolfgang Schumann 75 Jahre alt geworden. Er verstarb vor einem Jahrzehnt. Mit seinem Wirken verbindet sich vor allem die Forschung zum Zweiten Weltkrieg in der DDR, deren Ergebnisse unter seiner Leitung zu dem sechsbändigen Werk „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“ zusammengeführt wurden. Schumann besaß mit seinen langwierigen Forschungen in Archiven daran einen herausragenden Anteil. Diese hatten sich zunächst in Dokumenteneditionen niedergeschlagen, die bis heute von Studenten wie von der Forschung benutzt werden. Zuerst erschien „Anatomie des Krieges“ (1969, mit Dietrich Eichholtz). Darauf folgten „Anatomie der Aggression“ (1972, mit Gerhart Hass), „Griff nach Südosteuropa“ (1972) und „Weltherrschaft im Visier“ (1975, mit Lothar Nestler). Zuletzt initiierte er das Unternehmen „Europa unterm Hakenkreuz“, dessen Bände 1989 zu erscheinen begannen und das Werner Röhr zu Ende führte. Im folgenden Text erinnert sich Kurt Pätzold an eine Zusammenarbeit mit Wolfgang Schumann.

Schumanns Interesse galt vor allem der Rolle der großen wirtschaftlichen Unternehmen, der Führer von Verbänden, der Eigner und Manager in den Führungsetagen der Industrie- und Bankkonzerne in Vorkrieg und Krieg. Er gab der Erforschung der Expansionsprogramme, die in der Zeit der Kriegssiege formuliert wurden, ebenso nachhaltige Anstöße wie der Beschäftigung mit den Nachkriegsprojekten, die entstanden, als sich die militärische Niederlage des deutschen Imperialismus abzeichnete. Begonnen hatte Schumann diesen Forscherweg in einem Betriebsarchiv.

Dass ein eben promovierter junger Wissenschaftler sich vornimmt, mit einer Gruppe von Anfängern wie er die Geschichte eines Konzerns zu erforschen, der mit seinen Produktionsstätten über Deutschlands Grenzen nach Österreich, in die Tschechoslowakei, nach Ungarn und in die Niederlande und mit seinen Niederlassungen bis in die USA reicht, wird man nicht alltäglich nennen können. Wolfgang Schumann aber lockten die großen weißen Flecken auf dem historiographischen Tableau stets mehr, als dass er sich ins Forschergedränge begab. An dem Unternehmen, das er Ende der fünfziger Jahre mit Historikern und Ökonomen begann, existierte in Jena auch ein aktuell-politisches Interesse.

Die Unbeteiligten Edith Helmuth und Wolfgang Mühlfriedel schrieben darüber: Die Publikation „bildete den Höhepunkt einer ideologischen Auseinandersetzung im VEB Carl Zeiss Jena. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre hielten es politische Funktionäre außerhalb und innerhalb dieses Betriebes für unerlässlich, die Belegschaft von der Unrichtigkeit und politischen Gefährlichkeit der Zeiss-Legende und der daraus entspringenden Zeiss-Ideologie zu überzeugen.“ Legende und Ideologie verklärten nicht nur, wie weiter bemerkt wird, die reformerische, auf die Einbindung der Arbeiter, der Gewerkschaft und der Sozialdemokratie zielende „Geschäftspolitik“ der Manager, waren nicht allein Anknüpfungspunkt für das Abwerben von Spezialarbeitern, Technikern und Ingenieuren zur Firma Carl Zeiss Oberkochen, der Gegengründung von 1946. Beide bildeten zudem eine hochgetürmte Barriere gegen das „alten“ Zeissianern unbequeme Eingeständnis, welche Rolle Werk und Konzern zweimal bei Aufrüstung und in Kriegen gespielt hatten.

Bezugnahmen auf die unbestrittenen Verdienste von Forschung, Entwicklung und Produktion, die der Wissenschaft und der Medizin bahnbrechende Instrumente gegeben hatten, dienten dazu, hinter ihnen den Anteil an der Rüstungsproduktion zu verstecken oder jene zu benutzen, um diesen aufzuwiegen.

Die Klarstellung der Rolle, die Deutschland und seine politischen und wirtschaftlichen Machthaber bei dem Weg in zwei Weltkriege gespielt hatten, betraf aber ein zentrales Anliegen der DDR-Kulturpolitik. So fügte sich die Arbeit an der Zeiss-Geschichte diesem größeren Interesse ein.

Inzwischen ist das weitgehend verlorengegangen und Zurücknahme und Verdrängung gewonnenen Wissens gelangten bald nach 1990 auf den Vormarsch. Im Geleitwort zur Ausstellung, die 1996 aus Anlass der 150 Jahre zurückliegenden Gründung der Werkstatt des Carl Zeiss stattfand, übersprang der Thüringische Minister für Wissenschaft kühn 45 Jahre Zeiss-Geschichte und gelangte von 1900 flugs in die zweite Nachkriegszeit. In Ausstellung und Katalog konnte der Zeitraum nicht gut ausge-

spart werden. Aber die Frage nach dem Beitrag der Werke und ihrer Leitungen zu Aufrüstung und Kriegen wurde darauf reduziert, die modernen Kriegsmittel und die riesigen Gewinne herauszustellen. Und die noch zu Ernst Abbes Lebzeiten getroffene Entscheidung, am Rüstungsgeschäft kräftig zu profitieren, erhielt einen entschuldigenden Kommentar. So hätten sich rascher als durch die Zivilproduktion Investitionen sichern lassen, die für „neue Produktionslinien erforderlich waren“. Von Interessen der Manager an der Expansion über den Kriegsweg war keine Rede mehr.

1962 lag der umfängliche Band mit dem etwas hilflosen Titel „Carl Zeiss Jena – einst und jetzt“ vor. Mit seinem Erscheinen verband sich die Erfahrung unerwarteter Hürden, die sich für seine Verbreitung auftaten. Im nicht so kalten Wirtschaftskrieg zwischen den beiden deutschen Staaten bemächtigten sich Manager und Juristen des Oberkochener Unternehmens des Textes, um ihn vor Gerichten im Streit um Namen und Warenzeichen gegen das Jenaer Werk zu benutzen und darüber zu rechten, wer der legitime Erbe des berühmten Jenaer Physikers und erfolgreichen Werkleiters und seiner gemehrten Hinterlassenschaft sei. Dazu wurde die kritische Darstellung der Sozialpolitik Ernst Abbes herangezogen, von dessen Wirken ein Gesamtbild gegeben wurde, das seinen Leistungen gerecht zu werden suchte. „Mit der Würdigung der Verdienste des großen deutschen Naturwissenschaftlers und seiner Nachfolger und Schüler“, hieß es in Schumanns Vorwort, sollte ein „Beitrag zur Klärung der Frage der Tradition der deutschen Wissenschaft und der Bedingungen ihrer Wirksamkeit“ geleistet werden. Die Wege dieses Buches gehören in einen Abschnitt deutscher Zwei-Staaten-Geschichte, der von Wirtschaftshistorikern noch zu schreiben ist und naive Vorstellungen über das Wirtschaften im DDR-Staat korrigieren könnte.

junge Welt, Freitag, 29.12.2000.

Guttun und Unbehagen

Dieser 9. November 2000 hat Aussicht, in die deutsche Geschichte einzugehen. Aussicht, das ist nicht Gewissheit. Wer sich an diesem frühen Abend zwischen Oranienburger Straße und Brandenburger Tor bewegte, musste sehen, dass sich in vielen Gesichtern Genugtuung ausdrückte und spiegelte. Für viele Schüler und andere junge Leute war dies überhaupt die erste Teilnahme an einer politischen Demonstration dieses Ausmaßes. Sie gingen auf der richtigen Seite. Manche gemeinsam mit ihren Eltern oder Großeltern. Jeder bemerkte: Die Gegner von Nazismus, Menschenverachtung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, Terror und Gewalt sind in dieser Stadt unvergleichlich zahlreicher als die Rechtsextremisten. Das tat gut, wenngleich es nichts weniger als rühmlich ist, denkt man an die durch Umfragen ermittelte Feststellung, dass 15 Prozent der Deutschen irgendwelche antisemitischen Vorurteile mit sich herumschleppen.

Spiegeln die Zahlen aber auch das Kräfteverhältnis? Das muss gefragt werden und dies überlegend, beschlich manche auch Unbehagen. Ist nach diesem Tage ein einziger Ausländer in Deutschland sicherer als am Tage zuvor? Werden diejenigen Politiker, von denen der Vorsitzende des Zentralrates der Juden sagte, sie würden verbal zündeln und die bei diesen Worten sauertöpfisch dreinblickten, damit aufhören? Werden sich Verwaltungsrichter aufraffen und den Neonazis, sie waren erst wenige Tage vorher über die gleiche Straße Berlins gezogen, nun die Straße streitig machen und das nicht den autonomen und anderen Antifaschisten überlassen? Werden sich Lehrer in den Schulen ermutigt sehen, Flagge zu zeigen und denjenigen ihrer Schüler – von denen waren nicht wenige unter den Demonstrierenden – zur Seite stehen, die zur unorganisierten Partei des menschlichen Anstands gehören? Werden Lehrausbilder in Betrieben ein Gleiches tun?

Der Tag brachte freilich und unvermeidlich ein wenig Ritual in die Veranstaltung. Das war hinzunehmen. Auch, dass sich in ihr sehr unterschiedliche Interessen mischten. Nur übersehen werden sollten sie nicht. Auch nicht, dass sich in den Kreis der Appellierenden, nicht unbedingt auch der Mitgehenden, am Ende Leute gemischt hatten, die dafür eine moralische Legitimation nicht vorweisen konnten. Denn die ärgste und, wenn auch den Deutschen nicht vor Augen stehende Handlung von Fremdenfeindlichkeit besteht im Augenblick in der absichtsvollen Verzögerung der Zahlung einer ohnehin nur als Geste anzusehende Geldsumme an die einstigen Zwangsarbeiter. Dieses fremdenfeindliche Verhalten betrifft noch 1,5 Millionen Menschen in vielen Ländern. Das ist eine Schande und über die ist, so viel Treffendes und Nachdenkliches auch ausgesprochen wurde, in den Reden am Brandenburger Tor geschwiegen worden.

Das macht besonderes Unbehagen. Manche haben sich auch für die an die ausländischen Rundfunkstationen zu überspielenden Fernsehbilder mindestens soviel interessiert wie für die Zahl der Teilnehmer. Geschwiegen wurde auch darüber, dass rechtsextremem Denken über Jahre dadurch ein Weg frei gemacht wurde, dass der Antifaschismus in und aus DDR-Zeit von staatswegen fortgesetzt diskriminiert wurde, Plätze und Straßen ihre Namen verloren, die an Nazigegner erinnerten, Bibliotheken ihre Bestände von Büchern „säuberten“, die ein gleiches tun, die Kampagne gegen die „roten Kapos“ diejenigen herabsetzte, die in Freiheit und Gefangenschaft in den ersten Reihen des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus standen. Nicht nur die Bürger in ihrem Alltagsverhalten haben sich zu korrigieren. Zu korrigieren hat sich auch eine Politik – auf allen Stufen der Macht –, wenn sie den Anspruch rechtens erheben will, den Rechtsextremismus eindämmen zu wollen ...

Nur lässt sich nicht glauben, dass der Kampf gegen den Rechtsextremismus, gegen Neofaschismus, Gewalttätigkeit gegen Fremde, Schwache, Ältere, Behinderte auf Aufklärung reduziert werden kann. Aufklärung – wie jeder Tag aufs Neue beweist – kann an Interessen abprallen. Die deutschen Militaristen haben gewusst, wie viele Menschen im Ersten Weltkrieg umgekommen waren, und sie haben, noch bevor er beendet war, den Zweiten ins Auge gefasst und ihn alsbald vorbereitet. Tote, Gefallene, Ermordete sind nicht für alle ein Argument. Wer den Rechtsextremismus bekämpfen, ihn eindämmen will, darf nicht zu kurz greifen. Wer sich scheut, über die Gebrechen der Gesellschaft zu reden und das den Demagogen überlässt, wird wenig Erfolg erwarten können. Wer kein lohnendes Ziel einer verbesserten Welt und begehbare Wege dahin anzubieten hat, dürfte den Kürzeren ziehen. Wer sich

nicht mit Ausdauer rüstet, wird sich selbst enttäuschen. Wer sich auf einen langen Weg einstellt, ist gut beraten. Befreiung vom Unbehagen heißt: Teilnahme im Wissen, dass Spalttabletten schmerzlindernd, aber kein Mittel gegen Krebs sind.

antifa, Januar 2001, S. 9.

„... über alles in der Welt“?

Nationalstolz in Deutschland

„Die wohlfeilste Art des Stolzes hingegen ist der Nationalstolz. Denn er verräth in dem damit Behafteten den Mangel an INDIVIDUELLEN Eigenschaften, auf die er stolz seyn könnte, indem er sonst nicht zu Dem greifen würde, was er mit so vielen Millionen theilt. Wer bedeutende Vorzüge besitzt, wird vielmehr die Fehler seiner eigenen Aktion, da er sie beständig vor Augen hat, am deutlichsten erkennen. Aber jeder erbärmliche Tropf, der nichts in der Welt hat, darauf er stolz seyn könnte, ergreift das letzte Mittel, auf die Nation, der er gerade angehört, stolz zu seyn: hieran erholt er sich und ist nun dankbarlich bereit, alle Fehler und Thorheiten, die ihr eigen sind, (...) zu vertheidigen.“
(Arthur Schopenhauer, Parerga und Paralipomena I, in: Sämtliche Werke, 4. Bd., hrsg. von Paul Deussen, München 1913, S. 398)

Warum, wie oft, bei welchen Gelegenheiten und aus welchen Anlässen Deutsche sich wegen ihres Deutschseins stolz fühlten und das öffentlich bekundeten, hat niemand gezählt. Die Skala mit den Begründungen derartiger Bekenntnisse ist indessen weit. Sie reicht in deutscher Geschichte bis in Zeiten zurück, da es noch keinen deutschen Nationalstaat gab oder die Bestrebungen, dahin zu gelangen, sich in einem frühen Stadium befanden. Aber seitdem dieser Staat existierte, ausgerufen am 18. Januar 1871 nach einem spektakulären Sieg im Kriege gegen Frankreich auf dessen Boden, wollten sich viele Deutsche in ihrem Nationalstolz – wie auch auf anderen Feldern – von niemandem übertreffen lassen. Der sechs Jahre nach der Reichsgründung geborene Fregattenkapitän a. D. Bogislav von Selchow dichtete:

Ich bin geboren, deutsch zu fühlen,
bin ganz auf deutsches Denken eingestellt,
erst kommt mein Volk, dann all’ die anderen vielen
erst meine Heimat, dann die Welt.

Jubelgesänge wie „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben“ verblassten im neuen europäischen Großstaat hinter „Deutschland, Deutschland über alles“. Dies Lied auf den Lippen, betrachteten sich Millionen Deutsche zwischen Maas und Memel, von der Etsch bis an den Belt als eine ganz besondere historische Schöpfung. Ihre Nationalhelden, in Schulbüchern abgebildet, trugen meist ordengeschmückte Militäruniformen: Kaiser Wilhelm I., Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck, der Generalstabschef Helmuth Graf Moltke (der Ältere), Kriegsminister Albrecht Graf Roon. „Deutschland über alles“, das sei – einer zum Mythos erhobenen Lieblingslegende deutscher Militaristen zufolge – das Sturm- und Sterbelied der vorwiegend jungen deutschen Soldaten gewesen, die in der Schlacht bei Langemarck 1914 schlecht ausgebildet, mangelhaft geführt und ahnungslos in das Feuer ihrer Gegner rannten und darin umkamen.

Selbstbespiegelungen ohne Maß

War vom Stolz auf die Nation die Rede, verwiesen die einen auf Dichter und Denker, andere auf die deutsche Kriegsflotte, dritte auf Wissenschaftler, Techniker und Erfinder, wieder andere auf Helden kriegerischer Kämpfe, etwa auf Generale und Offiziere Friedrichs II. oder der antinapoleonischen Befreiungskriege. Eine besondere und nahezu permanente Quelle deutschen Stolzes bildete Deutschlands wirtschaftliche Stellung. Aus dem deutschen Firmen für ihre Exportwaren zunächst aufgezwungenen „Made in Germany“ wurde der Trotzruf und Reklameslogan, der besagte: Nun sind wir Deutsche, verspätet zwar, auch auf dem Kampffeld, das Weltmarkt heißt, und bestürmen die Bastionen der Frühergekommenen.

Alle Stolzen bezogen sich jedenfalls auf Personen und Sachen, die andere wirklich oder vermeintlich nicht besäßen und nicht aufzuweisen hätten, oder auf Leistungen, die wiederum nur sie hätten vollbringen können und zu denen andere auch in Zukunft nicht befähigt sein würden. Je weniger die Deutschen von Jean-Jacques Rousseau und Honoré de Balzac, von William Shakespeare und Francis Bacon, von Adam Mickiewicz und Frédéric Chopin wussten, gelesen oder gehört hatten, je weniger

Vorstellungen sie mit den Namen von James Watt, Thomas Edison und Dimitrij Iwanowitsch Mendelejew verbanden, umso leichter fiel ihnen Selbstbespiegelung ohne Maß. Ihre nationale Selbstüberhebung gipfelte im Irrglauben an absolute Überlegenheit, Einzigartigkeit, ja an ein Auserwähltsein, das sich in dem viel und programmatisch zitierten Wort vom „deutschen Wesen“ äußerte, an dem die Welt genesen solle. Dieser Irrglaube führte sie, da er sich auch auf die Unbesiegbarkeit des „deutschen Soldaten“ und der „deutschen Waffen“ erstreckte, im 20. Jahrhundert zweimal in nationale Katastrophen. Einer, der dabei voran ging, Adolf Hitler hatte vor dem Einfall in die Sowjetunion versichert: „Dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich.“

Nichts dämpfte den Hochmut indessen schärfer als die militärischen Niederlagen und deren Folgen, fixiert 1919 im Versailler Vertrag und 1945 im Potsdamer Abkommen. Diese wiederum erzeugten Gefühlswallungen nationalen Selbstmitleides. Mit ihnen verband sich jedoch massenhaft die erneute Überhebung, selbst und gerade in der Not unübertrefflich zu sein. In solchen Situationen verfiel ein Großteil der Nation in die Stimmung „stolze Trauer“. Dann richtete sich der Blick über die Grenze auf die Rütli-Wiese, und es stieg der politische und emotionale Gebrauchswert der Schiller-Worte vom untrennbaren einzig’ Volk von Brüdern erheblich. Als junge Leute 1945 in Weimar auf die Idee verfielen, „Wilhelm Tell“ aufzuführen, erhielten sie von der sowjetischen Militäradministration den Wink, dass dafür wohl die rechte Zeit nicht sei.

Der Glaube an die Einmaligkeit und Unübertrefflichkeit eigener Leistungen sitzt in deutschen Köpfen und Herzen fest, und er ist nicht nur, wie mitunter fälschlich geglaubt wird, das Produkt ideologischer Manipulation, ohne die er freilich niemals sich so stark hätte ausbilden und sich so hartnäckig hätte behaupten können. Auch eigene und zudem missdeutete Erfahrung spielte dabei stets eine wesentliche Rolle. Dreimal gelang deutschen Staaten in hohem Tempo auf wirtschaftlichem Felde der Sprung unter die führenden Industrienationen. Zum ersten Mal nach der Reichsgründung 1871; damals mit Hilfe der – Frankreich abgezwungenen – Kriegskontributionen. Zwei weitere Male nach schweren und Kräfte raubenden Kriegsniederlagen. Nach der von 1918 dauerte es nur kurze Zeit, bis nach der verheerenden Inflation von den „goldenen Zwanzigern“ geredet werden konnte, eine Bezeichnung, die für das Leben der deutschen Bevölkerungsmehrheit stets eine Beschönigung blieb. Doch hatte sich die deutsche Wirtschaft ein Jahrzehnt nach dem Kriegsende auf dem Weltmarkt bereits wieder auf vordere Plätze hinaufgearbeitet und die Erwartungen der Sieger, einen Rivalen auf lange Sicht losgeworden zu sein, zunichte gemacht.

Und auch nach 1945 war kaum ein Jahrzehnt vergangen, als in der Bundesrepublik Wortwendungen wie die vom „Wirtschaftswunder“ und von den „Wunderkindern“ aufkommen konnten. Bald übertrafen die militärisch vernichtend geschlagenen Deutschen, von denen Millionen eben noch im Trümmerchaos ihrer zerbombten Städte, andere in Kriegsgefangenschaft gelebt, dritte ihre angestammte Heimat zwangsweise verlassen hatten, an neu gewonnenem materiellem Wohlstand ihre Nachbarn. Sie sahen sich von diesen bewundert und dann wurden sie die – gern oder ungern gesehenen – massenhaft bei ihren nahen und ferneren Nachbarn einfallenden zahlungskräftigen Urlaubsgäste, die ihr „hartes“ Geld vorzugsweise in Länder der Südeuropäer, Verbündete und Unterdrückte von gestern, brachten.

An der Wende von den achtziger zu den neunziger Jahren des eben beendeten Jahrhunderts erhielt der neudeutsche Stolz einen kaum erwarteten Impuls. Am 3. Oktober 1990 geschah der Beitritt der ostdeutschen Länder in den Staat Bundesrepublik, die Deutsche Demokratische Republik gehörte der Vergangenheit an. Daran schloss sich alsbald die Behauptung, diese friedliche „Wiedervereinigung“ mache den Deutschen wiederum keiner nach. Ihr sei eine ebenso beispiellose „friedliche Revolution“ der Ostdeutschen vorausgegangen, die „eingemauert“ im Staate DDR nicht länger hätten leben wollen. Die Kennzeichnung des historischen Vorgangs als Revolution wird in den Neuen Bundesländern inzwischen weitgehend abgelehnt. Denn seine Folgen mit der nahezu perfekten Wiederherstellung der zeitweilig überwundenen kapitalistischen Eigentums- und Machtstrukturen erwiesen sich für Millionen nicht als der erwartete Segen, sondern wurden als eine Art feindlicher Übernahme spürbar.

Nur, dass die Deutschen im Massenmorden unübertroffen waren und es die von ihnen in den Jahren von 1941 bis 1945 begangenen Verbrechen in der Menschheitsgeschichte bisher geblieben sind, fällt

vielen schwer, sich selbst und vor anderen einzugestehen. Während bei den positiven Leistungen sich im Denken das „Wir“ in den Vordergrund drängt, tut es bei den unrühmlichen und schändlichen das „Die-anderen-auch“ oder das „Die-anderen-schlimmer-noch“. Die Weltgeschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat für solche Schuld abweisende Argumentation viele brauchbare, wenn auch im Kern nicht stichhaltige Argumente bereitgestellt. Sie lassen sich vor allem den militärischen Anstrengungen der Kolonialmächte – in erster Linie Frankreichs, aber auch der Niederlande und Portugals entnehmen –, die ihren Besitz behaupten wollten und dabei vor Verbrechen so wenig zurückschreckten wie ihre Vorfahren zu der Zeit, da sie sich die überseeischen Besitz- und Reichtümer anzueignen vermochten.

Dann lieferte vor allem der Krieg der USA gegen Vietnam mit seinen Menschen barbarisch vernichtenden, jede Kreatur ausrottenden und die Natur rücksichtslos verheerenden Wirkungen und mit Massakern wie dem von My Lai all jenen Stoff, die interessiert waren und blieben, die Geschichte des deutschen Faschismus und das deutsche Konto aus den Jahren 1939 bis 1945 für im Wesen „normal“ zu erklären. Mit der einzigen Ausnahme: dem Judenmord, von dem die Deutschen aber nichts gewusst hätten und der zu Lasten Hitlers und einiger seiner Mitführer und Untergebenen gehe, die allesamt Psychopathen und nur um ihre Selbstdarstellung besorgt gewesen wären, aber kein reales politisches oder gar materielles Interesse verfolgt hätten.

Seit dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit verstärkte sich eine in der Bundesrepublik in ihren Grenzen bis 1989 seit langem wahrnehmbare Stimmung, die sich auf die Überzeugung gründet „Wir sind wieder wer“. Sie verbindet sich mit dem Anspruch, das vermeintliche Verdienst nahezu aller Deutschen um den unkriegerischen Neugewinn eines Großstaates – die Kommunisten bleiben von dieser Zuschreibung freilich ausgenommen – überall anerkannt zu wissen und nicht länger mit den „Schattenseiten deutscher Geschichte“ konfrontiert zu werden. Mit der Feststellung, die Nachkriegszeit sei überwunden und zwischen dem Kriegsende 1945 und der Gegenwart liege also inzwischen eine ganze abgeschlossene Periode, geht das Verlangen einher, selbst zu entscheiden, mit welchen Seiten ihrer Geschichte sich Deutsche fortan und wie noch beschäftigen.

Unverkennbar wird an einem Wandel des Geschichtsbildes gearbeitet, aus dem kritische Betrachtungen erkennbar zurückgedrängt, mitunter verbannt werden. Was sich hingegen in der Vergangenheit irgend finden lässt, um deutsche Leistungsfähigkeit zu dokumentieren, gleich welchen Zwecken sie entsprang und welchen Zielen sie diente, wird angerufen und herausgestellt. Das beginnt mit dem in Wolfsburg, das damals noch KdF-Stadt hieß, entworfenen und gefertigten Volkswagen, dem sogenannten Käfer der anfangs vor allem als „Kübelwagen“ auf den Eroberungszügen der Wehrmacht verwendet wurde, und setzt sich fort bis zur in Peenemünde entwickelten und erprobten, in einem Gesteinsmassiv bei Nordhausen unter der Erde hauptsächlich von Insassen des KZ Dora produzierten Rakete V2, deren erster Start nun vorzugsweise als der Beginn der segensreichen Raumfahrt dargestellt wird.

Bildbände, die in nahezu keiner deutschen Buchhandlung fehlen, ausgenommen jene in den Händen der Kirchen und von Antifaschisten, schildern unter Vermeidung jeder enthüllenden Wahrheit über ihre mordende und selbstmörderische Verwendung die Entwicklung der Waffen, seien es Flugzeuge, Unter- oder Überwasserschiffe, Panzerfahrzeuge oder Artilleriegeschütze. Ein Erfindergeist wird gepriesen, der für nichts zuständig und verantwortlich ist, ein Kriegsbild entworfen, in dem nur blank geputzte Waffen existieren und in dem für Fragen nach Gründen und Ursachen, nach Recht und Gesetz, nach Toten und Krüppeln kein Platz gelassen wird.

Auf diese Weise werden Schaufenster, nein: Luken, in die Wirklichkeit des Faschismus geöffnet, die keinen Blick auf Untaten und Verbrechen, auf Täter und Opfer frei geben. Folgenlos kann das nicht bleiben und ist es bisher schon nicht geblieben.

Preußische Tugenden

Nationale Eitelkeit wird in deutschen Landen indirekt auch durch regionale und lokale Bezüge genährt oder neubelebt, wie das noch mit der erneuten Anpreisung der „preußischen Tugenden“ ge-

schieht, die z. B. ausgerechnet im Zusammenhang mit dem 300. Jahrestag der Selbstkrönung des Hohenzollerns stattfand, der 1701 in Königsberg den Kurfürsten abwarf und die Reihe der preußischen Könige eröffnete. So suspekt Bayern oder Württembergern alte und neue Preußen auch sein mögen, auf die von diesen angeblich am stärksten ausgeprägten Eigenschaften wie Arbeitsfleiß („eine Sache um ihrer selbst willen tun") und Sparsamkeit halten sich doch auch Süddeutsche etwas zugute. Die Schwaben zumal mögen nicht bereit sein, anderen daran ein Monopol zu lassen. Zudem waren die preußischen Tugenden schon seit längerem als Eigenschaften aller Deutschen reklamiert worden, wie sich aus einem dichterischen Erguss ersehen lässt, der am 23. Februar 1941 in ein Poesiealbum geschrieben wurde:

Die höchsten Güter dieser Welt
Hat Gott in Deutschland aufgestellt:
den deutschen Glauben wahr und rein,
das deutsche Herz voll Sonnenschein,
die deutsche Freiheit, Ehr' verbunden,
das deutsche Schwert, nie überwunden,
und über allein – wie die Bläue
des deutschen Himmels – deutsche Treue.[1]

Die Anrufung der preußisch-deutschen Tugenden passt auf der Schwelle in das 21. Jahrhundert auffällig und vollständig in die Koordinaten Der aktuellen deutschen Staatspropaganda, die zum Kampf um den „Standort Deutschland" und dessen Verteidigung und Befestigung auf dem „Weg nach Europa" aufruft.

Was nicht nur am „Preußenjahr", das vor allem in Berlin und Brandenburg begangen wurde (während sich andere einst zu Preußen gehörende Regionen und Länder wie Hannover und die Rheinprovinz deutlich zurückhielten), auch bei nur flüchtiger Beobachtung auffiel, sondern auch an vielfältigen geschichtlichen Bezugnahmen der Sachsen auf die Wettiner, sind Geschichtsbilder, aus denen weit in die Vergangenheit nicht nur Kriege, sondern auch die sozialen Lebensverhältnisse der Massen in Friedenszeiten zunehmend ausgeblendet und stattdessen die Scheinwerfer auf Kunst, Architektur, Mode und das Dasein der Oberschichten gerichtet werden. „Dichter, Soldaten, Beamte in Preußen", „Preußen – Das friderizianische Hoftheater", „Herrliche Künste und Manufacturen", „Nichts gedeiht ohne Pflege", „Die Potsdamer Parklandschaft", „Die Viadrina. Eine preußische Universität im 18. Jahrhundert", „Caravaggio in Preußen", „Richard Strauss im kaiserlichen Berlin" so oder ähnlich lauteten die Titel von liebevoll, mehr oder weniger aufwändig gestalteten Ausstellungen, die in Frankfurt a. O., Bad Liebenstein, im Schloss Charlottenburg in Berlin, in der Orangerie im Schloss Sanssouci im Alten Museum Berlin und im Musikinstrumentenmuseum Berlin zu sehen waren und hinter denen vereinzelte Bezüge auf politische und soziale Prozesse wie die preußischen Agrarreformen weit zurücktraten. Mitunter werden sie hergestellt wie im Freilichtmuseum Altranft im Kreis Märkisch-Oderland, das eine Ausstellung „Die süße Seite der Agrarreformen – Zucker aus dem Oderbruch" bot. Diese Darbietungen wurden ergänzt durch Konzerte wie das unter der Ankündigung „Musik am preußischen Hof". Die Deutschen, das lehren insbesondere die brandenburgischen Politiker ihre Landsleute von Schleswig bis nach Schwaben, sollen auf die Hohenzollern wieder stolz sein und sich ihrer auch ein wenig traurig erinnern. Das wurde ihnen im Hochsommer 2001 vorgemacht, als sich die Landesautoritäten mit Angehörigen des einst regierenden Geschlechts in der Gruft einer Potsdamer Kirche andachtsvoll versammelten und des 100. Todestages der Viktoria, Gemahlin des 99-Tage-Kaisers Friedrichs III., gedachten, einer Frau, die in der deutschen Geschichte keinerlei erinnernswerte Spur hinterlassen hat.

Hingegen: Mühsal und Leid des Volkes, erklärt der Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums, ließen sich im Unterschied zu den „Objekten der Staatsrepräsentation" museal nicht darstellen, weshalb man sich der „Korrektur des Kataloges" bediene, „der mit schwarzen Buchstaben ergän-

---

[1] Der Text ist mitgeteilt von Heinz Scholz: Unredlicher Anbiederung das Wort geredet, in: Thüringische Landeszeitung vom 22.12.2000.

zend dazu setzt, was die Bilder verbergen."[2] Allein der Umstand, dass die heutigen Ausstellungskataloge sich vielfach zu Sammlungen hochakademischer Abhandlungen mit verschiedensten gedanklichen Ab- und Ausschweifungen entwickelt haben und deshalb und zudem einen stattlichen Preis besitzen, dürfte sichern, dass es bei den ersten und unvertieften Eindrücken der Mehrheit der Besucher bleibt. Letzteres gilt nicht für das erschwingliche Buch zu einer ebenfalls dem „Preußenjahr" gewidmeten kleinen Ausstellung, die in der Kirche des Franziskanerklosters zu Angermünde besichtigt werden kann und später auf Wanderung gehen soll. Sie gibt unter dem Titel „Adelige Rückkehr" einen Einblick in die Geschichte bekannter Geschlechter Brandenburgs, die durchweg einst feudale Eigentümer großen Grundbesitzes waren und deren Nachfahren nach 1990 an die Orte ihrer Vorfahren zurückgekehrt sind. Der Sinn des Begleitbandes, in dem die Lage der unfreien wie der freien Untertanen so gut wie nicht vorkommt, vom Leben der Zwangsarbeiter auf den Gütern nichts mitgeteilt wird, besteht darin, der Bodenreform des Jahres 1945 alle historische Berechtigung abzusprechen und die seinerzeit Enteigneten durchweg als Opfer kommunistischer Willkür, ja eines Befehls Stalins darzustellen. Die schlimmsten Untaten des vergangenen Jahrhunderts, so die Suggestion, sind mithin nicht eigentlich auf Deutsche zurückzuführen, sondern auf einen Österreicher und einen Grusinier sowie auf deren Handlanger.

Konzentrierten sich Restaurationsprozesse nach 1990 zunächst auf die Eigentumsverhältnisse und die Installation politischer Institutionen, die bürgerliche Herrschaft ermöglichen und sichern, so weiteten sie sich inzwischen auf viele geistige Felder aus, so dass mit Recht von einer „kulturellen Gegenrevolution" gesprochen werden kann. Sie richtete sich im „Preußenjahr" nicht nur gegen die in der deutschen Arbeiterbewegung weit verbreitete, insbesondere auf Franz Mehring zurückgehende Preußenkritik. Sie ignoriert auch nahezu alles, was bürgerlich-demokratische Schriftsteller Publizisten und Journalisten in der Weimarer Republik zur Überwindung einer kultgeladenen borussischen Geschichtsbetrachtung beitrugen. Gegenüber der Wahrnehmung der ganzen Geschichte der Nation kann eine zunehmende Verweigerung beobachtet werden und dies nicht nur für die berüchtigten „zwölf Jahre", sondern weit in die Vergangenheit zurück. 1928 verstarb ein Mann, der sich als Erfinder von militärtechnischen Patenten einen Namen machte und auf deren Grundlage als Unternehmer steinreich geworden ist. Er erfand ein Verfahren zur vereinfachten massenhaften Herstellung von Hülsen für Geschosse und Granaten, ein anderes, das die Feuergeschwindigkeit und -genauigkeit von Artilleriegeschützen erhöhte. Er verkaufte seine Patente an alle Staaten, mit denen das Deutsche Reich nach 1914 in den Krieg geriet. Seit 2001 dürfen die Schüler des Gymnasiums im thüringischen Zella-Mehlis, wo Heinrich Ehrhardt geboren wurde, auf ihn stolz sein. Er ist der Namenspatron ihrer Lehranstalt geworden. Diese Praktiken werden zu konstituierenden Elementen eines neuen deutschen Nationalismus.

Deutsche Offenbarungen

Jüngst tauchte das Bekenntnis *Ich bin stolz, ein Deutscher* zu *sein* vermehrt auf Straßen und Plätzen der Bundesrepublik auf, ablesbar an Aufschriften an Kleidungsstücken zumeist junger Personen, die dadurch ihre politische Haltung kenntlich machen, die von übersteigertem und borniertem Nationalismus geprägt ist. In diesem Stolzsein drückt sich vor allem die Ablehnung eines nüchternen und kritischen Blickes in jenen Teil der Vergangenheit Deutschlands aus, die Gegenwart der Väter und Großväter der heutigen jungen Generationen war. Die schon in dritter Generation Nachgeborenen sperren sich gegen die geschichtlichen Wahrheiten über Faschismus und Zweiten Weltkrieg, sie tragen die meist kahl geschorenen Köpfe während ihrer Aufmärsche in deutschen Groß- und Kleinstädten hoch wie zur Parade und wie einst ihre Vorfahren, als sie an Hitler und seinen Mitführern, an Feldmarschällen und Generalen vorbei defilierten. Diesen Vorfahren bescheinigen Söhne und Enkel auf Inschriften und mit Bildern, die sie vor sich hertragen und die aus der nazistischen, von Joseph Goebbels herausgegebenen Wochenzeitung „Das Reich" entnommen oder von dortigen Zeichnungen abgemalt sein können, „ritterliche", „anständige" Kriegsleute gewesen zu sein. Die sich in Städten während ihrer von Polizeikräften begleiteten und beschützten Demonstrationen provozierend zeigen und den Kampf um die Straße führen, dünken sich als Elite einer Nation mit hervorragenden, alle

---

[2] Interview mit Hans Ottomeyer: Ein Leitbild für Preußen? In: *Neues Deutschland* vom 5./6.5.2001.

anderen überragenden Eigenschaften. Durch ihre Zugehörigkeit fühlen sie sich weit herausgehoben, ungeachtet der Frage, ob sie je etwas Vorweisbares geleistet haben. Sie glauben, diese Nation im eigenen Lande gegen Überfremdung verteidigen zu müssen. Sie gebärden sich als die Vorkämpfer „nationaler“ und „kultureller“ Reinheit und Sauberkeit, ein Habitus der sich nach ihrem Empfinden mit Sauforgien gut zu vertragen scheint. Sie „bekämpfen“ Fremde, politische Gegner, Juden, Obdachlose und auch Behinderte mit Fäusten, Stiefeln und Schlagwerkzeugen. Sie zerstören oder schänden Gedenkstätten. Sie verkörpern jenes Selbstbild der Deutschen, das nationalistisch und rassistisch geprägt, in den Jahren faschistischer Diktatur seine weiteste Verbreitung fand und massenhaft zu Verbrechen hinführte und ihrer Rechtfertigung diente. Nicht einen Augenblick vermögen sie die Nachfolgeschaft zu verleugnen, in der sie stehen. Die von ihnen neuerdings gelegentlich benutzte Parole „Gegen Faschismus“ kann angesichts ihrer Zeichen und ihrer Gesänge, der Namen ihrer Kampfbünde und Musikgruppen nur als plumpes Manöver gelten.

Der Beifall, der ihrem Kampfruf *Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein* gezollt wurde, war lange gedämpft. Er konnte in der sog. Mitte der Gesellschaft, bei den sich dort drängenden, nach Programm und Handlungen immer weniger unterscheidbaren „Volksparteien“, eher vermutet als nachgewiesen werden. Inzwischen ist die Situation in diesem Punkte klar und übersichtlich geworden. Durch Forderungen wie die nach der Durchsetzung der „deutschen Leitkultur“ und Warnungen vor einer „durchrassten Gesellschaft“ wurden Visiere ganz geöffnet. Neonazis und andere Rechtsextremisten haben das Monopol auf die Parole eingebüßt. Politiker unterschiedlicher Couleur bekannten öffentlich und laut, solchen Stolz zu teilen. Schon wird, wer nicht mittut, als schlechter Deutscher diffamiert, dem Rechte entzogen werden müssten, die ihm Verfassung und Gesetz zusichern. Nicht nur an deutschen Stammtischen, auch in Gesellschaftskreisen, die sich selbst als kultiviert gelten, artikulieren sich Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ungleich ungenierter als im unmittelbaren Nachkrieg und selbst noch vor einem Jahrzehnt.

Was sich offenbart hat, bereitete sich lange vor. Am Ende des Zweiten Weltkrieges befanden sich die Deutschen an einem Tiefpunkt ihrer Geschichte. Die Bilder von Majdanek und Auschwitz, Bergen-Belsen und Buchenwald, von Stätten, die sie doch gemacht hatten, ließen das Ansehen Deutschlands und der Deutschen in der Welt weit in den Negativbereich sinken. Dass es ein anderes Deutschland gegeben hatte, wussten viele, doch alle seine Anstrengungen, Verdienste und Opfer vermochten nicht aufzuwiegen, was an Untaten geschehen war. Dass es existierte und nicht vollends hatte ausgerottet werden können, stellte mehr eine Hoffnung für die Zukunft dar, als dass es eine Kraft bildete, die verändernd in die damalige Gegenwart zu wirken vermochte. Wer hätte nach diesem Geschehen hervortreten und öffentlich sagen wollen, er sei stolz, Deutscher zu sein? Das taten nicht einmal die dreistesten Verteidiger der Angeklagten während der Nürnberger Prozesse. Sie mussten sich darauf beschränken, die Ereignisse als die unabwendbare Folge von Entscheidungen und Befehlen weniger zu erklären und die Mehrheit der Deutschen entweder von aller Tatbeteiligung freizusprechen oder sie als Verführte und Irregeleitete, Unwissende, Ahnungslose und bloße Befehlsempfänger darzustellen, als eine besondere Kategorie von Opfern. Doch dabei blieb es nicht.

Früh begann im Westen Deutschlands das Sortieren der eigenen Taten während der faschistischen Jahre, die verfälscht und aufgewertet, und der Unterlassungen, die mit der Behauptung, es hätte sich gegen die Machthaber nichts tun lassen, begründet und gerechtfertigt wurden. Diese Entwicklung setzte schon an der Wende von den vierziger zu den fünfziger Jahren ein. Ihre Träger wurden vor allem die sich formierenden Soldaten- und die Vertriebenenverbände. Zwar ließ sich an der Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation nichts deuteln, aber wie vieles war auf Schlachtfeldern doch geleistet worden, worauf sich bei Vormarsch und in Rückzügen stolz sein ließ! Und nun erst aus verklärendem Rückblick! Vorausgesetzt, es wurden all diese kriegerischen Leistungen aus dem System, dem sie dienten und das nach weltbeherrschender Macht strebte, ausgekoppelt und über begangene oder geduldete Verbrechen geschwiegen. Schon die Fotos von den ersten Wiedersehenstreffen der Ehemaligen zeigen stolze Deutsche. Auf ihnen lässt sich die Kernbildung für die neue deutsche nationale Einheit erkennen, die neubelebte Kriegsgemeinschaft, die wieder vom Feldmarschall bis zum Soldaten reichte. Sie war bei Kriegsende zunächst verloren gegangen, als der erbitterte

„Landser“ die da oben dafür verantwortlich gemacht hatte, dass er in den „Schlamassel“ geraten war. Bald erschienen in Zeitschriften und Büchern die bekannten Bilder Ritterkreuz geschmückter Feldmarschälle, Generale, Offiziere und Soldaten aller Wehrmachtsteile und Waffengattungen. Seit 1957 durften die Kriegsauszeichnungen, sofern aus ihnen nur das Hakenkreuz entfernt wurde, auch öffentlich getragen werden. Die (westdeutsche) Nation trennte sich von ihren Kriegshelden so wenig wie die gesamtdeutsche Nation nach dem Ersten Weltkrieg von den ihren. Diese hatten den Hindenburg verehrt, dazu die Richthofen, Immelmann, von Mücke usw. jene taten es mit dem von Manstein, dazu mit den Mölders, de Maizière, Prien usw.

Wichtiger noch wurde ein anderes: Wie tapfer verhielten sich die eben noch Front- und Heimatkrieger doch im Chaos und Elend, in Zuständen, von denen sie nicht zugeben wollten, dass sie das Ergebnis auch ihres Gehorsams, ihrer Anmaßung und ihrer Gefolgschaftstreue waren! Die Lobgesänge der Politiker, die um Anhänger und Wähler warben, ließen nicht auf sich warten. „Ich bin stolz auf den Starkmut mit dem das deutsche Volk sein Schicksal erträgt, stolz darauf, wie jeder einzelne duldet und nicht verzweifelt, wie er versucht, nicht unterzugehen, sich und die Seinigen aus diesem Elend hinüberzuretten in eine bessere Zukunft.“ So sprach Konrad Adenauer, späterer Bundeskanzler auf dem Parteitag der Christlich-demokratischen Union in der britischen Zone 1946 und begründete damit, dass er „wieder stolz“ sei, „ein Deutscher zu sein“.[3] In dem Satz war alles aufgerufen, was der Mehrheit der nicht oder wenig lernbereiten Deutschen gefallen konnte. Zuvörderst, dass sie in ihre Lage durch Wege des Schicksals und nicht durch sich selbst geraten waren. Sodann die Hervorhebung ihrer „deutschen“ Eigenschaften: starker Mut, Fähigkeit des Duldens, Abwehr von Zweifeln in die eigenen Kräfte, Widerstand gegen das Elend. Schließlich die Verheißung: eine bessere Zukunft. Derlei Texte waren – pianissimo noch – so etwas wie ein Rütlischwur-Ersatz.

Jahre später klang es unverkennbar trutziger. Die Deutschen hätten nicht länger Grund, ein Büßerhemd zu tragen – als ob sie das je getan hätten. Sie wären nicht dazu verdammt, dauernd auf der Schattenseite dci Geschichte zu stehen – als hätte das jemand von ihnen verlangt. Es stünde ihnen uneingeschränkt zu, was auch anderen Nationen gebühre oder von diesen beansprucht werde. Klagend, protestierend wurde verlangt, all es, was von Deutschen während des Krieges an Unheil über Europa und noch über den Kontinent hinaus angerichtet worden war, als abgegolten und gutgemacht zu betrachten. Diese Argumente vertraten nicht nur an Einfluss arme kleine Parteien und in ihren Mitteln unbedeutende Organisationen auf der äußersten politischen Rechten. Franz Josef Strauß, Bayerns Ministerpräsident und – erfolgloser – Kanzlerkandidat, trat als der prominenteste Propagandist eines neuen deutschen Geschichts- und Nationalbewusstseins hervor. Dieses Auftreten hat zu Zeiten wenig Platz für Kräfte gelassen, die sich politisch noch weiter rechts etablieren wollten als der rechteste Flügel der „christlichen“ Parteien, und das ist gar als ein Erfolg hingestellt worden. Als käme es darauf an, unter welchem Dach rechtsextreme Gesinnung und Haltung haust und ausgelebt wird.

Ostdeutsche Nationalgefühle?

Inzwischen ist, wenn in der Bundesrepublik von rechtsextremen Untaten und Umtrieben gesprochen wird, von München und von Schwerin, von Passau und von Brandenburg die Rede. Stolzdeutsche marschieren da wie dort. Das wirft die Frage auf, was die Ostdeutschen an Nationalgefühl aus den Zeiten mitbrachten, da sie DDR-Bürger waren. Nun sind die Marschierer und Gewalttäter in den Neuen Bundesländern, als der ostdeutsche Staat unterging, Besucher von Kindergärten und Klassen der allgemeinbildenden Schulen gewesen. Sie erlebten, so weit sie eigene Erinnerungen besitzen, die DDR im Stadium ihrer Agonie, nicht in den Zeiten, da es in ihr eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über deutsche Vergangenheit und Nationalgeschichte gab, die durch Politik, Wissenschaft und Kultur angestoßen und gefördert wurde und den Alltag ergriff. Deren kritische Grundlinie drückte sich knapp in dem von dem kommunistischen Emigranten Alexander Abusch gewählten Buchtitel „Der Irrweg einer Nation“ aus, der selbst Gegenstand einer Kontroverse wurde. Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und der Wahl des von Hanns Eisler vertonten Gedichttextes von Johannes R. Becher zur Staatshymne, die mit den Worten „Auferstanden aus Rui-

---

3 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5.1.2001.

nen“ einsetzt, war ein deutlicher Bezug auf Anstrengungen und Leistungen genommen, die in den ersten Nachkriegsjahren bei der Überwindung der materiellen und geistigen Folgen von Faschismus und Krieg zwischen Oder und Elbe vollbracht worden waren. In den Worten „Lasst uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland“ wurde gesagt, dass die Deutschen ihrem eigenen Lande eben erst zum Schlechten gedient hatten und zugleich – 1949 – ausgedrückt, dass die staatliche Teilung der Nation nicht als Dauerzustand angesehen wurde. „Der Zukunft zugewandt“, das verband sich mit der Forderung nach einem vielfältigen Bruch mit Vergangenem.

Dieser Zukunftsbezug war und blieb völlig anders bestimmt als im westdeutschen Staat. Er verknüpfte sich fest mit der Zielvorstellung, einen von den arbeitenden Massen und nicht mehr von einer Kapital besitzenden Minderheit bestimmten gesellschaftlichen Zustand herbeizuführen. Stolz auf die DDR-Bürgerschaft sollte sich auf die revolutionäre Umwälzung sozialer und politischer Verhältnisse und deren Früchte gründen. Die konnten sich mit den Jahren mit bescheideneren in anderen sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas messen. In mehrfacher Hinsicht wurde die DDR ein „Schaufenster des Ostens“ – für unverbildete Besucher aus der „westlichen Welt“ anziehend und abschreckend zugleich. Für die „Aussteller“ aber existierte vielfach Grund zu Genugtuung und dem Glauben, auf dem richtigen, alternativen Wege zu sein. Mit der gedanklichen oder gefühlsmäßigen Bindung an eine einheitliche Nation ging dieses Selbstwertgefühl kaum einher, zumal die Herstellung eines deutschen Staates von der Saar bis an die Oder in geschichtliche Ferne entrückt zu sein schien. Auf der Tagesordnung stand nach der am weitesten verbreiteten Ansicht auf absehbare Zeit nur die Verbesserung der Beziehungen zwischen den zwei deutschen Staaten. In der Propaganda war zudem die zeitweilig vertretene These von den zwei deutschen Nationen fallen gelassen und durch die Formel „Nationalität: deutsch – Staatsangehörigkeit: DDR“ ersetzt worden.

In diesen Jahren der wirtschaftlichen Erfolge, die sich in einer Erhöhung des Lebensstandards niederschlugen, bildete sich unter Bürgern des ostdeutschen Staates gewiss auch ein Gefühl der Überlegenheit gegenüber anderen RGW-Staaten aus. Das galt insbesondere gegenüber dem benachbarten Polen, aber auch gegenüber der Sowjetunion. Spezialisten fuhren in diese Länder und stellten Vergleiche an, Arbeiter aus Algerien, Mosambik und Vietnam kamen zur Ausbildung in die DDR. Problemen, die sich auf diese Weise ergaben, war mit allgemeinen Bekenntnissen zum proletarischen oder sozialistischen Internationalismus nicht beizukommen. Doch die konkrete Auseinandersetzung mit ihnen unterblieb oder wurde nicht öffentlich geführt. Es ist schwer zu ermitteln welche aus diesen Biographien im ostdeutschen Staat herrührende „Mitgift“ sich ergab, als die Staatsbürgerschaft wechselte.

Das Selbstwertgefühl der Ostdeutschen als Bürger eines Gemeinwesens, das im Ostblock wirtschaftlich eine Spitzenstellung einnahm und bescheidene Positionen auf dem kapitalistischen Weltmarkt erobern und verteidigen konnte, war permanent gebremst durch den Vergleich mit dem aus dem Abstand vielfach verklärt gesehenen Leben des anderen und an Zahl so viel größeren Teils der Nation. Es sank in dem Grade, wie die innere Entwicklung die höher gesteckten Erwartungen von Millionen unerfüllt ließ und an eine nicht zu überwindende Grenze zu stoßen schien, wie die Gesellschaft politisch, ökonomisch und geistig eine krisenhafte Entwicklung nahm und in eine Sackgasse geriet.

Worauf sollten die Deutschen in Dresden, Magdeburg und anderswo im Osten 1990 stolz sein, zumal ihre Mehrheit den Untergang der DDR nicht herbeigeführt, viele ihn auch nicht gewünscht hatten, aber kaum jemand noch glaubte, dass er zu verhindern wäre? Dass sie nun nicht mehr die „Brüder und Schwestern im Osten“ waren, sondern mit denen im Westen Bürger eines Staates? Es verging nur eine kurze Zeitspanne und sie bemerkten, dass sie in eine zweite Klasse eingestuft wurden und die Aussicht, in die erste aufzusteigen für die meisten ungewiss blieb. Der nationale Taumel der Wochen nach dem 9. November 1989 verflog rasch. Inwieweit er diesen Namen verdient, erscheint zudem zweifelhaft denkt man an Losungen, in denen sich nackt das Verlangen nach der „Westmark“ ausdrückte.

In dem Maße aber, wie die neue Staatspropaganda die Neubürger für die sie benachteiligende Einstufung verantwortlich machte, auf die angeblich total marode Wirtschaft der DDR hinwies, von einer

Wissenschaftswüste sprach, auch die Hervorbringungen einer humanistischen und antifaschistischen Kunst ignorierte, begann ein Teil der Bürgerschaft des untergegangenen Staates auf ihrer und der Verstorbenen Lebensleistung zu bestehen, ohne sich dem bitteren Eingeständnis ihres geschichtlichen und keineswegs unverschuldeten Scheiterns zu verweigern. Es sprach sich derart ein „verspäteter“ oder auch neu gewonnener, Kritik nicht ausschließender Stolz auf ein Stück andere deutsche Geschichte aus, der freilich erbitterten Attacken derer ausgesetzt bleibt, die nach der Devise verfahren: Je dunkler die Nacht des Sozialismus, desto klarer die Sterne der Bundesrepublik. Davon unbeeindruckt bekundeten viele Neubürger bei Befragungen ihre Ansicht, dass der Sozialismus eine gute Sache sei, wobei die einen meinten, er sei nur schlecht ins Werk gesetzt worden, während andere resigniert hinzusetzten, die Menschen seien für derlei Zusammenleben wohl doch nicht geschaffen. Solche Urteile passen nicht zum stolzdeutschen Bundesbürger.

Eine eigene, hier nicht zu leistende Untersuchung müsste der Frage gelten, inwieweit unter Ostdeutschen verbreitete – herkömmliche und aktuelle – Minderwertigkeitsgefühle, die ihnen neuerdings aus der tagtäglichen Erfahrung ihrer Nichtgleichberechtigung, aus dem vergeblichen Kampf um Ausbildungs- und Arbeitsplätze, um auch nur mittelfristig gesicherte Lebensperspektiven erwachsen, nach Kompensationen drängen. Und ob diese von einem Teil in einer doppelten Befriedigung gesucht und gefunden werden. Zum einen darin, nun in einem Staate von erheblichem internationalem Gewicht zu leben und einer „großen Nation“ anzugehören, also den Makel der „armen Schwestern und Brüder“ losgeworden zu sein. Zum anderen in der Möglichkeit, selbst als Bürger der zweiten Klasse sich über diejenigen der „unteren Klassen“ erheben zu können, also gegenüber den Fremden, von denen viele sozial und auf vielfältige andere Weise in Deutschland benachteiligt sind.

Kurzum: Festzustellen wäre, ob der überraschende Ausbruch aus einer relativen Enge mit einem übersteigerten neuen Nationalbewusstsein einhergeht. Verlässliche Antworten auf diese Fragen zu finden, hat indessen Voraussetzung, dass die Recherchierenden sich ganz der Anforderung entziehen, die Alteinwohner der Neuen Bundesländer im Denken und Fühlen als defizitär und als Gruppe auszuweisen, die den Aufstieg zu Demokratie, Toleranz, Weltoffenheit usw. erst noch vor sich habe, der von den langjährigen Bundesbürgern bereits bewältigt wurde.

Stolze Streiter um nationalen Lorbeer

Es war im Jahre 1990, als die Bundesrepublik Deutschland in ihren jetzigen Grenzen entstand und die Politik der Bonner Regierung auf Befürchtungen naher und ferner Nachbarn über den künftigen Weg des mehr als 80-Millionen Bewohner zählenden Staates Rücksichten zu nehmen hatte, nicht vorauszusehen, dass nach einem Jahrzehnt ein Gedränge um die Bühnenplätze entstehen werde, auf denen sich stolze Deutsche lauthals zu bekennen wünschten.

Jedoch: Ein Jahrzehnt nach der Ausdehnung der Bundesrepublik bis zur Oder und Lausitzer Neiße, keine drei Jahre nach der deutschen Beteiligung an dem von den USA angeführten Krieg der NATO-Staaten gegen Jugoslawien, im wirtschaftlichen „Standortkampf“ liegt den Herrschenden viel daran, die Deutschen für ihren „Weg nach Europa“ angemessen zu konditionieren. Die Losung *Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein* soll nicht nur eine Zugehörigkeit ausdrücken, Empfindungen schaffen und Gefühle mobilisieren, sondern vor allem als Ansporn, ja als Stachel wirken, die „deutschen Tugenden“ zu bewahren und außergewöhnliche Leistungen zu vollbringen. In diesem Sinne solljeder „mehr Verantwortung übernehmen“.

Das machen auch die Begründungen deutlich, mit denen solche Haltung abverlangt wird. Sie stehen ganz in der Traditionslinie jener Adenauer-Rede von 1946. Die Bekennenden unterscheiden sich nur dadurch, welche Leistungen sie jeweils anrufen. Die Jüngsten, die noch im Schulalter die Parole nachplappern, verweisen auf Verdienste ihrer Eltern und Großeltern. Alle zeigen – wie gehabt – in deutscher Vergangenheit auf Techniker und Naturwissenschaftler, die einen nennen Wernher von Braun, andere Ernst Abbe. Albert Einsteins wird weniger gedacht. Wie erwähnt, rühmten in den Auseinandersetzungen um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ deren Gegner die Leistung der deutschen Soldaten. Doch gibt selbst dies kein verlässliches Unterscheidungsmerkmal zwischen extremistischen und gemäßigten Rechten her. Die Bundeswehr

ehrt bis heute – unter dem Oberbefehl von Verteidigungsministern der christlichen wie der sozialen Demokraten gleichermaßen – Kriegshelden wie den Jagdflieger Werner Mölders, der ungeachtet vieler Proteste Namensgebern von Kasernen und Kriegsgerät geblieben ist, und sie nimmt keinerlei Anstoß daran, dass er im Kriege in Spanien schießend half, einer Republik den Garaus zu machen und eine faschistische Diktatur zu etablieren.

Und trotz aller nachprüfbaren Interessen, die jene Debatte über das Stolzsein bedient, bleibt die Frage: Wie kamen Politiker von Regierung und rechter Opposition dazu, sich urplötzlich um den angemessenen Stolz auf ihr Deutschsein in die Haare zu geraten? Was veranlasste den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler, den Ministerpräsidenten Bayerns, eine Anzahl mehr oder weniger namhafter Parlamentarier sich in dieser Sache zu Worte zu melden? Eine weitere Erklärung dafür bietet der Mangel an Alternativen in der Innen-, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Regierende und Oppositionelle voneinander unterscheidbar machen könnten. So besitzt der Streit auf ideologischem, vornehmlich politisch-moralischem Feld neben seiner eigenständigen, auch eine Ersatzfunktion im fortdauernden, immer stärker auf die Bundestagswahl des Jahres 2002 gerichteten Kampf um die Regierungsmacht, die nach weit verbreitetem Verständnis doch nur einem echten, bekennenden Deutschen zusteht. Wer als solcher vor seinen Rivalen Pluspunkte sammelt, kann zusätzlich Wählerstimmen gewinnen.

Dem Streit, wem der aufgeputzte nationale Lorbeer gebührt, mag ausgehen, wie er will, zurückbleiben wird in weiten Kreisen der Bevölkerung ein bestätigtes oder reaktiviertes Selbstbild, das sich von Rat und Wunsch des Antifaschisten Bert Brecht immer weiter entfernt, die lauteten:

„Und nicht über und nicht unter ander'n Völkern woll'n wir sein."

Denn was ist ein deutscher Dichter gegen einen deutschen Fregattenkapitän?

Die Stolzdeutschen. Von Mordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur, (Hrsg.) Dietrich Heither/Gerd Wiegel, PapyRossa Verlag, Köln 2001, S. 123-142.

Judenverfolgung auf dem Kriegspfad

Vom Pogrom zum Kriegsbeginn[1]

I.

Das Spezialgebiet der internationalen Geschichtsschreibung, das gemeinhin Holocaustforschung genannt wird und an dessen Erforschung inzwischen drei Generationen beteiligt sind oder waren, hat sich seit mehr als einem Jahrzehnt ungemein entwickelt und breit gefächert. Es umfasst nicht nur seinen eigentlichen Gegenstand, den Massenmord an den europäischen Juden in den Jahren 1941 bis 1945 und dessen Vorgeschichte, von der im Folgenden in einem Ausschnitt zu handeln sein wird. Zu den Themen, die häufig erörtert werden, gehört auch, welche Bedeutung dem gewonnenen Wissen aktuell zukommt und wie es „unter die Leute" gebracht wird oder gebracht werden kann. Nicht nur Historiker, auch Pädagogen, Soziologen, Philosophen und Psychologen sind an den einschlägigen Forschungen beteiligt. Immer wieder entzünden sich an den aufgeworfenen Themen Diskussionen. Die einen werden unter Fachleuten geführt, in anderen treten die Experten weit zurück und ein erhebliches, mitunter internationales Publikum macht sich zu deren Träger oder verfolgt sie mit einer Vielzahl von kaum noch zu übersehenden Kommentaren. Letzteres geschah jüngst in der „Goldhagen-Diskussion" und ereignet sich noch in der nicht zu Ende gebrachten „Finkelstein-Debatte"[2]. Während bei der ersten die Frage im Zentrum stand, warum so viele Deutsche sich an den Verfolgungen beteiligten und eine große Zahl von ihnen zu Mördern oder Gehilfen der Mörder wurde, wird die zweite ganz von Fragen beherrscht, die sich mit der Geschichte der Erinnerung an das Verbrechen insbesondere in den USA und in Israel verbinden sowie mit den früheren und aktuellen politischen und materiellen Interessen, die sich in ihr geltend machten.

Jedoch: Über dem Streit um Norman Finkelsteins Anklagen, die vor allem gegen die Schweiz und auch gegen die Niederlande wegen deren Verhalten im Kriege erhoben worden sind, über der Auseinandersetzung, die sich auf die Berechtigung von Geldforderungen und die Richtigkeit der Zählung der überlebenden Zwangsarbeiter bezieht[3], ist die Forderung des Autors, dem „Holocaust" den historischen Kontext gleichsam wieder zurückzugeben, in den er gehört, weit in den Hintergrund getreten. Heute besteht die Herausforderung darin, die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wieder zu einem rationalen Forschungsgegenstand zu machen. Nur dann können wir wirklich etwas daraus lernen." Mit diesen beiden Sätzen schließt Finkelsteins Streitschrift im Original. Auch wenn er selbst dazu einen weiterführenden Beitrag nicht leistet, so kann nicht bezweifelt werden, dass seine Forderung ebenso berechtigt wie zeitgemäß und auch sein Hinweis darauf ernst zu nehmen ist, dass die Forschungsräume mit unzulässigen Methoden eingeengt werden, wobei Unvermögen im Spiel sein mag wie Kalkül, wovon Finkelstein vor allem handelt.[4]

Der amerikanische Forscher setzt sich für eine Vorgehensweise ein, für die er keineswegs als Pionier auftritt und die in der Zunft unumstritten zu sein scheint, so daß um sie eigentlich Aufhabens nicht zu machen wäre. Doch weist Finkelstein auf ein Defizit hin, das mittlerweile erhebliche Ausmaße und Folgen aufweist. Die Geschichtswissenschaft sieht sich zunehmend in Konkurrenz mit einer Interpretation, die „Theologisierung des Holocaust" genannt worden ist. Die rationale Analyse des Massenmordes an den europäischen Juden, die sich des Wirkens irrationaler Faktoren – die in jedem Geschichtsverlauf beteiligt ist, denn er ist immer ein Resultat menschlichen Tun und Lassens – durchaus bewusst ist und sich mit deren Wirken analytisch herumplagt, muss offenkundig verteidigt wer-

---

1 Um Teil I ergänzter, auf der Konferenz nicht gehaltener Diskussionsbeitrag.

2 In Deutschland begann sie in der Tages- und Zeitschriftenpresse schon, bevor die übersetzte Ausgabe von Finkelsteins Buch auf den Markt gelangt war. Inzwischen liegt auch sie vor: Norman G. Finkelstein. Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. Aus dem Amerikanischen von Helmut Reuter, München 2000.

3 Dies ist nicht Thema dieses Beitrags. Mit den in Kapitel III seines Buches vorgetragenen Argumenten setzt sich dezidiert und überzeugend auseinander: Rolf Surmann (Hrsg.), Das Finkelstein-Alibi. „Holocaust-Industrie" und Tätergesellschaft, Berlin 2001.

4 Finkelstein leiht sich in diesem Zusammenhang den Begriff „intellektueller Terrorismus", der beispielsweise eine nüchterne Analyse der Frage entgegenstehe, ob der „Holocaust" einzigartig genannt werden kann. S. 55.

den. Denn sie sieht sich zunehmend in Konkurrenz zu Deutungen, die zwar wie sie mit dem Fragen beginnen doch dann und rasch in das Dunkel des Unerklärbaren führen.

In seinen Kontext stellen – das verlangt, Zusammenhänge zu verdeutlichen, aus denen das Ganze wie seine Details rational erfaßt, verständlich gemacht und deren ursprünglicher politischer Platz ausgemacht werden können. Der ist mit dem Platz, den das Massenmorden und seine Vorgeschichte im Denken und Gedächtnis der Heutigen besetzt, nicht identisch. Nun ist unvermeidlich und wünschenswert, daß Forschungen, die wirklich in die Tiefen eines Problems eindringen wollen, sich vereinzeln und weit auffächern. Damit ist die Gefahr der Verselbständigung des Einzelnen, seiner Lösung vom Besonderen und Allgemeinen verbunden. Mitunter tritt auf der Suche nach Neuem eine Detailverliebtheit hervor, die nur noch das Interesse und die Neugierde weniger befriedigt. Zudem werden Fluchten aus Zusammenhängen und das Abtauchen in die Unmenge von Fakten auch zu Fluchten vom Boden der weltanschaulichen und politischen Auseinandersetzungen, mit denen die Beschäftigung mit der Geschichte immer verbunden ist.

Dieser Vorgang kann seit längerem auch im Hinblick auf die „Holocaust"-Forschungen beobachtet werden. Er erhielt einen kräftigen zusätzlichen Impuls als sich seit dem Ende der achtziger Jahre bis dahin verschlossene oder nur schwer zugängliche Archive in osteuropäischen Staaten, namentlich in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Forschern öffneten. Die Beschreibung des Geschehenen „vor Ort" füllt seitdem immer mehr monographische Bände. An die Stelle von nicht wenigen „weißen Flecken" ist ein plastisches Bild davon gesetzt worden, wie, wann, wo und wodurch es wirklich geschah. Mit dieser Kärrnerarbeit von Historikern verband sich mitunter die Erwartung, es würde die Fülle neugewonnener Fakten zusätzliche Aufschlüsse für die Beantwortung von Fragen geben, die bisher nicht oder unbefriedigend gelöst sind. Doch die Kenntnis der Mordplätze, die Ermittlung der Zeitpunkte, zu denen die Verbrechen geschahen, das Wissen um die beteiligten Täter und Tätergruppen und die Zahl ihrer Opfer, so notwendig und verdienstvoll sie sind – denkt man allein daran, daß diese Forschungsresultate die Voraussetzung dafür bilden, daß in mehreren Staaten Osteuropas die Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der Besatzungszeit ohne sie nicht wahrheitsgemäß beschrieben werden kann – hat sich für das Gesamtverständnis des Verbrechens als weniger ergiebig erwiesen als manche Beteiligte erwartet haben mochten. Selbst für die Vervollständigung der Chronik jener grundsätzlichen Entscheidungen, die dem Morden voraus gingen, es in Gang setzten und hielten, waren nur begrenzte Einsichten zu gewinnen. Und wenn auch deutlich wurde, welche regionalen und lokalen Interessen von Wehrmachtseinheiten und faschistischen Besatzungsbehörden regierten, als die Massaker angeordnet und verübt wurden und die Deportationen zu den Mordstätten erfolgten, die Kernfrage, die der Forschung aufgegeben ist, war nicht berührt. Sie lautet nicht anders wie im Falle tausender anderer Gegenstände der Historiographie: Warum? Wer sie zu beantworten trachtet, kann nicht von den Mordstätten herkommen. Dies zu versuchen, hieße sich verhalten wie ein Forscher, der vom Felde einer einzelnen Schlacht aus trachten würde, die Kriegsgründe zu erfahren.

Eine „Holocaust"-Forschung, die auf die Entschlüsselung des Ganzen aus ist, muss das übergeordnete Ganze ins Blickfeld nehmen, also das faschistische Regime, seine Ursprünge, die in ihm obwaltenden Interessen und die erreichten und – das ist unerlässlich – auch die erstrebten, aber verfehlten (End-)Ziele. Darauf verweist auch Finkelstein, was mit der Feststellung versehen wurde, er bediene sich „robuster" Begriffe, als die ein Rezensent seines Buches Kategorien wie Staat, Interessen und Ideologie ansieht. Wer den Ursprüngen und Antrieben des Verbrechens auf die Tiefenspur gelangen will, muss sich auf die Faschismusanalyse einlassen. Die aber gerät hinter der bloßen Beschreibung von Ereignissen und Vorkommnissen, diejenigen von geringfügigem Gewicht eingeschlossen, mehr und mehr in den Hintergrund. Dazu trägt der hier nicht zu erörternde, neubelebte Versuch, faschistische und sozialistische Regime für wesensgleich zu erklären, kräftig bei. Um es in einer banalen Entgegensetzung zu formulieren: Die Antwort auf die Frage nach dem Warum kann allenfalls in Berlin, am Obersalzberg, in der Wolfsschanze, also im Gebiet des Deutschen Reiches, in dem die Planungen des Krieges und der Kriegsziele und Endsiegziele gefunden werden, aber nicht in Kiew, bei Minsk und auf der Halbinsel Krim.

Dem Einsatz der Instrumentarien, über welche die Geschichtswissenschaft gebietet, stehen im Fall der „Holocaust“-Forschung mehr weltanschauliche und politische Barrieren entgegen als auf anderen Feldern und es ist nicht zu erkennen, dass veränderte „Rahmenbedingungen“ sie gleichsam von selbst zum Einsturz bringen könnten. Das Verlangen, den Holocaust ganz in eine Geschichte von Heil und Unheil einzubetten, das die Juden in ihrer Jahrtausende alten Geschichte erfuhren, macht nicht einmal die höchste Hürde aus. Höher noch ist jene schon erwähnte, die mit der Behauptung aufgetürmt wurde, es entziehe sich der Massenmord an den europäischen Juden letztlich jeder rationalen Erklärung, er könne folglich nur beschrieben, nicht aber wie andere geschichtliche Phänomene fortschreitend entschlüsselt werden. Die Historiographie scheint gegenüber dem Massenmord an den europäischen Juden mithin auf die Stufe zurückgeworfen, die sie am Ausgang des Mittelalters verlassen hat. Shakespeares optimistisches Diktum, wonach die Wahrheit eine Tochter der Zeit ist, scheint in diesem Punkte irreführend zu sein. Das Banner des Irrationalismus wird auf einem Gebäude gehisst, an dessen Eingang gleichsam die Inschrift steht: Die Einzigartigkeit des Holocaust. Wer da eintritt, hat nicht zu fragen, sondern betroffen zu sein, er hat sich nicht zu empören und zu überlegen, ob sich aus dieser grausigen Erfahrung eine politische Folgerung herleiten lässt, sondern zu trauern. Diese Haltung wird zuzüglich als die gegenüber den Opfern einzig angemessene ausgegeben. In Wahrheit – auch darauf hat unter Berufung auf die Haltung und die Wünsche seiner Mutter Finkelstein hingewiesen und dass er es nicht als erster tat, mindert die Bedeutung der Wiederholung nicht – aber demobilisiert sie, statt zu mobilisieren. Sie bedeutet daher auch eine Absage an die Warnung Hannah Ahrends, eine Untat könne, einmal geschehen, sich beim zweiten Mal umso wahrscheinlicher zutragen.

II.

Wer bei der Erforschung des Holocaust nicht auf halbem Wege stehen bleiben will, muss vom Kriege des faschistisch geprägten deutschen Imperialismus und dessen Kriegszielen reden. Wer seine Vorgeschichte zu enthüllen versucht, hat von den Vorbereitungen auf diesen Krieg zu handeln, denn sie bildeten das Zentrum der Politik, auf sie wurden alle Anstrengungen der Gesellschaft mehr und mehr gemessen, an ihren Fortschritten maßen die Machthaber Nutzen und Nachteil ihrer eigenen Entscheidungen. Wer den Platz des Pogroms des November 1938 verstehen will, kommt nicht weit, wenn er versucht, in den hassgeladenen Hirnen derer zu kramen, die Synagogen anzündeten, Geschäfte demolierten und jüdische Menschen umbrachten. Er muss sich den geschichtlichen Punkt klarzumachen suchen, bis zu dem die zivilen und militärischen Führer des Faschismus auf ihrem Wege in den Krieg gelangt waren, und sich ein Bild davon machen, auf was für einen Krieg sie ausgingen und welche Vorstellungen sie von ihrer Herrschaft nach dem Endsieg besaßen. Denn wenn das Bild vom Großgermanischen Reich auch erst mit den Kriegserfolgen konkretere Gestalt annahm, so existierte der Kernbestand jener Utopie vom Weltreich doch schon vor dem ersten Schuss und mit ihm das Bild von den Riesenfrüchten, zu deren Besitz die Eroberungen führen sollten. Hitlers hat vor Kriegsbeginn der Generalität diese Kriegsziele klar benannt und ihr die Notwendigkeit der Eroberungen mit geopolitischen und sozialdarwinistischen Argumenten begründet. Bei solchen Gelegenheiten fiel über Juden und Judenverfolgung kein Wort. Doch es konnte keinem mitdenkenden Militär entgehen, dass die Segnungen, die aus dem Raub von Ländereien und Rohstoffen erwachsen sollten, nur für die Deutschen, die „Arier“ bestimmt sein würden und dass mit dem Krieg und den gedachten Ergebnissen die Möglichkeiten geschaffen werden würde, die gesuchte Antwort auf die Frage zu finden, wie die Juden aus Deutschland herauszuschaffen wären. Wer solche Überlegungen vorher nicht angestellt hatte, dem mussten sie sich doch spätestens im September/Oktober 1939 aufdrängen. Denn: Kaum, dass das erste Land, Polen, erobert worden war, wucherten Planungen für die Deportation der Juden.

Es muss nicht bestritten werden, dass die um Hitler versammelten Wehrmachtsgenerale, die mit ihren Armeen und Divisionen dann Polen zerschlugen, derlei Zusammenhänge nicht herstellten und dass sie sich im Spätsommer 1939 ganz auf die Frage konzentrierten, wie sie ihre militärische Aufgabe lösen und die Verwicklungen bestehen würden, die auf den Überfall auf den östlichen Nachbarn folgen könnten. Doch kann die in dieser Kaste vorherrschende Sicht, die siebzig Jahre zurückliegt, nicht die der Historiker des Jahres 2000 sein. Und daher verwundert es schon, dass in der renommierten

Enzyklopädie des Holocaust die Darstellung der Vorgeschichte und Geschichte des Zweiten Weltkrieges unter dem entsprechenden Stichwort völlig unverbunden neben der Judenverfolgung steht und in einer beschreibenden Weise erfolgt, die in jedem beliebigen Kriegslexikon platziert werden könnte.

Methodisch ist dieser Weg, auf dem Rassismus und Antisemitismus, Judenvertreibung und Judenmord mit Kriegsvorbereitung und Krieg zusammengedacht werden, naturgemäß schwerer zu begehen als die bloße unverbundene Aufnahme, Verzeichnung und Ordnung der Fakten in jeweils gesonderten Chroniken. Die Schwierigkeit rührt aus mehreren Ursachen her. Zum einen verhüllten die Machthaber in Deutschland das Kriegsinteresse vor dem eigenen Volke wie vor dem Ausland. Bis nahe an den Zeitpunkt, da sie den Pogrom auslösten, galt ihnen der Grundsatz, vom Frieden und nur vom Frieden zu reden. Gegen deren Glaubwürdigkeit sprach die Rüstung in einem Lande, das von niemandem bedroht wurde. Eine Wende brachte erst Hitlers Rede vom 26. September 1938 im Berliner Sportpalast mit der massiven Drohung, die Tschechoslowakei mit Krieg zu überziehen, falls sie den Sudetendeutschen das „Selbstbestimmungsrecht“ verweigere, eine Formel, hinter der sich das Ziel verbarg, den Nachbarstaat auszulöschen. Den bis dahin beispiellosen chauvinistischen Auftritt „des Führers“ empfanden viele Deutsche, wenn sie sich ihn auch so nicht bezeichneten, als etwas Neues und sie nahmen das mit größter Beunruhigung wahr. Die Aufrüstung Deutschlands, die offen einbekannt und für jedermann wahrnehmbar war, war von ihnen bis dahin als das angesehen worden, was ihnen die Propaganda weismachte: als ein Akt zur Widerherstellung deutscher Verteidigungsfähigkeit und Schritt zur deutschen Gleichberechtigung mit Staaten wie Frankreich oder England, den Siegermächten des Ersten Weltkrieges. Wie also sollte angesichts dieser demagogischen Einnebelung und des verbreiteten bequemen Hangs zum Selbstbetrug jemand auf den Gedanken kommen, dass das Fortschreiten auf dem Pfad zum Kriege und die eskalierende Judenverfolgung etwas miteinander zu tun hatten? Dennoch war das unter mehreren Gesichtspunkten der Fall.

Zwischen 1933 und 1938 schon bildeten die Attacken gegen die Juden eine Vorschule für die verächtliche, nichtachtende Behandlung von Menschen, die als Fremde und gefährliche Deutschenfeinde ausgegeben wurden. Weder das eine noch das andere traf für die überwiegende Zahl der in Deutschland lebenden Juden zu, deren Vorfahren seit Generationen in Deutschland lebten und Bürger des Kaiserreiches oder der deutschen Teilstaaten gewesen waren. Nichtsdestoweniger war es möglich, dass die Machthaber mit Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten auch die Juden als inneren Feind bezeichneten und bestimmten, wie sie zu behandeln wären. Die Staatsbürger soweit sie zu Ariern erklärt wurden (und also nach der faschistischen Rubrizierung des Jahres 1935 Reichsbürger waren), hatten das Feindbild hinzunehmen, zu akzeptieren und die daraus abgeleiteten Gebote zu befolgen – Verweigerer riskierten öffentliche Brandmarkung, im Falle von „Rassenschande“ folgten Gerichtsprozess und Haft, im schwereren Fall von Protest und Widerstand drohte die Verbringung in ein Konzentrationslager. Die Verweigerer und die Protestierenden waren eine geringfügige Minderheit.

Für die Mehrheit der Deutschen galt, dass ihre Denk- und Gefühlswelt durch die rassistische und antisemitische Propaganda und Praxis verhunzt und verroht werden konnte, ein Sachverhalt. der nicht erst aufgedeckt wurde, als er angesichts der Weltkriegsbilanz für jedermann am Tage lag. Der Zusammenhang zwischen der 1933 beginnenden rassistischen Politik, deren Opfer die Juden waren, und der geistigen und mentalen Einstellung der Deutschen auf den Krieg war vor allem den Stereotypen vom „jüdischen Marxismus“ und vom „jüdischen Bolschewismus“ abzulesen. Auch der Pazifismus wurde als eine antideutsche Mache hingestellt, hinter der vorgeblich die Juden steckten. „Herzen verschließen“, so lautete die Devise, die Hitler der Generalität vor Kriegsbeginn gab. Deutsche hatten das massenhaft schon gelernt und praktiziert, als sie ihre jüdischen Nachbarn das Land fliehen, am 9./10. November 1938 die Synagogen brennen, die jüdische Habe zerstört und die Männer auf dem Marsch in die Gefangenschaft der Konzentrationslager sahen. Der Pogrom bildete in diesem Prozess so etwas wie das entscheidende Lehrstück. Die ihn anzettelten, erkannten, was sie mit diesem Volke riskieren konnte. Und die Deutschen, die am Morgen danach nur die zerstörten Waren beklagten, waren nicht mehr dieselben wie am Tage zuvor. Hätten sie sich in Massen gegen die SA-Leute, die

vor den Trümmern ihrer Untat Posten bezogen hatten, gewandt und denen ihren Ekel ins Gesicht geschrien, das Regime wäre gegen derlei Proteste hilflos gewesen. Doch sie waren für die Hinnahme des Verbrechens durch Terror, Demagogie und Lockung schon zugerichtet. Im November 1938 lernten sie die alle Hilfe verweigernde Haltung gegenüber den endlosen Zügen an Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern einzunehmen, die im Kriege nach Deutschland verschleppt wurden und elendig, vielfach unter menschentötenden Bedingungen als Zwangsarbeiter leben mussten. Gewiss, die Judenverfolgung war nicht in erster Linie als ein rassistisches Trainingsprogramm für Millionen Deutsche ins Werk gesetzt worden. Aber es war vom Boykott des 1. April 1933 an jedenfalls auch mit dem Zweck der Disziplinierung, der billigenden oder erzwungenen Unterordnung unter die Forderungen der Regierenden, eng verbunden. Die Losung „Kauft nicht beim Juden“ mochten Naive noch als nur auf den vordergründigen Zweck gerichtet lesen, die jüdische Konkurrenz kaputt zu machen. „Deutsche, kauft nicht beim Juden“ war von anderem Inhalt, denn der besagte, wie sich ein Deutscher zu verhalten habe, wenn er auf einen angeblich Rassefremden stieß. Bis dann drohend erklärt wurde, wer sich mit einem Juden einlasse, sei ein Schwein.

III.

Zwischen Judenverfolgung und -austreibung und dem Weg in den Krieg existierte auch eine von materiellen Interessen geprägte Beziehung. Die Machthabenden verbargen sie ebenso tief wie die ideologischen Bezüge von Rassismus und Kriegsvorsatz. Jeder Gedanke, es könne bei der Verfolgung und Vertreibung der Juden überhaupt ein Motiv der Bereicherung im Spiele sein, wiesen sie weit von sich. Stattdessen behaupteten die Propagandisten des Antisemitismus, wie Hitler es ihnen vorsprach, die Juden müssten aus Gründen der wissenschaftlichen Einsicht in die ewigen Rassegesetze und wegen ihrer miserablen blutsbedingten Eigenschaften von den Deutschen abgesondert, ihres Einflusses beraubt und am besten ganz von den deutschen „Ariern“ getrennt werden. Die „Nationalsozialisten“ gaben sich als Vorkämpfer eines Antisemitismus aus, der seine Rechtfertigung in Erkenntnissen der modernen Wissenschaft besitze. Angeblich unterschieden sie sich von allen Radauantisemitismus, deren Methoden sie strikt verwerfen würden. Kein Gedanke also an schnöde materielle Interessen und Kalküle.

In puncto Rassismus und Antisemitismus stellten sich die deutschen Faschisten, in Wahrheit Dunkelmänner des 20. Jahrhunderts, dreist als Pioniere der Aufklärung dar. Sie würden zuerst die Masse der Deutschen aus ihren allzu naiven und vertrauensseligen Vorstellungen über die Juden herausreißen und ihnen den richtigen Blick auf die „jüdische Gefahr“ geben. Und dann kämen auch die anderen Völker an die Reihe, die germanischen mit Vorrang. Kurzum: Dass deutsche Juden aus Gründen auch des materiellen Vorteils verfolgen würden, erschien vor dem Hintergrund des nazistischen Judenbildes geradezu als eine frevelhafte Beschuldigung der „Arier“. Nutznießer, Gewinner, Profiteure aus dem Zusammenleben von Juden und Deutschen wären seit alters her immer nur die geldgierigen Juden gewesen. An den Deutschen hätten sie sich besonders gemästet. Deutschem Wesen widerstrebe hingegen die Jagd nach dem Mammon. Vollends sei ihm jeder Versuch der Bereicherung zuwider, der nicht auf eigener Arbeit und Anstrengung beruhe.

Das war die Reklame, aber wie war die Wirklichkeit beschaffen? Es existierten in der Geschichte der 1933 einsetzenden Judenverfolgung einige Tatsachen, die darauf zu deuten schienen, dass dieser Antisemitismus ausschließlich ideologisch verursacht und geleitet war. Fürsprecher zugunsten der Juden, die vermeinten, sie könnten die Regierenden beeindrucken, in dem sie den Nutzen ins Gespräch brachten, den das Regime aus dem Verbleib zumindest hochspezialisierter Fachleute, namentlich von Naturwissenschaftlern, in Deutschland ziehen könnte – und umgekehrt: welcher nicht zu kompensierende Nachteil deren Weggang mit sich bringen müsste –, sahen sich zurückgewiesen. Natur- wie Sozialwissenschaftler wurden nicht anders als Ärzte, Künstler, Journalisten, Schauspieler, Dirigenten und Musiker außer Landes getrieben. Das konnte ebenso den Eindruck einer durch antisemitische Vorurteile verursachten Dummheit wie den der Ablehnung jeder Prüfung von Nutzen und Nachteil machen. Aber nur auf den ersten Blick.

So gewiss hier rassistische Feindbilder und eine maßlose Selbstüberhebung im Spiel waren, die glaubte, jeden Verlust durch den überlegenen „arischen“ Geist mehr als ausgleichen zu können, so sicher verbanden sich mit der Politik der Verdrängung der deutsch-jüdischen Intelligenz reale Herrschaftsmotive. Denn nun eröffneten sich Möglichkeiten der Korruption der Gefolgschaftswilligen, für die sich aus der erzwungenen Emigration der Juden ungeahnte Karrierechancen ergaben. Viele Personen und Personengruppen erwiesen sich durch eine veränderte soziale Stellung und durch materielle Vorteile als Nutznießer der einsetzenden Judenverfolgung.

Noch handfestere materielle und finanzielle Erträge aber wurden augenblicklich erzielt, als Juden die Aussicht, gegen die nichtjüdische Konkurrenz auf Dauer bestehen zu können, infolge der staatlichen Eingriffe schwinden und sich zu Zwangsverkäufen gedrängt sahen. Es begann der dann der als „Arisierung“ bezeichnete Prozess von Bank-, Industrie- und Handelsunternehmen. Schon an dessen Anfang erhob sich die Frage, in welchem Umfange an ihm Private (Einzelpersonen, Gesellschafter etc.) und in welchem der Staat als Gewinner beteiligt sein werde.

Doch dieser sich früh einstellende vielgefächerte Vorteil, der sich aus den die Arbeit und die Geschäfte von Juden ver- oder behindernden Maßnahmen des Staates ergab, verband sich zunächst noch nicht mit weit gesteckten Aufrüstungsinteressen. Das Regime suchte erst gleichsam die Einlaufkurve auf die Gerade, auf der dann die Hochrüstung betrieben wurde. 1936 war sie erreicht. Das ehrgeizige Programm des Vierjahresplans, mit dem die deutsche Wirtschaft wenigstens für die Frühphase eines Krieges blockadefest gemacht werden solle, ließ neue staatliche Interessen entstehen. Dazu gehörte, an dem zunächst, wenn auch nur notdürftig verdeckten Raubzug an den Juden beteiligt zu sein, denn der Moloch Rüstung verschlang Millionen und Milliarden und die Kriegskasse mußte permanent aufgefüllt werden. Das war die Situation, kaum dass Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan die Regie und die Koordinierung der wirtschaftlichen Initiativen übernommen hatte, mit denen die Engpässe durch die Schaffung einer eigenen breiteren Basis für die Produktion von Eisen und Stahl, von Treib- und Schmierstoffen und von synthetischem Kautschuk erreicht werden sollte.

Bei der Inspektion der nicht so sehr zahlreichen Möglichkeiten, Gelder für die Finanzierung der Rüstung zu mobilisieren, mußte der Blick der antisemitischen Führer ohne langes Suchen auf die Milliarden fallen, über welche die Juden in Deutschland noch verfügten. Deren Aneignung wurde mit ihrer Erfassung vorbereitet. Den Auftakt bildeten zwei rasch aufeinander folgende Verordnungen in der zweiten Aprilhälfte 1938. Dem am 22. April erlassenen Verbot der „Tarnung“ von Betrieben in jüdischem Eigentum folgte vier Tage später die Verpflichtung aller Juden ihr Vermögen anzumelden, sofern es insgesamt mehr als 5.000,– RM ausmachte. Diese Verordnungen bezeichnen die neu eröffnete Front im „Kampf gegen das Judentum“. Durchmustert man die Erlasse des Staates in den Monaten vorher, etwa seit Anfang 1937, so richteten sie sich auf die vollständige oder weitgehende Verdrängung von Juden aus Berufen und von Arbeitsfeldern Das betraf ihre Tätigkeit als Viehhändlers, Notar, Sachverständiger oder Gutachter bei Gerichten, Vermessungsingenieur, Versteigerer, Waffenhändler. In die gleiche Richtung wiesen die Verbote, die Juden die Möglichkeiten von Ausbildung und Qualifizierung entzogen oder eingrenzten wie die 1937 vorgenommene weitere Beschränkung des Besuches allgemeinbildender Schulen und der Entzug der Zulassung zu Doktorprüfungen an Universitäten und Hochschulen. Die beiden April-Erlasse aber zielten nicht auf Personen und Personengruppen, sondern auf das Eigentum aller Juden und der als Juden markierten „Nichtarier“. Die faschistische Regierungsclique gelüstete es nach den – geschätzten – 8 Milliarden Reichsmark, die der seit 1933 inzwischen geschrumpfte jüdische Besitz ausmachte. Die Summe war zwar nicht insgesamt zugriffsoffen, aber doch ein erheblicher Teil davon. Der ließ sich offen verdeckt in erheblichem Umfang für die Staats- und damit für die Rüstungskasse mobilisieren. Darauf richteten sich die beiden Verordnungen, die besagten, dass der Schlussangriff auf die Positionen der Juden in der Wirtschaft eingeleitet wurde. Er wäre fraglos vorgetragen worden, auch, ohne dass sich der Anschein erwecken ließ, es handle sich um eine Antwort auf das Attentat des Herschel Grynszpan in Paris, das als ein Angriff auf das deutsche Volk interpretiert wurde. Bei Goebbels las sich das am 12. November 1938 so: „... der Jude Grünspan war Vertreter des Judentums. Der Deutsche Rath war Vertreter des deut-

schen Volkes. Das Judentum hat also in Paris auf das deutsche Volk geschossen."[5] Diese Logik war vergleichbar mit der Aussage, ein Schmied hat auf einen Friseur geschossen, also hat die Innung er Schmiede auf die Innung der Friseure geschossen, und sie offenbarte, was dem Deutschen an demagogischer Kost zugemutet werden konnte. Chaim Weizmann hatte in seiner Rede am 25. November 1936 in Jerusalem gesagt: „Wir (Juden, K. P.) aber können es uns sogar nicht leisten, dass ein Verrückter ein Verbrechen begeht, denn dieser Akt würde uns allen zur Last gelegt werden. Wir sind auf der ganzen Welt für jeden einzelnen von uns verantwortlich."[6] In dieser geschilderten Weise verfuhren die deutschen Staatsführer knapp zwei Jahre später. Die Tat des verzweifelten und in seiner Verzweiflung unbesonnenen jungen Mannes kam ihnen zur rechten Zeit und wie ein gefundenes Fressen. Die Aktion, die sie vorbereitet hatten, konnten sie nun als Reaktion ausgeben.

Unter den vielen fanatisierten Aktivisten des Faschismus wurde der seit langem erwarteten Generalangriff auf das jüdische Eigentum, der 1935 zu ihrer Enttäuschung unterblieben, aber nur aufgeschoben worden war, als längst fällige historische Bestrafung des „raffenden" Judentums angesehen wurde und als weiterer Schritt die Vertreibung der Juden zu forcieren. In der Tat stellte der Beschluss zur Erfassung des jüdischen Besitzes die früheste Markierung für den Übergang zu einer neuen Phase der Vertreibung der deutschen Juden aus ihrem Vaterlande dar. Mit ihm beginnt in der – mit dem antijüdischen Paragraphen des Gesetzes vom 7. April 1933 eingeleiteten Politik – ein neues und diesmal das abschließende Kapitel. Seine Eröffnung geschah durch einen weiteren bürokratischen Akt, seine Fortsetzung bilden Maßnahmen in den einschlägigen Apparaten des Regimes, die Fragebogen ausgeben, sammeln und auswerten, seinen Abschluss – nach den mörderischen, die Judenfeinde anfeuernden Ereignissen der Pogromnacht – die Gesetzesakte und Verordnungen, mit denen die Juden über die Grenze oder in die Armut gedrängt werden.

Der Punkt, an dem sich der Übergang zur forcierten Vertreibung der Juden vollzog, war erreicht. Das terroristische Vorgehen gegen die Juden mündet in die Verschleppung von Männern und Jugendlichen in ein Konzentrationslager. Die Nr. 1 der innenpolitischen Waffen der Machthaber, bisher gegen ihre politischen Gegner, dann auch gegen „Arbeitsscheue" angewendet, wird nach dem Novemberpogrom auch gegen die Juden gekehrt, aber mit einer anderen Zielsetzung als derjenigen, die für Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten und andere Gegner des Regimes bestimmt ist. Sie sollen nicht eingeschüchtert und gebrochen und der Volksgemeinschaft brutal eingefügt, sondern zu überstürzter Flucht aus Deutschland gezwungen werden, kaum noch oder vollends desinteressiert an der Verwertung der Habe, die sie zurücklassen.

Zwei Reden, die zeitlich unmittelbar nach dem Pogrom gehalten wurden und bei denen die beiden höchst gestellten Personen des Regimes in Aktion traten, entschlüsseln den geschichtlichen Platz des Pogroms und des Eintritts in die neue Phase der Judenverfolgung und die sich mit ihnen verknüpfenden Interessen. Die eine Rede hielt Hermann Göring am 12. November in Berlin, die andere zwei Tage zuvor Hitler in München. Beide sind in stenographierten Texten überliefert. In der einen standen die Maßnahmen gegen die Juden im Zentrum, in der anderen wurden sie mit keiner Silbe erwähnt. Die Rollen waren bemerkenswert verteilt. Göring ging es um den materiellen Gewinn aus der Judenvertreibung, Hitler um die ideologische Einstellung der Deutschen auf den Krieg.

In der Konferenz wurde die Linie des weiteren judenaustreiberischen Vorgehens nach dem Pogrom, die Verteilung der Rollen und die Koordinierung der Maßnahmen zwischen den Machtzentren bis in die Einzelheiten hinein beraten. Görings einleitendes Referat konzentrierte sich auf die Wegnahme des jüdischen Eigentums und die maximale Ausraubung der Juden. Unverhohlen geschah das durch die von ihm dort bekanntgegebene zur „Sühneleistung" erklärte Zwangszahlung der Juden, die er auf 1 Milliarde Reichsmark festsetzte. Die floss, denn sie musste aufgebracht werden, direkt in den Staatshaushalt. Das gleiche galt für die Geldsumme, zu deren Zahlung die Versicherungen gezwungen waren, die nun aber nicht den geschädigten, anspruchsberechtigten jüdischen Geschäftsinhabern

---

5 Josef Goebbels, Der Fall Grünspan, 12. November 1938.

6 Das Recht auf die Heimat. Stenographischer Bericht über die Zeugenaussage Dr. Chaim Weizmanns vor der Königlichen Kommission am Mittwoch, dem 25. November 1936, Berlin 1937.

zufloss, sondern ebenso dem Staatshaushalt. Weitere Gewinne ergaben sich aus Steuern, die als Folge der nun einsetzenden Zwangsverkäufe zu entrichten waren. Doch weit darüber hinaus wurden Gelder von Juden, die sie aus der Veräußerung ihres Besitzes noch eben erzielten, für den Staat direkt oder indirekt verfügbar. Denn den Juden wurde alsbald der Zugriff auf diese ihre Konten scharf limitiert und auf den Erwerb des nötigsten Lebensunterhaltes eingeschränkt.

Göring hielt sich bei den Geschäften des Kleinhandels und des Handwerks nicht lange auf. Seine Aufmerksamkeit galt den „größeren Unternehmungen", den „größeren Fabriken", der „großen Fabrik, die einem Juden oder einer jüdischen Aktiengesellschaft gehört", und – in dieser Steigerung – „den ganz großen Unternehmungen". Die „Sache" schien ihm, wie er mehrfach sagte, „ganz einfach". Die jüdischen Eigentümer würden vor keiner Wahl stehen, Preise und Bedingungen nicht zu stellen, sondern zu akzeptieren haben. Das Ziel bezeichnete er in dem Satz: „Wir müssen hier zu einer ganz klaren, *für das Reich Gewinn bringenden Aktion* kommen."[7] Und so geschah es.

Der Pogrom des 9. November und die Rede Hitlers, deren Text zu den Schlüsseldokumenten gehört, die über die faschistische Politik Auskunft zu geben vermögen, liegen nur Stunden auseinander. Die Ruinen der Synagogen rauchten noch, die jüdischen Männer wurden für ihren Abtransport in die KZ Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen erst zusammen getrieben, da hielt er vor einem ausgesuchten Kreis von Propagandisten jene später berühmt gewordene Geheimrede, in deren Mittelpunkt die Auswertung der Erfahrungen der „Tschecheikrise" stand, die sich mit dem Münchener Abkommen zwischen Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien und der von den vier Mächten erpressten Hergabe des Sudetengebiets an das Deutsche Reich gelöst hatte.

Die Aktion der SA, die Trümmer der Tempel, die Verwüstungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen waren dem „Führer", der sich doch sonst kaum eine Gelegenheit für antisemitische Ausfälle entgehen ließ, keine Erwähnung, nicht einmal eine Anspielung wert Er konzentrierte sich auf die Auswertung der Beobachtungen, die im deutschen Volke gemacht worden waren, als es für einen Moment „nach Pulver roch" und orientierte seine einflussreichen Zuhörer darauf, die Deutschen dahin zu bringen, dass sie sich – um im Bilde zu bleiben – an diesen Geruch gewöhnten. War dieses zeitliche Zusammentreffen ein Zufall? In gewissem Sinne zweifellos. Die Zusammenkunft der Propagandisten des Regimes, die im Anschluss an die traditionellen Feiern zum Gedenken an den gescheiterten, aber zu einer nationalen Tat aufgewerteten Putsch von 1923 stattfand, dürfte bereits vor dem kurzfristig gefassten Entschluss festgelegt worden sein, den Pogrom auszulösen. Möglicherweise war das Treffen schon bestimmt, als Rath noch ein der Öffentlichkeit unbekannter Mann im weltweiten diplomatischen Apparat des Reiches gewesen war. Doch die von Hitler verlangte Orientierung aller Maßnahmen der Massenbeeinflussung auf die Erzeugung von Kriegsbereitschaft betraf ein Thema, mit dem sich die auf die Judenverfolgung spezialisierten Bürokraten in der Sicherheitspolizei auch zu befassen hatten. Während Hitler die Frage beschäftigte, wie die Deutschen in Kriegsstimmung gebracht werden, ja in einer Verfassung gedrängt werden könnten, die sie schließlich selbst nach der Gewalt rufen ließ, stellte sich im Apparat der Judenverfolger die Frage, wie viele Juden noch in Deutschland leben würden, wenn der Krieg begänne.

Für diesen Zeitpunkt existierte im November 1938 kein Termin, aber dass es dahin kommen werde, darüber konnte es bei Leuten wie Reinhard Heydrich, dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD, keinen Zweifel geben. Damit beauftragt, jede Störung der Volksgemeinschaft, die dann eine verschworene Kriegsgemeinschaft sein sollte, bereits im Vorfeld zu unterbinden, mußte sich ihm die Frage nach den Juden im Kriege stellen und sich mit der Feststellung verbinden, dass die Flucht der Juden aus Deutschland, nahm man die Zählungen bis in das Jahr 1937, zu schleppend vor sich ging. Zwar waren die Juden zu Zehntausenden aus Deutschland vertrieben worden, doch andere Zehntausende – sie bildeten deren Mehrheit – waren im Nazireich geblieben, die einen, weil sich ihnen keine Fluchtmöglichkeit eröffnet hatte, andere, weil sie glaubten, sie würden ihre mehr oder weniger lang bemessenen letzten Lebensjahre hier doch zubringen können, dritte weil sie hofften, das Regime wer-

---

7 IMT. Bd. XXVIII, S. 499 ff. Hervorhebung K. P.

de nicht ewig dauern, vierte – und sicher wenige – gar, weil sie annahmen, die Machthaber würden sie eines Tages doch wieder brauchen usw.

Doch die Machthaber beschlich kein Gedanke, die aus der deutschen Volksgemeinschaft der angeblichen Arier Ausgeschlossenen im Kriegsfall – etwa in Abwandlung der Devise des letzten deutschen Kaisers „Ich kenne keine Juden mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ – wieder in sie aufzunehmen und sei es nur aus taktischen Erwägungen. Am Kriege teilzunehmen wie in Vierteljahrhundert zuvor, war jüdischen Männern per Gesetz verboten. Darauf zu rechnen, daß die in Deutschland verbliebenen Juden nach allem, was ihnen zugefügt worden war, einen deutschen Kriegssieg herbeiwünschen konnten, war absurd. Zwar mußte auch nicht damit gerechnet werden, daß sie sich, eingeschüchtert, isoliert, zunehmend überaltert und unorganisiert, als Kriegsgegner bemerkbar machen könnten. Doch dass allein das Dasein dieser Minderheit die gedachte Kriegsgemeinschaft stören und praktische Probleme aufwerfen würde, ließ sich absehen. Die „Arier“ an die Front und die jüdischen Männer in der Heimat? Wo dann? Beschäftigt mit Zwangsdiensten oder als Insassen in Konzentrations- oder Internierungslagern? Besser dann schon, sie befanden sich außer Landes. In Deutschland wurden sie für den Sieg nicht gebraucht, und sie bedeuteten in den Staaten künftiger Kriegsgegner, in denen sie Zuflucht suchen würden, schwerlich einen ernstzunehmenden Kraftgewinn. Das schloss nicht aus, dass die reichsdeutschen Stellen vom Außenministerium bis zur Sicherheitspolizei wünschten, die aus Deutschland fliehenden Juden möchten sich in der Welt möglichst in kleine und kleinste Gruppen zersplitterten.

Diese Rechnung über die in Deutschland verbleibenden Juden ist so auch intern nicht ausgesprochen und auch nie insgeheim zusammenhängend niedergelegt worden. Die im Verlauf des Jahres 1939 geschriebenen oder überarbeiteten Mobilisierungspläne befassen sich mit den „Ariern“ und deren Rolle und Leben im Kriegsfall. Doch kann ernsthaft kein Zweifel sein, daß Einzelposten und Resultat einer derartigen Rechnung bis zum Schlussstrich den Judenverfolgern gegenwärtig waren und in ihre Kalküle eingingen. Eine Andeutung davon gibt das stenographische Protokoll der Rede Görings vom 12. November 1938 Darin erwähnte er eine Situation, in der „das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt“ und verband damit die Ankündigung, dass dann „selbstverständlich ... eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen sei.“ Doch aus dem Fortgang seiner Ausführungen ging hervor, dass die in Deutschland lebenden Juden nicht etwa für diesen „absehbaren“ (!) Zeitpunkt aufgespart und dann als Objekte der Rache oder als Geiseln zum Zwecke der Erpressung der Gegner dienen sollten. Das mehrfach betonte Interesse lag auf der vollständigen Vertreibung. Göring teilte mit: „... der Führer werde jetzt endlich einen außenpolitischen Vorstoß machen zunächst bei den Mächten, die die Judenfrage aufgeworfen haben, um dann tatsächlich zur Lösung der Madagaskar-Frage zu kommen.“ Das habe ihm der Führer „am 9. November auseinandergesetzt. Es geht nicht mehr anders.“

Die Passage, in verquaster Rede und Wortwahl vorgetragen, verrät mehrerlei. „Jetzt endlich“ besagt kaum eine Kritik des Redners an Hitlers bisheriger Aktivität, drückte aber aus, dass die bislang verfolgte Taktik, die Flucht aus dem Reich allein durch den Druck auf die Juden zu forcieren, das gewünschte Ziel bei weitem nicht erreicht hatte. Das ließ sich an den Zahlen der Geflohenen ablesen. Noch immer lag der Höhepunkt der Fluchtkurve im Jahre 1933 als (geschätzt) 37.000 jüdische Deutsche das Land verlassen hatten. Die Zahlen für die folgende vier Jahre bis 1937 lauten 23.000, 21.000, 25.000 und wieder 23.000. Ihnen lässt sich entnehmen, dass selbst die Nürnberger Gesetze nicht zu einem drastischen Anstieg der erzwungenen Auswanderung geführt hatten. Seit dem 13. März 1938, dem Tag der Liquidierung des österreichischen Staates und der Einverleibung seines Gebietes als „Ostmark“, waren die – aus nazistischer Sicht – Erfolge der Judenvertreibung, was die nackte Zahlenbilanz anging, mit einem Schlag wieder zunichte gemacht. In Großdeutschland lebten seitdem und trotz der sofort einsetzenden Fluchtwelle der Wiener Juden 1938 wieder so viele Juden wie es im Jahre 1933 in den Grenzen des „Altreiches“ gewesen waren. Das war den Machthabern, die bei ihren antisemitischen Maßnahmen fünf Jahre nach der Errichtung der faschistischen Diktatur nicht annähernd die Rücksichten zu nehmen brauchten, die sie 1933 zu beachten hatten, Ansporn zu schärferem Vorgehen genug.

„Einen außenpolitischen Vorstoß machen“ – das bedeutete eine Teilkorrektur des seit den Anfängen der Judenverfolgung befolgten Taktik, zu der es gehört hatte, die antijüdischen Maßnahmen als eine rein deutsche Angelegenheit anzusehen und gleichzeitig heuchlerisch zu erklären, es handele sich lediglich nur um die Neuregelung des Zusammenlebens von „Deutschen und Juden“. Die Lüge konnte nach dem Pogrom länger nicht benutzt werden und sie entsprach auch nicht mehr den forcierten Plänen. Hatte die Reichsregierung es bisher vermieden, mit anderen Staaten, in denen die Juden hauptsächlich Zuflucht suchten, dazu gehörten die Tschechoslowakei, Frankreich, die Niederlande, Großbritannien und die USA, in Verhandlungen über die Aufnahme von Flüchtlingen einzutreten, so sollten sie – was sonst bedeutete das Bild vom „außenpolitischen Vorstoß“ – nun gesucht werden.

Dabei versprachen sich die deutschen Führer offenbar wenig von bilateralen Verhandlungen und dem Versuch, die Bereitschaft einzelner Staaten zu steigern, die Sicherheit suchenden deutschen Juden aufzunehmen. Das sagten ihnen die Erfahrung der letzten Jahre und neuerdings die auf eine Anregung des US-amerikanischen Außenministeriums und eine Initiative des Präsidenten Franklin D. Roosevelts zustande gekommene Initiative, ohne Deutschlands Beteiligung zu Absprachen über die Aufnahme von deutschen und österreichischen Juden zu gelangen. Die daraus erwachsene Konferenz in Evian hatte den Mangel an Bereitwilligkeit nahezu ausnahmslos aller Teilnehmer gezeigt, den Verfolgten die eigenen Tore zu öffnen. Diese ablehnende Haltung wurde wortreich begründet: mit der angeblichen Überbevölkerung des eigenen Territoriums, mit wirtschaftlichen Problemen, insbesondere dem Mangel an Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten und dem Hinweis auf die bereits im eigenen Lande lebenden Arbeitslosen, mit der Darstellung politischer Probleme und dem Wunsch, sich durch die Aufnahme von Juden nicht zusätzliche zu bereiten, schließlich auch mit der Ausflucht, bestimmte Gegenden seien für die Ansiedlung von Europäern aus klimatischen Gründen nicht geeignet. Kurzum, mit der Ausnahme der Dominikanischen Republik erklärten die Teilnehmenden ihr jeweiliges Boot für voll.

Das ernüchternde Ergebnis der Konferenz, die vom 6. bis 14. Juli 1938 stattfand und den Juden keine Hoffnung gab, war von der Naziführung registriert worden und beeinflusste deren weitere Entscheidungen. Immerhin hatte die Tagung die Etablierung eines Komitees vorgenommen, dass sich mit dem Thema weiter befassen sollte. In dieser Situation erschien den deutschen Judenverfolgern die Kombination des verstärkten Druckes mit diplomatischen Manövern, – denn um etwas anderes konnte es sich angesichts der Unwilligkeit der deutschen Regierung, Flüchtende mit Devisen auszustatten, nicht handeln –, nicht völlig aussichtslos zu sein. Dabei gedachte Hitler, wieder nach Görings Mitteilung, „dann tatsächlich zur Lösung der Madagaskar-Frage zu kommen“, d.h. er glaubte, dass die Juden aufgrund einer internationalen Übereinkunft auf die Insel zwischen dem Süden Afrikas und dem indischen Subkontinent geschafft werden könnten. Das kann als Eingeständnis gelesen werden, dass sich die Judenvertreiber von Verhandlungen keine Erhöhung der Einwanderungsquoten für Juden durch einzelne Staaten versprachen, aber auf eine Internationalisierung der „Judenfrage“ setzten. Äußerungen wie die des polnischen Außenministers Oberst Beck, es gäbe in Polen eine Million Juden zu viel, konnten den Ohren der deutschen Antisemiten nur wohlklingen. So wollten Hitler, Göring, Ribbentrop und die anderen an der Planung der Judenvertreibung beteiligten Führer des Staates und der NSDAP ein nicht von ihnen stammendes Projekt aufnehmen. Dessen Verwirklichung setzte zum einen die Bereitschaft Frankreichs voraus, zu dessen Kolonialreich Madagaskar gehörte, in eine Aufnahme von Hunderttausenden einzuwilligen, und war zum anderen wie jedes andere ähnliche Vorhaben mit der Frage verbunden, wer die Kosten von Transport und Ansiedlung zu tragen bereit wäre. Madagaskar, das war in Hitlers Munde nur eine Bezeichnung für die Verwirklichung der von ihm in seiner Rede am 30. Januar 1939 benutzten antijüdischen Losung „Schaffende aller Nationen, erkennt euren gemeinsamen Feind!“

Göring hatte am 10. November 1938 gesagt, „so oder so“, wobei er weder das so noch das so beschrieb, solle „die Judenfrage ... jetzt zur Erledigung“ gebracht und die darauf gerichteten Maßnahmen „einheitlich zusammengefasst werden“. Das bedeutete im Klartext, dass er die vielen staatlichen Stellen, die bisher an der Politik der Drangsalierung beteiligt gewesen waren, unter einer Führung zusammengefasst wissen wollte. Diese wurde in den folgenden Wochen dem Chef der Sicherheits-

polizei und des SD übergeben. Dessen Apparate hatten gegenüber dem anfangs federführenden Reichsinnenministerium immer mehr an Gewicht gewonnen. Eben noch war Heydrich im Juli 1938 auch mit der Leitung des Devisenfahndungsamtes beauftragt worden. In dieser Eigenschaft hatte der Sipo-Chef angeordnet, die Errichtung von Sperrkonten für alle Juden in Angriff zu nehmen und die Vorbereitungen dafür bis zum Oktober 1938 abzuschließen. Das „traf sich" zeitlich mit den weiteren Schritten der Beraubung der Juden wie abgemessen.

Wie allein schon diese Nebenrolle erkennen lässt, standen Heydrich und seine Untergebenen – so viel Aufwand auch für die ideologische Schulung mit den meist der SS angehörenden Männer getrieben wurde, um sie zu Experten von Rassismus und Antisemitismus aufzuwerten – in dem Ansehen, die Fähigkeit zu nüchternster Bestandsaufnahme zu besitzen, die ihnen zur Bestimmung streng zielgerichteter Schritte diente. Ein Blick in das Protokoll jener Sitzung bei Göring und die Bemerkungen, die der Sipo-Chef in deren Verlauf machte, bezeugen das eindrucksvoll. Heydrich war nicht der Mann, der sich von schwungvollen und theatralisch geäußerten Ausbrüchen antijüdischen Hasses mitreißen ließ. Er unterschied zwischen Wünschbarem und Machbarem scharf. Wünschbar und machbar erschien die Vertreibung. Das hatte ein vom Januar 1937 stammender Bericht des Sicherheitsdienstes in der Zielangabe wie in der Methodik ebenso knapp wie exakt bestimmt: „Leitgedanke ist die 'Entjudung Deutschlands'. Eine solche kann nur erfolgen, wenn den Juden in Deutschland die Lebensbasis, d.h. die wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeit genommen wird. Die Förderung der Auswanderung nach Gebieten, wo die Juden dem Reich nicht schaden können, ist, soweit es sich um die jüngere Generation handelt, eine zwingende Notwendigkeit."[8] Dieses Konzept lässt erkennen, dass und warum sich zwischen Heydrich als dem Exponenten der SS und der Sipo und dem für die Hochrüstung hauptverantwortlichen Göring seit 1937 eine so enge Zusammenarbeit entwickelte, die sich dokumentarisch bis in das Jahr 1941 in den mehrfachen Beauftragungen Heydrichs verfolgen lässt, die Görings Unterschrift tragen. Während Heydrich die Führungsposition bei der Judenvertreibung zu erlangen suchte, war Göring wie kein anderer Staatsführer an der zentralen und erfolgreichen Führung dieser Politik interessiert, die für ihn weniger die Befriedigung eines ideologischen Programms sein mochte als die Chance, der Kriegskasse rasch, unkompliziert und zusätzlich Mittel zuzuführen. Die Anfang 1937 formulierten Leitgedanken machen in und zwischen den Zeilen aber auch Problembewusstsein der Autoren deutlich, das, sofern Lösungen nicht zur Hand sind, – wie im Falle der Göring-Rede – sich in gewundenen Formulierungen äußert. Zum einen war den Fachleuten der Vertreibung klar, dass ihrem Druck in erster Linie Angehörige der jüngeren Generation nachgeben würden, die den größten oder zumindest einen erheblichen Teil ihres Lebens vor sich sehen, es nach eigenen Plänen und Kräften frei gestalten wollen und sich eine Chance ausrechneten, dies auch in einem anderen Lande erreichen zu können. Besonders diese Jüngeren und Jungen wollten die Antisemiten in Gebieten wissen, wo sie dem „Reich nicht schaden können". Klar ergab sich aus diesen Erörterungen auch, dass sich die Organisatoren eines Tages an dem Punkt sahen, da sie es mit den alten und ältesten Generationen zu tun haben würden, deren Angehörige nicht mehr vermochten, ihre Wurzeln auszureißen und sich keinen Neuanfang mehr zutrauen konnten. Heydrich sah das klar und rechnete mit einem Rückgang der Fluchtzahlen. Er sprach am 12. November 1938 von 8 bis 10 Jahren, über die sich die „Auswanderungsaktion" erstrecken werde[9], weshalb vorzusorgen sei, wie und wovon die verbleibenden Juden in Deutschland leben sollten.

Die Linie des Sicherheitsdienstes bedeutete auch Abgrenzung von anderen Aktivisten der Vertreibungspolitik. Nicht die alltägliche Diffamierung, nicht die ekelhaften Beschimpfungen in der Hetzwochenschrift „*Der Stürmer*", auch nicht die für Juden bestimmten Wegweiser an Ortseingängen mit der Aufschrift „Nach Palästina" würde die „Entjudung" bewirken, sondern eine zielgerichtete, in ihren Mitteln wohlberechnete Politik, die Juden keine Alternative ließ, ihnen Zug um Zug die Lebens-

---

8 Zitiert in EdH, Artikel Exil und Emigration, S. 428.

9 Von besonderen rechnerischen Fähigkeiten zeugte das auch nicht, denn er unterstellte eine Verminderung der Zahl der in Deutschland lebenden Juden pro Jahr von nur 8000 bis 10.000 Personen, und das ergab, selbst wenn man die inzwischen Sterbenden mit einbezog keineswegs, dass dann die Anwesenheit der Juden in „Großdeutschland" der Vergangenheit angehört haben würde.

grundlagen in Deutschland raubte und sie beim Ausharren im Reich vor die Perspektive von Armut, Hunger, Vereinsamung, Hilflosigkeit, vor das bloße Warten auf den Tod stellte.

IV.

In den Jahren 1937/1938 existierten zwei kräftige Impulse, die zur gesteigerten Politik der Drangsalierung und Vertreibung der Juden führten. Das materielle Interesse, sich durch diese Austreibung kräftig zu bereichern, und das im Kern auch nicht immaterielle Interesse, in einer innenpolitischen Idealverfassung, die keine Erinnerung an das Deutschland der Jahre 1914 bis 1918 mehr aufkommen ließ, in den Krieg zu gelangen. „Entjudung“ bedeutete im Verständnis derjenigen, die sie betrieben, immer auch: Problemlose Überleitung der Volksgemeinschaft in eine Kriegsgemeinschaft. Göring und Heydrich verkörperten an der Spitze der von ihnen geleiteten Apparate – der Vierjahresplanbehörde bzw. der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes – diese Interessenlage. Diese Sicht auf Ziele und Zwecke lässt der Ideologie ihren Platz im Geschehen. An den rassistischen und antisemitischen Überzeugungen der Haupttatbeteiligten und ihrer Werkzeuge gibt es nichts zu zweifeln. Vom ersten Tage der deutsch-faschistischen Herrschaft an ist kein einziger Schritt der antijüdischen Politik erklärbar, ohne dass in Ansatz gebracht wird, dass ihre Architekten die Juden wirklich für alle das hielten, wofür sie von ihnen ausgegeben wurden. Dies nicht zu sehen, führte von der Realität dieser Personage ebenso ab wie das andere Extrem, das in ihnen nur ideologische Triebtäter erblickt, die einzig von Judenhass und Mordgefühlen geleitet worden wären. Polemisiert wird hier folglich nur gegen die Verabsolutierung des „Faktors Ideologie“, während die Untersuchung der Vorgeschichte und Geschichte des „Holocaust“ es erfordert, sich durch ein Geflecht, um nicht zu sagen: durch einen Dschungel von Motiven und Interessen hindurchzuarbeiten, aus denen die verbrecherische Politik hervorwuchs und die sie speisten.

Die diese Interessen verkörperten und verfochten, brauchten nicht gleichermaßen ideologisiert zu sein, nicht jedem Vorurteil anzuhängen. Das macht – um zwei herausragende Figuren der antisemitischen Politik zu benennen – etwa ein Vergleich zwischen Julius Streicher und Hermann Göring deutlich. Jener erfand immer neuen Begründungen für die Erzeugung von Judenhass, dieser hielt sich dabei nicht auf und kam ohne Umschweife zur „Sache“. Beide aber wirkten in die im Wesentlichen gleiche Richtung. Erst ihr Zusammentreffen brachte in der Summe jene Effekte hervor, die gewollt waren. Ähnliches ließe sich bei Vergleichen von Figuren aus der Masse der unbekannten Akteure der Judenverfolgung feststellen. Darin liegt eine sehr nachdenklich stimmende Erfahrung. Sie bezeugt die Möglichkeit, daß Menschen die in deutlich unterscheidbarem Grad antisemitisch eingestellt sind, effizient und in einer Weise zusammenwirken können, die gerade den rabiatesten Antisemitismus in die Tat umsetzt. Diese Erfahrungen spricht gegen die mitunter überbetonte Unterscheidung zwischen vermeintlich milden und wilden Antisemiten. Was der feinsinnigen Analyse als erhebliche Differenz erscheint, verliert in einem Augenblick an Gewicht, da die entschlossensten Judenfeinde diktieren.

Wer die Judenpolitik der deutschen Faschisten im letzten Jahr vor dem Kriege betrachtet, kommt nicht umhin, wie mehrfach erwähnt, sie der Periode der Vertreibung zuzuordnen, einer Zeit, in der noch keine Entscheidung vorlag, die jüdischen Menschen im eigenen Machtbereich zu töten. Diese Feststellung widerspricht nicht der anderen, die besagt, dass es unter den deutschen Faschisten auf allen Stufen Leute gab, die über die Juden mörderisch dachten. Niemand wird ernsthaft bezweifeln, dass Hitler, Goebbels, Streicher u. a. auf den obersten Machtsprossen und unter ihnen viele andere eben diesen Typus verkörperten. Doch so sicher der Gedanke der Tat – wie lang oder wie kurz auch immer – vorausgeht, so gewiss sind Gedanke und Tat nicht identisch. Zwischen beiden liegt ein Entschluss. Der war nicht getroffen, wie sonst kann eine Politik erklärt werden, welche die deutschen Juden buchstäblich über den Erdball auseinanderjagt, nach Argentinien und nach Shanghai, an die Westküste der Vereinigten Staaten und bis nach Australien? Das Argument, die Aspiranten auf die Weltherrschaft hätten vermeint, sie würden sie eines Tages allesamt wieder einfangen oder durch Erpressung sich ausliefern lassen, um sie so dann umzubringen, erscheint zu abenteuerlich, als dass es debattiert werden müsste. Die Judenvernichtung war auch vor Kriegsbeginn für den Rest der deutschen und österreichischen Juden nicht geplant, die im Lande verbleiben würden. Alle Erörterungen in den Planungsstäben der Rassisten deuten darauf hin, dass sie mit einer sich hinziehenden, am Ende

aber vollkommenen biologischen Lösung rechneten. Dass dieser Rest ghettoisiert werden würde, auch das war schon erörtert worden. Dass er sich nicht ausreichend ernähren können, unter Bedingungen der permanenten physischen Folter leben und auch ärztlich schlecht versorgt sein würde, dies alles zeichnete sich ab. Gnaden- und seelenlosen würden die Peiniger mit den Juden verfahren. Das waren grausige Konturen, aber nicht die von Auschwitz.

Gegen die hier gegebene Interpretation der Fakten und Dokumente wird bis heute auf die schon in anderem Zusammenhang erwähnte Rede Hitlers verwiesen, die er am 30. Januar 1933 aus Anlass des 6. Jahrestages der „Machtergreifung" hielt. Der Bezug gilt vorzugsweise jene Passage, in der er wieder „ein Prophet" sein wollte und ankündigte, es werde, falls es dem „internationalen Judentum" noch einmal (als Hätten die Juden den Ersten Weltkrieg verursacht) gelingen sollte, einen Weltkrieg anzuzetteln, dies mit „der Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" enden. Die Redestelle betrachten manche als Beweis dafür, dass zumindest in Hitlers Kopfe die Entscheidung über den Massenmord an den europäischen Juden bereits gefallen gewesen wäre. Dem widerspricht zum einen der Kontext der Rede, der die meist zitierten Sätze in einem anderen Lichte erscheinen lässt.

Es kann davon ausgegangen werden, dass Hitler mindestens im groben die Zahlen kannte, die vom Ansteigen der Erfolgsquote bei den Judenvertreibungen vor allem aus der Ostmark, aber auch aus dem Alt-Reich im Verlauf des Jahres 1938 zeugten. Der Bericht des Sicherheitsdienstes für das Jahr 1938 zählte sie auf und sowohl Himmler wie Heydrich dürften daran interessiert gewesen sein, dem „Führer" positive Resultate ihrer Arbeit zu repräsentieren. Mit ihnen aber war auch die Aussage verbunden, dass die weitere Herausdrängung der Juden auf zunehmende Schwierigkeiten stoßen werde. Und ebenso kann als sicher angesehen werden, dass Hitler Verlauf und Ergebnis der Evian-Konferenz kannte, die diese Bewertung des Sicherheitsdienstes bekräftigten. Auf diese Situation nahm Hitler Bezug, als er in seiner Ansprache vor dem faschistischen Reichstag auf die „Judenfrage" zu sprechen kam. Nachdem er auf die angebliche Überbevölkerung verwiesen hatte, die in Deutschland existiere, – ein Argument, das in der Begründung der Vertreibungspolitik bisher keine vordergründige Rolle gespielt hatte (wohl aber in Hitlers internen Begründungen für den Kriegskurs und die Eroberungspolitik) –, setzte er sich mit der Forderung auseinander, deutscherseits Mittel zu Finanzierung der Auswanderung einzusetzen und lehnte sie strikt ab. Was die Juden besäßen, hätten sie den Deutschen geraubt Sie wären obendrein durch ihre internationalen Verflechtungen die Organisatoren des Raubzuges gewesen, der nach dem Weltkrieg an den Deutschen vorgenommen worden sei. „Wir sind entschlossen, ... dieses Volk abzuschieben", hieß es dann. Die Welt aber habe für die Juden „Siedlungsraum genügend". Hitler deutete vage eine Bereitschaft zu Verhandlungen im europäischen Maßstab an, aber nur unter der Voraussetzung, dass die Staaten gemeinsam darüber befänden, die Juden vom Kontinent wegzuschaffen. In Formulierungen, die sich an Gemeinheit des Inhalts und der Formulierung überboten, begründete er die Vertreibung und die Entschlossenheit, mit ihr fort zu fahren.[10]

Vor allem liegt nahe, die Rede Hitlers in Beziehung zu den gleichzeitigen Äußerungen anderer Staats- und Naziführer zu setzen. Da ergibt selbst eine flüchtige Inspektion den absoluten Gleichklang. Nur in Ton und Stil, den jeweiligen Situation geschuldet, Zwecken angemessen, durch Fähigkeiten und Temperamente bedingt, sind Abweichungen erkennbar. Das „Problem", die Juden aus Deutschland zu verdrängen, sagte Göring – damit auch seine Federführung noch einmal begründend – sei „in der Hauptsache ein umfangreiches wirtschaftliches Problem", hinter dem ihm die Maßnahmen auf juristischem und propagandistischem Gebiet als nachgeordnet erschienen.[11] Joseph Goebbels schrieb an das „deutschfeindliche Ausland" gewandt, es könnte sich der Juden annehmen und sie stünden „ihm in beliebiger Anzahl zur Verfügung".[12] Am Ende des geheimen Lageberichtes des Sicherheitsdienstes für 1938 wurde formuliert die antijüdische Politik wird so gelenkt, „dass den Juden zur Sicherung der Existenz nur die Auswanderung bleibt".[13] Der Runderlass des Auswärtigen Amtes an die Missionen und Konsulate des Deutschen Reiches begann am 25. Januar 1939 mit dem Satz: „Das letzte Ziel der

---

10 Dokumente der deutschen Politik, Bd. 7, Teil II, S. 476 ff.

11 IMT, Bd. XXVIII, S. 499.

12 Joseph Goebbels, Der Fall Grünspan, VB, 12. November 1938.

13 Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, Hersching 1984, S. 22.

deutschen Judenpolitik ist die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden."[14] Alfred Rosenberg erklärte vor Diplomaten und Pressevertretern des Auslandes am 7. Februar 1939, es werde die „Judenfrage" erst dann gelöst sein, „wenn der letzte Jude das Territorium des Deutschen Reiches verlassen hat".[15] Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk stimmte der Devise zu: „Heraus was herausgebracht werden kann!"[16]

Am Generalziel der judenfeindlichen Politik und der Übereinstimmung der deutschen Machthaber kann mithin kein Zweifel sein. Praktisch wie propagandistisch wurde alles unternommen, was den Strom der Fliehenden verbreitern konnte. Und wenn eine Maßnahme dem auch nur begrenzt dienen konnte, wie die Zulassung der Arbeit in den landwirtschaftlichen Lehr-Gütern, in denen sich junge Juden auf die Auswanderung nach Palästina vorbereiteten, so wurde sie „notgedrungen" aufrechterhalten.[17]

Die Durchmusterung der Judenverfolgung namentlich in den letzten etwa 11 Monaten vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges hat eine Konsequenz. Sie zwingt, sich der Frage zu stellen, warum und wie es zu jenem, 1941 gegangenen qualitativ neuen Schritt kam, der von der Judenvertreibung, die nach dem 1. September 1939 sich aus einem Strom in ein Rinnsal verwandelte, zur Judenvernichtung führte. Die These, dann seien halt die unerlässlich notwendigen Bedingungen entstanden, welche die Verwirklichung einer langgehegten Absicht ermöglichten, überzeugt nicht. Sie besagt lediglich, was nicht bestritten wird (so wenig sich über ungeschehene Geschichte Aussagen mit letzter Sicherheit treffen lassen), der Judenmord hätte sich im Frieden, d. h. in den Reichsgrenzen des Jahres 1937 oder 1939 bei Anwesenheit der diplomatischen Missionen der meisten Staaten und akkreditierter Journalisten der internationalen Presse, bei streng kontrollierter, aber nicht hermetisch abgeschlossener, also nicht kriegsfrontgleicher Grenze, nicht verüben lassen. Doch sie beweist nicht, dass das Verbrechen schon beabsichtigt, beschlossen oder gar geplant war. Doch führen die damit aufgeworfenen Fragen schon über die Grenzen hinaus, die mit dem Generalthema dieser Konferenz zeitlich gesetzt worden sind.

Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomie der „friedlichen" Aggressionen Deutschlands 1938/39, (Hrsg.) Werner Röhr/Brigitte Berlekamp/Karl Heinz Roth, Hamburg 2001, S. 188-208.

---

14 ADAP, 1918-1845, Serie D (1937-1945), Bd. V, S. 780.

15 IMT, XLI, S. 545.

16 In der Sitzung bei Göring am 12. November 1938. IMT, Bd. XXVIII, S. 499ff.

17 Rundschreiben des Reichsbauernführers an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vom 6. Januar 1939, Bundesarchiv Potsdam, R 14, Nr. 274, Bl. 85.

Von Kriegslegende zu Kriegslegende

Etwa drei Wochen vor dem Versuch von Truppenteilen der Reichswehr, die kaum ein Jahr alte Weimarer Republik aus den Angeln zu hebeln, war der deutschen Reichsregierung von den Regierungen der Siegermächte des Ersten Weltkriegs eine Liste mit Namen einstiger Angehöriger des kaiserlichen Heeres und der Flotte übergeben worden, die als deutsche Kriegsverbrecher angesehen wurden und denen auf Verlangen der Absender, Unterzeichner des Versailler Friedensdiktats, Gerichtsprozesse gemacht werden sollten. Dass ein Staat, der derlei „Post“ überhaupt annahm und angesichts des Kräfteverhältnisses nicht umhinkam, wenigstens den Anschein zu erwecken, er wolle dem gestellten Ansinnen Rechnung tragen, nicht nach dem Geschmack der deutschen Militärs war, der Minderheit in der Reichswehr und der Mehrheit, die nach ihrer Demobilisierung pensioniert lebte, muss nicht begründet werden. Nichtsdestoweniger waren die Meinungen im höheren Offizierskorps darüber uneinheitlich, wie man sich gegenüber dem Nachfolgestaat des Kaiserreiches verhalten solle.

Es war jedoch nur eine Minorität, die so bald nach dessen Gründung bereits glaubte, sie könnten das parlamentarische Regime komplikationslos dorthin befördern, wohin es im Grunde alle wünschten: auf den Müllhaufen der Geschichte. Charakteristisch wurde deshalb das Bild einer gespaltenen Truppe: die einen putschten, die anderen warteten ab, während die einen bewaffnet gegen die Republik vorgingen, zeigten sich die anderen nicht bereit, sie ihrem Eid entsprechend zu verteidigen. Das war ein Menetekel. Berühmt wurde das Wort „Truppe schießt nicht auf Truppe“. Das ließ sich unschwer auch so übersetzen: Wir, die Nichtputschenden, bereiten uns auf eine ganz andere Schussrichtung vor, in der würden dann auch wieder Truppen stehen, nur eben keine deutschen.

Nein, ein demokratisches Heer hatten die Deutschen 1919 nicht bekommen, und es geschah in den folgenden Jahren bis in den Januar 1933 auch nichts, um zu verrichten, was in den Tagen der Revolution nicht einfach vergessen worden war, sondern unterblieb, weil die führenden Politiker der Sozialdemokratie, sofern sie nicht überhaupt die Revolution hassten und ihre Kämpfer verachteten, den Umsturz an einem bestimmten Punkte – sie saßen inzwischen in den politischen Machtzentren – anzuhalten wünschten. Dazu brauchten sie das Militär, d. h. dessen Führer. Von denen waren sie nun, da es nicht gegen sozialistisch gesinnte Arbeiter ging, die nach „links“ drängten“, sondern gegen Reaktionäre, die nach „rechts“ wollten, zwar im Stich gelassen worden. Doch löste das keine Neuorientierung in der Militärpolitik der sozialdemokratischen Führer aus. Eine Reform dieser Reichswehr, deren Kopf mit dem Wort von dem Kaiser, der gegangen, und den Generalen, die geblieben waren, treffend charakterisiert wurde, eine Reform an Haupt und Gliedern also, das wäre so etwas wie eine Revolution gewesen. Und so, kaum dass die putschenden Helden untergetaucht und geflohen waren, wurde „die Truppe“ erneut verwendet, um die Arbeiter zu disziplinieren, welche die Rechnung von 1918/1919 neu aufmachen wollten. Nein, es sollte bei dem Schlussstrich bleiben. Auf ein paar Tote Arbeiter mehr oder weniger kam es nicht an. Gewehr bei Fuß gegen „rechts“, mordend gegen „links“ – das war die Norm, an der sich des Kaisers Generale von gestern orientierten, die des Führers Generale von morgen sein würden. Nicht alle, denn manche waren 13 Jahre später einfach zu alt, um das Tempo der dann einsetzenden Aufrüstung und Militarisierung noch mitmachen, d. h. mit anführen zu können.

Nach ihrem ebenso selbstbetrügerischen wie verlogenem Verständnis, Verteidiger des Vaterlandes zu sein, waren den führenden deutschen Militärs Verwendungen ihrer Truppen für innenpolitische Machtkämpfe unwillkommen. Die Feldmarschälle, Generale und Admirale, die sich mit der Niederlage nicht abfinden wollten und auf Revanche sannen, waren sich bewusst, dass sie in einem kommenden Kriege, wie weit der Weg dahin auch immer sein würde, nichts dringender brauchten, als die Geschlossenheit des Volkes. Die war im Kriegsverlauf nach den Tagen der nationalen Hysterie im August 1914 dann zunehmend brüchig geworden. Das sollte ein zweites Mal nicht passieren. Die am besten ungestört eingeübte Volksgemeinschaft war die Voraussetzung für eine verlässliche zukünftige Kriegsgemeinschaft. Vorkommnisse wie diese Ereignisse während des Putsches passten nicht in die langfristige Strategie der gedanklichen und mentalen Aufrüstung, die eine Investition in eine Zukunft war, in der es wieder eine allgemeine Wehrpflicht geben und der „Kriegerstand“ zu ungeschmälerten Ehren kommen sollte.

Und in der Tat war ein erheblicher Teil vor allem der pensionierten Generale sofort nach dem Ende des Krieges, der später der Erste Weltkrieg genannt werden würde, dazu übergegangen, ihre Sicht auf den Krieg, dessen Vorgeschichte und seinen Verlauf darzustellen. Eine unvollständige Liste mag das Ausmaß der kriegsgeschichtlichen Produktion verdeutlichen: Nur ein Jahr war seit der Kapitulation in Compiègne vergangen und schon waren die Memoiren Paul von Hindenburgs fertiggestellt. Sie erhielten den schlichten und nicht eben originellen Titel *Aus meinem Leben* und ihr Text war mit hoher Wahrscheinlichkeit von dem preußischen Generaloberst Hermann Ritter Mertz von Quirnheim, einst im Großen Generalstab als Generalquartiermeister K Leiter der Kriegsgeschichtlichen Abteilung, verfertigt worden.[1] 1919 hatte auch der frühere Generalquartiermeister Erich Ludendorff seine Kriegserinnerungen zu Papier gebracht.[2] Im Jahr darauf publizierte dessen Nachfolger Generalleutnant Wilhelm Groener die Schrift *Der Weltkrieg und seine Probleme. Rückschau und Ausblick*.[3] Schon 1919 lagen auch *Erinnerungen* des vieljährigen Staatssekretärs des Reichsmarineamtes, Großadmiral Alfred von Tirpitz[4], vor. Noch war dem früheren Kronprinzen Wilhelm, der im Kriege eine Armee befehligt hatte, die Rückkehr nach Deutschland nicht ermöglicht, da hatte auch er 1923 *Meine Erinnerungen aus Deutschlands Heldenkampf* auf den deutschen Buchmarkt gebracht.[5] Ein Jahr zuvor ließ der ebenfalls im niederländischen Exil lebende Vater, Kaiser Wilhelm II., in Leipzig einen Band mit Erinnerungen drucken, dem alsbald ein weiterer Rückblick folgte.[6]

Die Schreibfedern der einstigen Feldmarschälle und Generalen flogen gleichsam über die Papiere. Zwischen 1919 und 1923 legten Erinnerungsberichte an den Weltkrieg sowie Analysen einzelner Feldzüge und Schlachten vor: der erste, nach dem Scheitern des modifizierten Schlieffen-Plans schon bei Kriegsbeginn von seinem Posten entfernte Chef des Generalstabes, Helmuth von Moltke[7], sein Nachfolger und vormalige preußische Kriegsminister, Generalleutnant Erich von Falkenhayn[8], Generalfeldmarschall Karl von Bülow[9], die Generaloberste Alexander von Kluck[10] und Max von Hausen[11], der General de Artillerie und – seit 1916 – preußische Kriegsminister General Hermann von Stein[12], der in Generalstabsstellungen und als Befehlshaber in der K. u. K.-Armee verwendete General Alfred Krauß[13], der später als Obmann des Alldeutschen Verbandes in Österreich hervortrat, die Generale

---

1 Zu deren Bewertung S. Wolfgang Ruge, Hindenburg. Porträt eines Militaristen, Berlin 1974, S. 215 f.

2 Erich Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914-1918, Berlin 1919.

3 Ferner: Wilhelm Groener, Die Eisenbahn als Faktor der Politik, 1921, ders. Der Feldherr wider Willen, 1930.

4 Alfred von Tirpitz, Erinnerungen, Leipzig 1919.

5 Wilhelm (von Hohenzollern, ehem. preußischer Kronprinz) veröffentlichte vordem 1922 Erinnerungen, hrsg. K. Rosner und publizierte in dem Jahr, in dem ihm seine Rückkehr nach Deutschland ermöglicht wurde, Ich suche die Wahrheit. Ein Buch zur Kriegsschuldfrage Berlin 1925.

6 Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig 1922. Darauf folgte eine Darstellung aus den Jahren vor seiner Thronbesteigung Aus meinem Leben 1859-1888, Berlin 1927.

7 Helmuth von Moltke, Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877-1916, Stuttgart 1922.

8 Erich von Falkenhayn, Die Oberste Heeresleitung 1914-1916 in ihren wichtigsten Entscheidungen, Berlin 1920.

9 Karl von Bülow, Mein Bericht zur Marneschlacht, Berlin 1919.

10 Alexander von Kluck, Das deutsche Volk und der Friede, o. O. 1918, ders., Der Marsch auf Paris und die Marneschlacht 1914, Berlin 1920 (wieder 1926), ders., Wanderjahre – Kriege – Gestalten, Berlin 1928, nochmals 1929.

11 Max von Hausen, Erinnerungen an den Marnefeldzug. Mit einer kritischen Studie, hrsg. von Friedrich Kircheisen, Leipzig 1920. Wie nach 1945 interessierten sich auch damals schon die Militärs der Siegermächte für die Art und Weise, in der ihre Kriegsgegner ihre Erfahrungen verarbeiteten. Das Buch erlebte 1921 eine französische Ausgabe.

12 Hermann von Stein, Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges, Leipzig 1919,192 1 (2. Aufl.).

13 Alfred Krauß, Die Ursachen unserer Niederlage. Erinnerungen und Urteile aus dem Weltkrieg, München 1920 und dann wiederholt (1921, 1922, 1923), ders. Unser Deutschtum! Salzburg 1920, ders. Die Wesenheit von Politik und Krieg als Ausgangspunkt einer deutschen Staatslehre. Vortrag, München 1921, ders. Die Bedeutung Österreichs für die Zukunft des deutschen Volkes, Hannover 1923, ders., Führertum. Vortrag, Berlin 1931, ders., Gestalter der Welt, München 1932 (im mit der NSDAP eng verbundenen Verlag J. F. Lehmann), ders., Gebirgskrieg, Wien 1935, ders. Theorie und Praxis in der Kriegskunst, München 1936.

Otto von Moser[14], Paul von Lettow-Vorbeck[15], Ernst von Wrisberg[16], Friedrich von Bernhardi[17] und Hermann von Kuhl[18], die Generalleutnante Hugo von Freytag-Loringhoven[19] und Max Hoffmann[20], Admiral Reinhold Scheer[21] und Vizeadmiral Ludwig von Reuter[22], sowie Offiziere vor, die vor allem als Generalstäbler gewirkt hatten. Der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern, der wie der Herzog Albrecht von Württemberg als Feldmarschall am Kriege teilgenommen hatten, meldete sich 1929 zu Wort.[23] Auch eine Darstellung des Luftkrieges war inzwischen vorgelegt.[24]

---

14 Otto von Moser wurde einer der rührigsten Militärschriftsteller. Es erschienen: Feldzugsaufzeichnungen als Brigade-Divisionskommandeur und als Kommandierender General 1914-1918, Stuttgart 1920 und dann mehrfach, ders., Kurzer strategischer Überblick über den Weltkrieg 1914-1918, Berlin 1921, ders. Ernsthafte Plaudereien über den Weltkrieg. Eine kritische, militärpolitische Geschichte, Stuttgart 1925, nochmals 1937, ders. Das militärisch und politisch Wichtigste vom Weltkrieg. Ein Vortrag, Stuttgart 1926, wieder 1931. Die Vorkriegszeit, der Weltkrieg und der Zukunftskrieg im Augenwinkel der jüngeren und der älteren deutschen Generation, Berlin 1927, ders., Der Weltkrieg und die akademische Jugend der Nachkriegszeit. Ein Offenes Wort, Stuttgart 1929, ders. Die obersten Gewalten im Weltkrieg. Das Werk der Staatsmänner, Heerführer, Parlaments-, Presse- und Volksführer bei der Entente und bei den Mittelmächten, Stuttgart 1930, nochmals 1931.

15 Paul von Lettow Vorbeck, Heia Safari! Deutschlands Kampf in Ostafrika. Der deutschen Jugend unter Mitwirkung seines Mitkämpfers Hauptmann (Walter) Ruckteschell, Leipzig 1920, dann in vielen Auflagen bis 1942. Der preußische Generalmajor hatte die deutsche „Schutztruppe“ in Ostafrika kommandiert und der ihm nachgesagt legendäre Ruhm rührte von der Tatsache her, dass diese für den Verlauf des Krieges unbedeutende Truppe erst bei Kriegsende kapitulierte. Lettow-Vorbeck gehörte zu den ehem. kaiserlichen Militärs, die in der Weimarer Republik sichtbar politisch hervortraten. Er schloss sich der Deutschnationalen Volkspartei an, gehörte zu deren rechten Rand, wurde Reichstagsabgeordneter und schloss sich bei der Sezession der konservativen Volkspartei an. Bücher von und über Lettow Vorbeck besetzten in der Kriegsliteratur nach dem Ersten Weltkrieg einen ähnlichen Platz wie die über den Generalfeldmarschall Erwin Rommel nach dem Zweiten. Das „Heia, Safari‘ gehörte zu einem der vielgesungenen militaristischen Lieder der Hitlerjugend. Gleichzeitig und dann bis 1941 ebenfalls wiederholt aufgelegt: Ders., Meine Erinnerungen aus Ostafrika, Leipzig 1920. Ferner: Ders., Ostafrika Siedlungsland? Welche Kriegserfahrungen liegen hierüber vor? Vortrag im Industrie-Club Düsseldorf, gehalten am 11. Mai 1934, Düsseldorf 1934. Aus dem Nachlass erschien: Paul von Lettow Vorbeck, Mein Leben. Hrsg. Von Ursula von Lettow Vorbeck, Biberach a. d. Riss 1957.

16 Ernst von Wrisberg, Erinnerungen an die Kriegsjahre im Königlichen Preußischen Kriegsministerium, 3 Bde., Leipzig 1921/1922.

17 Friedrich von Bernhardi, Vom Kriege der Zukunft. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges, Berlin 1920. Wie schon vor 1914 befasste sich von Bernhardi wieder mit dem nächsten Krieg. Sein wiederholt aufgelegtes Buch „Deutschland und der nächste Krieg“, Stuttgart hatte 1913 die 6. Aufl. erreicht, dann wurde dieser Krieg Wirklichkeit. Weiter erschienen: Deutschlands Heidenkampf 1914-1918, München 1921 und Denkwürdigkeiten aus meinem Leben nach gleichzeitigen Aufzeichnungen und im Lichte der Erinnerung, Berlin 1926.

18 Hermann von Kuhl, Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges, Berlin 1920, ders., Friedenserziehung und Kriegserfahrung Berlin 1923 (auch in: Militärwissenschaftliche Mitteilungen, 4. Jg. H. 3), ders., Der Weg 1914 bis 1918, 2. Bde., Berlin 1929. Vordem: Gutachten des Generals der Infanterie Hermann von Kuhl, Die militärischen Gründe der deutschen Offensive im Jahre 1918, Berlin 1920 (= Ursachen des Zusammenbruchs, 2), später auch: Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918, Berlin 1927 (2. Auflage). Der promovierte General (Dr. phil.) war Chef der französischen Abteilung des Großen Generalstabs und Oberquartiermeister gewesen, hatte im Kriege die Generalstäbe von Armeen und der Heeresgruppe Kronprinz von Bayern geleitet, gehörte nach dessen Ende zu den eifrigsten Autoren kriegsgeschichtlicher Arbeiten und war mit (Major) Bernhard Schwertfeger und Hans Delbrück an den Arbeiten für den 12. Ausschuss des Reichstages beteiligt, der sich u. a. mit der These von der Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg auseinandersetzte und ihr mit der Behauptung von Deutschlands Unschuld widersprach.

19 Hugo Frh. von Freytag-Loringhoven, Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah, Berlin 1923. Der ehem. Oberquartiermeister im Großen Generalstab publizierte vordem: Kriegführung und Politik 1918 und Die Pflege geschichtlicher Erinnerungen, Langensalza 1920.

20 Max Hoffmann, Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann, hrsg. von Karl Friedrich Nowak, 2 Bde., Berlin 1929.

21 Reinhard Scheer, Deutsche Hochseeflotte im Weltkrieg. Persönliche Erinnerungen Berlin 1920.

22 Ludwig von Reuter, Scapa Flow. Das Grab der deutschen Flotte, Leipzig 1921. Der Autor war der Führer der Kriegsflotte in der Seeschlacht im Skagerrak gewesen.

23 Rupprecht von Bayern, Mein Kriegstagebuch. Hrsg. Eugen von Frauenholz, 3 Bde., Berlin 1929.

24 Zu den Titeln weiterer Werke, zu Erscheinungsorten und -jahren sowie zur Bewertung dieser Literatur s. Reinhard Brühl, Militärgeschichte und Kriegspolitik. Zur Militärgeschichtsschreibung des preußisch-deutschen Generalstabes 1816-1945, Berlin 1973, S. 263 ff.

Leicht lässt sich an dieser Liste ablesen, dass die Spitzen der Streitmacht des Kaiserreiches, da angesichts eines Heeres von 100.000 Mann und einer Reichsmarine von 15.000 im aktiven Dienst nicht mehr gefragt, sich nicht mit der Tagespolitik befasste, sondern mit der ideologischen Durcharbeitung des Krieges beschäftigt waren, wobei die einen sich dem Ganzen zuwandten, andere sich in operative Fragestellungen vertieften. Alle aber arbeiteten sie an dreierlei: Ersten an der Verherrlichung der deutschen Taten und natürlich ihrer eigenen, zweitens an der Begründung der Behauptung, sie seien im Felde nicht besiegt worden, und drittens an der Schuldzuweisung für die Niederlage an diejenigen, die in der Heimat angeblich den Dolchstoß ausgeführt hätten.

Die Titel dieser Publikationen lesen sich, verglichen mit den nach dem Zweiten Weltkrieg gewählten, sachlich und nüchtern, wenn auch – und das nicht nur im Buchtitel, den der älteste Kaisersohn gewählt hatte – von Heidenkampf, in einem anderen Falle vom „großen Krieg“ und bei Max Hoffmann vom „Krieg der versäumten Gelegenheiten“ die Rede war, eine Kennzeichnung, die später für Erich von Mansteins „Verlorene Siege“ Pate gestanden haben könnte. Doch verfiel kein Angehöriger der kaiserlichen Militärelite auf die Idee, sich im Titel seines Werkes schlicht als „Soldat“ zu bezeichnen. Diese Selbstdarstellung kam erst nach 1945 in Mode. Für die Verherrlichung des Kriegsgeschehens und das Hinweggehen über das elende Sterben im Dreck der Schützengräben und in den stählernen Särgen der Kriegsschiffe, denkt man etwa an das Ende des deutschen Flottengeschwaders in der Schlacht bei den Falklandinseln unter dem Admiral Maximilian Graf Spee 1915 oder an die Schlacht im Skagerrak im Jahr darauf, bot diese Literatur massenhaft Vorbilder und Beispiele.

So gewiss wie die Bücher dieser Autoren vornehmlich von Angehörigen der sich als national und patriotisch verstehenden Oberschichten der deutschen Gesellschaft gelesen worden war – denen die Namen der heute meist der Vergessenheit anheimgefallenen Personen als Helden oder Autoritäten von Kriegstagen her bekannt waren –, so sicher kann angenommen werden, dass die Offiziere des Kaiserheeres, die späteren Generale und Feldmarschälle der Wehrmacht, diese Werke und Schriften zur Kenntnis genommen. Sie hatten häufig auch aus beruflichen Gründen zu studieren, was ihre Vorgesetzten im Rückblick darstellten.

Aus der Bekanntschaft mit den Abhandlungen über den Ersten Weltkrieg ließ sich nach dem Ende des zweiten Weltkrieges Nutzen gewinnen. In ihnen fanden sich Anregungen für Fragestellung, Herangehensweisen und Auslassungen, als zum zweiten Male Kriegsverlauf und Kriegsniederlage zu interpretieren waren. Zu ihnen gehörte das Leugnen jedweder Mitwirkung an jenen politischen Entscheidungen, die in den Krieg geführt hatten, die „Beschränkung“ der Darstellung auf das vorgeblich oder wirklich Rein-Militärische, der Verweis auf die von Politikern zu verantwortende höchst lückenhafte rüstungstechnische Vorbereitung der Streitkräfte, die Delegierung der Verantwortung für die Niederlage auf wenige Personen u. a. m. Auch für die Rechtfertigung von Verletzungen des Kriegsvölkerrechts fanden sich Argumente, die zur Wiederverwendung taugten. So waren in Belgien begangene Verbrechen den Einheimischen angelastet und davon abgesehen worden, dass es doch die deutschen Militärs waren, die nach vorgefasstem Plan in das friedfertige Leben der Wallonen und Flamen eingefallen und die vertraglich zugesicherte Respektierung der Neutralität missachtet hatten, weil sie sich davon den Sieg bringenden Vorteil erhofften.[25]

Es muss nicht begründet werden, dass diese Literatur schon in der Weimarer Republik höchst verderblichen Einfluss auf Millionen von Deutschen gewann, der sich in den Jahren der faschistischen Diktatur noch ungemein verstärkte als die „Gegenliteratur“ der Sozialisten und Pazifisten verbrannt worden war und deren Autoren verfolgt und vertrieben wurden. Es war das eine Literatur, deren Konsum buchstäblich tödliche Folgen zeitigen konnte. Diese alternden Memoirenschreiber hatten als Befehlshaber und Kommandeure zwischen 1914 und 1918 bereits das Sterben von Millionen deutscher Soldaten mit verschuldet. Als Folge ihrer „zweiten Karriere“ setzte sich diese unheilbringende Rolle zwischen 1939 und 1945 und bis in die Jahre der Kriegsgefangenschaft fort. Da waren die Urheber dessen zumeist in ihren Betten schon eines natürlichen Todes gestorben.

---

25 Ebenda, S. 290.

Nach 1945 erwiesen sich die Zeiten verglichen mit denen nach 1918 legendenunfreundlich. An der Niederlage ließ sich nicht viel deuteln, immerhin konnte sie Hitler zugeschrieben werden. Eine Dolchstoßlegende konnte nicht glaubhaft wieder in die Welt gesetzt werden, wenngleich das eine Zeit lang unter Berufung auf den 20. Juli 1944 versucht wurde. Blieb die These, wie nach 1918, von der angeblichen Unschuld der deutschen Generale am Zustandekommen des Krieges, die sich in allen Memoiren ausgesprochen oder beiläufig findet, die sich in einer wahren Flut über die westdeutsche Bevölkerung ergoss. Das war in den fünfziger Jahren und dauerte bis in die sechziger. Die Geschichtswissenschaft ist über diese Literatur, die von dem Fehlen jeder Bereitschaft gekennzeichnet war, über die Zeiten und über sich selbst kritisch nachzudenken, inzwischen in der Bundesrepublik hinweg gegangen. Doch täuscht sich, wer glaubt, deren Wirkungen seien damit erledigt. Zudem: Mit der Öffnung der Grenzen, mit der D-Mark und mit dem Ende der Deutschen Demokratischen Republik waren die Tore für die Verbreitung der Memoiren von Hitlers Militärs und deren andere Kriegsschriften sperrangelweit geöffnet. Die Bestseller, die der Feldmarschall Erich von Manstein und der Generaloberst Heinz Guderian schrieben, stehen in den Regalen auch seriöser Buchhandlungen. Die Machwerke des Feldmarschalls Albert Kesselring werden im Internet ebenfalls in den x-ten Auflagen angeboten. Hier lebt die Tradition jener Darstellung von Weltkriegsgeschehen, die nach 1918 begründet wurde.

Bonn ist nicht Weimar? Das ist wahr und falsch. Diese Traditionslinie ist noch verstärkt durch die erweiterten Möglichkeiten des Buchdrucks, und die zeigen sich in den billigen illustrierten Bänden, die auch hier in Thüringen in den Bücherabteilungen der Kaufhäuser wohlfeil dargeboten werden. Nicht alle liegen in den Bereichen „Geschichte“, viele finden sich in den harmlos anmutenden Regalen mit der Aufschrift „Technik und Natur“. Dort sind aufgereiht neben den Bildgeschichten über die Autos der Marken Wartburg, Opel oder Trabant diejenigen der deutschen Panzer, Flugzeuge und Schlachtschiffe aus dem Zweiten Weltkrieg. Über die Brücke des Interesses und der Begeisterung für technische Entwicklungen und Neuheiten wird ein Bild des Krieges vermittelt, das ihn fast vollständig zum bloßen Kampf von Maschinen herabstuft. Wer diese besitzt, kommt davon.

Dieses Bild stützten unlängst die Fernsehaufnahmen von jenem Krieg, an dem zum ersten Mal nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs deutsche Soldaten teilnahmen. Das schien ein so ganz anderer Krieg zu sein als jene, die Deutschland vordem im 20. Jahrhundert führte. Er erinnerte an das Kräfteverhältnis, das für deutsche Soldaten an dessen Beginn schon einmal angenehm war, als es gegen die Chinesen und deren sog. Boxeraufstand ging und sich das deutsche Expeditionskorps hervortat. Nun brauchte wieder nur eine kleine Gruppe von Soldaten am Krieg teilzunehmen. Es gab keine Meldungen von eigenen Toten. Es existierte keine Heimatfront. Im „Hinterland“ ging das Leben ungestört weiter, angefüllt mit Abwechslungen und Ablenkungen aller Art. Nach dem Ende des Krieges musste niemand fürchten, dafür zur Verantwortung gezogen zu werden, was er unprovoziert anderen Menschen angetan hatte. Und doch war Krieg. Es starben die anderen. Deren Häuser und öffentliche Einrichtungen lagen in Trümmern. Deren Hoffnungen wurden zerstört. Deren Leben wird auf lange Zeit von den Kriegsfolgen geprägt sein.

Und wieder gehören nun zur deutschen Geschichte Legenden: Die vom jugoslawischen (serbischen) Hitler. Die von einem Auschwitz, das es zu verhindern gegolten habe. Die von der wohl berechneten Auswahl kriegs- und also siegwichtiger Bombenziele. Die von einem Krieg für demokratische Zustände. Diesmal handelt es sich um nationale und zugleich so etwas wie internationale Legenden, werden sie doch im gleichen Text auch in den anderen Staaten verbreitet, die an diesem Krieg gegen Jugoslawien teilgenommen hatten. Und auch diesmal gilt, dass die Gegner des kriegerischen Mordens vor dem Zwang stehen, gegen diese Legendenbildung zu mobilisieren – im wiederholt erworbenen Wissen, dass derlei Legenden als Wegeebener für „das nächste Mal“ eingesetzt werden und auch funktionieren.[26]

Kapp-Putsch 1920: Ursachen und Wirkungen. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Texte. Jena 2001, S. 29-34.

---

[26] Das Buch des Autors „Ihr waret die besten Soldaten. Ursprung und Geschichte einer Legende“ ist kürzlich im Militzke Verlag Leipzig erschienen.

Blick zurück nach vorn

Was geschichtsinteressierte Deutsche 2001 erwartet

Was erwartet den geschichtsinteressierten Deutschen, wenn er sich auf der Schwelle zum Jahre 2001 fragt, welche neuen Blicke sich ihm in die Vergangenheit aus neuem Anstand eröffnen werden? Die Frage drängte sich mir jüngst auf, als ich in einer Ausgabe der meistgelesenen Zeitung blätterte, die im doppelt-rosafarben regierten nordostdeutschen Bundesland erscheint, genauer in deren Lokalteil für Bewohner und Gäste der größten Insel Deutschlands. Da begann ein Artikel über deutsche Geschichte so: „Wer als Krüppel aus dem Zweiten Weltkrieg heimkehrte, hatte es im deutschen Osten nicht einfach, ohne Beine wieder Fuß zu fassen. Weder zu Zonen- noch zu DDR-Zeiten gab es niemand, der sie mit Schon-Jobs versorgt hätte. Verstümmelte Männer schleppten sich auf Krücken dahin und erbettelten ihren Lebensunterhalt. Sie hatten einfach keine Lobby.“

Muteten die Redakteure der OZ [Ostsee-Zeitung] ihren Lesern nicht ein wenig zu viel zu? Namentlich den Älteren, die sich nicht nur an die Jahre nach 1945 zu erinnern vermochten, sondern auch an die von Goebbels gesteuerte Horrorpropaganda über den „jüdischen Bolschewismus“?

Überstrapazieren sie derart nicht die Glaubensfähigkeit ihrer Leser und unterschätzen sie nicht deren Gedächtnis? Zunächst: Auch im Westen war es im Kriege schwerstverwundeten und beidbeinig amputierten Männern unmöglich, wieder *Fuß zu fassen.* Das Sprachbild ist so schief wie nur denkbar und makaber obendrein. Sodann: die Verwechslung von *niemand* und jemand ist in Deutschland verbreitet, muss daher nicht als regionstypisch gewertet und den in manchem geographischen Missverständnis vor Asien lebenden Vorpommern zur Last gelegt werden. Und schließlich: Arbeit und das Recht darauf und auch die sprichwörtlich gewordenen und „bewitzelten“ Beziehungen gab es im ostdeutschen Staat wie überall, aber *Jobs* und *Lobby* kamen in die Alltagssprache da erst mit den Wendezeiten. Die Leihworte tauchen in den Zeilen des Berichts wohl auch nur als Signal für das Angekommensein des Autors auf. Wo? Im Sumpf einer Verlogenheit, die weiß, dass sie unbestraft bleibt, Schulterklopfen Gleichgesinnter einträgt, ihr in den Spalten des Blattes nicht widersprochen wird und solcherlei Geschmiere obendrein Zeilenhonorar einbringt.

Worauf haben sich Leser von OZ und anderen Gazetten im Hinblick auf die Darstellung der DDR-Geschichte im Jahre 2001 also vorzubereiten, nachdem der 10. Jahrestag des Beitritts der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik gefeiert ist und es dem 20. entgegen geht? Und worauf müssen sich diejenigen einstellen, die hoffen, mit einer – wie einst, nur Vorzeichen veränderten – dem Staatsinteresse angemessenen DDR-Geschichtsschreibung das mit keinerlei Einschränkung versehene Eintrittsbillett in die politische Klasse der Bundesrepublik erwerben zu können? Jene auf die Mitteilung, dass sie unter Kannibalen gelebt hatten. Und diese auf die Vorgabe, dies nun gefälligst auch „programmatisch“ anzuerkennen. In diesem Neuwissen lassen sich dann die erhebendsten Glücksgefühle darüber gewinnen, ungeschlachtet und ungefressen davon gekommen zu sein.

Wenn sich die Überlebenden, und namentlich die Meckerer und Miesmacher unter ihnen, deren Vorgänger der Reichspropagandaminister einst so kurz hatte abfertigen können, sich nur die richtige Perspektive verordnen ließen!

junge Welt, Dienstag, 02.01.2001.

Hinter den Fronten: die Gestapo

Ein Sammelband über die politische Polizei des deutschen Faschismus

Wenn der Standort der Scheinwerfer, die sich auf ein Feld der Geschichte richten, gewechselt wird, fallen Licht und Schatten anders. Das geschieht im fortschreitenden Forschungsprozess immer wieder. Nicht selten wird die neue Ansicht dann als die einzige ausgegeben, die uns die historische Wirklichkeit aus richtiger Perspektive zeigt. Frühere Bilder werden für aktenreif erklärt. Der Vorgang häuft sich, da nicht nur Autoren auf sich und ihr Verdienst aufmerksam machen wollen, sondern mit ihnen und womöglich mehr noch die Verlage. Die Folge tritt zutage: Ältere Erkenntnisse, die Teilwahrheiten enthielten, müssen eines Tages wieder freigelegt werden.

Daran wurde erinnert, wer kürzlich an der Vorstellung eines Buches über die Geschichte der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) teilnahm, mit dem eine verdienstvolle Arbeit fortgesetzt wurde. Dem jetzt vorliegenden Sammelband war 1995 ein anderer, von den gleichen Herausgebern initiiert, vorausgegangen. In ihm wurde die Entstehung der politischen Polizei des deutschen Faschismus dargestellt und ihre Rolle bis zum Kriege verfolgt. Damals, in „Gestapo. Mythos und Realität“, war nachgewiesen worden, welche Akzeptanz diese Einrichtung, die politische Gegner verfolgte und schrittweise die Führung der antisemitischen Politik mit dem Ziel der Vertreibung aller Juden aus Deutschland gewann, in breiten Schichten der Bevölkerung besaß und dass sie sich auf eine viel größere Zuarbeit von ständigen und spontan agierenden Helfern, namentlich von Denunzianten stützen konnte, als bis dahin angenommen worden war. Die bequeme, in der BRD gehegte Vorstellung, es habe die Gesellschaft und neben und außer ihr und gegen sie die Gestapo existiert, sei zum Einsturz gebracht worden.

Die überzogene Interpretation des Quellenbefundes, die in der These von der Selbstüberwachung der Volksgenossen gipfelte, die nicht mehr die Polizisten unter Himmler und Heydrich, sondern Arbeitskollegen und Nachbarn, die sich mit Anzeigen ihnen verdächtig Erscheinender hervorgetan hatten, zu Zentralfiguren des Terrorapparates machte, hatte freilich Einwände und Kritik hervorgerufen. Ohne den Vorsatz, die Führung und die Terrorbürokratie auf ihren verschiedenen Stufen entlasten zu wollen, waren die Gewichte doch erheblich verschoben.

Nun also haben 23 Autoren, davon nur zwei der älteren Generation angehörend, wiederum nach der Bewältigung einer beeindruckenden Masse von Akten ihr Bild von der Rolle der Gestapo in den Kriegsjahren geliefert. Als es die beiden Herausgeber in der Veranstaltung der „Topographie des Terrors“ im Berliner Gropiusbau im November vorstellten, konnten sie nur den Extrakt der Forschungen vortragen. Der war beeindruckend. Dazu gehört der Nachweis, dass die immer brutalere Methoden annehmende, sich radikalisierende Praxis der „Gegnerbekämpfung“ in den besetzten Staaten und Gebieten in das Reichsgebiet zurückschlug, dass es hier „Radikalisierungsschübe“ gab, von denen derjenige in der Endphase des Krieges am wenigsten untersucht ist, dass die anfänglich unterschiedlichen Praktiken der Unterdrückung in Ost- und Südosteuropa und in West- und Nordeuropa sich mehr und mehr anglichen, unter anderem auf dem Wege der Versetzung von „osterfahrenen“ Gestapo-Beamten aus dem einen in das andere Territorium. Das und weiteres boten nur einen Ausschnitt, doch der lud ein, das Ganze zur Kenntnis zu nehmen.

Allerdings, so der die Veranstaltung steuernde Reinhard Rürup, hätten Mallmann/Paul frühere Aussagen zwar relativiert, doch Einseitigkeiten (wieder) nicht vermeiden können. Die These, wonach die Vernichtung der Juden, bei der die Sicherheitspolizei und in ihr die Gestapo eine zentrale Rolle spielten, nicht anonym und nicht bürokratisch und nicht industriell vor sich gegangen sei, könne so nicht gehalten werden, und von Planungen und denen, die an Schreibtischen als Bürokraten handelten, könne nicht abgesehen werden.

Auch die Hinweise auf die zahlenmäßige Geringfügigkeit des Gestapo-Apparates bedürften der Ergänzung durch die Gewichtung der Tatsache, dass die Gestapo den Zugriff auf andere Teile der Polizei und ungewöhnliche Machtmittel besaß, so aus eigenem Entschluss über Leben und Tod zu entscheiden vermochte, ermächtigt war, die Praktiken selbst zu bestimmen, das Foltern eingeschlossen.

Es war dann ein niederländischer Historiker, der den Hinweis auf das begrenzte Personal der Gestapo in den eroberten Ländern und die Lücken in der täglichen Überwachung von deren Einwohnern in eine angemessene Höhe hängte und darauf verwies, welche Wirkung von dem exemplarischen Terror der Besatzer ausging. Wichtiger noch war sein Hinweis, dass über den von Mallmann/Paul überbetonten Tätermotiven, ihrer mehr oder weniger ziellosen eigenen Initiative und der bloßen Befriedigung „männlicher“ Lust am Morden, Sengen, Brennen und Quälen, doch nicht aus dem Blick geraten dürfe, dass die Praktiken insgesamt initiiert wurden, um das Ziel deutscher Vorherrschaft in Europa und darüber hinaus zu erreichen und die Mittel und Methoden des Terrors eben darauf ausgerichtet gewesen wären.

Zu den Anregungen des Abends gehörte die mehrfach ausgesprochene Forderung, die Geschichte der Gestapo über das Jahr 1945 hinauszuführen. Zwar ende mit der Vernichtung des Naziregimes ihre Geschichte als Institution, nicht aber die polizeiliche Rolle von deren Mitarbeitern, die in die Justiz und Kriminalpolizei der Bundesrepublik, wo sie massenhaft ihre Plätze fanden, einen erheblichen Teil ihrer Vorstellungen vom Staatsdienertum mitgebracht hätten. Das Thema sei zudem nicht neu und zuerst im „Braunbuch“ und in anderen Veröffentlichungen von DDR-Verlagen angeschlagen, aber von der Geschichtsschreibung im westdeutschen Staat nicht aufgegriffen worden. Auf die Frage, wie viele Gestapo-Beamte es im Mai 1945 gegeben habe, wie viele mit ihrem wirklichen Namen in der BRD lebten (die Masse ging in die britische Besatzungszone, die gegenüber der amerikanischen und vor allem gegenüber der französischen bevorzugt wurde), wie viele mit falschen Personalpapieren, wie viele ihrem Leben 1945 selbst ein Ende setzten, gäbe es keine befriedigende Antwort, sagten die Autoren. Exakte Zahlen ließen sich wohl auch künftig schwer ermitteln. Sicher waren sie sich jedoch, dass sich zum Thema der Wiederverwendung von Gestapobeamten im Staatsdienst der BRD und in der privaten Wirtschaft etwa bei Versicherungen vieles resümierend schreiben ließe. Das „Braunbuch“ aus DDR-Zeit habe wie alle solche Übersichtswerke Fehler aufgewiesen, aber mehr noch Lücken. Heute sei Material für „zwei bis drei Braunbücher“ vorhanden.

Das Schweigen von Historikern in der (Alt-)Bundesrepublik kam auf andere Weise zur Sprache, als Aktenüberlieferung und -zugang erörtert wurden. Die Behauptung, es seien von den „Ostblockstaaten“ erhellende Überlieferungen durchweg zurückgehalten worden, erweise sich nicht als stichhaltig. Manches, was jetzt als „Früchte“ von Forscherfleiß in entlegenen und erst seit kurzem zugänglichen Archiven, etwa in Minsk und in Kiew, vorgewiesen werde, sei – so die Auskunft von Paul – seit Jahrzehnten in Ludwigsburg greifbar gewesen. Dahin gelangten bereits Mitte der sechziger Jahre Kopien von Archivalien aus der UdSSR, aus Polen und der Tschechoslowakei, für die sich die Forschung aber nicht interessiert habe.

Ein Durchbruch freilich scheint auch mit dem vorliegenden Werk gelungen: Die Auswertung von Akten aus den in der BRD abgehaltenen Gerichtsprozessen ist in Gang gekommen. So habe sich in der Republik in ihren alten Grenzen das Bild von der deutschen Gesellschaft der Nazijahre mehr und mehr gewandelt. Dazu trugen in jüngster Zeit auch die Arbeiten über die „grüne Polizei“, die Goldhagen-Debatte, durch die „richtige Fragen“ gestellt worden wären, die Publikationen im Zusammenhang mit der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ und Forschungen über das Leben der Zwangsarbeiter in Deutschland bei.

Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg – „Heimatfront“ und besetztes Europa. Primus Verlag, Darmstadt 2000, 674 S.

junge Welt, Sonnabend, 06.01.2001.

Antisemitismus im Deutschen Idealismus

Eine Studie von Micha Brumlik

Was ist das Gemeinsame von Kant, Fichte, Schleiermacher, Hegel, Schelling und Marx? Sie waren allesamt mehr oder minder rabiate Antisemiten. Das jedenfalls muss ein Leser denken, der das Buch „Deutscher Geist und Judenhass“ von Micha Brumlik studiert hat und es nun etwas hilflos aus der Hand legt. Brumliks Anspruch ist nicht gering: Er will nicht einfach die hinreichend bekannten judenfeindlichen Äußerungen seiner sechs Angeklagten auflisten, er will sie im Kontext des jeweiligen Gesamtwerkes darstellen. Anders als der Antisemitismusforscher Léon Poliakov, anders als André Glucksmann, Joshua Halberstam und Paul Lawrence Rose beansprucht Brumlik, mit philosophischen Texten so umzugehen, wie sie es verdient haben: Er will sie philosophisch lesen. Allerdings ist seine Lektüre bestimmt von dem Versuch, jene Debatte fortzuführen, die Daniel J. Goldhagen mit seinem umstrittenen Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ begonnen hat. Auch Brumlik fragt nach dem „eliminatorischen Antisemitismus“ in den Tiefen der deutschen Kultur – und er wird fündig.

Das Buch beginnt mit einem Paukenschlag. Kant, der Aufklärer, der Moralphilosoph, fordert die Euthanasie des Judentums! Der inkriminierte Satz lautet: „Die Euthanasie des Judenthums ist die reine moralische Religion mit Verlassung aller alten Satzungslehren, deren einige doch im Christenthum (als messianischen Glauben) noch zurück behalten bleiben müssen: welcher Sectenunterschied endlich doch auch verschwinden muss und so das, was man als den Beschluss des großen Drama des Religionswechsels auf Erden nennt, (die Wiederbringung aller Dinge) wenigstens im Geiste herbeiführt, da nur ein Hirt und eine Herde stattfindet.“ Der Schrecken, so Brumlik, der von dieser Formulierung ausgehe, könne argumentativ nicht beruhigt werden.

Nun kann Kant schlechterdings nicht an Hadamar, die Aktion T4 und an Auschwitz gedacht haben. „Euthanasie“ ist ihm nichts weiter als wörtlich ein „schöner Tod“. Dass er ihn dem Judentum und nicht expressis verbis dem Christentum wünscht, mag man für bedenklich halten – doch liest man den Satz genauer, dann zeigt sich, dass Kant Judentum und Christentum mit der gleichen Elle misst. „Satzungslehren“ (d. h. im Sinne der Aufklärung: das mechanische Befolgen von Verhaltensvorschriften, ohne dass auf den ethischen Kern einer Religion geachtet würde) sollen verschwinden, das gilt für das Judentum ebenso wie für das Christentum. Den Unterschied zwischen beiden Religionen betrachtet Kant ohnehin nur als „Sectentunterschied“ – mit der entscheidenden Pointe einer erhofften „Wiederbringung aller Dinge“.

Micha Brumlik hat diese Wendung, die über den häretischen Kirchenvater Origenes auf Paulus zurückgeht (1. Kor. 15, 28), nicht entschlüsselt. Es ist die Lehre von der „Apokatastasis“, die im radikalen Pietismus des 18. Jahrhunderts verbreitet war: Am Ende aller Tage fällt die Welt nicht in Himmel und Hölle auseinander, sondern das Böse wird verschwinden, damit Gott „alles in allem werde“. Die Schöpfung erstrahlt neu im alten Glanz. Bei Kant schimmert diese Lehre – transzendentalphilosophisch gereinigt – an einigen Stellen durch. Er träumte von einer vereinigten Menschheit in einer „unsichtbaren Kirche“, die nicht mehr in Religionsstreitigkeiten verstrickt ist. Dieser Idee opferte er gerne Judentum und Christentum.

Dass Kant als Aufklärer die Religionen nicht für unantastbar hielt, weiß auch Micha Brumlik. Doch darin zeigt sich kein „intellektueller Hochmut“, wie er vermutet, sondern die im 18. Jahrhundert noch tiefsitzende Angst vor der Unversöhnlichkeit und der Friedensunfähigkeit dogmatischer Religionen. Kants Freund Moses Mendelssohn hätte darüber ähnlich gedacht. Brumlik hebt nur hervor, dass Mendelssohn das Eigentümliche des Judentums in den „Ritualgesetzen und nicht in seinem vernunftorientierten religiösen Kern“ gesehen habe. Aber warum hatte Mendelssohn denn die an den Willen und an die Tatkraft der Menschen gerichteten Gesetze so betont? Weil er sie von einem Offenbarungsglauben absetzen wollte. Und, wichtiger noch, im Grunde suchte er in der jüdischen Tradition nach einer Parallele zu Herbert von Cherbury, der im Zeitalter der religiösen Bürgerkriege des 17. Jahrhunderts gelebt und der die Artikel aller Religionen auf wenige Grundsätze zusammengestrichen hatte, damit die Gläubigen sich einigen können. Gegenüber der Mendelssohn’schen Schrift „Jerusa-

lem oder über religiöse Macht und Judentum“ brachte Kant seine Hochachtung zum Ausdruck; Brumlik vermerkt es zu seinen Gunsten.

Auch dass Kant als die erhabenste Stelle im Gesetzbuch der Juden das Gebot betrachtete: „Du sollst dir kein Bildnis machen“, wird ihm von Brumlik gutgeschrieben. Den systematischen Stellenwert dieses Satzes hat er allerdings nicht behandelt: Diese bloß negativ mögliche Darstellung des Unendlichen – sagt Kant – erweitere die Seele. Sie erzeuge in uns „Enthusiasm“ – so wie die „Vorstellung des moralischen Gesetzes und der Anlage zur Moralität in uns“.

Wer die Mühen kennt, die Kant sich in der „Kritik der praktischen Vernunft“ mit der Herleitung einer innerlich gefühlten Triebfeder des Sittengesetzes gegeben hat, der kann diesen Passus aus der „Kritik der Urteilskraft“ kaum missdeuten: Das Bilderverbot der jüdischen Religion und die von ihm ausgehende Vorstellung eines unendlich Erhabenen kommen seiner eigenen Vorstellung von einer im Gemüt wirkenden „Achtung fürs moralische Gesetz“ sehr nahe. Mehr noch: Das Judentum ist mit seiner Nähe zum Erhabenen beinahe reifer, in eine rein moralische Religion übergeführt zu werden, als das Christentum; denn wer – wie Kant seinen Mitchristen ankreidet – noch „falsche Demut“ und „winselnde erheuchelte Reue“ für eine Religionsausübung halte, der habe zum Gefühl des Erhabenen keinen Zugang.

Fichte, Hegel, Marx in Brumliks Buch mischt sich Wissenswertes, vorgeführt an prägnanten Zitaten, mit einer durchaus anfechtbaren Weise, diese Zitate in ihren Kontext zu stellen. Fichte, der transzendentalphilosophische Jakobiner mit seiner gewalttätigen Vereinigung von praktischer und theoretischer Vernunft, hat in Sachen Nationalismus tatsächlich vieles auf dem Kerbholz. Auch judenfeindliche Äußerungen gibt es von ihm. Anderseits war er stets „politisch korrekt“; er setzte sich als Rektor der Berliner Universität für einen jüdischen Studenten ein und machte sich in Knittelversen über seine Mitgenossen in der „Deutsch-christlichen Tischgesellschaft“ lustig, einer Gruppierung, der Arnim, Brentano und Kleist angehörten und zu der Frauen und Juden keinen Zutritt hatten.

Brumlik diagnostiziert „Antisemitismus der Vernunft“ und vergleicht Fichte und Hitler, der in „Mein Kampf“ schwadroniert hatte, bevor er zum instinktiv gefühlten Antisemitismus gekommen sei, sei er Antisemit aus Gründen des „Verstandes“ gewesen. Worin die historische Sachhaltigkeit dieser Parallele bestehen soll, ist nicht ganz einzusehen, selbst wenn man berücksichtigt, dass Fichte im „Dritten Reich“ als persona grata galt. Sicherlich kann man Fichte in die Genealogie der nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ stellen – doch dann muss man Friedrich Gogarten, Arthur Bonus, Emanuel Hirsch und die Fichte-Rezeption um 1900 dazu lesen.

Bei Hegel setzt Brumlik seinen Anspruch, den Stellenwert antisemitischer Äußerungen im Kontext des Werkes zu verankern, im Herr-und-Knecht-Kapitel aus der „Phänomenologie des Geistes“ an. Bisher war man mit der Vorstellung ganz gut ausgekommen, hier träten sich zwei Bewusstseinsformen im Kampf um Anerkennung gegenüber. Brumlik liest in „Herr und Knecht“ die Darstellung des Judentums aus Hegels religionskritischen Frühschriften hinein und bezieht sich auf die Begriffe der Knechtschaft und des „knechtischen Bewusstseins“ als Hegels Deutung des jüdischen Gottesverhältnisses. Ob sich das angesichts des genießenden Herrn und des arbeitenden Knechtes so in die „Phänomenologie“ übertragen lässt, sei dahingestellt.

Brumlik zieht aus seiner Interpretation (auf die erstaunlicherweise weder Kojève noch Lukács, weder Herbert Marcuse noch Charles Taylor und Axel Honneth verfallen seien) sogar die Konsequenz, dass die „innere Dialektik des Judentums als Dreh- und Angelpunkt von Hegels Philosophie der Weltgeschichte“ aufzufassen sei. Wenn dem aber so wäre, warum hat er Hegel dann in die Galerie der Antisemiten eingereiht? Es scheint, als habe sich Micha Brumlik von dem Junghegelianer Bruno Bauer inspirieren lassen. Aber kann man dessen ironische Anspielungen in der „Posaune des Jüngsten Gerichts“ auf Hegel, den „Atheisten und Antichristen“, für bare Münze nehmen?

Schelling kommt noch am besten weg; desto wuchtiger trifft es zum Schluss den armen Karl Marx. Wie kann der Sohn eines gerade erst zum Protestantismus übergetretenen Juristen aus einer alten Rabbinerfamilie so antisemitisch sein? Brumlik umreißt die Diskussionslage, in der sich Bruno Bauer

und Karl Marx mit ihren Schriften zur Judenemanzipation an Radikalität wechselseitig überboten. Marx geht es nicht mehr um die „politische“, sondern um die „menschliche“ Emanzipation, die die bürgerliche Gesellschaft überwinden soll. Die menschliche Emanzipation fordere daher die Aufgabe – und nun fließen alle antijüdischen Stereotype ein – des Wuchers, des Schachers, des Geldes. Auch privat war Marx nicht kleinlich – seine Auslassungen über den „jüdischen Nigger Lassalle“ [Marx an Engels, 30. Juli [1862], MEW Bd. 30, S. 257] sind bekannt; sie sind auch mit dem durchweg kraftgenialischen Ton seines Briefwechsels mit Engels nicht zu entschuldigen.

Brumliks Buch schließt mit zwei bedenkenswerten Feststellungen: Weder können die deutschen Idealisten zu geistigen Vorläufern des Massenmordes an den europäischen Juden gemacht werden, noch kann Marx als Urheber des sowjetischen Antisemitismus gelten. Doch dann wird man den bei Brumlik immer wieder durchscheinenden Ansatz Goldhagens und seines „eliminatorischen Antisemitismus“ aufgeben müssen. Auf der anderen Seite ist es richtig zu sagen, dass die vielbeschworene „deutsch-jüdische Symbiose“ eine einseitige Angelegenheit war, „in der die Juden der deutschen Kultur all ihre Liebe gaben, ohne je auf Erwiderung hoffen zu dürfen“. Brumliks Buch bemüht sich, eine Diskussion über diese Asymmetrie in Gang zu bringen. – Indes: Auch hier gilt Kants Satz „Der kritische Weg ist allein noch offen“. Angewandt auf Brumliks Buch: Es ist lesenswert, weil es Seiten des Deutschen Idealismus unter einem Aspekt beleuchtet, der selten in den Vordergrund tritt. Das Buch benötigt aber einen Leser, der in der Lage ist, hin und wieder ein Fragezeichen an den Seitenrand zu malen.

Micha Brumlik: Deutscher Geist und Judenhass. Das Verhältnis des philosophischen Idealismus zum Judentum. Luchterhand-Verlag, München 2000. 351 S., Fr. 46,00

Neue Zürcher Zeitung, Ressort Feuilleton, 10. Januar 2001, Nr. 7, S. 56.

Lustvoll in die Abgründe?

Bitten um gute Sitten: Stillgestanden, das „Preußenjahr“ fängt an

Noch sind die deutschen Partei- und Staatslenker, die sich anschicken, Preußens Geschichte nach für ihre Zwecke Brauchbarem abzusuchen, nicht vollends in den friderizianischen Marschtritt gekommen. Doch schon jetzt sehen sich die Bürger zwischen Oder und Saar und jene, die ihnen in die Spur der Leitkultur folgen sollen, einer Leporelloliste von Tugendempfehlungen gegenüber. Sie umfasst vorerst und unvollständig: Sparsamkeit, Schlichtheit, Toleranz, Selbstdisziplin, Verantwortungsgefühl, Ordnung, Pünktlichkeit, Leistungs- und Opferbereitschaft, Treue. Vor alledem aber würden noch rangieren: Pflichtgefühl, Härte gegen sich selbst und Anstand.

Darüber jedenfalls belehrt eine Reklamezeitschrift die Berliner und die Brandenburger und deren Gäste, die zum „Schauplatz Museum“ eingeladen werden. Wozu? Sich lustvoll die Geschichte Preußens zu beschauen und ihre Blicke ohne jede Scheuklappe und bar jeden Vorurteils über dreihundert Jahre schweifen zu lassen. Auch ein wenig in die Abgründe, die aber vorerst wenigstens nicht ausgeleuchtet werden, so dass, wer das Angebot annimmt, guttut, sich seinen eigenen Scheinwerfer mitzubringen. Gemälde, Musik, Tanz, Stummfilm, das passt in die Spaß- und Juxgesellschaft, in die sich der Teil der Bundesbürgerschaft aufgemacht hat, der über die dafür erforderlichen Finanzen gebietet. Aber, aufgepasst, ihr Neugierigen, die Gebote der preußischen Tugenden lauern auf euch von nun an allerorten, und sie sind erwiesenermaßen vielfältig, Verzeihung: multivalent einsetzbar.

Dabei waren sie noch vor einhundert Jahren nicht einmal würdig, in einem so staatstreuen und vielbändigen Lexikon auch nur aufgezählt zu werden, wie es der aus Anlass der Jahrhundertwende im Hohenzollernreich erschienene Jubiläums-Brockhaus darstellte. Da kannten die Autoren Preußischrot und Preußischblau und die Preußischen Eisenbahnen, aber von Preußischen Tugenden schienen sie nie etwas gehört zu haben. Nun sollen Wissenslücken, die sich durchs 20. Jahrhundert geschleppt haben, auf der Schwelle zum einundzwanzigsten geschlossen werden.

Volksschulmeister angetreten! Damit die Sache nicht zu trocken werde, ließe sich – singe, wem Gesang gegeben – womöglich mit dem Erlernen der Preußenhymne beginnen. Die lässt nicht nur die weiß und schwarz daherschwebende Fahne voranflattern, sondern anhand des Textes kann rasch Klarheit darüber gewonnen werden, worum es eigentlich immer ging und wieder geht.

Der Dichter, ein Gymnasiallehrer in Halberstadt namens Johann Bernhard Thiersch, verbrach die Zeilen im Jahre 1830 und zu Ehren jenes Königs Friedrich Wilhelm III., der seinen Bürgern 1815 zwar eine Verfassung versprochen, sie ihnen aber bis dato nicht gewährt hatte. Nichtsdestoweniger reimte der Untertan: „Mit Lieb und Treue nah ich mich dem Throne, von welchem mild zu mir ein Vater spricht, und wie der Vater treu mit seinem Sohne, so steh ich treu mit ihm und wanke nicht.“ An solchem Bekenntnis lässt sich – nebenbei – unschwer ersehen, was und wie in den Schulen der Monarchie unterrichtet worden ist und dass dem Gekrönten seine Vergesslichkeit in Sachen Verfassung zunächst nicht weiter nachgetragen wurde.

Freilich: Nicht alle waren von der Nachsicht bestimmt, die den Provinzpauker gegenüber Seiner Majestät leitete. Der Schriftsteller Adolf Glaßbrenner, ein geborener Berliner, der infolge einer Heirat später nach Mecklenburg-Strelitz auswanderte und sich dort auch während der Revolution von 1848 als Demokrat hervortat, gehörte zu den Nachtragenden. Er hat den hymnischen Text ein wenig umgedichtet. Der las sich dann so: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben? Sie kämpften zwischen Finsternis und Licht! Dass für die Freiheit meine Väter starben, das merke ich bis heut' wahrhaftig nicht ...“. So lernen wir an Glaßbrenner Tugenden kennen, die den preußischen in keiner der vielen Variationen zugezählt werden: die des unbestechlichen Gedächtnisses und der Freiheitsliebe.

Auf Gedächtnisschwäche setzten hingegen diejenigen, die zwar immer wieder billig erwähnen, dass sich dieses Preußen zu einem durchweg angenehmen Geschichtsbilde nicht recht fügen lässt, dann aber doch, schwarz-weiß gewandet daherkommend, sich die Bundesbürger zu eigenem Vorteil ein wenig modeln wollen. Denn es mangelt im Staate an Tugenden zusehends, in Sonderheit den preußischen. Dabei könne, wie ein Autor besagter Reklameschrift bemerkt, doch „bei Lichte besehen“ kein

Staat, kein Wirtschaftsunternehmen, keine Schule, keine Börse – hier fehlen die Teilnehmer am Jugoslawien-Krieg und die Angehörigen der auf dem Balkan stationierten Bundeswehreinheiten – „ohne Lust an der Leistung, ohne Treue gegenüber Verträgen, Zähigkeit und Widerstandskraft“ auskommen. Das ist ein freimütiges Wort. Es geht um den Standort und die Profite von heute und morgen.

Nun hat, da war an Preußen noch nicht zu denken, ein Denker in auch schon alten Zeiten, der sich über Sitten und Tugenden Gedanken machte, gemeint: „Non facinut bonos mores nisi bone amores“, was etwa besagt, dass nur gute Beweggründe gute Sitten machen, und auch so ausgedrückt werden kann, dass in anderen Zusammenhängen als lobenswert angesehene Tugenden nichts wert sind, wenn sie für schlechte Zwecke und Ziele eingesetzt werden. Zur Bestätigung dessen bietet die preußische Geschichte und deren Verlängerung in das deutsche Kaiserreich eine solche Masse von Tatsachenstoff, dass sie eine Fundgrube genannt werden kann. Also könnte der Rückblick in diese Geschichte – wenn ihn eine dreihundert Jahre zurückliegende Königskrönung schon erfordert – genutzt wird, von den schlechten Beweggründen zu reden, die der Mobilisierung gedrillter deutscher Tugendbolde durch ihre Obrigkeit immer wieder zugrunde lagen.

Das würde dann nicht nur den Blick in die Abgründe öffnen. Es könnte auch zu einer Reihe von auf Gegenwärtiges sich beziehenden Anschlussfragen führen. Zum Beispiel, ob die Tugend des Anstands gegenüber seinen Mitmenschen nicht erfordere, endlich wenigstens einen geringen Teil der Schulden zu bezahlen, an die noch lebenden Zwangsarbeiter beispielsweise und vor allem. So aber scheint die Sache von den Veranstaltern nicht gemeint zu sein, und derart soll sie ihnen nicht ausufern.

junge Welt, Freitag, 12.01.2001.

Bittere Bilanz

Der Anschluss hätte nicht schlechter laufen können: In Berlin sprach Fritz Vilmar über mäßig entstellte Wahrheiten

Mit Fritz Vilmar hatte sich die Leibniz-Sozietät kürzlich einen Wissenschaftler zum Vortrag geladen, der im Altbestand bundesrepublikanischer Professorenschaft in mehrerlei Hinsicht eine Ausnahmeerscheinung darstellt. Er, inzwischen selbst nicht mehr dem aktiven Lehrkörper der Freien Universität angehörend und mit den begrenzten Rechten eines Emeritus ausgestattet, zählt zu den nicht eben zahlreichen kritischen Soziologen und Zeithistorikern, deren Forschungsgegenstand das letzte Jahrzehnt deutscher Geschichte und darin namentlich der Prozess bildet, der auf den Beitrittsbeschluss der letzten Volkskammer der DDR folgte. Unter diesen Experten bedient sich Vilmar einer unmissverständlichen Begrifflichkeit, hat er doch in diesem Zusammenhang von einer spezifischen Art der Kolonisierung gesprochen. Zum anderen ist der Mann nicht von der Vorstellung abzubringen, dass eine sozialistische Verfassung menschlichen Zusammenlebens erstrebenswert und das Eintreten für sie lohnend sei. Und schließlich hat er sich von der Behauptung, die Wissenschaftler im untergegangenen ostdeutschen Staat hätten so etwas wie eine Wüste bewohnt und hinterlassen, nicht beeindrucken lassen. Stattdessen suchte er mit ihnen Kontakte und fand heraus, dass sich mit den „Abgewickelten“ produktiv zusammenarbeiten lässt.

Inzwischen bezeugen das gemeinsame Veröffentlichungen, von denen freilich gesagt werden muss, dass ihre Verbreitung auch durch die Anwendung der erprobten Methode eingeschränkt ist, sie in der Mehrheit der Medien glatt totzuschweigen.

Vilmar trug vor den versammelten Natur- und Gesellschaftswissenschaftlern der Sozietät seinen Befund über die Mythen vor, die inzwischen vor die Wirklichkeit des „Vereinigungsprozesses“ getürmt worden sind. Genauer: Er beschränkte sich auf vier davon. Zunächst setzte er sich mit dem Mythos von der Alternativlosigkeit, ja gleichsam schicksalhaften Unausweichlichkeit des Weges auseinander, der 1990 mit den neuen Bundesländern eingeschlagen worden sei, und insbesondere dem Postulat vom vorgeblichen Zwang zur sofortigen Herstellung der Währungsunion. In Wahrheit aber sei die das Produkt eines später aufgegangenen politischen Kalküls gewesen, in dessen Zentrum die Frage stand, wie die von Helmut Kohl geführte CDU die anstehende Bundestagswahl gewinnen und dem seinerzeit festgestellten Wählereinfluss der Sozialdemokratie begegnen könne. So seien alle Warnungen und Mahnungen von Experten und schon in Betracht gezogene Mehrstufenpläne zur Währungsunion, die anfänglich auch der Bundeskanzler als richtig ansah, in den Wind geschlagen worden. Anstatt den Ostdeutschen und gegen den „Druck der Straße“ zu erklären, dass sie den rasch gewonnenen, aber kurzfristigen Vorteil ihres Zugriffs zu einer begehrten und von vielen lange vermissten Warenwelt mit langfristig verheerenden Folgen für den Bestand ihrer Arbeitsplätze bezahlen müssten (was freilich ein alle Parteien übergreifendes, außerordentliches aufklärerisches Aufgebot erfordert haben würde), wurden ihnen die „blühenden Landschaften“ versprochen.

Den zweiten Platz auf der Skala von Argumenten, mit denen die verantwortlichen Politiker ihr Vorgehen rechtfertigen, besetzt die Behauptung von der maroden Wirtschaft der DDR. Von dieser ließe sich mit Lichtenberg als von einer „Wahrheit, mäßig entstellt“ sprechen. So wenig der Zustand der ostdeutschen Industriebetriebe zu idealisieren sei, würden sich doch auch volkswirtschaftlich ganz ungeschulte westdeutsche Käufer von Artikeln des persönlichen Bedarfs daran erinnern, dass die ihnen bis 1989 angebotenen Waren aus der Produktion des anderen deutschen Staates keineswegs minderwertig gewesen seien. Wichtiger und aufschlussreicher aber wären die Zahlen über die Lebensdauer der Produktionsanlagen zwischen Elbe und Oder, die – wiewohl insbesondere in der „Ära Honecker“ deren Erneuerung sträflich vernachlässigt wurde –, keineswegs durchweg als verschlissen zu bezeichnen waren. Vilmar schloss sich den Schätzungen an, die etwa die Hälfte der Anlagen als zehn Jahre und älter bezeichneten. Erst die Tatsache, dass die mit der Währungsunion grundlegend veränderten Marktbedingungen vielen Betrieben, auch sanierungsfähigen (und ein Drittel aller sei das nicht gewesen), keine Chance ließ, hätte der in ihrer Allgemeinheit haltlosen These von der maroden Wirtschaft Glaubhaftigkeit verliehen. Die westdeutsche Wirtschaft aber habe Ostdeutschland als

Markt interessiert und nicht das Wohl und Wehe der Industrie und der in ihr beschäftigten Arbeiter und Angestellten. So schlug eine katastrophale Tendenz immer stärker durch, je weiter die von Staatswegen zunächst ergriffenen dämpfenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen reduziert wurden. Inzwischen würde selbst bei der Feststellung des Ausmaßes der Arbeitslosigkeit zu zweifelhaften Zählverfahren Zuflucht genommen.

An dritter Stelle nannte Vilmar die Behauptung von der angeblichen fachlichen Inkompetenz der Ostdeutschen, mit der ihre rigorose Entfernung aus der übergroßen Mehrzahl aller leitenden Funktionen verbunden gewesen sei – von den wissenschaftlichen Einrichtungen bis in die Fernseh- und Rundfunkstationen und in die Chefredaktionen der Zeitungen und Zeitschriften. Mit Argumenten, es drohe im Osten eine „Dilettantisierung“ – auch eines jener Schlagetotwörter aus Wende- und Nachwendezeit – sei bis in das mittlere Führungspersonal der Weg für einen „Elitenimport“ freigemacht worden. Hier wie bei Aufkauf und Vernichtung von Betrieben wäre es zum einen darum gegangen, der Konkurrenz ans Ziel zu verhelfen und zugleich alles Personal gesellschaftlich ins Abseits zu stellen, gegen das sich auch nur ein vager „Sozialismusverdacht“ erhob.

Schließlich und viertens wäre da die Anklage gewesen, die Ostdeutschen seien im „SED-Staat“ derart autoritätshörig geprägt und bis hin zur politischen Rechtslastigkeit verdorben worden, dass sie für eine führende oder auch nur maßgebliche Verwendung in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht zu gebrauchen gewesen seien. Dem setzte Vilmar die Zahlen von Befragungen aus den frühen neunziger Jahren entgegen, die dafürsprechen, dass ein großer Teil der Ostdeutschen mit Vertrauen, ja mit einem erheblichen und in diesem Umfang ganz ungerechtfertigten Vertrauensvorschuss Bürger der Bundesrepublik wurde. Erst die eigenen trüben Erfahrungen hätten einen Wandel bewirkt, der nicht als Ablehnung der Demokratie zu interpretieren sei, sondern als Skepsis und Distanzierung gegenüber der in diesem Staate erlebten Unmöglichkeit, auf die eigenen Geschicke Einfluss zu nehmen. Das „Leben am Tropf“, Machtanmaßung, Fremdbestimmung, Orientierungs- und Zukunftslosigkeit und Demütigung würden sodann auch den Boden für die Ausbreitung von Wut, Hass und Gewalttätigkeit bereitet haben, von der Vilmar sagte, es werde „der Afrikaner“ geschlagen, während jene Kräfte gemeint würden, die nicht zu treffen sind oder nicht erreichbar scheinen.

junge Welt, Mittwoch, 21.02.2001.

Leben, Studium und gemeinsame Anfänge wissenschaftlicher Forschungen in Jena (1950-1961)

So deutlich wie unsere letzte Begegnung in Wolfgangs und seiner Familie Berliner Wohnung in der Karl-Marx-Allee wenige Tage vor seinem Tode ist mir eine andere im Gedächtnis und vor Augen geblieben: Wolfgang Schumann inmitten einer Faschingsgesellschaft von Professoren und Studenten im oberen Saal der Mensa zu Jena, angetan mit einer Mönchskutte, die ihm stand und in der er sich bewegte, als wäre das sein Alltagskleid – ein Aufzug, der ihm eine Auszeichnung und dazu die verschiedensten Erfolge eintrug.

Mit dem Wirken des Historikers Wolfgang Schumann verbinden sich Forschungsunternehmen und Publikationen von Rang. Aus ihrer Reihe ragt das sechsbändige Werk *Deutschland im Zweiten Weltkrieg*[1] heraus, ein Großvorhaben, zu dem er Wissenschaftler und wissenschaftlich-technische Kräfte aus mehreren Geschichtsinstituten zusammenführte und das ihn von der ersten Konzeption bis zum Vorliegen des letzten (sechsten) Bandes über Jahre Tag für Tag beschäftigte und viele seiner Kräfte verbrauchte.

Lange davor lagen – noch in seiner (und meiner) Jenaer Zeit, damit setzte Schumanns Arbeit als Leiter von wissenschaftlichen Kollektiven ein – die Forschungen zur Geschichte der Zeiss-Werke, des späteren feinmechanisch-optischen Konzerns. Daran existierte in Jena damals auch ein politisches Interesse. Jüngst, im Jahre 1996, beschrieben es zwei Autoren so: Die Publikation „bildete den Höhepunkt einer ideologischen Auseinandersetzung im VEB Carl Zeiss Jena. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre hielten es politische Funktionäre außerhalb und innerhalb dieses Betriebes für unerlässlich, die Belegschaft von der Unrichtigkeit und politischen Gefährlichkeit der Zeiss-Legende und der daraus entspringenden Zeiss-Ideologie zu überzeugen.“[2] Legende und Ideologie verklärten nicht nur, wie weiter bemerkt wird, die reformerische, auf die Einbindung der Arbeiter, der Gewerkschaft und der Sozialdemokratie zielende „Geschäftspolitik“ der Zeiss-Manager, waren nicht nur ein Anknüpfungspunkt für die Abwerbung von Spezialarbeitern, Technikern und Ingenieuren zur Firma Carl Zeiss Oberkochen, die aus einer Gegengründung des Jahres 1946 hervorgegangen war. Beide bildeten auch eine hochgetürmte gedankliche Barriere gegen das vielen Zeissianern unbequeme Eingeständnis, welche Rolle Werk und Konzern bei der Aufrüstung Deutschlands für zwei imperialistische Kriege gespielt hatten, und mithin gegen ein zentrales Anliegen der DDR-Kulturpolitik, zu der die geistige Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit unablösbar gehörte.

Das heute regierende Interesse an Zurücknahme und Verdrängung des damals aufgrund des ungehinderten Zugriffs zu den Akten gewonnenen Wissens wurde bald nach 1990 deutlich. Es ist auch im Geleitwort des Schirmherrn der Ausstellung erkennbar, die 1996 in Jena aus Anlass der 150 Jahre zurückliegenden Gründung der Werkstatt des Mechanikers Carl Zeiss eingerichtet wurde. Der Thüringische Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur übersprang darin kühn 45 Jahre Werksgeschichte und gelangte vom Jahr 1900 mit der denkwürdigen Einführung des Acht-Stunden-Tages direkt in die Jahre „nach dem Zweiten Weltkrieg“.[3] Ausgespart werden konnte der Zeitraum in Aus-

---

1 Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941. Leitung Gerhart Hass, Berlin 1974; Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Großoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Leitung: Karl Drechsler unter Mitarbeit von Klaus Drobisch und Wolfgang Schumann, Berlin 1975, 3., durchges. Auflage 1983; Bd. 3: Der grundlegende Umschwung im Kriegsverlauf (November 1942 bis September 1943), Leitung: Wolfgang Schumann unter Mitarbeit von Wolfgang Bleyer, Berlin 1979. Bd. 4: Das Scheitern der faschistischen Defensivstrategie an der deutsch-sowjetischen Front (August bis Ende 1943), Leitung: Wolfgang Schumann unter Mitarbeit von Wolfgang Bleyer, Berlin 1981; Bd. 5: Der Zusammenbruch der Defensivstrategie des Hitlerfaschismus an allen Fronten (Januar bis August 1944), Berlin 1984; Bd. 6: Die Zerschlagung des Hitlerfaschismus und die Befreiung des deutschen Volkes (Juni 1944 bis 8. Mai 1945), Leitung: Wolfgang Schumann und Olaf Groehler unter Mitarbeit von Wolfgang Bleyer.

2 Carl Zeiss. Die Geschichte eines Unternehmens, hrsg. von Wolfgang Mühlfriedel und Rolf Walter, Bd. 1: Edith Hellmuth/Wolfgang Mühlfriedel, Carl Zeiss 1846-1905, Weimar 1996, S. 7. An das auf drei Bände berechnete Unternehmen sollte Bd. 2 im Jahre 1999 anschließen und bis in das Jahr 1945 führen.

3 Der letzte Schliff. 150 Jahre Arbeit und Alltag bei Carl Zeiss. Hrsg. Frank Martkowski, Berlin 1997, S. 7.

stellung und Katalog freilich nicht. Doch die Frage nach der Rolle des Werkes und seiner jeweiligen Leitung bei der Aufrüstung und in den Kriegen wurde charakteristisch amputiert und darauf reduziert, den konstruktiven und technischen Beitrag zur Modernisierung der Kriegsmittel und die daraus erwachsenen riesigen Gewinne darzustellen. Die lange vor dem Ersten Weltkrieg, noch zu Ernst Abbes Lebzeiten getroffene Entscheidung, an der Rüstungsproduktion kräftig zu profitieren, erhielt obendrein einen entschuldigend-apologetische Kommentar. Auf diesem Wege hätten, heißt es, sich schneller als durch die zivile Produktion Investitionen sichern lassen, „die für die Einrichtung neuer Produktionslinien erforderlich waren".[4] Von den dokumentierten Interessen der Zeiss-Manager an der Expansion auf dem Wege über Krieg und Gewalt war schon keine Rede mehr.

Zu dem Forschungsunternehmen, das 1959 in Angriff genommen wurde, fanden sich um Wolfgang Schumann Historiker und Ökonomen zusammen. Der umfängliche Band, der 1962 erschien, erhielt den etwas hilflosen Titel *Carl Zeiss Jena – einst und jetzt.* Mit seinem Erscheinen – es bezeichnet auch den Beginn der Zusammenarbeit Schumanns mit dem Deutschen Verlag der Wissenschaften – verband sich die Erfahrung, dass unerwartet Hürden die Verbreitung eines Buches behindern können. Kaum war es auf dem Markt, bemächtigten sich seiner im nicht so kalten Wirtschaftskrieg zwischen den deutschen Staaten Manager und Juristen des inzwischen in Heidenheim und Oberkochen etablierten Zeiss-Unternehmens. Es schien ihnen geeignet, um es vor Gerichten im Kampf um Namen und Warenzeichen gegen das Jenaer Werk zu benutzen und darüber zu streiten, wer der wahre und legitimierte Erbe des Jenaer Physikers und Werkgründers und seiner vielfach gemehrten Hinterlassenschaft sei. Zu diesem Zweck wurde die kritische Würdigung der Sozialpolitik Ernst Abbes herangezogen, von dessen Wirken in dem Band insgesamt ein Bild gegeben ist, das seinen Leistungen gerecht zu werden suchte, aber sich von partieller Verklärung distanzierte. Selbstredend sah sich das Wirken Abbes als Kapitalist von einer Warte, die auf eine sozialistische Gesellschaft vorausblickte, anders an als heute, da seine wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen sich deutlich und vorteilhaft von den aktuellen neoliberalen Konzepten abheben und die Lohnabhängigen vor dem Hintergrund einer Massenarbeitslosigkeit im Zeichen der Deregulierung immer mehr von den einst erkämpften Rechten einbüßen. Abbe hat den Widerspruch, der ihm in seiner Stellung erwuchs, übrigens selbst gesehen‘ sich vielleicht aber über dessen Auflösung Illusionen gemacht. Denn er meinte, er habe sein Tun und Lassen vom Standpunkt des Kapitalisten betrachten müssen, jedoch als ein Arbeitersohn, dem Kapitalistenaugen nicht wachsen wollten. „Mit der Würdigung der Verdienste des großen deutschen Naturwissenschaftlers ... und seiner Nachfolger und Schüler", hieß es im von Schumann verfassten Vorwort des Bandes, solle ein „Beitrag zur Klärung der Frage der Tradition der deutschen Wissenschaft und der Bedingungen ihrer Wirksamkeit" geleistet werden.[5] Die Wege dieses Buches gehören in einen Abschnitt deutscher Zwei-Staaten-Geschichte der von Wirtschaftshistorikern und -juristen erst noch zu schreiben ist. Es könnte angesichts vieler umlaufender, naiver und auch absichtsvoll vereinfachender Vorstellungen über das Wirtschaften im DDR-Staat von aufklärendem Nutzen sein.

Wolfgang Schumann hatte sich als seinen Beitrag zu diesem Band, in dem sich deutlich das Interesse niederschlug – so auch eine Formulierung im Vorwort –, die aggressive Rolle des deutschen Imperialismus zu entlarven[6], eines der schwierigsten Kapitel, die Werks- und Konzerngeschichte in den Jahre des deutschen Faschismus und des Zweiten Weltkrieges ausgesucht. Erinnerlich ist, dass die Forschungen über die Jahre 1939 bis 1945 in Ost wie in West damals eben erst begannen. Gleiches galt für Vorlesungen an den Universitäten. In Jena hatte Schumann zuerst als Assistent (seit 1953) über Lehraufträge, und dann (seit 1958) mit der Wahrnehmung einer Dozentur beauftragt, sich auf diesem Felde als einer der Pioniere betätigt und Überblicksvorlesungen zur deutschen und europäischen Geschichte gehalten, die den Zeitraum vom Ende des Ersten bis zum Ende des Zweiten Welt-

---

4 Bernd Florath, Immer wenn Krieg war. Die Bedeutung der Rüstungsproduktion für die wirtschaftliche Entwicklung der Carl-Zeiss-Werke. In: Ebenda, S. 39.

5 Carl Zeiss Jena – einst und jetzt, Berlin/DDR 1962, S. 7.

6 Ebenda, S. 5.

krieges umfassten und auch den antifaschistischen Widerstand einschlossen.[7] Auf diese Weise war er gut und besser als andere Autoren darauf vorbereitet, die Archivfunde dem größeren Ganzen zuzuordnen und gleichsam zum Sprechen zu bringen. Schumanns frühes Verdienst – man denke daran, dass Albert Speer noch als Gefangener in Spandau saß und Seine Haftstrafe verbüßte – reichte über die Erhellung der Werks- und Konzerngeschichte vor allem dadurch hinaus, dass es einen wichtigen Teil des Mechanismus der Kriegswirtschaft erhellte. Er folgte den Spuren der Jenaer Wehrwirtschaftsführer in die Zentralbezirke der Macht – also in die Ringe und Ausschüsse rings um das Ministerium für Bewaffnung und Munition. Er zeigte die Beteiligten als Subjekte im Geflecht der kriegsgemeinschaftlichen Anstrengungen um Sieg und Endsieg.

Der Zeitatem tritt dem Leser in diesem Kapitel vor allem in der Darstellung der Geschichte des Widerstands im Zeiss-Werk entgegen, der gewürdigt wird, aber zugleich eingepresst ist in das damals gängige Schema, wonach alle Fäden des kommunistischen Widerstands von Moskau ausgingen und dorthin zurückführten – ein Bild, das gegen das früher gewonnene und publizierte durchgesetzt wurde, das den Widerstandsgruppen ihre relative Eigenständigkeit gelassen hatte und damit der Wahrheit viel naher war. Hervorhebenswert aber erscheint aus dem Rückblick, dass jene politischen und solidarischen Initiativen der Widerständler dargestellt wurden, die sich darauf gerichtet hatten, Zwangsarbeiter, die in den Zeiss-Werken ausgebeutet wurden, von der Existenz antifaschistischer Kräfte zu unterrichten, sie über die Kriegslage zu informieren und deren Existenzbedingungen zu erleichtern. Das Leben der vielen nach Deutschland verschleppten oder gelockten Ausländer war damals, was sich in den neunziger Jahren nach den bahnbrechenden Arbeiten von Ulrich Herbert zu andern begann[8], noch nicht zum Thema von Forschungen gemacht worden und befand sich auch außerhalb des öffentlichen Interesses.

Schumann jedoch war darauf bereits bei seinen Forschungen über die Geschichte Oberschlesiens gestoßen, die er im Zusammenhang mit seiner Dissertation in Polen und namentlich in oberschlesischen Archiven unternommen hatte. Wenn auch nur knapp schilderte er das Leben der aus Galizien und Kongress-Polen stammenden Arbeiter, die z. T. durch eigene Werbebüros der Bergwerks- und anderer Unternehmen nach Deutschland gelenkt worden waren. Dort ist dann auch das Urteil des Generaldirektors der Rybniker Steinkohlengewerkschaft zitiert: „Die Unterernährung der (überwiegend russischen – K. P.) Kriegsgefangenen ist auf einem Standpunkt angelangt, der geradezu haarsträubend ist. Im Kokereibetriebe fallen die Kriegsgefangenen vor Schwäche um.“ Schumann verwies, einen polnischen Forscher zitierend, darauf, dass die Manager des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins vom Staatssekretär des Äußeren mit dem Blick auf die Brester Friedensverhandlungen verlangt hatten, die sofortige Rückführung der russischen Kriegsgefangenen zu vermeiden, damit im deutschen Heeresinteresse die Produktion im bisherigen Umfange aufrecht erhalten werden könne.[9] Das bis heute umstrittene Thema was am Verhalten deutscher Kapitalisten im Zweiten Weltkriege Befolgung von Staatsaufträgen, was eigene Initiative war, begegnete Wolfgang Schumann in vielen Facetten also bereits in seiner Vorgeschichte, die – wie in nicht wenigen anderen Fällen – zurück in die Jahre des Ersten Weltkrieges führt.

Mit den Arbeiten im Zeiss-Archiv, aus denen auch seine am 5. Juli 1961 – da hatte er schon zu seiner neuen Arbeitsstätte nach Berlin gewechselt – erfolgte Habilitation durch die Philosophische Fakultät der Universität Jena hervorging, begann Schumanns Beschäftigung mit einem Zeitabschnitt und einem Gegen stand, die ihn zeitlebens nicht mehr los ließen. Dass sein forschender Einstieg in die

---

7 Aus den Schumann erteilten Lehraufträgen ist ein für einen Anfänger außerordentlich anspruchsvolles Lehrprogramm ersichtlich. Es umfasste die deutsche und die allgemeine Geschichte seit dem Jahr 1917 und führte nahezu bis an die Gegenwart heran, sowie und spezieller die Geschichte der Novemberrevolution, der Weimarer Republik, die internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Lehraufträge konnte ich im Privatarchiv von Frau Rosemarie Schumann, Berlin, einsehen.

8 Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin 1985.

9 Wolfgang Schumann, Oberschlesien 1918/19. Vom gemeinsamen Kampf deutscher und polnischer Arbeiter, Berlin 1961, S. 20.

Geschichte frühzeitig über die Stufen der Wirtschafts- und der Technikgeschichte erfolgt war, hat sich für seine weitere Arbeit als besonders fruchtbar erwiesen und in dem Verdienst widergespiegelt, dass er sich um Sammlung und Edition von Dokumenten gemeinsam mit mehreren seiner Kollegen später erwarb. Schumann schrieb Geschichte entlang von Dokumenten, ohne Dokumentenfetischist zu sein. Er fahndete ausdauernd nach ungedruckten Dokumenten, verstand, ihren Platz und Wert zu bestimmen und durch ihre Verwendung der Darstellung Leben und Überzeugungskraft zu geben. Ein gedanklicher Raketenstart ins All der Geschichte würde seine Sache nie. Das trug ihm gelegentlich den Vorwurf eines nicht hinreichenden Interesses an der Theorie ein, der ihn nicht irritiert hat.

An das schon erwähnte Weltkriegswerk schloss sich das Unternehmen *Europa unterm Hakenkreuz*[10] an, über beide werden direkt Beteiligte hier sogleich berichten. Damit wurde wiederum ein Vorhaben in Angriff genommen, das eine große Gruppe von Spezialisten, diesmal unter ihnen auch viele Archivare, zusammen führte. Die Arbeit an der Dokumenten-Edition hat Wolfgang Schumann, solange er sie leiten konnte, eng mit Ludwig Nestler, dem Leiter der meist kurz Dokumentationszentrum genannten Arbeitsstelle, zusammengeführt, die nur wenige Schritte von der Schumannschen Wohnung im Zentrum Berlins entfernt lag. Beide, auch Ludwig verstarb früh, besaßen manche gemeinsame oder einander ähnelnde Eigenschaften und ergänzten sich zugleich. Sie gingen bei ihren Recherchen und Forschungen hoch systematisch vor, hatten das Arbeitsziel klar vor Augen, scheuten die Kärrnerarbeit des Historikers nicht und verstanden es, Kollegen, die ausgewiesene Forscher waren, ebenso in die Arbeit einzubeziehen wie Anfänger, die sie freundlich und fordernd auf die Fährte und dann auch in Marschtempo setzten. Und beide waren keine sich in der Arbeit verbiesternde Typen. Der eine wie der andere konnte, ich entsinne mich nach anstrengenden Tagen eines von Historikern beider deutscher Staaten besuchten Kolloquiums in Sellin auf Rügen einer gemeinsamen Heimfahrt, Erlebtes kabarettreif bieten. Da erzählte Ludwig von seinem Kampf mit einem Maulwurf, den er von seinem Grundstück entfernen, dazu fangen, dabei aber flieht töten wollte, und wie er ihn eines Morgens schleichend auch glücklich zu fassen bekam, sodann per Kahn über ein Fließ schaffte, um ihm dort unbemerkt die Freiheit wieder zu schenken, so dass das Tier auf fremdem Grund weiterarbeiten konnte.

Die Dokumentenserie, die Schumann und Nestler auf den Weg brachten, war bis zu den ersten Bänden gediehen, als die DDR unterging und für die wissenschaftliche Arbeit und das Publizieren ihrer Ergebnisse neue Bedingungen entstanden. *Europa unterm Hakenkreuz* wurde unter der Regie von Werner Röhr zu Ende geführt und gehört auf längere Zeit zu jenen Veröffentlichungen, deren sich Fachleute und Studenten mit Nutzen bedienen werden. Von ihm ist wie von anderen Unternehmen, die Wolfgang Schumann initiierte, ein über die Grenzen hinauswirkender Impuls ausgegangen. Der britische Historiker Michael Burleigh bemerkt in seinem eben erschienenen Buch *Die Zeit des Nationalsozialismus* darüber, es handele sich um die bedeutendste Quellensammlung für einzelne deutsche Besatzungsgebiete.[11] Als deren Herausgeber bezeichnete er fälschlich durchweg das Bundesarchiv. Dessen Präsidenten Kahlenberg bleibt zu danken, dass das Unternehmen den an der DDR-Geschichtswissenschaft vorgenommenen Kahlschlag des Jahres 1990 ff. überdauerte und weiter und zu Ende geführt werden konnte. Inzwischen hat sich die Erforschung der deutschen Besatzungszeit durch Arbeiten vieler, man denke an die Buchreihe, die Wolfgang Benz herausgegeben hat[12], verbreitert und es ist ein Bild im Entstehen begriffen, das – freilich von der Masse der Deutschen noch kaum zur Kenntnis genommen – ablesbar macht, was es für Millionen Europäer bedeutete, dass die

---

10 Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition, Hrsg. von einem Kollegium unter Leitung von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler, Bd. 1: Die faschistische Okkupationspolitik in Osterreich und der Tschechoslowakei (1938-1945), Berlin 1988. Die Reihe schloss mit Band 8: Analysen, Quellen, Register. Herausgegeben vom Bundesarchiv, zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Heidelberg 1996.

11 Michael Burleigh, Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt/M. 2000, S. 1050.

12 Die Reihe „Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945“. Hrsg. Wolfgang Benz, Johann Houwink ten Cate u. a. setzte ein mit Bd. 1: Anpassung, Kollaboration, Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation, Berlin 1996. Sie ist inzwischen geführt bis Bd. 9: Krieg und Wirtschaft, Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1933-1945. Hrsg. Dietrich Eichholtz, Berlin 1999.

Wehrmacht in ihre Länder einfiel und in deren Gefolge die Sicherheits- und die „grüne“ Polizei erschienen und mit oder nach ihnen ein Schwarm von Fachleuten für Ausplünderung, Ausbeutung und Aneignung von materiellen und menschlichen Kräften.

Ähnlich anregend und anstoßend hatten schon die Weltkriegsbände gewirkt. Denn das noch nicht beendete Großvorhaben *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, inzwischen gediehen bis zum 6. von zehn Bänden und getragen von Mitarbeitern des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg (inzwischen Potsdam) war auch eine Antwort auf das DDR-Werk.[13] Es ist in einem unpublizierten Vortrag vor der Berliner Gesellschaft für Faschismusforschung darüber unlängst gesagt worden, dass die Geschlossenheit, in der sich das DDR-Unternehmen präsentierte, zumindest beigetragen habe, das westdeutsche Unterfangen konsistenter anzulegen und seine einzelnen Beiträge enger zusammenzuführen, als das ursprünglich geplant gewesen sei. Die gegenseitige Einflussnahme der beiden Geschichtswissenschaften in Nachkriegsdeutschland, eine Beeinflussung im Streit wie in der sich allmählich herstellenden Debatte, ist auch erst noch zu schreiben.

Es gebührt mir nicht, hier das Wirken Wolfgang Schumanns Werk für Werk auch nur knapp Revue passieren zu lassen. Geredet werden müsste von seiner Mitarbeit an dem unter hoher Aufsicht zustande gekommenen achtbändigen Unternehmen *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, in dem er den schwierigen fünften Band[14] für die Jahre 1933 bis 1945 als Redakteur zu einem erheblichen Teil auch selbst schrieb. Genannt werden müssten die Verdienste der Arbeitsgruppe von Aspiranten am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die sich mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in den Jahren vom Ausgang der Weimarer Republik bis zur Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten im Jahre 1946 befasste und deren Angehörige darüber von Schumann betreute Dissertationen anfertigten. Zu erwähnen ist sein früher Beitrag zur Erforschung der Nachkriegsprogramme deutscher Konzerne und Wirtschaftsverbände, die entstanden, als sich die Niederlage des deutschen Imperialismus bereits abzeichnete.

Schumann war, bedenkt man zudem die gelegentlich widrigen Bedingungen in DDR-Zeit und insbesondere die Hürden auf den Wegen von den ersten Manuskriptentwürfen bis zu den Büchern, ein außergewöhnlich produktiver Historiker. Das Geheimnis seiner Arbeitsmethodik war nicht eben groß: Stetigkeit, Disziplin, Konzentration auf das Wesentliche, Abwehr von Störungen, aber auch die Fähigkeit, sich intensiv zu entspannen. Mir kam es so vor, dass er in seine Art, Geschichte zu erforschen und zu schreiben, etwas vom – schon erwähnten – Maurerhandwerk mitgebracht hatte, das er wie andere praktische Fähigkeiten beherrschte. Er verstand gleichsam Stein auf Stein zu setzen und bei der Wand zu bleiben, mit deren Errichtung er begonnen hatte und die sich mit anderen, dann zu einem Hause fügte. Und natürlich vermochte er, seine Zeit am häuslichen Schreibtisch und an der Schreibmaschine, in Benutzersälen von Bibliotheken und Archiven zu verteidigen, was im extensiven Wissenschaftsbetrieb der DDR keineswegs immer leicht war, selbst nicht an Geschichtsinstituten der Akademie der Wissenschaften, wo Direktoren und Mitdirektoren wie Ernst Engelberg, Heinrich Scheel, Horst Bartel über sich und ihren Kollegen so etwas wie einen antibürokratischen Regenschirm aufgespannt hielten und auch über eine großzügig angelegte Verwaltung geboten.

Und nun noch ein paar ergänzende Worte über Wolfgang Schumanns Anfänge. Begegnet sind wir uns wohl zum ersten Mal im Jahre 1949 und das machte, dass er wie ich an thüringischen Hochschulen – er an der Bauhochschule zu Weimar, ich an der Friedrich-Schiller-Universität – als Studenten auch in Funktionen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gewählt worden waren. Unser Zusammentreffen war aus dem Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch hervorgegangen Wir sahen uns bei dieser Gelegenheit wohl zuerst in Erfurt, der damaligen Landeshauptstadt. Dann wechselte Wolfgang Studienort, -richtung und -ziel. Er kam von Weimar, wo er – wie es in seinem ersten Studienbuch heißt – Baukunst studiert hatte, nach Jena und immatrikulierte sich dort am 18. April 1950 für

---

13 Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Stuttgart 1979 ff., bisher 6 Bde.

14 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 5: Von Januar 1933 bis Mai 1945, Berlin 1966.

das Fach Geschichte.[15] Von da an besuchten wir manche Vorlesungen und Seminare gemeinsam. Unsere Lehrer in der Fachrichtung Geschichte waren Karl Griewank, bei dem er wie ich die Abschlussarbeit schrieben, der Mediävist Friedrich Schneider und der Neuzeitler Hugo Preller, dem wir auch einige Zeit als studentische Hilfskräfte dienten. Schumann nahm auch an einer Lehrveranstaltung der Dozentin Irmgard Höß teil, einer Mitarbeiterin Griewanks, die in den fünfziger Jahren einem Ruf in die Bundesrepublik folgte.[16] Die eindrucksvollsten und in ihrem Informations- und interpretationsgehalt dichtesten Vorlesungen waren diejenigen Griewanks zur europäischen Geschichte vom 17. bis heran an das 20. Jahrhundert, die, obendrein in einer Zeit, da Lehrbücher für den privaten Gebrauch nicht zu kaufen waren, kaum jemand versäumen wollte. Sie wurden im Auditorium maximum gehalten, das unter dem Dach im Südflügels der Universität lag und später Umbauten, die der Erweiterung der Verwaltung dienten, zum Opfer fiel.

Natürlich hörten wir Vorlesungen des Philosophen Georg Klaus, der später an die Berliner Universität berufen wurde und bis zu seinem frühen Tode an der Akademie der Wissenschaften arbeitete, der Politökonomen Bruno Warnke, später ebenfalls an der Akademie im Institut für Wirtschaftswissenschaften in Berlin tätig, und Clemens Hochkeppler, der der Gründungsrektor der Hochschule für Binnenhandel in Leipzig wurde. Wolfgang hörte zudem, sein Interesse an Architektur und Kunst war mit dem Wechsel nicht erloschen, Vorlesungen zur Kunstgeschichte u. a. über die Architektur des Barock, und nahm auch an Lehrveranstaltungen von Nachwuchswissenschaftlern teil, die später Professuren besetzten und in der Wissenschaft zu DDR-Zeit mehr oder weniger hervortraten, damals aber noch – wie er selbst wenig später – mit ersten Lehraufträgen ausgestattet, sich ihre ersten Sporen in Vorlesungen und Seminaren erwarben. Zu letzteren gehörten Herbert Joachimi, später lange Jahre und bis zu seiner Emeritierung an der Universität Greifswald, Karl-Heinz Leidigkeit, später an der Martin-Luther-Universität in Halle, und Lothar Berthold, der als Historiker Leitungsfunktionen am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, am Institut für Deutsche Geschichte an der Akademie der Wissenschaften und zuletzt im Akademie-Verlag innehatte.

Da über unser Verhältnis und das anderer politisch gleichgesonnener Studenten zu unseren – wie wir damals im Blick auf ihre Herkunft wie ihren geistigen Standort sagten – „bürgerlichen“ Lehrern in jüngster Zeit Urteile abgegeben wurden, die uns zu von Fanatismus geleiteten kommunistischen Quälgeistern dieser Wissenschaftler stilisieren, müssen wohl ein paar Worte über diese Beziehungen gesagt werden, Beziehungen von jungen sozialistischen Studenten zu Historikern, die nach ihrer sozialen Herkunft, ihrem Bildungsweg, ihrer weltanschaulichen, darunter auch ihrer religiösen Orientierung sich von uns, und wir von ihnen, weit unterschieden. Zwischen uns lagen Lebens- und mithin Erfahrungs- und – nahezu überflüssig das zu erwähnen – auch Wissenswelten. Es existieren Dokumente, die davon zeugen, dass sich mancher von uns – hier spreche ich aber in erster Linie von mir – in Debatten, vor allem in der vielzitierten Auseinandersetzung um Heinrich von Treitschke, Griewank mit der Anmaßung und in der Unbeirrbarkeit der Neubekehrten entgegenstellten, als Verfechter der einzig richtigen Geschichtsauffassung. Das damals Gesagte und Umstrittene ist überliefert und sachlicher Abwägung fähig. Wer, statt gängigen Klischees zu folgen, die Substanz der Auseinandersetzungen bloßzulegen versteht, wird erkennen können, dass es um Meinungsverschiedenheiten über die Triebkräfte geschichtlichen Geschehens ging, die unterschiedlich bewertet wurden. Es war uns nicht, um das Wesentliche zu sagen, um die Verfolgung von Wissenschaftlern, nicht um ihre Herabsetzung oder ihre Vertreibung von ihrem Arbeitsplatz zu tun. Wir suchten ein intellektuelles Kräfte-

---

15 Schumann hatte während des Krieges seine Schulausbildung mit einem Notabitur abgeschlossen, erwarb an der Bauhochschule in Weimar nach dem Besuch eines Schnellkurses für junge Leute, die ähnlich vorgebildet waren wie er, am 5. August 1948 das Reifezeugnis, das ihn zur Aufnahme des Studiums berechtigte. Als Tag der Beendigung seines Studiums in Jena (Exmatrikulation) ist der 19. Oktober 1953 angegeben.

16 Frau Professor Höß ist die einzige der noch lebenden einstigen Angehörigen des seinerzeitigen Historischen Seminars an der Jenaer Universität, dessen Direktorat sich Griewank und Schneider ebenso teilten wie das Direktorenzimmer, den gemeinsamen Arbeitsraum im nur wenige Räume und den vor allem die Bibliothek umfassenden Trakt im Ostflügel des Hauptgebäudes. Als die Stadt Bützow im Jahre 2000 ein wissenschaftliches Kolloquium aus Anlass des 100. Geburtstages von Karl Griewank veranstaltete, war mit einer Anzahl von dessen Schülern auch Fr. Höß beteiligt.

messen am konkreten Gegenstand, und das besaß freilich einen politischen Hintergrund. Wir, Angehörige einer studierenden Minderheit, waren der Meinung, Geschichtswissenschaft müsse dem Aufbau einer neuen Gesellschaft nutzen und also wären die geistigen Hindernisse zu beseitigen, die dem im Wege stünden. Uns war es um Ansichten und Haltungen zu tun und übrigens, was neuerdings erst eine Rolle in der Geschichtswissenschaft zu spielen begann, nicht um die Biographien unserer Lehrer in den Jahren vor dem 8. Mai 1945. Wir hatten keinen Grund, sie für Eben-noch-Faschisten zu halten. Was über die Biographie Karl Griewanks in den Jahren der Nazidiktatur erforscht worden ist und demnächst in einer Dissertationsschrift zu lesen sein wird, die ein Wissenschaftler in Jena bereits weit vorangebracht hat, bestätigt, dass die Haltungen unserer damaligen Lehrer vor dem Mai 1945 weder moralisch begründete Anklagen noch auch nur unsere innere Distanz ihnen gegenüber gerechtfertigt haben würden.

Wovon die wenigen Dokumente zugespitzter Konfliktsituationen nicht sprechen und wovon manche, die sonst die Methoden der oral history für unverzichtbar halten, nicht Kenntnis nehmen wollen, das ist die Achtung, die wir Friedrich Schneider und Karl Griewank im Leben entgegenbrachten und ihnen über ihren Tod hinaus bewahrten. Es war uns selbstverständlich, dass wir uns einfanden, als der eine in Jena, der andere in Greiz zu Grabe getragen wurde. Diese Achtung im Verhältnis der Studenten zu ihren Hochschullehrern drückte sich, ich bekenne, in diesem Punkte einen altmodischen Maßstab anzulegen, aber vor allem darin aus, dass wir das Arbeitspensum, das uns von ihnen aufgegeben wurde, zu bewältigen trachteten. Mit anderen hat sich Wolfgang Schumann vor Seminarsitzungen im Historischen Institut zu einer Art studentischem Vorseminar zusammengefunden, das uns dazu diente, über Gelesenes zu reden und mitunter auch die Rollen, d. h. die Fragen zu verteilen, die wir in der „Hauptsitzung“ aufwarfen, beispielsweise, wenn es in einem einsemestrigen Seminar um die Testamente Friedrichs II. ging. Würde es von dieser Veranstaltung ein Protokoll geben, könnte es helfen, den geistigen Flachgang zu vertiefen, der sich momentan schon am Beginn des Preußenjahres erkennen lässt. Auf diese Weise kamen Marx, Engels, Mehring, Bebel in die damals nicht so große Runde der Seminarteilnehmer, die bequem am Tisch im Hauptraum der Bibliothek Platz fand. Auf die geschilderte Weise würde zusätzlich erreicht, dass diese Sitzungen nie quälend langweilig und davor geschützt wurden, den Professoren ungewollt Monologe abzuzwingen. Dieses Arbeitsverhältnis, das über Meinungsverschiedenheiten hinweg Bindungen schuf, ist in anderer Weise eindrucksvoll überliefert durch Niederschriften Griewanks, die sich in unseren Prüfungsakten finden. Sie bezeugen seine außerordentliche Sorgfalt und Sachstrenge, Toleranz und Objektivität in der Beurteilung studentischer Leistungen, er fällte seine Urteile gleichsam ohne Ansehen der Parteifunktion und ohne einen Anflug von Nachträglichkeit. Solche Haltung war in der Hochschullehrerschaft der Universität damals nicht durchgängig anzutreffen.

Meine Bemerkungen über die Jenaer Etappe Wolfgang Schumanns, können nicht gut enden, ohne dass ein paar Worte über den anderen, zeitlich viel zu knapp bemessenen Teil unseres Studentendaseins gesagt werden. So dürften das vor allem unsere Kinder sehen. Denn wir hatten – das galt für nicht wenige unserer Kommilitonen der Fachrichtung – als Studenten schon Familien gegründet. Unserer beider Ehefrauen arbeiteten zeitweilig an der gleichen allgemeinbildenden Jenaer Nordschule. Die Schumann-Jungen besuchten den gleichen Kindergarten am Kieshügel wie die Pätzold-Mädchen, was sich für die gemeinsame Bewältigung des Alltags wiederholt als praktisch erwies. Mit und von Wolfgang Schumann ließ sich nicht nur als Geschichtsstudent und später als Historiker lernen. Beobachten, und ich stehe nicht an zu sagen, bewundern ließ sich an ihm bei aller Arbeitsbelastung eine Geduld im Umgang mit Kindern und seine Fähigkeit, sie wenn notwendig, zu trösten, aber sie auch zu Abenteuern mitzureißen wie auf einer Schlittenfahrt in den Eckerlöchern im Harz, bevor diese für Jahrzehnte als Grenzgebiet unbetretbar waren. An deren Ende hatte er – damals körperlich etwas gewichtig geworden – die Kinderschar in einer Schneewehe unter sich begraben.

Und da ich auf die 1949 entstandene, anfangs noch durchlässige Staatsgrenze zu sprechen komme ist ein Ereignis erwähnt, das ruft dem Beginn unserer Geschichtsstudien zusammenfiel und uns mitprägte: Wolfgang Schumann, 1925 geboren, war bei Beginn des Krieges 14 Jahre alt. Er gehörte noch der Kriegsgeneration an. Diese Erfahrung hat seine politische Haltung und seine praktische Arbeit

nachhaltig und d. h. hier lebenslang beeinflusst. Er wollte keinen Krieg mehr erleben und er wünschte zu verhindern, dass das seinen Kindern geschah. Hier lag ein aus seiner Biographie herrührender Antrieb, der ihn die Verbindungen auch auf eigene Weise ausgestalten ließ, die er im Verlauf seiner Arbeit und durch seine Funktionen zu Historikern anderer Länder gewann. Er wollte wissen, kam er in Länder, die unter der deutschen Okkupation besonders gelitten hatten, wie die Menschen jetzt dort lebten und es stimmte ihn herab und traurig, wenn er – wie am Abend nach einem Kolloquiumstag in Kiew im Jahre 1978 – beim besuchsweisen Betreten eines Geschäftes eine Vorstellung davon gewann, wie schlecht sie lebten. Er war der festen Überzeugung, dass die Generation der Deutschen, der er angehörte, gegenüber den Angehörigen anderer Nationen etwas gutzumachen hatte. Geschichtsschreibung war ihm auch ein Instrument der Völkerverständigung. Davon zeugte schon seine Dissertationsschrift von 1958 im Ganzen wie ausdrücklich mit ihrem abschließenden Satz, der ein deutliches Ja zur Oder-Neiße-Grenze aussprach. Sie war acht Jahre zuvor im Görlitzer Abkommen zwischen den Regierungen in Berlin (Ost) und Warschau als dauernde deutsch-polnische Grenze vertraglich vereinbart worden, – eine Regelung, deren Bekräftigung vier Jahrzehnte später so etwas wie ein auf internationaler Ebene zu erwerbendes Freifahrtbillett war, ohne dass der Weg zum 3. Oktober 1990 nicht zurückzulegen gewesen wäre.

Wolfgang Schumann gewann und pflegte, seit das möglich wurde, insbesondere fachliche und persönliche Beziehungen auch zu Experten im anderen deutschen Staat. Was er tun konnte, in seinem Lebensbezirk den Weg vom Kalten Krieg zur Koexistenz zu suchen und zu ebnen, hat er getan. Denkwürdig bleibt die Konferenz, die 1975 unter internationaler Beteiligung in Weimar stattfand. Weltanschauliche Gegensätze einzunebeln, lag ihm ebenso wenig wie eine Haltung, die sich zusätzlich Feinde macht oder einredet. Es gab deren ohnehin genug. Wolfgang Schumann erlebte das Ende der DDR, als er schon vom Tode gezeichnet war. Die Chance eines Rückblicks auf sein Wirken aus gänzlich Veränderter Situation besaß er nicht mehr.

Was Wolfgang Schumann und seine Kollegen zur deutschen Geschichte der Mte von Faschismus und Krieg hinterlassen haben, unterliegt wie jedes Erbe in der Wissenschaft der Kritik und wird aufgehoben oder auch beiseitegeschoben durch den Fortschritt der Forschungen. Die Zeit, da solche Kritik frei von politischen Interessen vorgenommen wird, ist noch nicht gekommen. Zudem: Unser Wissen über den Zweiten Weltkrieg und Deutschland und die Deutschen hat sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten geradezu explosionsartig vermehrt. Den Gegenstand erforscht heute die zweite, alsbald die dritte Nachkriegsgeneration. Immer wieder werden Scheinwerfer neu aufgestellt und leuchten Felder grell aus, wodurch, was deren Betätiger mitunter unbeachtet lassen, manches ungerechtfertigt in Schattenbereiche gerät.

Ob und wann eine erneute Zusammenführung der aus vielen Ansätzen gewonnenen Erkenntnisse über die Jahre von 1939 bis 1945 auch aus historisch-materialistischer Sicht erfolgen kann und wird, ist nicht zu prophezeien. Ein solcher Schritt besitzt viele Voraussetzungen. Eine davon kann durch die selbstkritische Bewertung des Vorliegenden geschaffen werden. Derzeit werden die hemmenden äußeren Einflüsse, die auf Niveau und Produktivität der Geschichtswissenschaft in der DDR-Zeit mindernd wirkten, stark belichtet[17], h fördernde hingegen mitunter ausgeblendet. Schumann hat mit beiden gelebt. Wichtiger noch erscheint es mir die Aufgabe zu lösen, die der DDR-Geschichtswissenschaft immanenten Erkenntnisgrenzen auf ihre Ursachen hin zu untersuchen, beschrittene und keineswegs immer fremdbestimmte, sondern doch auch selbstgewählte Irrwege auf ihre Ausgangspunkte hin zu befragen. Verglichen mit den Traditionen anderer wissenschaftlicher Strömungen der Historiographie, aber ebenso gemessen an den Vorstellungen der Begründer der historisch-materialistischen Richtung der Geschichtsforschung, waren und blieben wir Anfänger. Wolfgang Schumann

---

17 Das ist noch immer jene Sichtweise, die von der Mehrheit der Bundestages im Jahre 1998 mit ihrer Zustimmung zum Schlussbericht der Enquête-Kommission Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit, eingenommen wurde und von der im Sondervotum der PDS gesagt wird, sie konzentriere sich auf die „ideologische Beeinflussung und Kontrolle von Wissenschaft und Bildung durch die SED“ und bewege sich in ihrer Einseitigkeit fern von einer unvoreingenommenen Sicht auf deren wirkliche Entwicklung und Hinterlassenschaft. Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11000, 10. Juni 1998, S. 148.

hat sich als ein solcher Beginner verstanden. Eine Gelehrtenpose einzunehmen war er einfach unfähig. Es wäre ihm nicht eingefallen – wie derzeit in Mode – eines seiner großen Unternehmen vom Verlag mit einer Banderole und der Aufschrift „das Meisterwerk“ versehen zu lassen. Diese Ortsbestimmung seines und unseres Wirkens und Platzes in der Geschichte der Geschichtsschreibung kann helfen, die Tragfähigkeit von Fundamenten immer wieder zu prüfen und sie, wenn wir das denn können, entweder abzureißen oder zu befestigen.

Geschichtsschreibung in der DDR zum Zweiten Weltkrieg. Biographische und historische Beobachtungen. Beiträge zur Veranstaltung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. (jetzt: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.) und der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. am 24. Januar 2001 in Berlin zur Erinnerung an Wolfgang Schumann aus Anlass seines 10. Todestages am 10. März 2001. Protokolle, Jena 2001, S. 19-32.

Bequemes Schuhwerk für Nazis

Ein Forum für antifaschistische Aktionen muss her, Ideen gibt es genug

Die Aufmerksamkeit für nazistische und andere rechtsextremistische Umtriebe in Deutschland hat sich in vielen Zeitungsredaktionen der Bundesrepublik rasch und merklich abgekühlt. Manche berichten inzwischen auch vorzugsweise von durch einen feigen Mord konsternierten Norwegern und über rassistische Fußballfans in Italien, die kauffreudigen Managern die Hände binden. Wird über die Geschehnisse im Inland überhaupt informiert, geschieht das meist in ermüdender Gleichförmigkeit und Einseitigkeit. Zu erfahren ist, dass die Bestiefelten wiederum eine ihrer Demonstrationen angemeldet haben, darauf dagegen protestiert wurde, und die Entscheidung der zuständigen Verwaltungsrichter noch aussteht. Wenn diese die Marschierer dann doch auftreten lassen, wird der Ablauf des Zuges geschildert, von der Aktion der Antifaschisten und dem Verhalten der Polizei berichtet. Mitunter kann noch gelesen werden, was der Einsatz der Staatsschützer die Steuerzahler in etwa gekostet hat.

Diese Art von Berichterstattung erzeugt längst einen Ermüdungs- und womöglich einen Gleichgültigkeitseffekt. Es genügt, die Überschriften zur Kenntnis zu nehmen und „man“ weiß Bescheid. Und obendrein können jene, deren Entschlüsse, Anträge und provokatorische Initiativen den Ausgangspunkt der Informationskette bilden, damit zufrieden sein, dass ihnen so viel Aufmerksamkeit zuteilwird.

Nicht, dass totgeschwiegen werden sollte, was in den Städten dieser Republik nahezu an jedem Wochenende geschieht. Aber sein Bewenden dürfte es damit nicht haben. Woran es gegenüber diesem Überangebot mangelt, ist die Verbreitung von Nachrichten über die vielen Unternehmungen antinazistischer Kräfte, denen nicht selten Ideen zugrunde liegen, die weitere Erprobung und vielfache Nachfolge verdienen. Wer auch nur ein wenig im Lande herum kommt, stößt wieder und wieder auf Junge und Alte, die von sich und ihren Mitstreitern Originelles mitzuteilen haben.

In Weimar beispielsweise bereitete sich ein Bündnis gegen rechts auf einen angekündigten Aufmarsch der Rechtsextremisten unter anderem dadurch vor, dass die Springerbestiefelten schon am Bahnhof höhnend mit einer Pyramide von ausgelatschten Hausschuhen empfangen werden sollten – eine Idee, für die es Spender die Menge zu geben versprach und unter diesen Leuten, die sich sonst um derlei Geschehen auf den Straßen kaum gekümmert haben würden. Sodann wurde vorgeschlagen, in den Straßen, welche die Nazis zu passieren gedachten, Radioapparate in die Fenster zu stellen und das Programm des lokalen Senders zu übertragen. Dessen Redakteure hatten für die in Rede stehende Zeit Sambamusik ins Programm aufgenommen, um die Glatzköpfe ein wenig außer Tritt zu bringen. Das Exemplum musste dann nicht gemacht werden, denn der Marsch wurde untersagt. Aber auch ohne dies hatten die Vorbereitungen eine mobilisierende Wirkung besessen und dem gefundenen Bündnis über Unterschriften und Absichtserklärungen hinaus Leben verliehen.

Im bayerischen Hof erzählte eine junge Frau, die Lehrlingen auf dem Wege zu ihren Abschlussprüfungen hilft. ihre mangelhafte allgemeine Bildung zu verbessern, von den Vorurteilen gegenüber Fremden, denen sie dabei begegnet. In einem Asylbewerberheim fand sie eine Familie, die bereit war, sich mit Deutschen über ihre Geschichte und die Gründe ihres Kommens zu unterhalten. Fünf der Auszubildenden fanden sich schließlich zu einem solchen Besuch zusammen, nach dem sie über sich und die Fremden doch ins Nachdenken geraten konnten.

In Halle, davon war in einem Zeitungsbericht des *Neuen Deutschland* zu lesen, hat ein aus dem Senegal stammender Mitarbeiter des Eine-Welt-Haus in Schulen die Asylsuche auf eine plastische Weise erklärt. Er stellte Kindern das Bild der Zugvögel vor, die Deutschland verlassen, wenn es hierzulande unwirtlich und für sie gefährlich wird, und die wieder zurückkehren, wenn sie ihnen zuträgliche Verhältnisse erwarten könnten. So ähnlich sei es auch mit den Menschen aus seinem Kontinent, die – auf gleichsam umgekehrtem Wege – im Norden Zuflucht suchen würden, bis sich die Zustände in ihren Ländern derart verändert hätten, dass sie nicht um ihr Leben fürchten müssten. Zugleich teilte Karamba Diaby mit, dass es wenig Sinn habe, mit seinem Anliegen in eine Schulklasse zu gehen, in der rechtsextreme Meinungen bereits dominieren würden und deren Verfechter das Sagen hätten.

Der Bericht wie die Ansicht über die begrenzte Perspektive solcher Schulgespräche verweist auf ein grundlegenderes Problem: Von welchem Alter an sind Kinder, die zunächst Fremden, namentlich solchen von anderer Hautfarbe oder sonst ungewöhnlichem Aussehen, zuerst neugierig, ja nicht selten freundlich begegnen mögen, für Vorurteile aufnahmefähig und was kann rechtzeitig geschehen, sie davor zu schützen. Das bewegte in einer Veranstaltung in Berlin-Hellersdorf auch den in Tansania geborenen Abdu Mtullya, der vor Jahrzehnten in die DDR kam, und nicht nur ohne auf Ablehnung zu stoßen, sondern inzwischen stadtteilbekannt mit Erfolg Schülerinnen und Schüler betreut, wiewohl sich unter ihnen auch solche aus Familien befinden, deren Eltern rechtsextremen Devisen zuneigen.

Ist es nicht längst an der Zeit, den Erfahrungen, die aus der vielerorts geleisteten ideenreichen praktischen Arbeit gegen den um sich greifenden Rechtsextremen tagtäglich gewonnen werden, in den Spalten der Zeitungen einen vorderen Platz einzuräumen, was nicht bedeutet, auf Berichten über Aufmärsche, Untaten, Gerichtsurteile und den Kampf um die Straße zu verzichten, aber doch die Relationen zu verändern? Viel zu wenig geschieht auch, um in einen Austausch über das Wirken der Bündnisse gegen rechts einzutreten. Manche von ihnen sind, nachdem die lokalen Honoratioren der Parteien, die Pfarrer der beiden christlichen Kirchen, der Gymnasialdirektor und der Polizeichef ihre Unterschriften leisteten und die bekennenden Texte an Bekanntmachungstafeln in profanen und kirchlichen Räumen ausgehängt wurden, sanft entschlafen. Und in den Reihen derer, die sich Initiativen versprachen, haben sich Enttäuschung, Skepsis, mitunter auch Resignation verbreitet.

Dabei gäbe die erst ein Jahrzehnt zurückliegende Praxis mancher Runden Tische vielerlei Anregungen, wirklich etwas zu tun, sich dann der Erfolge zu vergewissern oder auch die Ursachen von Misserfolgen zu ergründen. Könnten die Pastoren nicht berichten, was in den Jugendstunden der Kirche erreicht wurde, der Schuldirektor, worüber in den Schulklassen gesprochen worden ist, der Bürgermeister, wie es um die Programme von Freizeitstätten für junge Leute steht und wie diese besucht werden, und der Stadtkämmerer, für welche Projekte mit welchem Effekt Gelder aus der Kasse aufgewendet wurden? Könnten die Aktivsten in diesen Bündnissen nicht ein wenig darüber wachen, was aus Versprechungen und Vorsätzen geworden ist?

Und sollte nicht in dieser Zeitung eine Tauschzentrale für gute und schlechte Erfahrungen eröffnet werden, durch die viele sich angeregt oder auch ermutigt fühlen, sich mitzuteilen, gerade auch diejenigen, die aus falscher Bescheidenheit bisher für sich behielten, was sie auf einem Wege geleistet haben, der lang ist. Der Kampf um die Straße und der Kampf um die Köpfe sollten den Platz besetzen, der ihnen jeweils zukommt.

junge Welt, Dienstag, 13.03.2001.

Alte Bekannte

VS-Präsident spricht von der Übersichtlichkeit der NPD und der Hakenkreuzblindheit „ungeschulter“ Polizisten

Nein, in ein Kreuzverhör geriet der Präsident des Bundesverfassungsschutzes nicht, nachdem er seinen Vortrag im Jüdischen Kulturverein beendet hatte. Die Zuhörerfragen blieben freundlich und eng beim Thema, wie es Heinz Fromm angegangen war: Das Amt, sein Platz und seine Rolle bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Lebendig wurde es erst, und auch da nur ein wenig, wo die Fragen jenseits dieses abgezirkelten Zuständigkeitsbereiches in Rede kamen. Was denke er über das beabsichtigte Verbot der NPD? Das sei notwendig, denn die Partei habe sich gewandelt (was en passant eine post festum Rechtfertigung dafür gab, sie bislang gewähren zu lassen). Auch der Zeitpunkt für den Verbotsantrag sei gut gewählt, denn würde die NPD erst in Parlamenten sitzen, entstünde der Eindruck, sie werde für illegal erklärt, um eine lästige Konkurrenz loszuwerden. Aber das Verbot sei nur eine Maßnahme, als solche und auch als ein Zeichen indessen in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen.

Und was sehe er kommen, wenn es beschlossen würde? Dann sei zu erwarten, dass ein kleiner Teil der NPD-Mitglieder die Politik fahren lasse, der größere aber würde sich in die unstrukturierten, lose verbundenen „nationalen“ Kameradschaften zurückziehen und dort weitermachen.

Gewiss, das brächte neue Probleme für sein Amt, das sein Personal reduziert habe und weiter verkleinern werde. Die NPD kenne man schließlich seit 35 Jahren und ihre Kader und Praktiken seien bekannt und übersichtlich. Doch all das stehe nicht gegen ein Verbot. Doch wenn der Antrag bei den Richtern nicht durchkäme? Dann sei jedenfalls nicht zu gewärtigen, dass die NPD als Sieger vom Platze gehe, denn für verfassungsfeindlich erklärt würde sie mit Gründen. Es könne also lediglich passieren, dass dieses Parteiunternehmen legal bleibe, weil es für so marginal und geringfügig gehalten werde, dass ein Verbot sich aus Richtersicht gleichsam nicht lohne.

Ein Prophet sei er nicht. Auch nicht im Hinblick auf die Frage, die nun wirklich eine Initiative seines Amtes betreffe: die Absicht, einige Führer der Neonazis aus der „Szene“ herauszuholen und so deren Reihen zu verunsichern und zu schwächen. Das stelle ein Experiment dar, der Ausgang wäre offen, nicht sicher sei, ob es auch nur in einem einzigen Fall dazu kommen werde, dass sich jemand laut oder still von seinen Kameraden verabschiede. Und die durch die Presse gehenden 100.000 DM, die im Einzelfall aufgewendet werden sollten, bedeuteten nicht, dass sie der gedachte Aussteiger etwa bar auf die Hand bekäme.

Apropos Zahlen. Er verstehe ja, dass die Zahlen über die Gewalt- und andere Straftaten namentlich was deren Verteilung auf die alten und die neuen Bundesländer anlange, den Ostdeutschen nicht gefallen könnten. Und hätte nicht das Bundeskriminalamt im Oktober 2.000 bei seiner Jahrestagung in Wiesbaden eine de-facto-Bankrotterklärung abgegeben, was sein Zahlenwerk angehe? Ja, da gäbe es eine Fehlerquote. Die rühre vor allem, und da stieg Fromm ein einziges Mal in Niederungen der Plattheit hinab, aus dem Unvermögen von Polizisten auf der untersten Stufe her, die noch geschult werden müssten, damit sie die Meldungen richtig zuordnen könnten, die ihnen zukämen. Der eine würde das Hakenkreuz auf dem Schulklo als das Zeigen eines verfassungswidrigen Zeichens bewerten und festhalten, ein anderer als Quatsch ansehen und unvermerkt lassen. Doch da die Fehlerquelle seit Jahren existiere und sich in den Zahlen niederschlagen, würden die Trends dadurch doch nicht in Frage gestellt. Zudem seien nun präzisere Richtlinien für die Erfassung der Straftaten auf den Weg gebracht. Die könnten allerdings zur unwillkommenen Folge haben, dass Ende 2001 Zahlen vorliegen, die mit den bisherigen nicht vergleichbar wären.

Was tun, was unterlassen? Die Fragen drängten sich immer wieder vor die nach dem nur allzu bekannten Was ist. Wären die Entfacher der Diskussion über die deutsche Leitkultur nicht Leute, die den Rechtsextremen Aufwind verschafften? Eine solche Diskussion müsse, antwortet Fromm, keiner Partei zu nahetretend, in einer Demokratie möglich sein, in der es für Rechte wie für Linke Betätigungsräume zu geben habe. Ja, und ob dadurch und durch die auch erwähnte Parole von den Stolz-

deutschen die äußerste Rechte Vorteile zöge, das müssten die Politiker befinden und berücksichtigen. Fehle es nicht an Freizeitstätten für junge Leute, und sollten für die nicht eher die Gelder aufgewendet werden, die in das Aussteigerprogramm gesteckt werden würden? Das dürfe nicht als Konkurrenz gesehen werden. Und wie sei das in den Schulen, die vielerorts zum Rekrutierungsfeld für die Neonazis geworden seien? Ja, die in manchen Ländern vorgesehene eine Stunde geschichtliche oder politische Unterrichtung, meinte auch Fromm, werde es wohl nicht richten. Was aber dann?

Da war sie wieder, die gedankliche Eingangspforte, die zu den Fragen an den Gesamtzustand der Gesellschaft führt. Denn wo Lehrerkollegien geschlossen und für jeden Schüler erkennbar und spürbar Partei gegen rechtsextreme und eng verwandte Gesinnungen nehmen, klären sich die Kräfteverhältnisse rasch. Warum ist davon wenig zu hören? Wo und wie oft sehe es ähnlich aus wie in jener Schule in Zehlendorf, da ein einwandfrei als ideologischer Rechtsextremist erkannter Lehrer von seinem Rektor geschützt werde? Da kamen die fehlenden Großstücke des Mosaiks in Sicht, wenn auch nicht mehr in Rede. Bei aller Ursachenforschung, die auch nicht Sache seines Amtes sei, deren Ergebnisse jedoch von ihm und seinen Mitarbeitern zur Kenntnis genommen würden, tappe man doch noch im Dunkeln, wenn es um die vollständige Beantwortung der Frage gehe, was Ideen, die aus dem „historischen Nationalsozialismus“ herrührten, unter jungen Leuten so attraktiv mache.

Wenn diese Anziehungskraft als ein Krisenzeichen der Gesellschaft gesehen würde, ließen sich Aussagen über ihre Herkunft präzisieren. So lange diese Gesellschaft aber als kerngesund angesehen wird, versehen allenfalls mit einigem Ausschlag, wird weiter mit Salben hantiert werden. Die Republik und deren freiheitlich-demokratische Grundordnung sei nicht gefährdet, sagte auch Fromm. Doch ließ ihn ein gesunder Amtsinstinkt warnend hinzufügen, dass die Gefahr, der Terrorismus könne als politische Waffe von Neonazis und anderen Rechtsextremen nach Deutschland „zurückkehren“, nicht ausgeschlossen werden könne. Über den Nutzen von politisch gezielt eingesetzter Gewalt mache man sich in manchen Kreisen durchaus Gedanken, und die Anzahl der entdeckten und beschlagnahmten Waffen hätte zugenommen.

junge Welt, Mittwoch, 21.03.2001.

Von den Stolzdeutschen

Mordspatriotische Zusammenhänge: Wie unsere Mitbürger nach Europa einmarschieren.

Kaum, dass auf Seiten der Linken das Strohfeuer Deutschlandliebe niedergebrannt ist, lodert es von der äußersten Rechten bis in die Mitte der Gesellschaft hoch. Wieder schlagen deutsche Flammen empor, und – um einen aus der Mode gekommenen Liedtext zu bemühen – es wird geschworen beim „Flammenaltare, Deutsche zu sein“. Und solche von der stolzen Art dazu. Die Generalsekretäre an der Spitze der beiden christlichen Parteien haben ihre Schwurhände weit nach oben gereckt und wer sie, oder nur einen von ihnen, in die Nähe derer rückt, in die sie oder er doch in diesem Punkte zweifelsfrei gehören, der soll abgestraft werden, verurteilt zu einer erheblichen Geldstrafe, denn das ist schließlich der Verlust eines Ministeramtes.

Wer, sagen wir im Jahre 1942, sich auf die in mordspatriotischen Zusammenhängen gedichtete Verszeile besonnen und sie zustimmend zitiert haben würde, die Friedrich von Schlegel 1809 – als sich die Österreicher wieder und leichtfertig mit Napoleon anlegten und auf Austerlitz Wagram folgte – niederschrieb und die da lautete: „Die Treue ist das Mark der Ehre“, in wessen Gesellschaft wäre der wohl geraten? Richtig: In die des Heinrich Himmler und seines Schwarzen Korps, das eben dabei war, die Juden und die Sinti und Roma auszumorden. Wenn er da nicht hinwollte, musste er besser schweigen und seine Vorliebe für den Spruch des Programmatikers der Romantik ein Weilchen und nicht nur bis in die ersten Jahre nach dem 8. Mai 1945 zügeln.

Und heute? Wer 2001 ausruft, „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“, benutzt einen Kampfruf aus einer Gruppe, die nicht nur unter der Reichskriegsflagge auftritt, nicht allein die verschiedensten Zeichen der deutschen Faschisten mit sich und vor sich herträgt, sondern tritt, schlägt, auch tötet und mordet. Wenn er sich der nicht zugesellen will, ihm der verbale Schulterschluss peinlich ist, gelangt er unter Erklärungsdruck. Er muss auseinandersetzen, dass er das gleiche sage, es aber anders meine. Wie denn nun? Sein Stolz gründe sich auf Leistungen der Deutschen in Vergangenheit und Gegenwart, er gründe sich auf die Dichter und Denker, die Erfinder und Ärzte, die Naturwissenschaftler und Techniker. Nur gibt das ein Unterscheidungsmerkmal nicht her. Das versichern die Bekenner mit der Kriegsflagge nicht anders, mag ihnen auch nicht eine einzige Verszeile eines von einem Deutschen verfassten Liebesgedichts gegenwärtig sein. Mindestens kennen sie die V2 und vielleicht gar den Namen von deren Chefkonstrukteur.

Ja, und da sind dann nächst den Großen aus der Geschichte noch die Leistungen der Millionen, zumeist verengt auf jene der Westdeutschen, die Deutschland, nachdem die Reichskriegsflagge eingerollt werden musste, so rasch und glänzend wieder hochgebracht und es weit über Schwabens Grenzen hinaus zu einem europäischen Musterländle gemacht haben. Richtig, stimmen da auch die mit den SS-Runen zu und fügen an, das – und was wir sonst noch so vollbringen – wollen wir nun aber nicht in irgendeinem Europäisierungs- oder Globalisierungstopf unterrühren und verschwinden lassen. Stattdessen wollen wir lieber, wie schon der verflossene Bundeskanzler markig riet, mit „Weiter so, Deutschland“ unseren Weg gehen, ohne den Tross des faulen Restkontinents hinter uns her schleppen zu müssen.

Den Generalstolz einmal auf den Lippen, fällt Unterscheidung sichtlich schwer. Da kommt zur rechten Zeit der Vorschlag, diesen Stolz doch ein wenig zu differenzieren, ihn sprachlich anders zu fassen, ohne den wertvollen Gedanken – gleich wird von seinen Nutznießern die Rede sein – darüber ganz zu verlieren. Stolz könne man, fand vor einiger Zeit eine Geraer Gymnasiastin in einem Streitgespräch mit einem ihrer Mitschüler, doch nur auf das sein, was man selbst geleistet habe. So befand jüngst auch der Bundespräsident. Geleistet als Deutscher? Oder als Erdenbürger, einfach als Mensch? Also gleichsam als stolzer Mensch? Das sei auch wieder nicht gemeint? Da ist sie wieder, die unbehobene Schwierigkeit mit der Unterscheidung. Aus der auch der kompromisslerische Vorschlag nicht heraus hilft, das Stolzsein als ein Befinden im Werden zu sehen und es an Taten zu binden, welche die Deutschen erst zu verrichten im Begriff sind, wie die Integration von Millionen Ausländern.

Nein, den Patriotismus werde man sich, so nun der Beitrag des Bundeskanzlers zur Debatte, von den Glatzen nicht wegnehmen lassen. Wo wird der verteidigt? In Kosovo? Nicht direkt, denn was dort geschieht, wird als nordatlantische Gemeinschaftstat beansprucht. Patriotismus äußert sich vor allem im unverkennbaren, weil einzigartigen deutschen Verhältnis zur Leistung. Und das führt zur Antwort auf die Frage, wem diese Debatte darüber, ob, warum, wie und wieviel die Deutschen stolz sein dürfen, nun eigentlich und letztlich den Wind in die Segel bläst. Wie immer die Rechtfertigungsgründe für diesen Stolz der Deutschen definiert, formuliert oder variiert werden, sie koppeln zwei Begriffe aneinander: das Deutschsein und das – um es in der Sprache der Fußballreporter und -vereinsmanager, einer Sportart, die in dieser Sache ja mit Vorliebe bemüht wird, zu sagen – Leistungsträgersein. Und dies geschieht nicht nur im Rückblick, sondern mehr noch als Appell im Standortkampf, zu dem die Deutschen antreten sollen, als Aufforderung zum Schulterschluss von oben und unten, als Verlangen nach Hinnahme von Opfern, welche die Herrschenden bestimmen und fordern, damit wir alle weiter und ungetrübt stolz sein können. Deutschland voran, pardon: Deutschland zuerst.

Wer glaubt, es ginge hier nur ums gepflegte oder ums beleidigte Nationalgefühl, denkt kurz. Diese Debatte soll sich in Mark, nicht in Pfennigen bezahlt machen, und nicht auf Lohnstreifen, sondern auf Großkonten. Hier werden die Deutschen, die auf den deutschen Rhein, wenn er auch in der Schweiz entspringt und in den Niederlanden mündet, auf die deutschen Gebirge, mögen sie auch zur Hälfte in anderen Landen sich befinden, auf deutschen Wein, deutsche Flur, deutsche Frauen und deutsche Treue stolz sind, beim Schlafittchen genommen und in jene Tagesform gebracht, die ihrem Einmarsch in Europa angemessen ist. Es hatte schon seinen, wenn auch keinen guten Grund, dass vor einem reichlichen Jahrzehnt der Vorschlag abgelehnt worden ist, als Staatshymne einen Text zu wählen, der das Bekenntnis enthielt „und nicht über und nicht unter anderen Völkern wolln wir stehn“.

Den Stolzdeutschen ist mit Losungen wie „Nie wieder Deutschland“ und „Scheißdeutschland“ nicht beizukommen, die selbst von dem Willen zeugen oder jedenfalls nur bewirken, den bequemen Platz auf der Sektiererbank zu behaupten. Zu reden ist darüber, warum sich jenen, die sich uneingeschränkt zu menschlicher Solidarität bekennen und ihr voran helfen wollen, das Bild Deutschlands und der Deutschen anders darstellt, warum es sich weder mit Begriffen wie Liebe noch Stolz verbindet, warum sie ihr Verhältnis zu beidem anders sehen und ausdrücken. Das machen namentlich die Ausgegrenzten, die Obdachlosen, die Straßenkinder, die Verarmten, die Flüchtlinge in die Drogensucht, die sich zugrunde richten, und es machen nicht zuletzt dieser grassierende erneute Nationalismus und Rassismus und dessen politisch vielfarbige, nicht nur schwarz-braune Träger und Exekutoren.

junge Welt, Mittwoch, 28.03.2001.

Salbadern hilft nicht

Zufälliges Zusammentreffen in Sachen Rechtsextremismus

Die Begegnungsstätte PRO im Berliner Stadtbezirk Treptow ist ein rühriger Verein, der nicht nur an Nachmittagen und Abenden ein abwechslungsreiches und anspruchsvolles Programm von Vorträgen mit Diskussion veranstaltet, sondern derzeit auch Schulen in einem Projekt gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit einlädt, ihren Schülern Gelegenheit zu geben, mit Antifaschisten oder mit anderen Fachleuten über Vergangenheit und Gegenwart zu sprechen. Davon wird Gebrauch gemacht – wie jüngst von einer Schule aus dem Berliner Südosten, deren Name hier genannt werden müsste, weil sie zu den – noch – wenigen zählt, deren Leitung auf die Signale hört, die aus ihrer Schülerschaft zu vernehmen sind und von denen kommt ein Teil aus den Lagern der Rechtsextremisten und auch der Neonazis. Wenn er dennoch ungenannt bleibt, dann weil hier nur von einer dieser Begegnungen berichtet werden wird, die sich mit Gruppen aus anderen Schulen ebenso oder so ähnlich zugetragen haben könnte.

Und dann war da ein zufälliges Zusammentreffen. Am Tage, da eine Gruppe von 15 bis 16jährigen Schülerinnen und Schülern nach anfänglichem Schweigen das Angebot zu Rede und Gegenrede doch annahm, meldeten Zeitungen einen Auftritt des Bundespräsidenten in Heppenheim unter der Überschrift „Rau warnt vor falscher Ausländerfreundlichkeit“. Der Reihe nach. Das Verhältnis zu den in Deutschland dauernd lebenden Fremden, bildete den Mittelpunkt des Gesprächs im PRO und ganz im Gegensatz zum Namen der Einrichtung sprudelten da die Meinungen, deren Fazit nur ein Contra war; Diese Ausländer, die Türken zumal, aber nicht sie allein, sollten sich hierzulande endlich anpassen und anständig benehmen. Was stört? Dass sie unser Geld erhalten, die Deutschen für sich arbeiten lassen und sich darüber noch lustig machen, sich in der Öffentlichkeit – sei es in der S-Bahn, auf der Straße oder im Schwimmbad – herausfordernd benehmen, Mädchen auf den Hintern tatschen, Handys verkaufen wollen, mit „ihren goldenen Kettchen“ herumsitzen, mit ihren „fünf Kindern“ große Wohnungen beziehen, dicke Autos fahren, nicht Deutsch können. Einspruch aus der eigenen Runde? Als behauptet wird, wie „die“ nach Deutschland kommen, erhielten sie sofort Arbeit, wendet eine Schülerin ebenso leise wie wissend und bestimmt ein, das treffe doch nicht zu, es sei ihnen vielmehr verboten zu arbeiten. Darüber wird hinweggegangen und die Leporelloliste der Klagen vorgetragen.

Dann kommen die Gegenfragen: Wieviel Prozent der in Deutschland lebenden sind Ausländer? Das erste Angebot lautet auf 45 Prozent. Es wird sodann auf 20 und danach auf 10 herabgesetzt. Wer hat mit einem hier ständig lebenden Ausländer, etwa einem Gemüsehändler „an der Ecke“, je über dessen Arbeit und Probleme einmal gesprochen und womöglich die eigenen dagegengesetzt? Niemand. Stattdessen die ausgesprochenen oder erkennbaren Forderungen, wie „die“ sich hier zu benehmen hätten. Vor allem, wird deutlich, dürfte keiner von ihnen begütert oder gar reich werden – im Unterschied zu anderen, denen Wohlleben und Reichtum, das Wort fällt nicht, als „Rassegenossen“ offenbar zugestanden wird, gleichgültig, auf welche ausbeuterische Tour er erworben sein mag. „Die“ aber sollen sich hier benehmen wie sie sich uns gegenüber „zu Hause“ in den Ländern benehmen, die wir als Urlauber besuchen, wird gesagt. In diesem Punkte gibt es angenehmste Erfahrungen und Erinnerungen. Wohl tat es den jungen deutschen Urlaubern offenbar, dass die Einheimischen unauffällig, artig und zuvorkommend den Gästen die Betten gemacht und den Dreck aus den Zimmern geräumt haben.

So lässt es sich doch zusammenleben, meinen die Deutschen, die nicht zu sagen vergessen, dass sie natürlich stolz sind, Deutsche zu sein. Und warum: Weil sie hier geboren sind und sich hier wohlfühlen und sich wo anders trotz der Dienste der Einheimischen nicht so wohlfühlen, lautet die Begründung. Die Bemerkung, man könne sich in seiner eigenen Badewanne wohlfühlen, ohne auf sie stolz zu sein, schafft keine Verlegenheit. Und zu den Deutschen gehörten auch die Mörder der Fremden und der Obdachlosen und wie es da also mit diesem Bekenntnis stünde. Jedoch: Was an Argumenten ins eigene Bild nicht passt, wird überhört, führt nicht ins Nachdenkliche, erzeugt keine Gegenrede. Am Brett vor dem Kopf prallt ab, was den Nahkampf mit den eigenen Vorurteilen auslösen könnte. Hier herrscht auch stolz auf die Treue zu den eigenen unerschütterlichen Überzeugungen. Nur mit der deutschen

Offenheit ist es nicht so weit her. Die NPD-Forderung, die „Ausländer“ zurückzuschaffen, wird nicht ausgesprochen, aber beim Verlassen des Hauses an die Wand geklebt. So sahen Helden dieses Typs schon immer aus. Mit ihrem Stolz vertrug sich stets die „germanische“ List, die Hinterhältigkeit heißen würde, wenn sich Undeutsche der gleichen Methode bedienten.

Doch auch dies geschieht, als sich die Runde auflöst: Zwei Mädchen, gefragt, ob sie auch von Belästigungen berichten könnten, von denen hier die Rede war, verneinen. Sie würden, fügen sie hinzu, sich aber auch in der Öffentlichkeit anders geben und kämen vielleicht dadurch gar nicht zu derlei Erfahrungen. Während des Gesprächs blieb das ungesagt. Warum? Weil die einen vor der fremdenfeindlichen Verbohrtheit der anderen schon resigniert haben? Weil sie sich nicht dümmlich über den Mund fahren lassen wollen? Weil sie fürchten müssen, schlechte Schulzeiten zu haben?

So also geschehen am Tage, da der Bundespräsident vor falsch verstandener Ausländerfreundlichkeit warnte und auf Probleme hinwies, die er durch solcherlei Freundlichkeit offenbar entweder entstehen oder vermehrt glaubt. Als wäre es nicht die um sich greifende Fremdenfeindlichkeit, welche die Probleme machte, für die einen nur wegen des Ansehens im Ausland, für die anderen – damit zusammenhängend – für ihre Geschäfte, für die dritten aber, weil sie hierzulande nicht länger sehen und hören wollen, dass getreten, geschlagen, verletzt, hingemordet wird. Weder Ausländer noch Deutsche. Obendrein vermeint das Staatsoberhaupt, es handele sich um ein Problem des Zusammenlebens von Menschen verschiedenen Glaubens. Nein, erklärten die Treptower Schüler, gegen die Kopftücher hätten sie ja nichts, aber – siehe oben – die „goldenen Kettchen“. Von Religion keine Rede, denn der Informationsstand der jungen „Stolzdeutschen“ über Christentum und Islam dürfte sich etwa auf gleichem Niveau bewegen. Es interessiert sie weder dieser noch jenes.

Wie kommt der Bundespräsident, der Wunderheiler, auf die Idee, mit heilendem Finger gerade auf die falsche Ausländerfreundlichkeit zu weisen? Das macht sein Verkehr. Der scheint ihn nicht in jene Kreise zu führen, die sein Deutschlandbild nachhaltig korrigieren können. Gewiss, es gibt angenehmere Gegenden. Unlängst war, nein: weilte er in jener hochfeinen Internatsschule, in die seinen Nachwuchs schicken kann, wer pro Jahr 50.000 DM einzuzahlen vermag. Die Einweihung eines neuen Internatsgebäudes gab ihm hinreichend Grund für die Staatsreise. Ob ihm dort Lehrer ihre Sorgen vortrugen, wurde nicht berichtet. Mitunter ergeben sie sich daraus, dass Papa für private Anschaffungen außer der Reihe ein paar Tausend spendiert, was den Lerneifer nicht unbedingt steigert, denn sie wollen ausgegeben sein. Wer in diesen Kreisen mag sich schon nachsagen lassen, dass er die Konjunktur nicht vorangebracht hätte?

Gut, wenn der Bundespräsident schon nicht überall sein kann, hat er dann nicht in seiner Umgebung jemanden, der ihn ein wenig aufklärt. Zum Beispiel den Bundestagspräsidenten, der unlängst wegen seiner offenen Worte über den kippligen Osten ins Gerede kam. Dieser war unlängst in Sachen Rechtsextremismus auch unterwegs. Er hatte sich dafür ein Gymnasium in Zehlendorf empfehlen lassen. Dort versammelten sich, weil in derlei Häufung intim debattiert werden kann, etwa 200 Schüler in der Aula. Die hörten die staatsmännischen Ausführungen geduldig an und stellten, nach dem Urteil einer Journalistin sodann Fragen, die etwas bemüht wirkten und so klangen, „als seien sie im Unterricht vorbereitet worden“. Von derlei geistigem Kampfplatz zurückgekehrt, kann ein Präsident dem anderen freilich wenig Belehrendes sagen.

Wer also klärt das Staatsoberhaupt auf, damit er in der Wüste nicht vor der Überschwemmung, sondern vor dem Sandsturm warnt? Und pflichtgemäß dagegen Menschenleben erhaltende Vor sorge trifft. Denn darauf muss hingearbeitet werden. Zu erreichen ist viel, wie die Begegnungen mit zwei anderen Klassen der gleichen Schule und des gleichen Jahrgangs in Treptow erwiesen. Nicht in einem Anlauf, aber mit Geduld und mit Hartnäckigkeit. Und zwar im Streitgespräch über die wirklich existierenden Fragen, anstatt über die zum Wohlbefinden der Obrigkeit bestellten (derlei hat „der Osten“ hinter sich und will er nicht importiert bekommen). Und in der Auseinandersetzung über die ungelösten Probleme – nicht die der Schüler, sondern die in der Gesellschaft. Salbadern hilft nicht.

junge Welt, Sonnabend/Sonntag, 31.03./01.04.2001.

Wolfsburg. Die Stadt, die auf einen Namen wartete

Der Titel, mehr noch der Untertitel des dieser Tage vorgestellten Buches erregen Verdacht: Handelt es sich bei dieser Arbeit einer Kunstwissenschaftlerin und eines Juristen, die gleichsam in die Geschichte ein wenig „wildern“ gegangen wären, um eine weitere Publikation, deren Verfasser sich mit der Vergangenheit aus keinem anderen Grunde beschäftigen als dem, unstillbare Sensationsbedürfnisse jenes Lesepublikums zu befriedigen, das kein Interesse besitzt zu lernen, sondern einzig unterhalten werden will. Hitler ist für derlei Zweck in Deutschland allemal und noch immer gut. Indessen: Gefehlt.

Gewiss, das Autorenehepaar untersuchte eine Kleinfrage aus der Nazizeit: Warum erhielt die in nahezu aller deutschen Munde geratene, sich mit Illusionen hunderttausender Volksgenossen verbindende *Stadt des KdF-Wagens* einen und dann ihren heute weltweit bekannten Namen Wolfsburg erst Wochen, nachdem die Alliierten sie in ihren Besitz gebracht, Hitler und Goebbels sich getötet, Jodl und nach ihm Keitel Kapitulationsurkunden unterzeichnet hatten? Ihre Antwort lautet, weil „der Führer“ sich die Namensgebung für die Zeit nach dem Endsieg vorbehielt und keinem Drängen nachgab, die bürokratisch unbequeme Namenlosigkeit des Ortes früher zu beenden. Warum er so eigensinnig war, ist nicht aufklärbar. Wie er die Stadt dann aber benannt haben würde, meinen die Wohlfromms herausgefunden zu haben: So, wie sie heute heiße. Denn Hitler benutzte den Decknamen Wolf, nannte sich selbst in Briefunterschriften so, wurde im Kreis enger Vertrauter so angeredet, gab seinen Hunden diesen Namen, oberbefehligte aus der Wolfsschanze usw., so dass Wolfsburg eine Bezeichnung zu seinen Ehren gewesen wäre. Also verschafften die Stadtväter, die im Mai 1945 die Taufe vollzogen, Hitler den letzten Sieg? Der Einwand, die These vertrüge ein Fragezeichen, ist begründbar. Erstens hieß ein Schloss und nach ihm auch eine Haltestelle der Eisenbahn in jener Region, in der Werk und Stadt gebaut wurden, Wolfsburg. Zweitens existiert kein Dokument, in dem sich Hitler auf diese Bezeichnung festgelegt hätte.

Das hatte der Mann getan, der als Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und des Unternehmens Kraft durch Freude für den Bau der Industrieanlage und der ersten „nationalsozialistischen Stadt“ politisch zuständig war: Robert Ley, der später im Nürnberger Gefängnis wie Hitler in den Selbstmord floh. Sein Vorschlag könnte schlicht von der Bezeichnung des Schlosses herstammen. Er mag zugleich mit mehr als einen schielenden Blick auf die Vorliebe gewählt worden sein, die Hitler für den Namen Wolf besaß. Das bildet nun nicht mehr als ein Detail aus dem Leben einer Herrschaftsclique, das im Volke zudem unbekannt war und es zu einer Zeit, da Regierungsklatsch noch nicht eine so hochprozentige Droge wider das Nachdenken über die Gesellschaft war wie heute, wenig interessiert haben würde. Besonders aufregend ist dies alles nicht. Es kann rasch gelesen, auch überblättert werden. Mehr Interesse vermögen die dicht recherchierten Darlegungen zu beanspruchen, die sich mit Hitlers eigener Rolle in der Massenpropaganda und seinem Einfluss auf deren Regie (Kapitel *Benennungen und Umbenennungen* und *Benannt „nach dem Führer“*) befassen.

Unerwartete Aufregung hat das Buch jedoch schon nach der ungefähren Beschreibung seines Inhalts in einer Wolfsburger Zeitung hervorgerufen. Die VW-Chefetage vermutete in ihm nicht weniger als den Teil einer Kampagne, die das Ansehen des Konzerns in einem der Abnehmerländer ihrer Autoproduktion, den USA, schädigen solle. Potentielle Käufer, so die Befürchtung, könnten verzichten, erführen sie, ihr Fahrzeug käme aus der „Hitlerstadt“. Schade, der einschlägige Briefwechsel, der sich im Besitz des Verlages befindet, hätte im Anhang grotesken zusätzlichen Lesestoff gegeben.

Was die Autoren, wie sie während der Vorstellung ihrer Arbeit versicherten, wirklich wollen, ist auch, dass sich heutige Bewohner der Stadt auf andere Weise mit deren Geschichte befassen als es weithin geschieht. Zu der gehören Nachwirkungen des zwölfjährigen Reiches, die sich zeitweilig in einmalig hohen Wahlziffern zugunsten jener rechtsextremen Partei äußerten, die sich Deutsche Reichspartei nannte. Wichtiger noch, dass sich im Buche Anregendes über die Kulturgeschichte von Namensgebungen von Orten lesen lässt, die über das enge Thema hinausgreifen. So wenn vermerkt ist, wie ein Geviert im thüringischen Rudolfstadt zuerst Bahnhofsplatz, sodann Adolf-Hitler-Platz (1933), darauf wieder Bahnhofsplatz (1945), alsbald Platz der Opfer des Faschismus (1947), schließlich zum dritten

Mal Bahnhofsplatz (1990) und inzwischen wieder Platz der Opfer des Faschismus geheißen wurde. Oder wenn auf die Schwierigkeit hingewiesen wird, der Zurücktaufe der Stadt Kalinin in Twer die Neubenennung von Kaliningrad folgen zu lassen. Das mit sorgfältig recherchierten Fotos und Dokumenten ausgestattete Buch ist ein Beitrag zur Aufhellung indirekter Methoden, die Geschichtsbewusstsein erzeugen und es zugleich missleiten wollen.

Hans-Jörg und Gisela Wohlfromm, Deckname Wolf. Hitlers letzter Sieg, edition ost Berlin 2001, 414 S., DM 48,00.

Neues Deutschland, 2. April 2001.

Seltener Fund

Die in Hamburg erscheinende Zeitschrift *Mittelweg* veröffentlicht einen nicht alltäglichen Archivfund. In Moskau wurde eine Mitschrift jener geheim gehaltenen Rede gefunden, die Hitler am fünften Tage seiner Kanzlerschaft vor Generalen der Reichswehr und Admiralen der Reichsmarine hielt. In die sowjetische Hauptstadt gelangte dieses Papier – und das zieht die Aufmerksamkeit mehr auf sich als sein Inhalt – nur Tage, nachdem das Zusammentreffen stattgefunden hatte.

Sensationell hätte die Auffindung der Seiten genannt werden können, würde sich im Beutegut der Alliierten, das in bis heute zu bewunderndem Tempo 1945/1946 gesichtet worden ist, nicht bereits knappe Notizen eines Teilnehmers des Treffens befunden haben. Sie haben deren sonst vergessenen Verfasser, General Liebmann, in Geschichtsbücher in Ost wie in West gebracht, ließ sich doch, was er aufschrieb, weder bezweifeln noch ignorieren. Hitler hatte den Anwesenden gesagt, dass zu seinem Regierungsprogramm der Krieg gehöre und dass, während Regierung und Nazipartei dafür die innenpolitischen Voraussetzungen schaffen würden, die für seine Führung notwendig seien, die Generalität das Erforderliche auf ihrem Gebiet tun könne und müsse. Damit war bezeugt, niemand war früher und niemand aus gleichermaßen autoritativem Munde über den Kriegskurs des Regimes unterrichtet worden als die Militärspitze. Das hat Teilnehmer der Veranstaltung vom 3. Februar 1933 nicht gehindert, nach 1945 zu behaupten, sie hätten sich um Politik nicht gekümmert und ihre Arbeit einzig als Dienst am zu verteidigenden Vaterlande getan. Schwierigkeiten machte dem Chef der Marineleitung Erich Raeder das Liebmann-Papier doch, als er ausgefragt wurde und dann zu den lächerlichsten Ausflüchten griff. Er hätte das im Dienstzimmer des Chefs der Heeresleitung, wo ein Geburtstagsempfang stattfand, von Hitler Gesagte nicht für verbindlich angesehen, auch nicht so genau zugehört.

Schlüsselstellen des Textes aber waren Hitlers „Vorschlag“ eine „Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes“ anzustreben, die Armee zu befähigen, „aktive Außenpolitik zu führen“, damit diese Ausweitung „auch mit bewaffneter Hand erreicht werden“ könne. Im eroberten Land – „das Ziel würde wahrscheinlich der Osten sein“ – müsse man, um Platz für Deutsche zu schaffen „rücksichtslos einige Millionen Menschen ausweisen“. Auf dem Weg in den Krieg sei „der Marxismus“ auszurotten und „größte Beschleunigung“ nötig. Der knappere Text Liebmanns und die Mitschrift (die kein stenographisches Protokoll ist), hergestellt von Marie-Louise von Hammerstein, einer Tochter des gastgebenden Generals, stimmen in allen wesentlichen Punkten überein. Wie dieses Papier über den Kommunisten Leo Roth nach Moskau gelangte und wohin die verschlungenen und dramatischen Lebenswege der mit einander verbundenen Schreiberin und des Übermittlers führten, schildert lesenswert Reinhard Müller, der in Moskau fündig wurde.

junge Welt, Sonnabend, 21.04.2001.

Feind oder Verbündeter?

Zu einer weiteren Entgegnung auf Norman Finkelsteins Anklageschrift

Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Daran mag denken, wer nur die Titel der beiden Bücher gegeneinanderhält, von denen im Folgenden die Rede ist: *Finkelstein-Alibi* contra *Holocaust-Industrie*. Doch lässt sich weder der Inhalt des einen noch der des anderen auf die herausfordernden Wortsignale verkürzen. Die meisten Autoren der eben in Köln erschienenen Replik auf die Streitschrift des US-Amerikaners befassen sich mit dem Kapitel III von Normann Finkelsteins Arbeit, dem er die knallige Überschrift *Doppelt abkassiert* gab.

Rolf Surmann, der Herausgeber des Bandes führt in die *Problematik* ein und benennt eingangs die vier Anklagepunkte, die Finkelstein formulierte und verficht: Erstens habe die Jewish Claims Conference (JCC) frühere Entschädigungszahlungen den Anspruchsberechtigten vorenthalten, zweitens stelle sie heute erneut Forderungen, die nicht legitimiert werden könnten, drittens operiere sie zu Lasten anderer Verfolgtengruppen mit überhöhten Zahlen der noch lebenden Opfer und viertens wende sie erpresserische Methoden gegen deutsche Unternehmen an, um zu Geldern zu gelangen. Keine Frage, dass diese Vorwürfe den Deutschen ins Konzept passen, die sich den auch nur gestenhaften Zahlungen an den Rest der überlebenden Zwangsarbeiter entziehen wollen und ebenso den anderen, welche die nur zu berechtigte Forderungen für die Verbreitung von Antisemitismus benutzen.

Das führte wie erinnerlich zu einer Debatte darüber, ob die Übersetzung des Buches ins Deutsche nicht besser unterblieben wäre. Moshe Zuckermann schließt seinen Beitrag mit einem entschiedenen Plädoyer für die offene Auseinandersetzung über die umstrittenen Fragen. Genau hierfür sei es unumgänglich gewesen, den Text auf Deutsch zu publizieren. „Der von falscher Seite dabei zu erwartende Beifall muss in Kauf genommen werden.“ Dass dieser „noch immer (bzw. schon wieder) einen festen Bestandteil deutscher politischer Realität darstellt, ist freilich der eigentliche Grund zur Besorgnis.“ (S. 85)

Anklagen widerlegt

Da der Verweis auf solche Ausbeutung keine Widerlegung der von Finkelstein erhobenen Anklagen hergibt, hat der Herausgeber den wie gewohnt bissigen Beitrag Wolfgang Wippermanns *Ein „Spezialist für Israelfragen“,* seinen eigenen unter der Überschrift *Der jüdische Kronzeuge*, Lars Rensmanns Aufsatz über den Zusammenhang von *Entschädigungsdebatte, Erinnerungsabwehr und sekundärem Antisemitismus* sowie die Analyse des *Jargons der Tabubrecher* durch Andreas Speit an das Ende des Buches gestellt. Darin erst wird inspiziert, wie Redaktionen von der *Frankfurter Allgemeinen* über die *Berliner Zeitung* bis zur *Jungen Freiheit* sich über den Text des US-Amerikaners hermachten, wie er ausgebeutet wurde, um antisemitische Stereotype („jüdisches Recht“, „jüdische Rache“, „jüdische Geldgier“ usw.) wieder salonfähig zu machen, die deutschen Steuerzahler aufzuputschen, die deutsche Industrie als Opfer eines „Milliardenpokers“ und von „astronomischen“ Geldforderungen auszugeben und ihr eine Niederlage im Standortkampf zu bereiten. Wippermann nennt Finkelstein, dem er seine in einem „Machwerk“ geäußerte Parteinahme gegen Daniel J. Goldhagen nachträgt, mehrfach einen auch bei ihm in Anführungszeichen gesetzten „nützlichen Idioten“ für deutsche und andere Antisemiten. (S. 100) Ganz anders hingegen die Perspektive Micha Brumliks, dem Finkelsteins Anliegen, „das Martyrium der Opfer von Vernutzungen zu bewahren, aller Ehren wert“ ist. (S. 86)

Die Argumente gegen die vier Anklagen stehen am Anfang des Buches und werden in Beiträgen von Rolf Surmann, Ulrike Winkler und Dieter Vaupel vorgetragen. Sie widerlegen Finkelstein überzeugend. Sie schildern die Doppelgeschichte der Auseinandersetzungen, in die dessen Buch eingriff. Diese besteht zum einen aus dem (nicht nur) innerjüdischen Streit um die Frage, wer den Vertretungsanspruch für das öffentliche und private erbenlose Eigentum der ermordeten Juden rechtens erheben dürfe und gegen wen und wie er durchzusetzen sei. Zum anderen umfasst sie die jahrzehntelange und weitgehend erfolgreiche Abwehr der Forderungen, bei der die wechselnden Regierungen der Bundes-

republik deutsche Konzerne und weitere an der Ausbeutung jüdischer und anderer Zwangsarbeiter beteiligte Unternehmen ebenso lange kräftig unterstützten. Beide Spuren werden exakt verfolgt und da ergibt sich, dass von früheren, auch nur teilweisen Lohnzahlungen für erzwungene Arbeit keine Rede sein, also auch nicht von einem doppelten Abkassieren gesprochen werden kann. Lesenswert vor allem auch der Beitrag Vaupels, der die hartnäckige Verweigerung von Zahlungen durch Friedrich Flick, einen der Hauptverdiener, darstellt und sie bis zu der Entrichtung von 5 Mill. DM durch die Deutsche Bank verfolgt, die den Konzern übernommen hatte. Aus ihr können jene Winkelzüge hinhaltenden Vorgehens studiert werden, die bis in das Jahr 2001 angewendet werden. Zugleich wird deutlich, dass das Verfahren, schließlich die Zahlungsverweigerer unter öffentlichen politischen und moralischen Druck zu setzen und ihnen wirtschaftliche Nachteile anzudrohen, eine lange abgewogene, anfänglich verworfene Methode war und erst angewendet wurde, als andere Mittel sich erschöpft hatten.

So beweisen die drei Autoren, dass Finkelsteins Argumentation keinen wahren Kern enthält. Auch was im Einzelnen immer über die Verteilung der Gelder zu sagen sein mag, die von der Regierung der Bundesrepublik aufgrund geschlossener Abkommen gezahlt wurden, im Ganzen ist Finkelstein mit seiner These im Unrecht, es seien diese Mittel vertragswidrig für „Lieblingsprojekte“ der JCC aufgewendet worden. Verdienstvoll ist in diesem Zusammenhang der Wiederabdruck der Texte des Luxemburger Abkommens, des Abkommens zwischen der BRD und dem Staate Israel und des sog. Protokoll Nr. 2.

Betroffenheitsritual

Nun haben in den massenhaften Äußerungen zu Finkelsteins Pamphlet die Charakterisierung der US-amerikanischen und internationalen jüdischen Organisationen und die gegen deren Funktionäre erhobenen Beschuldigungen gewiss die Hauptrolle gespielt. Doch Finkelsteins Buch besitzt im direkten wie übertragenen Sinne einige andere Seiten. Dass von denen weitgehend geschwiegen wurde, darf jedenfalls nicht durchweg als zufällig angesehen. Auch der Herausgeber meint, dass diese Passagen der Beachtung nicht wert wären. Denn er leitet das Buch mit dem von mehrfacher Unkenntnis zeugenden Satz ein: „Norman Finkelsteins ‚Holocaust-Industrie‘ für sich genommen kann wohl ohne Verlust ignoriert werden.“ Da werden Beobachtungen und Urteile als unerheblich angesehen, die es nicht sind, unabhängig davon, ob Finkelstein sie als erster gemacht und formuliert oder sie auch nur wiederholt und den ihn bewegenden Fragen zugeordnet hat.

Doch es gibt keinen Grund sich durch dieses Verdikt vom Weiterlesen abschrecken zu lassen. Der Band enthält in den Beiträgen von Moshe Zuckermann und Micha Brumlik nachdenkliche und weiterführende Kommentare zu Ansichten Finkelsteins über das Thema, das heute gemeinhin „Umgang mit der Vergangenheit“ heißt und doch in vielen Fällen klarer als „Verfälschung der Vergangenheit zum Zwecke ihrer politischen Ausbeutung“ bezeichnet werden müsste.

Da ist erstens sein leidenschaftliches Plädoyer für eine wissenschaftliche Erforschung des Massenmordes an den europäischen Juden, die sich aller Methoden und Verfahren bedient, die im Verlaufe langer historiographischer, nicht nur diesem Gegenstand geltenden Anstrengungen gefunden und erfolgreich praktiziert worden sind. Dass Finkelstein in diesem Buch keinen eigenen Beitrag liefert, der auf dem bezeichneten Wege voranführen würde, macht die Forderung nicht hinfällig. Und ebenso wenig seinen Verweis auf die mancherorts offenbar wie eine Seuche um sich greifende Hinwendung – eine Art Abtauchen – in den Irrationalismus, die der Ausfertigung von Kapitulationserklärungen gegenüber der intellektuellen Herausforderung gleichkommt, die das Großverbrechen darstellt. Dazu schreibt Zuckermann, dass der Massenmord „etwas im *historischen* Kontext Geschehenes“ sei, „von Menschen Verübtes ist, dass es also um politische Prozesse, gesellschaftliche Strukturen, kulturelle Zusammenhänge und um Ideologien geht; dass es sich um industrialisierte, bürokratisch angeordnete, administrativ verwaltete Formen der Massenvernichtung von Menschen, also um eine auf modernen Institutionen basierende, gerade im sich der emanzipativen Aufklärung und zivilisatorischen Fortschritts rühmenden Kulturraum zugetragene Praxis der Barbarei handelt.“ (S. 80 f.)

Finkelstein würde dieser Sicht, wie nachzulesen, die Kategorie Interesse hinzufügen. Auch seine Polemik gegen die Methode der „Erinnerung“ besitzt Hand und Fuß und Berechtigung. Sie führte inzwischen zu einem sinnentleerten Gebrauch des Begriffs Erinnern. Denn wie „erinnern“ sich in den USA, in Israel oder in Deutschland eine Lehrerin, geboren im Jahre 1970, mit ihren Schülern, geboren im Jahre 1990, gemeinsam im Jahre 2000 des „Holocaust“? Aggressiv formuliert er: „Diese ‚Erinnerung‘, derzeit das Objekt der Begeisterung im Elfenbeinturm, ist sicherlich seit langem der armseligste Begriff, der von den akademischen Höhen herabgekommen ist.“ (F., 10/11)

„Einzigartigkeit“

Die von zu wenig Kenntnissen gestützte „Erinnerung“ wird zur Eingangspforte, nach deren Durchschreiten die Betroffenheitsrituale beginnen können. Finkelstein fordert hingegen den Weg durch das Tor zu nehmen, das zu Erkenntnissen führt und mithin zu Lehren für Gegenwart und Zukunft. Auch sein Urteil, wonach die Beschäftigung mit dem Massenmord an den Juden auf der einen Seite benutzt wird, um schlechten politischen Zwecken zu dienen, auf der anderen entpolitisiert – es ließe sich auch sagen: antipolitisiert – benutzt wird, hält kritischer Nachprüfung stand. Am Ende (der amerikanischen Ausgabe) steht der Satz: „Heute besteht die Herausforderung darin, die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wieder zu einem rationalen Forschungsgegenstand zu machen. Nur dann können wir wirklich etwas daraus lernen.“ (F., 153) Dass Wegbereiter der „Theologisierung des Holocaust“ sich diesem Verlangen nicht stellen, es am liebsten totschweigen, ist verstehbar.

Finkelstein – dies zweitens – diskutiert auch die These von der Einzigartigkeit des an den Juden von Deutschen und deren Kollaborateuren begangenen Verbrechens, die er ablehnt. Er verweist auf die Widersprüchlichkeit und Brüchigkeit der Argumente, mit denen die Verfechter dieses Geschichtsbildes operieren und, seiner Vorgehensweise treu bleibend, legt er den Finger auf den Nutzen, den dessen Verwendung eintragen kann. Er besteht darauf, dass das Geschehen, dessen Opfer wahrscheinlich mehr als 6 Millionen Juden wurden, auf jene Charakteristika hin weiter untersucht wird, die es mit anderen Untaten der Weltgeschichte verbinden, und ebenso auf diejenigen, die es von diesen unterscheidbar machen.

In diesem Zusammenhang tritt er entschieden für die in den Debatten herzustellende Gleichberechtigung der Vertreter unterschiedlicher Standpunkte ein und dagegen auf, dass Forscher, welche die Berechtigung der These von der Einzigartigkeit des „Holocaust“ bezweifeln oder sie ablehnen, ihren Äußerungen „tausendundeinen Vorbehalt voranschicken“ müssen, „um den Vorwurf gar nicht erst aufkommen zu lassen, sie würden ‚den Holocaust trivialisieren‘.“ (F., 55) Dass das „zionistisch vereinnahmte Postulat der Einzigartigkeit der Shoah“ (S. 80) für Diskussion und Widerspruch offen sein müsse, meint auch Zuckermann.

Ignoranz ist weiterhin gegenüber der von Finkelstein aufgezeigten Beziehung fehl am Platze, die zwischen der These von der Einzigartigkeit und der behaupteten Unerklärbarkeit des „Holocaust“ existiert, zumal sie sich doch gegenseitig stützen. Falsch hingegen ist die Annahme des Autors, dass Forscher, die das Verbrechen als einzigartig ansehen, nichts zu dessen Aufhellung geleistet hätten oder das prinzipiell nicht vermöchten. Diese Sicht mag der weltgeschichtlichen Einordnung des Verbrechens, auf die Finkelstein wieder und wieder zielt, eine Barriere sein, aber unterhalb dieser „letzten Frage“ übt sie derlei Wirkung nicht aus. Selbst die Bestimmung des Platzes, den der „Holocaust“ innerhalb der Geschichte der faschistischen Diktatur in Deutschland besetzt, ist unter der Voraussetzung möglich, dass Forscher die Untat als einzigartig ansehen. Hier wie in anderen Fällen erweist sich der Soziologe und Historiker als perfekter Beherrscher der Bewegung, die das Kind mit dem Bade ausschüttet.

Finkelstein stellte sich auch die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Verhalten von Juden und deren Verfolgung und Ermordung gibt. Was er in diesem Zusammenhang schreibt, ist grobschlächtig und falsch und diskreditiert die Fragestellung mehr, als dass es ihr Berechtigung verschüfe. Die Geschichte von Jahrhunderten beweist: Die Antijudaisten wie die Antisemiten aller Couleur benötigten keine Gründe für ihre Judenfeindschaft in Wort und Tat, die sie sich beim tatsächlichen Verhalten der Juden holen müssten. Im Erfinden von „Rechtfertigungen“ für ihre verbrecheri-

sches Tun haben sie sich überall und zu allen Zeiten nie verlegen gezeigt. Würde eine Weltgeschichte der Verlogenheit geschrieben, wäre ihnen Platz eins nicht zu verweigern. Das schließt ein, dass sie Verhaltensweisen einzelner Juden oder ihrer Gruppen, sofern sie diese für geeignet hielten, ihrem Gebäude aus Blindheit, Hass und Berechnung einfügten, nachdem sie dieses Verhalten demagogisch für typisch jüdisch erklärt hatten.

Wenn kürzlich in Deutschland Neonazis eine Demonstration anmeldeten, während der sie Plakate für die Rechte der Palästinenser vor sich hertragen wollten, so gibt das dafür nur das aktuellste Beispiel. Die gleichen Leute, aus deren Reihen Araber belästigt, angegriffen, geschlagen und getreten werden, spielen sich einen Moment lang als Araberfreunde auf, wenn ihnen das nützlich erscheint. Auch in diesem Punkte erweisen sie sich als die legitimen Erben der Hitlerfaschisten. Doch selbst wenn heute die Politik regierender Kreise in Israel (und das sind Juden, aber nicht: *die* Juden) weniger oder überhaupt nicht kritikwürdig wäre, es geräten die Nazis darob nicht in Schwierigkeiten bei der Weckung oder Aufpulverung antijüdischen Hasses. Finkelstein bewegt sich auf Feldern komplizierter geistiger Auseinandersetzung unbekümmert wir ein Ahnungsloser, der auf einem Minenfeld Kasatschok tanzt.

Charakter der Zwecke

Nichtsdestoweniger und noch einmal: Finkelstein hat in Passagen seines Buches dafür gestritten, die weitere Erforschung der Geschichte des Massenmordens an den europäischen Juden auf den Fundamenten der Wissenschaft zu betreiben. In diesem Punkte ist er ein Verbündeter aller, die das tun, wenn auch nicht unbedacht bleiben kann, dass sein haltloser Versuch, die Berechtigung jener Ansprüche in Abrede zu stellen, die mit der Berufung auf die Ausbeutung der Zwangsarbeiter erhoben werden, einer nüchternen Analyse des ganzen Gegenstandes nicht eben zuträglich ist. Aber: Er fordert für sich und sein Metier geistige Bewegungsfreiheit und die Abschaffung von Verbotszonen. Und er tritt als ein Moralist auf, mitunter auf die Gefahr hin, sich zumindest Kopfschütteln über seinen Grad von Weltfremdheit einzuhandeln. Zwar ist seine Forderung, den „Holocaust“ nicht länger für schlechte politische Zwecke zu gebrauchen, ebenso aktuell wie berechtigt. Nur: Wer das verhindern wollte, müsste die Politik abschaffen. Das ist nicht in Sicht. Gelassen schreibt Zuckermann, der weiß, dass in Israel in den letzten Jahren „nicht von ungefähr“ zunehmend von einer Instrumentalisierung des Holocaust geredet wird, dass „eine wie auch immer ausgerichtete Instrumentalisierung der Vergangenheit ... letztlich unumgänglich“ ist. (S. 77 f.) Und Brumlik verweist auf die „in den USA tiefsitzende im besten Sinne pragmatische Haltung, wonach alle Handlungen, auch das Gedenken, bestimmten Zwecken dienen.“ (S. 87)

Die Frage richtet sich folglich nicht auf die „Instrumentalisierung“, sondern auf den Charakter der Zwecke. Zunächst wird es darum gehen, jeweils zu markieren, welche das sind, sie zu beurteilen und zu klären, welche Rückwirkung vom jeweiligen Gebrauch auf die Geschichtswissenschaft selbst ausgeht. Solche Markierung kann als eine Warnung wirken. Das mag als zu wenig erscheinen. Es ist das vorerst Machbare, dessen Nutzen zutage liegt.

Und schließlich: Finkelstein ist der Ansicht, dass wir – und das meint die US-Amerikaner – aus der Beschäftigung mit der Geschichte des Faschismus und des Judenmordes viel über uns selbst, nicht nur über unsere näheren oder ferneren Vorfahren, erfahren können. (F., 147) Und um einiges mehr gilt das auch für die Deutschen. Er meint und belegt mit vielen historischen Verweisen, dass wir das Zeitalter, in dem die Untaten geschahen, nicht hinter uns gelassen haben. Auch das hätten andere vor ihm getan? Gewiss. Aber es kennzeichnet ihn doch in dieser zentralen Frage, der Abweisung jeder Selbsttäuschung und Selbstberuhigung und des Kampfes gegen die Rohheit der Gleichgültigen, als Verbündeten. Einen schwierigen? Das sind wir aus der Sicht von anderen mit hoher Wahrscheinlichkeit auch.

Norman G. Finkelstein, Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. Piper München 2001, 234 S.

Rolf Surmann (Hrsg.), Das Finkelstein-Alibi. „Holocaust-Industrie“ und Tätergesellschaft. PapyRossa Verlag Köln 2001, 172 S.

junge Welt, Freitag, 27.04.2001.

Arbeitslosigkeit

Das meist gemiedene Wort unter Ursachenforschern des Rechtsextremismus:

„Ich glaube an ein Recht auf Arbeit für jedermann. Mir ist es gleich, wie das erreicht wird, es kümmert mich auch nicht, wer es erreicht, oder wie sich das System nennt, unter dem es erreicht wird. Jeder, der daran glaubt, ist mein Kamerad, und jeder, der sich dagegenstellt, ist mein Feind.“[1]

Fällt in einer der ungezählten Talkshows und Expertenrunden, in denen über Ursachen des Rechtsextremismus monologisiert, dahergeredet und zumeist ohne erkennbare Anteilnahme am Leben der Betroffenen gestritten wird, wirklich das Wort Arbeitslosigkeit, sind Abweisungen gleichsam vom Lager abrufbar. Vorurteile seien keine guten Ratgeber. Eindimensionales Denken helfe nicht weiter. Monokausale Erklärungen führten in die Irre. Als hätte je ein ernst zu nehmender Teilnehmer an einer derartigen Diskussion behauptet, die Arbeitslosigkeit sei die einzige oder auch nur die einzige letzte Ursache für das Aufkommen und die Ausbreitung rechtsextremer Denk- und Verhaltensweisen. Wer bei derlei Debatten auf die Arbeitslosigkeit auch nur verweist, wird in die Ecke materialistischen, marxistischen und das will besagen: dogmatischen Denkens gerückt.

1994 formulierten der Oberbürgermeister und der Oberstadtdirektor der weit im Westen Deutschlands liegenden Stadt Gelsenkirchen im Vorwort zu einer Broschüre, die vom Leben, Ausgebeutetwerden und Sterben ungarischer Jüdinnen in einem KZ-Außenlager Buchenwalds berichtet: „Der Rechtsradikalismus beginnt in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig bedrohliche Formen anzunehmen. Dabei bilden wirtschaftliche Fehlentwicklungen, die zur Dauerarbeitslosigkeit ganzer Bevölkerungsteile führen, einen nicht zu unterschätzenden Katalysator für rechtsradikales Gedankengut. Rechtsradikalen dient dies als willkommener Nährboden ...“.

Nichtsdestoweniger: Die bezeichneten Einwürfe helfen immer noch, das ungeliebte Terrain zu meiden. Und so kann munter weiter erklärt und gedeutet werden, entlang eines sicheren Geländers von Lieblingsthemen wie: die Verantwortung der Familie für die Erziehung der Kinder zu anständigen Menschen, die Rolle der Schule und die Gründe, die ihr segensreiches Wirken behindern oder hemmen, die Bedeutung der Vermittlung von Werten in der Erziehung Heranwachsender, der Nutzen der persönlichen Bekanntschaft mit Angehörigen anderer Nationen, die Gewaltbereitschaft abbauende Wirkung sportlicher Betätigung, das frühzeitige Training zivilgesellschaftlichen Verhaltens ,die Folgen von Defiziten demokratischer Erfahrung, die Erzeugung von Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen, die Unverzichtbarkeit von früh betätigter Eigeninitiative.

Wer je in eine derartige Debatte hineingehört hat, vermag diese Reihe zu einer Leporelloliste zu verlängern und sie namentlich um hochgestochene Fachausdrücke aus Politologie, Soziologie, Pädagogik, Psychologie, Psychiatrie und einigen weiteren Bezirken der Wissenschaft zu bereichern. Schließlich wollen sich die Leute verständlich machen und den Aufstand der Anständigen befördern.

Nicht, dass eine Spur, die zu den Ursachen von Rechtsextremismus führen und damit Wege zu seiner Eindämmung weisen könnte, nicht aufgenommen, ein verwertbarer Hinweis auf Wurzeln des Übels nicht beachtet werden sollte. Nur: In Kombinationen und im Ganzen erfüllen diese Signale längst die Funktion einer Nebelwand vor der Frage, welchen Platz die Arbeitslosigkeit, namentlich die von jungen Frauen und Männern, für die Rekrutierung von Rechtsextremen besitzt. An das Thema schließen sich weitere Fragen an: die nach den existierenden Möglichkeiten zur Reduzierung der davon Betroffenen und auch die, nach den Einflussnahmen auf jene, denen der Arbeitsmarkt noch auf längere oder kürzere Zeit verbaut sein dürfte.

Manche Teilnehmer solcher Debatten vor Fernsehkameras und Mikrofonen mögen derlei Fragen aus Inkompetenz meiden. Andere wieder verhalten sich aus Ratlosigkeit so. Nicht auszuschließen, eher wahrscheinlich ist, dass die Teilnehmenden keinerlei eigene oder familiäre Erfahrungen besitzen, die

---

[1] Aus einem am 20. Mai 1942 von dem US-Amerikaner Eric Knight geschriebenen Brief, der wenige Monate später ein Opfer des Zweiten Weltkrieges wurde. In: Die Stimme des Menschen. Briefe und Aufzeichnungen aus der ganzen Welt 1939-1945, München 1961.

aus auch nur kurzzeitiger Arbeitslosigkeit herrühren, und dass sie zudem in dieser Hinsicht wenig Phantasie aufbringen können. Wieder andere mögen meinen, da sei Wirkungsvolles auf Sicht ohnehin nicht zu ändern. Weshalb also darüber reden? Was davon auch immer im Einzelnen oder im Ganzen zutreffen mag, nichts begründet, einen unverzichtbaren Gesichtspunkt der Analyse auszulassen und so zu tun, als gäbe es unter den Rechtsextremismus verursachenden Faktoren nicht eine erkennbare und bei Gegenmaßnahmen zu beachtende Hierarchie. Selbst das bloße Eingeständnis von Ratlosigkeit kann helfende Funktion besitzen, denn es weist auf die Notwendigkeit hin sich intensiver mit Abhilfen zu befassen ...

Mitunter wird die Bedeutung der Arbeitslosigkeit als ein sozialer Boden für die Ausbreitung von Rechtsextremismus nicht nur übergangen oder marginalisiert, sondern strikt geleugnet. Die das tun, setzen sich unter einen naheliegenden Erklärungszwang, den die Moderatoren solcher Diskussionsveranstaltungen jedoch nicht ausüben. Es scheint ihnen das Thema so wenig zu bedeuten wie ihren wohlausgewählten Gästen oder auch ihren Redaktionsleitern. Wer den Zusammenhang leugnet oder ihn auch nur kleinredet, müsste dartun, inwiefern sich die gegenwärtige Situation von früheren im Hinblick auf den Komplex der Verursachung von Rechtsextremismus so grundlegend unterscheidet.

Ein Blick in die Geschichte

Denn unter den Historikern, die sich mit der Endphase der Weimarer Republik beschäftigen, soviel sie sonst über Gründe für den Sieg des Faschismus in Deutschland streiten mögen, gibt es doch in einem Punkte kaum Meinungsverschiedenheiten. Dass die Weltwirtschaftskrise mit ihren verheerenden Auswirkungen auf und in Deutschland, mit einer offiziell registrierten Arbeitslosenzahl von etwa 6 Millionen bei einer Einwohnerzahl von 65 Millionen so etwas wie ein Lebenselixier der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei gewesen ist, bezweifelt niemand. Diese Partei versprach den Arbeitslosen nicht nur Arbeit, sondern sie verhieß sie ihnen auch auf die rascheste und einfach zu erreichende Weise: Hitler, der Erlöser, der angeblich selbst einmal ganz unten gewesen war und sich unverschuldet hungernd durchs Leben geschlagen hätte, musste Reichskanzler, der Führer musste Diktator werden.

Im Übrigen waren diese Zusammenhänge schon von vielen Zeitgenossen durchschaut und analysiert worden. Das taten auch die beiden religiösen Sozialisten Erwin Eckert und Emil Fuchs, die in ihrem analytischen Wochenbericht am Jahresende 1932 mit dem Blick auf die Anziehungskraft der Nationalsozialisten festhielten: „Wer weiß nicht, dass zuerst, zu allererst, etwas für die Jugend geschehen müsste – aber an wirklich sinnvoller, Lebensmöglichkeiten schaffender Arbeit und Ausbildung.“ Sie sahen eine Entwicklung heraufziehen, in der Konjunktur und Beschäftigung sich immer stärker voneinander abkoppelten und der wirtschaftliche Aufschwung nicht mehr mit einer abnehmenden Arbeitslosigkeit einherging. „Es scheint fast,“ formulierten sie vorsichtig, „dass erhöhte Leistung der Wirtschaft heute noch lange nicht Abnahme der Erwerbslosigkeit bedeutet. Ein sehr bedenkliches Symptom ...“.

Das massenhafte Elend trieb den Hitlerleuten Anhänger, Wähler und nicht zuletzt viele ihrer Aktivisten zu. Diese fühlten sich nach dem 30. Januar 1933 als diejenigen, die für die „Bewegung“ die meisten Opfer gebracht hätten. Sie erwarteten nun ihren Lohn und nicht wenige davon erhofften sich ihn in Gestalt eines Arbeitsplatzes. Nazifunktionäre gingen deshalb – so in Sachsen – bei Unternehmern buchstäblich Klinken putzen, damit diese vorzugsweise SA-Leute wieder in Arbeit brachten, auf diese Weise ihren Dank für die Bewahrung vor dem Bolschewismus ausdrückten und die Zahl derer unter den Braununiformierten minderten, die von den Ergebnissen ihrer „nationalen Revolution“ zunehmend enttäuscht wurden.

Gewiss, wie schon ein flüchtiger Blick zeigt: Weder damals noch zu einer anderen vergleichbaren Zeit vorher gab es einen Automatismus zwischen Arbeitslosigkeit und einer politischen Wendung zum äußersten rechten Flügel der Parteien. Andere, für die das Kapital keine Verwendung hatte, wandten sich, wie das Anwachsen der Mitgliedschaft und der Wähler der Kommunistischen Partei verdeutlicht, der Linken zu und erhofften von deren Durchsetzung menschenwürdige Zustände. Doch gerade unter jüngeren Leuten aus den arbeitenden Schichten, die keine Beziehung zu Arbeiterorgani-

sationen hergestellt hatten und ohne politische Erfahrung waren, gewannen die mit dem Hakenkreuz viele Anhänger.

Hier findet sich der wirkliche Unterschied zwischen der heutigen Situation und derjenigen, die ein Menschenalter zurückliegt. Die Anziehungskraft der Linken in Deutschland ist unvergleichlich geringer als vor 70 Jahren. Dazu hat die Implosion des sozialistischen Systems ebenso beigetragen wie deren gnadenlose Ausbeutung durch alle Antisozialisten. Und dazu steuert tagtäglich bei, dass die Linken nicht nur zersplittert und mehrfach zerstritten sind, sondern bisher auch unfähig waren, einen überzeugenden Entwurf für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus vorzulegen und unter die Leute zu bringen. Auch ihre Vorschläge für aktuelle Arbeitsbeschaffungsprogramme werden wenig bekannt, und die Veranstalter der erwähnten Gesprächsrunden besitzen kein Interesse daran, sie bekannt zu machen.

Das erleichtert es den aktuellen Sozialdemagogen zusätzlich, ihre billigen Losungen zu verfechten. Das begünstigt die von keinem Skrupel irritierten Werber für rechtsextremistische „Lösungen“, wie sie sich in Parolen wie „Deutsche zuerst“, „Herren im eigenen Land“, „Ausländern wegschaffen“ und ähnliche ausdrücken. Die Parteien auf der äußersten Rechten, das beweisen die Schlachtrufe auf ihren sinnfällig, betrachten nicht anders als ihre nazistischen Vorläufer und Vorbilder Arbeitsuchende bevorzugt als ihre Gefolgschaft. Die diesen Zusammenhang an den Rand rücken wollen, haben bisher nicht erklärt, warum das Original, das die Hitlerleute einst lieferten, erfolgreich funktionierte, während die Kopisten sich auf diesem sich ihnen anbietenden sozialen Feld nicht zu orientieren und es zu beackern vermöchten.

Zahlen und Statistiken

Nun wird erklärt, das tat unlängst der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz in einer Veranstaltung in Berlin, auch die Analyse der Gewalttäter beweise, dass die Bedeutung der Arbeitslosigkeit in diesem Zusammenhang weit überschätzt werde. Ermittlungen würden zeigen, dass unter den an schweren Delikten beteiligten Personen nur etwa 20 Prozent arbeitslos seien. Nun lassen sich diese Zahlen mit Gründen bezweifeln. Die gab der stellvertretende Präsident des Bundeskriminalamtes auf der Wiesbadener Herbsttagung im Jahre 2000 bekannt. Es fehle an Angaben, die verlässlich seien und Vergleiche zwischen den Ländern ermöglichen würden. Denn bei der Erfassung der rechtsextremen Untaten sei bisher von Land zu Land verschieden verfahren worden. (Inzwischen war zu erfahren, dass Abhilfe geschaffen werden soll.)

Doch von diesem bemerkenswerten Eingeständnis einmal abgesehen und unterstellt, die Mitteilung, jeder fünfte Tatbeteiligte sei zum Zeitpunkt des Verbrechens ein Arbeitsloser gewesen, wäre korrekt: Was würde damit gesagt und bewiesen sein, wenn nach der Bedeutung der Arbeitslosigkeit als gesellschaftliche Erscheinung für die Formierung des Rechtsextremismus gefragt wird? Wenig mehr als nichts. Es wären, um zu auswertbaren Zahlen zu gelangen und eine gesellschaftliche Perspektive zu erhalten ein paar Zusatzfragen zu stellen. Die lauten naheliegend: Wie viele Täter waren je arbeitslos? Und wenn sie das waren: Gibt es einen Zusammenhang zwischen ihrer Hinwendung zu den Rechtsextremen und ihrer sozialen Situation? Wie wird ihre jetzige Arbeit bezahlt und wie sicher ist ihr Arbeitsplatz? Welche Rechte stehen ihnen in ihrem Betrieb zu? Welche familiären oder aus ihrem Freundeskreis herrührenden Erfahrungen besitzen sie mit Arbeits- und beruflicher Perspektivlosigkeit?

Von alledem ist keine Rede. Mit Ernsthaftigkeit könnte sie auch erst beginnen, wenn derlei Erhebungen vorliegen würden. Wer könnte sie beibringen? Wohl kein anderer als die ermittelnden und Anklagen erhebenden Staatsanwälte. Ihnen gegenüber besitzt das Bundesjustizministerium ein Weisungsrecht, von dem aber in dieser Form offenbar kein Gebrauch gemacht worden ist. Es scheint so, als ob die Bestandsaufnahme in späteren Jahrzehnten künftigen Historikern vorbehalten bleiben und womöglich für deren Arbeitsplätze gesorgt werden soll. Folglich entsteht der Verdacht, dass es in den Machtzentralen dieses Staates in diesem Punkte niemand so genau wissen will.

Denn: Solange derlei Erhebungen nicht angestellt werden, darf weiter geschwatzt, geblufft, geglaubt werden, dass die Tatsache von nahezu vier Millionen gemeldeten Arbeitslosen mit den Erfolgen der Rechtsextremen ursächlich nichts oder nicht viel zu tun hätte.

Ernüchternde Kommentare

Dabei wären nicht nur Zahlen zu bedenken, sondern auch die Art und Weise in der sie kommentiert werden. Während die Erwähnung von 4 Millionen mehrfach mit der Bemerkung versehen worden ist, es sei dies eine „magische Zahl", ein Ausdruck der in den Bezirk von Zauberei oder sonstiger Geheimkunst verweist, wird die Senkung dieser Masse von Arbeitslosen auf 3,5 Millionen vorausschauend bereits als ein zu feiernder Regierungserfolg und als Begründung dafür markiert, es 2002 bei der derzeitigen Regierungskoalition zu belassen. Dabei, gleichsam von vorn (und nicht wie üblich von rückwärts) gelesen, bedeutet diese als Hoffnungszeichen für 500.000 vermerkte Zahl, dass einer Großgruppe 3,5 Mill. Menschen gesagt wird, sie werde weiter oder neu oder wieder arbeitslos sein. Deren Perspektivlosigkeit drückt sich in der amtlich bekanntgegebenen, keineswegs gesicherten „Erfolgszahl" für das Jahr 2002 vor allem aus. Mit ihr werden Hoffnungen von Frauen und Männern und von ganzen Familien begraben, bei den einen sogleich, bei anderen, die wähnen mögen, sie werden zu jener Millionenschar nicht zählen, später und dann umso tiefer. Und das geht an den Gedanken und Empfindungen junger Leute vorbei?

Gesellschaftskritik oder Gesundbeterei?

Arbeitslosigkeit produziert früher oder später selbst in den untrainiertesten Köpfen ein Nachdenken über gesellschaftliche Zustände, in denen die von Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten Ausgeschlossenen leben und schlecht leben. Aus schmerzvollen Erfahrungen formt und verfestigt sich ein Bild von der Gesellschaft. Es mag das eigene oder ein fremdes, billigend aufgenommenes sein. Arbeitslosigkeit führt die Betroffenen, sofern sie nicht vollständig resigniert oder die Flucht in Betäubungsmittel angetreten haben, zu einem gesellschaftskritischen Denken. Nicht selten – geraten sie in die Einflusszone rechtsextremer Fänger – ist das verfehlt, verkorkst, fehlgeleitet. Meist mündet es in höchst einfachen Rezepten wie „Ausländer raus". Mit Gesundbeterei ist derlei in diesen Kreisen aufgenommenen Erlösungslehren nicht beizukommen.

Auch an der Dauerwirkung vieler vorbeugender Maßnahmen – das führt noch einmal zurück zu den Lieblingsthemen der Talkshows und sonstigen Gesprächsrunden – darf gezweifelt werden. Was wird dem jungen Mann, der als Kleinkind in einem Kindergarten bei intelligenten Spielen mit anderen ein Selbstwertgefühl erwerben konnte, dieses Gefühl helfen, wenn er sich ohne einen Platz für eine Berufsausbildung sieht oder nach einer außerbetrieblichen Bildung ohne Arbeitsplatz da steht. Was wird eine junge Frau, die an einer Schule demokratische Verfahren erlernen durfte, mit dieser Fähigkeit anfangen, wenn ihr die Gesellschaft keine Chance gibt, sie weiter zu betätigen und auszubilden. Wie hilfreich werden jungen Brandenburgern die ihnen neuerdings auch von einem Potsdamer Universitätsprofessor empfohlenen preußischen Tugenden sein, wenn sie in bürokratischen Dauerverkehr mit Sozialhilfe- oder Arbeitsämtern treten?

Wer den Rechtsextremismus bekämpfen, dessen Verführern den Zulauf junger Leute abschneiden will, muss – wieviel sich vorbeugend, aktuell und auch nachsorgend gegen ihn auf vielen Gebieten tun lässt – doch sich selbst auf das Feld einer Gesellschaftskritik begeben, die ehrlich und überzeugend, weil tiefgehend ist, also nicht auf halbem Wege stehen bleibt, weil sie sich vor den Konsequenzen der Analyse scheut. Das ist schwierig in Verhältnissen, in denen ein Regierungschef unter den Millionen Arbeitslosen nach Faulenzern suchen lassen will, damit nicht nur ablenkt, sondern einen scharfmachenden Appell an die Bediensteten der Arbeitsämter richtet, und einer seiner Parteifreunde und Untergebenen im Nordosten der Republik sogleich einfällt und seinerseits die Fahndung nach Drückebergern ins Werk setzen will.

Stattdessen: Der demagogischen, zu politischen Verirrungen und selbst zum Verbrechen führenden Gesellschaftskritik der Rechtsextremen muss mit einer tatsachengestützten Analyse der sozialen und politischen Zustände und daraus folgend mit der Orientierung auf wirkliche Abhilfen begegnet wer-

den, die nur kämpfend durchzusetzen sein werden. Das gilt für die kurzen wie die längeren befreiende Wege. Die Programme gegen die Arbeitslosigkeit sind auf Tauglichkeit und Untauglichkeit hin zu prüfen. Zu bekämpfen sind diejenigen, die von der Fortdauer der Arbeitslosigkeit profitieren und Arbeitslose auf den Status von Arbeitssklaven hinunter zwängen wollen. Und diejenigen, die eine Welt ohne in Arbeitslosigkeit gezwungene Menschen für möglich halten, sollen sich von dem nahezu zum Schimpfwort gewordenen Vorwurf, Utopisten zu sein, nicht schrecken lassen, sondern ihre Anstrengungen vermehren, die sich auf dieses Ziel richten – wie fern es auch sein mag.

Vom Autor Kurt Pätzold liegt vor: Nicht nur in Wildost. Über Ursachen des Rechtsextremismus und Schritte seiner Bekämpfung, Jena 2001. 76 S., DM 6,00.

junge Welt, Dienstag, 08.05.2001.

Das Gewicht der Erinnerung

Konferenz zum 60. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion

Wer sich nur ein wenig in der jüngsten Fachliteratur über den Zweiten Weltkrieg auskennt, hat bemerkt, dass auch die jüngere deutsche Historikergeneration dabei ist, auf diesem Forschungsfeld Pflöcke einzuschlagen – mit neuen Fragestellungen und deren Verfolgung durch ausdauernde Archivstudien. Das zeigte sich auch auf einer zweitägigen Konferenz, die am vergangenen Wochenende gemeinsam vom Deutsch-Russischen Museum in Karlshorst und der Berliner Gesellschaft für Faschismus und Weltkriegsforschung veranstaltet wurde.

Im letzten Jahrzehnt wurden vor allem Arbeiten zur deutschen Besatzungspolitik auf dem eroberten Territorium (mit den Schwerpunkten Juden- und Kriegsgefangenenmord) vorgelegt sowie Studien zur Verschleppung der Einwohner ins Reichsgebiet, der so genannten Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen, die schamlos und massenweise bis auf den Tod ausgebeutet wurden. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die ohnehin nur gestenhaften, nichtsdestoweniger materiell wie moralisch wichtigen Zahlungen an Opfer dieser faschistisch-imperialistischen Politik gewannen regional- und lokalgeschichtliche Anstrengungen an politischer Bedeutung. Von einer solchen wurde auf der Konferenz am Beispiel der Stadt Osnabrück berichtet (Michael Gander). Historiker können helfen, Verständnis zu wecken wie auch Druck auszuüben, damit getan werde, was längst hätte geschehen sein sollen. Und sie vermögen, wie an den Leidenswegen der sowjetischen Kriegsgefangenen durch Reinhard Otto (Lemgo) und Pawel Poljan (Moskau) gezeigt wurde, die Schande zu verdeutlichen, dass Politiker die Zuwendungen mit fadenscheinigen Begründungen hinauszögerten.

Eröffnet worden war die Konferenz mit einem Referat von Oleg W. Wislew (Moskau), der die Lüge von einem damals bevorstehenden sowjetischen Angriff, dem Hitler angeblich zuvorgekommen sei, überzeugend zurückwies. Dass solch ein Referat nötig war, sagte etwas über die aktuellen geschichtspolitischen Zustände in Deutschland aus. Immer wieder und immer noch wird versucht, die Frage für unentscheidbar zu erklären: Ja, gewiss, Hitler wollte die UdSSR überfallen, aber hätte nicht Stalin doch ...? Wenn nicht 1941, dann 1942. Die an solchem Bilde pusseln und gern Feldherren am historischen Sandkasten spielen, wissen jedoch keinen Grund zu nennen, mit welchen Zielen der Diktator im Kreml im Wissen um die Schwäche der eigenen Armee sich zu einem Angriff hätte entschließen sollen.

Von den deutschen Planungen und Zielen hingegen berichtete Dietrich Eichholtz (Borkheide), der insbesondere die Expansionslinie „Erdöl“ nachzeichnete und auf die von Hermann J. Abs 1942 angemeldeten Ansprüche verwies, sich nach dem Sieg nicht nur im Kaukasus, sondern auch am Persischen Golf festzusetzen. Dass um dieser Ziele Willen den planenden, dann kommandierenden deutschen Militärs jedes Mittel Recht war, belegten Christian Gerlach (Berlin), Gerhart Hass (Rangsdorf) sowie Peter Klein und Andrej Angrick (beide Berlin). Letztere sind mit Forschungen befasst, um die Konzeption zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ zu überarbeiten, die nach längerer Pause im Herbst des Jahres wieder zu sehen sein wird.

Der Hausherr des gastgebenden Museums, Peter Jahn, hatte die Konferenz u. a. mit der Feststellung eröffnet, dass sich zwischen der Aufmerksamkeit, welche das deutsche Datum des 13. August fände, und der Hinwendung zur Erinnerung an den 22. Juni 1941 – Ereignisse von sehr unterschiedlichem Gewicht –, derzeit ein eklatantes Missverhältnis beobachten lasse. Wie wahr! Und wie wenig zufallsbestimmt. Politikern bliebe vom Erscheinen dieses Berichtes an noch zweimal vierundzwanzig Stunden Zeit, dieses Missverhältnis wenigstens partiell noch zu korrigieren.

Neues Deutschland, Mittwoch, 20. Juni 2001, S. 9.

Zu diesem 22. Juni

Heute sind auf den Tag genau sechzig Jahren vergangen, seit die deutsche Wehrmacht in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einfiel. Manche im nazistischen Führungskreis, es waren wenige, die um das Vorhaben wussten, beschlich schon in den Wochen vorher ein ungutes Gefühl. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Ernst von Weizsäcker gehörte zu ihnen. Ja, wenn jede eroberte sowjetische Stadt so viel wert wäre, wie ein versenktes britisches Schlachtschiff, dann wäre für ihn die Rechnung aufgegangen. So aber befürchtete er, Großbritannien werde durch die Konzentration der deutschen militärischen Kräfte in Osteuropa Zeit gewinnen, seine Abwehrkräfte zu vermehren und der Krieg werde sich sehr verlängern. Dass die Eröffnung der Front vom „Nordkap bis zum Schwarzen Meer“ die eigenen Kräfte weit überfordern und zur Wende dieses Krieges hinführen würde, schwante ihm nicht. Der Triumph im Osten schien auch den führenden deutschen Militärs in etwa einem knappen Vierteljahr zu erreichen. Daran erinnern sich bis heute die wenigen Überlebenden des „Ostheeres“, des stärksten Aufgebots an Menschen und Kriegsmaterial, das die Kriegsgeschichte bis dahin kannte, wenn sie ihre im Winter 1941 auf 1942 erlittenen Erfrierungen jucken.

Mit diesem Feldzug begann sich ein Barbaren- und Mördertum auszutoben, das in der Geschichte neuzeitlicher Kriege ohne gleichen war und geblieben ist. Es gäbe dieser 60. Jahrestag des Überfalls den Deutschen, die Nachholbedarf in Sachen jüngerer Geschichte haben, Gelegenheit, die Tatsachen und Wahrheiten zur Kenntnis zu nehmen, die von der Rolle der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, der Formationen der Wehrmacht und der Polizei, der SS-Truppen, der zivilen Institutionen der Besatzungsverwaltung und nicht zuletzt auch von den Abgesandten deutscher Konzerne im eroberten Gebiet zeugen. Es wäre denkbar, dass die Deutschen, die inzwischen auch schon zu den Jahrgängen der Rentner zählen, sich vergegenwärtigen, dass sie das Jahr 1945 als junge Burschen mit heiler Haut erlebten, weil der Sowjetarmee auf ihrem Vormarsch nach Berlin und zur Elbe ein Tempo auferlegt wurde, das sie vor der Einberufung zur Wehrmacht bewahrte. Den Zeitgenossen wie den Nachgeborenen gibt dieser Tag Denkstoff die Masse.

Doch die Anstrengungen des bürgerlichen Deutschlands, gerade im Hinblick auf diesen Tag von allem Wesen der Sache weg und hin zu sekundären oder ganz abseitigen Fragen zu lenken, sind seit langem im Gange. Der Innenminister der Bundesregierung hat recht, wenn er kürzlich in der Gesellschaft Tendenzen zur Verblödung konstatierte. Wert besäße diese Alltagsbeobachtung jedoch erst, wenn die dafür Verantwortlichen beim Namen genannt würden. Zum Beispiel Redaktion und Autoren der *Berliner Zeitung*, die kürzlich die alte Mähre des Präventivkrieges sattelte und die Leser mit der Frage befasste „Was Stalin wirklich wollte“. Natürlich die Weltherrschaft des Kommunismus. Dass der sowjetische Diktator 1941 blind daran glaubte, er könne sein Land weiter aus dem Kriege mit Deutschland heraushalten, dass er in diesem Irrglauben alle Warnungen ausschlug bis die Bomben auf belorussische Städte fielen, dass er zum Zwecke der Kriegsvermeidung den deutschen Faschisten seit dem August/September 1939 Zugeständnis auf Zugeständnis machte und dabei kein Prinzip sozialistischer Außenpolitik mehr gelten ließ – das ist in der Forschung längst nachgewiesen. Ebenso, dass im deutschen Generalstab des Heeres die Planungen des Überfalls durch Generale und Offiziere in dem Wissen geschah, dass von Osten keine Gefahr drohe. Aber: Was kümmert die Mehrheit deutscher Journalisten internationaler geschichtswissenschaftliche Arbeit? Sie schert nicht einmal jene, die im – jeder kommunistischen Sympathie unverdächtigen – Militärgeschichtlichen Forschungsamt (früher Freiburg, nun Potsdam) geleistet wurde.

Wieder einmal geht es um die Weißwäsche aller, die in den Kreisen des deutschen Militarismus und des Kapitals an diesem Krieg interessiert waren, ihn vorbereiteten, von ihm profitierten oder aus dem gedachten Sieg dauernden Nutzen zu ziehen gedachten. So wird eine zweite alte Mähre neu gesattelt und die Lüge von der Alleintäterschaft Hitlers verbreitet. Das liest sich so: Den Deutschen brachte die Niederlage „die schreckliche Gewissheit, allein wegen der Eitelkeit eines größenwahnsinnigen Diktators“ in diesen Krieg geraten zu sein. Und nicht einmal die verfolgten Ziele, die außerhalb seiner Person lagen, denn es sei Hitler „vermutlich auch gar nicht so sehr um den Sieg, sondern mehr um einen episch inszenierten Weltuntergang“ zu tun gewesen. Das kann angesichts der Dokumentenlage

nur unverfroren genannt werden. Ein einziger Blick in die Geheimreden, die Hitler vor der Generalität hielt, und ein weiterer auf die Quellen, die von den fixierten Kriegszielen deutscher Konzerne zeugen, widerlegt das Geschwätz. Sie sprechen von realen Interessen unersättlicher imperialistischer Eroberer und deren Kenntnisnahme kann viel zum Verständnis der gegenwärtigen Welt der kapitalistischen „Moderne“ beitragen. Und eben deshalb verliert keine Wette, wer daraufgesetzt hat, dass die Masse deutscher Zeitungen des heutigen Tages davon wieder schweigen und für die Verstärkung der Tendenz zur Verblödung sorgen werden.

junge Welt, Freitag, 22.06.2001.

Ein prophetisches „Bisher“

Geschichten aus dem Größenwahn: Die Deutschen nach einer Woche „Ostkrieg“.

Nach dem Einfall der Wehrmacht in das sowjetische Territorium waren die ersten offiziellen Berichte des deutschen Oberkommandos mehr als dürftig. Es sei zu „Kampfhandlungen gekommen“, diese verliefen „erfolgreich, „planmäßig“ und „günstig“, „große Erfolge“ seien zu erwarten, „große Entscheidungen“ wären bereits erzwungen. Erst am achten Kriegstag, einem Sonntag, konnten Wissbegierigen aus einer Folge von Sondermeldungen sich eine geographische Vorstellung bilden: Grodno, Brest-Litowsk, Wilna, Kowno, Dünaburg wären in deutscher Hand, gekämpft werde vor Lemberg und im Raum Minsk. Manche, die eine Landkarte zur Hand genommen hatten, waren ein wenig enttäuscht. Denn im Verlauf der Woche hatten sich schon phantastische Vorstellungen über das Vorstürmen des Heeres ausgebreitet. An Stammtischen waren Wetten darüber abgeschlossen worden, wann auch dieser Gegner werde kapitulieren müssen. Die dort versammelten Strategen wussten, dass der russische Soldat nichts tauge, die Militärführer beseitigt seien, das Gelände deutscher Technik keine Schwierigkeiten böte, die Ukraine und die baltischen Gebiete von Russland abfallen würden, in Moskau ein Umsturz stattfinden werde usw.

Die Deutschen, urteilte ein geheimer Informationsbericht, seien einfach an das Siegen ihrer Truppen bereits gewöhnt. Sie unterschätzten den Gegner und wähnten aufgrund von Meldungen über vernichtetes und erbeutetes Kriegsgerät, wäre er an der Grenze erst geschlagen, würde das weitere Vordringen flott geschehen. Jedenfalls, vermerkten die Beobachter befriedigt, sei die vor allem unter Frauen anzutreffende Nervosität, welche die ersten Stunden und Tage nach der erneuten Ausweitung des Krieges gekennzeichnet habe, ruhiger Zuversicht gewichen. Keine Frage: Binnen etwa sieben Tagen war die Stimmung unter den Deutschen umgeschlagen, denn in den Wochen vorher wurde das Geschehen im Osten noch vielfach mit bangen Befürchtungen beobachtet. Seit dem Hochsommer 1940, als Frankreich kapituliert hatte, war die Hoffnung auf baldigen Frieden gewachsen, zu dem Großbritannien gezwungen werden könnte. Den Demagogen bereitete es Schwierigkeiten, die Deutschen auf einen länger währenden Krieg einzustellen. Neue Kriegsgegner wünschte kaum jemand. Jugoslawien und Griechenland wurden zwar rasch erobert, aber es war nicht zu übersehen, dass die eigenen Kräfte an immer mehr Stellen eingesetzt werden mussten, einschließlich der Nordküste Afrikas. Dann kamen die beunruhigenden Nachrichten über Truppenzusammenballungen im eroberten Polen vor den Grenzen der UdSSR.

Wie sie erörtert und gedeutet wurden, hielten Woche für Woche Meldungen des Sicherheitsdienstes fest. Seit Jahresbeginn, hatte es am 3. März geheißen, würden „die Ereignisse in erster Linie dahin gewertet werden, ob sie geeignet seien, den Krieg abzukürzen oder zu verlängern.“ Hofften die einen, sein Ende werde mit einer Invasion der britischen Inseln erzwungen werden, meinten andere, der U-Boot-Krieg werde die Kapitulation bringen. Dritte spekulierten auf einen Angriff via Türkei in den Vorderen Orient und zum Suezkanal.

Das Interesse, die Beziehungen zu „Russland“ möchten sich nicht verschlechtern, äußerte sich schon in Fragen, die nach Hitlers Rede vom 30. Januar 1941 gestellt wurden: Warum war „der Führer“ nicht auf dieses Land zu sprechen gekommen? Als deutsche Truppen in Bulgarien einrückten, wurden Besorgnisse laut. War das mit Moskaus Einverständnis geschehen? Am 25. März hieß es zum ersten Mal, dass „die Frage Russland nach wie vor einen breiten Raum“ einnimmt. Man wolle wissen, dass „viele deutsche Divisionen zum Einmarsch an der Grenze bereitstünden“, glaube aber an eine Vorsichtsmaßnahme. Die von da an ins Kraut schießenden Spekulationen verrieten Hoffnung auf den Abbau vermuteter Spannungen: Der japanische Außenminister hätte bei seinem Besuch in Moskau dahin gewirkt. Molotow wolle den weniger deutschfreundlichen – natürlich jüdischen Einflüssen ausgesetzten – Stalin stürzen. Am 3. April wurde zum ersten Mal das Gerücht notiert, es sei „im Frühsommer ... mit einer deutschen Offensive gegen Russland zu rechnen.“ Wenig später glauben „Volksgenossen“, die UdSSR werde zugunsten Jugoslawiens eingreifen. Dann wieder kursierten Gerüchte, die deutsche Truppen würden von der russischen Grenze zurückgezogen. Anfang Mai widmeten die Sicherheitsdienstler „Russlandgerüchten“ mehrere Seiten. Inzwischen hatten sie ganz Deutschland

erfaßt. Viele legten sich Gründe für einen Krieg zurecht: Deutschland sei Russland zu mächtig geworden, betreibe eine Politik auf eigene Faust, bedrohe die Flanken des östlichen Nachbarn, werde daher ökonomisch nicht mehr unterstützt. Jedoch existiere vielfach der Wunsch, „dass es vielleicht noch eine friedliche Lösung geben möge.“ Beunruhigung verursache nicht der Zweifel am Vermögen, die sowjetische Armee zu besiegen. Bezweifelt wurde, ob Deutschland vorläufig „genug Menschen habe, um auf die Dauer dieses Land halten zu können.“ Auch wurde gefragt, so in Frankfurt/Main und Halle, ob Deutschland nicht Urheber der „Spannung“ sei, wolle es doch für den weiteren Krieg sowohl die Getreidefelder der Ukraine wie die Erdölfelder in seinen Besitz bringen. Gekürzte Lebensmittelrationen erzeugten wachsend Bedenken darüber, wie lange Deutschland wirtschaftlich würde bestehen können. Im letzten Monat vor dem Überfall war Deutschland, nachdem die Aufregung über den Flug von Rudolf Heß nach England abgeklungen und Kreta erobert war, eine einzige Küche wilder und einander widersprechender Gerüchte geworden. Russland werde die Ukraine auf 99 Jahre an Deutschland verpachten und ihm die baltischen Provinzen übergeben, die mit deutschen Bauern besiedelt würden. Es habe deutschen Truppen Durchmarschrecht gewährt, die sich im Kaukasus auf dem Wege in den Irak befänden. Stalin wolle nach Berlin oder München kommen, mit der massenweisen Herstellung sowjetischer Fahnen sei begonnen worden. Gemeint wurde, es wäre „noch einmal gut gegangen.“

junge Welt, Sonnabend, 30.06.2001.

Er ist wieder da

Die dreifache Rückkehr des Rüstungsfabrikanten Heinrich Ehrhardt nach Zella-Mehlis.

Nein, Bilderstürmer waren die Roten im südwest-thüringischen Zella-Mehlis, einem Ort mit einer beachtlichen Traditionsmasse aus der Arbeiterbewegung, nicht gewesen. Zwar entfernten sie das Bild ihres Ehrenbürgers, das im Sitzungssaal der Stadtväter hing, denn es störte in Zeiten, da die Devise befolgt wurde, es solle von deutschem Boden Krieg nie wieder ausgehen, aber sie verwahrten es auch.

Nach Jahrzehnten wendeten sich die Zeiten. Das Gemälde kehrte an seinen alten Haken zurück. Auf den ersten Schritt folgte ein weiterer. Der Name von Friedrich Engels, der sich in seinen Studien auch mit der Geschichte von Militär, Militarismus, Kriegen und mit der Frage „Kann Europa abrüsten" befasst hatte, passte nicht in den gegenrevolutionären Strom. Die nach ihm benannte Straße der Stadt erhielt ihre frühere Bezeichnung zurück. Aus dem Straßenbild verschwand die Erinnerung an einen Mann, der ein Vierteljahrhundert vor dem Krieg, der 1914 begann, prophetisch gewarnt hatte, und wurde ersetzt durch die an den Ehrenbürger, den Fabrikanten Heinrich Ehrhardt, der mit erkennendem Blick auf diesen Krieg hin, nicht nur das „Vaterland" aufgerüstet hatte, was diesem mehrfach teuer zu stehen gekommen war.

Das alles war der Ehrung nicht genug. Nun hat – Schritt drei – das Gymnasium der Stadt, aus anderen Schulen gebildet, sich mit dem Segen des thüringischen Kulturministeriums den Namen des Erfinders von Kriegsgerät und Organisators einer hocheffektiven und extrem profitablen Rüstungsproduktion gegeben. Das geschah aus Anlass des 10. Jahrestages der Schulgründung. Da konnte nicht vergessen sein, wer hier gegen wen nach namenloser Zeit ausgewechselt wurde: Magnus Poser, der von den Faschisten ermordete Kommunist und Kriegsfeind gegen den Rüstungsfabrikanten.

Die vorgetragenen Argumente zugunsten dieses Schrittes sind samt und sonders oberfaul. Das Heimatbewusste: Poser sei (wie Engels) anders als Ehrhardt kein Mann dieser Stadt gewesen. Das bezeugt eine bemerkenswerte Befindlichkeit auf dem geistigen Weg nach Europa. (Man mag sich vorstellen, welche Umtaufbewegung von Schulen einsetzen müsste, wenn diesem Kriterium allgemeine Anerkennung zuteilwürde.) Das verlegene, aber einen Schamrest bezeugende: Es fänden sich unter den im In- und Ausland erworbenen Patenten des Erfinders doch in der Mehrzahl solche, die nicht der Produktion von Kriegsgerät gegolten hätten. Das läuft auf die Subtraktionsaufgabe Kochtöpfe minus Granatzünder hinaus. Das aus dem gesunden Menschenverstand des Kleinbürgers geborene: „Dunkle Punkte" gäbe es in der Geschichte von Menschen eben, doch sie seien eine Herausforderung, sich kritisch mit deren Leben auseinanderzusetzen. Das widerwärtige: Der Mann sei ein sozialer Arbeitgeber gewesen. Derart reiht sich an die Aufrechnung der Kriegs- gegen die Friedenspatente folgerichtig die des Anteils, der aus Rüstungs- und Kriegsprofiten für die „Mitarbeiter" abfiel, gegen nicht zählbare im Geschoßhagel umgekommene Proletarier. Das zweischneidige: Der Mann müsse in seiner Zeit gesehen, nicht nach heutigen Maßstäben bewertet werden. Wer denkt da nicht an die Personalentscheidungen, die auch in Zella-Mehlis nach 1990 gefällt worden sind? Das dümmste: Es hätte der Ehrhardt doch über keinen Kriegsbeginn beschlossen. Das haben die Eigner der Waffenproduktion noch stets arbeitsteilig Politikern und Militärs überlassen, sind von denen nicht enttäuscht worden und auf ihren Erzeugnissen nicht sitzengeblieben.

Es kann nur gehofft werden, dass sich der Geschichtsunterricht über Krieg und Frieden in dieser Schule künftig nicht in den geistigen Tiefen bewegen möge, die sich in diesen hinterwäldlerischen Rechtfertigungen ausdrücken. Diese entsprechen jenen auf Glanzpapier gedruckten Bild-Text-Bänden über die Geschichte der Waffen, die in Buchhandlungen auch im nahen Suhl zum Verkauf stehen. Darin ist kein Wort über Ursprünge von Kriegen zu lesen. In ihnen wird der Eindruck vermittelt, es gäbe den Krieg der blankgeputzten Mordmaschinen und zwischen deren Produktion und den Folgen existiere keinerlei Zusammenhang.

Ehrhardt hat Fabriken gegründet und mitbesessen, die sich in Düsseldorf, Zella, Eisenach und Sömmerda befanden. Auf ihn geht u. a. ein patentiertes Verfahren zur Herstellung von Geschoß- und Granathülsen zurück und ein weiteres, das Feuergeschwindigkeit und Treffsicherheit von Geschützen

erhöhte. Seine Patente wurden nach Frankreich, Großbritannien, Russland, Belgien und in die USA verkauft. Seine Erfindungen brachten ihm einen erheblichen Vorsprung vor seinen Konkurrenten. Er gewann beste Beziehungen zu seinen Auftraggebern im In- und Ausland und wurde bei Besuchen in Paris ebenso hofiert wie in St. Petersburg. Die Soldaten der Armeen, die sich an den Fronten des Ersten Weltkriegs gegenüberstanden, mordeten einander auch mit Produkten aus den „Ehrhardt-Werken“, die zeitweilig mehr als 50.000 Arbeiter gezählt haben sollen, oder mit den Mordwerkzeugen, die auf den – so die Lokalpresse inzwischen – „genialen“ Erfinder zurückgingen.

Das alles störte nicht, als es darum ging, 2001 den Namen für eine Schule zu finden, die selbstredend einen humanistischen Anspruch erhebt. Dabei hatte die Stadt, selbst wenn sie den Blick nur auf die eigene Geschichte richtete, Alternativen. Außer Konkurrenz blieben die sieben Arbeiter, die 1920 bewaffnet die erste deutsche Republik gegen die putschenden Militaristen Kapp und Lüttwitz verteidigten und dabei zu Tode kamen. Mit denen hat die zweite Republik ihre Schwierigkeiten, denn sie handelten aus eigenem Entschluss und machten ihr Verhalten nicht vom Ruf der Staatsobrigkeit abhängig. In Ehrhardts Wirken erblickte der Landrat des Kreises, einer der Festredner bei der Schultaufe, für die Schülerinnen und Schüler der Anstalt besondere Vorbildhaftigkeit. Sein Leben könne Ansporn sein, in der Wirtschaft zu bestehen und Hochtechnologien zu meistern. Das darf getrost als Aufforderung gelesen werden, sich beruflich auf den Rüstungsstandort Deutschland einzustellen, der im Wettstreit der Waffenhersteller und -händler einen der vorderen Plätze besetzt.

Es sei, betonen die Verteidiger der Ehrhardt-Namensgebung, beim Zustandekommen ihres Schrittes ganz und gar demokratisch zugegangen, was wohl besagen soll, es habe eine Mehrheit sich für diese „Lösung“ entschieden. Selbst wer mit derlei Demokratie seine Erfahrung gemacht hat, gerät da ins Grübeln. Denn das würde nur bezeugen, dass die Zella-Mehliser zwar nicht klüger geworden, aber geistig in der Bundesrepublik angekommen sind, in Zuständen, in denen es die Hindenburg-Straßen ebenso gibt wie die Mölders-Kriegsschiffe und die Mackensen-Kasernen. Es würde dies auch an jene Figur aus einem seiner Dramen erinnern, die Schiller – der war freilich auch kein Einheimischer, aber doch nicht weit jenseits des Waldes wohnhaft – fragen und sagen lässt: Was ist Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn, der Verstand ist stets bei wenigen noch gewesen.

[So ganz wenige sind es in der Kleinstadt nicht, die zum Wahlkreis der Gabi Zimmer gehört und die sich mit und vor ihr gegen die Namensgebung ausgesprochen haben. Man wird nicht jedem Lehrer und jedem Schüler, der den Akt über sich hat ergehen lassen, unterstellen, dass er auch dessen Befürworter war. Der Rücksichten sind im freien Lande viele. Der Schreiber dieser Zeilen besuchte eine Schule, die den Namen des preußischen Kriegsministers Roon trug, und weiß, dass von derlei Umständen nicht immer etwas zurückbleiben muss. Vorausgesetzt, es wirken Gegenkräfte, die sich auch nach einer Niederlage nicht geschlagen geben.]

junge Welt, Dienstag, 03.07.2001.

Servus!

Reinhard Kühnls Abschied von der Universität Marburg

Mit Reinhard Kühnl verließ dieser Tage ein Mann Hörsaal und Seminarräume, der sich als Hochschullehrer und Forscher einen Namen gemacht hat. Folglich hatten bei der Verabschiedung nicht nur Kollegen und Schüler das Wort. Redner aus Gewerkschaftskreisen und der Marburger Friedensinitiative wussten Dank zu sagen. Viele verbanden den mit der Ermunterung, es möge der Ausscheidende auch im neuen Lebensabschnitt weitermachen. Womit?

Der Politikwissenschaftler und Historiker aus der mittlerweile legendären „Meisterklasse“ von Wolfgang Abendroth (dem „Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer“, Jürgen Habermas) hat seine Spur vor allem durch an Marx geschulte Arbeiten zum aufkommenden und dann an die Macht gelangten Faschismus gezogen. Er beschränkte sich dabei nicht auf den deutschen „Fall“, bemühte sich vielmehr auch um den in der Geschichtswissenschaft noch immer vernachlässigten internationalen Vergleich faschistischer und verwandter Herrschaftsformen. Kühnl suchte die streitbare Auseinandersetzung mit Hitlerzentrierten und anderen Zerrbildern. Er wies dabei einige der vulgärmaterialistischen Thesen zurück, die in den Kämpfen der Arbeiterbewegung entstanden waren und sich festgesetzt hatten.

Seine Bücher sind in hohen Auflagen erschienen, zu einem erheblichen Teil von jungen Leuten – nicht nur Studierenden – gelesen und insgesamt in 14 Sprachen übersetzt worden. Sie verhalfen zu einem Einstieg in theoretische Fragen („Faschismustheorien. Texte zur Faschismusdiskussion. Ein Leitfaden“, Bd. 1 erschien 1974, Bd. 2 1979) oder schufen einen Zugang zu den aus der Nazizeit überlieferten Quellen, insbesondere den sogenannten Schlüssel-Dokumenten („Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten“, der ersten Auflage von 1975 folgten viele weitere.) Weite Verbreitung fand auch die Schrift „Nation – Nationalismus – nationale Frage“ von 1986, in der sich der Autor u. a. gegen einen dumpfen und sich revolutionär gebärdenden nationalen Nihilismus wandte, sowie seine unter dem Titel „Deutschland seit der französischen Revolution“ erschienenen „Untersuchungen zum deutschen Sonderweg“ von 1996.

Kühnl hat den Faschismus nie als eine theoretisch oder praktisch erledigte Sache angesehen. Das Hervortreten von Rechtsextremisten zwischen Saar und Elbe rief ihn früh auf den Plan. Wer seinen Befund lesen will, möge zu „Gefahr von rechts? Vergangenheit und Gegenwart der extremen Rechten“ greifen. Nicht alles, was am Ende des 1990 erschienenen Bandes steht, wo der Autor eine Prognose wagte, ist eingetreten. Dass die Entwicklung der Bundesrepublik nicht durch einen „Rechtstrend“ gekennzeichnet sei, sondern durch „eine Polarisierung der Kräfte“ würde er vermutlich heute nicht mehr schreiben. Aber die scheinbar banale Feststellung hingegen, dass „Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit im Zentrum rechtsextremistischer Mobilisierung stehen“, wurde und wird durch Unwort und Untat fortgesetzt bestätigt.

Kühnl war und ist ein von vielen gesuchter Redner. Einer, der während der Verabschiedung im Hörsaal H berichtete, wo immer er auch in der Bundesrepublik hingekommen und als Referent aufgetreten sei, „Kühnl wäre vor ihm schon dagewesen“. Dieser Nachfrage dürfte er sich auch künftig nicht entziehen können und wollen. Schon als didaktisches Talent ist er unverzichtbar. Er vermag weitläufige Zusammenhänge zu vereinfachen, ohne platt zu werden. Mit ihm verlässt ein Marxist die Marburger Hochschule, den das bürgerliche Establishment in seinen Zeitungen schon vor etwa einem Jahrzehnt auf die Wunschabschussliste gesetzt hatte. Als die Gesellschaftswissenschaftler in den neuen Bundesländern mit wenigen Ausnahmen ihre Arbeitsplätze verloren, sollten auch die „ideologischen Agenten“ von den Universitäten der alten Bundesländer verschwinden, die sich an der Theorie des historischen Materialismus orientierten. Das ließ sich so einfach – wie es beispielsweise in Jena geschah – nicht bewerkstelligen.

Nun also geht Kühnl aus Altersgründen von Bord. Seine nur wenig jüngeren „Brüder im Geiste“, die in den sechziger und siebziger Jahren an die Universitäten gelangten, als die Studenten die geistige Umklammerung von Postfaschismus und Konservatismus sprengten, werden folgen. Da es derzeit keine Kräfte gibt, die den damals wirkenden vergleichbar wären, kann die Einschränkung des wissen-

schaftlichen Pluralismus schleichend vorangetrieben werden. Dessen linksseitige Amputation nähert die Hochschulen in der Bundesrepublik weiter Zuständen an, die in der ersten deutschen Republik, die sich den Namen der Goethe-, Schiller-, Herder-, Wieland- und List-Stadt gab, nach einer misslungenen Revolution schon existierten.

junge Welt, Dienstag, 10.07.2001.

Professor Unding

Ein offenes Stück über die Angst der westdeutschen Nachkriegsuniversitäten vorm Marxismus

Von nicht wenigen Bühnen dieses Landes gähnt die Langeweile oder grinst bloßer Klamauk. Dabei fehlt es keineswegs an Stoffen und Geschichten, die das Leben schrieb und die einen nachdenklichen und unterhaltsamen Theaterabend wohl füllen könnten. Hier ein Vorschlag, der freilich ins Theatergerechte erst noch umzusetzen wäre. Geeignet vorzüglich nicht nur für Studentenbühnen, wenn auch die Ansprüche an Spielraum und Personage, in mehreren Fällen auch an das Vermögen der Darsteller nicht eben gering sein mögen.

Beginnen wir wie eingeübt: Orte der Handlung: Universitäten in der Schweiz, dort vor allem Bern, und der Bundesrepublik, in letzterer Marburg und (ehemals) Berlin-West, dort selbst in Beratungszimmern von Senaten und Fakultäten, des Weiteren in Hörsälen und einem Auditorium Maximum, Räume in zwei bundesdeutschen Kultusministerien, sowie Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften zwischen Hamburg und München. Zeit der Handlung: 1970 bis 1973. Personen: Professoren der Philosophie, darunter Ernst Bloch, der Politologie, darunter Wolfgang Abendroth, der Geschichtswissenschaft, darunter der Schweizer Nationalrat Walther Hofer, und der Altphilologie, weiterhin der Präsident der Wissenschaftsakademie in Israel, ein berühmter Literaturwissenschaftler, ein weniger berühmter Rechtshistoriker, ein funktionierender Assistent, ein hervorragender Publizist, durchschnittliche Journalisten und Redakteure, unter letzteren ein doch herausragender Kalter Krieger, Aktivisten des konservativ-antikommunistischen „Bund Freiheit der Wissenschaft“, ein sozialdemokratischer Minister und ein ebensolcher Senator, Richter an einem Landes- und einem Oberlandesgericht, ein Bote, der einen Brief aus der DDR überbringt, ein als orthodoxer Marxist, Stalinist und subversives Element verschriener, wissenschaftlich hoch ausgewiesener Philosoph, dazu etwa 1.500 Studenten.

Über den Titel des Stückes ließe sich reden. Als Vorschlag könnte bedacht werden: „Hans Heinz Holz oder die deutsche Misere.“ Letzteres stammt von Hans Mayer, wie auf dem Theaterzettel, im Falle, es würde davon Gebrauch gemacht, auszuweisen wäre. Der Literaturwissenschaftler hat uns auch ein Gespräch überliefert, das am Rande eines Kongresses von Philosophen stattfand und sich für den 1. Aufzug eignen könnte. Professor I: „Sie haben Holz damals geprüft und durchfallen lassen. Warum?“ Darauf Professor II: „Er hat wissenschaftlich versagt.“ Hierauf Professor I: „Worüber haben sie ihn geprüft?“ Professor II: „Über Leibniz.“ Professor I (ironisch): „Dann hätte ich verstanden, wenn sie bei Holz durchgefallen wären.“

Nun ist schon heraus, dass es sich bei dem Ausforschenden um Ernst Bloch, beim Ausgeforschten um einen Mainzer Professor, bei dem Durchgefallenen um Hans Heinz Holz handelte. Letzterer hätte im Mittelpunkt des Stückes zu stehen, als Person wäre, fände sich keine geeignete Besetzung, auf ihn auch zu verzichten, da er nicht die Misere gibt. Die wird an dem deutlich, was ihm widerfährt. Und das ist, nachdem er zu einer Habilitation in Bern eingeladen worden war, seine Abweisung aus politischen und weltanschaulichen Gründen, sodann seine Benennung auf Berufungslisten an der Freien Universität (damals West-) Berlin und der Universität Marburg, darauf seine Berufung in Marburg, die eine wütende Kampagne auslöst, die nicht nur gegen seine noch ausstehende Ernennung zum Professor zielt, sondern seine Entfernung unter Anschuldigungen verlangt, die ein Gericht als haltlos erklärt, was dem antikommunistischen Vorkämpfer der Aktion, leitender Redakteur der Zeitung „Die Welt“ nicht nur die Prozesskosten, sondern auch einträgt, dass er ein Lügner genannt werden darf.

Das Stück, das sich als Trauerspiel gestalten ließe, aber auch etwa als Groteske daherkommen könnte, führt in Zeiten der Bundesrepublik, da als Folge von äußeren und inneren politischen Veränderungen das nahezu vollständige Monopol der nichtmarxistischen Strömungen der Wissenschaft nicht mehr unangefochten gesichert war. Berufung und Ernennung eines Einzelnen schienen es zum Einsturz zu bringen. Daher Alarmstimmung und Kampfrufe für einen Pluralismus ohne Marxisten, die ehemaligen und jene ausgenommen, die sich als solche nur ausgaben oder für solche fälschlich nur gehalten werden konnten. Dieser Kampf vereinte Liberale und Konservative, wenn auch nicht alle: Kein ande-

rer als der später ermordete FDP-Wirtschaftsminister Hans Herbert Karry schlug im hessischen Kabinett die Ernennung von Holz vor, unterstützt vor Ort durch den Marburger FDP-Kreisvorsitzenden und Theologieprofessor Horst Schwebel und neben vielen anderen Kollegen vor allem der frühere Marburger FDP-Bundestagskandidat und Erziehungswissenschaftler Professor Leonhard Froese.

Es war Wolfgang Abendroth, der auf seine ebenso sachliche wie ruhige Art, diesen Kreuzrittern entgegentrat. Mit Argumenten, die heute noch und wieder in Zuschauersälen, vorausgesetzt, dass sie auch Zuhörersäle wären, ein verständiges Publikum zu Beifall auf offener Szene hinreißen könnten. Denn da wäre zu hören: „... es gibt keine wissenschaftliche Fortentwicklung ohne Antagonismus und ständige kontroverse Diskussion. Wissenschaftler, die das leugnen wollen, haben die Grundlagen wissenschaftlichen Denkens vergessen. Wissenschaft entwickelt sich nicht durch Lobgemeinschaften, sondern durch scharfe Auseinandersetzungen.“ Und den Demagogen, welche die Forderung von Studierenden „Marx an die Uni“ zu „nur Marx an die Uni“ absichtsvoll verfälschten, fragte der Jurist, Historiker und Politologe: „Gibt es irgendwo in der Bundesrepublik oder in West-Berlin gegenwärtig – da unter Sozialwissenschaftlern nicht einer von Hundert ein Marxist ist – auch nur entfernt so viele Marxisten unter den Hochschullehrern wie in Frankreich, Italien, Großbritannien, Japan (und sogar den USA)?“

Eine gewisse Schwierigkeit böte der Schluss des Stückes wegen der vielen Möglichkeiten, ihn zu gestalten. Sollte er auf die Wirklichkeit verweisen, ließe sich jener (West-)Berliner Religionsphilosoph zitieren, der im Berufungsstreit in einem Brief schrieb: „Marxismus, wenn er ernstgemeint ist, wird als ‚orthodox‘ verfemt und bleibt ein Gespenst, vor dem es der bürgerlichen Wissenschaft und ihren Administratoren graut.“ Sollte eine späte, nach den Ereignissen des Jahres 1990 verspätete Warnung an die deutsche Hochschullehrerschaft gerichtet werden, wäre Abendroths Hinweis zu nutzen, dass die Wissenschaft, werde ihr die Herausforderung durch Marxisten an den Hochschulen genommen, sich von der Wirklichkeit nur immer weiter entfernen werde. Würde das Ganze hingegen strikt daraufhin inszeniert, das Publikum in Trauernde und Triumphierende zu spalten, dann hätten am Schluss die eineinhalbtausend Studenten aufzumarschieren, die – als die Berufung des Hans Heinz Holz auf sich warten ließ – sich im Auditorium Maximum der Universität zum Protest versammelten und sich in einer Freudenkundgebung wiederfanden, denn es hatte sich kurz zuvor ein sozialdemokratischer Minister gefunden, der nicht glaubte, dass mit dem Einzug eines bekennenden Marxisten in den Lehrkörper die Studentenschaft einem „Verfassungsfeind“ ausgeliefert würde. Nur auf den „Bösewicht“ hin, der Holz einfach madig machen wollte, sollte das Stück nicht ausklingen, denn es hat keinen Zweikampf zum Inhalt. Dann lieber schon der auch nicht hochstimmende Rückblick in die Geschichte, sei es mit den Worten des Abendroth-Schülers Reinhard Kühnl, der von den Zeiten sagte, es habe „zum ersten Mal eine kleine Chance bestanden, einen wirklichen wissenschaftlichen Pluralismus herzustellen“, oder mit denen des (West-)Berliner Wissenschaftssenators, der – seit dem Ende des Marxistentöters Hitler war ein Vierteljahrhundert vergangen – befand, dass der Marxismus „eigentlich ein selbstverständlicher Vorgang an den Hochschulen in der Nachkriegszeit hätte sein müssen.“ So oder so: Das Unternehmen liefe auf die künstlerische Durcharbeitung eines Stückes westdeutscher Geschichte hinaus, würde aktueller Bezüge nicht entbehren und es folglich an den Staatsbühnen schwer haben.

Friedrich-Martin Balzer/Helge Speith (Hrsg.), Deutsche Misere. Die Auseinandersetzungen um den marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz, Marburg 2001, S. 8-10. Erster Entwurf in: junge Welt, Montag, 16.07.2001.

Ins Bewusstsein geraten

Eine neue Broschüre erinnert die Stadt Saarbrücken an ihr fast vergessenes KZ

Wer Saarbrücken in Richtung französische Grenze verlässt, passiert, wenige Meter, bevor er sie erreicht hat, auf der rechten Seite der Straße einen Obelisken, der die Form eines Gewehrs mit einem aufgepflanzten Bajonett besitzt. Er erinnert an die Befreiungstat der alliierten Truppen und macht auf ein gegenüberliegendes Gelände aufmerksam, das einst zu dem im Weichbild der Stadt gelegenen Konzentrationslager Neue Bremm gehörte. An dessen zeitlich kurze Existenz – es wurde 1943 errichtet und 1944 beim Herannahen der Alliierten verlegt – und nichtsdestoweniger grausige Geschichte erinnert nun ein gemeinsam vom VVN-Bund der Antifaschisten, Landesvereinigung Saar, und vom Kulturamt der Stadt herausgegebenes Buch. Dessen gestalterische Besonderheit besteht darin, dass es zweisprachig – deutsch und französisch – gehalten ist. Dies ist nicht nur dem nahen Nachbarn geschuldet, sondern vor allem der Tatsache, dass an dem Ort, an den auf den Seiten des Buches – nach einem kurzen historischen Überblick – ehemalige Häftlinge erinnern, viele Menschen litten, die bis zum Mai 1940 jenseits der deutsch-französischen Grenze gelebt hatten.

Im Lager, das der Saarbrücker Gestapo-Dienststelle unterstand, waren in 16 Baracken 400 bis 500 Männer und Frauen, zusammengepfercht, die von einem sadistischen Bewachungspersonal geschunden wurden. Für die meisten von ihnen war die Neue Bremm Durchgangsstation auf dem Wege nach Buchenwald, Ravensbrück und Mauthausen. Unter den Gefangenen befanden sich Franzosen, Belgier, Spanier und nicht wenige Deutsche aus dem benachbarten, 1940 zum Reich geschlagenen französischen Gebiet.

Das Erscheinen des Buches reiht sich in die seit längerem von Antifaschisten des Saarlandes getragenen Bestrebungen ein, die Erinnerung an die Stätte wachzuhalten. Teile des einstigen Lagers wurden bisher als Gewerbegebiet oder Parkplatz, andere für die Errichtung eines Hotels genutzt. Proteste verhinderten, dass die Stätte durch den Bau eines Autobahnzubringers schließlich ganz unbegehbar und zubetoniert wurde. Erst 1978 begannen Erhaltungsarbeiten auf dem verbliebenen Territorium. Inzwischen ist in der Landeshauptstadt und deren Umland wieder ins Bewusstsein geraten, was auf die Abstimmung von mehr als 90 Prozent der Saarländer, die sich 1935 für den Anschluss an das Nazireich entschieden hatten, gefolgt war.

junge Welt, Freitag, 03.08.2001.

Fälle erledigen

Anständige deutsche Abschiebewillkür kommt höchstens beim Wahlkampf ins groteske Stolpern

Zwei Nachrichten, die in den letzten Tagen durch die Zeitungen gingen, gaben einen Zugang zur Beantwortung der Frage, wie es nach Jahresfrist um den vielzitierten Aufstand der Anständigen in Deutschland wirklich steht. Die eine kam aus dem brandenburgischen Guben, die andere aus der sächsischen Landeshauptstadt. An beiden Orten lebten oder leben noch ausländische Familien, Eltern mit ihren Kindern in einem Kirchenasyl, das sie dem Zugriff der Ausländerbehörden entzog und Maßnahmen zu ihrer Abschiebung aus Deutschland unmöglich machte. In einem Fall handelte es sich um eine aus Vietnam stammende, im anderen um eine aus der Türkei.

In beiden Fällen war die Forderung, es sollten die Ausländer die Bundesrepublik verlassen, durch keine Gründe zu rechtfertigen. Sie waren einfach herbeigeholt. Der Vater und Ehemann der vietnamesischen Familie war in der DDR in Karl-Marx-Stadt zum Ingenieur ausgebildet worden und hatte später in der Bundesrepublik in Aachen promoviert hatte. Sein Arbeitsplatz befand sich in Chemnitz. Dass er und die Seinen ihre Zukunft in Deutschland sah, war auch dadurch dokumentiert, dass die beiden Kinder des Deutschen mächtig sind, aber sich im Vietnamesischen viel schlechter bewegen können.

Nichtsdestoweniger: Die Forderung war eindeutig. Die abgelaufene Aufenthaltserlaubnis begründete den Verweis nach Vietnam. Dort konnte dann ein erneuter Antrag um eine neue Erlaubnis, die eine Rückkehr ermöglichte, an die diplomatische Vertretung der Bundesrepublik gerichtet werden. Damit gibt es Erfahrungen, die etwa besagen, dass der auf den Fahnen und Schildern befindliche textile oder blecherne Bundesadler eher nach Deutschland fliegt als das die Recht- und Hilfesuchenden zu tun vermögen. Botschaften und Konsulate haben ihre Praktiken, angefangen von der Hinauszögerung der Entscheidung bis zur Auffindung fadenscheiniger Gründe für Negativbescheide. Mitunter kann darauf vertraut werden, dass den zunächst in ihre „Heimat“ Gelangten, deren Behörden die nochmalige Ausreise verweigern. Jedenfalls sollten die Vietnamesen Richtung Hanoi, wiewohl sie so billig nicht reisen wie der Außen- oder Innenminister, und dort die einschlägigen Papiere ausfüllen und einreichen.

Nun ließen in diesem Falle ein paar Deutsche die Familie nicht im Stich. Pfarrer und Kirchenrat der Gemeinde standen ihr zur Seite. Es begann eine Unterschriftensammlung gegen die Abschiebung und es fanden sich auch in den lokalen und regionalen Staatsbehörden Leute, die nicht kaltschnäuzig genug waren, sich starr und strikt an die Gebote des mehrfach gewandelten Bundesinnenministers zu halten. Wie weit die Solidarischen mit ihrem Einspruch gekommen wären, ist schwer entscheidbar, hätte nicht justament in diesen Tagen der Bundeskanzler seine Werbetour durch Wild-Ost angetreten, bei der er doch schon einen Blick auf den Wahltag 2002 zu wenden hatte.

Doch in Deutschland, wenn die leidige Sache schon aus der zeitweiligen Umwelt des hohen Gastes geschaffen werden sollte, durften die Papiere für den Verbleib der Vietnamesen nicht ausgestellt, auf diese Weise kein Präzedenzfall geschaffen werden. Nahelag, die Gedanken über die Oder schweifen zu lassen bis zum Generalkonsulat in Wrocław, dessen Mitarbeiter nun die Anträge, von einer Person der Familie persönlich vorgelegt, entgegennehmen und genehmigen dürfen/sollen. Der „Fall“ wäre dann gleichsam auf dem Weg eines Gnadenaktes geklärt, wie gehofft wird, ohne dass sich künftighin noch jemand auf ihn berufen könnte.

Erscheint die letzte Kunde aus Guben so grotesk wie ermutigend, so vermag die aus Dresden nur Empörung hervor zu rufen. Es haben Bürokratenhirne im Innenministerium des Freistaates für die Tochter der dort im Kirchenasyl lebenden Familie, die den Weg von ihrem Zufluchtsort zu einer entfernten Schule zurück zu legen hat, eine vorgeschriebene Route, eine Art Korridor ersonnen, den sie nicht zu verlassen hat. Das lässt sich wahrlich „Gesicht zeigen“ nennen. Auf ganz andere Weise gilt das auch für jene in der Elbestadt, die den Bedrohten beistehen, für sie Bleiberecht fordern, Geld zu ihrer Unterstützung sammeln. Somit kann gehofft werden. Aber selbst bei positivem Ausgang

kann die Sache dort ihr bewenden nicht haben. Denn: Wenn diesen sächsischen Staatsdienern auch nur eingefallen wäre, und das war bei weitem nicht das Schlimmste, dass Deutsche vor einem Menschenalter Ausländern vorschrieben, wann diese sich auf Bürgersteigen bewegen durften und wann nicht, wo sie sich aufzuhalten hätten und wo nicht, dann hätte ihnen doch schon bei dem Gedanken die Schamröte ins Gesicht steigen und die Hand lahm werden müssen, einem Menschen derlei Vorschrift aufzubürden. Mit dem Gedanken an irgendwelche Amts-Schimmel ist weder die erzwungene Wrocław-Reise noch diese Untat abzutun.

Erfreulich in Guben wie in Dresden, dass sich Menschen fanden, bereit, dem Staat – wie in diesen Fällen – in den Würge-Arm zu fallen. Das war bei dem Ruf nach dem „Aufstand der Anständigen“ wohl nicht vorgesehen. Es ist aber nötig. Und notwendig erscheint auch, sich dafür sachkundig zu machen. In einem kleinen Verlag ist kürzlich eine Publikation erschienen, die drei engagierten Frauen zu danken ist. Wer sich über die Rechtsgrundlagen informieren will, auf denen er sich bei seinem Eintreten für Flüchtlinge und Asylsuchende, für die Rechte von Ausländern in Deutschland bewegt, kann da fündig werden und zugleich erfahren, worauf sich der Kampf um die demokratische Ausgestaltung oder Korrektur dieser Grundlagen konzentrieren müsste.

Tine Beck/Heide Meyer/Susanne Klauke, Willkommen in Deutschland. Entwicklung des Ausländer- und Asylrechts in der BRD, Marburg 2000, realisiert: Bodoni-Museum Berlin, DM 12,00.

junge Welt, Montag, 20.08.2001.

„Der uns aufgezwungene Krieg“

Lügen und Legenden um den Beginn des Zweiten Weltkrieges

So naheliegend die Frage, so selten wird sie gestellt: Warum gleichen sich die Bilder aus deutschen Städten vom 1. September 1939 und vom 4. August 1914 so wenig? Am Tage, als der später mit der Nr. 1 bezeichnete Weltkrieg begann, versammelten sich in deutschen Großstädten Menschenmassen, die das Ereignis bejubelten. Eine Fotografie, die davon existiert, wurde später zeitweilig geradezu berühmt. Sie zeigte Adolf Hitler eingezwängt in einer Menschenmenge, der Kriegsproklamation auf einem Platz in München lauschend und bereit, mit den Leuten um ihn herum in Hurrarufe auszubrechen. Ein Dokument unter vielen anderen, die über die geistige und psychische Verfassung der Zeitgenossen nur bedrückende Gefühle aufkommen lassen können.

Nichts dergleichen existiert vom ersten Septembertag, an dem ein Vierteljahrhundert später Hitler vor dem Großdeutschen Reichstag bekanntgab, es sei nun der Befehl erteilt worden, „zurückzuschießen“. Keine spontane Reaktion dieser Art. Auch keine abendliche Kundgebung etwa in dem vielbenutzten Berliner Sportpalast, in dem Hitler ein Jahr zuvor, man schrieb den 26. September 1938, seine antitschechische Hetzrede gehalten und „Herrn Beneš“ den Krieg angedroht hatte. Jubelchöre in braun, schwarz und feldgrau hätten sich doch auf einen Wink hin auftreiben lassen. Warum wurde der nicht gegeben?

Weil die Deutschen in ihrer Mehrheit von dieser Wendung der Dinge überrascht waren und sie nicht gewünscht hatten. Seit die „Tschechei-Krise“, in der die Faschistenführer nach ihrem eigenen Eingeständnis „mit dem Säbel rasselten“, durch die Kapitulation der Westmächte gelöst worden war, seit diese auch den Einmarsch in Prag hingenommen hatten, vermeinten in Deutschland Millionen, dieser gewiss dreist und erpresserisch vorgehende Führer werde seine Außenpolitik mit Augenmaß am Rande des Krieges entlang steuern und wissen, wie weit er gehen kann. Das Bubenstück Tschechei werde sich mit und gegen Polen wiederholen lassen, lautete die Hoffnung. Hitler teilte die nicht und hatte seine Generale darauf und auf eine mögliche Ausweitung des Überfalls auf Polen zum Kriege mit Großbritannien und Frankreich schon im Mai 1939 in geheimer und ungeschminkter Ansprache eingestellt.

Dass es im Reich keinen Kriegsjubel gab, hatte einen sehr wesentlichen Grund in den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges. Wer 1917 14 Jahre alt war und nun die Mitte der Dreißiger überschritt, ja selbst noch Jüngere konnten sich an den Hunger ihrer Kindheitstage im Ersten Weltkrieg erinnern. Wer damals 17 Jahre zählte, war noch in des Kaisers Rock gesteckt worden und zu den letzten Menschen mordenden Schlachten in Frankreich zurechtgekommen. Die Verkrüppelten, die Witwen und die Waisen dieses Krieges lebten, und sie befanden sich nicht im Greisenalter. Und da war das Wissen um das Ende des Krieges und dessen böse und langwährende Folgen.

Hitler und seinen Mitführern war nicht verborgen geblieben, dass sie bei allen materiellen und immateriellen Fortschritten, die sie auf ihrem fest bestimmten Weg in den neuen Krieg erreichen konnten, doch das eine Ziel verfehlt hatten. In der Formulierung, die Hitler in einer Geheimrede vor Demagogen in Schlüsselstellungen am 10. November 1938 gehalten hatte, lautete es: Die deutsche Seele müsse dahin gebracht werden, dass sie schließlich selbst nach der Anwendung von Gewalt verlange. Dies war nicht leicht zu bewerkstelligen, die Friedensdemagogie konnte nicht völlig preisgegeben werden.

Die Propaganda stellte sich mit dem Tage des Einfalls in Polen geschickt auf die Stimmung der Volksmehrheit ein. Die Deutschen hätten diesen Krieg nicht gewollt, sie wüßten, was Krieg bedeute und gingen in ihn, hieß eine besonders infame Wendung, „ernst wie in ein Gebet“. Jede Nazikundgebung mit Kriegsjubel hätte, das sahen die „Volksaufklärer“ um den Propagandaminister Joseph Goebbels deutlich, die Führung und die ganze Nazipartei von den Massen nur entfernt. Die sollten an den Krieg gewöhnt werden und würden das tun. In der Tat kam ihnen alsbald auch der Appetit nach mehr Siegen und größerem Gewinn, wenn auch der Wunsch der Volksmehrheit nach einem baldigen Ende der Schlachten nie zu unterdrücken war.

Und dann sind da die anderen Bilder der ersten Kriegstage im Spätsommer 1939, in denen die Szenen, würde man die Männer nicht an den Uniformen unterscheiden können, vollständig jenen gleichen, die aus den Augusttagen 1914 überliefert sind. Das gilt für die Fotos, die uns dokumentarisch genau die chauvinistischen Aufschriften an Eisenbahnzügen und dem verschiedensten Kriegsgerät lesen lassen, aus denen so dummdreist wie einst nationale Überhebung und äußerste Missachtung des Friedens der polnischen Nachbarn spricht. Gewiss, nicht alle, die da in die Linse lachten, mochten wissen, womit ihre Fahrzeuge verziert worden waren. Es genügte dazu ein einziger Maler. Aber es gab von ihnen viele und für die vielen wiederum viel Beifall. Denn eine starke Minderheit von Deutschen, alten wie jungen, waren Träger und Verfechter jener Rache und Revanche fordernden Ideologie und hing einem Denken an, das den Weltkrieg seit 1918 nur als unterbrochen ansah und sich nun zu dessen Fortsetzung auf den Weg zum „Endsieg“ machte.

Zunächst freilich waren diese Stimmungen öffentlich nicht gefragt. Die Formel, mit der die deutsche Mehrheit in das imperialistische Abenteuer geführt und auch die Weltöffentlichkeit getäuscht werden sollte, lautete: „der uns aufgezwungene Krieg“. Der erste, der sie benutzte, war Hermann Göring, Luftfahrtminister, Chef der Luftwaffe, oberster Organisator der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen in seiner Eigenschaft als Chef der 1936 geschaffenen „Vierjahresplanbehörde“, die den Auftrag hatte, Deutschland binnen vier Jahren kriegsfähig zu machen. In seiner Eigenschaft als Präsident des Großdeutschen Reichstages hatte er am frühen Morgen des 1. September 1939, nachdem Hitlers antipolnische Hetzrede geendet hatte, in dieser Weise vom Kriege gesprochen. Mit exakt der gleichen Formel hatte ein Vierteljahrhundert zuvor der kaiserliche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vor den Abgeordneten des Reichstages begründet, warum Deutschland nichts anderes übrigbliebe als Krieg zu führen. Nicht aus eigenem freiem Entschluss, sondern von „den Anderen“ gezwungen. 1939 waren das angeblich die Polen, die dabei wären, die Angehörigen der deutschen Minderheit auszurotten. Derselbe Vorsatz war ein Jahr zuvor den Tschechen unterschoben worden.

Kurzum: Die Deutschen des Jahres 1939 sind keineswegs im gedanklichen Gleichschritt in diesen Krieg gestürzt. Nur wog der Friedenswunsch der Mehrheit nichts. Er war unfähig zu jeder Betätigung, die den Machthabern hätte in den Arm fallen können. Er war verkümmert zu einer bloßen folgenlosen Hoffnung, die nicht einmal moralisch ehrenwert genannt werden kann. Denn er war auch in sich gleichsam wurmstichig und faul. Es fehlte ihm am Prinzip. In ihm sprach sich keine auf die Menschheit gerichtete Friedensidee aus, sondern massenhaft nur eine im Kern national-egoistische Stimmung, die um sich selbst besorgt war und bangte, dass es nicht etwa „schief“ geht.

Als derlei Befürchtung erledigt schien, schlug die Stimmung um. Die Bilder von den enthusiastischen Empfängen der Garnisonsstädter für die vom siegreichen „Frankreichschlagen“ – da waren seit Kriegsbeginn erst elf Monate vergangen – heimkehrenden Truppen bezeugen es. Gewiss verband sich mit diesen Hurra-Kundgebungen wieder die Hoffnung, es werde der ganze Krieg nun zu Ende sein und auch Großbritannien kapitulieren. Aber an dem Krieg ließ sich doch Gefallen finden. Der Jubel brach, denkt man an das Schweigen des 1. September 1939, mit einer gewissen Verspätung aus. Dann aber deutlich. Die Berichte des Sicherheitsdienstes sprachen von Verwunderung darüber, dass Frankreich so „mild“ behandelt werde.

Es gab eine Gruppe von Deutschen, die, aus sicherster Quelle und bevor noch der erste Schuss gefallen war, wusste, warum dieser Krieg eigentlich geführt wurde. Ihnen hatte Hitler unumwunden gesagt, dass Danzig nicht das Objekt sei, um das es gehe. Ihnen hatte er Kriegsgrund und Kriegsziel mit drei Worten bezeichnet „Lebensraum im Osten“ und die verstand jeder dieser Zuhörer zu entschlüsseln: den Gewinn der Reichtümer auf und unter der Erde. Die so informierten waren die deutschen Generale und Admirale. Denen wurde die Wahrheit risikolos zugetraut. Das Volk wurde anfänglich noch mit einer Lüge abgespeist. Als ihm das Siegen zu gefallen begann, hörte auch der deutsche Michel dann offene Worte vom Gesundstoßen, erfuhr auch er, dass für ihn dabei etwas abfallen würde. Die Lügen der ersten Tage ließen sich vergessen.

junge Welt, Sonnabend, 01.09.2001.

Details in Kniehöhe

Halbe Arbeit im Preußenjahr – eine Ausstellung in Angermünde über adlige „Heimkehrer“

Ja, in Adelsangelegenheiten bin ich Partei. Mein Vater verdiente sich während fünfjähriger Arbeitslosigkeit ein paar Pfennige, als er bei einer Gräfin Bethusy-Huc deren Teppiche klopfen ging, meine Mutter räumte bei einer Dame aus dem Geschlechte derer von Samson-Oxenstjerna auf, von der sie nicht fürstlich entlohnt, aber anständig behandelt wurde.

Meine Bekanntschaft mit dem Landadel rührte von Ferien in einem niederschlesischen Dorfe her, in dem Verwandte eine Schmiede betrieben. Während des Krieges verwandelte sich das den Ort beherrschende Gut in einen Sammelplatz freiwilliger und gezwungener ausländischer Arbeiter. Auf den Feldern schufteten Frauen und Männer aus dem verbündeten Italien, sowjetische Kriegsgefangene und sogenannte Ostarbeiterinnen. Wenn die Arbeitenden zerschunden auf den Gutshof zurückkehrten, wurden mitunter im Schloss ungeniert Vorkehrungen für ein abendliches Fest getroffen, oder es war schon im Gange. Ich fand diese Verteilung von Arbeitsqual und Lebensgenuss nicht in Ordnung.

Daran musste ich zurückdenken, als ich nach Angermünde fuhr, mir die Ausstellung „Adelige Rückkehrer“ anzusehen. Sie kann in der Kirche des Franziskaner-Klosters besichtigt werden. Von dort soll sie noch auf Reisen gehen. Auf etwa zwanzig Bildtafeln können sich Besucher einen flüchtigen Eindruck vom Leben von sechs Adelsgeschlechtern verschaffen, die einst im Lande land- und forstwirtschaftlich genutztes Eigentum besaßen. Sie verloren es durch die Bodenreform entschädigungslos.

Familiengeschichten werden verknappt erzählt. Zwei sind historisch Interessierten im Ausschnitt geläufig. Die eine betrifft die „Gänse“, also die Gans Edlen Herren zu Putlitz, die in früher DDR-Zeit durch ein aus der Art geschlagenes Familienmitglied bekannt wurden. Das veröffentlichte, als Memoiren in Ostdeutschland so rar waren wie Obst, seine abenteuerliche Lebensgeschichte („Unterwegs nach Deutschland“), die ihren Höhepunkt dort hatte, wo der junge Diplomat kurz vor dem Einfall der Wehrmacht in die Niederlande nach Großbritannien floh, zu dessen Geheimdienst er zuvor schon Beziehungen besaß. Der Mann starb in der DDR. Einsam, heißt es auf der Tafel, die das erwähnt. Unvermerkt bleibt, dass ein Mann dieses Typs von seinesgleichen nicht gewollt wurde.

Die andere betrifft die Familie derer von Hardenberg, aus der – nächst dem berühmten Kanzler, dem der König das Gut schenkte – jener Mann herausragt, der zu den Mitverschworenen des 20. Juli 1944 gehörte, sich im Schloss beim Eintreffen der Gestapo zu töten versuchte, sodann in das KZ Sachsenhausen verschleppt wurde und nach seinem Zeugnis überlebte, weil ein Kommunist sich um ihn kümmerte. Ein Lebensretter aus der Partei, die sich für eine Bodenreform mit – wie sich nun zeigt – bleibender, wenn auch mehrfach gebrochener geschichtlicher Nachwirkung einsetzte.

Die Autoren der Ausstellung wollen ein differenziertes Bild vermitteln. Das gelingt ihnen vor allem durch die in Fotos und Kommentaren dargestellten Absichten, die jene „Rückkehrer“ mit ihrem Kommen nach Brandenburg verbanden, sowie deren Verwirklichung. Soweit sie nicht Rentner sind, gehen sie – in den ihnen zurückerstatteten Immobilien oder Teilen davon oder auch in Neubauten wohnend – unterschiedlichen Berufen und Tätigkeiten nach. Sie sind Ärzte, Architekten, Verleger. Auch eine Landwirtin wird vorgestellt.

Was die Schau vollständig vernachlässigt, ist die Lebensweise und Rechtslage der Untertanen und Landarbeiter auf den Gütern der Adligen, die mitunter nur einen Steinwurf von jenen Schlössern entfernt hausten. Auf ein Detail aus der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die sich mit dem feudal, dann kapitalistisch geprägten Grundbesitz verbindet, stößt, wer in die Knie geht. Eine Tafel zur Geschichte derer von der Marwitz zeigt auf einer Fotografie französische Kriegsgefangene und erwähnt russische und ukrainische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die die während des Krieges eingezogenen deutschen Landarbeiter billig ersetzten. Weitgehend ausgespart ist auch die Verwendung der Schlösser und Gutshäuser nach Kriegsende, als sie zunächst meist denen ein Dach boten, die als Flüchtlinge oder Umsiedler über die Oder kamen.

Wer auswählt, wertet. Auf das Behutsamste verfuhren die Autoren, sofern es sich nicht um Nazigegner handelt, wo sie die politische Haltung der Adelshäuser während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts berühren. Bei den von der Marwitz wird ein Kontakt zu Naziführern erwähnt, aber milde angefügt, Not, nicht nazistische Gesinnung drücke sich in ihm aus. Nun ist unbestritten, dass die Mehrheit des grundbesitzenden Landadels die Deutschnationalen favorisierte. Aber eben das bildet den Kasus: Denn das Antirepublikanertum verband sich mit der Erwartung, man könne den „alten Kaiser Wilhelm“ oder einen anderen aus dessen Hause (wieder)haben, und verknüpfte sich mit der Hoffnung, die staatlich privilegierte Stellung zurückzugewinnen, die mit der Novemberrevolution verlorenging. Es war diese Totengräberschaft an einer Republik, von den einen mit schwarz-weiß-rotem, von anderen mit Hakenkreuz verziertem Spaten ausgeübt, die für sich rechtfertigte, der antidemokratisch gestimmten Schicht 1945 die Grundlagen ihres mehrfach unheilvollen Einflusses auf den Gang der deutschen Dinge zu entziehen. Und das war nur ein Grund, der die Bodenreform legitimierte.

junge Welt, Freitag, 07.09.2001.

Die nationale Fitness-Frage

Gerd Wiegel über den konservativen Geschichtsdiskurs der Deutschen

Nein, es genügt nicht, mit den in den USA lebenden Menschen zu trauern, die am 11. September Männer und Frauen, Väter und Mütter, Heranwachsende und Kinder verloren haben, sich Witwen und Waisen und alten Menschen nahe zu fühlen, die ihre Nachkommen verloren haben und von nun an von Einsamkeit bedroht leben. Wir sollen „Amerikaner“ sein, lautet die Forderung, die einen tausendfachen Tod mit einem Zungendreher zu instrumentalisieren weiß. Warum sollten die Deutschen im historischen Gestern nicht Jugoslawen sein?

Der modische Slogan dürfte bald vergessen sein. Namentlich bei denen, die gerade eine andere politische Reklameplatte aufgelegt hatten und sie eben mal rasch anhielten. Die tönte von der „nationalen Identität“, die Deutsche zu erstreben hätten. Früher hieß das einmal „Volksgemeinschaft“. Nun also für ein paar Tage „Amerikaner“, womit wieder die amerikanischen Kubaner nicht gemeint sind. Wer etwas darauf wetten wollte, dass die deutsche Rechte, von der Ultrarechten zu schweigen, die „Deutschtums-Platte“ alsbald wieder auflegen und das Gerede von der Einen Welt vergessen haben wird, ginge kein Risiko ein. Zu lange schon ist an diesem Reklameschlager gearbeitet worden, zu oft hat er sich als zugkräftig erwiesen. Von denen, die Geschichtspolitik inszenierten und auch von Historikern. Wer sich darüber sachkundig ins Bild setzen will, kann zu einer bei Reinhard Kühnl in Marburg entstandenen Doktorschrift greifen, die erfreulich rasch auf den Buchmarkt gelangte.

Gerd Wiegel analysiert einen Strang der deutschen Geschichtswissenschaft und seine Wechselwirkungen zur konservativen Politik über die letzten beiden Jahrzehnte. Er hat im Blickpunkt die Bestrebungen, die er „Renationalisierung“ des deutschen Geschichtsbildes nennt, an anderer Stelle als Versuche bezeichnet, den Deutschen ein „national grundierte“ Sicht in ihre Vergangenheit zu verpassen. Seinen Ausgangspunkt nimmt der Autor in den Veränderungen, die sich im Verlauf der sechziger Jahre als eine Niederlage der Kräfte darstellten, die mit der Flucht in ein Hitler zentriertes Bild der Jahre 1933 bis 1945 und in die Totalitarismus-Doktrin jeder kritischen sozialen Analyse glaubten entkommen zu sein. Für einen denkwürdigen Moment bundesrepublikanischer Entwicklung entstand eine Situation, in der, gestützt auf einen Aufbruch von Studenten, ein Freiraum für geschichtliches Denkens und Forschens bis hin zu vom Marxismus herkommenden Interpretationen entstanden war und fruchtbar wurde. Über Faschismus und ihn entschlüsselnde (oder auch verhüllende) Theorien konnte offen gestritten werden. Mitte der siebziger Jahre sei dies bereits weitgehend vorüber gewesen, konstatiert Wiegel im Anschluss an seinen Lehrer.

Die konservativen Strömungen, die in der Arbeit nach ihren Gemeinsamkeiten wie ihren Differenzen befragt werden, gaben sich mit dem Rückschlag nicht zufrieden und bevor noch in Bonn die „Wende“ in der Regierungskonstellation sich vollzogen hatte, waren sie auf dem Vormarsch, begünstigt von allen, die systemkritisches Geschichtsdenken über den deutschen Faschismus als dogmatisch, DDR-geleitet und nicht mehr diskussionsfähig abtaten. Helmut Kohl sprach: „Der jungen Generation muss die deutsche Geschichte in ihren europäischen Bezügen und Bedingungen wieder geistige Heimat werden.“ Der älteren war sie das offenbar nach dem Befund des promovierten Historikers? Und mit den europäischen Bezügen war zum wenigsten gemeint, was die Deutschen zwischen 1914 und 1918 und dann und mehr noch zwischen 1938 und 1945 auf dem Kontinent angerichtet hatten.

Wie konservative Historiker und rechte Geschichtspolitiker beharrlich daran gearbeitet haben, jenen Teil der „kulturellen Hegemonie“ zurück und in veränderten Zeit neu zugewinnen, verfolgt Wiegel entlang von zwei Strängen: den einen bilden die öffentlichen mehr oder weniger breite Kreise einbeziehenden Geschichtsdiskurse, in denen Historiker zwar mitwirkten, aber keineswegs dominierten, den anderen machen die Entwicklungen in der Zunft aus, soweit sie an der grundsätzlichen und aktuell akzentuierten Ausgestaltung des Geschichtsbildes für alle Deutschen arbeitet. Also werden die Rolle der Presse mit dem Schwerpunkt der *„Frankfurter Allgemeinen Zeitung“*, die Debatten um „Westbindung“ und „selbstbewusste Nation“ analysiert. Sodann die stürmischen Auseinandersetzungen über die „Wehrmachtsausstellung“ das Buch Daniel J. Goldhagens und die Rede Martin Walsers durchmustert, worüber freilich, da auf diesen Felder viele Chirurgen schon am Werk waren, weniger

Neues aufgefunden werden konnte. Der zweite Strang führt über eine sehr eingehende Kritik an Ernst Noltes, Kontinuität und Wandel aufweisende Geschichtsbücher zu den jüngeren Verfechtern einer Sicht, deren Funktion letztlich darin besteht, die Deutschen als „Standortkämpfer“ unter sich permanent verändernden Bedingungen europäischer und Weltwirtschaft fit zu machen. Wiegel verweist auf dieses Ziel wiederholt, ohne zwischen Wissenschaft und Politik kurzschlüssige Kontakte herzustellen.

Vorsicht lässt er am Ende seiner Untersuchung begründet walten, da er unvermeidlich auf die Frage kommt, welche Aussichten jener Teil der Geschichtsforscher und -publizisten besitzt, der den Nachgeborenen Verfälschungen bis zu jener andrehen will, der zufolge ihre Vorfahren von wenigen Ausnahmen abgesehen Opfer des Faschismus und verdienstvolle Kämpfer gegen die Bolschewisierung Europas gewesen seien. Ein Urteil, wie weit die Aktivisten der konservativen Strömungen gelangt sind und noch kommen könnten, ließe sich auch erst gewinnen, wenn – was die berechtigten Anforderungen an sein Unternehmen überstiegen haben würde – die Mehrheit der Historiker und ihr Verhalten gegen die Attacken auf ein schwer errungenes, partiell kritisches Geschichtsbild in die Untersuchung mit einbezogen würde. Manchen mag die explizite Konfrontation mit den Weißmann, Jesse u. a. als Abstieg unter eine Niveaugrenze erscheinen, die ihnen nicht überschreitbar zu sein scheint. Das wäre ebenso verständlich wie es die liberal-demokratische Erfahrungen aus den Zeiten der Weimarer Republik ignorierte, die damals auch als ignorierbar galten. Zudem ist die Position aufgegeben oder geschwächt, die sich von der Totalitarismus-Doktrin abwandte, denn unter dem politischen Druck der frühen neunziger Jahre wurde deren Renaissance entschiedener Widerspruch nicht entgegengesetzt, sondern mitunter selbst an deren erneutem Aufputz mitgewirkt.

In der Geschichtspolitik, urteilt Wiegel, könne trotz aller Anstrengungen von einer gefestigten neokonservativen Hegemonie nicht gesprochen werden. Das wurde geschrieben, bevor der Wettbewerb darum begann, wer sein Bekenntnis, ein stolzer Deutscher zu sein, am lautesten in die Menge rufen könne. Welche Chancen denen zuwachsen werden, die Nationalismus verbreiten und mit den Ängsten der „Europäisierung“ kalkulieren, ist unentschieden. Wiegels Buch über die fest verwurzelten, zäh voran getriebenen Bestrebungen zur „Renationalisierung“ des Geschichtsbildes der Deutschen kommt zur rechten Zeit. Es ist frei von jeglichem nationalen Nihilismus. Eine unbedachte Wendung wie die vom „Schuldcharakter der deutschen Geschichte“ fällt aus wohl erwogenen Urteilen heraus. Der Autor besteht auf dem Streben nach Erkenntnis. Sein Buch feit auch gegen bloßen antinationalen Krawall.

Gerd Wiegel, Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie – Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte. PapyRossa Verlag Köln 2001, 436 S.

junge Welt, Sonnabend, 15.09.2001.

Point of no return

Geschichte ist keine Endlosschleife, trotzdem kann man aus ihr lernen

Um die Gegenwart besser zu verstehen und ihre Zukunftsbilder zu schärfen, richten Menschen, begegnen ihnen unerwartete Ereignisse, ihren Blick immer wieder auch in die Vergangenheit. Nicht anders, bald nachdem die Nachricht vom Barbarenakt des 11. September 2001 um die Welt ging. Beim Blick zurück lauern jedoch Gefahren. Die Geschichte wiederholt sich nie auf die gleiche Weise. Das besagt, dass sie keine Folie für die Gegenwart abzugeben vermag, und der Schluss, so war es, so werde es also wieder kommen müssen, geht in die Irre. Phantasie, die sich nur aus Abläufen der Vergangenheit speist, führt auf Holzwege. Nichtsdestoweniger kann das Wissen auch um weit zurückliegende Vorgänge Fragen aufgeben oder schärfen, die aus dem Jetzt geboren sind.

In diesen Tagen ist in unseren politisch-geographischen Breiten wiederholt auf ein Ereignis Bezug genommen worden, das mehr als ein Menschenalter zurückliegt und an das sich kaum ein Lebender noch zu erinnern vermag: an die unmittelbare Vorgeschichte des Weltkrieges, der später der erste genannt wurde. Zu seinem Anlass wurde der Terrorakt von Sarajevo, einer Stadt in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie. Opfer des Bombenanschlags wurde der Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, ein Neffe des noch regierenden hochbetagten Kaisers in Wien. Die Täter gehörten einer Geheimorganisation an, deren Ziel es war, die in der k. u. k-Monarchie lebenden Serben aus dem Vielvölkergefängnis zu befreien, in dem sie mit anderen Menschengruppen lebten. Das Unternehmen war exakt geplant. Hätte die Bombe den Repräsentanten der Fremdherrschaft an dem Platz nicht getroffen, an dem das geschah, standen „Ersatzattentäter“ bereit. Einem bin ich noch in den siebziger Jahren in Jugoslawien begegnet. Es war ein kleiner freundlicher Mann, der nichts an Gefährlichkeit ausstrahlte.

Der Bombenwerfer wurde ergriffen und verurteilt. Gavrilo Princip kam in das Gefängnis in die kleine Festung am Rande Theresienstadts, das später seine grausig-traurige Weltberühmtheit als faschistische Mordstätte erlangte. Princips Zelle war noch zu Zeiten, da Jugoslawien und die Tschechoslowakei ihre Wege aus der kapitalistischen Vergangenheit suchten und eingeschlagen hatten, wenn schon kein Wallfahrtsort, so doch eine Gedenkstätte, in der Besucher aus Jugoslawien Blumen und kleine Kränze ablegten. Ihnen galt er als ein Nationalheld, der zur Entstehung des jugoslawischen Staates Entscheidendes beigetragen habe. Denn dieser Staat entstand am Ende jenes Krieges, für die seine und die Tat der Geheimorganisation, der er angehörte, den Anlass geliefert hatte. Jedoch: Zwischen der Tat und den Folgeereignissen bestand kein notwendiger Zusammenhang.

Natürlich besaßen die Akteure des Attentats vom Juli 1914 ein Hinterland. Es war leicht auszumachen. Es befand sich im benachbarten serbischen Staat. Dessen Hauptstadt war Belgrad. Das Ereignis stellte die Machthaber in Wien vor Fragen, die sie entscheiden mussten. Was geschehen war, drückte zwar die Unzufriedenheit einer speziellen Gruppe der in ihrem Reich Unterdrückten und Ausgebeuteten aus, aber nationale Bestrebungen von unterschiedlicher Radikalität regten sich auch in anderen Teilen der Donaumonarchie. Dem Klüngel um den Kaiser fiel nichts Besseres ein, als mit dem militärischen Knüppel dreinzufahren, Serbien abzustrafen und derart ein Exempel zu statuieren, das Drohung nach außen und mehr noch nach innen demonstrieren und die Untertanen disziplinieren sollte. Andernfalls fürchtete der Monarch um den Zerfall seines Reiches. Das Fazit gerann zum Kampfruf: Auf nach Belgrad!

Freilich, da war die Frage nach den Folgen und den Weiterungen. Serbien zu besiegen schien den Militärs keine schwierige Aufgabe zu sein – eine Annahme, mit der sie sich übrigens irren sollten. Doch würde sich der Krieg isolieren lassen? Das zaristische Russland, mit dem die Doppelmonarchie ohnehin in einem Spannungszustand wegen der Balkanpolitik lag, könnte den Südslawen helfen. Und wer würde da Österreich-Ungarn helfen? Die Antwort lag nahe: das verbündete Deutsche Kaiserreich. Tatsächlich verschob sich die Entscheidung, ob der „Große Krieg“ riskiert würde, denn Russland war wiederum mit Frankreich und Großbritannien verbündet, von Wien nach Berlin. Hier konnte zur Besonnenheit gemahnt oder auf dem Kriegspfad vorangehetzt werden. Wie die Entscheidung fiel, ist nur zu gut bekannt. Imperialistischen Kreisen in der deutschen Hauptstadt kam der Vorfall gerade

recht. Sie hielten den Zeitpunkt für geeignet, die in ihren außenpolitischen Plänen liegende Auseinandersetzung um den „Platz an der Sonne“ zu beginnen, glaubten gar, ein günstigerer würde sich kaum bieten. (Hitler kritisierte die Machthabenden später, es sei 1914 der beste Moment für den Griff nach der Weltmacht schon verpasst gewesen.)

Die Alternative, die der Kaiser in Wien dem in Berlin auseinandergesetzt hatte, Krieg oder Zerfall des Reiches, erschöpfte die Möglichkeiten der Politik freilich nicht. Es gab 1914 durchaus eine dritte Möglichkeit: eine andere Innenpolitik gegenüber den unterdrückten Nationen und Völkerschaften konnte die radikal-terroristischen Gegner isolieren und dem Vielvölkerstaat eine gewisse Stabilität verleihen. Das hätte freilich Politiker von anderem Format vorausgesetzt, Persönlichkeiten, die sich Rechenschaft darüber zu geben vermochten, an welchem Punkt die europäische Geschichte angelangt war und dass die Tage des ungestörten Regierens aus der Ideenwelt des 18. und 19. Jahrhunderts heraus bereits gezählt waren – wie sich bei Kriegsende im Untergang mehrerer Kaiserreiche erweisen sollte. Einkehr, Umkehr, neues Denken, das war freilich von den Politikern um die Wiener Hofburg aus sich heraus nicht zu erwarten.

Blieb folglich, dass ihnen so etwas wie ein Nachhilfeunterricht zuteilgeworden wäre. Wer hätte den erteilen können? Das Volk in seinen wachsten Teilen. Die aber bildeten eine hoffnungslose Minderheit. Die Masse stimmte in den Ruf ein: Auf nach Belgrad! Und ließ sich zu Millionen an die Fronten und auf die sogenannten Kriegsschauplätze schaffen und in den Tod. Das Erwachen kam spät. Wohin wäre Europa gesteuert, wenn sich damals auch nur der die Mächtigen bändigende Ruf erhoben hätte: Hände weg von den Waffen! Die Waffen nieder! Die abstrakte Möglichkeit gebar keine Wirklichkeit. Die Massen erteilten keine Lektion, sie hatten eine blutige zu lernen. Es war nicht ihre letzte.

Wie gesagt: Die Geschichte wiederholt sich nie auf die gleiche Weise. Heute, da Mächtige über Instrumente verfügen, gegenüber denen sich die, über die ihre Vorgänger im Jahre 1914 geboten, nahezu miniaturhaft ausnehmen, wird wieder entschieden, wie auf einen Terrorakt zu antworten ist, für den, wird er mit jenem vor 87 Jahren verglichen, das gleiche gilt. Diesmal ist nicht die schwächere Macht in einem Bündnissystem herausgefordert, sondern dessen Anführer. Verbündete treiben ihn voran. Sie organisieren in ihren Ländern eine Kriegsstimmung, um sich und der Führungsmacht die Gefolgschaft zu sichern. Das macht trotz der Gedanken erstickenden Macht der aufgewandten Propagandamittel dennoch Schwierigkeiten.

junge Welt, Mittwoch, 19.09.2001.

Die Spur der Kriegsverbrechen

Zum 75. von Manfred Messerschmidt, Nestor der kritischen deutschen Militärgeschichte ...

Im malerischen Bad Homburg saßen 1990 in der angenehmen Atmosphäre der Reimers-Stiftung Historiker aus beiden deutschen Staaten um einen Konferenztisch. Zusammengeführt hatte sie die Idee, zum bevorstehenden 50. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion einen Band mit wissenschaftlichen Beiträgen vorzulegen. Und dies, obwohl ein weit getriebenes Projekt, das sich auf den nämlichen Jahrestag des Kriegsbeginns gerichtet hatte, am Einspruch des Politbüros der SED gescheitert war.

Die Atmosphäre war ungewöhnlich. Das Ende des ostdeutschen Staates war beschlossen. Die von dort Gekommenen wurden, bevor es zur Sache ging, aufgefordert, sich zum aktuellen Geschehnis zu erklären. Ein westdeutscher Teilnehmer hörte sich die Beiträge eine Weile an, um dann sinngemäß zu bemerken, dass er sich an einer Bewertung des Verhaltens der Kollegen im DDR-Staat nicht beteiligen könne. Er wisse, wenn er in seiner Stellung mit seinem Staate in einen ideologischen Konflikt geriete, könne dies im äußersten Falle seine Pensionierung bedeuten. Der das sagte war Manfred Messerschmidt. Dieser Tage wird er 75 Jahre alt. Die Episode charakterisiert die Gradlinigkeit des Wissenschaftlers, der stets offen aussprach, was Sache war. Vor allem aber liegt ihm nichts ferner als rasch hingeworfene Urteile.

Der ausgebildete Jurist verdiente sich durch seine historischen Forschungen den Namen des „Nestors der (west)deutschen Militärgeschichtsschreibung“ (Ralph Giordano). Er erzog sich früh dazu, objektive und subjektive Faktoren abzuwägen, durch die Geschichtsprozesse in Gang gesetzt und geprägt werden, und in ihnen das Verhalten von Einzelnen oder Personengruppen. Davon zeugte bereits seine 1969 vorgelegte Arbeit zu dem Thema „Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination“.

Heute wird Manfred Messerschmidt in Freiburg, wo er über viele Jahre und herausragend als dessen wissenschaftlicher Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr wirkte und an der Universität lehrte, mit einer Festveranstaltung geehrt. Als ein Geschenk, das seinem Verdienst nach Anlage und Inhalt gerecht wird, kann ihm ein Werk überreicht werden, dessen Herausgeber selbst längst einen Namen in der Militärgeschichtsschreibung besitzen. Ihnen ist es gelungen, Forscher aus nicht weniger als zehn Staaten – gleichsam von Tokio bis Irland – zu 43 Beiträgen zusammenzuführen, die insgesamt eine ungewöhnlich hohe thematische Geschlossenheit aufweisen. Das in vier Teile gegliederte Unternehmen setzt mit dem Kapitel „Völkerrecht und Kriegsverbrechen von 1899 bis 1939“ ein, das von der Haager Friedenskonferenz bis zum Briand-Kellogg-Vertrag führt. Daran schließen sich Aufsätze über die deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg, die Untaten in einzelnen besetzten Staaten, Gebieten und Orten untersuchen und die Beteiligung einzelner Wehrmachtsteile (Heer, Luftwaffe, Kriegsmarine) zum Gegenstand haben. Im dritten Kapitel werden „andere Kriegsverbrechen des 20. Jahrhunderts“ abgehandelt, von den japanischen in China über die sowjetischen in Polen und Deutschland bis zu den niederländischen in Indonesien und den amerikanischen in Vietnam. Hierin fand auch der Beitrag „Massenvergewaltigungen als Kriegsverbrechen“ seinen Platz, die einzige Abhandlung einer Frau: Birgit Beck berichtet über Vergewaltigungen durch deutsche Soldaten im Zweiten Weltkrieg und über deren strafrechtliche Verfolgung durch die deutsche Militärgerichtsbarkeit. Der abschließende Teil fasst Studien zur Verarbeitung der Kriegsverbrechen nach 1945 zusammen. Am Ende stehen eine Auswahlbibliographie zur Strafverfolgung von Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert sowie ein Schriftverzeichnis des Jubilars. Die trockene Auflistung mag nur die Dringlichkeit baldiger kritischer Würdigung des Ganzen verdeutlichen.

Wer Messerschmidts gesellschafts- und geschichtspolitisches Engagement auch nur in Umrissen kennt, weiß, dass der Band nicht ohne dessen Erwähnung schließen konnte. Einen Ausschnitt daraus hat Brigadegeneral a. D. Winfried Vogel behandelt. Er betrifft das Verhältnis der Bundeswehrführung zu den Wehrmachtsverbrechen und trägt den Beititel „Manfred Messerschmidt und die Vermittlung bitterer Wahrheiten“. Es hätte auch heißen können: und die vieljährige Verweigerung bitterer Wahrheiten. Darin wird das Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik bezeichnet, auf dem der Historiker Messerschmidt das Seine verteidigte und sich zu Wort meldete, gelegen oder ungelegen. Das

habe, so Vogel, schon vor fünf Jahren dazu geführt, dass sich die oberste militärische Führung in der BRD nur mühsam davon überzeugen ließ, dem Siebzigjährigen ein Gratulationsschreiben zu schicken.

All dies erinnerte mich wieder an die eingangsgeschilderte Episode in Bad Homburg. Der Mann wusste aus eigener Lebensperspektive, wovon die Rede war. Grüße ihm und seinen Mitstreitenden ins Badische!

Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert. Primus Verlag, Darmstadt 2001. 589 S., geb., 98,00 DM.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 29./30. September 2001, S. 11.

Der Blick in den Spiegel

Vor 55 Jahren: Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess

Wenn es in der Geschichte nach dem Urteil breiterer Volkschichten so richtig „schief“ gegangen ist, dann weist deren erste Reaktion „nach oben“ auf diejenigen, die „in den Schlamassel“ hineingeführt haben. Dem gleicht auch das Verhalten der Mehrheit der Deutschen in den vier Besatzungszonen nach dem Mai 1945. Nicht anders war das der Millionen Männer in den Kriegsgefangenenlagern. Diese Haltung ist bequem. Sie erspart das Nachdenken über den eigenen Anteil am Gang der Dinge.

Insofern bediente der am 14. November 1945 in Nürnberg eröffnete Prozess gegen zivile- und militärische Führer des Naziregimes die im Volk weithin herrschende Stimmung. Die Deutschen sahen sich als Opfer, vergessend, dass sie in ihrer übergroßen Zahl zuvor Täter und Mittäter – das Wort „Mitläufer“ war zumeist eine Beschönigung – gewesen waren. Solidarisierung mit denen, die auf der Anklagebank zu sitzen hatten, war inopportun. Wo sie existiert haben mag, hielt sie sich besser verborgen. Wer wollte sich in diesem ersten Nachkriegsjahr Rechenschaft geben, dass er der Partei, deren Repräsentanten da angeklagt wurden, früh seine Stimme gegeben hatte? (1932 waren das von fünf deutschen Wahlgängern nahezu zwei, in manchen norddeutschen Ländern gar jeder zweite.) Wer wollte auch nur sich selbst eingestehen, dass er diesen Figuren einst zugejubelt hatte?

Die Aufmerksamkeit der Deutschen für den Gang dieses elfmonatigen Prozesses, der am 1. Oktober 1946 mit der Verkündung der Urteile schloss, darf man sich nicht übermäßig groß vorstellen. Gewiss: An Informationen fehlte es nicht. Die Zeitungen, die von den Alliierten herausgegebenen wie die von ihnen mit Auflagen versehenen und kontrollierten, berichteten auf ihren ersten Seiten. Doch in diesen Zeiten war die Presse als Lesestoff nahezu ebenso wichtig wie als Verpackungsmaterial. Und ihre wichtigsten Mitteilungen bildeten die amtlichen Verlautbarungen darüber, was sich auf Lebensmittelkarten beziehen ließ. Tagessorgen bewirkten die stärkste Ablenkung. Massenhaft war auch jene kleinbürgerliche Stimmung anzutreffen, die von Politik wieder einmal genug hatte. Und in Nürnberg ging es um Politik, und zwar um eine verbrecherische. Und: Mit dem Gesicht nach Nürnberg war der Blick in den Spiegel nicht völlig zu vermeiden.

Als die Urteile gesprochen und deren Begründungen bekannt gemacht wurden, gaben sie keine Sensation – abgesehen von den Freisprüchen für die beiden Hitlermacher Hjalmar Schacht und Franz von Papen, jener einst Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Rüstung, dieser kurze Zeit Vizekanzler. Die Entscheidungen des internationalen, mit Richtern der vier alliierten Mächte besetzten Gerichtshofes und die Vollstreckung der Urteile widersprachen der aus vieler Geschichte herrührenden Erfahrung: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. (Im weiteren Gang der Dinge sollte die Spruchweisheit allerdings doch wieder partiell bestätigt werden.) Zunächst aber wurden „Große“ dem Henker übergeben: ein Generalfeldmarschall, ein Generaloberst, Minister, Nazibonzen. Insgesamt elf.

Vier Selbstmörder fehlten: Hitler und Goebbels, die im Bunker der Reichskanzlei ihrem Leben ein Ende gesetzt hatten, Göring, der vor seiner Hinrichtung Gift nahm, Himmler, der das kurz nach seiner Gefangennahme getan hatte. Und Heydrich, der Cheforganisator des Judenmords, der den Gang zum Galgen in der ehemaligen Turnhalle des Gefängnistraktes mit Sicherheit hätte antreten müssen, war an den Folgen eines Attentats in Prag 1942 gestorben. Sieben der Angeklagten hatten Gefängnisstrafen zudiktiert erhalten und traten den Weg in die Zellen an, zuerst in Landsberg, dann in Spandau. Längst ist der Prozess Gegenstand historischer Betrachtung, juristischer Erörterung und auch der diversesten Fälschungen und Attacken geworden. Gericht der Sieger – die pejorativ gemeinte Kennzeichnung – kam früh auf. Dabei wird ver schämt verschwiegen, wer denn dieses politische Großverbrechertum hatte anklagen und aburteilen sollen? Zudem: Dass die Verantwortlichen für Krieg und Massenmord juristisch zur Rechenschaft gezogen werden würden, war als ein Kriegsziel der Alliierten bekannt gemacht. Die Naziführer wussten das und die von Millionen deutscher Soldaten befolgte Devise, bis Fünf nach Zwölf zu kämpfen, schrumpfte schließlich auf ein Programm zur Lebensverlängerung für ein Dutzend Faschisten.

Aus dem Rückblick mag Verwunderung erregen, dass die Bank der Angeklagten in diesem Prozess nicht länger und auf ihr beispielsweise kein Platz für den Reichsfinanzminister vorgesehen war, der vom ersten bis zum letzten Tag der Diktatur sein Amt ausgeübt hatte (u. a. verantwortlich für den Raub der Hinterlassenschaft der Juden in Deutschland), worüber es bis heute nur zum Teil ausgewertete Massenakten der Oberfinanzpräsidien gibt. Gewiss ist auch, dass der letzte Rüstungsminister, hätten Staatsanwälte und Richter damals schon die erst aus späteren Forschungen gewonnenen Erkenntnisse besessen, schwerlich mit einer auf 20 Jahre lautenden Zeitstrafe davongekommen wäre.

Bedenkt man das eingegrenzte aktuelle Interesse der Deutschen am Prozess in Nürnberg, tritt die Bedeutung aller Maßnahmen hervor, die sich auf das spätere Bewusstmachen des Geschehens richtete. Bedeutsam war und blieb dies auch für die Nachgeborenen. Aus Gründen, die hauptsächlich in der Wiederverwendung von Militärpersonen und hohen Beamten im Staatsapparat der Bundesrepublik liegen, geschah auf diesem Felde wenig. Die Alliierten ließen zwischen 1947 und 1949 auch eine deutschsprachige Ausgabe ihrer Publikation „Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof“ drucken.

Doch diese Ausgabe „verschwand“ in einigen wissenschaftlichen Bibliotheken. Die Alliierten, jede Macht für sich an der „Umerziehung“ der Deutschen interessiert, versäumten es, daraus einen Extrakt in Massenauflage zu verbreiten. Den hat in der DDR der Völkerrechtler Peter Alfons Steiniger in zwei Bänden hergestellt, die 1957 in erster, 1958 bereits in zweiter und dritter Auflage erschienen. Er versah sie mit einer Einleitung, deren Argumente bis heute für die Auseinandersetzung mit Einwänden gegen die juristischen Grundlagen des Verfahrens und gegen die Prozessführung taugen. Die Bände fanden weit über den Kreis von Juristen und Historikern hinaus Verbreitung. Jahre später wurde in der Bundesrepublik eine Paperback-Ausgabe herausgegeben. Seit 1999 kann das Verhandlungsprotokoll, nicht aber die Dokumente, nun auch in der Reihe der Digitalen Bibliothek (www.directmedia.de) gelesen und ungleich einfacher benutzt werden. Als weitsichtig erscheint aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts die Entscheidung der Alliierten, vorbeugend gegen denkbare Bestrebungen zu wirken, die Verurteilten als Märtyrer zu feiern und sie an Kultstätten zu verehren. Wo die Asche der Gehenkten hingebracht worden war, konnte lange geheim gehalten werden. Der Ort war für alle Demonstrationen ungeeignet. Als das Gefängnis im Nordwesten Berlins nicht mehr gebraucht wurde, erfolgte sein Abriss.

Doch eine Stätte bornierten Gedenkens fand sich Rudolf Heß als der letzte – zu lebenslanger Haft verurteilte – Gefangene aus der Angeklagtengruppe, seinem Leben in Spandau ein Ende setzte, sein Leichnam der Familie übergeben und in einem Familiengrab beigesetzt wurde. Seitdem zieht es die Neonazis, die sich den „Stellvertreter des Führers“ wegen seines Englandflugs zu einem Friedensboten und zum „wahren Nationalsozialisten“ zurecht gemacht haben, nach Wunsiedel. Über Jahre war ihnen das verwehrt geblieben. Nun gaben ihnen Richter in München den Weg frei. Flugs meldeten die neuen Führer für die kommenden Jahre ihre Aufzüge an.

Wer 1946 in einer der Besatzungszonen versucht haben würde, gegen das Nürnberger Urteil zu protestieren, wäre von den Besatzungsmächten hinter Schloss und Riegel gesetzt worden. Wer das in Deutschland 55 Jahre später tut, genießt richterliche Genehmigung und erhält Polizeischutz.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 29./30. September 2001, S. 21.

Hosenneurosen

Projekte, die an deutschen Universitäten das Denken suspendieren: Aufregung um Hitlers sexuelle Orientierung

Kaum hat uns eine Privatdozentin der Berliner Humboldt-Universität in „Hitlers Gesicht“ blicken lassen, da öffnet uns ein außerplanmäßiger Professor für Geschichte, der an der Universität in Bremen lehrt, endlich Hitlers Hose. Das erwies sich als etwas schwieriger als im Falle des letzten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Der „Führer“ ist tot, seine Hosen sind nirgendwo aufbewahrt, die letzten Zeitzeugen geschwätzige Senilitäten. Mehrere Jahre hat der Forscher gebraucht, um das viereinhalbhundert Seiten starke Buch, eine Anhäufung von Vermutungen und Kombinationen, zustande zu bringen, das heute vorgestellt wird und auf das sich vordem bereits Fernsehen und Revolverpresse gestürzt haben. *Bild* formulierte das bedeutende Fazit, das sein Rezensent beim Vorauslesen gewann, in den Satz: „Sicher ist: Es stimmte in Hitlers Hose nicht.“ Und dieser Satz wiederum gibt zu erkennen, wann es nach Auffassung der Blattmacher in eines Mannes Hose „stimmt“.

Das Vorkommnis, das das Erscheinen dieses Buches darstellt, wäre keinen Buchstaben wert, würde sich in ihm nicht zugleich Symptomatisches ausdrücken: die Flucht eines zunehmenden Teils von Sozialwissenschaftlern in eine Welt von Gegenständen und Themen, für die das russische Sprichwort zutrifft: „Dem Herrgott keine Kerze und dem Teufel kein Schüreisen.“ Derartiges Forschen, dies nebenbei, betrieben und finanziert an deutschen Hochschulen, ist vorzüglich geeignet, den Politikern im Volke der Steuerzahler Zustimmung und Rückhalt zu verschaffen, die den Lehr- und Forschungsanstalten die Mittel kürzen, um sie in die Rüstung und inzwischen auch in Kriege stecken zu können.

Wichtiger noch aber ist zweierlei: Im direktesten Sinne lässt sich von derlei Forscherarbeit darauf schließen, womit Studentinnen und Studenten geistig befasst, will sagen: von geistiger Beschäftigung im eigentlichen Sinne abgehalten und wie ihre Lehrveranstaltungen auf das Niveau der bunten Presse gebracht werden. Denn selbstredend handelt es sich bei derlei Unternehmen von Hochschullehrern nicht um ein neben ihrer Alltagsarbeit herlaufendes Hobby, wie es das Züchten von Kakteen sein kann. Vor allem aber: Über Universitäten weit hinaus wird ein Teil des noch lesenden Teils der Gesellschaft, und werden – siehe oben – auch die Nur-Fernsehenden mit einem Blick in deutsche Vergangenheit abgespeist, der keinerlei Erkenntnisgewinn bietet, Langeweile durch die Ausbreitung von flachster Unterhaltung vertreibt und so ständig trainiert, an den wirklichen Zusammenhängen von menschlichen Gesellschaften vorbeizudenken. Das macht Absicht, Gewinn und den nicht eben geringen materiellen Verdienst derer aus, die dieses Geschäft betreiben.

Man vergleiche die Aufmerksamkeit, die – um ein Beispiel für viele zur Verfügung stehende Belege zu nehmen – das Erscheinen der Hitler-Biographie von Ian Kershaw in den gleichen Redaktionen erfuhr, eines Buches, das unter mehreren Aspekten das Prädikat Meisterwerk verdient, u. a., weil in ihm von Interessen, ideologischen wie materiellen, gehandelt wird. Es war kein Zufall, dass der britische Historiker wie andere Hitler-Biographen verschiedenster Ansätze dem erotischen und sexuellen Verhalten des Diktators durchweg einen Platz am Rande zuwies, denn dadurch wurde weder der Lebensweg dieses Führers noch auch nur eine einzige seiner Entscheidungen geprägt. Die Antworten auf Fragen wurden folglich, wenn schon von Körperteilen die Rede ist, in Hitlers Kopf gesucht. Manchmal mit ungerechtfertigter Ausschließlichkeit und unter Vermeidung der Frage, wieviel von Hitlers Erwägungen, Überzeugungen, Plänen und Wahn- und Zielvorstellungen zu gleicher Zeit auch in den Köpfen anderer hausten eine Tatsache, die seine Rolle doch erst ermöglichte.

Indessen wird wieder und wieder erklärt, es gehöre das Erscheinen von Büchern, wie es das aus der Bremer Feder geflossene darstellt, nun einmal in eine freie Wissenschaftslandschaft, und jeder Gang in eine besser sortierte Buchhandlung biete Alternativen die Menge. Zum einen, das ist namentlich beim Vergleich mit den jüngst diskutierten Geschichtsbüchern US-amerikanischer Soziologen richtig festgestellt worden, tut sich ein erheblicher Teil seriöser deutscher Forscher nach wie vor schwer, Bücher zu schreiben, die ein breiteres Lesepublikum konsumieren will und kann. Und natürlich haben es argumentierende, angestrengtes Mitdenken herausfordernde Darstellungen schwerer als all die Milchbrei- und Apfelmus-Mixturen.

Zum anderen: Das Problem lautet nicht „Freiheit oder Reglementierung der Wissenschaft“. Es besteht in der vorherrschenden friedlichen Koexistenz von Aufklärern und Dunkelmännern. Vieles deutet darauf hin, dass diejenigen (nicht alle), die in aufklärerischer Absicht forschen und schreiben, ihre Zeit für zu kostbar ansehen, als dass sie sich mit dem ausgeworfenen Schund auseinandersetzen wollen, der sie zudem anwidern mag. Nur solcherlei Nebeneinander hatten wir in deutscher Geschichte schon. Das ist schlecht ausgegangen. Daran sollten sich zuerst die zu erinnern vermögen, die sich in der Geschichte des deutschen Faschismus, seinem Aufkommen und seinem Sieg auskennen. Wenn schon Bundesminister in öffentlicher Rede, sofern kein Spiegel in der Nähe steht, davon sprechen, dass in der Gesellschaft eine Tendenz zur Verblödung bemerkbar sei, dann ist doch wohl eine gewisse Alarmstufe erreicht. Nicht erst, seit nun für nahezu 45 DM der Einladung gefolgt werden kann, den Kopf in Hitler Hose zu stecken.

Lothar Machtan: „Hitlers Geheimnis“, Alexander Fest Verlag Berlin, 2001, 464 Seiten, DM 44,90.

junge Welt, Freitag, 12.10.2001.

Legende

Eric A. Johnson über die Gestapo

Die Gestapo und ihr führendes Personal haben das Interesse von Geschichtswissenschaft und Publizistik früh angezogen. Doch dauerte es Jahrzehnte, bis Untersuchungen darüber entstanden, wie diese Politische Polizei im Konkreten vorging, was ihre Erfolge begünstigte und wo die Grenzen ihrer Macht waren. Antworten darauf wurden erst durch Studien möglich, deren Gegenstand die Tätigkeit der Gestapo in begrenzten Räumen (u. a. Würzburg, Saarbrücken) bildete. Ihr Entstehen setzte eine hinreichende Aktenüberlieferung voraus. Die existierte nur ausnahmsweise, weil das Schriftgut der Zentrale in seiner Mehrheit als verloren gelten muss und auch Gestapoleit- und Gestapostellen bei Kriegsende ihre Papiere vernichteten. Erhalten blieben Bestände der Gestapo in Köln und Krefeld, einer Groß- und einer von Industrie geprägte Mittelstadt. Beide und dazu die Kleinstadt Bergheim, die eine eigene Gestapo-Filiale nicht besaß, dafür verlängerten Ordnungspolizisten die Arme der Geheimdienstler, stehen im Zentrum der Untersuchung des US-Historikers.

Dass Titel, Untertitel und Inhaltsverzeichnis diese Begrenzung nicht ausweisen, ist keine Irreführung, denn der Umfang der herangezogenen Quellen erlaubt Verallgemeinerungen und Rückschlüsse auf das Ganze. Zu ihnen gehört die Zurückweisung alter, aber auch neuer Legenden um den Apparat, an dessen Spitze der 1942 in Prag umgekommene Reinhard Heydrich und sein Nachfolger, der in Nürnberg hingerichtete Ernst Kaltenbrunner, standen. Geleitet wurde er von Heinrich Müller, der in den letzten Stunden des Regimes spurlos verschwand.

Auch Johnson lehnt die Legende von der Allgegenwart, Allwissenheit und Allmacht der Gestapo ab, die der Behauptung dient, das Regime sei unantastbar gewesen. Doch die in jüngsten Publikationen entwickelte Sicht, der zufolge die Stärke des Apparats vor allem in der Zuarbeit der Denunziantenschar gelegen und die Festigkeit des Staates sich auf jene freiwilligen Helfer gegründet habe, geht dem Verfasser zu weit. Sie wurde mehrfach mit dem Bild verknüpft, das die Gestapo-Beamten als „Polizisten wie andere auch“ zeigt. Dem hält der Forscher Biografien der Mitarbeiter der beiden Gestapostellen entgegen und weist nach, dass es sich nicht um bürokratische Befehlsempfänger handelte, sondern um Menschen mit eigener Vernichtungsenergie, gespeist von faschistischer Ideologie und speziell Antisemitismus und Judenhass. Johnsons Buch folgt bester Tradition US-amerikanischer Geschichtsschreibung. Es ist lesbar, wiewohl mit Details überprall gefüllt, bezieht den Leser in das Fragen ein und macht deutlich, wo Antworten unsicher oder vorläufig werden, kehrt an Punkte zurück, die als erledigt erschienen, entwirft Bilder von Menschen und scheut das Ich nicht. Der Erkenntnisgewinn belohnt reichlich.

Eric A. Johnson: Der nationalsozialistische Terror. Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche. Siedler Verlag, Berlin. 704 S., geb., 68,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 15. Oktober 2001, S. 12.

Hitler von unten

Nichts als Marktgeschrei

Besitzen Wissenschaftler, die ihre Texte Verlagen übergeben, noch Einfluss darauf, wie buchmarktschreierisch sie angeboten werden – freilich zumeist nicht mehr wohlfeil? „Dieses Buch ist eine Sensation“, kreischt es vom Klappentext einer Publikation, deren Gegenstand die Untersuchung der Frage ist, ob Hitler nun homo-, hetero-, bisexuell oder impotent war. Hitler, erfahren wir vorab schon, sei ein „jederzeit vom Absturz bedrohtes Scheindasein“ gewesen, was immer das sein mag. Und natürlich müssen der Mann und seine Karriere nun ganz neu gesehen werden.

Darauf folgen viereinhalbhundert Seiten, auf denen der Autor Hitlers Beziehung zu seinem Jugendfreund, einem Kriegskameraden, den frühen und mehr oder weniger langjährigen Gefolgsleuten aus der „Kampfzeit“, zu Krethi und Plethi in seinem unmittelbaren Umfeld, zu Heß, Röhm und Speer nachgeht und nachschnüffelt. Das Resultat bildet eine Anhäufung von Vermutungen, Nebensächlichem und Weitschweifigkeiten, die wohl nur Liebhaber von bunter Presse und Fernsehtratsch erbaulich finden können.

Am Schluss werden die Historiker und namentlich die Hitlerbiografen sanft gescholten, weil sie sich aus diesem Blickwinkel Hitler nicht genähert haben. Warum sie das aber unterließen, beantwortet der Autor selbst, mit der Feststellung, Hitlers Politik „lässt sich nicht aus dessen (behaupteter, K. P.) Homosexualität erklären.“ Eben dieses Wissen hat jene, denen es um Ursprünge, Interessen, Schritte, Resultate und Folgen jener Politik ging, deren zentrale Figur der Diktator war, Aufmerksamkeit, Arbeitskraft und Mittel auf anderes verwenden lassen. Sie haben den Mann geschichtlich gleichsam dreidimensional zu verorten gesucht: als den schließlich von Angehörigen der deutschen politischen, militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Elite favorisierten Politiker, als Führer mobilisierter und instrumentalisierter Massen und als Person von einer außergewöhnlichen demagogischen Ausstrahlung und verbrecherischen Energie. Sie sind nicht darauf gestoßen, dass auch nur eine seiner wesentlichen Entscheidungen, auf welchem Gebiet auch immer, aus seinem erotischen oder sexuellen Befinden erklärt werden müsste. Die Behauptung des Autors, „das Private kann hochpolitisch sein“, trifft gerade auf ihn nicht zu. Die nicht sehr große internationale Karawane der Hitlerforscher wird wohl, nach flüchtigem Seitenblick, weiterziehen, ohne sich bei dieser Sensation aufzuhalten.

Lothar Machtan: Hitlers Geheimnis. Das Doppelleben eines Diktators, Alexander Fest Verlag, Berlin 2001. 463 S., geb., 44, 79,00 DM.

Neues Deutschland, Donnerstag, 25. Oktober 2001, S. 13.

Eindringlinge

Zur Frühphase der Durchbrechung des Bildungsmonopols
Diskussionsbeitrag auf der Konferenz in Jena am 26./27. Oktober 2001

Zu den einfältigsten Äußerungen, die jüngst über die Geschichte der DDR zu hören und zu lesen waren, gehört die Behauptung, in ihr hätten die Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie keine Rolle gespielt und das habe sich besonders verhängnisvoll ausgewirkt. Gewiss, denkt man an Ereignisse wie den August 1914, oder an Personen wie Gustav Noske, so trifft sicher zu, dass aus dieser Tradition der deutschen Sozialdemokratie keinerlei Anleihen genommen wurden. Hält man sich aber die Devise, ja den Schlachtruf *Wissen ist Macht* vor Augen, denkt man an die Bestrebungen der Arbeiterbildung und die vielfältigen Anstrengungen der sozialdemokratischen Arbeiter, Mitglieder, Funktionäre und Führer, ihr Wissen und mit ihm ihr Weltbild zu erweitern, dann kann nicht bezweifelt werden, dass die aufeinander zugehenden beiden Arbeiterparteien dieses Erbe 1945 sofort aufnahmen und zu mehren suchten. Wenn sie, das konnte keinen Streitpunkt bilden, in der Gesellschaft eine dominierende Rolle gewinnen wollten, dann brauchten sie in ihren eigenen Reihen stehende Menschen, die über mehr und höheres Wissen verfügten, als der Masse der Arbeitenden in den Schulen des deutschen Kaiserreiches, der Weimarer Republik und des Faschismus beigebracht worden war. Diese Einsicht wurde auch in Thüringen schon 1945, die Universität Jena war gerade eröffnet und noch keineswegs wieder funktionstüchtig, Rechnung getragen. Ohne – die Verleitung liegt nahe – hier allzu sehr ins Autobiographische zu geraten, soll doch daran erinnert sein, dass die Landesleitung der Kommunistischen Partei in Thüringen, damals mit dem Sitz in Weimar, bereits im Herbst 1945 junge Mitglieder der KPD und der SPD zu Kurzlehrgängen einlud, deren Zweck es war, für deren Teilnehmer die Weichen für ihre weitere Ausbildung oder auch ihren momentanen Einsatz zu stellen. Den einen wurde nach einem abschließenden Gespräch mit dem Leiter des Kurses, Stefan Heymann, einem Überlebenden von Auschwitz und Buchenwald und früheren Redakteur kommunistischer Zeitungen, der nahezu die gesamten 12 Jahre in Gefängnissen und KZ hatte verbringen müssen, die Jenaer Vorstudienschule (seit dem 10. Oktober 1945), spätere Vorstudienanstalt (seit dem 13. Juli 1946), spätere Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (seit dem 28. Oktober 1949) als künftiger Lernort bestimmt, anderen eine zum Abitur führende Internatsschule, dritte, sie bildeten die Ausnahmen, konnten in Jena oder Weimer direkt immatrikuliert werden. Die Forderung, sich Wissen anzueignen, galt namentlich für die Jungen und Jüngsten als unabdingbar und gleichsam als Parteipflicht. Am 26. Juli 1946 erging ein ausdrücklicher Appell unter dem Motto „Arbeiter und Bauern an die Universität“.

Kurzum: die beiden Arbeiterparteien und sodann die aus deren Vereinigung hervorgegangene Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hatten die Universitäten früh im Visier und deren Funktionäre waren sich natürlich bewusst, dass ihr Wandel eine langwierige und hochkomplizierte Aufgabe darstellte. Auf Dauer war er nur mit einer neu ausgebildeten Intelligenz zu bewirken, deren Heranbildung aber nicht durch Antifaschisten erfolgen konnte, sondern durch Angehörige der alten Intelligenz, durch jene, die sich mit den Faschisten ideologisch-politisch nicht eingelassen oder das nur in einem Umfang getan hatten, der sie bei Überprüfungen glimpflich davonkommen ließ. Die Losung der FDJ „Stürmt die Festung Wissenschaft“ war noch nicht ausgegeben und die Zeit für martialische und kriegerische Losungen wohl überhaupt noch nicht gekommen. Aber der Sache nach ging es genau darum und das Bild von der „Festung“ wird gleich noch zu erörtern sein.

Blickt man auf die ersten fünf Jahre der Universitätsentwicklung, die wir heute hier im Auge haben, dann lässt sich unschwer erkennen, dass der tiefgreifendste Wandel, der sich in diesem Zeitraum vollzog, in der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft bestand. Natürlich ging er auch auf vielen anderen Feldern vor sich. Er zeigte sich trotz der Vorgaben und Interventionen der Besatzungsmacht in einer neuen Rolle der gewählten Gremien der Universität (Senat, Fakultäten), in der Konstituierung einer neuen Verwaltung, in der Entstehung neuer Fakultäten und Institute, in teils veränderten Lehrinhalten und -zielen an traditionellen Einrichtungen, in der wichtigen Verbesserung der materiellen Voraussetzungen des Lehrbetriebs usw. Für all das galt, dass neue Entwicklungen auf den

Weg gebracht worden waren. Was aber die Studentenschaft anlangte, so war in diesem ersten Jahrfünft ein Durchbruch bereits erzielt worden. Sein Zustandekommen, sein Verlauf und die Fracht, welche die damals heranwachsende Intelligenz auf- und mit sich nahm, verdienen mehr Aufmerksamkeit, als ihnen aus verschiedenen Gründen in den Universitätsgeschichten der Jahre 1958 und 1982 zugemessen worden ist. In diesen früheren Darstellungen herrscht die Perspektive derer vor, die jene Veränderungen verordneten, beschlossen und an maßgeblichen Plätzen in den neuen Verwaltungen und in politischen Organisationen voranbrachten. Es werden Folgerichtigkeit und Zielstrebigkeit ihres Vorgehens hervorgehoben und die verbuchten Erfolge in Zahlen verzeichnet. Die Geschichtsschreiber wählten die Perspektive der Funktionäre von einst, was die Probleme der Beteiligten und des Geschehens zu kurz kommen ließ. Davon erfährt, wer interessiert ist, aus Hermann Kants berühmten Roman [Die Aula] noch immer mehr als aus den eigentlichen Geschichtsbüchern.

Vergegenwärtigt man sich die Zusammensetzung der Studentenschaft zum Zeitpunkt der Wiedereröffnung, so unterschied sie sich sozial zunächst nicht von der in den Jahren des Faschismus. Nur aktive junge Nazis und Offiziere waren zunächst von Studium ausgeschlossen oder hatten sich besonderen politischen Überprüfungen zu unterziehen. Viele, die sich immatrikulierten, waren vor ihrer Einziehung zu Arbeitsdienst und Wehrmacht bis zu einem Notabitur gelangt, einige hatten ein paar Semester studiert, manche ihr Studium nach Verwundungen fortsetzen können, die sie kriegsuntauglich gemacht hatten. Hinzu kam eine geringe Zahl von Studentinnen. Die aus Krieg und kurzer Gefangenschaft zurückgekehrten Männer suchten naturgemäß vor allem die „verlorenen“ Jahre nachzuholen und die praktischen Schwierigkeiten des Studentenlebens ebenso zu meistern wie vor allem die intellektuellen, die aus ihrer schlechten Vorbildung oder als Folge der Unterbrechungen ihrer bisherigen Ausbildung sich ergaben.

Die Masse dieser Studenten hatte wie die Bevölkerung insgesamt von Politik gleichsam genug und sorgte sich um ihr eigenes Vorkommen, eine Situation, die sich gegenwärtig, gespeist aus ganz anderen Quellen und Motiven, auch in der Studentenschaft reproduziert. Eine Minderheit jedoch sah sich durch die politische Entwicklung herausgefordert und wünschte, geleitet von den Interessen der sozialen Schichten, denen sie entstammten, auf den Gang der Dinge Einfluss zu gewinnen. Väter und Mütter dieser aus Kreisen der Bourgeoisie, des begüterten Kleinbürgertums und der bürgerlichen Intelligenz stammenden Studenten waren von den Auseinandersetzungen um die Richtung der gesellschaftlichen Veränderungen selbstredend betroffen und keineswegs gewillt, den „Linken“ die Vorherrschaft einzuräumen. Nicht zufällig waren, wie sich auch in der Zusammensetzung des Studentenrates zeigte, Studierende der Juristischen Fakultät politisch besonders engagiert. Das galt dann auch für die dort immatrikulierten Studenten, die aus jenen Volkskreisen kamen, denen bisher der Weg an die Universitäten versperrt und nur in Ausnahmefällen begehbar gewesen war.

Dass sich einzelne aus diesen Kreisen dennoch relativ früh an der Universität einfanden, hier zunächst eine Randgruppe bildend und sich aber sogleich politisch organisierend, bedarf womöglich noch der forschenden Erklärung, die nur durch die Auswertung von Personalakten erfolgen kann. Arbeiterkinder mit Abitur waren eine Rarität. 1946 betrug ihr Anteil an den Abiturienten in Thüringen 3 Prozent. Dieser Jahrgang hatte die Gymnasien und Oberrealschulen 1937 oder 1938 bezogen und seine Zusammensetzung bezeugt, dass die faschistischen Machthaber in diesem Bezirk der Volksbildung – und der und nicht die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (Napola) war der für die Elitebildung hauptsächliche – alles beim Alten gelassen hatten.

Wäre nun die Schulbildung von Kindern aus Arbeiter- und Bauernfamilien generell mit der 8. Klasse beendet gewesen, dann hätte es bei gleichbleibend fixierten Anforderungen mindestens vier und mehr Jahre und also bis etwa 1948 und 1949 gedauert, bis die ersten „neuen“ Studenten die Universität beziehen konnten. Doch geschah das in einem ungleich kürzeren Zeitraum. Denn neben den erwähnten und nicht ins Gewicht fallenden Ausnahmen gab es aus den arbeitenden Klassen Mädchen und Jungen, die die sog. mittlere Reife erworben oder andere über die Grundschulen hinausgehende Lehranstalten besucht hatten. Sie hätten zumeist keine Möglichkeit gehabt, je an Hochschulen zu gelangen und ihre Ausbildung war ja auch darauf gerichtet, die unteren Kategorien der Intelligenz und deren

Hilfskräfte zu stellen. Nun eröffnete sie sich ihnen und für sie war der „Sprung“ zur Universitätsreife kürzer. Vorstudienschule und -anstalt ermöglichten ihn.

War es relativ leicht, junge Leute, welche Mittel-, Aufbau- und technische Fortbildungsschulen besucht und dabei ihre Fähigkeiten schon erprobt und Selbstvertrauen gewonnen hatten, für ein Studium zu gewinnen, selbst wenn sie in der Geschichte ihrer Familien die ersten waren, die eine Hochschule überhaupt von innen sahen, so stand es mit denen, die über die 8-Klassen-Schule nicht hinausgekommen waren, doch anders. Und das führt noch einmal zum Bilde der „Festung“ zurück. Den letzteren erschienen diese höchsten Lehranstalten nicht nur als fremd, sondern auch als feindlich. Sie waren mit Angehörigen der Intelligenz, sieht man von den Lehrern ab, überhaupt nur ausnahmsweise zusammengekommen und zwar in der Regel jeweils mit einem Pfarrer und einem Arzt. Selbst als die Erfolge der allerersten, der Pioniere, auf dem Weg in die Universitäten schon dafürsprachen, dass dieses Abenteuer bei überdurchschnittlicher Intelligenz und mit Fleiß zu bestehen war, blieb es schwierig, Studienbewerber aus diesen Kreisen – um ein damals gebräuchliches Wortbild anzurufen – aus den Thüringer Wäldern nach Jena zu locken. Die Angst vor dem Ungewissen erhielt sich lange, die Furcht, gescheitert wieder an die alten Arbeitsplätze zurückkehren zu müssen, tat das ihre. Daran wird hier erinnert, weil der Weg in die Universität für viele auch mit einer außerordentlichen psychischen Anstrengung einherging. Als sie sich gelohnt hatte, wurde sie zu einer Quelle von Selbstvertrauen.

Dieser Weg wäre noch schwerer gewesen, wenn diese „Festung“ von innen gegen die Neu Eindringenden hätte verteidigt werden können. Gewiss fehlte es nicht an Stimmen, die in dieser Hochschulreform, die doch im Kern ein revolutionierender Akt war, eine Gefahr für die Wissenschaft heraufziehen sahen und vermeinten, nun würde es mit deren Niveau unaufhaltsam bergab gehen. Wenn sich diese Befürchtung überhaupt auf Fakten zu stützen vermochte, so darauf, dass die Schwelle, die für den Eintritt in die Universität und den Beginn eines Fachstudiums überschritten werden musste, 1945/46 niedriger gelegt worden war. An der Sozial-Pädagogischen Fakultät, auf Senatsbeschluss am 9. Oktober 1945 geschaffen, am 2. Dezember 1945 zunächst mit 84 Studenten eröffnet, deren Zahl sich aber schon bis zum Frühjahrssemester verdreifachte und bei Beginn des Wintersemesters 1946/47 auf 565 angestiegen war, erfolgten Aufnahmen auch mit der mittleren Reise und es fanden besondere Eignungsprüfungen statt. In zweifacher Hinsicht waren die nun in die Hochschule Eintretenden sicher schlechter gerüstet als diejenigen, die den 12-Jahre-Schulbesuch hinter sich und das Abitur an einem Gymnasium oder einer Oberrealschule bestanden hatten. Ihre allgemeine Bildung wies mehr Lücken auf und ihre Sprachkenntnisse, das Deutsche eingeschlossen, waren meist schlecht. Für jedermann war aber einzusehen, dass es sich dabei um zeitweilige Maßnahmen handelte. Zudem musste jeder Student eines Tages an den Klippen vorbei, die prüfende Professoren aufrichteten, denn deren Rechte, die Zertifikate über Leistungen auszustellen, blieben unberührt und niemand forderte von ihnen „klassenbedingte“ Nachsicht. Die Eingriffe in die Rechte der Professorenschaft, die über die Immatrikulationen allein zu entscheiden wünschten und überhaupt die „Autonomie“ beanspruchten, betrafen also den Eintritt in die Universität, nicht aber den Austritt und die Ausstattung mit den sogenannten akademischen Würden.

Vor allem aber waren es nicht die erwähnten hochschulpolitischen Schritte, sondern die Folgen der Naziherrschaft, welche an den Universitäten Qualitätsprobleme verursacht hatten. Vom Niveau, auf das die Wissenschaft in vielen ihrer Zweige während der Jahre des Faschismus geraten war, wurde aber geschwiegen. Und es wäre ein eigenes Thema, warum in den seinerzeitigen politischen Auseinandersetzungen die jüngste Universitätsgeschichte damals eine so geringe Rolle spielte. Vielleicht liegt die einfachste richtige Antwort darin, dass diejenigen, die sie kannten, sie nicht zur Sprache bringen wollten, und die anderen, die sie schon ins Feld hätten führen können, sie nicht kannten. Die geistige Auseinandersetzung mit dem Faschismus erfolgte zum wenigsten anhand der Geschichte der eigenen Universität.

Der Dünkel derer, die bisher in den Räumen der Wissenschaft allein zu Hause und unter sich gewesen waren, vermochte sich aber in Aktion nicht umzusetzen. Dagegen sprachen die allgemeine gesellschaftliche Atmosphäre und das sich allmählich verändernde politische Kräfteverhältnis an der Uni-

versität selbst. Zudem war, so wenig über die UdSSR und deren Geschichte auch bekannt sein mochte, doch kein Geheimnis, dass in ihr zuerst die sozialen Schranken niedergerissen worden waren, welche die Bildung zu einem Privileg der Zahlungskräftigen gemacht hatten. Die Militäradministration stand hinter dieser Politik der Öffnung der Hochschulen und half, sie durchzusetzen. Und die Mitarbeiter des zuständigen Thüringischen Ministeriums, das zuerst von Walter Wolf und dann von Marie Torhorst geleitet wurde, erwiesen sich wie ihre Minister als nötigenfalls sehr hartnäckige Leute, insbesondere auch auf dem umstrittenen Gebiet der Immatrikulationspolitik.

Indessen vermochte das nichts daran zu ändern, dass es den „Neuen“ in manchen Bereichen der Universität in diesen ersten Jahren durchaus im wahrsten Wortsinn unheimlich sein konnte. Für diejenigen, die an der schon erwähnten Sozialpädagogischen oder alsbald an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät, ihr Lehrbetrieb wurde nach einem Beschluss des Großen Senats vom 15. August 1947 noch im Wintersemester 1947/48 mit zunächst 81 Studenten eröffnet, zu studieren begannen, galt dies kaum. An der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät waren zum Zeitpunkt ihrer Gründung 80 Prozent der Immatrikulierten Mitglieder der SED (absolut 64 gegenüber 10 Mitgliedern der LDPD und 6 der CDU) und auch im Lehrkörper dominierten die Sozialisten. Anders jedoch die Situation für die Studenten der Medizin und erst recht für die wenigen, die sich in so exklusiven Disziplinen wie der Anglistik oder der Romanistik immatrikuliert hatten. Dabei begegneten ihnen nicht selten junge oder nicht mehr so junge Assistenten und andere Hilfskräfte abweisender und weniger hilfreich als die Professoren. Der Weg zum Abitur an der Vorstudienanstalt oder der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät mochte eine Schinderei sein, das „Abenteuer Universität“ begann erst an den Fachfakultäten.

Fragt man, warum auf diesem Wege doch relativ wenige auf der Strecke blieben – auch hier stehen wünschenswerte Untersuchungen aus –, so liegt zunächst die Antwort nahe: Weil es sich um leistungsfähige und zielbewusste junge Leute handelte, die an ausdauernde und anstrengende Arbeit, wenn auch nicht an geistige, gewöhnt waren, bevor sie an die Universität kamen. Medizinisch bedeuteten die Verhältnisse, denen sie sich aussetzten, permanente Überanstrengung. Auf sie wurde an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät am Ende eines Semesters oder gar eines Studienjahres mit Feiern auf den Bergen um Jena reagiert, die zu denkwürdigen, aber nie missratenen Besäufnissen gerieten, von denen sich sagen lässt: Würden sie von den seinerzeitigen Teilnehmern in einer Art Gedenkveranstaltung heute wiederholt werden, müssten sie unvermeidlich in der Inneren Abteilung eines Krankenhauses enden. Doch Arbeitswille und Arbeitswut waren es nicht allein. An besagter Fakultät, der ABF, wirkte eine Gruppe von Dozenten, darunter begnadete Lehrer, Frauen und Männer bürgerlicher Herkunft und Haltung, deren Anteilnahme und Verdienst an den zum Ziele führenden Fortschritten ihrer Studenten denk- und ehrwürdig sind. Und auch an den Fachfakultäten bewirkte die Arbeitshaltung der „neuen“ Studenten, deren Auftauchen vielen Professoren zu neuer Lebenserfahrung und mitunter zu einer Herausforderung wurde, dass Ablehnung, Vorbehalte und Skepsis wichen und Hilfestellungen nicht ausblieben.

Zeugnisse von Hochschullehrern über diese ihre Begegnungen mit einem Studententyp, den sie bisher nicht kannten, liegen m. W. nicht vor. Max Steenbeck hat sich in öffentlicher Rede hier in Jena dazu geäußert, dass gerade auch Begegnungen mit jungen Leuten an den Universitäten ihn bewogen, sich nach einigem Schwanken nach seiner Rückkehr aus der UdSSR für die Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik zu entscheiden. Doch dies betrifft eine spätere Phase der Universitätsgeschichte.

Unbestreitbar ist, dass sich unter Bedingungen, welche die gesellschaftlichen Verhältnisse umwälzten, sich zwischen Professoren und Studenten, zwischen Hochschullehrern und Hochschülern, ein anderes als das herkömmliche Verhältnis herausbilden musste. Das galt nicht ausschließlich, aber doch vorzugsweise für die Gesellschaftswissenschaften. Im eigentlichen Sinne schulbildend konnten die Professoren nun nicht wirken und das schränkte ihre Berufs- und womöglich Lebensziele natürlich ein. Zwischen ihnen und den Studenten, mit denen sie es nun mehr und mehr zu tun bekamen, lagen politisch und weltanschaulich, wenn schon nicht Abgründe oder gar Welten, so doch unüberbrückbare Entfernungen. Wir, die Historiker, mögen uns heute als Griewank-Schüler sehen und damit einen Einflussstrang eines Lehrers bezeichnen, dem wir vieles zu danken haben. Doch sind wir theoretisch und

methodologisch andere Wege gegangen als er. Ja, wir kamen bereits mit verfestigten politischen Ansichten und einer Sicht auf die Weltentwicklung zur Universität, die unsere Lehre nicht teilten und die wir als die überlegene ansahen.

Dazu sind ein paar Worte mehr nötig, weil dieses außergewöhnliche, aus Zeitumständen geborene Verhältnis den verschiedensten Missdeutungen ausgesetzt ist und die politisch besonders engagierten Studenten jener frühen Jahre inzwischen als so etwas wie die kommunistischen Quälgeister ihrer Professoren erscheinen. Zunächst und generell sei hier eingeschoben: Es war nie die Aufgabe der Studenten, ihren Lehrern das Leben leicht zu machen. Die „neuen“ Studenten waren zu einem erheblichen Teil Mitglieder, andere Sympathisanten der SED. Politisch waren sie durchweg der Meinung, dass sie den einzig richtigen Entscheid getroffen hatten, als sie sich dieser Partei anschlossen. Sie erblickten in ihr, und völlig zu Recht, die schärfste Entgegensetzung zum Faschismus. Mit dem waren sie fertig, was nicht bedeutete, dass wir nicht mancherlei Einflüsse aus Hitlerjugend-, Flakhelfer-, Arbeitsdienst- und Wehrmachtszeit mit uns schleppten, ohne das wahrzunehmen. Victor, den ich meine, in der Universitätsaula gehört zu haben, machte uns darauf überzeugend aufmerksam. Nach der Zeit, da der „Führer“ geführt hatte, und wohin, darüber waren Zweifel nicht möglich, galt uns das Brecht-Wort, dass wir uns um uns selber auch selber kümmern müssten. Wie, das vermeinten wir schon verstanden zu haben. Dass wir unseren Lehrern also politisch voraus waren, stand für uns außer Zweifel. In gewisser Weise waren wir das auch. Wir schleppten an Last aus der Vergangenheit nicht annähernd so viel mit uns wie sie. Für die Probleme, die sie mit den veränderten Zeiten hatten, vermochten wir Verständnis nicht aufzubringen. Wir kannten sie nämlich nicht und waren aufgrund unserer gänzlich anders verlaufenen Lebensgeschichte auch nicht fähig, diese zu erahnen. Gespräche über Biographien fanden zwischen Hochschullehrern und Studenten nicht statt. Der menschliche Abstand war groß, was Sympathie bis zur Bewunderung und in fortgeschrittener Phase des Studiums Zusammenarbeit nicht ausschloss. Es fiel uns nicht ein, unsere Lehrer nach ihrer Rolle in den Jahren des Faschismus oder der Weimarer Republik zu befragen. Wir vertrauten darauf, dass an der Universität nur geblieben oder neu an sie berufen worden war, wer nicht zu den Tätern und den Mittätern im strafbaren Sinne gehörte. So etwas wie eine „Tiefenprüfung“ des Vorlebens der Professoren und Dozenten während des „Dritten Reiches“ stand auf keinem unserer Programme. (Während meiner zweimaligen Tätigkeit als Sekretär der Parteiorganisation der SED an der Universität habe ich in keine einzige Personalakte oder auch nur einen einzigen Fragebogen eines Professors hineingesehen. Jahre später machte mich der Westberliner Historiker Götz Aly während eines Gesprächs im Bundesarchiv Koblenz auf die Entdeckungen aufmerksam, die er in der Biographie des Anatomen Voss über dessen Jahre als Gründungsdekan an der „Reichsuniversität“ Posen gemacht hatte und zu publizieren im Begriff stand.) Irgendwelche ideologischen und politischen Nachwirkungen aus den Jahren 1933 bis 1945 schien es nach unseren Beobachtungen nicht zu geben. Noch in der Antrittsrede anlässlich der Übernahme des Rektorats durch den Biologen Otto Schwarz am 8. November 1948 war mit Bezug auf die Jalsa Salana* uneingeschränkt von „Tradition und Erbe einer ruhmreichen Vergangenheit“ die Rede, während im jüngst Verflossenen doch nichts Ruhmreiches existiert hatte. Über die Geschichte der eigenen Universität, geschweige denn über die der einzelnen Disziplinen und Fakultäten, war wenig bekannt. Nicht einmal, dass zu Nazizeiten die Universität ihren Namen erhalten hatte. Wir lebten, herausgefordert durch die Gegenwart, ganz im Heute, und bildeten uns unsere Meinung über die Hochschullehrer daran, was uns in Vorlesungen und Seminaren geboten wurde und wie das geschah. Und diese Meinung war hochgradig davon abhängig, welche weltanschaulichen Positionen wir inzwischen gewonnen hatten. Wir stritten am Geschichtsinstitut mit unseren Lehrern über Friedrich II. und die materialistische Geschichtsauffassung und nicht über Hitler und Ideologen des Faschismus wir Rosenberg oder Goebbels.

Den Zeitgenossen erscheinen manche Fragen, die heute an diese Periode der Universitätsgeschichte gestellt werden, aus einem geschichtsfernen Denken geboren. Erst aus dem Rückblick wird wie selbstverständlich gefragt, warum über einen Arzt und Klinikdirektor wie Jussuf Ibrahim nicht Auskunft über sein Verhältnis zur „Kindereuthanasie“ eingeholt wurde, warum die Listen der Promotio-

---

* Gelegentliche Bezeichnung der Alma Mater Jenensis (Friedrich-Schiller-Universität Jena). Der Herausgeber.

nen und Habilitationen, welche zwischen 1933 und 1945 die Fakultäten passierten, nicht durchmustert wurden usw. Absichtsvoll ist aus Unterlassungen, denen kein Vorsatz zugrunde lag, inzwischen absichtsvolle Desinteressiertheit konstruiert worden. Meinem Lehrer Karl Griewank, der ein bekennender Christ war und aus einer Familie stammte, die zur Bekennenden Kirche gehörte, wurde inzwischen seine Rolle während seiner Tätigkeit im Apparat der Deutschen Forschungsgemeinschaft vorgehalten, die mit der Förderung von gesellschaftswissenschaftlichen Unternehmen verbunden war, die er selbst nie in Angriff genommen haben würde.

Als Historiker, der sich mit der Geschichte des Faschismus und seiner Verbrechen über Jahrzehnte beschäftigt hat, erlaube ich mir dazu ein paar Bemerkungen mehr, als sie mein Thema heute hier erfordern würde. Wer in den Jahren des Faschismus in Staats- oder in staatsverwandten Diensten gestanden hatte, und das galt doch für einen erheblichen Teil der wissenschaftlichen Elite, wer davon nicht Widerstand geleistet hatte, und das waren die wenigsten, der hatte so oder so den Machthabern Zugeständnisse gemacht. Unsere Frage war, ob es sich dabei um eine direkte Beteiligung an Verbrechen handelte. Unterhalb dieser Grenze waren derlei Beteiligungen kein Ausforschungsgegenstand. Selbstverständlich hat – namentlich was die Situation in der Medizin anlangte – schon bei den Entscheidungen der Sowjetischen Militäradministration im Jahre 1945 eine Rolle gespielt, dass die Kliniken in der Sowjetischen Besatzungszone nicht ohne verheerende Folgen ihres Spitzenpersonals beraubt werden konnten. Sollte auch nur die Rede auf die Handlung eines Arztes gebracht werden, der – um ein Beispiel zu nennen – als Pathologe an einer Stimmbänderoperation mitgewirkt hatte, der sich Hitler unterziehen musste, und dem dann ein Bild des „Führers“ mit dessen eigenhändiger Unterschrift zugedacht wurde. Sollte er befragt werden: Wie standen Sie zur NSDAP? Für den Kinderarzt Ibrahim, dem die Sozial-Pädagogische Fakultät früh ihr Ehrendoktorat verlieh, galt in erster Linie, dass er nach seinem Einsatz im Kampf gegen Kinderkrankheiten beurteilt wurde, die es heute zu einem Teil nicht mehr gibt. Wer sich nicht bemüht, die Sorge um die Kinder in Nachkriegszeiten zu verstehen, wird das damals erworbene Ansehen des Mannes und seiner Mitarbeiter schwer begreifen. Wer es nicht begreifen will, der konstruiert dann leichthändig aus dem ungehinderten Fortwirken des Kinderarztes einen Beweis für die absichtsvolle Verschleierung von Handlungen, die verurteilt und geahndet werden mussten und die gegen spätere Verdienste nicht aufgerechnet werden können. Wer an der Daueraufgabe arbeitet, die DDR zu verteufeln, der macht dann – um jede sonst angerufene differenzierende Betrachtungsweise unbekümmert – aus Ibrahim, wie in einer Veröffentlichung des Jahres 2001 geschehen, einen NS-Massenmörder, der mit eigener Hand Kinder getötet habe, die seinem Rasseideal nicht entsprochen hätten und gibt diese wahrheitsferne Behauptung als Beweis für den „DDR-Zeitgeist“ aus.

Die wachsende Gruppe von Studenten, von der hier die Rede ist, gehörte insgesamt zu den Neubekehrten. Diese Bekehrung war – soweit es die Literatur und das Lesen angeht – durch ein halbes Dutzend Personen bewirkt worden. Sie hießen: Marx, Engels, Lenin, Plechanow, Mehring und Bebel. Von Stalin war anfänglich wenig mehr zugänglich als die Reden, die er während des Krieges gehalten hatte. Seine kultische Verehrung verbindet sich in der eben gegründeten DDR mit seinem 70. Geburtstag am 21. Dezember 1949. Ob nicht gerade unter den jüngsten Sozialisten, die sich eben noch auf den Kult um Hitler hatten festlegen lassen und ihm nun schmerzlich oder nicht entronnen waren, nicht eher mentale als intellektuelle Abwehrkräfte gegen einen neuen Personenkult regten – wofür es manche Anzeichen gab – muss hier offengelassen werden. Wie Neubekehrte zu allen Zeiten war diese Studentengruppe davon überzeugt, zumindest den Schlüssel zur Wahrheit zu besitzen. Über die Wege dahin und die Tücken, die auf ihnen zu meistern sind, existierten sehr naive Vorstellungen. Diese Überzeugung und diese Unerfahrenheit schlugen sich in Seminaren und auch in öffentlichen Debatten zwischen Studenten und Professoren nieder. Weniges davon ist schriftlich überliefert und widerspiegelt zunächst einmal, was sich auf Seiten der Verfechter des Marxismus-Leninismus als Anmaßung und Überheblichkeit einordnen lässt und wohl auch als Ausdruck von Missachtung gegenüber Wissenschaftlern verstanden werden kann, die so viel mehr wussten als die Studierenden. Beim zweiten Hinsehen aber zeigt sich dann, dass es in den geistigen Konfrontationen um theoretische Streitfragen der Geschichtswissenschaft ging, die bis heute existieren. Wegen des Niveaus der Argumente, Be-

hauptungen rangierten mitunter weit vor Beweisketten, mag der eine sich verwundern, ein anderer sich schämen. Ich wünschte, dass Studenten heute in einer Atmosphäre sich ausbilden könnten, in denen Fragen dieses Charakters freimütig zur Diskussion stünden, was freilich nur unter zwei Bedingungen erreicht werden kann: Es dürfte nicht der von Schiller beschriebene „Brotstudent“ dominieren und es müssten Hochschullehrer mitwirken, die gegenüber ihrem studentischen Widerpart so verständnisvoll und nachsichtig sich verhielten, wie das Karl Griewank seinerzeit getan hat.

Damit ist gesagt, dass diese Anfangsjahre, da sich sozialistische Studenten und bürgerliche Professoren in einem Arbeitsverhältnis gegenübertraten und zusammenwirkten, erinnerns- und bedenkenswert sind. Es waren Jahre eines Pluralismus der Anschauungen, von dem heute kaum die Rede sein kann. Die Hochschullehrer, die diese Konfrontation aushielten, sind zumeist an dieser Universität geblieben. Unter den Historikern, an die ich hier in erster Linie denke, wurde niemand bekehrt oder zu einem Widerruf genötigt. Hier erreichten sie das Alter ihrer Emeritierung. Hier sind sie zumeist gestorben. Hier liegen sie begraben. Den neuen Herren mögen sie als Opfer gelten. Solange ihre Schüler leben, wird ihnen ein dankbares Andenken bewahrt werden – untermischt mit Selbstkritik.

An die hier grob skizzierte Situation der „neuen“ Studenten der vierziger und frühen fünfziger Jahre schließen sich Fragen an, die – wie die Biographien der Studenten – von der Universitätsgeschichte wegführen. Was hat die frühe Prägung dieser Intelligenz aus den Kreisen der Arbeiter und Bauern für die Geschichte von SED und DDR bedeutet? Das ergibt eine andere Fragestellung als jene derzeit vorherrschende, die hier nur eine soziale Schicht, eben die Intelligenz, und dort die in deren Belange hineinredende und hineinregierende Parteiobrigkeit sieht, der jedes kulturpolitische Verdienst abgesprochen wird. Doch führt das über mein Thema heute hier hinaus. Das besitzt, wiewohl uns von seinem Gegenstand ein halbes Jahrhundert trennt, doch eine gewisse Aktualität.

Das Bildungsprivileg, wie es in Deutschland bis 1945 existierte, hat sich auch unter den Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung in der Bundesrepublik nicht erhalten. Dagegen haben sich auch dort politische Kräfte gewandt und Regelungen durchgesetzt, die es – freilich unter anderen Bedingungen und mit anderen Folgen – Kindern aus sog. unterprivilegierten Schichten ermöglichten, Hochschulstudenten zu werden. Dieser Prozess setzte bei weitem nicht so früh ein wie im Osten. Das mag, hier beziehe ich mich noch einmal auf Autobiographisches, ein Beispiel illustrieren, das wohl kein Zufallsprodukt ist. Von den Absolventen einer Mittelschulklasse, die in Breslau 1940 begann und 1945 vor dem Erreichen der mittleren Reife endete, haben alle in die Bundesrepublik Verschlagenen exakt die Berufe und Tätigkeiten erreicht, die sie nach den Intentionen dieses an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert geschaffenen Schultyps auch erreichen sollten. Die Kontinuität ist trotz Flucht und Vertreibung geradezu verblüffend. Sie wurden Beamte bei der Bundeswehr, im Justizvollzugsdienst und bei der Post, traten in die Dienste von Versicherungen, wo sie mittlere Leiterposten besetzten usw. Die drei, deren weiterer Entwicklungsweg sich im Osten vollzog, haben studiert (zwei auf dem Weg über die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten) und Universitätsabschlüsse erreicht, zwei Prüfungen bis zur Habilitation abgelegt. (Damit ist übrigens ein Problem erwähnt, das ebenfalls weiterer Erforschung bedarf. Es betrifft die Frage, in welchem Grade junge Umsiedler die Chance nutzten, nach 1945 Bildungswege einzuschlagen, die ihnen ohne die Reform verschlossen gewesen wären und welche Bedeutung die Eröffnung dieser Möglichkeiten im Hinblick auf die Integrationsprozesse besaß, die einstige Schlesier, Ostbrandenburger, Pommern, Ostpreußen und „Sudetendeutschen“ betrafen und zu durchleben hatten.)

Heute ist in der Bundesrepublik nicht nur der Bedarf an Hochschulabsolventen ungleich höher als vor einem halben Jahrhundert. Es gibt auch eine ungleich größere Zahl von Familien, die in der Lage sind, das Studium ihrer Kinder ganz oder teilweise zu finanzieren. Viel stärker ausgeprägt hat sich das gesellschaftliche Interesse, Kinder aus den Schichten der Arbeiter und der Angestellten, die hochbegabt sind, zu fördern und dies noch über den Hochschulabschluss hinaus. Sie sollen den „Standort Deutschland“ befestigen helfen. Stipendien von Stiftungen werden in erheblicher Zahl ausgeworfen, in bescheidenem Umfang auch durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zahlen besagen nichtsdestoweniger, dass sich die Intelligenz und deren Elite zu einem erheblichen Teil aus den Kreisen der Reichen und Hochbegüterten rekrutiert. Gleichzeitig vergrößert sich in der Gesellschaft die Schere von Reich

und Arm. Wieder gibt es in Deutschland, einem der reichsten Staaten der Welt, Kinder, von denen gesagt werden kann, dass sie – ungeachtet vorhandener, aber unentwickelter Begabung – mit höchster Wahrscheinlichkeit eine Universität oder andere Hochschule nie von innen sehen werden. Und das gilt in besonderem Maße für Kinder, die in zweiter oder dritter Generation als Staatsbürger der Bundesrepublik in türkischen und anderen nichtdeutschen Familien aufwachsen. Angesichts dieser Tatsachen ist die Frühgeschichte der Brechung des Bildungsprivilegs im Osten Deutschlands, eine aus der Geschichte der Arbeiterbewegung herkommende Großtat, viel mehr als eine bloße Erinnerung.

In: Gewalten, Gestalten, Erinnerungen. Beiträge zur Geschichte der FSU Jena in den ersten Jahren 1945. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 2002, S. 225-239.

„Wie das Kommerzium so geht ...“

Wie an der Uni Jena heute Zeiss-Geschichte geschrieben wird. Eine Lektüre

Wie die Überschrift so lautet der Kommentar des in Jena lehrenden Wirtschaftshistorikers Rolf Walter zu der Tatsache, dass der Firma Zeiss die ersten reichen Profite aus dem Verkauf von Kriegsgerät zuflossen, mit dem sie zwei gegeneinander kriegführende Staaten, Russland und Japan, belieferte, die ihre Soldaten 1904/05 wegen der Vorherrschaft in der Mandschurei und im Nordosten Chinas aufeinanderhetzten. Damit setzt der zweite Band einer auf drei Teile berechneten Geschichte des Zeiss-Werkes ein. Für dessen Ausarbeitung konnte sich der Autor u. a. auf ein Dutzend Magisterarbeiten von Studenten stützen. Seine Abhandlung setzt 1905 ein, dem Todesjahr Ernst Abbes. Schon zu dessen Lebzeiten war mit der Belieferung von Armeen, vorzüglich von Heer und Marine des kaiserlichen Deutschlands, begonnen worden. Über den Zeitraum von vier Jahrzehnten, so wurde errechnet, machte das „Militärgeschäft“ 40 Prozent des Gesamtumsatzes aus. Die Kundschaft war weltweit verteilt. Auch Staaten, gegen die Deutschland 1914 und 1939/1941 Kriege zu führen begann, befanden sich darunter. Daran ist nichts zu schönen und der relativierende, auch in diesem Band nicht fehlende Verweis „Die anderen auch“ kann jederzeit leicht erbracht werden.

Walter schreibt vorzugsweise von Konflikten, wenn Kriege gemeint sind, von Konfliktpartnern, -gebieten und von konfliktträchtiger Zeit. Er könnte bei der Erfindung der Vokabel „Kollateralschaden“ mitgewirkt haben. 1943 sei das umsatzträchtigste Jahr des Unternehmens gewesen, es wird „historisch“ genannt, (auch wenn die Wehrmacht 1942 ihre bis dahin kräftigen Vorauszahlungen eingestellt hatte). Da beschäftigte der Konzern 46.670 Arbeitskräfte, nahezu 20.000 allein in Dresden und 6.750 in ausländischen Firmen, von denen die in Bratislava und Budapest die wichtigsten waren.

In dem untersuchten Zeitraum wurde aus dem Zeiss-Werk ein Konzern. Dessen Manager, die vornehm „Geschäftsführer“ hießen und statutengemäß ein Quartett bildeten, verstanden sich auf Expansion, und die Methode, die später „feindliche Übernahme“ genannt wurde, beherrschten sie perfekt. Als sie sich in den 20er Jahren nach Rathenow und nach Dresden (Gründung der Zeiss Icon AG) ausdehnten, kam ihnen nächst den Gewinnen aus dem Weltkrieg das Monopol zugute, das sie – den Bestimmungen des Versailler Vertrages entsprechend – für die Belieferung der Reichswehr besaßen. Zudem verfügten sie durch eine niederländische Tochter, wie andere deutsche Unternehmen auch, über eine Tarnfirma, die ihnen mit Hilfe von Strohmännern den Zugang auf den internationalen Kriegsgerätemarkt sicherte. Wo die Jenaer in neugewonnene Werke oder in Unternehmen, an denen sie die Aktienmehrheit erworben hatten, ihre Leute in Aufsichtsräte und Vorstände entsandten, waren sie „prominent vertreten“, schreibt Walter.

Die Klippe, die jede Darstellung eines vergleichbaren deutschen Wirtschaftsunternehmens zu nehmen hat, betrifft die Jahre des Faschismus. Die Leiter des Konzerns gehörten nicht zu denen, welche die NSDAP-Führer 1932 favorisiert hatten. Aber sie stehen geradezu musterhaft für jene Managergruppe, die sich augenblicklich dem Regime anpasste. In vorauseilendem Gehorsam, denn ein gesetzlicher Zwang existierte zu diesem Zeitpunkt nicht, verlor ein „Geschäftsführer“, Rudolf Straubel, schon im September 1933 seinen Platz, denn er war „jüdisch versippt“. (Seine Ehefrau nahm sich 1944 das Leben, als sie nach Theresienstadt deportiert werden sollte.) Diesen Schritt kennzeichnet Walter mit Vokabeln wie: Er wurde „vom Dienst suspendiert“ bzw. er „schied aus“.

Davon gemessen abgerückt ist die Rede von einem anderen „Geschäftsführer“, der zur gleichen Zeit in das Schwarze Korps Himmlers eintrat. Dazu werden kommentarlos dessen nach 1945 geschriebene Aufzeichnungen zitiert. Demnach hatte er sich zugunsten der Firma entschlossen, „förderndes Mitglied der SS zu werden, die damals in keiner Weise anrüchig war“. Darauf folgte „auf Wunsch des Thüringer Gauleiters Fritz Sauckel“ 1937 der Eintritt aller „Geschäftsführer“ in die NSDAP. Das Faktum platziert Walter in die Anmerkungen, ihm so den Rang gebend, den die Herren ihrem Schritt zuwiesen, nachdem das Regime Geschichte war.

Und damit nicht genug, zeichnet der Autor von dieser Partei ein merkwürdiges Bild. In ihr gab es Kräfte, die eine (unbeschriebene) neue Politik wünschten, an (ungenannten) „demokratischen Prinzi-

pien festhielten“ und gewisse (zu erratende) idealistische und patriotische Gedanken hegten. Zu diesen soll auch der Mann gezählt werden, der aus der einstigen Viererreihe als „Betriebsführer“ einen halben Schritt nach vorn trat, August Kotthaus. Der hatte in einer Rede, die er am 4. August 1933 vor Lehrlingen hielt, ausdrücklich bekannt, sie sollten auch im „Wehrgeist“ erzogen werden und gesagt: „Und nur kerngesunde Menschen werden auf Grund ihrer Kraft und ihrer Gewandtheit den Glauben haben an die Überlegenheit und Unbesiegbarkeit des einzelnen und unseres ganzen Volkes. Nicht nur zu tüchtigen Facharbeitern sollten sie also erzogen werden, „sondern insbesondere auch zu stolzen deutschen Menschen“. Die jungen Leute sollten sich daher der Hitlerjugend anschließen. Da war es bis zum Gesetz, das jeden dazu verpflichtete, noch nahezu sechs Jahre weit.

Wie viele von denen, an die diese Ansprache gerichtet wurde, das Jahr 1945 erlebten und wie viele als Kriegsverletzte, davon ist – anders als für den Ersten Weltkrieg – nichts zu erfahren. Generell wird die Darstellung der Arbeitsbedingungen, je mehr es auf das Jahr 1945 zugeht, immer schwächer. Wo von den Verhältnissen der Zwangs- und Fremdarbeiter geschrieben wird, herrscht das Interesse vor, sie, wofür es Gründe gibt, gegenüber den Elendsbedingungen anderer herbeigelockter und -geschleppter Menschen positiv abzuheben. Einladend waren die Verhältnisse dennoch nicht, wie die Zahl derer, die aus Belgien und den Niederlanden nach ihnen anfänglich noch gewährtem Urlaub nicht zurückkehrten, eindrucksvoll ausweist.

Die Absicht, die Geschichte des Unternehmens in die deutschen Entwicklungen der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts wirklich hineinzustellen, kann dem Band nicht abgelesen werden. Was Wissenschaftler, Konstrukteure und Techniker in jenen Jahrzehnten sich an Verdiensten zuschreiben können, davon erhält der Leser ein angesichts der Vielfalt der Erfindungen und Konstruktionen, von denen das Planetarium gewiss am bekanntesten wurde, ein notwendig lückenhaftes Bild. Was an Verhängnis auf ihr Konto geht, mag jeder sich hinzudenken. Die Art dieser Geschichtsschreibung ist den Sätzen abzulesen, die dem gedanklichen Eintritt in die Kriege voranstehen. Der eine beginnt mit den Worten „Während des 1. Weltkrieges ...“ der andere: „Der Kriegsausbruch im September ...“. Irgendeine Art ernstzunehmende historiographische Bewertung erfahren weder die Haupttatsachen der deutschen noch die der Werksgeschichte. So bestätigt sich am „Fall Zeiss“ und der Universität in der Saalestadt: Wo das Kapital einzieht, sind seine Klopffechter nicht weit.

Carl Zeiss. Die Geschichte eines Unternehmens. Hrsg. von Wolfgang Mühlfriedel und Rolf Walter. Band 2: Rolf Walter: Zeiss 1905-1945. Böhlau Verlag, Köln 2000. 354 Seiten, DM 78,00.

junge Welt, Sonnabend, 03.11.2001.

Giftblüten und Wurzelgeflecht

Der „Aufstand der Anständigen“ – eine Bilanz nach 365 Tagen

Was ist den deutschen Zuständen, kommt die Sprache auf den Rechtsextremismus, angemessen? Schriller Alarm? Sanfte Entwarnung? Genau ein Jahr ist es her, als auf einer Kundgebung auf dem Potsdamer Platz der Bundeskanzler als späte Antwort auf eine Kette schrecklicher, mörderischer Verbrechen rechtsextremer Gewalttäter einen „Aufstand der Anständigen“ ausrief. Die zentrale Losung lautete: Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz.

Die Anlage der Veranstaltung war in der Phase ihrer Vorbereitung nicht unumstritten geblieben. An ihre Spitze stellten sich, was ursprünglich nicht vorgesehen war, die führenden Politiker des Landes. Es zeigten sich und sprachen der Bundespräsident und der Bundeskanzler, die doch bis vor kurzem noch den sich erkennbar ausweitenden Rechtsextremismus ignoriert oder kleingeredet und das Bild eines kerngesunden Deutschlands entweder selbst verbreitet oder ihm doch nicht widersprochen hatten. Wie groß oder wie gering auch die Möglichkeit gesehen worden war, dass an diesem Tage Kritik und Protest gegen die Obrigkeit laut werden konnte – mit dieser Konstellation wurde sie weitgehend verhindert. Indes nicht vollständig, wofür die Rede des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, sorgte: Die Politiker sollten ihre Sprache zügeln und aufhören, mit ihr zu zündeln. Sie hätten die Menschen in diesem Lande zu schützen und die Rahmenbedingungen zu schaffen, „damit wir alle gemeinsam leben können“. Deutlich kritisierte Spiegel die Unterscheidung zwischen nützlichen und unnützen Ausländern und die Ausnutzung der Forderung nach einem Zuwanderungsgesetz für Wahlkampfzwecke ...

Es wäre nun, 365 Tage nach dieser Demonstration, aufschlussreich, jene Politiker, die sich an deren Spitze gedrängt hatten, zu fragen, was sie seitdem im Sinne ihrer damals ausgegebenen Losung taten, die den „Aufstand der Anständigen“ verlangte – eine Devise, welche die Aufgabe als Auseinandersetzung mit „Unanständigen“ charakterisierte und sie vordergründig als eine Konfrontation von Moral und Unmoral begriff. So wenig sich von den Rednern dieser Kundgebung eine wissenschaftliche Analyse deutscher Zustände erwarten ließ, die Kennzeichnung der Ursprünge jener Hochflut von Gewalt, gegen die sich die Mehrheitsbevölkerung von jetzt an entschieden wenden sollte, war auch an diesem Abend des 9. November 2000 schwach geblieben. Geredet wurde von den Erscheinungen, nicht von deren Ursachen, von den Giftblüten, nicht von deren Wurzelgeflecht.

Keine Frage, dass auch die Motive, die an jenem Herbsttag hunderttausende Menschen zusammenführten, unterschiedlich waren. Es gehörte nicht viel Beobachtungsgabe dazu, um zu bemerken, dass es den Regierenden darum zu tun war, Deutschland in seinem politischen Zentrum als ein Gemeinwesen zu präsentieren, das zivilisiert und fähig ist, gegen Erscheinungen von politischer Unkultur überlegene Kräfte mobil zu machen. Fernsehkameras sorgten dafür, dass das Ausland live dabei sein konnte.

Wer jedoch das Ganze nur auf eine Reklameveranstaltung zu Gunsten der Regierenden reduzierte, eine Zurschaustellung einer Gesinnung, hinter der wenig Entschlossenheit und Programmatik steckte (all das war dieser 9. November 2000 auch), übersah vieles. Da waren die nach Tausenden zählenden jungen Leute, vor allem Schüler, die in ihren Gruppen, andere an der Seite ihrer Eltern oder Großeltern meist zum ersten Mal in ihrem Leben an einer politischen Demonstration teilnahmen, deren Stimmung doch vielfach aus den Reihen der Teilnehmenden selbst geprägt wurde und die sich in einfallsreichen Bildern und Worten, die ihnen niemand vorgegeben hatte, zu menschenfreundlicher und weltoffener Gestaltung der deutschen Zustände bekannten ...

Die Demonstration des 9. November 2000 verband sich vor allem mit der Vorstellung, dass die bekundete Ablehnung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und insbesondere der gewalttätigen Umtriebe gegen einzelne Personen und Kleingruppen einen Rückgang der Untaten bewirken könne. Doch worauf gründete sich diese Erwartung eigentlich? Konnte von dieser Kundgebung auf die potenziellen Täter eine warnende oder abschreckende Wirkung ausgehen? Offenbar doch nicht. Schon die Meldungen der folgenden Tage und Wochen bestätigten das. Und würden die Rechtsextremen,

die als Mitglieder und Anhänger der NPD auf deutschen Straßen und Plätzen agieren, ihren provokatorischen Aufmärschen so einfach absagen? Warum sollten sie das tun, zumal sie nicht den Eindruck gewinnen konnten, dass ihnen von Staats wegen Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Noch im gleichen Monat November durften sie in Berlin durch die Innenstadt marschieren, und nur auf Grund des Widerstandes einer von ihnen nicht erwarteten Zahl von Einwohnern der Stadt und auf Anraten der sie wiederum geleitenden Polizei waren sie gezwungen, sich aufzulösen.

In den seit November 2000 vergangenen Monaten reihte sich weiter eine Gewalttat Rechtsextremer an die andere. Ein zusammenfassendes Urteil von Mitte 2001 lautete, die rechtsextreme Gewalt drohe „in den Terrorismus abzugleiten“ (Michel Friedman) ... Unbestreitbar ist aber auch, dass sich im vergangenen Jahr mehr Menschen in der Bundesrepublik gegen Erscheinungen des Rechtsextremismus in Wort und Tat engagierten. Man konnte sich jedoch auch nicht des Eindrucks erwehren, dass es eine Zeit lang geradezu zum guten und modischen Ton gehörte, sich gegen die Ultrarechten geäußert zu haben. „Gegen rechts“ wurde chic. Dahingegen setzte sich bei vielen die Erkenntnis durch, dass gebetsmühlenartig wiederholte Worte und Parolen fruchtlos bleiben, langfristige Konzepte gebraucht werden. Diese lassen sich mit Stichworten so bezeichnen: Kampf im Vorfeld gegen potenzielle Gewalttäter und ihre Organisationen, Kampf im Internet, an den Zollgrenzen, im Verlags- und Vertriebswesen gegen jede Form des ideologischen Nachschubs für Neonazis und andere Rechtsextremisten, Kampf um die Straße, Kampf in den regionalen und lokalen Parlamenten, Kampf um die Köpfe, vor allem der Jugend, aber gleichermaßen gegen rechtsextreme Denk- und Verhaltensweisen in allen Gesellschaftsbereichen ...

Die Losung vom „Aufstand der Anständigen „weist, wenn sie ernst genommen wird, mehr Dimensionen auf, als sich ihre Urheber vorgestellt haben. Ihr wohnt eine gewisse Sprengkraft inne. Diese ergibt sich bereits, wenn erfragt wird, ob hier zu Lande nur die „Glatzen“ die Unanständigen sind und ob nicht etwa die ungehemmte Häufung von Reichtum auf Kosten von Millionen eine andere Form von Extremismus darstellt. Nach dem Willen der Herrschenden sollen die Bürger, ist von Moral die Rede, entweder in ihr Herz oder gen Himmel schauen, am besten zu beidem. Bleiben wir aber im Irdischen! Reden wird von der verwickelten Beziehung von Moral und Gesellschaft! Dann gibt es keinen Grund, gegenüber der Forderung nach dem „Aufstand der Anständigen“ auf Distanz zu gehen, die einen politik- und systemkritischen Inhalt besitzt. Getan werden müsste der Schritt zu einer Kritik, die sich – mit Marx gesprochen – vor ihren Resultaten nicht fürchtet. Aus einer Kampagne, die sich in Rinnsale zu verlieren droht, könnte dann eine Bewegung werden, die verändernde Kraft entfaltet. Die Chance ist vielleicht nicht groß, auf einen Versuch käme es um der Sache willen allemal an.

Auszüge aus dem soeben erschienen Band von Kurt Pätzold „365 Tage oder Was wurde aus dem ‚Aufstand der Anständigen‘“, der u. a. eine detaillierte Chronik rechtsextremer Gewalttaten gegen Menschen sowie Synagogen, Friedhöfe, KZ- und andere Gedenkstätten in der Bundesrepublik seit dem 9. November 2000 enthält. Edition Bodoni, Berlin 2001, 167 S., br., 12,00 DM.

Neues Deutschland, 9. November 2001.

Wieso, weshalb, warum?

Der Autor, britischer Historiker und durch seinen Beitrag zur Erforschung des Holocaust ebenso hervorgetreten wie durch eine Biographie Winston Churchills, die der Klappentext des Verlages merkwürdigerweise als „offiziell“ bezeichnet, schrieb dieses Buch nicht in der Absicht, eigene neue Forschungsergebnisse zu präsentieren. Seine Adressaten sind vor allem jüngere Leser, solche vorzüglich, die das Alter der allgemeinbildenden Schulen noch nicht hinter sich haben. Das macht der Schreibstil deutlich und mehr noch die ausgezeichnete Illustration des großformatigen Buches, die, wenn auch vergleichsweise – gemessen am Ausmaß des Geschehens – wenig Fotografien zur Geschichte von Judenverfolgung und Judenvernichtung verfügbar sind, auch dem noch neue Einblicke eröffnen kann, der sich dem Thema öfters schon zugewandt hat. Wieder und wieder finden sich da Aufnahmen von Kindern und Jugendlichen: aus Zeiten, da sie noch unbeschwert und von keiner Vorahnung des Kommenden erreicht, in verschiedensten Teilen Europas lebten, da sie, Vertriebene, sich auf der Flucht befanden (beispielsweise auf der Irrfahrt der „St. Louis“) oder Teilnehmer der Kindertransporte waren, die nach Großbritannien gingen, so dann aber Zeugnisse vom Leben und Leiden der Jüngsten in Ghettos und in Konzentrations- und Vernichtungslagern, und wieder andere. Die Überlende auf den Wegen in ihre neuen Heimaten dokumentieren.

Dennoch ist das nicht nur ein Buch zur Geschichte der Kinder in Zeiten der Massenvernichtung der europäischen Juden. Es handelt vom Ganzen, auch von den Tätern, die auf Anklagebänke und an den Galgen kamen. Und das alles in abwägender Beschränkung und Konzentration auf Wesentliches bis hin zu den Themen des Erinnerns, des Gedenkens und der „Wiedergutmachung“. Gilbert hat in diesem Band, der ein Jahr zuvor im englischen Original erschienen ist, kaum etwas ausgelassen. Nicht die, wenn auch mit dieser Kennzeichnung nicht auftauchende „Vernichtung durch Arbeit“ – er behandelt sie unter der Überschrift der Zwangsarbeitslager –, nicht die Ausbeutung der Juden in Betrieben der IG-Farben AG, von Siemens und in den vielfachen Diensten der Wehrmacht.

In zwei Punkten hätte die deutschsprachige Ausgabe Ergänzungen und Zusätze vertragen, denen sich der Autor kaum verschlossen haben dürfte. Die eine betrifft einen deutlichen Verweis auf den Anteil der deutschen Juden an der Entwicklung von Wissenschaft und Technik, von Kunst und Literatur und derart das Öffnen einer Tür, die eine Perspektive auf den Assimilationsgrad der Mehrheit der in Deutschland lebenden Juden bot. Das andere eine Aktualisierung des Standes der Auseinandersetzungen um eine wenigstens gestenhafte Anerkennung (denn von Begleichung kann die Rede nicht sein) der Schuld, in der deutsche Unternehmungen gegenüber denen stehen, die sie einst für sich schuften ließen, ohne sie zu bezahlen.

„Wieso, weshalb, warum? Wer nicht fragt, bleibt dumm“ mit diesem Liedtext begann eine von Kindern viel gesehene Fernsehsendung, gerichtet an Altersstufen, die unterhalb der Leser und Betrachter lag, die diesem Buch zu wünschen ist. Doch mit der Frage nach dem Warum lässt Gilbert seine Adressaten im Stich, sofern sie sich nicht mit der Antwort zufriedengeben wollen, die Interessen, Zwecke und Ziele beiseitelässt und die schlicht lautet: Sie wurden ermordet, weil sie Juden waren. Das aber bietet keinen Anstoß, darüber nachzudenken, was unternommen werden muss, dass es nicht wieder und niemandem neu geschieht.

Martin Gilbert, Nie wieder! Geschichte des Holocaust, Propyläen 2001, 192 S.

junge Welt, Freitag, 09.11.2001.

Der siebte Streich

Zweiter Weltkrieg – Buchvorstellung

Würde die bisherige Erscheinungsweise des in den 70er Jahren begonnenen Großprojekts „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ fortgesetzt, dann sei die Auslieferung des abschließenden zehnten Bandes im Jahre 2020 zu erwarten – so rechnete der Stuttgarter Historiker Eberhard Jaeckel, der am vergangenen Donnerstag den siebten Band der Reihe im Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam vorstellte. Damit hätten die Historiker für die profunde Darstellung des Zweiten der Weltkriege im 20. Jahrhundert erheblich länger gebraucht als ihre Vorgänger mit der Arbeit, deren Gegenstand der Erste gewesen war; sie waren zwei Jahrzehnte in Anspruch genommen und endeten, als man das Jahr 1944 schrieb. Diesmal freilich wird kein „Generalstabswerk“ vorangebracht, das sich nahezu ganz auf die militärische Seite der Kriegsgeschichte beschränkt. Die Gesellschaft als Ganzes kommt den gewandelten Ansprüchen der Befragung von Geschichte gemäß in den Blickpunkt. Einer der noch ausstehenden Bände wird den Untertitel „Staat und Gesellschaft“ tragen. Diese Herangehensweise ist jener verwandt, die auch die DDR-Historiker bei der Arbeit an ihrem sechsbändigen Werk „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ (1974-1985) leitete. Der nun vorgelegte Band indes befasst sich konzentriert mit Verlaufsgeschichten auf „Kriegsschauplätzen“ und bindet vorausgegangene, aufeinander abgestimmte monographische Untersuchungen zusammen. Sie betreffen die Geschichte des Luftkrieges, der Invasion und der Kämpfe in Westeuropa bis zum Erreichen der „Reichsgrenze“ durch die Truppen der Alliierten sowie die Kämpfe in Ostasien bis zur Kapitulation Japans.

Die Nummerierung der Bände durchbricht die Chronologie mehrfach. Das Geschehen an der deutsch-sowjetischen Front 1943/44 wird erst noch behandelt, und es lässt sich schon absehen, vor welcher Riesenaufgabe die stehen, die abschließend die Zusammenhänge werden rekonstruieren müssen, die bei der jetzigen Abfolge verloren gehen. Die allgemeinen Kontexte, beispielsweise, dass die Niederlagen des deutschen „Ostheeres“ die des „Westheeres“ vorbereiten halfen, mögen von Interessenten der Kriegsgeschichte selbst hergestellt werden können. Für anderes mag das nicht gelten. Umso mehr als das Studium auch dieses Bandes – von Lesen zu sprechen, wäre eine Untertreibung der Anforderungen – mit einer immensen Masse von einzelnen Tatsachen konfrontiert, zusammengetragen von profunden Kennern der Materie. Diese wird durch den zum Arbeitsprinzip erhobenen ständigen Wechsel der Perspektive noch vermehrt.

Gewiss: Über die Auswahl der gebotenen Fakten wird sich immer streiten lassen, etwa darüber, ob die beiläufige Erwähnung des Abwurfs der beiden Atombomben gerechtfertigt ist, der geschah, als sich das Deutsche Reich schon nicht mehr im Kriege befand, ja nicht einmal mehr existierte. Entscheidend ist, dass die Autoren – unpolemisch – aus Kenntnis und Nutzung der internationalen Geschichtsschreibung mit Legenden aufräumen und sich zu so schwierigen Fragen äußern, wie sie die „Menschenschonung“, das meint die weitgehende Respektierung des Lebens der zivilen Bevölkerung im Kriege, darstellt.

Kürzlich war aus einem anderen Potsdamer Geschichtsinstitut eine akribische Untersuchung darüber zu lesen, warum ein historiographisches Großunternehmen in DDR-Zeit – es handelte sich um die 12-bändige deutsche Geschichte, die von Studenten wegen ihres Einbandes auch als Minolreihe bezeichnet wurde – für seine Fertigstellung so ungleich viel mehr Zeit brauchte, als ursprünglich vorgesehen war. Auch an dem hier vorgestellten Projekt mögen sich derart kleinkarierte Interessen einst reiben, deren Ausfluss aber wird sicher rasch vergessen sein. Denn diese voluminösen Bände werden Generationen informieren, unterrichten und beschäftigen. Der Zehnte jedenfalls ist – wider Jaeckels Rechnung – vom Leitenden Wissenschaftler des Amtes, Hans-Erich Volkmann, für das Jahr 2005 angekündigt worden. Und diese Mitteilung löste im Publikum weder ein Ah noch ein Ach aus.

Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Band 7: Das Deutsche Reich in der Defensive. Von Horst Boog, Gerhard Krebs, Detlef Vogel. DVA, Stuttgart/München 2001. 831 S., geb., 78,00 DM.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 10./11. November 2001, S. 21.

„Soldaten, wie andere auch ...“

Unbeeindruckt

Diese Bezeichnung hatten sie in den Zeiten des Zweiten Weltkrieges strikt zurückgewiesen. Nicht „Soldaten, wie andere auch“ wollten sie sein, sondern die Elite unter den Elite-Formationen der deutschen Streitkräfte. Durch nicht zu übersehende Sonderkennzeichen an ihrer Uniform herausgehoben, auszumachen vor allem durch die Zeichen mit dem Totenkopf, galten sie sich und anderen als Truppe, deren Angriffsgeist, Tapferkeit und Durchhaltevermögen niemand zu übertreffen vermochte.

„Verbrecherische Organisation“

Als es in die Gefangenschaft ging, entfernten die Angehörigen der Waffen-SS dann klammheimlich die sie verratenden Zeichen oder suchten eine andere Militärkleidung zu ergattern. Was sie häufig verriet, war die an ihrem Körper vorgenommene, nur operativ und dann auch nicht spurenlos zu entfernende Markierung, die über ihre Blutgruppe Auskunft gab, so dass sie im Falle schwerster Verwundungen aus den richtigen Konserven versorgt werden konnten. Die Entdeckung, in welcher Truppe sie am Kriege teilgenommen hatten, mussten sie als Gefangene mit Gründen fürchten, die ihnen bewusst waren. Waren sie entdeckt, war die Überführung in besondere Lager sicher, und eine Tiefenprüfung ihrer Rolle im Kriege stand bevor. Denn die Blutspur, die Einheiten der Waffen-SS nahezu durch ganz Europa gezogen hatten, war lang, grauenerregend überall und am breitesten in Ost- und Südosteuropa.

Gewiss: Nicht nur sie hatten sich um das vereinbarte Kriegsvölkerrecht und die Gebote und Verbote des deutschen Militärstrafgesetzbuches nicht geschert. Aber, von SS-Männern waren Verbrechen begangen worden, die bis dahin unbekannten Ortschaften einen Namen in der europäischen Geschichte verschafften. Im französischen Oradour-sur-Glane hatte die 3. Kompanie des Regiments „Der Führer“, das zur SS-Panzer-Division „Das Reich“ gehörte, am 10. Juni 1944 ein Massaker angerichtet, dessen Opfer 642 Zivilisten waren. Die Männer des Ortes wurden erschossen, die Frauen und Kinder in der Kirche verbrannt. Im italienischen Städtchen Marzabotto nahe Bologna und in den umliegenden Dörfern wurden im September 1944 etwa 1830 Personen, meist Frauen, Kinder und Greise, in ihren Häusern zusammengeschossen, verbrannt oder auf Friedhöfen niedergemacht. Haupttäter waren hier Angehörige der 16. SS-Panzer-Grenadier-Division, denen ausdrücklich befohlen worden war, ihre Operationen gegen Partisanen ohne Rücksicht auf Zivilpersonen zu betreiben. Andere Angehörige der Waffen-SS metzelten US-amerikanische Kriegsgefangene während der Ardennen-Offensive im Dezember 1944 bei Malmedy nieder.

Von diesen Untaten war bereits während des ersten der großen Kriegsverbrecher-Prozesse in Nürnberg immer wieder die Rede gewesen. Das Gericht gelangte zu dem Urteil, dass die Waffen-SS wie die gesamte SS als eine verbrecherische Organisation zu beurteilen sei, in deren Reihen auch als Folge der Erziehung zum Herrenmenschentum und zu einem auf ganz Europa gerichteten Eroberungsgelüst Verbrechen „zur Selbstverständlichkeit, ja zum Gegenstand des Stolzes“ geworden wären.[1] Die besondere SS-Gerichtsbarkeit, der die Angehörigen der Waffen-SS unterlagen, schützte sie früher und noch stärker als Soldaten in anderen deutschen Streitkräften vor Bestrafungen, selbst wenn sie barbarisch auf eigene Faust gehandelt hatten.

Zugleich wussten die alliierten Richter, dass die Waffen-SS, die bis 1940 eine Organisation ausschließlich von Freiwilligen gewesen war, in den folgenden Jahren auch durch Zwangsrekrutierungen aufgefüllt wurde, die insgesamt auf ein Drittel ihres Bestands geschätzt wurden. Daher schlossen sie sich dem Standpunkt des sowjetischen Hauptanklägers an, dass „die Verantwortlichkeit für die Teilnahme an verbrecherischen Organisationen nur dann festgestellt (werden kann), wenn die persönliche Schuld erwiesen ist. Nationale Gerichtshöfe werden also die Frage der individuellen Verantwortlichkeit entscheiden“. So wurde auch im Falle des Kommandeurs der SS-Division verfahren, der den

---

[1] Urteil des Gerichtshofes. Zitiert in: Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. Peter Adolf Steiniger, Bd. 1. Berlin. 1957, S. 224.

Befehl erteilt hatte, welcher die Untaten von Marzabotto auslöste und decken sollte. Er wurde von einem italienischen Gericht zum Tode verurteilt, dann aber begnadigt und alsbald auf freien Fuß gesetzt.

Die Hervorhebung der Verbrechen der Waffen-SS nutzten juristische und nichtjuristische Verteidiger der Wehrmacht und von dessen Oberkommando, die den Eindruck zu erwecken wünschten, es seien allein die Verbände und Einheiten der Waffen-SS, die im Rahmen des Heeres und unter dem Befehl von Wehrmachtsgeneralen operiert hatten, gewesen, auf deren Konten jegliche im Kriege begangenen Untaten zu schreiben wären, während die Wehrmacht „anständig“ und „ritterlich“ gekämpft und gehandelt habe. Gegen dieses Bild vom Kriegsgeschehen richtete sich der Anspruch der einstigen Angehörigen der Waffen-SS, die sich wie Offiziere und Soldaten anderer militärischer Formationen des faschistischen Regimes in der Bundesrepublik zu Traditionsverbänden zusammenschließen konnten, um ihre Interessen, nicht zuletzt materielle, zu verfechten, die alte Kameraderie zu pflegen und sich gegenseitig durch die Nachkriegsjahre zu helfen. Jetzt wollten sie „Soldaten, wie andere auch“ gewesen sein.

Die Umtaufe 1953

Die einprägsame Formulierung fand sich auf dem Titel eines Buches, das bei seinem ersten Erscheinen im Jahre 1953 noch „Waffen-SS im Einsatz“ hieß und erst, nachdem davon mehrere Auflagen ausgeliefert worden waren, diese Umtaufe erfuhr. Ihr Autor war Paul Hausser, einer der höchstgestellten Befehlshaber der Waffen-SS, dessen militärischer Rang etwa dem eines Generalobersten gleichkam. Dessen Lebensweg war – verglichen mit denen der Masse der SS-Generale und -Offiziere – insofern untypisch, als er ursprünglich nicht aus dem Schwarzen Korps stammte. Er hatte nach dem Ersten Weltkrieg zur Minderheit der nicht demobilisierten Offiziere des kaiserlichen Heeres gehört und seine Karriere in der Reichswehr fortgesetzt, bis er 1932 im Range eines Generalleutnants entlassen wurde. 1934 stellte er seine Kenntnisse in den Dienst des militärischen Drills der SS. Diese bestand bis 1939 aus der sogenannten Allgemeinen SS, die ihre Mitglieder neben ihren zivilen Berufen ausbildete, und aus kasernierten Einheiten, der SS-Verfügungstruppe (geschaffen aufgrund eines Befehls von Heinrich Himmler vom 14. Dezember 1934), welche als Bürgerkriegsarmee bereitstand, als solche aber nicht verwendet werden musste, und aus den Totenkopf-Verbänden, deren Aufgabe die Bewachung der Konzentrationslager war, in deren unmittelbarer Nähe sie stationiert wurden.

Durch einen Erlass Hitlers vom 18. Mai 1939, der Krieg gegen Polen befand sich schon fest im Visier der Militärführer, wurde aus der Verfügungstruppe eine SS-Division gebildet, für die eine Höchststärke von 20.000 Mann vorgesehen war. Damit begann im eigentlichen Sinne die Geschichte der Waffen-SS, eine Bezeichnung, die noch gegen Ende des gleichen Jahres aufkam. Bei Kriegsende existierten schließlich 38 solcher Divisionen. Sie waren nicht mehr alle ideologisch und militärisch so durchgebildet wie die ersten. Auch ihr Auftrag, Europa zu erobern, „um diesen Erdteil einmal zu beherrschen“[2], war auf eine träumerische Erinnerung zusammengeschrumpft.

Im Kriege hatte Hausser eine SS-Division, später Armeen und zuletzt am Südflügel der Westfront eine Heeresgruppe befehligt. 1946 war er, als sich die Richter darüber klar zu werden suchten, ob die Waffen-SS als verbrecherische Organisation einzustufen sei, in Nürnberg als Zeuge der Verteidigung aufgetreten. Er hatte das Gericht vergeblich davon zu überzeugen gesucht, dass in dieser Spezialtruppe „die bewährten alten soldatischen Tugenden mit den Forderungen unserer sozialistischen Zeit“ vereinigt gewesen wären. 1948 wurde Hausser aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Auch zwei Jahre strafweises Arbeitslager, die ihm zudiktiert worden waren, galten als verbüßt. Fünf Jahre darauf erschienen seine Erinnerungen. Die spätere Veränderung des Titels drückte aus, worum es dem Verfasser von Anfang an zu tun gewesen war. „Soldaten, wie andere auch“ drückte ein Gleichstellungsverlangen und das Interesse aus, nicht anders als alle bewaffneten Formationen angesehen und

---

[2] Rede Heinrich Himmlers vor dem Führerkorps der SS-Division „Das Reich“ am 19. Juni 1942 (Auszug). Zitiert in: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945. Hrsg. von Reinhard Opitz, Köln 1977, S. 896.

beurteilt zu werden und davon zu profitieren, dass diese inzwischen in den Zeiten des Kalten Krieges eine Neubewertung erfahren hatten, namentlich was ihren Einsatz gegen den „Bolschewismus“ betraf.[3]

Traditionsstifter der NATO

Indessen schien einstigen SS-Offizieren schon bald nach dem 1955 erfolgten Eintritt der BRD in die NATO die bloße Verteidigung der Waffen-SS als ein zu gering bemessenes und nicht mehr zeitgemäßes Ziel. Sie beanspruchten nun, die Pioniere im europäisch-abendländisches Ringen mit dem als Einbruch Asiens in Europa dargestellten Kommunismus gewesen zu sein. Am dreistesten tat das ein anderer SS-General, dessen Erinnerungen 1958 auf dem westdeutschen Buchmarkt erschienen. Auch er hatte seine militärische Karriere, die ähnlich der Haussers verlaufen war, nicht erst in den SS-Formationen begonnen. Felix Steiner war als Fahnenjunker vor Beginn des Ersten Weltkriegs in die kaiserliche Armee eingetreten und hatte bis 1933 zur Reichswehr gehört. Danach trat er in die Dienste der SS über. Steiner brachte es bis zum Rang eines Obergruppenführers und Generals der Waffen-SS. Noch in den Maitagen 1945 kommandierte er, mit Orden hochdekoriert und im Wehrmachtsbericht wegen seiner Rolle bei den Rückzugskämpfen an der Ostfront belobigt, das III. Germanische SS-Panzerkorps. Noch in Kämpfen nördlich von Berlin und in Mecklenburg befahl er die Soldaten einer nach ihm benannten, aus versprengten Wehrmachtseinheiten zusammengeworfenen Armeegruppe auf das Schlachtfeld. Auch er war 1948 bereits aus britischer Gefangenschaft auf freien Fuß gelangt.

Schon 1951 – es wurde am später scheiternden Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gearbeitet, der die Bundesrepublik mit einer eigenen Armee angehören sollte – veröffentlichte Steiner eine Schrift mit dem Titel „Die Wehridee des Abendlandes“. Da hielt es der Verlag noch für geboten zu verschweigen, dass es sich bei seinem Autor um einen General der Waffen-SS handelte. Steiner hatte inzwischen entdeckt, dass im Zweiten Weltkrieg die Soldaten, jene in den Armeen der USA und auch die in den deutschen Streitkräften, für die Freiheit gekämpft hätten, wenn auch nicht gemeinsam. Ihre „Opfer“ könnten jedoch Sinn nur erhalten, wenn sich das Abendland nun geschlossen dem „Bolschewismus“ entgegenstelle und zu diesem Zweck eine hochtechnisierte Freiwilligenarmee nach dem Vorbild der einst von ihm kommandierten Einheit schaffe.[4] Die „Stunde der reifen Lösungen“ sei gekommen.

Unverhohlen bekannte sich Steiner auch in seinem 1958 veröffentlichten zweiten Buch „Die Freiwilligen. Idee und Opfergang“ zum Kampf gegen „die rote Flut“ und zu einem Krieg für „Europa“. Er setzte die Waffen-SS an den Anfang einer Traditionslinie und behauptete, von ihren deutschen und ausländischen Angehörigen – Niederländern, Flamen, Norwegern, Dänen und Angehörige weiterer Nationen –, sie hätten ihr Leben „einer großen Idee geopfert“.[5] Sich und die einst von ihm kommandierten, nun freilich nicht mehr Germanen genannten Truppen, deren Vorfahren er wiederum in gewaltsamer Mischung in den Freischärlern der antinapoleonischen Befreiungskriege, den griechischen Kämpfern gegen die osmanische Herrschaft, den italienischen Verbänden Giuseppe Garibaldis und den mordspatriotischen Toten des Schlachtfeldes von Langemarck ausmachte, stilisierte er zu Traditionsstiftern des NATO-Militärbündnisses.

Die Erinnerungen unter den europäischen Völkern waren jedoch zu frisch und zu nachhaltig, als dass sich Militärs wie Steiner der NATO auch praktisch hätten andienen können. Mit ihrer Rechtfertigung des Krieges gegen die UdSSR und dessen dumpfer und stumpfer Weiterführung bis nahezu zur letzten Patrone speisten sie den Hauptstrom der antikommunistischen Propaganda aber nach Kräften. Die

---

3 Paul Hausser, Waffen-SS im Einsatz, Göttingen 1953 (in vielen weiteren Aufl.) Erweiterte Fassung unter dem Titel Soldaten wie andere auch. Der Weg der Waffen-SS, Osnabrück 1966.

4 Felix M. Steiner (Das seinem Namen hinzugefügte M. ließ der SS-General dann wieder fallen), Die Wehridee des Abendlandes, Frankfurt a. M. 1951, S. 58. Von der Ausrichtung des Verlages zeugt ein im gleichen Jahr erschienenes Buch, in dem gefragt wurde „Was tun, wenn der Iwan kommt?“ (Paul Lüth, Bürger und Partisan. Über den Widerstand gestern, heute und morgen, Frankfurt a. M. 1951).

5 Felix Steiner, Die Freiwilligen. Idee und Opfergang, Göttingen 1958, Seite 9.

einstigen SS-Generale suchten den Schulterschluss mit den ehemaligen Generalen der Wehrmacht und lobten deren Verdienste. Steiner pries Guderian und von Manstein als Erneuerer und distanzierte sich von dem auf militärischem Gebiet nach seinem Urteil angeblich konservativ denkenden Hitler.[6]

Als Ideologen waren die gewesenen Befehlshaber und Kommandeure der Waffen-SS noch willkommen, als militärisch und politisch jedoch nicht direkt verwendbar. Dazu trug bei, dass Prozesse gegen SS-Angehörige vor Gerichten im Ausland sowie in der DDR und der BRD schon bekannten Tatsachen über die verbrecherische Rolle der SS-Truppen neue hinzufügten. Auch die Geschichtsforschung tat das.

Von alledem unbeeindruckt, demonstrieren in deutschen Städten im Jahre 2001 vorwiegend junge Faschisten und andere Rechtsextreme mit der Losung „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“, von der sie sich offenbar eine besondere provokatorische Wirkung versprechen. Und in der Justiz des Freistaates Sachsen ist zwischen dem Minister und dem Generalstaatsanwalt eine Auseinandersetzung entstanden, ob diese öffentliche Verherrlichung strafbar sei oder nicht.[7]

junge Welt, Sonnabend, 17.11.2001.

---

6 Felix M. Steiner, Die Wehridee des Abendlandes, S. 22.

7 Minister contra Generalstaatsanwalt. In: Neues Deutschland, 7. November 2001, S. 5.

Alle Gutmenschen schlecht?

Beachtung historischer Erfahrungen kann im Kampf um die Straße hilfreich sein

Das Recht, ihren Forderungen in der Öffentlichkeit Ausdruck zu geben, haben sich Arbeiter mit ihren Organisationen erkämpft und gegen Versuche, es einzuschränken, in wechselvollen Kämpfen verteidigt. Seit die deutschen Faschisten diese Praxis nachahmten, war eine Herausforderung entstanden, und die proletarischen und anderen antifaschistischen Kräfte waren bestrebt, den Sturmabteilungen Hitlers die Straße streitig zu machen und dies besonders dann, wenn diese marschierend in ausgesprochene Arbeiterviertel eindrangen. Denkwürdig blieb die Auseinandersetzung des Jahres 1931 in Hamburg-Altona, in deren Verlauf die Polizei Antifaschisten und unbeteiligte Bürger beschoss und tötete.

„Die Straße frei, den braunen Bataillonen ...“, verlangte eine programmatisch gemeinte Verszeile eines Naziliedes. In Berlin war, seit Joseph Goebbels die Führung der NSDAP übernommen hatte, nach dem Grundsatz gehandelt worden, es käme vor allem darauf an, in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen, gleich auf welche Weise: mit Skandalen, Raufereien, durch Überfälle auf politische Gegner. Die Menschen sollten von den Nazis wissen, dass sie immer mehr Anhänger gewannen und dass sie die kommenden Machthaber sein würden.

An diese Praxis knüpfen Rechtsextreme heute gemeinsam an. So gelangen sie in die Spalten der Zeitungen, auf die Bildseiten von Illustrierten und ins Fernsehen. Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung, die ihre Aufmärsche für sie selbst besitzen. Sie bestärken sie in ihrem dumpfen Trotz, vermitteln ihnen das Bewusstsein kämpferischen, ja heldischen Auftretens, fördern den Zusammenhalt als verschworene Kameradschaft und bieten die Gelegenheit des persönlichen Kennenlernens, des Erfahrungsaustausches und der gegenseitigen Bestärkung. Sie sind auch eine Art Belustigung. Diese innere Funktion allein böte Grund genug, den Neofaschisten, an denen, was ihre Ideologie anlangt, wenig „Neo“ zu entdecken ist, diese unverfrorenen Demonstrationen unmöglich zu machen.

Zweifelsfrei gibt es eine starke und in manchen Gegenden wachsende Minderheit von Deutschen, die diese Kameraden in Orten nicht sehen wollen und die – wie jüngst in Leipzig geschehen – ihren Widerwillen auch öffentlich bekunden. Sie sehen sich, wie die antifaschistischen Arbeiter zu Zeiten der Weimarer Republik, dabei nicht nur den rechtsextremen Eindringlingen, sondern auch Formationen der Polizei gegenüber, die befehlsgemäß den Demonstranten den genehmigten Weg freimachen und die unter ihrer Behelmung offenbar in der Lage sind, die Kommandos zum Angriff auf Antifaschisten zu verstehen, nicht aber antisemitische Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“. Das Aufeinandertreffen von Rechtsextremen, Polizei und antifaschistischen Kräften hat fraglos auch für diese Polizeitruppen eine innere Bedeutung und aus der Sicht der Polizeiführer eine Funktion. Auf diese Weise werden die Uniformierten für jeden bürgerkriegsähnlichen Einsatz mobil gehalten und praktisch immer wieder im Kampf gegen die „Extremisten“ gedrillt. Diese Einsätze bewirken in den Köpfen der Polizisten vermutlich mehr als Schulungen in Sachen Totalitarismus-Dogma. Dies festzustellen bedeutet nicht, Polizeikommandeure über einen Kamm zu scheren. Denkwürdig der Polizeipräsident, der erklärte, er könnte seinen Polizisten nicht zumuten, diese Marschierer zu schützen und deren Aktion so erst zu ermöglichen.

Nicht alle Bürger, die sich Demonstrationen gegen rechtsextreme Marschierer anschließen, wollen in die dabei nicht selten entstehenden gewalttätigen Auseinandersetzungen geraten. Nicht wenige halten solche Konfrontationen für sinnlos. Andere wollen sich mit Kindern oder aus Gründen ihres Alters oder ihrer Gesundheit der Polizeigewalt nicht aussetzen oder fürchten einfach Reizgas, Fußtritte, Schläge, Wasserwerfer.

Für diese alle haben diejenigen, die es auf die harte Konfrontation ankommen lassen, das Wort Gutmenschen parat, das herabsetzen und verspotten soll. Es charakterisiert indes weniger die Gemeinten als diejenigen, denen es nicht nur an der Fähigkeit zur Unterscheidung gebricht. Aus dieser Kennzeichnung sprechen Hochmut und ein Elitebewusstsein, das meint, nur sie, die „Kämpfer der ersten Reihe“, seien wahre Antifaschisten, die „mit Leib und Leben“ für ihre Überzeugung einstehen. Mit

dieser Haltung verbinden sich mehr oder weniger ausgegorene Vorstellungen, die an Sprüche wie „Viel Feind', viel Ehr'" erinnern, an Parolen also, die den Nazis zustehen, aber nicht demokratischen Antifaschisten. Für die Gesinnung, die sich in der Vokabel „Gutmensch" ausdrückt, besitzt die Sprache der Politik einen brauchbaren Begriff. Er lautet: sektiererisch.

Gewiss: Unter denen, die sich Demokraten nennen, gibt es nicht wenige, deren Gegnerschaft gegen die Rechtsextremen nur vorgetäuscht ist. Sie hegen für rechte Ideen heimliche Sympathien, ihre Vorbehalte sind taktischer Natur. Und dann sind da auch die „Unpolitischen", die Gleichgültigen. Das Wort „Gutmensch" taugt nicht für die Charakterisierung einer dieser Gruppen. Der Begriff hat in den politischen Auseinandersetzungen mit den Rechtsextremen überhaupt nichts zu suchen. Dies umso weniger, als die Machthaber von Washington bis Berlin gerade dabei sind, den Menschen das irreführende Denkschema von „Gut" und „Böse" in die Köpfe zu pressen.

Notwendig ist jedoch unter möglichst breiter Teilnahme der Gegner der Rechtsextremisten eine Verständigung über den Kampf um die Straße. Erforderlich scheint eine Zwischenbilanz, die sich nicht vor dem Eingeständnis scheut, dass sich diese Kämpfe für manche Teilnehmer inzwischen ritualisiert haben, deren Blick nur starr auf die Nazis gerichtet ist und die nicht auch prüfen, ob eine Gegendemonstration deren verschieden gesinnte Teilnehmer einander nähergebracht hat.

An Erfahrungen im Kampf um die Straße fehlt es nicht. Sie belegen Erfolge, Teilerfolge, Misserfolge. Die Jüngsten heißen Leipzig, Nürnberg, Heidelberg, ältere stammen von Elmshorn, Schwerin und Neubrandenburg her oder sind beispielsweise im November 2000 in Berlin gemacht worden, als die Polizei die Marschierer auf ihrem Rückzug zum S-Bahnhof geleiten musste. Es ist an der Zeit, über Strategie und Taktik des Widerstandes zu reden, statt Beschimpfungen auszuteilen oder seine Vorurteile zu pflegen. Dabei sollte zur Sprache gebracht werden, dass zum Kampf gegen Faschisten und andere Reaktionäre nicht nur gehört, zu reagieren und zu demonstrieren, was man selbst nicht will, sondern auch seine eigenen positiven Vorstellungen werbend zur Geltung zu bringen.

junge Welt, Mittwoch, 21.11.2001.

Die Schwierigkeiten mit der Wahrheit

Wehrmachts-Ausstellung – Kein Reparaturprodukt, sondern eine Neukonstruktion

Kaum war nach in Hamburg verspätet akzeptierter Kritik ruchbar geworden, dass die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“, konzipiert und veranstaltet vom Institut für Sozialforschung, in Reparatur gehen sollte, da wurde mancherorts alle bis dahin zurückgehaltene oder gedämpfte Gegnerschaft aufgegeben. Zweiseitig aufgemacht ließ die „Berliner Zeitung“ einen Historiker zu Wort kommen, der sie als „Pfusch“ bezeichnete, von „Machwerk“ und „Propagandakeule“ schrieb und sie mit weiteren Kennzeichen wie unprofessionell, ignorant, tendenziös, denunzierend und primitiv belegte. Weniger grobschlächtig kam der Beitrag eines anderen Historikers in der „Frankfurter Allgemeinen“ daher. Darin wurde verlangt, bevor eine derartige Ausstellung gezeigt werden könne, so etwas wie eine die etwa 18 Millionen deutsche Soldaten betreffende Einzelfallprüfung über deren Rolle im Kriege vorzunehmen. Das war nicht als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für (vorwiegend) ostdeutsche Spezialisten gedacht. Die waren von vornherein am Unternehmen unbeteiligt und blieben das auch. Es ging darum, das Thema aus der Debatte zu bringen und dies ein für alle Mal. Das ist misslungen.

Am Dienstagabend wurde die Ausstellung feierlich eröffnet, deren Urheber den ursprünglichen Untertitel zum Haupttitel erhoben und damit bekundeten, dass sie keine Gründe benannt bekommen oder selbst herausgefunden hatten, die von der Kernaussage der ursprünglichen Exposition auch nur geringen Abstrich nötig machen würden. Wer die Verbrechen, begangen von den Streitkräften des Naziregimes im Zweiten Weltkrieg, dokumentieren will, gerät nicht in Beweisnot. Er hat – schlimm genug – die Qual der Auswahl. Zeugnisse in Schrift und Bild sind zahlreicher überliefert, als sie ein weitläufiges Museum zu zeigen vermöchte.

Nach zwei Jahren liegt nicht ein Reparaturprodukt, sondern eine neu konzipierte und auch anders strukturierte Ausstellung vor. Von ihr wurde während der eröffnenden Veranstaltung im Berliner Ensemble gesagt, sie sei gegenüber der „alten“ objektiviert, nicht agitatorisch, didaktisch zurückhaltend, unpolemisch, entpolitisiert und historisiert, sie pauschalisiere nicht, sondern differenziere. Gemein habe sie mit dem Vorgänger aber ihre hohe Aktualität. Niemand im Saal vermeinte, dass sie dem Gegenstand verloren gegangen sein könnte. Da stand unausgesprochen das Wort „Afghanistan“ im Raum.

Zum ersten Mal war es aufgeschienen, als der Hausherr in seiner Begrüßung an Bert Brecht und Heiner Müller und die Stücke, die sie auf die Bühne gebracht hatten, erinnerte und daran, dass die Friedenstaube einst Symbol des Hauses gewesen sei. Dann sprach Julian Nida-Rümelin von der „eminenten kulturellen Bedeutung“, die schon der früheren Ausstellung zuzusprechen gewesen wäre, und erwähnte den „höchst aktuellen Bezug“ der neu geschaffenen. Erst Hans Mommsen verwies darauf, dass diese Darstellung der Verbrechen, begangen in einem vergangenen Kriege, geeignet sein könnte, die Versuche, Probleme „auf globaler Ebene“ mit kriegerischen Mitteln lösen zu wollen, „mit Distanz und Misstrauen zu betrachten“. So viel zu den in diesem Hause und bei dieser Gelegenheit erkennbaren Schwierigkeiten beim Aussprechen von Wahrheiten.

Diesmal hat sich das Hamburger Institut nicht nur durch die Mitwirkung eines hochkarätigen Beirats frühzeitig des Ja der wissenschaftlichen Prominenz versichert, sondern auch dadurch, dass es den Leitenden Wissenschaftler des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes als Hauptredner für die Eröffnung gewann. Hans-Erich Volkmann sprach über die deutsche Nachkriegsgesellschaft und deren Jahrzehnte währende und noch keineswegs beendete Verweigerung gegenüber der Anerkennung unabweisbarer historischer Tatsachen. Es habe „zumindest die westdeutsche Gesellschaft ein Immunsystem gegen die Wahrheit“ über Krieg und Wehrmacht entwickelt. Geschichtswissenschaftler hätten zu dem, was bereits durch die Nürnberger Prozesse ans helle Licht gebracht worden war, vieles hinzugefügt und wären in ihren Forschungen seit den siebziger Jahren gut und ungehindert vorangekommen, doch wurden sie mit ostentativem Desinteresse bestraft und seien bei ihrem Versuch, mit ihren Forschungsergebnissen ins allgemeine Bewusstsein zu dringen, nur zu mäßigen Erfolgen gelangt. Dass freilich die während der Reden mehrfach erwähnte Verweigerung gegenüber geschichtlichen

Einsichten so etwas wie ein Urbedürfnis der Bundesrepublikaner ausdrückte, erscheint nicht einmal als die halbe Wahrheit und lässt Verantwortung, Interessen, Programm und Rolle der Eliten beiseite. Geschichtskritik war, um aus dieser Gruppe nur einen zu benennen, mit einem Regierungschef nicht gut zu machen, der sich für die „ritterliche“ und „saubere“ Wehrmacht in persona verbürgte, und mit einem Bundestag, der das in der Mehrheit beifällig hinnahm.

Nun werden, ungerufen, erst einmal Gegner der Ausstellung auf ihre Weise für sie Reklame machen. Das wird erneut einen nicht zu unterschätzenden Effekt hervorrufen: die Ablenkung auf die in der Sache längst erledigte Frage, ob die Wehrmacht vor allem aber nicht nur in Osteuropa Großverbrechen an Kriegsgefangenen und Zivilisten und unter diesen wieder besonders an Juden begangen hat oder nicht. Dringlich aufzuklären ist hier zu Lande, soll die Tätigkeit nicht ins Banale führen, darüber, in welcher geschichtlichen Kontinuität und mit welchen Schlusszielen die Wehrmacht einen Krieg führte, der als verbrecherisch schon bewertet werden konnte (und von Zeitgenossen so auch bewertet wurde), bevor noch der erste Schuss gefallen war. Aufzuklären bleibt über die Endsiegziele, für die das Millionenheer in mörderischen Marsch gesetzt wurde. Dass die in den eröffnenden Reden wiederum nur im Ideologischen gefunden wurden, hätte den einstigen Hausherrn wenig erfreut und wäre womöglich mit seinem nachsichtigen Lächeln nicht abgegangen.

Neues Deutschland, Donnerstag, 29. November 2001, S. 14.

Die Kriegslüge

Dezember 1941: Schlacht vor Moskau

Die wenigen noch lebenden Zeitgenossen der denkwürdigen Schlacht, die am 5. Dezember 1941 begann, erinnern sich an sie auf sehr verschiedene Weise. Antifaschisten denken daran, dass sie damals Hoffnung auf eine Wende des Kriegsgeschehens schöpften. Zivilisten gedenken der Sorge, die sich auf Gesundheit und Leben von Verwandten und Freunden in den Armeen vor der sowjetischen Hauptstadt richtete. Einstige Soldaten der Heeresgruppe Mitte mögen an tote Kameraden denken und an die Schäden, die sie selbst bei Rückzügen und Fluchten erlitten. Wie viele Deutsche wenden einen Gedanken darauf, was sie damals der russischen Bevölkerung antaten, in deren Leben sie mörderisch eingefallen waren?

Noch an den ersten beiden Dezembertagen des Jahres 1941 hatte der Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom Vordringen auf Moskau und von weiterem Bodengewinn gesprochen. Viele meinten, die Stadt würde in den nächsten Tagen erobert werden. Sie knüpften daran Vorstellungen vom nahen Ende des Krieges im Osten. Dann brachen derlei Nachrichten ab. Von nun an wiederholten sich während des gesamten Monats Dezember über das Geschehen im „Mittelabschnitt“ im offiziellen Bericht wenig sagende, doch beunruhigende Wortwendungen: Örtliche Kampfhandlungen oder feindliche (später: starke) Angriffe, schwere, harte (später: unvermindert harte), schließlich erbitterte Abwehrkämpfe. Eine Meldung sprach vom Einbruch des russischen Winters, eine andere vom Übergang zum Stellungskrieg und von Frontverkürzungen, eine dritte von örtlichen „Einbrüchen“. Keine Erwähnung eines „Raumes“, kein Name einer Stadt! Dabei hatten die sowjetischen Truppen nicht nur den Traum von der Zernierung Moskaus zunichte gemacht, sondern die Eindringlinge inzwischen aus Jelez, Stalinogorsk, Kalinin, Kaluga und weiteren Städten vertrieben.

Der „Führer“ und die Abteilung Wehrmachtspropaganda im OKW verweigerten wahrheitsgetreue Informationen. So tröpfelte die Kunde vom Geschehen wie eine Infusion in die Bevölkerung: mit der Feldpost, mit den im Reich eintreffenden Verwundeten, gerüchteweise und auch durch so genannte Feindnachrichten. Was der Generalstabschef des Heeres, Franz Halder, seit August wusste und am 51. Tage dieses Feldzuges in sein Kriegstagebuch eingetragen hatte, nämlich dass der „Koloss Russland“ unterschätzt worden war und der Krieg gegen die UdSSR im Jahre 1941 nicht zu Ende gebracht werden könne, wurde nach Vorahnungen nun auch zur Gewissheit in der Bevölkerung. Der Sicherheitsdienst notierte, im Volke herrsche „Verwunderung“ über den Kriegsverlauf im Osten. Denn: So kurz das Gedächtnis vieler sein mochte, sie erinnerten sich doch, dass der „Führer“ Anfang Oktober, als die Offensive gegen Moskau begann, erklärt hatte, dass dieser Feind bereits am Boden liege und sich nie wieder erheben werde. Den Soldaten, die gegen die sowjetische Hauptstadt anzustürmen hatten, war das von Hitler in einem Tagesbefehl als letzter gewaltiger Hieb bezeichnet worden, mit dem der Gegner noch vor Wintereinbruch zerschmettert würde.

Nun aber, vier Tage vor Weihnachten 1941, rief der Propagandaminister zur Sammlung von Winterbekleidung für das Ostheer auf. Was an beklemmender Kunde durchgesichert war, fand seine Bestätigung. Die Wehrmachtführung hatte ein Millionenheer im Glauben nach dem Osten befohlen, es würde nach rasch errungenem Sieg Zeit sein, die Masse der Truppen zurückzuführen und verbleibende Besatzungskräfte noch rechtzeitig für ihr Überwintern einzukleiden. Als dieser Plan zerstob, erfolgte keine Korrektur. Die Bilder der geschlagenen, frierenden und zerlumpten Soldaten der einst Großen Armee Napoleons, die den Generalen, wenn sie schon Bildergalerien nicht besucht haben mochten, von Schulbüchern her bekannt waren, hatten sich keinem warnend eingeprägt. Niemand schlug Alarm. Erst im April 1942 (!) fand eine Besichtigung auf ihre Tauglichkeit erprobter Winterbekleidung für die Soldaten statt.

In der Schlacht vor Moskau erlitten die Truppen der Wehrmacht ihre erste schwere Niederlage. Die Siegesgewissheit der Deutschen war erschüttert. Doch der Glaube an den unfehlbaren „Führer“ hatte nur einen Kratzer erhalten. Die Machthaber vermochten der militärischen wie der Stimmungskrise Herr zu werden. Hitler verbot Rückzugsbefehle und verlangte, „die Truppe zum fanatischen Wider

stand in ihren Stellungen zu zwingen, ohne Rücksicht auf durchgebrochenen Feind in Flanke und Rücken“.

Viele Deutsche kamen im Dezember 1941 ins Grübeln. Nachhaltig war das nicht. Soldaten und Zivilisten bekämpften Ängste mit auf Optimismus frisierten Nachrichten vom Kriegseintritt der fernen Japaner. Sie meinten, dass die abgelösten Feldmarschälle die Schuldigen an der „Winterkrise“ gewesen seien und hofften, Ähnliches werde sich nicht wiederholen. Sie setzten auf den „Führer“, der nun auch den Oberbefehl über das Heer selbst übernommen hatte, und ließen sich auf das Frühjahr vertrösten. Dann würden die deutschen Armeen wieder „antreten“. Hitler aber hatte sich schon entschließen müssen, auf einen erneuten Angriff an der gesamten Ostfront zu verzichten und sich auf die „Richtung Öl“ und Weizen festgelegt.

Im Rückblick auf die Schlacht vor Moskau liegt eine aktuell gebliebene Herausforderung. Das Ereignis, das den Beginn der militärischen Wende des Zweiten Weltkrieges bezeichnet, lässt sich ganz unmilitärisch als ein Lehrstück über Lügen und Leichtgläubigkeit studieren. Das Interesse der Lügner ist einfach zu entschlüsseln. Aber woher kam die Neigung zur ungeprüften Hinnahme dessen, was die Obrigkeit an Informationen anbot? Unter den Deutschen des Jahres 1941 waren nicht wenige, die sich an die Niederlage im Ersten Weltkrieges und deren Folgen zu erinnern vermochten, jedoch nur zu leicht bereit waren, den Gedanken an erneute Kapitulation zu verdrängen. Das führte sie in die bisher größte Katastrophe ihrer neueren Geschichte.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 8./9. Dezember 2001, S. 21.

Rassenideologischer Vernichtungskrieg?

Zur längst fälligen Diskussion eines gängigen Begriffs, den eine nützliche Ausstellung erneut verbreitet

Für den Krieg, der am 22. Juni 1941 mit dem Einfall deutscher Truppen in das Territorium der Sowjetunion begann, hat sich ein Begriff eingebürgert. Er findet sich in allgemeinwissenschaftlichen Nachschlagewerken ebenso wie in speziellen Monographien. Er wird von Politikern, Journalisten, Lehrern benutzt. Er wird kaum noch kritisch diskutiert. Er lautet „Rassenideologischer Vernichtungskrieg“ und scheint – aus deutscher Perspektive – die umfassendste und treffendste Kennzeichnung dessen zu bieten, was während der Jahre der Kämpfe an der Ostfront und der Besetzung weiter Gebiete des überfallenen Landes geschah.

Auch für diese Kennzeichnung gilt: Begriffe sind stets ärmer als die Wirklichkeit. Sie können nichtsdestoweniger zu Vorstellungen und Einsichten hinführen, die der Realität gemäß sind oder sich ihr annähern, auf das Ganze oder wesentliche Teile davon weisen, aber auch vor ihnen Barrikaden errichten. Weil das so ist, lohnt es sich, Begriffe immer wieder nach ihrer Leistungsfähigkeit und auch nach ihren Grenzen zu befragen. Aufschlussreich ist auch zu prüfen, ob bei ihrem Entstehen Interessen im Spiel waren und welche das gewesen sein könnten.

Aus Labors der Historiographie

Der Begriff rassenideologischer Vernichtungskrieg unterscheidet sich von vielen anderen, die hierzulande im Blick auf Faschismus und Zweiten Weltkrieg geläufig sind – beispielsweise von „Nationalsozialisten“, „Drittes Reich“, „Machtergreifung“ u. a. – zunächst dadurch, dass er nicht aus der demagogischen Küche der Hitler und Goebbels stammt oder in ihr benutzt wurde. Dort wurde zur Rechtfertigung des bewaffneten Sturms gen Osten zunächst ein Wortgemisch angerichtet aus „Bolschewismus“, „Judentum“, „Asien“, „Steppe“, das in der Zeit der Krisen, Rückzüge und Fluchten ergänzt wurde durch salbungsvolle und trutzige Vokabeln wie „Zivilisation“, „Abendland“, „Festung Europa“ u. a. Der heute weithin benutzte Begriff rassenideologischer Vernichtungskrieg entstand in den wissenschaftlichen Labors der Historiographie. Deren Vertreter haben ihn in Umlauf gesetzt, gemeinsam mit Journalisten. Sein „Siegeszug“ führt über Schul- und andere Lehrbücher, nicht nur dort mitunter verkürzt und verballhornt zu „Rassenvernichtungskrieg“.

Aber erstens standen sich zwischen Bug und Wolga nicht Angehörige verschiedener Rassen gegenüber, sondern Menschen in Staatsarmeen. Das Völkergemisch war auf beiden Seiten beträchtlich, auch auf der faschistischen Seite, denkt man an die Verbündeten und Hilfstruppen, die mobilisiert wurden und zu denen Norweger ebenso gehörten wie Bosnier, Flamen ebenso wie Finnen.

Am Begriff rassenideologischer Vernichtungskrieg ist – zweitens – bemerkenswert, dass er einem Teil eines größeren Krieges, dem Zweiten Weltkrieg, einen eigenen Namen gibt, mithin dessen Besonderheiten für so wesentlich ansieht, dass sich eine spezielle Charakteristik notwendig macht. Mit Bezug auf andere Etappen und Phasen des Krieges werden Unterscheidungen ebenfalls vorgenommen, doch genügen da zumeist geographische Begriffe wie der Krieg im Westen, der auf dem Balkan, der in Afrika, der auch Wüstenkrieg genannt wird, was auch in die Irre führt, denn entlang der Südküste des Mittelmeers wurde keineswegs nur in Wüsteneien, sondern in Städten und Ortschaften gekämpft, deren Bewohner hauptsächlich Libyer und später Tunesier waren. Nur selten wird hingegen der Krieg auf dem Territorium der Sowjetunion nichtssagend und knapp als Ostkrieg bezeichnet.

Zunächst – und dies drittens – haftet der Bezeichnung rassenideologischer Vernichtungskrieg eine gewiss ungewollte Verzeichnung von Kriegshandlungen und Besatzungspolitik in anderen von der deutschen Wehrmacht eroberten Gebieten an. Wird diese Unterscheidung nämlich verabsolutiert, führt sie zu einer Verharmlosung des Geschehens an anderen Orten. Denn vernichtet wurde in barbarischem Ausmaß und unter Berufung auf Kriegsnotwendigkeiten schon während der Zeit der deutschen Siege und erst recht nach der Kriegswende und beim Herannahen der Niederlage in Europa weithin. Die Namen der Städte Warschau und Rotterdam stehen dafür frühzeitig, gleichermaßen die vieler britischer Städte, die 1940 zerbombt wurden, um die britische Bevölkerung kriegsmüde und

kapitulationsbereit zu machen. Und dann ist da die lange Liste der Ortschaften, die im Zeichen des Kampfes gegen Partisanen in Südost- und Südeuropa niedergebrannt und deren Bewohner umgebracht, verschleppt oder vertrieben wurden. Nahezu vergessen wird der äußerste Norden Norwegens, wo abgebrannt wurde, was entzündbar war, damit den vorrückenden sowjetischen Truppen kein Dach über dem Kopfe und kein Ofen gelassen wurde.

Doch unbestreitbar war der Krieg gegen die Sowjetunion – wiewohl Teil des Weltkrieges – von einer besonderen Qualität. Das faschistische Barbarentum erreichte hier vom Beginn des Überfalls an weisungs- und befehlsgemäß eine bis dahin nicht gekannte Steigerungsstufe. Gnaden- und seelenlos wurde diese schon vor dem Junitag von Gremien deutscher Militärs und Zivilisten bestimmt. Völkerrecht, international vereinbarte Grundsätze über Kriegführung und Besatzungsregime, auch das deutsche Militärstrafgesetzbuch waren verabschiedet worden, bevor der erste Okkupant noch seinen Stiefel auf sowjetischen Boden gesetzt hatte. Doch noch einmal: So gänzlich neu war das nicht. „Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg. Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen ... Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte.“ Das sind Auszüge aus Notizen eines Teilnehmers an der letzten Zusammenkunft Hitlers mit Wehrmachtsgeneralen nicht vor dem 22. Juni 1941, sondern vor dem 1. September 1939.

Das Endziel schlechthin?

Vernichtungskrieg: Damit ist auf Wirkungen und Teilziele des Krieges gegen die Sowjetunion verwiesen. Die ihn befahlen und führten, waren während der Kriegshandlungen und in deren Folge zweifelsfrei auf Vernichtung aus. Selbstredend wie in jedem Kriege vorher und nachher auf die Vernichtung der militärischen Kräfte des Gegners. Sie betrachteten es zugleich als ihr Ziel, den Staat zu vernichten, den sie bekriegten. Das war, gemessen an früheren Kriegen der Neuzeit, ein wesentlicher Unterschied. Nicht Kapitulation wurde von diesem Gegner verlangt, nicht die Annahme eines Friedensdiktates durch dessen Regierung (wie beispielsweise 1866 im Kriege Preußens gegen Österreich, 1871 im Kriege gegen Frankreich oder 1918 von Deutschland). Das Staatswesen sollte zerschlagen werden, an seine Stelle ein eigenes anderes nicht treten. Seinen Trägern war Vertreibung, Entmachtung und Ausrottung zugedacht. Verglichen mit dem bisherigen Vorgehen der deutschen faschistischen Eroberer verdient das aber vollkommen neu auch nicht genannt zu werden. Ohne Krieg waren schon die Staaten Österreich (1938) und Tschechoslowakei (1938/39) ausgelöscht und deren Regierungen in die Flucht getrieben worden. Durch Kriegssiege geschah sodann dasselbe in Polen (1939) und, auch nahezu vergessen, in Luxemburg (1940). Es war nicht vorgesehen, einen dieser Staaten wieder erstehen zu lassen.

Wirklich neu war indessen, dass die antikapitalistische gesellschaftliche Struktur, die nach der Revolution von 1917 in der Sowjetunion entstanden war, vollständig vernichtet und an ihre Stelle eine andere gesetzt werden sollte, die auf Dauer jegliche Form der Beherrschung, Ausplünderung und Ausbeutung des Landes zu ermöglichen hatte. Als Nachfolger des Vorgefundenen und zu Vernichtenden wurde eine Kolonialherrschaft faschistischer Prägung geplant. Und da dem erhofften Gewinn nach Kalkulationen und Spekulationen der Eroberer eine erhebliche Zahl von Menschen im Wege standen, sich viele von ihnen auch, wie sicher zu erwarten war, dem ihnen zugedachten sklavenähnlichen Dasein nicht würden unterwerfen wollen, gehörte die Vernichtung von Millionen Menschenleben schon während des Krieges und nach dem sicher geglaubten Sieg zu den festen Bestandteilen der Pläne und Praktiken der deutschen Machthaber. Vernichtung meint also viererlei: die gegnerischen Streitkräfte, den Staat, die Gesellschaftsordnung und die gewalttätige Reduzierung der einheimischen Bevölkerung, in erster Linie der Protagonisten von Staat und Gesellschaft und der Juden (letztere wurden im Feindbild weitgehend gleichgesetzt).

Das alles ist durch überlieferte Dokumente dicht belegt. Und darauf verweist der Begriff Vernichtungskrieg, der freilich gegen die Interpretation nicht geschützt ist, dass in der Vernichtung an sich das Wesen dieses Krieges bestanden hätte – einer Vernichtung, die gleichsam wahnhaft gedacht, geplant und betrieben worden sei, die keinen weiteren Zweck verfolgte, sich auf kein rationales Ziel richtete. Und eben dieses Verständnis (oder Missverständnis) kann weithin angetroffen werden. Fotos

von den Massenverbrechen und Zahlenbilanzen von umgebrachten Menschen, zerstörten Städten, abgefackelten Dörfern, ruinierten Industrie- und Verkehrsanlagen illustrieren es und helfen ihm auf. Am stärksten geschieht das jedoch durch den Verweis auf die Rassenideologie, die mit dem Vernichtungskrieg zu einem untrennbaren Begriffspaar zusammengefügt wird. Erst diese Verbindung lässt Vernichtung als das Endziel schlechthin erscheinen.

„Rassenideologisch“ meint das grundlegende Motiv und den entscheidenden Antrieb für den Krieg und für alles, was in ihm vernichtet und verbrochen worden ist. Es blendet andere Antriebe und Motive aus und stuft sie als zweit- oder drittrangig ein. Fragen wir also, ob diese Kennzeichnung den alleinigen (oder jedenfalls ersten) Platz rechtens verdient, auf den sie gesetzt wird.

Zweifelsfrei ist, dass an der Spitze des Nazireiches Politiker standen, die Rassisten waren und das Dogma von den Über- und den Untermenschen tief verinnerlicht hatten. Der Begriff Menschheit war ihnen ein Fremdwort, die großen Losungen und Bekenntnisse aus den Zeiten der Aufklärung von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, oder von der Erde, die Raum für alle habe, waren ihnen fremd und verhasst. Keine Frage auch, dass sie allen nichtjüdischen Deutschen dieses Dogma in die Köpfe pressen wollten, aus Überzeugung und aus manipulativem Interesse. Jenes schloss dieses nicht aus. Galt doch Rassenideologie den Hitler, Himmler, Goebbels, Streicher u. a. nicht nur als eine sich selbst genügende und „nach außen“ absichts- und zwecklose Geistes- und Gemütsverfassung, in die sie die Deutschen zu versetzen wünschten. Diese Ideologie selbst war aggressiv, räuberisch, kriegerisch. Die Verfügbarkeit von Millionen fanatisierten Rassisten erschien den Machthabern als geeignete, ja unabdingbare Voraussetzung für Kriegs- und Herrschaftszwecke.

In welchem Grad es ihnen bis zu jenem 1. September 1939 gelang, diesem Teilziel nahezukommen, vermag die Geschichtswissenschaft in Zahlen nicht auszudrücken. Aber dass die deutschen Faschistenführer über diesen Typ vor allem für den Einsatz auf Befehlsebenen hinreichend geboten, davon sprechen die grausigen Blutspuren europaweit, aber eben vor allem auf dem sowjetischen Territorium. So gewiss wie nicht jeder SS-Mann, nicht jeder Wehrmachtssoldat, nicht jeder Polizist, der am Massenmorden teilnahm, ein fanatischer Rassist war und sein musste, so sicher ist, dass das Großverbrechen ohne diesen Typ und seine Stellung im System nicht ins Werk zu setzen gewesen wäre.

Von Interessen geschieden?

Nur: War dieses Töten aufs Ganze gesehen einzig darauf gerichtet, einer Ideologie Geltung zu verschaffen, drückte sich in ihm einzig das vernichtende Toben der Fanatiker aus? Die Koppelung von Ideologie und Vernichtung legt eben das nahe, und sie steht blockierend vor der Frage: Hatte, was als verbrecherischer Wahnsinn erscheint, nicht auch Methode? Hatten nicht „wenigstens“ die höheren militärischen und zivilen Planer Kriegsziele fest im Visier, denen sich diese Untaten zuordneten? Die Frage muss jedem, der sich auch nur ein wenig in der Geschichte der Kriege auskennt, als rein rhetorisch erscheinen. Und mehr noch allen, die sich der wenn auch nicht massenhaft, so doch reichlich der zur Verfügung stellenden Äußerungen von Hitler, Göring und Goebbels entsinnen, in denen von den realen Zielen des ganzen Krieges und namentlich von denen die Rede war, die sich an die Zerschlagung der Sowjetunion knüpften. Gleichsam hinter der Vernichtung schien da ein Zustand auf, der Ströme von „Milch und Honig“ nach Deutschland fließen lassen werde, lies: Erdöl, Weizen, Kohle, Holz, Erze aller Art usw. Jede dieser Auslassungen bezeugt ein Motiv, steht für ein Interesse und macht es als (kolonial-)imperialistisches unschwer erkennbar. Die sich als die Nachkommen der einst Zuspätgekommenen wähnten, als die Gescheiterten beim ersten Griff nach der Weltmacht ansehen mussten, bewegten sich in einer Tradition. Deren Aufnahme und Fortsetzung betrieben sie auf ihre – faschistische – Weise.

Aber: Die Ziele seien unerreicht geblieben. Es sei nur bis zur Vernichtung gekommen? Das Argument erledigt sich mit dem Verweis auf 1918. Da waren die Pläne auch nicht ans Endziel geraten und dennoch reden – nicht nur die Marxisten – vom Kriege zwischen 1914 und 1918 als von einer Auseinandersetzung um imperialistischer Ziele willen. Nun: Wie die deutschen Machthaber im August 1914 in den Krieg gingen, um die Reichtümer der Welt neu und zu ihren Gunsten zu verteilen, wie sie nach ihrem militärischen Sieg mit dem „deutschen Aufbauwerk“ beginnen und sich als „Kultur-

bringer“ betätigen wollten, so auch diejenigen, die am 1. September 1939 und am 22. Juni 1941 ihre Armeen „antreten“ ließen.

Es gibt mithin keinen in der Sache liegenden Grund, den Begriff „Imperialismus“ aus dem wissenschaftlichen Verkehr zu ziehen. Der ist auch nicht dadurch gegeben, dass diese Kennzeichnung – die ja kein Monopol der Kommunisten war – in der Vergangenheit zeitweise inflationär gebraucht worden ist. So klar die Besonderheiten des Krieges gegen die Sowjetunion sind, so bildet er doch nicht einen einmaligen Kriegstyp. Er gehört sowohl in die – erwähnte – Traditionslinie der Kriege, die um reale, von materiellen und Herrschaftsinteressen geprägte Ziele geführt worden sind, wie auch in die Traditionskette der kalten und der heißen Kriegführung gegen die UdSSR. Während die letztere mit dem Jahre 1990 endete, reicht die erste bis in unsere Gegenwart. Der Verzicht auf den Begriff imperialistisch erfüllt – und das führt uns wiederum zu Interessen – nicht nur eine Schutzfunktion hinsichtlich der sozialen Kräfte im Deutschen Reich, die erst mit dem Kaiser und dann mit dem Führer siegen, erobern, rauben, plündern, neu verteilen („neuordnen“), herrschen und in Permanenz ausbeuten wollten und dabei zweimal scheiterten. Dieser Verzicht bedient auch aktuelle und offensichtlich noch langlebige deutsche und außerdeutsche Interessen derer, die ihren Kriegen ideologisch-moralische Weihen geben und sie als hehres Eintreten für Menschrechte deklarieren.

Die den Begriff rassenideologischen Vernichtungskrieg gebrauchen, mögen solcherlei Dienstleistung nicht entfernt im Sinne haben. Wer sie aber vermeiden will, wird nicht bei Ideologie und Vernichtung gedanklich halt machen können, sondern sein Augenmerk auf Interessen und Interessierte richten müssen, die den 1941 beginnenden Krieg gegen die UdSSR hervorbrachten, seinen Verlauf – einschließlich des Massenmordens an Juden, Slawen und Angehörigen so vieler anderer Völker und Volksgruppen – bestimmten und seine Teil- und Endziele prägten.

junge Welt, Montag, 10.12.2001.

Gut gemeint reicht nicht

Antifaschismus ist nicht alles: Jacques Pauwels untersucht die Frage, welche Interessen die USA im Zweiten Weltkrieg verfolgten

In einem Moment, da kritische Erörterung der vergangenen und vor allem der gegenwärtigen Politik der herrschenden und regierenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika als Missachtung der Opfer des 11. September 2001 denunziert und verfolgt wird, ist ein Buch auf den Markt gekommen, das allein freilich die Wiederherstellung normaler Zustände nicht wird bewirken können. Es erinnert aber an sie. Sein Autor, in Belgien geboren und in Kanada lebend, hat seinen Text flämisch geschrieben. Deutsch gedruckt sollte er seine Leser finden. Jacques Pauwels ist sich bewusst, dass sein Buch als „antiamerikanisch“ abgetan werden kann. Er verweist darauf, dass viele US-Amerikaner, die sich einen unverstellten Blick in ihre Geschichte bewahrt haben, auch als derlei Feinde eingruppiert werden müssten. Das bewerkstelligen nun freilich die „wahren Amerikaner“.

Was unterscheidet dieses Buch von den vielen Geschichtsbüchern, die zum gleichen Thema, der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsgeschichte der USA, geschrieben wurden? Zunächst, wie der Autor einleitend bekennt, dass seine Darstellungen nicht auf eigenen Recherchen in Archiven beruhen. Es ist ein Buch aus zweiter Hand, fußend auf der Durcharbeitung einer erheblichen Zahl ausgewählter Bücher, in denen Spezialisten ihre Forschungsergebnisse darlegten. Das Verfahren ist legitim. Gäbe es nicht Autoren, die es bevorzugen, würde vieles auf verschlungenen Wegen Gefundene und in gelehrten Studien Ausgebreitete nie einem größeren Leserkreis vor Augen kommen. Zudem gibt es ganz wenige Werke, deren Autoren ausschließlich aus Archivfunden oder Quellentexten geschöpft hätten. Und selbst die Autoren solcher Texte haben Kenntnisse im Kopfe, die sie anderen verdanken.

Pauwels kennt die gesellschaftliche Kategorie „Interesse“ und hat sich folglich mit Vorzug in jenen Büchern belesen, in denen sie nicht oder nicht vollständig ignoriert wird. Und er begreift die in Geschichte waltenden Interessen nicht in erster Linie als geistige. Das wäre auch nicht eben sensationell? Ja, aber die Betrachtungsweise gerät aus der Mode. Denn: Sie kann unbeliebt machen, weil der Verweis auf Interessen wieder Interessen berührt. Indessen: Der doppelt promovierte Verfasser ist mit seinem Buch nicht auf Liebe aus. Er zielt auf die Kennzeichnung eines Mythos, den er mit Wahrheiten konfrontiert und so bloßstellt. Das geschieht ohne eifernden Duktus, Zug um Zug, sachlich, mitunter nicht frei von störenden Wiederholungen.

Die Titelei (des Verlages?) ist ein wenig irreführend. Denn Pauwels zweifelt nicht daran, dass die Soldaten der US-amerikanischen Streitkräfte in der Anti-Hitler-Koalition für eine gute Sache kämpften, als sie dazu beitrugen, die faschistische Mächtekoalition zu zerschlagen. Auch gemessen an den Kriegen, welche die USA vor 1941 und nach 1945 führten, billigt er dem gegen Deutschland und seine Verbündeten die Zuschreibung „gut“ zu. Nur hält er sie nicht für erschöpfend. So fragt er danach, ob da nicht noch ein paar sehr reale Interessen mitwirkten und welchen Platz diese in der Interessenhierarchie besetzten. Vor jedem Gedanken daran türmen sich der Berg der good-feeling-, also jener patriotischen Erbauungsliteratur, und – wirkungsvoller noch – jene endlose Produktion von US-amerikanischen Kriegsfilmen, die zeigen, dass „wir Amerikaner“ schon immer für Menschenrechte – wofür sonst – gekämpft haben. (Mit diesem Verweis liefert der Autor, was er zum Zeitpunkt, da er schrieb, nicht wissen konnte, ein Stück Vorgeschichte jener dominierenden Geistes- und Gemütshaltung der Mehrheit der USA-Bürger, welche sich die Administration in Washington nach dem 11. September 2001 zunutze machen konnte.)

Pauwels zitiert die hehren Formulierungen der Atlantikcharta vom August 1941, mit der die Kriegsziele der beiden anglo-amerikanischen Mächte dem Boden der geschichtlichen Tatsachen weit entrückt wurden. Und dann handelt er von den Interessen der Mächtigen im Weißen Haus und im Pentagon; von denen, welche die dort getroffenen Entscheidungen prägten; von ökonomischen Krisen und Projekten und von unverhofften Chancen, sie zu überwinden; von Profiten in Friedens- und Kriegszeiten, von den Segnungen der Rüstungsgüternachfrage und von den Möglichkeiten, die sich mit der Vollbeschäftigung für Arbeiter und Angestellte in den USA boten, ihre Arbeitskraft teurer zu verkaufen; von den Geschäftsbeziehungen, die US-amerikanische Großunternehmen vor 1939 und

nach 1939/1941 in Deutschland pflegten, von den Betrieben, die sie in Deutschland unterhielten, und dem Höhenflug von deren Produktionsausstoß und Gewinn. Wer sich also nicht nur für die stündlich im Radio übermittelten Angaben über die Bewegung des Kurses seiner Aktien interessiert, sondern sich an einem wahrhaft repräsentativen Fall ein wenig darüber instruieren will, von wem und wie und warum Geschichte gemacht wird, dem kann das Lesen dieses Buches zum Nutzen gereichen. Zugegeben: der Faktor Ideologie kommt auf dessen Seiten zu kurz. Er ist nicht nur Etikett und Verkleidung.

Jacques Pauwels: Der Mythos vom guten Krieg. Die USA und der 2. Weltkrieg, PapyRossa, Köln 2001, 302 S., DM 32,30.

junge Welt, Freitag, 14.12.2001.

Im Felde unbesiegt, den Dolchstoß im Rücken

Keine Legende, die sich um die Geschichte des Ersten Weltkrieges rankte, hat in den auf ihn folgenden zwei Jahrzehnten eine unheilvollere Rolle im Denken und Handeln von Millionen Deutschen gespielt als die von deutschem Heer und deutscher Flotte, die 1918 den Kampf ungeschlagen hätten beenden müssen, in einem Augenblick da der Sieg nicht nur erreichbar, sondern greifbar nahe gewesen sei.[1] Damals hätte Deutschland, so hat vor allem Hitler wieder und wieder behauptet, gleichsam *fünf Minuten vor zwölf* kapituliert. Er werde diesen Fehler keineswegs begehen, niemals kapitulieren und erst *fünf Minuten nach zwölf* die Waffen aus der Hand legen.[2] Siegreich ...

Wie der Krieg nach mehr als vier Jahren tatsächlich endete, formulierte Rosa Luxemburg im Dezember 1918 in einem Satz: „Auf den Schlachtfeldern Frankreichs war der blutige Wahn von der Weltherrschaft des preußischen Säbels zerronnen.“[3] Nicht anders der sozialdemokratische Reichsminister Adolf Koester: „Wir waren numerisch, physiologisch, materiell, technisch, seelisch, strategisch am Ende.“[4] Diese Feststellungen hätte die Generalität als Kronzeuge bestätigen, ihre Richtigkeit beeiden und damit der Behauptung von den im Felde unbesiegten Deutschen den Boden entziehen können. Doch Respekt vor der Wahrheit wurde im Ehrenkodex der Militärkaste nicht verlangt. Dabei waren es die Generale in der Obersten Heeresleitung (OHL) um Paul von Hindenburg gewesen, die im Sommer 1918 den politischen Führern des Reiches mitteilten, sie wären auf den Schlachtfeldern Westeuropas mit ihrem militärischen Latein fertig. Sie hatten dringend gefordert, es müsse vor dem Zusammenbrechen der deutschen Front ein diplomatischer Weg zum Waffenstillstand gefunden werden.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Admiral Paul von Hintze, erinnerte sich seiner Begegnung mit Paul von Hindenburg und General Erich Ludendorff am 29. September 1918 so: „Ich schilderte die Stellung unserer Verbündeten: Bulgarien abgefallen, der Abfall Österreichs bevorstehend, die Türkei nur mehr Last, keine Hilfe [...] Ferner die Siegeszuversicht unserer Feinde. Endlich unsere eigene Notlage im Innern. General Ludendorff legte die militärische Lage dar; er ließ die Darlegung in der Erklärung gipfeln: die Lage der Armee bedinge sofortigen Waffenstillstand, um einer Katastrophe vorzubeugen. – Unter Katastrophe verstand ich Durchbruch mit entscheidender Niederlage, die zu teilweise oder gänzlicher Déroute bzw. Kapitulation geführt haben würde.“[5] Der Staatsekretär hatte vollkommen richtig verstanden.

Zwei Tage darauf eröffnete Ludendorff Offizieren der OHL – wie ein Generalstabsoffizier notierte und was in diesem Kreis niemanden überrascht haben dürfte – dass „unsere militärische Lage furchtbar ernst sei. Täglich könne unsere Westfront durchbrochen werden [...] Die OHL und das deutsche Heer seien am Ende; der Krieg sei nicht mehr zu gewinnen, vielmehr stehe die endgültige Niederlage wohl unvermeidbar bevor ...“[6] Und dem abgereisten Staatssekretär des Auswärtigen ließ Ludendorff

---

1 Der Text verdankt meinem früh verstorbenen Kollegen Joachim Petzold und namentlich dessen Dissertation (Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus, Berlin 1963) viele Anregungen. Gleiches gilt für den im selben Jahr erschienenen Beitrag von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, „Dolchstoß“-Diskussion und „Dolchstoß-Legende“ im Wandel von vier Jahrzehnten, in: Geschichte und Gegenwartsbewusstsein. Festschrift für Hans Rothfels zum 70. Geburtstag, Göttingen 1963, S. 122 ff., der Petzolds Beitrag knapp kommentiert. Hier: S. 157, Anm. 112a.

2 Anlässlich des 19. Jahrestages des Putsches vom 9. November 1923, als die Deutschen mehr und mehr die Frage beschlich, wie lange dieser Krieg noch dauern, wie viele Tote und Verwundete er noch fordern werde. Völkischer Beobachter, 10. November 1942.

3 So in ihrer programmatischen Schrift „Was will der Spartakusbund“, veröffentlicht in der Roten Fahne, 14. Dezember 1918, die mit geringfügigen Änderungen wenig später als Programm der KPD angenommen wurde. Zitiert aus: Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (30. Dezember 1918-1. Januar 1919), Berlin 1972, S. 314.

4 Adolf Koester, Fort mit der Dolchstoßlegende! Berlin 1922, S. 99.

5 Das Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages, Reihe IV, Bd. 2, S. 400 f.

6 Albrecht von Thaer, Generalstabsdienst an der Front und in der OHL. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915-1919, hrsg. v. Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958, S. 234.

gleichen Tages das dringende Verlangen übermitteln, „dass unser Friedensangebot sofort hinausgeht. Heute halte die Truppe. Was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen.“[7]

Diese Eingeständnisse waren nicht für Ohren und Augen des Volkes bestimmt. Zwar gelangten sie wenige Jahre später zur Kenntnis der Öffentlichkeit, doch ihr Bekanntheitsgrad blieb begrenzt. Die Mehrheit der pensionierten und nicht anders die Minderheit der in der Reichswehr weiter verwendeten Militärs besaßen kein Interesse, die eigene Niederlage zuzugeben und sich zu der Verantwortung zu bekennen, die sie für eine verfehlte Politik trugen. Das passte weder in ihr eitles Selbstbild und, wichtiger noch, nicht in ihre Zukunftspläne. Denn früh verbreitete sich in der Militärkaste die Ansicht, es seien die militärischen Auseinandersetzungen mit der Konkurrenz nur unterbrochen worden. Eines Tages würden sie ihre Fortsetzung finden. Später sollte offen und ruhmredig von einem inzwischen ein Vierteljahrhundert währendem Kriege die Rede sein.

Die Möglichkeit, sich dem Eingeständnis des Tatsächlichen zu entziehen und die Legende vom *im Felde unbesiegten* Heer glaubhaft zu machen, wurde durch die Situation begünstigt, in der sich die Truppen des Kaiserreichs und die der Entente am Ende der Feindseligkeiten gegenüberstanden. Als der Waffenstillstand am 11. November 1918 unterzeichnet wurde, befand sich kein gegnerischer Soldat auf deutschem Boden, es sei denn als Gefangener. Erst danach folgten den auf den Rhein zurückströmenden Deutschen, die froh waren, den Krieg überlebt zu haben, die Sieger und besetzten vereinbarungsgemäß das linksrheinische Reichsgebiet. Im direkten Sinne erobert hatten sie davon keinen Quadratmeter. Hinzu kam, dass die Deutschen mit ihren Verbündeten einen Kriegsgegner geschlagen hatten: das zaristische Russland (zuvor, was propagandistisch weniger ins Gewicht fiel, auch Rumänien) und dass deutsche Armeen mehrfach gegen feindliche bestanden, wo ihre Bundesgenossen versagten, beispielsweise bei der Eroberung Serbiens. An Heerführern und Kriegshelden, die sich auf gewonnene Schlachten berufen konnten, fehlte es nicht.

Obwohl Hunderttausende deutscher Soldaten an der Westfront erlebt hatten, wie vergeblich während der Frühjahrsoffensiven 1918 ihr letztes Anrennen gegen die Verteidigungsstellungen der Alliierten endete, vermochten oder wollten sich nur wenige ein Bild vom militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch machen. Diese Stimmung bediente der Führer der deutschen Sozialdemokratie Friedrich Ebert, als er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten am 10. Dezember 1918 am Brandenburger Tor in Berlin gegen die Revolution mobilisierte Truppen begrüßte: „Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat euch überwunden. Erst als die Übermacht der Feinde an Menschen und Material übermächtig wurde, haben wir den Kampf eingestellt.“[8] Das hieß knapp: Wir sind nicht besiegt worden, haben aber auch nicht mehr siegen können.

Selbst unter jenen, die 1918 sich über die Frontlage und das Kräfteverhältnis nicht mehr täuschten, fanden sich später viele, die den ihnen in der Literatur, der Presse und in Kriegervereinen wie dem Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten), dem Kyffhäuserbund und dem Bund jüdischer Frontsoldaten gebotenen Verklärungen und Fälschungen aufsaßen. Zu ihnen trugen Politiker ebenso bei wie nationalistische Journalisten, Lehrer und Pfarrer. Die Kriegsteilnehmer, die sie ansprachen, fühlten sich und ihre Opfer durch die Behauptung, sie hätten die Fronten ungeschlagen verlassen, erhoben. Wieder erwies sich, dass eine Lüge, die nicht dreist daherkommt, sondern Partikel von Wahrheit enthält, geglaubt wird, wenn sie mit missdeuteter eigener Erfahrung übereinstimmt und auf eine aufgewühlten und aufgeputschten Gefühlsdschungel trifft.

Die Legende vom *im Felde unbesiegten* Heer verband sich mit der Behauptung, niedergeworfen hätten dieses Heer Kräfte, vor denen es sich selbst nicht zu schützen vermochte und vor denen es nicht geschützt wurde. Von der Heimat her wäre den Frontkämpfern der Dolch in den Rücken gestoßen worden, von da seien die durch die Stimmungen im Hinterland schon pazifistisch verseuchten kampfunwilligen Soldaten des Nachschubs gekommen. So wäre „die Front“ unfähig geworden, standzuhalten und, wenn schon nicht den Sieg, so doch zumindest einen erträglichen Frieden zu erfechten. Nun träfe alle, die Wühl-, Zermürbungs-, Zersetzungsarbeit verrichtet, das Vaterland verraten oder auch

---

7 Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918, Berlin 1928, S. 59.

8 Friedrich Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, Dresden 1926, Bd. 2, S. 127.

dieses Treiben nur geduldet hätten, „ein hartes Gericht ... von den Händen eines gerechten Gottes“. So predigte am 11. Mai 1919 Otto Dibelius von und zu dem „Volk, das seinem eigenen Heer den Dolch in den Rücken gestoßen hat.“[9]

Da war das später verfestigte Bild also schon geprägt, dessen Urheberschaft umstritten geblieben ist. Verwiesen wird auf den in der *Neuen Züricher Zeitung* am 17. Dezember 1918 gedruckten, von deren Londoner Korrespondenten geschriebenen Bericht, wonach die öffentliche Meinung auf der Insel dahin gehe, die deutsche Armee wäre von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht worden. Andere verwiesen auf Ludendorff. Der sorgte mit seinem früheren Mitarbeiter in der Obersten Heeresleitung, Oberst Max Bauer, – von dem die These stammt, Deutschland sei 1914 (!) „nur um eine Nasenlänge geschlagen“ worden[10] – und ungeachtet ihrer eingetretenen Verfeindung, mit Hindenburg für die Verbreitung des ihm gesprächsweise zugekommenen Bildes in einem Grad, dass mitunter auch von der Ludendorff-Legende gesprochen wurde. Sicher erscheint, dass die Weigerung, sich der militärischen Niederlage ausgenüchtert zu stellen, sich früh in Wortwendungen ausdrückte wie der von der Heimat, die der Front „in den Rücken gefallen“ sei. Sie gerannen rasch in das einprägsame Dolchstoß-Bild, das sich in der deutschen Presse Ende 1918 in einem Artikel unter der Überschrift „Die ‚erdolchte‘ deutsche Armee“ findet.[11] Es wurde 1919 vor allem von der reaktionären Deutschnationalen Volkspartei in Wahlkämpen benutzt, gegen Demokraten, vor allem aber gegen Mehrheits- und Unabhängige Sozialdemokraten gewendet.

Der Streit um die Entstehung des Krieges, seinen Verlauf und sein Ende führten die Nationalversammlung 1919 zur Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dessen vierter Unterausschuss sich mit den Ursachen des „Zusammenbruches“ beschäftigen sollte. Er trug weniger zu einem Durchbruch zur historischen Wahrheit, sondern dazu bei, „Sachverständigen“ wie Hindenburg und Ludendorff ein Forum und die Gelegenheit zu geben, die Stimme der Verfechter der Legende zu verstärken. An ihrer Verbreitung beteiligten sich auch Wissenschaftler. Max Weber behauptete, die Revolution habe „Deutschland die Waffen aus der Hand geschlagen“, und der Historiker Siegfried A. Kaehler apostrophierte 1932 in öffentlicher Rede den als Reichspräsidenten amtierenden Hindenburg als „siegreichen Feldherrn“.[12]

Seit Beginn der zwanziger Jahre entfaltete sich ein intensiver politisch-publizistischer Kampf in Zeitungen, Zeitschriften und broschürter Literatur, deren Titel (eine Auswahl) lauteten: Der „Dolchstoß“. Warum das deutsche Heer zusammenbrach (1920), Der Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres (1921), Fort mit der Dolchstoßlegende! (1922), Der Sieg war zum Greifen nahe? Unwiderlegliche Zeugnisse gegen die Lüge vom Dolchstoß (1924), Deutsche Generale und Admirale in Kriegsführung und Kriegspolitik. Ein Beitrag zur Dolchstoßlegende (1924), Der Dolchstoß der USPD. Von einem Frontkämpfer (1925). Alfred Rosenberg, Schriftleiter der NSDAP-Zeitung *Völkischer Beobachter*, veröffentlichte im Münchener Parteiverlag 1926 *Dolchstoß-Dokumente. Zeugnisse der Vorbereitung zur Revolte vom 9. November 1918.* Er phantasierte von einem gleichsam dreifachen Dolchstoß, den Entente, Judentum und Marxismus geführt hätten.[13] Wenig später lauteten die Titel der Propagandaschriften aufhetzend *Marxisten als Mörder am deutschen Volke im Sold des Feindes*, eine Schrift, die 1937 in 6. Auflage herausgegeben wurde, und zur Rechtfertigung der radikalisierten Verfolgung der jüdischen deutschen Minderheit *Der Dolchstoß durch das Judentum* (1936).

---

9 Otto Dibelius, Kraft in der Not! Berlin o. J. (1919), S. 3.

10 Max Bauer, Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen? Berlin 1919, S. 49 u. 62.

11 Deutsche Tageszeitung, 19. Dezember 1918. Der Artikel berichtete von dem angeblich in Großbritannien verbreiteten Bild über die Ursachen der deutschen Niederlage, das der Korrespondent der Züricher Neuesten Nachrichten zuvor dargestellt hatte.

12 Webers Wertung in: Wolfgang J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920, Tübingen 1959, S. 293. Die Kennzeichnung Hindenburgs durch Kaehler entstammt dessen am 18. Januar 1932 anlässlich der Reichsgründungsfeier gehaltenen Festrede. Erneut gedruckt in: Studien zur deutschen Ge schichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1961 S. 240.

13 Ebenda, S. 3 u. 47.

Die These vom Dolchstoß bildete die Kehrseite der Medaille, auf deren Vorderseite im *Felde unbesiegt stand*. Denn war das Heer nicht vom Gegner geschlagen worden, dann mussten das andere Kräfte bewirkt haben. Auch dieser Teil der Doppellegende ließ sich durch Wahrheiten stützen, die freilich nicht nur mäßig entstellt wurden. Der Historiker Friedrich Meinecke hatte von „einer tendenziösen Karikatur des Hergangs“ gesprochen, die nur mit „einem Körnchen Wahrheit“ versehen war.[14] In Deutschland hatten Kräfte gewirkt, die den Krieg vom Tage seines Beginns an bekämpften und die gesucht hatten, ihn zu verhindern. Die waren 1914 schwach. Ihre Stimme übertönten kriegsbegeisterte und sieghoffende Massen laut. Aber je länger das Morden dauerte, je zahlreicher die Nachrichten von den auf den Schlachtfeldern Umgekommenen, je Ärger die Hungersnot in den Städten, umso stärker wuchs die Sehnsucht nach Frieden, die sich in Protesten gegen die Weiterführung des Krieges kundtat.

Einen Höhepunkt erreichte die Antikriegsbewegung Anfang 1918 mit Massenstreiks in der Rüstungsindustrie. Doch konnten die Herrschenden diesem Aufbäumen mit Hilfe sozialdemokratischer Führer Herr werden. Dann kam der 4. November und mit ihm der Beginn der Revolution, deren zentrale Forderungen Frieden und Brot lauteten. So verdienstvoll Streiks und Demonstrationen und die Befehlsverweigerung der Kieler Matrosen, mit der die Revolution begann, auch waren, sie hatten das militärische Debakel nicht bewirkt. Das zeichnete sich schon ab, als der ursprüngliche deutsche Kriegsplan fehlgeschlagen war, der 1914 die Niederwerfung Frankreichs und sodann die Niederlage Russlands vorsah. Nach dem Scheitern war es eine Frage der Zeit, wann die Gegner, zu denen 1917 die USA hinzutraten, ihre überlegenen Kräfte vollends mobilisiert haben würden. Spätestens als die unverbrauchten Kontingente der US-amerikanischen Streitkräfte in der Westfront eingesetzt wurden, war kein Zweifel am Kriegsausgang mehr berechtigt.

Doch die Regierenden im Weimarer Staat ließen zu, dass den deutschen Kriegsgegnern, denen Respekt gehörte aber nicht das Verdienst, das Endes des Völkermordens herbei gezwungen zu haben, der Vorwurf des Vaterlandsverrats gemacht und die Haupt-, wenn nicht die Alleinschuld an der Niederlage zugeschoben wurde. Ungehindert durfte die Geschichtsfälschung vom Dolchstoß verbreitet werden. Hitler war nur einer, der das unermüdlich tat. In „*Mein Kampf*“ malte er seitenweise aus, dass, während deutsche Männer an der Westfront angeblich noch singend in die Schlacht zogen, in der Heimat sich das Gift der Kriegsunwilligkeit ausgebreitet hätte, das – so viel gab er zu – insbesondere mit den Rekruten des Nachschubs auch in Schützengräben und Unterstände gedrungen wäre. Nein, es sei nicht der Feind, Deutsche und zwar die „Führer des Marxismus“ hätten hinterlistig den Dolch geführt. Dass ihnen dies gelingen konnte, interpretierte Hitler 1924 als Folge einer Krankheit, die sich im deutschen Volke bereits vor Kriegsbeginn ausgebreitet habe und die er Pest nannte.[15] Das ließ für die Art und Weise, in welcher er und die deutschen Faschisten den nächsten Krieg vorbereiten wollten, wenig Fragen offen.

Die Legende, die ins Zentrum der um sich greifenden Verfälschung der Geschehnisse des Jahres 1918 trat, verdankte ihre Ausbreitung nicht nur der Intensität mit der sie von sonst rivalisierenden, einander bekämpfenden politischen Kräften unter die Leute gebracht wurde. Sie prägte sich auch deshalb weithin ein, weil sie eine deutliche Beziehung zum Schatz der Sagen und Märchen besaß. Jedes Kind zwischen Ostpreußen und Baden hatte während seiner Schulzeit vom „deutschen“ oder „germanischen“ Siegfried gehört und diese „leuchtendste Heroengestalt deutscher Heldensagen“ in Wort und Bild dargestellt bekommen. Siegfried sei nicht anders zu besiegen und zu töten gewesen, wie die wohl verbreitetste Version der Sage erzählt, als eben durch einen heimtückischen und hinterlistigen Stoß mit einem Speer, von dem er an der einzig verwundbaren Stelle in seinen Rücken getroffen wurde. Der die Waffe geführt hatte, Hagen, galt als ekelhafter Finsterling und, Meuchler. In den Auseinandersetzungen wurde die Nibelungensage ausdrücklich angerufen. Am 29. Oktober 1919 erklärte der deutschnationale Abgeordnete Albrecht von Graefe in der Nationalversammlung, es werde

---

14 Friedrich Meinecke, Die Revolution, Ursachen und Tatsachen. In: Handwörterbuch des deutschen Staats rechts, Hrsg. v. Anschütz und Thoma, Tübingen 1929, S. 111.

15 Adolf Hitler, Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe, München 1942, 691-695. Auflage, S. 225 u. 250 f.

der Tag kommen, „wo das Volk dem Hagen fluchen und sich nach dem Siegfried und seinem Geschlecht zurücksehnen wird. Wir bekennen uns schon heute zu Siegfried ...“[16] Paul von Hindenburg schrieb in seinen 1920 veröffentlichten Memoiren: „Wie Siegfried unter dem hinterlistigen Speerwurf des grimmigen Hagen, so stürzte unsere ermattete Front“[17] und wiederholte diese These in seinem 16. August 1934 veröffentlichten Testament.

In der insgesamt demagogischen Auseinandersetzung um das Ende des Krieges bildeten sich zwei Varianten der Dolchstoß-Legende heraus. Die ursprüngliche, weniger glaubhaft zu machende Fassung leugnete das Debakel der militärischen Pläne dreist, erhob eine undifferenzierte Anklage gegen „die Heimat“ und erhob mithin ihre Beschuldigungen auch gegen die bürgerlichen Parteien und Politiker, die seit 1917 einen sog. Verständigungsfrieden angestrebt hatten. Die flexiblere hingegen, gestand mehr oder weniger deutlich die Krise an den Fronten ein, bezeichnete als einen ihrer Verursacher die Kriegsgegner im Hinterland und zielte konzentriert gegen die Sozialisten, ihren entschlossenen linken Flügel und die als „Novemberverbrecher“ diffamierten Revolutionäre.

Wäre die Doppellegende vom im Felde unbesiegten, durch heimtückischen Dolchstoß niedergeworfenen Heer nichts gewesen als ein Instrument in den innenpolitischen Kämpfen des Weimarer Staates und zudem und in diesem geschichtlichen Rahmen ein verfälschender Rückblick in jüngste Vergangenheit, dann ließe sich über ihre Urheber und Verbreiter – aus dem Abstand von mehr als einem Menschenalter – mit Nachsicht schreiben oder gar schweigen. Doch aus ihr folgte dogmengleich eine „Lehre“ für jene Politik, mit der das Ergebnis des Weltkrieges bald und gründlich korrigiert werden sollte. Diese besagte im Kern: Wenn verhindert werde, dass den deutschen Streitkräften von der damals schon sog. Heimatfront Ungemach drohe, dann könne der Ausgang eines Krieges nur der deutsche Sieg sein. Diese Herleitung übersetzten die deutschen Faschisten seit dem Jahre 1933 auf ihre Weise. Hatten Diffamierung und Verfolgung aller, die sich schreibend, redend, komponierend und singend, malend und zeichnend für die Verbreitung der Wahrheit über den Krieg von 1914 bis 1918 eingesetzten, schon zum Alltag der Republik gehört, so wurden von nun an Kriegsgegnern jede Möglichkeit legaler öffentlicher Äußerung entzogen. Wer nicht aufgab, ob Marxist, Pazifist, Bibelforscher oder was immer, geriet in Gefängnis, Zuchthaus oder kurzerhand in ein Konzentrationslager. Hitler versprach Generalen und Admiralen beim ersten Zusammentreffen am fünften Tage seiner Kanzlerschaft, er werde eine unerschütterliche Volks-, das bedeutete in seinen Zukunftsvorstellungen: Kriegsgemeinschaft formieren. Dazu werde die Reichwehr nicht benötigt. Sie könne sich konzentriert auf ihre künftigen außenpolitischen Aufgaben vorbereiten. Ein Teilnehmer notierte sich Stichworten: „Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren lässt, muss gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend und des ganzen Volkes auf den Gedanken, dass nur d(er) Kampf uns retten kann ...“[18] Das Wort Kampf ersetzte in Hitlers Sprachgebrauch häufig ein anderes: Krieg. Die Ankündigung bezeichnete mithin die praktischen Konsequenzen, die Hitler aus seiner These von der vor 1914 in Deutschland verbreiteten „Pest“ zog.

Hitler erinnerte auch in seinen öffentlichen Reden als Reichskanzler, während denen er mit wenigen Ausnahmen immer wieder auf die Geschichte des Weltkrieges zu sprechen kam, immer wieder an den Dolchstoß, ohne dass er das Sprachbild benutzte. Er beschimpfte permanent die *Novemberverbrecher.* An deren Wirken, erklärte er im Reichstag am 6. August 1934 anlässlich der Trauersitzung für den verstorbenen Hindenburg, zerbrach „das Deutsche Reich und das deutsche Volk“. Einen Tag später, bei der Beisetzung in Tannenberg, behauptete er wolkig, es sei „der Frevel der Heimat“ gewesen, der die Niederlage bewirkte.[19] Daran knüpfte er den Gedanken, die Deutschen stünden, weil

---

16 Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Verfassunggebenden Nationalversammlung, S. 3535 BC u. 3547 B u. 3557 B.

17 Paul von Hindenburg, Aus meinem Leben, Leipzig 1920, S. 403.

18 Gerhard Förster u. a., Der preußisch-deutsche Generalstab 1640-1965. Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte, Berlin 1966, S. 514.

19 Die beiden Reden Hitlers sind u.a. gedruckt in: Kurt Leo Walter, Die Treue ist das Mark der Ehre. Von München bis Tannenberg, Berlin 1934.

sie im Hinterland mit den sog. Verbrechern nicht fertig geworden wären, gegenüber den toten und überlebenden Soldaten, denen sie den Sieg entrissen hätten, in einer Wiedergutmachungspflicht. Beim nächsten Mal.

An derlei Redepassagen schloss sich stets die beschwörende und drohende Erklärung, es werde einen zweiten neunten November in deutscher Geschichte nicht geben. Deutschlands Kriegsgegner, sagte Hitler nach dem 1. September 1939 mehrfach, würden vergeblich darauf hoffen. Das taten sie zum wenigsten, wenn manche auch gegen Kriegsende erwarteten, in einer Region oder Stadt des schrumpfenden Reiches werde es zu einer befreienden Erhebung kommen. Aber gefehlt. Mit dieser Vorhersage blieb Hitler, so sehr er sich mit anderen als Prahlhans erwies, leider im Recht. Zum letzten Mal war er 1944 öffentlich in einer Proklamation anlässlich des Jahrestages des Münchener Putsches von 1923 auf das Thema zurückgekommen. Nachdem er behauptet hatte, den Gegnern, die an den Fronten nichts auszurichten vermöchten, wäre nur die Hoffnung geblieben, „den entscheidenden Dolchstoß wie immer [...] im Innern zu führen", drohte er: „Wer aber heute den Dolch oder die Bombe (das verwies auf das misslungene Attentat des Grafen Stauffenberg – K. P.) erhebt (sic – K. P.), wird unbarmherzig und rücksichtslos vernichtet."[20] Schon vordem hatte der 1941 seines Postens als Oberbefehlshaber des Heeres enthobene Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch am 20. August geschrieben: „Sie haben einen Dolchstoß zu führen versucht, dessen Gelingen den Untergang Deutschlands bedeutet hätte."[21]

Das Kriegsende ließ wenig Raum für eine neue Dolchstoßlegende. Die Truppen der Alliierten hatten sich inmitten Deutschlands getroffen. Als der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, gab es keine deutsche Großstadt, die nicht von ihnen besetzt gewesen wäre. Millionen Deutsche befanden sich in Kriegsgefangenschaft. Der totale Krieg mündete in eine totale Niederlage, an der es nichts zu deuteln gab. Versucht worden ist das dennoch. Als Landesverräter, die diesmal das Unheil auf ihr Gewissen geladen hätten, wurden die Verschwörer des 20. Juli 1944 und die Deutschen hingestellt, die sich als Gefangene zum antinazistischen Nationalkomitee Freies Deutschland und im Bund deutscher Offiziere zusammengeschlossen hatten. Diese Argumente erwiesen sich als wenig überzeugungskräftig.

Dominierend wurde und blieb in der Bundesrepublik eine Geschichtspublizistik, die Verantwortung und Schuld für Krieg und Niederlage nahezu allein Hitler zuschrieb. Ihr Einfluss ist, ungeachtet aller gegenteiligen Befunde der Forscher, nicht gebrochen. Gleiches gilt für die Verzeichnung, welche das Gewicht der Niederlage durch die Berufung auf Teilsiege und lange Heldenreihen abschwächen will. Deren Autoren weigern sich, die Kriegstaten den Zielen und Methoden einer verbrecherischen imperialistischen Politik zuzuordnen, in der sie ihren Ursprung besaßen. Zwar nicht *im Felde unbesiegt*, sondern – wie gehabt – einer Übermacht erlegen, aber das – und wieder – erst nach ritterlichem Kampfe ...

Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte. (Hrsg.) Gemeinsam mit Manfred Weißbecker; 2 Bde. Leipzig 2002, 352 u. 398 S., Band 1, S. 102-111.

---

20 *Völkischer Beobachter*, Berliner Ausgabe, 14. November 1944. Der gesamte Text war in der Zeitung hervorgehoben.

21 Keesings Archiv der Gegenwart 1944, S. 6494.

Der Persilschein-Klüngel

Aus Kölner und Krefelder deutscher Nachkriegsgeschichte

Wird die Geschichte der beiden deutschen Staaten in den Jahrzehnten ihrer Gleichzeitigkeit miteinander verglichen, und das geschieht unausgesetzt, lassen sich in der Fülle des Veröffentlichten leicht zwei Tendenzen ausmachen. Die eine ist darauf gerichtet, die beiden Entwicklungen möglichst weit auseinanderzurücken: Westwärts – die Geschichte eines Erfolgs von Stufe zu Stufe, das Ankommen in der großen Freiheit und in geheiligten Zuständen christlicher Moral, ostwärts – eine Kette von Misserfolgen mit den Folgen Primitivität und Tristesse des Lebens, Eingemauert- und Bespitzeltsein. Nur wenn, was sich nicht völlig vermeiden lässt, von „Schattenseiten“ des westlichen Weges die Rede ist, wird die Perspektive gewechselt und so genommen, dass die Behauptung glaubwürdig gemacht werden kann: die anderen – die Östlichen – auch.

Ein Feld, auf dem die letztgenannte Praxis sich gehäuft beobachten lässt, bildet der Umgang mit den Hitlerfaschisten nach dem Mai 1945. Auch die „Kommunisten“ hätten sich inkonsequent verhalten, gar den einen oder anderen Nazi sich für dunkle Zwecke konserviert, mit Generalen und hohen Offizieren der einstigen Wehrmacht kooperiert. Der gewollt weit auseinander geführten Betrachtung historischer Wege auf der einen Seite steht im Bedarfsfall deren Parallelisierung gegenüber, wenn sich daraus für eigenes Handeln eine Relativierung herleiten und für das der „Kommunisten“ eine zusätzliche Anklage formulieren lässt.

Dieses Verfahren bildet die zweite Stufe, welche die Geschichtsverfälschung in diesem Punkte im letzten Jahrzehnt durchlief. Die erste, 1990 erreichte, enthielt eine partielle Selbstkritik, bestand ihre Kernaussage doch darin, dass nach 1945 im Umgang mit der personellen Hinterlassenschaft des Regimes „Fehler“ begangen worden wären, die nun gegenüber der „zweiten deutschen Diktatur“ nicht wiederholt werden dürften. Das war zweckmäßig verlogen, enthielt aber, wenn auch mit gewollt falscher Ursachenzuschreibung, das Geständnis, die Nazis seien in der Bundesrepublik glimpflich davongekommen. Nun wird für den Osten ein ähnlicher Vorgang behauptet.

Da kommt soeben ein Buch auf den Markt, eine Art Querschläger. Ohne in einen Vergleich der beiden deutschen Staaten einzutreten, breitet der US-amerikanische Geschichtsprofessor Eric A. Johnson Tatsachen aus, die der Legende den Garaus machen könnten. Vorausgesetzt, Tatsachen wären dazu fähig. Indessen geben Interessen die mächtigsten Stützen von Geschichtslegenden und -lügen ab. Johnson hat nach einer Kärrnerarbeit ein Buch geschrieben, das in die inzwischen ansehnliche Reihe von Publikationen zur Geschichte der Gestapo gehört und sein Quellenmaterial vor allem aus der Tätigkeit der Gestapo-Stellen in Köln und Krefeld bezieht. Aus dem aus vielen Gründen bemerkenswerten Buch soll hier – ungerechterweise – nur ein Aspekt herausgehoben werden. Er betrifft Forschungen zu den Biographien der dort tätigen Gestapobeamten. Da die Arbeit auf die Rolle der Gestapo im Prozess der Judenverfolgung angelegt ist, hat der Verfasser vor allem die beiden Leiter der Judenreferate in Köln und Krefeld ins Visier genommen und deren Lebenswege weit in die Nachkriegszeit hinein verfolgt. Was zum Vorschein kam, widerlegt ebenso eindrucksvoll wie bedrückend, dass das Gerede von Fehlern und Unterlassungen auf den beträchtlichen Lügenhaufen gehört, der den Blick in die Gründungsphase der Bundesrepublik noch immer verstellt. Der Autor zeigt eine sich formierende Nachkriegsgesellschaft, in der Nazigegner kaltgestellt werden, man sie immer wieder ins Leere laufen lässt und die alten Eliten sich fest besatteln.

Und das geht so: Die beiden Leiter der Judenreferate kamen ungeschoren in den Nachkrieg, nicht ohne einige Hindernisse nehmen zu müssen, aber dazu fähig nicht so sehr aus eigener Kraft, sondern durch Hilfestellern. Der Kölner Karl Löffler hatte eine britische Internierung zu überstehen, erhielt aber schon dort Ende 1946 vom katholischen Pastor Diefenbach von St. Pantaleon den Wunsch für „gnadenreiche Weihnachten“ sowie – wichtiger noch – die Frage „Wünschen Sie Zeugnis?“ Auf dem gleichen Weg meldet sich der Superintendent der evangelischen Kirche Dr. Hans Encke, der Löffler schon mal bescheinigt, „jede unnötige Härte“ vermieden zu haben. Zu den Leumundszeugnissen steuert auch der Leiter der Filiale der Dresdner Bank in Bonn bei, ein Hausnachbar des Gestapomannes, der um dessen Ausbrüche gegen das Regime wusste, wovor er ihn habe warnen müssen.

Was Johnson schildert, geschieht unter Klarnamen und ignoriert mithin jenen „Personenschutz“, der heute auf unangeschuldigte Nachkommen der Täter zielt, über deren Familiengeschichte sich womöglich sagen ließe: Einmal oben – immer oben. Auch in Krefeld waren es hochgestellte Geistliche der großen christlichen Kirchen, die, als es um die Einstufung des Gestapofunktionärs in Kategorien zwischen „hauptbelastet“ und „entlastet“ ging, mit Persilscheinen zur Hand waren und erklärten, dass der Herr kein Nazi und kein Antisemit gewesen war, vielmehr Beamter alter Schule, widerwillig in die Geheime Staatspolizei versetzt, stets zuvorkommend, die Kirchen gar schützend usw. In Krefeld kam einer der überlieferten Persilscheine aus Parteikreisen des katholischen Zentrums.

Was dem Autor bei der Darlegung des Herausgefundenen besondere Schwierigkeit macht, war die Rolle des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Köln, Moritz Goldschmidt, und zweier überlebender Juden in Krefeld. Auch sie machten sich nicht zu Anwälten der zu tausenden deportierten Glieder der Synagogen-Gemeinden, die selbst nicht mehr Anklage erheben konnten, weil sie auf Initiative und mit nachweisbarer Energie von den Beamten und von deren Untergebenen auf den Weg zu ihren Mördern gebracht worden waren. Stattdessen war Goldschmidt mit ähnlichen Papieren zur Hand wie die Kirchenleute. Er schrieb 1949 zugunsten des Referatsleiters, dieser habe sich der „jüdischen Religionsgemeinschaft gegenüber in jeder Hinsicht tolerant gezeigt“.

Johnson hält sich bei der Beurteilung von Motiven weitgehend in diesen Fällen zurück. Er rekonstruiert, wie es wirklich gewesen ist. Und zur ganzen Wahrheit gehört, dass die beiden Täter aus dem staatlichen Organisationsgefüge des Judenmords mit jedem Schritt, den sie bei der Verdunkelung ihrer Rolle hinter sich gebracht hatten, kühner wurden. Zuerst verlangten sie, dass ihnen auf ihre Pensionen nicht nur die anfänglichen Jahre ihres Polizeidienstes angerechnet würden, sondern auch die in der Gestapo verbrachten. Als sie das durchgesetzt hatten, klagten sie ein, dass ihre Pensionen mit den Beförderungen in Einklang gebracht würden, die ihnen – dem einen kurze Zeit nach dem Beginn der Deportation – zu teil geworden waren. Auch dabei waren christliche Seelsorger wieder mit Leumundszeugnissen zur Stelle. 1958 hatten Löffler und der Krefelder Richard Schulenburg bei der Staatskasse der Republik durchgesetzt, was sich irgend erreichen ließ.

Nein, es wird aus der Parallelisierung der Nachkriegsgeschichte der beiden deutschen Staaten im Hinblick auf Faschismus und Antifaschismus nichts werden. Denn wer wird auch nur einen Euro darauf verwetten, dass sich ein Verbrecher begünstigender Klüngel wie den Kölner oder den Krefelder in vergleichbaren ostdeutschen Städten auffinden lässt, etwa in Leipzig oder in Chemnitz?

Eric A. Johnson: Der nationalsozialistische Terror – Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche. Siedler Verlag, Berlin 2001, 704 Seiten, 34,77 Euro. Aus dem Englischen von Udo Rennert.

junge Welt, Freitag, 04.01.2002.

Verbrecher am Wannsee

Vor 60 Jahren tagte die Judenmord-Konferenz

Am 20. Januar 1942 fand am Rande Berlins, in der Straße Am Großen Wannsee, eine Beratung von hochgestellten SS-Führern und Staatssekretären mehrerer Ministerien der Naziregierung statt. Dass wir von dieser Veranstaltung überhaupt etwas wissen, verdanken wir einem Zufall. Keiner der den Krieg überlebenden Teilnehmer, es waren von 15 immerhin elf oder zwölf, hat das Bedürfnis verspürt, sich über das Treffen zu äußern, solange ihnen nicht das Dokument mit dem Beweis ihrer Anwesenheit vorgelegt werden konnte. Am wenigsten wünschte natürlich jemand, vor den vernehmenden Offizieren der Alliierten zu sprechen. Das war verständlich, denn an diesem Tage hatte die Vernichtung der europäischen Juden den Gegenstand der Beratung gebildet, wobei von einer angenommenen Zahl von elf Millionen Menschen – die Juden in den noch nicht eroberten Gebieten, in Feind- und in den neutralen Staaten des Kontinents eingeschlossen – ausgegangen wurde. Wenn der Begriff der Einzigartigkeit auf ein Ereignis aus den Jahren der Nazidiktatur uneingeschränkt zutrifft, dann eben auf dieses. Das drückte sich später darin aus, dass es kaum mit irgendeinem anderen verglichen worden ist, wiewohl es in den Kriegsjahren nicht an Äußerungen fehlte, in denen von ungeheuren Verbrechen die Rede war, denkt man allein an die Erklärung Hermann Görings, es würden im eroberten Gebiet der UdSSR „zig“ Millionen Menschen Hungers sterben, weil ihnen die Nahrungsmittel entzogen und für die Deutschen, Soldaten wie Zivilisten, sowie für deren brauchbare Arbeitssklaven verwendet werden würden. Die Konferenz am Wannsee beriet, dass und wie eine ganze Menschengruppe vom Greis bis zum eben geborenen Kind ausgerottet werden sollte, die einen durch „Vernichtung durch Arbeit“, die anderen, indem man sie ohne vorherigen Einsatz kurzerhand umbrachte.

Dieses Verbrechen war schon in Gang gesetzt, als sich die NS-Funktionäre trafen. Es hatte auf dem Territorium der Sowjetunion im Sommer 1941 begonnen und war seit dem 9. Dezember des gleichen Jahres in einer Vernichtungsstätte nahe dem polnischen Chełmno betrieben worden, einem Dorf, das die Deutschen Kulmhof nannten und ihrem Reichsgebiet, dem sogenannten Warthegau zugeschlagen hatten. Dass Menschen in Massen gemordet werden sollten, war mithin entschieden. Wie sich das mit höchster Erfolgsquote, aufeinander abgestimmt und ohne bürokratische Hindernisse, unter Vermeidung aller Schädigung eigener Interessen fortsetzen ließ, darum ging es bei diesem Treffen.

Nun also: der Zufall. Im besetzten Deutschland waren spezielle Abteilungen der Siegermächte seit dem Frühjahr 1945 damit beschäftigt, die papierne Hinterlassenschaft des Naziregimes zu ermitteln. Dass sie damit rasch vorankamen, zeigte sich bereits während des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg, der noch im Herbst des Kapitulationsjahres begann. Sogenannte Schlüsseldokumente, mit denen die Angeklagten des schwersten Verstoßes gegen Kriegs- und Menschenrecht überführt werden konnten und von denen die Geschichtsschreibung bis heute „zehrt“, lagen damals bereits auf den Tischen von Staatsanwälten, Richtern und natürlich auch von Verteidigern. Robert M. W. Kempner war an den Zuarbeiten für diesen Prozess beteiligt gewesen. Als er nach einer Unterbrechung nach Deutschland zurückkehrte, um an weiteren, vor US-amerikanischen Militärgerichten geplanten und später stattfindenden Prozessen mitzuwirken, war er gewiss schon einer der besten Kenner von Nazidokumenten. Dennoch, so hat er sich erinnert, lag der Fund, der vergleichsweise spät, aber für den „Wilhelmstraßenprozess“ gegen Staatssekretäre des Regimes eben noch rechtzeitig, gemacht wurde, jenseits seiner Erfahrung und auch seines Vorstellungsvermögens. Es handelte sich um eine Niederschrift, die nach dieser Zusammenkunft vom 20. Januar angefertigt und den Teilnehmern als verbindliche Information und Gedächtnisstütze zugestellt worden war. Sie stammte aus den Akten des Außenministeriums. Ein zweites Exemplar hat sich nicht gefunden. Jedoch ist an der Echtheit dieses einen nicht zu zweifeln. Spätestens als der Mann, der den Text entworfen, ihn dem Leiter der Sitzung, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, vorgelegt und dessen Zustimmung eingeholt hatte, sich zur Sache äußern musste, ließ sich nichts mehr drehen und deuteln. Der Kronzeuge hieß Adolf Eichmann. Er wurde in Jerusalem vor Gericht zum Sprechen gebracht, als das Ende des Naziregimes bereits mehr als anderthalb Jahrzehnte zurücklag.

Vordem schon hatten einzelne Teilnehmer dieser Zusammenkunft, die vor Untersuchungs- und Ermittlungsbeamten und manche vor Richtern aussagen mussten, sich darauf hinauszureden gesucht, es sei am Wannsee so klar nicht gesagt worden, was den Juden geschehen solle. Sie wollten auch den Eindruck erwecken, es sei nachträglich ein Protokoll hergestellt worden, das mehr aussage, als am Orte selbst erklärt wurde. Dem widersprach nicht nur Eichmann durch seine spätere Aussage, die sich freilich auch bezweifeln ließe. Aber: Welchen Sinn sollte die im Verlauf der Aussprache von Görings Staatssekretär Erich Neumann vorgetragene Bemerkung haben, es müsse auf die Bedürfnisse der Rüstungswirtschaft Rücksicht genommen werden, wenn nicht alle verstanden hatten, dass die Mehrheit der Juden, von denen hier gesprochen wurde, nach der „Endlösung“ für keinerlei Machtzwecke, für keinen Arbeitseinsatz mehr zur Verfügung stehen, weil umgebracht sein würde? Nein, wenn auch Worte wie Tötung, Mord, Vernichtung im Text des Protokolls nicht auftauchen, so war doch klar gesagt worden, was geschehen werde. Zudem: Es versuchten die Teilnehmenden, als sie später befragt oder vernommen wurden, stillschweigend zu unterstellen, sie wären zu dieser Beratung völlig ahnungslos erschienen und auch deshalb hätten sie Inhalt und Reichweite dessen nicht verstehen können, was ihnen da vorgetragen worden sei. Wer das glaubt, müsste meinen, die Staatssekretäre hätten daran geglaubt, dass die seit dem Oktober 1941 aus dem Deutschen Reich in die Kälte des Ostteils des Kontinents abtransportierten Juden „irgendwo im Osten“ angesiedelt worden wären. Wer den Staatssekretären glauben wollte, dass es ihnen an Vorkenntnissen gemangelt habe, müsste auch annehmen, dass sie nie etwas davon gehört hatten, was seit dem Sommer 1941 mit den „jüdischen“ Offizieren und politischen Kommissaren und Funktionären der Sowjetmacht geschah, die den Deutschen in die Hand fielen. Kurzum: Er müsste diese Gruppe höchstgestellter Naziführer, Leute der zweiten Ebene in der Staatshierarchie, für einen ausgesprochen schlecht informierten Typus halten. Das ist ein Zuviel an Glaubensfähigkeit. Nur einer der Anwesenden, der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Friedrich Wilhelm Kritzinger, gestand seine Mitwirkung im Gespräch mit Kempner – sie kannten sich aus den Zeiten der Weimarer Republik, als sie, der eine schon, der andere noch, in Staatsdiensten gestanden hatten – und sagte, dass er Schwierigkeiten habe, vor das Grab seines Vaters zu treten.

Was Eichmann niederschrieb und Heydrich guthieß, ist keine stenographische Aufzeichnung. Der Leiter des Judenreferates hat über den Verlauf des Beisammenseins „mit Frühstück“ eine Niederschrift aufgrund seiner eigenen Aufzeichnungen angefertigt. Ihr bei weitem längster Teil umfasst die Wiedergabe der einleitenden Rede seines Chefs. Daran schließen sich knappe Angaben über die Bemerkungen der anderen Sitzungsteilnehmer. Die Worte waren wohl gesetzt, wie eine unvollständige Zusammenstellung jener Formulierungen zeigt, mit denen das mörderische Geschehen und seine Ausweitung im Referat umschrieben wurde: „Endlösung der europäischen Judenfrage“, „Bearbeitung der Endlösung der europäischen Judenfrage“, „Kampf gegen diesen Gegner“, „den deutschen Lebensraum von Juden zu säubern“, „Evakuierung der Juden nach dem Osten“, „die kommende Endlösung der Judenfrage“, „die Behandlung des Problems“. Doch dann kam Heydrich kaum noch sprachlich verhüllt zur Sache. Die wohl meist zitierten, weil restlos enthüllenden Sätze des Protokolls lauten: „Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.“ Und: „Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen ...“

Die anschließende Aussprache war kurz. Sie betraf die Sterilisierung der in sogenannten Mischehen lebenden Juden und der „Mischlinge“, die Rücksichtnahme auf die mit kriegswichtigen Arbeiten beschäftigten Juden, „solange noch kein Ersatz zur Verfügung steht“, die Reihenfolge der Deportationen zu den Mördern und die Ausrottung der Juden an Ort und Stelle, also rasch und ohne jeden Transportaufwand. Heydrich verabschiedete die Geladenen mit der Bitte, „ihm bei der Durchführung der Lösungsarbeiten entsprechende Unterstützung zu gewähren“. Das taten sie dann auch. Der Geschichtswissenschaft ist kein Beleg bekannt, dass einer der Mitwirkenden auch nur hemmend oder

verzögernd tätig geworden wäre. Die anwesende Gruppe der Staats- und Unterstaatssekretäre aus dem Innen-, Justiz-, Außen-, Ostministerium, aus der Reichskanzlei, der Behörde für den Vierjahresplan und von der Regierung des Generalgouvernements funktionierte ebenso wie die nicht herbeigezogenen, aber auf andere Weise einbezogenen aus dem Verkehrs- und dem Finanzministerium. Sie stellten eine Spitzengruppe der Schreibtischmörder. Was ist aus ihnen geworden?

Von den Teilnehmern der Konferenz erlebten drei das Kriegsende mit Sicherheit nicht. Heydrich starb nach einem in den Straßen Prags auf ihn verübten Attentat. Einer seiner untergebenen SS-Offiziere kam bei Kämpfen gegen Kriegsende um. Ein Staatssekretär starb bei einem Bombenangriff auf Berlin. Wo und wann das Leben eines von Heydrichs Stellvertretern im Sicherheitshauptamt, Heinrich Müller (Gestapo-Müller), endete, blieb unaufgeklärt. Einer der am Wannsee Anwesenden nahm sich bei Kriegsende das Leben. Eichmann wurde in Israel hingerichtet, zuvor zwei weitere der einstigen Sitzungsteilnehmer nach Urteilen eines britischen und eines polnischen Gerichtes. Zwei andere verstarben 1945 bzw. 1947, bevor gegen sie Anklage erhoben werden konnte. Das höchste Strafmaß, das einem der seinerzeitigen Gäste Heydrichs durch ein US-amerikanisches Militärgericht ausgesprochen worden war, belief sich auf 25 Jahre und galt dem Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS. Es wurde auf zehn Jahre verkürzt, und auch die musste er nicht verbüßen. Einem der Staatssekretäre sprach das Gericht ebenfalls in einem der Nürnberger Nachfolgeprozesse eine Strafe von wenig mehr als drei Jahren zu, die mit der Untersuchungshaft als verbüßt galt. Die restlichen Personen kamen nach Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, die eingestellt wurden, ungeschoren davon. Die bloße Teilnahme an dieser letztlich unbeschreibbaren Konferenz galt untersuchenden und urteilenden Richtern der Bundesrepublik nicht als strafwürdig. Überflüssig hinzuzufügen, dass, wer sich entscheiden konnte, Westdeutschland als seinen Wohnsitz gewählt hatte. Dort, in der Stadt Ulm, verstarb der Letzte aus der Runde vom 20. Januar 1942 im Jahre 1987. Er hatte zuvor als Rechtsanwalt amtieren können. Eine Todesannonce, in der er als ein Wohltäter gepriesen wurde, erregte noch einiges Aufsehen. Doch die einschlägigen Gewöhnungsprozesse waren längst erfolgt.

junge Welt, Sonnabend, 19.01.2002.

Täter und Opfer lassen sich nicht verscheuchen

Zum Jahrestag der Wannsee-Konferenz eröffnete die größte Holocaust-Ausstellung der BRD Ein merkwürdiger Widerspruch: Während die Berliner Landespolitiker ankündigen, dass sie auch die Ausgaben für wissenschaftliche und kulturelle Zwecke kürzen werden, folgt in der Stadt eine bedeutende und aufwändige Exposition der anderen. Kaum hat die „Wehrmachtausstellung „in zweiter Fassung ihre Tür geschlossen, präsentiert das Deutsche Historische Museum (DHM) in Gemeinschaft mit weiteren Berlin-Brandenburgischen Museen und Gedenkstätten die Ausstellung „Holocaust. Der Nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung“. Zu viel? Zu viel vom Gleichen oder Verwandten? So lautete eine Frage auf der Pressekonferenz vor der Eröffnung der bemerkenswerten Exposition. Die Antwort ihrer Initiatoren und Gestalter: Es haben durch den Weg in die Auguststraße soeben Zehntausende Berliner und Berlinbesucher gleichsam mit den Beinen abgestimmt und ihr bleibendes Interesse an jener Geschichte bekundet, die mit Vorliebe und unbestimmt noch immer „die dunklen Jahre“ genannt wird. Ob daraus schon „insgesamt gute Zeichen für die kulturelle Verfassung der Gesellschaft“ abzulesen sind, wie Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin während der Eröffnung meinte, das mag soziologische Recherche kritisch nachprüfen.

Die Idee für das neue Unternehmen entsprang jedenfalls einem anderen Befund: den verbrecherischen Umtrieben rechtsextremer und neonazistischer Kräfte des Sommers und Herbstes 2000, worauf der (auch in Berlin) weithin vergessene Aufruf zum „Aufstand der Anständigen“ und die denkwürdige Kundgebung des 9. November am Brandenburger Tor gefolgt waren. Von diesem Impuls sprach Hans Ottomeyer, Generaldirektor des DHM. Damit war gesagt, dass diese Ausstellung nicht aus dem Gedanken an einen Jahrestag herrührte, sondern von ihrem Ursprung her politische Koordinaten besitzt.

Nichtsdestoweniger: Der Bezug zur nahezu auf den Tag genau 60 Jahre zurückliegenden Konferenz wird hergestellt. Am 20. Januar 1942 hatten sich am Berliner Wannsee 15 Männer versammelt, höchstgestellte SS-Führer und Staatssekretäre mehrerer Ministerien. Sie berieten unter Vorsitz des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich das weitere Vorgehen bei der Vernichtung der europäischen Juden. In einem Raum der Ausstellung begegnet der Besucher den Fotos der Teilnehmer des schwer vorstellbaren, sich jedem Vergleich verweigernden Ereignisses; eine Skizze hilft, jene dem NS-Machtapparat zuzuordnen. Wer mehr wissen will, dem sei der Gang zur Gedenkstätte der Wannseekonferenz empfohlen, die wie die Stiftung Topographie des Terrors, das Deutsch-Russische Museum in Karlshorst und die Gedenkstätte Sachsenhausen an der Ausstellung im Kronprinzenpalais mitgearbeitet haben.

Ihrer Anlage nach ist diese die bisher Deutschland gewidmet wurde. Sie will – und wird – ein eigenes Museum nicht ersetzen. Ihre Dauer ist auf knapp drei Monate bemessen. Diese Fristsetzung brachte den Vorzug, dass sich weit mehr als 100 Leihgeber fanden und 90 Prozent der gezeigten Exponate, vom Kleidungsstück bis zum Buch, vom Dokument bis zum Filmplakat, Originale sind.

Wiewohl es an Lesestoff nicht fehlt, wird der Besucher nicht mit Worten überhäuft. Wie viel er auf diese Weise aufnehmen will, entscheidet er selbst auch durch die Benutzung von Hörgeräten, die unterschiedlich lange Texte (einer nimmt fünf Stunden in Anspruch) bieten. Dass hierfür auch eine Sonderanfertigung für Kinder und Jugendliche ausgeliehen werden kann, dürfte zu den didaktischen Verdiensten der Museologen gezählt werden und dem zu erhoffenden Dialog mit den jüngsten Besuchern zugutekommen.

Die Ausstellung verlangt drei Gedankenschritte. Der erste hat den Prozess der Assimilation der Juden in Kaiserreich und Weimarer Republik zum Gegenstand. Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Juden bildet den zweiten und zentralen Schritt. Hier greift das Gezeigte und Beschriebene über das Geschehen im Reichsgebiet hinaus. Mit dem dritten erfolgt die Rückkehr in die Geschichte der beiden deutschen Staaten und in das letzte Jahrzehnt. Vorsatz der Gestalter war, auch die nichtstaatlichen Motive der Erinnerung in der DDR und der Bundesrepublik zu zeigen. Ob dieser eingelöst ist, werden die Besucher der Generationen, die an jener Erinnerung beteiligt waren, äußern.

Hochinformativ dank der Mitwirkung der entsprechenden Einrichtungen sind die Darstellungen, die einen vergleichenden Blick auf den Umgang mit Geschichte erlauben, wie ihn die Gedenkstätten in Auschwitz, Yad Vashem und das Washington Holocaust Memorial ermöglichen.

Im Teil der Ausstellung, der sich deutscher Nachkriegsgeschichte zuwendet, haben die Gestalter es an Deutlichkeit nicht fehlen lassen und sind ihrer Ursprungsidee treu geblieben, zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Nazismus beizusteuern. Sie belegen anhand von Äußerungen in Bundestagsdebatten, in Besucherbüchern der Ausstellung „Wehrmachtsverbrechen“, auf Plakaten oder zu Filmen, dass es keine Gründe für Selbstberuhigung gibt. Während die politische Provokation in der zweiten „Wehrmachtsausstellung“ zurückgenommen wurde (was vielerlei ungerechtfertigtes Lob fand), entlässt die Ausstellung im Kronprinzenpalais den Gast mit der Aufforderung, die György Konrád, einer der Eröffnungsredner, in die Worte fasste: „Wir alle haben eine Wahl zu treffen“.

Für Kritik und vielleicht auch für Streit bleibt in dieser Ausstellung Raum genug. Ist das unsäglich-schändliche Schreiben Walter Ulbrichts an Paul Merker nach dessen Entlassung aus willkürlicher Haft symptomatisch für die Politik der SED auf zum Thema? Und lässt sich dies auch anhand von den Ausschnitten aus einer späten Rede Konrad Adenauers im Hinblick auf die CDU und die von ihm geführte Regierungskoalition sagen? Warum fiel die Entscheidung, von der Rolle der deutschen Industrie zu berichten, auf die ziemlich, wenn auch nicht ganz tote IG Farben? Und: Wurden die Barrieren auf dem Wege zu den – übertreibend – Entschädigung genannten Zahlungen an die noch lebenden Zwangsarbeiter plastisch dargestellt? Eine Ausstellung ist keine Bibliothek, aber damit sind Fragen nicht erledigt.

Manch älterer Bürger, der im Osten Deutschlands groß wurde, mag Hinweise auf in der DDR früh gedruckte Texte vermissen, die ihm einst halfen, sich mit Rassismus und Antisemitismus auseinander zu setzen. Die Schriften von Stefan Heymann und Siegbert Kahn mögen ihm ebenso der Erwähnung wert erscheinen wie die erste Ausgabe von Victor Klemperers „LTI“. Auch das die Ausstellung begleitende auserlesene Kino-Programm suggeriert, als sei kein im ostdeutschen Staat gedrehter Spielfilm in diesem Kontext aufführungswürdig. Ebenso findet man auf dem von Reinhard Rürup konzipierten, interessante Vorträge und Diskussionen versprechenden Beiprogramm keine Stimme aus dem Osten.

Diese Anmerkungen sollten keinesfalls vor einem Besuch abschrecken. Denn, wie Konrád treffend bemerkte: „Täter und Opfer lassen sich nicht verscheuchen.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 19./20. Januar 2002, S. 3.

Eine Allianz fürs Sterben

Jetzt hat auch Deutschlands größter Versicherungskonzern seine braune Geschichte entsorgen lassen. Von einer kundigen Kraft

Wer sich in der Geschichte der faschistischen Diktatur einigermaßen belesen hat, dem könnte der Allianz-Versicherungskonzern zweimal begegnet sein: In Verbindung mit dem Namen Kurt Schmitt, dem zweiten in der Reihe der Reichswirtschaftsminister in der Hitler-Regierung, dem Nachfolger Alfred Hugenbergs also; Schmitt tauschte im Juni 1933 seinen Platz an der Spitze des Unternehmens gegen das Staatsamt. Sodann ließe sich solche Bekanntschaft im Zusammenhang mit der Reichspogromnacht denken, genauer: der auf sie folgenden, von Hermann Göring einberufenen Sitzung, in der ein Mitglied des Aufsichtsrates des Konzerns, Eduard Hilgard, in seiner Eigenschaft als Führer der Reichsgruppe Versicherungen eine denkwürdige Rolle spielte.

Nun wird eine Geschichte der Allianz in den Jahren von 1933 bis 1945 vorgelegt, ein profundes Werk. Es gehört in eine nicht so lange Reihe. Industrie-, Bank- und nun der größte unter den Versicherungskonzernen haben in jüngster Zeit Historiker beauftragt, in Monographien ihre „dunklen“ Jahre darzustellen. Mit den bei Jubiläen üblichen Festschriften ließ sich länger nicht auskommen. Sie wurden geschäftsschädigend, verbreiteten sie doch den Geruch der Unaufrichtigkeit. Der Autor dieses Buches bestärkt die Großunternehmer, „historische Archive aufzubauen, deren Bestände verfügbar zu machen und Historikern erhebliche Mittel und Hilfestellungen“ zu geben. Das sei ein „Gebot der Klugheit“. Denn: „Von einer nüchternen Bewertung ihrer eigenen Geschichte kann die Wirtschaft nur profitieren.“

Woher der Wandel? Dass die Manager aus den Jahren der Nazidiktatur nicht nur längst pensioniert, sondern inzwischen verstorben sind, mag eine Rolle spielen. Doch das ist es nicht allein. Gerald D. Feldman, Verfasser der Teilgeschichte der Allianz, war schon Mitglied der Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte der Deutschen Bank (mit Lothar Gall, Harold James, Carl L. Holtfrerich und Hans E. Büschgen: Die Deutsche Bank 1870-1995, erschienen 1995) und hat Antriebe und Hintergründe an früherer Stelle genannt. Erst mit „dem Ende des Kalten Krieges entstand eine kritische Masse von Umständen, die es möglich machte, diese Themen auf die Tagesordnung zu setzen“. Denn lange habe dieser Krieg „auch als wirksame Schranke gegen den Versuch“ gewirkt, überhaupt an „das Problem der Rolle der Wirtschaftsunternehmen im Nationalsozialismus“ zu rühren. Die neue Stellung der Wirtschaftsgroßmächte machte es also möglich, streng gehütete Geheimnisse zu lüften.

Zur Möglichkeit trat Zwang. Die deutschen Unternehmen mussten, so Feldman, nachdem sie in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik und vor allem der USA wegen ihrer Rolle in der Nazizeit in Rede gekommen waren, „befürchten, dass die amerikanischen Aufsichtsbehörden ihnen das Recht entziehen, weiterhin in den Staaten Geschäfte zu machen, dass ihnen aufgrund von Boykott und einem ungünstigen öffentlichen Image Kunden verlorengehen und dass ihre Angestellten demoralisiert werden“. Mehr noch: „Die unter Beschuss geratenen Unternehmer stehen so vor der Wahl, entweder hinzunehmen, dass die Medien Informationen über sie verbreiten, die wie Hammerschläge auf ihre Köpfe niederprasseln, oder darauf zu bestehen, dass ihre Geschichte, wie schrecklich sie auch gewesen sein mag, nüchtern und kontextbezogen dargestellt wird.“

Freilich: Wer mit der Aufgabe betraut wird, nüchtern zu formulieren, entscheidet sich in Managerebenen. Dass man sich dort an bekennende Verfechter der freien Marktwirtschaft hält, zu denen sich Feldmann zählt, ist verständlich. Wer würde auch – anderer Kontrahenten seines Standortes hat sich der Autor nicht erinnert – Anhänger des „bequemen doktrinären Antikapitalismus“ anheuern? Feldmann versichert wie früher schon, dass damit keine Situation geschaffen werde, von der das Sprichwort erklärt: „Wes Brot ich ess’, des Lied ich sing’“. Zudem: Dass derlei Dienste hoch honoriert würden, besage nur, dass die Historiker mit anderen, etwa den Juristen, gleichzögen.

Feldman hat mit neun Mitarbeitern emsig gearbeitet. Er hat eine immense Dokumentenzahl aufgefunden und verarbeitet, die nahezu vergessen lässt, dass mit dem einstigen Hauptarchiv des Konzerns die Akten der Führungsetage im Bombenhagel verloren gingen.

Die Monographie setzt nach dem ersten Weltkrieg ein. Zwischen 1921 und 1930 entstand der größte Versicherungskonzern Deutschlands. Zu dessen Schöpfern gehörte der spätere Reichsminister Schmitt, Corpsbruder, Dr. jur., Reserveleutnant, 1924 Generaldirektor. Seine Stellung ragte Anfang der dreißiger Jahre in der Wirtschaftselite so weit heraus, dass ihm 1931 Heinrich Brüning und 1932 Franz von Papen einen Kabinettsplatz anboten. Beide Male lehnte er ab. Hitlers Offerte nahm er 1933 an. Da fragt man sich: Hatte er etwa schon? Er hatte, wenn er sich später auch nicht zeitgerecht zu erinnern vermochte.

Die Kontakte mit Göring und Hitler stammten nicht von Ende 1932, als die beiden gleichsam ante portas standen, sondern waren zwei Jahre früher geknüpft, von da an auch unterhalten worden. Mit Göring habe man regelmäßig in einer Nobelgaststätte unter den Linden gespeist und den Dicken freigehalten. Nur: Bevor noch der „Erdrutsch“ der Septemberwahlen 1930 erfolgte, annoncierte die Allianz bereits in der Zentralzeitung der Nazipartei. Ob der sonst Geld zufloss, hat sich nicht klären lassen. Feldman vermerkt, dass damit eine Partei der Antisemiten begünstigt wurde. Dass dies einer antirepublikanischen, die offene Diktatur anstrebenden Partei geschah, erscheint ihm eher selbstverständlich. Schmitt habe den Antidemokratismus als Erblast aus dem Kaiserreich mitgebracht.

Hier liegt der Schritt von den Fakten zur Interpretation. Das führt zum Hauptkennzeichen jener veränderten Geschichtsschreibung, die das Kapital nicht durch Leugnen oder Totschweigen verteidigt, sondern durch die Personifizierung des Geschehens, die aus der sozialen Erscheinung eine Biographische macht, eine individuelle „Verstrickung“ in das Naziregime. Dieser Schmitt sei ein ganz unpolitischer Mensch gewesen, in dieser Hinsicht unerfahren, impulsiv, mit nicht durchweg verlässlicher Menschenkenntnis dem Göring so ins Netz geratend. Ja, später ist er vorzugsweise in der schwarzen Uniform des Oberführers der SS herumgelaufen.

Irgendwie sind diese Typen alle Opfer von Zeit und Umständen und vor allem, wie jeder Mensch, Irrende. Ein Engagement, die Republik zur Strecke zu bringen und diese Hitlerleute an das Staatsruder zu lancieren, habe nicht vorgelegen, und sollte es im Einzelfall doch nicht zu leugnen sein, entsprang es in keinem Falle einem durch das Kapitalverhältnis diktierten Interesse. Schon früher war bei Feldman zu lesen: „Die Dichotomie Kapitalismus – Kommunismus ist schlichtweg uninteressant geworden, ... was ... den Vorteil hat, dass man vom alten Ballast, so dem Streit über die Rolle des *big business* bei Hitlers Machtergreifung, ... befreit ist.“

Genug, und nur aus Platzgründen genug über den Allianzchef, Hitlers kurzzeitigen, aber in der wichtigen Konsolidierungsphase wirkenden Minister – und zu jener Sitzung, die am 12. November 1938 im Reichsluftfahrtministerium in Berlin stattfand. Was davon protokolliert wurde, fiel Fahndern in die Hände, lag während des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses vor und wurde 1947/48 in der 42bändigen Ausgabe mit den Prozessmaterialien gedruckt. Hilgard hatte unter etwa 100 Teilnehmern den Platz zu Görings Seite erhalten. Nicht weil man sich von den früheren Essen her gut kannte, Sachkenntnis wurde gebraucht. So kam er zwischen dem zweiten Mann im Staate und Propagandaminister Goebbels zu sitzen, seine Gegenüber waren die Chefs der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei Reinhard Heydrich und Kurt Daluege. Feldman glaubt, „man darf unterstellen, dass Hilgard die Situation furchteinflößend fand“. Könnte er sich nicht herausgehoben gefühlt haben?

Göring ging es darum, die jüdischen Unternehmen zu liquidieren und dabei die Staatskasse zu füllen. Hilgard verfocht ein verwandtes Ziel: Er wollte die Juden um die Erfüllung der Ansprüche bringen, die sie aufgrund ihrer Versicherungsverträge geltend machen konnten. Schon kurz vor der Sitzung hatte Hilgard alle Unternehmen der von ihm geleiteten Gruppe aufgefordert, vorerst keine Zahlungen zu leisten, erwartete er doch, „höherer Eingriff“ werde das Thema erledigen. Wie dieses Schurkenstück zu einem Ende gebracht worden ist, wird verdienstvoll akribisch dargetan.

Hier nun, da das nackte Kapitalinteresse hervortritt, die schon erprobte Komplizenschaft von nazistischer Ministerial- und Verbandsbürokratie greifbar wird, trifft Feldman mit der auf Personen und deren Biographien fixierten Sicht auf vermehrte Schwierigkeit. Er meistert sie so: Man kann sich „nur darüber wundern, wie einseitig Thees (ein Ministerialrat im Reichsjustizministerium – K. P.) und Hilgard nicht nur 1938, sondern auch noch 1947 ihre eigenen Interessen verfolgen, wie wenig Gedan-

ken sie zu beiden Zeitpunkten an das Los der Juden verschwendeten (? – K. P.) und wie bedenkenlos sie bereit waren, die den Juden auferlegte ‚Sühneleistung' – ein Wort, das Hilgard immerhin in Anführungszeichen setzte – für eine Inanspruchnahme der Versicherungen zu instrumentalisieren, einen Kampf, den sie unter Berufung auf die ‚Gerechtigkeit' und das Wohl der ‚Versicherungsgemeinschaft' führten." Kann man das wirklich nur? Muss nüchterne Wirtschaftsgeschichtsschreibung beim Wundern enden?

Gerald D. Feldman: Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933-1945. C. H. Beck, München 2001, 731 Seiten, 39,90 Euro.

konkret, 2002, Heft 2, S. 32.

Besiegte lernen rascher

Auch im Krieg hören die Kapitalisten der feindlichen Staaten nicht gern auf, Geschäfte miteinander zu machen. Hat es also wirklich einen „Hitler-Roosevelt-Wirtschaftspakt“ gegeben? Oder nimmt ein Verlag zu Werbezwecken das Maul ein bisschen zu voll?

Aufwendige Ausstellungen wie die Wehrmachtsausstellung (zweite Fassung), die noch in Bielefeld zu sehen ist, demnächst in der Heldenstadt Leipzig gezeigt werden wird, und die des Deutschen Historischen Museums über den „Holocaust“, die in Berlin besichtigt werden kann, signalisieren „Deutschland lernt“ – vor allem aus den „dunklen Jahren“ seiner Geschichte – und sie besitzen ihre Nebeneffekte. Sie verstellen mitunter den Blick darauf, dass zwischen Rhein und Oder seit Jahren eine Auseinandersetzung um die geschichtliche Erinnerung in öffentlichen Räumen geführt wird. Örtliche und andere Initiativen sind bemüht, überfällige Aufräumungsarbeit zu leisten.

Sie stoßen dabei auf Barrieren. So gilt nach wie vor: Die Ausstellungen öffnen und schließen, die nach Heinrich von Treitschke benannte Straße, in Berlin ehemals West gelegen, bleibt und erinnert an jenen Universitätsprofessor, der die Deutschen für ihre Fundgrube nationalistischer und rassistischer Parolen mit „Die Juden sind unser Unglück“ belieferte, geschrieben im Aufsatz „Unsere Aussichten“, den 1879 die „Preußischen Jahrbüchern“ veröffentlichten.

Nicht nur, dass Altes nicht getilgt wird. „Neues“ ist nach dem Jahre 1945 hinzugekommen. Die bundesrepublikanische Armee kann gut mit dem Namengeber Werner Mölders leben, der schießend half, einer Republik – der spanischen – den Garaus zu machen. Das ist nicht an ein Ende gekommen und nach der „friedlichen Revolution“ ostwärts geschwappt. So ins südwestthüringische Städtchen Zella-Mehlis. Dort erhielt ein Gymnasium kürzlich den Namen eines Rüstungsindustriellen, der vordem bereits an den Ort einstigen Wirkens wieder heimgeholt worden war. Sein Konterfei – es fand sich und bezeugte, dass der kommunistische Bildersturm mit dem der Reformation nicht annähernd in Konkurrenz treten konnte – hatte im Rathaus wieder einen Ehrenplatz gefunden, und auch eine Straße war inzwischen erneut nach ihm benannt. Der Mann, ein erfinderischer und kaufmännisch versierter Kopf, wurde reich und von Paris bis nach Petersburg bekannt durch die Fabrikation von vielerlei Kriegsgerät, mit dem er nicht nur das Deutsche Kaiserreich versorgt hatte, sondern teils durch Verkauf seiner Fabrikate, teils durch Vermarktung seiner Patente auch nahezu alle Staaten, mit denen Deutschland 1914 in den Weltkrieg geriet.

Die Schultaufe geschah nicht ohne Widerspruch aus Kreisen der Lehrer, der Schüler und deren Eltern, aber sie erfolgte. Der Segen der Vogel-Regierung in Erfurt war unschwer zu erhalten gewesen. Die Episode wird hier berichtet, um den Platz zu bestimmen, den ein eben erschienenes Buch beanspruchen kann, das sich mit der Fortsetzung jener Traditionslinie befasst, an deren Anfang mit anderen der Zella-Mehliser Rüstungsfabrikant steht.

Es hat „Geschäfte mit dem Feind“ zum Gegenstand, namentlich jene, die nach dem Ersten Weltkrieg zwischen dem geschlagenen Deutschland und den USA permanent getätigt wurden. Das Thema ist nicht neu und auch für ähnliche Beziehungen zu anderen Staaten, die 1939 und später zu Deutschlands Kriegsgegnern wurden, mehrfach erörtert. Besiegte lernen in der Geschichte gewöhnlich rascher als Sieger.

Das galt für die deutschen Militärs nach 1918 und auch für das Gebiet der Kriegstechnik. So kaufte die britische Regierung schon zu Weimarer Republikzeiten aus deutscher Produktion Stabilisierungskreisel für ihre Kriegsschiffe, damit deren Artillerie beim nächsten Mal besser treffen konnte als im Skagerrak 1916. Die Deutschen waren derweil in ihrer Staatskasse noch etwas klamm, die Aufrüstung, wie die Auseinandersetzung um den Bau des Panzerschiffers A im Jahr 1928 zeigte, wurde umstritten, und Bestimmungen über Rüstungsbegrenzungen ließen sich aus außenpolitischen Rücksichten noch nicht brüsk ignorieren.

1933 trat ein Wandel ein. An Deutschlands Aufrüstung konnte zunehmend verdient werden. Ganz unkompliziert von jenen, die vor Ort waren und denen in ihre Geschäfte mit den Waffenämtern der Wehrmacht niemand hineinzureden vermochte. Dazu gehörten im Reichsgebiet befindliche Firmen

in ausländischem Besitz. Die Adam Opel-Werke (Hauptsitz Rüsselsheim) und die Ford-Werke zählten zu den namhaftesten unter ihnen und zu den leistungsstärksten.

Ob sich die Beziehungen jener Vorkriegsjahre, die Ulrich Völklein zunächst darstellt, als „Geschäfte mit dem Feind“ bezeichnen lassen, kann bezweifelt werden. Die Entscheidung, wer in der kommenden kriegerischen Auseinandersetzung, deren Konstellation keiner Gesetzmäßigkeit entsprang, Freund, wer Feind sein würde, war noch nicht gefallen. Es ließen sich diese Geschäfte – was sie nicht sympathisch macht – für eine gewisse Zeit auch als Beihilfe zum erwarteten Krieg gegen den „Bolschewismus“ ansehen, der dann aber erst verspätet und nicht in den vorgedachten geschichtlichen Koordinaten begann.

Die Situation änderte sich nach dem 15. März 1939, wenn auch nicht abrupt. Der Einmarsch in Prag und die Liquidierung der Tschechoslowakei zeigten, dass die Londoner und Pariser Lenkungsmechanismen gegenüber den deutschen Machthabern versagten. Der „Krieg im Westen“ musste als eine Möglichkeit in Betracht gezogen werden. Wenn auch nicht damit zu rechnen war, dass er unter Beteiligung der USA beginnen würde, so war – wie 1917 geschehen – seine Ausweitung über den Atlantik nicht auszuschließen. Wie sollten sich dann die kooperativen, vertraglich fundierten Beziehungen entwickeln, die zwischen der IG Farben AG und der Standard Oil of New Jersey segensreich bestanden? Wie sich die Tätigkeit US-amerikanischer Firmen in Deutschland gestalten? Wie konnte deren Behandlung als Feindvermögen verhindert oder zumindest abgefedert werden?

Wie das geschah und mit welchem (Teil)Erfolg, wie die Zeit zwischen Kriegsbeginn am 1. September 1939 und der deutschen Kriegserklärung an die USA im Dezember 1941 genutzt wurde, um Firmen, Aufsichtsräte und Vorstände zu „entamerikanisieren“, andere in den Staaten oder im Falle von Schweizer Töchtern auch zu „entdeutschen“, wie vor dem Beginn des Krieges bereits die Zeit nach dessen Ende vorbedacht und für sie vorgesorgt wurde – das kann auf den Seiten dieses Bändchens kompakt nachlesen, wer weder Zeit hat noch Lust verspürt, sich in das reichliche Dutzend hochspezialisierter Monographien zu vertiefen, aus denen der Autor seine Kenntnisse weitgehend oder ausschließlich geschöpft hat.

Mit dem Erscheinen des Buches verbindet sich ein doppeltes Ärgernis. Das eine geht zu Lasten des Autors, der nicht eine Fundstelle seiner vielen Zitate benennt. Das andere betrifft den Verlag und dessen irreführende Buchreklame, die mit einem „Hitler-Roosevelt-Wirtschaftspakt“ operiert und sensationell neue Einsichten, geschöpft aus bislang unzugänglichen Archivbeständen, verspricht (worüber das Vorwort nichts mitteilt und auch keinen einzigen Bestand angibt). Geschäftsschädigend ist solches Klappern inzwischen nicht mehr. Denn: Cosi fan tutti.

Ulrich Völklein: Geschäfte mit dem Feind. Die geheime Allianz des großen Geldes während des Zweiten Weltkrieges auf beiden Seiten der Front. Europa Verlag, Hamburg/Wien 2002, 160 Seiten, 17,90 Euro.

konkret, 2002, Heft 3, S. 39.

The Germans to the front

Vor fernen Küsten und unter sengender Wüstensonne

Zu den wenigen Worten aus fremden Sprachen, die Deutsche kannten, die in keiner von ihnen systematisch unterrichtet worden waren, gehörten über Jahrzehnte auch diese fünf: „The Germans to the front.“ So hatte ein Befehl gelautet, gegeben vom britischen Kommandeur einer internationalen Streitmacht, Sir Edward Hobert Seymour, am 22. Juni 1900. Zu diesem Zeitpunkt war das von ihm befehligte Unternehmen gescheitert, mit einer Truppe von etwa 2.000 Soldaten in die Kaiserstadt nach Peking vorzudringen. Die Europäer befanden sich auf dem Rückzug, verwickelt in ein Gefecht mit Aufständischen und regulären Einheiten des „Reiches der Mitte“. Drei Tage zuvor hatte dessen Regierung den intervenierenden Mächten den Krieg erklärt und damit deren Versuch beantwortet, sich in China, das immer mehr auf einen halbkolonialen Status herabsank, bewaffnet zu bewegen wie in ihren eigenen asiatischen und afrikanischen Kolonien.

Seymours Befehl brachte keine Wende der Geschehnisse. Doch das deutsche Kontingent dieser Streitmacht war in schwieriger Situation auf das Schlachtfeld gerufen worden. Und das hörten und lasen die Deutschen, die von den Ereignissen fernab und falsch unterrichtet wurden, wie eine Ordensverleihung. Ein hoher Offizier der britischen Weltmacht hatte Deutschen eine Aufgabe gestellt, deren Lösung er anderen offenbar nicht zutraute! Und sie hatten sich geschlagen wie befohlen und erwartet! So die deutsche Lesart, dreißig Jahre nach dem 1870/71 errungenen Sieg über den französischen Erbfeind, in einem Augenblick, da der Platz an der Sonne sich bereits fest im Visier der herrschenden Kreise im deutschen Kaiserreich befand.

Wer fragte in den Zeiten des unbestrittenen ius ad bellum nach Menschenrechten? Wer nach Recht und Gesetz? Wer geriet darüber ins Nachdenken oder Grübeln, ob die Truppe, die da schoss und mordete, im fernen Land irgendetwas verloren, also irgendetwas zu suchen hatte? Die Europäer, allenfalls im Verein mit den US-Amerikanern, wenn sie der „weißen Rasse“ angehörten, galten als die berufenen Herren der Welt. Soweit existierte Übereinstimmung. Nur waren die Deutschen bei der Verteilung der Ländereien und Einflusssphären spät und nach dem Urteil vieler zur kurz gekommen. Ein Blick auf die Weltkarte bewies das. In China aber hatten sie – seitdem waren noch nicht drei Jahre vergangen – im Nordosten Fuß gefasst. Am 14. November 1897 waren Marinesoldaten in der Bucht von Jiaozhou (Kiaoutschou) an Land gegangen. Das morsche Regime in Peking hatte nur Monate später einem auf neunundneunzig Jahre befristeten „Pachtvertrag“ zustimmen müssen, der das Gebiet unter deutsche Oberhoheit stellte.

Nun aber hatten es Chinesen, „schlitzäugige“ – was immer auch hieß: verschlagene und hinterhältige – Asiaten, Angehörige dieser „gelben Rasse“, gewagt, sich gegen die beutegierigen Eindringlinge zu erheben, die traditionelle Strukturen zerstörten, Reichtümer des Landes ausplünderten, fremde Götter ins Land brachten und auch für das Elend verantwortlich gemacht wurden, das eine Folge staatlicher Misswirtschaft und von Naturkatastrophen war. Und das ausgerechnet in einer Provinz, Schantung, die als das bevorzugte deutsche „Einflussgebiet“ galt.

Erhoben hatte sich ein Rachefeldzug, dessen Opfer ungebetene Fremde ebenso wurden wie Chinesen, die von Missionaren zum Christentum „bekehrt“ worden waren und die eine spätere Zuordnung Kollaborateure genannt haben würde. Manche Aktion dieser Erhebung, etwa die Zerstörung von Eisenbahnanlagen, erinnerte an die Frühgeschichte des Kapitalismus in Europa und die Zeiten der Maschinenstürmerei. Zunächst waren die Aufständischen nach Peking marschiert. Dessen korrupten Machthabern war es geschickt gelungen, die Empörung von sich ab und gegen die Ausländer zu lenken. Als das Gesandtschaftsviertel gestürmt werden sollte, kam es zu erbitterten Gefechten.

Das war die Vorgeschichte jenes missglückten Feldzugs, in dessen Verlauf es schließlich die Deutschen hatten richten sollen. „The Germans to the front“ besagte in der nationalistischen Inanspruchnahme durch deutsche Militärs nicht weniger als: Es gab und gibt auf aller Welt keinen besseren Soldaten als den deutschen. Dies und die gepflegte Erinnerung an die militärischen Triumphe über den ersten Napoleon im Jahre 1813 und über den dritten 1870/71 verhieß für alle Zukunft Siege. Die

Deutschen, wenn sie nur wollten, schienen auf den Triumph ihrer Waffen geradezu abonniert zu sein. Millionen von Badensern bis zu den Ostpreußen, von den Schlesiern bis zu den Oldenburgern glaubten, wie der Taumel der Augusttage 1914 zeigte, dass es ihnen nicht schwer fallen werde, die Feinde zu „dreschen“ und wiederum bis Paris zu gelangen. „Jeder Stoß – ein Franzos’. Jeder Tritt – ein Brit’. Jeder Schuss – ein Russ’“ und „Weihnachten sind wir wieder zu Hause“, so ausgelassen und naiv zogen Preußen, Bayern, Württemberger und Sachsen und ihre Landsleute auf die Schlachtfelder. Ahnungslos, mit den Bildern von Kriegen vor Augen, die der Geschichte angehörten, überholt von Kriegstechnik und „Kriegskunst“.

Der letzte deutsche Schlachtentriumph, errungen auf französischem Boden bei Sedan und an den Jahrestagen immer aufs Neue enthusiastisch gefeiert, war der Sieg einer inzwischen nicht mehr kriegsfähigen Generation gewesen. Seine Teilnehmer waren, wenn nicht verstorben, meist schon alte Männer und ehrwürdige Großväter geworden. Sie stellten sich bei nationalen Feiertagen in ihren schwarzen, uniformähnlichen Anzügen und mit einem Zwitter von Postbeamten- und Eisenbahnermütze auf dem Kopfe ordengeschmückt auf oder fanden sich zum letzten Abschied von alten Kameraden stramm ein, was ihren Kriegervereinen übrigens die despektierliche Bezeichnung Beerdigungsverein eintrug.

Zeitlicher Abstand erleichtert verklärende Erinnerung zusätzlich. Siegesgewiss ließen sich 1914 die meisten Deutschen also in Viehwagen in die Nähe der Fronten fahren. Geschlagen, ernüchtert und manche auch belehrt marschierten sie vier Jahre später heimwärts, Millionen Tote auf den Schlachtfeldern zurücklassend. Nicht wenige warteten in Gefangenschaft noch auf ihre Freilassung und die Rückkehr zu ihren Familien. Andere befanden sich in Bewahranstalten, die sie zeitlebens wegen ihrer schwersten Verwundungen nicht würden verlassen können. Doch ungeachtet der Niederlage nährten Ereignisse und Episoden des Kriegsverlaufs die These, dass die Deutschen an die Front mussten, wenn die Regimenter der Verbündeten versagten. Beispielsweise die der Österreicher. Die hatten nach dem Beginn des Krieges, für den der Mord an dem habsburgischen Erzherzog Franz Ferdinand den Anlass geliefert hatte, eine Offensive unternommen, mit der die Serben – die Attentätergruppe hatte aus bosnischen Serben bestanden – abgestraft und ihre Ländereien erobert werden sollten. Weit aber waren die Truppen des in Wien regierenden Kaisers über die Save im Feindesland nicht vorwärtsgekommen. Der Ruf „Auf nach Belgrad“ blieb ihnen in den Kehlen stecken. Alsbald mussten sie den Rückzug antreten.

1915 betraten daraufhin deutsche Truppen diesen „Nebenkriegsschauplatz“, denn die Hauptkräfte der Gegner waren an der russischen und an der französischen Front versammelt. Es befehligte August von Mackensen. Die ungleich schwächeren serbischen Kräfte hatten gegen die nun formierte Übermacht so wenig eine Chance wie anderthalb Jahrzehnte zuvor die Chinesen. Sie flohen auf dem Seeweg nach Griechenland. Mackensen wurde ein deutscher Kriegsheld. Seine Nachbildung als Spielzeugsoldat, unverkennbar in der Husarenuniform, war billig zu kaufen und fand sich später in Spielzeugkisten vieler Kinder, die, kaum herangewachsen, 1939 in den Zweiten Weltkrieg zogen.

Der gab anfangs wieder Material, das gerühmte Bild von den deutschen Kriegern aufzufrischen, die niemand aufzuhalten vermochte und die ihre Verbündeten herauszuhauen verstanden, wenn die in eine kritische Lage geraten waren. Sinnfälliges Beispiel dafür boten die Kämpfe entlang der afrikanischen Küste des Mittelmeers. Dort befanden sich die Truppen des italienischen „Achsenpartners“ gegen die Briten Anfang 1941 auf der Verliererstraße. Es schien nur eine Frage kurzer Zeit, bis ihre Kolonie Libyen vollständig in deren Besitz, Sizilien und das Festland bedroht sein würden. Also: Die Deutschen, an Landfronten eben noch unbeschäftigt, wiederum auch an diese Front. Ein Spezialverband wurde formiert, der den großspurigen Namen „Afrikakorps“ erhielt. Ihn befehligte General Erwin Rommel. Unter dessen Oberkommando gelang eine Wende an dem schmalen Frontstreifen entlang der Mittelmeerküste. Nach wechselvollen Kämpfen drangen seine Truppen im Frühjahr 1942 in Ägypten ein. Der Sprung von Afrika in den vorderen Orient schien greifbar nahe zu sein. Das blieb ein Traum. 100 Kilometer westlich von Alexandria endete der Vorstoß.

Rommel erreichte das biblische Alter Mackensens, der noch 1944 die deutsche Jugend aufrief, sich im längst aussichtslos gewordenen Kampf zu opfern, nicht. Er tötete sich, als er nach dem 20. Juli 1944, dem Tag des misslungenen Attentats auf Hitler, von dessen Abgesandten vor die Frage gestellt wurde, am Galgen zu enden oder ein Staatsbegräbnis zu erhalten. Denn Rommel hatte gewusst, wenn er sich ihr auch nicht anschloss, dass eine Gruppe von Offizieren dem „Führer“ nach dem Leben trachtete und auch er selbst suchte einen Ausweg aus dem Krieg, den er nicht mehr für gewinnbar hielt. Ein Idol wurde Rommel, der von Hitler zum Feldmarschall beförderte „Wüstenfuchs“, trotzdem oder – und zusätzlich – gerade auch wegen seines Endes. Denn er hatte doch bewiesen, was die Deutschen vermochten, auch und gerade unter extremen Bedingungen, im „glühend heißen Wüstensand“. Fast, dies meinten nicht nur die Stammtischstrategen, sondern auch er selbst, wäre er bis an den Suezkanal gekommen. Und dann ...

Doch auch am Ende des Zweiten Weltkrieges fehlte es denen nicht an Stoff, die das Bild vom unübertrefflichen deutschen Soldaten über die diesmal totale Niederlage hinweg zu retten wünschten. Vor die Bilder von den zermürbten, mitunter zerlumpten, verzweifelten Wehrmachtsangehörigen, die in langen, ja unübersehbaren Zügen als Geschlagene in die Kriegsgefangenschaft ziehen mussten, wurden in der Bundesrepublik bereits seit dem Ende der vierziger Jahre immer wieder andere geschoben. Sie waren bezogen aus Schlachten, Gefechten und Kämpfen zu Lande, zu Wasser und zur See, vorwiegend aus den Zeiten der Siege und der Erfolge, aber auch aus dem „Heldentum“ der Verteidigungen und der Rückzüge. Generaloberst Heinz Guderian, einer der Schöpfer und Organisatoren der Panzertruppen der Wehrmacht, dann – schon in der Zeit der Niederlagen – als Chef des Generalstabs des Heeres einer der engsten Mitarbeiter Hitlers brachte die Aussage in seinen Memoiren auf den Punkt, als er, an die Kriegsgenerationen gewandt, schrieb: „Ihr waret die besten Soldaten. Richtet Euch auf meine Kameraden und tragt den Kopf hoch, wie einst zur Parade!“

Doch gelüstete es die Mehrheit der deutschen Männer in jenen frühen Nachkriegsjahren weder nach Paraden noch nach Schlachten. Als die von den USA geführte neue Militärkoalition westeuropäischer Staaten durch die eben gegründete Bundesrepublik Deutschland erweitert und das ursprüngliche Verbot der Aufstellung von Streitkräften durchbrochen werden sollte – was mit dem Eintritt in das nordatlantische Bündnis 1955 auch geschah –, widersetzten sich dem Bürger in beiden deutschen Staaten, die sich die Forderung nach einem demilitarisierten Deutschland zu eigen gemacht hatten. Im westdeutschen Staat entwickelte sich eine Massenbewegung unter der Devise „Ohne uns“. Getragen wurde sie vor allem von jungen Kriegsgegnern, die in einem künftigen, mit hoher Wahrscheinlichkeit unter Einsatz von atomaren Waffen geführten Krieg nicht die „German boys“ der US-Amerikaner und den „verlorenen Haufen“ abgeben wollten.

Vier Jahrzehnte später erscheint die Situation in Deutschland gründlich verändert. Am 24. Oktober 1995 wurden die Deutschen durch den Generalinspekteur der Bundeswehr darauf vorbereitet, dass künftig deutsche Soldaten „auch fern der Heimat“ eingesetzt werden würden, um „Krisen“ von ihrem Land fernzuhalten, das während ihres „Einsatzes in Frieden lebt“. Ähnliche Verwendung hätten deutsche Soldaten nur zweimal vor 1945 erlebt. Der General meinte, wie eine Nachfrage ergab, damit die Kriege deutscher Soldaten gegen die aufständischen Boxer in China 1900 und die Hereros in Afrika 1904.

Zunächst nahmen deutsche Soldaten 1999 an einem Krieg in Europa teil, dem der NATO gegen Jugoslawien. Die historische und militärische Konstellation erinnerte in mancher Hinsicht an das Unternehmen, das ein Jahrhundert zurücklag. Vordergründig – vielleicht zufällig – durch den Umstand, dass ein Luftangriff die chinesische Botschaft in Belgrad zerstörte. Sodann wegen des Zusammenwirkens von Mächten, die 1900 am Krieg in China beteiligt gewesen waren. Am meisten aber wohl, weil wiederum eine Übermacht von Staaten im Vorwissen um das Kräfteverhältnis einen ungleich Schwächeren bezwang, mit dem Ziel, dessen Politik den eigenen Interessen zuzuordnen.

Ruhmredig wie zu Kaisers Zeiten verfuhren die Apologeten dieses Krieges jedoch nicht. Bescheiden, ja artig hieß es, die Deutschen könnten sich ihrer Verantwortung nicht entziehen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 2./3. März 2002, S. 22.

Die Hierarchie der Motive

Robert Gellately über „Hitler und sein Volk“

Es gäbe keinen anderen Autor, der den Gegenstand befriedigend abgehandelt hätte – das blieb der einzige Bonus, den die Kritiker Robert Gellately zubilligten, dessen neues Buch kürzlich in Berlin vorgestellt wurde. Es handelt von den Deutschen und deren Verhältnis zur faschistischen Staatsmacht, mithin von einem Thema, das zum ersten Mal beim Reklamerummel um Daniel J. Goldhagens „Hitler willige Vollstrecker“ Hunderte auf die Beine oder vor Fernsehgeräte brachte. Solcher Aufwand wird für das Werk des Professors am Center for Holocaust Studies der Clarke University nicht getrieben. Doch auch ohne ihn fanden sich zur Buchpremiere in Berlin etwa 100 Interessierte ein. Das im vergangenen Jahr erschienene englisch sprachige Original kam mit bescheidenerem Titel daher. Er hieß „Backing Hitler“, was sich mit „Die Unterstützer Hitlers“ hätte übersetzen lassen. Im Untertitel war erläuternd hinzugefügt „Übereinstimmung und Zwang“. Knallig und anklagend die deutsche Titelei: „Hingesehen und weggeschaut“ mit dem verstärkenden Zusatz „Hitler und sein Volk“.

Nun tut dies letzte dem Inhalt des Textes keinen Zwang an. Das belegen Sätze von den ersten bis zu den letzten Buchseiten. Die „meisten Bürger“ haben Hitler schon nach den ersten Monaten seiner Kanzlerschaft akzeptiert und ihm „dann konsequent den Rücken“ gestärkt. Die große Mehrheit des Volkes war ihm „bald ergeben und unterstützte ihn bis zum bitteren Ende 1945“. „Die Menschen blieben bei dieser Unterstützung auch und gerade nach dem Putschversuch des 20. Juli.“ Sie hätten Hitler „größtenteils bis zuletzt unterstützt“. Dies jedoch behaupten nicht einmal Geheimberichte des SD.

Es war indes nicht Mangel an Fleiß bei der Durchsicht der Quellen, die Gellately auf seinem Wege mehr voranstolpern als gehen und ihn das Ziel verfehlen ließen. Verantwortlich dafür ist ein Doppeltes: Er hat sich nicht konsequent die Frage, welcher Hierarchie und Mischung die Motive der unbestritten massenweisen, wenn auch nicht exakt zu quantifizierenden Zustimmung entsprangen, vorgelegt und misst Veränderungen eine viel zu geringe Bedeutung bei. Nach verdienstvollen Studien über die Rolle der Gestapo ist er auf den Gedanken verfallen, die Deutschen hätten diesem Regime vor allem deshalb Gefolgschaft geleistet und es unterstützt, weil es „Ordnung und Sicherheit“ geschaffen, Asoziale, Trunkenbolde, Homosexuelle u. a. in Gefängnisse und KZ geschafft habe. Erst sieben Seiten vor Schluss seines Buches kommt er auf die Arbeitslosigkeit zu sprechen. Dabei lässt sich aus Hitlers erster Wahlrede als Reichskanzler („Gebt mir vier Jahre Zeit“) ablesen, dass er sich bewusst war, was es ihm eintragen werde, wenn er Arbeit für alle „schaffe“. Auch ein Blick in die Berichte, die in Deutschland lebende Sozialdemokraten an ihre Genossen in das Ausland schickten, besagten, dass sie wieder und wieder von Landsleuten zu hören bekamen: Aber e r hat Arbeit geschaffen. Es genügt, sich Hitler einen Moment als Versager in dieser Aufgabe vorzustellen, um zu begreifen, welche Chancen sich für seine Gegner ergeben hätten. Völlig ignoriert – und das besetzte in der Hierarchie der Motive den zweiten Platz – hat Gellately die Wirkung des Friedensversprechens, um dessen Kraft Hitler wusste – bis Kriegsstimmung gebraucht und das Ruder der Propaganda herumgerissen wurde.

Oft ist gesagt worden, es ließen sich komplizierte Erscheinungen entschlüsseln, wenn man ihre Geschichte kenne. Die der Millionengefolgschaft Hitlers kann nicht von ihren späteren Stationen und Endpunkten her begriffen werden. Zudem: Wer nicht von jenen spricht, die – ohne selbst im Geruch zu stehen, Nazis zu sein – Millionen Deutsche dem Regime und Hitler 1933 (indirekt schon zuvor durch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik am Ende der Weimarer Republik) zugetrieben haben, indem sie sich für diesen ganz oder partiell verbürgten, der wird das größte Geheimnis jener Jahre eher zusätzlich vernebeln als es enthüllen. Gellately jedenfalls wundert sich darüber, dass „sogar“ Bürgerliche und Konservative mit Hitlers Ernennung zum Kanzler einverstanden gewesen waren.

Dabei liefert die Weltgeschichte in unseren Tagen wieder „Stoff“, der Möglichkeiten zu neuen Vergleichen dafür gibt, wie Millionen betrogen, mobilgemacht, fanatisiert und in hysterische Verfassung getrieben werden können. Nicht, dass sich Geschichte auf die gleiche Weise wiederholen würde. Ihr

beängstigender Fortgang aber befreit davon, dem schwer zu Erklärenden fälschlich Einmaligkeit zuzusprechen und an mehr oder weniger zufällige Ursachen zu glauben.

Robert Gellately: Hingesehen und weggeschaut. Hitler und sein Volk. DVA, Stuttgart 2002. 480 S., geb., 35,00 Euro.

Neues Deutschland, Montag, 4. März 2002, S. 11.

Sozialdemokratische Kleinarbeit gestern und heute

Berliner Schwimmhallen: Bald wird abgepumpt

Eine Reminiszenz vorweg. Vor Zeiten, im Jahre 1964 oder 1965, wurde in Berlin ein Historiker gesucht, der vor Mitgliedern der SPD, die aus „dem Westen“ als Gäste in die DDR gekommen waren, einen Vortrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik halten sollte. Zufällig fiel die Wahl auf mich. Einen Teil meiner Rede verwandte ich auf die Anstrengungen der Sozialdemokraten in den Kommunen, sprach von deren Verdiensten um soziale, medizinische und hygienische Einrichtungen und erwähnte, dass nur ein Teil davon die Luftbombardements des Zweiten Weltkrieges überdauert hatte. Das führte zu der Frage, ob die Kräfte der Partei seinerzeit auf die „große“ und die „kleine“ Politik richtig verteilt gewesen waren. Darauf wollte ich hinaus. Kaum, dass ich geendet hatte, meldete sich der erste aus der Gästegruppe, um zu sagen, es sei das erste Mal, dass er aus einem Munde wie dem meinen etwas Anerkennendes über sozialdemokratische Kleinarbeit gehört hätte, die sonst doch immer über dem Gerede von der Revolution ganz vergessen werde. Kein Kriegsbeil. Nachdenkliches folgte.

Die Episode fiel mir ein, als ich zum ersten Mal von der Absicht hörte, in Berlin eine zweistellige Zahl von Schwimmhallen zu schließen. Wer heute eine von ihnen wochentags betritt, trifft auf einen lebendigen Betrieb. Frühmorgens ziehen Scharen von Rentnern ihre Bahnen, Leute, die sich nicht auf Chirurgen oder Orthopäden allein verlassen und durch ihr Tun ihren Krankenkassen, die ihnen genau genommen die Eintrittsgelder erstatten müssten, hübsche, schwer zu errechnende Sümmchen ersparen. Dann werden die Omas und Opas von der jüngsten Generation an die häuslichen Frühstückstische verscheucht. An späten Nachmittagen und Abenden wieder ein ganz anderes Bild. Junge und alte Schwimmer machen sich die Bahnen und Wege streitig, da sie ihr Pensum in sehr verschiedenem Tempo herunterschwimmen. Gruppen meist berufstätiger Frauen lösen einander bei gymnastischen Übungen ab, so hinausschiebend, was ihnen als Folge sitzender und anderer ungesunder Beschäftigung bevorsteht.

Das alles soll sich nun zusammendrängen, die Anmarschwege länger, die zu entrichtenden Preise höher, das Vergnügen geringer werden. Und dies mit dem Segen einer Koalition, die sich irreführend rot-rot nennt. Würden, um das Naheliegende zu fragen, die Genossen der zwanziger Jahre, die sich damals die Hacken schiefliefen, wenn es um kommunalpolitische Verbesserungen ging, diese „Nachfolger“ noch als die ihren erkennen?

Also: Wie viele Berliner Schwimmbäder würden denn geschlossen worden sein, wenn eine andere Koalition zustande gekommen wäre? Wie viele von der Schuldenmachertruppe, die abgetreten war und der die Rechnung so höchst einseitig (lies: CDU-seitig) aufgemacht wird? Wäre es nicht ein Dutzend gewesen, sondern hätten 13 oder gar 14 dichtmachen müssen? Und wäre deren Ende nicht schon einen Monat oder gar zwei früher bestimmt worden, als es jetzt vorgesehen ist? Wie hätten sich die geschlossenen Häuser dann auf Osten und Westen der Stadt verteilt? Wir werden auf unseren Fragen vorerst sitzen bleiben. Antworten werden spätestens im nächsten Wahlkampf gegeben werden, wenn vom erkämpften kleineren Übel geredet werden wird und die kleinen Übeltäter wiederum ins Abgeordnetenhaus und auf Senatorensessel streben.

Dahin muss es nicht kommen, vorausgesetzt, der „Sparkurs“ würde ein wenig korrigiert. Vorausgesetzt, es würden die Berliner selbst die Rechenstifte zücken und die Kosten für den in der Rathausstraße und anderswo geplanten Unsinn gegen diese Schließungspläne aufrechnen. Vorausgesetzt, horribile dictu, es würden sich junge Leute finden und die Schwimmhallen, sagen wir, schwimmend ein wenig besetzen. Vorausgesetzt, es käme ein Politiker auf den Gedanken, dass Kinder, die das Schwimmen nicht richtig lernen können, unter Umständen künftig „Kollateralschäden“ verursachen, sprich beim Baden irgendwo ersaufen. Und, wiederum vorausgesetzt, solcher Gedanke erzeuge Gewissensbisse.

Die DDR existiert nicht mehr. Sozialdemokraten aus „dem Westen“ werden nicht mehr eingeladen, sie zu besuchen. Vorträge brauchen ihnen nicht mehr gehalten zu werden. Das ist ein Glück! So ist

vermieden, dass sich beim Blick in die Geschichte sozialpolitischer Leistungen der wirklich roten Väter und Vorväter Trübsinn einstellt.

junge Welt, Sonnabend, 09.03.2002.

Gegenvorschlag

Markus Meckel denkt an Polen

Der Plan, zu dessen lautester Fürsprecherin sich die christdemokratische Führerin der Berufsvertriebenen und deren Nachkommen gemacht hat, ließ einen Mann mit dem Parteibuch der SPD nicht ruhen. Er möchte das Zentrum, das endlich geballt an das an den Deutschen verübte „Vertreibungsverbrechen“ erinnern soll, denn das ist der Kern des Projekts, nicht in Berlin, sondern im polnischen Wrocław errichtet wissen. Dort scheint es ihm besser platziert. Weiß der Markus Meckel, was er da vorschlägt? Hat er eine Vorstellung davon, wovon an diesem Orte in erster Linie zu handeln wäre und dass dieser vor allem eine Ausstellung verlangen würde, die den Arbeitstitel „Wehrmachtsverbrechen II. Ausgelassenes“ erhalten könnte?

Ein wenig Geschichte. Als sich die sowjetischen Truppen im Januar 1945 dem Oberlauf der Oder näherten, waren die deutschen Militärführer, anders als ihre Vorgänger im Jahre 1918 noch immer nicht bereit, die Kapitulation anzubieten. Hitler hatte angekündigt, er werde erst fünf Minuten nach zwölf aufhören, und seine Generale waren bereit, dieser Devise zu folgen. Der Landkrieg sollte folglich auch auf deutschem Boden weitergeführt werden, jedes Haus, jedes Dorf und auch jede Stadt sich in eine „Festung“ verwandeln. Das war auch der niederschlesischen Hauptstadt, einer der größten Städte Deutschlands, zugedacht, deren Besonderheit darin bestand, dass sie den Krieg nahezu ohne durch Luftangriffe verursachte Schäden bis dahin überstanden hatte. Die Entscheidung, die Stadt zu „verteidigen“, bedeutete ihr Todesurteil.

Bevor es vollstreckt wurde, mussten deutsche Truppen in der Stadt konzentriert werden und die Masse der weit mehr als 500.000 Einwohner musste aus ihr heraus. Sie behinderten das ebenso verbrecherische wie aussichtslose Vorhaben in doppelter Weise. Blieben sie wo sie waren, dann würden sie früher oder später die Kampfhandlungen stören. Die deutschen Soldaten waren darauf trainiert, zwischen Russen, Weißrussen oder Polen zu schießen, aber in einer dicht bevölkerten deutschen Stadt? Und zum anderen würden die Lebensmittelvorräte rascher aufgebraucht sein und Hunger womöglich zur Kapitulation zwingen. Also: Es begann im Interesse der militärischen Absichten die Vertreibung der Stadtbewohner.

Die Sache nahmen die Nazibonzen in die Hand. Sie gingen in der letzten Januardekade von Wohnungstür zu Wohnungstür und forderten dazu auf, sich auf den Weg aus der Stadt zu machen. Bei Nacht und Nebel. Wie? Mit den letzten noch verkehrenden Reisezügen. Mit Hilfe irgendeines Transportmittels. Oder einfach zu Fuß und einen Schlitten mit ein wenig Habe hinter sich herziehend. Es machte nicht viel Mühe, die übergroße Mehrheit der Menschen dazu zu bewegen zu tun, was den Krieg zusätzlich verlängerte. Bolschewistenfurcht, seit Jahren gezüchtet, die Schrecken, welche die herannahende Front verhieß, die Ahnung, dass mit den Feinden auch Rächer kommen würden, und Todesängste erleichterten den Braununiformierten ihr Vorhaben.

Erst als etwa vier Fünftel der Einwohnerschaft die Stadt schon west- und nordwestwärts verlassen hatten, ließ der Druck auf die Gebliebenen nach. Nicht nur, dass die volkssturmpflichtigen Männer und Jugendlichen zum Bleiben verpflichtet waren und sich dem Befehl nur unter dem Risiko widersetzen konnten, wurden sie ergriffen, an einem Strick an den nächsten Baum geknüpft oder niedergeknallt zu werden. Die „Festung“ brauchte Barrikaden, sie konnte nicht existieren ohne eine Mindestzahl von zivilen Hilfskräften in Wasserwerken, Reparaturstätten oder Krankenhäusern. Die Vertreibung besaß ihre – wiederum kriegsbedingte – Grenze.

Das Geschehen gäbe eine interessante Ausstellung her, aber warum sollte die in einer polnischen Stadt präsentiert werden? Welches Interesse würden Wrocławer an der Biographie der beiden ordensbehängten Generäle haben, die als Festungskommandanten die Hauptverantwortung dafür tragen, dass die Stadt sich bis zum 6. Mai 1945 in einen der größten Trümmerhaufen Mitteleuropas verwandelte? Wäre Potsdam, um wenigstens einen naheliegenden Namen ins Gedankenspiel zu bringen, nicht ein geeigneter Ort für eine Dauerausstellung „Die Verbrechen der Wehrmacht an Deutschen“? Deren Stoff würde sich mit den Verbrechen der Endphase nicht erschöpfen.

junge Welt, Dienstag, 12.03.2002.

Blutige Kittel

NS-Medizin

Festschriften stehen noch immer unter Verdacht, Ansammlungen von Artikeln zu sein, die mehr oder weniger gewaltsam unter ein Dach gebracht werden. Im vorliegenden Falle erweist sich das als Fehlurteil. Geliefert wird Zwischenbilanz und Erweiterung eines in den letzten Jahren zunehmend aufgehellten Forschungsfeldes, dessen Gegenstand die Medizin im faschistischen Deutschland bildet. Diese war schon zu Zeiten, da sich die führenden Vertreter des Faches an westdeutschen Universitäten gegen seine kritische Analyse noch mit Erfolg sperrten, Gegenstand von Forschungen des Mannes, dem der Band gilt und Dank sagt.

Walter Wuttke begann in den 60er Jahren sich mit der billigen Ausflucht auseinander zu setzen, es seien nur ganz wenige Ärzte gewesen, die sich an den Verbrechen beteiligt hätten. Karriereförderndnd ist das Drängen, die Geschichte von Medizin und Gesundheitswesen umfassend zu erforschen, den Einflüssen von Rassismus, Rassenhygiene und anderen reaktionären Ideologien nachzugehen, für ihn nicht geworden. Es machte ihn zu einem befeindeten Außenseiter. Nach Assistentenjahren in Tübingen war ihm weiterer Verbleib an der Universität verschlossen. Vom Beginn der 80er Jahre an verband sich sein Wirken mit vielen „Projekten“, aus denen sein Anteil an der Ausstellung „Volk und Gesundheit. Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus“ herausragt. Das auf ihn zurückgehende Begriffspaar „Heilen und Vernichten“ zielte darauf, die Rolle der Medizin im NS-Regime als ein Ganzes zu begreifen.

Hervorzuheben ist, dass der Band, zu dem 17 Autoren – Mediziner, Psychiater, Soziologen, Psychologen, Historiker, Politikwissenschaftler und Juristen, darunter ostdeutsche Fachleute, die ihre Arbeitsplätze nach 1990 verloren – Beiträge beisteuerten, von Tätern wie Opfern handelt. Erstere kommen mit ihren Institutionen wie in persona ins Blickfeld. Die Beiträge, die von der juristischen Ahndung der so genannten Euthanasie-Verbrechen in beiden deutschen Staaten handeln, beleuchten nochmal, dass der westdeutschen Justiz, die schwer belastete Täter straffrei davonkommen ließ und Freisprüche grotesk begründete, keineswegs – wie später behauptet – „Fehler“ und „Versäumnisse“ unterliefen, sondern es sich um systembedingte Erscheinungen handelte.

Zu den Opfern der Mörder in weißen Kitteln gehörten Juden, Behinderte, Kranke und KZ-Häftlinge, an denen barbarische medizinische „Experimente“ vorgenommen wurden, sowie Zwangsarbeiterinnen, die Zwangsabtreibungen erlitten, Homosexuelle, die „entmannt“ wurden, Prostituierte und pflegebedürftige Alte. Aus den durchweg sachlichen Aufsätzen fällt eine Passage über den Jenaer Kinderarzt Jussuf Ibrahim heraus. Er wird als Massenmörder bezeichnet. Was immer am Bilde des einstigen Universitätsprofessors zu korrigieren war, diese Aussage ist durch den (demagogischen) Bericht der vom Universitätssenat eingesetzten Kommission nicht gedeckt.

Christoph Kopke (Hrsg.): Medizin und Verbrechen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Walter Wuttke. Klemm & Oelschläger, Ulm 2001. 320 S., br., 25,46 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 15. März 2002, S. 13.

Historische Hausiererware

Gegen David Irving und andere

Die Geschichte dauerte schon mehr als ein Vierteljahrhundert. Sie begann 1974, als dem Ullstein Verlag das Manuskript eines Buches des britischen Historikers David Irving vorlag, in dem er mehr als bloße Zweifel an der Urheberschaft Hitlers für die Befehle und Weisungen säte, mit denen der Übergang von der Vertreibung und Deportation der Juden zu ihrer Ermordung vollzogen worden war. Der damalige Verlagsleiter Wolf Jobst Siedler veranlasste die Streichung der entsprechenden Passagen, nachdem sich Irving, vor die Entscheidung gestellt, zuzustimmen oder sich nicht gedruckt zu sehen, damit einverstanden erklärt hatte. Später sprach der Brite von Zensur, bestritt, sein Einverständnis erklärt zu haben und bediente mit seinen Thesen die Rechtsextremisten vieler Länder, die freilich Hitler trotz dieser Beihilfe nicht auf ihre Fahnen heften konnten. Sie entschieden sich gegen den Selbstmörder und für den Märtyrer, also griffen sie zum „Stellvertreter des Führers".

An diese Anfänge einer Auseinandersetzung wird der Leser eines Buches von Peter Longerich erinnert, das sich mit Hitlers Rolle auf dem „Weg zur ‚Endlösung'" im Detail befasst. An den an der Londoner Universität Geschichte Lehrenden war die Anfrage ergangen, ob er als Gutachter im Zivilprozess Irving gegen Lipstadt als Gutachter mitwirken wolle. Die amerikanische Professorin Deborah Lipstadt hatte in einem Buch Irving der Leugnung des Mordes an den Juden geziehen. Der war dagegen als Kläger vor Gericht gegangen, dabei jedoch auf eine Autorin und einen Verlag gestoßen, die offensiv antworteten, und so erlitt er mit dem Urteil, das im April 2000 gefällt wurde, eine komplette Abfuhr.

Longerich hatte mit seinem Gutachten gemeinsam mit anderen Historikern, die im Verfahren aufgetreten waren, dazu beigetragen. Nun veröffentlicht er dieses Gutachten in einer erweiterten Fassung. Sie ermöglicht dem Leser zwei Stränge geschichtlicher Entwicklungen zu verfolgen: Zum einen die Rolle Hitlers im Prozess der Ingangsetzung und Inganghaltung des Judenmords, die minutiös unter Heranziehung aller wesentlichen Dokumente und Quellen dargestellt wird. Deren chronologische Auflistung hätte man sich am Ende des Bandes als zusätzliche Information denken können. Zum anderen – der Autor beließ es nicht bei der Sammlung der Äußerungen Hitlers, seiner Weisungen und „Anregungen", die sich in Heinrich Himmlers Dienstkalender, im Tagebuch des Joseph Goebbels und in vielen Berufungen auf „des Führers Willen", Aufträge und Gebote in Reden der Täter und Mittäter finden – in der knappen Darstellung der Geschichte der Judenverfolgung und des Judenmords, angefangen von den Massakern in den ersten Tagen des Einfalls in die UdSSR bis zum Zugriff des Eichmann-Kommandos in Ungarn auf die letzte Großgruppe von Juden im deutsch-faschistischen Machtbereich. So lässt sich das Buch auch als eine allgemeinverständliche, gewiss anspruchsvolle Einführung in die Geschichte des „Holocaust" lesen und Schülern empfehlen, vorausgesetzt, dass sie mehr konsumieren möchten, als die von den PISA-Ermittlern festgestellte hierzulande vermittelte geistige Schonkost. Longerichs Fazit lautet: Hitler sei „der Motor und ständige Antreiber hinter der Radikalisierung der Judenverfolgung" gewesen.

Unbefriedigt mag den Leser des Autors Versuch lassen, den Platz des Massenmords an den europäischen Juden im gesellschaftlichen und staatlichen System des deutschen Faschismus und in dessen Zielkonzept zu bestimmen. Die Formulierungen vom „zentralen Stellenwert ... innerhalb der Geschichte des Nationalsozialismus", der „zentralen Bedeutung der Judenverfolgung innerhalb der nationalsozialistischen Politik", der radikal rassistischen Politik als „Kerninhalt des Nationalsozialismus", der Judenverfolgung, der „in Hitlers Politik ein zentraler Stellenwert zukam" usw. und so ähnlich bieten nicht mehr als Annäherungen. Gleiches gilt für die Verbindung, die mit Bezug auf Hitlers Äußerung über die „Raumfrage", „Raumnot" etc. unbestimmt genug zur imperialistischen Politik (ein Begriff der unverwendet blieb, vielleicht um die Richter nicht zu irritieren) hergestellt wird. Nun, Longerichs ursprüngliche Aufgabe schloss eine Vertiefung in dieses Thema jedenfalls ursprünglich nicht ein.

Apropos Rücksichten: Darf ein an einem ehrenwerten College einer ehrenwerten britischen Universität Lehrender im Jahre 2002 über die 1935 auch als Schlag gegen die sowjetische Politik der kollek-

tiven Sicherheit in Europa unternommene Beihilfe Großbritanniens zur deutschen Aufrüstung in Gestalt des mit Deutschland geschlossenen und dessen maritime Aufrüstung nicht so sehr limitierenden als legitimierenden Vertrages nicht mehr sagen, als dass Nazideutschland dadurch ein „gewisses Maß an Respektabilität zu erreichen“ vermochte?

Einen anderen nicht weniger lesenswerten Beitrag zu einem ungleich spezielleren Gegenstand, der aber seit langem auch zur geschichtlichen Hausiererware der Rechtsextremisten gehört, schrieb Norbert Kampe. Der Direktor der Gedenkstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“ stellte die Überlieferungsgeschichte des sogenannten Protokolls der von Heydrich einberufenen Beratung dar, die am 20. Januar 1942 stattfand und weist auf deren Spuren detailliert den Fälschungsvorwurf zurück, den Rechtsextremisten dadurch zu stützen suchen, dass sie Unwissen darüber auszubeuten trachten, dass auch und gerade Dokumente von Rang nicht nur ihre Entstehungsgeschichte besitzen, ja, dass die Wege ihrer Überlieferung vielfach hoch verwickelt sind und eben dann, wenn sie nicht auf direktem Wege aus einem Bürozimmer oder einer Schriftgutverwaltung in die Obhut eines Archivs gelangten, wo sie dann wie Heiligtümer gehütet und verwaltet und nach 30 oder 50 und mehr Jahren Benutzern zugänglich gemacht werden.

Peter Longerich: Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung“. Piper, München/Zürich 2001, 240 Seiten, 18,90 Euro.

Norbert Kampes Beitrag in: Mark Rosemann: Die Wannseekonferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte. Propyläen, München 2002, 224 Seiten, 19,00 Euro.

junge Welt, Donnerstag, 21.03.2002.

Preußisches Kulturerbe

Staatliche Inszenierungen wie das „Preußenjahr 2001“ werden gewöhnlich mit Pomp und Posaunen eröffnet. Ist die ihnen gesetzte Frist abgelaufen und die Zeit gekommen, Bilanz zu ziehen, geistige und pekuniäre Ausgaben und Einnahmen zu summieren, geht es leiser zu. An den Festakt am 18. Januar (!) vergangenen Jahres im Berliner Schauspielhaus mag mancher sich noch erinnern. Das war zu Zeiten eines die Stadt Regierenden, dessen Name schon nahezu so gründlich in Vergessenheit geraten ist wie die Tatsache, dass er einen Koalitionspartner besaß, der sich noch immer ungeniert rot nennen lässt. Wer aber vermag sich einer Veranstaltung jüngeren Datums zu erinnern, in der gefragt worden wäre: Und was hatten wir davon? Oder gar: Was bleibt?

Den Fragen hat sich nun Professor Werner Knopp, langjähriger Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, in einem Vortrag genähert. Das geschah in Potsdam, nicht eigentlich öffentlich, aber auch nicht geheim. Ort des Vorkommnisses: das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr.

Zunächst war von den „Wellen“ der Beschäftigung mit Preußen in Nachkriegsdeutschland die Rede. Deren erste aus den Zeiten der sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR, nur dort sich erhebend, blieb unerwähnt. Zu ihrer publizistischen Hinterlassenschaft gehören u. a. die in Moskau gedruckte Schrift „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum“, Schulungshefte der SED und eine dünne Broschüre mit Friedrich Engels’ Aufsätzen unter dem Titel „Deutsche Zustände“. Dies alles ist inzwischen in der Schublade mit der Aufschrift „Verordneter Antifaschismus (nebst ebensolchem Antimilitarismus)“ abgelegt; und sie sollte diesmal nicht aufgezogen werden. Übergangen wurde auch die kurz darauffolgende, ebenfalls politisch geleitete Beschäftigung mit den Jahren 1812 und 1813 anlässlich einer Folge von nicht eben runden 140. Jahrestagen, als zuerst der preußisch-russischen „Waffenbrüderschaft“ in allerlei Schlachten gedacht, dann aber vor allem an deutsche Einheitshoffnungen erinnert wurde. Dass Kommunisten, Internationalisten zumal, dies 1953 getan haben, steht auch nicht im Zentrum gegenwärtigen Gedenkens, das sich auf den 17. Juni jenes Jahres schon zu fixieren beginnt.

Angelangt im Jahr 2001 war die Rede von den Geldtöpfen, an die nicht nur die Richtigen, d. h. Berechtigten, sondern ebenso Leute herankamen, die mit Preußen eigentlich nichts zu tun hatten. Kaum gesprochen ward vom gewiss schwer feststellbaren geistigen Ertrag des vielen Aufgewendeten.

Das Ganze, so resümierte Knopp, sei unspektakulär verlaufen. Niemand habe dieses Preußen wieder haben wollen, es sei und bleibe tot. Erst als ein sozialdemokratischer Landesminister, die Kampagne war schon beendet, auf die Idee verfiel, dem (noch nicht) vereinigten Berlin und Brandenburg entgegen deutschen Vorbildern keinen Bindestrich-Namen zu geben, sondern es Preußen zu heißen, sei „Leben in die Bude“ gekommen. Doch sei auch das nur als verfehlter Wiederbelebungsversuch an einem geschichtlichen Leichnam zu bewerten.

Anders und revitalisierbar gelten dem Redner die „preußischen Tugenden“. Die könnten auch einem demokratischen Staatswesen wie der Bundesrepublik etwas bedeuten, zumal in Zeiten, da sich Korruptionsskandale aneinanderreihten. Da tönte es wieder, das 1797 installierte Glockenspiel, bei dessen Signalen nachdenklich – je nach Stimme – mitgesungen oder doch wenigstens mitgesummt werden soll: „Üb’ immer Treu und Redlichkeit ...“.

Bekenntnisse und Gelöbnisse lassen sich nicht diskutieren. Das wissen Politiker, Kirchenleute und Militärs natürlich auch. Und so wurde, gegen alle im Hause sonst geübte demokratische Gewohnheit, nach Fragen, Zusätzen und Einwänden der Zuhörer nicht geforscht, als der Professor geendet hatte. Die Szene wechselte und es wurde eingeladen, eine nur ein paar Schritte entfernt eingerichtete Ausstellung zu betrachten. Und die war erbaulich.

Meister der weitgehend ausgestorbenen, aber erfreulicherweise nicht tot zu kriegenden Kunst des Handsatzes hatten sich vereint und eine Mappe (Auflage: 62 Exemplare) mit Drucken zum Thema „Luises Glanz und Preußens Gloria“ gefertigt. In unterschiedlichen Graden distanziert, meist unverhohlen kritisch, zeigten sie nicht einen Anflug von Bereitschaft, dieses Erbe anzutreten.

Das Gebotene beschreiben, heißt ihm mehr nehmen als geben. Sei's drum. Einer der Meister – zu den Deutschen gesellten sich Niederländer, ein Spanier und ein Österreicher – hat auf dem von ihm gestalteten Blatt drohende Texte zusammengestellt, die ältesten Bürgern Berlins aus frühen Nachkriegszeiten noch in Erinnerung sein mögen. An Haustüren und in Hausfluren, an Mauern und Zäunen stand es zu lesen, meist schwarz auf weiß, auf Emaille-Schildern und anderem dauerhaften Grund: „Die Haustür ist nach 18 Uhr verschlossen zu halten!" und „Fahrräder anstellen verboten!" und „Betteln und Hausieren verboten!" und „Das Spielen im Hof ist verboten!" Der Zusatz des Meisters lautete knapp: „Preußisches Kulturerbe".

Einer seiner Zunftgenossen hatte den Berliner Volksmund bemüht: „Preuße zu sein ist eine Ehre, aber kein Vergnügen." Die Warnung dürften auch die Hohlköpfe, welche von der Spaßgesellschaft erzeugt werden und sie ausmachen, noch verstehen. Ein dritter schrieb unter einen Sessel, einem Thron verwandter denn einem Stuhl: „Moltke„. Keine Frage: Der ästhetische und geistige Genuss, den die Blätter zu vermitteln vermögen, erschließt und erhöht sich mit Vorkenntnissen in preußischer Geschichte, vorausgesetzt diese rühren aus liberaler, demokratischer oder sozialistischer Feder her.

Der Ausstellung ist eine Reise mit vielen Stationen zu wünschen.

Ossietzky, 2002, H. 6, 23. März 2002, S. 206-208.

Wer waren die 999er?

Eine Ausstellung im Waffenmuseum Suhl

Dass ein Mann nahe der thüringisch-bayerischen Grenze sich mit den Mitgliedsbüchern beider christlichen Parteien versieht und derart seine Aktionsmöglichkeiten vermutlich verstärkt, mag nicht alltäglich sein, aber doch auch wieder kaum bemerkenswert. Dass dieser Mann hierzulande als geeigneter Leiter eines Waffenmuseums gilt, verwundert ebenso wenig. Seine Parteien hatten schon bei der militärischen Bewaffnung und Verzahnung der Bundesrepublik Deutschland die erste Reihe der Vorkämpfer besetzt, und diesen Platz kann ihnen kein Sozialdemokrat trotz aller späteren Leistungen streitig machen. Dass dieser Mann aber und in diesen kriegerischen Zeiten in eben diesem Museum dem Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten einen Raum für eine Sonderausstellung zur Verfügung stellt, die in Bildern und Texten auf die Frage antwortet „Wer waren die 999er“? und also von Männern handelt, die grundsätzliche und unversöhnliche Gegner von Völkerkriegen waren, das sei hier ausdrücklich bekannt gemacht. Die Rede ist von Dr. Thomas Müller, der das traditionsreiche Suhler Waffenmuseum leitet und in diesem Falle sich von einem nicht so häufig anzutreffenden Sinn für Demokratie leiten ließ, den er mit den bedenkenswerten Worten ausdrückte: „Wenn es um die Sache geht, gehört Streit dazu.“ Und: Er wolle nicht einem Mausoleum vorstehen, sondern einem Museum.

Bis in die Ostertage haben namentlich Suhler und Leute aus deren Umgebung bequeme Gelegenheit, sich über die Lebensgeschichten von Deutschen zu informieren, die zunächst für wehrunwürdig, dann aber doch für bedingt wehrtauglich erklärt und in die Wehrmacht gepresst wurden. Das geschah, als der Männer fressende Krieg an der Ostfront die Führer des Regimes 1942 in Nachschubschwierigkeiten geraten ließ. Nur wenige jener Zwangssoldaten leben noch. Der letzte von diesen Überlebenden, der in Südthüringen wohnt, heißt Herbert Grämmel und ist ein gelernter Installateur. Herangewachsen ist er in der Breslauer Arbeiterbewegung. Aktiv war er in der Sozialdemokratischen Partei, dann, mit deren Politik unzufrieden, als Mitglied der in seiner Heimatstadt starken Gruppe der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) um den 1933 von den Faschisten viehisch ermordeten Rechtsanwalt Dr. Ernst Eckstein. Das waren Grämmels Lebensstationen im Nazireich: Kurier der Illegalen zwischen Schlesien und der Tschechoslowakei, 1935 Verhaftung, 1936 Verurteilung durch den Volksgerichtshof, Zuchthäuser in Plötzensee, Brandenburg-Görden und Waldheim. Vom Zuchthaus nach Strafverbüßung 1938 in das KZ Buchenwald. 1940 probeweise Entlassung. 1942 Einziehung zu den 999ern. 1943 Gefangennahme in Tunesien. Heute ist Grämmel, 91jährig, in Schmalkalden zu Hause. Dass er sich von seiner sozialistischen Überzeugung nichts wegschwatzen ließ, muss eigentlich nicht erwähnt werden.

Einer seiner Kameraden sprach zur Eröffnung der Ausstellung, der Geraer Wilhelm Gabel. Zu dessen Biographie gehören die Tätigkeit in kommunistischen Organisationen, die Verhaftung 1935 und darauffolgende sechs Jahre Zuchthaus. Und das gab ihm Grund und Legitimation genug zu sagen: „Wir freuen uns heute über jeden, der den Wehrdienst verweigert.“ Dem hat der Leiter des Hauses natürlich widersprochen, und wie sich annehmen lässt, nicht nur von Amts wegen. So begann der Streit schon in der Eröffnungsstunde. Möge er fortdauern. Gründe dafür liefert jeder Tag. So kann sich zeigen, wem es um welche Sache geht.

junge Welt, Sonnabend, 23.03.2002.

„Sonnenblumen, soweit das Auge reicht“

Todesurteil Stalingrad: Die Weisung 41 vor 60 Jahren und das extrem abenteuerliche Denken deutscher Imperialisten und Militaristen (Teil I)

Die Vorgeschichte der Schlacht zwischen Don und Wolga begann genaugenommen am 5. April 1942. An diesem Tage unterzeichnete Hitler in seinem ostpreußischen Hauptquartier die Weisung des Oberkommandos der Wehrmacht Nr. 41, die den deutschen Sommerfeldzug bestimmte. Das hochgeheime Papier war in der ursprünglichen Planung des Krieges nicht vorgesehen. Die auf seinen Seiten gestellten Aufgaben sollten eigentlich 1941 erledigt, der Kriegsgegner im Osten niedergeworfen und kampfunfähig gemacht sein. Aber das Ziel war gründlich verfehlt worden. Doch aufgegeben war es nicht, und noch immer wurde es für erreichbar gehalten.

In einer kürzeren Perspektive sollte die Zerschlagung der Sowjetunion und die Inbesitznahme weitester Gebiete des Landes für den „Endkampf“ gegen die kapitalistischen Großmächte im Westen ein beispielloses Hinterland schaffen, das einen beliebig langen und schließlich siegreichen Krieg ermöglichen, die faschistischen Welteroberer also unschlagbar machen würde. Und für alle Zukunft sollte das einmal Eroberte riesenhafter deutscher Kolonialbesitz bleiben, gegliedert in Reichskommissariate und Satellitenstaaten und sich erstreckend bis weit in den europäischen Teil Russland und bis nach Transkaukasien.

Eroberungswahn ohnegleichen

Schon seit Februar 1942 arbeitete der Heeresgeneralstab intensiv an dem Plan, nach dem an der Ostfront das im Dezember verlorene „Gesetz des Handelns“ zurückgewonnen werden sollte. Hitler unterzeichnete ihn in einer Verfassung, über die uns Aufzeichnungen von Gesprächen, zumeist waren es Monologe, Auskunft geben, die er mittags und abends in seiner Tischgesellschaft führte. Er sprach davon, dass die Grenze zwischen Deutschland und Finnland künftig entlang der Newa verlaufen werde. Autobahnen würden von Ostpreußen nach Riga, Reval und Nowgorod führen – ein Thema, zu dem der Autonarr geschwätzig wieder und wieder zurückkehrte. Auch machte er sich Gedanken über die Verwendung der in deutscher Hand befindlichen britischen Kanalinseln Jersey, Guernsey und Alderney, die er dem Leiter der Organisation „Kraft durch Freude“, Robert Ley, für Urlaubszwecke zur Verfügung zu stellen gedachte. Leningrad hingegen, die Stadt samt ihrer Industrie- und Hafenanlagen, solle dem Verfall preisgegeben werden, ein Ziel, dem durch das Massensterben der eingeschlossenen Stadtbewohner bereits vorgearbeitet würde. In den Weiten des russischen Raumes sah er Rüstungswerke entstehen, erbaut von Häftlingen der Konzentrationslager. Der „Führer“ schwelgte in Vorstellungen, die sich ihm mit dem Reichtum an Rohstoffen – nur Nickel würde fehlen – verbanden. Ebenso gern befasste er sich mit der Frage, wer wo im eroberten Lande angesiedelt werden müsste. Einen Vorschlag aufgreifend, bestimmte er die Krim für die Südtiroler, womit das leidige Problem der Deutschen in Italien aus der Welt geschafft sein würde.

In allen diesen Äußerungen drückte sich ein Eroberungswahn ohnegleichen aus. Er wäre historisch folgenlos geblieben, hätten nicht Militärs – mochten sie ihn vollständig oder nur partiell teilen – bereitwillig und präzise Operationspläne ausgearbeitet, die nicht weniger wahnhaft waren, aber den Stempel der Experten trugen. Folgenlos natürlich auch, würden nicht Armeen und Divisionen mit geschulten und erfahrenen Befehlshabern, Kommandeuren, Unterführern und Soldaten bereitgestanden haben, um zu versuchen, die Vision vom „Großgermanischen Weltreich“ in die Wirklichkeit zu holen. Die „Kopfstärke“ der Wehrmacht betrug am 4. April 1942 8.672.000 Mann. Die Mehrheit der kampfstärksten Verbände befand sich an der Ostfront oder sollte rechtzeitig zum Angriff dort bereitstehen. Im April war für die „großen Frühjahrsoperationen“ der Termin noch nicht exakt bestimmt worden, begonnen werden sollte, „sobald Wetter- und Geländeverhältnisse die Voraussetzungen dafür bieten“.

Die Weisung Nr. 41 begann mit einer Fehleinschätzung der Kräfte des Gegners, was bezeugte, dass die Planungsgruppe entweder aus den Erfahrungen des Jahres 1941 nichts gelernt hatte oder sich der Forderung Hitlers unterwarf, der Optimisten um sich zu haben wünschte und gelegentlich auch erklärt hatte, es sei am besten, die Pessimisten zu erschießen. Einleitend wurde formuliert, der Feind habe

„die Masse seiner für spätere Operationen bestimmten Reserven in diesem Winter weitgehend verbraucht“. Dieser Irrtum sollte sich als noch folgenschwerer erweisen als jener des Vorjahres. Die sowjetischen Streitkräfte waren zwar ihrerseits noch nicht in der Verfassung, in der sie selbst raumgreifende Operationen beginnen und die Deutschen in die strategische Defensive zu drängen vermochten. Aber sie waren – anders als 1941 – auf einen erneuten Großangriff gefasst, wenn ihre Führung ihn auch nicht mit der Stoßrichtung Wolga erwartete. Vor allem aber hatten die Abwehr des Angriffs auf Moskau 1941 und die Kämpfe im weiteren Verlauf des Winters dem „Feind“ die Erfahrung vermittelt, dass die Eindringlinge zu schlagen waren. Das stellten selbst die Planenden im Führerhauptquartier in Rechnung. Doch sie hielten es für möglich, die eigene Kriegsmaschinerie mit solcher Wucht wieder in Gang zu setzen, dass dem Gegner seine „hoffnungslose Unterlegenheit“ bewusst gemacht würde. Doch auch diese gedachte Rollenverteilung – Siegeszuversicht bei den eigenen Soldaten, Schrecken und Verzweiflung in den gegnerischen Reihen – erwies sich als illusionär.

Als das allgemeine Ziel der Offensive des Jahres 1942 war formuliert, „die den Sowjets noch verbliebene lebendige Wehrkraft endgültig zu vernichten und ihnen die wichtigsten kriegswirtschaftlichen Kraftquellen soweit als möglich zu entziehen“. Das bedeutete: Von der sowjetischen Armee sollte am Ende des Feldzugs nur ein Trümmerhaufen bleiben, so dass die weit im Osten produzierenden Rüstungswerke für ihre Lieferungen keinen Adressaten mehr besäßen, weil jene, die diese Waffen betätigen sollten, entweder tot oder in deutscher Gefangenschaft sein würden.

Die Erreichung dieses Ziels wurde durch die im folgenden Text näher bezeichneten Schritte keineswegs gedeckt. Denn es folgte die Entwicklung eines Feldzugsgedankens, von dem auch Optimisten nicht annehmen konnten, dass er den Endsieg im Osten zeitigen könne. Die Offensive des Jahres 1942 war auf den Süden der Front beschränkt. Anders als im Jahr zuvor reichten die eigenen Kräfte nicht aus, den Gegner entlang der gesamten Front herauszufordern. Von der Einnahme Moskaus war keine Rede mehr. Weit nordwärts des Angriffsraumes sollte Leningrad genommen werden, jedoch galt das als nachgeordnete Aufgabe. Und selbst wenn weiteste Ziele im Süden erreicht werden würden, existierte in den nördlich gelegenen Frontabschnitten eine intakte Verteidigung, es sei denn, die gegnerische Führung würde sie durch den Abzug von Kräften nach Süden soweit entblößen müssen, dass dort leicht ebenfalls Offensiven möglich würden. Diesem Glauben gaben sich die Militärexperten im Hauptquartier nicht hin. Sie verlangten, die Nordostflanke, die durch den Vorstoß nach Osten entstehen werde, stark und besonders gegen Panzerangriffe zu sichern und dort Stellungen zu errichten, die im Bedarfsfall auch im Winter 1942/43 genutzt werden könnten. Nach der „endgültigen“ Vernichtung „der noch verbliebenen lebendigen Wehrkraft“ wurde also ein weiterer Winterkrieg nicht ausgeschlossen. Zwingend logisch las sich das nicht.

Der Plan des Jahres 1942 erinnerte an eine Denkschrift des Chefs des Generalstabes des kaiserlichen Feldheeres Erich von Falkenhayn, die dieser 1915 für die Erörterung des Feldzugsplanes im Jahr 1916 angefertigt hatte. Nicht wenige im Führerhauptquartier dürften sie von ihren kriegsgeschichtlichen Studien her gekannt haben. Auch dieser Ausarbeitung ging ein Scheitern des ursprünglichen Kriegsplans voraus. Falkenhayn hatte nach einem Weg gesucht, das alte Ziel dennoch zu erreichen, Frankreich, den Hauptgegner, vernichtend zu schlagen. Auch sein Text begann mit einer Überbewertung der eigenen Erfolge. Behauptet wurde, Frankreich sei „militärisch und wirtschaftlich ... bis nahe an die Grenze des Erträglichen geschwächt“. Dann folgte das Geständnis, eine breite Offensive an der deutsch-französischen Front überfordere die eigenen Kräfte. Dennoch sollte weiter auf Angriff gesetzt werden, Verdun sein Ziel sein. Dort ließe sich die französische Führung zwingen, „den letzten Mann einzusetzen“. Dort, wusste Falkenhayn voraus, „werden sich Frankreichs Kräfte verbluten“. So würde den Franzosen vor Augen geführt werden, dass sie „militärisch nichts mehr zu hoffen“ hätten und England „sein bestes Schwert“ verlieren.

Die Verfasser beider Pläne, des 1915 und des 1942 entworfenen, verfügten über die Fähigkeit, sich wortreich das Gelingen ihrer eigenen Absichten auszumalen, sich selbst vom unausweichlichen Erfolg zu überzeugen und das, wiewohl beide eben eine Lektion hinter sich hatten. Die zweite stand ihnen bevor. Falkenhayns folgte nur Monate später. Im September 1916 mussten die Angriffe auf Verdun eingestellt werden. Ein Mitarbeiter der Obersten Heeresleitung schrieb schon im August:

„Verdun ist ein Unglück gewesen“. Das sollte sich auch für Stalingrad erweisen. Und nicht einmal unerwartet.

Eine Ausarbeitung, die im Frühjahr 1942 über die Kampfkraft der Wehrmacht angefertigt wurde, zeigte, mit wie vielen Unwägbarkeiten die Generalstabsoffiziere rechneten. Das zusammenfassende Urteil lautete, dass die „Wehrkraft der Wehrmacht, bedingt durch die Unmöglichkeit einer vollen personellen und materiellen Auffrischung, im Ganzen gesehen geringer ist als im Frühjahr 1941“. Weder personell noch materiell sei ein Übergewicht über die Gegner herzustellen. Für das Ostheer wurde erklärt, dass seine „lückenlose Auffrischung ... zu voller Kampfkraft und Beweglichkeit“ unmöglich sei. Dann folgten Aushilfen: Die Verluste des Gegners seien größer als die eigenen gewesen. Die deutsche Führung wäre der gegnerischen bis in die mittleren und unteren Ebenen wesentlich überlegen. Die Voraussetzungen für „Bewegungsoperationen“ seien vorhanden. „Materielle Lücken“ würden durch die Güte der Waffen und Kampferfahrung ausgeglichen. Die Panzerabwehr sei wesentlich verstärkt worden. Schließlich lasse sich das „Überlegenheitsgefühl des deutschen Soldaten“, das angeblich nie verlorengegangen war, erneut beleben und stärken. So könne „überall dort eine unbedingte Überlegenheit hergestellt werden, wo die Kräfte schwerpunktmäßig zusammengefasst werden“.

Die Spezialisten, wenn sie nicht dienstfertig überhaupt nur Hitler lieferten, was er zu lesen wünschte, machten sich offenkundig selbst wieder Mut. Während sich die Deutschen im Hinterland, von Ahnungen beschlichen, fragten, wie dieser Krieg eigentlich zu einem Ende kommen sollte, stellten die Experten Rechnungen auf, die vor allem zunehmende Realitätsverweigerung bezeugten. Damit ihre Kalküle stimmten, beriefen sie sich hochmütig auf ihre geistige Überlegenheit, das Können der Militärs, der technischen Intelligenz, die Präzision der Arbeiter bei der Waffenfertigung und den Glauben an die Unbesiegbarkeit. Diese „Rechenart“ atmete nationalistischen und rassistischen Dünkel. Mit diesen Slawen und Asiaten, Menschen der Steppe, mussten deutscher Geist und deutscher Wille einfach fertig werden.

Auf welchen Kurs die deutsche Kriegspolitik nun gelegt wurde, ergab sich vor allem aus den Feststellungen über die Reserven. Im Heimatkriegsgebiet existierten sie nicht mehr. Sollten „unvorhergesehene hohe blutige Verluste im Sommerfeldzug“ eintreten, müsste auf den eingezogenen Geburtsjahrgang 1923, dessen Ausbildung erst begonnen hatte, zurückgegriffen werden. Auch würden dann Eingriffe in die „Schlüsselkräfte“ der Kriegswirtschaft nötig, es müssten noch mehr Spezial- und Facharbeiter eingezogen werden, mit der Folge, dass wiederum die in die Rüstungsproduktion gerissenen Lücken aufgefüllt werden mussten.

Das Vabanquespiel begann

Alles in allem besagte das Dokument, dass die eigenen Kräfte bereits überdehnt waren. Der Oberbefehlshaber des Ersatzheeres erklärte, freilich nicht gegenüber Hitler, die geplante Offensive sei ein Luxus, den sich ein armer Mann eigentlich nicht leisten könne. Das Vabanquespiel hatte begonnen. Die das aufgrund ihrer Informationen wissen konnten, scheuten es nicht. Das galt auch für Generalfeldmarschall Fedor von Bock, den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, von der die Offensive getragen werden sollte. Deren Armeen und sonstige Verbände waren im weiten Raum südlich von Kursk bis zur Küste des Schwarzen Meeres und auf der Krim gruppiert. Sie umfasste außer den die Hauptkraft bildenden deutschen Truppen auch ungarische, rumänische und italienische Verbände. Gemeinsam sollten sie die vor ihrer Front befindlichen sowjetischen Streitkräfte „vernichten“, bis Stalingrad vordringen und den „Durchbruch in den Kaukasusraum“ und zu dessen Ölgebieten ermöglichen. Dorthin hatten die deutschen Eroberer schon 1941 gelangen wollen. Diese „allgemeine Absicht“ war vom drängenden kriegswirtschaftlichen Interesse geprägt. Es bestimmte die „Richtung Öl“ und die „Richtung Weizen“, war doch das Kubangebiet eine der Kornkammer der Sowjetunion. Noch im Oktober 1942, als sich die Krise an der inzwischen mehr als 2.000 km langen Frontlinie im Süden abzeichnete, schwärmte Göring auf einer Erntedankkundgebung von den „fruchtbarsten Gebieten am Kuban und am Don, wo meilenweit, soweit das Auge reicht, Sonnenblumenfeld an Sonnenblumen-

feld stehen“ würde. Er versprach, auf Versorgungsschwierigkeiten zurückblickend, „von nun an wird es dauernd besser werden“.

Die Einzelheiten des Feldzugs, für den der Tarnname „Blau“ gefunden wurde, mögen heute nur noch ein begrenztes Interesse beanspruchen. Sein Plan bedeutete ein Todesurteil für Hunderttausende deutscher Soldaten, die erst furchtbare Instrumente seiner Verwirklichung waren und dann seine erbarmungswürdigen Opfer wurden, denn nur das Datum ihrer „Hinrichtung“ stand noch nicht fest. Denn es wurde dieser am 28. Juni 1942 ins Werk gesetzte Angriff keine „Fahrt ins Blaue“. Als sich sein Scheitern abzeichnete, ging im Reich das Wort von Stalingrad als dem zweiten Verdun um, zuerst als Ahnung und Befürchtung, dann als Gewissheit.

Die Weisung Nr. 41 aber steht wie vorher der Plan Falkenhayns für das extrem abenteuerliche Denken deutscher Imperialisten und Militaristen, für ihre permanente Neigung und Bereitschaft, Tatsachen, die ihnen nicht in die Konzepte passten, nicht zur Kenntnis zu nehmen oder in ihrer Bedeutung zu marginalisieren, für ihren unstillbaren Wunsch, sich die Welt – koste es wessen Leben auch immer, nur nicht das eigene – nach ihren Vorstellungen und Interessen einzurichten. Die Erinnerung lässt fragen, ob das alles wirklich hinter uns liegt.

junge Welt, Freitag, 05.04.2002, S. 10.

In den Stunden der Agonie

Kriegsende 1945

Dies sei ein Buch, in dem wenig geschossen werde. Mit diesen Worten eröffnete Erich Volkmann im Potsdamer Militärgeschichtlichen Forschungsamt die Vorstellung eines Buches über Kriegszeiten. Darin zeige sich ein gründlich verändertes Verständnis von Militärgeschichte, dienicht mehr allein auf Feldzüge und Schlachten und das Frontgeschehen fixiert sei. Getragen werde er von Jüngeren, die alte Fragen weiterverfolgen und neue zu stellen wüssten. Der Wandel drückte sich auch darin aus, dass von den 15 Autoren des Bandes 5 Frauen sind, von denennur eine sich mit „der Truppe“ befasst und nach der Kampfmoral in der Marine geforscht hat.

Drei Jahre nach dem Erscheinen von „Kriegsende 1918“ liegt nun ein analoger Band für Deutschland im Jahre 1945 vor. Bis dahin ist es mit dem historiographischen Großunternehmender Potsdamer (ehedem Freiburger) „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ noch weit.Dessen Autoren werden vom Vorliegenden profitieren, in Grenzen.

Selbstredend besetzen Entscheidungen über Kriegshandlungen und deren Verlauf einen zentralen Platz. Zwei Beiträge zielen zudem gegen Legenden. Der eine widerlegt die These, es sei Dönitz schon vor und dannnach Hitlers Tode darum gegangen, „deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den Bolschewismus“ zu retten und das Ostheer in „westliche“ Kriegsgefangenschaft zurückfluten zu lassen. Der andere wendet sich gegen die Vorstellung, es sei gegen die Westalliierten „ein Kampf bis zum Ende“ geführt worden. Demgegenüber wird gezeigt, dass die Wehrmachtstrümmer, von verzweifelten Gefechten abgesehen, auf ihren Rückzügen, vielfach herumirrend, nochScharmützel ausfochten, aber von einer einheitlichen Führung keine Rede mehr sein konnte. Überraschend neu ist das nicht, aber das Material wird mit anklagender Schärfe vorgetragen. Die Wehrmacht habe einen Krieg gegen die Deutschen geführt, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung und ihr Weiterleben. Höchste Befehlshaber flogen im Bewusstsein ihres Anteils an Kriegsverbrechen im Osten (Rendulic, Schörner) in amerikanische Gefangenschaft: nachdem sie Hunderttausende Soldaten sinnlos in den Tod getrieben hatten. Hier ist massenhaft Stoff füreine zweite Wehrmachtsausstellung angehäuft, welche die Verbrechen gegen das eigene Volk zum Gegenstand haben könnte. Uneinheitlich wird in den Beiträgen die Frage beantwortet, welche Triebkräfte die Soldaten zum Kämpfen, Durch- und Zusammenhalten bestimmten. Angeboten wird ein gewiss noch zu verfeinerndes Bild davon, welche Motive und Bedingungen den Krieg verlängerten, so dass sich Deutschland nun durch Erdkämpfe in einen noch größerenTrümmerhaufen verwandelte, als jener, der bereits bis Ende 1944 durch die Angriffe der Luftflotten entstanden war.

Zu den Vorzügen des Bandes gehört, dass er das von Selbstmitleid geprägte Bild so vieler deutscher Zeitgenossen, sie vor allem wären in seiner Endphase die Opfer des Krieges gewesen, dadurch begegnet, dass er das Kriegsende mehrfach aus der Sicht von Häftlingen des KZ Ravensbrück rekonstruiert. Dieser Akzent kennzeichnet hingegen den Beitrag nicht durchweg,der sich mit der Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in den USA und dem Wandel befasst, den diese nach dem April/Mai 1945 erfuhr.

Der Band öffnet dem Blick auf das wohl wichtigste Jahr der europäischen Geschichte im verflossenen Jahrhundert viele Tore und Fenster. Doch fehlt es ihm an jener konzeptionellen Geschlossenheit, die von Sammelbänden immer mehr verlangt und vielfach auch geboten wird. Zudem ist der wissenschaftliche Gewichtsunterschied der Gegenstände und Themen erheblich.Ein Drittel der Beiträge nimmt die Perspektive des Erlebens auf der Quellenbasis von Erzählungen und Feldpostbriefen (zweier Absender) ein und interpretiert u. a. in einer Illustrierten veröffentlichte Propagandafotografien nach Funktion, Aussage und Wirkung. Das bekräftigt Bekanntes und belegt eine sich verstärkende, den Doktorvätern mehr als den Doktoranden anzulastende Tendenz, im Zeichen sozialgeschichtlichen Interesses periphere Felder zu beackern.Kein Text widmet sich Lebensverhältnissen (Arbeit für die Rüstung, Versorgung und Ernährung) in deutschen Städten und Dörfern. Keiner dem Dasein von Alten und Kindern oder deren Schulalltag. Industrie und Landwirtschaft kommen nicht vor, zu schweigen von Vorkehrungen,die getroffen wurden, um Instrumente, Produktionsmittel, Wa-

ren, Rohstoffe für Verdienst, Geschäft und Profit auch noch am Tage danach zu sichern. Darin drückt sich nicht nur schätzenswerter „Mut zur Lücke“ aus. Der äußert sich übrigens auch darin, dass, wo vom Verhältnis derDeutschen zur Kriegsvergangenheit gehandelt wird, nahezu ausschließlich die Westdeutschen gemeint sind. Der „Anschluss“ wird derart rückwirkend vollzogen.

Kriegsende in Deutschland. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Jörg Hillmann und John Zimmermann, R. Oldenbourg Verlag München 2002, 335 S. (= Beiträge zur Militärgeschichte, 55).

Neues Deutschland, Freitag, 10. Mai 2002, S. 17.

Mörderische Antwort

Heute vor 60 Jahren wurde das tschechische Dorf Lidice von den deutschen Besatzern überfallen und ausgelöscht

Die Liste der von den deutschen Besatzern in Böhmen und Mähren, dem „Reichsprotektorat“, begangenen Verbrechen war lang, als ihr am 10. Juni 1942 ein weiteres hinzugefügt wurde, das die bisherigen in den Schatten stellte. Ein Sonderkommando fiel in das westböhmische Dorf Lidice nahe Kladno ein, mordete, sengte, wütete und verschleppte befehlsgerecht. Die männlichen Erwachsenen des Dorfes – Bauern und Bergarbeiter, die in den nahen Gruben schufteten – wurden an dessen Rande erschossen, die Frauen in das KZ Ravensbrück verschleppt. Die Kinder, ihren Müttern entrissen, wurden nach rassistischen Grundsätzen „sortiert“: die einen umgebracht, andere zur „Eindeutschung“ bestimmt. Die erste Station ihrer Verschleppung war das Ghetto von Łódź, das die deutschen Okkupanten Litzmannstadt nannten. Die Gebäude des Ortes wurden von der Kirche bis zur letzten Scheune niedergebrannt, die Ruinen gesprengt. Dann trat der Reichsarbeitsdienst in Aktion. Er machte das Dorf dem Erdboden gleich. Bloßgelegte Fundamente erinnern heute an die menschlichen Behausungen. Das „neue Lidice“ steht einige Wegminuten abseits.

Vorausgegangen war der Untat der Tod des auf der Prager Burg residierenden, mit seiner Familie in einem Schloss nahe der Stadt lebenden Reinhard Heydrich, der Ende Mai Ziel eines Attentats geworden war und Tage später an dessen Folgen verstarb. Das pompöse Staatsbegräbnis in Hitlers Anwesenheit mit einer Rede des obersten SS-Führers Heinrich Himmler entsprach seiner Stellung im Naziregime. Sie allein hätte ausgereicht, die mörderischen Machthaber zu mobilisieren. Heydrich war nicht nur erst wenige Monate zuvor als Stellvertreter des „Reichsprotektors“ nach Prag entsandt worden, wo er mit mehr Peitsche als Zuckerbrot die industriellen und landwirtschaftlichen Ressourcen des Landes für die deutsche Kriegführung nutzbar machte. Er war außerdem Chef des 1939 geschaffenen Reichssicherheitshauptamtes, dessen zentrale Aufgabe die eines politischen Polizeiministeriums war und zu dessen Aufgaben auch die Deportation der Juden in Ghettos und zu ihren Mördern gehörte.

Hinzu kam – aus der Sicht der Machthaber und Eroberer – der Zeitpunkt des Attentats. Unplanmäßig waren sie in einen zweiten Kriegssommer gegen die UdSSR geraten und eben dabei, einen Feldzug vorzubereiten, dessen Beginn auf Ende Juni 1942 festgesetzt war. Im zweiten Anlauf sollte der Gegner im Osten ausgeschaltet und das eigene Regime zu einem langdauernden Krieg gegen die Westmächte befähigt werden, an dessen Ende der „totale Sieg“ stehen würde. Friedhofsruhe im „Hinterland“, dem besetzten Europa von Narvik bis Athen, von Charkow bis Brest am Atlantik, galt als eine Bedingung des Erfolgs auf dem Kriegsmarsch, als dessen Ziele die Wolga, das Erdöl Bakus und die Grenze zur Türkei bezeichnet waren. Das von der tschechischen Exilregierung in London erfolgreich in die Wege geleitete Attentat auf Heydrich konnte nicht anders denn als Zeichen für die Verwundbarkeit der Eroberer verstanden werden. Das war der Grund für die blindwütige Antwort und dafür, dass die „Strafaktion“ öffentlich gemeldet wurde, freilich ohne Angabe von Einzelheiten. Die Nachricht sollte die Widerstandskämpfer einschüchtern. Gerade dieses Ziel jedoch wurde verfehlt. Im besetzten Europa, in den gegnerischen und auch in den neutralen Staaten, sahen sich Menschen herausgefordert, ihre Anstrengungen im Krieg gegen den Mörderstaat zu vermehren.

Die Untat von Lidice war nur eines von vielen Okkupationsverbrechen, die in den Wochen nach dem Attentat auf den stellvertretenden „Reichsprotektor“ im besetzten Land begangen wurden. In der tschechischen Geschichtsschreibung ist für diesen Zeitraum die Bezeichnung „zweite Heydrichiade“ geprägt worden. Das „zweite“ steht zur Unterscheidung von der ersten Verfolgungs- und Mordwelle, die 1941 auf den Einzug Heydrichs in Prag gefolgt war. Beide ragen aus der Leidensgeschichte des Nachbarvolkes heraus, das länger als jedes andere unter dem Zugriff der deutschen Imperialisten litt und dessen Befreiung mit dem Kriegsende zusammenfiel. Von dieser Geschichte haben die meisten Deutschen bis heute wenig Kenntnis genommen. Wie viele haben auf ihren Autoreisen von Dresden nach Prag an der „Kleinen Festung“ am Rande von Terezín/Theresienstadt Halt gemacht, wo sich das zentrale Gestapogefängnis befand? Wie viele haben sich auf das ein wenig abgelegene Gelände vor

der Stadt begeben, wo die Leichen der im KZ Theresienstadt zu Tode gebrachten Juden verscharrt wurden? Wie viele haben sich an den Ort außerhalb der Stadt begeben, wo die Überreste von Ermordeten in einen kleinen Flusslauf gekippt wurden? Wie viele haben sich den von Eroberungs- und Weltherrschaftswahn dort gezogenen Spuren gestellt?

An den 10. Juni 1942 ließe sich heute anders und mit mehr in die Zukunft gerichteter Hoffnung erinnern, wenn die einstigen deutschen Bewohner der Tschechoslowakei, die sich nach ihrer Ausweisung im Jahre 1945 in Bayern konzentrierten – von ihnen lebt nur noch eine täglich dahinschwindende Minderheit – und deren Nachfahren durchweg begriffen hätten, dass zwischen dem Verhalten der Mehrheit der Sudetendeutschen im Jahre 1938 und dem mörderischen Wüten des Kommandos in Lidice knapp vier Jahre später ein Zusammenhang existiert. Die „heim ins Reich“ strebten (dem sie übrigens nie angehört hatten), haben damals den Tätern das Tor zur dann in zwei Schritten vernichteten Tschechoslowakei von innen her aufzubrechen geholfen. Sie hätten nicht gewusst, was sie anrichteten, die Folgen nicht vorhersehen können? Das mag gelten. Doch konnte sie das der Mitverantwortung so wenig entheben wie die „Altreichsdeutschen“, die den 30. Januar 1933 mit heraufführten oder nicht zu verhindern wussten. Hätte nicht aber 1945 Unwissenheit als mildernder Umstand und das „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht ...“ gelten können? Manche Richter anerkennen derlei Umstände, und Götter mögen um sie wissen, die Geschichte nicht. In deren Verlauf vergibt nicht der Herr, sondern es vergeben allenfalls die Opfer. Die müssten darum gebeten werden, anstatt ihnen und deren Nachfahren Forderungen zu präsentieren und zu behaupten, man selbst habe die Lektion gelernt, und nun wären die Tschechen an der Reihe.

Leseempfehlung: Von Lidice bis Kalavryta. Widerstand und Besatzungsterror. Hrsg. Loukia Droulia u. Hagen Fleischer, Metropol Verlag, Berlin 1999.

junge Welt, Montag, 10.06.2002.

Platz für die „Arier“ schaffen

Der „entsiedelte Jude“ und Speers Hauptstadtpläne

Die Methode, nach der Bücher aus der Welt der Wissenschaft vorgestellt werden, scheint sich hier zu Lande der unter anderem in Italien viel geübten Praxis anzunähern: Nicht der Autor erhält als erster das Wort, sondern die ersten Leser seines Werkes. Sie können, müssen aber keineswegs nur Experten sein. Der Vorteil des Verfahrens ist einsehbar. Dass der Urheber von seinem Text eingenommen ist, darf vorausgesetzt werden, sonst hätte er ihn schwerlich „in die Welt gesetzt“. Die Empfehlung der Nichtbeteiligten mag also in den Ohren der Zuhörenden mehr wiegen. So wohl auch, als dieser Tage Susanne Willems Buch vorgestellt wurde, das auf ihre Dissertation zurückgeht und dem sie den Titel „Der entsiedelte Jude“ gab – eine der widerwärtigen Wortwendungen aus der Bürokratensprache der deutschen Judenverfolger.

Zunächst empfahl Senator Thomas Flierl das Buch als Beitrag zu einem unbekannten, weil bislang unerforschten Thema der Geschichte Berlins am Ende der 30er und zu Beginn der 40er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Was vorliegt, nannte er nicht nur lesenswert, sondern auch lesbar. Das Gewicht des Lobes konnte ermessen, wer ein Bild von der dokumentarischen Hauptquelle besitzt, aus der das Tatsachenmaterial geschöpft wurde: Akten des Oberfinanzpräsidenten. Dann sprach Wolfgang Scheffler, emeritierter Professor der TU Berlin, über die Geschichte der Erforschung des Lebens der Juden in der damaligen Reichshauptstadt, als sie zunehmend ausgegrenzt und drangsaliert unter den „arischen“ Berlinern lebten. Erst dann kam die Autorin zu Wort.

Ihr Buch sei ein Beitrag zur jüngst in Gang gekommenen Erforschung des Lebens der Juden zwischen dem Pogrom von 1938 und ihrer Deportation „nach dem Osten“. Erfasst werde die soziale Lage der Verfolgten unter der Fragestellung: Wie wohnten sie, wie waren sie behaust, nachdem ihnen der Mieterschutz genommen war, sie aus ihren Wohnungen verwiesen, in Judenhäusern zusammengepfercht wurden. Anschaulich war davon – leider – wenig die Rede, wenngleich ausgewählte Familiengeschichten genügt haben würden, Vorstellung von einem quälenden, zermürbenden, mancher Lebenskräfte schon überfordernden Abstieg zu geben.

Die Auslassung besaß einen Grund. Der liegt in der von Willems scharf herausgearbeiteten Besonderheit des Geschehens in Berlin. Hier verband sich Judenverfolgung mit den Plänen zum Umbau der Stadt in das gedachte „Germania“. Die Stelle, die diese entwarf und seit 1937/38 vorantrieb, das Amt des Generalbauinspekteurs Albert Speer, fand in den von Juden bewohnten Räumen die Reserve, auf die sich zugreifen ließ, um „Arier“ unterzubringen, deren Häuser zum Abriss bestimmt wurden. So sollten Plätze und Fluchten entstehen, wo sich der auch größenwahnsinnige Leibarchitekt des „Führers „auszutoben vermochte. Nachgewiesen wurde, dass Speer und sein Amt Initiator der Liquidierung des Mieterschutzes für Juden war, schon im Frühjahr 1941 auf den Beginn der Deportation drängte, schließlich die Aufnahme in die Deportationslisten in Zusammenarbeit mit der Gestapo maßgeblich mitbestimmte. So entstand ein Beitrag gegen die „Speer-Legende“. Ob sie durch ihn den Todesstoß erhalten wird, ist so unwahrscheinlich wie ein Schritt Joachim Fests, der sein einschlägiges Buch vom Markt nehmen und es umschreiben müsste.

Da stand eine Frage im gut aufgeheizten Saal des Ribbeck-Hauses, in dem sich trotz italienisch-hochsommerlicher Temperaturen ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte: Wie hätte das Urteil über Naziminister Speer gelautet, wenn seine Richter 1946 gewusst hätten, worüber Lesende sich nun informieren können? Thomas Kuczynski merkte mit Dank an Verfasserin und Verlag an, dass die benutzten Quellen nicht nur exakt ausgewiesen, sondern wo nötig auch kritisch beschrieben werden und – wie hinzugefügt werden kann – die Anmerkungen benutzerfreundlich sich am jeweiligen Seitenende befinden. Soviel „Komfort“ ist selten geworden.

Susanne Willems: Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau, Edition Hentrich, Berlin 2002. 480 S., geb., 20,95 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 21. Juni 2002, S. 13.

Zur Wolga! Zum Erdöl!

Todesurteil Stalingrad (Teil II)

Vor 60 Jahren: – Wir essen Honig mit Löffeln, bis uns übel wird, und am Abend essen wir gekochten Schinken. – Am 28. Juni 1942 begann die Sommeroffensive der deutschen Wehrmacht.

Der Krieg gegen die Sowjetunion war soeben in das zweite Jahr gegangen, als der deutsch-faschistische Sicherheitsdienst in einem Bericht feststellte, in der Bevölkerung herrsche zunehmende Beunruhigung über dessen weiteren Verlauf. Seit Monaten waren die Deutschen mit der Aussicht vertröstet worden: Käme erst das Frühjahr, werde sich der Stellungskrieg, als der ihnen das Geschehen an der Front im Osten vorkam, wieder in einen Bewegungskrieg wandeln. Dann, so die verbreitete Vorstellung, würde erreicht werden, was 1941 verfehlt wurde: der Triumph über den Kriegsgegner im Osten.

Sorgen an der Heimatfront

Nun war das Frühjahr 1942 schon ins Land gegangen und die erhoffte große Offensive ausgeblieben. In der Gerüchteküche brodelte es. Es war die Rede davon, dass im Osten ein ausgedehnter Wall erbaut, an einen erneuten Generalangriff gar nicht mehr gedacht werde. Andere fürchteten, dies wäre das Eingeständnis, dass die eigenen Kräfte für eine Anstrengung wie der vom Vorjahr nicht mehr ausreichten. Jedenfalls war für die Beobachter der Stimmungen der Teil der Volksgenossen deutlich im Zunehmen begriffen, der sich nicht mehr auszudenken vermochte, wie der Krieg gegen das Riesenland und dessen Verbündete – Großbritannien mit seinen Dominien und Kolonien und die USA – zu einem für Deutschland siegreichen Ende gebracht werden könnte.

Dass der Weg zum ersehnten Frieden nicht durch die nordafrikanische Wüste führe, sondern an der Ostfront entschieden werden müsste, war unstrittig. So hielten sich die Erwartungen durchaus in Grenzen, die sich an den von der Wehrmachtspropaganda täglich herausgestellten Vormarsch der deutsch-italienischen Truppen des Feldmarschalls Erwin Rommel in Ägypten knüpften. Dort waren gegnerische Stellungen bei El Alamein 100 Kilometer vor Alexandria erreicht worden. Das nährte Träume, es sei der Suezkanal in greifbare Nähe gelangt. Doch selbst wer das glaubte, konnte nicht meinen, dass dieser Erfolg das Kriegsende wesentlich näherbrächte. Millionen Deutsche wurden nach den Erfahrungen des Winters 1941/1942 von der Sorge beherrscht, dass der Krieg an der Ostfront die Gesundheit, wenn nicht das Leben enger Verwandter und Freunde kosten könne und am Ende nur Zufälle darüber entscheiden würden, wer äußerlich heil davonkäme.

Die Tage der Kriegshochstimmung – sie entstand im Sommer 1940 mit dem als Tor zum Frieden missdeuteten Sieg über Frankreich – waren vorbei. Niemand glaubte mehr an – Blitzsiege. Verflogen war auch die Illusion, es gelte im Osten einen Koloss auf tönernen Füßen zum Einsturz zu bringen. Die Deutschen begannen sich darauf einzustellen, dass ihnen Schlimmes erst noch bevorstand und sei es auch nur die Steigerung der Entbehrungen im Alltag. Beständig wurde über die zunehmend schlechtere Ernährung geklagt und den vor allem Frauen zufallenden, stets mehr Zeit in Anspruch nehmender Aufwand, die Familien zu beköstigen. Gäbe es jetzt, im Frühsommer, schon so wenig Obst und Gemüse, wie würde das im nächsten Kriegswinter werden? Denn das der bevorstehen könne, sahen mehr und mehr Deutsche aufgrund eigener Beobachtung und selbst gewonnenen Urteils voraus. Dabei wurde, um die Kriegsstimmung im Reich nicht weiter verfallen zu lassen, im ganzen besetzten Europa zusammengeraubt, was irgend zu kriegen war. Und es war deutschen Verbrauchern durchaus bewusst, wovon sie lebten, woraus ihnen – das verriet etwa der Verweis auf die dem eigenen Zugriff offene landwirtschaftlich-gärtnerische Produktion der Niederlande – aber Skrupel nicht erwuchsen.

Es war ein Zufall, dass just an dem Tage, an dem der Sicherheitsdienst über enttäuschte Erwartungen und Zweifel der Deutschen berichtete, an der Ostfront jene Offensive begann, von der sich ihre Planer versprachen, dass sie die Rote Armee auf den Tod schwächen werde. Die Kalender zeigten den 28. Juni 1942, als die Heeresgruppe Süd das Unternehmen – Blau – eröffnete. Wieder wurde, wie es in der verhüllenden Sprache der Militärs hieß, – angetreten – nicht auf dem Kasernenhof, nicht zur

Parade, nicht auf dem Manövergelände, sondern zum Sturm, der Hunderttausende in den Tod führen sollte.

Das Ziel hieß Stalingrad. Das erforderte die Forcierung des Don und die Überwindung des Steppenlandes zwischen dem Großen Donbogen und der Wolga. Im Grunde hatte sich der Beginn der Offensive bereits ein wenig verspätet. Während die Deutschen vor dem Hauptangriff die Front zu verkürzen und möglichst günstige Ausgangspositionen zu gewinnen trachteten, hatten ein – am Ende verheerend fehlgeschlagener – Angriff der sowjetischen Truppen und erneute Kämpfe um Charkow ebenso einen unvorhergesehenen Kraftaufwand erfordert wie die lange Bindung der von Erich von Manstein geführten 11. Armee durch die Kämpfe auf der Krim, namentlich um die Land- und Seefestung Sewastopol. Nun aber war ein Millionenheer formiert. Die Truppen unter dem Oberbefehl Fedor von Bocks hatten einen Feldzug in zwei Etappen vor sich. In der ersten sollte die Wolga erreicht und jeglicher Verkehr auf dem Strom unterbunden werden. In der zweiten war das Schwenken nach Süden in den Kaukasus geplant, zu den Ölfeldern von Maikop, Grosny und Baku am Kaspischen See und das Vordringen bis zur türkischen Grenze.

Von Bock besaß Erfahrungen mit der sowjetischen Armee. Sie waren gewonnen, als der von ihm befehligte Angriff der Heeresgruppe Mitte auf Moskau 1941 scheiterte. Ganz wohl war dem daraufhin nur kurzzeitig außer Dienst gestellten Feldmarschall bei der nun gestellten Aufgabe nicht. Der Mann hatte seinen Schlieffen gelesen und mochte sich des Satzes in dessen auf den bevorstehenden Krieg gemünzten Denkschrift aus dem Jahre 1905 erinnern: Wir werden die Erfahrung aller früheren Eroberer bestätigt finden, dass der Angriffskrieg sehr viele Kräfte erfordert und sehr viele verbraucht, dass diese ebenso beständig abnehmen wie diejenigen des Verteidigers zunehmen ... Und nicht nur das: Je weiter seine Heeresgruppe nach Osten vordrang, umso länger würden die Frontflanken werden. Gefährdet erschien von vornherein insbesondere die gegen Norden und Nordosten hin. Die Aufgabe, sie zu schützen, war vor allem der 3. rumänischen Armee zugedacht. Das schien Bock angesichts der schlechteren Bewaffnung der Verbündeten keine verlässliche Lösung zu sein.

Hochstimmung im Hauptquartier

Den Angriff eröffneten die am weitesten nördlich gruppierten Truppen der Heeresgruppe, die zu einer eigenen Armeegruppe unter dem Befehl des Generalobersten Maximilian Freiherr von Weichs zusammengefasst worden waren. Ihren Kern bildete die 6. Armee unter dem Oberbefehl des Generals Friedrich Paulus. Das erste Angriffsziel bildete die Stadt Woronesh. Nach deren Eroberung sollte sich die Offensive nach Süden bis an das Asowsche Meer ausweiten und Kampfhandlungen an einer Front von insgesamt 600 Kilometer entbrennen. Zunächst blieben Erfolge nicht aus. – Im Hauptquartier herrschte Hochstimmung –, erinnerte sich später Albert Speer. Auch Skeptiker waren umgestimmt. Erneut erwies sich, dass nichts so sehr besticht und korrumpiert wie der Erfolg, jener eingeschlossen, der auf einer Missdeutung des Erreichten beruht.

Denn es hatte sich schon während der ersten Tage und Wochen des Feldzugs gezeigt, dass sich, anders als vorgesehen, die – lebendige – Kraft des Gegners so leicht nicht einfangen und ausschalten ließ wie im Vorjahr. Die Zahl der Gefangenen blieb hinter den Erwartungen zurück. Einkesselungen vom Ausmaß des Jahres 1941 gelangen nicht. Zudem befahl Hitler, die Fortschritte weit überschätzend, den ursprünglichen Plan abändernd, die Zweiteilung der Heeresgruppe. Die eine der beiden neugebildeten (B) sollte weiter auf Stalingrad vordringen, die andere (A) das Ziel – Erdöl – nehmen. Der abenteuerliche Gesamtplan gewann dadurch noch an Risikogehalt. Doch drückte sich in dieser Korrektur aus, wie sehr sich dem Obersten Befehlshaber die Bedeutung der wirtschaftlichen Ressourcen für den weiteren Kriegsverlauf bewusst war. Seinen Marschällen und Generalen hatte er in der Absicht, sie und ihre Truppen zu äußersten Anstrengungen voranzutreiben, pathetisch erklärt, aber – wie sich erweisen sollte – nicht mit dem Vorsatz, das Gesagte auch wahr zu machen, er müsse den Krieg – liquidieren –, wenn er nicht an das Erdöl komme.

Bevor noch die erste Quelle des begehrten Rohstoffs erreicht war, wurden bereits umfangreiche wirtschaftliche und organisatorische Vorkehrungen getroffen, sie sogleich fließen zu lassen. Wie die Anlagen zur Gewinnung und Verarbeitung des Erdöls unversehrt in deutsche Hände kommen könnten,

beherrschte Planungen bereits im März 1942. So wurde die Benennung solcher Betriebe verlangt, die während des Vordringens von Angriffen der Luftwaffe ausgenommen und nur in Ausnahmefällen und unter dem Zwang des Kriegsverlaufs zerstört werden durften. Zu den Überlegungen gehörte, Fallschirmjäger einzusetzen, die gegnerische Kräfte hindern müssten, die Anlagen zur Gewinnung und Verarbeitung des begehrten Rohstoffs unbrauchbar zu machen, bevor deutsche Landtruppen einträfen. Auch die Verwendung der Facharbeiter wurde vorbedacht. Sie wären hinreichend zu ernähren und von der Deportation als Zwangsarbeiter in das Reichsgebiet auszunehmen.

Die Gier nach den Reichtümern

Ebenfalls noch vor Feldzugsbeginn verstärkte auch die 1941 gegründete Kontinentale Öl Aktiengesellschaft ihre Aktivitäten. Sie bereitete sich, wie Reichswirtschaftsminister Walther Funk an Hans Heinrich Lammers, den Chef der Reichskanzlei, schrieb, auf – den entscheidenden Einsatz in den zu gewinnenden Ölgebieten – vor. Bohrgeräte standen bereit, Tanker waren in Auftrag gegeben, auch eine französische Ölraffinerie – erworben – worden, deren Anlagen abgebaut und nach Cherson gebracht werden sollten. Die – Privatwirtschaft – hatte Millionen Reichsmark aufgebracht, um den – sofortigen schlagartigen deutschen Wirtschaftseinsatz nach Eroberung der russischen Ölgebiete – zu gewährleisten. Das Zusammenwirken von Staat und – Privatwirtschaft – werde, davon zeigte sich der Wirtschaftsminister in seiner zur Unterrichtung Hitlers bestimmten Information überzeugt, – die Erreichung des höchstmöglichen Nutzeffekts – sichern.

Hitler, sich möglicherweise an die von Raffgier geprägten Kriegszielprogramme deutscher Großunternehmen im Ersten Weltkrieg erinnernd, schien darüber besorgt zu sein, dass deutsche Soldaten den Eindruck gewinnen könnten, sie kämpften für das Expansionsstreben deutscher Monopole. Als die gemischten Gesellschaften zur Ausbeutung der wichtigsten Ressourcen der UdSSR, deren Anteile der Staat und die Privatwirtschaft besaßen, als Monopolgesellschaften bezeichnet wurden, schritt er ein. Göring als sein Beauftragter befahl daher – zur Verhinderung von Missdeutungen – deren Umtaufe in – Ostgesellschaften –. Das war nicht mehr als Kosmetik. Nach dem Endsieg, darüber bestand unter den Wirtschaftsexperten an der Regimespitze Einverständnis, werde sich der Staat nicht als Unternehmer betätigen. Auf kriegsbedingte Übergangsformen würde auch im Osten das – Endziel – folgen: die staatlich gelenkte Privatwirtschaft, in welcher der Einzelunternehmer mit Initiative das Höchstmaß wirtschaftlicher Leistung unter eigenem Risiko erzielt.

Nächst dem Erdöl lockte die Eroberer das Kubangebiet auch wegen seines fruchtbaren Bodens und seiner weiten Felder, auf denen Weizen angebaut wurde. Goebbels sagte seinen Wuppertaler Parteigenossen auf einer Kundgebung am 17. November 1942 unumwunden, wofür dieser Krieg geführt wurde: Jetzt wollen wir die Weizenfelder am Don und Kuban besitzen und wollen damit die Hand auf dem Brotbeutel Europas haben! Wir wollen jetzt die Ölquellen und die Eisen-, Kohlen- und Manganlager besitzen. Wir wollen uns einen kolonialen Besitz auf eigenem europäischem Raum schaffen. – Und Hitler bekannte, freilich nicht vor einem großen Publikum, am 12. August 1942: – Die Nutznießer dieses Krieges werden wir sein. Dick und fett werden wir aus diesem Krieg hervorgehen. Hergeben tun wir nichts mehr; wir nehmen alles, was wir brauchen können.

Nehmen – das gehörte da schon zum Alltag der deutschen Soldaten, die in der 6. Armee noch glaubten, mit der Eroberung Stalingrads werde eine Wende erreicht und das faktische Ende des Krieges im Osten erzwungen sein. Einer der Krieger, ein Kompanieführer in einer Infanteriedivision, schrieb noch guter und bester Dinge in sein Tagebuch: – Ich habe noch nie so viel gegessen wie hier. Wir essen Honig mit Löffeln, bis uns übel wird, und am Abend essen wir gekochten Schinken. – Die deutschen Armeen begannen, das Land im buchstäblichen Sinne kahl zu fressen und obendrein in einer Weise, die auch gegen sie selbst schlagen musste. Ein leitender Veterinäroffizier beschwerte sich über die wilden, über den eigenen Bedarf und die festgesetzten Verpflegungssätze hinausgehenden Viehschlachtungen, vorgenommen insbesondere von den – nachziehenden Truppen –, Ihr fielen Zugochsen, ohne welche die Landwirtschaft nicht auskommen könne, ebenso zum Opfer wie hochträchtige Sauen. Das werde sich im kommenden Winter 1942/1943 noch bitter rächen.

Doch die Gier nach den Reichtümern des Landes, die heute mit dem formelhaften benutzten Begriff vom rasseideologischen Vernichtungskrieg nahezu ganz verdeckt wird, war das eine, der Umfang der eigenen militärischen Kräfte ein anderes. Über hinreichende Kräfte, mit denen sich die gesteckten Ziele verwirklichen ließen, verfügte keine der beiden deutschen Heeresgruppen. Und mit jedem Schritt vorwärts verzeichneten die Armeen Verluste und Einbußen, die wegen des Fehlens von Reserven nirgendwo vollständig ausgeglichen werden konnten.

Im Reich ließen Meldungen und Sondermeldungen aus dem Hauptquartier nichtsdestoweniger noch neue Hoffnungen aufkeimen, bei den gläubigen Nazis und bei Kriegsbegeisterten gar auch ins Kraut schießen. Hitler, nicht anders als 1941, nährte sie, als er von seinem in die Ukraine verlegten Hauptquartier Ende September nach Berlin kam, um hier ein weiteres Kriegswinterhilfswerk mit einer Rede zu eröffnen. Mit seinen Fähigkeiten als Feldherrn prahlend, erklärte er, der Kampf um Stalingrad werde so geführt, dass es nicht zu einem – zweiten Verdun – käme, also nicht zu jenem Menschenmassen mordenden – Verlauf, der die 1916 gescheiterten Versuche der kaiserlichen Armee kennzeichneten, die das französische Festungsgebiet zu erobern und den Gegner in ihn ausblutende Kämpfe zu verwickeln trachtete.

Kämpfe von Ruine zu Ruine

Da hatten deutsche Truppen am 23. August 1942 zwar nördlich von Stalingrad auf einem schmalen Streifen die Wolga erreicht, aber die Absicht, die Stadt aus der Bewegung nehmen und sich an einer breiteren Frontlinie an der Wolga festsetzen zu können, verfehlt. Es begannen, wie es in der Eintragung im Kriegstagebuch der Luftflotte 4 am 22. September hieß: – Elende Kämpfe von Ruine zu Ruine, von Keller zu Keller! – Ein deutscher General der Stalingrad-Armee schrieb später: – Die Zeit der Operationen war endgültig vorbei. Aus der Weite der Steppe sickerte der Krieg ein in die durchfurchten Berghänge der Wolga mit ihren Schluchten, Waldstücken und Balkas, in den porösen, unterhöhlten, zerschnittenen, von Eisen, Beton und Stein überbauten Stadt- und Fabrikbereich ... Der Kilometer als Maßeinheit wich dem Meter, die Generalstabskarte dem Stadtplan. Um jedes Haus, jede Fabrikhalle, um Wassertürme, Bahnabschnitte, Mauern, Keller und schließlich um jeden Trümmerhaufen tobte ein Kampf ... – Die Inbesitznahme der Stadt Stalingrad und die Blockade des gewaltigsten der europäischen Ströme waren Ende September nicht erreicht, an den geplanten Vorstoß entlang des Flusses südwärts bis Astrachan konnten nur Phantasten denken. Doch Hitler erweckte den Eindruck, als verlaufe alles nach seinem Plan. Die meisten Deutschen glaubten ihm, ungeachtet seiner leeren Prognosen, die er ein Jahr zuvor hatte hören lassen, immer noch.

junge Welt, Freitag, 28.06.2002, S. 10.

„Wehrsold fürs Lügen“

Unsere Überschrift zitiert den *„Tagesspiegel“* vom 14. Dezember 1945. Der berichtete, dass bis in die letzten Wochen des Krieges Soldaten der Wehrmacht in Berlin unterwegs gewesen wären, die nur scheinbar aus eigenem Antrieb in der Bevölkerung für das Aus- und Durchhalten Propaganda gemacht hätten, in Wahrheit aber einen freiwillig übernommenen Auftrag ausführten, für den sie Sold erhielten und, was ihnen wichtiger sein mochte, der Einreihung in das allerletzte Aufgebot für die Front entgingen. Das Unternehmen mit der Bezeichnung „Mundpropaganda-Aktion“ bezeugte das einträchtige Zusammenwirken von Nazipartei, Staat und Wehrmacht, jeweils vertreten durch ihre Propaganda-Institutionen, die der Wehrmacht gehörten, zum Oberkommando und waren in den Wehrkreisen durch besondere Offiziere etabliert. Dieses vaterländische Ruhmesblatt ist bald wieder zugeschlagen worden. Präsentiert wurden mit Vorliebe Berichte vorgeblicher Rettungsaktionen „unserer“ Feld- und Marineblauen, die in den letzten Kriegswochen so viele Zivilisten dem bolschewistischen Zugriff entzogen hätten.

Verständlich auch, dass auf den Zeitungsbericht keiner der an der Aktion beteiligten Soldaten „Hier“ gerufen hat und sich gedrängt fühlte, zur „Aufarbeitung“ dieser Geschichte beizutragen. Welcher Nazi wollte in derlei Zeiten auch zusätzlich auf sich aufmerksam machen? Denn es waren zumeist sogenannte „alte Kämpfer“ gewesen, Leute also, die vor dem 30. Januar 1933 sich der Hitlerpartei anschlossen, die ausgewählt wurden, um dem – rapide – schwindenden Vertrauen zur Führung und zum „Führer“ entgegenzuwirken. Das wurde ihre Hauptaufgabe und von ihren Einsätzen, zu denen sie uniformiert, mitunter aber auch in Zivil auszogen, brachten sie Eindrücke mit, die sie in Stimmungsberichten aufschrieben und die wiederum von ihrem Vorgesetzten zusammengefasst und „nach oben“ an Partei- und Wehrmachtsbonzen weitergegeben wurden. Im Wehrkreis Berlin oblag das einem schreibfreudigen Oberstleutnant Wasserfall – nomen est omen –, der auch wusste, was er an seinem Posten hatte. Dessen Berichte sind am dichtesten überliefert. Mit anderen aus Hamburg, Wien und Nürnberg stammenden wurden die Texte jüngst vollständig veröffentlicht, kommentiert und von Wolfram Wette erfreulich knapp und informativ eingeleitet. Damit ist ein weiterer Blick auf die Reste des Tausendjährigen Reiches im Stadium seines Untergangs und seiner Agonie möglich. Gewiss, was besichtigt werden kann, ist nicht überraschend oder gar sensationell. Doch illustriert es auch nicht nur und noch einmal schon Bekanntes. Wer das Buch zur Hand nimmt, erfährt etwas über seine Vorfahren. Da kann er ins bloße Wundern geraten, sich aber auch befragen, wie weit er sich von deren Denken, Tun und Lassen entfernt hat.

Auf die Idee, Soldaten, die momentan oder dauernd nicht frontdiensttauglich waren, an der „Heimatfront“ zu verwenden, um die verfallende Stimmung aufzumöbeln, war im Oktober 1943 im sächsischen Chemnitz ein Oberfunker gekommen, der möglicherweise seinem Namen zusätzlich Ehre machen wollte. Er hieß Fuchs. Der Mann, über dessen Biographie nichts weiter mitgeteilt wird, wusste, dass, während in erheblichen Teilen der deutschen Bevölkerung Skepsis gegenüber den offiziellen Berichten der Wehrmacht wuchs und auch andere amtliche und obrigkeitliche Verlautbarungen als „bloße Propaganda“ abgetan wurden, die Meinung von „Frontsoldaten“ über die Kriegslage hingegen noch begierig und weithin unkritisch aufgenommen wurden. Erklärte ein Urlauber, mit Orden hochdekoriert, dass die Sowjets jetzt schon Frauen und Kinder in den Kampf schickten, ließ das Hoffnungen keimen und sich verwurzeln. Lobte ein „Frontschwein“ Verlässlichkeit und Durchschlagskraft deutscher Waffen, rückte der Endsieg ein Stück näher. Mit diesem Pfund ließ sich wuchern, dachte und sagte Fuchs und fand Gehör.

Bis zur Erprobung des Einfalls brauchte es Zeit. Wien, die hauptsächlich von den wohl fälschlich als weniger verlässlich geltenden „Ostmärkern“ bewohnte Stadt, wurde dafür ausgewählt. Zunächst mussten im Wehrmachtspersonal Nazis gefunden und auf ihre Verlässlichkeit überprüft, auch eingewiesen, dazu zu strikter Geheimhaltung verdonnert werden. Dann konnte es losgehen. Die konfliktlos zusammenwirkenden Dirigenten der Wehrmacht und der Nazipartei vor Ort waren begeistert. Minister Goebbels lobte das Unternehmen. Bei einer Zwischenbilanz wurde bestimmt, es solle bis zum 30. Juni 1945 fortgesetzt werden. Ganz ist das nicht gelungen. Der letzte Bericht stammt vom April. Dann war ja auch bald und definitiv Schluss.

Schluss hieß auch das Verlangen, dem die Ausgesandten in Gaststätten, Kinos und Verkehrsmitteln, an Haltestellen und auf Bahnhöfen, in Luftschutzkellern und -bunkern bei Gesprächen oder einfach als Zuhörende wieder und wieder begegneten. Der Krieg sei sinnlos, erfordere unnötige Blutopfer, wäre ohnehin verloren. Das Morden müsse enden. Neben diese Berichte wären Akten derjenigen zu legen, die bis in die letzten Kriegsstunden die „Defaitisten“ verfolgten, ergriffen, aburteilten und hinrichten ließen. Indessen kann nicht bezweifelt werden, dass in der Endphase des Krieges öffentlich und mit Zustimmung von Menschen, die einander unbekannt waren, folgenlos Ansichten geäußert werden konnten, die in früherer Kriegsetappe von den Zuhörenden allenfalls schweigend hingenommen und vermutlich von Denunzianten gemeldet worden wären. Insbesondere die Berichte für das Jahr 1945 zeigen ein Regime in Auflösung. Seine Macht war noch groß, aber seine Arme schrumpften doch auch schon.

Unter den vielen Themen – von der beklagten Ernährungssituation bis zur psychischen und ideologischen Auswirkung der Bombenangriffe, von zunehmendem Tauschhandel bis zu empörten Äußerungen über die ungleiche Verteilung der Kriegslasten – und aus der Unzahl von mitgeteilten einzelnen Beobachtungen können einige besonderes Interesse beanspruchen: Immer wieder werden Episoden über das Verhältnis von Deutschen und Ausländern mitgeteilt, die deutlich zwei Verhaltensweisen erkennen lassen. Die eine klagt über „herumlungernde Ausländer“ und „faulenzende Kriegsgefangene“, die zur Arbeit angetrieben werden sollten. Die andere, vor allem in öffentlichen Verkehrsmitteln beobachtete, bezeugt unverborgene Distanz gegenüber Schikanen, mitunter auch Parteinahme für die nach Deutschland Verschleppten. Während „Volksgenossen“ Ausländer von ihren Plätzen in überfüllten S-Bahnen aufjagen, weigern sich deutsche Frauen demonstrativ, die freigemachten Sitze einzunehmen, ja es wird sogar mitgeteilt, dass es in einem Falle zu einer heftigen Auseinandersetzung mit einem Soldaten gekommen sei, der gegen einen Ausländer tätlich wurde. Schwer entscheidbar, ob das mit schielendem Blick eine Art Investition in die herannahende Nachkriegszeit war oder ob sich da, spät gewiss, bei Deutschen als Folge ihrer eigenen wachsenden Verelendung auch Anteilnahme am Elend des Feindes zu rühren begann.

Mehrere Berichte sagen auch, welche Gedanken öffentlich über Kommendes ausgesprochen wurden. Die Bolschewisten-Furcht gehe zurück. So schlimm würde es nicht kommen. Der „Iwan“ werde sich an die Nazis, nicht an die Arbeiter halten. Hamburger sind sicher, dass der „Tommy“ komme, Berliner wünschen sich die „Anglo-Amerikaner“ herbei und lassen gar Freude über deren Vordingen über den Rhein erkennen. Dass, wer auch immer zuerst käme, eine Rechnung präsentieren werde, erschien gewiss – für das, was in anderen Ländern angerichtet worden sei und was Juden angetan wurde. Die Leute wussten mithin Bescheid, nicht alle und nicht alles, aber hinreichend viele viel genug. Und sie schienen sich, folgt man dem Aufgezeichneten, nicht gegen die Vorstellung aufzulehnen, dass derlei Abrechnung bevorstehe und gezahlt werden müsse. Das taten sie erst später als Bundesbürger und Neuverbündete. Ungleich weniger beschwert als es die „kleinen Leute“ waren, wurden von den Spitzeln, die kaum noch irgendetwas zur Beeinflussung der Stimmung zu tun vermochten, zwei Hamburger Großkaufleute angetroffen. Die unterhielten sich darüber, dass das Ausland nach dem Kriege doch „deutsche Maschinen“ brauchen und kaufen werde, und beruhigten sich bei dem Gedanken, es werde bis zur Rückkehr zu ihren gewohnten Geschäften nur noch wenige Wochen dauern.

Die tiefe Kriegsmüdigkeit bewirkte indessen eines nicht: Widerstand. Eine Meldung, Hamburg betreffend, besagt, dass überall Missmut und „Kritik“, nirgendwo jedoch aufwieglerisches Verhalten angetroffen worden sei. Ein einziges Mal wird eine Klage erwähnt, die in einem Berliner Luftschutzkeller zu hören gewesen sei: „Wenn unsere Soldaten klug wären, wie 1918, dann wäre der Krieg schon vorbei!“ Lautstarke Proteste fanden nur in der Dunkelheit und Anonymität von Filmtheatern statt. Als die Wochenschau mit der Goebbels-Rede gezeigt wurde, in der er – es war bei seinem letzten öffentlichen Auftritt in Görlitz – nach der Rückeroberung der Stadt Lauban neue Offensiven ankündigte, erklang aus dem Publikum überall ungeniert Hohngelächter. Und in einem Berlin-Zehlendorfer Kino setzte eine aufgebrachte Menge durch, dass die Reihenfolge der zu zeigenden Filmstreifen vertauscht wurde. Sie wollte zuerst den Spielfilm, danach erst die Wochenschau vorgeführt erhalten. Und das muss noch nicht einmal als Protest gegen die Propagandaschau angesehen werden. Sie wusste

einfach, mit welcher Regelmäßigkeit die Sirenen erklangen und in die Luftschutzkeller riefen. Da wollten die Besucher für ihr Geld den Spielfilm ganz gesehen haben.

Das letzte halbe Jahr. Stimmungsberichte der Wehrmachtpropaganda 1944/45. Hrsg. Wolfram Wette, Ricarda Bremer, Detlef Vogel, Klartext Verlag Essen 2001, 449 S. (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge. Hrsg. Gerhard Hirschfeld, Bd. 13)

konkret, 2002, Heft 8, S. 34.

„... alles beym Militär ist Verwüstung“

Aus der Historikerwerkstatt: Scharnhorst in der Nachhut.

Andere aus dem Kreis der „preußischen Reformer“ hätten lange vor ihm gewichtige Werkausgaben erhalten, mit denen ebenso ihres geschichtlichen Verdienstes gedacht wie der Forschung ein Dienst erwiesen worden sei. Gerhard von Scharnhorst hingegen musste lange auf „seine“ Edition warten. Ein vergleichbares Vorhaben habe zwar existiert, sich aber zu einer „unsäglichen“ Geschichte entwickelt. Dies sagte Johannes Kunisch (Köln), als er kürzlich im Bundesministerium für Verteidigung den ersten, vorzüglich gearbeiteten Band einer Edition vorstellte, mit der die „unsägliche Geschichte“ nun beendet werden soll.

In der Tat: Publikationen, die sich mit diesem Militär befassten, bilden eine dichte Reihe. Kein deutscher Staat im vergangenen Jahrhundert, der sich nicht seiner annahm. Am stärksten in den faschistischen Jahren. Da erhielt auch ein Schlachtschiffneubau den Namen „Scharnhorst“ (vordem war allerdings schon in Kaiserzeiten ein schwimmendes Kriegsgerät nach ihn getauft worden). Zuerst, im französischen Brest ankernd, bedrohten es 1941 gegnerische Luftangriffe; es sank dann 1943 mit nahezu 2000 Mann im Nordatlantik in einem Gefecht auf jener Route, auf der Lieferungen von Kriegsmaterial im Geleitzugsystem die UdSSR erreichten.

Doch nicht auf diese Spur setzte Kunisch die Zuhörer. Er erinnerte an die zweibändige Briefausgabe, die vor dem Ersten Weltkrieg begonnen wurde, aber bei Band 1 stecken blieb, sodann daran, dass eine Werkausgabe, die im Rahmen der Deutschen Forschungsgemeinschaft geplant gewesen sei, nicht in Gang kam, dass schließlich 1983 der Historiker Walther Hubatsch die Idee wieder aufnahm, darüber aber verstarb. 1989 wurde neuer Anlauf genommen, der nun – dreizehn Jahre danach – zu einem Teilergebnis geführt hat. Gut Ding will Weile haben – und Sponsoren. Die Thyssen-Stiftung stand am Anfang, andere Einrichtungen traten hinzu, erst das „zuständige“ Ministerium half über die Ziellinie, hieß es. Das hörte sich an wie eine Werberede für „Anschlussfinanzierung“, und war es wohl auch. Denn der Weg ins Ziel ist weit und weiter als ursprünglich gedacht. Mit diesem Band, der sich wie die weiteren vor allem auf den im Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem befindlichen Nachlass Scharnhorsts gründet, gedachten Herausgeber und Bearbeiter, bereits in die 1801 einsetzenden preußischen Jahre Scharnhorsts zu gelangen. Erheblich gefehlt. Sie kamen bis 1795. Da war der Mann gerade 40 Jahre alt, hatte Soldatenjahre, eine Kriegsschule, Dienst als Fähnrich, Lehrtätigkeit an einer Regiments- und einer Artillerieschule hinter sich, war Hauptmann der Artillerie geworden und auch als Verfasser militärwissenschaftlicher Schriften hervorgetreten. Und er hatte auch bereits an einem Feldzug teilgenommen. Der gehörte zum so genannten Koalitionskrieg, den europäische Groß- und Kleinstaaten gegen das Frankreich der Revolution 1793 begonnen hatten, um dieser den Garaus zu machen. Das missglückte bekanntlich.

An diesen Teil der Scharnhorst-Biografie hätten sich ein paar hübsche gelehrte Betrachtungen zum Thema „Die deutschen Streitkräfte nebst ihren Verbündeten und ihre Planungen und Kämpfe gegen Revolutionen“ knüpfen lassen. Schönste Erörterungen hätten sich auch aus den Briefen, die Scharnhorst an seine Frau Klara sandte, angeboten. Jene wären eine separate „Volksausgabe“ und eine weitere für die Soldaten der Bundeswehr wert. Liest man doch hier Sätze wie: „Ich wünsche, dass dieser Krieg, gerade dieser, geendigt wäre, wenn auch gleich ein anderer folgte.“ Oder: „Gott, was ist das ein Leben, alles beym Militär ist doch Verwüstung.“ Oder: „Der Dumme kömmt hier (im Kriege, K. P.) ebenso gut weg als der Klügere.“ Der stellvertretende Generalinspekteur verzichtete darauf, während der Präsentation des ersten Bandes solche Einsichten zu zitieren. Er werde, sagte der Admiral in charmanter Seemannsart, „den Deibel tun“ und vorlesen, was ihm für seine Begrüßungsrede vorbereitet worden sei. Erwähnung fand aber, dass, als die ersten Soldaten in die Bundeswehr aufgenommen wurden, Scharnhorsts Geburtstag exakt 200 Jahre zurücklag.

Zurück zum Verdienst: Band zwei der Edition werde schon im kommenden Jahr erscheinen. Von weiterem war nicht die Rede, die Zahl der Bände scheint noch unbestimmt. Sollte es bis zum 200. Todestag von Gerhard von Scharnhorst zu Ende geführt sein – er starb 1813 in Prag an den Folgen

der Verwundung, die er in der Schlacht bei Großgörschen erlitt – müssten sich die Bearbeiter wohl sputen.

Gerhard von Scharnhorst. Private und dienstliche Schriften. Bd. 1: Schüler, Lehrer, Kriegsteilnehmer (Kurhannover bis 1795). Hrsg. Johannes Kunisch. Bearbeitet von Michael Sikora und Tilman Stieve. Böhlau Verlag, 2002. 864 S., geb., 80,50 Euro.

Neues Deutschland, Montag, 5. August 2002, S. 12.

Moment mal

Groß, größer, am kleinsten: Mannheimer Professoren stellen vierzehn historische „große Reden“ vor

Ein Hochschullehrer am Rhein, Professor für Alte Geschichte, ist auf die Idee verfallen, in einem Band Reden zu versammeln und vorzustellen, denen das Prädikat „groß“ zugesprochen werden kann. Um das Vorhaben mit Sachverstand zu bewerkstelligen, mobilisierte er sechs seiner engeren Fachkollegen und einen Experten der Literaturgeschichte. Gemeinsam trafen sie die Auswahl. Dann schrieben sie den Reden vorangestellte kommentierende Texte. Die gerieten unterschiedlich lang, mitunter übertreffen sie den Umfang der Rede um ein Mehrfaches.

Das Unternehmen ist risikobehaftet. Wer derlei auf rund 200 Druckseiten vorlegt, bei der Rede des Perikles auf Kriegstote des peloponnesischen Krieges (430 v. d. Z.) beginnt und bei Willy Brandts Auftritt in Berlin 1989, mit der nachträglichen Einfügung des Satzes, das nun zusammenwachse, was zusammengehöre, endet, muss viel auslassen. Darüber mag im Einzelnen und wiederum kontrovers gestritten werden. Denn: Was war, was ist „eine große Rede“? Sie braucht einen großen Gegenstand, über den originell, geistvoll, womöglich mitreißend gesprochen wird. Sie setzt einen geschichtlichen Moment von Belang voraus, eine Situation des Bruchs und Aufbruchs, der Ab- und der Hinwendung, so dass Wirkung in die Zukunft entsteht. Damit ist schon gesagt, dass sie selbst auslösend, fördernd, zu ihr beigetragen haben müsste.

An einige der ausgewählten Reden kann dieser Maßstab getrost angelegt werden. So an Martin Luthers viel gedruckte Verteidigungsrede vor dem Reichstag zu Worms (1521) und an das denkwürdige „I have a dream“ Martin Luther Kings (1963). Auch Winston Churchills Rede von 1940 – „Blut, Schweiß und Tränen“ – aus jenem Moment, da sich abzeichnete, dass Großbritannien nach Frankreichs Niederlage dem deutschen Faschismus allein gegenüberstehen werde, besetzt in der Reihe einen unstrittigen Platz. Mit Sicherheit gehört weiter eine der Ansprachen Otto von Bismarcks, von ihm liegt eine eigene Sammlung unter dem Titel „Die großen Reden“ vor, in den Band. Ausgewählt wurde eine 1881 (im Inhaltsverzeichnis falsch: 1871) im Reichstag gehaltene, in der Bismarck sich für die Einführung der Unfallversicherung einsetzte, sie als christliche Tat bewertete und als Waffe gegen die „Verbrecher“ und „Mörder“, die Sozialisten, empfahl. Am schwersten mag gefallen sein, aus den berühmten Reden des Maximilian Robespierre zu wählen. Nachgelesen werden kann diejenige, die er in einem der kritischen Momente der französischen Revolution 1793 hielt.

Manches andere ist austauschbar, wohl zufällig und unberechtigt in den Band geraten. So Goethe zum Shakespearetag (1771), ein vielleicht im engsten privaten Kreis verlesener Text, der lange nach seinem Tode bekannt wurde und dann die nicht einmal ungeteilte Aufmerksamkeit von Spezialisten der Sturm-und-Drang-Forschung auf sich zog. Gleiches gilt für Aufzeichnungen, die von dem (im einführenden Text überbewerteten) Gespräch zwischen Napoleon und Metternich in Dresden (1813) präsentiert werden. Dass Joseph Goebbels’ Rede von 1943 („Wollt ihr den totalen Krieg“) Aufnahme fand, entspricht ihrer traditionellen Überschätzung, die sich trotz aller den Redner herabstimmenden kritischen Berichte des Sicherheitsdienstes über ihr Echo in Volkskreisen weiter hartnäckig behauptet.

Den historiographisch stärker Interessierten werden im Band die Überlieferungsgeschichten und Texte jener Reden ansprechen, für die es verlässliche Quellen nicht gibt, um die wir aber durch Interessen geprägte Aufzeichnungen von Zeitgenossen, mitunter gar erst von Nachfahren wissen, die niederschrieben, was gesagt worden sein könnte oder – müsste. Das gilt für die schon erwähnte Rede des Perikles, für die der Boudicca (61. n. d. Z.), die zum Kampf gegen die römischen Eindringlinge ermutigte – womit übrigens eine Frau in die 13er Männerreihe kam –, und noch für den Kreuzzugsaufruf des Papstes Urban (1095).

Sieht man von Martin Luther King ab, so scheinen außerhalb Europas „große Reden“ nie gehalten worden zu sein. Auch nicht in der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

Kein Name und kein Text steht für bedeutende Reden, die aus den Bezirken der Wissenschaft vorliegen.

Kai Brodersen (Hrsg.): Große Reden – Von der Antike bis heute. Primus Verlag, Darmstadt 2002, 207 Seiten, 16,50 Euro.

junge Welt, Dienstag, 20.08.2002, S. 18.

„Es steht ein Soldat am Wolgastrand ...“

Todesurteil Stalingrad (Teil III)

Am 21. August 1942 war es Truppen der 6. Armee gelungen, einen Brückenkopf ostwärts des Don zu errichten, von dem der direkte Angriff auf Stalingrad vorgetragen werden sollte. Am darauffolgenden Tage wurde eine Brücke gebaut, die es erlaubte, Panzer überzusetzen. Am frühen Morgen des dritten Tages rollten die Eroberer durch die Steppe dem Strom zu, den sie, ohne auf Widerstand zu stoßen, zu ihrer eigenen Überraschung noch am gleichen Abend erreichten. Die Offiziere und Soldaten, die wenige Kilometer nordwärts von Stalingrad als erste auf die Wolga blickten, gehörten zu einer Panzerdivision, die von General Hube kommandiert wurde. Der durfte sich am Jahresende – da hatte sich das Geschehen an der Wolga bereits total gewendet und seine Truppen waren mit denen der ganzen 6. Armee und Teilen der 4. Panzerarmee von sowjetischen Armeen fest eingeschlossen – im Führerhauptquartier im fernen Ostpreußen einen hohen Orden aus der Hand Hitlers abholen. Nach kurzer Rückkehr in den sogenannten Kessel wurde er wieder ausgeflogen und für seinen weiteren Einsatz an anderer Stelle aufgespart. So entging er der sowjetischen Gefangenschaft und (zunächst) dem Tod. Wieviel von Hubes Panzersoldaten, die an jenem Augusttag an die Wolga kamen und vermeinten, sie wären damit an das Ende ihrer seit Monaten ertragenen Strapazen gelangt, die Stalingrader Schlacht überlebten und nach Kriegsende Deutschland wieder gesehen haben, ist nicht bekannt geworden.

Hoffen aufs Winterquartier

Stalingrad und die Wolga galten in jenen Augustwochen vielen deutschen Soldaten als das lange herbeigesehnte Ende ihrer Anstrengungen, als Schlusspunkt der gesamten Offensive. Viele hofften auf baldigen Heimaturlaub. Manche glaubten, dass das Ende des Krieges im Osten nahe wäre. Einer von ihnen hatte in einem Brief, der die Strapazen der zurückliegenden Wochen und seine Hoffnungen bezeugte, schon am 14. August 1942 nach Hause geschrieben: „Nur der einzige Trost, in Stalingrad haben wir Ruhe und beziehen Winterquartiere, denke, dass es dann auch mal über Winter Urlaub gibt.“ Andere Soldaten, die ebenfalls fest damit rechneten, den Panzersoldaten an den Strom zu folgen, teilten ihren Angehörigen in der Heimat am 24. bzw. 27. August mit: „Bald können wir mit Recht das Lied singen: Es steht ein Soldat am Wolgastrand.“ Und „Das Lied vom Soldaten am Wolgastrand, es wird Wahrheit für uns sein.“

Franz Lehárs ebenso kitschige wie nach ihrer Uraufführung 1927 rasch populär gewordene Operette wurde da zitiert, freilich, ohne dass die Briefeschreiber bedachten, wie der Text fortging, der von einem Soldaten handelte, der an seinen Platz nicht als Eroberer gelangt war, sondern an ihm Wache „für sein Vaterland“ hielt. Der fühlt sich aber auch in dieser Rolle am Strome und in der ihn anschweigenden Steppe, fern seiner Heimat und seiner Jugendzeit gedenkend, ganz und gar einsam und verlassen. Schwer wird es ihm im Herzen, trüb im Sinn, eine Träne steigt ihm gar ins Auge, so dass er sich fragend, klagend und bittend fromm himmelwärts wendet: „Hast du dort oben vergessen auf mich? ... Du hast dort oben viel Engel bei dir! Schick’ doch einen davon auch zu mir.“ Derlei sentimentale Stimmungen sollten die deutschen „Stalingradkämpfer“ erst noch kennenlernen, und nicht nur der Gedanke an Lehárs Operettenlied sollte ihnen vollständig vergehen. In der Tat ist ein späterer Brief überliefert, den ein Soldat im Januar 1943 an seine Eltern richtete, und in dem er ihnen mitteilte, er und seine Kameraden hätten das Wolgalied gesungen. Textfest, wie er war, bezog er sich nun aber auf den Vers „Mein Herz ist schwer und trüb mein Sinn, Ich sitz’ im gold’nen Käfig drin.“ Und den kommentierte er nun so: „Ich sitze hier in einem Käfig – er besteht jedoch nicht aus Gold, sondern aus der russischen Einkreisung.“

Merkwürdig mag erscheinen, dass das deutsche Oberkommando darauf verzichtete, den Vorstoß zur Wolga sogleich in einer Sondermeldung bekanntzugeben. Erst vier Tage später war von einem „weit vorgestoßenen Angriffskeil“ die Rede. Von schnellen Verbänden, „die nördlich der Stadt bis zur Wolga vorgestoßen sind“, sprach erst am 2. September der OKW-Bericht und dann mit der Feststellung, dass sie „mehrere, von stärkeren Kräften geführte Gegenangriffe“ abgewehrt hätten.

Der Vorstoß zur Wolga hatte in der Tat die deutschen Regimenter, die an ihm teilgenommen hatten, in keine beneidenswerte Lage gebracht. Hinter ihnen lag zunächst, da die weiter südlich angreifenden Infanterie-Divisionen so rasch nicht vorankamen, eine nur wenige Kilometer breite schlauchartige Verbindung zu den westlich zurückgebliebenen eigenen Kräften. An den nordwestlichen Zugängen der Stadt, die eigentlich aus der Bewegung heraus erobert werden sollten, entwickelten sich mit deren Verteidigern erbitterte Gefechte. Im vorstädtischen wie später im städtischen Gelände aber ließ sich die Überlegenheit der eigenen Panzermassen und der Luftwaffe nicht derart einsetzen wie bisher in der Steppe.

Vor allem hatte das Vordringen ostwärts eine schon aus den deutschen Feldzugsplänen absehbare unsichere Lage geschaffen: An der verlängerten Front nach Norden hin sahen sich die Eroberer Angriffen sowjetischer Armeen ausgesetzt, mit denen die immer härter bedrängten Verteidiger der Stadt entlastet werden und den am weitesten vorangekommenen deutschen Kräften die rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten werden sollten. Letzteres misslang zwar im September, doch zeichnete sich zu diesem früheren Zeitpunkt bereits die Möglichkeit ab, dass das „Unheil“ von Norden her hereinbrechen könnte.

Der kommandierende General des Panzerkorps, das sich mit seiner zuerst zur Wolga gelangten Division in die Siegerliste eingetragen hatte, sah keine andere Möglichkeit, als die gefährliche Position aufzugeben, einen unerzwungenen Rückzug anzutreten und weniger angreifbare und prekäre Stellungen zu beziehen. Von Wietersheim wurde daraufhin auf Vorschlag von Armeeoberbefehlshaber Friedrich Paulus prompt abgelöst und zu seinem Nachfolger der Kommandeur jener Division bestimmt, die als erste zum Hochufer gelangt war. Hube war sein Name. Zweifler wurden als Truppenführer nicht geduldet.

„Alles brannte und stürzte ein“

Seit jenem 23. August, als die Luftwaffe den Panzertruppen den Weg nach Osten gebahnt hatte, richtete sie auch verheerende Bombardements gegen die Stadt, die alle bisher im Krieg gegen die UdSSR unternommenen Angriffe noch übertrafen. Die „Riesenstadt stand in Flammen. Alles brannte und stürzte ein“, erinnerte sich W. I. Tschuikow, Oberbefehlshaber der schon während des Rückzugs in das Umfeld der Stadt schwer angeschlagenen sowjetischen 62. Armee, die gemeinsam mit der 64. die Hauptlast der Verteidigung Stalingrads zu tragen hatte, später. Am 26. August kämpften die deutschen Angreifer westlich der Stadt, und am letzten Augusttag meldete das Führerhauptquartier, die deutschen Truppen stünden auch südlich der Stadt, von ihr noch 25 Kilometer entfernt.

Am 7. September 1942 benutzten die Autoren des OKW-Berichts zum ersten Mal die Kennzeichnung „Schlacht um Stalingrad“, die – wie andere Formulierungen lauteten – auf einem „Festungskampffeld“ oder in einem „Festungsgebiet“ stattfand, wiewohl bei allen rasch errichteten Verteidigungsanlagen der Zustand von Stadt und Umgebung die Bezeichnung Festung nicht rechtfertigten. Von den dort erzielten Fortschritten gaben die Berichte jenen, die auch nur über ein geringes Vorstellungsvermögen geboten, hinreichend Aufschluss. Gekämpft wurde um „bedeutenden Geländegewinn“, „Höhenstellungen“ und „beherrschende Höhen“, „stark ausgebaute Stellungssysteme“ und „Befestigungsanlagen“, „befestigte Häuserblocks“ und „stark befestigte Bunker“, zuerst am „Stadtrand“, dann im „Zentrum“, schließlich im „Stadtkern“. Am 11. September war von deutschen Truppen auch ein Uferstreifen der Wolga südlich Stalingrads besetzt worden.

So ging es mit der Berichterstattung im September fort. Nur ein Bericht, der vom 21. September, erweckt den Eindruck, es könnte diese Schlacht demnächst zu Ende gehen. „In einzelnen Stadtteilen von Stalingrad,“ hieß es da, „dass der Feind unter Zuführung neuer Kräfte verzweifelt zu halten versucht, sind noch erbitterte Straßenkämpfe im Gange.“ Tags zuvor hatte der Chef des Heeresgeneralstabes in das Kriegstagebuch aber notiert: „Bei Stalingrad macht sich das allmähliche Ausbrennen der Angriffstruppe fühlbar.“ Dann wurde in einer Meldung Anfang Oktober schließlich nichtssagend geschrieben, es seien die für diesen Tag „gesteckten Ziele“ erreicht worden. Am 7. Oktober, schrieb Paulus in einem Brief an General Schmundt, den Chefadjutanten der Wehrmacht bei Hitler und Chef des Heerespersonalamtes, in einem Brief: „Der Kampf um Stalingrad verläuft sehr zäh ... Das Ganze

ist eine Menschen- und Zeitfrage ... Aber wir werden mit dem Russen schon fertig.“ Wer das zu lesen verstand, konnte ins Grübeln geraten. Menschen, das hieß im Denken der Militärs Reserven, standen kaum noch zur Verfügung. Und Zeit? Der zweite „russische“ Winter stand da schon auf der Schwelle.

Des „Führers“ Trost

Hitler kam aus seinem Hauptquartier in der Nähe der ukrainischen Stadt Winniza am 30. September zur Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes nach Berlin, um auf einer jener traditionellen Massenkundgebungen im Sportpalast zu reden, die stets Stärke, Geschlossenheit, ja Unüberwindlichkeit demonstrieren sollten. Nicht nur die Partei-, sondern auch viele „Volksgenossen“ erwarteten ein ermutigendes Führerwort. Noch ahnten die wenigsten, dass sich an der Ostfront eine militärische Krise anbahnte, die jene des Winters 1941/1942 übertreffen sollte. Die deutschen Truppen hatten zwar gewaltige Landgewinne gemacht. Doch waren sie auf dem besten Wege, sich „totzusiegen“. Die eigenen Kräfte an den mehr als 2.000 Kilometer langen neuen Frontlinien zwischen Woronesh im Norden und dem Kaukasus überdehnten die eigenen Kräfte längst. Die Verluste an Toten, Verwundeten und Vermissten summierten sich und waren nicht ersetzbar. Gleiches galt für das bei Kämpfen verlorengegangene oder einfach überbeanspruchte Kriegsmaterial. Die Soldaten waren vielfach so nahe am Ende ihrer Kräfte wie Zehntausende Pferde, die eigenen wie jene, die im eroberten Gebiet zusammengetrieben worden waren. Im Generalstab war es wiederholt zu Auseinandersetzungen über das weitere Vorgehen gekommen. Hitler hatte inzwischen Generalfeldmarschall Kluge, den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A, die entlang der Schwarzmeerküste bis an die türkische Grenze hatte vordringen sollen, seines Postens enthoben. Und eben war auch sein bis dahin engster Berater in Sachen des Ostfeldzuges, der Chef des Heeresgeneralstabes, Generaloberst Franz Halder, der diesen Posten seit 1938 als Nachfolger des damals entlassenen Ludwig Beck innehatte, in die „Führerreserve“ geschickt worden. Vor allem: Das Ziel, die sowjetischen Streitkräfte auf den Tod zu schwächen, war unerreicht. In der deutschen Bevölkerung wurde längst darüber gerätselt, woher die unerschöpflichen Kräfte dieses Gegners kämen und wodurch sie gespeist würden.

Hitler gab dem ausgesuchten Publikum im Sportpalast und den Rundfunkhörern eine Erfolgsbilanz des Sommerfeldzugs und suchte sie alle – Tausende im Saal und Millionen an den Radiogeräten – davon zu überzeugen, dass der Krieg im Osten praktisch schon gewonnen sei. Zugleich, was so recht zueinander nicht passen wollte, bereitete er sie darauf vor, dass es dort einen weiteren Kriegswinter geben werde. Jedoch sei der diesmal nicht zu fürchten, habe doch das deutsche Volk seine schicksalhafte Prüfung schon im voraufgegangenen Winter 1941/1942 bestanden. Dann folgte wieder eine Vorhersage: „Schlimmeres kann und wird nicht mehr kommen.“ Stalingrad, versicherte er, werde – „worauf Sie sich verlassen können“ – berannt und genommen werden.

Unverhohlen sprach Hitler über die imperialistischen Kriegsziele. Deutschland habe nicht nur die „Donezkohle“ an sich gebracht, nicht nur dem Gegner „65 oder 70 Prozent“ seiner Eisenvorräte entrissen, sondern auch das größte Weizenanbaugebiet der Welt in Besitz genommen, das man „dem deutschen Volk und damit (! K. P.) Europa praktisch erschließen“ werde, und sich die kaukasischen Ölquellen gesichert. Dabei referierte er, was freilich nur Kenner der geheimen Weisungen zu bemerken vermochten, die während der Sommeroffensive verfolgten und angeblich auch sämtlich erreichten Ziele in einer bemerkenswerten Veränderung der ursprünglich bestimmten Reihenfolge. Beabsichtigt gewesen sei 1. die großen Weizenanbaugebiete zu gewinnen, 2. dem Gegner die – angeblich – „letzten Kohlegruben“ zu nehmen, über die er noch verfügte, 3. die Ölquellen zu gewinnen und 4. Stalingrad zu erobern und den Wolgaweg zu sperren.

Indem Hitler die Einnahme der Stadt an die letzte Stelle seiner Aufzählung rückte – sie stand ursprünglich an der ersten –, ließ sich der Eindruck erwecken, er habe sich gegenüber dem Angriff nach Süden hin zum Kaukasus damit gleichsam plangerecht Zeit gelassen. Auch vor Stalingrad war seiner Darstellung zufolge das Gewollte aber erreicht. Und mit Bezug auf die Stadt an der Wolga behauptete er schließlich, wieder den Propheten gebend: „Und sie können der Überzeugung sein, dass uns kein Mensch von dieser Stelle mehr wegbringen wird.“ Dieser Satz sollte sich für Zehntausende deutscher Soldaten vier Monate später grausig bewahrheiten. Niemand hatte sie aus Stalingrad wieder „wegge-

bracht“ – kein Mensch, kein Befehl, kein Zufall. kein Schicksal, kein Gott. Sie waren dort elend zugrunde gegangen. Andere Zehntausende verließen die Stadt als Gefangene des Gegners, den sie nicht besiegen konnten.

junge Welt, Freitag, 23.08.2002, S. 10.

Sterbende Krieger

Als sie sich zum letzten Mal trafen, ließen sie zur Erinnerung ein Foto ihrer Kleingruppe anfertigen, das dann auch auf eine Seite ins Internet gestellt wurde. Harmlos schauen sie in die Linse der Kamera und zufrieden. Sie hatten sich, ohne gegeneinander in Streit zu geraten, eben noch einmal die Situation im „letzten Kessel“ in Erinnerung gerufen. Gemeint war die Lage, in die sie nach dem Scheitern jener Offensive der deutschen Wehrmacht geraten waren, die mit der Eroberung Stalingrads enden sollte. Das Ereignis liegt eben 60 Jahre zurück.

Am 19. August 1942 hatte General Friedrich Paulus an die Truppen seiner am Don stehenden 6. Armee den Befehl gegeben, dessen Ausführung die Wolgastadt in die eigene Hand bringen und zur Sperrung des Stroms führen sollte. Das Unternehmen schlug fehl. Von der (geschätzten) Viertelmillion deutscher Soldaten, die dafür aufgewendet wurden, kamen einige Tausend, später als Verwundete mit Flugzeugen aus der Umschließung ausgeflogen, davon. Kaum mehr als 90.000 gerieten, die meisten durch Hunger, Erfrierungen, Seuchen und psychische Leiden auf den Tod geschwächt, in sowjetische Gefangenschaft. Das passierte auch 22 deutschen Generalen. Von denen verstarb während der Jahre im Lager einer an Krebs, einer Krankheit, die er auch in anderer Umgebung kaum überlebt haben dürfte.

Von den Soldaten der 6. Armee kehrten hingegen nur etwa 6.000 aus der Gefangenschaft zurück. Davon lebt heute noch ein rasch schwindender Rest. 150 von ihnen kamen im Jahre 2.000 noch einmal zu einem Treffen ihres *Bundes der Stalingradkämpfer e. V.* zusammen. Eine starke Minderheit stellten die Österreicher, die in ihrem Lande eine parallele Organisation besitzen. Sie hatten Anreisen bis zu 1.000 Kilometern auf sich genommen, um ihre „alten Kameraden“ zu sehen und sich ihnen, angetan mit den Nazikriegsorden, zu zeigen. Da schon ließen sich in der Runde Zweifel nicht unterdrücken, ob im Jahre 2002 eine Zusammenkunft wiederum würde arrangiert werden können.

Wer die Stalingrader Schlacht miterlebt und sie überlebt hat, könnte in Deutschland am Beginn dieses Jahrhunderts den Generationen der Nachgeborenen nützlich sein, vorausgesetzt, er hätte seine Erfahrungen durchgearbeitet. Nichts davon lässt sich bei einem Blick in die Verlautbarungen und Publikationen erkennen, die im Umfeld dieses Vereins der Kämpfer erscheinen, die zwar aus ihren einstigen Frontstellungen vertrieben wurden, aber aus ihren vor Jahrzehnten bezogenen geistigen Verschanzungen nicht herausgekommen sind. Sie haben „den großen Kampf um Stalingrad“ mitgemacht, sie erinnern sich der „rollenden Angriffe“, sie hatten die Stadt schon in „eisernem Griff“, sie waren einem „Muss“ gefolgt, das für sie keine Beschreibung nötig hat, keine Begründung braucht, geschweige denn einer Kritik zu unterwerfen wäre. Ihr Gegner ist noch immer „der Russe“. Und ihre Kameraden sind in Stalingrad „geblieben“, als hätten sie sich dahin zu einer Reise begeben, an deren Ende sie an einen Ort gelangt wären, wo es ihnen so gut gefiel, dass sie sich eben zum Bleiben entschlossen.

In diesem Wort „geblieben“ steckt allein schon die uneingeschränkte Weigerung, auszusprechen, was wirklich geschah. Nicht nur im Hagel der Geschosse, Granaten und Bomben, im Kampf „Mann gegen Mann mit blanker Waffe“ – eine Mörderei, für die Hitler damals eigens die „Nahkampfspange“ stiftete –, nein, auch an den Rändern der Eispisten, an denen die Zurückbleibenden erfroren, die Niederstürzenden von den eigenen Fahrzeugen plattgewalzt wurden, auch in den unterirdischen Verliesen, in denen die Verwundeten schlecht versorgt und dann auch durch Nahrungsmittelentzug zugrunde gingen.

Auf diesen nun sterbenden Verein war, was die Wahrheit betraf, seit seiner Gründung im Jahre 1958 nicht zu rechnen. Altersweisheit ist seinen Mitgliedern offenkundig nicht geworden. Würden sie einfach ohne jede Ruhmredigkeit sagen, wie es wirklich gewesen ist, sie hätten schon einen bescheidenen, aber unbestreitbar aktuellen Beitrag in einem Staat geleistet, dessen Regierungspolitiker die Wähler augenblicklich mit der Frage beschäftigen, ob es zweckmäßig ist, demnächst einen Krieg zu führen gegen einen Staat, in den die „Stalingradkämpfer“ mit weiteren deutschen Armeen 1943 auf dem Wege nach Britisch-Indien erst noch gelangen sollten.

Ossietzky, 5. Jg., H. 17, 24. August 2002, S. 585 f.

Eine geplante hannoversche Schummelei

Nein, Bonusmeilen gab es für die langen, zudem beschwerlichen Dienstreisen noch nicht, die vor Zeiten schon im Staatsauftrage zu unternehmen waren. Namentlich von Diplomaten und Militärs. Beide reisten noch nicht per Flugzeug. Jene zumeist in Kutschen. Diese vornehmlich auf dem Rücken von Pferden. Deren Kauf hatten die Dienstreitenden aus eigener Tasche zu bezahlen. Im hier in Rede stehenden Fall ging es für Mensch und Tier obendrein an ein Ziel, das, damit die adäquate, aber unschöne Bezeichnung Menschenschlachtort vermieden sei, meist Kriegsschauplatz genannt wird.

Auf dem Wege dahin hatte sich der hannoversche Offizier Gerhard Scharnhorst 1793 noch wenig von seinem Wohn- und bisherigen Dienstort entfernt, um in den später so genannten 1. Koalitionskrieg gegen das revolutionäre Frankreich zu ziehen, da überkam ihn schon die Sehnsucht nach Ehefrau und Kindern, die er ihnen in jedem Brief ausdrückte. Und einmal, was in Generals- und höheren Offizierskreisen nicht außergewöhnlich sein mochte, gelang es ihm tatsächlich, die Vielgeliebte zu sich kommen zu lassen. Das war finanziell kostspielig, erforderte organisatorischen Aufwand und war für die Besucherin nicht wenig anstrengend, womöglich abenteuerlich.

Auch ein zweiter Besuch ward vorbedacht. Er schien viel leichter arrangierbar als der erste. Die Hannöverschen waren mit den Kaiserlichen, Hessischen, Braunschweigischen und Englischen inzwischen mächtig auf den Rückzug geraten. So hatte sich die Strecke für eine Anreise der Klara Scharnhorst beträchtlich verkürzt und war auch einer Schwangeren zumutbar geworden. Doch wieder war die Frage, wie solche Visite zu finanzieren sei, zumal Scharnhorst noch immer keine Kompanie erhalten hatte, die ihm auch pekuniären Vorteil eingetragen haben würde. So sann er nach Möglichkeiten einer Verbilligung des Vorhabens. Nicht ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. „Für die Pferde“, schrieb Scharnhorst am 18. März 1795 aus Osnabrück, wohin der Stab, dem er zugehörte, retiriert war, an seine Frau, „könnt Ihr von Neustadt die Fourage ziehen ... Vielleicht könntet Ihr auf vier Pferde Fourage nehmen. Die Quittungen müssen ausgestellt werden auf 2 Pferde von der geschwinden Artillerie und auf 2 Pferde, die mir eigen gehörten. Die Fourage von den übrigen zwei könntet ihr dann profitieren, auch könntet ihr 3 oder 4 Portion Brod für mich ziehen, aber die Sache muss klug getrieben werden, es stehet Cassation darauf.“ Kassation! Entlassung! Was ein der Liebe Bedürftiger, gar Hungriger aufs Spiel zu setzen bereit war.

Die uns vom Geschehenen Mitteilung machen, die verdienstvollen Bearbeiter des ersten Bandes einer voluminösen Edition der Schriften des Militärs, nennen den Vorfall in einem Regest, das sie der Wiedergabe des Briefes voranstellten, sich eine in Kindermund häufiger anzutreffende Wendung leihend, „eine kleine Schummelei“. Klein oder groß, lässlich oder gewichtig – dem Manne, der 1914 schon einmal Scharnhorst-Briefe herauszugeben begann, erschien sie doch so genierlich, dass er die Briefstelle unterschlug. Dabei war die „Schummelei“ über den Vorschlag nicht hinausgekommen, nicht einmal versucht worden. Denn: Aus der Reise wurde nichts und also nichts aus der Affäre. So können die Dienstfliegenden heute, den Finger gegen den später Berühmtheit erlangenden Mann hebend, nicht sagen: „Aber das war doch schon seit alten Zeiten so.“ Freilich: Erfinder dürfen sie sich mit Recht auch nicht nennen.

Gerhard von Scharnhorst: „Private und dienstliche Schriften“, Bd. 1: Schüler, Lehrer, Kriegsteilnehmer (Kurhannover bis 1795). Hrsg. Johannes Kunisch. Bearbeitet von Michael Sikora und Tilman Stieve, Böhlau Verlag Köln Weimar Wien 2002, 864 Seiten, 99 Euro (bis 31.8. Subskriptionspreis 79 Euro)

Ossietzky, 5. Jg., H. 17, 24. August 2002, S. 604 f.

Die Deutschen und jener 1. September im Jahre 1939

Wer sich auch nur einigermaßen in der deutschen Geschichte des kürzlich zu Ende gegangenen Jahrhunderts auskannte, schüttelte angesichts der Szenen den Kopf, die sich bei den Auftritten des Daniel J. Goldhagen in Versammlungssälen (west-)deutscher Städte vor Jahren abspielten. Erinnern Sie sich überhaupt noch? Da wurde meist jugendlichen Zuhörern von den Deutschen ihrer Großmütter- und Großväter-Generation und ihrem Verhältnis zum Führer Hitler ein Bild der vollkommenen Eintracht gezeigt. Jene, antisemitisch-eliminatorisch gesinnt und gestimmt, hatten auf diesen gleichsam gewartet. Dann war er ihnen „erschienen". Das Judenmorden konnte beginnen. Dass es im Kriege geschah, war näherer Betrachtung nicht wert. Kriegerisch waren diese Deutschen ja ohnehin stets gestimmt gewesen. Kein Geschichtsbild, das einfacher zu merken gewesen wäre. Für derlei Angebot sind Menschen aller Schichten und Bildungsstufen noch immer dankbar gewesen. – Indessen: Wie war das mit jenem Schritt in den Krieg am ersten Septembertag 1939 wirklich? Kriegs- und mit dem Rückblick auf den November 1918 Revancheversessene gab es im Deutschen Reich reichlich. Antislawen auch, die momentan zumindest Polen gehörig verkleinern wollten. Das Erbfeind-Denken gegen die Franzosen gehörte, trotz aller Demagogie der offiziellen Nazipropaganda, keineswegs der Vergangenheit an, war allenfalls eingekapselt. Für nicht wenige Militärs stellte der Krieg zudem berufliche Erfüllung und Karrierechance dar. Für andere, Militärangehörige und Nochzivilisten schien sich das große Abenteuer zu eröffnen. Weithin galt in der deutschen Gesellschaft der Krieg als ein Mittel der Außenpolitik, bevorzugt oder nicht, aber jedenfalls als ein Mittel.

Und dennoch: ein Kriegseröffnungstag ohne Kriegsgeschrei. Das ist vielfach belegt. Wenden wir uns an einen Zeitzeugen einer besonders seltenen Menschengruppe. Später bezeichnete er sich als einen Verweigerer, nicht als Oppositionellen. Jedoch war er ein gefestigter Kriegsgegner lange vor dem ersten Schuss, und er wollte mit dem Krieg, in den er doch ziehen musste, so wenig wie möglich zu tun haben, ja von ihm nicht einmal mehr denn das Unvermeidliche auch nur lesen und hören. Die Rede ist von Erich Kuby, dem im Jahre 1910 geborenen Mann, der bis heute regelmäßig die Darbietungen kritisch unter die Lupe nimmt, die deutsche Zeitungen vom Zeitgeschehen anbieten.

Kuby, damals im Verlagswesen tätig und in Berlin lebend, notierte in den Tagen, als die Vorkriegskrise ihrem Höhepunkt zutreibt: „In der Frankfurter Zeitung stand heute, man könne die Stimmung in Paris am besten dadurch kennzeichnen, dass man sage, ‚die Leute gingen auf Zehenspitzen'. So war's hier auch, eine unwahrscheinliche, beinahe ländliche Stille, am Anhalter Bahnhof, und in den Straßen kein Hupen, zwischen Passanten kein lautes Wort. Es war aber vielleicht gar nicht ungewöhnlich, sondern nur das Wochenend. Aber es passte so gut. Diese seltsame Stille schien mir auch viel überzeugender als Hurrageschrei und Blumenwerfen, von dem man uns aus dem Jahre 1914 erzählt. Das Kriegerischste auf der Fahrt, kriegerischer als Kanonen, waren die Reservistentransporte – in Zivil noch – in den offenen Viehwagen. Die Leute winkten, aus unserem Zug wurde zurückgewinkt – ganz still."

Als er am zweiten Kriegstag abends durch das inzwischen verdunkelte Berlin ging, fand er am Kurfürstendamm eine so seltsame Atmosphäre. „Bei Kranzler war's gestern wie im Leichenhaus. Aber man redete mit den Leichen per Radio." Doch der Mann wusste, dass dies nicht lange so bleiben werde: „Die Nachrichten sind ja nicht dazu da, etwas mitzuteilen, sondern eine gewisse Seelenstimmung zu schaffen, die als notwendig betrachtet wird für die Fortsetzung des Krieges." Kuby erkannte, dass die Deutschen um ihn herum in ihrer Masse auf den Krieg erst zugerichtet werden mussten und die Machthaber damit am Werke waren. Man könne sich diesem Einfluss nur entziehen, meinte er, wenn man sich deren Beeinflussung einfach strikt verweigere. Sein Rat an seine im fernen Bayern lebende Frau und an Bekannte lautete folglich präzise: „Das wichtigste ist, Neugierde auf Nachrichten, ich meine auf Nachrichten unseres Rundfunks und unserer Presse zu verlieren, kein Radio zu hören und sich nur hin und wieder über die Situation informieren." Als eine Haltung des totalen politischen und gesellschaftlichen Desinteresses wäre das fehlinterpretiert. Kuby ahnte, spürte, hatte sich klargemacht, dass das nicht seine Zeit war.

Selbst wenn die Historiker über verlässliche Zeitzeugnisse wie das eben Zitierte nicht verfügten, wären sie doch in der Lage, sich ein Bild von der Stimmung der Mehrheit der Deutschen am 1. September 1939 zu machen. Ein sicheres Zeichen liefert nämlich die Tatsache, dass die auf Großkundgebungen doch versessenen Naziführer es unterließen, Anhänger in den Berliner Sportpalast zu rufen und dort Hitler oder Göring Kriegsstimmung verbreiten zu lassen. Ein Reservoir, mit dem sie die Riesenhalle mehrfach hätten füllen können, existierte in der Mitgliedschaft von NSDAP und SA, und deren Aktivisten waren gewohnt, auf einen Wink oder Befehl hin in Aktion zu treten und ihre Rolle zu übernehmen. Aus Vergesslichkeit ist das nicht unterblieben, jedoch aus dem Wissen, dass eine derartige Veranstaltung von Mordspatrioten keine Werbung sein würde und die eigene engste Gefolgschaft eventuell isolieren könnte. So wurde eine andere Taktik eingeschlagen.

Wie man ein Volk in Kriegsstimmung versetzt

Erstens wurde die 1914 schon von Reichskanzler Theodor von Bethmann-Hollweg benutzte These vom „uns aufgezwungenen Krieg“ verbreitet und mit ihr an die Friedensdemagogie angeknüpft, die schon seit 1933 die wahren imperialistischen Ziele und aggressiven Absichten des Regimes vernebelt hatte. Langgehegte und weitgesteckte Kriegsziele besaß das Deutsche Reich demnach nicht. Die Deutschen in Polen müssten gerettet, die Verbindung nach Ostpreußen durch den „Korridor“ gesichert, das Selbstbestimmungsrecht für die Danziger erkämpft und die Herrschenden in Warschau zur Vernunft gebracht werden, – alles Dinge, die sich auch am Tische durch Verhandlungen hätten lösen lassen, „polnische Vernunft“ vorausgesetzt.

Die These vom „uns aufgezwungenen Krieg“ entsprach der Stimmung der Volksmehrheit. Die hatte keinen Krieg gewollt, an ihn nicht geglaubt und bis in die letzten Stunden vor seinem Beginn gehofft, der Führer werde auf der von ihnen gebilligten, jedenfalls nicht getadelten Droh- und Erpresserlinie bleiben. Es ist ein eigenes Thema, wann und wie die wirklichen Ziele dieses Krieges, die Hitler in geheimen Reden den Militärs vor dem Kriege mehrfach angegeben hatte, dann auch dem Volke decouvriert und von Millionen Deutschen angenommen wurden. Zur Überleitung hieß es: Wenn wir schon gezwungenermaßen Krieg führen müssen, dann wollen wir davon auch etwas haben. Das begann noch im Oktober 1939, also fünf Wochen nach Kriegsbeginn, mit der Annexion nord- und westpolnischen Gebietes – unbestritten mehrheitlich von Polen bewohnten Landstrichen – und dessen Verwandlung in Reichsgaue.

Zweitens trug das Vorgehen der Machthaber der Tatsache Rechnung, dass ein erheblicher Teil der Deutschen wusste oder zumindest ahnte, was ein „moderner“ Krieg bedeuten würde. Der Erste Weltkrieg lag kaum mehr als zwei Jahrzehnte zurück. Schon Menschen im Alter zwischen 35 und 40 Jahren und natürlich alle Älteren besaßen eigene Erinnerungen an den Krieg, nicht wenige an die Erlebnisse auf Schlachtfeldern und die so genannten Materialschlachten, die doch immer Menschenschlachten gewesen waren. Darauf reagierte die Propaganda in Zeitungsberichten und in Reden mit einer geschickten Distanzierung von jenen kriegshysterischen Szenen der Augusttage des Jahres 1914. Damals hätten die Deutschen nicht gewusst, was ihnen bevorstand. Nun aber gingen sie wissend in den Krieg und das – wie eine Formulierung lautete – „ernst wie in ein Gebet“. Das Fehlen von Ausbrüchen der Begeisterung wurde derart zur einzig angemessenen und richtigen Verhaltensweise erklärt, zum Ausdruck von Gefasstheit und auch von Entschlossenheit.

Drittens vertrauten die Machthabenden auf das Siegen und auf dessen Wirkungen. Erich Kuby: „Man muss nicht General sein, um zu wissen, dass einige Siege, und zwar bequeme Siege, nottun als eine Art Impfung gegen die Vernunft.“ Polen brachte Siege dieser Art und acht Monate später zu aller Überraschung auch der „Feldzug im Westen“. Immer mehr Deutsche dachten, diesmal werde ein ganz anderer Krieg geführt als der in den Jahren von 1914 bis 1918. Als Frankreich kapituliert hatte, wähnten sie den Endsieg nahe und vermeinten wirklich, dass Großbritannien allein nicht würde weiterkämpfen können. Sie ließen sich einreden, dass die Briten, diese besondere Spezies von „Plutokraten“, stets Andere für sich hätten kämpfen lassen und folglich nun, da es Andere nicht mehr gab, bald kapitulieren müssten. Die Erinnerung an diese Erwartung – gewiss, auch hier war der Wunsch der Vater des Gedankens – vermag im Hinblick auf das Erinnerungs- und Denkvermögen von Massen

besonders deprimierend zu stimmen. Denn die Deutschen jener Generationen hatten zum einen doch in den Jahren des Ersten Weltkriegs, wenn nicht am eigenen Leibe so doch aus Heeresberichten erfahren, welchen Anteil britische Truppen am Scheitern der deutschen Kriegspläne besaßen, dass also gar keine Rede davon sein konnte, dass sie die Franzosen für sich kämpfen ließen. Und, mehr noch: Jung wie alt hatte in Schulen im patriotischen Geschichtsunterricht von Blücher und Waterloo gehört, womöglich die Reproduktion jenes Historiengemäldes gesehen, das den Fürsten aus dem Schlesischen nach dem Siege zeigte, Wellington begrüßend und ihm gratulierend und sich gratulieren lassend. Ja, da war auch das „Ich wollte es wäre Nacht und die Preußen kämen“, aber gekämpft hatten die Engländer doch und standhaft.

Die Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland am 1. September 1939 und in den folgenden Tagen und Wochen bilden ein Lehrstück zum Thema: Wie man ein Volk in den Krieg mitbekommt, es dahin bringt, dass es den Krieg hinnimmt, ja sich in Kriegsstimmung versetzen lässt. Dazu gehört auch, dass es gelingt, dem eigenen Volke die Vorstellung zu vermitteln, dass es selbst von Kriegshandlungen – das Geschehen an der Front ausgenommen – nicht betroffen sein werde. Anfänglich gelang das den deutschen Faschisten. Viele Deutsche glaubten 1939 und 1940, dass die Überlegenheit der eigenen Waffen so groß sei, dass es mit geringen Verlusten abgehen werde. Und sie glaubten dem Großmaul Göring auch, dass feindliche Flugzeuge das Reichsgebiet nicht würden heimsuchen können. Dann kam die Ernüchterung ...

Was lässt sich dagegen tun, dass Völker in Kriegsstimmung versetzt werden, Kriege, die heute meist so nicht bezeichnet, sondern mit Begriffen wie Militäraktionen oder -einsätze und ähnlichen geleugnet werden, als gerechtfertigt anzusehen und sie zu billigen, wie es derzeit eine, wenn auch momentan schwindende Mehrheit von US-Amerikanern im Blick auf einen Krieg gegen den Irak (noch) tut? „Es wäre unmöglich,“ schrieb Kuby, da schon selbst Soldat und in der Eifel gleichsam in Sturmausgangsstellung gegen Frankreich postiert, am 6. November 1939 an seine Frau, „dass ein Volk, das in seiner Gesamtheit zu denken fähig geworden wäre, noch Kriege führte.“ Deshalb wird dem Volke bis heute schon in Schulzeiten das Denken auf bestimmten Feldern nicht beigebracht oder, da es ihm doch nicht völlig abgewöhnt werden soll und kann, in Richtungen gelenkt, in denen die Antworten auf Fragen nur falsch ausfallen können. Es wird, wenn es um die Gesellschaft und deren Zusammenhänge geht, mit einem Begriffsapparat ausgestattet, der die Wege zur Erkenntnis verbarrikadiert und aus dem ohnehin argen Weg dahin einen unbegehbaren machen soll. Dem dient – um ein Beispiel zu nennen – ein Geschichts- und Politikunterricht, in dem der Begriff Interesse als soziale Kategorie nicht oder nur marginal vorkommt. Den so Beschulten lässt sich beim nächsten Mal wieder erklären: „Wir Deutsche“ sind völlig ohne eigenes Interesse an einem Krieg. Nur müssen mitunter ein paar Menschen vor der Ausrottung gerettet, ein Teufel am weiteren Regieren und Unheilstiften gehindert und eben, wo sie fehlt, demokratische Ordnung in der Welt geschaffen werden. So kann es passieren, dass „uns“ ein Krieg aufgezwungen wird. Über diese Zusammenhänge wird, so viel im Augenblick über Leistungen und Versagen der Schule (PISA-Studie) geschrieben und geredet wird, kaum ein Wort verloren. Dabei gehörte das Thema Friedenserziehung obenan und in die Behandlung der alten Frage, wie Kriege gemacht und Menschen zugerichtet werden, sie zu führen oder sie aus wirklich oder scheinbar sicherer Entfernung auch nur zu billigen.

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, Heft 9/2002 (7. September 2002), S. 10-13.

Die Perspektive der Hauptquartiere

Todesurteil Stalingrad: Vor 60 Jahren Beginn der faschistischen Offensive (Teil IV)

Es war natürlich ein Zufall, dass am 12. und 13. September 1942 im Kreml der sowjetischen Hauptstadt und im ukrainischen Winniza, dem mit dem Tarnnamen „Werwolf“ bezeichneten Führerhauptquartier, die Obersten Befehlshaber der beiden Kriegsparteien, von denen keiner ein Fachmann in Sachen „Kriegshandwerk“ war, mit Generalen darüber berieten, wie am Brennpunkt des Sommerfeldzuges zwischen Wolga und Don weiter operiert werden sollte. Und natürlich wussten die einen nichts von den Entschlüssen der anderen. Wenngleich: Die Geheimnisse waren nicht so sonderlich groß. Das ergab sich aus der sehr begrenzten Zahl der Möglichkeiten, unter denen die Auswahl der Entschlüsse erfolgen musste.

Im ukrainischen Winniza

Beginnen wir in Hitlers Hauptquartier: Dort trafen am 12. September die Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, Generaloberst Maximilian Freiherr von Weichs, und der 6. Armee, General Friedrich Paulus, ein. Gleichen Tages begannen die Truppen dieser Armee einen erneuten Angriff gegen die sowjetischen Verteidiger Stalingrads. Nachdem es im August nicht gelungen war, die Stadt – wie gedacht – aus der Bewegung zu erobern, stand in deren Vorfeld und im Stadtgebiet selbst ein Kampf von Verteidigungslinie zu Verteidigungslinien, alsbald von Ruine zu Ruine bevor. Einen derartigen Kampf hatte keine deutsche Armee seit dem 1. September 1939 führen müssen. Die Truppen der sowjetischen 62. Armee, deren Oberbefehl am gleichen Tage General Tschuikow übernommen hatte, klammerten sich an den schmaler werdenden, schließlich nur wenige hundert Meter ausmachenden Streifen des westlichen Ufers fest und wollten sich nicht über die Wolga drängen lassen.

Für die Verteidiger begannen die kritischsten Tage, die es während der mehrmonatigen Schlacht um die Stadt geben sollte. Von Norden und Süden vordringende deutsche Truppen, die der 6. Armee und der 4. Panzerarmee, vereinigten sich. Sie schlossen den Ring um die Stadt immer enger und vermochten, bis in deren Kern vorzudringen. Sie erreichten die Wolga auch südlich der Stadt. Tschuikows Truppen wurden von allen Landverbindungen zu ihren Nachbarn abgeschnitten. Einzig über die Wolga konnten sie noch versorgt werden.

So hofften die deutschen Generale weiterhin, zu ihrem Ziel zu gelangen und nach der Einnahme de Stadt südwärts vorstoßen und die Wolga auch in ihrem Mündungsdelta bei Astrachan sperren zu können. Der gesamte Norden der UdSSR wäre dann von den Lieferungen des Erdöls aus der Kaukasus-Region und dem Kaspi-See abgeschnitten und damit ein Grundgedanke des Feldzugs verwirklicht gewesen.

Die Sache hatte dennoch einen dreifachen Haken. Zum einen waren die deutschen Verbände, viele befanden sich seit Mai ohne Ruhepause auf Märschen und in Gefechten, „abgekämpft“ oder – wie sich Generaloberst Franz Halder, der Chef des deutschen Heeresgeneralstabes, im Kriegstagebuch ausdrückte – „ausgebrannt“. Ihr Kampfwert war infolge von Verlusten und Verschleiß in allen Angriffsrichtungen erheblich gesunken. Reserven – eine zweite Staffel, die hinter den Formationen in vorderster Front gestanden hätte und sie abzulösen vermochte – existierten nicht. Zum anderen war es, anders als in den Plänen vorgesehen, nicht gelungen, Armeen des Gegners in weiten Umgehungen einzukesseln und so völlig auszuschalten. Bei allen schweren Einbußen, welche die sowjetische Armee während ihrer Rückzugskämpfe erlitten hatte, war doch eingetreten, was vermieden werden sollte. Die Angreifer hatten die sowjetischen Verbände „vor sich hergeschoben“. Aufgefüllt und durch neu herangeführte Formationen immer wieder ergänzt, formierten sie sich neu und verteidigten sich.

Und drittens war im Norden der zur Wolga vorgestoßenen deutschen Korps eine ausgedehnte und nach der Ansicht, die von Weichs und Paulus in Winniza vertraten, ungenügend geschützte Flanke entstanden, von der ein Gegenstoß in den Rücken der 6. Armee drohte. In mehrfacher Hinsicht bot die dort zwischen der deutschen 6. und der italienischen 8. Armee eingeführte rumänische 3. Armee keine hinreichende Sicherheit gegen Überraschungen. Sie war, da sie sich auf eine eigene hochentwi-

ckelte Rüstungsindustrie nicht stützen konnte, was ihre Bewaffnung anging, wie das ganze Heer des Verbündeten auf deutsche Lieferungen angewiesen. Die waren in gewünschtem Umfang nicht erfolgt. Vor allem waren die Rumänen mit panzerbrechenden Abwehrwaffen schlecht ausgerüstet, und dies allein hätte als Alarmzeichen genügen können. Hinzu kam, dass viele rumänische Soldaten sich längst fragten, was sie an der Seite der deutschen Wehrmacht tief in Russland eigentlich suchten und gewinnen sollten.

Wie die Dinge lagen, konnten von Weichs und Paulus das Hauptquartier nicht gut verlassen, ohne über tragfähige Sicherungen gesprochen zu haben. Deren ernsthafte Erörterung aber hätte bedeutet, Schritte einzuleiten, die vom Angriff auf strategische Verteidigung umsteuerten. Nichts davon geschah. Hitler widerstrebten derlei Entschlüsse vollständig. Und die Generale, seine Berater im Hauptquartier wie die Herbeigerufenen, trauten dem Gegner im Übergang vom Herbst zum Winter zwar Gegenangriffe zu, aber keiner von ihnen dachte an eine Operation, wie sie etwa zehn Wochen später begann. Paulus dürfte sich nicht einen Moment vorgestellt haben, dass seine Armee vor Ende des nahenden Winters nicht mehr existieren und er der erste deutsche Generalfeldmarschall in sowjetischer Kriegsgefangenschaft sein werde.

So flogen von Weichs und Paulus von Winniza zu ihren Befehlsstellen zurück, ohne dass eine angemessene Debatte stattgefunden hätte. Wenn ihnen auch nicht ganz wohl war: Den Gegner in seiner Lernfähigkeit und seinen offensiven Möglichkeiten noch immer unterschätzend, glaubten sie, mit Aushilfen zurechtkommen zu können. Ihre Hoffnungen richteten sich nach wie vor darauf, Stalingrad vollständig erobern und an der Wolga überwintern zu können. Das wünschten auch viele deutsche Soldaten, für die sich damit die Vorstellung von Sicherheit und Ruhe, von Ausschlafen und Urlaub verband.

Im Moskauer Kreml

In Moskau, dem Sitz des sowjetischen Hauptquartiers, denn Stalin hielt offenkundig nichts von Feldquartieren à la „Wolfsschanze“ und „Werwolf“, erschienen am 12. September 1942 zur Berichterstattung der Chef des sowjetischen Generalstabes, Alexander Wassilewski, und Georgi Shukow, den Stalin wenige Wochen zuvor zu seinem Stellvertreter (in seiner Eigenschaft als Oberster Befehlshabers der Streitkräfte) bestimmt hatte. Beide hatten sich bei den Front- und Armeestäben aufgehalten, die im Kampf gegen die Armeen der deutschen Heeresgruppe standen, die Stalingrad erobern sollte. Und beide unterbreiteten Stalin ihren Vorschlag, wie die eigenen Truppen dem Gegner die Initiative, die noch immer er besaß, entwinden und zu einem befreienden Gegenschlag übergehen könnten, der dem Schlachtgeschehen eine Wendung gab.

Während des Treffens im Kreml gingen immer neue Hiobsbotschaften vom Verlauf der Kämpfe in der Stadt ein. Doch die beiden Generale erwirkten die Zustimmung zur Zeit und Selbstvertrauen brauchenden Vorbereitung einer Offensive. Ihre Grundidee war nicht sensationell. Es brauchte weder Spione noch Überläufer noch diverser Methoden der „Feindaufklärung“, um sich eine Vorstellung von dem zu bilden, was den deutschen Angreifern bereitet werden sollte. Vorausgesetzt, auf deutscher Seite wäre jene von nationalistischer Überheblichkeit und Rassedünkel geprägte Denkweise verabschiedet worden, die es erlaubte, sich den Gegner klein zu denken.

Für die im Kreml entwickelten Vorstellungen lagen die Voraussetzungen zu Tage: Aus dem westwärts der Wolga noch behaupteten Stadtgebiet von Stalingrad ließ sich ein Angriff nicht entfalten, wohl aber von Norden und von Süden her. Dazu lud die Situation, in die sich die deutsche 6. Armee auf ihrem Weg nach Osten gebracht hatte, geradezu ein. Da konnte eine Umfassungsoffensive erfolgen, die ihr alle rückwärtigen Verbindungen abschnitt und das eroberte Gebiet zwischen Don und Wolga für nahezu zwei Dutzend deutscher Divisionen zu einer Falle werden ließ. Die sowjetischen Generale waren, so wenig sie im Moment mit Erfolgsmeldungen aufwarten konnten, davon überzeugt, dass sich Kräfte mobilisieren ließen, um diesen Plan zu verwirklichen.

Stalin konnte schwerlich etwas anderes und gar etwas Besseres einfallen. Das wird hier gesagt, weil mit der Idee der sich ab dem 19. November 1942 entwickelnden Schlacht ein Verdienst verbunden

worden ist, das ihm fälschlich zugeschrieben wurde und zwar selbst von Autoren, die – wie Isaac Deutscher – wahrlich nicht zu seinen Lobhudlern zu zählen sind. Der Mann, der sich nach dem Sieg im März 1943 zum Marschall ernennen ließ, später gar Generalissimus hieß, hat in dieser mehr als prekären Situation in der Septembermitte die Idee der beiden Generale gebilligt, sie die Vorbereitungen treffen lassen und später – für Hitler ist kein vergleichbarer Fall bekannt – gar dem sich wieder „vor Ort“ befindenden Shukow gestattet, nachdem eine Verschiebung des ursprünglichen Termins für den Angriff akzeptiert worden war, den Tag des Beginns der Offensive definitiv festzulegen. Das ist gewiss kein Feldherrnverdienst, steht schon gar nicht für militärisches Genie, bezeugt aber partielle Lernfähigkeit des Obersten Befehlshabers und ein Gespür für die Fähigkeiten ihm ergebener Militärs, von deren Sachverstand er und – wenn nicht seine eigene Zukunft, so doch – sein Ansehen abhingen.

Den in der Septembermitte getroffenen Entscheidungen folgte im sowjetischen Hauptquartier und in den Stäben der Fronten im Süden eine mehr als zweieinhalb Monate währende konzentrierte Vorbereitung einer Operation, wie sie in der Geschichte der Streitkräfte der UdSSR beispiellos war, und wie sie die deutschen Militärführer dem Gegner auch dann noch nicht zutrauten, als sich Anzeichen und Informationen über eine bevorstehende Offensive häuften. Auch berechtigte Ansprüche, die von anderen Frontabschnitten auf Nachschub an Truppen und Bewaffnung geltend gemacht wurden, hatten zurückzustehen, um überlegene Kräfte verfügbar zu machen und ein Debakel vollkommen auszuschließen, wie es die sowjetischen Truppen zuletzt im Mai 1942 bei ihrem furchtbar gescheiterten Versuch erlebt hatten, Charkow zurückzuerobern.

Seelenmasseure in Schwierigkeit

Der Rest des Monats September verging an der Stalingrader Front ohne spektakuläre Ereignisse. Die Berichte aus dem Oberkommando der Wehrmacht wiederholten in sprachlichen Variationen stets das gleiche. Stalingrad war immer noch nicht „gefallen“. Das Interesse, das zu lesen, sank unter den Deutschen in der Heimat merklich. Sie begannen zu begreifen, dass im Osten der zweite Kriegswinter bevorstand. Wieder sollte die alljährliche Kampagne für das Winterhilfswerk angekurbelt werden, das jetzt Kriegswinterhilfswerk hieß. Der Staat trieb Gelder für die Finanzierung des Krieges ein, schöpfte Kaufkraft ab, suchte die Volksgemeinschaft zu festigen und gewann anhand der Sammelergebnisse nebenbei ein Bild von der Stimmung.

Für die Machthaber wurde es zunehmend schwierig, dem Verfall der Kriegsstimmung und der Ausbreitung von Pessimismus entgegenzuwirken. Erfolge von Gewicht konnten von keiner Front mehr gemeldet werden. Vom Krieg im Norden Afrikas, der mit seinen exotischen Bildern und den Träumen vom Durchbruch bis zum Suezkanal eine Zeit lang so viel Aufmerksamkeit und Illusionen im Reich erzeugt hatte, wurden die offiziellen Nachrichten immer seltener und knapper. Die deutschen und italienischen Truppen lagen vor der El-Alamein-Stellung fest und hatten sich ebenfalls gegnerischer Angriffe zu erwehren. Auf Verstärkungen konnten sie wegen der schwierigen und langen Nachschubwege, vor allem aber wegen der Lage an der deutsch-sowjetischen Front nicht rechnen. Das populäre deutsche Afrika-Korps verwandelte sich, ohne dass es seinen Angehörigen noch bewusstwurde, in einen verloren gegebenen Haufen. Tatsächlich dauerte es nur noch wenige Wochen, bis am 23. Oktober 1942 die Vertreibung der Eindringlinge aus Ägypten begann, der die aus Libyen direkt folgte. Die deutsche Propaganda verlor den Mann, der unter allen deutschen Generalen zum Kriegshelden schlechthin stilisiert worden war, Feldmarschall Erwin Rommel.

Das Einzige, was die Masseure der Massenseele in diesem Moment zu tun vermochten, um die zunehmende Unruhe in der Bevölkerung zu dämpfen, war eine Erhöhung der Lebensmittelrationen. Sie wurde mit Pomp verkündet. Hermann Göring trat am 4. Oktober in einer Kundgebung in Berlin auf, die als Reicherntedankfest bezeichnet wurde. Die Popularität des obersten Luftmarschalls war zu diesem Zeitpunkt trotz der schweren Angriffe auf deutsche Städte noch nicht im ganzen Reich aufgebraucht. Ihrer gewiss, sprach Göring unbekümmert von den sich abzeichnenden Entwicklungen und geizte nicht mit Versprechungen, die in der Behauptung gipfelten, von nun an werde es nur noch besser werden. Er vermittelte den Eindruck, dass die Ernährungsbasis für die Deutschen durch die

Eroberungen gesichert und man „über den Berg“ sei. Schon jetzt kündigte er besondere Lebensmittelzuteilungen für Weihnachten an. Den schuftenden Bergarbeitern wurden Rentenerhöhungen in Aussicht gestellt. Göring habe, notierte der Sicherheitsdienst eine aufgeschnappte Stimme erfreut, zu „Herz und Magen“ gesprochen. Zur gleichen Zeit wurde begonnen, den Soldaten, die auf Urlaub kamen, sogenannte Fronturlauberpakete auszuhändigen, die auch „Führerpakete“ hießen, so dass sie bei ihren Familien wie die Weihnachtsmänner erscheinen konnten. Darüber, auf wessen Kosten ihnen, den Deutschen, diese zusammengeraubten Segnungen bereitet wurden, machte sich im Reich kaum jemand einen Gedanken. Doch nur für ein paar Tage waren Aufmerksamkeit und Interesse von den Plätzen weggelenkt, an denen sich die Schlacht vorbereitete, in deren Folge auch das volkstümliche Geschwätz Görings – mochte er selbst für einen Moment daran glauben oder nicht – als Volksbetrug bloßgestellt wurde.

junge Welt, Freitag, 13.09.2002, S. 10.

Was nun? Was tun?

Auf das Zähneknirschen muss das Maulaufmachen folgen. Die PDS nach der Bundestagswahl

Die Einrichter des Sitzungsraums im Reichstag brauchen nur für zwei PDS-Abgeordnete, die in Berlin direkt gewählten Kandidatinnen Petra Pau und Gesine Lötzsch, Sitze zu reservieren. Dieses Ergebnis war vielfach befürchtet worden. Völlig überraschend trifft es niemanden. Die Partei der demokratischen Sozialisten war zu keinem Zeitpunkt in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, hat man sie als ganze vor Augen und nicht nur ihre 1990 erfolgte östliche Erweiterung, so fest verankert, dass sie jeder 20. Stimme sicher sein konnte. Sich in diesem Lande, dessen Westteil stärker als jede andere europäische Region vom Kalten Krieg geprägt wurde, und von dessen Nachwirkungen die Herrschenden bis heute profitieren, politisch dauerhaft zu platzieren, war eine vor dieser Partei stehende Aufgabe, und sie ist es geblieben. Wer sich über diese und die Möglichkeiten zu ihrer Lösung klar werden will, kann nicht mit der Betrachtung von Dellen beginnen. Er muss aus der bescheidenen Rolle des Wahlergebnisforschers heraustreten und möglichst eine historische, also, eine – geschichtliche Prozesse analysierende – Perspektive einnehmen. Das wird in der PDS schwer genug fallen nach Jahren, die durch den Verzicht auf genauere soziale Analysen gekennzeichnet waren und in denen das Wunschdenken in Mode kam.

Pfropfen auf der Flasche

Damit ist nicht gesagt, dass jüngste Entwicklungslinien außerhalb eingehender Betrachtung zu bleiben hätten. Zum Beispiel: Das Landtagswahlergebnis in Sachsen-Anhalt, das so etwas wie ein Vorsignal gewesen war. Damals war der relative Stimmenverlust gering geblieben. In absoluten Zahlen jedoch hatte die PDS zirka 90.000 Stimmen verloren, die doch in Verbindung mit der Tatsache gesehen werden mussten, dass es bundesweit etwa 50.000 Wähler gewesen waren, die der Partei 1998 über die Barriere geholfen und den Wiedereinzug in das Parlament ermöglicht hatten. Auch das erklärte Ziel, in Magdeburg nach Jahren der Tolerierung mitzuregieren, war nicht erreicht worden, aber sogleich folgte die forsche Erklärung, man ließe sich das gute Wahlergebnis nicht kaputtreden. Was nicht wenige Politiker an der Parteispitze von anderen Parteien am raschesten gelernt hatten, war das Sprüchemachen.

Ein weiteres Beispiel: Das Wahlergebnis zum Abgeordnetenhaus in Berlin, dem ebenfalls der erklärte Vorsatz der Parteispitze vorausgegangen war, sie wolle mit ihren Abgesandten eben dort hin, wohin es in Magdeburg nicht gelangt hatte, ins Rathaus, in die Regierungssessel, am besten in den des Regierenden Bürgermeisters. Dann kamen der gescheiterte Ampelversuch und danach die Übernahme der Nothelferrolle durch die Sozialisten. Die Konstruktion wurde mit der Bezeichnung Rot-Rot drapiert. Angeblich war diesem Schritt nicht auszuweichen, wenn der Verantwortung gegenüber den PDS-Wählern Rechnung getragen werden sollte. Das Argument war eine Drohung, gerichtet gegen die Gegner dieses Schritts, denen auf diese Weise ein Vertrauensverlust der Partei für den Fall angelastet wurde, sich der schweren Aufgabe der „Gesundung“ Berlins, namentlich der seines mit Milliarden Schulden verkommenen Haushaltes, zu verweigern.

War der Schritt schon problematisch, so noch mehr die Art, wie er gegangen wurde. Anstatt von dem PDS-Hilfe suchenden Partner, der jahrelang brav an der Seite der CDU-Clique mitregiert hatte, eine politische (nicht finanzielle, das ging auf Anhieb nicht) Bilanzeröffnung zu fordern und einen Eintrag in die Spalte Selbstkritik, ließ sich die Verhandlungsgruppe aus dem Karl-Liebknecht-Haus, welche die Koalition zustande bringen wollte, das Anti-SED-ABC wiederum vorbeten und betete es folgsam nach, als würden reuige Sünder gnädig in den Senat aufgenommen werden.

Darauf hat es in der Mitgliedschaft etwas rumort, aber, wie schon gewohnt, nur kurze Zeit. Der Vorgang ist im Bilde als eine Kröte missdeutet worden, die eben geschluckt werden musste, wenn man in Berlin Senatoren genannte Landesminister stellen wollte. Es war aber etwas anderes: ein Akt der Unterwerfung. Gewiss, die PDS ist die Nachfolgepartei der Einheitssozialisten, aber sie ist es in einem ganz anderen Sinne, als ihre Gegner behaupten. Davon wird die Rede noch sein.

Die Losung, mit der die neue Partei einst antrat, „Veränderung beginnt mit Opposition“, war vergessen. Und das in einem Moment, da sich in Berlin, und zwar im gesamten Stadtgebiet, seit langem zum ersten Mal wieder eine Stimmung zu entwickeln begonnen hatte, in der sich eine außerparlamentarische Opposition formieren und mit ihr eine andere Liquidierung der Hinterlassenschaft des CDU-SPD-Senats erhoffen ließ, als sie frohgemut Wowereit und Gysi ins Werk zu setzen begannen. Die PDS übernahm die Rolle des Pfropfens auf der Flasche. Was Widerspruchsgeist und Kampfbereitschaft bei anderer Konstellation vermocht haben würden, ist eine nicht zu beantwortende Frage wie jede ähnliche, die an ungeschehene Geschichte gestellt wird.

Was hatte die PDS nicht schlechthin, sondern in dieser Situation im Rathaus zu suchen? Was konnte sie dort für denjenigen Teil der Bürger Berlins herausschlagen, als dessen Interessenverfechter sie sich ausgab? Was konnte sie – Selbstlosigkeit ist doch keine ehrliche Parteidevise – für sich, das heißt nicht für die Taschen oder für die Konten ihrer Abgeordneten, Senatoren und deren Mitarbeiter, sondern für die Erweiterung ihres politischen Einflusses gewinnen? Das hätte sich auf dem Landesparteitag der Berliner Partei erörtern lassen, etwa nach gleichberechtigten Referaten der Befürworter und der Gegner einer solchen Koalition, die keine Fundamentalisten waren, sondern die eben grob bezeichnete Situation in Rechnung stellten und unverklärt auf den Partner und dessen Vorleben schauten. Doch solch abwägende Diskussion war nicht gewollt. Die Euphorie über die wunderbare Wendung, die nach dem Platzen des Erstversuchs einer Senatsbildung eingetreten war, herrschte vor.

Das führt zu der Frage, inwiefern die PDS wirklich die Nachfolgepartei der Einheitssozialisten ist oder, mit einem Schuss schwer zu begründendem Optimismus ließe sich sagen: noch ist. Die Demokratie innerhalb der Partei ist auf den Hund, oder genauer: auf den ist sie wieder gekommen, nachdem sie 1989/90 für einen Moment Fundamente zu gewinnen schien. Und es handelt sich nicht, um im Bilde zu bleiben, um ein Schoßexemplar, sondern um einen räudigen. Die jüngsten Beweise für diesen Zustand haben Politiker der Parteispitze geliefert: Gysi, als er für den Fall des Nichtwiedereinzugs der Partei in den Bundestag prophezeite, dann würden sich die „linken Dogmatiker austoben“. Und Ostrowski, als sie im gleichen Sinne davon sprach, es werde dann „zu Hauen und Stechen“ kommen. Juristen mögen für diese Praxis ihre Kennzeichnung besitzen. Meine lautet: Niedertracht, denn es werden Genossen, die, was in der Partei jedermanns Pflicht wäre, verlangen, eine solide Analyse der Strategie und Taktik der PDS anzustellen und die eigene Arbeit rückhaltloser Kritik zu unterziehen, in die Ecken garstiger Parteischädlinge gestellt. Hierin liegt, wie einstigen SED-Mitgliedern nicht auseinandergesetzt werden muss, die wirkliche Nachfolgeschaft, äußert sich jenes zu verdammende Erbe, von dem die praktische Lossage erfolgen muss.

Einsame Führung

Aber es ist nicht nur ein Erbe. Dieses an die Stelle eines offenen Gedankenaustausches, der Probleme benennt und Zweifel nicht verbirgt, gesetzte Dirigieren der Mitglieder und Anhänger konnte inzwischen, wer nur wollte, auch den Führungen der „alten“ Parteien absehen. Die Selbstherrlichkeit der Politiker eingeschlossen, die nur ihrem Gewissen verantwortlich sind, wie jüngst von Gysi demonstriert wurde. Warum eigentlich ist der Mann nicht auf den Gedanken gekommen, in einer Versammlung seinen Wählern zu sagen, was ihn bedrückt, und sie zu fragen, was er tun solle, sich von diesem Druck zu befreien? Wäre das nicht einer Partei angemessen gewesen, in der die Basis ein Recht auf Mitsprache nicht nur an Wahltagen hat? Einer Partei, deren wache Mitglieder ihr Recht nicht von Fall zu Fall durchsetzen müssen, sondern von den Führern selbst ermutigt und herausgefordert werden, Wege, Teilziele und Ziele zu durchdenken und mit zu bestimmen.

Die PDS hat nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und vor dem Eintritt in den Berliner Senat eine längst fällig gewordene Diskussion unterlassen. Die Führungsgruppe wollte sie nicht, und die Mitgliedschaft hat sie mit Mehrheit nicht verlangt, geschweige denn gegen Widerstände erzwungen. Nun ist das vorliegende Wahlergebnis auch eine Bestrafung für diese Unterlassung. Selbstgewissheit und Selbstberuhigung griffen stattdessen um sich. Zeitweilig regierte unbesorgter Optimismus. Es war die Rede von einem zu erzielenden Ergebnis sechs plus x. Es schien in der Nachbarschaft von Abgeordneten und Senatoren und über die Pflege der üblichen parlamentarischen Umgangsformen „ver-

gessen“, dass alle herkömmlichen Parteien der Bundesrepublik die Partei, die unerwünscht „aus dem Osten kam“ und die nicht abgewickelt werden konnte, zum Teufel wünschen, sie aus dem Bundestag und allen anderen parlamentarischen Körperschaften heraushaben und sie lieber heute als morgen als eine kränkelnde politische Sekte sehen wollen. Das haben auch direkte sozialdemokratische Koalitionspartner, die sich im Wahlkampf gegenüber der PDS wenig Zurückhaltung auferlegten, deutlich ausgesprochen. Es sollte so ernst genommen werden, wie es gemeint ist. Das unverrückbare Ziel aller parteipolitischen Kräfte jenseits der PDS bleibt eine Bundesrepublik ohne sozialistische Kraft von Gewicht. Darauf muss nicht mit einer Igelstellung reagiert werden, aber eine zu vernachlässigende Tatsache ist das auch nicht.

Parteitagsbarrieren?

Nach dieser Wahl ist in der PDS über vieles zu reden. Dass die Debatte nicht in der Basis beginnt und nicht mit der Wahl von Delegierten verbunden ist, die mit einer Neuzusammensetzung der Delegierten des Parteitags endet, ist ein leicht zu erkennender Nachteil. Doch stellt das keine unüberwindbare Barriere dar. Viel wird über Erfahrungen gesprochen werden müssen, die aber dennoch Details sind. In Berlin, wo diese Wahl zu einem erheblichen Teil entschieden wurde, zum Beispiel über geschlossene Schwimmhallen und über die Preise der offene gebliebenen, über den Flughafen Schönefeld und einige andere „Posten“, vor allem über die Art und die Richtung der Senatspolitik und dessen famoses „Sparprogramm“. So wenig die Mitgliederschaft für Vergangenes Bonuspunkte zu vergeben hat: Langes Hocken in der „Gysi-Delle“ könnte sich als eine Falle erweisen. So wenig in Geschichte und Politik von Personen abgesehen werden kann, sie tauchen auf und verschwinden wieder, die Bedürfnisse und Interessen der Menschenmassen bleiben und mit ihnen die Aufgabe, auf sie als Sozialist politisch zu reagieren.

Auch politisch-taktische Dämlichkeiten wie das Versprechen, Schröder wieder auf den Kanzlerstuhl zu verhelfen – und ihm so zusätzliche Gelegenheit zu verschaffen, sich als verlässlicher Antisozialist herauszustellen – und damit selbst gegen den Grundsatz zu verstoßen, das Fell des Bären nicht zu verteilen, bevor er erlegt ist, müssen konstatiert, aber nicht übermäßig breitgetreten werden. Sich daran festzubeißen würde bedeuten, sich aufs bloße politische Hausierergewerbe zu kaprizieren. Nein: Es geht um die durch Theorie und jüngste Erfahrung gestützte Bestimmung des Platzes, den eine sozialistische Partei in dieser Gesellschaft in der gegenwärtigen Phase nationaler, europäischer und Weltentwicklung überhaupt einnehmen kann. Es geht um den Abschied von den besonders liebgewordenen Träumen, die sich in den wahrlich schwachsinnigen Debatten darüber äußerten, wann die PDS in der „Berliner Republik“ mitregieren wolle, solle und werde. Es gilt, die Schimäre vom Weg zu irgendeiner Einheitspartei aufzugeben und sich Klarheit über den Charakter der Sozialdemokratischen Partei zu verschaffen, die in ihrer Geschichte seit 1914 einen galoppierenden Wandlungsprozess durchlaufen hat wie keine andere deutsche Partei. Die PDS befindet sich nach der Implosion des sozialistischen Systems auf einem sehr langen Weg. So verlockend Vorschläge sind, ihn zu verkürzen, einen Machtzipfel zu gewinnen, sie münden nur im Sumpf der Aussöhnung mit gesellschaftlichen Zuständen, von denen kein ernstzunehmender Analytiker mehr bezweifelt, dass sie die Menschheit in eine Sackgasse führen.

Die blütenweiße Weste, welche die PDS, was ihr Abstimmungsverhalten im Bundestag betrifft, im Hinblick auf die Krieg-Frieden-Frage besitzt, reichte allein nicht aus, um das Wahlziel zu erreichen. Skrupellos haben sich Schröder und Fischer ein ähnliches Kleidungsstück wahlzeitgerecht übergestülpt, und es ist ihnen nicht einmal wirkungsvoll aufgeknüpft worden, so dass die Toten des Bombenterrors, Jugoslawen und Afghanen, auf dem dreist verdeckten Dauerdress der beiden Politiker auch von Vergesslichen hätten erinnert werden können. Doch von einer sozialistischen Partei, das zeigt das Wahlergebnis, kann und ist mehr verlangt worden als das entschiedene Nein wider imperialistischen Weltherrschaftswahn. Diese Erwartungen richten sich nicht auf Wunder, aber auf Standhaftigkeit in der Grundhaltung gegenüber allen sozialen Zuständen, die Menschen peinigen und verletzen, ihnen einen vernunftgeleiteten Lebensgenuss verwehren, die Reichtum nach oben und Armut und Elend nach unten schaufeln. Dass sie für diese Grundhaltung steht, daran hat sie vor allem mit ihrer Teilnahme an der Politik des Berliner Senats nicht nur Zweifel aufkommen lassen. Dagegen hat

sie an einem Platze, an dem sie über eine ins Gewicht fallende Anhängerschaft gebot, schlechthin verstoßen. Das haben viele sozialistische Kommunalpolitiker, die sich zwischen Erzgebirge und Kap Arkona für Verbesserungen von Lebensverhältnissen in Städten und Gemeinden gleichsam die Hacken ablaufen, nicht wettmachen können.

Das Wahlergebnis ist, das mag auf den ersten Blick als Dramatisierung erscheinen, richtig gedeutet, wenn es als Beweis für die mehrfach warnend ausgesprochene, aber als bloße Verdächtigung zurückgewiesene Behauptung genommen wird, dass eine zweite „sozialdemokratische“ Partei in der Bundesrepublik nicht gebraucht wird. Es hat nicht gereicht, obwohl die PDS von Tausenden, die ihrer Politik in vielem kritisch und in manchem ablehnend gegenüberstehen, dennoch und zähneknirschend gewählt wurde. Das liegt hinter uns. Genugtuung darüber, dass das Angebot, Schröder zum Kanzler zu wählen, dessen Annahme ohnehin fraglich war und nur im äußersten Notfall (nach vorstellbaren Verrenkungen) angenommen worden wäre, nun nicht verwirklicht wird, kommt nicht auf. Auch nicht bei dem Gedanken, dass damit ein Weg eingeschlagen worden wäre, auf dem schwerlich Anhänger sich hätten sammeln lassen. Denn es würde auch da gegolten haben, dass du nur beim ersten Schritt frei, beim zweiten aber Knecht bist.

Argumente statt der Phrasen

Auf das Zähneknirschen muss das Maulaufmachen folgen. Überzeugungen und Sachverstand sollten sich geltend machen. Der immer wieder aufgeschobene, von den einen absichtsvoll verweigerte, von anderen in seiner Bedeutung verkannte, auch aus verbreitetem, um Grundsätze unbekümmerten Harmoniebedürfnis vieler älterer Mitglieder unterlassene Streit um Weg und Ziel muss geführt werden. Nicht hauen und stechen in einem wilden Schlachtgetümmel. Nicht Säbel gegen Degen, sondern Argument gegen Argument und möglichst jeweils mit nachprüfbarer Begründung. Am Ende wird es ohne Personalwechsel nicht abgehen. Aber eben am Ende. Wer die Wiederaufnahme dieser ebenso programmatischen wie aktuell-politischen Diskussion wieder mit Verdächtigungen belasten und blockieren oder in ihr nur Phrasen ausschütten will, muss in die Schranken gewiesen werden.

junge Welt, Dienstag, 24.09.2002, S. 10.

Berlin – Kurfürstenstraße 135

Porträt eines Verlags, den Verlockungen, sich ins modische Gedränge zu begeben, nicht erreichen

Dass sich das Unternehmen bei seiner Gründung in der Berliner Kurfürstenstraße ansiedelte, könnte als Signal für ein Programm gemeint gewesen sein. Die Adresse des Verlags, von dem hier die Rede sein wird und der durch die Herausgabe von Büchern gegen Rassismus und Antisemitismus bekannt wurde, differiert um 20 Hausnummern von jener, die das nicht mehr erhaltene Gebäude trug, in dem sich das Referat IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes einst etabliert hatte. Adolf Eichmann und seine Komplizen firmierten unter Kurfürstenstraße 115/116.

Wie die Geschichte der meisten Verlage hat auch die des Metropol Verlags mit der Biographie seines Gründers und Leiters zu tun. Friedrich Veitl, der in München Politische Wissenschaften zu studieren begann, ging es in der bayerischen Hauptstadt geistig und politisch allzu ruhig zu. Er siedelte 1974 nach Berlin an die Freie Universität über, weil sich dort die Revolution vorzubereiten schien. Die fand dann doch nicht statt. Er aber fand Arbeit im Verlagsgewerbe. Sein Aufstieg begann mit der Pleite des Unternehmens, bei dem er sich verdingt hatte. Er reagierte auf sie mit dem Wagnis einer eigenen Gründung.

Das erste im Metropol Verlag veröffentlichte Buch ließ noch nicht erkennen, wohin die Reise gehen würde. Es erschien eine Festschrift für Margeritha von Brentano, eine außergewöhnliche Gestalt in der Reihe der Vizepräsidenten der Freien Universität. Bald darauf offerierte Rainer Erb, einer der besten Kenner der Geschichte von Judentum, Judenverfolgung und Antisemitismus in Deutschland, für den keine bundesrepublikanische Universität eine Professur hatte, ein mit Werner Bergmann verfasstes Manuskript, das unter dem Titel *Die Nachtseite der Judenemanzipation* erschien. Es wurde wegweisend – wie die Beziehungen, die Veitl zu Herbert A. Strauss, Gründungsdirektor des an der Technischen Universität geschaffenen Zentrums für Antisemitismusforschung, knüpfte. Aus ihnen wurde unter dessen Nachfolger Wolfgang Benz eine feste Beziehung zwischen dem heute international renommierten Institut und dem Verlag. Dessen Ruf ist sehr weit freilich noch nicht gedrungen – wenn er die Staatsgrenzen mittlerweile auch überschritten hat. Bücher aus dem Niederländischen (Jules Schelvis: *Vernichtungslager Sobibor*) und aus dem Polnischen (Alina Margolis-Edelman: *Als das Ghetto brannte*) erschienen in Übersetzungen. Aus dem Italienischen wird eine Untersuchung Gustavo Cornis, eines in Triest lehrenden Historikers, demnächst herausgegeben, die bereits auf Englisch unter dem Titel *Hitler's Ghettos* erschienen ist.

Das Flaggschiff des Verlags, richtiger: eine ganze Flaggschiffflotte, stellt eine auf nahezu ein halbes Hundert angewachsene Buchreihe dar. Sie findet sich Titel für Titel aufgelistet auf der letzten Innenseite jeder Ausgabe der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft". Die gibt Metropol ebenfalls heraus, sie erscheint monatlich und versammelt, wie vergleichbare Periodika, Aufsätze, Tagungsberichte und Rezensionen in meist bunter Mischung. Ein Unikat stellt die im Fachjargon „Zetteffge" genannte Publikation insofern dar, als ihre Gründung weit in DDR-Zeiten zurückreicht. Gerade feiert sie ihr 50jähriges Jubiläum. Zu ihren sechs Herausgebern gehören zwei Historiker, die im ostdeutschen Staat an der Wissenschaftsakademie beschäftigt waren. Wer in frühen Jahrgängen blättert, wird zwar eine nicht dogmenfreie, aber über wesentliche Fragen deutscher Vergangenheit diskutierende Zunft antreffen. Er mag sich bei einem solchen Rückblick wünschen, es möge unter Historikern heute streitbarer zugehen, auch und gerade dann, wenn mal keine Publikation zu verhandeln ist, die, von Reklamefachleuten gehypt, bald so schnell wieder verschwunden ist, wie sie erschien.

Besagte Flaggschiffreihe, die vom Zentrum für Antisemitismusforschung herausgegeben wird, firmiert unter der schlichten Dachzeile *Dokumente, Texte, Materialien*. Sie wurde 1991 von Wolfgang Benz' Buch *Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik* eröffnet. Ihr 45. Band stammt von Kurt Schilde und heißt *Bürokratie des Todes. Lebensgeschichten jüdischer Opfer des NS-Regimes im Spiegel von Finanzakten*. Die Buchreihe zeichnet sich durch Vielfalt der Annäherungsweisen und Fragestellungen und einen hohen Anspruch an Kenntnis und Durcharbeitung der Quellen aus. Zeitlich reicht das Gebotene zurück bis in die mittelalterliche Geschichte (*Die*

Legende vom Ritualmord). Geographisch erfaßt sie Tatsachen und Prozesse, die von Ecuador und Chile, die im Zusammenhang mit der Geschichte der Emigration deutscher Juden auftauchen, bis in das Territorium der westlichen Sowjetunion reichen, wovon mehrere Publikationen über das Morden der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD (insbesondere in Litauen und Lettland) handeln.

In die Reihe aufgenommen, ihr Hauptthema erweiternd, wurden Veröffentlichungen, die sich mit der Geschichte weiterer Minderheiten befassen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen und der UdSSR. Dazu gehören mehrere zeitlich bis in die Gegenwart führende Arbeiten zur Geschichte der Sinti und Roma *(Die Nachkriegsdeutschen und „ihre Zigeuner“* und *Zurück nach Nirgendwo. Bosnische Roma – Flüchtlinge in Berlin)*. Ihren Platz haben in der Reihe Stimmen von Frauen und Männern, die sich erlittener Verfolgungen erinnern. Aus dieser Gruppe stammt auch der „Bestseller“ des Verlags: Eugen Herman-Friede hat über seine jungen Jahre berichtet, eine Zeit, in der er, ein Jude, in einer Gruppe des deutschen Widerstands untertauchen konnte, solidarische Hilfe erfuhr und überlebte: *Für Freudensprünge keine Zeit. Erinnerungen an Illegalität und Aufbegehren 1942-1948* (5. Aufl. 2002).

Gelegen oder ungelegen: In den Texten dieser Buchreihe sind der Bundesrepublik und ihren Bürgern immer wieder auch Spiegel vorgehalten worden. Wer in Politik oder Bildung – kaum lassen sich die beiden Begriffe hierzulande noch in einem Atemzug nennen – tätig ist und sich zu humanitärem, aufklärendem oder solidarischem Handeln anstelle bloßer Bekenntnisse vor Fernsehkameras anregen lassen wollte, konnte sich auch im Speziellen kundig machen *(Neonazismus und rechte Subkultur)*.

Metropol, ein kleiner Verlag, der es mit einer Jahresproduktion von 20 bis 25 Büchern (von Band 11 an erscheint auch das renommierte *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* dort) bis auf die Schwelle zum mittleren Unternehmen gebracht hat, prägt sein Profil weiter aus. Verlockungen, sich ins modische Gedränge zu begeben, haben ihn nicht erreicht. Abschweifungen in die Geschichte der DDR, die auch räumlich nahelagen, blieben selten. Wie von der Masse des anderswo Produzierten wird da nichts bleiben. Aber die Veröffentlichungen des Verlags, die von der Geschichte der Juden und ihrer Verfolgung handeln und sich auch mit der Geschichte weiterer Minderheiten beschäftigen, kann, wer sich sachkundig machen möchte, nicht übergehen.

Das gilt auch für weitere Reihen, die der Verlag ediert. Eine bereits abgeschlossene hat die Geschichte der nationalsozialistischen Okkupation zum Gegenstand. Sie besitzt eine gewisse Verwandtschaft zu einem DDR-Unternehmen, dem einzigen, das auf dem Gebiet der Faschismusforschung das Jahr 1990 überdauerte und zu Ende geführt werden konnte. Während aber *Europa unterm Hakenkreuz* in der Hauptsache Dokumente bot, denen jeweils hochinformative Einleitungen vorangestellt wurden, liefert die Metropol-Reihe Darstellungen und Interpretationen durch eine internationale Autorenschaft: Die zehn Bände umfassende Reihe zielt auf Querschnitte und Vergleiche, die Gemeinsames und zu Unterscheidendes pointieren, so in *Die „Neuordnung Europas“*, einer Inspektion der Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten oder in *Von Lidice bis Kalavryta*, einer Analyse von Widerstand und Besatzungsterror. Jeder dieser Bände bietet reiches Material für die Auseinandersetzung mit revisionistischen Tendenzen in der Geschichtsschreibung. Insbesondere gilt das für die Dokumentation *Deutsche Politik im „Protektorat Böhmen und Mähren“ unter Reinhard Heydrich 1941-1942*, die vor allem der kürzlich verstorbene, unstreitig beste Kenner des Themas, Miroslav Kárný, erarbeitet hat.

Bis zum sechsten Band mit dem Titel *Jüdische Kinder auf der Flucht 1940-1945* ist die eigene Buchreihe *Rettungsversuche für Juden vor der Verfolgung und Vernichtung unter nationalsozialistischer Herrschaft* gediehen. Eine weitere, kürzlich begonnene Serie vereint Schriften zur *Geschichte der Konzentrationslager*. Das neueste, eben erschienene Buch hat deren Frühgeschichte zum Gegenstand. Zu meinen Favoriten der Verlagsproduktion gehört der Sammelband gegen *Vorurteil und Rassenhass*, eine Festschrift, mit der Mitarbeiter, Freunde und Schüler Wolfgang Benz überraschten. Ihre Autoren, die in elf Staaten forschen und lehren, durchmusterten den Antisemitismus in untergegangenen wie existierenden faschistischen Bewegungen Europas von Spanien bis Finnland. Zu den

Stolpersteinen gehört darin die Erwähnung jener jüdischen Offiziere in der finnischen Armee, die seit 1941 gemeinsam mit Deutschland gegen die UdSSR kämpften, bis der nordeuropäische Staat rechtzeitig Frieden suchte. Die Episode wird hier erwähnt, weil es zum Programm des Verlages gehört, statt glatt eingängiger Thesen auch verstörende Fakten und gedankliche Irritationen anzubieten – was vom Spannen von Fallstricken ja durchaus zu unterscheiden ist.

Der Autor veröffentlichte mit Erika Schwarz bei Metropol „Tagesordnung Judenmord. Die Wannseekonferenz 1942“ (zuletzt 1998, italienische Übersetzung Bologna 2000) und „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof. Franz Novak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns“ (1994)

konkret, 2002, Heft 10, S. 54.

Von Sprüchen und Fallen

Was in den letzten Tagen von PDS-Politikern in Mikrofone und vor Kameras gesagt wurde

Jedem, dem das Wohl und Wehe der PDS nicht gleichgültig ist, braucht eine gewisse Zeit, sich mit dem Ergebnis der Bundestagswahl auseinander zu setzen. Rasch gegebene Äußerungen exponierter PDS-Mitglieder, gefallen in der Wahlnacht, gehören nicht auf die Apothekerwaage. Da mögen Emotionen eine arg verdunkelnde Rolle gespielt haben.

Was nach dem sprichwörtlichen Überschlafen in Mikrofone und Aufnahmegeräte gesagt und zum Druck in Zeitungen freigegeben worden ist, verdient freilich Gewichtung und Aufmerksamkeit. Dies vor allem dann, wenn sich darin kundtut und fortsetzt, was bereits und Schaden stiftend eingeschliffen ist. Reden wir also vom Sprüchemachen.

Jetzt gelte es, wird ein Landesvorsitzender zitiert, „sich aufzurappeln und nach vorne zu schauen". Das erinnert an das alte und schöne, aus dem Hessischen stammende Volks- und Kinderlied von den Hasen, von denen es darin heißt: „... als sie sich nun aufgerappelt hatten und sich besannen, ob sie noch das liebe Leben hatten, hüpften sie von dannen". Wohin, verschwieg uns der Dichter, vermutlich um Kinder nicht zu betrüben. Denn die wenig wehrhaften Gesellen könnten nach einigen Haken doch nicht weitergekommen sein als vor die Flinte des nächsten Jägers. Und das, weil sie nur vorwärtsschauten und sich nicht orientierten, wo das Unheil lauerte.

Es dürfte die PDS, die nach verbreiteter Auffassung sich selbst zur Strecke gebracht hat, also den Rat nicht annehmen. Sie wird notwendigerweise auch etwas rückwärts schauen müssen, zurück auf ihre Wege und Irrwege. Für einstige Mitglieder der SED: Im Vorwärtsschreiten wird die Sache nicht abgehen. Es muss einen Moment eingehalten und bestimmt werden, wohin es denn gehen soll. Davon dürfte sich auch niemand durch die undialektische Gegenüberstellung von „Rückbesinnung und Neubesinnung" abhalten lassen, mit der versucht wird, Rückbesinnung als Rückwärtsgewandtheit zu denunzieren.

Zur Gruppe der wohlfeilen Sprüche gehört die Äußerung eines anderen PDS-Landesvorsitzenden, der beklagte, es sei „nicht in erhofftem Maße gelungen, die gute Bilanz unserer Regierungsbeteiligung für den Wahlkampf zu nutzen". Aus dem gespreizten Deutsch ins derb-verständliche meiner Muttersprache übertragen, heißt das wohl: Die Kerle (und Kerlinnen) haben einfach nicht alle gemerkt, was wir ihnen so in den letzten Jahren Gutes getan haben. Es zeiht verdeckt einen Teil der Wählerschaft gestörter und verminderter Wahrnehmungsfähigkeit. Dies höhere Politikerblech besitzt eine enge, abgegriffene Verwandte im Bild vom „Rüberbringen" eigenen Wollens oder gar Verdienstes zu den Wählern – womit obendrein die Assoziation geweckt wird, dass die einen auf dieser, die anderen auf jener Seite der Straße, des Flusses, gar eines Sees sich befinden. Und das mag ja inzwischen auch mitunter zutreffend sein.

Eine Art Steigerungsstufe ließ ein Bundestagsabgeordneter mit dem Bemerken hören, offenbar sei „die originäre PDS-Politik nicht so verkauft worden, wie es nötig gewesen wäre". Was meint das? Beim Worte genommen: Verkauft also ja, aber entweder mit einem zu hohen oder zu niedrigen Preis. Welch ein Unsinn! Da schon von Jägern die Rede war, soll auch von jener am meisten verpönten Art ihres Tötens gesprochen werden, vom Fallenstellen. In Eisen und Schlingen sind Tiere massenhaft kläglich verendet. Fallenstellen ist längst auch zu einer Methode in der Politik geworden. Dabei geht es nicht um Leiber, Leben und Pelze, sondern um Fallen, in die Gedanken geraten und in denen sie nicht anders verenden sollen als tierische Lebewesen. Das Material, um Gedanken derart zu fesseln und unbeweglich zu machen, bilden immer häufiger Fragen, mit denen alles Überlegen schon im Ansatz in eine Richtung gewiesen wird, in der eine dem Problem angemessene Antwort nicht gefunden werden kann. (Die SED-Warnung: „So darfst du die Frage nicht stellen", verkündete ein konkretes Frageverbot und gehört in eine andere, vergleichsweise plump zu nennende Kategorie der Disziplinierung.)

Eine solche Falle wird ausgelegt, wenn ein Wahlkampfchef nach der Niederlage vom „mangelnden Profil der PDS“ spricht, was doch wohl besagen soll, die Partei habe sich den Menschen, die sie gewinnen wollte, nicht richtig erkennbar gemacht. Der Parteivorsitzenden wird hingegen die Wendung zugeschrieben, „das Profil der PDS sei im Wahlkampf nicht ausreichend wahrgenommen worden“. Demnach war es also durchaus vorhanden gewesen, doch habe es eben zu vielen Wählern an den geeigneten oder hinreichend geschulten Sinnesorganen gefehlt, mit denen sie es hätten erfassen können.

Könnte es nicht sein, dass die sich der PDS verweigernden Wähler das, was im Bilde Profil der Partei genannt wird, sehr genau und unverzeichnet zu erkennen vermochten? Mit anderen Worten: dass es der Partei nicht an Profil mangelte, sondern dass ihr zwischen den Wahltagen eines gegeben worden war, das Hunderttausenden, die ihr einmal die Stimme gegeben hatten, fremd war und das sie nicht annehmbar fanden? Dann wäre nicht über das mangelnde, sondern über das vergangene, das derzeit vorhandene und über ein neu zu gewinnendes Profil der Partei zu reden und über Gründe für Ausprägung, Ablehnung und Neugewinn.

Aus anderem Munde wurde gesprochen, dass die PDS „keine Ein-Mann-Show“ sei. Hat das jemand behauptet oder auch nur, im Zweifel, ob sie das nicht vielleicht wäre, danach gefragt? Hat sie so schlecht und folgenschwer abgeschnitten, weil irgendjemand von derlei Darbietung abgestoßen wurde? Oder lautet die zu stellende Frage nicht vielmehr, wie es in den Wochen des Wahlkampfes in ihrem gewählten Vorstand zuging, von wem er sich beraten ließ und wessen Rat zu folgen er verweigerte, welche Verantwortung er für taktische Orientierungen, Extratouren nicht eines Einzelnen, sondern mehrerer in Gemeinschaft trug und wie das künftig an der Parteispitze zugehen soll?

Die Wirkung einer Falle besitzt auch die nicht mehr als Frage formulierte These, das Scheitern der Partei bei den Wahlen sei eine Folge „der Art und Weise, wie wir in den letzten Wochen Politik gemacht haben“. So gewiss sich in dem nicht näher bestimmten Zeitraum eine politisch-taktische Dummheit an die andere reihte: Handelt es sich wirklich nur um die „letzten Wochen“, also die gewiss notwendige Prüfung des Handelns und Unterlassens in der Zeit des Wahlkampfes oder nicht doch um die Überprüfung eines Kurswechsels, der vor Jahren eingeleitet und gegen Widerstände Schritt um Schritt durchgesetzt wurde? Und der unter anderem die Bezeichnung Modernisierung erhielt?

Fragen können wirken wie Fallen oder, wem dieses Bild nicht zusagt, wie Barrikaden. Ob sie in der jetzt unumgänglich entbrennenden Auseinandersetzung unter demokratischen Sozialisten absichtsvoll errichtet werden, ist nicht einfach zu entscheiden und im Grunde auch nicht so wichtig. Denn selbst wenn sich, was auch möglich ist, in den falschen oder unzureichenden Fragestellungen nur das Unvermögen ausdrückte, sich in ein Problem, die nun deutlich gewordene Krise der PDS hineinzudenken, um sie überwinden zu können, wird die Sache nicht besser.

Nicht, dass diese Partei dümmere Politiker und Politikerberater hätte als die anderen. Sie braucht aber angesichts ihrer generellen und nicht nur wegen ihrer momentanen Lage klügere. Denn sie hat als sozialistische die vielfach mit einem Spagat verglichene politische Position einzunehmen, die in dieser Gesellschaft vor allem die Interessen der Arbeitenden vertritt, und zugleich zu sorgen, dass diese sich nicht „verewigt“. Davor steht keine andere Partei, denn keine von ihnen will über den Kapitalismus hinaus. Über diesen Schwierigkeitsgrad haben sich die an der Parteispitze stehenden ausreichend Rechenschaft offenkundig nicht gegeben. Sonst wären sie anders in den Wahlkampf und seit längerem anders mit den verfügbaren, aber weithin ungenutzten Kräften und Hilfskräften in ihren Reihen und ihrem Umfeld umgegangen. Das meint nicht nur Gesellschaftswissenschaftler, sondern nicht weniger Naturforscher und Mediziner.

Will die PDS ihren „Nachteil“ wettmachen, muss sie sich ungleich stärker und nicht nur in Programmdebatten auf die Intelligenz ihrer Mitglieder und Sympathisanten stützen. Das setzt an ihrer Spitze eine Politikergruppe voraus, welche zuzuhören vermag, sich der unaufhebbaren Spannung zwischen Politik und Wissenschaft auszusetzen bereit ist und sie bei ihrer Arbeit auszuhalten vermag. Derzeit ist die Glaubwürdigkeit der Partei doppelt und weithin verloren gegangen: Nur noch eine

abnehmende Zahl von Menschen favorisiert sie als Vertreterin ihrer Interessen in der Gegenwart und für die Zukunft.

Das muss so nicht bleiben. Aber kommen wir uns und anderen nicht länger mit Sprüchen, stellen wir uns und anderen nicht weiter Gedankenfallen. Die Delegierten des bevorstehenden Parteitagestages könnten damit einen Anfang machen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 28./29. September 2002, S. 24.

Fischer aufs Stühlchen

Es war in einem der traurigen Novembermonate, die es hierzulande zu überleben gilt, als sich Herr Adolf Hitler auf den Weg zu Herrn Paul von Hindenburg begab. Denn es wurde gerade ein Reichskanzler gesucht, und diesmal schien es, als sei der Führer der Nazis an der Reihe. Der Weg war nicht weit. Vom am Wilhelmplatz gelegenen Hotel „Kaiserhof" einige Hausnummern die Wilhelmstraße nordwärts und schon war das Reichspräsidentenpalais erreicht. Eigentlich lohnte es sich nicht, den Motor des Mercedes anzulassen, aber zu Fuß wollte der Kandidat da nicht erscheinen. Schließlich ging es nicht nach Canossa. Und außerdem lag ihm daran, das Dahin rasch hinter sich bringen. Es war ihm nämlich auch etwas mulmig.

Und tatsächlich setzte der „greise Feldmarschall" den „böhmischen Gefreiten" zunächst einmal gleichsam aufs Stühlchen. Hatten doch dessen Anhänger hier in Berlin in den letzten Tagen des eben beendeten Reichstagswahlkampfs an einem Streik teilgenommen, ausgerechnet an einem der Verkehrsarbeiter. Das musste einem Manne, der aus Weltkriegszeiten um die Bedeutung der Eisenbahnen – einschließlich des Feldeisenbahnwesens – wusste, besonders verwerflich erscheinen, selbst in Friedenszeiten und angesichts eines kriegsunfähigen, von den Siegermächten erzwungenen 100.000-Mann-Heeres. Was, wenn derlei Schule machte?

Vollständig in Verlegenheit zu bringen war der Herr Hitler durch diese Vorhaltung nicht, die ihn zudem nicht unvorbereitet traf. Er setzte dem Herzensmonarchisten, dem Wahlarithmetik nicht eben ein sympathisches Thema sein mochte, knapp auseinander, was es mit dieser Streikteilnahme auf sich gehabt hatte. Wäre sie nicht erfolgt, dann hätten sich nicht nur die Mitglieder der Nazi-Betriebsgruppe in den Berliner Verkehrsbetrieben, sondern womöglich auch andere Arbeiter und Angestellte von der NSDAP abgewendet und sie schon am Wahltag im Stich gelassen. Das wäre, schloss der Kandidat, auch kein Vorteil gewesen. Dem Präsidenten leuchtete das ein. Er verstand. Dass es nicht wieder vorkommen solle, brauchte nicht versichert zu werden. Wären Sozis, Marxisten, Gewerkschafter erst abgeschafft, würde Ruhe einkehren. Deshalb saß man letztendlich beisammen.

Warum ich auf die Episode gekommen bin?

Nein, nicht weil es demnächst runde 70 Jahre her sein wird, dass die Begegnung stattfand. Den Gedankenanstoß gab die Reise, die Herrn Joseph Fischer bevorsteht und die ihn auch zum Präsidenten der USA führen wird. Der hat ein ähnliches Verhältnis zum Kriege wie einst jener 1934 verblichene Reichspräsident. Fischer besucht Bush in einer vergleichsweise günstigen Situation. Er ist kein Kandidat. Er will nicht erst ist in eine Regierung, sondern gehört schon einer solchen an und ist deren Vizekanzler. Vor allem: Er hat nicht zur Teilnahme an einem Streik aufgerufen, der ihn dem Verdacht ausgesetzt hätte, ein Antiamerikaner zu sein. Jedoch: Er hat gemeinsam mit seinem Kanzlerfreund so etwas wie eine Verweigerung, eine Art Streik, wiederholt öffentlich angedroht für den Fall, die USA begännen auf eigene Faust einen Krieg gegen den Irak. Das hat Bush sehr missfallen. Deswegen ist das Stühlchen für den Gast zurechtgerückt. Was wird der dann sagen? Dass in Deutschland Bundestagswahlen waren und es ohne Zugeständnis an die nach Frieden verlangende Massenstimmung nicht abging, wenn für künftige Fälle die uneingeschränkte Solidarität nicht aufs Spiel gesetzt werden sollte. Und dass ein Verbleib der demokratischen Sozialisten im Bundestag, wie ihre Rolle bei den Abstimmungen über Krieg oder Frieden während der vergangenen Jahre gezeigt habe, doch auch keinen Vorteil erbracht hätte.

Ob das den Mann im Weißen Haus überzeugen wird, ist fraglich. Denn noch ist ihm erinnerlich, dass ihm in Berlin ein Deutscher, wie war doch gleich sein Name [Roland Claus], artig mit einer unverlangten Entschuldigung gekommen ist. Die Leute waren doch gar nicht so unangenehm und widerspenstig.

So könnte es sein, dass sich der deutsche Außenminister noch etwas anderes wird ausdenken müssen, um den Präsidenten der Weltmacht zu überzeugen und um ihn dann in der Gewissheit verlassen zu können, dass alles wieder gut werden wird. Zeit fürs Überlegen ist ja, denn es geht nicht nur die Wilhelmstraße entlang.

Ossietzky, 5. Jg., H. 20, 5. Oktober 2002, S. 688 f.

Ist noch Platz?

Wie sich Wolfgang Ullmann im Neuen Deutschland eine PDS ohne PDS vorstellt

Am letzten Wochenende vor dem PDS-Parteitag hat Neues Deutschland einen Artikel von Wolfgang Ullmann gedruckt. Er trägt die Überschrift „Das Debakel – ein Appell“ und ist fern allen Triumphes derer, die sich auf eine Gesellschaft ohne PDS freuen. Nein, Sozialismus und Sozialisten, ist er überzeugt, werden gebraucht, freilich nicht die PDS in ihrer derzeitigen Gestalt und Verfassung. Vor ihr stehe die Aufgabe einer Generalrevision. Sie habe ihren Platz in der Gesellschaft, „der Demokratie“, neu zu bestimmen und dabei nicht von den Widersprüchen dieser Gesellschaft, sondern davon auszugehen, dass „Demokratie ... das Ganze aller politischen Tendenzen der Gesellschaft (ist). Seit dem 19. Jahrhundert gehören darum Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus zu den Säulen der modernen Demokratie.“ Dieses „darum“ verdient Aufnahme ins Schatzkästlein für höheres Blech aus Politikermund.

Welch ein Schwachsinn äußert sich da in nur zwei Sätzen über deutsche Vergangenheit! Wo Ullmann im 19. Jahrhundert einen Konservatismus entdecken konnte, dessen Verfechter sich im Staat der konstitutionellen Monarchie zur Demokratie bekannten, in ihm gar Säule einer „modernen Demokratie“ waren, verrät er uns nicht. Und was „das Ganze aller politischen Tendenzen“ angeht, so umfasst es in der Bundesrepublik, um deren demokratische Zustände sich Ullmann sorgt, – leider – auch Neofaschisten und andere Antidemokraten verschiedener Couleur. Davon abzusehen, dass sie zum Ganzen der Gesellschaft gehören, könnte uns schlecht bekommen.

Ullmann geht es nicht um wahr oder falsch, sondern um Politik, um Erhalt und künftige Rolle der PDS. Letztere soll, eine locker phantasierte Traditionslinie fortsetzend, darin bestehen, eben eine von jenen drei Säulen der kapitalistischen Gesellschaft zu sein oder diese zu verstärken und damit zu tun, was Sozialisten seit eh und je getan hätten. Für diese Nachrede werden ihn ganze Generationen von Sozialdemokraten im Himmel noch sehr zur Rede stellen. Da soll nichts vorweggenommen werden.

Im Fortgang des Artikels wird auf weitere Berufungen auf die Geschichte der Arbeiterbewegung dann verzichtet. Massiv und beweislos steht da die These, der Gedanke an eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus sei ein für alle Mal aufzugeben. Links von der Sozialdemokratie sei nur noch Raum für Phantasten und Illusionisten. Denn: Wir leben „nach dem definitiv gewordenen Ende aller Revolutionen“ (die Revolution, an welcher der Autor teilgenommen zu haben glaubt, war demnach die letzte). Wo ist dann aber noch Platz für eine sozialistische Partei? Was soll sie sich vorsetzen, was gar bewirken?

Sie soll, erklärt Ullmann, „als politische Initiative für die von mächtigen Trends rechtsunfähig gemachten Mitglieder der Gesellschaft“ wirken. Da lauert es wieder, das Absinken ins Grübeln. Denn: Rechtsfähig ist das Kind mit seiner Geburt, hätten Juristen dem Theologen sagen können. Wo keine Rechtsunfähigen sind, gibt es folglich auch keine Aufgabe für die Sozialisten. Es sei denn, gemeint wären nicht Fähigkeiten, sondern Rechte, die den Individuen in einer Gesellschaft zugebilligt oder vorenthalten werden, beispielsweise das Recht auf Arbeit. Das aber kann schwerlich gemeint sein, denn denkt der sozialdemokratische Kanzler nicht in später Nacht, wie wir soeben noch auf einem Wahlplakat teilnehmend betrachten konnten, gerade über diese Personengruppe nach?

Daneben sei Platz für die PDS, versichert Ullmann. Nur müssten Sozialisten jeden Gedanken an ein eigenes Wirtschaftskonzept aufgeben und sich überhaupt um Wirtschaftskonzepte länger nicht kümmern, sondern stattdessen ein „Rechtskonzept im Dienst einer politischen Synthese von Freiheit und Gleichheit“ verfolgen. Aber und noch einmal: Erledigen nicht auch das die Sozialdemokraten schon? Womöglich selbst ein wenig in Zweifel geraten, ob seine Rollenzuweisung für eine ganze Partei hinreicht, fährt der Autor fort: Die PDS könne in der „überregionalen politischen Debatte“ ihre DDR-Erfahrungen zur Geltung bringen, in einer Debatte, die tatsächlich nicht stattfindet, sondern seit Jahren durch ein Generalverdikt ersetzt ist, zu dem Ullmann sogleich weitere Argumente beizusteuern sucht. Da die Teilnahme an nur einem Streit diese Partei offenbar hinreichend nicht beschäftigen würde, stellt ihr Ullmann noch die denkbare Stimmführerschaft in der „entstehenden Diskussion über

demokratischen Sozialismus“ in Aussicht, einer Diskussion, die nun keineswegs erst entsteht, sondern seit Jahren stattfindet, freilich nicht mit jenen Argumenten, die nun ungescheut in sie eingebracht werden sollen. Die PDS, in deren Reihen das Wort Bildungsarbeit zum Fremdwort verkommen ist, solle „unentbehrliche Lehrkraft für alle (werden), denen eine Erneuerung unserer parteipolitisch verfallenen Demokratie am Herzen liegt.“ Wie derlei Verfall trotz dreier Säulen möglich war, erfahren wir nicht.

Wolfgang Ullmann entwirft ein Bild von einer gewandelten PDS, das Sozialisten nur Warnung sein kann. Der einzige Mangel an Konsequenz besteht darin, dass er für das Parteigebilde, das ihm vorschwebt, nicht auch einen Namen vorgeschlagen hat. Bei Beibehaltung des jetzigen würde das Projekt auf einen der größten Etikettenschwindel der deutschen Parteiengeschichte hinauslaufen. Und wer möchte einem Theologen zutrauen, dass ausgerechnet er ein derart sittenwidriges Verhalten guthieße?

junge Welt, Donnerstag, 10.10.2002, S. 12.

Unvollendetes

Das Leben eines Emigranten

Wer ein wenig vom Leben des Rudolf Hirsch wusste, dem war nicht entgangen, dass sich in seinem Roman „Patria Israel“ Erlebtes und Erfahrenes des Mannes fand, den die Faschisten aus Deutschland vertrieben hatten. Als ich ihm zum Erscheinen des Buches gratulierte und fragte, warum er sich nicht zu Memoiren entschlossen habe, lautete seine Antwort, er hätte da nicht auslassen können, was er jetzt nicht berühren wolle. Beispielsweise das Schicksal seiner geliebten Schwester, die in der Sowjetunion Schutz suchte, und die er in diesen aus dem Nachlass veröffentlichten Erinnerungen zu den Verschollenen zählt. Verschollen in den Jahren des Terrors.

Dann begann Hirsch, mehrfach gedrängt, doch noch Geschichten aus seinem Leben zu schreiben. Es außergewöhnlich zu nennen, heißt untertreiben. Abenteuerlich? Trifft es auch nicht, wenngleich es an Abenteuern überreich war. Denkt man allein daran, dass ein junger Mann, mit seiner Mutter Inhaber des erfolgreichsten Schuhgeschäftes in Krefeld und dessen Geschäftsführer, in die Kommunistische Partei eintritt. Und das 1931, als die braune Kommunistenjagd schon auf Touren gekommen ist. Und das als ein Jude, der Befeindung seit den Tagen seines Gymnasialbesuchs erfahren hat. Oder sucht man sich jene Fahrt zu vergegenwärtigen, die ihn 1938 von Palästina über den Balkan, Polen nach Schweden führt, wo er mit Genossen der Gruppe „Neu beginnen“ gegen die Nazidiktatur wirken will, keine dauernde Aufenthaltserlaubnis erhält und auf einem Frachtdampfer dorthin abgeschoben wird, woher er kam.

1939 meldet er sich freiwillig in die britische Armee, wird aber nicht als tauglich befunden. So gewinnen aus Deutschland an die Ostküste des Mittelmeers geflohene Juden, die als Antifaschisten zusammenhalten und den Vorsatz haben, in ein befreites Deutschland zurückzukehren, einen Aktivisten.

Hirsch hat zu spät begonnen, aus seinen Tagen zu erzählen. Der Tod nahm ihm nicht mehr die Feder, sondern das Diktiergerät aus der Hand. Der 1907 Geborene stirbt 1998. Da war er mit seinem Bericht eben bis zu seiner Rückkehr ins zerstörte Berlin gekommen, wo ihm zuerst Arnold Zweig ein häusliches Unterkommen bot.

Die folgende, nahezu ein Halbjahrhundert umfassende Zeitspanne dieses Lebens hat Walter Nowojski, der um das Erscheinen der Klemperer-Tagebücher so Hochverdiente und durch diese Arbeit gleichsam Vorbereitete, geschildert: den Weg Hirschs, der nicht nur Schuhwerk zu verkaufen, sondern dieses, namentlich Sandalen, auch herzustellen vermochte und damit in der Fremde seinen Unterhalt bestritt, zu einem in der DDR weithin bekannten Publizisten, dessen Tage- und Hauptwerk die Gerichtsreportage wurde. Verfolgen lässt sich darin auch die Geschichte der Entstehung bedeutender Reportagen, wie die über die Auschwitz-Prozesse, und weiterer Veröffentlichungen, aus denen das mit seiner Frau Rosemarie Schuder geschriebene „Der gelbe Fleck“ herausragt. Das mögen Leseempfehlungen genug sein. Doch ihnen allen wäre die Art und Weise voranzustellen, in der Hirsch Menschen schildert, die ihm begegneten, etwa seine aus dem Niederländischen gekommene Kinderfrau. Noch aus Buchstaben und Worten spricht jene Herzenswärme, die Rudolf besaß.

Rudolf Hirsch: Aus einer verlorenen Welt. Hrsg. v. Walter Nowojski. Das Neue Berlin. 224 S. geb., 14,90 Euro.

Neues Deutschland, 14. Oktober 2002, S. 13.

Demagogen in Erklärungsnot

Todesurteil Stalingrad (V): Auf der Schwelle zum russischen Winter – Erwartungen, Hoffnungen, Zweifel

Als die Oktobermitte des Jahres 1942 erreicht war, ließ sich den Berichten des deutschen Oberkommandos entnehmen, dass die Zeit der Vormärsche und Geländegewinne hinter den deutschen Truppen lag, und das an allen umkämpften Fronten. Die in der Sowjetunion am weitesten südlich stehenden Truppen kamen in Richtung auf Baku und die türkische Grenze nicht mehr voran. Die Meldungen aus Stalingrad lauteten seit einem Monat in nervender Einförmigkeit, in der Stadt werde gekämpft.

Propagandaminister Goebbels hatte früh erfaßt, dass die monotonen Nachrichten von der Ostfront in der Bevölkerung Unruhe stifteten und die Unruhe umso stärker um sich greifen wird, je mehr Erwartungen genährt würden, deren Erfüllung dann ausblieb. Daher hatte er, als sich herausstellte, dass Stalingrad aus der Bewegung nicht genommen werden konnte, bereits am 9. und 11. September während seiner sogenannten Ministerkonferenzen die Vertreter von Presse, Rundfunk und Nachrichtenbüros davor gewarnt, Illusionen über einen schnellen Abschluss der Kämpfe zu wecken. Stattdessen solle über deren Härte, Schwere und Größe berichtet werden. Doch schon am 15. September kam ihm aus dem Führerhauptquartier der dort etablierte Reichspressechef Otto Dietrich mit einer „Tagesparole“ gleichsam in die Quere. Sie lautete: „Das Ringen um Stalingrad nähert sich seinem erfolgreichen Ende.“ Die deutschen Zeitungen hätten sich auf das Ereignis – gegebenenfalls auch durch das Erscheinen von Extraausgaben – vorzubereiten.

Da Dietrich derlei nicht aus eigenem Entschluss zu verkünden gewagt hätte, konnte in seiner Verlautbarung nur eine Spiegelung der Ansichten Hitlers gesehen werden. So zog Goebbels am 18. September nach und erklärte den Experten für Propaganda, dass – „nachdem nun der Fall von Stalingrad mit Sicherheit zu erwarten ist“ – man sich darauf einstellen solle, die Bedeutung der Stadt und damit den Rang des Sieges herauszustellen.

Doch schon drei Tage später hörten es die Teilnehmer der regelmäßigen Instruktionsstunde wieder anders. Am 21. September verlangte der Minister, da „mit der endgültigen Einnahme vorläufig noch nicht zu rechnen sei“, Stalingrad nicht Tag für Tag in die Schlagzeilen zu bringen. Einen weiteren Tag später ließ er einen Sprecher des OKW vor den Versammelten erklären, warum die Kämpfe um die Stadt so lange dauerten. Der verwies auf die „naturbedingte Zerklüftung des Geländes“, die „Bauweise“ der Stadt und erwähnte sogar das Wetter, das demnächst die überlangen deutschen Nachschubwege schwer passierbar machen könne. So sei das Ende „noch nicht abzusehen“.

„Gefrierfleischmedaille“

Hingegen weckte am gleichen Tage der Wehrmachtsbericht wieder Hoffnungen, dass die Stadt „fallen“ werde. Es hieß: „In einzelnen Stadtteilen von Stalingrad, das der Feind unter Zuführung neuer Kräfte verzweifelt zu halten versucht, sind noch erbitterte Straßenkämpfe im Gange.“ Noch? Das vermittelte die Vorstellung von einem Rest. Dass derlei Informationen mehr und mehr misstraut wurde, zeigte sich auch an der offenbar zunehmenden Zahl von Rundfunkhörern, die anhand von Nachrichten der „Feindsender“ Genaueres und Verlässlicheres über die Lage erfahren wollte. Demgegenüber beließ es der Propagandaminister nicht bei demagogischen Winkelzügen. Im Oktober ordnete er an, einige Zuchthausurteile in der Presse zu veröffentlichen, die gegen „Volksgenossen“ gefällt worden waren, die sich an das Verbot nicht gehalten hatten.

Wie es wirklich bei Stalingrad stand, deutete am 7. Oktober der Oberbefehlshaber der 6. Armee, General Friedrich Paulus, in einem privaten Brief an General Rudolf Schmundt an, den Chefadjutanten der Wehrmacht bei Hitler, der gleichzeitig Chef des Heerespersonalamtes war: „Der Kampf um Stalingrad verläuft sehr zäh ... Das Ganze ist eine Menschen- und Zeitfrage ... Aber wir werden mit dem Russen schon fertig.“ Was die Menschen anlangte, so wurde die Zahl der Angreifer als Folge von Tod, Verwundung und Krankheit von Tag zu Tag weniger, und die physischen und psychischen Kräfte derer, die noch kampffähig geblieben waren, nahmen ab. Für einen Austausch oder die Auffüllung der Divisionen stand nichts zur Verfügung. Und was die Zeit betraf, so stand der gefürchtete

russische Winter vor der Tür. Darum sorgten sich nicht zuletzt die Angehörigen aller an der Ostfront eingesetzten Soldaten aufgrund der Erfahrungen, die im Winter 1941/1942 gemacht worden waren. Die ihn in Eis und Schnee und schärfster Kälte überlebten, waren inzwischen massenhaft mit einer Gedenkmedaille dekoriert worden, die in Soldatenmund inzwischen den Namen „Gefrierfleischmedaille“ erhalten hatte. Nun versicherte die Wehrmachtspropaganda immer wieder, es werde sich das Desaster der fehlenden Winterbekleidung nicht wiederholen und zeigte früh Bilder von wohlverpackten „Frontkämpfern“.

Indessen ging es keineswegs allein darum, was die Soldaten auf dem Leibe hatten. Das galt namentlich für jene, die Stalingrad erobern sollten. Dort stellte sich die Frage, wo die Divisionen, die sich in der dünnbesiedelten, an Ortschaften und Behausungen armen Steppe zwischen Don und Wolga befanden, im buchstäblichen Sinn unterkriechen sollten. Holz für den Bau von Unterständen ließ sich kaum auftreiben, und es fehlte auch zur Beheizung der Behelfsöfen. Vor diesem sich abzeichnenden Hintergrund liest sich Paulus’ zitierter Brief an den Adressaten im Hauptquartier wie eine Trostspende. Jede nüchterne Analyse ergab, dass die 6. Armee unter den Bedingungen des Winters nicht ausreichend zu versorgen sein werde. Zu diesem Schluss kam auch der Generalquartiermeister der Heeresgruppe B, und die logische Konsequenz auch seiner Rechnung besagte, dass die gewonnenen Positionen unhaltbar waren. Auch dieser General verlor seinen Posten.

Feindbild kam ins Wanken

Inzwischen brachten die Gegenwehr der sowjetischen 62. Armee in Stalingrad und der Widerstand der Truppen an der Kaukasusfront das Bild, das die Nazipropaganda vom Kriegsgegner bis dahin gemalt hatte, mehr und mehr ins Wanken. Auch im Reich kreisten Erörterungen immer häufiger um die Frage, woher diese offenkundig nicht oder nur unter äußersten Anstrengungen und schweren Verlusten zu überwindenden Truppen ihre Kräfte hernahmen. Weder der bloße Verweis auf die Zahl der gegnerischen Soldaten noch die strapazierte „Erklärung“, es seien die „bolschewistischen Kommissare“, die angeblich ganze Kompanien mit gezogener Pistole in die Gefechte zwingen würden, konnten noch überzeugen. Als Goebbels am 19. Oktober, da wurde um den Besitz der Werkgelände im Norden der Stadt von Trümmer- zu Trümmerhaufen gekämpft, den Zuhörern seiner Ministerkonferenz erneut eröffnete, dass „der Fall von Stalingrad noch einige Tage dauern kann“, musste er zugleich die Erwähnung der Tatsache untersagen, dass die Arbeiter in Stalingrad sich in ihren Betrieben bewaffnet am Kampf beteiligten. Er verbot jede weitere Erörterung über die Ursachen der Zähigkeit des sowjetischen Widerstandes und rügte dessen in die Presse geratene anerkennende Kennzeichnung ausdrücklich.

Am 14. Oktober erließ Hitler den sogenannten Operationsbefehl Nr. 1, der den allgemeinen Übergang zur Defensive bestimmte, von „vorübergehender Ruhe“ sprach und die „Fortsetzung unserer Offensive 1943 zur endgültigen Vernichtung unseres gefährlichsten Gegners“ ankündigte – eine Vernichtung, die nach den ursprünglichen Plänen im Herbst 1941 erfolgt sein sollte. Damit war eingestanden, dass das Feldzugsziel und das Erreichte erneut weit auseinanderfielen. Zudem hatte sich die Frontlinie gegenüber dem Vorwinter um Tausende Kilometer verlängert. Sie war an einzelnen, mitunter Hunderte Kilometer langen Abschnitten, wie in der Kalmückensteppe, äußerst dünn besetzt. Ihr Verlauf bot insbesondere zwischen Woronesh und der Wolga geradezu eine Einladung zu Angriffen in den Rücken der deutschen Truppen und ihrer Verbündeten. In Hitlers Befehl hieß es dagegen beruhigend: „Der Russe selbst ist durch die letzten Kämpfe sehr geschwächt und wird im Winter 1942-43 nicht mehr die Kräfte wie im Vorhergehenden aufbringen.“ Wer das glaubte, verfiel einem schweren Irrtum, der sich für Hunderttausende deutscher Soldaten als tödlich erweisen sollte.

Von der allgemeinen Weisung, zur strategischen Verteidigung überzugehen, blieben die 6. Armee und die 4. Panzerarmee ausgenommen. Ihr Auftrag lautete nach wie vor, Stalingrad vollständig zu erobern. Vorschläge, diese Kämpfe einzustellen und stattdessen Reserven zu bilden, um sich auf die zu erwartenden sowjetischen Angriffe einzustellen, wurden zurückgewiesen. Lediglich die weitergehenden Pläne waren für diese beiden Armeen gestrichen worden. Einige ihrer Divisionen hatten flussabwärts bis nach Astrachan vorstoßen und dort den Hauptarm der Wolga in deren Mündungsgebiet

blockieren sollen. Dieses Vorhaben, mit dem auch die Einrichtung einer Marinestation am Kaspisee vorbereitet werden sollte, musste im Oktober aufgegeben werden. Im Kriegstagebuch des OKW wurde am 6. Oktober lakonisch vermerkt: „Das Unternehmen gegen Astrachan hält der Führer nicht mehr für so wichtig.“ Das erinnerte arg an den Kommentar des Fuchses, dem die Trauben in Wahrheit zu hoch hingen.

Die Inbesitznahme Stalingrads hatte zu dieser Jahreszeit an Wert verloren. Auf der Wolga stand der Eisgang bevor und damit das Erlahmen und das Ende der Schifffahrt auf dem Strom. Selbst wenn es gelungen wäre, die beiden inzwischen voneinander getrennten Brückenköpfe, welche die 62. Armee unter General Tschuikow auf dem rechten Wolgaufer im Stadtgebiet noch behauptete, zu liquidieren, würde sich an der ungünstigen Situation der 6. Armee nichts Wesentliches geändert haben. Ihre Soldaten hätten sich in noch mehr Ruinen verkriechen können. Doch diese wären von sowjetischer Artillerie, die ohnehin auf der anderen Seite des Stromes stationiert war, weiter pulverisiert worden. Umgruppierungen wären zugunsten der Front gegen Norden, von der das meiste Unheil drohte, möglich geworden. Auch hätte der Verlust der ganzen Stadt für die sowjetische Seite einen psychologischen, in seinem Gewicht schwer zu beurteilendem Nachteil bedeutet. Doch Siegesaussicht konnte auch der „Fall“ der Stadt nicht verheißen. Die sowjetische Faust ballte sich zum Schlag und diejenigen, gegen die er sich richten würde, besaßen keine ausreichende Deckung.

Ein zweites Verdun?

So verlustreich und kräftezehrend die Kämpfe während des Sommers und Herbstes im Süden auch gewesen waren, sie hatten das sowjetische Oberkommando nicht gezwungen, an anderen Frontabschnitten ein Risiko einzugehen. Ganz im Gegenteil, auch dort waren die deutschen Truppen an mehreren Stellen unter Druck geraten, so dass nicht daran zu denken war, die nordwärts der Angriffsfront stationierten Divisionen des Aggressors auszudünnen und zur Verstärkung nach Süden zu befehlen. Es handelte sich um mehr als eine momentane Erschöpfung der deutschen Streitmacht. Das Regime als Ganzes hatte seine Kräfte vom Nordkap bis in den Norden Afrikas und von der spanischen Grenze bis zum Kaukasus weit überdehnt. Auf dieses Regime, so furchtbar es war und noch für Jahre blieb, traf von nun an das Wort vom Koloss auf tönernen Füßen zu. Schon am 26. September 1942 hatte der deutsche Diplomat Ulrich von Hassell, der von 1932 bis 1938 Botschafter des Reiches in Rom gewesen war, sich seitdem im Wartestand befand und später als einer der Verschwörer gegen Hitler hingerichtet wurde, in sein Tagebuch notiert: „Stalingrad fängt an, eine Rolle wie Verdun zu spielen.“ Und vor Ort schrieb am 4. Oktober 1942 der Stabschef des XI. Armeekorps, Oberst Groscurth: „Ob Stalingrad ein zweites Verdun wird, fragt man sich hier voller Sorge.“

Nicht nur in diesen Äußerungen wurde in jenen Tagen die Erinnerung an die Kämpfe lebendig, die von Februar bis Dezember 1916 im Vorfeld der französischen Festung Verdun um deren Forts ausgetragen worden waren. Nach den Plänen der kaiserlichen Obersten Heeresleitung sollte der Gegner dort mit allen seinen Kräften im wahrsten Wortsinn ausbluten und das Tor zum eigenen Endsieg im Westen aufgestoßen werden. Doch wurde das Ziel auch damals nicht erreicht. Die deutschen Angriffe, vorgetragen von der 5. Armee, mussten eingestellt werden. Erich Kuby schrieb später, Verdun sei für die Deutschen ein „Schreckensname“ geworden. Auf beiden Seiten waren jeweils mehr als 300.000 Soldaten (nach geschätzten Angaben 337.000 deutsche und 377.000 gegnerische Männer) Opfer einer Schlacht geworden, die mit anderen Kämpfen des Ersten Weltkrieges fälschlich als „Materialschlacht“ bezeichnet wurde. Nun, da Stalingrad durch die deutsche Propaganda zu einem „Festungsgebiet“ erklärt worden war, lagen Vergleiche besonders nahe. Offenbar wusste auch Hitler, dass sie angestellt wurden. Verlogen nahm er darauf Bezug, als er öffentlich erklärte, er sorge dafür, dass Stalingrad nicht zu einem zweiten Verdun werden könne. Deshalb lasse er nun „ganz kleine Stoßtrupps“ gleichsam den Rest erledigen. In Wahrheit aber blutete dort eine ganze Armee aus, diejenige, deren Kampfkraft am 28. Juni bei Beginn der Offensive stärker gewesen war als die jeder anderen deutschen Armee.

junge Welt, Dienstag, 15.10.2002, S. 10.

Nirgendwo Triumph

Am Beginn des Weges aus ihrer Krise? Die PDS nach dem Geraer Parteitag

Etwa 48 Stunden vor dem Beginn des Geraer Parteitages der PDS schien es, als würden Nebelwerfer in Stellung gebracht und begännen sogleich zu schießen. Die wabernde graue Wand, die da heranrollte, verstellte jeden Blick auf die Meinungsverschiedenheiten, die es in den Parteireihen gibt und sich in der beginnenden Diskussion um die Wahlniederlage unüberhörbar geäußert hatten. Gegenstände und Themen waren nicht neu. Nun ließen sich Stimmen hören, es lägen die Ansichten und Standpunkte soweit gar nicht auseinander, nur Nuancierungen würden existieren. Eigentlich gehe es einzig darum, die richtigen Personen für die Führung auszuwählen, fähig müssten sie sein, die Partei aus der Krise herauszuführen. Für den Platz eins an der Parteispitze stünde der fähigste bereit, bewährt, ideenreich, durchsetzungsfähig, verantwortungsbewusst. Keine Rede davon, dass der Mann eine besondere Verantwortung für den Wahlausgang trug, nach dem die PDS ohne Bundestagsfraktion dasteht.

Fehlrechnungen

Woher diese abwiegelnden Töne? Es musste schließlich doch zu den Ohren des und der Prätendenten gedrungen sein, dass innerhalb der Partei weithin Zweifel entstanden waren, ob die Führer auf dem Wege der vielbeschworenen Erneuerung der Partei deren Kurs richtig bestimmt hatten. Also sollte von ihm und den Inhalten der bestehenden Differenzen nicht mehr die Rede sein. Im Gegensatz zu allseits erhobenen Forderungen, von den Problemen und Positionen zu reden, geschah gerade eine Konzentration auf die Personenfrage. In ihr Zentrum rückte der Abschuss der Parteivorsitzenden. Erklärungen, mit ihr länger nicht zusammenarbeiten zu wollen, jagten einander. Als der von ihr eingebrachte Initiativantrag im Bundesvorstand unterlag, schienen die Weichen gestellt.

Drei Tage später und nur wenige Stunden nach der Eröffnung des Parteitages wurde klar, dass der Fehlrechnung über den Ausgang der Bundestagswahlen eine ähnliche über den Verlauf dieser Versammlung gefolgt war. Die sich am 13. Oktober an der Parteispitze und unter sich wähnten, kannten sich in der Mitgliedschaft ähnlich schlecht aus wie in der Wählerschaft. Das mochte daherkommen, dass sie zu der einen wie zu der anderen nicht die genügende Verbindung gehalten hatten und ihre eigene Rolle und Urteilskraft überschätzten. Mehr als zwei Drittel der Delegierten versagten dem vorgedachten und sicher gewähnten Personalwechsel die Zustimmung. Die Sachsen und die Thüringer waren mithin nicht unter sich geblieben. Die Abfuhr würde deutlicher noch ausgefallen sein, hätten Delegierte den Parteitag gebildet, deren Mandatierung erst nach der Niederlage bei der Bundestagswahl erfolgt wäre.

So also waren die Nebelwerfer vergeblich in Aktion getreten. Was hat diese Entscheidung bestimmt? Zunächst auch und mit Gewicht eine Kritik an jenen Personen, die ihren Führungsanspruch während der gemeinsamen Frontstellung gegen die amtierende Vorsitzende geltend gemacht hatten. Unter den mittleren und unteren Vorständen und in der Mitgliedschaft ist das Unterscheidungsvermögen zwischen Prinzipien, die in einer demokratisch-sozialistischen Partei gelten sollen, und jenen, die im bürgerlichen Lager vorherrschen, noch nicht entschärft. Wer, sobald nur eine Fernsehkamera in Sicht kommt oder ihm ein Mikrofon vor den Mund gehalten wird, Genossen gleichsam beiläufig die Kompetenz abspricht, gewinnt in dieser Partei keine Sympathien. Wer, nachdem er vergeblich seine Anwartschaft auf den Platz eines Ministerpräsidenten angemeldet hat, den Verlust von 90.000 Wählerstimmen nicht als Alarmzeichen wertet, sondern sich „das gute Ergebnis“ nicht kaputtreden lassen will, lässt politisches Augenmaß nicht erkennen. Wer sich, einer umworbenen, aber noch zaudernden Jungfer ähnlich, heute zaghaft für ein Parteiamt anmeldet, morgen angibt, seine definitive Entscheidung bald verkünden zu wollen, um sie übermorgen zu verschieben usw., macht um seine Person mehr her, als der Sache dienlich sein kann. Wer heute erklärt, die Politik verbiege seinen Charakter und aus ihr nach einsamem Entschluss ausscheidet, um kurz darauf zu versichern, er werde nun wieder mitmachen, gilt als unzuverlässig.

Maßstäbe gibt es die Menge

Folglich: Die Genossen, deren persönliche Pläne zunächst nicht aufgingen, sollten nicht glauben, das hätte nur Unverständnis für ihre Politik und deren Begründungen bewirkt. Es ging auch um ihre Person und ihr Verhältnis zu Menschen, die sich als eine Gemeinschaft verstehen. Das Leben der Sozialisten „beginnt“ nicht erst, nachdem diese Gesellschaft umgestülpt sein wird, wofür ohnehin niemand einen sicheren Weg noch gar einen Zeitpunkt anzugeben weiß. An Sozialisten werden Ansprüche schon in kapitalistischen Zuständen gerichtet. Das kommt von Marx und Mehring und Bebel und Luxemburg und vielen anderen her. Keine Edelmenschen, aber doch von dieser Gesellschaft auf keine Weise – weder materiell noch geistig – korrumpierbar. Solange deren Leben nicht aus der Erinnerung sind, gibt es Maßstäbe die Menge.

Doch natürlich ging es nicht weniger um Politik. Die Delegierten hatten offenkundig eine Politik gründlich satt, die – mit Ausnahme der in Münster bestimmten Haltung zu Krieg und Frieden – der klaren Herausforderungen an Gegner, Konkurrenten und Rivalen nahezu ganz entbehrte, die an die Stelle des Kampfes anbiedernde Angebote setzte und dauernd danach schielte, sozialdemokratischen Politikern des Neoliberalismus „Verlässlichkeit“ zu bekunden. An die Stelle des bloßen Geredes von zu gewinnender oder bereits erwiesener Politik- und Regierungsfähigkeit wünschten sie eine Politik, die nicht auf parlamentarische Initiativen begrenzt wird und mit der ein Schulterschluss zu nichtparlamentarisch operierenden Gruppen, die sich ihrerseits für gesellschaftliche Veränderungen einsetzen, zu gewinnen ist. Sie waren nicht bereit, sich die Machtfrage auf die Staatsmachtfrage und ausschließlich auf das Mitregieren reduzieren zu lassen. Im Geraer Konferenzsaal machte sich auch Groll Luft, kein dumpfer, sondern ein mit Nachdenklichkeit und Entschlüssen einhergehender. Und das mit einer Konsequenz, die von der Aufnahme der Rede der Vorsitzenden bis zu den Abstimmungen reichte.

Differenzen in Zukunftsbildern

Parteitage sind keine theoretischen Konferenzen, und der in Rede stehende konnte, wie die Dinge lagen, davon zum wenigsten einen Hauch abbekommen. Aber hinter den zu Tage getretenen Konflikten stehen tiefreichende Meinungsverschiedenheiten und sehr verschiedene Bilder von der Welt, in der wir leben, von den Möglichkeiten einer sozialistischen Partei in einem kapitalistischen Staat, von der gegenwärtigen Rolle der SPD, die sich noch immer Sozialdemokratie nennt, von den Perspektiven sozialer, ökologischer und anderer gesellschaftlicher Kräfte. Für die einen ist eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus nur ein schöner Traum, für die anderen nach wie vor ein lohnendes Ziel, eine Alternative zum Weg in chaotische und barbarische Weltzustände, die sich am Beginn dieses 21. Jahrhunderts dramatisch ankündigen. Sie sind nicht bereit, der Einladung zum Ankommen in dieser kapitalistischen Gesellschaft zu folgen, wenn das Ankommen bedeutet, sich mit dieser kapitalistischen Gesellschaft abzufinden und auszusöhnen und sie als das formationsgeschichtliche Ende der Menschheitsentwicklung anzusehen. Ankommen heißt für sie, in dieser Gesellschaft, solange sie existiert, alle Möglichkeiten zu nutzen und sie zu erweitern, um den Hungernden, Unterdrückten, Entrechteten, Verletzten, Beleidigten, Unwissenden beizustehen, deren Lage zu bessern, aufklärend zu wirken und zugleich zu wiederholen, wo die Grenzen liegen, die in dieser Gesellschaft nicht überstiegen, sondern nur niedergerissen werden können. Davon ist der Politiker, der am Tage vor der Bundestagswahl vermerkt, es gehe bei ihr auch um das Ideal des Sozialismus, sternenweit entfernt. Auch das mögen Delegierte in Gera in Anschlag gebracht haben. Über die Differenzen in den Zukunftsbildern wurde in der PDS seit Jahren nicht offen gesprochen. Dann hätten Visiere hochgeklappt werden müssen. Mittlerweile, nachdem hinter ihnen lange nur ein Wortgeprassel von Erneuerung und Reformen vernehmbar geworden war, roch es aus den Eisen doch hervor. Und der Duft war als bürgerlich identifizierbar.

Kurzum: In der PDS existieren fundamentale theoretische Differenzen, aus denen permanent politische Divergenzen erwachsen. Über sie muss bis zur programmatischen Klärung gestritten werden. In einem neuen Diskussionsstil, ohne Tricks, ohne Anmaßung, ohne den Versuch geistiger Überfälle. Auszusitzen ist das nicht. Versuche der Konservierung werden auch bei bestem Verschluss Schimmel

ansetzen und das Ganze verderben. Diese Klärung ist neben den täglichen politischen Anstrengungen Teil der Arbeit zur Überwindung der Parteikrise.

Nebelwerfer erneut in Aktion

Doch wieder: Der Parteitag war noch nicht auseinandergegangen, wurden Nebelwerfer erneut in Aktion gesetzt. Denn augenblicklich fuhr die gesamte bürgerliche Presse ihre Batterien auf. Aktuell lauern CDU-, FDP- und grüne Politiker auf den Zerfall der Koalitionen in Berlin und Schwerin, und allesamt sind sie daran interessiert, von den Sozialisten ein Schreckbild totaler Unfähigkeit und Zerstrittenheit zu zeichnen und so deren Sympathisantenzahl weiter zu verringern. Das ist ihnen nicht zu verübeln. Sie betreiben ihr Geschäft. Dem aber wäre länger Stoff aus den Reihen der PDS nicht zu liefern. Etikettierungen – sie wurden in den bisherigen Debatten zum Schaden der Sache und der Außenwirkung der Partei hinreichend gebraucht – wie „Traditionalisten“, „Erneuerer“, „PDSler der neunziger Jahre“, „moderne Sozialisten“ (um von den Unsäglichen wie da waren „Stalinisten“, „Betonköpfe“ nicht zu reden) sollten durch die Kennzeichnung und die korrekte, also von allen absichtsvollen Entstellungen freie Gegenüberstellung der wirklichen Positionen ersetzt werden. Und das in einer Sprache, die nicht aus dem Arsenal bürgerlicher Politologen und Soziologen schöpft und in Basisgruppen der Partei ohne einen „Übersetzer“ verstanden werden kann. Hinweg muss auch das Schema, wonach die einen Verfechter einer fruchtlosen, sich in bloßen Bekenntnissen erschöpfenden Totalopposition seien, die anderen aber schöpferische realistische Politiker. Der Begriff der „gestaltenden Opposition“ steht gegen diese Vereinfachung. Er ist erst noch zu einem Projekt auszufüllen, gedanklich und praktisch.

In Gera sind, wie die Reaktion der Medienmasse verrät, offenkundig auch die Träume von Leuten zerronnen, die mit sicherem Blick erkannten, dass, wenn diese Partei den Weg, der sie zum Ergebnis des 22. September führte, weiter gehen würde, alle bald froh sein könnten, die in der Bundesrepublik unter sich bleiben wollen. Das hat nicht geklappt: Jedoch auch da gilt leider: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Unberechtigt ist sie nicht. Die sozialistische Partei hat die Probleme vor sich, nicht hinter sich. Sie sind nicht in Gera geschaffen worden, sondern für viele, die sie und ihr Ausmaß zunächst nicht zu erkennen vermochten, erst durch eine bittere Niederlage sichtbar geworden. Diese Partei begibt sich nun, wenn sie denn über die Schwelle fortschreitet, die sie betreten hat, und nicht umkehrt, in ein Neuland. Das hatte sie nämlich durch Anbiederung und Anpassung, durch Zurückhaltung und Verzicht nicht erreicht. Wenn sie nun fortan in einer – aus sozialistischem Selbstverständnis entspringenden – Weise Arbeits- und Kampfformen kombinieren will, außerparlamentarische mit parlamentarischen Aktionen zu verbinden trachtet, sich Massenwillen und Massenprotest auch dann nicht verweigert, wenn sie drei Senatoren stellt, dann wird Politik schwieriger. Dazu hat sie ihre geistigen Potenzen in ungleich höherem Maße zu mobilisieren als bisher geschehen. Dafür muss ein Strom von horizontalen und vertikalen Verbindungen in der Partei hergestellt werden. Dann könnte sich erweisen, dass die Partei aus ihrer Gründungs- und Frühgeschichte mit ihren guten und schlechten Erfahrungen, mit Erfolgen und Misserfolgen zu lernen fähig ist und wirklich in ein neues Stadium ihres Daseins tritt, das ihren Bestand und mehr gewährleistet.

Abschied von Illusionen

Zuviel an Optimismus? Vielleicht. Vor der PDS steht die unvermeidliche Fortsetzung der inneren Auseinandersetzungen, die Kräfte braucht, selbst wenn alle Beteiligten beherzigen würden, dass diese Auseinandersetzungen mit Rücksicht auf die politische Aktionsfähigkeit nach außen ausgetragen werden müssen. An solchen Verlauf ist schwer glauben. Disziplin und Gelassenheit, wie sie von den als Dogmatiker verschrienen Gründern des Marxistischen Forums gerade im jüngsten Wahlkampf bewiesen wurden, haben jene vor und während des Geraer Parteitags nicht gezeigt, die – ohne beschimpft oder mit Austrittsempfehlungen traktiert zu werden – sich unverhofft als Minderheit sahen, der augenblicklich ein Angebot der Zusammenarbeit gemacht wurde. Wieviel Ehrgeiz und Siegesgelüst sind notwendig, um nach einer Enttäuschung Nervenbündel entstehen zu lassen, wie sie das Fernsehen begierig einfing? Derlei kennt man durch Übertragungen von Sportveranstaltungen. Wenn in

dieser Minderheit Neubesinnung nicht einsetzt, Diskussion und Kooperation verweigert werden, eine Haltung, die übrigens die geschmähte Kommunistische Plattform nie bezog, dann erst – nicht durch die Entscheidung von Gera – wird die Partei Schaden nehmen und das in einem nicht vorhersehbaren Grad.

Nirgendwo ist in der PDS Triumph. Genugtuung schon. Sie rührt aus dem Abschied von Illusionen her und erwächst aus der Entschlossenheit zum Aufbruch nach einer Kurskorrektur, die vollständig noch nicht vorgenommen worden ist, ja, womöglich erst aufgrund neuer Erfahrungen vorgenommen werden kann. Noch sind auch nicht alle Verabschiedungen erfolgt. Da ist beispielsweise die auf raschen Trost und schnelle Ermutigung zielende, wiederum den parlamentarischen Erfolg markierende Parole „Nach der Wahl ist vor der Wahl“. Sie mag sich mit der Vorstellung verbinden, es handle sich darum, eine Scharte bald auszuwetzen und das müsse sich doch machen lassen. Jedoch: So gewiss wie die Bremen- und dann die Europawahl ihr Gewicht besitzen, der Weg aus der Krise dürfte länger sein. Es wird von sämtlichen Gegnern der Sozialisten alles geschehen, damit sie tödlich verläuft. Nachdem die Denkmalsfigur der Rosa Luxemburg vom Eingang des Karl-Liebknecht-Hauses weggerückt worden ist, wäre dort ja Platz für einen Stein mit der Aufschrift Memento mori [Sei dir der Sterblichkeit bewusst.]. Der muss nicht aufgestellt, aber die Ermahnung sollte beherzigt werden.

junge Welt, Donnerstag, 17.10.2002, S. 10.

Verblichen

Wider die Preußenschwärmerei

Karl Gass, nicht nur der ältesten Generation einstiger DDR-Bürger als kritischer Filmdokumentarist bekannt, lebt, forscht und schreibt, wo die beiden noch Unvereinigten aneinandergrenzen. Er blickt gleichsam nach Potsdam und nach Berlin und das schließt ein, dass er dem Rummel, der um die Geschichte Preußens und der Hohenzollern seit Jahren gemacht wird, einfach nicht entgehen kann. Doch verschließt er sich ihm auch nicht, wie Leser seiner Bücher oder auch der Zeitschrift „Ossietzky“ wissen. Er schreibt gegen die bis zur Schwärmerei gesteigerte Verherrlichung der Kurfürsten und Könige an, die an der Spitze jenes Territorialstaates regierten und regieren ließen, der mit seiner Tradition das 1871 gegründete Deutsche Reich dann weithin prägte.

Lange und fest war nach 1945 nicht nur im Osten Deutschlands angenommen worden, die prorussische Geschichtsverfälschung sei ein für alle Mal erledigt und nun würde das Geschichtsbewusstsein nachhaltig durch begründete Urteile geprägt werden, die von Marx und Mehring und der gewiss kleinen Schar demokratischer und sozialdemokratischer Historiker und Publizisten stammen, die in der Weimarer Republik zu Worte kamen (als Majestätsbeleidigungsprozesse nicht mehr drohten). Auch Publizisten wie Sebastian Haffner hatten sie bekräftigt oder durch neue Beobachtungen ergänzt. Weit gefehlt.

Im Mantel derer, die nach Jahrzehnten einer vorgeblich einseitigen ostdeutschen Geschichtsbetrachtung, über die DDR-Historiker – genannt seien Ingrid Mittenzwei und Ernst Engelberg – längst hinausgeführt hatten, endlich für Ausgewogenheit der Bilder und für Gerechtigkeit gegenüber den verblichenen Gekrönten sorgen könnten, traten Revisionisten auf. Sie verbreiteten, mehr durch aufwendige Ausstellungen und sogenannte Events als durch Publikationen, ein Preußen- und Hohenzollernbild, das insgesamt den Eindruck vermittelt, die adligen Personen hätten sich vorzugsweise um ihre Gemälde- und Porzellansammlungen, um Fortschritte in der Landwirtschaft und überhaupt um das Wohlergehen ihrer Untertanen gesorgt. In vielfältigen Initiativen tobte sich nicht nur eine dumpfe Nostalgie, nicht so selten verbunden mit einer Geschäftstüchtigkeit aus, die nach ihren Instrumenten nicht fragt. Sie bildeten auch die Begleitmusik für „Spätheimkehrer“, deren Vorfahren zumeist in Einem Säulen und Profiteure des Hohenzollern-Regimes gewesen waren.

Karl Gass ist die Reihe der Preußenkönige von Friedrich I. bis zu Wilhelm II. durchgegangen und hat sie in den neun Miniaturen seines Bandes vorgestellt, und das nicht nach der Methode „Schlagt sie tot, der Herr wird die Seinen schon erkennen“. Er lässt es an Deutlichkeit und Schärfe der historischen Kritik nicht fehlen. Doch er tritt den „Helden“ nicht als später Ankläger vor ihren Sarkophagen gegenüber. Diese Haltung lässt er sich für zeitgenössische Ignoranten, deren Schriften und Äußerungen er sich im abschließenden Rückblick auf das „Preußenjahr 2001“ vornimmt. Gass' Skizze, die dem 99-Tage-Kaiser des Jahres 1888 Friedrich III. – und nicht nur ihm, sondern auch seiner aus England stammenden Ehefrau – gilt, steht für das Prinzip Differenzierung. Nur bleibt der Autor dabei, dass Geschichtswissenschaft Verallgemeinerung und Differenzierung einschließt. Folglich beleuchtet er ebenso das dominierende Allgemeine, Verbindende, Charakteristische, das diese Herrscherreihe aufweist. Er geht dabei von jenen Beweisen und Argumenten aus, die sich vor allem mit der Forscherarbeit Franz Mehrings verbinden, der so viel zur Zerstörung der Preußen- und Hohenzollern-Legenden getan hat und heute in Berlin-Brandenburg weithin behandelt wird wie ein toter Hund, während in öffentlichen Räumen durch die Bezeichnung von Straßen und Plätzen immerhin noch an seinen Namen erinnert wird, mit dem sich jedoch immer weniger verbindet. Vielleicht hätte gerade deshalb dem Band am Schluss zu den Verweisen auf weitere Publikationen von Gass auch ein Tipp auf Weiterführendes bei diesem Altmeister gutgetan.

Karl Gass, „Ihr sollt mich lieben!“ Biographische Skizzen der neun preußischen Könige. Aus der Reihe: Land Brandenburg in Geschichte und Gegenwart, 5. Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V., GNN Verlag, Schkeuditz 2002, 111 Seiten, 7,50 Euro.

junge Welt, Montag, 21.10.2002, S. 14.

Die Tücke des Objekts. Deutsche Feldpostbriefe aus Stalingrad

Dieser Tage beginnt der Deutschlandfunk eine 14teilige Sendereihe, deren Gegenstand die Schlacht bei Stalingrad (21. August 1942 bis 2. Februar 1943) bildet. Das denkwürdige Ereignis liegt eben 60 Jahre zurück. Die Ankündigung sprach von einem „Stalingrad-Jubiläum“. Als „Kernstück“ des Programmteils werden Briefe bezeichnet, geschrieben von Soldaten „an ihre Lieben in der Heimat“. Der ehemalige Außenministers Hans-Dietrich Genscher rief auf, dem Unternehmen derlei Stücke aus Privatbesitz zur Verfügung zu stellen.

Briefe, auch und gerade solche, privater Natur, machen seit längerem eine eigene Literaturgruppe aus, die ihre Liebhaber besitzt. Die Antriebe, derlei Produktion aus dem eigenen Schreibtisch oder einer Hinterlassenschaft über den Kreis der Adressaten hinaus bekannt zu machen, sind grundverschieden. Das gilt insbesondere für Briefe, die in Kriegszeiten geschrieben wurden. Die einen wählten für Sammlungen Stücke aus, in denen sich Mordspatriotismus dokumentierte und halfen so, Stimmung für den nächsten Krieg zu machen. Andere suchten das Gegenteil zu bewirken, wofür die jüngst wieder gedruckten Briefe Erich Kubys an seine Frau stehen, Schriftstücke, so bezeichnete er sich selbst, eines Verweigerers, keines Oppositionellen.

Privatbriefe haben längst auch die Aufmerksamkeit der Historiker gefunden. Anfänglich waren das vorzugsweise oder ausschließlich solche der „großen Männer“, in denen sich mitunter deren Interessen, Rollen und Ziele auf andere Weise spiegelten als in Staats- oder schon für die Kenntnis der Zeitgenossen bestimmten Dokumenten. Der Griff in diese „Quellengruppe“ kam der Öffnung eines besonderen Fensters gleich, von dem aus sich eine andere, mitunter überraschende Perspektive auf Geschehnisse gewinnen ließ. Inzwischen haben auch private Postsendungen, die einen intimen Blick in Erleben und Denken der „kleinen Leute“ erlauben, die Aufmerksamkeit von Geschichtsforschern auf sich gezogen. Ohne sie kann der Schritt von der bloßen Verzeichnung der sogenannten Haupt- und Staatsaktionen zur „Volksgeschichte“ nicht gegangen werden. „Grabe wo du stehst“, das hieß auch: Krame in Koffern, Schachteln und alten Möbelstücken auf Böden, in Kellern und Garagen nach der schriftlichen Hinterlassenschaft deiner Vorfahren. Dabei ist Erstaunliches schon zutage gefördert worden wie etwa eine wohl einmalige Briefsammlung oberschlesischer Juden, hauptsächlich Handwerker, die an ihre Verwandte in Augsburg schrieben, bis sie zu ihren Mördern deportiert wurden.

Hat man das verflossene Jahrhundert vor Augen und sieht von der Schreibwut von Urlaubern ab, so ist wohl zu keiner Zeit mehr zu Feder oder Bleistift gegriffen worden, um sich Verwandten oder Freunden mitzuteilen, als es in den Kriegen geschah. Aus Kasernen, Lazaretten, Genesungsheimen und „aus dem Felde“ gelangten Briefe und Karten in „die Heimat“ und vice versa. Im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg griffen Millionen Deutsche, Frauen und Männer, zu Papier und Schreibutensilien, die das zumeist seit ihrer Schulzeit nicht mehr oder nur getan hatten, wenn sie einen Werkstattzettel oder ein amtliches Papier (einen Fragebogen oder einen Antrag) beschreiben mussten. Aussagen über ihr eigenes physisches, geistiges und mentales Befinden auf einen Briefbogen zu bringen, vermochte nur eine Minderheit der Krieger und deren daheim befindliche Angehörige. Nicht so wenige Briefe kreisen folglich um die immer wiederkehrenden Fragen nach Gesundheit und Ernährung, dem Heranwachsen und Benehmen der Kinder, dem Fortgang der Arbeit, namentlich der Ehefrauen auf dem Lande, auf denen die Last einer Bauernwirtschaft lag. Gefragt und berichtet wird, wie es um die Aussaat oder die Ernte, die trächtige Kuh oder das alt gewordene Pferd steht. Solche Briefpassagen vermitteln den Eindruck, wirklich auf der Spur des Lebens zu sein. Ist das auch die Spur der Geschichte und wenn ja, welchen Teiles davon?

Wie jede andere Gruppe von schriftlichen Zeugnissen aus der Vergangenheit sieht sich der Historiker auch beim Umgang mit Privatbriefen vor der Notwendigkeit, sie einer dem Gegen stand angemessenen Quellenkritik zu unterwerfen, die an diesem Gegenstand selbst erst entwickelt werden muss. Inzwischen ist klar, dass Mitteilungen, die in extremen Kriegssituationen gemacht werden, ohne die Kenntnis dieser Situationen nicht oder nur fehlinterpretiert werden können. Für Briefe aus dem Kessel von Stalingrad, der infolge des sowjetischen Angriffs vom 19./20. November 1942 entstand, gilt das in besonderem Grad. Von ihnen ist eine nicht so geringe Zahl bereits bekannt und schwerlich kann

erwartet werden, dass weitere Stücke aus dieser Gruppe völlig neue Gesichtspunkte zu eröffnen vermögen. Gedruckt wurden Briefe des Oberkommandierenden der 6. Armee, General (später Generaloberst und Generalfeldmarschall) Friedrich Paulus an seine Frau und solche, die „einfache“ Soldaten schrieben. Überliefert ist diese Feldpost aus privatem Besitz. In anderen Stücken, die ihre Adressaten nie erreichten, befindet sie sich in sowjetischen Archiven und Museen, wohin sie aus dem Beutebestand der Roten Armee (beispielsweise aus abgestürzten Flugzeugen) gelangten. Nur in Bruchstücken kennen wir den Inhalt anderer Briefe, weil sie durch die Feldpostkontrolle gegangen waren und in deren Berichten auftauchen. Gleiches gilt für die Überlieferung durch Zuträger des Sicherheitsdienstes, die meldeten, welche Wirkungen das Eintreffen von „Stalingrad-Briefen“ auf Angehörige und deren Bekannten- und Freundeskreis besaß.

Die Post der Eingeschlossenen liefert übereinstimmende und stark voneinander abweichende Bilder der Zustände und des Geschehens. Letzteres gilt nicht nur für die einzelnen Etappen in der Geschichte der ihrem Untergang entgegengehenden Armee. Zum gleichen Zeitpunkt waren die Lebensverhältnisse der etwa 250.000 Männer in der – wie die Militärs sich ausdrückten – Igelstellung höchst verschieden. Das traf für den gesamten Zeitraum der Einschließung zu. Die Soldaten lebten anders als die Generale und die Offiziere in den Stäben. Dass von den etwa 91.000 Soldaten, die sich schließlich in Gefangenschaft begeben mussten, etwa 5000 bis 6000 überlebten, während von den 22 deutschen Generalen in Gefangenschaft einer und dieser an einem Krebsleiden verstarb, war nicht in erster Linie Verhältnissen in den Gefangenenlagern geschuldet, sondern bezeugte vor allem den sehr unterschiedlichen physischen, hygienischen und sonstigen Zustand, in dem die einen und die anderen die „Waffen streckten“. Diese Zahlen allein erledigen das Gerede von der Schicksalsgemeinschaft, die bei Traditionstreffen der Deutschen und Österreicher in verklärender Erinnerung wieder und wieder beschworen wurde.

Doch auch das Dasein von Soldaten und Unterführern, wenn es sich auch gegen Ende der Schlacht mehr und mehr annäherte, konnte lange stark differieren. Wer in der Nähe eines der beiden Flugplätze stationiert war, gar zu deren Personal gehörte, war besser verpflegt als anderer, zu denen infolge der Weite der Wege, der Unwegsamkeit des Geländes und des fehlenden Betriebsstoffes, die Pferde waren meist schon verzehrt oder umgekommen, Transporte nur noch unverlässlich gelangten. Wer in der Nähe eines Stabes ein Funkgerät bediente, war lange weiter vom Schuss, als sein „Kamerad“, der in Rufweite zu den sowjetischen Verteidigern in einem Kellerloch hockte. Ohne dass davon ausdrücklich die Rede ist, schlugen sich diese Situationen in den Schilderungen nieder, die sich in Briefen lesen lassen. Der eine berichtet, er werde noch satt, der andere erbittet ein Lebensmittelpaket. Der eine schreibt, es sollen ihm Wintersachen nicht geschickt werden, er brauche sie nicht, der andere friert und erfriert schon jämmerlich.

Briefe aus Stalingrad liefern so mehr als *ein* Puzzle. In der zweiten Januarhälfte 1943 aber liefern sie ein nahezu übereinstimmendes Elendsbild. Und hier liegt die ideologische Tücke des Objekts. Die Masse der „Stalingradkämpfer“, das meint aus deutschem Munde die Wehrmachtsangehörigen, kaum die Soldaten der Verbündeten und „natürlich“ nicht den sowjetischen Gegner, erscheint als beklagenswerte Opfer des Krieges. Sie verdienen das uneingeschränkte Mitleid der geläuterten Nation, das auf die der früheren Volksgemeinschaft einst verordnete „stolze Trauer“ folgen soll. Die Differenz der Sichtweisen hat Erich Kuby in einem im Februar 1943 geschriebenen „Feldpostbrief“ mit einem Satz auf den Punkt gebracht: „Wenn Dein Blick auf Stalingrad von Mitleid getrübt ist, so meiner von Scham – schließlich: ein Volk, in Reich ...“

Über und hinter der These von den Opfern gerät in Vergessenheit, dass diese halbe Million Männer bis zum Zeitpunkt ihrer Kapitulation Instrumente in einem Eroberungskrieg waren, bewusst und willig oder stumpf und dumpf. Und dieser Effekt ist mancher Geschichtsbetrachtung nicht unwillkommen. Mit dem Griff zu den Feldpostbriefen als Kernstück des Rückblicks, kann er leicht und unverdächtig erzeugt werden. Was in Stollen, Unterständen und Kellerlöchern zu Papier gebracht wurde bis hin zu den sogenannten Abschiedsbriefen, rührt bis heute und wohl in alle Zukunft jeden an, der nicht herz- und seelenlos dahinlebt. Nur darf die Rührung nicht mit einer Lähmung, der des Gehirns, einhergehen. Die wird nächst der Zuschreibung der Opferrolle an die Angehörigen der 6. Armee

dadurch bewirkt, dass die Eingeschlossenen zu *Verteidigern* erklärt werden, die sich gegen den Ansturm der Übermacht „aus der Steppe“ hätten zur Wehr setzen müssen. Als verliere ein scheiternder imperialistischer Eroberer, der in die Defensive gezwungen wird und dessen Ziele entschwinden, diese Eigenschaft. Als bliebe er nicht in der Rolle, in der er „angetreten“ ist. Davon ist in den bisher bekannt gewordenen Feldpostbriefen aus dem Kessel nicht die Rede. Es mag dieses Wissen sein, dass gerade diese Quellengruppe in den Augen mancher, die sich auf ein „Jubiläum“ einrichten, besonders geeignet macht, sie als ein Mikroskop anzubieten, das dem Rückblick dienen soll.

Dabei haben die „Aufarbeiter“ des „dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte“ stets die Pose des Kritikers eingenommen. Auch in unserem Fall wieder. Mit dem griffbereiten und dem erst noch erbetenen Material soll nun, wie vom Deutschlandfunk angekündigt, Stalingrad als *die Chiffre für den verbrecherischen Charakter von Hitlers Kriegen*, als *Synonym für die Sinnlosigkeit des Krieges überhaupt* dargestellt werden. Bei dem Satz lohnt es sich einen Moment zu verweilen. Nicht wegen der Markierung Hitlers als alleinigen Urheber und „Eigentümer“ des Krieges. Die These ist ohnehin unausrottbar, ersetzt sie doch ganze Batterien von Nebelwerfern. Aber: von einem Hitlerkrieg zu einer ungenannten Zahl von Hitlerkriegen? Das meint, unausgesprochen, doch zwei, zielt auf die Aussonderung des „Ostkrieges“, des „Kampfes gegen den Bolschewismus“, der im dominierenden bundesrepublikanischen Verständnis seit Jahrzehnten eine Rechtfertigung erfährt, die mitunter nicht bemerkt wird, weil sie mit einer Ablehnung der angewendeten Methoden einherkommt. Die wurden zudem, bis die sogenannte Wehrmachtsausstellung kam, SS- und allenfalls Polizeieinheiten, einer – gemessen an der Millionenzahl der Wehrmachtssoldaten – Handvoll brauner Halunken zugeschrieben.

Sodann aber: Warum eigentlich ist erst Stalingrad *die Chiffre*, an der sich der verbrecherische Charakter des Krieges erkennen lassen soll? Weil vor und in den Ruinen dieser Stadt eine jedenfalls sechsstellige Zahl deutscher Männer umkam? Das ist gewiss ein Faktum, das zu dem Kapitel der Geschichte des Zweiten Weltkriegs gehört und die Überschrift tragen könnte: Die Verbrechen der deutschen Wehrmachtsführung an den Deutschen – ein Thema, das sich auch zu einer Ausstellung eignen würde, die zu einem fernen Zeitpunkt dargeboten werden könnte, an dem die „erste“ bewältigt wäre. Verbrecherisch wurde dieser von Deutschland begonnene, in seinen militärischen und zivilen Führungsschichten gewollte und geplante Krieg nicht irgendwann in seinem Verlauf. Er war das durch seine Ziele von Anbeginn und die schlossen das jedes Völker- und Menschenrecht ignorierende Vorgehen der bewaffneten Kräfte ein.

Schließlich: *Stalingrad als Symbol für die Sinnlosigkeit des Krieges überhaupt.* Das ist ein echt deutscher Männersatz, dessen Autoren nicht der Hauch eines Gedankens beschleicht, dass sich mit dem Namen der Stadt für deren Verteidiger und für alle, die auf ihrer Seite standen, das Wissen verbindet, dass hier der Plan definitiv scheiterte, aus Osteuropa ein Kolonialreich unter dem Hakenkreuz zu machen. Wieso also sinnlos? Doch selbst wer die Perspektive des Aggressors einnimmt, wird auf Sinnlosigkeit nicht kommen, wenn er bedenkt, dass sich mit dem Angriffsziel Inbesitznahme und dauernde Ausbeutung von Reichtümern verband, die doch schon auf – anders als im Ersten Weltkrieg allerdings unveröffentlichten – Wunschlisten deutscher Großunternehmen standen. Staat und Banken hatten sich zu den sogenannten Ostgesellschaften, diesen Namen erhielten sie, weil Hitler meinte, Monopolgesellschaften höre sich für den „Landser“ gar verdächtig an, schon zusammengeschlossen und die Mittel aufgebracht, die zur Ingangsetzung der Erdölproduktion im Kaukasus verwendet werden sollten. Stalingrad lag, militärstrategisch gesehen, auf dem Wege dahin. Sinnlos passt auch da nicht. Stalingrads Eroberung, die Sperrung der Wolga, damit die Sicherung des Vorstoßes in Richtung Weizen und Erdöl machte Sinn nicht nur für die Weiterführung des Krieges „im Westen“, sondern weil „uns“ doch dort niemand wieder wegbekommen sollte.

Stalingrad auf Pferdefleisch und Läuse, auf Verhungern und Erfrieren, auf das elende Zugrundegehen im Feuer von Geschossen, Granaten und Bomben, auf den Mangel an ärztlicher Versorgung, auf Einsamkeit und Verlorensein zu reduzieren, bedeutet bei allem präsentierten Grauen doch nicht mehr als die Verabreichung von historischer Schonkost. Das betrifft auch die geistige und mentale Verfassung der Soldaten dieser 6. Armee, deren Feldpost einen Blick in die Zurichtung der Mehrheit der Deutschen nicht erst durch die faschistischen Ideologen und Demagogen erlaubt. Kuby, ein scharf

beobachtenden Zeitzeuge, der als einer von ihnen seine Kameraden in Feldgrau nahezu vom ersten Kriegstag an studieren konnte, schrieb im schon zitierten: „Glaubst Du, dass in dieser Masse (von Soldaten der 6. Armee, K. P.) mehr als, ich schätze hoch, zweitausend gewesen sind, die es nicht herrlich gefunden hätten, als Sieger an der Wolga zu sein und dort Hütten zu bauen?“

konkret, 2002, Heft 11 (November 2002), S. 54-55.

Aufbruch in die Gegenmacht?

Von unabgewendeten Gefahren für die demokratischen Sozialisten

Es war der Leipziger Jurist Ekkehard Lieberam – er besitzt als früherer Mitarbeiter der damals noch in Bonn arbeitenden PDS-Fraktion auch Bundestagserfahrungen –, der am Montagnachmittag im Berliner Karl-Liebknecht-Haus an das vor mehr als einem Jahrhundert geprägte Bild Rosa Luxemburgs vom gescheiterten Waidmann erinnerte. Es bezog sich auf Tücken und denkbare Verirrungen im parlamentarischen Dschungel. Bemüht wurde es in einer Veranstaltung des Marxistischen Forums der PDS, die sich zum Ziele gesetzt hatte, den in den Reihen der linken Partei in Mode gekommenen Begriff von der „gestaltenden Opposition“ auf seinen Gehalt zu prüfen. Dazu sprachen vor Lieberam die frischgewählte Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch und mit Waltraud Felfe eine Frau, die den Vorgängen um das Regieren in Schwerin nahe genug steht, zu ihm aber auch kritische Distanz besitzt. Dabei war es Zufall, dass am Morgen gemeldet worden war, ein womöglich vom Geraer Parteitag der demokratischen Sozialisten erzeugter Wind sei auch nordwärts in den Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommerns gelangt und werde aus Helmut Holter wahrscheinlich einen Minister a. D. machen.

Einigkeit herrschte darüber, dass mit begrifflicher Equilibristik nicht zu klären sei, was unter „gestaltender Opposition“ verstanden werden könne – einer Wortwendung, die nicht neu ist, Vorläufer in der „konstruktiven Opposition“ besitzt und inzwischen auch von Frau Merkel gebraucht wird. Gut also: Opposition, die nur das Nein kennt, allein auf protestierende Selbstheraushebung bedacht, könne nicht gemeint sein. Ebenso wenig eine Haltung, die einzig darauf spekuliert, aus dem Elend, das der Kapitalismus auch in den reichen Ländern über Millionen bringt, ihren agitatorischen Honig zu saugen. Was also meint dann Opposition? Grundsätzlich, auch darüber ließ sich in diesem Kreis schwerlich streiten, eine Politik, die klar erkennen lässt, dass sie sich in unvermeidlich begrenzten sozialen, demokratischen und kulturellen Reformen innerhalb dieser Gesellschaft nicht erschöpft, sondern über sie hinauswill, nicht aus „revolutionärem Prinzip“ oder Trotz, sondern weil – um ein Bild Tucholskys zu benutzen – in den Grenzen des Kapitalismus nur der Pfennig zu haben ist, aber nicht die Mark. Der Text schließt mit dem Ruf „Kämpfe“. Und in der Tat, es geht um nicht mehr und nicht weniger als darum, die Position der PDS in den Kämpfen der Zeit zu bestimmen. Aktualisiert und im Bilde bleibend: in den alltäglichen Auseinandersetzungen um den Cent und um die Euro.

Und an einer „Geldfrage“ wurden auch die Meinungsverschiedenheiten deutlich. Sie betrifft die hartumstrittene Neuregelung der Gehälter und Löhne im öffentlichen Dienst in Berlin. Da, so ein Teilnehmer, könnte die PDS sich die nächsten Wählerverluste auf den Hals laden. Dagegen die Mitarchitektin der Berliner Koalitionsvereinbarung, die vorrechnete, dass es mit den Ausgaben so nicht weitergehen könne, und kenntnisreich entwickelte, dass das angetretene Erbe, dessen Anhäufung bis weit in die Zeit des Kalten Krieges zurückreiche, bewältigt werden müsse. So werden die Verursacher der gewiss verfahrenen Haushaltslage sich bequem als aktuelle Interessenvertreter von 150.000 Betroffenen ausgeben können, und die demokratischen Sozialisten hingegen werden den sterbenden Schwan geben in einer Schönheit, vor der noch die berühmtesten Darbietungen des Moskauer Bolschoi-Theaters verblassen.

Auf dem Geraer Parteitag hat die Basis der Partei, die nicht ohne eigenes Verschulden von Entscheidungen weitgehend ausgeschaltet worden war, sich ihre Rechte zurückgenommen. Das könnte ein Datum werden, das einmal als Aufbruch markiert wird. Entschieden ist das nicht. Die Klärungen stehen vor den Sozialisten. Sie beginnen notwendig noch immer mit einer kühlen Beurteilung der Machtverhältnisse und einem wohldurchdachten Beitrag, Gegenmacht zu formieren und dieses Vorhaben auch dann nicht aufzugeben, wenn mitregiert wird. Denn auch da gilt es, die Regierenden vorwärts zu drängen. Die eigenen und die Konkurrenz, mit der man sich nach sorgsamer Prüfung der Chancen, Masseninteressen zu verfechten, verbandelt haben mag, aber mit der man doch nicht in einer Gemeinschaft lebt, bis dass der Tod einen scheidet.

junge Welt, Mittwoch, 30.10.2002, S. 6.

Intrige gegen die Republik

Auf dem Weg zum 30. Januar 1933. Bankiers, Großgrundbesitzer und Industrielle verlangten von Hindenburg: „Hitler ins Reichskanzleramt“

Die Frage, wer Hitler in die Wilhelmstraße, in das Zimmer, in dem einst Otto von Bismarck regiert hatte, und also auf den Stuhl des Reichskanzlers brachte, gehört seit 1945 zu den in Geschichtsschreibung, Publizistik und Politik umstrittensten. Wenn in den letzten Jahren davon weniger zu hören war, bezeugt das nicht, dass unter den Zunftgenossen eine einheitliche Meinung erzielt worden wäre und die Wissenschaft das Thema zumindest für sich erledigt hätte. Das vorherrschende Beschweigen erweist sich vielmehr als eine Folge der „Abwicklung“ und des damit verbundenen, gewollten Einflussverlustes jener Historikergruppe, die in einem Staate ohne Finanzkapital über Jahrzehnte forschungsgestützte Antworten auf die Frage „Wie konnte es geschehen?“ zu geben vermochte und sich früh ein Verdienst daran erwarb, dass das Thema nicht in die Lade für „Unerforschliche Wege der Geschichte“ abgelegt werden konnte.

Ein Schlüssel zum Ganzen

Wer sich mit den Quellen befasst, die reichlich, aber doch erkennbar lückenhaft über den Weg zum 30. Januar 1933 Auskunft geben, findet unter ihnen einige, die den Namen von Schlüsseldokumenten verdienen, eine Bezeichnung, die bildhaft ausdrückt, dass sich mit ihnen ein Schlüssel für das Verständnis des Ganzen und die Enthüllung von Geheimnissen bietet, die dauernd gehütet werden sollten. Zu ihnen gehört eine Eingabe, die zwei Wochen nach der Reichstagswahl am 5. November 1932, bei der die NSDAP einen herben Stimmenverlust von zwei Millionen Stimmen hinnehmen musste, an jenen Mann gerichtet wurde, ohne dessen Ja und Unterschrift kein Deutscher ins Reichskanzleramt gelangen konnte.

Paul von Hindenburg hatte, seit er 1925 zum Reichspräsidenten gewählt worden war, als Staatsoberhaupt Ernennungsurkunden dieser Art schon reichlich unterzeichnet: mehrfach für Politiker der Zentrumspartei und einmal auch für einen Sozialdemokraten. Die letzte hatte er einem von ihm besonders bevorzugten Herrn namens Franz von Papen überreicht, einem Deutschnationalen, der bei diesem Schritt das Parteibuch der Zentrumspartei, aber nicht den Segen von deren Führung besaß. Der Mann war nach einer Regierungszeit von nur einem Vierteljahr ohne Aussicht, eine Parlamentsmehrheit hinter sich zu bringen, denn er wurde selbst von allen alten bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen abgelehnt. Das wäre hinzunehmen gewesen, doch bedeutete es zugleich, dass er über keinerlei Massenbasis gebot. Sein extrem antisoziales Regime provozierte nach Jahren kaum wahrnehmbarer Streiks Aktionen der Arbeiter, die im Berliner Verkehrsarbeiterstreik gipfelten. Papen war unhaltbar geworden. Ein Nachfolger musste her. Besagte Eingabe unterbreitete dafür einen Vorschlag.

Ihre Absender hofierten Hindenburg zunächst und sprachen ihm das Verdienst zu, eine erfreulich „grundsätzliche Wandlung der Staatsgeschäfte“ bereits angebahnt zu haben, hin zu „einer vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigen Regierung“. Unumwunden wurde erklärt, dass das „bisherige parlamentarische Parteiregime“, also jener in der Weimarer Verfassung von 1919 festgelegte Hauptweg der Regierungsbildung und -tätigkeit, vollständig abgeschafft werden müsse. Das wurde nicht als der politische Wunsch und Wille allein der Unterzeichner ausgegeben, die sich als einzig von ihrer Gewissenspflicht getrieben darstellten. Hinter solchem Schritt stünde angeblich erkennbar „eine volle Mehrheit im deutschen Volk“. Viel Zutrauen in die Beherrschung der Grundrechenarten durch den Reichspräsidenten war damit nicht bezeugt. Denn als eine „volle“ Majorität verdiente das Wahlvolk von NSDAP und deutschnationaler Partei nicht genannt zu werden. Deren Anhänger hatten bei den eben erfolgten Reichstagswahlen 11,7 bzw. drei Millionen Stimmen versammelt. Diese machten keineswegs die Mehrheit der Wähler aus, sondern hatten gerade nicht hingereicht, auf parlamentarischem Wege ein Reichskabinett zu bilden.

Auch deshalb verlangten die Absender die Fortsetzung des Weges der Präsidialdiktatur, d. h. das Regieren mit einem Kabinett, das sich auf die Entscheidung des Staatsoberhaupts und nicht auf eine

Reichstagsmehrheit stützte. Dies war für den Fall eines nationalen Notstandes im Staatsgrundgesetz vorgesehen. Nun lautete die Forderung, die Ausnahme zur Regel zu machen und eine die parlamentarische Praxis auf Dauer liquidierende Verfassungsänderung anzusteuern. Diese wiederum, waren die Unterzeichner überzeugt, lasse sich nur gestützt auf eine „breitere Volksstimmung“ durchsetzen. Die existiere im Massenanhang der beiden republikfeindlichen Parteien, und also müsste sich die Gegenrevolution, war die Verfassung von 1919 doch eine Frucht der Revolution von 1919, auf diese Basis stützen.

Als weiterführender Schritt auf dem von Hindenburg „angebahnten“ Pfad wurde daher bestimmt verlangt, dass die „größte Gruppe dieser nationalen Bewegung (so die verhüllende Bezeichnung für die Antirepublikaner, K. P.) an der Regierung führend beteiligt wird“. Damit der greise Reichspräsident das auch verstünde, wurde bekräftigend fortgefahren, es müsse „der Führer der größten nationalen Gruppe“ an die Spitze der Regierung gesetzt werden. Der würde es richten. Sein ungenannter, aber wohlbekannter Name war: Adolf Hitler. Er brächte die „größtmögliche Volkskraft“ mit. Es muss nicht erklärt werden, dass das Schriftstück alle Unterzeichner als Totengräber der Weimarer Republik bloßstellte. Natürlich sollte es nie das Licht der Öffentlichkeit erblicken und Hitlers Kanzlerschaft allein als Vollzug und Ausdruck des Volkswillens erscheinen. So wollte auch Hitler ins Zentrum der Staatsgeschäfte treten – als Auserkorener einer „nationalen Erhebung“.

Unwillkommene Forschungsarbeit

Besagtes Schriftstück wurde jedoch nach Kriegsende bei Enttrümmerungsarbeiten in Köln gefunden. Dort hatte sich ein Exemplar auf dem Besitztum des Bankhauses Schröder erhalten. Allerdings handelte es sich nicht um das Original, sondern um ein Papier, das auch die Angabe der Personen enthielt, die als Unterzeichner vorgesehen worden waren und um die Mitzeichnung ersucht werden sollten. Der Fund galt den Ermittlern und den Richtern des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher immerhin als so wichtig, dass sie ihn in das Gerichtsverfahren einbezogen, zumal einer der dort Genannten, der frühere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, von 1934 bis 1937 auch kommissarischer Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Aufrüstung, auf der Anklagebank saß. Doch wurde dessen Mitwirkung an der Etablierung Hitlers von den Juristen nicht als strafwürdig angesehen. Sie befassten sich mit den Taten, begangen seit dem 1. September 1939, und bezogen dessen Vorgeschichte nur zur Vervollständigung des Bildes der Zeit und der Biographien der Angeklagten ein.

Kein Zweifel war indessen damals schon, dass die Beseitigung der Verfassung in den Wochen nach dem November ebenso verlaufen war, wie es die Verfasser vorgeschlagen hatten. Hitler und Hugenberg „fanden“ zueinander, der eine wurde Kanzler, der andere Wirtschaftsminister, und die Verfassung beseitigt, ohne dass man sich die Mühe machte, sie formal durch eine andere zu ersetzen. Unklar blieb hingegen auch, ob dieser Text den Reichspräsidenten erreicht und wer ihn wirklich unterschrieben hatte. So konnte es für alle Genannten, Schacht ausgenommen, bei einer Unschuldsvermutung bleiben.

Das änderte sich 1955, als ein Historiker im zentralen Potsdamer Archiv im Bestand des Reichspräsidenten jene Schreiben fand, welche die Unterschriften der Personen trugen, die der Aufforderung tatsächlich gefolgt waren, Hindenburg zu ersuchen, Hitler mit der Regierungsbildung zu beauftragen. In seinen Memoiren erzählt der frühverstorbene Joachim Petzold, der sich später als Erforscher des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik als Mitarbeiter des (nach 1990 abgewickelten) Geschichtsinstituts der DDR-Akademie einen Namen machen konnte und 1995 eine Papen-Biographie vorlegte, dass und wie er am Anfang seiner wissenschaftlichen Karriere auf die Dokumente gestoßen war. Einer seiner Lehrer, Albert Schreiner, veröffentlichte sie 1956 in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, in der – drei Jahre zuvor, als das Fachorgan eben gegründet wurde – Fritz Klein bereits einschlägige Quellen zur Vorgeschichte der Nazidiktatur publiziert hatte.

Wie unwillkommen derlei Forscherarbeit mit der gleichen Materie befassten Historikern in der Bundesrepublik war, bezeugte wenig später Karl Bracher, der sich 1955 durch eine umfassende Studie bekanntmachte. Sie behandelte „Die Auflösung der Weimarer Republik“ und spülte die Ereignisse

gleichsam schon im Titel weich, der angemessene Bezeichnungen wie Vernichtung oder Zerstörung vermied. In späteren Ausgaben – die Abhandlung gewann den Rang eines Standardwerks – verwies Bracher auf die Forschungen in der DDR. Er platzierte die Eingabe an Hindenburg ins Kleingedruckte, in eine Anmerkung, in der sich auch die Namen der Unterzeichner finden ließen. Kleins Veröffentlichungen wurden mit Verweis auf einen offenkundigen Flüchtigkeitsfehler zum „netten Beispiel für die demagogische Sorglosigkeit dieser Art von Forschung“ erklärt.

Korsettstangen eingezogen

So ging das zu, als in der Hochzeit des Kalten Krieges sich deutsche Historiker bemühten, die Westen von Großindustriellen, Großagrariern und Großbankiers immer wieder zu reinigen oder, wo sich das nicht machen ließ, sie wenigstens vor den Augen der Öffentlichkeit zu verstecken, in den Anmerkungsapparat gelehrter Abhandlungen. Damit entstand eine Voraussetzung dafür, dass das Klischee vom Ende der Republik im Würgegriff von Nationalsozialisten und Kommunisten als dominierende Deutung unbeschädigt blieb. Die Volksmassen, zumindest erhebliche Teile davon, hatten demnach Hitler ins Staatsamt gehoben. Das wurde auch auf staatsoffiziellen Veranstaltungen verkündet, so u. a. von Walter Scheel während einer Rede in der Schlosskirche zu Bonn, gehalten während seiner Zeit als Bundespräsident, in der er um Tatsachen unbekümmert erklärte, Hitler wäre in sein Amt vom Volke gewählt worden. Gerade das war nicht geschehen, und erst das hatte ja die Aktion überhaupt in Gang gebracht, mit der nach der Überwindung von allerlei Hindernissen, Rankünen und Querelen diejenigen doch noch und exakt zu dem Ziele kamen, das ihnen vorschwebte und mit dem, wie sie Hindenburg versicherten, „die unerlässliche Grundlage für einen Aufschwung der deutschen Wirtschaft“ erst geschaffen werden könne – eine Formulierung, die aus Chefetagen heutiger Verbände und Zusammenschlüsse deutscher Großkapitalisten stammen könnte.

Hitler und die ihn umgebende Clique politischer Nebenführer war von der geheimen Initiative schon unterrichtet, als sie sich noch auf dem Wege befand. Am 12. November informierte ihn Schacht, damals Reichsbankpräsident a. D. und aufgrund seiner Autorität und seiner Verbindungen im Zentrum der Intrige stehend, von dem Vorhaben und dessen Fortschritten. Es existiere, versicherte er dem NSDAP-Führer in einem Schreiben vom 12. November 1932, für ihn kein Zweifel mehr, dass die ganze Entwicklung nur in die Kanzlerschaft Hitlers münden könne.

Das war nicht nur als freundliche Nachricht gedacht. Schacht wusste, dass es in der faschistischen Führerschaft und auch unter den Mitgliedern der NSDAP Unruhe darüber gab, dass die wiederholten Anläufe Hitlers, an die Spitze der Regierung oder des Staates (als Reichspräsident) zu gelangen, stets gescheitert waren, und Schacht wünschte sicherzugehen, dass sich der Parteiführer von dieser Atmosphäre nicht anstecken und zu unbedachten Handlungen hinreißen ließ. Weder sollte die NSDAP zu einem putschistischen Kurs zurückkehren, noch Hitler sich im Gerangel um den Eintritt in die Bildung der Reichsregierung mit weniger zufrieden geben als mit dem Spitzenplatz. Eine gewisse Geduld, das war der Sinn des Schreibens, sei noch aufzubringen. Was Hitler als Frucht unbeirrbaren Glaubens an seinen Sieg ausgab – Bert Brecht hat es im Arturo Ui als ruhmredige Phrase bloßgestellt –, hatte kräftiger Abstützung bedurft. Vor allem Schacht zog dem Manne, der unter den Druck seiner am Vorstoß zur Regierungsmacht zweifelnden Mitkämpfer geriet, Korsettstangen ein.

Namen nicht von Gewicht?

Apropos Brecht: In einem anderen seiner Stücke, dem vom Herrn Puntila und seinem Knecht Matti fällt die Bemerkung, es sei nichts passiert, solange kein Name gefallen sei. Dessen eingedenk nun die Namen derer, die sich zu der Eingabe verbündeten, einem Dokument, das mehr aussagt als ganze Listen von Wahlergebnissen: Es waren die Bankiers Friedrich Reinhart, Kurt von Schröder, Kurt von Eichborn und der alle an Einfluss überragende Schacht, sodann die Großgrundbesitzer Eberhard Graf Kalckreuth, Joachim von Oppen-Dannenwalde, Robert Graf Keyserlingk-Cammerau, Kurt Gustav Ernst von Rohr-Manze und der bürgerliche Engelbert Beckmann, weiter die Industriellen Ewald Hecker, August Rosterg, Erich Lübbert, zu denen auch die Reeder Emil Helfferich, Franz Heinrich Witthoefft, Carl Vincent Krogmann und Kurt Woermann gehörten.

Um das Gewicht dieser Reihe wurde und wird gestritten. Besonders gering ist es von dem US-amerikanischen Historiker Henry A. Turner jun. angesetzt worden, der es sich in einer besonderen Schrift zur Aufgabe machte, die Ergebnisse der DDR-Forschung als haltlos zu erweisen. Gewiss: Die Unterzeichner repräsentieren weder „das Bankwesen“ oder „die Industrie“ noch „den Großgrundbesitz“ und handelten auch nicht als dessen Beauftragte. Es lässt sich eine andere Reihe von exponierten Personen aus Bank-, Industrie- und Agrarkapital bilden, die nicht zu den Unterzeichnern der Petition gehörten. An deren Spitze würden schwergewichtige Namen wie Gustav Krupp, Paul Silverberg stehen können. Sie wäre sogar länger. Auf ihr befänden sich die Namen jener, die zu diesem Zeitpunkt Hitler nicht favorisierten. Was wäre mit ihr erwiesen? Dass die Mächtigen der deutschen Wirtschaft nicht mit einer Stimme sprachen.

Doch bildete sich aus ihren Kreisen keine andere Gruppierung, die durch Druck auf den Reichspräsidenten dem „Projekt Hitler“ entgegengewirkt haben würde. Und, wichtiger noch, es bestand kein Zusammenschluss aus der Oberschicht der Gesellschaft, der sich für die Verteidigung der Republik und die Demontage des bürgerlich-parlamentarischen Systems eingesetzt hätte. Die Hitler ablehnten, weil sie ihn für einen „Revolutionär“ oder einen unsicheren Kantonisten hielten oder seinen Typ nicht mochten, weil sie glaubten, die gesellschaftliche Krise ohne ein extremes staatspolitisches Wagnis überstehen zu können oder auch sonst sich politisch weniger engagierten, waren einzeln und insgesamt außerstande, eine politische Konstellation vorzuschlagen, die überzeugender und aussichtsreicher gewesen wäre, als die Kombination der Führerschaft der beiden extrem rechten Parteien. Die Favoriten oder Günstlinge der anderen waren als Regierungschefs politisch verbraucht, wie Papen, oder besaßen so wenig wie er einen Massenanhang in Teilen des Volkes. Dessen Existenz musste aber als Bedingung für die von allen dringend gewünschte Festigung des von Millionen Menschen befeindeten kapitalistischen Systems und für die weitere Demontage der Republik angesehen werden. Der Massenanhang der NSDAP bot auch die Möglichkeit, den Anschlag auf die Verfassung in den Mantel zu kleiden, es handele sich um den Vollzug des Volkswillens.

Übrigens hat sich nicht nur an der Wende des Jahres 1932/33 erwiesen, dass sich Minderheiten durchzusetzen vermögen, wenn Mehrheiten ratlos sind, uneinheitlich agieren und sie gewähren lassen. Und: Das Verhalten der deutschen Monopol- und Großkapitalisten änderte sich nach dem 30. Januar 1933 rasch. Bei den einen wichen die Bedenken, bei anderen schlugen sie gar in Begeisterung um, dritte passten sich zunächst an, um ihre Geschäfte und Profite nicht zu gefährden oder zu befördern. Hitler erwies sich, wie der Historiker Günter Paulus es formuliert hat, über Jahre zunächst als ihrer aller „erfolgreichster Mann“.

junge Welt, Montag, 18.11.2002, S. 10.

Operation Uranus

Todesurteil Stalingrad (VI): Die Einschließung der 6. Armee und die unangeschlagene Hoffnung „Der Führer haut uns raus“

Am Morgen des 19. November 1942 brach der Ansturm sowjetischer Streitkräfte zunächst über die 3. rumänische Armee herein, deren Aufgabe es war, die am weitesten nach Osten vorgedrungenen Aggressoren gegen Norden hin zu sichern. Dass ihr das im Fall einer entschlossenen Offensive des Gegners gelingen könnte, war von vornherein zweifelhaft gewesen. Die Befehlshaber des Verbündeten hatten wiederholt, aber vergeblich auf die Länge des ihnen übertragenen Frontabschnitts und auf die mangelhafte Bewaffnung, insbesondere auf das Fehlen einer wirkungsvollen Panzerabwehr, hingewiesen. Nun stießen Truppen der Roten Armee aus zwei Brückenköpfen, die sie über den Don behauptet hatten, nach Süden vor und schlugen die Rumänen binnen kurzem in heillose Flucht. Das Unternehmen mit dem Tarnnamen „Uranus“ war eröffnet, begünstigt durch eine Wetterlage, die den Einsatz der deutschen Luftwaffe unmöglich machte. Einen Tag darauf griffen die sowjetischen Verbände südlich von Stalingrad die 4. rumänische und die 4. deutsche Panzerarmee an. Die Vermutung der deutschen Feindaufklärung, dass die Offensive von Norden lediglich auf die Durchbrechung einer Eisenbahnlinie zielen werde, die nach Stalingrad führte, war erledigt. Die Zangenbewegung der Angreifenden wurde bald erkennbar und die sie ausführten, kamen zügig voran.

Wunschdenken und Realitätssinn

Hinter der 3. rumänischen Armee befand sich als eine Art „Feuerwehr“ ein einziges deutsches Panzerkorps, von dem geglaubt wurde, dass es „die Lage wieder herstellen“ könne. Jedenfalls vermeinte das Hitler, der die Nachricht vom Beginn der sowjetischen Offensive aus Ostpreußen in seinen momentanen Aufenthaltsort, den Obersalzberg bei Berchtesgaden, weitergeleitet bekommen hatte. Er reiste daraufhin quer durch das Reich in sein Hauptquartier. Zunächst fiel ihm und seinen Beratern nichts anderes ein, als dieses Tausende Kilometer entfernte Panzerkorps in eine Schlacht zu dirigieren, von der sie eine rechte Vorstellung noch nicht besaßen. Später wurde dessen Kommandeur, Ferdinand Heim, zum Sündenbock gemacht und aus der Wehrmacht ausgestoßen. Von den eigenen abenteuerlichen Fehlplanungen des deutschen Oberkommandos ablenkend, wurden die rumänischen Truppen als große Versager und Verursacher des Debakels hingestellt. Das konnte, da der Verbündete noch gebraucht wurde, indessen nur intern geschehen und für die offizielle deutsche Propaganda nicht genutzt werden.

Für einen wichtigen Moment war der Oberbefehlshaber der 6. Armee, General Friedrich Paulus, ohne aktuelle Weisungen aus dem Hauptquartier. Seine eigene Befehlsstelle, die sich noch auf dem westlichen Donufer befand, hatte er mit seinem Stab fluchtartig verlassen müssen, als die Angreifer von Norden her nahten und in Richtung auf die Stadt Kalatsch vorstießen, wo sie den Don nach Osten forcieren und den anderen Verbänden entgegenstoßen wollten. Das gelang bereits am fünften Tag der Offensive. In der Nähe von Sowjetskij trafen die Spitzen der sowjetischen Armeen am 23. November aufeinander. Paulus hatte bereits am Abend zuvor in das Hauptquartier funken lassen, dass die Armee von ihren rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten worden sei.

Der Oberbefehlshaber der 6. Armee stand vor der Frage, den allgemeinen, schon Ende 1941 erteilten Befehl Hitlers zu befolgen, der Rückzüge oberhalb der Stärke eines Bataillons von der Genehmigung durch das Führerhauptquartiers abhängig machte, oder in Kenntnis der sich vollziehenden Einschließung selbst die Initiative zu ergreifen und der 6. Armee zu befehlen, sich von der Wolga zu lösen, die unhaltbar gewordenen Stellungen gegen Osten und Norden aufzugeben und sich in Richtung Süden und Westen durch den noch nicht gefestigten gegnerischen Ring einen Weg zu den deutschen Hauptkräften frei zu kämpfen.

Der General entschied sich nicht für die Aktion, sondern gleichsam für den „Dienstweg“. Er übermittelte an das Hauptquartier seinen Vorschlag, der Armee den Rückzug zu erlauben. Eine vernünftige Alternative zu diesem Entschluss gäbe es nicht. So beurteilte auch der Oberbefehlshaber der Heeres-

gruppe, Maximilian von Weichs, zu der die 6. Armee gehörte, die Situation. Paulus' Argumente waren überzeugend und besaßen die Billigung aller Befehlshaber seines Armeekorpses. Doch sie verfielen Hitlers Ablehnung. Der mochte nicht nur an seine prahlerische öffentliche Ankündigung denken, wonach niemand und nichts die deutschen Soldaten von der Wolga wieder wegbekommen werde, sondern das Scheitern des ganzen seit Ende Juni vorangetriebenen Angriffs kommen sehen und glauben, es könne noch abgewendet werden. So erging der Befehl an die 6. Armee, sich, wo sie sich eben befand, „einzuigeln". Er wurde mit dem Versprechen verbunden, dass die Armee in dieser Stellung „entsetzt" werden würde, was immer das heißen mochte. Dieser Befehl, der das Todesurteil über die bestausgerüstete deutsche Armee vorwegnahm, hätte das Hauptquartier schwerlich verlassen können, wenn die Berater des Obersten Befehlshabers ihrem militärischen Verstand gefolgt und sich dieser von reinem Wunschdenken diktierten Befehlsausgabe widersetzt haben würden.

Kadavergehorsam

Der erst kurz zuvor an seinen Platz gerufene Generalstabschef des Heeres, Kurt Zeitzler, Nachfolger des mit seinen kritischen Überlegungen und Vorschlägen unangenehm gewordenen Franz Halder, hat später in einer in den USA erschienenen Publikation für sich in Anspruch genommen, Hitler und namentlich Göring in dieser entscheidungsschweren Situation mit starken Worten entgegengetreten zu sein, um dem Ansinnen von Paulus Zustimmung zu verschaffen. Seinem Bericht ist wenig zu glauben. Tatsache ist, dass Zeitzler sich unterwarf. Das taten auch jene Luftwaffengenerale, die wussten, dass das Versprechen des großmäuligen Hermann Göring, er werde eine ganze Armee für längere Zeit aus der Luft versorgen und kampffähig halten, nichts als ein Hirngespinst war. Die Zahl der Tonnen, die täglich zu den Eingeschlossenen zu transportieren war, lag in verlässlichen Schätzungen vor. Daraus ergab sich die erforderliche Zahl der Flugzeuge, die gebraucht wurden, und die Zahl ihrer täglichen Einsätze unter der Voraussetzung, dass sich die Flugstrecken durch deutsche Rückzüge nicht noch verlängerten. Selbst wenn nur die Winterbedingungen in Rechnung gestellt wurden, ließ sich leicht ermitteln, dass das Versprechen einer ausreichenden Versorgung der Armee mit Munition, Verpflegung und Betriebsstoff auf dem Luftweg haltlos war. Kurzum: Es war keine besondere Ausbildung zum Generalquartiermeister erforderlich, um den Selbstbetrug zu erkennen. Dafür genügte, was gemeinhin der gesunde Menschenverstand genannt wird.

Was not tat, war auf deutschen Theaterbühnen unter reichlichem Beifall mehrerer Publikumsgenerationen immer wieder vorgeführt worden: „Männerstolz vor Königsthronen". Wie würde sich die Szene eines historischen Schauspiels später ausgenommen haben: Der feldgrau gedresste „Führer" am 23. November 1942 in der sogenannten Lagebaracke in seinem ostpreußischen Hauptquartier während einer Besprechung und ihm gegenüber die Gruppe seiner militärischen Berater mit den roten Biesen, geschlossen darauf bestehend, die Situation nüchtern zu bilanzieren, anstatt mit Faktoren wie dem unbrechbaren Willen und unvergleichlichen Vermögen der Soldaten der überlegenen Rasse zu operieren? Wie oft wäre das im Nachkrieg auf deutschen Bühnen aufgeführt worden?

Jedoch: „Generale meutern nicht". Der Totalverzicht darauf, das eigene Urteil geltend zu machen und auf seiner Akzeptanz zu bestehen, wird in deren Kreisen „Befehlsgehorsam" genannt und erhält in Kriegsgeschichten bis heute die hohe Weihe, eine für jede Armee unverzichtbare militärische Tugend zu sein. Dabei handelt es sich um nichts anderes als um eine spezielle Erscheinungsform dessen, was deutlicher und weniger erhebend im klaren Sprachbild besagt: gehorsam und willenlos wie ein Kadaver. Im Jargon der Unteroffiziere auf deutschen Kasernenhöfen wurde das Rekruten in die Beschimpfung übersetzt: „Überlassen Sie das Denken den Pferden, die haben größere Köpfe."

In unserem Falle wurde das Denken und die daraus folgenden Entscheidungen dem „Führer und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht" überlassen. Dessen Entschlüsse übersetzten die Militärs in die Sprache der Befehle, die von Stufe zu Stufe abwärts gereicht wurden. Für deren Weitergabe an die 6. Armee war seit Ende November 1942 außerhalb des Kessels der Oberbefehlshaber der neugebildeten Heeresgruppe Don, Generalfeldmarschall Erich von Manstein, zuständig. Und bei den Eingeschlossenen übermittelte General Paulus das Befohlene an die Befehlshaber der Armeekorps, diese an die Divisionskommandeure, die wiederum weiter an die Regimenter. Und dieses Befehlssystem

funktionierte nahezu bis zur vollständigen Liquidierung der 6. Armee am 2. Februar 1943. Erst in der letzten Januardekade machten sich „Auflösungserscheinungen“ bemerkbar, wie die Verweigerung von Befehlen dann genannt werden sollte.

Ein beredtes Zeugnis dafür, welche schlechthin geistfeindliche Haltung es funktionstüchtig erhielt, stammt aus der Feder des Chefs des Generalstabes der eingekesselten Armee. Generalmajor Arthur Schmidt kommentierte eine Paulus und ihm vorgelegte Denkschrift schnoddrig mit den Worten: „Wir haben uns nicht den Kopf des Führers zu zerbrechen und Gen. v. Seydlitz nicht den des O. B.“ Wir, dies meinte die nahezu zwei Dutzend Generale, die mit etwa einer viertel Million Soldaten sich innerhalb der Einschließung befanden. O. B. lautete das Kürzel für den Armeeoberbefehlshaber Paulus.

Der Autor besagter Denkschrift war – in Gemeinschaft mit seinem Stabschef – General Walther von Seydlitz, Befehlshaber jenes Armeekorps, das bei immer wiederholten Angriffen in Stalingrad zwar den größeren Teil der Stadt hatte erobern können, das gesteckte Ziel, sie vollständig zu gewinnen und sich damit in den Besitz eines längeren geschlossenen Streifens des Wolgaufers festzusetzen, aber doch nicht zu erreichen vermochte. Seydlitz’ Unterschrift stand unter einem mehrseitigen, von militärischem Sachverstand zeugenden, mit dem Datum des 25. November versehenen Papier, mit dem Paulus und dessen Generalstabschef noch einmal auseinandergesetzt wurde, dass es auf den Erfolg der sowjetischen Armee nur eine und zudem keinen Aufschub duldende Antwort geben könne: den Befehl zum Ausbruch aus der Umzingelung. Würde der aus dem Führerhauptquartier nicht gegeben werden, sei er selbst und also gegen den bekundeten „Führerwillen“ zu erteilen. Die Verantwortung gegenüber den etwa 250.000 Soldaten gebiete das, nicht allein wegen der Vermeidung aussichtsloser Kämpfe, die nur in einer Katastrophe münden könnten, sondern weil die Armee an anderer Frontstelle selbst bei unvermeidlichen Einbußen während des Rückzugs zweckmäßig eingesetzt werden könnte. Seydlitz lag jede politische Argumentation fern. Die militärische war schlüssig. Schmidt besaß keine Gegenargumente und floh in jenen Kommentar, der nur dümmlich genannt werden könnte, wären die Folgen der Bilanzverweigerung nicht derart verheerend gewesen. So aber verdient die Randbemerkung und die aus ihr sprechende Gesinnung eine andere Kennzeichnung: Sie war in ihrer Leichtfertigkeit verbrecherisch.

Einrichten im Kessel

Die Eingeschlossenen, deutsche Soldaten der 6. Armee und von Teilen der 4. Panzerarmee, dazu in geringerer Zahl Rumänen, Italiener und Kroaten und mit ihnen die als Hiwis bezeichneten sogenannten Hilfswilligen, Einheimische, die in deutsche Dienste gelockt oder gepresst worden waren, bezogen die ihnen zugewiesene „Igelstellung“, ein Sprachbild, das – denkt man an den wehrhaften Gesellen des Tierreiches – die Illusion von überlegener Bewaffnung und Widerstandskraft vermittelt. Und das sollte sie ja auch und gerade in diesem Falle. Illusionsverstärkend wirkte, dass die Stellungen, die nach dem Debakel der Einschließung zunächst bezogen worden waren, behauptet werden konnten.

Das war jedoch der Tatsache geschuldet, dass das sowjetische Vorgehen sich vorerst nicht auf die Zerschlagung der 6. Armee konzentrierte, sondern darauf, die Umklammerung so zu verstärken und die deutschen Hauptkräfte soweit nach Westen und Süden abzudrängen, dass ein Vorstoß zur Aufbrechung des Ringes aussichtslos werden müsste. Die Liquidierung der deutschen Truppen innerhalb des Kessels, von General von Seydlitz als eine bevorstehende „Vernichtungsschlacht von klassischem Ausmaß“ vorhergesehen und bezeichnet, konnte warten. Die Eingeschlossenen befanden sich, wiewohl sie das lange nicht glauben wollten, in der Situation eines in eine Zelle gesperrten zum Tode Verurteilten, dessen Hinrichtungstermin noch nicht bestimmt worden war. Sie besaßen wie dieser noch eine Chance. Sie lag in einem Gnadengesuch und dessen Annahme. Für die 6. Armee hieß es: Kapitulationsangebot.

So aber sahen die Generale, die Stabsoffiziere und auch die Soldaten ihre Lage nicht an. „Oben“ wie „unten“ begann man sich im Kessel einzurichten in Erwartung des versprochenen „Entsatzes“. In Wirklichkeit verschlechterte sich mit jedem Tag die Aussicht, der Falle zu entkommen. Denn: Westwärts lag die Initiative weiter bei den angreifenden sowjetischen Truppen, die zwar Kampfpausen brauchten, aber deren Kräfte keineswegs erschöpft waren. Und im Kessel sank das Angriffsvermögen

verglichen mit der Situation unmittelbar nach der Einschließung beständig. Die Vorräte an Munition und Betriebsstoff ließen sich durch die Luftwaffe keineswegs hinreichend auffüllen, zumal sie die Vorherrschaft am Himmel nicht mehr unangefochten besaß. Die physischen Kräfte der Soldaten, während der strapaziösen Märsche und in verlustreichen Kämpfen seit Mai/Juni ohnehin vermindert, verringerten sich unter den Bedingungen des Winters zusehends.

Doch noch war da die unangeschlagene Hoffnung „Der Führer haut uns raus“. Sie behauptete sich nicht nur, weil der Masse der Eingeschlossenen die Frontlage nicht bewusst war. Ihre Zählebigkeit rührte auch nicht nur aus der Tatsache her, dass Hoffnungen generell zuletzt sterben. Trotz ihrer misslichen Lage waren die deutschen Soldaten immer noch massenhaft davon überzeugt, dass sie zu den stärkeren Bataillonen gehörten und es folglich nur eine Frage von Entschlüssen und Zeit sein würde, bis sich die deutsche Überlegenheit wieder geltend machen werde.

junge Welt, Dienstag, 19.11.2002, S. 10.

Die Sache mit dem Gewissen

Stalingrad – als das Todesurteil über die 6. Armee fiel

Am 23. Januar 1942 tagte in einem Raum des Reichsluftfahrtministeriums in Berlin das Reichskriegsgericht unter dem Vorsitz von Hermann Göring. Angeklagt wurde der General Graf Sponeck. Er hatte im Dezember 1941 den ihm an der Ostfront unterstellten Truppen eigenmächtig einen Rückzugsbefehl erteilt und auch gegen den Einspruch seines direkten Vorgesetzten aufrechterhalten. Der Weisung Hitlers entsprechend wurde Sponeck zum Tode verurteilt, jedoch war vorher vereinbart worden, dass der „Führer“ eine Begnadigung aussprechen und Festungshaft bestimmen werde. Es ging darum, ein Exempel zu statuieren. Wer Rückzüge befehle, riskiere seinen Kopf. Natürlich hatte sich der „Fall“ in der Generalität und im höheren Offizierskorps herumgesprochen und das sollte er auch. Sponeck kam nach Germersheim. Tage nach dem Stauffenberg-Attentat wurde er ermordet.

Einer der Beisitzer des Gerichts war General Walther von Seydlitz gewesen. Er gehörte einer weit verzweigten Adelsfamilie an, deren Name in der deutschen Geschichte durch einen Reitergeneral Friedrichs II. Berühmtheit erlangt hatte. Der hatte in den Schlachten des Siebenjährigen Krieges bei Rossbach und Zorndorf glänzende Siege erfochten. Von diesem Friedrich Wilhelm von Seydlitz berichtet eine Anekdote: Auf dem Schlachtfeld von Zorndorf hätte ihm der König, weil der Angriff der Kavallerie noch immer nicht erfolgte, einen Boten gesandt, der zur Attacke treiben sollte. Er überbrachte die Drohung, Seydlitz werde mit seinem Kopf haften, wenn die Schlacht verloren gehe. Die dem König übermittelte Antwort: „Sagen sie dem König, nach der Bataille gehört ihm mein Kopf, in der Bataille brauche ich ihn noch zu Seinen Diensten.“

Monate nach der Tagung des Kriegsgerichts kam der Wehrmachtsgeneral von Seydlitz in die Lage, sich dieser wie auch der Episode aus seiner Familiengeschichte zu erinnern. Das war im November 1942, als die sowjetische Offensive zur Einschließung der 6. Armee führte. Seydlitz befehligte ein Armeekorps, das seit Wochen versuchte, die 62. sowjetische Armee in die Wolga zu treiben. Binnen fünf Tagen hatte sich die Situation gründlich verändert: Die 6. Armee war eingeschlossen, neue Entschlüsse waren rasch zu treffen. Friedrich Paulus, der Oberbefehlshaber, beriet sich mit seinen Korpsführern. Die Ansicht war einhellig. Die Stellungen an der Wolga und in der Stadt würden nicht zu halten sein. Sie mussten aufgegeben und der Ausbruch in Richtung Südwesten unverzüglich unternommen werden, sonst war der Untergang der ganzen Armee abzusehen. Hitler, aus Berchtesgaden ins ostpreußische Hauptquartier zurückgekehrt, befahl hingegen das „Einigeln“.

Die Situation war klar. Wider sein besseres, militärisch geschultes Wissen unterwarf sich Paulus, und mit ihm taten das widerspruchslos auch die Korpsführer und Divisionskommandeure. Nur einer von ihnen unternahm einen denkwürdigen Versuch, sich zu widersetzen und schlug vor, aus dem entstandenen „Kessel“ dennoch auszubrechen. Walther von Seydlitz schickte Paulus als Antwort auf dessen Befehl zum Aushalten am 25. November 1942 eine Denkschrift, die sein Generalstabschef, Oberst Clausius, ausgearbeitet und die er selbst ergänzt hatte. Sie bot eine scharfe Analyse der Lage und enthielt die Voraussage, dass der Gegner eine „Vernichtungsschlacht von klassischem Ausmaß“ führen könne. Vertröstungen auf Versorgung der Eingeschlossenen mit Munition und Verpflegung oder gar Verstärkungen auf dem Luftweg wurden als Illusion charakterisiert. Die Denkschrift schloss eindeutig: „Hebt das OKH (Oberkommando des Heeres, an dessen Spitze sich Hitler im Dezember 1941 selbst gesetzt hatte, K. P.) den Befehl zum Ausharren in der Igelstellung nicht unverzüglich auf, so ergibt sich vor dem eigenen Gewissen gegenüber der Armee und dem deutschen Volk die gebieterische Pflicht, sich die durch den bisherigen Befehl verhinderte Handlungsfreiheit selbst zu nehmen ... Es gibt keine andere Wahl.“ Paulus aber blieb auf der Befehlslinie. Sein Generalstabschef tat die Denkschrift mit dem Bemerken ab: „Wir haben uns nicht den Kopf des Führers zu zerbrechen und Gen. v. Seydlitz nicht den des O. B. (Oberbefehlshabers, gemeint war Paulus, K. P.)“

So kam das Todesurteil über die 6. Armee zu Stande. Dessen Vollstreckung war nur noch zu entgehen, wenn die Kapitulation befohlen wurde. Paulus verweigerte auch sie mehrmals. Von den ursprünglich wohl mehr als 250.000 Eingeschlossenen gingen Monate später noch 90.000 in die Gefangenschaft, verwundet, entnervt, verlaust – die Überträger des Fleckfiebers mit sich schleppend.

Allenfalls 6.000 kehrten nach Deutschland zurück. Von den 24 Generalen verstarb einer in der Gefangenschaft an Krebs; die anderen überlebten. Einer schrieb seine Memoiren, nach seinem Tode veröffentlicht. Er hieß Walther von Seydlitz und äußerte hier kritische Distanz auch zu seiner Statistenrolle im Sponeck-Prozess.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 23./24. November 2002, S. 21.

Mehr als ein Lehrbuch

Die Quellen des Holocaust – Studie von Paul Hilberg

Geschichtsstudenten ist ein Proseminar zu wünschen, das sie so in Quellenkunde und -kritik ihres Faches einführt wie dieses Buch, das ebenso allen empfohlen sei, denen die Beschäftigung mit der Geschichte mehr als nur unterhaltendes Hobby ist. Raul Hilberg, mit dessen Namen sich die Anfänge der Holocaustforschung in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts verbinden, schöpft aus einem langen Gelehrtenleben als Forscher und Hochschullehrer in Buffalo (USA). Auf die immense Masse von Dokumenten, die durch seine Hand gingen, hat er die Scheinwerfer nun in anderer Absicht gerichtet. Ging es ihm in seinen Veröffentlichungen bislang darum, die papierne Hinterlassenschaft der Reichsbürokratie, der Wehrmacht, der Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes und der Ordnungspolizei, der Kommandanturen von KZ und Ghettos in ihrer Brauchbarkeit und Aussagekraft für die Rekonstruktion von Geschichtsabläufen zu befragen, so durchmusterte und präsentierte er sie nun in Auswahl vor allem unter dem Gesichtswinkel der Tücke der Objekte. Wo lauern die Gefahren von falschen Zuordnungen, Missdeutungen, Verwechslungen, Über- oder Unterbewertung? Welche Rüstung ist notwendig, damit der Forschende nicht in die Lage eines Menschen kommt, der Wasser mit einem undichten Gefäß oder gar mit einem Sieb schöpfen will? Wie genau muss sich ein Forscher in den Möglichkeiten der deutschen Sprache auskennen, wenn er Verschleierungen von Sachverhalten herausfinden will? Was muss er von den Wegen wissen, die Schriftstücke hinter sich haben?

Antworten auf diese und weitere Fragen werden an einer Fülle konkreter Beispiele gegeben. Dass sie sich alle auf Quellen beziehen, die zwischen 1933 und 1945 sowie in den Jahren nach der Zerschlagung des Naziregimes in Ermittlungs- und Gerichtsverfahren entstanden sind, bedeutet doch nicht, dass hier nur die Faschismusforscher angesprochen sind. Was bei Mikroverfilmungen von Aktenstücken verloren geht, was sich auf Fotografien oder -kopien nicht mehr findet, das gilt thematisch und zeitlich für viel weitere Bezirke. Zudem verweist der Autor auf Interpretationsprobleme von Dokumenten anderer Provenienz, so etwa anhand von Akten der Judenräte oder der mit äußerster Zurückhaltung formulierten Aufzeichnung eines Gesprächs Roosevelts mit Vertretern jüdischer Organisationen am 8. Dezember 1942, der sich dennoch entnehmen lässt, dass der Präsident, indem er monologisierte und Zeit herauszuschinden verstand, jeder verbindlichen Stellungnahme zu den Ansinnen der Delegierten auswich. Hilberg macht in der nüchternen Sprache, die wir aus seinen Abhandlungen zur Geschichte kennen, deutlich, was das ist: Abenteuer Geschichtsforschung. Ganz nebenbei und ohne jede Absicht erhält so auch die naive Haltung eine Abfuhr, zu meinen, Geschichtsurteile fällen zu können, weil man ja schließlich dabei gewesen sei.

Unschwer zu entdecken ist auch die Lücke, die das Buch lässt. Hilberg hat von sich gesagt, er habe sich die Frage nach dem Warum des Judenmords hier nicht gestellt. Sie führt über die schwierige Rekonstruktion der europaweiten Abläufe hinaus und verlangt „das Einpassen einzelner Teile in ein umfassenderes Gefüge“. Sie erfordert theoretische und methodologische Überlegungen zum Charakter des deutsch-faschistischen Regimes, des Krieges und seiner Ziele. Auf diese Kontexte wird verwiesen, jedoch bleiben ihre Probleme außerhalb der Erörterungen. Dass diese Zusammenhänge in den Hintergrund treten, wird auch durch eine Entwicklung gefördert, von der Hilberg sagt, der Gegenstand werde „in immer kleiner werdenden Bestandteilen bearbeitet“.

p. s.: Für sein jüngstes Buch wird Raul Hilberg Anfang Dezember in München mit dem Geschwister-Scholl-Preis geehrt.

Raul Hilberg: Die Quellen des Holocaust. Entschlüsseln und Interpretieren. S. Fischer, Frankfurt (Main) 2002. 256 S., geb., 22,90 Euro.

Neues Deutschland, 29. November 2002, S. 13.

Emigranten bitten für Ostdeutsche

„Wir, die Unterzeichner, mit der deutschen Kultur und Wissenschaft verbundene Forscher und Universitätslehrer, wenden uns an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und an Verantwortliche für Wissenschaftspolitik in den deutschen Bundesländern, um diese zu schnellstmöglicher Hilfeleistung im Interesse der wenigen, sich noch in der deutschen Wissenschaftslandschaft – auf befristeten Stellen, in Vereinen oder als Privatgelehrte – behauptenden Forscherinnen und Forscher der früheren DDR zu veranlassen."

So beginnt ein Aufruf, der vor kurzem in der *Frankfurter Rundschau* als Anzeige erschien. Finanziert worden war sie von einigen Wenigen der Wenigen, auf deren Dasein und Zukunft sich der Appell bezieht. Sympathisanten unterstützten die Bekanntgabe. Die Autoren des Textes wären auf Lehrstühlen deutscher Universitäten falsch vermutet. Sie leben in den USA und in Großbritannien, mit der Ausnahme von Theodor Bergmann, der – nach der Zerschlagung des Naziregimes nach Deutschland zurückgekehrt – in Stuttgart arbeitet. Alle anderen Unterzeichner blieben, wo sie Zuflucht gefunden hatten. Vertrieben worden waren sie aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei.

Renate Bridenthal und David Kettler flohen im Kindesalter mit ihren jüdischen Eltern aus Leipzig, Friedrich Katz als Schüler mit den seinen aus Wien nach Mexiko. Georges G. Iggers, in Hamburg geboren, gelangte 1938 in die USA. Seine spätere Ehefrau Wilma entkam aus der Tschechoslowakei nach Kanada. Der Fluchtweg des jungen Kommunisten Theodor Bergmann führte nach Palästina, von da in die Tschechoslowakei und sodann nach Schweden. Eric Hobsbawm, 1917 in Ägypten als Sohn jüdischer Eltern geboren, musste Berlin, wo er eine Schule besuchte, verlassen und wandte sich 1933 nach London. Dort lebt und arbeitet er bis heute bewundernswert produktiv. Alice Teichova flüchtete achtzehnjährig, als die deutschen und österreichischen Faschisten den Alpenstaat liquidierten, wie ihre ganze Familie von Wien nach Großbritannien – sie im Status eines einreisenden Stubenmädchens. Auch ihr späterer Ehemann, Mikuláš Teich, ein Chemiker, der zum Fachmann für Geschichte und Philosophie der Wissenschaften wurde, suchte dort Zuflucht.

Wie viel harte Enttäuschung und leidvolle Erfahrung verbinden sich mit jeder dieser Biographien! Wie viel wissenschaftliche Kompetenz! Welches Verdienst, in Jahrzehnten harter wissenschaftlicher Arbeit angehäuft! Alle Unterzeichner sind heute emeritiert, keiner von ihnen hat sich behaglich zurückgelehnt und den Platz des bloßen Beobachters eingenommen. In ihrem Appell argumentieren sie jedoch, wozu ihnen ihre Lebenswege hinreichend Recht geben, nicht allein mit dem Verweis, dass Menschen in Deutschland Unrecht dadurch geschah, dass ihnen nach 1990 Lebensperspektiven verbaut wurden, auf die sie wegen ihres Wissens und nachgewiesener Leistung einen Anspruch geltend machen könnten – vorausgesetzt, Gleichberechtigung wäre ein Prinzip der Berufungspolitik an deutschen Hochschulen. Sie verweisen darauf, dass die Abwicklung derer, die bei Fortexistenz des ostdeutschen Staates aufgrund ihrer Qualifikation nahezu ausnahmslos Lehrstühle an Hochschulen bezogen haben würden, nicht ohne schwere soziale und politische Folgen geblieben ist. Mit der nahezu vollständigen Ausschaltung dieser Gruppe sei in den neuen Bundesländern ein verbindendes Glied zwischen der Intelligenz und der alten Einwohnerschaft verloren gegangen, denn „die neue importierte westdeutsche Führungsschicht und die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung" seien einander fremd geblieben. Und: Den ins politische Abseits gedrängten Wissenschaftlern, die in der DDR mindestens bis zur Promotion gelangt waren, trauen die Unterzeichner auch zu, dass sie, gäbe man ihnen dazu Gelegenheit, sich den namentlich unter Jugendlichen in Ostdeutschland verbreiteten rechtsextremen Ansichten mit mehr Initiative und Erfolg entgegenstellen würden, als das zugereiste Akademiker tun können, selbst wenn sie wollten.

Um es beim Allgemeinen nicht zu belassen: Ein inzwischen am Ende der vierziger angekommener Historiker, der 1984 seine Doktorarbeit als Assistent an der Humboldt-Universität bei Helmuth Stöcker angefertigt hatte, deren Gegenstand die letzten, am Ende des 19. Jahrhunderts zur Unterwerfung des südlichen Afrikas geführten Kriege bildeten, arbeitete bis 1991 – da wurde es geschlossen – am Institut für Allgemeine Geschichte der DDR-Akademie. Von da an folgte ein Wechsel dem anderen, Tätigkeiten in verschiedensten Einrichtungen, die zu seinem Glück so beschaffen waren, dass er sein

Fachwissen behaupten und entwickeln konnte. Er legte 1997 eine zweite Dissertation an der Freien Universität vor und habilitierte sich 2002. Seine Publikationsliste ist von ansehnlicher Länge. Die seiner Lektionen und Vorträge auch.

Nun gehört der Privatdozent Dr. Dr. Ulrich van der Heyden, dessen wissenschaftlicher Weg hier kurz skizziert ist, zu den Einladenden für eine Konferenz über „Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration“. Er wie seine Mitstreiter, die als Sprecher für eine „Initiative Sozialwissenschaftler Ost“ zeichnen, haben den Eindruck gewonnen, dass „in Politik und Wissenschaft“ die Absicht wächst, hochqualifizierte Gesellschaftswissenschaftler „aus der DDR dauerhaft zu integrieren“. Mögen sie da richtig sehen. Denn dass ihre „Abwicklung“ vor mehr als einem Jahrzehnt nur in Erwartung eines kurzfristigen und obendrein nur geglaubten Nutzens erfolgt wäre, ist so naiv, dass man den Einladenden da gedanklich nicht folgen kann.

Doch möchten sie selbstredend nicht unter sich bleiben. Sie hoffen vielmehr, dass Politiker, Parlamentarier, Wissenschaftler und von ihnen noch nicht erreichte Betroffene ihre Konferenz besuchen werden. Das ist ihnen sehr zu wünschen. Und vielleicht geht von ihr ja wirklich ein Anstoß aus, der die eine oder den anderen trotz einstiger Zugehörigkeit zur Organisation der Jungen Pioniere und verflossener FDJ-Mitgliedschaft auf einen ihren Fähigkeiten angemessenen sicheren Platz in Lehre und Forschung gelangen lässt. Es müssten einen solchen Schritt nicht unbedingt jene prinzipiellen Überlegungen leiten, die im eingangszitierten Aufruf sich aussprechen. Das ganz stille Bedürfnis, die eigene Rolle als „Abwickler“ vor sich selbst zu verdrängen oder für andere vergessen zu machen, würde schon reichen.

Ossietzky, 22/2002, 02.12.2002.

Der Kommunist (West)

Püttlingen ist nicht die Bundesrepublik: Im Kommunalen fängt trotzdem alles an

„Gipps dös ah?“ Mag der Bayer einen Saarländer halb ungläubig, halb entsetzt fragen, der ihm von einer Veranstaltung berichtet, die dieser kürzlich in seinem Heimatort besuchte. Und es könnte ihm geantwortet werden: „Dat gifft et doch!“ In einem einstigen Bahnhofsgebäude, dessen Grundmauern längst kein Eisenbahnzug mehr erschüttert, hatten zwei Männer auf einem etwas kurz geratenen Sitzmöbel Platz genommen, das körperliche Distanz nicht zuließ. Diese Art Beieinander war beabsichtigt. Denn die zwei waren Hauptakteure einer von der Volkshochschule veranstalteten Reihe unter dem Titel „Auf der Bank im Wartesaal“. Da werden in unregelmäßigen Abständen Leute platziert und nach ihrem Leben und ihren Ansichten über Gott und mehr noch über die Welt ausgeforscht. Eine Talkshow en miniature? Weit gefehlt.

Denn welcher Talkmaster eines Fernsehsenders würde hierzulande einen leibhaftigen Kommunisten zu Stuhle oder Sessel bitten, der – Mitglied der DKP seit Jahrzehnten – einem Gemeinderat einer Kleinstadt angehört und, um dahin zu gelangen, die auch für dieses Gremium geltende 5-Prozent-Hürde immer wieder überspringt, nun gar mit einem Genossen an seiner Seite? Exotisch könnte die Szene schon aus dieser Perspektive genannt werden. In keiner zweiten saarländischen Gemeinde gelangten Kommunisten wieder in ein Kommunalparlament, seit eine Gemeindereform die Zahl der Gemeinden drastisch auf ein Siebentel ihrer ursprünglichen Zahl reduziert hatte. Das war in den siebziger Jahren geschehen.

Im katholisch dominierten Püttlingen jedoch, der kleinen Stadt in der Nachbarschaft des ungleich bekannteren Völklingen, waren die Abgeordneten der Großparteien seit 1979 nie unter sich geblieben. Nach dem Willen einer ausreichenden Minderheit der Wahlbürger sollten sie das auch nicht. Ein Kommunist erhielt immer sein Mandat, und das nicht, weil es da so viele alteingesessene oder zugezogene Kommunisten geben würde. Jedoch sind in absoluter Zahl etwa 800 Wähler der Meinung, dass dem, was da als Stadtpolitik angerichtet wird, etwas roter Pfeffer durchaus beigemischt werden sollte, zumal seitdem die Sozialdemokraten im Rate nicht einmal mehr, nach Berlin schielend, eine halbe Opposition abgeben.

Der den Streuer betätigt, heißt Franz Hertel, geht auf das Ende des siebenten Lebensjahrzehnts zu, ein Mann von Gestalt, für den die Wartesaalbank gewiss nicht maßgetischlert wurde. An seiner Seite der Leiter der Volkshochschule, Erich Keller, Lehrer von Beruf und vor Jahren noch bei den Freien Demokraten organisiert, ebenso freundlich wie präzise fragend und nachfragend, in keinem Wortsinn antikommunistische Berührungsängste erkennen lassend. Hertel, der gelernte Betonfacharbeiter, der sich aus dieser Stadt und seiner Rolle in ihr nicht wegdenken kann, muss zuerst vom Kommunalen berichten. Also spricht er an diesem Sonntagmorgen von der Finanzlage der Stadt, die nicht rosiger aussieht als die aller vergleichbaren, von in Bonn und nun in Berlin beschlossenen Steuergeschenken an Begüterte und Reiche, die sodann als Sponsoren für Vereine hervortreten und für sich und ihre Großzügigkeit werben, während ihre „Geschenke“ ganz überflüssig wären, würden sie auch nur angemessen zur Staats- und Stadtkasse gebeten.

Doch dann ging es von den Püttlinger Sportplätzen in die Welt und zur Frage: „Und wie halten Sie es jetzt mit Ihrer kommunistischen Weltsicht?“ Die habe er mit der Muttermilch eingesogen und nicht aufgegeben. Das führte zurück in die Kindheitstage des Mannes, dem damals einige Onkel und Tanten „fehlten“, die einen in der Emigration in Dänemark, ein anderer im Zuchthaus, eine dritte gefangen im Frauen-KZ Ravensbrück, ein vierter und der bekannteste von allen – Otto Niebergall mit Namen – als Deutscher in der französischen Résistance. Solcher Familienhintergrund sperrt gegen rasche Wendungen. Ja, 1989, das Ende der DDR, habe ihn traurig gestimmt, zumal wenn er an eine Welt ohne Arbeitslosigkeit, den Zugang zu Wissen und Bildung für alle, das Niveau von Schulen und Kindergärten denke. Dieser Aufzählung widersprach in der kleinen Runde niemand, und das könnte andeuten, dass sich das Bild vom ostdeutschen Staat versachlicht. Doch: Püttlingen ist nicht die Bundesrepublik. Doch: Dat gifft et och.

junge Welt, Montag, 09.12.2002, S. 12.

Dunst im Talkessel

Über Zwangsarbeit in Zella-Mehlis und andere Versuche, DDR-Bürgern endlich die historische Wahrheit nahezubringen

Kaum hat unter dem Druck der von den USA mit Entschiedenheit erhobenen und mit Drohungen versehenen Forderung, die in der deutschen Industrie und den verschiedensten Einrichtungen vom Krankenhaus bis zum Klostergarten ausgebeuteten ausländischen Zwangsarbeiter zu entschädigen (was auf symbolische Zahlungen hinauslief), sich hierzulande ein wenig mehr Wissen über das triste Leben von Millionen herbeigeschleppter oder auch herbeigelockter Frauen und Männer ausgebreitet, da seufzt und stöhnt die deutsche Seele auf und wiedergeboren wird: die alte Legende. Sie weist nicht nur zurück auf Firmengeschichten aus früheren Zeiten der Bundesrepublik. Im Kern handelt es sich um eine Geschichtsfälschung, deren Ursprung in Nazi- und Kriegsjahre und zu den Propagandisten des Joseph Goebbels und des Fritz Sauckel zurückführt. Letzterer war in seiner Eigenschaft als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz für die Anwerbung wie für das Einfangen von ausbeutbaren Europäern in allen besetzten Gebieten zuständig gemacht worden.

Zum Zwecke einer verlogenen Reklame wurde seinerzeit auch ein „Dokumentarfilm“ gedreht. Titel: „Wir arbeiten in Deutschland.“ Vor Jahren konnte ich ihn Studenten der Humboldt-Universität in einem Filmarchiv zu Studienzwecken vorführen lassen. Und es ist manchen Studentinnen nach dem Ansehen des Streifens übel gewesen, denn da hatten sie Kinder solcher Arbeiterinnen medizinisch umsorgt unter den Lampen sogenannter Höhensonnen herumkrabbeln sehen – und wussten doch, was schwangeren Frauen in der Gewalt der Nazis damals geschehen war.

Daran wurde ich erinnert durch einen Text-Foto-Band, den der Förderverein Stadtarchiv Zella Mehlis e. V. kürzlich herausgegeben hat. Er trägt den Titel „Heimat im Talkessel“. Als Autoren zeichnen Edelgard und Harry Ansorg. Darin heißt es: „Auf den am Arbeitsdienstlager angrenzenden Wiesen ... wurde ab 1941 ein Barackenlager für ausländische Bürger und gegenüber der Berufsschule ein mehrfach umzäuntes und bewachtes Lager für Kriegsgefangene errichtet.“ In beiden Lagern hätten sich im März 1945 noch 8219 Personen befunden. Dann heißt es: „Im Gegensatz zu Kriegsgefangenen hatten die damals als ‚Fremdarbeiter‘ und heute als ‚NS-Zwangsarbeiter‘ bezeichneten Männer und Frauen, die Betrieben und Einrichtungen als Arbeitskräfte zugewiesen wurden, nach Feierabend Ausgang. Besonders russische Frauen nutzten die Freizeit und unterstützten Einheimische bei Haus- und Feldarbeiten. Dass die Helfer verpflegt wurden, oft Bekleidung bekamen, auch Feiertage bei Familien verbrachten, sind mittlerweile Tatsachen. Loyal waren auch Betriebsinhaber, bauten Dachböden zu Wohnraum um, sicherten die Verpflegung, führten gemeinsame Wanderungen durch und ermöglichten somit eine bessere Lebensqualität als im Lager. Tränenreiche Abschiede gab es Anfang Mai 1945 bei der Rückführung in die Heimat.“ Die einen seien so begeistert gewesen, dass sie sich später nach Deutschland zurückgesehnt hätten. „Dass der Zwangswechsel nach Deutschland bei anderen Lagerinsassen keine Begeisterung erzeugte, muss auch erwähnt werden.“ Sozusagen am Schluss. Ein hartes Muss, aber deutscher Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe geschuldet.

Und so wird dem Betrachter neben dem Blick auf ein Foto, das einen Teil eines tristen Barackenlagers zeigt, ein weiteres präsentiert, das zwei ältere Herren, nach ihrem Äußeren Betriebsinhaber oder deren höhere Verwaltungsangestellte, auf einem Hügel sitzend zeigt und hinter ihnen sommerlich gekleidet und anmutig gruppiert die offenbar gerade einen volksgemeinschaftlichen Ausflug unternehmenden „ausländischen Bürgerinnen“. Als sei die Ablichtung für einen Werbefilm bestimmt gewesen.

Dunst über dem Talkessel also. Und der zieht sich hin bis Suhl, aber er teilt sich dort. Im Waffenmuseum kann neben der permanenten, von konkreten Bezügen zur Geschichte weitgehend entkleideten Ausstellung eine aktuelle Sonderschau besichtigt werden, deren Gegenstand die Geschichte der Kalaschnikow bildet. Für einen Tafeltext ist da zur Kennzeichnung des 22. Juni 1941, des Tages des Überfalls auf die Sowjetunion, die Floskel vom „jähen Ende der Gemütlichkeit“ gefunden worden. Die merkwürdige Wendung steht in einem gewissen Widerspruch zur geschilderten Idylle, die darauf für die „Russinnen“ im Barackenlager im benachbarten Zella-Mehlis gefolgt sein soll. So verhält es sich auch mit einer an dem denkmalgeschützten Gebäude kürzlich enthüllten Tafel, die vermerkt:

„Während des Zweiten Weltkrieges waren in Suhl mehr als 8500 Zwangsarbeiter vorwiegend in der Waffenproduktion tätig. Sie kamen vor allem aus der Sowjetunion, aus Frankreich, Polen, Belgien, der Tschechoslowakei, Italien und den Niederlanden. Mehr als 150 von ihnen überlebten diese Sklavenarbeit nicht.“ Dem hat die Stadtverwaltung hinzuzufügen für angemessen gehalten: „Die Stadt Suhl zahlte 125.000 Euro in den Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter.“ Das ist der Wahrheit jedenfalls näher, als der Text des Fotobandes. Mit solchen Zahlen lässt sich rechnen. Es entfallen demnach aus der Suhler Stadtkasse auf jeden der Herbeigeschleppten rund 14,70 Euro.

Wer die Schwelle des Waffenmuseums übertritt, stößt in der Ausstellung über die berühmte Kalaschnikow auf eine Geschichtsfälschung zu einem anderen Thema. Auf einer Texttafel wird behauptet, die DDR hätte gemeinsam mit den anderen Warschauer Vertragsstaaten „offensiv ausgerichtete militärstrategische Absichten und operative Pläne“ besessen, was doch heißen soll, sie sei ein kriegerisch-aggressiver Staat gewesen, ein nicht zum Zuge gekommener Aggressor. Das wäre den Bürgern der DDR verschwiegen worden, die, so darf die Behauptung weitergesponnen werden, einfältig wie sie waren, an ihre Friedensvolksarmee geglaubt hätten. Nun also erfahren die Einstigen ja endlich die Wahrheit und nichts als die Wahrheit. In Wirklichkeit wird ihnen die Beschönigung der Nazi- und Verteufelung der DDR-Zeiten nahegebracht. Nicht durchweg. Doch sie müssen sich selbst anstrengen zu unterscheiden, wer ihnen da was vorsetzt. Bei der Enthüllung der Tafel, die an die Zwangsarbeiter erinnert, hat sinnvoller Weise ein Posaunenchor geblasen.

junge Welt, Sonnabend, 14.12.2002.

Sie kennen Chino nicht?

Dann gehören Sie womöglich nicht zu den Adressaten, an die jene US-amerikanische Textilfirma ihre Kataloge und andere Anzeigen versenden lässt, die nicht nur ihre Waren an den Mann bringen, sondern auch Geschichtswissen vermitteln will? Suchen Sie sich nicht erst anhand eines Lexikons zu informieren, das auf dem Bücherbord ihrer wissbegierigen Kinder steht. Das endet vergeblich. Die Sache ist ein wenig komplizierter. Denn: „Chino ist nicht gleich Chino.“ Dies würden Sie schon von der Reklameabteilung erfahren haben, wenn Sie auf deren Versand- und Käuferliste stünden. Und das ist wahr. Die aus dem Spanischen stammende Bezeichnung galt in Peru den Nachkommen eines Schwarzafrikaners und einer Indianerin, im La Plata-Gebiet soll sie einen Sprössling eines Weißen und einer Indianerin, in Mexiko wieder die Kinder von einheimischen Schwarzafrikanern bezeichnet haben. Wirklich: Chino ist nicht gleich Chino. Doch die Aufklärung über Ethnien wird nicht geliefert, ist sie doch gar nicht gemeint. Das Chino, auf das hier auf Glanzpapier Bezug genommen wird, meint ein Chino, das ein Gleichwort in der Bezeichnung Khaki besitzt, und diese steht für die Farbe eines Stoffes (später für den ganzen Stoff), namentlich einer Hose. Deren Nachbildung soeben auch auf unseren Markt, und die sollte Ihnen niemand vor der Nase wegkaufen.

Sie mögen Khaki nicht und wollen überhaupt Blicke nicht auf ihre inzwischen ein wenig unvorteilhaft gewordene untere Leibeshälfte lenken? Bedenken Sie das unter Anleitung. Denn es wird Ihnen weiter beiläufig mitgeteilt: „Das sollten Sie wissen. Chino oder Khaki ist die korrekte Bezeichnung für die ehemals weißen Uniformhosen der britischen Kolonialtruppen in Indien. Die Militärs färbten die Hosen khakifarben, um sich besser der Umgebung anzupassen.“ Wenngleich Ihnen die Landschaft hierzulande einen anderen Hintergrund liefert, sieht sich die Sache mit derlei Argument nicht schon verlockender an?

Damit Sie, bis Sie sich zum Einkauf aufmachen, nicht vergessen haben, welches Beinkleid Sie eigentlich erwerben wollten, werden Sie nach der Offerte im gleichen Text nur Zentimeter weiter unten abgefragt: „Auf welche Kolonialtruppen in Indien ist der Name Chino für die heutigen (folgt Name des Produzenten) Freizeithosen zurückzuführen?“ Freundlich wird Ihrem Gedächtnis mit der auf nur drei Möglichkeiten beschränkten Auswahl „Holländer“, „Franzosen“, „Briten“ aufgeholfen. Können Sie sich da richtig herausfinden und machen Sie Ihr Neuwissen dann durch ein Kreuzchen der Firma bekannt, die Sie frei Haus so kurzweilig unterhalten hat, so kommt Ihr Sendschreiben in eine Lostrommel, und Sie gelangen möglicherweise in den Besitz eines Einkaufsgutscheins, mit dem Sie Ihren Anspruch gleich auf zwei begürtelte Hosen dieser Sorte geltend machen dürfen.

Sie würden schon wollen, aber Ihre Frau nicht? Die hat sich ein wenig in Kolonialgeschichte belesen und würde, kämen Sie in derlei Stück daher, an die Gräuel denken müssen, mit denen im Vizekönigreich für britische Ordnung gesorgt wurde? Und Ihr Sohn, der sich für Historienmalerei interessiert, hat Ihnen, als Sie ihn fragten, ob er nicht die vielleicht zu erstehende zweite Hose haben wolle, von jenem berühmten Gemälde gesprochen, das die von der britischen Kolonialsoldateska vor die Mündungen von Kanonenrohren gebundenen Inder darstellt? Und Ihre sich immer so direkt ausdrückende Tochter ist Ihnen gar mit der Frage gekommen, ob Sie demnächst ein Kleidungsstück tragen wollten, das mit dem Verweis angepriesen wird, solchen Stoff hätten die Angehörigen der Einsatzgruppe A 1941 im Baltikum beim Judenmord getragen? Und deshalb haben Sie den vagen Kaufplan dann aufgegeben, wiewohl Sie doch das Familienoberhaupt sind? Ach so. Sie konnten Ihrer Tochter nicht sagen, dass Sie es für ausgeschlossen halten, dass es zu jener Anpreisung noch kommen werde.

Ossietzky, 5. Jg., H. 25, 14. Dezember 2002, S. 886 f.

Wessen Jungs?

Antipathie gegen deutsche Soldaten im Ausland ist angebracht

„Nackt und frei – statt im Irak dabei“. Das liest der Wanderer weiß auf rot, vom Rügenschen Mukran kommend, an jener vom Ostseestrand hochaufragenden Ziegelwand, die nach Naziplänen einmal den über der See gelegenen Festplatz und die Dampfer-Anlegestelle eines Bades der 20.000 Kraft-durch-Freude-Urlauber begrenzen sollte. Die sieben Worte lassen sich übersetzen, beispielsweise in: Du hast zum In-den-Krieg-ziehen eine Alternative. Der Vorschlag ist in diesen Wintertagen konkret als Aufforderung zu sofortigem Tun wohl nicht gedacht. Er wiederholt, was in frühen Jahren der Bundesrepublik schlicht, aber bestimmt hieß: „Ohne uns“. Die das gegen den Aufbau der Bundeswehr formulierten, hatten eine Vorahnung. Sie hat sie nicht getrogen.

Derweil betreibt die Boulevardpresse und nicht nur diese Sympathiewerbung für jene, die schon dabei sind. Ihre Schreiber nennen sie „Unsere Jungs“ und fragen, wenn sieben von ihnen unsanft vom Himmel fallen und den Sturz nicht überleben, wie sicher denn all die anderen sich befinden und ob für deren Leben nicht vorsorglich noch etwas getan werden müsse. Etwa durch weitere Erhöhung der Aufwendungen aus dem Militärhaushalt. Verlangt wird Anteilnahme und Mitleidensfähigkeit mit Kriegern. Sie hat niemand zu Hilfe gerufen. Sie hat niemand durch nicht zu verweigernden Befehl dorthin beordert, wo sie sich eben befinden. Wer sich heute zur Teilnahme an als „humanitäre Militäreinsätze“ bezeichneten menschenmordenden Gewaltaktionen hergibt, mit denen in Wahrheit ein weiterer von imperialistischen Ideen und Zielen bestimmter Krieg vorbereitet wird, tut das aus freien Stücken. Ihn treiben nicht Hunger und Elend in ein Söldnerdasein, wie das in afrikanischen Staaten tagtäglich geschieht, wo auch die Peitsche erlittenen oder drohenden Elends bei der Rekrutierung regulärer und irregulärer Truppen hilft. Ihn bedroht kein Befehl, dessen Verweigerung ihn vor die Läufe eines Erschießungskommandos bringen würde.

Und daher rührt mich das Wohl und Wehe derer, die dahinziehen, um ihren „Job“ zu machen, nicht an. Es geht mich nichts an. Das sind nicht „meine Jungs“, und dass sie womöglich nicht wissen, was sie da vor Ort weiter noch anrichten werden, nimmt mich für sie auch nicht ein. Es sind die Jungs der Herren Schröder und Fischer und eines gewissen Herrn Maas und auch des Herrn Eichel, der für die regelmäßigen Zahlungen zu sorgen hat, an die Beteiligten und die Hinterbliebenen der Nichtmehrbeteiligten. Bei diesen sind meine Gedanken und Gefühle schon, sofern sie es nicht vermochten, den eigenen Mann oder Sohn davon abzuhalten, bei der Errichtung der Neue Weltordnung à la Bush mitzutun.

Nur, um noch einmal zur Inschrift an der Wand in Prora zurückzukommen: Es ist mit dem verlockenden Plan des Rückzuges in warmen Sand und belebende See doch nichts Rechtes abgemacht. Was werden wir tun, wenn deren Jungs mit dem Ordnungmachen beginnen? Wenn wir uns nicht zu Kaninchen machen wollen, müssen wir wohl aufhören, einzig auf die Schlange zu starren.

junge Welt, Dienstag, 31.12.2002, S. 14.

Faschismus. Erinnern und Durcharbeiten

Ein Essay

Unausgesetzt und unbemerkt rücken Ereignisse, Personen und Abläufe aus dem Bezirk der Vergangenheit, den wir Zeitgeschichte nennen. Sie „fallen“ von da in eine andere Kategorie geschichtlicher Ordnung, die der Neuesten oder auch Neueren Geschichte. Der Vorgang geht auf die weithin akzeptierte Vereinbarung zurück, wonach *Zeitgeschichte* jene Zeitspanne der jüngsten Vergangenheit bezeichnet, an die sich mit uns Lebende allenfalls noch zu erinnern vermögen, die sich für einen Teil der Bevölkerung also mit eigenen Erlebnissen und Erfahrungen verbindet. Diese Zeitspanne reicht aus der Gegenwart 60 bis höchstens 70 Jahre zurück. Von unserem Jahr 2003 an gerechnet, würde das früheste Datum, das nach dieser Regelung der Zeitgeschichte zugehört, das Jahr 1933 sein.

In der Tat begegnen uns noch Menschen, die sich ihrer Eindrücke aus Kindheits- und Jugendtagen zu erinnern vermögen, die aus jenen dramatischen Wochen vor und nach der Übergabe der Macht an die Führer der NSDAP und ihre Koalitionspartner stammen. Der Historiker Wolfgang Ruge, bekannt geworden vor allem durch seine Forschungen zur Geschichte der Weimarer Republik, heute 85-jährig, beschreibt in seinen eben erschienenen Erinnerungen an die Jahre seiner Emigration in der UdSSR, dass er, ein Fünfzehnjähriger, an der denkwürdigen Demonstration der Berliner Kommunisten teilnahm, die eine Antwort auf den wenige Tage zuvor erfolgten provokatorischen Aufmarsch der Faschisten vor dem Karl-Liebknecht-Haus war, dem damaligen Sitz der Zentrale der KPD.

Damit ist schon erwähnt, dass uns Erinnerungen von Zeitgenossen heute vielfach, auch dann, wenn sie selbst für immer schweigen, in deren Aufzeichnungen überliefert sein können. Diese geschrieben oder gedruckt auf uns kommende Zeitzeugenschaft nimmt erfreulich zu. Das rührt zum einen aus der Tatsache her, dass immer mehr Menschen nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben noch viele Jahre bei geistigen und körperlichen Kräften leben und Zeit haben, sich schriftstellerisch zu betätigen und aus ihrem Leben zu berichten. Zugleich wächst, dies eine unabdingbare Voraussetzung, mit der sich ausbreitenden Bildung auch die Fähigkeit einer wachsenden Zahl von Menschen, Erlebnisse und Erfahrungen des eigenen Lebens zu ordnen, in größeren Zusammenhängen zu schildern und sie anderen lesbar und womöglich interessant und anregend mitzuteilen. Dieses erfreuliche Mehr an publizierten Erinnerungen setzt wiederum Verlage voraus, deren Aufwand entweder von den Autoren oder von Sponsoren finanziert wird oder die sich von der Herausgabe eines Textes ein mehr oder weniger lukratives Geschäft versprechen können. Kurzum, dies alles zusammengenommen bereichert die freilich durchweg subjektiv gefärbte Memoirenliteratur und macht sie zu einem wichtigen Mittel der Verbreitung von geschichtlichen Fakten und von Wissen über die Vergangenheit.

Zwischen dieser Art des Erinnerns an erlebte und vielfach auch erlittene Geschichte und dem Bekanntwerden mit den gleichen Ereignissen und Entwicklungen vom bloßen Hörensagen her, durch das Lesen von Büchern, das Ansehen von starren oder bewegten Bildern oder den Erhalt anderer Informationen bestehen wesentliche Unterschiede. Um einen, nicht den Unwesentlichsten zu benennen: Wer nicht dabei gewesen ist, setzt sich mit der Vergangenheit zumeist unbeschwerter auseinander. Das gilt selbst für Perioden oder Abschnitte, in denen sich wie im Falle von Faschismus und Zweitem Weltkrieg Verbrechen auf Verbrechen zutrug und sich Leichen zu unvorstellbaren Bergen häuften. Wer ein Nachgeborener ist, verspürt kein Bedürfnis, sich zu rechtfertigen, ist nicht verleitet, etwas zu beschönigen oder wegzulassen, das eine besonders hervorzuheben und ein anderes zu marginalisieren. (Er kann freilich, was dem Vis-à-vis mit der Wahrheit auch nicht eben dienlich ist, sich in die Rolle des Verteidigers seiner Eltern, Großeltern, Lehrer usw. begeben, wozu jüngst vorwiegend junge Rechtsextremisten im Kampf gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ etwa mit der Parole „Opa war in Ordnung“ aufrufen.)

Der Tatsache, dass es in der Bundesrepublik bald niemanden mehr geben wird, der sich der 12 Jahre der faschistischen Diktatur aus Eigenem zu erinnern vermag, sollten insbesondere Bildungspolitiker, Historiker, Archivare, Dokumentaristen, Erziehungswissenschaftler und Pädagogen ihre Aufmerksamkeit schenken. Was heute noch zu erfahren ist und festgehalten werden kann, mag morgen schon unwiederbringlich verloren sein. Kürzlich erschien ein Buch unter dem Titel „Fragt uns! Wir sind die

Letzten“. Sein Autor ist Kurt Goldstein, ein kommunistischer Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, Deutscher und Jude, der vor den Nazis nach Palästina floh, in Spanien kämpfte, dann doch in die Hände der Verfolger geriet, Auschwitz und Buchenwald überlebte. Ich lernte ihn 1945 wenige Wochen nach der Befreiung in Weimar kennen. Kein Gedanke wäre mir damals gekommen, dass er eines Tages zu diesen Letzten gehören würde. Inzwischen ist mir der Verlust an geschichtlicher Erfahrung und schwer erworbenen Erkenntnissen als Folge des Wegsterbens von Generationen nicht mehr fremd. Da ich diese Zeilen schreibe, habe ich mich auf eine Rede zur Beisetzung Ernst Hoffmanns vorzubereiten, eines anderen deutschen Kommunisten, der nach Nazihaft zunächst in die Tschechoslowakei entkam, dort zu den Gründern der Freien Deutschen Jugend gehörte, dann nach England fliehen konnte und der soeben 91jährig verstorben ist. Die Zahl derjenigen, die inmitten der dramatischen Ereignisse der 20. Jahrhunderts standen, nimmt in allen Ländern von Tag zu Tag ab. In den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, besagt eine Meldung, leben noch 40.000 in deutsche Kriegsgefangenschaft geratene sowjetische Teilnehmer am Krieg der Anti-Hitler-Koalition gegen den faschistischen Mächteblock. Die Fähigkeit des Erinnerns verändert sich und wandert unausgesetzt. Das gilt gesamtgesellschaftlich, trifft aber auch für die Einzelnen zu, die doch zumeist immer wieder durchdenken, was sie taten und was ihnen widerfuhr, angeregt durch das Lesen von Büchern, die Unterhaltung mit Zeitgenossen, die Fragen von Nachgeborenen. Neue Eindrücke lassen sie neue Fragen an die Vergangenheit stellen. Der Wegfall von Tabus kann bewirken, dass sie sich an Erlebtes erinnern, dass sie bis dahin verdrängt hatten. Und – davon handelt Daniil Granin in seiner Novelle *Die Spur ist sichtbar noch* – es gibt auch Menschen, die beschließen, sich an Episoden und an ganze Abschnitte ihres Lebens nicht mehr zu erinnern, weil sie eine Last abwerfen wollen, und die eines Tages dann doch ungewollt wieder aktivieren, was sie in sich tief versenkt hatten. Wolfgang Ruge bekennt, dass er, nach Jahren der Deportation und der Verbannung in den Gulag wieder nach (Ost)Deutschland gelangt, neu beginnen, endlich wieder als Mensch unter Menschen leben wollte und, um das zu können, weitgehend zu verdrängen begann, was sein Leben zwischen 1941 und 1956 ausgemacht hatte.

Nun wird seit Jahren der Begriff *Erinnern* häufig auch in einer gewandelten, ausgeweiteten Bedeutung benutzt. Mit ihm wird auch die Anstrengung von Menschen bezeichnet, sich geschichtlicher Ereignisse zu „erinnern“, die vor ihrer Geburt liegen. Mit dieser Dehnung habe ich meine Schwierigkeiten. Ich stelle mir eine Lehrerin in einer Schulklasse vor, die – beispielsweise – als junge Studentin zu Zeiten der Kubakrise um den Absturz der Weltgeschichte in einen Atomkrieg gebangt hatte und nun ihre Schüler auffordert „Erinnern wir uns der mit millionenhafter Todesdrohung einhergehenden Konfrontation usw.“ Dieser Gebrauch von Erinnern verwischt eine Grenze, eine Differenz. Denn es macht, um in die deutsche Geschichte zurückzukehren, einen erheblichen Unterschied, der doch zwischen einem Mann existiert, der in Stalingrads Trümmern als Wehrmachtssoldat schoss, hungerte und fror, woran er sich wirklich zu erinnern vermag, und einem Nachgeborenen wie mir, der davon nur hörte, las, Bilder im Dokumentarfilm eines Fernsehsenders sah, Erinnerungen und Dokumente studierte. Auch im ersten Fall hat das Erinnern an das sechs Jahrzehnte zurückliegende Geschehen eine Geschichte durchlaufen. Was seinerzeit mit den Sinnen wahrgenommen wurde, mag – wie angedeutet – inzwischen mehrfach durch die Berichte anderer ergänzt, womöglich neugeordnet, durch wiederholtes Erzählen auch in gestanzte Formulierungen geraten sein. Doch wie weit Erlebtes und Erinnertes auch auseinandergedriftet sein können und wie sehr Fragesteller in Interviews für Radio- oder Fernsehstationen die Auswahl des Erinnerten auch beeinflusst haben mögen, damit sie in das beabsichtigte Geschichtsbild (momentan das der Deutschen als einzige, an Zahl und Elend direkt hinter den Juden rangierende Opferkolonne!) passt, es bleibt dabei, dass es sich um einen unverwechselbaren intellektuellen und mentalen Vorgang handelt, welcher sich von jenem unterscheidet, der sich abspielt, wenn später Geborene sich der vergangenen Wirklichkeit stellen, die sie in diesem Falle zu ihrem Glück nicht erleben mussten, wenn sie sich zur historischen Realität ihrer Vorfahren *durcharbeiten.* Dazu müssen andere Fähigkeiten vermittelt, ausgebildet und mobilisiert werden. Es geht um Gedankenarbeit, um Vorstellungsvermögen und Phantasie, auch um das Vermögen, die Gegenwart für einen Moment zu „vergessen“. Leider, um es hier gleich zu sagen, verkommt Beschäftigung mit Geschichte in erheblichen Teilen unserer Gesellschaft weithin zur bloßen Unterhaltung, wofür

Geschichte gedient hat, seit sie mitgeteilt worden ist. Doch wird sie immer weniger Gegenstand von Erkenntnisbemühungen und immer häufiger zum Anknüpfungspunkt für irgendein Spektakel. Jüngst wieder fanden sich Männer, die – betrachtet man sie auf den in der Presse veröffentlichten Fotos – in keinen Krieg ziehen mussten, die in Großbeeren, einem südlich von Berlin gelegenen Dorf, zusammenkamen, um in zeitgenössischer Verkleidung und theatralischer Bewaffnung die Schlacht „nachzuspielen“, die dort am 23. August 1813 gegen napoleonische (französische und sächsische) Truppen geschlagen wurde. Soweit sind wir im Hinblick auf Faschismus und Zweiten Weltkrieg außerhalb von Fernsehen, Film und Theater noch nicht ...

Wird heute in Schulen, nimmt man Rentner-Akademien und ähnliche Einrichtungen und deren Veranstaltungen aus, von den Jahren 1933 bis 1945 deutscher Geschichte gehandelt, sollte an Stelle der verwischenden Forderung des Erinnerns als Ausgangspunkt die – zugegeben ein wenig banale – Feststellung stehen, dass für die Unterrichtsteilnehmer gilt, dass die Schlacht des Jahres 9, die nach neuesten Forschungen nun doch nicht im Teutoburger Wald stattgefunden haben soll, und die Schlacht von Stalingrad eines gemeinsam haben: Sie fanden vor der Geburt der Lernenden statt, und jedes Geschichtsbild vom einen wie vom anderen kann nur arbeitend gewonnen werden. Doch es gilt auch: Kein Erleben, das nachwirkt, kein Gewissen, das sich rührt, nötigt sie, sich zu erinnern oder zu verdrängen, ja sich überhaupt diesen Ereignissen zuzuwenden. Es kann sich ihnen im einen wie im anderen Falle die Frage stellen: Was soll mir das?

In einer Zeit, in der Wissen – nicht zuletzt unter dem Druck der Industrie und im weiteren Sinne unter dem der „Praxis“ – auf seinen Nutzen, seine Verwertbarkeit und seine Verfallszeit viel häufiger und eingehender geprüft wird als in früheren Perioden, verbindet sich mit dem Geschichtsunterricht anders als etwa im Fach Informatik – „das braucht man“ – die Frage, die in freier Abwandlung der Überschrift von Schillers Antrittsvorlesung in Jena lautet: „Warum und zu welchem Ende studiert man die Geschichte des Faschismus“. Gibt es Gründe, ihr besondere und eine andere Aufmerksamkeit zuzuwenden als anderen Ereignissen und Abläufen der deutschen und europäischen Geschichte? Natürlich ist hier der Blick auf Schüler gerichtet, die sich im Hinblick auf den Inhalt des ihnen verordneten Pensums überhaupt die Frage nach dem Warum ihres Lernens mit konkreten Bezügen stellen und deren Lernverhalten durch eine überzeugende Antwort motiviert werden kann. Sie mögen eine Minderheit darstellen, doch um diese Minderheit, aus der mit einiger Wahrscheinlichkeit künftig die Führungsschichten der Gesellschaft hervorgehen werden, geht es gerade.

Also: Lässt sich die Forderung, dem Teil der Geschichte, der mit den Begriffen Faschismus und Zweiter Weltkrieg markiert ist, eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, wirklich begründen? Gar ein Mehr an Aufmerksamkeit als für andere Zeitabschnitte rechtfertigen? Natürlich stehe ich, der sich seit Jahrzehnten mit Fragen der Erforschung jenes Zeitraums befasst, in dem Verdacht, im Folgenden gleichsam meinen Part zu singen und für ihn Reklame zu machen. Doch sind die nachfolgenden Argumentationsreihen wie alles, was auf wissenschaftlichem Felde mitgeteilt wird, selbstredend der Prüfung anheimgegeben. Die eine – es kommt mir hier auf die Reihenfolge nicht an – knüpft, ich nehme den schon bemühten Vergleich noch einmal auf, an die Tatsache an, dass die Schlacht des Jahres 9 u. Z. von Kämpfenden ausgetragen wurde, die aus zwei sehr unterschiedlichen sozialen Welten kamen, für die jedoch gilt, dass sie beide längst untergegangen sind. Die Stalingrader Schlacht hingegen gehört zu unserer Welt, zur Welt, in der wir leben. Diese Aussage lässt sich mit Gründen bestreiten. Die beiden Staaten, deren Streitkräfte die Schlacht vor allem austragen, existieren nicht mehr. Nazideutschland wurde 1945 zerschlagen. Die Sowjetunion zerfiel am Beginn der neunziger Jahre. Auch kriegstechnisch scheint die Schlacht an der Wolga einer völlig anderen vergangenen Epoche anzugehören. Angesichts der Mittel, über die heute hochgerüstete so genannte moderne Armeen verfügen, würden in einem vergleichbaren Krieg andere Waffen (die Rede ist von Waffengenerationen) eingesetzt werden und den Verlauf bestimmen.

Doch aus anderer Perspektive werden diese Einwände wieder in Frage gestellt. Das Ziel des Feldzuges, den die Wehrmacht 1942 unternahm und mit dem sie scheiterte, waren die Erdölfelder des Kaukasus und am Rand des Kaspisees und später – schon waren Planungen für die Zeit „nach Barbarossa“ erfolgt – die im Vorderen Orient. Es ging im Zweiten Weltkrieg auf Seiten der Führungsmacht im

faschistischen Mächteblock um den Zugriff auf Rohstoffressourcen, um imperialistische Ziele und Weltvorherrschaft, um es in älteren Sprachbildern zu sagen, um den „Platz an der Sonne“ und das „Sich-Gesundstoßen“. In eben diesen Erdzonen spielen sich, was immer zur Vernebelung der wahren Absichten erklärt wird, die heutigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Auseinandersetzungen ab, wenn auch nicht als Krieg zwischen Großmächten und Mächteblöcken der „klassischen“ Staaten des Imperialismus.

Kurzum, das ergibt sich aus der ersten denkbaren Argumentationsreihe: Wer sich über die deutschen Ziele informiert hat, die 1939 in den Krieg führten und in ihm verfolgt (und mit dem Gerede von der Rettung Europas vor dem Bolschewismus verbrämt) wurden, besitzt einen gedanklichen Schlüssel für das Verständnis gegenwärtiger Prozesse. Das lässt sich auch an der Empfindlichkeit erkennen, die angetroffen werden kann, sobald geschichtliche Vergleiche zwischen den dreißiger und vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit Entwicklungen des letzten Jahrzehnts angestellt werden. Darüber stürzte im Jahre 2002 sogar eine deutsche Bundesministerin. Gemeint sind nicht Vergleiche jenes Typs, der Hitler und Bush jun. gleichsetzt. Als wirklich unwillkommen werden jene anderen angesehen, die, von der Berufung auf die Verteidigung der zivilisierten Welt gegen „Fundamentalisten“ und auf Menschenrechte unbeirrt, nach sozial-strukturell bedingten Motiven von Außen- und Weltpolitik fragen und dabei in Vergangenheit und Gegenwart fündig werden und Ähnlichkeiten feststellen.

Damit ist schon gesagt, dass die intensive Beschäftigung mit der Geschichte von deutschem Faschismus und Zweitem Weltkrieg nicht in erster Linie mit dem Argument begründet werden kann, das meist in der Fassung Bertolt Brechts vorgetragen wird und lautet „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“. In Deutschland steht kein neuer Hitler vor der Tür und auch in keinem anderen kapitalistischen Land ist eine derartige Gefahr erkennbar. Rechtsextremisten und Neofaschisten, an denen übrigens wenig „neo“ zu entdecken ist, spielen in der BRD-Gesellschaft eine marginale Rolle. Es zeichnet sich keine Situation ab, die ihnen Chancen einräumen könnte, entscheidenden Einfluss auf die Staatspolitik zu gewinnen. Es besteht danach kein Bedarf und folglich wird das in jeder Weise kümmerliche Angebot nicht angenommen.

Im Innern ist – ungeachtet aktueller krisenhafter Erscheinungen – doch eine für die Existenz des Kapitals und die Herstellung und Bewahrung profitabler Verwertungsbedingungen extrem günstige Situation geschaffen. Retter vor Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften müssen nicht gesucht, auf ihre Eignung geprüft und inthronisiert werden. Die Lohnabhängigen hat ein längerer Entwicklungsprozess hochgradig fraktioniert. Sie erweisen sich als vergleichsweise leicht lenk- und beherrschbar. Sie verfechten in keiner nennenswerten Gruppe eine gesellschaftliche Alternative, eine nichtkapitalistische Gesellschaft. Sie wünschen in ihrer Mehrheit ihren Anteil am Bruttosozialprodukt zu wahren und sind, sofern sie einen hohen Lebensstandard erreicht haben, durchaus bereit, selbst davon Abstriche in der Hoffnung zuzugestehen, dass ihre Arbeitsplätze und später ihr Leben in Wohlstand auch nach dem Ende ihrer Berufsarbeit gesichert werden.

Die in Deutschland politisch und wirtschaftlich dominierenden Kräfte brauchen auch keine Faschisten, um ihre Stellung in der Welt und da im „Konzert der Großmächte“ zu befestigen. Jede Andeutung, sich um dieses Zieles willen der Methoden aus der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts bedienen zu wollen, würde nur das Gegenteil des Beabsichtigten bewirken. Im Unterschied zu damals wissen das jene, die immer weiter auf die Weltmärkte vorstoßen und dauerhaft die Mitentscheidung über die Verteilung der Reichtümer der Erde erreichen wollen. Sie sind gleichsam auf dem Niveau des Carl Goerdeler angekommen, der zu seiner Zeit vor dem Versuch warnte, Deutschlands expansive Ziele, für die er sich – damals auch in Gestalt überseeischer Kolonien – durchaus einsetzte, mit kriegerischen Zielen erreichen zu wollen. Der Abschied war lang, aber er ist erfolgt.

Weder innen- noch außenpolitisch lässt sich folglich durch den Weg in einen neuen Faschismus irgendetwas gewinnen, was nicht auf andere Weise, mit anderen Mitteln zu erreichen wäre. Zudem: In Europa kann eine führende Rolle nur spielen, wer glaubhaft zu machen versteht, dass er sich zu Demokratie, zu Achtung und Verteidigung der Menschenrechte und zum friedlichen Zusammenleben

und zunehmend zu gemeinsamem Handeln der Staaten, Nationen und Völker bekennt (was gemeinsame oder konzertierte kriegerische Aktion – nachdem der „Fall Jugoslawien“ bereinigt ist – außerhalb der Grenzen des Kontinents nicht ausschließt). Folglich lässt sich mit Horrorszenarien auf Zukunftsbildern besondere, zusätzliche Aufmerksamkeit rechtens nicht auf den Hitler- oder den Mussolini-Faschismus lenken. Niemand, der sich in den in Europa regierenden Interessen und in den gesellschaftlichen und politischen Widersprüchen und deren Tendenzen einigermaßen auskennt, wird mit ihnen zu beeindrucken sein. Derartige Perspektive bedient nur jene, die behaupten, der Antifaschismus brauche solche Bilder zu seiner Rechtfertigung. Die aber leitet sich aus der mit jedem Tage durch die bundesrepublikanische Wirklichkeit neu erwiesene Tatsache her, dass in dieser Gesellschaft rechtsextreme, darunter (neo)faschistische Kräfte agieren, vorwiegend junge Leute erreichen, verbilden und verblöden, dass sie Nationalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit propagieren und praktizieren und die politische Atmosphäre verpesten. Dass sie nicht vor den Toren der Staatsmacht stehen, ist kein überzeugendes Argument zugunsten einer Haltung, die sie gewähren lässt. Jeder Jugendliche, der sich ihnen zugesellt, ist für die vernunftgeleitete Auseinandersetzung mit den Fragen und Problemen, von denen die Gesellschaft steht und die sie zu lösen hat, lange und, wie Biographien zeigen, zumeist auf Dauer verloren, selbst wenn er sich aus dem aktivistischen Kader später gelöst hat.

Was lässt mich vor allem anderen darauf bestehen, der Erfahrung der Groß- und Urgroßelterngeneration in Deutschland einen besonderen Platz in Schulen und Hochschulen einzuräumen? Meine Antwort lautet: Vorgeschichte und Geschichte der Nazijahre in Deutschland waren Zeiten aufs Äußerste zugespitzter politischer, geistiger und kultureller Kämpfe, in die Hunderttausende, ja Millionen von Menschen einbezogen wurden, und zwar nicht wie heute – denken wir an die Demonstrationen gegen den Irakkrieg – an einem oder für wenige Tage, sondern in Permanenz. Nicht alle gleichermaßen. Sehen wir von Kundgebungen und Demonstrationen für und gegen die Nationalsozialisten, von den Hungermärschen und Protesten der Arbeitslosen ab, die Straßen und Plätze und Versammlungshallen füllten, so war selbst ein in Preußen lebender, politisch nicht übermäßig engagierter Deutscher im Jahre 1932 fünfmal an Wahlurnen gerufen: zweimal zur Reichspräsidentenwahl, einmal, um das Preußische Abgeordnetenhaus zu wählen, zweimal zu Reichstagswahlen. Wie schwerwiegend die Entschlüsse für oder gegen eine Partei waren, stellte sich vollends erst im Nachhinein heraus. Doch betraf das nur die Größe der Gefahr, nicht ihr Vorhandensein. Die Faschisten selbst erklärten, dass sie in Deutschland das Oberste zu unterst kehren wollten. Sie agierten in der Kostümierung von Revolutionären, die sie nicht waren. Sie drohten, „Köpfe rollen“ zu lassen. Sie kündigten programmatisch die Vertreibung der Juden an. Sie hetzten, dass Deutschland mit den Siegermächten des Ersten Weltkriegs mehr als eine Rechnung offen habe. Nicht nur die Kommunisten warnten, dass, wer Hitler wähle, Krieg wählen würde. So uninformiert, ahnungsarm oder gar ahnungslos, wie sich die Deutschen meist nach 1945 gaben, waren sie nicht, und wenn sie es denn waren, dann in hohem Grad selbstverschuldet.

Hier – um es auf eine Jahreszahl zu bringen: 1932 – liegt nach meinen begrenzten Erfahrungen in Debatten mit Schülern verschiedener Schultypen der Punkt, der ihr Interesse mehr als andere beansprucht. Es ist mit der Frage geweckt, wie kamen Menschen, Bauern, Arbeiter, Angestellte, ihre Vorfahren, zu Entscheidungen und Verhaltensweisen, die derart gegen sie schlugen wie das der Krieg und seine Folgen taten? Wo lagen die Wurzeln der massenhaften Irrtümer? Dass die Generationen vor ihnen einfach dümmer waren als sie selbst, glauben sie nicht. Nur wenige sind so eitel, dass sie vom hohen Ross auf Großvater oder Urgroßmutter herabsehen.

Nun sind Entscheidungssituationen kein Spezifikum aus den Jahren, die Vorgeschichte und Geschichte der faschistischen Herrschaft in Deutschland bilden. Doch gibt es keine andere Phase der neueren deutschen Geschichte, in denen sich deren Tragweite so katastrophal darstellte. Im Deutschen Reich wurden die Weichen für jene Gleise gestellt, die in den Zweiten Weltkrieg, in den Massenmord an den europäischen Juden, zu jener Kette von Verbrechen führte, die kein Einzelner heute Glied für Glied verfolgen kann, selbst wenn er sich vornähme, seine gesamte Lebenszeit darauf zu verwenden. Diese Feststellung ist durch die andere nicht aufgehoben, dass es auch nach dem 30.

Januar 1933 noch Alternativen europäischer Entwicklung gab, die ungenutzt blieben. Es gab nur eine Macht, die den Kontinent 1939 in den Krieg trieb und die war dazu fähig, weil sich die Übergroße Masse der Deutschen zu ihrer Gefolgschaft gemacht hatte, freiwillig oder erzwungen. Mithin waren und blieben Verantwortung und Schuld bei aller Abstufung rechtens nicht auf Hitler und eine Clique reduzierbar. Die Stimmzettel des Jahres 1932 besaßen Folgen. Die NSDAP und ihre Führer wären für alle Kräfte, die sie schließlich favorisierten und in die Berliner Wilhelmstraße brachten, ohne den Massenanhang ganz uninteressant geblieben.

Nächst der Tragweite der Entscheidungen gehört zu den Besonderheiten der Vorgeschichte und Geschichte des Nazistaates der rasche und einschneidende Wechsel der Bedingungen, unter denen sich Menschen entscheiden konnten oder entschließen mussten. Der Absturz in das „Dritte Reich“ veränderte die politische Szene radikal. Er illegalisierte jede politische Äußerung gegen das Regime und insbesondere gegen seine Exponenten, stellte sie alsbald – „Heimtückegesetz“ – unter schwerste Strafandrohung. Wer sich dieser neuen Macht auch nur in Worten konfrontierte, riskierte Anklage vor Gericht, Gefängnis oder Zuchthaus oder kurzer Hand das Konzentrationslager, bald auch das Fallbeil. An ihre politische Versklavung hatten Millionen Deutsche mittelbar selbst Hand angelegt. Anfänglich schienen sie das nicht einmal zu bemerken, der „Führer“ galt ihnen als Gewinn, ja, als ein Geschenk des Schicksals. Dass die Masse der Menschen sich danach drängt, Politik zu machen, erwies sich wieder einmal als ein Irrtum. Sie hatte sich – vermeintlich – einen Erlöser (heute würde es heißen: einen Macher von außerordentlichem Format) zugelegt, und der war schon bei seinem ersten Erscheinen auf der politischen Szene am Anfang der zwanziger Jahre ohne Skrupel, sich als solcher zu präsentieren und öffentlich – so am Ende des ersten Bandes von „*Mein Kampf*“– für sich und seine Gefolgschaft biblische Bilder anzurufen.

Hier liegt in dieser Argumentationsreihe der gedankliche Anknüpfungspunkt, der eine vom Wechsel der politischen Situationen und Ereignisse ganz unabhängige aktuelle Beziehung besitzt und behauptet, die bei der Beschäftigung mit jenen Jahren nicht ausgelassen werden sollte. Denn von ihm aus ergibt sich ein Zugang, der die Chancen und das Verhalten von Menschen in Gemeinwesen diskutieren lässt. Vor dem geschichtlichen Hintergrund des Absturzes in die Nazidiktatur lässt sich im doppelten Sinne schätzen, welche staatsbürgerlichen Verhaltensweisen das Grundgesetz der Bundesrepublik einräumt und was an legaler politischer Aktion in ihr möglich ist. Es kann aus historischer Perspektive beurteilt werden, wie sich Möglichkeit und Wirklichkeit der Einflussnahme der Bürger auf Entscheidungen über Richtung und Wege künftiger gesellschaftlicher Entwicklung heute darstellen und wie es um die Verantwortung der Einzelnen und ganzer Gruppen steht. „Ich bin’s nicht, Adolf Hitler ist es gewesen“ lautete die Ausrede von Millionen nach 1945. Wer ist es gestern gewesen? Wer heute? Nur die Regierenden? Allein die Abgeordneten? Mit Risiko behaftet ist politisches Engagement auch weiterhin geblieben, aber in welchem Verhältnis befindet es sich zu jenem, dass Antifaschisten nach dem 30. Januar 1933 eingingen?

Je stärker die historische Debatte über genutzte oder ausgelassene Möglichkeiten, Entscheidungen von geschichtlicher Tragweite mitzubestimmen, sich mit der Vorführung konkreter Personen in vorstellbaren Situationen verbindet, umso stärker lässt sich über die „inneren Bedingungen reflektieren, die ein Ja oder ein Nein, ein Mittun oder eine Verweigerung hervorbrachten. So erscheinen Verhaltensweisen nicht einfach durch Bedingungen diktiert, die der Einzelne nicht geschaffen hat und für die er Verantwortung nicht trägt. Am Beispiel, um noch einmal auf die Stalingrader Schlacht zurückzukommen, der Generale Friedrich Paulus und Walther von Seydlitz-Kurzbach kann verdeutlicht werden, das in gleicher Lage völlig unterschiedliche Entschlüsse möglich waren, und die betrafen Leben und Sterben von etwa einer viertel Million Soldaten direkt und indirekt ein Mehrfaches von deren Angehörigen. Entscheidungen von anderem Ausmaß hatten die „einfachen“ Soldaten zu treffen, vor und in und nach der Kriegsgefangenschaft. Welche Rolle haben Erziehung, Traditionsbewusstsein, Charaktereigenschaften, politische und religiöse Überzeugungen dabei gespielt? Selbst jene, das hat Christopher Browning in seinem Buch über die ganz gewöhnlichen Männer in einem deutschen Polizeibataillon nachgewiesen, die ahnungslos in eine Formation geraten waren, die zum Judenmord befohlen wurden, besaßen noch die Möglichkeit, über ihr Verhalten Entscheidungen zu

treffen, und waren nicht einfach Werkstücke, eingeklemmt zwischen den Backen eines Schraubstocks.

Die Geschichte des Faschismus als „Schule der Nation“? Ja, wenn darunter nicht mehr und nicht weniger als eine Lehrstunde verstanden wird, deren Gegenstand als eine mehrdimensionale Warnung besonders erschlossen werden kann. Ein Volk, das dies hinter sich hat und das es doch nach einer Neuauflage nicht gelüstet, sollte in seinem eigenen Interesse diesen Abschnitt seiner Vergangenheit nach allem befragen, was ihm an Gedankenanstößen abzupressen ist. Es sollte sich nicht einreden lassen, dass es aus dem Schatten der Vergangenheit heraustreten, das Büßergewand nicht länger tragen, die Ehre der Vorväter verteidigen müsse, sich also von Bildern verabschieden, denen gemeinsam ist, dass sie Barrieren abgeben, die Menschen am notwendigen Durcharbeiten der Geschichte und am Nachdenken über dessen Ergebnisse hindern. Hier ist absichtlich nicht von Lehren die Rede und das nicht nur, weil das Lehrenziehen zu den häufig und floskelhaft gebrauchten Forderungen gehört, sondern auch, weil mit Gründen umstritten ist, ob die Beschäftigung mit der Geschichte solchen Ertrag überhaupt zeitigen kann. Einsichten über den allgemeinen Gang geschichtlich Prozesse lassen sich gewinnen, aber Lehren (von Rezepten zu schweigen) können nicht nach der Art erarbeitet werden, wie das etwa bei der Analyse des Unfalls einer Weltraumfähre mit Erfolg geschehen mag ...

Erinnern – Bildung – Identität. Red. Hans Jochen Gamm, Wolfgang Keim, Jahrbuch für Pädagogik, Frankfurt/Main 2003, S. 47-57.

Von „Deutschland erwache“ bis „Wollt ihr den totalen Krieg“

aus Anlass des 70. Jahrestages der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler

Aus den Zeiten aller deutschen Staaten, die seit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 aufeinander folgten, ist uns eine Vielzahl von Schlagwörtern und Schlachtrufen bekannt, die in den geistigen, politischen und sozialen Auseinandersetzungen im Innern wie auch in der Außenpolitik eine Rolle spielten. Von einzelnen Personen oder auch von Parteien geprägt, wurden sie verbreitet, aufgenommen, von mehr oder weniger großen Gruppen von Menschen bejaht, von anderen wieder abgelehnt, verworfen und in ihrer Funktion und ihren Zwecken bloßgestellt. Man denke nur an die Wendung vom „Platz an der Sonne“, der angeblich im Interesse aller Deutschen errungen werden müsse, oder – und in der gleichen Gedanken- und Politiklinie – an das vorgebliche deutsche „Volk ohne Raum“.

Kein Staatswesen in Deutschland hat solche Schlagwörter und Schlachtrufe während seiner relativ kurzen Existenz aber in solcher Zahl geprägt und sich ihrer derart geschickt bedient wie das faschistische, das sogenannte „Dritte Reich“. Doch geht es dabei nicht nur um ein quantitatives Phänomen. Hinter der Verbreitung seiner Parolen stand eine nach Millionen zählende Partei und alsbald auch der Propagandaapparat des Regimes, der in die Köpfe (und am besten auch in die Herzen) hämmerte, was die Staatsmacht festigen, ihren Zwecken förderlich sein und ihre Ziele erreichbar machen sollte. In einer jüngst – 2002 – erschienenen Publikation hat der Autor dieses Beitrages in Gemeinschaft mit Fachkollegen es unternommen, der Entstehung und Verbreitung solcher Schlagwörter nachzugehen. Darauf fußt das Folgende.

I.

Schon als die Kolonnen der SA in den Jahren der Weimarer Republik in militaristischer Geschlossenheit, Kraft demonstrierend und ihren Gegnern drohend durch die Straßen deutscher Groß- und Mittelstädte zogen, ertönte aus den Mündern dieser „Nationalsozialisten“ der Ruf „Deutschland erwache“, häufig ergänzt durch „Juda verrecke“. Das Bild vom Erwachen war in die Vorstellungen von deutscher Geschichte eingeführt. Viele hatten sich seiner bedient. Populär war die Sage vom schlafenden deutschen Kaiser, der mit seinem Gefolge in einem Berge – es konkurrierten der Untersberg bei Salzburg, ein Berg in der Nähe von Kaiserslautern und der Kyffhäuser in Mitteldeutschland – schlafe und zu neuen Taten erwachen werde, wenn die Zeit dafür gekommen sei. Heine hat die Geschichte auf seine Weise dargestellt und am Ende gemeint, es sei wohl besser, wenn der Greis samt seinen Leuten weiterschliefe und die Deutschen ihre Sache als Demokraten selbst in die Hand nähmen.

Ein ähnliches Bild begegnet uns in dem früher in der deutschen Arbeiterbewegung weitverbreiteten „Mann der Arbeit, aufgewacht und erkenne deine Macht ...“ Im einen wie im anderen Falle liegt der Sinn zu Tage: Es existiere eine schlummernde Kraft, die nur in Bewegung gesetzt und zur Geltung gebracht werden müsse und könne, wenn die dafür notwendigen Voraussetzungen hergestellt oder eingetreten sein würden. Im Falle des Kaisers sind diese nicht sehr genau angegeben, es ist die Rede von über dem Berg kreisenden Vögeln. Im anderen, der Arbeiter, geht es offenkundig um einen Erkenntnisprozess. Im dritten, uns hier interessierenden, ist die Vernichtung der Feinde, vor allem der Juden und ihrer angeblichen Helfer, die Aufgabe, welche die „erwachende Nation“ zu lösen hat, damit sie ihre Kräfte zurückerlange, die ihr angeblich eben von diesen genommen worden wären.

Der 30. Januar 1933 wurde auch alsbald als der Tag der „erwachenden Nation“ ausgegeben und mystifiziert. Gewiss, er galt als der Sieg einer Partei, oder wie die deutschen Faschisten sagten, ihrer Bewegung. Doch gesiegt hätten sie, die zuerst Erwachten, doch für alle wahren Deutschen. „Deutschland erwache“ wurde nun zum Appell an alle Bürger des Deutschen Reiches unter dem Hakenkreuz, ausgenommen die Juden und die Kommunisten. Während den ersten keine Chance gelassen wurde, sich zu diesem „neuen Deutschland“ zu bekennen, war das mit den Kommunisten anders. Sie konnten abschwören und zum Deutschtum zurückfinden, das sie angeblich mit der Hinwendung zum Internationalismus („vaterlandslose Gesellen“) verleugnet und verloren hatten. „Deutschland erwache“ war

auch ein Herausforderung zu angestrengter Arbeit für eben dieses Deutschland. Was das bedeutete, bestimmten die Machthabenden. Es konnte für die Arbeitenden bedeuten, dass sie für Billiglöhne von ihren Wohnorten weit entfernt auf eine Arbeitsstelle gewiesen wurden oder – wenn sie jünger und (anfänglich) männlich waren – in den so genannten Reichsarbeitsdienst gelangten, wo sie außer Verpflegung und Behausung nur ein Handgeld erhielten. Das „erwachende Deutschland", in dem die Zahl der Arbeitslosen abnahm und 1937/38 faktisch beseitigt war, schuftete beim Bau von Autostraßen, die Reichsautobahnen hießen, von Kasernen und Flugplätzen, von repräsentativen Staats- und Parteibauten, später beim vor der französischen Grenze gelegenen Westwall und in der zunehmenden Zahl expandierender Rüstungsbetriebe, und die Mehrheit der Deutschen hätte natürlich sich ausrechnen können, wohin diese Reise gehen werde. Doch der momentane Effekt war vielen wichtiger als die denkbare bedrohliche Perspektive.

Zudem versicherten die Regierenden ihren Friedenswillen und beteuerten, die Rüstung diene nur der Selbstverteidigung. Es gelang ihnen unter einem erheblichen Teil der Bevölkerung glaubhaft zu machen, dass die ihnen abgeforderten Anstrengungen allen „Volksgenossen" zugutekommen sollten. „Deutschlandarbeitet" – so lautete ein Bild, das ebenso für die Inlands- wie für die Auslandspropaganda bestimmt war. Und es ist nicht zu leugnen, dass es den Führern dieses Reiches gelang, nach den Jahren der verheerenden Arbeitslosigkeit unter vielen Millionen Deutschen eine Aufbruchstimmung zu wecken, von der niemand mehr profitierte als sie selbst.

Die „erwachte Nation" war der Propaganda zufolge auch eine solidarische, wie ein anderes Schlagwort ausdrückte, das sich noch größerer Popularität erfreut haben dürfte als das „Deutschland erwache". Es lautete „Keiner soll hungern, keiner soll frieren" und war als zentrale Devise des Winterhilfswerkes (WHW) bereits 1933 in vieler Munde. Mit dieser Zielvorgabe wurden finanzielle und materielle Spenden aller eingefordert, die in der Lage waren, den im Winter 1933/34 wieder über die Viermillionen-Grenze angewachsenen Arbeitslosen mehr zukommen zu lassen, als ihnen der Staat aufgrund der existierenden, aus der Republik herrührenden Gesetze und Verordnungen zu zahlen verpflichtet war. Was sie Parole besagte, war zweifelsfrei human und jeder, der mit den Hungernden und Frierenden Mitgefühl besaß, konnte sie akzeptieren. Was nicht gesagt wurde, war freilich, dass der Staat, der den Betroffenen zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel gab, einen Teil des Unterhalts der an den Rand der Gesellschaft Gedrängten mit dem WHW den Massen zuschob und damit seine eigene Kasse schonen konnte. Und nicht weniger wichtig – dass das Regime auf diese Weise politisch-psychologisch in mehrfacher Hinsicht ein Gewinner war. Es schminkte sich eine sozialpolitische Haltung auf und gewann gerade unter den Ärmsten, vor deren Türen SA-Leute erschienen, die ihnen Nahrungsmittel oder Heizmaterial brachten, neue Anhänger.

Sechs Jahre später hieß die Aktion, die ihren Charakter mit der abnehmenden Zahl von Erwerbslosen gewandelt hatte, dann Kriegs-Winterhilfswerk (KWHW). Nun ging es vor allem um das Eintreiben von Geldspenden und damit um das Abschöpfen eines insgesamt beträchtlichen Teils der Kaufkraft der Massen. Da das nicht nur Winters über geschehen sollte, wurde die Sammelaktion durch eine zweite ergänzt, die im Zeichen des Roten Kreuzes ins Werk gesetzt wurde. Zu den Schlagwörtern, die das Regime und seine Ziele verkleideten, gehörte das ebenfalls 1933 ausgegebene „Kraft durch Freude" (KdF). Es diente der gleichnamigen Organisation als Devise und Reklame, die bei der Deutschen Arbeitsfront (DAF), dem Zwangssammelbecken für Arbeiter und Angestellte, geschaffen worden war. Ursprünglich, aber nur für kurze Zeit hatte sie nach italienischem Vorbild den Namen „Nach der Arbeit" erhalten, wodurch sie als eine Freizeitveranstaltung sich kenntlich machte. Doch „Kraft durch Freude" machte klar, worum es am Ende ging – nicht ums Faulenzen und Entspannen, die Freude sollte vielmehr der Kraftschöpfung dienen, und was gewonnen war, sollte „Deutschland" zugutekommen. In eine Reklameschrift war ebenso offenherzig wie dümmlich davon die Rede, dass der menschliche Körper ab und zu geölt werden müsse wie eine Maschine, womit gesagt war, dass aus der Sicht der Machthaber die Masse der arbeitenden Menschen nichts anderes waren als Instrumente.

Zu den Schlachtrufen des Regimes, die sich den Zeitgenossen einprägten, die auch noch Nachgeborenen geläufig wurden, gehörte das „Kanonen statt Butter". Es war die Verkürzung eines Appells, den Hermann Göring in seiner Eigenschaft als der zentrale Lenker der Aufrüstung 1936 an die Bevöl-

kerung gerichtet hatte. Gefordert wurden Konsumverzicht und die Zustimmung insbesondere zur reduzierten Einfuhr hochwertiger Lebensmittel, damit Devisen für die forcierte Aufrüstung zur Verfügung standen. Margarine sei gesünder als Butter. „Esst mehr Fisch“ lautete eine Reklame-Aktion. Manches davon, wie die Aufforderung, sparsam mit Lebensmitteln umzugehen und nichts verderben zu lassen („Kampf dem Verderb“), war für sich genommen durchaus vernünftig. Doch die Zwecke, die hinter dieser Art von Vernunft kaum verborgen wurden, sollten – um im Bilde zu bleiben – wenig bekömmlich werden. Sie dienten der raschen Verwirklichung des Plans, einen quantitativen und qualitativen Rüstungsvorsprung bereits vor dem ersten Schuss zu besitzen und die künftigen Gegner mit einer gewaltigen Militärmaschine zu überrollen – eine Absicht, die 1939 bis 1941 in Europa furchtbare Wirklichkeit wurde.

II.

Mit dem Beginn des Krieges wurde die Sprache der deutschen faschistischen Machthaber befehlend und vollkommen martialisch. Als Hitler nach der Eroberung bzw. Besetzung von Polen, Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, Luxemburg, Belgien, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland in seiner Rede über den Erfolg des so genannten Balkanfeldzuges verkündete „Dem deutschen Soldaten ist nichts unmöglich“, glaubten das viele Deutsche und vor allem auch viele Angehörige der Wehrmacht. Von diesem Irrglauben befreite sie, freilich noch nicht vollkommen, die Schlacht vor Moskau im hereinbrechenden Winter 1941. Noch aber war der Siegglaube nicht verflogen. Einer der Schlachtrufe, mit dem die Kriegsherren sich 1942 aus der Kalamität des Mangels an Lokomotiven und Waggons zu befreien suchten, lautete „Räder müssen rollen für den Sieg“. Nun wurden die deutschen Zivilpersonen aufgefordert, alle überflüssigen Fahrten mit der Eisenbahn zu unterlassen. Später folgten für längere Bahnfahrten das Vorweisen besonderer Genehmigungen. Da wurde der Krieg für die Bevölkerung im Reich zunehmend spürbar. Mit den Luftangriffen auf Lübeck und Rostock begann das verheerende Bombardement auf deutsche Städte, deren Einwohner nun erlebten, was vor ihnen die Bürger von Warschau, Rotterdam und von englischen Städten erfahren hatten.

Kein Schlachtruf aber hat sich den Deutschen so stark eingeprägt wie der Ruf nach dem „Totalen Krieg“. Er verbindet sich mit der Kundgebung, die am 18. Februar, etwas mehr als zwei Wochen nach der Bekanntgabe des Endes der Stalingrader Schlacht im Berliner Sportpalast stattgefunden hat. Wieder und wieder wurde im Fernsehen der Filmstreifen gezeigt, der nach sorgfältiger Regie damals gedreht wurde, so dass auch den Jüngeren die Szenen vor Augen stehen, in denen der Propagandaminister Goebbels die ausgesuchte Zuhörerschaft fragt, ob sie denn den totalen Krieg wollten und diese mit hysterischen Zustimmungskundgebungen antworteten. Bis heute wird dem Demagogen Goebbels an dieser Inszenierung ein besonderes Verdienst zugeschrieben. Jüngst wieder nannte eine Zeitschrift ihn den „Mephisto Hitlers“.

Es lohnt sich, bei dem „Geheimnis“ um diese Kundgebung einen Moment zu verweilen, lässt sich an ihr doch zeigen, unter welchen Umständen derartige Schlachtrufe angenommen werden und zu wirken vermögen. Goebbels konnte, bevor er die Halle betrat, vor allem und fest darauf rechnen, dass die Deutschen in ihrer Mehrheit die Niederlage mit ihren Folgen fürchteten. Klar erschien auch schon vordem, dass nur extrem vermehrte Anstrengungen die kritische Situation zu beheben vermochten. Sie hatten schon vor dem 3. Februar in den spontanen Debatten in der Bevölkerung eine Rolle gespielt. Gefragt worden war, woran sich Zukunfts- und d. h. Siegesglaube noch festmachen ließe. Die zweifache Antwort der Propaganda lautete: an der – freilich unverlässlichen – „Gerechtigkeit des Schicksals“ und an einem Mehr an Kräfteanspannung. So war die Rolle des Ministers keineswegs die eines Wundertäters, es galt für ihn, die Stimmung psychologisch geschickt auszunutzen und darauf verstand er sich aufgrund vieler Erfahrungen. Die Versammelten in der Halle und viele Deutsche im Reich, führergläubig geblieben, erwarteten nichts sehnlicher, als dass ihnen Mut gemacht und ein Ausweg gezeigt würde.

Vergegenwärtigen wir uns knapp die Situation im Reich im Moment der militärischen Krise im Osten, die sich zu einer politischen, vor allem stimmungsmäßigen ausgeweitet hatte. In Deutschland herrschte und befahl eine zivile und militärische Führungsgruppe, die durch den Willen geeint war, diesen Krieg unter keinen Umständen zu verlieren. Das allein unterschied sie nicht von ihren

Vorgängern. Den Unterschied machte erst die Perspektive einer Niederlage aus. Sie würde diese Gruppe sozial und politisch abstürzen lassen, manche bis vor die Schranken eines Gerichtes der Sieger. Die Nachkriegsbiographien der Machthabenden des Ersten Weltkrieges würden sich für sie nicht wiederholen. Nicht Flucht und Exil in den Niederlanden oder in Schweden. Kein nahtloser Rückzug ins Privatleben. Diese Gruppe reichte von den „alten Kämpfern“, den Reichs- und Gauleitern, über die Generalität und die hohe Reichsministerialbürokratie bis zu den Spitzen der Repressivorgane.

Entscheidend wurde nun, dass das Ziel dieser Minderheit sich von jenem der übergroßen Mehrheit der Deutschen nicht unterschied, wiewohl deren Nachkriegsperspektive im Falle einer Niederlage nicht mit jener der Minderheit identisch war. Auch diese Mehrheit wollte den Krieg nicht verlieren. Nur manche schienen sich schon darauf einzurichten. Nichts hat die Beobachter der Massenstimmung und jene, für die deren Informationen bestimmt waren, stärker aufgeschreckt als Informationen, wonach eine nicht zu bestimmende Zahl von Deutschen, ihre eigene Zukunft, ginge der Krieg verloren, nicht an diejenige der Führerschaft gebunden sah. Äußerungen wie, es könnten Arbeiter unter bolschewistischer Herrschaft auch nicht mehr als schuften, galten als Alarmsignal. Doch geschah es Anfang 1943 wohl nur vereinzelt, dass darüber gesprochen wurde, man werde selbst minder betroffen sein, käme man doch in das Besatzungsgebiet der Westmächte.

Die Furcht vor der Niederlage brauchten die Machthaber – und Goebbels im Sportpalast – mithin nicht zu erzeugen, sondern nur zu verstärken und das taten sie in einer Weise, die in einer britischen Äußerung treffend, die Parole „Kraft durch Freude“ abwandelnd, als „Kraft-durch-Furcht-Propaganda“ bezeichnet worden ist. Kriegsniederlage bedeutete demnach Ansturm Asiens, der Steppe, wilder Horden aus nie gesehener und unvorstellbarer Wildnis, Triumph, Herrschaft, Würgegriff des Bolschewismus, Untergang des Abendlandes. Auf Kinoleinwänden erschienen in einem Spielfilm aus dem dritten der so genannten Schlesischen Kriege Friedrich II. preußische Kadetten, Milchbärte noch, in russische Gefangenschaft geraten, mit einem Tau gebündelt wie sonst Getreidegarben mit Stricken und dieses Tau geknüpft an einen Pferdesattel, auf dem ein finsterer Bursche thronte, so ging es ab nach Sibirien.

Mit dem Wunsch der Mehrheit, den Krieg nicht zu verlieren, existierte – bildlich gesprochen – der Haken, an den sich die Millionen durch die Staatsführung nehmen und immer tiefer in das Elend des Krieges ziehen ließen. Die Einheit zwischen Führung und Volk konnte durch diese Übereinstimmung im Generalziel neu fundiert werden. Das führte aus der Stimmungskrise und erleichterte Goebbels' Aufgabe sehr. „Das Volk,“ notierte er in den Tagen, „ist im Augenblick bereit, alles, was man ihm anbietet, zu schlucken, wenn wir nur den Krieg gewinnen können.“ Der Minister hatte seine Zuhörerschaft nicht für ein Ziel einzunehmen, sondern für Schritte und Methoden, Gesetze und Maßnahmen, von denen er behauptete, dass sie dorthin sicher führen würden. Hier lag der prekäre Punkt. Das Ziel, musste als erreichbar gelten.

Wie war der „Endsieg“, eine unaufgebbare Formel, also glaubhaft zu machen, wie eine entschlossene, wieder mit einem Schuss Optimismus gestärkte Kriegsfortsetzungsstimmung zu schaffen? Auf dreierlei Weise: durch die Verdrängung von Tatsachen, durch Missdeutungen der Ursachen der eingetretenen Niederlagen und durch phantasievolle Überbewertung der Möglichkeiten, die zur Mobilisierung eigener Kräfte noch existierten. So brachte sich auch Goebbels selbst in Form. Und nicht anders der „Führer“. Operiert wurde mit dem Argument, dass die faschistische Militärmacht noch stark war, dass sie weiteste Teile Europas in ihrem Griff hielt. Sodann aber ließ sich nachweisen, dass vermehrte Anstrengungen möglich seien und der eigene Kriegseinsatz erheblich gesteigert werden könne. Dafür sprach, und das verlieh der Propaganda zusätzlich Überzeugungskraft, der alltägliche Augenschein, denn im Reich existierten offenkundig ungenutzte Arbeitskraft- und andere Reserven.

In den geheimen Berichten über die Stimmung wurde wiederholt, gerade in Arbeiterkreisen würden „totalste“ Maßnahmen verlangt und ein Mangel an Entschlossenheit der Führung kritisiert, sie durchzusetzen. Das vermittelt ein Bild, als seien die Proletarier auf den totalen Krieg mehr als alle anderen erpicht gewesen. Was ist der Kontext dieser Zeugnisse? Der bereits seit längerem existierende Unwille derer, die Tag für Tag in den Rüstungsfabriken schufteten, über die ungleiche Verteilung der

Kriegslasten. Diese verbreitete Stimmung ließ sich nun nutzen. Wie, das exerzierte Goebbels, als er zwischen seinen bekannten Reden vom 30. Januar und 18. Februar 1943, in einem Berliner Panzer produzierendes Werk vor Arbeitern sprach. Seinen Auftritt dort bezeichnete er selbst als ziemlich radikal und demagogisch und diese Bemerkung lässt sich entschlüsseln.

Goebbels, auf dem Felde der sozialen Demagogie seit der „Kampfzeit“ geübt, entwickelte, dass die „Totalisierung“ des Krieges vor allem eine veränderte Haltung der oberen und der Mittelschichten der Gesellschaft verlangen würde. Schon die im Januar erfolgten noch unbestimmten Ankündigungen ließen erkennen, dass von den Zwangsmaßnahmen diese Kreise und das städtische Kleinbürgertum, Händler und Handwerker, vor allem betroffen sein würden. So galt der Beifall, den Goebbels von den Metallarbeitern erhielt, seiner Ankündigung, von nun an würden die Abforderung von Arbeitsanstrengungen unterschiedslos alle treffen. Der Minister hatte zu einem aus seiner Sicht ein wenig anrüchigen Trick gegriffen und Zuflucht zu einer „klassenkämpferischen“ Aufmöbelung seiner Zuhörer genommen. Er und die folgende Propaganda sprachen, wenn auch ausbalanciert, Gefühle der Missgunst und des Neides an. Sie betrafen u.a. auch das heikle Thema der nicht arbeitenden Ehefrauen von Wehrmachtsangehörigen. Goebbels’ Siegesverheißung sollte an Attraktion auch durch die Behauptung gewinnen, der „totale Krieg“ werde der kürzeste Krieg sein. So lautete auch die einzige am 18. Februar plakatierte Parole im Sportpalast.

Die Aufnahme dieser Rede wie der gesamten sich an sie anschließenden Propaganda kann nicht ohne jene noch unverlorenen Vorstellungen vieler Deutscher erklärt werden, Vorstellungen, die Frucht vieler und nicht nur nationalsozialistischer ideologischer Einflüsse waren. Eine und die wohl wesentlichste betraf das Selbstverständnis der Volksmehrheit, die sich noch immer als eine außergewöhnliche Nation (oder wie Faschisten sagten: Rasse) sahen, mit Eigenschaften und Fähigkeiten, die jene aller anderen Nationen überragten. In den Worten von Goebbels: „Wir sind doch das Elitevolk der Erde. Man nenne uns eine Nation, die gleiches zu ertragen und zu leisten in der Lage wäre.“ Dieses Vorurteil aus Hochmut hatte 1941/42 in den Wehrmachtseinheiten, die am Ostfeldzug teilnahmen, gewiss „einen ersten Knacks“ bekommen. Doch wurde es hartnäckig gegen die Anfechtung verteidigt, die ihm ausgerechnet durch slawische und asiatische „Untermenschen“ erwuchs. Behauptet wurde: Es sei deren Massenhaftigkeit, welche in zeitweilige Schwierigkeiten gestürzt hätte. Dieser Vorteil aber würde mit den immensen Menschenverlusten des Gegners im Abnehmen begriffen sein. Zudem wäre es die Ausstattung dieser Minderwertigen mit Waffen aus dem Westen, die ihnen Erfolge ermöglicht hätten. Daraus ergäbe sich eine Aufgabe für die U-Boot-Waffe, die auch für lösbar gehalten wurde.

Widerspruchsfrei und unbezweifelbar war dieses Bild von den Kriegsaussichten nicht mehr zu machen. Dass die Gegner und insbesondere ihre zivilen und militärischen Führer weder dumm noch primitiv seien, ließ sich nach allen Erfahrungen nicht mehr wegdenken. Dennoch: der „Führer“ galt vielen noch immer als der Alle überragende Mann, freilich nicht länger unangefochten. Es kriselte auch das Hitlerbild. Stalingrad brachte die „erste Beschädigung des Führer-Mythos“. Goebbels notierte Anfang Februar 1943, dass „zum Teil sogar das Vertrauen zur Führung, wenn nicht gar zum Führer selbst, angeknackt ist“. Doch der „Faktor Hitler“ stand in der Kriegsbilanz der Deutschen auf der Habenseite noch immer obenan. Hitler wurde als die Inkarnation der Willensqualitäten der Nation angesehen. Führergläubigkeit und extremer Voluntarismus befähigten, wenn Rechnungen über die Zukunft nicht aufzugehen schienen, sie wunschgerecht durchzuführen. Der Wille, der Wege findet, der Glaube, der Berge versetzt, die Moral nicht als ein, sondern als der kriegsentscheidende Faktor usw.

Das Geheimnis der Rede vom 18. Februar 1943 mit dem zentralen Schlachtruf des „totalen Krieges“ wie auch vieler anderer Parolen der deutschen Faschisten bestand darin, an Wünsche und Bedürfnisse der Massen anzuknüpfen und ihnen vorzutäuschen, die Machthaber würden ihnen Rechnung tragen und sie allein wüssten, wie sie zu befriedigen seien. Gehen wir die Reihe der zitierten Schlagwörter und Schlachtrufe noch einmal durch, dann wird diese Praxis vom Versprechen der Freude, der Wärme und der Sättigung bis zur Verheißung der Erreichung des Endsiegs auf dem kürzesten Wege greifbar. Parolen, die das Ja zum Verzicht forderten, ließen sich nicht vermeiden, doch erschienen diese jeweils

nur als zeitweilig gelten und als Ausdruck vorübergehender Notwendigkeiten – sei es die Einschränkung des Verzehrs von Butter oder das Unterlassen von Eisenbahnreisen. Am Ende würde das erwachte, stärkere, größere, ja mächtige Großdeutschland, das Tausendjährige Reich, stehen. Am Ende stand die totale Niederlage.

Die Publikation, auf die sich der Vortrag stützt, ist erschienen: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte. Bd. 1 und 2, Militzke Verlag Leipzig 2002.

Kurt Pätzold, Johanne Becker, Luitin Bies, Auftrag für Hitler? Der 30. Januar 1933 und seine Wirkung im Westen, Hrsg. Peter Imandt Gesellschaft e. V., in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Saarbrücken 2003, S. 3-11.

Briefe eines Aufrechten

Was der Kommunist Paul Nette aus Waldheim, Coswig und Sachsenhausen seiner Frau schrieb

„Wir sind allesamt in ein Bataillon gekommen. Es sind also alles gute Bekannte, die schon seit vielen Jahren immer wieder zusammengekommen sind.“ Den Satz liest im Dezember 1944 Lotte Nette in Leipzig in einem Brief ihres Mannes. Die Zeilen erreichen sie, als ihr Absender schon nicht mehr am Leben ist. Paul Nette kam nach Berichten überlebender Hitlergegner mit anderen Angehörigen der nach ihrem Kommandeur benannten Einheit Dirlewanger bei dem Versuch ums Leben, an der tschechoslowakisch-ungarischen Grenze zum Gegner, der sowjetischen Armee, zu gelangen.

Wochen zuvor war er mit anderen politischen Insassen des Konzentrationslagers Sachsenhausen in diese Sondereinheit gelangt, in der nach den Plänen der SS-Führung diese Männer „einer nützlichen Verwendung während des Krieges zugeführt“ werden sollten, was so viel hieß, dass sie, als schon alle anderen Menschenreserven erschöpft waren, auf welche die Wehrmacht bis dahin zurückgegriffen hatte, das Kanonenfutter in einem von Deutschland bereits verlorenen Kriege abgeben sollten.

Dem Leipziger Kommunisten, der sich seit 1934 in faschistischer Haft befand, den das Oberlandesgericht in Dresden wegen Teilnahme am antifaschistischen Kampf zu siebeneinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt hatte, der seine Tage zunächst in einer Einzelzelle, dann in Gemeinschaftshaft in Waldheim und Coswig verbringen musste, bevor ihn die Gestapo nach Sachsenhausen verschleppte, hat die Leipziger Historikerin Jutta Seidel ein literarisches Denkmal gesetzt. Ihren Band füllt eine eingehende und einfühlsame Biographie, der die Briefe folgen, die Nette zwischen 1934 und 1944 an seine Frau und seine Tochter schrieb, deren Einschulung wie Schulentlassung er nicht in Freiheit erlebte.

Beim Lesen von Nettes Post wurde ich an ein Gespräch mit Erich Paterna erinnert, einem anderen kommunistischen Widerstandskämpfer, einem Brandenburger, der Lehrer und – bis ihn die Nazis von dieser Arbeit vertrieben – Schulleiter einer weltlichen Schule in Frankfurt an der Oder gewesen war und später als Häftling im Zuchthaus der Stadt Brandenburg einsaß. Er verglich seine eigene Lage in einer Einzelzelle, in der auch er anfänglich leben musste, mit der von Arbeitern in seinen Nachbarzellen und sprach von seinem Vorteil. Seine Bildung (und sein von ihm nicht erwähntes ausgezeichnetes Gedächtnis) ließen ihn, in dem Geviert auf und ab gehend, sich lange Gedichte und Liedtexte, Passagen aus gelesenen Büchern ins Gedächtnis rufen und auf diese Weise Kräfte für das Überleben gewinnen und behaupten. Was aber, erinnerte er sich, sollten Arbeiter, die eine so viel geringere Bildung besaßen, in gleicher Lage tun? Wie konnten sie denn gegen die Einsamkeit und die Verfolgung durch immer tiefer herabstimmende Gedanken und Gefühle ankämpfen?

Paul Nette, schon 1933 in „Schutzhaft“ genommen, aber sich nach seiner Freilassung durch die erzwungene Unterschrift unter eine Loyalitätserklärung gegenüber dem Regime nicht gebunden fühlend, war ein solcher Arbeiter. Die Schule hatte er obendrein im Kaiserreich während der Weltkriegsjahre abgeschlossen, und unter dem Zwang, schon als junger Bursche zum Familienunterhalt beitragen zu müssen, hatte er einen Beruf nicht lernen können. Der Umgang mit Feder und Papier war, wie er in seinen Briefen seiner Frau, immer wieder um Nachsicht bittend, ja sich entschuldigend, nie seine Sache gewesen. Noch weniger, auf diese Weise seine Gefühle auszudrücken. So liefert diese Briefsammlung einen Einblick in das Leben einer Gruppe von Arbeitern, von denen wir bisher kaum ein derart geschlossenes Zeugnis besitzen. Sie bezeugt zugleich den Willen, in dieser Extremsituation mehr Kenntnisse und Wissen zu erwerben. Zugleich steht eine Liste Nettes mit den Autoren und Titeln der von ihm aus der Bibliothek in Waldheim gelesenen Bücher für die Schwierigkeit, denen sich der Autodidakt bei diesem Vorhaben gegenübersah. Was er in die Zelle bekommt, ist ein buntes Gemisch von Gedrucktem, das systematisches Vorgehen nicht erlaubt: Werke von Nazischriftstellern bis zu Joseph Goebbels’ Propagandamachwerk „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“, aber auch Zimmermanns Darstellung des Bauernkrieges und Schriften von Fichte und Schleiermacher und eine Auswahl der Dramen Heinrich von Kleists.

Und wieder taucht mir die Erinnerung an ein Gespräch mit Paterna auf, der als Häftling in Brandenburg zeitweise auch in der Bibliothek des Zuchthauses beschäftigt gewesen war. Da hatten die politischen Gefangenen ein Bestellsystem entwickelt, mit dem sie der pfundweisen Zuteilung von Literatur zu entgehen verstanden. In dem Buchrücken eines gelesenen Bandes wurde ein Zettel versteckt, der sich herausklopfen ließ und auf dem der Wunsch für die nächste Lieferung vermerkt war. Lachend kommentierte das Paterna mit den Worten: „Was Wilhelm Girnus (einer seiner Mithäftlinge und später u. a. Staatssekretär für das Hochschulwesen in der DDR) über Goethe weiß, hat er von mir."

Jutta Seidel hat der Literatur zur Geschichte des Widerstandskampfs gegen das barbarische Naziregime ein besonderes Dokument hinzugefügt. Sie hat uns in Zeiten, da Kommunisten, wenn nicht als dienstbare Geister von Diktatoren verunglimpft, so doch als Verirrte abgetan werden, einen aus der langen Reihe der „unbekannten" Aufrechten bekanntgemacht und, mehr noch, nahegebracht.

Jutta Seidel: Paul Nette „... dass mir weiter nichts fehlt als die Freiheit" – Eine Häftlingsbiographie in Briefen. edition bodoni, Berlin 2002, 222 Seiten, 13,00 Euro.

junge Welt, Sonnabend, 04.01.2003, S. 12.

Das abgewiesene Kapitulationsangebot

Todesurteil Stalingrad (VII): „Sie leiden unter Hunger“

Millionen Kinobesuchern der DDR-Zeit steht wohl eine Szene aus Konrad Wolfs Film „Ich war neunzehn“ vor Augen: Zwei sowjetische Parlamentäre begeben sich in die Festungsanlage Berlin-Spandau, um deren Kommandanten zur Übergabe aufzufordern. Versucht wurde, einen unnötigen Kampf zu vermeiden, der das Leben von Soldaten, sowjetischen wie deutschen, und von Zivilisten kosten würde, die sich innerhalb der Festung befanden. Das Vorhaben gelang. Die Szene war nicht erfunden. Sie hatte sich zugetragen, wie sie nachgespielt wurde. Das war in den frühen Maitagen des Jahres 1945.

Mehr als zwei Jahre zuvor, am 8. Januar 1943, verließen drei Angehörige der sowjetischen Armee ihre Stellungen vis-à-vis der eingeschlossenen deutschen 6. Armee, nicht um an einem Angriff teilzunehmen oder die Frontlage aufzuklären, sondern um zum Gegner zu gelangen. Sie sollten ein Kapitulationsangebot überbringen. Dafür waren die drei, zwei Offiziere und ein Sergeant, ausgewählt worden. Die Offiziere mussten selbstredend gut deutsch sprechen und es ebenso verstehen können, und ihnen musste zugetraut werden, auf überraschende Wendungen im Verlauf ihrer Mission rasch zu reagieren. Was sie übernommen hatten, war einem alltäglichen Befehl nicht vergleichbar. Sie waren gefragt worden, ob sie bereit wären zu tun, was ihnen aufgetragen werden sollte. Das hatten sie bejaht. Dabei konnten sie nicht im Zweifel sein, dass sie sich auf ein außergewöhnliches Abenteuer mit möglichem tödlichem Ausgang einließen – trotz der weißen Fahne, die sie auf ihrem Wege von Linie zu Linie schwenken würden, und trotz der Trompetensignale, die der Sergeant geben sollte, um ihre außerordentliche Absicht zugleich hörbar zu machen. Die drei, um es vorweg zu sagen, erfüllten, was ihnen aufgegeben wurde. Sie gelangten in einen deutschen Stab, doch nicht, wie erhofft, in den des Generaloberst Friedrich Paulus. Und sie kamen auch wieder zu ihren eigenen Leuten zurück. Anderenfalls wüssten wir weniger oder nichts über den Verlauf ihres Unternehmens.

„Ihre Lage ist hoffnungslos“

Das Vorhaben glückte erst im zweiten Anlauf. Beim ersten Mal waren die drei in gegnerisches Feuer geraten und zur Umkehr gezwungen gewesen. Erst tags darauf, als sie zur Wiederholung des Versuchs ausgeschickt wurden, glückte er. Natürlich lässt sich fragen, warum ein Oberkommando das Leben eigener Soldaten auf diese Weise mehrfach aufs Spiel setzte, da doch über Funk wie mittels abgeschossener oder abgeworfener Flugblätter – was zudem geschah – dem Gegner bekanntgemacht werden konnte, was ihm offeriert wurde und vor welcher Wahl er stand. Doch ließ sich derlei Bekanntmachung als Taktik abtun, berechnet auf die bloße Zermürbung der Moral des Gegners. Mit dem Auftauchen von Parlamentären in den eigenen Stellungen war das eine andere Sache.

Anfang Januar, die 6. Armee befand sich seit nahezu acht Wochen in einer unaufbrechbaren Umklammerung, hatte sich das sowjetische Oberkommando entschlossen, den Kessel zu liquidieren. Bevor der Befehl zum Angriff gegeben wurde, sollte aber versucht werden, den Kampf, über dessen Ausgang es keinen Zweifel gab, der aber auch für die sowjetische Seite verlustreich werden musste, ganz zu vermeiden. Paulus und seinem Stab wurde ein Kapitulationsangebot zu den üblichen Bedingungen unterbreitet. Der Text, den die sowjetischen Parlamentäre mit sich führten, trug die Unterschriften der höchstgestellten Befehlshaber der dort eingesetzten sowjetischen Truppen. Unterzeichnet hatten ihn der Vertreter des sowjetischen Hauptquartiers, Generaloberst Nikolai N. Woronow, und der Oberbefehlshaber der Donfront, Konstantin K. Rokossowski.

Zunächst wurde darin die Lage der deutschen Truppen im Kessel beschrieben, die für die sowjetische Seite keinerlei Geheimnisse bot. Darüber war sie direkt durch deutsche Kriegsgefangene informiert und auch durch Briefe, die von Soldaten aus dem Kessel an ihre Angehörigen in Deutschland geschrieben worden waren, diese aber nicht erreicht hatten, sondern beim Abschuss oder Absturz eines deutschen Transportflugzeuges in gegnerische Hände gefallen waren. Zudem brauchte es wenig Phantasie, um sich die Situation der Eingeschlossenen vorzustellen. Im an Paulus adressierten Text hieß es knapp und lapidar: „Sie leiden unter Hunger, Krankheiten und Kälte. Der raue russische

Winter beginnt erst, die grimmigen Fröste, die eisigen Steppenwinde und Schneestürme stehen noch bevor, aber Ihren Soldaten fehlt es an Winterausrüstung; sie leiden unter schwierigen unhygienischen Bedingungen. Sie als Befehlshaber, ebenso alle Offiziere der eingeschlossenen Truppen wissen sehr wohl, dass es keine realen Möglichkeiten mehr gibt, den Einschließungsring zu durchbrechen. Ihre Lage ist hoffnungslos und jeder weitere Widerstand sinnlos.“ Dann folgten die Bedingungen, an die das Angebot geknüpft war: Einstellung des Widerstands, Übergabe der unzerstörten Waffen, Garantie von Leben und Sicherheit, Verpflegung und ärztliche Hilfe für die Gefangenen. Das ultimative Angebot lief am 9. Januar um 15 Uhr ab.

Wenn auch die sowjetischen Offiziere Nikolai Djatlenko, ein ausgebildeter Germanist, und Alexander Smyslow nicht bis in das deutsche Armeeoberkommando gelangten, sondern von einem frontnahen Stab, bis zu dem sie geführt worden waren, ab- und auf den Rückweg gewiesen wurden, so gelangte der offizielle Text des Kapitulationsangebots doch bis zu Paulus. Er wurde auch seiner Umgebung und seinen nächsten Untergegeben, den Generalen an der Spitze der Armeekorpse, bekanntgemacht. Nichts belegt, dass in diesen Kreisen, in denen niemand der sowjetischen Lageschilderung mit stichhaltigen Argumenten hätte widersprechen können, ernsthaft erörtert worden wäre, den Kampf einzustellen. Die deutschen „Stalingrad“-Generale stimmten zu diesem Zeitpunkt in der Ablehnung des Kapitulationsangebots offenbar vollkommen überein. Meinungsverschiedenheiten über zu fassende Entschlüsse, wie sie im Moment der Einschließung aufgetreten waren, entstanden nicht. Auch später hat kein General behauptet, dass er nur unter Druck oder Drohung, also aus Furcht, sich für die Fortsetzung des Widerstands ausgesprochen hätte.

Sterben für das Heldenepos

Die Masse der Befehlshaber, Kommandeure, Offiziere und Soldaten blieb ungefragt. Welche Wirkung die Flugblätter, die an verschiedensten Stellen des Kessels aufgefunden und gelesen wurden, auslösten, wissen wir nicht. Sicher ist nur, dass es zu keinen geschlossenen Bekundungen einzelner deutscher Formationen kam, sich angesichts der stündlichen Todesdrohung zur Beendigung des Widerstandes zu entschließen und auf ein – sicher auch ungewisses – „Schicksal“ zu setzen. Die Idee an ein Ende des Kampfes durch Kapitulation gar Briefen anzuvertrauen, die in die Heimat gerichtet und von denen in den folgenden zwei Wochen noch viele mit Flugzeugen transportiert wurden, war nicht empfehlenswert. Im Kessel existierte ein noch funktionierendes Feldpostamt, das auswahlweise Kontrollen vornahm, und auch die Militärgerichtsbarkeit existierte fort. Dass man Hunger hatte und sich aus dem elenden Dasein heraussehnte, durfte in Briefen schon geschrieben werden. Das war unerwünscht, aber nicht strafbar. Aber weiteres?

Und dann war da, jeden Gedanken an Gefangenschaft erstickend, die langjährige und noch im Kessel fortdauernde und in Befehle gefasste Propaganda, die den Genickschuss ankündigte oder zumindest ein Ende als Arbeitssklave „in Schande“. Die diese Propaganda aus dem Befehlsstand des Armeebefehlshabers betrieben, schwangen nicht nur den kräftigsten aller Disziplinierungsknüppel. Wie wir aus den Memoiren von Wilhelm Adam, des 1. Adjutanten von Paulus wissen, erwartete auch er, Stunden nachdem er sich schließlich an der Seite des Generalfeldmarschalls in Gefangenschaft begeben hatte, kurzerhand erschossen zu werden.

Hinzu kam ein ganzes Bündel von Stimmungen, die sich unter den deutschen Soldaten in jenen Wochen ausbreiteten, nachdem klargeworden war, dass es einen „Entsatz“ nicht geben werde. Mehr und mehr griff eine Schicksalsergebenheit um sich. Die einen, und wohl der geringste Teil, gab sich ihr in dem Gedanken hin, für das Vaterland einzustehen und zu sterben. Sie schrieben sich, bevor das noch der deutsche Wehrmachtsbericht tat, eine Heldenrolle zu, sahen sich in die deutsche Geschichte eingehen, wie vordem vermeintlich andere und ähnliche Helden von Kriegen und Schlachten. Unter Offizieren war diese Haltung gewiss nicht allgemein, aber wohl verbreiteter als unter den Mannschaftsdienstgraden. Für einen anderen Teil der Eingeschlossenen verband sich diese Ergebenheit mit religiösen Bildern und Vorstellungen von einer ihnen auferlegten Prüfung. Von alledem sprechen Briefe, die bald den – wie sie selbst von den Beobachtern des Sicherheitsdienstes genannt wurden – Charakter von „Abschiedsbriefen“ annahmen, gerichtet an Frauen, Eltern, Kinder.

Ende der Galgenfrist

Als die Frist, die das sowjetische Oberkommando für die Annahme der Kapitulationsbedingungen gesetzt hatte, ungenutzt verstrichen war, erging der Befehl an die sowjetischen Einheiten zur Liquidierung des Kessels. Hatte in den Wochen seit der Einschließung das Schwergewicht des sowjetischen Vorgehens darin bestanden, die deutschen Armeen möglichst weit nach Westen zurückzuwerfen und so die Distanz zwischen der 6. Armee und der Masse des im Süden stehenden „Ostheeres“ zu vergrößern, so wurde nun darangegangen, diese Armee zu vernichten. Deren Galgenfrist war abgelaufen. Am 10. Januar begannen die Angriffe, mit denen die zusammengeschmolzenen deutschen Divisionen unter schwersten Verlusten, mitunter fluchtartig, nach Osten in die Trümmer der von ihnen besetzten Stadtteile zurückgetrieben wurden. Die Schilderungen, die wir über das Geschehen auf den Rückzugsstraßen besitzen, mit zu Schnee- und Eissäulen erstarrten Soldaten, die sich vor Erschöpfung hingesetzt hatten und nicht fähig waren, sich wieder zu erheben, mit Niedergestürzten, die von den eigenen Fahrzeugen plattgewalzt wurden, würden an Phantasiebilder der Hölle erinnern, verbänden sich diese nicht mit der Vorstellung von Feuer und Hitze. Rette sich, wer kann – und auf wessen Kosten auch immer. Aber: Retten wohin?

Flugplatz auf Flugplatz ging in der Steppe verloren, damit jeder ohnehin unzureichende und unverlässliche Nachschub an Verpflegung, Munition und Treibstoff und jede Möglichkeit, Verwundete herauszuschaffen. Die Zustände in den Kellern, die als Lazarette dienten, widersetzen sich jeder Beschreibung. Vor ihren Ausgängen stapelten sich Leichen zu Haufen wie andernorts Balken oder Bretter. In dieser letzten Januardekade hatte die 6. Armee praktisch jeden Kampfwert verloren. Es konnte keine Rede mehr davon sein, dass sie wesentliche Kräfte des Gegners band und deren Einsatz an anderen Fronten verhindert haben würde. Damit war das Hauptargument hinfällig geworden, das die Befehle zum Aushalten bis zur letzten Patrone immer wieder hatte stützen sollen. Jetzt ging es eigentlich nur noch darum, dieses „Heldenepos“, an dessen Abfassung die Wehrmachts- ebenso wie die Goebbels-Propaganda schon arbeiteten, zu liefern.

In Wahrheit wuchs die Zahl der psychisch völlig ausgelaugten, verwirrten und in Apathie verfallenen Männer im Stalingrader Kessel von Tag zu Tag. Selbstmorde nahmen zu. Seit Wochen ungewaschen und ungereinigt, in einer Kleidung, die sich in Lumpen zu verwandeln begann, aufs schwerste körperlich heruntergekommen, hilflos verlaust, so befand sich die Masse der Soldaten, die Wochen vorher geglaubt hatten, sie würden nach der Eroberung Stalingrads ihre Urlaubspapiere erhalten. Und wie es im Kessel von Stalingrad aussah, war im Führerhauptquartier in Ostpreußen kein Geheimnis. Als Goebbels bei einem Besuch mit dem zurückbeorderten Verbindungsoffizier des Oberkommandos des Heeres zur 6. Armee, Coelestin von Zitzewitz, gesprochen hatte, notierte er in sein Tagebuch: „Die Truppen haben nichts mehr zu essen, nichts mehr zu schießen und nichts mehr zu feuern. Reihenweise sitzen sie in den Bunkern, verhungern und erfrieren ... In ihren Briefen nehmen sie Abschied von ihren Angehörigen und sehen dann stumm, aber bis zur letzten Patrone kämpfend dem Tod ins Auge ... Die Truppen sind so geschwächt, dass sie nicht einmal mehr die tatsächlich noch herankommende Munition und Verpflegung nach vorn bringen können. Benzin ist nicht mehr vorhanden. Die Pferde sind verzehrt.“

Was wäre, wenn

Zu den von Historikern ungeliebten Fragen gehört die nach dem denkbaren Ablauf ungeschehener Geschichte. Nicht von ungefähr ist für die Geschichtswissenschaftler das Wort von den „rückwärtsgewandten Propheten“ geprägt worden. Indessen drängen manche Situationen auch den Jüngern der Clio selbst den Gedanken an Entwicklungen auf, die einen Moment lang möglich gewesen waren, aber nicht Wirklichkeit wurden, weil diejenigen, die sich zu entscheiden hatten, andere Schritte bevorzugten. So, wie gezeigt, auch am 9. Januar 1943. Nichtsdestoweniger: Einige Folgen, die auf dem ausgeschlagenen Wege mit hoher Wahrscheinlichkeit eingetreten wären, lassen sich vorstellen, und dies vor allem dann, wenn man sich vor Augen hält, was im Kessel von Stalingrad in den rund drei Wochen bis zur tatsächlichen Kapitulation geschah.

Fraglos wären mehr deutsche Soldaten in Gefangenschaft geraten als nach den letzten sinnlosen Kämpfen. Die sich in die Hände der sowjetischen Armeen begeben hätten, wären nicht in jenem Grad entkräftet, in jeder Weise heruntergekommen, weniger verlaust, nicht so viele von ihnen schon vom Tode gezeichnet gewesen. Zudem hätte eine frühere, mit dem Gegner vereinbarte Einstellung der Kriegshandlungen die Überlebenschancen zusätzlich vermehrt. Kurzum: All das spricht dafür, dass eine größere Zahl als 5.000 bis 6.000 deutsche Soldaten und Offiziere ihre Heimat wiedergesehen haben würde. Und diese Überlegung allein häuft eine untilgbare Schuld auf alle, die entschieden, bis zum letzten Mann und bis zur letzten Patrone weiter zu kämpfen – eine Devise, an die sich gerade jene freilich nicht hielten, die das Kapitulationsangebot zurückgewiesen hatten, sich 20 Tage später aber dann doch entschlossen, die Waffen zu strecken. Was für die Soldaten der Paulus-Armee gilt, trifft auch für die sich im Kessel befindenden Rumänen, Slowaken und Kroaten zu sowie auf die zu Hilfsdiensten gelockten oder gezwungenen Einheimischen. Zudem: In den Trümmern der Stadt befanden sich auch noch immer Zivilisten, Frauen und Kinder. Ein früheres Ende der Kämpfe würde sie aus ihrem entsetzlichen Dasein befreit haben. Und, obwohl unter ihnen zuerst ein Massensterben als Folge von Hunger, Eiseskälte und des Fehlens medizinischer Versorgung einsetzte, es hätten wohl von den sowjetischen Kriegsgefangenen, die sich im Kessel befanden, noch Männer überleben können, wenn am 9. Januar 1943 die Waffen gestreckt worden wären.

junge Welt, Mittwoch, 08.01.2003, S. 10.

Das dramatische Ende einer Demokratie

30. Januar 1933, PDS-Programmdebatte

Zum 70. Jahrestag der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland beschloss die Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS eine Erklärung, die ND im Folgenden im Wortlaut veröffentlicht.

In diesen Tagen trennen uns sieben Jahrzehnte von einem der folgenschwersten Ereignisse der deutschen, europäischen und der Weltgeschichte. Am 30. Januar 1933 zog, vom Reichspräsidenten und ehemaligen kaiserlichen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg berufen, Adolf Hitler in die Reichskanzlei ein. Damit nahm die Errichtung der faschistischen Herrschaft, des zweiten Regimes dieses Typs nach der Etablierung des Mussolini-Regimes in Italien, ihren Anfang. Binnen weniger Monate waren die Republik vernichtet, die 1919 beschlossene Verfassung liquidiert, die Organisationen der Kommunisten und Sozialdemokraten, der Gewerkschafter und Pazifisten illegalisiert, die bürgerlichen Parteien aufgelöst. Konzentrationslager wurden errichtet. Die Verfolgung der Juden setzte ein. Die der Sinti und Roma, der Bibelforscher und Homosexuellen und weiterer Minderheiten, die nicht ins Bild von der Herrenmenschenrasse passten, schloss sich an. Terror und Demagogie verhalfen dem „Nationalsozialismus“, dieser an Menschenfeindlichkeit nicht mehr zu überbietenden deutschen Ausprägung des Faschismus, zur Formierung einer stabilen gesellschaftlichen Basis. Indem sich die Nazis das Abklingen der Weltwirtschaftskrise zunutze machten sowie die allmähliche Überwindung der schlimmsten Not und des Elends, die mit ihr verbunden waren, indem sie weit verbreitete nationalistische, militaristische, antisemitische, antidemokratische und antisozialistische Traditionen und Vorurteile mobilisierten, indem sie mit ihrer raffinierten Propaganda unter Nutzung modernster Massenmedien noch das entlegenste Dorf erreichten, vermochten es ihre Führer, die Mehrheit des Volkes auch geistig und mental an sich zu binden. Wenige Jahre später weitete der deutsche Faschismus seine Herrschaft kriegerisch auf große Teile Europas aus. Überall verfolgte er seine politischen Gegner gnadenlos, ermordete geistig und körperlich Behinderte, trieb die Vernichtung der Juden bis zum nahezu sechsmillionenfachen Mord, ließ mehr als drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene elend zugrunde gehen und zog seine blutige Spur durch fast alle Länder des Kontinents. Es gibt tausend und mehr Gründe, sich des Ereignisses zu erinnern, das am Anfang dieses Weges steht. Schon die Frage der Zeitgenossen lautete: Wie konnte es geschehen? Sie ist auch nach mehr als einem halben Jahrhundert nicht verstummt.

Keine Mehrheit, doch eine starke Minderheit der Reichsbevölkerung hatte der NSDAP ihre Stimme gegeben: 1932 waren das von fünf Wählern zwei und in weiten, vorwiegend ländlich geprägten Teilen Norddeutschlands, von Ostpreußen bis Oldenburg, stimmte gar jeder zweite für sie. So erhielten die machthungrigen Politiker, die sich um den zum „Erlöser“ stilisierten, von seinen Anhängern kultisch verehrten Hitler scharten, ein Faustpfand, mit dem sie wucherten. Sie boten den Oberschichten der deutschen Gesellschaft jene Massenbasis, welche zur Überwindung der politischen Krise, zur Stabilisierung der Macht sowie zur Vorbereitung eines Revanchekrieges benötigt wurde. Dieses Angebot wurde akzeptiert. Gemeinschaftlich unternommen von NSDAP-Führern und Repräsentanten der Großbanken, der Großindustrie sowie des Großgrundbesitzes und getragen auch von den Sympathien der im Hintergrund operierenden Reichswehrgeneralität, gelang die antirepublikanische Intrige. In deren Ergebnis wurde der deutschen Arbeiterbewegung in allen ihren Strömungen die in ihrer bisherigen Geschichte schwerste Niederlage zugefügt. Zu einem Teil war sie die selbst verschuldete Folge des Unvermögens der Arbeiterführer, angesichts der faschistischen Drohung den Graben zuzuschütten, der Kommunisten und Sozialdemokraten seit den Tagen der Novemberrevolution trennte und seither nur noch vertieft worden war. Deren Ergebnisse gingen nun restlos verloren. Doch nicht für diejenigen allein, die sofort gezielt oder blind terrorisiert wurden, war der „Tag der nationalen Erhebung“ ein tiefschwarzer Tag. Als solcher erwies er sich für nahezu alle Deutschen – dies spätestens, als der 1. September 1939, also der Beginn des Zweiten Weltkrieges durch den deutschen Überfall auf Polen, und der 22. Juni 1941, der Tag des Einfalls der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion, hinter ihnen lagen.

Am 30. Januar 1933 und in den darauffolgenden Wochen wurde eine Republik zertrümmert, der es seit längerem an Widerstandskraft mangelte, die es jedoch auch in ihrem bereits durch Demokratieab-

bau reduzierten, mehrfach ruinierten Zustand keineswegs verdient hatte, einem Hitler ausgeliefert zu werden. Sie war eine Reform wert: den Gewinn und Wiedergewinn demokratischer Rechte ihrer Bürger, die Neubelebung einer verfassungsgerechten Arbeit des Reichstages und aller ihrer Parlamente, die Demokratisierung ihrer Justiz und vieles andere, aber keine Vernichtung. Das dramatische Ende der Weimarer Republik birgt eine Warnung. Hat diese sieben Jahrzehnte später noch aktuelle Bedeutung? Darauf werden zwei Antworten gegeben. Die verneinende lautet: Die Berliner Republik stehe auf sicherem Grund; kein Hitler klopfe an ihre Türen; Antifaschisten, die da warnen, wollten nur auf sich aufmerksam machen. Dagegen wird eingewendet, dass in der Gesellschaft der Bundesrepublik eine organisierte, breit gefächerte Gruppierung von Rechtsextremisten existiert, die ihre Anleihen offen oder versteckt bei der Hitler-Partei nehmen und sich geistig, politisch und manche auch durch ihr uniformiertes Äußere als Gegner demokratischer Zustände zu erkennen geben. Sie haben zwar keine Chance, an das Staatsruder zu gelangen. Doch sie vergiften das Leben in dieser Gesellschaft. Sie befeinden, überfallen, verletzen und töten Menschen – Einheimische wie Ausländer. Sie terrorisieren Anderslebende, Andersgläubige und Andersdenkende vor allem in Klein- und Mittelstädten, aber auch in manchen Wohngegenden größerer Städte. Sie führen insbesondere junge Menschen, beginnend mit noch Schulpflichtigen, auf Wege, auf denen deren Groß- und Urgroßväter zu ihrem eigenen Schaden in die Irre gingen.

Gegen diese Kräfte und Erscheinungen wurde von der Bundesregierung nach langer Unterschätzung und Untätigkeit vor nahezu drei Jahren zum „Aufstand der Anständigen“ gerufen. Eine Rechenschaftslegung über die Ergebnisse dieses Appells ist bei den letzten Bundestagswahlen nicht erfolgt. Trotz der Anstrengungen einer Minderheit von Bürgern ließ sich deren Mehrheit nicht mobilisieren. Bundes- und Landesregierungen schienen das Interesse an einer permanenten Förderung aller und insbesondere der aktivsten Gegenkräfte zunehmend zu verlieren. Die vor allem vom Bundesinnenministerium zu verantwortende Vorbereitung des Verbotsverfahrens gegen die sich Nationaldemokraten nennenden Verfassungsfeinde entwickelte sich zu einer politischen Tragikomödie. Die staatsoffizielle Lehre von den „zwei deutschen Diktaturen“, die deren Wesensgleichheit postuliert, begünstigt die Verharmlosung der Naziherrschaft. Gleichzeitig wird die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dadurch behindert, dass antifaschistische Ideale ignoriert oder diskreditiert, Bildungsangebote ausgehöhlt, Mittel für einschlägige Forschungen sowie für die Traditionspflege gekürzt, manche Erinnerungsstätten und -zeichen geschleift sowie nach Widerstandskämpfern benannte Straßen umgetauft werden. Das trägt zur Desorientierung eines wachsenden Teils der Jugendlichen bei. Meldungen über Denkmals- und Friedhofsschändungen und -zerstörungen häufen sich, werden aber wieder ins Kleingedruckte gerückt. Statistische Erhebungen ermittelten die Ausbreitung von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, werden jedoch registriert wie Wetterberichte. Dass es in anderen europäischen Staaten ähnliche und schlimmere Geschehnisse gibt, macht sie nicht weniger schwerwiegend. Sie ereignen sich in einem Lande, in dessen Geschichtsbuch die Namen von Auschwitz und vieler weiterer Mordstätten verzeichnet sind.

All das wäre in einer Demokratie unmöglich, deren maßgebende Politiker Interesse zeigten, die Bürger in die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten einzubeziehen, sie zum Mitdenken und Mithandeln herauszufordern, der Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit entgegenzuwirken. Indessen gibt es eine zunehmende Zahl von Entscheidungen, die dem Urteil der Bürger nicht mehr zugänglich sind. Diese sehen sich immer häufiger vor vollendete Tatsachen gestellt. Ihre Einsprüche und Proteste versanden. Die innenpolitische Entwicklung ist charakterisiert durch sich mehrende Eingriffe in Persönlichkeitsrechte der Bürger und durch deren Verwandlung in „gläserne Menschen“, die mit modernsten Mitteln ausgehorcht, beobachtet, auf verschiedene Weise ausgeforscht und so für die Herrschenden durchsichtig und manipulierbar gemacht werden. Die raffinierte Beeinflussung durch Massenmedien, gegen die keine Schule immunisiert, verbaut zunehmend die Voraussetzungen für eigenes Urteilen. Immer wieder wird an der Staatsspitze, sobald ein politisches, soziales oder ökologisches Alarmzeichen sichtbar wird, hinhaltend oder abwiegelnd reagiert.

Die sich Bürger so zurichten, sind keine Faschisten, sind aber auch keine Leute, die in der Tradition der Aufklärung stehen und jenen Zeichen folgen würden, welche die Republikaner am Ende des 18.

Jahrhunderts setzten. Wer hingegen Maßstäbe aus jenen Frühzeiten der bürgerlichen Gesellschaft akzeptiert, der sieht und spürt, dass wir uns auf einer abschüssigen Bahn und keineswegs in sicheren Verhältnissen befinden. Wer nur nach Braununiformierten Ausschau hält, verengt seinen Blick. Wer sich den marschierenden Nazis entgegenstellt, beweist Mut und handelt richtig. Wer allerdings seine Kräfte in dieser Konfrontation verbraucht, verliert die Fähigkeit, jenen antidemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken, die in den vom Kapital beherrschten Gesellschaften und Staaten chronisch sind.

Die deutsche sowie die weltpolitische Situation sind heute weniger übersichtlich, als sie das 1932 waren. Doch bilden sie kein unenthüllbares Geheimnis. Vor allem aber: Wir sind noch nicht an einem Punkt angekommen, an dem jene Entwicklung unaufhaltsam geworden wäre. Der 30. Januar 2003 sollte allen Demokraten Anlass sein, einen Moment innezuhalten und die Angemessenheit ihrer Vorstellungen, Programme und Aktionen zur Verteidigung und Mehrung der demokratischen und sozialen Rechte der Bürger zu prüfen. Und das müsste eine Minute schweigenden Gedenkens für alle einschließen, die – wo und wie auch immer – im Kampfe gegen den Faschismus ihr Leben ließen oder zu seinen wehrlosen Opfern wurden.

Die Erklärung wurde im Auftrag der Historischen Kommission vom Berliner Faschismusforscher Prof. Dr. Kurt Pätzold verfasst.

Neues Deutschland, Freitag, 10. Januar 2003, S. 14.

Deutsches Schweifen zum Wolgastrand

Zur Wolga und ihrem Strand haben die Deutschen massenhaft eine beständige Beziehung. Hergestellt wurde sie wohl zuerst vor mehr als 75 Jahren. Damals, 1927, wurde Franz Lehárs Operette „Der Zarewitsch“ uraufgeführt. Und wenn das Lied vom „Soldaten am Wolgastrand“ auch am Ende der nicht so goldenen Zwanziger kein Gassenhauer wurde, zu den alsbald favorisierten Melodien der Deutschen gehörte es, mochten sie an den Ufern des Rheins oder der Oder wohnen. Orchester, auch Kleingruppen von Musikanten in Kaffeehäusern, bemächtigten sich der Melodie ebenso, wie sie von Männern mit begnadeten Stimmen gesungen wurde: von Richard Tauber bis Fritz Wunderlich, um nur diese beiden vielgerühmten zu nennen.

Für eine nicht genau bestimmbare Zeit wurde es um das Lied still, Lehár, der 1948 starb, erlebte das noch. Wie es deutschen Soldaten im Winter 1942 auf 1943 am fernen Strom ergangen war, das ließ manche Textpassage nun lästerlich erscheinen. Sie hatten dort nicht aus „goldenem Käfig“ geklagt, sondern frierend, verlaust, erkrankt, verwundet, deprimiert in einem stählernen gesessen, angefertigt von mehreren sowjetischen Armeen. Die meisten Weggeschlossenen waren in ihm zu Grunde gegangen, ohne dass ihnen von „da oben“ eines der „viel Englein“ geschickt worden wäre.

Dabei lagen deutsche Feldpostkarten, die als Lebens- und Liebesgruß nach der Eroberung Stalingrads in die Heimat geschickt werden sollten, gedruckt und billig schon bereit. Sie zeigten einen Wehrmachtssoldaten vor breitem Strom und lieferten zur Auffrischung unverlässlicher Gedächtnisse dazu den Liedtext. Die Rarität, ungebraucht, also unversandt, können Sammler heutzutage für 4 Euro im einschlägigen Antiquariat erstehen. Der Preis zeigt, dass der Vorrat reichlich oder die Nachfrage so groß nicht ist.

Als die Niederlage bei Stalingrad rasch in Vergessenheit gebracht werden sollte, habe „der Führer“ angeordnet, dass das bei seinen Soldaten weiterhin beliebte Lied nur gesungen werden dürfe, wenn im Text der „Wolgastrand“ durch „Waldesrand“ ersetzt werde, erzählte Rudolf Augstein, sich wichtigmachend. Er, der spätere *Spiegel*-Herausgeber, habe das trutzig verweigert, sich als Truppenbetreuer darum nicht geschert und sich fest und widerstandswillig am Urtext festgehalten. Irgendwie war es mit der Beliebtheit dann aber doch zu Ende gegangen.

Erst Jahre später ist das Lied zu den Deutschen zurückgekehrt, wechselweise angekündigt als Soldaten- oder als Volkslied. Die es musizieren und singen, und das geschieht landauf und landab, werden in Theatern, Konzertsälen und Kirchen enthusiastisch gefeiert, berichten Feuilletonisten. So geschehen jüngst bei einer Aufführung des ganzen unsäglich kitschigen Singsangs in Rottal/Inn und nicht anders zu Weihnachten bei einem Konzert im Stadttheater Lahnstein und immer wieder, wenn die „Original Donkosaken“ – ein 1933 (horribile dictu: zu Stalins Zeiten) gegründeter Männerchor, freilich nicht in der ursprünglichen Besetzung – durch alte und neue Bundesländer tingeln, mit Vorliebe offenbar durch Bäder entlang der Seeküsten, womöglich wegen der Wassernähe.

Geradezu verwegen bemächtigte sich der Melodie und des Textes der aus der deutschen Anschluss-Vereinigung hervorgegangene Berliner Chor Rosa Cavalieri, der in einer gleichsam kabarettistischen Revue auf die Klage des einsamen Soldaten über sein vergessenes Dasein tatsächlich den Schlager „Ein Schiff wird kommen“ folgen ließ. Pietätlose, keinen Respekt vor deutscher Heldengeschichte zeigende linke Banditen demnach, Kommunisten wahrscheinlich, Schwule mit Sicherheit.

Was tröstet, solange man denen nicht kommen kann wie gehabt? Die unverlorene deutsche Art, wonach eine Sache gründlich und ehrenhaft angegangen wird, am besten um ihrer selbst willen. Das tat kürzlich der Kulturverein Simmering gemeinsam mit der dortigen Volkshochschule. Letztere nahm exakt in jenem Semester, da sich auf das Debakel der 6. Armee am Wolgastrand aus dem Abstand von 60 Jahre zurückblicken ließ, in ihr Programm einen Musikkurs mit dem Thema „75 Jahre Zarewitsch“ auf, der Teilnehmern Gelegenheit gibt, sich mit der Geschichte des „tragischen Liebespaares“ zu befassen. Den Auftakt gab eine Matinee bei volkstümlichem Eintrittspreis.

Ossietzky 2/2003.

Buch des Monats

Als der Erste Weltkrieg sich in die Länge zog und kein Gedanke mehr daran war, die Feinde rasch zu „versohlen“ und Weihnachten wieder zu Hause zu sein, bekamen die Herrschenden Lust auf Sündenböcke. Die Juden waren als solche bereits markiert. Nun also sollten sie es sein, die es an Einsatz fürs Vaterland fehlen ließen. Der preußische Kriegsminister ordnete, von den Ursachen des Kriegsverlaufs ablenkend, eine „Judenzählung“ in der Armee an, deren Ergebnisse nie veröffentlicht wurden.

Nach der Kapitulation wurden die Juden den „roten“ und seit ehedem „vaterlandslosen Gesellen“ an die Seite gerückt. Die Führer des deutschen Judentums reagierten darauf mit dem Nachweis, das von den etwa 96.000 jüdischen Bürgern, die in den Krieg gezogen waren, 12.000 Männer nicht überlebt hatten. Das war eine defensive Antwort, die sich jeder Charakteristik des Krieges verschloss und sich in jenes Verständnis einordnen ließ, das ihn als einen Akt der Vaterlandsverteidigung hinstellte.

Doch als die faschistische Diktatur errichtet wurde, begann das Kramen nach den „Drückebergern“ erst richtig. Die Frontsoldatenklausel im ersten antijüdischen Reichsgesetz vom 7. April 1933 sah für jüdische Schützengrabenkrieger eine weniger nachteilige Behandlung vor und bewirkte die Sonderung dieser Gruppe von anderen Kriegsteilnehmern. Der Aufschub des Hinauswurfs dauerte kaum zweieinhalb Jahre. Dann war die Klausel erledigt. Die Verherrlichung des Ersten Weltkrieges kam da erst auf volle Touren – Juden aber hatten an seinen Schlachten vorgeblich nicht teilgenommen.

Knapp wird im Klappentext der vorliegenden Sammlung jüdischer Feldpostbriefe gesagt, sie dokumentiere „den Dienst jüdischer Soldaten“ und deren Einsatz, der sich „durch nichts von ihren nichtjüdischen Soldaten unterschieden“ habe. Das liest sich im Jahre 2002 anders als ein Menschenalter zuvor und merkwürdig undistanziert. Ganz ähnlich fand es sich schon in einer Rede des Präsidenten des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, die er am 20. Juli 2001 in Berlin bei einer Rekrutenvereidigung gehalten hatte. Er sprach mit Bezug auf die jüdischen Soldaten im Ersten Weltkrieg vom „bedingungslosen Einsatz für ihr deutsches Vaterland“. Rührt heute nicht viel mehr an, dass diese Zehntausende erst zu Instrumenten eines deutsch-germanischen Weltherrschaftswahns gemacht, sodann aber selbst dessen Opfer wurden?

Versammelt sind in dem Zweibänder Texte, die Zöglinge eines Berliner jüdischen Waisenhauses an dessen Direktor Siegmund Feist richteten, als sie sich in Russland, Polen, Frankreich, Belgien, auf dem Balkan und in Ausbildungsstätten befanden. Gedruckt wurden aus der archivierten Sammlung von 754 Feldpostkarten und -briefen darüber hinaus Stücke von Erziehern, Verwandten und Bekannten des Anstaltsleiters, sofern sie ebenfalls Militärangehörige waren. Vermittelt wird ein breitgefächertes Bild vom Dasein, Denken und Hoffen vorwiegend junger Menschen. Die Mehrheit der Schreibenden gehörte zu den „einfachen Leuten“. In den Mitteilungen an den Direktor, an deren Ende nie Grüße an seine Frau vergessen wurden, finden sich Angaben über das Kriegsgeschehen, Eindrücke von den fremden Orten, Schilderungen des Drills, von langen Märschen und Transporten, vom Zusammenleben mit Kameraden, selten Urteile über Vorgesetzte. Jüdische Feldgottesdienste werden ebenso beschrieben wie die Unauffindbarkeit eines Rabbiners moniert. Einen besonderen Platz beanspruchen Informationen über die Verpflegung.

Keine Frage: Zwischen dem Mann und seinen Zöglingen bestand und erhielt sich ein besonderes Verhältnis. Er verwaltet Ersparnisse früherer Hausbewohner, sendet ihnen Zeitungen und „Rauchmaterial“. Sie schicken ihm besondere Briefmarken, Texte von Befehlen, einen aus Feindgeschossen gefertigten Leuchter. Ein Zögling, der berichtet, dass er seine Kameraden durch Vorträge unterhält, erbittet Stoff für Rezitationen. Eine Mischung von Respekt und Vertrautheit offenbart sich da. So und nicht anders würde sich eine analoge Briefsammlung aus einem christlichen Waisenhaus lesen.

Reflexionen über den Charakter des Krieges sind selten. Da schreibt einer nach der Erwähnung überwundener Strapazen: „... aber das tuen wir gern aus Liebe zu unserem geliebten Vaterlande. Siegen oder Sterben, das ist unsere Losung.“ Schicksalsergebenheit und Autoritätsglaube, womöglich auch etwas von der Heimerziehung, atmen Texte eines Zöglings, der über den schweren Dienst nicht klagt, denn „es muss ja auch sein, bei der schwierigen Aufgabe, welche unsere Herren Vorgesetzten haben“.

Ganz anders hingegen ein Musketier, der seine Einkleidung als Soldat mit den Worten kommentiert: „... und damit haben wir den Menschen abgelegt“. Zu diesem Zeitpunkt findet sich am häufigsten der Wunsch ausgedrückt, es möge dieser Krieg doch zu Ende gehen. Ein Grenadier schreibt im Sommer 1916 von der Westfront, es sei ihm „als Beteiligten“ unmöglich „von diesem Morden zu berichten“. Im Brief eines Metallarbeiters ist zu lesen: „Soldat zu spielen, daran ist mir gar nicht so viel gelegen“, aber er habe doch „hier keine Veranlassung zu Beschwerden“. Ein Landsturmmann, im Zivilleben Prokurist, schreibt im Juni 1917: „Ich glaube, manche Faktoren der Weltpolitik jetzt einigermaßen erkannt zu haben! Vor allerhand großen Umwälzungen gelangen wir wohl nicht zum Frieden.“ Da hatte die Februarrevolution den Zaren bereits vom Thron gestürzt. Und ein Einjährig-Freiwilliger schreibt am 23. April 1917: „Die russische Revolution hat mit starker Hand in das ganze Kriegsgetriebe eingegriffen. Und die Menschheit erfährt wieder einmal, dass die Macht der Idee oft eine stärkere Sprache spricht als die schwersten Waffen.“ Ein Zögling, der als Krankenwärter das Kriegselend sieht, schreibt im August 1918, selbst schwer erkrankt, aus einem Lazarett: „Je größer hier draußen das Elend ist und je länger der Völkermord dauert, desto mehr freuen sich daheim die Großkapitalisten und Kriegsgewinner.“

Solche Urteile, gar das offenherzige: in Zeitungen sei nur „müßiges Zwangsgeschwätz“ zu lesen, sind selten. Mehrfach wird, auf die Zensur anspielend, erwähnt, dass man sich näher nicht äußern wolle. Einer trug im Sommer 1918 derlei Bedenken nicht mehr: „Das gibt bei diesem Frieden ein Ende mit Schrecken ... Vorige Tage hat ein ganzes Regiment ‚partie‘ (d. h. Fahnenflucht; K. P.) gemacht.“

So gibt die Sammlung doch ein eindrucksvolles, wenn auch nicht repräsentatives Bild von Stimmungen im Heer und von deren Wandel. Es erschließt sich nicht leicht. Die Briefe wurden nicht chronologisch, sondern nach den Namen der Absender geordnet. Deren Biographien sind weitläufig recherchiert worden. Sie schließen wieder und wieder mit Angaben wie: „mit dem 35. Transport nach Auschwitz deportiert“. Aber auch: „1955 in Haifa verstorben“ und „starb 1975 in den USA“. Den sorgsam editierten und großzügig gestalteten Bänden wurden Aufsätze zur Geschichte des Waisenhauses und über das Leben seines Direktors vorangestellt.

Sabine Hauk/Hermann Simon: Feldpostbriefe jüdischer Soldaten 1914-1918. Hentrich & Hentrich, Teetz 2002, 2 Bd., 735 Seiten, 46,00 Euro.

Konkret, 2003, Heft 1, S. 51.

Botschaft mit Klischees

Berlin 1945 – Das Ende, von Antony Beevor erinnert

Eine begonnene Karriere in der britischen Armee beendend, verlegte sich Anthony Beevor zunächst auf das Schreiben von Romanen, fand dann aber seinen Platz als Militärschriftsteller. Inzwischen sind ihm verschiedenste Ehrungen zuteilgeworden. Sein 1998 in London erschienener Band über die Stalingrader Schlacht, dem Darstellungen der Kämpfe um Kreta und des Jahres 1944 in Frankreich vorausgingen, machte ihn – das Buch wurde in 19 Sprachen übersetzt – weltweit bekannt. Beevors Stärke besteht in der Sammlung des geschichtlichen Materials, wofür er weite Wege geht. Er forschte in Archiven Russlands, Deutschlands, der USA und Schwedens, befragte letzte Zeitzeugen, vertiefte sich in Nachlässe, nutzte Memoiren und Tagebücher. Seine Publikationen sind Frucht von Bienenfleiß und einem Gespür dafür, was andere Geschichtsschreiber vernachlässigten oder unbeachtet ließen.

Dabei richtet sich sein Interesse erkennbar darauf, den Alltag des Krieges zu erfassen, den der Soldaten wie der Zivilisten. Dessen Plagen, Leiden und mehr noch: dessen Entsetzlichkeit und Grausamkeit stehen im Zentrum seiner Schilderungen. Sie erwecken dem Leser mitunter den Eindruck, er befände sich inmitten des Geschehens und lassen ihm zugleich die Genugtuung, dass er alledem als ein Nachgeborener entgangen ist. „Nie wieder“, mahnt Beevor.

Wer sich durch das halbe hundert Seiten gearbeitet hat, mag meinen, nun wisse er alles. Doch von dem Woher, Wodurch und Warum dieses Krieges und seiner Endphase hat er wenig bis nichts erfahren. Im letzten Absatz des Buches liest er, dass es „Hitlers wahnsinnige Eitelkeit“ gewesen ist, die das „sinnlose Gemetzel“ verursachte. Fragen wie die nach deutschen Plänen für die Nachkriegszeit und deren Folgen für Länge und Verlauf der Endphase, namentlich gehegt in Kreisen des großen Kapitals, mit denen sich die Geschichtswissenschaft gründlich beschäftigte, ignoriert der Autor. Seine Differenzierung der deutschen „Volksgemeinschaft“ endet bei der Unterscheidung zwischen jenen, die ein Auto besaßen, um vor den sich herankämpfenden sowjetischen Armeen zu fliehen, und der Masse derer, die sich auf Fußmärschen dahinschleppten, in Güterwagen erfroren oder irgendwo von der Front eingeholt wurden. Um diese Handlungsachse ist die Darstellung gruppiert. Und kein Gedanke an die Frage, wie der Einzug der sowjetischen Armeen in das Reichsgebiet nach rechtzeitiger Kapitulation erfolgt sein würde.

Beevors Vorliebe für das Grausige verbindet sich mehrfach mit Klischees aus der Literatur des Kalten Krieges, etwa aus Romanen des Konsalik und den Landserheften. Jedoch wird ausgewählt. Die Befreiung des KZ Ravensbrück durch die zweite Belorussische Armee ist ihm einen Satz wert, (nach dem man im Register nicht suchen muss, es ist unvollständig). Die „meisten sowjetischen Kommandeure“ waren „vierschrötig, stiernackig und kahlköpfig“, eine Aussage, die bezeugt, dass Beevor das Foto, das Stalin und die Heerführer nach Kriegsende in demonstrativer Gemeinschaft zeigt, nie ansah. Marschall Konew besaß „böse Augen“, hat der Verfasser bei Berijas Sohn gelesen, und also war es so. Quellenkritik gehört, ungeachtet Details betreffender Fragezeichen, zu den Fehlstellen. Guderians Erinnerungen sind wie Ergüsse reinsten Wahrheitsstrebens zitiert. Ohne Herkunftsvermerk werden „Tatsachen“ berichtet wie das Heranrollen deutscher Panzer vom Typ „Tiger“, die „selbst von SS-Frauen in schwarzen Uniformen gesteuert wurden“, oder das plötzliche Auftauchen von zwei „SS-Frauen“, die deutsche Männer mit Pistolen und dem Ruf „Stürmt, ihr Feiglinge“ in den Kampf zurückgetrieben hätten. „Zwei faschistische Flintenweiber“ nennt sie der Autor, von dem man sich beim Lesen solcher Stellen wünscht, er wäre bei seiner ursprünglichen Karriere geblieben und hätte Unterhaltungen in einem Offizierskasino bestritten.

Antony Beevor: Berlin 1945, Das Ende. Aus dem Engl. v. Frank Wolf. C. Bertelsmann, München 2002. 544 S., geb., 26 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 24. Januar 2003, S. 13.

Der historische Platz des Faschismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts

Einleitendes Referat auf der Konferenz in Jena im Januar 2003 anlässlich des 70. Jahrestages der Errichtung der faschistischen Diktatur

„... wo unser Ort im Hinblick auf die Vergangenheit ist, welche Beziehungen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bestehen, das sind nicht nur Fragen von höchstem Interesse für alle, sie sind schlechterdings unerlässlich.“[1] Dieser Satz stammt aus einem Vortrag, den Eric Hobsbawm 1984 an der University of California in Davis aus Anlass des 75jährigen Bestehens der Universität hielt. Sein Thema lautete: „Was kann uns die Geschichte über die gegenwärtige Gesellschaft sagen“. Das ist eine erkennbar andere Fragestellung als jene, die in deutscher Gegenwart ständig nachmisst, wie weit wir uns aus den Zeiten des Faschismus fortgearbeitet haben, und das Bandmaß alsbald zufrieden wieder beiseitelegt.

Hobsbawms Fragestellung für die Jahre des Faschismus aufnehmen, heißt auch, sich auf ein Wagnis einlassen. Selbstredend hätte diese Konferenz ebenso und mit Nutzen mit einem bilanzierenden Referat über die Historiographie eröffnet werden können, deren Gegenstand der Geschichtsabschnitt bildet, der uns hier heute und morgen beschäftigen wird. Doch besitzt die getroffene Wahl auch einen außerwissenschaftlichen Grund: Unter den vielen Konferenzen, die uns zur Vorgeschichte und Geschichte namentlich des deutschen Faschismus hier in Jena zusammengeführt haben, ist das die erste, die in einem Moment stattfindet, in dem uns – nun schon seit Wochen und Monaten – ein Krieg angekündigt ist, der unter Führung der USA gegen den Irak stattfinden soll, wahrscheinlich so oder so mit deutscher Beteiligung, ein Krieg gegen ein Land, in das „nach Barbarossa“ auch die Soldaten der deutschen Wehrmacht noch vordringen wollten, auf dem Wege nach Indien, und das sich schon die deutschen Machthaber zum Verbündeten und Untertan zu machen gedachten. Das konnte und sollte für den Auftakt unserer Arbeit nicht unbedacht bleiben.

I.

Die Bestimmung des historischen Platzes des deutschen Faschismus wäre wohl nicht nur mir fünf Jahre nach dem Ende des Nazi-Regimes in einem Seminar an der Friedrich-Schiller-Universität, geleitet von Hugo Preller, – der unternahm solche Abenteuer –, leichter gefallen als nun und aus dem Abstand von mehr als einem halben Jahrhundert. Die Definition, die auf dem XIII. Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933 gegeben worden war, markierte die faschistischen Diktaturen als Ausgeburten der imperialistischen Phase des Kapitalismus. Und diese wiederum hatte Lenin als die Epoche des Verfaulens und Absterbens des Kapitalismus gekennzeichnet. Das ergab – gleichsam zusammengenommen –, dass der Faschismus uns als ein politischer, in einigen wenigen Ländern Staat gewordener später Auswurf einer Gesellschaftsordnung galt, die auf dem Totenbett lag. Ja, der Faschismus wurde als der Beweis für deren Sterbenskrankheit schlechthin angesehen. Uns schien gewiss, dass diese soziale Formation, von unbedeutenden und zu vernachlässigenden Resten abgesehen, das 20. Jahrhundert nicht überstehen werde.

Inzwischen erlebten wir, dass diese Prognose ein gewaltiger Irrtum war. Nur etwa ein Jahrfünft verging nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und es begann – von uns nicht wahrgenommen, abgestritten und später verdrängt – „eine Zeit des Triumphs für einen reformierten und restaurierten liberalen Kapitalismus“, zumindest in dessen Kernländern.[2] Die Macht des Kapitals scheint nun beim Eintritt in das 21. Jahrhundert neu befestigt zu sein und ganz ungefährdet zu existieren.

Ob das richtig ist, sei dahingestellt. Aber: Unser einstiges Geschichtsbild hat sich als ein Wunsch- und Trugbild erwiesen, ein Befund, an dem sich nichts ändert, wenn ihm hinzugefügt wird, dass es auch durch nicht nur uns irritierende Faktoren hervorgerufen worden war. Wir befanden uns an einem anderen weltgeschichtlichen Ort und – zuvor – die neuartigen Regime, die in den zwanziger und

---

1 Eric Hobsbawm, Wieviel Geschichte braucht die Zukunft, München 1998, S. 42.

2 Barbarei eine Gebrauchsanleitung. In: Eric Hobsbawm, Wieviel Geschichte braucht die Zukunft, München 1998, S. 325.

dreißiger Jahren in Deutschland und Italien entstanden und 1943 bzw. 1945 militärisch zur Strecke gebracht worden waren, demnach auch. An welchem aber? Die Schwierigkeit, die es mit der Beantwortung dieser Frage hat, ergibt sich zunächst aus der Tatsache, dass die Zustände, die heute weite Teile des Erdballs prägen, wissenschaftlich nicht auf den Begriff gebracht sind. Das vermeint nur, wer sich mit Kennzeichnungen wie moderne, postindustrielle, postmoderne, Informations-, Konsumgesellschaft und dergleichen zufriedengibt oder abspeisen lässt.[3] Dass es sich um kapitalistische Verhältnisse handelt, kann ernsthaft nicht bestritten werden. Dass sich in ihnen permanent imperialistische Bestrebungen geltend machen, identische und andere als zu Zeiten der gegeneinander geführten Kriege europäischer Großmächte um Einflussgebiete und -sphären, liegt ebenfalls zutage. Doch existieren erhebliche Schwierigkeiten, das jetzt von dem davor exakt abzugrenzen.

Wie stets in der Geschichte lassen sich auch in der Entwicklung der letzten 100 Jahre Kontinuitätslinien und Bruchstellen erkennen. Die heute immer wieder angestellten Vergleiche zwischen Ereignissen und Personen, die in die Vorgeschichte und zur Geschichte des Faschismus gehören, und zeitgenössischen Entwicklungen und Politikern geben zumeist politische Knüppel her, sie sind in der Regel schief, manchmal auch einfach dämlich, aber sie bilden keine reinen Produkte der Phantasie. Sie weisen – richtig oder falsch – darauf hin, dass sich „etwas“ erhalten hat und dass ideologische Elemente und politische Praktiken, die auch zum Arsenal der Faschisten gehörten, nicht vollkommen ungebräuchlich geworden sind.

II.

Was wir, in einem Lande lebend, in dem der Faschismus in seiner barbarischsten Form entstanden war, kaum würdigten, was uns selten zu Fragen veranlasste, ist die Tatsache, dass – aus weltgeschichtlicher Perspektive gesehen – faschistischen Bewegungen sich nur in einem relativ kleinen Gebiet des Erdballs herausbildeten. In entwickelten kapitalistischen Staaten gelangten diese Bewegungen nur zweimal an die Macht, wobei hinter dem Entwicklungsgrad Italiens, wo sich der Faschismus zuerst durchsetzte, obendrein ein Fragezeichen zu machen war, das zeitgenössische deutsche Politiker und Theoretiker zur irrigen Annahme verleitete, Deutschland könne „kein Italien“ werden.

Die anderen faschistischen Regime etablierten sich mit deutscher und italienischer Hilfe, das spanische, später das slowakische, dann das kroatische und schließlich das ganz kurzlebige ungarische. Daneben existierten Diktaturen, die als halbfaschistisch oder autoritär bezeichnet wurden. Diese auf dem alten Kontinent in großer Zahl. In Frankreich hingegen konnte die faschistische Gefahr 1934 im Keim erstickt werden. In Großbritannien, in den Niederlanden, in Belgien und den nordeuropäischen Staaten besaßen faschistische Bewegungen zu keinem Zeitpunkt eine Chance, die parlamentarisch-demokratischen Systeme, sie alle noch in monarchischer Verkleidung, auszuhebeln. Ließe sich nicht fragen, ob die Entstehung der beiden originär faschistischen Staaten so etwas wie ein Zufallsspiel in der europäischen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewesen war? Gewiss: Keine bloße Laune der Geschichte, aber doch ein Moment, zu dem der Ablauf der Weltgeschichte nicht notwendig hinführen, eine Station, die sie nicht unvermeidlich passieren und an der sie nicht halten musste.

Der Gedanke ist historischen Materialisten nicht so fremd. Als gesetzmäßig hat uns der Sieg des Faschismus in Deutschland ja nie gegolten. Wir haben den 30. Januar 1933 als vermeidbar angesehen, diese Aussage aber womöglich zu eng nur an die Aktionen der Arbeiterbewegung und namentlich an

---

[3] In einer jüngst vorgenommenen Zusammenstellung fanden sich die folgenden Bezeichnungen: mobile, Vollgas-, offene, formierte, postindustrielle, postmoderne, postsäkulare, demokratische, humane, deformierte, multiethnische, funktional differenzierte Gesellschaft und weiter die Chancen-, Wir-, Verantwortungs-, Einboot-, Parallel-, Aufstiegs-, Kommunikations-, Bildungs-, Wissens-, Kultur-, Erwerbs-, Tätigkeits-, Arbeits-, Arbeitstätigkeits-, Industrie-, Fürsorge-, Wattebausch-, Risiko-, Leistungs-, Hochleistungs-, High-Tech-, Multioptions-, Globalisierungs-, komplexe Welt-, Werbe-, Konsum-, Wegwerf-, Überfluss-, Anspruchs-, Erlebnis-, Ereignis-, totale Erlebnis-, Event-, Spaß-, Fun-, Sensations-, Überdruss-, Single-, Bürger-, Zivil-, Zweidrittel-, Zweiklassen-, Kontroll-, Disziplinar-, als Vision auch die biopolitisch beruhigte Klassengesellschaft und als verloren die aufgeklärte Moralgesellschaft. Jürgen Roth, Die Bindestrich-Gesellschaft. In: Neues Deutschland, 28./29. Dezember 2002.

das Verhältnis ihrer beiden großen Parteien, der Sozialdemokraten und der Kommunisten, zueinander gebunden. Eine denkbare Verhinderung des Schrittes der Nationalsozialisten von der politischen Bewegung an die Staatsmacht – wie würde da der Rückblick in die europäische Geschichte der dreißiger Jahre aussehen? Die ursprüngliche faschistische Macht, die italienische, hätte aufgrund der Begrenztheit ihrer wirtschaftlichen Kräfte, ihrer demographischen Basis, auch wegen ihrer geographisch-politischen Lage auf sich gestellt den Kontinent niemals in einem Zweiten Weltkrieg zu stürzen vermocht.

Daraus folgt: Die Stellung des Faschismus in der europäischen Geschichte des zurückliegenden Jahrhunderts ist ganz eindeutig eine Folge des Sieges der Hitlerleute und des Weges dieser Führungsgruppe an die Spitze eines Staatswesens, das zu den führenden Wirtschaftsmächten der Welt gehörte, an die Spitze eines Volkes von zunächst 65, dann nahezu 80 Millionen Menschen mit einem mobilisierbaren Potential von schließlich etwa 18 Millionen Soldaten und in einer geographischen Position, die Landkriege mit modernster Maschinerie nach Osten wie nach Westen ermöglichte. Ohne diesen Sieg im Zentrum des Kontinents wäre der Faschismus Episode geblieben, über die in Geschichtsbüchern außerhalb Italiens wenig zu sagen gewesen wäre.

Also lautet die Frage: Warum in Deutschland? Welche geschichtliche Situation, welche Entwicklung mündete in den 30. Januar und dessen Folgen aus? Das Material, das uns die Beantwortung dieser Frage ermöglicht, ist bekannt. Neues werde ich da nicht hinzufügen. Aber seine Elemente sind womöglich neu zu ordnen, anders zu gewichten, als wir es gewohnt waren.

III.

Zunächst und zuvörderst: Der Faschismus wurde in einer von mächtigen sozialen und nationalen Bewegungen erschütterten Zeit als eine gegenrevolutionäre Bewegung geboren, als solche wuchs er heran. Die aus ihr hervorgegangenen Regime waren ihrem tiefsten Wesen nach gegenrevolutionär und zwar nicht nur im Blick auf das Jahr 1917/1918, sondern auch in Hinsicht auf 1789. Wann immer sie sich als revolutionär ausgaben oder von anderen so dargestellt wurden (letzteres geschieht bis heute), handelte es sich um Schaum und Gischt, um Begriffsmüll, bei dem wir uns nicht aufzuhalten haben. Die Hauptkennzeichen dieser Zeit waren: das Ende des Zarenreiches, die Zerstörung der Habsburger Monarchie, der Zerfall des Osmanischen Reiches und die Entstehung der neuen Türkei, Revolutionen in Berlin und Wien und Budapest, in den Hauptstädten der geschlagenen Mächte, aber auch das bedrohliche Rumoren in Staaten, die zu den Siegermächten des Ersten Weltkrieges zählten, vor allem in Italien. Wie weit muss man in der Geschichte Europas zurückdenken, um Vergleichbares an Umwälzungen und Veränderungen aufzufinden. Hier ist nur von diesem „alten“ Kontinent die Rede, aber die Weltgeschichte verlief damals noch und schon seit mehreren Jahrhunderten europazentristisch.

Von alledem war der Sieg der Bolschewiki das Wichtigste. Die herrschenden Kreise in Deutschland kamen glimpflich davon, aber sie hatten doch – wie vordem ihresgleichen in Italien – in den Abgrund ihres sozialen und politischen Untergangs geblickt. Manchen ihrer Angehörigen war jede politische Macht genommen, einigen gar nur Flucht ins Exil geblieben. Regierende Häupter, bislang als von Gottesgnaden verehrt, büßten dauernd oder zeitweilig das Verfügungsrecht über erhebliche Teile ihres Eigentums ein. Solche Vorgänge verändern die Mentalität einer Klasse oder Schicht nachhaltig, ihre Wirkungen halten nicht nur vor, bis der nächste sichere Hafen erreicht ist.

Wir waren früher womöglich bei unseren Betrachtungen zu rasch bei der relativen Stabilisierung des Kapitalismus angekommen, bezogen uns zu stark darauf, dass auch unter den Bedingungen von erneuten Erschütterungen durch die Weltwirtschaftskrise 1929 ff. keine die Bourgeois-Herrschaft gefährdende Situation mehr eintrat und taten die nach 1945 erfolgten entschuldigenden Berufungen derjenigen, die Hitler zum Kanzler gemacht hatten, auf ihre Revolutionsfurcht ungerechterweise als bloße Ausflüchte ab. Auch wenn Thyssen, Flick, Stauß und die anderen Wirtschaftsführer, anders als Hitler, nicht ständig beteuerten, dass es in der deutschen Geschichte nach dem des Jahres 1918 keinen zweiten 9. November mehr geben werde, die Beschwörung des NSDAP-Führers waren ihnen allen doch aus dem Herzen gesprochen.

Es gibt, wie es mir vorkommt, übrigens ein untrügliches Indiz dieser Revolutionsfurcht: das geile Interesse eben dieser Wirtschaftsführer definitiv zu wissen, ob es sich nicht auch bei diesen Hitler, Strasser und Goebbels nur um Sozialrevolutionäre mit anderer, brauner Kappe handele. Und dazu gehört die ausnahmsweise aufrichtige Antwort der zu Unrecht Verdächtigten: Sie wären gerade das nicht. Kurzum: Die allgemeinste Bedingung für den Aufstieg des Faschismus in Deutschland und seinen Einstieg in die Staatsmacht war das verbreitete Bedürfnis der Oberschichten der Gesellschaft nach dauerhafter Stabilisierung der Kapitalmacht, die nach innen wie nach außen neue Bewegungsfreiheit schaffen sollte.

Hier sei eingeschoben: Gerade Marxisten haben sich mit der Herstellung des Zusammenhangs von bolschewistischer Revolution und erstarkender internationaler Arbeiterbewegung einerseits und faschistischer Gegenrevolution andererseits zumindest zeitweise schwergetan. Geschichtsbilder, wie sie Ernst Nolte verbreitete, befestigten eine geistig starre Abwehrhaltung zusätzlich. In Wahrheit bedeutet diese Beziehung aber doch nicht, dass der Hitler dem Lenin, der Holocaust den Bolschewiki angelastet werden könnten. Denn Aufschwung und Sieg revolutionärer Bestrebungen determinierten die Reaktionen ihrer Gegner keineswegs.

Die Antwort der Bedrohten oder sich auch nur bedroht Fühlenden, das macht hier keinen Unterschied, war nicht nur über und mit Hitler möglich. Dass sie so erfolgte, die Naziführer schließlich keine konkurrierende Lösung und deren Verfechter mehr zu fürchten brauchten, hing auch mit den geistigen und praktisch-politischen Fähigkeiten von bürgerlichen Politikern bzw. Politikergruppen zusammen, die strikt oder halbherzig Gegenspieler der Faschisten waren. Der jüngst wieder in die Diskussion geratene wirtschaftspolitische Kurs Heinrich Brünings war auch bei strikter Wahrung der Kapitalinteressen keineswegs der einzig mögliche. Erst dieser Kurs und seine sture Beibehaltung, davon wird noch zu sprechen sein, ließ die kritische Masse entstehen, die – um im Bilde zu bleiben – zur „nationalsozialistischen Explosion“ führte.

Auf die subjektive Seite der historischen Analyse gehört auch das hochgradige politische Talent des fanatischen Revolutionsfeindes Hitlers. Ein Führer an der Spitze dieser Partei, weniger hoch herausgestellt und also in den eigenen Reihen stärker angreifbar, in geringerem Maße lernfähig, weniger zögernd in seinen Entscheidungen, solange sich nicht eine gewisse Übersichtlichkeit der Situation erkennen ließ – und die ganze „Bewegung“ hätte unter dem Eindruck jenes Gemisches von skandalösen Erfolgen und enttäuschten Hoffnungen, von Siegen und Fehlschlägen ins Schleudern geraten können, noch und gerade im zweiten Halbjahr 1932.

Doch die Betätigung des politischen Talents Hitlers besaß eine Voraussetzung: Es musste in der Gesellschaft Raum für einen Mann dieses Typs sein[4], d. h. ein Bedürfnis nach einem „Erlöser“, „Befreier“, einer Art „Wundertäter“ existieren. Und: die Männer, es handelte sich damals ja ausschließlich um Männer, die bisher die Staatsgeschäfte leiteten, mussten diesem einen gegenüber als unfähig und abgewirtschaftet angesehen werden, eben reif zum Abtreten und zwar in einem geschichtlichen Sinne. Dieser Raum entstand nicht nur als Folge der richtigen oder falschen Bewertung von Politikern, einzelnen oder Gruppen, die zur traditionellen politischen Elite gehörten. Er entstand erst dadurch, dass sie als Urheber, Repräsentanten und Verteidiger eines zu vernichtenden „Systems“ galten, mit dem auch sie abgeschafft werden müssten. Sie gehörten, wie Wahlplakate zeigten, als Kehricht auf den Müllhaufen der Geschichte. Die Nationalsozialisten waren mit ihrer Agitation gegen das „System“, sich als seine radikalsten Gegner aufführend, am erfolgreichsten und konnten sich auch später noch vor dem Hintergrund der verächtlich gemachten „Systemzeit“ glänzend darstellen.

Der Platz für Führer, und ebenso der für Hitler, entstand auch mit dem Bedürfnis äußerster Konzentration von Entscheidungen, letztlich von Macht. In der Weimarer Republik breitete sich eine Stimmung aus, der die existierenden Regierungsverfahren als ineffektiv und schädigend auch deswegen gelten, weil sie zu vielen erlauben würden, in die Politik hinein zu reden. Träger solcher Stimmung waren nicht nur die bedrängten „kleinen Leute“, sondern gerade Wirtschaftsführer, die in ihren Fi-

---

[4] S. dazu auch die Bemerkung bei Wolfgang Ruge, Hitler und Stalin im Vergleich. In: 30. Januar 1933 – Kontinuitäten und Brüche. Teil I, hrsg. Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V., o. J., S. 21.

nanz- oder Industriebetrieben mit derlei auf eine Person zugeschnittenen Verfahren ja operierten und die es nach der Unabhängigkeit und Selbstherrlichkeit gelüstete, die sie in der Monarchie genossen hatten. Hitlers zielte in seiner Rede vor Industriellen in Düsseldorf im Januar 1932 gerade auf diese Wünsche. Natürlich besitzt eine solche Stimmung zu allen Zeiten selbst eine weitere Voraussetzung in der Vorstellung, dass große Männer große Geschichte zu machen vermögen, wenn sie unabhängig sind und nur ihrem Genius zu folgen vermögen.

IV.

Der Faschismus war der Auswurf eines Völkerkrieges ohne Beispiel, der später die Bezeichnung Erster Weltkrieg erhielt. Als die Völker in ihn hineingetrieben wurden, wussten sie noch weniger als 25 Jahre später, was ihnen bevorstand. Vor ihren Augen befanden sich die trügerischen Bilder der Feldzüge von 1870/71 und der Balkankriege. Dann kamen Verdun und Ypern, die Schlachten in Galizien und am Isonzo und im Skagerrak und die Millionen Toten. Von da führte eine Spur in die europäische Geschichte, die sich zunächst in der Innenpolitik mehrerer Staaten verfolgen lässt. Welches Aufsehen 1913 um die Zabern-Affäre, in deren Verlauf es doch keine Toten gab! Und kaum sechs Jahre später: Welche Gleichgültigkeit gegenüber den mörderischen Methoden, mit denen das Militär, nun die „republikanische“ Reichswehr, „Ordnung“ schuf! Die Faschisten traten überall als diejenigen hervor, die solche Gewalt nicht nur rechtfertigten und selbst praktizierten. Sie verherrlichen sie bis zum Mord in Gedichten und Liedern, in Reden und Parolen. Undenkbar, dass eine Partei dieses Typs in der deutschen Vorkriegsgesellschaft angenommen worden wäre, wenngleich es Gewaltverherrlichung – als ideologische Strömung – freilich in ihr schon gab (mehr im Hinblick auf die Außen- denn auf die Innenpolitik), worin sich Vorläuferschaft hin zum Faschismus unschwer ausmachen lässt.

Doch die Hauptspur, die sich aus Weltkriegsjahren in die Republik zog, war das sofort einsetzende Nachdenken über eine denkbare Wiederaufnahme des Krieges in neuer totaler Dimension. Sie gerann den einen, den weniger Einflussreichen, zu Bekenntnis und Aktion gegen einen künftigen Krieg, den anderen, ungleich Einflussstärkeren, in Projekte, die sichere Aussicht bieten sollten, das Ergebnis von 1918/19 zu korrigieren – durch das Aufgebot einer mächtigen, geschichtlich beispiellosen Militärkraft, mit an Zahl und Qualität überlegener Bewaffnung, mit einem kriegsentschlossenen und früh kriegsgedrillten Volk, mit der vorteilhaftesten Bündnissituation, bei richtiger Auswahl des Zeitpunktes des Kriegsbeginns und durch drakonische Bekämpfung aller Kriegsgegner schon vor dem ersten Schuss.

Hier flossen das öffentlich einbekannte revanchelüsterne Denken der Faschistenführer in Deutschland und das mehr oder weniger geheime Planen der „überparteilichen“ Militärs in der Reichswehr zusammen. Die tiefe Verwandtschaft war im Einzelnen noch gar nicht festgestellt, wurde aber doch erspürt und an der Wende von den zwanziger zu den dreißiger Jahren dann auch bei geheim gehaltenen Kontakten festgestellt. Der 30. Januar 1933 ist unvorstellbar, würde die Spitze der Reichswehr, der Hindenburg als ihr verfassungsgemäßer oberster Befehlshaber ja wohl zuzuzählen ist, auch nur entfernt den Eindruck gehabt haben, dieser Hitler könnte ihr die Pläne verderben. Die Besprechung des 3. Februar 1933 bestätigte die Übereinstimmung nur und regelte die Rollenverteilung im Vor-Krieg.

Der Faschismus setzte auf eine gewalttätige Außenpolitik von Anfang an, mobilisierte die im Krieg 1914-1918 vollends verhunzten nationalen Gefühle neu, mischte sie mit Rassismus und Antisemitismus. Staatliches System geworden, tarnte er sich friedfertig, ging aber vom ersten Tage seiner Diktatur auf Eroberungskrieg mit Zielen aus, die jene des Kaiserreiches aufnahmen, modifizierten und, soweit das noch ging, vollends ins Größenwahnsinnige transponierten. Es erscheint fraglich, ob der Faschismus ohne diese spezifische Nachkriegssituation und jene Kräfte, denen der Weltkrieg nur als unterbrochen galt, der Entwicklung Italiens und vor allem Deutschlands Inhalt und Ziel je hätte vorgeben und aufprägen können. Millionen und nicht nur Hunderttausende in den Eliten glaubten hier wie dort, dass außenpolitisch Forderungen erhoben und in einem gemeinen Interesse durchgesetzt werden müssten. In beiden Staaten geisterten Vorstellung von verwehrter, aber zu erlangender nationaler Größe. Für die Anwerbung der Gefolgschaft und ihre feste Bindung bedeutete das viel.

Der Faschismus, und darauf kommt es mit dem Blick auf seine Platzierung im 20. Jahrhundert an, gehört einem Zeitraum an, da Führungsgruppen europäischer Staaten noch fest glaubten, ihre ökono-

misch und machtpolitisch geprägten Gegensätze ließen sich auch auf dem Wege von Kriegen austragen. Ideen zum Zusammenschluss aller kapitalistischen Staaten des Kontinents waren schon geboren und wurden – aber eben nur marginal – verfolgt. Auch existierte bereits ein europäisch zentrierter Zusammenschluss von Staaten in Gestalt des Völkerbundes, aber die Geschichte seines Unvermögens steht für das Desinteresse der Regierungen an einer – Krieg ausschließenden – Außenpolitik. Wer Krieg vermeiden wollte, setzte auf abschreckende Drohung aus eigenen Kräften und – besser noch – durch die Schaffung von Militärbündnissen. Diese Denkweise in den zivilen und militärischen Führungsschichten namentlich in London und Paris und ebenso, gewiss weniger wichtig, in Hauptstädten kleinerer europäischer Staaten bildete auch eine Bedingung für den Aufstieg des Faschismus, namentlich in Deutschland.

Der gehört in eine Zeit, in der die Regierungen europäischer Großmächte glaubten (oder noch glauben konnten), es ließe sich einer militärisch besiegten Macht dauerhaft ein minderer Platz in der Hierarchie der Mächte zudiktieren. Das betrifft das Zustandekommen und die Geschichte des Versailler Friedensdiktats und das sture Festhalten an seiner Ausführung. Hingegen hätte ein rechtzeitig vorgenommener Abbau der wirtschaftlich, politisch und ideologisch folgenreichen Bestimmungen des Vertrages von 1919 die Chancen der „Nationalsozialisten“, die sich als die entschlossensten Gegner auch dieses „Systems“ ausgaben, fraglos verschlechtert. Das jeder effektvolle Schritt in diese Richtung unterblieb, gab denen, die Hitler in die Wilhelmstraße verhalfen, gewiss kein Recht, sich nach dem Mai 1945 auf die internationale Nachkriegskonstellation herauszureden.

V.

Der Aufstieg des Faschismus gehört einer Entwicklungsetappe in der Geschichte der damals fortgeschrittenen kapitalistischen Industriestaaten an, in welcher der hohe Grad der erreichten Produktivität es doch nicht erlaubte, in wirtschaftlichen Krisenzeiten die *Verelendung von Millionen* beträchtlich zu bremsen und Massen von Menschen auf diese Weise politisch ruhig zu stellen. (Das bedeutet nicht, dass die Regierung des Reichskanzlers Heinrich Brüning bei ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen ohne Alternative gewesen sei.) Der Durchbruch des Faschismus zur Staatsmacht ist ohne das Elend der Weltwirtschaftskrise, ohne die exakt nicht feststellbare Millionenzahl der Erwerbslosen, ohne die massenhaft zerstörten oder in ihrer Existenz gefährdeten ländlichen und städtischen Kleinbetriebe, ohne die grassierenden Lebensängste, ohne die düsteren Zukunftsaussichten, ohne Hungernde, Frierende, Obdachlose nicht denkbar. Vor dem aktuellen Hintergrund heutiger Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik von offiziell über 4,2 Millionen, das sind in absoluten Zahlen doch etwa zwei Drittel der am Ende der Weimarer Republik offiziell erfassten (bei allerdings einer erheblichen Differenz in der Bevölkerungszahl), mag es zusätzlich schwer geworden sein, sich das Leben in Krisendeutschland 1929/30 bis 1932/33 vorzustellen. Diese Arbeitslosigkeit, so zerstörerisch die gegenwärtige wirkt und so wenig sich jeder human und solidarisch denkende Mensch mit ihr abfinden kann, besaß eine eigene, von der aktuellen Arbeitslosigkeit deutlich unterscheidbare Qualität. Sie stürzte insbesondere in Großstädten, und da konzentrierte sie sich, Hunderttausende in bitterste Not. Extrem unterernährt, im Winter in schlecht oder unbeheizten Behausungen lebend – man denke allein an die Zahl der Kellerwohnungen in Städten wie Berlin –, verwandelte sich ihr Leben in eine permanent nur schwer noch zu tragende Last. Ausgrenzung und Demütigung gehörten zu den täglichen Erlebnissen. Da waren das unsinnige stundenlange Stehen vor den Arbeitsämtern um einen Stempel zu erhalten, die mit nahezu kriminalpolizeilichen Methoden erfolgenden Bedürftigkeitsprüfungen, die Verpflichtungen durch Kommunen zu irgendeiner Zwangsarbeit, nicht so selten auf Friedhöfen, wohin ein knappes Jahrzehnt später die Juden geschickt wurden. Das alles kaum mehr als ein Jahrzehnt nach den Entbehrungen des Krieges und angesichts den aus ihm folgenden, schon in Zeiten der Prosperität nie gemeisterten sozialen Problemen. Es gab, heute nahezu unvorstellbar, für diese von Krise und Krisenpolitik geschlagenen Millionen keine zeitweiligen oder als Dauerdroge wirkenden Ablenkungschancen.

Dieses Dasein erzeugte dumpfen Hass und verlieh nicht nur denen Anziehungskraft, deren Parolen zu Klassenhass und Klassenkampf aufriefen, sondern auch den Predigern von nationalistischen und rassistischen Hassgefühlen. Die NSDAP war nicht die Partei der Arbeitslosen, das war in viel höhe-

rem Grade die Kommunistische Partei. Doch die Faschisten profitierten – stärker als alle anderen Parteien – von diesem Massenelend, das sie raffiniert auszubeuten vermochten. Skrupellos waren ihre Versprechungen, sie – ihr Hitler – werde Wandel schaffen und das bald. Der Hungrige denkt nur ans Brot, sagt ein russisches Sprichwort. Die Nazis versprachen Arbeit und Brot, sobald über Deutschland die Hakenkreuzfahnen wehen würden.

Der Durchbruch des Faschismus erfolgte mithin auf einer Stufe der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland, in welcher aufgrund des erreichten Niveaus der Produktivität der Gesamtgesellschaft der Umverteilung des Verfügbaren durch Staatseingriffe enge Grenzen gesetzt blieben. Damit war auch das Experimentier- und Manövrierfeld der Politiker beschränkt. Doch es gehörte nicht zum Kurs des Kabinetts Brüning, den sich häufenden sozialen und politischen Sprengstoff abzubauen. Dafür besaß es kein Konzept. Daran besaß es auch kein Interesse. Das deutsche Großkapital verteidigte den Platz auf den enorm verengten internationalen Märkten, den es sich seit Kriegsende wieder erobert hatte, und suchte seine Anteile relativ zu vergrößern. Mit der Unterstützung der Regierung senkte es Löhne und Gehälter, trieb die Krisenrationalisierung voran, wehrte sich gegen Preissenkungen von Gütern des Massenverbrauchs und scherte sich einen Teufel um die abseh- und spürbaren politischen Folgen, wenn sie ihnen nicht überhaupt willkommen zu sein schienen. Ungeschehene Geschichte lässt sich nicht „durchrechnen“. Also können wir auch nicht wissen, was andere wirtschafts- und sozialpolitischer Staatsmaßnahmen zwischen 1930 und 1932 bewirkt haben würden, wie viel vom Wasser, das die Mühlen der Hitlerleute antrieb, durch sie in Niederungen weggelenkt worden wäre. Dass der tatsächlich eingeschlagene Kurs aber tiefen Überdruss und tatbereite Feindschaft gegen die Republik mehrte, kann ernsthaft nicht bezweifelt werden. Der geschichtliche Platz des Faschismus verbindet sich mit einer Entwicklungsetappe des Kapitalismus, in der Turbulenzen des Wirtschaftszyklus extremes soziales Elend, bis zur Panik gesteigerte Ängste und massenhaft eine Stimmung hervorbrachte, es müsse in der Gesellschaft das Unterste zuoberst gekehrt werden.

VI.

Zur Bestimmung des Platzes, den die faschistischen Regime im 20. Jahrhundert einnehmen, gehört schließlich die Beschäftigung mit einem Gegenstand, mit dessen Bewertung sich die Historiographie besonders schwertut: die geistige und mentale Verfassung von Gesellschaften. Angeklungen ist damit Zusammenhängendes bis hierher schon: die Einstellung zu Krieg und physischer Gewalt, nicht nur bei Ideologen und Militärs, sondern in weiten Kreisen der Bevölkerung. Diese Bejahung von Gewalt bis hin zu ihrer Verherrlichung war nicht nur Nachwirkung des Krieges von 1914 bis 1918, sondern nicht minder auch der Art und Weise, in welcher er erinnert wurde, in Ritualen, in Kirchen, in der Literatur, in Schulen von Lehrern, in Vereinen usw. Die jungen terrorisierenden Schläger der Sturmabteilungen (SA) waren schon keine Kriegsteilnehmer mehr gewesen, ihre Anführer hingegen häufig genug.

Der Krieg hinterließ durch sein Erlebnis und mit seinem Ausgang massenhaft verbreiteten Nationalismus, Hass auf die Sieger und deren Übermacht, der immer neu Nahrung erhielt, wenn wieder einmal über die Verwirklichung dieses Versailler Vertrages verhandelt werden musste oder – und besonders kräftig – 1923 bei der provozierten Besetzung von westdeutschen Reichsteilen, die bis dahin unbesetzt geblieben waren. Diese Wirkung wurde durch Zugeständnisse kaum gemildert, auch wenn Ausgrenzung und Bestrafung mit Wiederzulassung und Gleichstellung wie im Falle des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gekoppelt wurden. Die bis in die Sozialdemokratie reichende Weigerung, Vorgeschichte und Geschichte des Weltkrieges kritisch durchzuarbeiten, hatte zur Folge, dass Deutschlands Behandlung im Kriege wie im Nachkrieg durchweg als ungerecht und willkürlich angesehen wurden. Dass Wiedergutmachungspflichten aus der Tatsache erwuchsen, dass die Deutschen den Krieg in andere Länder getragen hatten, während sie selbst von direkten Folgen von Feldzügen und Schlachten verschont geblieben waren, spielte im Denken breiterer Volksschichten keine Rolle.

Schließlich gehört zu der Befindlichkeit der deutschen Nachkriegsgesellschaft, die den Faschismus gebar und in der er sich kräftigte, das Verhältnis zu der 1919 neu entstandenen staatlichen Organisation, zur Republik. Später ist von einer Republik ohne Republikaner gesprochen worden. (Noch

später hieß es dann oft: Die Zeit sei zu kurz gewesen, als dass demokratisches und republikanisches Denken und Verhalten hätte Wurzel schlagen können. Vor dem Hintergrund dieser Aussage ist weiter behauptet worden, dieses demokratische Wurzelgeflecht wäre nach 1945 im westdeutschen Staat entstanden. Allerdings wurde dem auch hinzugefügt, es sei das Wirtschaftswunder gewesen und nicht Nazierfahrung und Reeducation, die das bewirkt hätten.)

Für die zwanziger Jahre gilt, dass ein solches Wirtschaftswunder sich nicht ereignete. Die Golden Twenties, in Deutschland ohnehin bemessen auf die Zeitspanne von 1924 bis 1929, erfassten bei weitem nicht die Masse der Bevölkerung. Vielen erschien die Vorkriegszeit, wenn schon nicht als golden, so doch in viel höherem Grade geprägt von Sicherheit denn die Gegenwart. Der Republik wurde auch für die Zukunft nicht viel zugetraut, namentlich, nachdem die Wirtschaftskrise hereingebrochen war. Politiker mochten den Konjunkturverlauf als Durststrecke ansehen, Millionen waren aber am Ertrinken. Sie spürten nicht nur, das gegen ihre Interessen regiert wurde, sondern bemerkten auch Ratlosigkeit der politischen Führung. Das ist die Situation, in welcher der Gedanke des Umsteigens in ein anderes Boot mit einem anderen Kapitän und einem anderen Lotsen nahe liegt, seine Propagierung rasch Anhänger wirbt und der Glaube sich ausbreitet, es könne jedenfalls nicht noch schlechter kommen als es ist.

Gewiss, das Verhältnis der Menschen zu einer Regierung, zu einem Staat und einer gesellschaftlichen Organisationsform ist nicht allein von Wohlstand oder Armut abhängig, die aber doch ein konstituierendes Element dieses Verhältnisses sind und zum entscheidenden werden können, wenn andere Faktoren nicht kompensierend wirken. Das Fehlen solcher Faktoren bildet exakt den Fall der frühen dreißiger Jahre. An eine nahe Wende, die ein beruhigender Faktor hätte sein können, wurde unter den obwaltenden Verhältnissen nicht mehr geglaubt. Auch andere dämpfende Einflüsse wirkten nicht. Brünings Bild von den „100 m vor dem Ziel“, mit dem sich doch auch die Vorstellung von innenpolitischer Beruhigung verband, war eine Illusion.

Hinzu kam an der Staatsspitze das Agieren einer Elite, die im Volke nie politisch-moralischen Kredit besessen, also auch keinen zu verlieren hatte. Deren öffentliches Auftreten mag hinter der Folie heutigen skandalmachenden Verhaltens von Politikern viel weniger abstoßend erscheinen, als es damals wirken musste. Doch herrschte in diesen Führungsschichten noch immer der Glaube, sie könnten sich von den Massen so abgehoben bewegen wie die gekrönten Häupter noch zwei Jahrzehnte zuvor. Mit dem Herrenreiter Franz von Papen erreichten Ignoranz und Arroganz ihren Höhepunkt. Es fiel beispielsweise Goebbels in Berlin, wo er den NSDAP-Gau leitete, nicht schwer, diesen Typ in populär wirkender Aufmachung auszustechen und als Schmarotzer bloßzustellen.

Dem an die Macht strebenden Faschismus kam mithin ein doppeltes zugute, das ebenfalls bahnbrechend wirkte: positiv die Tatsache, dass viele Ansichten und Stimmungen in Volksteilen sich mit denen deckten, welche die Nazis vertraten und vertieften, negativ, dass der mehr oder weniger dumpfe Protest, den die Hitlerleute nicht zu erzeugen brauchten, sich leicht aufnehmen ließ und die Möglichkeit bot, sich als die Hochenergie geladenen Verfechter dieses Protestes auszugeben, die Wandel schaffen würden.

VII.

Wenn die hier vorgeschlagene Platzierung des Faschismus in die Geschichte als richtig angenommen wird, dann folgt daraus die Frage, ob der Faschismus, dessen barbarischste Ausprägung der „Nationalsozialismus“ war, im vollkommenen Sinne historisch, d. h. eine unwiderruflich der Vergangenheit angehörende Erscheinung geworden ist und, unsere Frage zuspitzend, ob das vielzitierte Brechtwort vom Schoß, der noch fruchtbar sei, nicht doch seine Berechtigung verloren hat. Gegen diese Feststellung rebelliert viel. Doch mit dem Fingerzeig auf die als Nachfolger sich kenntlichmachenden Rechtsextremisten, die polizeigeschützt durch unsere Städte ziehen, ist nichts erwiesen. Diese gewalttätige Mannschaft hat keine Aussicht an ein Staatsruder vorzudringen. Sie zu bekämpfen und zu illegalisieren, gibt es Gründe genug. Doch unsere Frage heißt ja gerade, anders gewendet, ob die Vorstellung begründet werden kann, dass die Regime der zwanziger bis vierziger Jahre (mit einer Verlängerung in Spanien) rekonstruierbar sind. Und da lautet meine Antwort: Das Interesse an ihrer Installation fehlt.

Die Ausgangslage für die Behauptung und Mehrung der Herrschaft des Kapitals, das sich neuformiert, in erheblichem Grad internationalisiert hat, ist eine gänzlich andere als vor mehr als sieben Jahrzehnten. Dieses Kapital hat keine überstandene Revolution hinter sich und wird von keiner revolutionären Kraft bedroht. Es hat seit 1990 nach mehr als siebzigjähriger Unterbrechung Territorien des Erdballs zurückgewonnen, von denen es auf Dauer vertrieben schien. Kämpfe zwischen konkurrierenden Kapitalgruppen können mit Nutzen nicht mehr dadurch ausgetragen werden, das hochindustrialisierte Staaten mit schwerstbewaffneten Armeen aufeinander losgehen. Es sind militärische Bündnisse geschaffen worden, deren Partner sich gegenseitig unter Kontrolle halten und ein Ausbrechen eines Staates unmöglich machen. Fronten, an denen Kämpfe ausgetragen werden, heißen nicht mehr Maginot- oder Siegfried-Linie, West- und Atlantikwall und Endsiege haben früher unbekannte Bezeichnungen erhalten wie „feindliche Übernahme“.

Die hochindustrialisierten Länder erreichten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Prozessen, die in der Bundesrepublik als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet worden sind, ein Niveau der Produktivität, das ihnen erlaubt, die sich in Krisenzeiten nach wie vor mehrenden Widersprüche erfolgreich und so weit zu dämpfen, dass sie sozialrevolutionäre Eruptionen nicht befürchten müssen. Das Arbeitslosenheer, nach wie vor als Peitsche tauglich und benutzt, wird durchgeschleppt. Die Zahl der Obdachlosen, der Straßenkinder, der Asylbewohner, der Drogentoten, der in Wintern Erfrierenden, der in Selbstmord Getriebenen hält sich in Grenzen. Die Mehrheit der Gesellschaft nimmt sie anders als durch Zeitungsmeldungen einfach nicht wahr. Es gibt an einem 24. Dezember in Berlin, anders als am Beginn der dreißiger Jahre, keine Hungermärsche in die Viertel der Reichen. Das Dasein derer, die am unteren Rande der Gesellschaft leben und offiziell zu den Armen gezählt werden, ist triste, aber es besitzt nicht jene Öde, die vor einem Menschenalter in den Arbeiterquartieren herrschte, als sich die Erwerbslosen nicht vor Rundfunk- und Fernsehgeräten Ablenkung zu verschaffen und so wieder einen Tag totzuschlagen vermochten.

Kurzum: ein sich akkumulierendes Konfliktpotential, das nach einer „faschistischen Lösung“ drängen würde, existiert in den reichen Industriestaaten nicht. In ihnen lebt unterhalb der in Deutschland zunehmenden Zahl der Schwerreichen eine Mehrheit der Bevölkerung in Wohlstand, der abgestuft ist, aber auf allen Stufen diese Kennzeichnung nicht nur im Vergleich mit der Mehrheit der Asiaten, Afrikaner oder Südamerikaner verdient. Diese „Mitte“ ist auf die Erhaltung und Mehrung ihres Wohlstandes fixiert, besitzt vorerst auch noch mehr oder weniger große Spielräume für merkliche, aber schmerzlose Einschränkungen, die zu akzeptieren sie beispielsweise gegenwärtig aufgefordert wird.

In sich ist diese Mehrheit in den reichen Gesellschaften hochgradig fraktioniert, ihre Gruppen verstehen sich, was ihnen auch eingeprägt wird, als eigenständig. Ihre Angehörigen vermeinen, dass sie von jeder anderen Gruppe mehr trennt und weniger mit ihr verbindet. Sie betrachtet gruppenübergreifendes solidarisches Auftreten schon im eigenen Lande nicht mehr als zeitgemäß. Was in der Welt geschieht, ist dieser Mehrheit meist nur Gegenstand gelegentlicher abendlicher Unterhaltung, wenn es nicht bloßer Befriedigung von Sensationsbedürfnissen dient. Welterneuerung oder Weltuntergang wären diesem auf Konsum und Befriedigung von Bedürfnissen, welche die Reklame vorgegeben hat, eingestellten Typ schnurzpiepe, schrieb Gerhard Armanski unlängst.[5]

Was soll in diesen Verhältnissen ein Hitler oder ein Mussolini? Was angesichts der Tatsache, dass es eine internationale Arbeiterbewegung nicht mehr gibt, dass „Proletarier alle Länder, vereinigt euch“ so fern klingt wie Kampfrufe aus Bauernkriegszeiten? Die Herrschaft des Kapitals lässt sich umso vieles eleganter organisieren, unblutiger, drapiert mit dem Anspruch, die humansten aller überhaupt denkbaren Verhältnisse weltweit herzustellen. Die Faschistenführer gehörten zudem in Zeiten, da es nicht nur eine von ihnen als jüdisch diffamierte Kommunistische Internationale, nicht nur die Herrschaft des angeblich „jüdischen Bolschewismus“ auf einem Sechstel des Erdballs gab, sondern auch noch eine sozialreformerische international verbundene Sozialdemokratie, von der nur der Name geblieben ist. Zwischen Bebel und Schröder liegen Welten, selbst zwischen Schumacher oder Wehner und diesem „Enkel“ oder „Urenkel“. Diese Differenz hat nicht einfach die Geschichte geschaffen,

---

5 Das entfesselte Tischlein deck ich. *Neues Deutschland*, Ausgabe vom 30. Dezember 2002, S. 12.

will sagen: ihr Entstehen kann nicht allein veränderten Kapitalzuständen und dem Wandel des materiellen Lebens der Bevölkerungsmehrheit zwischen 1900 und 2000 zugeschrieben werden. Zwischen diesen und jenem liegt eine moralische Distanz, die bis zur de-facto-Aussöhnung mit den Verbrechen einer Gesellschaft reicht. Deren Politiker und Ideologen werden auch deshalb nicht müde, auf 6 Millionen tote Juden, seltener auf mehr als 3 Millionen tote Kriegsgefangene, auf die ermordeten Behinderten und Zigeuner zu verweisen, weil sie – nach dem Prinzip „Je dunkler die Nacht, umso klarer die Sterne" – sich einen Glanz aufzuschminken wünschen, hinter dem verborgen werden soll, dass diese kapitalistische Gesellschaft nicht faschistisch, erst faschistisch umgebaut werden muss, um hochgradig verbrecherisch zu sein. Sie ist es.

Die Grenze zwischen parlamentarisch verfassten, repräsentativen Demokratien und faschistischen Diktaturen ist nicht identisch mit der Grenze zwischen Humanismus und Barbarei. Die Konstellation der Befreiungssituation des Jahres 1945, als Armeen der USA und Großbritanniens gemeinsam mit denen der UdSSR die Menschheit von der Geißel des Hakenkreuzes befreiten, ist nicht die Konstellation des Jahres 2003. Die Zeiten haben gewechselt und gründlich. Und das bedeutet: Die Amerikaner der Armeen, die Eisenhower 1944/1945 in Westeuropa und auf dem Weg an die Elbe befehligte, anzurufen, um heute uneingeschränkt proamerikanische Gefolgschaft zu bekennen und einzufordern, ist vergleichbar mit Blasphemie. Fazit: Die heute die gesellschaftlichen Entscheidungen und Wege dominierenden kapitalistischen Kräfte, die deutschen eingeschlossen, müssen sich staatlich nicht faschistisch organisieren, um ihre innen- und außenpolitischen Ziele entschlossen verfolgen zu können.

VIII.

Also gehören die faschistischen Regime, die sich mit den Namen des „Duces" und des „Führers", sodann mit dem des „Caudillos", mit dem des „Poglavnik" und weiterer Geschöpfe des deutschen Eroberungszuges verbinden, dem 20. Jahrhundert und nur ihm an? Dem Ja, folgt eine Einschränkung und keine marginale. Sie betrifft nicht das System, sondern seine Praktiken. Die waren von der Friedensdemagogie bis zur Kriegsrechtfertigung, von den Geheimdiensten bis zu den Konzentrationslagern, von den Vertreibungen bis zum Genozid ja nicht ihre, der Faschisten, ureigenen Erfindungen und Schöpfungen. Diese haben sich, worauf schon Zeitgenossen verwiesen, aus dem gesamten Arsenal der Herrschaftspraktiken bedient, das binnen Jahrtausenden angehäuft worden war. Und dabei gingen sie nicht wählerisch vor. Sie nahmen ihre Anleihen bei der spanisch-katholischen Inquisition ebenso wie bei den britischen Kolonialherren und den Entdeckern und Erobern der Neuen Welt und wohl auch bei der zaristischen Ochrana.

Dass die Faschisten mit diesen Mitteln weit, aber doch nicht zu ihren Endzielen gelangten, Europa unterm Hakenkreuz nicht zu errichten vermochten, ist – wie wir heute sehen – keineswegs als Warnung oder gar als Beweis für die Unmöglichkeit verstanden worden, sich den Erdball von einem Machtzentrum aus total unterwerfen zu können. Die Idee, weltbeherrschende Stellung gewinnen und Jahrtausende bewahren zu können, gehört zur Hinterlassenschaft des deutschen Faschismus, für die sich Erben gefunden haben. Sie glauben, mit – gegenüber den dreißiger und vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts – ins Riesenhafte vermehrten Mitteln zu ihren Zielen gelangen zu können. Und so gesehen, ist der Faschismus unter uns und Brechts Diktum um seinen Wahrheitsgehalt noch nicht gebracht. Durch seine Herrschaftspraxis im Innern gehört Bush jun. nicht in die Geschlechterfolge von Mussolini und Hitler. Was aber Ehrgeiz und wahnhafte Zielsetzungen angeht, so ist „der Führer" sein Ahnherr. Die jüngst von der ehemaligen Bundesjustizministerin hergestellte Beziehung zwischen beiden war in der Sache falsch, – denn Hitler ergriff nicht aus innenpolitischen Schwierigkeiten die Flucht in den Krieg, aber die Frau besaß doch so etwas wie eine Ahnung.

Die Erinnerung an den Faschismus drängte sich auch dem Schriftsteller Günter Grass bei der Betrachtung der gegenwärtigen Außenpolitik der USA auf und veranlasste ihn zu der Bemerkung: „Im Zustand eines großen deprimierenden Vakuums könnte es passieren, dass eine neue Form des Faschismus aufkommt, dessen Gesicht wir uns heute noch nicht vorstellen können. Aber wir sehen sehr wohl Anzeichen."[6] Was sich Grass unter einem gesellschaftlichen Vakuum vorstellen kann, sagte er

---

[6] Zitiert in: *Neues Deutschland*, 31. Dezember 2002.

nicht. Zustimmen lässt sich seiner implizit ausgesprochenen Warnung, sich bei der Wahrnehmung einer Gefahr nicht auf alte Bilder zu fixieren, sondern auf deren Verwandlung gefasst zu machen. Fragwürdig ist mir der Bezug auf den Faschismus als künftiges gesellschaftliches und staatliches Gebilde. Mehr scheint dafür zu sprechen, dass das in den USA und in den europäischen Staaten zurzeit existierende politische System Möglichkeiten genug besitzt, in der Außenpolitik Praktiken und Ziele zu adaptieren, von denen bisher geglaubt wurde, sie wären mit dem „klassischen" Faschismus der Mussolini und Hitler untergegangen und durch ihn derart diskreditiert, dass jedenfalls in Demokratien niemand ungestraft auf sie würde zurückgreifen können.

Doch kommt die Erinnerung an den Faschismus nicht nur auf, wenn von seiner Weltmacht-, seiner Außenpolitik die Rede ist und diese mit heutigen Projekten verglichen wird. Wie steht es im Hinblick auf die inneren politischen und sozialen Widersprüche in den Kernländern des Kapitals, in den sogenannten Metropolen. Momentaufnahmen lassen nirgendwo erkennen, dass sich in ihnen ein sozialer, politischer und ideologischer Sprengstoff ansammeln würde, der mit den in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts angewendeten, in der Regel von demokratischen Verfassungen gedeckten Instrumentarien der Herrschenden und Regierenden nicht schon in einer Frühphase seiner Anhäufung entschärft werden könnte. Die Frage lautet: Muss das so bleiben? Das ist unentscheidbar.

Zurzeit sind in diesen Staaten zwei Triebkräfte erkennbar, die schwerere Konflikte heraufbeschwören können: Die eine ist die fortschreitende, unter dem Druck der Konkurrenz galoppierende Freisetzung von Arbeitskräften, die das Millionenheer der Arbeitslosen weiter anwachsen lässt. Dieser Prozess gilt inzwischen ohne tiefgreifende Reformen, für deren Durchsetzung indessen keine gesellschaftliche Kraft erkennbar ist, als irreversibel. Die zweite, damit einhergehende ist die zunehmende Verweigerung einer Umverteilung des in der Gesellschaft Verfügbaren (oder verfügbar zu Machenden) und die Wahl eines Kurses, der die Reichen wie die Armen, in sehr unterschiedlichen Größenordnungen, anwachsen lässt. Prognosen darüber, ob und wie diese Entwicklungen politisch umschlagen, welche Aktionen und Gegenreaktionen dem folgen könnten, führen in den Sumpf der Spekulation. Mit welchen Mitteln die sich aufbäumenden Armen, Unzufriedenen, Perspektivlosen dann in Schach gehalten werden würden (oder auch nicht), auch das ist eine jetzt nicht zu beantwortende Frage.

Zudem: Was in Europa vor sich geht, wird durch viele Vorgänge verdeckt. Da wirkt die Erleichterung über das Ende des Kalten Krieges nach. Da verbinden sich Hoffnungen mit der als Osterweiterung bezeichneten und als Einigung Europas gefeierten Ausdehnung eines politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bündnissystems bis vor die Grenzen Weißrusslands und der Ukraine. Da vermögen Politiker in den kapitalistischen Kernstaaten, denen Steuerung und Kontrolle entscheidender Prozesse in Wirklichkeit zunehmend entgleiten, noch den Eindruck zu erwecken, sie wären die Herren der Entwicklung. Doch bislang funktionierende Systeme brechen zusammen. Hobsbawm, eingangs zitiert, schrieb von einem „Zerfall der menschlichen Gesellschaften", als deren Anzeichen und Bestandteil er auch die Abwendung von sozialen Normen begreift, die auf Ideen und Taten der Aufklärung zurückgehen und im 19. Jahrhundert Gültigkeit gewannen.[7]

Nicht zweifelhaft scheint mir nach allem geschichtlichen Befund, dass einmal gemachte Herrschaftserfahrungen nicht verloren gehen. Der Faschismus bildet eine von ihnen. Hannah Arendt antwortete auf die Frage nach der Wiederholbarkeit eines Massenmordens, wie es an den europäischen Juden verübt worden ist, es würde sich ein solches Verbrechen beim zweiten Mal leichter in Gang setzen lassen als bei seinem ersten Stattfinden, folglich müsse man auch darauf gefasst sein. Darüber lässt sich auch für unseren Fall nachdenken, in einer Welt, die gegenüber der Gewalt in nahezu jeder Form immer weniger Hemmungen aufweist, ja, sich an sie zunehmend schon gewöhnt hat.

Sieben Jahrzehnte Erfahrung: 30. Januar 1933. Protokoll der Tagung „Erfahrung 30. Januar 1933. Gewalt, Terror und Krieg in der Sprache der Politik", veranstaltet vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena am 24./ 25. Januar 2003 in Jena. Jena 2003, S. 12-30.

Gekürzte Variante des Vortrags abgedruckt in: junge Welt, Donnerstag, 30.01.2003, S. 10.

---

7 Barbarei eine Gebrauchsanleitung. In: Eric Hobsbawm, Wieviel Geschichte braucht die Zukunft, München 1998, S. 321 und 331.

Kanzlermacher

Hjalmar Schacht und der 30. Januar 1933

Der Begriff von den Kanzlermachern war zu Zeiten der Weimarer Republik noch ungebräuchlich, aber der Typ existierte schon. Ihn verkörperte in denkwürdiger Weise Hjalmar Schacht. Das wird ihm bis heute nicht gebührend angerechnet, wie sich ausgerechnet in der Stadt erfahren lässt, in der er seine Jugendjahre verbrachte. Dort hätte er, nach Ansicht anderer, am besten bleiben sollen, vielleicht als Leiter der Filiale der Sparkasse.

Die Rede ist von Friedrichsstadt, einer schönen, nach holländischem Vorbild in regelmäßigem Viereck erbauten norddeutschen Stadt, die 1900 nicht mehr als 2 401 Einwohner zählte. In ihr hätte es für den jungen, eben dreiundzwanzigjährigen Mann Betätigungsmöglichkeiten die Menge gegeben, im Amtsgericht oder Nebenzollamt, im Bankverein oder Postamt zweiter Klasse, auch in einer der Fabrikationsstätten, die sich mit der Produktion verschiedenster Waren von Parfümen bis zu Dungstoffen befassten. Aber nein, den Mann zog es weg von Eider und Treene, den Flüsschen, welche das Stadtbild angenehm beleben. Doch wird in ihr an der Straße mit dem Namen „Am Markt“ an ihn erinnert. Ein Schild, nicht übermäßig groß, jedoch auffallend platziert, tut das. Es erwähnt den Reichsbankpräsidenten a. D. und verzeichnet seine Lebensdaten. Kein Wort mehr, als gälte der Reichsminister nichts und nichts auch die Stellung als Generalbevollmächtigter für die Aufrüstung, in der er Hermann Göring vorausging.

Ja, die wortkargen Norddeutschen. Dabei erschöpfte sich Dr. Hjalmar Schachts Einfluss auf die deutsche Geschichte nicht mit der Besetzung jener Ämter und Posten, die sich mit seinem Namen schon verbanden, als er sie noch innehatte. Niemand konnte mit dem gleichen Recht wie er beanspruchen, der Kanzlermacher des 30. Januar 1933 gewesen zu sein. Nicht, dass er während der später gefeierten „Kampfjahre“ in Reih’ und Glied je hinter einer Hakenkreuzfahne marschiert wäre. Nicht, dass ihn jemand auf einer Nazikundgebung im Berliner Sportpalast oder an vergleichbarem Ort gesehen hätte. Doch es stand sein Name unter der Eingabe der Wirtschaftsführer, die im November 1932 den Reichspräsidenten Hindenburg höflich, aber bestimmt zu Hitlers Ernennung zum Reichskanzler drängten. Schacht besaß am Zustandekommen dieses Schrittes besonderen Anteil. Er hatte sich vom Posten des Präsidenten des Reichsbankdirektoriums zurückgezogen, lebte auf seinem Gut und hatte Zeit, sich mit Politik zu befassen. Hitler war ihm der kommende Mann an der Reichsspitze. Doch zeigte sich Schacht gegen Ende 1932 zunehmend besorgt, dass der oberste NSDAP-Führer auf der letzten Wegstrecke dahin nervös werden und mit seiner pseudorevolutionär aufgepulverten Sturmmannschaft nicht wieder zu korrigierende Fehler machen könne.

Und diese Besorgnis besaß eine Vorgeschichte. Bisher waren die seit mehr als zwei Jahren unternommenen Versuche der NSDAP-Führergruppe, an die Staatsmacht zu gelangen, stets gescheitert. Nach den Septemberwahlen 1930, die als ein Erdrutsch bezeichnet wurden und den Nazis 18 Prozent Wählerstimmen gebracht hatten, standen sie das erste Mal zum Sprung in eine Reichsregierung bereit, waren zum Ziele aber nicht gekommen. 1931 hatten sie gemeinsam mit den Deutschnationalen versucht, die Regierung Brüning zu stürzen und Hitler in die Wilhelmstraße zu bringen. Auch vergeblich. Darauf folgte im Frühjahr 1932 Hitlers Kandidatur gegen Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl. Die Niederlage war knapp, aber – gemessen am Ziel – eben vollständig. Dann kam es am 31. Juli 1932 zum unwiederholbaren Reichstagswahlsieg der NSDAP. Nun wurde erwartet, „der Führer“ müsse mit der Regierungsbildung beauftragt werden. Hingegen: Erneut nur Enttäuschung.

Diese Erfahrungen waren nicht folgenlos geblieben. In Hitlers engster Umgebung breitete sich, zumal nach den Stimmenverlusten bei der Novemberwahl 1932, die Befürchtung aus, es könnte der Zeitpunkt des Griffs nach der Staatsmacht schließlich ganz verpasst werden. Damit das nicht geschehe, dachten manche der Paladine daran, die eigenen Forderungen herunterzuschrauben. Zugleich wurden in der unausgesetzt auch mit Siegeshoffnungen vorangetriebenen Gefolgschaft Zweifel laut, ob statt des „legalen“ Kurses nicht doch der Putsch der einzig gangbare Weg sei, der zur „nationalsozialistischen Revolution“ führe.

Die Frage war, wie Hitler sich unter diesem doppelten Druck verhalten, wie lange er ihn aushalten können würde. Schacht stellte sie sich und hielt es für geboten, Hitlers Widerstandskräfte gegen – wie er es sah – die falschen und alles verderbenden Ratgeber und Revoluzzer zu stärken. So entstand sein Brief, in dem er Herrn Hitler zunächst seine „besonderen Glückwünsche“ zu der „festen Haltung“ ausdrückte, die dieser angesichts von zwei Millionen verlorener Anhänger eingenommen habe. Sodann versicherte er, dass er keinerlei Zweifel daran habe, „dass die Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann, und das ist Ihre Kanzlerschaft“. Freilich und stillschweigend vorausgesetzt, dass die schon eingefädelte politische Intrige nicht durch Hitlers Mitführer und Anhänger zunichtewürde, deren gewalttätige Aktion, was nicht erwähnt zu werden brauchte, nur den Konflikt mit der bewaffneten Staatsmacht, der Polizei und womöglich auch der Reichswehr zur Folge haben könne. Hitler verstand.

Von dieser Vorgeschichte der „Machtergreifung“ war nach 1933 in keiner Schilderung von Hitlers Aufstieg die Rede. Zum Sieg geführt habe ihn, wie er selbst auf Massenkundgebungen immer wieder beteuerte, einzig sein „Glaube“. Brecht hat die Lüge im „Unaufhaltsamen Aufstieg des Arturo Ui“ bloßgelegt und Ekkehard Schall des „Führers“ Clownerie unvergessen auf die Bühne des Theaters am Schiffbauerdamm gebracht. Schachts Brief wurde erst bekannt, nachdem Hitler sich aus der Geschichte gestohlen hatte. Für seinen Autor blieb er nahezu folgenlos. Das Kanzlermachen sahen die Siegermächte nicht als strafwürdige Tat an. Schacht gelangte 1946 von der Anklagebank des Nürnberger Gerichtssaals, auf der er mit Göring, Heß, Keitel und anderen hatte Platz nehmen müssen, auf freien Fuß. Auch sein Anteil an der Hochrüstung Deutschlands zur Vorbereitung eines Eroberungskrieges, geleistet zwischen 1933/34 und 1937/38 als (erneuter) Reichsbankpräsident und (kommissarischer) Reichswirtschaftsminister, war nicht unter Bestimmungen gefallen, die einen Strafe gerechtfertigt hätten. Er verlebte seine Altersjahre so sorglos wie die seiner Jugend. Er starb 1970, Dreiundneunzigjährig in München, der einstigen „Hauptstadt der Bewegung“, deren Führer er an das Staatsruder geholfen hatte.

junge Welt, Donnerstag, 25.01.2003, S. 14.

Stalingrad – gestern und heute

Vom Sinn und Unsinn historischen Vergleichens

Das Vergleichen bezeichnet eine Methode, mit der wir uns eingehender über die Wirklichkeit informieren, über die gegenwärtige wie auch die vergangene. In der Politik dient neuerdings der Vergleich vorzugsweise als Instrument der Irreführung und als Knüppel. Beginnen wir mit den Demagogen und halten wir uns nicht bei kleinen Strolchen auf.

Als es 1941 vor Moskau nicht geklappt hatte, die Stadt von der Wehrmacht nicht erobert werden konnte, stattdessen deren Armeen zum ersten Mal das Rückwärtslaufen gelehrt worden war, kam Hitler auf den Napoleon und erklärte den Volksgenossen, dass es dem Gegner nicht gelungen sei, den deutschen Soldaten das Schicksal des Franzosenkaisers zu bereiten. Goebbels griff noch ein paar Jahrzehnte weiter zurück und verkündete nach der verlorenen Winterschlacht, dass man nun sein Kunersdorf schon hinter sich hätte, jene Niederlage also, die der Preußenkönig Friedrich II. mit seinem Heer erlitten hatte und deren verklärende Wiederaufführung sich die Deutschen in der Heimat in Kinos ansehen konnten.

Verfälschte Geschichte als Trost und zum Dämlich-Machen. Das ist eingeübt und wurde in größerem Stil nach 1990 wieder praktiziert mit den Vergleichen zwischen der NS-Diktatur und der DDR.

Nicht selten indes schwingen Politiker den Vergleichsknüppel gegeneinander. Aus Kalten Kriegszeiten ist der Vergleich erinnerlich, den Kohl zwischen Goebbels und Gorbatschow zog. Der Moskauer hat dem Oggersheimer die Gemeinheit aber nachgesehen und sich schließlich in „Gelmut“ gar einen Freund erworben. Es geht mit derlei nicht immer so glimpflich ab. Als Kohl, im Glauben, keine ungebetenen Zuhörer zu besitzen, den amtierenden Präsidenten des Bundestages mit dem nicht mehr amtierenden Präsidenten des faschistischen Reichstages verglich, ist der Dickfellige arg gescholten worden. Das führt uns zum Thema: Vergleichsverbot.

Es sollten hier zu Lande bestimmte Vergleiche eigentlich untersagt sein. Von Gesetzes wegen lässt sich das schwer machen. Der diffamierende Vergleich ist ein Vorkommnis, das in so vielerlei Gestalt auftritt, dass zu seiner Verfolgung ein eigenes Gesetzbuch nötig wäre.

Gedanklich nun am Bundesjustizministerium angekommen, erinnern wir uns der vormaligen Ministerin, die über einen Vergleich stolperte. Dieser verdient eine besondere Einordnung, denn er gehört weder zur Gruppe der demagogischen noch der knüppelnden Vergleiche und wurde doch hart bestraft. Die Frau hatte gemeint, es existiere zwischen der Politik eines gewesenen deutschen Reichskanzlers und der des derzeitigen Präsidenten der USA eine Ähnlichkeit. Die erblickte sie darin, dass jener sich aus innenpolitischen Schwierigkeiten in eine abenteuerliche Außenpolitik gerettet habe und dieser im Begriff sei, gleiches zu tun.

Das durfte nicht durchgehen – doch nicht, weil es sachlich falsch war. Die in der Geschichtswissenschaft früher vereinzelt vertretene Ansicht, der Hitler habe sich in seiner Innenpolitik in eine prekäre, gar bedrohliche Situation manövriert, aus der er am 1. September 1939 in den Krieg geflohen wäre, gilt als unhaltbar. Denn keineswegs war dem Faschistenführer der Krieg so etwas wie ein Rettungsanker zur Machtbefestigung gewesen. Er hatte ihn im Visier, seit er in die Politik eingetreten war. Wäre die Rede auf die wirklichen Gemeinsamkeiten zwischen Hitler und Bush jr. gekommen, hätte erwähnt werden müssen, dass der Lebende meint, was auch der Tote glaubte: Es ließe sich der Welt, d. h. die Menschen, die sie bewohnen, von einem Machtzentrum aus vorschreiben, was sie zu tun und was sie zu lassen haben.

Diese Vorstellung führte den Hitler nach Stalingrad, nicht in Person, doch seine Beauftragten. Daran knüpfte unlängst Norman Birnbaum, angesehener US-amerikanischer Politologe, eine Überlegung. Er erinnerte einen Kollegen, dessen politische Pro-Bush-Haltung ihn enttäuscht hatte, dass die USA in Saigon knapp „ihrem eigenen Stalingrad“ entgangen seien, und dass, werde Politikern vom Typ des Verteidigungsministers Donald Rumsfeld nicht Einhalt geboten, „auch unser Stalingrad kommen wird – wenn nicht in Bagdad, dann anderswo und das recht bald“. So viel zum warnenden Vergleich.

Der Griff zur Methode des Vergleichs kann also mithin erhellenden wie verdunkelnden Zwecken dienen.

Da ist aber auch noch anderes zu registrieren. Im Wohlau-Steinauer Heimatblättchen gedachte jüngst ein aus dem Niederschlesischen stammender Pfarrer „unserer Männer“ und deren in Stalingrad bewiesenem „Heldentum“ und schrieb, diese Erinnerung verbiete es, zeitgenössische Zustände zu bejammern. Was lehrt uns das wieder? Es gibt außer dem strafenden und dem verdummenden auch noch den scheinheiligen Vergleich.

Neues Deutschland, Donnerstag, 30. Januar 2003, S. 3.

Der Anfang vom Ende

Todesurteil Stalingrad (VIII und Schluss): Die Zerschlagung der 6. Armee und die politische Krise des Regimes

Am 3. Februar 1943 gab das Oberkommando der Wehrmacht in einer Sondermeldung im Verlaufe des Nachmittags über den Rundfunk das Ende der Schlacht um Stalingrad bekannt. Nach der Kapitulation ihrer Truppenreste im Südteil der Stadt, die am 31. Januar erfolgt war, wobei sich auch der Oberbefehlshaber Friedrich Paulus in Gefangenschaft begab, hatten am 2. Februar auch die Truppen im Norden die Waffen strecken müssen. Was die Deutschen aus ihren Radioapparaten hörten, war sorgfältig inszeniert. Es zielte auf eine Stimmung der Marke „Stolze Trauer“. Dazu erklang das 1809 von Ludwig Uhland gedichtete „Ich hatt’ einen Kameraden“, das bei militärischen Begräbnissen gespielt wurde. Die meisten der im Kessel von Stalingrad, zuletzt in den Trümmern der Stadt umgekommenen Deutschen hatten ein Begräbnis nicht erhalten. Die starren Körper der Toten waren zuletzt vor den als Lazaretten eingerichteten Höhlen und Kellern zu gefrierenden Haufen gestapelt worden. Die Leichen von Tausenden hatte ein Schnee- und Eispanzer in der Steppe um die Stadt zugedeckt.

Es vergingen Jahrzehnte, bis nach dem deutsch-russischen Abkommen von 1992 begonnen wurde, die Reste der während und nach der Schlacht Verscharrten zusammenzutragen und sie in Gräbern auf dem Friedhof in der Nähe des einstigen Dorfes Rossoschka zu versammeln, von dem nach der Schlacht nichts übriggeblieben war. Die Überbleibsel von etwa 40.000, wird behauptet, wären da zusammengekommen. Ihre Namen sind zumeist unbekannt geblieben. Auch die Zahl der insgesamt während der Kämpfe zwischen dem 19. November 1942 und dem 2. Februar 1943 umgekommenen Deutschen blieb ungewiss. Von den Eingeschlossenen, die etwa eine halbe Million gezählt haben sollen (die Angaben schwanken plus-minus 30.000), begaben sich wenig mehr als 90.000 (die höchsten Angaben liegen hier bei 92.000) in Gefangenschaft. Die meisten von ihnen waren vom Tode gezeichnet. Niemand weiß, wie viele schon die nahegelegenen Gefangenenlager nicht erreichten und auf den Fußmärschen dahinstarben.

Wie elend diese Armee zugrunde gegangen war, hatte sich in der Heimat, wenn auch nicht in allen grausigen Einzelheiten, doch herumgesprochen. Davon berichteten die eingehenden Briefe, insbesondere die letzten, die als „Abschiedsbriefe“ geschrieben worden waren. Das bezeugt auch der Text mancher in diesen Tagen erschienenen Anzeige, die den Tod eines Ehemannes oder Sohnes mitteilte. In einer davon, gedruckt in einer Zeitung in Lichtenfels, war der Wunsch zu lesen: „Möge Gott ihm einen sanften Tod beschieden haben.“ Sanfte Tode waren in Stalingrad nicht gestorben worden. Und Gott war da nicht anwesend. Nur Blasphemie konnte ihn für solches Menschenwerk in Anspruch nehmen.

Propaganda hatte vorgearbeitet

Die Bevölkerung im Reich und die Soldaten an den Fronten und in den Besatzungsgebieten traf die Sondermeldung nicht überraschend. Sie waren seit etwa zwei Wochen auf den Totalverlust der 6. Armee vorbereitet worden. Auch Propagandaminister Goebbels hatte sich mit der Frage befasst, wann man „mit der Sprache herausrücken“ müsse. Die Einstimmung begann am 16. Januar, als es im Tagesbericht des OKW geheißen hatte, die Soldaten bei Stalingrad stünden „seit Wochen in heldenmütigen Abwehrkämpfen gegen den von allen Seiten angreifenden Feind“. Zum ersten Mal wurde damit offiziell eingestanden, was inzwischen auf den verschiedensten Wegen in das Bewusstsein der Deutschen gleichsam eingesickert war. Zwei Tage später erhielt das Geschehen dann die Bezeichnung: „die seit zwei Monaten andauernde Winterschlacht“. Wer zurückrechnete, kam auf den Tag der Eröffnung der sowjetischen Offensive. Und wer eine geographische Karte zur Hand nahm, erkannte durch einen Vergleich mit anderen Meldungen damals schon, wie weit die Hauptfrontlinie indessen westwärts von Stalingrad verlief und dass die Eingeschlossenen auf einem verlorengegebenen Posten ausharrten.

In den folgenden zwei Wochen hatte die Wehrmachtpropaganda vorgearbeitet, damit am nun rasch näher rückenden Tage ein Heldenlied angestimmt und ein Heldenepos zusammengedichtet werden

konnte. „Schwierigste Bedingungen“, „harte Entbehrungen“, „äußerster Widerstand“, „tapfer“, „zäh“, „verbissen“, „standhaft“, „unerschüttert“, „ungebrochen“, „heldenmütig“ und auch schon „unsterbliche Ehre“ – das war das Vokabular, mit dem vor das wirkliche Geschehen im Kessel von Stalingrad ein Vorhang gezogen werden sollte. In der Mitteilung vom 22. Januar war die Armee bereits zu einer „Kräftegruppe“ zusammengeschmolzen. Sie leiste, „vom Gegner eng umschlossen, dem starken feindlichen Druck hartnäckigen Widerstand“. Tags darauf ersetzten die Seelenmasseure das deutsche „heldisch“ durch „heroisch“. Einen weiteren Tag später wurde das „leuchtende Beispiel besten deutschen Soldatentums“ gefeiert.

Da waren es noch sechs Tage bis zum 30. Januar, dem zum „Tag der Machtergreifung“ erklärten Gedenktag, der alljährlich im Kalender des Regimes einen besonderen Platz besetzte. Es war zudem das erste „runde“ Jubiläum des Staates, der zehn Jahre zuvor, von Anbeginn unheil- und kriegsdrohend, errichtet worden war. An diesem vorletzten Januartag hatte seit 1934 Jahr für Jahr in der Kroll-Oper im Berliner Tiergarten Hitler selbst eine ruhmredige Ansprache vor den „Männern des Deutschen Reichstages“ gehalten. In ihrem Mittelpunkt stand die später „Parteierzählung“ genannte Schilderung der dramatisierten Geschichte der Nazipartei, eine Selbstbeweihräucherung, die ihren Höhepunkt in der Behauptung fand, damals sei eine erlösende Wendung der deutschen Geschicke eingetreten. Der „Führer“ begann stets mit den Worten: „Als ich im Jahre 1933 die Macht übernahm ...“ und schloss dann eine Aufzählung der „nationalsozialistischen“ Erfolge an, 1940 und 1941 waren das Kriegserfolge gewesen.

Vertrauenskrise

Nun aber wollten die Deutschen von den Hiobsbotschaften von der Ostfront und am besten auch vom ganzen Krieg erlöst werden. Der Rückblick mochte 1943 kaum jemanden interessieren oder gar packen. Doch was die Massen erhofften, hatten die Machthaber nicht zu bieten. So kam diesen das ganze Jubiläum aufs höchste ungelegen. Ignorieren konnten sie es jedoch nicht, hätten sie damit doch in der ohnehin an Depressionen und Gerüchten überreichen Atmosphäre nur zusätzlich Verunsicherung erzeugt.

Hitler, der am 8. November 1942 zum letzten Mal in der Öffentlichkeit gesprochen und dabei die Einnahme Stalingrads als im Grunde erreicht bezeichnet hatte, weigerte sich, aus Ostpreußen nach Berlin zu kommen und zu reden. Er verwies auf seine Unabkömmlichkeit im Hauptquartier und schickte zwei seiner engsten Mitkämpfer vor, Reichsmarschall Göring, den er am 1. September 1939 zu seinem ersten Nachfolger ernannt hatte, und Goebbels, den Reichsminister und Berliner Gauleiter der NSDAP, den gewieftesten Demagogen in der faschistischen Führungsgruppe. Goebbels, der für seinen Auftritt mit einer „Proklamation des Führers“ ausgerüstet wurde, war klar, wie schwierig die Aufgabe war. Er verglich sie in seinem Tagebuch mit einem Eierlaufen.

Zunächst hielt Göring am Vormittag des 30. Januar im Reichsluftfahrtministerium auf die in Stalingrad auf das Ende wartenden Soldaten eine vorzeitige Leichenrede. Manche von ihnen hörten sie noch. Er verglich den Kampf dort mit jenem, den die Spartaner gegen die Perser an den Thermophylen geschlagen hatten. Auf den Unterschied, dass 480 v. u. Z. an den Gestaden des Mittelmeeres gegen einen Eindringling gekämpft worden war, die geschlagenen Deutschen hingegen die Eroberer waren, kam es ihm nicht an. Der Bezug wurde zu einer Schlacht genommen, in der es unter den Griechen kaum Überlebende gegeben hatte und von der, wusste man sonst schon vom entlegenen Geschehen nichts Genaues, doch das „Wanderer, kommst du nach Sparta ...“ in vielen Köpfen war.

Goebbels vermeinte nach seiner Rede, gehalten vor ausgesuchtem Publikum im Berliner Sportpalast, in der üblichen Selbstüberschätzung, er habe es vermocht, die Stimmung hochzureißen und nicht nur die Zuhörer aufzurichten.

Weit gefehlt. Die definitive Nachricht vom 3. Februar wirkte im Reich, ungeachtet aller vordem geschehenen löffelweisen Verabfolgung von Informationen, wie ein Schock. Die im Abstand von drei Tagen herausgegebenen streng geheimen Berichte aus dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA), bestimmt für einen kleinen Kreis von Lesern in der Führungsgruppe, überliefern das. Aufschlussreich

allein schon die Wortwahl, mit der die Verarbeiter kennzeichneten, von welchen Emotionen die Deutschen damals beherrscht, vielfach auch gequält wurden: „bedrückende Entwicklung“, „bedrückte Stimmung“, „bedrückende Tatsachen“, „harter und bedrückender Ernst“, „besorgte Fragen“, „besorgte Erwägungen“, „ernste Besorgnis um die Zukunft“, die auch in den Reihen der NSDAP existiere, „große Sorge“, „absinkende Stimmung“, „zermürbende“ Einflüsse der gegnerischen Propaganda, „tiefe Erschütterung“ und „ausgesprochen kopfhängerische Stimmung“. Berichtet wurde von Volksgenossen, die „jetzt schon den Kopf hängen lassen“, und von anderen, die „nahe daran“ wären, „den Mut sinken zu lassen“, von „ernster und nachdrücklicher Verfassung“, „ernsten Gesprächen“, „bedenkensvollen Äußerungen“, „allgemein bedrückter Einstellung“ und „pessimistischen Betrachtungen“.

Unumwunden wurde festgestellt, dass große Teile des Volkes den „Führungsmitteln“ entglitten seien, was besagte, sie bildeten sich ihre eigene Meinung, suchten selbständig zu gedanklichen Schlussfolgerungen zu gelangen. Es existierte nicht nur eine militärische Krise an der Ostfront, die akut bis in die Mitte des März fortdauerte, sondern auch – wie Goebbels freilich nur seinem Tagebuch anvertraute – eine „Propagandakrise“ und gegenüber den Entscheidungen und Informationen aus dem Führerhauptquartier eine „Vertrauenskrise“.

Welches Bild machten sich die Deutschen, folgen wir noch einmal den RSHA-Berichten, von der Kriegslage und deren künftiger Entwicklung, als sie das Desaster an der Wolga und die Nachrichten von der teils sich fluchtartig vollziehenden Preisgabe des Kaukasus- und des Kubangebietes zu verarbeiten hatten? Allgemein war demnach die Überzeugung, dass der Krieg im Osten entschieden werden würde. Dem wurde die pessimistisch stimmende Tatsache zugeordnet, dass alle von ihnen nach Sondermeldungen gefeierten Gebietsgewinne des Sommers 1942 entweder verlorengegangen waren oder bald nicht zu behaupten sein würden. Wurden die Raumverluste auch nicht für sonderlich schwerwiegend gehalten, so machte der Gedanke doch besorgt, über welches Potential jede Seite für die Fortführung der militärischen Kämpfe gebot. Unter dem Druck unabweisbarer Tatsachen wurde eine vollständige Neubewertung der Kampfkraft der sowjetischen Armee vorgenommen. Erklärungen in Kriegsberichten und Zeitungsartikeln, diese habe in der Winterschlacht ihre letzten Kräfte nahezu aufgebraucht, wurden nicht geglaubt. Es herrschte die Vorstellung, dass der bevorstehende Sommer 1943 im Osten die Entscheidung bringen müsse. Käme ein dritter Kriegswinter, so sei die Aussicht auf einen Sieg dort und folglich generell dahin.

Mit der Furcht ließ sich wuchern

Gefürchtet wurde die Zunahme des Bombenkrieges gegen deutsche Städte. Zweifel betrafen die Stabilität der deutschen Kriegswirtschaft. Würde die Ukraine verlorengehen, müssten andere besetzte Gebiete noch stärker ausgebeutet werden, was wiederum den vermehrten Widerstand der davon betroffenen Bevölkerung nach sich ziehen würde. Vergleiche mit dem Jahre 1918 wurden geäußert. Das alles führte zur Erkenntnis, die Zeit „arbeite“ gegen die Deutschen und deren Verbündete. Selbst wer meinte, es werde noch gelingen, die UdSSR auszuschalten, fragte sich, wie mit den geschwächten eigenen Kräften dann die anglo-amerikanischen Kriegsgegner besiegt werden sollten.

Übereinstimmung herrschte unter den Deutschen, dass Stalingrad keineswegs, wie sie im Hinblick auf die Schlacht bei Moskau im Winter 1941 massenhaft geglaubt hatten, einer jener Wechselfälle sei, die in Kriegen eintreten. Man sah sich an einem Wendepunkt. Während aber den einen diese Kennzeichnung im Sinne der Führung nur als Auftakt für ungemein gesteigerte Kriegsanstrengungen galt, aus denen sie den Endsieg hervorgehen sehen wollten, betrachteten andere das Geschehen als die Wende vom Sieg zur Niederlage oder sahen, wie es wieder die Sicherheitsexperten formulierten, im „Fall von Stalingrad den Anfang vom Ende“. Denn zwischen Rostow und Kaukasus existiere die Gefahr eines zweiten Stalingrads. Und Tunesien werde auch verloren gehen.

In jenen Februarwochen wurde erstaunlich freimütig über die Kriegssituation geredet und nicht jeder, der seine Zweifel kundtat oder deprimiert erklärte, er könne an den Sieg nicht mehr glauben, fand sich augenblicklich in einem Gestapo-Verlies wieder. Was sich öffentlich zutrug, war mehr – um eine vielzitierte Formulierung von Goebbels zu gebrauchen – als der „Stuhlgang der Seele“, von der sich

der Demagoge eine Erleichterung für die im Grunde verachtete Gefolgschaft versprach. Gegen die Masse der Diskussionen konnte das Regime nicht rundumschlagen, und es brauchte das auch nicht. Es konnte darauf rechnen, dass die Stimmung nicht in Kriegsunwilligkeit umkippen werde, und in Ansatz bringen, dass die Deutschen in ihrer Mehrheit die Niederlage mit ihren Folgen fürchteten und also bereit waren, einen Ausweg sich weisen zu lassen und ihn zu gehen.

Kein Fünkchen von Rebellion

Diese Furcht teilte niemand mehr als die militärischen und zivilen Machthaber, die sich ausrechnen konnten, dass – anders als 1918 – die Niederlage zu ihrem totalen politischen und sozialen Absturz ins Ungewisse führen werde, sie möglicherweise vor die Schranken von Gerichtshöfen der Alliierten stellen würde. Damit aber existierte ein Bindeglied zwischen „oben und unten“. Mit der Furcht der Massen ließ sich wuchern. Und in Ermangelung von erbauenden Tatsachen geschah das von nun an Tag für Tag. Es gehe nicht mehr um Sieg oder Niederlage, sondern um Überleben oder Untergang, um die Abwendung der Gefahr, ausgerottet zu werden, hieß es jetzt in der Propaganda. Die wirkte nicht so sehr, weil sie in ihren Argumenten so überzeugend gewesen wäre, sondern vor allem, weil sie diese Grundstimmung aufnahm und die übergroße Mehrheit der Deutschen – wiederum anders als Millionen im fünften Kriegsjahr des Ersten Weltkrieges – zum stumpfen und dumpfen Weitermachen keine Alternative sahen. In der Stimmungs- und Vertrauenskrise existierte kein Element der Rebellion. Organisatorische Kerne, um die sich Widerstand von Gewicht gegen die Fortsetzung des Krieges hätten bilden können, waren vom Terrorapparat auch mit dem Vorausblick auf die Belastungen des Krieges frühzeitig zerschlagen worden. Es drohte, in diesem Punkte sollte Hitler bis in den Mai 1945 recht behalten, kein zweiter 9. November. „Das Volk,“ notierte sich Goebbels in den Tagen der Krise, „ist im Augenblick bereit, alles, was man ihm anbietet, zu schlucken, wenn wir nur den Krieg gewinnen können“. Und die Deutschen schluckten noch, als sich ihre letzten Hoffnungen restlos zerschlagen hatten, diesen Krieg auf irgendeine billige Weise loszuwerden und der totalen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation zu entgehen.

junge Welt, Montag, 03.02.2003, S. 10.

Der Stachel Niederlage

Deutschland gedenkt der Stalingrader Schlacht

An der Grenze vom Januar zum Februar konkurrieren in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts zwei Jahrestage: Der eine bezieht sich auf den Einzug Hitlers in die Reichskanzlei, womit 1933 die Errichtung der faschistischen Diktatur begann. Der andere gilt der Erinnerung an das Ende der Stalingrader Schlacht, als mit dem Sieg der sowjetischen Armeen 1943 der Durchbruch zur Wende im Zweiten Weltkrieg gelang. Diese Konkurrenz hatte mit dem Abstand von 70 bzw. 60 Jahren zu den Ereignissen die Schlacht zwischen Don und Wolga mit Längen gewonnen. Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehsender schenkten ihr seit Ende November – da waren sechs Jahrzehnte zuvor deutsche und mit ihnen rumänische Divisionen eingeschlossen worden – besondere Aufmerksamkeit. Der Folge wurde mithin ungleich mehr Beachtung zugewandt als der Verursachung.

Bietet die Schlacht vor dem Hintergrund der Vorbereitungen eines Krieges gegen den Irak mehr und aktuellere Lehren als die Zerschlagung der Republik und der Regimewechsel in die Diktatur? Die wären ihr als eine große Warnung wohl abzugewinnen, vorausgesetzt, es kämen Ursprünge und Interessen zur Sprache, welche die deutschen Armeen nach dem Osten vordringen ließen, eine Landbrücke nach Mesopotamien zu gewinnen und vor Indiens Tore zum ersehnten „Endsieg“ zu gelangen. Doch davon war kaum etwas zu hören, zu lesen oder zu sehen.

Das Grauen

Die Weltgeschichte kennt keine Schlacht, die uns nicht grauenhafte Bilder hinterlassen hätte. Legenden, Chronisten, Schriftsteller, Maler haben der Nachwelt davon Einzelheiten überliefert, die ein unerschöpfliches Reservoir für Horrorfilme abgeben. Der so und durch Science-Fiction-Produktionen schon vorbereiteten Leser- und Zuschauerschaft war viel zuzumuten, als die Blicke wieder auf das Schlachtfeld von Stalingrad gelenkt wurden: die gestapelten Leichenhaufen deutscher Soldaten, die nicht mehr unter die gefrorene Erde gebracht werden konnten; der streunende Hund, der sich mit einem Menschenarm davonschleicht; die auf Rückzügen und Fluchten zu von Frost und Schnee überzogenen Säulen erstarrten Soldatenleiber; die von eigenen Fahrzeugen nieder- und plattgewalzten Männer. Ja, das und manches mehr war die Schlacht.

Aber was hat bewirkt, dass dies mit journalistischem Genuss in die Überschriften und ins Fettgedruckte gehoben worden ist? Der Kampf auf verengtem Absatzmarkt? Gewiss. Doch mischen sich in den Medien Geschäftsinteressen stets mit ideologischem Kalkül. Die Schilderungen des Grauens gaben nur die Introduktion.

Das Bild, das von den deutschen Soldaten vermittelt wurde, die mit der 6. Armee und Teilen der IV. Panzerarmee bei und in Stalingrad zu Grunde gingen, war das einer Opferkolonne. Zehntausende, wahrscheinlich insgesamt 150.000 Männer, kamen bei dem Versuch um, die Stadt zu erobern, das Rüstungszentrum auszuschalten und den Wolgaweg nach Norden zu unterbrechen. Sie erscheinen bei diesem Versuch als Verführte, Irregeleitete, Betrogene, Ahnungslose, einem unverdienten Schicksal Preisgegebene, als Unschuldige. Eben als Opfer. Dass diese Betrachtung einseitig ist, wurde in manchen Publikationen zugegeben, aber jeder Einwand mit dem Bemerken erledigt, von den Deutschen als Täter wäre bereits genug und vollständig berichtet worden. Diese ihre Rolle hätten Zeitgenossen und Nachgeborene, mit einigen Ausnahmen, ja nun verstanden. Jetzt müsse auch das Tabu der Vergangenheit angehören, die Deutschen als Opfer darzustellen.

Das Tabu ist eine Erfindung, es hat nie existiert, zum wenigsten in der Altbundesrepublik. Und verstanden hat offenbar auch noch nicht jeder Deutsche zwischen Rhein und Oder. Entscheidend aber ist, dass der Weg in die häufig absolute Ausweglosigkeit des Daseins in einem Stalin grader Trümmerloch ohne die Vorgeschichte nicht begreifbar ist – es ist die von willigen oder willenlosen Instrumenten einer Militärmacht, die auf Welteroberung ausging.

Die Bösewichte

Statt auf derlei Zusammenhänge zu kommen, werden als die Urheber des „Dramas“, der „Tragödie“, der „Katastrophe“ einige Bösewichte vorgeführt. Die Doppelspitze bilden Hitler, der Oberste Befehlshaber, und Göring, der Luftwaffenchef, der diesem die Versicherung gab, die Luftwaffe vermöge die Eingeschlossenen zu versorgen. Schon vom Generalstabschef des Heeres und seinen Mitarbeitern, die doch den abenteuerlichen Plan für den Feldzug des Jahres 1942 entworfen hatten, ist keine Rede. Umso mehr aber von General Friedrich Paulus, dem die Rolle zufiel, den Plan zu verwirklichen, und der sich auch nach dessen Scheitern als ein befehlsgehorsamer Untertan des Führers erwies. Paulus trägt die Mitschuld am Zugrundegehen von mehr als 200.000 Soldaten. Doch er war ein Mann, in dessen Biografie sich zwei Lebensetappen deutlich gegeneinander abheben. Die erste dauerte bis zu seiner Gefangennahme, die zweite begann im August 1944, als er sich von Hitler und den Zielen des Regimes lossagte. Was nun vorgeführt wird, ist die erneute Rache dafür, dass der einstige Generalfeldmarschall im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess bezeugte, der Angriff auf die UdSSR am 22. Juni 1941 habe unprovoziert stattgefunden, und dass er sich, aus der Gefangenschaft entlassen, in der DDR gegen die Aufrüstung der beiden deutschen Staaten wandte. Dass Paulus an der „Wiege“ der DDR-Armee eine irgendwie bedeutende Rolle gespielt hätte, ist eine bösartige Legende.

Stalingrad als das Werk einiger Bösewichte, das heißt Geschichtsschreibung auf jenes Niveau herunterschreiben und fernsehinszenieren, auf dem George W. Bush jun. die Weltgeschichte, die er zu machen beabsichtigt, entsprechend vorgebildeten US-Amerikanern erklärt.

Der Gegner

Wer glaubte, das deutschnationale Fleisch hätte sich den Stachel dieser größten Niederlage der deutschen Militärgeschichte nach sechs Jahrzehnten gezogen, wurde in den letzten Wochen belehrt. Mit Vorliebe fand man Zahlenvergleiche nach der Methode: Wer bietet mehr? Und da ergab sich, dass die Deutschen doch ein wenig gesiegt hatten, denn es war ihnen gelungen, viel mehr Russen umzubringen, als sie selbst Tote auf dem Schlachtfeld ließen.

Zu den Infamien des Rückblicks gehört der Versuch, die gegnerischen Soldaten als in ihrer Masse nur durch Drohungen in die Kämpfe getriebene Opfer bolschewistischer Menschenverachtung darzustellen. Auch für die Zahl derjenigen, die wegen Befehlsverweigerungen vor sowjetische Militärgerichte gestellt wurden, galt das erwähnte Prinzip. Demgegenüber schien die 6. Armee über keine Militärgerichtsabteilung verfügt zu haben, schien da nie eine Drohung an die eigenen Soldaten gerichtet worden zu sein. Mehr noch: Als Entdeckung wissenschaftlichen Forscherdrangs wurde ein Bericht präsentiert, wonach noch nach der Kapitulation sich Tausende deutscher Soldaten nicht ergeben, ja noch Wochen weitergekämpft hätten. Und unbekümmert wurde die Zahl derjenigen, die mit ihren Generalen nicht die Waffen gestreckt hätten, auf 10.000 beziffert. Merkwürdig, dass davon kein Überlebender berichtete.

Es passt in dieses Selbst- und Gegnerbild, dass die hochbetagten Teilnehmer der Stalingrader Schlacht in den Reihen der sowjetischen Armeen, die an Gedenk- und Feiertagen die ihnen damals verliehenen Orden anlegen, als trottelige Opas hingestellt werden, welche die Zeichen der Zeit nicht richtig verstehen und noch immer vom Sieg sprechen würden.

Die Zäsur

Über den Platz der Stalingrader Schlacht in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges ist während der Jahre des Kalten Krieges lange gestritten worden, doch schließlich setzte sich in der Geschichtswissenschaft, gleich welcher Strömung ihre Vertreter angehörten, die Wahrheit durch, dass die Wende im Kriege, jedenfalls in Europa, auf dem Territorium der UdSSR erkämpft wurde und die Winterschlacht des Jahres 1942/1943 dabei die entscheidende Zäsur bildete. Um jene Aussage haben sich die Beherrscher der deutschen Medien mit wenigen Ausnahmen gedrückt. Bevorzugt wurden Einordnungen wie „das größte Schlachten des Zweiten Weltkrieges“, „die Hölle von Stalingrad“, „die dramatischste Kesselschlacht der Geschichte“, „die einmalige Schlacht“ (was sich von jeder feststellen lässt). Das ist kein Zufall. Es soll selbst dem untergegangenen Staat Sowjetunion nicht gelassen wer-

den, was aus seiner Geschichte als eine Tat für die Menschheit herausragt. Das festzustellen, schmälert niemandes Verdienst, nicht das der Soldaten in den großen Armeen der USA und Großbritanniens, nicht das der französischen Partisanen, der australischen und indischen Soldaten und der vielen anderen, die am Sieg 1945 ihren Anteil haben.

Der breite Hauptstrom des deutschen Gedenkens 2003 zeigt ein extremes Auseinanderfallen von Geschichtspublizistik und Geschichtswissenschaft. Manche Historiker meinen, damit müssten sie eben leben. Eric Hobsbawm schrieb einmal, die Forscher seien die Lieferanten des Rohmaterials, dessen sich die Geschäftigen und Geschäftstüchtigen bedienen würden. Es gibt in der Beziehung zwischen Publizistik und Wissenschaft aber eine Grenze, bei der schweigende Zurückhaltung der Zunft nicht mehr angezeigt erscheint.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 8./9. Februar 2003, S. 19.

Sondermeldung mit Variation

Am Nachmittag des 3. Februar 1943 verbreiteten die deutschen Rundfunksender eine Sondermeldung des Oberkommandos der Wehrmacht. Ihr Text, wie üblich von Experten der Abteilung Wehrmachtpropaganda im Führerhauptquartier verfasst, besaß allerhöchste Billigung. Die Bekanntgabe wurde besonders inszeniert. Dem Text folgte das 1809 von Ludwig Uhland gedichtete Lied „Ich hatt' einen Kameraden". Danach wurde das Programm der Sender umgestellt und nur noch „ernste Musik" gespielt. Die Deutschen erhielten ein stolzes Gedenken verordnet.

Der OKW-Text, auf den sie in den Tagen zuvor bereits eingestimmt worden waren, lautete vollständig:

„Der Kampf um Stalingrad ist zu Ende. Ihrem Fahneneid bis zum letzten Atemzug getreu ist die 6. Armee unter der vorbildlichen Führung des Generalfeldmarschalls Paulus der Übermacht des Feindes und der Ungunst der Verhältnisse erlegen. Ihr Schicksal wird von einer Flakdivision der deutschen Luftwaffe, zwei rumänischen Divisionen und einem kroatischen Regiment geteilt, die in treuer Waffenbrüderschaft mit den Kameraden des deutschen Heeres ihre Pflicht bis zum äußersten getan haben.

Noch ist es nicht an der Zeit, den Verlauf der Operationen zu schildern, die zu dieser Entwicklung geführt haben. Eines aber kann schon heute gesagt werden: Das Opfer der Armee war nicht umsonst. Als Bollwerk der historischen europäischen Mission hat sie viele Wochen hindurch den Ansturm von sechs sowjetischen Armeen gebrochen. Vom Feind völlig eingeschlossen, hielt sie in weiteren Wochen schwersten Ringens und härtester Entbehrungen starke Kräfte des Gegners gebunden. Sie gab damit der deutschen Führung die Zeit und die Möglichkeit zu Gegenmaßnahmen, von deren Durchführung das Schicksal der gesamten Ostfront abhing.

Vor diese Aufgabe gestellt, hat die 6. Armee schließlich auch durchgehalten, als mit der Dauer der Einschließung und dem Fortgang der Operationen die Luftwaffe, trotz äußerster Anstrengungen und schwerster Verluste, außerstande war, eine ausreichende Luftversorgung sicherzustellen und die Möglichkeit des Entsatzes mehr und mehr und schließlich ganz dahinschwand. Die zweimal vom Gegner verlangte Übergabe fand stolze Ablehnung. Unter der Hakenkreuzfahne, die auf der höchsten Ruine von Stalingrad weithin sichtbar gehisst wurde, vollzog sich der letzte Kampf. Generale, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften fochten Schulter an Schulter bis zur letzten Patrone. Sie starben, damit Deutschland lebe. Ihr Vorbild wird sich auswirken bis in die fernsten Zeiten, aller unwahren bolschewistischen Propaganda zum Trotz. Die Divisionen der 6. Armee aber sind bereits im neuen Entstehen begriffen."

Wie hätten sich die Sätze dieser Meldung gelesen, wenn das Führerhauptquartier den Deutschen bekannt gemacht hätte, was es wusste? Etwa so:

Am 2. Februar 1943 endete die Schlacht zwischen Don und Wolga, die in der zweiten Augusthälfte 1942 mit dem Angriff auf Stalingrad begonnen hatte. Die deutschen Truppen, deren Kern die 6. Armee bildete, und Einheiten der Verbündeten, die Stalingrad erobern und die Kontrolle über die Wolga gewinnen sollten, waren seit dem 23. November von gegnerischen Armeen eingeschlossen. Ersuchen des Oberbefehlshabers Friedrich Paulus, den Eingeschlossenen den Versuch eines Ausbruchs nach Westen zu genehmigen, wurden vom Führer abgelehnt. Ein mit unzureichenden Kräften am 12. Dezember unternommener Versuch, in den Kessel vorzudringen und eine schmale Verbindung zu den deutschen Hauptkräften der Südfront wieder herzustellen, scheiterte nach zehn Tagen. Am 9. Januar lehnte General Paulus ein sowjetisches Kapitulationsangebot ab. Danach begann der Angriff der Roten Armee, der gestern dazu führte, dass die noch kämpfenden Reste der Eingeschlossenen die Waffen streckten. Vorschläge des Oberbefehlshabers Paulus, eine frühere Kapitulation zu genehmigen, hatte das Führerhauptquartier ebenfalls zurückgewiesen.

Wie viele Angehörige der deutschen und verbündeten Verbände während der Kämpfe umkamen, infolge von Verwundungen, Verletzungen und Krankheiten starben, verhungerten oder sich verzweifelt das Leben nahmen, ist unbekannt. Gleiches gilt für die Zahl der Soldaten und Offiziere, die sich in Gefangenschaft begaben. Ob sich unter ihnen auch Generale und der Oberbefehlshaber der Armee befinden, ist noch ungewiss. Sicher ist hingegen, dass die Mehrheit der die Schlacht überlebenden Deutschen sich physisch wie psychisch in einem extrem schlechten Zustand befindet, sie waren seit Wochen hochgradig unter- und fehlernährt, in den denkbar schlechtesten hygienischen Zuständen, häufig unzureichend gekleidet, zerlumpt und schleppten massenhaft Läuse, die Überträger von Krankheiten und Seuchen, mit sich.

Der Versuch, die Eingeschlossenen auf dem Luftweg ausreichend mit Waffen, Munition, Betriebsstoff, Nahrung und Medikamenten zu versorgen, scheiterte. Die Luftwaffe verlor während ihrer Einsätze mehrere Hundert Kampf- und Transportflugzeuge samt deren Besatzungen. Sie transportierte mehrere Tausend Verwundete sowie Spezialisten aus dem Kessel, vor allem Angehörige von Stäben, die über keine Truppen mehr verfügten und im weiteren Kriegsverlauf an anderen Fronten Verwendung finden sollen. Im Besitze der rückwärtigen Dienste befinden sich noch nicht ausgehändigte Postsendungen von Soldaten und Offizieren, die sie gegen Ende der Kämpfe an ihre Angehörigen als Abschiedsbriefe schrieben. Über ihre Aushändigung wird noch entschieden werden. Die Stadt Stalingrad ist infolge der Luftbombardements und der Erdkämpfe ein unbewohnbarer Trümmerhaufen geworden.

Die 6. Armee und die mit ihr kämpfenden Einheiten insbesondere der IV. deutschen Panzerarmee haben zwischen Don und Wolga die größte Niederlage der deutschen Militärgeschichte erlitten. Die Folgen der Geschehnisse sind noch unabsehbar.

Gewiss, so sondermeldet kein Oberkommando nach gescheitertem Feldzug, zum wenigsten das in jenen Tagen in Ostpreußen etablierte, zumal den Deutschen in den folgenden Tagen, nachdem die auf Halbmast gesetzten Fahnen wieder eingerollt worden waren, klargemacht werden sollte, der Krieg könne noch gewonnen werden, wenn durch das Reich nur ein Ruck ginge.

General von Seydlitz-Kurzbach und dessen Generalstabschef hatten eine „Vernichtungsschlacht von klassischem Ausmaß“ vorausgesehen und vor ihr in einer Denkschrift vergeblich gewarnt, die das Datum des 25. November 1942 trug und den Ausbruch aus dem Kessel auf eigene Faust und Verantwortung vorschlug. Die hier zitierte Bewertung der Schlacht als „größte Niederlage der deutschen Militärgeschichte“ las Propagandaminister Goebbels in einer britischen Quelle und kommentierte in seinem Tagebuch, das sei nicht ganz falsch.

Ossietzky, 6. Jg., H. 3., 8. Februar 2003, S. 85-87.

„Stunde der Idiotie“

Mutmacher Goebbels in Aktion nach der Stalingrader Schlacht

Kein zweiter Filmbericht ist nächst dem vom Marsch der SA-Kolonnen durch das Brandenburger Tor am Abend des 30. Januar 1933 Zeitgenossen und den Nachgeborenen so oft vor Augen gebracht worden wie jener, der eine Ansammlung ausgesuchter Berliner im Sportpalast zeigt, wo sie am 18. Februar 1943 eine aufhetzende Rede des Propagandaministers Joseph Goebbels anhörten. In der Halle prangte ein einziges Transparent. Es trug die Aufschrift „Totaler Krieg – kürzester Krieg“. Das war Verheißung und Eingeständnis. Wer zu lesen verstand, entnahm, dass die Mehrheit der Deutschen den Krieg, der inzwischen ins vierte Jahr gegangen war, gründlich satthatte. Vor einem Jahr noch, als aus dem Blitzkrieg gegen die Sowjetunion nichts geworden war, hatten die Fragen gelautet, wie lange dieser Krieg denn noch dauern werde. Jetzt wurde anders gefragt: Wie wird er enden? Diesen Wandel hatte das zweite Scheitern des Versuchs bewirkt, die sowjetischen Armeen zu besiegen. Sein Name hieß: Stalingrad.

Damit war die Aufgabe von Goebbels klar: Er hatte gegen die Stimmung anzureden, dass Deutschland angesichts der Macht seiner Gegner diesen Krieg nicht mehr gewinnen könne. Das hatte er schon am 30. Januar am gleichen Orte getan. Doch war die Wirkung dieses Auftritts schon drei Tage später wie weggewischt gewesen durch die amtliche Bekanntgabe des „Endes der Schlacht“ zwischen Don und Wolga. Danach hatte sich Goebbels sofort entschlossen, durch eine neue und wohlinszenierte Kundgebung die Kriegsstimmung wieder hochzureißen. Als Gauleiter von Berlin gab er Weisung, dafür ein ausgesuchtes Personal in die Halle zu beordern. Vor ihm saß, obwohl er gerade das in seiner Rede behauptete, keineswegs ein „Querschnitt“ der Nation.

Jedoch waren die Gefühle und Gedanken derer im Saal von jenen der Millionen „draußen“ zwischen Ostpreußen und Bodensee nicht grundverschieden. Die einen wie die anderen fürchteten die Niederlage, für die eben Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill bei einem Treffen in Casablanca die Formel „unconditional surrender“, bedingungslose Kapitulation, bestimmt hatten. Die Älteren mochten sich des Ausgangs des Ersten Weltkrieges erinnern, der Besatzung, der Inflation, der Reparationszahlungen; andere sich fragen, wie hoch die Zeche diesmal sein werde; dritte im Wissen um die begangenen Kriegsverbrechen überlegen, was aus ihnen folgen werde. Furcht begann umzugehen. Goebbels gedachte, mit ihr zu wuchern. Bald schrieb eine britische Quelle, die Naziparole „Kraft durch Freude“ abwandelnd, der Minister betreibe eine „Kraft-durch-Furcht-Propaganda“. Vordem schon hatte Hitler von der Devise „Sieg oder Niederlage“ auf die Alternative „Überleben oder Untergang“ umgeschaltet.

Das Geschrei nach dem „totalen Krieg“, das Tausende im Sportpalast auf die provokatorischen Fragen des Propagandaministers anstimmten („Stunde der Idiotie“, nannte es Goebbels in seinen Tagebüchern), war die schrille Begleitmusik zu jenen innenpolitischen Maßnahmen, mit denen nun der Kurs auf rücksichtslosen Verschleiß aller verfügbaren Volkskräfte gelegt wurde, mit Folgen, die noch Jahre nach dem Ende des Krieges spürbar sein sollten. Aus dem Prinzip „Jeder frontdiensttaugliche Wehrmachtangehörige in die bevorstehenden Schlachten“, folgte die Mobilisierung weiterer Männer für den Dienst in militärischen Einheiten im Reich und den besetzten Gebieten und die vermehrte Eingliederung von Frauen in den Kriegsdienst, als Helferinnen im Heer, in der Luftwaffe und der Marine und als Schwestern in Lazaretten.

Betriebe des Handwerks und Einzelhandels wurden geschlossen und dort Beschäftigte in die Rüstungsindustrie gelenkt. „Patriotische“ Appelle richteten sich an die Ehefrauen von Wehrmachtangehörigen, die wegen der finanziellen Zuwendungen, die ihnen gewährt wurden, keinem ökonomischen Arbeitszwang unterlagen. Jetzt sollten auch sie durch ihren Einsatz an die Seite ihrer kämpfenden Männer treten. In den Betrieben, die Kriegsgüter erzeugten, wurde das Arbeitstempo gesteigert, der Arbeitstag ausgedehnt, die Bereitschaft von Arbeitern ausgenutzt, ihre Unabkömmlichkeitsstellung (UK) zu erhalten und der Einberufung zur Wehrmacht zu entgehen. Sie und der ältere Stamm von Spezial- und Facharbeitern bewirkten gemeinsam mit der Ausbeutung der Millionen herbeigeschleppten Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen das Weiterfunktionieren der Versorgung der

Wehrmacht und sogar noch einmal eine Steigerung der Produktion von Waffen und anderem Kriegsgerät.

Dass der totale Krieg der kürzeste sei, erwies sich als platte Lüge. Das Gegenteil war richtig. Und die antifaschistischen Kräfte, die warnten, das Ergebnis des totalen Krieges werde die totale Niederlage sein, prophezeiten, was kommen werde. Doch sie drangen nicht durch. Die Deutschen befolgten, willig oder einfach stumpf und dumpf weitermachend, die Forderungen der militärischen und zivilen Machthaber. Drakonische Verfolgungen von „Defätisten“ half, die Disziplin aufrechtzuerhalten. Am Tage der Goebbels-Rede aber warfen in der Münchener Universität die Geschwister Scholl jene Flugblätter, die dazu aufriefen, dem Regime die weitere Gefolgschaft zu versagen ...

junge Welt, Sonnabend, 15.02.2003, S. 15.

Streit um einen Feldmarschall

Was die Berliner, Potsdamer und alle Deutschen über Hindenburg wissen sollten

Kann es sein, dass Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg Ehrenbürger sein und sein Name Straßenschilder in deutschen Städten heute noch zieren darf? In Berlin und Potsdam ist ein heftiger Streit entbrannt.

Die Biografie des Paul von Hindenburg und Beneckendorf, kaiserlicher Generalfeldmarschall und Chef der letzten Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg, Reichspräsident der Weimarer Republik (1925 bis 1933) und im Nazistaat (bis zu seinem Tode 1934) mag nicht zum geschichtlichen Allgemeinwissen der Mehrheit der Heutigen gehören und auch nicht zum Spezialwissen der Parlamentarier, die das Berliner Abgeordnetenhaus und die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung gelegentlich füllen. Die ersteren mögen, wenn sie über den Mann in gedrängter Form Genaueres wissen wollen, zu einem Lexikon greifen oder über das Internet Auskunft suchen. Die letzteren können sich Experten leisten.

Darauf verfiel man denn auch an der Spree wie an der Havel, denn hier wie dort ist Streit entfacht, ob der Name des Mannes länger noch auf den Listen der Ehrenbürger der Stadt figurieren oder gestrichen werden sollte. Und wohin wenden sich Parlamentarier, die fachkundige Beratung suchen? An Universitäten und andere gelehrte Einrichtungen. Dazu musste man in beiden Fällen nicht außer Landes gehen. Antwort wäre leichter zu haben gewesen. Den Potsdamern wäre zu sagen: Wissen sie denn nicht, dass zu den Bürgern Ihrer Stadt ein Spezialist gehört, der einst eine viel gelesene Hindenburg-Biografie schrieb, in der alles nachzulesen ist über diesen Mann? Ganz ähnlich hätte den Berliner beschieden werden können: Ist ihnen nicht bekannt, dass von einem Mitarbeiter eines Berliner Akademie-Instituts eine Biografie Hindenburgs vorliegt?

So aber erging es den Abgeordneten nicht. Und vielleicht waren die Experten nicht belesen genug, vielleicht auch bot ihnen das Ansinnen eine willkommene Profilierungschance. Oder speist sich die Ignoranz aus der Tatsache, dass dieser Hindenburg-Biograf Bürger des ostdeutschen Staates und also Mitbewohner einer Wissenschaftswüste gewesen ist? Die Rede ist von Wolfgang Ruge, der sich wie kein zweiter seiner DDR-Kollegen um die Geschichte der Weimarer Republik Verdienste erwarb. Er hatte sich mit der Hindenburg-Forschung, so den Arbeiten von Walther Hubatsch, Andreas Dorpalen und John Wheeler-Bennett kritisch auseinandergesetzt, bevor er auf Grund ausgedehnter Archivstudien 1974 sein „Portrait eines Militaristen“ vorlegte. Das Buch erlebte bis 1980 vier Auflagen und wurde 1981 in Lizenzausgabe auch in der Bundesrepublik verlegt.

Ruges Text gibt auf die Frage, die in den Mittelpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzung – soweit sie überhaupt inhaltliche Themen berührt – gestellt worden ist, klare Antworten. Sie betreffen den Anteil des Mannes an Hitlers Ernennung zum Reichskanzler und, daran zeitlich direkt anschließend, seine Mitwirkung bei der Etablierung der Diktatur. Denn die Rolle des Herzensmonarchisten, als der sich Hindenburg stets bekannte, begrenzte sich nicht auf seine Unterschrift unter die Ernennungsurkunden für Hitler, Frick, Göring (und ein wenig später für Goebbels) sowie ihrer deutschnationalen Ministerkollegen, die das erste faschistische Kabinett bildeten. Hindenburg unterzeichnete jene Gesetze und Verordnungen, mit denen in rascher Folge die Republik stranguliert wurde: Am 1. Februar 1933 die Verordnung über die Auflösung des Reichstages, deren Zweck darin bestand, der NSDAP und ihrem Koalitionspartner in einem neuen Wahlgang auf der Woge des Sieges die absolute, am besten die Zweidrittelmehrheit im Reichstag zu verschaffen. Sodann am 4. und am 28. Februar 1933 die Verordnungen „zum Schutz des deutschen Volkes“ und „zum Schutz von Volk und Staat“, beide dazu bestimmt, die neuen Machthaber vor Widerstandsaktionen ihrer Gegner zu schützen und deren Illegalisierung einleitend. Dazwischen lagen nahezu vergessene, aber nicht aus der Bewertung auszuschließen de Verordnungen, so die über den landwirtschaftlichen „Vollstreckungsschutz“ vom 14. Februar, nach der es nicht zuletzt große Grund- und Gutsbesitzer verlangt hatte und zu denen Hindenburg selbst zählte.

Schließlich setzte dieser am 24. März seinen Namen auch unter das am Tag zuvor vom Reichstag beschlossene „Ermächtigungsgesetz“, womit er, indem der Reichsregierung weitgehende gesetzgeberische Rechte zugeschanzt wurden, sich en passant von der Last befreite, in Sachen Gesetzgebung fortgesetzt zum Federhalter greifen zu müssen. Von nun an stand der Name Hitler als erster unter den Gesetzesakten.

Das sollte reichen, um sich über die Ehrenbürgerschaften des Mannes in Berlin und Potsdam schlüssig zu werden. Die angerufenen Ersatz-Gutachter konnten nicht umhin, diese quellengesättigten geschichtlichen Tatsachen gelten zu lassen. Doch argumentierten sie zugleich, Geschichte sei nun einmal geschehen und könne nicht ungeschehen gemacht werden. Sie rieten zu einer eigenartigen Souveränität im Umgang mit der Vergangenheit. Diese, konsequent zu Ende gedacht, würde zur Folge haben, dass – nach dem demokratischen Grundsatz der Gleichbehandlung – auch Hitler in die Listen wieder zurückkehren müsse, von denen er rechtens gestrichen worden war. Und da könnten Straßen, Alleen und Plätze jene Namen zurückerhalten, auf die nach 1945 wegen vieler unguter Erinnerung verzichtet worden war.

Der Streit um Hindenburgs Platz auf den Ehrenbürgerlisten – der, nebenbei bemerkt, den Vorteil mit sich bringt, dass die Unterscheidbarkeit von sozialdemokratischen Nichtsozialisten und demokratischen Sozialisten sich ein wenig verbessert – wird zwar auf einem wichtigen, aber merkwürdigerweise Teilterrain ausgetragen. Das könnte sich ändern. Denn wer den Blick nicht nur auf Hindenburgs Rolle während der entscheidungsschweren Monate zwischen November 1932 und März 1933 richtet, sondern das Leben des Mannes im Ganzen wahrnimmt, wird zu der Frage geführt, welches Verdienst der einstige Marschall und Präsident in irgendeinem Abschnitt seines langen Lebens überhaupt aufzuweisen hat, das dafürstünde, seiner irgendwo ehrend zu gedenken.

Neues Deutschland, Donnerstag, 20. Februar 2003.

Schon verloren?

Bush-Krieg und Friedensbewegung

Unaufhaltsam und mit der Gewalt eines Erdbebens scheint die Entwicklung jenem Moment zuzutreiben, da der Präsident der USA befiehlt, über den Irak mit einer Militärmacht herzufallen, welche die Menschheit bisher in solcher Aktion noch nicht gesehen hat. Politiker fragen, ob es nicht noch unkriegerische Mittel gäbe, „Bagdad“ zu entwaffnen. Schon die Frage ist zu einer Falle geworden. Denn die wirkliche lautet inzwischen, ob es außerhalb der offenkundig fruchtlosen Argumente vieler Einzelner und von Millionen noch Wege und Mittel gibt, „Washington“ zu bewegen, den Kriegsplan aufzugeben. Mit der Antwort sieht es schlecht aus. Nur wenn Bush und seine Mannschaft sicher wüssten, dass sie am Tage X sich in eine Situation manövrieren würden, die sie nicht zu beherrschen vermögen und die ihre Interessen schädigt, wäre Hoffnung auf Abkehr von schon gefassten Entschlüssen.

Anders gewendet: Auf diese Herausforderung waren die Menschen, die Kriege und also auch diesen einen nicht wollen, nicht vorbereitet. Sie haben in ihrer übergroßen Mehrheit, die Deutschen eingeschlossen, sich nicht klarzumachen vermocht, in welche Weltzustände sie an der Wende von den achtziger zu den neunziger Jahren geraten waren. Illusionen über eine von bedrohlichen Konfrontationen befreite Welt grassierten. In dieser Atmosphäre verlor sich selbst das begriffliche Instrumentarium, mit dem die veränderte, in ihrem Kern aber alte Welt zu begreifen war und Gefahren sich ausmachen ließen. Blockierend wirkte auch ein Irrtum, der weiter als ein Jahrzehnt zurückliegt: der Glaube, dass eine „Erfahrung Hitler“ als dauerhafte Warnung reiche.

Bush muss kein Braunhemd angezogen werden. Er ist nach einer Wahl in sein Amt gelangt und steht an der Spitze eines Staates, in dem in den letztlich durch das Kapital gezogenen Grenzen Meinungs- und Organisationsfreiheit existieren, Widerspruch gegen den Kriegsplan sich massiv auch äußern konnte. Doch veränderte das die Lage nicht. Die US-Außenpolitik, ein Produkt aus Kalkül und Wahn, wird ungerührt fortgetrieben. Kalkül, das zielt auf den Zugriff auf einen erheblichen Teil der Weltenergiereserven. Wahn, das meint, der Erdbevölkerung vorschreiben zu können, was sie zu tun und zu lassen hat. Hier liegt die Geistes- und das ist eine Klassenverwandtschaft des US-Präsidenten und des gewesenen deutschen Führers. Das Scheitern des letzteren nach einer Blutsauferei ohne Beispiel zählt wesentlich, nicht allein, zu Verdiensten eines Staates, der nicht mehr existiert.

Wir werden, wenn die USA über den Irak barbarisch herfallen sollten, nicht in einer anderen Welt leben, aber mehr Menschen werden schmerzlich erkennen, welche Welt das ist. Doch in dieser dürften sodann schwerwiegende Veränderungen vor sich gehen. Soziale, nationale, religiöse Kräfte werden im Nahen und Mittleren Osten neu gruppiert in Aktion treten. Eliten in Staaten werden sich fragen, wann ihre Länder „an die Reihe“ kommen könnten, ihre Gegenmaßnahmen müssen nicht solche der Anpassung sein. Jedoch ist es ein Hauptziel dieses Krieges und der Art und Weise, in der er geführt werden soll, weithin Herrschenden und Beherrschten ein Gefühl absoluter Hilflosigkeit gegenüber allen künftigen Ansprüchen der USA zu vermitteln. Darüber und über erkennbare Folgen für die Existenz internationaler Organisationen haben Politologen sich klar geäußert. Alles in allem: Es werden dann alle Hinterlassenschaften liquidiert sein, die aus Zeiten der Kooperation der Großmächte im Zweiten Weltkrieg ebenso wie jene aus den Jahren der Konfrontation. Kulissen mögen fortexistieren, aber in ihnen werden andere Stücke aufgeführt werden.

Und die Friedenswilligen? Im Moment befassen sie sich mit der Frage, was an jenem Tag X mit welchen Zielen überhaupt bewirkt werden könnte. Diese Überlegungen erfolgen nicht alternativ, sie sind von einer Stimmung des Unabwendbaren getragen. Viele wissen zudem, dass uns an jenem Tage das Gefühl einer großen Rat- und Hilflosigkeit bevorstehen würde, das sich mit den Protesten nicht verdrängen, vielleicht mildern lassen wird. Mit dem Umsichgreifen von Resignation wäre ein anderes Ziel der USA-Politik erreicht, das sich im verächtlichen Wort vom „alten Europa“ zu erkennen gab.

Also nichts mehr tun im Vorfeld? Was wäre, wenn angesichts der Missachtung der USA gegenüber Entscheidungen im Sicherheitsrat die Staatsoberhäupter und Regierungschef der Staaten, die dem

Kriegsplan entgegenstehen, sich nach Washington begäben? Oder wenn sie sich, wollte man sie dort nicht empfangen, in Berlin oder Paris zusammenfänden mit allen gleichen Sinnes und derart beispiellose Arroganz mit einer beispiellosen Demonstration beantworteten? Das ginge weit über den aktuellen Vorschlag des französischen Präsidenten hinaus. Eine solche Initiative, für die wenig Zeit bliebe, ist nicht in Sicht. Zuvor müssten Rücksichten fallen. Denn mit ihr würde eine neue Stufe der staatspolitischen Auseinandersetzung mit der Irak-Politik der USA erreicht. Es müssten für das Zustandekommen dieses Versuches freilich wohl Massen von Menschen in Aktion treten. Und was immer wir in diesem März 2003 erleben oder noch bewirken werden, es ist jetzt schon unabweisbar, dass die antiimperialistischen Kräfte über sich, über Aktionsweisen und Organisationsformen wiederum neu werden nachdenken müssen.

junge Welt, Dienstag, 11.03.2003, S. 3.

Oppositionsposse

Wem Ehre gebührt: Noch ist Paul von Hindenburg Berliner Ehrenbürger

Wer bisher glaubte, der Mann sei 1934 im fernen Ostpreußen, wo er auch Gutsbesitzer war, hochbetagt verblichen; wer wusste, dass er danach in einem pompösen Staatsakt im Tannenberg-Denkmal beigesetzt wurde; wer sich erinnert, dass sein Sarg gegen Kriegsende, damit er nicht den Bolschewiken in die Hände fiel, westwärts geschafft wurde und schließlich Platz in einer berühmten Kirche zu Marburg fand, ist mehr als irritiert: Alles falsch. Der Mann ist auf einem Berliner Tisch, teilte unlängst eine der Hauptstadtzeitungen mit, ohne nähere Ortsangabe. Von dort, wo niemand den behäbigen, am Ende tattrigen Greis vermutet hätte, soll er vorerst auch nicht herunterkommen. Nicht, weil er nicht will, sondern weil man ihn nicht lässt. Es halten ihn da, so ist zu erfahren, Mitglieder der Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus. Und besser kann deren immer wieder gelobter Traditionsbruch kaum demonstriert werden.

Während die Kommunisten den Mann mehr als sieben Jahrzehnte zuvor aus seinem Amte haben und endgültig aufs Altenteil setzen wollten, soll er nun auf dem Tische bleiben und das, wiewohl ihn eine Übermacht, eine Allianz von Sozial-, Christ- und Freidemokraten, herunter haben möchte. Diese Allianz hat einträchtig verhindert, dass im Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses der Antrag durchkam, Paul von Hindenburg von der Ehrenbürgerliste der Hauptstadt zu streichen – den einstigen gehorsamen Diener seines kaiserlichen Herren Wilhelm II., den Kriegshelden und Herzensmonarchisten, das aus zweifacher Wahl hervorgegangene Staatsoberhaupt der Weimarer Republik, den in dieser Rolle unentbehrlichen Unterzeichner der Urkunde, die Hitler zum Reichskanzler machte und den Weg in die faschistische Diktatur eröffnete.

Bei diesem Vorkommnis haben sich die PDS-Leute von ihrem Partner ein wenig überrumpeln lassen. Ihr Eingeständnis ehrt sie. Doch: Nach mecklenburgisch-vorpommerschem Beispiel sind und bleiben sie hart im Nehmen. Denn, so sagte einer ihrer Sprecher, einen Vertragsbruch des Koalitionspartners mit einem anderen, dem eigenen, zu beantworten – dazu hätten sie sich nicht hergeben wollen. So kannten wir die Musterdemokraten schon, die endlich verinnerlicht haben, wieviel sie noch nachholen müssen, ehe ihnen geglaubt wird, dass der totalitäre Geist sie verlassen hat.

Andere fürchten indessen, dass sie mit ihm auch einiges andere verlassen haben könnte. Denn zu dem Trick ihrer Kontrahenten, einen „Ersetzungsantrag“ einzubringen, der, weil er vorgeblich „weiter gehe“ als die beantragte Streichung, eine Stellungnahme zu dieser überflüssig machen sollte, fiel den Demokratischen Sozialisten nichts weiter ein, als sich in Stimmenthaltung zu üben. Der wenig listige Antrag beauftragt den Senat, neue Kriterien für die Aufnahme in die Liste der Ehrenbürger zusammenzustellen. Das kann den Mann, um dessen Platzierung auf Tisch und Liste gestritten wird, freilich nicht mehr betreffen. Der hat seine Ehrenbürgerschaft vor alsbald auf den Tag genau siebzig Jahren von einer nazistischen Mehrheit zugesprochen bekommen, und so wäre es unfair, ihm nun mit nachträglich formulierten Maßstäben zu kommen.

Schwierigkeiten hat offenbar gemacht, den Antrag der Allianz als einen Vorschlag bloßzustellen, der nicht weiter geht als der Streichungsvorschlag. Wenn es um einen solchen weiter reichenden ernsthaft sich gehandelt hätte, wäre es naheliegend gewesen, gleich auch den sich von Steglitz nach Lichterfelde hinziehenden Hindenburgdamm, zeitweilig sinnigerweise parallel zum Ostpreußendamm verlaufend, zur Neubenennung vorzuschlagen. Indessen: Überfordert werden sollte der Koalitionspartner nicht.

Gewiss ist, dass Hindenburg von den Demokratischen Sozialisten bis zum 27. März auf dem Tisch gehalten werden soll. Dann nämlich werde das Abgeordnetenhaus endlich Farbe bekennen müssen. Wir werden, wurde Journalisten versichert, in dieser Stunde „eine renitente PDS im Parlament und in der Regierung“ zu sehen bekommen. Und uns die Augen reiben und für alles Misstrauen Abbitte tun.

Vordem aber wird man flüchtig an den 24. März 1933 erinnern. An diesem Tage erschien das Reichsgesetzblatt (Teil I, Nr. 25) mit dem Text des Ermächtigungsgesetzes, das tags zuvor von einer

Mehrheit des Reichstags, gestellt von ausnahmslos allen bürgerlichen Parteien (die Sozialdemokratie zählte damals noch nicht zu ihnen, und ihre Abgeordneten stimmten mutig dagegen), beschlossen worden war. Hindenburg aber hat auf die „Sozis“ nicht gehört und das Blatt unterzeichnet, gemeinsam mit Hitler, dem Reichsinnenminister Frick und den beiden Parteilosen Freiherr von Neurath, Reichsaußenminister, und Graf Schwerin von Krosigk, Reichsfinanzminister. Dass letzterer mitzeichnete, hatte auch symbolische Bedeutung. Das Papier ist die Deutschen teuer zu stehen gekommen.

Im Rückblick auf diesen Tag können sich alle Republikaner und Spezialdemokraten die Sache noch einmal überlegen. Sollte es wirklich zum Händchenheben kommen, sie könnten den Demokratischen Sozialisten, die mit der Fischer-Partei zusammengehen werden, den hilflosen Triumph vermasseln, sich flüchtig in Oppositionspose zu zeigen.

junge Welt, Montag, 17.03.2003, S. 13.

Tabubrecher?

Olaf Groehlers Anteil an der Erforschung der Geschichte des Luftkrieges

Würde sich heute ein Mann auf einen Markt einer deutschen Stadt stellen und auf ein neben ihm platziertes Fernsehgerät mit den Worten zeigen, das habe er soeben erfunden, gingen Passanten kopfschüttelnd oder milde lächelnd ihrer Wege. Auf dem Markt der Bücher geht es anders zu. Da kann mit der Unkenntnis eines Teils der an Auslagen Herantretenden gerechnet werden, denen aufwändige Reklame schon gesagt hat, was sie Neues gelesen haben müssen, um mitreden zu können. Das funktionierte bei der Verbreitung des Buches „Hitlers willige Vollstrecker“ von Daniel J. Goldhagen perfekt, da niemand mit dem Bemerken durchdrang, sein Kollege und Landsmann Christopher Browning habe mit „Ganz normale Männer“ das Thema ungleich solider und mit sicherem Gespür für Differenzierung vordem schon angeschlagen. Das Stereotyp von den eliminatorisch-antisemitisch gestimmten Deutschen ließ sich zudem leicht merken und daher sagen. Sich Mörderschwadronen, bestehend aus ideologisch und charakterlich sehr verschieden geprägten, mehreren Gruppen zuzuordnenden Männern vorzustellen, ist anspruchsvoller und führt vor allem zu der beunruhigenden Frage, wie relativ rasch Menschen sich zu Verbrechern zurichten lassen.

Der beschriebene Vorgang hat sich soeben mit einem Band wiederholt, von dem Autor, Verlag und auch Rezensenten, die den eingangsbeschriebenen Fernseher möglicherweise für eine Neuheit gehalten hätten, behaupteten, er biete etwas bisher nicht Lesbares. Der Autor selbst erklärte mit vorgetäuschtem Erstaunen, es sei im nationalen Gedächtnis, was immer das sein mag, bislang eine „befremdliche Lücke“ geblieben, die er, offenbar zu seiner eigenen Überraschung, zu füllen in die Lage gekommen wäre. Die Rede ist von einer Geschichte des Bombenkrieges über Deutschland in den Jahren 1940 bis 1945. Sie erschien im November 2002, justament, und das mag Zufall gewesen sein, als sich die Deutschen auch ihrer bei Stalingrad „gebliebenen“ Opfer, mehr als 200.000 Männer, entsannen. In Zeitungen wurde behauptet, nun sei die Zeit gekommen, auch über die Deutschen als Opfer zu reden und zu schreiben.

Wohin mit dieser Publikation das Opferverständnis gerückt wurde, haben Rezensenten mit einer Zurückhaltung angemerkt, die sich schwer verstehen lässt. Wenn Luftschutzkeller „Hinrichtungsstätten“ und „Krematorien“ genannt werden, Bombenopfer „Ausgerottete“ heißen, eine Einheit der britischen Luftwaffe als „Einsatzgruppe“ bezeichnet, und vom „Vergasen“ geschrieben wird, dann bleibt kein Zweifel, dass es – via Vokabular – darum geht, im Denken der Zeitgenossen unterscheidbare historische Vorgängen gleichzusetzen, die auf keinen gemeinsamen sprachlichen Nennern gehören – eine Absicht, die freilich sogleich bestritten wird, wenn der Täter sich zur Rede gestellt sieht.

Zudem findet sich da die Erwähnung, ein Plan für ein vorsätzliches Bombardement ziviler Ziele sei den deutschen Luftwaffenakten nicht zu entnehmen, wohl aber denen der Allliierten und das wird mit dem Satz kommentiert: „Doch obwohl ein Mord und ein Mordplan zu einander passen, sind sie keineswegs dasselbe.“ Die Differenzierung ist klar: die deutschen Bomberpiloten hätten zwar auch Zivilisten gemordet, aber doch nicht wie die britischen und amerikanischen, die das nach Plan taten. Da fallen einem, um nicht wiederum an Warschau, Rotterdam und Coventry zu erinnern, die etwa 40.000 Toten Stalingrads, die am 23. August 1942 und in den folgenden Tagen Opfer verheerender Angriffe wurden, einschließlich von Angriffen mit Bordwaffen auf Zivilisten, die sich über die Wolga zu retten suchten. Obendrein sind nach dieser Deutung die Briten irgendwie selbst daran schuld, dass die deutschen Bomber über sie herfielen, denn das wäre nur die Folge der Nichtannahme der deutschen Friedensangebote gewesen. Sie hätten, formuliert der Mann schnoddrig, nach der Kapitulation Frankreichs „den Krieg lassen sollen“.

Einer der Rezensenten, der vom Gegenstand mehr verstand, hat Leser – freilich an entlegener Stelle – darauf verwiesen, wo Bartel den Most geholt hatte und in welchen weiteren Keltereien er sich noch hätte bedienen können, etwas mehr Informiertheit vorausgesetzt, und so blieb – summa summarum – von dem Anspruch der völligen Neuartigkeit des Werkes wenig übrig. Es wäre noch etwas weniger gewesen, existierte nicht auch bei diesem Kritiker die eingeübte nachwirkende Ignoranz aus Zeiten

deutscher Zweistaatlichkeit plus dem 1990 hinzugefügten Klischee von der Wissenschaftswüste im Osten Deutschlands.

In eben diesem Jahr erschien das Buch „Bombenkrieg gegen Deutschland“, das der unzweifelhaft beste Kenner der Geschichte des Luftkrieges geschrieben hatte, der in der DDR arbeitete. Nur kam die Publikation Olaf Groehlers, der 1995 sechzigjährig starb, zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt und in ebensolchen Umständen heraus. Die DDR existierte in ihrem 41. und erklärtermaßen letzten Jahr. Die „Westmark“ war in Sicht. Ein Buch, das zwei Jahre zuvor nur Leute mit Beziehungen, Stammkunden von Buchhandlungen und dergleichen hätten ergattern können, wurde im Wissen, dass die Ostdeutschen in den unsicher geworden Zeiten ihre verfügbaren Geldmittel zusammenhielten, in geringer Auflage hergestellt. Dazu wechselte der Akademie-Verlag, in dem das Buch erschien, den Besitzer und dessen Interesse an historischer Literatur war gedämpft. Von wirkungsvoller Reklame konnte nicht die Rede sein. Werner Müller, auch er verstorben, schrieb im *„Neuen Deutschland“* eine Rezension, die mit den Worten begann: „Bis heute reagiere ich allergisch auf Sirenengeheul“, und auch Groehler hatte in einer Vorbemerkung bekannt, Bombennächte gehörten zu den prägenden Erinnerungen seiner Kindheit. Kurzum: dieses Buch wurde von einer breiteren Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Das kam 12 Jahre später dem Verfasser von „Der Brand“ sehr zugute, der das Buch des ostdeutschen Historikers kennt und erwähnt, aber dabeibleibt, sich als Tabubrecher darzustellen.

Groehler konnte für seine Arbeit ausgedehnte Studien in London, Washington, in polnischen und tschechischen und in Archiven der beiden deutschen Staaten treiben. Er hat in großer Zahl regionale und lokale Veröffentlichungen herangezogen, in denen er Informationen über die Luftangriffe auf Mittel- und Kleinstädte fand. Allein zur Aufklärung der noch im Jahre 1945 erfolgten Angriffe auf Städte, die später im Gebiet der DDR lagen, benutzte er Angaben über Anklam, Cottbus, Zerbst, Nordhausen, Halberstadt, Zwickau, Plauen und weitere Orte, die in den letzten Kriegsmonaten verwüstet wurden. Wo sich Gedrucktes nicht auftreiben ließ, schrieb er an Stadtarchivare und erhielt von ihnen Auskünfte. Gewiss: Es war nicht Groehlers Absicht, die Leser von einer Horrorszene in die nächste zu versetzen. Doch erspart hat er ihnen mit der Schilderung der Angriffe auf Lübeck und Rostock und vor allem der „Operation Gomorrha“, der Kette von Luftattacken gegen Hamburg nichts, auch nicht die Fotos der auf den Straßen der Hansestadt herumliegenden bis zur Unkenntlichkeit verkohlten Leichen.

Groehler hat die Geschichte dieses Luftkrieges aus der Sicht der britischen und US-amerikanischen Planungsstäbe minutiös nachgezeichnet, das Denken der Militärs geschildert, die verwirklichten und die verfehlten Absichten beschrieben, die Tötung von Zivilisten, die Vernichtung von Wohnquartieren zur Zerstörung von Industrie- und anderen kriegswichtigen Anlagen in Beziehung gesetzt. Er hat die technischen Möglichkeiten dieses Luftkrieges dargestellt und ihre Erweiterung im Kriegsverlauf und das mit einer Detailversessenheit, über die sich streiten lässt. Er hat seine Meinung über die Fortsetzung dieses Luftkrieges bis in dessen Endphase mitgeteilt, ein Thema, das später Gegenstand von Auseinandersetzungen in London wurden, die freilich für das weitere Vorgehen im Ganzen folgenlos blieben. Und er wandte sich im letzten Satz seines verdienstvollen Buches so an die deutschen Leser: „Kein anderes Volk in Europa muss eingedenk derartiger historischer Erfahrungen und Verantwortungen mehr daran interessiert sein, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht, sondern dass der Frieden erhalten bleibt.“

junge Welt, Montag, 17.03.2003, S. 14.

Hindenburg und die Ehre

In den Nachbarstädten Berlin und Potsdam haben sich Parlamentarier über einige Sitzungen hinweg gestritten, ob Paul von Hindenburg auf der jeweiligen Liste der Ehrenbürger weiterhin geführt oder von diesen gestrichen werden soll. Wähler, denen die Kunde davonkam, mögen sich gefragt haben: Haben die denn angesichts weiter anwachsender Arbeitslosigkeit – die nicht schrumpft, wenn sie immerzu mehrheitlich die Rotstiftpolitik der Regierenden segnen – nichts Besseres zu tun? Eine verständliche Haltung. Aber nicht hinreichend bedacht.

Denn dieser Mann war ein bekennender Kriegsherr. Er gehört zu jenen Figuren aus deutscher Geschichte, denen mit der Bezeichnung Militarist böse Nachrede nicht angetan ist. Das hätte sich in Rechnung stellen lassen, gerade angesichts der Tatsache, dass der Streit in Zeiten einer Kriegsvorbereitung stattfand. Es hätte sich, so wenig der einstige deutsche Feldmarschall und der amtierende Präsident der USA gleichzusetzen sind, sieht man einmal von ihrem Bildungsgrad ab, immerhin sagen lassen: Die Streichung macht unsere Haltung gegenüber diesem Typus am Beispiel deutlich. Jedoch: gefehlt. Soweit Gedanken und Reden der Abgeordneten zu diesem Punkte ihrer Tagesordnung auch schweiften, darauf kamen sie nicht. Und so erinnerten uns die Auftritte an die sprichwörtlich gewordene Wahrheit von den Kirchturmspolitikern.

Von deren Warte aus fragten sich die Abgeordneten, ob sich dieser Mann um Berlin beziehungsweise Potsdam irgendein Verdienst erworben hatte, das ihm die Ehrung, sie stammt in beiden Fällen aus dem zeitigen Frühjahr 1933, eintrug. Das behauptete niemand. Darüber hinaus hätte gefragt werden müssen, ob aus den Handlungen und Unterlassungen des Feldmarschalls und Herzensmonarchisten den beiden Städten gar Schaden erwachsen war. Das wurde nicht gründlich erörtert. Rechtens bestritten hätte es gewiss niemand. Warum, wenn die Dinge so lagen, war die Sache nicht en passant zu erledigen?

Von wejen die Jeschichte. Auf die ließen sich die Berliner Volksvertreter, wie es ihrer hauptstädtischen Rolle zukam, zwar ein, aber nicht auf die reale, zu der ihnen eine Hindenburg-Biographie des in Potsdam lebenden Historikers Wolfgang Ruge hätte Zugang schaffen können. Sie befassten sich mit ihr mehr ins Allgemeine hin und kamen zu dem Schluss, dass sie eben verlaufen sei wie geschehen. Nun solle an ihr nicht retuschiert werden. Schlimme Fälle ausgenommen. Aber die seien mit den früheren Streichungen von Namen wie Hitler, Göring, Goebbels, Frick und Pieck doch erledigt. Hindenburg erschien demnach als der minder schwere Fall – ausgerechnet der Mann, der durch seinen als Staatsoberhaupt bei seiner Wahl 1925 und 1932 geleisteten Eid besonders auf die Verteidigung der Republik verpflichtet war, aber zu ihrem Totengräber wurde.

Die Potsdamer bewiesen in ihren Debatten jene Pfiffigkeit, die einst Berlinern angerühmt wurde. Sie gingen, wie es sich in einem – mit Verlaub – Rechtsstaat gehört, der Sache in den Bahnen von Gesetz und Rechten nach, indessen nicht, um aus dieser strengen Sicht Hindenburgs Haltung zu beleuchten. Sie ließen von Kennern der Materie feststellen, der Mann sei ja gar kein Ehrenbürger mehr. Diese Eigenschaft und mit ihr den Vorzug, die öffentlichen Verkehrsmittel der Stadt kostenlos zu benutzen, nehme jeder, dem sie zugesprochen wurden, mit ins Grab. Folglich: Kein Ehrenbürger, keine Namenstilgung. Fertig.

Einige SPD-Abgeordnete, die lieber zur Sache entschieden hätten, womöglich in kritischer Erinnerung an die Wahlhilfe, die ihre Altvorderen einst bei der zweiten Hindenburg-Wahl geleistet hatten, wurden auf Linie gebracht. Nicht anders als jene, die 1932 mit knirschenden Backenzähnen und in der Hosentasche geballten Fäusten der Parteiorder gefolgt waren und den Kandidaten gewählt hatten, von dem die Kommunisten damals behaupteten: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt Krieg!“ Davon hätte in den Stadtparlamenten selbstaufklärerisch gesprochen werden sollen. Man vermied es.

Ossietzky, 2003, H. 6, 22. März 2003, S. 201–202.

Zugezogene Vorhänge

Der Auschwitzprozess

Es ist der 19. August 1965. Der erste Auschwitzprozess endet mit der Verkündung der Urteile. Zwei wache Beobachter schildern die Atmosphäre im Gerichtssaal in Frankfurt (Main). Es wird drückend heiß. Die langen grünen Vorhänge werden zugezogen, grelles Licht aus Neonröhren heizt den Saal unerträglich. Die in Haft befindlichen Angeklagten werden vorgeführt ... Und aus anderer Feder liest man: Die blauen Vorhänge an den wandhohen Fenstern des Verhandlungssaales im Gallus-Haus sind zugezogen, so, als störe das Tageslicht an diesem Morgen, da die Weltöffentlichkeit erfahren soll, welche Strafe auf die 20 verbliebenen Angeklagten wartet. Die eine Überlieferung stammt von Rudolf Hirsch, der seine Prozessberichte 1982 im Rudolstädter Greifenverlag veröffentlichte. Die andere ist von Conrad Taler und eben aus Anlass des 40. Jahrestages der Prozess-Eröffnung (1963) erschienen. Der schrieb seine Berichte, damals Mitte dreißig, für das offizielle Organ der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und sagt von sich, er sei kein neutraler Beobachter gewesen. Gleiches galt für Hirsch. Beide lagen bei der Erfüllung ihrer Chronistenpflicht nicht so weit auseinander wie bei der Bestimmung der Farbe der Vorhänge im Gallus-Haus.

Präzise sind die Bilder Talers von Auftreten und Benehmen der ursprünglich 22 Angeklagten, von denen sich anfänglich mehr auf freiem Fuße befanden, als nach der Beweisaufnahme. Teilnahmsvoll die Darstellung der Zeugen und deren Aussagen. Frauen und Männer waren aus verschiedenen Ländern Europas angereist und auch aus Israel und Mexiko und unterzogen sich den Strapazen, die es für sie bedeutete, sich vor den Richtern, den Angeklagten und dem sich – anfänglich dichter als gegen Prozessende – drängenden Publikum zu erinnern und zu schildern, was zur Gänze doch nicht zu sagen ist. Empörung spricht aus Talers Berichten über die provozierenden, von keinem Anflug von Mitleidensfähigkeit zeugenden Fragen der Verteidiger. Überzeugend die Bloßstellung ihrer Taktik, die Anklageerhebung als eine Art obendrein kommunistisch gesteuerte Verschwörung gegen Männer hinzustellen, die nichts anderes getan hätten, als Befehle auszuführen und ohne Unrechtsbewusstsein gewesen wären – beim Foltern, beim Hineintreiben von Menschen in die Gaskammern, bei der Handhabung der tödlichen Spritzen. Taler verweist wie Hirsch darauf, dass die Tätergruppe, die in Frankfurt gestellt wurde, höchst unvollständig war und zu ihr doch auch jene Herren der IG Farben AG und anderer Unternehmen gehörten, welche die Häftlinge bis zur Erschöpfung ausbeuteten.

Den Band bereichern Studien von Werner Renz, der sich jüngst schon mehrfach zu der Vorgeschichte des Prozesses geäußert hat. Wieder abgedruckt ist auch eine 1993 zuerst erschienene Würdigung des Verdienstes von Fritz Bauer, des Generalstaatsanwalts in Hessen, um das Zustandekommen des Prozesses. Informativ sind die knappen biografischen Angaben zu den Verurteilten. Den Schluss bildet der Wiederabdruck einer Schilderung der Ordensaffäre Bütefisch, eine weithin vergessene, aber charakteristische Episode aus der Frühzeit der Bundesrepublik, die zeigt, dass alle Versuche, die Nachkriegsgeschichte von BRD und DDR zu parallelisieren, verlogen sind.

Conrad Taler: Asche auf vereisten Wegen. Eine Chronik des Grauens – Berichte vom Auschwitz-Prozess. PapyRossa Verlag, Köln. 154 S. geb., 12,95 Euro.

Neues Deutschland, 20. bis 23. März 2003, S. 15.

„Gerhard, bleibe stark“

Antikriegsdebatte II: Da ist sie wieder, die Sehnsucht nach der Volksgemeinschaft. Der Friedensbewegung droht, wenn sie nicht aufpasst, der Einsatz als Reparaturkolonne

Der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak ist ein Verbrechen und bedeutet eine Niederlage vor allem für die UNO, das Völkerrecht und die Friedensbewegung. Während die Menschen mit ihrem Ruf nach „Frieden jetzt“ das Ende des Mordens verlangen und inzwischen rund um den Erdball Straßen und Plätze füllen, strebt ein bis dahin nicht in Aktion gesehener, schwerstbewaffneter und nach Hunderttausenden zählender militärischer Gewalthaufe seinem Ziel zu: der vollständigen Eroberung des Irak und der Unterwerfung seiner Bevölkerung. So widersprüchlich hat sich die politische Situation für die Mehrheit der Zeitgenossen bisher nicht gezeigt. Dieses Doppelbild von Friedensmobilisierung und Kriegsaktion stellt auch eine geistige Herausforderung dar. Muss sie jetzt, inmitten der Ereignisse, angenommen werden? Oder nicht erst später, wenn die emotionsgeladene Atmosphäre sich beruhigt haben sollte? Wann aber dann, denn wer kann sich guten Gewissens beruhigen, wenn die Beauftragten des Weißen Hauses am Euphrat regieren und regieren lassen?

Blick zurück nach vorn

Die diesen Krieg wollten und führen, richten ihre Überlegungen und Pläne teils offen, teils insgeheim seit längerem schon auf den „Tag danach“, auf den Moment, da für diesmal der letzte Schuss abgefeuert, die letzte Bombe gefallen sein wird. Mit dem Einsatz aller meinungsbildenden Mittel, über die sie gebieten, werden sie die Blicke zurück trüben, jede Sicht darauf vernebeln wollen. In Deutschland sind ihre Helfer bereits aktiv. Sie argumentieren: Jetzt habe es keinen Sinn, sich über die Vorgeschichte des Krieges weiter zu streiten. Mit dem Blick auf die neuen, die von den USA geschaffenen Tatsachen müsse Politik gemacht werden und zwar gemeinsam.

Wenn die Friedensbewegten diesen Appellen folgen, haben sie auch die nächste Auseinandersetzung, und die kommt gewiss, schon verloren. Der Blick nach vorn muss mit dem Blick zurück einhergehen, es sei denn, es würde behauptet, wir hätten keine neuen Erfahrungen gemacht, die wir uns zunutze machen könnten.

Millionen Menschen haben sich diesmal, anders als im „Fall Jugoslawien“, nicht besoffen reden lassen. Sie sind der Heuchelei der Kriegstreiber nicht auf den Leim gegangen. Viele haben durchschaut, dass die Kriegsgründe, die Washington vortrug, haltlos und verlogen waren. Dieser Fortschritt ist nicht geringgeschätzt, wenn hinzugefügt wird: Der Schwierigkeitsgrad, der sich mit dieser unverfälschten Sicht auf die Wirklichkeit verband, war, je näher die Bush-Administration auf den Kriegsbeginn zu rückte, nicht mehr sehr groß. Die Unverfrorenheit des Vorgehens half zusätzlich.

Wie weit und mit welcher Folgerichtigkeit sich aber die Einsicht verbreitet hat, dass dieser Krieg wie alle imperialistischen Kriege zuvor aus einem Gemisch von Kalkül und Wahn hervorgegangen ist, wissen wir nicht. Aber wir wissen: Das Kalkül meint Öl, und der Wahn betrifft die Vorstellung, der Menschheit vorschreiben zu können, wie sie sich US-amerikanischen Zumutungen gegenüber zu verhalten, ja, wie sie zu leben hat.

„Amerikanische Jahrhunderte“ sollen eröffnet werden, für die uns weitere Kriege schon angekündigt sind. Der Vorsatz erinnert an die Schaffung des „Tausendjährigen Reiches“, weil er diesem klassenverwandt ist. Mit dieser Großmacht war und ist die Bundesrepublik verbündet. So oft die deutsche Regierung in den letzten Wochen ihr „Nein“ zum Kriege ausgesprochen hat, so oft hat sie beteuert, dass diese Bündnisbeziehung so bleiben soll und so bleiben wird. Zur Zeit ist die Solidarität nicht „uneingeschränkt“, aber der uneingeschränkte Zustand soll wieder hergestellt werden, ohne dass dafür eine fassbare Bedingung genannt werden würde.

Zwei – gemessen an der Gesamtentwicklung – marginal erscheinende Tatsachen können bei einer Zwischenbilanz nicht ausgelassen werden: Vor wenigen Monaten noch musste eine Bundesjustizministerin ihren Hut nehmen, weil sie – im konkreten historisch nicht genug beschlagen aber doch richtig – darauf verwiesen hatte, dass bei dem Kurs Washingtons in einen Krieg gegen den Irak eigennüt-

zige Motive im Spiele sein könnten, wie in der Geschichte vordem schon geschehen. Und – zweitens – am 15. Februar, dem Tag der großen Berliner Demonstration, hatte der Kanzler die Minister seines Kabinetts ausdrücklich aufgefordert, sich nicht zu beteiligen, also ihre Wähler im Zentrum Berlins allein zu lassen.

Die Konfrontation mit der Politik der Bush-Administration sollte auf einem gewissen Niveau gehalten werden, und dieser Kurs ließ sich durchhalten. Diese Friedensbewegung hatte zwar in Bush, Rumsfeld, Powell und allen, in deren Interesse diese agieren, den Hauptadressaten ihrer Proteste, – der Hauptfeind stand mithin nicht im eigenen Land –, aber sie musste sich doch fragen, ob Aufmärsche, Glockenläuten, Beten, Lichterketten diese transatlantische Politikergruppe würden umstimmen können, und sie hatte Gründe, daran zu zweifeln. Daraus aber folgte die Frage, wer, wenn nicht sie allein, bewirken könnte, was erreicht werden sollte. Hatten die Mächtigen im eigenen Lande ihre Möglichkeiten denn ausgeschöpft?

An jenem 15. Februar wurde unter den vielen ein Transparent getragen, das besagte: „Gerhard, bleibe stark“. Auch auf andere Weise drückte sich die Zufriedenheit darüber aus, eine Regierung an der Staatsspitze zu wissen, die vom Kriege abriet. Da war sie wieder, die Sehnsucht nach der Volksgemeinschaft, die nicht nur den Deutschen in ihrer Vergangenheit übel mitgespielt hat. Wie stark war die Politik Gerhard Schröders in dieser Phase? Er riet Bush ab und half doch zugleich wie die übergroße Mehrheit der Medien in diesem Lande mit, den Eindruck zu erwecken, es handele sich im Kern um einen politischen Methodenstreit darüber, ob „Saddam“ mit friedlichen Mitteln oder mit kriegerischen entwaffnet werden solle.

Das Niveau dieser Argumentation kann im historischen Vergleich deutlicher werden: Was wäre von einem britischen oder französischen Politiker 1939 zu denken gewesen, der mit dem Blick auf Berlin gesagt haben würde, es handle sich darum, ob Danzig kriegerisch oder durch diplomatischen Druck „befreit“ werden solle. Denn 1939 hatte Hitler seinen Generalen insgeheim schon einbekannt, dass „Danzig nicht das Objekt“ sei, um dessentwillen der Krieg geführt werden müsse. Kurzum, von den eigentlichen Kriegsinteressen der USA war staatsmännisch nicht die Rede. Krieg sei nicht die Lösung, hieß es, und es hörte sich überzeugend an. Nur eben: Vom Standpunkt von Bush & Co. und deren Zielen aus gesehen war Krieg durchaus die Lösung, da sich diese Ziele anders nicht erreichen ließen.

Nun war von Kanzler Schröder rechtens nicht zu erwarten, dass er auf irgendeinem Marktplatz oder in ein Mikrophon hinein die Führungsmacht des Bündnisses imperialistischer Absichten und Ziele zeiht oder sie auch „nur“ des Bruchs des Völkerrechts bezichtigt. Solchen Auftritt verboten nicht allein diplomatische Gepflogenheiten. Das unterblieb auch nicht nur wegen eines Mangels an charakterlicher und moralischer Statur. Das verbot sich, weil die deutsche „Weltpolitik“, Bestandteil der Strategie der „reichen Nationen“ (mit ihren Millionen Armen), zur US-amerikanischen nur zeitweilige und taktische Unterschiede aufweist. (Deren Tendenz ist nicht ausgemacht und darüber soll hier nicht spekuliert werden.) Die Differenzen waren dennoch von Gewicht, betrafen sie doch mit ihren Folgen Leben und Tod einer noch zu ermittelnden Zahl von Irakern.

Die Gemeinschaft der Kriegsgegner ist in den Motiven weit gefächert. Jeder Versuch, irgendeinen Beweggrund eines Teilnehmers oder einer Gruppe (Nazis freilich ausgenommen) unter irgendwelchen Verdacht zu stellen und die Bewegung geistig und moralisch wie eine Kompanie Soldaten auszurichten, ist untauglich, vermag nur zu sprengen und zerstörerisch zu wirken. Davon ist die Notwendigkeit zu unterscheiden, sich über Interessenlagen klar zu werden, die Menschen in einer solchen Bewegung zusammenzuführen, und das, weil es eine Beziehung von Interesse und Aktion gibt, und der Charakter und die Reichweite von jenem die Ziele und die Energie dieser bestimmt. Wer Kriegsdrohung und Kriege als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte prinzipiell ablehnt, handelt anders als derjenige, der die vor den Grenzen des Irak seit Monaten drohend aufmarschierte Macht als geeignetes Mittel der Politik hinnimmt, den Kriegswilligen sagt, wartet noch, und obendrein in seiner Propaganda das Trugbild von der Bedrohung des Weltfriedens durch „Saddam“ benutzt.

Zu schwach für Gegenbündnis?

Solche Beachtung der Unterschiedlichkeit von Interessen führt nicht zum Ausstoß der Lauen, aber doch zu der Überlegung, wenn diese Lauen die Regierenden sind, ob nicht auch sie die Adressaten des Massendrucks sein müssten. „Gerhard, bleibe stark“ – das versicherte dem Kanzler, dass sein möglicherweise vertrauensseliger Anhänger hinter ihm steht, und war der Situation doch unangemessen, denn der Mann musste vorwärts gedrängt werden. Seiner Politik war zuzustimmen, aber sie war nicht stark, und die Mittel der Regierung waren nicht ausgeschöpft. Dabei ging es, was eine berechtigte Forderung war und ist, fälschlich aber schon als die Weitestgehende angesehen wurde, nicht in erster Linie um die Rücknahme der Start-, Lande- und Überflugrechte für die Mordinstrumente des Aggressors. Auch nicht – ebenso berechtigt – um das Verlangen, die deutschen Einheiten aus dem gesamten Kriegsaufmarschgebiet zurückzuziehen, wohin sie als „Antiterrorkämpfer“ und wegen eingebildeter Bedrohungen geschickt worden waren. Im Kern ging es darum, ob sich ein demonstratives und handlungsbereites ad-hoc-Bündnis der Staaten schaffen ließe, das in Washington die Folgen des Krieges nicht für den Irak und die Region allein markiert hätte, sondern das auch jene für die USA verdeutlicht haben würde.

Während sich die Kriegsparteiführer auf den Azoren trafen, konnten sich diejenigen Staatsführer, die sich als Antikriegspartei verstanden und darstellten, doch auch treffen, ohne dass sie damit auf ihre Weise die Autorität der UNO, oder was von ihr geblieben ist, zusätzlich herabgesetzt hätten. Sie konnten auch in New York mehr tun, im Sicherheitsrat eine Resolution gegen den Krieg ein- und zur Abstimmung bringen, eine Sondersitzung der Vollversammlung verlangen, anstatt es dabei zu belassen, den USA ihr „Nein“ und – so sie darüber geboten – ihr Veto anzudrohen. Das hätte die Konfrontation auf eine andere Stufe gehoben, als es die bloße Wiederholung des „Nein“ tat? Gewiss.

Zuviel der rückwärtsgewandten Phantasie? Alles das hätte nichts geholfen? Das Argument der denkbaren, selbst der wahrscheinlichen Vergeblichkeit gegenüber in dieser Lage nicht unternommenen Anstrengungen ist schlicht unmoralisch. Die Geschwister Scholl ehren, wie unlängst durch den deutschen Bundespräsidenten in München geschehen, und gleichzeitig auf die Tage nach dem Krieg schielen, an dem – Time is marching on – die Weltgeschichte weitergehen muss und wird, verträgt sich nicht. Denn, wie wird sie weitergehen? Und, wie sollte sie nach der Meinung der Friedenswilligen weitergehen? Darüber wird erfahrungsgestützt zu reden sein. Zumal dieser Bewegung ihre künftige Rolle schon zugedacht ist. Sie soll, was an Mitmenschlichkeit in ihr steckt und das ist viel, nun als Reparaturkolonne ausleben und sich über die zerstörerischen Folgen des Kriegsmassakers hermachen. So wenig jemand den Opfern Mitgefühl und Hilfe versagen kann, so wenig kann sich die Bewegung gegen den Krieg auf diese Transformation einlassen. Es sei denn, sie riskiert in aller Zukunft den Rollenwechsel vom (vergeblichen) Antikriegskampf zur (obendrein fremdgeleiteten) Wiedergutmachungsstreitmacht.

Die Bomben gelten auch uns

Im Wesen gibt es in der Geschichte nach Kriegen nur eine Form der Wiedergutmachung: Zu sorgen, dass es nicht wieder geschieht. Das muss versucht werden. Es hat zur Voraussetzung, dass wir uns über unsere Erfahrungen aussprechen, ein exakteres Bild davon gewinnen, in welcher Welt wir leben und wie wir uns in deren Kräfteverhältnissen mit Erfolg zu bewegen haben. Mit einer Aussicht auf Erfolg, nicht mit einer Garantie.

Die hierzulande auf ihre Weise zur Tagesordnung übergehen wollen, sorgen sich bereits, wie das hochramponierte Ansehen der Führungsmacht, das die Reklame uns so lange als den herrlichen Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie angeboten hat, wiederhergestellt werden kann. Doch hat der Knüppel des Antiamerikanismus diesmal nicht gefruchtet, aber er wird alsbald wieder und kräftig geschwungen werden. Da, ich nehme die Zahl für die Wirklichkeit, zwei Drittel der US-Amerikaner für diesen Krieg sind, bin ich derzeit zu etwa 66 Prozent Anti- und zu 34 Prozent Pro-US-Amerikaner. In diesen Tagen lauert Resignation, die nicht aus dem Eingeständnis einer Niederlage erwächst, aber aus ihrer Verdrängung entstehen kann. Mit diesem Krieg soll uns unsere Ohnmacht verdeutlicht werden. Die Bomben treffen die Iraker, aber sie gelten – in anderer Weise – auch uns.

junge Welt, Mittwoch, 26.03.2003, S. 10.

„Arierparagraph“

Am 7. April 1933 wurde das erste antijüdische Gesetz der Naziregierung verkündet

Als das Deutsche Reich 1871 gegründet wurde, hatten die Mittel- und Kleinstaaten, die in ihm vereint wurden, in ihren Verfassungen jene Gesetze und Gesetzesparagraphen schon getilgt, welche den in ihren Grenzen lebenden Juden gegenüber der Masse der zumeist christlichen Bürger einen Sonderstatus zugewiesen, ihnen Rechte verweigert oder Pflichten zudiktiert hatten, die nur sie erfüllen mussten. Nicht, dass Juden von da an und im Kaiserreich tatsächlich gleichberechtigt gewesen wären und den gleichen Zugang zu allen Berufen und Tätigkeiten besessen hätten wie die Christen oder selbst die ungeliebten, sich der Lehre vom Gottesgnadentum der Herrscher verweigernden, obendrein meist sozialistisch gesinnten Atheisten. Nicht, dass der Staat sie vor der Hetze der Antisemiten geschützt hätte. Aber in einem auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts andauernden, mit Ausläufern bis in die sechziger Jahre reichenden Prozess waren sie zu bürgerlicher Gleichstellung gelangt, wie viel oder wie wenig das auch immer bedeuten mochte. Sie konnten Parlamente wählen und sich wählen lassen. Doch war erst eine Revolution notwendig, damit Juden die Möglichkeit hatten, als Minister das Land mitzuregieren. Diese Minderheit – gegen Ende der Weimarer Republik bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 65 Millionen nicht mehr als 500.000 Menschen, die sich bei einer offiziellen statistischen Erhebung zur mosaischen Religion bekannten – schien in Deutschland, zwar nicht unangefeindet, aber doch in ihrer staatsbürgerlichen Stellung ungefährdet, auf Generationen hinaus leben zu können.

Das änderte sich, als die Faschisten an die Macht kamen. Ohne Zögern machten sie wahr, was sie in Programm, Reden und Parolen angekündigt hatten. Nicht auf Anhieb total, aber schrittweise. Sie begannen, die Juden jene Stufen wieder herunterzustoßen, die sie mit Hilfe liberaler, demokratischer und vor allem sozialistischer Kräfte (Novemberrevolution) und aus eigener Initiative und Energie hinaufgelangt waren. Die Nazis fanden dabei die aktive Mithilfe der deutschnationalen und anderen Minister. Gemeinsam und früh zeigten sie an, dass sie entschlossen waren, zunichte zu machen, was an Menschheitsfortschritt seit der Aufklärung erreicht worden war.

Den Auftakt machte das Kabinett Hitler mit dem – auch das eine demagogische Kennzeichnung – „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Es wurde am 7. April 1933 im Reichsgesetzblatt (Teil I, Nr. 33, S. 175–177) veröffentlicht. Unterschrieben hatten es Hitler, der Reichsinnenminister Wilhelm Frick, der 1946 in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, und der parteilose Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, der in seinem Amt bis in die letzten Tage des Regimes verblieb und ungeschoren davonkam.

Der Hauptzweck des Gesetzes war, eine juristische Handhabe zu gewinnen, mit der sich der gesamte Beamtenapparat von der Reichsministerialbürokratie bis in die Gemeinden von Männern und (wenigen) Frauen „säubern“ ließ, die einer Gesinnung verdächtigt und denen Handlungen oder Unterlassungen zugetraut wurden, die der Festigung der Diktatur abträglich sein könnten. Das Gesetz traf vor allem sozialdemokratische und andere Beamte, die der Republik treu gedient hatten, aber – wie gewöhnlich – auch solche, die aus Konkurrenzgründen ihren Platz räumen mussten. Eine große Zahl von Faschisten wartete darauf, für ihre Verdienste in der „Kampfzeit“ belohnt zu werden und lukrative Posten zu erhalten.

Der dritte Paragraph des Gesetzes lautete im ersten Absatz: „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen, soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen“. Diese Bestimmung rührte aus einem Gemisch von Berechnung und Wahn her. Dass Juden diesem Regierungssystem, das erklärte Judenfeinde installierten, selbst bei größter Anpassungsbereitschaft im Einzelfall vorbehaltlos nicht würden dienen können, konnte als gewiss gelten. Doch entscheidend war, dass die Nazis erklärten, Juden könnten nicht „deutsch denken“ und folglich auch nicht „deutsch handeln“. Den weit fortgeschrittenen Prozess der Assimilation verteufelten sie als hinterhältiges Hineinschleichen der Juden in das „deutsche Wirtsvolk“ zum Zwecke von dessen Beherrschung, Unterdrückung und „Entdeutschung“. So lächerlich, so infam und vor allem: so folgenschwer. Denn die Konsequenz dieser Art, das geschichtlich gewordene Verhältnis

von nichtjüdischen und jüdischen Deutschen zu verfälschen, lautete: „Juden raus aus Deutschland“. Juden raus aus allen Staatsdiensten bezeichnete den Anfang.

Der Eröffnungszug dieses Angriffs richtete sich nicht nur gegen Juden, die in Ministerien und anderen ähnlichen Einrichtungen des Reiches und der Länder arbeiteten. Er traf ebenso „Nichtarier“ in städtischen Elektrizitäts- oder Wasserwerken, in einer städtischen Klinik oder Apotheke, an einer städtischen Bühne oder in einem Orchester, Menschen also zu Tausenden und deren Familien. Er richtete sich vor allem und gezielt gegen die „jüdische Intelligenz“, deren Angehörige als Träger liberaler und demokratischer, in geringer Zahl auch sozialistischer Überzeugungen den Faschisten als besonders gefährlich galten. Die Betroffenen mussten sehen, Lebens- und das hieß doch zuerst Verdienstmöglichkeiten jenseits der Reichsgrenzen zu gewinnen. Es begann der Auszug der vertriebenen jüdischen Deutschen.

Über den bezeichneten Personenkreis hinaus wirkte dieses antijüdische Gesetz als eine vom Staate vorgegebene Norm. Auch Leiter von privaten Unternehmen und verschiedenster Einrichtungen fragten sich, was sich aus ihr für sie ergab. Um Beziehungen zu den neuen Machthabern im Staate nicht zu gefährden, begann schleichend die „Entjudung“ von Aufsichtsräten und Vorständen, das Abschieben von Juden auf weniger exponierte Posten, als es etwa der eines Prokuristen oder leitenden Ingenieurs war. Es setzte die Schnüffelei nach „Nichtariern“ ein, denn die sollten und mussten erst ermittelt werden. Dies wieder setzte voraus, dass bestimmt wurde, wer denn nun Jude war oder als Jude gelten sollte. Es schlug die Stunde der Globkes. Sie machten sich daran, zwischen „Ariern“, „Juden“, „Halb-“, „Viertel-“, „Geltungs-“ und anderen Juden zu unterscheiden und den Vollstreckern der Gesetze und Verordnungen eine Handhabe für ihre antijüdische Praxis zu liefern.

Der zweite Absatz des Paragraphen 3 formulierte für eine Teilgruppe eine Ausnahmeregelung. Wer vor dem 1. August 1914, also im Kaiserreich, schon Beamter gewesen war, das galt für ganz wenige, oder „im Weltkrieg für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft“ hatte oder „deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen“ waren, verlor seine Stellung nicht. Diese Bestimmung widersprach der Nazihetze, die in antisemitischer Tradition behauptete, die Juden hätten sich nie um Deutschland verdient gemacht und seien im jüngsten Kriege Drückeberger, Kriegsgewinnler und schließlich die Revolutionsführer gewesen, welche die „Schmach von Versailles“ auf dem Gewissen hätten. Diese sogenannte „Frontkämpferklausel“ besaß den Charakter eines taktisch bedingten Zugeständnisses. Durch sie trat zur allgemeinen Juden- die spezielle Frontkämpferschnüffelei. Was die „Bevorzugung“ bedeutete, kann in Victor Klemperers Tagebüchern nachgelesen werden. 1935 hatte sie sich erledigt.

junge Welt, Sonnabend, 05.04.2003, S. 14.

Feindliche Übernahme

Wissenschaft als Legitimation von Politik

Kaum über die Schwelle ihres zweiten halben Jahrhunderts getreten, veröffentlicht die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (2003/Heft 3) einen Beitrag, der in allen voraufgegangenen Heften seinesgleichen suchen dürfte. Die Redaktion lässt den Historiker Klaus Dietmar Henke zu Worte kommen, 1997 bis Anfang 2002 Direktor des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts. Sein Aufsatz „Interesse und Erkenntnis“ hätte auch die Überschrift „Feindliche Übernahme“ erhalten können. Was er berichtet, charakterisiert das permanente Streben, Politik durch Geschichte zu legitimieren. Die Täterschaft rekrutierte sich in diesem Falle nicht aus kommunistischen Finsterlingen, sondern aus Politikern der sächsischen CDU, an der Spitze der Landesminister für Kultur, Matthias Rößler, und deren Freunden in wissenschaftlichen Institutionen des Freistaats.

Die Vorgeschichte: In einem Artikel wandte sich ein Mitarbeiter des Instituts gegen Tat und Verdienst des Arbeiters Georg Elser, der 1939 versucht hatte, Hitler in München aus der Welt zu sprengen. Auch wer die Rolle selbst von Diktatoren in der Geschichte nicht hoch veranschlagt, fühlte sich beim Gedanken an die einsame Tat zu der Überlegung gedrängt, ob ein Hitler-Nachfolger dessen Politik mit gleicher Konsequenz weiterbetrieben haben würde wie dieser. Elser ist durch die Geschichtswissenschaft Gerechtigkeit lange nicht widerfahren. In einer Schrift der Bundeszentrale für politische Bildung figurierte er gar als Mann, der Militärs, die Hitler hätten beseitigen wollen, in die Quere geraten sei. Nun hat die Post mit einer Sondermarke des findigen Arbeiters gedacht, der ein Klarsehender war und in Hitler die Personifizierung des Kriegsplans erblickte. Nach Haftjahren in Sachsenhausen und Dachau wurde er vor Kriegsende ermordet.

Als Henke vom Artikel, der diesen Hitlergegner herabsetzte, und von der Absicht erfuhr, ihn zu veröffentlichen (das tat die *Frankfurter Rundschau*), hätte er die Herausforderung öffentlich machen und ebenso austragen können. Umso mehr, als Uwe Backes, einer seiner Stellvertreter, sich für die Publikation ausdrücklich einsetzte. Stattdessen mahnte der Direktor, das Ansehen des Instituts nicht zu beschädigen. Es könnte ein weniger demonstrativer Zeitpunkt der Publikation gewählt werden als der 60. Jahrestag der mutigen Tat. Der Sache der Wissenschaft wurde das mitnichten gerecht.

In deren Sinne wandten sich angesehene Historiker scharf gegen den Artikel. Die Gefahr zeichnete sich ab, es könnte mit dem Autor auch Backes als Fürsprech in die Linie vernichtender Kritik geraten. Für ihn verwandte sich augenblicklich der Präsident der Verfassungsschützer. Er verwies auf Dienste, die der „Extremismusforscher“ dem Amte beständig leiste.

Nur Monate später und 16 Monate vor Ablauf von Henkes Arbeitsvertrag beschloß das Kuratorium des Instituts, dem Minister Rößler vorsaß, diesen nicht zu verlängern – ohne den Wissenschaftlichen Beirat zu befragen. Der hatte bis dahin die Arbeit des Direktors mit Lob bedacht.

Daraufhin wurde das Institut evaluiert (in zwei Tagen) – mit dem einzigen Auftrag, die vollzogene Entscheidung zu rechtfertigen. Drei der Auserkorenen bildeten eine Seilschaft – geführt von Horst Möller, in der Ära Kohl an die Spitze des renommierten Münchener Instituts für Zeitgeschichte gestellt. Im Mai 2002 trafen sich die Gutachter nicht in Sachsens Hauptstadt, sondern in der französischen, um ihr ganze sechs Seiten umfassendes Papier auszufertigen, vom Kuratorium erfreut gutgeheißen.

Was war Kern des Streites um diese Einrichtung der Totalitarismusforschung? Henke fand sich, wiewohl weit davon entfernt, den Begriff des Totalitarismus selbst als fragwürdig anzusehen, nicht bereit, „den späten SED-Staatssozialismus mit dem Nationalsozialismus in dieselbe Kiste zu werfen“. Wer das täte, den leiteten außerwissenschaftliche Motive. Auch Vergleiche beider seien meist „Ressourcenvergeudung, denn niemand (kann) bisher ... darlegen, welche Erkenntnisse uns über die NS-Zeit bzw. die DDR ohne deren Vergleich denn bislang verschlossen geblieben sind“. Dass Henke im Gebrauch des Begriffs Totalitarismus weitergeht als die Namensgeberin des Instituts, wirkte nicht mildernd. Hannah Arendt hatte für die sechziger Jahre die Verwendung von „Totalitarismus“ für Regime wie das der DDR abgelehnt. Sie hätte sich schwerlich auf Henkes für die siebziger und achtziger

Jahre benutzte Formel „avancierte Form des Totalitarismus“ eingelassen. Henke führte den Sachsen den ostdeutschen Staat nicht unausgesetzt als „Reich des Bösen“ vor, betont jedoch, dass das Institut dem sächsischen Steuerzahler „ein akzeptables Äquivalent zu liefern“ hätte.

Sicher ist, dass die Sachsenmehrheit jedoch den gewesenen Direktor sich aufs Gewissen lud, denn sie war es, die durch ihr CDU-Votum möglich machte, was erreicht ist: Im Kuratorium gehören fünf von sieben Mitgliedern den Unionsparteien an. Das Institut leitet ein Mann mit dem Mitgliedsbuch der CSU, der an der Intrige als Kuratoriumsmitglied beteiligt war und aus der Helfergruppe stammt, die aus dem Freistaat Bayern an die Elbe eilte, um dort purdemokratische Zustände einzurichten. Der hielt den Platz für den Kirchenhistoriker Gerhard Besier, der eben in den sächsischen Staatsdienst getreten ist und sich bei dieser Gelegenheit fragen ließ, ob er im „von Krieg und Sozialismus geschlagenen Dresden“, nicht einen Kulturschock erwarte.

Die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft hat ihren Aufsatz sicherlich nicht als Auftakt einer Serie gedacht. Die ließe sich unschwer bekommen, würden Historiker um Mitarbeit gebeten, die nach dem Anschluss der Neuen Bundesländer Direktorate von Geschichtsinstituten verloren. Es kann nicht völlig ausgeschlossen werden, dass die damals gesammelten Erfahrungen nun verschärfend auf Konkurrenzkämpfe zurückwirken, denn: Es ist der Fluch der bösen Tat usw.

junge Welt, Mittwoch, 16.04.2003, S. 12.

Rückblick aus gründlich veränderten Weltzuständen

Als handele er von einer anderen Welt, so liest sich der Text, den der Philosoph Erich Hahn aufgrund seiner Notizen über die Treffen angefertigt und zum Druck gegeben hat, die in den achtziger Jahren zwischen Gesellschaftswissenschaftlern aus der BRD und der DDR stattfanden. Und in der Tat: Damals *existierte* eine andere Welt. Wer es sich nicht vordem, als die NATO Jugoslawien bekriegte, schon klargemacht hatte, dem ist dies wohl spätestens in den Tagen bewusst geworden, da die USA den Krieg gegen den Irak vorbereiteten und ihn dann auch führten. In beruhigenden Verhältnissen lebten wir freilich auch in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts nicht. Mit der Kraft ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit trieben die Regierenden in Washington die im Kreml zu immer kostspieligeren Rüstungen und niemand vermochte zu sagen, ob nicht aus einem Gefühl unverwundbarer Überlegenheit doch noch versucht werden würde, mit dem „Kommunismus“ kriegerisch fertig zu werden.

Das bildete den weltpolitischen Hintergrund jener Gespräche, die am Scharmützelsee und in Freudenstadt zwischen Ideologen stattfanden, die in ihren jeweiligen Parteien – der SPD und der SED – nicht ohne Einfluss waren und für ihr Unterfangen den Segen der jeweiligen Führungen brauchten und besaßen. Nach Anliegen und Resultaten – schwerer ist zu bemessen, ob auch in ihren Wirkungen – war die Arbeit, denn das waren die Zusammenkünfte nicht zum geringsten, aller Ehren wert. Die sind ihr gebührend nicht zu teil geworden und das lag nicht nur an der tiefgreifenden Veränderung, die das Jahr 1990 in der Welt-, der europäischen und also auch in der deutschen Entwicklung bezeichnet.

Würde es in der Geschichte gerecht zu gehen, was nicht der Fall ist, dann hätte der Inhalt des Diskutierten und auch der in eine gemeinsame Erklärung geflossene Teil davon als beachtenswertes Erbe betrachtet und sondiert werden können. Denn, haben auch die Zeiten gewechselt, die Fragen, die seinerzeit Themen und Gegenstände von Vorträgen und Debatten bildeten, sind uns zumeist geblieben. Doch die Triumphierenden waren dabei, sich ihren Anteil am Ende des Realsozialismus als Verdienst zuzuschreiben und zu vergrößern und also dominierte die Frage „Wo waren sie im Kalten Krieg gegen die DDR?“ Die Sozialdemokratie, damals in der Bundesrepublik eine Oppositionspartei, sah sich auf die „falsche Seite“ sortiert. Der Dialog mit der SED und das Vereinbarte wurden zu den verwerflichen, die Tage der „zweiten deutschen Diktatur“ verlängernden Schritten gezählt. Die SPD, angeklagt, Hahn vermerkt es mit äußerster Zurückhaltung, machte da keine gute Figur. Sie wäre gegenüber dem vormals Unternommenen „auf Distanz“ gegangen.

Das Buch beginnt mit der Darlegung der Absicht des Verfassers. Er sieht sich in einer Chronistenpflicht. Die erfüllt er, indem er, seinen Aufzeichnungen folgend, zunächst wiedergibt, wie die Debatten während der Tagungen, die sich meist über drei Tage erstreckten, abliefen. Dabei beansprucht er nicht, ihren Gang proportional angemessen zu referieren. Doch hat er sich durch Vergleiche mit Aufzeichnungen und Erinnerungen anderer Teilnehmer sicher gemacht, dass jeweils das Wesentliche erfasst ist und niemandes Äußerungen verzeichnet sind. Diese Sorgfalt macht das Gedruckte für die Zunft, welcher der Rezensent angehört, gewiss wertvoll für Zeiten, in denen sich das Interesse daran Neubeleben könnte, was Menschen, die sich als Sozialisten unterschiedlicher Strömungen verstanden und es ja auch waren, sich ohne Schaum vorm Maul und nicht mit dem Vorsatz zu sagen hatten, es dem Anderen zu geben und den Platz als Sieger zu verlassen. Auch die Atmosphäre, die Hahn ebenso knapp wie eindrucksvoll beschreibt, scheint einer anderen Welt anzugehören, denkt man allein daran, wie ein sozialdemokratischer Bundestagspräsident heute gewählte sozialistische Abgeordnete im Berliner Parlamentssaal platzieren lässt.

Auch in anderer Hinsicht bedient der Autor künftige Geschichtsschreiber: Akribisch listet er die Teilnehmer der Sitzungen auf (von SED-Seite nahmen nur er und Otto Reinhold an allen Treffen teil), exakt benennt er die diskutierten Themen und ohne Abschweifungen referiert er die Debatten. Mitunter erweckt der Text damit den Eindruck eines Protokolls und das meint hier nur, dass er sich trockener liest, als man sich das Dafür und Dawider vorzustellen hat. Hahn hat völlig recht, wenn er darauf verweist, dass künftigen Historikern geholfen wäre, wenn sie seine Darstellung „mit Notizen

aus der entgegengesetzten Blickrichtung“ würden vergleichen können. Darauf kann ja noch gehofft werden.

Nun waren, und das macht gleichsam den Charme dieser Lektüre aus, die bei Tische Sitzenden in einer sehr unterschiedlichen Situation. Sie diskutierten nicht nur aus weit voneinander liegenden Lebenswinkeln darüber, wie die Welt sein sollte, sondern die einen waren dabei, nach ihren Vorstellungen einen kleinen Teil dieser Welt sozialistisch zu verändern und gehörten einer Partei an, deren Führung die Macht in einem Staate besaß, während die anderen in einem kapitalistischen Staat zwar regiert hatten, der Leiter der SPD-Gruppe, Erhard Eppler, war selbst zeitweilig Bundesminister gewesen, aber doch nie sagen konnten, dass sie in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien dabei gewesen wären, ihr „Maximalprogramm“ auch nur in Angriff zu nehmen. Während also die Ostdeutschen daraufhin befragt werden konnten, was sie da taten und unterließen, (oder dieses Tun und Lassen in den Diskussionen doch mitschwang), konnten die Westdeutschen davon sprechen, was sie erst noch zu tun gedächten, wenn die Reihe gleichsam an sie kommen werde. Mithin saßen die letzteren auf den bequemeren Stühlen, doch mussten sich die ersteren, selbst wenn die Tonlage vom unterkühlt Akademischen ins temperamentvoll Politische und Ideologische wechselte, nie auf die Anklagebank gesetzt fühlen. Wenn den Ideologen der SED nahezu beiläufig gesagt wurde, dass aus der Macht, über die ihre Partei gebiete, doch mehr (und natürlich das Richtige) gemacht werden könnte, so liest sich das heute in mehrfacher Hinsicht beziehungsreich.

Aussichtslos hier den Versuch zu wagen, der von Hahn rekonstruierten Fährte durch die Sitzungen auch nur im Tempo eines hitzigen Spürhundes folgen zu wollen. Welchen Gewinn das Lesen eintragen kann, sei stattdessen in knappen Hinweisen verdeutlicht, die sich auf zwei Sitzungen beziehen. Das zweite vom 15. bis 17. November 1984 geführte Gespräch hatte Fragen des Menschenbildes zum Gegenstand. Hahn gab dafür die Einleitung. Debattiert wurden die „uralten“ Fragen, was der Mensch und seine Gattung seien, unter welchen Einflüssen er und sie sich verändert hätten oder künftig wandeln könnten, wann beide in den Theorien und Vorstellungen von Sozialisten richtig, wann falsch erkannt und bestimmt worden wären, ob der Besitz eines Menschenbildes von Vorteil oder Nachteil sei, ob er nicht gar zu einer Politik der Vergewaltigung der Menschen führe und natürlich was Hierarchien, Arbeitsbedingungen, Bildung und Erziehung für das Verhalten von Menschen bedeuten und bewirken.

Das frappierende an den Ansichten, die von Sozialdemokraten vorgetragen wurden, ist für den heutigen Leser womöglich, wie stark sie den Argumenten ähneln, die derzeit in Debatten um das Parteiprogramm der PDS vorgetragen werden, ohne dass irgendein Teilnehmer behaupten würde „Von der Sozialdemokratie lernen, heißt siegen lernen“. Zugespitzt ließe sich sagen, dass die Diskussion des großen Gegenstandes heute passagenweise ähnlich, wenn nicht gleich verlaufen würde, säßen Anhänger verschiedener Richtungen innerhalb der PDS an einem Tische einander gegenüber. Bloße Wiederholung würde das freilich nicht ergeben, denn wäre Hahn beteiligt, würde er vieles reifer sehen, differenzierter, auch kritischer und mit Zweifeln versehen, klüger nicht nur aufgrund der Erfahrungen aus der Niederlage des Projekts, an dem auch er mit Leib und Seele hing. Jedoch: Von der fundamentalen Rolle, welche die Eigentumsverhältnisse für das Verhalten der Menschen spielen, würde er sich – wie damals – grundsätzlich nichts abhandeln lassen. So wenig sie allein Leben, Denken und Verhalten von Menschen determinieren, so beginnt doch jede geschichtliche Möglichkeit großer Menschengruppen, sich zueinander mitmenschlich zu verhalten, damit, dass sie sich aus Verhältnissen befreien, die sie gegeneinanderstellen – in friedlicher, aber nicht gewaltfreier und zu Zeiten in kriegerischer Konkurrenz.

Wie Eppler – übrigens mit Zustimmung Otto Reinholds, der als Rektor der ZK-Akademie für Gesellschaftswissenschaften die ostdeutsche Gruppe leitete, darauf verfiel, einen epochalen Bewusstseinswandel der Menschen festzustellen, und dies auch noch im Hinblick auf die Krieg-Friedens-Frage, ist nicht zu entschlüsseln und fraglich nicht erst, seit wir die aktuellen Umfrageergebnisse über die Haltung von US-Amerikanern, Briten u. a. Staatsbürgern zur Irak-Invasion kennen. Ein derartiger Wandel ließe sich doch wohl rechtens erst feststellen, wenn die zweifelsfrei erdballweit verbreiteten Friedenswünsche und die weithin emotionale Ablehnung von Kriegen durch die Fähigkeit erwiesen

wäre, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, die auch zum gedachten und gewollten Ziele hinführen, wenn sich also die gerade ein diesen Tagen bedrückend spürbare Ohnmacht in Friedensmacht verwandelt hätte, wenn die Idee zur materiellen Gewalt werden würde.

Das führt zu dem hier – zweitens – ausgewählten vierten Gespräch, das im Februar/März 1986 stattfand. Sein Gegenstand: „Friedliche Koexistenz und Sicherheitspartnerschaft“. Die Eröffnung gab zunächst Harald Neubert, wie Hahn damals an der ZK-Akademie tätig. Auch was dazu erörtert wurde, hat sich mit dem Ende der Konfrontation der beiden von Supermächten geführten Blöcke nicht einfach erledigt. Unter den vielen in diesem Zusammenhang aufgenommenen theoretischen, politischen und moralischen Fragen ragt die Wertbestimmung des Friedens heraus. Die Einwände die sich gegen die These, der Friede müsse in einer Hierarchie von Werten. die für das menschliche Dasein unverzichtbar seien, auf den obersten Platz gesetzt werden, lesen sich vor dem Hintergrund der derzeit heuchlerisch vertretenen Position neu und anders, wonach der Krieg ein Mittel geeignetes und zu rechtfertigendes Mittel darstelle, „Demokratie“, das höchste Exportgut der USA, zu transportieren. Herausfordernd liest sich auch die weniger am Beratungstisch als nach der Veröffentlichung des vereinbarten Papiers in der DDR umstrittene Feststellung, beide Systeme, also auch das imperialistische, wären „friedensfähig“. Das erschien als Preisgabe von Lenins Imperialismustheorie. Einwände, die diese Formulierung als ein zu weit gehendes taktisches Zugeständnis oder als oberfaulen Kompromiss ansahen, betonten, dass diese behauptete Fähigkeit in Wirklichkeit nicht existiere, sondern erst entwickelt, und das meinte: durch abschreckende Gegenmacht, ausgeübt von prinzipiell am Frieden interessierten Kräften, erzwungen werden müsse.

Selbst wer sich Verlauf und Ergebnis dieser Diskussion im Bewusstsein vergegenwärtigt, dass sie unter dem Zeichen des generellen Grundanliegens stattfand, einen ins Gewicht fallenden Beitrag zur Gewinnung von mehr Lebens- und Überlebenssicherheit zu leisten, wird sich des Eindrucks schwer erwehren können, dass auf beiden Seiten auch Blauäugigkeit oder, um es freundlicher zu sagen: Wunschdenken im Spiel war. Auf jener der sozialdemokratischen Partner freilich dazu ein anderes: Ihre erklärte, mitunter geradezu beteuerte Bindung an die „freie Welt“ bewirkte die Weigerung, die Gefahren ohne Abzüge wahrzunehmen, die ihr innewohnten und von ihr ausgingen.

Zwei Bemerkungen, die Hahn aus diesem Gespräch notiert hat, geben heute zusätzlichen Denkanstoß. Die eine findet sich in Thomas Meiers Thesen, die wie die Neuberts den Erörterungen zugrunde gelegt wurden: „Sollte jemals einem der Systeme die Vorherrschaft auf der Erde zufallen, so wäre es wahrscheinlich grundlegend verschieden von seiner heutigen Erscheinungsform.“ Dieser Vorhersage ging davon aus, dass solche Vorherrschaft nur als Ergebnis eines vorausgehenden tiefen Wandels des obsiegenden Systems vorstellbar sei. Die andere machte Max Schmidt, der meinte, es müssten auch die Probleme der Dritten Welt „unter dem Dach des Friedens gelöst werden“.

Hahns Darlegungen enden mit seiner Sicht auf die schon erwähnte, inmitten der Beratungen zustande gekommene Erklärung „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Sie erregte, am 28. August 1987 im SED-Zentralorgan *„Neues Deutschland“* veröffentlicht (und im Anhang des Bandes wieder gedruckt), über die Grenzen der beiden deutschen Staaten hinaus Aufsehen. Ihre „Umstrittenen Wirklungen“ bilden den Gegenstand des abschließenden Kapitels.

Am See im Brandenburgischen und in der malerischen Kleinstadt im Schwarzwald saßen Gruppen zusammen, die da und dort jeweils den Vorzug hatten, sich ausschließlich geistiger Arbeit hingeben zu können. Was sie vortrugen bleibt, ob vom Leser mit Ja oder Nein versehen, hoch anregend. Auch und vielleicht gerade dort, wo sich nur Verknappungen oder Stichworte finden. Gelegentliches Amüsement ist übrigens inbegriffen und wird geliefert, wo sich im Gesprächsverlauf der eine oder andere zu Themen äußerte, zu denen er lieber geschwiegen haben sollte. Wie liest sich – beispielsweise – vor dem Hintergrund der PISA-Studie und der Jugendarbeitslosigkeit die in eine Frage gekleidete Bemerkung, ob Bildung nicht stärker auf Lebensförderung, auf das Kennenlernen allen Lebens, auf Spiel und Tanz angelegt sein müsse. Wie auch die andere: Erziehung müsse Widerspruch zum Staate anstreben. Da denkt man an die wegen Fernbleiben vom Unterricht erfolgten Strafandrohungen gegen

Schülerinnen und Schüler, die jüngst gegen den Krieg auf die Straße gingen. Das waren Einwürfe, vorgebracht – siehe oben – von den bequemen Stühlen her.

Dass der Rezensent schreiben konnte, der Autor dieses Buches, wäre er heute wieder zur Teilnahme an ähnlichen Debatten gerufen, würde nichts weniger denn ein Wiederkäuer sein, stützt sich auf viele anregende Begegnungen mit Erich Hahn. Der Leser kann sich in den Abschnitten „Aus heutiger Sicht“, die den über die Gespräche berichtenden Teilen jeweils nachgestellt sind, davon auch überzeugen. Dort entwickelt Hahn, dass sich damals gestellte Fragen erhalten, verändert oder auch erledigt haben. Freimütig schreibt er, was er selbst in seinem sozialistischen Theoriegebäude „zurechtgerückt“, was er darin neu aufgenommen hat. Das ist das Zeugnis *eines* Mannes und doch mehr. Es öffnet sich der Blick auf ein Stück jenes Weges, auf den sich Wissenschaftler begeben haben, die als Materialisten und Dialektiker die Weltzustände zu verstehen suchen, sie interpretieren und die – wie die hauptsächlich jungen Leute, die es als Spruchband auf die Straßen tragen – meinen, dass eine andere Welt möglich ist.

Erich Hahn, SED und SPD. Ein Dialog. Ideologie-Gespräche zwischen 1984 und 1989, edition ost Berlin 2002, 280 S.

Sozialismus 5/2003, S. 57-59.

Wenn die Grenzen verwischen

Die Deutschen – ein Volk von Opfern?

Jüngst war in deutschen Zeitungen und Zeitschriften wiederholt von der „befreienden“ Wirkung des ungetrübten Blicks in die Vergangenheit und davon zu lesen, nun sei möglich geworden, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges und insbesondere dessen Ende neu zu beschreiben. Dafür sei die Zeit einfach reif. Mehr als ein Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges ließen sich Ereignisse offen erörtern, von denen früher galt, dass man sich mit ihnen in die Nähe von Revanchisten rückte. So wird die politische Opportunität der Aufnahme oder Verweigerung historischer Themen vermessen. Das geschieht mit dem Ergebnis: Wir Deutsche können nicht mehr verdächtigt werden, unsere Geschichtslektionen nicht gelernt zu haben. Das Ja zu einer, wie wieder und wieder betont wird, enttabuisierten Geschichtsbetrachtung geht einher mit einer sehr eitlen Selbstbenotung.

Von welchen nun nicht länger zu beachtenden Tabus ist die Rede? Vor allem anderen davon, dass die Deutschen, je länger der Zweite Weltkrieg dauerte und sodann an seinem Ende und im unmittelbaren Nachkrieg Opfer wurden. Inzwischen wird gestritten, ob die Behauptung, dies sei über Jahrzehnte kein Thema gewesen, stichhaltig ist. Denn Literatur- und Filmwissenschaftler, Historiker und Archivare vermochten nachzuweisen, dass in vielen Romanen und Erzählungen, auch in vielbändigen Dokumentationen und wissenschaftlichen Abhandlungen schon seit langem dargestellt wurde, was Deutsche erlebten, als sie begannen, den Sturm zu ernten. Verlage hatten keine Mühe, die Welle des erzeugten Interesses verstärkend, Bücher wieder aufzulegen, die bald nach Kriegsende erschienen waren. Ausmaß und Intensität der Selbstbeschäftigung als „Opferkolonne“ mögen neu sein. Was auf den Weg gebracht wird, ist indes nicht nur – wie behauptet – notwendige, gar heilende Ergänzung eines lückenbehafteten Geschichtsbildes. Vorgenommen wird eine Revision, wenn auch nicht im Zeichen irgendeines Revanchismus.

Dabei geht es nicht in erster Linie um die Ignoranz gegenüber der offenbar nicht mehr erwähnenswerten Tatsache, dass Millionen Deutsche, bevor auch sie, jedoch in besonderer Weise, Opfer des Krieges und seiner Folgen wurden, Instrumente der faschistischen Machthaber und ihrer Kriegspolitik waren. Mit den Schilderungen von Erlebnissen des Bombenkrieges, der Flucht und Vertreibung aus Gebieten des Ostens, des Frierens und Verhungerns, der Demütigungen und Vergewaltigungen wird eine spezielle ideologische Fracht transportiert. Wer sie ausmachen will, muss die Forderungen und Thesen zur Kenntnis nehmen, die in der Masse der erzählten Details nahezu verschwinden: Verabschiedet werden müsse das Täter-Opfer-Schema. Es gäbe weder ein Täterland noch ein Opferland. Und: Niemand sei früher sicher gewesen (so wenig wie er es heute sein könne), auf der richtigen Seite zu sein. Propagiert wird der Verzicht auf politische, historische und juristische Kategorien, die bislang als unverzichtbar galten.

In der Wirklichkeit hat es das Klischee vom Täter- und Opferland nie gegeben. Keinen Augenblick machten die Sieger die These von der Kollektivschuld zur Grundlage ihrer Besatzungspolitik, wenn sie auch die Deutschen für das, was sie angerichtet oder zugelassen oder nicht verhindert hatten, in Haftung nahmen. In Frankreich, wo es während der Besatzungsjahre nicht wenige Kollaborateure gab, wurde mit ihnen „abgerechnet“, und später entstand eine Debatte darüber, ob mit ihnen nach der Befreiung gerecht umgegangen worden sei. Die Helfershelfer und Mittäter deutscher Judenmörder, die es in vielen Ländern, insbesondere in den besetzten Gebieten der UdSSR gab, stellen auch keine neuere Entdeckung dar. Der Name des Norwegers Vidkun Quisling wurde zum Gleichwort für einen Landesverräter.

Geschichtsbetrachtung à la Bush, die sich je nach kriegerischem Bedarf nationaler, völkischer oder anderer Gut-Böse-Klischees bedient, dominierte – so viele „weiße Flecken“ auch existierten, sich mitunter bis heute erhalten haben – in keinem Lande. Jedoch wurde auf einigen Grundtatsachen bestanden. Zu denen gehörte, dass, beginnend mit den Tschechen 1938/1939, viele Völker Europas Opfer der Aggression des deutschen Imperialismus geworden waren und dass an dieser allgemeinen Wahrheit keine Gemeinheit und kein Verbrechen eines Kollaborateurs etwas ändert, der ohnehin kaum zum Zuge gekommen wäre, wenn nicht die Wehrmacht und in ihrem Gefolge weitere Besatzer

in das jeweilige Land eingedrungen wären. Tausend Quislinge machen aus keinem dieser Völker ein Täter-Opfer-Mix. Die Unterscheidung zwischen Tätern und Opfern besitzt ihre Entsprechung in der Wirklichkeit der Geschichte.

Nichtsdestoweniger wird an der Aufhebung dieses Gegensatzes, seit die größere Bundesrepublik existiert, angestrengt gearbeitet. Das begann mit Lutz Niethammers Darstellung der Rolle der „roten Kapos“ im KZ Buchenwald, der kommunistischen Funktionshäftlinge, die in einer extremen Situation lebten, entschieden und – nicht alle – überlebten. Sie wurden in ein Zwielicht gerückt, gleichsam mit einem neuen Winkel versehen, der sie als Opfer und Täter in einem kennzeichnen sollte. Wo ist diese Geschichtsschreibung inzwischen angelangt? Als Täter hat sie neuerdings lautstark Churchill, Sir Arthur Harris, den von 1942 bis 1945 Oberkommandierenden der britischen Bomberflotte, und die britischen und US-amerikanischen Flugzeugbesatzungen ins Visier genommen, die befehlend oder ausführend den strategischen Luftkrieg gegen Deutschland führten. Sie, nicht Hitler, Göring und die deutschen Flieger, die 1940/1941 etwa 40.000 Londoner töteten, erscheinen als Mörder von Frauen und Kindern. Nachträglich wird den einstigen Kriegsgegnern dezent nahegelegt, wie sie aus dem Krieg als edle Ritter hätten hervorgehen können und müssen.

Was sich als Zugriff auf die ganze Wahrheit selbst darstellt, erweist sich als ein neuer Versuch, doch das Lied der Revanchisten wieder anzustimmen, dessen Refrain lautet: „Die anderen auch“. Das geschieht gewiss nicht in der gleichen politischen Absicht. Jetzt geht es um einen neuen Anlauf zur Normalisierung der deutschen Geschichte und darüber hinaus um die Verbreitung jener Klage, die Resignation gegenüber den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft ausdrückt: „Was ist der Mensch, halb Tier halb Engel.“ Der Rat lautet: Haltet euch am besten von jedem Versuch fern, in Politik und Geschichte einzugreifen, denn ihr gelangt womöglich auf die falsche Seite.

Lothar Kettenacker (Hrsg.): Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-45. Rowohlt Berlin. 186 S., br., 14,90 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 9. Mai 2003.

Unakzeptierte Erfahrung

Geheime VP-Berichte – Alarmstufe „Hornisse“

Anders als die Flut von Bedrucktem, die in diesen Tagen aus Anlass des bevorstehenden 50. Jahrestags des 17. Juni 1953 in die Buchhandlungen geschwemmt wird, dürfte diese Publikation Dauerwert gewinnen. Das Material für ihre Entstehung rührt aus einem Befehl des stellvertretenden Chefs der Deutschen Volkspolizei Herbert Grünstein her, erteilt am 21. Juni 1953, der die Leiter aller VP-Bezirksbehörden verpflichtete, ihm binnen zehn Tagen eine Auswertung der jüngsten „Ereignisse“ vorzulegen. Was daraufhin nach Berlin gelangte, ist nun ungekürzt gedruckt worden. Dem wurde eine knappe Einleitung vorangestellt und zudem eine Rede, die der Chef der Hauptverwaltung und stellvertretende Innenminister Karl Maron exakt einen Monat nach dem Aufruhr auf einer Konferenz vor hohen Offizieren und ausgezeichneten VP-Angehörigen unterer Dienstränge hielt. Eindrucksvoll bezeugt diese Ansprache die im Führungspersonal der DDR dominierende Verweigerung, sich der bitteren politischen Erfahrung ungeschönt und unverzeichnet zu stellen.

Marons Ton: Siegesfanfare. Vernichtende Niederlage der amerikanischen Imperialisten und ihrer deutschen Handlanger an deren „Tag X“, Zerschlagung eines „breiten Frontalangriffs“, vorbereitet von einem großen und getarnten Agentennetz, Abfuhr für Kriegstreiber, faschistische Banditen und Provokateure. Nebenher finden Erwähnung „eine gewisse Beunruhigung von Teilen des Volkes“, „irregeleitete Arbeiter“, auch eigene Seh- und Denkfehler, namentlich Überschätzung des Klassenbewusstseins in Arbeiterschichten, „Schwächen und Mängel“, aber „grundsätzlich richtige Politik“. Eine Phraseologie, ebenso selbst- wie fremdbetrügerisch. Keine Erwähnung mehr des Begriffs „Arbeitsnormen“ oder auch nur der unterhalb der Schwelle von Umstürzlertum liegenden Forderungen der zurückliegenden Tage.

Und sodann: strikte Zurückweisung der ohnehin – mit Ausnahme des Magdeburger Berichts – zurückhaltend formulierten Kritik an der Polizeiführung und insbesondere der ganz ausgebliebenen Unterrichtung der VP-Kommandeure in der DDR über die Entwicklung der Proteste in Berlin am 16. Juni. Nicht von oben hätten warnende Signale gefehlt – was sich doch an Fernschreiben und deren auf die Minute festgehaltenen Eingang belegen ließ – nein, Maron kritisierte Untergebene, die sich nicht herausreden sollten. Sie hätten es an Signalen nach Berlin fehlen lassen und die Lage nicht richtig gekannt. Das nennt man: den Spieß umdrehen.

Dann folgten, kaum verbrämt, Drohungen gegen jene, die über die Geschehnisse diskutieren wollten: die „berufsmäßigen“ und „unverbesserlichen Nörgler“, die „Neunmalklugen“, die „Kirchturmspolitiker“, die „gefährlichen Ignoranten“, die sich bewusst oder unbewusst zu Helfern der „Agenten unserer Feinde“ machen würden. Maron sprach von der „ständig zunehmenden Macht des Sozialismus“ und verkündete die frohe Botschaft, nun sei „ein leichterer und bequemerer Weg nach oben“ entdeckt worden.

Die Berichte – die freilich, dem Frageraster folgend, alle auch Erfolgsmeldungen waren – lagen näher an der Wirklichkeit, wenn auch ihr jeweiliger Quellenwert erst durch die Heranziehung weiterer zeitgenössischer Dokumente bestimmt werden kann. Nicht fehlerlos geben die Texte, in denen der Ursachenkomplex und jedwede Vorgeschichte nahezu vollständig ausgeklammert sind, doch einen verlässlichen Überblick über den Hergang von Betriebsversammlungen, Streiks und Demonstrationen. Sie listen die angegriffenen, verwüsteten und zerstörten staatlichen und anderen Einrichtungen (der Polizei und der Staatssicherheit, der Untersuchungshaftanstalten und Gefängnisse, der SED und Gebäude anderer politischer Organisationen) auf. Sie vermitteln ein Bild von der Rolle der Sowjetarmee und der Polizei und deren Zusammenwirken.

Die Herausforderung, die der Quellenkomplex bietet, besteht in den Möglichkeiten, die sich für Vergleiche aufdrängen. Sie können im Hinblick auf die allerdings nicht durchweg erfassten Forderungen angestellt werden, welche die Protestierenden erhoben. Da dominieren: Zurücknahme der Normenerhöhung, Freilassung von (vor allem jüngst) wegen verschiedenster so genannter Wirtschaftsvergehen Inhaftierter (seit dem 18. Juni auch der vor allem während der Nacht verhafteten „Rädelsführer“)

und Senkung der HO-Preise. Verbreitet war auch die Forderung nach „freien Wahlen“ und einer „neuen Regierung“. Zu vergleichenden Studien fordert ebenso der deutlich voneinander abweichende Verlauf der Geschehnisse in einzelnen Bezirken, Städten und Betrieben heraus. Welche Besonderheiten haben beispielsweise im Grenzbezirk Suhl bewirkt, dass es in industriellen Zentren wie Suhl, Zella-Mehlis und Schmalkalden nicht zu ähnlichen Massenbewegungen kam wie im benachbarten Erfurt, dessen VP-Chef die grelltönendste Siegesmeldung nach Berlin schickte. Nur ein VP-Inspekteur – der in Gera kommandierende jüngste, noch nicht 30-Jährige – gab am Ende seines Berichts Mitteilung von seiner Selbstbefragung: Er habe „an dem Leben in den Betrieben vorbeigelebt“. Andere Berichterstatter vermerkten allgemein eine Bürokratisierung der Polizeiarbeit. Doch all solche Erfahrung wurde nicht akzeptiert.

Torsten Dietrich/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.): Alarmstufe „Hornisse“. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni. Metropol Verlag, Berlin 2003. 464 S., br., 21,00 Euro.

Neues Deutschland, Freitag, 30. Mai 2003, S. 13.

Ausbildungsziel Judenmord. Rezension

Die einleitend bekannte Wahrnehmung der vier Autoren, jeder von ihnen als „Holocaust“-Forscher ausgewiesen, bildete den Ausgangs- und Zielpunkt dieses Bandes: Sie sehen, ungeachtet der Fortschritte, welche in der Täterforschung seit Christopher Brownings Pionierarbeit erzielt wurden, die Frage nach den ideologischen Antrieben der Judenmörder vernachlässigt, mitunter auch ignoriert, weil in ihrer Bedeutung bestritten. Demgegenüber betonen sie, ohne deren Berücksichtigung könne das Massenmorden nicht erklärt werden. Folglich und mit dem Vorsatz, Forschungen anzuregen, begeben sie sich auf die dokumentarische Spur von Befehlen, Weisungen, so genannten Leitheften, Lehrgangsprogrammen, SS- und Polizei-Zeitschriften. Sie analysieren deren Inhalte und suchen zu klären, was davon Offiziere und Mannschaften in SS und Polizei erreichte und wozu diese durch derlei „Erziehung“ angestiftet werden sollten und auch befähigt wurden. 16 einschlägige Dokumente aus den Jahren 1934 bis 1944, teils in Auszügen gedruckt, bilden Teil II der Publikation.

Dass Ideologie, welchen Inhalts auch immer, „materielle Gewalt“ werden kann, bildet weithin keinen Streitpunkt. Schwierig ist, da diese Inhalte nur selten gleichsam rein auftreten, deren spezifisches Gewicht auf einer Skala von Handlungsmotiven eines Einzelnen oder ganzer Gruppen zu bestimmen. Die Lösung des generellen Problems wird im vorliegenden Fall durch die Quellenlage, soviel bedrucktes Papier auch überliefert ist, nicht erleichtert. Die Täter, nach 1945 in Ermittlungs- und Gerichtsverfahren von Rechtsanwälten beraten, hüteten sich, sofern sie danach überhaupt gefragt wurden, ihre mörderische Gedankenwelt auszubreiten. Sie konnte ihnen als „niederer Beweggrund“ zur Last gelegt werden (S. 129). Kurzum, der Schritt vom Vermuteten oder dem wahrscheinlich Gemachten zu Gewissheiten bleibt häufig im Versuch stecken. Warum sich dieser Versuch dennoch lohnt, formuliert Konrad Kwiet: „Anders als die Täter sterben die Ideen und Ziele, die sie motivierten, nicht einfach, sie werden dort tradiert, wo eine radikale Zäsur nicht stattfand“ (S. 138).

Richard Breitmans Beitrag, der die Formel von den Juden als „Gegner Nummer eins“ in der Überschrift zitiert, liegt die Vorstellung zugrunde, dass im Zentrum der NS-Welt- und Geschichtsanschauung der „Glaube an eine jüdische Weltverschwörung zur Beherrschung anderer Völker stand (S. 22). Hinter dieser Feststellung beginnen umstrittene Fragen. Besetzte dieser Glaube das Zentrum ganz? Oder verband er sich dort mit anderen Bestandteilen und Inhalten? Die Verabsolutierung korrigiert Jürgen Matthäus: „Auf der Palette der Schulungsthemen bildete die ‚Judenfrage“ nur eine, wenngleich markante Farbschattierung“ (S. 40). Er verweist auf die Behandlung von Geschichte, das Anknüpfen an tagespolitische Nachrichten und eine im Gewand naturwissenschaftlicher Unterweisung daherkommende Propagierung von Vorurteilen. Ähnlich, Fragestellung und Untersuchungsgegenstand öffnend, äußert sich Jürgen Förster, der die“ weltanschauliche Erziehung der Waffen-SS“ namentlich nach dem Überfall auf die UdSSR darstellt. Er verweist darauf, dass zu dieser Schulung die Vermittlung eines „positiven“ Bildes (S. 84) gehörte, die Beschäftigung mit „deutschen Themen“ (S. 95), die in die Begründung eines universellen Herrschaftsanspruchs mündeten. Thematisiert wurde das „großgermanische Reich“ der „deutsche Lebensraum“ beide mit dem unerschöpflich scheinenden Phrasenangebot von Blut und Boden, Schwert und Pflug, Ostlandritt, „Daseinskampf“ zwischen Germanen und Slawen und der asiatischen Steppe usw.

Mehrere Autoren belegen, dass das gedachte Resultat der „weltanschaulichen Erziehung“ als Entwicklung oder Schärfung von Denken und Urteilen völlig missverstanden wäre. Erzeugt werden sollte eine NS-, SS-, SD-mäßig oder einfach deutsch genannte Manneshaltung, welche die Adressaten in den SS- und Polizeireihen gegenüber jedem aufklärerisch-humanistischen Ideal absolut zu immunisieren und sie zu befähigen hatte, im Blut der als „Untermenschen“ Bezeichneten ohne Gewissensbisse zu waten. Dazu brauchte es in Wort und Schrift keine direkten Handlungsanweisungen (S. 83), aber die Summe des Vermittelten bewirkte, dass, war das Erschießen und Vergasen einmal befohlen, der Schritt über die Schwelle zum Schwerverbrechertum erleichtert (S. 41) und seine Fortsetzung legitimiert (S. 8) wurde.

Die Autoren haben überzeugend gezeigt, dass die „weltanschauliche Erziehung“, zu der die insbesondere von Himmler immer wieder geforderte Pflege von Kameraderie gehörte, aus der wiederum

Gruppenverhalten und -druck erwuchs, nicht als „folgenlose Pflichtübung“ (S. 12) abgetan werden kann, sondern dass sie mit ihren Wirkungen zu den „tatrelevanten Faktoren“ gezählt werden muss.

Jürgen Matthäus/Konrad Kwiet/Jürgen Förster/Richard Breitman: Ausbildungsziel Judenmord. „Weltanschauliche Erziehung“ von SS, Polizei und Waffen-SS im Rahmen der „Endlösung“. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M. 2003, 219 S.

Ausbildungsziel Judenmord. „Weltanschauliche Erziehung“ von SS, Polizei und Waffen-SS im Rahmen der „Endlösung. Jürgen Matthäus/Konrad Kwiet u. a., Fischer Taschenbuch, Frankfurt a. M. 2003. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 6/2003, S. 580-581.

Name, wechsel dich

Friedrich Engels hält erneut Einzug in Senftenberg – über den Umgang mit Geschichte am Beispiel einer Schule

Dass der Besetzung öffentlicher Räume mit Bezeichnungen, die an geschichtliche Personen oder Ereignisse erinnern, in allen politischen Lagern mehr oder weniger große Bedeutung zugemessen wird, lernten Bewohner der ostdeutschen Beitrittsländer spätestens, als für viele Einrichtungen zwischen Rügen und Erzgebirge, namentlich für Schulen, namenlose Zeiten anbrachen. Ähnlich erging es für den Rest ihres Daseins Polikliniken. Nicht anders industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben. Für Straßen und Plätze konnte dieses Verfahren nicht gelten. Wer sich Gäste einlud, wollte ihnen eine Orientierung geben, und Polizei, Geheimdienste und Post brauchten Anschriften.

Nun kommt neue Kunde aus Senftenberg. Dort hat vor Tagen in einer Feierstunde, um die öffentlich nicht viel Aufhebens gemacht wurde, ein Gymnasium, das den Namen schon einmal besaß, sich wiederum nach Friedrich Engels benannt. Keine Sensation, kein Bekenntnis zur Revolution gar, kein Vorsatz, Kaderschmiede junger Sozialisten zu werden. Schlicht und einfach: Wiedereinzug eines Verhältnisses zu deutscher Geschichte, dem kein Schaum vors Maul gerät, wenn die Rede auf Marxisten und Sozialisten kommt. Gratulation allen Mitwirkenden, Schülern, Lehrern, Elternvertretern und jener Mehrheit der Kreistagsabgeordneten, denen das letzte Wort zustand. Allen Geburtshelfern also. Sie hatten der Hindernisse viele zu überwinden.

Zudem: Die Namensgeschichte dieses Gymnasiums hat es in sich. Es muss in den Jahren der Weimarer Republik in Senftenberg, das damals zu Preußen gehörte, ein paar Demokraten gegeben haben. Anders kann nicht erklärt werden, dass das Gymnasium zuerst den Namen des von der Reaktion hingemordeten Walther Rathenau annahm, ein Schritt, den kaum alle Stadtbewohner gebilligt haben dürften. Lange hieß die Anstalt so freilich nicht. Früh in Nazizeiten wurde der Name des Ministers der Republik gegen den des Mannes getauscht, der ihr oberster Totengräber war. Nun gingen die Senftenberger, deren Eltern das bezahlen konnten, in das Paul-von-Hindenburg-Gymnasium.

Das währte auch nicht so lange, wie vormals gedacht. Rathenau kehrte zurück und gab in der DDR einer Schule den Namen, unter deren Dach nun ein paar Jahre nicht nur Gymnasiasten lernten. Was die Mächtigen um Margot Honecker in den siebziger Jahren, in einem Moment, da sich im Geschichtsdenken die Bilder von Großbürgern zu differenzieren begannen, eigentlich geritten hat, aus der Rathenau-Schule eine Erweiterte Oberschule Friedrich Engels zu machen, mögen Schulgeschichtsexperten wissen. Der Vorgang erscheint rätselhafter als der Übergang in die namenlose Zeit nach dem DDR-Ende.

Vor etwas mehr als zwei Jahren, das in DDR-Zeit errichtete neue Schulgebäude verwandelte sich in eine Baustelle, ein Zustand, der bis heute anhält, begann eine Debatte darüber, ob die Einrichtung nicht doch wieder einen Namen annehmen solle. Das bewegte viele Geister. „Gymnasium am Senftenberger See“ lautete ein Vorschlag. Ein anderer, mit Bezug auf den Bergbau, brachte Agricola in die Debatte. Ein Schüler warb für die mehrdeutige Bezeichnung „Freidenker-Gymnasium“. Auch die frühverstorbene einstige brandenburgische Ministerin Regine Hildebrandt geriet in die Konkurrenz. Rathenau war ausgeschieden, denn inzwischen führte eine andere Schule der Stadt seinen Namen. So schlug Friedrich Engels alle, vor allem die Gegner am Orte. Eine Unterschriftensammlung, die diesen Namensgeber abwehren wollte, endete kläglich. Gegner im Kreistag blieben knapp in der Minderheit. Ein erneuter Anlauf der Unterlegenen, die sich, da sie nicht triumphierten, wie gewöhnlich als nicht so sattelfeste Demokraten erwiesen, fruchtete nicht.

Die „Wiedertäufer“ konnten die Urkunde über die Namensverleihung in Empfang nehmen. Dem Akt wohnte auch eine Friedrich-Engels-Büste bei, welche die wechselvollen Zeitläufe unbeschädigt überdauert hatte. Sie schien mir, aus unansehnlich braunem Material gefertigt, ein Produkt der DDR-Massenproduktion zu sein und war in einer Vitrine platziert, die von zwei weiteren flankiert wurde, in denen sich dicht an dicht silberne und güldene Pokale reihten, welche Schüler bei verschiedensten Sportwettkämpfen erworben hatten. Im Alltag des Gymnasiums werden Lehrer und Schüler künftig

entscheiden, ob ihnen der Name ihrer Schule etwas sagt, was voraussetzt, dass die Anstrengung geistiger Auseinandersetzung mit dem genialen Manne nicht gescheut wird.

junge Welt, Donnerstag, 12.06.2003, S. 14.

Unter den Etiketten

Vor dem offenbar nicht nur beliebten Jahrestag: Geschichte mit dem Bügeleisen (Teil 1)

Die Frage, ob Menschen aus politischen Erfahrungen, die sie im Verlaufe ihres Lebens gemacht oder auch durchlitten haben, etwas zu lernen vermögen, ist umstritten. Mehr noch die sich daran anschließende, ob sie fähig sind, sich zum Nutzen werden zu lassen, was ihre Vorfahren anrichteten oder was diesen widerfuhr. Dennoch wird die Forderung, aus der Geschichte zu lernen, unausgesetzt erhoben. Manchmal tönt sie wie das Geräusch, das beim Schwingen eines Knüppels entstehen kann. So jüngst, als den USA die uneingeschränkte Solidarität partiell und temporär aufgekündigt wurde. Da hieß es prompt, die „Kriegsunwilligen“ hätten, wiewohl gerade sie dafür besondere Gründe besäßen, ihre „Lektion Hitler“ nicht gelernt. Dabei ist der Knüppel mit dieser Aufschrift nicht der größte verfügbare. Auf dem steht „Lehre Auschwitz“. Wer ihn gekonnt zu betätigen versteht, will sagen: bewiesen hat, dass er ihn auf die richtigen Köpfe niedersausen lassen kann, besitzt eine Anwartschaft auf den „Außenminister Europas“.

Vor dem Hintergrund solcher Beobachtung nimmt sich verwunderlich aus, dass in der Erinnerungskampagne, die sich gegenwärtig auf den 17. Juni 1953 richtet, von Lehren so wenig zur Sprache kommt. Die gegenwärtigen Kennzeichnungen des Ereignisses bleiben im Allgemeinen wie die seinerzeitigen. „Faschistischer Putsch“ ist ausgewechselt gegen „Freiheitskampf“, nachdem die nationale Verklärung („Tag der deutschen Einheit“) vor den Quellen doch nicht standhielt. Und alle Schlussfolgerung bewegt sich auf der Ebene höchster Verallgemeinerung: Diktaturen müssen bekämpft werden. Konkreter wird es nicht gemacht.

Folglich erscheint der Tag, da die DDR untergegangen ist, für deutsche Geschichte zwar eben noch denkwürdig, aber eigentlich abgehakt und erledigt. Aller Wetteifer gilt der Platzierung des Aufruhrs in Ostdeutschland in deutsche Vergangenheit. Die Traditionslinie wird von 1848 über 1918 bis in das Jahr 1953 und von da bis 1989 gezogen, von Revolution zu Revolution eben. Geschichte mit dem Bügeleisen. Nur Marianne, nomen est omen, hat sich damit nicht zufriedengeben wollen und korrigierte: 1789 und die Große Revolution der Franzosen sei der Beginn jenes geschichtlichen Stranges, der zum Ereignis aus dem vierten DDR-Jahr hinführt. Diese Geschichtsbetrachtung besitzt einen Vorteil: Sie verpflichtet zu nichts, ausgenommen zu mächtigem Stolz. Darf es nicht ein wenig mehr sein, wurde beim Fleischer eines Tages nach dem Kriege wieder über den Ladentisch gefragt?

Da wäre zunächst einmal die Tatsache, dass sich Hunderttausende Arbeiter im ostdeutschen Staat gegen ihnen diktierte höhere Arbeitsleistungen und eine Verschlechterung ihrer Lebenslage wandten und durch Streiks und Demonstration in Berlin ihren äußersten Unwillen gegen die selbstherrliche Praxis der Staatspolitiker bis vor den (übrigens nicht mit einer Bannmeile versehenen) Regierungssitz bekundeten. Der sich entladende Zorn war nicht allein durch die diktierten Verordnungen hervorgerufen, sondern nicht weniger durch den eklatanten Widerspruch zwischen Anspruch und Versprechen der Obrigkeit, Interessen der Werktätigen zu vertreten, und deren Maßnahmen. Wo Gewerkschaftsleitungen sich, wie meist, nicht zum Sprecher des Unmuts gemacht, sondern sich folgsam am Kurs der Partei orientiert hatten, bekamen sie ihr Teil ab und sahen sich Forderungen gegenüber, abzutreten und Vertretern von Arbeiterinteressen Platz zu machen. Spontan bildeten sich Streikleitungen.

Diese Erinnerung wäre 2003 nicht anregend und bedenkenswert? In einem Augenblick, da Millionen Arbeitenden und Arbeitslosen in der Bundesrepublik und auch denen, deren Arbeitsleben beendet ist, die verschiedensten Verschlechterungen ihrer Lage und ihrer Zukunftsperspektiven aufgebürdet werden sollen? Und dies mit der Begründung: Es gäbe dazu keine Alternative. Das war exakt jenes Hauptargument, mit dem auch das Politbüro der SED jeglichen Widerspruch zum Schweigen zu bringen trachtete und jedweden Einwand als Ausdruck von Inkompetenz abtat. Das war und ist die Pose derer, die allein die Einsicht in die Notwendigkeiten besitzen. So wiederholt sich Geschichte doch, unter anderem deshalb, weil die Möglichkeiten, Herrschaft auszuüben und zu rechtfertigen, bei allem Erfindungsreichtum und dem Zuwachs an Instrumentarien endlich sind.

Indessen: Die Spitzen des DGB und der Einzelgewerkschaften haben diese Perspektive auf den Jahrestag bisher nicht eingenommen, und auch die Partei der demokratischen Sozialisten, denen der Blickwinkel naheliegen könnte, hat sie darauf nicht gebracht. Das mag in beiden Fällen daran liegen, dass die Distanz zur Politik des Kanzlers und der ihn stützenden Partei gar zu exakt nicht ausgemessen werden soll, würden sich daraus doch Schlussfolgerungen ergeben, die wiederum nicht in die eigenen Konzepte passen.

junge Welt, Freitag, 13.06.2003, S. 12.

Alarmstufe

Vor dem Nationalepos: Geschichte mit dem Bügeleisen (Teil 2 und Schluss)

Gibt es keine Hoffnung, dass die Scheinwerfer auf den 17. Juni genauer eingestellt werden? Glaubt man der Ankündigung des Freiheitskämpfers Eppelmann, steht ein Gedenkmarsch bevor, der von der ehemaligen Stalinallee zum einstigen Haus der Ministerien in der Leipziger Straße führt. Welche Transparente werden die Veteranen darbieten? Werden sie, in Gedanken versunken, auf ihre Jugend blicken, oder sich aufraffen können, ihr Vermächtnis, zugeschnitten auf Nöte und Bedrohungen des Augenblicks, den Nachgeborenen nahe zu bringen?

Nach einem halben Jahrhundert hat auch die PDS mehr zu leisten, als die Ablieferung einer weiteren Entschuldigung vor der Geschichte. Ihr Pensum ist verwickelter, aber nicht weniger aktuell. Es lässt sich an einer Rede verdeutlichen, die einen Monat nach dem Aufruhr vom Chef der Deutschen Volkspolizei Karl Maron auf einer Konferenz gehalten wurde, vor Offizieren und niederen Dienstgraden, die nach Ansicht ihrer Vorgesetzten besonderes Verdienst erworben hatten. Maron, später Innenminister der DDR, war 1926 in die KPD eingetreten, hatte 1933 emigrieren müssen, in der UdSSR politisch gearbeitet. Ein Mann, dem es nicht an politischen Erfahrungen mangelte. Seine Rede, dieser Tage erstmals publiziert, kann als Musterbeispiel gelesen werden, sich einer Erfahrung im Ganzen zu verweigern und zugleich vorzutäuschen, sie als Lehre anzunehmen. Das Geschehene wurde auf folgendes Klischee gebracht: Zerschlagung eines „breiten Frontalangriffs“ des Klassengegners, vorbereitet seit langem mit Hilfe eines großen und getarnten Agentennetz, Abfuhr für Kriegstreiber, faschistische Banditen und Provokateure, die in Deutschland – ähnlich wie in Korea – die Brandfackel entzünden wollten, vernichtende Niederlage der amerikanischen Imperialisten und ihrer deutschen Handlanger an deren „Tag X“.

Kein Wort mehr über die Entwicklung der inneren Konflikte im Staate, keines über deren Zuspitzung zur Krise, keines zum Umschlag in eine Katastrophe. Nebenher nur wurde „eine gewisse Beunruhigung von Teilen des Volkes“ erwähnt, von „irregeleiteten Arbeitern“ gesprochen, die sich in den Kämpfen der Zeit nicht zu orientieren vermochten. Unkonkret wurde von „Schwächen und Mängeln“ bei der Verfolgung einer „grundsätzlich richtigen Politik“ geredet. Wo das Versagen der Staatsführung hätte zugegeben werden müssen, welche am frühen Morgen des 17. Juni die Polizeichefs in den Bezirken bei der Forderung, die höchste Alarmstufe auszulösen, nicht einmal über die Ereignisse in Berlin informiert hatte, wurde der Spieß umgedreht. Die „unten“ hätten die „oben“ über die Stimmung nicht richtig und rechtzeitig unterrichtet. Diese Verweigerung gegenüber dem „Hausgemachten“, könnte in der PDS Gegenstand eines politischen Bildungsabends in allen Basisorganisationen sein, wenn es derlei in ihren Reihen gäbe. Und zwar noch vor dem Sonderparteitag. Denn was in der kurzen Zeitspanne zwischen der Niederlage zur Bundestagswahl 2002 und dem Parteitag in Gera nicht geleistet werden konnte, sodann aus Gründen, die der Parteivorstand den Delegierten in Berlin zu erklären hat, unterblieb, muss doch unternommen werden: die Beantwortung der Frage nach den Gründen für den Absturz der Partei in der Gunst der Wähler. Doch eben das soll nicht geschehen – auch eine Parallele zur Situation des Jahres 1953. In der PDS-Spitze ist die eigene Haltung gegenüber den Sorgen „der kleinen Leute“ und vor allem die Art und Weise zu prüfen, wie deren Interessen mit Erfolgsaussicht verfochten werden können. Das entliehene Wortgebrabbel von der allein machbaren „Realpolitik“ kann die ausstehende Analyse nicht ersetzen. Wieder wird nur der Anspruch, den einzig gangbaren Weg zu wissen, in wortreichen Bildern vorgetäuscht, ohne zu sagen, wohin er führen soll. In weitere ostdeutsche Landesregierungen? Als sozialistische Sparkommissare?

In Marons Rede, um noch einmal auf sie zurückzukommen, wurden diejenigen, die einen Monat nach dem 17. Juni die klare Bewertung des Geschehenen forderten, mit Kennzeichnungen bedacht wie „berufsmäßige“ und „unverbesserliche „Nörgler“, „Neunmalkluge“, „Kirchturmspolitiker“, „gefährliche Ignoranten“.

junge Welt, Sonnabend, 14.06.2003, S. 14.

Der zweite Weltkrieg in Film- und Fernsehdokumentationen der DDR[1]

Informatorischer Beitrag auf der Tagung „Der Zweite Weltkrieg in Fernsehdokumentationen“ veranstaltet vom deutschen Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Mainz, 20./21 Juni 2003.

Mit zwei Vorbemerkungen knüpfe ich an zwei kürzlich erschienen Publikationen an. In einem Aufsatz in dem Periodikum *Rundfunk und Geschichte* werden Walter Heynowski und Gerhard Scheumann als die produktivsten deutschen Dokumentaristen der letzten Jahrzehnte, benannt, die sich auch international Geltung zu verschaffen wussten. Der Autor fährt unmittelbar anschließend fort, dass die Arbeiten, und das will hier heißen die Verdienste der beiden, „im vereinten Deutschland kaum noch wahrgenommen werden.“[2] Die andere Vorbemerkung betrifft ein der Arbeit des Filmdokumentaristen nicht unverwandtes Gebiet, das der Museologen. Über eine Monographie, welche die frühen Jahre des (Ostberliner) Museums für deutsche Geschichte zum Thema hat, schrieb Fritz Klein, der an diesen Anfängen beteiligt war , in einer Rezension in der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*: „Was im Museum konkret gearbeitet wurde, interessiert den Autor nicht.“[3] Wer sich heute zu Fragen an die DDR-Geschichte äußert, hat einen nicht zufällig eingetretenen Wahrnehmungsverlust und eine ebenso wenig zufällige Wahrnehmungsverengung in Rechnung zu stellen.

Der Weltkrieg, der 1945 zu Ende ging, blieb in allen Teilen Deutschlands über Jahrzehnte der erstrangige historisch-politische Bezugspunkt auf den in Wort und Schrift, starren und bewegten, fotografierten, gefilmten und gemalten Bildern immer wieder zugegriffen wurde. Das geschah mit ganz unterschiedlichem Verständnis des Geschehenen und verband sich mit verschiedensten politischen und anderen Absichten und Zielen. So verschieden die Entwicklungen in den Jahren der Zweistaatlichkeit auch verlaufen mochten, überall herrschte das Interesse, den Nachweis zu erbringen, man habe sich von diesem Punkte deutscher Geschichte zunehmend und definitiv entfernt, so dass irgendeine Art von Wiederholung vollkommen ausgeschlossen sei. Zugleich blieben die Jahre 1939 bis 1945 mit ihrer Vorgeschichte, die ja nur im engeren Sinne 1933 begann, eine Herausforderung für alle, die versuchen, Triebkräfte der Geschichte und Motive der Handelnden zu verstehen.

An diesem Prozess geistiger Auseinandersetzungen waren Wissenschaft, Kunst, Literatur, Publizistik und Politik – die Reihenfolge ist keine Rangfolge – permanent beteiligt. Wird der Masseneinfluss gemessen, den Darstellungen und Interpretationen gewannen, so stehen Theater, Film und Fernsehen mit ihren Produktionen gewiss an der Spitze und das selbst, wenn man an Bestseller denkt wie etwa an die Memoiren und anderen Publikationen von Feldmarschällen, Generalen und Offizieren der Wehrmacht oder Bestseller wie Konsaliks *Der Arzt von Stalingrad* und Dieter Nolls *Die Abenteuer des Werner Holt*, beide übrigens in der BRD bzw. der DDR verfilmt und Nolls Roman in der DDR gar zum Kanon des Deutschunterrichts gehörend.

Wenige Bemerkungen, Informationen nur, zuvor über die frühesten Anfänge des Dokumentarfilms, die in die Jahre der Vorgeschichte der DDR fallen. Seit, und das begann 1946, in der sowjetisch besetzten Zone Filme wieder gedreht werden konnten, richtete sich die Aufmerksamkeit auch und insbesondere auf die Filmgattung Dokumentarfilm. Sie war bis in die letzten Tage des eben zerschlagenen Naziregimes hochgradig diskreditiert, so dass gefragt wurde, was mit ihr angesichts von verbreiteter Skepsis und Ablehnung überhaupt noch bewirkt werden könne. Nicht weniger bedrängend war die

---

1 Informatorischer Beitrag auf der Tagung „Der Zweite Weltkrieg in Fernsehdokumentationen“ veranstaltet vom deutschen Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Mainz, 20./21 Juni 2003. Ich danke ausdrücklich den Mitarbeitern des Bundesarchivs, Filmarchivs, Berlin, Fehrbellinerplatz 3, für die kurzfristige und großzügige Unterstützung, die mir die erneute Bekanntschaft und Durchsicht der meisten im Text genannten (und weiterer) Filme ermöglichte.

2 Rüdiger Steinmetz: Ein neues Bild von der Auflösung des DDR-Dokumentaristen-„Studios H&S“ 1982. In: Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte. Informationen aus dem deutschen Rundfunkarchiv, 28. Jg. Nr. 3-4 (Juli-Oktober 2002), S. 139.

3 Fritz Klein: Rezension zu Stefan Ebenfeld: Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950 bis 1955), Marburg 2001. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 51. Jg., Nr. 5/2003, S. 485.

Frage, und sie betrifft unser Thema direkt, was den Deutschen an Wahrheiten über die jüngste, von ihnen mitgestaltete und also auch mitzuverantwortende Geschichte zugemutet könne. Darüber wurde in Veranstaltungen des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und bei anderer Gelegenheit debattiert und gestritten: Doch konnten für beide Fragen Antworten kaum an Beratungstischen gefunden werden, an denen mit den eben in Aktion tretenden Filmemachern, unter denen Kurt Maetzig[4] bald eine herausragende Stellung gewann, der aus der Schweizer Emigration zurückgekehrte Schauspieler und Theaterregisseur Wolfgang Langhoff, die aus Mexiko gekommene Anna Seghers, der Überlebende des sowjetischen Exils Friedrich Wolf und Stephan Hermlin einfanden und sich so scharfsinnige Leute zu Worte meldeten wie der Mediziner Theodor Brugsch. Eine kritische Position bezog die Seghers, die in einer Debatte 1947 erklärte, dass „nach ihrer Meinung die sowjetischen Genossen unnötig befangen sind, die Frage nach der Verantwortung nicht nur der ‚Führungsschicht', sondern auch des Volkes für die Aggression scharf zu stellen, das sei für die Selbstreinigung unbedingt notwendig." Ähnlich argumentierte Hermlin und kritische Eintragungen Brechts in sein Arbeitsjournal aus dem Jahre 1948 gingen in die gleiche Richtung. Indessen hatte Langhoff, Intendant am Deutschen Theater, schon früh, im September 1946, Scylla und Charybdis bezeichnet: Die kommenden deutschen Dokumentarfilme dürften „weder bußpredigerhaft sein, noch mit dem Zeigefinger des Oberlehrers" den Deutschen gegenübertreten, die er als Folge ihrer jüngsten Vergangenheit als verstört und verstockt bezeichnete.[5]

In jenen Jahren der Vorgeschichte der DDR sind im Ganzen vier Dokumentarfilme entstanden, die sich mit der Geschichte von Faschismus und zweitem Weltkrieg auseinandersetzen. Der eine war ein Auftragswerk der Militäradministration, das den Titel *„Berlinskij proces"* (Der Berliner Prozess) erhielt und nur in einer russischen Fassung überliefert ist. Dokumentiert wurde der erste Sachsenhausen-Prozess gegen Personal des Konzentrationslagers. Die drei anderen waren für die Verwendung vor deutschem Publikum bestimmt. Der erste mit dem Titel *Todeslager Sachsenhausen* (Regie: Richard Brandt, von 1946 bis 1949 Produktionsleiter der DEFA-Wochenschau *Der Augenzeuge*, dann in gleicher Funktion bis 1956 beim DEFA-Spielfilm), für den Karl Schnog, der sich als Häftling fünf Jahre in Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald befunden hatte, den Text lieferte, dokumentierte die Geschichte des Konzentrationslagers und führte bis zur Vernehmung eines gefangen genommenen SS-Aufsehers durch sowjetische Offiziere.[6] Der zweite mit dem Titel *Der Totenwald von Zeithain*, der auf jeden Kommentar verzichtete und nur gegen Ende Musik unterlegte, zeigte die Exhumierung der Leichen von Kriegsgefangenen, vor allem sowjetischen, die infolge von Seuchen und Hunger zugrunde gegangen waren. Auf dem Gelände eines ehemaligen Truppenübungsplatzes in Sachsen waren schließlich 35.000 Schädel entdeckt worden. Zu dieser Produktion des Jahres 1946 ist im weiteren Sinne eine Serie von Dokumentaraufnahmen zu rechnen, die im Auftrag er Zentralverwaltung für Volksbildung entstanden und jeweils am Beginn der DEFA-Wochenschau *Der Augenzeuge* (Nr. 7-11/1946) zu sehen waren. Sie führten in den Nürnberger Gerichtssaal und mahnten in der Ankündigung *Vergesst es nie!* eine Forderung, die jedoch mit der Fortsetzung „schuld sind sie" den Blick, entgegen der später formulierten Seghers'schen Position, auf die „Führungsschicht" lenkte.

Erst 1948 folgte *Mahnung und Verpflichtung*, ein Streifen, dessen Entstehung auf einen Auftrag der Organisation Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zurückging. Er setzte mit Bildern von der Berliner antifaschistischen Kundgebung im September, die in DDR-Zeit Tradition gewann, ein und thematisierte die Verfolgung der politischen Gegner und der Juden. Doch das Fazit jener

---

4 Maetzig war nach den faschistischen Maßstäben „Halbjude", 1944 zum Widerstand gestoßen und Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei Deutschlands geworden. In der DEFA wurde er Mitglied ihres Vorstandes, künstlerischer Direktor und Chefredakteur der Wochenschau „Augenzeuge".

5 Zitiert bei Günter Jordan: DEFA-Wochenschau und Dokumentarfilm 1946-1949. Neuer deutscher Film in der Nachkriegsgesellschaft zwischen Grundlegung und Wandel von Selbstverständnis, Funktion und Gestalt, Humboldt-Universität Diss. A, Philosophische Fakultät 1990, S. 80.

6 Eine eingehende Würdigung des Films gibt Günter Jordan: Die frühen Jahre 1946 bis 1949. In: Ders./Ralf Schenk (Red.): Schwarzweiß und Farbe. DEFA-Dokumentarfilme 1946-1992. Hrsg. vom Filmmuseum Potsdam. Berlin 1996, S. 21 f.

frühen Bestrebungen floss Kurt Maetzig auf einer Konferenz im September 1948 in das Urteil, dass es – anders als in der UdSSR, den USA und in Großbritannien – nicht gelungen sei, bedeutende Dokumentarfilme zu schaffen.[7] Bis dahin sollten freilich noch viele weitere Jahre vergehen.

Die Filmproduktion in der DDR, das gilt für die Dokumentarfilme nicht anders denn für die Spielfilme und insbesondere für diejenigen, die sich mit der Geschichte befassten oder sie zum Hintergrund hatten, geschah seit ihren Anfängen in staatlichen Einrichtungen und unterlag staatlicher Kontrolle. An ihre Hervorbringungen wurden ideologische, innen- und außenpolitische, strategische und taktische und weitere Kriterien angelegt, manche nachvollziehbare und andere, die nur Kopfschütteln erregen. Für Dokumentarfilme galt, dass sie das offizielle Geschichtsbild tragen, verbreiten und emotional vertiefen sollten. Das besaß, was den zweiten Weltkrieg anging, einige Fixpunkte, die wissenschaftlicher Kritik standhalten konnten. Erstens gehörte dazu die strikte Ablehnung der Verkürzung der Kriegsursache auf eine Person, die Hitlers, die damals in der Bundesrepublik noch dominierte. Zweitens wurde dieser Krieg in eine Beziehung zum ersten Weltkrieg gesetzt, in gewisser Weise als dessen Fortsetzung begriffen und betont, dass das Deutsche Reich, das kaiserliche wie das faschistische, für die Entstehung beider Kriege die hauptsächliche und – was den Weltkrieg 2 anlangt – die alleinige Verantwortung trug. Diese Sicht hat sich in Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik nach dem Erscheinen von Fritz Fischers *Griff nach der Weltmacht* durchzusetzen begonnen. Indessen sind im Hinblick auf den Krieg von 1914 bis 1918 gegenwärtig auch Zurücknahmen von gewonnenen Einsichten zu beobachten. Charakteristischer noch ist die Ausblendung größerer Zusammenhänge aus der Betrachtung der Kriege, der Verzicht auf die Beantwortung der Frage nach Kriegsursachen und mitunter selbst nach Kriegszielen. Drittens wurde stets auch nach den Interessen gefragt, die auf die Wege zu den Kriegen und dann in sie hineinführten.

Dieser Herangehensweise begegnet dem Historiker schon im ersten der wirklich bedeutenden Dokumentarfilme aus der DEFA-Produktion, der 1956 in die Kinos kam und mit einem für damalige Möglichkeiten ganz außergewöhnlichem personellen und materiellen Aufwand hergestellt worden war. *Du und mancher Kamerad* (ursprünglicher Arbeitstitel *Krieg oder Frieden*) – weder der schließlich gewählte noch der ursprüngliche waren dem Inhalt des Films adäquat – war eine Arbeit von Annelie und Andrew Thorndike, die über die Grenzen der DDR hinaus bereits durch Dokfilme bekannt geworden waren, deren Gegenstand die Biographien der früheren Wehrmachts- und späteren Bundeswehrgenerale Adolf Heusinger und Hans Speidel gebildet hatten und die, was immer man über die Stichhaltigkeit der Dokumente im Einzelnen sagen mochte, doch die berechtigte Frage in den Raum stellten, ob die beiden Militärs für einen Traditionsbruch stehen und also eine neue Tradition begründen könnten. Diese Arbeiten mögen dazu beigetragen haben, dass, als *Du und mancher Kamerad* in Oberhausen gezeigt werden sollte, Eingriffe und Verbote bundesrepublikanischer Stellen erfolgten.

Der Film setzte im Kaiserreich mit der Vorgeschichte des ersten Weltkrieges ein und begann mit einer Spielszene, die Friedrich Engels während seiner letzten Rede vor deutschen Arbeitern zeigte. Die Achse des Films bildete die Frage nach den materiellen Antrieben des Expansionsstrebens, das Deutschland in zwei Weltkriege geführt hatte. Zugespitzt wurde diese Argumentation auf die Geschichte der Familie Krupp, aber nicht auf sie allein. Die abgeleitete Lehre lautete: Erst wenn die aus Eigentums- und Herrschaftsinteressen entspringenden Motive, in der Welt zu rauben, zu erobern und zu herrschen, der Vergangenheit angehören würden, seien friedliche Zustände gesichert. Folglich erschien die DDR als der deutsche Staat, der mit seiner Eigentumspolitik, namentlich der Enteignung der Monopolkapitalisten, aus zwei Kriegen die richtige Lehre gezogen habe. Diese Wiedergabe des Wesentlichen mag das falsche Bild eines vordergründig agitatorischen Films wachrufen. Doch das würde dem Charakter des Films, der an die Zuschauer den Anspruch stellte, sich auf ein halbes Jahrhundert deutscher Geschichte einzulassen, kaum gerecht.

Eine zweite Achse des Films bildete die Hervorhebung der Arbeitsleistungen der deutschen Proletarier, das passagenweise überhöhte, lobende Bild der deutschen Facharbeiter („die goldenen Hände unseres Volkes“), die mit ihren Fähigkeiten ein ganz anderes Deutschland hätten entstehen lassen können als

---

7 Jordan, DEFA-Wochenschau, S. 166.

jenes, das geschichtsmächtig wurde und das diese Arbeiterschaft doch in ihrer Rolle als Produzent von Waffen und Kriegsgerät erst möglich gemacht hatte. Eher nur angedeutet war hingegen die Rolle der Millionen deutscher Männer, Angehöriger aller Klassen und Schichten, als Soldaten in den Weltkriegen. Immerhin: Vor den Bildern der Verwüstungen und des tödlichen Unheils (u. a. der Sterbenden und Toten im Warschauer Ghetto), das die Eroberer verursacht hatten, lautete der Kommentar: „Und so zogen wir (die Deutschen) durch Europa". Erinnert wird an die Zwangsarbeiter, die im Reich schuften mussten. Klar auch die Aussage, ganz Deutschland habe nicht so viel Städte, wie auf dem Territorium der UdSSR zerstört worden seien, die sich gegen das Selbstbild von Deutschen richtete, sie – nicht die „Andern" – seien am Ende hauptsächliche Opfer des Krieges geworden und gewesen.

Kaum eine Information aber war dem Kommentar des Dokumentarfilms über die Gründe zu entnehmen, warum Millionen Deutsche denen Gefolgschaft geleistet und zugearbeitet hatten, die sie in Krieg, Niederlagen und Massenelend führten. Die Antwort, dass dieser konfliktträchtige Stoff ausgespart werden sollte, liegt nahe, aber greift doch womöglich zu kurz. Hier war wohl auch Hilflosigkeit im Spiel, die wir selbst nach den großen Fortschritten historiografischer Forschung keineswegs ganz hinter uns gelassen haben. Gesprochen wird von den „Ahnungslosen", dem Unvermögen, den eigenen Feind zu erkennen, von Unwissenheit, vom Verfallen in einen Siegesrausch in den Jahren der militärischen Erfolge. Denkanstöße waren das gewiss. Wiewohl der Film mit dem Blick auf die Armeen schließt, die in den beiden deutschen Staaten inzwischen existierten, entließ der Film die Zuschauer mit einer optimistischen Botschaft. Aus den deutschen Zuständen war deren Begründung nicht geholt und daher wirkte sie aufgesetzt.

Um Vorgaben und Tabus waren die Thorndikes bei aller Unterstützung nicht herumgekommen. Den abgelösten Litwinow konnten sie ins Bild bringen, den Molotow-Ribbentrop-Pakt hingegen nicht. Stalin oder auch nur einer der sowjetischen Generale kamen nicht ins Bild, denn der Streifen wurde im Jahr des 20. Parteitages der KPdSU mit der berühmten Chruschtschow-Rede fertig, als das offizielle sowjetische Geschichtsbild über den zweiten Weltkrieg wieder einmal aufgearbeitet wurde. So ergab sich nebenbei, dass Eisenhower der einzige führende Militär der Alliierten war, der in dem Streifen auftauchte. Auch das Thema 20. Juli 1944 blieb unerwähnt. Wo von Kriegsgegnern die Rede war, fielen die Namen von Bästlein, Saefkow, Husemann, Kapelle, Breitscheid, Schulze-Boysen, Kuckhoff, der Schumachers, von Hanno Günther, den Scholls und von Paul Schneider und es hieß im Kommentar ganz gegen die Wirklichkeit „Wie viele Helden". Der Thorndikes *Du und mancher Kamerad* war womöglich der Dokumentarfilm der DDR mit der stärksten Langzeitwirkung, die erzielt wurde, durch die Verwendung seiner Bilder und Texte im Unterrichtsfilm der DDR-Schule und später in vielen Schulsendungen des Fernsehens. In dieser Weise wurde von ihm schon 1957 Gebrauch gemacht, als der Unterrichtsfilm *Der zweite Weltkrieg* entstand.[8]

Der zweite Dokumentarfilm, an den hier erinnert werden soll, gehörte zu den frühen Werken von Karl Gass (Jg. 1917[-2009]), der 1948 aus der britischen in die sowjetische Besatzungszone übergesiedelt war und für diesen Film mit Karl-Eduard von Schnitzler zusammengearbeitet hatte, dem meist gehassten Fernsehjournalisten der DDR. Die Arbeit entstand 1964 aus Anlass des 20. Jahrestages des Attentats auf Hitler, eines Ereignisses, das in Ost und in West und vor allem zwischen ihnen heiß, ja hitzig umstritten wurde. Der Streifen hieß *Revolution am Telefon* und schon dieser Titel, der weder dem Ereignis noch seiner filmischen Darstellung gerecht wurde, verriet die pejorative Bewertung. Aus einer Kampfstellung heraus, die sich bald nach dem Ereignis in der Endphase des Krieges gebildet hatte, erfuhr der Anschlag, dem Hitler knapp entging, eine Einschätzung, die sich wesentlich aus den Zielen herleitete, die Carl Goerdeler nach der Stalingrader Schlacht in einer Denkschrift formuliert hatte, also aus Vorstellungen die jene konservativ und strikt antidemokratisch eingestellten Verschwörer für Nachkriegsdeutschland hegten.

---

8 Ohne dass die Autorin das in jedem Falle bemerkt hat oder ausweist, wird diese fortgesetzte Verwendung des Films deutlich, wenn die von ihr zitierten oder beschriebenen Passagen aus Unterrichtsfilmen und für den Geschichtsunterricht bestimmten Fernsehsendungen mit dem Original verglichen werden. Karin Kneile-Klenk: Der Nationalsozialismus in Unterrichtsfilmen und Schulfernsehsendungen der DDR, Weinheim 2001 (= Schriften zur Geschichtsdidaktik, 12. Hrsg. Uwe Uffelmann, Bernd Mütter u. a.), hier: S. 268.

Zudem war nach Kriegsende die Haltung zu den Verschwörern des 20. Juli 1944 auf DDR-Seite weniger durch das Ereignis selbst als durch den Versuch geprägt, den in der Geschichtsschreibung und -publizistik der Bundesrepublik verbreiteten Bild entgegen zu treten, das die oppositionelle Kleingruppe von Militärs in den Rang der einzig relevanten, mit Erfolgsaussicht handelnde Gruppe des deutschen Widerstandes erhob. Wiewohl Graf Stauffenberg und – wie der Kommentar sagte – „seine Freunde“ im Film als eigene Gruppe charakterisiert (und in die Nähe der Konzeption des Nationalkomitees Freies Deutschland gerückt) wurden, folgte der Autor einer historischen Sicht, welche Tat und Täter, wäre ihr Vorhaben gelungen, nur als wenn auch ungewollte Wegbereiter von Kräften erscheinen ließ, die einen einseitigen Frieden nach dem Westen hin abschließen, Volkinteressen nicht zum Zuge kommen lassen und auf die Mitgliedschaft im antisowjetischen Bündnis kapitalistischer Großmächte zusteuern wollten, das Jahre später in der NATO verwirklicht geworden sei. So ergab sich unterm Strich eine Traditionslinie, die von Goerdeler über Himmler, der ja bei Kriegsende auch Kontakte zu den Westmächten gesucht hatte, bis zur Außenpolitik der Bundesrepublik gezogen wurde.

In der Würdigung Stauffenbergs und seiner Genossen aber scheint der Film aus dem Jahre 1964 der DDR-Uhrzeit voraus gewesen zu sein, was sich insbesondere in der Zeugenschaft des Generalstaatsanwalts Fritz Bauer zeigte, eines einstigen Stuttgarter Mitschülers des Grafen. Bauer sprach über Antriebe, die der Oberst aus Schillers *Wilhelm Tell* oder von Stefan George bezogen haben könnte. Die Autoren differenzierten zwischen den Teilnehmern der Verschwörung bis hin zu ihrem Auftreten vor Gericht. Erst zwanzig Jahre später – 1984, am 40. Jahrestag der Verschwörung – wurde in Historiographie wie Geschichtspublizistik der DDR und dann definitiv jene Sicht aufgegeben, die den 20. Juli von seinen denkbaren Resultaten und aus der Personenliste deutete, die Goerdeler für die künftige Staatsspitze ins Auge gefasst hatte. Davon kann man sich anhand der Dokumentarfilme überzeugen, die Hans Bentzien, vordem Kulturminister der DDR und inzwischen einer der Leiter des DDR-Fernsehfunks, für das Fernsehen produzierte und die wesentlich von den Interviews lebten, die er mit Witwen von Teilnehmern der Verschwörung führen konnte.

An *Revolution am Telefon* wirkte der Potsdamer Historiker Kurt Finker mit, der wiederholt ins Bild und zu Worte kam. Er hat sich als Stauffenberg-Biograph und mit Monographien zur Geschichte des 20. Juli 1944 einen Namen gemacht. (Später wurden im Abspann von Dokumentarfilmen die Historiker Olaf Groehler und Laurenz Demps als Berater genannt.) Zu den Kuriosa des Filmes gehörte, dass in ihm mehrfach zustimmungsfähige Urteile verlesen wurden, die vom „Klassengegner“ stammten (so solche von Gerhard Ritter und von Allen Welsh Dulles), und aus Büchern zitiert wurden, die in der DDR nur Spezialisten in Fachbibliotheken zugänglich waren.

Welchen Weg die Dokfilm-Produktion der DDR in den folgenden Jahren zurücklegte, machte der ebenfalls von Karl Gass in Gemeinschaft mit dem kürzlich verstorbenen Klaus Wischnewski geschaffene Film *Das Jahr 1945* deutlich, einer von mehreren Streifen, mit denen sich Gass mit der Geschichte des zweiten Weltkrieges auseinandersetzte. Seit dem Ende des Krieges waren 40 Jahre vergangen. In der Sowjetunion war Michail Gorbatschow Generalsekretär geworden und propagierte sein utopisches Friedensprogramm. Der kalte Krieg war beendet. In seiner denkwürdigen Rede aus Anlass dieses Jahrestages – sie ist heute, da sich die Bilder von Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung erneut in den Vordergrund der Geschichtsbilder drängen, zu Unrecht nahezu vergessen – sprach Richard von Weizsäcker von Befreiung.

Das Jahr 1945 setzt ein mit Bildern sowjetischer Soldaten, die an einem Straßenrand einen ihrer Kameraden begraben und gipfelt in den überwältigenden Feiern von Millionen aus Anlass des Kriegsendes und des Sieges in Moskau, Paris, Washington und London. Der Film zitiert Bildstreifen, die den Hass gegen Deutschland und die Deutschen verdeutlichen (eine Aufschrift in russischer Sprache „Hier beginnt das verfluchte Deutschland“ und die Verfluchung aller Deutschen durch eine Polin am Rande einer Grube, in welche Leichen gesenkt werden). Er nennt – wiederum zitierend – die Deutschen die „Klassiker des Faschismus“, erklärt, dass sie massenhaft aus Anhängern zu Mittätern wurden, die erst spät Opfern geworden seien, und macht deutlich, wie ganz anders sie den Mai 1945 erlebten. Er zeigt den im April 1945 vom US-amerikanischen Kommandanten Weimars in antifaschistischer Absicht

verordneten Zug von Bürgern der Stadt auf das Gelände des KZ Buchenwald.[9] Er kontrastiert das vielgezeigte Foto einer deutschen Frau, die mit einem sowjetischen Soldaten um ihr Fahrrad kämpft, mit einem Bild, das einen Soldaten der gleichen Armee auf einem ebensolchen Vehikel zeigt, auf dem er zwei Kinder offenbar spazieren fährt. Er verweist auf die sogenannten Rheinwiesenlager. Er rückt die materielle Hinterlassenschaft des Regimes mit Aufnahmen von der Trümmerwüste Dresden ins Bild, ohne ein Wort der Anklage gegen die anglo-amerikanische Luftkriegführung.[10]

Auch *Das Jahr 1945* mündet in Bildfolgen aus, die vom Neubeginn in der sowjetisch besetzten Zone zeugen, und erinnert – dies nebenbei – mit einem Standfoto an den damals in der Ära Honecker schon weithin vergessenen Walter Ulbricht. Wäre auf irgendeine Weise das Datum der Entstehung dieses Dokumentarfilms verloren gegangen, es würde sich doch bestimmt sagen lassen, dass er geschaffen wurde, als die Eiszeit des kalten Krieges vorbei war. Polemisch ist er nur gegen Faschismus und Krieg. Die geschichtliche Erkenntnis, die der Film im Schlusskommentar einzuprägen sucht, lautete: Nicht im Mai 1945 liegt die Katastrophe, sie liegt mindestens zwölf Jahre zurück. Und dann unumwunden: „Das muss in die Köpfe“.

So ließ sich ein anderer, 1987/88 entstandener Film von Karl Gass nicht gestalten. Sein Titel: *Eine deutsche Karriere*, sein Thema: die Biographie des Großadmirals und Hitler-Nachfolgers Karl Dönitz, der in der Bundesrepublik 1981 nahezu neunzigjährig verstorben war. Dönitz' Lebensweg wurde von der Wiege bis zur Bahre verfolgt, vom Eintritt in die kaiserliche Flotte über seinen weiteren Aufstieg in der Reichsmarine der Weimarer Republik bis auf den Posten des Oberkommandierenden der Kriegsmarine im Nazireich – ein Weg, der nach 10 Haftjahren in Berlin-Spandau in Westdeutschland mit Auftritten vor Traditionsverbänden und einer politisch-dramatische Folgen zeitigenden Rede des Unbelehrt-Störrischen vor Schülern des Gymnasiums in Geesthacht endete und den ein demonstrativ ehrendes Begräbnis beschloss. Dönitz wird als ein Propagandist des Faschismus vorgeführt und so pars pro toto die Lüge von den unpolitischen Militärführern attackiert. Er wird im Angesicht der unausweichlichen Niederlage als skrupelloser Demagoge entlarvt, der auch noch die Angehörigen der jüngsten Jahrgänge kriegsfähiger Jungen in seine Einmanntorpedos haben will und ihnen mit markig-demagogischen Sprüchen wie „dem Teufel den Bart abschneiden“ und „den Teufel aus der Hölle holen“ suggerierte, was sie als Soldaten des Führers noch erreichen könnten. Mehrfach verweist der Text auf die Kontroverse, die zwischen Dönitz und Speer während der Jahre ihrer Gefangenschaft in Spandau über die Beurteilung der Vergangenheit entstand, wobei der Architekt und Rüstungsminister gleichsam zum Verbündeten der Filmemacher wird und zu gut wegkommt.

Auch *Eine deutsche Karriere* nahm die inzwischen alte Frage nach der Haltung der Massen zum Regime wieder auf. Unabweisbar stellte sie sich angesichts der Bilder vom Empfang eines hochdekorierten U-Boot-Kommandanten in seiner Heimatstadt durch eine jubelnde Bevölkerung, die keinen Gedanken auf den Tod der Seeleute wendet, die Opfer dieses Kriegshelden wurden. Dann, als der Krieg auf sie zurückschlug, hätten die Deutschen Angst bekommen. Warum, wird gefragt, bekamen sie Angst nicht zur rechten Zeit? Die Filmemacher nehmen eine Bemerkung von Karl Marx auf, wonach Scham eine Art von Zorn sei, eine Weise, sich in sich selbst zurück zu ziehen, um Kraft für einen Sprung zu sammeln.

---

9 Diese Passagen zitieren den US-amerikanischen Dokumentarfilm „Die Todesmühlen“, der 1946 im März in allen Kinos der Besatzungszone der USA gezeigt wurde und im Rahmen der Politik der Umerziehung der Deutschen von allen erwachsenen Bürgern besucht werden sollte.

10 Solche Darstellung wäre in früheren Jahren kaum durchgegangen, in denen dieser Teil des Krieges zum Beweis für die Skrupellosigkeit und Barbarei des US-amerikanischen Imperialismus diente. Im Lehrplan für die Schulen von 1951 wurde als ein zu behandelndes Thema angegeben „Die Terrorangriffe der anglo-amerikanischen Bomber auf die Zivilbevölkerung.“ 1970 schon wurde auf den Begriff „Terror“ verzichtet, 1988 dann die Behandlung der „sinnlose(n) Zerstörung Dresdens und anderer deutscher Städte durch anglo-amerikanische Bomber“ verlangt. Siehe Kneile-Klenk, S. 298. Die Autorin weist (S. 288) auch auf den Kommentar zur Zer-störung Dresdens und anderer Städte im Reich im Unterrichtsfilm Der zweite Weltkrieg von 1957 hin, doch ist die zitierte Stelle nicht dessen Autoren zuzuschreiben, sondern ebenfalls eine Übernahme aus Du und mancher Kamerad“, sie lautet: „Und über dies todwunde Land fallen amerikanische und englische Bombengeschwader her. Tag für Tag. Nacht für Nacht.“

Drei Jahre vor dem Erscheinen von *Das Jahr 1945*, also 1982, hatte Gass sich mit *Zwei Tage im August – Rekonstruktion eines Verbrechens* einen Namen als filmkünstlerischer Dokumentarist des zweiten Weltkrieges gemacht. Der Streifen war nicht länger als eine knappe Viertelstunde. Seinen Gegenstand bildeten die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 8. August 1945 sowie die ihm in den USA vorausgehenden Auseinandersetzungen um das Ja und das Nein zum Einsatz der Atombombe gegen Japan. Einstein, Szilárd, Oppenheimer kamen zu Wort Eisenhower wurde zitiert und die Abwürfe schließlich als der militärische Auftakt des kalten Krieges gewertet. Der hochaktuelle Bezug lag zutage. Ein Jahr zuvor und nahezu exakt an den Jahrestagen der Abwürfe hatte Präsident Ronald Reagan entschieden bzw. bekannt gemacht (6. und 9. August 1981), dass die Vereinigten Staaten die Neutronenbombe bauen würden. Mit diesem Hinweis schloss der Film ohne weiteren Kommentar.

Dieser schändlich lückenhafte informatorische Bericht über den Dokumentarfilm in der DDR kann nicht gut geschlossen werden, ohne zwei Filme wenigstens zu erwähnen, deren Gegenstand die Ermordung der europäischen Juden war. Darauf wurde in Sequenzen in mehreren Filmen verwiesen. Von *Du und mancher Kamerad* war in diesem Zusammenhang schon die Rede. Wo in *Revolution am Telefon* ein Bild von der barbarischen Gesinnung Hitlers gegeben wird, ist der erste Redebeleg der Ansprache Hitlers am 30. Januar 1939 mit der viel zitierten Ankündigung der Vernichtung der Juden entnommen. Karl Gass schuf 1986 einen Film, der die Frage stellte, was die deutschen „Arier“ denn von der Deportation der Juden wissen konnten und der im Titel die Antwort gab: *Jeder konnte es sehen.*

Gerhard Scheumann (Jg. 1930) und Walter Heynowski (Jg. 1927), die durch ihre Fernsehproduktion *Der lachende Mann* (1966) über den deutschen Legionär „Kongo-Müller“ einen außergewöhnlichen Erfolg und Bekanntheitsgrad erlangt hatten, legten 1988 den Streifen *Die Lüge und der Tod* vor, der zu den bedeutendsten Erzeugnissen des DDR-Dokumentarfilms gezählt werden kann. An ihm wirkte Stephan Hermlin mit, der die Texte schrieb und sprach. Der Film zeigt kommentarlos zwei Streifen, die wenn nicht auf Initiative, so zumindest mit Wissen und Billigung der Gestapoleitstelle Stuttgart entstanden. Der erste der beiden gehörte in eine Reihe von den Stadtvätern angeregter Filmdokumente, in denen besonders denkwürdige Ereignisse aus den Kriegsjahren festgehalten werden sollten. Zu sehen waren abgrundtief verlogene Bilder von der reichlichen Belieferung eines in einer einstigen „Gastwirtschaft zum Kriegsberg“ eingerichteten Verkaufsstelle, der einzigen, die von den Juden der Stadt aufgesucht werden konnte. Lebensmittel aller Art werden angeliefert und der Kommentar behauptet dreist, die Juden würden nicht anders versorgt als alle anderen Deutschen. Der zweite Filmstreifen, den die Gestapo wohl auf direkte eigene Veranlassung drehen ließ, zeigt die Versammlung und „Abfertigung“ der Juden auf dem Gelände der ehemaligen Reichsgartenschau auf dem Stuttgarter Killesberg, die am 1. Dezember 1941 „auf Transport gingen“, also zu den Mördern geschafft wurden. Auf die Darbietung dieser beiden Dokumente folgt die Kommentierung einzelner ihrer Bilder, sie wieder aufnehmend, zergliedernd, auch vergrößernd. Ohne dass darüber ein hinweisendes Wort fällt, werden die am Verbrechen Beteiligten, wenn auch bei weitem nicht vollständig, erkennbar. Der verdienende Betreiber des Geschäfts, von dem nahezu nebenbei berichtet wird, er habe sich nach 1945 einige Monate im Gefängnis befunden, sodann der Inhaber eines Transportunternehmens, der das gefilzte Gepäck der Opfer zum Bahnhof bringt, weiterhin die Bürokraten, die Berichte schreiben, in denen sie „besondere Vorkommnisse“ festhalten, selbstredend die Gestapo. Aufgeworfen wird die Frage nach der Rolle der Jüdischen Kultusgemeinde in dieser Phase der Verfolgung.[11] Der Forderung, mit den Dokumentarfilmen dem Zuschauer weder als Bußprediger noch als Oberlehrer gegenüber zu treten, ist *Die Lüge und der Tod* wohl am stärksten gerecht geworden.

Die Filmdokumentaristen in den Studios de DEFA und des Fernsehens haben mit ihren Werken historisch-politischen Ziele dienen wollen und das einbekannt. Diese Ziele waren nicht verordnet, wenn

---

[11] Auch diese beiden Dokumentarfilme stehen für die Haltlosigkeit der seit 1990 immer wieder vorgetragenen These: „Auch im Konzept des zunehmend instrumentalisierten kämpferischen Antifaschismus war in der DDR kein Platz für die jüdische Leidensgeschichte.“ Hier zitiert bei Kneile-Klink, S. 277, doch so oder ähnlich zitierbar aus einem Überangebot an Quellen.

auch die Art und Weise, wie sie verfolgt wurden, Spuren von Gängelung, Überwachung und Zensur aufweist. Die haben in den meisten Fällen die Qualität und Überzeugungskraft der Filme – um das mindeste zu sagen – nicht gehoben, sie häufig erkennbar einfach auch überladen, doch das Anliegen insgesamt nicht aufheben können. Es richtete sich auf die Verbreitung der Idee eines allgemeinen Friedens, auf die Warnung vor dem Atomkrieg, auf die Vermittlung von Einsichten in geschichtliche Zusammenhänge, die Deutschland und nicht nur Europa von einem Weltkrieg in den anderen geführt hatten, und auf die Begründung und Rechtfertigung des alternativen Weges, der in Ostdeutschland, die gesellschaftlichen, vor allem der Eigentumsverhältnisse umstürzend, beschritten wurde, um Imperialismus, Faschismus und Krieg in die Vergangenheit zu verbannen.

Bulletin für Faschismus und Weltkriegsforschung. Wissenschaftliche Halbjahresschrift H. 22/2004, S. 71-81.

Auch die Geschichte kennt ihre Zahltage

Ein Krieg ist kein präziser und wohlerwogener Vorgang wie eine Operation oder ein Prozess. Bei der Zerstörung dessen, was zerstört werden muss, werden viele Dinge, die intakt bleiben sollen, vernichtet: Menschenleben, kulturelle Werte, die guten Dinge des Lebens, Emotionen. Abgesehen von seinem erwünschten Ergebnis hat ein Krieg viele äußerst unerwünschte indirekte Auswirkungen ...
Sebastian Haffner, Germany: Jekyll & Hyde. 1939 – Deutschland von innen betrachtet. Zuerst erschienen 1940 in England.

„Wir bombardieren euch und eure Städte eine nach der anderen und immer fürchterlicher, damit ihr nicht mehr die Möglichkeit habt, den Krieg fortzusetzen."
Flugblatt im britischen Air Ministry 1942 verfasst, und mit der Unterschrift von Arthur Harris versehen über Deutschland abgeworfen.

Der Autor dieses Textes lebte während des Zweiten Weltkrieges die längste Zeit in jenem Teil des Deutschen Reiches, der damals die Bezeichnung „Reichsluftschutzkeller" erhielt. Schlesien war vor Angriffen der britischen und US-amerikanischen Luftflotten nahezu sicher. Durch einen Zufall entging ich dem Angriff auf Dresden. Die Görlitz verlassenden Eisenbahnzüge mit den vor der herannahenden Ostfront Flüchtenden waren am Abend jenes 12. Februar hoffnungslos überfüllt. Die Umkehr aus dem Menschenstau erwies sich als lebensrettend. Später ging ich durch die Trümmerschluchten Dresdens, nahm von Leipzigs Hauptbahnhof den Feuerschein über der brennenden Stadt wahr, hockte in einem so genannten Splittergraben auf dem Bahnhofsgelände von Halle. Immer kam ich davon. Schließlich sah ich die Pulks der nach Berlin fliegenden „Festungen" am Nachthimmel über einer sachsen-anhaltinischen Kleinstadt. Dann waren US-amerikanische und britische Landtruppen da und die Gefahr gebannt, von einer sich gleichsam verirrenden Bombe getroffen zu werden. Ein *wenig*, vergleichsweise *sehr wenig* weiß ich vom „Bombenkrieg".

Schon die Begriffe „Bombenkrieg" oder „Krieg der Bomber", die das Geschehen auf die Bezeichnung eines Kriegsgerätes bzw. einer Waffe verkürzen, kann zur Falle werden. Denn die strategische Luftoffensive der Streitkräfte Großbritanniens und der USA war bei allen seinen grausigen Besonderheiten kein separater Krieg, sondern Teil des Krieges der Anti-Hitler-Koalition gegen das beispiellos barbarische Naziregime. Sie war grausam wie der gesamte Krieg und alle Kriege davor und danach. Sie verdeutlichte, dass sich im Verlauf der Geschichte der Kriege das Zahlenverhältnis an Toten und Verletzten zwischen Militärangehörigen und Zivilisten drastisch geändert hatte. Goebbels glaubte übrigens, dass sich dieser Teil des Krieges nach dem Endsieg gut für propagandistische Zwecke verwenden lassen werde und gab 1943 die Weisung, Filmaufnahmen herzustellen, die zunächst nicht zu Verwendung bestimmt waren, sondern gleichsam auf Halde gelegt werden sollten.

Rückblickend wird mit Bezug auf die Bundesrepublik in ihren ursprünglichen Grenzen festgestellt, dass der Luftkrieg gegen Deutschland über Jahrzehnte mit Rücksicht auf die neuen Verbündeten nicht zum Gegenstand historischer Erörterung gemacht worden sei. Diese Rücksichtnahme galt für die DDR, Teil eines anderen Bündnissystems, nicht. Die ideologische Atmosphäre des Kalten Krieges prägte die Darstellungen, die später von den Nachrichten über die US-amerikanischen Bombardements während des Vietnam-Krieges beeinflusst wurden. De Zerstörung Dresdens galt als „imperialistische Kriegsbarbarei". Der Historiker Olaf Groehler, Spezialist der Geschichte des Luftkrieges, verwandte Kennzeichnungen wie „Luftterror", „Terrorschläge" und „Massaker aus der Luft". Er nannte Dresden in einer Veröffentlichung von 1975 in einer Reihe mit Rotterdam und Coventry ein „Synonym imperialistischer Luftkriegsbarbarei".[1] Von dieser Bewertung hat er sich später distanziert, ohne seine aufgegebene Ausdeutung zu vermerken.[2] Diese hatte auf einer früh eingenommenen „Linie" gelegen. 1951 verlangte der Lehrplan Geschichte für die Schulen in der DDR die Behandlung des Themas „Die Terrorangriffe der anglo-amerikanischen Bomber auf die Zivilbevölkerung." Im Kommentar zur

---

1 Olaf Groehler, Geschichte des Luftkrieges, Militärverlag der DDR Berlin 1975, S. 677.
2 Olaf Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Akademie-Verlag Berlin 1990, S. 450 f.

Zerstörung Dresdens und anderer Städte im Reich hieß es im Unterrichtsfilm „Der Zweite Weltkrieg“ von 1957: „Und über dies totwunde Land fallen amerikanische und englische Bombengeschwader her. Tag für Tag. Nacht für Nacht.“ Dieser Text zitierte den Dokumentarfilm der DEFA-Produktion „Du und mancher Kamerad“ von Annelie und Andrew Thorndike, der 1956 in die Kinos gekommen war. In einem weiteren Lehrplan für die Schulen aus dem Jahre 1970 wurde auf den Begriff „Terror“ verzichtet. In Karl Gass’ Film „Das Jahr 1945“, der zum 40. Jahrestag der Befreiung in die Kinos kam, wurden Bilder des zertrümmerten Dresdens einzig mit dem Kommentar gezeigt, dass ein Krieg geführt wurde, den Göring fünf Jahre zuvor begonnen hatte.

Gegen Ende der DDR, 1988, im neugefassten Lehrbuch Geschichte für die 9. Klasse, fand der Begriff Terror auf die Luftkriegführung der Deutschen Anwendung, so bei Erwähnung des Bombardements auf Warschau im September 1939, das „als der erste große Terrorangriff aus der Luft während des Zweiten Weltkrieges“ bezeichnet wurde, bei dem 60.000 Einwohner der Stadt umgekommen oder verletzt worden wären.[3] Im letzten Lehrplan aus DDR-Zeit, ebenfalls von 1988, wurde, damit übereinstimmend, die „sinnlose Zerstörung Dresdens und anderer deutscher Städte durch anglo-amerikanische Bomber“ als zu behandelndes Thema angegeben.[4] Der Begriff „Terrorangriffe“ war in seiner bisherigen Verwendung aufgegeben. Nirgendwo jedoch wurde die Luftoffensive gegen Deutschland in ihrer wirtschaftlichen und politisch-psychologischen Bedeutung dargestellt. Den Gedanken „Die anderen auch“ schlossen solche Passagen nicht aus.

Nun ist 2002/2003 der Luftkrieg über Deutschland zu einem landesweiten Thema gemacht worden und die Art seiner Behandlung fand ein Echo vor allem in Großbritannien. Doch hat das Thema nicht erst durch das im vergangenen Jahr erschienene Buch Jörg Friedrichs „Der Brand“ Aufmerksamkeit erregt. Im Fernsehen der BRD war 1985 eine fünfteilige Serie „Der Krieg der Bomber“ gezeigt worden. Sie begann mit Bildern vom Angriff auf Warschau und führte bis Dresden, bei dessen Erwähnung der Kommentar von Massakern sprach – wie später Friedrich. Erklärt wurde, der Sieg der Alliierten wäre mit weniger Verwüstungen erreichbar gewesen. 2002 folgten ebenfalls im öffentlich-rechtlichen Fernsehen Sendungen über den Luftkrieg zuerst über England, dann über Deutschland. Schon sie richteten den Blick verstärkt auf die deutschen Opfer der Bombardements. Doch der grundlegende Wandel trat erst im Zusammenhang mit Friedrichs Bestseller ein. Am 4. Februar strahlte das ZDF die Sendung „Der Bombenkrieg“ aus Zwei Monate später nahm „Spiegel-TV“ das Thema auf. Die Zeitschrift „Der Spiegel“ ließ ein so genanntes „Spezial“-Heft drucken. Die deutsche Gesellschaft hatte nach Stalingrad ein weiteres Geschichtsthema „entdeckt“: die Leiden der Deutschen, vornehmlich der Frauen, Kinder und Greise im Hagel der Bomben.

Als die obersten Peiniger der in Luftschutzkellern hockender deutscher Meiers und Krauses werden der über Leben und Tod gebietende Winston Churchill und Arthur Harris markiert, der das britische Bomberkommando seit Februar 1942 befehligte und dem spät, 1992 in London, ein Denkmal gesetzt wurde. Auf deren Konto gehen die Toten Berliner, schrieb ein Lehrer an die Redaktion *„Berliner Morgenpost“*[5] auf deren Aufruf, Erlebnisberichte einzusenden. Da weiß man, was Schülern über jene Jahre beigebracht wurde. Die in der deutschen Hauptstadt erscheinende Zeitung, die im ehemaligen Westteil mehr gelesen wird als im einstigen Osten, gab zunächst in einer siebenseitigen Beilage 13 Zuschriften wieder und ließ dann in einem Sammelband insgesamt 70 drucken. In der Einleitung wird die Sammlung der „Debatte“ zugeordnet, die über „unschuldigen Deutschen zugefügte Gewalt“ in Gang gekommen sei.[6] Herausgeber und Journalisten verschiedener Medien messen sich, in dem sie Zeitzeugen in Wort und Schrift sich äußern lassen, die Rolle von „Erlösern“ und „Heilern“ bei. Mitunter wird sie ihnen auch bestätigt. Eine Berlinerin, die einfach nichts gelesen hatte, teilte der Redak-

---

3 Geschichte. Lehrbuch für Klasse 9. Berlin(-Ost) 1988, S. 150.

4 Lehrplan der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule: Geschichte Klassen 5 bis 10. Ministerium für Volksbildung der DDR, Berlin 1988, S. 75.

5 Als die Tage zu Nächten wurden. Berliner Schicksale im Luftkrieg. Berliner Morgenpost und Giebel Verlag 2003, S. 121.

6 Ebenda, S. 28.

tion mit und die hob es dankbar und unkommentiert hervor: „Ich habe darunter gelitten, dass so lange überhaupt nichts darüber öffentlich wurde. Das ist jetzt wie eine Erlösung.“[7]

Dabei wissen die Herausgeber, wie die am Ende ihres Bandes angefügte Auswahlbibliografie zeigt, wie viel in den beiden deutschen Staaten allein über den Verlauf und die Folgen des Luftkrieges gegen Berlin publiziert worden ist. Darunter sind Bücher, die chronologisch und statistisch genau erfassen, wann die Angriffe erfolgten und was vernichtet wurde, Tagebücher aus der Feder unterschiedlicher Autoren, so von Ursula von Kardorff [8], Hans Georg von Studnitz[9], Marie Wassiltschikow[10] u. a., später aufgezeichnete Erinnerungen, unter ihnen die 1946 verfassten Aufsätze von Schulkindern aus dem Bezirk Prenzlauer Berg[11]. 1978 publizierte Laurenz Demps in Berlin-Ost einen hochinformativen dokumentarischen Bericht.[12]

Was für Berlin festgestellt werden kann, gilt auch für das Kriegselend, das andere deutsche Städte mit den Attacken der RAF und der USAAF traf. In der DDR war Walter Weidauers, ehemals Oberbürgermeister von Dresden, Darstellung der Angriffe auf die Stadt an der Elbe 1945 ein viel gelesenes, mehrfach aufgelegtes Buch.[13] Vordem waren Erlebnisse während des Angriffs am 13. Februar und Szenen wie die Leichenverbrennung auf dem Dresdner Altmarkt bereits in anderen Veröffentlichungen geschildert worden.[14] Zum gleichen Thema erschien 1994 die Studie von Götz Bergander.[15] An deutsch- wie englischsprachiger Literatur zum Thema existierte seit Jahrzehnten kein Mangel.[16] In der Behandlung des Themas gab es keine Unterbrechung. Allein zwischen 2000 und 2002 gelangten Darstellungen in Erst- oder in Nachauflagen in den Buchhandel, die sich im Überblick oder gerichtet auf einzelne schwere Angriffe mit dem Luftkrieg gegen Städte und Orte wie Bad Kreuznach, Münster am Stein, Nordhausen, Braunschweig, Crailsheim, Hamburg, Frankfurt am Main, Mainz, Berlin, Jülich, Aachen und weitere befassten.

---

7 Ebenda, S. 10.

8 Ursula von Kardorff, Berliner Aufzeichnungen 1942-1945. München 1962.

9 Hans-Georg von Studnitz, Als Berlin brannte. Diarium der Jahre 1943-1945, Stuttgart 1963.

10 Marie Wassiltschikow, Die Berliner Tagebücher der „Missie“ Wassiltschikow, Berlin 1987.

11 Annette Gröschner (Hrsg.), „Ich schlug meiner Mutter die brennenden Funken ab“. Berliner Schulaufsätze aus dem Jahr 1946. Reinbek b. Hamburg 1977.

12 Laurenz Demps, Die Luftangriffe auf Berlin. Ein dokumentarischer Bericht. In: Jahrbuch des Märkischen Museums Berlin(-Ost) 1978 VI und VII, S. 27-68 u. 7-44.

13 Walter Weidauer, Inferno Dresden. Berlin 1965 (zuletzt: 8. gekürzte Auflage Berlin 1990).

14 Ruth Seydewitz, a. a. O., S. 14 ff.

15 Götz Bergander, Dresden im Luftkrieg, Köln 1977.

16 Klaus A. Maier, Der operative Luftkrieg bis zur Luftschlacht um England. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 2. Stuttgart 1979, S. 329-341, ders. Die Luftschlacht um England. In: Ebenda, S. 375-408. Alfred Price, Der härteste Tag. 18. August 1940. Die Luftschlacht um England. Stuttgart 1981 Helmuth Euler, Als Deutschlands Dämme brachen. Die Wahrheit über die Bombardierung der Möhne-Eder-Sorpe-Staudämme 1943. Stuttgart 1984. Len Deighton, Luftschlacht über England. München 1985, Alfred Price, Luftschlacht über Deutschland. Angriff und Verteidigung 1939-1945. Stuttgart 1985. Jochen von Lang, Krieg der Bomber. Dokumentation einer deutschen Katastrophe. Frankfurt/M., Berlin 1988. Richard Overy, Hermann Göring. Machtgier und Eitelkeit. München 1990. Gerd E. Ueberschär: Freiburg im Luftkrieg 1939-1945, Freiburg/Würzburg 1990 Wilfried Beer: Kriegsalltag an der Heimatfront. Alliierter Luftkrieg und deutsche Gegenmaßnahmen zur Abwehr und Schadensbegrenzung, dargestellt für den Raum Münster, Bremen 1990. Martin Rüther: Köln, 31. Mai 1942. Der 1000-Bomber-Angriff, Köln 1992 [= Kölner Schriften zu Geschichte und Kultur 18]. Horst Boog (Hrsg.), Luftkriegführung im Zweiten Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich. Herford, Bonn 1993. Hans Brunswig, Feuersturm über Hamburg. Stuttgart 1994. Matthias Griebel (Hrsg.), Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit. Die Zerstörung Dresdens. Dresden 1994. Stephen A. Garrett, Ethics and airpower in World War II: the British bombing of German cities. New York 1996. Richard Overy, Bomber Command 1939-1945. London 1997. Michael Krause: Flucht vor dem Bombenkrieg. „Umquartierungen“ im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943-1963, Düsseldorf 1997. Max Hastings, Bomber Command. London 1999. Winfried G. Sebald, Luftkrieg und Literatur. München, Wien 1999. Martin Middlebrook, The Berlin Raids. RAF Bomber Command Winter 1943-44. London 2000. Helmut Schnatz, Tiefflieger über Dresden? Legenden und Wirklichkeit. Köln, Weimar, Wien 2000. Sven Lindqvist, A history of bombing. New Press 2001. Walter Kempowski, Der rote Hahn. Dresden im Februar 1945, Goldmann 2001.

Nur kopfschüttelnd lässt sich daher der von Jörg Friedrich im Jahre 2002 erhobene Anspruch lesen, das „erste Buch“ geschrieben zu haben, „dass sich den Bombenangriffen auf Deutschland und damit dem größten Schlachtfeld des Zweiten Weltkrieges zuwendet“. Nicht weniger anmaßend und wider eigenes besseres Wissen folgt die Behauptung, dass „die akademische Geschichtsforschung das Thema beharrlich ignoriert hat“, während „es stets Privatforscher“ gegeben habe, „die auf eigenen Faust Fakten gesammelt und Erkenntnisse gewonnen haben.“[17]

Neu war nicht das Thema, sondern die Art und Weise und die äußerste Zuspitzung, in der es nun in Kreisen aufgenommen und abgehandelt wurde, die bisher nicht im Bezirk der Geschichtsrevisionisten ausgemacht worden waren Und neu auch der Kontext, in dem die „Debatte“ stattfand. Sie wurde in Beziehung zur Stalingrader Schlacht, zu Vertreibung und Flucht der ostdeutschen Bevölkerung bei und nach Kriegsende gesetzt. Auch für sie gilt, dass sie seit Jahrzehnten – in der Bundesrepublik ungleich mehr als in der DDR – in Publikationen von der Monographie bis zur Dokumentation dargestellt wurden, anfänglich mit großzügiger Förderung durch das Bonner Vertriebenen-Ministerium und mit millionenstarkem Rückhalt in den ebenfalls vom Staat unterstützten so genannten Vertriebenen-Verbänden. Im Jahre 2000 hatte Günter Grass das Thema in seiner Novelle *Im Krebsgang* wieder aufgenommen, in deren Handlungszentrum der Untergang der von einem sowjetischen Unterseeboot in der Ostsee torpedierten „Wilhelm Gustloff“ steht. So ergab sich auf eine in ihren Antrieben schwer zu rekonstruierende Weise und in rascher Folge, einander überlappend die grelle Ausleuchtung von Kriegserlebnisse der Deutschen aus der Perspektive der Leiden deutscher Soldaten der 6. Armee in eisigen Verließen unter den Ruinen Stalingrads, deutscher Zivilisten in stickigen als Luftschutzraum (LSR) bezeichneten Kellerlöchern, in denen sie Schutz vor den Bomben suchten, und vor der herannahenden Ostfront fliehender Zivilisten. Das Ende Tausender auf Transportschiffen in der Ostsee, ein besonders tragisches Kapitel dieser letzten Kriegsmonate, wurde zum bevorzugten Thema dieses Rückblicks. Kürzlich sendete ARD eine Dokumentation zum Untergang der „Goya“. In den USA und in der Bundesrepublik sind Spielfilme in Arbeit, in deren Zentrum der Untergang der „Gustloff“ stehen wird.

Solcher Themen nahmen sich bisher und mit Vorliebe auch Rechtsextreme und Nazis an. Die taten das in der Absicht nachzuweisen, dass es nicht nur deutsche Kriegsverbrechen gegeben habe, und behaupteten, dass die der „Anderen“ diejenigen der Deutschen bei weitem übertroffen hätten. Der Luftkrieg galt ihnen als Feld, das sich für dieses Vorhaben besonders gut eignete, denn die Zahl der in seinem Verlauf im Reichsgebiet getöteten Menschen übertrifft die der zivilen Luftkriegstoten auf dem Konto der Wehrmachtsluftwaffe. Das Vorhandensein dieser Darstellungen legen jedem, der nicht in diese Gesellschaft geraten will, Abgrenzung nahe. Indessen, als Jörg Friedrich gefragt wurde, ob der ihm gemachte Vorwurf zutreffe, dass er Hitler und Churchill auf eine Stufe stelle, lautete seine Antwort: „Wer hat den Bombenkrieg denn sonst befehligt? ... Der Unterschied bestand darin, dass Hitler so gut wie gar nicht vorbereitet war, während Churchill ihm um einiges besser gerüstet und mit langfristigen Strategien gesegnet nachfolgte.“ Aus dem gleichen Text stammt der auf jede Differenzierung verzichtende, die Frage nach Ursachen und Folgern ignorierende und daher demagogische Satz: „Es gibt anscheinend gute Massaker und böse Massaker“[18].

Der Krieg der strategischen Luftflotten der USA und Großbritanniens, der USAAF mit ihrer 8. Luftflotte und der RAF, gegen Deutschland wird wieder und wieder, so beispielsweise in einer Fernsehreklame, als „ungleicher Kampf“ charakterisiert. Da „Terroristen“, hier Opfer, da Schwerstbewaffnete, hier Wehrlose. Ereignet habe sich ein „Kampf der Bewaffneten gegen die Unbewaffneten“, dozierte auch Friedrich bei einem Vortrag in Leonberg. Die Verwandtschaft solcher Kennzeichnungen zu der Bewertung einer deutschen Faschistin liegt zutage, die an Goebbels von den „wehrlosen und kostbaren deutschen Menschen“ schrieb, die „von den Terrorfliegern feige und bestialisch gemordet“ würden.[19] Suggeriert wird das Bild von Männern ohne Skrupel in unangreifbaren „fliegenden Festungen“,

---

17 So in einem Spiegel-online Interview Jörg Friedrich.

18 Jörg Friedrich in dem bereits erwähnten Spiegel-online-Interview.

19 Zitiert bei Nicholas Stargardt, Opfer der Bomben und der Vergeltung. In: Lothar Kettenacker, Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-1945. Berlin 2003, S. 67.

die Stunden nach ihrem Feindflug Whisky trinkend im Casino oder Pub eines Feldflughafens auf der britischen Insel sitzen, derweil die Deutschen in Trümmern und Ruinen nach Überlebenden graben.

Dass ein mörderischer Krieg tobte, ausgetragen zwischen den Flugzeugbesatzungen von Bombern und den sie begleitenden oder bekämpfenden Jägern sowie zwischen der Fliegerabwehr und den Eindringenden, von denen allein aus den Reihen der RAF insgesamt 55.000 vorwiegend ganz junge Männer abstürzend jämmerlich umkamen, wird kaum mitgedacht. Und ebenso wenig gerät in dieses Geschichtsbild, dass die deutsche Zivilbevölkerung dem Luftkrieg ausgeliefert war, weil sich die wahnhafte Vorstellung, die UdSSR binnen weniger Monate zu besiegen, zerschlagen hatte und nun und weiterhin auch ein erheblicher Teil der deutschen Luftstreitkräfte an der Front im Osten eingesetzt war und dort gebunden blieb. Wie ist das Denken beschaffen, dass nicht die gescheiterten deutschen Strategen für die Wende im Luftkrieg und deren grausige Folgen verantwortlich macht, sondern die britischen?

Die Sache ist auch nicht auf das immer wieder angerufene alttestamentarische Bild vom Wind säen und Sturm ernten und auf die Spirale der Barbarei zu reduzieren. Doch wie anstrengend und weithin vergebens ist es, in der Masse der Literatur nach unumwundener Aussage zu fahnden, dass die Deutschen exakt jenen Krieg erlebten, den ihre Militärs und Politiker seit 1918 vorbereiteten. Mit dem Unterschied, dass diese glaubten, sie und nicht ihre Gegner würden über die verheerendsten Instrumente des Massentötens gebieten und mit ihnen triumphieren können. Die Kriegstechnik, die an Hitlers 50. Geburtstag, dem 20. April 1939, stundenlang durch Berlins Zentrum dröhnte, sollte mit geschütz- und scheinwerferbewehrten Fliegerabwehreinheiten den Eindruck erwecken, den Reichshauptstädtern könne künftig nichts auf den Kopf fallen.[20]

Damals wunderte sich ein US-amerikanischer Beobachter der Szene, dass Hunderttausende am Straßenrand dieser Mordmaschinerie zujubeln konnten. Ein Jahr später sangen die einen in Uniform, andere in Zivil „Bomben auf Engelland“. Das Lied wurde bereits populär, bevor der Luftkrieg im August gegen zivile und militärische Ziele auf der Insel intensiv eröffnet war. Es erklang in dem im April 1940 mit außergewöhnlichem Werbeaufwand in die deutschen Kinos gebrachten Dokumentarfilm „Feuertaufe“, der die Taten der Luftwaffe während des Feldzuges gegen Polen darstellte und verherrlichte. Die Kinos waren überfüllt. Die Zuschauer sahen das von Bomben zertrümmerte Warschau, hörten am Filmende großsprecherisch Göring reden und bekamen in Trickaufnahmen Kampfflugzeuge zu sehen, die sich auf eine geographische Landkarte niederstürzten, welche Großbritannien darstellte. Im Bericht des Sicherheitsdienstes vom 14. Mai 1940[21], da hatte die Offensive im Westen eben begonnen, analysierten die Autoren die Wirkung von „Feuertaufe“, erwähnten Bewunderung, Genugtuung und Stolz des Publikums, auch das gestärkte Gefühl eigener Sicherheit angesichts der Verfügbarkeit einer solchen Luftwaffe. Groß war die Wirkung auf Jugendliche, die ebenfalls solche „Helden der Luft“ werden wollten. Am Schluss wurden jedoch auch Stimmen von Frauen erwähnt, die Mitleid mit den Polen gezeigt hätten und über die „Schrecken des Krieges“ bedrückt und verängstigt gewesen wären. Nur Monate später erhofften sich viele Deutsche, die Bilder deutscher Angriffswucht vor Augen, von den Besatzungen der Messerschmitt und Heinkel die Demoralisierung der Briten, die im Krachen der Bomben – „Immer feste druff“ – einsehen müssten, dass sie angesichts deutscher Übermacht besser heute als morgen die Waffen zu strecken hätten. Jede Bombe, gleich wen sie auf der Insel traf, schien 1940 den Endsieg näher zu bringen.

Wie sich die Vorstellungen glichen! Eben das galt auch als Ziel der strategischen Luftflotte der Royal Air Force (RAF). Deren Auftrag, am 14. Februar 1942 formuliert, lautete, „die Moral der gegnerischen Zivilbevölkerung, insbesondere die der Industriearbeiterschaft“ zu brechen. Offenkundig handelte es sich um ein allgemeines, bis in Vorstellungen von Nichtmilitärs hinein verbreitetes Denkmuster, dass die rücksichtslose Führung des Krieges aus der Luft gegen das wirtschaftliche und mora-

---

20 S. Kurt Pätzold, Hitlers 50. Geburtstag am 20. April 1939, In: Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold (Hrsg.) Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (19935/36 bis 1939), Berlin 1989, S. 309-344.

21 Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Bd. 4, S. 1131 f.

lische Rückgrat des Feindes dessen Kapitulation herbeizwingen werde. Der britische „Daily Mirror“ schrieb am 12. September 1940, an diesem Tage warf die deutsche Luftwaffe laut Wehrmachtsbericht[22] Bomben auf London, Bexhill, Brighton, Banbury und weitere Orte der Insel: „Die Erfindung des Bombenflugzuges hat alle Ritterlichkeit abgeschafft.“ Nur ließ sich der Vorgang rechtens nicht allein der Erfindung zuschreiben, denn zwischen ihr und der Anwendung lagen die Entschlüsse von Menschen. Alles andere ergab sich gleichsam logisch. Weil die Arbeiter in ihren Wohnquartieren, zumeist in dicht besiedelten Innenstädten gelegen, eher zu treffen waren als auf Werks- oder Werftgeländen (und in Kohlegruben überhaupt nicht), richtete sich das Vernichtungswerk darauf. Und also – wiederum in dieser Logik – bestanden die zu lösenden Probleme darin, nach Hunderten zählende Flugzeuggeschwader exakt in das Zielgebiet zu lenken, dort größte Verwüstungen mit möglichst vielen Toten und Verletzten zu bewirken, so das Arbeitskräftepotential des Gegners zu reduzieren und dabei die Verlustrate an eigenem Mannschaftsbestand und Kriegsgerät möglichst gering zu halten. Dass dies erstrebt und inwieweit es erreicht wurde, füllt die Bücher über den Luftkrieg gegen Deutschland[23] ebenso wie die schon 1967 erschienene Publikation über die Zerstörungen in der „Ostmark“[24]. Begonnen hatte das Inferno mit dem Angriff auf Lübeck am 29. März 1942. Mit ihm wurde für die Einwohner deutscher Städte – Monate bevor Propagandaminister Goebbels ihn ausrief – der totale Krieg eröffnet.

Mit diesem „Bombenkrieg“ also befassen sich Deutsche aus der Minderheit der Zeitzeugen wie aus der Mehrheit von Nachgeborenen seit 2002. Dabei scheint es, dass sich derlei Kampagnen – Stalingrad, Flucht und Vertreibung, 17. Juni – mit denen sich immer auch Geschäftsinteresse verbindet, nicht beliebig erzeugen lassen. Als kürzlich versucht wurde, die Deutschen für den – vorgeblichen – Nachweis von Hitlers Homosexualität zu interessieren, ließ sich ein Buchgeschäft erzielen, aber die Aufmerksamkeit für die aufwändige Inszenierung verflog rasch. Die Deutschen sind offenkundig bereit, sich mit sich selbst und ihren Altvorderen zu befassen. Ihr Interesse an Hitlers Geschlechtsleben scheint hingegen gedämpft, zumal dies doch nur wieder zur ungeliebten Frage führt, warum ihre Vorfahren in Massen ausgerechnet auf den Mann und die von ihm geführte Partei Hoffnungen setzten.

Für die Thematisierung von Bombenkrieg, Vertreibung und Flucht, – also für die Deutschen als riesige Opferkolonne – wäre die Zeit einfach reif geworden, wird behauptet. Die Jahrzehnte der Tabus seien vorüber. Gelogen, wurde dagegengehalten. Es habe derlei selbstverordnete Denk-, Schreib-, Druck- und Filmverbote nie gegeben. Und das ist wahr. Was sich an den Zeiten wirklich geändert hat, hieß Jugoslawien und heißt Irak. Der aktuelle „Anschauungsunterricht“ in Sachen Luftkrieg mag ein Element sein, das animierte, über deutsche Vergangenheit unter Verwendung aus dem Tagesgeschehen neugewonnener Argumente nachzudenken. Unschuldsvoll wird gefragt, ob mit dieser Vergangenheit bislang nicht zu einseitig, ja „unhistorisch“ umgegangen wurde.

Was wir erleben, sind keine Ur-, sondern Wiederaufführungen und Neuinszenierungen. Nachdem „unsere hochberühmte deutsche Nation“ (Martin Luther), als die Rücksichten des Kalten Krieges gefallen waren, nicht umhin kam, sich als einstige Täterkolonne wahrzunehmen, vollzieht sich augenblicklich die Rückkehr zu jener Selbstbetrachtung, die in der Bundesrepublik Jahrzehnte die ungestörte Normalität ausmachte: Wir, die Opfer Hitlers und seiner Clique und – nun mit dem Zusatz – ebenso auch seiner brutalen, barbarischen, nicht minder verbrecherisch handelnden Gegenspieler in London und Washington. Diese Perspektive könnte Veranstaltungen zwischen 2003 und 2005 leiten, an denen der 60. Jahrestage der Zerstörung von mehr als eineinhalb Hundert deutscher Groß- und

---

22 Die Wehrmachtberichte 1939-1945. Bd. 1: 1. September 1939 bis 31. Dezember 1941, München 1985, S. 303 (Bericht vom 13. September 1940).

23 Olaf Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990. Die jüngste umfassende Darstellung stammt von Horst Boog, Strategischer Luftkrieg in Europa und Reichsluftverteidigung 1943-1944. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 7: Das Deutsche Reich in der Defensive von Horst Boog, Gerhard Krebs, Detlef Vogel, Stuttgart 2001, S. 3-415. S. auch den Beitrag von Horst Boog, Kolossalgemälde des Schreckens. In: Lothar Kettenacker, a. a. O., S. 131-137.

24 Johann Ulrich, Der Luftkrieg über Österreich 1939-45. Militärhistorische Schriftenreihe 5/6, Wien 1967.

Mittelstädte zu gedenken ist. Daran ließe sich gut die Erinnerung an die Kriegsgefangenen, die „deutsche Trümmerfrau“ und die „Aktivisten der ersten Stunde“ schließen. Groß im Leiden. Groß im Schaffen. Groß? Unübertroffen! Schon ist errechnet, dass beim Angriff auf Pforzheim prozentual mehr Einwohner umkamen als durch den Abwurf der Atombombe auf Nagasaki. Beschwiegen werden hingegen grundsätzlich Fragen nach Kriegsursachen und Kriegszielen. Das Grauen der Bombardements als Nebelwand, wie es eben noch das Leiden und Sterben in der Stalingrader Schlacht und in sowjetischer Gefangenschaft war. Eines Tages werden die Nachgeborenen in der BRD „alles über diesen Krieg“ wissen, ausgenommen, warum er geführt wurde. Nicht ganz. Sie werden nachsagen können: Weil Hitler die Juden ermorden wollte, auch die im Kaukasus, weshalb er dahin wollte.

Im Zentrum der Diskussion über den Bombenkrieg gegen das faschistische Deutschland stand das schon erwähnte Buch Jörg Friedrichs. Darüber ist alles Notwendige gesagt und geschrieben worden. Verkürzt lauten die Einwände, der Autor möchte den Lesern das Bild einer Art des Massenmordens nahebringen, wozu er sich eines Vokabulars bediente, dass die Luftattacken in die Nähe der Untaten der deutschen Machthaber einschließlich des Genozids an den europäischen Juden rückt („größte Bücherverbrennung aller Zeiten“, „Einsatzgruppen“, „Massaker“, „Krematorium“, „Gaskammern“). In seinen Beschreibungen scheinen zudem „nur Deutsche die Bombardierungen erlebt zu haben“. Der Eindruck entstand, als würde das individuelle Leid der Deutschen „nur deshalb evoziert, um die Skala historischer Schuld zu verändern, als könne man unterschiedlich Arten des Gemetzels sammeln, bemessen, einteilen und dann gegeneinander aufrechnen wie man es mit finanziellen Schulden tut.“[25]

Das militärische, juristische und moralische Dafür und Dawider dieser Kriegführung wurde – bis in das britische Parlament – schon konfrontiert, als die Royal Air Force Nacht für Nacht ins Reich flog. Inzwischen liegen auch Untersuchungen darüber vor, was die britische Bevölkerung über den Bombenkrieg gegen deutsche Städte dachte. Niemand bestreitet heute, dass die Bombardements wie der Krieg im Ganzen eine moderne Form der Barbarei darstellten. Und niemand leugnet, dass diese Methode, Krieg zu führen, durch das kodifizierte Kriegsrecht nicht gedeckt war. Das Thema wurde schon in Nürnberg daher nicht ausgelotet. Jedoch: Ohne ein wenig mehr an Geschichte ist jedoch nicht auszukommen, wenn es um ein *geschichtliches* Urteil gehen soll, das sich auf die Moral nicht reduziert.

Am Ende des Ersten Weltkrieges wurde die Zerstörungsgrenze, die der Kriegsausdehnung bis dahin durch die Reichweite der Artilleriegeschütze gezogen war, aufgehoben. Die Deutschen, die Bomben aus Zeppelinen und Flugzeugen vom Typ „Gotha“ auf London warfen, wussten das von ihren Erfolgsmeldungen her und hatten von den ersten Abwürfen auf deutsche Städte erfahren. Über die Aussichten des Wandels urteilten Militärs verschieden. Zum einen, weil er sich schlecht abschätzen ließ. Zum anderen spielte wie immer eine Rolle, dass die Verfechter neuartiger Waffen auf den gleichen Staatshaushalt zugriffen wie die Traditionalisten. Deutschland, dem eine Luftwaffe durch die Versailler Bestimmungen untersagt war, umging das Verbot. 1939 verfügte es über einen Rüstungsvorsprung. Was seine Bombenflugzeuge vermochten, kannte die Welt durch die Bilder Guernicas.

Im Wissen um das Mögliche, das Kommende vorausahnend, hielten sich die politischen und militärischen Spitzen Großbritanniens nach Kriegsbeginn 1939 mit dem Einsatz ihrer Luftwaffe zurück. Sie warf Flugblätter über deutschem Gebiet ab, suchte Hafen- und Werftanlagen zu zerstören, attackierte Schiffe im Seekriegsgebiet, verminte Gewässer und erwies bei alledem, wie wenig der Bombenabwurf bei erheblichen eigenen Verlusten zu bewirken vorerst in der Lage war. Dann kam nach Frankreichs Niederlage der gescheiterte deutsche Versuch, diesen letzten Gegner, eine Invasion vermeidend, durch bis dahin ungekannte Luftattacken kapitulationsreif zu bombardieren. Doch es folgten auf Coventry Revanche und Rache.

Was in der gegenwärtigen Kampagne deutscher Publizisten glaubhaft gemacht werden soll, ist das Bild vom „Bombenkrieg gegen die Deutschen“, der – illustriert mit Bildern entsetzlich verstümmelter Leichen von Frauen und Kindern – nichts gewesen sei als sinnlos-verbrecherisches Töten, erwachsen aus dem durch keine moralische Hemmung korrigierten Irrglauben, den Krieg auf diese Weise rasch

---

25 Nicholas Satargardt, a. a. O., S. 60 f.

beenden zu können. Dies verbindet sich mit der Behauptung, kriegswirtschaftlich und ganz allgemein militärisch sei diese Barbarei folgenlos geblieben. Die Waffenproduktion wäre gestiegen und der Krieg nicht verkürzt, sondern eher noch verlängert worden. Es habe sich, vermutet Hans Mommsen[26] in der Bevölkerung eine Trotz- und Trutzhaltung entwickelt, die sie enger noch mit den Führern verbunden habe.

Dem sind längst Tatsachen entgegengehalten worden. Zutage liegt, dass es nächst den Nachrichten von der Ostfront gerade der Bombenkrieg war, der Siegeshoffnungen schwinden ließ. Nachgewiesen sind der gebremste, schließlich rasch absinkende Ausstoß an Kriegsgerät und die nicht mehr zu meisternde Schwierigkeit, das Produzierte selbst an nahe Fronten zu transportieren. Zählbar auch der Aufwand an Menschen und Material für die Luftabwehr und Luftschutz, für Evakuierung und Herrichtung von nicht völlig Zerstörtem. Wenn sich auch all das nicht in eine Zahl von Wochen umrechnen lässt, um die der Luftkrieg die Kapitulation früher herbeiführte, so ist die Tatsache der Verkürzung des Krieges doch unbestreitbar.

Der auf Hochtouren gebrachte Vernichtungsapparat funktionierte bis in den April 1945 weiter. Nicht nur automatisch. Da waren Luftmarschälle und deren Stäbe, die bis zum letzten Kriegstag beweisen wollten, wie stark ihr Anteil am Sieg sei. Von Angriff zu Angriff führten sie vor, dass und wie präzise sie ihre wachsenden Mittel einzusetzen verstanden. Da waren die Flugzeugbesatzungen, die wünschten, dass es endlich zu Ende ginge. Robin Neillands hat sie bis zu ihren Ängsten zu Worte kommen lassen.[27] Und da war, dokumentarisch schwer greif-, aber unbezweifelbar das Bedürfnis vieler, den eigenen Beitrag zum Sieg zu bekräftigen gegenüber dem, den sowjetische Armeen geleistet hatten.

Über weitere Faktoren, die das Bombardements in die Endphase des Krieges dehnten, wurden mehrfach Vermutungen ausgesprochen. Sie betreffen die Wirkung einer frühzeitigen Einstellung des Luftkrieges auf die diesen Teil der Kriegsanstrengungen gewährleistende Industrie in den USA und in Großbritanniens sowie deren Umsätze und Profite. Weiterhin richten sie sich auf die Zerstörung von Städten und Industrieanlagen in jenem Teil des Reiches, der vereinbartermaßen bald zur sowjetischen Besatzungszone gehören würde. Sie schließen sich an die Tatsache, dass in den letzten Kriegswochen bis dahin völlig unzerstörte oder nahezu unbeschädigte Industrieanlagen angegriffen wurden, die wie die Jenaer Zeiss-Werke bekannte Konkurrenzunternehmen ausländischer Firmen waren. Während wir jedoch aus der deutschen Kriegsgeschichte Dokumente kennen, mit denen deutsche Konzerne den Militärs Interesse an der Übernahme intakter sowjetischer Werke signalisierten, existieren keine vergleichbaren, die ähnliches im Hinblick auf die Zerrstörung deutscher Produktionsstätten aus dem Kalkül der Konkurrenz belegen würden.

Es habe, vermerkten Autoren, in der Endphase des Krieges bis zum Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki dem sowjetischen Alliierten vorgeführt werden sollen, worüber man in Washington und London gebot. Nichts von alledem erscheint völlig abwegig. Der ausschlaggebende Faktor, der das Fortdauern der Flächenbombardements bestimmte, dürfte aber im unverrückbaren Ziel zu bestimmen sein, mit diesen Deutschen fertig zu werden, um welchen Preis, den seit der Erringung der absoluten Luftherrschaft ja nun nahezu sie allein zu zahlen hatten, auch immer. Nach Bildern von Majdanek 1944, Auschwitz 1945 und – nicht zu vergessen – denen von deutschen Kriegsverbrechen während der Ardennen-Offensive dürfte es keinen Grund gegeben haben, die eigenen in der Endphase des Krieges eingesetzten Mittel skrupulös noch einmal auf ihre Angemessenheit zu prüfen. Auch mit den Toten des Bombenkrieges, deren Zahl zwischen 450.000 und 600.000 geschätzt wird, bezahlten die Deutschen – die Beteiligten, aber eben auch jene, die ohne oder gar gegen ihr Zutun oder als Kinder und Jugendliche in die barbarischen Zustände geworfen worden waren – die „schwache Stunde“, in der sie sich zu Millionen dem Faschismus auslieferten und ihre Hoffnungen auf ihn setzten. Dass Geschichte ihre Zahltage hat, ist Grund für Beunruhigung und für wenig Hoff-

---

26 S. dessen Beitrag: Moralisch, strategisch, zerstörerisch. In: Lothar Kettenacker, a.a.O. S. 145-151.

27 Robin Neillands, Der Krieg der Bomber. Arthur Harris und die Bombenoffensive der Alliierten 1939-1945. Berlin. 2002, insbesondere das Kapitel: Die Flugzeugbesatzungen, 1940-1943, S. 97-125.

nung in einem. Zu häufig zahlen an derlei Tagen die Falschen, zu selten werden die Zahlungspflichtigen gefunden und gestellt.

Vortrag in der „Hellen Panke“, Berlin, 27. Juni 2003.

In etwas veränderter Form abgedruckt in: konkret, 2003, Heft 13, S. 18 f.

Gegenrevolutionäre? Patrioten? Antifaschisten?

Der 20. Juli 1944 in der Geschichtsschreibung der DDR

Die erste öffentliche Stellungnahme zu den Ereignissen des 20. Juli 1944 gab im Osten Deutschlands nicht die Geschichtsschreibung ab. Sie erfolgte durch Publizistik und Politik. Sie betraf, nachdem die Entscheidung über die Bodenreform gefallen war, die Frage, wie mit dem Grundeigentum derer verfahren werden sollte, die an der Aktion zu Hitlers Beseitigung teilgenommen hatten, meist umgebracht worden waren oder mehr oder weniger zufällig überlebt hatten. Mit dieser Frage hatte sich ein Landwirtschaftspolitiker der KPD, Edwin Hoernle, schon in einer Ausarbeitung im Moskauer Exil befasst. Sie sah vor, den Widerstandskämpfern ihren Besitz zu belassen, sie aber zu einer „freiwilligen Bodenspende“ aufzufordern. 1945 erfolgte stattdessen die Enteignung, teils verbunden mit einem Angebot, einen Hof von 25 Hektar zu bewirtschaften. Die wenigen, die das akzeptierten, sahen sich später aufgefordert, das Gebiet, in dem sie und ihre Vorfahren gelebt hatten, zu verlassen und an anderem Ort der sowjetisch besetzten Zone neu zu beginnen. Früher oder später wandten sich Überlebende oder Hinterbliebenen der Ermordeten, soweit sie das nicht schon gegen Kriegsende getan hatten, in die Westzonen.

Doktrin wider Tatsachen

Eine eingehende Untersuchung, die uns über die Entscheidungsprozesse des Jahres 1945 aufklären würde, besitzen wir noch nicht. Sie würde Einblick in Akten der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) voraussetzen, denn zwischen dieser und dem Urteil deutscher Nazigegner über die Verschwörung gab es Differenzen. Das wurde am ersten Jahrestag des 20. Juli 1944 sogar öffentlich. Die SMAD-Zeitung *„Tägliche Rundschau“* rügte Artikel, in denen tags zuvor in den von KPD, SPD und CDU herausgegebenen Tageszeitungen der Tat und der Opfer ehrend gedacht worden war. Redaktionen und Autoren wurden über die richtige Sicht auf das Ereignis und die Personen belehrt, die eine „Palastrevolution“ versucht hätten, um den deutschen Militarismus und Imperialismus wie schon 1918 für künftige Kriege zu erhalten. In um Tatsachen unbekümmerter Huldigung der Volksmassen wurde das Scheitern des Unternehmens als unvermeidlich hingestellt, weil es nicht auf die Mitwirkung des Volkes orientiert war. Ähnlich argumentierte damals schon Anton Ackermann, Mitglied des ZK der KPD und einer ihrer Ideologen, der die Aktion eine mutige Tat nannte, aber fortfuhr: „Die Volkserhebung durch eine Art Palastrevolution ersetzen zu wollen, das musste scheitern.“

Damit war eine Konfrontation eröffnet, die über Jahrzehnte die Auseinandersetzung bestimmen sollte und die sich in der Konfrontation von Signalbegriffen – hier „reaktionärer Putschversuch“ oder „reaktionäre Verschwörung“, dort „nationale“ oder „patriotische Tat“ – verfolgen lässt. Noch aber war nicht jede Äußerung einer Vorzensur unterworfen. Otto Grotewohl, Vorsitzender der SPD in der sowjetisch besetzten Zone, sagte am 20. September 1945 in Berlin: „Der 20. Juli war eine Revolution“ und ignorierte die sowjetische Lektion. Ein Jahr später, am 22. September 1946, sprach auf einer Veranstaltung zu Ehren der Opfer des Faschismus auch Marion Gräfin Yorck von Wartenburg, deren Mann zu den Hingerichteten gehörte.

Doch das Einschwenken auf die Linie „der Freunde“ folgte schon 1947. Albert Norden nannte die „rebellierenden Generale“ gar „Fleisch vom Fleische des deutschen Imperialismus“. Otto Winzer erklärte die Furcht vor dem Einfluss der Kommunisten in Nachkriegsdeutschland zum Motiv für das Handeln von Julius Leber und weiterer sozialdemokratischer Führer im Widerstand. Sie hätten „Zuflucht bei den amerikanischen Imperialisten“ gesucht. Indessen wollte Ackermann insbesondere den Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner nicht mit der „Militärgruppe oder mit Popitz und Goerdeler auf eine Stufe“ gestellt sehen.

Klischee wider die Wirklichkeit, Doktrin wider Tatsachen – so lässt sich der von politischen Interessen und Kalkülen geleitete und verzerrte bis über das Ende der fünfziger Jahre vorherrschende Blick auf jene Widerstandsbewegung beschreiben, die in der Bundesrepublik als „Aufstand des Gewissens“ bezeichnet, als demokratisch charakterisiert und als Kampfgruppe gegen den Totalitarismus gefeiert wurde. Lange gehörte die Verschwörung des 20. Juli zu den in der Geschichtspublizistik zwischen

Ost und West umstrittensten Themen. Dabei wurde dem Ereignis in der Bundesrepublik weit mehr Aufmerksamkeit zuteil als in der DDR. In Bonn und Berlin-West wurden Jahr für Jahr staatsoffizielle Veranstaltungen inszeniert. Mitunter, wie 1965 bei der Rede des ehemaligen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministeriums Karl Gumbel, enthielten die Ansprachen Angriffe gegen die DDR und konstruierten eine Traditionslinie des Kampfes gegen „totalitäre Regime“ vom 20. Juli 1944 bis zum 17. Juni 1953. In der Inanspruchnahme der Verschwörung für politische Zwecke nahmen sich die Bundesrepublik und die DDR nichts.

„Stauffenberg ist unser“

Die wenigen Publikationen aus DDR-Frühzeit sind mit Recht vergessen. Erkennbar neu wurden die politisch-historischen Scheinwerfer 1964 aufgestellt. Dies ordnete sich dem Versuch zu, nach der Kontrolle der Staatsgrenze die gefestigte eigene Macht im Innern wie nach außen zu verbreitern. Dazu schien auch ein demonstratives Bekenntnis zum militärischen Widerstand gegen das Regime geeignet. Walter Ulbricht schaltete sich in die Vorbereitungen ein. An der Akademie der Wissenschaften entstanden Thesen, die veränderte Akzente setzten. Zu einem im Apparat des ZK ausgearbeiteten und von Kurt Hager und Ulbricht akzeptierten Maßnahme-Plan gehörte die Einberufung einer festlichen Veranstaltung durch die Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere und den Nationalrat der Nationalen Front, auf der Professor Dr. Heinrich Scheel, der zum Widerstand gehört hatte, die Ansprache hielt. Vor ihm redete der Stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates Heinrich Homann, sagte, „Stauffenberg ist unser“, und bezeichnete dessen Inanspruchnahme durch die Regierung in Bonn als unrechtmäßig. Die Historiker Scheel und Bruno Löwel, Mitarbeiter des SED-Institut für Marxismus-Leninismus, machten deutlich, dass die Zunft zu keinem bündigen Urteil gelangt war. Scheel, um historisch gerechte Wertung bemüht, erklärte, damit die Verdammungsurteile verabschiedend: „Bei aller notwendigen prinzipiellen Abgrenzung von der erzreaktionären Konzeption der Goerdeler, Popitz, Hassell oder Schacht bleibt die Tatsache ihrer Opposition dennoch ein Positivum.“ Doch hielt auch er sich an Vorgaben wie die Lehr- und Leerformel von der „echten antifaschistischen Widerstandsbewegung unter Führung der KPD“. Löwel hingegen bezeichnete es als forscherisches Verdienst, dass der „reaktionäre Gesamtcharakter“ und das „imperialistischen Wesen der Verschwörung“ herausgearbeitet wurden, die weder als „deutscher“ noch als „antifaschistischer“ Widerstand anzusehen sei.

Auch das Erscheinen geschichtswissenschaftlicher Arbeiten zum Thema fällt in die sechziger Jahre. Es setzt 1964 ein mit der aus dem Russischen übersetzten Monographie von Daniil J. Melnikow „20. Juli 1944 – Legende und Wirklichkeit“. Zwei Jahre später kam eine stark veränderte zweite Auflage heraus. Der sowjetische Historiker suchte das Ausmaß der Verschwörung und die Ursachen ihres Scheiterns aufzuklären. Letztere erblickte er nicht in äußeren Faktoren, sondern hervorgerufen durch Charakter, Programm, Ziele und die Methoden der Verschwörung. Auch in der Neufassung blieb er dabei, dass die auf die Oberschichten begrenzte antidemokratische Bewegung von vornherein zum Misserfolg verurteilt gewesen sei. Melnikow fragte auch, warum vergleichsweise viele Angehörigen des Adels und aus Kreisen des Großgrundbesitzes zu den Verschwörern gehört hatten. Er glaubte, dies als Reaktion auf nazistische Herabsetzungen des Adels verstehen zu können, der nach uneingeschränkt privilegierter Stellung in der Gesellschaft zurückgestrebt habe. Für diese Kreise wollte er moralische und ideologische Antriebe nur mit Ausnahmen gelten lassen, zu denen er von Moltke, von Stauffenberg und Yorck von Wartenburg zählte. Für Melnikow stand außer Frage, dass die gesamte Verschwörung durch die Goerdelergruppe zu charakterisieren sei, deren Angehörige er – wie üblich – von den „wahren antifaschistischen Kämpfern“ und der „echten antifaschistischen Bewegung“ unterschied. Vor allem die herausragenden zivilen Gegner des Regimes, Goerdeler, Popitz und von Hassell, erschienen ihm als „Vertreter“, „Advokaten“, „Vertrauensleute“ und – das setzte er selbst in Anführungszeichen – „Agenten“ des Monopolkapitals. Er zitierte Walter Ulbricht mit einer älteren, von diesem inzwischen aufgegebenen abenteuerlichen Einschätzung, wonach die Verschwörer einem Volksaufstand zuvorkommen wollten und erreicht hätten, dass durch die auf ihre Aktion folgende Terrorwelle die antifaschistischen Volkskräfte so geschwächt wurden, dass diese, als die Sowjetarmee in das Reich vordrang, das Regime nicht hätten stürzen können. Die Neuauflage von 1966

schloss mit einer Würdigung des „progressiven Flügels“ der Verschwörung, der einen großen Beitrag zum antifaschistischen Widerstand geleistet habe.

1967 legte der Potsdamer Historiker Kurt Finker seine Monographie „Stauffenberg und der 20. Juli 1944“ vor. Sie erlebte 7 Auflagen, die (bisher) letzte erschien im Jahre 1989, und wurde ins Russische, Tschechische und Polnische übersetzt. Zudem erfuhr sie eine Lizenzausgabe in der Bundesrepublik. Der Autor gab ein differenziertes Bild der Verschwörung und der agierenden Personen. Auch war er vor allem darum bemüht, Stauffenberg und seine Freunde nach den sie leitenden Motiven, ihrem persönlichen Mut und ihren Zielen gegen die Goerdelergruppe abzuheben. Stauffenberg habe ein „anderes“, ein „neues“ Deutschland gewünscht, seine Vorstellungen hätten „Elemente einer Volksfront-Konzeption“ aufgewiesen und er habe die Richtung geahnt, in der sich ein Ausweg aus der Geschichte der Kriege ergeben konnte. Am Ende des Buches folgt die ins Agitatorische zugespitzte Frage, welcher deutsche Staat sich auf den Obersten und seinen Kreis rechtens berufen dürfe, und die Antwort, in der DDR sei ihr Projekt Deutschland „vollendet“ worden. Das war eine gerechtfertigte Entgegnung auf die Versuche, die Verschwörer insgesamt für antikommunistische Zwecke in Anspruch zu nehmen und zugleich eine Überhöhung, die dadurch erleichtert wurde, dass die nicht in Denkschriften vorliegenden, sondern in bezeugten gelegentlichen Äußerungen überlieferten Ansichten des militärischen Vortrupps viel weniger eindeutig waren als die ausgearbeiteten Projekte der Berufspolitiker. Finker, der bei dem Thema blieb, wurde in der DDR so etwas wie ein Monopolist der 20. Juli-Erforschung. Er hat in einer umfassenden Darstellung auf den Widerstandskampf im DDR-Geschichtsbild zurückgeblickt, insbesondere natürlich auf die Forschungen zur Militäropposition und zum 20. Juli 1944, seine eigenen eingeschlossen.

Die Sicht auf Goerdeler

Das Bild von der Verschwörung, das in der DDR vermittelt wurde, blieb auch weiterhin hochgradig von der Beurteilung zweier Personen bestimmt. Stauffenberg, als dem im Zentrum der Aktion agierende Militär, der wie kein anderer sagen konnte: Ich hab’s gewagt, und Goerdeler, der designierte Reichskanzler, also der Hitler-Nachfolger. Es wurde unterstellt, dass die Militärs, wenn sie den Weg freigemacht hätten, nicht mit eigenen politischen Projekten zum Zuge gekommen wären, sondern dass Goerdeler und sein Kreis die Richtung der Entwicklung bestimmt haben würden. Über diese Entwicklung ließen sich anhand mehrerer Denkschriften schlüssige Urteile bilden. Die fielen uneingeschränkt negativ aus, waren die Texte doch durch die Absicht charakterisiert, die UdSSR und alle deutschen Kräfte auszuschalten, die nach vollständiger Neuorganisation von Staat und Gesellschaft trachteten. Wiederholt wurde das an das State Department Washington gerichtete Memorandum des stellvertretenden Leiters des Office of Strategic Services, Brigadegeneral John Magruder, vom 17. Mai 1944 gedruckt, in dem über die zu den Kreisen um Goerdeler gewonnenen Kontakte berichtet wurde, die in der Schweiz hergestellt worden waren. Beschrieben wurden die Ziele, die dem Residenten der USA dargestellt worden waren. Im Mai 1944 hätte ein Kurier der Gruppe berichtet, sie sähe „die einzige Chance, ein kommunistisches Deutschland zu verhindern, darin ..., die Besetzung eines möglichst großen Teiles Europas durch die anglo-amerikanischen Streitkräfte zu erleichtern, bevor die Ostfront zusammenbricht“. Auch Vorschläge, wie das zu bewerkstelligen sei, wären unterbreitet worden.

Dies genügte selbstredend für ein vernichtendes Urteil über Goerdeler, den einstigen Hauptmann der kaiserlichen Armee, der – Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und des Stahlhelmbundes der Frontsoldaten – in der Weimarer Republik eine Staatsbeamtenkarriere einschlug, 1930 zum Oberbürgermeister von Leipzig gewählt und durch Brüning 1932 zum Reichspreiskommissar berufen worden war. In beiden Funktionen verblieb er während der ersten Jahre der faschistischen Diktatur. Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst trat Goerdeler beratend in die Dienste der Bosch AG Stuttgart und betätigte sich als ein rekognoszierender Weltreisender. Mit nüchternem Blick auf das Kräfteverhältnis der kapitalistischen Mächte riet er vom Weg in einen „Großkrieg“ ab. Er vermeinte, dass die Politik der Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges bis zum Erwerb eines überseeischen Kolonialreiches getrieben werden könne. Deutschland würde imstande sein, ohne und nur ohne Krieg die Führung Europas zu gewinnen. Das waren Überlegungen, die sich von jenen der Reichsführung

scharf unterschieden, vor allem wiesen sie nicht in einen Weltkrieg. An dessen Beginn, an der Jahreswende 1940/41, glaubte Goerdeler sogar, es müsse dessen Abbruch erfolgen. Er gehörte folglich nicht zu jenen, die erst im Angesicht der Niederlage Front gegen Hitler machten.

Diese Differenzen im Strategischen blieben in DDR-Publikationen lange geringgeschätzt. Dabei waren die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem „imperialistischen Utopisten“ Hitler und dem „imperialistischen Realisten“ reich an Konsequenzen. Sie betrafen Krieg oder Frieden, und das wog schwerer als die Frage, ob eine Haltung aus Kalkül oder aus moralischer Überzeugung eingenommen wurde. Gewiss, für Goerdeler trifft der Begriff „Aufstand des Gewissens“ die Person am wenigsten. Selbst der ihm mitverschworene Ulrich von Hassell erblickte in ihm eine „Art Reaktionär“. Nach 1990 haben vordem in der DDR wirkende oder in ihr ausgebildete Historiker Goerdeler mit ausgewogeneren Urteilen gerecht werden wollen, strebten gar nach so etwas wie Wiedergutmachung. An dem Gesamturteil, dass ein Sieg seines Projekts ein Deutschland hervorgebracht haben würde, das nur durch eine Revolution in den Zustand der Bundesrepublik hätte verwandelt werden können, vermochte das indessen doch nur zu rütteln.

Der methodologische Fehler der Historiker in der DDR lag lange darin, dass unterstellt wurde, es hätte sich die Entwicklung nach geglücktem Attentat so gestaltet, wie Goerdeler, der ehemalige Generalstabschef des Heeres Beck u. a. sie sich vorstellten, so dass Stauffenberg und seine engsten Vertrauten nur als deren unbewusste Wegbereiter erscheinen mussten, patriotische Militärs zwar, denen aber bestimmt gewesen sei, dass sie von ausgefuchsten Politikern überspielt worden wären. Das war eine einfallsarme Sicht auf freilich ungeschehene Geschichte. Sie übersah vor allem zweierlei: zum einen die Unwahrscheinlichkeit, die Antihitlerkoalition aufbrechen zu können und zum anderen die Schwächung der deutschen militärischen und sonstigen Kräfte infolge des „Ausscheidens“ des „Führers“, was eine Verkürzung des Krieges bedeuten musste. Die Vorstellung, Goerdeler hätte die Bündniskonstellation schaffen können, die zehn Jahre später nach dem Beginn des Kalten Krieges in Gestalt des westdeutschen Beitritts zur NATO entstand, rührte aus einer Rückprojizierung her, nicht aus nüchterner Beurteilung der internationalen Situation und der Kriegslage im Sommer 1944. Kurzum: Goerdeler ging, bei allen Unterscheidungen und Abhebungen, irgendwie und lange doch zu Lasten Stauffenbergs.

In Geschichtsschreibung und -publizistik der DDR unterlagen also Kennzeichnung, Charakter und Darstellung der Geschehnisse des 20. Juli samt ihrer Vorgeschichte einem mehrfachen Wandel. Kennzeichnungen wie „konterrevolutionärer Militärputsch“ wurden in den sechziger Jahren fallengelassen. Die Aktion der Militärs erhielt die Bewertung „patriotische Tat“, wurde als „Aktion zur Rettung der Nation“ bezeichnet. Differenzierung setzte sich durch. Die Unterscheidungskriterien umfassten die Bereitschaft zu einem Frieden an allen Fronten, die Stellung der Arbeiterklasse in den Plänen für die Zeit nach Hitler und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Kräften des kommunistischen Antifaschismus. Herausgearbeitet wurden die unterschiedlichen gesellschaftlichen Zielvorstellungen, die von einem autoritären Regime mit monarchischer Spitze über Zustände à la Weimarer Republik bis zu einem Staatswesen reichten, das es in der deutschen Geschichte bisher nicht gegeben hatte. Schließlich wurde die These vom gleichsam gesetzmäßigen Scheitern des Unternehmens als Folge der Volksferne der Akteure aufgegeben.

Was wäre, wenn?

Doch was wäre geschehen, wenn das Attentat gelungen und dann nicht allein jene Kräfte mobil geworden wären, auf welche die Verschwörer im Falle ihres Anfangserfolgs glaubten rechnen zu können, sondern auch jene Militärs und SS-Einheiten, die kriegerisch weiter machen wollten? Der Tod Hitlers allein bedeutete jedenfalls den Sieg der Verschwörer nicht. Für diesen Fall sollte sich an der Spitze des Reiches ein neues politisches und militärisches Zentrum bilden, auf dessen Besetzung sich Beck und Goerdeler vorbereitet hatten. Sie hätten dann aber augenblicklich vor der Aufgabe gestanden, den Krieg zu beenden. Dies ließ sich mit Gewissheit nicht nach ihren Vorstellungen bewerkstelligen. Es ist, wie die Dinge lagen, nicht denkbar, dass sie den Zerfall der Antihitlerkoalition zu bewirken vermochten. Und ebenso wenig war das alliierte Ziel, die bedingungslose Kapitulation

Deutschlands, aus der Welt zu schaffen. Die Siegermächte waren – anders als 1918 – entschlossen, in Deutschland die Regierungsgewalt selbst zu übernehmen. Deutsche Ambitionen kamen ihnen ungelegen, wie auch ihre ersten Reaktionen auf die Nachricht vom gescheiterten Versuch zeigten, im Reich eine neue Kräftekonstellation herzustellen.

junge Welt, Sonnabend, 19.07.2003, S. 10.

Platzverweis

Dortmund: Wehrmachtsausstellung und Diskussionsverbot

Die Geschichte ist nicht neu. Schon als die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung mit dem Titel „Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ im Jahre 1995 fertig war und auf Reisen ging, entbrannten in der Bundesrepublik in gewählten Gremien von Regionen und Städten Debatten darüber, ob sie in öffentlichen Gebäuden gezeigt werden sollte. Darin wurde das Interesse von Politikern deutlich, sich von Inhalt und Aussage der Ausstellung zu distanzieren, indem ihr gleichsam der Zutritt in öffentliche Gebäude verwehrt wurde. Man ging staatspolitisch auf Distanz. Nicht überall – München bildete 1997 eine denkwürdige Ausnahme.

Man durfte hoffen, inzwischen gehöre diese Praxis der Vergangenheit an. Immerhin hatte sich hierzulande herumgesprochen, wie blamabel es war, sich gegen eine Präsentation zu stellen, die veranschaulichte, was durch wissenschaftliche Forschungen längst hieb- und stichfest belegt war. Einer breiteren Öffentlichkeit der Bundesrepublik zu vermitteln, was den Rang historischer Wahrheit gefahrlos beanspruchen kann, war Historikern über lange Jahre nicht gelungen. Dies bis dato Unerreichte bewirkt zu haben war und bleibt gerade Verdienst der Schöpfer und Organisatoren der Wehrmachtsausstellung.

Nun also: Vorwärts in die Vergangenheit. Wo? In Dortmund, wohin die Ausstellung von Peenemünde im September 2003 wandern und im Museum für Kunst und Kulturgeschichte ihren Platz finden wird. Diesmal keine Platzverweigerung. Stattdessen ein Platzverweis für ein Begleitprogramm, das der offiziellen Ausstellungseröffnung zeitlich vorangehen sollte: eine Einführung für Lehrer, weiter eine Diskussion in einem Saal des Rathauses zum Generalthema „Der zweite Weltkrieg – eine Lektion?“ und der Frage, ob die Deutschen die ihre gelernt und gar, wie gelegentlich behauptet wird, sich dabei als Meisterschüler erwiesen hätten.

Die Hausherren erfuhren davon und schrieben einen Brief, in dem sich der Satz findet: „Nach einer interfraktionellen Absprache im Ältestenrat sollen im Rathaus zu dem Themenumfeld Wehrmachtsausstellung keine Veranstaltungen stattfinden.“ Diese, vornehm Absprache genannte, Entscheidung wurde als Verbot gehandhabt. Man hätte annehmen dürfen, dass die Lokalpolitiker das Rathaus, dessen Adresse übrigens Friedensplatz lautet, für einen angemessenen Ort hielten, dieses historisch-politische Thema im Umfeld der Wehrmachtsausstellung mit ihren interessierten Bürgern zu diskutieren.

Dortmunds Geschichte selbst bietet Anlass dazu. Das wird schon in einem einzigen, aus einem Abriss der Stadtgeschichte stammenden Satz deutlich. Formuliert ist er in einem Abriss der Vergangenheit Dortmunds, den ein rühriger und um die Erforschung und Verbreitung historischen Wissens über die Region verdienter Verein ins Internet gestellt hat. Er lautet: „Kurz vor Kriegsende erschoss die Gestapo in sechs Exekutionen zwischen dem 7. März und 9. April 1945 230 Menschen aus sieben Nationen, unter ihnen viele russische Arbeiter und Kriegsgefangene sowie Mitglieder Dortmunder Widerstandskreise.“ So knapp wird belegt, dass der Gegenstand der Ausstellung, die von Wehrmachtsverbrechen und -verbrechern im Osten und Südosten Europas berichtet, geographisch der westfälischen Stadt nicht fern liegt. Das gilt für den ganzen Krieg. Denn von den gleichen Autoren wird mitgeteilt, dass als Folge von Bombardierungen, darunter waren acht sogenannte Großangriffe, 95 Prozent des alten Stadtkerns und 59 Prozent des Wohnraums von Dortmund zerstört und 6341 Menschen getötet wurden. Von den 541.900 Einwohnern, die im Jahre 1940 registriert worden waren, lebten bei Kriegsende noch 341.000 in der Stadt, die meisten anderen waren freiwillig oder befohlen aus ihren Mauern geflohen, andere in Kriegsereignissen zugrunde gegangen.

Vor diesen Tatsachen und Zahlen nimmt sich die Verfügung über die Räumlichkeiten im Rathaus ignorant aus.

junge Welt, Donnerstag, 24.07.2003, S. 14.

„Es war einmal eine Stadt ...“

Hamburg 1943 – der „Feuersturm“ in der Literatur und die Mär von einem Tabu

In der Nacht vom 24. auf den 25. Juli 1943 begann jene Kette von Angriffen der Royal Air Force und von Verbänden der US-amerikanischen Luftflotte, die aus Hamburg binnen neun Tagen und Nächten – nachdem Monate zuvor von der deutschen Luftwaffe und in Bodenkämpfen zu Grunde gerichteten Stalingrad – den größten Trümmerhaufen jener Zeit fabrizierte. Die Zahl der in Hamburg Getöteten war ebenso wenig exakt auszumachen wie die der Verwundeten. Geschätzt, aber gesichert erscheint die Zahl von mehr als 41.000 Umgekommenen. Zu Hunderttausenden flüchteten Menschen aus der Stadt, die einen schon ohne Obdach, nahezu aller Habe beraubt, am Rande des Wahnsinns, und manche auch in ihn getrieben. Andere flohen, der nächsten todbringenden Angriffswelle gewärtig. Mit ihnen verbreitete sich im Reichsgebiet vom Bodensee bis nach Schlesien die Kunde vom – alle Vorstellungen überfordernden – unglaublichen Geschehen.

Die Geschichte der Kriege verzeichnete neue, noch kaum gekannte Gräuel wie den „Feuersturm“: eine bis dahin unbekannten Erscheinung, Ergebnis gewaltiger Brände, entfacht durch den kombinierten Abwurf von Spreng- und Brandbomben und befördert noch durch die Gluthitze jener Sommertage. Die ersten schriftlichen Berichte über die Folgen jener Operation britischer strategischer Fliegerverbände, die den Namen „Gomorrha“ erhalten hatten, verfassten lokale NSDAP-, Polizei-, Feuerwehr-, Luftschutz- und andere staatliche Dienststellen. Deren Autoren kamen bei der Darstellung dessen, was sie erlebt und gesehen hatten, mit dem nazibürokratischen Amts- und Kriegsdeutsch nicht aus. Es entstanden Schilderungen, die literarisch geübte Chronisten vermuten lassen.

Darauf verweist der Herausgeber der „Zeugnisse des Feuersturms“, Volker Hage, der in seinen Sammelband auch einen Text dieser Herkunft beispielhaft aufgenommen hat. In dem Buch dominiert freilich, was sich in Tagebucheintragungen, Briefen, Romanen, Erzählungen und Gedichten von Schriftstellern und Dichtern findet. Es entstand in den Jahren zwischen 1943 bis 2002. Das Überlieferte und Vorliegende, zum Teil und zu Recht auch längst Vergessene erzwang Auswahl. Doch widerlegt der Band auch in seiner Verkürzung die These von der Nichtachtung, welche die Literatur angeblich bis dato dem grausigen Ereignis entgegengebracht haben soll. Eine andere Frage betrifft deren über Jahrzehnte geringfügige Rezeption, eine Tatsache, deren Gründen Hage in einem weiteren Band nachgeht, in dem er die Entstehung dieser Literatur akribisch verfolgt, über ihre Autoren schreibt und von den Kontroversen berichtet, die sich über angemessene Formen der Darstellung des Infernos entzündeten.

Überraschen mag, wie rasch sich Informationen über Ausmaß und Folgen des Luftbombardements außerhalb Deutschlands verbreiteten und wie zutreffend folglich schon die ersten Urteile sein konnten. Bert Brecht notierte am 26. Juli 1943 in den USA (da war die „Operation“ noch nicht zur Hälfte beendet): „Hamburg geht unter.“ Ernst Jünger in Paris am 29. Juli 1943: „Sodom ist erreicht.“ Hermann Hesse am 16. August 1943: „Es gab einmal eine Stadt ... Die Stadt hieß Hamburg.“ Klaus Mann in einem Artikel aus dem Jahre 1943: „Das Hamburg, welches ich kannte, wird es niemals mehr geben.“ Nach Kriegsende erschienen schon 1946 Darstellungen sehr unterschiedlichen literarischen Niveaus, die teils noch im Kriege geschrieben worden waren. Szenen des Grauens kehren in ihnen immer wieder: die Flucht in Keller und Bunker, das Hereinbrechen des Lärms der Flugzeugmotoren, das Hoffen aufs Überleben, die sich ausbreitende Hitze, das Lärmen des Sturmes, der Mangel an Atemluft, das würgende Warten auf den Tod, absolute Hilflosigkeit, Verzweiflung, Lähmung, Panik, schließlich das Entkommen aus einer Welt der Leichen und der bis zur Unkenntlichkeit entstellten Materie, die einmal Straßen, Häuser, Kirchen bildete. Eine Welt, die nicht mehr verstanden wurde, für Wirklichkeit nicht mehr gehalten werden kann. Hatten die einen der Autoren erlebt, was sie beschrieben, so stützten sich Nachgeborene auf überlieferte Dokumente und Berichte der Zeitzeugen. Aus der Fülle von Publikationen, die aus Anlass des 60. Jahrestags der Zerstörung Hamburgs erscheinen, dürften beide Bände, deren Autor sich dem Gegenstand nicht zum ersten Mal zugewandt hat, einen Dauerplatz besetzen.

Volker Hage (Hrsg.): Hamburg 1943. Literarische Zeugnisse zum Feuersturm. 318 S., br., 12 Euro.

Volker Hage: Zeugen der Zerstörung. Die Literatur und der Luftkrieg. 301 S., br., 19,90 6. Beide Bücher erschienen im Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt (Main) 2003.

Neues Deutschland, Freitag, 25. Juli 2003, S. 13.

Zum Beispiel Breslau

Das verdrängte Kapitel Vertreibung

Unterstützt von der Regierung des Freistaates Bayern und mit dem Rückenwind von Medien, die um die mit diesem Thema leicht zu erreichenden Einschaltquoten wissen, forcieren die Funktionäre der Vertriebenenverbände den Druck, um angeblich offene Fragen aus der Geschichte von Krieg und Nachkrieg zu „klären“ und ihr Projekt voranzutreiben, ein Vertriebenenzentrum in Berlin einzurichten. Nicht ohne Grund glauben sie, dass ihnen im Prozess der Osterweiterung die Felle wegschwimmen könnten, auf denen sie es sich weiter bequem machen wollen. Reden und schreiben diese Politiker und Politikerinnen vom Typ Erika Steinbach, brandmarken sie Entscheidungen, Maßnahmen, Verbrechen „der Anderen“. Absichtsvoll vergessen wird dabei ein Kapitel der Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung, das zur Durcharbeitung der deutschen Geschichte gehört.

Als Standort dieses Zentrums schwebt ihnen die einstige Reichs- und jetzige Bundeshauptstadt vor. Darüber ließe sich nachdenken, waren die Deutschen doch nicht nur die „Klassiker des Faschismus“, sondern auch die der Vertreibung. Unvorstellbare Grausamkeiten haben sich bei allen Austreibungen von Minderheiten, ob der Griechen aus der Türkei nach dem Ersten oder der Polen aus den zur Ukraine geschlagenen Gebieten gegen Ende des Zweiten Weltkrieges massenhaft zugetragen. Doch kein Regime betrieb Vertreibungen mit derart weitgesteckten imperialistischen Zielen, wie es das deutsche seit der 1938 einsetzenden Expansion tat. Was Millionen Europäer erleben und erleiden mussten, war nur als Auftakt gedacht. Nach dem „Endsieg“ sollten Tschechen, die von den deutschen Eroberern nicht als „germanisierungsfähig“ eingestuft wurden, in den dann nicht mehr sowjetischen Norden Europas „abgeschoben“ werden.

Das und weiteres spräche für Berlin. Denn die Spanne der Ereignisse und Verbrechen beginnt im sogenannten „Alt-Reich“ mit der erzwungenen Flucht der Nazigegner und der ihrer Arbeitsplätze beraubten, zu Bürgern niederer Klasse erklärten Juden; sie setzt sich mit dem gleichen Vorgang im 1935 „angeschlossenen“ Saargebiet fort und sie reicht bis zur Vertreibung von Einwohnern Nordnorwegens gegen Kriegsende, damit deren Behausungen niedergebrannt oder gesprengt werden konnten, so dass die heranrückende sowjetische Armee nur eine menschenleere Eis-, Schnee- und Felslandschaft vorfinden sollte.

Gegen Berlin spricht, dass der dann naheliegende Zugriff jener Deutschen, die gerade dabei sind, ihre eigene Geschichte in Krieg und Nachkrieg auf den Nenner zu bringen: „Kein größeres Leid als das deutsche“ (mit der allenfalls zugestandenen Ausnahme, die den Massenmord an den Juden betrifft, aber das war Hitler und geschah im Kriege), befürchten lässt, es werde selbst bei Mitwirkung eines internationalen Gremiums herauskommen, was sich jene Deutschen wünschen, denen eine derartige Ausstellung zur Präsentation unbeglichener Rechnungen dienen soll. Zahlung oder Rückgabe vor Aussöhnung – das ist eine ihrer Devisen.

Nun bewerben sich Politiker, Wissenschaftler und Künstler, die im polnischen Wrocław wirken, angeführt vom Oberbürgermeister und dem Universitätsrektor, darum, ihre Stadt zum Sitz dieses Zentrums zu machen. Auch zugunsten dieses Ortes lassen sich Gründe nennen. Aus Breslau wurde die dort verbliebene Minderheit der einstigen deutschen Einwohner 1945 aufgrund der in Potsdam definitiv getroffenen Entscheidungen ausgesiedelt oder vertrieben. Ausgesiedelt: Das Wort erscheint vielen bis heute als sprachliches Instrument zur Generalbeschönigung der Ereignisse. Doch ist es das nicht. Umgekehrt: Wird auf diese Kennzeichnung verzichtet, dann wird manches Detail ausgelassen. Beispiel: Als klar war, dass aus dem Trümmerhaufen zu beiden Seiten der Oder eine polnische Stadt werden sollte, wurden die deutschen, meist sozialdemokratischen und kommunistischen Aktivisten, die nach dem Ende der Kämpfe – nicht anders als westwärts von Oder und Görlitzer Neiße – eine antifaschistische Stadtverwaltung zu bilden begonnen hatten, im Juli 1945 zu einem Treck zusammengestellt, der, von sowjetischem Militär begleitet und so vor Übergriffen und Raub durch Polen geschützt, sich auf den Fußmarsch nach Görlitz machen konnte. Allein dies ließe schon über den Namen eines Zentrums nachdenken, in dem vielschichtige Vorgänge des 20. Jahrhunderts erforscht und dargestellt werden sollten.

Jedenfalls wäre Breslau/Wrocław eine Stadt, bei weitem nicht die einzige europäische, in deren Geschichte sich Aussiedlungen, Flucht und Vertreibungen und deren Folgen verknüpfen und auch zeitlich überlappen. Wenig nimmt hingegen für den Vorschlag ein, dass die polnischen Anbieter ein intellektuell schmales, wenig anspruchsvolles Ziel des Unternehmens markiert haben: Das Zentrum, heißt es in der Offerte, „kann künftigen Generationen das Unglück deutlich machen, das der Hass mit sich trägt“. Das ist ebenso wahr wie wolkig und verweist auf eine Art moralischer Anstalt, während von Interessen gehandelt werden müsste, die Vertreibungen hervorbringen und die, damit sie durchgesetzt werden können, an Schreibtischen und vor Ort Täter und Mittäter brauchen, die durch die Verbreitung rassistisch und nationalistisch geprägten Hasses in Bewegung gesetzt werden. Der Vorschlag, Wrocław, das einstige Breslau, zu favorisieren, hat es aber noch aus einem anderen Aspekt in sich. Von ihm soll im Folgenden die Rede sein.

Lange vor Potsdam

Die Vertreibung Millionen Deutscher begann nicht mit Entschlüssen der Alliierten, nicht mit Dekreten und Weisungen, die in Warschau, Prag und Budapest oder wo immer entstanden. Sie begann gegen Ende des Krieges aufgrund und als Folge von Befehlen von Wehrmachtsoffizieren, Festungskommandanten und regionalen und lokalen Naziführern. Der Vorgang ist längst mit dem Etikett „Rettung vor dem Bolschewismus“ versehen und vernebelt worden und dient dazu, der Wehrmacht und namentlich den in der Ostsee operierenden Einheiten der Kriegsmarine die Gloriole des Retters zu winden, auch wenn bei deren Unternehmungen schon Tausende Zivilisten in den winterlich-eisigen Fluten umkamen. Die Tragödien wurden in sogenannten Dokumentationen des Fernsehens bereits dargestellt und vermarktet. Abendfüllende Spielfilme über den Untergang der „Wilhelm Gustloff“ sind in Arbeit. Damit ist gesagt, dass das Interesse und die Anstrengungen, die Legende am Leben zu erhalten, groß und sehr verbreitet waren und sind.

Jenseits der Oder und Neiße waren weite Teile des deutschen Ostens bereits entvölkert, bevor der letzte Schuss des Zweiten Weltkrieges in Europa fiel. Die Bevölkerung hatte sich auf Trecks begeben, die Älteren in Gefährten, die noch mit Diesel oder Benzin getrieben vorankamen, Kräftigere auf von Vieh gezogenen Fuhrwerken. Sie alle waren den Weisungen gefolgt, die ihnen Naziautoritäten in Zivil oder Unform gegeben hatten. Bei eisigen Januartemperaturen zogen sie westwärts ins Ungewisse, ihre Habe, nicht selten das Werk eines ganzen Lebens zurücklassend.

Breslau ist die schlesische Metropole und einwohnerstärkste Stadt des damals deutschen Ostens, das Zentrum jener einst „Reichsluftschutzkeller“ genannten Region. In ihr lebten erheblich mehr als eine halbe Million Menschen. Als die Meldungen vom Herannahen der sowjetischen Armee sich verdichteten und deutlich wurde, dass es zwischen Weichsel und Oder gegen sie kein Halt mehr gab, erschienen die Zellen- und Blockleiter der Nazipartei vor den Türen der Einwohner, um sie energisch aufzufordern, die Stadt zu verlassen, auf welchem Wege auch immer. Ältere Frauen, jeglicher Strapaze entwöhnt, schnallten sich einen Koffer mit dem Notwendigsten auf einen Schlitten und zogen los. Andere drängten zu den Bahnhöfen. Dritte fanden Lastautos, auf die sie sich hocken konnten. Sie alle befolgten die ihnen von den Ausgesandten übermittelten Befehle der Machthabenden und die Weisungen in den von Zeitungen und an Litfaßsäulen verbreiteten Aufrufen. Nur eine Minderheit blieb in der Stadt, die wenigsten aus freien Stücken. Wer „volkssturmpflichtig“ war, riskierte Kugel oder Strick, wenn er sich entfernte. Wer Pflegedürftige und nicht Transportfähige zu betreuen hatte, stand vor keiner Wahl. Auch wessen Arbeit als weiterhin kriegswichtig galt, konnte sich der Mehrheit nicht anschließen.

Es kommt denen, die über dieses Kapitel der Vertreibung schweigen wollen, mehrerlei entgegen. Zum einen wurde dieser Aufbruch, die Flucht vor der herannahenden Front und einer Streitmacht, deren Angehörige nicht ohne Hassgefühle, nicht ohne Revanche- und Rachelust gedacht werden konnte, nicht als Vertreibung empfunden. Zum anderen steht er bis heute als der unwillkommene Beweis dafür, dass die übergroße Mehrheit der Deutschen bis in die letzte Kriegsphase tat, was Nazifunktionäre und Wehrmachtsbefehlshaber von ihnen verlangten; nicht willens oder eher nicht fähig, sich zu fragen, warum und mit welchen Folgen sie dirigiert wurden und sich dirigieren ließen. Denn

denen ging es doch nicht um Errettung von Menschenleben. Wäre es ihnen darum zu tun gewesen, hätten sie den Krieg längst beenden müssen. Worum aber dann?

Um das Weiterfunktionieren ihrer Kriegsmaschinerie, um die Fortsetzung des verzweifelten Versuchs, abzuwenden, was nicht abzuwenden war – die bedingungslose Kapitulation. Zwei Kalküle, die schon in früheren Kriegen eine Rolle gespielt hatten, leiteten die Befehlenden. Zunächst war da das Wissen, dass sich der Krieg im eigenen Lande schwerer fortsetzen lassen würde, wenn er in bewohnten Ortschaften und Städten – gleichsam zwischen Frauen und Kindern – geführt werden musste. Das schuf nicht nur für die eigenen Soldaten eine andere psychische Situation, es erforderte unumgängliche praktische Rücksichtnahmen. Ein Bauernhaus, verlassen, ließ sich mit einer Artilleriegranate zertrümmern, wenn es auf irgendeine Weise im Wege stand, ein Vorratslager, aus dem die Eigenen nicht mehr versorgt werden mussten, konnte, wie in Feindesland massenhaft geschehen, in die Luft gesprengt werden. In von Menschen entleerten Gegenden konnten sich die totalen Krieger ebenso verhalten wie in Polen und Weißrussland oder wo immer.

Waren Rückzug oder Flucht unvermeidlich, gerieten die gegnerischen Truppen auf menschenleeres Gebiet und das war zu ihrem Nachteil. Ortskundige Hilfskräfte standen ihnen dann nicht zur Verfügung. Der Aufbau der eigenen Logistik zur Weiterführung der Kämpfe war erschwert, selbst dann, wenn sie nicht auf ein Terrain gelangten, das als „verbrannte Erde“ bezeichnet werden konnte. Den Feind also möglichst nur in ihm fremdes, gespenstisch anmutendes Gebiet vordringen zu lassen, hatte in der Geschichte der Kriege Tradition und war beileibe keine originelle Praxis. Jedoch ließ sich diese Vorgehensweise auch nicht übertreiben und in Städten nicht vollständig praktizieren, namentlich nicht, wenn sie zu „Festungen“ erklärt wurden.

Die „Rettung“ hatte Grenzen

Das erfuhr jene Minderheit von Breslauer, die bis in die letzten Januar- und ersten Februartage ausgehalten und die Nazibefehle nicht befolgt hatte. Der Druck, die Stadt zu verlassen, ließ nach. Ohne einen verbleibenden Rest an Zivilbevölkerung war das wahnwitzige und tatsächlich dann gelungene Vorhaben nicht ins Werk zu setzen, die Stadt zu „verteidigen“. Wer arbeiten konnte, wurden zum Bau von Barrikaden gebraucht. Wer, wie alt auch immer, für militärische Verwendung tauglich schien, wurde zum Melder eines sich zu einem „Kommandanten“ aufschwingenden NSDAP-Ortsgruppenleiters gemacht oder zum Adjutanten irgendeines anderen kriegerischen Gernegroß und gelangte in die Kategorie derer, denen Lebensmittelkarten, eine unerlässliche Bedingung für das Verbleiben, zugebilligt wurde. Gleiches galt für das unentbehrliche Personal von Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken, von Lazaretten und Krankenhäusern, die sich, wenn die Kämpfe erst entbrannten, auf einen Massenansturm einzurichten hatte. Zehntausende Soldaten in den in die Stadt hineingezogenen Wehrmachtseinheiten konnten nicht funktionieren ohne Hilfskräfte verschiedenster Art. Die „Rettung“ hatte Grenzen.

Mit der gelungenen Austreibung der Mehrheit der Breslauer war nicht zuletzt eine weitere wesentliche Bedingung für die Fortführung der Kämpfe entstanden. Mehr als eine halbe Million Menschen in einer eingeschlossenen Stadt, das hätte das raschere Ende der „Festung“ allein deswegen bedeutet, weil die Ernährung der Verbliebenen nicht über Monate zu sichern gewesen wäre. So aber konnten die Durchhaltebefehle von noch immer gesättigten Kämpfern und ihren nun deutschen Hiwis befolgt werden. Es dauerte bis in die ersten Maitage, bis die letzten deutschen Einheiten der „Festung Breslau“ kapitulierten. Da waren es noch Tage bis zur Unterzeichnung der Gesamtkapitulation in Karlshorst. Die im Januar noch nahezu unzerstörte Stadt hatte sich in einen der größten Trümmerhaufen Europas verwandelt.

Das führt zur Charakterisierung der unmittelbaren Folge der Botmäßigkeit und des Befehlsgehorsams der Breslauer und der Millionen Deutschen ostwärts der Oder. Dass sie – gewiss im Glauben an Alternativlosigkeit, in Angst vor den Siegern, den Bolschewisten-Schreck in sich – nicht blieben, wo sie waren, sondern sich auf Straßen und Schienenwege treiben ließen, was die einen in das Bombeninferno Dresdens führte, andere, die nicht rasch genug flohen, in Gefechten und zwischen den Fronten zugrunde gehen ließ, verlängerte den Krieg. Dass sie, in ihren angestammten Behausungen ver-

bleibend, dort den deutschen Soldaten nicht zuriefen „Macht endlich Schluss jetzt“, war von gleicher Wirkung. So wenig sich über ungeschehene Geschichte sagen lässt: Das Ende des Krieges vor oder an den Grenzen des Reiches, der Einzug der Streitkräfte der Sieger, ohne dass sie sich jeden Meter erkämpfen und tagaus, tagein Kameraden begraben mussten, ohne dass sie selbst, das Ziel ihrer Strapazen und das Ende ihrer Leiden greifbar nahe (vor sich sehend), jede Stunde um das eigene Leben zu bangen hatten – das würde auch für viele Deutsche eine andere Endsituation des von ihnen verursachten Zweiten Weltkrieges geschaffen haben. Von dieser Alternative wird nicht geredet, über sie kaum geschrieben. Sie mag als ein schöner „historischer“ Traum erscheinen.

Das Vergangene zu durchdenken, führt auch zu der Frage, was die Deutschen denn gleichsam an sich selbst verbrochen haben. Ich bewerbe mich, sollte es zur Schaffung des gedachten, in seiner Funktion umstrittenen, einen angemessenen Namen noch suchenden Zentrums wirklich kommen, um die Anfertigung des Konzepts für die Ausgestaltung des Großraumes „Der Beginn der Austreibung der Breslauer aus ihrer Stadt durch Wehrmachtsbefehlshaber und Nazifunktionäre zum Zwecke der Fortsetzung des Krieges“. Dort wird zu zeigen sein, dass und wie die erste Flucht (aus Kriegsangst und „Russenfurcht“) und Vertreibung (nach deutschen Befehlen) der zweiten Vertreibung (nach alliierten Entscheidungen, polnischen Weisungen und praktisch massenhaft wieder deren Intentionen und Inhalt) vorarbeitete.

Gekürzt abgedruckt in: Antifa-Nachrichten, Hrsg. VVN-Bund der Antifaschisten Baden- Württemberg, 4/2003, S. 17 f.

junge Welt, Montag, 05.08.2003, S. 10.

Täterland unter

Neudeutsche Opferkolonnen: Eine Debatte, die auch in Peenemünde ausgestanden werden muss

Historisch-politische Diskussionen haben während der 90er Jahre im öffentlichen Bewusstsein eine deutliche Blickkorrektur auf die Jahre der Naziherrschaft Deutschlands und der deutschen Rolle im Zweiten Weltkrieg gebracht. Unabweisbar wurde, dass die Kolonne der aus dem Reich stammenden Militär- und Zivilpersonen, die an Kriegs- und anderen Verbrechen beteiligt gewesen war, viel länger zu denken ist, als viele bis dahin angenommen hatten. Es schien damit jener „Notausgang“ blockiert, den Politiker und Historiker bald nach Kriegsende sich und den Deutschen geöffnet hatten und durch den sich Fragen entkommen ließ, die ihnen nun gestellt wurden.

Ein Regierungspräsident in Wiesbaden sprach, kaum hatte er 1945 seinen Platz eingenommen, seine Landsleute als Opfer an, die der Verbrecher Hitler, sich selbst aus der Verantwortung stehlend, im Elend gelassen habe. Das kam an. Historiker tauchten die eben verflossenen Jahre in irrationales Dunkel. Statt sich den Tatsachen zu stellen, die in Nürnberg gerichtsnotorisch gemacht worden waren, errichteten sie begriffliche Nebelwände: „Rätsel“, „Irrweg“, „Zufall“, „Drama“, „Tragödie“ „Schicksal“, „Kräfte der Tiefe“. Wenn Hitler nicht gänzlich aus der deutschen Geschichte exportiert wurde („der Österreicher“, „der Fremdling“), erschien er als der Oberverbrecher, dem eine kleine Gang von Unholden half. Diese dort – hier das deutsche Volk. Eine „Verbrecherbande“ hatte es „gewissermaßen in Geiselhaft genommen“, gelungen seien „Überrumpelungen eines ganzen hochstehenden Volkes“ usw.

Ein halbes Jahrhundert später wurde in der Geschichtswissenschaft der Begriff „Täterforschung“ geläufig. Die sie treiben, sind nicht am Ende. Doch die Gegenbewegung hat sich formiert. Die hinter der Losung „Opa war in Ordnung“ bilden nicht ihren Haupttrupp. Einfluss- und aussichtsreich stellt sich ein doppelter revisionistischer Vorstoß dar. Der eine verlängert die Täterreihe und sucht in ihr auch die Deutschen – sagen wir – unterzubringen. Der andere richtet sich darauf, die Grenze zwischen Tätern und Opfern bis zur Unkenntlichkeit zu verwischen.

Die Reihe verbrecherischer Täter wurde kürzlich vor allem mit dem Hinweis auf den „Bombenkrieg“ ergänzt: Winston Churchill, obendrein von den Briten eben zum Größten ihrer Geschichte gekürt; Arthur Harris, dem in London vor Jahren schon in Anwesenheit der Queen ein Denkmal gewidmet worden war usw. Die Besatzungen in den „Terrorbombern“ werden als Mörder deutscher Frauen und Kinder vorgeführt, die im Verlauf einer fraglos barbarischen Kriegführung umkamen. Gewiss, wird zumeist eingeräumt, die deutsche Luftwaffe hatte diese Praxis eingeführt. Als angemessene Reaktion könne das Bombardement auf Lübeck, Rostock, Hamburg, Dresden, Swinemünde usw. jedoch nicht gewertet werden. Mithin: Eine internationale Täterschaft von Guernica bis Potsdam. Die Betrachtung steuert, haben wir erst das Zentrum zur Erforschung und Darstellung von Vertreibungen, auf ein Tätermuseum zu. Was in jenem den anderen an Platz nur begrenzt eingeräumt werden soll, werden sie in diesem großzügig erhalten.

Zudem wird das Interesse ganz auf die technischen Instrumente der Kriegführung gerichtet und von Fragen nach Ursachen des Krieges und Zielen der Kriegführenden weggelenkt. (Das bringt zusätzlich Vorteil. Es gewöhnt daran, gegenwärtige Debatten allenfalls darauf zu konzentrieren, welche Bombe „sauber“ und welches Tötungsmittel abzulehnen sei.) Kurzum: Die deutschen Zeitgenossen des Weltkrieges werden aus einer Täter- in eine Opferkolonne umformiert. Für diese wird in der größeren Marschordnung der zweite Platz beansprucht und nur den Juden noch Vortritt gelassen.

Mehr Aufmerksamkeit verlangt die zweite „Neuerung“. Dass Einzelpersonen und Personengruppen, die sich an Verbrechen beteiligt hatten, später auch zu Opfern geworden sind, dafür bieten Geschichte wie Alltag massenhaft Beweise. Diese Erfahrung wird gegenwärtig im Hinblick auf Faschismus und Zweiten Weltkrieg generalisiert. „Niemand kann die Grenze zwischen Tätern und Opfern ziehen“, schreibt der Rezensent eines Buches über die Stalingrader Schlacht in der Süddeutschen Zeitung vom 23. Juni. Diese Behauptung kehrt derzeit in vielerlei Veröffentlichungen wortreich wieder: Niemand

könne sicher sein, sich auf der richtigen Seite zu befinden. Oder: Kriege verstricken die Kriegsführenden unentrinnbar in Schuld. Oder: Es gibt kein Täter- und kein Opferland. Und: In einem jüngst erschienenen Band, dessen Autoren die beiden Weltkriege vergleichen, ist von „Grenzauflösungen zwischen Tätern und Opfern“ die Rede, die in den Blick geraten würden, nähme man nur den Krieg richtig wahr.

Ein „Notausgang“ ist wieder freigelegt. Zeitgerecht gestaltet. Fakten nicht auslassend. Aber dem vorigen doch wesensgleich. So geht es eben in der Weltgeschichte zu: rätselhaft, dramatisch, tragisch, schicksalhaft. Und wir sind allesamt hilflos dunklen Mächten ausgeliefert, die uns mal zu Tätern, mal zu Opfern machen. Das Thema ist angeschlagen und wird ausgestanden werden müssen. Der Entscheid derer, die, um ihre Unversehrtheit fürchtend, eine Diskussion in Peenemünde absagten, verlangt Respekt (siehe jW vom Mittwoch, S. 15). Doch dass dies der falsche Ort sei und sich dort mit Besuchern der Wehrmachtsausstellung – auch den mit Kombitickets Angereisten – über Täter und Opfer mit Nutzen nicht diskutieren ließe, bestätigen meine Erfahrungen nicht.

junge Welt, Sonnabend, 16.08.2003, S. 13.

Ohne Geschrei

Von Demagogen und Pädagogen: Was man am Jahrestag des Überfalls auf Polen wissen sollte

Es vergeht kaum ein Tag, an dem uns die Presse von FAZ bis taz nicht mitteilt, wer im benachbarten Polen für die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen eintritt, wer es in Wrocław, Görlitz oder Berlin errichten möchte und wer sich dafür ausgesprochen hat, die ganze Idee aufzugeben, weil sie nur Streit und Unfrieden zu stiften in der Lage sei. Diese Berichterstattung, die neben der Frage des Ob oder Ob-Nicht nur die des Standortes aufwirft und sich sonst dumm stellt, vermittelt den Eindruck, das Wohl und Wehe der deutsch-polnischen Nachbarschaft hänge an diesem von Steinbach und Co. inszenierten Projekt. Dabei gibt es diesseits wie jenseits der Oder und Neiße einige Leute, die ohne Geschrei, mit weniger Geld, aber einem Mehr an Verstand seit langem beharrlich daran arbeiten, Vorurteile zu überwinden. So auch geschehen im Jahre 2001 in Paderborn, wo sich vornehmlich Erziehungswissenschaftler der beiden Staaten trafen. In „Vom Erinnern zum Verstehen“ kann nachgelesen werden, was sie an Erfahrungen und Vorschlägen zu bieten hatten. Mehr Wissen, so die Überzeugung der Beteiligten, sei Voraussetzung von Verständigung.

Im Zentrum des durch weitere Beiträge angereicherten und von Wolfgang Keim herausgegebenen Bandes stehen, dem Anliegen der ganzen Reihe gemäß, Beiträge zu „Kindern als Opfer von Rassismus und Völkerhass“. Umfassend können sich Lehrer informieren über polnische Jugendliche als Zwangsarbeiter in Deutschland; das Elend der Kinder im Warschauer Ghetto; Ostarbeiterinnen und deren Kinder; das Schicksal jener polnischen Kinder, die nach 1939 in der UdSSR lebten; das geheime Schulwesen im okkupierten Polen. Zu den verarbeiteten Erfahrungen gehören die aus dem „NS-Dokumentationszentrum“ in Köln. Der Band enthält darüber hinaus eine Abhandlung über das Polenbild der westdeutschen Kinder- und Jugendliteratur seit Ende des Zweiten Weltkrieges.

Am Schluss wird ein Projekt vorgestellt, das in Form eines Wettbewerbs Deutsche und Polen, die seinerzeit zwischen fünf und 25 Jahre alt waren, aufrief, sich an die Zeit ihrer Vertreibungen zu erinnern. Aus den entstandenen Arbeiten wurden 43 ausgewählt und (nach jeweiliger Übersetzung) in einer deutsch- und einer Polnisch-sprachigen Ausgabe publiziert.

Was dem Band gegenüber skeptisch stimmt, sind nicht die in ihm geschilderten, bedrückenden Erinnerungen und leidvollen Erfahrungen, sondern das damit einhergehende Bekenntnis einer Initiatorin, es sei der Absicht des Unternehmens zuwidergelaufen, „nach den Unterschieden zu fragen, sie aufzulisten und abzuwägen“. Das wäre lange genug geschehen. Es bleibt dann doch zu fragen, ob das nicht vor der Geburt der Schüler gewesen ist, mit denen über die Ereignisse gesprochen werden soll. Hier wird die Forderung des Herausgebers nach Grundinformationen faktisch für überflüssig erklärt. Dazu passt, dass ein polnischer Autor, der Erinnerungen der veröffentlichten Art verglichen hat, zu dem Ergebnis kam, dass die polnischen oft „größere politische und geographische Kontexte“ aufgreifen würden als die deutschen.

Der Band bietet auch Überblicke über die Entwicklung der staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. Da hapert es an Grundinformationen erheblich. Etwas widerwillig, ohne jede Wertung, unter Weglassung der Namen beteiligter Politiker, ohne Verweis darauf, was es in der wirtschaftlichen Situation 1950 bedeutete, die Oder-Neiße-Grenze als definitiv anzuerkennen, wird das Görlitzer Abkommen erwähnt. Dass von den schwierigen, aber keineswegs ergebnislosen Versuchen zu DDR-Zeit, persönliche Beziehungen zwischen den Bürgern beider Staaten zu begünstigen (Schüleraustausch), nichts geschrieben wird, verwundert dann schon so wenig wie der Umstand, dass das Polenbild in der „schönen“ Literatur des ostdeutschen Staates ignoriert ist. Der Wissenschaft ergeht es nicht anders. In der DDR scheint es eine Historiographie der deutsch-polnischen Geschichte nicht gegeben zu haben. Felix-Heinrich Gentzens frühes Verdienst wird ebenso wie das Eva Seebers missachtet, die zur Geschichte der polnischen Zwangsarbeiter in Deutschland forschte. Auch Werner Röhrs Polen-Band, erschienen zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls in der Dokumentenedition „Europa unterm Hakenkreuz“, findet sich in keinem Literaturverweis.

Im Vorwort wird konstatiert, dass für die Verständigung zwischen Deutschen und Polen noch nie so günstige Bedingungen existiert hätten wie jetzt. Die sind offenkundig für eine angemessene „innerdeutsche“ Verständigung nicht in Sicht.

Wolfgang Keim (Hrsg.): Vom Erinnern zum Verstehen – Pädagogische Perspektiven deutsch-polnischer Verständigung. Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 2003, 540 Seiten, 79,00 Euro (Studien zur Bildungsreform, 42)

junge Welt, Montag, 01.09.2003, S. 12.

Immer wieder Ärger mit der DDR-Geschichte

Dass die Partei der demokratischen Sozialisten in die Wirklichkeit der Bundesrepublik jüngst viel hineingewirkt hat, behauptet niemand. Bescheiden urteilt auch ihr neu angetretener Bundesvorstand. Dessen Aspiranten hatten, bevor sie noch gewählt waren, versprochen, die Partei in die Politik zurückzuführen, aus der sie sich – dieser Sicht zufolge – vordem verabschiedet hatte. Einspruch gegen dieses Bild erhob dieser Tage *Die Welt*: Jedenfalls für Berlin treffe es nicht zu. Dort habe sich die PDS permanent sabotierend betätigt. Wo? Im Schulwesen der Stadt und besonders im Unterrichtsfach Geschichte. Ihrer Senatsbeteiligung wird angelastet, dass Schüler, namentlich in den Ostbezirken, so die Gewährsperson der Zeitung, „keinerlei Vorstellung davon haben, was eine Diktatur ist". Sie wüssten „wenig über die DDR", ja, ihr Wissen vom untergegangenen Staat tendiere „gen Null", gehe gar mit „Verklärung pur" einher. Gegenmaßnahmen seien von einer Regierung nicht zu erwarten, in der eben die „PDS sitzt".

Übergehen wir, dass diese Darstellung dem Diepgen-Senat der großen Koalition, der rund ein Jahrzehnt Zeit hatte, an den Schulen Ordnung zu schaffen, die schlechteste Note ausstellt. Sofern man nicht unterstellt, dass es den demokratischen Sozialisten gelungen sei, zunichte zu machen, was löblich begonnen wurde. So weit geht die verleumderische Attacke denn doch nicht, aber sie geht schon weit genug. Denn was hat die PDS in der Bundeshauptstadt nicht alles für die Verbreitung eines Geschichtsbildes getan, das beim Rückblick in die DDR Gruseln erweckt. Da war der Kotau beim Eintritt in den Senat. Dann die volksgemeinschaftliche Erklärung aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien anlässlich des 17. Juni. Jüngst die Reden des amtierenden Regierenden Wolf zum Jahrestag des Attentats auf Hitler. Das lässt sich in jedem Geschichtsunterricht verwenden, in dem der Leichnam DDR zum Nachtreten freigegeben wird.

Jedoch, so wieder *Die Welt*, greife zu kurz, wer das Dilemma mit der DDR-Vergangenheit auf die Schule beschränke. Verklärung greife insgesamt um sich und die Tendenz, „die SED-Diktatur zu verharmlosen". Es vollziehe sich eine „Boulevardisierung der DDR-Geschichte". Was mag gemeint sein? Dass die Geschichte der Untergegangenen nun auf breiten Straßen gelehrt, dort gar auf Bühnen vertont von Spielleuten dargeboten wird? Dass Erinnerung auf die Errichtung der breiten Straßen im einstigen Berlin-Ost reduziert werden soll, auf den Bau der Karl-Marx-, ehem. Stalinallee und den der Leipziger Straße, bevor deren Rückbau begonnen und dieser Boulevard verschwunden sein wird? Oder sollen nur Anwohner von Boulevards noch etwas über die DDR-Geschichte erfahren?

Gemach. Charakterisiert wird ein Vorgang, der abzusehen war: Die Geschichte der Ostdeutschen ließ sich auf Dauer nicht in dem Bezirk halten, der mit den Begriffen Stasi, Repression, Mauer, Todesschützen, Mielke eingepflockt worden war. Das erwies sich als unmöglich trotz des Aufwandes, der dafür getrieben wurde und nach wie vor getrieben wird. Die diesen Bezirk verteidigen und Grenzüberschreitungen verhindern wollen, sehen sich bedrängt und beginnen zu lavieren. Sie geben, wieder *Die Welt*, nun vor, zuzustimmen, wenn „mit 13-jähriger Verspätung auch der Alltag der DDR Einzug hält in unsere Betrachtungen".

Fehl geht, wer meint, dass da unter Alltag verstanden wird, was von Historikern und auch von Laien so genannt wird: also zunächst der Arbeitsalltag, der doch von Montag bis Freitag mindestens die Hälfte der Zeit ausfüllte, die die Masse der DDR-Bürger wach verbrachte. Würde davon gehandelt, gelangt man zu den Bedingungen, unter denen Arbeiter und Angestellte in Betrieben ihren Lebensunterhalt verdienten, zur Abwesenheit der Furcht vor Arbeitslosigkeit, zu Rechten von Direktoren, Gewerkschaftsfunktionären und Meistern, und deren Grenzen, zur Existenz von Betriebspolikliniken, -kindergärten, -büchereien, -konfliktkommissionen und weiterem.

Alltag meint hier anderes: Keine Westreisen, keine Bananen, kein „Big Brother", keine *Bild*zeitung, kein Mallorca. Kurzum: Eingesperrtsein, Langeweile, Öde ringsum. Jeder Glücksmoment den Machthabern abgetrotzt. Aber derzeit, warnt *Die Welt*, bestehe die Gefahr, dass Fernsehen und Film dem Volke nicht diese, sondern andere Bilder vorführen, wonach „die DDR ein einziges fröhliches Schunkeln war". Dies beweise der Film „Good bye Lenin!", der, wie es entwaffnend offen heißt, „keinem hilft".

Keine Hoffnung? Doch. Die eben generalstabsmäßig inszeniert Kampagne anlässlich des Jahrestages des 17. Juni gebe die „Aufarbeitung“ von DDR-Geschichte beispielhaft. Sie stehe „wie ein Leuchtturm in der Brandung“. Gut. Pfarrer Eppelmann nun noch in der Rolle des Leuchtturmwärters. Wer aber gibt die Brandung? Dunkle Mächte? Filmemacher? Fernsehredakteure? Popkünstler? Ostberliner Lehrer? Junge Burschen, die sich aus Gaudi provokatorisch das FDJ-Hemd überstreifen? Die Veranstalter der Ausstellung „Kunst in der DDR“ in der Nationalgalerie? Die PDS jedenfalls nicht.

Das 1990 verordnete DDR-Bild wird nicht mehr nur von jenen in Zweifel gezogen, die es vom Zeitpunkt seiner Darbietung an für eine Zwecklüge hielten. Andere leitet die Erfahrung, dass das Schreckensbild unglaubwürdig blieb. Das lässt sie zu Teilkorrekturen greifen. Was die entstandene Bewegung zeitigen wird, ist unentschieden. Von dem Zeitpunkt, da die Geschichte des ostdeutschen Staates nach Prinzipien erforscht werden wird, die im Reich der Clio weithin gelten, sind wir entgegen mancher zu vernehmender froher Botschaft nach wie vor ziemlich entfernt.

Das von Kurt Pätzold zitierte Interview mit Freya Klier erschien am 13. August in der *Welt*.

Ossietzky, Nr. 18/6. Jg., 6. September 2003, S. 637-639.

Septembertag: Gedenken und Nachdenken

Da diese Zeilen in der Augustmitte 2003 geschrieben werden, lassen sich in Zeitungen drei Meldungen lesen, zwischen denen ein, wenn auch von Redaktionen nicht ausdrücklich hergestellter Zusammenhang besteht. Die erste lautet: Das Bundesverfassungsgericht habe entschieden, dass der im oberfränkischen Wunsiedel angemeldete Rudolf-Heß-Gedenkmarsch, den zuvor zuständige bayerische Gerichte untersagt hatten, doch stattfinden dürfe. Die Veranstaltung hat auf diese Weise gleichsam die höheren verfassungsgerechten Weihen erhalten. Erstmals. Im Jahre zuvor durften die Verehrer des Stellvertreters des Führers marschieren, weil ihnen das Richter des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes doch gestatteten, nachdem lokale Stellen ein Verbot erlassen hatten. Diesmal kommt der richterliche Segen aus Karlsruhe, eine noblere Adresse gibt es hierzulande nicht.

Die zweite Nachricht besagt, dass ein sozialdemokratischer (bisheriger) Nobody in Mecklenburg-Vorpommern dadurch von sich reden machte, dass er die Zulassung des Verkaufs von Hitlers Buch „Mein Kampf“ in deutschen Buchhandlungen mit der Begründung verlangt habe, Deutschland brauche nicht länger hinter den USA und Israel zurückstehen und der Unsinn sei ohnehin ungefährlich. Von allen juristischen Artikeln und Paragraphen abgesehen, rechtfertigten sich der Entscheid über die Aufmarschgenehmigung wie dieser Vorschlag politisch mit der Behauptung, die Masse der Deutschen hätte ihre Geschichtslektion längst gelernt und weder diese Marschierer noch dieses eine Buch könnten die festgegründete Demokratie der Bundesrepublik gefährden.

Die dritte Kunde ist von anderer Natur: Ein Hamburger Publizist, der gemeinsam mit einem Bürger Israels im Begleitprogramm zur sogenannten Wehrmachtsausstellung, die derzeit in Peenemünde im Areal des dortigen Museums gezeigt wird, eine öffentliche Diskussion bestreiten wollte, habe sein Kommen abgesagt. Aus der umfangreichen Liste von Begründungen für diesen Schritt stechen zwei Thesen hervor. Die eine bestreitet, dass das Museum in seinem gegenwärtigen Zustand und darüber hinaus auch in seiner generellen Funktion der rechte Ort sei, an dem sich über die Verbrechen der Wehrmacht und die damit aufgeworfenen Fragen über Ursachen und Folgen sprechen ließe. Die andere behauptet eine weitgehende Eintracht eines erheblichen Teils von Usedomer Einwohnern mit den Nazijüngern, die neuerdings unter der – deutschen dumpfen Familiensinn – mobilisierenden Parole demonstrieren, „Opa“ sei in Ordnung und keinesfalls ein Untäter gewesen. Diese Absage lässt eine andere Sicht auf die Wirklichkeit der Bundesrepublik erkennen als die der Karlsruher Juristen und des nordostdeutschen Sozialdemokraten. Die eine erscheint mir so falsch wie die andere. Beide bieten Bilder, die keinen Analysewert besitzen, sondern einzig der Rechtfertigung eigener Standpunkte dienen.

Heß: Wie würden deutsche Richter entscheiden, wenn eine Gruppe von Bürgern beantragen würde, sie wolle in einer deutschen Stadt für einen Mann demonstrieren, der zum Massenmord an Kindern aufgerufen, ihn angedroht und ihn gerechtfertigt habe? Das ist, um nur eine Episode aus dem verbrechenbeladenen Leben des Hitler-Gefolgsmannes zu erwähnen, exakt der Heß-Fall. Als er sich 1941 auf eigene Faust in das Land des Kriegsgegners begeben hatte, glaubte er seinem Gegenüber während einer Vernehmung drohen zu können, die deutsche Luftwaffe werde, wenn Großbritannien nicht kapituliere, mit einer Wucht über Frauen und Kinder des Inselreiches herfallen, vor der das bis dahin in London, Coventry und weiteren Städten schon Angerichtete nur ein Vorspiel gewesen sei. Das hätte die deutsche Führung auch wahrgemacht, wenn sie die Mittel dazu besessen hätte. Nur war die Luftwaffe „im Osten“ gebunden und blieb es. Ein Jahr später drehten die Briten gleichsam den Spieß um. Von den deutschen Plänen, zu denen der Bau von Bombern gehörte, die New York erreichen sollten, ist in der gegenwärtigen Debatte über den „Bombenkrieg“ wenig zu lesen und zu hören. Die Deutschen erscheinen als eine lange und – ob NSDAP-Kreisleiter oder Kleinstkind – ununterscheidbare Mitleid erregende Opferkolonne.

In der Wissenschaft ist begrifflich hochgestochen und gehörig unverständlich von „Selbstvictimisierung“ die Rede. Das meint: das unbestrittene Opfersein von Millionen wurde als das Schuldschild vor dem voraufgegangenen Tätersein aufgebaut. Und die Verwandlung in Opfer gilt obendrein als ein Teil der Sühne. Deutsche tote Soldaten und Zivilisten erscheinen als Sühneopfer. Diese Bilder

stehen nicht dafür, dass die Lektion gelernt worden ist. Sie verweisen vielmehr auf das erneute Errichten von „Notausgängen“, wovon schon Eugen Kogon schrieb. Sie sollen die Flucht vor der eigenen Geschichte ermöglichen, sobald unwillkommene Fragen gestellt werden.

„Mein Kampf“: Die Reduzierung dieses Buches auf Unsinn, der heute wirkungslos sei, ist ebenso ignorant wie dumm. Dieses Buch ist ein Lehrbuch des Rassismus und des Antisemitismus. Sein Autor verfocht die skrupelloseste Weltmachtpolitik, die dann auch umgesetzte Praxis eingeschlossen, nahen und fernen Nachbarvölkern Lebensrechte zuzubilligen oder zu entziehen. Der Versuch, diese Politik zum Endsieg zu führen, ist schließlich gescheitert, jedoch erst durch den Einsatz von Menschen vieler Nationen, die im Krieg gegen die faschistische Mächtekoalition ihr Leben einsetzten und es verloren. Dieses Buch war eine Anleitung zum Massenmord und hat als solche gewirkt. Von diesen Folgen kann nicht abgesehen werden, jedenfalls in Deutschland nicht. Es mit der Kennzeichnung „Unsinn“ abzutun, heißt es verharmlosen. Seine Ideen und die Denkweise, die ihm zugrunde lag, sind – ohne dass Millionen Deutsche das Buch je lasen – doch zu ihnen gedrungen, durch Schul- und andere Geschichtsbücher, durch die Presse und auf dem Wege der permanenten Schulungen in den Naziorganisationen, auch über die braune Romanliteratur. Nebenbei: Die Zulassung dieses Buches zum Verkauf in der Bundesrepublik würden die Nazis übrigens ebenso als ihren Erfolg buchen wie die Marscherlaubnis in Wunsiedel.

Peenemünde: Der Ort, der nach 1990 für Massen von Ostseeurlaubern betretbar wurde, bietet heute ein buntes Bild. Offiziell firmiert ein Teil des einstigen Geländes, in dem die sogenannten V-Waffen konstruiert, erprobt und dann doch nicht in Serie gebaut werden konnten, als ein historisch-technisches Museum. Dort wurde zu Lande und zu Wasser eine Masse von Militärschrott versammelt, der mit dem Platz kaum etwas zu tun hat, abgeräumt und verschrottet gehört. Die frühere Ausstellung, die von der Geschichte des Ortes handelte, bot ein Panoptikum und war von jedem wirklich aufklärerischen Interesse weit entfernt. Sie ist durch eine neue, sachlich-informative und moderner gestaltete ersetzt worden. Der Film, der sich in einem Vorführraum ansehen ließ und in dem ehemalige Mitarbeiter der Heeresversuchsanstalt, betagte nette Herren in den Sesseln ihrer behaglichen Wohnungen, zu Worte kamen, war verlogen. Die Spezialisten beteuerten, sie hätten nur die friedliche Raumfahrt im Sinn gehabt. Einige Kilometer ostwärts vor Karlshagen befindet sich eine in DDR-Zeit eingerichtete Gedenkstätte für die KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter, die in Peenemünde schuften mussten und deren Lager bei dem Bombenangriff vernichtend getroffen wurde. Diese Stätte hat eine gründliche Erneuerung nötig und eben die Dauerpflege, die dem benachbarten Friedhof, auf dem deutsche Tote des Bombardements beerdigt wurden.

Peenemünde ist fraglos ein Anziehungspunkt für Touristen. Die Besucherzahlen bezeugen das. Die Antriebe, welche immer wieder Zehn-, ja Hunderttausende dahinführen, Antifaschisten ebenso wie auch die aus den Reihen der Heß-Gefolgschaft, sind grundverschieden und gegensätzlich. Die Bücher über die deutsche und internationale Militärtechnik, die nicht nur in jeder deutschen Bahnhofsbuchhandlung gekauft werden können, stellen eine ständige Werbung gerade auch für dieses Museum dar. Die auf seinem Terrain befindliche Buchhandlung sollte ihr Angebot dringend überprüfen. Kurzum: Es lässt sich denken, dass die Darstellung der Geschichte und Wirkung dieser einstigen „Anstalt“ in manchen Passagen aggressiver und herausfordernder, also auch den Nazis die Besichtigung vollständig vergällend, präsentiert wird. Längst fällig wären Druck und Verkaufsangebot eines entsprechenden Museumsführers. Darüber muss weitergeredet, wenn nötig gestritten werden und dafür muss gearbeitet werden.

Doch bedeutet das, es sei dieser Ort nicht der Platz über Geschichte und Gegenwart kritisch zu reden? Ist seine Umwandlung in ein Erholungsgebiet, seine Überbauung, wie eben in Berlin praktiziert, die Lösung? Soll gegenüber solcher Hinterlassenschaft des deutschen Faschismus und Imperialismus durchgesetzt werden, was mit jener ganz anders beschaffenen und gearteten Hinterlassenschaft der DDR geschieht: z. B. Denkmalabriss in Halle, bevorstehender Palastabriss in Berlin? Was ist gewonnen, was verloren, wenn in diesen Wochen Besucher des Museums, die das sonst nirgendwo vorhatten, doch in die Wehrmachtsausstellung gehen und sich womöglich fragen, was die deutschen Forscher, Ingenieure, Techniker und Facharbeiter, wären sie mit der Waffenentwicklung weiter gelangt, den

Eroberern an furchtbaren Vernichtungsmitteln noch an die Hand gegeben haben würden? Und, weil auch das auf der Liste derer, die ihre Absage begründeten, eine Rolle spielte: Dürfen die Deutschen der eigenen Opfer, derjenigen, die diesen Namen wirklich verdienen, gedenken und an Tagen, an denen sich die Erinnerung aufdrängt, unter anderem die Kirchenglocken läuten? Es kommt offenbar darauf an, zu welcher Besinnung da gerufen wird. Mit dem Gedenken an die Zerstörung Dresdens, das sich, wie es in einer jüngeren Publikation à la Mode heißt, die DDR „leistete“ (während im Westen mit Rücksicht auf die Verbündeten vom Krieg der „Bomber“ weniger die Rede war) und das darin auch als ein politisch-ideologisches Ritual verunglimpft wird, verband sich Trauer mit dem Aufruf zum Frieden. Sich dieser Tradition zu erinnern und sie zu aktualisieren, das wäre ein Aspekt für den Septembertag 2003, an dem wir uns derer erinnern werden, die im Kampf gegen jene Politik Leib und Leben einsetzten, die Politik, deren Anführer der Verfasser von „Mein Kampf“ war und die sein Stellvertreter Heß in hündisch anmutender Ergebenheit bis in den Mai 1941 teilte und mit zu verantworten hatte. Ein Gedenktag und ein Denktag, für den es an Stoff, geliefert aus der Mitte unserer Gesellschaft ebenso wie von ihrem rechten Rand, nicht mangelt.

Mitteilungen der kommunistischen Plattform der PDS, 14. Jg., Heft 9/2003, (06.09.2003), S. 1-5.

Der Massenmord an den europäischen Juden und die Geschichtswissenschaft

Ergebnisse und Kontroversen[1]

Nach einem anfänglich in die engere Wahl gezogenen, dann aber nicht mehr berücksichtigten Entwurf, der für das „Holocaust"-Denkmal in der Mitte Berlins eingereicht worden waren, hätten sich Besucher beim Betreten des Platzes einem Fragewort 39-fach gegenübergesehen: Warum. In sämtlichen Sprachen der ermordeten Juden sollte es auf einer Eisenplatte aufscheinen und dem Nachdenken eine Richtung weisen. Vorgedacht war zudem ein Entstehungsprozess des Denk-Mals. An seiner Vollendung sollten seine ersten Betrachter beteiligt werden, derart, dass sie Gelegenheit erhielten, ihre Antworten zu formulieren. Diese wiederum würden später in die das ganze Areal bedeckende Metallplatte graviert werden, so das Ganze vollendend. Der erste Teil dieses Projekts war originell, hätte er doch – anders als viele konkurrierenden Entwürfe und auch derjenige, dessen Ausführung alsbald erfolgt – eindringlich einen „Ansatz zum Denken" geboten. Der zweite hingegen kann nur waghalsig und abwegig genannt werden. Er lief auf eine Ansammlung von mehr oder weniger zufällig gewonnenen Antworten hinaus und im besten Fall noch auf Zitate aus einschlägigen Geschichtswerken. Die Idee dieser Beschriftung, so etwas wie die Wiedergabe des ersten Besucherbuches. hätte obendrein vor jenen geschützt werden müssen, die an dieser Stelle noch einmal die Mörder zu Worte kommen lassen wollten.[2]

Der Urheber dieses Entwurfs hatte sich wohl kaum eine Vorstellung davon gemacht, welcher Schwierigkeitsgrad Fragen nach dem Warum in der Geschichte innewohnt, wenn sie sich auf komplexe Prozesse und Ereignisse richten. Auf den Massenmord an den europäischen Juden trifft diese Feststellung in besonderem Maße zu. Wer sich einer Antwort auch nur annähern will, hat weite Gedankenwege zurückzulegen. Es gibt Forscher, die auf der Meinung beharren, sie führten zu keinem Ziele, und es also ablehnen, sich auf sie zu begeben. Andere wieder sind davon überzeugt, eine bündige Antwort gefunden zu haben. Dritte, und ihnen zählt sich der Autor zu, haben sich auf Wege gemacht, deren Bestimmung allein schon schwer- und unterschiedlich ausfällt.

Die Ereignisse, von denen im Folgenden die Rede ist und die auch das „Jahrhundertverbrechen" genannt werden, lassen sich zeitlich klar eingrenzen. Der Massenmord an den europäischen Juden beginnt wenige Stunden nach dem Einfall der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion. Als die erste der „Endlösung der Judenfrage"[3] zuzurechnende Untat muss das Massaker bei der Ortschaft Garsden/Gargzdai auf dem Territorium der Litauischen SSR nahe der deutschen Grenze gelten.[4] Es wurde am 24. Juni 1941 von einer eigens für diesen Zweck zusammengestellten Einsatzgruppe von Gestapo- und SD-Leuten sowie von Schutzpolizisten aus Memel und Tilsit verübt. Die Zahl der erschossenen Opfer betrug 201 Juden und „kommunistenverdächtige" Litauer. Siebzehn Jahre danach wurden Beteiligte im sog. Ulmer Einsatzgruppenprozess angeklagt und am 29. August 1958 vom Landgericht

---

1 Überarbeiteter und aktualisierter Vortrag, ursprünglich in der Leibniz-Sozietät am 14. März 1996 und gedruckt in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Bd. 19. Jg. 1997, Heft 4, S. 37-86.

2 Der Entwurf stammte von Jochen Gert, der auch das Denkmal in Harburg gestaltete. Der Entwurf ist beschrieben in: Ute Heimrod u. a. Der Denkmalstreit – das Denkmal! Die Debatte um das Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Eine Dokumentation. Berlin 1999, S. 883. S. dazu auch den Kommentar: Rayk Wieland. Dialog mit den Kunden. Zur Debatte um das Holocaust-Mahnmal. In: Wolfgang Schneider (Hrsg.). Wir kneten ein KZ. Aufsätze über Deutschlands Standortvorteil bei der Bewältigung der Vergangenheit. Hamburg 2000, S. 94.

3 Diese Tarnbezeichnung erhielt ihre definitive Bedeutung mit dem Übergang von der Judenvertreibung und -verfolgung zum Judenmord Mitte 1941. Sie wird nicht nur in der deutschen Sprache benutzt, sondern erscheint auch in Übersetzungen u. a. in Buchtiteln (the final solution, la solution finale). In der Wissenschaft lassen sich die Begriffe Holocaust, Shoah und Genozid antreffen. Ihnen gegenüber erscheint die Kennzeichnung des Verbrechens als „Massenmord an den europäischen Juden" am angemessensten. Von den 1939 in Europa lebenden Juden waren 1945 zwei Drittel umgebracht worden.

4 Zu den Einzelheiten: Helmut Krausnick/Hans Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942 Stuttgart 1981, S. 163; Hans Heinrich Wilhelm, Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42 Frankfurt/Main 1996, S. 56 ff.

„wegen gemeinschaftlicher Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord“ zu Haftstrafen verurteilt.[5] Von dem Gerichtsverfahren ging in der Bundesrepublik ein Impuls für weitere Ermittlungen und Verfolgungen aus.[6] Intensität gewannen sie jedoch erst als Folge des Jerusalemer Eichmann-Prozesses.[7]

Die Kette der „Holocaust“-Verbrechen, die Kennzeichnung setzt sich ungeachtet aller berechtigten und unbezweifelten Einwände durch,[8] endete noch nicht mit der von Heinrich Himmler angeordneten Sprengung der Tötungsanlagen im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, die im Oktober 1944 erfolgte. Erst als auch dem letzten Judenmörder die Macht genommen war, Menschen auf den Deportationsmärschen niederzumachen, sie in Eisenbahnwaggons auf Verschleppungstransporten verhungern, verdursten oder unversorgt an Krankheiten zugrunde gehen zu lassen, also erst in den frühen Maitagen des Jahres 1945, war an den Endpunkt gelangt, was in einer am 31. Juli 1941 dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), Reinhard Heydrich, mit der Unterschrift Hermann Görings erteilten Ermächtigung tarnend auch die „Gesamtlösung der Judenfrage“ genannt worden ist.[9]

Die Gesamtzahl der Getöteten wurde alsbald nach Kriegsende auf etwa 6 Millionen geschätzt. Diese Zahl findet sich annähernd auch im am 1. Oktober 1946 unterzeichneten Urteilstext des Internationalen Gerichtshofes, der die Hauptkriegsverbrecher anklagte und aburteilte.[10] Ausgedehnte Forschungen, deren Resultate 1993 veröffentlicht worden sind, haben sie bestätigt. Als Minimum wurde die Zahl von 5.290.000 Opfern ermittelt, als Maximum – und mit hoher Wahrscheinlichkeit – die von etwas mehr als 6 Millionen.[11] Eine weitere Annäherung scheint aufgrund des Versagens oder Fehlens von Quellen kaum möglich.

---

5 Der Kommandeur der aus Memel herankommandierten Mordschützen, der Polizeidirektor der Stadt, SS-Oberführer Fischer-Schweder, erhielt eine zehnjährige Zuchthausstrafe zugesprochen. KZ-Verbrechen vor deutschen Gerichten. Hrsg. H. G. van Dam und Ralph Giordano. Bd. II: Der Prozeß zu Ulm. Frankfurt/Main 1966. S. 87 f. Der Text des Urteils: Christiaan Frederik Rueter, Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966. Bd. XV, Amsterdam 1976, S. 11 ff. Ferner: Jörg Friedrich, Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, München 1994 Serie Piper, 1553); Heiner Lichtenstein. Im Namen des Volkes? Eine persönliche Bilanz der NS-Prozesse. Köln 1984, S. 20 ff.

6 Der Prozess wird geradezu als ein Wendepunkt in der Ermittlung und Verfolgung der Straftäter bezeichnet. Einen abrupten Wandel hat man sich darunter indessen nicht vorzustellen. Gerhard Werle/Thomas Wandres, Auschwitz vor Gericht. Völkermord und bundesdeutsche Strafjustiz. Mit einer Dokumentation des Auschwitz-Urteils. München 1995.

7 Seine Wirkungen auf die Justiz in der Bundesrepublik bleiben noch zu untersuchen. Vor dem Prozessbeginn veranlaßte die Regierung in Bonn die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Abwehr gewisser Auswirkungen des Eichmann-Prozesses. Sie wiederum wünschte, dass im Bundesjustizministerium ein Weißbuch hergestellt würde, das die Aktivitäten der Gerichte der BRD bei der Verfolgung der sogenannten NS-Täter ausweisen sollte. Das Unternehmen scheiterte, da überhaupt nur vier Landesregierungen (Bremen, Berlin, Bayern und Niedersachsen) einen Überblick über die einschlägigen Vorgänge in ihren Ländern besaßen. So wurde es bei der Anfertigung eines Materials belassen, das für Journalisten bestimmt war. Christina Große, Der Eichmann-Prozeß zwischen Recht und Politik. Frankfurt/Main 1995 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 2, Rechtswissenschaft. Bd. 1753).

8 „Damit bezeichnen wir nun den Völkermord mit einem irreführenden Wort, von dem wir nur hoffen können, dass seine Bedeutung vergessen ist und dass es die Wirklichkeit, die es bezeichnet, nicht vollkommen entstellt,“ schrieb Alain Finkelkraut, L’avenir d’une négation: réflexion sur la question du génocide, Paris 1982, S. 82. Anm. 1 und Kurt Pätzold, Die Benennung des Unvorstellbaren, in: Die Weltbühne, 1986/5 (4. Februar 1986), S. 140 ff.

9 Das Zustandekommen dieser (vielfach in der einschlägigen Literatur gedruckten) Ermächtigung, die zu den Schlüsseldokumenten der Genesis der „Endlösung der Judenfrage“ gehört, ist aufgeklärt. Heydrich hat den Text am 31. Juli 1941 zu einer Besprechung bei Göring mitgenommen und unterzeichnen lassen. Die Funktion des Schriftstücks läßt sich leichter entschlüsseln als seine Vorgeschichte. Heydrich hat es u. a. den Teilnehmern der „Wannsee-Konferenz“ mit seiner Einladung vorgewiesen, um damit jeglichen Zweifel an der Reichweite seiner Kompetenz auszuschließen. Was jedoch die Vorgeschichte des Textes anlangt, so sind mehrere Möglichkeiten denkbar. In allen Fällen aber dürfte sich Göring – auf welchem Wege immer – der Deckung seiner Unterschrift durch den „Wunsch“ oder Willen des „Führers“ sicher gewesen sein. Er kann sich davon selbst unterrichtet haben oder von Heydrich informiert worden sein, der seinerseits direkt oder über Himmler den Auftrag mündlich schon erhalten hatte, den er sich nun „schwarz auf weiß“ bestätigen ließ.

10 Die Angabe lautete hier 5,7 Millionen. Dieter Wisliceny erklärte im Zeugenstand in Nürnberg, Eichmann habe ihm wiederholt von 4 Millionen, manchmal von 5 Millionen getöteten Juden gesprochen. IMT, Bd. IV, S. 411.

11 Wolfgang Benz (Hrsg.). Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991, S. 17.

I.

Die Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden gehört zu den „Seiten“ der Geschichte des faschistischen Regimes in Deutschland, die seit Jahrzehnten mit außerordentlichem Aufwand erforscht werden. Gleiche Anstrengungen richteten sich einzig auf die militärischen Ereignisse von Vorkrieg und Krieg. Während das forscherische Interesse an diesen aber merklich im Abnehmen begriffen ist, wie sich u. a. an dem ins Stocken geratenen Unternehmen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ erkennen lässt,[12] halten die wissenschaftlichen Arbeiten zur Geschichte der „Endlösung“ an. Sie werden in einem mehr oder weniger engen Verbund von Forschern geleistet, die ihre wichtigsten Stützpunkte in den USA, in Israel, Großbritannien, Frankreich, Kanada[13] und auch in der Bundesrepublik besitzen. Die Leo-Baeck-Institute in New York, London und Tel Aviv mit ihren Periodika und die neugeschaffene Forschungsstätte in Washington im Rahmen des Holocaust-Memorial ragen unter diesen Einrichtungen noch heraus. Als Folge der sozialen und politischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa entstanden weitere Konzentrationspunkte für wissenschaftliche Arbeit, so das Museum in Terezin, das unter anderem – computergestützt – alle einstigen Insassen des Ghetto-KZ Theresienstadt zu erfassen sucht.

In Deutschland befindet sich die bei weitem produktivste Forschungsstätte in Berlin, das Zentrum für Antisemitismusforschung ist der Technischen Universität eingegliedert. Bis heute vergeht kein Jahr, in dem sich nicht Spezialisten zu Symposien zusammenfinden. Das nächste wird im Frühjahr in Wien veranstaltet und sich mit der Frage befassen, wie und mit welchen Erfolgschancen sich die Geschichtswissenschaft für ihre Zwecke der Unmasse der in den Nachkriegsjahren entstandenen, teils von Zerfall und Vernichtung bedrohten Justizakten bedienen kann.[14]

An der Forschungsarbeit waren und – mit Einschränkungen kann gesagt werden – sind drei Generationen von Historikern beteiligt. Die erste, an Zahl außerordentlich geringe, rekrutierte sich vor allem aus wenigen Personen, die den Mördern entkommen waren. Die zweite, ungleich zahlreichere, wurde von Forschern gebildet, die Kinder und Jugendliche waren, als das Verbrechen geschah, die, ob sie in den Staaten der Antihitler-Koalition oder in Deutschland heranwuchsen, selbst loch Erfahrungen aus Faschismus und Krieg besaßen, die manche der Deutschen als Flakhelfer“, in der Wehrmacht und auch beim Volkssturm gewonnen hatten. Zur dritten dieser Wissenschaftler-Generationen gehören die Nachgeborenen. Was an wirklich Neuem geboten wird, kommt nahezu ausschließlich aus ihren Reihen. Sie leisten die Kärrnerarbeit, die notwendig ist, weiter voranzukommen. Denn die Zeit überraschender Quellenfunde ist lange vorbei. Tiefere Einsichten und weitwinkligere Ausblicke werden auf den langen Wegen der Auseinandersetzung mit Massenakten gewonnen. Um davon eine Vorstellung zu geben. sei wenigstens auf einige in Deutschland jüngst als Graduierungsarbeiten an Universitäten vorgelegte Publikationen oder noch betriebene Untersuchungen verwiesen. Eine Dissertation befasste sich mit der Ausbeutung der in Deutschland lebenden Juden im Rahmen ihres Zwangsarbeitseinsatzes innerhalb der Reichsgrenzen, wozu lokale Akten aufgefunden und recherchiert werden mussten, die sich in deutschen Archiven befanden, und ebenso das Zeugenschrifttum durchzusehen war, das zumeist in den USA und in Israel lagert.[15] Mehrere Dissertationen verfolgen minutiös die

---

12 Es ist auch unter dem Eindruck des in der DDR entstandenen sechsbändigen Werkes „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“ (Berlin 1974-1985) auf den Weg gebracht worden und soll 10 Bde. umfassen. 1979 erschien der erste, 1990 der sechste, für Jahresende 1998 ist nach achtjähriger Pause der ausstehenden Bd. 5/1 angekündigt.

13 Hier sind vor allem die weitläufigen Forschungsarbeiten zu erwähnen, die von der War Crimes Sect., Ottawa, durchgeführt wurden und sich auf die Aufklärung von Verbrechen richteten, die auf dem Territorium Osteuropas, insbesondere im besetzten Gebiet der UdSSR, begangen wurden und die auch die Ermittlung der Tatbeteiligten zum Ziele haben.

14 Im Vorfeld erschien: Winfried R. Garscha/Claudia Kuretsidis-Haider, Die Nachkriegsjustiz als nicht-bürokratische Form der Entnazifizierung: Österreichische Justizakten im europäischen Vergleicht. Überlegungen zum strafprozessualen Entstehungszusammenhang und zu den Verwertungsmöglichkeiten für die historische Forschung. Hrsg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1995.

15 Die von Wolf Gruner vor 1990 an der Humboldt-Universität begonnene Arbeit wurde an der Technischen Universität Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung, zu Ende geführt: Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943. Berlin 1997. (= Dokumente, Texte., Materialien, hrsg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 20)

blutigen Wege der Einsatzgruppen und Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD und der anderen daran beteiligten mordenden Formationen von SS, Polizei und Wehrmacht. Der erste, der das tat, war Christopher Browning, der seine Studie über die Verbrechen des Hamburger Polizeibataillons 101 vorlegte.[16] Sie regte mehrere junge Forscher dazu an, das Geschehen nicht länger aus der Perspektive der zentralen Befehlsstellen zu analysieren, sondern sich gleichsam an die Tatorte und unter die Täter zu begeben, die am Ende der Befehlskette standen, schossen und schießen ließen. Geographisch konzentrieren sich diese Arbeiten auf das besetzte Territorium der UdSSR. Die Rekonstruktion des Geschehens ist vielfach erst möglich geworden, seit der Zugang zu zentralen, regionalen und lokalen Archiven Polens, Russlands und weiterer Nachfolgestaaten der Sowjetunion möglich geworden ist, hat aber in relativ kurzer Zeit bereits zu hochachtbaren Resultaten geführt. Zwei Dissertationen aus dem Jahre 1994, die eine in Bielefeld, die andere in München entstanden, beschäftigen sich mit dem Judenmord in Galizien.[17] Eine andere Spezialuntersuchung hat die Ermordung der litauischen Juden zum Gegenstand[18] Manche dieser Arbeiten wollen erklärtermaßen Rückschlüsse auf die zentrale Befehlsgebung ermöglichen, für deren Erhellung der Dokumentenbestand begrenzt ist und lückenhaft bleiben wird.[19] Dazu war der keineswegs befestigte Boden der nach 1945 entstandenen Ermittlungs- und Prozessakten zu betreten. Eine weitere, noch unfertige Dissertation befasst sich mit der Verfolgung der Deutschen, die gesprächsweise den Judenmord als eine Tatsache erwähnten und die Untat kritisierten. Die deutschen Gerichte bedienten sich dazu des sog. Heimtücke-Gesetzes und seiner Paragraphen.

Die ganz unvollständige Aufzählung[20] mag eine Vorstellung vom Grad der Spezialisierung und Verästelung der Forschungen Vermitteln und zugleich auch eine Ahnung von deren wachsenden Kosten. Trotz aller Fortschritte sind – was überraschen mag – Gegenstände und Themen von Gewicht unbehandelt. Es gibt keine – wissenschaftlichen Ansprüchen genügende – Geschichte des Auschwitzer Komplexes der Konzentrations- und Vernichtungslager,[21] wenngleich eine Vielzahl von Detailuntersuchungen vorliegt und allein die Erinnerungsliteratur kaum überblickbar und – auch wegen ihrer Vielsprachigkeit – von einem einzelnen Forscher nicht zur Kenntnis Zu nehmen ist. Es fehlt eine Biographie des Mannes, der auf der Stufenleiter der Schreibtischmörder zwischen Heydrich und Eichmann stand, des Chefs des Amtes IV der Gestapo, Heinrich Müller (genannt „Gestapo-Müller“), der eine der wichtigsten Personen bei der Ingangsetzung und Inganghaltung des Mordens war.[22] Nicht einmal in Sicht scheint die Auswertung der Massenakten der Oberfinanzdirektionen, die einen Überblick über den Raub des Eigentums der deportierten deutschen Juden und dessen Verwendung geben

---

16 Die Originalausgabe erschien 1992 in den USA und lag 1993 in einer deutschen Übersetzung vor: Christopher Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Hamburg 1993. Weiteren Kreisen wurde die Pionierarbeit erst dadurch bekannt, dass sich Daniel Jonah Goldhagen für seine Arbeit (Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996) zu einem erheblichen Teil auf den gleichen Quellenbestand stützte, den Browning vor ihm benutzt hatte, mit dem dieser jedoch zu erheblich anderen Bewertungen gekommen war als sein Nachfolger.

17 Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens. München 1996 (= Studien zur Zeitgeschichte. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 50); Thomas Sandkühler, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941-1944, Bonn 1996.

18 Knut Stang, Kollaboration und Massenmord. Die litauische Hilfspolizei, das Rollkommando Hamann und die Ermordung der litauischen Juden, Frankfurt /Main 1996.

19 Ralf Ogorreck, Die Einsatzgruppen und die „Genesis der Endlösung“, Berlin 1996 (= Dokumente, Texte. Materialien, hrsg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Bd. 12)

20 Über die auf dem Wege befindlichen Arbeiten s. Arbeitsinformationen über Studienprojekte auf dem Gebiet der Geschichte des deutschen Judentums und des Antisemitismus. Hrsg. Germania Judaica, Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums e. V.

21 Zur Orientierung in seiner Geschichte ist noch immer am wichtigsten: Danuta Czech, Kalendarium der Ereignisse in Auschwitz (zuerst 1959 und in späteren Ausgaben wieder und wieder vervollständigt). Eine Vorstellung von der Dimension der Aufgabe gibt: Gudrun Schwarz, Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/Main 1996, S. 177 ff., handelt es sich doch nicht nur um die Geschichte der Lager Auschwitz I-III, sondern um die von 50 als Außenkommandos bezeichnete Nebenlagern.

22 Als einen Schritt dahin ist die an der Universität Hamburg verteidigte Dissertation anzusehen, die inzwischen auch im Druck vorliegt: Andreas Seeger, „Gestapo-Müller“. Die Karriere eines Schreibtischtäters. Berlin 1996.

könnten. Ähnliches gilt für die Beteiligung von privaten Geldinstituten am Vollzug der besonderen Art von Leichenfledderei. Noch immer ist mehr über die armseligen Gestalten von Juden bekannt, die in Auschwitz im sogenannten Kommando „Canada“ und in den Lagern der „Aktion Reinhard“[23] die Habe der Getöteten zur weiteren Verwendung sortieren mussten, als über die Schreibtischtäter in deutschen Banken und Sparkassen. Damit sind Themen erwähnt. mit denen sich in Deutschland schwerlich die Karriere eines Historikers begründen lässt und – noch vordem – für deren Erforschung sich auch nur schwer Geldgeber interessieren lassen dürften.

II.

Trotz des verlässlichen historischen Gesamtbildes, das über Jahrzehnte vom Massenmord an den europäischen Juden entstand, ist dessen Geschichte im öffentlichen Bewusstsein nach wie vor von einer Vielzahl von Legenden und legendenähnlichen Fälschungen überlagert. Einige erwiesen sich als kurzlebig, andere von besonderer Zählebigkeit, ja erscheinen geradezu als unausrottbar. Eine und wohl die größte Gruppe dieser unerfreulichen Gedankengebilde rankt sich um Person und Rolle Hitlers. Kurzlebig war da nur die Legende, der zufolge der Mann an der Spitze des Staates von den Judenmördern hintergangen worden sei.[24] Vorherrschend blieb hingegen das Bild von Hitler, der seit seinem Eintritt in die Politik in den frühen zwanziger Jahren hauptsächlich darauf orientiert gewesen sei, die Juden umzubringen und der auch schon zur Zeit, da er das Buch „Mein Kampf“ verfasste, sich über das Mittel im Klaren gewesen wäre, dessen er sich dazu bedienen wollte: Giftgas.[25]

Ein anderes mit dem eben erwähnten gänzlich unvereinbares Bild lässt Hitlers Entschluss zum systematischen Judenmord erst in dem Moment entstehen, da ihm die Kriegsniederlage bewusst geworden sei. Ende 1941/Anfang 1942 habe er als Alternative zum nicht mehr eireichbaren Sieg über die alliierten Gegner den „Krieg gegen die Juden“[26] eröffnet, um wenigstens aus ihm als Sieger hervorzugehen.[27] In diesem Zusammenhang behauptet sich zäh die Legende, der Judenmord sei von den Teilnehmern der „Wannsee-Konferenz“ am 20. Januar 1942 – also nach der Niederlage der Wehrmachtstruppen vor Moskau, mit der die Kriegswende eingeleitet wurde – beschlossen worden.[28] Alle diese Versionen besitzen ihre Entsprechungen in voneinander beträchtlich abweichenden Darstellungen der Rolle Hitlers in der Forschungsliteratur.[29]

---

23 Adalbert Rückerl (Hrsg.). Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chełmno, München 1977.

24 Verbreitet wurde sie zuerst von David Irving, Hitler’s War. London 1977, wogegen mit einer schlagenden Argumentation sogleich Martin Broszat wandte. (Hitler und die Genesis der „Endlösung“. Aus Anlaß der Thesen von David Irving. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 25, (1977), S. 737-775, hier: S. 759 ff.

25 Darüber, dass Hitler über die Juden mörderisch dachte, kann es keinen Zweifel geben. Während aber eine Gruppe von Forschern diese Denkweise mit dem mutmaßlich in den frühen zwanziger Jahren gefaßten Entschluß Hitlers gleichsetzt, alle Juden umzubringen, zudem dann nur noch die Bedingungen treten mußten, die seine Verwirklichung erlaubten, erkennt die Mehrheit der Forscher, dass zwischen der Idee und dem praktischen Schritt zum Massenmord eine Entwicklung liegt, in deren Verlauf Hitler und seine Mitführer andere sich von Gedankenschritt zu Gedankenschritt radikalisierende Projekte der Judenverfolgung erwogen und zur Grundlage ihrer praktischen Politik machten.

26 Dieser Ausdruck übersteigert eine Kennzeichnung der Anklage, die in Nürnberg den Ausdruck „Feldzug gegen die Juden“ benutzt hatte. Im einleitenden Vortrag von Jackson, s. IMT, Bd. II, S. 145. Die Wendung wurde dann vor allem durch das in den USA weitverbreitete Buch von Lucy S. Dawidowicz, The War Against the Jews, New York und London 1975 verbreitet, das auch ins Deutsche übersetzt wurde (Der Krieg gegen die Juden, München 1979).

27 Weithin bekannt wurde diese Verzeichnung durch Sebastian Haffners vielgelesene, auch in Sonderdrucken für die Landeszentralen für politische Bildung verbreiteten „Anmerkungen zu Hitler“ (München 1978), worin der Autor die unbewiesene These aufstellt, Hitler habe im Dezember 1941 binnen weniger Tage das Ziel, in der militärischen Auseinandersetzung mit der Anti-Hitler-Koalition zu siegen, ganz aufgegeben und sich nun vollständig auf das zweite Ziel konzentriert, den Judenmord, S. 179 f.

28 Zur Widerlegung: Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Tagesordnung Judenmord. Eine Dokumentation zur Organisation der „Endlösung“, Berlin 1992. (= Dokumente, Texte, Materialien, hrsg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 3).

29 Dazu die eben so knappe wie vorzügliche Analyse in: Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1988, S. 125 ff. Zur Rolle Hitlers in den Perioden der Judenverfolgung

Auch eine andere Gruppe von Legenden ist mehr oder weniger eng mit Schutzbehauptungen von Tätern und Tätergruppen verwoben. Das trifft vor allem auf die Behauptung vom Putativnotstand der Mörder zu. die in den Einsatzgruppen und anderen Mörderschwadronen angeblich nur die Wahl besessen hätten, zu erschießen oder erschossen zu werden. Dieser Sachverhalt konnte nicht für einen einzigen Fall nachgewiesen werden.[30] Hingegen wurden mehrfach Beweise dafür erbracht, dass es möglich war, sich als Offiziers- oder Mannschaftsdienstgrad aus derart verbrecherischen Kommandos ungestraft und sogar ganz folgenlos versetzen zu lassen.

Eine nicht auf den ersten Blick auffallende Verflechtung mit apologetischen Interessen besitzt die Legende von der das Kriegsinteresse schwer schädigenden Wirkung des Massenverbrechens. Es habe angeblich in erheblichem Ausmaß Personal und Material blockiert und sie dem Kampf für den Sieg an den Fronten entzogen.[31] Eine logische Ableitung aus dieser Version war den überlebenden deutschen Militärführern des Zweiten Weltkriegs jedoch hochwillkommen. Sie erschienen gleichsam von Auftrags wegen als Gegner des Judenmords. Jüngst hat die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ das in der Bundesrepublik über Jahrzehnte verbreitete Bild von der „sauberen Wehrmacht“ vermutlich zum ersten Mal nachhaltig beschädigt, zumal mit der Repräsentation von Text- und vor allem von Fotodokumenten öffentliche wissenschaftliche und geschichtspolitische Debatten und eine erhebliche Produktion und Verbreitung von Literatur einhergingen.[32]

Eine eigene Gruppe von Legenden bildet die in vielen Variationen vorgetragene Darstellung, wonach die übergroße Mehrheit der Deutschen unwissend, ja ahnungslos gewesen sei, als das Morden planmäßig verübt wurde. Angeblich konnten sie nicht wahrnehmen, was Juden geschah, so tief sei das Geschehen vor ihnen verborgen worden. Diese Deutung erhält eine Stütze durch die – mitunter einfach gedankenlos niedergeschriebene – Behauptung, der Judenmord habe sich „weit außerhalb Deutschlands ..., im tiefsten Osten Europas“ ereignet.[33] Auschwitz lag innerhalb der 1939 bestimmten Ostgrenzen des Reiches im sog. Gau Oberschlesien und Kulmhof, das polnische Chełmno, am östlichen Rande des Reichsgaus Wartheland. Doch handelt es sich nicht nur um eine Frage der geographischen Dimension. Aus den Gebieten der besetzten UdSSR und dem okkupierten Polen reisten unausgesetzt vor allem Wehrmachtsangehörige, aber auch Zivilisten als Dienstreisende, Urlauber, Verwundete oder Kranke in das Reich und tagtäglich fanden zwischen ihnen und den „in der Heimat“ Lebenden Gespräche über Gesehenes und Gehörtes statt. Inzwischen ist auch längst dokumentiert, wie viel in den Briefen der Feldpost an Informationen über das Judenmorden mitgeteilt wurde.[34] Erst diese Nachrichten gaben auch den anderen, die aus den zunehmenden Meldungen des deutschsprachi-

---

und der Judenvernichtung s. das Kapitel „Vorkämpfer des Judenmords“ in: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1995, S. 477 ff.

30 Um die Klarstellung dieses Sachverhalts hat sich als Gutachter in vielen Prozessen in der Bundesrepublik und in weiteren Staaten vor allem der Historiker Wolfgang Scheffler verdient gemacht. Durch die Rekonstruktion des Weges des Polizeibataillons 101 konnte Christopher Browning (s. unsere Anm. 13) überzeugend dartun, dass es folgenlos möglich war, sich der Mittwirkung in den Mördergruppen zu entziehen und eine Versetzung zu anderen militärischen Einheiten zu erlangen.

31 Zur Widerlegung: Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof, Franz Novak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994 (= Dokumente, Texte, Materialien, hrsg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 13), S. 89 ff.

32 Eine Auswahl: Walter Manoschek (Hrsg.). Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien 1996 (Dokumentiert wird darin das Symposium, das in der österreichischen Hauptstadt aus Anlaß der Eröffnung der Ausstellung am 20./21. Oktober 1995 stattgefunden hatte.) Hannes Heer (Hrsg.), „Stets zu erschießen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen“. Geständnisse deutscher Kriegsgefangener über ihren Einsatz an der Ostfront, Hamburg 1995; Carl Schüddekopf, Krieg. Erzählungen aus dem Schweigen. Deutsche Soldaten über den zweiten Weltkrieg, Reinbek 1997; Helmut Donath/Arn Strohmeyer (Hrsg.), Befreiung von der Wehrmacht? Dokumentation der Auseinandersetzung über die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ in Bremen am 1996/97, Bremen 1997; Hans-Günther Thiele (Hrsg.), Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation der Fachtagung in Bremen am 26. Februar 1997 und der Bundestagsdebatten am 13. März und 24. April 1997, Bremen 1997.

33 So Haffner, a. a. O., S. 176.

34 David Bankier, Die öffentliche Meinung im Hitlerstaat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung, Berlin 1995. Darin das Kapitel „Kenntnis von der Judenvernichtung“, insbes. S. 144 und 157.

gen ausländischen Rundfunks stammten und sonst als „Feindpropaganda“ abgetan worden wären, Glaubwürdigkeit. Doch hatte eine erhebliche Zahl derer, die so unterrichtet wurden, und nicht nur die in Deutschland lebenden Parteigänger und Gegner des Regimes, zunächst unüberwindliche Schwierigkeiten, sich die gnaden- und seelenlose Systematik des Mordens und also dessen Ausmaß ohne jeden Zweifel gedanklich aufzunehmen.

Die Verfechter der Unwissenheit der Deutschen vermengen zumeist, absichtsvoll oder nicht, zwei Fragen, die verschiedene Antworten verlangen. Die eine betrifft die konkrete Kenntnis über die Orte und den Hergang des Tötens in den für diesen Zweck errichteten Juden in denen nach Schätzungen etwa die Hälfte der insgesamt getöteten qualvoll starb. Die andere bezieht sich auf das Wissen, dass Menschen Unrecht geschah, ihnen rohe Gewalt angetan wurde und eine viehische Behandlung widerfuhr, die kein „Arier“ teilen wollte. Die Deportation der deutschen Juden „in den Osten geschah am helllichten Tage. So viele Instruktionen aus dem RSHA und dessen von Adolf Eichmann geleitetem Referat den Akteuren vor Ort dafür auch zukamen, keine richtete sich auf die Geheimhaltung der Aktion. Die war nicht beabsichtigt und wäre ohnehin nicht zu bewerkstelligen gewesen, wenn auch verhindert werden sollte, dass der schon im Verlaufe des Jahres 1942 angewachsene, unterschiedliche Wissens- und Erkenntnisstand über den Judenmord innerhalb und außerhalb der NSDAP zum Thema fortgesetzter Erörterung wurde.[35]

Robert H. Jackson, Ankläger der Vereinigten Staaten im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess 1945/1946, bezeichnete es als eines der Ziele des Verfahrens, „unglaubliche Tatsachen durch glaubhafte Beweise (zu) fundieren.“[36] Wenngleich solche Beweise ein halbes Jahrhundert später massenhaft vorliegen, kann die Aufgabe dennoch nicht als gelöst angesehen werden, selbst dann nicht, wenn man, was schwer genug fällt, die Gruppe der unbelehrbaren „Auschwitzleugner“ einen Moment ganz außer Betracht lässt.[37] Zu Recht, aber wohl kaum mit befriedigenden Ergebnissen befassen sich interdisziplinäre Forschergruppen (Historiker, Pädagogen, Psychologen u. a.) mit Themen des „Holocaust-Teaching“. Jüngst stritt sich einer ihrer verdienstvollen israelischen Pioniere mit Mitarbeitern der Berliner Gedenkstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“ darüber, welchen Platz die Appelle an den Verstand, welchen die an das Gefühl besetzen dürften.[38] Kurzum: Nach wie vor und mehr noch als in frühen Nachkriegsjahren sieht sich die Geschichtswissenschaft vor der Aufgabe, Tatsachen ins Bewusstsein zu rufen oder sie dort zu halten.

III.

Die Geschichte der „Holocaust“-Erforschung begann nicht mit der Arbeit der Historiker. Anfänglich war sie Bestandteil der Auseinandersetzung mit den Mördern in Aktion. Auf gefährdeten und gefahrvollen Wegen gelangten, kaum dass das Verbrechen eingeleitet worden war, Nachrichten zu den Mächten der Antihitler-Koalition und in neutrale Staaten.[39] Die Namen einiger Informanten und

---

35 Vertrauliche Informationen der Parteikanzlei vom 4. Oktober 1942, betr. „Vorbereitende Maßnahmen zur Endlösung der europäischen Judenfrage. Gerüchte über die Lage der Juden im Osten“. In: Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933-1942. Hrsg. Kurt Pätzold, Leipzig 1991, S. 351 ff.

36 Peter Alfons Steiniger. Bd. 1, S. 9 korrigieren.

37 Wahrheit und Auschwitzlüge. Zur Bekämpfung „revisionistischer“ Geschichtspropaganda. Hrsg. Brigitte Bailer-Gallanda, Wolfgang Benz und Wolfgang Neugebauer, Wien 1995 (auch unter dem Titel Auschwitzleugner, Berlin 1996); Till Bastian, Auschwitz und die „Auschwitz-Lüge“. Massenmord und Geschichtsfälschung, München 1994.

38 Chaim Schatzker sprach 1996 auf der alljährlich: aus Anlaß des Jahrestages der „Wannsee-Konferenz“ stattfindenden Veranstaltung der Gedenkstätte über das Thema „Denken und Gedenken“. Inzwischen mehren sich extrem kritische Stimmen über den schul- und „volks“pädagogischen Umgang mit der Erinnerung an die Ereignisse und dem Gedenken an die Opfer: Richard Chaim Schneider, Fetisch Holocaust. Die Judenvernichtung – verdrängt und vermarktet, München 1997; Rolf Gutte und Freerk Huisken, Alles bewältigt, nichts begriffen! Nationalsozialismus im Unterricht. Eine Kritik der antifaschistischen Erziehung, Berlin 1997, S. 139. Das Thema besitzt eine internationale Dimension und in jedem Land seine Spezifika. Eine umfassende Studie dazu liegt aus Israel vor: Tom Seges, Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Reinbek 1995 (zuerst: Jerusalem 1991).

39 Walter Laqueur, The Terrible Secret. An Investigation into the Supression of Information about Hitlers „Final Solution“, London 1980. Die deutsche Ausgabe erschien Berlin 1981 unter dem veränderten mindestens unangemessenen Haupttitel: Was niemand wissen wollte. Diese Ausgabe künftig: Laqueur, Nachrichten)

Überbringer wurden nach der Zerschlagung des Faschismus weithin bekannt. Das gilt für den SS-Offizier Kurt Gerstein, der sein Wissen über das im März 1942 mit der Tötung der Juden aus dem Ghetto von Lublin in Funktion gesetzte Vernichtungslager Belzec, das er aus eigener Anschauung kannte, im August 1942 an einen schwedischen Diplomaten weitergab.[40] Und es trifft mehr noch für die beiden Auschwitzhäftlinge Rudolf Vrba[41] und Alfréd Wetzler[42] zu, die 1944 entfliehen konnten und deren Nachrichten, in der Slowakei aufgezeichnet, via Budapest und die Schweiz nach Großbritannien und in die USA gelangten.[43]

Auch blieben schon die frühen und aus vielerlei Quellen stammenden Meldungen über das einsetzende Massenmorden nichts weniger denn geheim. Am 15. Oktober 1941 fuhr der erste Eisenbahntransport mit jüdischen Opfern aus dem Großdeutschen Reich in die Ghettos des Ostens, dem alsbald weitere folgten. Bereits am 22. Oktober zeigte sich die schwedische Zeitung „Social Democraten" darüber unterrichtet: „Es gibt keinen Zweifel, dass hier ein Fall von bewusstem Massenmord vorliegt." Noch im Oktober übernahm die Londoner deutschsprachige „Zeitung" diese Meldung. Sie schloss sich dem Urteil an. dass die Deportierten auf die eine oder andere Weise umgebracht werden würden.[44] Das entsprach der Wahrheit. Ende November wurden die mit diesen Transporten aus dem Reichsgebiet Verschleppten kurz nach ihrer Ankunft in Riga in der Nähe der Stadt und in Kowno/ Kaunas auf dem Gelände eines Forts von Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD niedergeschossen.

Uber die Art und Weise, wie mit den Nachrichten von den Judenmassakern und der jedenfalls seit Mitte 1942 wachsenden Erkenntnis, dass deren Ziel die Ausrottung ausnahmslos aller Juden sei, verfahren wurde und welche Schlussfolgerungen aus ihnen gezogen wurden, entstand eine sich immer wieder belebende Kontroverse. Sie kulminierte in der Frage, warum „Auschwitz" nicht bombardiert worden sei. Sie knüpfte sich an die aus den Akten der US-Streitkräfte nach dem Kriege bekannt gewordenen Tatsache, dass Flugzeuge – das erste von ihnen am 4. April 1944 – den Lagerkomplex überflogen und Luftbildaufnahmen gemacht hatten. Die Unternehmen ordneten sich in das Vorhaben der Alliierten ein, möglichst noch vor der Landung in Frankreich – sie erfolgte am 6. Juni 1944 – die Produktionsstätten von synthetischem Benzin zu orten und zu zerstören, damit die deutsche Luftwaffe entscheidend geschwächt würde.

Die Aufdeckung der Geschichte des Judenmords begann, nachdem es im Verlaufe des Jahres 1942 in Regierungskreisen der Alliierten Mächte und namentlich in der polnischen Exilregierung in London zur unabweisbaren Gewissheit geworden war, dass die deutschen Faschisten die Juden systematisch umbrachten, es sich also nicht mehr und nicht länger um die Inszenierung einzelner, begrenzter. nichtsdestoweniger furchtbarer Massaker handelte, wie sie seit 1939 in Polen geschahen. Nun verfolgten die Machthaber ein totales Vernichtungsziel. Diese Erkenntnis wurde öffentlich bekanntgemacht. aber – wie erwähnt – in Großbritannien und den USA auch von jenen keineswegs sogleich uneingeschränkt geglaubt, die am verbrecherischen Charakter des deutschen Regimes und seiner Machthaber keinen Zweifel hegten. Die Regierungen der Hauptmächte der Koalition verbürgten sich am Jahres Ende 1942 mit einiger Verspätung für die Wahrheit der entsetzlichen Nachricht, die zuerst von der Presse verbreitet worden war. Denn schon Monate zuvor hatte der „Daily Telegraph" Ende

---

40 Laqueur. Nachrichten: S. 65.

41 Er wurde im Juni 1942 nach Auschwitz deportiert, befand sich erst im Lager I, dann in Auschwitz II (Birkenau), Mit Wetzler gelang ihm der Ausbruch am 7./10. April 1944. Vrba hielt sich bis Kriegsende unerkannt in der Slowakei auf und nahm aktiv am slowakischen Aufstand teil.

42 Er befand sich seit April 1942 in Auschwitz II (Birkenau). S. Anm. 16.

43 Laqueur, Nachrichten, S. 125. Die aus Auschwitz entflohenen Vrba und Wetzler wurden in der Slowakei getrennt von Mitgliedern des Judenrats nach ihrem Wissen befragt. Ihre Aussagen enthielt ein Bericht, der am 22. Mai 1944 datiert und an jüdischen Repräsentanten in der Schweiz gerichtet war. Vrba hat sich jüngst noch einmal zum Hergang der Flucht, dem Inhalt seiner Informationen und den Wegen von deren Übermittlung geäußert: Rudolf Vrba, Die missglückte Warnung. Betrachtungen über den Auschwitz-Bericht von 1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München (44) 1996, Heft 1. S. auch ders., I cannot forgive (1963. dt.: Ich kann nicht vergeben, München 1964).

44 Laqueur, Nachrichten. S. 87 f.

Juni 1942 in zwei Artikeln ausgesprochen, dass die Judenverfolgung in ihre abschließende Etappe eingetreten sei und die Täter nun auf die Tötung aller in ihrem Machtbereich befindlichen Juden zielten.[45] Noch waren nicht alle Informationen über das Ausmaß des Geschehens, über die Instrumente und die Methodik der Täter genau, manche mitunter auch falsch. Doch kamen sie der Wahrheit immer näher, wurden verlässlicher und schließlich immer weniger bezweifelbar.[46]

Viele Informationen stammten von der Widerstandsbewegung im besetzten Polen. In einer hieß es, die deutschen Faschisten hätten das Land zum „Schlachthaus der Juden" Europas gemacht. Viele Nachrichten gelangten zuerst in die Schweiz und wurden von da weiterverbreitet. Das in dem kleinen Nachbarland Deutschlands erscheinende „Israelitische Wochenblatt", zu dessen Beziehern die Redaktion der in Nürnberg wöchentlich erscheinenden antisemitischen Hetzzeitschrift „Der Stürmer" und zu dessen Lesern dessen Herausgeber Julius Streicher gehörten,[47] veröffentlichte regelmäßig Meldungen über die verübten Untaten, nannte Orte des Schreckens und Zahlen der Hingemordeten. Inzwischen hat die Forschung die Ursprünge der Nachrichten, die Wege ihrer Weiterleitung, die Empfänger und die vertraulich Informierten ebenso ermittelt, wie sie die schwierige Frage der Glaubwürdigkeit und der Möglichkeiten der Reaktionen der Regierungen erörterte. Eine graphische Darstellung aller Informationsstränge würde das Bild eines eng geknüpften Netzes ergeben, das parallele und sich kreuzende Verbindungen aufwiese und zu dessen wichtigsten Knotenpunkten Bern, Stockholm. die Vatikanstadt und auch Istanbul gehören müssten. Dieses Netz wird jedoch solange nicht vollständig rekonstruiert werden können wie die Archive der Geheimdienste, aber auch die des Vatikans ganz oder teilweise verschlossen bleiben.

IV.

Den wichtigsten. weil grundlegenden Beitrag zur Enthüllung des Massenmords an den europäischen Juden konnte aber erst 1945/1946 das Nürnberger Tribunal leisten. Dank der Umsicht und der angestrengten Arbeit seiner Stäbe verfügten die Anklagevertretung und somit das Gericht bereits wenige Monate nach Kriegsende über eine Vielzahl von Dokumenten, die aus dem archivalischen Beutegut gehoben worden waren. Darunter befanden sich Schriftstücke (Briefe, Befehle, Niederschriften von Reden u. a.), die bis heute zu den Schlüsseldokumenten der Forschung gehören. Zudem konnten die Ankläger aus der Gruppe der gefangengesetzten Täter, deren spezieller Tatbeitrag zumeist noch aufzuklären war, diejenigen auswählen, die dem Gericht als Zeugen vorgeführt wurden. Einige der wichtigsten fehlten jedoch: Heinrich Himmler hatte nach seiner Gefangennahme Selbstmord begangen, der Chef des RSHA und stellvertretende „Reichsprotektor von Böhmen und Mähren", SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, war 1942 in Prag bei einem Anschlag getötet worden, SSW-Gruppenführer Heinrich (Gestapo-)Müller war spurlos verschwunden und sein Verbleib konnte auch später nie aufgeklärt werden. Auch der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann war unauffindbar. Es galt als ungewiss, ob er überlebt hatte. Erst viel später wurde bekannt, dass er sich in den Monaten des Prozesses versteckt in Norddeutschland befand. Franz Novak, der Transportoffizier Eichmanns, war ebenfalls nicht ergriffen worden. Er lebte unter falschem Namen in Österreich.

---

45 Laqueur. Nachrichten. S. 95 f. In den Artikeln vom 25. und 30. Juni 1942 war man der Tötung durch Giftgas, von der Verwendung von Vergasungswagen und von der Vernichtungsstätte Kulmhof die Rede.

46 Vom Grad der Verbreitung der Kenntnisse und den Versuchten, sie den Deutschen bekanntzumachen, zeugen auch die Rundfunk-Ansprachen Thomas Manns „Deutsche Hörer", in denen – zunächst in den Einzelheiten nicht mit vollkommen verlässlichen Informationen – im November 1941 von dem „Unaussprechlichen" die Rede war, das „in Rußland, das mit den Polen und Juden geschehen ist und geschieht". In: Zeit und Werk. Tagebücher, Reden und Schriften zum Zeitgeschehen, Berlin 1965, S. 641 und weiter und ähnlich mit vielfachen Erwähnungen der Verwendung von Giftgas zur Menschentötung auf den S. 645 f., 662, 671 ff. (fortan Mann, Hörer).

47 Eine Tatsache, die bei der Verurteilung Streichers, der für sich den Titel des „Antisemiten Nr. 1" beansprucht hatte, eine besondere Rolle spiele, denn damit wurde eine seiner Schutzbehauptungen widerlegt, der zufolge er, als seine Zeitschrift die Mordhetze betrieb, vom tatsächlichen Stattfinden und Fortgang des Verbrechens keine Kenntnis besessen habe. Kurt Pätzold, Julius Streicher. „... he was a good person". In: Ders./Manfred Weißbecker (Hrsg.), Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, Leipzig 1996, S. 264 ff., hier S. 292.

Doch auf der Anklagebank saß der Heydrich-Nachfolger im RSHA, Ernst Kaltenbrunner.[48] In alliierter Gefangenschaft befanden sich mehrere SS-Offiziere, die zum leitenden und kommandierenden Personal der „Endlösung“ gehört hatten. Ausgewählt wurden u. a. der zeitweilige Kommandeur der Einsatzgruppe D der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf[49], der 1948 in Nürnberg zum Tode verurteilt und am 8. Juni 1951 in Landsberg hingerichtet wurde, der Höhere SS- und Polizeiführer im eroberten sowjetischen Gebiet – Russland-Mitte – und spätere Kommandeur der zur Bekämpfung der Partisanen eingesetzten („Bandenkampf“-)Verbände, SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski,[50] der 1951 in München zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde, seine Strafe alsbald auf 5 Jahre herabgesetzt sah, die er nicht vollständig verbüßen musste, der mehrjährige Kommandant des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, SS-Obersturmbannführer Rudolf Höß,[51] den am 2. April 1947 in Warschau ein polnischer Gerichtshof zum Tode verurteilte und der am 16. April 1947 auf dem Gelände des Lagers Auschwitz I hingerichtet wurde, und der enge Mitarbeiter im von Eichmann geleiteten Referat, SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny,[52] dessen Prozess 1948 vor einem tschechoslowakischen Gericht in Bratislava stattfand, weil er zuletzt als „Judenreferent“ in der deutschen Botschaft in der Hauptstadt der slowakischen Verbündeten tätig gewesen war, und gegen den ebenfalls das Todesurteil ausgesprochen wurde, dem die Vollstreckung folgte. Damit waren Täter verfügbar, die an verschiedensten Tatorten des Verbrechens gewirkt hatten und denen aufgrund vorliegender Dokumente wenig Gelegenheit blieb, sich um das Eingeständnis des Geschehenen herumzureden, wenn auch jeder sich einzig als ausführendes Organ von Entschlüssen Hitlers und von Befehlen seiner Vorgesetzten ausgeben wollte. Zudem traten Überlebende in den Zeugenstand; zu ihnen gehörte Marie-Claude Vaillant-Couturier, die in Auschwitz gefangengehaltene französische Deputierte und Widerstandskämpferin.[53]

Die Richter von Nürnberg sahen sich später und sind bis heute der Kritik ausgesetzt ,sie hätten dem Verbrechen an den Juden nicht den gebührenden Platz eingeräumt.[54] Im Urteilstext war der Massenmord an den europäischen Juden nach den Abschnitten über die „Ermordung und Misshandlung von Kriegsgefangenen“ und der „Zivilbevölkerung“ in den okkupierten Gebieten und Ländern, über die „Plünderung des öffentlichen und privaten Eigentums“ und über die „Politik der Zwangsarbeit“ eingeordnet und trug die Überschrift „Die Judenverfolgung“.[55] Diese Platzierung und Kennzeichnung bedeutete einen analytischen Rückschritt gegenüber der während des Krieges – u. a. in Zeitungen, die in den Staaten der Alliierten und in neutralen Ländern erschienen – getroffenen Bewertung des Massenmords an den Juden als einer geschichtlich beispiellosen barbarischen Tat. Die Richter übernahmen in ihren Text auch die präzise Kennzeichnung nicht, die Jackson im einleitenden Anklagevortrag gegeben hatte: „Die Geschichte berichtet von keinem Verbrechen, das sich jemals gegen so viele Opfer gerichtet hat oder mit solch einer berechnenden Grausamkeit begangen worden ist.“ Zwar waren hier die Zahl der Opfer und die Art und Weise, in der das Verbrechen verübt wurde, zum Kriterium von dessen Einzigartigkeit gemacht, – was eine Verkürzung bedeutet –, doch wurde die Heraushebung deutlich vorgenommen. An anderer Stelle hieß es: „Die Ostjuden haben gelitten wie nie ein Volk zuvor.“[56] Dass die Bewertung des Verbrechens einzig unter den Gesichtswinkeln der Grausamkeit der

---

48 Seine Rolle ist er jüngst in einer Biographie dargestellt worden: Peter Black, Ernst Kaltenbrunner, Vasall Himmlers. Eine SS-Karriere. Paderborn 1991. Eine Zusammenfassung seiner Forschungsergebnisse gab derselbe Autor in; Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, Leipzig 1996, S. 119 ff.

49 IMT, Bd. IV, S. 344 f.

50 IMT, Bd. IV, S. 525 f. Zur Biographie s. Hans-Heinrich Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 475.

51 51 IMT, Bd. XI, S. 435 f.

52 IMT, Bd. IV, S. 393 f.

53 IMT, Bd. VI, S. 227 u 230 f.

54 S. dazu neuerdings Friedhelm Kröll, 1945-1995, Nuremberg Trials bei Licht h:esehnen. In: Weg und Ziel. Marxistische Zeitschrift, 53. Jahrgang, 1954, Nr. 5, S. 15 ff. Der Text stützt sich auf: Ders., Friedhelm Kröll, Das Verhör – Carl Schmitt in Nürnberg 1947, Nürnberg 1995. Kröll referiert ausführlich insbesondere die Einwände Hannah Arendts und Raul Hilbergs, sowie die späteren kritischen Analysen beteiligter Juristen des Gerichts und der Anklage.

55 Urteilstext in: Bd. 1.

56 IMT, Bd. II, S. 140 u. 145.

Täter und der Unzahl von Opfern zu eng sei, drückte am klarsten der französische Ankläger François de Menthon aus, als er von einem Verbrechen „gegen Rang und Stand des Menschen“ sprach.[57]

Indessen: Der Maßstab, mit dem die Richterschelte operiert, berücksichtigt weder die politische Situation ausreichend, noch zeichnet er sich durch eine historische Perspektive aus. Das Gericht erblickte seine wichtigste in die Zukunft gerichtete Aufgabe darin, mit seinen Mitteln Barrieren gegen einen Dritten Weltkrieg und gegen jegliche Angriffskriege zu errichten. Dieser Pflicht suchte es – wieder nach den treffenden Worten des französischen Hauptanklägers – in einem geschichtlichen Stunde zu genügen, „in der die Menschheit nur mit Bangen und Zögern den Weg zur Organisation des Friedens zu beschreiten scheint“.[58]

Zudem konnte niemand von den Nürnberger Richtern erwarten, dass sie, nur Monate nachdem ihm ein Ende gesetzt worden war, das an den Juden begangene Verbrechen in seinem ganzen Umfang zu rekonstruieren vermochten. Dennoch gehört zu ihren Leistungen, dass sie es nicht bei der bloßen Feststellung von Tatsachen beließen, sondern auch ihre Bewertungen trafen, von denen viele durch spätere weitläufige Forschungen bekräftigt und als vollkommen richtig bestätigt worden sind. Die Ankläger verwiesen auf den instrumentalen Charakter von Antisemitismus und Judenverfolgung, darauf, dass er eine Art Vorschule für die Deutschen darstellte, durch die sie auf die Praktiken der Unterdrückung anderer Völker und ganz allgemein von Menschengruppen abgerichtet wurden, welche ihnen die Machthaber bezeichneten. Die Ankläger erwähnten den Antisemitismus als ein Mittel der Außenpolitik vor und im Kriege, mit dem Gegner gespalten und Verbündete und Kollaborateure gewonnen worden waren. Sie stellten fest, dass im Kriegsverlauf die Verfolgung und Tötung der Juden als ein Mittel der Drohung und Disziplinierung diente, mit dem in den okkupierten Gebieten auf die nichtjüdische Bevölkerung eingewirkt und Friedhofsruhe erzwungen werden sollte.[59] Doch fanden sich in Jacksons zusammenfassender Charakteristik auch Feststellungen, die auf Jahrzehnte und bis heute Strömungen in der Geschichtswissenschaft gegeneinanderstellen: So hätten die Täter offen zugegeben, die Vernichtung des jüdischen Volkes zu erstreben „als Selbstzweck, als Vorbereitungsmaßnahme zum Kriege und als Warnung für besiegte Völker“.[60] Hier stimmte wenig. Nie hatten die deutschen Faschistenführer den Judenmord als Selbstzweck gekennzeichnet, sondern ihn stets mit realen und auch mit vorgetäuschten Gründen vor sich und anderen zu rechtfertigen gesucht. Und selbstredend war der im Kriege verübte Judenmord keine vorbereitende Kriegsmaßnahme. Viel eher traf auf ihn – aus der Sicht der Mörder – die Kennzeichnung als einer „vorbereitenden Friedensmaßnahme“ zu, eines Friedens, den man sich freilich kaum vorstellen mag.

Das Urteil konstatierte, dass der Schritt von der Judenverfolgung und Judenvertreibung zum systematischen Massenmord im Sommer 1941 erfolgte und die Pläne für die Ausrottung bald nach dem Angriff auf die Sowjetunion ausgearbeitet wurden. Die Richter verwiesen auf die Rolle der Einsatzgruppen, auf deren Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und auf die Bestimmung der Konzentrationslager, deren „Hauptzweck“ sie in der Vernichtung der Juden erblickten. Sie fanden – und auch hier liegt ein Streitpunkt bis zum heutigen Tage – keine Gründe, diese Untat von anderen zu separieren, sie zu isolieren oder als eigenständiges deutsches Kriegsziel zu erklären. Vielmehr schlug sich im Urteilstext der – gewiss nicht gelungene – Versuch nieder, den Zusammenhang von Judenmord und Kriegsplan aufzudecken. Doch kann bei allen Mängeln dieses Versuchs nicht übersehen werden, dass die Juristen das Verbrechen nicht als bloßes Resultat unausrottbarer Vorurteile und blindwütigen Rassenhasses begriffen, sondern es als Bestandteil einer kalkulierten Politik auffassten, die sowohl ökonomische wie politisch-ideologische und psychologische Ziele verfolgte.[61] Es scheint, dass die Historiker diesen

---

57 Zitiert nach: Arendt, Eichmann, S. 306.

58 IMT, Bd. V, S. 415 ff.

59 IMT, Bd. II, S. 129 u. 139.

60 IMT, Bd. II, S. 140.

61 Raul Hilberg entgingen diese Passagen, sonst wäre er schwerlich zu dem Pauschalurteil gelangt: „Während des Prozesses waren die Anklage-Vertreter nicht imstande, einen Zusammenhang zwischen diesen Beschlüssen (den vor dem Kriege beschlossenen antijüdischen Gesetze und Verordnungen – K. P.) und der „Verschwörung“ zur Anzettelung eines Krieges herzustellen.“ Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt 1990 (fortan: Hilberg, Vernichtung), S. 1137.

Beitrag zur Aufdeckung und Einordnung der Genesis des „Holocaust“ zusammenfassend, vorurteilslos und ohne Hochmut erst noch zu würdigen haben, wozu ihnen kürzlich insbesondere der 50. Jahrestag des Prozessbeginns Anstoß und Gelegenheit bot, die jedoch „verpasst“ worden sind. Das kann nicht als ein Zufall angesehen werden, wird doch die Bewertung dieses frühen Verdienstes schwerlich durch Historiker geschehen können, die in ihren Deutungen hinter das intellektuelle Niveau des Gerichts zurückgefallen sind oder sich nie auf dessen Höhe zu begeben vermochten.

V.

Trotz einer zu Tage liegenden Verwandtschaft mancher Aufgaben der Staatsanwälte und der Historiker trifft doch zu: Die Fragestellung der Juristen, Ankläger wie Richter, ist anderer Absicht unterworfen als die der Historiker und folgt mithin einer anderen „Forschungsrichtung“. Die Juristen fragten in Nürnberg, was geschah und wer, wann, was getan oder auch unterlassen hatte. Ihre Aufmerksamkeit galt, wegen des Interesses an den Umständen, unter denen Taten begangen wurden und Täter handelten, auch und in extenso der Vorgeschichte von deren Handlungen. Ja, es scheint kaum ein Prozess denkbar, in dem, immer unter Berücksichtigung des Wissbaren, das zeitliche Vor- und das Umfeld der Handelnden so geduldig und breit ausgeleuchtet wurde, wie dies durch das Internationale Militärtribunal geschah. Allein Göring, auf Platz eins der Anklagebank gesetzt, erhielt Gelegenheit, insgesamt mehr als fünfzig Stunden im Zeugenstand zu reden, wovon er einen erheblichen Teil auf Ereignisse und Entwicklungen verwenden konnte, die zeitlich außerhalb des Rahmens lagen, in dem das Gericht Taten be- und gegebenenfalls verurteilte.[62]

Doch die Fragen des Historikers sind über die vielzitierte Rankesche Maxime hinausgeführt. Sie zielen auf die Beantwortung des „Warum und Wozu“, also auf die Bloßlegung von Ursachen und Interessen, auf Zwecke und Ziele, die erreichten ebenso wie die verfehlten. Für die historiographisch geleitete Erforschung des Judenmordes bedeutet dies, dass auch sie die Frage nach den mit der Untat von ihren Urhebern verfolgten direkten und ferneren Zielen nicht ausklammern kann und versuchen muss, den Platz des Judenmords im Zielkomplex der faschistischen deutschen Welteroberer zu bestimmen. Der letzte Gesichtspunkt ist der am meisten umstrittene geblieben, wobei in jüngster Zeit beobachtet werden kann, dass er nicht durch Klärung. sondern durch Vernachlässigung und Nichtachtung aus der Kontroverse gerät. Diese Tendenz wurde dadurch begünstigt, dass sich die Herausforderung durch die materialistische Geschichtsschreibung zwar nicht gedanklich, aber in ihren öffentlichen Wirkungsmöglichkeiten erheblich abgeschwächt hat. Es ist weithin Mode geworden, die Verfechter dieser Richtung auch im Hinblick auf diesen speziellen Gegenstand des Dogmatismus und des Vulgärmaterialismus, jedenfalls des Unvermögens zu zeihen. So scheint die Bahn für eine Betrachtungsweise frei, die alles Fragen auf Hitler, seine Weltanschauung, sein Denken, seine Entscheidungen und seine Endziele und auf die ihn unmittelbar umgebenden Tätergruppe richtet und die Antworten in diesem Bezirk ausmünden und enden lässt und Interessen außerhalb dieses Personenkreises nicht gelten lässt.

Diese Betrachtungsweise mochte unter dem nachwirkenden Eindruck des Regimes und angesichts des ganz unentwickelten Standes der Forschung erklärlich sein. So sprach während des Nürnberger Prozesses auch der Hauptankläger Frankreichs, Auguste Champetier de Ribes, vom „Genocidium“ als dem „ungeheuerlichen Resultat der Hitlerschen Ideologie“.[63] Damit waren mehr Fragen aufgeworfen denn aufgeklärt. Dennoch erhielt sich die genügsame Weise, welche alle Antworten in einer einzigen Person zu finden glaubte, gerade in Publikationen, die ungleich mehr Leser erreichten als wissenschaftliche Monographien. Das gilt beispielsweise für den vielgelesenen Bericht des niederländischen Schriftstellers Harry Mulisch, einen Augenzeugen des Eichmann-Prozesses, der schrieb: „Der Judenmord ... entsprang unmittelbar dem Innern eines einzigen Menschen.“ Und: „Ein einziger Mensch wurde vom Judenmord befriedigt und zwar Hitler.“[64] Derlei Antworten lassen sich zudem leicht erfassen und im Gedächtnis behalten, was ihrer Verbreitung zusätzlich entgegenkommt.

---

62 Dietrich Eichholtz, Hermann: Göring, „... dann kommt die Stunde, wo Deutschland reich ist“. In: Pätzold/Weißbecker, Stufen zum Galgen, S. 18 ff.

63 IMT, Bd. XXII, S. 343.

64 Harry Mulisch, Strafsache 40/61. Eine Reportage über den Eichmann-Prozeß, Berlin 1995, S. 147 u. 138.

Noch unterhalb dieser niedrigen Erkenntnisschwelle befinden sich jene agnostischen Bekenntnisse, die den Judenmord als „metahistorischen“ Vorgang ansehen, an dem jeder Erklärungsversuch scheitern müsse. Häufiger als derart offene Totalkapitulationen lassen sich allerdings mehr oder weniger verschämte Eingeständnisse antreffen, mit denen das Geschehen in den Bereich verwiesen wird, der allen menschlichen Anstrengungen unzugänglich bleibe. Diese Überzeugung äußert sich in Formulierungen wie der vom Judenmord als einem „übermächtigen historischen Grenzereignis“, das sich einer „angemessenen Darstellung und Deutung“ verweigern würde.[65] Mulisch formuliert offener und ohne Verwendung jeder akademisch anmutenden Begrifflichkeit, wenn er von einem Verbrechen schreibt, das in „keinerlei Hinsicht etwas mit ‚Zeit‘ oder Geschichte zu tun“ hatte.[66]

Die Praxis, den Massenmord an den Juden gedanklich an oder hinter eine Grenze von Geschichte zu stellen, von der nicht gesagt wird, wo sie verläuft, wodurch sie verursacht und charakterisiert wird, findet Nachahmung. Das bezeugen Kennzeichnungen – sie sind einem einzigen Aufsatz entnommen – wie „die extreme Ausnahmeerscheinung der Massenvernichtung“, „das existentielle Grenzereignis“, das „extreme Grenzereignis säkularer Zivilisation“[67]. Darin äußert sich gewiss immer und überall auch methodologisches Unvermögen der Einzelnen. Nirgendwo war jedoch das politisch-gesellschaftliche Interesse an derart einnebelnden Verfahren größer als in der Bundesrepublik. Es erhielt sich über die Restaurationsphase hinweg bis in die Gegenwart.

Bevor von Kontroversen, ausgetragenen, marginalisierten und verdrängten, berichtet werden soll, sei festgestellt: Die internationale Geschichtswissenschaft hat sich mit der Geschichte des „Holocaust“ viel später forschend zu beschäftigen begonnen, als gemeinhin angenommen wird. Die verbreitete Unkenntnis über diesen späten Beginn – dies nebenbei – hat jüngst denjenigen genützt, die Historikern und Publizisten in der DDR eine spezielle Verweigerung gegenüber diesem Gegenstand nachsagten und an diese unbewiesene Behauptung die weitere knüpften, dies sei Ausdruck des im untergegangenen Staat anzutreffenden Antisemitismus. In derartigen Aussagen regierte die Absicht, das realsozialistische System möglichst nahe an das deutsch-faschistische zu rücken, beide womöglich zur Deckung zu bringen. Das konnte nur gelingen, wenn die Machthaber der DDR zu Antisemiten erklärt wurden. Auch diese Erfahrung, die von dem Bestreben zeugt, jeden sachlichen internationalen Vergleich zu vermeiden, lässt es notwendig erscheinen, einen – wenn auch sehr flüchtigen – Blick auf die Anfänge der „Holocaust“-Forschung und die Leistungen ihrer Pioniere zu werfen.

Das 42 Bände umfassende Protokoll der Verhandlungen des Nürnberger Prozesses samt der vom Gericht akzeptierten Dokumente lag 1947 in mehrsprachigem Druck vor. Dann wurden die teils publizierten, meist aber archivierten Materialien der vor amerikanischen Militärgerichten geführten zwölf sogenannten Nürnberger Nachfolge-Prozesse zugänglich. Hinzukamen und erreichbar waren die Dokumentenmassen aus Gerichtsverfahren gegen sogenannte NS-Täter, die in vielen europäischen Staaten stattfanden, wie beispielsweise aus den in Polen durchgeführten Verfahren gegen Rudolf Höß und gegen Hans Franks Staatssekretär Josef Bühler. Die Quellen für die Historiker häuften sich alsbald zu nahezu bedrohlichen Bergen. Dennoch vergingen nach Kriegsende acht Jahre, bis Gerald Reitlingers Überblick über die Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden erschien.[68]

Der Autor stellte das Verbrechen in den Verlauf und die Daten des Krieges und ließ, dessen Vorgeschichte mit den Nürnberger Gesetzen des Jahres 1935 beginnen. Das Werk, das die Geschichte der Vernichtung der europäischen Juden mehr schildert, als es sie beim damaligen Stand der Forschungen

---

65 Saul Friedländer, Die „Endlösung“. Über das Unbehagen in der Geschichtsdeutung. In: Pehle. Der historische Ort, S. 93.

66 Mulisch, a. a. O., S. 147.

67 Dan Diner, Perspektivenwahl und Geschichtserfahrung. Bedarf es einer besonderen Historik des Nationalsozialismus. In: Pehle, Der historische Ort, S. 102 u. 108. Der Autor verdächtigt übrigens diejenigen, die in ihre Deutungen rational erfassbare ökonomische Ursachen einzubeziehen suchen, der Verfolgung von Interessen, die außerhalb des zu erforschenden Gegenstandes liegen würden.

68 Gerald Reitlinger, The Final Solution – the Attempt to Exterminate the Jews of Europe 1939-1945, London 1953. Der ganz persönliche Antrieb des Forschers drückte die dem Werk vorangestellte Widmung aus: „Für Venetia, damit sie es eines Tages liest und so von der Tragödie ihres Volkes erfährt.“

über die deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1945 analysieren konnte, hätte nicht geschrieben werden können, wären bis dahin nicht Forschungs- und Dokumentationszentren entstanden, die das Quellenmaterial sammelten und ordneten. Zuerst geschah das in den USA, wo sich das 1939 von Wilna übergesiedelte „Yiddish Scientific Institute“ befand und im Februar 1940 das „Institute of Jewish Affairs“ gegründet worden war. Das Letztere hatte die ersten Darstellungen der Judenverfolgung und des Judenmords herausgegeben. 1943 war „Hitlers Ten Year's War on the Jews“ und im folgenden Jahr von Jacob Lestschinsky „The Jewish Catastrophe“ erschienen. Dann entstanden in London die von Alfred Wiener gegründete und nach ihm benannte „Wiener Library“ und schon 1945 wurde in Paris das „Centre de Documentation Juive Contemporaine“ gegründet, das die Zeitschrift „Le Monde Juif“ herausgab. Dessen später durch viele Forschungen berühmt gewordener Archivar und Historiker Léon Poliakov legte 1951 sein Buch „Breviaire de la Haine. Le IIIe Reich et les Juifs“ vor. Bedeutungsvoll wurde auch die Arbeit des sofort nach Kriegsende entstandene Amsterdamer „Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie“.

Reitlingers Arbeit fand im angelsächsischen Raum viel Aufmerksamkeit, bewirkte aber in der Geschichtswissenschaft keinen Anstoß. Eine deutsche Übersetzung und dann mehrere Auflagen davon erschienen in der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, während das Werk in der DDR über den Kreis von Spezialisten hinaus unerreichbar blieb. Der Untertitel, den der Autor seinem Buch gegeben hatte, erhielt in der BRD einen charakteristischen Zusatz, er hieß nun „Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945[69] und bediente die inzwischen weit verbreitete Version, die im Titel eines später geschriebenen (schlechten) Schauspiels treffend formuliert wurde: „Ich bin's nicht, Adolf Hitler ist es gewesen.“ Außerdem hielten es Herausgeber und Übersetzer für angemessen, darauf zu verweisen, dass die „Schlussfolgerungen des Verfassers ... hinsichtlich der deutschen Ostgrenzen von der deutschen Öffentlichkeit nicht geteilt werden können“. Der Autor hatte vermerkt, dass in den Köpfen deutscher Machthaber auch eine Vorstellung von der „Endlösung der Slawenfrage“[70] existierte. Und das war nicht nur eine vage Idee geblieben. Diese „Endlösung“ wurde nicht bis zu jenem Punkte getrieben, den die Vernichtung der Juden erreichte. Aber sie hatte mit der Liquidierung von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, mit Massakern unter der Bevölkerung Polens und deren Aushungerung sowie mit den Planungen zur Deportation der Tschechen nach dem „Endsieg“ bereits begonnen und deutliche Konturen gewonnen.

Die Forschungen zur Geschichte des „Holocaust“ und mehr noch die Bekanntmachung ihrer Ergebnisse stießen seit ihren Anfängen überall in der Welt auf Hindernisse. Am meisten war das in den Staaten der Fall, auf deren Gebiet die meisten Juden umgebracht worden waren, also in der UdSSR und in Polen. Die Geschichte des „Schwarzbuches“ spricht davon beredt.[71] Doch auch in Staaten, in denen große Gruppen von Juden lebten – in den USA und in Israel – taten sich Barrieren auf. Sie schienen zwar aus wissenschaftlichen Einwänden gebaut, wurden aber durch sie häufig nur getarnt. Das erfuhr niemand früher und nachdrücklicher als der Soziologe und Historiker, dessen Name und Verdienst unter den Holocaust-Forschern unbestritten auf Platz eins erscheint.

Raul Hilberg[72] hatte als Dreizehnjähriger mit seinen Eltern Wien verlassen müssen, als die deutschen Machthaber Österreich liquidierten. Er war via Frankreich und Kuba nach den USA gelangt. Bei Kriegsende kehrte er, ohne noch an Kampfhandlungen teilnehmen zu müssen, als amerikanischer Soldat für kurze Zeit nach Europa zurück. Dann studierte er Soziologie, vor allem bei dem Historiker Hans Rosenberg und dem Sozial- und Politikwissenschaftler Franz Neumann, dem Autor der 1942 in New York und London erschienenen Faschismusanalyse, dessen Haupttitel „Behemoth“ (Untertitel: Structure and Practice of National Socialism) sich des Namens jenes die Wüste beherrschenden Unge-

---

69 Reitlingers Buch hier zitiert nach der Taschenbuch-Ausgabe (5. Aufl.) Berlin 1979, S. XIX. Der Untertitel bedeutete jedoch keine Verfälschung der Sicht des Verfassers, die selbst auf Hitlers Antisemitismus und dessen Ableitungen zentriert war.

70 Ebenda, S. 555.

71 Wassili Grossmann/Ilja Ehrenburg, Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, deutsche Ausgabe von Armin Lustiger, Reinbek b. Hamburg 1994, dort das Vorwort S. 19 ff.

72 Zum folgenden seine Autobiographie: Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers, Frankfurt/M., 1994 (fortan: Hilberg. Erinnerung).

heuers bediente, mit dessen Vernichtung der Tag der Gerechtigkeit anbricht.[73] Beide Wissenschaftler waren 1933 aus dem Deutschen Reich vertrieben worden und über Großbritannien in die USA gelangt. Und beide besaßen eine Beziehung zu Berlin; Rosenberg hatte an der hiesigen Universität promoviert. Neumann war hier als Rechtsanwalt tätig gewesen.

Schon als Student fand Hilberg den Gegenstand, der ihn ein Leben lang nicht loslassen sollte. Und bereits in seiner Magisterarbeit ließ er kein „heißes" Thema aus. Er hatte sich in ihr auch kritisch zum Verhalten der Juden unter den Bedingungen ihrer Verfolgungen durch die deutschen Machthaber geäußert. Neumann sagte ihm darauf: „Das ist zu stark, streichen sie es." Und als der Absolvent seinem Lehrer vorschlug, die Magisterarbeit zur Dissertation auszubauen, stimmte dieser dem Vorhaben zwar zu. versah den Entschluss Hilbergs aber mit dem Kommentar: „Das ist Ihr Untergang."

Diese Prophezeiung sollte sich nicht erfüllen. Doch bis Hilbergs Forschungsresultat, entstanden nach der Bewältigung einer Riesenmasse von deutschen Beuteakten, die damals noch in den USA lagerten und benutzbar waren, den Weg zum Druck fand[74], verging extrem viel Zeit, obwohl die Doktorarbeit einen Preis der Columbia-Universität erhalten hatte, der gewöhnlich mit der Drucklegung durch den Universitätsverlag verbunden ist. Auch das Jerusalemer Yad Vashem Institut wollte sich nicht beteiligen. Die Verlage von Princeton und der Universität von Oklahoma lehnten ebenfalls ab. Eines der negativen Gutachten, die herbeigezogen worden waren, stammte – wie sich erst nach ihrem Tode herausstellte – von Hannah Arendt. Später revidierte sie ihr Urteil stillschweigend, verwies auf Hilbergs Buch und nannte es die „ausführlichste und quellenmäßig fundierteste Darstellung der Judenpolitik des Dritten Reiches".[75] Erst 1961 wurde das Manuskript schließlich in einem kleinen Verlag in Chicago gedruckt; gleichzeitig erschien eine englische Ausgabe in London.

Dass es dann zwei Jahrzehnte dauerte, bis ein – wiederum – kleiner Verlag in Berlin-West eine deutsche Übersetzung[76] herausbrachte, dürfte darauf zurückzuführen gewesen sein, dass Hilbergs Ansichten über die Rolle der Judenräte und der jüdischen Organisationen angefeindet und – nicht mit völligem Recht – mit jenen gleichgesetzt wurden, die Hannah Arendt in ihrem Bericht über den Jerusalemer Eichmann-Prozess veröffentlicht hatte und die ihr schärfste Zurückweisung und Angriffe gegen ihre Person eintrugen.[77] Doch diese vermeintliche Identität war es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht allein, die Großverlage die Herausgabe einer deutschen Übersetzung ablehnen ließ.

---

73 Eine deutsche Übersetzung wurde erst 35 Jahre nach dem ersten Erscheinen des Werkes herausgegeben: Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944. Köln 1977.

74 Hilberg, Erinnerung, Abschnitt „Der Weg zur Publikation", S. 92 ff.

75 Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. Mit einem Essay von Hans Mommsen, München 1986, 5. Aufl. (fortan: Arendt, Eichmann), S. 11.

76 Olle & Wolter, Berlin (West) 1982. Das geschah in einer überaus repräsentativen Form, die das Buch verteuerte und seinen Absatz begrenzte. Das änderte sich erst mit der erwähnten Taschenbuchausgabe, die bei Fischer Frankfurt a. M. 1990 erschien. In beiden Fällen hatte der Autor Passagen seines Buches aktualisiert und ergänzt. Wie sehr sich die Verhältnisse gegenüber den ersten Bewertungen verändert hatten, zeigte auch die Tatsache an, dass die Übersetzung der neuen Textteile vom Zentralrat der Juden in Deutschland mit einem Zuschuss gefördert worden war.

77 Verallgemeinernd schrieb Arendt: „Die Rolle der jüdischen Führer bei der Zerstörung ihres eigenen Volkes ist für Juden zweifellos das dunkelste Kapitel in der ganzen dunklen Geschichte." (Eichmann, S. 153) und die Folgen der hierarchischen Organisiertheit der Juden faßte sie in ihr Urteil: „Wäre das jüdische Volk wirklich unorganisiert und führerlos gewesen, so hätte die ‚Endlösung' ein furchtbares Chaos und ein unerhörtes Elend bedeutet, (jedoch hätte) die Gesamtzahl der Opfer ... schwerlich die Zahl von viereinhalb bis sechs Millionen erreicht." (Ebenda, S. 162) Dabei handelte es sich um Urteile, die der Kritikerin nicht zu einer Anklage gegen Judenräte und Judenälteste gerieten. Sie stellte vielmehr fest, dass diese kooperiert hatten, „weil sie dachten, sie könnten damit schlimmere Folgen verhüten. (Eichmann, S. 126) Hilberg hatte das Verhalten der Juden gegenüber ihren faschistischen Verfolgern nüchtern und ohne Schuldzuweisungen konstatiert (so beispielsweise mit der generalisierenden Feststellung: „Ein beachtlicher Teil des Gesamtprozesses beruht auf jüdischer Mithilfe – seien es die einfachsten Handlungen einzelner oder die organisierte Tätigkeit der Räte." Hilberg, Vernichtung, Bd. 3, S. 1107 und: „Kurz, die Judenräte assistierten den Deutschen mit ihren guten wie mit ihren schlechten Eigenschaften, und noch die besten Leistungen einer jüdischen Bürokratie wurden letzten Endes für den allesfressenden Vernichtungsprozess der Deutschen vereinnahmt." Ebenda, S. 1109), und es darüber hinaus unter Hinweis auf die aus der Vergangenheit der Juden und den daraus herrührenden Erfahrungen mit den verschiedensten Verfolgern gleichsam als spezifisch jüdisch erklärt. Arendt ließ das nicht gelten und verwies hingegen darauf, dass sich verfolgte Gruppen in der Geschichte wieder und wieder verhalten hätten, wie das die Juden im Machtbereich der Nazis taten. (Eichmann, S. 13)

Das Buch des amerikanischen Historikers lag quer zu allen insbesondere in der Bundesrepublik fortdauernden Versuchen, den Ursachen- und Beziehungskomplex des Themas zu verkürzen. Die in seiner Untersuchung erwähnten deutschen Industrie- und Bankkonzerne und Großfirmen lesen sich in einer Zusammenstellung wie deren Adressbuch. Reitlinger hatte knapp, aber eindeutig einzig die Rolle der Kruppwerke und ihres Alleineigentümers Alfried Krupp von Bohlen und Halbach erwähnt, der sich nach seiner Verurteilung alsbald wieder auf freiem Fuß befand und dem der Konzern, wenn auch noch nicht zu uneingeschränkt freier Verfügung zurückgegeben worden war. Hilberg nannte die Großbanken, AEG, Agfa, die Allianz-Versicherung, BMW, Daimler Benz, die Deutschen Ausrüstungswerke (DAW), die Deutsche Asbest Zement AG, DKW, die Flick AG, die Flugzeugwerke Focker und Heinkel, Hoechst, die IG Farben, Siemens, das Stickstoff Syndikat, Telefunken, die Vereinigten Stahlwerke usw. Und dies exakt zu einem Zeitpunkt, da sich nicht nur konservative Historiker, sondern der inzwischen in den Ruhestand getretene erste Bundespräsident Theodor Heuß anlässlich des 1961 begangenen 150-jährigen Bestehens der Kruppwerke in Essen wider anderes, eigenes Wissen als Festredner und Weißwäscher für den Konzern und dessen Alleineigentümer betätigte.[78]

Dabei war Hilberg keineswegs auf diesen Aspekt seines Gegenstands spezialisiert oder auch nur kapriziert. Er versuchte – deutlich in den Bahnen seiner soziologischen Ausbildung – die selbstgestellte Aufgabe zu lösen, durch die Untersuchung der Tätigkeit der deutschen Behörden und der Rolle von deren verantwortlichem Personal herauszufinden, „wie die Vernichtung der Juden ihren Weg nahm“.[79] Hilbergs Recherchen zielten auf die Rolle von Institutionen und Tätergruppen. Deren Fährte ist er von den Büros und Schreibtischen bis an die Erschießungsgruben und vor die Gaskammern der Vernichtungsstätten gefolgt. Er enthüllte, was er die „Struktur des Vernichtungsprozesses“ nannte. Doch war und blieb er außerstande, das Verbrechen in die Geschichte der deutsch-faschistischen Herrschaft und des Krieges einzuordnen. Der abschließende Satz seiner großen Untersuchung verrät demgegenüber hochgradige Hilflosigkeit: „Als zu Beginn des Jahres 1933 erstmals ein Ministerialbeamter eine Definition der Bezeichnung ‚nichtarisch‘ in einen Richtlinienerlass hineinschrieb, war das Schicksal des europäischen Judentums besiegelt.“[80] Mit ersichtlich mehr Wahrheitsanspruch könnte formuliert werden: „Als Hitler am 3. Februar 1933 einem kleinen Kreis führender Militärs eröffnete, dass das Ziel kommender imperialistischer Eroberungen Osteuropas sein werde, war das Leben der Mehrheit der Juden Europas aufs höchste – auf den Tod – gefährdet.“ Nur ließe sich auch dagegen sofort einwenden, dass von 1933 zu 1939 keine geschichtliche Einbahnstraße verlief, sondern zwischen den beiden Jahreszahlen denkbare Alternativen europäischer Entwicklungen lagen.

Hilberg gab sich über die Grenzen seines Fragens und Forschens und mithin seiner Antworten, was nicht so häufig vorkommt, nüchtern Rechenschaft. Als er Anfang 1989 in Frankfurt/M. einen Vortrag über das Thema „Tendenzen der Holocaust-Forschung“ hielt, wurde er gefragt, warum es zum Massenmord an den Juden gekommen sei. Er antwortete: „Wenn ich könnte, würde ich gern im Alter ein Buch schreiben mit dem Titel ‚Jenseits des Rationalen und Irrationalen‘, denn darum handelt es sich wohl. Das ‚Warum‘ ist die schwierigste Frage. Ich habe sie zu stellen unterlassen.“[81]

VI.

Die Geschichtswissenschaft, soviel sie Reitlinger und Hilberg und den Arbeiten dieser beiden Beginner verdankt – bis heute gibt es keinen Forscher. der sich nicht auf sie beziehen würde –, musste also ihre Fragestellung erweitern. Jedoch: Während die Faschismusforschung im Hinblick auf andere Teilgegenstände und -themen nach Ursachen und Zwecken fragt, blieb sie bei der Erforschung des Judenmords bis in die jüngste Zeit auf das Wer und das Wie fixiert. Das Interesse konzentrierte sich neuerdings auf die Frage, warum sich so viele deutsche Täter fanden, die sich zu Mördergruppen formieren und in Aktion setzen ließen, wie viele es insgesamt waren und wie viele als Mörder bereit-

---

78 Kurt Pätzold, Weißwäsche für Krupp, in: Neues Deutschland, 4./5. Mai 1996, S. 13.

79 Hilberg, Vernichtung, Bd. 1, S. 9.

80 Hilberg, Vernichtung, Bd. 3, S. 1115.

81 Der Vortrag fand im Rahmen der „Frankfurter Historik-Vorlesungen“ statt und ist gedruckt bei: Walter H. Fehle (Hrsg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, Frankfurt/M. 1990 (fortan: Pehle, Der historische Ort), S. 80.

standen, ohne eingesetzt zu werden. Vor allem das Erscheinen der wissenschaftlich und politisch gleichermaßen umstrittenen Arbeit von Daniel Jonah Goldhagen hat die Aufmerksamkeit auf diesen Aspekt gelenkt.[82]

Die Mehrzahl der Holocaust-Forscher sieht es bis zum heutigen Tage jedoch als die größte Herausforderung an, den Schritt von der Verfolgung und Vertreibung der Juden aus dem deutschen Machtbereich zur Ermordung aller dieser Juden im deutschen Machtbereich zu rekonstruieren. Wie ist dieser qualitative Sprung erfolgt? Wer hat das Massenmorden erdacht, wer, wann, wem befohlen? Wann begann seine systematische Verwirklichung? Über welche Stufen nahm es seinen planmäßigen Fortgang? Präzisere Aussagen werden neuerdings – wie erwähnt – namentlich durch Untersuchungen über die Regionen angestrebt, in denen die Verbrechen ausgeführt wurden.[83] Unter den Historikern bildeten sich angesichts dieser langen Fragenreihe zwei jeweils internationale Lager. Sie existieren bis heute, wenn die Kontrahenten auch ihr Meinungsverschiedenheiten nicht mehr mit jener Verve austragen, mit der sie das 1984 in Stuttgart auf einer internationalen Tagung taten. Ihre Teilnehmer befassten sich eigens mit der Bildung des Entschlusses, auf den die Ingangsetzung des Massenmordens gefolgt war.[84]

Eine Reihe von Grundtatsachen und Kernbewertungen sind in der Zunft, ungeachtet aller abweichenden Standpunkte und Interpretationen. jedoch unumstritten. Erstens gilt als erwiesen, dass der Schritt zur „Endlösung“ 1941 (nicht schon 1939[85] oder früher) geplant und getan wurde. Unterschiedliche Ansichten herrschen über den genauen Zeitpunkt, an dem das geschah und fraglich blieb auch, ob die Entscheidung in einem einzigen Schritt oder in mehreren aufeinander folgenden Teilschritten erfolgte.[86] Zweitens wird allgemein angenommen, dass ein schriftlicher Generalbefehl für den Übergang zum Massenmord, den nur Hitler hätte erteilen können, niemals gegeben worden und folglich alle Suche nach ihm aussichtslos ist. Drittens wird als feststehend angesehen, dass am Beginn des Verbrechens kein fertiger Plan, womöglich gar ein Stufenplan, vorhanden gewesen sei. Auch der Heydrich erteilte

---

82 Hier ist nicht der Ort, eine kritische Bewertung des Buches (Hitlers Willing Executioners. Ordinary Germans and the Holocaust. New York und London 1996) vorzunehmen, das noch nicht zugänglich war, als dieser Vortrag gehalten wurde. (Dt. Ausgabe: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.) Das frühe internationale Echo ist in Auswahl zusammengefaßt: Julius Schoeps (Hrsg.), Ein Volk von Mördern?, Hamburg 1996. S. ferner: Die Deutschen – ein Volk von Tätern?, Bonn 1996 (= Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, 14) und Michael Schneider, Die „Goldhagen-Debatte“. Ein Historikerstreit in der Mediengesellschaft. Archiv für Sozialgeschichte XXXVII, 1997, S. 460 ff. Dezidierte Kritiken, die sich insbesondere auch mit des Autors Umgang mit den Quellen auseinandersetzen, schrieben Dieter Pohl, Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 45, 1997, H. 1, S. 3 ff. und Ruth Bettina Birn, Revising the Holocaust, in; The Historical Journal, 40 (1997) H. 1, S. 195. Der Autor dieses Vortrags hat sich zu Buch und Diskussion mehrfacht geäußert, u. a.: Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Bulletin 7, Berlin 1996, S. 26 ff. und Daniel Goldhagens ungefeierte Rückkehr in die deutsche Presse, in: Marxistische Blätter, 36, 1998, S. 10 ff.

83 So erklärt Dieter Pohl im Vorwort seiner erwähnten Arbeit (s. unsere Anm. 14), er habe sich der zentralen Frage zugewandt, wie die ‚Judenpolitik‘ und der Judenmord letztendlich durchsetzbar wurden.“ (S. 7).

84 Siehe das bedauerlicherweise sehr stark verkürzte Protokoll der Tagung: Eberhard Jaeckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1985.

85 Auch Arendt unterschied nicht zwischen den Massakern auf dem Territorium Polens unmittelbar nach dem deutschen Überfall und dem systematischen Vorgehen der Judenmörder seit dem Sommer 1941. Sie schrieb, das Schicksal der Ostjuden sei lange vor dem Entschluß über die „Endlösung“, schon im September 1939, entschieden worden. Eichmann, S. 260.

86 Das schließt nicht aus, dass – wie erst kürzlich wieder – Forscher mit überraschenden Entdeckungen hervortreten, die deshalb über die Fachliteratur hinaus rasch bekanntgemacht werden, weil die Redaktionen der Tagespresse auf derartige „Sensationen“ aus der Wissenschaft erpicht sind. So hat Christian Gerlach (Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: Werkstatt Geschichte, 1997, H. 18, S. 7 ff.) nachzuweisen gesucht, dass Hitler die Entscheidung über die unterschiedslose Ermordung aller Juden am 12. Dezember 1941 getroffen habe. Zu diesem Zeitpunkt wurden nicht nur Juden auf dem Territorium der UdSSR von den Erschießungskommandos niedergemetzelt und polnische Juden in Gaswagen erstickt, sondern es waren auch bereits Tausende deportierter deutscher Juden in Riga und Kaunas erschossen worden. Angesichts von Hitlers Anspruch, in allen die Juden betreffenden Fragen die erste Instanz für jedwedes Urteil zu sein, fällt die Vorstellung schwer, dass an allen diesen Stellen auf eigene Entschlüsse hin gehandelt worden wäre.

Auftrag, ein solches Schriftstück vorzulegen, hat niemals zu einer derartigen Ausarbeitung geführt. Was rückblickend auf einen derartigen Plan hinzudeuten scheint, entstand vielmehr in einem verwickelten Prozess nach der Methode „Erprobung einer Vernichtungspraxis – unzulängliches Resultat – neue, andere oder modifizierte Erprobung usw." entstanden, wobei sich die Planenden und die Täter vor Ort auf die Erfahrungen stützten, die sie bei der Tötung von Abertausenden von wirklich oder vermeintlich unheilbar Kranken gesammelt hatten. Schon die ersten „Versuche" (wie die Erprobung der Verwendung von Giftgas an sowjetischen Kriegsgefangenen und kranken Häftlingen im KZ Auschwitz im September 1941) löschten Hunderte Menschenleben aus. Viertens ist unbestritten, dass der „Faktor Hitler" (Martin Broszat), so wenig wie er gedanklich folgenlos aus der Gesamtgeschichte des deutschen Faschismus herausgenommen werden kann, auch nicht aus diesem Prozess des Übergangs wegzudenken ist. ohne ihn zu verzeichnen. Hitler wird – so das Minimum der Übereinstimmung – in ihm als „unentbehrlich" angesehen. Während die einen seine Entscheidung aber aus seiner Ideologie entspringen sehen, die endlich sein irrationales Rachegelüst stillte, wollen andere sie in einem Prozess der „kumulativen Radikalisierung" (Hans Mommsen) als Resultat von „Zwängen" verstehen, welche die Judenverfolger im Prozess der Vertreibung und Ghettoisierung selbst geschaffen hätten.

Natürlich drängte sich während der Kontroverse über die Geschehnisse des Jahres 1941. die zeitlich etwa auf die Monate März bis Oktober/November eingegrenzt wurden, mit den genannten Fragen auch immer wieder die nach dem Warum auf. Ihr gegenüber üben jedoch viele Forscher eine deutliche Zurückhaltung. Manchen erscheint die Frage nach Zwecken und Zielen des Massenmordens als völlig abwegig. Nichtsdestoweniger drängen sich Zusammenhänge allein aufgrund der Chronologie des Geschehens auf. Das gilt namentlich für die Beziehung von Krieg und Judenmord, denn der Übergang zur „Endlösung" geschah 1941 in dem Augenblick, da die Machthaber auf ihr Hauptziel zusteuerten, die Eroberung von „Lebensraum" im Osten Europas, und er erfolgte in einer allgemeinen und keineswegs nur bei Hitler anzutreffenden Stimmung, die dieses Ziel so gut wie sicher erreicht glaubte. Wird die Beziehung zwischen Krieg und Judenmord überhaupt in Betracht gezogen, dann geschieht das in einer Weise, welche einzig auf den Kriegsverlauf abhebt, Kriegsziele und Endsiegvorstellungen aber außer Betracht lässt. Das Kriegsgeschehen erscheint so einig als eine Art Hintergrund auf der historischen „Bühne", an deren Rampe der Judenmord stattfand. Jener und diese existieren unverbunden. Auch Hannah Arendt behauptete: „Der Befehl (zum Judenmord – K. P) hatte nichts mit dem Krieg zu tun und wurde auch nie mit militärischen Notwendigkeiten entschuldigt."[87] Der Holocaust gilt auch ihr als ein selbständiges „Hauptziel" Hitlers,[88] das unverbunden neben den anderen figuriert haben soll. Daran schließt sich der Gedanke, dass – weil und als die anderen Kriegsziele infolge der Kriegsereignisse entschwanden – nur ein einziges unverrückbares Ziel der Machthaber und namentlich Hitlers übriggeblieben sei: die Vernichtung der Juden. Zum Beweis dafür, gleichsam als Schlussglied einer Beweiskette, wird das politische Testament Hitlers präsentiert.[89]

Nebenbei bemerkt: in derlei Argumentationen macht sich auch die nachteilige Wirkung der hochgradigen Arbeitsteilung erkennbar, die sich zwischen den Holocaust-Forschem und den Militärhistorikern des Zweiten Weltkriegs herausgebildet hat. Dass Hitler weder Ende 1941 noch Ende 1942 alles verloren gab, sondern sich in seinem Kopfe und in seinen Entscheidungen weitgehende Kriegsziele modifiziert erhielten, wird nicht zur Kenntnis genommen. Indessen muss auch eine so präzise Vorstellung von den politischen und militärischen Entwicklungen zwischen 1941 und 1945, wie sie Andreas Hillgruber besaß, keineswegs notwendig auf die Spur des Zusammenhangs von Massenmord und Kriegsziel führen. Vor der Frage nach dem geschichtlichen Ort des Judenmords hat der Kölner Ordinarius kapituliert. Er verwies fakten- und gedankenreich auf die historisch entstandenen, unentbehrlichen sozialen Voraussetzungen dafür, dass das Verbrechen in Gang gesetzt und in Gang gehal-

---

87 Arendt, Eichmann, S. 142. Diese Feststellung hält übrigens auch in sich der Überprüfung nicht stand. Bei einer Vielzahl von einzelnen Aktionen des Judenmords wurden durchaus Notwendigkeiten des Krieges (Schutz vor jüdischen Partisanen, Spionen usw.) zwar nicht zur Entschuldigung, aber zur Begründung des Mordens und zur Rechtfertigung für die Mörder angegeben.

88 So bei Arendt (Eichmann, S. 193), die den Judenmord als Hitlers Hauptziel betrachtet.

89 In ihm schrieb er sich das ewige Verdienst zu, die „Juden aus Deutschland und Mitteleuropa ausgerottet" zu haben". Hitlers Politisches Testament. Die Bormann-Diktate vom Februar und April 1945, Hamburg 1981, S. 122.

ten werden konnte. Doch die Antwort auf die „grundsätzliche Frage“ nach dem Verhältnis von Krieg und „Endlösung“ suchte und fand auch er einzig in Hitlers Kopfe. Dort habe die Vorstellung einer „rassischen Revolution“ als Bedingung für die Errichtung und Dauerhaftigkeit einer Weltmachtstellung gehaust, von einer „biologischen Revolution“, die zum „Triumph“ des „besseren Blutes“ hätte führen sollen. Irgendeine Art von breiterer geschichtlicher Bodenberührung erhält dieser Griff in die Gehirnwindungen des „Führers“ nicht.[90]

VII.

Die erwähnte Sichtverengung ist seit längerem zur Definition des Krieges gegen die UdSSR als „rassenideologischer Vernichtungskrieg“ geronnen, die in der Geschichtsschreibung (auch in Variationen wie Hitlers „Rassen- und Weltanschauungskrieg“[91] und ähnlichen) eine dominierende Stellung erlangt hat. Zum einen drückt sich darin, der Versuch aus, den Unterschied dieses Krieges gegenüber den voraufgegangenen Feldzügen in West- und Nordeuropa zu erfassen und das diskontinuierliche Moment in den Blick zu rücken, das den Zweiten vom Ersten Weltkrieg unterscheidet. Die deutschen Machthaber und Militärs wollten den sowjetischen Gegner nicht nur militärisch vernichten, ihn nicht allein im herkömmlichen Sinne besiegen, um ihm – wie dem französischen im Walde von Compiègne geschehen – ihre Bedingungen zu diktieren. Ein Treffen mit den Besiegten, irgendeinem Nachfolger Stalins, lag gänzlich außerhalb ihrer Gedankenwelt. Sie waren darauf aus, den Staat UdSSR und das gesellschaftliche System zu zerschlagen und dessen Träger – wie im Kommissarbefehl formuliert – physisch zu liquidieren.

Zugleich sind die Mängel dieser Kennzeichnung unverkennbar. Die Ideologie bildete nicht den einzigen und nicht den wesentlichen Antrieb, aus dem dieser Krieg hervorging, und in Zerstörung und Vernichtung erschöpfte sich sein Ziel nicht. Offenkundig und trotz ihrer zutage liegenden Schwäche wird diese Bestimmung des Charakters des Krieges als Abgrenzung und Entgegensetzung zum materialistischen Begriff des „imperialistischen Eroberungskrieges“ favorisiert. Er ordnet den Krieg in die Geschichte des deutschen Kapitalismus in der ersten Jahrhunderthälfte ein und hebt die Kontinuität seiner Eroberungsgelüste und -züge hervor. Sein Mangel besteht wiederum darin, dass er das spezifisch Neue nicht trifft, dass die faschistische Macht in die Geschichte dieser deutschen bürgerlichen Gesellschaft brachte, aus der sie selbst hervorgegangen war und die sich nicht aufsprengte. Dennoch bleibt, dass Eroberung, Gebietserweiterung in Europa nach Osten bis zum Ural, Kolonien und militärische Stützpunkte auch in Übersee und als Basis des Weltherrschaftsstrebens eine absolut dominierende Stellung auf dem europäischen Kontinent (und nicht schlechthin Vernichtung) das gedachte und erklärte Ziel waren, das sich zu den Endsieg-Vorstellungen bündelte. Die Charakterisierung des Zweiten Weltkriegs als „Eroberungskrieg“ mit dem Zusatz, dass dieser sich durch eine besondere Barbarei, ja Bestialität des Vorgehens kennzeichne, war schon inmitten der Ereignisse keineswegs nur Marxisten, sondern vielen der Zeitgenossen geläufig.[92] Mehr noch: im Vorgefühl ihres Sieges waren die deutschen Führer, nachdem sie sich in diesem Punkte lange Zeit ausgeschwiegen hatten, über ihre räuberischen Ziele selbst gesprächig geworden. Die Rede war vom „Einkassieren“ und vom „Gesundstoßen“ gewesen. Hitler und Goebbels markierten selbst die Traditionslinie, in der sie standen. Sie kämpften nicht darum, „Großdeutschland“ um einen Landstrich oder eine Provinz zu erweitern. Wie alle kolonialen Eroberer vor ihnen wollten sie bleiben, wohin sie mit „Feuer und Schwert“ gelangt waren, oder dort zumindest ihre Vasallen etablieren.

Ähnlich wie diese und doch wieder anders, weil unter veränderten historischen Bedingungen operierend, sahen sie sich daher vor der Frage, wie sie ihren Raub dauerhaft in ihren Besitz bringen, beherrschen und ausbeuten könnten. In den Entscheidungen. die sie zu diesem Zweck und mit diesem Ziel trafen, und in den Plänen, die sie nicht nur für die Nachkriegszeit entwarfen, sondern im Kriegsverlauf und im Irrglauben an ihren definitiven Sieg auch zu verwirklichen begannen, mischten sich wie in

---

90 Andreas Hillgruber, Der geschichtliche Ort der Judenvernichtung, in: Jäckel/Rohwer, Judenmord, S. 219 f.

91 Peter Steinbach, Der Historikerstreit. In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 34. Jg., Heft 135, 3. Quartal 1995, S. 126.

92 Thomas Mann sprach in einer seiner Rundfunkreden im Dezember 1941 vom „deutschen Welteroberungskrieg“, in: Mann, Hörer, S. 643.

ihrer gesamten Politik Rationalismus und Irrationalismus. Wieder und wieder beschäftigte Hitler sich mit der Frage, mit welchen Methoden die Engländer Indien beherrschten. Während sich der „Führer" an den gleichsam klassischen Methoden der britischen Kolonialherrschaft orientierte,[93] ohne sie allerdings zu verstehen, wollte Alfred Rosenberg, der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, die während seiner Kindheit und Jugend in Osteuropa erworbenen Erfahrungen zur Geltung bringen.[94] Daraus entstanden Visionen. Projekte und verschiedene Fassungen eines Generalplans Ost, die heute in ihren Stufen und Varianten weitgehend untersucht sind.[95] Czesław Madajczyk nannte den Plan zur Ausrottung der europäischen Juden ein „Äquivalent zum Generalplan Ost in der vom RSHA bearbeiteten Variante". Der Inhalt dieser Expansionspläne mit den Vorhaben der „Germanisierung", „Eindeutschung", „Umvolkung", vor allem der Vertreibung von minimal mehr als 30 Millionen Menschen Osteuropas – darunter aller Polen und Tschechen, soweit sie nicht in Deutsche zu wandeln waren – führten ihn, die „potentielle völkermörderische Dynamik" des Regimes und seiner Apparate in Betracht ziehend, „unschwer" zu der Vermutung, „dass – hätte der Krieg einen anderen Verlauf genommen – das Schicksal des jüdischen Volkes in Europa gleichzeitig den Beginn eines schrecklichen Schicksals für die Slaven Mittel- und Osteuropa bedeutet hätte."[96]

Dennoch wird der Zusammenhang zwischen diesen z. T. auf einer Erprobungsstufe in Angriff genommenen, im wesentlichen aber für den Nachkrieg bestimmten Plänen und dem Massenmord an den Juden zumeist ignoriert oder ganz bestritten. Dass die Untat sich in ein anachronistisches, nichtsdestoweniger real existierendes, Handlungen leitendes Kriegszielbild einordnete ,gilt als eine Missinterpretation und wird als ihre unzulässige rationale Zuordnung angesehen. Yves Ternon, den Mord an den Juden mit dem an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs vergleichend, nennt jenen im Unterschied zu diesem nicht nur ein „absurdes", sondern auch ein nutzloses Verbrechen, weil er einzig den momentanen Nutzen der Täter, Auftraggeber wie Ausführende, betrachtet.[97] Darin drückt sich die Zurücknahme von Erkenntnissen aus, die sich schon den viel weniger informierten Zeitgenossen der Ereignisse aufdrängten, die noch keine Seite eines der Dokumente kannten, in denen die Vertreibungs-, Dezimierungs-, Vernichtungs- und Siedlungspläne für den Osten Europas aufgezeichnet wurden. Thomas Mann wies in seinen Reden an die „Deutschen Hörer" – so in der Ansprache im Februar 1942, da wusste er nichts von der „Wannsee-Konferenz" der SS-Führer und Staatssekretäre, die Tage zuvor stattgefunden hatte – darauf hin, dass es den deutschen Machthabern darum ginge, die Besiegten auch biologisch zu reduzieren, damit „sie nie wieder eine Gefahr für die Alleinherrschaft der deutschen Edel-Barbaren bilden können."[98] Den Begriff „Gefahr" verbanden die faschistischen Machthaber aber keineswegs nur mit der Vorstellung des militärischen Widerstands der Unterworfenen, die ihnen gegenwärtig blieb und die Hitler dadurch zu bannen gedachte, dass er in Aufstandsgebieten alles menschliche Leben durch den Einsatz der Bomberflotte auslöschen wollte. Als Gefahr galten ihnen die Millionen und Abermillionen Menschen in ihrem Machtbereich, die ein Mehrfaches der deutschen Bevölkerung ausmachten, die essen und sich vermehren wollten und würden, solange man sie nicht daran hinderte. Als eine besondere Gefahr aber kamen ihnen die Juden vor, in erster Linie die im eroberten und noch zu erobernden Westen der UdSSR, in denen sie die „Träger des Bolschewismus" erblickten. Doch als ihre Herrschaft dauerhaft gefährdend sahen sie auch alle anderen Juden in ihrem Machtbereich an.

---

93 Wieder und wieder kam Hitler in den Tischgesprächen im Führerhauptquartier auf das Vizekönigreich Indien zu sprechen und versicherte, der Osten Europas würde für die jungen Deutschen künftig sein, was für die jungen Briten Indien gewesen wäre. Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hrsg. Werner Jochmann, München 1982.

94 Manfred Weißbecker, Alfred Rosenberg „... Die antisemitische Bewegung war nur eine Schutzmaßnahme ..." in: Pätzold/Weißbecker, Stufen zum Galgen, S. 173 ff.

95 Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. II: 1941-1943, Berlin 1985, S. 430 ff.

96 Czesław Madajczyk (Hrsg.), Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, München 1994 (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 80), S. XIV ff.

97 Yves Ternon, Der verbrecherische Staat. Völkermord im 20. Jahrhundert, Hamburg 1996, S. 155 u. 157.

98 Mann, Hörer, S. 650.

In den Rechnungen der deutsch-faschistischen Eroberer mischten sich rationale Überlegungen und irrationale Vorurteile. So kreist auch die wissenschaftliche Kontroverse weiter um die Frage nach den – quantitativ nicht zu bemessenden – Anteilen beider Faktoren, die den Entschluss zur Judenverfolgung und dann zum Judenmord hervorbrachten, seine Antriebe verstärkten und – um es in einem Wort zu sagen – nach „Auschwitz“ führten. Dabei werden zwei sich deutlich voneinander abhebende Phasen des Geschehens unterschieden, die durch den Sommer 1941 voneinander getrennt sind. Für die erste wird von der Mehrheit der Forscher inzwischen anerkannt, dass das Regime, seit es sich 1933 etablierte, mit seiner antisemitischen Politik durchaus rationale, exakt beschreibbare Kalküle verband. Unbestritten ist, dass vor der Machtübergabe die Judenhetze vor allem eine von der NSDAP aufgerichtete Fahne darstellte, die dem Zweck der Sammlung und Ausrichtung von Anhängern, Mitgliedern und Wählern diente. In welchem Grad, die rassistische, vor allem antijüdische Demagogie allerdings am Erfolg beteiligt war, in welchem die soziale und nationalistische, kann allein deshalb nicht exakt bestimmt werden, weil diese Elemente nicht gesondert existierten und sich in vielen, aber keineswegs in allen Reklamereden bis zur Unauflöslichkeit verwoben. Daher ist vor einer Überschätzung der Anziehungskraft der judenfeindlichen Parolen und Tiraden und ihrer Einordnung als Hauptfaktor des Massengewinns zu Recht gewarnt worden.[99]

Schon im ersten Jahr der Diktatur kamen zu dieser Funktion aber weitere und wichtigere hinzu. Zeitweilig, besonders in den ersten Wochen und Monaten der Etablierung des Regimes, wirkte der Antisemitismus ablenkend und erweckte den Eindruck, die neuen Machthaber würden tatsächlich antikapitalistischen Kurs steuern. Wichtiger noch war, dass die Judenverfolgungen „Ariern“ augenblicklich praktische Vorteile aus der „nationalsozialistischen Revolution“ eintrugen. Sie eröffneten billig Möglichkeiten der Erfolgsbestechung. Arbeitsplätze wurden frei. Beförderungs-, Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten ergaben sich auf Kosten der Verfolgten im staatlichen und kommunalen Bereich ebenso wie in der privaten Industrie, weil viele Betriebsinhaber die bei ihnen beschäftigten Juden in vorauseilendem Gehorsam auf weniger bedeutsame Arbeitsplätze setzten oder sie pensionierten. Und – drittens – augenblicklich wirkte die antijüdische Praxis als ein Faktor der Disziplinierung der zu „Ariern“ erklärten Staatsbürger und zwar nicht nur durch deren widerstandslose Hinnahme des den deutschen Juden zugefügten Unrechts. Zur Duldung trat alsbald und massenhaft die Mitwirkung. Ist von tatenloser oder auch tätiger Unterwerfung die Rede, wird in erster Linie an Käufer gedacht. die am 1. April 1933 sich von den SA-Boykottwachen abschrecken ließen, ihre Einkäufe bei Juden zu verrichten. Man denke aber auch an die Dekane aller deutschen Universitätsfakultäten, die 1933 jene Fragebogen weitergaben, dann einsammelten und gehorsam an die neue Obrigkeit reichten, deren einziger und erkennbarer. ja erklärter Zweck darin bestand, die Juden zu ermitteln, um sie von den Lehranstalten entfernen zu können. Ohne dass die Funktionen von Antisemitismus und Judenvertreibung im Vorkrieg hier in ihrer Entwicklung weiter erörtert werden können, sei festgestellt: Allgemeine Herrschaftsinteressen mischten sich in den Gesetzen, Verordnungen. Anweisungen der staatlichen wie der NSDAP-Apparate mit der Verfolgung von Gruppen- und Privatvorteilen. Deren Wirken erweist sich auch daran, dass die Machthaber und die Bürokraten von den Reichsministerien bis in die Gemeindeorgane ständig mit Vorschlägen und „Anregungen“ überversorgt wurden, wie die Juden weiter schikaniert und in eine Lage gepresst werden könnten, dass sie schließlich Deutschland flohen. Das traf auch auf Hitler selbst in solchem Grad zu, dass er 1937 in einer nicht öffentlichen Rede vor Parteiführern und -funktionären energisch verlangte, ihn künftig mit unerbetenen Ratschlägen zu verschonen.

Das reale politische und wirtschaftliche Interessenbündel. dem die Judenverfolgung entsprang, liegt für die Vorkriegsphase so klar zutage. dass sich die Reduktion der Antriebe auf einen Faktor. den

---

99 Das Thema ist keineswegs hinreichend untersucht. Namentlich Hitler selbst berechnete kalt, wann er in dieser Phase des Machtkampfes auf die antisemitische Trommel schlug. Als er im Wahlkampf um die Reichspräsidentschaft zum zweiten Mal gegen Hindenburg antrat, unterließ er in seinem vom 2. April 1932 datierten Aufruf „Mein Programm“ jede Erwähnung von Antisemitismus und Judenfeindschaft und sprach nur beiläufig von „deutscher Rasse“ und davon, dass er „gegen das rassische Verkommen unseres Volkes“ vorgehen wolle. Seine Angriffe richteten sich gegen Marxisten und Bolschewismus, gegen die Parteien und Politiker des Weimarer „Systems“, gegen die Freidenker. Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen, Hrsg. Institut für Zeitgeschichte, kommentiert von Klaus A. Lankheit, München 1996, Bd. V/1, S. 11 u. 12.

irrationalen Judenhass, einfach an der Tatsachenmasse erledigt. Massenhaft waren die Gewinner von materiellen und immateriellen Vorteilen. die aus der Diffamierung, Benachteiligung, Vertreibung und der anfänglich schleichenden, schließlich galoppierenden Enteignung der Juden erwuchsen. Die Bevorteilten als Profiteure einer Situation zu betrachten, die sie nicht geschaffen hatten, sie gleichsam gedanklich in die Nähe von Gelegenheitsdieben zu rücken, ignoriert das zielbewusste Handeln. Die Aktivität, die auf allen Ebenen des Staatsapparats, in den Leitungen von Banken, Versicherungen und der industriellen Unternehmen und in den Parteireihen entfaltet wurde, ordnete sich dem Gesamtkonzept zu, Deutschland auf dem Wege der Vertreibung „judenfrei“ zu machen.

VIII.

Wie aber entwickeln sich die Vorteils- und Nachteilsrechnungen im Moment des Übergangs zur Massenvernichtung und dann während deren Verwirklichung? Tendieren sie da nicht gegen Null, gingen sie da nicht verloren? Triumphierte von nun an nicht der irrationale mörderische Judenhass total, der nüchterner Überlegung keinerlei Raum mehr ließ und selbst die Erfordernisse der Kriegführung ignorierte? Die darauf mit Ja antworten, erblicken im Massenmord an den Juden zugleich den unwiderlegbaren Beweis, gleichsam den Schlussstein für die These, dass das Regime antikapitalistisch war oder mit dem Schritt zum „Holocaust“ seine kapitalistische Vor- und Frühgeschichte hinter sich gelassen und eine neue Qualität angenommen habe. Die einschlägigen Argumente bewegen sich auf zwei Linien.

Auf der einen wird die These vom „imperialistischen Eroberungskrieg“ nicht gänzlich bestritten, jedoch – wie in anderem Zusammenhang schon berührt – an der Jahreswende von 1941 zu 1942 ein schwerwiegender Wandel von Kriegsinteressen und Kriegszielen ausgemacht. Von dem Gedanken an das Kolonialreich im Osten und weitere Eroberungen hätten sich Hitler und seine Paladine verabschiedet. Das wäre dadurch bewiesen, dass ihre Anstrengungen nun in ganz der Judenvernichtung gegolten hätten und nicht mehr mit Vorrang den militärischen Feldzügen und Schlachten. Der Judenmord hätte gleichsam das noch erreichbare Ersatzziel für den entschwindenden und unerreichbaren „Endsieg“ gebildet, dessen Kompensation. Merkwürdigerweise hat sich auch ein so vehement gegen die hitlerzentristische Betrachtungsweise argumentierender Historiker wie Hans Mommsen dieser Deutung partiell angenähert, wenn er schreibt: „Die ‚Endlösungs‘-Politik stellte zugleich (! – K. P.) eine Kompensation des militärischen Scheiterns dar.“[100]

Als der Beweis für diese Neugewichtung und -festsetzung der Ziele des Regimes gilt die Aussage, dass die Verwendung des rollenden Materials der Eisenbahnen für die Judendeportation zu den Vernichtungsstätten Priorität vor dem Einsatz für die Wehrmacht erhalten hätte.[101] Die Behauptung ist tatsachenwidrig. Die Judentransporte wurden auch weiterhin gestoppt oder verlangsamt, sofern militärische Erfordernisse es verlangten. Himmler trat gegenüber dem Verkehrsministerium nicht als Befehlender, sondern als Bittsteller auf, wie im Zusammenhang mit den stockenden Transporten von Warschau, dessen Ghetto „geräumt“ wurde, nach Treblinka erwiesen ist. Kein Militärbefehlshaber hat sich zudem je darüber beschweren müssen, dass ihm Schienentransportmittel entzogen worden wären, um dem Eichmann-Referat im RSHA zu dienen. Die These vom Vorrang der „Judenzüge“ wurde unüberprüft von Autor zu Autor abgeschrieben. Ihren Ursprung bildeten nicht Forschungen, sondern die Aussage des SS-Offiziers Dieter Wisliceny. Dem konnte die Rolle eines Kronzeugen nur zufallen, weil seine Aussage in ein vorgefasstes Bild passte. Vor allem aber machte sich kaum jemand die geringe Mühe – die Eisenbahngeschichte ist für die Zeit des Weltkriegs gut erforscht – nachzu-

---

100 Hans Mommsen, Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung. In: Pehle, Der historische Ort, S. 46.

101 Diese These findet sich in der Literatur massenhaft und wird geradezu nebenbei und wie selbstverständlich erwähnt. Dass die „Verschickungen höchste Priorität besaßen“, erwähnt in dieser keines Beweises bedürfenden Weise z. B. Laqueur (Nachrichten. S. 31). Der „Endlösung“ habe „ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und militärische Erwägungen Priorität“ zugestanden, schrieb auch die gegenüber ausgefahrenen Denkgeleisen so misstrauische Hannah Arendt. Und an anderer Stelle, der Judenmord habe zur Kriegführung in Widerspruch gestanden. (Eichmann, S. 193 u. 307). Der Autor hat sich mit dem Argument dezidiert auseinandergesetzt in: Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof. Franz Novak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994. S. 86 ff.

rechnen, welcher prozentuale Anteil der gesamten Transportkapazität für das Programm der „Endlösung“ eingesetzt wurde. Es ergibt sich – gemessen an der verfügbaren Gesamtzahl von Lokomotiven und Waggons – eine zu vernachlässigende Größe.

Die zweite Argumentationslinie ist von prinzipiellerer Natur: Der Kapitalismus, heißt es, ziele auf die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Folglich sei ein Herrschaftssystem, das Arbeitskräfte millionenweise vernichte, per se als nicht-, ja als antikapitalistisch einzustufen. Die Prämisse ist indessen falsch. Ein absolutes Interesse an der Erhaltung von arbeitsfähigen Menschen lässt sich in der Geschichte des Kapitalismus nicht nachweisen, wie sich den Praktiken der Kolonialpolitiker leicht ablesen lässt. Deren Interesse war vielmehr stets eingeschränkt auf eine kurz- und mittelfristige Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Wer nicht benötigt wurde, gehörte zum desinteressierenden Überschuss und verdiente keine Beachtung, geschweige denn irgendeine menschliche Fürsorge. Die ihm Zugerechneten mochten zugrunde gehen oder dahinvegetieren. Im schlechtesten „Fall“ aber wurde diese Überflüssigen von den Machthabern als schädigend (unnütze Esser) und gefährlich (Herde von Seuchen, Unruhe oder gar Widerstand) angesehen. Das aber war die Sicht- und Bewertungsweise der deutschen Eroberer, die im Sommer 1941 auf ihre Entscheidungen und Befehle durchschlug. Das expandierende System hatte sich und seine Kräfte bereits überdehnt, bevor es in die Weiten der Sowjetunion einfiel. Die Schwierigkeiten, das im April des zweiten Kriegsjahres binnen Tagen eroberte kleine Jugoslawien in den Griff der Okkupanten zu bekommen, zeigte das an. Der siegverheißende rasche Vormarsch in Richtung Moskau, Leningrad und zu den Reichtümern der Ukraine und insbesondere des Donezbeckens verdeckte diese Tatsache nahezu ganz.

Im Kalkül der Machthaber und ihrer Planer existierten im eigenen Herrschaftsbereich, namentlich in den 1939 eroberten polnischen Gebieten, die zur „Germanisierung“ bestimmt waren, zu viele für sie unbrauchbare Einwohner. 1941 aber fielen mit jedem Kilometer des weiteren Vordringens der Wehrmacht nach Osten den Deutschen immer mehr Menschen in die Hände, die den gleichen imperialistischen Bewertungskriterien unterlagen. Die Architekten von „Europa unter dem Hakenkreuz“ reagierten auf diese Entwicklung mit einer doppelten Antwort: Die unbrauchbaren Überschüssigen sollten entweder in die fernen Gebiete des Ostens verdrängt werden und dort ihrem Schicksal, das als Siechtum, Hunger- und Kältetod erkannt und gewollt wurde, überlassen bleiben (so beispielsweise die Einwohnerschaft von Leningrad und Moskau), oder sie sollten, weil sie – zurecht oder nicht – als besonders widerstandsfähig und gefährlich angesehen wurden, der direkten Vernichtung anheimfallen. In diesen Zielkontext gehörte der Judenmord und in diesen Koordinaten bedeutete er keine über den Kapitalismus hinausweisende Untat, sondern ein Verbrechen, dessen Verwirklichung die erstrebte und partiell errichtete deutsche Herrschaft über Europa stabilisieren sollte. Die Menschenvernichtung war folglich auch nicht die Antwort auf eine unvorhergesehene Situation im Kriege, sondern ein Vorgriff auf den Frieden, wie die Faschisten sich ihn vorstellten. Sie sollte den deutschen Nach-Endsieg-Kapitalismus funktionstüchtig machen und halten. Dass das Morden bereits – wie es aus dem Rückblick erscheint – „mitten im Kriege“ begonnen und 1942 weit vorangetrieben wurde, war nicht die Sicht der Haupttäter in den Machtzentralen, die den Gesamtsieg nach der für 1941 geplanten, dann 1942 erwarteten Zerschlagung der UdSSR greifbar nahe glaubten. Dass das Massenmorden jedoch im Kriege betrieben und perfektioniert wurde, entsprang der Erfahrung, dass der Krieg selbst sich zumindest als zusätzliche, wenn nicht als die überzeugendste „Rechtfertigung“ der Ausrottungspolitik eignete. Das Verbrechen ließ sich als Antwort auf die Kämpfe der „Banden“ genannten Partisaneneinheiten ausgeben, als Prophylaxe oder Reaktion auf Sabotage, als Strafe für Aktionen des individuellen Terrors gegen Wehrmachtsangehörige. Es konnte als eine Schutzmaßnahme zugunsten der eigenen Soldaten, der tapferen „Vaterlandsverteidiger“, hingestellt werden, die einen Deutschland angeblich von den Juden aufgezwungenen Kampf austragen mussten. Und nicht zuletzt lenkten die zunehmenden Strapazen, die der Krieg für die Deutschen mit sich brachte, von dem Leben und Sterben der Anderen ab. Selbstmitleid verdrängte weitgehend jede Anteilnahme am Geschick derer, die Opfer der Politik Deutschlands wurden.

Aus dieser Bestimmung des Platzes der Judenvernichtung im strategischen Konzept der Machthaber folgt die Frage: Auf wen hätte sich der kalkulierte totale (oder auch partielle) Vernichtungswille der

Herrschenden konzentriert, wenn Auschwitz seine Rolle in der „Endlösung der Judenfrage“ gespielt haben würde? Sie stellt sich nicht als faule Frucht von Spekulationen über – zum Glück für Millionen – nichtgeschehene Geschichte dar. Sie drängt sich aus überlieferten Dokumenten auf, wie beispielsweise jenen über die geplante Aussiedlung der Tschechen aus dem „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“. Nach dem Kriege würden die hochqualifizierten Facharbeiter in den Rüstungswerken von Usti (Aussig) und Plzen (Pilsen), in den Berg- und Hüttenwerken bei Ostrava und Kladno nicht mehr gebraucht werden. Und ist denkbar, dass im faschistisch beherrschten Europa die Millionen in Ost- und Südosteuropa lebenden Zigeuner, nachdem die in Deutschland und im „angeschlossenen“ Österreich beheimateten Sinti und Roma mit der gleichen fanatischen Konsequenz wie die Juden ergriffen, deportiert und hingemordet worden waren, eine Überlebenschance besessen haben würden?

Die Idee, große Teile der Bevölkerung seien infolge historischer Entwicklungen und technischer Erfindungen als Arbeitskräfte „überflüssig“ und könnten also vernichtet werden, erörterte auch Hannah Arendt, als sie sich die Frage stellte, ob konkrete Gründe „für die Möglichkeit einer Wiederholung der von den Nazis begangenen Verbrechen sprechen“ würden.[102] Dafür, dass es exakt derartige Nützlichkeitserwägungen waren, von denen sich die deutschen Eroberer leiten ließen, entwickelte sie hingegen keinen Spürsinn. Deren Vorgehen ordnete sie außerhalb aller Zweckmäßigkeitsgründe ein. Sie meinte, die Judenausrottung habe nicht einmal der Gewinnung von „volklosem Raum“ für Kolonisierungszwecke gegolten.“[103] Zur Begründung dieser These diente ihr auch der Hinweis, dass die deutschen Faschisten nicht nur die Juden in dem als Kolonialraum gedachtem Osten Europas ermordeten, sondern ebenso alle in ihrem Machtbereich geratenen im dicht besiedelten Westeuropa. In diesem Zusammenhang erörterte sie aber einzig die objektiven Unterschiede im Dasein der jüdischen Bevölkerung in Ost- und Westeuropa, während die Sicht Hitlers, seiner Mitführer und Berater außer Betracht blieb. Zur Auflösung des vermeintlichen Widerspruchs kann ein Gedankenbild führen, dass Seev Goshen in einer Debatte vorstellte: „Wird oder kann ein Mörder, der eine Familie, acht Söhne und Töchter, in Warschau, Kiew und Auschwitz ermordet hat, den neunten Sohn oder die neunte Tochter in Brüssel oder Saloniki am Leben lassen, wenn diese Orte zu seinem Machtbereich gehören?“[104] Dabei ging es den Untätern an der Regimespitze gar nicht allein und in erster Linie um die Liquidierung potentieller Rächer, wiewohl sie sich bewusst waren, dass nach allem, was sie schon vor dem Kriege den deutschen Juden angetan hatten, die Juden in anderen Staaten – im Sprachgebrauch der Antisemiten hießen sie „das internationale Judentum“ – ihre Gegner sein und bleiben mussten. Zeitlich vor allen diesen Überlegungen über die Folgen ihrer judenfeindlichen Politik aber stand die fixe irrationale Idee vom Judentum als ihrem vermeintlichen Hauptkonkurrenten um die Weltherrschaft. Im grotesken Welt- und Geschichtsbild der deutschen faschistischen Rassisten könnten es die Juden niemals und nirgendwo zulassen, dass die zur Herrschaft berufenen „Arier“ – d. h. die Deutschen und die von ihnen ausgewählten Verbündeten – den ihnen in der Welt zustehenden Platz erhielten und behaupteten. Hitler hatte diese Gesinnung bereits am Beginn seiner Karriere in die Worte gefasst, dass es im Kampf „mit dem Juden“ nur das „Entweder-Oder“ geben würde.[105]

Wer die weltanschaulichen Antriebe der Judenmörder, welche die Grundsatzentscheidungen fällten (das waren nicht unbedingt auch diejenigen ihrer Büttel, unter denen sich in nicht geringer Zahl hirn- und seelenlose Menschenschlächter befanden, die keiner ideologischer Begründung oder gar Rechtfertigung bedurften) außer Betracht lässt .geht ebenso in die Irre, wie jene, die das Verbrechen monokausal einzig als den Ausfluss dieser Weltanschauung verstehen können, die dann nicht so selten noch auf den Antisemitismus reduziert wird. Die These von der „Eigenständigkeit“ des Antisemitismus, aus der sich die „Eigenständigkeit“ des Judenmords herleite, der „kein Mittel zur Durchsetzung anderer Zwecke“ gewesen sei,[106] erweist sich als Gedankenkonstruktion fernab von den Interessen, die im Deutschen Reich zwischen 1933 und 1945 regierten. Sie erhebt die Untat letztlich in den Rang

---

102 Arendt, Eichmann, S. 322.
103 Ebenda, S. 325.
104 Jäckel/Rohwer, Judenmord, S. 239.
105 Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1942, S. 225.
106 Saul Friedländer, in: Jäckel/Rohwer, Judenmord, S. 27.

eines Geheimnisses. das durch keinerlei forscherische Anstrengung gelüftet werden kann. Auch Martin Broszat meinte, der Judenmord entziehe sich einer „auf gesellschaftliche Interessen abhebenden Faschismus-Deutung“.[107] Saul Friedländer bemerkte, das Verbrechen habe sich zwar in der „modernen Industriegesellschaft“ ereignet, vermöge aber über diese nichts auszusagen oder gar zu lehren.[108] Mitunter werden anstelle einer Analyse nebulose Sprachbilder angeboten, so wenn der Judenmord „das schlechthin alles überwölbende Ereignis dieser Ära“ genannt wird, aus dem die „gesamte NS-Zeit“ dann „eindeutig ... gedeutet werden“ könne.[109] Auch Yehuda Bauer vertritt die Ansicht, der Holocaust, der einen präzedenzlosen besonderer Völkermord darstelle, sei „total, global, rein ideologisch“ geschehen. Doch reduziert er ihn keineswegs auf mörderischen Terror, sondern verweist darauf, dass er sich mit dem Versprechen einer „wunderbaren Utopie“ verband und auf deren Verwirklichung gerichtet war: einer „Utopie von einer idyllischen, weltbeherrschenden Volksgemeinschaft. ohne Reibungen, ohne Parteien, ohne Demokratie, von Sklaven bedient“. Hier wird die Bodenberührung mit realen Interessen ausgewiesen, wann diese in ihrer imperialistischen Mehrschichtigkeit auch nicht weiter erörtert werden. Der Holocaust gilt Bauer als der „Kern einer Vernichtungsstrategie“ gegenüber den sogenannten Andersartigen.[110]

Wer Sichten widerspricht, die auf dem nur-ideologischen Wesen des Massenmords beharren und ihn einzig aus einem irrationalen und hemmungslosen Antisemitismus der Täter erklären, wird rasch verdächtigt, in einer vorgeblich marxistischen Tradition stehend, die Rolle der Ideologien in der Geschichte zu unterschätzen. Die Materialisten erscheinen in diesem Punkte des „Verdachts verdächtig“, ungeachtet der Tatsache, dass sich keiner ihrer ernstzunehmenden Vertreter antreffen lässt, der nicht wüsste, dass auch die reaktionäre und verbrecherische Idee materielle Gewalt werden kann. Nicht so selten wird den Forschern, die von der Marxschen Geschichtsauffassung ausgehen, auch nachgesagt, dass sie vor den Fragen, die der Judenmord aufgibt, ratlos stünden. Saul Friedländers, auf Walter Benjamin bezugnehmend und konstatierend, dass für diesen der „Historische Materialismus der erlösende Zugang des Historikers zur Vergangenheit“ gewesen sei, schließt daran die Spekulation: „Vielleicht wäre er auch zu dem Schluss gelangt, dass der Historische Materialismus nur wenig zu einer schlüssigen Deutung dieser Ereignisse beizutragen hat“.[111] Der Tote ist vor der Erwägung eines ihm zugetrauten Sinneswandels nicht sicher, der den Lebenden von den einen angeraten, von anderen abverlangt wird.

Deshalb und um mitunter wohl auch gewollte Missverständnisse zu erschweren, sei noch einmal betont: Es bildet keinen Streitpunkt, dass die 1941 einsetzende Mordpraxis und die mit ihr einhergehenden Visionen vom „Großgermanischen Weltreich“ nur in Hirnen von Rassenantisemiten vorgedacht werden konnten, in denen der Begriff „Menschheit“ nicht existierte. Den hatten sie durch die Vorstellung von der Existenz prinzipiell unterschiedener Rassen ersetzt, unter denen die zur Herrschaft bestimmte das Recht besäße, den nichts- oder minderwertigen „Rassen“, die sie bei Strafe ihres eigenen Untergangs zu besiegen hätte, nicht nur Lebensräume, sondern auch Lebensrechte zu rationieren oder auch völlig zu entziehen. Keine Frage auch, dass diese Weltanschauung der Rassisten um Hitler schon vor 1933 ausgebildet war und dass sie von ihr bis in die Stunde ihres Scheiterns beherrscht blieben. Doch diese Idee verband sich ihnen – und auch dieses von ihrem Eintritt in die Politik an – gedanklich wie praktisch mit ungestillten imperialistischen Gelüsten und antikommunistischen Kreuzzugsplänen. Vorgeschichte und Geschichte des Judenmords aus dem strategischen Gesamtplan des deutschen Faschismus zu separieren, reißt folglich auseinander, was im System logisch und im Prozess historisch zusammengehörte. Dadurch werden auch die Personen an deren Spitze gleichsam amputiert. Das gilt nicht nur für die „Größen“ des Regimes. Durch weitläufige Forschungen wurde

---

107 Martin Broszat, „Holocaust“ (gemeint war hier der gleichnamige Fernsehfilm, der in den USA entstand und soeben in Deutschland gesendet worden war) und die Geschichtswissenschaft. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 27 (1979), Heft 2, S. 296.

108 Saul Friedländer, in: Pehle, Der historische Ort, S. 92.

109 Peter Steinbach, Der Historikerstreit. A. a. O., S. 122.

110 Rede Yehuda Bauers am Gedenktag für die Opfer der Naziherrschaft im Bundestag, (auszugsweise) in: Neues Deutschland, 2. Februar 1998.

111 Saul Friedländer, in: Pehle, Der historische Ort, S. 81.

jüngst nachgewiesen, in wie vielen Organisationen. Institutionen und Instituten von vorwiegend jungen Sozialwissenschaftlern Projekte entworfen wurden, die einer Praxis dienten oder ihr künftig den Weg weisen sollte, die man Bevölkerungspolitik deshalb nicht nennen mag, weil es sich in ihrem Kern um eine Entvölkerungspolitik handelte.[112]

VIII.

Gegen die hier skizzierte Einordnung des Judenmords in die Geschichte des deutschen Faschismus werden jedoch nicht nur auf der Ebene der speziellen historischen Argumentation Einwände geltend gemacht. Häufiger sind ganz allgemeine „Hinweise" auf Defizite der materialistischen Faschismus-Theorien und die sich auf sie stützenden Geschichtsbilder. Sie lassen sich umso leichter artikulieren, weil nur wenige Forscher, deren Geschichtsverständnis von Marx ausgeht, die Herausforderung wirklich angenommen haben, die das Thema des „Holocaust" selbstredend auch für sie darstellt. Das hat auch ganz unseriöse Verfahren begünstigt, mit denen nichtidealistische Positionen abgetan oder übergangen werden. Häufig wurde um der Einfachheit der Widerlegung halber behauptet, was von an Marx orientierten Wissenschaftlern geschrieben worden sei, fuße auf einer nur-ökonomischen, von vulgärem Materialismus geprägten Interpretation des Judenmords. Selbst ein so scharfsinniger Analytiker wie Saul Friedländer macht keine Ausnahme. Die marxistische Auffassung, meint er, versuche den Judenmord in den „Rahmen eines orthodoxen ideologischen Systems einzubauen", innerhalb dessen „die ‚Endlösung' nur das Ergebnis einer planmäßigen Politik der Schwerindustrie (gewesen) sein könne, die dabei enorme Gewinne machte".[113] Erstens ist es keineswegs eine „marxistische" Auffassung allein, sondern eine vielfach unbestrittene Tatsachenfeststellung, dass auf dem Wege der „Vernichtung durch Arbeit" – einer Methode des Judenmords – Profite erzielt wurden, nicht nur in Auschwitz, sondern auch in Essen und vielen anderen Städten innerhalb und außerhalb des Reichsgebiets – Profite, die sich auch, aber nicht nur auf Konten von Krupp und anderen Konzernen der Schwerindustrie niederschlugen.

Zweitens wurde von marxistisch orientierten Historikern nie behauptet, dass der Judenmord um dieser Profite willen in Gang gesetzt und betrieben wurde. Wie gezeigt, hebt die materialistische Bestimmung seiner Antriebe und Ziele gerade nicht kurzschlüssig[114] auf diesen oder jenen konkreten Vorteil des Augenblicks und nicht auf den Profit ab, der sich in der nächsten Jahresbilanz von kapitalistischen Unternehmen ausweist, sondern auf die Herstellung jener allgemeinen Herrschafts- und Verwertungsbedingungen, die dem „Großgermanischen Reich", in dem nach einem Wort Hitlers nach dem Endsieg „die Privatinitiative der deutschen Wirtschaft ihre größte Epoche erleben" werde,[115] Stabilität und Ewigkeitsdauer verschaffen sollten.[116] Die kritische Erörterung dieser Position durch Ian Kershaw erscheint als Ausnahmefall; er schrieb, dieser Sichtweise komme das Verdienst zu, „die Vernichtung

---

112 Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg 1991. Zu Würdigung und Kritik s. Karl Heine Roth, Europäische Neuordnung durch Völkermord. Bemerkungen zu Götz Alys und Susanne Heims Studie über die Vordenker der Vernichtung. In: Vernichtungspolitik. Hrsg. von Wolfgang Schneider, Hamburg 1991, sowie die Rezension von Werner Röhr. In: Berliner Debatte, 6/1992, S. 108 ff.

113 So im einleitenden Referat der erwähnten Konferenz in Stuttgart 1984 vom Antisemitismus zur Judenvernichtung, in Jaeckel/Rohwer, Judenmord, S. 24.

114 Die marxistische Strömung der Geschichtswissenschaft ist so wenig wie jede andere dagegen geschützt, dass ihre Forschungsresultate nicht nur vereinfacht, sondern verballhornt werden. Die Profite, die im Vernichtungsprozess entstanden, sind in der Geschichtsliteratur häufig angeführt worden, um den „Imperialismus" oder auch einzelne Konzerne anzuklagen. In eine seriöse Auseinandersetzung sollte freilich ein Minimum an Unterscheidungsvermögen zwischen derartigen Darstellungen und dem theoretischen Erklärungsmodell der Forscher eingebracht werden.

115 Pätzold/Weißbecker, Hitler, S. 554.

116 Noch oberflächlicher fällt Friedländers Polemik, die jeden Bezug auf die materialistische Imperialismustheorie vermeidet, aus, wenn er den Marxisten nachsagt, sie würden den Judenmord als Instrument der Ablenkung von den „inneren Spannungen" im Regine interpretieren. Unter den Funktionen der judenfeindlichen Politik der Machthaber gibt es Konstanten und Variable, und die Tatsache, dass die Judenverfolgung zeitweilig auch die Funktion des „Revolutionsersatzes" besaß – wie stark oder wie wenig dieser Ersatz von denen, auf die er berechnet war, auch angenommen wurde – hat keinen Marxisten dahin gebracht, „Auschwitz" als eine Methode des „deutschen Kapital(s)" anzusehen, die Massen von der „Tatsachte abzulenken, ... dass ein bedeutsamer sozialer Wandel nicht stattgefunden hatte". (Friedländer, a. a. O., S. 24/25).

der Juden als ein Element im Gesamtkontext des rücksichtslosen und entmenschlichenden Expansionsdrangs des NS-Staats festzumachen".[117] Das charakterisiert den Kern der materialistischen Interpretation ebenso kurz wie treffend.

Es kann gefragt werden, ob der Massenmord an Juden, Zigeunern und Slawen eine notwendige Bedingung für jenes „Europa unterm Hakenkreuz" gewesen sei, das als die Basis für eine weit über den Kontinent hinausgreifende Weltmacht gedacht war. Doch ist das eine außergeschichtliche Frage. Die Führer des deutschen Faschismus haben ihre Eroberung und deren Ziele auf ihre Weise projektiert. Sie entsprach und entsprang ihrer ideologischen Prädisposition, Fixierung und der an ihren Vorläufern und Vorbildern orientierten imperialistischen Vorstellungswelt. Sie wollten ein Machtgebilde, das die untergegangenen Reiche aller Eroberer der Weltgeschichte an Ausdehnung, Glanz und Dauerhaftigkeit übertreffen sollte. Als sie sich auf den Weg zu diesem anachronistischen Kriegsziel begeben hatten, wurden ihnen an der Wende des Kriegsverlauf bewusst, dass ihre Mittel begrenzt waren und es bleiben würden, selbst wenn sie versuchten, sie total auszuschöpfen. Das zwang in neuer Weise zur Interessenabwägung auf den höchsten wie häufig auch auf den niedersten Stufen des Regimes. Sie erfolgte permanent und ging mit Konflikten einher, die zwischen den für unterschiedliche Aufgaben zuständigen Institutionen und Personen ausgetragen wurden, von denen alle für sich in Anspruch nahmen, den „Führerwillen" zu erfüllen und das Beste für den Endsieg zu tun oder auch zu lassen.

An vielen Orten und auf vielen Plätzen war der sich entfaltende Widerspruch zwischen der fortschreitenden Verwirklichung des Vernichtungsprogramms und militärischen Erfordernissen zu spüren, nirgendwo mehr als seit Ende 1941 in der Kriegswirtschaft. Doch er galt allen die längste Zeit hindurch als lösbar, ohne dass die Mordmannschaften und deren Maschinerie gestoppt werden mussten. Vielmehr wurde die Fähigkeit entwickelt, die praktischen Probleme durch immer neue Anstrengungen und Aushilfen zu bewältigen.[118] Schuftende Juden konnten zunächst durch schuftende nichtjüdische zivile oder kriegsgefangene Arbeiter ersetzt werden."[119] Diese Möglichkeit galt anfangs als unerschöpflich. Als sich dies als Irrtum erwies, das verfügbare Reservoir nicht mehr ausreichte und schließlich versiegte, schafften die Machthaber – ihre ursprünglichen Pläne zeitweise preisgebend – Juden sogar zurück ins schon für „judenfrei" erklärte Reichsgebiet, um sie für Kriegszwecke ausbeuten. Das geschah mit Hitlers Wissen und spricht auch gegen die konstruierte Prioritätenliste „Judenmord vor Kriegsaufwand". 1944 erschlossen sich die Machthaber durch den Zugriff auf die Juden Ungarns noch einmal zusätzliche Arbeitskräfte, von denen Tausende nun schon für die Errichtung von Verteidigungsanlagen. die großspurig Südostwall hießen, an der Grenze des „Großdeutschen Reiches eingesetzt werden mussten. Während Hunderttausende ungarische Juden zur Vernichtung in Auschwitz bestimmt wurde, ließen die Judenjäger des Eichmann-Kommandos einen anderen Strom von Verschleppten in die Rüstungsbetriebe des Reiches leiten. So erhielt beispielsweise die Fa. Lorenz in Guben im Sommer 1944 300 jüdische Frauen „geliefert".[120]

IX.

Mehrfach wurde gegen die Einordnung der Judenmords in den Eroberungs- und Herrschaftsplan der deutsch-faschistischen Machthaber auch ein außerwissenschaftlicher Einwand vorgetragen. Es wird

---

117 Ian Kershasw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1988, S. 177. (Originalausgabe „The Nazi Dictatorship. Problems und Perspectives of Interpretation". London 1985.)

118 Es stellt jedenfalls eine Übertreibung dar, wenn Friedländer als „klare Tatsache" konstatiert, „dass die Vernichtung der europäischen Juden die deutsche Kriegsindustrie und die deutsche Kriegswirtschaft überhaupt einer bedeutenden Zahl von Arbeitskräften und besonders in den östlichen Gebieten der entscheidend wichtigen Facharbeiter beraubte". (Friedländer, a. a. O., S. 24)

119 Wo das nicht sogleich möglich war, entschlossen sich auch die skrupellosesten Judenmörder, jüdische Arbeitskräfte von der Deportation zeitweilig auszunehmen. So besprach der SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik vor Beginn der Verschleppung der Lubliner Juden zur Ermordung in Belzec mit den Vertretern des Arbeitsamtes die Maßnahmen, die für notwendig gehalten wurden, um die „laufenden Arbeiten" nicht zu stören. S. Dieter Pohl, a. a. O., S. 110 f.

120 Martina Dietrich/Dietrich Eichholtz, Soziale Umbrüche in Brandenburg 1943-1945. In: Brigitte Berlekamp/Werner Röhr (Hrsg.), Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus, Münster 1995, S. 146.

behauptet, diese Sicht nivelliere das Geschehene und schmälere das Andenken an die Opfer eines außergewöhnlichen Verbrechens. Doch ist schwer einzusehen, wie der Nachweis, dass der Judenmord seinen Platz im imperialistischen Herrschaftskalkül besaß, die Anklage der Verbrecher vermindern und die Kennzeichnung der Untat verkleinern könnte. Inwiefern wird die Trauer um einen einzigen Menschen auch nur gestört, der als Jude ermordet wurde, wenn nachgewiesen wird, dass seine Mörder ihn aus dem nämlichen Grundmotiv umbrachten. aus dem sie angeblich oder wirklich unheilbar kranke „Arier“ und die Sinti und Roma töteten und Millionen Slawen das Leben nahmen? Man mag Stätten und Steine, an denen Überlebende und Nachkommen ihrer Toten gedenken, die den wenigen Zeitgenossen und den Generationen der Nachgeborenen zur Erinnerung und Mahnung dienen, einzelnen Gruppen der Opfer widmen. Darüber zu befinden ist in aller erster Linie Sache dieser Überlebenden und der Nachfahren. Die Geschichtswissenschaft hat dafür Vorschriften nicht parat und Historiker, wenn sie denn dazu ihren Rat geben. können sich dabei nicht auf ihre Fachkompetenz berufen. Sie würden, wie gezeigt, zudem mehrstimmig reden. Doch umgekehrt gilt auch, dass aus politischen Überlegungen und künstlerischen Sichten getroffene Entscheidungen über die Gestaltung von Denkmälern und Gedenkorten für den Befund der Geschichtswissenschaftler folgenlos bleiben. Deren Erforschung von Faschismus und Judenmord wird weiter von Äußerungen äußerster Skepsis über das Erreichbare begleitet werden. Isaac Deutscher schrieb: „Ich bezweifle, dass man in tausend Jahren Hitler, Auschwitz. Majdanek und Treblinka besser verstehen wird, als wir es heute tun. Wird man dann eine bessere historische Perspektive besitzen? Es könnte sogar das Gegenteil der Fall sein, dass die Nachwelt all das noch viel weniger versteht als wir.“[121] Selbstredend wusste Deutscher, dass die Behebung seiner Zweifel und die Antwort auf seine Frage nicht nur von Entwicklungen im engen „Reich der Forscher“ abhängen würde, sondern von der zukünftigen Orientierung menschlichen Zusammenlebens.

„Ich war’s nicht, Adolf Hitler ist es gewesen“. Symposium aus Anlass des 60. Jahrestages der Wannseekonferenz zur „Endlösung der Judenfrage“. Protokollband der Tagung vom 13.-14. September 2002 in Bernburg, hrsg. von Dr. Viola Schubert-Lehnhardt, im Auftrag des Kultur- und Bildungsvereins Elbe/Saale e. V. in Sachsen-Anhalt, S. 22-54.

---

121 Isaac Deutscher, The Non-Jewish Jew und Other Essays, London 1968, S. 163. Hier zitiert in der Übersetzung bei Saul Friedländer., a. a. O., S. 18.

Der eigentliche Streitwert

Zur Kontroverse um die „Rosenstraße“

Einem Historiker, dessen lange Geduldsfäden bei vielerlei Gelegenheit Freunde, Bekannte und selbst flüchtige Beobachter wahrnehmen konnten, ist einer dieser Fäden gerissen. Ausgerechnet nach dem Ansehen eines Filmes Made in Germany, der nach langer Hungerstrecke auf einem internationalen Filmfest wegen schauspielerischer Leistungen besondere Ehrungen erfuhr und der hier zu Lande in München, Hamburg und Berlin festliche Uraufführungen erlebte. Der Einspruch von Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, richtete sich nicht gegen den Film „Rosenstraße“, sondern einzig gegen den an seinem Beginn erhobenen Anspruch, authentisch zu sein, was doch heißt: die geschichtliche Wahrheit gültig, echt, also ohne jede Verfälschung zu geben. Das geschehe nicht, sagt der Historiker und begründet dies mit dem durch Forschungen gesicherten Verweis darauf, dass der jede Hochachtung verdienende Protest der Frauen in der Berliner Rosenstraße, die ihre Männer vor dem – was nahe lag – vermuteten Transport nach Auschwitz retten wollten, nicht ausschlaggebend dafür war, dass die Gefangengenommenen freikamen. Damit widersprach er einer Legende. Der Befund bedeutet: Selbst durch eine so außerordentliche Tat einer kleinen Gruppe ließ sich das Regime Juden, wenn sie diese für die Gaskammern bestimmt hatten, nicht entreißen. Die Frage trifft ins Zentrum der Geschichtsvorstellung vom Charakter und von der Funktionsweise des Naziregimes und besitzt Gewicht für das Urteil über Möglichkeiten von Widerstand.

Das Echo auf den Einspruch war laut. Man zieh Benz vor allem des Erhebens ungerechtfertigter Ansprüche der Wissenschaft an die Kunst, namentlich Unverständnisses für das, was Filmkunst will und kann. Das hohe Gut der Freiheit künstlerischer Erfindung, die an die bloße Wiedergabe von Fakten nicht gefesselt werden dürfe, kam ins Gespräch. Dergleichen jedoch war nicht intendiert. Auch hat Benz Filmschöpfern nicht untersagen wollen, „Gefundenes und Erfundenes“ zu mischen. Nein, die von Benz aufgeworfene Kernfrage lautet, ob Filme – deren Einfluss auf Entstehung und Verfestigung von Geschichtsbildern zumeist viel größer ist als jener der Wissenschaft – falsche oder halbwahre Bilder der Vergangenheit verbreiten dürfen. Zumal, wenn dies mit Anspruch auf Authentizität geschieht. Jene, welche die Kärrnerarbeit des Historikers leisten, sollten sich jedenfalls dagegen öffentlich zur Wehr setzen dürfen.

Benz hat den Film eine Klamotte genannt und dafür mehr als einen Grund aufgezählt. „Kein Klischee ist ausgespart: Maria Schrader gibt wieder einmal die schöne Jüdin, die SS-Männer brüllen, sind zynisch und betragen sich gemein, die Nazi-Frauen sind blond und doof, die Juden sind intellektuell, Künstler oder spielen wenigstens Schach. Der Vater, General aus altem Adel, deutsch-national, ist starrsinnig, wie Preußen eben sind, und der Bruder der Protagonistin, deren Mann als jüdischer Zwangsarbeiter (zuvor war er Geiger) in der Rosenstraße gefangen sitzt, agiert als Held von Stalingrad – ein Bein ist amputiert, dafür hat er das Ritterkreuz. Er engagiert sich auf der Seite der Guten und kämpft mit seiner Schwester Lena (Katja Riemann) für den jüdischen Schwager.“

Diese Auflistung des Operierens mit eingegrabenen Zerrbildern richtet sich freilich auch an andere, an mehr Adressaten als nur die Urheber dieses einen Films. Das ist vielleicht auch der Grund dafür, dass es vielen schwer fällt, sich auf den wirklichen Gegenstand des Streites einzulassen. Leichter ist es in der Tat, stattdessen – wie in Feuilletons geschehen – zu schreiben, die Historiker besäßen kein Monopol auf Geschichtsvermittlung.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 27./28. September 2003, S. 21.

Buch & Deckel

Am 3. November 1989 findet im Ostberliner Nobelhotel Metropol ein Empfang statt. Gebucht ist ein „Preußischer Abend“. Die Gäste werden von „Langen Kerls“ begrüßt. Im Salon ein Gesteck preußischer Fahnen. Bedienung in Livree. Die Menükarte des „Preußisches Soupers“ verzeichnet Französisch und Deutsch: „Potage de Windsor. Rheinlachs nach Périgord. Langouste en Bellevue. Lammrücken auf englische Art ...“ Für den Ohrenschmaus sorgen ein Quartett der Staatsoper und ein Soloflötist der Staatskapelle. Sie bieten Bach, Telemann, Haydn und Mozart und ein Flötenkonzert Friedrichs II. Der Gastgeber erinnert sich distanzlos an dieses letzte Fest mit „unseren Freunden“ vom Außenhandel, den Ministerien und der Industrie. So geht ein „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ zugrunde, denn gefeiert wurde der 40. Jahrestag eines Unternehmens aus dem Dunstkreis des Schalck-Golodkowski namens „Deutsche Handelsgesellschaft West-Ost“.

Dessen Leiter war von Wachteln an der Wiege nichts gesungen worden. Siegfried Burmester wurde in einem niedersächsischen Kaff geboren, in dem die Eltern Gastwirtschaft und Bäckerei betrieben und der Vater, ein „alter Kämpfer“, Bürgermeister wird. Sein Ältester entkam der Einklassenschule, besuchte das Gymnasium, wird siebzehnjährig NSDAP-Mitglied, meldet sich zur Waffen-SS, gelangt, um gegen die Bolschewiken zu kämpfen, im April 1945 zu einem verlorenen Haufen ostwärts Berlin und in Gefangenschaft. Dann folgen Lager in der Tatarischen und in der Udmurtischen ASSR, der Besuch der Zentralen Antifa-Schule nahe Riga, 1948 die Rückkehr, Abitur an einer Abendschule, Eintritt in die KPD, Studium in Hamburg unterbrochen von hauptberuflich-illegaler Tätigkeit für die FDJ, das Universitätsexamen als Diplomkaufmann. Das befähigt zur Karriere „als Kaufmann im Handel mit der DDR“ und an der Spitze eines sich in Berlin-West etablierenden Unternehmens, das mal mit, mal ohne Anführungszeichen zu den Parteifirmen gezählt wird. Die Gesellschaft endet in den Strudeln des Untergangs der DDR. Ihre Erfolgsgeschichte, an der er sich einen gehörigen Anteil zuschreiben kann, hat Burmester in einer nicht nur politischen Biographie ausgebreitet. Der hätte straffenden Lektor und Personenregister und Abkürzungsverzeichnis gutgetan. Wird die Zeit für eine an Tatsachen orientierte Wirtschaftsgeschichte der DDR gekommen sein, lässt sich das Aufgezeichnete als Zeitzeugnis eines Mannes nutzen, der seine sozialistische Überzeugung nicht verleugnet.

Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung. Edition Neue Wege, Sangerhausen 2002, 412 Seiten, 16,80 Euro.

konkret 2003, Heft 10, S. 60.

In der Sackgasse gelitten

Ein Jahrhundertleben – Wolfgang Ruge

Wer sich in der DDR für Geschichte interessierte, namentlich für die Vorgeschichte jenes 30. Januar 1933, stieß auf Publikationen von Wolfgang Ruge. Er wurde über den ostdeutschen Staat hinaus bekannt als Kenner deutscher wie sowjetischer Geschichte und als vielseitiger Publizist, der ein Lehrbuch ebenso interessant zu schreiben wusste wie eine Biografie. Und er wurde und wird geschätzt als philosophischer Kopf. Letzteres wurde spätestens gewahr, wer 1991 sein „Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte“ las. Kein Wort darin, dass er in diese Sackgasse geraten, wie ihm da mitgespielt worden war. Nun gibt er davon Bericht.

Der deutsche Januar 1933 griff in das Leben von Millionen Europäern ein. Zu denen, deren Dasein der Sieg der Faschisten folgenschwer beeinflusste, gehörte der damals 16-jährige Wolfgang. Mit seinem Bruder Walter verlässt er Berlin, von seinem Vater verabschiedet, einem Studienrat, der „nicht öffentliches“ KPD-Mitglied ist, alsbald seinen Arbeitsplatz verliert und sich ebenfalls in die Sowjetunion begibt. Wolfgang Ruge, Mitglied im Kommunistischen Jugendverband, hat über das Land viel gelesen. Namen wie Budjonny und Woroschilow sind ihm geläufig. Er ist mit Bildern vollgestopft, die seine Fantasie anregen. Die Grenze überschreitend, überkommt ihn „ein unbeschreibliches Gefühl, so wie es religiöse Menschen beim Anblick der Jungfrau Maria empfunden haben mochten“. Dann folgen „Ernüchterungsschocks“: die Wahrnehmung von Hungernden, Unordnung, Dreck, die Rationierung, Menschenschlangen vor Geschäften, die Enge der Wohnverhältnisse. Den Brüdern kann die Mutter, Mitarbeiterin der Komintern, ein Privatzimmer mieten. Mit Unbehagen beobachtet der junge Wolfgang die „Parteireinigung“, schwer zu verarbeiten sind der um sich greifende russische Nationalismus und die Prozesse, die Welle von Verhaftungen, die auch ihm bekannte deutsche Emigranten erfasst. Doch Überzeugung und Einbildung reichen, „die Vision des proletarischen Weltfriedens“ zu behaupten. Er will seine „Kräfte dem kommunistischen Siegeszug“ widmen. Erlebnisdurst, Tatendrang und Abenteuerlust leiten ihn. Schon sieht er sich nach Deutschland zurückkehren, „gereift und gestählt, mithelfend, auf den Trümmern des Hitlerreiches ein neues Leben aufzubauen“. Doch zunächst hat er seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Er erwirbt Fähigkeiten im technischen und künstlerischen Zeichnen und wird ein „mittelmäßiger Kartograph“. Seine Bewerbung zum Studium scheitert.

Ruges gesellschaftlicher und geselliger Bezugspunkt ist der Klub der ausländischen Arbeiter. Dann löst er sich von der „Emigrantenszene“, beschließt, „Russe zu werden“. Er wird sowjetischer Staatsbürger. Zugleich erlebt er in dem von Misstrauen geschwängerten Lande Vereinsamung. Seine Verwandten sind ihm fremd geworden, Freunde ziehen sich zurück, andere „verschwinden“. Die Mutter reist im KI-Auftrag im Februar 1938 nach Paris, der Vater wird im Mai nach Deutschland ausgewiesen. Ruge gründet eine Familie, die ihm Zufluchtsort wird, widmet sich seiner Tochter, lässt für eine Zeit Politik Politik sein. Das und die Ehe hält er nicht lange durch.

Am Tage des Kriegsbeginns 1939 beginnt er eine Fortbildung an einer Abendschule. Dort lernt er seine zweite Frau Veronika kennen. Im Herbst 1940 kann er als Fernstudent in das Tschernyschewski-Institut für Philosophie, Geschichte und Literatur eintreten. Während er das Studium unschwer meistert, wird sein kommunistisches Bewusstsein immer härter geprüft. Und er fürchtet, „dass uns eines Tages eine faschistisch-sowjetische Waffenbrüderschaft blühen könnte“ ...

Am 22. Juni 1941 beginnt jener Krieg, der sein „ganzes Leben durcheinander“ bringen wird. Er kann noch seine Prüfungen zum Ende des 4. Semesters abschließen – am 2. September 1941 erhält er für sich und seine Frau den Ausweisungsbefehl. Sie finden sich in einer gottverlassenen kasachischen Siedlung wieder, zehn Jahre zuvor gegründet von Kulaken aus der Wolga-Republik. Alsbald treffen weitere Deutsche von der Wolga, aus dem Kaukasus und aus Baku ein. Nach nur vier Monaten erfolgt seine Deportation in den Nord-Ural – hinter Bretterzäunen, militärisch bewacht, mit Strafen, von Hunger, Kälte und Ungeziefer geplagt und „zum Skelett abgemagert“.

Wie er, Holzfäller, Barackenwart, Saunaheizer, Brennholzbeschaffer, Bastschuhflechter, Brigadier von Gleisbauern und Heuschnittern, gelegentlich mit Schreibarbeiten befasst, sich dann durchmogelt,

einen schweren Unfall und Krankheiten übersteht, scheint an ein Wunder zu grenzen, ist aber dem festen Willen zur Selbstbehauptung zu danken – und dem Vorsatz, diesen Stalin zu überleben.

1944 mit der Aussicht auf Kriegsende und Sieg sinkt die Sterblichkeit, die Verpflegung wird ein wenig besser, „Lebensgeister“ kehren zurück. Sträflinge verwandeln sich in „gewöhnliche Verbannte“. Sie erhalten Löhnung. Einigen wird erlaubt, jenseits der Lager zu wohnen, sofern sich eine zu mietende Bude findet. Ruge gelingt das 1946. Es ergibt sich, als er in der in Sosswa stationierten Produktionsabteilung arbeiten kann. In dem „vermaledeiten Kaff“ wird er noch elf Jahre verbringen. Die Frau trennt sich von ihm: Scheidung.

Ruge beschließt, sein Studium fortzusetzen, schreibt sich an der Swerdlowsker Universität ein. Er wird Fernstudent in einer Stadt, die er eigentlich nicht betreten darf. Wie er mit Arbeitswut, Findigkeit und Tricks zum Ziele gelangt – das ist eine einzigartige Geschichte. 1948 erhält er das Diplom, wofür er eine schriftliche Arbeit über den Schwarzmeerhandel Genuas und Venedigs im 14. und 15. Jahrhundert vorgelegt hat. Es gibt keinen zweiten Absolventen, der im Verbannten-Status dies erreicht hätte. Doch die Genugtuung erhebt ihn nur kurz. Stärker noch empfindet er, dass er „scheibchenweise“ um das Leben gebracht wird, das ihn ausfüllen könnte.

Zu diesem Zeitpunkt hat Ruge schon mehrfach Bittgesuche gestellt. Auf ein Schreiben an Stalin antwortet Suslow, eine Ausreise sei „zur Zeit nicht möglich“. Den Verbannten wird Ende 1948 ein Beschluss des Ministerrates bekannt gegeben, dass alle Deutschen zu bleiben haben, wo sie sind. Der Radius, in dem sie sich bewegen dürfen, beträgt sieben Kilometer. Ruge ist vom Sträfling zum „Halbfreien“ unter den Verbannten aufgestiegen. Die Vermutung erhärtet sich, dass in diesem Lande die „Verwirklichung humanistischer Prinzipien, die der sozialistischen Idee zu Grunde liegen, unmöglich“ geworden ist.

Es ist 1950 die Begegnung mit einer Freien, die eine neue Situation schafft. 1954 wird er Taja heiraten, Mutter ihres gemeinsamen Sohnes Shenja. Inzwischen weckte Stalins Ende Erwartungen: Rückkehr nach Deutschland. Doch erst nachdem Adenauer 1955 die letzten Kriegsgefangenen in Moskau freigepresst hat, scheint sich im Kreml eine Erinnerung zu bilden, dass im eigenen Lande noch andere Deutsche festgehalten werden: Antifaschisten. Ruge erhält am 15. Februar 1956 die Ausreisegenehmigung. Gesten der Wiedergutmachung bleiben den DDR-Genossen überlassen. Die sind trotz XX. Parteitag gehalten und interessiert, dass die Wahrheit nur in geringer Dosierung unter die Ostdeutschen gerät. Auch dem trägt Ruge Rechnung.

Der Autor bevorzugt bei allem, was er von Menschenqual und -quälerei berichtet, eine Darstellung frei von überflüssiger Fracht. Manchmal führen Empörung und Bitternis die Feder. So bei der Erinnerung an den Todesstoß, der gegen die Idee des Internationalismus und die Komintern geführt wurde, ebenso bei der Schilderung Stalinscher Willkür, der Menschenverachtung und massenhaften Unrechts. Der heute 85-jährige hat keine frohe Botschaft zu verkünden. Sein Bericht stellt eine harte Herausforderung dar. Wer sie annimmt, wird über die Welt von gestern und von heute ins Nachdenken geraten und fragen, wie sich die von morgen vorstellen lässt.

Wolfgang Ruge: Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration. Lektorat: Friedrich-Martin Balzer. Pahl-Rugenstein Nachf., Bonn. 452 S., geb., 29 Euro.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 4./5. Oktober 2003, S. 19.

Davongekommen

Deutsche sitzen über Deutsche zu Gericht und verteidigen ihr Recht, Krieg zu führen: Kriegsverbrechen und deren strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg

Im Alltag wie in der National- und Weltgeschichte lassen folgende Ereignisse die vorangegangenen häufig verblassen. So geschah es mit den Schlachten Friedrich II. von Preußen, nach der Völkerschlacht bei Leipzig. Das wiederholte sich mit Verdun und Sedan und später mit Stalingrad – trotz aller Anstrengungen der deutschen Mordspatrioten. Auf anderem Felde waren sie erfolgreicher und vermochten denkwürdige Geschehnisse schon aus dem Blickfeld des Volkes zu bringen, bevor sie durch spätere übertroffen wurden. Das war der Fall bei den Prozessen, die nach dem Ersten Weltkrieg vor dem Reichsgericht gegen Angehörige der kaiserlichen Armee und Flotte durchgeführt wurden, lange bevor es noch zum Gerichtshof in Nürnberg und zum Eichmann-Prozess kam.

Wer, der zwischen 1930 und 1940 zur Schule ging, hätte je ein Wort davon gehört, dass deutsche Soldaten und Offiziere nach Kriegsende in Deutschland auf der Anklagebank saßen. Dass dies so war, galt als Schande, eine deutsche im Allgemeinen, eine in der Geschichte der Justiz im Besonderen. Kaum entschuldbar durch die Tatsache, dass es zu diesen Prozessen, deren erster im Jahre 1921 stattgefunden hatte, ja nur auf Druck der Siegermächte gekommen war. Der Skandal wurde allein schon in dem Faktum gesehen, dass Deutsche über Deutsche zu Gericht gesessen hatten, denen nichts anderes vorzuwerfen war, als ihrem Vaterlande unter Einsatz von Leib und Leben gedient zu haben.

Die Vorgeschichte der Schande: In Versailles musste die deutsche Delegation zu dem vielen, was ihr dort zudiktiert wurde, auch die Verpflichtung schlucken, diejenigen Personen an die Siegermächte auszuliefern, die vor internationalen oder nationalen Gerichtshöfen angeklagt werden sollten, weil sie im Verdacht standen, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Als die erste Liste mit Namen solcher Personen überreicht wurde, verweigerte sich die Reichsregierung ebenso sehr aus „patriotischer“ Haltung wie aus dem Wissen, dass es ihren politischen Gegnern leicht gelingen würde, einen Proteststurm zu entfachen und aus der Auslieferung auch nur eines einzigen eindeutig überführten Mannes ihre politische Münze zu schlagen. Die Sieger gaben die Forderung auf und erklärten sich mit dem Angebot einverstanden, die deutsche Seite selbst die Verbrechen juristisch verfolgen zu lassen.

Die Prozesse, die dann stattfanden, können bis heute Aufmerksamkeit beanspruchen. Da sie einen Blick auf die Geschichte der Kriegsverbrechen in „modernen“ Kriegen eröffnen und den Irrtum beseitigen helfen, es sei erst der deutsche Faschismus gewesen, der außergewöhnliche Untaten bei den Eroberungszügen begehen ließ. In der DDR erinnerte der Jurist und Rechtshistoriker Friedrich Karl Kaul an diese Episode der Justizgeschichte des Weimarer Staates. Nun liegt eine profunde, auf umfassender Auswertung der archivalischen Quellen gestützte Abhandlung eines Juristen vor, der sich bestens auskennt.

Misshandlung und Erschießung von Kriegsgefangenen und Zivilpersonen im besetzten Land, Raub und Plünderung, Versenkung von Handels- und selbst von Lazarettschiffen durch U-Boote ohne Warnung, Tötung von Schiffbrüchigen – was den Genannten zur Last gelegt wurde, betraf durchweg Verstöße gegen das fixierte internationale Kriegsvölkerrecht und namentlich gegen Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung, zu deren Einhaltung sich das Kaiserreich verpflichtet hatte. Nur war die Übergabe des Beweismaterials durch die Ententemächte schleppen und die deutschen Untersuchungsrichter machten keine übermäßigen Anstrengungen, zu tun, wozu sie verpflichtet waren. Doch schienen sie schon mit dem ersten Prozess Eigeninitiative zu entwickeln. Sie klagten drei Soldaten an, die den Krieg zu räuberischer Bereicherung ausgenutzt hatten.

Das war programmatisch und ließ erkennen, was sich später bestätigte: Es wurden vor allem Kleine gegriffen, während die Großen davonkamen. Die davongekommenen Großen: Das galt in erster Linie für den nach den Niederlanden geflohenen Kaiser. Bei der Anklageerhebung gegen ihn hätten sich ohnehin Schwierigkeiten ergeben, denn auch die Siegermächte wollten sich nicht zur generellen Verurteilung des Rechtes der Staaten und ihrer Oberhäupter bekennen, Kriege zu führen. Davon kam auch Feldmarschall von Mackensen, dessen Spuren sich in Serbien und Rumänien fanden, deren Eroberung er kommandiert hatte und wo er – in Rumänien – während der Jahre der Besatzung der

Hauptverantwortliche war und bis in die Zeit des Rückzuges im November 1918 auch für Plünderungen und Zerstörungen blieb, die ein Kapitel Vorgeschichte der späteren Praxis der „verbrannten Erde“ bilden. Die Argumentation zugunsten des zur Legende erhobenen Helden, der als Günstling des „Führers“ und tattriger Greis noch 1944 die jüngsten Hitlerjungen in den Kampf rufen sollte, war ebenso einfach wie verblüffend. Sie besagte, ein Mann dieser militärischen Stellung und dieses Formats könne keiner Tat verdächtig sein, die als strafbar anzusehen wäre. Auch auf diesem Felde erwies sich die Justiz des Weimarer Staates als Klassenjustiz. Der General Stenger, der in Leipzig im Zusammenhang mit einem Befehl zur Erschießung von Kriegsgefangenen während des Eindringens in Frankreich angeklagt wurde, verließ den Gerichtssaal als freier Mann. Keine Frage, dass der Band angesichts der Kriege der Gegenwart einen hohen Aktualitätsbezug besitzt.

Gerd Hankel: Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg. Hamburger Edition, Hamburg 2003, 550 Seiten, 30,00 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 08.10.2003.

Deutsches Leid

Wohin führt die Diskussion über den Bombenkrieg?

Seit mehr als Jahresfrist befassen sich in der Bundesrepublik Zeitungen und Zeitschriften, Text- und Bildbände, Sendungen von Rundfunk und Fernsehen intensiv mit jenem Teil der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, der verkürzt „Bombenkrieg“ genannt wird und in der Sprache der Militärhistoriker strategische Luftoffensive der anglo-amerikanischen Luftstreitkräfte gegen Deutschland heißt. Zusätzliche Nahrung erhielt das inzwischen gewonnene Bürgerinteresse durch die seit 2002 rasch aufeinanderfolgenden 60. Jahrestage der Zerstörung deutscher Groß- und Mittelstädte im Verlauf verheerender Luftattacken. Sie stellen in der Geschichte dieser Städte tiefe Einschnitte dar, vergleichbar nur mit den Folgen vernichtender Brände, die sie in früheren Jahrhunderten häufiger heimsuchten denn Kriegsereignisse. Anlass für solche Erinnerung wird es bis in das Jahr 2005 geben. Denn erst im März/April 1945 endeten die Angriffe.

Jüngst wurde an die Zertrümmerung Hamburgs in jener Folge von Angriffen erinnert, die als „Operation Gomorrha“ bezeichnet worden ist (siehe jW vom 25. Juli 2003). In der Stadt nahe der Elbmündung fanden Trauergottesdienste und Gedenkveranstaltungen statt. Ausstellungen zeigten fotografierte und gemalte Bilder des Grauens. Junge und alte begaben sich zu wirklichen, nur vermuteten oder an symbolische Grabstätten von Verwandten, Freunden und Bekannten. In der Stadt, wurde mitgeteilt, leben noch 200.000 Menschen, die sich an den „Feuersturm“ zu erinnern vermögen. Die einen beherrschte Trauer, andere Nachdenklichkeit, dritte fragten sich, ob aus dem zeitlich fernen Geschehen irgendetwas für ihr gegenwärtiges Verhalten herzuleiten sei.

Für die Bundesrepublik Deutschland wurde dieses gemeinsame Gedenken als neu bewertet. Gelegentlich fand Erwähnung, dass sich die DDR „regelmäßig Dresden-Gedenkfeiern“ geleistet habe. Eine Feststellung, der sogleich hinzugefügt wurde, sie wären im Kalten Krieg zu finsteren politischen Zwecken genutzt worden. Das sollte besagen: Jetzt und hier könne jeder selbst entscheiden, wie er es mit der Erinnerung hält, unbedrängt und unausgerichtet von Politikern, Propagandisten und Ideologen. Das behaupten insbesondere Produzenten von Ideologie. Dabei braucht es keine bergmännischen Fähigkeiten, um bis zu den Schichten vorzustoßen, in denen sich die aktuellen und längerfristigen Interessen finden lassen, welche die Geschichtsbilder formen, die über den „Bombenkrieg“ unter die Leute gebracht werden. Die über diese Bilder geführten Kontroversen vermitteln den Eindruck des Pluralismus, interpretieren aber immer nur die gleichen Interessen. Das wahrzunehmen setzt Kenntnisse voraus, die nicht zum Kanon des Wissens gehören, das hierzulande an Schulen vermittelt wird.

Kriegsverbrechen!

Zunächst: Mit Berufung auf das Kriegsvölkerrecht – die Haager Landkriegsordnung von 1907, denn das Abkommen von 1923 über den Luftkrieg ist von den beteiligten Mächten nie ratifiziert worden – wird der „Bombenkrieg“ der Alliierten während der Jahre von 1940/41 bis 1945 als rechtswidrig eingeordnet und zum Kriegsverbrechen erklärt. Von den einen in Gänze, von anderen in seiner Endphase. Militärs, die ihn planten, genehmigten oder befahlen, werden als Kriegsverbrecher eingestuft. Das tun die einen unumwunden, andere legen diese Bewertung nahe. Neu ist das nicht. Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein bezeichnete Winston Churchill 1985 als den „Oberbomber von Dresden“ und meinte, nach den Maßstäben, die nach Kriegsende während des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses und einiger Nachfolgeprozesse angewendet worden seien, hätte der britische Premier und Oberbefehlshaber der Streitkräfte hängen müssen. Das war nicht einmal in der Sache korrekt. Göring zum Beispiel wurde nicht wegen der Bombardements der deutschen Luftwaffe auf Warschau, Rotterdam und London für den Galgen bestimmt.

Seit Jahren werden „Unverdächtige“ zitiert, die ähnliche Sichten verfechten. Zu ihnen gehört der britische Labour-Abgeordnete Richard Crossman, der mit Bezug auf Dresden davon sprach, dass die Urheber der Zerstörung in Nürnberg hätten angeklagt und verurteilt werden müssen, was aber verhindert worden sei, weil der Gerichtshof zu einem „bloßen Instrument der Rache pervertiert“ wäre. Auch Mahatma Gandhi wird mit Vorliebe angerufen, der vom Luftkrieg sagte, in seinem Verlauf sei

„Hitler mit Hitler besiegt“ worden. Manche unterscheiden Phasen des Luftkrieges und differenzieren zwischen „Massakern“ und „reinen Massakern“. Letzteres dient auch dem Historiker Hans-Ulrich Wehler zur Kennzeichnung des Angriffs auf Dresden im Februar 1945, doch meint er, die Verwendung der Bezeichnungen Kriegsverbrecher und Kriegsverbrechen würde nicht weiterführen.

Wo solche zeitlichen Markierungen vorgenommen werden, wird zu ihrer Begründung in aller Regel vorgetragen, es sei von einem – von manchen in den Januar 1945 gelegten – Termin, an der Krieg definitiv entschieden gewesen, und mindestens von da an hätte das Bombardieren von Städten eingestellt werden müssen. Dass Anfang dieses letzten Kriegsjahres die sowjetischen Truppen an der Weichsel standen, die der westlichen Alliierten eben erst die deutsche Ardennen-Offensive verlustreich zerschlagen und deren Streitkräfte die Überquerung des Rheins vor sich hatten, dass die Stäbe keineswegs vorausahnen konnten, was ihren Formationen auf dem Wege nach Berlin noch bevorstehen werde und sie die Kraft der Wehrmacht zur Gegenwehr mitunter überschätzten, kommt in derlei Erörterungen nicht vor. Suggeriert wird: Den Sieg in der Tasche, machten sie weiter.

Die Klagen

Weithin sind die Produzenten von Geschichtsbildern des „Bombenkrieges“ auf die Erhaltung oder Weckung von Emotionen aus. Dazu dient auch das verwendete sprachlich-begriffliche Material. Von Massakern war schon die Rede. Hier eine Sammlung aus einer einzigen aktuellen Publikation des „*Spiegel*“, die zwei Dutzend Autoren zu Worte kommen lässt: Arthur Harris, der Oberkommandierende der gegen Deutschland eingesetzten britischen Streitkräfte, heißt der „bullige Feldmarschall“. Von ihm wird gesagt, dass er eine „Strategie der Zivilistenvernichtung“ plante und befehligte, „reine Bestrafungsaktionen“ und „reine Vergeltungs- und Strafaktionen“ ausführen ließ und dazu „fliegende Terroristen“ aussandte, welche die „Hinrichtung“ deutscher Städte vollzogen hätten. Es sei ein „Ausradierungskurs“ befolgt worden, „Ausrottungswut“ hätte sich ausgetobt. Der Angriff auf das pommersche Swinemünde wird als „Monsterangriff“ bezeichnet von einem Autor, der deutsche Soldaten „Seehelden“ und „U-Boot-Krieger“ nennt. Der Stil, den Jörg Friedrich in „Der Brand“ bevorzugte und den Historiker und Publizisten kritisierten, hat in deren Reihen selbst reichlich Nachahmung gefunden.

Der Kern des Geschichtsbildes über den Bombenkrieg wird aber durch die These gebildet, er habe keines der angestrebten, mehrfach formulierten Ziele erreicht. Weder sei es gelungen, die Deutschen zu demoralisieren und sie gegen ihre Regierung aufzubringen, noch hätte das materielle Potential des Gegners so getroffen werden können, dass er zu einer früheren Beendigung des Krieges gezwungen worden wäre. Der Kriegsaufwand namentlich der Briten, aber auch jener der US-Amerikaner und die Zehntausende von toten Soldaten ihrer Luftstreitkräfte müssten daher als ganz vergebliche Anstrengung und als ebensolche Opfer gelten. So postuliert der Historiker Hans Mommsen, der Luftkrieg sei „kein Beitrag zur vorzeitigen Kriegsbeendigung“ gewesen. Andere gehen einen Schritt weiter und erklären, das Bombardement habe nicht nur sein Ziel verfehlt, sondern geradezu das Gegenteil des Beabsichtigten bewirkt und den Krieg gar verlängert.

Die das behaupten, bedienen sich zweier „Beweise“. Erstens: Die unbestrittene Tatsache, dass die deutsche Kriegsmaterialproduktion erst im Jahre 1944 ihren Gipfelpunkt erreichte, gerät ihnen zur Herstellung eines Zusammenhangs, der eine Ursache-Wirkung-Beziehung vortäuscht: „Denn je mehr Bomben fielen, desto mehr produzierten Hitlers Waffenschmieden.“ (Übergehen wir hier die falsche Zuordnung des Eigentümers, denn die Rede ist doch von den Rüstungswerken der Krupp, Heinkel, Messerschmitt, Flick und anderer Großkapitalisten.) Und zweitens: Die Tatsache, dass die Deutschen nicht gegen die Weiterführung des Krieges rebellierten, wird in den Worten von Joachim Fest in ein rührendes, an das Verhältnis der Küken zur Glucke erinnerndes Gegenbild verformt, wonach die so arg Getroffenen „gleichsam schutzsuchend so nahe wie selten zuvor an das Regime“ herangerückt wären. Das liest sich merkwürdig, denkt man allein an die Zehn-, ja Hunderttausenden Bewohner von Großstädten und Industriezentren, die Schutz ganz anderer Art suchten und auf das platte Land oder weit in den Osten des Reiches flüchteten.

Selbst Verfechter der These von der kriegswirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit der Angriffe geraten ins Schleudern, wenn es an die Konkreta geht. Vor der Attacke auf Hamburg arbeiteten in den Werftanlagen von Blohm & Voss 9400 Arbeiter, wird berichtet. Einen Monat nach dem Ende der „Operation Gomorrha“ hätte die Belegschaft wieder 5.000 betragen. Zwei weitere Monate später – also Anfang November – wäre sie auf 7.500 angewachsen, die Werft sei da „weitgehend wieder produktionsfähig“ gewesen. Diese Zahlen mögen für außerordentliche Leistungen bei der Instand- und Wiederingangsetzung stehen, aber doch nicht für eine zu vernachlässigende Wirkung der Angriffe auf das kriegswirtschaftliche Potential. Wer glaubt denn im Ernst, dass eine nahezu halbierte Belegschaft, die sich zu einem erheblichen Teil um ihre Toten, ihre Behausungen und die Herstellung primitiver Lebensverhältnisse zu kümmern hat, ebenso viel zu leisten vermag wie unter den intakten Produktionsbedingungen vor den Bombardements?

Wenn von den Wirkungen des Luftkriegs die Rede ist, greift der Blick auf dessen direkte Folgen ohnehin zu kurz. Erzwungen waren, bevor er noch seine barbarische Steigerung erreicht hatte, aufwendige Schritte, um erwartete und befürchtete Konsequenzen gering zu halten oder zu vermeiden. Sie begannen mit dem Bau von Luftschutzbunkern und der Herrichtung von Luftschutzkellern in Wohnbauten und anderen Gebäuden und mit der als „erweiterte Kinderlandverschickung“ bezeichneten Verbringung von Schulkindern in entlegene Gebiete. (Manche gelangten bis in Deutsch besiedelte Dörfer in Ungarn.) Sie setzten sich mit dem Aufbau des 1935 geschaffenen Reichsluftschutzbundes und dessen materieller Ausstattung fort. Sie erforderten Fliegerabwehreinheiten, den für ihren Einsatz notwendigen Stellungsbau und dazu dauernd militärische und zivile Hilfskräfte.

Ungleich größer waren die zu bewältigenden Folgen nach den verheerenden Angriffen. Zu ihnen gehörten: Beerdigung oder Verbrennung der Toten, die Anfertigung von Särgen, soweit die Leichen nicht in Papiersäcken in Massengräber versenkt wurden, Bekämpfung von Seuchen, Versorgung der Verletzten, Verteilung von zusätzlichen Lebens- und Genussmitteln, Evakuierung der Bevölkerung, Kampf gegen Plünderer, Reparatur von Wohnraum, der sich noch nutzbar machen ließ, Instandsetzung der Verkehrsmittel und der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsstränge, Versorgung der am ärgsten Betroffenen mit Kleidung und den nötigsten Gegenständen des täglichen Bedarfs. Das ist der Anfang einer Leporelloliste, die vom Abzug von arbeitsfähigem Personal und materiellen Mitteln spricht, die allesamt anderen kriegswichtigen Aufgaben zugedacht waren.

Mit ihr sowie mit der Bilanz der direkt zerstörten Fabriken und Werften drängt sich die Frage auf, worüber die deutschen Militaristen hätten gebieten können, ohne die Existenz dieser – um einen von Goebbels in seinem Tagebuch benutzten Ausdruck zu gebrauchen – „offenen Wunde“. Die Frage, die sich auf die Wirkung der Bombardements bezieht, lautet nicht, ob in jenen Monaten die deutsche Kriegsproduktion unter Albert Speers Regie Steigerungsraten aufwies, was der Fall war, sondern wie hoch diese noch angewachsen wären, wenn nicht unter dem Druck der Bombardements beständig Aushilfslösungen hätten gesucht werden müssen, von der Verlagerung von Betrieben nach dem Osten bis zu deren Platzierung unter die Erde.

Ohne jede nähere Erklärung wird zudem bemerkt, die Wiederingangsetzung der Produktion auf der berühmten Hamburger Werft sei „mit drakonischen Maßnahmen“ bewerkstelligt worden. Das berührt die Behauptung, der zufolge die deutschen Arbeiter – von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen wird selten und en passant geredet – in einer Trotz- und Trutzhaltung zu Werke gegangen wären, die sie in freiwilliger Anstrengung Verluste und Einbußen kompensieren ließ. Nun bildete der Alltag der Arbeiter in den Produktionsbetrieben vor und während des Krieges hierzulande nie ein bevorzugtes Thema geschichtswissenschaftlicher Forschungen. Die Herstellung eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen dem realen Anstieg der Rüstungsproduktion und der Kriegsideologie und -moral der Arbeitenden ist schlicht kurzschlüssig. Diese Leistungen wurden vollbracht, als jedes Ausscheren und jede Verweigerung mit Strafen bedroht waren, gegebenenfalls juristischen, vordem aber mit der als Strafe und tödliche Bedrohung geltenden Einberufung zur Wehrmacht. Höchste Arbeitsdisziplin war Grundvoraussetzung, die eigene UK-Stellung auch über den nächstfolgenden Einziehungsschub

zu behaupten. Die 60-Stunden-Arbeitswoche wurde verordnet, ohne dass die Betroffenen eine Chance auf Gegenwehr noch besessen hätten. Denn wer in dieser sich vertiefenden Krise aktiver wurde, getrieben von speziellen Ängsten, das waren all die kleinen Nazibonzen. Nach zeitweiliger Schwächung infolge der chaotischen Zustände funktionierten die Kräfte der Überwachung von der Gestapo und ihren Spitzeln bis zu den Blockwarten in den Wohngebieten und den Nazifunktionären in den Betrieben. Aktionsfähig blieb oder wurde rasch wieder die Justiz.

Auch andere Wirkungen des Luftkrieges erzwangen die Verausgabung materieller, personeller und nicht zuletzt politisch-psychologischer Kräfte der „Volksgenossen“ an der „Heimatfront“. Da war die Angst vor der erneuten Kriegsniederlage und der zunehmende Druck auf die Arbeitenden, den Soldaten – den Söhnen und Enkeln – an den Fronten die besten Waffen in hoher Zahl zu liefern, damit sich eine Wende erreichen ließ. Resignierende Haltung ging mit der Unterwerfung unter die Forderungen der Obrigkeiten einher und mit dem Sich-schicken in das vermeintlich Unausweichliche. Keiner dieser Faktoren kann quantifiziert oder auch nur in seinem ungefähren Anteil an der gesteigerten Kriegsmaterialproduktion geschätzt werden. Angesichts der Skala der Antriebe, die Verhaltensweisen bestimmten, erscheint deren Zurückführung auf einen einzigen Faktor, die im Bombenhagel angeblich neu gewonnene Einheit von Führern und Ge(Ver)führten, als Ausgeburt von Einfalt. Ebenso verfehlt ist die Ausdeutung der gegenseitigen Hilfe der Menschen bei der notdürftigen Beseitigung der materiellen Folgen der Bombardements, die wohl eher vom Überlebenswillen diktiert wurde als vom Zusammenschluss um das Regime und zur Fortsetzung des Krieges.

Der Zweck

Was ist das Fazit jener Argumentation der haltlosen Beweise? Es lautet: Dieser „Bombenkrieg“ war barbarisch, eine Feststellung, die niemand bestreitet, und er war obendrein sinnlos. Folglich erscheint er als Barbarei an sich, die schlimmste aller ihrer Formen, die auch nach ihrem Ausmaß alle anderen Schrecken und Gräuel des Krieges übertroffen hätte. Jörg Friedrich behauptet, den Krieg auf dem Territorium der UdSSR glatt ignorierend, das größte Schlachtfeld des Zweiten Weltkrieges sei Deutschland gewesen. Die Deutschen an der Spitze aller im Kriege Leidenden. Irgendwie müssen sie immer an der Spitze sein, wenn nicht als Sieger, dann als Opfer.

Kaum eine Darstellung des Bombenkrieges gegen Deutschland kommt ohne die Erklärung aus: „Wir dürfen nicht vergessen, dass es unser Land war, das diesen Krieg, auch den Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung, begonnen hatte.“ (der Erste Bürgermeister von Hamburg). In anderer Version lautet die sinngleiche Aussage: „Gewiss, den Krieg hatte Deutschland begonnen und vor allem im Osten ...“ usw. Doch daran schließt sich, ausgesprochen oder angedeutet, die Frage an: Aber war deshalb der anglo-amerikanische Bombenkrieg „gerechtfertigt“? Da weiß der Leser die Antwort schon, wenn er sie nicht vor dem Lesen des ersten Buchstabens bereits parat hatte. Unter Berufung und Fokussierung auf die barbarischen Methoden der Kriegführung wird, so von Friedrich, behauptet, es seien in diesem Krieg „die Seiten nicht mehr zu unterscheiden“. Kriegsinteressen, Kriegsursachen, Kriegsziele bleiben ausgeblendet, verdienen auch keine marginale Erwähnung mehr.

junge Welt, Mittwoch, 22.10.2003, S. 10.

Opfertausch

Was liegt an hunderttausend Russkis, Tommys und Amis? Vom „Brand“ zu den „Brandstätten“, den deutschen

Die Ausübung von Berufen, das Frönen von Leidenschaften, die Hingabe an Laster vermögen Schaden zu verursachen. Von einem neuerdings eingetretenen Fall ist zu berichten. Er signalisierte sich einem Rezensenten in den Sätzen: „Der ruinierte Ort ist die Leere des Davongekommenen, das ihm verlorengegangene Schaffen aller friedlich und unfriedlich Hinweggerafften. Da das, worin sie gewöhnlich vorhanden bleiben, fehlt, ergibt sich ein Nachleben von Enterbten im Vordergrund. Irgendwo hinten im Verborgenen treiben die geschichtliche Zentralperspektive und das Auge dafür.“ Dies kommentierte er mit den Worten: „Das verstehe, wer will.“ Glücklicher Ralph Giordano, dem sich nur dieser Satz auf den wenigen Textseiten verschloss, die zum Bildband „Brandstätten“ gehören. Auf ihnen begegnet dem Leser ein Autor, der den eben gewonnenen Bekanntheitsgrad eines Bestsellerproduzenten offenbar nicht verkraften konnte und nun, da er in einem weiteren Buch neue Gedanken nicht bekannt zu machen hat, zugleich von Originalitätssucht getrieben, sich über die deutsche Sprache hermacht.

Zu den geringfügigen Schiefheiten gehören „die ausgeteilten Wunden“, wo zugefügte, wo erlittene gemeint sein mögen. Dazu mag der „Flüchtige“ zählen, der für den „Flüchtenden“ steht. In diese Kategorie lässt sich auch noch einordnen: Deutschland „fiel entzwei“, wo die Zertrümmerung seiner Städte bis zur Unkenntlichkeit bezeichnet werden soll. Das Gemisch verwandelt sich in „Abmischung“ und ein bebautes Stadtgebiet in eine „Gebäudefläche“, ein Brandherd in ein „Entstehungsfeuer“. Die „gering verstädterte Nation“ kann eben noch als Gebiet oder Staat entschlüsselt werden, von dessen Einwohnern nur ein geringer Prozentsatz in Städten lebt. An der Grenze zum Unsinn bewegt sich hingegen: „Der Brand benötigt Zeit und Ruhe.“ Das soll Ausbreitungsbedingungen von Bränden kennzeichnen und lässt fragen, ob nicht Wind und mehr noch Sturm Feuer verheerend um sich greifen lassen. Das Vorstellungsvermögen ist überfordert, wenn von der Flak und den Nachtjägern geschrieben wird, dass ihre Abwehr „den eingetretenen Schaden erstickt“, denn wie Kanonen das bewirken und Jagdflugzeuge sich in fliegende Feuerwehren verwandeln könnten, ist zu mysteriös. Zustimmungsfähig, jedoch nicht weniger verquast, liest sich: „Die alten Feldheere machen ihn (den Krieg – K. P.) seit längerem nicht unter sich aus“, denn, möchte man hinzufügen, das können sie auch nicht mehr, weil sie nicht mehr existieren und ihre Angehörigen inzwischen Himmel oder Hölle bevölkern. Dass „Minen (die als Luftminen bezeichneten Sprengkörper – K. P.) Fensterglas öffnen“, wird nicht nur Glaser erstaunen. Die Opfer des Luftkrieges sterben auch nicht, sie „vergehen“. Ein entstellter Leichnam erhält die Bezeichnung „ein früherer Mensch ... in seinem Bombardierungszustand“. Und die zu Tode Geängstigten wünschen nicht, den morgigen Tag zu erleben, sie möchten an „die Böschung des folgenden Tages“ kommen.

Bei all dem lässt sich nach dem Verlag rufen, dem es an Geld für einen Lektor nicht gefehlt haben kann. Dessen Arbeit hätte mit dem Titel beginnen müssen, der, wenn schon, dann „Deutsche Brandstätten“ hätte lauten müssen, denn was von Warschau und London mitgeteilt wird, ist auch im Großformat randständig, eher zufällig, vielleicht auch nur als Alibi zwischen die Buchdeckel geraten. Ärgerlicher sind die En-passant-Fälschungen. So die Behauptung, Großbritannien und die USA hätten erst ab Mitte 1944 am Kriege teilgenommen und bis dahin „aus dem Bombenschacht“ siegen wollen. Die Umgekommenen während des Krieges in Nordafrika, auf Sizilien, bei der Landung auf dem italienischen Festland, auf den Meeren, auf den Seewegen nach Murmansk zählen nicht. Sie haben „nicht teilgenommen“. Des Weiteren muss kritisiert werden, dass die Zerstörungen Warschaus und Rotterdams in die Feldzugsgeschehnisse gerückt und so gleichsam halb entschuldigt werden.

Kann der Autor auch nicht leugnen, dass der strategische Luftkrieg der Royal Air Force und der 8. US Air Force nicht nur Schäden an Wohnhäusern anrichtete und dort lebende Menschen umbrachte, so sucht er in Text und Bild – einzig zwei Fotos zeigen demolierte Produktionsstätten, eine davon den Maschinensaal einer Zeitungsdruckerei – die Auswirkungen auf die Rüstungsproduktion zu marginalisieren. Das gipfelt in der Frage, ob der Krieg bei intakten Rüstungsanlagen anders verlaufen

wäre. Dann hätten, heißt es schlau, die deutschen Armeen im Osten 1943 auch nicht siegen können und – und dies lese ich als die ungeheuerlichsten Sätze dieses Bandes: „Die Verteidiger (das meint die bis fünf Minuten nach zwölf schießenden Deutschen – K. P.) hätten hunderttausend russische, britische und US-Infanteristen mehr erschossen. Da die Allianz auf Reichsboden das Leben fast einer Million Soldaten hingab, wäre sie angesichts zehn Prozent weiterer Verluste nicht umgekehrt."

Das geht in Deutschland 2003 durch. Derlei Verachtung gegenüber dem Leben „der anderen" wird in der Zeit mit der Bemerkung zur Kenntnis genommen: „Die Bombenkriegsbücher von Jörg Friedrich sind zwar historisch nicht falsch, und es ist gut, dass es sie gibt; dennoch wirken sie etwas zu dick und zu groß und verkaufen sich etwas zu gut."

junge Welt, Freitag, 14.11.2003, S. 14.

Studium im Gulag

Er wolle als Mensch unter Menschen leben, so formuliert der Historiker Wolfgang Ruge aus dem Rückblick nahezu eines halben Jahrhunderts den Vorsatz, mit dem er in den dritten Abschnitt seines Lebens eintrat. Das geschah, als er im Jahre 1956, wenige Wochen vor dem XX. Parteitag der KPdSU, nach Jahren im Gulag und in der Verbannung aus Sosswa im Nord-Ural via Moskau in Berlin angekommen war. Dass die berühmte Rede, die Nikita Chruschtschow bei dieser Tagung hielt und in der das mörderische Regime Stalins auf ihn und den Personenkult, letztlich auf eine Person reduziert wurde, die Antwort auf Fragen an die Geschichte der UdSSR nicht gab, war dem Spätheimkehrer schon bewusst. Aber er nahm sich zunächst nicht vor, den Abgründen entronnen, in sie erneut gedanklich und analysierend hinabzusteigen. Zudem konnte ihm nicht entgehen, dass daran in der DDR ein gesellschaftliches Interesse, zu dessen Fürsprecher sich doch allein die führende Partei hätte machen können, nicht existierte. Ruge vertiefte sich in Forschungen zur deutschen Geschichte. Sie galten der Weimarer Republik, in deren Jahren er in Berlin aufgewachsen war und Schulen besucht hatte. Wer sich mit ihrem Aufstieg wie mit ihrem Ende befasste, Aufschluss über triumphierende und überwältigte Interessen, Personen und Ereignisse gewinnen wollte, griff zu seinen Büchern.

1933 war der noch nicht Sechzehnjährige mit seinem um drei Jahre älteren Bruder nach Moskau emigriert, wo seine Mutter im Apparat der Komintern arbeitete. Dort öffnet sich ihm eine neue Welt, die anders beschaffen ist, als er, der Jungkommunist, sie in seinen sozialistisch-enthusiastischen Vorstellungen erwartet hatte. Doch er lebt nicht nur in ihr, er will, sich von der Szene der Emigranten lösend, in ihr auch „Russe“ werden. Ruge wird als Kartograph ausgebildet, erwirbt an einer Abendschule Hochschulreife, ist Fernstudent der Geschichte. Dann beginnt der Krieg. Obwohl inzwischen Sowjetbürger, wird er einberufen, sondern als „Deutschländer“ deportiert. Nur wenige Monate ist ein kasachisches Kaff sein Aufenthaltsort. Anfang 1942 gehört er unter der irreführenden Bezeichnung „Arbeitsmobilisierter“ zu den Sträflingen des Gulags im Nord-Ural. Dass und wie er überlebte, wie es ihm, vom Gefangenen zum Verbannten „aufgestiegen“, gelang, in Swerdlowsk, einer Stadt, die er nicht betreten darf, sein Fernstudium zu beenden – ein Vorgang, der seinesgleichen nicht besitzt –, vor allem aber, wie er sich mit dieser seiner Erfahrung geistig und psychisch auseinandersetzt, dies bildet den Inhalt dieses außergewöhnlichen Lebensberichts. Der entlässt den Lesenden, sofern er nicht ohne Sympathien für die Idee des Sozialismus ist, mit quälenden Fragen. Die Auseinandersetzung mit ihnen bleibt conditio sine qua non jedes Blickes in eine denkbare Zukunft jenseits des Kapitalismus.

Indessen: Wolfgang Ruge hat seine Erinnerungen nicht mit einer Analyse des „klassischen Stalinismus“ befrachtet. Die hat er 1991 inmitten der turbulenten, damals auch nicht zum vorläufigen Abschluss gelangten Ereignisse vorgelegt, die das weltpolitische Antlitz des Erdballs so gründlich veränderten. (Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991). Darin bezeichnete er als das Hauptkennzeichen des mit dem Namen des Diktators doch nur etikettierten Regimes jene Politik, die jegliches Schöpfertum in der Theorie wie in der Praxis, auf den Feldern der Literatur und der Künste, in den Bezirken der Geistes- nicht anders als in denen der Naturwissenschaften erstickte, ihre Träger – die nur vermuteten eingeschlossen – ausschaltete, isolierte, hinmordete. Ein Prinzip, von dem nur in Ausnahme- und Grenzfällen abgewichen wurde, wie in den kritischsten Kriegszeiten, als Stalin die Entwicklung eigener Ideen in der Spitze der Militärhierarchie und innerhalb der Elite der Militärtechniker zulassen musste.

Ruges Buch belegt seine diskussionswürdige These eindrucksvoll. Er schreibt, ihm sei in Lager und Verbannung das Leben scheibchenweise gestohlen worden. Der Leser der Bücher, die Ruge in der DDR veröffentlichte, mag sich fragen, wie viel mehr wir der Feder des Historikers zu verdanken haben würden, ohne diesen „Diebstahl“. Von da ist ein geringer Gedankensprung zu der Nachfolgefrage, was mit den erschossenen, verhungerten, erfrorenen auf tausenderlei Weise zugrunde gegangenen Menschen dem revolutionären Aufbruch des Jahres 1917 entrissen wurde. Dieser tödliche Vorgang hat sich nach Stalins Ende in der so genannten poststalinistischen Phase en miniature, zumeist, aber nicht stets unblutig fortgesetzt, in der UdSSR, in Polen, in der DDR, überall, wo die an die

Wurzel gehende Abrechnung ausblieb und die Freisetzung der Kräfte, die eine neue Gesellschaft wollten, nur zögernd und eingeschränkt erfolgte. Sich den befreienden Bruch vorzustellen, macht mir bis heute Schwierigkeiten. Wer sollte sich in der Sowjetunion, wo er zuerst erfolgen musste, an die Spitze der notwendigen, aber ausgebliebenen antistalinistischen Revolution setzen, da es zu einer Massenbewegung nicht kam, auch angesichts der Gründlichkeit der „Arbeit“ Stalins nicht kommen konnte und die an seiner Seite beteiligten Schreibtischmörder nicht weichen wollten?

Wolfgang Ruge, Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen eines Lebens. Lektoriert von Friedrich-Martin Balzer, Pahl-Rugenstein Nachf. Bonn 2003, 452 S., 29,00 Euro.

Ossietzky, 23/2003, 15. November 2003, S. 818-820.

Gemälde und Wodkaflaschen

Berlin: Museum Karlshorst präsentiert Erinnerungen an die Schlacht von Stalingrad

Es handele sich nicht um eine verspätete Lieferung zum 60. Jahrestag der weltgeschichtlichen Schlacht, die 1942/43 an der Wolga ausgetragen wurde, erklärte Peter Jahn, Leiter des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst zur Eröffnung der Ausstellung „Stalingrad Erinnern. Stalingrad im deutschen und russischen Gedächtnis“. Die Aussage bezog sich indessen nur auf den Verzicht auf eine nochmalige Darstellung des kriegerischen Geschehens. Dennoch handelt es sich um eine (Zu)Gabe von – mit dem Blick auf frühere Ausstellungen in diesem Hause – gewohnt hoher Qualität. Wer wissen will, wie Kriegsberichterstatter, Journalisten, Karikaturisten, Schriftsteller, Bildhauer, Architekten, Maler, Fotografen, Propagandisten, Autoren von Dokumentar- und Spielfilmen (von letzteren kann man sich einen Ausschnitte-Mix ansehen) die Schlacht aus sehr verschiedenen Perspektiven im Kriege als Ansporn für den Kampf um den jeweiligen Sieg verwerteten, Mythen und Denkmale schufen, Leid und Trauer ausdrückten, Erinnerung und Gedächtnis wachzuhalten suchten, der trifft auf ein informierendes Angebot aus der Geschichte der Sowjetunion und des nachsowjetischen Russland, der Bundesrepublik und der DDR, das selbst Kennern nicht nur Bekanntes vors Auge führt.

Der Besucher wird nach einem Gang durch die Ausstellung auch mehr über den Wandel des Erinnerns, das Zu- und Abnehmen von Interesse wissen. Nicht nur über das Interesse derjenigen, welche die Erinnerung ausrichten, sie nutzen, öffentliche Räume gestalten, sondern auch über das jener, die Orte des Gedenkens besuchen oder meiden. Wenigstens eine der überraschenden Entdeckungen sei erwähnt: Die Wiedergabe des Gemäldes „Nationalkomitee Freies Deutschland“ von Werner Tübke, in dessen Zentrum Walter Ulbricht steht, umgeben von deutschen Kriegsgefangenen. Es hat seinen ihm vorbestimmten Platz im DDR-Armeemuseum nie gefunden. Die Gestalt des Mitbegründers des Komitees missfiel seinerzeit dem Ulbricht-Nachfolger Erich Honecker.

Die Ausstellung führt, auch das einer ihrer Vorzüge, bis ins Jahr 2003. Sie präsentiert wie der ausgezeichnete Begleitband am Schluss die den Deutschen aus Fernsehsendungen vertraute Vermarktung der Geschichte, freilich auf andere Weise. Von Wodkaflaschen prangen Sprüche des Schlachtenlobes und ein Reklamebild des „Generalissimus“. Einen Zeitschritt weiter wird daran erinnert, dass die deutsche Zeitung mit den großen Lettern im Januar, als die Truppen der USA und Großbritanniens im Irak vordrangen, fragte, ob sie in Bagdad nicht Ähnliches erleben würden wie die Deutschen vor 60 Jahren an der Wolga. Die das erwarteten oder wünschten, prägten das Wort „Bagdalin-grad“. Es bestätigte sich jedoch, dass sich Geschichte nicht auf die gleiche Weise wiederholt. Die Warnung des US-Soziologen Norman Birnbaum von Anfang 2003 bleibt dennoch aktuell: „Die USA sind ihrem eigenen Stalingrad in Saigon mit knapper Not entkommen, als die vietnamesische Befreiungsarmee die Evakuierung unserer Truppen zuließ. Wenn Rumsfeld und seinesgleichen kein Einhalt geboten wird, wird auch unser Stalingrad kommen – wenn nicht in Bagdad, dann anderswo, und das recht bald.“ Auch dies hätte deutschen Parteigängern der Politik der Bush-Administration am Ende der Ausstellung mit auf den Weg gegeben werden können.

junge Welt, Mittwoch, 19.11.2003, S. 15.

Wider die Feindbilder

Ernst Lissauer und sein „Hassgesang gegen England“. Ein Vortrag von Hans Stern in Berlin. Ein Kommentar

„Gott strafe England!“ Wer in Deutschland vor mehr als einem Menschenalter so begrüßt wurde, war ein mordspatriotisch gesinnter Mann oder eine patriotisch gestimmte Frau und hatte zu antworten: „Er strafe es.“ Die aufhetzende Parole prangte stumm auf blechernen und emaillierten Abzeichen, die gekauft und an der Kleidung getragen werden konnten. Sie finden sich bis heute in Museen und in Angeboten des Antiquitätenhandels. Bald gab es zudem vielfarbige Vignetten mit der englandfeindlichen Devise, die sich auf Briefe kleben ließen. Darauf waren mit Vorliebe jene Instrumente abgebildet, mit denen die Strafe exekutiert werden sollte: Unterseeboote, Zeppeline und Flugzeuge, keineswegs Werkzeuge Gottes. Der hat übrigens die Aufforderung wie in allen ähnlichen Fällen ignoriert und sich aus der Mörderei herausgehalten (denn die Teilnahme von Feldgeistlichen der christlichen Konfessionen und von Rabbinern kann nur als Geschäftsführung ohne Auftrag angesehen werden). Eben ist des Jahrestages der den verlorenen Krieg quittierenden deutschen Kapitulation gedacht worden. Er lag am 11. November 85 Jahre zurück.

In diese Zeit führte Hans Stern, über Jahrzehnte wissenschaftlicher Bibliothekar in Leipzig und Berlin, in einem Vortrag vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung zurück. Ins Zentrum stellte er Ernst Lissauer und dessen nach Kriegsbeginn 1914 entstandenes Gedicht „Hassgesang gegen England“, das mit Hilfe der noch bescheidenen Propagandainstrumentarien in der Heimat und an den Fronten Verbreitung fand. Weitere als jeder andere lyrische Kriegserguss, der in Sinn und Absicht, nicht aber in seiner Qualität mit diesem vergleichbar sein mochte. Davon kann sich überzeugen, wer sich Julius Babs Sammlung „Der deutsche Krieg im deutschen Gedicht“ antun will.

Lissauer war schon im Jahre zuvor, 1913, mit einem Gedichtband zur pompös gestalteten Hundertjahrfeier der Befreiungskriege hervorgetreten. Nun, da seine Kriegsfreiwillige Meldung wegen seiner körperlichen Untauglichkeit zurückgewiesen worden war, wünschte er auf die ihm gelassene Weise zu tun, was ihm seine treudeutschnationale Gesinnung gebot. Mehr noch: Gegen das zu gleicher früher Kriegszeit populär gemachte „Jeder Schuss – ein Russ, jeder Tritt – ein Brit’, jeder Stoß – ein Franzos’, jeder Klaps – ein Japs“ propagierte er die Konzentration aller Hassgefühle gegen ein Land, gegen eine Nation, gegen England und die Engländer. Das las sich im Refrain so: „Wir haben nur einen einzigen Hass/Wir lieben vereint/Wir hassen vereint/Wir haben nur einen einzigen Feind.“ Den Schöpfer dieser Zeilen ehrte der Kaiser mit einem Adlerorden. Doch wussten auch die Kriegsgegner, was mit derlei ihnen unbeabsichtigt gelieferter Munition anzufangen war. Barbara Henderson übersetzte den Text sofort ins Englische, und der erschien in der Presse Großbritanniens und der (damals noch nicht am Krieg beteiligten) USA als Beleg für das Walten des furor teutonicus und Warnung, was von ihm im Siegesfalle zu erwarten sei.

Lissauer war ein deutscher Jude aus gutbürgerlichem Hause und, wie seine Verse zeigten, ein Mann, der sich dem „deutschen Zeitgeist“ ganz assimiliert hatte. Damit machte er keine Ausnahme, hatte doch der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) seine waffenfähigen Mitglieder aufgerufen, sich freiwillig in den Kampf zu stürzen, der als Vaterlandsverteidigung ausgegeben wurde, in Wahrheit aber ein mörderíscher Griff nach Weltgeltung und -macht war Plus dem Gewinn, der sich daraus ziehen ließ. 1937 ist der Lyriker, unbeachtet, in Österreich verstorben, ein Jahr, bevor faschistischer Mob, den „Anschluss“ feiernd und ausbeutend, sich auch über ihn hergemacht hätte.

So wahrscheinlich es ist, dass Hitler und weitere Naziideologen und -führer das Gedicht Lissauers kannten, es war nach dem 3. September 1939, als Großbritanniens Kriegserklärung in Berlin einging, von ihnen doch nicht zu verwerten. Die „rassische“ Herkunft seines Verfassers machte das unmöglich. Doch ähnlicher Stoff war aus jenen Tagen von 1914 schon zu holen. So bei Hermann Löns, dessen „denn wir fahren gegen Engelland“, schmissig vertont, bald ein neudeutsches Volkslied wur-

de. Gefolgt alsbald von „Bomben auf Engelland“ mit der darin enthaltenen entlarvenden Kriegszielangabe „ein Weltreich zerbricht“.

Nicht nur im weiteren Sinn führte Sterns Vortrag zu dem von Historikern, Soziologen und Psychologen mehrfach aufgenommenen Thema der rassistisch, nationalistisch und religiös gefärbten Feindbilder, das in der Frage mündet, wie gegen deren Aufnahme zu immunisieren sei. Das „Gott strafe England“ ist bei den deutschen Rechtsaußen übrigens nicht vergessen. Franz Schönhuber schlug jüngst dessen Abwandlung vor: „Gott strafe Blair.“ Der himmlische Vater wird sich auch da heraushalten, und es ist zu vermuten, dass er die offenen Rechnungen, die mit den Initiatoren der Kriege gegen Jugoslawien und den Irak und denen, die ihnen Begleitschutz gewährten, noch zu begleichen sind, bei den Schönhubers in den falschen Händen sieht.

junge Welt, Sonnabend, 22.11.2003, S. 15.

Überlegungen nach einem naturwissenschaftlichen Vortrag mit dem Thema „Raumschiff Erde“

Jüngst lud die Leibniz-Sozietät, deren Mitglied Uwe Jens Heuer ist, zu einem Vortrag mit dem Thema „Raumschiff Erde“ ein. Gefragt wurde nach der Zukunft des Planeten unter dem Gesichtswinkel seiner Bewohnbarkeit, genauer: danach, was die Menschheit bis jetzt dadurch, dass sie diesen Planeten bewohnt, sich auf ihm ernährt, behaust, fortpflanzt, in Armut, Reichtum und auch in Luxus lebt, bereits angerichtet hat und was sie im Begriff ist, weiterhin anzurichten. Die Fragen sind nicht neu und die vor Natur- und Gesellschaftswissenschaftlern bei dieser Gelegenheit gegebenen Antworten waren es auch nicht. Die Kernaussage lautete wieder: Dieses Raumschiff könnte von seinen Bewohnern unbewohnbar gemacht werden, wenn sie es sich auf ihm nicht neu einrichten.

Damit ist die Frage aller Fragen aufgeworfen, denn welche andere könnte dieses Gewicht besitzen. Der erwähnte Vortrag beeindruckte vor allem durch die Masse an Fakten, die für die sich summierenden Gefährdungen beigebracht wurden und er ließ zumindest ahnen, mit welchem wissenschaftlichen Aufwand sie ermittelt und verarbeitet werden. Mit anderen Worten: große Gruppen von Naturwissenschaftlern sehen es als ihre Lebensaufgabe an, sich über die natürlichen Prozesse, die das „Raumschiff Erde“ ständig verändern, in ihrer Totalität und deren Tendenz klar zu werden.

Es war erst eine Episode in der anschließenden Aussprache, die mich angeregt hat, das Thema aus der Sicht eines Laien aufzunehmen, eines Historikers, der doch über die vielfach veraltete naturwissenschaftliche Bildung seiner Jugendjahre bei allem Interesse nicht wesentlich hinausgekommen ist. Die Episode: Nach der nicht umstrittenen Feststellung, dass die herrschenden und regierenden Kreise der USA eine besondere Verantwortung für die gegenwärtige Entwicklung auch auf diesem Gebiet tragen, ihr aber nicht gerecht werden, sondern vernünftige Schritte zu einem anderen Umgang mit den natürlichen Reichtümern der Erde unterlassen und blockieren, wurde bemerkt: Vielleicht käme ja bei den nächsten Wahlen in den Staaten und nach einer korrekten Auszählung der Stimmen ein Präsident oder eine Präsidentin an die Macht, der oder die auf die Stimmen de Wissenschaft hören würde. In einer Verallgemeinerung bedeutete das: Hoffen auf die Vernunft der Mächtigen.

In diesem Punkte besitzt, wie nicht nur Historiker wissen, die Menschheit über Generationen und Jahrhunderte ihre negativen Erfahrungen. Die aufgeklärten Herrscher, durch einen Zufall an das Weltgeschichtsruder gelangt – das scheint auf der Schwelle des 21. Jahrhunderts ein besonders aberwitziger Gedanke. Darüber ist an jenem Tage nicht weiter gesprochen worden. Es dominierte die Frage: Wohin steuert das „Raumschiff Erde“. Die daran anschließenden Fragen: Wer steuert es? Wem müsste das Steuerpult entzogen, wem übergeben werden, blieben unerörtert.

Keine Überraschung, dass da im Veranstaltungsraum unausgesprochen an die Atomphysiker gedacht wurde und an ihre Jahrzehnte zurückliegende Tat, mit vereinter Stimme jene weltweit gehörten Warnung vor einem mit atomaren Waffen geführten Krieg auszusprechen. Ihr Ruf erreichte und stärkte damals eine ebenfalls weltweite Friedensbewegung, deren zentrale Losung lautete „Gegen den Atomtod“. Sie fand vielerlei Ausdruck. In den Lichtspieltheatern der Bundesrepublik wurde Anfang der sechziger Jahre ein Spielfilm mit dem Titel „Angriffsziel Moskau“ gezeigt. Die Geschichte war einfach und die Machart à la Hollywood: Aufgrund der Missdeutung eines heranfliegenden Objekts kommt es zu einem US-amerikanischen Angriff auf die sowjetische Hauptstadt, eine Atombombe wird eingesetzt. Der Präsident der USA, im Film agieren sowohl Kennedy wie Chruschtschow als handelnde Figuren, tut alles, um im Kreml glaubhaft zu machen, dass kein Krieg beabsichtigt sei. Er wird verhindert. Der Streifen war aufs äußerste kitschig, propagierte auch die Überlegenheit der US-Luftwaffe, aber war auf seine Art doch eine Mahnung, es weder zu einem gewollten Aufeinandertreffen kommen zu lassen und es auch als Folge eines Zufalls unmöglich zu machen. Er schilderte den Präsidenten und den Generalsekretär als Leute, die mit den Falken in ihren Oberkommandos fertig zu werden verstünden.

Die Geschichtswissenschaft ist außerstande, die Wirkung des berühmten Appells der Physiker und den Anteil der Millionen daran zu bemessen, dass es nicht zu einem die Menschheit vernichtenden

Krieg zwischen den militärischen Blöcken kam. Hohe Wahrscheinlichkeit besitzt, dass es vor allem das erreichte und von den Machthabenden wahrgenommene Pat der beiden Atomwaffen und Trägersysteme besitzenden Staaten war, dass den labilen Frieden zwischen ihnen bewahrte und über alle Krisen hinwegführte. Heute wird merkwürdigerweise die Möglichkeit einer Verheerung des Erdballs durch atomare Waffen kaum noch thematisiert. Sie scheint mit dem Ende der einen der beiden Supermächte gebannt. Doch in Wahrheit ist das nicht der Fall. Die Zahl der Atomwaffen besitzenden Staaten ist gewachsen und die Absicht, ihre Weiterverbreitung nicht zuzulassen, längst gescheitert. Die USA sind dabei, sich einen „Atomschirm“ zuzulegen und frönen der Illusion ihrer Unverwundbarkeit. An derlei Möglichkeit hatte schon der westdeutsche Abenteurer, der vor Jahren mit einem Kleinflugzeug auf dem Moskauer Roten Platz landete, Zweifel aufkommen lassen. Die grausigen Ereignisse des 11. September 2001 in New York und Washington könnten diesen Zweifeln eine ganz andere Dimension gegeben haben.

Nun liegt zutage, dass im Falle der anders gearteten heutigen Gefährdung, die aber auch die drohenden Unbewohnbarmachung des Planeten betrifft, es sich nicht um das Dasein zweier Supermächte mit Namen und Regierungsadressen handelt. Hier ist die mit Denkfähigkeit begabte Menschheit, da die unbewusste, gleichsam schweigende, reagierende Natur. Das ist eine andere Konstellation. Ihrer Wahrnehmung steht entgegen, dass die Menschheit seit Generationen und Jahrtausenden mit dieser Natur sozusagen ausgekommen ist, sich noch immer als deren souveräner Beherrscher dünkt und glaubt, es ließe sich das Ganze reparieren wie sich, auch nur in Grenzen, das Gelände eines Braunkohlentagebaus rekultivieren und in eine Erholungszone verwandeln lässt. Die Vorstellung, dass inzwischen unumkehrbare Prozesse in unserer natürlichen Umwelt in Gang gesetzt wurden, ist schwer wahrnehmbar, unbequem und auch leicht verdrängbar. Der Gedanke, es werde schon so weiter gehen, die Hoffnung, die Natur werde sich schon selber, d. h. und meint aber: uns helfen, und die Beruhigung „Kommt Zeit, kommt Rat“ sind weit verbreitet.

Im Falle der Gefahr eines mit atomaren Waffen geführten Krieges waren diese Herangehensweisen nicht gut möglich. Hiroshima und Nagasaki gehörten zur Weltgeschichte. Die Bilder von den „Atompilzen“, die Fotos der grässlich Verunstalteten, der Dahinsiechenden und Sterbenden gingen um die Welt. Es gab keinerlei Garantie, dass es nicht wieder und furchtbarer geschehen könnte. Das setzte Millionen in Bewegung, mobilisierte sie zur Kraft zornigen Protestes. Dann ging die Nachricht von der Katastrophe von Tschernobyl um den Erdball. Was sich jetzt hingegen vollzieht, Tag für Tag fortschreitet, ist ungleich weniger wahrnehmbar. Es wird in Labors gemessen, mittels Computern ausgewertet und „hochgerechnet“. In Abständen berichten illustrierte Zeitschriften in mehr oder weniger allgemein verständlichen Artikeln davon, was die Gelehrten herausgefunden haben. Die Boulevardpresse wartet gelegentlich mit sensationell aufgemachten Nachrichten auf, heute gedruckt und verbreitet, morgen vergessen. Wann werden die ersten Opfer auf den Titelseiten prangen? Es könnten die Bewohner jener schon ausgemachten Inseln sein, die in den Weltmeeren verschwinden werden. Das wird eine Rettungsaktion ergeben, und es werden Spendenkonten wie bei anderen Überschwemmungen eingerichtet werden, nur dass dies eine „Überschwemmung“ besonderer Art, ein Naturereignis einer anderen Qualität sein wird.

Wenn es also nicht Bilder von den Erprobungen der Waffen sein können, die in der Wüste von Nevada oder im Bikini Atoll stattfanden, auch nicht die von ihrem Einsatz gegen Japan und die Japaner, woher sollen dann Warnungen kommen? Die Frage stellen heißt doch wohl, die Verantwortung der Naturwissenschaftler neu zu definieren, denn sie sind diejenigen, deren Blicke und Phantasie in die Zukunft reichen und die ein Urteil darüber besitzen, was auf diesem Erdball reparabel ist und was nicht. Auf diesem Felde existieren die Bereiche von gesichertem und (noch) ungesichertem Wissen, die wären – eingedenk von Übergängen - zu markieren und dies zu dem Zweck, denen das Argumentieren zu erschweren, die jede Warnung als zu bezweifeln kennzeichnen, sie herunterspielen und Entscheidungen und Schritte aufschieben, die längst erfolgen müssten.

Gewiss lassen sich mit den Expertisen, die zum Thema angefertigt wurden, längst Bibliotheken füllen. Sie sind an Regierungen und an internationale Gremien wie die UNO adressiert, vielfach von da erst angeregt, in Auftrag gegeben und finanziert worden. Die Wirkungen sind gering und der Situation

unangemessen. Und das erfordert die Frage nach dem Warum der weitgehenden Erfolglosigkeit. Und dies führt unvermeidlich zu der Frage, durch welche Faktoren die jetzige Art und Weise der Auseinandersetzung der Menschheit mit der Natur bestimmt wird. Da muss von gesellschaftlichen Zuständen und der Dominanz kapitalistischen Profitstrebens die Rede sein und auch von der jedenfalls im Großen erledigten Hoffnung, es könnte das Interesse an der Bewahrung der notwendigen natürlichen Voraussetzungen sein, ohne die Gewinne nicht zu erzielen sind, das in den Chefetagen der Konzerne ein Umdenken hervorbringen könnte.

Wer von Einfluss kann also der Adressat der Warnsignale und der Vorschläge für revolutionierende Veränderungen im Verhältnis von „Mensch und Natur“ dann sein? Die Politiker? Die nach erfolgter Aufklärung aufgeklärten Präsidenten, Kanzler, Premiers etc.? Alle Erfahrungen sprechen dafür, dass diese Gruppe ihr Tun und Lassen in allen, namentlich in den für die Erdzustände vor allem verantwortlichen Staaten nach ganz anderen Maßstäben gestalten und bemessen, als sie ihnen von Naturwissenschaftlern an die Hand, sprich: in ihre Regierungsakten gegeben werden. Umweltministerien sind keine Schlüsselministerien. Sie haben sich neuerdings vorwiegend damit zu befassen, was den Menschen an Nahrungsmitteln verkauft wird. Das ist unbestreitbar wichtig und solches Eingreifen von Staatswegen kann Lebensbedrohungen abwenden. Aber in vieler Hinsicht gilt für diesen Eifer doch, dass er dem eines Arztes gleicht, der den Husten eines Patienten bekämpft und nicht dessen Krebserkrankung.

Die Politiker wollen bis in das höchste Alter zumeist wieder gewählt werden. Sie interessieren, im Rahmen ihrer akzeptierten Aufträge, die Daten ihrer Wählergunst. Mit Warnungen, die Erde von übermorgen betreffend, lässt sich kein Posten verteidigen, geschweige denn gewinnen. Sie machen also Naturwissenschaftlern im besten Falle Komplimente, denn auch diese besitzen Wahlrecht, aber ihre Wahlslogans und –reden laufen doch auf das Versprechen hinaus, mehr oder weniger rasch alles zumindest besser zu machen als ihre Vorgänger und das bedeutet unausgesprochen auch und gerade die Ausbeutung der Natur mitsamt ihrer gegen die Menschen schlagenden Folgen so weiter zu betreiben, Änderungen allenfalls in Gemeinsamkeit mit anderen Staaten anzustreben, von denen unterstellt werden, das auch sie nichts unternehmen werden.

Wenn die Inhaber der ökonomischen und der politischen Machtzentren aber als Ansprechpartner und Agenten naturwissenschaftlich begründeter Vernunft ausfallen, wer dann kann in Bewegung gesetzt werden? Marxistische Schulung hätte darauf vor noch nicht so langer Zeit geantwortet: die Volksmassen. Von den Schwierigkeiten dieser Massen, die Gefährdung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen selbst wahrzunehmen, war schon die Rede. Wie aber verhält es sich damit, das Angebot an Wissen anzunehmen, dass die Naturwissenschaftler bieten, und sich den Konsequenzen zu stellen? Wie steht es mit dem Interesse, sich aufzuklären zu lassen? Wie bei den Millionen, die ihren Urlaub am Mittelmeer, in Südafrika, in Südostasien verbringen? Und wie bei denen, die auf der Suche nach einem Arbeitsplatz sind?

Da lauert die Frage, wann Menschenmassen aus dem Trott, in dem sie bisher ihr Leben gestalten, zuerst gedanklich aus- und sodann zur Aktion aufbrechen. Da wieder kann der Historiker sehr verschiedene Erfahrungen beisteuern. Eine besagt, dass aufs äußerste peinigende und quälende Zustände das zu bewirken vermögen. Doch zeigt schon der Vergleich solche Zustände in der deutschen Geschichte – Stichworte: 1918 und 1945 – in einem Falle Aufbegehren und Widerstand, im anderen Fall Hinnahme, Duldsamkeit und Unterwerfung. Doch handelt es sich in beiden herangezogenen Fällen um schon eingetretene, spürbare (Hunger, Kriegssterben usw.) Veränderungen. Diesmal hieße es Menschenmassen für einen Wandel in Bewegung zu bringen, bevor die zu bekämpfende Gefahr ihren Alltag erreicht hat, den massenhaft ganz andere, unmittelbare Sorgen prägen. Ist das denkbar oder nicht glatte Illusion? Die Geschichte gibt für eine Antwort kein orientierendes Beispiel. Und tatsächlich wird auch erörtert, ob das „Erwachen“ und der Entschluss zu einer revolutionierenden Veränderung der Weise, in der sich die Menschen auf diesem „Raumschiff“ verhalten, von relevanten Teilen der Erdbevölkerung so rechtzeitig erfolgen wird, dass Ketten von Katastrophen noch vermieden werden können. Die „Fungesellschaft“, deren Angehörigen jeden Morgen eine neue Show versprochen wird und die sie begehren, verheißt nicht eben Hoffnung.

Lässt sich die Sache für die Naturwissenschaftler also mit dem Zitat abtun „Wir haben gesprochen und unsere Seele gerettet“ oder - das meint eine Neudefinition ihrer Verantwortung – stellt sich ihnen nicht eine Aufgabe, der sich nur entziehen kann, wer sich gegenüber künftigen Generationen, schon die eigenen Kinder und Enkelkinder eingeschlossen, weitgehend oder total gleichgültig verhält. Nun gibt es *die* Naturwissenschaftler so wenig wie *die* Gesellschaftswissenschaftler. Die Mehrheit der Chemiker, Physiker und Biologen steht in den Diensten großer Unternehmen, weiß, was viele von diesen in der Umwelt, also auf dem Erdball anrichten, ist daran beteiligt, kann sich ausmalen, was ein Engagement in einer Richtung für Folgen hat, die dem führenden Management ungenehm kommt. Doch auch ein erheblicher Teil der in den verschiedensten Staatsdiensten tätigen vermag sich auszurechnen, was ein radikal-kritisches hervortreten bewirkt, wenn es um die Gewährung von staatlicher Geldzuwendung oder das unentbehrliche Einwerben von so genannten Drittmitteln geht. Konflikte sind hier in den Strukturen angelegt und Überzeugungen und Charaktere entscheiden dann darüber, ob sie ausgetragen werden und mit welchem Ergebnis.

Kann also ein einheitliches Auftreten der Wissenden nicht erwartet werden, dann stellt sich die Frage nach Minderheiten, welche die Rolle der unbestechlichen Warner zu übernehmen bereit sind und nach deren Organisiertheit, ohne die nicht viel zu bewirken ist. Denn die existierenden nationalen und internationalen, auf Berufsbasis fußenden Verbände mit ihren Ein- oder Mehrjahrestagungen, haben, ungeachtet gelegentlicher Verlautbarungen, ihr Unvermögen erwiesen, sich weithin mobilisierend Gehör zu verschaffen. Sie sind in der Sache, um die es hier geht, so untauglich wie die mit ihren Traditionen im 19. Jahrhundert wurzelnden Parteien, einem Jahrhundert, in dem noch geglaubt werden konnte, dass mit der Lösung der sozialen Fragen, also der Beziehungen, welche die Menschen untereinander eingehen, das Hauptproblem der Menschheitsentwicklung behoben sein werde. Die sozialen Fragen, die Herstellung eines menschenwürdigen Lebens für alle Erdbewohner, sind für Abermillionen ungelöst geblieben, doch nun ist „hinzugetreten“ die Frage nach der Fortexistenz der Lebensgrundlagen für sie alle. Das Kunststück besteht offenbar darin, die alte und die neue Frage miteinander zu verbinden. Zunächst einmal gedanklich. Das schon würde die Kooperation von Natur- und Gesellschaftswissenschaftlern verlangen. Denn sicher ist, dass – wenn es denn im menschheitsgeschichtlichen Sinne zu einer Prophylaxe kommen soll und diese verlangt die Veränderung der Produktions- wie der Konsumtionsweise – dann muss das verbindende Glied gefunden werden, dann sind die Tages- oder richtiger die Nahinteressen und die Ferninteressen miteinander zu verknüpfen. Der Hungrige denkt nur ans Brot, heißt es. Das besagt auch, es interessiert ihn nicht, auf welche Weise es hergestellt wird. Diese triviale Tatsache aber kann klarmachen, worum es geht und dass die Verantwortung bei den Satten liegt (und eben nicht bei den Hungernden und Darbenden) und bei denen, deren Sucht, die verschiedensten Bedürfnisse zu entwickeln und befriedigt zu sehen ein galoppierendes, scheinbar nicht aufzuhaltendes Tempo angenommen hat.

Verkürzt gesagt: Brot und – mit den Worten Heinrich Heines – Zuckererbsen nicht minder für alle zu gewinnen und das auf eine Weise, die künftigen Generationen nicht die Lebensgrundlagen raubt, sondern ihnen die gleichen Genüsse dereinst ermöglicht.

Marxistisches Forum, Heft 46/12-2003, S. 31-33.

Mehrfach Beifall

„Für Gott und Vaterland“: Anmerkungen zum Hohmann-Streit

Nach dem Stalingrad-Gedenken, der Literaturflut über den „Bombenkrieg“, dem Papierausstoß und den Gedenkfeiern anlässlich des 17. Juni 1953, der Degussa-Panne beim Mahnmalbau in Berlin nun der Streit über eine vor etwa 120 Zuhörern am 3. Oktober 2003 im osthessischen Neuhof gehaltenen Rede des CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann. Nachdem sie bekannt gemacht worden war, entzündete sich ein Streit darüber, wie sie zu bewerten wäre. Die Urteile bewegten sich zwischen „unerträglich“ und „antisemitisch“ oder auch nur „fragwürdig“ und „problematisch“. Was hat der ehemalige Jurastudent, Kriminalbeamte, Major der Bundeswehr a. D., Bürgermeister (in eben jenem Neuhof von 1984 bis 1998), sodann Nachfolger Alfred Dreggers in dessen Wahlkreis eigentlich gesagt? Darüber war in der Mehrzahl der Meldungen wenig zu erfahren.

Hohmann sprach über das Thema „Gerechtigkeit für Deutschland“, mit dem angezeigt war, dass er dessen Behandlung durch das Ausland als ungerecht ansieht. Auch mit dem inneren Zustand des Landes zeigte er sich sehr unzufrieden. Beides drückt eine verbreitete Stimmung in deutschen Politikerkreisen aus. Es müsse, hatte vor Jahren Roman Herzog gefordert, ein „Ruck“ durch Deutschland gehen. Dieser Ruck hätte, folgt aus früher geäußerten Besorgnissen Hohmanns, auch in Deutschlands Betten zu erfolgen, sei doch der Bevölkerungsrückgang das „größte Problem der deutschen Gesellschaft“. Staatsbürgerliche Pflichten erfüllen, fleißig arbeiten, Kinder großziehen, das Land voranbringen – so lauten die volksgemeinschaftlichen Tugenden, die Hohmann am Festtag einforderte, gemäß seinem Motto „Für Gott und Vaterland“. In den Verlautbarungen anderer Politiker von Regierung und Opposition heißt das üblicherweise: den „Standort Deutschland“ halten und ausbauen. Eben ist die Bundesregierung dabei, dafür durch Reformen genannte Mobilisierungsschritte Personal und Waffen in Stellung zu bringen.

Hohmann vertraut diesem Aufmarsch nicht. Er sieht zu viele Hindernisse. Gelähmt seien die Deutschen nämlich und infolge einer „negativen Vergangenheitsbezogenheit“, die „eine allgegenwärtige Mutzerstörung im nationalen Selbstbewusstsein“ bewirke. Die Schuld daran trügen immer neue Generationen von Wissenschaftlern, welche „mit geradezu neurotischem Eifer auch noch die winzigsten Verästelungen der NS-Zeit“ durchforschen würden. Schon Franz Josef Strauß forderte vor Jahrzehnten, die Deutschen müssten „aus dem Schatten der zwölf Jahre“ heraustreten. Eine weitere Barriere bilde der den Deutschen angeheftete Makel des „Tätervolkes“. Doch, was nahe lag, der Redner verwies nicht darauf, dass diese Kennzeichnung allein deshalb verfehlt ist, weil mit ihr die Antifaschisten – wie schon zur Nazizeit – ins „verjudete“ Undeutsche gerückt werden und das Gleiche mit einem erheblichen Teil der ermordeten Juden geschieht, die Deutsche waren und bleiben wollten. Hohmann „diskutierte“ die Frage, ob es nicht auch andere „Tätervölker“ gäbe?

Dazu hätte er sich auch an die Geschichte der Franzosen halten können wegen ihrer Kolonialkriege oder an die der Portugiesen, die in Afrika noch länger mordeten – bis zur Nelkenrevolution. Nein: Er wählte die Juden und dies allein zeigt den deutschen Mann als Antisemiten an. Ihnen wollte er eine Rechnung präsentieren. Nicht irgendeine, sondern die über die „jüdischen Bolschewisten“, russische, polnische, ungarische, deutsche, alle jene ihm verhassten vaterlandslosen Gesellen. Ungehemmt breitete er aus, was diese an Unheil in die Welt gebracht hätten. Dabei griff er auf ein 2002 erschienenes Buch zurück, in dem behauptet wird, jüdische Revolutionäre trügen die historische Schuld daran, dass Antijudaismus und Antisemitismus jene neue massenmörderische Qualität gewannen, für die Auschwitz als Synonym steht. Genüsslich wurde aus dem Arsenal der Antisemiten geschöpft. Die ältesten Zuhörer mussten sich der Nazilehren aus Kindheit und Jugend erinnern. Doch von keinem Protest wird berichtet. Hohmanns Rede fand mehrfach Beifall.

Dann aber das Fazit: Die Juden seien so wenig „Tätervolk“ wie die Deutschen. Täter wären nur jene Juden zu nennen, die sich der Revolution verschrieben, und die könnten den Juden nicht angelastet werden, weil sie sich doch vom Glauben losgesagt hätten. „Tätervolk“ wären einzig die Gottlosen mit ihrer gottlosen Ideologie. Denen habe der Kampf zu gelten, einem Feind in zweierlei Gestalt: jener der „Bolschewisten“ und der Hitlers, auf dessen Person Hohmann den deutschen Faschismus

reduzierte. Er wandelte derart das Nazischema vom in zweierlei Gestalt auftretenden Juden („Bolschewist“ und „Plutokrat“) nur wenig ab. Das primitive Bild besitzt indessen nicht nur diesen braunen Vorläufer, sondern auch zeitgenössische Verwandte. So in der Einteilung der Welt in Gute und Böse, in Edle und Schurken.

Hohmanns Rede wies in eine doppelte Stoßrichtung, die antisemitische und die antikommunistische, mehr noch: gegenrevolutionäre. Dem französischen Nachbarn und Verbündeten hielt er vor, dass er Sichtblenden vor die „großen Massaker“ der Revolution von 1789 aufrichte, während Deutschen „solche gnädige Neubetrachtung oder Umdeutung“ ihrer Vergangenheit nicht erlaubt werde. Das Presseecho nahm jedoch nur die eine der Stoßrichtungen wahr. So lässt fragen, ob auch da gilt: Wer schweigt, scheint zuzustimmen? Und es lässt sich vermuten: Hätte der katholische Mann, ohne die Juden hervorzuheben, gegen die Revolutionäre von 1789 bis 1917, von China bis Kuba und Chile vom Leder gezogen, kaum ein Protest würde sich gerührt haben. Er hatte, wie jetzt wiederholt geschrieben wurde, aber die „Grenze“ oder „Kante“ nicht eingehalten. Und das provoziert die Frage, ob „Fälle“ wie der Hohmanns wirklich zum Anlass für nachholende Aufklärung genommen werden oder nicht nur Bestrebungen auslösen, das beschädigte Image der Bundesrepublik, einer politischen Partei oder der Politikerkaste lärmend wieder aufzupolieren.

Der Schriftsteller Rafael Seligmann hat gefordert, es solle die Rede des Politikers in Schulen benutzt werden, um über Inhalt und Machart dieser Art Volksverdummung und Volksverhetzung am aktuellen Beispiel aufzuklären und den Versuch zu machen, immunisierende Kräfte zu wecken. Das setzte voraus, dass in Schulen nicht nur Weltreligionen, sondern auch Weltanschauungen vorgestellt werden, verlangte also eine Revision aller Weisungen, die Lehrer verpflichten, sich in eben diesem Punkte äußerster Zurückhaltung, ja Enthaltsamkeit zu befleißigen. Und es würde auf eine Unterweisung in Sachen Demagogie hinlaufen. Beides wäre nötig.

junge Welt, Dienstag, 02.12.2003, S. 12.

Schmale Kost

Historiker im Kino: „Krieg und Militär im Film des 20. Jahrhunderts“ – ein wissenschaftlicher Sammelband bringt wenig Aufschluss

Keine Frage: Die Spielfilme, deren Sujet die Geschichte der Kriege bilden, erleben bis heute hierzulande eine weitere Konjunktur. Sie formen Geschichtsbilder stärker und nachhaltiger als alles, was auf bedrucktem Papier zu gleichem Zweck verbreitet wird. Seit die Schwelle ins 21. Jahrhundert überschritten wurde, werden zudem die gewünschten Vorstellungen von Kriegen bereits im Moment ihres Stattfindens durch „Originalaufnahmen“ in Millionen und Abermillionen von Stuben transportiert und massenhaft als echt und gültig aufgenommen, ungeachtet ihres bekannten Zustandekommens unter Vor- und Nachzensur von Militärs.

Aktualität besitzt der Rückblick fraglos, den 60 Historiker unternahmen, die im Militärgeschichtlichen Forschungsamt im November 2001 in Potsdam das Thema „Krieg und Militär im Film des 20. Jahrhunderts“ erörterten. Jetzt liegen die Referate gedruckt vor. Die Teilnehmer riskierten Blicke in deutsche Küchen, auch in die der USA und der UdSSR und analysierten, was da angerichtet wurde und dann in Kinos über die Leinwände flimmerte.

Wie stets war derlei Unternehmen von Angeboten der Forschenden abhängig. Die erwiesen sich als extrem asymmetrisch. Tiefergehende Vergleiche konnten sich nicht ergeben, wenn Spielfilme der beiden Großmächte über den Zweiten Weltkrieg unter gänzlich verschiedenen Fragestellungen betrachtet werden, wobei Unkenntnis und Vorurteile über die ohnehin selektiv wahrgenommene sowjetische Produktion hervorstechen. Die deutsche Produktion nach 1945 wurde unter Ausschluss von kompetenten Filmkritikern aus DDR-Zeit (Peter Hoff lebte da noch) abgehandelt. „Die Mörder sind unter uns“ war keiner Betrachtung wert. Die Verfilmung von „Die Abenteuer des Werner Holt“ blieb unerwähnt.

Dass die Einteilung der Filme in solche, die Kriege rechtfertigen und verherrlichen und andere, die sie ablehnen und verwerfen, notwendige Unterscheidungen nicht vollständig erfaßt, wurde mehrfach betont. Undiskutiert ließen die Teilnehmer jedoch auch eine Differenzierung nach aufklärerisch und antiaufklärerisch. Doch erwähnten Redner mehrfach, wie selten Autoren und Regisseure das Denken der Zuschauer auf Ursachen und Entstehung von Kriegen lenken. Das ist machbar, ohne dass Spielfilme zu Lehrfilmen mutieren. Vorausgesetzt, die Urheber verstehen sich selbst darauf.

Krieg und Militär im Film des 20. Jahrhunderts. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Bernhard Chiari, Matthias Rogg, Wolfgang Schmidt. (Beiträge zur Militärgeschichte, 59) R. Oldenbourg Verlag, München 2003, 654 Seiten, 49,80 Euro.

junge Welt, Mittwoch, 03.12.2003.

In mildes Licht getaucht

Geschichtsrevisionisten auf dem Vormarsch

Glaubt man dem Korrespondenten des Hamburger Abendblattes, der in der Hansestadt kürzlich über eine öffentliche Diskussion berichtete, so stimmten deren die Debatte dominierende Teilnehmer darin überein, dass „die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts“ in der Bundesrepublik zunehmend „in einem neuen Blickwinkel“ gesehen wird. Das ist nun weder auf die Geschichte einer der Strömungen der Arbeiterbewegung noch auf die Novemberrevolution gemünzt, sondern meint, wie schon in der Überschrift angezeigt, ein „Umdenken über die Nazizeit“. Teilnehmer der Debatte waren Bücherautor Jörg Friedrich, der Zeit-Publizist Jörg Ulrich und der ehemalige Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi.

„Neuer Blickwinkel“, „Umdenken“, „Paradigmenwechsel“ – die Bezeichnungen für das Gewollte zeugen von Erfindungsreichtum und meinen doch alle dasselbe: Eine Revision des Geschichtsbildes, das über die Zeit der Nazidiktatur vor allem in den neunziger Jahren verbreitet wurde. Die einzig zutreffende Bezeichnung wird gemieden. Sie ist anrüchig, aber es gibt keinen Grund, sie für das zu reservieren, was von der äußersten Rechten seit Jahrzehnten betrieben wird. Nur arbeitet letztere mit offenkundigen Fälschungen und dreisten Lügen, während die „Mitte“ der – nach rechts driftenden – bundesrepublikanischen Gesellschaft derzeit eine mehr oder weniger entstellte Wahrheit anbietet.

Von der Operation wird – auch dies ein wesentlicher Unterschied zu rechtsextremen Grobverfälschungen – ein Thema strikt ausgenommen: der Massenmord an den europäischen Juden. Niemals dürfe die Einzigartigkeit des Holocaust bestritten werden, wird beteuert. Doch alles andere, nicht zum Massenmordkomplex Gehörende, steht zur Disposition. In einigen Jahrzehnten, am besten früher schon, daran wird gearbeitet, soll und wird in deutschen Schulbüchern stehen: „Der Nationalsozialismus war ein judenmordendes System.“ Das ist jene Art von politisch nützlicher, amputierender Geschichtsbetrachtung, welche die Französische Revolution auf die Guillotine und Napoleon auf den Imperialisten reduziert.

In der Hamburger Runde meinte Klaus von Dohnanyi, die Menschen sollten sich davor hüten, „zu schnell mit dem Finger auf andere zu zeigen“. Das ging nicht etwa an die Adresse der Deutschen, sondern an nicht genannte Ausländer, denn die Fortsetzung lautete: „Andere Völker hätten nach dem Diktat von Versailles wohl nicht anders gehandelt als die Deutschen und sich auch ihren starken Mann“ gewählt. Derlei wird als Schritt zu einer „neuen, unverkrampfteren Geschichtsbetrachtung“ angeboten. Geschichtsbilder sind wahr oder falsch. Und wer ein vorhandenes, dem unbewiesen attestiert wird, es sei aus einer „Verkrampfung“ entstanden, korrigieren will, der mag sagen, was er als falsch ansieht, statt in die Begriffswelt der Medizin zu fliehen.

Das Friedensdiktat von 1919 und die Machtübergabe an Hitler 1933 werden seit langem in Beziehung zueinander gesetzt. 1945 versuchten auch Göring und seine Komplizen im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, Versailles für den Weg der Deutschen verantwortlich zu machen und den Siegermächten von einst anzulasten, was auf der Deutschen und der Angeklagten eigenes Konto ging. Das wurde mit Gründen abgewiesen. Denn so gewiss der Versailler Vertrag den Revanchisten und vordem den Faschisten Wind in die Segel blies, so sicher wurzelte der Gedanke der Revanche in der Ansicht, man müsse den zweiten „Griff nach der Weltmacht“ unternehmen.

Eine alte Platte, wieder aufgelegt. Oberfaule Rechtfertigung statt Geschichtskritik. Mildes, aber erkennbar bräunliches Licht fällt auf deutsche Vergangenheit. Gleichzeitig werden Rügen an unnachgiebige Kritiker ausgeteilt. So wurde letzte Woche in Betrachtungen, die aus Anlass von dessen 100. Geburtstag über die Biographie des Johannes Heesters angestellt wurden, empört der Vorwurf zurückgewiesen, der Schauspieler sei ein Nazikollaborateur gewesen. Und unversöhnlichen Niederländern wird vorgehalten, auch die Bürger von Amsterdam hätten sich 1941 während der deutschen Besatzung Filme angeschaut, in denen ihr Landsmann die Hauptfigur gegeben habe.

Dem allen scheint der außerhalb der Historikerzunft wenig beachtete Lärm entgegenzustehen, der jüngst um die Frage gemacht wurde, ob Martin Broszat, der früh verstorbene Direktor des Münchner

Instituts für Zeitgeschichte, nun NSDAP-Mitglied gewesen sei und ob er davon gewusst habe oder nicht. Und dieser Tage sahen sich Walter Jens und weitere Personen der zeitgenössischen Kulturszene diesen Fragen ausgesetzt. Hier scheint sich in vollkommenem Gegensatz zum Haupttrend ein antinazistisches Reinheitsgebot durchsetzen zu wollen. Doch der Schein trügt. Beides passt zusammen. Leute, die sich um die Verbreitung von Wahrheiten verdient gemacht haben und sich dem Revisionismus widersetzten, werden auf diese Weise herabgesetzt. Und Filbinger wird gefeiert ...

junge Welt, Mittwoch, 10.12.2003, S. 15.

Personenregister

A

Abbe, Ernst 368, 379, 411, 477
Abendroth, Wolfgang 186, 446, 448, 449
Abs, Hermann 439
Abusch, Alexander 377
Ackermann, Anton 710
Adam, Wilhelm 170, 625
Adenauer, Konrad 60, 136, 171, 200, 255, 260, 276, 377, 379, 511
Agricola, Georg 688
Aly, Götz 473
Angrick, Andrej 439
Ansorg, Edelgard 605
Ansorg, Harry 605
Antmann, Samuel 169
Arany, Peter 190
Arendt, Hannah 645, 676, 745, 748, 754
Armanski, Gerhard 643
Arnim, Achim von 404
Arntz, Helmut 237
Assmann, Kurt 132, 133, 134, 234, 235
Augstein, Rudolf 631, 765

B

Bab, Julius 774
Bach, Johann Sebastian 760
Bachner, Wilhelm 155, 156, 159, 160
Bach-Zelewski, Erich von dem 262, 740
Backes, Uwe 676
Bacon, Francis 371
Badoglio, Pietro 35
Balzac, Honoré de 371
Bartel, Horst 414
Bartel, Walter 115, 194, 294, 295, 299
Barzel, Rainer 98
Bästlein, Bernhard 696
Bauer, Bruno 404
Bauer, Christian 697
Bauer, Fritz 244, 269, 670
Bauer, Max 501
Bauer, Yehuda 258, 755
Baum, Herbert 294
Baumbach, Werner 135, 238
Bayern, Rupprecht von 397
Bebel, August 179, 221, 416, 474, 582, 643
Becher, Johannes R. 377
Beck, Birgit 461
Beck, Ludwig 27, 713
Beckmann, Engelbert 593
Beevor, Antony 634
Benario-Prestes, Olga 191
Beneš, Edvard 166, 167, 174, 211, 453
Benjamin, Walter 755
Benser, Günter 303
Bentzien, Hans 697
Benz, Wolfgang 258, 413, 568, 569, 759
Bergander, Götz 703
Bergmann, Theodor 602
Berija (Beria), Lawrenti Pawlowitsch 634
Berija (Beria), Sergo Lawrentjewitsch 634
Bernhard, Henry 406
Bernhardi, Friedrich von 397
Bernstein, Eduard 220
Bersarin, Nikolai Erastowitsch 179, 180, 332
Berthold, Lothar 116, 415
Bertram, Adolf 301
Besier, Gerhard 677
Best, Werner 149
Bethmann Hollweg, Theobald von 454
Bethusy-Huc, Valeska Gräfin 455
Birn, Ruth Bettina 171
Birnbaum, Norman 773
Bismarck, Otto von 256, 280, 321, 371, 549, 591
Blair, Tony 108, 775
Bloch, Ernst 448
Blomberg, Werner von 27, 214
Blücher, Gebhard Leberecht von 232
Blüm, Norbert 331
Bock, Fedor von 533, 541
Bock, Helmut 303
Boelcke, Oswald 265
Boelcke, Willi A. 29
Böll, Heinrich 100
Boltin, Jewgeni Arsenjewitsch 129
Bonus, Arthur 404
Bormann, Martin 85
Bormann, Martin jun. 112
Bracher, Karl Dietrich 100, 592, 593
Bramke, Werner 117
Brandt, Richard 694
Brandt, Willy 183, 549
Braubach, Max 236
Brauchitsch, Walther von 229, 232, 504
Braun, Wernher von 352, 379
Brecht, Bert 45, 274, 365, 473, 489, 593, 612, 644, 716
Breitman, Richard 111, 151, 152, 686
Breitscheid, Rudolf 696
Brentano, Clemens 404
Brentano, Margeritha von 568
Briand, Aristide 230, 461
Bridenthal, Renate 602
Brombacher, Ellen 305
Broszat, Martin 42, 137, 260, 261, 361, 748, 755, 783
Browning, Christopher R. 66, 69, 87, 272, 362, 363, 667, 686
Brugsch, Theodor 694
Brühl, Reinhard 117
Brumlik, Micha 403, 404, 405, 430, 431, 433
Brüning, Heinrich 53, 79, 513, 638, 640, 641, 642, 646, 712
Brunner, Otto 100
Bubis, Ignatz 311
Buchholz, Erich 99
Buchta, Bruno 117
Budjonny, Semjon Michailowitsch 761

Bühler, Josef 743
Bullock, Alan 23, 29, 42, 43
Bülow, Karl von 396
Bünger, Siegfried 176, 184
Bürgel, Willi 168
Burmester, Siegfried 760
Büschgen, Hans E. 512
Bush, George W. 574, 608, 648, 655, 663, 671, 672, 682, 773
Bütefisch, Heinrich 670
Butterwegge, Christoph 315

C

Caravaggio, Michelangelo Merisi da 374
Carl, Dr. 16, 18
Carls, Rolf 215
Castro, Fidel 340
Chamberlain, Neville 28, 108, 166, 167, 184, 281
Che Guevara, Ernesto 340
Cherbury, Herbert von 403
Choltitz, Dietrich von 202, 238, 239, 240
Chopin, Frédéric 371
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 696, 771, 776
Churchill, Winston 28, 82, 111, 151, 254, 284, 315, 481, 549, 659, 683, 702, 704, 722, 765
Clausius, Max 599
Clinton, Bill 108, 341
Conze, Werner 100, 194
Cornis, Gustavo 568
Courtois, Stéphane 68, 69
Crossman, Richard 765
Croy, Jürgen 99
Czech, Danuta 262, 365
Czichon, Eberhard 186

D

Daladier, Édouard 108, 184
Daladier, Ėdouard 281
Daluege, Kurt 513
Darré, Walther 59
Demps, Laurenz 697, 703
Deutscher, Isaac 562
Diaby, Karamba 419
Dibelius, Otto 501
Dieckmann, Johannes 116
Diefenbach, Stefan 505
Diehl, Ernst 116
Dietrich, Otto 578
Dirlewanger, Oskar 622
Distel, Barbara 192, 258
Djatlenko, Nikolai Dmitrewitsch 625
Dodd, Martha 252
Dodd, William E. 19
Doernberg, Stefan 293
Dohnanyi, Klaus von 244, 783
Dollfuß, Engelbert 153, 154
Dönitz, Karl 60, 134, 226, 229, 230, 276, 535, 698
Donovan, William J. 232
Dornberger, Walter 352
Dorpalen, Andreas 661
Dregger, Alfred 780
Dulles, Allen Welsh 697
Duncker, Hermann 115

E

Ebert, Friedrich 186, 355, 500
Ebert, Jens 183
Eckert, Erwin 435
Eckstein, Ernst 530
Edel, Peter 332
Eden, Anthony 211
Edison, Thomas 372
Ehmann, Annegret 316, 317, 319, 320
Ehrhardt, Heinrich 375, 444, 445
Eichborn, Kurt von 593
Eichel, Hans 608
Eichholtz, Dietrich 22, 23, 36, 138, 176, 184, 197, 287, 288, 348, 367, 439
Eichmann, Adolf 149, 295, 507, 508, 509, 526, 568, 732, 734, 737, 739, 740, 742, 745, 752, 757, 763
Einstein, Albert 379, 699
Eisenhower, Dwight D. 190, 240, 644, 696, 699
Eisner, Lothar 102, 103
Eizenstat, Stuart 21
Elser, Georg 107, 676
Encke, Hans 505
Engel, Eva Maria 225
Engelberg, Ernst 115, 117, 414, 585
Engels, Friedrich 106, 116, 199, 221, 306, 405, 416, 444, 474, 528, 688, 695
Epp, Franz Xaver Ritter von 214
Eppelmann, Rainer 98, 692, 727
Eppler, Erhard 679
Erb, Rainer 568
Erdmann, Walter 194
Esebeck, Freiherr Hans Gerd von 234
Evers, Lothar 348

F

Falk, Bernhard 313
Falkenhayn, Erich von 396, 532, 534
Faulenbach, Bernd 191, 365
Feder, Gottfried 25, 26
Feldman, Gerald D. 22, 287, 512, 513
Felfe, Waltraud 590
Fest, Joachim C. 16, 42, 43, 76, 195, 196, 197, 208, 221, 222, 261, 455, 760, 766
Fichte, Johann Gottlieb 403, 404
Fichter, Tilman 257
Field, Noel 293
Filbinger, Hans 784
Fings, Karola 348
Finkelstein, Norman 67, 297, 349, 381, 382, 383, 430, 431, 432, 433
Finker, Kurt 117, 245, 315, 712
Fischer, Fritz 74, 186, 199, 251, 271, 274, 695
Fischer, Joseph (Joschka) 108, 566, 574, 608, 666
Fleischer, Droulia 690
Flick, Friedrich 14, 48, 72, 79, 294, 431, 637, 746, 766
Flierl, Thomas 539
Forster, Albert 264
Förster, Gerhard 117

Förster, Jürgen 171, 686
Frank, Hans 162, 743
Frankenberg und Proschlitz, Werner von 170
Frankenthal, Hans 169
Franz Joseph I. 354
Frei, Norbert 241, 350
Frey, Gerhard 53, 58
Freytag-Loringhoven, Hugo von 397
Frick, Wilhelm 661, 666, 669, 674
Friedlander, Henry 47, 67, 71, 110
Friedländer, Saul 47, 67, 71, 72, 85, 110, 755, 756
Friedman, Michel 480
Friedrich I. 585
Friedrich II. 371, 416, 473, 599, 619, 648, 760, 763
Friedrich III. 354, 374, 585
Friedrich Wilhelm I. 127, 301
Friedrich Wilhelm III. 406
Friedrich, Jörg 702, 704, 707, 766, 768, 770, 783
Frießner, Hans 240
Fritsch, Werner 27
Froese, Leonhard 449
Fromm, Heinz 310, 421, 422
Fuchs (Oberfunker) 544
Fuchs, Emil 435
Fühmann, Franz 10, 274
Funk, Walther 27, 542

G

Gabel, Wilhelm 530
Galen, Clemens August Graf von 107
Gall, Lothar 512
Galland, Adolf 12, 200, 239, 249
Gander, Michael 439
Gandhi, Mahatma 765
Gass, Karl 99, 127, 585, 696, 697, 698, 699, 702
Gauck, Joachim 69, 98, 331
Gaus, Günter 320
Gellately, Robert 520
Genscher, Hans-Dietrich 586
Gentzen, Felix-Heinrich 724
George, Heinrich 141
Gerlach, Christian 67, 68, 97, 244, 439
Gerstein, Kurt 738
Geschonneck, Erwin 242
Geßler, Otto 276, 277
Gilbert, Martin 481
Giordano, Ralph 461, 769
Girnus, Wilhelm 623
Glaßbrenner, Adolf 406
Glucksmann, André 403
Goebbels, Joseph 35, 78, 80, 141, 208, 257, 279, 311, 314, 340, 375, 386, 392, 393, 400, 427, 453, 463, 473, 487, 493, 495, 513, 526, 542, 544, 545, 549, 578, 579, 605, 618, 619, 620, 622, 626, 638, 642, 648, 650, 651, 652, 653, 658, 659, 660, 661, 669, 701, 704, 706, 749, 767
Goerdeler, Carl 612, 696, 697, 710, 711, 712, 713
Goethe, Johann Wolfgang von 196, 340, 447
Gogarten, Friedrich 404
Goldhagen, Daniel Jonah 66, 67, 68, 69, 87, 89, 97, 110, 171, 349, 351, 362, 381, 402, 403, 405, 430, 457, 520, 557, 667
Goldschmidt, Moritz 506
Goldstein, Kurt 610
Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 648, 697
Gore, Al 341, 343
Göring, Hermann 11, 12, 18, 22, 26, 27, 31, 50, 54, 59, 75, 79, 125, 126, 215, 216, 229, 230, 263, 276, 279, 280, 284, 285, 286, 334, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 454, 463, 495, 507, 508, 512, 513, 533, 542, 562, 563, 596, 599, 617, 646, 647, 651, 655, 661, 669, 683, 702, 705, 732, 742, 765, 783
Goshen, Seev 754
Gossweiler, Kurt 117, 291
Gottschlich, Helga 117
Goya, Francisco de 704
Grab, Walter 186, 187
Graefe, Albrecht von 502
Grämmel, Herbert 530
Granin, Daniil 610
Grass, Günter 144, 644, 704
Griewank, Karl 415, 416, 472, 474, 475
Groehler, Olaf 291, 303, 668, 697, 701
Groener, Wilhelm 396
Groscurth, Helmuth 580
Grosser, Alfred 314, 323
Grotewohl, Otto 98, 116, 183, 255, 710
Grünstein, Herbert 684
Grynszpan, Herschel 386
Guderian, Heinz 10, 138, 170, 238, 239, 240, 242, 251, 399, 486, 519, 634
Gumbel, Karl 711
Günther, Egon 328
Günther, Hanno 696
Gustloff, Wilhelm 704, 719
Gysi, Gregor 565, 566

H

Habedank, Heinz 117
Haffner, Sebastian 82, 83, 585, 701
Hage, Volker 716
Hager, Kurt 296, 711
Hahn, Erich 678, 679, 680, 681
Haider, Jörg 311
Halberstam, Joshua 403
Halbig, Carl 143
Halder, Franz 26, 134, 164, 170, 229, 232, 233, 238, 240, 491, 553, 560, 596
Hallgarten, George W. 118
Hallstein, Walter 181
Hamann, Brigitte 76
Hämel, Josef 182
Hammerstein, Marie-Louise von 429
Haney, Wolfgang 147, 148
Hanfstaengl, Ernst 45
Hardenberg, Carl-Hans Graf von 455
Harris, Arthur (Bomber-Harris) 683, 701, 702, 722, 766
Hass, Gerhart 170, 367, 439
Hassell, Ulrich von 31, 580, 711, 713
Hauptmann, Gerhart 143
Hausen, Max von 396
Hausser, Paul 10, 484

Haydn, Joseph 760
Hecker, Ewald 593
Heer, Hannes 242
Heesters, Johannes 783
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 187, 403, 404
Heider, Paul 117, 170
Heim, Ferdinand 595
Heinemann, Winfried 244
Heinkel, Ernst 12, 13, 16, 19, 705, 766
Helfferich, Emil 593
Helmuth, Edith 367
Henderson, Barbara 774
Henderson, Neville 164, 165
Henke, Klaus Dietmar 676, 677
Herbert, Ulrich 412, 415
Herder, Johann Gottfried 447
Herman-Friede, Eugen 569
Hermlin, Stephan 694, 699
Hertel, Franz 604
Herzog, Roman 780
Heß, Rudolf 54, 78, 85, 153, 154, 162, 166, 167, 210, 215, 281, 285, 443, 464, 468, 647, 728, 729, 730
Hesse, Hermann 716
Heubach, Ernst 143
Heuer, Uwe-Jens 99
Heukenkamp, Ursula 183
Heusinger, Adolf 240, 695
Heuss, Theodor 60, 136, 277
Heyden, Ulrich van der 603
Heydrich, Reinhard 49, 73, 85, 149, 206, 208, 215, 388, 391, 392, 393, 401, 463, 467, 507, 508, 509, 510, 513, 527, 537, 569, 732, 734, 735, 739, 740, 747
Heye, Hellmuth 216, 233
Heym, Stefan 19, 108
Heymann, Stefan 293, 469, 511
Heynowski, Walter 693, 699
Hilberg, Raul 67, 269, 293, 296, 601, 744, 745, 746
Hildebrandt, Regine 688
Hilgard, Eduard 512, 513, 514
Hillgruber, Andreas 21, 130, 136, 240, 241, 249, 290
Himmler, Heinrich 48, 49, 59, 73, 149, 173, 206, 401, 423, 463, 477, 495, 526, 537, 686, 697, 732, 739, 752
Hindenburg, Paul von 24, 80, 102, 106, 117, 127, 354, 396, 445, 499, 501, 503, 574, 591, 592, 593, 628, 639, 646, 661, 662, 665, 666, 669, 688
Hintze, Paul von 499
Hippel, Walter von 283
Hirsch, Emanuel 404
Hirsch, Rudolf 577, 670
Hitler, Adolf 10, 11, 13, 14, 16, 17, 19, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 42, 43, 44, 45, 46, 48, 49, 53, 54, 55, 57, 60, 65, 66, 67, 73, 74, 76, 77, 78, 79, 80, 83, 87, 97, 102, 103, 106, 107, 108, 109, 112, 122, 124, 125, 127,132, 133, 135, 141, 149, 153, 154, 157, 158, 161, 162, 164, 165, 166, 167, 174, 175, 176, 178, 193, 195, 196, 197, 198, 200, 203, 206, 208, 211, 212, 213, 214, 215, 219, 221, 223, 226, 229, 230, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 243, 244, 249, 251, 252, 254, 260, 261, 264, 265, 272, 279, 280, 281, 282, 285, 295, 334, 342, 354, 363, 372, 373, 375, 383, 384, 385, 387, 388, 389, 390, 392, 393, 399, 403, 404, 427, 429, 435, 439, 440, 441, 442, 449, 453, 454, 457, 460, 463, 465, 466, 468, 473, 474, 484, 486, 487, 491, 492, 493, 495, 497, 499, 502, 503, 504, 505, 512, 513, 516, 519, 520, 524, 526, 531, 533, 535, 537, 541, 542, 543, 544, 551, 552, 553, 555, 557, 558, 560, 561, 562, 568, 574, 578, 579, 580, 588, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 599, 610, 612, 613, 614, 618, 620, 622, 628, 629, 634, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 651, 653, 654, 655, 659, 661, 662, 663, 665, 666, 669, 672, 674, 676, 683, 690, 695, 696, 698, 699, 701, 704, 705, 706, 707, 710, 712, 713, 718, 722, 726, 728, 733, 735, 737, 740, 742, 744, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 754, 755, 756, 757, 758, 761, 764, 766, 774, 780, 783
Hobe, Bertram von 147, 148
Hobsbawm, Eric 602, 635, 645, 656
Hochkeppler, Clemens 415
Hoernle, Edwin 710
Hofer, Walther 448
Hoff, Peter 782
Hoffmann, Ernst 610
Hoffmann, Katharina 348
Hoffmann, Max 397, 398
Hohmann, Martin 780, 781
Holtfrerich, Carl L. 512
Holz, Hans Heinz 448, 449, 579
Homann, Heinrich 711
Honecker, Erich 98, 188, 340, 408, 698
Honecker, Margot 688
Honneth, Axel 404
Hörbiger, Attila 168
Horney, Brigitte 168
Höß, Irmgard 415
Höß, Rudolf 149, 740, 743
Hubatsch, Walther 547, 661
Hube, Hans-Valentin 551, 552
Huber, Kurt 107
Hugenberg, Alfred 26, 79, 512, 592
Hundseder, Franziska 334
Husemann, Walter 696
Hussein, Saddam 672

I

Ibrahim, Jussuf 473, 474
Iggers, Georges 602
Iggers, Wilma 602
Immelmann, Max 265
Irving, David 526
Ittershagen, Siegfried 116

J

Jäckel, Eberhard 198, 199, 256
Jackson, Robert H. 737, 740
Jacobeit, Sigrid 204
Jacobeit, Wolfgang 303
Jaeckel, Eberhard 482
Jahn, Peter 439, 773
Jahnke, Karl-Heinz 302
James, Harold 512

Jelpke, Ulla 340, 348
Jens, Walter 784
Jeschonnek, Hans 32
Jesse, Wilhelm 458
Joachimi, Herbert 415
Jodl, Alfred 33, 134, 226, 229, 230, 276, 427
Johnson, Eric A. 467, 505, 506
Jokisalo, Jouko 184
Jünger, Ernst 716

K

Kacyzne, Alter 289
Kádár, János 68
Kaehler, Siegfried A. 501
Kahlenberg, Friedrich P. 361, 413
Kahn, Siegbert 293, 511
Kalbe, Ernstgert 176, 184
Kalckreuth, Eberhard Graf 593
Kaltenbrunner, Ernst 467, 740
Kämmer, Ernst 143
Kammler, Hans 352
Kampe, Norbert 527
Kant, Hermann 242, 332, 346, 470
Kant, Immanuel 340, 403, 404, 405
Kapelle, Heinz 696
Kapp, Wolfgang 43, 117, 445
Karasek, Hellmuth 112
Kardorff, Ursula von 703
Karl, Heinz 116
Kárný, Miroslav 569
Karry, Hans Herbert 449
Katz, Friedrich 602
Kaul, Friedrich Karl 763
Kautsky, Karl 106, 221, 261
Kehrl, Hans 126
Keim, Wolfgang 724
Keitel, Wilhelm 134, 226, 229, 230, 276, 427, 647
Keller, Erich 604
Keller, Inge 242
Kellogg, Frank B. 230, 461
Kempner, Robert M. W. 244, 507, 508
Kennedy, John F. 776
Keppler, Wilhelm 126
Kershaw, Ian 42, 43, 44, 45, 46, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 272
Kesselring, Albert 10, 12, 134, 135, 170, 202, 240, 274, 285, 399
Keßler, Mario 99, 291, 293
Kestner, Johann Daniel 143
Kettler, David 602
Keyserlingk-Cammerau, Robert Graf 593
King, Martin Luther 549
Kittsteiner, Heinz Dieter 101
Klaus, Georg 415
Klein, Fritz 117, 303, 592, 693
Klein, Peter 147, 439
Kleist, Heinrich von 404
Klemperer, Victor 79, 120, 122, 123, 511, 675
Klimper-Auerbach, Wolf 348
Kling, Christian Friedrich 143
Kluck, Alexander von 396
Kluge, Günther von 553
Klundt, Michael 351
Klüter, Helmut 327
Knigge, Volkhard 204, 205, 206, 207
Knopp, Guido 104, 272
Knopp, Werner 528
Kocka, Jürgen 193, 194
Koester, Adolf 499
Kogon, Eugen 149, 729
Kohl, Helmut 255, 408, 457, 648, 676
Kojève, Alexandre 404
Koller, Karl 295
Konew, Iwan Stepanowitsch 634
Könnemann, Erwin 117
Konrád, György 511
Konsalik, Heinz G. 634, 693
Korff, Fritz von 170
Kossok, Manfred 258, 259, 303
Kotthaus, August 478
Krauch, Karl 16
Kraus, Herbert 15
Krauß, Alfred 396
Krebs, Gerhard 555, 600
Krogmann, Carl Vincent 593
Krosigk, Lutz Graf Schwerin von 11, 12, 18, 19, 394, 666, 674
Krüger, Hardy 112
Krupp von Bohlen und Halbach, Alfried 14, 15, 20, 295, 746
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 26, 79, 196, 594, 695, 756, 766
Krupp, Alfred 15
Krusch, Hans-Joachim 116
Kruse, Käte 143, 144, 145
Kruse, Max 143
Kruse, Oskar 143
Kuby, Erich 557, 558, 559, 580, 586, 587, 588
Küchler, Georg von 245
Kuckhoff, Adam 696
Kuczynski, Jürgen 100, 115, 194, 291, 293
Kuczynski, Thomas 348, 349, 539
Kügelgen, Bernt von 170
Kuhl, Hermann von 397
Kühnl, Reinhard 351, 446, 449, 457
Kunisch, Johannes 547
Küttler, Wolfgang 303
Kwiet, Konrad 686

L

Lambsdorff, Otto Graf 310
Lammers, Hans Heinrich 216, 542
Lammert, Will 191
Langhoff, Wolfgang 694
Laqueur, Walter 111
Lassalle, Ferdinand 116, 405
Laval, Pierre 133
Leber, Annedore 244
Leber, Julius 244, 710
Lee, Kathleen M. 155, 159
Leeb, Wilhelm Ritter von 135
Lehár, Franz 551, 631
Leidigkeit, Karl-Heinz 415
Leineweber, Heinrich 148

Leistikow, Walter 143
Lenau, Nikolaus 40
Lenin, Wladimir Iljitsch 291, 474, 635, 638, 680, 726
Leo, Annette 365
Lessing, Gotthold Ephraim 143
Lestschinsky, Jacob 744
Lettow-Vorbeck, Paul von 397
Leuschner, Wilhelm 710
Ley, Robert 141, 427, 531
Lieberam, Ekkehard 590
Liebermann, Max 143
Liebknecht, Karl 83, 609
Liebmann, Curt 429
Lindhorst, P. 147
Lipstadt, Deborah 526
Lissauer, Ernst 774
List, Friedrich 447
List, Julius 76
Litwinow, Maxim Maximowitsch 162, 696
Lochner, Louis P. 23, 29
Loewy, Hanno 244
Löffler, Karl 505, 506
Longerich, Peter 47, 48, 49, 50, 51, 71, 72, 73, 74, 75, 85, 110, 526
Löns, Hermann 774
Lorenz, Heike 331
Lötzer, Rüdiger 348
Lötzsch, Gesine 564, 590
Löwel, Bruno 711
Lübbert, Erich 593
Ludendorff, Erich 44, 396, 499, 501
Luedecke, Kurt 45
Lukács, Georg 404
Lüschen, Friedrich 17
Luther, Martin (Reformator) 415, 549, 706
Lüttwitz, Walther Freiherr von 445
Luxemburg, Rosa 83, 475, 499, 582, 584, 590

M

Maas, Heiko 608
Mackensen, August von 214, 445, 763
Macków, Jerzy 314
Madajczyk, Czesław 750
Maetzig, Kurt 694, 695
Magruder, John 712
Mai, Uwe 202, 203
Maier, Dieter G. 348
Maizière, Thomas de 98
Maizière, Ulrich de 12, 241, 377
Mallmann, Klaus-Michael 401, 402
Mammach, Klaus 116
Mann, Klaus 716
Mann, Thomas 85, 144
Manstein, Erich von 17, 134, 138, 170, 171, 232, 238, 240, 241, 242, 243, 251, 399, 486, 596
Mantelli, Brunello 178
Marcuse, Herbert 404
Margolis-Edelman, Alina 568
Markov, Walter 115, 186, 194, 258, 259
Maron, Karl 684, 692
Marschall, George C. 341
Marschall, Wilhelm 202
Marx, Karl 42, 80, 102, 106, 115, 198, 220, 221, 261, 270, 287, 318, 337, 403, 404, 405, 410, 416, 446, 449, 451, 474, 480, 528, 582, 585, 698, 726, 756
Masters, Peter 190
Matte, Christina 204
Matthäus, Jürgen 686
Mau, Hermann 295
May, Karl 40
Mayer, Gustav 116
Mayer, Hans 448
McCloy, John Jay 236
Meckel, Markus 524
Mehring, Franz 106, 261, 375, 416, 474, 582, 585
Meier, Thomas 680
Meier-Welcker, Hans 230
Meinecke, Friedrich 502
Melchert, Monika 183
Melnikow, Daniil J. 711
Mendelejew, Dimitrij Iwanowitsch 372
Mendelssohn, Moses 403
Menthon, François de 741
Merkel, Angela 590
Merker, Paul 292, 293, 511
Mermani, Cesare 178
Messerschmidt, Manfred 136, 170, 176, 184, 241, 361, 461
Messerschmitt, Willy 705, 766
Metternich, Clemens Wenzel Lothar von 549
Meusel, Alfred 115, 194
Meyer, August 125
Mickiewicz, Adam 371
Milton, Sybil 298
Mittenzwei, Ingrid 585
Mittenzwei, Werner 99
Mölder, Werner 12, 265
Mölders, Werner 265, 377, 380, 445, 515
Moll, Martin 176
Möller, Horst 138, 260, 261, 350, 361, 676
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 161, 236, 281, 442, 696
Moltke, Helmuth James Graf von 711
Moltke, Helmuth Johannes Ludwig von (der Jüngere) 396
Moltke, Helmuth von (der Ältere) 371, 529
Mommsen, Hans 42, 244, 489, 708, 748, 752, 766
Moneta, Jakob 186
Montgomery, Bernard 190
Morsch, Johannes ter 302
Moser, Otto von 397
Mottek, Hans 100, 293
Mozart, Wolfgang Amadeus 760
Mtullya, Abdu 420
Mühl-Benninghaus, Wolfgang 183
Mühlfriedel, Wolfgang 367
Müller, Heiner 489
Müller, Heinrich (Gestapo-Müller) 149, 467, 509, 734, 739
Müller, Norbert 245
Müller, Reinhard 429
Müller, Siegfried (Kongo-Müller) 699
Müller, Thomas 530
Müller, Werner 668

Mussolini, Benito 28, 35, 77, 108, 153, 165, 166, 178, 281, 354, 613, 628, 643, 644, 645
Mütze-Specht, Fanny 191

N

Nachama, Andreas 189
Napoleon I. 132, 133, 283, 423, 549, 648, 783
Naumann, Horst 116
Nazarewicz, Ryszard 176, 184
Neillands, Robin 708
Nero 23
Nestler, Lothar 367
Nestler, Ludwig 253, 303, 413
Nette, Lotte 622
Nette, Paul 622
Neubert, Harald 680
Neumann, Erich 508
Neumann, Franz 744, 745
Neurath, Konstantin Freiherr von 666
Nida-Rümelin, Julian 331, 489, 510
Niebergall, Otto 604
Niedermayer, Oskar 345
Niethammer, Lutz 353
Nietzsche, Friedrich 143
Noll, Dieter 693
Nolte, Ernst 260, 261, 458
Norden, Albert 710
Noske, Gustav 469
Novak, Franz 739
Nowojski, Walter 123, 577
Nuschke, Otto 116
Nussbaum, Helga 117

O

Obermann, Karl 117, 186
Oertel, Heinz-Florian 99
Oertzen, Wilhelm von 102, 103
Ohlendorf, Otto 740
Oliver, Samuel P. 155, 159
Opel, Adam 516
Oppen-Dannenwalde, Joachim von 593
Oppenheimer, Robert 300, 699
Origenes 403
Österreich-Este, Franz Ferdinand von 459, 518
Österreich-Ungarn, Elisabeth von 354
Ostrowski, Christine 565
Otto, Reinhard 439
Ottomeyer, Hans 510

P

Papen, Franz von 53, 78, 79, 102, 463, 513, 591, 592, 594
Paterna, Erich 115, 194, 622, 623
Pau, Petra 564
Paul, Gerhard 401, 402
Paulus 403
Paulus, Ernst Alexander 243
Paulus, Friedrich 242, 243, 334, 541, 552, 555, 560, 561, 578, 579, 587, 595, 596, 597, 599, 614, 624, 625, 627, 650, 655, 657
Paulus, Günter 117, 594
Pauwels, Jacques 497
Pawlow, Iwan Petrowitsch 181
Petershagen, Rudolf 242
Petschek, Ignaz 48, 72
Petzold, Joachim 117, 303, 592
Pfeiffer, Christian 315
Philipp, Grit 365
Pieck, Wilhelm 116, 669
Piłsudski, Józef 166
Planck, Max 39
Plechanow, Georgi 474
Pleiger, Paul 16, 18
Pohl, Dieter 67
Poliakov, Léon 188, 403, 744
Poljan, Pawel 439
Popitz, Johannes 710, 711
Porsch, Peter 331
Porsche, Ferdinand 16
Poser, Magnus 444
Pot, Pol 68
Potter, Harold E. 233
Powell, Colin 672
Preller, Hugo 415, 635
Preußen, August Wilhelm von 354
Preußen, Viktoria von 374
Preußen, Wilhelm von (Kronprinz) 354
Prien, Günther 377
Princip, Gavrilo 459
Puchert, Berthold 117

Q

Quirnheim, Hermann Ritter Mertz von 396
Quisling, Vidkun 682

R

Radandt, Hans 117
Raeder, Erich 229, 230, 240, 429
Ramcke, Hermann-Bernhard 10, 136, 193, 200, 218
Rath, Ernst vom 386, 388
Rathenau, Walther 688
Rau, Johannes 425
Reagan, Ronald 699
Rechberg, Arnold 216
Reemtsma, Jan Philipp 361, 362
Rees, Laurence 272, 273
Reichardt, Franz 143
Reimann, Max 255
Reinhart, Friedrich 593
Reinhold, Otto 678, 679
Reisberg, Arnold 116, 293
Reitlinger, Gerald 269, 746
Rendulic, Lothar 202, 535
Rensmann, Lars 430
Renz, Werner 670
Reuter, Ludwig von 397
Rexin, Manfred 188
Ribbentrop, Joachim von 161, 216, 281, 390, 696
Richard, Lionel 282
Richthofen, Wolfram von 265
Rieckhoff, Herbert Joachim 283
Riemann, Katja 759

Rintelen, Franz von 153
Ritter, Gerhard A. 697
Robespierre, Maximilien de 186, 187, 549
Röchling, Hermann 16, 17, 79
Roesler, Jörg 99
Rogge, Bernhard 127
Röhl, Charlotte 147
Rohland, Walter 16
Röhm, Ernst 54, 59, 102, 154, 468
Röhr, Werner 176, 304, 367, 413, 724
Rohr-Manze, Kurt Gustav Ernst von 593
Rokossowski, Konstantin Konstantinowitsch 624
Rommel, Erwin 106, 272, 334, 518, 519, 540, 562
Roon, Albrecht von 371, 445
Roosevelt, Franklin D. 390, 516, 601, 659
Rose, Paul Lawrence 403
Rosenberg, Alfred 19, 59, 221, 394, 501, 750
Rosenberg, Hans 744, 745
Rosenfeld, Günter 117
Rosh, Lea 256, 257
Rößler, Matthias 676
Rosterg, August 593
Roth, Karl Heinz 176, 184
Roth, Leo 429
Rousseau, Jean-Jacques 371
Rudel, Hans Ulrich 12
Ruge, Friedrich 233, 240
Ruge, Shenja 762
Ruge, Veronika 761
Ruge, Walter 761
Ruge, Wolfgang 117, 609, 610, 661, 669, 761, 762, 771
Rumsfeld, Donald 648, 672, 773
Rundstedt, Gerd von 202
Rürup, Reinhard 401, 511
Rüter, Christiaan F. 266, 267

S

Saefkow, Anton 696
Salomon, Franz Pfeffer von 59
Samson-Oxenstjerna (baltisches Adelsgeschlecht) 455
Sauckel, Fritz 34, 35, 78, 126, 178, 348, 477, 605
Schacht, Hjalmar 10, 11, 12, 13, 14, 17, 19, 22, 26, 27, 79, 126, 279, 463, 592, 593, 646, 647, 711
Schaidinger, Hans 91, 92
Schalck-Golodkowski, Alexander 760
Schamoni, Peter 354, 355
Scharnhorst, Gerhard von 547, 556
Scharnhorst, Klara von 547, 556
Scheel, Heinrich 186, 414, 711
Scheel, Walter 593
Scheer, Reinhold 397
Scheffler, Wolfgang 149, 539
Schelling, Friedrich Wilhelm 403, 404
Schelvis, Jules 568
Schenk, Dieter 264
Scheumann, Gerhard 693, 699
Scheuner, Ulrich 125
Schieder, Theodor 100, 194
Schilde, Kurt 568
Schiller, Dieter 99
Schiller, Friedrich 141, 181, 196, 414, 445, 447, 611, 635, 697
Schily, Otto 310
Schindler, Oskar 156, 160
Schindler-Saefkow, Bärbel 365
Schlabrendorff, Fabian von 244
Schlegel, Friedrich von 423
Schleiermacher, Friedrich 403
Schlieffen, Alfred von 541
Schmaltz, Florian 262, 263
Schmidt, Arthur 597
Schmidt, Hans-Dieter 318, 330
Schmidt, Helmut 98
Schmidt, Max 680
Schmidt, Siegfried 303
Schmidt, Walter 292, 303
Schmitt, Kurt 26, 512, 513
Schmundt, Rudolf 157, 552, 578
Schneider, Friedrich 415, 416
Schneider, Paul 696
Schniewind, Otto 233
Schnitzler, Karl-Eduard von 696
Schnog, Karl 694
Schobert, Eugen Ritter von 214
Schoenberner, Gerhard 188
Scholl, Hans 107, 673, 696
Scholl, Sophie 107, 673, 696
Schönbohm, Jörg 312, 331, 342
Schönhoven, Klaus 56
Schönhuber, Franz 775
Schopenhauer, Arthur 371
Schörner, Ferdinand 535
Schrader, Maria 759
Schreiner, Albert 115, 117, 130, 293, 294
Schröder, Gerhard (SPD) 108, 566, 567, 608, 643, 672, 673
Schröder, Kurt Freiherr von 592, 593
Schuder, Rosemarie 577
Schulenburg, Richard 506
Schulte, Jan Erik 348
Schulze-Boysen, Harro 696
Schumacher, Edith (Ehefrau von Erich Kuby) 586
Schumacher, Elisabeth 696
Schumacher, Ernst (Bildhauer) 696
Schumacher, Kurt 643
Schumacher, Ralf 58
Schumann, Michael 319, 337
Schumann, Wolfgang 130, 253, 303, 367, 368, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417
Schürer, Gerhard 98
Schütt, Hans-Dieter 331
Schwarberg, Günther 169
Schwarz, Erika 191, 204
Schwarz, Otto 473
Schwebel, Horst 449
Seckendorf, Martin 351
Seeber, Eva 254, 296, 724
Seeber, Gustav 303
Seeckt, Hans von 214, 215
Seghers, Anna 191, 694
Seidel, Jutta 622, 623
Seidl, Florian 95, 96
Seiff, Dr. 84

Selchow, Bogislav von 371
Seligmann, Rafael 781
Sellier, André 352, 353
Sereny, Gitta 195
Severing, Carl 56
Seydlitz, Friedrich Wilhelm von 599
Seydlitz-Kurzbach, Walther von 597, 599, 600, 614, 658
Seymour, Edward Hobert 517
Shakespeare, William 371, 383, 549
Shukow, Georgi Konstantinowitsch 129, 190, 561, 562
Siedler, Wolf Jobst 526
Silverberg, Paul 594
Simon, Hermann 99, 292
Simon, Wilhelm 143
Simonow, Konstantin 363
Sitte, Willi 328
Slánský, Rudolf 291, 292
Smyslow, Alexander 625
Soboul, Albert 186
Spee, Maximilian Graf 398
Speer, Albert 12, 16, 17, 18, 19, 29, 30, 32, 34, 36, 37, 38, 124, 126, 178, 195, 196, 197, 282, 352, 468, 539, 541
Speidel, Hans 135, 238, 695
Speit, Andreas 430
Spiegel, Paul 292, 311, 337, 479, 632
Sponeck, Hans von 599, 600
Stahl, Dieter 17
Stalin, Josef 37, 129, 131, 138, 161, 179, 184, 252, 254, 255, 272, 281, 375, 439, 440, 442, 443, 474, 561, 631, 634, 692, 696, 726, 762, 771, 772
Stark, Johannes 96
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 36, 107, 157, 195, 504, 599, 697, 711, 712, 713
Stauß, Emil Georg von 79, 637
Steenbeck, Max 472
Steidle, Luitpold 170
Stein, Hermann von 396
Steinbach, Erika 718
Steinbach, Peter 191
Steiner, Felix 485, 486
Steinhoff, Johannes 286
Steiniger, Peter Alfons 136, 464
Steinkamp, Peter 244
Stenger, Karl 764
Steppan, Simone 191
Stern, Hans 774
Stern, Leo 115, 130, 194, 293, 296
Stöcker, Adolf 296
Stöcker, Helmuth 602
Stoiber, Edmund 331
Stolpe, Manfred 321, 334
Strasser, Gregor 54, 78
Strasser, Otto 54, 78
Straubel, Rudolf 477
Strauß, Franz Josef 136, 236, 377, 780
Strauss, Herbert A. 568
Strauss, Richard 374
Streicher, Julius 54, 311, 314, 392, 739
Streit, Christian 97, 244
Studnitz, Hans Georg von 703
Sułek Jerzy 255
Surmann, Rolf 348, 430
Suslow, Michail Andrejewitsch 762
Suttner, Bertha von 302
Szilárd, Leó 699

T

Taler, Conrad 670
Tauber, Richard 631
Taylor, Charles 404
Taylor, Telford 226, 241
Teich, Mikuláš 602
Teichova, Alice 602
Telemann, Georg Philipp 760
Ternon, Yves 750
Thälmann, Ernst 120
Thiersch, Johann Bernhard 406
Thierse, Wolfgang 314, 326
Thorndike, Andrew 696, 702
Thorndike, Annelie 696, 702
Thyssen, Fritz 547, 637
Tietz, Hermann 144
Tillion, Germaine 173
Tilly, Johann T'Serclaes von 270, 271
Timm, Angelika 291
Tippelskirch, Kurt von 132, 133, 176, 236
Tirpitz, Alfred von 396
Todt, Fritz 28, 29, 32, 38
Torhorst, Marie 472
Treitschke, Heinrich von 415
Tschernyschewski, Nikolai Gawrilowitsch 761
Tschuikow, Wassili Iwanowitsch 552, 560, 580
Tübke, Werner 773
Tucholsky, Kurt 217, 590
Turner jr., Henry Ashby 78, 118, 594

U

Udet, Ernst 13
Uebelhoer, Friedrich 147
Uhland, Ludwig 650, 657
Ulbricht, Walter 98, 188, 296, 511, 698, 711, 773
Ullmann, Wolfgang 575, 576
Ulrich, Jörg 783
Urban II. 549

V

Vaillant-Couturier, Marie-Claude 740
Vaupel, Dieter 430
Veitl, Friedrich 568
Vesper, Karlen 218
Vilmar, Fritz 408, 409
Vogel, Bernhard 98, 515
Vogel, Hans-Jochen 56, 98
Vogel, Winfried 461, 462
Vögler, Albert 16, 17, 39
Voigt, Udo 63
Völklein, Ulrich 516
Volkmann, Hans-Erich 482, 489, 535
Vrba, Rudolf 738

W

Wagner, Gerhard 233
Wal, Eduard van der 254
Waldheim, Kurt 136, 345
Walser, Martin 457
Walter, Rolf 477
Warlimont, Walter 233
Warnke, Bruno 415
Wartenburg, Marion Gräfin Yorck von 710
Wartenburg, Peter Graf Yorck von 711
Wasserfall, Otto 544
Wassilewski, Alexander Michailowitsch 561
Wassiltschikow, Marie 703
Watt, James 372
Weber, Stefan 116
Wehler, Hans-Ulrich 100, 101, 766
Wehner, Herbert 643
Weichs, Maximilian Freiherr von 541, 560, 561, 596
Weidauer, Walter 703
Weinberg, Gerhard L. 136, 236, 237
Weißbecker, Manfred 117, 193, 303, 348
Weißmann, Karlheinz 458
Weizmann, Chaim 260, 387
Weizsäcker, Ernst von 165, 440
Weizsäcker, Richard von 697
Werner, Ilse 141
Wessely, Paula 168
Westphal, Siegfried 202, 233
Wette, Wolfram 241, 244, 544
Wetzler, Alfréd 738
Wheeler-Bennett, John 661
Wiegel, Gerd 457, 458
Wieland, Christoph Martin 447
Wiener, Alfred 744
Wietersheim, Gustav Anton von 552
Wilhelm I. 256, 354, 371
Wilhelm II. 198, 301, 354, 355, 396, 456, 585, 665
Willems, Susanne 539
Wimmer, Walter 116
Winkler, Ulrike 348, 430
Winzer, Bruno 170
Winzer, Otto 710
Wippermann, Wolfgang 40, 41, 262, 430
Wischnewski, Klaus 697
Wislew, Oleg W. 439
Wisliceny, Dieter 206, 740, 752
Witthoefft, Franz Heinrich 593
Wlassow, Andrei Andrejewitsch 19
Woermann, Kurt 593
Wohlfromm, Gisela 427
Wohlfromm, Hans-Jörg 427
Wolf, Friedrich 694
Wolf, Harald 726
Wolf, Konrad 624
Wolf, Walter 472
Woronow, Nikolai Nikolajewitsch 624
Woroschilow, Kliment Jefremowitsch 761
Wrisberg, Ernst von 397
Wulf, Joseph 188, 189
Wunderlich, Fritz 631
Württemberg, Albrecht von 397
Wuttke, Walter 525

Y

Young, Owen D. 53, 55

Z

Zehm, Günther 330
Zeiss, Carl 367, 410
Zeitzler, Kurt 596
Zelt, Johannes 116
Zetkin, Clara 179
Zimmer, Gabi 445
Zimmermann, Wilhelm 622
Zitzewitz, Coelestin von 626
Zuckermann, Moshe 430, 431, 432, 433
Zumpe, Lotte 117
Zweig, Arnold 140, 577